ISSN 1977-0642

# Amtsblatt der Europäischen Union

L 51

Ausgabe in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

57. Jahrgang

20. Februar 2014

Inhalt

I *Gesetzgebungsakte*

HAUSHALTSPLÄNE

**Europäisches Parlament**

2014/67/EU, Euratom:

★ **Endgültiger Erlass des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014** 1

Band I

**Preis des ABl. L 51: 15 EUR**

DE

Bei Rechtsakten, deren Titel in magerer Schrift gedruckt sind, handelt es sich um Rechtsakte der laufenden Verwaltung im Bereich der Agrarpolitik, die normalerweise nur eine begrenzte Geltungsdauer haben.

Rechtsakte, deren Titel in fetter Schrift gedruckt sind und denen ein Sternchen vorangestellt ist, sind sonstige Rechtsakte.

**Die Beträge in diesem Haushaltsdokument sind in Euro ausgedrückt, sofern nichts anderes angegeben ist.**

**Etwaige Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 2 und 3 der Haushaltsordnung, die bei den Titeln 5 und 6 des Einnahmenplans verbucht werden, können als zusätzliche Mittel bei der Linie eingesetzt werden, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.**

**Die Ziffern für die Ausführung beziehen sich auf sämtliche bewilligten Mittel, inklusive der Haushaltsmittel, zusätzlichen Mittel und zweckgebundenen Einnahmen.**

---

**Eine überarbeitete Version der Haushaltsordnung ist am 27. Oktober 2012 in Kraft getreten (Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates, ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1)).**

**Im Haushaltsplan 2014 beziehen sich alle Verweise der Haushaltsordnung auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates, ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).**

DE

I

*(Gesetzgebungsakte)*

# HAUSHALTSPLÄNE

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

## ENDGÜLTIGER ERLASS

## des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014

(2014/67/EU, Euratom)

DER PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 314,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 106a,

gestützt auf den Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften [1],

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates [2],

gestützt auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung [3],

gestützt auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit in Haushaltsangelegenheiten und die wirtschaftliche Haushaltsführung [4],

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 des Rates vom 2. Dezember 2013 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014-2020 [5],

in Kenntnis des von der Kommission am 28. Juni 2013 vorgelegten Entwurfs des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014,

in Kenntnis des Standpunkts zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union, der vom Rat am 2. September 2013 festgelegt und dem Europäischen Parlament am 12. September 2013 zugeleitet wurde,

in Kenntnis der Berichtigungsschreiben Nr. 1/2014 und 2/2014 zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014, die am 18. September 2013 bzw. am 16. Oktober 2013 von der Kommission vorgelegt wurden,

unter Hinweis auf die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 23. Oktober 2013 zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014 in der vom Rat geänderten Fassung,

unter Hinweis auf die vom Europäischen Parlament am 23. Oktober 2013 angenommenen Abänderungen am Entwurf des Gesamthaushaltsplans,

in Kenntnis des Schreibens des Präsidenten vom 23. Oktober 2013 zur Einberufung einer Sitzung des Vermittlungsausschusses am 4. November 2013 im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Rates,

---

[1] ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17.
[2] ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1.
[3] ABl. C 139 vom 14.6.2006, S. 1.
[4] ABl. C 373 vom 20.12.2013, S. 1.
[5] ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 884.

in Kenntnis des Schreibens des Präsidenten des Rates vom 23. Oktober 2013, in dem dieser mitgeteilt hat, dass der Rat nicht alle vom Parlament angenommenen Abänderungen billigen kann,

unter Hinweis darauf, dass sich der Vermittlungsausschuss binnen der in Artikel 314 Absatz 6 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union genannten Frist von 21 Tagen auf einen gemeinsamen Entwurf geeinigt hat,

in Kenntnis der Billigung des gemeinsamen Entwurfs durch den Rat am 19. November 2013,

unter Hinweis auf die Billigung des gemeinsamen Entwurfs durch das Europäische Parlament am 20. November 2013,

gestützt auf die Artikel 75b, 75d und 75e der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments —

STELLT FEST:

*Einziger Artikel*

Das Verfahren gemäß Artikel 314 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist abgeschlossen, und der Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014 ist endgültig erlassen.

Geschehen zu Straßburg am 20. November 2013.

*Der Präsident*
M. SCHULZ

# GESAMTHAUSHALTSPLAN DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2014

INHALT

Seite

**GESAMTEINNAHMEN**

A. Einleitung und Finanzierung des Gesamthaushaltsplans ..... I/9
B. Einnahmen nach Haushaltslinien ..... I/19
C. Stellenplan ..... I/117
D. Immobilienbestand ..... I/119

**EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH EINZELPLÄNEN**

**Einzelplan I: Parlament** I/125
— Einnahmen ..... I/127
— Ausgaben ..... I/141
— Personal ..... I/191

**Einzelplan II: Europäischer Rat und Rat** I/193
— Einnahmen ..... I/195
— Ausgaben ..... I/211
— Personal ..... I/245

**Einzelplan III: Kommission** (*Band II*) II/1
— Einnahmen ..... II/11
— Ausgaben ..... II/69
— Personal ..... II/1377

**Einzelplan IV: Gerichtshof der Europäischen Union** I/247
— Einnahmen ..... I/249
— Ausgaben ..... I/261
— Personal ..... I/291

**Einzelplan V: Rechnungshof** I/293
— Einnahmen ..... I/295
— Ausgaben ..... I/307
— Personal ..... I/333

**Einzelplan VI: Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss** I/335
— Einnahmen ..... I/337
— Ausgaben ..... I/349
— Personal ..... I/379

Seite

**Einzelplan VII: Ausschuss der Regionen** I/381
— Einnahmen ..... I/383
— Ausgaben ..... I/395
— Personal ..... I/423

**Einzelplan VIII: Europäischer Bürgerbeauftragter** I/425
— Einnahmen ..... I/427
— Ausgaben ..... I/435
— Personal ..... I/459

**Einzelplan IX: Europäischer Datenschutzbeauftragter** I/461
— Einnahmen ..... I/463
— Ausgaben ..... I/469
— Personal ..... I/497

**Einzelplan X: Europäischer Auswärtiger Dienst** I/499
— Einnahmen ..... I/501
— Ausgaben ..... I/516
— Personal ..... I/551

INHALT

Seite

**GESAMTEINNAHMEN**

A. Einleitung und Finanzierung des Gesamthaushaltsplans ..... I/9

B. Einnahmen nach Haushaltslinien ..... I/19

— Titel 1: Eigene Mittel ..... I/20

— Titel 3: Überschüsse, Salden und Anpassungen ..... I/33

— Titel 4: Einnahmen im Zusammenhang mit den Beamten und Bediensteten der Organe und anderer Einrichtungen der Union ..... I/44

— Titel 5: Einnahmen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit der Organe ..... I/56

— Titel 6: Beiträge und Erstattungen im Rahmen von Abkommen und Programmen der Union ..... I/69

— Titel 7: Verzugszinsen und Geldbußen ..... I/100

— Titel 8: Anleihen und Darlehen ..... I/105

— Titel 9: Sonstige Einnahmen ..... I/114

C. Stellenplan ..... I/117

D. Immobilienbestand ..... I/119

**EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH EINZELPLÄNEN**

**Einzelplan I: Parlament** I/125

— Einnahmen ..... I/127

— Titel 4: Einnahmen von Mitgliedern und Personal der Organe und sonstigen Einrichtungen der Union ... I/128

— Titel 5: Einnahmen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit des Organs ..... I/131

— Titel 6: Beiträge und Erstattungen im Rahmen von Abkommen und Programmen der Union ..... I/137

— Titel 9: Sonstige Einnahmen ..... I/139

— Ausgaben ..... I/141

— Titel 1: Mitglieder und Personal des Organs ..... I/143

— Titel 2: Gebäude, Mobiliar, Ausrüstung und verschiedene Sachausgaben ..... I/160

— Titel 3: Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der allgemeinen Aufgaben des Organs ..... I/171

— Titel 4: Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung spezifischer Aufgaben durch das Organ .... I/183

— Titel 10: Sonstige Ausgaben ..... I/187

— Personal ..... I/191

Seite

**Einzelplan II: Europäischer Rat und Rat** I/193

— Einnahmen ..... I/195

— Titel 4: Verschiedene von der Union erhobene Steuern, Abschöpfungen und Gebühren ..... I/196

— Titel 5: Erlöse aus dem Verwaltungsbetrieb des Organs ..... I/199

— Titel 6: Beiträge und Erstattungen im Rahmen von Abkommen und Programmen der Union ..... I/205

— Titel 7: Verzugszinsen ..... I/207

— Titel 9: Sonstige Einnahmen ..... I/209

— Ausgaben ..... I/211

— Titel 1: Personal des Organs ..... I/212

— Titel 2: Gebäude, Material und Sachausgaben ..... I/229

— Titel 10: Sonstige Ausgaben ..... I/243

— Personal ..... I/245

**Einzelplan IV: Gerichtshof der Europäischen Union** I/247

— Einnahmen ..... I/249

— Titel 4: Einnahmen von Mitgliedern und Personal der Organe und sonstigen Einrichtungen der Union ... I/250

— Titel 5: Erlöse aus dem Verwaltungsbetrieb des Organs ..... I/253

— Titel 9: Verschiedene Einnahmen ..... I/259

— Ausgaben ..... I/261

— Titel 1: Mitglieder und Personal des Organs ..... I/262

— Titel 2: Gebäude, Mobiliar, Ausrüstung und sonstige Sachausgaben ..... I/275

— Titel 3: Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung spezifischer Aufgaben durch das Organ .... I/286

— Titel 10: Andere Ausgaben ..... I/288

— Personal ..... I/291

**Einzelplan V: Rechnungshof** I/293

— Einnahmen ..... I/295

— Titel 4: Einnahmen von Mitgliedern und Personal des Organs ..... I/296

— Titel 5: Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit des Organs ..... I/299

— Titel 9: Sonstige Einnahmen ..... I/305

Seite

— Ausgaben ... I/307
— Titel 1: Mitglieder und Personal des Organs ... I/308
— Titel 2: Gebäude, Mobiliar, Ausrüstung und verschiedene Sachausgaben ... I/320
— Titel 10: Sonstige Ausgaben ... I/331
— Personal ... I/333

**Einzelplan VI: Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss** I/335

— Einnahmen ... I/337
— Titel 4: Einnahmen von Mitgliedern und Personal der Organe und sonstigen Einrichtungen der Union ... I/338
— Titel 5: Verschiedene Einnahmen im Zusammenhang mit der Verwaltung der Einrichtung ... I/341
— Titel 9: Verschiedene Einnahmen ... I/347
— Ausgaben ... I/349
— Titel 1: Personal der Einrichtung ... I/350
— Titel 2: Gebäude, Mobiliar, Ausrüstungen und diverse Ausgaben für den Dienstbetrieb ... I/363
— Titel 10: Sonstige Ausgaben ... I/376
— Personal ... I/379

**Einzelplan VII: Ausschuss der Regionen** I/381

— Einnahmen ... I/383
— Titel 4: Einnahmen von Mitgliedern und Personal der Organe und sonstigen Einrichtungen der Union ... I/384
— Titel 5: Einnahmen im Zusammenhang mit der Verwaltung der Einrichtung ... I/387
— Titel 9: Verschiedene Einnahmen ... I/393
— Ausgaben ... I/395
— Titel 1: Mitglieder und Personal der Einrichtung ... I/396
— Titel 2: Gebäude, Mobiliar, Ausrüstungen und diverse Ausgaben für den Dienstbetrieb ... I/408
— Titel 10: Sonstige Ausgaben ... I/420
— Personal ... I/423

**Einzelplan VIII: Europäischer Bürgerbeauftragter** I/425

— Einnahmen ... I/427
— Titel 4: Einnahmen im Zusammenhang mit den Beamten und Bediensteten der Organe und sonstigen Einrichtungen der Union ... I/428
— Titel 6: Beiträge und Erstattungen im Rahmen von Abkommen und Programmen der Union ... I/431
— Titel 9: Verschiedene Einnahmen ... I/433

Seite

— Ausgaben ..... I/435
— Titel 1: Ausgaben für Mitglieder und Personal der Einrichtung ..... I/436
— Titel 2: Gebäude, Mobiliar, Ausrüstung und verschiedene Sachausgaben ..... I/445
— Titel 3: Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der allgemeinen Aufgaben der Einrichtung I/451
— Titel 10: Sonstige Ausgaben ..... I/457

— Personal ..... I/459

**Einzelplan IX: Europäischer Datenschutzbeauftragter** I/461

— Einnahmen ..... I/463
— Titel 4: Verschiedene von der Union erhobene Abgaben, Abzüge und Gebühren ..... I/464
— Titel 9: Verschiedene Einnahmen ..... I/467

— Ausgaben ..... I/469
— Titel 1: Ausgaben für Mitglieder und Personal der Einrichtung ..... I/470
— Titel 2: Gebäude, Material und mit dem Dienstbetrieb verbundene Sachausgaben ..... I/480
— Titel 3: Europäischer Datenschutzausschuss ..... I/484
— Titel 10: Sonstige Ausgaben ..... I/494

— Personal ..... I/497

**Einzelplan X: Europäischer Auswärtiger Dienst** I/499

— Einnahmen ..... I/501
— Titel 4: Von der Union erhobene Steuern, Abschöpfungen und Gebühren ..... I/502
— Titel 5: Erlöse aus dem Verwaltungsbetrieb des Organs ..... I/504
— Titel 6: Beiträge und Erstattungen im Rahmen von Abkommen und Programmen der Union ..... I/510
— Titel 7: Verzugszinsen ..... I/512
— Titel 9: Sonstige Einnahmen ..... I/514

— Ausgaben ..... I/516
— Titel 1: Bedienstete in den zentralen Dienststellen ..... I/517
— Titel 2: Gebäude, Sach- und Betriebsausgaben der zentralen Dienststellen ..... I/528
— Titel 3: Delegationen ..... I/542
— Titel 10: Sonstige Ausgaben ..... I/549

— Personal ..... I/551

# A. **EINLEITUNG UND FINANZIERUNG DES GESAMTHAUSHALTSPLANS**

## EINLEITUNG

Im Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union werden für jedes Haushaltsjahr sämtliche als erforderlich erachteten Einnahmen und Ausgaben der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft veranschlagt und bewilligt.

Bei der Aufstellung und Ausführung des Gesamthaushaltsplans sind folgende Grundsätze zu beachten: Einheit und Haushaltswahrheit, Jährlichkeit, Haushaltsausgleich, Rechnungseinheit, Gesamtdeckung, Spezialität, Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und Transparenz.

— Gemäß dem *Grundsatz der Einheit* und dem *Grundsatz der Haushaltswahrheit* müssen alle Einnahmen und Ausgaben der Union, sofern sie zu Lasten des Haushalts gehen, in einem einzigen Haushaltsdokument ausgewiesen werden.

— Der *Grundsatz der Jährlichkeit* besagt, dass der Haushaltsplan für jeweils ein Haushaltsjahr angenommen wird und die Mittel dieses Haushaltsjahres — sowohl bei den Mitteln für Verpflichtungen als auch bei den Mitteln für Zahlungen — grundsätzlich während des betreffenden Jahres verwendet werden müssen.

— Nach dem *Grundsatz des Haushaltsausgleichs* müssen die für ein Haushaltsjahr veranschlagten Einnahmen den Mitteln für Zahlungen für dasselbe Haushaltsjahr entsprechen; ein etwaiges Haushaltsdefizit darf nicht durch Kreditaufnahme gedeckt werden, da dies mit dem Eigenmittelsystem unvereinbar ist.

— In Anwendung des *Grundsatzes der Rechnungseinheit* ist sowohl bei der Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans als auch bei der Rechnungslegung der Euro zu verwenden.

— Der *Grundsatz der Gesamtdeckung* bedeutet einerseits, dass die Gesamtheit der Haushaltseinnahmen der Deckung der Gesamtheit der Haushaltsausgaben dient und nur in Ausnahmefällen einzelne Einnahmen zweckgebunden für die Finanzierung bestimmter Ausgaben zugewiesen werden dürfen, und andererseits, dass die Einnahmen und Ausgaben in voller Höhe ohne vorhergehende Verrechnung in den Haushaltsplan einzusetzen sind.

— Der *Grundsatz der Spezialität* besagt, dass jeder Mittelansatz eine spezifische Zweckbestimmung haben muss und bestimmten Ausgaben zuzuweisen ist, um jegliche Verwechslung zwischen verschiedenen Mittelkategorien zu vermeiden.

— Der *Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung* definiert sich unter Bezugnahme auf die Gebote der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit.

— Der *Grundsatz der Transparenz* besagt, dass eine zuverlässige Unterrichtung über den Haushaltsvollzug und die Rechnungsführung erfolgen muss.

Im Interesse einer größeren Transparenz der Haushaltsführung unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung, insbesondere der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit, werden die Mittel auf der Grundlage der nach Tätigkeitsbereichen gegliederten ABB-Struktur (Activity-Based Budgeting) veranschlagt.

Die in diesem Haushaltsplan bewilligten Ausgabenmittel belaufen sich auf insgesamt 142 640 479 571 EUR an Verpflichtungsermächtigungen und 135 504 613 000 EUR an Zahlungsermächtigungen, was einem Wachstum von – 6,21 % bzw. einem Rückgang um – 6,19 % gegenüber dem Haushaltsplan 2013 entspricht.

Die Haushaltseinnahmen beziffern sich auf insgesamt 135 504 613 000 EUR. Der einheitliche Abrufsatz für die Mehrwertsteuereigenmittel beträgt 0,30 % der Abrufsatz für die BNE-Eigenmittel 0,7390 %. Der Haushaltsplan 2014 wird zu 12,04 % aus traditionellen Eigenmitteln (Zölle und Zuckerabgaben) finanziert. Die Finanzierungsanteile der MwSt.- und BNE-Eigenmittel belaufen sich auf 13,20 % bzw. 73,63 %. Die sonstigen Einnahmen für dieses Haushaltsjahr werden auf 1 544 428 277 EUR veranschlagt.

Die zur Finanzierung des Haushaltsplans 2014 erforderlichen Eigenmittel entsprechen 0,99 % des gesamten Bruttonationaleinkommens (BNE) und liegen damit unter der Obergrenze von 1,23 % des BNE, die sich nach der Berechnungsformel in Artikel 3 Absatz 1 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17) ergibt.

Anhand der folgenden Tabellen lässt sich Schritt für Schritt nachvollziehen, wie die Finanzierung des Haushaltsplans 2014 berechnet wurde

## FINANZIERUNG DES GESAMTHAUSHALTSPLANS

### Mittelansätze für das Haushaltsjahr 2014, die gemäß Artikel 1 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften zu decken sind

### AUSGABEN

| Bezeichnung | Haushalt 2014 | Haushalt 2013 (1) | Differenz (in %) |
|---|---|---|---|
| 1. Intelligentes und integratives Wachstum | 62 392 787 058 | 69 127 255 205 | – 9,74 |
| 2. Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen | 56 458 930 369 | 57 814 298 094 | – 2,34 |
| 3. Sicherheit und Unionsbürgerschaft | 1 677 039 976 | 1 894 151 766 | – 11,46 |
| 4. Globales Europa | 6 191 238 421 | 6 731 869 945 | – 8,03 |
| 5. Verwaltung | 8 406 017 176 | 8 417 791 740 | – 0,14 |
| 6. Ausgleichszahlungen | 28 600 000 | 75 000 000 | – 61,87 |
| Besondere Instrumente | 350 000 000 | 390 465 192 | – 10,36 |
| **Gesamtbetrag der Ausgaben** (2) | **135 504 613 000** | **144 450 831 942** | **– 6,19** |

(1) Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2013 (ABl. L 66 vom 8.3.2013, S. 1), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2013 bis Nr. 9/2013.

(2) Artikel 310 Absatz 1 Unterabsatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lautet: „Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen."

## EINNAHMEN

| Bezeichnung | Haushalt 2014 | Haushalt 2013 (1) | Differenz (in %) |
|---|---|---|---|
| Verschiedene Einnahmen (Titel 4 bis 9) | 1 544 428 277 | 3 067 967 007 | – 49,66 |
| Verfügbarer Überschuss aus dem vorangegangenen Haushaltsjahr (Kapitel 3 0, Artikel 3 0 0) | p.m. | 1 023 276 526 | — |
| Eigenmittelüberschuss aufgrund der Rückzahlung der Überschüsse des Garantiefonds im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Außenbereich (Kapitel 3 0, Artikel 3 0 2) | p.m. | 34 000 000 | — |
| Überschuss der für frühere Haushaltsjahre abgeführten MwSt.- und BSP/BNE-Eigenmittel (Kapitel 3 1 und 3 2) | p.m. | p.m. | — |
| **Gesamtbetrag der Einnahmen der Titel 3 bis 9** | **1 544 428 277** | **4 125 243 533** | **– 62,56** |
| Nettobetrag — Zölle und Zuckerabgaben (Kapitel 1 1 und 1 2) | 16 310 700 000 | 14 822 700 000 | + 10,04 |
| MwSt.-Eigenmittel zum einheitlichen Satz (Tabellen 1 und 2, Kapitel 1 3) | 17 882 179 650 | 14 680 052 250 | + 21,81 |
| Über die zusätzliche Einnahme (BNE-Eigenmittel, Tabelle 3, Kapitel 1 4) zu finanzierender Restbetrag | 99 767 305 073 | 110 822 836 159 | – 9,98 |
| Durch die Eigenmittel gemäß Artikel 2 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom zu deckende Mittelansätze (2) | 133 960 184 723 | 140 325 588 409 | – 4,54 |
| **Gesamtbetrag der Einnahmen** (3) | **135 504 613 000** | **144 450 831 942** | **– 6,19** |

(1) Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2013 (ABl. L 66 vom 8.3.2013, S. 1), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2013 bis Nr. 9/2013.

(2) Die Eigenmittel für den Haushaltsplan 2014 werden auf der Grundlage der Schätzungen festgelegt, die der Beratende Ausschuss für Eigenmittel am 16. Mai 2013 auf seiner 157. Sitzung angenommen hat.

(3) Artikel 310 Absatz 1 Unterabsatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lautet: „Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen."

**TABELLE 1**

Berechnung der Begrenzung der harmonisierten MwSt.-Bemessungsgrundlagen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom

| Mitgliedstaaten | 1 % der nicht begrenzten MwSt.-Bemessungsgrundlage | 1 % des Bruttonationaleinkommens | Begrenzungssatz (in %) | 1 % des Bruttonationaleinkommens, multipliziert mit dem Begrenzungssatz | 1 % der begrenzten MwSt.-Bemessungsgrundlage [1] | Mitgliedstaaten mit begrenzter MwSt.-Bemessungsgrundlage |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | (1) | (2) | (3) | (4) | (5) | (6) |
| Belgien | 1 675 608 000 | 3 995 217 000 | 50 | 1 997 608 500 | 1 675 608 000 | |
| Bulgarien | 206 005 000 | 414 657 000 | 50 | 207 328 500 | 206 005 000 | |
| Tschechische Republik | 645 752 000 | 1 428 027 000 | 50 | 714 013 500 | 645 752 000 | |
| Dänemark | 1 020 116 000 | 2 641 773 000 | 50 | 1 320 886 500 | 1 020 116 000 | |
| Deutschland | 12 384 113 000 | 28 440 033 000 | 50 | 14 220 016 500 | 12 384 113 000 | |
| Estland | 87 252 000 | 184 233 000 | 50 | 92 116 500 | 87 252 000 | |
| Irland | 653 931 000 | 1 384 808 000 | 50 | 692 404 000 | 653 931 000 | |
| Griechenland | 650 120 000 | 1 813 897 000 | 50 | 906 948 500 | 650 120 000 | |
| Spanien | 4 561 628 000 | 10 515 414 000 | 50 | 5 257 707 000 | 4 561 628 000 | |
| Frankreich | 9 681 072 000 | 21 602 716 000 | 50 | 10 801 358 000 | 9 681 072 000 | |
| Kroatien | 277 716 000 | 438 824 000 | 50 | 219 412 000 | 219 412 000 | Kroatien |
| Italien | 6 568 051 000 | 16 020 137 000 | 50 | 8 010 068 500 | 6 568 051 000 | |
| Zypern | 107 177 000 | 154 720 000 | 50 | 77 360 000 | 77 360 000 | Zypern |
| Lettland | 82 650 000 | 249 297 000 | 50 | 124 648 500 | 82 650 000 | |
| Litauen | 141 652 000 | 353 042 000 | 50 | 176 521 000 | 141 652 000 | |
| Luxemburg | 272 111 000 | 340 956 000 | 50 | 170 478 000 | 170 478 000 | Luxemburg |
| Ungarn | 410 328 000 | 977 036 000 | 50 | 488 518 000 | 410 328 000 | |
| Malta | 52 918 000 | 68 120 000 | 50 | 34 060 000 | 34 060 000 | Malta |
| Niederlande | 2 661 465 000 | 6 274 369 000 | 50 | 3 137 184 500 | 2 661 465 000 | |
| Österreich | 1 487 892 000 | 3 296 730 000 | 50 | 1 648 365 000 | 1 487 892 000 | |
| Polen | 1 924 394 000 | 3 938 971 000 | 50 | 1 969 485 500 | 1 924 394 000 | |
| Portugal | 775 448 000 | 1 615 868 000 | 50 | 807 934 000 | 775 448 000 | |
| Rumänien | 544 383 000 | 1 507 998 000 | 50 | 753 999 000 | 544 383 000 | |
| Slowenien | 176 664 000 | 349 637 000 | 50 | 174 818 500 | 174 818 500 | Slowenien |
| Slowakei | 259 706 000 | 759 723 000 | 50 | 379 861 500 | 259 706 000 | |
| Finnland | 972 177 000 | 2 066 821 000 | 50 | 1 033 410 500 | 972 177 000 | |
| Schweden | 1 990 462 000 | 4 549 119 000 | 50 | 2 274 559 500 | 1 990 462 000 | |
| Vereinigtes Königreich | 9 546 932 000 | 19 611 871 000 | 50 | 9 805 935 500 | 9 546 932 000 | |
| **Insgesamt** | **59 817 723 000** | **134 994 014 000** | | **67 497 007 000** | **59 607 265 500** | |

[1] Die Bemessungsgrundlage wird auf 50 % des Bruttonationaleinkommens begrenzt.

**TABELLE 2**

Aufteilung der MwSt.-Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 1 3)

| Mitgliedstaat | 1 % der begrenzten MwSt.-Bemessungsgrundlage | Einheitlicher Satz für die MwSt.-Eigenmittel (in %) | MwSt.-Eigenmittel zum einheitlichen Satz |
|---|---|---|---|
| | (1) | (2) | (3) = (1) × (2) |
| Belgien | 1 675 608 000 | 0,300 | 502 682 400 |
| Bulgarien | 206 005 000 | 0,300 | 61 801 500 |
| Tschechische Republik | 645 752 000 | 0,300 | 193 725 600 |
| Dänemark | 1 020 116 000 | 0,300 | 306 034 800 |
| Deutschland | 12 384 113 000 | 0,300 | 3 715 233 900 |
| Estland | 87 252 000 | 0,300 | 26 175 600 |
| Irland | 653 931 000 | 0,300 | 196 179 300 |
| Griechenland | 650 120 000 | 0,300 | 195 036 000 |
| Spanien | 4 561 628 000 | 0,300 | 1 368 488 400 |
| Frankreich | 9 681 072 000 | 0,300 | 2 904 321 600 |
| Kroatien | 219 412 000 | 0,300 | 65 823 600 |
| Italien | 6 568 051 000 | 0,300 | 1 970 415 300 |
| Zypern | 77 360 000 | 0,300 | 23 208 000 |
| Lettland | 82 650 000 | 0,300 | 24 795 000 |
| Litauen | 141 652 000 | 0,300 | 42 495 600 |
| Luxemburg | 170 478 000 | 0,300 | 51 143 400 |
| Ungarn | 410 328 000 | 0,300 | 123 098 400 |
| Malta | 34 060 000 | 0,300 | 10 218 000 |
| Niederlande | 2 661 465 000 | 0,300 | 798 439 500 |
| Österreich | 1 487 892 000 | 0,300 | 446 367 600 |
| Polen | 1 924 394 000 | 0,300 | 577 318 200 |
| Portugal | 775 448 000 | 0,300 | 232 634 400 |
| Rumänien | 544 383 000 | 0,300 | 163 314 900 |
| Slowenien | 174 818 500 | 0,300 | 52 445 550 |
| Slowakei | 259 706 000 | 0,300 | 77 911 800 |
| Finnland | 972 177 000 | 0,300 | 291 653 100 |
| Schweden | 1 990 462 000 | 0,300 | 597 138 600 |
| Vereinigtes Königreich | 9 546 932 000 | 0,300 | 2 864 079 600 |
| **Insgesamt** | **59 607 265 500** | | **17 882 179 650** |

**TABELLE 3**

Bestimmung des einheitlichen Satzes und Aufteilung der BNE-Eigenmittel nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 1 4)

| Mitgliedstaaten | 1 % des Bruttonational-einkommens | Auf die zusätzliche Bemessungsgrundlage zu erhebender einheitlicher Satz, Eigenmittel | Einnahmen gemäß der zusätzlichen Bemessungsgrundlage zum einheitlichen Satz |
|---|---|---|---|
| | (1) | (2) | (3) = (1) × (2) |
| Belgien | 3 995 217 000 | | 2 952 664 503 |
| Bulgarien | 414 657 000 | | 306 452 191 |
| Tschechische Republik | 1 428 027 000 | | 1 055 383 132 |
| Dänemark | 2 641 773 000 | | 1 952 401 925 |
| Deutschland | 28 440 033 000 | | 21 018 601 971 |
| Estland | 184 233 000 | | 136 157 370 |
| Irland | 1 384 808 000 | | 1 023 442 137 |
| Griechenland | 1 813 897 000 | | 1 340 560 296 |
| Spanien | 10 515 414 000 | | 7 771 415 083 |
| Frankreich | 21 602 716 000 | | 15 965 483 903 |
| Kroatien | 438 824 000 | | 324 312 809 |
| Italien | 16 020 137 000 | | 11 839 679 761 |
| Zypern | 154 720 000 | | 114 345 792 |
| Lettland | 249 297 000 | 0,7390498 [1] | 184 242 909 |
| Litauen | 353 042 000 | | 260 915 635 |
| Luxemburg | 340 956 000 | | 251 983 479 |
| Ungarn | 977 036 000 | | 722 078 304 |
| Malta | 68 120 000 | | 50 344 075 |
| Niederlande | 6 274 369 000 | | 4 637 071 435 |
| Österreich | 3 296 730 000 | | 2 436 447 794 |
| Polen | 3 938 971 000 | | 2 911 095 906 |
| Portugal | 1 615 868 000 | | 1 194 206 994 |
| Rumänien | 1 507 998 000 | | 1 114 485 688 |
| Slowenien | 349 637 000 | | 258 399 171 |
| Slowakei | 759 723 000 | | 561 473 165 |
| Finnland | 2 066 821 000 | | 1 527 483 739 |
| Schweden | 4 549 119 000 | | 3 362 025 690 |
| Vereinigtes Königreich | 19 611 871 000 | | 14 494 150 216 |
| **Insgesamt** | **134 994 014 000** | | **99 767 305 073** |

[1] Berechnung des Satzes: (99 767 305 073) / (134 994 014 000) = 0,73904984463237.

**TABELLE 4**

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs (Haushaltsjahr 2013) gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 1 5)

| Bezeichnung | Koeffizient (1) (%) | Betrag |
|---|---|---|
| 1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt.-Bemessungsgrundlage | 16,2077 | |
| 2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben | 6,5970 | |
| 3. (1) – (2) | 9,6107 | |
| **4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben** | | **133 640 172 409** |
| 5. Erweiterungsbedingte Ausgaben (2) | | 31 848 333 003 |
| 6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5) | | 101 791 839 406 |
| 7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66 | | 6 456 694 911 |
| 8. VK-Vorteil (3) | | 1 176 577 247 |
| 9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8) | | 5 280 117 664 |
| 10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln (4) | | – 17 223 040 |
| 11. Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs = (9) – (10) | | 5 297 340 704 |

(1) Gerundet.

(2) Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben entspricht dem Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in den zehn der Union am 1. Mai 2004 und den zwei der Union am 1. Januar 2007 beigetretenen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der markbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden. Dieser Betrag wird vom Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben abgezogen, um Gleichbehandlung vor und nach der Erweiterung zu gewährleisten.

(3) Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt.-Bemessungsgrundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst.

(4) Hierbei handelt es sich um Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 25 % seit dem 1. Januar 2001).

**TABELLE 5**

Berechnung der Finanzierung des Korrekturbetrags zugunsten des Vereinigten Königreichs – 5 297 340 704 EUR (Kapitel 1 5)

| Mitgliedstaaten | Anteile an den BNE-Grundlagen | Anteile ohne Vereinigtes Königreich | Anteile ohne Deutschland, Niederlande, Österreich, Schweden und Vereinigtes Königreich | 3/4 des Anteils Deutschlands, der Niederlande, Österreichs und Schwedens in „Anteile ohne Vereinigtes Königreich“ | Spalte 4 umgelegt gemäß Schlüssel der Spalte 3 | Finanzierungsschlüssel | Finanzierungsschlüssel, angewandt auf den Korrekturbetrag |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | (1) | (2) | (3) | (4) | (5) | (6) = (2) + (4) + (5) | (7) |
| Belgien | 2,96 | 3,46 | 5,49 | | 1,52 | 4,98 | 263 826 803 |
| Bulgarien | 0,31 | 0,36 | 0,57 | | 0,16 | 0,52 | 27 382 150 |
| Tschechische Republik | 1,06 | 1,24 | 1,96 | | 0,54 | 1,78 | 94 300 710 |
| Dänemark | 1,96 | 2,29 | 3,63 | | 0,99 | 3,29 | 174 451 231 |
| Deutschland | 21,07 | 24,65 | 0,— | – 18,49 | 0,— | 6,16 | 326 429 505 |
| Estland | 0,14 | 0,16 | 0,25 | | 0,07 | 0,23 | 12 165 948 |
| Irland | 1,03 | 1,20 | 1,90 | | 0,53 | 1,73 | 91 446 714 |
| Griechenland | 1,34 | 1,57 | 2,49 | | 0,69 | 2,26 | 119 781 891 |
| Spanien | 7,79 | 9,11 | 14,44 | | 3,99 | 13,11 | 694 392 334 |
| Frankreich | 16,— | 18,72 | 29,67 | | 8,21 | 26,93 | 1 426 549 672 |
| Kroatien | 0,33 | 0,38 | 0,60 | | 0,17 | 0,55 | 28 978 034 |
| Italien | 11,87 | 13,88 | 22,— | | 6,09 | 19,97 | 1 057 900 367 |
| Zypern | 0,11 | 0,13 | 0,21 | | 0,06 | 0,19 | 10 217 038 |
| Lettland | 0,18 | 0,22 | 0,34 | | 0,09 | 0,31 | 16 462 493 |
| Litauen | 0,26 | 0,31 | 0,48 | | 0,13 | 0,44 | 23 313 363 |
| Luxemburg | 0,25 | 0,30 | 0,47 | | 0,13 | 0,43 | 22 515 255 |
| Ungarn | 0,72 | 0,85 | 1,34 | | 0,37 | 1,22 | 64 519 220 |
| Malta | 0,05 | 0,06 | 0,09 | | 0,03 | 0,08 | 4 498 349 |
| Niederlande | 4,65 | 5,44 | 0,— | – 4,08 | 0,— | 1,36 | 72 016 062 |
| Österreich | 2,44 | 2,86 | 0,— | – 2,14 | 0,— | 0,71 | 37 839 265 |
| Polen | 2,92 | 3,41 | 5,41 | | 1,50 | 4,91 | 260 112 561 |
| Portugal | 1,20 | 1,40 | 2,22 | | 0,61 | 2,01 | 106 704 915 |
| Rumänien | 1,12 | 1,31 | 2,07 | | 0,57 | 1,88 | 99 581 648 |
| Slowenien | 0,26 | 0,30 | 0,48 | | 0,13 | 0,44 | 23 088 511 |
| Slowakei | 0,56 | 0,66 | 1,04 | | 0,29 | 0,95 | 50 168 812 |
| Finnland | 1,53 | 1,79 | 2,84 | | 0,79 | 2,58 | 136 483 895 |
| Schweden | 3,37 | 3,94 | 0,— | – 2,96 | 0,— | 0,99 | 52 213 958 |
| Vereinigtes Königreich | 14,53 | 0,— | 0,— | | 0,— | 0,— | 0 |
| **Insgesamt** | **100,—** | **100,—** | **100,—** | **– 27,66** | **27,66** | **100,—** | **5 297 340 704** |

Die Beträge werden bis zur 15. Dezimalstelle berechnet.

## TABELLE 6

Überblick über die Finanzierung (1) des Gesamthaushaltsplans — nach Eigenmittelarten und Mitgliedstaaten

| Mitgliedstaat | Traditionelle Eigenmittel (TEM) | | | | MwSt.- und BNE-Eigenmittel, einschließlich Anpassungen | | | | | Eigenmittel insgesamt (2) |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Zuckerabgaben netto (75 %) | Zölle netto (75 %) | Traditionelle Eigenmittel insgesamt netto (75 %) | Erhebungskosten (25 % des TEM-Bruttobetrags) (p.m.) | MwSt.-Eigenmittel | BNE-Eigenmittel | VK-Korrektur | Beiträge der Mitgliedstaaten insgesamt | Anteil am Gesamtbetrag der Beiträge der Mitgliedstaaten | |
| | (1) | (2) | (3) = (1) + (2) | (4) | (5) | (6) | (7) | (8) = (5) + (6) + (7) | (9) | (10) = (3) + (8) |
| Belgien | 6 600 000 | 1 585 000 000 | 1 591 600 000 | 530 533 333 | 502 682 400 | 2 952 664 503 | 263 826 803 | 3 719 173 706 | 3,16 | 5 310 773 706 |
| Bulgarien | 400 000 | 53 700 000 | 54 100 000 | 18 033 333 | 61 801 500 | 306 452 191 | 27 382 150 | 395 635 841 | 0,34 | 449 735 841 |
| Tschechische Republik | 3 400 000 | 173 400 000 | 176 800 000 | 58 933 333 | 193 725 600 | 1 055 383 132 | 94 300 710 | 1 343 409 442 | 1,14 | 1 520 209 442 |
| Dänemark | 3 400 000 | 295 900 000 | 299 300 000 | 99 766 667 | 306 034 800 | 1 952 401 925 | 174 451 231 | 2 432 887 956 | 2,07 | 2 732 187 956 |
| Deutschland | 26 300 000 | 3 386 600 000 | 3 412 900 000 | 1 137 633 332 | 3 715 233 900 | 21 018 601 971 | 326 429 505 | 25 060 265 376 | 21,30 | 28 473 165 376 |
| Estland | 0 | 23 700 000 | 23 700 000 | 7 900 000 | 26 175 600 | 136 157 370 | 12 165 948 | 174 498 918 | 0,15 | 198 198 918 |
| Irland | 0 | 213 300 000 | 213 300 000 | 71 100 000 | 196 179 300 | 1 023 442 137 | 91 446 714 | 1 311 068 151 | 1,11 | 1 524 368 151 |
| Griechenland | 1 400 000 | 114 600 000 | 116 000 000 | 38 666 667 | 195 036 000 | 1 340 560 296 | 119 781 891 | 1 655 378 187 | 1,41 | 1 771 378 187 |
| Spanien | 4 700 000 | 1 030 900 000 | 1 035 600 000 | 345 200 000 | 1 368 488 400 | 7 771 415 083 | 694 392 334 | 9 834 295 817 | 8,36 | 10 869 895 817 |
| Frankreich | 30 900 000 | 1 468 900 000 | 1 499 800 000 | 499 933 333 | 2 904 321 600 | 15 965 483 903 | 1 426 549 672 | 20 296 355 175 | 17,25 | 21 796 155 175 |
| Kroatien | 1 700 000 | 35 500 000 | 37 200 000 | 12 400 000 | 65 823 600 | 324 312 809 | 28 978 034 | 419 114 443 | 0,36 | 456 314 443 |
| Italien | 4 700 000 | 1 498 800 000 | 1 503 500 000 | 501 166 667 | 1 970 415 300 | 11 839 679 761 | 1 057 900 367 | 14 867 995 428 | 12,64 | 16 371 495 428 |
| Zypern | 0 | 16 000 000 | 16 000 000 | 5 333 333 | 23 208 000 | 114 345 792 | 10 217 038 | 147 770 830 | 0,13 | 163 770 830 |
| Lettland | 0 | 22 100 000 | 22 100 000 | 7 366 667 | 24 795 000 | 184 242 909 | 16 462 493 | 225 500 402 | 0,19 | 247 600 402 |
| Litauen | 800 000 | 53 900 000 | 54 700 000 | 18 233 334 | 42 495 600 | 260 915 635 | 23 313 363 | 326 724 598 | 0,28 | 381 424 598 |
| Luxemburg | 0 | 12 300 000 | 12 300 000 | 4 100 000 | 51 143 400 | 251 983 479 | 22 515 255 | 325 642 134 | 0,28 | 337 942 134 |
| Ungarn | 2 000 000 | 94 500 000 | 96 500 000 | 32 166 667 | 123 098 400 | 722 078 304 | 64 519 220 | 909 695 924 | 0,77 | 1 006 195 924 |
| Malta | 0 | 9 600 000 | 9 600 000 | 3 200 000 | 10 218 000 | 50 344 075 | 4 498 349 | 65 060 424 | 0,06 | 74 660 424 |
| Niederlande | 7 300 000 | 1 938 600 000 | 1 945 900 000 | 648 633 333 | 798 439 500 | 4 637 071 435 | 72 016 062 | 5 507 526 997 | 4,68 | 7 453 426 997 |
| Österreich | 3 200 000 | 164 700 000 | 167 900 000 | 55 966 667 | 446 367 600 | 2 436 447 794 | 37 839 265 | 2 920 654 659 | 2,48 | 3 088 554 659 |
| Polen | 12 800 000 | 369 400 000 | 382 200 000 | 127 400 000 | 577 318 200 | 2 911 095 906 | 260 112 561 | 3 748 526 667 | 3,19 | 4 130 726 667 |
| Portugal | 200 000 | 120 500 000 | 120 700 000 | 40 233 334 | 232 634 400 | 1 194 206 994 | 106 704 915 | 1 533 546 309 | 1,30 | 1 654 246 309 |
| Rumänien | 1 000 000 | 106 200 000 | 107 200 000 | 35 733 333 | 163 314 900 | 1 114 485 688 | 99 581 648 | 1 377 382 236 | 1,17 | 1 484 582 236 |
| Slowenien | 0 | 66 400 000 | 66 400 000 | 22 133 333 | 52 445 550 | 258 399 171 | 23 088 511 | 333 933 232 | 0,28 | 400 333 232 |
| Slowakei | 1 400 000 | 85 500 000 | 86 900 000 | 28 966 667 | 77 911 800 | 561 473 165 | 50 168 812 | 689 553 777 | 0,59 | 776 453 777 |
| Finnland | 800 000 | 136 600 000 | 137 400 000 | 45 800 000 | 291 653 100 | 1 527 483 739 | 136 483 895 | 1 955 620 734 | 1,66 | 2 093 020 734 |
| Schweden | 2 600 000 | 485 100 000 | 487 700 000 | 162 566 667 | 597 138 600 | 3 362 025 690 | 52 213 958 | 4 011 378 248 | 3,41 | 4 499 078 248 |
| Vereinigtes Königreich | 9 500 000 | 2 623 900 000 | 2 633 400 000 | 877 800 000 | 2 864 079 600 | 14 494 150 216 | – 5 297 340 704 | 12 060 889 112 | 10,25 | 14 694 289 112 |
| **Insgesamt** | **125 100 000** | **16 185 600 000** | **16 310 700 000** | **5 436 900 000** | **17 882 179 650** | **99 767 305 073** | **0** | **117 649 484 723** | **100,—** | **133 960 184 723** |

(1) p.m. (Eigenmittel + sonstige Einnahmen = Einnahmen insgesamt = Ausgaben insgesamt); (133 960 184 723 + 1 544 428 277 = 135 504 613 000 = 135 504 613 000).

(2) Eigenmittel insgesamt als Prozentsatz des BNE: (133 960 184 723) / (13 499 401 400 000) = 0,99 %; Eigenmittelobergrenze in % des BNE: 1,23 %.

## B. **EINNAHMEN NACH HAUSHALTSLINIEN**

| Titel | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|---|---|
| 1 | EIGENE MITTEL | 133 960 184 723 | 140 325 588 409 | 128 885 857 664,04 |
| 3 | ÜBERSCHÜSSE, SALDEN UND ANPASSUNGEN | p.m. | 1 057 276 526 | 2 040 909 497,04 |
| 4 | EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN BEAMTEN UND BEDIENSTETEN DER ORGANE UND ANDERER EINRICHTUNGEN DER UNION | 1 274 999 230 | 1 278 186 868 | 1 235 616 931,89 |
| 5 | EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DER ORGANE | 53 752 047 | 53 884 139 | 611 990 393,22 |
| 6 | BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM RAHMEN VON ABKOMMEN UND PROGRAMMEN DER UNION | 60 000 000 | 60 000 000 | 2 928 076 292,34 |
| 7 | VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN | 123 000 000 | 1 642 000 000 | 3 807 403 447,63 |
| 8 | ANLEIHEN UND DARLEHEN | 2 477 000 | 3 696 000 | 0,— |
| 9 | SONSTIGE EINNAHMEN | 30 200 000 | 30 200 000 | 30 686 945,77 |
| | **GESAMTBETRAG** | **135 504 613 000** | **144 450 831 942** | **139 540 541 171,93** |

## TITEL 1

## EIGENE MITTEL

**KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM)**

**KAPITEL 1 2 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM**

**KAPITEL 1 3 — EIGENMITTEL AUS DER MEHRWERTSTEUER GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE B DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM**

**KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 1 1 | | | | |
| ***1 1 0*** | ***Produktionsabgaben im Wirtschaftsjahr 2005/2006 und in den Vorjahren*** | p.m. | – 214 000 000 | – 4 511,18 | — |
| ***1 1 1*** | ***Abgaben in Verbindung mit der Lagerung von Zucker*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***1 1 3*** | ***Auf nicht ausgeführte C-Zucker-, C-Isoglucose- und C-Inulinsirup-Mengen sowie auf Substitutions-C-Zucker und Substitutions-C-Isoglucose erhobene Beträge*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***1 1 7*** | ***Produktionsabgabe*** | 125 100 000 | 123 400 000 | 123 467 843,47 | 98,70 |
| ***1 1 8*** | ***Einmalige Beträge aus der zusätzlichen Zuckerquote und der ergänzenden Isoglucosequote*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***1 1 9*** | ***Überschussbetrag*** | p.m. | 56 000 000 | 69 090 606,73 | — |
| | KAPITEL 1 1 — INSGESAMT | 125 100 000 | – 34 600 000 | 192 553 939,02 | 153,92 |
| | KAPITEL 1 2 | | | | |
| ***1 2 0*** | ***Zölle und andere Abgaben gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom*** | 16 185 600 000 | 14 857 300 000 | 16 260 836 002,26 | 100,46 |
| | KAPITEL 1 2 — INSGESAMT | 16 185 600 000 | 14 857 300 000 | 16 260 836 002,26 | 100,46 |
| | KAPITEL 1 3 | | | | |
| ***1 3 0*** | ***Eigenmittel aus der Mehrwertsteuer gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom*** | 17 882 179 650 | 14 680 052 250 | 14 648 213 838,73 | 81,92 |
| | KAPITEL 1 3 — INSGESAMT | 17 882 179 650 | 14 680 052 250 | 14 648 213 838,73 | 81,92 |
| | KAPITEL 1 4 | | | | |
| ***1 4 0*** | ***Unter Zugrundelegung des Bruttonationaleinkommens abgeführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom*** | 99 767 305 073 | 110 822 836 159 | 97 856 493 452,85 | 98,08 |
| | KAPITEL 1 4 — INSGESAMT | 99 767 305 073 | 110 822 836 159 | 97 856 493 452,85 | 98,08 |

**KAPITEL 1 5 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE**
**KAPITEL 1 6 — BRUTTOKÜRZUNG DER JÄHRLICHEN BNE-BEITRÄGE DER NIEDERLANDE UND SCHWEDENS**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 1 5 | | | | |
| ***1 5 0*** | ***Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs gemäß den Artikeln 4 und 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom*** | 0,— | 0,— | – 73 816 421,48 | — |
| | KAPITEL 1 5 — INSGESAMT | 0,— | 0,— | – 73 816 421,48 | — |
| | KAPITEL 1 6 | | | | |
| ***1 6 0*** | ***Bruttokürzung der jährlichen BNE-Beiträge der Niederlande und Schwedens gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom*** | p.m. | 0,— | 1 576 852,66 | — |
| | KAPITEL 1 6 — INSGESAMT | p.m. | 0,— | 1 576 852,66 | — |
| | **Titel 1 — Insgesamt** | **133 960 184 723** | **140 325 588 409** | **128 885 857 664,04** | **96,21** |

# TITEL 1

# EIGENE MITTEL

## KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM)

### *1 1 0 Produktionsabgaben im Wirtschaftsjahr 2005/2006 und in den Vorjahren*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | – 214 000 000 | – 4 511,18 |

*Erläuterungen*

Gemäß der gemeinsamen Marktorganisation für Zucker mussten die Zucker-, Isoglucose- und Inulinsiruperzeuger Grundproduktionsabgaben und B-Produktions-Abgaben zahlen. Diese Abgaben sollten die Ausgaben für die Stützung des Marktes decken. Die zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei diesem Artikel eingesetzten Mittel sind auf die Anpassung der in der Vergangenheit festgesetzten Abgaben zurückzuführen. Abgaben für die Wirtschaftsjahre 2007/2008 und Folgejahre werden bei Artikel 117 dieses Kapitels als „Produktionsabgabe“ eingesetzt.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1260/2001 des Rates vom 19. Juni 2001 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. L 178 vom 30.6.2001, S. 1).

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

| Mitgliedstaaten | Haushaltsplan 2014 | Haushaltsplan 2013 | Ausführung 2012 |
|---|---|---|---|
| Belgien | p.m. | – 13 608 187 | 0,— |
| Bulgarien | — | — | 0,— |
| Tschechische Republik | p.m. | – 680 683 | 0,— |
| Dänemark | p.m. | – 8 437 845 | 0,— |
| Deutschland | p.m. | – 71 022 930 | – 4 511,18 |
| Estland | — | — | 0,— |
| Irland | p.m. | – 1 628 671 | 0,— |
| Griechenland | p.m. | – 907 524 | 0,— |
| Spanien | p.m. | – 3 951 238 | 0,— |
| Frankreich | p.m. | – 66 471 563 | 0,— |
| Kroatien | — | — | |
| Italien | p.m. | – 5 433 959 | 0,— |
| Zypern | — | — | 0,— |
| Lettland | p.m. | – 37 322 | 0,— |
| Litauen | p.m. | – 52 455 | 0,— |
| Luxemburg | — | — | 0,— |
| Ungarn | p.m. | – 343 310 | 0,— |
| Malta | — | — | 0,— |
| Niederlande | p.m. | – 16 005 676 | 0,— |
| Österreich | p.m. | – 6 487 560 | 0,— |
| Polen | p.m. | – 3 906 994 | 0,— |
| Portugal | p.m. | – 551 346 | 0,— |
| Rumänien | — | — | 0,— |
| Slowenien | p.m. | – 4 160 | 0,— |
| Slowakei | p.m. | – 767 751 | 0,— |
| Finnland | p.m. | – 1 207 994 | 0,— |
| Schweden | p.m. | – 3 009 989 | 0,— |
| Vereinigtes Königreich | p.m. | – 9 482 843 | 0,— |
| *Artikel 1 1 0 insgesamt* | p.m. | – 214 000 000 | – 4 511,18 |

**KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM)** *(Fortsetzung)*

***1 1 1 Abgaben in Verbindung mit der Lagerung von Zucker***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel dient dazu, die Erträge zu erfassen, die von den neuen Mitgliedsstaaten für den Fall berechnet werden, dass der gemäß der Verordnung (EG) Nr. 60/2004 der Kommission vom 14. Januar 2004 mit Übergangsmaßnahmen für den Zuckersektor infolge des Beitritts der Tschechischen Republik, Estlands, Lettlands, Litauens, Maltas, Polens, Sloweniens, der Slowakei, Ungarns und Zyperns (ABl. L 9 vom 15.1.2004, S. 8) als Überschussmenge geltende Zucker nicht vom Markt genommen wird.

Bei diesem Artikel werden die restlichen Einnahmen aus den Lagerkostenabgaben für Zucker erfasst, nachdem mit der Verordnung (EG) Nr. 1260/2001 des Rates vom 19. Juni 2001 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. L 178 vom 30.6.2001, S. 1) diese Abgaben abgeschafft wurden.

Dieser Artikel dient außerdem zur Erfassung der ausstehenden Beträge, die gemäß Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 65/82 der Kommission vom 13. Januar 1982 mit Durchführungsbestimmungen zur Übertragung von Zucker auf das folgende Wirtschaftsjahr (ABl. L 9 vom 14.1.1982, S. 14) im Fall der Nichteinhaltung der Lagerverpflichtung zu zahlen sind, sowie die bei Nichtbeachtung der allgemeinen Vorschriften für Mindestlagerbestände im Zuckersektor geschuldeten Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1789/81 des Rates vom 30. Juni 1981 zur Aufstellung allgemeiner Regeln für die Mindestlagermengen von Zucker (ABl L 177 vom 1.7.1981, S. 39).

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

| Mitgliedstaaten | Haushaltsplan 2014 | Haushaltsplan 2013 | Ausführung 2012 |
|---|---|---|---|
| Belgien | p.m. | p.m. | 0,— |
| Bulgarien | p.m. | p.m. | 0,— |
| Tschechische Republik | p.m. | p.m. | 0,— |
| Dänemark | p.m. | p.m. | 0,— |
| Deutschland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Estland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Irland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Griechenland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Spanien | p.m. | p.m. | 0,— |
| Frankreich | p.m. | p.m. | 0,— |
| Kroatien | p.m. | p.m. | |
| Italien | p.m. | p.m. | 0,— |
| Zypern | p.m. | p.m. | 0,— |
| Lettland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Litauen | p.m. | p.m. | 0,— |
| Luxemburg | — | — | 0,— |
| Ungarn | p.m. | p.m. | 0,— |
| Malta | p.m. | p.m. | 0,— |
| Niederlande | p.m. | p.m. | 0,— |
| Österreich | p.m. | p.m. | 0,— |
| Polen | p.m. | p.m. | 0,— |
| Portugal | p.m. | p.m. | 0,— |
| Rumänien | p.m. | p.m. | 0,— |
| Slowenien | p.m. | p.m. | 0,— |
| Slowakei | p.m. | p.m. | 0,— |
| Finnland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Schweden | p.m. | p.m. | 0,— |
| Vereinigtes Königreich | p.m. | p.m. | 0,— |
| *Artikel 1 1 1 insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— |

**KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM)** *(Fortsetzung)*

***1 1 3 Auf nicht ausgeführte C-Zucker-, C-Isoglucose- und C-Inulinsirup-Mengen sowie auf Substitutions-C-Zucker und Substitutions-C-Isoglucose erhobene Beträge***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Auf nicht ausgeführte C-Zucker-, C-Isoglucose- und C-Inulinsirup-Mengen erhobene Beträge. Sie beinhalten auch die auf Substitutions-C-Zucker und Substitutions-C-Isoglucose erhobenen Beträge.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 2670/81 der Kommission vom 14. September 1981 mit Durchführungsvorschriften für die Erzeugung außerhalb der Quoten im Zuckersektor (ABl. L 262 vom 16.9.1981, S. 14).

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

| Mitgliedstaaten | Haushaltsplan 2014 | Haushaltsplan 2013 | Ausführung 2012 |
|---|---|---|---|
| Belgien | p.m. | p.m. | 0,— |
| Bulgarien | — | — | 0,— |
| Tschechische Republik | p.m. | p.m. | 0,— |
| Dänemark | p.m. | p.m. | 0,— |
| Deutschland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Estland | — | — | 0,— |
| Irland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Griechenland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Spanien | p.m. | p.m. | 0,— |
| Frankreich | p.m. | p.m. | 0,— |
| Kroatien | — | — | |
| Italien | p.m. | p.m. | 0,— |
| Zypern | — | — | 0,— |
| Lettland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Litauen | p.m. | p.m. | 0,— |
| Luxemburg | — | — | 0,— |
| Ungarn | p.m. | p.m. | 0,— |
| Malta | — | — | 0,— |
| Niederlande | p.m. | p.m. | 0,— |
| Österreich | p.m. | p.m. | 0,— |
| Polen | p.m. | p.m. | 0,— |
| Portugal | p.m. | p.m. | 0,— |
| Rumänien | — | — | 0,— |
| Slowenien | p.m. | p.m. | 0,— |
| Slowakei | p.m. | p.m. | 0,— |
| Finnland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Schweden | p.m. | p.m. | 0,— |
| Vereinigtes Königreich | p.m. | p.m. | 0,— |
| *Artikel 1 1 3 insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— |

**KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM)** *(Fortsetzung)*

***1 1 7 Produktionsabgabe***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 125 100 000 | 123 400 000 | 123 467 843,47 |

*Erläuterungen*

Die derzeitige gemeinsame Marktorganisation für Zucker sieht vor, dass die Zucker, Isoglucose und Inulinsirup erzeugenden Unternehmen eine Produktionsabgabe zahlen müssen.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 1), insbesondere Artikel 16.

Verordnung (EG) Nr. 952/2006 der Kommission vom 29. Juni 2006 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates hinsichtlich der Binnenmarktordnung und Quotenregelung für Zucker (ABl. L 178 vom 1.7.2006, S. 39).

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 zur Errichtung einer gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1), insbesondere Artikel 51.

| Mitgliedstaaten | Haushaltsplan 2014 | Haushaltsplan 2013 | Ausführung 2012 |
|---|---|---|---|
| Belgien | 6 600 000 | 6 600 000 | 6 601 725,90 |
| Bulgarien | 400 000 | 400 000 | 401 391,— |
| Tschechische Republik | 3 400 000 | 3 400 000 | 3 332 477,82 |
| Dänemark | 3 400 000 | 3 400 000 | 3 354 241,56 |
| Deutschland | 26 300 000 | 26 300 000 | 26 339 173,20 |
| Estland | — | — | 0,— |
| Irland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Griechenland | 1 400 000 | 1 400 000 | 1 428 318,— |
| Spanien | 4 700 000 | 4 700 000 | 4 728 467,63 |
| Frankreich | 30 900 000 | 30 900 000 | 30 933 280,80 |
| Kroatien | 1 700 000 | p.m. | |
| Italien | 4 700 000 | 4 700 000 | 3 962 693,25 |
| Zypern | — | — | 0,— |
| Lettland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Litauen | 800 000 | 800 000 | 812 268,— |
| Luxemburg | — | — | 0,— |
| Ungarn | 2 000 000 | 2 000 000 | 1 959 534,60 |
| Malta | — | — | 0,— |
| Niederlande | 7 300 000 | 7 300 000 | 7 243 992,— |
| Österreich | 3 200 000 | 3 200 000 | 3 159 246,60 |
| Polen | 12 800 000 | 12 800 000 | 13 662 147,58 |
| Portugal | 200 000 | 200 000 | 56 250,— |
| Rumänien | 1 000 000 | 1 000 000 | 960 460,15 |
| Slowenien | p.m. | p.m. | 0,— |
| Slowakei | 1 400 000 | 1 400 000 | 1 317 300,75 |
| Finnland | 800 000 | 800 000 | 728 991,— |
| Schweden | 2 600 000 | 2 600 000 | 2 767 357,— |
| Vereinigtes Königreich | 9 500 000 | 9 500 000 | 9 718 526,63 |
| *Artikel 1 1 7 insgesamt* | 125 100 000 | 123 400 000 | 123 467 843,47 |

**KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM)** *(Fortsetzung)*

***1 1 8 Einmalige Beträge aus der zusätzlichen Zuckerquote und der ergänzenden Isoglucosequote***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Auf die zusätzlichen Zuckerquoten und die ergänzenden Isoglucosequoten, die den Unternehmen gemäß Artikel 58 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 zugeteilt werden, wird ein einmaliger Betrag erhoben.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 1), insbesondere Artikel 8 und Artikel 9 Absätze 2 und 3.

Verordnung (EG) Nr. 952/2006 der Kommission vom 29. Juni 2006 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates hinsichtlich der Binnenmarktordnung und Quotenregelung für Zucker (ABl. L 178 vom 1.7.2006, S. 39).

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 zur Errichtung einer gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1).

| Mitgliedstaaten | Haushaltsplan 2014 | Haushaltsplan 2013 | Ausführung 2012 |
|---|---|---|---|
| Belgien | p.m. | p.m. | 0,— |
| Bulgarien | p.m. | p.m. | 0,— |
| Tschechische Republik | p.m. | p.m. | 0,— |
| Dänemark | p.m. | p.m. | 0,— |
| Deutschland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Estland | — | — | 0,— |
| Irland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Griechenland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Spanien | p.m. | p.m. | 0,— |
| Frankreich | p.m. | p.m. | 0,— |
| Kroatien | — | — | |
| Italien | p.m. | p.m. | 0,— |
| Zypern | — | — | 0,— |
| Lettland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Litauen | p.m. | p.m. | 0,— |
| Luxemburg | — | — | 0,— |
| Ungarn | p.m. | p.m. | 0,— |
| Malta | — | — | 0,— |
| Niederlande | p.m. | p.m. | 0,— |
| Österreich | p.m. | p.m. | 0,— |
| Polen | p.m. | p.m. | 0,— |
| Portugal | p.m. | p.m. | 0,— |
| Rumänien | p.m. | p.m. | 0,— |
| Slowenien | p.m. | p.m. | 0,— |
| Slowakei | p.m. | p.m. | 0,— |
| Finnland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Schweden | p.m. | p.m. | 0,— |
| Vereinigtes Königreich | p.m. | p.m. | 0,— |
| *Artikel 1 1 8 insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— |

**KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM)** *(Fortsetzung)*

***1 1 9 Überschussbetrag***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 56 000 000 | 69 090 606,73 |

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 64 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 erheben die Mitgliedstaaten bei den betreffenden, auf ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Unternehmen einen Überschussbetrag.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 1), insbesondere Artikel 15.

Verordnung (EG) Nr. 967/2006 der Kommission vom 29. Juni 2006 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 318/2006 hinsichtlich der Binnenmarktordnung und Quotenregelung für Zucker (ABl. L 176 vom 30.6.2006, S. 22).

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 zur Errichtung einer gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1).

| Mitgliedstaaten | Haushaltsplan 2014 | Haushaltsplan 2013 | Ausführung 2012 |
|---|---|---|---|
| Belgien | p.m. | 1 900 774 | 14 335 953,71 |
| Bulgarien | p.m. | p.m. | 158 244,71 |
| Tschechische Republik | p.m. | 3 428 647 | 4 952 955,23 |
| Dänemark | p.m. | 1 610 092 | 691 763,36 |
| Deutschland | p.m. | 9 214 737 | 10 163 317,33 |
| Estland | — | — | 0,— |
| Irland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Griechenland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Spanien | p.m. | 655 744 | 3 209 259,75 |
| Frankreich | p.m. | 9 029 301 | 7 177 450,— |
| Kroatien | p.m. | p.m. | |
| Italien | p.m. | 767 696 | 1 303 897,90 |
| Zypern | — | — | 0,— |
| Lettland | p.m. | p.m. | 0,— |
| Litauen | p.m. | 3 871 433 | 1 099 273,06 |
| Luxemburg | — | — | 0,— |
| Ungarn | p.m. | 128 973 | 918 904,51 |
| Malta | — | — | 0,— |
| Niederlande | p.m. | 2 930 016 | 2 449 406,70 |
| Österreich | p.m. | p.m. | 2 585 675,29 |
| Polen | p.m. | 11 488 496 | 9 594 394,09 |
| Portugal | p.m. | p.m. | 0,— |
| Rumänien | p.m. | 2 925 266 | 1 388 326,59 |
| Slowenien | p.m. | p.m. | 0,— |
| Slowakei | p.m. | 1 610 099 | 3 281 684,01 |
| Finnland | p.m. | 2 037 430 | 691 056,89 |
| Schweden | p.m. | 2 888 956 | 2 483 480,48 |
| Vereinigtes Königreich | p.m. | 1 512 340 | 2 605 563,12 |
| *Artikel 1 1 9 insgesamt* | p.m. | 56 000 000 | 69 090 606,73 |

## KAPITEL 1 2 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

### *1 2 0 Zölle und andere Abgaben gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 16 185 600 000 | 14 857 300 000 | 16 260 836 002,26 |

*Erläuterungen*

Die Verwendung der Zölle als Eigenmittel zur Finanzierung der Ausgaben der Union ist die logische Folge des freien Warenverkehrs innerhalb der Union. Dieser Artikel kann Abschöpfungen, Prämien, Zusatz- oder Ausgleichsbeträge, zusätzliche Teilbeträge und andere Abgaben, Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs und andere Zölle auf den Warenverkehr mit Drittländern, die von den Organen der Europäischen Union eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden, sowie Zölle auf die unter den ausgelaufenen Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallenden Erzeugnisse umfassen.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

| Mitgliedstaaten | Haushaltsplan 2014 | Haushaltsplan 2013 | Ausführung 2012 |
|---|---|---|---|
| Belgien | 1 585 000 000 | 1 352 365 025 | 1 579 914 329,47 |
| Bulgarien | 53 700 000 | 44 250 631 | 45 374 999,54 |
| Tschechische Republik | 173 400 000 | 170 476 673 | 190 165 510,05 |
| Dänemark | 295 900 000 | 290 087 469 | 302 339 893,06 |
| Deutschland | 3 386 600 000 | 3 044 800 988 | 3 357 072 220,49 |
| Estland | 23 700 000 | 20 918 480 | 22 129 726,07 |
| Irland | 213 300 000 | 188 355 716 | 203 528 935,31 |
| Griechenland | 114 600 000 | 102 268 125 | 121 720 666,16 |
| Spanien | 1 030 900 000 | 974 318 437 | 1 076 996 377,57 |
| Frankreich | 1 468 900 000 | 1 529 194 530 | 1 461 177 634,09 |
| Kroatien | 35 500 000 | 16 359 324 | |
| Italien | 1 498 800 000 | 1 337 263 006 | 1 558 082 820,99 |
| Zypern | 16 000 000 | 14 482 025 | 20 261 808,43 |
| Lettland | 22 100 000 | 23 153 360 | 24 378 656,82 |
| Litauen | 53 900 000 | 46 306 721 | 47 294 541,46 |
| Luxemburg | 12 300 000 | 10 816 821 | 11 763 042,25 |
| Ungarn | 94 500 000 | 85 104 244 | 93 891 707,51 |
| Malta | 9 600 000 | 9 118 312 | 9 411 541,40 |
| Niederlande | 1 938 600 000 | 1 763 856 967 | 1 897 252 625,81 |
| Österreich | 164 700 000 | 161 894 732 | 171 367 985,58 |
| Polen | 369 400 000 | 357 133 880 | 359 676 232,79 |
| Portugal | 120 500 000 | 111 028 856 | 119 440 329,10 |
| Rumänien | 106 200 000 | 126 851 809 | 128 681 784,52 |
| Slowenien | 66 400 000 | 57 481 123 | 64 984 091,48 |
| Slowakei | 85 500 000 | 91 272 513 | 92 011 350,59 |
| Finnland | 136 600 000 | 129 623 060 | 138 236 243,67 |
| Schweden | 485 100 000 | 437 589 572 | 459 665 271,20 |
| Vereinigtes Königreich | 2 623 900 000 | 2 360 927 601 | 2 704 015 676,85 |
| *Artikel 1 2 0 insgesamt* | 16 185 600 000 | 14 857 300 000 | 16 260 836 002,26 |

## KAPITEL 1 3 — EIGENMITTEL AUS DER MEHRWERTSTEUER GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE B DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

### *1 3 0 Eigenmittel aus der Mehrwertsteuer gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 17 882 179 650 | 14 680 052 250 | 14 648 213 838,73 |

*Erläuterungen*

Für alle Mitgliedstaaten wurde ein einheitlicher Satz von 0,30 % auf die nach Maßgabe der Vorschriften der Union ermittelten einheitlichen MwSt.-Bemessungsgrundlagen festgelegt. Die für diese Zwecke heranzuziehende Bemessungsgrundlage darf 50 % des BNE eines jeden Mitgliedstaats nicht überschreiten.

Lediglich im Zeitraum 2007-2013 beträgt der Abrufsatz für die MwSt.-Eigenmittel für Österreich 0,225 %, für Deutschland 0,15 % und für die Niederlande und Schweden 0,10 %.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4.

| Mitgliedstaaten | Haushaltsplan 2014 | Haushaltsplan 2013 | Ausführung 2012 |
|---|---|---|---|
| Belgien | 502 682 400 | 489 384 900 | 492 601 800,— |
| Bulgarien | 61 801 500 | 58 248 300 | 53 834 700,02 |
| Tschechische Republik | 193 725 600 | 193 411 500 | 198 296 858,51 |
| Dänemark | 306 034 800 | 297 404 700 | 297 118 992,97 |
| Deutschland | 3 715 233 900 | 1 797 675 750 | 1 748 253 000,— |
| Estland | 26 175 600 | 25 017 000 | 23 641 500,— |
| Irland | 196 179 300 | 194 340 000 | 185 366 100,— |
| Griechenland | 195 036 000 | 199 643 100 | 268 480 800,— |
| Spanien | 1 368 488 400 | 1 354 325 100 | 1 437 471 000,— |
| Frankreich | 2 904 321 600 | 2 836 607 100 | 2 862 885 900,— |
| Kroatien | 65 823 600 | 32 187 750 | |
| Italien | 1 970 415 300 | 1 929 954 300 | 1 958 027 700,— |
| Zypern | 23 208 000 | 23 936 850 | 25 856 250,— |
| Lettland | 24 795 000 | 23 444 400 | 20 727 403,99 |
| Litauen | 42 495 600 | 39 907 500 | 34 265 700,06 |
| Luxemburg | 51 143 400 | 49 310 850 | 46 604 700,— |
| Ungarn | 123 098 400 | 118 106 400 | 111 261 187,45 |
| Malta | 10 218 000 | 9 823 050 | 8 928 450,— |
| Niederlande | 798 439 500 | 259 068 800 | 268 334 100,— |
| Österreich | 446 367 600 | 325 186 200 | 312 221 700,— |
| Polen | 577 318 200 | 567 817 500 | 543 696 549,43 |
| Portugal | 232 634 400 | 230 820 900 | 235 144 500,50 |
| Rumänien | 163 314 900 | 150 611 400 | 143 782 207,32 |
| Slowenien | 52 445 550 | 51 960 900 | 52 206 000,— |
| Slowakei | 77 911 800 | 75 870 000 | 75 223 500,— |
| Finnland | 291 653 100 | 283 354 200 | 272 974 500,— |
| Schweden | 597 138 600 | 190 320 100 | 180 951 631,96 |
| Vereinigtes Königreich | 2 864 079 600 | 2 872 313 700 | 2 790 057 106,52 |
| *Artikel 1 3 0 insgesamt* | 17 882 179 650 | 14 680 052 250 | 14 648 213 838,73 |

## KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

### *1 4 0* *Unter Zugrundelegung des Bruttonationaleinkommens abgeführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 99 767 305 073 | 110 822 836 159 | 97 856 493 452,85 |

*Erläuterungen*

Die BNE-Einnahme ist eine „zusätzliche Einnahme", die den Teil der Ausgaben decken soll, der durch die traditionellen Eigenmittel und die MwSt.-Einnahmen sowie durch andere Einnahmen in einem Jahr nicht finanziert werden kann. Hierdurch wird sichergestellt, dass der Unionshaushalt stets von vornherein ausgeglichen ist.

Der BNE-Abrufsatz wird anhand der zusätzlichen Mittel bestimmt, die zur Finanzierung der erwarteten Ausgaben erforderlich sind, die durch andere Mittel (MwSt.-Einnahmen, traditionelle Eigenmittel und andere Einnahmen) nicht gedeckt werden können. Somit wird auf das BNE jedes einzelnen Mitgliedstaats ein BNE-Abrufsatz angewandt.

Der auf das Bruttonationaleinkommen der Mitgliedstaaten für dieses Haushaltsjahr anzuwendende Satz beträgt 0,7390 %.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c.

| Mitgliedstaaten | Haushaltsplan 2014 | Haushaltsplan 2013 | Ausführung 2012 |
|---|---|---|---|
| Belgien | 2 952 664 503 | 3 269 456 218 | 2 900 914 595,— |
| Bulgarien | 306 452 191 | 335 554 542 | 290 309 850,05 |
| Tschechische Republik | 1 055 383 132 | 1 202 426 613 | 1 085 892 561,22 |
| Dänemark | 1 952 401 925 | 2 159 215 216 | 1 914 227 153,38 |
| Deutschland | 21 018 601 971 | 23 193 444 042 | 20 189 170 789,— |
| Estland | 136 157 370 | 145 129 074 | 119 901 016,— |
| Irland | 1 023 442 137 | 1 129 478 837 | 948 017 408,— |
| Griechenland | 1 340 560 296 | 1 536 393 391 | 1 509 513 772,— |
| Spanien | 7 771 415 083 | 8 713 469 013 | 7 832 364 178,— |
| Frankreich | 15 965 483 903 | 17 697 582 270 | 15 709 240 443,— |
| Kroatien | 324 312 809 | 180 940 199 | |
| Italien | 11 839 679 761 | 13 151 631 037 | 11 922 352 958,— |
| Zypern | 114 345 792 | 134 558 595 | 130 214 700,— |
| Lettland | 184 242 909 | 198 322 972 | 158 910 956,02 |
| Litauen | 260 915 635 | 279 846 193 | 236 036 287,42 |
| Luxemburg | 251 983 479 | 277 195 984 | 234 706 001,— |
| Ungarn | 722 078 304 | 800 700 329 | 711 382 494,60 |
| Malta | 50 344 075 | 55 219 288 | 44 964 581,— |
| Niederlande | 4 637 071 435 | 5 151 354 871 | 4 596 562 680,— |
| Österreich | 2 436 447 794 | 2 684 283 716 | 2 330 821 606,— |
| Polen | 2 911 095 906 | 3 252 126 568 | 2 802 176 760,12 |
| Portugal | 1 194 206 994 | 1 344 995 702 | 1 215 218 351,30 |
| Rumänien | 1 114 485 688 | 1 168 871 074 | 1 020 904 959,78 |
| Slowenien | 258 399 171 | 292 092 973 | 262 914 717,— |
| Slowakei | 561 473 165 | 611 070 009 | 529 977 419,— |
| Finnland | 1 527 483 739 | 1 683 693 730 | 1 512 918 428,— |
| Schweden | 3 362 025 690 | 3 673 202 833 | 3 130 360 388,37 |
| Vereinigtes Königreich | 14 494 150 216 | 16 500 580 870 | 14 516 518 399,59 |
| *Artikel 1 4 0 — insgesamt* | 99 767 305 073 | 110 822 836 159 | 97 856 493 452,85 |

## KAPITEL 1 5 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE

### *1 5 0 Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs gemäß den Artikeln 4 und 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 0,— | 0,— | – 73 816 421,48 |

*Erläuterungen*

Der Mechanismus zur Korrektur des Haushaltsungleichgewichts zugunsten des Vereinigten Königreichs (VK-Korrektur) wurde vom Europäischen Rat in Fontainebleau (Juni 1984) beschlossen und mit dem anschließenden Eigenmittelbeschluss von 1985 eingeführt. Ziel dieses Mechanismus war es, das Haushaltsungleichgewicht des Vereinigten Königreichs mit Hilfe einer Reduzierung seiner Zahlungen an die EU zu verringern.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere die Artikel 4 und 5.

| Mitgliedstaaten | Haushaltsplan 2014 | Haushaltsplan 2013 | Ausführung 2012 |
|---|---|---|---|
| Belgien | 263 826 803 | 230 617 663 | 198 203 463,— |
| Bulgarien | 27 382 150 | 23 669 014 | 19 835 268,— |
| Tschechische Republik | 94 300 710 | 84 815 577 | 74 188 324,42 |
| Dänemark | 174 451 231 | 152 304 583 | 130 786 144,71 |
| Deutschland | 326 429 505 | 284 710 504 | 241 497 563,— |
| Estland | 12 165 948 | 10 236 971 | 8 192 174,— |
| Irland | 91 446 714 | 79 670 059 | 64 772 790,— |
| Griechenland | 119 781 891 | 108 372 594 | 103 136 734,— |
| Spanien | 694 392 334 | 614 622 042 | 535 142 160,— |
| Frankreich | 1 426 549 672 | 1 248 334 520 | 1 073 325 585,— |
| Kroatien | 28 978 034 | 12 762 980 | |
| Italien | 1 057 900 367 | 927 676 717 | 814 588 491,— |
| Zypern | 10 217 038 | 9 491 361 | 8 896 851,— |
| Lettland | 16 462 493 | 13 989 109 | 10 858 962,16 |
| Litauen | 23 313 363 | 19 739 513 | 16 127 055,— |
| Luxemburg | 22 515 255 | 19 552 576 | 16 036 164,— |
| Ungarn | 64 519 220 | 56 479 006 | 48 736 263,22 |
| Malta | 4 498 349 | 3 895 003 | 3 072 181,— |
| Niederlande | 72 016 062 | 63 235 319 | 54 982 877,— |
| Österreich | 37 839 265 | 32 950 853 | 27 880 676,— |
| Polen | 260 112 561 | 229 395 281 | 191 561 658,25 |
| Portugal | 106 704 915 | 94 871 974 | 83 029 154,— |
| Rumänien | 99 581 648 | 82 448 669 | 69 669 333,55 |
| Slowenien | 23 088 511 | 20 603 365 | 17 963 510,— |
| Slowakei | 50 168 812 | 43 103 051 | 36 210 428,— |
| Finnland | 136 483 895 | 118 762 720 | 103 369 355,— |
| Schweden | 52 213 958 | 45 090 304 | 37 456 719,70 |
| Vereinigtes Königreich | – 5 297 340 704 | – 4 631 401 328 | – 4 063 336 306,49 |
| *Artikel 1 5 0 — insgesamt* | 0 | 0 | – 73 816 421,48 |

## KAPITEL 1 6 — BRUTTOKÜRZUNG DER JÄHRLICHEN BNE-BEITRÄGE DER NIEDERLANDE UND SCHWEDENS

### *1 6 0 Bruttokürzung der jährlichen BNE-Beiträge der Niederlande und Schwedens gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 0,— | 1 576 852,66 |

*Erläuterungen*

Lediglich im Zeitraum 2007-2013 werden der jährliche BNE-Beitrag der Niederlande um brutto 605 Mio. EUR und der jährliche BNE-Beitrag Schwedens um brutto 150 Mio. EUR gekürzt (zu Preisen von 2004). Diese Beträge werden an die gegenwärtigen Preise angepasst.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1), insbesondere Artikel 10 Absatz 9.

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 5.

| Mitgliedstaaten | Haushaltsplan 2014 | Haushaltsplan 2013 | Ausführung 2012 |
|---|---|---|---|
| Belgien | p.m. | 25 535 591 | 25 260 463,— |
| Bulgarien | p.m. | 2 620 798 | 2 527 947,96 |
| Tschechische Republik | p.m. | 9 391 370 | 9 456 101,24 |
| Dänemark | p.m. | 16 864 223 | 16 670 812,69 |
| Deutschland | p.m. | 181 148 872 | 175 802 420,— |
| Estland | p.m. | 1 133 509 | 1 044 069,— |
| Irland | p.m. | 8 821 623 | 8 255 106,— |
| Griechenland | p.m. | 11 999 767 | 13 144 481,— |
| Spanien | p.m. | 68 055 226 | 68 202 334,— |
| Frankreich | p.m. | 138 224 279 | 136 792 269,— |
| Kroatien | p.m. | 1 413 206 | |
| Italien | p.m. | 102 718 817 | 103 816 968,— |
| Zypern | p.m. | 1 050 949 | 1 133 878,— |
| Lettland | p.m. | 1 548 971 | 1 383 741,08 |
| Litauen | p.m. | 2 185 696 | 2 055 347,04 |
| Luxemburg | p.m. | 2 164 997 | 2 043 763,— |
| Ungarn | p.m. | 6 253 748 | 6 192 829,83 |
| Malta | p.m. | 431 282 | 391 541,— |
| Niederlande | p.m. | – 653 364 512 | – 638 798 259,— |
| Österreich | p.m. | 20 965 190 | 20 296 231,— |
| Polen | p.m. | 25 400 241 | 24 368 979,62 |
| Portugal | p.m. | 10 504 885 | 10 581 827,50 |
| Rumänien | p.m. | 9 129 290 | 8 890 360,06 |
| Slowenien | p.m. | 2 281 348 | 2 289 398,— |
| Slowakei | p.m. | 4 772 669 | 4 614 915,— |
| Finnland | p.m. | 13 150 234 | 13 174 128,— |
| Schweden | p.m. | – 143 277 550 | – 144 481 874,96 |
| Vereinigtes Königreich | p.m. | 128 875 281 | 126 467 075,60 |
| *Artikel 1 6 0 — insgesamt* | p.m. | 0 | 1 576 852,66 |

## TITEL 3

## ÜBERSCHÜSSE, SALDEN UND ANPASSUNGEN

**KAPITEL 3 0 — VERFÜGBARER ÜBERSCHUSS AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR**
**KAPITEL 3 1 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4, 5 UND 8 DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 1150/2000 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL**
**KAPITEL 3 2 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 6 BIS 8 DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 1150/2000 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS/BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL**
**KAPITEL 3 4 — ANPASSUNG INFOLGE DER NICHTBETEILIGUNG EINZELNER MITGLIEDSTAATEN AN BESTIMMTEN MASSNAHMEN IM BEREICH FREIHEIT, SICHERHEIT UND RECHT**

| Artikel<br>Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr<br>2014 | Haushaltsjahr<br>2013 | Haushaltsjahr<br>2012 | %<br>2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 3 0 | | | | |
| ***3 0 0*** | ***Verfügbarer Überschuss aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr*** | p.m. | 1 023 276 526 | 1 496 968 014,23 | — |
| ***3 0 2*** | ***Eigenmittelüberschuss aufgrund der Rückzahlung der Überschüsse des Garantiefonds im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Außenbereich*** | p.m. | 34 000 000 | 0,— | — |
| | KAPITEL 3 0 — INSGESAMT | p.m. | 1 057 276 526 | 1 496 968 014,23 | — |
| | KAPITEL 3 1 | | | | |
| ***3 1 0*** | ***Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995*** | | | | |
| 3 1 0 3 | Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995 | p.m. | p.m. | 222 970 336,39 | — |
| | *Artikel 3 1 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 222 970 336,39 | — |
| | KAPITEL 3 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 222 970 336,39 | — |
| | KAPITEL 3 2 | | | | |
| ***3 2 0*** | ***Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 bis 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995*** | | | | |
| 3 2 0 3 | Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 bis 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995 | p.m. | p.m. | 306 477 219,83 | — |
| | *Artikel 3 2 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 306 477 219,83 | — |
| | KAPITEL 3 2 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 306 477 219,83 | — |
| | KAPITEL 3 4 | | | | |
| ***3 4 0*** | ***Anpassung infolge der Nichtbeteiligung einzelner Mitgliedstaaten an bestimmten Massnahmen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht*** | p.m. | p.m. | – 2 788 620,55 | — |
| | KAPITEL 3 4 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | – 2 788 620,55 | — |

**KAPITEL 3 5 — ERGEBNIS DER ENDGÜLTIGEN BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

**KAPITEL 3 6 — ERGEBNIS VON AKTUALISIERUNGEN DER BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 3 5 | | | | |
| ***3 5 0*** | ***Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs*** | | | | |
| 3 5 0 4 | Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs | p.m. | p.m. | 2 555 227,38 | — |
| | *Artikel 3 5 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 2 555 227,38 | — |
| | KAPITEL 3 5 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 2 555 227,38 | — |
| | KAPITEL 3 6 | | | | |
| ***3 6 0*** | ***Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs*** | | | | |
| 3 6 0 4 | Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs | p.m. | p.m. | 14 727 319,76 | — |
| | *Artikel 3 6 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 14 727 319,76 | — |
| | KAPITEL 3 6 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 14 727 319,76 | — |
| | **Titel 3 — Insgesamt** | **p.m.** | **1 057 276 526** | **2 040 909 497,04** | **—** |

# TITEL 3

# ÜBERSCHÜSSE, SALDEN UND ANPASSUNGEN

## KAPITEL 30 — VERFÜGBARER ÜBERSCHUSS AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR

### *300* *Verfügbarer Überschuss aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 1 023 276 526 | 1 496 968 014,23 |

*Erläuterungen*

Nach Artikel 18 der Haushaltsordnung wird der Saldo jedes Haushaltsjahres — je nachdem, ob es sich um einen Überschuss oder ein Defizit handelt — als Einnahme oder Ausgabe im Haushaltsplan des darauf folgenden Haushaltsjahres verbucht.

Die geschätzten Einnahmen- oder Ausgabenbeträge werden im Verlauf des Haushaltsverfahrens in den Haushaltsplan eingesetzt; gegebenenfalls wird das Verfahren des Berichtigungsschreibens gemäß Artikel 39 der Haushaltsordnung angewendet. Die Schätzungen werden entsprechend den Richtlinien in Artikel 15 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 vorgenommen.

Nach Abschluss der Rechnungen des jeweiligen Haushaltsjahres wird der gegenüber den Schätzungen verzeichnete Unterschiedsbetrag im Wege eines Berichtigungshaushaltsplans, der von der Kommission innerhalb von 15 Tagen nach Vorlage der vorläufigen Rechnungen vorgelegt werden muss, in den Haushaltsplan des darauf folgenden Jahres eingesetzt.

Ein Fehlbetrag wird bei Artikel 27 02 01 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1).

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 7.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 18.

### *302* *Eigenmittelüberschuss aufgrund der Rückzahlung der Überschüsse des Garantiefonds im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Außenbereich*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 34 000 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel dient der Verbuchung — gemäß den Artikeln 3 und 4 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 — der nach Erreichen des Zielbetrags des Garantiefonds eventuell anfallenden Überschüsse.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17).

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates vom 25. Mai 2009 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. L 145 vom 10.6.2009, S. 10).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 7 Absatz 2.

## KAPITEL 3 1 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4, 5 UND 8 DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 1150/2000 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL

### *3 1 0 Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995*

3 1 0 3 Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 222 970 336,39 |

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 7 Absatz 1 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1553/89 des Rates übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission vor dem 31. Juli eine Übersicht, aus der der Gesamtbetrag der für das vorhergehende Kalenderjahr berechneten Grundlage der MwSt.-Eigenmittel hervorgeht.

Entsprechend den Unionsvorschriften werden jedem Mitgliedstaat der Betrag, der sich aus dieser Übersicht ergibt, angelastet und die im Laufe des vorhergehenden Haushaltsjahres tatsächlich erfolgten zwölf Gutschriften angerechnet. Die Kommission stellt den Saldo für jeden Mitgliedstaat fest und teilt ihn dem betreffenden Mitgliedstaat so rechtzeitig mit, dass dieser den Saldo am ersten Arbeitstag des Monats Dezember desselben Jahres auf dem in Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 genannten Konto der Kommission gutschreiben kann.

Die im Einklang mit Artikel 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1553/89 aufgrund von Kommissionskontrollen erfolgten Berichtigungen der genannten Übersichten oder/und die an dem BNE der vorhergehenden Haushaltsjahre vorgenommenen Änderungen, die sich auf die Begrenzung der MwSt.-Bemessungsgrundlage auswirken, können Anpassungen der MwSt.-Eigenmittelsalden nach sich ziehen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1553/89 des Rates vom 29. Mai 1989 über die endgültige einheitliche Regelung für die Erhebung der Mehrwertsteuereigenmittel (ABl. L 155 vom 7.6.1989, S. 9).

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1), insbesondere Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8.

**KAPITEL 3 1 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4, 5 UND 8 DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 1150/2000 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL** *(Fortsetzung)*

***3 1 0*** *(Fortsetzung)*

3 1 0 3 *(Fortsetzung)*

| Mitgliedstaaten | Haushaltsplan 2014 | Haushaltsplan 2013 | Ausführung 2012 |
|---|---|---|---|
| Belgien | p.m. | p.m. | – 16 820 717,65 |
| Bulgarien | p.m. | p.m. | – 998 469,74 |
| Tschechische Republik | p.m. | p.m. | – 171 500,48 |
| Dänemark | p.m. | p.m. | – 4 211 702,92 |
| Deutschland | p.m. | p.m. | 54 932 404,29 |
| Estland | p.m. | p.m. | – 629 876,36 |
| Irland | p.m. | p.m. | 5 742 052,25 |
| Griechenland | p.m. | p.m. | – 52 894 063,13 |
| Spanien | p.m. | p.m. | – 120 330 441,04 |
| Frankreich | p.m. | p.m. | 14 165 175,77 |
| Kroatien | p.m. | — | |
| Italien | p.m. | p.m. | 336 360 666,55 |
| Zypern | p.m. | p.m. | 43 500,— |
| Lettland | p.m. | p.m. | 1 369 178,33 |
| Litauen | p.m. | p.m. | 2 418 971,88 |
| Luxemburg | p.m. | p.m. | – 5 719 604,37 |
| Ungarn | p.m. | p.m. | – 22 272 989,56 |
| Malta | p.m. | p.m. | 382 050,— |
| Niederlande | p.m. | p.m. | – 11 026 528,34 |
| Österreich | p.m. | p.m. | 14 762 805,39 |
| Polen | p.m. | p.m. | 209 962,29 |
| Portugal | p.m. | p.m. | 122 250,— |
| Rumänien | p.m. | p.m. | 3 281 559,79 |
| Slowenien | p.m. | p.m. | – 350 265,02 |
| Slowakei | p.m. | p.m. | 8 726 946,82 |
| Finnland | p.m. | p.m. | 4 264 524,76 |
| Schweden | p.m. | p.m. | 7 362 660,94 |
| Vereinigtes Königreich | p.m. | p.m. | 4 251 785,94 |
| Posten 3 1 0 3 insgesamt | p.m. | p.m. | 222 970 336,39 |

**KAPITEL 3 2 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 6 BIS 8 DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 1150/2000 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS/BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL**

***3 2 0 Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 bis 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995***

3 2 0 3 Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 bis 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 306 477 219,83 |

*Erläuterungen*

Auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1287/2003 übermittelten Zahlen für das Aggregat BNE des vorhergehenden Haushaltsjahres und seine Bestandteile werden jedem Mitgliedstaat ein entsprechend den Unionsvorschriften festgesetzter Betrag angelastet und die im Laufe des vorhergehenden Haushaltsjahres erfolgten zwölf Gutschriften angerechnet.

Die Kommission stellt den Saldo für jeden Mitgliedstaat fest und teilt ihn dem betreffenden Mitgliedstaat so rechtzeitig mit, dass dieser den Saldo am ersten Arbeitstag des Monats Dezember desselben Jahres auf dem in Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 genannten Konto der Kommission gutschreiben kann.

Etwaige Änderungen am Bruttosozialprodukt/Bruttonationaleinkommen vorhergehender Jahre gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1287/2003 des Rates, vorbehaltlich Artikel 4 und 5 dieser Verordnung, führen zu einer Anpassung des nach Artikel 10 Absatz 7 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 festgesetzten Saldos.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1), insbesondere Artikel 10 Absätze 6, 7 und 8.

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1287/2003 des Rates vom 15. Juli 2003 zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen (ABl. L 181 vom 19.7.2003, S. 1).

**KAPITEL 3 2 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 6 BIS 8 DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 1150/2000 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS/BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL** *(Fortsetzung)*

***3 2 0*** *(Fortsetzung)*

3 2 0 3 *(Fortsetzung)*

| Mitgliedstaaten | Haushaltsplan 2014 | Haushaltsplan 2013 | Ausführung 2012 |
|---|---|---|---|
| Belgien | p.m. | p.m. | 50 376 510,12 |
| Bulgarien | p.m. | p.m. | 4 961 140,90 |
| Tschechische Republik | p.m. | p.m. | 26 595 891,85 |
| Dänemark | p.m. | p.m. | 49 360 472,78 |
| Deutschland | p.m. | p.m. | 414 890 997,74 |
| Estland | p.m. | p.m. | 1 420 179,46 |
| Irland | p.m. | p.m. | 30 341 387,90 |
| Griechenland | p.m. | p.m. | – 145 806 031,67 |
| Spanien | p.m. | p.m. | – 59 671 242,71 |
| Frankreich | p.m. | p.m. | 64 017 365,54 |
| Kroatien | p.m. | — | |
| Italien | p.m. | p.m. | – 126 290 339,05 |
| Zypern | p.m. | p.m. | 199 703,19 |
| Lettland | p.m. | p.m. | 11 384 582,92 |
| Litauen | p.m. | p.m. | 2 568 398,34 |
| Luxemburg | p.m. | p.m. | – 27 121 232,07 |
| Ungarn | p.m. | p.m. | – 18 940 424,83 |
| Malta | p.m. | p.m. | 1 811 881,36 |
| Niederlande | p.m. | p.m. | – 95 838 959,66 |
| Österreich | p.m. | p.m. | 58 625 149,88 |
| Polen | p.m. | p.m. | – 20 305 239,68 |
| Portugal | p.m. | p.m. | 102 906 780,63 |
| Rumänien | p.m. | p.m. | 76 474 527,66 |
| Slowenien | p.m. | p.m. | – 218 593,42 |
| Slowakei | p.m. | p.m. | – 5 778 649,34 |
| Finnland | p.m. | p.m. | – 43 538 610,19 |
| Schweden | p.m. | p.m. | 79 104 615,68 |
| Vereinigtes Königreich | p.m. | p.m. | – 125 053 043,50 |
| Posten 3 2 0 3 insgesamt | p.m. | p.m. | 306 477 219,83 |

## KAPITEL 3 4 — ANPASSUNG INFOLGE DER NICHTBETEILIGUNG EINZELNER MITGLIEDSTAATEN AN BESTIMMTEN MASSNAHMEN IM BEREICH FREIHEIT, SICHERHEIT UND RECHT

### *3 4 0 Anpassung infolge der Nichtbeteiligung einzelner Mitgliedstaaten an bestimmten Massnahmen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | – 2 788 620,55 |

*Erläuterungen*

Artikel 3 des Protokolls über die Position Dänemarks und Artikel 5 des Protokolls über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands im Anhang zum Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union sehen vor, dass diese Länder keine finanziellen Folgen bestimmter Maßnahmen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht zu tragen haben, mit Ausnahme der sich ergebenden Verwaltungskosten. Es kann daher eine Anpassung der gezahlten Eigenmittel für jedes Jahr ihrer Nichtbeteiligung vorgenommen werden.

Der Beitrag jedes Mitgliedstaats zum Anpassungsmechanismus wird berechnet, indem die für diese Maßnahme oder Politik getätigten Ausgaben entsprechend dem Verhältnis des BNE-Gesamtaggregats und seiner Bestandteile — wie von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1287/2003 des Rates vom 15. Juli 2003 zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen (ABl. L 181 vom 19.7.2003, S. 1) für das Vorjahr vorgelegt — umgelegt wird.

Gemäß Artikel 10a der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 Die Kommission stellt den Saldo für jeden Mitgliedstaat fest und teilt ihn dem betreffenden Mitgliedstaat so rechtzeitig mit, dass dieser den Saldo am ersten Arbeitstag des des Monats Dezember desselben Jahres dem in Artikel 9 Absatz 1 derselben Verordnung genannten Konto gutschreiben kann.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1), insbesondere Artikel 10a.

Protokoll über die Position Dänemarks im Anhang zum Vertrag über die Europäische Union und zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 3, und Protokoll über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands über die Politik in den Bereichen Justiz und Inneres im Anhang zum Vertrag über die Europäische Union und zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 5.

**KAPITEL 3 4 — ANPASSUNG INFOLGE DER NICHTBETEILIGUNG EINZELNER MITGLIEDSTAATEN AN BESTIMMTEN MASSNAHMEN IM BEREICH FREIHEIT, SICHERHEIT UND RECHT** *(Fortsetzung)*

***3 4 0*** *(Fortsetzung)*

| Mitgliedstaaten | Haushaltsplan 2014 | Haushaltsplan 2013 | Ausführung 2012 |
|---|---|---|---|
| Belgien | p.m. | p.m. | 1 819 750,07 |
| Bulgarien | p.m. | p.m. | 182 393,10 |
| Tschechische Republik | p.m. | p.m. | 689 207,07 |
| Dänemark | p.m. | p.m. | – 3 242 190,40 |
| Deutschland | p.m. | p.m. | 12 853 399,60 |
| Estland | p.m. | p.m. | 73 589,56 |
| Irland | p.m. | p.m. | – 3 225 605,45 |
| Griechenland | p.m. | p.m. | 985 486,84 |
| Spanien | p.m. | p.m. | 5 070 963,06 |
| Frankreich | p.m. | p.m. | 9 900 589,35 |
| Kroatien | p.m. | — | |
| Italien | p.m. | p.m. | 7 629 718,75 |
| Zypern | p.m. | p.m. | 87 275,66 |
| Lettland | p.m. | p.m. | 100 325,78 |
| Litauen | p.m. | p.m. | 144 387,18 |
| Luxemburg | p.m. | p.m. | 149 671,04 |
| Ungarn | p.m. | p.m. | 461 929,61 |
| Malta | p.m. | p.m. | 29 562,37 |
| Niederlande | p.m. | p.m. | 2 951 140,85 |
| Österreich | p.m. | p.m. | 1 458 577,18 |
| Polen | p.m. | p.m. | 1 734 319,35 |
| Portugal | p.m. | p.m. | 801 537,29 |
| Rumänien | p.m. | p.m. | 616 226,98 |
| Slowenien | p.m. | p.m. | 173 607,12 |
| Slowakei | p.m. | p.m. | 328 948,25 |
| Finnland | p.m. | p.m. | 926 649,27 |
| Schweden | p.m. | p.m. | 2 008 436,76 |
| Vereinigtes Königreich | p.m. | p.m. | – 47 498 516,79 |
| *Artikel 3 4 0 insgesamt* | p.m. | p.m. | – 2 788 620,55 |

## KAPITEL 3 5 — ERGEBNIS DER ENDGÜLTIGEN BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

### *3 5 0 Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs*

3 5 0 4 Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 2 555 227,38 |

*Erläuterungen*

Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs.

Die Zahlenangaben für 2012 entsprechen dem Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsgleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs für das Haushaltsjahr 2008.

Die Zahlenangaben für 2013 entsprechen dem Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsgleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs für das Haushaltsjahr 2009.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2000/597/EG, Euratom des Rates vom 29. September 2000 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 253 vom 7.10.2000, S. 42), insbesondere Artikel 4 und 5.

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 4 und 5.

| Mitgliedstaaten | Haushaltsplan 2014 | Haushaltsplan 2013 | Ausführung 2012 |
|---|---|---|---|
| Belgien | p.m. | – 1 560 520 | – 2 436 633,— |
| Bulgarien | p.m. | 347 361 | 1 220 805,96 |
| Tschechische Republik | p.m. | 638 761 | 1 771 024,47 |
| Dänemark | p.m. | – 2 771 664 | – 3 868 897,95 |
| Deutschland | p.m. | – 5 926 083 | – 4 774 265,— |
| Estland | p.m. | – 102 455 | 47 930,— |
| Irland | p.m. | – 1 276 162 | 492 015,— |
| Griechenland | p.m. | – 11 973 529 | – 4 953 249,— |
| Spanien | p.m. | – 19 472 383 | – 5 638 762,— |
| Frankreich | p.m. | – 44 165 819 | – 19 594 776,— |
| Kroatien | — | — | |
| Italien | p.m. | – 25 357 823 | 8 439 585,— |
| Zypern | p.m. | – 337 011 | – 497 841,— |
| Lettland | p.m. | 85 188 | – 257 571,33 |
| Litauen | p.m. | – 214 388 | 318 425,04 |
| Luxemburg | p.m. | – 694 287 | – 714 690,— |
| Ungarn | p.m. | – 2 506 364 | – 1 198 154,27 |
| Malta | p.m. | 7 989 | – 66 212,— |
| Niederlande | p.m. | – 2 758 821 | – 305 503,— |
| Österreich | p.m. | – 712 461 | – 238 031,— |
| Polen | p.m. | – 3 037 695 | – 2 794 963,22 |
| Portugal | p.m. | – 244 526 | 2 383 572,— |
| Rumänien | p.m. | 23 753 | 1 159 230,93 |
| Slowenien | p.m. | – 485 496 | 39 130,— |
| Slowakei | p.m. | – 1 338 212 | – 868 292,— |
| Finnland | p.m. | – 1 122 623 | 2 996 972,— |
| Schweden | p.m. | 2 136 996 | – 1 877 049,63 |
| Vereinigtes Königreich | p.m. | 122 818 274 | 33 771 427,38 |
| Posten 3 5 0 4 insgesamt | p.m. | 0 | 2 555 227,38 |

## KAPITEL 3 6 — ERGEBNIS VON AKTUALISIERUNGEN DER BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

### *3 6 0 Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs*

3 6 0 4 Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 14 727 319,76 |

*Erläuterungen*

Dieser Posten dient der Verbuchung des Differenzbetrags zwischen der vorläufigen Schätzung und der zuletzt vorgenommenen Aktualisierung des VK-Korrekturbetrags, bevor der endgültige Betrag berechnet wird.

Die Zahlenangaben für 2012 entsprechen dem Ergebnis der vorläufigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsgleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs für das Haushaltsjahr 2010.

*Rechtsgrundlagen*

Artikel 4 und 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 4 und 5.

| Mitgliedstaat | Haushaltsplan 2014 | Haushaltsplan 2013 | Ausführung 2012 |
|---|---|---|---|
| Belgien | p.m. | p.m. | – 7 206 164,— |
| Bulgarien | p.m. | p.m. | – 874 899,— |
| Tschechische Republik | p.m. | p.m. | – 1 200 038,99 |
| Dänemark | p.m. | p.m. | – 5 748 682,57 |
| Deutschland | p.m. | p.m. | – 12 395 478,— |
| Estland | p.m. | p.m. | – 159 399,— |
| Irland | p.m. | p.m. | – 4 114 974,— |
| Griechenland | p.m. | p.m. | – 10 261 013,— |
| Spanien | p.m. | p.m. | – 31 026 737,— |
| Frankreich | p.m. | p.m. | – 53 804 546,— |
| Kroatien | p.m. | — | |
| Italien | p.m. | p.m. | – 44 693 441,— |
| Zypern | p.m. | p.m. | – 988 357,— |
| Lettland | p.m. | p.m. | 233 974,76 |
| Litauen | p.m. | p.m. | – 468 726,96 |
| Luxemburg | p.m. | p.m. | – 1 321 483,— |
| Ungarn | p.m. | p.m. | – 4 026 276,84 |
| Malta | p.m. | p.m. | – 289 108,— |
| Niederlande | p.m. | p.m. | – 3 588 342,— |
| Österreich | p.m. | p.m. | – 764 191,— |
| Polen | p.m. | p.m. | – 15 319 082,81 |
| Portugal | p.m. | p.m. | – 4 186 172,— |
| Rumänien | p.m. | p.m. | 1 288 310,43 |
| Slowenien | p.m. | p.m. | – 1 504 459,— |
| Slowakei | p.m. | p.m. | – 2 287 722,— |
| Finnland | p.m. | p.m. | – 4 814 952,— |
| Schweden | p.m. | p.m. | – 1 711 938,05 |
| Vereinigtes Königreich | p.m. | p.m. | 225 961 217,79 |
| Posten 3 6 0 4 — Insgesamt | p.m. | p.m. | 14 727 319,76 |

# TITEL 4

## EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN BEAMTEN UND BEDIENSTETEN DER ORGANE UND ANDERER EINRICHTUNGEN DER UNION

**KAPITEL 4 0 — VERSCHIEDENE STEUERN UND ABZÜGE**
**KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG**
**KAPITEL 4 2 — SONSTIGE BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 4 0 | | | | |
| *4 0 0* | ***Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Mitglieder der Organe, der Beamten, der sonstigen Bediensteten und der Ruhegehaltsempfänger sowie der Mitglieder der Organe der Europäischen Investitionsbank, der Europäischen Zentralbank, des Europäischen Investitionsfonds, ihres Personals und ihrer Ruhegehaltsempfänger*** | 654 290 626 | 644 173 746 | 602 326 471,69 | 92,06 |
| *4 0 3* | ***Ertrag aus der befristeten Abgabe auf die Amts- bzw. Dienstbezüge der Mitglieder der Organe, der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | p.m. | p.m. | 68 936,02 | — |
| *4 0 4* | ***Ertrag aus der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder der Organe sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | 68 333 233 | 43 887 871 | 64 279 932,19 | 94,07 |
| | KAPITEL 4 0 — INSGESAMT | 722 623 859 | 688 061 617 | 666 675 339,90 | 92,26 |
| | KAPITEL 4 1 | | | | |
| *4 1 0* | ***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*** | 435 628 040 | 472 648 608 | 449 267 223,91 | 103,13 |
| *4 1 1* | ***Übertragung oder Rückkauf von Versorgungsansprüchen durch das Personal*** | 92 862 947 | 98 306 299 | 101 041 750,27 | 108,81 |
| *4 1 2* | ***Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten und Bediensteten auf Zeit zur Versorgungsordnung*** | 110 000 | 110 000 | 71 523,84 | 65,02 |
| | KAPITEL 4 1 — INSGESAMT | 528 600 987 | 571 064 907 | 550 380 498,02 | 104,12 |
| | KAPITEL 4 2 | | | | |
| *4 2 0* | ***Arbeitgeberbeitrag der dezentralisierten Einrichtungen und internationalen Organisationen zur Versorgungsordnung*** | 23 774 384 | 19 060 344 | 18 541 927,07 | 77,99 |
| *4 2 1* | ***Beitrag der Mitglieder des Europäischen Parlaments zur Versorgungsordnung*** | p.m. | p.m. | 19 166,90 | — |
| | KAPITEL 4 2 — INSGESAMT | 23 774 384 | 19 060 344 | 18 561 093,97 | 78,07 |
| | **Titel 4 — Insgesamt** | **1 274 999 230** | **1 278 186 868** | **1 235 616 931,89** | **96,91** |

# TITEL 4

# EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN BEAMTEN UND BEDIENSTETEN DER ORGANE UND ANDERER EINRICHTUNGEN DER UNION

## KAPITEL 4 0 — VERSCHIEDENE STEUERN UND ABZÜGE

### 4 0 0 *Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Mitglieder der Organe, der Beamten, der sonstigen Bediensteten und der Ruhegehaltsempfänger sowie der Mitglieder der Organe der Europäischen Investitionsbank, der Europäischen Zentralbank, des Europäischen Investitionsfonds, ihres Personals und ihrer Ruhegehaltsempfänger*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 654 290 626 | 644 173 746 | 602 326 471,69 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen umfassen alle Erträge aus Steuern auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge, mit Ausnahme der Leistungen und Familienbeihilfen für Kommissionsmitglieder, Beamte und sonstige Bedienstete und für Personen, die die in Kapitel 01 jedes Titels des Ausgabenplans bei Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses vorgesehenen Ausgleichszahlungen erhalten, sowie für Ruhegehaltsempfänger.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften.

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union, insbesondere Artikel 12.

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts erster Instanz sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 56 vom 4.3.1968, S. 8).

Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1860/76 des Rates vom 29. Juni 1976 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ABl. L 214 vom 6.8.1976, S. 24).

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 des Rates vom 18. Oktober 1977 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. L 268 vom 20.10.1977, S. 1).

Beschluss 94/262/EGKS, EG, Euratom des Europäischen Parlaments vom 9. März 1994 über die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten (ABl. L 113 vom 4.5.1994, S. 15).

Beschluss Nr. 1247/2002/EG des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vom 1. Juli 2002 über die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Europäischen Datenschutzbeauftragten (ABl. L 183 vom 12.7.2002, S. 1).

Beschluss Nr. 2009/909/EU des Rates vom 1. Dezember 2009 über die Beschäftigungsbedingungen des Präsidenten des Europäischen Rates (ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 35).

Beschluss Nr. 2009/910/EU des Rates vom 1. Dezember 2009 über die Beschäftigungsbedingungen des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 36).

Beschluss Nr. 2009/912/EU des Rates vom 1. Dezember 2009 über die Beschäftigungsbedingungen des Generalsekretärs des Rates der Europäischen Union (ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 38).

**KAPITEL 4 0 — VERSCHIEDENE STEUERN UND ABZÜGE** *(Fortsetzung)*

***4 0 0*** *(Fortsetzung)*

| | | |
|---|---|---|
| Europäisches Parlament | | 72 232 824 |
| Rat | | 22 524 000 |
| Kommission | | 431 201 921 |
| — Verwaltung | (351 548 000) | |
| — Forschung und technologische Entwicklung | (14 631 182) | |
| — Forschung (indirekte Maßnahmen) | (15 381 881) | |
| — Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) | (2 981 000) | |
| — Europäisches Amt für Personalauswahl (EPSO) | (650 000) | |
| — Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Brüssel (OIB) | (2 313 000) | |
| — Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Luxemburg (OIL) | (850 000) | |
| — Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (PMO) | (1 132 000) | |
| — Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union (OP) | (3 225 000) | |
| — Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) | (239 850) | |
| — Agentur für das Betriebsmanagement großer JLS-Informationssysteme | (268 136) | |
| — Gemeinsames Unternehmen Artemis — Technologieinitiative für eingebettete IKT-Systeme (Artemis JU) | (93 599) | |
| — Gemeinsame Unternehmen „Biobasierte Industriezweige“ | (46 743) | |
| — Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (BEREC) | (67 383) | |
| — Gemeinsame Technologieinitiative „Clean Aeronautics and Air“ (Clean Sky) | (171 512) | |
| — Gemeinschaftliches Sortenamt (CPVO) | (217 205) | |
| — Exekutivagentur für Verbraucher, Gesundheit und Lebensmittel (CHAFEA ex-EAHC) | (185 260) | |
| — Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) | (1 029 027) | |
| — Europäische Agentur für Wiederaufbau | (p.m.) | |
| — Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) | (230 922) | |
| — Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Frontex) | (866 038) | |
| — Europäisches Unterstützungsbüro für Asylangelegenheiten (EASO) | (146 426) | |
| — Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) | (3 747 041) | |
| — Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA) | (894 882) | |
| — Eurojust | (608 236) | |
| — Europäisches Zentrum für die Prävention und Bekämpfung von Seuchen (ECDC) | (1 097 302) | |
| — Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop) | (543 119) | |
| — Europäische Chemikalienagentur (ECHA) | (2 935 177) | |
| — Europäische Umweltagentur (EEA) | (1 139 840) | |
| — Europäische Fischereiaufsichtsagentur (CFCA) | (275 605) | |
| — Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) | (1 366 953) | |
| — Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) | (567 399) | |

**KAPITEL 4 0 — VERSCHIEDENE STEUERN UND ABZÜGE** *(Fortsetzung)*

***4 0 0*** *(Fortsetzung)*

| | | |
|---|---|---|
| — Aufsichtsbehörde für das europäische GNSS (Galileo) | (435 913) | |
| — Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) | (129 853) | |
| — Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) | (153 177) | |
| — Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) | (474 087) | |
| — Europäisches Gemeinsames Unternehmen für ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie (F4E) | (1 654 563) | |
| — Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) | (891 211) | |
| — Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) | (3 979 957) | |
| — Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) | (500 368) | |
| — Beirat für die Nanoelektronik-Initiative (ENIAC) | (93 486) | |
| — Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) | (249 629) | |
| — Europäische Polizeiakademie (CEPOL) | (103 557) | |
| — Europäisches Polizeiamt (Europol) | (2 324 699) | |
| — Europäische Eisenbahnagentur (ERA) | (790 771) | |
| — Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrates (ERCEA) | (865 474) | |
| — Europäische Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (ESMA) | (546 965) | |
| — Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF) | (758 977) | |
| — Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) | (432 845) | |
| — Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen (EASME ex-EACI) | (703 756) | |
| — Gemeinsames Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff“ (FCH) | (105 426) | |
| — Exekutivagentur für Innovation und Netze (INEA ex-TEN-T EA) | (390 885) | |
| — Gemeinsame Technologieinitiative für Innovative Arzneimittel (IMI) | (216 660) | |
| — Europäisches Flugverkehrsmanagementsystems der neuen Generation JU (SESAR) | (228 585) | |
| — Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (OHIM) | (3 713 455) | |
| — Exekutivagentur für die Forschung (REA) | (951 621) | |
| — Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union (CdT) | (1 056 283) | |
| Gerichtshof | | 24 204 000 |
| Rechnungshof | | 10 004 000 |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | | 4 521 290 |
| Ausschuss der Regionen | | 3 188 444 |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | | 593 147 |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | | 489 000 |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | | 21 542 000 |
| Europäische Investitionsbank | | 38 090 000 |
| Europäische Zentralbank | | 23 000 000 |
| Europäischer Investitionsfonds | | 2 700 000 |
| | Insgesamt | 654 290 626 |

**KAPITEL 4 0 — VERSCHIEDENE STEUERN UND ABZÜGE** *(Fortsetzung)*

**4 0 3** ***Ertrag aus der befristeten Abgabe auf die Amts- bzw. Dienstbezüge der Mitglieder der Organe, der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 68 936,02 |

*Erläuterungen*

Die Bestimmungen über die befristete Abgabe wurden bis zum 30. Juni 2003 angewandt. Bei dieser Haushaltslinie werden daher alle Einnahmen aus Restzahlungen im Zusammenhang mit der befristeten Abgabe auf die Amts- und Dienstbezüge der Mitglieder der Kommission, der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst verbucht.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften.

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts erster Instanz sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 des Rates vom 18. Oktober 1977 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. L 268 vom 20.10.1977, S. 1).

| | | |
|---|---|---|
| Europäisches Parlament | | p.m. |
| Rat | | p.m. |
| Kommission: | | p.m. |
| — Verwaltung | (p.m.) | |
| — Forschung und technologische Entwicklung | (p.m.) | |
| — Forschung (indirekte Maßnahmen) | (p.m.) | |
| — Europäisches Amt für Personalauswahl (EPSO) | (p.m.) | |
| — Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) | (p.m.) | |
| — Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Brüssel (OIB) | (p.m.) | |
| — Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Luxemburg (OIL) | (p.m.) | |
| — Amt für die Abwicklung finanzieller Ansprüche (PMO) | (p.m.) | |
| — Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union (OP) | (p.m.) | |
| — Gemeinschaftliches Sortenamt (CPVO) | (p.m.) | |
| — Eurojust | (p.m.) | |
| — Europäische Agentur für Wiederaufbau | (p.m.) | |
| — Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) | (p.m.) | |
| — Europäische Arzneimittel-Agentur (EMEA) | (p.m.) | |
| — Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) | (p.m.) | |
| — Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop) | (p.m.) | |
| — Europäische Umweltagentur (EEA) | (p.m.) | |
| — Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) | (p.m.) | |
| — Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) | (p.m.) | |
| — Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) | (p.m.) | |
| — Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) | (p.m.) | |

**KAPITEL 4 0 — VERSCHIEDENE STEUERN UND ABZÜGE** *(Fortsetzung)*

***4 0 3*** *(Fortsetzung)*

| | | |
|---|---|---|
| — Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) | (p.m.) | |
| — Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF) | (p.m.) | |
| — Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (OHIM) | (p.m.) | |
| — Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union (CdT) | (p.m.) | |
| Gerichtshof der Europäischen Union | | p.m. |
| Rechnungshof | | p.m. |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | | p.m. |
| Ausschuss der Regionen | | p.m. |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | | p.m. |
| | Insgesamt | p.m. |

***4 0 4*** ***Ertrag aus der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder der Organe sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 68 333 233 | 43 887 871 | 64 279 932,19 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die Erträge der Sonderabgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst gemäß Artikel 66a des Statuts veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 66a.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften.

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts erster Instanz sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 des Rates vom 18. Oktober 1977 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. L 268 vom 20.10.1977, S. 1).

Beschluss 94/262/EGKS, EG, Euratom des Europäischen Parlaments vom 9. März 1994 über die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten (ABl. L 113 vom 4.5.1994, S. 15).

Beschluss Nr. 1247/2002/EG des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vom 1. Juli 2002 über die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Europäischen Datenschutzbeauftragten (ABl. L 183 vom 12.7.2002, S. 1).

Beschluss Nr. 2009/909/EU des Rates vom 1. Dezember 2009 über die Beschäftigungsbedingungen des Präsidenten des Europäischen Rates (ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 35).

Beschluss Nr. 2009/910/EU des Rates vom 1. Dezember 2009 über die Beschäftigungsbedingungen des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 36).

Beschluss Nr. 2009/912/EU des Rates vom 1. Dezember 2009 über die Beschäftigungsbedingungen des Generalsekretärs des Rates der Europäischen Union (ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 38).

**KAPITEL 4 0 — VERSCHIEDENE STEUERN UND ABZÜGE** *(Fortsetzung)*

***4 0 4*** *(Fortsetzung)*

| | | |
|---|---|---|
| Europäisches Parlament | | 8 967 490 |
| Rat | | 2 793 000 |
| Kommission | | 46 994 080 |
| — Verwaltung | (32 200 000) | |
| — Forschung und technologische Entwicklung | (2 948 707) | |
| — Forschung (indirekte Maßnahmen) | (2 678 317) | |
| — Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) | (615 000) | |
| — Europäisches Amt für Personalauswahl (EPSO) | (134 000) | |
| — Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Brüssel (OIB) | (433 000) | |
| — Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Luxemburg (OIL) | (147 000) | |
| — Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (PMO) | (238 000) | |
| — Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union (OP) | (673 000) | |
| — Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) | (40 469) | |
| — Agentur für das Betriebsmanagement großer JLS-Informationssysteme | (55 706) | |
| — Gemeinsames Unternehmen Artemis — Technologieinitiative für eingebettete IKT-Systeme (Artemis JU) | (17 198) | |
| — Gemeinsame Unternehmen „Biobasierte Industriezweige“ | (8 250) | |
| — Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (BEREC) | (13 527) | |
| — Gemeinsame Technologieinitiative „Clean Aeronautics and Air“ (Clean Sky) | (33 052) | |
| — Gemeinschaftliches Sortenamt (CPVO) | (43 219) | |
| — Exekutivagentur für Verbraucher, Gesundheit und Lebensmittel (CHAFEA ex-EAHC) | (22 882) | |
| — Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) | (162 385) | |
| — Europäische Agentur für Wiederaufbau | (p.m.) | |
| — Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) | (41 848) | |
| — Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Frontex) | (209 801) | |
| — Europäisches Unterstützungsbüro für Asylangelegenheiten (EASO) | (17 386) | |
| — Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) | (797 361) | |
| — Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA) | (90 699) | |
| — Eurojust | (62 153) | |
| — Europäisches Zentrum für die Prävention und Bekämpfung von Seuchen (ECDC) | (178 466) | |
| — Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop) | (113 519) | |
| — Europäische Chemikalienagentur (ECHA) | (504 455) | |
| — Europäische Umweltagentur (EEA) | (174 403) | |
| — Europäische Fischereiaufsichtsagentur (CFCA) | (61 189) | |
| — Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) | (259 917) | |

**KAPITEL 4 0 — VERSCHIEDENE STEUERN UND ABZÜGE** *(Fortsetzung)*

***4 0 4*** *(Fortsetzung)*

| | | |
|---|---|---|
| — Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) | (103 104) | |
| — Aufsichtsbehörde für das Europäische GNSS (Galileo) | (64 055) | |
| — Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) | (28 724) | |
| — Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) | (26 744) | |
| — Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) | (82 604) | |
| — Europäisches Gemeinsames Unternehmen für ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie (F4E) | (319 586) | |
| — Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) | (205 568) | |
| — Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) | (535 484) | |
| — Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) | (115 541) | |
| — Beirat für die Nanoelektronik-Initiative (ENIAC) | (16 501) | |
| — Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) | (51 149) | |
| — Europäische Polizeiakademie (CEPOL) | (17 078) | |
| — Europäisches Polizeiamt (Europol) | (540 831) | |
| — Europäische Eisenbahnagentur (ERA) | (152 947) | |
| — Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrates (ERCEA) | (157 797) | |
| — Europäische Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (ESMA) | (70 823) | |
| — Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF) | (140 363) | |
| — Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) | (84 681) | |
| — Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen (EASME ex-EACI) | (101 052) | |
| — Gemeinsames Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff“ (FCH) | (29 382) | |
| — Exekutivagentur für Innovation und Netze (INEA ex-TEN-T EA) | (65 287) | |
| — Gemeinsame Technologieinitiative für Innovative Arzneimittel (IMI) | (43 210) | |
| — Europäisches Flugverkehrsmanagementsystems der neuen Generation JU (SESAR) | (38 441) | |
| — Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (OHIM) | (668 203) | |
| — Exekutivagentur für die Forschung (REA) | (142 415) | |
| — Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union (CdT) | (217 601) | |
| Gerichtshof | | 4 402 000 |
| Rechnungshof | | 1 500 000 |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | | 871 316 |
| Ausschuss der Regionen | | 622 780 |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | | 64 567 |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | | 77 000 |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | | 2 041 000 |
| | Insgesamt | 68 333 233 |

## KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

### *4 1 0 Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 435 628 040 | 472 648 608 | 449 267 223,91 |

*Erläuterungen*

Die Einnahmen umfassen die Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften.

Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1860/76 des Rates vom 29. Juni 1976 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ABl. L 214 vom 6.8.1976, S. 24).

| | | |
|---|---|---|
| Europäisches Parlament | | 64 473 150 |
| Rat | | 30 581 000 |
| Kommission | | 289 546 122 |
| — Verwaltung | (179 070 000) | |
| — Forschung und technologische Entwicklung | (16 530 951) | |
| — Forschung (indirekte Maßnahmen) | (16 259 308) | |
| — Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) | (3 148 000) | |
| — Europäisches Amt für Personalauswahl (EPSO) | (945 000) | |
| — Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Brüssel (OIB) | (4 544 000) | |
| — Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Luxemburg (OIL) | (1 424 000) | |
| — Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (PMO) | (2 497 000) | |
| — Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union (OP) | (4 311 000) | |
| — Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) | (394 537) | |
| — Agentur für das Betriebsmanagement großer JLS-Informationssysteme | (403 416) | |
| — Gemeinsames Unternehmen Artemis — Technologieinitiative für eingebettete IKT-Systeme (Artemis JU) | (116 408) | |
| — Gemeinsame Unternehmen „Biobasierte Industriezweige“ | (54 571) | |
| — Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (BEREC) | (131 101) | |
| — Gemeinsame Technologieinitiative „Clean Aeronautics and Air“ (Clean Sky) | (226 901) | |
| — Gemeinschaftliches Sortenamt (CPVO) | (334 999) | |
| — Exekutivagentur für Verbraucher, Gesundheit und Lebensmittel (CHAFEA ex-EAHC) | (308 517) | |
| — Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) | (2 341 170) | |
| — Europäische Agentur für Wiederaufbau | (p.m.) | |
| — Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) | (406 579) | |
| — Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Frontex) | (1 581 417) | |
| — Europäisches Unterstützungsbüro für Asylangelegenheiten (EASO) | (314 309) | |
| — Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) | (5 852 005) | |
| — Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA) | (862 486) | |
| — Europäische Stelle für justizielle Zusammenarbeit (Eurojust) | (1 201 091) | |
| — Europäisches Zentrum für die Prävention und Bekämpfung von Seuchen (ECDC) | (1 807 878) | |

**KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG** *(Fortsetzung)*

***4 1 0*** *(Fortsetzung)*

| | | |
|---|---|---|
| — Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop) | (874 699) | |
| — Europäische Chemikalienagentur (ECHA) | (4 004 575) | |
| — Europäische Umweltagentur (EEA) | (1 392 106) | |
| — Europäischen Fischereiaufsichtsagentur (CFCA) | (431 988) | |
| — Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) | (2 264 340) | |
| — Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) | (807 424) | |
| — Aufsichtsbehörde für das Europäische GNSS (Galileo) | (905 050) | |
| — Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) | (267 209) | |
| — Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) | (323 115) | |
| — Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) | (717 060) | |
| — Europäisches Gemeinsames Unternehmen für ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie (F4E) | (2 519 044) | |
| — Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) | (1 680 039) | |
| — Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) | (4 698 435) | |
| — Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) | (820 170) | |
| — Beirat für die Nanoelektronik-Initiative (ENIAC) | (109 141) | |
| — Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) | (412 198) | |
| — Europäische Polizeiakademie (CEPOL) | (201 968) | |
| — Europäisches Polizeiamt (Europol) | (3 955 037) | |
| — Europäische Eisenbahnagentur (ERA) | (1 123 903) | |
| — Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrates (ERCEA) | (1 957 729) | |
| — Europäische Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (ESMA) | (688 136) | |
| — Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF) | (1 017 660) | |
| — Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) | (672 837) | |
| — Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen (EASME ex-EACI) | (1 488 750) | |
| — Gemeinsames Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff“ (FCH) | (175 061) | |
| — Exekutivagentur für Innovation und Netze (INEA ex-TEN-T EA) | (789 280) | |
| — Gemeinsame Technologieinitiative für Innovative Arzneimittel (IMI) | (291 419) | |
| — Europäisches Flugverkehrsmanagementsystems der neuen Generation JU (SESAR) | (289 973) | |
| — Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (OHIM) | (5 494 308) | |
| — Exekutivagentur für die Forschung (REA) | (2 459 221) | |
| — Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union (CdT) | (1 647 603) | |
| Gerichtshof | | 18 697 000 |
| Rechnungshof | | 8 097 000 |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | | 5 493 786 |
| Ausschuss der Regionen | | 4 115 471 |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | | 532 511 |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | | 434 000 |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | | 13 658 000 |
| | Insgesamt | 435 628 040 |

**KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG** *(Fortsetzung)*

***4 1 1 Übertragung oder Rückkauf von Versorgungsansprüchen durch das Personal***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 92 862 947 | 98 306 299 | 101 041 750,27 |

*Erläuterungen*

Die Einnahmen umfassen die Zahlungen an die Union des versicherungsmathematischen Gegenwerts oder des pauschalen Rückkaufwerts der Ruhegehaltsansprüche aus früheren Tätigkeiten der Beamten.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften.

| | |
|---|---|
| Europäisches Parlament | 9 100 000 |
| Rat | p.m. |
| Kommission | 83 762 947 |
| Gerichtshof der Europäischen Union | p.m. |
| Rechnungshof | p.m. |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | p.m. |
| Ausschuss der Regionen | p.m. |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | p.m. |
| Insgesamt | 92 862 947 |

***4 1 2 Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten und Bediensteten auf Zeit zur Versorgungsordnung***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 110 000 | 110 000 | 71 523,84 |

*Erläuterungen*

Beamte oder sonstige Bedienstete, die sich in Urlaub aus persönlichen Gründen befinden, können weiterhin Ruhegehaltsansprüche erwerben, sofern sie auch den Arbeitgeberbeitrag entrichten.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften.

| | |
|---|---|
| Europäische Parlament | 10 000 |
| Rat | p.m. |
| Kommission | 100 000 |
| Gerichtshof der Europäischen Union | p.m. |
| Rechnungshof | p.m. |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | p.m. |
| Ausschuss der Regionen | p.m. |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | p.m. |
| Insgesamt | 110 000 |

## KAPITEL 4 2 — SONSTIGE BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

### *4 2 0 Arbeitgeberbeitrag der dezentralisierten Einrichtungen und internationalen Organisationen zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 23 774 384 | 19 060 344 | 18 541 927,07 |

*Erläuterungen*

Die Einnahmen umfassen den Arbeitgeberbeitrag der dezentralisierten Einrichtungen und internationalen Organisationen zur Versorgungsordnung.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Kommission 23 774 384

### *4 2 1 Beitrag der Mitglieder des Europäischen Parlaments zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 19 166,90 |

*Erläuterungen*

Die Einnahmen umfassen den Beitrag der Mitglieder des Europäischen Parlaments zur Versorgungsordnung.

*Rechtsgrundlagen*

Regelung betreffend die Kosten und Entschädigungen für die Mitglieder des Europäischen Parlaments, insbesondere Anhang III.

Europäisches Parlament p.m.

## TITEL 5

## EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DER ORGANE

**KAPITEL 5 0 — EINNAHMEN AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN (MATERIAL) UND UNBEWEGLICHEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDEN**
**KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN**
**KAPITEL 5 2 — ERTRÄGE AUS ANLAGE- ODER DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 5 0 | | | | |
| ***5 0 0*** | ***Einnahmen aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen (Material)*** | | | | |
| 5 0 0 0 | Einnahmen aus dem Verkauf von Fahrzeugen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 52 915,01 | — |
| 5 0 0 1 | Einnahmen aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Vermögensgegenstände — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 207 463,45 | — |
| 5 0 0 2 | Einnahmen aus der Lieferung von Gütern für andere Organe oder Einrichtungen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 1 375 098,50 | — |
| | *Artikel 5 0 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 1 635 476,96 | — |
| ***5 0 1*** | ***Einnahmen aus dem Verkauf von unbeweglichen Vermögensgegenständen*** | p.m. | p.m. | 360 000,— | — |
| ***5 0 2*** | ***Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 1 600 368,01 | — |
| | KAPITEL 5 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 3 595 844,97 | — |
| | KAPITEL 5 1 | | | | |
| ***5 1 0*** | ***Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 1 1*** | ***Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden und der Erstattung der Mietnebenkosten*** | | | | |
| 5 1 1 0 | Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 21 484 887,45 | — |
| 5 1 1 1 | Erstattung der Mietnebenkosten — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 571 247,47 | — |
| | *Artikel 5 1 1 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 22 056 134,92 | — |
| | KAPITEL 5 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 22 056 134,92 | — |
| | KAPITEL 5 2 | | | | |
| ***5 2 0*** | ***Erträge aus Anlage- oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben der Organe*** | 1 752 047 | 1 884 139 | 9 684 757,61 | 552,77 |
| ***5 2 1*** | ***An die Kommission abgeführte Erträge aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben subventionierter Einrichtungen*** | 10 000 000 | 10 000 000 | 14 252 759,85 | 142,53 |
| ***5 2 2*** | ***Zinserträge aus Vorfinanzierungen*** | 40 000 000 | 40 000 000 | 36 373 677,44 | 90,93 |
| ***5 2 3*** | ***Einnahmen aus Treuhandkonten — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 8 931 169,74 | — |
| | KAPITEL 5 2 — INSGESAMT | 51 752 047 | 51 884 139 | 69 242 364,64 | 133,80 |

**KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS VERGÜTUNGEN FÜR DIENSTLEISTUNGEN UND ARBEIT**
**KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DER ORGANE**
**KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN**
**KAPITEL 5 9 — SONSTIGE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 5 5 | | | | |
| *5 5 0* | ***Einnahmen aus Vergütungen für Dienstleistungen und Arbeit, die für andere Organe oder Einrichtungen ausgeführt werden, einschließlich der für andere Organe oder Einrichtungen verauslagten und von diesen zurück erstatteten Dienstreisekosten — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 32 853 099,68 | — |
| *5 5 1* | ***Einnahmen aus Vergütungen für im Auftrag Dritter ausgeführte Dienstleistungen oder Arbeit — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 3 887 716,14 | — |
| | KAPITEL 5 5 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 36 740 815,82 | — |
| | KAPITEL 5 7 | | | | |
| *5 7 0* | ***Einnahmen aus der Rückzahlung von rechtsgrundlos gezahlten Beträgen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 50 438 450,70 | — |
| *5 7 1* | ***Einnahmen mit festgelegter Zweckbestimmung wie Einkünfte aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen, einschließlich der spezifischen zweckgebundenen Einnahmen jedes der Organe — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 284 365,32 | — |
| *5 7 2* | ***Erstattung von Sozialausgaben, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt wurden*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| *5 7 3* | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen im Zusammenhang mit der Verwaltung der Organe — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 153 997 642,30 | — |
| *5 7 4* | ***Einnahmen aus dem Beitrag der Kommission an den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) für in Delegationen der Union tätige Kommissionsbedienstete — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 268 262 884,51 | — |
| | KAPITEL 5 7 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 472 983 342,83 | — |
| | KAPITEL 5 8 | | | | |
| *5 8 0* | ***Einnahmen aus der Vermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 723 982,47 | — |
| *5 8 1* | ***Einnahmen aus Versicherungsleistungen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 1 370 800,04 | — |
| | KAPITEL 5 8 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 2 094 782,51 | — |
| | KAPITEL 5 9 | | | | |
| *5 9 0* | ***Sonstige Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit*** | 2 000 000 | 2 000 000 | 5 277 107,53 | 263,86 |
| | KAPITEL 5 9 — INSGESAMT | 2 000 000 | 2 000 000 | 5 277 107,53 | 263,86 |
| | **Titel 5 — Insgesamt** | **53 752 047** | **53 884 139** | **611 990 393,22** | **1 138,54** |

# TITEL 5

# EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DER ORGANE

## KAPITEL 5 0 — EINNAHMEN AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN (MATERIAL) UND UNBEWEGLICHEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDEN

### *5 0 0 Einnahmen aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen (Material)*

5 0 0 0 Einnahmen aus dem Verkauf von Fahrzeugen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 52 915,01 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Einnahmen aus der Veräußerung oder Inzahlungnahme von Fahrzeugen der Organe verbucht.

Ferner werden die Einnahmen aus dem Verkauf von Fahrzeugen eingesetzt, die nach ihrer vollständigen Abschreibung ersetzt oder verschrottet werden.

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a und b der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

| | |
|---|---|
| Europäisches Parlament | p.m. |
| Rat | p.m. |
| Kommission | p.m. |
| Gerichtshof der Europäischen Union | p.m. |
| Rechnungshof | p.m. |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | p.m. |
| Ausschuss der Regionen | p.m. |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | p.m. |
| Insgesamt | p.m. |

5 0 0 1 Einnahmen aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Vermögensgegenstände — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 207 463,45 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Einnahmen aus der Veräußerung oder Inzahlungnahme von beweglichen Sachen der Organe mit Ausnahme von Fahrzeugen verbucht.

Ferner werden die Einnahmen aus dem Verkauf von Ausrüstungen, Anlagen, Werkstoffen sowie technischen und wissenschaftlichen Geräten eingesetzt, die nach ihrer vollständigen Abschreibung ersetzt oder verschrottet werden.

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a und b der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

**KAPITEL 5 0 — EINNAHMEN AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN (MATERIAL) UND UNBEWEGLICHEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDEN** *(Fortsetzung)*

***5 0 0*** *(Fortsetzung)*

5 0 0 1 *(Fortsetzung)*

| | | |
|---|---|---|
| Europäisches Parlament | | p.m. |
| Rat | | p.m. |
| Kommission | | p.m. |
| Gerichtshof der Europäischen Union | | p.m. |
| Rechnungshof | | p.m. |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | | p.m. |
| Ausschuss der Regionen | | p.m. |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | | p.m. |
| | Insgesamt | p.m. |

5 0 0 2 Einnahmen aus der Lieferung von Gütern für andere Organe oder Einrichtungen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 1 375 098,50 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe e der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

| | | |
|---|---|---|
| Europäisches Parlament | | p.m. |
| Rat | | p.m. |
| Kommission | | p.m. |
| Gerichtshof der Europäischen Union | | p.m. |
| Rechnungshof | | p.m. |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | | p.m. |
| Ausschuss der Regionen | | p.m. |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | | p.m. |
| | Insgesamt | p.m. |

***5 0 1*** ***Einnahmen aus dem Verkauf von unbeweglichen Vermögensgegenständen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 360 000,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die Einnahmen aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen der Organe verbucht.

**KAPITEL 5 0 — EINNAHMEN AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN (MATERIAL) UND UNBEWEGLICHEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDEN** *(Fortsetzung)*

***5 0 2*** ***Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 1 600 368,01 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe h der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Dieser Artikel umfasst auch die Erlöse aus der Veräußerung dieser Veröffentlichungen über elektronische Medien.

| | |
|---|---|
| Europäisches Parlament | p.m. |
| Rat | p.m. |
| Kommission | p.m. |
| Gerichtshof der Europäischen Union | p.m. |
| Rechnungshof | p.m. |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | p.m. |
| Ausschuss der Regionen | p.m. |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | p.m. |
| Insgesamt | p.m. |

**KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN**

***5 1 0*** ***Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe a der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

| | |
|---|---|
| Europäisches Parlament | p.m. |
| Rat | p.m. |
| Kommission | p.m. |
| Gerichtshof der Europäischen Union | p.m. |
| Rechnungshof | p.m. |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | p.m. |
| Ausschuss der Regionen | p.m. |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | p.m. |
| Insgesamt | p.m. |

**KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN** *(Fortsetzung)*

## *5 1 1 Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden und der Erstattung der Mietnebenkosten*

5 1 1 0 Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 21 484 887,45 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe a der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

| | |
|---|---|
| Europäisches Parlament | p.m. |
| Rat | p.m. |
| Kommission | p.m. |
| Gerichtshof der Europäischen Union | p.m. |
| Rechnungshof | p.m. |
| Wirtschafts- und Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | p.m. |
| Ausschuss der Regionen | p.m. |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | p.m. |
| Insgesamt | p.m. |

5 1 1 1 Erstattung der Mietnebenkosten — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 571 247,47 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe a der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

| | |
|---|---|
| Europäisches Parlament | p.m. |
| Rat | p.m. |
| Kommission | p.m. |
| Gerichtshof der Europäischen Union | p.m. |
| Rechnungshof | p.m. |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | p.m. |
| Ausschuss der Regionen | p.m. |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | p.m. |
| Insgesamt | p.m. |

## KAPITEL 5 2 — ERTRÄGE AUS ANLAGE- ODER DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN

### *5 2 0 Erträge aus Anlage- oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben der Organe*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 1 752 047 | 1 884 139 | 9 684 757,61 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die Erträge aus Anlagemitteln und Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstige Zinsen auf Guthaben des Organs verbucht.

| | |
|---|---|
| Europäisches Parlament | 1 000 000 |
| Rat | p.m. |
| Kommission | 450 000 |
| Gerichtshof der Europäischen Union | p.m. |
| Rechnungshof | p.m. |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | 40 000 |
| Ausschuss der Regionen | 12 047 |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | 250 000 |
| Insgesamt | 1 752 047 |

### *5 2 1 An die Kommission abgeführte Erträge aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben subventionierter Einrichtungen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 10 000 000 | 10 000 000 | 14 252 759,85 |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel umfasst die Erträge aus der Rückzahlung von Zinsen subventionierter Einrichtungen, die die von der Kommission erhaltenen Vorschüsse auf verzinslichen Konten angelegt haben. Werden diese Vorschüsse und die daraus resultierenden Zinsen nicht verwendet, müssen sie an die Kommission zurückgezahlt werden.

| | |
|---|---|
| Kommission | 10 000 000 |

### *5 2 2 Zinserträge aus Vorfinanzierungen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 40 000 000 | 40 000 000 | 36 373 677,44 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die Zinserträge aus Vorfinanzierungen eingesetzt.

Gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe d der Haushaltsordnung können diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt werden, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Zinserträge aus Vorfinanzierungsbeträgen, die aus dem Haushaltsplan der Union gezahlt wurden, fließen nicht in den Haushalt der Union ein, es sei denn, dies ist in den Übertragungsvereinbarungen vorgesehen — mit Ausnahme solcher Vereinbarungen, die mit Drittländern oder von ihnen benannten Einrichtungen geschlossen wurden. In den Fällen, in denen es vorgesehen ist, werden die Zinseinnahmen entweder für das jeweilige Programm wiederverwendet, bei den Zahlungsaufforderungen gemäß Artikel 23 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe c in Abzug gebracht oder eingezogen.

**KAPITEL 5 2 — ERTRÄGE AUS ANLAGE- ODER DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN** *(Fortsetzung)*

***5 2 2*** *(Fortsetzung)*

Die delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 enthält ferner Vorschriften über die Verbuchung der Zinserträge aus Vorfinanzierungen.

Kommission 40 000 000

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe d.

Delegierte Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

***5 2 3*** ***Einnahmen aus Treuhandkonten — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 8 931 169,74 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die Zinsen und sonstigen Einnahmen aus Treuhandkonten eingesetzt.

Die Treuhandkonten werden für die Union von internationalen Finanzinstitutionen (Europäischer Investitionsfonds, Europäische Investitionsbank, Entwicklungsbank des Europarats/Kreditanstalt für Wiederaufbau, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) geführt, die Programme der Union verwalten; die von der Union eingezahlten Beträge verbleiben auf dem Konto, bis sie den Empfängern (u. a. kleinen und mittleren Unternehmen sowie Einrichtungen, die Projekte in Beitrittsländern verwalten) im Rahmen des jeweiligen Einzelprogramms zur Verfügung gestellt werden.

Gemäß Artikel 21 Absatz 4 der Haushaltsordnung gelten die Einnahmen aus Treuhandkonten, die für Unionsprogramme genutzt werden, als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten ursprünglich die Ausgaben getätigt wurden, die zu den betreffenden Einnahmen geführt haben.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21 Absatz 4.

Delegierte Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

**KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS VERGÜTUNGEN FÜR DIENSTLEISTUNGEN UND ARBEIT**

***5 5 0*** ***Einnahmen aus Vergütungen für Dienstleistungen und Arbeit, die für andere Organe oder Einrichtungen ausgeführt werden, einschließlich der für andere Organe oder Einrichtungen verauslagten und von diesen zurück erstatteten Dienstreisekosten — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 32 853 099,68 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe e der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

**KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS VERGÜTUNGEN FÜR DIENSTLEISTUNGEN UND ARBEIT** *(Fortsetzung)*

***5 5 0*** *(Fortsetzung)*

| | | |
|---|---|---|
| Europäisches Parlament | | p.m. |
| Rat | | p.m. |
| Kommission | | p.m. |
| Gerichtshof der Europäischen Union | | p.m. |
| Rechnungshof | | p.m. |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | | p.m. |
| Ausschuss der Regionen | | p.m. |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | | p.m. |
| | Insgesamt | p.m. |

***5 5 1*** ***Einnahmen aus Vergütungen für im Auftrag Dritter ausgeführte Dienstleistungen oder Arbeit — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 3 887 716,14 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe a der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

| | | |
|---|---|---|
| Europäisches Parlament | | p.m. |
| Rat | | p.m. |
| Kommission | | p.m. |
| Gerichtshof der Europäischen Union | | p.m. |
| Rechnungshof | | p.m. |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | | p.m. |
| Ausschuss der Regionen | | p.m. |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | | p.m. |
| | Insgesamt | p.m. |

## KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DER ORGANE

### *5 7 0 Einnahmen aus der Rückzahlung von rechtsgrundlos gezahlten Beträgen — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 50 438 450,70 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

| | |
|---|---|
| Europäisches Parlament | p.m. |
| Rat | p.m. |
| Kommission | p.m. |
| Gerichtshof der Europäischen Union | p.m. |
| Rechnungshof | p.m. |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | p.m. |
| Ausschuss der Regionen | p.m. |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | p.m. |
| Insgesamt | p.m. |

### *5 7 1 Einnahmen mit festgelegter Zweckbestimmung wie Einkünfte aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen, einschließlich der spezifischen zweckgebundenen Einnahmen jedes der Organe — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 284 365,32 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe d der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

| | |
|---|---|
| Europäisches Parlament | p.m. |
| Rat | p.m. |
| Kommission | p.m. |
| Gerichtshof der Europäischen Union | p.m. |
| Rechnungshof | p.m. |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | p.m. |
| Ausschuss der Regionen | p.m. |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | p.m. |
| Insgesamt | p.m. |

**KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DER ORGANE**
*(Fortsetzung)*

### *5 7 2 Erstattung von Sozialausgaben, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt wurden*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

In diesem Artikel werden Einnahmen aus der Erstattung von Sozialausgaben verbucht, die für Rechnung eines anderen Organs geleistet worden sind.

| | |
|---|---|
| Europäisches Parlament | p.m. |
| Rat | p.m. |
| Kommission | p.m. |
| Gerichtshof der Europäischen Union | p.m. |
| Rechnungshof | p.m. |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | p.m. |
| Ausschuss der Regionen | p.m. |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | p.m. |
| Total | p.m. |

### *5 7 3 Sonstige Beiträge und Erstattungen im Zusammenhang mit der Verwaltung der Organe — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 153 997 642,30 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

| | |
|---|---|
| Europäisches Parlament | p.m. |
| Rat | p.m. |
| Kommission | p.m. |
| Gerichtshof der Europäischen Union | p.m. |
| Rechnungshof | p.m. |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | p.m. |
| Ausschuss der Regionen | p.m. |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | p.m. |
| Total | p.m. |

**KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DER ORGANE**
*(Fortsetzung)*

***5 7 4*** ***Einnahmen aus dem Beitrag der Kommission an den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) für in Delegationen der Union tätige Kommissionsbedienstete — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 268 262 884,51 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen ergeben sich aus einem Beitrag der Kommission an den EAD und dienen der Deckung der auf lokaler Ebene verwalteten Ausgaben für in Delegationen der Union tätige Kommissionsbedienstete, einschließlich aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) finanzierter Kommissionsbediensteter.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten 3 0 0 5 des Ausgabenplans des Einzelplans X „Europäischer Auswärtiger Dienst“ eingesetzt.

| | |
|---|---|
| Europäischer Auswärtiger Dienst | p.m. |

**KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN**

***5 8 0*** ***Einnahmen aus der Vermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 723 982,47 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe g der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

| | |
|---|---|
| Europäisches Parlament | p.m. |
| Rat | p.m. |
| Kommission | p.m. |
| Gerichtshof der Europäischen Union | p.m. |
| Rechnungshof | p.m. |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | p.m. |
| Ausschuss der Regionen | p.m. |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | p.m. |
| Insgesamt | p.m. |

***5 8 1*** ***Einnahmen aus Versicherungsleistungen — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 1 370 800,04 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe f der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

**KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN** *(Fortsetzung)*

***5 8 1*** *(Fortsetzung)*

Dieser Artikel umfasst auch Einnahmen durch die Erstattung der einem verunfallten Beamten weitergezahlten Dienstbezüge durch eine Versicherung.

| | |
|---|---|
| Europäisches Parlament | p.m. |
| Rat | p.m. |
| Kommission | p.m. |
| Gerichtshof der Europäischen Union | p.m. |
| Rechnungshof | p.m. |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | p.m. |
| Ausschuss der Regionen | p.m. |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | p.m. |
| Insgesamt | p.m. |

**KAPITEL 5 9 — SONSTIGE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**

***5 9 0*** ***Sonstige Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 2 000 000 | 2 000 000 | 5 277 107,53 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die sonstigen Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit eingesetzt.

| | |
|---|---|
| Europäisches Parlament | p.m. |
| Rat | p.m. |
| Kommission | 2 000 000 |
| Gerichtshof der Europäischen Union | p.m. |
| Rechnungshof | p.m. |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | p.m. |
| Ausschuss der Regionen | p.m. |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | p.m. |
| Insgesamt | 2 000 000 |

# TITEL 6

## BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM RAHMEN VON ABKOMMEN UND PROGRAMMEN DER UNION

### KAPITEL 6 0 — BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION
### KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 6 0 | | | | |
| ***6 0 1*** | ***Verschiedene Forschungsprogramme*** | | | | |
| 6 0 1 1 | Kooperationsabkommen Schweiz-Euratom im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion und der Plasmaphysik — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 21 841 488,58 | — |
| 6 0 1 2 | Europa-Abkommen über die Fusionsentwicklung (EFDA) — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 17 388 000,— | — |
| 6 0 1 3 | Kooperationsabkommen mit Drittländern im Rahmen der Forschungsprogramme der Union — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 403 389 137,16 | — |
| 6 0 1 5 | Kooperationsabkommen mit Einrichtungen in Drittstaaten im Rahmen wissenschaftlicher und technologischer Projekte von Unionsinteresse (Eureka und andere) — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 6 0 1 6 | Abkommen über europäische Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Forschung — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 0 1 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 442 618 625,74 | — |
| ***6 0 2*** | ***Sonstige Programme*** | | | | |
| 6 0 2 1 | Verschiedene, für Maßnahmen im Bereich der humanitären Hilfe bestimmte Einnahmen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 0 2 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***6 0 3*** | ***Assoziationsabkommen zwischen der Union und Drittstaaten*** | | | | |
| 6 0 3 1 | Einnahmen aus der Beteiligung der beitrittswilligen Länder und der potenziellen Bewerberländer des Westbalkans an Programmen der Union — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 242 255 043,26 | — |
| 6 0 3 2 | Einnahmen aus der Beteiligung von Drittländern, die keine beitrittswilligen Länder oder potenziellen Bewerberländer des Westbalkans sind, an Abkommen über Zusammenarbeit im Zollbereich — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 399 942,03 | — |
| 6 0 3 3 | Beteiligung Dritter an Tätigkeiten der Union — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 31 092 007,37 | — |
| | *Artikel 6 0 3 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 273 746 992,66 | — |
| | KAPITEL 6 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 716 365 618,40 | — |
| | KAPITEL 6 1 | | | | |
| ***6 1 1*** | ***Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines oder mehrerer Mitgliedstaaten verauslagt wurden*** | | | | |
| 6 1 1 3 | Einnahmen aus der Anlage von Vermögenswerten gemäß Artikel 4 der Entscheidung 2003/76/EG — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 61 921 310,65 | — |
| 6 1 1 4 | Einnahmen aus Einziehungen im Rahmen des Forschungsprogramms des Forschungsfonds für Kohle und Stahl | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 1 1 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 61 921 310,65 | — |

**KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN** *(Fortsetzung)*

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***6 1 2*** | ***Erstattung von Beträgen, die bei der Ausführung von entgeltlichen Auftragsarbeiten verauslagt wurden — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 2 322,75 | — |
| ***6 1 4*** | ***Rückzahlung der finanziellen Unterstützung der Union bei Vorhaben und Maßnahmen, deren Ergebnisse kommerziell genutzt werden konnten*** | | | | |
| 6 1 4 3 | Rückzahlung von Finanzhilfen, die zur Förderung einer europäischen Risikokapitaltätigkeit für kleine und mittlere Unternehmen gewährt werden — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 6 1 4 4 | Rückzahlung des Beitrags der Union zu den aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds finanzierten Risikoteilungsinstrumenten — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 1 4 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***6 1 5*** | ***Rückzahlung nicht verwendeter Zuschüsse der Union*** | | | | |
| 6 1 5 0 | Rückzahlung nicht verwendeter finanzieller Beiträge des Europäischen Sozialfonds, des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei, des Kohäsionsfonds, des Solidaritätsfonds, des ISPA, des IPA, des EFF und des EMFF — zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 108 746 581,17 | — |
| 6 1 5 1 | Rückzahlung von im Interesse des Haushaltsausgleichs gezahlten, jedoch nicht in Anspruch genommenen Zuschüssen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 6 1 5 2 | Rückzahlung von nicht verwendeten Zinszuschüssen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 6 1 5 3 | Rückzahlung von Beträgen, die im Rahmen der vom Organ geschlossenen Verträge nicht verwendet wurden — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 18 882,18 | — |
| 6 1 5 7 | Rückzahlung von Vorauszahlungen im Rahmen der Strukturfonds, des Kohäsionsfonds, des Europäischen Fischereifonds und des Europäischen Meeres- und Fischereifonds — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 80 691 610,16 | — |
| 6 1 5 8 | Rückzahlung sonstiger nicht verwendeter Zuschüsse der Union — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 665 623,32 | — |
| | *Artikel 6 1 5 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 190 122 696,83 | — |
| ***6 1 6*** | ***Rückzahlung von Beträgen, die für Rechnung der Internationalen Atomenergiebehörde verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***6 1 7*** | ***Rückzahlung von Beträgen, die im Rahmen von Hilfen der Union an Drittländer gezahlt worden sind*** | | | | |
| 6 1 7 0 | Rückzahlungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit Südafrika — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 414 945,67 | — |
| | *Artikel 6 1 7 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 414 945,67 | — |
| ***6 1 8*** | ***Rückzahlung von im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe gezahlten Beträgen*** | | | | |
| 6 1 8 0 | Rückzahlung der an Nahrungsmittellieferanten oder -empfänger zu viel gezahlten Beträge — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 258 631,12 | — |
| 6 1 8 1 | Erstattung der von den Nahrungsmittelhilfeempfängern verursachten zusätzlichen Kosten — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 788 367,25 | — |
| | *Artikel 6 1 8 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 1 046 998,37 | — |

**KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN** *(Fortsetzung)*
**KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN**
**KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN SPEZIFISCHER ABKOMMEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***6 1 9*** | ***Erstattung sonstiger Beträge, die für Rechnung Dritter verauslagt worden sind*** | | | | |
| 6 1 9 1 | Erstattung sonstiger Beträge, die gemäß der Entscheidung 77/270/Euratom des Rates für Rechnung Dritter verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 23 893,— | — |
| | *Artikel 6 1 9 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 23 893,— | — |
| | KAPITEL 6 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 253 532 167,27 | — |
| | KAPITEL 6 2 | | | | |
| ***6 2 0*** | ***Entgeltliche Lieferung von Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen (Artikel 6 Buchstabe b des Euratom-Vertrags) — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***6 2 2*** | ***Einnahmen aus Leistungen, die von der Gemeinsamen Forschungsstelle gegen Vergütung für Dritte erbracht werden*** | | | | |
| 6 2 2 1 | Einnahmen aus dem Betrieb des HFR, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 7 716 477,47 | — |
| 6 2 2 3 | Sonstige Einnahmen aus von der Gemeinsamen Forschungsstelle gegen Vergütung für Dritte erbrachten Dienstleistungen, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 7 800 567,04 | — |
| 6 2 2 4 | Einnahmen aus Lizenzen der Kommission für patentfähige oder nicht patentfähige Erfindungen, die aus der Forschungstätigkeit der Union hervorgegangen sind — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 405 973,22 | — |
| 6 2 2 5 | Sonstige Einnahmen der Gemeinsamen Forschungsstelle — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 6 2 2 6 | Einnahmen aus von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Wege des Wettbewerbs für andere Dienststellen der Kommission erbrachten Dienstleistungen, die als zusätzliche Mittel eingesetzt werden — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 60 562 810,73 | — |
| | *Artikel 6 2 2 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 76 485 828,46 | — |
| ***6 2 4*** | ***Einnahmen aus Lizenzen der Kommission auf patentfähige oder nicht patentfähige Erfindungen, die aus der Forschungstätigkeit der Union (indirekte Maßnahmen) stammen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 6 2 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 76 485 828,46 | — |
| | KAPITEL 6 3 | | | | |
| ***6 3 0*** | ***Beiträge der Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelszone im Rahmen des Abkommens zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 249 594 532,— | — |
| ***6 3 1*** | ***Beiträge im Rahmen des Schengen-Besitzstandes*** | | | | |
| 6 3 1 1 | Beiträge zu den Verwaltungsausgaben im Rahmen des Übereinkommens mit Island und Norwegen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 513 098,46 | — |
| 6 3 1 2 | Beiträge zur Entwicklung groß angelegter Informationssysteme im Rahmen des Übereinkommens mit Island, Norwegen, der Schweiz und Liechtenstein — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 3 391 696,04 | — |

**KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN SPEZIFISCHER ABKOMMEN** *(Fortsetzung)*
**KAPITEL 6 5 — FINANZKORREKTUREN**
**KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***6 3 1*** | *(Fortsetzung)* | | | | |
| 6 3 1 3 | Sonstige Beiträge im Rahmen des Schengen-Besitzstandes (Island, Norwegen, Schweiz und Liechtenstein) — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 21 018 000,— | — |
| | *Artikel 6 3 1 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 24 922 794,50 | — |
| ***6 3 2*** | ***Beitrag des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) zu den gemeinsamen Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 79 408 905,33 | — |
| ***6 3 3*** | ***Beiträge zu bestimmten Außenhilfeprogrammen*** | | | | |
| 6 3 3 0 | Beiträge der Mitgliedstaaten, einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Beiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 18 948 230,26 | — |
| 6 3 3 1 | Beiträge von Drittländern, einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Beiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 6 3 3 2 | Beiträge von internationalen Organisationen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 3 3 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 18 948 230,26 | — |
| ***6 3 4*** | ***Beiträge von Treuhandfonds und Finanzierungsinstrumenten — Zweckgebundene Einnahmen*** | | | | |
| 6 3 4 0 | Beiträge von Treuhandfonds zu den Verwaltungsausgaben der Kommission — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | | — |
| 6 3 4 1 | Beiträge von Finanzierungsinstrumenten — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | | | — |
| | *Artikel 6 3 4 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | | — |
| | KAPITEL 6 3 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 372 874 462,09 | — |
| | KAPITEL 6 5 | | | | |
| ***6 5 0*** | ***Finanzkorrekturen*** | | | | |
| 6 5 0 0 | Finanzkorrekturen im Rahmen des EFRE, des ESF, des EAGFL Abteilung Ausrichtung, des FIAF, des Kohäsionsfonds, des EFF und des EMFF — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 42 874 716,75 | — |
| | *Artikel 6 5 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 42 874 716,75 | — |
| | KAPITEL 6 5 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 42 874 716,75 | — |
| | KAPITEL 6 6 | | | | |
| ***6 6 0*** | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen*** | | | | |
| 6 6 0 0 | Sonstige Beiträge und Erstattungen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 477 695 827,44 | — |
| 6 6 0 1 | Sonstige nicht zweckgebundene Beiträge und Erstattungen | 60 000 000 | 60 000 000 | 30 650 167,73 | 51,08 |
| | *Artikel 6 6 0 — Insgesamt* | 60 000 000 | 60 000 000 | 508 345 995,17 | 847,24 |
| | KAPITEL 6 6 — INSGESAMT | 60 000 000 | 60 000 000 | 508 345 995,17 | 847,24 |

## KAPITEL 6 7 — EINNAHMEN BETREFFEND DEN EUROPÄISCHEN GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EGFL) UND DEN EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFTSFONDS FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS (ELER)

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 6 7 | | | | |
| ***6 7 0*** | ***Einnahmen betreffend den EGFL*** | | | | |
| 6 7 0 1 | Rechnungsabschluss EGFL — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 674 797 108,67 | — |
| 6 7 0 2 | Unregelmäßigkeiten EGFL — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 168 572 555,38 | — |
| 6 7 0 3 | Zusätzliche Abgabe der Milcherzeuger — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 64 071 461,67 | — |
| | *Artikel 6 7 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 907 441 125,72 | — |
| ***6 7 1*** | ***Einnahmen betreffend den ELER*** | | | | |
| 6 7 1 1 | Rechnungsabschluss ELER — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 50 156 378,48 | — |
| 6 7 1 2 | Unregelmäßigkeiten ELER — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 7 1 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 50 156 378,48 | — |
| | KAPITEL 6 7 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 957 597 504,20 | — |
| | **Titel 6 — Insgesamt** | **60 000 000** | **60 000 000** | **2 928 076 292,34** | **4 880,13** |

# TITEL 6

# BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM RAHMEN VON ABKOMMEN UND PROGRAMMEN DER UNION

## KAPITEL 6 0 — BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION

### *6 0 1 Verschiedene Forschungsprogramme*

6 0 1 1 Kooperationsabkommen Schweiz-Euratom im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion und der Plasmaphysik — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 21 841 488,58 |

*Erläuterungen*

Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere dem Abkommen vom. 14. September 1978.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen nach Maßgabe der zu deckenden Ausgaben als zusätzliche Mittel bei Artikel 08 03 50 (indirekte Maßnahmen) in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

6 0 1 2 Europa-Abkommen über die Fusionsentwicklung (EFDA) — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 17 388 000,— |

*Erläuterungen*

Einnahmen aus dem multilateralen EFDA-Abkommen zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren 26 assoziierten Fusionspartnern.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen nach Maßgabe der zu deckenden Ausgaben als zusätzliche Mittel bei Artikel 08 03 50 (indirekte Maßnahmen) in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

6 0 1 3 Kooperationsabkommen mit Drittländern im Rahmen der Forschungsprogramme der Union — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 403 389 137,16 |

*Erläuterungen*

Einnahmen aus den Kooperationsabkommen, die zwischen der Union und Drittländern, insbesondere den Staaten, die sich an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligen, im Hinblick auf ihre Mitwirkung an Forschungsprogrammen der Union geschlossen worden sind.

Die etwaigen Beiträge sind zur Deckung der Ausgaben für Sitzungen, Gutachterverträge und Forschungstätigkeiten im Rahmen der jeweiligen Programme bestimmt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen nach Maßgabe der zu deckenden Ausgaben als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 02 04 50, 05 09 50, 06 03 50, 08 02 50, 08 03 50, 08 04 50, 09 04 50, 15 03 50 und 32 04 50 (indirekte Maßnahmen) sowie bei den Artikeln 10 02 50 und 10 03 50 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

**KAPITEL 6 0 — BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION** *(Fortsetzung)*

***6 0 1*** *(Fortsetzung)*

6 0 1 3 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2008/372/EG des Rates vom 12. Februar 2008 über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung des Protokolls zum Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Staat Israel andererseits über ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Staat Israel über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme des Staates Israel an den Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 129 vom 17.5.2008, S. 39).

Beschluss 2011/28/EU des Rates vom 12. Juli 2010 über den Abschluss eines Protokolls zum Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits über ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme der Republik Moldau an den Programmen der Union (ABl. L 14 vom 19.1.2011, S. 5).

Ein umfassendes Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits, mit dem die Schweizerische Eidgenossenschaft mit Horizont 2020 — dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (2014-2020) — sowie mit dem Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2014-2018) in Ergänzung von Horizont 2020 assoziiert wird und die Beteiligung der Schweiz am ITER-Vorhaben für die Jahre 2014-2018 geregelt wird, ist noch im Verhandlungsstadium.

Die Vereinbarung über die Assoziierung Israels mit Horizont 2020 — dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (2014-2020) — ist noch im Verhandlungsstadium.

Die Vereinbarung über die Assoziierung der Republik Moldau mit Horizont 2020 — dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (2014-2020) — ist noch im Verhandlungsstadium.

Der Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung eines Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den Färöer, mit dem die Färöer mit Horizont 2020 — dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (2014-2020) — assoziiert werden.

6 0 1 5 Kooperationsabkommen mit Einrichtungen in Drittstaaten im Rahmen wissenschaftlicher und technologischer Projekte von Unionsinteresse (Eureka und andere) — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen der Union und Einrichtungen von Drittländern im Rahmen wissenschaftlicher und technologischer Projekte von Unionsinteresse (Eureka und andere).

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 02 04 50, 05 09 50, 06 03 50, 08 02 50, 09 04 50, 15 03 50 und 32 04 50 (indirekte Maßnahmen) in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

6 0 1 6 Abkommen über europäische Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Forschung — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Beiträge eingesetzt, die die Drittländer im Rahmen ihrer Beteiligung an der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Forschung leisten.

**KAPITEL 6 0 — BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION** *(Fortsetzung)*

***6 0 1*** *(Fortsetzung)*

6 0 1 6 *(Fortsetzung)*

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 02 04 50, 05 09 50, 06 03 50, 08 02 50, 09 04 50, 15 03 50 und 32 04 50 (indirekte Maßnahmen) in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

*Verweise*

Entschließung der Minister der an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung teilnehmenden Staaten (COST) (am 21. November 1991 in Wien unterzeichnet) (ABl. C 333 vom 24.12.1991, S. 1).

***6 0 2*** ***Sonstige Programme***

6 0 2 1 Verschiedene, für Maßnahmen im Bereich der humanitären Hilfe bestimmte Einnahmen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Etwaige Beteiligungen Dritter an Aktionen der humanitären Hilfe.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Titel 23 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1257/96 des Rates vom 20. Juni 1996 über die humanitäre Hilfe (ABl. L 163 vom 2.7.1996, S. 1).

***6 0 3*** ***Assoziationsabkommen zwischen der Union und Drittstaaten***

6 0 3 1 Einnahmen aus der Beteiligung der beitrittswilligen Länder und der potenziellen Bewerberländer des Westbalkans an Programmen der Union — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 242 255 043,26 |

*Erläuterungen*

Einnahmen aus der Beteiligung von beitrittswilligen Ländern an verschiedenen Programmen der Union aufgrund der nachstehenden Assoziierungsabkommen zwischen der Union und den untenstehenden Ländern. Einnahmen aus der Beteiligung von Ländern, die inzwischen Mitgliedstaaten geworden sind, betreffen Maßnahmen aus der Zeit vor ihrem Beitritt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingestellt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

*Verweise*

Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik der Türkei über die allgemeinen Grundsätze der Teilnahme der Republik der Türkei an Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 61 vom 2.3.2002, S. 29).

Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Albanien über die allgemeinen Grundsätze der Teilnahme der Republik Albanien an Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 192 vom 22.7.2005, S. 2).

**KAPITEL 6 0 — BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION** *(Fortsetzung)*

***6 0 3*** *(Fortsetzung)*

6 0 3 1 *(Fortsetzung)*

Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Bosnien und Herzegowina über die allgemeinen Grundsätze der Teilnahme Bosniens und Herzegowinas an Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 192 vom 22.7.2005, S. 9).

Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Serbien und Montenegro über die allgemeinen Grundsätze der Teilnahme Serbiens und Montenegros an Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 192 vom 22.7.2005, S. 29).

Protokoll zum Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien andererseits über ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien über die allgemeinen Grundsätze der Teilnahme der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien an Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 192 vom 22.7.2005, S. 23).

Abkommen in Form eines Briefwechsels über die vorläufige Anwendung des Protokolls Nr. 8 zum Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Montenegro andererseits über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme Montenegros an den Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 43 vom 19.2.2008, S. 11).

Ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Kosovo über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme des Kosovos an den Programmen der Union (COM(2013) 218 final) wird vermutlich in Kürze unterzeichnet, so dass, sobald dieses unterzeichnet ist, die Vereinbarung über die Assoziierung des Kosovos mit Horizont 2020 ausgehandelt werden könnte..

Zusatzprotokolle zu den Europa-Abkommen (Artikel 228 und 238) zwecks Öffnung der Gemeinschaftsprogramme für beitrittswillige Länder.

6 0 3 2 Einnahmen aus der Beteiligung von Drittländern, die keine beitrittswilligen Länder oder potenziellen Bewerberländer des Westbalkans sind, an Abkommen über Zusammenarbeit im Zollbereich — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 399 942,03 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Finanzbeiträge von Drittländern zu den Abkommen zur Zusammenarbeit im Zollbereich verbucht. Es handelt sich dabei insbesondere um Beiträge im Rahmen des Transit-Projekts sowie des Vorhabens zur (computergestützten) Verbreitung von Informationsdaten zum Zolltarif u. Ä.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 14 03 03, 14 04 01, 14 04 02 und 14 05 03 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

*Rechtsgrundlagen*

Übereinkommen vom 20. Mai 1987 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Republik Österreich, der Republik Finnland, der Republik Island, dem Königreich Norwegen, dem Königreich Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über ein gemeinsames Versandverfahren (ABl. L 226 vom 13.8.1987, S. 2).

Beschluss 2000/305/EG des Rates vom 30. März 2000 über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz über die Ausdehnung des „Common Communications Network/Common Systems Interface“ ((CCN/CSI) Gemeinsames Kommunikationsnetz/Gemeinsame Systemschnittstelle) im Rahmen des Übereinkommens über ein gemeinsames Versandverfahren (ABl. L 102 vom 27.4.2000, S. 50).

Beschluss 2000/506/EG des Rates vom 31. Juli 2000 über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Norwegen über die Ausdehnung des „Common Communications Network/Common Systems Interface“ (CCN/CSI) (Gemeinsames Kommunikationsnetz/Gemeinsame Systemschnittstelle) im Rahmen des Übereinkommens über ein gemeinsames Versandverfahren (ABl. L 204 vom 11.8.2000, S. 35).

**KAPITEL 6 0 — BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION** *(Fortsetzung)*

***6 0 3*** *(Fortsetzung)*

6 0 3 2 *(Fortsetzung)*

Beschluss des Rates vom 19. März 2001 zur Ermächtigung der Kommission, im Namen der Europäischen Gemeinschaft eine Änderung des am 15. Dezember 1950 in Brüssel unterzeichneten Abkommens über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens auszuhandeln, die es der Europäischen Gemeinschaft ermöglicht, Mitglied der genannten Organisation zu werden.

Entscheidung Nr. 253/2003/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2003 über ein Aktionsprogramm für das Zollwesen der Gemeinschaft (Zoll 2007) (ABl. L 36 vom 12.2.2003, S. 1).

Entscheidung Nr. 624/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung eines Aktionsprogramms für das Zollwesen in der Gemeinschaft (Zoll 2013) (ABl. L 154 vom 14.6.2007, S. 25).

6 0 3 3 Beteiligung Dritter an Tätigkeiten der Union — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 31 092 007,37 |

*Erläuterungen*

Etwaige Beteiligungen Dritter an Tätigkeiten der Union.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingestellt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

**KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN**

***6 1 1*** ***Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines oder mehrerer Mitgliedstaaten verauslagt wurden***

6 1 1 3 Einnahmen aus der Anlage von Vermögenswerten gemäß Artikel 4 der Entscheidung 2003/76/EG — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 61 921 310,65 |

*Erläuterungen*

Die Entscheidung 2003/76/EG des Rates sieht vor, dass die Kommission mit der Abwicklung der am Ende der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags noch laufenden Finanzoperationen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl beauftragt wird.

Gemäß Artikel 4 der Entscheidung 2003/76/EG gelten die Nettobeträge aus der Anlage von Vermögenswerten als Einnahmen des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union. Diese Einnahmen unterliegen einer Zweckbindung, d. h., sie sind für die Finanzierung der Forschungsprojekte in den mit der Kohle- und Stahlindustrie verbundenen Sektoren über den Forschungsfonds für Kohle und Stahl bestimmt.

Die für die Finanzierung von Forschungsprojekten des Jahres n+2 verfügbaren Nettoeinnahmen werden zunächst auf der Aktivseite der Bilanz der in Abwicklung befindlichen EGKS für das Jahr n und — nach erfolgter Abwicklung — bei den Aktiva des Forschungsfonds für Kohle und Stahl ausgewiesen. Dieser Finanzierungsmechanismus gilt seit 2003. Die Einnahmen des Jahres 2012 werden im Haushaltsjahr 2014 für die Forschung bereitgestellt. Um etwaige Schwankungen des Finanzierungsvolumens im Forschungsbereich infolge der Entwicklung der Finanzmärkte auf ein Mindestmaß zu reduzieren, wird eine Nivellierung vorgenommen. Die im Haushaltsjahr 2014 für Forschungszwecke verfügbaren Mittel werden mit 48 366 250 EUR (netto) veranschlagt.

**KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***6 1 1*** *(Fortsetzung)*

6 1 1 3 *(Fortsetzung)*

Gemäß Artikel 4 der Entscheidung 2003/76/EG sind 72,8 % der Fondsmittel für den Stahlsektor und 27,2 % für den Kohlesektor bestimmt.

Gemäß Artikel 21 und Artikel 181 Absatz 2 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Kapitel 08 23 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission" eingesetzt.

*Rechtsgrundlagen*

Entscheidung 2003/76/EG des Rates vom 1. Februar 2003 zur Festlegung der Bestimmungen für die Durchführung des Protokolls zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft über die finanziellen Folgen des Ablaufs der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags und über den Forschungsfonds für Kohle und Stahl (ABl. L 29 vom 5.2.2003, S. 22).

6 1 1 4 Einnahmen aus Einziehungen im Rahmen des Forschungsprogramms des Forschungsfonds für Kohle und Stahl

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Die Entscheidung 2003/76/EG des Rates sieht vor, dass die Kommission mit der Abwicklung der am Ende der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags noch laufenden Finanzoperationen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl beauftragt wird.

Gemäß Artikel 4 Absatz 5 der Entscheidung 2003/76/EG fließen die Einziehungen zunächst dem Vermögen der EGKS in Abwicklung und nach erfolgter Abwicklung den Guthaben des Forschungsfonds für Kohle und Stahl zu.

*Rechtsgrundlagen*

Entscheidung 2003/76/EG des Rates vom 1. Februar 2003 zur Festlegung der Bestimmungen für die Durchführung des Protokolls zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft über die finanziellen Folgen des Ablaufs der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags und über den Forschungsfonds für Kohle und Stahl (ABl. L 29 vom 5.2.2003, S. 22).

***6 1 2*** ***Erstattung von Beträgen, die bei der Ausführung von entgeltlichen Auftragsarbeiten verauslagt wurden — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 2 322,75 |

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingestellt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

| | |
|---|---|
| Kommission | p.m. |
| Rat | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | p.m. |
| Insgesamt | p.m. |

**KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***6 1 4 Rückzahlung der finanziellen Unterstützung der Union bei Vorhaben und Maßnahmen, deren Ergebnisse kommerziell genutzt werden konnten***

6 1 4 3 Rückzahlung von Finanzhilfen, die zur Förderung einer europäischen Risikokapitaltätigkeit für kleine und mittlere Unternehmen gewährt werden — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Rückzahlung der gesamten oder eines Teils der finanziellen Unterstützung für kommerziell erfolgreiche Projekte, mit einer möglichen Beteiligung an den Erträgen aus Finanzhilfen, die kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen der Förderung einer europäischen Risikokapitaltätigkeit über die Instrumente „Venture Consort" und „Eurotech Capital" erhalten.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingestellt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

6 1 4 4 Rückzahlung des Beitrags der Union zu den aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds finanzierten Risikoteilungsinstrumenten — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Wiedereinsetzung von Rückflüssen und Restbeträgen aus den Beiträgen, die die Union an die aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds finanzierten Risikoteilungsinstrumente abgeführt hat.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingestellt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25), insbesondere Artikel 14 und 36a.

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

**KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN** *(Fortsetzung)*

### *6 1 5 Rückzahlung nicht verwendeter Zuschüsse der Union*

6 1 5 0 Rückzahlung nicht verwendeter finanzieller Beiträge des Europäischen Sozialfonds, des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei, des Kohäsionsfonds, des Solidaritätsfonds, des ISPA, des IPA, des EFF und des EMFF — zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 108 746 581,17 |

*Erläuterungen*

Rückzahlung nicht verwendeter finanzieller Beiträge des Europäischen Sozialfonds, des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei, des Kohäsionsfonds, des Solidaritätsfonds, des Strukturpolitischen Instruments zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA), des Instruments für Heranführungshilfe (IPA), des Europäischen Fischereifonds (EFF) und des Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF).

Diese Einnahmen werden gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

6 1 5 1 Rückzahlung von im Interesse des Haushaltsausgleichs gezahlten, jedoch nicht in Anspruch genommenen Zuschüssen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

6 1 5 2 Rückzahlung von nicht verwendeten Zinszuschüssen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

6 1 5 3 Rückzahlung von Beträgen, die im Rahmen der vom Organ geschlossenen Verträge nicht verwendet wurden — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 18 882,18 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

**KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***6 1 5*** *(Fortsetzung)*

6 1 5 7 Rückzahlung von Vorauszahlungen im Rahmen der Strukturfonds, des Kohäsionsfonds, des Europäischen Fischereifonds und des Europäischen Meeres- und Fischereifonds — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 80 691 610,16 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Rückzahlungen von Vorfinanzierungen im Rahmen der Strukturfonds (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung und Europäischer Sozialfonds), des Kohäsionsfonds und des Europäischen Fischereifonds und des Europäischen Meeres- und Fischereifonds veranschlagt.

Gemäß den Artikeln 21 und 177 der Haushaltsordnung werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den entsprechenden Linien der Titel 04, 11 und 13 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission" eingesetzt, um eine Kürzung der Beteiligung der Fonds an der betreffenden Intervention zu vermeiden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1164/94 vom 16. Mai 1994 zur Errichtung des Kohäsionsfonds (ABl. L 130 vom 25.5.1994, S. 1), insbesondere Artikel D von Anhang II.

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25), insbesondere Artikel 82 Absatz 2 und Kapitel II.

Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (ABl. L 223 vom 15.8.2006, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

6 1 5 8 Rückzahlung sonstiger nicht verwendeter Zuschüsse der Union — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 665 623,32 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

***6 1 6*** ***Rückzahlung von Beträgen, die für Rechnung der Internationalen Atomenergiebehörde verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Rückzahlung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) der Beträge, die die Kommission für die von der IAEO im Rahmen der Verifizierungsabkommen durchgeführten Kontrollen vorgeschossen hat (siehe Artikel 32 05 01 und 32 05 02 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission").

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingestellt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

**KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***6 1 6*** *(Fortsetzung)*

*Verweise*

Übereinkommen zwischen dem Königreich Belgien, dem Königreich Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, Irland, der Italienischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande, der Europäischen Atomgemeinschaft und der Internationalen Atomenergie-Organisation in Ausführung von Artikel III Absätze 1 und 4 des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (ABl. L 51 vom 22.2.1978, S. 1), insbesondere Artikel 15 dieses Abkommens.

Dreiseitige Vereinbarungen zwischen der Gemeinschaft, dem Vereinigten Königreich und der IAEO.

Dreiseitige Vereinbarungen zwischen der Gemeinschaft, Frankreich und der IAEO.

### *6 1 7 Rückzahlung von Beträgen, die im Rahmen von Hilfen der Union an Drittländer gezahlt worden sind*

6 1 7 0 Rückzahlungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit Südafrika — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 414 945,67 |

*Erläuterungen*

Rückzahlung von im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit Südafrika zu viel gezahlten Beträgen durch Auftragnehmer bzw. Begünstigte.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Posten 21 02 05 01 und 21 02 05 02 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (KOM(2011) 840 endg.).

### *6 1 8 Rückzahlung von im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe gezahlten Beträgen*

6 1 8 0 Rückzahlung der an Nahrungsmittellieferanten oder -empfänger zu viel gezahlten Beträge — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 258 631,12 |

*Erläuterungen*

Rückzahlungen nach Maßgabe der Bestimmungen in den Ausschreibungen oder in den finanziellen Bedingungen, die den Schreiben der Kommission mit den Kriterien für die Gewährung der Nahrungsmittelhilfe an die Empfänger beigefügt sind.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingestellt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1257/96 des Rates vom 20. Juni 1996 über die humanitäre Hilfe (ABl. L 163 vom 2.7.1996, S. 1).

**KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***6 1 8*** *(Fortsetzung)*

6 1 8 1 Erstattung der von den Nahrungsmittelhilfeempfängern verursachten zusätzlichen Kosten — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 788 367,25 |

*Erläuterungen*

Erstattungen nach Maßgabe der Lieferbedingungen, die den Schreiben der Kommission mit den Kriterien für die Gewährung der Nahrungsmittelhilfe an die Empfänger beigefügt sind.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingestellt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1257/96 des Rates vom 20. Juni 1996 über die humanitäre Hilfe (ABl. L 163 vom 2.7.1996, S. 1).

***6 1 9*** ***Erstattung sonstiger Beträge, die für Rechnung Dritter verauslagt worden sind***

6 1 9 1 Erstattung sonstiger Beträge, die gemäß der Entscheidung 77/270/Euratom des Rates für Rechnung Dritter verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 23 893,— |

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Posten 19 06 04 01 und 22 02 05 01 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

Verordnung (Euratom) Nr. 300/2007 des Rates vom 19. Februar 2007 zur Schaffung eines Instruments für Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit (ABl. L 81 vom 22.3.2007, S. 1).

**KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN**

***6 2 0*** ***Entgeltliche Lieferung von Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen (Artikel 6 Buchstabe b des Euratom-Vertrags) — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Einnahmen aus der entgeltlichen Lieferung von Rohstoffen und spaltbarem Material an die Mitgliedstaaten zur Durchführung ihrer Forschungsprogramme.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingestellt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

*Rechtsgrundlagen*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 6 Buchstabe b.

**KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN** *(Fortsetzung)*

### *6 2 2 Einnahmen aus Leistungen, die von der Gemeinsamen Forschungsstelle gegen Vergütung für Dritte erbracht werden*

6 2 2 1 Einnahmen aus dem Betrieb des HFR, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 7 716 477,47 |

*Erläuterungen*

Einnahmen aus dem Betrieb des HFR (High-flux reactor) in der Forschungsanstalt Petten der Gemeinsamen Forschungsstelle.

Von Dritten abgeführte Beträge, die zur Deckung von Ausgaben verschiedener Art, die der Gemeinsamen Forschungsstelle für den Betrieb des HFR entstehen, bestimmt sind.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 10 01 05 und 10 04 04 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission" eingesetzt.

*Abschluss früherer Programme*

Die Einnahmen werden von Belgien, Frankreich und den Niederlanden bereitgestellt.

6 2 2 3 Sonstige Einnahmen aus von der Gemeinsamen Forschungsstelle gegen Vergütung für Dritte erbrachten Dienstleistungen, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 7 800 567,04 |

*Erläuterungen*

Es handelt sich um Einnahmen, die von Personen, Unternehmen und staatlichen Einrichtungen abgeführt werden, für die die Gemeinsame Forschungsstelle gegen Entgelt Forschungsarbeiten durchführt und/oder Dienstleistungen erbringt.

Gemäß Artikel 21 und Artikel 183 Absatz 2 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen bis zur Höhe der für jeden Dienstleistungsvertrag mit Dritten anfallenden Ausgaben als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 10 01 05, 10 02 01, 10 02 51, 10 02 52, 10 03 01, 10 03 51, 10 03 52 und 10 04 02 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission" eingesetzt.

6 2 2 4 Einnahmen aus Lizenzen der Kommission für patentfähige oder nicht patentfähige Erfindungen, die aus der Forschungstätigkeit der Union hervorgegangen sind — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 405 973,22 |

*Erläuterungen*

Gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, und insbesondere Artikel 12, können die Mitgliedstaaten sowie Personen und Unternehmen gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung nichtausschließliche Lizenzen an den Patenten, vorläufig geschützten Rechten, Gebrauchsmustern oder Patentanmeldungen erhalten, deren Inhaberin die Europäische Atomgemeinschaft ist.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Kapiteln 10 02 und 10 03 sowie bei den Artikeln 10 01 05, 10 04 02 und 10 04 03 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission" eingesetzt.

*Rechtsgrundlagen*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft.

Verordnung (EWG) Nr. 2380/74 des Rates vom 17. September 1974 über die Regelung für die Verbreitung von Kenntnissen im Rahmen der Forschungsprogramme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. L 255 vom 20.9.1974, S. 1).

**KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN** *(Fortsetzung)*

***6 2 2*** *(Fortsetzung)*

6 2 2 5 Sonstige Einnahmen der Gemeinsamen Forschungsstelle — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Einnahmen aus Beiträgen, Schenkungen oder Vermächtnissen Dritter zugunsten verschiedener Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Artikel 10 01 05 sowie bei den Kapiteln 10 02, 10 03 und 10 04 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

6 2 2 6 Einnahmen aus von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Wege des Wettbewerbs für andere Dienststellen der Kommission erbrachten Dienstleistungen, die als zusätzliche Mittel eingesetzt werden — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 60 562 810,73 |

*Erläuterungen*

Es handelt sich um Einnahmen aus Forschungsarbeiten und/oder Dienstleistungen, die die Gemeinsame Forschungsstelle für andere Dienststellen der Kommission ausführt bzw. erbringt, sowie um Einnahmen aus der Beteiligung an Maßnahmen der FTE-Rahmenprogramme.

Gemäß Artikel 21 und Artikel 183 Absatz 2 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen bis zur Höhe der für jeden Dienstleistungsvertrag mit anderen Kommissionsdienststellen anfallenden Ausgaben als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 10 01 05, 10 02 01, 10 02 51, 10 02 52, 10 03 01, 10 03 51, 10 03 52 und 10 04 03 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

***6 2 4*** ***Einnahmen aus Lizenzen der Kommission auf patentfähige oder nicht patentfähige Erfindungen, die aus der Forschungstätigkeit der Union (indirekte Maßnahmen) stammen — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 12, können die Mitgliedstaaten sowie Personen und Unternehmen gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung nichtausschließliche Lizenzen an den Patenten, vorläufig geschützten Rechten, Gebrauchsmustern oder Patentanmeldungen erhalten, deren Inhaberin die Europäische Atomgemeinschaft ist.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

*Rechtsgrundlagen*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft.

Verordnung (EWG) Nr. 2380/74 des Rates vom 17. September 1974 über die Regelung für die Verbreitung von Kenntnissen im Rahmen der Forschungsprogramme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. L 255 vom 20.9.1974, S. 1).

## KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN SPEZIFISCHER ABKOMMEN

### *6 3 0 Beiträge der Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelszone im Rahmen des Abkommens zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 249 594 532,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die Beiträge der EFTA-Staaten erfasst, die gemäß Artikel 82 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sowie gemäß dem zugehörigen Protokoll 32 im Rahmen ihrer finanziellen Beteiligung an bestimmten Aktionen der Union zu leisten sind.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen finanziellen Beteiligung ist in der Zusammenfassung in einem Anhang zum Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission" ausgewiesen.

Die Beiträge der EFTA-Staaten werden der Kommission gemäß den Artikeln 1 bis 3 des Protokolls Nr. 32 zum Abkommen zur Verfügung gestellt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

*Verweise*

Abkommen zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 3).

### *6 3 1 Beiträge im Rahmen des Schengen-Besitzstandes*

6 3 1 1 Beiträge zu den Verwaltungsausgaben im Rahmen des Übereinkommens mit Island und Norwegen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 513 098,46 |

*Erläuterungen*

Beitrag zu den Verwaltungskosten aufgrund des Übereinkommens vom 18. Mai 1999 zwischen dem Rat der Europäischen Union sowie der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung der beiden letztgenannten Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 36), insbesondere Artikel 12.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

| | |
|---|---|
| Rat | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | p.m. |
| Insgesamt | p.m. |

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 1999/437/EG des Rates vom 17. Mai 1999 zum Erlass bestimmter Durchführungsvorschriften zu dem Übereinkommen zwischen dem Rat der Europäischen Union und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung dieser beiden Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 31).

**KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN SPEZIFISCHER ABKOMMEN** *(Fortsetzung)*

***6 3 1*** *(Fortsetzung)*

6 3 1 2 Beiträge zur Entwicklung groß angelegter Informationssysteme im Rahmen des Übereinkommens mit Island, Norwegen, der Schweiz und Liechtenstein — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 3 391 696,04 |

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 18 02 07, 18 02 08, 18 02 09 und 18 03 03 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 1999/437/EG des Rates vom 17. Mai 1999 zum Erlass bestimmter Durchführungsvorschriften zu dem Übereinkommen zwischen dem Rat der Europäischen Union und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung dieser beiden Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 31).

Beschluss 1999/439/EG des Rates vom 17. Mai 1999 über den Abschluss des Übereinkommens mit der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung dieser beiden Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 35).

Verordnung (EG) Nr. 2725/2000 des Rates vom 11. Dezember 2000 über die Einrichtung von „Eurodac“ für den Vergleich von Fingerabdrücken zum Zwecke der effektiven Anwendung des Dubliner Übereinkommens (ABl. L 316 vom 15.12.2000, S. 1).

Beschluss 2001/258/EG des Rates vom 15. März 2001 über den Abschluss des Übereinkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Kriterien und Regelungen zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in Island oder Norwegen gestellten Asylantrags (ABl. L 93 vom 3.4.2001, S. 38), insbesondere Artikel 9 des Übereinkommens.

Beschluss 2001/886/JI des Rates vom 6. Dezember 2001 über die Entwicklung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 328 vom 13.12.2001, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2424/2001 des Rates vom 6. Dezember 2001 über die Entwicklung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 328 vom 13.12.2001, S. 4).

Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates vom 18. Februar 2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist (ABl. L 50 vom 25.2.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1560/2003 der Kommission vom 2. September 2003 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist (ABl. L 222 vom 5.9.2003, S. 3).

Entscheidung 2004/512/EG des Rates vom 8. Juni 2004 zur Einrichtung des Visa-Informationssystems (VIS) (ABl. L 213 vom 15.6.2004, S. 5).

Verordnung (EG) Nr. 1986/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über den Zugang von für die Ausstellung von Kfz-Zulassungsbescheinigungen zuständigen Dienststellen der Mitgliedstaaten zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 381 vom 28.12.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1987/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 381 vom 28.12.2006, S. 4).

Beschluss 2007/533/JI des Rates vom 12. Juni 2007 über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 205 vom 7.8.2007, S. 63).

Beschluss 2008/146/EG des Rates vom 28. Januar 2008 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Abkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 1).

**KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN SPEZIFISCHER ABKOMMEN** *(Fortsetzung)*

***6 3 1*** *(Fortsetzung)*

6 3 1 2 *(Fortsetzung)*

Beschluss 2008/147/EG des Rates vom 28. Januar 2008 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Kriterien und Regelungen zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags (ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 3).

Beschluss 2008/149/EG des Rates vom 28. Januar 2008 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Abkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 50).

Beschluss 2008/633/JI des Rates vom 23. Juni 2008 über den Zugang der benannten Behörden der Mitgliedstaaten und von Europol zum Visa-Informationssystem (VIS) für Datenabfragen zum Zwecke der Verhütung, Aufdeckung und Ermittlung terroristischer und sonstiger schwerwiegender Straftaten (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 129).

Verordnung (EG) Nr. 767/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über das Visa-Informationssystem (VIS) und den Datenaustausch zwischen Mitgliedstaaten über Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 60).

Verordnung (EG) Nr. 1104/2008 des Rates vom 24. Oktober 2008 über die Migration vom Schengener Informationssystem (SIS 1+) zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 299 vom 8.11.2008, S. 1).

Beschluss 2008/839/JI des Rates vom 24. Oktober 2008 über die Migration vom Schengener Informationssystem (SIS 1+) zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 299 vom 8.11.2008, S. 43).

Beschluss 2011/349/EU des Rates vom 7. März 2011 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Protokolls zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands, insbesondere in Bezug auf die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen und die polizeiliche Zusammenarbeit (ABl. L 160 vom 18.6.2011, S. 1).

Beschluss 2011/350/EU des Rates vom 7. März 2011 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Protokolls zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands in Bezug auf die Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen und den freien Personenverkehr (ABl. L 160 vom 18.6.2011, S. 19).

Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (ABl. L 286 vom 1.11.2011, S. 1).

6 3 1 3 Sonstige Beiträge im Rahmen des Schengen-Besitzstandes (Island, Norwegen, Schweiz und Liechtenstein) — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 21 018 000,— |

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 18 02 51 und 18 03 02 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

**KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN SPEZIFISCHER ABKOMMEN** *(Fortsetzung)*

***6 3 1*** *(Fortsetzung)*

6 3 1 3 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 1999/437/EG des Rates vom 17. Mai 1999 zum Erlass bestimmter Durchführungsvorschriften zu den Übereinkommen zwischen dem Rat der Europäischen Union und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung dieser beiden Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 31).

Beschluss 1999/439/EG des Rates vom 17. Mai 1999 über den Abschluss des Übereinkommens mit der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung dieser beiden Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 35).

Beschluss 2001/258/EG des Rates vom 15. März 2001 über den Abschluss des Übereinkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Kriterien und Regelungen zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in Island oder Norwegen gestellten Asylantrags (ABl. L 93 vom 3.4.2001, S. 38), insbesondere Artikel 9 dieses Übereinkommens.

Entscheidung Nr. 574/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung des Außengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms Solidarität und Steuerung der Migrationsströme (ABl. L 144 vom 6.6.2007, S. 22).

Beschluss 2008/146/EG des Rates vom 28. Januar 2008 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Abkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 1).

Beschluss 2008/147/EG des Rates vom 28. Januar 2008 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Kriterien und Regelungen zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags, (ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 3).

Beschluss 2008/149/EG des Rates vom 28. Januar 2008 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Abkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 50).

Verordnung (EU) Nr. 439/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 zur Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (ABl. L 132 vom 29.5.2010, S. 11).

Beschluss 2011/305/EU des Rates vom 21. März 2011 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — einer Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie der Republik Island, dem Königreich Norwegen, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über zusätzliche Regeln im Zusammenhang mit dem Außengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 (ABl. L 137 vom 25.5.2011, S. 1).

Beschluss 2011/349/EU des Rates vom 7. März 2011 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Protokolls zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands, insbesondere in Bezug auf die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen und die polizeiliche Zusammenarbeit (ABl. L 160 vom 18.6.2011, S. 1).

Beschluss 2011/350/EU des Rates vom 7. März 2011 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Protokolls zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands in Bezug auf die Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen und den freien Personenverkehr (ABl. L 160 vom 18.6.2011, S. 19).

**KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN SPEZIFISCHER ABKOMMEN** *(Fortsetzung)*

***6 3 1*** *(Fortsetzung)*

6 3 1 3 *(Fortsetzung)*

Beschluss 2012/192/EU des Rates vom 12. Juli 2010 über die Unterzeichnung — im Namen der Union — der Vereinbarung zwischen der Europäischen Union sowie der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Beteiligung dieser Staaten an der Arbeit der Ausschüsse, die die Europäische Kommission bei der Ausübung ihrer Durchführungsbefugnisse in Bezug auf die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands unterstützen (ABl. L 103 vom 13.4.2012, S. 1).

Beschluss 2012/193/EU des Rates vom 13. März 2012 über den Abschluss — im Namen der Union — der Vereinbarung zwischen der Europäischen Union sowie der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Beteiligung dieser Staaten an der Arbeit der Ausschüsse, die die Europäische Kommission bei der Ausübung ihrer Durchführungsbefugnisse in Bezug auf die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands unterstützen (ABl. L 103 vom 13.4.2012, S. 3).

Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 des Rates vom 7. Oktober 2013 zur Einführung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung des Beschlusses des Exekutivausschusses vom 16. September 1998 bezüglich der Errichtung des Ständigen Ausschusses Schengener Durchführungsübereinkommen (ABl. L 295 vom 6.11.2013, S. 27).

***6 3 2*** ***Beitrag des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) zu den gemeinsamen Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 79 408 905,33 |

*Erläuterungen*

Die Beiträge der Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) zu den gemeinsamen Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben werden gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel bei Posten 21 01 04 10 im Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ verwendet.

*Verweise*

Internes Abkommen zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2008-2013 bereitgestellten Gemeinschaftshilfe im Rahmen des AKP-EG-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von Finanzhilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des EG-Vertrags Anwendung findet (ABl. L 247 vom 9.9.2006, S. 32).

***6 3 3*** ***Beiträge zu bestimmten Außenhilfeprogrammen***

6 3 3 0 Beiträge der Mitgliedstaaten, einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Beiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 18 948 230,26 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten, einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie die Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen eingesetzt.

Gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

**KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN SPEZIFISCHER ABKOMMEN** *(Fortsetzung)*

***6 3 3*** *(Fortsetzung)*

6 3 3 1 Beiträge von Drittländern, einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Beiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Finanzbeiträge von Drittländern, einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie die Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen eingesetzt.

Gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

6 3 3 2 Beiträge von internationalen Organisationen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen eingesetzt.

Gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

***6 3 4*** ***Beiträge von Treuhandfonds und Finanzierungsinstrumenten — Zweckgebundene Einnahmen***

6 3 4 0 Beiträge von Treuhandfonds zu den Verwaltungsausgaben der Kommission — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Verwaltungsgebühren eingestellt, für die die Kommission zur Deckung ihrer Verwaltungskosten aus den Jahren, in denen die Beiträge zu jedem Treuhandfonds anfänglich verwendet wurden, bis zu 5 % der in die Treuhandfonds eingezahlten Beträge abbuchen kann.

Solche Verwaltungsgebühren werden während der Laufzeit des Treuhandfonds zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung gleichgestellt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 187 Absatz 7.

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1), insbesondere Artikel 259.

**KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN SPEZIFISCHER ABKOMMEN** *(Fortsetzung)*

***6 3 4*** *(Fortsetzung)*

6 3 4 1 Beiträge von Finanzierungsinstrumenten — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Jährliche Erstattungen, einschließlich Rückflüsse, freigegebene Garantien und Erstattungen auf den Darlehensbetrag, die der Kommission erstattet werden, oder Treuhandkonten, die für Finanzierungsinstrumente eingerichtet wurden und der Unterstützung aus dem Haushalt im Rahmen eines Finanzierungsinstruments zugerechnet werden können, stellen interne zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung dar und werden unbeschadet des Artikels 140 Absatz 9 der Haushaltsordnung für dasselbe Finanzierungsinstrument für einen Zeitraum verwendet, der nicht länger sein darf als der Zeitraum der Mittelbindungen plus zwei Jahre, es sei denn, der Basisrechtsakt sieht etwas anderes vor.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 140 Absatz 6.

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

**KAPITEL 6 5 — FINANZKORREKTUREN**

***6 5 0 Finanzkorrekturen***

6 5 0 0 Finanzkorrekturen im Rahmen des EFRE, des ESF, des EAGFL Abteilung Ausrichtung, des FIAF, des Kohäsionsfonds, des EFF und des EMFF — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 42 874 716,75 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden Finanzkorrekturen eingestellt, die im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Europäischen Sozialfonds, des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (Abteilung Ausrichtung), des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei, des Kohäsionsfonds, des Europäischen Fischereifonds und des Europäischen Meeres- und Fischereifonds vereinnahmt werden.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können die bei diesem Posten veranschlagten Mittel als zusätzliche Mittel bei den entsprechenden Linien der Titel 04, 05, 11 und 13 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt werden.

Gemäß Artikel 105 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 berührt diese Verordnung weder die Fortsetzung noch die Änderung, einschließlich der vollständigen oder teilweisen Aufhebung, einer durch die Strukturfonds kofinanzierten Intervention oder eines durch den Kohäsionsfonds kofinanzierten Projekts, die von der Kommission auf der Grundlage der Verordnungen (EWG) Nr. 2052/88, (EWG) Nr. 4253/88, (EG) Nr. 1164/94 und (EG) Nr. 1260/1999 sowie jeder sonstigen für diese Interventionen am 31. Dezember 2006 geltenden Rechtsvorschrift genehmigt worden sind und für die dementsprechend bis zu dem Abschluss der betreffenden Förderung oder Projekte die genannten Rechtsvorschriften gelten.

Gemäß Artikel 152 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 berührt diese Verordnung weder die Fortsetzung oder Änderung, einschließlich der vollständigen oder teilweisen Einstellung, der Unterstützung, die von der Kommission auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 oder einer anderen Rechtsvorschrift, die am 31. Dezember 2013 für diese Unterstützung galt, genehmigt wurde.

**KAPITEL 6 5 — FINANZKORREKTUREN** *(Fortsetzung)*

***6 5 0*** *(Fortsetzung)*

6 5 0 0 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1), insbesondere Artikel 24.

Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und zur Änderung bzw. Aufhebung bestimmter Verordnungen (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 80).

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1), insbesondere Artikel 39 Absatz 2.

Verordnung (EG) Nr. 1263/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 54).

Verordnung (EG) Nr. 448/2001 der Kommission vom 2. März 2001 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates hinsichtlich des Verfahrens für die Vornahme von Finanzkorrekturen bei Strukturfondsinterventionen (ABl. L 64 vom 6.3.2001, S. 13).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (ABl. L 223 vom 15.8.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 371 vom 27.12.2006, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

**KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN**

***6 6 0*** ***Sonstige Beiträge und Erstattungen***

6 6 0 0 Sonstige Beiträge und Erstattungen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 477 695 827,44 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung etwaige, in den übrigen Teilen von Titel 6 nicht vorgesehene Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, denen diese Einnahmen zugewiesen sind.

**KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN** *(Fortsetzung)*

***6 6 0*** *(Fortsetzung)*

6 6 0 0 *(Fortsetzung)*

| | | |
|---|---|---|
| Europäisches Parlament | | p.m. |
| Rat | | p.m. |
| Kommission | | p.m. |
| Bürgerbeauftragter | | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | | p.m. |
| | Insgesamt | p.m. |

6 6 0 1 Sonstige nicht zweckgebundene Beiträge und Erstattungen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 60 000 000 | 60 000 000 | 30 650 167,73 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden etwaige, in den übrigen Teilen von Titel 6 nicht vorgesehene Einnahmen eingesetzt, die nicht gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung verwendet werden.

| | | |
|---|---|---|
| Europäisches Parlament | | p.m. |
| Kommission | | 60 000 000 |
| | Insgesamt | 60 000 000 |

**KAPITEL 6 7 — EINNAHMEN BETREFFEND DEN EUROPÄISCHEN GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EGFL) UND DEN EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFTSFONDS FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS (ELER)**

***6 7 0*** ***Einnahmen betreffend den EGFL***

6 7 0 1 Rechnungsabschluss EGFL — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 674 797 108,67 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden Einnahmen im Zusammenhang mit Konformitäts- und Rechnungsabschlussbeschlüssen zugunsten des Haushaltsplans der Union eingestellt, die für Ausgaben des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung unter der Rubrik 1 der Finanziellen Vorausschau 2000-2006 und für Ausgaben des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) unter der Rubrik 2 der Mehrjährigen Finanzrahmen 2007-2013 und 2014-2020 gemäß den Artikeln 30 und 31 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 und gemäß den Artikeln 53 und 54 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 anfallen.

Bei diesem Posten werden ferner Einnahmen im Zusammenhang mit Konformitäts- und Rechnungsabschlussbeschlüssen zugunsten des Haushaltsplans der Union eingestellt, die für Ausgaben im Rahmen der mit der Verordnung (EG) Nr. 320/2006 eingerichteten und bis 30. September 2012 befristeten Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie in der Gemeinschaft (Umstrukturierungsfonds für die Zuckerindustrie) anfallen.

Gemäß Artikel 34 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 und Artikel 43 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 gelten diese Einnahmen als zweckgebundene Einnahmen im Sinne der Artikel 21 und 174 der Haushaltsordnung und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien des EGFL in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

**KAPITEL 6 7 — EINNAHMEN BETREFFEND DEN EUROPÄISCHEN GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EGFL) UND DEN EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFTSFONDS FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS (ELER)** *(Fortsetzung)*

***6 7 0*** *(Fortsetzung)*

6 7 0 1 *(Fortsetzung)*

Die Einnahmen bei diesem Posten werden mit 1 008 000 000 EUR veranschlagt und beinhalten 370 000 000 EUR, die gemäß Artikel 14 der Haushaltsordnung vom Haushaltsjahr 2013 auf das Haushaltsjahr 2014 übertragen werden. Bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 2014 wurde ein Betrag von 464 000 000 EUR zur Finanzierung der Maßnahmen nach Artikel 05 02 08 und der Restbetrag von 544 000 000 EUR zur Finanzierung der Maßnahmen nach Artikel 05 03 01 vorgesehen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 320/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 mit einer befristeten Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie in der Europäischen Gemeinschaft und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 42).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

6 7 0 2 Unregelmäßigkeiten EGFL — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 168 572 555,38 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden Beträge eingesetzt, die infolge der Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten oder Versäumnissen eingezogen werden, einschließlich der auf diese Beträge fällig gewordenen Verzugszinsen. Es handelt sich insbesondere um Beträge aus Unregelmäßigkeiten oder Betrugsfällen, um Zwangsgelder und Zinsen, um verfallene Sicherheiten, Einlagen und Garantien im Zusammenhang mit Ausgaben des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung unter der Rubrik 1 der Finanziellen Vorausschau 2000-2006 und im Zusammenhang mit Ausgaben des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) unter der Rubrik 2 der Mehrjährigen Finanzrahmen 2007-2013 und 2014-2020 gemäß Artikel 32 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 und gemäß den Artikeln 54 und 55 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013.

Bei diesem Posten werden ferner Beträge eingesetzt, die infolge von Unregelmäßigkeiten oder Irrtümern im Rahmen der mit der Verordnung (EG) Nr. 320/2006 eingerichteten und am 30. September 2012 beendeten, befristeten Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie in der Gemeinschaft (Umstrukturierungsfonds für die Zuckerindustrie) angefallen sind; dazu gehören auch Zwangsgelder, Zinsen und Sicherheiten.

Bei diesem Posten werden auch die eingezogenen Nettobeträge eingesetzt, für die die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 32 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 20 % bzw. gemäß Artikel 55 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 10 % einbehalten können. Außerdem werden Beträge aus Abschlussbeschlüssen eingesetzt, die in Anwendung von Artikel 32 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 bzw. von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 eingezogen werden.

Gemäß Artikel 34 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005, Artikel 1 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 320/2006 und Artikel 43 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 gelten diese Einnahmen als zweckgebundene Einnahmen im Sinne der Artikel 21 und 174 der Haushaltsordnung und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien des EGFL in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Die Einnahmen bei diesem Posten werden mit 331 000 000 EUR veranschlagt und beinhalten 166 000 000 EUR, die gemäß Artikel 14 der Haushaltsordnung vom Haushaltsjahr 2013 auf das Haushaltsjahr 2014 übertragen werden. Bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 2014 wurde dieser Betrag zur Finanzierung der Maßnahmen nach Artikel 05 03 01 vorgesehen.

**KAPITEL 6 7 — EINNAHMEN BETREFFEND DEN EUROPÄISCHEN GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EGFL) UND DEN EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFTSFONDS FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS (ELER)** *(Fortsetzung)*

***6 7 0*** *(Fortsetzung)*

6 7 0 2 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 320/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 mit einer befristeten Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie in der Europäischen Gemeinschaft und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 42).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

6 7 0 3 Zusätzliche Abgabe der Milcherzeuger — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 64 071 461,67 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden Beträge eingesetzt, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1788/2003 des Rates, gemäß Artikel 78 sowie Teil II Titel I Kapitel III Abschnitt III der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und gemäß Artikel 43 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 erhoben oder eingezogen werden.

Gemäß Artikel 34 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 und Artikel 43 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 gelten diese Einnahmen als zweckgebundene Einnahmen im Sinne der Artikel 21 und 174 der Haushaltsordnung und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien des EGFL in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Die Einnahmen bei diesem Posten werden mit 125 000 000 EUR veranschlagt und beinhalten 79 000 000 EUR, die gemäß Artikel 14 der Haushaltsordnung vom Haushaltsjahr 2013 auf das Haushaltsjahr 2014 übertragen werden.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 2014 wurde dieser Betrag zur Finanzierung von Maßnahmen nach Artikel 05 03 01 vorgesehen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

**KAPITEL 6 7 — EINNAHMEN BETREFFEND DEN EUROPÄISCHEN GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EGFL) UND DEN EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFTSFONDS FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS (ELER)** *(Fortsetzung)*

## *6 7 1 Einnahmen betreffend den ELER*

### 6 7 1 1 Rechnungsabschluss ELER — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 50 156 378,48 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden Einnahmen im Zusammenhang mit Konformitäts- und Rechnungsabschlussbeschlüssen zugunsten des Haushaltsplans der Union eingestellt, die für Ausgaben des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gemäß den Artikeln 30 und 31 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 und gemäß den Artikeln 51 und 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 anfallen. Bei diesem Posten werden außerdem Einnahmen aus der Rückzahlung von Vorfinanzierungen im Rahmen des ELER eingesetzt.

Gemäß Artikel 34 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 und Artikel 43 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 gelten diese Einnahmen als zweckgebundene Einnahmen im Sinne des Artikels 21 der Haushaltsordnung und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien des ELER in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 2014 wurde bei den Artikeln 05 04 05 und 05 04 60 kein bestimmter Betrag vorgesehen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

### 6 7 1 2 Unregelmäßigkeiten ELER — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden Beträge eingesetzt, die infolge der Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten oder Versäumnissen eingezogen werden, einschließlich der auf diese Beträge fällig gewordenen Verzugszinsen. Es handelt sich insbesondere um Beträge aus Unregelmäßigkeiten oder Betrugsfällen, um Zwangsgelder und Zinsen und um verfallene Sicherheiten, die für Ausgaben des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gemäß Artikel 33 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 und gemäß den Artikeln 54 und 56 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 anfallen.

Gemäß Artikel 34 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 und Artikel 43 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 gelten diese Einnahmen als zweckgebundene Einnahmen im Sinne des Artikels 21 der Haushaltsordnung und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien des ELER in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 2014 wurde bei den Artikeln 05 04 05 und 05 04 60 kein bestimmter Betrag vorgesehen.

**KAPITEL 6 7 — EINNAHMEN BETREFFEND DEN EUROPÄISCHEN GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EGFL) UND DEN EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFTSFONDS FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS (ELER)** *(Fortsetzung)*

***6 7 1*** *(Fortsetzung)*

6 7 1 2 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

# TITEL 7

# VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

**KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN**
**KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN**
**KAPITEL 7 2 — ZINSERTRÄGE AUS EINLAGEN UND GELDBUSSEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 7 0 | | | | |
| ***7 0 0*** | ***Verzugszinsen*** | | | | |
| 7 0 0 0 | Infolge verspäteter Gutschriften auf den Konten bei den Haushaltsverwaltungen der Mitgliedstaaten fällige Zinsen | 5 000 000 | 5 000 000 | 160 458 864,89 | 3 209,18 |
| 7 0 0 1 | Sonstige Verzugszinsen | 3 000 000 | 3 000 000 | 1 044 458,23 | 34,82 |
| | *Artikel 7 0 0 — Insgesamt* | 8 000 000 | 8 000 000 | 161 503 323,12 | 2 018,79 |
| ***7 0 1*** | ***Verzugszinsen und sonstige Zinserträge aus Geldbußen*** | 15 000 000 | 142 000 000 | 294 301 251,95 | 1 962,01 |
| | KAPITEL 7 0 — INSGESAMT | 23 000 000 | 150 000 000 | 455 804 575,07 | 1 981,76 |
| | KAPITEL 7 1 | | | | |
| ***7 1 0*** | ***Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen*** | 100 000 000 | 1 472 000 000 | 3 292 301 928,56 | 3 292,30 |
| ***7 1 1*** | ***Abgabe für Emissionsüberschreitungen bei neuen Personenkraftwagen*** | p.m. | p.m. | | — |
| ***7 1 2*** | ***Zwangsgelder und Pauschalbeträge, die den Mitgliedstaaten bei Nichtbefolgen eines Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union zur Feststellung von Verstößen gegen Verpflichtungen aus dem Vertrag auferlegt werden*** | p.m. | 20 000 000 | 59 296 944,— | — |
| | KAPITEL 7 1 — INSGESAMT | 100 000 000 | 1 492 000 000 | 3 351 598 872,56 | 3 351,60 |
| | KAPITEL 7 2 | | | | |
| ***7 2 0*** | ***Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen*** | | | | |
| 7 2 0 0 | Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen infolge der Anwendung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 7 2 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 7 2 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 7 — Insgesamt** | **123 000 000** | **1 642 000 000** | **3 807 403 447,63** | **3 095,45** |

# TITEL 7

# VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

## KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN

### *7 0 0 Verzugszinsen*

7 0 0 0 Infolge verspäteter Gutschriften auf den Konten bei den Haushaltsverwaltungen der Mitgliedstaaten fällige Zinsen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 5 000 000 | 5 000 000 | 160 458 864,89 |

*Erläuterungen*

Bei verspäteter Gutschrift auf dem in Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 genannten Konto, das für die Kommission eingerichtet wurde, hat der betreffende Mitgliedstaat Zinsen zu zahlen.

Für die an der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmenden Mitgliedstaaten gilt der in der C-Reihe des Amtsblatts der Europäischen Union veröffentlichte Satz, der am ersten Tag des Fälligkeitsmonats von der Europäischen Zentralbank bei ihren Kapitalrefinanzierungen angewandt wird, zuzüglich zwei Prozentpunkten. Dieser Satz erhöht sich um 0,25 Prozentpunkte für jeden Verzugsmonat. Der erhöhte Satz wird auf den gesamten Verzugszeitraum angewendet.

Für die nicht an der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmenden Mitgliedstaaten gilt der Satz, der am ersten Tag des Fälligkeitsmonats von den Zentralbanken bei ihren Kapitalrefinanzierungen angewandt wird, zuzüglich zwei Prozentpunkten, oder für Mitgliedstaaten, für die der Zentralbanksatz nicht vorliegt, der am ersten Tag des Fälligkeitsmonats auf dem Geldmarkt des jeweiligen Mitgliedstaats angewandte Satz, der dem vorgenannten Satz am ehesten entspricht, zuzüglich zwei Prozentpunkten. Dieser Satz erhöht sich um 0,25 Prozentpunkte für jeden Verzugsmonat. Der erhöhte Satz wird auf den gesamten Verzugszeitraum angewendet.

Der Zinssatz wird auf alle in Artikel 10 Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 genannten Eigenmittelgutschriften angewandt.

| | | |
|---|---|---|
| Rat | | p.m. |
| Kommission | | 5 000 000 |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | | p.m. |
| | Insgesamt | 5 000 000 |

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 78 Absatz 4.

7 0 0 1 Sonstige Verzugszinsen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 3 000 000 | 3 000 000 | 1 044 458,23 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden Verzugszinsen aus anderen Forderungen als Eigenmittelforderungen eingesetzt.

| | | |
|---|---|---|
| Kommission | | 3 000 000 |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | | p.m. |
| | Total | 3 000 000 |

**KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN** *(Fortsetzung)*

***7 0 0*** *(Fortsetzung)*

7 0 0 1 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 3), insbesondere Artikel 2 Absatz 5 des Protokolls 32.

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25), insbesondere Artikel 102.

Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und der Verordnung 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 371 vom 27.12.2006, S. 1).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 78 Absatz 4.

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1), insbesondere Artikel 83.

***7 0 1*** ***Verzugszinsen und sonstige Zinserträge aus Geldbußen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 15 000 000 | 142 000 000 | 294 301 251,95 |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel dient der Einstellung von auf Sonderkonten für Geldbußen auflaufenden Zinserträgen sowie von Verzugszinsen im Zusammenhang mit Geldbußen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1.

Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1), insbesondere Artikel 14 und 15.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 78 Absatz 4.

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1), insbesondere Artikel 83.

## KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN

### *7 1 0 Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 100 000 000 | 1 472 000 000 | 3 292 301 928,56 |

*Erläuterungen*

Die Kommission kann Unternehmen und Unternehmensvereinigungen Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen auferlegen, wenn diese Verbote nicht beachten oder den Verpflichtungen, die ihnen aus den im Folgenden genannten Verordnungen oder den Artikeln 101 und 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union erwachsen, nicht nachkommen.

In der Regel sind diese Geldbußen innerhalb von drei Monaten ab Mitteilung des Kommissionsbeschlusses zu entrichten. Die Kommission erhebt den Betrag jedoch nicht, wenn das Unternehmen Einspruch beim Gerichtshof eingelegt hat. Der Unternehmer muss berücksichtigen, dass nach dem Fälligkeitsdatum Zinsen für die Schuld anfallen. Er muss der Kommission zum Fälligkeitsdatum eine Bankgarantie über den Betrag der Geldbuße zuzüglich Zinsen und Zuschlägen vorlegen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1), insbesondere Artikel 14 und 15.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

### *7 1 1 Abgabe für Emissionsüberschreitungen bei neuen Personenkraftwagen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die von der Kommission erhobenen Abgaben für Emissionsüberschreitungen eingesetzt.

Ziel der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 ist die Festsetzung von Emissionsnormen für in der Union zugelassene neue Personenkraftwagen, um auf diese Weise einen Beitrag zum Gesamtkonzept der Union zur Verringerung der $CO_2$-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen zu leisten und gleichzeitig das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes zu gewährleisten.

Übersteigen die durchschnittlichen spezifischen $CO_2$-Emissionen eines Herstellers im Kalenderjahr 2012 oder einem folgenden Kalenderjahr die Zielvorgabe für die spezifischen Emissionen des Herstellers in dem betreffenden Jahr, so erhebt die Kommission von ihm bzw., im Falle einer Emissionsgemeinschaft, vom Vertreter der Emissionsgemeinschaft eine Abgabe wegen Emissionsüberschreitung.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen im Rahmen des Gesamtkonzepts der Gemeinschaft zur Verringerung der $CO_2$-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 1), insbesondere Artikel 9.

Beschluss 2012/100/EU der Kommission vom 17. Februar 2012 über ein Verfahren für die Erhebung der Abgaben wegen Überschreitung der $CO_2$ -Emissionen neuer Personenkraftwagen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 71).

**KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN** *(Fortsetzung)*

***7 1 2*** ***Zwangsgelder und Pauschalbeträge, die den Mitgliedstaaten bei Nichtbefolgen eines Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union zur Feststellung von Verstößen gegen Verpflichtungen aus dem Vertrag auferlegt werden***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 20 000 000 | 59 296 944,— |

*Rechtsgrundlagen*

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 260 Absatz 2.

**KAPITEL 7 2 — ZINSERTRÄGE AUS EINLAGEN UND GELDBUSSEN**

***7 2 0*** ***Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen***

7 2 0 0 Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen infolge der Anwendung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen infolge der Anwendung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit.

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe c der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 6), insbesondere Artikel 16.

# TITEL 8

## ANLEIHEN UND DARLEHEN

**KAPITEL 8 0 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN**
**KAPITEL 8 1 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN**
**KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 8 0 | | | | |
| ***8 0 0*** | ***Garantie der Europäischen Union für Anleihen der Union zur Stützung der Zahlungsbilanzen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***8 0 1*** | ***Garantie der Europäischen Union für Euratom-Anleihen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***8 0 2*** | ***Garantie der Europäischen Union für Anleihen der Union zum Zweck des finanziellen Beistands im Rahmen des europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 8 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 8 1 | | | | |
| ***8 1 0*** | ***Rückfluss und Zinserlös bei im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit mit Drittländern des Mittelmeerraums gewährten Sonderdarlehen und Risikokapital*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***8 1 3*** | ***Rückfluss und Zinsertrag im Rahmen der Darlehen und des Risikokapitals, das die Kommission im Rahmen der Aktion „European Union Investment Partners“ in den Entwicklungsländern des Mittelmeerraums sowie in Südafrika gewährt*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 8 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 8 2 | | | | |
| ***8 2 7*** | ***Garantie der Europäischen Union für die Anleiheprogramme der Union zur Gewährung einer Finanzhilfe zugunsten von Drittländern*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***8 2 8*** | ***Garantie für Euratom-Darlehen zur Finanzierung der Verbesserung des Wirkungsgrades und der Sicherheit der Kernkraftanlagen in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 8 2 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |

**KAPITEL 8 3 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTIONEN IN DRITTLÄNDERN**

**KAPITEL 8 5 — EINNAHMEN AUS BETEILIGUNGEN DER GARANTIEEINRICHTUNGEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 8 3 | | | | |
| ***8 3 5*** | ***Garantie der Europäischen Union für Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Drittländer*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 8 3 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 8 5 | | | | |
| ***8 5 0*** | ***Vom Europäischen Investitionsfonds ausgeschüttete Dividenden*** | 2 477 000 | 3 696 000 | 0,— | 0,— |
| | KAPITEL 8 5 — INSGESAMT | 2 477 000 | 3 696 000 | 0,— | 0,— |
| | **Titel 8 — Insgesamt** | **2 477 000** | **3 696 000** | **0,—** | **0,—** |

# TITEL 8

# ANLEIHEN UND DARLEHEN

## KAPITEL 8 0 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN

### *8 0 0* *Garantie der Europäischen Union für Anleihen der Union zur Stützung der Zahlungsbilanzen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Die Garantie der Union betrifft die auf den Kapitalmärkten oder bei Finanzinstitutionen aufgenommenen Anleihen. Der Kapitalbetrag der Darlehen, die damit den Mitgliedstaaten gewährt werden können, ist auf 50 000 000 000 EUR begrenzt.

Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie bei Posten 01 02 02 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht von den Ausgaben abgezogen worden sind.

Eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen) ist der Anlage „Anleihe- und Darlehenstransaktionen" des Einzelplans III „Kommission" zu entnehmen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 332/2002 des Rates vom 18. Februar 2002 zur Einführung einer Fazilität des mittelfristigen finanziellen Beistands zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. L 53 vom 23.2.2002, S. 1).

Entscheidung 2009/102/EG des Rates vom 4. November 2008 über einen mittelfristigen finanziellen Beistand der Gemeinschaft für Ungarn (ABl. L 37 vom 6.2.2009, S. 5).

Entscheidung 2009/290EG des Rates vom 20. Januar 2009 über einen mittelfristigen finanziellen Beistand der Gemeinschaft für Lettland (ABl. L 79 vom 25.3.2009, S. 39).

Entscheidung 2009/459/EG des Rates vom 6. Mai 2009 über einen mittelfristigen finanziellen Beistand der Gemeinschaft für Rumänien (ABl. L 150 vom 13.6.2009, S. 8).

Beschluss des Rates vom 12. Mai 2011 über einen vorsorglichen mittelfristigen finanziellen Beistand der EU für Rumänien (ABl. L 132 vom 19.5.2011, S. 15).

Beschluss des Rates vom 22. Oktober 2013 über einen vorsorglichen mittelfristigen finanziellen Beistand der Union für Rumänien (ABl. L 286 vom 29.10.2013, S. 1).

### *8 0 1* *Garantie der Europäischen Union für Euratom-Anleihen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie bei Posten 01 04 01 02 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht von den Ausgaben abgezogen worden sind.

Eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen) ist der Anlage „Anleihe- und Darlehenstransaktionen" des Einzelplans III „Kommission" zu entnehmen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 77/270/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag zur Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. L 88 vom 6.4.1977, S. 9).

Beschluss 77/271/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag zur Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. L 88 vom 6.4.1977, S. 11).

**KAPITEL 8 0 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN** *(Fortsetzung)*

***8 0 2*** ***Garantie der Europäischen Union für Anleihen der Union zum Zweck des finanziellen Beistands im Rahmen des europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Die Garantie der Union betrifft die auf den Kapitalmärkten oder bei Finanzinstituten aufgenommenen Anleihen. Der Betrag der ausstehenden Darlehen oder Kreditlinien, die Mitgliedstaaten gewährt werden, ist auf den in der Rechtsgrundlage vorgeschriebenen Höchstbetrag begrenzt.

Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen, die bei der Ausübung von Rechten im Zusammenhang mit einer Garantie gemäß Posten 01 04 01 03 entstehen, sofern diese Einnahmen nicht von den Ausgaben abgezogen worden sind.

Eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen) ist der Anlage „Anleihe- und Darlehenstransaktionen" des Einzelplans III „Kommission" zu entnehmen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 407/2010 des Rates vom 11. Mai 2010 zur Einführung eines europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (ABl. L 118 vom 12.5.2010, S. 1).

Durchführungsbeschluss 2011/77/EU des Rates vom 7. Dezember 2010 über einen finanziellen Beistand der Union für Irland (ABl. L 030 vom 4.2.2011, S. 34).

Durchführungsbeschluss 2011/344/EU des Rates vom 30. Mai 2011 über einen finanziellen Beistand der Union für Portugal (ABl. L 159 vom 17.6.2011, S. 88).

**KAPITEL 8 1 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN**

***8 1 0*** ***Rückfluss und Zinserlös bei im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit mit Drittländern des Mittelmeerraums gewährten Sonderdarlehen und Risikokapital***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden Rückzahlungen von Hauptschuld und Zinserträgen eingesetzt, die für Sonderdarlehen und Risikokapital anfallen, die aus den Mitteln der Kapitel 21 03 und 22 02 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" an Drittländer des Mittelmeerraums gewährt werden.

Hierzu gehören auch Kapitalrückzahlungen und Zinserträge aus Sonderdarlehen und Risikokapitalbeträgen, die an bestimmte Mitgliedstaaten des Mittelmeerraums vergeben wurden. Diese machen jedoch nur einen geringen Teil des Gesamtbetrags aus. Die Darlehen bzw. das Risikokapital wurde(n) zu einem Zeitpunkt vergeben, zu dem die Länder noch nicht Mitglied der Union waren.

Die tatsächlichen Einnahmen sind wegen der Zahlung der Zinsen für Sonderdarlehen, die noch im vorhergehenden Haushaltsjahr und im laufenden Haushaltsjahr ausgezahlt werden können, normalerweise höher als die Mittelansätze im Haushaltsplan. Die Zinsen für die Sonderdarlehen und das Risikokapital werden ab Auszahlung fällig; erstere sind halbjährlich, die zweiten in der Regel jährlich zahlbar.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1638/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom … über die Einrichtung des Instruments für Heranführungshilfe (IPA II) (ABl. L … vom …, S. …).

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ABl. L … vom …, S.…).

**KAPITEL 8 1 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN** *(Fortsetzung)*

***8 1 3 Rückfluss und Zinsertrag im Rahmen der Darlehen und des Risikokapitals, das die Kommission im Rahmen der Aktion „European Union Investment Partners" in den Entwicklungsländern des Mittelmeerraums sowie in Südafrika gewährt***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel dient der Verbuchung der Kapitalrückzahlungen und Zinserträgen aus Darlehen und haftendem Kapital, die aus den Mitteln der Posten 21 02 51 und 21 03 51 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" (European Union Investment Partners) vergeben werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1638/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ABl. L… vom …, S …).

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom … zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit für die Jahre 2014-2020 (ABl. L… vom …, S …).

**KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN**

***8 2 7 Garantie der Europäischen Union für die Anleiheprogramme der Union zur Gewährung einer Finanzhilfe zugunsten von Drittländern***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie bei Posten 01 03 03 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht von den Ausgaben abgezogen worden sind.

Eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen) ist der Anlage „Anleihe- und Darlehenstransaktionen" des Einzelplans III „Kommission" zu entnehmen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 97/471/EG des Rates vom 22. Juli 1997 über eine Finanzhilfe für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (ABl. L 200 vom 29.7.1997, S. 59).

Beschluss 97/472/EG des Rates vom 22. Juli 1997 über eine Finanzhilfe für Bulgarien (ABl. L 200 vom 29.7.1997, S. 61).

Beschluss 97/787/EG des Rates vom 17. November 1997 über eine Sonderfinanzhilfe für Armenien und Georgien (ABl. L 322 vom 25.11.1997, S. 37).

Beschluss 98/592/EG des Rates vom 15. Oktober 1998 über eine ergänzende Finanzhilfe für die Ukraine (ABl. L 284 vom 22.10.1998, S. 45).

Beschluss 1999/325/EG des Rates vom 10. Mai 1999 über eine Finanzhilfe für Bosnien und Herzegowina (ABl. L 123 vom 13.5.1999, S. 57).

Beschluss 1999/731/EG des Rates vom 8. November 1999 über eine weitere Finanzhilfe für Bulgarien (ABl. L 294 vom 16.11.1999, S. 27).

Beschluss 1999/732/EG des Rates vom 8. November 1999 über eine weitere Finanzhilfe für Rumänien (ABl. L 294 vom 16.11.1999, S. 29).

Beschluss 1999/733/EG des Rates vom 8. November 1999 über eine weitere Finanzhilfe für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (ABl. L 294 vom 16.11.1999, S. 31).

**KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN** *(Fortsetzung)*

***8 2 7*** *(Fortsetzung)*

Beschluss 2001/549/EG des Rates vom 16. Juli 2001 über eine Finanzhilfe für die Bundesrepublik Jugoslawien (ABl. L 197 vom 21.7.2001, S. 38).

Beschluss 2002/639/EG des Rates vom 12. Juli 2002 über eine weitere Makro-Finanzhilfe für die Ukraine (ABl. L 209 vom 6.8.2002, S. 22).

Beschluss 2002/882/EG des Rates vom 5. November 2002 über eine weitere Finanzhilfe für die Bundesrepublik Jugoslawien (ABl. L 308 vom 9.11.2002, S. 25).

Beschluss 2002/883/EG des Rates vom 5. November 2002 über eine weitere Finanzhilfe für Bosnien und Herzegowina (ABl. L 308 vom 9.11.2002, S. 28).

Beschluss 2004/580/EG des Rates vom 29. April 2004 über eine Finanzhilfe für Albanien und zur Aufhebung des Beschlusses 1999/282/EG (ABl. L 261 vom 6.8.2004, S. 116).

Beschluss 2007/860/EG des Rates vom 10. Dezember 2007 über eine Makrofinanzhilfe der Gemeinschaft für Libanon (ABl. L 337 vom 21.12.2007, S. 111).

Beschluss 2009/890/EG des Rates vom 30. November 2009 über eine Makrofinanzhilfe für Armenien (ABl. L 320 vom 5.12.2009, S. 3).

Beschluss 2009/891/EG des Rates vom 30. November 2009 über eine Mikrofinanzhilfe für Bosnien und Herzegowina (ABl. L 320 vom 5.12.2009, S. 6).

Beschluss 2009/892/EG des Rates vom 30. November 2009 über eine Mikrofinanzhilfe für Serbien (ABl. L 320 vom 5.12.2009, S. 9).

Beschluss Nr. 778/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. August 2013 über eine weitere Makrofinanzhilfe für Georgien (ABl. L 218 vom 14.8.2013, S. 15).

Beschluss Nr. 1025/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 über eine Makrofinanzhilfe für die Kirgisische Republik (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 1).

***8 2 8*** ***Garantie für Euratom-Darlehen zur Finanzierung der Verbesserung des Wirkungsgrades und der Sicherheit der Kernkraftanlagen in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie bei Posten 01 03 04 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission“, sofern diese Einnahmen nicht von den Ausgaben abgezogen worden sind.

Eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen) ist der Anlage „Anleihe- und Darlehenstransaktionen“ des Einzelplans III „Kommission“ zu entnehmen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 94/179/Euratom des Rates vom 21. März 1994 zur Änderung des Beschlusses 77/270/Euratom zwecks Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Finanzbeitrag zur Verbesserung der Sicherheit und des Wirkungsgrads von Kernkraftanlagen in bestimmten Drittländern Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. L 84 vom 29.3.1994, S. 41).

Zur Rechtsgrundlage der Euratom-Anleihen für Mitgliedstaaten siehe auch Erläuterungen zu Artikel 8 0 1.

## KAPITEL 8 3 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTIONEN IN DRITTLÄNDERN

### *8 3 5 Garantie der Europäischen Union für Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Drittländer*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie bei Posten 01 03 05 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht von den Ausgaben abgezogen worden sind.

Eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen) ist der Anlage „Anleihe- und Darlehenstransaktionen" des Einzelplans III „Kommission" zu entnehmen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss des Rates vom 8. März 1977 (Mittelmeerprotokolle).

Verordnung (EWG) Nr. 1273/80 des Rates vom 23. Mai 1980 über den Abschluss des Interimsprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien betreffend die vorzeitige Inkraftsetzung des Protokolls Nr. 2 des Kooperationsabkommens (ABl. L 130 vom 27.5.1980, S. 98).

Beschluss des Rates vom 19. Juli 1982 (zusätzliche Soforthilfe für den Wiederaufbau im Libanon).

Verordnung (EWG) Nr. 3180/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 22).

Verordnung (EWG) Nr. 3183/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 43).

Beschluss des Rates vom 9. Oktober 1984 (Darlehen außerhalb des Protokolls mit Jugoslawien).

Beschluss 87/604/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des zweiten Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (ABl. L 389 vom 31.12.1987, S. 65).

Beschluss 88/33/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. L 22 vom 27.1.1988, S. 25).

Beschluss 88/34/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. L 22 vom 27.1.1988, S. 33).

Beschluss 88/453/EWG des Rates vom 30. Juni 1988 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. L 224 vom 13.8.1988, S. 32).

Beschluss 90/62/EWG des Rates vom 12. Februar 1990 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen (ABl. L 42 vom 16.2.1990, S. 68).

Beschluss 91/252/EWG des Rates vom 14. Mai 1991 zur Ausdehnung des Beschlusses 90/62/EWG über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen auf solche in der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien (ABl. L 123 vom 18.5.1991, S. 44).

Beschluss 92/44/EWG des Rates vom 19. Dezember 1991 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. L 18 vom 25.1.1992, S. 34).

Beschluss 92/207/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 21).

Beschluss 92/208/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 29).

**KAPITEL 8 3 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTIONEN IN DRITTLÄNDERN** *(Fortsetzung)*

***8 3 5*** *(Fortsetzung)*

Beschluss 92/209/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 37).

Beschluss 92/210/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 45).

Verordnung (EWG) Nr. 1763/92 des Rates vom 29. Juni 1992 über die finanzielle Zusammenarbeit mit allen Drittländern im Mittelmeerraum (ABl. L 181 vom 1.7.1992, S. 5), aufgehoben durch die Verordnung (EG) Nr. 1488/96 (ABl. L 189 vom 30.7.1996, S. 1).

Beschluss 92/548/EWG des Rates vom 16. November 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. L 352 vom 2.12.1992, S. 13).

Beschluss 92/549/EWG des Rates vom 16. November 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. L 352 vom 2.12.1992, S. 21).

Beschluss 93/115/EWG des Rates vom 15. Februar 1993 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben von gemeinsamem Interesse in bestimmten Drittländern (ABl. L 45 vom 23.2.1993, S. 27).

Beschluss 93/166/EWG des Rates vom 15. März 1993 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Investitionsvorhaben in Estland, Lettland und Litauen (ABl. L 69 vom 20.3.1993, S. 42).

Beschluss 93/408/EWG des Rates vom 19. Juli 1993 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Slowenien (ABl. L 189 vom 29.7.1993, S. 152).

Beschluss 93/696/EG des Rates vom 13. Dezember 1993 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in den mittel- und osteuropäischen Ländern (Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen und Albanien) (ABl. L 321 vom 23.12.1993, S. 27).

Beschluss 94/67/EG des Rates vom 24. Januar 1994 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. L 32 vom 5.2.1994, S. 44).

Beschluss 95/207/EG des Rates vom 1. Juni 1995 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Südafrika (ABl. L 131 vom 15.6.1995, S. 31).

Beschluss 95/485/EG des Rates vom 30. Oktober 1995 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. L 278 vom 21.11.1995, S. 22).

Beschluss 96/723/EG des Rates vom 12. Dezember 1996 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben von gemeinsamem Interesse in den Ländern Lateinamerikas und Asiens, mit denen die Gemeinschaft Kooperationsabkommen geschlossen hat (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay und Venezuela; Bangladesch, Brunei, China, Indien, Indonesien, Macao, Malaysia, Pakistan, Philippinen, Singapur, Sri Lanka, Thailand und Vietnam) (ABl. L 329 vom 19.12.1996, S. 45).

Beschluss 97/256/EG des Rates vom 14. April 1997 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank (EIB) aus Darlehen für Vorhaben in Drittländern (mittel- und osteuropäische Länder, Mittelmeerländer, Länder Lateinamerikas und Asiens, Südafrika, ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien und Bosnien-Herzegowina) (ABl. L 102 vom 19.4.1997, S. 33).

Beschluss 98/348/EG des Rates vom 19. Mai 1998 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und zur Änderung des Beschlusses 97/256/EG über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Drittländern (mittel- und osteuropäische Länder, Mittelmeerländer, Länder Lateinamerikas und Asiens, Südafrika) (ABl. L 155 vom 29.5.1998, S. 53).

**KAPITEL 8 3 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTIONEN IN DRITTLÄNDERN** *(Fortsetzung)*

***8 3 5*** *(Fortsetzung)*

Beschluss 1999/786/EG des Rates vom 29. November 1999 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank (EIB) aus Darlehen für Vorhaben zum Wiederaufbau der erdbebengeschädigten Gebiete der Türkei (ABl. L 308 vom 3.12.1999, S. 35).

Beschluss 2000/24/EG des Rates vom 22. Dezember 1999 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank (EIB) aus Darlehen für Vorhaben außerhalb der Gemeinschaft (Mittel- und Osteuropa, Mittelmeerländer, Lateinamerika und Asien sowie Republik Südafrika) (ABl. L 9 vom 13.1.2000, S. 24), geändert durch den Beschluss 2006/174/EG (ABl. L 9 vom 13.1.2000, S. 24).

Beschluss 2001/777/EG des Rates vom 6. November 2001 über eine Garantie der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus einer Darlehenssonderaktion für ausgewählte Umweltprojekte im russischen Ostseebecken im Rahmen der Nördlichen Dimension (ABl. L 292 vom 9.11.2001, S. 41).

Beschluss 2005/48/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für bestimmte Vorhaben in Russland, der Ukraine, der Republik Moldau und Belarus (ABl. L 21 vom 25.1.2005, S. 11).

Beschluss 2006/1016/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der Gemeinschaft (ABl. L 414 vom 30.12.2006, S. 95).

Beschluss Nr. 633/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der (ABl. L 190 vom 22.7.2009, S. 1).

Beschluss Nr. 1080/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über eine Garantieleistung der Europäischen Union für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der Union (ABl. L 280 vom 27.10.2011, S. 1).

**KAPITEL 8 5 — EINNAHMEN AUS BETEILIGUNGEN DER GARANTIEEINRICHTUNGEN**

***8 5 0*** ***Vom Europäischen Investitionsfonds ausgeschüttete Dividenden***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 2 477 000 | 3 696 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel dient der Verbuchung von Dividenden, die der Europäische Investitionsfonds gegebenenfalls für diese Beteiligung ausschüttet.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 94/375/EG des Rates vom 6. Juni 1994 über die Mitgliedschaft der Gemeinschaft im Europäischen Investitionsfonds (ABl. L 173 vom 7.7.1994, S. 12).

Beschluss 2007/247/EG des Rates vom 19. April 2007 über die Beteiligung der Gemeinschaft an der Aufstockung des Kapitals des europäischen Investitionsfonds (ABl. L 107 vom 25.4.2007, S. 5).

# TITEL 9

# SONSTIGE EINNAHMEN

## KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 9 0 | | | | |
| ***9 0 0*** | ***Sonstige Einnahmen*** | 30 200 000 | 30 200 000 | 30 686 945,77 | 101,61 |
| | KAPITEL 9 0 — INSGESAMT | 30 200 000 | 30 200 000 | 30 686 945,77 | 101,61 |
| | **Titel 9 — Insgesamt** | **30 200 000** | **30 200 000** | **30 686 945,77** | **101,61** |
| | **GESAMTBETRAG** | **135 504 613 000** | **144 450 831 942** | **139 540 541 171,93** | **102,98** |

# TITEL 9

# SONSTIGE EINNAHMEN

## KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

### *9 0 0* *Sonstige Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 30 200 000 | 30 200 000 | 30 686 945,77 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die sonstigen Einnahmen verbucht.

| | | |
|---|---|---|
| Europäisches Parlament | | p.m. |
| Rat | | p.m. |
| Kommission | | 30 000 000 |
| Gerichtshof der Europäischen Union | | p.m. |
| Rechnungshof | | 200 000 |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | | p.m. |
| Ausschuss der Regionen | | p.m. |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | | p.m. |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | | p.m. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | | p.m. |
| | Insgesamt | 30 200 000 |

## C. **STELLENPLAN**

### Genehmigter Personalbestand

| Organe | 2014 | | 2013 | |
|---|---|---|---|---|
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| Europäisches Parlament | 5 622 | 1 151 | 5 592 | 1 151 |
| Europäischer Rat und Rat | 3 065 | 36 | 3 117 | 36 |
| Kommission: | 24 463 | 438 | 24 502 | 442 |
| — Verwaltung | 18 897 | 364 | 18 906 | 364 |
| — Forschung und technologische Entwicklung | 3 757 | | 3 773 | |
| — Amt für Veröffentlichungen | 655 | | 669 | |
| — Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung | 310 | 71 | 303 | 75 |
| — Europäisches Amt für Personalauswahl (EPSO) | 121 | 3 | 122 | 3 |
| — Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche | 180 | | 182 | |
| — Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Brüssel | 400 | | 403 | |
| — Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Luxemburg | 143 | | 144 | |
| Gerichtshof der Europäischen Union | 1 555 | 436 | 1 578 | 417 |
| Rechnungshof | 743 | 139 | 752 | 139 |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | 685 | 35 | 692 | 35 |
| Ausschuss der Regionen | 489 | 43 | 494 | 43 |
| Europäischer Bürgerbeauftragter | 45 | 22 | 39 | 28 |
| Europäischer Datenschutzbeauftragter | 45 | | 45 | |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | 1 660 | 1 | 1 669 | 1 |
| **Insgesamt** | **38 372** | **2 301** | **38 480** | **2 292** |

### Genehmigter Personalbestand

| Von der Union geschaffene Einrichtungen mit Rechtspersönlichkeit | 2014 | | 2013 | |
|---|---|---|---|---|
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| Dezentrale Agenturen | 128 | 4 977 | 133 | 4 988 |
| Europäische gemeinsame Unternehmen | 62 | 319 | 62 | 319 |
| Europäisches Innovations- und Technologieinstitut | | 39 | | 34 |
| Exekutivagenturen | | 427 | | 425 |
| **Insgesamt** | **190** | **5 762** | **195** | **5 766** |

## D. **IMMOBILIENBESTAND**

| Institutionen | | Angemietete Immobilien | | Erworbene Immobilien |
|---|---|---|---|---|
| | | Mittel 2014 (1) | Mittel 2013 (2) | |
| Einzelplan I | Europäisches Parlament | 49 173 000 | 60 041 999 | 1 219 461 360 (3) |
| Einzelplan II | Europäischer Rat und Rat | 9 153 000 (4) | 8 785 000 (5) | 421 942 118 (6) |
| Einzelplan III | Kommission (7) | | | 1 650 818 711,51 (8) |
| | — Sitze (Brüssel und Luxemburg) | 248 212 000 | 243 683 000 | 1 475 984 748,22 |
| | — Büros in der Union | 12 873 000 | 12 685 000 | 36 023 303,21 |
| | — Lebensmittel- und Veterinäramt | 2 385 000 | 2 385 000 | 20 408 203,31 |
| | — Delegationen der Union (9) | 30 915 000 | 31 450 000 | — |
| | — Gemeinsame Forschungsstelle | — | — | 118 402 456,77 |
| | — Amt für Veröffentlichungen | 7 614 000 | 7 445 000 | — |
| | — Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung | 4 830 000 | 4 790 000 | — |
| | — Europäisches Amt für Personalauswahl | 2 765 000 | 2 721 000 | — |
| | — Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche | 3 542 000 | 3 480 000 | — |
| | — Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Brüssel | 5 520 000 | 5 433 000 | — |
| | — Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Luxemburg | 2 450 000 | 2 690 000 | — |
| Einzelplan IV | Gerichtshof der Europäischen Union | 45 180 000 | 42 128 000 | 354 574 038,22 (10) |
| Einzelplan V | Rechnungshof | 4 195 000 | 3 942 000 | 36 057 853,04 |
| Einzelplan VI | Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | 13 145 527 | 12 910 167 | 130 582 862 (11) |
| Einzelplan VII | Ausschuss der Regionen | 9 569 296 | 9 260 838 | 89 570 342 (12) |
| Einzelplan VIII | Europäischer Bürgerbeauftragter | 479 200 | 488 000 | — |
| Einzelplan IX | Europäischer Datenschutzbeauftragter | 728 067 | 586 437 | — |
| Einzelplan X | Europäischer Auswärtiger Dienst (13) | | | 59 307 691,05 (14) |
| | — Sitz (Brüssel) | 6 616 000 | 5 901 000 | |
| | — Delegationen der Union | 55 679 000 | 53 655 000 | |
| | **Insgesamt** | **515 024 090** | **514 460 441** | **3 962 314 975,82** |

(1) Diese Mittel entsprechen der Summe der Beträge, die unter den Posten 2 0 0 0 (Mieten), 2 0 0 1 (Erbpachtzahlungen) und 2 0 0 3 (Erwerb von Immobilien) eingesetzt sind.

(2) Diese Mittel entsprechen der Summe der Beträge, die unter den Posten 2 0 0 0 (Mieten), 2 0 0 1 (Erbpachtzahlungen) und 2 0 0 3 (Erwerb von Immobilien) eingesetzt sind.

(3) Nettobuchwert zum Zeitpunkt der am 31. Dezember 2008 aufgestellten Jahresrechnung.

(4) Diese Mittel entsprechen der Summe der Beträge, die unter den Posten 2 0 0 0 und 3 1 0 0 (Mieten) eingesetzt sind.

(5) Diese Mittel entsprechen der Summe der Beträge, die unter den Posten 2 0 0 0 und 3 1 0 0 (Mieten) eingesetzt sind.

(6) Nettobuchwert zum Zeitpunkt der am 31. Dezember 2008 aufgestellten Jahresrechnung.

(7) Einschließlich des Beitrags der Kommission für die Delegationen der Union sowie für die Kosten der Verwaltungsinfrastruktur für die Forschungspolitik.

(8) Vorläufige Beträge: Die endgültigen Beträge werden in den Jahresabschlüssen 2013 veröffentlicht.

(9) Beiträge der Kommission für die Delegationen der Union.

(10) In der Jahresrechnung zum 31. Dezember 2012 ausgewiesener Nettobuchwert für die Nebengebäude „A“, „B“ und „C“ und für den Gebäudekomplex des neuen Justizpalastes (renovierter alter Justizpalast, Ringgebäude, 2 Türme und verbindende Galerie), die Gegenstand von Mietkaufverträgen sind.

(11) Erbpachtvertrag mit Kaufoption. Der Nettobetrag ist in der Jahresrechnung zum 31. Dezember 2010 ausgewiesen.

(12) Erbpachtvertrag mit Kaufoption. Der Nettobetrag ist in der Jahresrechnung zum 31. Dezember 2010 ausgewiesen.

(13) Stand zum 31. Dezember 2011. Die Gebäude der Delegationen der Union sind am 1. Januar 2011 auf den Europäischen Auswärtigen Dienst übertragen worden.

(14) Stand zum 31. Dezember 2011. Die Gebäude der Delegationen der Union sind am 1. Januar 2011 auf den Europäischen Auswärtigen Dienst übertragen worden.

| Organe | Standort | Erwerbsjahr | Beträge | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Zwischensumme | Summe |
| Europäisches Parlament | *Brüssel* | | | 774 458 110 |
| | Grundstück | | 118 147 754 | |
| | Paul-Henri Spaak (D1) | 1998 | 45 010 408 | |
| | Paul-Henri Spaak (D2) | 1998 | 20 824 433 | |
| | Altiero Spinelli (D3) | 1998 | 288 356 087 | |
| | WIB (D4) | 2007 | 83 989 722 | |
| | JAN (D5) | 2008 | 119 636 914 | |
| | Atrium | 1999 | 22 245 830 | |
| | Atrium II | 2004 | 7 402 088 | |
| | Montoyer 75 | 2006 | 20 466 161 | |
| | Trèves 1 | 2011 | 12 000 000 | |
| | Eastman | 2008 | 16 218 333 | |
| | Kathedrale | 2005 | 1 845 894 | |
| | Wayenberg (Marie Haps) | 2003 | 5 734 319 | |
| | Remard | 2010 | 12 580 167 | |
| | Straßburg (Louise Weiss) | 1998 | | 233 606 190 |
| | Straßburg (WIC, SDM, IPE III) | 2006 | | 113 068 752 |
| | Luxemburg (KAD) | 2003 | | 40 870 667 |
| | Luxemburg (KAD Z) | 2010 | | 1 688 452 |
| | Jean-Monnet-Gebäude (Bazoches) | 1982 | | 0 |
| | *Lissabon* | 1986 | | 499 860 |
| | *Athen* | 1991 | | 4 124 139 |
| | *Kopenhagen* | 2005 | | 3 801 404 |
| | *Den Haag* | 2006 | | 4 679 484 |
| | *Valletta* | 2006 | | 2 170 474 |
| | *Nikosia* | 2006 | | 2 732 651 |
| | *Wien* | 2008 | | 22 101 300 |
| | *London* | 2008 | | 12 285 982 |
| | *Budapest* | 2010 | | 3 373 894 |
| Europäischer Rat und Rat | *Brüssel* | | | 421 942 118 |
| | Grundstück | | 67 525 000 | |
| | Justus Lipsius | 1995 | 161 313 281 | |
| | Kinderkrippe | 2006 | 12 774 286 | |
| | Lex | 2007 | 180 329 551 | |
| Kommission [1] | *Brüssel* | | | 1 388 165 631,55 |
| | Overijse | 1997 | 1 052 607,87 | |
| | Loi 130 | 1987 | 51 675 538,48 | |
| | Breydel | 1989 | 11 862 869,31 | |
| | Haren | 1993 | 6 326 774,60 | |
| | Clovis | 1995 | 9 379 039,17 | |
| | Cours Saint-Michel 1 | 1997 | 16 794 003,11 | |
| | Belliard 232 [2] | 1997 | 18 615 279,32 | |
| | Demot 24 [3] | 1997 | 29 159 246,83 | |
| | Breydel II | 1997 | 34 839 563,68 | |
| | Beaulieu 29/31/33 | 1998 | 33 454 310,59 | |

| Organe | Standort | Erwerbsjahr | Beträge | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Zwischensumme | Summe |
| | Charlemagne | 1997 | 105 739 431,33 | |
| | Demot 28 (4) | 1999 | 23 216 095,67 | |
| | Joseph II 99 (5) | 1998 | 16 425 266,65 | |
| | Loi 86 | 1998 | 27 124 393,90 | |
| | Luxembourg 46 (6) | 1999 | 34 551 831,69 | |
| | Montoyer 59 (7) | 1998 | 17 185 948,10 | |
| | Froissart 101 (8) | 2000 | 18 238 129,24 | |
| | VM 18 (9) | 2000 | 16 524 906,83 | |
| | Joseph II 70 (10) | 2000 | 37 173 409,36 | |
| | Loi 41 (11) | 2000 | 61 299 498,49 | |
| | SC 11 (12) | 2000 | 19 383 996,06 | |
| | Joseph II 30 (13) | 2000 | 32 565 609,08 | |
| | Joseph II 54 (14) | 2001 | 39 732 354,41 | |
| | Joseph II 79 (15) | 2002 | 37 824 257,80 | |
| | VM2 (16) | 2001 | 36 961 543,59 | |
| | Palmerston | 2002 | 6 684 609,77 | |
| | SPA 3 (17) | 2003 | 26 849 545,— | |
| | Berlaymont (18) | 2004 | 385 372 275,32 | |
| | Konferenzzentrum Albert Borschette (19) | 2005 | 42 178 685,07 | |
| | BU-25 | 2006 | 48 814 381,74 | |
| | Cornet-Leman | 2006 | 20 282 189,29 | |
| | Madou | 2006 | 110 771 225,05 | |
| | WALI | 2009 | 10 106 815,15 | |
| | *Luxemburg* | | | 87 819 116,67 |
| | Euroforum (20) | 2004 | 80 535 450,— | |
| | Gebäude Foyer Europeen | 2009 | 7 283 666,67 | |
| | *Büros in der Union* | | | 36 023 303,21 |
| | Lissabon | 1986 | — | |
| | | 1993 | 309 159,18 | |
| | Marseille | 1991 | 55 579,46 | |
| | | 1993 | 16 284,30 | |
| | Mailand | 1986 | — | |
| | Kopenhagen | 2005 | 3 601 760,05 | |
| | Valletta | 2006 | 2 181 906,90 | |
| | Nikosia (Byron) | 2006 | 2 651 382,17 | |
| | Den Haag | 2006 | 4 476 209,29 | |
| | London | 2008 | 17 741 811,96 | |

| Organe | Standort | Erwerbsjahr | Beträge | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Zwischensumme | Summe |
| | Budapest | 2010 | 4 989 209,90 | |
| | *Gemeinsame Forschungsstelle* | | | 118 402 456,77 |
| | Ispra | | 70 543 559,97 | |
| | Geel | | 17 452 217,51 | |
| | Karlsruhe | | 20 699 139,93 | |
| | Petten | | 9 707 539,36 | |
| | *Lebensmittel- und Veterinäramt* | | | 20 408 203,31 |
| | Grange (Irland) ([21]) | 2002 | 20 408 203,31 | |
| | **Kommission insgesamt** | | | **1 650 818 711,51** |
| Gerichtshof der Europäischen Union | *Luxemburg* | | | 354 574 038,22 |
| | Nebengebäude A — Erasmus, Nebengebäude B — Thomas More und Nebengebäude C | 1994 | 31 064 561,69 | |
| | Gebäudekomplex des neuen Justizpalastes (renovierter alter Justizpalast, 2 Türme und verbindende Galerie) | 2008 | 323 509 476,53 | |
| Rechnungshof | *Luxemburg* | | | 36 057 853,04 |
| | Grundstück | 1990 | 776 630,— | |
| | Luxemburg (K1) | 1990 | 10 217 402,47 | |
| | Luxemburg (K2) | 2004 | 19 494 897,93 | |
| | Luxemburg (K3) | 2009 | 5 568 922,64 | |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | *Brüssel* | | | 130 582 862 |
| | Montoyer 92-102 | 2001 | 31 623 145 | |
| | Belliard 99-101 | 2001 | 77 170 978 | |
| | Belliard 68-72 | 2004 | 9 119 580 | |
| | Trèves 74 | 2005 | 8 042 131 | |
| | Belliard 93 | 2005 | 4 627 028 | |
| Ausschuss der Regionen | *Brüssel* | | | 89 570 342 |
| | Montoyer | 2001 | 16 634 179 | |
| | Belliard 101-103 | 2001 | 40 720 622 | |
| | Belliard 68 | 2004 | 14 488 532 | |
| | Trèves 74 | 2004 | 12 835 044 | |
| | Belliard 93 | 2005 | 4 891 965 | |
| Europäischer Auswärtiger Dienst ([22]) | — *Delegationen der Union* ([23]) | | | 61 633 226,30 ([24]) |
| | Buenos Aires (Argentinien) | 1992 | 419 669,68 | |
| | Canberra (Australien) | 1983 | — | |
| | | 1990 | 449 874,26 | |
| | Cotonou (Benin) | 1992 | 150 125,39 | |
| | Gaborone (Botsuana) | 1982 | — | |
| | | 1985 | — | |
| | | 1986 | 131,40 | |
| | | 1987 | 5 308,28 | |
| | Brasilia (Brasilien) | 1994 | 295 626,83 | |

| Organe | Standort | Erwerbsjahr | Beträge | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Zwischensumme | Summe |
| | Ouagadougou (Burkina Faso) | 1984 | — | |
| | | 1997 | 1 193 091,32 | |
| | Bujumbura (Burundi) | 1982 | — | |
| | | 1986 | 12 380,75 | |
| | Phnom Penh (Kambodscha) | 2005 | 580 319,88 | |
| | Ottawa (Kanada) | 1977 | — | |
| | Praia (Kap Verde) | 1981 | — | |
| | Bangui (Zentralafrikanische Republik) | 1983 | — | |
| | N'Djamena (Tschad) | 1991 | 15 954,34 | |
| | | 2009 | 361 840,50 | |
| | Beijing (China) | 1995 | 2 513 727,80 | |
| | Moroni (Komoren) | 1988 | 11 750,04 | |
| | Brazzaville (Kongo) | 1994 | 122 816,16 | |
| | San José (Costa Rica) | 1995 | 318 246,16 | |
| | Abidjan (Elfenbeinküste) | 1993 | 142 065,32 | |
| | | 1994 | 187 327,97 | |
| | Malabo (Äquatorialguinea) | 1986 | 6 090,77 | |
| | Paris (Frankreich) | 1990 | 1 455 857,68 | |
| | | 1991 | 69 230,12 | |
| | Libreville (Gabun) | 1996 | 253 943,96 | |
| | Banjul (Gambia) | 1989 | 20 753,72 | |
| | Bissau (Guinea-Bissau) | 1995 | 251 329,45 | |
| | Tokio (Japan) | 2006 | 34 008 178,59 | |
| | Nairobi (Kenia) | 2005 | 641 653,07 | |
| | Maseru (Lesotho) | 1985 | — | |
| | | 1990 | 113 420,51 | |
| | | 1991 | 199 528,91 | |
| | | 2006 | 215 316,60 | |
| | Lilongwe (Malawi) | 1982 | — | |
| | | 1988 | 7 493,49 | |
| | Mexiko-Stadt (Mexiko) | 1995 | 1 353 701,12 | |
| | Rabat (Marokko) | 1987 | 31 965,52 | |
| | Maputo (Mosambik) | 2008 | 4 121 447,03 | |
| | Windhuk (Namibia) | 1992 | 302 207,22 | |
| | | 1993 | 96 253,39 | |
| | | 2009 | 1 370 072,92 | |
| | Niamey (Niger) | 1997 | 91 168,26 | |
| | Abuja (Nigeria) | 1992 | 294 672,84 | |
| | | 2005 | 4 004 315,73 | |
| | Port Moresby (Papua-Neuguinea) | 1982 | 48 274,53 | |
| | Kigali (Ruanda) | 1980 | — | |
| | Dakar (Senegal) | 1984 | — | |
| | Honiara (Salomonen) | 1990 | 29 305,80 | |

| Organe | Standort | Erwerbsjahr | Beträge | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Zwischensumme | Summe |
| | Pretoria (Südafrika) | 1994 | 458 247,25 | |
| | | 1996 | 504 896,74 | |
| | Mbabane (Swasiland) | 1987 | 43 244,49 | |
| | | 1988 | 27 397,74 | |
| | Dar-es-Salam (Tansania) | 2002 | 3 187 782,85 | |
| | Kampala (Uganda) | 1986 | 10 589,59 | |
| | Montevideo (Uruguay) | 1990 | 148 463,34 | |
| | New York (USA) | 1987 | 95 578,20 | |
| | Washington (USA) | 1997 | 1 118 286,25 | |
| | Lusaka (Sambia) | 1982 | — | |
| | Harare (Simbabwe) | 1990 | 93 554,81 | |
| | | 1994 | 178 747,73 | |
| **Insgesamt** | | | | **3 964 640 510,07** |

(1) Vorläufige Beträge: Die endgültigen Beträge werden in den Jahresabschlüssen 2013 veröffentlicht.
(2) Erbpachtvertrag mit Kaufoption.
(3) Erbpachtvertrag mit Kaufoption.
(4) Erbpachtvertrag mit Kaufoption.
(5) Erbpachtvertrag mit Kaufoption.
(6) Erbpachtvertrag mit Kaufoption (vormals Marie de Bourgogne).
(7) Erbpachtvertrag mit Kaufoption.
(8) Erbpachtvertrag mit Kaufoption.
(9) Erbpachtvertrag mit Kaufoption.
(10) Erbpachtvertrag mit Kaufoption.
(11) Erbpachtvertrag mit Kaufoption.
(12) Erbpachtvertrag mit Kaufoption.
(13) Erbpachtvertrag mit Kaufoption (teilweise benutzt vom OLAF).
(14) Erbpachtvertrag mit Kaufoption.
(15) Erbpachtvertrag mit Kaufoption.
(16) Erbpachtvertrag mit Kaufoption.
(17) Erbpachtvertrag mit Kaufoption.
(18) Erbpachtvertrag mit Kaufoption.
(19) Erbpachtvertrag mit Kaufoption.
(20) Erbpachtvertrag mit Kaufoption.
(21) Miete/Kauf.
(22) Die Gebäude der Delegationen der Union sind am 1. Januar 2011 auf den Europäischen Auswärtigen Dienst übertragen worden.
(23) Zu den Immobilien der Außendienststellen gehören 30 Büros, 28 Unterkünfte für Delegationsleiter, 25 Unterkünfte für Beamte, 1 Parkplatz und 2 Grundstücke.
(24) Stand zum 31. Dezember 2011. Die Gebäude der Delegationen der Union sind am 1. Januar 2011 auf den Europäischen Auswärtigen Dienst übertragen worden.

*EINZELPLAN I*

# PARLAMENT

## EINNAHMEN

### Beitrag der Europäischen Union zur Finanzierung der Ausgaben des Europäischen Parlaments für das Haushaltsjahr 2014

| Bezeichnung | Betrag |
|---|---|
| Ausgaben | 1 755 631 742 |
| Eigene Einnahmen | – 155 783 464 |
| **Ausstehender Betrag** | **1 599 848 278** |

PARLAMENT

## EIGENE EINNAHMEN

## TITEL 4

## EINNAHMEN VON MITGLIEDERN UND PERSONAL DER ORGANE UND SONSTIGEN EINRICHTUNGEN DER UNION

**KAPITEL 4 0 — STEUERN UND VERSCHIEDENE ABZÜGE**
**KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG**
**KAPITEL 4 2 — SONSTIGE BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 4 0 | | | | |
| ***4 0 0*** | ***Ertrag aus der Besteuerung der Gehälter, Löhne und andere Bezüge der Mitglieder des Organs, der Beamten, der sonstigen Bediensteten und der Personen, die ein Ruhegehalt empfangen*** | 72 232 824 | 65 835 934 | 62 494 113,90 | 86,52 |
| ***4 0 3*** | ***Ertrag aus der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder der Organe sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | p.m. | p.m. | 10 395,83 | — |
| ***4 0 4*** | ***Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | 8 967 490 | 4 612 253 | 8 109 639,28 | 90,43 |
| | KAPITEL 4 0 — INSGESAMT | 81 200 314 | 70 448 187 | 70 614 149,01 | 86,96 |
| | KAPITEL 4 1 | | | | |
| ***4 1 0*** | ***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*** | 64 473 150 | 62 231 768 | 61 600 377,23 | 95,54 |
| ***4 1 1*** | ***Übertragung oder Rückkauf von Ruhegehaltsansprüchen durch das Personal*** | 9 100 000 | 9 134 938 | 19 610 522,63 | 215,50 |
| ***4 1 2*** | ***Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten und Bediensteten auf Zeit zur Versorgungsordnung*** | 10 000 | 10 000 | 0,— | 0,— |
| | KAPITEL 4 1 — INSGESAMT | 73 583 150 | 71 376 706 | 81 210 899,86 | 110,37 |
| | KAPITEL 4 2 | | | | |
| ***4 2 1*** | ***Beitrag der Mitglieder des Parlaments zu einer Versorgungsordnung*** | p.m. | p.m. | 19 166,90 | — |
| | KAPITEL 4 2 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 19 166,90 | — |
| | **Titel 4 — Insgesamt** | **154 783 464** | **141 824 893** | **151 844 215,77** | **98,10** |

PARLAMENT

# TITEL 4

# EINNAHMEN VON MITGLIEDERN UND PERSONAL DER ORGANE UND SONSTIGEN EINRICHTUNGEN DER UNION

## KAPITEL 4 0 — STEUERN UND VERSCHIEDENE ABZÜGE

### *4 0 0 Ertrag aus der Besteuerung der Gehälter, Löhne und andere Bezüge der Mitglieder des Organs, der Beamten, der sonstigen Bediensteten und der Personen, die ein Ruhegehalt empfangen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 72 232 824 | 65 835 934 | 62 494 113,90 |

*Erläuterungen*

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union, insbesondere Artikel 12.

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 56 vom 4.3.1968, S. 8).

### *4 0 3 Ertrag aus der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder der Organe sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 10 395,83 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 66a in der Fassung in Kraft bis 15. Dezember 2003.

### *4 0 4 Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 8 967 490 | 4 612 253 | 8 109 639,28 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 66a.

## KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

### *4 1 0 Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 64 473 150 | 62 231 768 | 61 600 377,23 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 83 Absatz 2.

### *4 1 1 Übertragung oder Rückkauf von Ruhegehaltsansprüchen durch das Personal*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 9 100 000 | 9 134 938 | 19 610 522,63 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 4, Artikel 11 Absätze 2 und 3 und Artikel 48 des Anhangs VIII.

PARLAMENT

**KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG** *(Fortsetzung)*

***4 1 2 Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten und Bediensteten auf Zeit zur Versorgungsordnung***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 10 000 | 10 000 | 0,— |

**KAPITEL 4 2 — SONSTIGE BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG**

***4 2 1 Beitrag der Mitglieder des Parlaments zu einer Versorgungsordnung***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 19 166,90 |

*Erläuterungen*

Kostenerstattungs- und Vergütungsregelung für die Mitglieder des Europäischen Parlaments, insbesondere Anlage III.

PARLAMENT

# TITEL 5

## EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DES ORGANS

**KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN SACHEN (LIEFERUNGEN) UND UNBEWEGLICHEN SACHEN**
**KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN**
**KAPITEL 5 2 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN ODER DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 5 0 | | | | |
| ***5 0 0*** | ***Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen (Lieferungen)*** | | | | |
| 5 0 0 0 | Erlös aus der Veräußerung von Fahrzeugen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 5 0 0 1 | Erlös aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 11 000,— | — |
| 5 0 0 2 | Einnahmen aus für andere Organe oder Stellen durchgeführten Lieferungen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 37 926,69 | — |
| | *Artikel 5 0 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 48 926,69 | — |
| ***5 0 1*** | ***Erlös aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 0 2*** | ***Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 213 014,40 | — |
| | KAPITEL 5 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 261 941,09 | — |
| | KAPITEL 5 1 | | | | |
| ***5 1 1*** | ***Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden und der Erstattung von Mietnebenkosten*** | | | | |
| 5 1 1 0 | Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 1 863 176,82 | — |
| 5 1 1 1 | Erstattung von Mietnebenkosten — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 29 273,99 | — |
| | *Artikel 5 1 1 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 1 892 450,81 | — |
| | KAPITEL 5 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 1 892 450,81 | — |
| | KAPITEL 5 2 | | | | |
| ***5 2 0*** | ***Erträge aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben des Organs*** | 1 000 000 | 1 200 000 | 409 865,02 | 40,99 |
| | KAPITEL 5 2 — INSGESAMT | 1 000 000 | 1 200 000 | 409 865,02 | 40,99 |

PARLAMENT

**KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS DIENSTLEISTUNGEN UND SONSTIGEN ARBEITEN**
**KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DES ORGANS**
**KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE ENTSCHÄDIGUNGEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 5 5 | | | | |
| ***5 5 0*** | ***Einnahmen aus Dienstleistungen und sonstigen Arbeiten, die für andere Organe und Stellen durchgeführt werden, einschließlich der Dienstreisetagegelder, die im Auftrag anderer Organe oder Stellen gezahlt und von diesen zurückerstattet werden — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 3 892 377,47 | — |
| ***5 5 1*** | ***Einnahmen aus Zahlungen Dritter für Dienstleistungen oder in ihrem Auftrag durchgeführte Arbeiten — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 3 863 422,49 | — |
| | KAPITEL 5 5 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 7 755 799,96 | — |
| | KAPITEL 5 7 | | | | |
| ***5 7 0*** | ***Einnahmen aus der Rückerstattung von Beträgen, die rechtsgrundlos gezahlt wurden — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 2 125 168,31 | — |
| ***5 7 1*** | ***Zweckbestimmte Einnahmen, beispielsweise aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen, einschließlich der jedem Organ zugewiesenen eigenen Einnahmen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 7 2*** | ***Erstattung von Sozialausgaben, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 7 3*** | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen im Zusammenhang mit der Verwaltung des Organs — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 2 766 941,76 | — |
| | KAPITEL 5 7 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 4 892 110,07 | — |
| | KAPITEL 5 8 | | | | |
| ***5 8 1*** | ***Einnahmen aus Versicherungsleistungen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 901 334,01 | — |
| | KAPITEL 5 8 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 901 334,01 | — |
| | **Titel 5 — Insgesamt** | **1 000 000** | **1 200 000** | **16 113 500,96** | **1 611,35** |

PARLAMENT

# TITEL 5

# EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DES ORGANS

## KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN SACHEN (LIEFERUNGEN) UND UNBEWEGLICHEN SACHEN

### *5 0 0 Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen (Lieferungen)*

5 0 0 0 Erlös aus der Veräußerung von Fahrzeugen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Einnahmen aus der Veräußerung oder Inzahlungnahme von Fahrzeugen des Organs verbucht.

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe a der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

5 0 0 1 Erlös aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 11 000,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Einnahmen aus der Veräußerung oder Inzahlungnahme von beweglichen Sachen des Organs mit Ausnahme von Fahrzeugen verbucht.

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe a der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

5 0 0 2 Einnahmen aus für andere Organe oder Stellen durchgeführten Lieferungen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 37 926,69 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe e der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Die Einzelheiten zu Ausgaben und Einnahmen, die sich aus Darlehen oder Mieten oder der Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen dieses Haushaltspostens ergeben, werden in einem Anhang zu diesem Haushaltsplan aufgeführt.

### *5 0 1 Erlös aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die Einnahmen aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen des Organs verbucht.

PARLAMENT

**KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN SACHEN (LIEFERUNGEN) UND UNBEWEGLICHEN SACHEN**
*(Fortsetzung)*

***5 0 2 Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 213 014,40 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe h der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Dieser Artikel enthält auch die Einnahmen aus dem Verkauf dieser Produkte in elektronischer Form.

**KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN**

***5 1 1 Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden und der Erstattung von Mietnebenkosten***

5 1 1 0 Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 1 863 176,82 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe a der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Die Einzelheiten zu Ausgaben und Einnahmen, die sich aus Darlehen oder Mieten oder der Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen dieses Haushaltspostens ergeben, werden in einem Anhang zu diesem Haushaltsplan aufgeführt.

5 1 1 1 Erstattung von Mietnebenkosten — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 29 273,99 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe a der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

**KAPITEL 5 2 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN ODER DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN**

***5 2 0 Erträge aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben des Organs***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 1 000 000 | 1 200 000 | 409 865,02 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die Erträge aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben des Organs verbucht.

PARLAMENT

## KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS DIENSTLEISTUNGEN UND SONSTIGEN ARBEITEN

### *5 5 0* *Einnahmen aus Dienstleistungen und sonstigen Arbeiten, die für andere Organe und Stellen durchgeführt werden, einschließlich der Dienstreisetagegelder, die im Auftrag anderer Organe oder Stellen gezahlt und von diesen zurückerstattet werden — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 3 892 377,47 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe e der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 5 1* *Einnahmen aus Zahlungen Dritter für Dienstleistungen oder in ihrem Auftrag durchgeführte Arbeiten — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 3 863 422,49 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe a der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

## KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DES ORGANS

### *5 7 0* *Einnahmen aus der Rückerstattung von Beträgen, die rechtsgrundlos gezahlt wurden — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 2 125 168,31 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 7 1* *Zweckbestimmte Einnahmen, beispielsweise aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen, einschließlich der jedem Organ zugewiesenen eigenen Einnahmen — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel gelten die Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe d der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

PARLAMENT

**KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DES ORGANS**
*(Fortsetzung)*

***5 7 2 Erstattung von Sozialausgaben, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die Einnahmen aus der Erstattung von Sozialausgaben, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt wurden, verbucht.

***5 7 3 Sonstige Beiträge und Erstattungen im Zusammenhang mit der Verwaltung des Organs — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 2 766 941,76 |

**KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE ENTSCHÄDIGUNGEN**

***5 8 1 Einnahmen aus Versicherungsleistungen — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 901 334,01 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe f der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Dieser Artikel enthält auch die Erstattung der Dienstbezüge der Beamten durch die Versicherungen im Fall von Unfällen.

## TITEL 6

## BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM RAHMEN VON ABKOMMEN UND PROGRAMMEN DER UNION

### KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 6 6 | | | | |
| ***6 6 0*** | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen*** | | | | |
| 6 6 0 0 | Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 6 571 206,66 | — |
| 6 6 0 1 | Sonstige nicht zweckgebundene Beiträge und Erstattungen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 6 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 6 571 206,66 | — |
| | KAPITEL 6 6 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 6 571 206,66 | — |
| | **Titel 6 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **6 571 206,66** | **—** |

PARLAMENT

## TITEL 6

## BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM RAHMEN VON ABKOMMEN UND PROGRAMMEN DER UNION

### KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN

#### *6 6 0 Sonstige Beiträge und Erstattungen*

6 6 0 0 Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 6 571 206,66 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung die etwaigen Einnahmen verbucht, die nicht an anderer Stelle des Titels 6 vorgesehen sind und die als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben, denen diese Einnahmen zugewiesen sind, bereitgestellt werden.

6 6 0 1 Sonstige nicht zweckgebundene Beiträge und Erstattungen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

## TITEL 9

## SONSTIGE EINNAHMEN

### KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 9 0 | | | | |
| *9 0 0* | ***Sonstige Einnahmen*** | p.m. | p.m. | | — |
| | KAPITEL 9 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | | — |
| | **Titel 9 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | | **—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **155 783 464** | **143 024 893** | **174 528 923,39** | **112,03** |

PARLAMENT

# TITEL 9

# SONSTIGE EINNAHMEN

## KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

### *9 0 0* *Sonstige Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die sonstigen Einnahmen verbucht.

Die Einzelheiten zu Ausgaben und Einnahmen, die sich aus Darlehen oder Mieten oder der Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen dieses Artikels ergeben, werden in einem Anhang zu diesem Haushaltsplan aufgeführt.

PARLAMENT

## AUSGABEN

### Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| **1** | **MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS** | | | | | | |
| 1 0 | MITGLIEDER DES ORGANS | 224 292 069 | 224 292 069 | 206 880 378 | 206 880 378 | 204 267 111,57 | 204 267 111,57 |
| | *Reserven (10 0)* | | | *1 216 926* | *1 216 926* | | |
| | | 224 292 069 | 224 292 069 | 208 097 304 | 208 097 304 | 204 267 111,57 | 204 267 111,57 |
| 1 2 | BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT | 595 102 338 | 595 102 338 | 582 928 309 | 582 928 309 | 560 700 761,81 | 560 700 761,81 |
| | *Reserven (10 0)* | | | *9 604 000* | *9 604 000* | | |
| | | 595 102 338 | 595 102 338 | 592 532 309 | 592 532 309 | 560 700 761,81 | 560 700 761,81 |
| 1 4 | SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNES PERSONAL | 98 177 439 | 98 177 439 | 116 297 560 | 116 297 560 | 102 483 097,89 | 102 483 097,89 |
| | *Reserven (10 0)* | | | *545 839* | *545 839* | | |
| | | 98 177 439 | 98 177 439 | 116 843 399 | 116 843 399 | 102 483 097,89 | 102 483 097,89 |
| 1 6 | SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS | 18 839 000 | 18 839 000 | 19 179 850 | 19 179 850 | 16 699 822,81 | 16 699 822,81 |
| | **Titel 1 — Insgesamt** | **936 410 846** | **936 410 846** | **925 286 097** | **925 286 097** | **884 150 794,08** | **884 150 794,08** |
| | ***Reserven (10 0)*** | | | ***11 366 765*** | ***11 366 765*** | | |
| | | **936 410 846** | **936 410 846** | **936 652 862** | **936 652 862** | **884 150 794,08** | **884 150 794,08** |
| **2** | **GEBÄUDE, MOBILIAR, AUSRÜSTUNG UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN** | | | | | | |
| 2 0 | GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN | 201 643 000 | 201 643 000 | 213 328 268 | 213 328 268 | 248 864 928,49 | 248 864 928,49 |
| 2 1 | INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR | 140 958 877 | 140 958 877 | 136 973 588 | 136 973 588 | 147 260 586,60 | 147 260 586,60 |
| 2 3 | LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB | 6 232 500 | 6 232 500 | 7 311 000 | 7 311 000 | 5 020 605,99 | 5 020 605,99 |
| | **Titel 2 — Insgesamt** | **348 834 377** | **348 834 377** | **357 612 856** | **357 612 856** | **401 146 121,08** | **401 146 121,08** |
| **3** | **AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG DER ALLGEMEINEN AUFGABEN DES ORGANS** | | | | | | |
| 3 0 | SITZUNGEN UND KONFERENZEN | 35 554 960 | 35 554 960 | 36 580 010 | 36 580 010 | 32 624 325,03 | 32 624 325,03 |

PARLAMENT

## AUSGABEN

### Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012) *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 3 2 | FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG | 124 220 929 | 124 220 929 | 128 954 011 | 128 954 011 | 105 967 314,31 | 105 967 314,31 |
| | **Titel 3 — Insgesamt** | **159 775 889** | **159 775 889** | **165 534 021** | **165 534 021** | **138 591 639,34** | **138 591 639,34** |
| **4** | **AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN** | | | | | | |
| 4 0 | BESONDERE AUSGABEN EINIGER ORGANE UND EINRICHTUNGEN | 100 994 200 | 100 994 200 | 92 944 200 | 92 944 200 | 87 917 638,62 | 87 917 638,62 |
| 4 2 | AUSGABEN FÜR PARLAMENTARISCHE ASSISTENZ | 196 216 430 | 196 216 430 | 185 799 000 | 185 799 000 | 180 871 822,33 | 180 871 822,33 |
| | *Reserven (10 0)* | | | *1 546 000* | *1 546 000* | | |
| | | 196 216 430 | 196 216 430 | 187 345 000 | 187 345 000 | 180 871 822,33 | 180 871 822,33 |
| 4 4 | SITZUNGEN UND ANDERE AKTIVITÄTEN VON MITGLIEDERN UND EHEMALIGEN MITGLIEDERN | 400 000 | 400 000 | 375 000 | 375 000 | 360 000,— | 360 000,— |
| | **Titel 4 — Insgesamt** | **297 610 630** | **297 610 630** | **279 118 200** | **279 118 200** | **269 149 460,95** | **269 149 460,95** |
| | ***Reserven (10 0)*** | | | ***1 546 000*** | ***1 546 000*** | | |
| | | **297 610 630** | **297 610 630** | **280 664 200** | **280 664 200** | **269 149 460,95** | **269 149 460,95** |
| **10** | **SONSTIGE AUSGABEN** | | | | | | |
| 10 0 | VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL | p.m. | p.m. | 12 912 765 | 12 912 765 | 0,— | 0,— |
| 10 1 | RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN | 13 000 000 | 13 000 000 | 9 000 000 | 9 000 000 | 0,— | 0,— |
| 10 3 | RESERVE FÜR DIE ERWEITERUNG | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |
| 10 4 | RESERVE FÜR DIE INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSPOLITIK | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |
| 10 5 | VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL FÜR GEBÄUDE | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |
| 10 6 | RESERVE FÜR VORRANGIGE PROJEKTE IN DER ENTWICKLUNGSPHASE | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |
| 10 8 | RESERVE FÜR EMAS | p.m. | p.m. | 1 000 000 | 1 000 000 | 0,— | 0,— |
| | **Titel 10 — Insgesamt** | **13 000 000** | **13 000 000** | **22 912 765** | **22 912 765** | **0,—** | **0,—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **1 755 631 742** | **1 755 631 742** | **1 750 463 939** | **1 750 463 939** | **1 693 038 015,45** | **1 693 038 015,45** |

PARLAMENT

# TITEL 1

# MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

## KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 1 0 | | | | |
| ***1 0 0*** | ***Entschädigungen und Vergütungen*** | | | | |
| 1 0 0 0 | Entschädigungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 73 643 709 | 71 393 074 | 69 107 537,75 | 93,84 |
| | *Reserven (10 0)* | | *1 216 926* | | |
| | | 73 643 709 | 72 610 000 | 69 107 537,75 | |
| 1 0 0 4 | Normale Reisekosten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 65 400 000 | 72 343 140 | 72 103 309,— | 110,25 |
| 1 0 0 5 | Sonstige Reisekosten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 6 800 000 | 5 054 639 | 6 731 097,— | 98,99 |
| 1 0 0 6 | Allgemeine Kostenvergütung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 43 418 000 | 39 388 525 | 39 000 931,50 | 89,83 |
| 1 0 0 7 | Amtszulage | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 180 000 | 184 000 | 173 914,— | 96,62 |
| | *Artikel 1 0 0 — Insgesamt* | 189 441 709 | 188 363 378 | 187 116 789,25 | 98,77 |
| | *Reserven (10 0)* | | *1 216 926* | | |
| | | 189 441 709 | 189 580 304 | 187 116 789,25 | |
| ***1 0 1*** | ***Kranken- und Unfallversicherung und sonstige Sozialmaßnahmen*** | | | | |
| 1 0 1 0 | Kranken- und Unfallversicherung und sonstige Sozialkosten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 3 368 000 | 2 769 000 | 2 447 378,97 | 72,67 |
| 1 0 1 2 | Spezifische Maßnahmen für Mitglieder mit Behinderungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 301 000 | 384 000 | 241 863,83 | 80,35 |
| | *Artikel 1 0 1 — Insgesamt* | 3 669 000 | 3 153 000 | 2 689 242,80 | 73,30 |
| ***1 0 2*** | ***Übergangsgelder*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 15 784 819 | 800 000 | 566 485,13 | 3,59 |
| ***1 0 3*** | ***Versorgungsbezüge*** | | | | |
| 1 0 3 0 | Ruhegehälter | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 11 744 000 | 10 818 000 | 10 086 746,81 | 85,89 |
| 1 0 3 1 | Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 310 000 | 395 000 | 333 370,72 | 107,54 |

PARLAMENT

**KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS** *(Fortsetzung)*
**KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***1 0 3*** | *(Fortsetzung)* | | | | |
| 1 0 3 2 | Hinterbliebenenversorgung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 810 541 | 2 820 000 | 2 759 882,02 | 98,20 |
| 1 0 3 3 | Freiwillige Ruhegehaltsregelung für die Mitglieder | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 32 000 | 31 000 | 35 653,70 | 111,42 |
| | *Artikel 1 0 3 — Insgesamt* | 14 896 541 | 14 064 000 | 13 215 653,25 | 88,72 |
| ***1 0 5*** | ***Sprach- und EDV-Kurse*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 500 000 | 500 000 | 678 941,14 | 135,79 |
| ***1 0 9*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 1 0 — INSGESAMT | 224 292 069 | 206 880 378 | 204 267 111,57 | 91,07 |
| | *Reserven (10 0)* | | *1 216 926* | | |
| | | 224 292 069 | 208 097 304 | 204 267 111,57 | |
| | KAPITEL 1 2 | | | | |
| ***1 2 0*** | ***Dienstbezüge und sonstige Ansprüche*** | | | | |
| 1 2 0 0 | Dienstbezüge und Vergütungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 589 687 598 | 577 124 909 | 555 375 070,21 | 94,18 |
| | *Reserven (10 0)* | | *9 604 000* | | |
| | | 589 687 598 | 586 728 909 | 555 375 070,21 | |
| 1 2 0 2 | Vergütete Überstunden | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 436 740 | 400 000 | 174 999,95 | 40,07 |
| 1 2 0 4 | Ansprüche bei Dienstantritt, bei Versetzung und bei Ausscheiden aus dem Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 4 400 000 | 4 460 000 | 3 835 000,— | 87,16 |
| | *Artikel 1 2 0 — Insgesamt* | 594 524 338 | 581 984 909 | 559 385 070,16 | 94,09 |
| | *Reserven (10 0)* | | *9 604 000* | | |
| | | 594 524 338 | 591 588 909 | 559 385 070,16 | |
| ***1 2 2*** | ***Vergütungen bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Dienst*** | | | | |
| 1 2 2 0 | Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 396 000 | 391 400 | 363 779,83 | 91,86 |
| 1 2 2 2 | Vergütungen beim endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst und besondere Ruhestandsregelung für Beamte und Bedienstete auf Zeit | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 182 000 | 552 000 | 951 911,82 | 523,03 |
| | *Artikel 1 2 2 — Insgesamt* | 578 000 | 943 400 | 1 315 691,65 | 227,63 |
| ***1 2 4*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 1 2 — INSGESAMT | 595 102 338 | 582 928 309 | 560 700 761,81 | 94,22 |
| | *Reserven (10 0)* | | *9 604 000* | | |
| | | 595 102 338 | 592 532 309 | 560 700 761,81 | |

PARLAMENT

**KAPITEL 1 4 — SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNES PERSONAL**
**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 1 4 | | | | |
| ***1 4 0*** | ***Sonstige Bedienstete und externes Personal*** | | | | |
| 1 4 0 0 | Sonstige Bedienstete | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 43 796 448 | 38 578 161 | 34 790 887,56 | 79,44 |
| | *Reserven (10 0)* | | *545 839* | | |
| | | 43 796 448 | 39 124 000 | 34 790 887,56 | |
| 1 4 0 2 | Ausgaben für Dolmetschleistungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 39 428 991 | 53 000 000 | 46 000 000,— | 116,67 |
| 1 4 0 4 | Praktika und Austausch von Beamten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 7 573 000 | 8 097 950 | 6 264 848,03 | 82,73 |
| 1 4 0 6 | Beobachter | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | 447 449 | 465 000,— | — |
| | *Artikel 1 4 0 — Insgesamt* | 90 798 439 | 100 123 560 | 87 520 735,59 | 96,39 |
| | *Reserven (10 0)* | | *545 839* | | |
| | | 90 798 439 | 100 669 399 | 87 520 735,59 | |
| ***1 4 2*** | ***Externe Übersetzungsleistungen*** | | | | |
| 1 4 2 0 | Externe Übersetzungsleistungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 7 000 000 | 15 800 000 | 14 587 632,99 | 208,39 |
| 1 4 2 2 | Interinstitutionelle Zusammenarbeit im Sprachbereich | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 379 000 | 374 000 | 374 729,31 | 98,87 |
| | *Artikel 1 4 2 — Insgesamt* | 7 379 000 | 16 174 000 | 14 962 362,30 | 202,77 |
| ***1 4 4*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 1 4 — INSGESAMT | 98 177 439 | 116 297 560 | 102 483 097,89 | 104,39 |
| | *Reserven (10 0)* | | *545 839* | | |
| | | 98 177 439 | 116 843 399 | 102 483 097,89 | |
| | KAPITEL 1 6 | | | | |
| ***1 6 1*** | ***Ausgaben für Personalverwaltung*** | | | | |
| 1 6 1 0 | Ausgaben für Personaleinstellung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 446 000 | 378 850 | 280 000,— | 62,78 |
| 1 6 1 2 | Berufliche Fortbildung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 4 990 000 | 4 850 000 | 4 177 428,46 | 83,72 |
| | *Artikel 1 6 1 — Insgesamt* | 5 436 000 | 5 228 850 | 4 457 428,46 | 82,— |

PARLAMENT

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS** *(Fortsetzung)*

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***1 6 3*** | ***Maßnahmen zugunsten des Personals des Organs*** | | | | |
| 1 6 3 0 | Sozialer Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 719 500 | 718 000 | 528 784,06 | 73,49 |
| 1 6 3 1 | Mobilität | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 800 000 | 1 000 000 | 619 772,38 | 77,47 |
| 1 6 3 2 | Soziale Beziehungen zwischen den Bediensteten und sonstige soziale Tätigkeiten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 271 000 | 305 000 | 290 634,40 | 107,25 |
| | *Artikel 1 6 3 — Insgesamt* | 1 790 500 | 2 023 000 | 1 439 190,84 | 80,38 |
| ***1 6 5*** | ***Tätigkeiten, die die Mitglieder und das Personal des Organs betreffen*** | | | | |
| 1 6 5 0 | Ärztlicher Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 285 000 | 1 285 000 | 1 002 407,93 | 78,01 |
| 1 6 5 2 | Kosten für den laufenden Betrieb der Restaurants und Kantinen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 4 050 000 | 3 960 000 | 3 960 000,— | 97,78 |
| 1 6 5 4 | Kleinkinderzentrum und private Kinderkrippen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 6 277 500 | 6 683 000 | 5 840 795,58 | 93,04 |
| | *Artikel 1 6 5 — Insgesamt* | 11 612 500 | 11 928 000 | 10 803 203,51 | 93,03 |
| | KAPITEL 1 6 — INSGESAMT | 18 839 000 | 19 179 850 | 16 699 822,81 | 88,64 |
| | **Titel 1 — Insgesamt** | **936 410 846** | **925 286 097** | **884 150 794,08** | **94,42** |
| | ***Reserven (10 0)*** | | ***11 366 765*** | | |
| | | **936 410 846** | **936 652 862** | **884 150 794,08** | |

PARLAMENT

# TITEL 1

# MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

## KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS

### *1 0 0 Entschädigungen und Vergütungen*

1 0 0 0 Entschädigungen

| | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|
| 1 0 0 0 | 73 643 709 | 71 393 074 | 69 107 537,75 |
| *Reserven (10 0)* | | *1 216 926* | |
| Insgesamt | 73 643 709 | 72 610 000 | 69 107 537,75 |

*Erläuterungen*

Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere die Artikel 9 und 10.

Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere die Artikel 1 und 2.

Diese Mittel dienen der Finanzierung der im Abgeordnetenstatut vorgesehenen Entschädigung.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 5 000 EUR veranschlagt.

1 0 0 4 Normale Reisekosten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 65 400 000 | 72 343 140 | 72 103 309,— |

*Erläuterungen*

Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere Artikel 20.

Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere die Artikel 10 bis 21 und 24.

Diese Mittel sind zur Erstattung der Reise- und Aufenthaltskosten im Zusammenhang mit Reisen zu und von den Arbeitsorten und anderen Missionen bestimmt.

Ein Teil dieser Mittel dient der Berücksichtigung von reduzierten Reisekosten infolge der Entschließung des Parlaments vom 10. Mai 2011 (ABl. L 250 vom 27.9.2011, S. 3), wonach Flugmeilen, die im Zusammenhang mit dienstlichen Reisen angesammelt wurden, zum Kauf von Flugtickets verwendet werden sollen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 10 000 EUR veranschlagt.

1 0 0 5 Sonstige Reisekosten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 800 000 | 5 054 639 | 6 731 097,— |

*Erläuterungen*

Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere Artikel 20.

Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere die Artikel 22 und 23.

Diese Mittel dienen zur Erstattung der zusätzlichen Reisekosten und der Kosten für Reisen in dem Mitgliedstaat, in dem das Mitglied gewählt wurde.

PARLAMENT

**KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS** *(Fortsetzung)*

***1 0 0*** *(Fortsetzung)*

1 0 0 6 Allgemeine Kostenvergütung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 43 418 000 | 39 388 525 | 39 000 931,50 |

*Erläuterungen*

Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere Artikel 20.

Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere die Artikel 25 bis 28.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten der parlamentarischen Tätigkeiten der Mitglieder gemäß den vorgenannten Artikeln der Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 25 000 EUR veranschlagt.

1 0 0 7 Amtszulage

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 180 000 | 184 000 | 173 914,— |

*Erläuterungen*

Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere Artikel 20.

Beschluss des Präsidiums vom 16./17. Juni 2009.

Diese Mittel sind zur Deckung der mit dem Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments verbundenen pauschalen Aufenthalts- und Aufwandsentschädigungen bestimmt.

***1 0 1*** ***Kranken- und Unfallversicherung und sonstige Sozialmaßnahmen***

1 0 1 0 Kranken- und Unfallversicherung und sonstige Sozialkosten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 368 000 | 2 769 000 | 2 447 378,97 |

*Erläuterungen*

Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere die Artikel 18 und 19.

Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere die Artikel 3 bis 9 und 29.

Gemeinsame Regelung zur Sicherung der Beamten der Europäischen Union bei Unfällen und Berufskrankheiten.

Gemeinsame Regelung zur Sicherstellung der Krankheitsfürsorge für die Beamten der Europäischen Union.

Beschluss der Kommission zur Festlegung der allgemeinen Durchführungsbestimmungen für die Erstattung der Krankheitskosten.

Kostenerstattungs- und Vergütungsregelung für die Mitglieder des Europäischen Parlaments, insbesondere Artikel 21 und Anlage IV (vorübergehende Anwendung während 18 Monaten nach dem Ende der 6. Wahlperiode).

PARLAMENT

**KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS** *(Fortsetzung)*

***1 0 1*** *(Fortsetzung)*

1 0 1 0 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel sind zur Sicherung der Mitglieder bei Unfällen, zur Erstattung der Krankheitskosten der Mitglieder und zur Deckung der Risiken des Verlusts und des Diebstahls persönlicher Gegenstände der Mitglieder bestimmt.

Es wird auch die Versicherung und Unterstützung der Mitglieder für den Fall finanziert, dass bei Dienstreisen eine Rückführung erforderlich wird, infolge einer schweren Krankheit, einen Unfall oder unvorhergesehener Ereignisse, die den ordnungsgemäßen Ablauf der Reise verhindern. Die Unterstützung umfasst die Organisation der Rückführung und die Übernahme der entsprechenden Kosten.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 140 000 EUR veranschlagt.

1 0 1 2 Spezifische Maßnahmen für Mitglieder mit Behinderungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 301 000 | 384 000 | 241 863,83 |

*Erläuterungen*

Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere Artikel 30.

Diese Mittel dienen zur Deckung gewisser Ausgaben, die zur Unterstützung eines schwerbehinderten Mitglieds erforderlich sind.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 5 000 EUR veranschlagt.

***1 0 2*** ***Übergangsgelder***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 15 784 819 | 800 000 | 566 485,13 |

*Erläuterungen*

Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere Artikel 13.

Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere die Artikel 45 bis 48 und 77.

Diese Mittel sind zur Finanzierung des Übergangsgelds nach Ende des Mandats eines Mitglieds bestimmt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 5 000 EUR veranschlagt.

***1 0 3*** ***Versorgungsbezüge***

1 0 3 0 Ruhegehälter

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 11 744 000 | 10 818 000 | 10 086 746,81 |

*Erläuterungen*

Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere die Artikel 14 und 28.

Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere die Artikel 49, 50 und 75.

PARLAMENT

**KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS** *(Fortsetzung)*

***1 0 3*** *(Fortsetzung)*

1 0 3 0 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Zahlung eines Ruhegehalts nach Ende des Mandats eines Mitglieds.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 50 000 EUR veranschlagt.

1 0 3 1 Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 310 000 | 395 000 | 333 370,72 |

*Erläuterungen*

Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere Artikel 15.

Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere die Artikel 51 bis 57 und 75.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Zahlung eines Ruhegehalts im Fall einer während des Mandats entstandenen Invalidität eines Mitglieds.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 5 000 EUR veranschlagt.

1 0 3 2 Hinterbliebenenversorgung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 810 541 | 2 820 000 | 2 759 882,02 |

*Erläuterungen*

Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere Artikel 17.

Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere die Artikel 58 bis 60 und 75.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Zahlung einer Hinterbliebenenversorgung im Fall des Todes eines Mitglieds oder eines ehemaligen Mitglieds.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 15 000 EUR veranschlagt.

1 0 3 3 Freiwillige Ruhegehaltsregelung für die Mitglieder

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 32 000 | 31 000 | 35 653,70 |

*Erläuterungen*

Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere Artikel 27.

Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere Artikel 76.

Diese Mittel dienen zur Deckung des Beitrags des Organs zur zusätzlichen (freiwilligen) Ruhegehaltsregelung für die Mitglieder.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 5 000 EUR veranschlagt.

**KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS** *(Fortsetzung)*

***1 0 5 Sprach- und EDV-Kurse***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 500 000 | 500 000 | 678 941,14 |

*Erläuterungen*

Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere Artikel 44.

Beschluss des Präsidiums vom 4. Mai 2009 über Sprach- und EDV-Kurse für die Mitglieder.

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Sprach- und EDV-Kurse der Mitglieder bestimmt.

***1 0 9 Vorläufig eingesetzte Mittel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Finanzierung der Auswirkungen etwaiger Anpassungen der Leistungen für die Mitglieder des Organs.

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel oder Posten übertragen worden sind.

**KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT**

***1 2 0 Dienstbezüge und sonstige Ansprüche***

1 2 0 0 Dienstbezüge und Vergütungen

| | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|
| 1 2 0 0 | 589 687 598 | 577 124 909 | 555 375 070,21 |
| *Reserven (10 0)* | | *9 604 000* | |
| Insgesamt | 589 687 598 | 586 728 909 | 555 375 070,21 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Bei diesem Posten ist für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben, im Wesentlichen Folgendes veranschlagt:

— die Gehälter, Vergütungen und mit den Gehältern zusammenhängenden Zulagen,

— die Kranken- und Unfallversicherung, die Versicherung gegen Berufskrankheiten und sonstige Sozialkosten,

— die pauschalen Vergütungen für Überstunden,

— die sonstigen Zulagen und verschiedene Vergütungen,

— die Zahlung der Reisekosten des Beamten oder Bediensteten auf Zeit, seines Ehegatten und seiner unterhaltsberechtigten Personen vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort,

— die Auswirkungen von Berichtigungskoeffizienten auf die Dienstbezüge und den Anteil der Bezüge, der in ein anderes Land als das Land der dienstlichen Verwendung überwiesen wird,

— die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit sowie die Zahlungen, die das Organ für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muss.

Diese Mittel dienen ferner zur Deckung der Versicherungsprämien für Sportunfälle für die Nutzer des Sportzentrums des Europäischen Parlaments in Brüssel und in Straßburg.

PARLAMENT

**KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*

***1 2 0*** *(Fortsetzung)*

1 2 0 0 *(Fortsetzung)*

Ein Teil der Mittel ist für die Einstellung von Bediensteten auf Zeit mit Behinderungen und mit Fachkenntnissen im Bereich der Rechte von Menschen mit Behinderungen und der Politik der Nichtdiskriminierung zu verwenden, um den vom Präsidium im Einklang mit Artikel 26 der Charta der Grundrechte der EU und dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen angenommenen Aktionsplan 2009-2013 zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Vielfalt im Sekretariat des Europäischen Parlaments (PE413.568/BUR) umzusetzen. Über die Verwendung der Mittel für diesen Zweck wird ein Jahresbericht erstellt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 1 800 000 EUR veranschlagt.

1 2 0 2 Vergütete Überstunden

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 436 740 | 400 000 | 174 999,95 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 56 und Anhang VI.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel dienen zur Zahlung von Überstunden nach Maßgabe der vorgenannten Bestimmungen.

1 2 0 4 Ansprüche bei Dienstantritt, bei Versetzung und bei Ausscheiden aus dem Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 400 000 | 4 460 000 | 3 835 000,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel decken:

— die Zahlung der Reisekosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) beim Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind,

— die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe und die Umzugskosten für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— die Tagegelder für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die nachweisen, dass sie infolge ihres Dienstantritts oder ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort ihren Wohnort wechseln müssen,

— die Entschädigung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eines Beamten auf Probe im Fall offensichtlich unzulänglicher Leistungen,

— die Vergütung bei Kündigung des Vertrages eines Bediensteten auf Zeit durch das Organ,

— die Differenz zwischen den Beiträgen von Vertragsbediensteten an das Rentenversicherungssystem eines Mitgliedstaates und den im Falle der vertraglichen Neueinstufung des Bediensteten für das Vorsorgesystem der Union fälligen Beiträgen.

**KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*

## *1 2 2 Vergütungen bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Dienst*

### 1 2 2 0 Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 396 000 | 391 400 | 363 779,83 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 41 und 50 sowie Anhang IV.

Veranschlagt sind die Vergütungen für Beamte, die

— im Zuge einer Maßnahme zur Verminderung der Zahl der Dienstposten des Organs in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden,

— Dienstposten der Besoldungsgruppen AD 16 und AD 15 innehaben und dieser Stellen aus dienstlichen Gründen enthoben werden.

Die Mittel decken zudem den Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung und die Auswirkungen der auf diese Vergütungen anwendbaren Berichtigungskoeffizienten.

### 1 2 2 2 Vergütungen beim endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst und besondere Ruhestandsregelung für Beamte und Bedienstete auf Zeit

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 182 000 | 552 000 | 951 911,82 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 64 und 72.

Die Mittel dienen der Finanzierung folgender Ausgaben:

— in Anwendung des Statuts oder der Verordnungen (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2689/95 und (EG, Euratom) Nr. 1748/2002 des Rates zu zahlende Vergütungen,

— Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung für die Empfänger der Vergütungen,

— Auswirkungen der auf die einzelnen Vergütungen anwendbaren Berichtigungskoeffizienten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2689/95 des Rates vom 17. November 1995 zur Einführung von Sondermaßnahmen betreffend das endgültige Ausscheiden von Bediensteten auf Zeit der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst aufgrund des Beitritts Österreichs, Finnlands und Schwedens (ABl. L 280 vom 23.11.1995, S. 4).

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1748/2002 des Rates vom 30. September 2002 zur Einführung, im Rahmen der Modernisierung des Organs, von Sondermaßnahmen betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften, die auf eine unbefristete Stelle des Europäischen Parlaments ernannt wurden, und von Bediensteten auf Zeit der Fraktionen des Europäischen Parlaments aus dem Dienst (ABl. L 264 vom 2.10.2002, S. 9).

PARLAMENT

**KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*

***1 2 4 Vorläufig eingesetzte Mittel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Dienstbezüge zu decken.

Es handelt sich um vorläufig eingesetzte Mittel, die erst nach Übertragung auf die entsprechenden Linien dieses Kapitels verwendet werden können.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 65 und Anhang XI.

**KAPITEL 1 4 — SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNES PERSONAL**

***1 4 0 Sonstige Bedienstete und externes Personal***

1 4 0 0 Sonstige Bedienstete

| | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|
| 1 4 0 0 | 43 796 448 | 38 578 161 | 34 790 887,56 |
| *Reserven (10 0)* | | *545 839* | |
| Insgesamt | 43 796 448 | 39 124 000 | 34 790 887,56 |

*Erläuterungen*

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel decken im Wesentlichen:

— die Bezüge, einschließlich Zulagen und Vergütungen, der sonstigen Bediensteten, namentlich der Vertragsbediensteten, örtlichen Bediensteten und Sonderberater (im Sinne der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union), die Arbeitgeberbeiträge zu den verschiedenen Sozialversicherungssystemen und die Auswirkungen der auf die Bezüge dieser Bediensteten anwendbaren Berichtigungskoeffizienten,

— die Beschäftigung von Leiharbeitskräften.

Ein Teil der Mittel ist für die Einstellung von Vertragsbediensteten mit Behinderungen und mit Fachkenntnissen im Bereich der Rechte von Menschen mit Behinderungen und der Politik der Nichtdiskriminierung zu verwenden, um den vom Präsidium im Einklang mit Artikel 26 der Charta der Grundrechte der EU und dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen angenommenen Aktionsplan 2009-2013 zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Vielfalt im Sekretariat des Europäischen Parlaments (PE413.568/BUR) umzusetzen. Über die Verwendung der Mittel für diesen Zweck wird ein Jahresbericht erstellt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 3 500 EUR veranschlagt.

1 4 0 2 Ausgaben für Dolmetschleistungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 39 428 991 | 53 000 000 | 46 000 000,— |

*Erläuterungen*

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Übereinkunft über Konferenzdolmetscherhilfskräfte.

**KAPITEL 1 4 — SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNES PERSONAL** *(Fortsetzung)*

***1 4 0*** *(Fortsetzung)*

1 4 0 2 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel sind bestimmt für

— Vergütungen, Sozialabgaben, Reisekosten und Tagegelder für Konferenzhilfsdolmetscher, die vom Europäischen Parlament für vom Parlament oder anderen Organen anberaumte Sitzungen verpflichtet werden, wenn die erforderlichen Leistungen nicht von als Beamte oder Bedienstete auf Zeit beschäftigten Dolmetschern des Europäischen Parlaments erbracht werden können,

— Ausgaben für Konferenzleiharbeitsfirmen, Konferenztechniker und Konferenzoperateure für die vorgenannten Sitzungen, wenn die erforderlichen Dienstleistungen nicht von Beamten, Bediensteten auf Zeit oder sonstigen Bediensteten des Europäischen Parlaments erbracht werden können,

— Leistungen von Dolmetschern (Beamte oder Bedienstete auf Zeit) der anderen Organe für das Europäischen Parlament,

— Ausgaben in Verbindung mit Leistungen, die von Dolmetschern regionaler, nationaler oder internationaler Institutionen für das Europäische Parlament erbracht werden,

— interinstitutionelle Zusammenarbeit im Sprachbereich,

— Ausgaben für Tätigkeiten im Zusammenhang mit Dolmetschleistungen, insbesondere im Zusammenhang mit der Vorbereitung von Sitzungen, der Ausbildung und der Auswahl von Dolmetschern,

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 1 300 000 EUR veranschlagt.

Die zweckgebundenen Einnahmen betreffen insbesondere Erstattungen, die von anderen Organisationen und Institutionen für vom Parlament erbrachte Dolmetschleistungen vorgenommen werden.

1 4 0 4 Praktika und Austausch von Beamten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 573 000 | 8 097 950 | 6 264 848,03 |

*Erläuterungen*

Regelung für die Zurverfügungstellung von Beamten des Europäischen Parlaments und Bediensteten auf Zeit der Fraktionen an nationale Verwaltungen, diesen gleichgestellte Einrichtungen und internationale Organisationen (Beschluss des Präsidiums vom 7. März 2005).

Interne Regelung über Praktika und Studienaufenthalte beim Generalsekretariat des Europäischen Parlaments (Beschluss des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments vom 1. Februar 2006).

Regelung für die Abordnung nationaler Sachverständiger zum Europäischen Parlament (Beschluss des Präsidiums vom 4. Mai 2009).

Diese Mittel decken:

— Vergütungen für Praktikanten (Stipendien), einschließlich eventueller Haushaltszulagen,

— Reisekosten für alle Praktikanten,

— die Kosten für einen aufgrund einer Behinderung gezahlten Zuschlag (bis zu 50 % des Stipendienbetrags),

— die Vergütung für die Praktikanten in Ausbildung,

— die Kosten einer Kranken- und Unfallversicherung für alle Praktikanten,

— die Ausgaben, die aufgrund des Austausches von Personal zwischen dem Parlament und dem öffentlichen Dienst der Mitgliedstaaten oder anderer in der Regelung genannter Staaten entstehen,

PARLAMENT

**KAPITEL 1 4 — SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNES PERSONAL** *(Fortsetzung)*

***1 4 0*** *(Fortsetzung)*

1 4 0 4 *(Fortsetzung)*

— die Kosten im Zusammenhang mit der Abordnung nationaler Sachverständiger zum Europäischen Parlament,

— die Organisation von Ausbildungsprogrammen für Konferenzdolmetscher und Übersetzer, unter anderem in Zusammenarbeit mit Ausbildungsstätten für Dolmetscher und Übersetzer ausbildenden Hochschulen sowie Stipendien für die Ausbildung und berufliche Fortbildung von Dolmetschern und Übersetzern, den Kauf didaktischer Hilfsmittel und die damit verbundenen Nebenkosten,

— gemäß Artikel 20 Absatz 8 der Internen Regelung über Praktika und Studienaufenthalte beim Generalsekretariat des Europäischen Parlaments die zusätzlichen Kosten von Praktikanten im Rahmen des Pilotprogramms „Praktika für Menschen mit Behinderungen", die in unmittelbarem Zusammenhang mit ihrer Behinderung stehen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 5 000 EUR veranschlagt.

1 4 0 6 Beobachter

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 447 449 | 465 000,— |

*Erläuterungen*

Die Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben im Zusammenhang mit Beobachtern auf der Grundlage von Artikel 11 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments.

***1 4 2*** ***Externe Übersetzungsleistungen***

1 4 2 0 Externe Übersetzungsleistungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 000 000 | 15 800 000 | 14 587 632,99 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für auf Dienstleistungsbasis nach außerhalb zu vergebende Übersetzungs-, Schreib- und Kodierungsarbeiten sowie für technische Hilfsleistungen bestimmt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 200 000 EUR veranschlagt.

1 4 2 2 Interinstitutionelle Zusammenarbeit im Sprachbereich

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 379 000 | 374 000 | 374 729,31 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— Ausgaben für Maßnahmen des Interinstitutionellen Ausschusses für Übersetzen und Dolmetschen zur Förderung der interinstitutionellen Zusammenarbeit im Sprachbereich;

— Ausgaben für Veröffentlichungen, Informationstätigkeiten, Öffentlichkeitsarbeit und die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen, Ausstellungen und Sprachmessen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 20 000 EUR veranschlagt.

**KAPITEL 1 4 — SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNES PERSONAL** *(Fortsetzung)*

***1 4 4 Vorläufig eingesetzte Mittel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Dienstbezüge zu decken.

Es handelt sich um vorläufig eingesetzte Mittel, die erst nach Übertragung auf die entsprechenden Linien dieses Kapitels verwendet werden können.

*Rechtsgrundlagen*

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS**

***1 6 1 Ausgaben für Personalverwaltung***

1 6 1 0 Ausgaben für Personaleinstellung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 446 000 | 378 850 | 280 000,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 27 bis 31 und 33 sowie Anhang III.

Beschluss 2002/620/EG des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Bürgerbeauftragten vom 25. Juli 2002 über die Errichtung des Amtes für Personalauswahl der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 197 vom 26.7.2002, S. 53) und Beschluss 2002/621/EG der Generalsekretäre des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Kanzlers des Gerichtshofes, der Generalsekretäre des Rechnungshofes, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Vertreters des Bürgerbeauftragten vom 25. Juli 2002 über die Organisation und den Betrieb des Amtes für Personalauswahl der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 197 vom 26.7.2002, S. 56).

Diese Mittel decken:

— die Ausgaben für die Organisation der in Artikel 3 des Beschlusses 2002/621/EG vorgesehenen Auswahlverfahren sowie die Reise- und Aufenthaltskosten der Bewerber bei Einstellungsgesprächen und ärztlichen Einstellungsuntersuchungen,

— die Ausgaben für die Organisation von Ausleseverfahren zur Auswahl von Bediensteten.

In durch funktionelle Erfordernisse ausreichend begründeten Fällen und nach Konsultation des Amtes für Personalauswahl können sie für vom Organ selbst durchgeführte Auswahlverfahren verwendet werden.

1 6 1 2 Berufliche Fortbildung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 990 000 | 4 850 000 | 4 177 428,46 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 24a.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel decken Ausgaben für Fortbildungsmaßnahmen mit dem Ziel, die Fertigkeiten des Personals sowie die Leistungsfähigkeit und die Effizienz des Organs zu verbessern, z. B. Sprachkurse für die offiziellen Arbeitssprachen.

PARLAMENT

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS** *(Fortsetzung)*

***1 6 3 Maßnahmen zugunsten des Personals des Organs***

1 6 3 0 Sozialer Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 719 500 | 718 000 | 528 784,06 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 9 Absatz 3 Unterabsatz 3 und Artikel 76.

Diese Mittel decken:

— im Rahmen einer interinstitutionellen Politik zugunsten von Personen mit Behinderungen in den folgenden Kategorien:

  — Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst,

  — Ehegatten von Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst,

  — unterhaltsberechtigte Kinder im Sinne des Statuts der Beamten der Europäischen Union

  die Erstattung von Ausgaben, die nicht die medizinische Versorgung betreffen, als erforderlich anerkannt sind, aufgrund der Behinderung entstehen, ordnungsgemäß nachgewiesen werden und nicht im Rahmen des gemeinsamen Krankheitsfürsorgesystems erstattet werden, soweit Haushaltsmittel verfügbar sind und nachdem etwaige Ansprüche auf einzelstaatlicher Ebene im Aufenthalts- oder Herkunftsland ausgeschöpft wurden,

— die Maßnahmen für Beamte oder Bedienstete, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden,

— die Gewährung eines Zuschusses für den Personalrat und kleinere Ausgaben der sozialen Dienste. Zuschüsse oder Kostenübernahmen des Personalrats für Teilnehmer an einer sozialen Tätigkeit zielen auf die Finanzierung von Aktivitäten ab, die eine soziale, kulturelle oder linguistische Dimension aufweisen, stellen aber keine Zuschüsse für einzelne Bedienstete oder Haushalte dar.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 8 000 EUR veranschlagt.

1 6 3 1 Mobilität

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 800 000 | 1 000 000 | 619 772,38 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung des Mobilitätsplans an den verschiedenen Arbeitsorten.

1 6 3 2 Soziale Beziehungen zwischen den Bediensteten und sonstige soziale Tätigkeiten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 271 000 | 305 000 | 290 634,40 |

*Erläuterungen*

Mit diesen Mitteln sollten alle Initiativen finanziell gefördert und unterstützt werden, die dazu dienen, die sozialen Beziehungen zwischen den Bediensteten verschiedener Nationalität zu entwickeln; hierzu gehören Zuschüsse an Clubs sowie an Vereinigungen des Personals auf kulturellem und sportlichem Gebiet usw. sowie ein Beitrag zu den Kosten einer ständigen Einrichtung für Freizeitaktivitäten (kulturelle und sportliche Aktivitäten, Freizeitbeschäftigung, Restaurant).

Diese Mittel decken außerdem die finanzielle Beteiligung an den interinstitutionellen sozialen Tätigkeiten.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 800 000 EUR veranschlagt.

PARLAMENT

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS** *(Fortsetzung)*

***1 6 5 Tätigkeiten, die die Mitglieder und das Personal des Organs betreffen***

1 6 5 0 Ärztlicher Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 285 000 | 1 285 000 | 1 002 407,93 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 59 und Artikel 8 des Anhangs II.

Diese Mittel decken die Verwaltungskosten für den ärztlichen Dienst an den drei Arbeitsorten, einschließlich des Kaufs von Material, Arzneimitteln usw., die Kosten für die ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen, die Verwaltungsausgaben für den Invaliditätsausschuss sowie die Ausgaben für externe Leistungen von Fachärzten, die von den Vertrauensärzten für erforderlich erachtet werden.

Sie decken außerdem die Ausgaben für den Kauf von bestimmtem als medizinisch notwendig erachtetem Arbeitsgerät und die Ausgaben für medizinisches oder paramedizinisches Personal, das im Rahmen von Dienstleistungsverträgen oder als kurzfristige Vertretung beschäftigt wird.

1 6 5 2 Kosten für den laufenden Betrieb der Restaurants und Kantinen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 050 000 | 3 960 000 | 3 960 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die Bewirtschaftung der Restaurants und Kantinen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 2 000 000 EUR veranschlagt.

1 6 5 4 Kleinkinderzentrum und private Kinderkrippen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 277 500 | 6 683 000 | 5 840 795,58 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung des Beitrags des Europäischen Parlaments zu den Gesamtausgaben für das Kleinkinderzentrum und die privaten Kinderkrippen, mit denen eine Vereinbarung geschlossen wurde.

Die aus den Beiträgen der Eltern stammenden zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 2 200 000 EUR veranschlagt.

PARLAMENT

## TITEL 2

## GEBÄUDE, MOBILIAR, AUSRÜSTUNG UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

### KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 2 0 | | | | |
| ***2 0 0*** | ***Gebäude*** | | | | |
| 2 0 0 0 | Mieten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 30 653 000 | 33 032 000 | 30 359 988,33 | 99,04 |
| 2 0 0 1 | Erbpachtzahlungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 5 419 000 | 16 141 000 | 33 910 000,— | 625,76 |
| 2 0 0 3 | Erwerb von Immobilien | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 38 753 000,— | — |
| 2 0 0 5 | Bau von Gebäuden | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 25 465 000 | 7 213 000 | 4 583 615,66 | 18,— |
| 2 0 0 7 | Herrichtung der Diensträume | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 25 471 000 | 39 459 000 | 34 811 824,36 | 136,67 |
| 2 0 0 8 | Besondere Ausgaben für Gebäudeverwaltung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 5 278 000 | 4 210 000 | 4 207 679,39 | 79,72 |
| | *Artikel 2 0 0 — Insgesamt* | 92 286 000 | 100 055 000 | 146 626 107,74 | 158,88 |
| ***2 0 2*** | ***Ausgaben für Gebäude*** | | | | |
| 2 0 2 2 | Unterhaltung, Wartung, Betrieb und Reinigung der Gebäude | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 60 095 000 | 57 264 000 | 48 638 644,47 | 80,94 |
| 2 0 2 4 | Energieverbrauch | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 20 937 000 | 18 975 000 | 17 692 010,38 | 84,50 |
| 2 0 2 6 | Sicherheit und Bewachung der Gebäude | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 27 305 000 | 36 043 268 | 35 023 713,60 | 128,27 |
| 2 0 2 8 | Versicherungskosten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 020 000 | 991 000 | 884 452,30 | 86,71 |
| | *Artikel 2 0 2 — Insgesamt* | 109 357 000 | 113 273 268 | 102 238 820,75 | 93,49 |
| | KAPITEL 2 0 — INSGESAMT | 201 643 000 | 213 328 268 | 248 864 928,49 | 123,42 |

PARLAMENT

**KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR**
**KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 2 1 | | | | |
| ***2 1 0*** | ***Datenverarbeitung und Telekommunikation*** | | | | |
| 2 1 0 0 | Datenverarbeitung und Telekommunikation: wiederkehrende betriebliche Tätigkeiten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 25 862 503 | 25 820 534 | 26 253 905,10 | 101,51 |
| 2 1 0 1 | Datenverarbeitung und Telekommunikation: wiederkehrende infrastrukturbezogene Tätigkeiten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 27 478 949 | 26 553 271 | 39 048 835,40 | 142,10 |
| 2 1 0 2 | Datenverarbeitung und Telekommunikation: wiederkehrende Tätigkeiten zur allgemeinen Unterstützung der Nutzer | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 13 315 983 | 13 453 322 | 12 731 130,91 | 95,61 |
| 2 1 0 3 | Datenverarbeitung und Telekommunikation: wiederkehrende Tätigkeiten zur Unterhaltung der IKT-Anwendungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 13 202 000 | 13 481 040 | 7 215 561,44 | 54,66 |
| 2 1 0 4 | Datenverarbeitung und Telekommunikation: Infrastrukturinvestitionen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 15 743 215 | 16 481 461 | 18 992 549,97 | 120,64 |
| 2 1 0 5 | Datenverarbeitung und Telekommunikation: Investitionen in Projekte | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 11 977 727 | 12 298 460 | 15 310 539,51 | 127,83 |
| | *Artikel 2 1 0 — Insgesamt* | 107 580 377 | 108 088 088 | 119 552 522,33 | 111,13 |
| ***2 1 2*** | ***Mobiliar*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 3 180 000 | 3 232 500 | 2 040 859,17 | 64,18 |
| ***2 1 4*** | ***Material und technische Anlagen*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 22 933 500 | 19 585 000 | 19 562 814,54 | 85,30 |
| ***2 1 6*** | ***Fahrzeuge*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 7 265 000 | 6 068 000 | 6 104 390,56 | 84,02 |
| | KAPITEL 2 1 — INSGESAMT | 140 958 877 | 136 973 588 | 147 260 586,60 | 104,47 |
| | KAPITEL 2 3 | | | | |
| ***2 3 0*** | ***Papier- und Bürobedarf sowie verschiedene Verbrauchsmaterialien*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 021 000 | 2 339 500 | 2 010 713,84 | 99,49 |
| ***2 3 1*** | ***Finanzkosten*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 65 000 | 75 000 | 16 864,— | 25,94 |
| ***2 3 2*** | ***Gerichtskosten und Schadenersatz*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 035 000 | 1 714 000 | 1 433 604,29 | 138,51 |
| ***2 3 6*** | ***Postgebühren und Zustellungskosten*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 510 000 | 357 000 | 271 282,65 | 53,19 |
| ***2 3 7*** | ***Umzüge*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 620 000 | 1 100 000 | 760 359,86 | 46,94 |

PARLAMENT

**KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB** *(Fortsetzung)*

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***2 3 8*** | ***Sonstige Ausgaben für den Verwaltungsbetrieb*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 731 500 | 661 500 | 438 222,80 | 59,91 |
| ***2 3 9*** | ***Ausgleich für die $CO_2$-Emissionen des Europäischen Parlaments*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 250 000 | 1 064 000 | 89 558,55 | 35,82 |
| | KAPITEL 2 3 — INSGESAMT | 6 232 500 | 7 311 000 | 5 020 605,99 | 80,56 |
| | **Titel 2 — Insgesamt** | **348 834 377** | **357 612 856** | **401 146 121,08** | **115,—** |

*Erläuterungen*

Da die Versicherungsgesellschaften den Versicherungsschutz gekündigt haben, muss das Risiko von Arbeitskämpfen und Terroranschlägen für die Gebäude des Europäischen Parlaments im Gesamthaushalt der Europäischen Union abgedeckt werden.

Die Mittelansätze dieses Titels decken folglich alle Ausgaben im Zusammenhang mit Schäden ab, die aus Arbeitskämpfen und Terroranschlägen resultieren.

PARLAMENT

## TITEL 2

## GEBÄUDE, MOBILIAR, AUSRÜSTUNG UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

### KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN

***2 0 0*** ***Gebäude***

2 0 0 0 Mieten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 30 653 000 | 33 032 000 | 30 359 988,33 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Mieten für die vom Europäischen Parlament genutzten Gebäude oder Gebäudeteile.

Sie decken gleichzeitig die Ausgaben für die Immobiliensteuern. Die Mieten werden auf 12 Monate und auf der Grundlage der bestehenden oder in Vorbereitung befindlichen Verträge berechnet, bei denen normalerweise eine Anpassung an die Lebenshaltungskosten bzw. an die Baukosten vorgesehen ist.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 1 500 000 EUR veranschlagt.

Die Finanzbeiträge, die die Mitgliedstaaten oder ihre Behörden oder öffentlichen Stellen als Finanzierung oder als Erstattung der Kosten für den Erwerb oder die Nutzung von Grundstücken oder Gebäuden oder der Kosten für Gebäude oder Ausrüstungen des Organs überweisen, sind als externe zweckgebundene Einnahmen im Sinn von Artikel 21 Absatz 2 der Haushaltsordnung zu betrachten.

2 0 0 1 Erbpachtzahlungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 419 000 | 16 141 000 | 33 910 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Finanzierung der Erbpachtzinsen für Gebäude oder Gebäudeteile aufgrund von geltenden bzw. im Vorbereitungsstadium befindlichen Verträgen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 100 000 EUR veranschlagt.

Die Finanzbeiträge, die die Mitgliedstaaten oder ihre Behörden oder öffentlichen Stellen als Finanzierung oder als Erstattung der Kosten für den Erwerb oder die Nutzung von Grundstücken oder Gebäuden oder der Kosten für Gebäude oder Ausrüstungen des Organs überweisen, sind als externe zweckgebundene Einnahmen im Sinn von Artikel 21 Absatz 2 der Haushaltsordnung zu betrachten.

2 0 0 3 Erwerb von Immobilien

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 38 753 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für den Erwerb von Immobilien. Die Zuschüsse betreffend die Grundstücke und ihre Erschließung werden gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung behandelt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 100 000 EUR veranschlagt.

Die Finanzbeiträge, die die Mitgliedstaaten oder ihre Behörden oder öffentlichen Stellen als Finanzierung oder als Erstattung der Kosten für den Erwerb oder die Nutzung von Grundstücken oder Gebäuden oder der Kosten für Gebäude oder Ausrüstungen des Organs überweisen, sind als externe zweckgebundene Einnahmen im Sinn von Artikel 21 Absatz 2 der Haushaltsordnung zu betrachten.

PARLAMENT

**KAPITEL 20 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN** *(Fortsetzung)*

***200*** *(Fortsetzung)*

2005 Bau von Gebäuden

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 25 465 000 | 7 213 000 | 4 583 615,66 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten können Mittel für die Errichtung von Gebäuden (Bauarbeiten, Honorare für Gutachten und alle damit zusammenhängenden Kosten) eingesetzt werden.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 50 000 EUR veranschlagt.

Die Finanzbeiträge, die die Mitgliedstaaten oder ihre Behörden oder öffentlichen Stellen als Finanzierung oder als Erstattung der Kosten für den Erwerb oder die Nutzung von Grundstücken oder Gebäuden oder der Kosten für Gebäude oder Ausrüstungen des Organs überweisen, sind als externe zweckgebundene Einnahmen im Sinn von Artikel 21 Absatz 2 der Haushaltsordnung zu betrachten.

2007 Herrichtung der Diensträume

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 25 471 000 | 39 459 000 | 34 811 824,36 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für Umbauarbeiten sowie der übrigen damit zusammenhängenden Ausgaben, insbesondere Architekten- und Ingenieurkosten usw.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 543 000 EUR.

Die Finanzbeiträge, die die Mitgliedstaaten oder ihre Behörden oder öffentlichen Stellen als Finanzierung oder als Erstattung der Kosten für den Erwerb oder die Nutzung von Grundstücken oder Gebäuden oder der Kosten für Gebäude oder Ausrüstungen des Organs überweisen, sind als externe zweckgebundene Einnahmen im Sinn von Artikel 21 Absatz 2 der Haushaltsordnung zu betrachten.

2008 Besondere Ausgaben für Gebäudeverwaltung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 278 000 | 4 210 000 | 4 207 679,39 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Finanzierung von Ausgaben für die Gebäudeverwaltung, die in den anderen Artikeln dieses Kapitels nicht eigens vorgesehen sind, insbesondere in folgenden Bereichen:

— Abfallentsorgung,

— obligatorische Kontrollen, Qualitätskontrollen, Gutachten, Audits, Überwachung der Einhaltung der Vorschriften usw.,

— technische Bibliothek,

— Unterstützung der Gebäudeverwaltung (Gebäude-Helpdesk),

— Verwaltung der Gebäudepläne und Informationsträger,

— sonstige Ausgaben.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 10 000 EUR veranschlagt.

**KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN** *(Fortsetzung)*

## *2 0 2 Ausgaben für Gebäude*

2 0 2 2 Unterhaltung, Wartung, Betrieb und Reinigung der Gebäude

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 60 095 000 | 57 264 000 | 48 638 644,47 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Finanzierung der Ausgaben für Unterhaltung, Wartung, Betrieb und Reinigung der vom Europäischen Parlament als Mieter oder Eigentümer genutzten Gebäude (Räumlichkeiten und technische Einrichtung) gemäß den laufenden Verträgen.

Vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen stimmt sich das Organ nach Maßgabe von Artikel 104 der Haushaltsordnung mit den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ jeweils durchgesetzten vertraglichen Bedingungen (Preise, gewählte Währung, Indexierung, Dauer, sonstige Klauseln) ab.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 75 000 EUR veranschlagt.

2 0 2 4 Energieverbrauch

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 20 937 000 | 18 975 000 | 17 692 010,38 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen unter anderem zur Deckung der Kosten für den Verbrauch von Wasser, Gas, Strom und Heizung.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 82 000 EUR veranschlagt.

2 0 2 6 Sicherheit und Bewachung der Gebäude

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 27 305 000 | 36 043 268 | 35 023 713,60 |

*Erläuterungen*

Die Mittel dienen im Wesentlichen zur Deckung der Kosten für die Sicherheit und Bewachung der Dienstgebäude des Europäischen Parlaments an den drei üblichen Arbeitsorten, seiner Informationsbüros innerhalb der Union und seiner Außenbüros in Drittländern.

Vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen stimmt sich das Organ nach Maßgabe von Artikel 104 der Haushaltsordnung mit den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ jeweils durchgesetzten vertraglichen Bedingungen (Preise, gewählte Währung, Indexierung, Dauer, sonstige Klauseln) ab.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 120 000 EUR veranschlagt.

2 0 2 8 Versicherungskosten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 020 000 | 991 000 | 884 452,30 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Versicherungsprämien bestimmt.

PARLAMENT

## KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR

*Erläuterungen*

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verständigt sich das Organ mit den anderen Organen über die jeweils von ihnen ausgehandelten Vertragsbedingungen.

### *2 1 0 Datenverarbeitung und Telekommunikation*

2 1 0 0 Datenverarbeitung und Telekommunikation: wiederkehrende betriebliche Tätigkeiten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 25 862 503 | 25 820 534 | 26 253 905,10 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Erwerb, Anmietung, Instandhaltung und Unterhaltung von EDV-Hardware und -Software sowie der Ausgaben für Dienstleistungs- und Beratungsfirmen im Zusammenhang mit wiederkehrenden Tätigkeiten, die für das Funktionieren der Datenverarbeitungs- und Telekommunikationssysteme des Europäischen Parlaments erforderlich sind. Diese Ausgaben betreffen insbesondere die Systeme des Datenverarbeitungs- und Telekommunikationszentrums, die EDV-Ausrüstung der einzelnen Dienststellen und den Betrieb des Netzes.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 155 000 EUR veranschlagt.

2 1 0 1 Datenverarbeitung und Telekommunikation: wiederkehrende infrastrukturbezogene Tätigkeiten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 27 478 949 | 26 553 271 | 39 048 835,40 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Erwerb, Anmietung, Instandhaltung und Unterhaltung von EDV-Hardware und -Software sowie der Ausgaben für Dienstleistungs- und Beratungsfirmen im Zusammenhang mit wiederkehrenden Tätigkeiten zum Betrieb und zur Instandhaltung der Infrastrukturen für die Datenverarbeitungs- und Telekommunikationssysteme des Europäischen Parlaments. Diese Ausgaben betreffen hauptsächlich die Infrastrukturen für Netze, Leitungen, Telekommunikation, individuelle Ausstattungen und Abstimmungsanlagen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 164 000 EUR veranschlagt.

2 1 0 2 Datenverarbeitung und Telekommunikation: wiederkehrende Tätigkeiten zur allgemeinen Unterstützung der Nutzer

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 13 315 983 | 13 453 322 | 12 731 130,91 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Kauf, Miete, Unterhaltung und Wartung von Hardware und Software sowie der Ausgaben für Dienstleistungs- und IT-Beratungsfirmen im Zusammenhang mit wiederkehrenden Tätigkeiten zur allgemeinen Unterstützung der Nutzer der Datenverarbeitungs- und Telekommunikationssysteme des Europäischen Parlaments. Diese Ausgaben betreffen insbesondere die Dienste zur Unterstützung der Mitglieder und die Dienste im Zusammenhang mit Anwendungen im Bereich Verwaltung und Rechtsetzung.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 77 000 EUR veranschlagt.

PARLAMENT

**KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR** *(Fortsetzung)*

***2 1 0*** *(Fortsetzung)*

2 1 0 3 Datenverarbeitung und Telekommunikation: wiederkehrende Tätigkeiten zur Unterhaltung der IKT-Anwendungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 13 202 000 | 13 481 040 | 7 215 561,44 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Kauf, Miete, Unterhaltung und Wartung von Hardware und Software sowie der Ausgaben für Dienstleistungs- und Beratungsfirmen im Zusammenhang mit wiederkehrenden Tätigkeiten zur Unterhaltung der IKT-Anwendungen des Europäischen Parlaments. Diese Ausgaben betreffen insbesondere die Anwendungen für die Mitglieder und für Kommunikationszwecke sowie die Anwendungen im Bereich Verwaltung und Rechtsetzung.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 70 000 EUR veranschlagt.

2 1 0 4 Datenverarbeitung und Telekommunikation: Infrastrukturinvestitionen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 15 743 215 | 16 481 461 | 18 992 549,97 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für den Kauf von Hardware und Software sowie der Ausgaben für Dienstleistungs- und Beratungsfirmen im Zusammenhang mit Investitionen in die Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsinfrastruktursysteme des Europäischen Parlaments. Die Investitionen betreffen hauptsächlich die Systeme des Datenverarbeitungs- und Telekommunikationszentrums, Netze, Leitungen und Videokonferenzsysteme.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 94 000 EUR veranschlagt.

2 1 0 5 Datenverarbeitung und Telekommunikation: Investitionen in Projekte

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 11 977 727 | 12 298 460 | 15 310 539,51 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für den Kauf von Hardware und Software sowie der Ausgaben für Dienstleistungs- und Beratungsfirmen im Zusammenhang mit Investitionen in bestehende oder neue IKT-Projekte. Die Investitionen betreffen hauptsächlich die Anwendungen für die Mitglieder, die Anwendungen in den Bereichen Rechtsetzung, Verwaltung und Finanzen und die Anwendungen zur Steuerung der IKT-Ausstattung.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 72 000 EUR veranschlagt.

PARLAMENT

**KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR** *(Fortsetzung)*

***2 1 2 Mobiliar***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 180 000 | 3 232 500 | 2 040 859,17 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für Kauf, Miete, Instandhaltung und Reparatur von Mobiliar, insbesondere für den Kauf ergonomischer Büromöbel, sowie für den Ersatz von veraltetem und nicht mehr verwendbarem Mobiliar und von Büromaschinen bestimmt. Sie dienen auch zur Finanzierung verschiedener Ausgaben für die Verwaltung der beweglichen Sachen des Europäischen Parlaments.

Bei Kunstwerken decken diese Mittel sowohl die Ausgaben für den Erwerb und Ankauf von spezifischem Material als auch die damit zusammenhängenden laufenden Kosten, wie z. B Kosten für Gutachten, Konservierung, Rahmung, Restaurierung, Reinigung, Versicherungen und gelegentlich anfallende Transportkosten.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 5 000 EUR.

***2 1 4 Material und technische Anlagen***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 22 933 500 | 19 585 000 | 19 562 814,54 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Kosten für Kauf, Miete, Instandhaltung und Reparatur sowie die Verwaltung von Material und technischen Einrichtungen, insbesondere:

— von verschiedenem Material und festen und beweglichen technischen Einrichtungen für Veröffentlichung, Sicherheit, Kantinen, Gebäude usw.,

— von Ausstattungsgegenständen, insbesondere für Druckerei, Telefondienst, Kantinen, Einkaufszentralen, Sicherheit, Konferenztechnik, den audiovisuellen Sektor usw.,

— von spezifischem (elektronischem, computertechnischem, elektrischem) Material einschließlich der damit zusammenhängenden externen Leistungen,

— der Einrichtung zweier zusätzlicher Telefonleitungen in den Büros der Mitglieder auf Antrag.

Diese Mittel decken außerdem die Kosten für Annoncen betreffend den Weiterverkauf oder die Verschrottung ausgesonderter Güter.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 205 000 EUR veranschlagt.

***2 1 6 Fahrzeuge***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 265 000 | 6 068 000 | 6 104 390,56 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für Kauf, Unterhaltung, Betrieb und Reparatur von Fahrzeugen (Kraftfahrzeug- und Fahrradbestand) und die Miete von Fahrzeugen, Taxis, Omnibussen und Lastkraftwagen mit oder ohne Fahrer bestimmt, einschließlich der damit zusammenhängenden Versicherungen und anderer Verwaltungskosten. Beim Ersatz des Kraftfahrzeugbestands oder beim Kauf oder der Miete von Fahrzeugen werden Kraftfahrzeuge, die die Umwelt möglichst wenig belasten, wie beispielsweise Hybridfahrzeuge, bevorzugt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 175 000 EUR veranschlagt.

## KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

*Erläuterungen*

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verständigt sich das Organ mit den anderen Organen über die jeweils von ihnen ausgehandelten Vertragsbedingungen.

### *2 3 0 Papier- und Bürobedarf sowie verschiedene Verbrauchsmaterialien*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 021 000 | 2 339 500 | 2 010 713,84 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für den Kauf von Papier, Umschlägen, Büromaterial, Erzeugnissen für die Druckerei und die Vervielfältigung von Dokumenten usw. sowie für die damit zusammenhängenden Verwaltungskosten bestimmt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 15 000 EUR veranschlagt.

### *2 3 1 Finanzkosten*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 65 000 | 75 000 | 16 864,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Bankkosten (Gebühren, Agios, verschiedene Kosten) und sonstigen Finanzkosten einschließlich der Nebenkosten für die Finanzierung von Gebäuden.

### *2 3 2 Gerichtskosten und Schadenersatz*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 035 000 | 1 714 000 | 1 433 604,29 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— etwaige Verurteilungen des Europäischen Parlaments durch den Gerichtshof, das Gericht und das Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union und durch einzelstaatliche Gerichte zu den Kosten,

— die Hinzuziehung externer Rechtsanwälte zur Vertretung des Europäischen Parlaments vor den Gerichten der Union und den einzelstaatlichen Gerichten und die Hinzuziehung von Rechtsberatern oder Sachverständigen zwecks Unterstützung des Juristischen Dienstes,

— die Erstattung von Rechtsanwaltskosten im Zusammenhang mit Disziplinarverfahren und ähnlichen Verfahren,

— die Ausgaben für Schadenersatz und Zinsen,

— die bei gütlichen Beilegungen gemäß den Artikeln 69 und 70 der Verfahrensordnung des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union vereinbarten Entschädigungen und Vergütungen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 5 000 EUR veranschlagt.

### *2 3 6 Postgebühren und Zustellungskosten*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 510 000 | 357 000 | 271 282,65 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für Postgebühren, Bearbeitung und Beförderung durch die nationalen Postdienste oder durch Kurierdienste.

PARLAMENT

**KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB** *(Fortsetzung)*

***2 3 6*** *(Fortsetzung)*

Diese Mittel dienen ferner zur Deckung der Kosten für Postdienstleistungen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 5 000 EUR veranschlagt.

***2 3 7*** ***Umzüge***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 620 000 | 1 100 000 | 760 359,86 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für Umzugs- und Transportarbeiten, die von Umzugsfirmen oder mit Hilfe vorübergehend beschäftigter Transporteure durchgeführt werden.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 40 000 EUR veranschlagt.

***2 3 8*** ***Sonstige Ausgaben für den Verwaltungsbetrieb***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 731 500 | 661 500 | 438 222,80 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— die Versicherungen, die nicht eigens unter einem anderen Posten vorgesehen sind,

— den Kauf und die Instandhaltung von Arbeitskleidung für Amtsboten, Kraftfahrer, Empfangspersonal, Lager- und Umzugspersonal sowie Personal der Dienststelle Besuche und Seminare, der Dienststelle Parlamentarium, des ärztlichen Dienstes, der Dienststellen zur Unterhaltung der Gebäude und verschiedener technischer Dienststellen,

— verschiedene Sachausgaben, Erwerb von Waren oder Dienstleistungen, die nicht eigens unter einem anderen Posten vorgesehen sind,

— verschiedene Ankäufe für Tätigkeiten im Rahmen des Systems für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (Werbemaßnahmen usw.).

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 50 000 EUR veranschlagt.

***2 3 9*** ***Ausgleich für die $CO_2$-Emissionen des Europäischen Parlaments***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 250 000 | 1 064 000 | 89 558,55 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung von Ausgaben im Zusammenhang mit möglichen Ausgleichszahlungen für $CO_2$-Emissionen, wie in dem vom Präsidium verabschiedeten Unionssystem für EMAS-Aktionsplans festgelegt.

PARLAMENT

## TITEL 3

## AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG DER ALLGEMEINEN AUFGABEN DES ORGANS

### KAPITEL 3 0 — SITZUNGEN UND KONFERENZEN
### KAPITEL 3 2 — FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| | KAPITEL 3 0 | | | | | | | |
| ***3 0 0*** | ***Kosten für vom Personal unternommene Dienstreisen und Reisen zwischen den drei Arbeitsorten*** | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 27 600 000 | 27 600 000 | 27 616 000 | 27 616 000 | 25 600 000,— | 25 600 000,— | 92,75 |
| ***3 0 2*** | ***Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke*** | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 1 333 260 | 1 333 260 | 1 361 350 | 1 361 350 | 997 012,13 | 997 012,13 | 74,78 |
| ***3 0 4*** | ***Verschiedene Ausgaben für Sitzungen*** | | | | | | | |
| 3 0 4 0 | Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 2 250 000 | 2 250 000 | 2 600 000 | 2 600 000 | 2 598 000,— | 2 598 000,— | 115,47 |
| 3 0 4 2 | Sitzungen, Kongresse und Konferenzen | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 1 232 500 | 1 232 500 | 1 405 000 | 1 405 000 | 927 388,14 | 927 388,14 | 75,24 |
| 3 0 4 3 | Verschiedene Organisationskosten parlamentarischer Versammlungen, interparlamentarischer Delegationen und anderer Delegationen | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 1 039 200 | 1 039 200 | 1 473 000 | 1 473 000 | 495 311,40 | 495 311,40 | 47,66 |
| 3 0 4 9 | Kosten für Leistungen des Reisebüros | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 2 100 000 | 2 100 000 | 2 124 660 | 2 124 660 | 2 006 613,36 | 2 006 613,36 | 95,55 |
| | *Artikel 3 0 4 — Insgesamt* | 6 621 700 | 6 621 700 | 7 602 660 | 7 602 660 | 6 027 312,90 | 6 027 312,90 | 91,02 |
| | KAPITEL 3 0 — INSGESAMT | 35 554 960 | 35 554 960 | 36 580 010 | 36 580 010 | 32 624 325,03 | 32 624 325,03 | 91,76 |
| | KAPITEL 3 2 | | | | | | | |
| ***3 2 0*** | ***Beschaffung von Fachwissen*** | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 10 386 000 | 10 386 000 | 11 530 000 | 11 530 000 | 9 802 864,80 | 9 802 864,80 | 94,39 |
| ***3 2 2*** | ***Informationsbeschaffung und Archivierung*** | | | | | | | |
| 3 2 2 0 | Dokumentation und Bibliothek | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 6 632 676 | 6 632 676 | 4 927 111 | 4 927 111 | 3 974 137,06 | 3 974 137,06 | 59,92 |
| 3 2 2 2 | Ausgaben für Archivbestände | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 1 600 000 | 1 600 000 | 1 965 000 | 1 965 000 | 1 600 767,67 | 1 600 767,67 | 100,05 |
| | *Artikel 3 2 2 — Insgesamt* | 8 232 676 | 8 232 676 | 6 892 111 | 6 892 111 | 5 574 904,73 | 5 574 904,73 | 67,72 |

PARLAMENT

**KAPITEL 3 2 — FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG**
*(Fortsetzung)*

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| **3 2 3** | ***Beziehungen zu den Parlamenten von Drittstaaten, Förderung der parlamentarischen Demokratie und der Menschenrechte*** | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 637 500 | 637 500 | 750 000 | 750 000 | 409 935,96 | 409 935,96 | 64,30 |
| **3 2 4** | ***Produktion und Verbreitung*** | | | | | | | |
| 3 2 4 0 | Amtsblatt | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 4 586 000 | 4 586 000 | 4 000 000 | 4 000 000 | 4 055 500,— | 4 055 500,— | 88,43 |
| 3 2 4 1 | Digitale Veröffentlichungen und Veröffentlichungen in traditioneller Form | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 5 703 318 | 5 703 318 | 5 175 000 | 5 175 000 | 5 689 768,59 | 5 689 768,59 | 99,76 |
| 3 2 4 2 | Ausgaben für Veröffentlichungen, die Unterrichtung der Öffentlichkeit und die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 21 036 912 | 21 036 912 | 23 755 900 | 23 755 900 | 22 124 435,38 | 22 124 435,38 | 105,17 |
| 3 2 4 3 | Parlamentarium — Besucherzentrum des Europäischen Parlaments | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 4 978 023 | 4 978 023 | 3 916 000 | 3 916 000 | 3 462 167,79 | 3 462 167,79 | 69,55 |
| 3 2 4 4 | Organisation und Empfang von Besuchergruppen, Euroscola und Einladung von Meinungsmultiplikatoren aus Drittländern | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 30 120 500 | 30 120 500 | 29 996 000 | 29 996 000 | 27 985 491,28 | 27 985 491,28 | 92,91 |
| 3 2 4 5 | Veranstaltung von Kolloquien, Seminaren und kulturellen Aktionen | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 6 725 000 | 6 725 000 | 6 830 300 | 6 830 300 | 3 664 747,54 | 3 664 747,54 | 54,49 |
| 3 2 4 6 | Fernsehkanal des Parlaments (WebTV) | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 5 000 000 | 5 000 000 | 8 000 000 | 8 000 000 | 8 391 152,02 | 8 391 152,02 | 167,82 |

**KAPITEL 3 2 — FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG**
*(Fortsetzung)*

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | |
| **3 2 4** | *(Fortsetzung)* | | | | | | | |
| 3 2 4 7 | Haus der europäischen Geschichte | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 9 650 000 | 9 650 000 | 6 400 000 | 6 400 000 | | | — |
| 3 2 4 8 | Ausgaben für audiovisuelle Informationen | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 15 620 000 | 15 620 000 | 20 133 700 | 20 133 700 | 13 576 010,67 | 13 576 010,67 | 86,91 |
| 3 2 4 9 | Informationsaustausch mit den nationalen Parlamenten | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 445 000 | 445 000 | 475 000 | 475 000 | 130 335,55 | 130 335,55 | 29,29 |
| | *Artikel 3 2 4 — Insgesamt* | 103 864 753 | 103 864 753 | 108 681 900 | 108 681 900 | 89 079 608,82 | 89 079 608,82 | 85,77 |
| ***3 2 5*** | ***Ausgaben für Informationsbüros*** | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 1 100 000 | 1 100 000 | 1 100 000 | 1 100 000 | 1 100 000,— | 1 100 000,— | 100,— |
| | KAPITEL 3 2 — INSGESAMT | 124 220 929 | 124 220 929 | 128 954 011 | 128 954 011 | 105 967 314,31 | 105 967 314,31 | 85,31 |
| | **Titel 3 — Insgesamt** | **159 775 889** | **159 775 889** | **165 534 021** | **165 534 021** | **138 591 639,34** | **138 591 639,34** | **86,74** |

PARLAMENT

## TITEL 3

## AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG DER ALLGEMEINEN AUFGABEN DES ORGANS

### KAPITEL 30 — SITZUNGEN UND KONFERENZEN

***300*** ***Kosten für vom Personal unternommene Dienstreisen und Reisen zwischen den drei Arbeitsorten***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 27 600 000 | 27 616 000 | 25 600 000,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 71 und die Artikel 11, 12 und 13 des Anhangs VII.

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben im Zusammenhang mit Reisen des Personals des Organs, abgeordneter nationaler Sachverständiger oder Praktikanten zwischen dem Ort der dienstlichen Verwendung und einem der drei Arbeitsorte des Europäischen Parlaments (Brüssel, Luxemburg und Straßburg) und Dienstreisen zu anderen Orten als den drei Arbeitsorten bestimmt. Die Ausgaben betreffen die Fahrtkosten, die Tagegelder, die Kosten der Unterbringung und die Ausgleichszahlungen für die Einhaltung fest vorgegebener Arbeitszeiten. Die Mittel decken ferner die Nebenkosten (einschließlich der Annullierung von Fahrausweisen und Hotelreservierungen, der Kosten im Zusammenhang mit dem elektronischen Fakturierungssystem und der Kosten für die Dienstreiseversicherung).

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 360 000 EUR veranschlagt.

***302*** ***Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 333 260 | 1 361 350 | 997 012,13 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— die Ausgaben im Zusammenhang mit den Verpflichtungen des Organs in Bezug auf Empfänge, einschließlich Empfängen im Zusammenhang mit den Arbeiten des für die Bewertung der wissenschaftlichen und technologischen Entscheidungen (STOA) zuständigen Referats des Organs, und für Repräsentationszwecke der Mitglieder des Organs,

— die Ausgaben des Präsidenten für Repräsentationszwecke anlässlich seiner Reisen außerhalb der Arbeitsorte,

— die Repräsentationskosten und die Beteiligung an den Sekretariatskosten des Kabinetts des Präsidenten,

— die Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke des Generalsekretariats, einschließlich des Erwerbs von Repräsentationsartikeln und Medaillen für die Beamten mit 15 bzw. 25 Dienstjahren,

— verschiedene Ausgaben für protokollarische Zwecke wie Fahnen, Schaugestelle, Einladungskarten, den Druck von Speisekarten usw.,

— Reise- und Aufenthaltskosten von hochrangigen Persönlichkeiten, die das Organ besuchen,

— die Visakosten der Mitglieder und Bediensteten des Europäischen Parlaments im Zusammenhang mit Dienstreisen,

— Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke und sonstige spezifische Ausgaben für Mitglieder, die innerhalb des Europäischen Parlaments ein offizielles Amt ausüben.

**KAPITEL 3 0 — SITZUNGEN UND KONFERENZEN** *(Fortsetzung)*

***3 0 4 Verschiedene Ausgaben für Sitzungen***

3 0 4 0 Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 250 000 | 2 600 000 | 2 598 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Erfrischungen und andere Getränke sowie gelegentliche Imbisse während der Sitzungen des Organs sowie für die Verwaltung dieser Dienste.

3 0 4 2 Sitzungen, Kongresse und Konferenzen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 232 500 | 1 405 000 | 927 388,14 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind insbesondere Mittel für:

— die Kosten im Zusammenhang mit der Organisation der Sitzungen außerhalb der Arbeitsorte (Ausschüsse oder deren Delegationen, Fraktionen), gegebenenfalls einschließlich Repräsentationsausgaben,

— die Beiträge für die internationalen Organisationen, denen das Europäische Parlament oder eines seiner Organe angehört (Interparlamentarische Union, Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente, Gruppe der Zwölf Plus bei der Interparlamentarischen Union).

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 20 000 EUR veranschlagt.

3 0 4 3 Verschiedene Organisationskosten parlamentarischer Versammlungen, interparlamentarischer Delegationen und anderer Delegationen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 039 200 | 1 473 000 | 495 311,40 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind vor allem zur Finanzierung der nicht durch Kapitel 1 0 und Artikel 3 0 0 gedeckten Kosten im Zusammenhang mit der Organisation der Sitzungen:

— der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU, der Parlamentarischen Versammlung EuroLat und der Parlamentarischen Versammlung Euronest sowie deren Organen,

— der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM), ihrer Ausschüsse und ihres Präsidiums; diese Ausgaben beinhalten den Beitrag des Europäischen Parlaments zum Haushalt des eigenständigen Sekretariats der PV-UfM bzw. der direkten Übernahme der anteilsmäßigen Kosten des Europäischen Parlaments am Haushaltsplan der PV-UfM,

— der interparlamentarischen Delegationen, der Ad-hoc-Delegationen, der gemischten parlamentarischen Ausschüsse, der parlamentarischen Kooperationsausschüsse, der parlamentarischen Delegationen bei der WTO sowie der Parlamentarischen Konferenz zur WTO und ihres Lenkungsausschusses.

PARLAMENT

**KAPITEL 3 0 — SITZUNGEN UND KONFERENZEN** *(Fortsetzung)*

***3 0 4*** *(Fortsetzung)*

3 0 4 9 Kosten für Leistungen des Reisebüros

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 100 000 | 2 124 660 | 2 006 613,36 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Ausgaben für den Betrieb des beim Europäischen Parlament unter Vertrag stehenden Reisebüros zu decken.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 50 000 EUR veranschlagt.

**KAPITEL 3 2 — FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG**

***3 2 0*** ***Beschaffung von Fachwissen***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 10 386 000 | 11 530 000 | 9 802 864,80 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— die Kosten von Verträgen mit qualifizierten Sachverständigen und Forschungsinstituten über Studien und andere Forschungstätigkeiten (Workshops, Round-Table-Konferenzen, Expertenpanels, Konferenzen), die für die Parlamentsorgane und die Verwaltung, u. a. für die Errichtung des Hauses der europäischen Geschichte, durchgeführt werden,

— die Kosten für die Auswertung von Studien und die Mitwirkung der Gruppe für die Bewertung wissenschaftlicher und technologischer Entscheidungen (STOA-Gruppe) an den Tätigkeiten wissenschaftlicher Einrichtungen,

— die Reise-, Aufenthalts- und Nebenkosten der Sachverständigen und sonstigen Personen — einschließlich Personen, die eine Petition an das Europäische Parlament gerichtet haben —, die zu Sitzungen der Ausschüsse, der Delegationen und der Studien- und Arbeitsgruppen eingeladen werden,

— die Ausgaben im Zusammenhang mit der Einberufung von dem Organ nicht angehörenden Personen zur Teilnahme an den Arbeiten von Gremien wie dem Disziplinarrat oder dem Fachgremium für finanzielle Unregelmäßigkeiten.

***3 2 2*** ***Informationsbeschaffung und Archivierung***

3 2 2 0 Dokumentation und Bibliothek

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 632 676 | 4 927 111 | 3 974 137,06 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— die Erweiterungen und Ersatzbeschaffungen im Bereich der allgemeinen Nachschlagewerke und die laufende Ergänzung des Grundstocks der Bibliothek,

— die Abonnements von Zeitungen und Zeitschriften und bei Informationsagenturen, Abonnements für deren Online-Veröffentlichungen und Online-Dienste, einschließlich der Urheberrechtsgebühren für die Vervielfältigung und Verbreitung dieser Abonnements in schriftlicher und/oder elektronischer Form, und die Dienstleistungsverträge für Presseübersichten und Zeitungsausschnitte,

**KAPITEL 3 2 — FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG**
*(Fortsetzung)*

***3 2 2*** *(Fortsetzung)*

3 2 2 0 *(Fortsetzung)*

— die Abonnements oder Dienstleistungsverträge für die Lieferung von Inhaltsübersichten und -analysen von Zeitschriften oder die Erfassung der aus diesen Zeitschriften entnommenen Artikel auf optischen Datenträgern,

— die Kosten für die Nutzung externer dokumentarischer und statistischer Datenbanken (ohne EDV-Anlagen und Fernmeldegebühren),

— die Kosten im Zusammenhang mit den vom Europäischen Parlament im Rahmen der internationalen und/oder interinstitutionellen Zusammenarbeit übernommenen Verpflichtungen,

— den Kauf oder die Anmietung von spezifischen Materialien, einschließlich elektrischen, elektronischen und computertechnischen Materialien und/oder Systemen für Bibliothek, Dokumentation und Mediathek sowie von externen Dienstleistungen für den Erwerb, die Entwicklung, die Installation, die Nutzung und die Wartung dieser Materialien und Systeme,

— im Zusammenhang mit den Tätigkeiten der Bibliothek stehende Leistungen, insbesondere was die Beziehungen zu ihren Kunden (Umfragen, Analysen), das Qualitätsmanagement-System usw. betrifft,

— Einbinde- und Konservierungsmaterialien und -arbeiten für die Bibliothek, die Dokumentation und die Mediathek,

— die Kosten und das Material für Veröffentlichungen sowohl interner Natur (Broschüren, Studien usw.) als auch zu Kommunikationszwecken (Newsletters, Videos, CD-ROM usw.),

— den Kauf neuer Wörterbücher und Lexika bzw. die Anschaffung neuerer Auflagen dieser Werke — auf allen Arten von Trägermedien — auch für die neuen Sprachabteilungen sowie anderer Werke für die Sprachendienste und die Referate Qualität der Rechtsakte.

Mittel in Höhe von 10 000 EUR können zur Deckung der Reise-, Verpflegungs- und Übernachtungskosten der Autoren verwendet werden, die zur Präsentation ihrer Werke vor dem Buchklub der Mitglieder des Europäischen Parlaments eingeladen werden.

3 2 2 2 Ausgaben für Archivbestände

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 600 000 | 1 965 000 | 1 600 767,67 |

*Erläuterungen*

Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission (ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43) und die hierzu innerhalb des Europäischen Parlaments angenommenen Durchführungsmaßnahmen.

Beschluss des Präsidiums vom 16. Dezember 2002 über die Verbesserung von Information und Transparenz: die Archive des Europäischen Parlaments.

Vom Präsidium am 4. Juli 2011 angenommene Regelung über die Behandlung der Archive der Mitglieder und ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments.

PARLAMENT

**KAPITEL 3 2 — FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG**
*(Fortsetzung)*

***3 2 2*** *(Fortsetzung)*

3 2 2 2 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel decken die Kosten externer Archivierungsleistungen, wie z. B.:

— die Kosten für die Übertragung der Archivbestände auf verschiedene Datenträger (Mikrofilme, CDs, Kassetten usw.), den Kauf, die Anmietung, Wartung und Instandsetzung von spezifischen (elektronischen, computertechnischen und elektrischen) Materialien sowie Büchern und Zeitschriften und die damit zusammenhängenden Dienstleistungen,

— die Kosten für Veröffentlichungen auf Trägermedien jeder Art (Broschüren, CD-ROM usw.),

— die Kosten externer Tätigkeiten zum Zweck des Erwerbs archivalischer Primärquellen (Zeugenaussagen, die von Journalisten und/oder Historikern und/oder Archivaren zusammengetragen wurden) oder archivalischer Sekundärquellen (Dokumente auf Trägermedien jeder Art).

Ferner decken sie die Kosten für die Verarbeitung der Archive, die europäische Abgeordnete in Ausübung ihres Mandats angelegt haben.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 20 000 EUR veranschlagt.

***3 2 3*** ***Beziehungen zu den Parlamenten von Drittstaaten, Förderung der parlamentarischen Demokratie und der Menschenrechte***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 637 500 | 750 000 | 409 935,96 |

*Erläuterungen*

Schlussfolgerungen des Vorsitzes der Konferenz der EU-Parlamentspräsidenten, Kopenhagen 2006 und Bratislava 2007.

Beschluss des Präsidiums vom 18. Juni 2007.

Erfasste geografische Region: Länder außerhalb der Europäischen Union mit Ausnahme von Kandidatenländern und Ländern, die einen Kandidatenstatus anstreben.

Diese Mittel decken die Ausgaben zur Förderung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den demokratisch gewählten nationalen Parlamenten in Drittländern sowie entsprechenden regionalen parlamentarischen Organisationen. Es handelt sich insbesondere um Tätigkeiten zur Stärkung der parlamentarischen Kapazitäten in neuen und noch entstehenden Demokratien, Tätigkeiten zur Förderung der Menschenrechte und Tätigkeiten zur Förderung der Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnik durch Parlamente.

***3 2 4*** ***Produktion und Verbreitung***

3 2 4 0 Amtsblatt

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 586 000 | 4 000 000 | 4 055 500,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken den Anteil des Organs an den Veröffentlichungs- und Verbreitungskosten und sonstigen Nebenkosten des Amts für amtliche Veröffentlichungen im Zusammenhang mit den im *Amtsblatt der Europäischen Union* zu veröffentlichenden Texten.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 100 000 EUR veranschlagt.

PARLAMENT

**KAPITEL 3 2 — FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG**
*(Fortsetzung)*

**3 2 4** *(Fortsetzung)*

3 2 4 1 Digitale Veröffentlichungen und Veröffentlichungen in traditioneller Form

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 703 318 | 5 175 000 | 5 689 768,59 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— sämtliche Kosten für digitale Veröffentlichungen (Intranet-Sites) sowie für Veröffentlichungen in traditioneller Form (Dokumente und verschiedene Druckerzeugnisse, deren Herstellung an Dritte vergeben wird), einschließlich des Vertriebs,

— die Aktualisierung, Weiterentwicklung und Verbesserung der Veröffentlichungs- und Übersetzungssysteme.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 15 000 EUR veranschlagt.

3 2 4 2 Ausgaben für Veröffentlichungen, die Unterrichtung der Öffentlichkeit und die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 21 036 912 | 23 755 900 | 22 124 435,38 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Ausgaben für der Information dienende Veröffentlichungen, einschließlich elektronischer Veröffentlichungen, für Informationstätigkeiten, Öffentlichkeitsarbeit und die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen, Ausstellungen und Messen in den Mitgliedstaaten, den Beitrittsländern und den Ländern, in denen das Europäische Parlament ein Verbindungsbüro unterhält, sowie für die Aktualisierung des Observatoire Législatif/Legislative Observatory (OEIL).

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 5 000 EUR veranschlagt.

3 2 4 3 Parlamentarium — Besucherzentrum des Europäischen Parlaments

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 978 023 | 3 916 000 | 3 462 167,79 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Finanzierung des Parlamentariums — Besucherzentrums des Europäischen Parlaments.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 5 000 EUR veranschlagt.

3 2 4 4 Organisation und Empfang von Besuchergruppen, Euroscola und Einladung von Meinungsmultiplikatoren aus Drittländern

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 30 120 500 | 29 996 000 | 27 985 491,28 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Ausgaben für die Zuschüsse an Besuchergruppen sowie die damit verbundenen Betreuungs- und Infrastrukturkosten, die Kosten für die Durchführung des Programms Euroscola und die Finanzierung von Praktika für Meinungsmultiplikatoren aus Drittländern (EUVP). Sie werden jedes Jahr unter Heranziehung eines Deflators erhöht, der den Veränderungen beim Bruttonationaleinkommen und bei den Preisen Rechnung trägt.

PARLAMENT

**KAPITEL 3 2 — FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG**
*(Fortsetzung)*

***3 2 4*** *(Fortsetzung)*

3 2 4 4 *(Fortsetzung)*

Jedes Mitglied des Europäischen Parlaments ist berechtigt, pro Kalenderjahr bis zu fünf Gruppen und insgesamt bis zu 110 Besucher einzuladen. Die Teilnehmerzahl je Besuchergruppe kann zwischen mindestens 10 und höchstens 110 Teilnehmern schwanken.

Für Besucher mit Behinderungen ist ein angemessener Betrag vorgesehen.

3 2 4 5 Veranstaltung von Kolloquien, Seminaren und kulturellen Aktionen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 725 000 | 6 830 300 | 3 664 747,54 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— die Ausgaben oder Zuschüsse im Zusammenhang mit der Veranstaltung von nationalen oder multinationalen Kolloquien und Seminaren für Meinungsmultiplikatoren aus den Mitgliedstaaten, den Beitrittsländern und den Ländern, in denen das Europäische Parlament ein Verbindungsbüro unterhält, sowie die Kosten für die Veranstaltung von parlamentarischen Kolloquien und Symposien; sie decken ferner die Finanzierung kultureller Initiativen von europäischem Interesse, wie des LUX-Filmpreises des Europäischen Parlaments für den europäischen Film,

— das Preisgeld, die Reisekosten und die Tagegelder für den Sacharow-Preisträger und die laufenden Ausgaben des Netzes der Sacharow-Preisträger und die Reisekosten seiner Mitglieder,

— Ausgaben für gemeinsame Tagungen von jungen europäischen, israelischen und palästinensischen Politikern und Politikern der Staaten in der Nachbarschaft der Europäischen Union,

— die Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von „Plenarsaal-Veranstaltungen“ in Straßburg und Brüssel gemäß dem vom Präsidium angenommenen Jahresprogramm,

— die Finanzierung von Maßnahmen zur Förderung der Mehrsprachigkeit, wie Seminaren und Konferenzen, Treffen mit Anbietern von Dolmetscherausbildung, Maßnahmen zur Sensibilisierung für die Mehrsprachigkeit und den Dolmetscherberuf, einschließlich eines Stipendienprogramms für Universitäten, Schulen und andere Einrichtungen, die Kurse für Dolmetscher anbieten, Lösungen für virtuelle Kommunikation, Maßnahmen im Rahmen der interinstitutionellen und internationalen Zusammenarbeit und Beteiligung an vergleichbaren Maßnahmen, die im Rahmen der interinstitutionellen und internationalen Zusammenarbeit gemeinsam mit anderen Stellen organisiert werden,

Diese Mittel decken ferner die Ausgaben im Zusammenhang mit der Organisation dieser Tätigkeiten, einschließlich der Inanspruchnahme von Dienstleistungen und der Bewirtungskosten in Verbindung mit Einladungen an Journalisten, damit diese über die Tätigkeiten des Europäischen Parlaments zu berichten.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 5 000 EUR veranschlagt.

3 2 4 6 Fernsehkanal des Parlaments (WebTV)

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 000 000 | 8 000 000 | 8 391 152,02 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der Kosten für Produktion und Übernahme von Internet-Clips und verbreitungsfertigem audiovisuellem Material durch das Europäische Parlament (EuroparlTV) entsprechend der Kommunikationsstrategie des Europäischen Parlaments.

**KAPITEL 3 2 — FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG**
*(Fortsetzung)*

**3 2 4** *(Fortsetzung)*

3 2 4 7 Haus der europäischen Geschichte

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 9 650 000 | 9 650 000 | 6 400 000 | 6 400 000 | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der Tätigkeiten des Hauses der europäischen Geschichte, u. a. spezielle Innenausstattung, Erwerb von Sammlungen und Veranstaltung von Ausstellungen sowie laufende Kosten, einschließlich der Kosten für den Ankauf von Büchern, Zeitschriften und sonstigen Veröffentlichungen im Zusammenhang mit den Tätigkeiten des Hauses der europäischen Geschichte.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 5 000 000 EUR veranschlagt.

3 2 4 8 Ausgaben für audiovisuelle Informationen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 15 620 000 | 20 133 700 | 13 576 010,67 |

*Erläuterungen*

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. März 2002 zu den Leitlinien für das Haushaltsverfahren 2003 (ABl. C 47 E vom 27.2.2003, S. 72).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Mai 2002 zu dem Haushaltsvoranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Parlaments für das Haushaltsjahr 2003 (ABl. C 180 E vom 31.7.2003, S. 150).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Mai 2003 zu dem Haushaltsvoranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Parlaments für das Haushaltsjahr 2004 (ABl. C 67 E vom 17.3.2004, S. 179).

Diese Mittel decken:

— die Verwaltungsausgaben für den Bereich audiovisuelle Medien (Eigenleistungen und externe Unterstützung wie technische Leistungen für Rundfunk- und Fernsehstationen, Produktion, Koproduktion und Verbreitung von audiovisuellen Programmen, Miete von Kanälen und Übermittlung von Rundfunk- und Fernsehprogrammen, weitere Maßnahmen zur Entwicklung der Beziehungen des Organs zu Audio-Video-Anbietern),

— die Ausgaben für die Live-Übertragung der Plenartagungen und der Ausschusssitzungen im Internet,

— die Einrichtung eines geeigneten Archivs, damit die Medien und die Bürger jederzeit auf diese Informationen zugreifen können.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 13 000 EUR veranschlagt.

3 2 4 9 Informationsaustausch mit den nationalen Parlamenten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 445 000 | 475 000 | 130 335,55 |

*Erläuterungen*

Konferenzen der Präsidenten europäischer parlamentarischer Versammlungen (Juni 1977) und der Parlamente der Europäischen Union (September 2000, März 2001). Erfasste geografische Region: Länder der Europäischen Union sowie Kandidatenländer und Länder, die einen Kandidatenstatus anstreben.

PARLAMENT

**KAPITEL 3 2 — FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG** *(Fortsetzung)*

***3 2 4*** *(Fortsetzung)*

3 2 4 9 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel decken:

— die Ausgaben zur Förderung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten. Sie betreffen die parlamentarischen Beziehungen, die nicht unter die Kapitel 1 0 und 3 0 fallen, den Informations- und Dokumentationsaustausch sowie die Unterstützung bei der Analyse und Verwaltung dieser Informationen, u. a. mit dem Europäischen Zentrum für parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD),

— die Finanzierung von Programmen für eine Zusammenarbeit sowie von Maßnahmen zur Ausbildung von Beamten der oben erwähnten Parlamente und von Tätigkeiten zur Stärkung ihrer parlamentarischen Strukturen im Allgemeinen.

  Diese Maßnahmen umfassen Informationsbesuche beim Europäischen Parlament in Brüssel, Luxemburg und Straßburg; die Mittel decken, vollständig oder teilweise, die Kosten der Teilnehmer, insbesondere Reise, Unterkunft und Tagegelder,

— die Ausgaben für Kooperationsmaßnahmen, insbesondere im Zusammenhang mit der Legislativtätigkeit, sowie für Aktionen im Zusammenhang mit der Dokumentations-, Analyse- und Informationstätigkeit und der Sicherung der Domäne www.ipex.eu, u. a. Maßnahmen des EZPWD.

Mit diesen Mitteln soll die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten bei der parlamentarischen Kontrolle der GASP/GSVP gemäß den Bestimmungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sowie insbesondere von Artikel 9 und 10 des Protokolls Nr. 1 über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union finanziert werden.

***3 2 5*** ***Ausgaben für Informationsbüros***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 100 000 | 1 100 000 | 1 100 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Finanzierung aller Ausgaben (Bürobedarf, Telekommunikation, Porto, Handhabung, Transport, verschiedene Kleinausgaben) in Verbindung mit den Informationsbüros des Europäischen Parlaments.

# TITEL 4

# AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

## KAPITEL 4 0 — BESONDERE AUSGABEN EINIGER ORGANE UND EINRICHTUNGEN
## KAPITEL 4 2 — AUSGABEN FÜR PARLAMENTARISCHE ASSISTENZ

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 4 0 | | | | |
| **4 0 0** | ***Verwaltungsausgaben und Ausgaben im Zusammenhang mit den politischen Tätigkeiten und Informationstätigkeiten der Fraktionen und der fraktionslosen Mitglieder*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 59 800 000 | 58 750 000 | 57 062 366,62 | 95,42 |
| **4 0 2** | ***Finanzierung der politischen Parteien auf europäischer Ebene*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 27 794 200 | 21 794 200 | 18 900 000,— | 68,— |
| **4 0 3** | ***Finanzierung der politischen Stiftungen auf europäischer Ebene*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 13 400 000 | 12 400 000 | 11 955 272,— | 89,22 |
| | KAPITEL 4 0 — INSGESAMT | 100 994 200 | 92 944 200 | 87 917 638,62 | 87,05 |
| | KAPITEL 4 2 | | | | |
| **4 2 2** | ***Parlamentarische Assistenz*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 196 216 430 | 185 799 000 | 180 871 822,33 | 92,18 |
| | *Reserven (10 0)* | | *1 546 000* | | |
| | | 196 216 430 | 187 345 000 | 180 871 822,33 | |
| | KAPITEL 4 2 — INSGESAMT | 196 216 430 | 185 799 000 | 180 871 822,33 | 92,18 |
| | *Reserven (10 0)* | | *1 546 000* | | |
| | | 196 216 430 | 187 345 000 | 180 871 822,33 | |

PARLAMENT

## KAPITEL 4 4 — SITZUNGEN UND ANDERE AKTIVITÄTEN VON MITGLIEDERN UND EHEMALIGEN MITGLIEDERN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 4 4 | | | | |
| ***4 4 0*** | ***Kosten für Sitzungen und andere Aktivitäten von ehemaligen Mitgliedern*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 200 000 | 200 000 | 200 000,— | 100,— |
| ***4 4 2*** | ***Kosten für Sitzungen und andere Aktivitäten der Europäischen Parlamentarischen Gesellschaft*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 200 000 | 175 000 | 160 000,— | 80,— |
| | KAPITEL 4 4 — INSGESAMT | 400 000 | 375 000 | 360 000,— | 90,— |
| | **Titel 4 — Insgesamt** | **297 610 630** | **279 118 200** | **269 149 460,95** | **90,44** |
| | ***Reserven (10 0)*** | | ***1 546 000*** | | |
| | | **297 610 630** | **280 664 200** | **269 149 460,95** | |

PARLAMENT

# TITEL 4

# AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

## KAPITEL 4 0 — BESONDERE AUSGABEN EINIGER ORGANE UND EINRICHTUNGEN

### *4 0 0* *Verwaltungsausgaben und Ausgaben im Zusammenhang mit den politischen Tätigkeiten und Informationstätigkeiten der Fraktionen und der fraktionslosen Mitglieder*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 59 800 000 | 58 750 000 | 57 062 366,62 |

*Erläuterungen*

Regelung, erlassen durch Beschluss des Präsidiums vom 30. Juni 2003, zuletzt geändert am 2. Juli 2012.

Diese Mittel decken folgende Ausgaben der Fraktionen und fraktionslosen Mitglieder:

— die Sekretariats- und Verwaltungsausgaben,

— die Ausgaben im Zusammenhang mit ihren politischen Aktivitäten und Informationstätigkeiten im Rahmen der politischen Tätigkeiten der Union.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 50 000 EUR veranschlagt.

### *4 0 2* *Finanzierung der politischen Parteien auf europäischer Ebene*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 27 794 200 | 21 794 200 | 18 900 000,— |

*Erläuterungen*

Vertrag über die Europäische Union, insbesondere Artikel 10 Absatz 4.

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Artikel 224.

Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung (ABl. L 297 vom 15.11.2003, S. 1).

Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments vom 29. März 2004 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung (ABl. C 112 vom 9.4.2011, S. 1).

Diese Mittel dienen zur Finanzierung der politischen Parteien auf europäischer Ebene.

### *4 0 3* *Finanzierung der politischen Stiftungen auf europäischer Ebene*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 13 400 000 | 12 400 000 | 11 955 272,— |

*Erläuterungen*

Vertrag über die Europäische Union, insbesondere Artikel 10 Absatz 4.

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Artikel 224.

Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung (ABl. L 297 vom 15.11.2003, S. 1).

Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments vom 29. März 2004 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung (ABl. C 112 vom 9.4.2011, S. 1).

Diese Mittel dienen zur Finanzierung politischer Stiftungen auf europäischer Ebene.

PARLAMENT

## KAPITEL 4 2 — AUSGABEN FÜR PARLAMENTARISCHE ASSISTENZ

### *4 2 2 Parlamentarische Assistenz*

| | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|
| 4 2 2 | 196 216 430 | 185 799 000 | 180 871 822,33 |
| *Reserven (10 0)* | | *1 546 000* | |
| Insgesamt | 196 216 430 | 187 345 000 | 180 871 822,33 |

*Erläuterungen*

Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere Artikel 21.

Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere die Artikel 33 bis 44.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 5a und 125 bis 139.

Vom Präsidium angenommene Durchführungsmaßnahmen zu Titel VII der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Union.

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für parlamentarische Assistenz bestimmt.

Diese Mittel decken gemäß den Bestimmungen über die Rückerstattung der Kosten für parlamentarische Assistenz die Kursdifferenzen zulasten des Haushalts des Europäischen Parlaments.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 400 000 EUR veranschlagt.

## KAPITEL 4 4 — SITZUNGEN UND ANDERE AKTIVITÄTEN VON MITGLIEDERN UND EHEMALIGEN MITGLIEDERN

### *4 4 0 Kosten für Sitzungen und andere Aktivitäten von ehemaligen Mitgliedern*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 200 000 | 200 000 | 200 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Kosten für Sitzungen des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments und gegebenenfalls andere in diesem Zusammenhang anfallende Kosten.

### *4 4 2 Kosten für Sitzungen und andere Aktivitäten der Europäischen Parlamentarischen Gesellschaft*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 200 000 | 175 000 | 160 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Kosten für Sitzungen der Europäischen Parlamentarischen Gesellschaft und gegebenenfalls andere in diesem Zusammenhang anfallende Kosten.

PARLAMENT

## TITEL 10

## SONSTIGE AUSGABEN

**KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL**
**KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN**
**KAPITEL 10 3 — RESERVE FÜR DIE ERWEITERUNG**
**KAPITEL 10 4 — RESERVE FÜR DIE INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSPOLITIK**
**KAPITEL 10 5 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL FÜR GEBÄUDE**
**KAPITEL 10 6 — RESERVE FÜR VORRANGIGE PROJEKTE IN DER ENTWICKLUNGSPHASE**
**KAPITEL 10 8 — RESERVE FÜR EMAS**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 10 0 | p.m. | 12 912 765 | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 0 — INSGESAMT | p.m. | 12 912 765 | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 1 | 13 000 000 | 9 000 000 | 0,— | 0,— |
| | KAPITEL 10 1 — INSGESAMT | 13 000 000 | 9 000 000 | 0,— | 0,— |
| | KAPITEL 10 3 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 3 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 4 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 4 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 5 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 5 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 6 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 6 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 8 | p.m. | 1 000 000 | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 8 — INSGESAMT | p.m. | 1 000 000 | 0,— | — |
| | **Titel 10 — Insgesamt** | **13 000 000** | **22 912 765** | **0,—** | **0,—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **1 755 631 742** | **1 750 463 939** | **1 693 038 015,45** | **96,43** |

PARLAMENT

# TITEL 10

# SONSTIGE AUSGABEN

## KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 12 912 765 | 0,— |

## KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 13 000 000 | 9 000 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung nicht vorhersehbarer Ausgaben, die sich aus Haushaltsentscheidungen im Laufe des Haushaltsjahres ergeben, bestimmt.

## KAPITEL 10 3 — RESERVE FÜR DIE ERWEITERUNG

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Vorbereitung des Organs auf die Erweiterung bestimmt.

## KAPITEL 10 4 — RESERVE FÜR DIE INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSPOLITIK

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die Informations- und Kommunikationspolitik bestimmt.

## KAPITEL 10 5 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL FÜR GEBÄUDE

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Immobilieninvestitionen und Herrichtungsarbeiten des Organs bestimmt. Das Präsidium des Europäischen Parlaments wird aufgefordert, eine schlüssige und verantwortungsbewusste langfristige Strategie im Bereich Immobilien und Gebäude zu verabschieden, die dem besonderen Problem der steigenden Instandhaltungskosten, des zunehmenden Renovierungsbedarfs und der steigenden Kosten für Sicherheit Rechnung trägt und Gewähr für die Nachhaltigkeit des Haushalts des Europäischen Parlaments bietet.

**KAPITEL 10 6 — RESERVE FÜR VORRANGIGE PROJEKTE IN DER ENTWICKLUNGSPHASE**

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für vorrangige Projekte des Organs bestimmt, die sich in der Entwicklungsphase befinden.

**KAPITEL 10 8 — RESERVE FÜR EMAS**

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 1 000 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind entsprechend den Beschlüssen zur Umsetzung des EMAS-Aktionsplans, die das Präsidium insbesondere nach der Erstellung der $CO_2$-Bilanz des Europäischen Parlaments fassen wird, in die entsprechenden operativen Haushaltslinien einzusetzen.

PARLAMENT

## PERSONAL

### Einzelplan I — Europäisches Parlament

| Funktions- und Besoldungsgruppen | 2013 | | | |
|---|---|---|---|---|
| | Dauerplanstellen | | Planstellen auf Zeit | |
| | | | Sonstige | Fraktionen |
| Sondergruppe | 1 | | | |
| AD 16 | 11 | | 1 | 7 |
| AD 15 | 35 | | 1 | 4 |
| AD 14 | 209 | 2 | 6 | 25 |
| AD 13 | 459 | 8 | 2 | 37 |
| AD 12 | 203 | | 12 | 65 |
| AD 11 | 131 | | 5 | 35 |
| AD 10 | 191 | | 6 | 27 |
| AD 9 | 166 | | 6 | 21 |
| AD 8 | 297 | | 7 | 24 |
| AD 7 | 405 | | 6 | 37 |
| AD 6 | 179 | | 3 | 57 |
| AD 5 | 299 | | 11 | 76 |
| AD insgesamt | 2 585 | 10 | 66 | 415 |
| AST 11 | 151 | 10 | | 33 |
| AST 10 | 81 | | 17 | 25 |
| AST 9 | 215 | | 4 | 31 |
| AST 8 | 485 | | 4 | 48 |
| AST 7 | 518 | | 1 | 48 |
| AST 6 | 424 | | 6 | 64 |
| AST 5 | 284 | | 8 | 68 |
| AST 4 | 296 | | 22 | 65 |
| AST 3 | 322 | | 7 | 73 |
| AST 2 | 140 | | | 72 |
| AST 1 | 90 | | | 74 |
| AST insgesamt | 3 006 | 10 | 69 | 601 |
| **Insgesamt** | **5 592** (1) | **20** (2) | **135** | **1 016** |
| **Gesamtzahl** | **6 743** (3) | | | |

(1) Darunter 5 Beförderungen ad personam (3 AD 14 nach AD 15, 1 AST 10 nach AST 11 und 1 AST 4 nach AST 5), die in außergewöhnlichen Fällen verdienstvollen Beamten gewährt werden.

(2) Nicht dotierte, in der Gesamtzahl nicht enthaltene Reserve für im dienstlichen Interesse abgeordnete Beamte.

(3) 1 AD 5 und 4 AST 3 (Berufliche Fortbildung) und 2 AD 5 und 2 AST 1 (Übersetzung) werden ohne Veranschlagung von Mitteln in den Stellenplan eingesetzt.

PARLAMENT

| Funktions- und Besoldungsgruppen | 2014 | | | |
|---|---|---|---|---|
| | Dauerplanstellen | | Planstellen auf Zeit | |
| | | | Sonstige | Fraktionen |
| Sondergruppe | 1 | | | |
| AD 16 | 11 | | 1 | 7 |
| AD 15 | 35 | | 1 | 4 |
| AD 14 | 227 | 2 | 6 | 26 |
| AD 13 | 478 | 8 | 2 | 41 |
| AD 12 | 167 | | 12 | 63 |
| AD 11 | 170 | | 5 | 32 |
| AD 10 | 200 | | 11 | 27 |
| AD 9 | 190 | | 2 | 21 |
| AD 8 | 335 | | 6 | 28 |
| AD 7 | 418 | | 7 | 47 |
| AD 6 | 213 | | 2 | 56 |
| AD 5 | 211 | | 11 | 63 |
| AD insgesamt | 2 655 | 10 | 66 | 415 |
| AST 11 | 149 | 10 | | 33 |
| AST 10 | 96 | | 18 | 28 |
| AST 9 | 290 | | 5 | 41 |
| AST 8 | 450 | | 7 | 43 |
| AST 7 | 498 | | 1 | 45 |
| AST 6 | 353 | | 6 | 66 |
| AST 5 | 285 | | 10 | 65 |
| AST 4 | 295 | | 15 | 70 |
| AST 3 | 319 | | 6 | 74 |
| AST 2 | 159 | | | 65 |
| AST 1 | 56 | | | 71 |
| AST insgesamt | 2 950 | 10 | 68 | 601 |
| AST/SC 6 | | | | |
| AST/SC 5 | | | | |
| AST/SC 4 | | | | |
| AST/SC 3 | | | | |
| AST/SC 2 | 25 | | | |
| AST/SC 1 | 5 | | | |
| AST/SC total | 30 | | | |
| **Insgesamt** | **5 636** (1) | **20** (2) | **134** | **1 016** |
| **Gesamtzahl** | **6 786** (3) | | | |

(1) Darunter drei Beförderungen ad personam (3 AD 14 nach AD 15), die in außergewöhnlichen Fällen verdienstvollen Beamten gewährt werden.

(2) Virtuelle, in der Gesamtzahl nicht erfasste Reserve für die im dienstlichen Interesse abgeordneten Beamten.

(3) Nach erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen zwischen dem EP, dem EWSA und dem AdR über eine künftige interinstitutionelle Zusammenarbeit können bis zu 80 Planstellen im Stellenplan des EP geschaffen werden. Die schrittweise Übertragung dieser Planstellen vom EWSA und AdR hängt davon ab, dass das EP, der EWSA und der AdR eine endgültige Einigung erzielen.

*EINZELPLAN II*

# EUROPÄISCHER RAT UND RAT

## EINNAHMEN

### Beitrag der Europäischen Union zur Finanzierung der Ausgaben des Europäischen Rates und des Rates für das Haushaltsjahr 2014

| Bezeichnung | Betrag |
|---|---|
| Ausgaben | 534 202 300 |
| Eigene Einnahmen | – 55 898 000 |
| **Zu vereinnahmender Beitrag** | **478 304 300** |

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

## EIGENE EINNAHMEN

## TITEL 4

## VERSCHIEDENE VON DER UNION ERHOBENE STEUERN, ABSCHÖPFUNGEN UND GEBÜHREN

**KAPITEL 4 0 — GEHALTSABZÜGE**
**KAPITEL 4 1 — BEITRAG ZUR VERSORGUNGSORDNUNG**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 4 0 | | | | |
| ***4 0 0*** | ***Ertrag aus der Besteuerung der Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten*** | 22 524 000 | 22 452 000 | 21 507 411,— | 95,49 |
| ***4 0 3*** | ***Ertrag der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder der Organe sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***4 0 4*** | ***Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | 2 793 000 | 2 797 000 | 3 730 252,— | 133,56 |
| | KAPITEL 4 0 — INSGESAMT | 25 317 000 | 25 249 000 | 25 237 663,— | 99,69 |
| | KAPITEL 4 1 | | | | |
| ***4 1 0*** | ***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*** | 30 581 000 | 31 521 000 | 25 797 599,— | 84,36 |
| ***4 1 1*** | ***Übertragung oder Rückkauf von Versorgungsansprüchen durch das Personal*** | p.m. | p.m. | 5 693 412,— | — |
| ***4 1 2*** | ***Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten zur Versorgungsordnung*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 4 1 — INSGESAMT | 30 581 000 | 31 521 000 | 31 491 011,— | 102,98 |
| | **Titel 4 — Insgesamt** | **55 898 000** | **56 770 000** | **56 728 674,—** | **101,49** |

# TITEL 4

# VERSCHIEDENE VON DER UNION ERHOBENE STEUERN, ABSCHÖPFUNGEN UND GEBÜHREN

## KAPITEL 4 0 — GEHALTSABZÜGE

### *4 0 0* *Ertrag aus der Besteuerung der Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 22 524 000 | 22 452 000 | 21 507 411,— |

*Erläuterungen*

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union, insbesondere Artikel 12.

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 56 vom 4.3.1968, S. 8).

### *4 0 3* *Ertrag der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder der Organe sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 66a in der bis zum 15. Dezember 2003 geltenden Fassung.

### *4 0 4* *Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 2 793 000 | 2 797 000 | 3 730 252,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 66a.

## KAPITEL 4 1 — BEITRAG ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

### *4 1 0* *Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 30 581 000 | 31 521 000 | 25 797 599,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 83 Absatz 2.

### *4 1 1* *Übertragung oder Rückkauf von Versorgungsansprüchen durch das Personal*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 5 693 412,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 4 und Artikel 11 Absatz 2 des Anhangs VIII.

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

**KAPITEL 4 1 — BEITRAG ZUR VERSORGUNGSORDNUNG** *(Fortsetzung)*

***4 1 2 Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten zur Versorgungsordnung***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 11 Absatz 2 und Artikel 48 des Anhangs VIII.

# TITEL 5

## ERLÖSE AUS DEM VERWALTUNGSBETRIEB DES ORGANS

**KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN**
**KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN**
**KAPITEL 5 2 — ERTRAG AUS ANLAGE- ODER DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN**
**KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS DIENSTLEISTUNGEN UND SONSTIGEN ARBEITEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 5 0 | | | | |
| ***5 0 0*** | ***Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen*** | | | | |
| 5 0 0 0 | Erlös aus der Veräußerung von Fahrzeugen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 2 290,— | — |
| 5 0 0 1 | Erlös aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 2 400,— | — |
| 5 0 0 2 | Einnahmen aus Lieferungen an andere Organe oder Stellen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 5 0 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 4 690,— | — |
| ***5 0 2*** | ***Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 4 690,— | — |
| | KAPITEL 5 1 | | | | |
| ***5 1 0*** | ***Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 1 1*** | ***Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von unbeweglichen Sachen und Erstattung von Mietkosten*** | p.m. | p.m. | 322 152,— | — |
| | KAPITEL 5 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 322 152,— | — |
| | KAPITEL 5 2 | | | | |
| ***5 2 0*** | ***Ertrag aus Anlagemitteln oder gewährten Darlehen, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Konten des Organs*** | p.m. | p.m. | 92 525,— | — |
| | KAPITEL 5 2 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 92 525,— | — |
| | KAPITEL 5 5 | | | | |
| ***5 5 0*** | ***Einnahmen aus Dienstleistungen und sonstigen Arbeiten, die für andere Organe und Stellen durchgeführt werden, einschließlich der Dienstreisetagegelder, die im Auftrag anderer Organe oder Stellen gezahlt und von diesen zurückerstattet werden — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 6 497 741,— | — |

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

**KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS DIENSTLEISTUNGEN UND SONSTIGEN ARBEITEN** *(Fortsetzung)*
**KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DES ORGANS**
**KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE ENTSCHÄDIGUNGEN**
**KAPITEL 5 9 — SONSTIGE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNG**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***5 5 1*** | ***Einnahmen aus Zahlungen Dritter für Dienstleistungen oder in ihrem Auftrag durchgeführte Arbeiten — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 20 261,— | — |
| | KAPITEL 5 5 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 6 518 002,— | — |
| | KAPITEL 5 7 | | | | |
| ***5 7 0*** | ***Einnahmen aus der Rückerstattung von Beträgen, die rechtsgrundlos gezahlt wurden — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 31 288 828,— | — |
| ***5 7 1*** | ***Zweckbestimmte Einnahmen, beispielsweise aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen, einschließlich der jedem Organ zugewiesenen eigenen Einnahmen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 58 931,— | — |
| ***5 7 2*** | ***Erstattung von Sozialausgaben, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 7 3*** | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen im Zusammenhang mit der Verwaltung des Organs — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 1 902 555,— | — |
| | KAPITEL 5 7 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 33 250 314,— | — |
| | KAPITEL 5 8 | | | | |
| ***5 8 0*** | ***Verschiedene Entschädigungen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 563 761,— | — |
| | KAPITEL 5 8 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 563 761,— | — |
| | KAPITEL 5 9 | | | | |
| ***5 9 0*** | ***Sonstige Einnahmen aus der Verwaltung*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 9 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 5 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **40 751 444,—** | **—** |

# TITEL 5

# ERLÖSE AUS DEM VERWALTUNGSBETRIEB DES ORGANS

## KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN

### *5 0 0 Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen*

5 0 0 0 Erlös aus der Veräußerung von Fahrzeugen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 2 290,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

5 0 0 1 Erlös aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 2 400,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

5 0 0 2 Einnahmen aus Lieferungen an andere Organe oder Stellen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 0 2 Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

**KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN**

***5 1 0*** ***Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

***5 1 1*** ***Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von unbeweglichen Sachen und Erstattung von Mietkosten***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 322 152,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

**KAPITEL 5 2 — ERTRAG AUS ANLAGE- ODER DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN**

***5 2 0*** ***Ertrag aus Anlagemitteln oder gewährten Darlehen, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Konten des Organs***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 92 525,— |

**KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS DIENSTLEISTUNGEN UND SONSTIGEN ARBEITEN**

***5 5 0*** ***Einnahmen aus Dienstleistungen und sonstigen Arbeiten, die für andere Organe und Stellen durchgeführt werden, einschließlich der Dienstreisetagegelder, die im Auftrag anderer Organe oder Stellen gezahlt und von diesen zurückerstattet werden — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 6 497 741,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

***5 5 1*** ***Einnahmen aus Zahlungen Dritter für Dienstleistungen oder in ihrem Auftrag durchgeführte Arbeiten — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 20 261,— |

## KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DES ORGANS

### *5 7 0 Einnahmen aus der Rückerstattung von Beträgen, die rechtsgrundlos gezahlt wurden — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 31 288 828,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 7 1 Zweckbestimmte Einnahmen, beispielsweise aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen, einschließlich der jedem Organ zugewiesenen eigenen Einnahmen — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 58 931,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 7 2 Erstattung von Sozialausgaben, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 7 3 Sonstige Beiträge und Erstattungen im Zusammenhang mit der Verwaltung des Organs — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 1 902 555,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

## KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE ENTSCHÄDIGUNGEN

### *5 8 0 Verschiedene Entschädigungen — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 563 761,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

## KAPITEL 5 9 — SONSTIGE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNG

### *5 9 0 Sonstige Einnahmen aus der Verwaltung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

# TITEL 6

# BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM RAHMEN VON ABKOMMEN UND PROGRAMMEN DER UNION

**KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE**
**KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN DER SPEZIFISCHEN ÜBEREINKÜNFTE**
**KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 6 1 | | | | |
| ***6 1 2*** | ***Erstattung von Beträgen, die in Durchführung von Auftragsarbeiten gegen Vergütung verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 6 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 6 3 | | | | |
| ***6 3 1*** | ***Beitrag im Rahmen des Schengen-Besitzstands — Zweckgebundene Einnahmen*** | | | | |
| 6 3 1 1 | Beitrag zu den Verwaltungskosten aus dem Rahmenübereinkommen mit Island und Norwegen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 1 147 035,— | — |
| | *Artikel 6 3 1 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 1 147 035,— | — |
| | KAPITEL 6 3 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 1 147 035,— | — |
| | KAPITEL 6 6 | | | | |
| ***6 6 0*** | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen*** | | | | |
| 6 6 0 0 | Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 6 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 6 6 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 6 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **1 147 035,—** | **—** |

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

# TITEL 6

# BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM RAHMEN VON ABKOMMEN UND PROGRAMMEN DER UNION

## KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE

### *6 1 2 Erstattung von Beträgen, die in Durchführung von Auftragsarbeiten gegen Vergütung verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

## KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN DER SPEZIFISCHEN ÜBEREINKÜNFTE

### *6 3 1 Beitrag im Rahmen des Schengen-Besitzstands — Zweckgebundene Einnahmen*

6 3 1 1 Beitrag zu den Verwaltungskosten aus dem Rahmenübereinkommen mit Island und Norwegen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 1 147 035,— |

*Erläuterungen*

Beschluss 1999/437/EG des Rates vom 17. Mai 1999 zum Erlass bestimmter Durchführungsvorschriften zu dem Übereinkommen zwischen dem Rat der Europäischen Union und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung dieser beiden Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 31).

Beitrag zu den Verwaltungskosten aufgrund des Übereinkommens vom 18. Mai 1999 zwischen dem Rat der Europäischen Union sowie der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung der beiden letztgenannten Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands — Schlussakte (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 36), insbesondere Artikel 12.

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

## KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN

### *6 6 0 Sonstige Beiträge und Erstattungen*

6 6 0 0 Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung die etwaigen Einnahmen verbucht, die nicht an anderer Stelle des Titels 6 vorgesehen sind und die als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben, denen diese Einnahmen zugewiesen sind, bereitgestellt werden.

# TITEL 7

# VERZUGSZINSEN

## KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 7 0 | | | | |
| ***7 0 0*** | ***Verzugszinsen*** | p.m. | p.m. | 395,— | — |
| | KAPITEL 7 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 395,— | — |
| | **Titel 7 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **395,—** | **—** |

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

# TITEL 7

# VERZUGSZINSEN

## KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN

### *7 0 0* *Verzugszinsen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 395,— |

# TITEL 9

# SONSTIGE EINNAHMEN

## KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 9 0 | | | | |
| ***9 0 0*** | ***Sonstige Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 1 586,— | — |
| | KAPITEL 9 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 1 586,— | — |
| | **Titel 9 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **1 586,—** | **—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **55 898 000** | **56 770 000** | **98 629 134,—** | **176,44** |

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

## TITEL 9

## SONSTIGE EINNAHMEN

### KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

***9 0 0*** ***Sonstige Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 1 586,— |

## AUSGABEN

### Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|
| **1** | **PERSONAL DES ORGANS** | | | |
| 1 0 | MITGLIEDER DES ORGANS | 1 230 000 | 1 138 000 | 765 560,— |
| 1 1 | BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT | 292 989 059 | 300 244 000 | 281 848 183,— |
| 1 2 | SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNE LEISTUNGEN | 13 039 000 | 13 763 000 | 10 381 685,— |
| 1 3 | SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS | 8 949 480 | 8 657 000 | 8 411 067,— |
| | **Titel 1 — Insgesamt** | **316 207 539** | **323 802 000** | **301 406 495,—** |
| **2** | **GEBÄUDE, MATERIAL UND SACHAUSGABEN** | | | |
| 2 0 | GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN | 45 537 800 | 44 233 000 | 53 906 427,— |
| | *Reserven (10 0)* | *700 000* | *700 000* | |
| | | 46 237 800 | 44 933 000 | 53 906 427,— |
| 2 1 | INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR | 42 921 887 | 42 209 000 | 41 150 650,— |
| 2 2 | VERWALTUNGSAUSGABEN | 126 835 074 | 122 567 300 | 93 458 735,— |
| | **Titel 2 — Insgesamt** | **215 294 761** | **209 009 300** | **188 515 812,—** |
| | ***Reserven (10 0)*** | ***700 000*** | ***700 000*** | |
| | | **215 994 761** | **209 709 300** | **188 515 812,—** |
| **10** | **SONSTIGE AUSGABEN** | | | |
| 10 0 | VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL | 700 000 | 700 000 | 0,— |
| 10 1 | RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN | 2 000 000 | 2 000 000 | 0,— |
| | **Titel 10 — Insgesamt** | **2 700 000** | **2 700 000** | **0,—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **534 202 300** | **535 511 300** | **489 922 307,—** |

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

## TITEL 1

## PERSONAL DES ORGANS

### KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS
### KAPITEL 1 1 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 1 0 | | | | |
| ***1 0 0*** | ***Dienstbezüge und andere Ansprüche*** | | | | |
| 1 0 0 0 | Grundgehälter | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 316 000 | 316 000 | 304 221,— | 96,27 |
| 1 0 0 1 | Ansprüche im Zusammenhang mit dem Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 65 000 | 65 000 | 62 650,— | 96,38 |
| 1 0 0 2 | Ansprüche im Zusammenhang mit der persönlichen Situation | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 20 000 | 20 000 | 8 131,— | 40,66 |
| 1 0 0 3 | Sozialversicherung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 13 000 | 13 000 | 11 877,— | 91,36 |
| 1 0 0 4 | Sonstige Verwaltungsausgaben | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 675 000 | 675 000 | 378 681,— | 56,10 |
| 1 0 0 6 | Ansprüche bei Dienstantritt, bei Versetzung und bei Ausscheiden aus dem Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 77 000 | p.m. | 0,— | 0,— |
| | *Artikel 1 0 0 — Insgesamt* | 1 166 000 | 1 089 000 | 765 560,— | 65,66 |
| ***1 0 1*** | ***Ausscheiden aus dem Dienst*** | | | | |
| 1 0 1 0 | Versorgungsbezüge | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 15 000 | p.m. | 0,— | 0,— |
| | *Artikel 1 0 1 — Insgesamt* | 15 000 | p.m. | 0,— | 0,— |
| ***1 0 2*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| 1 0 2 0 | Vorläufig eingesetzte Mittel für Änderungen bei den Ansprüchen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 49 000 | 49 000 | 0,— | 0,— |
| | *Artikel 1 0 2 — Insgesamt* | 49 000 | 49 000 | 0,— | 0,— |
| | KAPITEL 1 0 — INSGESAMT | 1 230 000 | 1 138 000 | 765 560,— | 62,24 |
| | KAPITEL 1 1 | | | | |
| ***1 1 0*** | ***Dienstbezüge und sonstige Ansprüche*** | | | | |
| 1 1 0 0 | Grundgehälter | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 219 581 059 | 221 770 000 | 211 616 174,— | 96,37 |
| 1 1 0 1 | Statutarische Ansprüche im Zusammenhang mit dem Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 054 000 | 2 141 000 | 1 937 144,— | 94,31 |
| 1 1 0 2 | Statutarische Ansprüche im Zusammenhang mit persönlichen Situation des Bediensteten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 56 747 000 | 58 072 000 | 54 770 834,— | 96,52 |

**KAPITEL 1 1 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*
**KAPITEL 1 2 — SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNE LEISTUNGEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***1 1 0*** | *(Fortsetzung)* | | | | |
| 1 1 0 3 | Sozialversicherung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 9 178 000 | 9 713 000 | 8 788 420,— | 95,76 |
| 1 1 0 4 | Berichtigungskoeffizienten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 50 000 | 50 000 | 67 976,— | 135,95 |
| 1 1 0 5 | Überstunden | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 587 000 | 1 700 000 | 1 538 692,— | 96,96 |
| 1 1 0 6 | Statutarische Ansprüche bei Dienstantritt, bei Versetzung und bei Ausscheiden aus dem Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 991 000 | 3 050 000 | 2 226 661,— | 74,45 |
| | *Artikel 1 1 0 — Insgesamt* | 292 188 059 | 296 496 000 | 280 945 901,— | 96,15 |
| ***1 1 1*** | ***Ausscheiden aus dem Dienst*** | | | | |
| 1 1 1 0 | Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen (gemäß den Artikeln 41 und 50 des Statuts) | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 200 000 | 424 000 | 303 473,— | 151,74 |
| 1 1 1 1 | Vergütungen beim endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 74 000 | 258 000 | 236 508,— | 319,61 |
| 1 1 1 2 | Ansprüche der ehemaligen Generalsekretäre | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 527 000 | 542 000 | 362 301,— | 68,75 |
| | *Artikel 1 1 1 — Insgesamt* | 801 000 | 1 224 000 | 902 282,— | 112,64 |
| ***1 1 2*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| 1 1 2 0 | Vorläufig eingesetzte Mittel (Beamte und Bedienstete auf Zeit) | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | 2 513 000 | 0,— | — |
| 1 1 2 1 | Vorläufig eingesetzte Mittel (Personal im Ruhestand und freigesetztes Personal) | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | 11 000 | 0,— | — |
| | *Artikel 1 1 2 — Insgesamt* | p.m. | 2 524 000 | 0,— | — |
| | KAPITEL 1 1 — INSGESAMT | 292 989 059 | 300 244 000 | 281 848 183,— | 96,20 |
| | KAPITEL 1 2 | | | | |
| ***1 2 0*** | ***Sonstige Bedienstete und externe Leistungen*** | | | | |
| 1 2 0 0 | Sonstige Bedienstete | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 9 022 000 | 9 536 000 | 6 952 902,— | 77,07 |
| 1 2 0 1 | Abgeordnete nationale Sachverständige | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 953 000 | 1 148 000 | 860 728,— | 90,32 |
| 1 2 0 2 | Praktika | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 583 000 | 464 000 | 558 463,— | 95,79 |

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

**KAPITEL 1 2 — SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNE LEISTUNGEN** *(Fortsetzung)*
**KAPITEL 1 3 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***1 2 0*** | *(Fortsetzung)* | | | | |
| 1 2 0 3 | Externe Leistungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 306 000 | 2 343 000 | 2 009 592,— | 87,15 |
| 1 2 0 4 | Aushilfsleistungen für den Übersetzungsdienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 175 000 | 145 000 | 0,— | 0,— |
| | *Artikel 1 2 0 — Insgesamt* | 13 039 000 | 13 636 000 | 10 381 685,— | 79,62 |
| ***1 2 2*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | 127 000 | 0,— | — |
| | KAPITEL 1 2 — INSGESAMT | 13 039 000 | 13 763 000 | 10 381 685,— | 79,62 |
| | KAPITEL 1 3 | | | | |
| ***1 3 0*** | ***Ausgaben für Personalverwaltung*** | | | | |
| 1 3 0 0 | Verschiedene Ausgaben für Einstellungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 166 000 | 166 000 | 150 250,— | 90,51 |
| 1 3 0 1 | Berufliche Fortbildung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 930 000 | 1 925 000 | 1 703 964,— | 88,29 |
| | *Artikel 1 3 0 — Insgesamt* | 2 096 000 | 2 091 000 | 1 854 214,— | 88,46 |
| ***1 3 1*** | ***Maßnahmen zugunsten des Personals des Organs*** | | | | |
| 1 3 1 0 | Außergewöhnliche Unterstützungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 30 000 | 30 000 | 26 866,— | 89,55 |
| 1 3 1 1 | Gesellschaftliche Beziehungen des Personals | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 117 000 | 119 000 | 106 480,— | 91,01 |
| 1 3 1 2 | Zusätzliche Hilfe für Behinderte | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 139 000 | 115 000 | 42 046,— | 30,25 |
| 1 3 1 3 | Sonstige Sozialaufwendungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 66 000 | 66 000 | 75 600,— | 114,55 |
| | *Artikel 1 3 1 — Insgesamt* | 352 000 | 330 000 | 250 992,— | 71,30 |
| ***1 3 2*** | ***Tätigkeiten, die alle Mitglieder und das gesamte Personal des Organs betreffen*** | | | | |
| 1 3 2 0 | Ärztlicher Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 460 480 | 431 000 | 399 457,— | 86,75 |
| 1 3 2 1 | Restaurants und Kantinen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 1 031 872,— | — |
| 1 3 2 2 | Kinderkrippen und Kindertagesstätten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 250 000 | 2 014 000 | 1 629 000,— | 72,40 |
| | *Artikel 1 3 2 — Insgesamt* | 2 710 480 | 2 445 000 | 3 060 329,— | 112,91 |

**KAPITEL 1 3 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS** *(Fortsetzung)*

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***1 3 3*** | ***Dienstreisen*** | | | | |
| 1 3 3 1 | Dienstreisekosten des Generalsekretariats des Rates | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 3 191 000 | 3 191 000 | 2 712 267,— | 85,— |
| 1 3 3 2 | Dienstreisekosten des Personals im Zusammenhang mit dem Europäischen Rat | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 600 000 | 600 000 | 533 265,— | 88,88 |
| | *Artikel 1 3 3 — Insgesamt* | 3 791 000 | 3 791 000 | 3 245 532,— | 85,61 |
| | KAPITEL 1 3 — INSGESAMT | 8 949 480 | 8 657 000 | 8 411 067,— | 93,98 |
| | **Titel 1 — Insgesamt** | **316 207 539** | **323 802 000** | **301 406 495,—** | **95,32** |

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

## TITEL 1

## PERSONAL DES ORGANS

### KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS

#### *1 0 0 Dienstbezüge und andere Ansprüche*

1 0 0 0 Grundgehälter

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 316 000 | 316 000 | 304 221,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Grundgehälter der Mitglieder des Organs „Europäischer Rat“ bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2009/909/EU des Rates vom 1. Dezember 2009 über die Beschäftigungsbedingungen des Präsidenten des Europäischen Rates (ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 35).

1 0 0 1 Ansprüche im Zusammenhang mit dem Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 65 000 | 65 000 | 62 650,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ansprüche der Mitglieder des Organs „Europäischer Rat“ im Zusammenhang mit dem Dienst bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2009/909/EU des Rates vom 1. Dezember 2009 über die Beschäftigungsbedingungen des Präsidenten des Europäischen Rates (ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 35).

1 0 0 2 Ansprüche im Zusammenhang mit der persönlichen Situation

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 20 000 | 20 000 | 8 131,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ansprüche im Zusammenhang mit der persönlichen Situation der Mitglieder des Organs „Europäischer Rat“ bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2009/909/EU des Rates vom 1. Dezember 2009 über die Beschäftigungsbedingungen des Präsidenten des Europäischen Rates (ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 35).

1 0 0 3 Sozialversicherung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 13 000 | 13 000 | 11 877,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung der Mitglieder des Organs „Europäischer Rat“ bestimmt.

**KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS** *(Fortsetzung)*

***1 0 0*** *(Fortsetzung)*

1 0 0 3 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2009/909/EU des Rates vom 1. Dezember 2009 über die Beschäftigungsbedingungen des Präsidenten des Europäischen Rates (ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 35).

1 0 0 4 Sonstige Verwaltungsausgaben

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 675 000 | 675 000 | 378 681,— |

*Erläuterungen*

Dieser Mittelansatz soll Folgendes decken:

— Fahrtkosten und Dienstreisetagegelder sowie die bei der Durchführung einer Dienstreise des Präsidenten des Europäischen Rates anfallenden zusätzlichen oder außergewöhnlichen Auslagen;

— Repräsentationsausgaben des Präsidenten des Europäischen Rates, die sich aus der Erfüllung seiner oder ihrer Aufgaben ergeben und Teil der Tätigkeiten des Organs sind.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

1 0 0 6 Ansprüche bei Dienstantritt, bei Versetzung und bei Ausscheiden aus dem Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 77 000 | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ansprüche der Mitglieder des Organs „Europäischer Rat“ bei Dienstantritt, bei Versetzung und bei Ausscheiden aus dem Dienst bestimmt.

***1 0 1*** ***Ausscheiden aus dem Dienst***

1 0 1 0 Versorgungsbezüge

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 15 000 | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung folgender Kosten bestimmt:

— die Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Organs „Europäischer Rat“,

— die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten auf die Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Organs „Europäischer Rat“.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2009/909/EU des Rates vom 1. Dezember 2009 über die Beschäftigungsbedingungen des Präsidenten des Europäischen Rates (ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 35).

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

**KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS** *(Fortsetzung)*

***1 0 2 Vorläufig eingesetzte Mittel***

1 0 2 0 Vorläufig eingesetzte Mittel für Änderungen bei den Ansprüchen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 49 000 | 49 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die finanziellen Auswirkungen der Änderungen bei den Ansprüchen der Mitglieder des Organs „Europäischer Rat“ zu decken.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2009/909/EU des Rates vom 1. Dezember 2009 über die Beschäftigungsbedingungen des Präsidenten des Europäischen Rates (ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 35).

**KAPITEL 1 1 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT**

*Erläuterungen*

Die Mittel dieses Kapitels sind auf der Grundlage des Stellenplans des Europäischen Rates und des Rates für das laufende Haushaltsjahr veranschlagt.

Die Gehälter, Zulagen und Entschädigungen wurden pauschal um 6 % gekürzt, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass zu keinem Zeitpunkt alle im Stellenplan des Europäischen Rates und des Rates vorgesehenen Planstellen besetzt sind.

***1 1 0 Dienstbezüge und sonstige Ansprüche***

1 1 0 0 Grundgehälter

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 219 581 059 | 221 770 000 | 211 616 174,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für die Grundgehälter, die Abgeltung von nicht in Anspruch genommenem Jahresurlaub und die Managementzulagen der Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

1 1 0 1 Statutarische Ansprüche im Zusammenhang mit dem Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 054 000 | 2 141 000 | 1 937 144,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben, in erster Linie für:

— Sekretariatszulagen,

— Miet- und Fahrkostenzulagen,

— Pauschalabgeltung von Fahrkosten,

**KAPITEL 1 1 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*

***1 1 0*** *(Fortsetzung)*

1 1 0 1 *(Fortsetzung)*

— Vergütungen für Schichtarbeit oder für Bereitschaft am Arbeitsplatz und/oder zu Hause,

— sonstige Zulagen und Erstattungen,

— Überstunden (Fahrer, Sicherheitsbedienstete, Sekretäre/Sekretärinnen für den Generalsekretär/Präsidenten des Europäischen Rates).

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

1 1 0 2 Statutarische Ansprüche im Zusammenhang mit persönlichen Situation des Bediensteten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 56 747 000 | 58 072 000 | 54 770 834,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben, in erster Linie für:

— Auslands- und Expatriierungszulagen,

— Haushaltszulagen, Zulagen für unterhaltsberechtigte Kinder und Erziehungszulagen,

— die Vergütung bei Elternurlaub oder Urlaub aus familiären Gründen,

— die Zahlung der Reisekosten des Beamten oder Bediensteten auf Zeit, für seinen Ehegatten und für die unterhaltsberechtigten Personen vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort,

— sonstige Zulagen und Beihilfen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

1 1 0 3 Sozialversicherung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 9 178 000 | 9 713 000 | 8 788 420,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind im Wesentlichen Mittel für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben, für:

— die Kranken- und Unfallversicherung, die Versicherung gegen Berufskrankheiten und sonstige Sozialkosten,

— die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit sowie die Zahlungen, die das Organ für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muss.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

**KAPITEL 11 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*

***110*** *(Fortsetzung)*

1104 Berichtigungskoeffizienten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 50 000 | 50 000 | 67 976,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben, um die Auswirkungen von Berichtigungskoeffizienten auf die Dienstbezüge und den Anteil der Bezüge, der in ein anderes Land als das Land der dienstlichen Verwendung überwiesen wird, zu decken.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

1105 Überstunden

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 587 000 | 1 700 000 | 1 538 692,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Zahlung von Überstunden nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 56 sowie Anhang VI.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

1106 Statutarische Ansprüche bei Dienstantritt, bei Versetzung und bei Ausscheiden aus dem Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 991 000 | 3 050 000 | 2 226 661,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— die Zahlung der Reisekosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) beim Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind,

— die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe und die Umzugskosten für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— die zeitweiligen Tagegelder für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die nachweisen, dass sie infolge ihres Dienstantritts oder ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort ihren Wohnort wechseln mussten,

— die Entschädigung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eines Beamten auf Probe im Fall offensichtlich unzulänglicher Leistungen,

— die Vergütung bei Kündigung des Vertrags eines Bediensteten auf Zeit durch das Organ.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

**KAPITEL 1 1 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*

***1 1 0*** *(Fortsetzung)*

1 1 0 6 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

***1 1 1 Ausscheiden aus dem Dienst***

1 1 1 0 Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen (gemäß den Artikeln 41 und 50 des Statuts)

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 200 000 | 424 000 | 303 473,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sollen die Vergütungen decken, die den Beamten zu zahlen sind, die

— im Anschluss an eine Maßnahme zur Verringerung der Zahl der Planstellen des Organs in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden,

— Dienstposten der Besoldungsgruppen AD 16 und AD 15 innehaben und dieser Stellen aus dienstlichen Gründen enthoben werden.

Die Mittel decken ferner den Arbeitgeberanteil an der Krankenversicherung und die Auswirkungen der auf diese Vergütungen anwendbaren Berichtigungskoeffizienten.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 41 und 50 sowie Anhang IV.

1 1 1 1 Vergütungen beim endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 74 000 | 258 000 | 236 508,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— die in Anwendung des Statuts oder der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1747/2002 zu zahlenden Vergütungen,

— den Arbeitgeberanteil an der Krankenversicherung für die Empfänger der Vergütungen,

— die Auswirkungen der auf die verschiedenen Vergütungen anwendbaren Berichtigungskoeffizienten.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

**KAPITEL 1 1 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*

***1 1 1*** *(Fortsetzung)*

1 1 1 1 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 64 und 72.

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1747/2002 des Rates vom 30. September 2002 zur Einführung von Sondermaßnahmen im Zuge der Reform des Organs betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Union, die auf eine unbefristete Stelle des Rates ernannt wurden, aus dem Dienst (ABl. L 264 vom 2.10.2002, S. 5).

1 1 1 2 Ansprüche der ehemaligen Generalsekretäre

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 527 000 | 542 000 | 362 301,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— die Ruhegehälter der ehemaligen Generalsekretäre des Organs,

— die Hinterbliebenenversorgung für die überlebenden Ehegatten und die Waisen der ehemaligen Generalsekretäre des Organs,

— die Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf die Ruhegehälter der ehemaligen Generalsekretäre des Organs.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

***1 1 2*** ***Vorläufig eingesetzte Mittel***

1 1 2 0 Vorläufig eingesetzte Mittel (Beamte und Bedienstete auf Zeit)

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 2 513 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der eventuellen vom Rat während des Haushaltsjahres zu beschließenden Anpassungen der Dienstbezüge zu decken.

Sie sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie auf die geeigneten Artikel oder Posten dieses Kapitels übertragen worden sind.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 65 und Anhang XI.

**KAPITEL 1 1 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*

***1 1 2*** *(Fortsetzung)*

1 1 2 1 Vorläufig eingesetzte Mittel (Personal im Ruhestand und freigesetztes Personal)

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 11 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der eventuellen vom Rat während des Haushaltsjahres zu beschließenden Anpassungen der Dienstbezüge zu decken.

Sie sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie auf die geeigneten Artikel oder Posten dieses Kapitels übertragen worden sind.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 65 und Anhang XI.

**KAPITEL 1 2 — SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNE LEISTUNGEN**

***1 2 0*** ***Sonstige Bedienstete und externe Leistungen***

1 2 0 0 Sonstige Bedienstete

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 9 022 000 | 9 536 000 | 6 952 902,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken im Wesentlichen die Bezüge der sonstigen Bediensteten, namentlich der Hilfskräfte, Vertragsbediensteten, örtlichen Bediensteten und Sonderberater (im Sinne der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union), die Arbeitgeberbeiträge zu den verschiedenen Sozialversicherungssystemen und die Auswirkungen der auf die Bezüge dieser Bediensteten anwendbaren Berichtigungskoeffizienten.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

1 2 0 1 Abgeordnete nationale Sachverständige

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 953 000 | 1 148 000 | 860 728,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Vergütungen und Verwaltungsausgaben für abgeordnete nationale Sachverständige.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2007/829/EG des Rates vom 5. Dezember 2007 über die Regelung für zum Generalsekretariat des Rates abgeordnete nationale Sachverständige und Militärexperten und zur Aufhebung des Beschlusses 2003/479/EG (ABl. L 327 vom 13.12.2007, S. 10).

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

**KAPITEL 1 2 — SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNE LEISTUNGEN** *(Fortsetzung)*

***1 2 0*** *(Fortsetzung)*

1 2 0 2 Praktika

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 583 000 | 464 000 | 558 463,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken eine Vergütung und die Kosten von Studien- und Dienstreisen für die Praktikanten sowie die Kosten einer Kranken- und Unfallversicherung während der Praktika.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

1 2 0 3 Externe Leistungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 306 000 | 2 343 000 | 2 009 592,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für alle Dienstleistungen von Personen bestimmt, die nicht bei dem Organ beschäftigt sind, darunter insbesondere:

— Interimspersonal für verschiedene Dienstleistungen,

— Aushilfspersonal für die Tagungen in Luxemburg und Straßburg,

— Sachverständige auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

1 2 0 4 Aushilfsleistungen für den Übersetzungsdienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 175 000 | 145 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Ausgaben für Übersetzungsleistungen externer Übersetzungsbüros, die in Anspruch genommen werden, um einerseits die punktuelle Überlastung des Sprachendienstes des Rates zu bewältigen und um andererseits Übereinkünfte, Verträge und sonstige Vereinbarungen mit Drittländern, die in Nichtunionssprachen abgefasst sind, zu überprüfen.

Etwaige Leistungen des Übersetzungszentrums für die Einrichtungen der Europäischen Union werden ebenfalls unter diesem Posten erfasst.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

***1 2 2*** ***Vorläufig eingesetzte Mittel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 127 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der eventuellen vom Rat während des Haushaltsjahres zu beschließenden Anpassungen der Dienstbezüge zu decken.

**KAPITEL 1 2 — SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNE LEISTUNGEN** *(Fortsetzung)*

***1 2 2*** *(Fortsetzung)*

Sie sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie auf die geeigneten Artikel oder Posten dieses Kapitels übertragen worden sind.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

**KAPITEL 1 3 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS**

***1 3 0*** ***Ausgaben für Personalverwaltung***

1 3 0 0 Verschiedene Ausgaben für Einstellungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 166 000 | 166 000 | 150 250,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— die Ausgaben für die Organisation der in Artikel 3 des Beschlusses 2002/621/EG vorgesehenen Auswahlverfahren sowie der Reise- und Aufenthaltskosten der Bewerber bei Einstellungsgesprächen und ärztlichen Einstellungsuntersuchungen,

— Ausgaben für die Organisation von Verfahren zur Auswahl der Bediensteten auf Zeit, Hilfskräfte und örtlichen Bediensteten,

— Ausgaben im Zusammenhang mit der Arbeit von Auswahlausschüssen und -jurys, insbesondere Ausgaben für spezielle Prüfungen zur Beurteilung der Fähigkeiten der Bewerber.

In durch funktionelle Erfordernisse ausreichend begründeten Fällen und nach Konsultation des Europäischen Amtes für Personalauswahl können sie für vom Organ selbst durchgeführte Auswahlverfahren verwendet werden,

— Ausgaben für die Organisation von Outplacement-Maßnahmen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 27 bis 31 und 33 sowie Anhang III.

Beschluss 2002/620/EG des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Bürgerbeauftragten vom 25. Juli 2002 über die Errichtung des Amtes für Personalauswahl der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 197 vom 26.7.2002, S. 53) und Beschluss 2002/621/EG der Generalsekretäre des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Kanzlers des Gerichtshofs, der Generalsekretäre des Rechnungshofs, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Vertreters des Europäischen Bürgerbeauftragten vom 25. Juli 2002 über die Organisation und den Betrieb des Amtes für Personalauswahl der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 197 vom 26.7.2002, S. 56).

1 3 0 1 Berufliche Fortbildung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 930 000 | 1 925 000 | 1 703 964,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— Organisation von Kursen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung, einschließlich Sprachkursen, auf interinstitutioneller Grundlage sowie auch innerhalb des Organs, und Kompetenztests,

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

**KAPITEL 1 3 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS** *(Fortsetzung)*

***1 3 0*** *(Fortsetzung)*

1 3 0 1 *(Fortsetzung)*

— Anmeldegebühren für die Teilnahme von Beamten an Seminaren und Konferenzen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 24a.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

***1 3 1 Maßnahmen zugunsten des Personals des Organs***

1 3 1 0 Außergewöhnliche Unterstützungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 30 000 | 30 000 | 26 866,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Zuwendungen für Beamte und Bedienstete zu finanzieren, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 24 und 76.

1 3 1 1 Gesellschaftliche Beziehungen des Personals

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 117 000 | 119 000 | 106 480,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Finanzierung der Kosten für die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Bediensteten bestimmt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

1 3 1 2 Zusätzliche Hilfe für Behinderte

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 139 000 | 115 000 | 42 046,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind im Rahmen von Maßnahmen zu ihren Gunsten für folgende behinderte Personen bestimmt:

— Beamte im aktiven Dienst,

— Ehegatten von Beamten im aktiven Dienst,

— alle im Sinne des Statuts der Beamten der Europäischen Union unterhaltsberechtigten Kinder.

Aus diesen Mitteln können im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Erschöpfung etwaiger Ansprüche auf einzelstaatlicher Ebene im Aufenthalts- oder Herkunftsland Ausgaben erstattet werden, die nicht die medizinische Versorgung betreffen, als erforderlich anerkannt sind, aufgrund der Behinderung entstehen und ordnungsgemäß nachgewiesen werden.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

**KAPITEL 1 3 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS** *(Fortsetzung)*

***1 3 1*** *(Fortsetzung)*

1 3 1 3 Sonstige Sozialaufwendungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 66 000 | 66 000 | 75 600,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der sonstigen sozialen Zuwendungen zugunsten der Bediensteten und ihrer Familien.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

***1 3 2 Tätigkeiten, die alle Mitglieder und das gesamte Personal des Organs betreffen***

1 3 2 0 Ärztlicher Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 460 480 | 431 000 | 399 457,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind insbesondere für folgende Ausgaben veranschlagt:

— Ausgaben für den ärztlichen Dienst im Zusammenhang mit dem Europäischen Rat,

— Betriebskosten der Krankenbehandlungsstellen, Ausgaben für Verbrauchsmaterial, medizinische Versorgung und medizinische Geräte,

— Ausgaben für ärztliche Untersuchungen (Einstellungs- und Jahresuntersuchungen),

— Ausgaben für die Invaliditätsausschüsse sowie für Fachkompetenz;

— Ausgaben für die Erstattung der Kosten für Bildschirmarbeitsplatzbrillen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 33 und 59, Anhang II Artikel 8 und Anhang VII Artikel 2 Absatz 5.

Interne Richtlinie Nr. 2/2010 des Generalsekretariats über die Erstattung der Ausgaben für Bildschirmarbeitsplatzbrillen.

1 3 2 1 Restaurants und Kantinen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 1 031 872,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die vom Betreiber der Restaurants und Kantinen erbrachten Leistungen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

**KAPITEL 1 3 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS** *(Fortsetzung)*

***1 3 2*** *(Fortsetzung)*

1 3 2 2 Kinderkrippen und Kindertagesstätten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 250 000 | 2 014 000 | 1 629 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— den Anteil des Rates an den Kosten der Kleinkindertagesstätte und sonstiger Krippen und Kindertagesstätten (an die Kommission zu zahlen),

— die Verwaltungskosten für den Betrieb der Kinderkrippe des Rates.

Die Einnahmen aus dem Elternbeitrag und aus den Beiträgen der Einrichtungen, bei denen die Eltern beschäftigt sind, stellen zweckgebundene Einnahmen dar.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

***1 3 3 Dienstreisen***

1 3 3 1 Dienstreisekosten des Generalsekretariats des Rates

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 191 000 | 3 191 000 | 2 712 267,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Dienstreisekosten der Beamten des Generalsekretariats des Rates und die Ausgaben für Fahrtkosten, die Zahlung der Tagegelder bei Dienstreisen sowie zusätzliche oder außergewöhnliche Auslagen bei der Durchführung von Dienstreisen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Anhang VII Artikel 11, 12 und 13.

1 3 3 2 Dienstreisekosten des Personals im Zusammenhang mit dem Europäischen Rat

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 600 000 | 600 000 | 533 265,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Dienstreisekosten der Beamten des Generalsekretariats des Rates im Zusammenhang mit speziellen Tätigkeiten des Europäischen Rates und die Ausgaben für Fahrtkosten, die Zahlung der Tagegelder bei Dienstreisen sowie zusätzliche oder außergewöhnliche Auslagen bei der Durchführung von Dienstreisen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Anhang VII Artikel 11, 12 und 13.

# TITEL 2

# GEBÄUDE, MATERIAL UND SACHAUSGABEN

## KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 2 0 | | | | |
| ***2 0 0*** | ***Gebäude*** | | | | |
| 2 0 0 0 | Mieten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 692 000 | 1 631 000 | 1 527 297,— | 90,27 |
| | *Reserven (10 0)* | *700 000* | *700 000* | | |
| | | 2 392 000 | 2 331 000 | 1 527 297,— | |
| 2 0 0 1 | Erbpachtzahlungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 2 0 0 2 | Erwerb von Immobilien | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 5 000 000 | 5 000 000 | 15 000 000,— | 300,— |
| 2 0 0 3 | Herrichtungs- und Installationsarbeiten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 7 462 000 | 7 860 000 | 9 478 257,— | 127,02 |
| 2 0 0 4 | Arbeiten zur Sicherung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 410 000 | 490 000 | 778 230,— | 189,81 |
| 2 0 0 5 | Ausgaben, die vor dem Erwerb, dem Bau und der Herrichtung von Gebäuden anfallen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 440 000 | 470 000 | 539 628,— | 122,64 |
| | *Artikel 2 0 0 — Insgesamt* | 15 004 000 | 15 451 000 | 27 323 412,— | 182,11 |
| | *Reserven (10 0)* | *700 000* | *700 000* | | |
| | | 15 704 000 | 16 151 000 | 27 323 412,— | |
| ***2 0 1*** | ***Ausgaben für Gebäude*** | | | | |
| 2 0 1 0 | Reinigung und Instandhaltung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 14 324 000 | 13 823 000 | 12 330 690,— | 86,08 |
| 2 0 1 1 | Wasser, Gas, Strom und Heizung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 4 163 000 | 4 405 000 | 3 728 976,— | 89,57 |
| 2 0 1 2 | Sicherheit und Überwachung der Gebäude | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 11 309 800 | 9 906 000 | 9 895 735,— | 87,50 |
| 2 0 1 3 | Versicherungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 250 000 | 210 000 | 195 605,— | 78,24 |
| 2 0 1 4 | Sonstige Ausgaben für Gebäude | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 487 000 | 438 000 | 432 009,— | 88,71 |
| | *Artikel 2 0 1 — Insgesamt* | 30 533 800 | 28 782 000 | 26 583 015,— | 87,06 |
| | KAPITEL 2 0 — INSGESAMT | 45 537 800 | 44 233 000 | 53 906 427,— | 118,38 |
| | *Reserven (10 0)* | *700 000* | *700 000* | | |
| | | 46 237 800 | 44 933 000 | 53 906 427,— | |

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

**KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR**
**KAPITEL 2 2 — VERWALTUNGSAUSGABEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 2 1 | | | | |
| ***2 1 0*** | ***Informatik und Telekommunikation*** | | | | |
| 2 1 0 0 | Anschaffung von Ausrüstung und Software | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 8 890 430 | 9 759 000 | 8 795 827,— | 98,94 |
| 2 1 0 1 | Externe Dienstleistungen für Betrieb und Entwicklung von EDV-Systemen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 20 135 000 | 17 895 000 | 18 612 853,— | 92,44 |
| 2 1 0 2 | Wartung und Unterhaltung der Ausrüstung und der Software | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 5 214 000 | 5 131 000 | 5 191 643,— | 99,57 |
| 2 1 0 3 | Telekommunikation | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 3 143 000 | 4 006 000 | 3 387 176,— | 107,77 |
| | *Artikel 2 1 0 — Insgesamt* | 37 382 430 | 36 791 000 | 35 987 499,— | 96,27 |
| ***2 1 1*** | ***Mobiliar*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 806 850 | 930 000 | 806 545,— | 99,96 |
| ***2 1 2*** | ***Technisches Material und technische Anlagen*** | | | | |
| 2 1 2 0 | Ankauf und Ersatzbeschaffung von technischem Material und technischen Anlagen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 686 740 | 2 445 000 | 3 039 475,— | 180,20 |
| 2 1 2 1 | Externe Dienstleistungen für Betrieb und Entwicklung von technischem Material und technischen Anlagen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 66 700 | 60 000 | 64 025,— | 95,99 |
| 2 1 2 2 | Anmietung, Unterhaltung, Wartung und Reparatur von technischem Material und technischen Anlagen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 832 950 | 1 065 000 | 744 283,— | 89,36 |
| | *Artikel 2 1 2 — Insgesamt* | 2 586 390 | 3 570 000 | 3 847 783,— | 148,77 |
| ***2 1 3*** | ***Fahrzeuge*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 146 217 | 918 000 | 508 823,— | 23,71 |
| | KAPITEL 2 1 — INSGESAMT | 42 921 887 | 42 209 000 | 41 150 650,— | 95,87 |
| | KAPITEL 2 2 | | | | |
| ***2 2 0*** | ***Sitzungen und Konferenzen*** | | | | |
| 2 2 0 0 | Reisekosten der Delegationen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 20 302 000 | 19 972 000 | 5 425 528,— | 26,72 |
| 2 2 0 1 | Sonstige Reisekosten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 456 000 | 445 000 | 284 104,— | 62,30 |
| 2 2 0 2 | Dolmetschkosten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 86 991 444 | 83 962 300 | 73 648 026,— | 84,66 |
| 2 2 0 3 | Ausgaben für Repräsentationszwecke | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 997 560 | 2 351 000 | 2 137 953,— | 71,32 |

**KAPITEL 2 2 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***2 2 0*** | *(Fortsetzung)* | | | | |
| 2 2 0 4 | Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 3 679 000 | 3 717 000 | 2 787 218,— | 75,76 |
| 2 2 0 5 | Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 588 010 | 1 320 000 | 172 461,— | 10,86 |
| | *Artikel 2 2 0 — Insgesamt* | 116 014 014 | 111 767 300 | 84 455 290,— | 72,80 |
| ***2 2 1*** | ***Information*** | | | | |
| 2 2 1 0 | Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 261 000 | 1 232 000 | 840 232,— | 66,63 |
| 2 2 1 1 | Amtsblatt | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 4 967 000 | 5 467 000 | 4 306 791,— | 86,71 |
| 2 2 1 2 | Veröffentlichungen allgemeinen Charakters | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 455 000 | 455 000 | 287 331,— | 63,15 |
| 2 2 1 3 | Information und öffentliche Veranstaltungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 207 660 | 1 978 000 | 1 735 062,— | 78,59 |
| | *Artikel 2 2 1 — Insgesamt* | 8 890 660 | 9 132 000 | 7 169 416,— | 80,64 |
| ***2 2 3*** | ***Sonstige Ausgaben*** | | | | |
| 2 2 3 0 | Bürobedarf | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 533 700 | 530 000 | 312 427,— | 58,54 |
| 2 2 3 1 | Postgebühren | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 90 000 | 110 000 | 79 976,— | 88,86 |
| 2 2 3 2 | Kosten für Untersuchungen, Erhebungen und Konsultationen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 45 000 | 45 000 | 33 000,— | 73,33 |
| 2 2 3 3 | Interinstitutionelle Zusammenarbeit | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 2 2 3 4 | Umzüge | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 20 000 | 20 000 | 0,— | 0,— |
| 2 2 3 5 | Finanzkosten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 10 000 | 10 000 | 10 180,— | 101,80 |
| 2 2 3 6 | Streitsachen, Gerichtskosten, Schadenersatz | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 000 000 | 700 000 | 1 189 990,— | 119,— |
| 2 2 3 7 | Sonstige Sachausgaben | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 231 700 | 253 000 | 208 456,— | 89,97 |
| | *Artikel 2 2 3 — Insgesamt* | 1 930 400 | 1 668 000 | 1 834 029,— | 95,01 |
| | KAPITEL 2 2 — INSGESAMT | 126 835 074 | 122 567 300 | 93 458 735,— | 73,69 |
| | **Titel 2 — Insgesamt** | **215 294 761** | **209 009 300** | **188 515 812,—** | **87,56** |
| | ***Reserven (10 0)*** | ***700 000*** | ***700 000*** | | |
| | | **215 994 761** | **209 709 300** | **188 515 812,—** | |

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

## TITEL 2

## GEBÄUDE, MATERIAL UND SACHAUSGABEN

### KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN

***2 0 0*** ***Gebäude***

2 0 0 0 Mieten

| | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|
| 2 0 0 0 | 1 692 000 | 1 631 000 | 1 527 297,— |
| *Reserven (10 0)* | *700 000* | *700 000* | |
| Insgesamt | 2 392 000 | 2 331 000 | 1 527 297,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Bezahlung der Mieten und Steuern für die vom Europäischen Rat und vom Rat benutzten Gebäude sowie für die Miete von Sälen, eines Lagers und von Parkplätzen bestimmt:

— in Brüssel benutzte Räumlichkeiten,

— in Luxemburg benutzte Räumlichkeiten (Kirchberg).

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: 135 000 EUR.

Die Mittelansätze wurden unter Berücksichtigung der geschätzten zweckgebundenen Einnahmen verringert.

2 0 0 1 Erbpachtzahlungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Finanzierung der Erbpachtzahlungen für Gebäude oder Gebäudeteile aufgrund von geltenden bzw. im Vorbereitungsstadium befindlichen Verträgen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2 0 0 2 Erwerb von Immobilien

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 000 000 | 5 000 000 | 15 000 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für den Erwerb von Gebäuden bestimmt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2 0 0 3 Herrichtungs- und Installationsarbeiten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 462 000 | 7 860 000 | 9 478 257,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für insbesondere folgende Umbauarbeiten bestimmt:

— Anpassung und Umgestaltung der Diensträume entsprechend den betrieblichen Erfordernissen,

**KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN** *(Fortsetzung)*

***2 0 0*** *(Fortsetzung)*

2 0 0 3 *(Fortsetzung)*

— Anpassung der Diensträume und der technischen Anlagen an die geltenden Sicherheits- und Hygieneanforderungen und -normen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2 0 0 4 Arbeiten zur Sicherung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 410 000 | 490 000 | 778 230,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für die Herrichtung der Gebäude zur Gewährleistung des physischen und materiellen Schutzes von Personen und Sachgütern bestimmt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2 0 0 5 Ausgaben, die vor dem Erwerb, dem Bau und der Herrichtung von Gebäuden anfallen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 440 000 | 470 000 | 539 628,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind insbesondere für die Hinzuziehung von Sachverständigen bei Studien für Umbau- und Ausbauarbeiten der Gebäude des Organs bestimmt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

***2 0 1*** ***Ausgaben für Gebäude***

2 0 1 0 Reinigung und Instandhaltung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 14 324 000 | 13 823 000 | 12 330 690,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der folgenden Reinigungs- und Instandhaltungskosten bestimmt:

— Gebäudereinigung,

— verschiedene Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten,

— technisches Material,

— Verträge über die Instandhaltung der verschiedenen technischen Anlagen (Klimaanlage, Heizung, Handhabung der Abfälle, Aufzüge, elektrische Anlagen und Sicherheitseinrichtungen),

— Pflege von Gartenanlagen und Pflanzen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

**KAPITEL 20 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN** *(Fortsetzung)*

***20 1*** *(Fortsetzung)*

2011 Wasser, Gas, Strom und Heizung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 163 000 | 4 405 000 | 3 728 976,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für den Verbrauch von Wasser, Gas, Strom und Heizung.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2012 Sicherheit und Überwachung der Gebäude

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 11 309 800 | 9 906 000 | 9 895 735,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind im Wesentlichen zur Deckung der Kosten für die Sicherheit und Überwachung der Dienstgebäude des Europäischen Rates und des Rates vorgesehen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2013 Versicherungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 250 000 | 210 000 | 195 605,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Bezahlung der Versicherungsprämien für die vom Europäischen Rat und vom Rat benutzten Gebäude bestimmt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2014 Sonstige Ausgaben für Gebäude

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 487 000 | 438 000 | 432 009,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung sonstiger laufender Ausgaben für Gebäude bestimmt, die nicht speziell in anderen Artikeln dieses Kapitels vorgesehen sind, insbesondere für die Entsorgung der Abfälle, Leitsysteme, Kontrollen durch spezialisierte Stellen usw.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

## KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR

### *2 1 0 Informatik und Telekommunikation*

2 1 0 0 Anschaffung von Ausrüstung und Software

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 8 890 430 | 9 759 000 | 8 795 827,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die Anschaffung oder die Anmietung der Hard- und Software für EDV-Systeme und -Anwendungen bestimmt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2 1 0 1 Externe Dienstleistungen für Betrieb und Entwicklung von EDV-Systemen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 20 135 000 | 17 895 000 | 18 612 853,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Dienstleistungs- und Beratungsunternehmen im Bereich Informatik für Unterstützung und Ausbildung in Bezug auf Betrieb und Entwicklung von EDV-Systemen und -Anwendungen, einschließlich der Nutzerunterstützung, bestimmt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2 1 0 2 Wartung und Unterhaltung der Ausrüstung und der Software

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 214 000 | 5 131 000 | 5 191 643,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die Wartung und Unterhaltung der Ausrüstung und der Software der EDV-Systeme und -Anwendungen bestimmt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2 1 0 3 Telekommunikation

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 143 000 | 4 006 000 | 3 387 176,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Anschluss- und Kommunikationskosten bestimmt.

Bei der Aufstellung dieser Voranschläge wurden die wieder verwendbaren Beträge, die sich aus der Rückforderung von Kosten für Telefongespräche ergeben, berücksichtigt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

**KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR** *(Fortsetzung)*

***2 1 1 Mobiliar***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 806 850 | 930 000 | 806 545,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— Ankauf von Möbeln und Spezialmöbeln,

— Ersetzung eines Teils des vor mindestens 15 Jahren erworbenen bzw. nicht mehr verwendbaren Mobiliars,

— Anmietung von Mobiliar,

— Unterhaltung und Instandsetzung des Mobiliars.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

***2 1 2 Technisches Material und technische Anlagen***

2 1 2 0 Ankauf und Ersatzbeschaffung von technischem Material und technischen Anlagen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 686 740 | 2 445 000 | 3 039 475,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für den Ankauf oder die Ersatzbeschaffung von verschiedenem festem und beweglichem technischem Material und verschiedenen festen und beweglichen technischen Anlagen, insbesondere für Archive, Ankaufsdienst, Sicherheit, Konferenztechnik, Kantinen und Gebäude, bestimmt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2 1 2 1 Externe Dienstleistungen für Betrieb und Entwicklung von technischem Material und technischen Anlagen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 66 700 | 60 000 | 64 025,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für technische Unterstützung und Kontrolle insbesondere in Bezug auf Konferenztechnik und Kantinen bestimmt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2 1 2 2 Anmietung, Unterhaltung, Wartung und Reparatur von technischem Material und technischen Anlagen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 832 950 | 1 065 000 | 744 283,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Anmietung von technischem Material und technischen Anlagen sowie für die Unterhaltung, Wartung und Reparatur dieses technischen Materials und dieser technischen Anlagen bestimmt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

**KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR** *(Fortsetzung)*

***2 1 3 Fahrzeuge***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 146 217 | 918 000 | 508 823,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind unter anderem zur Deckung folgender Kosten bestimmt:

— Ankauf, Leasing und Ersatzbeschaffungen für den Fahrzeugbestand,

— Anmietung von Fahrzeugen,

— Unterhaltung und Reparatur von Dienstwagen (Kauf von Treibstoff, Reifen usw.),

— Kosten der Mobilitätspolitik des Generalsekretariats des Rates.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

**KAPITEL 2 2 — VERWALTUNGSAUSGABEN**

***2 2 0 Sitzungen und Konferenzen***

2 2 0 0 Reisekosten der Delegationen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 20 302 000 | 19 972 000 | 5 425 528,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Erstattung der Reisekosten des Vorsitzes und der Delegationen, insbesondere bei:

— Ratstagungen,

— Sitzungen im Rahmen des Rates.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Verfügung Nr. 32/2011 des Generalsekretärs des Rates zur Erstattung der Reisekosten der Delegierten der Mitgliedstaaten.

2 2 0 1 Sonstige Reisekosten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 456 000 | 445 000 | 284 104,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Reise- und Aufenthaltskosten der Sachverständigen, die zu Sitzungen eingeladen oder vom Generalsekretär des Rates oder vom Präsidenten des Europäischen Rates auf Dienstreise entsandt werden.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Verfügung Nr. 21/2009 des Stellvertretenden Generalsekretärs des Rates der Europäischen Union betreffend die Erstattung der Dienstreisekosten von Personen, die nicht Mitglieder des Personals des Rates der Europäischen Union sind.

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

**KAPITEL 2 2 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***2 2 0*** *(Fortsetzung)*

2 2 0 2 Dolmetschkosten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 86 991 444 | 83 962 300 | 73 648 026,— |

*Erläuterungen*

Mit diesen Mitteln sollen die Dienstleistungen abgedeckt werden, die dem Generalsekretariat des Rates von der GD Dolmetschen der Kommission (SCIC) gemäß dem Beschluss 111/07 des Generalsekretärs des Rates für Tagungen des Europäischen Rates, des Rates und der Vorbereitungsgremien erbracht werden.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Verfügung Nr. 111/2007 des Generalsekretärs des Rates über Dolmetschdienstleistungen für den Europäischen Rat, den Rat und die Vorbereitungsgremien des Rates.

2 2 0 3 Ausgaben für Repräsentationszwecke

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 997 560 | 2 351 000 | 2 137 953,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten im Zusammenhang mit den Verpflichtungen des Organs im Bereich der Ausgaben für Repräsentationszwecke.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2 2 0 4 Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 679 000 | 3 717 000 | 2 787 218,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Bewirtungsleistungen und Speisen, die bei Sitzungen gereicht werden, bestimmt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2 2 0 5 Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 588 010 | 1 320 000 | 172 461,— |

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

**KAPITEL 2 2 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***2 2 1 Information***

2 2 1 0 Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 261 000 | 1 232 000 | 840 232,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— Anschaffung von Büchern und sonstigen Werken für die Bibliothek auf Papierträger und/oder digitalen Datenträgern,

— Abonnements für Zeitungen, Zeitschriften, Zeitungs-/Zeitschriftenauswertungsdiensten und Online-Veröffentlichungen (mit Ausnahme der Presseagenturen); diese Mittel dienen ebenfalls zur Finanzierung etwaiger Urheberrechtsgebühren für die Vervielfältigung und die schriftliche und/oder elektronische Verbreitung dieser Veröffentlichungen,

— Ausgaben für die Benutzung externer dokumentarischer und statistischer Datenbanken,

— Abonnements bei Presseagenturen über Fernschreiber,

— Buchbindearbeiten und sonstige Kosten für die Erhaltung der Bücher und Zeitschriften.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2 2 1 1 Amtsblatt

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 967 000 | 5 467 000 | 4 306 791,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Kosten für die Vorbereitung, Herausgabe und Verbreitung der Texte, die der Rat nach Artikel 297 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und im Hinblick auf das Inkrafttreten der Rechtsakte der Union im *Amtsblatt der Europäischen Union* zu veröffentlichen hat.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2 2 1 2 Veröffentlichungen allgemeinen Charakters

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 455 000 | 455 000 | 287 331,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Kosten für die Vorbereitung, die traditionelle (auf Papier oder Mikrofilm) oder elektronische Herausgabe in den Amtssprachen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die Verbreitung der Veröffentlichungen des Europäischen Rates und des Rates, die nicht im Amtsblatt der Europäischen Union erscheinen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

**KAPITEL 2 2 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***2 2 1*** *(Fortsetzung)*

2 2 1 3 Information und öffentliche Veranstaltungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 207 660 | 1 978 000 | 1 735 062,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— Ausgaben unter anderem für öffentliche Sitzungen des Rates und die Unterstützung der audiovisuellen Medien bei der Berichterstattung über die Arbeit des Organs (Miete von Material und Dienstleistungsverträge mit Rundfunk- und Fernsehanstalten, Erwerb, Unterhaltung und Reparatur des Materials für Rundfunk- und Fernsehübertragungen, externe Dienstleistungen für Fotografie usw.),

— die Kosten für sonstige Informationstätigkeiten und Öffentlichkeitsarbeit,

— Ausgaben für die Verbreitung von Informationen und die Förderung von Veröffentlichungen und öffentlichen Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Organs, einschließlich der Ausgaben für Personalausstattung und Infrastruktur.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

***2 2 3*** ***Sonstige Ausgaben***

2 2 3 0 Bürobedarf

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 533 700 | 530 000 | 312 427,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— Erwerb von Papier,

— Fotokopien (Papier und Gebühren),

— spezifische Schreibwaren und Büromaterial (laufender Bedarf),

— Drucksachen,

— Material für den Postversand (Briefumschläge, Packpapier, Platten für die Frankiermaschine, Stempel, Rahmen),

— Material für die Vervielfältigungsabteilung (Druckerschwärze, Offsetplatten, Filme und Chemikalien für die Vorbereitung von Platten).

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2 2 3 1 Postgebühren

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 90 000 | 110 000 | 79 976,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für den Versand der Post bestimmt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

**KAPITEL 2 2 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

**2 2 3** *(Fortsetzung)*

2 2 3 2 Kosten für Untersuchungen, Erhebungen und Konsultationen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 45 000 | 45 000 | 33 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für Untersuchungen, Erhebungen und Konsultationen, zu deren Durchführung Verträge mit hoch qualifizierten Sachverständigen geschlossen werden.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2 2 3 3 Interinstitutionelle Zusammenarbeit

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Die Mittel dieses Postens dienen der Deckung der Kosten für interinstitutionelle Tätigkeiten.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2 2 3 4 Umzüge

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 20 000 | 20 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Verlagerung und Transport von Material bestimmt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2 2 3 5 Finanzkosten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 10 000 | 10 000 | 10 180,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung sämtlicher Finanzkosten, insbesondere der Bankkosten.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2 2 3 6 Streitsachen, Gerichtskosten, Schadenersatz

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 000 000 | 700 000 | 1 189 990,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— Finanzierung etwaiger Verurteilungen des Rates durch eines der Gerichte, aus denen der Gerichtshof der Europäischen Union besteht (d.h. durch den Gerichtshof, das Gericht und das Gericht für den öffentlichen Dienst),

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

**KAPITEL 2 2 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***2 2 3*** *(Fortsetzung)*

2 2 3 6 *(Fortsetzung)*

— Gebühren, die von externen Rechtsanwälten für die Vertretung des Rates vor Gericht oder die Beratung der Rates in Verwaltungs- und Vertragsfragen erhoben werden,

— Schadenersatz, der dem Rat angelastet werden kann.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

2 2 3 7 Sonstige Sachausgaben

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 231 700 | 253 000 | 208 456,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— Versicherungskosten, die nicht die Gebäude betreffen (die Gebäudeversicherungskosten sind unter Posten 2 0 1 3 verbucht),

— Kosten für den Kauf der Dienstkleidung für das Personal entsprechend den von der GD A festgelegten Vorschriften, der Arbeitskleidung für das in den technischen Arbeitsräumen und den internen Diensten tätige Personal und für die Instandsetzung und Instandhaltung der Arbeits- und Dienstkleidung,

— Beteiligung des Rates an den Ausgaben einiger Vereinigungen, deren Tätigkeiten in engem Zusammenhang mit denjenigen der Institutionen der Union stehen,

— sonstige, unter den vorhergehenden Haushaltslinien nicht ausdrücklich vorgesehene Sachausgaben (Flaggen, verschiedene Dienstleistungen).

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

## TITEL 10

## SONSTIGE AUSGABEN

**KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL**
**KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 10 0 | 700 000 | 700 000 | 0,— | 0,— |
| | KAPITEL 10 0 — INSGESAMT | 700 000 | 700 000 | 0,— | 0,— |
| | KAPITEL 10 1 | 2 000 000 | 2 000 000 | 0,— | 0,— |
| | KAPITEL 10 1 — INSGESAMT | 2 000 000 | 2 000 000 | 0,— | 0,— |
| | **Titel 10 — Insgesamt** | **2 700 000** | **2 700 000** | **0,—** | **0,—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **534 202 300** | **535 511 300** | **489 922 307,—** | **91,71** |

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

## TITEL 10

## SONSTIGE AUSGABEN

### KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 700 000 | 700 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Die Mittel dieses Kapitels haben vorläufigen Charakter und können erst verwendet werden, wenn sie gemäß der Haushaltsordnung auf andere Kapitel übertragen worden sind.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

### KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 000 000 | 2 000 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung nicht vorhersehbarer Ausgaben bestimmt, die sich aus Haushaltsentscheidungen ergeben, die im Laufe des Haushaltsjahres gefasst werden.

## PERSONAL

## Einzelplan II — Europäischer Rat und Rat

| Funktions- und Besoldungsgruppe | 2013 | | |
|---|---|---|---|
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | |
| | | Präsident des Europäischen Rates | Sonstige |
| Sondergruppe | 1 | — | — |
| AD 16 | 8 | 1 | — |
| AD 15 | 33 (1) | 1 | — |
| AD 14 | 126 (2) | 2 | 1 |
| AD 13 | 193 | 3 | — |
| AD 12 | 158 | 2 | 2 |
| AD 11 | 108 | — | — |
| AD 10 | 80 | 3 | — |
| AD 9 | 107 | 1 | — |
| AD 8 | 122 | — | — |
| AD 7 | 189 | 1 | — |
| AD 6 | 133 | 3 | — |
| AD 5 | 135 | — | — |
| AD insgesamt | 1 392 | 17 | 3 |
| AST 11 | 36 | 2 | — |
| AST 10 | 35 | 1 | — |
| AST 9 | 70 | — | — |
| AST 8 | 107 | 1 | — |
| AST 7 | 308 | 2 | — |
| AST 6 | 218 | 2 | — |
| AST 5 | 186 | 3 | — |
| AST 4 | 197 | 1 | — |
| AST 3 | 229 | 3 | — |
| AST 2 | 218 | 1 | — |
| AST 1 | 120 | — | — |
| AST insgesamt | 1 724 | 16 | — |
| **Insgesamt** | **3 117** | **33** | **3** |
| **Gesamtzahl** | **3 153** | | |

(1) Davon 4 AD 16 ad personam.
(2) Davon 7 AD 15 ad personam.

EUROPÄISCHER RAT UND RAT

| Funktions- und Besoldungsgruppe | 2014 | | |
|---|---|---|---|
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | |
| | | Präsident des Europäischen Rates | Sonstige |
| Sondergruppe | 1 | — | — |
| AD 16 | 8 | 1 | — |
| AD 15 | 33 (1) | 1 | — |
| AD 14 | 125 (2) | 2 | 1 |
| AD 13 | 193 | 3 | — |
| AD 12 | 158 | 2 | 2 |
| AD 11 | 108 | — | — |
| AD 10 | 80 | 3 | — |
| AD 9 | 106 | 1 | — |
| AD 8 | 122 | — | — |
| AD 7 | 188 | 1 | — |
| AD 6 | 133 | 3 | — |
| AD 5 | 140 | — | — |
| AD insgesamt | 1 394 | 17 | 3 |
| AST 11 | 43 | 2 | — |
| AST 10 | 36 | 1 | — |
| AST 9 | 83 | — | — |
| AST 8 | 155 | 1 | — |
| AST 7 | 241 | 2 | — |
| AST 6 | 196 | 2 | — |
| AST 5 | 198 | 3 | — |
| AST 4 | 222 | 1 | — |
| AST 3 | 242 | 3 | — |
| AST 2 | 181 | 1 | — |
| AST 1 | 58 | — | — |
| AST insgesamt | 1 655 | 16 | — |
| AST/SC 6 | | | |
| AST/SC 5 | | | |
| AST/SC 4 | | | |
| AST/SC 3 | | | |
| AST/SC 2 | | | |
| AST/SC 1 | 15 | | |
| AST/SC total | 15 | | |
| **Insgesamt** | **3 065** | **33** | **3** |
| **Gesamtzahl** | **3 101** | | |

(1) Davon 4 AD 16 ad personam.
(2) Of which seven AD 15 ad personam.

*EINZELPLAN IV*

# GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

## EINNAHMEN

### Beitrag der Europäischen Union zur Finanzierung der Ausgaben des Gerichtshofs der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014

| Bezeichnung | Betrag |
|---|---|
| Ausgaben | 355 367 500 |
| Eigene Einnahmen | – 47 303 000 |
| **Zu vereinnahmender Beitrag** | **308 064 500** |

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

## EIGENE EINNAHMEN

## TITEL 4

## EINNAHMEN VON MITGLIEDERN UND PERSONAL DER ORGANE UND SONSTIGEN EINRICHTUNGEN DER UNION

**KAPITEL 4 0 — VERSCHIEDENE ABGABEN UND ABZÜGE**
**KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZU DEN VERSORGUNGSORDNUNGEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 4 0 | | | | |
| *4 0 0* | ***Ertrag aus der Besteuerung der Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Mitglieder des Organs, der Beamten, der sonstigen Bediensteten und der Ruhegehaltsempfänger*** | 24 204 000 | 23 277 000 | 21 834 376,16 | 90,21 |
| *4 0 3* | ***Ertrag der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| *4 0 4* | ***Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | 4 402 000 | 3 393 000 | 3 234 667,72 | 73,48 |
| | KAPITEL 4 0 — INSGESAMT | 28 606 000 | 26 670 000 | 25 069 043,88 | 87,64 |
| | KAPITEL 4 1 | | | | |
| *4 1 0* | ***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*** | 18 697 000 | 18 124 000 | 18 123 205,39 | 96,93 |
| *4 1 1* | ***Übertragung oder Rückkauf von Ruhegehaltsansprüchen durch das Personal*** | p.m. | p.m. | 6 558 524,01 | — |
| *4 1 2* | ***Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten und Bediensteten auf Zeit zur Versorgungsordnung*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 4 1 — INSGESAMT | 18 697 000 | 18 124 000 | 24 681 729,40 | 132,01 |
| | **Titel 4 — Insgesamt** | **47 303 000** | **44 794 000** | **49 750 773,28** | **105,17** |

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

## TITEL 4

## EINNAHMEN VON MITGLIEDERN UND PERSONAL DER ORGANE UND SONSTIGEN EINRICHTUNGEN DER UNION

### KAPITEL 4 0 — VERSCHIEDENE ABGABEN UND ABZÜGE

#### *4 0 0 Ertrag aus der Besteuerung der Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Mitglieder des Organs, der Beamten, der sonstigen Bediensteten und der Ruhegehaltsempfänger*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 24 204 000 | 23 277 000 | 21 834 376,16 |

*Erläuterungen*

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union, insbesondere Artikel 12.

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 56 vom 4.3.1968, S. 8).

#### *4 0 3 Ertrag der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 66a in der bis zum 15. Dezember 2003 geltenden Fassung.

#### *4 0 4 Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 4 402 000 | 3 393 000 | 3 234 667,72 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 66a.

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

## KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZU DEN VERSORGUNGSORDNUNGEN

### *4 1 0 Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 18 697 000 | 18 124 000 | 18 123 205,39 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 83 Absatz 2.

### *4 1 1 Übertragung oder Rückkauf von Ruhegehaltsansprüchen durch das Personal*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 6 558 524,01 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Anhang VIII Artikel 11 Absatz 2 und Artikel 48.

### *4 1 2 Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten und Bediensteten auf Zeit zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

## TITEL 5

## ERLÖSE AUS DEM VERWALTUNGSBETRIEB DES ORGANS

**KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN**
**KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN**
**KAPITEL 5 2 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN UND DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGE ZINSEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 5 0 | | | | |
| ***5 0 0*** | ***Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen (Lieferungen)*** | | | | |
| 5 0 0 0 | Erlös aus der Veräußerung von Fahrzeugen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 122 275,75 | — |
| 5 0 0 1 | Erlös aus der Veräußerung von sonstigen beweglichen Sachen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 5 0 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 122 275,75 | — |
| ***5 0 2*** | ***Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 217 119,72 | — |
| | KAPITEL 5 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 339 395,47 | — |
| | KAPITEL 5 1 | | | | |
| ***5 1 1*** | ***Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden und der Erstattung von Mietnebenkosten*** | | | | |
| 5 1 1 0 | Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 5 1 1 1 | Erstattung von Mietnebenkosten — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 5 1 1 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 2 | | | | |
| ***5 2 0*** | ***Erträge aus Anlagemitteln und Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstige Zinsen von Konten des Organs*** | p.m. | p.m. | 11 779,87 | — |
| ***5 2 2*** | ***Zinserträge der Vorfinanzierungen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 2 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 11 779,87 | — |

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

**KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS DEM ERLÖS VON DIENSTLEISTUNGEN UND ARBEITEN**
**KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IN ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DES ORGANS**
**KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN**
**KAPITEL 5 9 — SONSTIGE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 5 5 | | | | |
| *5 5 0* | ***Einnahmen aus dem Erlös von Dienstleistungen und Arbeiten, die für andere Organe oder Einrichtungen durchgeführt worden sind, einschließlich des Betrags der für die Rechnung anderer Organe oder Einrichtungen gezahlten und von diesen erstatteten Dienstreisekosten — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| *5 5 1* | ***Von Dritten stammende Einnahmen für auf deren Antrag durchgeführte Dienstleistungen oder Arbeiten — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 5 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 7 | | | | |
| *5 7 0* | ***Einnahmen aus der Erstattung von ohne Rechtsgrund gezahlten Beträgen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 110 239,61 | — |
| *5 7 1* | ***Zweckbestimmte Einnahmen, beispielsweise aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen, einschließlich der jedem Organ zugewiesenen eigenen Einnahmen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| *5 7 3* | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen in Zusammenhang mit der Verwaltungstätigkeit des Organs — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 578 046,04 | — |
| | KAPITEL 5 7 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 688 285,65 | — |
| | KAPITEL 5 8 | | | | |
| *5 8 0* | ***Einnahmen aus dem Erlös aus der Vermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| *5 8 1* | ***Einnahmen aus vereinnahmten Versicherungsleistungen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 2 669,97 | — |
| | KAPITEL 5 8 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 2 669,97 | — |
| | KAPITEL 5 9 | | | | |
| *5 9 0* | ***Sonstige Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 9 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 5 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **1 042 130,96** | **—** |

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

# TITEL 5

# ERLÖSE AUS DEM VERWALTUNGSBETRIEB DES ORGANS

## KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN

### *5 0 0 Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen (Lieferungen)*

5 0 0 0 Erlös aus der Veräußerung von Fahrzeugen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 122 275,75 |

*Erläuterungen*

Unter diesem Posten werden die Erträge aus dem Verkauf oder der Inzahlungnahme von Fahrzeugen des Organs verzeichnet. Ferner sind hier die Erträge aus dem Verkauf von Fahrzeugen verzeichnet, die ausgetauscht oder verschrottet werden, wenn ihr Buchwert zur Gänze abgeschrieben ist.

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

5 0 0 1 Erlös aus der Veräußerung von sonstigen beweglichen Sachen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Dieser Posten soll die Erträge aus dem Verkauf oder der Inzahlungnahme anderer beweglicher Gegenstände des Organs als Fahrzeuge aufnehmen.

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 0 2 Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 217 119,72 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

## KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN

### *5 1 1 Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden und der Erstattung von Mietnebenkosten*

5 1 1 0 Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe a der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

5 1 1 1 Erstattung von Mietnebenkosten — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe a der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

## KAPITEL 5 2 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN UND DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGE ZINSEN

### *5 2 0 Erträge aus Anlagemitteln und Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstige Zinsen von Konten des Organs*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 11 779,87 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die Erträge aus Anlagemitteln und Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstige Zinsen verbucht.

### *5 2 2 Zinserträge der Vorfinanzierungen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

## KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS DEM ERLÖS VON DIENSTLEISTUNGEN UND ARBEITEN

### *5 5 0 Einnahmen aus dem Erlös von Dienstleistungen und Arbeiten, die für andere Organe oder Einrichtungen durchgeführt worden sind, einschließlich des Betrags der für die Rechnung anderer Organe oder Einrichtungen gezahlten und von diesen erstatteten Dienstreisekosten — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

**KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS DEM ERLÖS VON DIENSTLEISTUNGEN UND ARBEITEN** *(Fortsetzung)*

***5 5 1*** ***Von Dritten stammende Einnahmen für auf deren Antrag durchgeführte Dienstleistungen oder Arbeiten — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

**KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IN ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DES ORGANS**

***5 7 0*** ***Einnahmen aus der Erstattung von ohne Rechtsgrund gezahlten Beträgen — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 110 239,61 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

***5 7 1*** ***Zweckbestimmte Einnahmen, beispielsweise aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen, einschließlich der jedem Organ zugewiesenen eigenen Einnahmen — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

***5 7 3*** ***Sonstige Beiträge und Erstattungen in Zusammenhang mit der Verwaltungstätigkeit des Organs — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 578 046,04 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

## KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN

### *5 8 0 Einnahmen aus dem Erlös aus der Vermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 8 1 Einnahmen aus vereinnahmten Versicherungsleistungen — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 2 669,97 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

## KAPITEL 5 9 — SONSTIGE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT

### *5 9 0 Sonstige Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die sonstigen Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit verbucht.

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

## TITEL 9

## VERSCHIEDENE EINNAHMEN

### KAPITEL 9 0 — VERSCHIEDENE EINNAHMEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 9 0 | | | | |
| ***9 0 0*** | ***Verschiedene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 9 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 9 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **47 303 000** | **44 794 000** | **50 792 904,24** | **107,38** |

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

## TITEL 9

## VERSCHIEDENE EINNAHMEN

### KAPITEL 9 0 — VERSCHIEDENE EINNAHMEN

***9 0 0*** ***Verschiedene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

## AUSGABEN

### Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|
| **1** | **MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS** | | | |
| 1 0 | MITGLIEDER DES ORGANS | 33 749 500 | 33 357 000 | 30 895 975,25 |
| 1 2 | BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT | 212 686 000 | 208 399 500 | 196 730 313,46 |
| 1 4 | SONSTIGES PERSONAL UND EXTERNE LEISTUNGEN | 16 977 000 | 19 686 500 | 14 919 828,06 |
| 1 6 | SONSTIGE DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS BETREFFENDE AUSGABEN | 5 447 500 | 5 806 500 | 5 572 466,83 |
| | **Titel 1 — Insgesamt** | **268 860 000** | **267 249 500** | **248 118 583,60** |
| **2** | **GEBÄUDE, MOBILIAR, AUSRÜSTUNG UND SONSTIGE SACHAUSGABEN** | | | |
| 2 0 | GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN | 62 655 000 | 62 265 000 | 70 358 308,36 |
| 2 1 | INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR: KAUF, ANMIETUNG UND UNTERHALTUNG | 18 314 500 | 18 632 500 | 18 611 025,71 |
| 2 3 | LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB | 1 487 500 | 2 843 000 | 1 710 641,60 |
| 2 5 | AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND KONFERENZEN | 587 500 | 696 500 | 507 756,20 |
| 2 7 | INFORMATION: ERWERB, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG | 3 411 000 | 3 148 500 | 4 231 054,65 |
| | **Titel 2 — Insgesamt** | **86 455 500** | **87 585 500** | **95 418 786,52** |
| **3** | **AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN** | | | |
| 3 7 | BESONDERE AUSGABEN BESTIMMTER ORGANE UND EINRICHTUNGEN | 52 000 | 45 000 | 30 322,40 |
| | **Titel 3 — Insgesamt** | **52 000** | **45 000** | **30 322,40** |
| **10** | **ANDERE AUSGABEN** | | | |
| 10 0 | VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL | p.m. | p.m. | 0,— |
| 10 1 | RÜCKLAGE FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN | p.m. | p.m. | 0,— |
| | **Titel 10 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **355 367 500** | **354 880 000** | **343 567 692,52** |

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

## TITEL 1

## MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

### KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS
### KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 1 0 | | | | |
| ***1 0 0*** | ***Amtsbezüge und sonstige Ansprüche*** | | | | |
| 1 0 0 0 | Dienstbezüge und Zulagen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 23 185 000 | 22 849 000 | 21 629 589,62 | 93,29 |
| 1 0 0 2 | Mit dem Amtsantritt, der Versetzung und dem Ausscheiden aus dem Amt verbundene Ansprüche | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 553 000 | 565 000 | 476 943,05 | 86,25 |
| | *Artikel 1 0 0 — Insgesamt* | 23 738 000 | 23 414 000 | 22 106 532,67 | 93,13 |
| ***1 0 2*** | ***Übergangsgelder*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 579 000 | 2 279 000 | 2 268 749,19 | 87,97 |
| ***1 0 3*** | ***Ruhegehälter*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 6 700 000 | 6 666 000 | 5 980 525,17 | 89,26 |
| ***1 0 4*** | ***Dienstreisen*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 293 000 | 288 000 | 284 000,— | 96,93 |
| ***1 0 6*** | ***Fortbildung*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 439 500 | 435 000 | 256 168,22 | 58,29 |
| ***1 0 9*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | 275 000 | 0,— | — |
| | KAPITEL 1 0 — INSGESAMT | 33 749 500 | 33 357 000 | 30 895 975,25 | 91,54 |
| | KAPITEL 1 2 | | | | |
| ***1 2 0*** | ***Dienstbezüge und sonstige Ansprüche*** | | | | |
| 1 2 0 0 | Dienstbezüge und Zulagen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 209 556 000 | 202 805 000 | 193 977 059,68 | 92,57 |
| 1 2 0 2 | Bezahlte Überstunden | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 689 500 | 728 500 | 670 334,49 | 97,22 |
| 1 2 0 4 | Mit dem Dienstantritt, der Versetzung und dem Ausscheiden aus dem Dienst verbundene Ansprüche | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 210 500 | 2 908 000 | 1 990 214,84 | 90,03 |
| | *Artikel 1 2 0 — Insgesamt* | 212 456 000 | 206 441 500 | 196 637 609,01 | 92,55 |
| ***1 2 2*** | ***Vergütungen bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Dienst*** | | | | |
| 1 2 2 0 | Vergütungen bei Stellenenthebungen aus dienstlichen Gründen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 230 000 | 230 000 | 92 704,45 | 40,31 |

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

**KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*
**KAPITEL 1 4 — SONSTIGES PERSONAL UND EXTERNE LEISTUNGEN**
**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS BETREFFENDE AUSGABEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***1 2 2*** | *(Fortsetzung)* | | | | |
| 1 2 2 2 | Vergütungen beim endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst und besondere Ruhestandsregelung für Beamte und Bedienstete auf Zeit | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 1 2 2 — Insgesamt* | 230 000 | 230 000 | 92 704,45 | 40,31 |
| ***1 2 9*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | 1 728 000 | 0,— | — |
| | KAPITEL 1 2 — INSGESAMT | 212 686 000 | 208 399 500 | 196 730 313,46 | 92,50 |
| | KAPITEL 1 4 | | | | |
| ***1 4 0*** | ***Sonstige Bedienstete und externes Personal*** | | | | |
| 1 4 0 0 | Sonstige Bedienstete | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 5 309 000 | 5 200 000 | 4 705 146,42 | 88,63 |
| 1 4 0 4 | Praktika und Personalaustausch | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 670 500 | 676 000 | 560 000,— | 83,52 |
| 1 4 0 5 | Sonstige externe Leistungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 269 500 | 309 000 | 251 500,— | 93,32 |
| 1 4 0 6 | Externe Leistungen im Sprachbereich | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 10 728 000 | 13 454 500 | 9 403 181,64 | 87,65 |
| | *Artikel 1 4 0 — Insgesamt* | 16 977 000 | 19 639 500 | 14 919 828,06 | 87,88 |
| ***1 4 9*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | 47 000 | 0,— | — |
| | KAPITEL 1 4 — INSGESAMT | 16 977 000 | 19 686 500 | 14 919 828,06 | 87,88 |
| | KAPITEL 1 6 | | | | |
| ***1 6 1*** | ***Die Personalverwaltung betreffende Ausgaben*** | | | | |
| 1 6 1 0 | Verschiedene Ausgaben bei Einstellungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 207 000 | 278 500 | 174 234,32 | 84,17 |
| 1 6 1 2 | Berufliche Fortbildung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 540 500 | 1 534 000 | 1 483 465,47 | 96,30 |
| | *Artikel 1 6 1 — Insgesamt* | 1 747 500 | 1 812 500 | 1 657 699,79 | 94,86 |

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS BETREFFENDE AUSGABEN** *(Fortsetzung)*

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***1 6 2*** | ***Dienstreisen*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 348 000 | 346 500 | 336 000,— | 96,55 |
| ***1 6 3*** | ***Maßnahmen zugunsten des Personals des Organs*** | | | | |
| 1 6 3 0 | Sozialdienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 21 000 | 43 000 | 0,— | 0,— |
| 1 6 3 2 | Soziale Beziehungen innerhalb des Personals und sonstige Sozialmaßnahmen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 242 000 | 267 500 | 210 560,66 | 87,01 |
| | *Artikel 1 6 3 — Insgesamt* | 263 000 | 310 500 | 210 560,66 | 80,06 |
| ***1 6 5*** | ***Mitglieder und das Personal des Organs in ihrer Gesamtheit betreffende Tätigkeiten*** | | | | |
| 1 6 5 0 | Ärztlicher Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 181 000 | 189 000 | 217 153,60 | 119,97 |
| 1 6 5 2 | Restaurants und Kantinen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 80 000 | 198 000 | 74 052,78 | 92,57 |
| 1 6 5 4 | Kleinkindertagesstätte | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 828 000 | 2 950 000 | 3 077 000,— | 108,80 |
| | *Artikel 1 6 5 — Insgesamt* | 3 089 000 | 3 337 000 | 3 368 206,38 | 109,04 |
| | KAPITEL 1 6 — INSGESAMT | 5 447 500 | 5 806 500 | 5 572 466,83 | 102,29 |
| | **Titel 1 — Insgesamt** | **268 860 000** | **267 249 500** | **248 118 583,60** | **92,29** |

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

# TITEL 1

# MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

## KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS

### *1 0 0 Amtsbezüge und sonstige Ansprüche*

1 0 0 0 Dienstbezüge und Zulagen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 23 185 000 | 22 849 000 | 21 629 589,62 |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1), insbesondere Artikel 3, 4, 4a, 11 und 14.

Dieser Mittelansatz soll für die Mitglieder des Organs decken:

— die Grundgehälter,

— die Residenzzulagen,

— die Familienzulagen, d. h. die Haushaltszulage, die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder und die Erziehungszulage,

— die Aufwandsentschädigungen und die Amtszulagen,

— den Arbeitgeberbeitrag (0,87 %) zur Versicherung gegen Berufskrankheiten und Unfälle, den Arbeitgeberbeitrag (3,4 %) zur Krankenversicherung,

— die Geburtszulage,

— die bei Tod eines Mitglieds des Organs vorgesehenen Beihilfen,

— die Zahlung der Berichtigungskoeffizienten, die angewendet werden auf die Grundgehälter, die Residenzzulagen, die Familienzulagen und die Überweisungen eines Teils der Amtsbezüge von Mitgliedern des Organs ins Ausland (entsprechende Anwendung des Artikels 17 des Anhangs VII des Statuts der Beamten der Europäischen Union).

1 0 0 2 Mit dem Amtsantritt, der Versetzung und dem Ausscheiden aus dem Amt verbundene Ansprüche

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 553 000 | 565 000 | 476 943,05 |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1), insbesondere Artikel 5.

Dieser Mittelansatz soll decken:

— die Reisekosten der Mitglieder des Organs (einschließlich ihrer Familienangehörigen) bei ihrem Amtsantritt oder ihrem Ausscheiden aus dem Amt,

— die den Mitgliedern des Organs bei ihrem Amtsantritt oder Ausscheiden aus dem Amt zustehenden Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfen,

— die Umzugskosten der Mitglieder des Organs bei ihrem Amtsantritt oder ihrem Ausscheiden aus dem Amt.

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

**KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS** *(Fortsetzung)*

### *1 0 2 Übergangsgelder*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 579 000 | 2 279 000 | 2 268 749,19 |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1), insbesondere Artikel 7.

Diese Mittel decken die Übergangsgelder, die Familienzulagen sowie die Berichtigungskoeffizienten der Wohnsitzländer ehemaliger Mitglieder des Organs.

### *1 0 3 Ruhegehälter*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 700 000 | 6 666 000 | 5 980 525,17 |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1), insbesondere Artikel 8, 9, 15 und 18.

Dieser Mittelansatz soll decken:

— die Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Organs sowie die Berichtigungskoeffizienten ihres jeweiligen Wohnsitzlandes,

— die Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit,

— die Hinterbliebenenversorgung der überlebenden Ehegatten und/oder der Waisen der ehemaligen Mitglieder des Organs sowie die Berichtigungskoeffizienten ihres jeweiligen Wohnsitzlandes.

### *1 0 4 Dienstreisen*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 293 000 | 288 000 | 284 000,— |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1), insbesondere Artikel 6.

Diese Mittel decken die Ausgaben für Reisekosten, die Zahlung der Tagegelder bei Dienstreisen sowie zusätzliche oder außergewöhnliche Auslagen bei der Durchführung von Dienstreisen.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

**KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS** *(Fortsetzung)*

***1 0 6*** ***Fortbildung***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 439 500 | 435 000 | 256 168,22 |

*Erläuterungen*

Dieser Mittelansatz soll die Kosten der Teilnahme von Mitgliedern des Organs an Sprachkursen oder anderen Kursen zur beruflichen Fortbildung decken.

***1 0 9*** ***Vorläufig eingesetzte Mittel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 275 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Diese Mittel decken die Auswirkungen von Anpassungen der Amts- und Versorgungsbezüge, die der Rat möglicherweise während des Haushaltsjahres beschließt.

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel oder Posten übertragen worden sind.

**KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT**

*Erläuterungen*

Auf die Mittelansätze in diesem Kapitel wurde ein Pauschalabschlag von 3,7 % angewandt.

***1 2 0*** ***Dienstbezüge und sonstige Ansprüche***

1 2 0 0 Dienstbezüge und Zulagen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 209 556 000 | 202 805 000 | 193 977 059,68 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 62, 64, 65, 66, 67, 68 sowie Anhang VII Abschnitt I, Artikel 69 sowie Anhang VII Artikel 4, Anhang XIII Artikel 18, Artikel 72 und 73 und Anhang VIII Artikel 15, Artikel 70, 74 und 75, Anhang VII Artikel 8 sowie Artikel 34.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 28a, 42, 47 und 48.

Regelung zur Sicherstellung der Krankheitsfürsorge für die Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 23.

Dieser Mittelansatz soll decken:

— das Grundgehalt der Beamten und Zeitbediensteten,

— die Familienzulagen, die die Haushaltszulage, die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder und die Erziehungszulage der Beamten und Zeitbediensteten umfassen,

— die Auslands- und die Expatriierungszulage der Beamten und Zeitbediensteten,

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

**KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*

***1 2 0*** *(Fortsetzung)*

1 2 0 0 *(Fortsetzung)*

— die Sekretariatszulage der Beamten der Laufbahngruppe AST, die den Dienstposten eines Bürosekretärs, Fernschreibers, Maschinenschreibers, Bürohauptsekretärs oder Hauptsekretärs bekleiden,

— Arbeitgeberbeitrag (3,4 % des Grundgehalts) zur Krankenversicherung; der Beitrag der Bediensteten beläuft sich auf 1,7 % des Grundgehalts,

— Arbeitgeberbeitrag zur Versicherung gegen Berufskrankheiten und Unfälle (0,87 % des Grundgehalts) und die sich aus der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen des Statuts ergebenden zusätzlichen Ausgaben,

— die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit,

— die von dem Organ zugunsten der Bediensteten auf Zeit zu leistenden Zahlungen zur Bildung oder Aufrechterhaltung ihrer Versorgungsansprüche in ihren Herkunftsländern,

— die Geburtenzulage und bei Tod eines Beamten die vollen Dienstbezüge eines Verstorbenen bis zum Ende des dritten auf den Sterbemonat folgenden Monats sowie die Kosten der Überführung des Verstorbenen zum Herkunftsort,

— die Reisekosten der Beamten und Zeitbediensteten, ihrer Ehegatten und ihrer unterhaltsberechtigten Angehörigen vom Dienstort zum Herkunftsort aus Anlass des Jahresurlaubs,

— die Entschädigung für einen wegen offenkundig unzulänglicher Leistungen entlassenen Beamten auf Probe, die Entschädigung für einen Zeitbediensteten bei Kündigung seines Vertrags durch das Organ, die Übertragung der Ansprüche aus der Altersversorgung der ehemaligen Hilfskräfte, die zu Bediensteten auf Zeit oder zu Beamten ernannt worden sind,

— Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Besoldung der Beamten und der Hilfskräfte sowie auf Überstunden anwendbar sind,

— die Miet- und Fahrkostenzulagen,

— die pauschalen Amtszulagen,

— die Pauschalabgeltung von Fahrkosten,

— die Vergütung für Schichtarbeit oder für Bereitschaft am Arbeitsplatz und/oder in der Wohnung.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

1 2 0 2 Bezahlte Überstunden

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 689 500 | 728 500 | 670 334,49 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 56 und Anhang VI.

Dieser Mittelansatz soll die Pauschalvergütungen und die Vergütungen zum Stundensatz für Überstunden der Beamten und Hilfskräfte sowie der örtlichen Bediensteten decken, die nicht nach den vorgesehenen Regelungen durch Dienstbefreiung abgegolten werden konnten.

**KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*

***1 2 0*** *(Fortsetzung)*

1 2 0 4 Mit dem Dienstantritt, der Versetzung und dem Ausscheiden aus dem Dienst verbundene Ansprüche

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 210 500 | 2 908 000 | 1 990 214,84 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 20 und 71 sowie Anhang VII Artikel 5, 6, 7, 9 und 10.

Dieser Mittelansatz soll decken:

— die Reisekosten der Bediensteten (einschließlich der Familienangehörigen) bei ihrem Dienstantritt oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst,

— die Einrichtungs- und die Wiedereinrichtungsbeihilfen, die den Bediensteten zustehen, die nach ihrem Dienstantritt sowie bei ihrem endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst mit anschließender Wiedereinrichtung an einem anderen Ort ihren Wohnsitz wechseln mussten,

— die Umzugskosten der Bediensteten, die nach ihrem Dienstantritt sowie bei ihrem endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst mit anschließender Wiedereinrichtung an einem anderen Ort ihren Wohnsitz wechseln mussten,

— die Tagegelder der Bediensteten, die nachweisen, dass sie nach ihrem Dienstantritt ihren Wohnsitz wechseln mussten.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

***1 2 2*** ***Vergütungen bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Dienst***

1 2 2 0 Vergütungen bei Stellenenthebungen aus dienstlichen Gründen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 230 000 | 230 000 | 92 704,45 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 41, 50 und 72 sowie Anhang IV.

Dieser Mittelansatz soll die Vergütungen decken, die den nach einer Verringerung der Zahl der Planstellen des Organs in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten und den Inhabern einer Planstelle der Besoldungsgruppen AD 16, AD 15 oder AD 14, die dieser Planstelle aus dienstlichen Gründen enthoben worden sind, zu zahlen sind.

1 2 2 2 Vergütungen beim endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst und besondere Ruhestandsregelung für Beamte und Bedienstete auf Zeit

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 64 und 72.

Dieser Mittelansatz ist bestimmt für:

— die nach dem Statut oder anderen Verordnungen zu zahlenden Vergütungen,

— den Arbeitgeberanteil an der Krankenversicherung der Empfänger der Vergütungen,

— die Auswirkungen der für die verschiedenen Vergütungen geltenden Berichtigungskoeffizienten.

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

**KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*

***1 2 9 Vorläufig eingesetzte Mittel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 1 728 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 65.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Dieser Mittelansatz soll die Auswirkungen von Anpassungen der Dienstbezüge und Vergütungen decken, die der Rat möglicherweise im Laufe des Haushaltsjahres beschließt.

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel oder Posten übertragen worden sind.

**KAPITEL 1 4 — SONSTIGES PERSONAL UND EXTERNE LEISTUNGEN**

***1 4 0 Sonstige Bedienstete und externes Personal***

1 4 0 0 Sonstige Bedienstete

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 309 000 | 5 200 000 | 4 705 146,42 |

*Erläuterungen*

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 3 sowie Titel III und IV, Artikel 4 und Titel V, Artikel 5 und Titel VI.

Dieser Mittelansatz soll decken:

— die Bezüge sowie den Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung der Hilfskräfte, der Hilfsdolmetscher, der örtlichen Bediensteten und der Hilfsübersetzer,

— die Vergütungen und die Kosten von Sonderberatern, einschließlich der Honorare des Vertrauensarztes,

— die Ausgaben für die etwaige Inanspruchnahme von Vertragsbediensteten.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

1 4 0 4 Praktika und Personalaustausch

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 670 500 | 676 000 | 560 000,— |

*Erläuterungen*

Dieser Mittelansatz soll decken:

— die Ausgaben im Zusammenhang mit der Abordnung von Beamten von Mitgliedstaaten oder anderer nationaler Sachverständiger an den Gerichtshof der Europäischen Union,

— die Finanzierung der den Praktikanten in den Dienststellen des Organs gewährten Stipendien.

**KAPITEL 1 4 — SONSTIGES PERSONAL UND EXTERNE LEISTUNGEN** *(Fortsetzung)*

***1 4 0*** *(Fortsetzung)*

1 4 0 5 Sonstige externe Leistungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 269 500 | 309 000 | 251 500,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Ausgaben für sonstige Aushilfsleistungen, die nicht vom Personal des Organs erbracht werden können.

1 4 0 6 Externe Leistungen im Sprachbereich

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 10 728 000 | 13 454 500 | 9 403 181,64 |

*Erläuterungen*

Diese Mittelansätze sollen decken:

— die Ausgaben für die vom Interinstitutionellen Übersetzungs- und Dolmetscherausschuss (CITI) beschlossenen Maßnahmen zur Förderung der interinstitutionellen Zusammenarbeit im Sprachbereich,

— die Bezahlung der freiberuflichen Dolmetscher der Generaldirektion Dolmetschen der Europäischen Kommission,

— die Bezahlung der Vertrags-Konferenzdolmetscher,

— die Bezahlung der Leistungen von Konferenzoperateuren, die von Fall zu Fall auf Vertragsbasis tätig sind,

— die Aushilfsleistungen im Bereich des Korrekturlesens von Texten, insbesondere Honorare, Versicherungs-, Fahrt-, Aufenthalts- und Dienstreisekosten der freiberuflichen Korrektoren sowie die damit verbundenen Verwaltungskosten,

— die Ausgaben für die Leistungen freiberuflicher oder vorübergehend beschäftigter Übersetzer oder für vom Übersetzungsdienst nach außen vergebene Schreib- oder sonstige Arbeiten.

***1 4 9*** ***Vorläufig eingesetzte Mittel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 47 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 65 und 65a sowie Anhang XI.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Diese Mittel decken die Auswirkungen etwaiger Anpassungen der Dienstbezüge, die der Rat im Laufe des Haushaltsjahrs beschließt.

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel oder Posten dieses Kapitels übertragen worden sind.

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

## KAPITEL 1 6 — SONSTIGE DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS BETREFFENDE AUSGABEN

### *1 6 1 Die Personalverwaltung betreffende Ausgaben*

1 6 1 0 Verschiedene Ausgaben bei Einstellungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 207 000 | 278 500 | 174 234,32 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Ausgaben für die Veröffentlichung, die Einberufung der Bewerber, die Miete von Sälen und Material bei der Veranstaltung allgemeiner Auswahlverfahren auf interinstitutioneller Grundlage. In ausreichend durch betriebliche Anforderungen begründeten Fällen und nach Konsultation mit dem Europäischen Amt für Personalauswahl können Teilbeträge aus diesen Mitteln auch zur Veranstaltung von Auswahlverfahren durch das Organ selbst verwendet werden.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

1 6 1 2 Berufliche Fortbildung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 540 500 | 1 534 000 | 1 483 465,47 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 24a.

Diese Mittel decken die Organisation von Kursen zur beruflichen Fortbildung und zur Umschulung auf interinstitutioneller Grundlage einschließlich Sprachkursen.

Diese Mittel decken ebenfalls die Ausgaben für didaktisches und technisches Material.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

### *1 6 2 Dienstreisen*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 348 000 | 346 500 | 336 000,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Anhang VII Artikel 11 bis 13.

Diese Mittel decken die Ausgaben für Fahrtkosten, die Zahlung der Tagegelder bei Dienstreisen sowie zusätzliche oder außergewöhnliche Auslagen bei der Durchführung von Dienstreisen.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

### *1 6 3 Maßnahmen zugunsten des Personals des Organs*

1 6 3 0 Sozialdienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 21 000 | 43 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 76.

Diese Mittel decken die Zuwendungen für Bedienstete, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden.

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS BETREFFENDE AUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***1 6 3*** *(Fortsetzung)*

1 6 3 0 *(Fortsetzung)*

Sie sind im Rahmen von Maßnahmen zu Gunsten von behinderten Personen ebenfalls für folgende Personengruppen bestimmt:

— Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst,

— Ehegatten von Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst,

— alle unterhaltsberechtigten Kinder im Sinne des Statuts der Beamten der Europäischen Union.

Damit werden im Rahmen der Möglichkeiten des Haushalts und nach Ausschöpfung der Ansprüche im Aufenthaltsland bzw. Herkunftsland Erstattungen von als notwendig anerkannten Kosten (außer Arztkosten), die sich aus der Behinderung ergeben und nachweislich belegt sind, gedeckt.

1 6 3 2 Soziale Beziehungen innerhalb des Personals und sonstige Sozialmaßnahmen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 242 000 | 267 500 | 210 560,66 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt,

— Initiativen zur Förderung der sozialen Kontakte zwischen den Bediensteten verschiedener Staatsangehörigkeit finanziell zu fördern und zu unterstützen, so durch Zuschüsse an Klubs, Sportgruppen und kulturelle Vereinigungen des Personals,

— sonstige Maßnahmen und Zuschüsse zugunsten der Bediensteten und deren Familien zu decken.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

***1 6 5*** ***Mitglieder und das Personal des Organs in ihrer Gesamtheit betreffende Tätigkeiten***

1 6 5 0 Ärztlicher Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 181 000 | 189 000 | 217 153,60 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 59 und Anhang II Artikel 8.

Die Mittelansätze dieses Postens sind dazu bestimmt, die Kosten der jährlichen ärztlichen Kontrolluntersuchung aller Beamten einschließlich der im Rahmen dieser Kontrolluntersuchungen angeforderten medizinischen Analysen und Untersuchungen sowie die Betriebskosten der Sanitätsstation zu decken.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

1 6 5 2 Restaurants und Kantinen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 80 000 | 198 000 | 74 052,78 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Beschaffung und Unterhaltung von Material im Restaurant und in der Cafeteria sowie einen Teil von deren Betriebskosten.

Der Mittelansatz deckt auch die Kosten der Umgestaltung und der Renovierung der Anlagen der Restaurants und Kantinen.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS BETREFFENDE AUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***1 6 5*** *(Fortsetzung)*

1 6 5 4 Kleinkindertagesstätte

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 828 000 | 2 950 000 | 3 077 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken den Anteil des Gerichtshofs an der Kleinkindertagesstätte und dem Studienzentrum in Luxemburg.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

# TITEL 2

# GEBÄUDE, MOBILIAR, AUSRÜSTUNG UND SONSTIGE SACHAUSGABEN

## KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 2 0 | | | | |
| ***2 0 0*** | ***Gebäude*** | | | | |
| 2 0 0 0 | Mieten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 9 531 500 | 13 132 000 | 12 758 042,02 | 133,85 |
| 2 0 0 1 | Miete/Kauf | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 32 790 000 | 30 030 000 | 42 019 048,39 | 128,15 |
| 2 0 0 3 | Erwerb von Immobilien | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 2 0 0 5 | Errichtung von Gebäuden | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 2 0 0 7 | Herrichtung der Diensträume | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 350 000 | 1 520 000 | 310 585,27 | 23,01 |
| 2 0 0 8 | Mit Bauvorhaben zusammenhängende Studien und technische Unterstützung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 976 000 | 1 440 000 | 1 405 703,29 | 144,03 |
| | *Artikel 2 0 0 — Insgesamt* | 44 647 500 | 46 122 000 | 56 493 378,97 | 126,53 |
| ***2 0 2*** | ***Ausgaben für Gebäude*** | | | | |
| 2 0 2 2 | Reinigung und Unterhaltung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 7 962 000 | 7 153 000 | 5 852 316,07 | 73,50 |
| 2 0 2 4 | Energieverbrauch | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 3 852 500 | 2 870 000 | 2 379 087,37 | 61,75 |
| 2 0 2 6 | Sicherheit und Überwachung der Gebäude | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 5 776 000 | 5 684 000 | 5 239 200,84 | 90,71 |
| 2 0 2 8 | Versicherungskosten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 112 000 | 112 000 | 107 536,03 | 96,01 |
| 2 0 2 9 | Sonstige mit Gebäuden zusammenhängende Ausgaben | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 305 000 | 324 000 | 286 789,08 | 94,03 |
| | *Artikel 2 0 2 — Insgesamt* | 18 007 500 | 16 143 000 | 13 864 929,39 | 77,— |
| | KAPITEL 2 0 — INSGESAMT | 62 655 000 | 62 265 000 | 70 358 308,36 | 112,29 |

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

**KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR: KAUF, ANMIETUNG UND UNTERHALTUNG**
**KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB**
**KAPITEL 2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND KONFERENZEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 2 1 | | | | |
| ***2 1 0*** | ***Ausrüstung, Betriebskosten und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung und der Telekommunikation*** | | | | |
| 2 1 0 0 | Kauf, Unterhaltung und Wartung der Ausrüstung und der Software | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 5 307 500 | 5 371 000 | 4 889 910,88 | 92,13 |
| 2 1 0 2 | Externe Leistungen für die Nutzung, die Erstellung und die Wartung der Software und der Systeme | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 9 914 000 | 9 883 000 | 10 069 258,71 | 101,57 |
| 2 1 0 3 | Telekommunikation | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 801 000 | 800 000 | 926 615,30 | 115,68 |
| | *Artikel 2 1 0 — Insgesamt* | 16 022 500 | 16 054 000 | 15 885 784,89 | 99,15 |
| ***2 1 2*** | ***Mobiliar*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 636 000 | 926 000 | 1 026 692,06 | 161,43 |
| ***2 1 4*** | ***Material und technische Anlagen*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 252 500 | 244 000 | 398 717,83 | 157,91 |
| ***2 1 6*** | ***Fahrzeuge*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 403 500 | 1 408 500 | 1 299 830,93 | 92,61 |
| | KAPITEL 2 1 — INSGESAMT | 18 314 500 | 18 632 500 | 18 611 025,71 | 101,62 |
| | KAPITEL 2 3 | | | | |
| ***2 3 0*** | ***Schreibwaren, Bürobedarf und verschiedene Verbrauchsartikel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 649 500 | 736 000 | 699 844,79 | 107,75 |
| ***2 3 1*** | ***Finanzkosten*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 50 000 | 20 000 | 15 086,25 | 30,17 |
| ***2 3 2*** | ***Rechtsschutzkosten und Schadensersatz*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 20 000 | 20 000 | 8 579,— | 42,90 |
| ***2 3 6*** | ***Postgebühren*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 350 000 | 350 000 | 635 000,— | 181,43 |
| ***2 3 8*** | ***Sonstige Verwaltungsausgaben*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 418 000 | 1 717 000 | 352 131,56 | 84,24 |
| | KAPITEL 2 3 — INSGESAMT | 1 487 500 | 2 843 000 | 1 710 641,60 | 115,— |
| | KAPITEL 2 5 | | | | |
| ***2 5 2*** | ***Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 149 000 | 197 000 | 131 153,51 | 88,02 |
| ***2 5 4*** | ***Sitzungen, Kongresse und Konferenzen*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 291 000 | 326 000 | 239 529,94 | 82,31 |

**KAPITEL 2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND KONFERENZEN** *(Fortsetzung)*
**KAPITEL 2 7 — INFORMATION: ERWERB, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***2 5 6*** | ***Unterrichtung der Öffentlichkeit und öffentliche Veranstaltungen*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 147 500 | 173 500 | 137 072,75 | 92,93 |
| ***2 5 7*** | ***Juristische Dokumentation*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 2 5 — INSGESAMT | 587 500 | 696 500 | 507 756,20 | 86,43 |
| | KAPITEL 2 7 | | | | |
| ***2 7 0*** | ***Konsultationen, Untersuchungen und Erhebungen über Einzelprobleme*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***2 7 2*** | ***Ausgaben für Dokumentation, Bibliothek und Archivierung*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 349 000 | 1 333 500 | 1 263 606,74 | 93,67 |
| ***2 7 4*** | ***Produktion und Verbreitung*** | | | | |
| 2 7 4 0 | Amtsblatt | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 650 000 | 630 000 | 600 000,— | 92,31 |
| 2 7 4 1 | Allgemeine Veröffentlichungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 412 000 | 1 185 000 | 2 367 447,91 | 167,67 |
| | *Artikel 2 7 4 — Insgesamt* | 2 062 000 | 1 815 000 | 2 967 447,91 | 143,91 |
| | KAPITEL 2 7 — INSGESAMT | 3 411 000 | 3 148 500 | 4 231 054,65 | 124,04 |
| | **Titel 2 — Insgesamt** | **86 455 500** | **87 585 500** | **95 418 786,52** | **110,37** |

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

## TITEL 2

## GEBÄUDE, MOBILIAR, AUSRÜSTUNG UND SONSTIGE SACHAUSGABEN

### KAPITEL 20 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN

***200*** ***Gebäude***

2000 Mieten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 9 531 500 | 13 132 000 | 12 758 042,02 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Mieten für die vom Gerichtshof genutzten Gebäude.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2001 Miete/Kauf

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 32 790 000 | 30 030 000 | 42 019 048,39 |

*Erläuterungen*

Dieser Mittelansatz soll die Geldleistungen für die Gebäude decken, die Gegenstand von Mietkaufverträgen sind.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2003 Erwerb von Immobilien

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

2005 Errichtung von Gebäuden

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Dieser Posten ist für die etwaige Aufnahme eines für die Errichtung von Gebäuden bestimmten Mittelansatzes bestimmt.

2007 Herrichtung der Diensträume

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 350 000 | 1 520 000 | 310 585,27 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sollen decken:

— die Ausführung verschiedener Einrichtungsarbeiten, wie u. a. Einbau von Trennwänden, Vorhängen, Verkabelungen, Malerarbeiten, Tapezierarbeiten, Fußbodenbeläge, Zwischendecken und damit zusammenhängende technische Einrichtungen,

— die Ausgaben, die mit auf Studien beruhenden Arbeiten und Unterstützungsarbeiten zusammenhängen.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

**KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN** *(Fortsetzung)*

***2 0 0*** *(Fortsetzung)*

2 0 0 8 Mit Bauvorhaben zusammenhängende Studien und technische Unterstützung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 976 000 | 1 440 000 | 1 405 703,29 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sollen die Ausgaben decken, die mit den Studien und der technischen Unterstützung für Bauvorhaben großen Umfangs zusammenhängen.

***2 0 2*** ***Ausgaben für Gebäude***

2 0 2 2 Reinigung und Unterhaltung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 962 000 | 7 153 000 | 5 852 316,07 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Instandhaltungs- und Reinigungskosten gemäß den laufenden Verträgen für die Räumlichkeiten und technischen Einrichtungen sowie die Ausgaben für die Arbeiten und das erforderliche Material für den allgemeinen Unterhalt (Anstrich, Reparaturen usw.) der von dem Organ genutzten Gebäude.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2 0 2 4 Energieverbrauch

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 852 500 | 2 870 000 | 2 379 087,37 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Kosten des Verbrauchs von Wasser, Gas, Strom und Heizungsenergie.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 120 000 EUR veranschlagt.

2 0 2 6 Sicherheit und Überwachung der Gebäude

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 776 000 | 5 684 000 | 5 239 200,84 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Kosten der Überwachung der von dem Organ genutzten Gebäude.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

**KAPITEL 20 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN** *(Fortsetzung)*

***202*** *(Fortsetzung)*

2028 Versicherungskosten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 112 000 | 112 000 | 107 536,03 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die in den Versicherungspolicen für die von dem Organ genutzten Gebäude vorgesehenen Prämien.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2029 Sonstige mit Gebäuden zusammenhängende Ausgaben

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 305 000 | 324 000 | 286 789,08 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die sonstigen laufenden Ausgaben für Gebäude, die in den anderen Artikeln dieses Kapitels nicht besonders vorgesehen sind, insbesondere für Wegegebühren, Kanalisation, Müllabfuhr, Beschilderung usw.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

**KAPITEL 21 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR: KAUF, ANMIETUNG UND UNTERHALTUNG**

***210*** ***Ausrüstung, Betriebskosten und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung und der Telekommunikation***

2100 Kauf, Unterhaltung und Wartung der Ausrüstung und der Software

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 307 500 | 5 371 000 | 4 889 910,88 |

*Erläuterungen*

Dieser Mittelansatz ist dazu bestimmt, den Erwerb, die Ersatzbeschaffung, die Anmietung, die Instandsetzung und die Unterhaltung aller Anlagen und Einrichtungen, die mit der Datenverarbeitung, der Büroautomation und dem Telefon (einschließlich Faxgeräten, Anlagen für Videokonferenzen und Multimedia-Anlagen) zusammenhängen, sowie von Anlagen für den Dolmetscherdienst, wie Kabinen, Kopfhörer und Schaltsysteme für Simultandolmetschanlagen, zu decken.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2102 Externe Leistungen für die Nutzung, die Erstellung und die Wartung der Software und der Systeme

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 9 914 000 | 9 883 000 | 10 069 258,71 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Ausgaben für EDV-Analysen und -Programmierung.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

**KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR: KAUF, ANMIETUNG UND UNTERHALTUNG** *(Fortsetzung)*

***2 1 0*** *(Fortsetzung)*

2 1 0 3 Telekommunikation

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 801 000 | 800 000 | 926 615,30 |

*Erläuterungen*

Dieser Mittelansatz soll alle mit der Telekommunikation zusammenhängenden Ausgaben wie die für Festanschlussgebühren und Gebühren für Telefongespräche (im Festnetz und über Mobilfunk) decken.

Sie decken auch die Ausgaben bezüglich der Datenübertragungsnetze.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 50 000 EUR veranschlagt.

***2 1 2*** ***Mobiliar***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 636 000 | 926 000 | 1 026 692,06 |

*Erläuterungen*

Dieser Mittelansatz soll decken:

— den Kauf von zusätzlichem Mobiliar,

— die Erneuerung eines Teils des mindestens 15 Jahre alten Mobiliars und des nicht mehr instandsetzbaren Mobiliars,

— die Anmietung von Mobiliar,

— die Kosten der Unterhaltung und Instandsetzung von Mobiliar.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

***2 1 4*** ***Material und technische Anlagen***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 252 500 | 244 000 | 398 717,83 |

*Erläuterungen*

Dieser Mittelansatz soll decken:

— die Ausgaben für den Kauf von technischen Anlagen,

— die Ersatzbeschaffung von technischen Anlagen, insbesondere von Material für die Audio-Video-Technik, für die Archivierung und für die Bibliothek sowie von verschiedenem Arbeitsgerät für die Werkstätten, die für die Gebäudeinstandhaltung zuständig sind, und von Material für Reprografie, Versendung und Post,

— die Kosten der Anmietung von Material und technischen Anlagen,

— die Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten für das Material und die Geräte dieses Artikels.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

**KAPITEL 21 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR: KAUF, ANMIETUNG UND UNTERHALTUNG** *(Fortsetzung)*

***216 Fahrzeuge***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 403 500 | 1 408 500 | 1 299 830,93 |

*Erläuterungen*

Dieser Mittelansatz soll decken:

— den Kauf von Fahrzeugen,

— die Beschaffung von Ersatz für Kraftfahrzeuge mit dem höchsten über 120 000 km liegenden Kilometerstand,

— die Kosten der Miete und der Nutzung gemieteter Fahrzeuge,

— die Wartung, Instandsetzung, Garagen, Abstellplätze, Autobahngebühren und Versicherungen der Dienstfahrzeuge.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 84 700 EUR veranschlagt.

**KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB**

***230 Schreibwaren, Bürobedarf und verschiedene Verbrauchsartikel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 649 500 | 736 000 | 699 844,79 |

*Erläuterungen*

Dieser Mittelansatz soll die Aufwendungen für den Kauf von Schreibwaren und Büroausstattung decken:

— Xerografiepapier, Kopierpapier und Rechnungspapier,

— Papier und Büromaterial,

— Material für die Vervielfältigungsstelle,

— Material für die Verteilungs- und Postdienste,

— Tonaufnahmematerial,

— Drucksachen und Formulare,

— Material für Anlagen der Informatik und der Bürokommunikation,

— sonstiges und nicht ins Inventar aufgenommenes Material.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 1 100 EUR veranschlagt.

***231 Finanzkosten***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 50 000 | 20 000 | 15 086,25 |

*Erläuterungen*

Dieser Mittelansatz soll Bankgebühren (Provisionen, Agios, sonstige Gebühren) sowie sonstige Finanzkosten decken.

Die auf dem Konto des Gerichtshofs auflaufenden Bankzinsen sind im Einnahmenplan eingesetzt.

**KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB** *(Fortsetzung)*

***2 3 2 Rechtsschutzkosten und Schadensersatz***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 20 000 | 20 000 | 8 579,— |

*Erläuterungen*

Dieser Mittelansatz soll insbesondere die Honorare der Rechtsanwälte, die die Bediensteten des Gerichtshofs in den Rechtsstreitigkeiten zwischen der Verwaltung des Gerichtshofs und einem seiner Beamten oder sonstigen Bediensteten unterstützen, sowie Schadensersatzzahlungen decken.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

***2 3 6 Postgebühren***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 350 000 | 350 000 | 635 000,— |

*Erläuterungen*

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

***2 3 8 Sonstige Verwaltungsausgaben***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 418 000 | 1 717 000 | 352 131,56 |

*Erläuterungen*

Dieser Mittelansatz soll decken:

— verschiedene Versicherungen (insbesondere Haftpflicht, Diebstahl, von Textverarbeitungsanlagen ausgehendes Risiko, von elektrischen Anlagen ausgehendes Risiko),

— den Kauf, den Unterhalt und die Reinigung insbesondere der Roben der Richter und Generalanwälte, der Dienstkleidung für Amtsdiener und Fahrer, der Arbeitskleidung für das Personal des Vervielfältigungsdienstes und des Wartungsdienstes,

— verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen,

— die Kosten von Umzügen und der Instandhaltung des Materials, Mobiliars und der Büroausstattung,

— die von Dienstleistern getätigten Sachausgaben,

— sonstige in den vorhergehenden Linien nicht besonders vorgesehene Sachausgaben.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

**KAPITEL 2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND KONFERENZEN**

***2 5 2 Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 149 000 | 197 000 | 131 153,51 |

*Erläuterungen*

Dieser Mittelansatz soll die Kosten, die sich aus den Verpflichtungen des Organs als Gastgeber und aus seinen Repräsentationsverpflichtungen ergeben, sowie die Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke der Angehörigen des Personals decken.

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

**KAPITEL 2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND KONFERENZEN** *(Fortsetzung)*

***2 5 4 Sitzungen, Kongresse und Konferenzen***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 291 000 | 326 000 | 239 529,94 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken hauptsächlich die Durchführung von Seminaren und anderen Fortbildungsveranstaltungen für Richter, Staatsanwälte und andere Juristen aus den Mitgliedstaaten am Sitz des Gerichtshofs in Zusammenarbeit mit den Justizministerien.

Die Entwicklung der Rechtsprechung des Gerichtshofs und der einzelstaatlichen Gerichte auf dem Gebiet des Unionsrechts macht Studiensitzungen mit Richtern und Staatsanwälten der höheren einzelstaatlichen Gerichte und mit Fachleuten auf dem Gebiet des Unionsrechts erforderlich.

Dieser Mittelansatz soll auch die Kosten der Veranstaltungen einschließlich der Reise- und Aufenthaltskosten der Teilnehmer decken.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

***2 5 6 Unterrichtung der Öffentlichkeit und öffentliche Veranstaltungen***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 147 500 | 173 500 | 137 072,75 |

*Erläuterungen*

Dieser Mittelansatz soll den Kauf und die Erstellung von leicht verständlichen Veröffentlichungen über das Unionsrecht, sonstige Ausgaben für Information und Fotografiekosten sowie die Beteiligung an den Kosten der Besuche beim Gerichtshof decken.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

***2 5 7 Juristische Dokumentation***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Dieser Mittelansatz soll eine etwaige Forderung nach Kostenbeteiligung decken, die die Kommission im Zusammenhang mit dem juristischen Dokumentationszentrum an die anderen Organe richten könnte (Eingabe und Verbreitung der Daten der interinstitutionellen Datenbank).

**KAPITEL 2 7 — INFORMATION: ERWERB, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG**

***2 7 0 Konsultationen, Untersuchungen und Erhebungen über Einzelprobleme***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

**KAPITEL 27 — INFORMATION: ERWERB, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG** *(Fortsetzung)*

### *272 Ausgaben für Dokumentation, Bibliothek und Archivierung*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 349 000 | 1 333 500 | 1 263 606,74 |

*Erläuterungen*

Dieser Mittelansatz soll decken:

— den Kauf von Büchern, Dokumenten und anderen Veröffentlichungen sowie von Ergänzungslieferungen zu den vorhandenen Werken,

— die Datenerfassung und den Kauf von informatisierten Daten im Bereich der juristischen Dokumentation,

— die Ausstattung der Bibliothek mit besonderen Materialien,

— die Kosten der Abonnements von Zeitungen, allgemeinen Zeitschriften und verschiedenen Mitteilungsblättern,

— die Kosten der Abonnements bei Presseagenturen,

— die Kosten von Buchbindearbeiten und der Erhaltung der Werke der Bibliothek,

— die Kosten der Abfrage bestimmter externer juristischer Datenbanken.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

### *274 Produktion und Verbreitung*

2740 Amtsblatt

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 650 000 | 630 000 | 600 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Kosten für die Veröffentlichung von Mitteilungen im *Amtsblatt der Europäischen Union*.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 20 000 EUR veranschlagt.

2741 Allgemeine Veröffentlichungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 412 000 | 1 185 000 | 2 367 447,91 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken insbesondere die Kosten des Drucks und des Vertriebs der Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofs einschließlich der Rechtsprechung des Gerichts und des Gerichts für den öffentlichen Dienst sowie des Nachschlagewerks der Rechtsprechung zum Unionsrecht.

Dieser Mittelansatz soll auch die Kosten der Herausgabe des Jahresberichts des Gerichtshofs und anderer Broschüren über den Gerichtshof decken, die den Besuchern zur Verfügung gestellt werden.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

## TITEL 3

## AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

### KAPITEL 3 7 — BESONDERE AUSGABEN BESTIMMTER ORGANE UND EINRICHTUNGEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 3 7 | | | | |
| ***3 7 1*** | ***Besondere Ausgaben des Gerichtshofs der Europäischen Union*** | | | | |
| 3 7 1 0 | Gerichtskosten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 52 000 | 45 000 | 30 322,40 | 58,31 |
| 3 7 1 1 | Schiedsausschuss gemäß Artikel 18 des Euratom-Vertrags | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 3 7 1 — Insgesamt* | 52 000 | 45 000 | 30 322,40 | 58,31 |
| | KAPITEL 3 7 — INSGESAMT | 52 000 | 45 000 | 30 322,40 | 58,31 |
| | **Titel 3 — Insgesamt** | **52 000** | **45 000** | **30 322,40** | **58,31** |

# TITEL 3

# AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

## KAPITEL 3 7 — BESONDERE AUSGABEN BESTIMMTER ORGANE UND EINRICHTUNGEN

### *3 7 1 Besondere Ausgaben des Gerichtshofs der Europäischen Union*

3 7 1 0 Gerichtskosten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 52 000 | 45 000 | 30 322,40 |

*Erläuterungen*

Dieser Mittelansatz soll den normalen Gang der Rechtspflege in allen Fällen der Bewilligung der Prozesskostenhilfe ermöglichen und Zeugen- und Sachverständigenauslagen, Kosten für Inaugenscheinnahmen und Rechtshilfeersuchen sowie Anwaltshonorare und sonstige Kosten decken, die unter Umständen vom Gerichtshof zu tragen sind.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

3 7 1 1 Schiedsausschuss gemäß Artikel 18 des Euratom-Vertrags

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

## TITEL 10

## ANDERE AUSGABEN

**KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL**
**KAPITEL 10 1 — RÜCKLAGE FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 10 0 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 1 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 10 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **355 367 500** | **354 880 000** | **343 567 692,52** | **96,68** |

# TITEL 10

# ANDERE AUSGABEN

## KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

## KAPITEL 10 1 — RÜCKLAGE FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

## PERSONAL

## Einzelplan IV — Gerichtshof der Europäischen Union

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Gerichtshof der Europäischen Union | | | |
|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 (außer Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2013) | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | 5 | — | 5 | — |
| AD 15 | 10 | 1 | 10 | 1 |
| AD 14 | 45 (1) | 47 (2) | 45 (3) | 45 (4) |
| AD 13 | 120 | — | 100 | — |
| AD 12 | 99 (5) | 72 | 102 (6) | 68 |
| AD 11 | 50 | 79 | 67 | 75 |
| AD 10 | 52 | 37 | 42 | 34 |
| AD 9 | 196 | 2 | 136 | 2 |
| AD 8 | 100 | 1 | 170 | 1 |
| AD 7 | 175 | — | 156 | — |
| AD 6 | 27 | — | 44 | — |
| AD 5 | 52 | 28 | 49 | 28 |
| Insgesamt | 931 | 267 | 926 | 254 |
| AST 11 | 10 | — | 10 | — |
| AST 10 | 17 | 1 | 12 | 1 |
| AST 9 | 30 | — | 29 | — |
| AST 8 | 47 | 5 | 41 | 5 |
| AST 7 | 56 | 31 | 67 | 29 |
| AST 6 | 62 | 24 | 65 | 24 |
| AST 5 | 65 | 49 | 66 | 47 |
| AST 4 | 91 | 42 | 81 | 42 |
| AST 3 | 167 | 11 | 140 | 10 |
| AST 2 | 40 | 6 | 84 | 5 |
| AST 1 | 39 | — | 57 | — |
| Insgesamt | 624 | 169 | 652 | 163 |
| AST/SC 6 | | | | |
| AST/SC 5 | | | | |
| AST/SC 4 | | | | |
| AST/SC 3 | | | | |
| AST/SC 2 | | | | |
| AST/SC 1 | | | | |
| Insgesamt | | | | |
| **Gesamtzahl** | **1 555** (7) | **436** | **1 578** (8) | **417** |
| **AD und AST insgesamt** | **1 991** (9) | | **1 995** (10) | |

(1) Davon 1 AD 15 ad personam.
(2) Davon 1 AD 15 ad personam.
(3) Davon 1 AD 15 ad personam.
(4) Davon 1 AD 15 ad personam.
(5) Davon 1 AD 14 ad personam.
(6) Davon 1 AD 14 ad personam.
(7) Ohne die nicht dotierte Reserve für Beamte, die zu Mitgliedern des Gerichtshofs, des Gerichts der Europäischen Union oder des Gerichts für den öffentlichen Dienst abgeordnet sind (6 AD 12, 12 AD 11, 18 AD 10, 9 AD 7, 11 AST 6, 17 AST 5, 21 AST 4 und 8 AST 3).
(8) Ohne die nicht dotierte Reserve für Beamte, die zu Mitgliedern des Gerichtshofs, des Gerichts der Europäischen Union oder des Gerichts für den öffentlichen Dienst abgeordnet sind (6 AD 12, 12 AD 11, 18 AD 10, 9 AD 7, 11 AST 6, 17 AST 5, 21 AST 4 und 8 AST 3).
(9) Im Falle von mit Teilzeitkräften besetzten Planstellen können in allen Laufbahngruppen zum Ausgleich der jeweils nicht besetzten Stellenanteile sonstige Bedienstete eingestellt werden.
(10) Im Falle von mit Teilzeitkräften besetzten Planstellen können in allen Laufbahngruppen zum Ausgleich der jeweils nicht besetzten Stellenanteile sonstige Bedienstete eingestellt werden.

*EINZELPLAN V*

**RECHNUNGSHOF**

## EINNAHMEN

### Beitrag der Europäischen Union zur Finanzierung der Ausgaben des Europäischen Rechnungshofs für das Haushaltsjahr 2014

| Bezeichnung | Betrag |
|---|---|
| Ausgaben | 133 497 575 |
| Eigene Einnahmen | – 19 801 000 |
| **Zu vereinnahmender Beitrag** | **113 696 575** |

RECHNUNGSHOF

## EIGENE EINNAHMEN

## TITEL 4

## EINNAHMEN VON MITGLIEDERN UND PERSONAL DES ORGANS

**KAPITEL 4 0 — STEUERN UND VERSCHIEDENE ABZÜGE**
**KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 4 0 | | | | |
| ***4 0 0*** | ***Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Mitglieder des Organs, der Beamten und sonstigen Bediensteten*** | 10 004 000 | 10 170 000 | 9 558 707,34 | 95,55 |
| ***4 0 3*** | ***Ertrag aus der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***4 0 4*** | ***Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | 1 500 000 | 1 400 000 | 1 447 586,43 | 96,51 |
| | KAPITEL 4 0 — INSGESAMT | 11 504 000 | 11 570 000 | 11 006 293,77 | 95,67 |
| | KAPITEL 4 1 | | | | |
| ***4 1 0*** | ***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*** | 8 097 000 | 8 400 000 | 8 080 826,04 | 99,80 |
| ***4 1 1*** | ***Übertragung oder Rückkauf von Versorgungsansprüchen durch das Personal*** | p.m. | p.m. | 49 840,99 | — |
| ***4 1 2*** | ***Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten und Bediensteten auf Zeit zur Versorgungsordnung*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 4 1 — INSGESAMT | 8 097 000 | 8 400 000 | 8 130 667,03 | 100,42 |
| | **Titel 4 — Insgesamt** | **19 601 000** | **19 970 000** | **19 136 960,80** | **97,63** |

# TITEL 4

# EINNAHMEN VON MITGLIEDERN UND PERSONAL DES ORGANS

## KAPITEL 40 — STEUERN UND VERSCHIEDENE ABZÜGE

### 400 *Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Mitglieder des Organs, der Beamten und sonstigen Bediensteten*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 10 004 000 | 10 170 000 | 9 558 707,34 |

*Erläuterungen*

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union, insbesondere Artikel 12.

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 56 vom 4.3.1968, S. 8).

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 des Rates vom 18. Oktober 1977 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. L 268 vom 20.10.1977, S. 1).

### 403 *Ertrag aus der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 des Rates vom 18. Oktober 1977 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. L 268 vom 20.10.1977, S. 1).

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 66a in der bis zum 15. Dezember 2003 geltenden Fassung.

### 404 *Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 1 500 000 | 1 400 000 | 1 447 586,43 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 66a.

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 des Rates vom 18. Oktober 1977 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. L 268 vom 20.10.1977, S. 1).

RECHNUNGSHOF

## KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

### *4 1 0 Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 8 097 000 | 8 400 000 | 8 080 826,04 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 83 Absatz 2.

### *4 1 1 Übertragung oder Rückkauf von Versorgungsansprüchen durch das Personal*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 49 840,99 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 4, Artikel 11 Absätze 2 und 3 und Artikel 48 des Anhangs VIII.

### *4 1 2 Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten und Bediensteten auf Zeit zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

# TITEL 5

## EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DES ORGANS

**KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN SACHEN (LIEFERUNGEN) UND UNBEWEGLICHEN SACHEN**
**KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN**
**KAPITEL 5 2 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN UND DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGE ZINSEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 5 0 | | | | |
| ***5 0 0*** | ***Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen (Lieferungen)*** | | | | |
| 5 0 0 0 | Erlös aus der Veräußerung von Fahrzeugen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 5 0 0 1 | Erlös aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen — Zweckgebundene Einnahmen (ehemaliger Artikel 5 0 0) | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 5 0 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 0 2*** | ***Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 11 507,53 | — |
| | KAPITEL 5 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 11 507,53 | — |
| | KAPITEL 5 1 | | | | |
| ***5 1 1*** | ***Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden und der Erstattung von Mietnebenkosten*** | | | | |
| 5 1 1 0 | Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 5 1 1 1 | Erstattung von Mietnebenkosten — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 5 1 1 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 2 | | | | |
| ***5 2 0*** | ***Erträge aus Anlagemitteln und Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstige Zinsen auf Guthaben des Organs*** | p.m. | p.m. | 59 395,56 | — |
| ***5 2 2*** | ***Zinserträge der Vorfinanzierungen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 2 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 59 395,56 | — |

RECHNUNGSHOF

**KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS DIENSTLEISTUNGEN UND ARBEITEN**
**KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DES ORGANS**
**KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN**
**KAPITEL 5 9 — SONSTIGE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 5 5 | | | | |
| ***5 5 0*** | ***Einnahmen aus Dienstleistungen und Arbeiten, die für andere Organe und Einrichtungen durchgeführt werden, einschließlich der Dienstreisetagegelder, die im Auftrag anderer Organe und Einrichtungen gezahlt und von diesen zurückerstattet werden — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 5 1*** | ***Einnahmen aus Zahlungen Dritter für in ihrem Auftrag durchgeführte Dienstleistungen oder Arbeiten — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 5 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 7 | | | | |
| ***5 7 0*** | ***Einnahmen aus der Rückerstattung von Beträgen, die rechtsgrundlos gezahlt wurden — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 149 362,51 | — |
| ***5 7 1*** | ***Zweckbestimmte Einnahmen, beispielsweise aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen, einschließlich der jedem Organ zugewiesenen eigenen Einnahmen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 7 3*** | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen im Zusammenhang mit der Verwaltung des Organs — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 7 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 149 362,51 | — |
| | KAPITEL 5 8 | | | | |
| ***5 8 0*** | ***Einnahmen aus der Vermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 8 1*** | ***Einnahmen aus Versicherungsleistungen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 8 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 9 | | | | |
| ***5 9 0*** | ***Sonstige Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit*** | p.m. | p.m. | 19,46 | — |
| | KAPITEL 5 9 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 19,46 | — |
| | **Titel 5 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **220 285,06** | **—** |

# TITEL 5

# EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DES ORGANS

## KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN SACHEN (LIEFERUNGEN) UND UNBEWEGLICHEN SACHEN

### *5 0 0 Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen (Lieferungen)*

5 0 0 0 Erlös aus der Veräußerung von Fahrzeugen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Einnahmen aus der Veräußerung oder Inzahlungnahme von Fahrzeugen des Organs verbucht.

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

5 0 0 1 Erlös aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen — Zweckgebundene Einnahmen (ehemaliger Artikel 5 0 0)

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Einnahmen aus der Veräußerung oder Inzahlungnahme von beweglichen Sachen des Organs mit Ausnahme von Fahrzeugen verbucht.

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 0 2 Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 11 507,53 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Dieser Artikel umfasst auch den Erlös aus dem Verkauf dieser Produkte in elektronischem Format. Die Einnahmen werden auf 70 000 EUR veranschlagt.

RECHNUNGSHOF

## KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN

### *5 1 1 Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden und der Erstattung von Mietnebenkosten*

5 1 1 0 Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

5 1 1 1 Erstattung von Mietnebenkosten — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

## KAPITEL 5 2 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN UND DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGE ZINSEN

### *5 2 0 Erträge aus Anlagemitteln und Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstige Zinsen auf Guthaben des Organs*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 59 395,56 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die Erträge aus Anlagemitteln und Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstige Zinsen auf Guthaben des Organs verbucht.

### *5 2 2 Zinserträge der Vorfinanzierungen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die Erträge aus Zinserträgen der Vorfinanzierungen verbucht.

## KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS DIENSTLEISTUNGEN UND ARBEITEN

### *5 5 0* *Einnahmen aus Dienstleistungen und Arbeiten, die für andere Organe und Einrichtungen durchgeführt werden, einschließlich der Dienstreisetagegelder, die im Auftrag anderer Organe und Einrichtungen gezahlt und von diesen zurückerstattet werden — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 5 1* *Einnahmen aus Zahlungen Dritter für in ihrem Auftrag durchgeführte Dienstleistungen oder Arbeiten — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

## KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DES ORGANS

### *5 7 0* *Einnahmen aus der Rückerstattung von Beträgen, die rechtsgrundlos gezahlt wurden — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 149 362,51 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 7 1* *Zweckbestimmte Einnahmen, beispielsweise aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen, einschließlich der jedem Organ zugewiesenen eigenen Einnahmen — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

RECHNUNGSHOF

**KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DES ORGANS**
*(Fortsetzung)*

***5 7 3 Sonstige Beiträge und Erstattungen im Zusammenhang mit der Verwaltung des Organs — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

**KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN**

***5 8 0 Einnahmen aus der Vermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

***5 8 1 Einnahmen aus Versicherungsleistungen — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

**KAPITEL 5 9 — SONSTIGE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**

***5 9 0 Sonstige Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 19,46 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die sonstigen Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit verbucht.

# TITEL 9

# SONSTIGE EINNAHMEN

## KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 9 0 | | | | |
| ***9 0 0*** | ***Sonstige Einnahmen*** | 200 000 | 200 000 | 31 220,39 | 15,61 |
| | KAPITEL 9 0 — INSGESAMT | 200 000 | 200 000 | 31 220,39 | 15,61 |
| | **Titel 9 — Insgesamt** | **200 000** | **200 000** | **31 220,39** | **15,61** |
| | **GESAMTBETRAG** | **19 801 000** | **20 170 000** | **19 388 466,25** | **97,92** |

RECHNUNGSHOF

## TITEL 9

## SONSTIGE EINNAHMEN

### KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

***9 0 0*** ***Sonstige Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 200 000 | 200 000 | 31 220,39 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die sonstigen Einnahmen verbucht.

## AUSGABEN

### Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|
| **1** | **MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS** | | | |
| 1 0 | MITGLIEDER DES ORGANS | 15 175 000 | 14 565 337 | 13 785 440,16 |
| 1 2 | BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT | 93 179 575 | 97 772 266 | 89 015 177,42 |
| 1 4 | SONSTIGES PERSONAL UND EXTERNE LEISTUNGEN | 4 096 000 | 4 175 765 | 3 810 126,53 |
| 1 6 | SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS | 6 312 000 | 6 428 250 | 6 390 821,78 |
| | **Titel 1 — Insgesamt** | **118 762 575** | **122 941 618** | **113 001 565,89** |
| **2** | **GEBÄUDE, MOBILIAR, AUSRÜSTUNG UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN** | | | |
| 2 0 | GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN | 3 350 000 | 8 327 000 | 10 702 666,44 |
| 2 1 | DATENVERARBEITUNG, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR: ANSCHAFFUNG, MIETE UND WARTUNG | 7 918 000 | 8 027 000 | 10 500 809,16 |
| 2 3 | LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB | 438 000 | 413 000 | 612 014,19 |
| 2 5 | SITZUNGEN UND KONFERENZEN | 768 000 | 768 000 | 684 674,09 |
| 2 7 | INFORMATION: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG | 2 261 000 | 2 284 000 | 1 843 221,90 |
| | **Titel 2 — Insgesamt** | **14 735 000** | **19 819 000** | **24 343 385,78** |
| **10** | **SONSTIGE AUSGABEN** | | | |
| 10 0 | VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL | p.m. | p.m. | 0,— |
| 10 1 | RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN | p.m. | p.m. | 0,— |
| | **Titel 10 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **133 497 575** | **142 760 618** | **137 344 951,67** |

RECHNUNGSHOF

## TITEL 1

## MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

### KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS
### KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 1 0 | | | | |
| ***1 0 0*** | ***Amtsbezüge und sonstige Ansprüche*** | | | | |
| 1 0 0 0 | Amtsbezüge, Vergütungen und Versorgungsbezüge | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 8 687 000 | 8 669 992 | 8 245 528,58 | 94,92 |
| 1 0 0 2 | Vergütungen bei Aufnahme der Amtstätigkeit und bei Ausscheiden aus dem Amt | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 557 000 | 224 259 | 390 956,51 | 70,19 |
| | *Artikel 1 0 0 — Insgesamt* | 9 244 000 | 8 894 251 | 8 636 485,09 | 93,43 |
| ***1 0 2*** | ***Übergangsgelder*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 957 000 | 1 736 480 | 1 785 937,55 | 91,26 |
| ***1 0 3*** | ***Versorgungsbezüge*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 3 584 000 | 3 437 561 | 2 964 804,49 | 82,72 |
| ***1 0 4*** | ***Dienstreisen*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 319 000 | 308 000 | 298 237,08 | 93,49 |
| ***1 0 6*** | ***Fortbildung*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 71 000 | 70 000 | 99 975,95 | 140,81 |
| ***1 0 9*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | 119 045 | 0,— | — |
| | KAPITEL 1 0 — INSGESAMT | 15 175 000 | 14 565 337 | 13 785 440,16 | 90,84 |
| | KAPITEL 1 2 | | | | |
| ***1 2 0*** | ***Dienstbezüge und sonstige Ansprüche*** | | | | |
| 1 2 0 0 | Dienstbezüge und Zulagen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 91 758 575 | 95 362 536 | 87 704 177,19 | 95,58 |
| 1 2 0 2 | Vergütete Überstunden | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 416 000 | 421 829 | 404 159,74 | 97,15 |
| 1 2 0 4 | Ansprüche bei Dienstantritt, bei Versetzung und bei Ausscheiden aus dem Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 005 000 | 1 180 087 | 906 840,49 | 90,23 |
| | *Artikel 1 2 0 — Insgesamt* | 93 179 575 | 96 964 452 | 89 015 177,42 | 95,53 |
| ***1 2 2*** | ***Vergütungen bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Dienst*** | | | | |
| 1 2 2 0 | Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |

**KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*
**KAPITEL 1 4 — SONSTIGES PERSONAL UND EXTERNE LEISTUNGEN**
**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***1 2 2*** | *(Fortsetzung)* | | | | |
| 1 2 2 2 | Vergütungen bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst und besondere Ruhestandsregelung für Beamte und Bedienstete auf Zeit | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 1 2 2 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***1 2 9*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | 807 814 | 0,— | — |
| | KAPITEL 1 2 — INSGESAMT | 93 179 575 | 97 772 266 | 89 015 177,42 | 95,53 |
| | KAPITEL 1 4 | | | | |
| ***1 4 0*** | ***Sonstige Bedienstete und externes Personal*** | | | | |
| 1 4 0 0 | Sonstige Bedienstete | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 743 000 | 2 832 900 | 2 718 815,50 | 99,12 |
| 1 4 0 4 | Praktika und Austausch von Personal | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 987 000 | 987 000 | 789 646,74 | 80,— |
| 1 4 0 5 | Sonstige externe Leistungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 40 000 | 40 315 | 13 704,44 | 34,26 |
| 1 4 0 6 | Externe Leistungen im Sprachbereich | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 326 000 | 293 000 | 287 959,85 | 88,33 |
| | *Artikel 1 4 0 — Insgesamt* | 4 096 000 | 4 153 215 | 3 810 126,53 | 93,02 |
| ***1 4 9*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | 22 550 | 0,— | — |
| | KAPITEL 1 4 — INSGESAMT | 4 096 000 | 4 175 765 | 3 810 126,53 | 93,02 |
| | KAPITEL 1 6 | | | | |
| ***1 6 1*** | ***Ausgaben für Personalverwaltung*** | | | | |
| 1 6 1 0 | Verschiedene Ausgaben für Personaleinstellung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 48 000 | 60 250 | 50 011,09 | 104,19 |
| 1 6 1 2 | Berufliche Fortbildung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 718 000 | 705 000 | 689 999,79 | 96,10 |
| | *Artikel 1 6 1 — Insgesamt* | 766 000 | 765 250 | 740 010,88 | 96,61 |
| ***1 6 2*** | ***Dienstreisen*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 3 700 000 | 3 700 000 | 3 511 814,66 | 94,91 |
| ***1 6 3*** | ***Maßnahmen zugunsten des Personals des Organs*** | | | | |
| 1 6 3 0 | Sozialer Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 25 000 | 25 000 | 26 529,42 | 106,12 |

RECHNUNGSHOF

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS** *(Fortsetzung)*

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***1 6 3*** | *(Fortsetzung)* | | | | |
| 1 6 3 2 | Soziale Beziehungen zwischen den Bediensteten und sonstige Sozialaufwendungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 83 000 | 64 000 | 62 453,71 | 75,25 |
| | *Artikel 1 6 3 — Insgesamt* | 108 000 | 89 000 | 88 983,13 | 82,39 |
| ***1 6 5*** | ***Tätigkeiten, die die Mitglieder und das Personal des Organs betreffen*** | | | | |
| 1 6 5 0 | Ärztlicher Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 101 000 | 105 000 | 76 532,68 | 75,77 |
| 1 6 5 2 | Restaurants und Kantinen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 55 000 | 45 000 | 111 480,43 | 202,69 |
| 1 6 5 4 | Kleinkinderzentrum | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 512 000 | 1 654 000 | 1 812 000,— | 119,84 |
| 1 6 5 5 | Ausgaben des Amts für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (PMO) für die Verwaltung der Akten der Bediensteten des Hofes | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 70 000 | 70 000 | 50 000,— | 71,43 |
| | *Artikel 1 6 5 — Insgesamt* | 1 738 000 | 1 874 000 | 2 050 013,11 | 117,95 |
| | KAPITEL 1 6 — INSGESAMT | 6 312 000 | 6 428 250 | 6 390 821,78 | 101,25 |
| | **Titel 1 — Insgesamt** | **118 762 575** | **122 941 618** | **113 001 565,89** | **95,15** |

# TITEL 1

# MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

## KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS

### *1 0 0 Amtsbezüge und sonstige Ansprüche*

1 0 0 0 Amtsbezüge, Vergütungen und Versorgungsbezüge

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 8 687 000 | 8 669 992 | 8 245 528,58 |

*Erläuterungen*

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 des Rates vom 18. Oktober 1977 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. L 268 vom 20.10.1977, S. 1), insbesondere Artikel 2.

Diese Mittel dienen der Finanzierung der Bezüge, Vergütungen und Zulagen der Mitglieder des Rechnungshofs sowie der Deckung der Kosten aufgrund der Anwendung von Berichtigungskoeffizienten auf die Amtsbezüge und den Anteil der Bezüge, der in ein anderes Land als das Land der dienstlichen Verwendung überwiesen wird.

1 0 0 2 Vergütungen bei Aufnahme der Amtstätigkeit und bei Ausscheiden aus dem Amt

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 557 000 | 224 259 | 390 956,51 |

*Erläuterungen*

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 des Rates vom 18. Oktober 1977 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. L 268 vom 20.10.1977, S. 1), insbesondere Artikel 6.

Diese Mittel sind bestimmt:

— für die Erstattung der Reisekosten, die den Mitgliedern des Rechnungshofs bei Amtsantritt oder Ausscheiden aus dem Amt entstehen,

— zur Deckung der bei Amtsantritt oder Ausscheiden aus dem Amt fälligen Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfen für die Mitglieder des Rechnungshofs,

— für die Erstattung der Umzugskosten der Mitglieder des Rechnungshofs bei deren Amtsantritt bzw. Ausscheiden aus dem Amt.

### *1 0 2 Übergangsgelder*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 957 000 | 1 736 480 | 1 785 937,55 |

*Erläuterungen*

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 des Rates vom 18. Oktober 1977 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. L 268 vom 20.10.1977, S. 1), insbesondere Artikel 8.

Diese Mittel sind zur Deckung der Übergangsgelder und der Familienzulagen für die aus dem Amt ausgeschiedenen Mitglieder des Rechnungshofs bestimmt.

RECHNUNGSHOF

**KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS** *(Fortsetzung)*

***1 0 3*** ***Versorgungsbezüge***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 584 000 | 3 437 561 | 2 964 804,49 |

*Erläuterungen*

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 des Rates vom 18. Oktober 1977 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. L 268 vom 20.10.1977, S. 1), insbesondere die Artikel 9, 10, 11 und 16.

Diese Mittel sind zur Deckung der Ruhegehälter und der Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit der ehemaligen Mitglieder des Rechnungshofs sowie der Hinterbliebenenversorgung ihrer überlebenden Ehegatten und Waisen bestimmt.

***1 0 4*** ***Dienstreisen***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 319 000 | 308 000 | 298 237,08 |

*Erläuterungen*

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 des Rates vom 18. Oktober 1977 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. L 268 vom 20.10.1977, S. 1), insbesondere Artikel 7.

Diese Mittel sind zur Deckung der Fahrtkosten, Dienstreisetagegelder sowie Nebenkosten oder außergewöhnlichen Auslagen bestimmt, die im Rahmen von Dienstreisen anfallen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe e der Haushaltsordnung werden auf 2 000 EUR veranschlagt.

***1 0 6*** ***Fortbildung***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 71 000 | 70 000 | 99 975,95 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sollen die Kosten der Teilnahme von Mitgliedern des Rechnungshofs an Sprachkursen oder anderen Fortbildungsveranstaltungen decken.

***1 0 9*** ***Vorläufig eingesetzte Mittel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 119 045 | 0,— |

*Erläuterungen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der Anpassungen der Dienst- und Versorgungsbezüge abzudecken, die vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres möglicherweise beschlossen werden.

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel oder Posten übertragen worden sind.

## KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT

*Erläuterungen*

Auf die Mittelansätze in diesem Kapitel wurde ein Pauschalabschlag von 3 % angewandt.

### *1 2 0 Dienstbezüge und sonstige Ansprüche*

1 2 0 0 Dienstbezüge und Zulagen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 91 758 575 | 95 362 536 | 87 704 177,19 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Veranschlagt sind im Wesentlichen Mittel für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben:

— die Gehälter, Vergütungen und mit den Gehältern zusammenhängenden Zulagen,

— die Kranken- und Unfallversicherung, die Versicherung gegen Berufskrankheiten und sonstige Sozialkosten,

— die Beiträge des Organs im Rahmen des gemeinsamen Krankheitsfürsorgesystems,

— die sonstigen Zulagen und verschiedene Vergütungen,

— die Zahlung der Reisekosten für Beamte oder Bedienstete auf Zeit, ihre Ehegatten und unterhaltsberechtigte Personen vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort,

— die Auswirkungen von Berichtigungskoeffizienten auf die Dienstbezüge und den Anteil der Bezüge, der in ein anderes Land als das Land der dienstlichen Verwendung überwiesen wird,

— die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit sowie die Zahlungen, die das Organ für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muss,

— die Entschädigung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eines Beamten auf Probe im Falle offensichtlich unzulänglicher Leistungen,

— die Entschädigung bei Kündigung des Vertrags eines Bediensteten auf Zeit durch das Organ,

— die Vergütungen für Schichtdienst und für Bereitschaftsdienst am Arbeitsplatz und/oder zu Hause.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

1 2 0 2 Vergütete Überstunden

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 416 000 | 421 829 | 404 159,74 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 56 und Anhang VI.

Diese Mittel decken die Zahlungen für Überstunden nach Maßgabe der vorgenannten Bestimmungen.

1 2 0 4 Ansprüche bei Dienstantritt, bei Versetzung und bei Ausscheiden aus dem Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 005 000 | 1 180 087 | 906 840,49 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

RECHNUNGSHOF

**KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*

***1 2 0*** *(Fortsetzung)*

1 2 0 4 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel decken:

— die Zahlung der Reisekosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) beim Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind,

— die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe und die Umzugskosten für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— die Tagegelder für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die nachweisen, dass sie infolge ihres Dienstantritts oder ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort ihren Wohnort wechseln müssen,

— die Differenz zwischen den Beiträgen von Hilfskräften an das Rentenversicherungssystem eines Mitgliedstaates und den im Falle der vertraglichen Neueinstufung des Bediensteten für das Vorsorgesystem der Union fälligen Beiträgen.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

### *1 2 2 Vergütungen bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Dienst*

1 2 2 0 Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 41 und 50 sowie Anhang IV.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Vergütungen für Beamte, die im Anschluss an eine Maßnahme zur Verringerung der Zahl der Planstellen des Organs in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden, oder für höhere Führungskräfte, die aus dienstlichen Gründen ihrer Stelle enthoben werden.

1 2 2 2 Vergütungen bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst und besondere Ruhestandsregelung für Beamte und Bedienstete auf Zeit

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 64 und 72.

Diese Mittel decken:

— die in Anwendung des Statuts oder anderer Verordnungen zu zahlenden Vergütungen,

— den Arbeitgeberanteil an der Krankenversicherung für die Empfänger der Vergütungen,

— die Auswirkungen der auf die verschiedenen Vergütungen anwendbaren Berichtigungskoeffizienten.

**KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*

***1 2 9 Vorläufig eingesetzte Mittel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 807 814 | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 65 und 65a sowie Anhang XI.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der Anpassungen der Dienst- und Versorgungsbezüge abzudecken, die vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres möglicherweise beschlossen werden.

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel oder Posten dieses Kapitels übertragen worden sind.

**KAPITEL 1 4 — SONSTIGES PERSONAL UND EXTERNE LEISTUNGEN**

***1 4 0 Sonstige Bedienstete und externes Personal***

1 4 0 0 Sonstige Bedienstete

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 743 000 | 2 832 900 | 2 718 815,50 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel decken im Wesentlichen:

— die Bezüge der sonstigen Bediensteten, namentlich der Hilfskräfte, Vertragsbediensteten, örtlichen Bediensteten und Sonderberater (im Sinne der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union), die Arbeitgeberbeiträge zu den verschiedenen Sozialversicherungssystemen und die Auswirkungen der auf die Bezüge dieser Bediensteten anwendbaren Berichtigungskoeffizienten,

— die Honorare des medizinischen und paramedizinischen Personals, das im Rahmen des Dienstleistungssystems bezahlt wird, sowie in besonderen Fällen die Ausgaben für die Einstellung von Leiharbeitskräften.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

1 4 0 4 Praktika und Austausch von Personal

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 987 000 | 987 000 | 789 646,74 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— die Ausgaben im Zusammenhang mit der Abordnung und vorübergehenden Verwendung in den Dienststellen des Rechnungshofs von Beamten (vorzugsweise aus Mitgliedstaaten, aber auch aus anderen Staaten) und anderen Sachverständigen sowie die Ausgaben für Konsultationen von kurzer Dauer,

— die Erstattung zusätzlicher Kosten, die den Beamten der Union beim Austausch von Personal entstehen,

— die Ausgaben für Praktika in den Dienststellen des Rechnungshofs.

RECHNUNGSHOF

**KAPITEL 1 4 — SONSTIGES PERSONAL UND EXTERNE LEISTUNGEN** *(Fortsetzung)*

***1 4 0*** *(Fortsetzung)*

1 4 0 5 Sonstige externe Leistungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 40 000 | 40 315 | 13 704,44 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Kosten für die Einstellung von Aushilfspersonal mit Ausnahme vorübergehend beschäftigter Übersetzer.

1 4 0 6 Externe Leistungen im Sprachbereich

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 326 000 | 293 000 | 287 959,85 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— Ausgaben für die vom interinstitutionellen Übersetzungs- und Dolmetschausschuss (ICTI) beschlossenen Maßnahmen zur Förderung der interinstitutionellen Zusammenarbeit im Sprachbereich,

— Honorare, Sozialversicherungsbeiträge, Reise- und Aufenthaltskosten für freiberufliche Dolmetscher und sonstige vorübergehend beschäftigte Dolmetscher,

— Ausgaben für Leistungen freiberuflicher oder vorübergehend beschäftigter Übersetzer oder für vom Übersetzungsdienst nach außen vergebene Schreib- und sonstige Arbeiten.

***1 4 9*** ***Vorläufig eingesetzte Mittel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 22 550 | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 65 und 65a sowie Anhang XI.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der Anpassungen der Dienst- und Versorgungsbezüge abzudecken, die vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres möglicherweise beschlossen werden.

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel oder Posten dieses Kapitels übertragen worden sind.

## KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS

### *1 6 1 Ausgaben für Personalverwaltung*

1 6 1 0 Verschiedene Ausgaben für Personaleinstellung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 48 000 | 60 250 | 50 011,09 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für die Veröffentlichung, die Einberufung von Bewerbern und das Anmieten der Säle und Geräte für die Durchführung der vom Rechnungshof selbst organisierten Auswahlverfahren und sonstigen Auslese-verfahren sowie für die Reisekosten und die ärztliche Untersuchung der Bewerber.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

1 6 1 2 Berufliche Fortbildung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 718 000 | 705 000 | 689 999,79 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 24a.

Diese Mittel decken die Ausgaben für die Veranstaltung von beruflichen Fortbildungskursen einschließlich Sprachkursen und Seminaren auf dem Gebiet der Rechnungsprüfung und Finanzverwaltung auf interinstitutioneller Basis sowie die Einschreibe-gebühren für ähnliche Veranstaltungen in den Mitgliedstaaten.

Diese Mittel dienen auch zur Deckung der Kosten für Mitgliedsbeiträge zu bestimmten Fachorganisationen, deren Sachgebiet für die Tätigkeit des Hofes relevant ist.

Sie dienen außerdem zur Anschaffung von Lehrmitteln und technischem Material für die Fortbildung des Personals.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 2 500 EUR veranschlagt.

### *1 6 2 Dienstreisen*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 700 000 | 3 700 000 | 3 511 814,66 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 11, 12 und 13 des Anhangs VII.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Fahrtkosten, einschließlich der Nebenkosten für die Ausstellung der Fahrausweise und für Reservierungen, der Dienstreisetagegelder sowie der Nebenkosten oder außergewöhnlichen Auslagen, die im Rahmen von Dienstreisen des Statutspersonals des Rechnungshofes, der zu Dienststellen des Hofes abgeordneten Sachverständigen oder nationalen oder internationalen Beamten oder der Praktikanten entstehen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 5 000 EUR veranschlagt.

RECHNUNGSHOF

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS** *(Fortsetzung)*

***1 6 3 Maßnahmen zugunsten des Personals des Organs***

1 6 3 0 Sozialer Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 25 000 | 25 000 | 26 529,42 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 76.

Aus diesen Mitteln sollen die Zuwendungen an Bedienstete bestritten werden, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden.

Außerdem sind diese Mittel im Rahmen von Maßnahmen zu deren Gunsten für folgende Personen mit Behinderungen bestimmt:

— Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst,

— Ehegatten von Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst,

— alle unterhaltsberechtigten Kinder im Sinne des Statuts der Beamten der Europäischen Union.

Sie decken im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Erschöpfung etwaiger Ansprüche auf einzelstaatlicher Ebene im Aufenthalts- oder Herkunftsland die Erstattung von als notwendig anerkannten Ausgaben, die nicht die medizinische Versorgung betreffen, aufgrund der Behinderung entstehen und ordnungsgemäß nachgewiesen werden.

1 6 3 2 Soziale Beziehungen zwischen den Bediensteten und sonstige Sozialaufwendungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 83 000 | 64 000 | 62 453,71 |

*Erläuterungen*

Der Mittelansatz ist dazu bestimmt,

— alle Initiativen finanziell zu fördern und zu unterstützen, die dazu dienen, die sozialen Beziehungen zwischen den Bediensteten verschiedener Nationalitäten zu entwickeln; hierzu gehören Zuschüsse an Clubs sowie an Vereinigungen des Personals auf kulturellem und sportlichem Gebiet;

— die sonstigen Zuwendungen und Zuschüsse zugunsten der Bediensteten und ihrer Familien zu decken.

***1 6 5 Tätigkeiten, die die Mitglieder und das Personal des Organs betreffen***

1 6 5 0 Ärztlicher Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 101 000 | 105 000 | 76 532,68 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 59 sowie Artikel 8 des Anhangs II.

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Kosten für die jährliche ärztliche Untersuchung des gesamten Personals einschließlich der im Rahmen dieser Kontrolluntersuchung beantragten zusätzlichen ärztlichen Analysen und Untersuchungen.

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DES ORGANS** *(Fortsetzung)*

***1 6 5*** *(Fortsetzung)*

1 6 5 2 Restaurants und Kantinen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 55 000 | 45 000 | 111 480,43 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für den Betrieb der Restaurants und Cafeterias.

Diese Mittel dienen außerdem zur Deckung des Umbaus und des Austauschs der Anlagen im Restaurant und in den Cafeterias im Hinblick auf die Anpassung an die geltenden nationalen Hygiene- und Sicherheitsvorschriften.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

1 6 5 4 Kleinkinderzentrum

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 512 000 | 1 654 000 | 1 812 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken den Anteil des Rechnungshofs am Kleinkinderzentrum und der Kindertagesstätte in Luxemburg.

1 6 5 5 Ausgaben des Amts für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (PMO) für die Verwaltung der Akten der Bediensteten des Hofes

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 70 000 | 70 000 | 50 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Ausgaben, die aufgrund der zwischen dem PMO und dem Rechnungshof geschlossenen Dienstleistungsvereinbarungen entstehen.

RECHNUNGSHOF

## TITEL 2

## GEBÄUDE, MOBILIAR, AUSRÜSTUNG UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

### KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 2 0 | | | | |
| ***2 0 0*** | ***Gebäude*** | | | | |
| 2 0 0 0 | Mieten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 181 000 | 2 466 000 | 4 995 000,— | 2 759,67 |
| 2 0 0 1 | Mietkauf | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 2 0 0 3 | Erwerb von Immobilien | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | 3 000 000 | 3 000 000,— | — |
| 2 0 0 5 | Bau von Gebäuden | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 2 0 0 7 | Herrichtung der Diensträume | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 621 000 | 160 000 | 215 000,— | 34,62 |
| 2 0 0 8 | Studien und technische Unterstützung im Zusammenhang mit Bauvorhaben | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 140 000 | 35 000 | 0,— | 0,— |
| | *Artikel 2 0 0 — Insgesamt* | 942 000 | 5 661 000 | 8 210 000,— | 871,55 |
| ***2 0 2*** | ***Ausgaben für Gebäude*** | | | | |
| 2 0 2 2 | Reinigung und Instandhaltung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 214 000 | 1 211 000 | 1 104 866,— | 91,01 |
| 2 0 2 4 | Energieverbrauch | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 889 000 | 1 099 000 | 1 034 000,— | 116,31 |
| 2 0 2 6 | Sicherheit und Bewachung der Gebäude | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 162 000 | 204 000 | 217 440,26 | 134,22 |
| 2 0 2 8 | Versicherungskosten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 61 000 | 66 000 | 56 360,18 | 92,39 |
| 2 0 2 9 | Sonstige Ausgaben für Gebäude | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 82 000 | 86 000 | 80 000,— | 97,56 |
| | *Artikel 2 0 2 — Insgesamt* | 2 408 000 | 2 666 000 | 2 492 666,44 | 103,52 |
| | KAPITEL 2 0 — INSGESAMT | 3 350 000 | 8 327 000 | 10 702 666,44 | 319,48 |

**KAPITEL 2 1 — DATENVERARBEITUNG, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR: ANSCHAFFUNG, MIETE UND WARTUNG**
**KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB**
**KAPITEL 2 5 — SITZUNGEN UND KONFERENZEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 2 1 | | | | |
| ***2 1 0*** | ***Ausrüstung, Betriebskosten und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung und der Telekommunikation*** | | | | |
| 2 1 0 0 | Kauf, Instandhaltung und Wartung der Hardware und Software | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 191 000 | 2 236 000 | 2 644 542,65 | 120,70 |
| 2 1 0 2 | Externe Leistungen für Betrieb, Implementierung und Wartung der Software und der Systeme | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 4 462 000 | 4 122 000 | 6 271 544,73 | 140,55 |
| 2 1 0 3 | Telekommunikation | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 457 000 | 839 000 | 591 904,68 | 129,52 |
| | *Artikel 2 1 0 — Insgesamt* | 7 110 000 | 7 197 000 | 9 507 992,06 | 133,73 |
| ***2 1 2*** | ***Mobiliar*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 107 000 | 109 000 | 284 848,79 | 266,21 |
| ***2 1 4*** | ***Material und technische Anlagen*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 145 000 | 150 000 | 155 322,63 | 107,12 |
| ***2 1 6*** | ***Fahrzeuge*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 556 000 | 571 000 | 552 645,68 | 99,40 |
| | KAPITEL 2 1 — INSGESAMT | 7 918 000 | 8 027 000 | 10 500 809,16 | 132,62 |
| | KAPITEL 2 3 | | | | |
| ***2 3 0*** | ***Papier- und Bürobedarf sowie verschiedene Verbrauchsmaterialien*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 160 000 | 150 000 | 161 556,88 | 100,97 |
| ***2 3 1*** | ***Finanzkosten*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 20 000 | 20 000 | 20 000,— | 100,— |
| ***2 3 2*** | ***Rechtsschutzkosten und Schadenersatz*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 50 000 | 30 000 | 120 000,— | 240,— |
| ***2 3 6*** | ***Postgebühren*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 50 000 | 50 000 | 45 601,49 | 91,20 |
| ***2 3 8*** | ***Sonstige Ausgaben für den Dienstbetrieb*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 158 000 | 163 000 | 264 855,82 | 167,63 |
| | KAPITEL 2 3 — INSGESAMT | 438 000 | 413 000 | 612 014,19 | 139,73 |
| | KAPITEL 2 5 | | | | |
| ***2 5 2*** | ***Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 234 000 | 234 000 | 229 975,01 | 98,28 |
| ***2 5 4*** | ***Sitzungen, Kongresse und Konferenzen*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 142 000 | 142 000 | 95 341,22 | 67,14 |

RECHNUNGSHOF

**KAPITEL 2 5 — SITZUNGEN UND KONFERENZEN** *(Fortsetzung)*
**KAPITEL 2 7 — INFORMATION: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***2 5 6*** | ***Ausgaben für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und für die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 17 000 | 17 000 | 16 857,86 | 99,16 |
| ***2 5 7*** | ***Gemeinsamer Dolmetscherkonferenzdienst*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 375 000 | 375 000 | 342 500,— | 91,33 |
| | KAPITEL 2 5 — INSGESAMT | 768 000 | 768 000 | 684 674,09 | 89,15 |
| | KAPITEL 2 7 | | | | |
| ***2 7 0*** | ***Konsultationen, Untersuchungen und Erhebungen über Einzelprobleme*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 441 000 | 480 000 | 281 307,42 | 63,79 |
| ***2 7 2*** | ***Ausgaben für Dokumentation, Bibliothek und Archivierung*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 310 000 | 304 000 | 303 995,48 | 98,06 |
| ***2 7 4*** | ***Produktion und Verbreitung*** | | | | |
| 2 7 4 0 | Amtsblatt | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 550 000 | 670 000 | 465 000,— | 84,55 |
| 2 7 4 1 | Allgemeine Veröffentlichungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 960 000 | 830 000 | 792 919,— | 82,60 |
| | *Artikel 2 7 4 — Insgesamt* | 1 510 000 | 1 500 000 | 1 257 919,— | 83,31 |
| | KAPITEL 2 7 — INSGESAMT | 2 261 000 | 2 284 000 | 1 843 221,90 | 81,52 |
| | **Titel 2 — Insgesamt** | **14 735 000** | **19 819 000** | **24 343 385,78** | **165,21** |

## TITEL 2

## GEBÄUDE, MOBILIAR, AUSRÜSTUNG UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

### KAPITEL 20 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN

*Erläuterungen*

Da die Versicherungsgesellschaften den Versicherungsschutz gekündigt haben, muss das Risiko von Arbeitskämpfen und Terroranschlägen für die Gebäude des Rechnungshofs im Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union abgedeckt werden. Die Mittelansätze dieses Titels decken folglich alle Ausgaben im Zusammenhang mit Schäden ab, die aus Arbeitskämpfen und Terroranschlägen resultieren.

***200*** ***Gebäude***

2000 Mieten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 181 000 | 2 466 000 | 4 995 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Mieten in Luxemburg und in Brüssel bestimmt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 7 000 EUR veranschlagt.

2001 Mietkauf

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Finanzierung der Erbpachtzinsen und vergleichbaren Ausgaben, die das Organ aufgrund von Mietkaufverträgen zu zahlen hat.

2003 Erwerb von Immobilien

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 3 000 000 | 3 000 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Finanzierung der jährlichen Tranchen für die Erweiterung des Gebäudes des Rechnungshofs in Luxemburg (Kirchberg).

Diese Mittel dienen zur Finanzierung des Immobilienprojekts K3 des Rechnungshofs.

2005 Bau von Gebäuden

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten können Mittel für die Errichtung von Gebäuden eingesetzt werden.

RECHNUNGSHOF

**KAPITEL 20 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN** *(Fortsetzung)*

***200*** *(Fortsetzung)*

2007 Herrichtung der Diensträume

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 621 000 | 160 000 | 215 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— Herrichtungsarbeiten, insbesondere Einsetzung von Zwischenwänden in den Gebäuden, Anbringung von Vorhängen, Verlegung von Leitungen, Anstrich, Wandverkleidung, Bodenbelag, Einziehung von Zwischendecken sowie entsprechende technische Einrichtungen,

— die Ausgaben für Arbeiten, die infolge von Studien und technischer Unterstützung für größere Bauvorhaben durchgeführt werden.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2008 Studien und technische Unterstützung im Zusammenhang mit Bauvorhaben

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 140 000 | 35 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sollen die Ausgaben decken, die mit den Studien und der technischen Unterstützung für größere Bauvorhaben zusammenhängen.

***202*** ***Ausgaben für Gebäude***

2022 Reinigung und Instandhaltung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 214 000 | 1 211 000 | 1 104 866,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— die Reinigungskosten und die Kosten für die Instandhaltung der Räume, der Aufzüge, der Zentralheizung, der Klimaanlagen, der elektrischen Anlagen sowie für Änderungs- und Instandsetzungsarbeiten,

— die Kosten für Putz- und Pflegemittel, Wäscherei und chemische Reinigung sowie das für die Instandhaltung erforderliche Material.

Vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen stimmt sich das Organ nach Maßgabe von Artikel 70 der Haushaltsordnung mit den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ jeweils erzielten Bedingungen (Preise, gewählte Währung, Indexierung, Dauer, sonstige Klauseln) ab.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2024 Energieverbrauch

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 889 000 | 1 099 000 | 1 034 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Kosten für Wasser-, Gas- und Stromverbrauch sowie Heizung.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

**KAPITEL 20 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN** *(Fortsetzung)*

***20 2*** *(Fortsetzung)*

2026 Sicherheit und Bewachung der Gebäude

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 162 000 | 204 000 | 217 440,26 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind verschiedene Ausgaben für die Sicherheit der Gebäude, insbesondere für den Gebäudebewachungsvertrag, die Anschaffung und Unterhaltung der Brandbekämpfungsgeräte und der Ausrüstung der Sicherheitsbediensteten usw.

Vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen stimmt sich das Organ nach Maßgabe von Artikel 70 der Haushaltsordnung mit den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ jeweils erzielten Bedingungen (Preise, gewählte Währung, Indexierung, Dauer, sonstige Klauseln) ab.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2028 Versicherungskosten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 61 000 | 66 000 | 56 360,18 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die in den Versicherungspolicen vorgesehenen Prämien für die vom Rechnungshof belegten Gebäude einschließlich der beweglichen Sachen und der Kunstgegenstände.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2029 Sonstige Ausgaben für Gebäude

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 82 000 | 86 000 | 80 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für die übrigen, in den sonstigen Artikeln dieses Kapitels nicht gesondert ausgewiesenen laufenden Ausgaben für Gebäude bestimmt, insbesondere für Kanalgebühren, Müllabfuhr, Straßenreinigungsgebühren, Beschilderungsmaterial usw.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

**KAPITEL 21 — DATENVERARBEITUNG, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR: ANSCHAFFUNG, MIETE UND WARTUNG**

***210 Ausrüstung, Betriebskosten und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung und der Telekommunikation***

2100 Kauf, Instandhaltung und Wartung der Hardware und Software

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 191 000 | 2 236 000 | 2 644 542,65 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung folgender Betriebskosten bestimmt:

— Kauf, Leasing und Wartung von EDV-Anlagen und Software sowie sonstigem Material und Dokumentation,

— EDV-Verbindungsleitungen.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

RECHNUNGSHOF

**KAPITEL 2 1 — DATENVERARBEITUNG, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR: ANSCHAFFUNG, MIETE UND WARTUNG** *(Fortsetzung)*

***2 1 0*** *(Fortsetzung)*

2 1 0 2 Externe Leistungen für Betrieb, Implementierung und Wartung der Software und der Systeme

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 462 000 | 4 122 000 | 6 271 544,73 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind die Ausgaben für externes Personal und extern vergebene Arbeiten, einschließlich Helpdesk-Dienstleistungen.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2 1 0 3 Telekommunikation

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 457 000 | 839 000 | 591 904,68 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung sämtlicher Kosten der Telekommunikation bestimmt, also Grundgebühren, Telefonleitungen, Benutzungsgebühren, Wartungsgebühren sowie Kauf, Austausch, Reparatur- und Instandhaltungskosten der Telefonanlagen und -geräte.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 45 000 EUR veranschlagt.

***2 1 2*** ***Mobiliar***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 107 000 | 109 000 | 284 848,79 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für den Kauf oder die Miete von zusätzlichem Mobiliar, für die Instandhaltung oder Instandsetzung von Mobiliar sowie für die Erneuerung von veraltetem oder beschädigtem Mobiliar bestimmt.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

***2 1 4*** ***Material und technische Anlagen***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 145 000 | 150 000 | 155 322,63 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für die Beschaffung, Ersatzbeschaffung, Miete, Instandhaltung und Instandsetzung von Material und Hardware für die Büroautomation bestimmt.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

**KAPITEL 2 1 — DATENVERARBEITUNG, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR: ANSCHAFFUNG, MIETE UND WARTUNG** *(Fortsetzung)*

***2 1 6 Fahrzeuge***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 556 000 | 571 000 | 552 645,68 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für den Kauf oder die Miete von Fahrzeugen mit oder ohne Fahrer (einschließlich von Taxis) sowie für die Deckung der Kosten für den Betrieb der Fahrzeuge bestimmt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 10 000 EUR veranschlagt und sind für die Vél'OH-Abonnements zu verwenden.

**KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB**

***2 3 0 Papier- und Bürobedarf sowie verschiedene Verbrauchsmaterialien***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 160 000 | 150 000 | 161 556,88 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung aller Ausgaben für Papier- und Bürobedarf.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

***2 3 1 Finanzkosten***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 20 000 | 20 000 | 20 000,— |

***2 3 2 Rechtsschutzkosten und Schadenersatz***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 50 000 | 30 000 | 120 000,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Kosten und Gebühren, die der Rechnungshof gegebenenfalls tragen muss.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

***2 3 6 Postgebühren***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 50 000 | 50 000 | 45 601,49 |

RECHNUNGSHOF

**KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB** *(Fortsetzung)*

***2 3 8 Sonstige Ausgaben für den Dienstbetrieb***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 158 000 | 163 000 | 264 855,82 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— die Ausgaben für die Versicherung des Reisegepäcks der Bediensteten auf Dienstreise,

— die Anschaffung der Dienstkleidung für Amtsgehilfen und Fahrer sowie der sonstigen Arbeitskleidung,

— Erfrischungen und gelegentliche Imbisse bei internen Sitzungen,

— die Kosten für Umzüge und Transporte von Material, Mobiliar und Bürobedarf,

— sonstige, unter den vorangehenden Haushaltslinien nicht ausdrücklich vorgesehene Betriebsausgaben sowie Kosten für die Instandhaltung oder Instandsetzung der Ausrüstung,

— Kleinausgaben.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

**KAPITEL 2 5 — SITZUNGEN UND KONFERENZEN**

***2 5 2 Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 234 000 | 234 000 | 229 975,01 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Empfänge und Repräsentationsverpflichtungen des Rechnungshofs.

***2 5 4 Sitzungen, Kongresse und Konferenzen***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 142 000 | 142 000 | 95 341,22 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Reise-, Aufenthalts- und Nebenkosten für die Teilnahme von Sachverständigen an Sitzungen der Studien- und Arbeitsgruppen sowie der Kosten für die Veranstaltung dieser Sitzungen, soweit sie nicht durch die bestehende Infrastruktur gedeckt sind.

Sie dienen ebenfalls zur Deckung der verschiedenen Kosten für die Organisation von und die Teilnahme an Konferenzen, Kongressen und Sitzungen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

**KAPITEL 2 5 — SITZUNGEN UND KONFERENZEN** *(Fortsetzung)*

***2 5 6 Ausgaben für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und für die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 17 000 | 17 000 | 16 857,86 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Veranstaltung von Studientagen über die Tätigkeit des Rechnungshofs für Hochschullehrer, Redakteure von Fachzeitschriften und sonstige fachkundige Besucher aus den Mitgliedstaaten bestimmt. Außerdem dienen sie zur Deckung verschiedener Ausgaben im Zusammenhang mit der Informations- und Kommunikationspolitik des Rechnungshofs.

***2 5 7 Gemeinsamer Dolmetscherkonferenzdienst***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 375 000 | 375 000 | 342 500,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Zahlung der von den Dolmetscherdiensten des Europäischen Parlaments und der Kommission erbrachten Leistungen bestimmt.

**KAPITEL 2 7 — INFORMATION: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG**

***2 7 0 Konsultationen, Untersuchungen und Erhebungen über Einzelprobleme***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 441 000 | 480 000 | 281 307,42 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sollen die Vergabe von Studienverträgen an qualifizierte Sachverständige im Bereich der Rechnungsprüfung, aber auch auf administrativem Gebiet ermöglichen.

Im Rahmen seiner Prüfungen muss der Rechnungshof auf Fachuntersuchungen und -analysen zurückgreifen (z. B. im Bereich der Chemie, Physik, Statistik), die an externe Experten vergeben werden. Diese Mittel umfassen auch die Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses des Rechnungshofs durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, deren Bericht im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht wird.

***2 7 2 Ausgaben für Dokumentation, Bibliothek und Archivierung***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 310 000 | 304 000 | 303 995,48 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— die Anschaffung von Büchern, Dokumenten und sonstigen nicht periodischen Veröffentlichungen sowie Ergänzungslieferungen zu den vorhandenen Werken,

— spezielle Bibliothekenausstattung,

— die Kosten für Abonnements von Zeitungen, Zeitschriften und verschiedenen Mitteilungsblättern,

— die Kosten für Abonnements bei Presseagenturen oder externen Informationsdatenbanken,

— die Kosten für die Abfrage bestimmter externer Datenbanken,

— die Kosten für Buchbindearbeiten und für die Erhaltung der Werke der Bibliothek,

— die Kosten für die Aufbereitung der Archivbestände und den Erwerb von Ersatzarchivbeständen.

RECHNUNGSHOF

**KAPITEL 2 7 — INFORMATION: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG** *(Fortsetzung)*

***2 7 4 Produktion und Verbreitung***

2 7 4 0 Amtsblatt

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 550 000 | 670 000 | 465 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sollen die Kosten für den Druck der Veröffentlichungen des Rechnungshofs im *Amtsblatt der Europäischen Union* decken.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 70 000 EUR veranschlagt.

2 7 4 1 Allgemeine Veröffentlichungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 960 000 | 830 000 | 792 919,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung:

— der Aufwendungen für die Veröffentlichung und Verbreitung der vom Rechnungshof aufgrund von Artikel 287 Absatz 4 Unterabsatz 2 und Artikel 325 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angenommenen Berichte und Stellungnahmen,

— der Ausgaben für die Bekanntmachung der Prüfungsarbeiten und Tätigkeiten des Rechnungshofs (insbesondere Internet-Auftritt, audiovisuelles Material, Dokumentation) einschließlich der Ausgaben für die Beziehungen zur Presse und zu anderen interessierten Kreisen.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung: p.m.

RECHNUNGSHOF

## TITEL 10

## SONSTIGE AUSGABEN

### KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL
### KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 10 0 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 1 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 10 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **133 497 575** | **142 760 618** | **137 344 951,67** | **102,88** |

RECHNUNGSHOF

## TITEL 10

## SONSTIGE AUSGABEN

### KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

### KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

RECHNUNGSHOF

## PERSONAL

## Einzelplan V — Rechnungshof

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Rechnungshof | | | |
|---|---|---|---|---|
| | Dauerplanstellen | | Zeitplanstellen (1) | |
| | 2014 | 2013 | 2014 | 2013 |
| Sondergruppe | | | 1 | 1 |
| AD 16 | | | | |
| AD 15 | 11 (4) (7) | 10 (4) | | |
| AD 14 | 31 (2) (4) | 32 (2) (4) | 30 (5) | 30 (5) |
| AD 13 | 41 (4) (7) | 33 (4) | 2 | 2 |
| AD 12 | 53 (3) (4) | 61 (3) (4) | 5 | 5 |
| AD 11 | 36 (4) (7) | 33 (4) | 31 | 31 |
| AD 10 | 64 (4) (7) | 57 (4) | 2 (5) | 2 (5) |
| AD 9 | 66 (4) (5) | 76 (4) (5) | | |
| AD 8 | 52 | 52 | | |
| AD 7 | 78 (7) | 23 | | |
| AD 6 | 88 (4) (7) | 133 (4) | | |
| AD 5 | 17 (4) (5) (6) (7) (8) | 27 (4) (5) (6) | | |
| AD insgesamt | 537 | 537 | 71 | 71 |
| AST 11 | 9 | 9 | | |
| AST 10 | 7 (7) | 7 | | |
| AST 9 | 8 (4) (7) | 6 (4) | | |
| AST 8 | 23 (4) (7)) | 22 (4) | | |
| AST 7 | 25 (4) (7) | 28 (4) | 29 (5) | 29 (5) |
| AST 6 | 24 (4) (7) | 22 (4) | | |
| AST 5 | 30 (4) (7) | 32 (4) | | |
| AST 4 | 18 (4) | 18 (4) | 29 (5) | 29 (5) |
| AST 3 | 39 (6) (7) (8) | 33 (6) | 7 (4) | 7 (4) |
| AST 2 | 16 (4) (7) | 33 (4) | 3 (4) | 3 (4) |
| AST 1 | 5 (4) (5) (6) | 5 (4) (5) (6) | | |
| AST insgesamt | 206 | 215 | 68 | 68 |
| AST/SC 6 | | | | |
| AST/SC 5 | | | | |
| AST/SC 4 | | | | |
| AST/SC 3 | | | | |
| AST/SC 2 | 2 | | | |
| AST/SC 1 | | | | |
| AST/SC total | | | | |
| **Gesamtzahl** | **743** (9) | **752** (9) | **139** | **139** |

(1) Die tatsächliche Einweisung in die Besoldungsgruppe bei Besetzung der den Kabinetten der Mitglieder zugeordneten Stellen unterliegt den gleichen Kriterien wie bei Beamten, die vor dem 1. Mai 2004 eingestellt wurden.

(2) Davon 1 AD 15 ad personam.

(3) Davon 1 AD 14 ad personam.

(4) Stellenanhebungen für 2013.

(5) Erweiterung durch den Beitritt Kroatiens (ab Juli 2013).

(6) Streichung von 9 Planstellen (2013).

(7) Stellenanhebungen für 2014.

(8) Streichung von 9 Planstellen (2014).

(9) Ohne virtuelle Reserve für die an die Kabinette abgeordneten Beamten, für die keine Mittel bereitgestellt werden (1 AD 14, 2 AD 13, 5 AD 12, 5 AD 11, 12 AD 10, 2 AD 9, 6 AD 8, 1 AD 6, 1 AST 11, 1 AST 10, 1 AST 9, 1 AST 8, 4 AST 7, 10 AST 6, 8 AST 5, 9 AST 4, 4 AST 3, 2 AST 2 und 3 AST 1).

*EINZELPLAN VI*

# EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

## EINNAHMEN

### Beitrag der Europäischen Union zur Finanzierung der Ausgaben des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses für das Haushaltsjahr 2014

| Bezeichnung | Betrag |
|---|---|
| Ausgaben | 128 559 380 |
| Eigene Einnahmen | – 10 926 392 |
| **Zu vereinnahmender Beitrag** | **117 632 988** |

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

## EIGENE EINNAHMEN

## TITEL 4

## EINNAHMEN VON MITGLIEDERN UND PERSONAL DER ORGANE UND SONSTIGEN EINRICHTUNGEN DER UNION

**KAPITEL 4 0 — STEUERN UND VERSCHIEDENE ABZÜGE**
**KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE DES PERSONALS ZUR VERSORGUNGSORDNUNG**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 4 0 | | | | |
| ***4 0 0*** | ***Ertrag aus der Besteuerung der Gehälter, Löhne und. anderen Bezügen der Mitglieder der Institution, der Beamten, der sonstigen Bediensteten sowie der Ruhegehaltsempfänger*** | 4 521 290 | 4 467 343 | 4 475 537,— | 98,99 |
| ***4 0 3*** | ***Ertrag aus der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder der Institution sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***4 0 4*** | ***Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | 871 316 | 426 482 | 790 624,— | 90,74 |
| | KAPITEL 4 0 — INSGESAMT | 5 392 606 | 4 893 825 | 5 266 161,— | 97,66 |
| | KAPITEL 4 1 | | | | |
| ***4 1 0*** | ***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*** | 5 493 786 | 5 968 211 | 6 124 566,— | 111,48 |
| ***4 1 1*** | ***Übertragung oder Rückkauf von Versorgungsansprüchen durch das Personal*** | p.m. | p.m. | 373 230,— | — |
| ***4 1 2*** | ***Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten und Bediensteten auf Zeit zur Versorgungsordnung*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 4 1 — INSGESAMT | 5 493 786 | 5 968 211 | 6 497 796,— | 118,28 |
| | **Titel 4 — Insgesamt** | **10 886 392** | **10 862 036** | **11 763 957,—** | **108,06** |

# TITEL 4

# EINNAHMEN VON MITGLIEDERN UND PERSONAL DER ORGANE UND SONSTIGEN EINRICHTUNGEN DER UNION

## KAPITEL 4 0 — STEUERN UND VERSCHIEDENE ABZÜGE

### 4 0 0 *Ertrag aus der Besteuerung der Gehälter, Löhne und. anderen Bezügen der Mitglieder der Institution, der Beamten, der sonstigen Bediensteten sowie der Ruhegehaltsempfänger*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 4 521 290 | 4 467 343 | 4 475 537,— |

*Erläuterungen*

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union, insbesondere Artikel 12.

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 56 vom 4.3.1968, S. 8).

### 4 0 3 *Ertrag aus der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder der Institution sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Das Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 66a in der bis zum 15. Dezember 2003 geltenden Fassung.

### 4 0 4 *Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 871 316 | 426 482 | 790 624,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 66a.

## KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE DES PERSONALS ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

### 4 1 0 *Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 5 493 786 | 5 968 211 | 6 124 566,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 83 Absatz 2.

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

**KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE DES PERSONALS ZUR VERSORGUNGSORDNUNG** *(Fortsetzung)*

***4 1 1 Übertragung oder Rückkauf von Versorgungsansprüchen durch das Personal***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 373 230,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 4, Artikel 11 Absätze 2 und 3 und Artikel 48 des Anhangs VIII.

***4 1 2 Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten und Bediensteten auf Zeit zur Versorgungsordnung***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

## TITEL 5

## VERSCHIEDENE EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DER EINRICHTUNG

**KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG BEWEGLICHER SACHEN (LIEFERUNGEN) UND UNBEWEGLICHER SACHEN**
**KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN**
**KAPITEL 5 2 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN ODER DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 5 0 | | | | |
| ***5 0 0*** | ***Erlös aus der Veräußerung beweglicher Sachen (Lieferungen)*** | | | | |
| 5 0 0 0 | Erlös aus der Veräußerung von Fahrzeugen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 5 0 0 1 | Erlös aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 3 645,— | — |
| | *Artikel 5 0 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 3 645,— | — |
| ***5 0 2*** | ***Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 10 597,— | — |
| | KAPITEL 5 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 14 242,— | — |
| | KAPITEL 5 1 | | | | |
| ***5 1 0*** | ***Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 1 1*** | ***Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden und der Erstattung der Mietnebenkosten*** | | | | |
| 5 1 1 0 | Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 1 392 233,— | — |
| 5 1 1 1 | Erstattung von Mietnebenkosten — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 5 1 1 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 1 392 233,— | — |
| | KAPITEL 5 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 1 392 233,— | — |
| | KAPITEL 5 2 | | | | |
| ***5 2 0*** | ***Erträge aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben der Einrichtung*** | 40 000 | 40 000 | 23 456,— | 58,64 |
| | KAPITEL 5 2 — INSGESAMT | 40 000 | 40 000 | 23 456,— | 58,64 |

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

**KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS DIENSTLEISTUNGEN UND SONSTIGER ARBEIT**
**KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DER EINRICHTUNG**
**KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN**
**KAPITEL 5 9 — ANDERE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 5 5 | | | | |
| ***5 5 0*** | ***Einnahmen aus Dienstleistungen und sonstiger Arbeit, die für andere Organe oder Einrichtungen durchgeführt werden, einschließlich der Dienstreisetagegelder, die im Auftrag anderer Einrichtungen oder Stellen gezahlt und von diesen zurückerstattet werden — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 1 838 381,— | — |
| ***5 5 1*** | ***Einnahmen aus Zahlungen Dritter für Dienstleistungen oder in ihrem Auftrag durchgeführte Arbeiten — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 5 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 1 838 381,— | — |
| | KAPITEL 5 7 | | | | |
| ***5 7 0*** | ***Einnahmen aus der Rückerstattung von Beträgen, die rechtsgrundlos gezahlt wurden — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 51 921,— | — |
| ***5 7 1*** | ***Zweckbestimmte Einnahmen, beispielsweise aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen, einschließlich der jeder Einrichtung zugewiesenen eigenen Einnahmen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 7 3*** | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen im Zusammenhang mit der Verwaltung des Organs — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 427 747,— | — |
| | KAPITEL 5 7 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 479 668,— | — |
| | KAPITEL 5 8 | | | | |
| ***5 8 0*** | ***Einnahmen aus der Vermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 8 1*** | ***Einnahmen aus Versicherungsleistungen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 7 496,— | — |
| | KAPITEL 5 8 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 7 496,— | — |
| | KAPITEL 5 9 | | | | |
| ***5 9 0*** | ***Andere Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 9 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 5 — Insgesamt** | **40 000** | **40 000** | **3 755 476,—** | **9 388,69** |

# TITEL 5

# VERSCHIEDENE EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DER EINRICHTUNG

## KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG BEWEGLICHER SACHEN (LIEFERUNGEN) UND UNBEWEGLICHER SACHEN

### *5 0 0 Erlös aus der Veräußerung beweglicher Sachen (Lieferungen)*

5 0 0 0 Erlös aus der Veräußerung von Fahrzeugen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Einnahmen aus der Veräußerung oder Inzahlungnahme von Fahrzeugen der Einrichtung verbucht.

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

5 0 0 1 Erlös aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 3 645,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Einnahmen aus der Veräußerung oder Inzahlungnahme beweglicher Sachen der Einrichtung mit Ausnahme von Fahrzeugen verbucht.

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 0 2 Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 10 597,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

## KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN

### *5 1 0 Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

**KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***5 1 1 Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden und der Erstattung der Mietnebenkosten***

5 1 1 0 Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 1 392 233,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

5 1 1 1 Erstattung von Mietnebenkosten — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

**KAPITEL 5 2 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN ODER DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN**

***5 2 0 Erträge aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben der Einrichtung***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 40 000 | 40 000 | 23 456,— |

**KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS DIENSTLEISTUNGEN UND SONSTIGER ARBEIT**

***5 5 0 Einnahmen aus Dienstleistungen und sonstiger Arbeit, die für andere Organe oder Einrichtungen durchgeführt werden, einschließlich der Dienstreisetagegelder, die im Auftrag anderer Einrichtungen oder Stellen gezahlt und von diesen zurückerstattet werden — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 1 838 381,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

**KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS DIENSTLEISTUNGEN UND SONSTIGER ARBEIT** *(Fortsetzung)*

***5 5 1 Einnahmen aus Zahlungen Dritter für Dienstleistungen oder in ihrem Auftrag durchgeführte Arbeiten — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

**KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DER EINRICHTUNG**

***5 7 0 Einnahmen aus der Rückerstattung von Beträgen, die rechtsgrundlos gezahlt wurden — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 51 921,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

***5 7 1 Zweckbestimmte Einnahmen, beispielsweise aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen, einschließlich der jeder Einrichtung zugewiesenen eigenen Einnahmen — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

***5 7 3 Sonstige Beiträge und Erstattungen im Zusammenhang mit der Verwaltung des Organs — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 427 747,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

**KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN**

***5 8 0*** ***Einnahmen aus der Vermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

***5 8 1*** ***Einnahmen aus Versicherungsleistungen — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 7 496,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

**KAPITEL 5 9 — ANDERE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**

***5 9 0*** ***Andere Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

## TITEL 9

## VERSCHIEDENE EINNAHMEN

### KAPITEL 9 0 — VERSCHIEDENE EINNAHMEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 9 0 | p.m. | p.m. | 21 953,— | — |
| | KAPITEL 9 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 21 953,— | — |
| | **Titel 9 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **21 953,—** | **—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **10 926 392** | **10 902 036** | **15 541 386,—** | **142,24** |

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

## TITEL 9

## VERSCHIEDENE EINNAHMEN

### KAPITEL 9 0 — VERSCHIEDENE EINNAHMEN

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 21 953,— |

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

## AUSGABEN

### Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|
| **1** | **PERSONAL DER EINRICHTUNG** | | | |
| 1 0 | MITGLIEDER DER EINRICHTUNG UND DELEGIERTE | 19 533 937 | 19 533 937 | 18 033 244,— |
| 1 2 | BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT | 65 085 681 | 66 428 959 | 64 395 963,— |
| 1 4 | SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNE LEISTUNGEN | 4 184 719 | 4 391 461 | 4 013 531,— |
| 1 6 | SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG | 1 830 252 | 1 894 000 | 1 707 171,— |
| | **Titel 1 — Insgesamt** | **90 634 589** | **92 248 357** | **88 149 909,—** |
| **2** | **GEBÄUDE, MOBILIAR, AUSRÜSTUNGEN UND DIVERSE AUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB** | | | |
| 2 0 | GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN | 19 728 928 | 19 728 687 | 19 144 888,— |
| 2 1 | INFORMATIK, AUSRÜSTUNGEN UND MOBILIAR: KAUF, ANMIETUNG UND WARTUNG | 6 062 390 | 6 049 280 | 6 038 649,— |
| 2 3 | LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB | 518 450 | 518 451 | 507 061,— |
| 2 5 | ARBEITEN DER EINRICHTUNG | 9 469 511 | 9 425 175 | 8 939 517,— |
| 2 6 | KOMMUNIKATION, VERÖFFENTLICHUNGEN UND BESCHAFFUNG VON VERÖFFENTLICHUNGEN | 2 145 512 | 2 134 450 | 1 881 414,— |
| | **Titel 2 — Insgesamt** | **37 924 791** | **37 856 043** | **36 511 529,—** |
| **10** | **SONSTIGE AUSGABEN** | | | |
| 10 0 | VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL | p.m. | p.m. | 0,— |
| 10 1 | RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN | p.m. | p.m. | 0,— |
| 10 2 | RÜCKSTELLUNG FÜR DIE ÜBERNAHME VON GEBÄUDEN | p.m. | p.m. | 0,— |
| | **Titel 10 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **128 559 380** | **130 104 400** | **124 661 438,—** |

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

## TITEL 1

## PERSONAL DER EINRICHTUNG

### KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DER EINRICHTUNG UND DELEGIERTE
### KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 1 0 | | | | |
| ***1 0 0*** | ***Gehälter, Vergütungen und Zahlungen*** | | | | |
| 1 0 0 0 | Gehälter, Vergütungen und Zahlungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 106 080 | 106 080 | 95 100,— | 89,65 |
| 1 0 0 4 | Reise- und Aufenthaltskosten bei Sitzungen und Einberufungen und Nebenkosten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 18 901 194 | 18 901 194 | 17 365 335,— | 91,87 |
| 1 0 0 8 | Reise- und Aufenthaltskosten bei Sitzungen und Einberufungen und Nebenkosten der Delegierten der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 472 382 | 472 382 | 519 239,— | 109,92 |
| | *Artikel 1 0 0 — Insgesamt* | 19 479 656 | 19 479 656 | 17 979 674,— | 92,30 |
| ***1 0 5*** | ***Berufliche Fortbildung, Sprachkurse und sonstige Fortbildung*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 54 281 | 54 281 | 53 570,— | 98,69 |
| | KAPITEL 1 0 — INSGESAMT | 19 533 937 | 19 533 937 | 18 033 244,— | 92,32 |
| | KAPITEL 1 2 | | | | |
| ***1 2 0*** | ***Bezüge und sonstige Rechte*** | | | | |
| 1 2 0 0 | Bezüge und Vergütungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 64 467 848 | 65 172 858 | 63 816 992,— | 98,99 |
| 1 2 0 2 | Bezahlte Überstunden | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 30 102 | 34 405 | 20 024,— | 66,52 |
| 1 2 0 4 | Rechte bei Dienstantritt, Versetzungen, Ausscheiden aus dem Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 587 731 | 664 508 | 392 674,— | 66,81 |
| | *Artikel 1 2 0 — Insgesamt* | 65 085 681 | 65 871 771 | 64 229 690,— | 98,68 |
| ***1 2 2*** | ***Vergütungen nach einem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Dienst*** | | | | |
| 1 2 2 0 | Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 166 273,— | — |
| 1 2 2 2 | Vergütungen bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst und besondere Ruhestandsregelung für die Beamten und Zeitbediensteten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 1 2 2 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 166 273,— | — |
| ***1 2 9*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | 557 188 | 0,— | — |
| | KAPITEL 1 2 — INSGESAMT | 65 085 681 | 66 428 959 | 64 395 963,— | 98,94 |

**KAPITEL 1 4 — SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNE LEISTUNGEN**
**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 1 4 | | | | |
| ***1 4 0*** | ***Sonstige Bedienstete und externe Personen*** | | | | |
| 1 4 0 0 | Sonstige Bedienstete | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 052 423 | 2 165 064 | 2 028 485,— | 98,83 |
| 1 4 0 4 | Praktika, Zuschüsse und Austausch von Beamten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 867 739 | 928 436 | 861 290,— | 99,26 |
| 1 4 0 8 | Rechte bei Dienstantritt, Versetzungen, Ausscheiden aus dem Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 66 896 | 68 848 | 46 219,— | 69,09 |
| | *Artikel 1 4 0 — Insgesamt* | 2 987 058 | 3 162 348 | 2 935 994,— | 98,29 |
| ***1 4 2*** | ***Externe Leistungen*** | | | | |
| 1 4 2 0 | Hilfsleistungen für den Übersetzungsdienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 424 810 | 429 810 | 420 597,— | 99,01 |
| 1 4 2 2 | Leistungen von Sachverständigen im Rahmen der beratenden Arbeiten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 742 851 | 742 851 | 626 940,— | 84,40 |
| 1 4 2 4 | Interinstitutionelle Zusammenarbeit und externe Dienstleistungen im Bereich Personalverwaltung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 30 000 | 30 000 | 30 000,— | 100,— |
| | *Artikel 1 4 2 — Insgesamt* | 1 197 661 | 1 202 661 | 1 077 537,— | 89,97 |
| ***1 4 9*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | 26 452 | 0,— | — |
| | KAPITEL 1 4 — INSGESAMT | 4 184 719 | 4 391 461 | 4 013 531,— | 95,91 |
| | KAPITEL 1 6 | | | | |
| ***1 6 1*** | ***Ausgaben für die Personalverwaltung*** | | | | |
| 1 6 1 0 | Ausgaben für Einstellungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 55 000 | 80 000 | 31 100,— | 56,55 |
| 1 6 1 2 | Berufliche Fortbildung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 505 752 | 522 000 | 484 726,— | 95,84 |
| | *Artikel 1 6 1 — Insgesamt* | 560 752 | 602 000 | 515 826,— | 91,99 |
| ***1 6 2*** | ***Dienstreisen*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 432 500 | 450 000 | 413 100,— | 95,51 |
| ***1 6 3*** | ***Leistungen zugunsten des Personals*** | | | | |
| 1 6 3 0 | Sozialer Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 42 000 | 41 500 | 39 006,— | 92,87 |
| 1 6 3 2 | Soziale Beziehungen und sonstige soziale Maßnahmen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 185 000 | 185 500 | 135 360,— | 73,17 |
| 1 6 3 4 | Ärztlicher Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 80 000 | 85 000 | 53 500,— | 66,88 |

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***1 6 3*** | *(Fortsetzung)* | | | | |
| 1 6 3 6 | Restaurants und Kantinen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 1 6 3 8 | Kleinkindertagesstätten und Kinderkrippen auf Vertragsbasis | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 530 000 | 530 000 | 550 379,— | 103,85 |
| | *Artikel 1 6 3 — Insgesamt* | 837 000 | 842 000 | 778 245,— | 92,98 |
| | KAPITEL 1 6 — INSGESAMT | 1 830 252 | 1 894 000 | 1 707 171,— | 93,28 |
| | **Titel 1 — Insgesamt** | **90 634 589** | **92 248 357** | **88 149 909,—** | **97,26** |

# TITEL 1

# PERSONAL DER EINRICHTUNG

## KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DER EINRICHTUNG UND DELEGIERTE

### *1 0 0 Gehälter, Vergütungen und Zahlungen*

1 0 0 0 Gehälter, Vergütungen und Zahlungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 106 080 | 106 080 | 95 100,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Vergütungen und Zahlungen für die Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, einschließlich der Mittel für die Aufwandsentschädigungen und weitere Vergütungen, Versicherungsprämien einschließlich Kranken-, Unfall- und Reiseversicherungsprämien der Mitglieder sowie die spezifischen Maßnahmen für behinderte Mitglieder.

1 0 0 4 Reise- und Aufenthaltskosten bei Sitzungen und Einberufungen und Nebenkosten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 18 901 194 | 18 901 194 | 17 365 335,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Zahlungen an die Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und deren Stellvertreter aufgrund der derzeitigen Regelung betreffend die Erstattung der Beförderungskosten und der Reise- und Sitzungsvergütungen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 10 000 EUR veranschlagt.

1 0 0 8 Reise- und Aufenthaltskosten bei Sitzungen und Einberufungen und Nebenkosten der Delegierten der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 472 382 | 472 382 | 519 239,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Zahlungen an die Delegierten der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel (CCMI) und deren Stellvertreter aufgrund der derzeitigen Regelung betreffend die Erstattung der Beförderungskosten und der Reise- und Sitzungsvergütungen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

**KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DER EINRICHTUNG UND DELEGIERTE** *(Fortsetzung)*

***1 0 5 Berufliche Fortbildung, Sprachkurse und sonstige Fortbildung***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 54 281 | 54 281 | 53 570,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für eine partielle Erstattung der Einschreibgebühren für Sprachkurse oder sonstige Seminare zur beruflichen Fortbildung der Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und Delegierten der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel bestimmt.

**KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT**

*Erläuterungen*

Auf die Mittelansätze in diesem Kapitel wurde ein Pauschalabschlag von 6,5 % angewandt.

***1 2 0 Bezüge und sonstige Rechte***

1 2 0 0 Bezüge und Vergütungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 64 467 848 | 65 172 858 | 63 816 992,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Veranschlagt sind vorrangig folgende Mittel für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben:

— die Gehälter, Vergütungen und mit den Gehältern zusammenhängenden Zulagen,

— Kranken- und Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten sowie sonstige Soziallasten,

— Beitrag der Einrichtung zum gemeinsamen Krankheitsfürsorgesystem,

— Pauschalzulagen für Überstunden,

— sonstige Zulagen und verschiedene Vergütungen einschließlich der Zulage für Elternurlaub und Urlaub aus familiären Gründen,

— die Erstattung der Fahrtkosten für Beamte auf Lebenszeit und Bedienstete auf Zeit, für deren Ehegatten und die unterhaltsberechtigten Personen vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort,

— die finanziellen Auswirkungen der Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Dienstbezüge, die in ein anderes als das Land der dienstlichen Verwendung übertragen werden,

— die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit sowie die Zahlungen, die das Organ für Bedienstete auf Zeit zum Erwerb oder zur Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muss,

— die Entschädigung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eines Beamten auf Probe im Falle offensichtlich unzulänglicher Leistungen,

— die Vergütung bei Kündigung des Vertrags eines Bediensteten auf Zeit durch die Einrichtung.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

**KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*

***1 2 0*** *(Fortsetzung)*

1 2 0 2 Bezahlte Überstunden

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 30 102 | 34 405 | 20 024,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 56 und Anhang VI.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel dienen zur Zahlung von Überstunden nach Maßgabe der vorgenannten Bestimmungen.

1 2 0 4 Rechte bei Dienstantritt, Versetzungen, Ausscheiden aus dem Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 587 731 | 664 508 | 392 674,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel decken:

— die Reisekosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) beim Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind,

— die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe und die Umzugskosten für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— die Tagegelder für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die nachweisen, dass sie infolge ihres Dienstantritts oder ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort ihren Wohnort wechseln müssen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

***1 2 2*** ***Vergütungen nach einem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Dienst***

1 2 2 0 Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 166 273,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 41 und 50 sowie Anhang IV.

Diese Mittel decken die Vergütungen für Beamte, die

— im Anschluss an eine Maßnahme zur Verringerung der Zahl der Planstellen der Einrichtung in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden,

— einen Dienstposten der Besoldungsgruppen AD 16 und AD 15 innehaben und die dieser Stellen aus dienstlichen Gründen enthoben werden.

Die Mittel decken ferner den Arbeitgeberanteil an der Krankenversicherung und die Auswirkungen der auf diese Vergütungen anwendbaren Berichtigungskoeffizienten.

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

**KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*

***1 2 2*** *(Fortsetzung)*

1 2 2 2 Vergütungen bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst und besondere Ruhestandsregelung für die Beamten und Zeitbediensteten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 64 und 72.

Diese Mittel decken:

— die in Anwendung der vorgenannten Regelungen zu zahlenden Vergütungen,

— den Arbeitgeberanteil an der Krankenversicherung für Personen, die diese Vergütungen erhalten,

— die Auswirkungen der auf diese Vergütungen anwendbaren Berichtigungskoeffizienten.

***1 2 9*** ***Vorläufig eingesetzte Mittel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 557 188 | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 65 und Anhang XI.

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der Angleichungen der Dienstbezüge zu decken, die der Rat möglicherweise im Laufe des Haushaltsjahrs beschließt.

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel und Posten übertragen worden sind.

**KAPITEL 1 4 — SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNE LEISTUNGEN**

***1 4 0*** ***Sonstige Bedienstete und externe Personen***

1 4 0 0 Sonstige Bedienstete

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 052 423 | 2 165 064 | 2 028 485,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel sind vorrangig zur Deckung der folgenden Ausgaben bestimmt:

— die Bezüge der sonstigen Bediensteten, namentlich der Hilfskräfte, Vertragsbediensteten, örtlichen Bediensteten und Sonderberater (im Sinne der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union), die Arbeitgeberbeiträge zu den verschiedenen Sozialversicherungssystemen und die Auswirkungen der auf die Bezüge und die Vergütungen bei Kündigung der Verträge dieser Bediensteten anwendbaren Berichtigungskoeffizienten,

— die Honorare des medizinischen Personals und Sanitätspersonals, die im Rahmen des Dienstleistungssystems bezahlt werden, sowie in besonderen Fällen die Ausgaben für die Einstellung von Leiharbeitskräften,

— die Vergütungen und Honorare der Konferenzveranstalter und der Multimediafachleute, die bei Arbeitsspitzen bzw. in besonderen Fällen zum Einsatz kommen,

— Pauschalzulagen für Überstunden,

**KAPITEL 1 4 — SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNE LEISTUNGEN** *(Fortsetzung)*

***1 4 0*** *(Fortsetzung)*

1 4 0 0 *(Fortsetzung)*

— Vergütung der Überstunden gemäß Artikel 56 und Anhang VI des Statuts,

— sonstige Zulagen und verschiedene Vergütungen einschließlich der Zulage für Elternurlaub und Urlaub aus familiären Gründen,

— die Vergütung bei Kündigung des Vertrags eines Bediensteten durch das Organ.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

1 4 0 4 Praktika, Zuschüsse und Austausch von Beamten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 867 739 | 928 436 | 861 290,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel decken:

— eine Vergütung und die Reise- und Dienstreisekosten für die Praktikanten sowie die bei einer Kranken- und Unfallversicherung zu versichernden Risiken während der Praktika,

— die Ausgaben, die aufgrund des Austausches von Personal zwischen dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem öffentlichen Dienst der Mitgliedstaaten oder anderer in der Regelung genannter Staaten entstehen,

— Betrag zur Verwirklichung von Forschungsvorhaben — in begrenztem Umfang — in den Tätigkeitsbereichen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, die für die europäische Integration von besonderem Interesse sind,

— die Kosten der Programme zur Ausbildung der Jugendlichen im europäischen Geiste.

1 4 0 8 Rechte bei Dienstantritt, Versetzungen, Ausscheiden aus dem Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 66 896 | 68 848 | 46 219,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel decken:

— die Reisekosten der Bediensteten (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) beim Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind,

— die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe und die Umzugskosten für Bedienstete, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

**KAPITEL 1 4 — SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNE LEISTUNGEN** *(Fortsetzung)*

***1 4 0*** *(Fortsetzung)*

1 4 0 8 *(Fortsetzung)*

— Tagegelder für Bedienstete, die nachweislich zur Aufnahme ihrer Tätigkeit oder im Zuge der Versetzung an einen neuen Dienstort den Wohnsitz wechseln müssen,

— die Differenz zwischen den Beiträgen von Bediensteten an das Rentenversicherungssystem eines Mitgliedstaats und den im Falle der vertraglichen Neueinstufung des Bediensteten für das Vorsorgesystem der Union fälligen Beiträgen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

***1 4 2*** ***Externe Leistungen***

1 4 2 0 Hilfsleistungen für den Übersetzungsdienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 424 810 | 429 810 | 420 597,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Ausgaben für Leistungen freiberuflicher oder vorübergehend beschäftigter Übersetzer oder für vom Übersetzungsdienst nach außen vergebene Schreib- oder sonstige Arbeiten. Die Aufträge werden vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss prinzipiell an freiberufliche Übersetzer vergeben, die im Anschluss an interinstitutionelle Ausschreibungen in die entsprechenden Verzeichnisse aufgenommen wurden.

Etwaige Leistungen des Übersetzungszentrums für die Einrichtungen der Europäischen Union sowie sämtliche Tätigkeiten im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit im Bereich Sprachendienste werden ebenfalls unter diesem Posten erfasst.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

1 4 2 2 Leistungen von Sachverständigen im Rahmen der beratenden Arbeiten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 742 851 | 742 851 | 626 940,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Zahlungen an die Sachverständigen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses aufgrund der derzeitigen Regelung betreffend die Erstattung der Beförderungskosten und der Reise- und Sitzungsvergütungen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

**KAPITEL 1 4 — SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNE LEISTUNGEN** *(Fortsetzung)*

***1 4 2*** *(Fortsetzung)*

1 4 2 4 Interinstitutionelle Zusammenarbeit und externe Dienstleistungen im Bereich Personalverwaltung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 30 000 | 30 000 | 30 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für die Tätigkeiten im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit im Bereich Personalverwaltung vorgesehen.

Des Weiteren decken diese Mittel die Ausgaben für externe Dienstleistungen im Bereich Personalverwaltung.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

***1 4 9*** ***Vorläufig eingesetzte Mittel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 26 452 | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 65 und Anhang XI.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der Angleichungen der Dienstbezüge zu decken, die der Rat möglicherweise im Laufe des Haushaltsjahrs beschließt.

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel und Posten übertragen worden sind.

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG**

***1 6 1*** ***Ausgaben für die Personalverwaltung***

1 6 1 0 Ausgaben für Einstellungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 55 000 | 80 000 | 31 100,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 27 bis 31 und 33 sowie Anhang III.

Beschluss 2002/620/EG des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Bürgerbeauftragten vom 25. Juli 2002 über die Errichtung des Amtes für Personalauswahl der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 197 vom 26.7.2002, S. 53) und Beschluss 2002/621/EG der Generalsekretäre des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Kanzlers des Gerichtshofs, der Generalsekretäre des Rechnungshofs, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Vertreters des Europäischen Bürgerbeauftragten vom 25. Juli 2002 über die Organisation und den Betrieb des Amtes für Personalauswahl der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 197 vom 26.7.2002, S. 56).

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*

***1 6 1*** *(Fortsetzung)*

1 6 1 0 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel decken:

— die Ausgaben für die Organisation der in Artikel 3 des Beschlusses 2002/621/EG vorgesehenen Auswahlverfahren sowie die Reise- und Aufenthaltskosten der Bewerber bei Einstellungsgesprächen und ärztlichen Einstellungsuntersuchungen,

— die Ausgaben für die Organisation von Verfahren zur Auswahl der Bediensteten auf Zeit, Vertragsbediensteten und örtlichen Bediensteten.

In durch funktionelle Erfordernisse ausreichend begründeten Fällen und nach Konsultation des Europäischen Amts für Personalauswahl können sie für von der Einrichtung selbst durchgeführte Auswahlverfahren verwendet werden.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

1 6 1 2 Berufliche Fortbildung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 505 752 | 522 000 | 484 726,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 24a.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel decken:

— die Ausgaben für die Organisation von Kursen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung, einschließlich Sprachkursen, für die Bediensteten, auf interinstitutioneller Grundlage. Sie können teilweise in ausreichend begründeten Fällen für die Organisation von Kursen innerhalb der Einrichtung verwendet werden,

— die Ausgaben für die Anschaffung oder Herstellung von pädagogischem Material sowie die Erstellung spezifischer Studien durch Experten zur Planung und Durchführung von Ausbildungsprogrammen,

— berufliche Fortbildungsmaßnahmen, mit deren Hilfe die Bediensteten für die Probleme im Umgang mit Behinderten sensibilisiert werden sollen, sowie für Ausbildungsmaßnahmen im Rahmen der Chancengleichheit und der Laufbahnberatung, insbesondere die Erstellung von Bilanzen über die Befähigungen,

— die Dienstreisekosten.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

***1 6 2*** ***Dienstreisen***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 432 500 | 450 000 | 413 100,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 71 sowie die Artikel 11, 12 und 13 des Anhangs VII.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel sind bestimmt für die Deckung der Fahrtkosten, die Zahlung der Dienstreisetagegelder sowie die bei einer Dienstreise anfallenden Nebenkosten oder außergewöhnlichen Auslagen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 10 000 EUR veranschlagt.

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*

***1 6 3 Leistungen zugunsten des Personals***

1 6 3 0 Sozialer Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 42 000 | 41 500 | 39 006,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 9 Absatz 3 Unterabsatz 3 und Artikel 76.

Diese Mittel decken:

— im Rahmen einer interinstitutionellen Politik zugunsten behinderter Personen folgender Gruppen:

  — Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst,

  — Ehegatten von Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst,

  — unterhaltsberechtigte Kinder im Sinne des Statuts der Beamten der Europäischen Union,

— im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Erschöpfung etwaiger Ansprüche auf einzelstaatlicher Ebene im Aufenthalts- oder Herkunftsland die Erstattung von Ausgaben, die nicht die medizinische Versorgung betreffen, als erforderlich anerkannt sind, aufgrund der Behinderung entstehen, ordnungsgemäß nachgewiesen werden und nicht unter das gemeinsame Krankheitsfürsorgesystem fallen,

— die Zuwendungen an Beamte oder Bedienstete, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden,

— die medizinisch-sozialen Maßnahmen (wie z. B. Familienhilfen, Betreuung kranker Kinder, psychologische Hilfe und Mediation),

— die geringfügigen Aufwendungen des sozialen Dienstes.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

1 6 3 2 Soziale Beziehungen und sonstige soziale Maßnahmen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 185 000 | 185 500 | 135 360,— |

*Erläuterungen*

Mit diesen Mitteln sollen Initiativen zur Pflege der sozialen Beziehungen zwischen dem Personal gefördert und finanziell unterstützt sowie das Wohlergehen am Arbeitsplatz gesteigert werden.

Sie umfassen auch einen Zuschuss zugunsten der Personalvertretung, um deren Mitwirkung an der Verwaltung und Kontrolle der Einrichtungen sozialen Charakters wie Klubs, Sportklubs, Kultur- und Freizeitaktivitäten zu fördern.

Zugleich sollen mit diesen Mittel auch die sozialen Maßnahmen des Ausschusses in enger Zusammenarbeit mit der Personalvertretung abgedeckt werden (Artikel 1 Buchstabe e des Statuts).

Ferner umfassen sie den finanziellen Beitrag des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zur Förderung der sozialen, sportlichen, pädagogischen und kulturellen Aktivitäten des interinstitutionellen Europazentrums in Overijse in Belgien.

Außerdem soll mit diesen Mitteln ein Mobilitätsplan für das Personal umgesetzt werden, um die Nutzung öffentlicher Nahverkehrsmittel, die Verringerung des Individualverkehrs und die Reduzierung des $CO_2$-Abdrucks zu fördern.

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*

***1 6 3*** *(Fortsetzung)*

1 6 3 4 Ärztlicher Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 80 000 | 85 000 | 53 500,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 59 und Artikel 8 des Anhangs II.

Diese Mittel decken die Verwaltungskosten für die Zweigstellen des ärztlichen Dienstes, einschließlich des Kaufs von Material, Arzneimitteln usw., die Kosten für die ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen, die Verwaltungsausgaben für den Invaliditätsausschuss sowie die Ausgaben für externe Leistungen von Fachärzten, die von den Vertrauensärzten für erforderlich erachtet werden.

Ferner decken sie die Ausgaben für den Kauf von bestimmtem als medizinisch notwendig erachtetem Arbeitsgerät.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 500 EUR veranschlagt.

1 6 3 6 Restaurants und Kantinen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für den Unterhalt der Kantine bestimmt.

1 6 3 8 Kleinkindertagesstätten und Kinderkrippen auf Vertragsbasis

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 530 000 | 530 000 | 550 379,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung des Anteils des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses an den Ausgaben für die Kleinkinder-Tagesstätte der Union und sonstige Kinderkrippen und Kinderhorte.

Die aus den Beiträgen der Eltern stammenden zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 10 000 EUR veranschlagt.

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

## TITEL 2

## GEBÄUDE, MOBILIAR, AUSRÜSTUNGEN UND DIVERSE AUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

### KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN
### KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNGEN UND MOBILIAR: KAUF, ANMIETUNG UND WARTUNG

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 2 0 | | | | |
| ***2 0 0*** | ***Gebäude*** | | | | |
| 2 0 0 0 | Mieten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 100 019 | 2 099 776 | 1 941 464,— | 92,45 |
| 2 0 0 1 | Mietzahlungen und vergleichbare Ausgaben | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 11 582 176 | 11 483 890 | 11 291 751,— | 97,49 |
| 2 0 0 3 | Erwerb von Immobilien | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 2 0 0 5 | Errichtung von Gebäuden | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 2 0 0 7 | Herrichtung der Diensträume | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 321 275 | 321 275 | 484 338,— | 150,75 |
| 2 0 0 8 | Sonstige Ausgaben | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 56 943 | 56 943 | 54 473,— | 95,66 |
| 2 0 0 9 | Vorläufig eingesetzte Mittel für die Investitionen der Einrichtung in Gebäude | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 2 0 0 — Insgesamt* | 14 060 413 | 13 961 884 | 13 772 026,— | 97,95 |
| ***2 0 2*** | ***Gebäudenebenkosten*** | | | | |
| 2 0 2 2 | Reinigung und Instandhaltung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 539 992 | 2 539 992 | 2 607 748,— | 102,67 |
| 2 0 2 4 | Energieverbrauch | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 965 466 | 1 034 605 | 825 352,— | 85,49 |
| 2 0 2 6 | Sicherheit und Überwachung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 052 711 | 2 052 711 | 1 894 454,— | 92,29 |
| 2 0 2 8 | Versicherungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 110 346 | 139 495 | 45 308,— | 41,06 |
| | *Artikel 2 0 2 — Insgesamt* | 5 668 515 | 5 766 803 | 5 372 862,— | 94,78 |
| | KAPITEL 2 0 — INSGESAMT | 19 728 928 | 19 728 687 | 19 144 888,— | 97,04 |
| | KAPITEL 2 1 | | | | |
| ***2 1 0*** | ***Ausrüstungen, Betriebskosten und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Informatik und Telekommunikation*** | | | | |
| 2 1 0 0 | Kauf, Instandhaltung und Wartung der Hardware und Software | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 514 025 | 1 514 025 | 1 344 846,— | 88,83 |

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

**KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNGEN UND MOBILIAR: KAUF, ANMIETUNG UND WARTUNG** *(Fortsetzung)*
**KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB**
**KAPITEL 2 5 — ARBEITEN DER EINRICHTUNG**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***2 1 0*** | *(Fortsetzung)* | | | | |
| 2 1 0 2 | Externe Unterstützung für Betrieb, Implementierung und Wartung der Software und der Systeme | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 887 328 | 1 887 328 | 2 232 437,— | 118,29 |
| 2 1 0 3 | Telekommunikation | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 377 714 | 1 364 214 | 1 290 136,— | 93,64 |
| | *Artikel 2 1 0 — Insgesamt* | 4 779 067 | 4 765 567 | 4 867 419,— | 101,85 |
| ***2 1 2*** | ***Mobiliar*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 231 188 | 231 188 | 138 623,— | 59,96 |
| ***2 1 4*** | ***Material und technische Anlagen*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 963 224 | 963 225 | 962 963,— | 99,97 |
| ***2 1 6*** | ***Fahrzeuge*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 88 911 | 89 300 | 69 644,— | 78,33 |
| | KAPITEL 2 1 — INSGESAMT | 6 062 390 | 6 049 280 | 6 038 649,— | 99,61 |
| | KAPITEL 2 3 | | | | |
| ***2 3 0*** | ***Papier- und Bürobedarf und verschiedene Betriebsstoffe*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 214 030 | 214 031 | 240 844,— | 112,53 |
| ***2 3 1*** | ***Finanzkosten*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 4 500 | 4 500 | 4 500,— | 100,— |
| ***2 3 2*** | ***Gerichtskosten und Schadenersatz*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 50 000 | 50 000 | 33 616,— | 67,23 |
| ***2 3 6*** | ***Postgebühren und Zustellungskosten*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 125 000 | 125 000 | 97 475,— | 77,98 |
| ***2 3 8*** | ***Sonstige Ausgaben für den Dienstbetrieb*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 124 920 | 124 920 | 130 626,— | 104,57 |
| | KAPITEL 2 3 — INSGESAMT | 518 450 | 518 451 | 507 061,— | 97,80 |
| | KAPITEL 2 5 | | | | |
| ***2 5 4*** | ***Sitzungen, Konferenzen, Kongresse, Seminare und sonstige Veranstaltungen*** | | | | |
| 2 5 4 0 | Verschiedene Kosten für interne Sitzungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 227 430 | 227 430 | 262 950,— | 115,62 |
| 2 5 4 2 | Verschiedene Kosten für die Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen und die Teilnahme an diesen Veranstaltungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 587 745 | 587 745 | 524 509,— | 89,24 |
| 2 5 4 4 | Kosten der Durchführung der Arbeiten der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel (CCMI) | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 75 000 | 75 000 | 67 058,— | 89,41 |

**KAPITEL 2 5 — ARBEITEN DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*
**KAPITEL 2 6 — KOMMUNIKATION, VERÖFFENTLICHUNGEN UND BESCHAFFUNG VON VERÖFFENTLICHUNGEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***2 5 4*** | *(Fortsetzung)* | | | | |
| 2 5 4 6 | Kosten aufgrund der Verpflichtungen der Einrichtung für Empfänge und Repräsentationszwecke | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 139 000 | 139 000 | 55 000,— | 39,57 |
| 2 5 4 8 | Konferenzdolmetscher | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 8 440 336 | 8 396 000 | 8 030 000,— | 95,14 |
| | *Artikel 2 5 4 — Insgesamt* | 9 469 511 | 9 425 175 | 8 939 517,— | 94,40 |
| | KAPITEL 2 5 — INSGESAMT | 9 469 511 | 9 425 175 | 8 939 517,— | 94,40 |
| | KAPITEL 2 6 | | | | |
| ***2 6 0*** | ***Kommunikation, Information und Veröffentlichungen*** | | | | |
| 2 6 0 0 | Kommunikation | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 845 500 | 795 500 | 779 411,— | 92,18 |
| 2 6 0 2 | Veröffentlichungen und Förderung von Veröffentlichungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 503 000 | 503 000 | 441 584,— | 87,79 |
| 2 6 0 4 | Amtsblatt | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 430 000 | 460 000 | 265 502,— | 61,74 |
| | *Artikel 2 6 0 — Insgesamt* | 1 778 500 | 1 758 500 | 1 486 497,— | 83,58 |
| ***2 6 2*** | ***Beschaffung von Informationen, Dokumentation und Archivierung*** | | | | |
| 2 6 2 0 | Studien, Forschungsarbeiten und Anhörungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 155 000 | 155 000 | 193 991,— | 125,16 |
| 2 6 2 2 | Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 169 762 | 178 700 | 156 837,— | 92,39 |
| 2 6 2 4 | Archivierung und damit verbundene Arbeiten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 42 250 | 42 250 | 44 089,— | 104,35 |
| | *Artikel 2 6 2 — Insgesamt* | 367 012 | 375 950 | 394 917,— | 107,60 |
| | KAPITEL 2 6 — INSGESAMT | 2 145 512 | 2 134 450 | 1 881 414,— | 87,69 |
| | **Titel 2 — Insgesamt** | **37 924 791** | **37 856 043** | **36 511 529,—** | **96,27** |

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

## TITEL 2

## GEBÄUDE, MOBILIAR, AUSRÜSTUNGEN UND DIVERSE AUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

### KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN

*Erläuterungen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 60.

In allen Fällen, in denen die Mittel zur Deckung der Ausgaben für den Kauf oder den Abschluss eines Vertrags über die Lieferung von Material oder die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt sind, stimmt sich die Institution mit den übrigen Institutionen über die von ihnen jeweils ausgehandelten Bedingungen ab.

#### *2 0 0 Gebäude*

2 0 0 0 Mieten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 100 019 | 2 099 776 | 1 941 464,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Mietkosten für Gebäude sowie der Mietkosten im Zusammenhang mit Sitzungen, die nicht in den ständig belegten Gebäuden stattfinden.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

2 0 0 1 Mietzahlungen und vergleichbare Ausgaben

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 11 582 176 | 11 483 890 | 11 291 751,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Mietkaufzahlungen und vergleichbaren Ausgaben, die den Institution aufgrund der Mietverträge mit Kaufoption entstehen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

2 0 0 3 Erwerb von Immobilien

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für den Erwerb von Gebäuden bestimmt. Die Zuschüsse betreffend die Grundstücke und ihre Erschließung werden gemäß der Haushaltsordnung behandelt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

**KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN** *(Fortsetzung)*

***2 0 0*** *(Fortsetzung)*

2 0 0 5 Errichtung von Gebäuden

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten können Mittel für die Errichtung von Gebäuden eingesetzt werden.

2 0 0 7 Herrichtung der Diensträume

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 321 275 | 321 275 | 484 338,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Durchführung verschiedener Herrichtungsarbeiten, einschließlich besonderer Arbeiten zur Verkabelung, für die Sicherheit, die Kantine, usw. sowie die weitere Kosten im Zusammenhang mit diesen Arbeiten, u. a. Honorare für Architekten und Ingenieure usw.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

2 0 0 8 Sonstige Ausgaben

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 56 943 | 56 943 | 54 473,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— die in den anderen Artikeln dieses Kapitels nicht vorgesehenen Ausgaben für Gebäude, insbesondere für technische Unterstützung und Architektenleistungen im Zusammenhang mit Studien, der Vorbereitung und Überwachung der Instandhaltung von Gebäuden bzw. von Arbeiten in den Gebäuden,

— die Ausgaben im Zusammenhang mit der Herrichtung der Gebäude für behinderte Bedienstete und Besucher des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, die im Rahmen der bereits gebilligten Überprüfung bezüglich des Zugangs Behinderter ermittelt worden sind,

— die Abgaben als Gegenleistung für Leistungen gemeinnütziger Versorgungsbetriebe.

2 0 0 9 Vorläufig eingesetzte Mittel für die Investitionen der Einrichtung in Gebäude

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der etwaigen Immobilieninvestitionen der Einrichtung bestimmt.

Sie sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel und Posten übertragen worden sind.

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

**KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN** *(Fortsetzung)*

***2 0 2 Gebäudenebenkosten***

2 0 2 2 Reinigung und Instandhaltung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 539 992 | 2 539 992 | 2 607 748,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die Reinigung und Unterhaltung der Räume, der Aufzüge, der Zentralheizung, der Klimaanlagen, der Brandschutztüren sowie die Arbeiten zur Rattenbekämpfung, Malerarbeiten, Reparaturen, die Verschönerung der Gebäude und ihre Umgebung einschließlich der Kosten für Gutachten, Analysen, Genehmigungen, die Einhaltung der Umweltmanagement- und Umweltbetriebsprüfungs(EMAS)-Normen usw.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 5 000 EUR veranschlagt.

2 0 2 4 Energieverbrauch

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 965 466 | 1 034 605 | 825 352,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen unter anderem zur Deckung der Kosten für den Verbrauch von Wasser, Gas, Strom und Heizung.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

2 0 2 6 Sicherheit und Überwachung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 052 711 | 2 052 711 | 1 894 454,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken im Wesentlichen die Kosten für die Wachdienste und die Überwachung der Gebäude.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

2 0 2 8 Versicherungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 110 346 | 139 495 | 45 308,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Versicherungsprämien bestimmt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 10 000 EUR veranschlagt.

## KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNGEN UND MOBILIAR: KAUF, ANMIETUNG UND WARTUNG

*Erläuterungen*

In allen Fällen, in denen die Mittel zur Deckung der Ausgaben für den Kauf oder den Abschluss eines Vertrags über die Lieferung von Material oder die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt sind, stimmt sich die Institution mit den übrigen Institutionen über die von ihnen jeweils ausgehandelten Bedingungen ab.

### *2 1 0 Ausrüstungen, Betriebskosten und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Informatik und Telekommunikation*

2 1 0 0 Kauf, Instandhaltung und Wartung der Hardware und Software

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 514 025 | 1 514 025 | 1 344 846,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Kauf, Anmietung, Instandhaltung und Wartung der Hardware und Software für das Organ und die damit verbundenen Arbeiten bestimmt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

2 1 0 2 Externe Unterstützung für Betrieb, Implementierung und Wartung der Software und der Systeme

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 887 328 | 1 887 328 | 2 232 437,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Service-Büros und EDV-Beraterfirmen im Zusammenhang mit der Nutzung des EDV-Zentrums und des Netzes, die Implementierung und Wartung von Anwendungen, die Unterstützung der Benutzer, einschließlich der Mitglieder und der Fraktionen, die Durchführung von Studien sowie die Erstellung und Erfassung technischer Dokumentationen bestimmt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

2 1 0 3 Telekommunikation

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 377 714 | 1 364 214 | 1 290 136,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Anschlussgebühren und die Nutzungsgebühren für kabelgestützte oder drahtlose Kommunikationsdienste (Festnetz und Mobilfunk, Fernsehen) sowie Ausgaben für Datenübertragungsnetze und Telematikdienste. Sie decken zudem die Beteiligung an der Finanzierung der Geräte für die Mitglieder und Delegierten, damit diese die Dokumente des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses elektronisch empfangen können.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

**KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNGEN UND MOBILIAR: KAUF, ANMIETUNG UND WARTUNG** *(Fortsetzung)*

### *2 1 2 Mobiliar*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 231 188 | 231 188 | 138 623,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für Kauf, Miete, Instandhaltung und Reparatur von Mobiliar, einschließlich des Kaufs ergonomischer Büromöbel, sowie für den Ersatz von abgenutztem und nicht mehr verwendbarem Mobiliar und von Büromaschinen bestimmt.

Bei Kunstwerken decken diese Mittel sowohl die Ausgaben für den Erwerb und Ankauf von spezifischem Material als auch die damit zusammenhängenden laufenden Kosten, u. a. die Kosten für das Rahmen, die Restaurierung, die Reinigung, Versicherungen sowie die gelegentlich anfallenden Transportkosten.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 5 000 EUR veranschlagt.

### *2 1 4 Material und technische Anlagen*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 963 224 | 963 225 | 962 963,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Kosten für Kauf, Miete, Instandhaltung und Reparatur von Material und technischen Einrichtungen, insbesondere von:

— verschiedenem Material und festen und beweglichen technischen Einrichtungen für Veröffentlichung, Archivierung, Sicherheit, Kantinen, Gebäude usw.,

— Ausstattungsgegenständen, insbesondere für Druckerei, Archiv, Telefondienst, Kantinen, Einkaufszentralen, Sicherheit, Konferenztechnik, den audiovisuellen Sektor usw.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 35 000 EUR veranschlagt.

### *2 1 6 Fahrzeuge*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 88 911 | 89 300 | 69 644,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für Kauf, Unterhalt, Betrieb und Reparatur von Fahrzeugen (Kraftfahrzeug- und Fahrradbestand) und die Miete von Fahrzeugen, Taxis, Omnibussen und Lastkraftwagen mit oder ohne Fahrer bestimmt, einschließlich der damit zusammenhängenden Versicherungen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 4 000 EUR veranschlagt.

## KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

### *2 3 0 Papier- und Bürobedarf und verschiedene Betriebsstoffe*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 214 030 | 214 031 | 240 844,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die Beschaffung von Papier, Umschlägen, Büromaterial, Material für die Druckerei und den Vervielfältigungsdienst sowie für extern durchzuführende Druckarbeiten.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 10 000 EUR veranschlagt.

### *2 3 1 Finanzkosten*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 500 | 4 500 | 4 500,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Bankkosten (Gebühren, Agios, verschiedene Kosten) und sonstigen Finanzkosten einschließlich der Nebenkosten für die Finanzierung von Gebäuden.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 100 EUR veranschlagt.

### *2 3 2 Gerichtskosten und Schadenersatz*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 50 000 | 50 000 | 33 616,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— alle gegebenenfalls anfallenden Kosten für die Beteiligung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses an einem Verfahren vor den Gerichten der Union und nationalen Gerichten, die Kosten von juristischen Dienstleistungen, die Beschaffung von Material und juristischen Nachschlagewerken sowie weitere Kosten, die im Zusammenhang mit juristischen Tätigkeiten und streitigen oder außergerichtlichen Verfahren anfallen, an denen der Juristische Dienst mitwirkt,

— die Ausgaben für Schadenersatz, Zinsen und etwaige einschlägige Verbindlichkeiten im Sinne von Artikel 11 Absatz 3 der Haushaltsordnung.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

### *2 3 6 Postgebühren und Zustellungskosten*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 125 000 | 125 000 | 97 475,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Postgebühren, Bearbeitung und Beförderung durch die Postdienste oder die Transportunternehmen bestimmt.

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

**KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB** *(Fortsetzung)*

***2 3 8 Sonstige Ausgaben für den Dienstbetrieb***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 124 920 | 124 920 | 130 626,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— die Versicherungen, die nicht eigens unter einem anderen Posten vorgesehen sind,

— den Kauf und die Instandhaltung von Arbeitskleidung für Amtsboten, Kraftfahrer und Umzugspersonal, medizinische Dienste und verschiedene technische Dienste,

— alle Umzugskosten, auch für die Leistungen von Umzugsfirmen bzw. von befristet beschäftigten Transporteuren,

— verschiedene Sachausgaben, wie den Kauf von Fahrplänen und Flugplänen von Eisenbahn- und Luftverkehrsunternehmen, die Veröffentlichung von Anzeigen in Zeitungen für den Verkauf gebrauchter Ausrüstungen usw.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 500 EUR veranschlagt.

**KAPITEL 2 5 — ARBEITEN DER EINRICHTUNG**

***2 5 4 Sitzungen, Konferenzen, Kongresse, Seminare und sonstige Veranstaltungen***

2 5 4 0 Verschiedene Kosten für interne Sitzungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 227 430 | 227 430 | 262 950,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Erfrischungen und gelegentliche Imbisse und Arbeitsessen bei internen Sitzungen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

2 5 4 2 Verschiedene Kosten für die Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen und die Teilnahme an diesen Veranstaltungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 587 745 | 587 745 | 524 509,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der Ausgaben, einschließlich der Repräsentationsausgaben und der Logistikkosten a) für die Teilnahme von Vertretern des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses an Kongressen, Konferenzen, Seminaren, Symposien usw. sowie b) für die Veranstaltung durch den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss von Anhörungen und allgemeinen oder fachlichen Konferenzen und Sitzungen, einschließlich der pauschalen Beiträge zur Durchführung solcher Veranstaltungen mit Dritten bzw. der Kosten für die Leistungen von Unterauftragnehmern.

**KAPITEL 2 5 — ARBEITEN DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*

***2 5 4*** *(Fortsetzung)*

2 5 4 2 *(Fortsetzung)*

Sie decken zudem sämtliche Ausgaben für die Durchführung von Sitzungen zwischen dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und seinen Partnern (einschließlich der Vertreter wirtschaftlich-sozialer Interessengruppen) sowohl aus der als auch aus Drittstaaten.

Schließlich decken sie a) Ausgaben für die Besuche berufsständischer sozialer Interessengruppen aus Drittländern im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie b) Ausgaben für die Tätigkeiten der Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Ausschusses.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 250 000 EUR veranschlagt.

2 5 4 4 Kosten der Durchführung der Arbeiten der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel (CCMI)

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 75 000 | 75 000 | 67 058,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten der Durchführung der Arbeiten der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel (CCMI) mit Ausnahme der Reise- und Sitzungsvergütungen für die Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und die Delegierten der CCMI.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

2 5 4 6 Kosten aufgrund der Verpflichtungen der Einrichtung für Empfänge und Repräsentationszwecke

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 139 000 | 139 000 | 55 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben im Zusammenhang mit den Verpflichtungen der Institution für Repräsentationszwecke bestimmt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

2 5 4 8 Konferenzdolmetscher

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 8 440 336 | 8 396 000 | 8 030 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Deckung der für Dolmetschleistungen für den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss anfallenden Kosten (Bereitstellung durch eine andere Institution oder freiberufliche Dolmetscher) einschließlich Honorare, Reise- und Aufenthaltskosten.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

## KAPITEL 2 6 — KOMMUNIKATION, VERÖFFENTLICHUNGEN UND BESCHAFFUNG VON VERÖFFENTLICHUNGEN

### *2 6 0 Kommunikation, Information und Veröffentlichungen*

2 6 0 0 Kommunikation

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 845 500 | 795 500 | 779 411,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung sämtlicher Kosten für Kommunikation und Information seitens des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, u. a. betreffend die Ziele und die Tätigkeit des Ausschusses, der Kosten für Maßnahmen zur Unterrichtung der Öffentlichkeit und der Verbände und Gewerkschaften, für die Berichterstattung in den Medien über Kongresse, Konferenzen, Seminare und für die Durchführung von Veranstaltungen für die breite Öffentlichkeit und die Berichterstattung in den Medien darüber, für kulturelle Initiativen und sämtliche Veranstaltungen des Ausschusses, einschließlich des Preises der organisierten Zivilgesellschaft. Diese Mittel decken zudem sämtliche Materialien, Dienstleistungen, Betriebsstoffe und Büromaterial im Zusammenhang mit diesen Veranstaltungen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

2 6 0 2 Veröffentlichungen und Förderung von Veröffentlichungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 503 000 | 503 000 | 441 584,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Veröffentlichungen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses in Medien jeglicher Art, die der Förderung der Veröffentlichungen und der Verbreitung allgemeiner Informationen dienen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 50 000 EUR veranschlagt.

2 6 0 4 Amtsblatt

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 430 000 | 460 000 | 265 502,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für den Druck der Veröffentlichungen im *Amtsblatt der Europäischen Union* sowie der Versandkosten und weiterer Nebenkosten.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 125 000 EUR veranschlagt.

### *2 6 2 Beschaffung von Informationen, Dokumentation und Archivierung*

2 6 2 0 Studien, Forschungsarbeiten und Anhörungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 155 000 | 155 000 | 193 991,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für die Anhörung qualifizierter Fachleute in spezifischen Bereichen sowie für Studien bestimmt, mit deren Durchführung externe Sachverständige und Forschungsinstitute beauftragt werden.

**KAPITEL 2 6 — KOMMUNIKATION, VERÖFFENTLICHUNGEN UND BESCHAFFUNG VON VERÖFFENTLICHUNGEN** *(Fortsetzung)*

***2 6 2*** *(Fortsetzung)*

2 6 2 2 Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 169 762 | 178 700 | 156 837,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— die Erweiterungen und Ersatzbeschaffungen im Bereich der allgemeinen Nachschlagewerke und die laufende Ergänzung des Grundstocks der Bibliothek,

— die Abonnements von Zeitungen und Zeitschriften sowie bei Informationsagenturen, Abonnements für deren Veröffentlichungen und Online-Dienste, einschließlich der Urheberrechtsgebühren für die Vervielfältigung und die Verbreitung dieser Veröffentlichungen in schriftlicher oder elektronischer Form, und die Dienstleistungsverträge für Presseübersichten und Pressespiegel,

— die Abonnements oder Dienstleistungsverträge für die Lieferung von Inhaltsübersichten und -analysen von Zeitschriften oder die Erfassung der aus diesen Zeitschriften entnommenen Artikel auf optischen Datenträgern,

— die Kosten für die Nutzung externer Dokumentendatenbanken und statistischer Datenbanken (ohne EDV-Anlagen und Fernmeldegebühren),

— die Kosten im Zusammenhang mit den vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss im Rahmen der internationalen und/oder interinstitutionellen Zusammenarbeit übernommenen Verpflichtungen,

— den Kauf oder die Anmietung spezifischer Geräte, einschließlich elektrischer, elektronischer und computertechnischen Geräte und Dokumentations- und Mediathekausrüstung und -systemen sowie externer Dienstleistungen für den Erwerb, die Entwicklung, die Installation, die Nutzung und die Wartung dieser Geräte und Systeme,

— im Zusammenhang mit den Tätigkeiten der Bibliothek stehende Leistungen, insbesondere was die Beziehungen zu ihren Nutzern (Recherchen, Analysen), das Qualitätsmanagement-System usw. betrifft,

— Einbinde- und Konservierungsmaterialien und -arbeiten für die Bibliothek, die Dokumentation und die Mediathek,

— die Kosten und das Material für Veröffentlichungen sowohl interner Natur (Broschüren, Studien usw.) als auch zu Kommunikationszwecken (Newsletters, Videos, CD-ROM usw.),

— den Kauf von Wörterbüchern, Lexika und sonstigen Werken für die Sprachendienste.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 500 EUR veranschlagt.

2 6 2 4 Archivierung und damit verbundene Arbeiten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 42 250 | 42 250 | 44 089,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— die Kosten für das Einbinden der Veröffentlichungen im *Amtsblatt der Europäischen Union* und verschiedener Broschüren,

— die Kosten für externe Dienstleistungen im Zusammenhang mit Archivierungsmaßnahmen, einschließlich Sortierung, Registrierung und Neuordnung in den Beständen, mit der Archivierung zusammenhängende Dienstleistungen sowie den Erwerb und die Nutzung der Archivbestände auf alternativen Datenträgern (Mikrofilme, Disketten, Kassetten usw.) sowie den Kauf, die Anmietung und Wartung spezifischer (elektronischer, computertechnischer und elektrischer) Geräte und die Kosten für Veröffentlichungen auf Trägermedien jeder Art (Broschüren, CD-ROM usw.).

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis h der Haushaltsordnung werden auf 500 EUR veranschlagt.

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

## TITEL 10

## SONSTIGE AUSGABEN

**KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL**
**KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN**
**KAPITEL 10 2 — RÜCKSTELLUNG FÜR DIE ÜBERNAHME VON GEBÄUDEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 10 0 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 1 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 2 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 2 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 10 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **128 559 380** | **130 104 400** | **124 661 438,—** | **96,97** |

## TITEL 10

## SONSTIGE AUSGABEN

### KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

### KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

### KAPITEL 10 2 — RÜCKSTELLUNG FÜR DIE ÜBERNAHME VON GEBÄUDEN

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

## PERSONAL

## Einzelplan VI — Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | | | |
|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| Sondergruppe | | 1 | | 1 |
| AD 16 | | | | |
| AD 15 | 6 | | 6 | |
| AD 14 | 21 | 1 | 19 | 1 |
| AD 13 | 37 | 3 | 37 | 3 |
| AD 12 | 38 | | 40 | |
| AD 11 | 30 | | 30 | |
| AD 10 | 20 | 3 | 20 | |
| AD 9 | 23 | 7 | 22 | 10 |
| AD 8 | 33 | | 29 | |
| AD 7 | 48 | 2 | 48 | 2 |
| AD 6 | 48 | 1 | 48 | 1 |
| AD 5 | 40 | 2 | 48 | 2 |
| AD insgesamt | 344 | 20 | 347 | 20 |
| AST 11 | 5 | | 5 | |
| AST 10 | 10 | | 10 | |
| AST 9 | 12 | 1 | 13 | 1 |
| AST 8 | 18 | | 18 | |
| AST 7 | 43 | 1 | 43 | 1 |
| AST 6 | 54 | 4 | 54 | 4 |
| AST 5 | 47 | 4 | 47 | 4 |
| AST 4 | 42 | 1 | 42 | 1 |
| AST 3 | 61 | 3 | 61 | 3 |
| AST 2 | 34 | | 34 | |
| AST 1 | 15 | 1 | 18 | 1 |
| AST insgesamt | 341 | 15 | 345 | 15 |
| AST/SC 6 | | | | |
| AST/SC 5 | | | | |
| AST/SC 4 | | | | |
| AST/SC 3 | | | | |
| AST/SC 2 | | | | |
| AST/SC 1 | | | | |
| AST/SC total | | | | |
| **Insgesamt** | **685** | **35** | **692** | **35** |
| **Gesamtzahl** | **720** | | **727** | |

*EINZELPLAN VII*

# AUSSCHUSS DER REGIONEN

## EINNAHMEN

### Beitrag der Europäischen Union zur Finanzierung der Ausgaben des Ausschusses der Regionen für das Haushaltsjahr 2014

| Bezeichnung | Betrag |
|---|---|
| Ausgaben | 87 636 531 |
| Eigene Einnahmen | – 7 938 742 |
| **Zu vereinnahmender Beitrag** | **79 697 789** |

AUSSCHUSS DER REGIONEN

## EIGENE EINNAHMEN

## TITEL 4

## EINNAHMEN VON MITGLIEDERN UND PERSONAL DER ORGANE UND SONSTIGEN EINRICHTUNGEN DER UNION

**KAPITEL 4 0 — STEUERN UND VERSCHIEDENE ABZÜGE**
**KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE DES PERSONALS ZUR VERSORGUNGSORDNUNG**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 4 0 | | | | |
| *4 0 0* | ***Ertrag aus der Besteuerung der Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Mitglieder der Einrichtung, der Beamten, der sonstigen Bediensteten sowie der Personen, die ein Ruhegehalt empfangen*** | 3 188 444 | 3 105 726 | 3 021 011,— | 94,75 |
| *4 0 3* | ***Ertrag der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder der Einrichtung sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | p.m. | p.m. | 70,— | — |
| *4 0 4* | ***Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder der Organe sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | 622 780 | 296 213 | 540 903,— | 86,85 |
| | KAPITEL 4 0 — INSGESAMT | 3 811 224 | 3 401 939 | 3 561 984,— | 93,46 |
| | KAPITEL 4 1 | | | | |
| *4 1 0* | ***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*** | 4 115 471 | 4 493 611 | 4 267 221,— | 103,69 |
| *4 1 1* | ***Übertragung oder Rückkauf von Versorgungsansprüchen durch das Personal*** | p.m. | p.m. | 166 806,— | — |
| *4 1 2* | ***Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten und Bediensteten auf Zeit zur Versorgungsordnung*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 4 1 — INSGESAMT | 4 115 471 | 4 493 611 | 4 434 027,— | 107,74 |
| | **Titel 4 — Insgesamt** | **7 926 695** | **7 895 550** | **7 996 011,—** | **100,87** |

# TITEL 4

# EINNAHMEN VON MITGLIEDERN UND PERSONAL DER ORGANE UND SONSTIGEN EINRICHTUNGEN DER UNION

## KAPITEL 40 — STEUERN UND VERSCHIEDENE ABZÜGE

### 400 *Ertrag aus der Besteuerung der Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Mitglieder der Einrichtung, der Beamten, der sonstigen Bediensteten sowie der Personen, die ein Ruhegehalt empfangen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 3 188 444 | 3 105 726 | 3 021 011,— |

*Erläuterungen*

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union, insbesondere Artikel 12.

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 56 vom 4.3.1968, S. 8).

### 403 *Ertrag der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder der Einrichtung sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 70,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 66a der bis 15. Dezember 2003 gültigen Fassung.

### 404 *Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder der Organe sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 622 780 | 296 213 | 540 903,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 66a.

## KAPITEL 41 — BEITRÄGE DES PERSONALS ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

### 410 *Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 4 115 471 | 4 493 611 | 4 267 221,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 83 Absatz 2.

AUSSCHUSS DER REGIONEN

**KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE DES PERSONALS ZUR VERSORGUNGSORDNUNG** *(Fortsetzung)*

***4 1 1 Übertragung oder Rückkauf von Versorgungsansprüchen durch das Personal***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 166 806,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 11 Absatz 2 sowie die Artikel 17 und 48 des Anhangs VIII.

***4 1 2 Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten und Bediensteten auf Zeit zur Versorgungsordnung***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 40 Absatz 3 und Artikel 83 Absatz 2.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 41 und 43.

## TITEL 5

## EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DER EINRICHTUNG

**KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG BEWEGLICHER SACHEN UND UNBEWEGLICHER SACHEN**
**KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN**
**KAPITEL 5 2 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN ODER DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 5 0 | | | | |
| ***5 0 0*** | ***Erlös aus der Veräußerung beweglicher Sachen*** | | | | |
| 5 0 0 0 | Erlös aus der Veräußerung von Fahrzeugen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 5 0 0 1 | Erlös aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 5 0 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 0 2*** | ***Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 1 | | | | |
| ***5 1 0*** | ***Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 1 1*** | ***Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung unbeweglichen Eigentums und der Erstattung der Mietnebenkosten*** | | | | |
| 5 1 1 0 | Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 5 1 1 1 | Erstattung von Mietnebenkosten — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 5 1 1 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 2 | | | | |
| ***5 2 0*** | ***Erträge aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben des Organs*** | 12 047 | 44 139 | 11 414,— | 94,75 |
| ***5 2 2*** | ***Zinserträge aus Vorfinanzierungen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 2 — INSGESAMT | 12 047 | 44 139 | 11 414,— | 94,75 |

AUSSCHUSS DER REGIONEN

**KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS DIENSTLEISTUNGEN UND SONSTIGER ARBEIT**
**KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DER EINRICHTUNG**
**KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN**
**KAPITEL 5 9 — ANDERE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 5 5 | | | | |
| ***5 5 0*** | ***Einnahmen von Dritten für Dienstleistungen und sonstiger Arbeit, die für andere Organe und Stellen durchgeführt werden, einschließlich der Dienstreisetagegelder, die im Auftrag anderer Organe oder Stellen gezahlt und von diesen zurückerstattet werden — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 5 1*** | ***Einnahmen aus Zahlungen Dritter für Dienstleistungen oder in ihrem Auftrag durchgeführte Arbeiten — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 5 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 7 | | | | |
| ***5 7 0*** | ***Einnahmen aus der Rückerstattung von Beträgen, die rechtsgrundlos gezahlt wurden — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 7 1*** | ***Zweckbestimmte Einnahmen, beispielsweise aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen, einschließlich der jedem Organ zugewiesenen eigenen Einnahmen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 7 3*** | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen für die Verwaltung der Einrichtung — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 7 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 8 | | | | |
| ***5 8 0*** | ***Einnahmen aus der Vermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 8 1*** | ***Einnahmen aus Versicherungsleistungen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 8 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 9 | | | | |
| ***5 9 0*** | ***Andere Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 9 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 5 — Insgesamt** | **12 047** | **44 139** | **11 414,—** | **94,75** |

# TITEL 5

# EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DER EINRICHTUNG

## KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG BEWEGLICHER SACHEN UND UNBEWEGLICHER SACHEN

### *5 0 0 Erlös aus der Veräußerung beweglicher Sachen*

5 0 0 0 Erlös aus der Veräußerung von Fahrzeugen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Einnahmen aus der Veräußerung oder Inzahlungnahme von Fahrzeugen der Einrichtung verbucht.

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

5 0 0 1 Erlös aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Einnahmen aus der Veräußerung oder Inzahlungnahme beweglicher Sachen der Einrichtung mit Ausnahme von Fahrzeugen verbucht.

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 0 2 Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Dieser Artikel umfasst auch den Erlös aus dem Verkauf dieser Produkte in elektronischem Format.

## KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN

### *5 1 0 Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

AUSSCHUSS DER REGIONEN

**KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***5 1 1 Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung unbeweglichen Eigentums und der Erstattung der Mietnebenkosten***

5 1 1 0 Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

5 1 1 1 Erstattung von Mietnebenkosten — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

**KAPITEL 5 2 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN ODER DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN**

***5 2 0 Erträge aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben des Organs***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 12 047 | 44 139 | 11 414,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die Einnahmen aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben des Organs verbucht.

***5 2 2 Zinserträge aus Vorfinanzierungen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die Einnahmen aus Zinserträgen aus Vorfinanzierungen verbucht.

## KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS DIENSTLEISTUNGEN UND SONSTIGER ARBEIT

### *5 5 0 Einnahmen von Dritten für Dienstleistungen und sonstiger Arbeit, die für andere Organe und Stellen durchgeführt werden, einschließlich der Dienstreisetagegelder, die im Auftrag anderer Organe oder Stellen gezahlt und von diesen zurückerstattet werden — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 5 1 Einnahmen aus Zahlungen Dritter für Dienstleistungen oder in ihrem Auftrag durchgeführte Arbeiten — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

## KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DER EINRICHTUNG

### *5 7 0 Einnahmen aus der Rückerstattung von Beträgen, die rechtsgrundlos gezahlt wurden — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 7 1 Zweckbestimmte Einnahmen, beispielsweise aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen, einschließlich der jedem Organ zugewiesenen eigenen Einnahmen — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

AUSSCHUSS DER REGIONEN

**KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DER EINRICHTUNG**
*(Fortsetzung)*

***5 7 3 Sonstige Beiträge und Erstattungen für die Verwaltung der Einrichtung — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

**KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN**

***5 8 0 Einnahmen aus der Vermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

***5 8 1 Einnahmen aus Versicherungsleistungen — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Dieser Artikel umfasst auch die Erstattung der Bezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten infolge eines Unfalls durch die Versicherungen.

**KAPITEL 5 9 — ANDERE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**

***5 9 0 Andere Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die sonstigen Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit verbucht.

AUSSCHUSS DER REGIONEN

## TITEL 9

## VERSCHIEDENE EINNAHMEN

### KAPITEL 9 0 — VERSCHIEDENE EINNAHMEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 9 0 | | | | |
| ***9 0 0*** | ***Verschiedene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 9 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 9 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **7 938 742** | **7 939 689** | **8 007 425,—** | **100,87** |

AUSSCHUSS DER REGIONEN

## TITEL 9

## VERSCHIEDENE EINNAHMEN

### KAPITEL 9 0 — VERSCHIEDENE EINNAHMEN

***9 0 0*** ***Verschiedene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden verschiedene Einnahmen verbucht.

AUSSCHUSS DER REGIONEN

## AUSGABEN

### Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|
| **1** | **MITGLIEDER UND PERSONAL DER EINRICHTUNG** | | | |
| 1 0 | MITGLIEDER DER EINRICHTUNG | 8 408 084 | 8 088 350 | 8 227 779,— |
| 1 2 | BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT | 47 473 867 | 47 079 803 | 44 729 195,— |
| 1 4 | SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNE LEISTUNGEN | 8 209 144 | 8 471 679 | 7 649 945,— |
| 1 6 | SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG | 1 446 970 | 1 458 200 | 1 547 475,— |
| | **Titel 1 — Insgesamt** | **65 538 065** | **65 098 032** | **62 154 394,—** |
| **2** | **GEBÄUDE, MOBILIAR, AUSRÜSTUNGEN UND DIVERSE AUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB** | | | |
| 2 0 | GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN | 14 528 461 | 14 469 802 | 14 006 515,— |
| 2 1 | INFORMATIK, AUSRÜSTUNGEN UND MOBILIAR: KAUF, ANMIETUNG UND WARTUNG | 3 738 629 | 3 754 399 | 4 511 774,— |
| 2 3 | VERWALTUNGSAUSGABEN | 358 247 | 394 298 | 390 717,— |
| 2 5 | SITZUNGEN UND KONFERENZEN | 751 845 | 820 695 | 840 615,— |
| 2 6 | FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG | 2 721 284 | 2 836 410 | 3 073 944,— |
| | **Titel 2 — Insgesamt** | **22 098 466** | **22 275 604** | **22 823 565,—** |
| **10** | **SONSTIGE AUSGABEN** | | | |
| 10 0 | VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL | p.m. | p.m. | 0,— |
| 10 1 | RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN | p.m. | p.m. | 0,— |
| 10 2 | RÜCKSTELLUNG FÜR DIE ÜBERNAHME VON GEBÄUDEN | p.m. | p.m. | 0,— |
| | **Titel 10 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **87 636 531** | **87 373 636** | **84 977 959,—** |

AUSSCHUSS DER REGIONEN

## TITEL 1

## MITGLIEDER UND PERSONAL DER EINRICHTUNG

### KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DER EINRICHTUNG
### KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 1 0 | | | | |
| ***1 0 0*** | ***Gehälter, Vergütungen und Zulagen*** | | | | |
| 1 0 0 0 | Gehälter, Vergütungen und Zulagen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 80 000 | 80 000 | 90 000,— | 112,50 |
| 1 0 0 4 | Reise- und Aufenthaltskosten bei Sitzungen und Einberufungen und Nebenkosten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 8 313 084 | 7 993 350 | 8 122 779,— | 97,71 |
| | *Artikel 1 0 0 — Insgesamt* | 8 393 084 | 8 073 350 | 8 212 779,— | 97,85 |
| ***1 0 5*** | ***Kurse für die Mitglieder der Einrichtung*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 15 000 | 15 000 | 15 000,— | 100,— |
| | KAPITEL 1 0 — INSGESAMT | 8 408 084 | 8 088 350 | 8 227 779,— | 97,86 |
| | KAPITEL 1 2 | | | | |
| ***1 2 0*** | ***Bezüge und sonstige Rechte*** | | | | |
| 1 2 0 0 | Bezüge und Vergütungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 47 013 867 | 46 214 016 | 44 348 628,— | 94,33 |
| 1 2 0 2 | Bezahlte Überstunden | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 60 000 | 60 000 | 58 095,— | 96,83 |
| 1 2 0 4 | Rechte bei Dienstantritt, Versetzungen, Ausscheiden aus dem Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 400 000 | 570 000 | 322 472,— | 80,62 |
| | *Artikel 1 2 0 — Insgesamt* | 47 473 867 | 46 844 016 | 44 729 195,— | 94,22 |
| ***1 2 2*** | ***Vergütungen nach vorzeitigem Ausscheiden aus dem Dienst*** | | | | |
| 1 2 2 0 | Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 1 2 2 2 | Vergütung bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst und besondere Ruhestandsregelung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 1 2 2 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***1 2 9*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | 235 787 | 0,— | — |
| | KAPITEL 1 2 — INSGESAMT | 47 473 867 | 47 079 803 | 44 729 195,— | 94,22 |

**KAPITEL 1 4 — SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNE LEISTUNGEN**
**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 1 4 | | | | |
| ***1 4 0*** | ***Sonstige Bedienstete und externe Personen*** | | | | |
| 1 4 0 0 | Sonstige Bedienstete | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 054 784 | 2 175 152 | 2 133 396,— | 103,83 |
| 1 4 0 2 | Dolmetscherdienste | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 4 566 700 | 4 613 917 | 4 090 706,— | 89,58 |
| 1 4 0 4 | Praktika, Zuschüsse und Austausch von Beamten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 760 460 | 810 160 | 612 484,— | 80,54 |
| 1 4 0 8 | Rechte bei Dienstantritt, Versetzungen, Ausscheiden aus dem Dienst sowie sonstige Ausgaben für das Personal im aktiven Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 30 000 | 30 000 | 50 000,— | 166,67 |
| | *Artikel 1 4 0 — Insgesamt* | 7 411 944 | 7 629 229 | 6 886 586,— | 92,91 |
| ***1 4 2*** | ***Externe Leistungen*** | | | | |
| 1 4 2 0 | Hilfsleistungen für den Übersetzungsdienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 347 200 | 347 200 | 266 199,— | 76,67 |
| 1 4 2 2 | Unterstützung durch Sachverständige bei den beratenden Arbeiten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 450 000 | 495 250 | 497 160,— | 110,48 |
| | *Artikel 1 4 2 — Insgesamt* | 797 200 | 842 450 | 763 359,— | 95,76 |
| ***1 4 9*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 1 4 — INSGESAMT | 8 209 144 | 8 471 679 | 7 649 945,— | 93,19 |
| | KAPITEL 1 6 | | | | |
| ***1 6 1*** | ***Personalverwaltung*** | | | | |
| 1 6 1 0 | Verschiedene Ausgaben für Einstellungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 50 000 | 50 000 | 42 500,— | 85,— |
| 1 6 1 2 | Berufliche Fortbildung, Umschulung und Information des Personals | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 425 070 | 418 200 | 401 725,— | 94,51 |
| | *Artikel 1 6 1 — Insgesamt* | 475 070 | 468 200 | 444 225,— | 93,51 |
| ***1 6 2*** | ***Dienstreisen*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 382 500 | 425 000 | 450 000,— | 117,65 |
| ***1 6 3*** | ***Leistungen zugunsten des Personals*** | | | | |
| 1 6 3 0 | Sozialer Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 20 000 | 20 000 | 7 000,— | 35,— |
| 1 6 3 2 | Interne sozialpolitische Maßnahmen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 28 500 | 30 000 | 28 500,— | 100,— |
| 1 6 3 3 | Mobilität/Transport | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 45 000 | 45 000 | 41 250,— | 91,67 |

AUSSCHUSS DER REGIONEN

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***1 6 3*** | *(Fortsetzung)* | | | | |
| 1 6 3 4 | Ärztlicher Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 45 900 | 45 000 | 43 500,— | 94,77 |
| 1 6 3 6 | Restaurants und Kantinen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 1 6 3 8 | Kleinkindertagesstätten und Kinderkrippen auf Vertragsbasis | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 450 000 | 425 000 | 533 000,— | 118,44 |
| | *Artikel 1 6 3 — Insgesamt* | 589 400 | 565 000 | 653 250,— | 110,83 |
| | KAPITEL 1 6 — INSGESAMT | 1 446 970 | 1 458 200 | 1 547 475,— | 106,95 |
| | **Titel 1 — Insgesamt** | **65 538 065** | **65 098 032** | **62 154 394,—** | **94,84** |

AUSSCHUSS DER REGIONEN

# TITEL 1

# MITGLIEDER UND PERSONAL DER EINRICHTUNG

## KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DER EINRICHTUNG

### *1 0 0 Gehälter, Vergütungen und Zulagen*

1 0 0 0 Gehälter, Vergütungen und Zulagen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 80 000 | 80 000 | 90 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Zahlung der Bürokosten der Mitglieder, die Aufgaben und verantwortliche Funktionen im Ausschuss der Regionen wahrnehmen oder als Berichterstatter tätig waren. Der zweite Teil dieser Mittel dient zur Deckung der Kranken- und Unfallversicherungsprämien der Mitglieder und der spezifischen Unterstützung für behinderte Mitglieder.

1 0 0 4 Reise- und Aufenthaltskosten bei Sitzungen und Einberufungen und Nebenkosten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 8 313 084 | 7 993 350 | 8 122 779,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Zahlungen an die Mitglieder des Ausschusses der Regionen und deren Stellvertreter aufgrund der derzeitigen Regelung betreffend die Erstattung der Beförderungskosten und der Reise- und Sitzungsvergütungen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 10 000 EUR veranschlagt.

### *1 0 5 Kurse für die Mitglieder der Einrichtung*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 15 000 | 15 000 | 15 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für eine partielle Erstattung der Einschreibgebühren für Sprachkurse oder sonstige Seminare zur beruflichen Fortbildung der Mitglieder des Ausschusses der Regionen und ihrer Stellvertreter sowie den Erwerb von Material zum Selbststudium von Sprachen gemäß der Regelung (AdR) Nr. 003/2005 bestimmt.

AUSSCHUSS DER REGIONEN

## KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT

*Erläuterungen*

Auf die Mittelansätze in diesem Kapitel wurde ein Pauschalabschlag von 6,0 % angewandt.

### *1 2 0 Bezüge und sonstige Rechte*

1 2 0 0 Bezüge und Vergütungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 47 013 867 | 46 214 016 | 44 348 628,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Veranschlagt sind folgende Mittel für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben:

— die Gehälter, Familienzulagen, Auslands- und Expatriierungszulagen und mit den Gehältern zusammenhängende Zulagen,

— Beitrag der Institution zum gemeinsamen Krankheitsfürsorgesystem (Kranken- und Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten),

— Pauschalzulagen für Überstunden,

— sonstige Zulagen und verschiedene Vergütungen,

— die Erstattung der Fahrtkosten für Beamte und Bedienstete auf Zeit, für deren Ehegatten und die unterhaltsberechtigten Personen vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort,

— die finanziellen Auswirkungen der Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Dienstbezüge, die in ein anderes als das Land der dienstlichen Verwendung übertragen werden,

— die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit sowie die Zahlungen, die die Einrichtung für Bedienstete auf Zeit zum Erwerb oder zur Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muss,

— die Vergütung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eines Beamten auf Probe im Falle offensichtlich unzulänglicher Leistungen,

— die Vergütung bei Kündigung des Vertrags eines Bediensteten auf Zeit durch die Einrichtung.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 3 000 EUR veranschlagt.

1 2 0 2 Bezahlte Überstunden

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 60 000 | 60 000 | 58 095,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 56 und Anhang VI.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel dienen zur Zahlung von Überstunden nach Maßgabe der vorgenannten Bestimmungen.

1 2 0 4 Rechte bei Dienstantritt, Versetzungen, Ausscheiden aus dem Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 400 000 | 570 000 | 322 472,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

**KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*

***1 2 0*** *(Fortsetzung)*

1 2 0 4 *(Fortsetzung)*

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel decken:

— die Reisekosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) beim Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind,

— die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe und die Umzugskosten für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— die Tagegelder für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die nachweisen, dass sie infolge ihres Dienstantritts oder ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort ihren Wohnort wechseln müssen.

## *1 2 2 Vergütungen nach vorzeitigem Ausscheiden aus dem Dienst*

1 2 2 0 Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Vergütungen für Beamte, die:

— im Anschluss an eine Maßnahme zur Verringerung der Zahl der Planstellen der Einrichtung in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden,

— einen Dienstposten der Besoldungsgruppen AD 16 und AD 15 innehaben und die dieser Stellen aus dienstlichen Gründen enthoben werden.

Die Mittel decken ferner den Arbeitgeberanteil an der Krankenversicherung und die Auswirkungen der auf diese Vergütungen anwendbaren Berichtigungskoeffizienten.

1 2 2 2 Vergütung bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst und besondere Ruhestandsregelung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 64 und 72.

Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85 des Rates vom 12. Dezember 1985 zur Einführung von Sondermaßnahmen aufgrund des Beitritts Spaniens und Portugals betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Union aus dem Dienst (ABl. L 335 vom 13.12.1985, S. 56).

Diese Mittel decken:

— die in Anwendung des Beamtenstatuts bzw. der genannten Verordnung zu zahlenden Vergütungen,

— den Arbeitgeberanteil an der Krankenversicherung der Empfänger dieser Vergütungen,

— die Auswirkungen der auf diese Vergütungen anwendbaren Berichtigungskoeffizienten.

AUSSCHUSS DER REGIONEN

**KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*

***1 2 9 Vorläufig eingesetzte Mittel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 235 787 | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 65 und 65a und Anhang XI.

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der Anpassung der Vergütungen zu decken, die der Rat möglicherweise im Laufe des Haushaltsjahrs beschließt.

Sie sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel und Posten übertragen worden sind.

**KAPITEL 1 4 — SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNE LEISTUNGEN**

***1 4 0 Sonstige Bedienstete und externe Personen***

1 4 0 0 Sonstige Bedienstete

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 054 784 | 2 175 152 | 2 133 396,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel sind vorrangig zur Deckung der folgenden Ausgaben bestimmt:

— die Bezüge der sonstigen Bediensteten, einschließlich Aufwendungen für Überstunden, namentlich der Vertragsbediensteten, Leiharbeitskräfte und Sonderberater (im Sinne der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union), die Arbeitgeberbeiträge zu den verschiedenen Sozialversicherungssystemen, die Familienzulagen, Auslandszulagen und die Erstattung der Kosten für die Reise vom Ort der dienstlichen Verwendung in das Herkunftsland und die Auswirkungen der auf die Bezüge und die Vergütungen bei Kündigung der Verträge dieser Bediensteten anwendbaren Berichtigungskoeffizienten,

— die Honorare des medizinischen Personals und Sanitätspersonals, das im Rahmen des Dienstleistungssystems bezahlt wird, sowie in besonderen Fällen die Ausgaben für die Einstellung von Leiharbeitskräften.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 13 000 EUR veranschlagt.

1 4 0 2 Dolmetscherdienste

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 566 700 | 4 613 917 | 4 090 706,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Dolmetscherdienste bestimmt.

Sie sind bestimmt zur Deckung der Kosten für die Honorare, die Sozialversicherungsbeiträge, die Fahrtkosten und Aufenthaltsvergütungen für die eingesetzten Dolmetscher.

**KAPITEL 1 4 — SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNE LEISTUNGEN** *(Fortsetzung)*

***1 4 0*** *(Fortsetzung)*

1 4 0 4 Praktika, Zuschüsse und Austausch von Beamten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 760 460 | 810 160 | 612 484,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— eine Vergütung von Praktikazuschüssen sowie Reise- und Dienstreisekosten für die Praktikanten und andere Ausgaben im Zusammenhang mit dem Praktika-Programm der Institution (z. B. die Kranken- und Unfallversicherung während ihres Aufenthalts),

— die Ausgaben, die aufgrund des Austausches von Personal zwischen dem Ausschuss der Regionen und dem öffentlichen Dienst der Mitgliedstaaten oder anderer in der Regelung genannter Staaten entstehen,

— Betrag zur Verwirklichung von Forschungsvorhaben — in begrenztem Umfang — in den Tätigkeitsbereichen des Ausschusses der Regionen, die für die europäische Integration von besonderem Interesse sind.

1 4 0 8 Rechte bei Dienstantritt, Versetzungen, Ausscheiden aus dem Dienst sowie sonstige Ausgaben für das Personal im aktiven Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 30 000 | 30 000 | 50 000,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel decken die Kosten für Dienstleistungen bei der Feststellung und Abwicklung der Ansprüche der Beamten, Zeitbediensteten und sonstigen Bediensteten des Ausschusses der Regionen. Da zu solchen Dienstleistungen auch die Leistungen des Amtes für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche der Europäischen Kommission gehören, wird die interinstitutionelle Zusammenarbeit ausgedehnt und es werden sich Vorteile aufgrund der Skaleneffekte ergeben und zu Einsparungen führen. Folgende Dienstleistungen könnten betroffen sein:

— die Übertragung von Ruhegehaltsansprüchen aus dem bzw. in das Herkunftsland,

— die Berechnung von Ruhegehaltsansprüchen,

— die Feststellung und Abwicklung der Ansprüche auf Wiedereinrichtungsbeihilfe,

— die Bearbeitung der Anträge auf Leistungen wegen Arbeitslosigkeit und Auszahlung der Leistungen an die Anspruchsberechtigten.

Diese Mittel decken auch die Kosten für die Bereitstellung anderer personalbezogener Dienstleistungen für Beamte, Zeitbedienstete und sonstige Bedienstete des AdR (und ihre Familienangehörigen) während ihrer aktiven Laufbahn. So soll beispielsweise dem AdR-Personal die Teilnahme an den Aktivitäten des Empfangsbüros der Europäischen Kommission ermöglicht werden. Um weitere Skaleneffekte zu erzielen, werden derartige Dienstleistungen künftig generell im Rahmen einer intensivierten interinstitutionellen Zusammenarbeit angeboten.

AUSSCHUSS DER REGIONEN

**KAPITEL 1 4 — SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNE LEISTUNGEN** *(Fortsetzung)*

***1 4 2 Externe Leistungen***

1 4 2 0 Hilfsleistungen für den Übersetzungsdienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 347 200 | 347 200 | 266 199,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Ausgaben für Leistungen externer Auftragnehmer für Übersetzungen: Übersetzungen durch externe Auftragnehmer in die 24 Amtssprachen der Union sowie in sonstige Sprachen werden von den Auftragnehmern in Anwendung von Rahmenverträgen durchgeführt, abgesehen von einigen Sprachen, die keine Amtssprachen der Union sind und bei denen es keine derartigen Verfahren gibt.

Sie umfassen ebenfalls etwaige Leistungen des Übersetzungszentrums in Luxemburg sowie sämtliche Tätigkeiten im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit im Bereich Sprachendienste.

1 4 2 2 Unterstützung durch Sachverständige bei den beratenden Arbeiten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 450 000 | 495 250 | 497 160,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Zahlungen an qualifizierte Fachleute in spezifischen Bereichen, die an den Tätigkeiten des Ausschusses der Regionen mitwirken, gestützt auf die Regelung betreffend die Erstattung der Beförderungskosten und die pauschale Vergütung für Reise- und Sitzungstage der an den Tätigkeiten des Ausschusses der Regionen mitwirkenden Sachverständigen, Referenten und Forscher.

***1 4 9 Vorläufig eingesetzte Mittel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 65 und 65a und Anhang XI.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der Anpassungen der Vergütungen zu decken, die der Rat möglicherweise im Laufe des Haushaltsjahrs beschließt.

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel und Posten übertragen worden sind.

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG**

***1 6 1 Personalverwaltung***

1 6 1 0 Verschiedene Ausgaben für Einstellungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 50 000 | 50 000 | 42 500,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 27 bis 31 und 33 sowie Anhang III.

Beschluss über die Errichtung des Amtes für Personalauswahl der Europäischen Gemeinschaften und Beschluss über die Organisation und den Betrieb des Amtes für Personalauswahl der Europäischen Gemeinschaften.

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*

***1 6 1*** *(Fortsetzung)*

1 6 1 0 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel decken verschiedene Ausgaben im Zusammenhang mit Einstellungen wie:

— Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung allgemeiner und/oder interner Auswahlverfahren, Auswahl- und/oder Einstellungsverfahren für alle Arten von Bediensteten (Beamte, Zeitbedienstete, Vertragsbedienstete, Berater, abgeordnete nationale Sachverständige) einschließlich der Reise- und Aufenthaltskosten für Bewerber, die zu mündlichen oder schriftlichen Tests eingeladen werden, medizinische Untersuchungen etc.,

— die Ausgaben für den Abschluss einer Versicherung für die genannten Bewerber,

— Ausgaben im Zusammenhang mit den Auswahlverfahren für Führungspositionen einschließlich Assessment-Center,

— die Veröffentlichung von Stellenausschreibungen in den geeigneten Medien,

— usw.

1 6 1 2 Berufliche Fortbildung, Umschulung und Information des Personals

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 425 070 | 418 200 | 401 725,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 24a.

Diese Mittel decken:

— die Ausgaben für die Organisation von Kursen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung, einschließlich Sprachkursen, die intern, auf interinstitutioneller Grundlage oder durch externe Partner angeboten werden,

— Rückgriff auf externe Sachverständige im Bereich des Personalmanagements,

— die Konzipierung und Inanspruchnahme von Instrumenten zur persönlichen, beruflichen und organisatorischen Entwicklung für Beamte, Bedienstete auf Zeit und sonstige Bedienstete des AdR,

— die Ausgaben für die Anschaffung oder Herstellung von pädagogischem Material,

— berufliche Fortbildungsmaßnahmen, mit deren Hilfe die Bediensteten für die Probleme im Umgang mit Behinderten sensibilisiert werden sollen, sowie für Ausbildungsmaßnahmen im Rahmen der Chancengleichheit und der Laufbahnberatung, insbesondere die Erstellung von Kompetenzprofilen.

***1 6 2*** ***Dienstreisen***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 382 500 | 425 000 | 450 000,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 71 und Artikel 11 bis 13 des Anhangs VII.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel sind bestimmt für die Deckung der Fahrtkosten, der Tagegelder sowie weiterer bei einer Dienstreise anfallenden Nebenkosten, die im AdR-Leitfaden für Dienstreisen aufgeführt sind.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 5 000 EUR veranschlagt.

AUSSCHUSS DER REGIONEN

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*

***1 6 3 Leistungen zugunsten des Personals***

1 6 3 0 Sozialer Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 20 000 | 20 000 | 7 000,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 9 Absatz 3 und Artikel 76.

Mit diesen Mitteln werden finanziert:

— im Rahmen einer interinstitutionellen Politik zugunsten behinderter Personen in den folgenden Kategorien:

  — Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst,

  — Ehegatten von Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst,

  — unterhaltsberechtigte Kinder im Sinne des Statuts der Beamten der Europäischen Union,

— im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Erschöpfung etwaiger Ansprüche auf einzelstaatlicher Ebene im Aufenthalts- oder Herkunftsland die Erstattung von Ausgaben, die nicht die medizinische Versorgung betreffen, als erforderlich erachtet werden, aufgrund der Behinderung entstehen, ordnungsgemäß nachgewiesen werden und nicht unter das gemeinsame Krankheitsfürsorgesystem fallen;

— die Zuwendungen an Beamte oder Bedienstete, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden.

1 6 3 2 Interne sozialpolitische Maßnahmen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 28 500 | 30 000 | 28 500,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 9 Absatz 3, Artikel 10b und Artikel 24b.

Mit diesen Mitteln sollen alle Initiativen finanziell gefördert und unterstützt werden, die dazu dienen, die sozialen Beziehungen zwischen den Mitgliedern des Personals verschiedener Nationalitäten zu entwickeln; hierzu gehören Zuschüsse an Clubs sowie an Vereinigungen des Personals auf kulturellem und sportlichem Gebiet.

Sie decken auch einen Zuschuss zugunsten der Personalvertretung, geringfügige Aufwendungen sozialer Maßnahmen zugunsten der Bediensteten sowie die Beteiligung des Ausschusses der Regionen an den sozialen, sportlichen, pädagogischen und kulturellen Tätigkeiten des interinstitutionellen Europazentrums in Overijse.

Diese Mittel dienen auch dazu, Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit im Ausschuss der Regionen zu finanzieren und die Unterstützungsleistungen für Mitglieder des Personals zu decken, die nicht unter die Hilfen fallen, die zu Lasten anderer Artikel dieses Kapitels zu verbuchen sind.

1 6 3 3 Mobilität/Transport

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 45 000 | 45 000 | 41 250,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Maßnahmen im Rahmen des Mobilitätsplans wie Zuschüsse zur Förderung der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, Dienstfahrräder usw. zu finanzieren.

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*

***1 6 3*** *(Fortsetzung)*

1 6 3 4 Ärztlicher Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 45 900 | 45 000 | 43 500,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 59 und Artikel 8 des Anhangs II.

Diese Mittel decken die Verwaltungskosten für die sechs Arbeitsplätze des ärztlichen Dienstes, einschließlich des Kaufs von Material, Arzneimitteln usw., die Kosten für die ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen, die Verwaltungsausgaben für den Invaliditätsausschuss sowie die Ausgaben für externe Leistungen von Fachärzten, die von den Vertrauensärzten für erforderlich erachtet werden.

Ferner decken sie die Ausgaben für den Kauf von bestimmtem als medizinisch notwendig erachtetem Arbeitsgerät und weitere Ausgaben im Rahmen der AdR-Präventionspolitik im Gesundheitsbereich.

1 6 3 6 Restaurants und Kantinen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für den Unterhalt der Kantinen und Cafeterias bestimmt.

1 6 3 8 Kleinkindertagesstätten und Kinderkrippen auf Vertragsbasis

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 450 000 | 425 000 | 533 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung des Anteils des Ausschusses der Regionen an den Ausgaben für die Kleinkindertagesstätte und sonstigen Kinderbetreuungs- und Kindertagesstätten, die von den Organen der Union getragen oder anerkannt werden, und weiterer Kosten im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung.

AUSSCHUSS DER REGIONEN

## TITEL 2

## GEBÄUDE, MOBILIAR, AUSRÜSTUNGEN UND DIVERSE AUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

### KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 2 0 | | | | |
| **2 0 0** | ***Gebäude und Nebenkosten*** | | | | |
| 2 0 0 0 | Mieten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 566 537 | 1 548 696 | 1 444 312,— | 92,20 |
| 2 0 0 1 | Mietkaufzahlungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 8 527 657 | 8 422 315 | 8 210 039,— | 96,28 |
| 2 0 0 3 | Erwerb von Immobilien | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 2 0 0 5 | Errichtung von Gebäuden | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 2 0 0 7 | Herrichtung der Diensträume | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 236 571 | 235 624 | 331 931,— | 140,31 |
| 2 0 0 8 | Sonstige Ausgaben für Gebäude | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 41 930 | 41 762 | 38 555,— | 91,95 |
| 2 0 0 9 | Vorläufig eingesetzte Mittel für die Investitionen der Institution in Gebäude | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 2 0 0 — Insgesamt* | 10 372 695 | 10 248 397 | 10 024 837,— | 96,65 |
| **2 0 2** | ***Gebäudenebenkosten*** | | | | |
| 2 0 2 2 | Reinigung und Instandhaltung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 870 322 | 1 862 837 | 1 905 735,— | 101,89 |
| 2 0 2 4 | Energieverbrauch | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 713 022 | 762 201 | 599 880,— | 84,13 |
| 2 0 2 6 | Sicherheit und Überwachung der Gebäude | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 494 468 | 1 497 562 | 1 442 496,— | 96,52 |
| 2 0 2 8 | Versicherungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 77 954 | 98 805 | 33 567,— | 43,06 |
| | *Artikel 2 0 2 — Insgesamt* | 4 155 766 | 4 221 405 | 3 981 678,— | 95,81 |
| | KAPITEL 2 0 — INSGESAMT | 14 528 461 | 14 469 802 | 14 006 515,— | 96,41 |

**KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNGEN UND MOBILIAR: KAUF, ANMIETUNG UND WARTUNG**
**KAPITEL 2 3 — VERWALTUNGSAUSGABEN**
**KAPITEL 2 5 — SITZUNGEN UND KONFERENZEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 2 1 | | | | |
| ***2 1 0*** | ***Ausrüstungen, Betriebskosten und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Informatik und Telekommunikation*** | | | | |
| 2 1 0 0 | Kauf, Instandhaltung und Wartung der Ausrüstungen und der Software, und damit zusammenhängende Arbeiten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 121 737 | 1 120 440 | 1 020 091,— | 90,94 |
| 2 1 0 2 | Leistungen externer Mitarbeiter für den Betrieb, die Entwicklung und Wartung von Softwaresystemen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 494 882 | 1 489 397 | 2 560 561,— | 171,29 |
| 2 1 0 3 | Telekommunikation | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 188 737 | 187 982 | 152 803,— | 80,96 |
| | *Artikel 2 1 0 — Insgesamt* | 2 805 356 | 2 797 819 | 3 733 455,— | 133,08 |
| ***2 1 2*** | ***Mobiliar*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 159 287 | 168 451 | 121 938,— | 76,55 |
| ***2 1 4*** | ***Material und technische Anlagen*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 693 986 | 708 129 | 572 241,— | 82,46 |
| ***2 1 6*** | ***Fahrzeuge*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 80 000 | 80 000 | 84 140,— | 105,17 |
| | KAPITEL 2 1 — INSGESAMT | 3 738 629 | 3 754 399 | 4 511 774,— | 120,68 |
| | KAPITEL 2 3 | | | | |
| ***2 3 0*** | ***Papier- und Bürobedarf und verschiedene Verbrauchsmaterialien*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 148 556 | 147 970 | 170 106,— | 114,51 |
| ***2 3 1*** | ***Finanzkosten*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 4 500 | 4 500 | 1 500,— | 33,33 |
| ***2 3 2*** | ***Gerichtskosten und Schadenersatz*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 30 000 | 30 000 | 35 000,— | 116,67 |
| ***2 3 6*** | ***Postgebühren und Zustellungskosten*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 86 800 | 124 000 | 92 000,— | 105,99 |
| ***2 3 8*** | ***Sonstige Verwaltungsausgaben*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 88 391 | 87 828 | 92 111,— | 104,21 |
| | KAPITEL 2 3 — INSGESAMT | 358 247 | 394 298 | 390 717,— | 109,06 |
| | KAPITEL 2 5 | | | | |
| ***2 5 4*** | ***Sitzungen, Konferenzen, Kongresse, Seminare und sonstige Veranstaltungen*** | | | | |
| 2 5 4 0 | Interne Sitzungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 110 000 | 135 145 | 68 927,— | 62,66 |

AUSSCHUSS DER REGIONEN

**KAPITEL 2 5 — SITZUNGEN UND KONFERENZEN** *(Fortsetzung)*
**KAPITEL 2 6 — FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***2 5 4*** | *(Fortsetzung)* | | | | |
| 2 5 4 1 | Beobachter | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 77 595 | 82 800 | 121 251,— | 156,26 |
| 2 5 4 2 | Organisation von Veranstaltungen (in Brüssel oder an einem anderen Ort) in Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, ihren Verbänden und den anderen Institutionen der Union | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 414 250 | 422 750 | 466 437,— | 112,60 |
| 2 5 4 6 | Repräsentationskosten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 150 000 | 180 000 | 184 000,— | 122,67 |
| | *Artikel 2 5 4 — Insgesamt* | 751 845 | 820 695 | 840 615,— | 111,81 |
| | KAPITEL 2 5 — INSGESAMT | 751 845 | 820 695 | 840 615,— | 111,81 |
| | KAPITEL 2 6 | | | | |
| ***2 6 0*** | ***Kommunikation und Veröffentlichungen*** | | | | |
| 2 6 0 0 | Beziehungen zur Presse (europäische, nationale, regionale, lokale Presse oder Fachpresse) und Abschluss von Partnerschaften mit audiovisuellen Medien, der Presse oder Radiosendern | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 659 718 | 659 718 | 693 752,— | 105,16 |
| 2 6 0 2 | Herausgabe und Verteilung von gedrucktem, audiovisuellem, elektronischem oder webbasiertem (Internet/Intranet) Informationsmaterial | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 808 305 | 835 305 | 1 020 033,— | 126,19 |
| 2 6 0 4 | Amtsblatt | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 150 000 | 150 000 | 155 000,— | 103,33 |
| | *Artikel 2 6 0 — Insgesamt* | 1 618 023 | 1 645 023 | 1 868 785,— | 115,50 |
| ***2 6 2*** | ***Beschaffung von Dokumentation und Archivierung*** | | | | |
| 2 6 2 0 | Externe Sachverständige und nach außen vergebene Studien | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 449 409 | 499 353 | 472 234,— | 105,08 |
| 2 6 2 2 | Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 128 292 | 150 934 | 200 092,— | 155,97 |
| 2 6 2 4 | Ausgaben für Archivbestände | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 126 560 | 142 100 | 112 833,— | 89,15 |
| | *Artikel 2 6 2 — Insgesamt* | 704 261 | 792 387 | 785 159,— | 111,49 |
| ***2 6 4*** | ***Ausgaben für Veröffentlichungen, für Informationsmaßnahmen und die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen: Maßnahmen für Informationen und Kommunikation*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 399 000 | 399 000 | 420 000,— | 105,26 |
| | KAPITEL 2 6 — INSGESAMT | 2 721 284 | 2 836 410 | 3 073 944,— | 112,96 |
| | **Titel 2 — Insgesamt** | **22 098 466** | **22 275 604** | **22 823 565,—** | **103,28** |

*Erläuterungen*

2013 beliefen sich die Mittel für die Gemeinsamen Dienste der beiden Ausschüsse unter Titel 2 beim Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss auf EUR 24 057 781 und beim Ausschuss der Regionen auf EUR 17 669 322.

AUSSCHUSS DER REGIONEN

## TITEL 2

## GEBÄUDE, MOBILIAR, AUSRÜSTUNGEN UND DIVERSE AUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

### KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN

#### *2 0 0 Gebäude und Nebenkosten*

2 0 0 0 Mieten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 566 537 | 1 548 696 | 1 444 312,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Mietkosten für Gebäude sowie der Mietkosten im Zusammenhang mit Sitzungen, die nicht in den ständig belegten Gebäuden stattfinden.

2 0 0 1 Mietkaufzahlungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 8 527 657 | 8 422 315 | 8 210 039,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Mietkaufzahlungen und vergleichbaren Ausgaben, die die Institution aufgrund der Mietverträge mit Kaufoption zu zahlen hat.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 1 500 EUR veranschlagt.

2 0 0 3 Erwerb von Immobilien

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für den Erwerb von Gebäuden bestimmt. Die Zuschüsse betreffend die Grundstücke und ihre Erschließung werden gemäß der Haushaltsordnung behandelt.

2 0 0 5 Errichtung von Gebäuden

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten können Mittel für die Errichtung von Gebäuden eingesetzt werden.

AUSSCHUSS DER REGIONEN

**KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN** *(Fortsetzung)*

***2 0 0*** *(Fortsetzung)*

2 0 0 7 Herrichtung der Diensträume

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 236 571 | 235 624 | 331 931,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Durchführung verschiedener Herrichtungsarbeiten, einschließlich besonderer Arbeiten für die Sicherheit, die Kantine usw. Hierunter fallen auch Renovierungsvorhaben im Rahmen des Systems für das Umweltmanagement und der Umweltbetriebsprüfung (EMAS), durch die der Energieverbrauch gesenkt werden soll.

2 0 0 8 Sonstige Ausgaben für Gebäude

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 41 930 | 41 762 | 38 555,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die in den anderen Artikeln dieses Kapitels nicht vorgesehenen Ausgaben für Gebäude, insbesondere für:

— technische Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Herrichtung von Diensträumen und Rechtsberatungskosten im Zusammenhang mit einer eventuellen Kaufoption für Gebäude,

— Beratungsleistungen im Rahmen von EMAS,

— sonstige Studien für verschiedene Projekte.

2 0 0 9 Vorläufig eingesetzte Mittel für die Investitionen der Institution in Gebäude

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der etwaigen Immobilieninvestitionen der Einrichtung bestimmt.

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel und Posten übertragen worden sind.

***2 0 2 Gebäudenebenkosten***

2 0 2 2 Reinigung und Instandhaltung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 870 322 | 1 862 837 | 1 905 735,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die Reinigung und Unterhaltung der Räume, der Aufzüge, der Zentralheizung, der Klimaanlagen, der Brandschutztüren sowie der Bekämpfung von Ungeziefer, Malerarbeiten, Reparaturen, die Verschönerung der Gebäude und ihrer Umgebung einschließlich der Kosten für Gutachten, Analysen, Genehmigungen, die Einhaltung der EMAS-Norm usw.

**KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN** *(Fortsetzung)*

***2 0 2*** *(Fortsetzung)*

2 0 2 4 Energieverbrauch

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 713 022 | 762 201 | 599 880,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen unter anderem zur Deckung der Kosten für den Verbrauch von Wasser, Gas, Strom und Heizung.

2 0 2 6 Sicherheit und Überwachung der Gebäude

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 494 468 | 1 497 562 | 1 442 496,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken im Wesentlichen die Personalkosten im Zusammenhang mit der Sicherheit und Überwachung der Gebäude.

2 0 2 8 Versicherungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 77 954 | 98 805 | 33 567,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Versicherungsprämien bestimmt.

**KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNGEN UND MOBILIAR: KAUF, ANMIETUNG UND WARTUNG**

***2 1 0*** ***Ausrüstungen, Betriebskosten und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Informatik und Telekommunikation***

2 1 0 0 Kauf, Instandhaltung und Wartung der Ausrüstungen und der Software, und damit zusammenhängende Arbeiten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 121 737 | 1 120 440 | 1 020 091,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Kauf, Anmietung, Instandhaltung und Wartung der Hardware und Software für die Einrichtung und die damit verbundenen Arbeiten bestimmt.

2 1 0 2 Leistungen externer Mitarbeiter für den Betrieb, die Entwicklung und Wartung von Softwaresystemen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 494 882 | 1 489 397 | 2 560 561,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Service-Büros und EDV-Berater im Zusammenhang mit der Nutzung des EDV-Zentrums und des Netzes, die Implementierung und Wartung von Anwendungen, die Unterstützung der Benutzer, einschließlich der Mitglieder, die Durchführung von Studien sowie die Erstellung und Erfassung technischer Dokumentationen bestimmt.

AUSSCHUSS DER REGIONEN

**KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNGEN UND MOBILIAR: KAUF, ANMIETUNG UND WARTUNG** *(Fortsetzung)*

***2 1 0*** *(Fortsetzung)*

2 1 0 3 Telekommunikation

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 188 737 | 187 982 | 152 803,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Anschlussgebühren und die Nutzungsgebühren für kabelbetriebene oder drahtlose Kommunikationsdienste (Festnetz und Mobilfunk, Fernsehen) sowie Ausgaben für Datenübertragungsnetze und Telematikdienste.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 10 000 EUR veranschlagt.

***2 1 2*** ***Mobiliar***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 159 287 | 168 451 | 121 938,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für Kauf, Miete, Instandhaltung und Reparatur von Mobiliar, insbesondere für den Kauf ergonomischer Büromöbel, sowie für den Ersatz von abgenutztem und nicht mehr verwendbarem Mobiliar bestimmt.

Bei Kunstwerken decken diese Mittel sowohl die Ausgaben für den Erwerb und Ankauf von spezifischem Material als auch die damit zusammenhängenden laufenden Kosten, u. a. die Kosten für das Rahmen, die Restaurierung, die Reinigung, Versicherungen sowie die gelegentlich anfallenden Transportkosten.

***2 1 4*** ***Material und technische Anlagen***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 693 986 | 708 129 | 572 241,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Kosten für Kauf, Miete, Instandhaltung und Reparatur von Material und technischen Anlagen, insbesondere von:

— verschiedenem Material und festen und beweglichen technischen Einrichtungen für Veröffentlichung, Archivierung, Sicherheit, Kantinen, Gebäude usw.,

— Ausstattungsgegenständen, insbesondere für Druckerei, Archiv, Telefondienst, Kantinen, Einkaufszentralen, Sicherheit, Konferenztechnik, den audiovisuellen Sektor usw.,

— Instandhaltung und Reparatur von Material und technischen Anlagen in Sälen für interne Sitzungen und Konferenzen.

***2 1 6*** ***Fahrzeuge***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 80 000 | 80 000 | 84 140,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für Kauf, Unterhalt, Betrieb und Reparatur von Fahrzeugen (Fahrzeugflotte und Fahrradbestand) und die Miete von Fahrzeugen, Taxis, Omnibussen und Lastkraftwagen mit oder ohne Fahrer bestimmt, einschließlich der damit zusammenhängenden Versicherungen.

## KAPITEL 2 3 — VERWALTUNGSAUSGABEN

### *2 3 0 Papier- und Bürobedarf und verschiedene Verbrauchsmaterialien*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 148 556 | 147 970 | 170 106,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die Beschaffung von Papier, Umschlägen, Büromaterial, Material für die Druckerei und den Vervielfältigungsdienst sowie für einige der extern durchzuführenden Druckarbeiten.

### *2 3 1 Finanzkosten*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 500 | 4 500 | 1 500,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Bankkosten (Gebühren, Agios, verschiedene Kosten) und sonstigen Finanzkosten einschließlich der Nebenkosten für die Finanzierung von Gebäuden.

### *2 3 2 Gerichtskosten und Schadenersatz*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 30 000 | 30 000 | 35 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— alle gegebenenfalls anfallenden Kosten für die Beteiligung des Ausschusses der Regionen an einem Verfahren vor den Gerichten der Union und nationalen Gerichten, für juristische Dienstleistungen, die Beschaffung von Material und juristischen Nachschlagewerken sowie weitere Kosten, die im Zusammenhang mit juristischen Tätigkeiten und streitigen oder außergerichtlichen Verfahren anfallen,

— die Ausgaben für Schadenersatz, Zinsen und etwaige einschlägige Verbindlichkeiten im Sinne von Artikel 11 Absatz 3 der Haushaltsordnung.

### *2 3 6 Postgebühren und Zustellungskosten*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 86 800 | 124 000 | 92 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Postgebühren, Bearbeitung und Beförderung durch die Postdienste oder die Transportunternehmen bestimmt.

### *2 3 8 Sonstige Verwaltungsausgaben*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 88 391 | 87 828 | 92 111,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— die Versicherungen, die nicht eigens unter einem anderen Posten vorgesehen sind,

— den Kauf und die Instandhaltung von Arbeitskleidung für Amtsboten, Kraftfahrer und Transporteure, medizinische Dienste und verschiedene technische Dienste,

AUSSCHUSS DER REGIONEN

**KAPITEL 2 3 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***2 3 8*** *(Fortsetzung)*

— alle Umzugskosten, auch für die Leistungen von Umzugsfirmen bzw. von befristet beschäftigten Transporteuren,

— verschiedene Betriebskosten, wie Raumschmuck, Geschenke usw.

**KAPITEL 2 5 — SITZUNGEN UND KONFERENZEN**

***2 5 4*** ***Sitzungen, Konferenzen, Kongresse, Seminare und sonstige Veranstaltungen***

2 5 4 0 Interne Sitzungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 110 000 | 135 145 | 68 927,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Erfrischungen und gelegentliche Imbisse und Arbeitsessen bei internen Sitzungen.

2 5 4 1 Beobachter

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 77 595 | 82 800 | 121 251,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Reise- und Sitzungsvergütungen der Vertreter der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften aus den Beitrittsländern sowie aus Ländern mit besonderen Beziehungen zur Union anlässlich ihrer Teilnahme an den Arbeiten des Ausschusses der Regionen.

2 5 4 2 Organisation von Veranstaltungen (in Brüssel oder an einem anderen Ort) in Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, ihren Verbänden und den anderen Institutionen der Union

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 414 250 | 422 750 | 466 437,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der Ausgaben, einschließlich der Repräsentationsausgaben und der Logistikkosten für:

— die Organisation von Veranstaltungen allgemeinen oder fachlichen Inhalts durch den Ausschuss der Regionen, auf denen die politischen und beratenden Arbeiten des Ausschusses bekanntgemacht werden sollen; solche Veranstaltungen finden entweder in Brüssel oder an einem anderen Ort statt, gewöhnlich in Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, ihren Verbänden und den anderen Institutionen der Union,

— die Teilnahme des Ausschusses der Regionen an Kongressen, Konferenzen, Kolloquien, Seminaren und Symposien, die durch Dritte veranstaltet werden (Institutionen der Union, lokale und regionale Gebietskörperschaften, deren Verbände usw.).

**KAPITEL 2 5 — SITZUNGEN UND KONFERENZEN** *(Fortsetzung)*

***2 5 4*** *(Fortsetzung)*

2 5 4 6 Repräsentationskosten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 150 000 | 180 000 | 184 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben im Zusammenhang mit den Verpflichtungen der Institution für Repräsentationszwecke bestimmt.

Sie decken ferner die Ausgaben für Repräsentationszwecke bestimmter Beamter im Interesse der Institution.

**KAPITEL 2 6 — FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG**

***2 6 0 Kommunikation und Veröffentlichungen***

2 6 0 0 Beziehungen zur Presse (europäische, nationale, regionale, lokale Presse oder Fachpresse) und Abschluss von Partnerschaften mit audiovisuellen Medien, der Presse oder Radiosendern

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 659 718 | 659 718 | 693 752,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung folgender Kosten bestimmt:

— Beherbergung von Journalisten der Lokal- und Regionalpresse in Brüssel während der Sitzungen des Ausschusses der Regionen sowie bei von ihm organisierten Veranstaltungen,

— öffentliche Kommunikations- und Informationsmaßnahmen des Ausschusses der Regionen zur Werbung für kulturelle und andere Veranstaltungen oder Aktivitäten des Ausschusses, einschließlich diesbezügliche audiovisuelle Dienste und Material,

— redaktionelle Partnerschaften und Unterstützung bei der Herstellung (Zeitungen, audiovisuelle und Hörfunkproduktionen).

2 6 0 2 Herausgabe und Verteilung von gedrucktem, audiovisuellem, elektronischem oder webbasiertem (Internet/Intranet) Informationsmaterial

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 808 305 | 835 305 | 1 020 033,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Veröffentlichungen des Ausschusses der Regionen in Medien jeglicher Art, insbesondere:

— Redaktion und Veröffentlichung von Broschüren mit allgemeinem oder fachlichen Inhalt,

— Herstellung des elektronischen Newsletters auf dem Internetauftritt des Ausschusses der Regionen sowie Verbreitung an die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie die regionalen und nationalen Medien,

— Erstellung des offiziellen Internetauftritts des Ausschusses der Regionen in 24 Sprachfassungen,

— Herstellung von Videomaterial und sonstigen audiovisuellen oder Hörfunkdokumenten.

AUSSCHUSS DER REGIONEN

**KAPITEL 2 6 — FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG**
*(Fortsetzung)*

***2 6 0*** *(Fortsetzung)*

2 6 0 4 Amtsblatt

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 150 000 | 150 000 | 155 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für den Druck der Veröffentlichungen im *Amtsblatt der Europäischen Union* sowie der Versandkosten und weiterer Nebenkosten.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 71 600 EUR veranschlagt.

***2 6 2*** ***Beschaffung von Dokumentation und Archivierung***

2 6 2 0 Externe Sachverständige und nach außen vergebene Studien

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 449 409 | 499 353 | 472 234,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für die Erstellung von Studien bestimmt, die durch Auftragsvergabe an externe qualifizierte Sachverständige und Forschungsinstitute vergeben werden.

2 6 2 2 Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 128 292 | 150 934 | 200 092,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken:

— die Erweiterungen und Ersatzbeschaffungen im Bereich der allgemeinen Nachschlagewerke und die laufende Ergänzung des Grundstocks der Bibliothek,

— die Abonnements von Zeitungen und Zeitschriften sowie bei Informationsagenturen, Abonnements für deren Veröffentlichungen und Online-Dienste einschließlich der Urheberrechtsgebühren für die Vervielfältigung und Verbreitung dieser Veröffentlichungen in schriftlicher und/oder elektronischer Form,

— die Abonnements oder Dienstleistungsverträge für die Lieferung von Inhaltsübersichten und -analysen von Zeitschriften und die Erfassung der aus diesen Zeitschriften entnommenen Artikel auf optischen Datenträgern,

— die Kosten für die Nutzung externer Dokumentendatenbanken und statistischer Datenbanken (ohne EDV-Anlagen und Fernmeldegebühren),

— die Kosten im Zusammenhang mit den vom Ausschuss der Regionen im Rahmen der internationalen und/oder interinstitutionellen Zusammenarbeit übernommenen Verpflichtungen,

— den Kauf oder die Anmietung spezifischer Geräte, einschließlich elektrischer, elektronischer und computertechnischer Materialien und/oder Systeme für die Bibliothek (traditionell oder hybrid) sowie externer Dienstleistungen für den Erwerb, die Entwicklung, die Installation, die Nutzung und die Wartung dieser Geräte und Systeme,

— im Zusammenhang mit den Tätigkeiten der Bibliothek stehende Leistungen, insbesondere was die Beziehungen zu ihren Nutzern (Recherchen, Analysen), das Qualitätsmanagement-System usw. betrifft,

— Einbinde- und Konservierungsmaterialien und -arbeiten für die Bibliothek, die Dokumentation und die Mediathek,

— den Kauf von Wörterbüchern, Lexika und sonstigen Nachschlagewerken für die Direktion Übersetzung.

**KAPITEL 2 6 — FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG**
*(Fortsetzung)*

**2 6 2** *(Fortsetzung)*

2 6 2 4 Ausgaben für Archivbestände

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 126 560 | 142 100 | 112 833,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Kosten für externe Dienstleistungen im Zusammenhang mit Archivierungsmaßnahmen, einschließlich Sortierung, Registrierung und Neuordnung in den Beständen, mit der Archivierung zusammenhängende Dienstleistungen sowie den Erwerb und die Nutzung der Archivbestände auf alternativen Datenträgern (Mikrofilme, Disketten, Kassetten usw.) sowie den Kauf, die Anmietung und Wartung spezifischer (elektronischer, computertechnischer und elektrischer) Geräte und die Kosten für Veröffentlichungen auf Trägermedien jeder Art (Broschüren, CD-ROM usw.).

***2 6 4 Ausgaben für Veröffentlichungen, für Informationsmaßnahmen und die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen: Maßnahmen für Informationen und Kommunikation***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 399 000 | 399 000 | 420 000,— |

*Erläuterungen*

Regelung (AdR) Nr. 0008/2010 betreffend die Finanzierung der politischen Tätigkeiten sowie der Informationstätigkeiten der Mitglieder des Ausschusses der Regionen.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben aufgrund der politischen Tätigkeiten sowie der Informationstätigkeiten der Mitglieder des Ausschusses im Rahmen ihres Mandats auf europäischer Ebene:

— Förderung und Stärkung der Rolle der Mitglieder des Ausschusses der Regionen über die Tätigkeiten ihrer jeweiligen Fraktion;

— Information der Bürger über die Rolle des Ausschusses der Regionen als institutioneller Vertreter der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Union.

AUSSCHUSS DER REGIONEN

## TITEL 10

## SONSTIGE AUSGABEN

**KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL**
**KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN**
**KAPITEL 10 2 — RÜCKSTELLUNG FÜR DIE ÜBERNAHME VON GEBÄUDEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 10 0 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 1 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 2 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 2 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 10 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **87 636 531** | **87 373 636** | **84 977 959,—** | **96,97** |

AUSSCHUSS DER REGIONEN

# TITEL 10

# SONSTIGE AUSGABEN

## KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel haben rein vorläufigen Charakter und können erst verwendet werden, wenn sie nach dem in der Haushaltsordnung dafür vorgesehenen Verfahren auf andere Kapitel des Haushalts übertragen worden sind.

## KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

## KAPITEL 10 2 — RÜCKSTELLUNG FÜR DIE ÜBERNAHME VON GEBÄUDEN

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

AUSSCHUSS DER REGIONEN

## PERSONAL

### Einzelplan VII — Ausschuss der Regionen

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Ausschuss der Regionen | | | |
|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| Sondergruppe | | 1 | | 1 |
| AD 16 | | | | |
| AD 15 | 6 | | 6 | |
| AD 14 | 21 | 1 | 16 | 1 |
| AD 13 | 19 | 3 | 19 | 2 |
| AD 12 | 23 | 2 | 24 | 3 |
| AD 11 | 23 | 2 | 24 | 2 |
| AD 10 | 17 | 3 | 17 | 3 |
| AD 9 | 20 | 1 | 13 | 1 |
| AD 8 | 51 | 2 | 44 | 2 |
| AD 7 | 46 | 3 | 46 | 1 |
| AD 6 | 65 | 10 | 73 | 12 |
| AD 5 | 1 | 1 | 13 | 1 |
| AD insgesamt | 292 | 29 | 295 | 29 |
| AST 11 | 5 | | 4 | |
| AST 10 | 5 | | 5 | |
| AST 9 | 4 | | 4 | |
| AST 8 | 11 | | 9 | |
| AST 7 | 17 | 3 | 15 | 3 |
| AST 6 | 27 | | 24 | |
| AST 5 | 45 | 7 | 43 | 7 |
| AST 4 | 39 | 1 | 37 | 1 |
| AST 3 | 15 | 1 | 19 | 1 |
| AST 2 | 28 | 2 | 37 | 2 |
| AST 1 | 1 | | 2 | |
| AST insgesamt | 197 | 14 | 199 | 14 |
| AST/SC 6 | | | | |
| AST/SC 5 | | | | |
| AST/SC 4 | | | | |
| AST/SC 3 | | | | |
| AST/SC 2 | | | | |
| AST/SC 1 | | | | |
| AST/SC total | | | | |
| **AD und AST insgesamt** | **489** | **43** | **494** | **43** |
| **Gesamtpersonalbestand** | **532** | | **537** | |

*EINZELPLAN VIII*

# EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER

## EINNAHMEN

### Beitrag der Europäischen Union zur Finanzierung der Ausgaben des Europäischen Bürgerbeauftragten für das Haushaltsjahr 2014

| Bezeichnung | Betrag |
|---|---|
| Ausgaben | 9 857 002 |
| Eigene Einnahmen | – 1 190 225 |
| **Zu vereinnahmender Beitrag** | **8 666 777** |

EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER

## EIGENE EINNAHMEN

## TITEL 4

## EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN BEAMTEN UND BEDIENSTETEN DER ORGANE UND SONSTIGEN EINRICHTUNGEN DER UNION

### KAPITEL 4 0 — VERSCHIEDENE STEUERN UND ABZÜGE
### KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 4 0 | | | | |
| ***4 0 0*** | ***Ertrag aus der Besteuerung der Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Mitglieder des Organs, der Beamten, der sonstigen Bediensteten und der Personen, die ein Ruhegehalt empfangen*** | 593 147 | 585 550 | 521 710,— | 87,96 |
| ***4 0 4*** | ***Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | 64 567 | 67 821 | 0,— | 0,— |
| | KAPITEL 4 0 — INSGESAMT | 657 714 | 653 371 | 521 710,— | 79,32 |
| | KAPITEL 4 1 | | | | |
| ***4 1 0*** | ***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*** | 532 511 | 532 305 | 517 335,— | 97,15 |
| ***4 1 1*** | ***Übertragung oder Rückkauf von Ruhegehaltsansprüchen durch das Personal*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***4 1 2*** | ***Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten und sonstigen Bediensteten zur Versorgungsordnung*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 4 1 — INSGESAMT | 532 511 | 532 305 | 517 335,— | 97,15 |
| | **Titel 4 — Insgesamt** | **1 190 225** | **1 185 676** | **1 039 045,—** | **87,30** |

# TITEL 4

# EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN BEAMTEN UND BEDIENSTETEN DER ORGANE UND SONSTIGEN EINRICHTUNGEN DER UNION

## KAPITEL 4 0 — VERSCHIEDENE STEUERN UND ABZÜGE

### 4 0 0 *Ertrag aus der Besteuerung der Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Mitglieder des Organs, der Beamten, der sonstigen Bediensteten und der Personen, die ein Ruhegehalt empfangen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 593 147 | 585 550 | 521 710,— |

*Erläuterungen*

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union, insbesondere Artikel 12.

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 56 vom 4.3.1968, S. 8).

Beschluss 94/262/EGKS, EG, Euratom des Europäischen Parlaments vom 9. März 1994 über die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten (ABl. L 113 vom 4.5.1994, S. 15), insbesondere Artikel 10 Absätze 2 und 3.

### 4 0 4 *Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 64 567 | 67 821 | 0,— |

*Erläuterungen*

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union, insbesondere Artikel 12.

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 66a, und Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Beschluss 94/262/EGKS, EG, Euratom des Europäischen Parlaments vom 9. März 1994 über die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten (ABl. L 113 vom 4.5.1994, S. 15), insbesondere Artikel 10 Absätze 2 und 3.

## KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

### 4 1 0 *Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 532 511 | 532 305 | 517 335,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 83 Absatz 2.

EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER

**KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG** *(Fortsetzung)*

***4 1 1 Übertragung oder Rückkauf von Ruhegehaltsansprüchen durch das Personal***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Anhang VIII Artikel 4, Artikel 11 Absätze 2 und 3 und Artikel 48.

***4 1 2 Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten und sonstigen Bediensteten zur Versorgungsordnung***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 40 Absatz 3, und Artikel 17 der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

# TITEL 6

# BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM RAHMEN VON ABKOMMEN UND PROGRAMMEN DER UNION

## KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 6 6 | | | | |
| ***6 6 0*** | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen*** | | | | |
| 6 6 0 0 | Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | 0,— | 1 570,— | — |
| | *Artikel 6 6 0 — Insgesamt* | p.m. | 0,— | 1 570,— | — |
| | KAPITEL 6 6 — INSGESAMT | p.m. | 0,— | 1 570,— | — |
| | **Titel 6 — Insgesamt** | **p.m.** | **0,—** | **1 570,—** | **—** |

EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER

## TITEL 6

## BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM RAHMEN VON ABKOMMEN UND PROGRAMMEN DER UNION

### KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN

#### *6 6 0 Sonstige Beiträge und Erstattungen*

6 6 0 0 Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 0,— | 1 570,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung die etwaigen Einnahmen verbucht, die nicht an anderer Stelle des Titels 6 vorgesehen sind und die als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben, denen diese Einnahmen zugewiesen sind, bereitgestellt werden.

## TITEL 9

## VERSCHIEDENE EINNAHMEN

### KAPITEL 9 0 — VERSCHIEDENE EINNAHMEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 9 0 | | | | |
| ***9 0 0*** | ***Verschiedene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 14 799,— | — |
| | KAPITEL 9 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 14 799,— | — |
| | **Titel 9 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **14 799,—** | **—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **1 190 225** | **1 185 676** | **1 055 414,—** | **88,67** |

EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER

## TITEL 9

## VERSCHIEDENE EINNAHMEN

### KAPITEL 9 0 — VERSCHIEDENE EINNAHMEN

***9 0 0*** ***Verschiedene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 14 799,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die sonstigen Einnahmen verbucht.

## AUSGABEN

### Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|
| **1** | **AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DER EINRICHTUNG** | | | |
| 1 0 | MITGLIEDER DER EINRICHTUNG | 653 253 | 533 314 | 500 104,— |
| 1 2 | BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT | 6 537 633 | 6 569 282 | 6 099 735,— |
| 1 4 | SONSTIGES PERSONAL UND EXTERNE LEISTUNGEN | 452 116 | 411 775 | 299 236,— |
| 1 6 | SONSTIGE AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG | 66 000 | 69 000 | 82 633,— |
| | **Titel 1 — Insgesamt** | **7 709 002** | **7 583 371** | **6 981 708,—** |
| **2** | **GEBÄUDE, MOBILIAR, AUSRÜSTUNG UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN** | | | |
| 2 0 | GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN | 715 000 | 693 000 | 539 000,— |
| 2 1 | INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR: ANSCHAFFUNG, MIETE UND WARTUNG | 117 000 | 100 000 | 290 792,— |
| 2 3 | LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB | 718 000 | 781 500 | 799 638,— |
| | **Titel 2 — Insgesamt** | **1 550 000** | **1 574 500** | **1 629 430,—** |
| **3** | **AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG DER ALLGEMEINEN AUFGABEN DER EINRICHTUNG** | | | |
| 3 0 | SITZUNGEN UND KONFERENZEN | 241 000 | 222 000 | 216 403,— |
| 3 2 | FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG | 316 500 | 347 000 | 277 943,— |
| 3 3 | UNTERSUCHUNGEN UND SONSTIGE ZUSCHÜSSE | 39 000 | 3 000 | 17 292,— |
| 3 4 | AUSGABEN IN ZUSAMMENHANG MIT DEN AUFGABEN DES EUROPÄISCHEN BÜRGERBEAUFTRAGTEN | 1 500 | 1 500 | 1 350,— |
| | **Titel 3 — Insgesamt** | **598 000** | **573 500** | **512 988,—** |
| **10** | **SONSTIGE AUSGABEN** | | | |
| 10 0 | VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL | p.m. | p.m. | 0,— |
| 10 1 | RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN | p.m. | p.m. | 0,— |
| | **Titel 10 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **9 857 002** | **9 731 371** | **9 124 126,—** |

EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER

## TITEL 1

## AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DER EINRICHTUNG

### KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DER EINRICHTUNG
### KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 1 0 | | | | |
| ***1 0 0*** | ***Gehalt, Zulagen und Entschädigungen (an das Gehalt gebunden)*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 359 163 | 376 900 | 354 923,— | 98,82 |
| ***1 0 2*** | ***Übergangsgelder*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 148 273 | p.m. | 0,— | 0,— |
| ***1 0 3*** | ***Versorgungsbezüge*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 99 817 | 103 414 | 97 825,— | 98,— |
| ***1 0 4*** | ***Dienstreisekosten*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 45 000 | 52 000 | 47 356,— | 105,24 |
| ***1 0 5*** | ***Sprach- und EDV-Kurse*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 000 | 1 000 | 0,— | 0,— |
| ***1 0 8*** | ***Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt und Ausscheiden aus dem Dienst*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 1 0 — INSGESAMT | 653 253 | 533 314 | 500 104,— | 76,56 |
| | KAPITEL 1 2 | | | | |
| ***1 2 0*** | ***Dienstbezüge und sonstige Ansprüche*** | | | | |
| 1 2 0 0 | Gehälter und Zulagen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 6 509 633 | 6 541 282 | 6 001 343,— | 92,19 |
| 1 2 0 2 | Vergütete Überstunden | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 3 000 | 3 000 | 2 392,— | 79,73 |
| 1 2 0 4 | Ansprüche bei Dienstantritt, bei Versetzung und bei Ausscheiden aus dem Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 25 000 | 25 000 | 96 000,— | 384,— |
| | *Artikel 1 2 0 — Insgesamt* | 6 537 633 | 6 569 282 | 6 099 735,— | 93,30 |
| ***1 2 2*** | ***Vergütungen bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Dienst*** | | | | |
| 1 2 2 0 | Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 1 2 2 2 | Vergütungen beim endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst und besondere Ruhestandsregelung für Beamte und Bedienstete auf Zeit | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 1 2 2 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 1 2 — INSGESAMT | 6 537 633 | 6 569 282 | 6 099 735,— | 93,30 |

**KAPITEL 1 4 — SONSTIGES PERSONAL UND EXTERNE LEISTUNGEN**
**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 1 4 | | | | |
| ***1 4 0*** | ***Sonstige Bedienstete und externes Personal*** | | | | |
| 1 4 0 0 | Sonstige Bedienstete | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 316 116 | 311 775 | 217 097,— | 68,68 |
| 1 4 0 4 | Praktika, Zuschüsse und Austausch von Beamten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 136 000 | 100 000 | 82 139,— | 60,40 |
| | *Artikel 1 4 0 — Insgesamt* | 452 116 | 411 775 | 299 236,— | 66,19 |
| | KAPITEL 1 4 — INSGESAMT | 452 116 | 411 775 | 299 236,— | 66,19 |
| | KAPITEL 1 6 | | | | |
| ***1 6 1*** | ***Ausgaben für Personalverwaltung*** | | | | |
| 1 6 1 0 | Ausgaben für Personaleinstellung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 5 000 | 8 000 | 9 000,— | 180,— |
| 1 6 1 2 | Berufliche Fortbildung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 55 000 | 55 000 | 69 000,— | 125,45 |
| | *Artikel 1 6 1 — Insgesamt* | 60 000 | 63 000 | 78 000,— | 130,— |
| ***1 6 3*** | ***Maßnahmen zugunsten des Personals der Einrichtung*** | | | | |
| 1 6 3 0 | Sozialer Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 1 6 3 2 | Soziale Beziehungen zwischen den Bediensteten und sonstige soziale Tätigkeiten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 6 000 | 6 000 | 4 633,— | 77,22 |
| | *Artikel 1 6 3 — Insgesamt* | 6 000 | 6 000 | 4 633,— | 77,22 |
| | KAPITEL 1 6 — INSGESAMT | 66 000 | 69 000 | 82 633,— | 125,20 |
| | **Titel 1 — Insgesamt** | **7 709 002** | **7 583 371** | **6 981 708,—** | **90,57** |

EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER

# TITEL 1

# AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DER EINRICHTUNG

## KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DER EINRICHTUNG

### *1 0 0 Gehalt, Zulagen und Entschädigungen (an das Gehalt gebunden)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 359 163 | 376 900 | 354 923,— |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1), insbesondere die Artikel 4a, 11 und 14.

Beschluss 94/262/EGKS, EG, Euratom des Europäischen Parlaments vom 9. März 1994 über die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten (ABl. L 113 vom 4.5.1994, S. 15).

Diese Mittel dienen der Finanzierung der Bezüge, Vergütungen und sonstigen an das Gehalt des Europäischen Bürgerbeauftragten gebundenen Zulagen, insbesondere des Arbeitgeberanteils an der Versicherung gegen Berufskrankheits- und Unfallrisiken, des Arbeitgeberanteils an der Krankenversicherung, der Geburtenzulage, der im Todesfall vorgesehenen Vergütungen, der jährlichen ärztlichen Untersuchung usw.

Diese Mittel decken ferner die Zahlung der Berichtigungskoeffizienten sowie die Auswirkungen der etwaigen Anpassungen der Gehälter und Altersversorgungsbezüge, die vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres beschlossen werden.

### *1 0 2 Übergangsgelder*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 148 273 | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1), insbesondere Artikel 7.

Diese Mittel sind zur Deckung der Übergangsgelder, der Familienzulagen sowie der Berichtigungskoeffizienten der Wohnsitzländer bestimmt.

### *1 0 3 Versorgungsbezüge*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 99 817 | 103 414 | 97 825,— |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1), insbesondere die Artikel 8, 9, 15 und 18.

Diese Mittel sind zur Deckung der Altersversorgung und des Berichtigungskoeffizienten des Wohnsitzlandes der vorangegangenen Europäischen Bürgerbeauftragten sowie der Hinterbliebenenversorgung der überlebenden Ehegatten und Waisen und der Berichtigungskoeffizienten ihrer Wohnsitzländer bestimmt.

**KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*

***1 0 4*** ***Dienstreisekosten***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 45 000 | 52 000 | 47 356,— |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1), insbesondere Artikel 6.

Diese Mittel sind bestimmt für die Deckung der Fahrtkosten, der Dienstreisetagegelder sowie der bei der Durchführung einer Dienstreise anfallenden Nebenkosten oder außergewöhnlichen Auslagen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

***1 0 5*** ***Sprach- und EDV-Kurse***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 000 | 1 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Teilnahme an Sprachkursen oder sonstigen beruflichen Weiterbildungsseminaren bestimmt.

***1 0 8*** ***Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt und Ausscheiden aus dem Dienst***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1), insbesondere Artikel 5.

Diese Mittel sind zur Deckung der Reisekosten des Europäischen Bürgerbeauftragten (einschließlich seiner oder ihrer Familie) bei der Aufnahme der Amtstätigkeit oder beim Ausscheiden aus dem Amt, der Einrichtungs- oder Wiedereinrichtungsbeihilfen bei der Aufnahme der Amtstätigkeit oder beim Ausscheiden aus dem Amt und der Umzugskosten bei der Aufnahme der Amtstätigkeit oder beim Ausscheiden aus dem Amt bestimmt.

EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER

## KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT

*Erläuterungen*

Auf die Mittelansätze in diesem Kapitel wurde ein Pauschalabschlag von 5 % angewandt.

### *1 2 0 Dienstbezüge und sonstige Ansprüche*

1 2 0 0 Gehälter und Zulagen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 509 633 | 6 541 282 | 6 001 343,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Bei diesem Posten ist für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben, im Wesentlichen Folgendes veranschlagt:

— die Gehälter, Vergütungen und mit den Gehältern zusammenhängende Zulagen,

— die Kranken- und Unfallversicherung, die Versicherung gegen Berufskrankheiten und sonstige Sozialkosten,

— die pauschalen Vergütungen für Überstunden,

— die sonstigen Zulagen und verschiedene Vergütungen,

— die Zahlung der Reisekosten des Beamten oder Bediensteten auf Zeit, für seinen Ehegatten und für die unterhaltsberechtigten Personen vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort,

— die Auswirkungen von Berichtigungskoeffizienten auf die Dienstbezüge und auf den Anteil der Bezüge, der in ein anderes Land als das Land der dienstlichen Verwendung überwiesen wird,

— die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit sowie die Zahlungen, die die Einrichtung für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muss.

1 2 0 2 Vergütete Überstunden

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 000 | 3 000 | 2 392,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 56 und Anhang VI.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel dienen zur Zahlung von Überstunden nach Maßgabe der vorgenannten Bestimmungen.

1 2 0 4 Ansprüche bei Dienstantritt, bei Versetzung und bei Ausscheiden aus dem Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 25 000 | 25 000 | 96 000,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel decken

— die Zahlung der Reisekosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) beim Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind;

**KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT** *(Fortsetzung)*

***1 2 0*** *(Fortsetzung)*

1 2 0 4 *(Fortsetzung)*

— die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe und die Umzugskosten für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen;

— die Tagegelder für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die nachweisen, dass sie infolge ihres Dienstantritts oder ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort ihren Wohnort wechseln müssen;

— die Entschädigung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eines Beamten auf Probe im Fall offensichtlich unzulänglicher Leistungen;

— die Entschädigung bei Kündigung des Vertrags eines Bediensteten auf Zeit durch die Einrichtung.

### *1 2 2 Vergütungen bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Dienst*

1 2 2 0 Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 41 und 50 sowie Anhang IV.

Veranschlagt sind die Vergütungen für Beamte, die

— im Anschluss an eine Maßnahme zur Verminderung der Zahl der Dienstposten der Einrichtung in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden;

— einen Dienstposten der Besoldungsgruppen AD 16 oder AD 15 innehaben und die dieser Stelle aus dienstlichen Gründen enthoben werden.

Die Mittel decken ferner den Arbeitgeberanteil an der Krankenversicherung und die Auswirkungen der auf diese Vergütungen anwendbaren Berichtigungskoeffizienten.

1 2 2 2 Vergütungen beim endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst und besondere Ruhestandsregelung für Beamte und Bedienstete auf Zeit

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85 des Rates vom 12. Dezember 1985 zur Einführung von Sondermaßnahmen aufgrund des Beitritts Spaniens und Portugals betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. L 335 vom 13.12.1985, S. 56) und Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2688/95 des Rates vom 17. November 1995 zur Einführung von Sondermaßnahmen betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst aufgrund des Beitritts Österreichs, Finnlands und Schwedens (ABl. L 280 vom 23.11.1995, S. 1.).

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 64 und 72.

Diese Mittel decken

— die in Anwendung des Statuts, der Verordnung (EGKS, EWG, EURATOM) Nr. 3518/85 oder der Verordnung (EG, Euratom, EGKS) Nr. 2688/95 zu zahlenden Vergütungen,

— den Arbeitgeberanteil an der Krankenversicherung für die Empfänger der Vergütungen,

— die Auswirkungen der auf die verschiedenen Vergütungen anwendbaren Berichtigungskoeffizienten.

EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER

## KAPITEL 14 — SONSTIGES PERSONAL UND EXTERNE LEISTUNGEN

### *140 Sonstige Bedienstete und externes Personal*

1400 Sonstige Bedienstete

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 316 116 | 311 775 | 217 097,— |

*Erläuterungen*

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Die Mittel sind hauptsächlich veranschlagt für

— die Bezüge der sonstigen Bediensteten, namentlich der Vertragsbediensteten, örtlichen Bediensteten und Sonderberater (im Sinne der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union), die Arbeitgeberbeiträge zu den verschiedenen Sozialversicherungssystemen und die Auswirkungen der auf die Bezüge dieser Bediensteten anwendbaren Berichtigungskoeffizienten;

— die Honorare des Personals, das im Rahmen des Dienstleistungssystems bezahlt wird, sowie in besonderen Fällen die Einstellung von Leiharbeitskräften.

1404 Praktika, Zuschüsse und Austausch von Beamten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 136 000 | 100 000 | 82 139,— |

*Erläuterungen*

Beschluss des Europäischen Bürgerbeauftragten betreffend Praktika und Beschluss des Europäischen Bürgerbeauftragten betreffend Beamte internationaler, nationaler, regionaler oder lokaler Einrichtungen, die in das Büro des Europäischen Bürgerbeauftragten abgeordnet wurden.

Diese Mittel decken

— Vergütungen und die Reise- und Dienstreisekosten für die Praktikanten sowie die Kosten einer Kranken- und Unfallversicherung während der Praktika;

— die Ausgaben, die aufgrund des Austauschs von Personal zwischen dem Europäischen Bürgerbeauftragten und dem öffentlichen Dienst der Mitgliedstaaten oder anderer in der Regelung genannter Staaten entstehen.

## KAPITEL 16 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG

### *161 Ausgaben für Personalverwaltung*

1610 Ausgaben für Personaleinstellung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 000 | 8 000 | 9 000,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 27 bis 31 und 33 sowie Anhang III.

Beschluss 2002/620/EG des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Bürgerbeauftragten vom 25. Juli 2002 über die Errichtung des Amtes für Personalauswahl der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 197 vom 26.7.2002, S. 53) und Beschluss 2002/621/EG der Generalsekretäre des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Kanzlers des Gerichtshofs, der Generalsekretäre des Rechnungshofs, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Vertreters des Bürgerbeauftragten vom 25. Juli 2002 über die Organisation und den Betrieb des Amtes für Personalauswahl der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 197 vom 26.7.2002, S. 56).

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*

***1 6 1*** *(Fortsetzung)*

1 6 1 0 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel decken

— die Ausgaben für die Organisation der in Artikel 3 des Beschlusses 2002/621/EG vorgesehenen Auswahlverfahren sowie der Reise- und Aufenthaltskosten der Bewerber bei Einstellungsgesprächen und ärztlichen Einstellungsuntersuchungen;

— die Ausgaben für die Organisation von Ausleseverfahren zur Auswahl von Beamten und sonstigen Bediensteten.

In durch funktionelle Erfordernisse ausreichend begründeten Fällen und nach Konsultation des Europäischen Amtes für Personalauswahl können sie für von der Einrichtung selbst durchgeführte Auswahlverfahren verwendet werden.

1 6 1 2 Berufliche Fortbildung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 55 000 | 55 000 | 69 000,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 24a.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel decken

— die Ausgaben für Fortbildungsmaßnahmen mit dem Ziel, die Fertigkeiten des Personals sowie die Leistungsfähigkeit und die Effizienz des Organs zu verbessern,

— die Fahrtkosten, die Zahlung der Tagegelder für Dienstreisen sowie die bei der Durchführung einer Dienstreise anfallenden Nebenkosten oder außergewöhnlichen Kosten, einschließlich der bei der Ausstellung von Fahrausweisen und Reservierungen anfallenden Nebenkosten (andere als in Artikel 3 0 0).

***1 6 3 Maßnahmen zugunsten des Personals der Einrichtung***

1 6 3 0 Sozialer Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 9 Absatz 3 Unterabsatz 3 und Artikel 76. Beschluss des Europäischen Bürgerbeauftragten vom 15. Januar 2004 zu den Bestimmungen über die Sozialleistungen für die Beamten und sonstigen Bediensteten im Büro des Europäischen Bürgerbeauftragten.

Mit diesen Mitteln werden finanziert:

— für folgende Personengruppen im Rahmen einer interinstitutionellen Politik zugunsten von Behinderten:

  — Beamte und Bedienstete auf Zeit,

  — Ehegatten dieser Personen,

  — alle unterhaltsberechtigten Kinder im Sinne des Statuts der Beamten der Europäischen Union,

  im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Erschöpfung etwaiger Ansprüche auf einzelstaatlicher Ebene im Aufenthalts- oder Herkunftsland die Erstattung von Ausgaben, die nicht die medizinische Versorgung betreffen, als erforderlich anerkannt sind, aufgrund der Behinderung entstehen, ordnungsgemäß nachgewiesen werden und nicht im Rahmen des gemeinsamen Krankheitsfürsorgesystems abgedeckt sind;

— die Zuwendungen an Beamte oder Bedienstete, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden.

EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER

**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*

***1 6 3*** *(Fortsetzung)*

1 6 3 2 Soziale Beziehungen zwischen den Bediensteten und sonstige soziale Tätigkeiten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 000 | 6 000 | 4 633,— |

*Erläuterungen*

Mit diesen Mitteln sollen alle Initiativen finanziell gefördert werden, die dazu dienen, die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Bediensteten verschiedener Nationalität zu entwickeln, z. B. Beihilfen für Clubs für Bedienstete, Vereinigungen, kulturelle Aktivitäten usw., und ein Beitrag zu den Kosten von vom Personalrat organisierten Aktivitäten (kulturelle und Freizeitaktivitäten, Essen usw.) geleistet werden.

Diese Mittel decken außerdem die finanzielle Beteiligung an den interinstitutionellen sozialen Tätigkeiten.

## TITEL 2

## GEBÄUDE, MOBILIAR, AUSRÜSTUNG UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

**KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN**
**KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR: ANSCHAFFUNG, MIETE UND WARTUNG**
**KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 2 0 | | | | |
| ***2 0 0*** | ***Gebäude*** | | | | |
| 2 0 0 0 | Mieten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 715 000 | 693 000 | 539 000,— | 75,38 |
| | *Artikel 2 0 0 — Insgesamt* | 715 000 | 693 000 | 539 000,— | 75,38 |
| | KAPITEL 2 0 — INSGESAMT | 715 000 | 693 000 | 539 000,— | 75,38 |
| | KAPITEL 2 1 | | | | |
| ***2 1 0*** | ***Ausstattung, Betriebskosten und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung und der Telekommunikation*** | | | | |
| 2 1 0 0 | Kauf, Instandhaltung und Wartung der Hardware und Software und damit verbundene Arbeiten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 83 000 | 63 000 | 246 792,— | 297,34 |
| 2 1 0 1 | Kauf, Instandhaltung und Wartung der Telekommunikationsanlagen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 2 1 0 — Insgesamt* | 83 000 | 63 000 | 246 792,— | 297,34 |
| ***2 1 2*** | ***Mobiliar*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 15 000 | 18 000 | 30 000,— | 200,— |
| ***2 1 6*** | ***Fahrzeuge*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 19 000 | 19 000 | 14 000,— | 73,68 |
| | KAPITEL 2 1 — INSGESAMT | 117 000 | 100 000 | 290 792,— | 248,54 |
| | KAPITEL 2 3 | | | | |
| ***2 3 0*** | ***Verwaltungsausgaben*** | | | | |
| 2 3 0 0 | Papier- und Bürobedarf sowie verschiedene Verbrauchsmaterialien | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 20 000 | 20 000 | 18 700,— | 93,50 |
| 2 3 0 1 | Postgebühren und Zustellungskosten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 12 000 | 13 000 | 10 000,— | 83,33 |
| 2 3 0 2 | Telekommunikation | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 7 000 | 8 500 | 4 131,— | 59,01 |

EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER

**KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB** *(Fortsetzung)*

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***2 3 0*** | *(Fortsetzung)* | | | | |
| 2 3 0 3 | Finanzkosten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 000 | 2 000 | 69,— | 6,90 |
| 2 3 0 4 | Sonstige Ausgaben | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 4 000 | 4 000 | 2 138,— | 53,45 |
| 2 3 0 5 | Gerichtskosten und Schadenersatz | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 2 3 0 — Insgesamt* | 44 000 | 47 500 | 35 038,— | 79,63 |
| ***2 3 1*** | ***Übersetzungen und Dolmetscher*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 580 000 | 650 000 | 667 000,— | 115,— |
| ***2 3 2*** | ***Unterstützung von Aktivitäten*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 94 000 | 84 000 | 97 600,— | 103,83 |
| | KAPITEL 2 3 — INSGESAMT | 718 000 | 781 500 | 799 638,— | 111,37 |
| | **Titel 2 — Insgesamt** | **1 550 000** | **1 574 500** | **1 629 430,—** | **105,12** |

## TITEL 2

## GEBÄUDE, MOBILIAR, AUSRÜSTUNG UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

### KAPITEL 20 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN

#### *200 Gebäude*

2000 Mieten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 715 000 | 693 000 | 539 000,— |

*Erläuterungen*

Administrative Vereinbarung zwischen dem Europäischen Bürgerbeauftragten und dem Europäischen Parlament.

Diese Mittel sind für eine Pauschalzahlung an das Europäische Parlament für die Büros, die das Parlament dem Europäischen Bürgerbeauftragten in seinen Gebäuden in Straßburg und Brüssel zur Verfügung stellt, bestimmt. Sie decken den Mietzins und die Kosten für Versicherung, Wasser, Strom, Heizung, Reinigung und Wartung, Sicherheit und Überwachung sowie der sonstigen Ausgaben für Gebäude, einschließlich Umbau, Reparatur oder Renovierung der betreffenden Büros.

### KAPITEL 21 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR: ANSCHAFFUNG, MIETE UND WARTUNG

*Erläuterungen*

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verständigt sich die Einrichtung mit den anderen Institutionen über die jeweils von ihnen ausgehandelten Vertragsbedingungen.

#### *210 Ausstattung, Betriebskosten und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung und der Telekommunikation*

2100 Kauf, Instandhaltung und Wartung der Hardware und Software und damit verbundene Arbeiten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 83 000 | 63 000 | 246 792,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für folgende Bereiche bestimmt:

— Kauf, Anmietung, Wartung und Erhaltung von Ausrüstung und Entwicklung von Software,

— Unterstützung für den Betrieb und die Erhaltung von Informatiksystemen,

— auf Dritte übertragene Informatiktätigkeiten und sonstige Ausgaben für Informatik-Dienstleistungen,

— Kauf, Anmietung, Instandhaltung und Wartung von Telekommunikationsausrüstungen und sonstige Ausgaben für Zwecke der Telekommunikation (Übertragungsnetze, Telefonzentralen, Telefone und dazugehörige Ausrüstungen, Fernkopierer, Telexgeräte, Installationskosten, usw.).

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER

## KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR: ANSCHAFFUNG, MIETE UND WARTUNG *(Fortsetzung)*

***2 1 0*** *(Fortsetzung)*

2 1 0 1 Kauf, Instandhaltung und Wartung der Telekommunikationsanlagen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die Anmietung, Wartung und Erhaltung von Telekommunikationsmaterial und sonstigen Ausgaben für Zwecke der Telekommunikation (Übertragungsnetze, Telefonzentralen, -geräte und ähnliche Ausrüstung, Fernkopierer, Installationskosten usw.) bestimmt.

***2 1 2*** ***Mobiliar***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 15 000 | 18 000 | 30 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für Kauf, Miete, Instandhaltung und Reparatur von Mobiliar, insbesondere für den Kauf ergonomischer Büromöbel, sowie für den Ersatz von veraltetem und nicht mehr verwendbarem Mobiliar und von Büromaschinen bestimmt.

***2 1 6*** ***Fahrzeuge***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 19 000 | 19 000 | 14 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für Kauf, Unterhaltung, Betrieb und Reparatur von Fahrzeugen (Dienstwagen) und die Miete von Fahrzeugen, Taxis, Omnibussen und Lastkraftwagen mit oder ohne Fahrer bestimmt, einschließlich der damit zusammenhängenden Versicherungen und der Bezahlung etwaiger Bußgelder.

## KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

***2 3 0*** ***Verwaltungsausgaben***

*Erläuterungen*

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verständigt sich die Einrichtung mit den anderen Institutionen über die jeweils von ihnen ausgehandelten Vertragsbedingungen.

2 3 0 0 Papier- und Bürobedarf sowie verschiedene Verbrauchsmaterialien

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 20 000 | 20 000 | 18 700,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für den Kauf von Papier, Umschlägen, Büromaterial, Erzeugnissen für die Druckerei und die Vervielfältigung usw. bestimmt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

**KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB** *(Fortsetzung)*

***2 3 0*** *(Fortsetzung)*

2 3 0 1 Postgebühren und Zustellungskosten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 12 000 | 13 000 | 10 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Postgebühren, Bearbeitung und Beförderung durch die Postdienste oder private Transportunternehmen bestimmt.

2 3 0 2 Telekommunikation

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 000 | 8 500 | 4 131,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die festen Anschlussgebühren und die Kosten für Kommunikationsdienste über Kabel oder Radiowellen (Festnetz und Mobilfunk, Fernsehen) sowie die Ausgaben für Datenübertragungsnetze und Telematikdienste.

2 3 0 3 Finanzkosten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 000 | 2 000 | 69,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Bankgebühren (Gebühren, Agios, sonstige Gebühren) und sonstigen Finanzkosten einschließlich der Nebenkosten für die Finanzierung von Gebäuden.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden mit 10 000 EUR veranschlagt.

2 3 0 4 Sonstige Ausgaben

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 000 | 4 000 | 2 138,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung folgender Ausgaben:

— Versicherungen, die nicht eigens unter einem anderen Posten vorgesehen sind,

— verschiedene Sachausgaben wie etwa den Kauf von Fahr- oder Flugplänen, Anzeigen in Zeitungen für den Verkauf von Gebrauchtartikeln usw.,

— Zahlstellen in Brüssel und Straßburg.

EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER

**KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB** *(Fortsetzung)*

***2 3 0*** *(Fortsetzung)*

2 3 0 5 Gerichtskosten und Schadenersatz

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken

— alle gegebenenfalls anfallenden Kosten für die Beteiligung des Europäischen Bürgerbeauftragten an Verfahren vor Unions- und nationalen Gerichten sowie weitere Kosten, die im Zusammenhang mit juristischen Tätigkeiten und streitigen Verfahren oder im Vorfeld solcher Verfahren anfallen,

— die Ausgaben für Schadenersatz, Zinsen und etwaige Verbindlichkeiten im Sinne von Artikel 11 Absatz 3 der Haushaltsordnung,

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

***2 3 1*** ***Übersetzungen und Dolmetscher***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 580 000 | 650 000 | 667 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der Kosten für etwaige zusätzliche Leistungen, insbesondere die Übersetzungs-, Schreib- und Druckarbeiten, die im Zusammenhang mit dem Jahresbericht und sonstigen Dokumenten anfallen, sowie für die Dienstleistungen vertraglich und gelegentlich beschäftigter Dolmetscher und sonstige damit verbundene Kosten.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden mit 5 000 EUR veranschlagt.

***2 3 2*** ***Unterstützung von Aktivitäten***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 94 000 | 84 000 | 97 600,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der an das Europäische Parlament zu zahlenden globalen „Verwaltungsgebühr", die die dem Europäischen Parlament entstehenden Personalkosten abdeckt, die sich durch die Bereitstellung allgemeiner Dienstleistungen wie Rechnungswesen, Innenrevision, ärztlicher Dienst usw. ergeben.

Sie dienen auch der finanziellen Unterstützung zur Deckung der Kosten für verschiedene interinstitutionelle Dienstleistungen, die nicht bereits durch andere Haushaltslinien abgedeckt sind.

## TITEL 3

## AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG DER ALLGEMEINEN AUFGABEN DER EINRICHTUNG

**KAPITEL 3 0 — SITZUNGEN UND KONFERENZEN**
**KAPITEL 3 2 — FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG**
**KAPITEL 3 3 — UNTERSUCHUNGEN UND SONSTIGE ZUSCHÜSSE**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 3 0 | | | | |
| ***3 0 0*** | ***Dienstreisekosten des Personals*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 157 000 | 142 000 | 148 204,— | 94,40 |
| ***3 0 2*** | ***Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 13 000 | 15 000 | 6 243,— | 48,02 |
| ***3 0 3*** | ***Sitzungen im Allgemeinen*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 36 000 | 30 000 | 28 264,— | 78,51 |
| ***3 0 4*** | ***Interne Sitzungen*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 35 000 | 35 000 | 33 692,— | 96,26 |
| | KAPITEL 3 0 — INSGESAMT | 241 000 | 222 000 | 216 403,— | 89,79 |
| | KAPITEL 3 2 | | | | |
| ***3 2 0*** | ***Beschaffung von Informationen und Fachwissen*** | | | | |
| 3 2 0 0 | Dokumentation und Bibliothek | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 11 500 | 12 000 | 10 030,— | 87,22 |
| 3 2 0 1 | Ausgaben für Archivbestände | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 15 000 | 15 000 | 1 911,— | 12,74 |
| | *Artikel 3 2 0 — Insgesamt* | 26 500 | 27 000 | 11 941,— | 45,06 |
| ***3 2 1*** | ***Produktion und Verbreitung*** | | | | |
| 3 2 1 0 | Kommunikation und Publikationen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 290 000 | 320 000 | 266 002,— | 91,72 |
| | *Artikel 3 2 1 — Insgesamt* | 290 000 | 320 000 | 266 002,— | 91,72 |
| | KAPITEL 3 2 — INSGESAMT | 316 500 | 347 000 | 277 943,— | 87,82 |
| | KAPITEL 3 3 | | | | |
| ***3 3 0*** | ***Untersuchungen und Zuschüsse*** | | | | |
| 3 3 0 0 | Untersuchungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 14 000 | 3 000 | 0,— | 0,— |

EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER

**KAPITEL 3 3 — UNTERSUCHUNGEN UND SONSTIGE ZUSCHÜSSE** *(Fortsetzung)*
**KAPITEL 3 4 — AUSGABEN IN ZUSAMMENHANG MIT DEN AUFGABEN DES EUROPÄISCHEN BÜRGERBEAUFTRAGTEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***3 3 0*** | *(Fortsetzung)* | | | | |
| 3 3 0 1 | Beziehungen zu nationalen/regionalen Bürgerbeauftragten und ähnlichen Einrichtungen und Unterstützung der Aktivitäten des Europäischen Verbindungsnetzes der Bürgerbeauftragten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 25 000 | p.m. | 17 292,— | 69,17 |
| | *Artikel 3 3 0 — Insgesamt* | 39 000 | 3 000 | 17 292,— | 44,34 |
| | KAPITEL 3 3 — INSGESAMT | 39 000 | 3 000 | 17 292,— | 44,34 |
| | KAPITEL 3 4 | | | | |
| ***3 4 0*** | ***Ausgaben in Zusammenhang mit den Aufgaben des Europäischen Bürgerbeauftragten*** | | | | |
| 3 4 0 0 | Verschiedene Ausgaben | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 500 | 1 500 | 1 350,— | 90,— |
| | *Artikel 3 4 0 — Insgesamt* | 1 500 | 1 500 | 1 350,— | 90,— |
| | KAPITEL 3 4 — INSGESAMT | 1 500 | 1 500 | 1 350,— | 90,— |
| | **Titel 3 — Insgesamt** | **598 000** | **573 500** | **512 988,—** | **85,78** |

# TITEL 3

# AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG DER ALLGEMEINEN AUFGABEN DER EINRICHTUNG

## KAPITEL 30 — SITZUNGEN UND KONFERENZEN

### 300 *Dienstreisekosten des Personals*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 157 000 | 142 000 | 148 204,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 71 sowie Anhang VII Artikel 11, 12 und 13.

Diese Mittel sind bestimmt für die Deckung der Fahrtkosten, die Zahlung der Tagegelder für Dienstreisen sowie die bei der Durchführung einer Dienstreise anfallenden Nebenkosten oder außergewöhnlichen Kosten, einschließlich der bei der Ausstellung von Fahrausweisen und Reservierungen anfallenden Nebenkosten.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden mit 5 000 EUR veranschlagt.

### 302 *Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 13 000 | 15 000 | 6 243,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Kosten in Zusammenhang mit den Verpflichtungen der Einrichtung betreffend Empfänge, Repräsentationszwecke und den Kauf von Repräsentationsartikeln des Europäischen Bürgerbeauftragten.

### 303 *Sitzungen im Allgemeinen*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 36 000 | 30 000 | 28 264,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Reise-, Aufenthalts- und Nebenkosten der Sachverständigen und sonstigen Persönlichkeiten bestimmt, die zu Sitzungen der Ausschüsse, Studien- und Arbeitsgruppen eingeladen werden, sowie sonstiger damit in Zusammenhang stehender Ausgaben (Anmietung von Räumen, Dolmetschbedarf usw.).

### 304 *Interne Sitzungen*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 35 000 | 35 000 | 33 692,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Kosten für die Organisation der internen Sitzungen der Einrichtung zu decken.

EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER

## KAPITEL 3 2 — FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG

### *3 2 0 Beschaffung von Informationen und Fachwissen*

3 2 0 0 Dokumentation und Bibliothek

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 11 500 | 12 000 | 10 030,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für

— die Erweiterungen und Ersatzbeschaffungen im Bereich der allgemeinen Nachschlagewerke und die laufende Ergänzung des Grundstocks der Bibliothek;

— die Abonnements von Zeitungen und Zeitschriften sowie bei Nachrichtenagenturen, Abonnements für deren Online-Veröffentlichungen und Online-Dienste, einschließlich der Urheberrechtsgebühren für die Vervielfältigung und die Verbreitung dieser Abonnements in schriftlicher und/oder elektronischer Form, und die Dienstleistungsverträge für Presseübersichten und Zeitungsausschnitte;

— die Abonnements oder Dienstleistungsverträge für die Lieferung von Inhaltsübersichten und -analysen von Zeitschriften oder die Erfassung der aus diesen Zeitschriften entnommenen Artikel auf optischen Datenträgern;

— die Kosten für die Nutzung externer dokumentarischer und statistischer Datenbanken (ohne EDV-Anlagen und Fernmeldegebühren);

— den Kauf oder die Anmietung von spezifischem Material, einschließlich elektrischer, elektronischer und computertechnischer Materialien und/oder Systeme für Bibliothek, Dokumentation und Mediathek, sowie von externen Dienstleistungen für den Erwerb, die Entwicklung, die Installation, die Nutzung und die Wartung dieser Materialien und Systeme;

— im Zusammenhang mit den Tätigkeiten der Bibliothek stehende Leistungen, insbesondere was die Beziehungen zu ihren Kunden (Umfragen, Analysen), das Qualitätsmanagement-System usw. betrifft;

— Einbinde- und Konservierungsmaterialien und -arbeiten für die Bibliothek, die Dokumentation und die Mediathek;

— den Kauf von Wörterbüchern, Lexika und sonstigen Werken für die Dienststellen des Europäischen Bürgerbeauftragten.

3 2 0 1 Ausgaben für Archivbestände

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 15 000 | 15 000 | 1 911,— |

*Erläuterungen*

Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu den Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission (ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43) und die hierzu vom Europäischen Bürgerbeauftragten angenommenen Durchführungsmaßnahmen.

Diese Mittel decken

— die Kosten für externe Dienstleistungen im Zusammenhang mit Archivierungsmaßnahmen, einschließlich Sortierung, Registrierung und Neuordnung in den Depots, mit der Archivierung zusammenhängende Dienstleistungen sowie den Erwerb und die Nutzung der Archivbestände auf alternativen Datenträgern (Mikrofilme, Disketten, Kassetten usw.) sowie den Kauf, die Anmietung und Wartung von spezifischem (elektronischem, computertechnischem und elektrischem) Material und die Kosten für Veröffentlichungen auf Trägermedien jeder Art (Broschüren, CD-ROM usw.);

— die Kosten für die Verarbeitung der Archive, die der Bürgerbeauftragte in Ausübung seines Mandats angelegt und in Form von Schenkungen oder Legaten dem Europäischen Parlament, den historischen Archiven der Europäischen Union (AHUE) oder einer Vereinigung oder Stiftung im Rahmen einer geltenden Regelung vermacht hat.

**KAPITEL 3 2 — FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG**
*(Fortsetzung)*

***3 2 1 Produktion und Verbreitung***

3 2 1 0 Kommunikation und Publikationen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 290 000 | 320 000 | 266 002,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Kosten für Veröffentlichungen und für die Unterrichtung der Öffentlichkeit, insbesondere:

— Druckkosten für Veröffentlichungen im *Amtsblatt der Europäischen Union*,

— Kosten für Druck und Vervielfältigung verschiedener Veröffentlichungen (Jahresberichte usw.) in den Amtssprachen,

— gedrucktes Material (mit herkömmlichen oder elektronischen Mitteln) zur Förderung von Informationen über den Europäischen Bürgerbeauftragten (Öffentlichkeitsarbeit und Maßnahmen zur Förderung des Grundsatzes des Europäischen Bürgerbeauftragten gegenüber einer breiten Öffentlichkeit),

— sonstige Ausgaben in Verbindung mit der Informationspolitik der Einrichtung (Symposien, Seminare, Beteiligung an öffentlichen Veranstaltungen usw.).

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

**KAPITEL 3 3 — UNTERSUCHUNGEN UND SONSTIGE ZUSCHÜSSE**

***3 3 0 Untersuchungen und Zuschüsse***

3 3 0 0 Untersuchungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 14 000 | 3 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Finanzierung von Untersuchungen und/oder Erhebungen bestimmt, mit denen im Rahmen von Verträgen qualifizierte Sachverständige und Forschungsinstitute beauftragt werden, ferner für die Veröffentlichung solcher Untersuchungen und die damit verbundenen Kosten.

3 3 0 1 Beziehungen zu nationalen/regionalen Bürgerbeauftragten und ähnlichen Einrichtungen und Unterstützung der Aktivitäten des Europäischen Verbindungsnetzes der Bürgerbeauftragten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 25 000 | p.m. | 17 292,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sollen Ausgaben abdecken, die für die Förderung und Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Bürgerbeauftragten und den nationalen/regionalen Bürgerbeauftragten und anderen ähnlichen Einrichtungen bestimmt sind.

Sie können insbesondere finanzielle Beiträge zu Projekten in den Tätigkeitsbereichen des Europäischen Verbindungsnetzes der Bürgerbeauftragten abdecken (andere als in Posten 3 2 1 0).

Damit werden auch alle finanziellen Beiträge in Verbindung mit Besuchergruppen des Europäischen Bürgerbeauftragten abgedeckt.

EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER

## KAPITEL 3 4 — AUSGABEN IN ZUSAMMENHANG MIT DEN AUFGABEN DES EUROPÄISCHEN BÜRGERBEAUFTRAGTEN

### *3 4 0 Ausgaben in Zusammenhang mit den Aufgaben des Europäischen Bürgerbeauftragten*

3 4 0 0 Verschiedene Ausgaben

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 500 | 1 500 | 1 350,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung von Ausgaben bestimmt, die in Verbindung mit der besonderen Art der Aufgaben des Europäischen Bürgerbeauftragten stehen, z. B. die Beziehungen zu den Bürgerbeauftragten der Mitgliedstaaten und den internationalen Organisationen der Bürgerbeauftragten sowie die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen.

## TITEL 10

## SONSTIGE AUSGABEN

**KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL**
**KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 10 0 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 1 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 10 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **9 857 002** | **9 731 371** | **9 124 126,—** | **92,56** |

EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER

# TITEL 10

# SONSTIGE AUSGABEN

## KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

## KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung nicht vorhersehbarer Ausgaben bestimmt, die im Laufe des Haushaltsjahres gefasst werden.

EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER

## PERSONAL

### Einzelplan VIII — Europäischer Bürgerbeauftragter

| Funktions- und Besoldungsgruppe | 2014 | | 2013 | |
|---|---|---|---|---|
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | 1 | | 1 | |
| AD 15 | 2 | | 1 | |
| AD 14 | 1 | | 2 | |
| AD 13 | 3 | 1 | 1 | 3 |
| AD 12 | | 1 | | 1 |
| AD 11 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| AD 10 | 3 | 2 | 2 | 2 |
| AD 9 | 3 | | 3 | 1 |
| AD 8 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| AD 7 | 3 | 3 | 3 | 1 |
| AD 6 | 8 | | 5 | 3 |
| AD 5 | 2 | 1 | 3 | 1 |
| AD insgesamt | 28 | 10 | 23 | 14 |
| AST 11 | | | | |
| AST 10 | | | | |
| AST 9 | | | | |
| AST 8 | | 2 | | 1 |
| AST 7 | | | | 1 |
| AST 6 | 1 | 1 | 1 | 2 |
| AST 5 | 7 | 3 | 6 | 3 |
| AST 4 | 2 | 3 | 3 | 1 |
| AST 3 | 5 | 1 | 5 | 2 |
| AST 2 | 1 | 2 | | 3 |
| AST 1 | 1 | | 1 | 1 |
| AST insgesamt | 17 | 12 | 16 | 14 |
| AST/SC 6 | | | | |
| AST/SC 5 | | | | |
| AST/SC 4 | | | | |
| AST/SC 3 | | | | |
| AST/SC 2 | | | | |
| AST/SC 1 | | | | |
| AST/SC total | | | | |
| **Gesamtzahl** | **45** | **22** | **39** | **28** |

*EINZELPLAN IX*

# EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

## EINNAHMEN

### Beitrag der Europäischen Union zur Finanzierung der Ausgaben des Europäischen Datenschutzbeauftragten für das Haushaltsjahr 2014

| Bezeichnung | Betrag |
|---|---|
| Ausgaben | 8 267 256 |
| Eigene Einnahmen | – 1 000 000 |
| **Zu vereinnahmender Beitrag** | **7 267 256** |

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

## EIGENE EINNAHMEN

## TITEL 4

## VERSCHIEDENE VON DER UNION ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

**KAPITEL 4 0 — GEHALTSABZÜGE**
**KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 4 0 | | | | |
| ***4 0 0*** | ***Ertrag aus der Besteuerung der Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Mitglieder des Organs, der Beamten und sonstigen Bediensteten*** | 489 000 | 446 000 | 331 882,41 | 67,87 |
| ***4 0 3*** | ***Ertrag der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***4 0 4*** | ***Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | 77 000 | 75 000 | 54 569,02 | 70,87 |
| | KAPITEL 4 0 — INSGESAMT | 566 000 | 521 000 | 386 451,43 | 68,28 |
| | KAPITEL 4 1 | | | | |
| ***4 1 0*** | ***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*** | 434 000 | 422 000 | 326 784,94 | 75,30 |
| ***4 1 1*** | ***Übertragung oder Rückkauf von Versorgungsansprüchen durch das Personal*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 4 1 — INSGESAMT | 434 000 | 422 000 | 326 784,94 | 75,30 |
| | **Titel 4 — Insgesamt** | **1 000 000** | **943 000** | **713 236,37** | **71,32** |

# TITEL 4

# VERSCHIEDENE VON DER UNION ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

## KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE

### 400 *Ertrag aus der Besteuerung der Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Mitglieder des Organs, der Beamten und sonstigen Bediensteten*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 489 000 | 446 000 | 331 882,41 |

*Erläuterungen*

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union, insbesondere Artikel 12.

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuern zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 56 vom 4.3.1968, S. 8).

Beschluss Nr. 1247/2002/EG des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vom 1. Juli 2002 über die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Europäischen Datenschutzbeauftragten (ABl. L 183 vom 12.7.2002, S. 1).

### 403 *Ertrag der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union, insbesondere Artikel 12.

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Gemeinschaften (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

Statut der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 66a in der bis zum 15. Dezember 2003 geltenden Fassung.

Beschluss Nr. 1247/2002/EG des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vom 1. Juli 2002 über die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Europäischen Datenschutzbeauftragten (ABl. L 183 vom 12.7.2002, S. 1).

### 404 *Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 77 000 | 75 000 | 54 569,02 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 66a.

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

## KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

### *4 1 0 Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 434 000 | 422 000 | 326 784,94 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 83 Absatz 2.

### *4 1 1 Übertragung oder Rückkauf von Versorgungsansprüchen durch das Personal*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Anhang VIII Artikel 4, Artikel 11 Absätze 2 und 3 und Artikel 48.

## TITEL 9

## VERSCHIEDENE EINNAHMEN

### KAPITEL 9 0 — VERSCHIEDENE EINNAHMEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 9 0 | | | | |
| ***9 0 0*** | ***Verschiedene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 9 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 9 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **1 000 000** | **943 000** | **713 236,37** | **71,32** |

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

## TITEL 9

## VERSCHIEDENE EINNAHMEN

### KAPITEL 9 0 — VERSCHIEDENE EINNAHMEN

***9 0 0*** ***Verschiedene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die sonstigen Einnahmen verbucht.

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

## AUSGABEN

### Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| **1** | **AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DER EINRICHTUNG** | | | | | | |
| 1 0 | MITGLIEDER DER EINRICHTUNG | 1 169 013 | 1 169 013 | 740 448 | 740 448 | 680 808,34 | 680 808,34 |
| 1 1 | PERSONAL DER EINRICHTUNG | 4 777 243 | 4 777 243 | 4 635 535 | 4 635 535 | 4 315 028,77 | 4 315 028,77 |
| | **Titel 1 — Insgesamt** | **5 946 256** | **5 946 256** | **5 375 983** | **5 375 983** | **4 995 837,11** | **4 995 837,11** |
| **2** | **GEBÄUDE, MATERIAL UND MIT DEM DIENSTBETRIEB VERBUNDENE SACHAUSGABEN** | | | | | | |
| 2 0 | GEBÄUDE, MATERIAL UND MIT DEM DIENSTBETRIEB VERBUNDENE SACHAUSGABEN | 2 321 000 | 2 321 000 | 2 285 426 | 2 285 426 | 2 262 708,— | 2 262 708,— |
| | **Titel 2 — Insgesamt** | **2 321 000** | **2 321 000** | **2 285 426** | **2 285 426** | **2 262 708,—** | **2 262 708,—** |
| **3** | **EUROPÄISCHER DATENSCHUTZAUSSCHUSS** | | | | | | |
| 3 0 | AUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB DES AUSSCHUSSES | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | |
| | **Titel 3 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **p.m.** | **p.m.** | | |
| **10** | **SONSTIGE AUSGABEN** | | | | | | |
| 10 0 | VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |
| 10 1 | RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |
| | **Titel 10 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **0,—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **8 267 256** | **8 267 256** | **7 661 409** | **7 661 409** | **7 258 545,11** | **7 258 545,11** |

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

## TITEL 1

## AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DER EINRICHTUNG

**KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DER EINRICHTUNG**
**KAPITEL 1 1 — PERSONAL DER EINRICHTUNG**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 1 0 | | | | |
| ***1 0 0*** | ***Bezüge, Vergütungen und andere Ansprüche der Mitglieder*** | | | | |
| 1 0 0 0 | Bezüge und Vergütungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 617 459 | 644 322 | 606 102,72 | 98,16 |
| 1 0 0 1 | Ansprüche bei Dienstantritt und bei Ausscheiden aus dem Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 130 000 | p.m. | 0,— | 0,— |
| 1 0 0 2 | Übergangsgelder | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 296 000 | p.m. | 10 579,62 | 3,57 |
| 1 0 0 3 | Versorgungsbezüge | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 40 000 | 32 000 | 0,— | 0,— |
| 1 0 0 4 | Vorläufig eingesetzte Mittel | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 11 160 | p.m. | 0,— | 0,— |
| | *Artikel 1 0 0 — Insgesamt* | 1 094 619 | 676 322 | 616 682,34 | 56,34 |
| ***1 0 1*** | ***Sonstige Ausgaben für die Mitglieder*** | | | | |
| 1 0 1 0 | Berufliche Fortbildung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 15 000 | 4 732 | 0,— | 0,— |
| 1 0 1 1 | Dienstreise- und Fahrtkosten sowie Nebenkosten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 59 394 | 59 394 | 64 126,— | 107,97 |
| | *Artikel 1 0 1 — Insgesamt* | 74 394 | 64 126 | 64 126,— | 86,20 |
| | KAPITEL 1 0 — INSGESAMT | 1 169 013 | 740 448 | 680 808,34 | 58,24 |
| | KAPITEL 1 1 | | | | |
| ***1 1 0*** | ***Bezüge, Vergütungen und andere Ansprüche der Beamten und Bediensteten auf Zeit*** | | | | |
| 1 1 0 0 | Bezüge und Vergütungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 4 000 405 | 3 872 366 | 3 572 485,58 | 89,30 |
| 1 1 0 1 | Ansprüche bei Dienstantritt, bei Versetzung und bei Ausscheiden aus dem Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 50 000 | 70 564 | 30 564,— | 61,13 |
| 1 1 0 2 | Vergütete Überstunden | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 1 1 0 3 | Außerordentliche Beihilfen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | — | p.m. | 0,— | — |

**KAPITEL 1 1 — PERSONAL DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***1 1 0*** | *(Fortsetzung)* | | | | |
| 1 1 0 4 | Vergütungen und verschiedene Beiträge bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 1 1 0 5 | Vorläufig eingesetzte Mittel | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | — | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 1 1 0 — Insgesamt* | 4 050 405 | 3 942 930 | 3 603 049,58 | 88,96 |
| ***1 1 1*** | ***Sonstige Bedienstete*** | | | | |
| 1 1 1 0 | Vertragsbedienstete | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 197 389 | 158 917 | 172 429,92 | 87,36 |
| 1 1 1 1 | Kosten für Praktika und für den Austausch von Personal | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 179 428 | 179 428 | 149 428,— | 83,28 |
| 1 1 1 2 | Nach außerhalb zu vergebende Dienstleistungen und Arbeiten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 51 202 | 51 202 | 99 202,— | 193,75 |
| | *Artikel 1 1 1 — Insgesamt* | 428 019 | 389 547 | 421 059,92 | 98,37 |
| ***1 1 2*** | ***Sonstige Ausgaben für das Personal*** | | | | |
| 1 1 2 0 | Dienstreise- und Fahrtkosten sowie Nebenkosten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 112 686 | 112 686 | 112 686,— | 100,— |
| 1 1 2 1 | Ausgaben für Personaleinstellung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 6 789 | 6 789 | 6 789,— | 100,— |
| 1 1 2 2 | Berufliche Fortbildung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 78 500 | 84 874 | 83 374,— | 106,21 |
| 1 1 2 3 | Sozialer Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 1 1 2 4 | Ärztlicher Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 14 844 | 14 844 | 14 844,— | 100,— |
| 1 1 2 5 | Kleinkindertagesstätten und Kinderkrippen auf Vertragsbasis | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 80 000 | 80 000 | 67 938,— | 84,92 |
| 1 1 2 6 | Beziehungen zwischen den Mitgliedern des Personals und sonstige soziale Maßnahmen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 6 000 | 3 865 | 5 288,27 | 88,14 |
| | *Artikel 1 1 2 — Insgesamt* | 298 819 | 303 058 | 290 919,27 | 97,36 |
| | KAPITEL 1 1 — INSGESAMT | 4 777 243 | 4 635 535 | 4 315 028,77 | 90,32 |
| | **Titel 1 — Insgesamt** | **5 946 256** | **5 375 983** | **4 995 837,11** | **84,02** |

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

## TITEL 1

## AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DER EINRICHTUNG

### KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DER EINRICHTUNG

***1 0 0 Bezüge, Vergütungen und andere Ansprüche der Mitglieder***

1 0 0 0 Bezüge und Vergütungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 617 459 | 644 322 | 606 102,72 |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

Beschluss Nr. 1247/2002/EG des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission über die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Europäischen Datenschutzbeauftragten (ABl. L 183 vom 12.7.2002, S. 1).

Diese Mittel dienen zur Finanzierung

— der Gehälter, Zulagen und Entschädigungen der Mitglieder sowie der Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Gehälter angewandt werden, sowie der Auswirkungen der Anwendung des Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Bezüge, der in ein anderes Land als das, in dem der Dienstort liegt, überwiesen wird,

— des Anteils der Einrichtung (0,87 %) an der Versicherung gegen Berufskrankheits- und Unfallrisiken,

— den Anteils der Einrichtung (3,4 %) an der Versicherung gegen Krankheitsrisiken,

— die Geburtenzulage,

— die im Todesfall vorgesehenen Vergütungen.

1 0 0 1 Ansprüche bei Dienstantritt und bei Ausscheiden aus dem Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 130 000 | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1), insbesondere Artikel 5.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Reisekosten (einschließlich der Familienmitglieder) bei der Aufnahme der Amtstätigkeit oder beim Ausscheiden aus dem Amt, der Einrichtungs- oder Wiedereinrichtungsbeihilfen bei der Aufnahme der Amtstätigkeit oder beim Ausscheiden aus dem Amt und der Umzugskosten bei der Aufnahme der Amtstätigkeit oder beim Ausscheiden aus dem Amt.

**KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*

***1 0 0*** *(Fortsetzung)*

1 0 0 2 Übergangsgelder

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 296 000 | p.m. | 10 579,62 |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1), insbesondere Artikel 7.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Übergangsgelder, der Familienzulagen sowie der Berichtigungskoeffizienten der Wohnsitzländer der Mitglieder des Organs nach Ausscheiden aus ihrem Amt.

1 0 0 3 Versorgungsbezüge

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 40 000 | 32 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1), insbesondere die Artikel 8, 9, 15 und 18.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Altersversorgung und des Berichtigungskoeffizienten des Wohnsitzlandes der Mitglieder des Organs sowie der Hinterbliebenenversorgung der überlebenden Ehegatten und Waisen und der Berichtigungskoeffizienten ihrer Wohnsitzländer.

1 0 0 4 Vorläufig eingesetzte Mittel

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 11 160 | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Diese Mittel dienen zur Deckung der Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Dienst- und Versorgungsbezüge.

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel und Posten übertragen worden sind.

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

**KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*

***1 0 1 Sonstige Ausgaben für die Mitglieder***

1 0 1 0 Berufliche Fortbildung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 15 000 | 4 732 | 0,— |

*Erläuterungen*

Die Mittel dieses Artikels dienen zur Deckung der Kosten für die Teilnahme an Sprachkursen, Seminaren oder beruflichen Weiterbildungskursen.

1 0 1 1 Dienstreise- und Fahrtkosten sowie Nebenkosten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 59 394 | 59 394 | 64 126,— |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1), insbesondere Artikel 6.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Fahrtkosten, der Dienstreisetagegelder sowie der bei der Durchführung einer Dienstreise anfallenden Nebenkosten oder außergewöhnlichen Auslagen.

**KAPITEL 1 1 — PERSONAL DER EINRICHTUNG**

*Erläuterungen*

Auf die Mittelansätze in diesem Kapitel wurde ein Pauschalabschlag von 1,1 % angewandt.

***1 1 0 Bezüge, Vergütungen und andere Ansprüche der Beamten und Bediensteten auf Zeit***

1 1 0 0 Bezüge und Vergütungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 000 405 | 3 872 366 | 3 572 485,58 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union und Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel dienen zur Deckung

— des Grundgehalts der Beamten und Bediensteten auf Zeit,

— der Familienzulagen, einschließlich der Haushaltszulage, der Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder und der Erziehungszulage,

— der Auslands- und Expatriierungszulagen,

— des Arbeitgeberanteils an der Krankenversicherung, an der Unfallversicherung und der Versicherung gegen Berufskrankheiten,

— des Beitrags der Einrichtung zur Finanzierung des Arbeitslosensonderfonds,

— der von der Einrichtung zu leistenden Zahlungen für die Bediensteten auf Zeit, um Rentenansprüche in ihrem Herkunftsland zu schaffen oder aufrechtzuerhalten,

— der Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Gehälter angewandt werden, und des Teils der Bezüge, der in ein anderes Land als das, in dem der Dienstort liegt, überwiesen wird,

**KAPITEL 11 — PERSONAL DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*

***110*** *(Fortsetzung)*

1100 *(Fortsetzung)*

— der Geburtszulage,

— der Pauschalvergütung für die Reisekosten vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort,

— der Mietzulage und der Fahrkostenzulage, der Pauschalvergütung für Dienstaufwandskosten,

— der Pauschalabgeltung für Fahrkosten,

— der Sondervergütung für die Rechnungsführer und Zahlstellenverwalter.

1101 Ansprüche bei Dienstantritt, bei Versetzung und bei Ausscheiden aus dem Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 50 000 | 70 564 | 30 564,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Diese Mittel decken die Zahlung der Reisekosten, auf die die Beamten und Bediensteten auf Zeit (einschließlich ihrer Familienmitglieder) anlässlich ihres Dienstantritts, ihres Ausscheidens aus dem Dienst oder der Änderung ihres Dienstortes Anspruch haben (Artikel 20 und 71 sowie Artikel 7 des Anhangs VII), die Vergütungen, die den Bediensteten zustehen, die bei Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort ihren Wohnsitz wechseln müssen (Artikel 5 und 6 des Anhangs VII), die Umzugskosten (Artikel 20 und 71 sowie Artikel 9 des Anhangs VII) sowie die Tagegelder, die den Bediensteten zustehen, die nach ihrem Dienstantritt ihren Wohnsitz wechseln müssen (Nachweis erforderlich) (Artikel 20 und 71 sowie Artikel 10 des Anhangs VII).

1102 Vergütete Überstunden

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 56 und Anhang VI.

Diese Mittel dienen zur Zahlung von Überstunden nach Maßgabe der oben genannten Bestimmungen.

1103 Außerordentliche Beihilfen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| — | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 76.

Diese Mittel dienen zur Deckung etwaiger Zuwendungen an Beamte oder Bedienstete, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden.

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

**KAPITEL 11 — PERSONAL DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*

***110*** *(Fortsetzung)*

1104 Vergütungen und verschiedene Beiträge bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 41, 50, 64, 65 und 72 sowie Anhang IV.

Diese Mittel dienen zur Deckung

— der Vergütungen, die den Beamten bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand und bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen zu zahlen sind,

— den Arbeitgeberanteil an der Krankenversicherung für die Empfänger der oben genannten Vergütungen,

— der Auswirkungen der auf die oben genannten Vergütungen anwendbaren Berichtigungskoeffizienten sowie der Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Dienstbezüge.

1105 Vorläufig eingesetzte Mittel

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| — | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 65 und 65a sowie Anhang XI.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Diese Mittel dienen zur Deckung der Auswirkungen von Anpassungen der Dienstbezüge und Vergütungen, die der Rat möglicherweise im Laufe des Haushaltsjahres beschließt.

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß der Haushaltsordnung auf andere Artikel und Posten übertragen worden sind.

***111*** ***Sonstige Bedienstete***

1110 Vertragsbedienstete

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 197 389 | 158 917 | 172 429,92 |

*Erläuterungen*

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für die Einstellung von Vertragsbediensteten.

**KAPITEL 11 — PERSONAL DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*

***111*** *(Fortsetzung)*

1111 Kosten für Praktika und für den Austausch von Personal

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 179 428 | 179 428 | 149 428,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung einer Vergütung und der Reise- und Dienstreisekosten für die Praktikanten sowie der Kosten einer Kranken- und Unfallversicherung während der Praktika.

Diese Mittel dienen ferner zur Deckung der Kosten des Austauschs von Personal zwischen dem Amt des Europäischen Datenschutzbeauftragten und dem öffentlichen Dienst der Mitgliedstaaten und der EFTA-Länder, die Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) sind, sowie internationalen Organisationen.

1112 Nach außerhalb zu vergebende Dienstleistungen und Arbeiten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 51 202 | 51 202 | 99 202,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung aller Dienstleistungen von Personen, die nicht bei dem Organ beschäftigt sind, darunter insbesondere Zeitbedienstete.

***112*** ***Sonstige Ausgaben für das Personal***

1120 Dienstreise- und Fahrtkosten sowie Nebenkosten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 112 686 | 112 686 | 112 686,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 71 und Anhang VII Artikel 11, 12 und 13.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Fahrtkosten, der Tagegelder für Dienstreisen sowie der bei der Durchführung einer Dienstreise anfallenden zusätzlichen oder außergewöhnlichen Kosten.

1121 Ausgaben für Personaleinstellung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 789 | 6 789 | 6 789,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 27 bis 31 und 33 sowie Anhang III.

Beschluss 2002/620/EG des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Bürgerbeauftragten vom 25. Juli 2002 über die Errichtung des Amtes für Personalauswahl der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 197 vom 26.7.2002, S. 53).

Beschluss 2002/621/EG der Generalsekretäre des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Kanzlers des Gerichtshofes, der Generalsekretäre des Rechnungshofes, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Vertreters des Bürgerbeauftragten vom 25. Juli 2002 über die Organisation und den Betrieb des Amtes für Personalauswahl der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 197 vom 26.7.2002, S. 56).

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

**KAPITEL 1 1 — PERSONAL DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*

***1 1 2*** *(Fortsetzung)*

1 1 2 1 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für die Organisation der in Artikel 3 des Beschlusses 2002/621/EG vorgesehenen Auswahlverfahren sowie der Reise- und Aufenthaltskosten der Bewerber bei Einstellungsgesprächen und ärztlichen Einstellungsuntersuchungen.

Die Mittel decken außerdem die Ausgaben für die Organisation von Auswahlverfahren zur Auswahl der Bediensteten auf Zeit und der Vertragsbediensteten.

In durch funktionelle Erfordernisse ausreichend begründeten Fällen und nach Konsultation des Europäischen Amtes für Personalauswahl können diese Mittel für vom Europäischen Datenschutzbeauftragten selbst durchgeführte Auswahlverfahren verwendet werden.

1 1 2 2 Berufliche Fortbildung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 78 500 | 84 874 | 83 374,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 24a.

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Organisation von internen und externen Kursen zur beruflichen Fortbildung und zur Umschulung, einschließlich von Sprachkursen, die interinstitutionell, extern oder intern organisiert werden.

Diese Mittel decken ebenfalls die Ausgaben für didaktisches und technisches Material.

1 1 2 3 Sozialer Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen im Rahmen einer interinstitutionellen Politik zugunsten von Personen mit Behinderungen (Beamte und Zeitbedienstete im aktiven Dienst und ihre Ehegatten sowie alle unterhaltsberechtigten Kinder im Sinne des Statuts der Beamten der Europäischen Union) zur Erstattung der Kosten im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Erschöpfung etwaiger Ansprüche auf einzelstaatlicher Ebene im Aufenthalts- oder Herkunftsland, die nicht die medizinische Versorgung betreffen, als erforderlich anerkannt sind, aufgrund der Behinderung entstehen und ordnungsgemäß nachgewiesen werden.

1 1 2 4 Ärztlicher Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 14 844 | 14 844 | 14 844,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die jährliche ärztliche Untersuchung der Beamten und der dazu berechtigten sonstigen Bediensteten, einschließlich der im Rahmen dieser Kontrolluntersuchung beantragten zusätzlichen ärztlichen Analysen und Untersuchungen.

**KAPITEL 1 1 — PERSONAL DER EINRICHTUNG** *(Fortsetzung)*

***1 1 2*** *(Fortsetzung)*

1 1 2 5 Kleinkindertagesstätten und Kinderkrippen auf Vertragsbasis

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 80 000 | 80 000 | 67 938,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung des Anteils des Europäischen Datenschutzbeauftragten an den Ausgaben für die Kleinkinder-Tagesstätte und sonstige zugelassene Kinderkrippen und Kinderhorte.

1 1 2 6 Beziehungen zwischen den Mitgliedern des Personals und sonstige soziale Maßnahmen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 000 | 3 865 | 5 288,27 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel, mit denen:

— alle Initiativen finanziell gefördert werden, die dazu dienen, die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Bediensteten verschiedener Nationalität zu entwickeln, z. B. Beihilfen für Clubs für Bedienstete, Vereinigungen, kulturelle Aktivitäten usw. sowie ein Beitrag zu den Kosten eines ständigen Freizeitzentrums (kulturelle und sportliche Aktivitäten usw.) geleistet wird,

— und ein Beitrag zu den Kosten der vom Personalausschuss organisierten Aktivitäten (kulturelle Aktivitäten, sportliche Aktivitäten, Mahlzeiten usw.) geleistet wird.

Außerdem soll mit diesen Mitteln ein Mobilitätsplan für das Personal umgesetzt werden, um die Nutzung öffentlicher Nahverkehrsmittel, die Verringerung des Individualverkehrs und die Reduzierung des $CO^2$-Abdrucks zu fördern.

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

## TITEL 2

## GEBÄUDE, MATERIAL UND MIT DEM DIENSTBETRIEB VERBUNDENE SACHAUSGABEN

### KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE, MATERIAL UND MIT DEM DIENSTBETRIEB VERBUNDENE SACHAUSGABEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 2 0 | | | | |
| ***2 0 0*** | ***Mieten, Nebenkosten und sonstige Ausgaben für Gebäude*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 885 000 | 798 516 | 728 067,— | 82,27 |
| ***2 0 1*** | ***Ausgaben in Verbindung mit dem Dienstbetrieb und der Tätigkeit der Einrichtung*** | | | | |
| 2 0 1 0 | Material | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 350 000 | 229 086 | 245 497,— | 70,14 |
| 2 0 1 1 | Lieferungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 15 000 | 19 524 | 19 524,— | 130,16 |
| 2 0 1 2 | Weitere Ausgaben für den Dienstbetrieb | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 105 000 | 98 368 | 98 368,— | 93,68 |
| 2 0 1 3 | Kosten für Übersetzungen und Dolmetscher | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 775 000 | 875 000 | 930 000,— | 120,— |
| 2 0 1 4 | Ausgaben für Veröffentlichungen und für die Unterrichtung der Öffentlichkeit | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 112 000 | 150 000 | 166 320,— | 148,50 |
| 2 0 1 5 | Ausgaben für die Tätigkeit der Einrichtung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 79 000 | 114 932 | 74 932,— | 94,85 |
| | *Artikel 2 0 1 — Insgesamt* | 1 436 000 | 1 486 910 | 1 534 641,— | 106,87 |
| | KAPITEL 2 0 — INSGESAMT | 2 321 000 | 2 285 426 | 2 262 708,— | 97,49 |
| | **Titel 2 — Insgesamt** | **2 321 000** | **2 285 426** | **2 262 708,—** | **97,49** |

# TITEL 2

# GEBÄUDE, MATERIAL UND MIT DEM DIENSTBETRIEB VERBUNDENE SACHAUSGABEN

## KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE, MATERIAL UND MIT DEM DIENSTBETRIEB VERBUNDENE SACHAUSGABEN

### *2 0 0 Mieten, Nebenkosten und sonstige Ausgaben für Gebäude*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 885 000 | 798 516 | 728 067,— |

*Erläuterungen*

Vereinbarung über die Verwaltungszusammenarbeit zwischen dem Europäischen Datenschutzbeauftragten und der anderen Institution, die die Büroräume bereitstellt.

Diese Mittel dienen zur Deckung einer pauschalen oder anteiligen Zahlung der Mieten sowie der Kosten für Versicherung, Wasser, Strom, Heizung, Reinigung und Wartung, Sicherheit und Überwachung sowie der sonstigen Ausgaben für Gebäude, einschließlich Umbau, Reparatur oder Renovierung der betreffenden Büros.

### *2 0 1 Ausgaben in Verbindung mit dem Dienstbetrieb und der Tätigkeit der Einrichtung*

2 0 1 0 Material

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 350 000 | 229 086 | 245 497,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für

— Material (Kauf und Anmietung), die Betriebs- und Wartungskosten, Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Informationstechnologie einschließlich der Unterstützung für den Betrieb und die Erhaltung von Datenverarbeitungssystemen sowie der Entwicklung von Software,

— auf Dritte übertragene Informatiktätigkeiten und sonstigen Ausgaben für Informatik-Dienstleistungen, einschließlich der Erstellung und Wartung der Webseite,

— den Kauf, die Anmietung, Wartung und Erhaltung von Telekommunikationsmaterial und sonstigen Ausgaben für Zwecke der Telekommunikation, einschließlich Gebühren für Telefongespräche sowie für telegrafische und Fernschreibverbindungen und Kosten der elektronischen Datenübertragung,

— Kauf, Austausch und Wartung technischer Anlagen (Sicherheit usw.) und verwaltungstechnischer Anlagen (Büromaschinen wie Fotokopiergeräte, Rechenmaschinen usw.),

— Kauf, Wartung und Austausch des Mobiliars,

— alle weiteren Posten im Zusammenhang mit der Herrichtung der Diensträume und damit verbundene Kosten.

2 0 1 1 Lieferungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 15 000 | 19 524 | 19 524,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung

— des Ankaufs von Papier, Umschlägen und Bürobedarf,

— der Ausgaben für Post, Postgebühren, Gebühren für die Lieferung durch einen Kurierdienst, Pakete und Verteilung an die breite Öffentlichkeit.

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

**KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE, MATERIAL UND MIT DEM DIENSTBETRIEB VERBUNDENE SACHAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***2 0 1*** *(Fortsetzung)*

2 0 1 2 Weitere Ausgaben für den Dienstbetrieb

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 105 000 | 98 368 | 98 368,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung

— der an die Institution, die für den Europäischen Datenschutzbeauftragten allgemeine Dienstleistungen — z. B. die Verwaltung von Verträgen, Gehältern und Zulagen usw. — bereitstellt, zu zahlenden globalen „Verwaltungskosten“,

— sonstige laufende Verwaltungskosten (Finanzkosten, Gerichtskosten usw.).

2 0 1 3 Kosten für Übersetzungen und Dolmetscher

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 775 000 | 875 000 | 930 000,— |

*Erläuterungen*

Vereinbarung über die Verwaltungszusammenarbeit zwischen dem Europäischen Datenschutzbeauftragten und dem Organ, das die Dienstleistung bereitstellt.

Diese Mittel dienen zur Deckung jedweder Kosten für Übersetzungen und Dolmetscher sowie damit zusammenhängender Kosten.

2 0 1 4 Ausgaben für Veröffentlichungen und für die Unterrichtung der Öffentlichkeit

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 112 000 | 150 000 | 166 320,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für Veröffentlichungen und für die Unterrichtung der Öffentlichkeit, insbesondere:

— Druckkosten für Veröffentlichungen im *Amtsblatt der Europäischen Union*,

— Kosten für Druck und Vervielfältigung verschiedener Veröffentlichungen in den Amtssprachen,

— Material mit Informationen über den Europäischen Datenschutzbeauftragten,

— sonstige Ausgaben in Verbindung mit der Informationspolitik der Einrichtung (Symposien, Seminare, Beteiligung an öffentlichen Veranstaltungen usw.),

— Kosten für Werbung und Informationskampagnen über die Ziele, Maßnahmen und Aufgabe des Europäischen Datenschutzbeauftragten,

— Kosten in Verbindung mit Besuchergruppen beim Europäischen Datenschutzbeauftragten.

2 0 1 5 Ausgaben für die Tätigkeit der Einrichtung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 79 000 | 114 932 | 74 932,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der

— Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke und den Kauf von Repräsentationsartikeln,

— Kosten für Sitzungen,

**KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE, MATERIAL UND MIT DEM DIENSTBETRIEB VERBUNDENE SACHAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***2 0 1*** *(Fortsetzung)*

2 0 1 5 *(Fortsetzung)*

— Kosten für Einladungen, einschließlich Reise-, Aufenthalts- und andere Nebenkosten der Sachverständigen und sonstigen Personen, die zu Sitzungen der Studien- und Arbeitsgruppen eingeladen werden,

— Finanzierung von Untersuchungen und/oder Erhebungen, mit denen im Rahmen von Verträgen qualifizierte Sachverständige oder Forschungsinstitute beauftragt werden,

— Ausgaben im Zusammenhang mit der Bibliothek des Europäischen Datenschutzbeauftragten, einschließlich unter anderem des Kaufs von Büchern, CD-ROMs, Abonnierung von Zeitungen und Zeitschriften und bei Presseagenturen sowie andere Nebenkosten.

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

## TITEL 3

## EUROPÄISCHER DATENSCHUTZAUSSCHUSS

### KAPITEL 3 0 — AUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB DES AUSSCHUSSES

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| | KAPITEL 3 0 | | | | | | | |
| ***3 0 0*** | ***Bezüge, Vergütungen und andere Ansprüche des Vorsitzenden*** | | | | | | | |
| 3 0 0 0 | Bezüge und Vergütungen | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| 3 0 0 1 | Ansprüche bei Dienstantritt und bei Ausscheiden aus dem Dienst | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| 3 0 0 2 | Übergangsgelder | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| 3 0 0 3 | Versorgungsbezüge | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| | *Artikel 3 0 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| ***3 0 1*** | ***Bezüge, Vergütungen und andere Ansprüche der Beamten und Bediensteten auf Zeit*** | | | | | | | |
| 3 0 1 0 | Bezüge und Vergütungen | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| 3 0 1 1 | Ansprüche bei Dienstantritt, bei Ausscheiden aus dem Dienst und bei Versetzung | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| 3 0 1 2 | Vergütungen und verschiedene Beiträge bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Dienst | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| | *Artikel 3 0 1 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| ***3 0 2*** | ***Sonstige Bedienstete*** | | | | | | | |
| 3 0 2 0 | Vertragsbedienstete | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 3 0 2 1 | Kosten für Praktika und für den Austausch von Personal | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 3 0 2 2 | Nach außerhalb zu vergebende Dienstleistungen und Arbeiten | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | | | | | — |
| | *Artikel 3 0 2 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | | | | | — |

**KAPITEL 3 0 — AUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB DES AUSSCHUSSES** *(Fortsetzung)*

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| ***3 0 3*** | ***Sonstige Ausgaben für das Personal des Ausschusses*** | | | | | | | |
| 3 0 3 0 | Dienstreise- und Fahrtkosten sowie Nebenkosten | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| 3 0 3 1 | Ausgaben für die Personaleinstellung | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| 3 0 3 2 | Berufliche Fortbildung | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| 3 0 3 3 | Ärztlicher Dienst | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| 3 0 3 4 | Kleinkindertagesstätte und sonstige zugelassene Kinderkrippen und Kinderhorte der Union | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| | *Artikel 3 0 3 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| ***3 0 4*** | ***Ausgaben in Verbindung mit dem Dienstbetrieb und der Tätigkeit des Ausschusses*** | | | | | | | |
| 3 0 4 0 | Ausschusssitzungen | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| 3 0 4 1 | Kosten für Übersetzungen und Dolmetscher | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| 3 0 4 2 | Ausgaben für Veröffentlichungen und für die Unterrichtung der Öffentlichkeit | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| 3 0 4 3 | IT-Material und -Dienstleistungen | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| 3 0 4 4 | Reisekosten externer Sachverständiger | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 3 0 4 5 | Externe Beratungsleistungen und Studien | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 3 0 4 6 | Ausgaben in Verbindung mit den Tätigkeiten des Europäischen Datenschutzausschusses | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | | | | | — |
| | *Artikel 3 0 4 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| | KAPITEL 3 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | | — |
| | **Titel 3 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **p.m.** | **p.m.** | | | **—** |

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

## TITEL 3

## EUROPÄISCHER DATENSCHUTZAUSSCHUSS

### KAPITEL 3 0 — AUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB DES AUSSCHUSSES

### *3 0 0 Bezüge, Vergütungen und andere Ansprüche des Vorsitzenden*

3 0 0 0 Bezüge und Vergütungen

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

Diese Mittel dienen zur Finanzierung

— der Gehälter, Zulagen und Entschädigungen der Mitglieder sowie der Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Gehälter angewandt werden, sowie der Auswirkungen der Anwendung des Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Bezüge, der in ein anderes Land als das, in dem der Dienstort liegt, überwiesen wird,

— des Anteils der Einrichtung (0,87 %) an der Versicherung gegen Berufskrankheits- und Unfallrisiken,

— des Anteils der Einrichtung (3,4 %) an der Versicherung gegen Krankheitsrisiken,

— der Geburtenzulage,

— der im Todesfall vorgesehenen Vergütungen.

3 0 0 1 Ansprüche bei Dienstantritt und bei Ausscheiden aus dem Dienst

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1), insbesondere Artikel 5.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Reisekosten zugunsten von Mitgliedern (einschließlich der Familienmitglieder) bei der Aufnahme der Tätigkeit im Ausschuss oder beim Ausscheiden aus dem Ausschuss, der Einrichtungs- oder Wiedereinrichtungsbeihilfen zugunsten von Mitgliedern bei der Aufnahme der Tätigkeit im Ausschuss oder beim Ausscheiden aus dem Ausschuss und der Umzugskosten zugunsten von Mitgliedern bei der Aufnahme der Tätigkeit im Ausschuss oder beim Ausscheiden aus dem Ausschuss.

**KAPITEL 30 — AUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB DES AUSSCHUSSES** *(Fortsetzung)*

***300*** *(Fortsetzung)*

3002 Übergangsgelder

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1), insbesondere Artikel 7.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Übergangsgelder, der Familienzulagen sowie der Berichtigungskoeffizienten der Wohnsitzländer der Mitglieder des Ausschusses nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt.

3003 Versorgungsbezüge

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | |

*Erläuterungen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1), insbesondere die Artikel 8, 9, 15 und 18.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Altersversorgung und des Berichtigungskoeffizienten des Wohnsitzlandes der Mitglieder des Ausschusses sowie der Hinterbliebenenversorgung der überlebenden Ehegatten und Waisen und der Berichtigungskoeffizienten ihrer Wohnsitzländer.

***301*** ***Bezüge, Vergütungen und andere Ansprüche der Beamten und Bediensteten auf Zeit***

3010 Bezüge und Vergütungen

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel dienen zur Deckung

— des Grundgehalts der Beamten und Bediensteten auf Zeit,

— der Familienzulagen, einschließlich der Haushaltszulage, der Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder und der Erziehungszulage,

— der Auslands- und Expatriierungszulagen,

— des Arbeitgeberanteils an der Krankenversicherung, an der Unfallversicherung und der Versicherung gegen Berufskrankheiten,

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

**KAPITEL 30 — AUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB DES AUSSCHUSSES** *(Fortsetzung)*

***30 1*** *(Fortsetzung)*

3010 *(Fortsetzung)*

— des Beitrags der Einrichtung zur Finanzierung des Arbeitslosensonderfonds,

— der von der Einrichtung zu leistenden Zahlungen für die Bediensteten auf Zeit, um Rentenansprüche in ihrem Herkunftsland zu schaffen oder aufrechtzuerhalten,

— der Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Gehälter angewandt werden, und des Teils der Bezüge, der in ein anderes Land als das, in dem der Dienstort liegt, überwiesen wird,

— der Geburtenzulage,

— der Pauschalvergütung für die Reisekosten vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort,

— der Mietzulage und der Fahrkostenzulage, der Pauschalvergütung für Dienstaufwandskosten,

— der Pauschalabgeltung für Fahrkosten,

— der Sondervergütung für die Rechnungsführer und Zahlstellenverwalter.

3011 Ansprüche bei Dienstantritt, bei Ausscheiden aus dem Dienst und bei Versetzung

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Diese Mittel decken die Zahlung der Reisekosten, auf die die Beamten und Bediensteten auf Zeit (einschließlich ihrer Familienmitglieder) anlässlich ihres Dienstantritts, ihres Ausscheidens aus dem Dienst oder der Änderung ihres Dienstortes Anspruch haben (Artikel 20 und 71 sowie Artikel 7 des Anhangs VII), die Vergütungen, die den Bediensteten zustehen, die bei Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort ihren Wohnsitz wechseln müssen (Artikel 5 und 6 des Anhangs VII), die Umzugskosten (Artikel 20 und 71 sowie Artikel 9 des Anhangs VII) sowie die Tagegelder, die den Bediensteten zustehen, die nach ihrem Dienstantritt ihren Wohnsitz wechseln müssen (Nachweis erforderlich) (Artikel 20 und 71 sowie Artikel 10 des Anhangs VII).

3012 Vergütungen und verschiedene Beiträge bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Dienst

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 41, 50, 64, 65 und 72 sowie Anhang IV.

Diese Mittel dienen zur Deckung

— der Vergütungen, die den Beamten bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand und bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen zu zahlen sind,

— des Arbeitgeberanteils an der Krankenversicherung für die Empfänger der oben genannten Vergütungen,

— der Auswirkungen der auf die oben genannten Vergütungen anwendbaren Berichtigungskoeffizienten sowie der Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Dienstbezüge.

**KAPITEL 3 0 — AUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB DES AUSSCHUSSES** *(Fortsetzung)*

***3 0 2 Sonstige Bedienstete***

3 0 2 0 Vertragsbedienstete

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für die Beschäftigung von Vertragsbediensteten.

3 0 2 1 Kosten für Praktika und für den Austausch von Personal

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Vergütungen sowie der Reise- und Dienstreisekosten für Praktikanten sowie der Kosten einer Kranken- und Unfallversicherung während der Praktika. Diese Mittel dienen ferner zur Deckung der Kosten des Austauschs von Personal zwischen dem Europäischen Datenschutzausschuss und den Mitgliedstaaten und EFTA-Ländern, die Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) sind, sowie internationalen Organisationen.

3 0 2 2 Nach außerhalb zu vergebende Dienstleistungen und Arbeiten

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung aller Dienstleistungen von Personen, die nicht bei dem Organ beschäftigt sind, darunter insbesondere Zeitbedienstete.

***3 0 3 Sonstige Ausgaben für das Personal des Ausschusses***

3 0 3 0 Dienstreise- und Fahrtkosten sowie Nebenkosten

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | |

*Erläuterungen*

Statut der Europäischen Union, insbesondere Artikel 71 und Anhang VII Artikel 11, 12 und 13.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Fahrtkosten, der Tagegelder für Dienstreisen sowie der bei der Durchführung einer Dienstreise anfallenden zusätzlichen oder außergewöhnlichen Kosten.

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

**KAPITEL 30 — AUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB DES AUSSCHUSSES** *(Fortsetzung)*

***303*** *(Fortsetzung)*

3031 Ausgaben für die Personaleinstellung

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | |

*Erläuterungen*

Statut der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 27 bis 31 und 33 sowie Anhang III.

Beschluss 2002/620/EG des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Bürgerbeauftragten vom 25. Juli 2002 über die Errichtung des Amtes für Personalauswahl der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 197 vom 26.7.2002, S. 53).

Beschluss 2002/621/EG der Generalsekretäre des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Kanzlers des Gerichtshofes, der Generalsekretäre des Rechnungshofes, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Vertreters des Bürgerbeauftragten vom 25. Juli 2002 über die Organisation und den Betrieb des Amtes für Personalauswahl der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 197 vom 26.7.2002, S. 56).

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für die Organisation der in Artikel 3 des Beschlusses 2002/621/EG vorgesehenen Auswahlverfahren sowie der Reise- und Aufenthaltskosten der Bewerber bei Einstellungsgesprächen und ärztlichen Einstellungsuntersuchungen.

Die Mittel decken außerdem die Ausgaben für die Organisation von Auswahlverfahren zur Auswahl der Bediensteten auf Zeit und der Vertragsbediensteten.

In durch funktionelle Erfordernisse ausreichend begründeten Fällen und nach Konsultation des Amtes können diese Mittel für vom Europäischen Datenschutzausschuss selbst durchgeführte Auswahlverfahren verwendet werden.

3032 Berufliche Fortbildung

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 24a Unterabsatz 3.

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Organisation von internen und externen Kursen zur beruflichen Fortbildung und zur Umschulung, einschließlich Sprachkursen, die interinstitutionell, extern oder intern organisiert werden.

Diese Mittel decken ebenfalls die Ausgaben für didaktisches und technisches Material.

3033 Ärztlicher Dienst

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die jährliche ärztliche Untersuchung der Beamten und der dazu berechtigten sonstigen Bediensteten, einschließlich der im Rahmen dieser Kontrolluntersuchung beantragten zusätzlichen ärztlichen Analysen und Untersuchungen.

**KAPITEL 30 — AUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB DES AUSSCHUSSES** *(Fortsetzung)*

***30 3*** *(Fortsetzung)*

3034 Kleinkindertagesstätte und sonstige zugelassene Kinderkrippen und Kinderhorte der Union

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung des Anteils des Europäischen Datenschutzausschusses an den Ausgaben für die Kleinkindertagesstätte und sonstige zugelassene Kinderkrippen und Kinderhorte der Union.

***304 Ausgaben in Verbindung mit dem Dienstbetrieb und der Tätigkeit des Ausschusses***

3040 Ausschusssitzungen

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Reise-, Aufenthalts- und Nebenkosten von Sachverständigen und sonstigen Personen, die zur Teilnahme an Sitzungen von Ausschüssen, Studien- oder Arbeitsgruppen eingeladen werden, sowie sonstiger damit verbundener Ausgaben (Anmietung von Räumlichkeiten, Dolmetscher, Verpflegung usw.)

3041 Kosten für Übersetzungen und Dolmetscher

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | |

*Erläuterungen*

Vereinbarung über die Verwaltungszusammenarbeit zwischen dem Europäischen Datenschutzausschuss und der Einrichtung, die die Dienstleistung bereitstellt.

Diese Mittel dienen zur Deckung jedweder Kosten für Übersetzungen und Dolmetscher sowie damit zusammenhängender Kosten.

3042 Ausgaben für Veröffentlichungen und für die Unterrichtung der Öffentlichkeit

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für Veröffentlichungen und für die Unterrichtung der Öffentlichkeit, insbesondere:

— Druckkosten für Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union,

— Kosten für Druck und Vervielfältigung verschiedener Veröffentlichungen in den Amtssprachen,

— Material mit Informationen über den Europäischen Datenschutzausschuss,

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

**KAPITEL 30 — AUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB DES AUSSCHUSSES** *(Fortsetzung)*

***304*** *(Fortsetzung)*

3042 *(Fortsetzung)*

— sonstige Ausgaben in Verbindung mit der Informationspolitik der Einrichtung (Symposien, Seminare, Beteiligung an öffentlichen Veranstaltungen usw.),

— Kosten für Werbung und Informationskampagnen über die Ziele, Maßnahmen und Aufgabe des Europäischen Datenschutzausschusses,

— Kosten in Verbindung mit Besuchergruppen beim Europäischen Datenschutzausschuss.

3043 IT-Material und -Dienstleistungen

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für

— Material (Kauf und Anmietung), die Betriebs- und Wartungskosten, Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Informationstechnologie einschließlich der Unterstützung für den Betrieb und die Erhaltung von Datenverarbeitungssystemen sowie der Entwicklung von Software,

— auf Dritte übertragene Informatiktätigkeiten und sonstigen Ausgaben für Informatikdienstleistungen, einschließlich der Erstellung und Wartung der Website,

— den Kauf, die Anmietung, Wartung und Erhaltung von Telekommunikationsmaterial und sonstigen Ausgaben für Zwecke der Telekommunikation, einschließlich Gebühren für Telefongespräche sowie für telegrafische und Fernschreibverbindungen und Kosten der elektronischen Datenübertragung.

3044 Reisekosten externer Sachverständiger

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten in Verbindung mit Einladungen, einschließlich Reise- und Aufenthaltskosten sowie damit verbundener Kosten, für Sachverständige und andere Personen, die zur Teilnahme an Studiengruppen oder Arbeitssitzungen eingeladen werden.

3045 Externe Beratungsleistungen und Studien

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Finanzierung von Studien, Beratungsleistungen und/oder Erhebungen, die an externe qualifizierte Sachverständige und Forschungseinrichtungen vergeben werden.

**KAPITEL 30 — AUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB DES AUSSCHUSSES** *(Fortsetzung)*

***30 4*** *(Fortsetzung)*

3046 Ausgaben in Verbindung mit den Tätigkeiten des Europäischen Datenschutzausschusses

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung:

— der Kosten für Empfänge, Repräsentationskosten und der Anschaffung von damit zusammenhängenden Artikeln;

— der Kosten für die Organisation von Seminaren, Workshops und anderen gängigen Schulungsprogrammen für die Mitglieder von Datenschutzbehörden aus den Mitgliedstaaten, für Mitglieder der Datenschutzbehörden aus Drittländern und für andere einschlägige Datenschutzexperten, die vom Europäischen Datenschutzausschuss eingeladen werden;

— der Kosten von Aktivitäten zur Förderung des Informations- und Verfahrensaustausches zwischen Aufsichtsbehörden im Bereich des Datenschutzes;

— der Kosten für Aktivitäten zur Förderung der Sensibilisierung für den Datenschutz;

— der Kosten für Aktivitäten zur Förderung des Austausches von Wissen und Dokumentation über Datenschutzrecht und -praxis mit Aufsichtsbehörden im Bereich des Datenschutzes weltweit;

— der Kosten für den Zugang zu bestimmten Rechtsdatenbanken;

— der Ausgaben für die Bibliothek des Europäischen Datenschutzausschusses, insbesondere für die Anschaffung von Büchern und CD-ROMs, für Zeitenschriftenabonnements, Abonnements bei Presseagenturen und sonstige diesbezügliche Kosten.

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

## TITEL 10

## SONSTIGE AUSGABEN

### KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL
### KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 10 0 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 1 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 10 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **8 267 256** | **7 661 409** | **7 258 545,11** | **87,80** |

# TITEL 10

# SONSTIGE AUSGABEN

## KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

## KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung nicht vorhersehbarer Ausgaben bestimmt, die sich aus Haushaltsentscheidungen ergeben, die im Laufe des Haushaltsjahres gefasst werden.

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

## PERSONAL

## Einzelplan IX — Europäischer Datenschutzbeauftragter

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Europäischer Datenschutzbeauftragter | | | |
|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| Sondergruppe | | | | |
| AD 16 | — | | — | |
| AD 15 | 1 | | 1 | |
| AD 14 | — | | — | |
| AD 13 | 2 | | 1 | |
| AD 12 | 1 | | 1 | |
| AD 11 | — | | 1 | |
| AD 10 | 3 | | 2 | |
| AD 9 | 7 | | 8 | |
| AD 8 | 7 | | 6 | |
| AD 7 | 7 | | 5 | |
| AD 6 | 3 | | 6 | |
| AD 5 | — | | — | |
| AD insgesamt | 31 | | 31 | |
| AST 11 | 1 | | — | |
| AST 10 | — | | 1 | |
| AST 9 | — | | — | |
| AST 8 | 2 | | 1 | |
| AST 7 | 1 | | 1 | |
| AST 6 | — | | 1 | |
| AST 5 | 5 | | 3 | |
| AST 4 | 2 | | 3 | |
| AST 3 | 3 | | 3 | |
| AST 2 | — | | 1 | |
| AST 1 | — | | — | |
| AST insgesamt | 14 | | 14 | |
| AST/SC 6 | | | | |
| AST/SC 5 | | | | |
| AST/SC 4 | | | | |
| AST/SC 3 | | | | |
| AST/SC 2 | | | | |
| AST/SC 1 | | | | |
| AST/SC total | | | | |
| **Gesamtzahl** | **45** | | **45** | |

*EINZELPLAN X*

# EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

## EINNAHMEN

## Beitrag der Europäischen Union zur Finanzierung der Ausgaben des Europäischen Auswärtigen Dienstes für das Haushaltsjahr 2014

| Bezeichnung | Betrag |
|---|---|
| Ausgaben | 518 628 447 |
| Eigene Einnahmen | – 37 491 000 |
| **Zu vereinnahmender Beitrag** | **481 137 447** |

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

## EIGENE EINNAHMEN

## TITEL 4

## VON DER UNION ERHOBENE STEUERN, ABSCHÖPFUNGEN UND GEBÜHREN

**KAPITEL 4 0 — GEHALTSABZÜGE**
**KAPITEL 4 1 — BEITRAG ZU DEN VERSORGUNGSREGELUNGEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 4 0 | | | | |
| ***4 0 0*** | ***Ertrag aus der Besteuerung der Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten*** | 21 542 000 | 21 457 000 | 16 998 848,29 | 78,91 |
| ***4 0 4*** | ***Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | 2 041 000 | 2 033 000 | 2 677 253,10 | 131,17 |
| | KAPITEL 4 0 — INSGESAMT | 23 583 000 | 23 490 000 | 19 676 101,39 | 83,43 |
| | KAPITEL 4 1 | | | | |
| ***4 1 0*** | ***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*** | 13 658 000 | 13 604 000 | 17 754 162,12 | 129,99 |
| ***4 1 1*** | ***Übertragung oder Rückkauf von Versorgungsansprüchen durch das Personal*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***4 1 2*** | ***Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten zur Versorgungsordnung*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 4 1 — INSGESAMT | 13 658 000 | 13 604 000 | 17 754 162,12 | 129,99 |
| | **Titel 4 — Insgesamt** | **37 241 000** | **37 094 000** | **37 430 263,51** | **100,51** |

# TITEL 4

# VON DER UNION ERHOBENE STEUERN, ABSCHÖPFUNGEN UND GEBÜHREN

## KAPITEL 4 0 — GEHALTSABZÜGE

### 4 0 0 *Ertrag aus der Besteuerung der Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 21 542 000 | 21 457 000 | 16 998 848,29 |

*Erläuterungen*

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union, insbesondere Artikel 12.

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 56 vom 4.3.1968, S. 8).

### 4 0 4 *Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 2 041 000 | 2 033 000 | 2 677 253,10 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 66a.

## KAPITEL 4 1 — BEITRAG ZU DEN VERSORGUNGSREGELUNGEN

### 4 1 0 *Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 13 658 000 | 13 604 000 | 17 754 162,12 |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 83 Absatz 2.

### 4 1 1 *Übertragung oder Rückkauf von Versorgungsansprüchen durch das Personal*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 4, Artikel 11 und Artikel 48 des Anhangs VIII.

### 4 1 2 *Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 40 Absatz 3 des Anhangs VIII.

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

## TITEL 5

## ERLÖSE AUS DEM VERWALTUNGSBETRIEB DES ORGANS

**KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN**
**KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN**
**KAPITEL 5 2 — ERTRAG AUS ANLAGEMITTELN ODER DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN**
**KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS DIENSTLEISTUNGEN UND SONSTIGEN ARBEITEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 5 0 | | | | |
| ***5 0 0*** | ***Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen*** | | | | |
| 5 0 0 0 | Erlös aus der Veräußerung von Fahrzeugen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 5 0 0 1 | Erlös aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 5 0 0 2 | Einnahmen aus für andere Organe oder Stellen durchgeführten Lieferungen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 5 0 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 0 2*** | ***Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 1 | | | | |
| ***5 1 0*** | ***Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 1 1*** | ***Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von unbeweglichen Sachen und Erstattung von Mietkosten*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 2 | | | | |
| ***5 2 0*** | ***Ertrag aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen von Konten des Organs*** | 250 000 | 200 000 | 61 354,55 | 24,54 |
| | KAPITEL 5 2 — INSGESAMT | 250 000 | 200 000 | 61 354,55 | 24,54 |
| | KAPITEL 5 5 | | | | |
| ***5 5 0*** | ***Einnahmen aus Dienstleistungen und sonstigen Arbeiten, die für andere Organe und Stellen durchgeführt werden, einschließlich der Dienstreisetagegelder, die im Auftrag anderer Organe oder Stellen gezahlt und von diesen zurückerstattet werden — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |

**KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS DIENSTLEISTUNGEN UND SONSTIGEN ARBEITEN** *(Fortsetzung)*
**KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DES ORGANS**
**KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE ENTSCHÄDIGUNGEN**
**KAPITEL 5 9 — SONSTIGE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNG**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***5 5 1*** | ***Einnahmen aus Zahlungen Dritter für Dienstleistungen oder in ihrem Auftrag durchgeführte Arbeiten — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 5 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 7 | | | | |
| ***5 7 0*** | ***Einnahmen aus der Rückerstattung von Beträgen, die rechtsgrundlos gezahlt wurden — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 2 953 212,88 | — |
| ***5 7 1*** | ***Zweckbestimmte Einnahmen, beispielsweise aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen, einschließlich der jedem Organ zugewiesenen eigenen Einnahmen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 7 2*** | ***Erstattung von Sozialausgaben, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 7 3*** | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen im Zusammenhang mit der Verwaltung des Organs — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 38 459,87 | — |
| ***5 7 4*** | ***Einnahmen aus dem Beitrag der Kommission an den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) für die Delegationen der Union — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 268 262 884,51 | — |
| | KAPITEL 5 7 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 271 254 557,26 | — |
| | KAPITEL 5 8 | | | | |
| ***5 8 0*** | ***Verschiedene Entschädigungen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 8 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 9 | | | | |
| ***5 9 0*** | ***Sonstige Einnahmen aus der Verwaltung*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 9 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 5 — Insgesamt** | **250 000** | **200 000** | **271 315 911,81** | **108 526,36** |

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

## TITEL 5

## ERLÖSE AUS DEM VERWALTUNGSBETRIEB DES ORGANS

### KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN

#### *5 0 0 Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen*

5 0 0 0 Erlös aus der Veräußerung von Fahrzeugen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

5 0 0 1 Erlös aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

5 0 0 2 Einnahmen aus für andere Organe oder Stellen durchgeführten Lieferungen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

#### *5 0 2 Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

**KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN**

***5 1 0 Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

***5 1 1 Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von unbeweglichen Sachen und Erstattung von Mietkosten***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

**KAPITEL 5 2 — ERTRAG AUS ANLAGEMITTELN ODER DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN**

***5 2 0 Ertrag aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen von Konten des Organs***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 250 000 | 200 000 | 61 354,55 |

**KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS DIENSTLEISTUNGEN UND SONSTIGEN ARBEITEN**

***5 5 0 Einnahmen aus Dienstleistungen und sonstigen Arbeiten, die für andere Organe und Stellen durchgeführt werden, einschließlich der Dienstreisetagegelder, die im Auftrag anderer Organe oder Stellen gezahlt und von diesen zurückerstattet werden — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

***5 5 1 Einnahmen aus Zahlungen Dritter für Dienstleistungen oder in ihrem Auftrag durchgeführte Arbeiten — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

## KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DES ORGANS

### *5 7 0 Einnahmen aus der Rückerstattung von Beträgen, die rechtsgrundlos gezahlt wurden — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 2 953 212,88 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 7 1 Zweckbestimmte Einnahmen, beispielsweise aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen, einschließlich der jedem Organ zugewiesenen eigenen Einnahmen — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 7 2 Erstattung von Sozialausgaben, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 7 3 Sonstige Beiträge und Erstattungen im Zusammenhang mit der Verwaltung des Organs — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 38 459,87 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

**KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DES ORGANS**
*(Fortsetzung)*

***5 7 4 Einnahmen aus dem Beitrag der Kommission an den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) für die Delegationen der Union — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 268 262 884,51 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen ergeben sich aus einem Beitrag der Kommission an den EAD und dienen der Deckung der auf lokaler Ebene verwalteten Ausgaben für in Delegationen der Union tätige Kommissionsbedienstete, einschließlich aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) finanzierter Kommissionsbediensteter, sowie sonstiger Ausgaben unter anderem in Bezug auf Presse- und Informationsarbeit.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten 3 0 0 5 des Ausgabenplans dieses Einzelplans eingesetzt.

**KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE ENTSCHÄDIGUNGEN**

***5 8 0 Verschiedene Entschädigungen — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

**KAPITEL 5 9 — SONSTIGE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNG**

***5 9 0 Sonstige Einnahmen aus der Verwaltung***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

## TITEL 6

## BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM RAHMEN VON ABKOMMEN UND PROGRAMMEN DER UNION

**KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE**
**KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN DER SPEZIFISCHEN ÜBEREINKÜNFTE**
**KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 6 1 | | | | |
| ***6 1 2*** | ***Erstattung von Beträgen, die in Durchführung von Auftragsarbeiten gegen Vergütung verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 6 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 6 3 | | | | |
| ***6 3 1*** | ***Beitrag im Rahmen des Schengen-Besitzstands — Zweckgebundene Einnahmen*** | | | | |
| 6 3 1 1 | Beitrag zu den Verwaltungskosten aus dem Rahmenübereinkommen mit Island und Norwegen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 3 1 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 6 3 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 6 6 | | | | |
| ***6 6 0*** | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen*** | | | | |
| 6 6 0 0 | Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 6 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 6 6 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 6 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **—** |

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

# TITEL 6

# BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM RAHMEN VON ABKOMMEN UND PROGRAMMEN DER UNION

## KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE

### *6 1 2 Erstattung von Beträgen, die in Durchführung von Auftragsarbeiten gegen Vergütung verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

## KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN DER SPEZIFISCHEN ÜBEREINKÜNFTE

### *6 3 1 Beitrag im Rahmen des Schengen-Besitzstands — Zweckgebundene Einnahmen*

6 3 1 1 Beitrag zu den Verwaltungskosten aus dem Rahmenübereinkommen mit Island und Norwegen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Beschluss 1999/437/EG des Rates vom 17. Mai 1999 zum Erlass bestimmter Durchführungsvorschriften zu dem Übereinkommen zwischen dem Rat der Europäischen Union und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung dieser beiden Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 31).

Beitrag zu den Verwaltungskosten aufgrund des Übereinkommens vom 18. Mai 1999 zwischen dem Rat der Europäischen Union sowie der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung der beiden letztgenannten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 36), insbesondere Artikel 12.

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

## KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN

### *6 6 0 Sonstige Beiträge und Erstattungen*

6 6 0 0 Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung gelten als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

# TITEL 7

# VERZUGSZINSEN

## KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 7 0 | | | | |
| ***7 0 0*** | ***Verzugszinsen*** | | | | |
| 7 0 0 0 | Zinsen infolge verspäteter Gutschrift auf den Konten bei den Finanzverwaltungen der Mitgliedstaaten | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 7 0 0 1 | Sonstige Verzugszinsen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 7 0 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 7 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 7 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **—** |

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

# TITEL 7

# VERZUGSZINSEN

## KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN

### *7 0 0 Verzugszinsen*

7 0 0 0 Zinsen infolge verspäteter Gutschrift auf den Konten bei den Finanzverwaltungen der Mitgliedstaaten

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 78 Absatz 4.

7 0 0 1 Sonstige Verzugszinsen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 78 Absatz 4.

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

## TITEL 9

## SONSTIGE EINNAHMEN

### KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 9 0 | | | | |
| ***9 0 0*** | ***Sonstige Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 9 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 9 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **37 491 000** | **37 294 000** | **308 746 175,32** | **823,52** |

# TITEL 9

# SONSTIGE EINNAHMEN

## KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

### *9 0 0* *Sonstige Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

## AUSGABEN

### Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| **1** | **BEDIENSTETE IN DEN ZENTRALEN DIENSTSTELLEN** | | | | | | |
| 1 1 | DIENSTBEZÜGE UND SONSTIGE ANSPRÜCHE DES STATUTSPERSONALS | 120 071 519 | 120 071 519 | 117 534 890 | 117 534 890 | 111 759 944,55 | 111 759 944,55 |
| 1 2 | DIENSTBEZÜGE UND SONSTIGE ANSPRÜCHE DES EXTERNEN PERSONALS | 18 095 807 | 18 095 807 | 17 064 422 | 17 064 422 | 15 502 472,22 | 15 502 472,22 |
| 1 3 | SONSTIGE AUSGABEN FÜR PERSONALVERWALTUNG | 2 377 000 | 2 377 000 | 2 117 000 | 2 117 000 | 3 274 504,67 | 3 274 504,67 |
| 1 4 | DIENSTREISEKOSTEN | 7 723 305 | 7 723 305 | 7 723 305 | 7 723 305 | 7 723 305,— | 7 723 305,— |
| 1 5 | UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN FÜR BEDIENSTETE | 1 924 000 | 1 924 000 | 1 342 515 | 1 342 515 | 1 823 071,— | 1 823 071,— |
| | **Titel 1 — Insgesamt** | **150 191 631** | **150 191 631** | **145 782 132** | **145 782 132** | **140 083 297,44** | **140 083 297,44** |
| **2** | **GEBÄUDE, SACH- UND BETRIEBSAUSGABEN DER ZENTRALEN DIENSTSTELLEN** | | | | | | |
| 2 0 | GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN | 29 871 500 | 29 871 500 | 19 922 500 | 19 922 500 | 18 559 124,26 | 18 559 124,26 |
| 2 1 | INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR | 27 132 000 | 27 132 000 | 24 432 750 | 24 432 750 | 19 490 479,49 | 19 490 479,49 |
| 2 2 | SONSTIGE BETRIEBSAUSGABEN | 5 704 430 | 5 704 430 | 5 676 005 | 5 676 005 | 4 397 147,02 | 4 397 147,02 |
| | **Titel 2 — Insgesamt** | **62 707 930** | **62 707 930** | **50 031 255** | **50 031 255** | **42 446 750,77** | **42 446 750,77** |
| **3** | **DELEGATIONEN** | | | | | | |
| 3 0 | DELEGATIONEN | 305 728 886 | 305 728 886 | 312 949 106 | 312 949 106 | 565 388 533,43 | 565 388 533,43 |
| | **Titel 3 — Insgesamt** | **305 728 886** | **305 728 886** | **312 949 106** | **312 949 106** | **565 388 533,43** | **565 388 533,43** |
| **10** | **SONSTIGE AUSGABEN** | | | | | | |
| 10 0 | VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |
| 10 1 | RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | | |
| | **Titel 10 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **0,—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **518 628 447** | **518 628 447** | **508 762 493** | **508 762 493** | **747 918 581,64** | **747 918 581,64** |

# TITEL 1

## BEDIENSTETE IN DEN ZENTRALEN DIENSTSTELLEN

### KAPITEL 1 1 — DIENSTBEZÜGE UND SONSTIGE ANSPRÜCHE DES STATUTSPERSONALS
### KAPITEL 1 2 — DIENSTBEZÜGE UND SONSTIGE ANSPRÜCHE DES EXTERNEN PERSONALS

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 1 1 | | | | |
| ***1 1 0*** | ***Dienstbezüge und sonstige Ansprüche des Statutspersonals*** | | | | |
| 1 1 0 0 | Grundgehälter | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 90 740 207 | 90 444 734 | 85 280 225,59 | 93,98 |
| 1 1 0 1 | Statutarische Ansprüche im Zusammenhang mit dem Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 801 762 | 730 396 | 666 401,60 | 83,12 |
| 1 1 0 2 | Statutarische Ansprüche im Zusammenhang mit der persönlichen Situation des Bediensteten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 23 868 846 | 22 370 760 | 22 514 141,53 | 94,32 |
| 1 1 0 3 | Sozialversicherung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 4 660 704 | 3 989 000 | 3 299 175,83 | 70,79 |
| 1 1 0 4 | Berichtigungskoeffizienten und Anpassung der Gehälter | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 1 1 0 — Insgesamt* | 120 071 519 | 117 534 890 | 111 759 944,55 | 93,08 |
| | KAPITEL 1 1 — INSGESAMT | 120 071 519 | 117 534 890 | 111 759 944,55 | 93,08 |
| | KAPITEL 1 2 | | | | |
| ***1 2 0*** | ***Dienstbezüge und sonstige Ansprüche des externen Personals*** | | | | |
| 1 2 0 0 | Vertragsbedienstete | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 7 086 195 | 5 620 464 | 5 067 888,26 | 71,52 |
| 1 2 0 1 | Nichtmilitärische abgeordnete nationale Sachverständige | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 3 468 994 | 3 603 674 | 3 035 000,— | 87,49 |
| 1 2 0 2 | Praktika | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 362 690 | 366 000 | 350 520,— | 96,64 |
| 1 2 0 3 | Externe Leistungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 1 2 0 4 | Hilfspersonal (Leiharbeitskräfte) und Sonderberater | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 103 000 | 80 000 | 98 913,96 | 96,03 |
| 1 2 0 5 | Abgeordnete nationale Militärexperten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 7 074 928 | 7 394 284 | 6 950 150,— | 98,24 |
| | *Artikel 1 2 0 — Insgesamt* | 18 095 807 | 17 064 422 | 15 502 472,22 | 85,67 |
| ***1 2 2*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 1 2 — INSGESAMT | 18 095 807 | 17 064 422 | 15 502 472,22 | 85,67 |

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

**KAPITEL 1 3 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR PERSONALVERWALTUNG**
**KAPITEL 1 4 — DIENSTREISEKOSTEN**
**KAPITEL 1 5 — UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN FÜR BEDIENSTETE**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 1 3 | | | | |
| ***1 3 0*** | ***Ausgaben für Personalverwaltung*** | | | | |
| 1 3 0 0 | Personaleinstellungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 100 000 | 100 000 | 100 000,— | 100,— |
| 1 3 0 1 | Fortbildung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 017 000 | 1 217 000 | 1 014 504,67 | 99,75 |
| 1 3 0 2 | Ansprüche bei Dienstantritt, Versetzungen und Ausscheiden aus dem Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 260 000 | 800 000 | 2 160 000,— | 171,43 |
| | *Artikel 1 3 0 — Insgesamt* | 2 377 000 | 2 117 000 | 3 274 504,67 | 137,76 |
| | KAPITEL 1 3 — INSGESAMT | 2 377 000 | 2 117 000 | 3 274 504,67 | 137,76 |
| | KAPITEL 1 4 | | | | |
| ***1 4 0*** | ***Dienstreisekosten*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 7 723 305 | 7 723 305 | 7 723 305,— | 100,— |
| | KAPITEL 1 4 — INSGESAMT | 7 723 305 | 7 723 305 | 7 723 305,— | 100,— |
| | KAPITEL 1 5 | | | | |
| ***1 5 0*** | ***Unterstützungsmaßnahmen für Bedienstete*** | | | | |
| 1 5 0 0 | Soziale und Unterstützungsleistungen für Bedienstete | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 199 000 | 388 000 | 173 140,— | 87,01 |
| 1 5 0 1 | Ärztlicher Dienst | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 450 000 | 450 000 | 438 075,— | 97,35 |
| 1 5 0 2 | Restaurants und Kantinen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 1 5 0 3 | Kinderkrippen und Kindertagesstätten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 275 000 | 504 515 | 1 211 856,— | 95,05 |
| | *Artikel 1 5 0 — Insgesamt* | 1 924 000 | 1 342 515 | 1 823 071,— | 94,75 |
| | KAPITEL 1 5 — INSGESAMT | 1 924 000 | 1 342 515 | 1 823 071,— | 94,75 |
| | **Titel 1 — Insgesamt** | **150 191 631** | **145 782 132** | **140 083 297,44** | **93,27** |

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

# TITEL 1

# BEDIENSTETE IN DEN ZENTRALEN DIENSTSTELLEN

## KAPITEL 1 1 — DIENSTBEZÜGE UND SONSTIGE ANSPRÜCHE DES STATUTSPERSONALS

*Erläuterungen*

Die Mittel dieses Kapitels sind auf der Grundlage des Stellenplans des EAD für das laufende Haushaltsjahr veranschlagt.

Auf die Gehälter, Zulagen und Entschädigungen wurde ein Pauschalabschlag von 5,7 % angewandt, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die im Stellenplan des EAD vorgesehenen Planstellen nicht ständig voll besetzt sein werden.

### *1 1 0 Dienstbezüge und sonstige Ansprüche des Statutspersonals*

1 1 0 0 Grundgehälter

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 90 740 207 | 90 444 734 | 85 280 225,59 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für die Grundgehälter der Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben, und Vergütungen gemäß Artikel 50 des Statuts der Beamten der Europäischen Union.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

Der EAD sollte eine ausreichende Anzahl von AD 12- bis AD 16-Strellen unbesetzt lassen, um seinen Verpflichtungen gegenüber seinem vorhandenen Personal nachzukommen, ohne dass weitere Stellen dieser Art geschaffen oder bestehende Stellen gehoben werden müssten.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

1 1 0 1 Statutarische Ansprüche im Zusammenhang mit dem Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 801 762 | 730 396 | 666 401,60 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben:

— Sekretariatszulagen,

— Miet- und Fahrkostenzulagen,

— Pauschalabgeltung von Fahrkosten,

— Vergütungen für Schichtarbeit oder für Bereitschaft am Arbeitsplatz und/oder in der Wohnung,

— sonstige Zulagen und Erstattungen,

— Überstunden.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

**KAPITEL 11 — DIENSTBEZÜGE UND SONSTIGE ANSPRÜCHE DES STATUTSPERSONALS** *(Fortsetzung)*

***110*** *(Fortsetzung)*

1102 Statutarische Ansprüche im Zusammenhang mit der persönlichen Situation des Bediensteten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 23 868 846 | 22 370 760 | 22 514 141,53 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben:

— Auslands- und Expatriierungszulagen,

— Haushaltszulagen, Zulagen für unterhaltsberechtigte Kinder und Erziehungszulagen,

— Vergütung bei Elternurlaub oder Urlaub aus familiären Gründen,

— Erstattung der Fahrtkosten für Beamte auf Lebenszeit und Bedienstete auf Zeit, für deren Ehegatten und die unterhaltsberechtigten Personen vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort,

— sonstige Zulagen und Vergütungen.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

1103 Sozialversicherung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 660 704 | 3 989 000 | 3 299 175,83 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind im Wesentlichen Mittel für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben:

— Kranken- und Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten sowie sonstige Sozialbeiträge,

— Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit sowie die Zahlungen, die das Organ für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muss.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

## KAPITEL 11 — DIENSTBEZÜGE UND SONSTIGE ANSPRÜCHE DES STATUTSPERSONALS *(Fortsetzung)*

### *11 0 (Fortsetzung)*

1 1 0 4 Berichtigungskoeffizienten und Anpassung der Gehälter

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben, um die Auswirkungen von Berichtigungskoeffizienten auf die Dienstbezüge und den Anteil der Bezüge, der in ein anderes Land als das Land der dienstlichen Verwendung überwiesen wird, zu decken.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften.

## KAPITEL 12 — DIENSTBEZÜGE UND SONSTIGE ANSPRÜCHE DES EXTERNEN PERSONALS

### *12 0 Dienstbezüge und sonstige Ansprüche des externen Personals*

1 2 0 0 Vertragsbedienstete

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 086 195 | 5 620 464 | 5 067 888,26 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Bezüge der Vertragsbediensteten (im Sinne der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union), die Arbeitgeberbeiträge zu den verschiedenen Sozialversicherungssystemen und die Auswirkungen der auf die Bezüge dieser Bediensteten anwendbaren Berichtigungskoeffizienten.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

1 2 0 1 Nichtmilitärische abgeordnete nationale Sachverständige

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 468 994 | 3 603 674 | 3 035 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Vergütungen und Verwaltungsausgaben für abgeordnete nationale Sachverständige, die nicht dem Militärstab der Europäischen Union zugeordnet sind.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 23. März 2011 zur Einführung der Regelung für zum Europäischen Auswärtigen Dienst abgeordnete nationale Sachverständige (ABl. C 12 vom 14.1.2012, S. 8).

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

## KAPITEL 1 2 — DIENSTBEZÜGE UND SONSTIGE ANSPRÜCHE DES EXTERNEN PERSONALS *(Fortsetzung)*

***1 2 0*** *(Fortsetzung)*

1 2 0 2 Praktika

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 362 690 | 366 000 | 350 520,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für Verwaltungspraktika bestimmt, die Hochschulabsolventen einen Überblick über Ziele und Probleme der Union vermitteln, einen Einblick in die Arbeitsweise der Organe gewähren und Gelegenheit bieten sollen, ihre Kenntnisse durch eine Arbeitserfahrung im Europäischen Auswärtigen Dienst zu erweitern.

Die Mittel dienen der Auszahlung der Vergütungen und weiterer damit verbundener Leistungen (Zulagen für unterhaltsberechtigte Personen oder für Praktikanten, Menschen mit Behinderung, Unfall- und Krankenversicherung usw., Erstattung von Reisekosten, insbesondere zu Beginn und am Ende des Praktikums, sowie Finanzierung von Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Praktikumsprogramm, z. B. Empfang, Betreuung und Besuche). Die Mittel dienen außerdem der Deckung der Kosten für die Bewertung des Praktikumsprogramms im Hinblick auf dessen Optimierung sowie für Informations- und Kommunikationstätigkeiten.

Die Auswahl der Praktikanten erfolgt nach objektiven und transparenten Kriterien, wobei eine ausgewogene geografische Verteilung gewährleistet wird.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

1 2 0 3 Externe Leistungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für alle Dienstleistungen von Personen bestimmt, die nicht bei dem Organ beschäftigt sind, darunter insbesondere:

— Zeitarbeitskräfte für verschiedene Dienstleistungen,

— Aushilfspersonal für Sitzungen,

— Sachverständige auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

1 2 0 4 Hilfspersonal (Leiharbeitskräfte) und Sonderberater

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 103 000 | 80 000 | 98 913,96 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Bezüge der Leiharbeitskräfte, Bediensteten auf Zeit und Sonderberater auch im Bereich der GSVP/GASP, die Arbeitgeberbeiträge zu den verschiedenen Sozialversicherungssystemen und die Auswirkungen der auf die Bezüge dieser Bediensteten anwendbaren Berichtigungskoeffizienten.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

**KAPITEL 1 2 — DIENSTBEZÜGE UND SONSTIGE ANSPRÜCHE DES EXTERNEN PERSONALS** *(Fortsetzung)*

***1 2 0*** *(Fortsetzung)*

1 2 0 5 Abgeordnete nationale Militärexperten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 074 928 | 7 394 284 | 6 950 150,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Finanzierung der Bezüge der nationalen Militärexperten, die im Rahmen der GSVP/GASP als Militärstab der Europäischen Union tätig sein sollen.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 23. März 2011 zur Einführung der Regelung für zum Europäischen Auswärtigen Dienst abgeordnete nationale Sachverständige (ABl. C 12 vom 14.1.2012, S. 8).

***1 2 2*** ***Vorläufig eingesetzte Mittel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der eventuellen vom Rat während des Haushaltsjahres zu beschließenden Anpassungen der Dienstbezüge zu decken.

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie auf die geeigneten Artikel dieses Kapitels übertragen worden sind.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

**KAPITEL 1 3 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR PERSONALVERWALTUNG**

***1 3 0*** ***Ausgaben für Personalverwaltung***

1 3 0 0 Personaleinstellungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 100 000 | 100 000 | 100 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— Ausgaben für die Organisation der in Artikel 3 des Beschlusses 2002/621/EG vorgesehenen Auswahlverfahren sowie der Reise- und Aufenthaltskosten der Bewerber bei Einstellungsgesprächen und ärztlichen Einstellungsuntersuchungen,

— Ausgaben für die Organisation von Verfahren zur Auswahl der Bediensteten auf Zeit, Hilfskräfte und örtlichen Bediensteten.

In durch funktionelle Erfordernisse ausreichend begründeten Fällen und nach Konsultation des Europäischen Amtes für Personalauswahl können sie für vom Organ selbst durchgeführte Auswahlverfahren verwendet werden.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

**KAPITEL 1 3 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR PERSONALVERWALTUNG** *(Fortsetzung)*

***1 3 0*** *(Fortsetzung)*

1 3 0 0 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 27 bis 31 und 33 sowie Anhang III.

Beschluss 2002/620/EG des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Bürgerbeauftragten vom 25. Juli 2002 über die Errichtung des Amtes für Personalauswahl der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 197 vom 26.7.2002, S. 53) und Beschluss 2002/621/EG der Generalsekretäre des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Kanzlers des Gerichtshofs, der Generalsekretäre des Rechnungshofs, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Vertreters des Bürgerbeauftragten vom 25. Juli 2002 über die Organisation und den Betrieb des Amtes für Personalauswahl der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 197 vom 26.7.2002, S. 56).

1 3 0 1 Fortbildung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 017 000 | 1 217 000 | 1 014 504,67 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— Ausgaben für Weiterbildung und Fortbildung einschließlich Sprachkursen, die auf interinstitutioneller Grundlage organisiert werden, Kursgebühren, Kosten für Lehrkräfte und Logistik wie Anmieten der Räume und Ausrüstung sowie weitere hiermit verbundene Kosten wie beispielsweise Bewirtungskosten, die Kosten für die Teilnahme an Lehrgängen, Konferenzen und Kongressen im Rahmen des Mandats des Militärstabs der Europäischen Union,

— Anmeldegebühren für die Teilnahme an Seminaren und Konferenzen,

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 24a.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Beschluss der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 23. März 2011 zur Einführung der Regelung für zum Europäischen Auswärtigen Dienst abgeordnete nationale Sachverständige (ABl. C 12 vom 14.1.2012, S. 8).

Beschluss 2001/80/GASP des Rates vom 22. Januar 2001 zur Einsetzung des Militärstabs der Europäischen Union (ABl. L 27 vom 30.1.2001, S. 7).

1 3 0 2 Ansprüche bei Dienstantritt, Versetzungen und Ausscheiden aus dem Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 260 000 | 800 000 | 2 160 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— Reisekosten der Beamten, Zeit- und Vertragsbediensteten (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) beim Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind,

— Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe sowie Umzugskosten für Beamte, Zeit- und Vertragsbedienstete, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

**KAPITEL 1 3 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR PERSONALVERWALTUNG** *(Fortsetzung)*

***1 3 0*** *(Fortsetzung)*

1 3 0 2 *(Fortsetzung)*

— zeitweilige Tagegelder für Beamte, Zeit- und Vertragsbedienstete, die nachweisen, dass sie infolge ihres Dienstantritts oder ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort ihren Wohnort wechseln müssen,

— Entschädigung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eines Beamten auf Probe im Fall offensichtlich unzulänglicher Leistungen,

— Vergütung im Falle der Kündigung des Vertrages eines Zeit- oder Vertragsbediensteten durch das Organ.

Diese Mittel decken auch die Vergütungen für Beamte, die,

— im Anschluss an eine Maßnahme zur Verringerung der Zahl der Planstellen des Organs in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden,

— eine Stelle der Besoldungsgruppen AD 14 bis AD 16 innehaben und dieser Stellen aus dienstlichen Gründen enthoben werden.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

**KAPITEL 1 4 — DIENSTREISEKOSTEN**

***1 4 0*** ***Dienstreisekosten***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 723 305 | 7 723 305 | 7 723 305,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken

— Dienstreisekosten des Hohen Vertreters,

— Dienstreisekosten der Beamten, Zeit- und Vertragsbediensteten sowie Sonderberater des EAD, Fahrtkosten und Tagegelder sowie zusätzliche oder außergewöhnliche Auslagen,

— Dienstreisekosten, die sich aus dem Mandat des Militärstabs der Europäischen Union ergeben,

— Dienstreisekosten der zum EAD abgeordneten nationalen Experten,

— Dienstreisekosten der Sonderberater und Sonderbeauftragten des Hohen Vertreters,

— Dienstreisekosten erfolgreicher Bewerber bei der Fortbildung vor Dienstantritt.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Anhang VII Artikel 11, 12 und 13.

Beschluss der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik über die Regelung von Dienstreisen der Mitarbeiter des EAD.

Beschluss 2001/80/GASP des Rates vom 22. Januar 2001 zur Einsetzung des Militärstabs der Europäischen Union (ABl. L 27 vom 30.1.2001, S. 7).

Beschluss der Hohen Vertreterin vom der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 23. März 2011 zur Einführung der Regelung für zum Europäischen Auswärtigen Dienst abgeordnete nationale Sachverständige (ABl. C 12 vom 14.1.2012, S. 8)..

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

## KAPITEL 1 5 — UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN FÜR BEDIENSTETE

### *1 5 0 Unterstützungsmaßnahmen für Bedienstete*

1 5 0 0 Soziale und Unterstützungsleistungen für Bedienstete

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 199 000 | 388 000 | 173 140,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— Unterstützungsmaßnahmen für Beamte und sonstige Bedienstete in besonders schwierigen Lebenslagen,

— Förderung der gesellschaftlichen Beziehungen innerhalb des Personals,

— teilweise Erstattung der Kosten, die dem Personal bei der Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs auf dem Weg zur Arbeit entstehen. Diese Maßnahme ist als Anreiz für die Benutzung der öffentlichen Transportmittel gedacht.

Diese Mittel sind im Rahmen von Maßnahmen zu ihren Gunsten für folgende behinderte Personen bestimmt:

— Beamte im aktiven Dienst,

— Ehegatten von Beamten im aktiven Dienst,

— alle im Sinne des Statuts unterhaltspflichtigen Kinder der Beamten der Europäischen Union

Aus diesen Mitteln können im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Erschöpfung etwaiger Ansprüche auf einzelstaatlicher Ebene im Aufenthalts- oder Herkunftsland Ausgaben erstattet werden, die nicht die medizinische Versorgung betreffen, als erforderlich anerkannt sind, aufgrund der Behinderung entstehen und ordnungsgemäß nachgewiesen werden.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 24 und 76.

1 5 0 1 Ärztlicher Dienst

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 450 000 | 450 000 | 438 075,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind insbesondere für folgende Ausgaben veranschlagt:

— die Betriebskosten der Krankenbehandlungsstellen, die Kosten für Verbrauchs- und Behandlungsmaterial sowie Arzneimittel für die Kinderkrippe, die Kosten für die ärztlichen Untersuchungen sowie die Ausgaben für die Invaliditätsausschüsse und für die Erstattung der Kosten für Brillen,

— ferner die Ausgaben für den Kauf von bestimmtem als medizinisch notwendig erachtetem Arbeitsgerät.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 59 und Anhang II Artikel 8.

**KAPITEL 1 5 — UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN FÜR BEDIENSTETE** *(Fortsetzung)*

***1 5 0*** *(Fortsetzung)*

1 5 0 2 Restaurants und Kantinen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die vom Betreiber der Restaurants und Kantinen erbrachten Leistungen.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

1 5 0 3 Kinderkrippen und Kindertagesstätten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 275 000 | 504 515 | 1 211 856,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung des Anteils des EAD an den Kosten der Kleinkindertagesstätte und sonstiger Krippen und Kinderhorte bestimmt (an die Kommission und/oder den Rat zu zahlen).

Die Einnahmen aus dem Elternbeitrag und aus den Beiträgen der Einrichtungen, bei denen die Eltern beschäftigt sind, stellen zweckgebundene Einnahmen dar.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

## TITEL 2

## GEBÄUDE, SACH- UND BETRIEBSAUSGABEN DER ZENTRALEN DIENSTSTELLEN

### KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN
### KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| | KAPITEL 2 0 | | | | | | | |
| ***2 0 0*** | ***Gebäude*** | | | | | | | |
| 2 0 0 0 | Mieten und Erbpachtzahlungen | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 18 182 000 | 18 182 000 | 6 616 000 | 6 616 000 | 7 483 000,— | 7 483 000,— | 41,16 |
| 2 0 0 1 | Erwerb von Immobilien | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 2 0 0 2 | Herrichtungs- und Sicherheitsarbeiten | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 200 000 | 200 000 | 491 000 | 491 000 | 1 100 000,— | 1 100 000,— | 550,— |
| | *Artikel 2 0 0 — Insgesamt* | 18 382 000 | 18 382 000 | 7 107 000 | 7 107 000 | 8 583 000,— | 8 583 000,— | 46,69 |
| ***2 0 1*** | ***Ausgaben für Gebäude*** | | | | | | | |
| 2 0 1 0 | Reinigung und Instandhaltung | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 3 999 000 | 3 999 000 | 4 152 000 | 4 152 000 | 3 224 000,— | 3 224 000,— | 80,62 |
| 2 0 1 1 | Wasser, Gas, Strom und Heizung | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 1 318 000 | 1 318 000 | 1 318 000 | 1 318 000 | 1 349 000,— | 1 349 000,— | 102,35 |
| 2 0 1 2 | Sicherheit und Überwachung der Gebäude | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 5 928 000 | 5 928 000 | 7 101 000 | 7 101 000 | 5 147 999,47 | 5 147 999,47 | 86,84 |
| 2 0 1 3 | Versicherungen | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 74 500 | 74 500 | 74 500 | 74 500 | 71 999,68 | 71 999,68 | 96,64 |
| 2 0 1 4 | Sonstige Ausgaben für Gebäude | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 170 000 | 170 000 | 170 000 | 170 000 | 183 125,11 | 183 125,11 | 107,72 |
| | *Artikel 2 0 1 — Insgesamt* | 11 489 500 | 11 489 500 | 12 815 500 | 12 815 500 | 9 976 124,26 | 9 976 124,26 | 86,83 |
| | KAPITEL 2 0 — INSGESAMT | 29 871 500 | 29 871 500 | 19 922 500 | 19 922 500 | 18 559 124,26 | 18 559 124,26 | 62,13 |
| | KAPITEL 2 1 | | | | | | | |
| ***2 1 0*** | ***Informatik und Telekommunikation*** | | | | | | | |
| 2 1 0 0 | Informations- und Kommunikationstechnologie | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 12 837 000 | 12 837 000 | 12 837 000 | 12 837 000 | 12 892 354,71 | 12 892 354,71 | 100,43 |
| 2 1 0 1 | Sichere Informations- und Kommunikationstechnologie | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 13 745 000 | 13 745 000 | 10 845 750 | 10 845 750 | 5 677 532,78 | 5 677 532,78 | 41,31 |
| | *Artikel 2 1 0 — Insgesamt* | 26 582 000 | 26 582 000 | 23 682 750 | 23 682 750 | 18 569 887,49 | 18 569 887,49 | 69,86 |

**KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR** *(Fortsetzung)*
**KAPITEL 2 2 — SONSTIGE BETRIEBSAUSGABEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | |
| ***2 1 1*** | ***Mobiliar*** | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 200 000 | 200 000 | 200 000 | 200 000 | 370 592,— | 370 592,— | 185,30 |
| ***2 1 2*** | ***Material und technische Anlagen*** | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 150 000 | 150 000 | 250 000 | 250 000 | 250 000,— | 250 000,— | 166,67 |
| ***2 1 3*** | ***Fahrzeuge*** | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 200 000 | 200 000 | 300 000 | 300 000 | 300 000,— | 300 000,— | 150,— |
| | KAPITEL 2 1 — INSGESAMT | 27 132 000 | 27 132 000 | 24 432 750 | 24 432 750 | 19 490 479,49 | 19 490 479,49 | 71,84 |
| | KAPITEL 2 2 | | | | | | | |
| ***2 2 0*** | ***Konferenzen, Kongresse und Sitzungen*** | | | | | | | |
| 2 2 0 0 | Veranstaltung von Tagungen, Konferenzen und Kongressen | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 485 100 | 485 100 | 600 000 | 600 000 | 440 000,— | 440 000,— | 90,70 |
| 2 2 0 1 | Reisekosten der Sachverständigen | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 79 200 | 79 200 | 100 000 | 100 000 | 50 000,— | 50 000,— | 63,13 |
| | *Artikel 2 2 0 — Insgesamt* | 564 300 | 564 300 | 700 000 | 700 000 | 490 000,— | 490 000,— | 86,83 |
| ***2 2 1*** | ***Informationsmaßnahmen*** | | | | | | | |
| 2 2 1 0 | Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 674 685 | 674 685 | 631 500 | 631 500 | 551 620,65 | 551 620,65 | 81,76 |
| 2 2 1 1 | Satellitenbilder | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 495 000 | 495 000 | 500 000 | 500 000 | 200 000,— | 200 000,— | 40,40 |
| 2 2 1 2 | Allgemeine Veröffentlichungen | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 41 580 | 41 580 | 105 000 | 105 000 | 41 565,36 | 41 565,36 | 99,96 |
| 2 2 1 3 | Öffentlichkeitsarbeit | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 232 650 | 232 650 | 150 000 | 150 000 | 147 045,66 | 147 045,66 | 63,20 |
| | *Artikel 2 2 1 — Insgesamt* | 1 443 915 | 1 443 915 | 1 386 500 | 1 386 500 | 940 231,67 | 940 231,67 | 65,12 |
| ***2 2 2*** | ***Sprachendienste*** | | | | | | | |
| 2 2 2 0 | Übersetzungsleistungen | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 2 2 2 1 | Dolmetschleistungen | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 579 150 | 579 150 | 690 000 | 690 000 | 1 000,— | 1 000,— | 0,17 |
| | *Artikel 2 2 2 — Insgesamt* | 579 150 | 579 150 | 690 000 | 690 000 | 1 000,— | 1 000,— | 0,17 |
| ***2 2 3*** | ***Sonstige Ausgaben*** | | | | | | | |
| 2 2 3 0 | Bürobedarf | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 323 235 | 323 235 | 326 505 | 326 505 | 399 417,— | 399 417,— | 123,57 |
| 2 2 3 1 | Postgebühren | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 177 210 | 177 210 | 100 000 | 100 000 | 128 000,— | 128 000,— | 72,23 |

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

**KAPITEL 2 2 — SONSTIGE BETRIEBSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| **2 2 3** | *(Fortsetzung)* | | | | | | | |
| 2 2 3 2 | Kosten für Untersuchungen, Erhebungen und Konsultationen | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 49 500 | 49 500 | 100 000 | 100 000 | 33 491,85 | 33 491,85 | 67,66 |
| 2 2 3 3 | Interinstitutionelle Zusammenarbeit | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 1 846 350 | 1 846 350 | 1 650 000 | 1 650 000 | 1 399 970,— | 1 399 970,— | 75,82 |
| 2 2 3 4 | Umzüge | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 148 500 | 148 500 | 150 000 | 150 000 | 200 000,— | 200 000,— | 134,68 |
| 2 2 3 5 | Finanzkosten | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 19 800 | 19 800 | 20 000 | 20 000 | 19 000,— | 19 000,— | 95,96 |
| 2 2 3 6 | Streitsachen, Gerichtskosten und Schadenersatz | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 42 570 | 42 570 | 43 000 | 43 000 | 187 000,— | 187 000,— | 439,28 |
| 2 2 3 7 | Sonstige Sachausgaben | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 9 900 | 9 900 | 10 000 | 10 000 | 0,— | 0,— | 0,— |
| 2 2 3 8 | Konfliktverhütung und Mediationsunterstützungsdienste (1. Phase) | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | 500 000 | 500 000 | 400 000,— | 400 000,— | — |
| 2 2 3 9 | Pilotprojekt — Europäisches Friedensinstitut | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | — | — | p.m. | p.m. | 199 036,50 | 199 036,50 | — |
| | *Artikel 2 2 3 — Insgesamt* | 2 617 065 | 2 617 065 | 2 899 505 | 2 899 505 | 2 965 915,35 | 2 965 915,35 | 113,33 |
| **2 2 4** | ***Konfliktverhütung und Mediationsunterstützungsdienste (Fortsetzung)*** | | | | | | | |
| 2 2 4 0 | Konfliktverhütung und Mediationsunterstützungsdienste (Fortsetzung) | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 500 000 | 500 000 | | | | | — |
| | *Artikel 2 2 4 — Insgesamt* | 500 000 | 500 000 | | | | | — |
| | KAPITEL 2 2 — INSGESAMT | 5 704 430 | 5 704 430 | 5 676 005 | 5 676 005 | 4 397 147,02 | 4 397 147,02 | 77,08 |
| | **Titel 2 — Insgesamt** | **62 707 930** | **62 707 930** | **50 031 255** | **50 031 255** | **42 446 750,77** | **42 446 750,77** | **67,69** |

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

## TITEL 2

## GEBÄUDE, SACH- UND BETRIEBSAUSGABEN DER ZENTRALEN DIENSTSTELLEN

### KAPITEL 20 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN

***200 Gebäude***

2000 Mieten und Erbpachtzahlungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 18 182 000 | 6 616 000 | 7 483 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Mieten und Steuern für die Gebäude des EAD in Brüssel sowie die Miete von Sälen, eines Lagers und von Parkplätzen.

Sie decken ferner die Erbpachtzinsen für Gebäude oder Gebäudeteile aufgrund von geltenden bzw. im Vorbereitungsstadium befindlichen Verträgen.

Voraussichtlicher Betrag der zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2001 Erwerb von Immobilien

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für den Erwerb von Gebäuden bestimmt.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2002 Herrichtungs- und Sicherheitsarbeiten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 200 000 | 491 000 | 1 100 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für insbesondere folgende Umbauarbeiten bestimmt:

— Studien für den Um- und Ausbau der Gebäude der Institution,

— Herrichtung der Gebäude zur Gewährleistung der physischen und materiellen Sicherheit von Personen und Sachgütern,

— Anpassung und Umgestaltung der Diensträume entsprechend den betrieblichen Erfordernissen,

— Anpassung der Diensträume und technischen Ausstattungen an die geltenden Sicherheits- und Hygieneanforderungen und -normen.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

**KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN** *(Fortsetzung)*

***2 0 1 Ausgaben für Gebäude***

2 0 1 0 Reinigung und Instandhaltung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 999 000 | 4 152 000 | 3 224 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der folgenden Reinigungs- und Instandhaltungskosten bestimmt:

— Reinigung der Büros, Werkstätten und Lager (einschließlich Gardinen, Vorhänge, Teppiche, Jalousien usw.),

— Ersetzung von abgenutzten Gardinen, Vorhängen und Teppichen,

— Malerarbeiten,

— verschiedene Instandhaltungsarbeiten,

— Instandsetzung technischer Anlagen,

— technisches Material,

— Verträge über die Instandhaltung der verschiedenen technischen Anlagen (Klimaanlage, Heizung, Abfallentsorgung, Aufzüge).

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2 0 1 1 Wasser, Gas, Strom und Heizung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 318 000 | 1 318 000 | 1 349 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für den Verbrauch von Wasser, Gas, Strom und Heizung.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2 0 1 2 Sicherheit und Überwachung der Gebäude

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 928 000 | 7 101 000 | 5 147 999,47 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Kosten für die Wachdienste und die Überwachung der Gebäude des EAD.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2 0 1 3 Versicherungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 74 500 | 74 500 | 71 999,68 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Versicherungsprämien für die vom EAD benutzten Gebäude und die Haftpflichtversicherung zugunsten von Besuchern dieser Gebäude.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

**KAPITEL 2 0 — GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN** *(Fortsetzung)*

***2 0 1*** *(Fortsetzung)*

2 0 1 4 Sonstige Ausgaben für Gebäude

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 170 000 | 170 000 | 183 125,11 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung sonstiger laufender Ausgaben für Gebäude (einschließlich der Gebäude „Kortenberg“ und „ER“) bestimmt, die nicht in anderen Artikeln dieses Kapitels vorgesehen sind, insbesondere für die Abfallentsorgung, für Beschilderungsmaterial, Kontrollen durch spezialisierte Stellen usw.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

**KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR**

***2 1 0*** ***Informatik und Telekommunikation***

2 1 0 0 Informations- und Kommunikationstechnologie

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 12 837 000 | 12 837 000 | 12 892 354,71 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologie (für nicht als Verschlusssache eingestufte Informationen), d. h. Ausgaben für:

— Anschaffung oder Anmietung der Hard- oder Software für DV-Systeme und –Anwendungen,

— Dienstleistungs- und Beratungsunternehmen im Bereich Informatik für Unterstützung und Ausbildung in Bezug auf Betrieb und Aufbau von EDV-Systemen und -Anwendungen, einschließlich der Nutzerunterstützung,

— Instandhaltung und Wartung der Hard- und der Software der EDV-Systeme und -Anwendungen,

— Kommunikationsdienstleister,

— Kosten der Kommunikation und Datenübertragung.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2 1 0 1 Sichere Informations- und Kommunikationstechnologie

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 13 745 000 | 10 845 750 | 5 677 532,78 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologie (für als Verschlusssache eingestufte Informationen), d. h. Ausgaben für:

— Anschaffung oder Anmietung der Hard- oder Software für sichere DV-Systeme und -Anwendungen,

— Dienstleistungs- und Beratungsunternehmen im Bereich Informatik für Unterstützung und Ausbildung in Bezug auf Betrieb und Aufbau von EDV-Systemen und -Anwendungen, einschließlich der Nutzerunterstützung, die Instandhaltung und Wartung sicherer Hard- und der Software der EDV-Systeme und -Anwendungen,

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

**KAPITEL 2 1 — INFORMATIK, AUSRÜSTUNG UND MOBILIAR** *(Fortsetzung)*

***2 1 0*** *(Fortsetzung)*

2 1 0 1 *(Fortsetzung)*

— Abonnements für sichere Kommunikationsdienste,

— Kosten der sicheren Kommunikation und Datenübertragung.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

***2 1 1*** ***Mobiliar***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 200 000 | 200 000 | 370 592,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— Ankauf oder Ersatzbeschaffung von Möbeln und Spezialmöbeln,

— Anmietung von Mobiliar bei Dienstreisen und Sitzungen außerhalb der Räumlichkeiten des EAD,

— Unterhaltung und Instandsetzung des Mobiliars.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

***2 1 2*** ***Material und technische Anlagen***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 150 000 | 250 000 | 250 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— Ankauf oder Ersatzbeschaffung von verschiedenem technischem Material und festen und beweglichen technischen Anlagen insbesondere für Archive, Sicherheit, Konferenztechnik, Kantinen und Gebäude,

— technische Unterstützung und Kontrolle insbesondere in Bezug auf Konferenztechnik und Kantinen,

— Anmietung von technischem Material und technischen Anlagen sowie für die Unterhaltung, Wartung und Reparatur dieses technischen Materials und dieser technischen Anlagen.

Gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen: p.m.

***2 1 3*** ***Fahrzeuge***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 200 000 | 300 000 | 300 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind insbesondere zur Deckung folgender Kosten bestimmt:

— Leasing oder Kauf von Dienstfahrzeugen,

— Anmietung von Fahrzeugen in Fällen, in denen dem EAD keine eigenen Fahrzeuge zur Verfügung stehen, insbesondere bei Dienstreisen,

— Unterhaltung und Reparatur von Dienstwagen (Kauf von Kraftstoff, Reifen usw.).

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

**KAPITEL 2 2 — SONSTIGE BETRIEBSAUSGABEN**

***2 2 0 Konferenzen, Kongresse und Sitzungen***

2 2 0 0 Veranstaltung von Tagungen, Konferenzen und Kongressen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 485 100 | 600 000 | 440 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— Veranstaltung informeller Tagungen des Rates „Auswärtige Angelegenheiten“ und anderer informeller Tagungen,

— Veranstaltung von Tagungen im Rahmen des politischen Dialogs auf Ministerebene und auf der Ebene hochrangiger Beamter,

— Veranstaltung von Konferenzen und Kongressen,

— interne Sitzungen und gegebenenfalls der Kosten für Erfrischungen und gelegentliche Imbisse, die zu besonderen Anlässen gereicht werden,

— Ausgaben, die sich aus den Verpflichtungen des Dienstes in Bezug auf Empfänge und Repräsentationszwecke ergeben.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2 2 0 1 Reisekosten der Sachverständigen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 79 200 | 100 000 | 50 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Reise- und Aufenthaltskosten der Sachverständigen, die vom EAD zu Sitzungen eingeladen oder auf Dienstreise entsandt werden.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

***2 2 1 Informationsmaßnahmen***

2 2 1 0 Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 674 685 | 631 500 | 551 620,65 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— Ausgaben für die Benutzung externer dokumentarischer und statistischer Datenbanken einschließlich geografischer Daten,

— Abonnements für Zeitungen, Zeitschriften, Zeitungs-/Zeitschriftenauswertungsdiensten und Online-Veröffentlichungen; diese Mittel dienen ebenfalls zur Finanzierung etwaiger Urheberrechtsgebühren für die Vervielfältigung und die schriftliche und/oder elektronische Verbreitung dieser Veröffentlichungen,

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

**KAPITEL 2 2 — SONSTIGE BETRIEBSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***2 2 1*** *(Fortsetzung)*

2 2 1 0 *(Fortsetzung)*

— Anschaffung von Büchern und Werken für die Bibliothek auf Papier und/oder digitalen Datenträgern,

— Abonnements bei Presseagenturen über Fernschreiber,

— Buchbindearbeiten und sonstige Kosten für die Erhaltung der Bücher und Veröffentlichungen.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2001/80/GASP des Rates vom 22. Januar 2001 zur Einsetzung des Militärstabs der Europäischen Union (ABl. L 27 vom 30.1.2001, S. 7).

2 2 1 1 Satellitenbilder

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 495 000 | 500 000 | 200 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die Anschaffung von Satellitenbildern für den EAD insbesondere im Hinblick auf Krisenprävention und Krisenbewältigung.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2 2 1 2 Allgemeine Veröffentlichungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 41 580 | 105 000 | 41 565,36 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Kosten für die Vorbereitung und die traditionelle (auf Papier oder Film) oder elektronische Herausgabe und die Verbreitung von Veröffentlichungen des EAD in den Amtssprachen der Mitgliedstaaten einschließlich derjenigen, die im *Amtsblatt der Europäischen Union* erscheinen.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2 2 1 3 Öffentlichkeitsarbeit

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 232 650 | 150 000 | 147 045,66 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— audiovisuelle Dienstleistungen zur Information der Öffentlichkeit über die Außenpolitik der Union und die Maßnahmen der Hohen Vertreterin,

— Aufbau und Pflege der EAD-Website,

— Ausgaben für die Verbreitung von Informationen und die Förderung von Veröffentlichungen und öffentlichen Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Organs, einschließlich der Ausgaben für Personalausstattung und Infrastruktur,

— Ausgaben für Informationstätigkeiten im Bereich der GSVP/GASP,

— Kosten für sonstige Informationstätigkeiten und Öffentlichkeitsarbeit einschließlich von Werbematerial.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m..

**KAPITEL 2 2 — SONSTIGE BETRIEBSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

### *2 2 2 Sprachendienste*

2 2 2 0 Übersetzungsleistungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken Ausgaben für Übersetzungsleistungen, die das Generalsekretariat des Rates oder die Kommission für den EAD erbringt.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2 2 2 1 Dolmetschleistungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 579 150 | 690 000 | 1 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Ausgaben für Dolmetschleistungen, die die Dolmetscher der Kommission für den EAD erbringen.

Sie decken ferner die Ausgaben für die Dolmetschleistungen, die die Dolmetscher der Kommission anlässlich von Tagungen des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees, des Militärausschusses und anderen Tagungen, die speziell im Rahmen der GSVP/GASP abgehalten werden, für den EAD erbringen.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 111/2007 des Generalsekretärs des Rates/Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik über Dolmetschdienstleistungen für den Europäischen Rat, den Rat und die Vorbereitungsgremien des Rates.

### *2 2 3 Sonstige Ausgaben*

2 2 3 0 Bürobedarf

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 323 235 | 326 505 | 399 417,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— den Erwerb von Papier,

— Fotokopien (Papier und Gebühren),

— Schreibwaren und Büromaterial (laufender Bedarf),

— Drucksachen,

— Material für den Postversand (Briefumschläge, Packpapier, Platten für die Frankiermaschine),

— Material für die Vervielfältigungsabteilung (Druckerschwärze, Offsetplatten, Matrizen, Filme und Chemikalien).

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

**KAPITEL 2 2 — SONSTIGE BETRIEBSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***2 2 3*** *(Fortsetzung)*

2 2 3 1 Postgebühren

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 177 210 | 100 000 | 128 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für den Versand der Post bestimmt.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2 2 3 2 Kosten für Untersuchungen, Erhebungen und Konsultationen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 49 500 | 100 000 | 33 491,85 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für Untersuchungen, Erhebungen und Konsultationen, zu deren Durchführung Verträge mit hoch qualifizierten Sachverständigen geschlossen werden.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2 2 3 3 Interinstitutionelle Zusammenarbeit

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 846 350 | 1 650 000 | 1 399 970,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für interinstitutionelle Tätigkeiten, insbesondere der Kosten für Personalanfragen durch die Dienststellen der Kommission, die für die Verwaltung des Personals, der Gebäude und der Aktivitäten des EAD zuständig sind.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2 2 3 4 Umzüge

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 148 500 | 150 000 | 200 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Verlagerung und Transport von Material bestimmt.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2 2 3 5 Finanzkosten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 19 800 | 20 000 | 19 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung sämtlicher Finanzkosten, insbesondere der Bankkosten.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

**KAPITEL 2 2 — SONSTIGE BETRIEBSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

**2 2 3** *(Fortsetzung)*

2 2 3 6 Streitsachen, Gerichtskosten und Schadenersatz

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 42 570 | 43 000 | 187 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— Kosten etwaiger Verurteilungen des EAD durch den Gerichtshof, das Gericht oder das Gericht für den öffentlichen Dienst und der Hinzuziehung externer Rechtsanwälte vor den Gerichten,

— Kosten für die Inanspruchnahme externer Rechtsanwälte,

— Schadenersatz, der dem EAD angelastet wird.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2 2 3 7 Sonstige Sachausgaben

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 9 900 | 10 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für folgende Ausgaben veranschlagt:

— Anschaffung der Dienstkleidung für das Personal des Sitzungsdienstes und des Sicherheitsdienstes sowie des Arbeitsmaterials für das in den technischen Arbeitsräumen und den internen Diensten tätige Personal und Kosten der Instandsetzung und Instandhaltung der Arbeits- und Dienstkleidung,

— Beteiligung des EAD an den Ausgaben einiger Vereinigungen, deren Tätigkeiten in engem Zusammenhang mit denjenigen der Organe und Einrichtungen der Union stehen,

— sonstige, unter den vorhergehenden Haushaltslinien nicht ausdrücklich vorgesehene Sachausgaben,

— Anschaffung von Dienstkleidung und Zubehör, insbesondere für die Sicherheitsbediensteten, die für die Gebäude „Kortenberg“ und „ER“ zuständig sind.

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2 2 3 8 Konfliktverhütung und Mediationsunterstützungsdienste (1. Phase)

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | 500 000 | 500 000 | 400 000,— | 400 000,— |

*Erläuterungen*

2011 und 2012 wurde eine vorbereitende Maßnahme zur Einsetzung einer EU-Mediationsunterstützungsgruppe für den Europäischen Auswärtigen Dienst durchgeführt. Diese vorbereitende Maßnahme wurde als erster Schritt auf dem Weg zur Verstärkung und nachhaltigen Unterstützung von Mediationsinitiativen betrachtet, mit dem zunächst die Verbesserung der internen Kapazitäten der Union angestrebt wird, ohne die Unterstützung durch externe und Vertragssachverständige auszuschließen.

2013 sollen folgende Maßnahmen aus dieser Haushaltslinie finanziert werden:

— Einsatz von Personal zur Unterstützung von Mediations- und Dialogprozessen,

— Beauftragung oder Hinzuziehung von internen und externen Experten in den Bereichen Mediation und Dialog unter Berücksichtigung der laufenden Arbeiten der Vereinten Nationen und anderer Organisationen auf diesem Gebiet,

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

**KAPITEL 2 2 — SONSTIGE BETRIEBSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***2 2 3*** *(Fortsetzung)*

2 2 3 8 *(Fortsetzung)*

— Betreiben von Wissensmanagement einschließlich Konfliktanalyse, Erfahrungsauswertung und Workshops, Entwicklung und Veröffentlichung bewährter Praktiken und Leitlinien,

— Fortbildungsmaßnahmen und Förderung des internen Kapazitätsaufbaus im Bereich mediations- und dialogbezogener Aufgaben sowie der Situationseinschätzung für EAD-Bedienstete in der Zentrale, das in Missionen eingesetzte Personal der Union und die Leiter und Mitarbeiter der Delegationen,

Zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung: p.m.

2 2 3 9 Pilotprojekt — Europäisches Friedensinstitut

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | p.m. | p.m. | 199 036,50 | 199 036,50 |

*Erläuterungen*

Dieses Pilotprojekt, das auf dem Konzept aus dem Jahr 2009 zur Verstärkung der Kapazitäten der EU für Vermittlung und Dialog basiert, zielt darauf ab, Optionen und damit verbundene Kosten und Vorteile zu analysieren und zu prüfen, um dem Bedarf der Union auf dem Gebiet der Friedensvermittlung auf effiziente Art und Weise nachzukommen.

Aufbauend auf früheren und aktuellen Bemühungen um Errichtung eines Europäischen Friedensinstituts sowie unter Berücksichtigung bestehender Untersuchungen, einschließlich solcher des Europäischen Parlaments, und der zu diesem Zweck erstellten Geschäftspläne würde diese Kosten-Nutzen-Analyse auf Fragen eingehen, wie etwa möglicher institutioneller Aufbau, einschließlich Kostenstrukturen, Managementsysteme und Finanzierungsvorschriften.

Im Rahmen des Pilotprojekts sollte insbesondere erforscht werden, wie die Kapazitäten, die innerhalb des EAD, anderer Organe der Union, des Instituts der Europäischen Union für Sicherheitsstudien, des Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskollegs, der Mitgliedstaaten und ihrer auf dem Gebiet der Friedensvermittlung tätigen Einrichtungen sowie bei anderen relevanten Akteuren bestehen, optimal genutzt und Synergien mit diesen Kapazitäten sichergestellt werden können.

Die Zielsetzungen des Europäischen Friedensinstituts sollten auf den in den Verträgen definierten grundlegenden Werten und Zielen der Union beruhen.

Ohne den Ergebnissen des Pilotprojekts vorzugreifen, könnten die Aufgaben des Europäischen Friedensinstituts Folgendes umfassen: Beratung, Forschung und Ausbildung, Vermittlungstätigkeit und informelle Diplomatie mit dem Ziel der Konfliktverhütung und der friedlichen Konfliktbeilegung; Lehren aus der Durchführung und Verwaltung einschlägiger Missionen der Union und damit verbundene Festlegung bewährter Verfahrensweisen, Einbeziehung von Wissenschaft, Forschung und nichtstaatlichen Organisationen und öffentliche Beratungstätigkeit in diesen Bereichen. Die Studie im Rahmen des Pilotprojekts sollte sich insbesondere darauf konzentrieren, inwiefern ein mögliches unabhängiges Institut sowohl die Kapazitäten des EAD als auch im weiteren Sinne der Union in diesem Bereich verstärken und bestehende Ressourcen in Abstimmung mit den einschlägigen Organen der Union optimal nutzen könnte.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 2 2 — SONSTIGE BETRIEBSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

## *2 2 4 Konfliktverhütung und Mediationsunterstützungsdienste (Fortsetzung)*

2 2 4 0 Konfliktverhütung und Mediationsunterstützungsdienste (Fortsetzung)

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 500 000 | 500 000 | | | | |

*Erläuterungen*

In den Haushaltsplan 2012 wurde eine vorbereitende Maßnahme für die Einrichtung einer EU-Mediationsunterstützungsgruppe (Mediation Support Group — MSG) für den EAD aufgenommen, für die ein neuer mit getrennten Mitteln ausgestatteter Posten 2 2 3 8 eingerichtet wurde. Diese Maßnahme wurde 2013 als „Konfliktverhütung und Mediationsunterstützungsdienste“ im Rahmen desselben weiterhin mit getrennten Mitteln ausgestatteten Postens fortgesetzt.

2014 werden diese Maßnahmen im Rahmen dieses neuen mit nichtgetrennten Mitteln ausgestatteten Artikels 2 2 4 fortgesetzt.

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

# TITEL 3

# DELEGATIONEN

## KAPITEL 3 0 — DELEGATIONEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 3 0 | | | | |
| ***3 0 0*** | ***Delegationen*** | | | | |
| 3 0 0 0 | Dienstbezüge und sonstige Ansprüche des Statutspersonals | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 103 417 857 | 106 608 000 | 101 585 922,93 | 98,23 |
| 3 0 0 1 | Externes Personal und externe Leistungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 59 835 029 | 62 239 106 | 56 339 694,36 | 94,16 |
| 3 0 0 2 | Sonstige Personalausgaben | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 19 035 000 | 21 407 000 | 21 490 472,31 | 112,90 |
| 3 0 0 3 | Gebäude und Nebenkosten | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 103 062 000 | 99 642 000 | 100 877 596,10 | 97,88 |
| 3 0 0 4 | Sonstige Verwaltungsausgaben | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 20 379 000 | 23 053 000 | 21 441 165,51 | 105,21 |
| 3 0 0 5 | Beitrag der Kommission für die Delegationen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 263 653 682,22 | — |
| | *Artikel 3 0 0 — Insgesamt* | 305 728 886 | 312 949 106 | 565 388 533,43 | 184,93 |
| | KAPITEL 3 0 — INSGESAMT | 305 728 886 | 312 949 106 | 565 388 533,43 | 184,93 |
| | **Titel 3 — Insgesamt** | **305 728 886** | **312 949 106** | **565 388 533,43** | **184,93** |

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

# TITEL 3

# DELEGATIONEN

## KAPITEL 30 — DELEGATIONEN

### *300 Delegationen*

3000 Dienstbezüge und sonstige Ansprüche des Statutspersonals

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 103 417 857 | 106 608 000 | 101 585 922,93 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die folgenden Ausgaben für Beamte und Zeitbedienstete, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben und in einer Delegation der Union in Drittländern oder einer Delegation bei internationalen Organisationen innerhalb der Union arbeiten:

— Gehälter, Vergütungen und mit den Gehältern zusammenhängende Vergütungen,

— Krankenversicherungs-, Unfallversicherung- sowie sonstige Sozialbeiträge,

— Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Zeitbedienstete sowie Zahlungen, die für diese Bediensteten zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland zu leisten sind,

— sonstige Zulagen und verschiedene Vergütungen,

— Überstundenvergütungen,

— Auswirkungen der auf die Gehälter angewandten Berichtigungskoeffizienten,

— Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Bezüge.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung werden veranschlagt auf: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Regeln des EAD für die Ernennung der Beamten und ihre Vergütung sowie sonstige finanzielle Bestimmungen des EAD.

Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (ABl. L 303 vom 2.12.2000, S. 16).

Verhaltenskodex für die Einstellung von Personen mit Behinderungen, der vom Präsidium des Europäischen Parlaments mit Beschluss vom 22. Juni 2005 angenommen wurde.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

3001 Externes Personal und externe Leistungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 59 835 029 | 62 239 106 | 56 339 694,36 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die folgenden Ausgaben der Delegationen der Europäischen Union in Drittländern und der Delegationen bei internationalen Organisationen innerhalb der Union:

— Bezüge der örtlichen Bediensteten und/oder Vertragsbediensteten sowie Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und sonstige Leistungen für diese Personalkategorien,

— Arbeitgeberbeiträge zur ergänzenden Sozialversicherung für örtliche Bedienstete,

— Ausgaben für Aushilfspersonal (Leiharbeitskräfte) und freiberufliches Personal.

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

**KAPITEL 30 — DELEGATIONEN** *(Fortsetzung)*

***300*** *(Fortsetzung)*

3001 *(Fortsetzung)*

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung werden veranschlagt auf: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

3002 Sonstige Personalausgaben

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 19 035 000 | 21 407 000 | 21 490 472,31 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die folgenden Ausgaben der Delegationen der Europäischen Union in Drittländern und der Delegationen bei internationalen Organisationen innerhalb der Union:

— Ausgaben für die Entsendung beigeordneter Sachverständiger (mit Hochschulabschluss) in die Delegationen der Europäischen Union,

— Kosten der für junge Diplomaten aus den Mitgliedstaaten und aus Drittländern veranstalteten Seminare,

— Kosten für die Abordnung oder zeitweilige Verwendung von Beamten der Mitgliedstaaten in den Delegationen,

— Einrichtungs- bzw. Wiedereinrichtungsbeihilfe der Bediensteten, die infolge des Dienstantritts, der Verwendung an einem neuen Dienstort oder des endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst den Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— Reisekosten der Bediensteten (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen), die infolge des Dienstantritts, der Verwendung an einem neuen Dienstort oder des endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst anfallen,

— Umzugskosten der Bediensteten, die infolge des Dienstantritts, der Verwendung an einem neuen Dienstort oder des endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst den Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— verschiedene Kosten und Vergütungen für sonstige Bedienstete, einschließlich Rechtsberatung,

— Ausgaben für Einstellungsverfahren von Beamten, Bediensteten auf Zeit, Vertragsbediensteten und örtlichen Bediensteten, insbesondere die Kosten für Annoncen, Reise- und Aufenthaltskosten sowie Unfallversicherung der zu Prüfungen und Vorstellungsgesprächen eingeladenen Bewerber, die Kosten für gemeinsame Einstellungsprüfungen und die Kosten für die ärztliche Untersuchung vor der Einstellung,

— Kosten für die Beschaffung, Erneuerung, Umgestaltung und Wartung medizinischer Geräte in den Delegationen,

— Kosten der jährlichen ärztlichen Untersuchung der Beamten, Vertragsbediensteten und örtlichen Bediensteten, einschließlich der in diesem Zusammenhang vorgenommenen Untersuchungen und Analysen; medizinische und zahnärztliche Beratungsleistungen sowie Kosten für AIDS-Präventionsmaßnahmen am Arbeitsplatz,

— Ausgaben für kulturelle Veranstaltungen sowie für Tätigkeiten zur Förderung der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen abgeordneten und örtlichen Bediensteten,

— pauschale Aufwandsentschädigung für Beamte, denen im Zuge der Wahrnehmung ihrer Tätigkeit regelmäßig Repräsentationskosten entstehen, Erstattung der Ausgaben, die von entsprechend ermächtigten Beamten verauslagt werden, um ihren Repräsentationsverpflichtungen im Namen der Kommission und/oder des EAD, im dienstlichen Interesse und im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit nachzukommen (für die Delegationen innerhalb des Gebiets der Union deckt die pauschale Aufwandsentschädigung einen Teil der Wohnkosten),

**KAPITEL 3 0 — DELEGATIONEN** *(Fortsetzung)*

***3 0 0*** *(Fortsetzung)*

3 0 0 2 *(Fortsetzung)*

— Fahrtkosten, Dienstreisetagegelder sowie Nebenkosten oder außergewöhnliche Auslagen, die bei Erledigung eines dienstlichen Auftrags durch Beamte und sonstige Bedienstete entstehen,

— Beförderungskosten und Tagegelder für erfolgreiche Bewerber bei der Fortbildung vor Dienstantritt,

— Beförderungskosten und Tagegelder im Zusammenhang mit Kranken- und Verletztentransporten,

— Ausgaben aufgrund von Krisensituationen, einschließlich Fahrtkosten, Unterbringung und Tagegelder,

— Ausgaben für Fortbildung und für Sprachkurse, die darauf abzielen, die Fertigkeiten des Personals sowie die Leistungsfähigkeit des Dienstes zu verbessern:

— Honorare von Sachverständigen, die für die Ermittlung der Bedürfnisse sowie für die Konzeption, Ausarbeitung, Betreuung, Bewertung und für das Follow-up der Fortbildungen herangezogen werden,

— Honorare von Beratern, die in verschiedenen Bereichen, insbesondere in den Bereichen Organisationsmethoden, Planung, Management, Strategie, Qualitätssicherung und Personalverwaltung, herangezogen werden,

— Ausgaben für die Konzeption, Betreuung und Bewertung der von den Kommissionsdienststellen in Form von Kursen, Seminaren und Konferenzen organisierten Fortbildung (Ausbilder/Vortragende und deren Fahrt- und Aufenthaltskosten sowie Lehrmittel),

— Ausgaben für die praktische und logistische Organisation der Kurse, einschließlich Miete von Räumlichkeiten, Beförderungskosten, Anmietung von Lehrmaterial für Seminare auf lokaler und regionaler Ebene sowie diverse damit verbundene Bewirtungskosten,

— Kosten für die Teilnahme an Konferenzen und Symposien sowie Gebühren für die Mitgliedschaft in wissenschaftlichen oder Berufsverbänden,

— Fortbildungsausgaben im Zusammenhang mit Publikationen und Information, für entsprechende Websites sowie für den Erwerb von Lehrmaterial, Abonnements und Lizenzen für Fernschulungen, Ausgaben für Bücher, Presse und Multimediaprodukte.

3 0 0 3 Gebäude und Nebenkosten

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 103 062 000 | 99 642 000 | 100 877 596,10 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die folgenden Ausgaben der Delegationen der Europäischen Union in Drittländern und der Delegationen bei internationalen Organisationen innerhalb der Union:

— Befristete Wohnkostenzulage und Tagegelder für Beamte, Bedienstete auf Zeit und Vertragsbedienstete,

— im Zusammenhang mit Gebäudemiet- und -nebenkosten der Delegationen in Drittländern:

  — für alle Gebäude oder Gebäudeteile in Drittländern, in denen Büros von Delegationen oder außerhalb der Union Dienst tuende Beamte untergebracht sind: Mieten (einschließlich befristete Wohnkostenzulage) und damit verbundene Abgaben, Versicherungsprämien, Ausgaben für Umbauten und größere Reparaturarbeiten, laufende Aufwendungen für die Sicherheit von Personen und Gegenständen (Chiffriereinrichtungen, Safes, Gitter usw.),

  — für alle Gebäude oder Gebäudeteile in Drittländern, in denen sich sowohl Büros der Delegationen als auch Wohnungen der Delegationsmitglieder befinden: Wasser-, Gas-, Elektrizitäts- und Heizungskosten, Kosten für Wartung und Instandsetzung, Herrichtungsarbeiten und Umzüge von Dienststellen sowie sonstige laufende Ausgaben (insbesondere Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren, Beschaffung von Beschilderungsmaterial usw.),

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

**KAPITEL 30 — DELEGATIONEN** *(Fortsetzung)*

***300*** *(Fortsetzung)*

3003 *(Fortsetzung)*

— im Zusammenhang mit Gebäudemiet- und -nebenkosten der Delegationen innerhalb des Gebietes der Union:

  — für alle Gebäude oder Gebäudeteile, in denen Büros von Delegationen untergebracht sind: Mieten, Wasser-, Gas-, Elektrizitäts- und Heizungskosten, Versicherungsprämien, Ausgaben für Wartung und Instandsetzung, für Umbauten und größere Reparaturarbeiten, Ausgaben für die Sicherheit, insbesondere Gebäudeüberwachungsverträge, Miete und Wartung von Feuerlöschern, Anschaffung und Wartung von Brandbekämpfungsgeräten, Ersatzbeschaffung für die Ausrüstung des freiwilligen Brandschutzpersonals, gesetzlich vorgeschriebene Kontrollen usw.,

  — für Gebäude oder Gebäudeteile, in denen Beamte untergebracht sind: Erstattung der Ausgaben für die Sicherheit der Wohnungen,

— Ausgaben für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Kauf oder Mietkauf) sowie für den Bau von Büro- oder Wohngebäuden, einschließlich Voruntersuchungen und verschiedene Honorare.

Die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1) sieht in Artikel 203 die Möglichkeit vor, dass die Organe den Ankauf einer Immobilie mit einem Darlehen finanzieren. Diese Mittel decken die mit solchen Darlehen für den Ankauf von Immobilien für die Delegationen verbundenen Ausgaben (Kapital und Zinsen).

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung werden veranschlagt auf: p.m.

3004 Sonstige Verwaltungsausgaben

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 20 379 000 | 23 053 000 | 21 441 165,51 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die folgenden Ausgaben der Delegationen der Union in Drittländern und der Delegationen bei internationalen Organisationen innerhalb der Union:

— Beschaffung, Miete, Mietkauf, Instandhaltung und Instandsetzung von Mobiliar und Geräten, insbesondere für audiovisuelle Anlagen, für Archivierung und Reproduktion, für die Bibliothek, für Dolmetschanlagen sowie besondere Büroausstattungen (Fotokopiergeräte, Reader-Printer, Fernkopierer usw.); Erwerb von Dokumentation und Betriebsmittel für diese Geräte,

— Beschaffung, Instandhaltung und Instandsetzung von technischen Anlagen wie Generatoren und Klimaanlagen; Installation von Anlagen für die Sozialeinrichtungen in den Delegationen,

— Kauf, Ersatzbeschaffung, Miete, Mietkauf, Instandhaltung und Instandsetzung von Fahrzeugen, einschließlich Werkzeugen,

— Versicherungsprämien der Fahrzeuge,

— Anschaffung von Büchern, Dokumenten und sonstigen nichtperiodischen Veröffentlichungen, einschließlich der Ergänzungsbände; Abonnements von Zeitungen, Zeitschriften und verschiedenen Veröffentlichungen, sowie Buchbindearbeiten und sonstige unerlässliche Ausgaben im Zusammenhang mit der Archivierung von Zeitschriften,

— Abonnements bei Presseagenturen,

**KAPITEL 3 0 — DELEGATIONEN** *(Fortsetzung)*

***3 0 0*** *(Fortsetzung)*

3 0 0 4 *(Fortsetzung)*

— Ankauf von Papier, Umschlägen, Büromaterial, Material für die Vervielfältigung sowie gegebenenfalls Ausgaben für in Auftrag gegebene Druckarbeiten,

— Beförderung und Zollabfertigung von Ausrüstungsgegenständen; Anschaffung und Reinigung von Dienstkleidung für Amtsgehilfen, Fahrer usw.; verschiedene Versicherungsprämien (insbesondere Haftpflichtversicherung, Diebstahlversicherung), Ausgaben im Zusammenhang mit internen Sitzungen (Getränke, gelegentliche Imbisse),

— Ausgaben für Untersuchungen, Erhebungen und Konsultationen im Rahmen des Dienstbetriebs der Delegationen sowie sonstige Ausgaben für den Dienstbetrieb, die nicht in den anderen Posten dieses Artikels vorgesehen sind,

— Postgebühren und Zustellungskosten für den Schriftverkehr, den Versand von Berichten, Veröffentlichungen sowie für Paketgebühren im Luft-, Straßen-, Schiffs- und Eisenbahnversand,

— Kosten für die Diplomatenpost,

— sämtliche Ausgaben für das Mobiliar und für die Ausstattung der Wohnungen, die den Beamten zur Verfügung gestellt werden,

— Anschaffung, Miete oder Leasing von Datenverarbeitungsanlagen, insbesondere von Rechnern, Terminals, Mikrorechnern, Peripheriegeräten, Ausstattungen für die Vernetzung, und der für ihren Betrieb erforderlichen Software,

— externe Leistungen, insbesondere für die Entwicklung, Instandhaltung und technische Unterstützung der Informationstechnologie-Systeme der Delegationen,

— Anschaffung, Miete oder Leasing von Geräten für die Vervielfältigung von Informationen auf Papier, wie Drucker und Scanner,

— Anschaffung, Miete oder Leasing von Telefonzentralen und -anlagen sowie von Geräten für die Datenübertragung und der für ihren Betrieb erforderlichen Software,

— Grund- und Benutzungsgebühren für Kommunikationsdienste über Kabel oder Radiowellen (Telefon, Telegraf, Fernschreiber, Fernkopierer), Datenübertragungsnetze, Telematikdienste usw. und Kauf der entsprechenden Teilnehmerverzeichnisse,

— Kosten für Installation, Konfiguration, Wartung, technische Unterstützung, Hilfestellung, Dokumentation und Betriebsmittel in Verbindung mit diesen Anlagen,

— etwaige Ausgaben im Zusammenhang mit Sicherheitseinsätzen bei Notfällen in den Delegationen,

— sämtliche Finanzkosten, einschließlich Bankgebühren.

— Korrekturen bei Zahlstellen, wenn der Anweisungsbefugte alle der jeweiligen Situation angemessenen Maßnahmen getroffen hat und die Korrekturen keiner anderen Haushaltslinie angelastet werden können,

— Korrekturen in Fällen, in denen eine Forderung ganz oder teilweise annulliert wird, nachdem sie bereits als Einnahme verbucht wurde (insbesondere im Falle der Verrechnung mit einer Gegenforderung),

— Korrekturen in Fällen, in denen die MwSt. nicht erstattet wurde und die Ausgabe nicht mehr aus der Haushaltslinie finanziert werden kann, zu deren Lasten die Hauptausgabe ging,

— etwaige Zinszahlungen im Zusammenhang mit den vorstehenden Fällen, sofern sie nicht einer anderen Haushaltslinie angelastet werden können.

Des Weiteren können bei diesem Posten Mittel zur Deckung etwaiger Verluste bei Liquidation oder Einstellung der Geschäftstätigkeit von Banken, bei denen die Kommission Konten für ihre Zahlstellen unterhält, eingesetzt werden.

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

**KAPITEL 3 0 — DELEGATIONEN** *(Fortsetzung)*

***3 0 0*** *(Fortsetzung)*

3 0 0 4 *(Fortsetzung)*

Aus diesem Posten können Kosten gedeckt werden, die den Delegationen bei der lokalen Zusammenarbeit mit Mitgliedstaaten entstehen, insbesondere im Rahmen einer Krise.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung werden veranschlagt auf: p.m.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 2010/427/EU des Rates vom 26. Juli 2010 über die Organisation und die Arbeitsweise des Europäischen Auswärtigen Dienstes (ABl. L 201 vom 3.8.2010, S. 30), und insbesondere Artikel 5 Absatz 10.

3 0 0 5 Beitrag der Kommission für die Delegationen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 263 653 682,22 |

*Erläuterungen*

Etwaige Einnahmen aus den Beiträgen der Kommission oder des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) zu den Ausgaben, die den Delegationen durch die dort arbeitenden Bediensteten der Kommission entstehen, können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Diese Mittel decken die folgenden Ausgaben, die den Delegationen der Union in Drittländern und den Delegationen bei internationalen Organisationen innerhalb der Union im Zusammenhang mit dem dort arbeitenden, von der Kommission bzw. dem EEF vergüteten Personal entstehen:

— Bezüge und einschlägige Ausgaben für örtliche Bedienstete (und Leiharbeitskräfte),

— der diesem Personal entsprechende Anteil der bei den Posten 3 0 0 0 (Dienstbezüge und sonstige Ansprüche des Statutspersonals), 3 0 0 1 (Externes Personal und externe Leistungen), 3 0 0 2 (Sonstige Personalausgaben), 3 0 0 3 (Gebäude und Nebenkosten) und 3 0 0 4 (Sonstige Verwaltungsausgaben) veranschlagten Ausgaben.

Außerdem können diese Mittel sonstige Ausgaben wie Presse- und Informationsaktivitäten decken, die auf der Grundlage von Leistungsvereinbarungen mit anderen Organen durchgeführt werden.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung werden auf 250 000 000 EUR veranschlagt.

## TITEL 10

## SONSTIGE AUSGABEN

### KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL
### KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 10 0 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 10 1 | p.m. | p.m. | | — |
| | KAPITEL 10 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | | — |
| | **Titel 10 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **518 628 447** | **508 762 493** | **747 918 581,64** | **144,21** |

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

# TITEL 10

# SONSTIGE AUSGABEN

## KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Die Mittel dieses Kapitels haben vorläufigen Charakter und können erst verwendet werden, wenn sie nach dem in der Haushaltsordnung dafür vorgesehenen Verfahren auf andere Kapitel übertragen worden sind.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

## KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung nicht vorhersehbarer Ausgaben bestimmt, die sich aus Haushaltsentscheidungen ergeben, die im Laufe des Haushaltsjahres gefasst werden.

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

## PERSONAL

### Einzelplan X — Europäischer Auswärtiger Dienst

| Funktions- und Besoldungsgruppe | 2014 [1] | | 2013 [2] | |
|---|---|---|---|---|
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Auf den EAD zu übertragende Stellen | |
| | | | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | 7 | | 12 | |
| AD 15 | 29 | | 38 | |
| AD 14 | 119 | | 119 | |
| AD 13 | 198 | | 198 | |
| AD 12 | 185 | | 185 | |
| AD 11 | 69 | | 69 | |
| AD 10 | 78 | | 78 | |
| AD 9 | 83 | | 82 | |
| AD 8 | 44 | | 44 | |
| AD 7 | 70 | | 56 | |
| AD 6 | 42 | | 36 | |
| AD 5 | 44 | | 33 | |
| AD insgesamt | 968 | 0 | 950 | 0 |
| AST 11 | 31 | | 31 | |
| AST 10 | 27 | | 27 | |
| AST 9 | 51 | | 51 | |
| AST 8 | 57 | 1 | 57 | 1 |
| AST 7 | 98 | | 102 | |
| AST 6 | 95 | | 112 | |
| AST 5 | 109 | | 120 | |
| AST 4 | 58 | | 58 | |
| AST 3 | 58 | | 55 | |
| AST 2 | 68 | | 68 | |
| AST 1 | 40 | | 38 | |
| AST insgesamt | 692 | 1 | 719 | 1 |
| AST/SC 6 | | | | |
| AST/SC 5 | | | | |
| AST/SC 4 | | | | |
| AST/SC 3 | | | | |
| AST/SC 2 | | | | |
| AST/SC 1 | | | | |
| AST/SC total | | | | |
| **AD und AST insgesamt** | **1 660** [1] | **1** | **1 669** [2] | **1** |
| **Gesamtpersonalbestand** | **1 661** | | **1 670** | |

[1] Ad-personam- oder sonstige Beförderungen über den Stellenplan hinaus sind unzulässig.
[2] Im Stellenplan sind folgende Ad-personam-Beförderungen möglich: 2 AD 15 werden AD 16; 3 AD 14 werden AD 15; 1 AD 13 wird AD 14.

EUR-Lex (http://new.eur-lex.europa.eu) bietet einen direkten und kostenlosen Zugang zum EU-Recht. Die Website ermöglicht die Abfrage des *Amtsblatts der Europäischen Union* und enthält darüber hinaus die Rubriken Verträge, Gesetzgebung, Rechtsprechung und Vorschläge für Rechtsakte.

Weitere Informationen über die Europäische Union finden Sie unter: http://europa.eu

Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE

ISSN 1977-0642

# Amtsblatt der Europäischen Union

L 51

Ausgabe in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

57. Jahrgang

20. Februar 2014

Inhalt

I *Gesetzgebungsakte*

HAUSHALTSPLÄNE

**Europäisches Parlament**

2014/67/EU, Euratom:

★ **Endgültiger Erlass des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014** 1

Band II

**Preis des ABl. L 51: 15 EUR**

DE

Bei Rechtsakten, deren Titel in magerer Schrift gedruckt sind, handelt es sich um Rechtsakte der laufenden Verwaltung im Bereich der Agrarpolitik, die normalerweise nur eine begrenzte Geltungsdauer haben.

Rechtsakte, deren Titel in fetter Schrift gedruckt sind und denen ein Sternchen vorangestellt ist, sind sonstige Rechtsakte.

**Die Beträge in diesem Haushaltsdokument sind in Euro ausgedrückt, sofern nichts anderes angegeben ist.**

**Etwaige Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 2 und 3 der Haushaltsordnung, die bei den Titeln 5 und 6 des Einnahmenplans verbucht werden, können als zusätzliche Mittel bei der Linie eingesetzt werden, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.**

**Die Ziffern für die Ausführung beziehen sich auf sämtliche bewilligten Mittel, inklusive der Haushaltsmittel, zusätzlichen Mittel und zweckgebundenen Einnahmen.**

---

**Eine überarbeitete Version der Haushaltsordnung ist am 27. Oktober 2012 in Kraft getreten (Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates, ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1)).**

**Im Haushaltsplan 2014 beziehen sich alle Verweise der Haushaltsordnung auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates, ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).**

DE

*EINZELPLAN III*

**KOMMISSION**

INHALT — BAND II

EINZELPLAN III: KOMMISSION

Seite

**EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH EINZELPLÄNEN**

Einnahmen

— Titel 4: Einnahmen im Zusammenhang mit den Beamten und Bediensteten der Organe und anderen Einrichtungen der Union ..... II/13

— Titel 5: Einnahmen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit des Organs ..... II/17

— Titel 6: Beiträge und Erstattungen im Rahmen von Abkommen und Programmen der Union ..... II/25

— Titel 7: Verzugszinsen und Geldbußen ..... II/55

— Titel 8: Anleihen und Darlehen ..... II/60

— Titel 9: Sonstige Einnahmen ..... II/66

GESAMTÜBERSICHT ÜBER DIE MITTEL (2014 UND 2013) UND AUSGABEN (2012)

— Titel XX: Verwaltungsausgaben der einzelnen Politikbereiche ..... II/73

— Kapitel XX 01: Verwaltungsausgaben nach Politikbereichen ..... II/77

— Titel 01: Wirtschaft und Finanzen ..... II/91

— Kapitel 01 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Wirtschaft und Finanzen“ ..... II/94

— Kapitel 01 02: Wirtschafts- und Währungsunion ..... II/97

— Kapitel 01 03: Internationale Wirtschafts- und Finanzfragen ..... II/101

— Kapitel 01 04: Finanzoperationen und -instrumente ..... II/111

— Titel 02: Unternehmen und Industrie ..... II/117

— Kapitel 02 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Unternehmen und Industrie“ ..... II/120

— Kapitel 02 02: Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und KMU (COSME) II/127

— Kapitel 02 03: Binnenmarkt für Waren und sektorbezogene politische Maßnahmen ..... II/142

— Kapitel 02 04: Horizont 2020 — Forschung und unternehmerische Initiative ..... II/151

— Kapitel 02 05: Europäische Satellitennavigationsprogramme (Egnos und Galileo) ..... II/160

— Kapitel 02 06: Europäisches Erdbeobachtungsprogramm ..... II/163

— Titel 03: Wettbewerb ..... II/169

— Kapitel 03 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Wettbewerb“ ..... II/172

Seite

— Titel 04: Beschäftigung, Soziales und Integration ..... II/175

— Kapitel 04 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Beschäftigung und Soziales“ ..... II/178

— Kapitel 04 02: Europäischer Sozialfonds ..... II/182

— Kapitel 04 03: Beschäftigung, Soziales und Integration ..... II/198

— Kapitel 04 04: Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung ..... II/227

— Kapitel 04 05: Instrument für Heranführungshilfe — Beschäftigung, Sozialpolitik und Entwicklung des Humankapitals ..... II/229

— Kapitel 04 06: Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen ... II/235

— Titel 05: Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums ..... II/239

— Kapitel 05 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums“ ..... II/242

— Kapitel 05 02: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors durch Agrarmarktinterventionen ..... II/250

— Kapitel 05 03: Direktbeihilfen als Beitrag zum Einkommen der Landwirte, zur Begrenzung von Einkommensschwankungen und zur Verwirklichung von Umwelt- und Klimazielen ..... II/271

— Kapitel 05 04: Entwicklung des ländlichen Raums ..... II/283

— Kapitel 05 05: Instrument für heranführungshilfe (IPA) — Entwicklung des ländlichen Raums II/296

— Kapitel 05 06: Internationale Aspekte des Politikbereichs „Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums“ ..... II/301

— Kapitel 05 07: Audit der aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) finanzierten Agrarausgaben ..... II/302

— Kapitel 05 08: Allgemeine operative Unterstützung und Koordinierung des Politikbereichs „Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums“ ..... II/305

— Kapitel 05 09: Horizont 2020 — Forschung und Innovation im Agrarsektor ..... II/315

— Titel 06: Mobilität und Verkehr ..... II/319

— Kapitel 06 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Mobilität und Verkehr“ ..... II/322

— Kapitel 06 02: Europäische Verkehrspolitik ..... II/329

— Kapitel 06 03: Horizont 2020 — Forschung und Innovation im Verkehrssektor ..... II/348

— Titel 07: Umwelt ..... II/357

— Kapitel 07 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Umwelt“ ..... II/360

— Kapitel 07 02: Umweltpolitik auf Unions- und internationaler Ebene ..... II/364

Seite

— Titel 08: Forschung und Innovation ..... II/391

— Kapitel 08 01: Verwaltungsausgaben im Politikbereichs „Forschung und Innovation“ ..... II/395

— Kapitel 08 02: Horizont 2020 — Forschung ..... II/406

— Kapitel 08 03: Programm „Euratom“ — Indirekte Maßnahmen ..... II/431

— Kapitel 08 04: ITER-Programm ..... II/436

— Kapitel 08 05: Forschungsprogramm des Forschungsfonds für Kohle und Stahl ..... II/440

— Titel 09: Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien ..... II/443

— Kapitel 09 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“ ..... II/446

— Kapitel 09 02: Rechtlicher Rahmen für die digitale Agenda ..... II/451

— Kapitel 09 03: Infrastrukturfazilität „Connecting Europe“ (CEF) — Telekommunikationsnetze ... II/458

— Kapitel 09 04: „Horizont 2020“ ..... II/463

— Titel 10: Direkte Forschung ..... II/483

— Kapitel 10 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Direkte Forschung“ ..... II/486

— Kapitel 10 02: Horizont 2020 — Direkte Maßnahmen der Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) zur Unterstützung der Unionspolitik ..... II/492

— Kapitel 10 03: Programm „Euratom“ — Direkte Maßnahmen ..... II/496

— Kapitel 10 04: Sonstige Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle ..... II/500

— Kapitel 10 05: Altlasten aus kerntechnischen Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungßtelle im Rahmen des Euratom-Vertrags ..... II/504

— Titel 11: Maritime Angelegenheiten und Fischerei ..... II/507

— Kapitel 11 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“ ..... II/510

— Kapitel 11 03: Obligatorische Beiträge zu regionalen Fischereiorganisationen und anderen internationalen Organisationen sowie zu Abkommen über nachhaltige Fischerei .... II/514

— Kapitel 11 06: Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) ..... II/519

— Titel 12: Binnenmarkt und Dienstleistungen ..... II/545

— Kapitel 12 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Binnenmarkt und Dienstleistungen“ ... II/548

— Kapitel 12 02: Binnenmarktpolitik und freier Warenverkehr ..... II/550

— Kapitel 12 03: Finanzdienstleistungen und Kapitalmärkte ..... II/558

Seite

— Titel 13: Regionalpolitik und Stadtentwicklung ..... II/563

— Kapitel 13 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Regionalpolitik und Stadtentwicklung“ II/566

— Kapitel 13 03: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung und sonstige regionalpolitische Tätigkeiten tätigkeiten ..... II/570

— Kapitel 13 04: Kohäsionsfonds ..... II/608

— Kapitel 13 05: Instrument für Heranführungshilfe — Regionale Entwicklung und regionale und territoriale Zusammenarbeit ..... II/614

— Kapitel 13 06: Solidaritätsfonds ..... II/625

— Titel 14: Steuern und Zollunion ..... II/629

— Kapitel 14 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Steuern und Zollunion“ ..... II/632

— Kapitel 14 02: Allgemeine operative Unterstützung und Koordinierung der Generaldirektion „Steuern und Zollunion“ ..... II/635

— Kapitel 14 03: Internationale Aspekte der Steuern und Zölle ..... II/638

— Kapitel 14 04: Allgemeine operative Unterstützung und Koordinierung ..... II/641

— Titel 15: Bildung und Kultur ..... II/643

— Kapitel 15 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Bildung und Kultur“ ..... II/646

— Kapitel 15 02: Erasmus für alle ..... II/655

— Kapitel 15 03: „Horizont 2020“ ..... II/670

— Kapitel 15 04: Kreatives Europa ..... II/677

— Titel 16: Kommunikation ..... II/689

— Kapitel 16 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Kommunikation“ ..... II/692

— Kapitel 16 02: Förderung der Unionsbürgerschaft ..... II/699

— Kapitel 16 03: Kommunikationsmaßnahmen ..... II/706

— Titel 17: Gesundheit und Verbraucherschutz ..... II/721

— Kapitel 17 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Gesundheit und Verbraucherschutz“ ... II/724

— Kapitel 17 02: Verbraucherschutz ..... II/734

— Kapitel 17 03: Öffentliche Gesundheit ..... II/739

— Kapitel 17 04: Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit ..... II/760

Seite


— Titel 18: Inneres ... II/773

— Kapitel 18 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Inneres“ ... II/776

— Kapitel 18 02: Innere Sicherheit ... II/780

— Kapitel 18 03: Asyl- und Migration ... II/794

— Titel 19: Außenpolitische Instrumente ... II/807

— Kapitel 19 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Außenpolitische Instrumente“ ... II/810

— Kapitel 19 02: Stabilitätsinstrument — Krisenreaktion und -prävention ... II/817

— Kapitel 19 03: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ... II/820

— Kapitel 19 04: Wahlbeobachtungsmissionen ... II/829

— Kapitel 19 05: Zusammenarbeit mit Drittstaaten im Rahmen des Partnerschaftsinstruments (PI) II/831

— Kapitel 19 06: Informationsmaßnahmen zum Thema Außenbeziehungen der Union ... II/835

— Titel 20: Handel ... II/839

— Kapitel 20 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Handel“ ... II/842

— Kapitel 20 02: Handelspolitik ... II/845

— Titel 21: Entwicklung und Zusammenarbeit ... II/851

— Kapitel 21 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Entwicklung und Zusammenarbeit“ ... II/854

— Kapitel 21 02: Instrument für Entwicklungszusammenarbeit (DCI) ... II/864

— Kapitel 21 03: Europäisches Nachbarschaftsinstrument (ENI) ... II/909

— Kapitel 21 04: Europäisches Instrument für Demokratie und Menschenrechte ... II/925

— Kapitel 21 05: Stabilitätsinstrument — Weltweite und regionenübergreifende Bedrohungen ... II/929

— Kapitel 21 06: Instrument für Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit (INSC) ... II/933

— Kapitel 21 07: Partnerschaft Europäische Union-Grönland ... II/935

— Kapitel 21 08: Weltweite Entwicklung und Zusammenarbeit ... II/937

— Kapitel 21 09: Abschluss von Maßnahmen, die mittels des Instruments für die Zusammenarbeit mit industrieländern (ICI+) durchgeführt wurden ... II/941

Seite

— Titel 22: Erweiterung ..... II/945

— Kapitel 22 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Erweiterung“ ..... II/948

— Kapitel 22 02: Erweiterungsprozess und -strategie ..... II/953

— Kapitel 22 03: Unterstützungsverordnung ..... II/962

— Titel 23: Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz ..... II/965

— Kapitel 23 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz“ ..... II/968

— Kapitel 23 02: Humanitäre Hilfe, Nahrungsmittelhilfe und Katastrophenvorsorge ..... II/972

— Kapitel 23 03: Unionsverfahren für den Katastrophenschutz ..... II/975

— Kapitel 23 04: Freiwilligenkorps der Union für humanitäre Hilfe ..... II/983

— Titel 24: Betrugsbekämpfung ..... II/987

— Kapitel 24 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Betrugsbekämpfung“ ..... II/990

— Kapitel 24 02: Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Schutzes der finanziellen Interessen der Europäischen Union (Hercule III) ..... II/991

— Kapitel 24 03: Aktionsprogramm in den Bereichen Austausch, Unterstützung und Ausbildung zum Schutz des Euro gegen Geldfälschung (Pericles 2020) ..... II/993

— Kapitel 24 04: Informationssystem für die Betrugsbekämpfung (AFIS) ..... II/995

— Titel 25: Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission ..... II/997

— Kapitel 25 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“ ..... II/1000

— Kapitel 25 02: Beziehungen zur Zivilgesellschaft, Transparenz und Information ..... II/1008

— Titel 26: Verwaltung der Kommission ..... II/1011

— Kapitel 26 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Verwaltung der Kommission“ ..... II/1014

— Kapitel 26 02: Multimediaproduktion ..... II/1043

— Kapitel 26 03: Dienste für öffentliche Verwaltungen, Unternehmen und Bürger ..... II/1045

— Titel 27: Haushalt ..... II/1049

— Kapitel 27 01: Verwaltungsausgaben im Politikbereich „Haushalt“ ..... II/1052

— Kapitel 27 02: Haushaltsvollzug, Kontrolle und Entlastung ..... II/1056

Seite

— Titel 28: Audit ... II/1059

— Kapitel 28 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Audit“ ... II/1062

— Titel 29: Statistik ... II/1065

— Kapitel 29 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Statistik“ ... II/1068

— Kapitel 29 02: Europäisches Statistisches Programm ... II/1071

— Titel 30: Versorgungsbezüge und verbundene Ausgaben ... II/1075

— Kapitel 30 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Versorgungsbezüge und verbundene Ausgaben“ ... II/1078

— Titel 31: Sprachendienste ... II/1085

— Kapitel 31 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Sprachendienste“ ... II/1088

— Titel 32: Energie ... II/1097

— Kapitel 32 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Energie“ ... II/1100

— Kapitel 32 02: Konventionelle und erneuerbare Energien ... II/1105

— Kapitel 32 03: Kernenergie ... II/1115

— Kapitel 32 04: Horizont 2020 — Forschung und Innovation im Energiesektor ... II/1121

— Titel 33: Justiz ... II/1129

— Kapitel 33 01: Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Justiz“ ... II/1132

— Kapitel 33 02: Grundrechte und Unionsbürgerschaft ... II/1135

— Kapitel 33 03: Justiz ... II/1148

— Titel 34: Klimaschutz ... II/1159

— Kapitel 34 01: Verwaltungsausgaben im Politikbereich „Klimaschutz“ ... II/1162

— Kapitel 34 02: Klimaschutz auf Unions- und internationaler Ebene ... II/1165

— Titel 40: Reserven ... II/1177

— Kapitel 40 01: Reserve für Verwaltungsausgaben ... II/1180

— Kapitel 40 02: Reserve für Finanzinterventionen ... II/1181

— Kapitel 40 03: Negativreserve ... II/1184

Anhänge

— Europäischer Wirtschaftsraum ... II/1187

— Liste der Haushaltslinien, die den Bewerberländern und gegebenenfalls potenziellen Bewerberländern des Westbalkans offen stehen ... II/1201

Seite

— Anleihe- und Darlehenstransaktionen — Anleihen und Darlehen mit Garantie aus dem Unionshaushalt (zur Information) ..... II/1205

— Den Haushaltsentwurf ergänzende Informationen zu den Finanzierungsinstrumenten gemäß Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe e der Haushaltsordnung ..... II/1235

— Amt für Veröffentlichungen ..... II/1283

— Einnahmen ..... II/1284

— Ausgaben ..... II/1289

— Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) ..... II/1299

— Einnahmen ..... II/1300

— Ausgaben ..... II/1305

— Europäisches Amt für Personalauswahl ..... II/1317

— Einnahmen ..... II/1318

— Ausgaben ..... II/1323

— Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche ..... II/1335

— Einnahmen ..... II/1336

— Ausgaben ..... II/1341

— Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik in Brüssel ..... II/1349

— Einnahmen ..... II/1350

— Ausgaben ..... II/1355

— Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik in Luxemburg ..... II/1363

— Einnahmen ..... II/1364

— Ausgaben ..... II/1369

— Personal ..... II/1377

KOMMISSION

**EINNAHMEN**

KOMMISSION

## TITEL 4

## EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN BEAMTEN UND BEDIENSTETEN DER ORGANE UND ANDEREN EINRICHTUNGEN DER UNION

**KAPITEL 4 0 — VERSCHIEDENE STEUERN UND ABZÜGE**
**KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG**
**KAPITEL 4 2 — SONSTIGE BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 4 0 | | | | |
| ***4 0 0*** | ***Einnahmen aus der Steuer auf die Dienstbezüge, Gehälter und Vergütungen der Beamten und sonstigen Bediensteten sowie der Empfänger von Versorgungsbezügen*** | 494 991 921 | 492 377 193 | 461 576 409,60 | 93,25 |
| ***4 0 3*** | ***Einnahmen aus der befristeten Abgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | p.m. | p.m. | 58 470,19 | — |
| ***4 0 4*** | ***Einnahmen aus der Sonderabgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | 46 994 080 | 28 787 102 | 43 319 775,27 | 92,18 |
| | KAPITEL 4 0 — INSGESAMT | 541 986 001 | 521 164 295 | 504 954 655,06 | 93,17 |
| | KAPITEL 4 1 | | | | |
| ***4 1 0*** | ***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*** | 289 546 122 | 327 351 713 | 306 666 190,32 | 105,91 |
| ***4 1 1*** | ***Übertragung oder Rückkauf von Ruhegehaltsansprüchen durch das Personal*** | 83 762 947 | 89 171 361 | 67 965 478,56 | 81,14 |
| ***4 1 2*** | ***Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten und Bediensteten auf Zeit zur Versorgungsordnung*** | 100 000 | 100 000 | 55 407,77 | 55,41 |
| | KAPITEL 4 1 — INSGESAMT | 373 409 069 | 416 623 074 | 374 687 076,65 | 100,34 |
| | KAPITEL 4 2 | | | | |
| ***4 2 0*** | ***Arbeitgeberbeitrag der dezentralisierten Einrichtungen und internationalen Organisationen zur Versorgungsordnung*** | 23 774 384 | 19 060 344 | 18 541 927,07 | 77,99 |
| | KAPITEL 4 2 — INSGESAMT | 23 774 384 | 19 060 344 | 18 541 927,07 | 77,99 |
| | **Titel 4 — Insgesamt** | **939 169 454** | **956 847 713** | **898 183 658,78** | **95,64** |

KOMMISSION

# TITEL 4

# EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN BEAMTEN UND BEDIENSTETEN DER ORGANE UND ANDEREN EINRICHTUNGEN DER UNION

## KAPITEL 4 0 — VERSCHIEDENE STEUERN UND ABZÜGE

### *4 0 0* *Einnahmen aus der Steuer auf die Dienstbezüge, Gehälter und Vergütungen der Beamten und sonstigen Bediensteten sowie der Empfänger von Versorgungsbezügen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 494 991 921 | 492 377 193 | 461 576 409,60 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen umfassen alle Steuern auf Dienstbezüge, Gehälter und Vergütungen jeglicher Art (mit Ausnahme der Zuschläge und Familienzulagen), die an unter Kapitel 01 jedes Titels des Ausgabenplans fallende Personen gezahlt werden: Mitglieder der Kommission, Beamte, sonstige Bedienstete und Personen, die bei Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses eine Abfindung erhalten, sowie an Empfänger von Versorgungsbezügen.

Die geschätzten Einnahmen umfassen auch die Beträge für die Europäische Investitionsbank, die Europäische Zentralbank und den Europäischen Investitionsfonds.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union, insbesondere Artikel 12.

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission, für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs, für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 56 vom 4.3.1968, S. 8).

Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1860/76 des Rates vom 29. Juni 1976 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ABl. L 214 vom 6.8.1976, S. 24).

### *4 0 3* *Einnahmen aus der befristeten Abgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 58 470,19 |

*Erläuterungen*

Die Bestimmungen betreffend die befristete Abgabe fanden bis 30. Juni 2003 Anwendung. Daher umfasst dieser Artikel alle Einnahmen aus dem Restbetrag der befristeten Abgabe auf die Dienstbezüge der Mitglieder der Kommission, der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst.

KOMMISSION

**KAPITEL 40 — VERSCHIEDENE STEUERN UND ABZÜGE** *(Fortsetzung)*

**403** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 66a in der bis zum 15. Dezember 2003 geltenden Fassung.

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

**404** ***Einnahmen aus der Sonderabgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 46 994 080 | 28 787 102 | 43 319 775,27 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die Erträge der Sonderabgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst gemäß Artikel 66a des Statuts veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 66a.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

**KAPITEL 41 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG**

**410** ***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 289 546 122 | 327 351 713 | 306 666 190,32 |

*Erläuterungen*

Die Einnahmen umfassen die Beiträge des Personals zur Finanzierung der Versorgungsordnung.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1860/76 des Rates vom 29. Juni 1976 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ABl. L 214 vom 6.8.1976, S. 24).

KOMMISSION

**KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG** *(Fortsetzung)*

***4 1 1 Übertragung oder Rückkauf von Ruhegehaltsansprüchen durch das Personal***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 83 762 947 | 89 171 361 | 67 965 478,56 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen umfassen die Zahlung des versicherungsmathematischen Gegenwerts oder des pauschalen Rückkaufwerts der Ruhegehaltsansprüche, die Beamte in früheren Beschäftigungsverhältnissen erworben haben, an die Union.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

***4 1 2 Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten und Bediensteten auf Zeit zur Versorgungsordnung***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 100 000 | 100 000 | 55 407,77 |

*Erläuterungen*

Beamte und sonstige Bedienstete, die sich in Urlaub aus persönlichen Gründen befinden, können weiterhin Ruhegehaltsansprüche erwerben, wenn sie auch die Kosten des Arbeitgeberbeitrags übernehmen.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

**KAPITEL 4 2 — SONSTIGE BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG**

***4 2 0 Arbeitgeberbeitrag der dezentralisierten Einrichtungen und internationalen Organisationen zur Versorgungsordnung***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 23 774 384 | 19 060 344 | 18 541 927,07 |

*Erläuterungen*

Die Einnahmen stellen den Arbeitgeberbeitrag der dezentralisierten Einrichtungen und internationalen Organisationen zur Versorgungsordnung dar.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

KOMMISSION

## TITEL 5

## EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DES ORGANS

**KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS VERÄUSSERUNGEN VON BEWEGLICHEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDEN (LIEFERUNGEN) UND UNBEWEGLICHEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDEN**
**KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN**
**KAPITEL 5 2 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN UND DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 5 0 | | | | |
| ***5 0 0*** | ***Erlös aus Veräußerungen von beweglichen Vermögensgegenständen (Lieferungen)*** | | | | |
| 5 0 0 0 | Erlös aus der Veräußerung von Fahrzeugen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 50 915,01 | — |
| 5 0 0 1 | Erlös aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Vermögensgegenstände — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 11 395,11 | — |
| 5 0 0 2 | Erlös aus der Lieferung von Gütern an andere Organe oder Einrichtungen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 1 337 171,81 | — |
| | *Artikel 5 0 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 1 399 481,93 | — |
| ***5 0 1*** | ***Erlös aus Veräußerungen von unbeweglichen Vermögensgegenständen*** | p.m. | p.m. | 360 000,— | — |
| ***5 0 2*** | ***Erlös aus Veräußerungen von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 1 141 416,60 | — |
| | KAPITEL 5 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 2 900 898,53 | — |
| | KAPITEL 5 1 | | | | |
| ***5 1 0*** | ***Einnahmen aus der Vermietung von Geräten und Einrichtungsgegenständen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 1 1*** | ***Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden und der Erstattung von Mietnebenkosten*** | | | | |
| 5 1 1 0 | Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 6 597 965,06 | — |
| 5 1 1 1 | Erstattung von Mietnebenkosten — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 541 973,48 | — |
| | *Artikel 5 1 1 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 7 139 938,54 | — |
| | KAPITEL 5 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 7 139 938,54 | — |
| | KAPITEL 5 2 | | | | |
| ***5 2 0*** | ***Erträge aus Anlagemitteln und Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben des Organs*** | 450 000 | 400 000 | 9 012 352,54 | 2 002,75 |
| ***5 2 1*** | ***An die Kommission abgeführte Erträge aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben subventionierter Einrichtungen*** | 10 000 000 | 10 000 000 | 14 252 759,85 | 142,53 |
| ***5 2 2*** | ***Zinserträge aus Vorfinanzierungen*** | 40 000 000 | 40 000 000 | 36 373 677,44 | 90,93 |
| ***5 2 3*** | ***Erträge aus Treuhandkonten — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 8 931 169,74 | — |
| | KAPITEL 5 2 — INSGESAMT | 50 450 000 | 50 400 000 | 68 569 959,57 | 135,92 |

KOMMISSION

**KAPITEL 5 5 — ERTRÄGE AUS DIENSTLEISTUNGEN UND SONSTIGER ARBEIT**
**KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DES ORGANS**
**KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN**
**KAPITEL 5 9 — ANDERE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 5 5 | | | | |
| ***5 5 0*** | ***Einnahmen aus Dienstleistungen und sonstiger Arbeit, die für andere Organe und Einrichtungen durchgeführt werden, einschließlich der Dienstreisetagegelder, die im Auftrag anderer Organe oder Einrichtungen gezahlt und von diesen zurückerstattet werden — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 19 644 470,98 | — |
| ***5 5 1*** | ***Einnahmen aus Zahlungen Dritter für Dienstleistungen oder in ihrem Auftrag ausgeführte Arbeiten — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 5 5 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 19 644 470,98 | — |
| | KAPITEL 5 7 | | | | |
| ***5 7 0*** | ***Einnahmen aus der Rückerstattung von Beträgen, die rechtsgrundlos gezahlt wurden — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 14 329 002,29 | — |
| ***5 7 1*** | ***Zweckbestimmte Einnahmen, beispielsweise aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen, einschließlich der jedem Organ zugewiesenen eigenen Einnahmen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 7 2*** | ***Erstattung von Sozialausgaben, die für Rechnung eines anderen Organs geleistet worden sind*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 7 3*** | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen im Zusammenhang mit der Verwaltung des Organs — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 148 416 517,26 | — |
| | KAPITEL 5 7 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 162 745 519,55 | — |
| | KAPITEL 5 8 | | | | |
| ***5 8 0*** | ***Einnahmen aus Mietzahlungen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***5 8 1*** | ***Einnahmen aus Versicherungsleistungen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 444 187,91 | — |
| | KAPITEL 5 8 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 444 187,91 | — |
| | KAPITEL 5 9 | | | | |
| ***5 9 0*** | ***Andere Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit*** | 2 000 000 | 2 000 000 | 5 277 107,53 | 263,86 |
| | KAPITEL 5 9 — INSGESAMT | 2 000 000 | 2 000 000 | 5 277 107,53 | 263,86 |
| | **Titel 5 — Insgesamt** | **52 450 000** | **52 400 000** | **266 722 082,61** | **508,53** |

KOMMISSION

# TITEL 5

# EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DES ORGANS

## KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS VERÄUSSERUNGEN VON BEWEGLICHEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDEN (LIEFERUNGEN) UND UNBEWEGLICHEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDEN

### *5 0 0 Erlös aus Veräußerungen von beweglichen Vermögensgegenständen (Lieferungen)*

5 0 0 0 Erlös aus der Veräußerung von Fahrzeugen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 50 915,01 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Einnahmen aus dem Verkauf oder der Inzahlungnahme von dem Organ gehörenden Fahrzeugen eingesetzt. Ferner werden die Einnahmen aus dem Verkauf von Fahrzeugen eingesetzt, die nach ihrer vollständigen Abschreibung ersetzt oder entsorgt werden.

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a und b der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

5 0 0 1 Erlös aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Vermögensgegenstände — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 11 395,11 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Einnahmen aus dem Verkauf oder der Inzahlungnahme von dem Organ gehörenden beweglichen Gegenständen, außer Fahrzeugen, eingesetzt. Ferner werden die Einnahmen aus dem Verkauf von Ausrüstungen, Anlagen, Werkstoffen sowie technischen und wissenschaftlichen Geräten eingesetzt, die nach ihrer vollständigen Abschreibung ersetzt oder entsorgt werden.

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a und b der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

5 0 0 2 Erlös aus der Lieferung von Gütern an andere Organe oder Einrichtungen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 1 337 171,81 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe e der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 0 1 Erlös aus Veräußerungen von unbeweglichen Vermögensgegenständen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 360 000,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die Einnahmen aus dem Verkauf von dem Organ gehörenden unbeweglichen Vermögensgegenständen eingesetzt.

KOMMISSION

**KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS VERÄUSSERUNGEN VON BEWEGLICHEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDEN (LIEFERUNGEN) UND UNBEWEGLICHEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDEN** *(Fortsetzung)*

***5 0 2*** ***Erlös aus Veräußerungen von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 1 141 416,60 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe h der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Dieser Artikel umfasst auch die Erlöse aus der Veräußerung solcher Produkte über elektronische Medien.

**KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN**

***5 1 0*** ***Einnahmen aus der Vermietung von Geräten und Einrichtungsgegenständen — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe a der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

***5 1 1*** ***Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden und der Erstattung von Mietnebenkosten***

5 1 1 0 Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 6 597 965,06 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe a der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

5 1 1 1 Erstattung von Mietnebenkosten — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 541 973,48 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe a der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

KOMMISSION

## KAPITEL 5 2 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN UND DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN

### *5 2 0 Erträge aus Anlagemitteln und Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben des Organs*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 450 000 | 400 000 | 9 012 352,54 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen beziehen sich lediglich auf die Bankzinsen aus den Kontokorrentkonten der Kommission.

### *5 2 1 An die Kommission abgeführte Erträge aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben subventionierter Einrichtungen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 10 000 000 | 10 000 000 | 14 252 759,85 |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel enthält die Einnahmen aus der Abführung von Zinsen durch Einrichtungen, die von der Kommission erhaltene Vorschüsse auf zinstragende Konten eingezahlt haben. Im Falle der Nichtverwendung müssen die Vorschüsse zurückgezahlt und die Zinsen an die Kommission abgeführt werden.

### *5 2 2 Zinserträge aus Vorfinanzierungen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 40 000 000 | 40 000 000 | 36 373 677,44 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die Zinserträge aus Vorfinanzierungen eingesetzt.

Gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe d der Haushaltsordnung können diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt werden, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Zinserträge aus Vorfinanzierungsbeträgen, die aus dem Haushaltsplan der Union gezahlt wurden, fließen nicht in den Haushalt der Union ein, es sei denn, dies ist in den Übertragungsvereinbarungen vorgesehen — mit Ausnahme solcher Vereinbarungen, die mit Drittländern oder von ihnen benannten Einrichtungen geschlossen wurden. In den Fällen, in denen dies vorgesehen ist, werden die Zinseinnahmen entweder für das jeweilige Programm wiederverwendet, bei den Zahlungsaufforderungen gemäß Artikel 23 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe c in Abzug gebracht oder eingezogen.

Die delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 enthält ferner Vorschriften über die Verbuchung der Zinserträge aus Vorfinanzierungen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 8 Absatz 4 sowie Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe d.

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

KOMMISSION

## KAPITEL 5 2 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN UND DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN *(Fortsetzung)*

### *5 2 3 Erträge aus Treuhandkonten — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 8 931 169,74 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden Zinsen und sonstigen Einnahmen aus Treuhandkonten eingesetzt.

Die Treuhandkonten werden im Namen der Union von internationalen Finanzinstitutionen geführt (Europäischer Investitionsfonds, Europäische Investitionsbank, Entwicklungsbank des Europarats/Kreditanstalt für Wiederaufbau, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung), die Unionsprogramme verwalten. Die von der Union entrichteten Beträge bleiben auf dem Konto, bis sie den Empfängern im Rahmen eines einzigen Programms, z. B. kleinen und mittleren Unternehmen oder Institutionen, die Projekte in Beitrittsländern verwalten, zur Verfügung gestellt werden.

Gemäß Artikel 21 Absatz 4 der Haushaltsordnung werden die Zinsen aus den Treuhandkonten für die Unionsprogramme als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten ursprünglich die Ausgaben getätigt wurden, die zu den betreffenden Einnahmen geführt haben.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21 Absatz 4.

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

## KAPITEL 5 5 — ERTRÄGE AUS DIENSTLEISTUNGEN UND SONSTIGER ARBEIT

### *5 5 0 Einnahmen aus Dienstleistungen und sonstiger Arbeit, die für andere Organe und Einrichtungen durchgeführt werden, einschließlich der Dienstreisetagegelder, die im Auftrag anderer Organe oder Einrichtungen gezahlt und von diesen zurückerstattet werden — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 19 644 470,98 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe e der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 5 1 Einnahmen aus Zahlungen Dritter für Dienstleistungen oder in ihrem Auftrag ausgeführte Arbeiten — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe a der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

KOMMISSION

## KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DES ORGANS

### *5 7 0 Einnahmen aus der Rückerstattung von Beträgen, die rechtsgrundlos gezahlt wurden — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 14 329 002,29 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 7 1 Zweckbestimmte Einnahmen, beispielsweise aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen, einschließlich der jedem Organ zugewiesenen eigenen Einnahmen — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe d der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

### *5 7 2 Erstattung von Sozialausgaben, die für Rechnung eines anderen Organs geleistet worden sind*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

In diesem Artikel werden Einnahmen aus der Erstattung von Sozialausgaben verbucht, die für Rechnung eines anderen Organs geleistet worden sind.

### *5 7 3 Sonstige Beiträge und Erstattungen im Zusammenhang mit der Verwaltung des Organs — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 148 416 517,26 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

## KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN

### *5 8 0 Einnahmen aus Mietzahlungen — Zweckgebundene Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe g der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

KOMMISSION

**KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN** *(Fortsetzung)*

***5 8 1 Einnahmen aus Versicherungsleistungen — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 444 187,91 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe f der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

**KAPITEL 5 9 — ANDERE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**

***5 9 0 Andere Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 2 000 000 | 2 000 000 | 5 277 107,53 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die übrigen Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit eingesetzt.

KOMMISSION

# TITEL 6

# BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM RAHMEN VON ABKOMMEN UND PROGRAMMEN DER UNION

## KAPITEL 6 0 — BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION
## KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 6 0 | | | | |
| ***6 0 1*** | ***Verschiedene Forschungsprogramme*** | | | | |
| 6 0 1 1 | Kooperationsabkommen Schweiz-Euratom im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion und der Plasmaphysik — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 21 841 488,58 | — |
| 6 0 1 2 | Europa-Abkommen über die Fusionsentwicklung (EFDA) — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 17 388 000,— | — |
| 6 0 1 3 | Kooperationsabkommen mit Drittländern im Rahmen von Forschungsprogrammen der Union — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 403 389 137,16 | — |
| 6 0 1 5 | Kooperationsabkommen mit Einrichtungen von Drittländern im Rahmen wissenschaftlicher und technologischer Projekte von Unionsinteresse (Eureka und andere) — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 6 0 1 6 | Abkommen über europäische Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Forschung — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 0 1 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 442 618 625,74 | — |
| ***6 0 2*** | ***Sonstige Programme*** | | | | |
| 6 0 2 1 | Verschiedene Einnahmen im Bereich der humanitären Hilfe — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 0 2 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***6 0 3*** | ***Assoziationsabkommen zwischen der Union und Drittstaaten*** | | | | |
| 6 0 3 1 | Einnahmen aus der Beteiligung der beitrittswilligen Länder und der potenziellen Bewerberländer des Westbalkans an Programmen der Union — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 242 255 043,26 | — |
| 6 0 3 2 | Einnahmen aus der Beteiligung von Drittländern, die keine beitrittswilligen Länder oder potenzielle Bewerberländer des Westbalkans sind, an Abkommen über Zusammenarbeit im Zollbereich — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 399 942,03 | — |
| 6 0 3 3 | Beteiligung Dritter an Tätigkeiten der Union — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 31 092 007,37 | — |
| | *Artikel 6 0 3 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 273 746 992,66 | — |
| | KAPITEL 6 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 716 365 618,40 | — |
| | KAPITEL 6 1 | | | | |
| ***6 1 1*** | ***Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines oder mehrerer Mitgliedstaaten verauslagt wurden*** | | | | |
| 6 1 1 3 | Einnahmen aus der Anlage von Vermögenswerten gemäß Artikel 4 der Entscheidung 2003/76/EG — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 61 921 310,65 | — |
| 6 1 1 4 | Einnahmen aus Einziehungen im Rahmen des Forschungsprogramms des Forschungsfonds für Kohle und Stahl | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 1 1 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 61 921 310,65 | — |

KOMMISSION

**KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN** *(Fortsetzung)*

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***6 1 2*** | ***Erstattung von Beträgen, die in Durchführung von Auftragsarbeiten gegen Vergütung verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 2 322,75 | — |
| ***6 1 4*** | ***Rückzahlung der finanziellen Unterstützung der Union bei Vorhaben und Maßnahmen, deren Ergebnisse kommerziell genutzt werden konnten*** | | | | |
| 6 1 4 3 | Rückzahlung von Finanzhilfen, die zur Förderung einer europäischen Risikokapitaltätigkeit für kleine und mittlere Unternehmen gewährt werden — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 6 1 4 4 | Rückzahlung des Beitrags der Union zu den aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds finanzierten Risikoteilungsinstrumenten — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 1 4 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***6 1 5*** | ***Rückzahlung nicht verwendeter finanzieller Beiträge der Union*** | | | | |
| 6 1 5 0 | Rückzahlung nicht verwendeter finanzieller Beiträge des Europäischen Sozialfonds, des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei, des Kohäsionsfonds, des Solidaritätsfonds, des ISPA, des IPA, des EFF und des EMFF — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 108 746 581,17 | — |
| 6 1 5 1 | Rückzahlung im Interesse des Haushaltsausgleichs geleisteter, jedoch nicht verwendeter Finanzhilfen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 6 1 5 2 | Rückzahlung nicht verwendeter Zinsvergünstigungen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 6 1 5 3 | Rückzahlung von Beträgen, die im Rahmen der durch das Organ geschlossenen Verträge nicht verwendet wurden — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 18 882,18 | — |
| 6 1 5 7 | Rückzahlung von Vorauszahlungen im Rahmen der Strukturfonds, des Kohäsionsfonds, des Europäischen Fischereifonds und des Europäischen Meeres- und Fischereifonds — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 80 691 610,16 | — |
| 6 1 5 8 | Rückzahlung sonstiger nicht verwendeter finanzieller Beiträge der Union — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 665 623,32 | — |
| | *Artikel 6 1 5 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 190 122 696,83 | — |
| ***6 1 6*** | ***Rückzahlung von Beträgen, die für Rechnung der Internationalen Atomenergiebehörde verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***6 1 7*** | ***Rückzahlung von Beträgen, die im Rahmen von Finanzhilfen der Union an Drittländer gezahlt worden sind*** | | | | |
| 6 1 7 0 | Rückzahlungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit Südafrika — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 414 945,67 | — |
| | *Artikel 6 1 7 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 414 945,67 | — |
| ***6 1 8*** | ***Erstattung der im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe gezahlten Beträge*** | | | | |
| 6 1 8 0 | Rückzahlung der im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe an die Auftragnehmer oder die Nahrungsmittelhilfeempfänger zu viel gezahlten Beträge — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 258 631,12 | — |
| 6 1 8 1 | Erstattung der von den Nahrungsmittelhilfeempfängern verursachten zusätzlichen Kosten — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 788 367,25 | — |
| | *Artikel 6 1 8 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 1 046 998,37 | — |

KOMMISSION

**KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN** *(Fortsetzung)*
**KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN**
**KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN SPEZIFISCHER ABKOMMEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***6 1 9*** | ***Erstattung sonstiger Beträge, die für Rechnung Dritter verauslagt worden sind*** | | | | |
| 6 1 9 1 | Erstattung sonstiger Beträge, die im Rahmen der Entscheidung 77/270/Euratom des Rates für Rechnung Dritter verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 23 893,— | — |
| | *Artikel 6 1 9 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 23 893,— | — |
| | KAPITEL 6 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 253 532 167,27 | — |
| | KAPITEL 6 2 | | | | |
| ***6 2 0*** | ***Entgeltliche Lieferung von Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen (Artikel 6 Buchstabe b des Euratom-Vertrags) — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***6 2 2*** | ***Einnahmen aus den von der Gemeinsamen Forschungsstelle für Dritte gegen Vergütung erbrachten Leistungen*** | | | | |
| 6 2 2 1 | Einnahmen aus dem Betrieb des Hochflussreaktors HFR, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 7 716 477,47 | — |
| 6 2 2 3 | Sonstige Einnahmen aus von der Gemeinsamen Forschungsstelle gegen Entgelt für Dritte erbrachten Dienstleistungen, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 7 800 567,04 | — |
| 6 2 2 4 | Einnahmen aus Lizenzen der Kommission für patentfähige oder nicht patentfähige Erfindungen, die aus der Forschungstätigkeit der Union durch die Gemeinsame Forschungsstelle hervorgegangen sind — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 405 973,22 | — |
| 6 2 2 5 | Sonstige Einnahmen der Gemeinsamen Forschungsstelle — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 6 2 2 6 | Einnahmen aus von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Wege des Wettbewerbs für andere Dienststellen der Kommission erbrachten Dienstleistungen, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 60 562 810,73 | — |
| | *Artikel 6 2 2 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 76 485 828,46 | — |
| ***6 2 4*** | ***Einnahmen aus Lizenzen der Kommission auf patentfähige oder nicht patentfähige Erfindungen, die aus der Forschungstätigkeit der Union (indirekte Maßnahmen) stammen — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 6 2 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 76 485 828,46 | — |
| | KAPITEL 6 3 | | | | |
| ***6 3 0*** | ***Beiträge der Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation im Rahmen des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 249 594 532,— | — |
| ***6 3 1*** | ***Beiträge im Rahmen des Schengen-Besitzstandes*** | | | | |
| 6 3 1 2 | Beiträge zur Entwicklung groß angelegter Informationssysteme im Rahmen des Übereinkommens mit Island, Norwegen, der Schweiz und Liechtenstein — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 3 391 696,04 | — |
| 6 3 1 3 | Sonstige Beiträge im Rahmen des Schengen-Besitzstandes (Island, Norwegen, Schweiz und Liechtenstein) — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 21 018 000,— | — |
| | *Artikel 6 3 1 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 24 409 696,04 | — |

KOMMISSION

**KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN SPEZIFISCHER ABKOMMEN** *(Fortsetzung)*
**KAPITEL 6 5 — FINANZKORREKTUREN**
**KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| ***6 3 2*** | ***EEF-Beitrag zu den gemeinsamen Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben — Zweckgebundene Einnahmen*** | p.m. | p.m. | 79 408 905,33 | — |
| ***6 3 3*** | ***Beiträge zu Außenhilfeprogrammen*** | | | | |
| 6 3 3 0 | Beiträge der Mitgliedstaaten, einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Beiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 18 948 230,26 | — |
| 6 3 3 1 | Beiträge von Drittländern, einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Beiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| 6 3 3 2 | Beiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 3 3 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 18 948 230,26 | — |
| ***6 3 4*** | ***Beiträge von Treuhandfonds und Finanzierungsinstrumenten — Zweckgebundene Einnahmen*** | | | | |
| 6 3 4 0 | Beiträge von Treuhandfonds zu den Verwaltungsausgaben der Kommission — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | | — |
| 6 3 4 1 | Beiträge von Finanzierungsinstrumenten — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | | | — |
| | *Artikel 6 3 4 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | | — |
| | KAPITEL 6 3 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 372 361 363,63 | — |
| | KAPITEL 6 5 | | | | |
| ***6 5 0*** | ***Finanzkorrekturen*** | | | | |
| 6 5 0 0 | Finanzkorrekturen im Rahmen des EFRE, des ESF, des EAGFL Abteilung Ausrichtung, des FIAF, des Kohäsionsfonds, des EFF und des EMFF — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 42 874 716,75 | — |
| | *Artikel 6 5 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 42 874 716,75 | — |
| | KAPITEL 6 5 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 42 874 716,75 | — |
| | KAPITEL 6 6 | | | | |
| ***6 6 0*** | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen*** | | | | |
| 6 6 0 0 | Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 471 123 051,21 | — |
| 6 6 0 1 | Sonstige nicht zweckgebundene Beiträge und Erstattungen | 60 000 000 | 60 000 000 | 30 650 167,73 | 51,08 |
| | *Artikel 6 6 0 — Insgesamt* | 60 000 000 | 60 000 000 | 501 773 218,94 | 836,29 |
| | KAPITEL 6 6 — INSGESAMT | 60 000 000 | 60 000 000 | 501 773 218,94 | 836,29 |

KOMMISSION

## KAPITEL 6 7 — EINNAHMEN BETREFFEND DEN EUROPÄISCHEN GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EGFL) UND DEN EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFTSFONDS FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS (ELER)

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 6 7 | | | | |
| ***6 7 0*** | ***Einnahmen betreffend den EGFL*** | | | | |
| 6 7 0 1 | Rechnungsabschluss EGFL — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 674 797 108,67 | — |
| 6 7 0 2 | Unregelmäßigkeiten EGFL — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 168 572 555,38 | — |
| 6 7 0 3 | Zusätzliche Abgabe der Milcherzeuger — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 64 071 461,67 | — |
| | *Artikel 6 7 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 907 441 125,72 | — |
| ***6 7 1*** | ***Einnahmen betreffend den ELER*** | | | | |
| 6 7 1 1 | Rechnungsabschluss ELER — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 50 156 378,48 | — |
| 6 7 1 2 | Unregelmäßigkeiten ELER — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 7 1 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 50 156 378,48 | — |
| | KAPITEL 6 7 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 957 597 504,20 | — |
| | **Titel 6 — Insgesamt** | **60 000 000** | **60 000 000** | **2 920 990 417,65** | **4 868,32** |

KOMMISSION

# TITEL 6

# BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM RAHMEN VON ABKOMMEN UND PROGRAMMEN DER UNION

## KAPITEL 6 0 — BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION

### *6 0 1 Verschiedene Forschungsprogramme*

6 0 1 1 Kooperationsabkommen Schweiz-Euratom im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion und der Plasmaphysik — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 21 841 488,58 |

*Erläuterungen*

Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere dem Abkommen vom 14. September 1978.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen nach Maßgabe der zu deckenden Ausgaben als zusätzliche Mittel bei Artikel 08 03 50 und Artikel 08 04 50 (indirekte Maßnahmen) in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

6 0 1 2 Europa-Abkommen über die Fusionsentwicklung (EFDA) — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 17 388 000,— |

*Erläuterungen*

Einnahmen aus dem multilateralen EFDA-Abkommen zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren 26 assoziierten Fusionspartnern.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen nach Maßgabe der zu deckenden Ausgaben als zusätzliche Mittel bei Artikel 08 03 50 (Indirekte Maßnahmen) in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

6 0 1 3 Kooperationsabkommen mit Drittländern im Rahmen von Forschungsprogrammen der Union — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 403 389 137,16 |

*Erläuterungen*

Einnahmen aus den Kooperationsabkommen, die zwischen der Union und Drittländern, insbesondere den Staaten, die sich an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung (COST) beteiligen, im Hinblick auf ihre Mitwirkung an Forschungsprogrammen der Union geschlossen worden sind.

Die etwaigen Beiträge sind zur Deckung der Ausgaben für Sitzungen, Gutachterverträge und Forschungstätigkeiten im Rahmen der jeweiligen Programme bestimmt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen nach Maßgabe der zu deckenden Ausgaben als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 02 04 50, 05 09 50, 06 03 50, 08 02 50, 08 03 50, 08 04 50, 09 04 50, 15 03 50 und 32 04 50 (indirekte Maßnahmen) sowie bei den Artikeln 10 02 50 und 10 03 50 in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

KOMMISSION

**KAPITEL 6 0 — BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION** *(Fortsetzung)*

***6 0 1*** *(Fortsetzung)*

6 0 1 3 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2008/372/EG des Rates vom 12. Februar 2008 über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung des Protokolls zum Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Staat Israel andererseits über ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Staat Israel über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme des Staates Israel an den Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 129 vom 17.5.2008, S. 39).

Beschluss 2011/28/EU des Rates vom 12. Juli 2010 über den Abschluss eines Protokolls zum Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits über ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme der Republik Moldau an den Programmen der Union (ABl. L 14 vom 19.1.2011, S. 5).

Ein umfassendes Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits, mit dem die Schweizerische Eidgenossenschaft mit Horizont 2020 — dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (2014-2020) — sowie mit dem Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2014-2018) in Ergänzung von Horizont 2020 assoziiert wird und die Beteiligung der Schweiz an den durch „Fusion for Energy" durchgeführten ITER-Aktivitäten für die Jahre 2014-2020 geregelt wird, ist noch im Verhandlungsstadium.

Die internationale Vereinbarung über die Assoziierung Israels mit Horizont 2020 — dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (2014-2020) — ist noch im Verhandlungsstadium.

Die internationale Vereinbarung über die Assoziierung der Republik Moldau mit Horizont 2020 — dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (2014-2020) — ist noch im Verhandlungsstadium.

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung eines Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den Färöern über die Assoziierung der Färöern mit Horizont 2020 — dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (2014-2020).

6 0 1 5 Kooperationsabkommen mit Einrichtungen von Drittländern im Rahmen wissenschaftlicher und technologischer Projekte von Unionsinteresse (Eureka und andere) — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen der Union und Einrichtungen von Drittländern im Rahmen wissenschaftlicher und technologischer Projekte von Unionsinteresse (Eureka und andere).

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 02 04 50, 05 09 50, 06 03 50, 08 02 50, 09 04 50, 15 03 50 und 32 04 50 (indirekte Maßnahmen) in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

6 0 1 6 Abkommen über europäische Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Forschung — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Beiträge eingesetzt, die die Drittländer im Rahmen ihrer Beteiligung an der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Forschung leisten.

KOMMISSION

**KAPITEL 6 0 — BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION** *(Fortsetzung)*

***6 0 1*** *(Fortsetzung)*

6 0 1 6 *(Fortsetzung)*

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 02 04 50, 05 09 50, 06 03 50, 08 02 50, 09 04 50, 15 03 50 und 32 04 50 (indirekte Maßnahmen) in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

*Verweise*

Entschließung der Minister der an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung teilnehmenden Staaten (COST) (am 21. November 1991 in Wien unterzeichnet) (ABl. C 333 vom 24.12.1991, S. 1).

***6 0 2*** ***Sonstige Programme***

6 0 2 1 Verschiedene Einnahmen im Bereich der humanitären Hilfe — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Etwaige Beteiligungen Dritter an Aktionen der humanitären Hilfe.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Titel 23 in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1257/96 des Rates vom 20. Juni 1996 über die humanitäre Hilfe (ABl. L 163 vom 2.7.1996, S. 1).

***6 0 3*** ***Assoziationsabkommen zwischen der Union und Drittstaaten***

6 0 3 1 Einnahmen aus der Beteiligung der beitrittswilligen Länder und der potenziellen Bewerberländer des Westbalkans an Programmen der Union — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 242 255 043,26 |

*Erläuterungen*

Einnahmen aus der Beteiligung von beitrittswilligen Ländern an verschiedenen Programmen der Union aufgrund der nachstehenden Assoziierungsabkommen zwischen der Union und den untenstehenden Ländern. Einnahmen aus der Beteiligung von Ländern, die inzwischen Mitgliedstaaten geworden sind, betreffen Maßnahmen aus der Zeit vor ihrem Beitritt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

*Verweise*

Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik der Türkei über die allgemeinen Grundsätze der Teilnahme der Republik der Türkei an Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 61 vom 2.3.2002, S. 29).

Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Albanien über die allgemeinen Grundsätze der Teilnahme der Republik Albanien an Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 192 vom 22.7.2005, S. 2).

KOMMISSION

**KAPITEL 6 0 — BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION** *(Fortsetzung)*

***6 0 3*** *(Fortsetzung)*

6 0 3 1 *(Fortsetzung)*

Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Bosnien und Herzegowina über die allgemeinen Grundsätze der Teilnahme Bosniens und Herzegowinas an Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 192 vom 22.7.2005, S. 9).

Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Serbien und Montenegro über die allgemeinen Grundsätze der Teilnahme Serbiens und Montenegros an Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 192 vom 22.7.2005, S. 29).

Protokoll zum Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedsstaaten einerseits und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien andererseits über ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien über die allgemeinen Grundsätze der Teilnahme der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien an Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 192 vom 22.7.2005, S. 23).

Abkommen in Form eines Briefwechsels über die vorläufige Anwendung des Protokolls Nr. 8 zum Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Montenegro andererseits über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme Montenegros an den Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 43 vom 19.2.2008, S. 11).

Ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Kosovo über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme des Kosovos an den Programmen der Union (COM(2013) 218 final) soll in Kürze unterzeichnet werden, und sobald die Unterzeichnung stattgefunden hat, könnte eine internationale Vereinbarung über die Assoziierung des Kosovos mit Horizont 2020 ausgehandelt werden.

Zusatzprotokolle zu den Europa-Abkommen (Artikel 228 und 238), die die Beteiligung der beitrittswilligen Länder an den Unionsprogrammen ermöglichen.

6 0 3 2 Einnahmen aus der Beteiligung von Drittländern, die keine beitrittswilligen Länder oder potenzielle Bewerberländer des Westbalkans sind, an Abkommen über Zusammenarbeit im Zollbereich — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 399 942,03 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Finanzbeiträge von Drittländern zu den Abkommen zur Zusammenarbeit im Zollbereich verbucht. Es handelt sich dabei insbesondere um Beiträge im Rahmen des Transit-Projekts sowie des Vorhabens zur (computergestützten) Verbreitung von Informationsdaten zum Zolltarif u. Ä.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 14 03 03, 14 04 01, 14 04 02 und 14 05 03 in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

*Rechtsgrundlagen*

Übereinkommen vom 20. Mai 1987 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Republik Österreich, der Republik Finnland, der Republik Island, dem Königreich Norwegen, dem Königreich Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über ein gemeinsames Versandverfahren (ABl. L 226 vom 13.8.1987, S. 2).

Beschluss 2000/305/EG des Rates vom 30. März 2000 über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz über die Ausdehnung des „Common Communications Network/Common Systems Interface“ (CCN/CSI) (Gemeinsames Kommunikationsnetz/Gemeinsame Systemschnittstelle) im Rahmen des Übereinkommens über ein gemeinsames Versandverfahren (ABl. L 102 vom 27.4.2000, S. 50).

Beschluss 2000/506/EG des Rates vom 31. Juli 2000 über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Norwegen über die Ausdehnung des „Common Communications Network/Common Systems Interface“ (CCN/CSI) (Gemeinsames Kommunikationsnetz/Gemeinsame Systemschnittstelle) im Rahmen des Übereinkommens über ein gemeinsames Versandverfahren (ABl. L 204 vom 11.8.2000, S. 35).

KOMMISSION

**KAPITEL 6 0 — BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION** *(Fortsetzung)*

***6 0 3*** *(Fortsetzung)*

6 0 3 2 *(Fortsetzung)*

Beschluss des Rates vom 19. März 2001 zur Ermächtigung der Kommission, im Namen der Europäischen Gemeinschaft eine Änderung des am 15. Dezember 1950 in Brüssel unterzeichneten Abkommens über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens auszuhandeln, die der Europäischen Gemeinschaft den Beitritt zu dieser Organisation ermöglicht.

Entscheidung Nr. 253/2003/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2003 über ein Aktionsprogramm für das Zollwesen der Gemeinschaft („Zoll 2007“) (ABl. L 36 vom 12.2.2003, S. 1).

Entscheidung Nr. 624/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung eines Aktionsprogramms für das Zollwesen in der Gemeinschaft („Zoll 2013“) (ABl. L 154 vom 14.6.2007, S. 25).

6 0 3 3 Beteiligung Dritter an Tätigkeiten der Union — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 31 092 007,37 |

*Erläuterungen*

Etwaige Beteiligungen Dritter an Tätigkeiten der Union.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

**KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN**

***6 1 1*** ***Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines oder mehrerer Mitgliedstaaten verauslagt wurden***

6 1 1 3 Einnahmen aus der Anlage von Vermögenswerten gemäß Artikel 4 der Entscheidung 2003/76/EG — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 61 921 310,65 |

*Erläuterungen*

Die Entscheidung 2003/76/EG des Rates sieht vor, dass die Kommission mit der Abwicklung der am Ende der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags noch laufenden Finanzoperationen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl beauftragt wird.

Gemäß Artikel 4 der Entscheidung 2003/76/EG gelten die Nettobeträge aus der Anlage von Vermögenswerten als Einnahmen des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union. Diese Einnahmen unterliegen einer Zweckbindung, d. h., sie sind für die Finanzierung der Forschungsprojekte in den mit der Kohle- und Stahlindustrie verbundenen Sektoren über den Forschungsfonds für Kohle und Stahl bestimmt.

Die für die Finanzierung von Forschungsprojekten des Jahres n+2 verfügbaren Nettoeinnahmen werden zunächst auf der Aktivseite der Bilanz der in Abwicklung befindlichen EGKS für das Jahr n und — nach erfolgter Abwicklung — bei den Aktiva des Forschungsfonds für Kohle und Stahl ausgewiesen. Dieser Finanzierungsmechanismus gilt seit 2003. Die Einnahmen des Jahres 2012 werden im Haushaltsjahr 2014 für die Forschung bereitgestellt. Um etwaige Schwankungen des Finanzierungsvolumens im Forschungsbereich infolge der Entwicklung der Finanzmärkte auf ein Mindestmaß zu reduzieren, wird eine Nivellierung vorgenommen. Die im Haushaltsjahr 2014 für Forschungszwecke verfügbaren Mittel werden mit 48 366 250 EUR (netto) veranschlagt.

Gemäß Artikel 4 der Entscheidung 2003/76/EG sind 72,8 % der Fondsmittel für den Stahlsektor und 27,2 % für den Kohlesektor bestimmt.

Gemäß Artikel 21 und Artikel 181 Absatz 2 der Haushaltsordnung werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Kapitel 08 23 des Ausgabenplans dieses Einzelplans eingesetzt.

KOMMISSION

**KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***6 1 1*** *(Fortsetzung)*

6 1 1 3 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Entscheidung 2003/76/EG des Rates vom 1. Februar 2003 zur Festlegung der Bestimmungen für die Durchführung des Protokolls zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft über die finanziellen Folgen des Ablaufs der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags und über den Forschungsfonds für Kohle und Stahl (ABl. L 29 vom 5.2.2003, S. 22).

6 1 1 4 Einnahmen aus Einziehungen im Rahmen des Forschungsprogramms des Forschungsfonds für Kohle und Stahl

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Die Entscheidung 2003/76/EG sieht vor, dass die Kommission mit der Abwicklung der am Ende der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags noch laufenden Finanzoperationen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl beauftragt wird.

Gemäß Artikel 4 Absatz 5 der Entscheidung 2003/76/EG fließen die Einziehungen zunächst dem Vermögen der EGKS in Abwicklung und nach erfolgter Abwicklung den Guthaben des Forschungsfonds für Kohle und Stahl zu.

*Rechtsgrundlagen*

Entscheidung 2003/76/EG des Rates vom 1. Februar 2003 zur Festlegung der Bestimmungen für die Durchführung des Protokolls zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft über die finanziellen Folgen des Ablaufs der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags und über den Forschungsfonds für Kohle und Stahl (ABl. L 29 vom 5.2.2003, S. 22).

***6 1 2*** ***Erstattung von Beträgen, die in Durchführung von Auftragsarbeiten gegen Vergütung verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 2 322,75 |

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

***6 1 4*** ***Rückzahlung der finanziellen Unterstützung der Union bei Vorhaben und Maßnahmen, deren Ergebnisse kommerziell genutzt werden konnten***

6 1 4 3 Rückzahlung von Finanzhilfen, die zur Förderung einer europäischen Risikokapitaltätigkeit für kleine und mittlere Unternehmen gewährt werden — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Rückzahlung der gesamten oder eines Teils der finanziellen Unterstützung für kommerziell erfolgreiche Projekte, mit einer möglichen Beteiligung an den Erträgen aus Finanzhilfen, die kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen der Förderung einer europäischen Risikokapitaltätigkeit über die Instrumente „Venture Consort“ und „Eurotech Capital“ erhalten.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

KOMMISSION

**KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***6 1 4*** *(Fortsetzung)*

6 1 4 4 Rückzahlung des Beitrags der Union zu den aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds finanzierten Risikoteilungsinstrumenten — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Wiedereinsetzung von Rückflüssen und Restbeträgen aus den Beiträgen, die die Union an die aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds finanzierten Risikoteilungsinstrumente abgeführt hat.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25) und insbesondere die Artikel 14 und 36a.

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

***6 1 5*** ***Rückzahlung nicht verwendeter finanzieller Beiträge der Union***

6 1 5 0 Rückzahlung nicht verwendeter finanzieller Beiträge des Europäischen Sozialfonds, des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei, des Kohäsionsfonds, des Solidaritätsfonds, des ISPA, des IPA, des EFF und des EMFF — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 108 746 581,17 |

*Erläuterungen*

Rückzahlung nicht verwendeter finanzieller Beiträge des Europäischen Sozialfonds, des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei, des Kohäsionsfonds, des Solidaritätsfonds, des Strukturpolitischen Instruments zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA), des Instruments für Heranführungshilfe (IPA), des Europäischen Fischereifonds (EFF) und des Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF).

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

KOMMISSION

**KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***6 1 5*** *(Fortsetzung)*

6 1 5 1 Rückzahlung im Interesse des Haushaltsausgleichs geleisteter, jedoch nicht verwendeter Finanzhilfen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

6 1 5 2 Rückzahlung nicht verwendeter Zinsvergünstigungen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

6 1 5 3 Rückzahlung von Beträgen, die im Rahmen der durch das Organ geschlossenen Verträge nicht verwendet wurden — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 18 882,18 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

6 1 5 7 Rückzahlung von Vorauszahlungen im Rahmen der Strukturfonds, des Kohäsionsfonds, des Europäischen Fischereifonds und des Europäischen Meeres- und Fischereifonds — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 80 691 610,16 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Rückzahlungen von Vorfinanzierungen im Rahmen der Strukturfonds (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung und Europäischer Sozialfonds), des Kohäsionsfonds und des Europäischen Fischereifonds (EFF) und des Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) veranschlagt.

Gemäß den Artikeln 21 und 177 der Haushaltsordnung werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den entsprechenden Linien der Titel 04, 11 und 13 in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt, sofern sie benötigt werden, um eine Kürzung der Beteiligung der Fonds an der betreffenden Intervention zu vermeiden.

KOMMISSION

**KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***6 1 5*** *(Fortsetzung)*

6 1 5 7 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1164/94 des Rates vom 16. Mai 1994 zur Errichtung des Kohäsionsfonds (ABl. L 130 vom 25.5.1994, S. 1), insbesondere Anhang II Artikel D.

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25), insbesondere Artikel 82 Absatz 2 und Kapitel II.

Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (ABl. L 223 vom 15.8.2006, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

6 1 5 8 Rückzahlung sonstiger nicht verwendeter finanzieller Beiträge der Union — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 665 623,32 |

*Erläuterungen*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

***6 1 6*** ***Rückzahlung von Beträgen, die für Rechnung der Internationalen Atomenergiebehörde verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Erstattung des Anteils der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) an den von der Kommission verauslagten Beträgen für die von der IAEO im Rahmen der Verifizierungsabkommen durchgeführten Kontrollen (siehe Artikel 32 05 01 und 32 05 02 des Ausgabenplans dieses Einzelplans).

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

*Verweise*

Übereinkommen zwischen dem Königreich Belgien, dem Königreich Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, Irland, der Italienischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande, der Europäischen Atomgemeinschaft und der Internationalen Atomenergie-Organisation in Ausführung von Artikel III Absätze 1 und 4 des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (ABl. L 51 vom 22.2.1978, S. 1), insbesondere Artikel 15.

Dreiseitiges Abkommen zwischen der Gemeinschaft, dem Vereinigten Königreich und der IAEA.

Dreiseitiges Abkommen zwischen der Gemeinschaft, Frankreich und der IAEA.

KOMMISSION

**KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN** *(Fortsetzung)*

### *6 1 7 Rückzahlung von Beträgen, die im Rahmen von Finanzhilfen der Union an Drittländer gezahlt worden sind*

6 1 7 0 Rückzahlungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit Südafrika — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 414 945,67 |

*Erläuterungen*

Rückzahlung von im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit Südafrika zu viel gezahlten Beträgen durch Auftragnehmer oder Beihilfeempfänger.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Posten 21 02 05 01 und 21 02 05 02 in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

### *6 1 8 Erstattung der im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe gezahlten Beträge*

6 1 8 0 Rückzahlung der im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe an die Auftragnehmer oder die Nahrungsmittelhilfeempfänger zu viel gezahlten Beträge — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 258 631,12 |

*Erläuterungen*

Bestimmungen in den Ausschreibungen oder in den finanziellen Bedingungen im Anhang zu den Schreiben der Kommission zur Festlegung der Bedingungen für die Gewährung der Nahrungsmittelhilfe an die Begünstigten.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1257/96 des Rates vom 20. Juni 1996 über die humanitäre Hilfe (ABl. L 163 vom 2.7.1996, S. 1).

6 1 8 1 Erstattung der von den Nahrungsmittelhilfeempfängern verursachten zusätzlichen Kosten — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 788 367,25 |

*Erläuterungen*

Erstattungen nach Maßgabe der Lieferbedingungen, die den Schreiben der Kommission mit den Kriterien für die Gewährung der Nahrungsmittelhilfe an die Empfänger beigefügt sind.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1257/96 des Rates vom 20. Juni 1996 über die humanitäre Hilfe (ABl. L 163 vom 2.7.1996, S. 1).

KOMMISSION

**KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***6 1 9 Erstattung sonstiger Beträge, die für Rechnung Dritter verauslagt worden sind***

6 1 9 1 Erstattung sonstiger Beträge, die im Rahmen der Entscheidung 77/270/Euratom des Rates für Rechnung Dritter verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 23 893,— |

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Posten 19 06 04 01 und 22 02 05 01 in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

Verordnung (Euratom) Nr. 300/2007 des Rates vom 19. Februar 2007 zur Schaffung eines Instruments für Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit (ABl. L 81 vom 22.3.2007, S. 1).

**KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN**

***6 2 0 Entgeltliche Lieferung von Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen (Artikel 6 Buchstabe b des Euratom-Vertrags) — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Einnahmen aus der entgeltlichen Lieferung von Rohstoffen und spaltbarem Material an die Mitgliedstaaten zur Durchführung ihrer Forschungsprogramme.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

*Rechtsgrundlagen*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 6 Buchstabe b.

***6 2 2 Einnahmen aus den von der Gemeinsamen Forschungsstelle für Dritte gegen Vergütung erbrachten Leistungen***

6 2 2 1 Einnahmen aus dem Betrieb des Hochflussreaktors HFR, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 7 716 477,47 |

*Erläuterungen*

Einnahmen aus dem Betrieb des Hochflussreaktors (HFR) in der Forschungsanstalt Petten der Gemeinsamen Forschungsstelle.

Von Dritten abgeführte Beiträge, die zur Deckung von Ausgaben verschiedener Art, die der Gemeinsamen Forschungsstelle für den Betrieb des HFR entstehen, bestimmt sind.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 10 01 05 und 10 04 04 in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

*Abschluss früherer Programme*

Die Einnahmen werden von Belgien, Frankreich und den Niederlanden bereitgestellt.

KOMMISSION

**KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN** *(Fortsetzung)*

**6 2 2** *(Fortsetzung)*

6 2 2 3 Sonstige Einnahmen aus von der Gemeinsamen Forschungsstelle gegen Entgelt für Dritte erbrachten Dienstleistungen, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 7 800 567,04 |

*Erläuterungen*

Es handelt sich um Einnahmen, die von Personen, Unternehmen und nationalen Einrichtungen abgeführt werden, für die die Gemeinsame Forschungsstelle gegen Entgelt Forschungsarbeiten durchführt und/oder Dienstleistungen erbringt.

Gemäß Artikel 21 und Artikel 183 Absatz 2 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen bis zur Höhe der für jeden Dienstleistungsvertrag mit Dritten anfallenden Ausgaben als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 10 01 05, 10 02 01, 10 02 51, 10 02 52, 10 03 01, 10 03 51, 10 03 52 und 10 04 02 in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

6 2 2 4 Einnahmen aus Lizenzen der Kommission für patentfähige oder nicht patentfähige Erfindungen, die aus der Forschungstätigkeit der Union durch die Gemeinsame Forschungsstelle hervorgegangen sind — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 405 973,22 |

*Erläuterungen*

Gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft und insbesondere gemäß Artikel 12 können Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen — gegen Bezahlung eines angemessenen Entgelts — die Einräumung nichtausschließlicher Lizenzen an den Patenten, vorläufig geschützten Rechten, Gebrauchsmustern oder Patentanmeldungen verlangen, deren Inhaberin die Europäische Atomgemeinschaft ist.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Kapiteln 10 02 und 10 03 und bei den Artikeln 10 01 05, 10 04 02 und 10 04 03 in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

*Rechtsgrundlagen*

Vertrag über die Errichtung der Europäischen Atomgemeinschaft.

Verordnung (EWG) Nr. 2380/74 des Rates vom 17. September 1974 über die Regelung für die Verbreitung von Kenntnissen im Rahmen der Forschungsprogramme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. L 255 vom 20.9.1974, S. 1).

6 2 2 5 Sonstige Einnahmen der Gemeinsamen Forschungsstelle — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Einnahmen aus Beiträgen, Schenkungen oder Vermächtnissen Dritter zugunsten verschiedener Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Kapiteln 10 02, 10 03 und 10 04 und bei Artikel 10 01 05 in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

KOMMISSION

**KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN** *(Fortsetzung)*

***6 2 2*** *(Fortsetzung)*

6 2 2 6 Einnahmen aus von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Wege des Wettbewerbs für andere Dienststellen der Kommission erbrachten Dienstleistungen, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 60 562 810,73 |

*Erläuterungen*

Es handelt sich um Einnahmen aus Forschungsarbeiten und/oder Dienstleistungen, die die Gemeinsame Forschungsstelle für andere Dienststellen der Kommission ausführt bzw. erbringt sowie um Einnahmen aus der Beteiligung an Maßnahmen der FTE-Rahmenprogramme.

Gemäß Artikel 21 und Artikel 183 Absatz 2 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen bis zur Höhe der für jeden Dienstleistungsvertrag mit anderen Kommissionsdienststellen anfallenden Ausgaben als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 10 01 05, 10 02 01, 10 02 51, 10 02 52, 10 03 01, 10 03 51, 10 03 52 und 10 04 03 in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

***6 2 4*** ***Einnahmen aus Lizenzen der Kommission auf patentfähige oder nicht patentfähige Erfindungen, die aus der Forschungstätigkeit der Union (indirekte Maßnahmen) stammen — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 12, können Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen — gegen Bezahlung eines angemessenen Entgelts — die Einräumung nichtausschließlicher Lizenzen an den Patenten, vorläufig geschützten Rechten, Gebrauchsmustern oder Patentanmeldungen verlangen, deren Inhaberin die Europäische Atomgemeinschaft ist.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

*Rechtsgrundlagen*

Vertrag über die Errichtung der Europäischen Atomgemeinschaft.

Verordnung (EWG) Nr. 2380/74 des Rates vom 17. September 1974 über die Regelung für die Verbreitung von Kenntnissen im Rahmen der Forschungsprogramme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. L 255 vom 20.9.1974, S. 1).

**KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN SPEZIFISCHER ABKOMMEN**

***6 3 0*** ***Beiträge der Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation im Rahmen des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 249 594 532,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die Beiträge der EFTA-Staaten erfasst, die gemäß Artikel 82 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sowie gemäß dessen Protokoll 32 im Rahmen ihrer finanziellen Beteiligung an bestimmten Unionsaktionen zu leisten sind.

KOMMISSION

**KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN SPEZIFISCHER ABKOMMEN** *(Fortsetzung)*

***6 3 0*** *(Fortsetzung)*

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen finanziellen Beteiligung ist in der Zusammenfassung in einem Anhang zum Ausgabenplan dieses Einzelplans ausgewiesen.

Die Beiträge der EFTA-Staaten werden der Kommission nach Maßgabe der Bestimmungen der Artikel 1, 2 und 3 des Protokolls Nr. 32 zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum zur Verfügung gestellt.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

*Verweise*

Abkommen zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 3).

***6 3 1*** ***Beiträge im Rahmen des Schengen-Besitzstandes***

6 3 1 2 Beiträge zur Entwicklung groß angelegter Informationssysteme im Rahmen des Übereinkommens mit Island, Norwegen, der Schweiz und Liechtenstein — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 3 391 696,04 |

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 18 02 07, 18 02 08, 18 02 09 und 18 03 03 in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 1999/437/EG des Rates vom 17. Mai 1999 zum Erlass bestimmter Durchführungsvorschriften zu dem Übereinkommen zwischen dem Rat der Europäischen Union und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung dieser beiden Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 31).

Beschluss 1999/439/EG des Rates vom 17. Mai 1999 über den Abschluss des Übereinkommens mit der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung dieser beiden Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 35).

Verordnung (EG) Nr. 2725/2000 des Rates vom 11. Dezember 2000 über die Einrichtung von „Eurodac“ für den Vergleich von Fingerabdrücken zum Zwecke der effektiven Anwendung des Dubliner Übereinkommens (ABl. L 316 vom 15.12.2000, S. 1).

Beschluss 2001/258/EG des Rates vom 15. März 2001 über den Abschluss des Übereinkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Kriterien und Regelungen zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in Island oder Norwegen gestellten Asylantrags (ABl. L 93 vom 3.4.2001, S. 38), insbesondere Artikel 9 des Übereinkommens.

Beschluss 2001/886/JI des Rates vom 6. Dezember 2001 über die Entwicklung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 328 vom 13.12.2001, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2424/2001 des Rates vom 6. Dezember 2001 über die Entwicklung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 328 vom 13.12.2001, S. 4).

Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates vom 18. Februar 2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist (ABl. L 50 vom 25.2.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1560/2003 der Kommission vom 2. September 2003 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist (ABl. L 222 vom 5.9.2003, S. 3).

Entscheidung 2004/512/EG des Rates vom 8. Juni 2004 zur Einrichtung des Visa-Informationssystems (VIS) (ABl. L 213 vom 15.6.2004, S. 5).

KOMMISSION

**KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN SPEZIFISCHER ABKOMMEN** *(Fortsetzung)*

***6 3 1*** *(Fortsetzung)*

6 3 1 2 *(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 1986/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über den Zugang von für die Ausstellung von Kfz-Zulassungsbescheinigungen zuständigen Dienststellen der Mitgliedstaaten zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 381 vom 28.12.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1987/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 381 vom 28.12.2006, S. 4).

Beschluss 2007/533/JI des Rates vom 12. Juni 2007 über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 205 vom 7.8.2007, S. 63).

Beschluss 2008/146/EG des Rates vom 28. Januar 2008 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Abkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 1).

Beschluss 2008/147/EG des Rates vom 28. Januar 2008 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Kriterien und Regelungen zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags, (ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 3).

Beschluss 2008/149/EG des Rates vom 28. Januar 2008 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Abkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 50).

Beschluss 2008/633/JI des Rates vom 23. Juni 2008 über den Zugang der benannten Behörden der Mitgliedstaaten und von Europol zum Visa-Informationssystem (VIS) für Datenabfragen zum Zwecke der Verhütung, Aufdeckung und Ermittlung terroristischer und sonstiger schwerwiegender Straftaten (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 129).

Verordnung (EG) Nr. 767/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über das Visa-Informationssystem (VIS) und den Datenaustausch zwischen Mitgliedstaaten über Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 60).

Verordnung (EG) Nr. 1104/2008 des Rates vom 24. Oktober 2008 über die Migration vom Schengener Informationssystem (SIS 1+) zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 299 vom 8.11.2008, S. 1).

Beschluss 2008/839/JI des Rates vom 24. Oktober 2008 über die Migration vom Schengener Informationssystem (SIS 1+) zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 299 vom 8.11.2008, S. 43).

Beschluss 2011/349/EU des Rates vom 7. März 2011 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Protokolls zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands, insbesondere in Bezug auf die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen und die polizeiliche Zusammenarbeit (ABl. L 160 vom 18.6.2011, S. 1).

Beschluss 2011/350/EU des Rates vom 7. März 2011 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Protokolls zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands in Bezug auf die Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen und den freien Personenverkehr (ABl. L 160 vom 18.6.2011, S. 19).

Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (ABl. L 286 vom 1.11.2011, S. 1).

KOMMISSION

**KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN SPEZIFISCHER ABKOMMEN** *(Fortsetzung)*

***6 3 1*** *(Fortsetzung)*

6 3 1 3 Sonstige Beiträge im Rahmen des Schengen-Besitzstandes (Island, Norwegen, Schweiz und Liechtenstein) — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 21 018 000,— |

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 18 02 51 und 18 03 02 in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 1999/437/EG des Rates vom 17. Mai 1999 zum Erlass bestimmter Durchführungsvorschriften zu dem Übereinkommen zwischen dem Rat der Europäischen Union und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung dieser beiden Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 31-33).

Beschluss 1999/439/EG des Rates vom 17. Mai 1999 über den Abschluss des Übereinkommens mit der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung dieser beiden Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 35).

Beschluss 2001/258/EG des Rates vom 15. März 2001 über den Abschluss des Übereinkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Kriterien und Regelungen zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in Island oder Norwegen gestellten Asylantrags (ABl. L 93 vom 3.4.2001, S. 38), insbesondere Artikel 9 dieses Übereinkommens.

Entscheidung Nr. 574/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung des Außengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms Solidarität und Steuerung der Migrationsströme (ABl. L 144 vom 6.6.2007, S. 22).

Beschluss 2008/146/EG des Rates vom 28. Januar 2008 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Abkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 1).

Beschluss 2008/147/EG des Rates vom 28. Januar 2008 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Kriterien und Regelungen zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags, (ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 3).

Beschluss 2008/149/EG des Rates vom 28. Januar 2008 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Abkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 50).

Verordnung (EU) Nr. 439/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 zur Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (ABl. L 132 vom 29.5.2010, S. 11).

Beschluss 2011/305/EU des Rates vom 21. März 2011 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — einer Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie der Republik Island, dem Königreich Norwegen, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über zusätzliche Regeln im Zusammenhang mit dem Außengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 (ABl. L 137 vom 25.5.2011, S. 1).

KOMMISSION

**KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN SPEZIFISCHER ABKOMMEN** *(Fortsetzung)*

***6 3 1*** *(Fortsetzung)*

6 3 1 3 *(Fortsetzung)*

Beschluss 2011/349/EU des Rates vom 7. März 2011 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Protokolls zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands, insbesondere in Bezug auf die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen und die polizeiliche Zusammenarbeit (ABl. L 160 vom 18.6.2011, S. 1).

Beschluss 2011/350/EU des Rates vom 7. März 2011 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Protokolls zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands in Bezug auf die Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen und den freien Personenverkehr (ABl. L 160 vom 18.6.2011, S. 19).

Beschluss 2012/192/EU des Rates vom 12. Juli 2010 über die Unterzeichnung — im Namen der Union — der Vereinbarung zwischen der Europäischen Union sowie der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Beteiligung dieser Staaten an der Arbeit der Ausschüsse, die die Europäische Kommission bei der Ausübung ihrer Durchführungsbefugnisse in Bezug auf die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands unterstützen (ABl. L 103 vom 13.4.2012, S. 1).

Beschluss 2012/193/EU des Rates vom 13. März 2012 über den Abschluss — im Namen der Union — der Vereinbarung zwischen der Europäischen Union sowie der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Beteiligung dieser Staaten an der Arbeit der Ausschüsse, die die Europäische Kommission bei der Ausübung ihrer Durchführungsbefugnisse in Bezug auf die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands unterstützen (ABl. L 103 vom 13.4.2012, S. 3).

Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 des Rates vom 7. Oktober 2013 zur Einführung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung des Beschlusses des Exekutivausschusses vom 16. September 1998 bezüglich der Errichtung des Ständigen Ausschusses Schengener Durchführungsübereinkommen (ABl. L 295 vom 6.11.2013, S. 27).

***6 3 2*** ***EEF-Beitrag zu den gemeinsamen Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben — Zweckgebundene Einnahmen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 79 408 905,33 |

*Erläuterungen*

Die Beiträge des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) zu den gemeinsamen Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben werden gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bei Posten 21 01 04 10 in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

*Verweise*

Internes Abkommen zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2008-2013 bereitgestellten Gemeinschaftshilfe im Rahmen des AKP-EG-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von Finanzhilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des EG-Vertrags Anwendung findet (ABl. L 247 vom 9.9.2006, S. 32).

KOMMISSION

**KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN SPEZIFISCHER ABKOMMEN** *(Fortsetzung)*

### *6 3 3 Beiträge zu Außenhilfeprogrammen*

6 3 3 0 Beiträge der Mitgliedstaaten, einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Beiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 18 948 230,26 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten, einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie die Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen eingesetzt.

Gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

6 3 3 1 Beiträge von Drittländern, einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Beiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Finanzbeiträge von Drittländern, einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie die Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen eingesetzt.

Gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

6 3 3 2 Beiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die finanziellen Beiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen eingesetzt.

Gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

### *6 3 4 Beiträge von Treuhandfonds und Finanzierungsinstrumenten — Zweckgebundene Einnahmen*

6 3 4 0 Beiträge von Treuhandfonds zu den Verwaltungsausgaben der Kommission — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden die Verwaltungsgebühren eingestellt, die die Kommission zur Deckung ihrer Verwaltungskosten für die Jahre, in denen die Beiträge zu jedem der Treuhandfonds anfänglich verwendet wurden, abbuchen kann.

KOMMISSION

**KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN SPEZIFISCHER ABKOMMEN** *(Fortsetzung)*

***6 3 4*** *(Fortsetzung)*

6 3 4 0 *(Fortsetzung)*

Solche Verwaltungsgebühren werden während der Laufzeit des Treuhandfonds zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung gleichgestellt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 187 Absatz 7.

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1), insbesondere Artikel 259.

6 3 4 1 Beiträge von Finanzierungsinstrumenten — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Jährliche Erstattungen, einschließlich Rückflüsse, freigegebene Garantien und Darlehensbeträge, die der Kommission erstattet werden, oder Treuhandkonten, die für Finanzierungsinstrumente eingerichtet wurden und der Unterstützung aus dem Haushalt im Rahmen eines Finanzierungsinstruments zugerechnet werden können, stellen interne zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung dar und sind unbeschadet von Artikel 140 Absatz 9 dieser Haushaltsordnung für dasselbe Finanzierungsinstrument für einen Zeitraum zu verwenden, der nicht länger sein darf als der Zeitraum der Mittelbindungen plus zwei Jahre, es sei denn, der Basisrechtsakt sieht etwas anderes vor.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 140 Absatz 6.

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

**KAPITEL 6 5 — FINANZKORREKTUREN**

***6 5 0 Finanzkorrekturen***

6 5 0 0 Finanzkorrekturen im Rahmen des EFRE, des ESF, des EAGFL Abteilung Ausrichtung, des FIAF, des Kohäsionsfonds, des EFF und des EMFF — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 42 874 716,75 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden Finanzkorrekturen eingestellt, die im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des Europäischen Sozialfonds (ESF), des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) (Abteilung Ausrichtung), des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF), des Kohäsionsfonds, des Europäischen Fischereifonds (EFF) und des Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) vereinnahmt werden.

KOMMISSION

**KAPITEL 6 5 — FINANZKORREKTUREN** *(Fortsetzung)*

***6 5 0*** *(Fortsetzung)*

6 5 0 0 *(Fortsetzung)*

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Gemäß Artikel 105 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 berührt diese Verordnung weder die Fortsetzung noch die Änderung, einschließlich der vollständigen oder teilweisen Aufhebung, einer durch die Strukturfonds kofinanzierten Intervention oder eines durch den Kohäsionsfonds kofinanzierten Projekts, die von der Kommission auf der Grundlage der Verordnungen (EWG) Nr. 2052/88, (EWG) Nr. 4253/88, (EG) Nr. 1164/94 und (EG) Nr. 1260/1999 sowie jeder sonstigen für diese Interventionen am 31. Dezember 2006 geltenden Rechtsvorschrift genehmigt worden sind und für die dementsprechend bis zu dem Abschluss der betreffenden Förderung oder Projekte die genannten Rechtsvorschriften gelten.

Gemäß Artikel 152 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 berührt diese Verordnung weder die Fortsetzung oder Änderung, einschließlich der vollständigen oder teilweisen Einstellung, der betroffenen Projekte bis zu ihrem Abschluss, noch der Unterstützung, die von der Kommission auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 oder einer anderen Rechtsvorschrift, die am 31. Dezember 2013 für diese Unterstützung galt, genehmigt wurde.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1), insbesondere Artikel 24.

Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 80).

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1) und insbesondere Artikel 39 Absatz 2.

Verordnung (EG) Nr. 1263/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 54).

Verordnung (EG) Nr. 448/2001 der Kommission vom 2. März 2001 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates hinsichtlich des Verfahrens für die Vornahme von Finanzkorrekturen bei Strukturfondsinterventionen (ABl. L 64 vom 6.3.2001, S. 13).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (ABl. L 223 vom 15.8.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und der Verordnung 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 371 vom 27.12.2006, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

KOMMISSION

## KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN

### *6 6 0 Sonstige Beiträge und Erstattungen*

6 6 0 0 Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 471 123 051,21 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung etwaige, in den übrigen Teilen des Titels 6 nicht vorgesehene Einnahmen eingestellt, die als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt werden, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

6 6 0 1 Sonstige nicht zweckgebundene Beiträge und Erstattungen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 60 000 000 | 60 000 000 | 30 650 167,73 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung etwaige, in den übrigen Teilen des Titels 6 nicht vorgesehene Einnahmen eingestellt.

## KAPITEL 6 7 — EINNAHMEN BETREFFEND DEN EUROPÄISCHEN GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EGFL) UND DEN EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFTSFONDS FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS (ELER)

### *6 7 0 Einnahmen betreffend den EGFL*

6 7 0 1 Rechnungsabschluss EGFL — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 674 797 108,67 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden Einnahmen im Zusammenhang mit Konformitäts- und Rechnungsabschlussbeschlüssen zugunsten des Haushaltsplans der Union eingestellt, die für Ausgaben des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (Abteilung Ausrichtung) unter der Rubrik 1 der Finanziellen Vorausschau 2000-2006 und für Ausgaben des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) unter der Rubrik 2 der Mehrjährigen Finanzrahmen 2007-2013 und 2014-2020 gemäß den Artikeln 30 und 31 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 und gemäß den Artikeln 51 und 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 anfallen.

Bei diesem Posten werden ferner Einnahmen im Zusammenhang mit Konformitäts- und Rechnungsabschlussbeschlüssen zugunsten des Haushaltsplans eingestellt, die für Ausgaben im Rahmen der mit der Verordnung (EG) Nr. 320/2006 eingerichteten und bis 30. September 2012 befristeten Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie in der Gemeinschaft (Umstrukturierungsfonds für die Zuckerindustrie) anfallen.

Gemäß Artikel 34 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 und Artikel 43 der Verordnung (EU) Nr.1306/2013 gelten diese Einnahmen als zweckgebundene Einnahmen im Sinne der Artikel 21 und 174 der Haushaltsordnung und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien des EGFL in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

Die Einnahmen bei diesem Posten wurden auf 1 008 000 000 EUR veranschlagt und beinhalten 370 000 000 EUR, die gemäß Artikel 14 der Haushaltsordnung vom Haushaltsjahr 2013 auf das Haushaltsjahr 2014 übertragen wurden. Bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2014 wurde zur Finanzierung der Maßnahmen nach Artikel 05 02 08 ein Betrag von 464 000 000 EUR vorgesehen und der Restbetrag von 544 000 000 EUR wurde zur Finanzierung des Bedarfs von Maßnahmen nach Artikel 05 03 01 veranschlagt.

KOMMISSION

**KAPITEL 6 7 — EINNAHMEN BETREFFEND DEN EUROPÄISCHEN GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EGFL) UND DEN EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFTSFONDS FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS (ELER)** *(Fortsetzung)*

***6 7 0*** *(Fortsetzung)*

6 7 0 1 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 320/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 mit einer befristeten Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie in der Europäischen Gemeinschaft und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 42).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

6 7 0 2 Unregelmäßigkeiten EGFL — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 168 572 555,38 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden Beträge eingesetzt, die infolge der Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten oder Versäumnissen eingezogen werden, einschließlich der auf diese Beträge fällig gewordenen Verzugszinsen. Es handelt sich insbesondere um Beträge aus Unregelmäßigkeiten oder Betrugsfällen, um Zwangsgelder und Zinsen, um verfallene Sicherheiten, Einlagen und Garantien im Zusammenhang mit Ausgaben des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (Abteilung Garantie) unter der Rubrik 1 der Finanziellen Vorausschau 2000-2006 und im Zusammenhang mit Ausgaben des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) unter der Rubrik 2 der Mehrjährigen Finanzrahmen 2007-2013 und 2014-2020 gemäß Artikel 32 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 und gemäß den Artikeln 54 und 55 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013.

Bei diesem Posten werden ferner Beträge eingesetzt, die infolge von Unregelmäßigkeiten oder Irrtümern im Rahmen der mit der Verordnung (EG) Nr. 320/2006 eingerichteten und bis 30. September 2012 befristeten Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie in der Gemeinschaft (Umstrukturierungsfonds für die Zuckerindustrie) angefallen sind; dazu gehören auch Zwangsgelder, Zinsen und Sicherheiten.

Bei diesem Posten werden auch die eingezogenen Nettobeträge eingesetzt, für die die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 32 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 20 % bzw. gemäß Artikel 55 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 10 % einbehalten können. Außerdem werden Beträge aus Abschlussbeschlüssen eingesetzt, die in Anwendung von Artikel 32 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 bzw. von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 eingezogen werden.

Gemäß Artikel 34 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005, Artikel 1 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 320/2006 und Artikel 43 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 gelten diese Einnahmen als zweckgebundene Einnahmen im Sinne der Artikel 21 und 174 der Haushaltsordnung und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien des EGFL in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

Die Einnahmen bei diesem Posten werden mit 331 000 000 EUR veranschlagt und beinhalten 166 000 000 EUR, die gemäß Artikel 14 der Haushaltsordnung vom Haushaltsjahr 2013 auf das Haushaltsjahr 2014 übertragen werden. Bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 2014 wurde dieser Betrag zur Finanzierung von Maßnahmen nach Artikel 05 03 01 vorgesehen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

KOMMISSION

**KAPITEL 6 7 — EINNAHMEN BETREFFEND DEN EUROPÄISCHEN GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EGFL) UND DEN EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFTSFONDS FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS (ELER)** *(Fortsetzung)*

***6 7 0*** *(Fortsetzung)*

6 7 0 2 *(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 320/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 mit einer befristeten Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie in der Europäischen Gemeinschaft und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 42).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

6 7 0 3 Zusätzliche Abgabe der Milcherzeuger — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 64 071 461,67 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden Beträge eingesetzt, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1788/2003, gemäß Artikel 78 sowie Teil II Titel I Kapitel III Abschnitt III der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und gemäß Artikel 43 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 erhoben oder eingezogen werden.

Gemäß Artikel 34 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 und Artikel 43 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 gelten diese Einnahmen als zweckgebundene Einnahmen im Sinne der Artikel 21 und 174 der Haushaltsordnung und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien des EGFL in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

Die Einnahmen bei diesem Posten wurden auf 125 000 000 EUR veranschlagt und beinhalten 79 000 000 EUR, die gemäß Artikel 14 der Haushaltsordnung vom Haushaltsjahr 2013 auf das Haushaltsjahr 2014 übertragen wurden.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 2014 wurde dieser Betrag zur Finanzierung von Maßnahmen nach Artikel 05 03 01 vorgesehen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

KOMMISSION

**KAPITEL 6 7 — EINNAHMEN BETREFFEND DEN EUROPÄISCHEN GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EGFL) UND DEN EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFTSFONDS FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS (ELER)** *(Fortsetzung)*

## *6 7 1 Einnahmen betreffend den ELER*

### 6 7 1 1 Rechnungsabschluss ELER — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 50 156 378,48 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden Einnahmen im Zusammenhang mit Konformitäts- und Rechnungsabschlussbeschlüssen zugunsten des Haushaltsplans der Union eingestellt, die für Ausgaben des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung unter der Rubrik 1 der Finanziellen Vorausschau 2000-2006 und für Ausgaben des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) unter der Rubrik 2 der Mehrjährigen Finanzrahmen 2007-2013 und 2014-2020 gemäß den Artikeln 30 und 31 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 und gemäß den Artikeln 51 und 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 anfallen.

Gemäß Artikel 34 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 und Artikel 43 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 gelten diese Einnahmen als zweckgebundene Einnahmen im Sinne des Artikels 21 der Haushaltsordnung und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien des ELER in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 2014 wurde bei den Artikeln 05 04 05 und 05 04 60 kein bestimmter Betrag vorgesehen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

### 6 7 1 2 Unregelmäßigkeiten ELER — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden Beträge eingesetzt, die infolge der Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten oder Versäumnissen eingezogen werden, einschließlich der auf diese Beträge fällig gewordenen Verzugszinsen. Es handelt sich insbesondere um Beträge aus Unregelmäßigkeiten oder Betrugsfällen, um Zwangsgelder und Zinsen und um verfallene Sicherheiten, die für Ausgaben des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gemäß Artikel 33 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 und gemäß den Artikeln 54 und 56 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 anfallen.

Gemäß Artikel 34 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 und Artikel 43 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 gelten diese Einnahmen als zweckgebundene Einnahmen im Sinne des Artikels 21 der Haushaltsordnung und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien des ELER in den Ausgabenplan dieses Einzelplans eingesetzt.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 2014 wurde bei den Artikeln 05 04 05 und 05 04 60 kein bestimmter Betrag vorgesehen.

KOMMISSION

**KAPITEL 6 7 — EINNAHMEN BETREFFEND DEN EUROPÄISCHEN GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EGFL) UND DEN EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFTSFONDS FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS (ELER)** *(Fortsetzung)*

***6 7 1*** *(Fortsetzung)*

6 7 1 2 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

KOMMISSION

# TITEL 7

# VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

## KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN
## KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN
## KAPITEL 7 2 — ZINSERTRÄGE AUS EINLAGEN UND GELDBUSSEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 7 0 | | | | |
| ***7 0 0*** | ***Verzugszinsen*** | | | | |
| 7 0 0 0 | Zinsen infolge verspäteter Gutschrift auf den Konten bei den Finanzverwaltungen der Mitgliedstaaten | 5 000 000 | 5 000 000 | 160 458 470,37 | 3 209,17 |
| 7 0 0 1 | Sonstige Verzugszinsen | 3 000 000 | 3 000 000 | 1 044 458,23 | 34,82 |
| | *Artikel 7 0 0 — Insgesamt* | 8 000 000 | 8 000 000 | 161 502 928,60 | 2 018,79 |
| ***7 0 1*** | ***Verzugszinsen und sonstige Zinserträge aus Geldbußen*** | 15 000 000 | 142 000 000 | 294 301 251,95 | 1 962,01 |
| | KAPITEL 7 0 — INSGESAMT | 23 000 000 | 150 000 000 | 455 804 180,55 | 1 981,76 |
| | KAPITEL 7 1 | | | | |
| ***7 1 0*** | ***Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen*** | 100 000 000 | 1 472 000 000 | 3 292 301 928,56 | 3 292,30 |
| ***7 1 1*** | ***Abgabe für Emissionsüberschreitungen bei neuen Personenkraftwagen*** | p.m. | p.m. | | — |
| ***7 1 2*** | ***Zwangsgelder und Pauschalbeträge, die den Mitgliedstaaten bei Nichtbefolgen eines Urteils des Gerichtshofes der Europäischen Union zur Feststellung von Verstößen gegen Verpflichtungen aus dem Vertrag auferlegt werden*** | p.m. | 20 000 000 | 59 296 944,— | — |
| | KAPITEL 7 1 — INSGESAMT | 100 000 000 | 1 492 000 000 | 3 351 598 872,56 | 3 351,60 |
| | KAPITEL 7 2 | | | | |
| ***7 2 0*** | ***Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen*** | | | | |
| 7 2 0 0 | Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen infolge der Anwendung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit — Zweckgebundene Einnahmen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 7 2 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 7 2 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 7 — Insgesamt** | **123 000 000** | **1 642 000 000** | **3 807 403 053,11** | **3 095,45** |

KOMMISSION

# TITEL 7

# VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

## KAPITEL 70 — VERZUGSZINSEN

### *700 Verzugszinsen*

7000 Zinsen infolge verspäteter Gutschrift auf den Konten bei den Finanzverwaltungen der Mitgliedstaaten

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 5 000 000 | 5 000 000 | 160 458 470,37 |

*Erläuterungen*

Jede Verzögerung der Gutschrift durch einen Mitgliedstaat auf dem für die Kommission gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 eingerichteten Konto führt zu Verzugszinsen für den betreffenden Mitgliedstaat.

Diese Verzugszinsen werden für die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, auf der Grundlage des im *Amtsblatt der Europäischen Union*, Reihe C, veröffentlichten Satzes berechnet, der von der Europäischen Zentralbank für ihre Refinanzierungsgeschäfte zugrunde gelegt wird und der am ersten Tag des Fälligkeitsmonats gilt, zuzüglich zwei Prozentpunkte. Dieser Satz erhöht sich für jeden Verzugsmonat um 0,25 Prozentpunkte. Der erhöhte Satz wird auf den gesamten Verzugszeitraum angewendet.

Für die Mitgliedstaaten, deren Währung nicht der Euro ist, gilt der Satz, der von den Zentralbanken bei ihren Hauptrefinanzierungsgeschäften angewandt wird und der am ersten Tag des Fälligkeitsmonats gilt, zuzüglich zwei Prozentpunkte, oder — für Mitgliedstaaten, für die der Zentralbanksatz nicht vorliegt — der am ersten Tag des Fälligkeitsmonats auf dem Geldmarkt des jeweiligen Mitgliedstaats angewandte Satz, der dem vorgenannten Satz am ehesten entspricht, zuzüglich zwei Prozentpunkte. Dieser Satz erhöht sich für jeden Verzugsmonat um 0,25 Prozentpunkte. Der erhöhte Satz wird auf den gesamten Verzugszeitraum angewendet.

Der Zinssatz findet auf alle Gutschriften von Eigenmitteln, die in Artikel 10 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 aufgelistet sind, Anwendung.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 78 Absatz 4.

7001 Sonstige Verzugszinsen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 3 000 000 | 3 000 000 | 1 044 458,23 |

*Erläuterungen*

Dieser Posten dient der Einstellung von Verzugszinsen wegen verspäteter Gutschrift anderer Forderungsbeträge als Eigenmittel.

*Rechtsgrundlagen*

Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 3), insbesondere Artikel 2 Absatz 5 des Protokolls 32.

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25), insbesondere Artikel 102.

KOMMISSION

**KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN** *(Fortsetzung)*

***7 0 0*** *(Fortsetzung)*

7 0 0 1 *(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 371 vom 27.12.2006, S. 1).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 78 Absatz 4.

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1), insbesondere Artikel 83.

***7 0 1*** ***Verzugszinsen und sonstige Zinserträge aus Geldbußen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 15 000 000 | 142 000 000 | 294 301 251,95 |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel dient der Einstellung von auf Sonderkonten für Geldbußen auflaufenden Zinserträgen sowie von Verzugszinsen im Zusammenhang mit Geldbußen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen („EG-Fusionskontrollverordnung“) (ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1), insbesondere die Artikel 14 und 15.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 78 Absatz 4.

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1), insbesondere Artikel 83.

**KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN**

***7 1 0*** ***Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 100 000 000 | 1 472 000 000 | 3 292 301 928,56 |

*Erläuterungen*

Die Kommission kann Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen gegen Unternehmen und Unternehmensvereinigungen verhängen, wenn diese Verbote nicht beachten oder den Verpflichtungen, die ihnen aus den unten angeführten Verordnungen oder Artikel 101 und 102 des Vertrags über die Funktionsweise der Europäischen Union erwachsen, nicht beachten.

KOMMISSION

**KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN** *(Fortsetzung)*

***7 1 0*** *(Fortsetzung)*

Die Geldbußen müssen normalerweise in einem Zeitraum von drei Monaten nach Veröffentlichung des Kommissionsbeschlusses gezahlt werden. Die Kommission wird den Betrag jedoch nicht vereinnahmen, wenn das Unternehmen ein Rechtsmittelverfahren vor dem Gerichtshof der Europäischen Union angestrengt hat; das Unternehmen muss dulden, dass nach Ablauf der Zahlungsfrist Zinsen fällig werden, und der Kommission eine Bankgarantie zur Verfügung stellen, die sowohl die Hauptschuld als auch Zinsen oder Zuschläge bis zur endgültigen Zahlungsfrist abdeckt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen („EG-Fusionskontrollverordnung“) (ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1), insbesondere die Artikel 14 und 15.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

***7 1 1*** ***Abgabe für Emissionsüberschreitungen bei neuen Personenkraftwagen***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die von der Kommission erhobenen Abgaben für Emissionsüberschreitungen eingesetzt.

Ziel der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 ist die Festsetzung von Emissionsnormen für in der Gemeinschaft zugelassene neue Personenkraftwagen, um auf diese Weise einen Beitrag zum Gesamtkonzept der Gemeinschaft zur Verringerung der $CO_2$-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen zu leisten und gleichzeitig das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes zu gewährleisten.

Übersteigen die durchschnittlichen spezifischen $CO_2$-Emissionen eines Herstellers im Kalenderjahr 2012 oder einem folgenden Kalenderjahr die Zielvorgabe für die spezifischen Emissionen des Herstellers in dem betreffenden Jahr, so erhebt die Kommission von ihm bzw., im Falle einer Emissionsgemeinschaft, vom Vertreter der Emissionsgemeinschaft eine Abgabe wegen Emissionsüberschreitung.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen im Rahmen des Gesamtkonzepts der Gemeinschaft zur Verringerung der $CO_2$-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 1), insbesondere Artikel 9.

Beschluss 2012/100/EU der Kommission vom 17. Februar 2012 über ein Verfahren für die Erhebung der Abgaben wegen Überschreitung der $CO_2$ -Emissionen neuer Personenkraftwagen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 71).

KOMMISSION

**KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN** *(Fortsetzung)*

***7 1 2 Zwangsgelder und Pauschalbeträge, die den Mitgliedstaaten bei Nichtbefolgen eines Urteils des Gerichtshofes der Europäischen Union zur Feststellung von Verstößen gegen Verpflichtungen aus dem Vertrag auferlegt werden***

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 20 000 000 | 59 296 944,— |

*Rechtsgrundlagen*

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 260 Absatz 2.

**KAPITEL 7 2 — ZINSERTRÄGE AUS EINLAGEN UND GELDBUSSEN**

***7 2 0 Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen***

7 2 0 0 Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen infolge der Anwendung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit — Zweckgebundene Einnahmen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen infolge der Anwendung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit.

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe c der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 6), insbesondere Artikel 16.

KOMMISSION

# TITEL 8

# ANLEIHEN UND DARLEHEN

**KAPITEL 8 0 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN**
**KAPITEL 8 1 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN**
**KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 8 0 | | | | |
| ***800*** | ***Garantie der Europäischen Union für Anleihen der Union zur Stützung der Zahlungsbilanzen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***801*** | ***Garantie der Europäischen Union für Euratom-Anleihen*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***802*** | ***Garantie der Europäischen Union für Anleihen der Union zum Zweck des finanziellen Beistands im Rahmen des europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 8 0 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 8 1 | | | | |
| ***810*** | ***Rückfluss und Zinsertrag von im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit mit Drittländern aus dem Mittelmeerraum gewährten Sonderdarlehen und von Risikokapital*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***813*** | ***Rückfluss und Zinsertrag im Rahmen der Darlehen und des Risikokapitals, das die Kommission im Rahmen der Aktion „European Community Investment Partners“ in den Entwicklungsländern des Mittelmeerraums sowie in Südafrika gewährt*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 8 1 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 8 2 | | | | |
| ***827*** | ***Garantie der Europäischen Union für die Anleiheprogramme der Union zur Gewährung einer Finanzhilfe zugunsten von Drittländern*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***828*** | ***Garantie für Euratom-Darlehen zur Verbesserung des Wirkungsgrades und der Sicherheit der Kernkraftanlagen in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 8 2 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |

KOMMISSION

**KAPITEL 8 3 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTEN IN DRITTLÄNDERN**

**KAPITEL 8 5 — EINNAHMEN AUS BETEILIGUNGEN DER GARANTIEEINRICHTUNGEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 8 3 | | | | |
| ***8 3 5*** | ***Garantie der Europäischen Union für Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Drittländer*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 8 3 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 8 5 | | | | |
| ***8 5 0*** | ***Vom Europäischen Investitionsfonds ausgeschüttete Dividenden*** | 2 477 000 | 3 696 000 | 0,— | 0,— |
| | KAPITEL 8 5 — INSGESAMT | 2 477 000 | 3 696 000 | 0,— | 0,— |
| | **Titel 8 — Insgesamt** | **2 477 000** | **3 696 000** | **0,—** | **0,—** |

KOMMISSION

# TITEL 8

# ANLEIHEN UND DARLEHEN

## KAPITEL 8 0 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN

### *8 0 0* *Garantie der Europäischen Union für Anleihen der Union zur Stützung der Zahlungsbilanzen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Die Garantie der Union betrifft die auf den Kapitalmärkten oder bei Finanzinstitutionen aufgenommenen Anleihen. Der Kapitalbetrag der Darlehen, die damit den Mitgliedstaaten gewährt werden können, ist auf 50 000 000 000 EUR begrenzt.

Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel 01 02 02, sofern diese Einnahmen nicht von den Ausgaben abgezogen worden sind.

Eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen) ist der Anlage zu Teil II des Ausgabenplans dieses Einzelplans zu entnehmen.

*Rechtsgrundlagen*

Zur Rechtsgrundlage siehe die Erläuterungen zu Artikel 01 02 02 des Ausgabenplans dieses Einzelplans.

### *8 0 1* *Garantie der Europäischen Union für Euratom-Anleihen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel 01 04 03, sofern diese Einnahmen nicht von den Ausgaben abgezogen worden sind.

Eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen) ist der Anlage zu Teil II des Ausgabenplans dieses Einzelplans zu entnehmen.

*Rechtsgrundlagen*

Zur Rechtsgrundlage siehe die Erläuterungen zu Artikel 01 04 03 des Ausgabenplans dieses Einzelplans.

### *8 0 2* *Garantie der Europäischen Union für Anleihen der Union zum Zweck des finanziellen Beistands im Rahmen des europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Die Garantie der Union betrifft die auf den Kapitalmärkten oder bei Finanzinstituten aufgenommenen Anleihen. Der Betrag der ausstehenden Darlehen oder Kreditlinien, die Mitgliedstaaten gewährt werden, ist auf den in der Rechtsgrundlage vorgeschriebenen Höchstbetrag begrenzt.

Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel 01 02 03, sofern diese Einnahmen nicht von den Ausgaben abgezogen worden sind.

Eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen) ist der Anlage zu Teil II des Ausgabenplans dieses Einzelplans zu entnehmen.

*Rechtsgrundlagen*

Zur Rechtsgrundlage siehe die Erläuterungen zu Artikel 01 02 03 des Ausgabenplans dieses Einzelplans.

KOMMISSION

## KAPITEL 8 1 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN

### *8 1 0 Rückfluss und Zinsertrag von im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit mit Drittländern aus dem Mittelmeerraum gewährten Sonderdarlehen und von Risikokapital*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden Rückzahlungen von Hauptschuld und Zinserträgen eingesetzt, die für Sonderdarlehen und Risikokapital anfallen, die aus den Mitteln der Kapitel 21 03 und 22 02 des Ausgabenplans dieses Einzelplans an Drittländer des Mittelmeerraums gewährt werden.

Er umfasst auch Tilgungs- und Zinseinnahmen aus Sonderdarlehen und Risikokapital, die bestimmten Mitgliedstaaten im Mittelmeerraum gewährt wurden. Diese stellen jedoch nur einen sehr kleinen Teil des Gesamtbetrages dar. Diese Darlehen und Risikokapital wurden zu einem Zeitpunkt gewährt, als diese Länder noch nicht Mitglied der Europäischen Union waren.

Die tatsächlichen Einnahmen sind wegen der Zahlung der Zinsen für Sonderdarlehen und Risikokapital, die noch im vergangenen Haushaltsjahr und im laufenden Haushaltsjahr ausgezahlt werden können, normalerweise höher als die Mittelansätze im Haushaltsplan. Die Zinsen für die Sonderdarlehen und das Risikokapital werden ab Auszahlung fällig; erstere sind halbjährlich, die zweiten in der Regel jährlich zahlbar.

*Rechtsgrundlagen*

Zur Rechtsgrundlage siehe die Erläuterungen zu den Kapiteln 21 03 und 22 02 des Ausgabenplans dieses Einzelplans.

*Verweise*

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom … zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ABl. L … vom …, S. …).

### *8 1 3 Rückfluss und Zinsertrag im Rahmen der Darlehen und des Risikokapitals, das die Kommission im Rahmen der Aktion „European Community Investment Partners“ in den Entwicklungsländern des Mittelmeerraums sowie in Südafrika gewährt*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden Rückzahlungen von Hauptschuld und Zinserträgen eingesetzt, die für Darlehen und Risikokapital anfallen, die aus den Mitteln der Artikel 21 02 51 und 21 03 51 im Rahmen der Aktion „European Community Investment Partners“ gewährt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Zur Rechtsgrundlage siehe die Erläuterungen zu den Artikeln 21 02 51 und 21 03 51 des Ausgabenplans dieses Einzelplans.

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

*Verweise*

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom … zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ABl. L … vom …, S. …).

KOMMISSION

## KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN

### *8 2 7 Garantie der Europäischen Union für die Anleiheprogramme der Union zur Gewährung einer Finanzhilfe zugunsten von Drittländern*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel 01 03 03, sofern diese Einnahmen nicht von den Ausgaben abgezogen worden sind.

Eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen) ist der Anlage zu Teil II des Ausgabenplans dieses Einzelplans zu entnehmen.

*Rechtsgrundlagen*

Zur Rechtsgrundlage siehe die Erläuterungen zu Artikel 01 03 03 des Ausgabenplans dieses Einzelplans.

### *8 2 8 Garantie für Euratom-Darlehen zur Verbesserung des Wirkungsgrades und der Sicherheit der Kernkraftanlagen in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel 01 03 04, sofern diese Einnahmen nicht von den Ausgaben abgezogen worden sind.

Eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen) ist der Anlage zu Teil II des Ausgabenplans dieses Einzelplans zu entnehmen.

*Rechtsgrundlagen*

Zur Rechtsgrundlage siehe die Erläuterungen zu Artikel 01 03 04 des Ausgabenplans dieses Einzelplans.

## KAPITEL 8 3 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTEN IN DRITTLÄNDERN

### *8 3 5 Garantie der Europäischen Union für Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Drittländer*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel 01 03 05, sofern diese Einnahmen nicht von den Ausgaben abgezogen worden sind.

Eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen) ist der Anlage zu Teil II des Ausgabenplans dieses Einzelplans zu entnehmen.

*Rechtsgrundlagen*

Zur Rechtsgrundlage siehe die Erläuterungen zu Artikel 01 03 05 des Ausgabenplans dieses Einzelplans.

KOMMISSION

## KAPITEL 8 5 — EINNAHMEN AUS BETEILIGUNGEN DER GARANTIEEINRICHTUNGEN

### *8 5 0* *Vom Europäischen Investitionsfonds ausgeschüttete Dividenden*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 2 477 000 | 3 696 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel dient der Verbuchung von Dividenden, die der Europäische Investitionsfonds gegebenenfalls für diese Beteiligung ausschüttet.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 94/375/EG des Rates vom 6. Juni 1994 über die Mitgliedschaft der Gemeinschaft im Europäischen Investitionsfonds (ABl. L 173 vom 7.7.1994, S. 12).

Beschluss 2007/247/EG des Rates vom 19. April 2007 über die Beteiligung der Gemeinschaft an der Aufstockung des Kapitals des Europäischen Investitionsfonds (ABl. L 107 vom 25.4.2007, S. 5).

KOMMISSION

## TITEL 9

## SONSTIGE EINNAHMEN

### KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 9 0 | | | | |
| ***9 0 0*** | ***Sonstige Einnahmen*** | 30 000 000 | 30 000 000 | 29 204 732,51 | 97,35 |
| | KAPITEL 9 0 — INSGESAMT | 30 000 000 | 30 000 000 | 29 204 732,51 | 97,35 |
| | **Titel 9 — Insgesamt** | **30 000 000** | **30 000 000** | **29 204 732,51** | **97,35** |
| | **GESAMTBETRAG** | **1 207 096 454** | **2 744 943 713** | **7 922 503 944,66** | **656,33** |

KOMMISSION

# TITEL 9

# SONSTIGE EINNAHMEN

## KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

### *9 0 0* *Sonstige Einnahmen*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 30 000 000 | 30 000 000 | 29 204 732,51 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die sonstigen Einnahmen eingesetzt.

KOMMISSION

# GESAMTÜBERSICHT ÜBER DIE MITTEL (2014 UND 2013) UND AUSGABEN (2012)

KOMMISSION

| Titel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 01 | WIRTSCHAFT UND FINANZEN | 210 524 228 | 295 466 113 | 555 684 796 | 418 350 972 | 534 375 396,49 | 484 009 950,16 |
| | *Reserven (40 02 41)* | *2 000 000* | *2 000 000* | | | | |
| | | 212 524 228 | 297 466 113 | 555 684 796 | 418 350 972 | 534 375 396,49 | 484 009 950,16 |
| 02 | UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE | 2 536 375 797 | 2 105 143 666 | 1 154 662 386 | 1 374 282 339 | 1 236 765 507,96 | 1 269 115 493,19 |
| 03 | WETTBEWERB | 94 462 975 | 94 462 975 | 92 219 149 | 92 219 149 | 93 126 441,20 | 93 126 441,20 |
| 04 | BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION | 13 839 025 490 | 11 621 742 555 | 12 214 158 933 | 13 730 535 206 | 11 781 944 935,68 | 11 700 254 763,24 |
| 05 | LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS | 58 046 850 675 | 55 635 020 579 | 58 851 894 643 | 56 863 026 294 | 59 513 117 612,05 | 57 948 847 749,80 |
| 06 | MOBILITÄT UND VERKEHR | 2 867 047 650 | 1 003 284 934 | 1 738 144 530 | 994 113 069 | 1 709 432 617,84 | 1 104 184 102,07 |
| 07 | UMWELT | 407 281 956 | 345 558 517 | 448 357 007 | 356 066 737 | 450 706 308,82 | 339 478 662,54 |
| 08 | FORSCHUNG UND INNOVATION | 6 214 844 914 | 4 107 277 022 | 6 912 982 033 | 5 028 234 812 | 7 101 864 696,86 | 5 333 086 778,98 |
| 09 | KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN | 1 637 399 923 | 961 129 100 | 1 811 829 637 | 1 549 017 892 | 1 877 585 652,11 | 1 503 308 124,87 |
| | *Reserven (40 02 41)* | | | *391 985* | *391 985* | | |
| | | 1 637 399 923 | 961 129 100 | 1 812 221 622 | 1 549 409 877 | 1 877 585 652,11 | 1 503 308 124,87 |
| 10 | DIREKTE FORSCHUNG | 424 855 000 | 420 235 985 | 424 319 156 | 419 725 995 | 494 252 798,03 | 478 980 641,86 |
| 11 | MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI | 950 774 942 | 667 482 286 | 919 262 394 | 763 270 938 | 1 006 648 028,55 | 746 192 857,32 |
| | *Reserven (40 02 41)* | *115 342 000* | *112 342 000* | *115 220 000* | *70 190 000* | | |
| | | 1 066 116 942 | 779 824 286 | 1 034 482 394 | 833 460 938 | 1 006 648 028,55 | 746 192 857,32 |
| 12 | BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN | 116 900 978 | 117 126 978 | 103 313 472 | 101 938 194 | 100 391 417,66 | 99 206 724,10 |
| | *Reserven (40 02 41)* | | | *3 000 000* | *3 000 000* | | |
| | | 116 900 978 | 117 126 978 | 106 313 472 | 104 938 194 | 100 391 417,66 | 99 206 724,10 |
| 13 | REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG | 33 073 259 166 | 40 223 363 359 | 44 193 368 761 | 43 589 207 446 | 42 646 751 936,28 | 38 255 919 879,30 |
| 14 | STEUERN UND ZOLLUNION | 157 048 298 | 122 369 692 | 144 620 394 | 127 227 655 | 143 579 228,03 | 129 715 951,60 |
| 15 | BILDUNG UND KULTUR | 2 820 024 822 | 2 241 707 412 | 2 829 575 587 | 2 627 868 535 | 3 086 566 104,83 | 2 759 104 773,59 |
| 16 | KOMMUNIKATION | 246 356 400 | 244 896 374 | 265 242 159 | 252 328 941 | 264 906 049,82 | 257 936 924,19 |
| 17 | GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ | 618 166 222 | 566 799 722 | 634 370 124 | 598 986 674 | 638 943 719,47 | 634 981 730,09 |
| 18 | INNERES | 1 201 391 889 | 762 599 931 | 1 227 109 539 | 906 396 228 | 1 290 183 311,52 | 834 053 639,10 |
| | *Reserven (40 02 41)* | | | *111 280 000* | *66 442 946* | | |
| | | 1 201 391 889 | 762 599 931 | 1 338 389 539 | 972 839 174 | 1 290 183 311,52 | 834 053 639,10 |

KOMMISSION

| Titel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 19 | AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE | 732 732 818 | 463 169 988 | 741 747 374 | 552 100 379 | 658 107 678,21 | 505 830 466,23 |
| 20 | HANDEL | 121 107 855 | 115 403 729 | 107 473 453 | 104 177 332 | 104 009 926,24 | 104 786 559,55 |
| 21 | ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT | 5 083 850 744 | 3 658 319 989 | 5 830 678 495 | 3 975 795 442 | 5 932 244 503,32 | 4 160 202 964,25 |
| 22 | ERWEITERUNG | 1 519 908 038 | 903 886 742 | 1 094 421 644 | 915 825 985 | 1 137 893 159,94 | 948 540 424,94 |
| 23 | HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ | 1 006 464 161 | 850 884 342 | 917 322 828 | 979 489 048 | 1 293 672 336,26 | 1 128 844 309,71 |
| 24 | BETRUGSBEKÄMPFUNG | 78 230 900 | 74 910 993 | 75 427 800 | 69 443 664 | 78 720 970,26 | 75 141 780,78 |
| | *Reserven (40 01 40)* | | | *3 929 200* | *3 929 200* | | |
| | | 78 230 900 | 74 910 993 | 79 357 000 | 73 372 864 | 78 720 970,26 | 75 141 780,78 |
| 25 | KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION | 194 113 789 | 194 836 589 | 193 336 661 | 194 086 661 | 195 753 614,73 | 195 500 542,49 |
| 26 | VERWALTUNG DER KOMMISSION | 1 001 465 044 | 991 092 001 | 1 030 021 548 | 1 023 305 407 | 1 157 936 749,74 | 1 155 349 506,52 |
| 27 | HAUSHALT | 95 786 613 | 95 786 613 | 142 450 570 | 142 450 570 | 60 330 542,56 | 60 330 542,56 |
| 28 | AUDIT | 11 633 979 | 11 633 979 | 11 879 141 | 11 879 141 | 11 792 392,67 | 11 792 392,67 |
| 29 | STATISTIK | 131 894 632 | 152 072 858 | 82 071 571 | 114 760 614 | 134 685 645,25 | 128 234 631,— |
| | *Reserven (40 01 40, 40 02 41)* | | | *51 900 000* | *7 743 254* | | |
| | | 131 894 632 | 152 072 858 | 133 971 571 | 122 503 868 | 134 685 645,25 | 128 234 631,— |
| 30 | VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN | 1 449 531 000 | 1 449 531 000 | 1 399 471 000 | 1 399 471 000 | 1 317 845 088,88 | 1 317 845 088,88 |
| 31 | SPRACHENDIENSTE | 387 659 143 | 387 659 143 | 396 815 433 | 396 815 433 | 433 456 709,93 | 433 456 709,93 |
| 32 | ENERGIE | 933 452 862 | 588 030 260 | 702 352 065 | 787 753 331 | 691 005 597,82 | 700 556 221,05 |
| 33 | JUSTIZ | 203 414 816 | 193 026 816 | 217 988 524 | 183 623 972 | 220 052 912,44 | 191 515 557,19 |
| 34 | KLIMASCHUTZ | 121 471 119 | 42 711 025 | 50 026 268 | 48 110 336 | 44 632 337,91 | 42 283 083,38 |
| 40 | RESERVEN | 573 523 000 | 264 342 000 | 1 049 836 185 | 231 697 385 | 0,— | 0,— |
| | **Insgesamt** | **139 108 831 838** | **131 972 965 267** | **148 564 435 260** | **140 923 582 776** | **147 443 281 929,36** | **135 131 715 968,33** |
| | ***Davon Reserven (40 01 40, 40 02 41)*** | ***117 342 000*** | ***114 342 000*** | ***285 721 185*** | ***151 697 385*** | | |

KOMMISSION

*TITEL XX*

**VERWALTUNGSAUSGABEN DER EINZELNEN POLITIKBEREICHE**

# TITEL XX

# VERWALTUNGSAUSGABEN DER EINZELNEN POLITIKBEREICHE

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|---|
| XX 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN NACH POLITIKBEREICHEN | | | | |
| **XX 01 01** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit in verschiedenen Politikbereichen*** | | | | |
| XX 01 01 01 | Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Kommission | | | | |
| XX 01 01 01 01 | Gehälter und Zulagen | 5.2 | 1 815 991 000 | 1 832 209 000 | 1 835 529 116,31 |
| XX 01 01 01 02 | Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Versetzungen und Ausscheiden aus dem Dienst | 5.2 | 14 398 000 | 14 873 000 | 13 301 985,81 |
| XX 01 01 01 03 | Anpassung der Dienstbezüge | 5.2 | p.m. | 15 472 000 | 0,— |
| | *Subtotal* | | 1 830 389 000 | 1 862 554 000 | 1 848 831 102,12 |
| XX 01 01 02 | Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Kommission in den Delegationen der Union | | | | |
| XX 01 01 02 01 | Gehälter und Zulagen | 5.2 | 107 033 000 | 110 428 000 | 103 840 600,— |
| XX 01 01 02 02 | Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Versetzungen und Ausscheiden aus dem Dienst | 5.2 | 7 506 000 | 7 462 000 | 6 764 000,— |
| XX 01 01 02 03 | Mittel für etwaige Anpassungen der Dienstbezüge | 5.2 | p.m. | 871 000 | 0,— |
| | *Subtotal* | | 114 539 000 | 118 761 000 | 110 604 600,— |
| | *Artikel XX 01 01 — Subtotal* | | 1 944 928 000 | 1 981 315 000 | 1 959 435 702,12 |
| **XX 01 02** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben*** | | | | |
| XX 01 02 01 | Externes Personal im Dienst der Kommission | | | | |
| XX 01 02 01 01 | Vertragsbedienstete | 5.2 | 62 598 343 | 66 373 486 | 63 225 943,03 |
| XX 01 02 01 02 | Personal der Agenturen sowie technische und administrative Unterstützung für verschiedene Tätigkeiten | 5.2 | 23 545 000 | 23 545 000 | 31 832 449,45 |
| XX 01 02 01 03 | Vorübergehend zur Kommission abgeordnete nationale Beamte | 5.2 | 38 076 000 | 39 727 000 | 35 877 954,23 |
| | *Subtotal* | | 124 219 343 | 129 645 486 | 130 936 346,71 |
| XX 01 02 02 | Externes Personal der Kommission in den Delegationen der Union | | | | |
| XX 01 02 02 01 | Dienstbezüge des sonstigen Personals | 5.2 | 8 794 000 | 7 619 000 | 6 564 000,— |
| XX 01 02 02 02 | Ausbildungsmaßnahmen für beigeordnete Sachverständige und abgeordnete nationale Sachverständige | 5.2 | 1 792 000 | 2 300 000 | 3 500 000,— |
| XX 01 02 02 03 | Sonstige Ausgaben für Personal und Dienstleistungen | 5.2 | 337 000 | 256 000 | 256 000,— |
| | *Subtotal* | | 10 923 000 | 10 175 000 | 10 320 000,— |
| XX 01 02 11 | Sonstige Ausgaben für den Dienstbetrieb des Organs | | | | |
| XX 01 02 11 01 | Ausgaben für Dienstreisen und Repräsentationszwecke | 5.2 | 56 654 546 | 56 391 000 | 59 933 898,33 |

KOMMISSION

*TITEL XX — VERWALTUNGSAUSGABEN DER EINZELNEN POLITIKBEREICHE*

| Titel<br>Kapitel<br>Artikel<br>Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|---|
| XX 01 02 11 02 | Ausgaben für Konferenzen, Sitzungen und Sachverständigengruppen | 5.2 | 26 017 658 | 27 008 000 | 24 752 014,30 |
| XX 01 02 11 03 | Ausschusssitzungen | 5.2 | 12 215 651 | 12 863 000 | 11 677 956,01 |
| XX 01 02 11 04 | Untersuchungen und Konsultationen | 5.2 | 6 394 145 | 6 400 000 | 6 555 204,75 |
| XX 01 02 11 05 | Informations- und Managementsysteme | 5.2 | 26 974 674 | 26 985 000 | 33 301 767,77 |
| XX 01 02 11 06 | Weiterbildung und Managementschulung | 5.2 | 12 981 983 | 13 500 000 | 14 571 117,26 |
| | *Subtotal* | | 141 238 657 | 143 147 000 | 150 791 958,42 |
| XX 01 02 12 | Sonstige Verwaltungsausgaben für Personal der Kommission in Delegationen der Union | | | | |
| XX 01 02 12 01 | Dienstreise- und Repräsentationskosten, Ausgaben für Konferenzen | 5.2 | 5 797 000 | 6 328 000 | 6 541 000,— |
| XX 01 02 12 02 | Berufliche Fortbildung des Personals in den Delegationen | 5.2 | 350 000 | 500 000 | 522 000,— |
| | *Subtotal* | | 6 147 000 | 6 828 000 | 7 063 000,— |
| | *Artikel XX 01 02 — Subtotal* | | 282 528 000 | 289 795 486 | 299 111 305,13 |
| **XX 01 03** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen sowie für Gebäude*** | | | | |
| XX 01 03 01 | Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen in der Kommission | | | | |
| XX 01 03 01 03 | IKT-Ausstattung | 5.2 | 54 612 000 | 54 525 000 | 67 575 530,39 |
| XX 01 03 01 04 | IKT-Dienstleistungen | 5.2 | 63 867 000 | 63 545 000 | 68 253 439,56 |
| | *Subtotal* | | 118 479 000 | 118 070 000 | 135 828 969,95 |
| XX 01 03 02 | Ausgaben für Gebäude und Nebenkosten in Bezug auf Personal der Kommission in Delegationen der Union | | | | |
| XX 01 03 02 01 | Kauf oder Miete von Gebäuden und Nebenkosten | 5.2 | 45 057 000 | 46 908 000 | 46 690 000,— |
| XX 01 03 02 02 | Ausstattung, Mobiliar, Bürobedarf und Dienstleistungen | 5.2 | 8 741 000 | 9 638 000 | 9 694 000,— |
| | *Subtotal* | | 53 798 000 | 56 546 000 | 56 384 000,— |
| | *Artikel XX 01 03 — Subtotal* | | 172 277 000 | 174 616 000 | 192 212 969,95 |
| | **Kapitel XX 01 — Insgesamt** | | **2 399 733 000** | **2 445 726 486** | **2 450 759 977,20** |

KOMMISSION
*TITEL XX — VERWALTUNGSAUSGABEN DER EINZELNEN POLITIKBEREICHE*

# TITEL XX

# VERWALTUNGSAUSGABEN DER EINZELNEN POLITIKBEREICHE

## KAPITEL XX 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN NACH POLITIKBEREICHEN

### *XX 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit in verschiedenen Politikbereichen*

XX 01 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Kommission

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|---|
| XX 01 01 01 | Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Kommission | | | | |
| XX 01 01 01 01 | Gehälter und Zulagen | 5.2 | 1 815 991 000 | 1 832 209 000 | 1 835 529 116,31 |
| XX 01 01 01 02 | Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Versetzungen und Ausscheiden aus dem Dienst | 5.2 | 14 398 000 | 14 873 000 | 13 301 985,81 |
| XX 01 01 01 03 | Anpassung der Dienstbezüge | 5.2 | p.m. | 15 472 000 | 0,— |
| | Posten XX 01 01 01 — Insgesamt | | 1 830 389 000 | 1 862 554 000 | 1 848 831 102,12 |

*Erläuterungen*

Für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben, ist mit Ausnahme des in Drittländern Dienst tuenden Personals Folgendes veranschlagt:

— die Gehälter, Vergütungen und mit den Gehältern zusammenhängenden Zulagen,

— die Kranken- und Unfallversicherung sowie sonstige Soziallasten,

— die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit sowie die Zahlungen, die das Organ für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muss,

— die sonstigen Zulagen und verschiedene Vergütungen,

— für Beamte und Bedienstete auf Zeit die Vergütungen für Schichtdienst und für Bereitschaftsdienst am Arbeitsplatz und/oder zu Hause,

— die Entschädigung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eines Beamten auf Probe im Fall offensichtlich unzulänglicher Leistungen,

— die Vergütung bei Kündigung des Vertrags eines Bediensteten auf Zeit durch das Organ,

— die Erstattung der Ausgaben für die Sicherheit der Wohnungen der Beamten, die in Vertretungen und Delegationen der Union innerhalb des Gebiets der Union tätig sind,

— Pauschalvergütungen und Vergütungen zum Stundensatz für Beamte der Laufbahngruppe AST, sofern diese Überstunden nicht, wie vorgesehen, durch Freizeit ausgeglichen werden können,

— die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Gehälter der Beamten und Bediensteten auf Zeit angewandt werden, sowie die Auswirkungen der Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Bezüge, der in ein anderes Land als das, in dem der Dienstort liegt, überwiesen wird,

— die Erstattung der Reisekosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) bei Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind,

— die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

KOMMISSION

*TITEL XX — VERWALTUNGSAUSGABEN DER EINZELNEN POLITIKBEREICHE*

**KAPITEL XX 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN NACH POLITIKBEREICHEN** *(Fortsetzung)*

***XX 01 01*** *(Fortsetzung)*

XX 01 01 01 *(Fortsetzung)*

— die Erstattung der Umzugskosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— die Tagegelder für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die nachweisen, dass sie infolge ihres Dienstantritts oder ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort ihren Wohnort wechseln müssen,

— die vorübergehend anfallenden Kosten für Beamte, die vor dem Beitritt dienstlich in künftige neue Mitgliedstaaten abgeordnet und nach erfolgtem Beitritt in diesen Ländern befristet weiterhin dienstlich verwendet werden und für die ausnahmsweise dieselben finanziellen und materiellen Bedingungen gelten, die von der Kommission vor dem Beitritt gemäß Anhang X des Statuts der Beamten und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union angewendet wurden,

— die Auswirkungen etwaiger Anpassungen der Bezüge, die der Rat im Laufe des Haushaltsjahres beschließt.

Die Verordnung des Rates zur Anpassung der Gehaltstabellen der Beamten und sonstigen Bediensteten aller Unionsorgane, einschließlich der dienstaltersbedingten Erhöhungen und Zulagen, wird alljährlich im Amtsblatt veröffentlicht (zuletzt im ABl. L 338 vom 22.12.2010, S. 1).

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 48 900 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

XX 01 01 02 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Kommission in den Delegationen der Union

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|---|
| XX 01 01 02 | Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Kommission in den Delegationen der Union | | | | |
| XX 01 01 02 01 | Gehälter und Zulagen | 5.2 | 107 033 000 | 110 428 000 | 103 840 600,— |
| XX 01 01 02 02 | Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Versetzungen und Ausscheiden aus dem Dienst | 5.2 | 7 506 000 | 7 462 000 | 6 764 000,— |
| XX 01 01 02 03 | Mittel für etwaige Anpassungen der Dienstbezüge | 5.2 | p.m. | 871 000 | 0,— |
| | Posten XX 01 01 02 — Insgesamt | | 114 539 000 | 118 761 000 | 110 604 600,— |

*Erläuterungen*

Für die Posten 19 01 01 02, 20 01 01 02, 21 01 01 02 und 22 01 01 02 (Delegationen der Union in Drittländern und bei internationalen Organisationen) sind für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan der Kommission vorgesehene Planstelle innehaben, folgende Ausgaben veranschlagt:

— die Gehälter, Vergütungen und mit den Gehältern zusammenhängenden Zulagen,

**KAPITEL XX 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN NACH POLITIKBEREICHEN** *(Fortsetzung)*

***XX 01 01*** *(Fortsetzung)*

XX 01 01 02 *(Fortsetzung)*

— die Kranken- und Unfallversicherung sowie sonstige Soziallasten,

— die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit sowie die Zahlungen, die für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland zu leisten sind,

— die sonstigen Zulagen und verschiedene Vergütungen,

— die Überstunden,

— die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Gehälter der Beamten und der Bediensteten auf Zeit angewandt werden,

— die Auswirkungen etwaiger Anpassungen der Bezüge, die der Rat im Laufe des Haushaltsjahres beschließt,

— die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe, wenn sie infolge des Dienstantritts, der Verwendung an einem neuen Dienstort oder des endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst den Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— die Reisekosten (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) beim Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind,

— die Umzugskosten, wenn sie infolge des Dienstantritts, der Verwendung an einem neuen Dienstort oder des endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst den Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Delegierte Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL XX — VERWALTUNGSAUSGABEN DER EINZELNEN POLITIKBEREICHE*

**KAPITEL XX 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN NACH POLITIKBEREICHEN** *(Fortsetzung)*

## *XX 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben*

XX 01 02 01 Externes Personal im Dienst der Kommission

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|---|
| XX 01 02 01 | Externes Personal im Dienst der Kommission | | | | |
| XX 01 02 01 01 | Vertragsbedienstete | 5.2 | 62 598 343 | 66 373 486 | 63 225 943,03 |
| XX 01 02 01 02 | Personal der Agenturen sowie technische und administrative Unterstützung für verschiedene Tätigkeiten | 5.2 | 23 545 000 | 23 545 000 | 31 832 449,45 |
| XX 01 02 01 03 | Vorübergehend zur Kommission abgeordnete nationale Beamte | 5.2 | 38 076 000 | 39 727 000 | 35 877 954,23 |
| | Posten XX 01 02 01 — Insgesamt | | 124 219 343 | 129 645 486 | 130 936 346,71 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für folgende im Gebiet der Union getätigte Ausgaben:

— die Besoldung für Vertragsbedienstete (im Sinne der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union), die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialfürsorge für Vertragsbedienstete sowie die Auswirkungen der Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf die Bezüge dieser Bediensteten,

— der Betrag, der zur Vergütung von als Betreuern für behinderte Personen fungierende Vertragsbedienstete erforderlich ist,

— die Einstellung von Leiharbeitskräften, insbesondere für Verwaltungs- und Sekretariatstätigkeiten,

— die Ausgaben für technisches und Verwaltungspersonal, das im Rahmen von Werkverträgen zur Verfügung gestellt wird, für intellektuelle Dienstleistungen sowie Gebäude, Material und Sachausgaben für das genannte Personal,

— die Ausgaben im Zusammenhang mit der Abordnung nationaler Beamter und anderer Sachverständiger zu den Dienststellen der Kommission, ihrer vorübergehenden Verwendung in diesen Dienststellen sowie die Ausgaben für Konsultationen von kurzer Dauer, insbesondere im Hinblick auf die Vorbereitung von Rechtsakten zur Harmonisierung in verschiedenen Bereichen. Durch diesen Austausch soll es den Mitgliedstaaten außerdem ermöglicht werden, die Rechtsakte der Union einheitlich anzuwenden,

— die Auswirkungen etwaiger Anpassungen der Bezüge, die der Rat im Laufe des Haushaltsjahres beschließt.

Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Kandidatenländern und, sofern zutreffend, potenziellen Kandidaten unter den westlichen Balkanstaaten für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Die Einnahmen aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten der EFTA zu den Gemeinkosten der Union nach Artikel 82 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum werden gemäß der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bei den einschlägigen Haushaltslinien eingestellt. Diese Einnahmen werden mit 200 700 EUR veranschlagt.

Die etwaigen Einnahmen aus Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die bei Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden anhand der verfügbaren Daten mit 1 551 400 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen der sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

KOMMISSION

*TITEL XX — VERWALTUNGSAUSGABEN DER EINZELNEN POLITIKBEREICHE*

**KAPITEL XX 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN NACH POLITIKBEREICHEN** *(Fortsetzung)*

***XX 01 02*** *(Fortsetzung)*

XX 01 02 01 *(Fortsetzung)*

Die von der Kommission festgelegten Regelungen hinsichtlich der Benennung der Beamten und ihrer Vergütung sowie sonstiger finanzieller Bestimmungen.

Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (ABl. L 303 vom 2.12.2000, S. 16).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verhaltenskodex für die Einstellung von Personen mit Behinderungen, der vom Präsidium des Europäischen Parlaments mit Beschluss vom 22. Juni 2005 angenommen wurde.

XX 01 02 02 Externes Personal der Kommission in den Delegationen der Union

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|---|
| XX 01 02 02 | Externes Personal der Kommission in den Delegationen der Union | | | | |
| XX 01 02 02 01 | Dienstbezüge des sonstigen Personals | 5.2 | 8 794 000 | 7 619 000 | 6 564 000,— |
| XX 01 02 02 02 | Ausbildungsmaßnahmen für beigeordnete Sachverständige und abgeordnete nationale Sachverständige | 5.2 | 1 792 000 | 2 300 000 | 3 500 000,— |
| XX 01 02 02 03 | Sonstige Ausgaben für Personal und Dienstleistungen | 5.2 | 337 000 | 256 000 | 256 000,— |
| | Posten XX 01 02 02 — Insgesamt | | 10 923 000 | 10 175 000 | 10 320 000,— |

*Erläuterungen*

Für die Posten 19 01 02 02, 20 01 02 02, 21 01 02 02 und 22 01 02 02 (externes Personal der Kommission, das an Delegationen der Union in Drittländern und Delegationen bei internationalen Organisationen entsandt ist) sind folgende Ausgaben veranschlagt:

— Mittel für die Bezüge der örtlichen Bediensteten und/oder Vertragsbediensteten sowie für die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und sonstige Leistungen für diese Personalkategorien,

— Arbeitgeberbeiträge zur ergänzenden Sozialversicherung für örtliche Bedienstete,

— die Einstellung von Aushilfspersonal (Leiharbeitskräfte) und freiberuflichem Personal,

In Bezug auf beigeordnete Sachverständige und abgeordnete nationale Sachverständige in den Delegationen der Union sind folgende Ausgaben veranschlagt:

— die Finanzierung oder Kofinanzierung der Ausgaben für die Entsendung beigeordneter Sachverständiger (mit Hochschulabschluss) in die Delegationen der Union,

— die Kosten der für junge Diplomaten aus den Mitgliedstaaten und aus Drittländern veranstalteten Seminare,

— die Kosten für die Abordnung von Beamten der Mitgliedstaaten an oder für deren zeitweilige Verwendung in den Delegationen der Union.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 45 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschäftigungsbedingungen der sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

KOMMISSION
*TITEL XX — VERWALTUNGSAUSGABEN DER EINZELNEN POLITIKBEREICHE*

**KAPITEL XX 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN NACH POLITIKBEREICHEN** *(Fortsetzung)*

***XX 01 02*** *(Fortsetzung)*

XX 01 02 11 Sonstige Ausgaben für den Dienstbetrieb des Organs

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|---|
| XX 01 02 11 | Sonstige Ausgaben für den Dienstbetrieb des Organs | | | | |
| XX 01 02 11 01 | Ausgaben für Dienstreisen und Repräsentationszwecke | 5.2 | 56 654 546 | 56 391 000 | 59 933 898,33 |
| XX 01 02 11 02 | Ausgaben für Konferenzen, Sitzungen und Sachverständigengruppen | 5.2 | 26 017 658 | 27 008 000 | 24 752 014,30 |
| XX 01 02 11 03 | Ausschusssitzungen | 5.2 | 12 215 651 | 12 863 000 | 11 677 956,01 |
| XX 01 02 11 04 | Untersuchungen und Konsultationen | 5.2 | 6 394 145 | 6 400 000 | 6 555 204,75 |
| XX 01 02 11 05 | Informations- und Managementsysteme | 5.2 | 26 974 674 | 26 985 000 | 33 301 767,77 |
| XX 01 02 11 06 | Weiterbildung und Managementschulung | 5.2 | 12 981 983 | 13 500 000 | 14 571 117,26 |
| | Posten XX 01 02 11 — Insgesamt | | 141 238 657 | 143 147 000 | 150 791 958,42 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind folgende dezentralisierte Verwaltungsausgaben:

Dienstreisen:

— die Ausgaben für Fahrtkosten (einschließlich Nebenkosten für Ausstellung der Fahrausweise und Reservierungen), für Dienstreisetagegelder sowie Nebenkosten oder außergewöhnliche Auslagen, die bei Erledigung eines dienstlichen Auftrags durch das auf Statutsbasis beschäftigte Personal der Kommission oder durch die zu den Kommissionsdienststellen abgeordneten nationalen oder internationalen Sachverständigen oder Beamten entstehen (der Betrag aus der Erstattung der für Rechnung anderer Institutionen und Organe der Union sowie für Rechnung Dritter verauslagten Dienstreisekosten gilt als zweckgebunden).

Repräsentationskosten:

— die Aufwendungen, die verauslagt werden, um im Namen der Kommission Repräsentationsverpflichtungen im dienstlichen Interesse nachzukommen (eine Erstattungsmöglichkeit besteht nicht für Ausgaben im Rahmen von Repräsentationsverpflichtungen gegenüber Beamten oder sonstigen Bediensteten der Kommission oder eines anderen Unionsorgans).

Sachverständigensitzungen:

— die Erstattung der Kosten, die für die Arbeit der von der Kommission gegründeten oder einberufenen Sachverständigengruppen verauslagt werden: die Reisekosten, Tagegelder und sonstigen Ausgaben von Sachverständigen, die zu den Sitzungen der Studien- und Arbeitsgruppen hinzugezogen werden, sowie die Nebenkosten für die Veranstaltung dieser Sitzungen, soweit sie nicht durch die bestehende Infrastruktur an den Sitzen der Organe oder bei den Außenstellen gedeckt sind (die Kostenerstattung an die Sachverständigen erfolgt auf der Grundlage der Beschlüsse der Kommission).

Konferenzen:

— die Kosten für Konferenzen, Kongresse und Sitzungen, die von der Kommission zur Unterstützung der Durchführung der Politik in den verschiedenen Bereichen veranstaltet werden, und die Kosten für den Betrieb eines Netzwerks von Finanzkontrollorganisationen und -gremien, einschließlich eines jährlichen Treffens zwischen diesen Organisationen und den Mitgliedern des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments, wie in Ziffer 88 der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. April 2006 mit den Bemerkungen, die integraler Bestandteil des Beschlusses betreffend die Entlastung für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2004, Einzelplan III — Kommission (ABl. L 340 vom 6.12.2006, S. 5) sind, gefordert,

KOMMISSION
*TITEL XX — VERWALTUNGSAUSGABEN DER EINZELNEN POLITIKBEREICHE*

**KAPITEL XX 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN NACH POLITIKBEREICHEN** *(Fortsetzung)*

***XX 01 02*** *(Fortsetzung)*

XX 01 02 11 *(Fortsetzung)*

— die Kosten für Konferenzen, Seminare, Sitzungen, Lehrgänge und interne Fortbildungen für Beamte der Mitgliedstaaten, die die aus Mitteln der Union finanzierten Maßnahmen bzw. Maßnahmen zur Erhebung der Einnahmen, die Eigenmittel der Union bilden, durchführen oder überwachen oder die am System der Statistiken der Union mitarbeiten, sowie die gleichartigen Ausgaben für die Beamten der mittel- und osteuropäischen Länder, die die im Rahmen der Unionsprogramme finanzierten Maßnahmen durchführen oder überwachen,

— die Ausgaben für die Fortbildung der Beamten von Drittländern, wenn deren Bewirtschaftungs- oder Kontrolltätigkeit direkt mit dem Schutz der finanziellen Interessen der Union zusammenhängt,

— die Kosten für die Teilnahme der Kommission an Konferenzen, Kongressen und Sitzungen,

— Gebühren für die Teilnahme an Konferenzen mit Ausnahme von Fortbildungsausgaben,

— Gebühren für die Mitgliedschaft in beruflichen und wissenschaftlichen Verbänden,

— die Kosten für Erfrischungen und gelegentliche Imbisse, die bei internen Sitzungen gereicht werden.

Ausschusssitzungen:

— die Reise-, Aufenthalts- und Nebenkosten von Sachverständigen, die zu den Arbeitssitzungen der aufgrund des Vertrages und aufgrund von Verordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates sowie Verordnungen des Rates eingesetzten Ausschüsse hinzugezogen werden, sowie die Nebenkosten für die Veranstaltung dieser Sitzungen, soweit sie nicht durch die bestehende Infrastruktur an den Sitzen der Organe oder bei den Außenstellen gedeckt sind (die Kostenerstattung an die Sachverständigen erfolgt auf der Grundlage der Beschlüsse der Kommission).

Untersuchungen und Konsultationen:

— die Ausgaben für Spezialuntersuchungen und -konsultationen, die auf Vertragsbasis von hoch qualifizierten Fachleuten (natürlichen oder juristischen Personen) ausgeführt werden, wenn hierfür kein geeignetes Personal der Kommission verfügbar ist,

— der Kauf bereits durchgeführter Studien oder Abonnements bei spezialisierten Forschungsinstituten.

Ein Teil dieser Mittel ist für zwei Studien zu folgenden Themen bestimmt:

1. Realisierbarkeit und Tragfähigkeit eines europaweiten Überwachungssystems für die frühzeitige Erkennung neuer Bedrohungen durch Allergien

Mit dieser Studie soll die Tragfähigkeit eines europaweiten Überwachungssystems für die frühzeitige Erkennung neuer Bedrohungen durch Allergien bewiesen werden. Das Überwachungssystem sollte die folgenden langfristigen Ziele haben:

— Schaffung einer zentralen Datenbank, Sammlung von Daten (auf Länder- und Unionsebene), regelmäßige Analyse und Veröffentlichung von Daten;

— Ermittlung neuer Allergietrends, bevor die Allergien zu größeren Problemen für die öffentliche Gesundheit werden, die die europäischen Gesundheitssysteme zusätzlich belasten könnten;

— Berichterstattung an die politischen Entscheidungsträger und deren rechtzeitige Warnung vor neuen Allergenen, wenn Handlungsbedarf besteht;

— Aufbau eines dauerhaften Systems zur besseren Sensibilisierung schon in der Schule, um die Belastung der Gesellschaft durch Allergien zu verringern.

Maßnahmen:

— Bewertung bestehender nationaler Systeme der Überwachung von Allergien, die in das Überwachungssystem eingebunden werden können;

— Einbeziehung einer bereits bestehenden Infrastruktur von über 100 Allergiezentren in der gesamten Union. Dieses Netz besteht seit über 7 Jahren und expandiert weiter, was die Tragfähigkeit des Projekts bestätigt;

KOMMISSION
*TITEL XX — VERWALTUNGSAUSGABEN DER EINZELNEN POLITIKBEREICHE*

**KAPITEL XX 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN NACH POLITIKBEREICHEN** *(Fortsetzung)*

***XX 01 02*** *(Fortsetzung)*

XX 01 02 11 *(Fortsetzung)*

— Verwendung standardisierter Listen von Atemwegs- und Lebensmittelallergenen (unter Berücksichtigung regionaler Unterschiede) in 100 Zentren bei allen Patienten und Ausweitung dieser Maßnahme auf die gesamte Union. So können Allergietrends bei Patienten konsequent in einheitlicher Form überwacht werden;

— Einbeziehung einer Patientenversuchsgruppe, der sog. „Berichterstatter", in eine Pilotstudie zur konsequenten Überwachung von Allergien in ausgewählten Zentren mithilfe des Internets und von Smartphones (Aeroallergen-Überwachungsnetz);

— Meldung von Fällen unbekannter Allergien im Bereich Atemwegs-, Lebensmittel-, Arzneimittel- und Kontaktallergien an eine zentrale Datenbank, damit in die Union gelangende neue Allergene frühzeitig entdeckt werden können;

— Weitergabe der Ergebnisse an politische Entscheidungsträger, Angehörige von Gesundheitsberufen und die Öffentlichkeit.

2. Die Rolle der Kultur- und Kreativbranche für Wachstum und territoriale Entwicklung verstehen und bestimmen

Die Kultur- und Kreativindustrien (KKI) tragen wesentlich zur Gestaltung der Identität der Europäischen Union, ihrer Wirtschaft und der Lebensumstände ihrer Bürger bei. Kulturerbe, Musik, Film, Unterhaltung, Verlage, Mode, Design, Architektur und Kunsthandwerk sind Bereiche, bei denen sich Kunst, Technologie und Gewerbe vermischen. Der Mitteilung der Kommission vom 26. September 2012 mit dem Titel „Die Kultur- und Kreativbranche als Motor für Wachstum und Beschäftigung in der EU unterstützen" (COM(2012) 537 endg.) zufolge tragen diese Branchen mit 3,3 % zum BIP der Union bei und beschäftigen 6,7 Millionen Menschen. Zusätzlich zu dem ihnen innewohnenden kulturellen Wert und dem wirtschaftlichen Gewicht strahlen diese Branchen auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung aus, da sie Auswirkungen auf andere Branchen, auf die Attraktivität von Regionen und auf die Förderung von Kreativität und Innovation haben.

Jedoch wird der Beitrag, den die Kultur- und Kreativbranche zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in der Union leisten kann, noch immer nicht in vollem Umfang anerkannt.

Das Europäische Parlament wies in seiner Entschließung vom 12 Mai 2011 über die Erschließung des Potenzials der Kultur- und Kreativindustrien auf die Notwendigkeit hin, die Auswirkungen der Arbeit der Kultur- und Kreativindustrien auf die europäische Wirtschaft zu analysieren, „indem sie Branche für Branche herausgearbeitet, definiert und beschrieben werden müssen, damit die jeweiligen Besonderheiten stärker hervortreten, die Ziele und Schwierigkeiten besser nachvollziehbar sind und wirksamere Maßnahmen getroffen werden können". In der gleichen Entschließung fordert das Parlament die Kommission auf, „sich weiter um eine bessere Definition der KKI zu bemühen, um deren Einfluss auf das langfristige Wachstum und die internationale Wettbewerbsfähigkeit eingehend zu analysieren und um die größere Anerkennung der besonderen Merkmale dieser Branche stärker zu fördern".

In der Union herrscht ein Mangel an Angaben und Indikatoren, mittels derer der Beitrag der Kulturindustrien zur wirtschaftlichen Entwicklung ermittelt werden könnte, wodurch Initiativen und Investitionen in diesem Bereich zerstückelt, erschwert und beeinträchtigt werden. Die Auszeichnung als Kulturhauptstadt Europas beispielsweise wirkt als Katalysator für Stadterneuerung und territoriale Attraktivität. Es gibt jedoch keine umfassenden Daten über die Auswirkungen der im Rahmen dieser Auszeichnung vorgenommenen Investitionen. Außerdem wurde die Rolle der kulturellen Ressourcen und Akteure als Mittelpunkt kreativer Ökosysteme, die die wirtschaftliche und soziale Innovation fördern, bislang nur ansatzweise verstanden.

Informations- und Managementsysteme:

— Entwicklung und Wartung auf Vertragsbasis von Informations- und Verwaltungssystemen,

— Beschaffung und Wartung von betriebsbereiten („schlüsselfertigen") Informations- und Verwaltungssystemen im verwaltungstechnischen Bereich (Personal, Haushalt, Finanzen, Buchführung usw.),

— Studien, Dokumentation und Ausbildung in Verbindung mit diesen Systemen sowie Organisation der einschlägigen Arbeiten,

— Beschaffung von Fachinformationen (Beraterfirmen) im EDV-Bereich für sämtliche Dienste: Datenqualität, -sicherheit und -technologie, Entwicklungsmethoden, rechnergestützte Verwaltung usw.,

— technische Unterstützung für diese Systeme und erforderliche technische Vorgänge, um deren reibungslosen Betrieb zu gewährleisten.

KOMMISSION

*TITEL XX — VERWALTUNGSAUSGABEN DER EINZELNEN POLITIKBEREICHE*

**KAPITEL XX 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN NACH POLITIKBEREICHEN** *(Fortsetzung)*

***XX 01 02*** *(Fortsetzung)*

XX 01 02 11 *(Fortsetzung)*

Weiterbildung und Managementschulung:

— die Ausgaben für die allgemeine Fortbildung, die darauf abzielt, die Fertigkeiten des Personals sowie die Leistungsfähigkeit und die Effizienz des Organs zu verbessern:

  — die Heranziehung von Sachverständigen für die Ermittlung der Bedürfnisse sowie für die Konzeption, Ausarbeitung, Betreuung, Bewertung und für das Follow-up der Fortbildung,

  — die Heranziehung von Beratern in verschiedenen Bereichen, insbesondere in den Bereichen Organisationsmethoden, Management, Strategie, Qualität und Personalverwaltung,

  — die Ausgaben für die Konzeption, Betreuung und Bewertung der von den Kommissionsdienststellen in Form von Kursen, Seminaren und Konferenzen organisierten Fortbildung (Ausbilder/Vortragende und deren Fahrt- und Aufenthaltskosten sowie Lehrmittel),

  — die Kosten für die Teilnahme an externen Schulungen und die Gebühren für die Mitgliedschaft in einschlägigen Fachverbänden,

  — die Ausgaben für die praktische Organisation der Kurse, die Räumlichkeiten, die Beförderung, die Verpflegung und die Unterbringung der Teilnehmer von aufenthaltsgebundenen Lehrgängen,

  — die Fortbildungsausgaben im Zusammenhang mit Publikationen und Information, für die entsprechenden Websites sowie für den Erwerb von Lehrmaterial, Abonnements und Lizenzen für Fernschulungen, Ausgaben für Bücher, Presse und Multimediaprodukte,

  — die Finanzierung des didaktischen Materials.

Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Kandidatenländern und, sofern zutreffend, potenziellen Kandidaten unter den westlichen Balkanstaaten für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Die Einnahmen aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten der EFTA zu den Gemeinkosten der Union nach Artikel 82 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum werden gemäß der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bei den einschlägigen Haushaltslinien eingestellt. Diese Einnahmen werden mit 719 500 EUR veranschlagt.

Die etwaigen Einnahmen aus Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die bei Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden anhand der verfügbaren Daten mit 6 203 900 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

KOMMISSION
*TITEL XX — VERWALTUNGSAUSGABEN DER EINZELNEN POLITIKBEREICHE*

**KAPITEL XX 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN NACH POLITIKBEREICHEN** *(Fortsetzung)*

***XX 01 02*** *(Fortsetzung)*

XX 01 02 12 Sonstige Verwaltungsausgaben für Personal der Kommission in Delegationen der Union

| Titel<br>Kapitel<br>Artikel<br>Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|---|
| XX 01 02 12 | Sonstige Verwaltungsausgaben für Personal der Kommission in Delegationen der Union | | | | |
| XX 01 02 12 01 | Dienstreise- und Repräsentationskosten, Ausgaben für Konferenzen | 5.2 | 5 797 000 | 6 328 000 | 6 541 000,— |
| XX 01 02 12 02 | Berufliche Fortbildung des Personals in den Delegationen | 5.2 | 350 000 | 500 000 | 522 000,— |
| | Posten XX 01 02 12 — Insgesamt | | 6 147 000 | 6 828 000 | 7 063 000,— |

*Erläuterungen*

Für die Posten 19 01 02 12, 20 01 02 12, 21 01 02 12 und 22 01 02 12 (Personal der Kommission, das an Delegationen der Union in Drittländern und bei internationalen Organisationen entsandt ist) sind folgende Ausgaben veranschlagt:

— verschiedene Kosten und Vergütungen für sonstige Bedienstete, einschließlich Rechtsberatung,

— die Ausgaben für Einstellungsverfahren von Beamten, Vertragsbediensteten und örtlichen Bediensteten, insbesondere die Kosten für Annoncen, Reise- und Aufenthaltskosten sowie Unfallversicherung der zu Prüfungen und Vorstellungsgesprächen eingeladenen Bewerber, die Kosten für gemeinsame Einstellungsprüfungen und die Kosten für die ärztliche Untersuchung vor der Einstellung,

— die Kosten für die Beschaffung, Erneuerung, Umgestaltung und Wartung der medizinischen Geräte in den Delegationen der Union,

— die Kosten in Verbindung mit der jährlichen ärztlichen Überwachung der Beamten, Vertragsbediensteten und örtlichen Bediensteten, einschließlich der in diesem Zusammenhang vorgeschriebenen Untersuchungen und Analysen, die Kosten für kulturelle Veranstaltungen sowie für Tätigkeiten zur Förderung der sozialen Beziehungen,

— die medizinische Behandlungskosten für örtliche Bedienstete mit lokalen Verträgen, die medizinischen und zahnärztlichen Beratungsleistungen sowie die Kosten für AIDS-Präventionsmaßnahmen am Arbeitsplatz,

— die pauschale Aufwandsentschädigung für Beamte, denen im Zuge der Wahrnehmung ihrer Tätigkeit regelmäßig Repräsentationskosten entstehen, sowie für die Erstattung der Ausgaben, die von entsprechend ermächtigten Beamten verauslagt werden, um ihren Repräsentationsverpflichtungen im Namen der Kommission/Union, im dienstlichen Interesse und im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit nachzukommen (für die Delegationen der Union innerhalb des Gebiets der Union deckt die pauschale Aufwandsentschädigung einen Teil der Wohnungskosten),

— die Ausgaben für Fahrtkosten, für Dienstreisetagegelder sowie Nebenkosten oder außergewöhnliche Auslagen, die bei Erledigung eines dienstlichen Auftrags durch Beamte und sonstige Bedienstete entstehen,

— Beförderungskosten und die Tagegelder im Zusammenhang mit Kranken- und Verletztentransporten,

— die Ausgaben aufgrund von Krisensituationen, einschließlich Fahrtkostenzulagen, Unterbringungszulagen und Tagegelder.

— die Ausgaben für die allgemeine Fortbildung und für Sprachkurse, die darauf abzielen, die Fertigkeiten des Personals sowie die Leistungsfähigkeit des Organs zu verbessern:

  — Honorare für die Heranziehung von Sachverständigen für die Ermittlung der Bedürfnisse sowie für die Konzeption, Ausarbeitung, Betreuung, Bewertung und für das Follow-up der Fortbildung,

  — Honorare für die Heranziehung von Beratern, die in verschiedenen Bereichen, insbesondere in den Bereichen Organisationsmethoden, Planung, Management, Strategie, Qualität und Personalverwaltung,

  — die Ausgaben für die Konzeption, Betreuung und Bewertung der von den Kommissionsdienststellen oder dem EAS in Form von Kursen, Seminaren und Konferenzen organisierten Fortbildung (Ausbilder/Vortragende und deren Fahrt- und Aufenthaltskosten sowie Lehrmittel),

KOMMISSION

*TITEL XX — VERWALTUNGSAUSGABEN DER EINZELNEN POLITIKBEREICHE*

**KAPITEL XX 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN NACH POLITIKBEREICHEN** *(Fortsetzung)*

***XX 01 02*** *(Fortsetzung)*

XX 01 02 12 *(Fortsetzung)*

— die Ausgaben für die praktische und logistische Organisation der Kurse, einschließlich Miete von Räumlichkeiten, Beförderungskosten, Anmietung von Lehrmaterial für Seminare auf lokaler und regionaler Ebene sowie diverse damit verbundene Kosten wie beispielsweise Bewirtungskosten,

— die Kosten für die Teilnahme an Konferenzen und Symposien sowie für Gebühren für die Mitgliedschaft in beruflichen oder wissenschaftlichen Verbänden,

— die Fortbildungsausgaben im Zusammenhang mit Publikationen und Information, für die entsprechenden Websites sowie für den Erwerb von Lehrmaterial, Abonnements und Lizenzen für Fernschulungen, Ausgaben für Bücher, Presse und Multimediaprodukte.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 14 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

***XX 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen sowie für Gebäude***

XX 01 03 01 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen in der Kommission

| Titel<br>Kapitel<br>Artikel<br>Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|---|
| XX 01 03 01 | Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen in der Kommission | | | | |
| XX 01 03 01 03 | IKT-Ausstattung | 5.2 | 54 612 000 | 54 525 000 | 67 575 530,39 |
| XX 01 03 01 04 | IKT-Dienstleistungen | 5.2 | 63 867 000 | 63 545 000 | 68 253 439,56 |
| | Posten XX 01 03 01 — Insgesamt | | 118 479 000 | 118 070 000 | 135 828 969,95 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für folgende im Gebiet der Union getätigte Ausgaben:

— Telekommunikationsanlagen in Kommissionsgebäuden und insbesondere Erwerb, Miete, Installierung und Wartung von Telefonzentralen, Audio- und Videokonferenzsystemen, Sprechanlagen und Mobilfunk,

— Datennetze (Ausrüstung und Wartung) sowie die entsprechenden Dienste (Verwaltung, Benutzerhilfen, Unterlagen, Installation, Umzug),

— Kauf, Miete oder Leasing von Rechnern, Terminals, Kleinrechnern und Peripheriegeräten, Ausrüstungen für den Anschluss an Zentralsysteme sowie der erforderlichen Software,

— Kauf, Miete oder Leasing von Geräten für die Erstellung und Vervielfältigung von Informationen in gedruckter Form, wie Drucker, Telefaxgeräte, Fotokopiergeräte, Scanner, einschließlich Toner,

— Kauf, Miete oder Leasing von Schreibmaschinen, Textverarbeitungsgeräten sowie sonstigen Geräten der Büroautomation,

— Installation, Konfiguration, Wartung, Studien, Dokumentation und Material in Verbindung mit diesen Ausrüstungen,

— Entwicklung und Nutzung der Europa-Webseiten im Internet; Europa ist der allen Organen der Union gemeinsame Server,

— Einrichtung und Entwicklung der Intranet-Seite der Kommission (My IntraComm),

— Ausgaben für die Abonnements und die Benutzung externer elektronischer Informations- und Datenbanken sowie für die Beschaffung von Informationen auf elektronischen Datenträgern (CD-ROMs usw.),

KOMMISSION
*TITEL XX — VERWALTUNGSAUSGABEN DER EINZELNEN POLITIKBEREICHE*

**KAPITEL XX 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN NACH POLITIKBEREICHEN** *(Fortsetzung)*

***XX 01 03*** *(Fortsetzung)*

XX 01 03 01 *(Fortsetzung)*

— Ausgaben für Ausbildungsmaßnahmen und die erforderlichen Hilfsmittel für die Nutzung der elektronischen Informationen,

— Grund- und Benutzungsgebühren für Kommunikationsdienste über Kabel oder Radiowellen (Festnetz und Mobilfunk, Telegraf, Fernschreiber, Fernsehen, Telekonferenz und Videokonferenz) sowie für Datenübertragungsnetze, Telematikdienste usw. und den Kauf der entsprechenden Teilnehmerverzeichnisse,

— Telefon- und EDV-Verbindungen zwischen den einzelnen Gebäuden und die internationalen Übertragungsnetze zwischen den Arbeitsorten der Union,

— technische und logistische Unterstützung, allgemeine informationstechnische Ausbildung und spezifische Schulungsmaßnahmen in Bezug auf Ausrüstungen und Software für die Datenverarbeitung, Abonnements für technische Dokumentation (elektronisch und in Papierform) usw., externes Betriebspersonal, Büroautomatik, Abonnements bei internationalen Organisationen usw., Sicherheitsstudien und Qualitätssicherung bezüglich der Ausrüstungen und der Software,

— Ausgaben für das Rechenzentrum:

  — Kauf, Anmietung oder Leasing der Rechner, der Peripheriegeräte und der Software des Rechenzentrums sowie für das Ausweichsystem in Notfällen,

  — Wartung, technische Unterstützung, Studien, Dokumentation, Ausbildung und Material in Verbindung mit diesen Ausrüstungen sowie externes Betriebspersonal,

  — Entwicklung und Wartung auf Vertragsbasis der für den Betrieb des Rechenzentrums notwendigen Software.

Die entsprechenden Ausgaben für Forschung werden aus den bei verschiedenen Posten in Artikel 01 05 der betreffenden Titel eingesetzten Mitteln gedeckt.

Die Mittel decken die innerhalb des Gebiets der Union anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für Vertretungen der Kommission innerhalb der Union, die unter dem Posten 16 01 03 03 ausgewiesen sind.

Die etwaigen Einnahmen aus Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die bei Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 22 141 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL XX — VERWALTUNGSAUSGABEN DER EINZELNEN POLITIKBEREICHE*

**KAPITEL XX 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN NACH POLITIKBEREICHEN** *(Fortsetzung)*

***XX 01 03*** *(Fortsetzung)*

XX 01 03 02 Ausgaben für Gebäude und Nebenkosten in Bezug auf Personal der Kommission in Delegationen der Union

| Titel<br>Kapitel<br>Artikel<br>Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|---|
| XX 01 03 02 | Ausgaben für Gebäude und Nebenkosten in Bezug auf Personal der Kommission in Delegationen der Union | | | | |
| XX 01 03 02 01 | Kauf oder Miete von Gebäuden und Nebenkosten | 5.2 | 45 057 000 | 46 908 000 | 46 690 000,— |
| XX 01 03 02 02 | Ausstattung, Mobiliar, Bürobedarf und Dienstleistungen | 5.2 | 8 741 000 | 9 638 000 | 9 694 000,— |
| | Posten XX 01 03 02 — Insgesamt | | 53 798 000 | 56 546 000 | 56 384 000,— |

*Erläuterungen*

Für die Posten 19 01 03 02, 20 01 03 02, 21 01 03 02 und 22 01 03 02 (Personal der Kommission, das an Delegationen der Union in Drittländern und bei internationalen Organisationen entsandt ist) sind folgende Ausgaben veranschlagt:

— befristete Unterbringungszulage und Tagegelder,

— im Zusammenhang mit der Miete von Gebäuden der Delegationen der Union in Drittländern und den Mietnebenkosten:

  — für alle Gebäude oder Gebäudeteile, in denen Büros von Delegationen der Union in Drittländern oder außerhalb der Union Dienst tuende Beamte untergebracht sind: Mieten (einschließlich befristete Unterbringungszulage) und damit verbundene Abgaben, Versicherungsprämien, Ausgaben für Umbauten und größere Reparaturarbeiten, laufende Aufwendungen für die Sicherheit von Personen und Gegenständen (Chiffriereinrichtungen, Safes, Gitter usw.),

  — für alle Gebäude oder Gebäudeteile, in denen sich sowohl Büros der Delegationen der Union als auch Wohnungen der Delegationsmitglieder befinden: Verbrauch von Wasser, Gas, Elektrizität und Heizung, Kosten für Wartung und Instandsetzung, Herrichtungsarbeiten und Umzüge von Dienststellen sowie sonstige laufende Ausgaben (insbesondere Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren, Beschaffung von Beschilderungsmaterial usw.),

— im Zusammenhang mit der Miete von Gebäuden der Delegationen der Union innerhalb des Gebiets der Union und den Mietnebenkosten:

  — für alle Gebäude oder Gebäudeteile, in denen Büros von Delegationen der Union untergebracht sind: Mieten, Verbrauch von Wasser, Gas, Elektrizität und Heizung, Versicherungsprämien, Kosten für Wartung und Instandsetzung, Ausgaben für Umbauten und größere Reparaturarbeiten, Ausgaben für die Sicherheit, insbesondere die Gebäudeüberwachungsverträge, die Miete und Wartung von Feuerlöschern, die Anschaffung und Unterhaltung der Brandbekämpfungsgeräte, die Ersatzbeschaffung für die Ausrüstung des freiwilligen Brandschutzpersonals, die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen usw.,

  — für die Gebäude oder Gebäudeteile, in denen Beamte untergebracht sind: Erstattung der Ausgaben für die Sicherheit der Wohnungen,

— Ausgaben für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Kauf oder Mietkauf) sowie für den Bau von Büro- oder Wohngebäuden, einschließlich Voruntersuchungen und verschiedene Honorare,

— die Beschaffung, die Miete, der Mietkauf, die Instandhaltung und Instandsetzung von Mobiliar und Ausrüstungen, insbesondere von Material für die Audio-Video-Technik, die Archivierung, die Reproduktion, die Bibliothek, das Dolmetschen und Spezialbüroausstattungen (Fotokopiergeräte, Reader-Printer, Faxgeräte usw.) sowie die Beschaffung von Dokumentation und Lieferungen für diese Ausrüstungen,

— die Beschaffung, die Instandhaltung und die Instandsetzung von technischen Ausrüstungen wie Generatoren und Klimaanlagen sowie die Ausgaben für Einrichtungen und notwendige Ausstattungen von für soziale Zwecke genutzten Ausrüstungen in den Delegationen,

— der Kauf, die Ersatzbeschaffung, die Miete, der Mietkauf, die Instandhaltung und die Instandsetzung von Fahrzeugen, einschließlich Werkzeug,

KOMMISSION
*TITEL XX — VERWALTUNGSAUSGABEN DER EINZELNEN POLITIKBEREICHE*

**KAPITEL XX 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN NACH POLITIKBEREICHEN** *(Fortsetzung)*

***XX 01 03*** *(Fortsetzung)*

XX 01 03 02 *(Fortsetzung)*

— die Versicherungskosten der Fahrzeuge,

— die Anschaffung von Nachschlagewerken, Dokumenten und sonstigen nichtperiodischen Veröffentlichungen, einschließlich der Ergänzungsbände, die Abonnements von Zeitungen, Zeitschriften und verschiedenen Veröffentlichungen, sowie Buchbindearbeiten und sonstige Ausgaben im Zusammenhang mit der Archivierung der Zeitschriften,

— Abonnements bei Presseagenturen,

— der Ankauf von Papier, Umschlägen, Büromaterial, Material für die Vervielfältigung sowie einige in Auftrag gegebene Druckarbeiten,

— Beförderung und Zollabfertigung von Material sowie Mittel für die Anschaffung und Reinigung von Dienstkleidung für Amtsgehilfen, Fahrer usw., ferner Mittel für verschiedene Versicherungen (insbesondere Haftpflichtversicherung, Diebstahlversicherung), Ausgaben im Zusammenhang mit internen Sitzungen (Getränke, gelegentliche Imbisse),

— die Ausgaben für Untersuchungen, Erhebungen und Konsultationen im Rahmen des Dienstbetriebs der Delegationen der Union sowie die sonstigen Ausgaben für den Dienstbetrieb, die bei den anderen Posten dieses Artikels nicht gesondert aufgeführt sind,

— Postgebühren und Zustellungskosten für den Schriftverkehr, den Versand von Berichten, Veröffentlichungen sowie für Paketgebühren im Luft-, Straßen-, Schiffs- und Eisenbahnversand,

— die Kosten für die Diplomatenpost,

— sämtliche Ausgaben für das Mobiliar und für die Ausstattung der Wohnungen, die den Beamten zur Verfügung gestellt werden,

— Anschaffung, Miete oder Leasing von EDV-Ausstattungen, insbesondere von Rechnern, Terminals, Mikrorechnern, Peripheriegeräten, Ausstattungen für die Vernetzung und der für ihren Betrieb erforderlichen Software,

— die Erbringung von ausgegliederten Dienstleistungen, insbesondere für die Entwicklung, Instandhaltung und technische Unterstützung von EDV-Systemen, in den Delegationen der Union,

— Anschaffung, Miete oder Leasing von Ausrüstungen für die Vervielfältigung von Informationen auf Papier, wie Drucker und Scanner,

— Anschaffung, Miete oder Leasing von Telefonzentralen und -anlagen sowie von Ausrüstungen für die Datenübertragung und der für ihren Betrieb erforderlichen Software,

— Grund- und Benutzungsgebühren für Kommunikationsdienste über Kabel oder Radiowellen (Telefon, Telegraf, Fernschreiber, Faxgerät), Datenübertragungsnetze, Telematikdienste usw. und Kauf der entsprechenden Teilnehmerverzeichnisse,

— Installation, Konfiguration, Wartung, technische Unterstützung, Hilfestellung, Dokumentation und Lieferungen in Verbindung mit diesen Ausrüstungen,

— etwaige Ausgaben im Zusammenhang mit aktiven Notfall-Sicherheitsoperationen in den Delegationen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 25 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

KOMMISSION

*TITEL 01*

**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**

# TITEL 01

# WIRTSCHAFT UND FINANZEN

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 01 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „WIRTSCHAFT UND FINANZEN“ | 83 091 934 | 83 091 934 | 82 524 796 | 82 524 796 | 70 648 304,15 | 70 648 304,15 |
| 01 02 | WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION | 9 000 000 | 9 000 000 | 13 000 000 | 12 953 676 | 14 486 009,80 | 12 717 367,60 |
| | *Reserven (40 02 41)* | *2 000 000* | *2 000 000* | | | | |
| | | 11 000 000 | 11 000 000 | 13 000 000 | 12 953 676 | 14 486 009,80 | 12 717 367,60 |
| 01 03 | INTERNATIONALE WIRTSCHAFTS- UND FINANZFRAGEN | 118 432 294 | 110 585 305 | 250 210 000 | 201 999 890 | 260 668 316,— | 290 495 811,87 |
| 01 04 | FINANZOPERATIONEN UND -INSTRUMENTE | p.m. | 92 788 874 | 209 950 000 | 120 872 610 | 188 572 766,54 | 110 148 466,54 |
| | **Titel 01 — Insgesamt** | **210 524 228** | **295 466 113** | **555 684 796** | **418 350 972** | **534 375 396,49** | **484 009 950,16** |
| | ***Reserven (40 02 41)*** | ***2 000 000*** | ***2 000 000*** | | | | |
| | | **212 524 228** | **297 466 113** | **555 684 796** | **418 350 972** | **534 375 396,49** | **484 009 950,16** |

KOMMISSION
*TITEL 01 — WIRTSCHAFT UND FINANZEN*

# TITEL 01

# WIRTSCHAFT UND FINANZEN

## KAPITEL 01 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „WIRTSCHAFT UND FINANZEN“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 01 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „WIRTSCHAFT UND FINANZEN“ | | | | | |
| ***01 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Wirtschaft und Finanzen“*** | 5.2 | 64 450 317 | 63 872 541 | 54 317 531,73 | 84,28 |
| ***01 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Wirtschaft und Finanzen“*** | | | | | |
| 01 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 6 403 755 | 6 504 362 | 5 357 733,08 | 83,67 |
| 01 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 7 766 066 | 7 805 800 | 6 589 952,61 | 84,86 |
| | *Artikel 01 01 02 — Subtotal* | | 14 169 821 | 14 310 162 | 11 947 685,69 | 84,32 |
| ***01 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen sowie sonstige Betriebsausgaben im Politikbereich „Wirtschaft und Finanzen“*** | | | | | |
| 01 01 03 01 | Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen sowie sonstige Betriebsausgaben im Politikbereich „Wirtschaft und Finanzen“ | 5.2 | 4 171 796 | 4 042 093 | 3 980 766,80 | 95,42 |
| 01 01 03 04 | Ausgaben für spezifischen Bedarf im Bereich der Elektronik, der Telekommunikation und der Information | 5.2 | 300 000 | 300 000 | 402 319,93 | 134,11 |
| | *Artikel 01 01 03 — Subtotal* | | 4 471 796 | 4 342 093 | 4 383 086,73 | 98,02 |
| | **Kapitel 01 01 — Insgesamt** | | **83 091 934** | **82 524 796** | **70 648 304,15** | **85,02** |

### *01 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Wirtschaft und Finanzen“*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 64 450 317 | 63 872 541 | 54 317 531,73 |

KOMMISSION
*TITEL 01 — WIRTSCHAFT UND FINANZEN*

**KAPITEL 01 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „WIRTSCHAFT UND FINANZEN“** *(Fortsetzung)*

***01 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Wirtschaft und Finanzen“***

01 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 403 755 | 6 504 362 | 5 357 733,08 |

01 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 766 066 | 7 805 800 | 6 589 952,61 |

*Erläuterungen*

Ein Teil dieser Mittel soll für die Sicherstellung einer ausgewogeneren Vertretung von Interessenträgern (Unternehmen, KMU, Gewerkschaften, Verbraucherverbände, etc.) in durch diesem Posten finanzierten Sachverständigengruppen, für die Einrichtung eines verbindlichen offenen Auswahlverfahrens für die Mitglieder der Sachverständigengruppen und für die Vermeidung von Interessenkonflikten eingesetzt werden.

***01 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen sowie sonstige Betriebsausgaben im Politikbereich „Wirtschaft und Finanzen“***

01 01 03 01 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen sowie sonstige Betriebsausgaben im Politikbereich „Wirtschaft und Finanzen“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 171 796 | 4 042 093 | 3 980 766,80 |

01 01 03 04 Ausgaben für spezifischen Bedarf im Bereich der Elektronik, der Telekommunikation und der Information

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 300 000 | 300 000 | 402 319,93 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für folgende im Gebiet der Union zu tätigende Ausgaben:

— Ausgaben für die Ausrüstung von Gebäuden mit Fernmeldeanlagen und insbesondere für Erwerb, Miete, Installierung und Wartung von Telefonzentralen, Audio- und Videokonferenzsystemen, Sprechanlagen und Mobilfunk sowie mit Datennetzen (Geräte und Wartung) zusammenhängende Ausgaben sowie die entsprechenden Dienste (Verwaltung, Benutzerhilfen, Unterlagen, Installation, Umzug),

— Kauf, Anmietung oder Leasing, Installierung und Wartung von elektronischen Bürogeräten, Rechnern, Terminals, Kleinrechnern, Peripheriegeräten, Ausrüstungen für den Anschluss an Zentralsysteme sowie der erforderlichen Software,

— Ausgaben für die Abonnements und die Benutzung elektronischer Informationsdienste und externer Datenbanken sowie für die Beschaffung von Informationen auf elektronischen Datenträgern (CD-ROM usw.),

— Ausgaben für Ausbildungsmaßnahmen und die erforderlichen Hilfsmittel für die Nutzung der elektronischen Informationen,

KOMMISSION
*TITEL 01 — WIRTSCHAFT UND FINANZEN*

**KAPITEL 01 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „WIRTSCHAFT UND FINANZEN“** *(Fortsetzung)*

***01 01 03*** *(Fortsetzung)*

01 01 03 04 *(Fortsetzung)*

— Grund- und Benutzungsgebühren für Kommunikationsdienste über Kabel oder Radiowellen (Festnetz und Mobilfunk, Telegraf, Fernschreiber, Fernsehen, Telekonferenz und Videokonferenz) sowie für Datenübertragungsnetze, Telematikdienste usw. und den Kauf der entsprechenden Teilnehmerverzeichnisse,

— Kosten für den Anschluss an Telekommunikationsnetze wie SWIFT (Netz der Banken) und CoreNet (von der EZB eingerichtetes sicheres Netz) und damit verbundene Infrastruktur und Dienste,

— Installation, Konfiguration, Wartung, Studien, Evaluierungen, Dokumentation und Material in Verbindung mit diesen Ausrüstungen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 01 — WIRTSCHAFT UND FINANZEN*

**KAPITEL 01 02 — WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 01 02 | WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION | | | | | | | | |
| ***01 02 01*** | ***Koordinierung und Überwachung der und Kommunikation zur Wirtschafts- und Währungsunion, einschließlich zum Euro*** | 1.1 | 9 000 000 | 9 000 000 | 13 000 000 | 12 953 676 | 14 486 009,80 | 12 717 367,60 | 141,30 |
| | *Reserven (40 02 41)* | | *2 000 000* | *2 000 000* | | | | | |
| | | | 11 000 000 | 11 000 000 | 13 000 000 | 12 953 676 | 14 486 009,80 | 12 717 367,60 | |
| ***01 02 02*** | ***Garantie der Europäischen Union für Unions-Anleihen zur Stützung der Zahlungsbilanzen*** | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***01 02 03*** | ***Garantie der Europäischen Union für Unions-Anleihen zum Zweck des finanziellen Beistands im Rahmen des europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus*** | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| | **Kapitel 01 02 — Insgesamt** | | **9 000 000** | **9 000 000** | **13 000 000** | **12 953 676** | **14 486 009,80** | **12 717 367,60** | **141,30** |
| | ***Reserven (40 02 41)*** | | ***2 000 000*** | ***2 000 000*** | | | | | |
| | | | **11 000 000** | **11 000 000** | **13 000 000** | **12 953 676** | **14 486 009,80** | **12 717 367,60** | |

***01 02 01*** ***Koordinierung und Überwachung der und Kommunikation zur Wirtschafts- und Währungsunion, einschließlich zum Euro***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 01 02 01 | 9 000 000 | 9 000 000 | 13 000 000 | 12 953 676 | 14 486 009,80 | 12 717 367,60 |
| *Reserven (40 02 41)* | *2 000 000* | *2 000 000* | | | | |
| Insgesamt | 11 000 000 | 11 000 000 | 13 000 000 | 12 953 676 | 14 486 009,80 | 12 717 367,60 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 01 02 02 und 01 02 04*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Kosten für die Umsetzung des gemeinsamen harmonisierten Programms der Union für Konjunkturumfragen bei Unternehmen und Verbrauchern in der Europäischen Union und in den Kandidatenländern, von der Kommission genehmigt am 12. Juli 2006 (ABl. C 245 vom 12.10.2006, S. 5).

Diese Mittel decken außerdem die Ausgaben für Studien, Workshops, Konferenzen, Analysen, Bewertungen, Veröffentlichungen, technische Unterstützung, Ankauf und Pflege von Datenbanken und Software sowie für die Kofinanzierung und Unterstützung von Maßnahmen betreffend:

— die wirtschaftliche Überwachung, die Analyse der Maßnahmenkombination und die Koordinierung der Wirtschaftspolitiken,

— die außenpolitischen Aspekte der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU),

— die makroökonomische Entwicklung im Euro-Währungsgebiet,

KOMMISSION
*TITEL 01 — WIRTSCHAFT UND FINANZEN*

**KAPITEL 01 02 — WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION** *(Fortsetzung)*

***01 02 01*** *(Fortsetzung)*

— die Überwachung der Strukturreformen und die Verbesserung des Funktionierens der Märkte innerhalb der WWU,

— die Koordinierung mit Finanzinstituten und die Analyse und Entwicklung der Finanzmärkte, sowie die Mitgliedstaaten betreffende Anleihe- und Darlehenstätigkeit,

— die Fazilität des finanziellen Beistands zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten und den europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus,

— die Zusammenarbeit mit den wirtschaftlichen Beteiligten und Entscheidungsträgern in den vorgenannten Bereichen,

— die Ausweitung der WWU.

Diese Mittel dienen auch der Finanzierung der Aufwendungen für vorrangige Informationsmaßnahmen über die Politik der Union zu allen Aspekten der Regeln und der Funktionsweise der WWU sowie über die Vorteile einer besseren politischen Koordinierung und struktureller Reformen und für die Befriedigung des Informationsbedarfs von Bürgern, Gebietskörperschaften und Unternehmen in Verbindung mit dem Euro.

Diese Maßnahme ist als wirksames Mittel der Kommunikation und des Dialogs zwischen den Bürgern der Europäischen Union und den Organen der Union konzipiert und soll — in enger Abstimmung mit den Behörden der Mitgliedstaaten — den nationalen und regionalen Besonderheiten Rechnung tragen. Ein besonderer Schwerpunkt ist dabei die Vorbereitung der Bürger in den neuen Mitgliedstaaten auf die Euro-Einführung.

Sie umfasst folgende Komponenten:

— Partnerschaftsvereinbarungen mit den Mitgliedstaaten, die über den Euro oder über die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) informieren möchten,

— enge Zusammenarbeit und Vernetzung mit allen Mitgliedstaaten im Rahmen des Kommunikationsdirektorennetzes für WWU-Angelegenheiten,

— Entwicklung zentraler Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit (Broschüren, Faltblätter, Newsletter, Gestaltung, Entwicklung und Pflege von Websites, Ausstellungen, Informationsstände, Konferenzen, Seminare, audiovisuelle Produkte, Meinungsumfragen, Erhebungen, Studien, Werbematerial, Partnerschaftsprogramme usw.),

— Öffentlichkeitsarbeit in Drittländern, um insbesondere die internationale Rolle des Euro und die Vorteile der finanziellen Integration hervorzuheben.

Die Kommission sollte bei der Ausführung dieses Artikels den Ergebnissen der Sitzungen der Interinstitutionellen Gruppe „Information“ (IGI) gebührend Rechnung tragen.

Die Kommission hat ihre Kommunikationsstrategie zum Euro in der Mitteilung vom 11. August 2004 über die Umsetzung einer Informations- und Kommunikationsstrategie zum Thema Euro und Wirtschafts- und Währungsunion (KOM(2004) 552) dargelegt. Die Durchführung dieser Kommunikationsstrategie erfolgt in enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament.

Die Kommission erstattet dem zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments regelmäßig Bericht über die Durchführung des Programms und die Planung für das folgende Jahr.

Diese Mittel decken auch Kosten, die der Union beim Abschluss und bei der Durchführung von Transaktionen im Zusammenhang mit Anleihe- und Darlehenstransaktionen der Zahlungsbilanzfazilität und des europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus entstehen, oder dienen derer zeitweisen Vorfinanzierung.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 30 000 EUR veranschlagt.

*Voraussetzungen für die Freigabe der Reservemittel*

Bedingung für die Freigabe der Mittel aus der Reserve ist, dass die Kommission zufriedenstellende Informationen über die Notwendigkeit und den Nutzwert des Programms PRINCE vorlegt.

**KAPITEL 01 02 — WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION** *(Fortsetzung)*

***01 02 01*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 332/2002 des Rates vom 18. Februar 2002 zur Einführung einer Fazilität des mittelfristigen finanziellen Beistands zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. L 53 vom 23.2.2002, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 407/2010 des Rates vom 11. Mai 2010 zur Einführung eines europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (ABl. L 118 vom 12.5.2010, S. 1).

***01 02 02*** ***Garantie der Europäischen Union für Unions-Anleihen zur Stützung der Zahlungsbilanzen***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 01 04 01 01*

Die Garantie der Europäischen Union gilt für die auf den Kapitalmärkten oder bei Finanzinstituten aufgenommenen Anleihen. Der Kapitalbetrag der Darlehen, die damit den Mitgliedstaaten gewährt werden können, ist auf 50 000 000 000 EUR begrenzt.

Bei diesem Artikel wird die von der Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Bei Ausfall des Schuldners kann die Kommission daraus den Schuldendienst leisten.

Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission den Schuldendienst vorläufig aus den Kassenmitteln leisten. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1) Anwendung.

Eine eigene Anlage zu diesem Teil des Ausgabenplans dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen mit Garantie aus dem Gesamthaushalt, einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 332/2002 des Rates vom 18. Februar 2002 zur Einführung einer Fazilität des mittelfristigen finanziellen Beistands zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. L 53 vom 23.2.2002, S. 1).

Entscheidung 2009/102/EG des Rates vom 4. November 2008 über einen mittelfristigen finanziellen Beistand der Union für Ungarn (ABl. L 37 vom 6.2.2009, S. 5).

Entscheidung 2009/290/EG des Rates vom 20. Januar 2009 über einen mittelfristigen finanziellen Beistand der Union für Lettland (ABl. L 79 vom 25.3.2009, S. 39).

Entscheidung 2009/459/EG des Rates vom 6. Mai 2009 über einen mittelfristigen finanziellen Beistand der Union für Rumänien (ABl. L 150 vom 13.6.2009, S. 8).

Beschluss 2011/288/EU des Rates vom 12. Mai 2011 über einen vorsorglichen mittelfristigen finanziellen Beistand der Union für Rumänien (ABl. L 132 vom 19.5.2011, S. 15).

KOMMISSION
*TITEL 01 — WIRTSCHAFT UND FINANZEN*

**KAPITEL 01 02 — WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION** *(Fortsetzung)*

***01 02 03 Garantie der Europäischen Union für Unions-Anleihen zum Zweck des finanziellen Beistands im Rahmen des europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 01 04 01 03*

Nach Artikel 122 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union kann einem Mitgliedstaat, der aufgrund außergewöhnlicher Ereignisse, die sich seiner Kontrolle entziehen, von Schwierigkeiten betroffen oder von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht ist, ein finanzieller Beistand der Union gewährt werden.

Die von der Union bereitgestellte Garantie gilt für die auf den Kapitalmärkten oder bei Finanzinstitutionen aufgenommenen Anleihen.

Gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 407/2010 ist die Höhe der ausstehenden Darlehen oder Kreditlinien, die Mitgliedstaaten im Rahmen dieses Stabilisierungsmechanismus gewährt werden, auf den bei den Mitteln für Zahlungen bis zur Eigenmittel-Obergrenze vorhandenen Spielraum zu begrenzen.

Bei diesem Artikel wird die von der Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Bei Ausfall des Schuldners kann die Kommission daraus den Schuldendienst leisten.

Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission den Schuldendienst vorläufig aus Kassenmitteln leisten. Es gilt Artikel 12 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2000/597/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1).

Eine gesonderte Anlage zu diesem Teil des Ausgabenplans dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen mit Garantie aus dem Gesamthaushalt, einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 407/2010 des Rates vom 11. Mai 2010 zur Einführung eines europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (ABl. L 118 vom 12.5.2010, S. 1).

Durchführungsbeschluss 2011/77/EU des Rates vom 7. Dezember 2010 über einen finanziellen Beistand der Union für Irland (ABl. L 30 vom 4.2.2011, S. 34).

Durchführungsbeschluss 2011/344/EU des Rates vom 17. Mai 2011 über einen finanziellen Beistand der Union für Portugal (ABl. L 159 vom 17.6.2011, S. 88).

Durchführungsbeschluss 2011/682/EU des Rates vom 11. Oktober 2011 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2011/77/EU über einen finanziellen Beistand der Union für Irland (ABl. L 269 vom 14.10.2011, S. 31).

Durchführungsbeschluss 2011/683/EU des Rates vom 11. Oktober 2011 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2011/344/EU über einen finanziellen Beistand der Union für Portugal (ABl. L 269 vom 14.10.2011, S. 32).

*Verweise*

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 122 Absatz 2.

KOMMISSION
*TITEL 01 — WIRTSCHAFT UND FINANZEN*

**KAPITEL 01 03 — INTERNATIONALE WIRTSCHAFTS- UND FINANZFRAGEN**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 01 03 | INTERNATIONALE WIRTSCHAFTS- UND FINANZFRAGEN | | | | | | | | |
| ***01 03 01*** | ***Beteiligung am Kapital internationaler Finanzinstitute*** | | | | | | | | |
| 01 03 01 01 | Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung — Bereitstellung der eingezahlten Anteile am gezeichneten Kapital | 4 | — | — | — | — | 0,— | 0,— | — |
| 01 03 01 02 | Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung — Abrufbarer Teil des gezeichneten Kapitals | 4 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| | *Artikel 01 03 01 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***01 03 02*** | ***Makrofinanzielle Hilfe*** | 4 | 60 000 000 | 52 153 011 | 94 550 000 | 46 339 890 | 498 316,— | 30 325 811,87 | 58,15 |
| ***01 03 03*** | ***Garantie der Europäischen Union für Unions-Anleihen für makroökonomische Unterstützung zugunsten von Drittländern*** | 4 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***01 03 04*** | ***Garantie für Euratom-Anleihen zur Finanzierung der Verbesserung des Wirkungsgrades und der Sicherheit der Kernkraftanlagen in Drittstaaten*** | 4 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***01 03 05*** | ***Garantie der Europäischen Union für Darlehen der Europäischen Investitionsbank und Darlehensgarantien für Transaktionen in Drittstaaten*** | 4 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***01 03 06*** | ***Mittel für den Garantiefonds*** | 4 | 58 432 294 | 58 432 294 | 155 660 000 | 155 660 000 | 260 170 000,— | 260 170 000,— | 445,25 |
| | **Kapitel 01 03 — Insgesamt** | | **118 432 294** | **110 585 305** | **250 210 000** | **201 999 890** | **260 668 316,—** | **290 495 811,87** | **262,69** |

## *01 03 01 Beteiligung am Kapital internationaler Finanzinstitute*

01 03 01 01 Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung — Bereitstellung der eingezahlten Anteile am gezeichneten Kapital

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | — | — | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Aus diesem Posten erfolgt die Finanzierung der eingezahlten Anteile der Union am gezeichneten Kapital der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE).

KOMMISSION
*TITEL 01 — WIRTSCHAFT UND FINANZEN*

**KAPITEL 01 03 — INTERNATIONALE WIRTSCHAFTS- UND FINANZFRAGEN** *(Fortsetzung)*

***01 03 01*** *(Fortsetzung)*

01 03 01 01 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 90/674/EWG des Rates vom 19. November 1990 über den Abschluss des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (ABl. L 372 vom 31.12.1990, S. 1).

Beschluss 97/135/EG des Rates vom 17. Februar 1997 über die Zeichnung zusätzlicher Anteile an der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung durch die Europäische Gemeinschaft infolge des Beschlusses zur Verdoppelung des Stammkapitals der Bank (ABl. L 52 vom 22.2.1997, S. 15).

Beschluss Nr. 1219/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 über die Zeichnung zusätzlicher Anteile am Kapital der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) durch die Europäische Union infolge des Beschlusses zur Erhöhung des Kapitals (ABl. L 313 vom 26.11.2011, S. 1).

01 03 01 02 Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung — Abrufbarer Teil des gezeichneten Kapitals

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind bestimmt zur Finanzierung des von der Union gezeichneten Kapitals in der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Die EBWE verfügt derzeit über eine Kapitalbasis von 30 000 000 000 EUR, das von der Union gezeichnete Kapital beläuft sich auf insgesamt 900 440 000 EUR (3 %). Die eingezahlten Anteile des gezeichneten Kapitals belaufen sich auf 187 810 000 EUR, so dass noch 712 630 000 EUR des gezeichneten Kapitals abgerufen werden können.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 90/674/EWG des Rates vom 19. November 1990 über den Abschluss des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (ABl. L 372 vom 31.12.1990, S. 1).

Beschluss 97/135/EG des Rates vom 17. Februar 1997 über die Zeichnung zusätzlicher Anteile an der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung durch die Europäische Gemeinschaft infolge des Beschlusses zur Verdoppelung des Stammkapitals der Bank (ABl. L 52 vom 22.2.1997, S. 15).

Beschluss Nr. 1219/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 über die Zeichnung zusätzlicher Anteile am Kapital der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) durch die Europäische Union infolge des Beschlusses zur Erhöhung des Kapitals (ABl. L 313 vom 26.11.2011, S. 1).

***01 03 02 Makrofinanzielle Hilfe***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 60 000 000 | 52 153 011 | 94 550 000 | 46 339 890 | 498 316,— | 30 325 811,87 |

*Erläuterungen*

Die Sonderfinanzhilfe dient dazu, die angespannte Finanzlage bestimmter Drittländer, in denen aufgrund makroökonomischer Schwierigkeiten Zahlungsbilanzdefizite und/oder schwere Haushaltsungleichgewichte entstanden sind, zu entschärfen.

**KAPITEL 01 03 — INTERNATIONALE WIRTSCHAFTS- UND FINANZFRAGEN** *(Fortsetzung)*

***01 03 02*** *(Fortsetzung)*

Sie ist direkt an die Durchführung von Maßnahmen zur gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung und Strukturanpassung seitens der Empfängerländer gebunden. Die Maßnahmen der Union erfolgen generell ergänzend zu denen des Internationalen Währungsfonds in Absprache mit anderen bilateralen Gebern.

Voraussetzung für die Gewährung makrofinanzieller Hilfe ist das Bestehen einer unabhängigen Prüfstelle auf nationaler Ebene in dem Empfängerstaat.

Die Kommission wird die Haushaltsbehörde regelmäßig über die makroökonomische Lage der Empfängerländer unterrichten und legt alljährlich einen ausführlichen Bericht über die Durchführung der Hilfe vor.

Die bei diesem Artikel veranschlagten Mittel sind auch für die Leistung finanzieller Hilfe für den Wiederaufbau in den vom Konflikt mit Russland betroffen Gebieten Georgiens bestimmt. Diese Maßnahmen sollten in erster Linie der makroökonomischen Stabilisierung des Landes dienen. Über den Gesamtbetrag der Hilfe wurde auf einer internationalen Geberkonferenz 2008 entschieden.

Die bei diesem Artikel veranschlagten Mittel werden auch verwendet, um die der Union entstehenden Kosten beim Abschluss und bei der Durchführung von Transaktionen im Zusammenhang mit Anleihe- und Darlehenstransaktionen von Makrofinanzhilfen zu decken oder zeitweise vorzufinanzieren.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2006/880/EG des Rates vom 30. November 2006 über eine Sonderfinanzhilfe der Gemeinschaft für das Kosovo (ABl. L 339 vom 6.12.2006, S. 36).

Beschluss 2007/860/EG des Rates vom 10. Dezember 2007 über eine Makrofinanzhilfe der Gemeinschaft für Libanon (ABl. L 337 vom 21.12.2007, S. 111).

Beschluss 2009/889/EG des Rates vom 30. November 2009 über eine Makrofinanzhilfe für Georgien (ABl. L 320 vom 5.12.2009, S. 1).

Beschluss 2009/890/EG des Rates vom 30. November 2009 über eine Makrofinanzhilfe für Armenien (ABl. L 320 vom 5.12.2009, S. 3).

Beschluss Nr. 388/2010/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 über eine Makrofinanzhilfe für die Ukraine (ABl. L 179 vom 14.7.2010, S. 1).

Beschluss Nr. 938/2010/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über eine Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau (ABl. L 277 vom 21.10.2010, S. 1).

Beschluss Nr. 778/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. August 2013 über eine weitere Makrofinanzhilfe für Georgien (ABl. L 218 vom 14.8.2013, S. 15).

Beschluss Nr. 1025/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 über eine Makrofinanzhilfe für die Kirgisische Republik (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 1).

Beschluss Nr. 1351/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11 Dezember 2013 über eine Makrofinanzhilfe für das Haschemitische Königreich Jordanien (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 4).

***01 03 03*** ***Garantie der Europäischen Union für Unions-Anleihen für makroökonomische Unterstützung zugunsten von Drittländern***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 01 04 01 04*

Bei diesem Artikel wird die von der Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Bei Ausfall des Schuldners kann die Kommission daraus den Schuldendienst (Rückzahlung von Kapital, Zinsen und Nebenkosten) für die aufgrund der nachstehenden Beschlüsse gewährten Darlehen leisten.

KOMMISSION
*TITEL 01 — WIRTSCHAFT UND FINANZEN*

**KAPITEL 01 03 — INTERNATIONALE WIRTSCHAFTS- UND FINANZFRAGEN** *(Fortsetzung)*

***01 03 03*** *(Fortsetzung)*

Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission den Schuldendienst vorläufig aus den Kassenmitteln leisten. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1) Anwendung.

Eine eigene Anlage zu diesem Teil des Ausgabenplans dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen mit Garantie aus dem Gesamthaushalt, einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 97/471/EG des Rates vom 22. Juli 1997 über eine langfristige Finanzhilfe für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (ABl. L 200 vom 29.7.1997, S. 59) mit einem Kapitalbetrag von 40 000 000 EUR.

Beschluss 1999/325/EG des Rates vom 10. Mai 1999 über eine Finanzhilfe für Bosnien und Herzegowina (ABl. L 123 vom 13.5.1999, S. 57) mit einem Kapitalbetrag von maximal 30 000 000 EUR in Form eines Darlehens mit einer Laufzeit von höchstens 15 Jahren.

Beschluss 1999/732/EG des Rates vom 8. November 1999 über eine weitere Finanzhilfe für Rumänien (ABl. L 294 vom 16.11.1999, S. 29) mit einem Kapitalbetrag von maximal 200 000 000 EUR.

Beschluss 1999/733/EG des Rates vom 8. November 1999 über eine weitere Finanzhilfe für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (ABl. L 294 vom 16.11.1999, S. 31) mit einem Kapitalbetrag von maximal 50 000 000 EUR.

Beschluss 2000/244/EG des Rates vom 20. März 2000 zur Änderung des Beschlusses 97/787/EG über eine Sonderfinanzhilfe für Armenien und Georgien zwecks Einbeziehung von Tadschikistan (ABl. L 77 vom 28.3.2000, S. 11) mit einem Kapitalbetrag von maximal 245 000 000 EUR.

Beschluss 2001/549/EG des Rates vom 16. Juli 2001 über eine Finanzhilfe für die Bundesrepublik Jugoslawien (ABl. L 197 vom 21.7.2001, S. 38).

Beschluss 2002/639/EG des Rates vom 12. Juli 2002 über eine weitere Makrofinanzhilfe für die Ukraine (ABl. L 209 vom 6.8.2002, S. 22).

Beschluss 2002/882/EG des Rates vom 5. November 2002 über eine weitere Finanzhilfe für die Bundesrepublik Jugoslawien (ABl. L 308 vom 9.11.2002, S. 25).

Beschluss 2002/883/EG des Rates vom 5. November 2002 über eine weitere Finanzhilfe für Bosnien und Herzegowina (ABl. L 308 vom 9.11.2002, S. 28).

Beschluss 2003/825/EG des Rates vom 25. November 2003 zur Änderung des Beschlusses 2002/882/EG über eine weitere Finanzhilfe für die Bundesrepublik Jugoslawien und zur Gewährung einer weiteren Finanzhilfe für Serbien und Montenegro (ABl. L 311 vom 27.11.2003, S. 28).

Beschluss 2004/580/EG des Rates vom 29. April 2004 über eine Finanzhilfe für Albanien und zur Aufhebung des Beschlusses 1999/282/EG (ABl. L 261 vom 6.8.2004, S. 116).

Beschluss 2004/861/EG des Rates vom 7. Dezember 2004 zur Änderung des Beschlusses 2002/883/EG des Rates über eine weitere Finanzhilfe für Bosnien und Herzegowina (ABl. L 370 vom 17.12.2004, S. 80).

Beschluss 2004/862/EG des Rates vom 7. Dezember 2004 über eine Finanzhilfe für Serbien und Montenegro und zur Änderung des Beschlusses 2002/882/EG über eine weitere Finanzhilfe für die Bundesrepublik Jugoslawien (ABl. L 370 vom 17.12.2004, S. 81).

Beschluss 2007/860/EG des Rates vom 10. Dezember 2007 über eine Makrofinanzhilfe der Gemeinschaft für Libanon (ABl. L 337 vom 21.12.2007, S. 111).

Beschluss 2009/890/EG des Rates vom 30. November 2009 über eine Makrofinanzhilfe für Armenien (ABl. L 320 vom 5.12.2009, S. 3).

Beschluss 2009/891/EG des Rates vom 30. November 2009 über eine Makrofinanzhilfe für Bosnien und Herzegowina (ABl. L 320 vom 5.12.2009, S. 6).

Beschluss 2009/892/EG des Rates vom 30. November 2009 über eine Makrofinanzhilfe für Serbien (ABl. L 320 vom 5.12.2009, S. 9).

Beschluss Nr. 388/2010/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 über eine Mikrofinanzhilfe für die Ukraine (ABl. L 179 vom 14.7.2010, S. 1).

**KAPITEL 01 03 — INTERNATIONALE WIRTSCHAFTS- UND FINANZFRAGEN** *(Fortsetzung)*

***01 03 03*** *(Fortsetzung)*

Beschluss Nr. 778/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. August 2013 über eine weitere Makrofinanzhilfe für Georgien (ABl. L 218 vom 14.8.2013, S. 15).

Beschluss Nr. 1025/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 über eine Makrofinanzhilfe für die Kirgisische Republik (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 1).

Beschluss Nr. 1351/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11 Dezember 2013 über eine Makrofinanzhilfe für das Haschemitische Königreich Jordanien (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 4).

***01 03 04*** ***Garantie für Euratom-Anleihen zur Finanzierung der Verbesserung des Wirkungsgrades und der Sicherheit der Kernkraftanlagen in Drittstaaten***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 01 04 01 05*

Bei diesem Artikel wird die von der Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Bei Ausfall des Schuldners kann die Kommission daraus den Schuldendienst (Rückzahlung von Kapital, Zinsen und Nebenkosten) leisten.

Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission den Schuldendienst vorläufig aus den Kassenmitteln leisten. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1) Anwendung.

Wie bei Posten 01 04 01 02 angegeben, beläuft sich der Gesamtbetrag der Euratom-Anleihen für Mitgliedstaaten und Drittländer auf maximal 4 000 000 000 EUR.

Eine eigene Anlage zu diesem Teil des Ausgabenplans dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen mit Garantie aus dem Gesamthaushalt, einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 77/270/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. L 88 vom 6.4.1977, S. 9).

Zur Rechtsgrundlage der Euratom-Darlehen siehe Erläuterungen zu Posten 01 04 01 02.

***01 03 05*** ***Garantie der Europäischen Union für Darlehen der Europäischen Investitionsbank und Darlehensgarantien für Transaktionen in Drittstaaten***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 01 04 01 06*

Gemäß dem Beschluss des Rates vom 8. März 1977 übernimmt die Union die Garantie für Darlehen, die im Rahmen der finanziellen Verpflichtungen der Union gegenüber den Ländern des Mittelmeerraums von der Europäischen Investitionsbank (EIB) gewährt werden.

Aufgrund des genannten Beschlusses wurde zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der EIB am 30. Oktober 1978 (Brüssel) und am 10. November 1978 (Luxemburg) ein Bürgschaftsvertrag unterzeichnet, dem zufolge eine globale Garantie in Höhe von 75 % der gesamten Mittel für Darlehen in folgenden Ländern gewährt wird: Malta, Tunesien, Algerien, Marokko, Portugal (Finanzprotokoll, Soforthilfe), Türkei, Zypern, Syrien, Israel, Jordanien, Ägypten, ehemaliges Jugoslawien und Libanon.

KOMMISSION
*TITEL 01 — WIRTSCHAFT UND FINANZEN*

**KAPITEL 01 03 — INTERNATIONALE WIRTSCHAFTS- UND FINANZFRAGEN** *(Fortsetzung)*

***01 03 05*** *(Fortsetzung)*

Aufgrund des Beschlusses 90/62/EWG wurde zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der EIB am 24. April 1990 (Brüssel) und am 14. Mai 1990 (Luxemburg) ein Bürgschaftsvertrag für die Darlehen an Ungarn und Polen unterzeichnet, sowie am 31. Juli 1991 in Brüssel und Luxemburg eine Ausweitung dieses Vertrags auf die Darlehen an die Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien.

Aufgrund des Beschlusses 93/696/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der EIB am 22. Juli 1994 (Brüssel) und am 12. August 1994 (Luxemburg) ein Bürgschaftsvertrag unterzeichnet.

Gemäß den Bestimmungen der Beschlüsse 93/115/EWG und 96/723/EG übernimmt die Union die Garantie für die Darlehen, die von der EIB fallweise in Ländern Lateinamerikas und Asiens vergeben werden, mit denen die Europäische Gemeinschaft Kooperationsabkommen geschlossen hat. Auf der Grundlage des Beschlusses 93/115/EWG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der EIB am 4. November 1993 (Brüssel) und am 17. November 1993 (Luxemburg) ein Bürgschaftsvertrag unterzeichnet. Auf der Grundlage des Beschlusses 96/723/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der EIB am 18. März 1997 (Brüssel) und am 26. März 1997 (Luxemburg) ein Bürgschaftsvertrag unterzeichnet.

Gemäß den Bestimmungen des Beschlusses 95/207/EG übernimmt die Union die Garantie für die Darlehen, die von der EIB fallweise in Südafrika vergeben werden. Aufgrund des Beschlusses 95/207/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der EIB am 4. Oktober 1995 (Brüssel) und am 16. Oktober 1995 (Luxemburg) ein Bürgschaftsvertrag unterzeichnet.

Aufgrund des Beschlusses 97/256/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der EIB am 25. Juli 1997 (Brüssel) und am 29. Juli 1997 (Luxemburg) ein Bürgschaftsvertrag unterzeichnet, dem zufolge die gewährte Garantie auf 70 % der insgesamt für Darlehen bereitgestellten Mittel, zuzüglich aller damit zusammenhängenden Beträge, begrenzt wird. Der Darlehensgesamtbetrag ist auf 7 105 000 000 EUR beschränkt.

Aufgrund des Beschlusses 2000/24/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der EIB am 24. Januar 2000 (Brüssel) und am 17. Januar 2000 (Luxemburg) ein 2005 zuletzt verlängerter Bürgschaftsvertrag unterzeichnet, dem zufolge die gewährte Garantie auf 65 % der insgesamt für Darlehen bereitgestellten Mittel, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt wird. Der Darlehensgesamtbetrag ist auf 19 460 000 000 EUR beschränkt. Die EIB soll das kommerzielle Risiko bei ihren Darlehen nach Möglichkeit zu 30 % durch nichtstaatliche Garantien abdecken. Dieser Prozentsatz sollte erhöht werden, sofern der Markt dies zulässt.

Aufgrund des Beschlusses 2001/777/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der EIB am 6. Mai 2002 (Brüssel) und am 7. Mai 2002 (Luxemburg) ein Bürgschaftsvertrag unterzeichnet, der eine 100-prozentige Garantie der Gemeinschaft für etwaige Verluste aus einer Darlehenssonderaktion für ausgewählte Umweltprojekte im russischen Ostseebecken im Rahmen der Nördlichen Dimension vorsieht. Die Gesamtgarantieleistung ist auf 100 000 000 EUR beschränkt.

Aufgrund des Beschlusses 2005/48/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der EIB am 9. Dezember 2005 (Luxemburg) und am 21. Dezember 2005 (Brüssel) ein Bürgschaftsvertrag unterzeichnet, der eine 100-prozentige Garantie der Gemeinschaft für etwaige Verluste aus Darlehen für bestimmte Vorhaben in Russland, der Ukraine, der Republik Moldau und Belarus vorsieht. Die Gesamtgarantieleistung beträgt 500 000 000 EUR. Dieser Höchstbetrag galt bis zum 31. Januar 2007. Da die EIB den genannten Höchstbetrag bei Ablauf dieser Frist nicht ausgeschöpft hat, verlängerte sich die Geltungsdauer automatisch um weitere sechs Monate.

Aufgrund des Beschlusses 2006/1016/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der EIB am 1. August 2007 (Luxemburg) und am 29. August 2007 (Brüssel) ein Bürgschaftsvertrag unterzeichnet, dem zufolge die gewährte Garantie auf 65 % des Gesamtbetrags der im Rahmen der EIB-Finanzierungen eröffneten Darlehen und gewährten Garantien, abzüglich der Rückzahlungen und zuzüglich aller damit zusammenhängenden Beträge, begrenzt wird. Der Darlehensgesamtbetrag für die Gesamtheit der von diesem Beschluss betroffenen Staaten ist auf 27 800 000 000 EUR für den Zeitraum vom 1. Februar 2007 bis zum 31. Dezember 2013 (mit der Möglichkeit einer Verlängerung um sechs Monate) beschränkt. Dieser Beschluss wurde ersetzt durch den Beschuss Nr. 633/2009/EG.

Aufgrund des Beschlusses Nr. 633/2009/EG wurde am 28. Oktober 2009 eine Änderung des am 1. August 2007 (Luxemburg) und am 29. August 2007 (Brüssel) unterzeichneten Bürgschaftsvertrags zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der EIB unterzeichnet. Die Garantieleistung der Union ist auf 65 % des Gesamtbetrags der ausgezahlten Darlehen und gewährten Garantien begrenzt. Der Höchstbetrag für Finanzierungen der EIB, abzüglich annullierter Beträge, darf 27 800 000 000 EUR nicht überschreiten, die sich aus einem Basishöchstbetrag von 25 800 000 000 EUR und einem fakultativen Mandat von 2 000 000 000 EUR zusammensetzen. Dieser Höchstbetrag galt bis zum 31. Oktober 2011.

**KAPITEL 01 03 — INTERNATIONALE WIRTSCHAFTS- UND FINANZFRAGEN** *(Fortsetzung)*

***01 03 05*** *(Fortsetzung)*

Aufgrund des Beschlusses Nr. 1080/2011/EU wurde zwischen der Europäischen Union und der EIB am 22. November 2011 in Luxemburg und in Brüssel ein Bürgschaftsvertrag unterzeichnet. Die von der Union gewährte Garantie ist auf 65 % des Gesamtbetrags der eröffneten Darlehen und gewährten Garantien, abzüglich der Rückzahlungen und zuzüglich aller damit zusammenhängenden Beträge, begrenzt. Der Höchstbetrag für Finanzierungen der EIB, abzüglich annullierter Beträge, darf 29 484 000 000 EUR nicht überschreiten, die sich aus einem Basishöchstbetrag von 27 484 000 000 EUR und einem Mandat zum Klimawandel von 2 000 000 000 EUR zusammensetzen. Dieser Höchstbetrag gilt ab dem 1. Februar 2007 und endet am 31. Dezember 2013 mit einer Verlängerung bis zum Inkrafttreten eines neuen Beschlusses.

Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission den Schuldendienst vorläufig aus den Kassenmitteln leisten. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1) Anwendung.

Bei diesem Artikel wird die von der Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Bei Ausfall des Schuldners kann die Kommission daraus den Schuldendienst (Rückzahlung von Kapital, Zinsen und Nebenkosten) für die von der EIB gewährten Darlehen leisten.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss des Rates vom 8. März 1977 (Mittelmeerprotokolle).

Verordnung (EWG) Nr. 1273/80 des Rates vom 23. Mai 1980 über den Abschluss des Interimsprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien betreffend die vorzeitige Inkraftsetzung des Protokolls Nr. 2 des Kooperationsabkommens (ABl. L 130 vom 27.5.1980, S. 98).

Beschluss des Rates vom 19. Juli 1982 (zusätzliche Soforthilfe für den Wiederaufbau in Libanon).

Verordnung (EWG) Nr. 3180/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 22).

Verordnung (EWG) Nr. 3183/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 43).

Beschluss des Rates vom 9. Oktober 1984 (Darlehen außerhalb des Protokolls mit Jugoslawien).

Beschluss 87/604/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des Zweiten Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (ABl. L 389 vom 31.12.1987, S. 65).

Beschluss 88/33/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. L 22 vom 27.1.1988, S. 25).

Beschluss 88/34/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. L 22 vom 27.1.1988, S. 33).

Beschluss 88/453/EWG des Rates vom 30. Juni 1988 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. L 224 vom 13.8.1988, S. 32).

Beschluss 90/62/EWG des Rates vom 12. Februar 1990 zur Garantieleistung der Gemeinschaft bei der Europäischen Investitionsbank für Verluste im Rahmen von Darlehen für Vorhaben in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien (ABl. L 42 vom 16.2.1990, S. 68).

Beschluss 91/252/EWG des Rates vom 14. Mai 1991 zur Ausdehnung des Beschlusses 90/62/EWG zur Garantieleistung der Gemeinschaft bei der Europäischen Investitionsbank für Verluste im Rahmen von Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen auf solche in der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien (ABl. L 123 vom 18.5.1991, S. 44).

Beschluss 92/44/EWG des Rates vom 19. Dezember 1991 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. L 18 vom 25.1.1992, S. 34).

KOMMISSION
*TITEL 01 — WIRTSCHAFT UND FINANZEN*

**KAPITEL 01 03 — INTERNATIONALE WIRTSCHAFTS- UND FINANZFRAGEN** *(Fortsetzung)*

***01 03 05*** *(Fortsetzung)*

Beschluss 92/207/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 21).

Beschluss 92/208/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 29).

Beschluss 92/209/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 37).

Beschluss 92/210/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 45).

Verordnung (EWG) Nr. 1763/92 des Rates vom 29. Juni 1992 über die finanzielle Zusammenarbeit mit allen Drittländern im Mittelmeerraum (ABl. L 181 vom 1.7.1992, S. 5).

Beschluss 92/548/EWG des Rates vom 16. November 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. L 352 vom 2.12.1992, S. 13).

Beschluss 92/549/EWG des Rates vom 16. November 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. L 352 vom 2.12.1992, S. 21).

Beschluss 93/115/EWG des Rates vom 15. Februar 1993 über eine Garantie der Gemeinschaft gegenüber der Europäischen Investitionsbank bei Zahlungsausfällen im Zusammenhang mit Darlehen für Vorhaben von gemeinsamem Interesse in bestimmten Drittländern (ABl. L 45 vom 23.2.1993, S. 27).

Beschluss 93/166/EWG des Rates vom 15. März 1993 zur Gewährung einer Gemeinschaftsgarantie an die Europäische Investitionsbank bei Verlusten aus Darlehen für Investitionsvorhaben in Estland, Lettland und Litauen (ABl. L 69 vom 20.3.1993, S. 42).

Beschluss 93/408/EWG des Rates vom 19. Juli 1993 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Slowenien (ABl. L 189 vom 29.7.1993, S. 152).

Beschluss 93/696/EG des Rates vom 13. Dezember 1993 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in den mittel- und osteuropäischen Ländern (Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen und Albanien) (ABl. L 321 vom 23.12.1993, S. 27).

Beschluss 94/67/EG des Rates vom 24. Januar 1994 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. L 32 vom 5.2.1994, S. 44).

Beschluss 95/207/EG des Rates vom 1. Juni 1995 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Südafrika (ABl. L 131 vom 15.6.1995, S. 31).

Beschluss 95/485/EG des Rates vom 30. Oktober 1995 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. L 278 vom 21.11.1995, S. 22).

Beschluss 96/723/EG des Rates vom 12. Dezember 1996 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben von gemeinsamem Interesse in Ländern Lateinamerikas und Asiens, mit denen die Gemeinschaft Kooperationsabkommen geschlossen hat (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Ecuador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, El Salvador, Uruguay und Venezuela; Bangladesch, Brunei, China, Indien, Indonesien, Macao, Malaysia, Pakistan, Philippinen, Singapur, Sri Lanka, Thailand und Vietnam (ABl. L 329 vom 19.12.1996, S. 45).

Beschluss 97/256/EG des Rates vom 14. April 1997 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Drittländern (Mittel- und osteuropäische Länder, Mittelmeerländer, Länder Lateinamerikas und Asiens, Südafrika, Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien und Bosnien-Herzegowina) (ABl. L 102 vom 19.4.1997, S. 33).

**KAPITEL 01 03 — INTERNATIONALE WIRTSCHAFTS- UND FINANZFRAGEN** *(Fortsetzung)*

***01 03 05*** *(Fortsetzung)*

Beschluss 98/348/EG des Rates vom 19. Mai 1998 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (ABl. L 155 vom 29.5.1998, S. 53).

Beschluss 98/729/EG des Rates vom 14. Dezember 1998 zur Änderung des Beschlusses 97/256/EG zwecks Ausdehnung der Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Bosnien-Herzegowina (ABl. L 346 vom 22.12.1998, S. 54).

Beschluss 1999/786/EG des Rates vom 29. November 1999 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank (EIB) aus Darlehen für Vorhaben zum Wiederaufbau der erdbebengeschädigten Gebiete der Türkei (ABl. L 308 vom 3.12.1999, S. 35).

Beschluss 2000/24/EG des Rates vom 22. Dezember 1999 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben außerhalb der Gemeinschaft (Mittel- und Osteuropa, Mittelmeerländer, Lateinamerika und Asien sowie Republik Südafrika) (ABl. L 9 vom 13.1.2000, S. 24).

Beschluss 2000/688/EG des Rates vom 7. November 2000 zur Änderung des Beschlusses 2000/24/EG im Hinblick auf die Ausdehnung der Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank auf Darlehen für Vorhaben in Kroatien (ABl. L 285 vom 10.11.2000, S. 20).

Beschluss 2000/788/EG des Rates vom 4. Dezember 2000 zur Änderung des Beschlusses 2000/24/EG zwecks Einrichtung eines Sonderaktionsprogramms der Europäischen Investitionsbank zur Konsolidierung und Intensivierung der Zollunion EG-Türkei (ABl. L 314 vom 14.12.2000, S. 27).

Beschluss 2001/777/EG des Rates vom 6. November 2001 über eine Garantie der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus einer Darlehenssonderaktion für ausgewählte Umweltprojekte im russischen Ostseebecken im Rahmen der Nördlichen Dimension (ABl. L 292 vom 9.11.2001, S. 41).

Beschluss 2001/778/EG des Rates vom 6. November 2001 zur Änderung des Beschlusses 2000/24/EG zwecks Ausdehnung der Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank auf Darlehen für Vorhaben in der Bundesrepublik Jugoslawien (ABl. L 292 vom 9.11.2001, S. 43).

Beschluss 2005/47/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 zur Änderung des Beschlusses 2000/24/EG im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union und die Europäische Nachbarschaftspolitik (ABl. L 21 vom 25.1.2005, S. 9).

Beschluss 2005/48/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für bestimmte Vorhaben in Russland, der Ukraine, der Republik Moldau und Belarus (ABl. L 21 vom 25.1.2005, S. 11).

Beschluss 2006/174/EG des Rates vom 27. Februar 2006 zur Änderung des Beschlusses 2000/24/EG, damit die Malediven nach der Flutwelle im Indischen Ozean von Dezember 2004 in die Liste der Länder aufgenommen werden, für die der genannte Beschluss gilt (ABl. L 62 vom 3.3.2006, S. 26).

Beschluss Nr. 1080/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über eine Garantieleistung der Europäischen Union für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der Union und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 633/2009/EG (ABl. L 280 vom 27.10.2011, S. 1).

***01 03 06*** ***Mittel für den Garantiefonds***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 58 432 294 | 155 660 000 | 260 170 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 01 04 01 14*

Diese Mittel sind zur Finanzierung der Einzahlungen in den Garantiefonds entsprechend seinem Dotierungsmechanismus, zur Deckung der operationellen Kosten der Fondsverwaltung und für die externe Evaluierung im Rahmen der Zwischenbewertung des Mandats der EIB in Drittländern bestimmt.

KOMMISSION
*TITEL 01 — WIRTSCHAFT UND FINANZEN*

**KAPITEL 01 03 — INTERNATIONALE WIRTSCHAFTS- UND FINANZFRAGEN** *(Fortsetzung)*

***01 03 06*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates vom 25. Mai 2009 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. L 145 vom 10.6.2009, S. 10).

Beschluss Nr. 1080/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über eine Garantieleistung der Europäischen Union für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der Union und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 633/2009/EG (ABl. L 280 vom 27.10.2011, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 01 — WIRTSCHAFT UND FINANZEN*

**KAPITEL 01 04 — FINANZOPERATIONEN UND -INSTRUMENTE**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | |
| 01 04 | FINANZOPERATIONEN UND -INSTRUMENTE | | | | | | | | |
| ***01 04 01*** | ***Europäischer Investitions-fonds*** | | | | | | | | |
| 01 04 01 01 | Europäischer Investitions-fonds — Bereitstellung der eingezahlten Anteile am gezeichneten Kapital | 1.1 | — | — | — | — | 0,— | 0,— | — |
| 01 04 01 02 | Europäischer Investitions-fonds — Abrufbarer Teil des gezeichneten Kapitals | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| | *Artikel 01 04 01 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***01 04 02*** | ***Nukleare Sicherheit — Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank*** | 1.1 | p.m. | p.m. | 1 000 000 | 988 419 | 0,— | 0,— | — |
| ***01 04 03*** | ***Garantie für Euratom-Anleihen*** | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***01 04 51*** | ***Abschluss früherer Programme im Bereich kleine und mittlere Unternehmen (KMU) (aus der Zeit vor 2014)*** | 1.1 | p.m. | 92 788 874 | 208 950 000 | 119 884 191 | 188 572 766,54 | 110 148 466,54 | 118,71 |
| | **Kapitel 01 04 — Insgesamt** | | **p.m.** | **92 788 874** | **209 950 000** | **120 872 610** | **188 572 766,54** | **110 148 466,54** | **118,71** |

## *01 04 01 Europäischer Investitionsfonds*

01 04 01 01 Europäischer Investitionsfonds — Bereitstellung der eingezahlten Anteile am gezeichneten Kapital

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | — | — | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 01 04 09 01*

Dieser Posten ist bestimmt für die Finanzierung der Bereitstellung der eingezahlten Anteile am von der Union gezeichneten Kapital.

Der Europäische Investitionsfonds (EIF) wurde 1994 gegründet. Seine Gründungsmitglieder waren die Europäische Gemeinschaft, vertreten durch die Kommission, die Europäische Investitionsbank (EIB) und mehrere Finanzinstitute. Die Beteiligung der Union am EIF ist im Beschluss 94/375/EG geregelt.

Nach Artikel 3 des Beschlusses 94/375/EG wird der Standpunkt der Union zu einer etwaigen Aufstockung des Kapitals des EIF und zu ihrer Beteiligung an dieser Kapitalaufstockung vom Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung des Europäischen Parlaments beschlossen.

KOMMISSION
*TITEL 01 — WIRTSCHAFT UND FINANZEN*

**KAPITEL 01 04 — FINANZOPERATIONEN UND -INSTRUMENTE** *(Fortsetzung)*

***01 04 01*** *(Fortsetzung)*

01 04 01 01 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 94/375/EG des Rates vom 6. Juni 1994 über die Mitgliedschaft der Gemeinschaft im Europäischen Investitionsfonds (ABl. L 173 vom 7.7.1994, S. 12).

Beschluss 2007/247/EG des Rates vom 19. April 2007 über die Beteiligung der Gemeinschaft an der Aufstockung des Kapitals des Europäischen Investitionsfonds (ABl. L 107 vom 25.4.2007, S. 5).

01 04 01 02 Europäischer Investitionsfonds — Abrufbarer Teil des gezeichneten Kapitals

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 01 04 09 02*

Aus diesem Posten werden die im Bedarfsfall abgerufenen Restmittel des von der Union gezeichneten Kapitals finanziert.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 94/375/EG des Rates vom 6. Juni 1994 über die Mitgliedschaft der Gemeinschaft im Europäischen Investitionsfonds (ABl. L 173 vom 7.7.1994, S. 12).

Beschluss 2007/247/EG des Rates vom 19. April 2007 über die Beteiligung der Gemeinschaft an der Aufstockung des Kapitals des Europäischen Investitionsfonds (ABl. L 107 vom 25.4.2007, S. 5).

***01 04 02*** ***Nukleare Sicherheit — Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | 1 000 000 | 988 419 | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 01 04 10*

Die Mittel dieses Artikels dienen der Finanzierung der erforderlichen technischen und rechtlichen Unterstützungsmaßnahmen bei der Evaluierung der sicherheits- und umwelttechnischen sowie der wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte der Projekte, für die eine Finanzierung in Form eines Euratom-Darlehens beantragt wurde, einschließlich Untersuchungen seitens der Europäischen Investitionsbank (EIB). Die betreffenden Maßnahmen sollen außerdem Hilfestellung beim Abschluss und der Durchführung der Darlehensverträge leisten.

Die in diesem Artikel veranschlagten Mittel werden auch verwendet, um die der Union entstehenden Kosten beim Abschluss und bei der Durchführung von Transaktionen im Zusammenhang mit Anleihe- und Darlehenstransaktionen von Euratom zu decken oder zeitweise vorzufinanzieren.

Gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe a der Haushaltsordnung werden aus den bei Artikel 5 5 1 des Einnahmenplans veranschlagten Einnahmen zusätzliche Mittel bereitgestellt. Der Betrag der zweckgebundenen Einnahmen für das Jahr 2014 wird auf 1 235 000 EUR geschätzt.

KOMMISSION
*TITEL 01 — WIRTSCHAFT UND FINANZEN*

**KAPITEL 01 04 — FINANZOPERATIONEN UND -INSTRUMENTE** *(Fortsetzung)*

***01 04 02*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 77/270/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. L 88 vom 6.4.1977, S. 9).

***01 04 03 Garantie für Euratom-Anleihen***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 01 04 01 02*

Der Anleihen-Höchstbetrag beträgt 4 000 000 000 EUR; davon werden 500 000 000 EUR mit Beschluss 77/270/Euratom, 500 000 000 EUR mit Beschluss 80/29/Euratom, 1 000 000 000 EUR mit Beschluss 82/170/Euratom, 1 000 000 000 EUR mit Beschluss 85/537/Euratom und 1 000 000 000 EUR mit Beschluss 90/212/Euratom genehmigt.

Bei diesem Artikel wird die von der Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Bei Ausfall des Schuldners kann die Kommission daraus den Schuldendienst leisten.

Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission den Schuldendienst vorläufig aus den Kassenmitteln leisten. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1) Anwendung.

Eine eigene Anlage zu diesem Teil des Ausgabenplans dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen mit Garantie aus dem Gesamthaushalt, einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 77/270/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. L 88 vom 6.4.1977, S. 9).

Beschluss 77/271/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag zur Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. L 88 vom 6.4.1977, S. 11).

Beschluss 80/29/Euratom des Rates vom 20. Dezember 1979 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag zur Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. L 12 vom 17.1.1980, S. 28).

Beschluss 82/170/Euratom des Rates vom 15. März 1982 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom hinsichtlich des Höchstbetrags der Euratom-Anleihen, welche die Kommission im Hinblick auf einen Beitrag zur Finanzierung von Kernkraftanlagen aufnehmen kann (ABl. L 78 vom 24.3.1982, S. 21).

Beschluss 85/537/Euratom des Rates vom 5. Dezember 1985 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom hinsichtlich des Höchstbetrags der Euratom-Anleihen, welche die Kommission im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen aufnehmen kann (ABl. L 334 vom 12.12.1985, S. 23).

Beschluss 90/212/Euratom des Rates vom 23. April 1990 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag zur Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. L 112 vom 3.5.1990, S. 26).

KOMMISSION
*TITEL 01 — WIRTSCHAFT UND FINANZEN*

**KAPITEL 01 04 — FINANZOPERATIONEN UND -INSTRUMENTE** *(Fortsetzung)*

***01 04 03*** *(Fortsetzung)*

*Verweise*

Vorschlag für einen Beschluss des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. November 2002, zur Änderung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. C 45 E vom 25.2.2003, S. 194).

Vorschlag für einen Beschluss des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. November 2002, zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. C 45 E vom 25.2.2003, S. 201).

***01 04 51*** ***Abschluss früherer Programme im Bereich kleine und mittlere Unternehmen (KMU) (aus der Zeit vor 2014)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 92 788 874 | 208 950 000 | 119 884 191 | 188 572 766,54 | 110 148 466,54 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 01 04 04, 01 04 05 und 01 04 06*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Obwohl die Geltungsdauer der Mittelbindungen inzwischen abgelaufen ist, müssen diese Fazilitäten mehrere Jahre lang für erforderliche Zahlungen für Investitionen und die Einhaltung von Garantieverpflichtungen aufrechterhalten werden. Daher bleiben die Melde- und Überwachungsvorschriften bis zum Auslaufen der Fazilitäten bestehen.

Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission den Schuldendienst vorläufig aus den Kassenmitteln leisten. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1) Anwendung.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerber des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Etwaige Einnahmen aus Treuhandkonten, die unter Artikel 5 2 3 des Einnahmenplans aufgeführt sind, werden gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bei diesem Artikel eingesetzt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 98/347/EG des Rates vom 19. Mai 1998 über Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung innovativer und arbeitsplatzschaffender kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) — Initiative für mehr Wachstum und Beschäftigung (ABl. L 155 vom 29.5.1998, S. 43).

**KAPITEL 01 04 — FINANZOPERATIONEN UND -INSTRUMENTE** *(Fortsetzung)*

***01 04 51*** *(Fortsetzung)*

Entscheidung 2000/819/EG des Rates vom 20. Dezember 2000 über ein Mehrjahresprogramm für Unternehmen und unternehmerische Initiative, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) (2001-2005) (ABl. L 333 vom 29.12.2000, S. 84).

Beschluss Nr. 1776/2005/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. September 2005 zur Änderung der Entscheidung 2000/819/EG des Rates über ein Mehrjahresprogramm für Unternehmen und unternehmerische Initiative, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) (2001-2005) (ABl. L 289 vom 3.11.2005, S. 14).

Beschluss Nr. 1639/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 15).

KOMMISSION
*TITEL 01 — WIRTSCHAFT UND FINANZEN*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „WIRTSCHAFT UND FINANZEN“

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „WIRTSCHAFT UND FINANZEN“

KOMMISSION

*TITEL 02*

**UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE**

# TITEL 02

# UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 02 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE“ | 119 530 259 | 119 530 259 | 117 247 851 | 117 247 851 | 122 512 965,23 | 122 512 965,23 |
| 02 02 | PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME) | 268 307 275 | 135 662 459 | 95 805 000 | 119 008 996 | 102 598 699,— | 42 792 139,15 |
| 02 03 | BINNENMARKT FÜR WAREN UND SEKTORBEZOGENE POLITISCHE MASSNAHMEN | 39 170 000 | 32 330 554 | 47 500 000 | 33 281 048 | 45 136 400,74 | 31 990 038,72 |
| 02 04 | HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND UNTERNEHMERISCHE INITIATIVE | 401 518 263 | 486 556 651 | 827 409 535 | 668 792 055 | 733 441 279,55 | 620 823 442,07 |
| 02 05 | EUROPÄISCHE SATELLITENNAVIGATIONSPROGRAMME (EGNOS UND GALILEO) | 1 347 417 000 | 1 144 387 928 | 11 700 000 | 387 530 882 | 194 077 682,13 | 415 969 783,13 |
| 02 06 | EUROPÄISCHES ERDBEOBACHTUNGSPROGRAMM | 360 433 000 | 186 675 815 | 55 000 000 | 48 421 507 | 38 998 481,31 | 35 027 124,89 |
| | **Titel 02 — Insgesamt** | **2 536 375 797** | **2 105 143 666** | **1 154 662 386** | **1 374 282 339** | **1 236 765 507,96** | **1 269 115 493,19** |

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

# TITEL 02

# UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE

## KAPITEL 02 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 02 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE“ | | | | | |
| ***02 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Unternehmen und Industrie“*** | 5.2 | 65 749 316 | 68 571 363 | 69 418 493,51 | 105,58 |
| ***02 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Unternehmen und Industrie“*** | | | | | |
| 02 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 5 487 197 | 5 724 308 | 5 696 095,15 | 103,81 |
| 02 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 4 125 657 | 4 383 761 | 4 767 081,58 | 115,55 |
| | *Artikel 02 01 02 — Subtotal* | | 9 612 854 | 10 108 069 | 10 463 176,73 | 108,85 |
| ***02 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Unternehmen und Industrie“*** | 5.2 | 4 255 878 | 4 463 544 | 5 231 954,46 | 122,93 |
| ***02 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Unternehmen und Industrie“*** | | | | | |
| 02 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für das Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und KMU (COSME) | 1.1 | 3 675 000 | 2 740 400 | 3 396 218,46 | 92,41 |
| 02 01 04 02 | Unterstützungsausgaben für die Normung und Annäherung der Rechtsvorschriften | 1.1 | 160 000 | 160 000 | 159 807,30 | 99,88 |
| 02 01 04 03 | Unterstützungsausgaben für die Europäischen Satellitennavigationsprogramme | 1.1 | 3 350 000 | 1 000 000 | 2 299 283,89 | 68,64 |
| 02 01 04 04 | Unterstützungsausgaben für das Europäische Erdbeobachtungsprogramm (Copernicus) | 1.1 | 2 500 000 | 1 000 000 | 999 809,95 | 39,99 |
| | *Artikel 02 01 04 — Subtotal* | | 9 685 000 | 4 900 400 | 6 855 119,60 | 70,78 |
| ***02 01 05*** | ***Unterstützungsausgaben für Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Unternehmen und Industrie“*** | | | | | |
| 02 01 05 01 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit | 1.1 | 12 347 430 | 13 144 875 | 11 280 189,— | 91,36 |

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE“** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 02 01 05 02 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal | 1.1 | 3 637 467 | 3 650 000 | 2 909 900,— | 80,— |
| 02 01 05 03 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben | 1.1 | 7 217 314 | 7 409 600 | 11 035 315,93 | 152,90 |
| | *Artikel 02 01 05 — Subtotal* | | 23 202 211 | 24 204 475 | 25 225 404,93 | 108,72 |
| ***02 01 06*** | ***Exekutivagenturen*** | | | | | |
| 02 01 06 01 | Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus dem Programm Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und KMU (Cosme) | 1.1 | 7 025 000 | 5 000 000 | 5 318 816,— | 75,71 |
| | *Artikel 02 01 06 — Subtotal* | | 7 025 000 | 5 000 000 | 5 318 816,— | 75,71 |
| | **Kapitel 02 01 — Insgesamt** | | **119 530 259** | **117 247 851** | **122 512 965,23** | **102,50** |

### *02 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Unternehmen und Industrie“*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 65 749 316 | 68 571 363 | 69 418 493,51 |

### *02 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Unternehmen und Industrie“*

02 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 487 197 | 5 724 308 | 5 696 095,15 |

02 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 125 657 | 4 383 761 | 4 767 081,58 |

*Erläuterungen*

Ein Teil der Mittel wird für die Sicherstellung einer ausgewogeneren Vertretung von Interessenträgern (Unternehmen, KMU, Gewerkschaften, Verbraucherverbände, …) in durch diese Haushaltslinie finanzierten Sachverständigengruppen, für die Einrichtung eines verbindlichen offenen Auswahlverfahrens für die Mitglieder der Sachverständigengruppen und für die Vermeidung von Interessenkonflikten eingesetzt.

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE“** *(Fortsetzung)*

***02 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Unternehmen und Industrie“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 255 878 | 4 463 544 | 5 231 954,46 |

***02 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Unternehmen und Industrie“***

02 01 04 01 Unterstützungsausgaben für das Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und KMU (COSME)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 675 000 | 2 740 400 | 3 396 218,46 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 01 04 04 (teilweise)*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sitzungen von Sachverständigen, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Postens stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Unterstützung, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerberländer des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Einnahmen aus Beiträgen Dritter, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, werden unter Beachtung der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bei dem vorliegenden Posten bereitgestellt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 02 02.

02 01 04 02 Unterstützungsausgaben für die Normung und Annäherung der Rechtsvorschriften

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 160 000 | 160 000 | 159 807,30 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sitzungen von Sachverständigen, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Postens stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Unterstützung, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Artikel 02 03 02.

**KAPITEL 02 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE“** *(Fortsetzung)*

***02 01 04*** *(Fortsetzung)*

02 01 04 03 Unterstützungsausgaben für die Europäischen Satellitennavigationsprogramme

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 350 000 | 1 000 000 | 2 299 283,89 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 01 04 05*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sitzungen von Sachverständigen, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Postens stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 02 05.

02 01 04 04 Unterstützungsausgaben für das Europäische Erdbeobachtungsprogramm (Copernicus)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 500 000 | 1 000 000 | 999 809,95 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 01 04 06*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sitzungen von Sachverständigen, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Postens stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Unterstützung, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden. Sie können auch die Ausgaben für Aktivitäten betreffend das Nutzerforum decken, das durch Artikel 17 der Verordnung (EU) Nr. 911/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2010 über das Europäische Erdbeobachtungsprogramm (GMES) und seine ersten operativen Tätigkeiten (2011-2013) (ABl. L 276 vom 20.10.2010, S. 1) eingerichtet wurde.

Zu den bei diese Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE“** *(Fortsetzung)*

***02 01 04*** *(Fortsetzung)*

02 01 04 04 *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerberländer des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Einnahmen aus Beiträgen Dritter, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, werden unter Beachtung der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bei dem vorliegenden Posten bereitgestellt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 02 06.

***02 01 05 Unterstützungsausgaben für Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Unternehmen und Industrie“***

02 01 05 01 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 12 347 430 | 13 144 875 | 11 280 189,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 02 01 01 (teilweise) und Posten 02 01 05 01*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die in den Stellenplänen ausgewiesenen Beamten und Bediensteten auf Zeit bestimmt, die mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Horizont 2020) und mit indirekten Maßnahmen der Programme im nicht nuklearen Bereich betraut sind, einschließlich der an Delegationen der Union entsandten Beamten und Bediensteten auf Zeit.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 02 04.

02 01 05 02 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 637 467 | 3 650 000 | 2 909 900,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für externes Personal bestimmt, das mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Horizont 2020) im Rahmen indirekter Maßnahmen der Programme im nicht nuklearen Bereich betraut ist, einschließlich des an Delegationen der Union entsandten externen Personals.

**KAPITEL 02 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE“** *(Fortsetzung)*

***02 01 05*** *(Fortsetzung)*

02 01 05 02 *(Fortsetzung)*

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 02 04.

02 01 05 03 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 217 314 | 7 409 600 | 11 035 315,93 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 01 04 04 (teilweise) und Posten 02 01 05 03*

Diese Mittel sind zur Deckung sonstiger Verwaltungsausgaben bestimmt, einschließlich sonstiger Verwaltungsausgaben bezüglich an Delegationen der Union entsandtes Personal, die für die gesamte Verwaltung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Horizont 2020) im Rahmen indirekter Maßnahmen der Programme im nicht nuklearen Bereich anfallen.

Diese Mittel sind auch zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sitzungen von Sachverständigen, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Haushaltspostens stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

Sie sind auch zur Deckung der Ausgaben für die technische und administrative Unterstützung bei der Ermittlung, Vorbereitung, Verwaltung, Weiterbehandlung, Überprüfung und Kontrolle des Programms oder der Vorhaben bestimmt, wie z. B. Ausgaben für Konferenzen, Workshops, Seminare, Entwicklung und Pflege von IT-Systemen, Dienstreisen, Schulungen und Repräsentationszwecke.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 02 04.

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE“** *(Fortsetzung)*

***02 01 06 Exekutivagenturen***

02 01 06 01 Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus dem Programm Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und KMU (Cosme)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 025 000 | 5 000 000 | 5 318 816,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 01 04 30 (teilweise)*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Agentur bestimmt, die im Rahmen ihrer Aufgabe bei der Verwaltung von Maßnahmen anfallen, die Teil des Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und KMU (COSME) sind.

Zu den bei diese Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerberländer des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Einnahmen aus Beiträgen Dritter, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, werden unter Beachtung der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bei dem vorliegenden Posten bereitgestellt.

Der Stellenplan der Agentur ist im Anhang „Stellenplan“ dieses Einzelplans enthalten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

Beschluss Nr. 1639/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 15).

Verordnung (EU) Nr. 1287/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über ein Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (COSME) (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1639/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 33).

*Verweise*

Beschluss Nr. 2004/20/EG der Kommission vom 23. Dezember 2003 zur Einrichtung einer als „Exekutivagentur für intelligente Energie“ bezeichneten Exekutivagentur für die Verwaltung von Gemeinschaftsmaßnahmen im Energiebereich gemäß der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates (ABl. L 5 vom 9.1.2004, S. 85).

Beschluss 2007/372/EG der Kommission vom 31. Mai 2007 zur Änderung des Beschlusses 2004/20/EG in Bezug auf die Umwandlung der „Exekutivagentur für intelligente Energie“ in die „Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation“ (ABl. L 140 vom 1.6.2007, S. 52).

Durchführungsbeschluss 2013/771/EU der Kommission vom 17. Dezember 2013 zur Einrichtung der „Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen“ und zur Aufhebung der Beschlüsse 2004/20/EG und 2007/372/EG (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 73).

Beschluss der Kommission C(2013) 9414 vom 23. Dezember 2013 zur Übertragung bestimmter Befugnisse an die Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Programmen der Union in den Bereichen Energie, Umwelt, Klimapolitik, Wettbewerbsfähigkeit und KMU, Forschung und Innovation, IKT, Meerespolitik und Fischerei, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von in den Gesamthaushaltsplan der Union eingestellten Mitteln.

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 02 — PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME)**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 02 02 | PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME) | | | | | | | | |
| ***02 02 01*** | ***Förderung unternehmerischer Initiative und Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Marktzugang der Unternehmen der Union*** | 1.1 | 102 709 687 | 14 575 804 | | | | | — |
| ***02 02 02*** | ***Verbesserung des Zugangs von KMU zu Finanzmitteln für Form von Eigen- und Fremdkapital*** | 1.1 | 161 907 588 | 87 914 000 | | | | | — |
| ***02 02 51*** | ***Abschluss früherer Programme im Bereich Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerische Initiative*** | 1.1 | p.m. | 26 666 655 | 90 805 000 | 111 452 996 | 94 210 194,69 | 33 666 048,33 | 126,25 |
| ***02 02 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 02 02 77 01 | Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im neuen finanziellen Umfeld | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 02 02 77 02 | Pilotprojekt — Erasmus für junge Unternehmer | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 02 02 77 03 | Vorbereitende Maßnahme — Erasmus für junge Unternehmer | 1.1 | p.m. | 835 000 | p.m. | 1 500 000 | 0,— | 3 223 492,98 | 386,05 |
| 02 02 77 04 | Pilotprojekt — Maßnahmen im Sektor Textilien und Schuhe | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 601 892,90 | — |
| 02 02 77 05 | Vorbereitende Maßnahme — Herausragende europäische Reiseziele | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 972 824,13 | — |
| 02 02 77 06 | Vorbereitende Maßnahme — Nachhaltiger Fremdenverkehr | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 622 354,76 | — |
| 02 02 77 07 | Vorbereitende Maßnahme — Sozialtourismus in Europa | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | 700 000 | 0,— | 549 350,92 | — |
| 02 02 77 08 | Vorbereitende Maßnahme — Förderung europäischer und transnationaler Tourismusprodukte mit besonderem Schwerpunkt auf Kultur- und Industrieprodukten | 1.1 | 2 000 000 | 2 000 000 | 2 000 000 | 1 520 000 | 1 999 257,81 | 457 257,81 | 22,86 |
| 02 02 77 09 | Vorbereitende Maßnahme — Barrierefreier Tourismus | 1.1 | 690 000 | 1 035 000 | 1 000 000 | 1 000 000 | 924 519,— | 7 879,48 | 0,76 |
| 02 02 77 10 | Vorbereitende Maßnahme — Euromed — Innovationen von Unternehmern für den Wandel | 1.1 | p.m. | 1 000 000 | 2 000 000 | 1 000 000 | 1 988 102,51 | 603 777,95 | 60,38 |
| 02 02 77 11 | Pilotprojekt — Erleichterung des Zugangs von Handwerkern und kleinen Bauunternehmen zu Versicherungen, um die Innovation und die Förderung umweltfreundlicher Technologien in der Europäischen Union anzukurbeln | 1.1 | p.m. | 286 000 | p.m. | 286 000 | 0,— | 428 607,— | 149,86 |

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 02 — PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME)** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 02 02 77 12 | Pilotprojekt — Europäisches Kompetenznetz „seltene Erden“ | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | 300 000 | 1 000 000,— | 0,— | — |
| 02 02 77 13 | Pilotprojekt — Entwicklung der europäischen „Gebiete für die Kreativwirtschaft“ | 3 | p.m. | 350 000 | p.m. | 500 000 | 954 973,39 | 286 492,02 | 81,85 |
| 02 02 77 14 | Pilotprojekt — Rasche und effiziente Beitreibung ausstehender Forderungen von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit grenzüberschreitender Tätigkeit | 3 | p.m. | 500 000 | — | 750 000 | 1 521 651,60 | 704 160,87 | 140,83 |
| 02 02 77 15 | Vorbereitende Maßnahme — Harmonisierte Verfahren und Normen für den elektronischen Geschäftsverkehr zwischen europäischen KMU aus verwandten Wirtschaftszweigen | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 668 000,— | — |
| 02 02 77 16 | Pilotprojekt — Zukunft des verarbeitenden Gewerbes | 1.1 | 1 000 000 | 500 000 | | | | | — |
| | *Artikel 02 02 77 — Subtotal* | | 3 690 000 | 6 506 000 | 5 000 000 | 7 556 000 | 8 388 504,31 | 9 126 090,82 | 140,27 |
| | **Kapitel 02 02 — Insgesamt** | | **268 307 275** | **135 662 459** | **95 805 000** | **119 008 996** | **102 598 699,—** | **42 792 139,15** | **31,54** |

## *02 02 01 Förderung unternehmerischer Initiative und Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Marktzugang der Unternehmen der Union*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 102 709 687 | 14 575 804 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), zur Förderung der unternehmerischen Initiative und zur Hilfestellung bei Gründung und Wachstum von KMU.

Die Maßnahmen umfassen insbesondere:

— Netzwerke, die eine Vielfalt von Beteiligten zusammenführen,

— Projekte für die erste gewerbliche Anwendung,

— Analysen, Entwicklung und Koordinierung von Politiken mit Teilnehmerländern,

— Informationsaustausch und -verbreitung sowie Sensibilisierung,

— Förderung gemeinsamer Aktionen von Mitgliedstaaten oder Regionen sowie weiterer Maßnahmen des Programms COSME.

**KAPITEL 02 02 — PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME)** *(Fortsetzung)*

***02 02 01*** *(Fortsetzung)*

Die Union stellt Unterstützung für Initiativen wie das „Enterprise Europe Network" und für die Maßnahmen zur Förderung der unternehmerischen Initiative bereit. Sie fördert auch Projekte für erste Anwendungen oder zur gewerblichen Verwertung von Technologien, Verfahren oder Produkten (beispielsweise im Bereich neuer Unternehmenskonzepte bei Verbrauchsgütern), die für die Union von Interesse sind und sich in technischer Hinsicht bereits bewährt haben, aber wegen der Restrisiken keine nennenswerten Marktanteile gewinnen konnten. Diese Projekte werden so konzipiert, dass ihre breitere Verwendung in den teilnehmenden Ländern gefördert und ihre Umsetzung in marktfähige Produkte erleichtert werden.

Andere Projekte sind darauf abgestellt, die Rahmenbedingungen zu verbessern, damit die Wettbewerbs- und Überlebensfähigkeit der Unionsunternehmen, auch in der Tourismusbranche, gewährleistet werden kann, indem auf Unionsebene fundierte politische Maßnahmen schlüssig und einheitlich konzipiert und umgesetzt werden. Zudem werden Projekte eingerichtet, die die Umsetzung des Small Business Act für Europa unterstützen.

Besonderes Augenmerk genießen Aktionen zur Förderung eines nachhaltigen Tourismus, wobei zunächst sanfte Mobilität, Radwegenetze, Ökotourismus und der Naturschutz vorrangig gefördert werden. Zugänglichkeit für alle, insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Mobilität und sozial benachteiligte Menschen, ist in diesem Zusammenhang ebenfalls sehr wichtig.

Mit der Maßnahme „Erasmus für Unternehmer" sollen das europäische Unternehmertum, der Austausch von Wissen und bewährten Verfahren sowie der Aufbau wertvoller Netze und Partnerschaften gefördert werden.

Schon aufgrund der gegenwärtig schwierigen Wirtschaftslage ist es unbedingt notwendig, EU-Unternehmen zu unterstützen, insbesondere junge und innovative Start-up-Unternehmen, und das Unternehmertum zu fördern, indem Programmen wie dem Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (COSME) ausreichend Mittel zugewiesen werden. Dabei war insbesondere das Programm „Erasmus für junge Unternehmer" sehr erfolgreich, und mit ihm kann die Arbeitslosigkeit EU-weit erfolgreich bekämpft werden.

Die Finanzmittel für das Programm „Erasmus für junge Unternehmer" müssen insbesondere aus folgenden Gründen aufgestockt werden:

— Das Programm trägt dazu bei, europäisches Unternehmertum, die gemeinsame Nutzung von Wissen und bewährter Verfahren sowie den Aufbau wertvoller Netze und Partnerschaften zu fördern;

— das Programm ist sehr erfolgreich; die Zahl der Teilnehmer an dem Programm stieg in den letzten Jahren stetig an und wird wohl noch weiter zunehmen;

— mit dem Programm wird wirksam das Problem der Jugendarbeitslosigkeit bekämpft, da arbeitslosen jungen Menschen dabei geholfen wird, sich selbständig zu machen, und bestehende KMU dabei unterstützt werden, Arbeitsplätze zu schaffen, indem sie ihre Geschäftstätigkeit erweitern oder internationalisieren;

— die Zahl der Anträge übersteigt bei weitem die Möglichkeiten der Kommission mit den ihr derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln.

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der EU aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen und insbesondere eine Finanzierung in Form von Sachleistungen durch CESES als Beitrag zu EU-Projekten zu berücksichtigen.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1287/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über ein Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (COSME) (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1639/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 33), insbesondere Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a bis c.

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 02 — PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME)** *(Fortsetzung)*

***02 02 02 Verbesserung des Zugangs von KMU zu Finanzmitteln für Form von Eigen- und Fremdkapital***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 161 907 588 | 87 914 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen dazu, in der Gründungs-, Wachstums- und Übertragungsphase den Zugang von KMU zu Finanzierungen in Form von Eigen- und Fremdkapital zu verbessern.

Eine Kreditbürgschaftsfazilität bietet Rückbürgschaften, direkte Bürgschaften und andere Risikoteilungsmodalitäten für eine Kreditfinanzierung, die die gravierenden Schwierigkeiten verringern soll, mit denen gesunde KMU zu kämpfen haben, wenn sie Kapital benötigen, weil ihnen entweder ein höheres Risiko unterstellt wird oder ihre Sicherheiten nicht ausreichen, und die Verbriefung von KMU-Kredit-Portfolios.

Eine Wachstums-Beteiligungskapitalfazilität (EFG) wird Investitionen in Risikokapitalfonds ermöglichen, die in KMU in der Expansions- und Wachstumsphase, insbesondere wenn sie grenzüberschreitend tätig sind, investieren. Es soll die Möglichkeit geben, in Verbindung mit der Beteiligungskapitalfazilität für FEI im Rahmen von Horizont 2020 in Frühphasenfonds zu investieren. Bei gemeinsamen Investitionen in mehrstufige Fonds stammt die Finanzierung anteilmäßig aus der EFG von COSME und der Beteiligungskapitalfazilität für FEI im Rahmen von Horizont 2020. Hilfen der EFG fließen entweder direkt über den Europäischen Investitionsfonds (EIF) oder über andere von der Kommission mit der Durchführung betraute Einrichtungen oder über Dachfonds oder Investitionsinstitute, die grenzüberschreitend investieren.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Erstattungen im Rahmen von Finanzierungsinstrumenten gemäß Artikel 140 Absatz 6 der Haushaltsordnung, einschließlich Rückflüsse, freigegebene Garantien und Erstattungen auf den Darlehensbetrag, die der Kommission erstattet und in Posten 6 3 4 1 des Einnahmenplans verbucht werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe i der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1287/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über ein Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (COSME) (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1639/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 33), insbesondere Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d.

***02 02 51 Abschluss früherer Programme im Bereich Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerische Initiative***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 26 666 655 | 90 805 000 | 111 452 996 | 94 210 194,69 | 33 666 048,33 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 02 02 01 und 02 02 04 sowie Posten 02 02 02 01 und 02 02 02 02*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 02 — PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME)** *(Fortsetzung)*

***02 02 51*** *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerberländer des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 89/490/EWG des Rates vom 28. Juli 1989 über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Gemeinschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, und die Förderung ihrer Entwicklung (ABl. L 239 vom 16.8.1989, S. 33).

Beschluss 91/179/EWG des Rates vom 25. März 1991 über die Annahme der Satzung der Internationalen Studiengruppe für Kupfer (ABl. L 89 vom 10.4.1991, S. 39).

Beschluss 91/319/EWG des Rates vom 18. Juni 1991 zur Überprüfung des Programms zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Gemeinschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, und zur Förderung ihrer Entwicklung (ABl. L 175 vom 4.7.1991, S. 32).

Beschluss 91/537/EWG des Rates vom 14. Oktober 1991 über die Annahme der Satzung der Internationalen Studiengruppe für Nickel (ABl. L 293 vom 24.10.1991, S. 23).

Beschluss 92/278/EWG des Rates vom 18. Mai 1992 über die Konsolidierung des Zentrums für industrielle Zusammenarbeit EG-Japan (ABl. L 144 vom 26.5.1992, S. 19).

Beschluss 93/379/EWG des Rates vom 14. Juni 1993 über ein mehrjähriges Aktionsprogramm der Gemeinschaft zum Ausbau der Schwerpunktbereiche und zur Sicherung der Kontinuität und Konsolidierung der Unternehmenspolitik in der Gemeinschaft, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) (ABl. L 161 vom 2.7.1993, S. 68).

Beschluss 96/413/EG des Rates vom 25. Juni 1996 zur Durchführung eines gemeinschaftlichen Aktionsprogramms für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie (ABl. L 167 vom 6.7.1996, S. 55).

Beschluss 97/15/EG des Rates vom 9. Dezember 1996 über ein drittes Mehrjahresprogramm für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in der Europäischen Union (1997-2000) (ABl. L 6 vom 10.1.1997, S. 25).

Entscheidung 2000/819/EG des Rates vom 20. Dezember 2000 über ein Mehrjahresprogramm für Unternehmen und unternehmerische Initiative, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) (2001-2005) (ABl. L 333 vom 29.12.2000, S. 84).

Beschluss 2001/221/EG des Rates vom 12. März 2001 über die Beteiligung der Europäischen Gemeinschaft an der Internationalen Studiengruppe für Blei und Zink (ABl. L 82 vom 22.3.2001, S. 21).

Beschluss 2002/651/EG des Rates vom 22. Juli 2002 über die Mitwirkung der Gemeinschaft in der Internationalen Kautschukstudiengruppe (ABl. L 215 vom 10.8.2002, S. 13).

Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur (ABl. L 136 vom 30.4.2004, S. 1).

Entscheidung Nr. 593/2004/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Juli 2004 zur Änderung der Entscheidung 2000/819/EG des Rates über ein Mehrjahresprogramm für Unternehmen und unternehmerische Initiative, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) (2001-2005) (ABl. L 268 vom 16.8.2004, S. 3).

Beschluss Nr. 1776/2005/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. September 2005 zur Änderung der Entscheidung 2000/819/EG des Rates über ein Mehrjahresprogramm für Unternehmen und unternehmerische Initiative, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) (2001-2005) (ABl. L 289 vom 3.11.2005, S. 14).

Beschluss 2006/77/EG der Kommission vom 23. Dezember 2005 zur Einsetzung einer Hochrangigen Gruppe für Wettbewerbsfähigkeit, Energie und Umwelt (ABl. L 36 vom 8.2.2006, S. 43).

Beschluss Nr. 1639/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 15).

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 02 — PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME)** *(Fortsetzung)*

***02 02 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

02 02 77 01 Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im neuen finanziellen Umfeld

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 02 03 02*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

02 02 77 02 Pilotprojekt — Erasmus für junge Unternehmer

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 02 03 04*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

02 02 77 03 Vorbereitende Maßnahme — Erasmus für junge Unternehmer

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 835 000 | p.m. | 1 500 000 | 0,— | 3 223 492,98 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 02 03 05*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 02 — PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME)** *(Fortsetzung)*

***02 02 77*** *(Fortsetzung)*

02 02 77 03 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

02 02 77 04 Pilotprojekt — Maßnahmen im Sektor Textilien und Schuhe

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 601 892,90 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 02 02 07*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

02 02 77 05 Vorbereitende Maßnahme — Herausragende europäische Reiseziele

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 972 824,13 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 02 08 01*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 02 — PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME)** *(Fortsetzung)*

***02 02 77*** *(Fortsetzung)*

02 02 77 06 Vorbereitende Maßnahme — Nachhaltiger Fremdenverkehr

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 622 354,76 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 02 08 02*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 14), insbesondere Artikel 5.

Artikel 195 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

02 02 77 07 Vorbereitende Maßnahme — Sozialtourismus in Europa

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 700 000 | 0,— | 549 350,92 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 02 08 03*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 02 — PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME)** *(Fortsetzung)*

***02 02 77*** *(Fortsetzung)*

02 02 77 08 Vorbereitende Maßnahme — Förderung europäischer und transnationaler Tourismusprodukte mit besonderem Schwerpunkt auf Kultur- und Industrieprodukten

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 2 000 000 | 2 000 000 | 2 000 000 | 1 520 000 | 1 999 257,81 | 457 257,81 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 02 08 04*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Mit dem Vertrag von Lissabon hat die Union zum ersten Mal eine Zuständigkeit im Bereich des Fremdenverkehrs erhalten. Mit dieser neuen vorbereitenden Maßnahme sollen grenzüberschreitende themenbezogene Tourismusprodukte gefördert werden, die insbesondere das gemeinsame kulturelle und industrielle Erbe Europas und lokale Traditionen widerspiegeln, wobei an frühere Maßnahmen in diesem Bereich und an die konsolidierten Erfahrungen anderer internationaler Partner und Organisationen wie dem Europarat, der Welttourismusorganisation der Vereinten Nationen (UNWTO), der Europäischen Reisekommission (ETC) usw. angeknüpft werden soll.

Diese vorbereitende Maßnahme soll insbesondere die Diversifizierung der bereitgestellten Tourismusprodukte vorantreiben und wird somit einen Beitrag dazu leisten, die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Fremdenverkehrssektors zu verbessern. Eine Reihe von transnationalen themenbezogenen Tourismusprodukten und -dienstleistungen, wie etwa Kultur- und Industriekulturrouten, die durch mehrere Regionen oder Mitgliedstaaten führen, weisen ein beachtliches Wachstumspotenzial auf. Diese europäischen und transnationalen Tourismusprodukte sollten — in enger Zusammenarbeit mit der ETC — auch in Drittländern angepriesen werden, um das Bild Europas als einzigartiges Fernreiseziel zu verbessern.

Die vorbereitende Maßnahme hat hauptsächlich die folgenden Ziele:

— Beitrag zur unionsweiten Verbesserung der Qualität von Tourismusprodukten und touristischen Zielen insgesamt durch Finanzierung von grenzübergreifenden Tourismusprojekten;

— Weiterentwicklung von kulturellen Produkten und des Fremdenverkehrs als integralem Bestandteil einer nachhaltigen Wirtschaft und zur Förderung der regionalen Wirtschaft;

— Förderung des Tourismus in im Strukturwandel begriffenen Regionen, um Wachstum und Beschäftigung in diesen Regionen zu fördern;

— Errichtung eines Netzwerks, an dem regionale, nationale und Unionsakteure und Entscheidungsträger, insbesondere aus dem Bereich des Kultur- und Industrietourismus, beteiligt sind;

— Hervorhebung des Werts von kulturellen Produkten und des Kulturtourismus in Europa und Stärkung des Images von Europa als Reiseziel Nummer Eins weltweit;

— Förderung von transnationalen Kultur- bzw. Industriekulturthemen und -produkten, die ein größeres Bewusstsein für eine europäische Identität schaffen können.

Mit dieser vorbereitenden Maßnahme sollte die Unterstützung von Projekten im Zusammenhang mit den (vom Europarat und anderen Organisationen anerkannten) europäischen Kulturrouten fortgesetzt werden.

Da diese Routen durch mehrere Regionen oder Länder führen, sind sie ein guter Ausgangspunkt, um für die Vielfalt und die Komplexität des europäischen Kulturtourismus zu werben.

Kulturrouten verfügen über ein beträchtliches und größtenteils noch nicht ausgeschöpftes touristisches Potenzial. Sie sind transnational und stehen darüber hinaus für das gemeinsame europäische Erbe und die gemeinsamen europäischen Werte. Sie werden außerdem als nachhaltiges, ethisches und soziales Modellbeispiel betrachtet, da sie auf lokalen Kenntnissen und Fähigkeiten sowie dem lokalen Erbe beruhen und häufig für weniger bekannte Ziele in Europa werben.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 02 — PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME)** *(Fortsetzung)*

***02 02 77*** *(Fortsetzung)*

02 02 77 09 Vorbereitende Maßnahme — Barrierefreier Tourismus

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 690 000 | 1 035 000 | 1 000 000 | 1 000 000 | 924 519,— | 7 879,48 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 02 08 05*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon hat die Union als Zuständigkeit auch den Bereich Tourismus erhalten und kann somit die Maßnahmen der Mitgliedstaaten in diesem Bereich koordinieren und ergänzen. Zur Förderung dieser neuen wichtigen Aufgabe der Union ist vorgeschlagen worden, 2012 eine vorbereitende Maßnahme einzuleiten, mit der künftigen Initiativen im Bereich Tourismus und Barrierefreiheit der Weg bereitet werden soll. Ihr wichtigstes Ziel ist die Entwicklung eines stärkeren Bewusstseins für einen barrierefreien Tourismus, mit besonderem Schwerpunkt auf der Behindertenthematik und den besonderen Bedürfnissen bestimmter Personengruppen. Trotz des von allen Mitgliedstaaten unterzeichneten Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen stößt eine große Zahl von Behinderten immer noch auf Probleme beim Zugang zu Dienstleistungen im Bereich Verkehr und Fremdenverkehr.

Mit der vorbereitenden Maßnahme werden hauptsächlich folgende Ziele verfolgt:

— Sensibilisierung der Öffentlichkeit — insbesondere durch Informationskampagnen — für barrierefreie Tourismusangebote und Tourismusdienstleistungen, sowie Verbesserung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Organisationen, die Personen mit Behinderungen, Menschen mit besonderen Bedürfnissen ganz allgemein und die Tourismusindustrie vertreten, um eine inklusive Gesellschaft zu fördern und einen freien Personenverkehr von hoher Qualität in Europa zu gewährleisten;

— Beitrag zur Entwicklung einer gezielten Schulung für die Behindertenproblematik, insbesondere im Bereich Brandschutz und Sicherheit von Beherbergungseinrichtungen ganz allgemein;

— Qualifizierung, Schulung und umfassende Information von Bürgern und Fachkräften sowie deren Sensibilisierung für das Konzept der Gastfreundschaft in Verbindung mit Barrierefreiheit, auch durch enge Zusammenarbeit und Synergien mit Universitäten und Schulen;

— Schaffung von Anreizen für europäische Reiseziele, die bei ihren Werbeangeboten auf Barrierefreiheit als ein wichtiges Kriterium abheben, sowie Vergabe von Auszeichnungen dafür;

— Schaffung von Anreizen für eine bessere Nutzung von Innovationen zur Verbesserung der generellen Barrierefreiheit von Tourismusdienstleistungen;

— Schaffung von Anreizen für die Anpassung von Tourismusangeboten auf die Bedürfnisse von Personen mit eingeschränkter Mobilität und generell von Menschen mit besonderen Bedürfnissen;

— Beitrag zur Schaffung eines günstigen und zugänglichen Umfelds für Behinderte, Personen mit eingeschränkter Mobilität und Menschen mit besonderen Bedürfnissen in allen Bereichen, insbesondere in den Bereichen Verkehr (Mobilität), Unterbringung, Verpflegung und Tourismusdienstleistungen ganz allgemein;

— Ausweitung von Kampagnen und Informationsmaßnahmen mit Blick auf die Rechte von Personen mit eingeschränkter Mobilität und Menschen mit besonderen Bedürfnissen bei Auslandsreisen, um die Kunden mit besseren Informationen zu versorgen und einen besseren Zugang sicherzustellen;

— Stärkung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit zur Entwicklung eines barrierefreien Tourismus innerhalb der Tourismusindustrie, damit sowohl die Unionsbürger als auch Besucher aus Drittländern, insbesondere Menschen mit Behinderungen und besonderen Bedürfnissen ihre Rechte ausüben können;

— Beitrag zur langfristigen Entwicklung gemeinsamer Mindeststandards für Barrierefreiheit auf der Grundlage qualitativer Kriterien für alle mit dem Tourismus in Verbindung stehenden Bereiche, die sich an alle Bürger, auch Behinderte, Personen mit eingeschränkter Mobilität und Menschen mit besonderen Bedürfnissen richten.

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 02 — PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME)** *(Fortsetzung)*

***02 02 77*** *(Fortsetzung)*

02 02 77 09 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

02 02 77 10 Vorbereitende Maßnahme — Euromed — Innovationen von Unternehmern für den Wandel

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 1 000 000 | 2 000 000 | 1 000 000 | 1 988 102,51 | 603 777,95 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 02 02 10*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Mit dieser vorbereitenden Maßnahme sollen Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit junger Unternehmer, Investitionen und Innovationsnetze aus Europa und vier assoziierten Mittelmeerländern (Ägypten, Libanon, Tunesien, Marokko) verbessert werden, um in Märkten mit großem Potenzial Führungskräfte heranzubilden.

Kapazitätsaufbau:

— Es werden Schulungen über die Internationalisierung von KMU durchgeführt, um mehr als 150 Unternehmer und 500 Gründungszentren, Investoren oder Unternehmernetzwerke zu stärken, gefolgt von Online-Konferenzen (Webinars) und technischer Unterstützung — es werden zwei spezifische Mentoring-Netzwerke geschaffen (in denen erfahrene Unternehmer andere Unternehmer unterstützen): ein Mentoring-Programm für Unternehmerinnen sowie ein weiteres Programm, an dem Unternehmer aus der Diaspora der Mittelmeerländer in Europa mitwirken. Maßnahmen zur Geschäftsentwicklung in drei Schlüsselbereichen: IT/Medien, Energie und Umwelt, Agrar- und Ernährungsindustrie.

— Treffen zwischen Unternehmen während geschäftlicher Veranstaltungen, um die besten Start-up-Unternehmen mit potenziellen Kunden und Investoren in Verbindung zu bringen, mit diesbezüglichen Folgemaßnahmen.

— Während großer internationaler Messen werden Investitionsworkshops organisiert, um nicht nur Start-up-Unternehmen und Innovationscluster mit Top-Kunden in Verbindung zu bringen, sondern auch im Raum Europa-Mittelmeer ein integriertes Innovationsangebot zu fördern und mit Hilfe der Diaspora der Mittelmeerländer ein internationales Botschafternetz aufzubauen.

— Mit Aktionen zum Zugang zu Finanzmitteln werden die Auswirkungen und die Wirksamkeit der europäischen Finanzhilfen für KMU im Mittelmeerraum verbessert.

— Es werden Treffen von Unternehmen geplant, um Start-up-Unternehmen mit potenziellen Investoren in Verbindung zu bringen.

— Es wird ein Instrumentarium entwickelt, um Chancen und Risiken für europäische Investoren im Mittelmeerraum zu ermitteln.

— Es werden Investitionsworkshops organisiert, die Unternehmer aus Europa und aus dem Mittelmeerraum, Investoren und Coaching-Netzwerke (Gründungszentren, erfahrene Unternehmer) zusammenbringen, um die Kosteneffizienz und die generelle Effizienz zu verbessern.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 02 — PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME)** *(Fortsetzung)*

***02 02 77*** *(Fortsetzung)*

02 02 77 11 Pilotprojekt — Erleichterung des Zugangs von Handwerkern und kleinen Bauunternehmen zu Versicherungen, um die Innovation und die Förderung umweltfreundlicher Technologien in der Europäischen Union anzukurbeln

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 286 000 | p.m. | 286 000 | 0,— | 428 607,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 02 02 12*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

02 02 77 12 Pilotprojekt — Europäisches Kompetenznetz „seltene Erden“

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 300 000 | 1 000 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 02 02 16*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

02 02 77 13 Pilotprojekt — Entwicklung der europäischen „Gebiete für die Kreativwirtschaft“

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 350 000 | p.m. | 500 000 | 954 973,39 | 286 492,02 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 02 02 17*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

**KAPITEL 02 02 — PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME)** *(Fortsetzung)*

***02 02 77*** *(Fortsetzung)*

02 02 77 13 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

02 02 77 14 Pilotprojekt — Rasche und effiziente Beitreibung ausstehender Forderungen von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit grenzüberschreitender Tätigkeit

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 500 000 | — | 750 000 | 1 521 651,60 | 704 160,87 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 33 03 07*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

02 02 77 15 Vorbereitende Maßnahme — Harmonisierte Verfahren und Normen für den elektronischen Geschäftsverkehr zwischen europäischen KMU aus verwandten Wirtschaftszweigen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 668 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 02 03 06*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 02 — PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME)** *(Fortsetzung)*

***02 02 77*** *(Fortsetzung)*

02 02 77 16 Pilotprojekt — Zukunft des verarbeitenden Gewerbes

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 000 000 | 500 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Im Rahmen des Pilotprojekts werden Szenarien für die Reindustrialisierung Europas und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Beschäftigung untersucht und so das Ziel unterstützt, den Anteil der Industrie in Europa von derzeit 16 % des BIP bis 2020 auf 20 % anzuheben.

Es soll zur Umsetzung der Empfehlungen der Kommission beitragen und den Austausch bewährter Verfahren unter Einbeziehung des Fachwissens und der Hilfe von Eurofund erleichtern und wird zudem die Erfolgskontrolle im Rahmen des Europäischen Semesters und der länderspezifischen Empfehlungen unterstützen;

Bei diesem Pilotprojekt soll der Schwerpunkt auf der Herstellung liegen — einer Priorität in der aktualisierten Mitteilung der Kommission zur Industriepolitik, in der eine detaillierte Strategie vorgestellt wird, um einige der Faktoren anzugehen, die zur Erholung der Wirtschaft beitragen können. Über den industriepolitischen Kontext hinaus hat das Projekt eine eindeutig beschäftigungspolitische Dimension. So würden Fragen im Zusammenhang mit der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, Umstrukturierungstendenzen, der Geschlechteraspekt, Qualifikationen und Umschulungen, Unternehmertum und die Tätigkeit von KMU auf Märkten außerhalb der Union im Rahmen des Pilotprojekts behandelt.

Im Rahmen des Projekts sollen Methoden erforscht und in die Praxis umgesetzt werden, mit denen die künftige Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes vorhergesehen werden kann. Mit dem Pilotprojekt soll insbesondere Folgendes erreicht werden:

— Unterstützung einer europäischen Reindustrialisierungsstrategie, die eine Antwort auf den schnellen Veränderungen geben kann, welche die Globalisierung mit sich bringt;

— Ermittlung der wichtigsten Antriebskräfte, die zu einer positiven Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes beitragen, bei der die Auswirkungen auf die Beschäftigung im Zentrum stehen. Die Argumente für die Erneuerung der europäischen Industrie sind in mancher Hinsicht eher wirtschaftlich als technologisch: Da arbeitssparende Technologien den Bedarf an dem Produktionsfaktor Arbeit senken, sind die Arbeitskosten bei der Wahl des Standorts der industriellen Tätigkeit weniger ausschlaggebend. Des Weiteren wird das Lohngefälle zwischen Europa und dem Rest der Welt mit der Zeit sicherlich kleiner werden;

— Ausführliche quantitative Untersuchung der Beschäftigungsdimension: Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass die meisten Arbeitsplätze, die durch die Aufrechterhaltung und den Ausbau der industriellen Tätigkeit in Europa geschaffen werden, in verbundenen nicht-fertigenden Tätigkeitsbereichen entstehen werden, etwa in den Bereichen Unternehmensdienstleistungen, FuE, Vertrieb und Marketing sowie auf anderen Stufen der industriellen Lieferkette. Dadurch werden die positiven Auswirkungen auf die Beschäftigung vervielfacht;

— Planung von Studien, um diese Ausstrahlungseffekte zugunsten der Beschäftigung zu messen. Es wird sich hierbei um quantitative Analysen handeln, mit denen die Ersatz- und Ergänzungswirkungen geschätzt werden;

— Untersuchungen darüber, wie Fortschritte in der Industriepolitik und bei der industriellen Leistung zu mehr Beschäftigung führen, d. h. ein beschäftigungswirksames Wachstum fördern können;

— Einbeziehung einer großen Zahl an Fallstudien, in deren Rahmen untersucht wird, warum große Unternehmen ihre Fertigung in Europa behalten oder wieder in Europa ansiedeln, wodurch Arbeitsplätze in den Kerntätigkeitsbereichen und entlang der Lieferkette geschaffen werden;

**KAPITEL 02 02 — PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME)** *(Fortsetzung)*

***02 02 77*** *(Fortsetzung)*

02 02 77 16 *(Fortsetzung)*

— Berücksichtigung wichtiger neuer Aspekte der Unternehmenswelt, etwa des Phänomens „Born Global" (d. h. neugegründeter Unternehmen, deren Tätigkeit sich von Anfang an weltweit abspielt); diese Unternehmen sind oft sehr hochtechnologisch ausgerichtet und z. B. in den Bereichen Biowissenschaften und IKT tätig; dies steht in enger Verbindung mit dem Aktionsplan Unternehmertum 2020 und einem seiner Ziele: 25 % der KMU sollen auf Märkten außerhalb der Union tätig werden;

— Untersuchungen darüber, welche Konsequenzen bestehende Ausstrahlungseffekte für männer- und frauentypische Arbeitsplätze heute und für die geschlechterspezifische Aufteilung von Arbeitsplätzen in der Zukunft haben;

— Untersuchung des Aspekts Qualifikationen/Umschulungen insbesondere in seiner Funktion als strategisches Instrument für strukturelle Änderungen, wobei in Zusammenarbeit mit dem Cedefop die Durchführung einer eingehenden Studie über duale und sonstige Ausbildungssysteme im Hinblick auf die Schaffung eines Zentrums für Industriefachkräfte und Forscher in Betracht gezogen werden könnte.

Eurofound und die dazugehörige Europäische Stelle zur Beobachtung des Wandels sind gut geeignet, um dieses Pilotprojekt durchzuführen.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 03 — BINNENMARKT FÜR WAREN UND SEKTORBEZOGENE POLITISCHE MASSNAHMEN**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 02 03 | BINNENMARKT FÜR WAREN UND SEKTORBEZOGENE POLITISCHE MASSNAHMEN | | | | | | | | |
| ***02 03 01*** | ***Funktionsweise und Entwicklung des Binnenmarktes, insbesondere im Bereich der Meldung, Zertifizierung und der sektoriellen Angleichung*** | 1.1 | 18 100 000 | 16 210 176 | 20 300 000 | 15 487 868 | 19 991 497,47 | 15 254 496,91 | 94,10 |
| ***02 03 02*** | ***Normung und Annäherung der Rechtsvorschriften*** | | | | | | | | |
| 02 03 02 01 | Unterstützung der Normungstätigkeit des CEN, des Cenelec und des ETSI | 1.1 | 17 370 000 | 12 968 141 | 23 500 000 | 16 726 287 | 23 651 503,27 | 16 586 201,81 | 127,90 |
| 02 03 02 02 | Unterstützung der Vertretungsorganisationen von KMU und gesellschaftlichen Interessengruppen bei Normungstätigkeiten | 1.1 | 3 700 000 | 2 778 887 | 3 700 000 | 691 893 | | | — |
| | *Artikel 02 03 02 — Subtotal* | | 21 070 000 | 15 747 028 | 27 200 000 | 17 418 180 | 23 651 503,27 | 16 586 201,81 | 105,33 |
| ***02 03 03*** | ***Europäische Chemikalienagentur Chemikalienrecht*** | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***02 03 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 02 03 77 01 | Vorbereitende Maßnahme — RECAP: Lokales Recycling von internen Plastikabfällen, die in großen Polymerkonvertierungsregionen der Union entstehen | 2 | p.m. | 373 350 | p.m. | 375 000 | 1 493 400,— | 149 340,— | 40,— |
| | *Artikel 02 03 77 — Subtotal* | | p.m. | 373 350 | p.m. | 375 000 | 1 493 400,— | 149 340,— | 40,— |
| | **Kapitel 02 03 — Insgesamt** | | **39 170 000** | **32 330 554** | **47 500 000** | **33 281 048** | **45 136 400,74** | **31 990 038,72** | **98,95** |

## *02 03 01 Funktionsweise und Entwicklung des Binnenmarktes, insbesondere im Bereich der Meldung, Zertifizierung und der sektoriellen Angleichung*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 18 100 000 | 16 210 176 | 20 300 000 | 15 487 868 | 19 991 497,47 | 15 254 496,91 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 01 04 01 und Artikel 02 03 01*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Aktionen, die zum Funktionieren des Binnenmarktes beitragen:

— Harmonisierung der Normen und Einführung eines Informationssystems auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften,

— Finanzierung der administrativen und technischen Koordinierung und der Zusammenarbeit zwischen den gemeldeten Stellen,

— Prüfung der von den Mitgliedstaaten und den EFTA-Staaten notifizierten Vorschriften sowie Übersetzung der Entwürfe der technischen Vorschriften,

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 03 — BINNENMARKT FÜR WAREN UND SEKTORBEZOGENE POLITISCHE MASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***02 03 01*** *(Fortsetzung)*

— Anwendung des Unionsrechts in den Bereichen Medizinprodukte, Kosmetika, Lebensmittel, Textilien, Arzneimittel, chemische Erzeugnisse, Einstufung und Kennzeichnung von Stoffen und Zubereitungen, Kraftfahrzeuge und Sicherheit, Spielzeug, amtliches Messwesen und Fertigpackungen sowie Umweltqualität,

— stärkere sektorielle Angleichung in den Anwendungsbereichen der Richtlinien nach dem „neuen Konzept", insbesondere Ausweitung des „neuen Konzepts" auf andere Sektoren,

— Maßnahmen zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 sowohl in Bezug auf die Akkreditierungsinfrastrukturen als auch auf die Marktüberwachung,

— Maßnahmen zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 764/2008 zur Festlegung von Verfahren im Zusammenhang mit der Anwendung bestimmter nationaler technischer Vorschriften für Produkte, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in den Verkehr gebracht worden sind,

— Maßnahmen zur Durchführung der Richtlinie 2009/43/EG zur Vereinfachung der Bedingungen für die Verbringung von Verteidigungsgütern innerhalb der Union,

— Organisation von Partnerschaften mit den Mitgliedstaaten, Unterstützung der Verwaltungszusammenarbeit zwischen den für die Umsetzung der Rechtsvorschriften über den Binnenmarkt und über die Marktüberwachung zuständigen Stellen,

— Zuschüsse für Projekte von Unionsinteresse, die von Stellen außerhalb der Kommission ausgehen,

— Informations- und Kommunikationsmaßnahmen, Verbesserung der Kenntnis der Rechtsvorschriften der Union,

— Verwirklichung des strategischen Binnenmarktprogramms und Überwachung des Marktes,

— Unterstützung der Europäischen Organisation für technische Zulassungen (EOTA),

— Mittel für den Europarat im Rahmen des Übereinkommens über das Europäische Arzneibuch,

— Teilnahme an der Aushandlung von Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und, im Rahmen europäischer Vereinbarungen, Unterstützung der assoziierten Länder, um ihnen die Anpassung an den angegebenen Besitzstand der Union zu ermöglichen.

— Maßnahmen zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006, insbesondere jene, die sich aus der Mitteilung COM(2013) 49 final zur Überarbeitung der REACH-Verordnung ergeben.

Diese Mittel sind ebenfalls zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sitzungen von Sachverständigen, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Artikels stehen, wie die Pflege, Aktualisierung und Weiterentwicklung von mit technischen Vorschriften zusammenhängenden IT-Systemen sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe mit Ausnahme hoheitlicher Aufgaben.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Richtlinie 75/107/EWG des Rates vom 19. Dezember 1974 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Flaschen als Maßbehältnisse (ABl. L 42 vom 15.2.1975, S. 14)

Richtlinie 76/211/EWG des Rates vom 20. Januar 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Abfüllung bestimmter Erzeugnisse nach Gewicht oder Volumen in Fertigpackungen (ABl. L 46 vom 21.2.1976, S. 1).

Richtlinie 76/768/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über kosmetische Mittel (ABl. L 262 vom 27.9.1976, S. 169).

Richtlinie 80/181/EWG des Rates vom 20. Dezember 1979 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Einheiten im Messwesen und zur Aufhebung der Richtlinie 71/354/EWG (ABl. L 39 vom 15.2.1980, S. 40).

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 03 — BINNENMARKT FÜR WAREN UND SEKTORBEZOGENE POLITISCHE MASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***02 03 01*** *(Fortsetzung)*

Richtlinie 85/374/EWG des Rates vom 25. Juli 1985 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung für fehlerhafte Produkte (ABl. L 210 vom 7.8.1985, S. 29).

Richtlinie 89/105/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 betreffend die Transparenz von Maßnahmen zur Regelung der Preisfestsetzung bei Arzneimitteln für den menschlichen Gebrauch und ihre Einbeziehung in die staatlichen Krankenversicherungssysteme (ABl. L 40 vom 11.2.1989, S. 8).

Richtlinie 90/385/EWG des Rates vom 20. Juni 1990 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über aktive implantierbare medizinische Geräte (ABl. L 189 vom 20.7.1990, S. 17).

Richtlinie 91/477/EWG des Rates vom 18. Juni 1991 über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen (ABl. L 256 vom 13.9.1991, S. 51).

Beschluss des Rates (Ratsdokument 8300/92) vom 21. September 1992 zur Ermächtigung der Kommission, Vereinbarungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und bestimmten Drittländern über die gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertungen auszuhandeln.

Richtlinie 93/5/EWG des Rates vom 25. Februar 1993 über die Unterstützung der Kommission und die Mitwirkung der Mitgliedstaaten bei der wissenschaftlichen Prüfung von Lebensmittelfragen (ABl. L 52 vom 4.3.1993, S. 18).

Richtlinie 93/7/EWG des Rates vom 15. März 1993 über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates verbrachten Kulturgütern (ABl. L 74 vom 27.3.1993, S. 74).

Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates vom 23. März 1993 zur Bewertung und Kontrolle der Umweltrisiken chemischer Altstoffe (ABl. L 84 vom 5.4.1993, S. 1).

Richtlinie 93/15/EWG des Rates vom 5. April 1993 zur Harmonisierung der Bestimmungen über das Inverkehrbringen und die Kontrolle von Explosivstoffen für zivile Zwecke (ABl. L 121 vom 15.5.1993, S. 20).

Richtlinie 93/42/EWG des Rates vom 14. Juni 1993 über Medizinprodukte (ABl. L 169 vom 12.7.1993, S. 1).

Beschluss 93/465/EWG des Rates vom 22. Juli 1993 über die in den technischen Harmonisierungsrichtlinien zu verwendenden Module für die verschiedenen Phasen der Konformitätsbewertungsverfahren und die Regeln für die Anbringung und Verwendung der CE-Konformitätskennzeichnung (ABl. L 220 vom 22.7.1993, S. 23).

Beschluss 94/358/EG des Rates vom 16. Juni 1994 zur Annahme des Übereinkommens über die Ausarbeitung eines europäischen Arzneibuchs im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 158 vom 25.6.1994, S. 17).

Richtlinie 96/100/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Februar 1997 zur Änderung des Anhangs der Richtlinie 7/93/EWG über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates verbrachten Kulturgütern (ABl. L 60 vom 1.3.1997, S. 59).

Beschluss des Rates (8453/97) zur Bestätigung der Auslegung des Ratsbeschlusses vom 21. September 1992 durch den Ausschuss „Artikel 113“ und zur Aufstellung von Leitlinien für die Kommission im Hinblick auf die Aushandlung von Europäischen Abkommen über die Konformitätsbewertung.

Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 204 vom 21.7.1998, S. 37).

Richtlinie 98/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juli 1998 zur Änderung der Richtlinie 98/34/EG über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften (ABl. L 217 vom 5.8.1998, S. 18).

Richtlinie 98/79/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Oktober 1998 über In-vitro-Diagnostika (ABl. L 331 vom 7.12.1998, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2679/98 des Rates vom 7. Dezember 1998 über das Funktionieren des Binnenmarktes im Zusammenhang mit dem freien Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten (ABl. L 337 vom 12.12.1998, S. 8).

Richtlinie 1999/4/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Februar 1999 über Kaffee- und Zichorienextrakte (ABl. L 66 vom 13.3.1999, S. 26).

Richtlinie 1999/36/EG des Rates vom 29. April 1999 über ortsbewegliche Druckgeräte (ABl. L 138 vom 1.6.1999, S. 20).

Richtlinie 1999/45/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 1999 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen (ABl. L 200 vom 30.7.1999, S. 1).

Richtlinie 2000/9/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. März 2000 über Seilbahnen für den Personenverkehr (ABl. L 106 vom 3.5.2000, S. 21).

**KAPITEL 02 03 — BINNENMARKT FÜR WAREN UND SEKTORBEZOGENE POLITISCHE MASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***02 03 01*** *(Fortsetzung)*

Richtlinie 2000/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Mai 2000 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über umweltbelastende Geräuschemissionen von zur Verwendung im Freien vorgesehenen Geräten und Maschinen (ABl. L 162 vom 3.7.2000, S. 1).

Richtlinie 2000/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Juni 2000 zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr (ABl. L 200 vom 8.8.2000, S. 35).

Verordnung (EG) Nr. 2580/2000 des Rates vom 20. November 2000 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 3448/93 über die Handelsregelung für bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren (ABl. L 298 vom 25.11.2000, S. 5).

Richtlinie 2001/82/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. November 2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Tierarzneimittel (ABl. L 311 vom 28.11.2001, S. 1).

Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. November 2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel (ABl. L 311 vom 28.11.2001, S. 67).

Richtlinie 2002/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 2003 zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (ABl. L 37 vom 13.2.2003, S. 19).

Richtlinie 2002/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 2003 über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 37 vom 13.2.2003, S. 24).

Verordnung (EG) Nr. 1435/2003 des Rates vom 22. Juli 2003 über das Statut der Europäischen Genossenschaft (SCE) (ABl. L 207 vom 18.8.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2003/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 2003 über Düngemittel (ABl. L 304 vom 21.11.2003, S. 1).

Richtlinie 2003/102/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. November 2003 zum Schutz von Fußgängern und anderen ungeschützten Verkehrsteilnehmern vor und bei Kollisionen mit Kraftfahrzeugen und zur Änderung der Richtlinie 70/156/EWG des Rates (ABl. L 321 vom 6.12.2003, S. 15).

Verordnung (EG) Nr. 273/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 betreffend Drogenausgangsstoffe (ABl. L 47 vom 18.2.2004, S. 1).

Richtlinie 2004/9/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 über die Inspektion und Überprüfung der Guten Laborpraxis (GLP) (ABl. L 50 vom 20.2.2004, S. 28).

Richtlinie 2004/10/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Grundsätze der Guten Laborpraxis und zur Kontrolle ihrer Anwendung bei Versuchen mit chemischen Stoffen (ABl. L 50 vom 20.2.2004, S. 44).

Verordnung (EG) Nr. 648/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über Detergenzien (ABl. L 104 vom 8.4.2004, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur (ABl. L 136 vom 30.4.2004, S. 1)

Richtlinie 2004/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über Messgeräte (ABl. L 135 vom 30.4.2004, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Agentur für chemische Stoffe, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 769/76/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission (ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1).

Richtlinie 2007/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 über das Inverkehrbringen pyrotechnischer Gegenstände (ABl. L 154 vom 14.6.2007, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 03 — BINNENMARKT FÜR WAREN UND SEKTORBEZOGENE POLITISCHE MASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***02 03 01*** *(Fortsetzung)*

Richtlinie 2007/45/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. September 2007 zur Festlegung von Nennfüllmengen für Erzeugnisse in Fertigpackungen, zur Aufhebung der Richtlinien 75/106/EWG und 80/232/EWG des Rates und zur Änderung der Richtlinie 76/211/EWG des Rates (ABl. L 247 vom 21.9.2007, S. 17).

Verordnung (EG) Nr. 764/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 zur Festlegung von Verfahren im Zusammenhang mit der Anwendung bestimmter nationaler technischer Vorschriften für Produkte, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in den Verkehr gebracht worden sind, und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 3052/95/EG (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 21).

Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Vorschriften für die Akkreditierung und Marktüberwachung im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 339/93 des Rates (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 30).

Beschluss Nr. 768/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für die Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung des Beschlusses 93/465/EWG des Rates (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 82).

Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, zur Änderung und Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der Verordnung (ABl. L 353 vom 31.12.2008, S. 1).

Richtlinie 2009/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über nichtselbsttätige Waagen (ABl. L 122 vom 16.5.2009, S. 6).

Richtlinie 2009/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 betreffend gemeinsame Vorschriften über Messgeräte sowie über Mess- und Prüfverfahren (ABl. L 106 vom 28.4.2009, S. 7).

Richtlinie 2009/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 zur Vereinfachung der Bedingungen für die innergemeinschaftliche Verbringung von Verteidigungsgütern (ABl. L 146 vom 10.6.2009, S. 1).

Richtlinie 2009/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Sicherheit von Spielzeug (ABl. L 170 vom 30.6.2009, S. 1).

Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte (ABl. L 285 vom 31.10.2009, S. 10).

Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2011 zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten und zur Aufhebung der Richtlinie 89/106/EWG des Rates (ABl. L 88 vom 4.4.2011, S. 5).

Verordnung (EU) Nr. 1007/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2011 über die Bezeichnungen von Textilfasern und die damit zusammenhängende Etikettierung und Kennzeichnung der Faserzusammensetzung von Textilerzeugnissen und zur Aufhebung der Richtlinie 73/44/EWG des Rates und der Richtlinien 96/73/EG und 2008/121/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 272 vom 18.10.2011, S. 1).

Richtlinien des Europäischen Parlaments und des Rates zur Umsetzung des „neuen Konzepts“ in den betreffenden Sektoren wie Maschinen, elektromagnetische Verträglichkeit, Funkausrüstungen und Telekommunikationsendgeräte, elektrische Niederspannungsbetriebsmittel, persönliche Schutzausrüstungen, Aufzüge, explosionsfähige Atmosphären, Medizinprodukte, Spielzeug, Druckgeräte, Gasverbrauchseinrichtungen, Bau, die Interoperabilität des Eisenbahnsystems, Sportboote, Reifen, Emissionen von Kraftfahrzeugen, pyrotechnische Artikel, Seilbahnen usw.

Richtlinien des Rates zur Beseitigung der technischen Handelshemmnisse in Bereichen, die nicht vom „neuen Konzept“ erfasst werden.

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 03 — BINNENMARKT FÜR WAREN UND SEKTORBEZOGENE POLITISCHE MASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

### *02 03 02 Normung und Annäherung der Rechtsvorschriften*

02 03 02 01 Unterstützung der Normungstätigkeit des CEN, des Cenelec und des ETSI

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 17 370 000 | 12 968 141 | 23 500 000 | 16 726 287 | 23 651 503,27 | 16 586 201,81 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 03 04 01*

Gemäß dem allgemeinen Ziel, das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu unterstützen, insbesondere durch die gegenseitige Anerkennung der Normen und die Aufstellung europäischer Normen in geeigneten Fällen, dienen diese Mittel zur Deckung/Finanzierung:

— der finanziellen Verpflichtungen aus den mit den europäischen Normungsgremien (Europäisches Komitee für Normung — CEN, Europäisches Komitee für elektrotechnische Normung — Cenelec, Europäisches Institut für Telekommunikationsnormen — ETSI) abzuschließenden Verträgen,

— der Konformitätsprüfung und Bescheinigung der Normenkonformität sowie Demonstrationsvorhaben,

— der Ausgaben der über die Durchführung des Programms und der vorgenannten Vorhaben abgeschlossenen Verträge; dabei handelt es sich vor allem um Forschungs-, Assoziierungs-, Bewertungs-, Facharbeiten-, Koordinierungs-, Stipendien- und Subventionsverträge sowie Verträge zur Förderung von Ausbildung und Mobilität der Wissenschaftler oder über die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie Beteiligung an den Ausgaben für Anlagen,

— der Verbesserung der Leistung von Normungsgremien,

— der Förderung der Qualität in der Normung und der Qualitätsprüfung,

— der Unterstützung der Umsetzung der Europäischen Normen in einzelstaatliche Normen, insbesondere durch ihre Übersetzung,

— von Informations-, Förder- und Werbeaktionen im Bereich der Normung sowie der Förderung europäischer Interessen in der internationalen Normung,

— der Sekretariate der technischen Ausschüsse,

— der technischen Projekte im Bereich der Normenkonformitätsprüfungen,

— der Überprüfung der Einhaltung der maßgeblichen Normungsaufträge in den Normenentwürfen,

— von Kooperations- und Förderprogrammen für Drittländer,

— der notwendigen Arbeiten zur harmonisierten Anwendung der internationalen Normen in der Union,

— der Festlegung der Zertifizierungsmethoden und der Ausarbeitung der technischen Zertifizierungsmethoden,

— der Förderung der Normenanwendung bei öffentlichen Aufträgen,

— der Koordinierung verschiedener Aktionen zur Vorbereitung und Verstärkung der Normenanwendung (Leitfäden für die Benutzung, Vorführungen usw.).

Die Unionsfinanzierung dient der Festlegung und Durchführung der Normungstätigkeit durch Konzertierung mit den Hauptbeteiligten: der Industrie, den Arbeitnehmervertretern, den Verbrauchern, den kleinen und mittleren Unternehmen, den einzelstaatlichen und europäischen Normungsgremien, den Behörden für öffentliches Beschaffungswesen in den Mitgliedstaaten, allen Anwendern sowie den Verantwortlichen für die Industriepolitik auf nationaler Ebene und Unionsebene.

In den Beschluss 87/95/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Normung auf dem Gebiet der Informationstechnik und der Telekommunikation (ABl. L 36 vom 7.2.1987, S. 31) wurden besondere Vorschriften aufgenommen, denen zufolge die Mitgliedstaaten gewährleisten müssen, dass in öffentlichen Lieferaufträgen für IT-Anlagen auf europäische oder internationale Normen Bezug genommen wird, um eine Kompatibilität der Systeme zu erzielen.

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 03 — BINNENMARKT FÜR WAREN UND SEKTORBEZOGENE POLITISCHE MASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***02 03 02*** *(Fortsetzung)*

02 03 02 01 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur europäischen Normung, zur Änderung der Richtlinien 89/686/EWG und 93/15/EWG des Rates sowie der Richtlinien 94/9/EG, 94/25/EG, 95/16/EG, 97/23/EG, 98/34/EG, 2004/22/EG, 2007/23/EG, 2009/23/EG und 2009/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Beschlusses 87/95/EWG des Rates und des Beschlusses Nr. 1673/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 14.11.2012, S. 12).

02 03 02 02 Unterstützung der Vertretungsorganisationen von KMU und gesellschaftlichen Interessengruppen bei Normungstätigkeiten

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 3 700 000 | 2 778 887 | 3 700 000 | 691 893 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 03 04 02*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Kosten für den Betrieb und die Tätigkeit der europäischen Nichtregierungsorganisationen und gemeinnützigen Organisationen zur Vertretung der Interessen der KMU, des Verbraucherschutzes, des Umweltschutzes und der gesellschaftlichen Interessengruppen bei der Normung zu decken.

Eine solche Vertretung im Rahmen des Normungsprozesses auf europäischer Ebene ist Bestandteil der satzungsgemäßen Ziele dieser Organisationen und sie wurden von nationalen gemeinnützigen Organisationen in wenigstens zwei Dritteln der Mitgliedstaaten damit beauftragt, diese Interessen zu vertreten.

Die Beiträge für solche europäischen Organisationen wurden zuvor aus dem Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, dem Politikbereich Verbraucherschutz und dem Finanzierungsinstrument für die Umwelt, LIFE +, gedeckt. In der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 werden die Mittel aus den aus spezifischen Programmen finanzierten Maßnahmen im Bereich der Normung in einem einzigen Rechtsakt zusammengefasst.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 1639/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 15).

Beschluss Nr. 1926/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich Verbraucherpolitik (2007-2013) (ABl. L 404 vom 30.12.2006, S. 39).

Verordnung (EG) Nr. 614/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 über das Finanzierungsinstrument für die Umwelt (LIFE +) (ABl. L 149 vom 9.6.2007, S. 17).

Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur europäischen Normung, zur Änderung der Richtlinien 89/686/EWG und 93/15/EWG des Rates sowie der Richtlinien 94/9/EG, 94/25/EG, 95/16/EG, 97/23/EG, 98/34/EG, 2004/22/EG, 2007/23/EG, 2009/23/EG und 2009/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Beschlusses 87/95/EWG des Rates und des Beschlusses Nr. 1673/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 14.11.2012, S. 12).

**KAPITEL 02 03 — BINNENMARKT FÜR WAREN UND SEKTORBEZOGENE POLITISCHE MASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

### *02 03 03 Europäische Chemikalienagentur Chemikalienrecht*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 03 03 01 und 02 03 03 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Agentur (Titel 1 und 2) und ihrer operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3) bestimmt.

Die Agentur muss die Haushaltsbehörde über Mittelübertragungen zwischen operativen und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Die gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2343/2002 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des allgemeinen Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Es ist kein Zuschuss der Union für das Jahr 2014 eingeplant, weil die Arbeit der Agentur aus den „Einnahmen aus Gebühren" finanziert wird, die für mehr als ausreichend zur Deckung der erwarteten Ausgaben gehalten werden. Überschüsse werden auf das Folgejahr übertragen, damit die Kontinuität der Arbeit der Agentur sichergestellt ist.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Agentur für chemische Stoffe, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission (ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, zur Änderung und Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 (ABl. L 353 vom 31.12.2008, S. 1).

### *02 03 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*

02 03 77 01 Vorbereitende Maßnahme — RECAP: Lokales Recycling von internen Plastikabfällen, die in großen Polymerkonvertierungsregionen der Union entstehen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 373 350 | p.m. | 375 000 | 1 493 400,— | 149 340,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 02 03 05*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 03 — BINNENMARKT FÜR WAREN UND SEKTORBEZOGENE POLITISCHE MASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***02 03 77*** *(Fortsetzung)*

02 03 77 01 *(Fortsetzung)*

Die europäische Polymerumwandlungsindustrie ist ein wichtiger europäischer Wirtschaftssektor, der 50 000 Unternehmen — davon 85 % KMU — mit 1,6 Mio. Arbeitnehmern umfasst. Sie erzielte 2009 eine Produktionsmenge von 45 Mio. Tonnen. Die größten europäischen Erzeuger von Fertigteilen aus Kunststoff sind Deutschland (23 %), Italien (16 %), Frankreich (12 %), Spanien (8,5 %), Großbritannien (8 %) und Polen (5,5 %). Fast zwei Drittel der anfallenden Plastikabfälle (1,3 Mio. Tonnen) gelten als Endabfall und werden entweder nach Fernost (hauptsächlich China) exportiert oder in Deponien entsorgt. Durch ein Recycling von 50 % der gegenwärtig nicht rezyklierten Plastikabfälle könnten jedes Jahr etwa 650 000 Tonnen Kunststoff eingespart werden. Durch die Erhöhung der Recyclingquoten trägt diese vorbereitende Maßnahme dazu bei, dass auf dem Gebiet der Ressourceneffizienz die Zielvorgabe der Europa-2020-Strategie erreicht wird. Mit RECAP soll das Recycling interner Plastikabfälle verbessert werden. Es macht den Weg frei für die Entwicklung neuer technischer Lösungen für das Recycling von Abfällen aus der Kunststofferzeugung und die Verwirklichung und Strukturierung von Recycling-Wegen auf der Grundlage von nachhaltigen Lösungen und Technologien. Das Projekt schafft Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, die Lebensdauer von Kunststoffen verlängern, Rohöl einsparen und die Kunststoffindustrie zu einer verantwortungsvolleren Branche machen. Es wurde ein Fahrplan erstellt, um die Schritte festzulegen, die zur Erreichung einer endgültigen und nachhaltigen Lösung erforderlich sind: Festlegung von FuE-Kooperationsprojekten zur Überwindung der technologischen Hürden, Organisation und Strukturierung der Recycling-Wege, Weitergabe von bewährter Praxis und bewährten Technologien an die Kunststoffumwandlungsbranche in der Union, Präsentation von Recycling-Technologien anhand von Pilotanlagen und die Gründung von Unternehmen für die Verwertung der dabei erworbenen Rechte des geistigen Eigentums. Die Ergebnisse sollen in mehreren Regionen der Union dupliziert werden, die eine hohe Dichte an Unternehmen auf dem Gebiet der Kunststoffumwandlung aufweisen.

Das erste Zwischenziel des RECAP-Projekts ist die Durchführung einer Benchmark-Studie zur Beseitigung interner Abfälle von Kunststoffumwandlungsunternehmen in mehreren wichtigen Regionen der Union in Frankreich, Italien, Deutschland, Spanien, Großbritannien, Österreich und Polen. Allen diesen Regionen ist gemeinsam, dass sich dort Kunststoffumwandlungsunternehmen auf einen begrenzten geografischen Raum konzentrieren.

Das zweite Zwischenziel des RECAP-Projekts besteht darin, anhand der Benchmark-Ergebnisse bewährte Praktiken zu bestimmen und Empfehlungen für künftige Maßnahmen abzugeben, die zu einer globalen Methode für die Bewirtschaftung interner Abfälle konsolidiert werden. Es wurden mehrere Szenarien festgelegt, von denen jedes in strukturbezogene (wirtschaftliche, finanzielle und politische Organisation der Recycling-Kanäle) und technologische Zielsetzungen (FuE, zu überwindende Hürden) unterteilt wurde. Das dritte Zwischenziel des RECAP-Projekts besteht darin, in einer der im Projekt untersuchten Regionen ein Szenario im Voraus umzusetzen. Die Phase der Vorabumsetzung umfasst Maßnahmen wie die Durchführung von FuE-Projekten zur Bewältigung der festgestellten technologischen Hürden.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 04 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND UNTERNEHMERISCHE INITIATIVE**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 02 04 | HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND UNTERNEHMERISCHE INITIATIVE | | | | | | | | |
| ***02 04 02*** | ***Industrielle Führungsrolle*** | | | | | | | | |
| 02 04 02 01 | Stärkung der führenden Stellung Europas im Bereich der Weltraumtechnologien | 1.1 | 161 352 331 | 14 704 483 | | | | | — |
| 02 04 02 02 | Verbesserter Zugang zur Risikofinanzierung für Investitionen in Forschung und Innovation | 1.1 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 02 04 02 03 | Steigerung der Innovation in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) | 1.1 | 32 512 243 | 2 962 930 | | | | | — |
| | *Artikel 02 04 02 — Subtotal* | | 193 864 574 | 17 667 413 | | | | | — |
| ***02 04 03*** | ***Gesellschaftliche Herausforderungen*** | | | | | | | | |
| 02 04 03 01 | Verwirklichung einer ressourcenschonenden und gegen den Klimawandel gewappneten Wirtschaft mit nachhaltiger Rohstoffversorgung | 1.1 | 69 306 327 | 5 986 022 | | | | | — |
| 02 04 03 02 | Förderung integrativer, innovativer und sicherer europäischer Gesellschaften | 1.1 | 138 347 362 | 10 865 760 | | | | | — |
| | *Artikel 02 04 03 — Subtotal* | | 207 653 689 | 16 851 782 | | | | | — |
| ***02 04 50*** | ***Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung*** | | | | | | | | |
| 02 04 50 01 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020) | 1.1 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 02 04 50 02 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung (aus der Zeit vor 2014) | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 45 989 716,74 | 29 023 704,86 | — |
| | *Artikel 02 04 50 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 45 989 716,74 | 29 023 704,86 | — |
| ***02 04 51*** | ***Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — Siebtes Rahmenprogramm — EG (2007-2013)*** | 1.1 | p.m. | 410 942 214 | 754 424 535 | 609 070 529 | 615 206 329,59 | 539 684 642,52 | 131,33 |

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 04 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND UNTERNEHMERISCHE INITIATIVE** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | |
| ***02 04 52*** | ***Abschluss früherer Forschungsrahmen-programme (aus der Zeit vor 2007)*** | 1.1 | p.m. | p.m. | — | 296 526 | 0,— | 2 826 828,29 | — |
| ***02 04 53*** | ***Abschluss des Rahmen-programms für Wettbewerbs-fähigkeit und Innovation — Teil Innovation (2007-2013)*** | 1.1 | p.m. | 41 095 242 | 72 985 000 | 59 425 000 | 72 245 233,22 | 49 288 266,40 | 119,94 |
| | **Kapitel 02 04 — Insgesamt** | | **401 518 263** | **486 556 651** | **827 409 535** | **668 792 055** | **733 441 279,55** | **620 823 442,07** | **127,60** |

*Erläuterungen*

Diese Erläuterungen gelten für alle Haushaltslinien dieses Kapitels.

Diese Mittel werden für das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“, das für den Zeitraum 2014 bis 2020 gilt, verwendet.

„Horizont 2020“ wird bei der Umsetzung der Europa 2020-Leitinitiative „Innovationsunion“ und anderer Leitinitiativen, wie „Ressourcenschonendes Europa“, „Eine Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“, „Digitale Agenda für Europa“, sowie für die Entwicklung und das Funktionieren des europäischen Forschungsraums (EFR) eine wesentliche Rolle spielen. Horizont 2020 soll dazu beitragen, eine auf Wissen und Innovation basierende Wirtschaft in der gesamten Union aufzubauen, indem eine ausreichende Zusatzfinanzierung für Forschung, Entwicklung und Innovation mobilisiert wird. Es wird zur Erreichung der in Artikel 179 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union dargelegten allgemeinen Ziele durchgeführt werden, um zur Schaffung einer Wissensgesellschaft, die auf dem Europäischen Forschungsraum aufbaut, beizutragen: Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf allen Ebenen in der gesamten Union, Steigerung der Dynamik, der Kreativität und der herausragenden Leistungen der europäischen Forschung bis an die Grenzen des Wissens, quantitative und qualitative Stärkung der Humanressourcen in Forschung und Technologie in Europa sowie der Forschungs- und Innovationskapazitäten in ganz Europa und Gewährleistung ihrer bestmöglichen Verwendung.

Die Artikel und Posten dieses Titels decken auch die Ausgaben für von der Kommission veranstaltete Sitzungen, Konferenzen, Workshops und Kolloquien von hohem wissenschaftlich-technischem Niveau und europäischem Interesse, für im Auftrag der Union durchgeführte Analysen und Bewertungen von hohem wissenschaftlich-technischem Niveau, die der Erschließung neuer, für die Aktionen der Union geeigneter Forschungsbereiche dienen, insbesondere im Rahmen des Europäischen Forschungsraums, wie auch für die Programmbetreuung und die Verbreitung der Ergebnisse, darunter für Maßnahmen, die im Zuge früherer Rahmenprogramme durchgeführt wurden.

Diese Mittel werden gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1290/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Regeln für die Beteiligung am Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“(2014-2020) sowie für die Verbreitung der Ergebnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 81) verwendet.

Zu den bei diesem Kapitel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

An einigen dieser Projekte können sich Drittstaaten oder Einrichtungen aus Drittstaaten im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligen. Solche möglichen Finanzbeiträge werden bei den Posten 6 0 1 3 und 6 0 1 5 des Einnahmenplans veranschlagt und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Einnahmen von Staaten, die sich an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligen, die in Posten 6 0 1 6 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

**KAPITEL 02 04 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND UNTERNEHMERISCHE INITIATIVE** *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerberländer des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Einnahmen aus Beiträgen Dritter zu Tätigkeiten der Union, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Die Bereitstellung der zusätzlichen Mittel erfolgt über Artikel 02 04 05 01.

Die Verwaltungsausgaben dieses Kapitels werden unter Kapitel 02 01 05 eingesetzt.

### *02 04 02 Industrielle Führungsrolle*

*Erläuterungen*

Diese Priorität im Rahmen von Horizont 2020 soll dazu beitragen, dass Europa ein attraktiverer Standort für Investitionen in Forschung und Innovation wird, indem sie Aktivitäten fördert, bei denen die Unternehmen Programm und Zeitplan selbst bestimmen, und dass die Entwicklung neuer Technologien beschleunigt wird, die die Grundlagen für die Unternehmen und das Wirtschaftswachstum von morgen bilden. Mit diesem Teilbereich wird dafür gesorgt, dass große Investitionen in industrielle Schlüsseltechnologien getätigt werden, das Wachstumspotenzial europäischer Unternehmen auf ein Höchstmaß gebracht wird, indem sie mit geeigneten Finanzmitteln ausgestattet werden, und innovative kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei ihrer Expansion zu weltweit führenden Unternehmen unterstützt werden.

#### 02 04 02 01 Stärkung der führenden Stellung Europas im Bereich der Weltraumtechnologien

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 161 352 331 | 14 704 483 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel dienen dazu:

— eine wettbewerbsfähige und innovative Raumfahrtindustrie und Forschungsgemeinschaft zu fördern, um mit Hilfe der Entwicklung und Nutzung der Raumfahrtinfrastruktur dem künftigen Bedarf von Politik und Gesellschaft in der EU gerecht werden zu können. Die Tätigkeiten lassen sich wie folgt zusammenfassen: Schaffung der Grundlagen der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, Unabhängigkeit und Innovation im europäischen Weltraumsektor, Schaffung der Grundlagen für Fortschritte in den Weltraumtechnologien, Schaffung der Grundlagen für die Nutzung von Weltraumdaten und Beitrag der europäischen Forschung zu internationalen Weltraumpartnerschaften;

— das Entstehen moderner industrieller Produktionsweisen zu unterstützen, damit sich eine nachhaltigere und kohlenstoffärmere Herstellungs- und Verarbeitungsindustrie herausbilden kann, aus der innovativere Produkte, Verfahren und Dienstleistungen hervorgehen. Besonderes Augenmerk wird den nachhaltigen Technologien mit niedrigem $CO_2$-Ausstoß für energieintensive Verarbeitungsindustrien gelten, um die Wettbewerbsfähigkeit der verarbeitenden Industrie durch drastische Erhöhung der Ressourcen- und Energieeffizienz und durch Reduzierung der Umweltauswirkungen der Tätigkeiten dieses Sektors über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg durch die Förderung des Einsatzes von Technologien mit niedrigem $CO_2$-Ausstoß zu steigern.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

2013/743/EU: Beschluss des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe a Nummer vi.

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 04 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND UNTERNEHMERISCHE INITIATIVE** *(Fortsetzung)*

***02 04 02*** *(Fortsetzung)*

02 04 02 02 Verbesserter Zugang zur Risikofinanzierung für Investitionen in Forschung und Innovation

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel dienen dazu, Marktdefizite beim Zugang zur Risikofinanzierung für Forschung und Innovation zu beheben. Konkret ist die Beteiligungskapital-Fazilität auf Investitionen in Risikokapitalfonds ausgerichtet, die Investitionen in einem frühen Stadium tätigen. Sie soll Beteiligungskapitalinvestitionen u.a. in Gründungskapitalfonds, grenzüberschreitende Gründungsfonds, Business-Angel-Koinvestitionsinstrumente und in Risikokapitalfonds ermöglichen. Die Beteiligungskapital-Fazilität, die vor allem nachfrageabhängig ist, stützt sich auf ein Portfolio-Konzept, bei dem Risikokapitalfonds und andere vergleichbare Intermediäre die für sie in Frage kommenden Unternehmen auswählen.

Erstattungen im Rahmen von Finanzierungsinstrumenten gemäß Artikel 140 Absatz 6 der Haushaltsordnung, einschließlich Rückflüsse, freigegebene Garantien und Erstattungen auf den Darlehensbetrag, die der Kommission erstattet und in Posten 6 3 4 1 des Einnahmenplans verbucht werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe i der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

2013/743/EU: Beschluss des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b.

02 04 02 03 Steigerung der Innovation in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 32 512 243 | 2 962 930 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel dienen dazu:

— die Finanzierung für das im Rahmen des COSME-Programms angesiedelte Enterprise Europe Network für dessen aufgrund von Horizont 2020 erweiterten Dienste bereitzustellen. Die Unterstützung kann von besseren Informations- und Beratungsdiensten über die Partnersuche für KMU, die grenzüberschreitende Innovationsprojekte entwickeln möchten, bis zu Dienstleistungen zur Unterstützung von Innovation reichen,

— Tätigkeiten zur Umsetzung und Ergänzung KMU-spezifischer Maßnahmen in allen Bereichen von „Horizont 2020" zu unterstützen, insbesondere zur Erhöhung der Innovationskapazität von KMU. Die Tätigkeiten können Folgendes umfassen: Sensibilisierung, Information und Verbreitung, Aus- bzw. Fortbildungs- und Mobilitätsmaßnahmen, Vernetzung und Austausch bewährter Praktiken, Entwicklung hochwertiger Mechanismen und Dienste zur Innovationsförderung mit einem hohen Mehrwert der Union für KMU (z. B. Management von geistigem Eigentum und Innovationen, Wissenstransfer), sowie die Unterstützung der KMU, unionsweit Kontakte zu Forschungs- und Innovationspartnern zu knüpfen, wodurch sie in die Lage versetzt werden, Technologien einzubinden und ihre Innovationskapazität auszubauen. Vermittlerorganisationen, die Gruppen innovativer KMU vertreten, werden zur Durchführung sektorübergreifender interregionaler Innovationstätigkeiten mit KMU aufgefordert, die über sich gegenseitig unterstützende Kompetenzen verfügen, um neue industrielle Wertschöpfungsketten zu entwickeln,

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 04 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND UNTERNEHMERISCHE INITIATIVE** *(Fortsetzung)*

***02 04 02*** *(Fortsetzung)*

02 04 02 03 *(Fortsetzung)*

— marktorientierte Innovation mit dem Ziel zu unterstützen, die Innovationskapazität der Unternehmen durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Innovation und die Beseitigung der spezifischen Hemmnisse zu stärken, die dem Wachstum innovativer Unternehmen, insbesondere von KMU und Unternehmen mittlerer Größe mit einem Potenzial für rasches Wachstum, entgegenstehen. Spezialisierte Dienste zur Innovationsförderung (z. B. im Zusammenhang mit der Nutzung geistigen Eigentums, Netzen öffentlicher Auftraggeber, der Unterstützung von Technologietransferbüros, strategischem Design) und die Überprüfung staatlicher Innovationspolitik werden ebenfalls gefördert.

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der EU aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen, auch in Bezug auf Sachleistungen, die von der CESES als Beitrag zu EU-Projekten erbracht werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe c.

***02 04 03*** ***Gesellschaftliche Herausforderungen***

*Erläuterungen*

Mit dieser Priorität von Horizont 2020 wird unmittelbar auf die politischen Schwerpunkte und die gesellschaftlichen Herausforderungen reagiert, die in der Strategie Europa 2020 herausgestellt wurden. Bei der Durchführung dieser Tätigkeiten sollten, abhängig von der jeweiligen Herausforderung, die in unterschiedlichsten Gebieten, Technologien und Disziplinen vorhandenen Ressourcen und Kenntnisse zusammengeführt werden. Diese Tätigkeiten erstrecken sich auf den gesamten Zyklus von der Forschung bis zur Vermarktung, wobei ein neuer Schwerpunkt auf innovationsbezogenen Tätigkeiten liegt, wie beispielsweise Pilot- und Demonstrationsprojekte, Testläufe, Unterstützung der öffentlichen Auftragsvergabe, Konzeption, vom Endnutzer angeregte Innovation, gesellschaftliche Innovation und Markteinführung von Innovationen. Die Tätigkeiten werden direkt die entsprechenden Zuständigkeiten in den Politikbereichen auf Unionsebene unterstützen.

02 04 03 01 Verwirklichung einer ressourcenschonenden und gegen den Klimawandel gewappneten Wirtschaft mit nachhaltiger Rohstoffversorgung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 69 306 327 | 5 986 022 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel dienen dazu, für eine sichere Rohstoffversorgung zu sorgen, um die Bedürfnisse einer weltweit wachsenden Bevölkerung innerhalb der Nachhaltigkeitsgrenzen der natürlichen Ressourcen der Erde zu befriedigen. Ziel dieser Tätigkeiten ist die Verbesserung der Wissensbasis über Rohstoffe und die Entwicklung innovativer Lösungen für die kosteneffiziente und umweltfreundliche Exploration, Gewinnung, Verarbeitung, Verwertung und Rückgewinnung von Rohstoffen und für deren Ersatz durch wirtschaftlich interessante Alternativen mit einer besseren Umweltbilanz.

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 04 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND UNTERNEHMERISCHE INITIATIVE** *(Fortsetzung)*

***02 04 03*** *(Fortsetzung)*

02 04 03 01 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe e.

02 04 03 02 Förderung integrativer, innovativer und sicherer europäischer Gesellschaften

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 138 347 362 | 10 865 760 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel dienen dazu:

— die Unionsstrategien für die interne und externe Sicherheit zu unterstützen, während gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit und Technologiebasis der Sicherheitsindustrie der Union gestärkt und die Zusammenarbeit zwischen Herstellern und Nutzern von Sicherheitslösungen gefördert werden. Die Tätigkeiten werden darauf abzielen, innovative Technologien und Lösungen zu entwickeln, die Sicherheitslücken zu schließen und zur Vermeidung von Sicherheitsbedrohungen beizutragen. Der Schwerpunkt der Tätigkeiten liegt auf Folgendem: Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus, einschließlich Schutz kritischer Infrastrukturen, Erhöhung der Sicherheit durch Grenzüberwachung, Verbesserung der Widerstandsfähigkeit Europas gegenüber Krisen und Katastrophen bei gleichzeitiger Wahrung des Schutzes personenbezogener Daten und grundlegender Menschenrechte,

— die Evidenzbasis zu stärken und die Innovationsunion und den Europäischen Forschungsraum zu unterstützen, die zur Förderung der Entwicklung einer innovativen Gesellschaft und Politik in Europa durch das Engagement von Bürgern, Unternehmen und Nutzern bei Forschung und Innovation und die Unterstützung einer koordinierten Forschungs- und Innovationspolitik vor dem Hintergrund der Globalisierung erforderlich sind.

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der EU aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen und insbesondere eine Finanzierung in Form von Sachleistungen durch CESES als Beitrag zu EU-Projekten zu berücksichtigen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe f.

**KAPITEL 02 04 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND UNTERNEHMERISCHE INITIATIVE** *(Fortsetzung)*

***02 04 50 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung***

02 04 50 01 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel sollen Ausgaben in Höhe der Einnahmen decken, die aus zusätzlichen Mitteln von (nicht dem EWR angehörenden) Dritten oder Drittstaaten bereitgestellt werden, die sich im Zeitraum 2014 bis 2020 an Forschungs- und technologischen Entwicklungsprojekten beteiligen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können Einnahmen, die bei den Posten 6 0 1 3, 6 0 1 5, 6 0 1 6, 6 0 3 1 und 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt werden, als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

02 04 50 02 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung (aus der Zeit vor 2014)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 45 989 716,74 | 29 023 704,86 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 02 04 03*

Diese Mittel sollen Ausgaben in Höhe der Einnahmen decken, die aus zusätzlichen Mitteln von (nicht dem EWR angehörenden) Dritten oder Drittstaaten bereitgestellt werden, die sich vor 2014 an Forschungs- und technologischen Entwicklungsprojekten beteiligt haben.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können Einnahmen, die bei den Posten 6 0 1 3, 6 0 1 5, 6 0 1 6, 6 0 3 1 und 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt werden, als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

***02 04 51 Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — Siebtes Rahmenprogramm — EG (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 410 942 214 | 754 424 535 | 609 070 529 | 615 206 329,59 | 539 684 642,52 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 04 01 01, 02 04 01 02 und 02 04 01 03*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 04 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND UNTERNEHMERISCHE INITIATIVE** *(Fortsetzung)*

***02 04 51*** *(Fortsetzung)*

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Mit diesen Mitteln sollen auch die Ausgaben gedeckt werden — die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen entsprechen —, die durch die Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter oder Drittstaaten an Forschungs- und technologischen Entwicklungsmaßnahmen entstehen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können Einnahmen, die bei den Posten 6 0 1 3, 6 0 1 5, 6 0 1 6, 6 0 3 1 und 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt werden, als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 1982/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 412 vom 30.12.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Festlegung der Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an Maßnahmen des Siebten Rahmenprogramms sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisses (2007-2013) (ABl. L 391 vom 30.12.2006, S. 1).

Entscheidung 2006/971/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das Spezifische Programm „Zusammenarbeit" zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 86).

***02 04 52*** ***Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme (aus der Zeit vor 2007)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | — | 296 526 | 0,— | 2 826 828,29 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 04 04 01 und 02 04 04 02*

Diese Mittel sind zur Abwicklung früherer Verpflichtungen im Rahmen der Forschungsrahmenprogramme aus der Zeit vor 2003 bestimmt.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 87/516/Euratom, EWG des Rates vom 28. September 1987 über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1987-1991) (ABl. L 302 vom 24.10.1987, S. 1).

Beschluss 90/221/Euratom, EWG des Rates vom 23. April 1990 über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1990-1994) (ABl. L 117 vom 8.5.1990, S. 28).

Beschluss 93/167/Euratom, EWG des Rates vom 15. März 1993 zur Anpassung des Beschlusses 90/221/Euratom, EWG über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1990-1994) (ABl. L 69 vom 20.3.1993, S. 43).

Beschluss Nr. 1110/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. April 1994 über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1994-1998) (ABl. L 126 vom 18.5.1994, S. 1).

**KAPITEL 02 04 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND UNTERNEHMERISCHE INITIATIVE** *(Fortsetzung)*

***02 04 52*** *(Fortsetzung)*

Beschluss Nr. 616/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. März 1996 zur Anpassung des Beschlusses Nr. 1110/94/EG über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1994-1998) aufgrund des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zur Europäischen Union (ABl. L 86 vom 4.4.1996, S. 69).

Beschluss Nr. 2535/97/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 1. Dezember 1997 zur zweiten Anpassung des Beschlusses Nr. 1110/94/EG über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1994-1998) (ABl. L 347 vom 18.12.1997, S. 1).

Beschluss Nr. 182/1999/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Dezember 1998 über das Fünfte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1998-2002) (ABl. L 26 vom 1.2.1999, S. 1).

Beschluss Nr. 1513/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2002 über das Sechste Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration als Beitrag zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums und zur Innovation (2002-2006) (ABl. L 232 vom 29.8.2002, S. 1).

Entscheidung 2002/835/EG des Rates vom 30. September 2002 über ein spezifisches Programm im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration: „Ausgestaltung des Europäischen Forschungsraums“ (2002-2006) (ABl. L 294 vom 29.10.2002, S. 44).

***02 04 53*** ***Abschluss des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation — Teil Innovation (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 41 095 242 | 72 985 000 | 59 425 000 | 72 245 233,22 | 49 288 266,40 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 02 01 (teilweise)*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 1639/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 15).

KOMMISSION

*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 05 — EUROPÄISCHE SATELLITENNAVIGATIONSPROGRAMME (EGNOS UND GALILEO)**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 02 05 | EUROPÄISCHE SATELLITENNAVIGATIONSPROGRAMME (EGNOS UND GALILEO) | | | | | | | | |
| ***02 05 01*** | ***Entwicklung und Bereitstellung von weltweiten Satellitennavigations-Infrastrukturen und -Diensten (Galileo) bis zum Jahr 2019*** | 1.1 | 1 097 830 000 | 667 658 621 | | | | | — |
| ***02 05 02*** | ***Erbringung von Satellitendiensten, die stufenweise bis 2020 eine Leistungsverbesserung des GPS auf dem gesamten Gebiet der Europäischen Zivilluftfahrtkonferenz (ECAC) ermöglichen sollen (EGNOS)*** | 1.1 | 225 000 000 | 170 148 008 | | | | | — |
| ***02 05 11*** | ***Agentur für das Europäische GNSS*** | 1.1 | 24 587 000 | 24 587 000 | 11 700 000 | 11 700 000 | 12 738 648,38 | 12 925 449,38 | 52,57 |
| ***02 05 51*** | ***Abschluss der europäischen Satellitennavigationsprogramme (EGNOS und Galileo)*** | 1.1 | p.m. | 281 994 299 | p.m. | 375 830 882 | 181 339 033,75 | 403 044 333,75 | 142,93 |
| | **Kapitel 02 05 — Insgesamt** | | **1 347 417 000** | **1 144 387 928** | **11 700 000** | **387 530 882** | **194 077 682,13** | **415 969 783,13** | **36,35** |

***02 05 01*** ***Entwicklung und Bereitstellung von weltweiten Satellitennavigations-Infrastrukturen und -Diensten (Galileo) bis zum Jahr 2019***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 097 830 000 | 667 658 621 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Mit dem Beitrag der Union zu den europäischen GNSS-Programmen soll Folgendes finanziert werden:

— der Abschluss der Errichtungsphase des Programms Galileo, die den Bau, die Errichtung und den Schutz der Weltraum- und Boden-Infrastruktur umfasst, sowie die Vorbereitungen für die Betriebsphase mit den Tätigkeiten zur Vorbereitung der Erbringung der Dienste,

— die Betriebsphase des Programms Galileo, die die Verwaltung, Instandhaltung, ständige Verbesserung, Weiterentwicklung und Sicherung der Infrastruktur im Weltraum und auf der Erde, die Entwicklung künftiger Systemgenerationen und die Entwicklung der vom System erbrachten Dienste, die Zertifizierungs- und Normungstätigkeiten, die Erbringung und Vermarktung der vom System erbrachten Dienste sowie alle anderen Tätigkeiten umfasst, die für eine ordnungsgemäße Abwicklung des Programms erforderlich sind.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben b und d der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Der Beitrag der Mitgliedstaaten für spezifische Komponenten des Programms können den unter diesem Artikel eingetragenen Mitteln zugeschlagen werden.

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 05 — EUROPÄISCHE SATELLITENNAVIGATIONSPROGRAMME (EGNOS UND GALILEO)** *(Fortsetzung)*

***02 05 01*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 683/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die weitere Durchführung der europäischen Satellitenprogramme (EGNOS und Galileo) (ABl. L 196 vom 24.7.2008, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1285/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 betreffend den Aufbau und den Betrieb der europäischen Satellitennavigationssysteme und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 876/2002 des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 683/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 1), insbesondere Artikel 2 Absatz 4.

***02 05 02*** ***Erbringung von Satellitendiensten, die stufenweise bis 2020 eine Leistungsverbesserung des GPS auf dem gesamten Gebiet der Europäischen Zivilluftfahrtkonferenz (ECAC) ermöglichen sollen (EGNOS)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 225 000 000 | 170 148 008 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Der Beitrag der Union zu den europäischen GNSS-Programmen wird zur Finanzierung von Tätigkeiten gewährt, die mit dem Betrieb des EGNOS-Systems zusammenhängen, einschließlich sämtlicher Elemente, die die Zuverlässigkeit des Systems und seines Betriebs belegen.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben b und d der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Der Beitrag der Mitgliedstaaten für spezifische Komponenten des Programms können den unter diesem Artikel eingetragenen Mitteln zugeschlagen werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 683/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die weitere Durchführung der europäischen Satellitenprogramme (EGNOS und Galileo) (ABl. L 196 vom 24.7.2008, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1285/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 betreffend den Aufbau und den Betrieb der europäischen Satellitennavigationssysteme und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 876/2002 des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 683/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 1), insbesondere Artikel 2 Absatz 5.

***02 05 11*** ***Agentur für das Europäische GNSS***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 24 587 000 | 24 587 000 | 11 700 000 | 11 700 000 | 12 738 648,38 | 12 925 449,38 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 05 02 01 und 02 05 02 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Agentur (Titel 1 und 2) und ihrer operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3) bestimmt.

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 05 — EUROPÄISCHE SATELLITENNAVIGATIONSPROGRAMME (EGNOS UND GALILEO)** *(Fortsetzung)*

***02 05 11*** *(Fortsetzung)*

Die Agentur muss die Haushaltsbehörde über Mittelübertragungen zwischen operativen und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Die gemäß Artikel 20 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des allgemeinen Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Der Stellenplan der Agentur für das Europäische GNSS ist im Anhang „Stellenplan" dieses Einzelplans enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 24 651 117 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 24 587 000 EUR erhöht sich um 64 117 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 912/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2010 über die Errichtung der Agentur für das Europäische GNSS (ABl. L 276 vom 20.10.2010, S. 11).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. Februar 2013, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 912/2010 über die Errichtung der Agentur für das Europäische GNSS (COM(2013) 40 final).

***02 05 51*** ***Abschluss der europäischen Satellitennavigationsprogramme (EGNOS und Galileo)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 281 994 299 | p.m. | 375 830 882 | 181 339 033,75 | 403 044 333,75 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 02 05 01*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 683/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die weitere Durchführung der europäischen Satellitenprogramme (EGNOS und Galileo) (ABl. L 196 vom 24.7.2008, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 06 — EUROPÄISCHES ERDBEOBACHTUNGSPROGRAMM**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 02 06 | EUROPÄISCHES ERDBEOBACHTUNGSPROGRAMM | | | | | | | | |
| ***02 06 01*** | ***Erbringung operativer Dienste auf der Grundlage weltraumgestützter Beobachtungstätigkeiten und der Nutzung von In-situ-Daten (Copernicus)*** | 1.1 | 58 500 000 | 54 927 050 | | | | | — |
| ***02 06 02*** | ***Aufbau einer autonomen Unionskapazität für die Erdbeobachtung (Copernicus)*** | 1.1 | 301 933 000 | 112 727 494 | | | | | — |
| ***02 06 51*** | ***Abschluss des europäischen Erdbeobachtungsprogramms (GMES)*** | 1.1 | p.m. | 17 962 958 | 55 000 000 | 47 071 507 | 38 998 481,31 | 31 707 413,— | 176,52 |
| ***02 06 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 02 06 77 01 | Vorbereitende Maßnahme — GMES-Betrieb | 1.1 | p.m. | 1 058 313 | p.m. | 1 350 000 | 0,— | 3 319 711,89 | 313,68 |
| | *Artikel 02 06 77 — Subtotal* | | p.m. | 1 058 313 | p.m. | 1 350 000 | 0,— | 3 319 711,89 | 313,68 |
| | **Kapitel 02 06 — Insgesamt** | | **360 433 000** | **186 675 815** | **55 000 000** | **48 421 507** | **38 998 481,31** | **35 027 124,89** | **18,76** |

***02 06 01*** ***Erbringung operativer Dienste auf der Grundlage weltraumgestützter Beobachtungstätigkeiten und der Nutzung von In-situ-Daten (Copernicus)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 58 500 000 | 54 927 050 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen dazu:

— den Betrieb der auf die Nutzerbedürfnisse abgestellten Copernicus-Dienste zu ermöglichen,

— zur sicheren Verfügbarkeit der Beobachtungsinfrastruktur beizutragen, die für die Erbringung der Copernicus-Dienste erforderlich ist,

— Möglichkeiten für eine stärkere private Nutzung von Informationsquellen zu eröffnen und damit Innovationen durch Anbieter von Mehrwertdiensten zu fördern

Die Entwicklung auf der Erdbeobachtung basierender Dienste ist vor allem für die Politiker und Entscheidungsträger in Europa von höchster Bedeutung, weil sie die besten verfügbaren Informationen über den Zustand des Planeten und die Lage der Umwelt benötigen. Diese Dienste spielen außerdem eine Schlüsselrolle bei der Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, obwohl die dauerhafte Erbringung von auf der Erdbeobachtung basierenden Diensten in Europa noch immer nicht ohne ein kohärentes öffentliches Engagement möglich ist.

Dies ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass der Markt die vielfältige öffentliche Nachfrage bisher nicht befriedigen konnte, sondern hängt auch damit zusammen, dass der nachgelagerte Markt noch nicht voll entwickelt ist, stark von öffentlichen Mitteln abhängt und bislang erheblich darunter zu leiden hatte, dass die Erschwinglichkeit und langfristige Verfügbarkeit der Basisdienste und der dafür erforderlichen Daten eher skeptisch beurteilt wurden. Das Erreichen der genannten spezifischen Ziele wird sich also positiv auf Wachstum und Beschäftigung in einem innovativen Wirtschaftszweig auswirken, dessen nachgelagertes Segment hauptsächlich aus kleinen und mittleren Unternehmen besteht.

Diese Dienste gestatten einen schnelleren Zugriff auf Schlüsseldaten, die für die Politikgestaltung auf unionsweiter, nationaler, regionaler und lokaler Ebene in Landwirtschaft, Forstaufsicht, Wasserwirtschaft, Verkehr, Stadtplanung, Klimawandel und vielen anderen Bereichen benötigt werden. Diese Mittel dienen hauptsächlich dazu, die Umsetzung von Übertragungsvereinbarungen für das Copernicus-Programm gemäß Artikel 58 der Haushaltsordnung zu finanzieren.

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 06 — EUROPÄISCHES ERDBEOBACHTUNGSPROGRAMM** *(Fortsetzung)*

***02 06 01*** *(Fortsetzung)*

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt. Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerberländer des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung führen.

Einnahmen aus Beiträgen Dritter, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, werden unter Beachtung der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bei dem vorliegenden Posten bereitgestellt.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 29. Mai 2013, zur Einrichtung des Programms Copernicus und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 911/2010 (COM(2013) 312 final).

***02 06 02*** ***Aufbau einer autonomen Unionskapazität für die Erdbeobachtung (Copernicus)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 301 933 000 | 112 727 494 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen dazu:

— den Betrieb der auf die Nutzerbedürfnisse abgestellten Copernicus-Dienste zu ermöglichen,

— zur sicheren Verfügbarkeit der Beobachtungsinfrastruktur beizutragen, die für die Erbringung der Copernicus-Dienste erforderlich ist,

— Möglichkeiten für eine stärkere private Nutzung von Informationsquellen zu eröffnen und damit Innovationen durch Anbieter von Mehrwertdiensten zu fördern.

Die Entwicklung auf der Erdbeobachtung basierender Dienste ist vor allem für die Politiker und Entscheidungsträger in Europa von höchster Bedeutung, weil sie die besten verfügbaren Informationen über den Zustand des Planeten und die Lage der Umwelt benötigen. Diese Dienste spielen außerdem eine Schlüsselrolle bei der Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, obwohl die dauerhafte Erbringung von auf der Erdbeobachtung basierenden Diensten in Europa noch immer nicht ohne ein kohärentes öffentliches Engagement möglich ist.

Dies ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass der Markt die vielfältige öffentliche Nachfrage bisher nicht befriedigen konnte, sondern hängt auch damit zusammen, dass der nachgelagerte Markt noch nicht voll entwickelt ist, stark von öffentlichen Mitteln abhängt und bislang erheblich darunter zu leiden hatte, dass die Erschwinglichkeit und langfristige Verfügbarkeit der Basisdienste und der dafür erforderlichen Daten eher skeptisch beurteilt wurden. Das Erreichen der genannten spezifischen Ziele wird sich also positiv auf Wachstum und Beschäftigung in einem innovativen Wirtschaftszweig auswirken, dessen nachgelagertes Segment hauptsächlich aus kleinen und mittleren Unternehmen besteht.

Diese Dienste gestatten einen schnelleren Zugriff auf Schlüsseldaten, die für die Politikgestaltung auf unionsweiter, nationaler, regionaler und lokaler Ebene in Landwirtschaft, Forstaufsicht, Wasserwirtschaft, Verkehr, Stadtplanung, Klimawandel und vielen anderen Bereichen benötigt werden. Diese Mittel dienen hauptsächlich dazu, die Umsetzung von Übertragungsvereinbarungen für das Copernicus-Programm gemäß Artikel 58 der Haushaltsordnung zu finanzieren.

**KAPITEL 02 06 — EUROPÄISCHES ERDBEOBACHTUNGSPROGRAMM** *(Fortsetzung)*

***02 06 02*** *(Fortsetzung)*

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerberländer des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 3 0 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung führen.

Einnahmen aus Beiträgen Dritter, die in Posten 6 3 0 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, werden unter Beachtung der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bei dem vorliegenden Posten bereitgestellt.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 29. Mai 2013, zur Einrichtung des Programms Copernicus und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 911/2010 (COM(2013) 312 final).

***02 06 51*** ***Abschluss des europäischen Erdbeobachtungsprogramms (GMES)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 17 962 958 | 55 000 000 | 47 071 507 | 38 998 481,31 | 31 707 413,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 02 02 15*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerberländer des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Einnahmen aus Beiträgen Dritter, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, werden unter Beachtung der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bei dem vorliegenden Posten bereitgestellt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 911/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2010 über das Europäische Erdbeobachtungsprogramm (GMES) und seine ersten operativen Tätigkeiten (2011-2013) (ABl. L 276 vom 20.10.2010, S. 1).

*Verweise*

Beschluss 2010/67/EU der Kommission vom 5. Februar 2010 zur Einsetzung des GMES-Partner-Beirats (ABl. L 35 vom 6.2.2010, S. 23).

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

**KAPITEL 02 06 — EUROPÄISCHES ERDBEOBACHTUNGSPROGRAMM** *(Fortsetzung)*

***02 06 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

02 06 77 01 Vorbereitende Maßnahme — GMES-Betrieb

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 1 058 313 | p.m. | 1 350 000 | 0,— | 3 319 711,89 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 02 02 11*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Im Einklang mit Artikel 54 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung wurde aufgrund dieser vorbereitenden Maßnahme am 22. September 2010 das Europäische Erdbeobachtungsprogramm angenommen (siehe Artikel 02 06 51).

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 02 — UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE“

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG FÜR DIE GENERALDIREKTION „UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE“

KOMMISSION

*TITEL 03*

**WETTBEWERB**

# TITEL 03

# WETTBEWERB

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|
| 03 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „WETTBEWERB“ | 94 462 975 | 92 219 149 | 93 126 441,20 |
| | **Titel 03 — Insgesamt** | **94 462 975** | **92 219 149** | **93 126 441,20** |

KOMMISSION
*TITEL 03 — WETTBEWERB*

# TITEL 03

# WETTBEWERB

## KAPITEL 03 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „WETTBEWERB“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 03 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „WETTBEWERB“ | | | | | |
| ***03 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Wettbewerb“*** | 5.2 | 76 441 073 | 77 091 029 | 75 748 913,57 | 99,09 |
| ***03 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Wettbewerb“*** | | | | | |
| 03 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 5 627 112 | 5 569 161 | 5 256 601,19 | 93,42 |
| 03 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 7 446 847 | 4 680 350 | 6 562 175,71 | 88,12 |
| | *Artikel 03 01 02 — Subtotal* | | 13 073 959 | 10 249 511 | 11 818 776,90 | 90,40 |
| ***03 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Wettbewerb“*** | 5.2 | 4 947 943 | 4 878 609 | 5 558 750,73 | 112,34 |
| ***03 01 07*** | ***Schadenersatzforderungen im Zusammenhang mit Gerichtsverfahren gegen Beschlüsse der Kommission im Bereich der Wettbewerbspolitik*** | 5.2 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Kapitel 03 01 — Insgesamt** | | **94 462 975** | **92 219 149** | **93 126 441,20** | **98,59** |

### *03 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Wettbewerb“*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 76 441 073 | 77 091 029 | 75 748 913,57 |

### *03 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Wettbewerb“*

03 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 627 112 | 5 569 161 | 5 256 601,19 |

KOMMISSION
*TITEL 03 — WETTBEWERB*

**KAPITEL 03 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „WETTBEWERB“** *(Fortsetzung)*

***03 01 02*** *(Fortsetzung)*

03 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 446 847 | 4 680 350 | 6 562 175,71 |

***03 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Wettbewerb“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 947 943 | 4 878 609 | 5 558 750,73 |

***03 01 07 Schadenersatzforderungen im Zusammenhang mit Gerichtsverfahren gegen Beschlüsse der Kommission im Bereich der Wettbewerbspolitik***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 03 03 02*

Die Kommission hat die Befugnis, Beschlüsse zu erlassen, Untersuchungen durchzuführen und Geldbußen zu verhängen bzw. gezahlte Beträge zurückzufordern, um sicherzustellen, dass die Wettbewerbsregeln betreffend Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen (Artikel 101 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union), missbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung (Artikel 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union), staatliche Beihilfen (Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union) und Unternehmenszusammenschlüsse (Verordnung (EG) Nr. 139/2004) durchgesetzt werden.

Gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union unterliegen die Beschlüsse der Kommission der Überwachung durch den Gerichtshof der Europäischen Union.

Als Vorsichtsmaßnahme ist es angemessen, mögliche Auswirkungen von Urteilen des Gerichtshofs der Europäischen Union auf den Haushalt zu berücksichtigen.

Diese Mittel sind zur Deckung aller Ausgaben bestimmt, die sich aufgrund eines Schadenersatzes ergeben, der Klägern gegen Beschlüsse der Kommission in Wettbewerbssachen vom Gerichtshof der Europäischen Union zuerkannt wurde.

Da eine angemessene Abschätzung der finanziellen Auswirkungen auf den Gesamthaushaltplan im Voraus nicht möglich ist, wird dieser Artikel mit einem „p.m.“-Vermerk versehen. Gegebenenfalls wird die Kommission vorschlagen, die tatsächlich erforderlichen Mittel im Wege von Mittelübertragungen oder eines Berichtigungshaushaltsplans bereitzustellen.

*Rechtsgrundlagen*

Artikel 101 und 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (vormals Artikel 81 und 82 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft) und abgeleitetes Recht, insbesondere:

— Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1),

— Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen („EG-Fusionskontrollverordnung“) (ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1).

Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (vormals Artikel 87 und 88 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft) und abgeleitetes Recht, insbesondere:

— Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates vom 22. März 1999 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 83 vom 27.3.1999, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 03 — WETTBEWERB*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „WETTBEWERB“

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „WETTBEWERB“

— KONTROLLE DER STAATLICHEN BEIHILFEN

— FUSIONSKONTROLLE

— KARTELLE, ANTI-TRUST UND LIBERALISIERUNG

KOMMISSION

*TITEL 04*

**BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION**

# TITEL 04

# BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 04 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION“ | 91 404 590 | 91 404 590 | 93 921 546 | 93 921 546 | 93 464 815,25 | 93 464 815,25 |
| 04 02 | EUROPÄISCHER SOZIALFONDS | 13 035 200 000 | 10 920 159 699 | 11 804 862 310 | 13 358 557 851 | 11 288 659 406,13 | 11 281 286 069,75 |
| 04 03 | BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION | 211 140 900 | 182 998 102 | 202 218 000 | 167 565 074 | 204 832 722,30 | 184 186 825,13 |
| 04 04 | EUROPÄISCHER FONDS FÜR DIE ANPASSUNG AN DIE GLOBALISIERUNG | p.m. | 50 000 000 | p.m. | 45 338 161 | 82 837 992,— | 82 837 992,— |
| 04 05 | INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK UND ENTWICKLUNG DES HUMANKAPITALS | p.m. | 69 900 164 | 113 157 077 | 65 152 574 | 112 150 000,— | 58 479 061,11 |
| 04 06 | EUROPÄISCHER HILFSFONDS FÜR DIE AM STÄRKSTEN VON ARMUT BETROFFENEN PERSONEN | 501 280 000 | 307 280 000 | | | | |
| | **Titel 04 — Insgesamt** | **13 839 025 490** | **11 621 742 555** | **12 214 158 933** | **13 730 535 206** | **11 781 944 935,68** | **11 700 254 763,24** |

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

# TITEL 04

# BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION

## KAPITEL 04 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 04 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION“ | | | | | |
| ***04 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Beschäftigung, Soziales und Integration“*** | 5.2 | 59 654 015 | 60 441 789 | 60 013 299,14 | 100,60 |
| ***04 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Beschäftigung, Soziales und Integration“*** | | | | | |
| 04 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 3 918 717 | 4 164 583 | 4 056 722,49 | 103,52 |
| 04 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 4 670 521 | 4 908 191 | 5 416 483,69 | 115,97 |
| | *Artikel 04 01 02 — Subtotal* | | 8 589 238 | 9 072 774 | 9 473 206,18 | 110,29 |
| ***04 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Beschäftigung, Soziales und Integration“*** | 5.2 | 3 861 337 | 3 824 983 | 4 402 437,99 | 114,01 |
| ***04 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Beschäftigung, Soziales und Integration“*** | | | | | |
| 04 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für den Europäischen Sozialfonds und nichtoperative technische Unterstützung | 1.2 | 15 500 000 | 15 700 000 | 14 252 365,77 | 91,95 |
| 04 01 04 02 | Unterstützungsausgaben für das Programm für Beschäftigung und soziale Innovation | 1.1 | 3 800 000 | 3 517 000 | 3 189 697,91 | 83,94 |
| 04 01 04 03 | Unterstützungsausgaben für das Instrument für Heranführungshilfe — Beschäftigung, Sozialpolitik und Entwicklung des Humankapitals | 4 | p.m. | 1 365 000 | 1 405 705,26 | — |
| 04 01 04 04 | Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung | 9 | p.m. | p.m. | 728 103,— | — |
| | *Artikel 04 01 04 — Subtotal* | | 19 300 000 | 20 582 000 | 19 575 871,94 | 101,43 |
| | **Kapitel 04 01 — Insgesamt** | | **91 404 590** | **93 921 546** | **93 464 815,25** | **102,25** |

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION“**
*(Fortsetzung)*

***04 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Beschäftigung, Soziales und Integration“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 59 654 015 | 60 441 789 | 60 013 299,14 |

***04 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Beschäftigung, Soziales und Integration“***

04 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 918 717 | 4 164 583 | 4 056 722,49 |

04 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 670 521 | 4 908 191 | 5 416 483,69 |

***04 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Beschäftigung, Soziales und Integration“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 861 337 | 3 824 983 | 4 402 437,99 |

***04 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Beschäftigung, Soziales und Integration“***

04 01 04 01 Unterstützungsausgaben für den Europäischen Sozialfonds und nichtoperative technische Unterstützung

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 15 500 000 | 15 700 000 | 14 252 365,77 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind bestimmt für die in den Artikeln 58 und 118 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 vorgesehenen, aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierten Maßnahmen für technische Hilfe. Im Rahmen der technischen Hilfe können die für die Durchführung des Europäischen Sozialfonds (ESF) erforderlichen kommissionsinternen Maßnahmen für Vorbereitung, Monitoring, Evaluierung, Kontrolle und Verwaltung finanziert werden. Diese Mittel dienen insbesondere der Finanzierung von:

— unterstützenden Leistungen (Repräsentationsvergütungen, Ausbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen und Übersetzungen),

— Ausgaben für externes Personal am Verwaltungssitz (Vertragsbedienstete, abgeordnete nationale Sachverständige oder Leiharbeitskräfte) bis zu 5 000 000 EUR sowie für Dienstreisen dieses Personals.

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION“**
*(Fortsetzung)*

***04 01 04*** *(Fortsetzung)*

04 01 04 01 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 1304/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates 17. Dezember 2013 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 470).

04 01 04 02 Unterstützungsausgaben für das Programm für Beschäftigung und soziale Innovation

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 800 000 | 3 517 000 | 3 189 697,91 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 04 01 04 04, 04 01 04 10 und 04 01 04 11*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzung des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Postens stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Beitrittskandidaten des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 04 03.

**KAPITEL 04 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION“**
*(Fortsetzung)*

***04 01 04*** *(Fortsetzung)*

04 01 04 03 Unterstützungsausgaben für das Instrument für Heranführungshilfe — Beschäftigung, Sozialpolitik und Entwicklung des Humankapitals

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 1 365 000 | 1 405 705,26 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 04 01 04 13*

Diese Mittel dienen der Finanzierung von:

— Ausgaben für technische und administrative Unterstützungsleistungen, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von punktuellen Dienstleistungsverträgen zum gegenseitigen Nutzen der Kommission und der Empfänger vergeben werden;

— Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzung des Instruments für Heranführungshilfe stehen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Diese Mittel decken die unter Kapitel 04 05 anfallenden Verwaltungskosten.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 04 05.

04 01 04 04 Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 728 103,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 04 01 04 14*

Diese Mittel können auf Initiative der Kommission bis zu einer in der Verordnung (EU) Nr. 1309/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014-2020) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1927/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 855) festgelegten Obergrenze von 0,5 % des jährlichen Höchstbetrags des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) in Anspruch genommen werden. Der EGF kann zur Finanzierung der Vorbereitung, des Monitoring, der Datenerhebung und der Schaffung einer für die Umsetzung des EGF relevanten Wissensbasis in Anspruch genommen werden. Er kann auch zur Finanzierung der für die Durchführung der Tätigkeit des EGF erforderlichen administrativen und technischen Hilfe, von Informations- und Kommunikationsmaßnahmen sowie Prüfungs-, Kontroll- und Evaluierungsmaßnahmen in Anspruch genommen werden.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 04 04.

KOMMISSION

*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 04 02 | EUROPÄISCHER SOZIALFONDS | | | | | | | | |
| ***04 02 01*** | ***Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 1 (2000 bis 2006)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | 946 185 846 | 0,— | 511 308 618,38 | — |
| ***04 02 02*** | ***Abschluss des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und im Grenzgebiet Irlands (2000 bis 2006)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***04 02 03*** | ***Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 1 (aus der Zeit vor 2000)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 3 630 606,15 | — |
| ***04 02 04*** | ***Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 2 (2000 bis 2006)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 17 411 016,52 | — |
| ***04 02 05*** | ***Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 2 (aus der Zeit vor 2000)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***04 02 06*** | ***Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 3 (2000 bis 2006)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | 55 024 594 | 0,— | 22 863 709,02 | — |
| ***04 02 07*** | ***Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 3 (aus der Zeit vor 2000)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***04 02 08*** | ***Abschluss von EQUAL (2000 bis 2006)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | 7 000 000 | 225,— | 7 042 272,27 | — |
| ***04 02 09*** | ***Abschluss früherer Gemeinschaftsinitiativen (aus der Zeit vor 2000)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***04 02 10*** | ***Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Innovative Maßnahmen und technische Unterstützung (2000 bis 2006)*** | 1.2 | — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***04 02 11*** | ***Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Innovative Maßnahmen und technische Unterstützung (aus der Zeit vor 2000)*** | 1.2 | — | — | — | — | 0,— | 0,— | — |
| ***04 02 17*** | ***Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Konvergenz (2007-2013)*** | 1.2 | p.m. | 6 769 000 000 | 8 354 332 569 | 9 038 000 000 | 8 016 558 860,— | 7 332 907 505,— | 108,33 |
| ***04 02 18*** | ***Abschluss des Europäischen Sozialfonds — PEACE (2007-2013)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***04 02 19*** | ***Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (2007-2013)*** | 1.2 | p.m. | 2 997 183 133 | 3 440 529 741 | 3 305 847 411 | 3 260 207 562,— | 3 378 610 411,05 | 112,73 |
| ***04 02 20*** | ***Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Operative technische Unterstützung (2007-2013)*** | 1.2 | p.m. | 6 000 000 | 10 000 000 | 6 500 000 | 11 892 759,13 | 7 511 931,36 | 125,20 |

**KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | |
| ***04 02 60*** | ***Europäischer Sozialfonds — Weniger entwickelte Gebiete — Ziel Investitionen in Wachstum und Beschäftigung*** | 1.2 | 5 636 300 000 | 364 000 000 | | | | | — |
| ***04 02 61*** | ***Europäischer Sozialfonds — Übergangsregionen — Ziel Investitionen in Wachstum und Beschäftigung*** | 1.2 | 1 832 300 000 | 108 366 526 | | | | | — |
| ***04 02 62*** | ***Europäischer Sozialfonds — entwickelte Gebiete — Ziel Investitionen in Wachstum und Beschäftigung*** | 1.2 | 3 752 500 000 | 219 610 040 | | | | | — |
| ***04 02 63*** | ***Europäischer Sozialfonds — Operative technische Hilfe*** | | | | | | | | |
| 04 02 63 01 | Europäischer Sozialfonds — Operative technische Hilfe | 1.2 | 10 000 000 | 6 000 000 | | | | | — |
| 04 02 63 02 | Europäischer Sozialfonds — Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe | 1.2 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| | *Artikel 04 02 63 — Subtotal* | | 10 000 000 | 6 000 000 | | | | | — |
| ***04 02 64*** | ***Beschäftigungsinitiative für Jugendliche*** | 1.2 | 1 804 100 000 | 450 000 000 | | | | | — |
| | **Kapitel 04 02 — Insgesamt** | | **13 035 200 000** | **10 920 159 699** | **11 804 862 310** | **13 358 557 851** | **11 288 659 406,13** | **11 281 286 069,75** | **103,31** |

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 175 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) werden die in Artikel 174 niedergelegten Ziele des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts durch die Politik unterstützt, die die Union mit Hilfe der Strukturfonds, u. a. des ESF, führt. Die Aufgaben, die vorrangigen Ziele und die Organisation der Strukturfonds werden gemäß Artikel 177 AEUV festgelegt.

Artikel 80 der Haushaltsordnung sieht Finanzkorrekturen bei Ausgaben vor, die nicht gemäß dem anwendbaren Recht getätigt wurden.

In Artikel 39 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999, Artikel 100 und 102 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 und Artikel 85, 144 und 145 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 zu den Finanzkorrekturen der Kommission sind besondere Regelungen für Finanzkorrekturen beim ESF festgelegt.

Einnahmen aus dementsprechend durchgeführten Finanzkorrekturen werden in den Posten 6 5 0 0 des Einnahmenplans eingesetzt und gelten als zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung.

In Artikel 177 der Haushaltsordnung sind die Bedingungen für die Erstattung des vollen Betrags oder eines Teils der im Rahmen einer Transaktion geleisteten Vorauszahlungen festgelegt.

In Artikel 82 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 sind besondere Bestimmungen für die Erstattung von Vorschusszahlungen beim ESF festgelegt.

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS** *(Fortsetzung)*

Erstattete Vorfinanzierungsbeträge gelten gemäß Artikel 21 Absatz 4 der Haushaltsordnung als interne zweckgebundene Einnahmen und werden in den Posten 6 1 5 0 oder 6 1 5 7 eingesetzt.

Die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung werden aus Artikel 24 02 01 finanziert.

*Rechtsgrundlagen*

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 174, 175 und 177.

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1), insbesondere Artikel 39.

Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 betreffend den Europäischen Sozialfonds (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 5.).

Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Sozialfonds (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 12).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25), insbesondere Artikel 82, 83, 100 und 102.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21 Absätze 3 und 4, Artikel 80 und Artikel 177.

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

*Verweise*

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Berlin vom 24. und 25. März 1999.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Brüssel vom 16. und 17. Dezember 2005.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 7. und 8. Februar 2013.

***04 02 01 Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 1 (2000 bis 2006)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 946 185 846 | 0,— | 511 308 618,38 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus dem Programmplanungszeitraum 2000-2006 aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 betreffend den Europäischen Sozialfonds (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 5).

**KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS** *(Fortsetzung)*

***04 02 02 Abschluss des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und im Grenzgebiet Irlands (2000 bis 2006)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus dem Programmplanungszeitraum 2000-2006 aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1).

Entscheidung 1999/501/EG der Kommission vom 1. Juli 1999 über eine indikative Aufteilung der Verpflichtungsermächtigungen auf die Mitgliedstaaten im Rahmen von Ziel 1 der Strukturfonds für den Zeitraum 2000 bis 2006 (ABl. L 194 vom 27.7.1999, S. 49).

*Verweise*

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, Tagung vom 24. und 25. März 1999 in Berlin, insbesondere Ziffer 44 Buchstabe b.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, Tagung vom 17. und 18. Juni 2004 in Brüssel, insbesondere Ziffer 49.

***04 02 03 Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 1 (aus der Zeit vor 2000)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 3 630 606,15 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus den vorhergehenden Programmplanungszeiträumen für die früheren Ziele 1 und 6 aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 83/516/EWG des Rates vom 17. Oktober 1983 über die Aufgaben des Europäischen Sozialfonds (ABl. L 289 vom 22.10.1983, S. 38).

Verordnung (EWG) Nr. 2950/83 des Rates vom 17. Oktober 1983 zur Anwendung des Beschlusses 83/516/EWG über die Aufgaben des Europäischen Sozialfonds (ABl. L 289 vom 22.10.1983, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 4255/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 21).

Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 betreffend den Europäischen Sozialfonds (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 5).

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS** *(Fortsetzung)*

### *04 02 04 Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 2 (2000 bis 2006)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 17 411 016,52 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus dem Programmplanungszeitraum 2000-2006 aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 betreffend den Europäischen Sozialfonds (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 5).

### *04 02 05 Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 2 (aus der Zeit vor 2000)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus den vorhergehenden Programmplanungszeiträumen für die früheren Ziele 2 und 5b aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 4255/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 21).

Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 betreffend den Europäischen Sozialfonds (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 5).

### *04 02 06 Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 3 (2000 bis 2006)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 55 024 594 | 0,— | 22 863 709,02 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus dem Programmplanungszeitraum 2000-2006 aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 betreffend den Europäischen Sozialfonds (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 5).

**KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS** *(Fortsetzung)*

### *04 02 07 Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 3 (aus der Zeit vor 2000)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus den vorhergehenden Programmplanungszeiträumen für die früheren Ziele 3 und 4 aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 4255/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 21).

Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 betreffend den Europäischen Sozialfonds (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 5).

### *04 02 08 Abschluss von EQUAL (2000 bis 2006)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 7 000 000 | 225,— | 7 042 272,27 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus dem Programmplanungszeitraum 2000-2006 aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 betreffend den Europäischen Sozialfonds (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 5).

*Verweise*

Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 14. April 2000 zur Festlegung der Leitlinien für die Gemeinschaftsinitiative EQUAL über die transnationale Zusammenarbeit bei der Förderung neuer Methoden zur Bekämpfung von Diskriminierungen und Ungleichheiten jeglicher Art im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt (ABl. C 127 vom 5.5.2000, S. 2).

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS** *(Fortsetzung)*

***04 02 09 Abschluss früherer Gemeinschaftsinitiativen (aus der Zeit vor 2000)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung aus dem ESF der noch abzuwickelnden Verpflichtungen im Rahmen früherer Gemeinschaftsinitiativen, die dem Programmplanungszeitraum 2000-2006 vorangegangen sind.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 4255/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 21).

Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 betreffend den Europäischen Sozialfonds (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 5).

*Verweise*

Mitteilung der Kommission vom 13. Mai 1992 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für die von ihnen aufzustellenden Operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative zugunsten der vom Textil- und Bekleidungssektor stark abhängigen Regionen (RETEX) (ABl. C 142 vom 4.6.1992, S. 5).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Globalzuschüsse oder integrierten Operationellen Programme im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative für die Umstrukturierung des Fischereisektors (PESCA) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 1).

Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 15. Juni 1994 zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen zu erstellenden Operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für städtische Gebiete (URBAN) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 6).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Operationellen Programme oder Globalzuschüsse im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für die Anpassung kleiner und mittlerer Unternehmen an den Binnenmarkt (Initiative für KMU) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 10).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten mit Präzisierung der Leitlinien für die Gemeinschaftsinitiative RETEX (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 17).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Operationellen Programme oder Globalzuschüsse im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für die Rüstungs- und Standortkonversion (Konver) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 18).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Operationellen Programme oder Globalzuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative für die wirtschaftliche Umstellung von Stahlrevieren (Resider II) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 22).

**KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS** *(Fortsetzung)*

***04 02 09*** *(Fortsetzung)*

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Operationellen Programme oder Globalzuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative für die wirtschaftliche Umstellung von Kohlerevieren (Rechar II) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 26).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für Operationelle Programme oder Globalzuschüsse, die die Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „Anpassung der Arbeitnehmer an den industriellen Wandel (ADAPT)" zur Förderung der Beschäftigung und der Anpassung der Arbeitnehmer an den industriellen Wandel vorschlagen können (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 30).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für Operationelle Programme oder Globalzuschüsse, die die Mitgliedstaaten im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative „Beschäftigung und Entwicklung von Humanressourcen" zur Förderung des Beschäftigungswachstums insbesondere durch die Entwicklung von Humanressourcen vorschlagen können (Emploi) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 36).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative zugunsten der ultraperipheren Regionen (REGIS II) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 44).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für integrierte Globalzuschüsse bzw. Operationelle Programme, die Gegenstand von Zuschussanträgen der Mitgliedstaaten im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative zur ländlichen Entwicklung sind (Leader II) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 48).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für die von ihnen aufzustellenden Operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung von Grenzregionen, grenzübergreifende Zusammenarbeit und ausgewählte Energienetze (Interreg II) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 60).

Mitteilung der Kommission vom 16. Mai 1995 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für eine Initiative im Rahmen des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und in den Grenzbezirken Irlands (Programm PEACE I) (ABl. C 186 vom 20.7.1995, S. 3).

Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 8. Mai 1996 zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen zu erstellenden Operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für städtische Gebiete (URBAN) (ABl. C 200 vom 10.7.1996, S. 4).

Mitteilung der Kommission vom 8. Mai 1996 an die Mitgliedstaaten über die geänderten Leitlinien für Operationelle Programme oder Globalzuschüsse, die die Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „Anpassung der Arbeitnehmer an den industriellen Wandel (ADAPT)" zur Förderung der Beschäftigung und der Anpassung der Arbeitnehmer an den industriellen Wandel vorschlagen können (ABl. C 200 vom 10.7.1996, S. 7).

Mitteilung der Kommission vom 8. Mai 1996 an die Mitgliedstaaten über geänderte Leitlinien für Operationelle Programme oder Globalzuschüsse, die die Mitgliedstaaten im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative „Beschäftigung und Entwicklung von Humanressourcen" zur Förderung des Beschäftigungswachstums insbesondere durch die Entwicklung von Humanressourcen vorschlagen können (ABl. C 200 vom 10.7.1996, S. 13).

Mitteilung der Kommission vom 8. Mai 1996 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für die von ihnen aufzustellenden Operationellen Programme im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Interreg für transnationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumordnung (Interreg II C) (ABl. C 200 vom 10.7.1996, S. 23).

Mitteilung der Kommission vom 26. November 1997 an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über das Sonderprogramm zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und den Grenzbezirken Irlands (1995-1999) (Programm PEACE I) (KOM(1997) 642 endg.).

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS** *(Fortsetzung)*

***04 02 10 Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Innovative Maßnahmen und technische Unterstützung (2000 bis 2006)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus dem Programmplanungszeitraum 2000-2006 im Rahmen des ESF für innovative Maßnahmen und Maßnahmen der technischen Hilfe gemäß den Artikeln 22 und 23 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999. Die innovativen Maßnahmen umfassten Studien, Pilotprojekte und den Austausch von Erfahrungen. Mit ihnen sollten insbesondere die Qualität der Interventionen der Strukturfonds verbessert werden. Die technische Hilfe umfasste die Maßnahmen zur Vorbereitung, Begleitung, Evaluierung, Kontrolle und Verwaltung der Durchführung des ESF. Die Mittel dienten u. a. der Finanzierung von:

— unterstützenden Leistungen (Repräsentationsvergütungen, Ausbildungsmaßnahmen, Sitzungen und Dienstreisen),

— Ausgaben für Information und Veröffentlichungen,

— Ausgaben für Informationstechnologien und Telekommunikation,

— Verträgen für Dienstleistungserbringer,

— Zuschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 betreffend den Europäischen Sozialfonds (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 5).

***04 02 11 Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Innovative Maßnahmen und technische Unterstützung (aus der Zeit vor 2000)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | — | — | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Dieses Mittel dient der Abwicklung von Verpflichtungen aus den vorhergehenden Programmplanungszeiträumen im Rahmen des ESF für innovative Maßnahmen bzw. vorbereitende, begleitende oder bewertende Maßnahmen und Maßnahmen der Kontrolle und Verwaltung sowie alle anderen Formen ähnlicher Interventionen zur technischen Hilfe, die in den einschlägigen Verordnungen vorgesehen sind.

Mit diesen Mitteln werden auch die früheren mehrjährigen Maßnahmen finanziert, insbesondere diejenigen, die gemäß den anderen unten aufgeführten Verordnungen genehmigt und durchgeführt wurden und nicht den vorrangigen Zielen der Strukturfonds zugeordnet werden können.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 83/516/EWG des Rates vom 17. Oktober 1983 über die Aufgaben des Europäischen Sozialfonds (ABl. L 289 vom 22.10.1983, S. 38).

Verordnung (EWG) Nr. 2950/83 des Rates vom 17. Oktober 1983 zur Anwendung des Beschlusses 83/516/EWG über die Aufgaben des Europäischen Sozialfonds (ABl. L 289 vom 22.10.1983, S. 1).

**KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS** *(Fortsetzung)*

***04 02 11*** *(Fortsetzung)*

Verordnung (EWG) Nr. 2088/85 des Rates vom 23. Juli 1985 über die integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. L 197 vom 27.7.1985, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 4255/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 21).

Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 betreffend den Europäischen Sozialfonds (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 5).

***04 02 17*** ***Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Konvergenz (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 6 769 000 000 | 8 354 332 569 | 9 038 000 000 | 8 016 558 860,— | 7 332 907 505,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 06 01 (teilweise) und 04 02 17*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen für Programme im Zusammenhang mit dem Konvergenzziel des ESF im Programmplanungszeitraum 2007-2013. Dieses Ziel stellt darauf ab, die Konvergenz der am wenigsten entwickelten Mitgliedstaaten und Regionen durch die Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen zu beschleunigen.

Dieses Mitteln dient der Verringerung von wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Ungleichheiten, die sich insbesondere in den Mitgliedstaaten und Regionen mit Entwicklungsrückstand aus der Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Umstrukturierung sowie aus der Alterung der Bevölkerung ergeben.

Gemäß Artikel 105a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 in der durch Anhang III Nummer 7 des Vertrags über den Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union geänderten Fassung (ABl. L 112 vom 24.4.2012) werden Programme und Großprojekte, die am Tag des Beitritts Kroatiens nach der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genehmigt sind und deren Umsetzung zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist, als von der Kommission nach der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 genehmigt angesehen, mit Ausnahme von Programmen, die nach den in Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a und e der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genannten Komponenten genehmigt wurden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Sozialfonds (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 12).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS** *(Fortsetzung)*

***04 02 18 Abschluss des Europäischen Sozialfonds — PEACE (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen für das Programm PEACE im Rahmen des ESF im Programmplanungszeitraum 2007-2013.

In Anerkennung der besonderen Bemühungen um den Friedensprozess in Nordirland wurde dem Programm PEACE ein Betrag von insgesamt 200 000 000 EUR für den Zeitraum 2007-2013 zugewiesen. Das Programm wird im Einklang mit dem Zusätzlichkeitsprinzip der Strukturfondsmaßnahmen durchgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Sozialfonds (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 12).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

*Verweise*

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Brüssel vom 16. und 17. Dezember 2005.

***04 02 19 Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 2 997 183 133 | 3 440 529 741 | 3 305 847 411 | 3 260 207 562,— | 3 378 610 411,05 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen für Programme im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ des ESF im Programmplanungszeitraum 2007-2013. Dieses Ziel, das außerhalb der Regionen mit dem größten Entwicklungsrückstand zur Anwendung kommt, besteht in der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Regionen sowie der Beschäftigung, unter Berücksichtigung der Ziele der Strategie Europa 2020.

Diese Mittel dienen der Verringerung von wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Ungleichheiten, die sich insbesondere in den Mitgliedstaaten und Regionen mit Entwicklungsrückstand aus der Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Umstrukturierung sowie aus der Alterung der Bevölkerung ergeben.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Sozialfonds (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 12).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

**KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS** *(Fortsetzung)*

### *04 02 20 Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Operative technische Unterstützung (2007-2013)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 6 000 000 | 10 000 000 | 6 500 000 | 11 892 759,13 | 7 511 931,36 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus dem Programmplanungszeitraum 2007-2013 für Maßnahmen der technischen Hilfe gemäß den Artikeln 45 und 46 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 und Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006.

Die technische Hilfe umfasst die Maßnahmen zur Vorbereitung, Begleitung, Evaluierung, Kontrolle und Verwaltung der Durchführung des ESF. Diese Mittel dienen u. a. der Finanzierung von:

— unterstützenden Leistungen (Repräsentationsvergütungen, Ausbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen),

— Ausgaben für Information und Veröffentlichungen,

— Ausgaben für Informationstechnologien und Telekommunikation,

— Ausgaben für die Unterstützung des Zugangs für Menschen mit Behinderungen im Rahmen der technischen Hilfe,

— Ausgaben für eine hochrangige Gruppe, die die Umsetzung horizontaler Grundsätze wie der Gleichstellung von Frauen und Männern, des Zugangs für Menschen mit Behinderungen und der nachhaltigen Entwicklung sicherstellen soll,

— Dienstleistungsverträgen und Studien,

— Zuschüssen.

Mit diesen Mitteln sollen darüber hinaus von der Kommission genehmigte Maßnahmen für die Vorbereitung des Programmplanungszeitraums 2014-2020 finanziert werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Sozialfonds (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 12).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

### *04 02 60 Europäischer Sozialfonds — Weniger entwickelte Gebiete — Ziel Investitionen in Wachstum und Beschäftigung*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 5 636 300 000 | 364 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Mit diesen Mitteln soll die Unterstützung aus dem ESF im Rahmen des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ in weniger entwickelten Regionen im Programmplanungszeitraum 2014-2020 finanziert werden. Die Rückstände in diesen wirtschaftlich und sozial benachteiligten Regionen müssen langfristig und nachhaltig angegangen werden. Dies gilt für jene Regionen, deren BIP pro Kopf unter 75 % des durchschnittlichen BIP der EU-27 liegt.

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS** *(Fortsetzung)*

***04 02 60*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 1304/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates 17. Dezember 2013 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 470), insbesondere Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe c.

***04 02 61*** ***Europäischer Sozialfonds — Übergangsregionen — Ziel Investitionen in Wachstum und Beschäftigung***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 832 300 000 | 108 366 526 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Mit diesen Mitteln soll die Unterstützung aus dem ESF im Rahmen des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ im Programmplanungszeitraum 2014-2020 in einer neuen Kategorie von Regionen — den Übergangsregionen — finanziert werden, mit der das Phasing-In- und Phasing-Out-System des Zeitraums 2007-2013 ersetzt wird. Unter diese Kategorie fallen alle Regionen mit einem BIP pro Kopf von zwischen 75 % und 90 % des durchschnittlichen BIP der EU-27.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 1304/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates 17. Dezember 2013 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 470), insbesondere Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe b.

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS** *(Fortsetzung)*

***04 02 62 Europäischer Sozialfonds — entwickelte Gebiete — Ziel Investitionen in Wachstum und Beschäftigung***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 3 752 500 000 | 219 610 040 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Mit diesen Mitteln soll die Unterstützung aus dem ESF im Rahmen des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung" in stärker entwickelten Regionen im Programmplanungszeitraum 2014-2020 finanziert werden. Auch wenn der Schwerpunkt der Kohäsionspolitik weiterhin auf Interventionen in den weniger entwickelten Regionen liegt, so soll mit diesen Mitteln bestimmten großen Herausforderungen begegnet werden, von denen alle Mitgliedstaaten betroffen sind. Hierzu gehören der globale Wettbewerb in der wissensbasierten Wirtschaft, der Übergang zu einer $CO_2$-armen Wirtschaft und die durch das derzeitige Wirtschaftsklima zunehmende Polarisierung der Gesellschaft. Unter diese Kategorie fallen die Regionen mit einem BIP pro Kopf von über 90 % des durchschnittlichen BIP der EU-27.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 1304/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates 17. Dezember 2013 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 470), insbesondere Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe a.

***04 02 63 Europäischer Sozialfonds — Operative technische Hilfe***

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die für die Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 notwendigen Maßnahmen für Vorbereitung, Monitoring, administrative und technische Hilfe, Evaluierung, Prüfung und Kontrolle gemäß den Artikeln 58 und 118 dieser Verordnung zu finanzieren. Die Mittel dienen insbesondere der Finanzierung von Unterstützungsausgaben (Repräsentationskosten, Schulungsmaßnahmen, Sitzungen und Dienstreisen).

Diese Mittel dienen auch zur Unterstützung der Weiterbildung in Fragen der Verwaltung und der Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen und den Sozialpartnern.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 1304/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates 17. Dezember 2013 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 470).

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS** *(Fortsetzung)*

***04 02 63*** *(Fortsetzung)*

04 02 63 01 Europäischer Sozialfonds — Operative technische Hilfe

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 10 000 000 | 6 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die für die Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 notwendigen Maßnahmen für Vorbereitung, Monitoring, administrative und technische Hilfe, Evaluierung, Prüfung und Kontrolle gemäß den Artikeln 58 und 118 dieser Verordnung zu finanzieren. Die Mittel dienen insbesondere der Finanzierung von Unterstützungsausgaben (Repräsentationskosten, Schulungsmaßnahmen, Sitzungen und Dienstreisen).

Diese Mittel dienen auch zur Unterstützung der Weiterbildung in Fragen der Verwaltung und der Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen und den Sozialpartnern.

Gedeckt werden sollen u. a. Aufwendungen für die Ausarbeitung:

— von Instrumenten für elektronische Projektanträge und -berichterstattung sowie die Standardisierung von Dokumenten und Verfahren für die Verwaltung und Durchführung der operationellen Programme,

— von Peer-Reviews des Finanzmanagements und der Leistungsqualität jedes einzelnen Mitgliedstaats,

— standardisierter Ausschreibungsunterlagen,

— eines gemeinsamen Systems von Ergebnis- und Wirkungsindikatoren,

— eines Handbuchs für „bewährte Verfahren", um die Ausschöpfung zu optimieren und die Fehlerquote zu senken.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 1304/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates 17. Dezember 2013 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 470).

04 02 63 02 Europäischer Sozialfonds — Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Dieser Posten dient zur Deckung eines Teils des nationalen Finanzrahmens für die technische Hilfe, der auf Ersuchen eines Mitgliedstaats mit vorübergehenden Haushaltsschwierigkeiten an die technische Hilfe auf Initiative der Kommission übertragen wurde. Gemäß Artikel 25 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 erfolgt aus diesem Posten die Finanzierung von Maßnahmen zur Ermittlung, Priorisierung und Durchführung von Struktur- und Verwaltungsreformen als Reaktion auf die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen in diesem Mitgliedstaat.

**KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS** *(Fortsetzung)*

***04 02 63*** *(Fortsetzung)*

04 02 63 02 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 1304/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates 17. Dezember 2013 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 470).

***04 02 64*** ***Beschäftigungsinitiative für Jugendliche***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 804 100 000 | 450 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen zur Bereitstellung zusätzlicher Unterstützung für Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die durch den ESF finanziert werden. Es handelt sich hierbei um die besondere Mittelzuweisung für die Beschäftigungsinitiative für Jugendliche im Rahmen des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ in Regionen, die 2012 eine Jugendarbeitslosenquote von über 25 % verzeichneten, bzw. — im Falle von Mitgliedstaaten, in denen die Jugendarbeitslosenquote 2012 um mehr als 30 % gestiegen ist — in Regionen, die 2012 eine Jugendarbeitslosenquote von über 20 % verzeichneten. Der zusätzliche dieser Haushaltslinie für den Zeitraum 2014-2020 zugewiesene Betrag in Höhe von 3 000 000 000 EUR soll die ESF-Interventionen in diesen Regionen ergänzen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 1304/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates 17. Dezember 2013 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 470).

KOMMISSION

*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 04 03 | BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION | | | | | | | | |
| ***04 03 01*** | ***Befugnisse und besondere Zuständigkeiten*** | | | | | | | | |
| 04 03 01 01 | Kosten der vorbereitenden Konsultationen der Gewerkschaften | 1.1 | 425 000 | 225 000 | 450 000 | 247 105 | 450 000,— | 0,— | 0,— |
| 04 03 01 03 | Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und Maßnahmen für Migranten, einschließlich Migranten aus Drittländern | 1.1 | 6 400 000 | 5 000 000 | 6 092 000 | 5 045 570 | 7 424 622,29 | 5 058 946,12 | 101,18 |
| 04 03 01 04 | Analyse und Studien über die soziale Lage, Demografie und Familie | 1.1 | 3 687 000 | 2 487 000 | 4 305 000 | 2 151 838 | 2 151 363,58 | 4 739 348,14 | 190,56 |
| 04 03 01 05 | Bildungs- und Informationsmaßnahmen zugunsten von Arbeitnehmerorganisationen | 1.1 | 18 600 000 | 14 675 010 | 17 600 000 | 14 134 393 | 17 557 273,72 | 16 080 063,87 | 109,57 |
| 04 03 01 06 | Information, Konsultation und Beteiligung von Unternehmensvertretern | 1.1 | 7 250 000 | 6 146 352 | 7 250 000 | 5 436 305 | 5 136 304,56 | 4 820 328,85 | 78,43 |
| 04 03 01 07 | Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen (2012) | 1.1 | p.m. | 740 000 | p.m. | 296 526 | 2 652 116,80 | 870 496,52 | 117,63 |
| 04 03 01 08 | Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog | 1.1 | 15 935 000 | 10 320 293 | 16 935 000 | 13 109 449 | 16 984 859,43 | 13 081 281,16 | 126,75 |
| | *Artikel 04 03 01 — Subtotal* | | 52 297 000 | 39 593 655 | 52 632 000 | 40 421 186 | 52 356 540,38 | 44 650 464,66 | 112,77 |
| ***04 03 02*** | ***Programm für Beschäftigung und soziale Innovation*** | | | | | | | | |
| 04 03 02 01 | Progress — Unterstützung der Entwicklung, Umsetzung, Begleitung und Evaluierung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Union und der Gesetzgebung zu Arbeitsbedingungen | 1.1 | 71 176 000 | 20 774 736 | | | | | — |
| 04 03 02 02 | EURES — Förderung der räumlichen Mobilität von Arbeitnehmern und Verbesserung der Beschäftigungsperspektiven | 1.1 | 21 300 000 | 12 077 585 | | | | | — |

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 04 03 02 03 | Mikrofinanzierung und soziales Unternehmertum — Erleichterung der Finanzierung von Unternehmen, vor allem arbeitsmarktfernen, sowie Sozialunternehmen | 1.1 | 26 500 000 | 9 447 218 | | | | | — |
| | *Artikel 04 03 02 — Subtotal* | | 118 976 000 | 42 299 539 | | | | | — |
| ***04 03 11*** | ***Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen*** | 1.1 | 19 854 000 | 19 854 000 | 20 115 000 | 20 115 000 | 20 384 777,65 | 20 384 000,— | 102,67 |
| ***04 03 12*** | ***Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz*** | 1.1 | 14 013 900 | 14 013 900 | 14 035 000 | 14 035 000 | 15 060 717,48 | 14 047 222,— | 100,24 |
| ***04 03 51*** | ***Abschluss von Progress*** | 1.1 | p.m. | 31 294 613 | 58 636 000 | 49 618 639 | 59 608 488,67 | 49 616 966,41 | 158,55 |
| ***04 03 52*** | ***Abschluss von EURES*** | 1.1 | p.m. | 10 082 958 | 21 300 000 | 13 837 868 | 21 314 861,50 | 17 461 853,71 | 173,18 |
| ***04 03 53*** | ***Abschluss sonstiger Tätigkeiten*** | 1.1 | p.m. | 14 894 437 | 26 500 000 | 20 707 381 | 24 856 766,85 | 33 243 212,39 | 223,19 |
| ***04 03 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 04 03 77 02 | Pilotprojekt — Förderung des Schutzes von Wohnraum | 1.1 | p.m. | 600 000 | 500 000 | 650 000 | 1 000 000,— | 0,— | 0,— |
| 04 03 77 03 | Pilotprojekt — Beschäftigungs- und Lebensbedingungen entsandter Arbeitnehmer | 1.1 | — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 388 573,38 | — |
| 04 03 77 04 | Pilotprojekt — Maßnahmen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen | 1.1 | — | 65 000 | — | 200 000 | 0,— | 395 663,32 | 608,71 |
| 04 03 77 05 | Pilotprojekt — Förderung der Mobilität und Integration der Arbeitnehmer innerhalb der Union | 1.1 | — | 20 000 | — | 30 000 | 0,— | 16 975,— | 84,88 |
| 04 03 77 06 | Pilotprojekt — Allumfassende Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Stellen, kommerziellen Unternehmen und nicht gewinnorientierten Unternehmen bei der Integration von Menschen in die Gesellschaft und ins Arbeitsleben | 1.1 | — | 350 000 | — | 800 000 | 0,— | 535 057,37 | 152,87 |
| 04 03 77 07 | Vorbereitende Maßnahme — Ihr erster EURES-Arbeitsplatz | 1.1 | p.m. | 3 880 000 | 5 000 000 | 2 250 000 | 3 250 000,— | 1 197 688,41 | 30,87 |

KOMMISSION

*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 04 03 77 08 | Pilotprojekt — Soziale Solidarität für eine soziale Eingliederung | 1.1 | p.m. | 600 000 | p.m. | 750 000 | 1 000 000,— | 0,— | 0,— |
| 04 03 77 09 | Vorbereitende Maßnahme — Informationszentren für entsandte Arbeitnehmer und Wanderarbeitnehmer | 1.1 | 1 000 000 | 600 000 | 500 000 | 250 000 | | | — |
| 04 03 77 10 | Pilotprojekt — Förderung der Umwandlung unsicherer Arbeitsverhältnisse in abgesicherte Arbeitsverhältnisse | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | 450 000 | 569,77 | 710 938,44 | — |
| 04 03 77 11 | Pilotprojekt — Verhütung von Gewalt gegen ältere Menschen | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | 300 000 | 0,— | 538 210,04 | — |
| 04 03 77 12 | Pilotprojekt — Gesundheit und Sicherheit älterer Arbeitnehmer am Arbeitsplatz | 1.1 | p.m. | 200 000 | p.m. | 650 000 | 2 000 000,— | 1 000 000,— | 500,— |
| 04 03 77 13 | Vorbereitende Maßnahme — Auf junge Menschen ausgerichtete Aktivierungsmaßnahmen — Umsetzung der Initiative „Jugend in Bewegung“ | 1.1 | p.m. | 2 000 000 | 2 000 000 | 2 000 000 | 4 000 000,— | 0,— | 0,— |
| 04 03 77 14 | Vorbereitende Maßnahme — Soziale Innovationen durch soziale Geschäftsmodelle und junges Unternehmertum | 1.1 | 1 000 000 | 650 000 | 1 000 000 | 500 000 | | | — |
| 04 03 77 15 | Pilotprojekt — Machbarkeit und zusätzlicher Nutzen eines europäischen Systems zur Arbeitslosenversicherung oder -unterstützung | 1.1 | 2 000 000 | 1 000 000 | | | | | — |
| 04 03 77 16 | Vorbereitende Maßnahme — Mikrokredite, um insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen | 1.1 | 2 000 000 | 1 000 000 | | | | | — |
| | *Artikel 04 03 77 — Subtotal* | | 6 000 000 | 10 965 000 | 9 000 000 | 8 830 000 | 11 250 569,77 | 4 783 105,96 | 43,62 |
| | **Kapitel 04 03 — Insgesamt** | | **211 140 900** | **182 998 102** | **202 218 000** | **167 565 074** | **204 832 722,30** | **184 186 825,13** | **100,65** |

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

## *04 03 01 Befugnisse und besondere Zuständigkeiten*

04 03 01 01 Kosten der vorbereitenden Konsultationen der Gewerkschaften

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 425 000 | 225 000 | 450 000 | 247 105 | 450 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 03 02*

Veranschlagt sind die Ausgaben für die vorbereitenden Konsultationssitzungen der europäischen Gewerkschaftsvertreter, in denen die Standpunkte der Gewerkschaften zur Entwicklung der Unionspolitiken ermittelt und harmonisiert werden sollen.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

04 03 01 03 Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und Maßnahmen für Migranten, einschließlich Migranten aus Drittländern

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 6 400 000 | 5 000 000 | 6 092 000 | 5 045 570 | 7 424 622,29 | 5 058 946,12 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 03 05 und Posten 04 01 04 08*

Ziel dieser Maßnahme ist die Förderung der geografischen und beruflichen Mobilität (auch der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit) der Arbeitskräfte in Europa, um die Hemmnisse für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer zu überwinden und zur Errichtung eines echten Arbeitsmarkts auf europäischer Ebene beizutragen.

Die Mittel dienen der Finanzierung von Maßnahmen zur Unterstützung der Überwachung des Unionsrechts durch Finanzierung eines Netzwerks von Sachverständigen zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer und sozialen Sicherheit, das regelmäßig über die Umsetzung der Rechtsakte der Union in den Mitgliedstaaten und auf Unionsebene Bericht erstattet, sowie zur Analyse und Evaluierung der wichtigsten Tendenzen im Recht der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit. Mit diesen Mitteln sollen ferner Maßnahmen zur Unterstützung der Entscheidungsfindung bei Rechtsakten der Union durch Ausschusssitzungen, Sensibilisierungsmaßnahmen, technische Hilfe bei der Umsetzung und sonstige gezielte technische Hilfe sowie die Entwicklung des Systems des elektronischen Austauschs von Sozialversicherungsdaten (Electronic Exchange of Social Security Information — EESSI) und seine Anwendung finanziert werden.

Die Mittel sind insbesondere veranschlagt für:

— Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzung des Programms oder der Aktionen im Rahmen dieses Postens stehen, sowie alle weiteren Ausgaben für technische und administrative Unterstützung, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden;

— Ausgaben für Analyse und Bewertung der wichtigsten Tendenzen im Recht der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und auf die Koordinierung der Systemen der sozialen Sicherheit sowie die Finanzierung einschlägiger Sachverständigennetze;

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 01*** *(Fortsetzung)*

04 03 01 03 *(Fortsetzung)*

— die Analyse von und Forschung zu neuen politischen Entwicklungen im Bereich Freizügigkeit der Arbeitnehmer, etwa im Hinblick auf das Ende von Übergangsfristen und die Modernisierung der Bestimmungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit;

— die Unterstützung der Arbeit der Verwaltungskommission und ihrer Untergruppen sowie der Umsetzung von Beschlüssen sowie die Unterstützung der Arbeit der technischen und beratenden Ausschüsse zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer;

— die Unterstützung von Maßnahmen zur Vorbereitung der Anwendung der neuen Verordnungen zur sozialen Sicherheit, einschließlich des grenzübergreifenden Austauschs von Erfahrungen und Informationen sowie von Fortbildungsinitiativen auf einzelstaatlicher Ebene;

— die Finanzierung von Maßnahmen für verbesserte Dienstleistungen und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, einschließlich Maßnahmen zur Feststellung der mit der sozialen Sicherung der Wanderarbeitnehmer verbundenen Probleme, sowie Maßnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung der Verwaltungsverfahren, die Analyse der im Bereich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer bestehenden Barrieren und des Mangels an Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Auswirkungen auf Menschen mit Behinderung, einschließlich der Anpassung der Verwaltungsverfahren an neue Techniken der Informationsverarbeitung, um das System der Feststellung von Ansprüchen und der Berechnung und Zahlung von Leistungen gemäß den Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71, (EWG) Nr. 574/72, der Verordnung (EG) Nr. 859/2003 sowie der Verordnung (EG) Nr. 883/2004, der entsprechenden Durchführungsverordnung (EG) Nr. 987/2009 und der Verordnung (EU) Nr. 1231/2010 zu verbessern;

— die Erarbeitung von Informationen und Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für ihre Freizügigkeitsrechte von Arbeitnehmern sowie die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit;

— die Unterstützung des elektronischen Austauschs von Informationen im Bereich der sozialen Sicherheit zwischen den Mitgliedstaaten zwecks Erleichterung der Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 und der entsprechenden Durchführungsverordnung (EG) Nr. 987/2009. Dazu zählen die Wartung des zentralen Knotenpunkts des EESSI-Systems, das Testen von Systemkomponenten, Helpdesk-Tätigkeiten, die Unterstützung der Weiterentwicklung des Systems sowie Schulungen.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 45 und 48.

Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbstständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. L 149 vom 5.7.1971, S. 2).

Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbstständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. L 74 vom 27.3.1972, S. 1).

Richtlinie 98/49/EG des Rates vom 29. Juni 1998 zur Wahrung ergänzender Rentenansprüche von Arbeitnehmern und Selbstständigen, die innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. L 209 vom 25.7.1998, S. 46).

Verordnung (EG) Nr. 859/2003 des Rates vom 14. Mai 2003 zur Ausdehnung der Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 und der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 auf Drittstaatsangehörige, die ausschließlich aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit nicht bereits unter diese Bestimmungen fallen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. L 166 vom 30.4.2004, S. 1).

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 01*** *(Fortsetzung)*

04 03 01 03 *(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 (in der geänderten Fassung) über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. L 284 vom 30.10.2009, S. 1).

Verordnung (EU) 1231/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Ausdehnung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 (in der geänderten Fassung) auf Drittstaatsangehörige, die ausschließlich aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit nicht bereits unter diese Verordnungen fallen (ABl. L 344 vom 29.12.2010, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 492/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union (ABl. L 141 vom 27.5.2011, S. 1).

04 03 01 04 Analyse und Studien über die soziale Lage, Demografie und Familie

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 3 687 000 | 2 487 000 | 4 305 000 | 2 151 838 | 2 151 363,58 | 4 739 348,14 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 03 07 und Posten 04 01 04 06*

Ziel dieser Maßnahme ist es, angemessene politische Reaktionen auf die demografischen und sozialen Herausforderungen in den Mitgliedstaaten zu fördern, indem vergleichende Informationen im Kontext der Durchführung der Strategie Europa 2020 erarbeitet und verbreitet werden, sowie künftige Prioritäten der Sozialpolitik aufzuzeigen.

Diese Mittel dienen der Finanzierung von Aktionen, mit denen die Entwicklung vergleichender Analysen und der Austausch von Meinungen und Erfahrungen auf allen relevanten Ebenen (regionaler, nationaler, Unions- und internationaler Ebene) im Bereich der sozialen und demografischen Lage und der sozioökonomischen Tendenzen in der Union gefördert werden. Mit diesen Mitteln sollen auch Maßnahmen zur Unterstützung einer Beobachtungsstelle zur sozialen Lage, der Zusammenarbeit im Bereich relevanter Aktivitäten in den Mitgliedstaaten und mit internationalen Organisationen sowie der Verwaltung einer Gruppe für fachliche Unterstützung der Europäischen Allianz für Familien finanziert werden.

Diese Mittel dienen der Finanzierung von Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzung des Programms oder der Aktionen im Rahmen dieses Postens stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Unterstützung, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden;

Diese Mittel dienen der Finanzierung von Ausgaben für die Erstellung von Berichten der Kommission (u. a. des jährlichen Berichts zur sozialen Lage und eines Zweijahresberichts zum demografischen Wandel und dessen Folgen, gemäß Artikel 159 AEUV, sowie von Berichten der Kommission über besondere, die soziale Lage betreffende Fragen (die gemäß Artikel 161 AEUV vom Europäischen Parlament angefordert werden können);

Diese Mittel dienen auch der Finanzierung von Ausgaben für die Analyse für die im AEUV genannten Berichte sowie für die Verbreitung von Informationen über wichtige soziale und demografische Herausforderungen und den Umgang damit. Insbesondere können folgende Maßnahmen unter gebührender Berücksichtigung des Geschlechteraspekts verfolgt werden:

— Analyse der Auswirkungen der Überalterung der Gesellschaft im Rahmen einer „Gesellschaft für alle Altersgruppen“ in Bezug auf Tendenzen in den Bereichen Pflege- und Sozialschutzbedürfnisse, Verhalten und begleitende politische Maßnahmen, einschließlich Forschung über ältere Angehörige von Minderheiten und ältere Migranten sowie über die Situation informeller Betreuungspersonen;

— Analyse der Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Strategien, Maßnahmen und Programme der Union und der Mitgliedstaaten sowie Formulierung von Empfehlungen zur Anpassung der wirtschaftlichen und anderen Strategien, Maßnahmen und Programme auf Unionsebene und nationaler Ebene, um negative Auswirkungen der Alterung der Gesellschaft abzuwenden;

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 01*** *(Fortsetzung)*

04 03 01 04 *(Fortsetzung)*

— Analyse der Zusammenhänge von Familienformen und demografischen Trends;

— Analyse der Trends in den Bereichen Armut, Einkommen und Verteilung des Wohlstands sowie der entsprechenden gesellschaftlichen Auswirkungen;

— Feststellung der Beziehungen zwischen technologischen Entwicklungen (Auswirkungen auf Kommunikationstechnologien, geografische und berufliche Mobilität) und der Folgen für die Haushalte und die Gesellschaft als Ganzes;

— Analyse des Zusammenhangs zwischen Behinderung und demografischer Entwicklung, Analyse der sozialen Situation von Menschen mit Behinderung und ihrer Familien sowie der Bedürfnisse behinderter Kinder innerhalb ihrer Familien und Gemeinschaften;

— Analyse der Entwicklung der sozialen Bedürfnisse (Wahrung oder Ausweitung der erworbenen Rechte) hinsichtlich Gütern und Dienstleistungen, unter Berücksichtigung neuer sozialer Herausforderungen sowie der demografischen Entwicklung und der Änderung des Verhältnisses zwischen den Generationen;

— Entwicklung geeigneter methodologischer Instrumente (Reihen sozialer Indikatoren, Simulationstechniken, Erhebung von Daten zu strategischen Initiativen auf allen Ebenen usw.), um die Berichte zur sozialen Lage, über Sozialschutz und soziale Eingliederung auf eine solide quantitative und wissenschaftliche Basis zu stellen;

— Sensibilisierungsmaßnahmen und Organisation von Diskussionen zu den großen demografischen und sozialen Herausforderungen, um so bessere strategische Antworten zu fördern;

— Berücksichtigung demografischer Trends, der Dimension der Familie und des Kindes bei der Durchführung der einschlägigen Unionspolitiken, wie beispielsweise Freizügigkeit und Gleichstellung von Frauen und Männern.

*Verweise*

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 159 und 161.

04 03 01 05 Bildungs- und Informationsmaßnahmen zugunsten von Arbeitnehmerorganisationen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 18 600 000 | 14 675 010 | 17 600 000 | 14 134 393 | 17 557 273,72 | 16 080 063,87 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 04 03 03 02*

Diese Mittel sind bestimmt zur Finanzierung der Informations- und Bildungsmaßnahmen zugunsten von Arbeitnehmerorganisationen — einschließlich der Teilnahme von Vertretern von Arbeitnehmerorganisationen aus den Beitrittskandidatenländern —, die sich aus den Maßnahmen der Union im Zusammenhang mit der Umsetzung der sozialen Dimension der Union ergeben. Diese Maßnahmen sollten die Arbeitnehmerorganisationen dabei unterstützen, die großen Herausforderungen für die europäische Beschäftigungs- und Sozialpolitik gemäß der Strategie Europa 2020 und im Zusammenhang mit den Initiativen der Union zur Bewältigung der Folgen der Wirtschaftskrise zu bewältigen.

Diese Mittel dienen insbesondere der Finanzierung folgender Maßnahmen:

— Unterstützung der Arbeitsprogramme der beiden Gewerkschaftsinstitute, Europäisches Gewerkschaftsinstitut und Europäisches Zentrum für Arbeitnehmerfragen, die eingerichtet worden sind, um die Erweiterung der Kompetenzen mit Hilfe von Schulungsmaßnahmen und Forschungsarbeiten auf europäischer Ebene zu fördern und um eine stärkere Einbeziehung von Arbeitnehmervertretern in die europäischen Entscheidungsprozesse zu erreichen;

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 01*** *(Fortsetzung)*

04 03 01 05 *(Fortsetzung)*

— Informations- und Schulungsmaßnahmen zugunsten von Arbeitnehmerorganisationen — einschließlich der Teilnahme von Vertretern von Arbeitnehmerorganisationen aus den Beitrittskandidatenländern —, die sich aus der Durchführung der Aktion der Union im Zusammenhang mit der Umsetzung der sozialen Dimension der Union ergeben;

— Maßnahmen, an denen Vertreter der Sozialpartner aus den Beitrittskandidatenländern im Hinblick auf die Förderung des sozialen Dialogs auf Unionsebene beteiligt sind. Außerdem dienen sie zur Förderung der gleichberechtigten Beteiligung von Frauen und Männern in den Entscheidungsgremien der Arbeitnehmerorganisationen.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgaben, die sich aus spezifischen Befugnissen ergeben, die der Kommission durch den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in Artikel 154 übertragen wurden.

Abkommen von 1959 zwischen der Hohen Behörde der EGKS und dem Internationalen Informationszentrum für Arbeitssicherheit und -hygiene (CIS) des Internationalen Arbeitsamtes (IAA).

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1) und ihre Einzelrichtlinien.

Richtlinie 92/29/EWG des Rates vom 31. März 1992 über Mindestvorschriften für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz zum Zweck einer besseren medizinischen Versorgung auf Schiffen (ABl. L 113 vom 30.4.1992, S. 19).

04 03 01 06 Information, Konsultation und Beteiligung von Unternehmensvertretern

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 7 250 000 | 6 146 352 | 7 250 000 | 5 436 305 | 5 136 304,56 | 4 820 328,85 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 04 03 03 03*

Diese Mittel dienen insbesondere der Finanzierung folgender Maßnahmen:

— Maßnahmen, mit denen die Voraussetzungen für den sozialen Dialog in Unternehmen und eine angemessene Einbeziehung der Arbeitnehmer in den Unternehmen geschaffen werden sollen, wie in der Richtlinie 2009/38/EG über den Europäischen Betriebsrat, den Richtlinien 2001/86/EG und 2003/72/EG über die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Europäischen Gesellschaft bzw. der Europäischen Genossenschaft, der Richtlinie 2002/14/EG zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft, der Richtlinie 98/59/EG über Massenentlassungen sowie in Artikel 16 der Richtlinie 2005/56/EG über die Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten vorgesehen;

— in diesem Zusammenhang können Initiativen zur Stärkung der transnationalen Zusammenarbeit der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter bei Information, Konsultation und Beteiligung der Arbeitnehmer in Unternehmen, die in mehreren Mitgliedstaaten tätig sind, sowie kurze Schulungsmaßnahmen für Verhandlungsführer und Vertreter in grenzübergreifenden Stellen zur Information, Konsultation und Beteiligung finanziert werden. Es können Sozialpartner aus Bewerberländern einbezogen werden;

— Maßnahmen, mit denen die Sozialpartner in die Lage versetzt werden sollen, ihre Rechte und Pflichten im Hinblick auf die Einbeziehung der Arbeitnehmer — insbesondere im Rahmen des Europäischen Betriebsrats — wahrzunehmen, sich mit den transnationalen Betriebsvereinbarungen vertraut zu machen und ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rechtsvorschriften der Union über die Einbeziehung der Arbeitnehmer zu stärken;

— Aktionen zur Entwicklung der Einbeziehung der Arbeitnehmer in den Unternehmen;

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 01*** *(Fortsetzung)*

04 03 01 06 *(Fortsetzung)*

— innovative Maßnahmen in Zusammenhang mit der Einbeziehung der Arbeitnehmer, die zur Antizipation des Wandels sowie zur Prävention bzw. Lösung von Streitigkeiten im Kontext von Umstrukturierungen, Fusionen, Übernahmen und Betriebsverlegungen von unionsweit operierenden Unternehmen und unionsweit operierenden Unternehmensgruppen beitragen;

— Maßnahmen zur Stärkung der Zusammenarbeit der Sozialpartner mit Blick auf die Entwicklung der Einbeziehung der Arbeitnehmer in die Ausgestaltung von Lösungen, mit denen den Folgen der Wirtschaftskrise, wie z. B. Massenentlassungen, oder der Notwendigkeit der Neuausrichtung hin zu einer integrativen, nachhaltigen und $CO_2$-armen Wirtschaft Rechnung getragen wird;

— transnationaler Austausch von Informationen und bewährten Verfahren in Zusammenhang mit Aspekten, die für den sozialen Dialog auf Unternehmensebene von Belang sind.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund spezifischer Befugnisse, die der Kommission durch den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in den Artikeln 154 und 155 übertragen wurden.

Abkommen von 1959 zwischen der Hohen Behörde der EGKS und dem Internationalen Informationszentrum für Arbeitssicherheit und -hygiene (CIS) des Internationalen Arbeitsamtes (IAA).

Richtlinie 97/74/EG des Rates vom 15. Dezember 1997 zur Ausdehnung der Richtlinie 94/45/EG über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrates oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen auf das Vereinigte Königreich (ABl. L 10 vom 16.1.1998, S. 22).

Richtlinie 98/59/EG des Rates vom 20. Juli 1998 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Massenentlassungen (ABl. L 225 vom 12.8.1998, S. 16).

Richtlinie 2001/23/EG des Rates vom 12. März 2001 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Unternehmens- oder Betriebsteilen (ABl. L 82 vom 22.3.2001, S. 16).

Richtlinie 2001/86/EG des Rates vom 8. Oktober 2001 zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Gesellschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer (ABl. L 294 vom 10.11.2001, S. 22).

Richtlinie 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 80 vom 23.3.2002, S. 29).

Richtlinie 2003/72/EG des Rates vom 22. Juli 2003 zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Genossenschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer (ABl. L 207 vom 18.8.2003, S. 25).

Richtlinie 2005/56/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 über die Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten (ABl. L 310 vom 25.11.2005, S. 1).

Richtlinie 2009/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen (ABl. L 122 vom 16.5.2009, S. 28).

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 01*** *(Fortsetzung)*

04 03 01 07 Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen (2012)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 740 000 | p.m. | 296 526 | 2 652 116,80 | 870 496,52 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 03 15*

Mit dem Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen wurden folgende Ziele verfolgt: Sensibilisierung der Bevölkerung für den Wert des aktiven Alterns; Anregung einer Debatte; Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und den Akteuren auf allen Ebenen und Förderung des Voneinander-Lernens; Schaffung von Rahmenbedingungen für das Eingehen von Verpflichtungen und für konkrete Maßnahmen, damit die Union, die Mitgliedstaaten und die Interessenträger auf allen Ebenen innovative Lösungen, Maßnahmen und langfristige Strategien im Wege spezifischer Aktivitäten entwickeln und spezifische Ziele im Bereich des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen verfolgen können; Förderung von Aktivitäten, die zur Bekämpfung von Altersdiskriminierung beitragen werden.

Mit diesen Mitteln sollen die Tätigkeiten im Hinblick auf die mit dem Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen verfolgten Ziele auf Unionsebene unterstützt und die Kosten für die Abhaltung der Unions-Abschlusskonferenz durch den amtierenden Vorsitz gedeckt werden. Ein Teil der Mittel dient zur Deckung der mit der Evaluierung des Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen verbundenen Kosten.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage 'Abkommen über den europäischen Wirtschaftsraum' zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2011 über das Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen (2012) (ABl. L 246 vom 23.9.2011, S. 5).

04 03 01 08 Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 15 935 000 | 10 320 293 | 16 935 000 | 13 109 449 | 16 984 859,43 | 13 081 281,16 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 04 01 04 02 und 04 03 03 01*

Ziel dieser Tätigkeit ist es, die Rolle des sozialen Dialogs zu stärken und die Annahme von Vereinbarungen und sonstige gemeinsame Aktionen der Sozialpartner auf Unionsebene zu fördern. Mit den finanzierten Maßnahmen sollten die Sozialpartnerorganisationen dabei unterstützt werden, den großen Herausforderungen für die europäische Beschäftigungs- und Sozialpolitik gemäß der Strategie Europa 2020 sowie im Kontext der Initiativen der Union zur Bewältigung der Folgen der Wirtschaftskrise zu begegnen und zur Verbesserung und Verbreitung der Kenntnisse der Strukturen und Verfahren für Arbeitsbeziehungen in der EU beizutragen.

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 01*** *(Fortsetzung)*

04 03 01 08 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel dienen insbesondere der Finanzierung folgender Maßnahmen:

— Studien, Konsultationen, Sachverständigensitzungen, Verhandlungen, Informationsmaßnahmen, Veröffentlichungen und sonstige Tätigkeiten, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzung des Programms oder der Aktionen im Rahmen dieses Postens stehen, sowie alle weiteren Ausgaben für technische und administrative Unterstützung, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden;

— Maßnahmen der Sozialpartner zur Förderung des sozialen Dialogs (auch Ausbau der Kapazitäten der Sozialpartner) auf branchenübergreifender und sektoraler Ebene;

— Maßnahmen zur Verbesserung der Kenntnisse der Strukturen und Verfahren für Arbeitsbeziehungen in der Union und der Verbreitung von Ergebnissen;

— Maßnahmen, an denen Vertreter der Sozialpartner aus den Beitrittskandidatenländern im Hinblick auf die Förderung des sozialen Dialogs auf Unionsebene beteiligt sind. Außerdem dienen sie zur Förderung der gleichberechtigten Beteiligung von Frauen und Männern in den Entscheidungsgremien der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände;

— Unterstützung von Maßnahmen im Bereich Arbeitsbeziehungen, insbesondere von Maßnahmen, die zur Entwicklung von Fachwissen und zum Austausch von Informationen mit Unionsbezug beitragen sollen.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund spezifischer Befugnisse, die der Kommission durch den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in den Artikeln 154 und 155 übertragen wurden.

***04 03 02 Programm für Beschäftigung und soziale Innovation***

04 03 02 01 Progress — Unterstützung der Entwicklung, Umsetzung, Begleitung und Evaluierung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Union und der Gesetzgebung zu Arbeitsbedingungen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 71 176 000 | 20 774 736 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Allgemeines Ziel des Programms der Union für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) ist es, einen Beitrag zur Strategie Europa 2020 und zu den entsprechenden Kernzielen in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und Armut zu leisten, indem finanzielle Mittel zur Erreichung der Ziele der Union bereitgestellt werden.

Um die allgemeinen Zielsetzungen des Programms EaSI — Förderung eines hohen Beschäftigungsniveaus, Gewährleistung eines angemessenen sozialen Schutzes, Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie Verbesserung der Arbeitsbedingungen — zu erreichen, werden im Rahmen des Unterprogramms Progress folgende Einzelziele verfolgt:

— Aufbau und Verbreitung hochwertiger vergleichender analytischer Kenntnisse, damit die Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Union sowie die Rechtsvorschriften der Union zu den Arbeitsbedingungen auf fundierten Fakten fußen und für die Bedürfnisse, Herausforderungen und Rahmenbedingungen in den einzelnen Mitgliedstaaten und den anderen teilnehmenden Ländern relevant sind;

— Förderung des wirksamen und integrativen Informationsaustausches, des Voneinander-Lernens und des Dialogs über die Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Union sowie die Rechtsvorschriften der Union zu den Arbeitsbedingungen auf europäischer, nationaler und internationaler Ebene, um die Mitgliedstaaten und die anderen teilnehmenden Länder bei der Ausarbeitung ihrer Politik und der ordnungsgemäßen Umsetzung des Unionsrechts zu unterstützen;

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 02*** *(Fortsetzung)*

04 03 02 01 *(Fortsetzung)*

— finanzielle Unterstützung der politischen Entscheidungsträger, damit sie sozial- und arbeitsmarktpolitische Reformen voranbringen können, Aufbau der Kapazität der wichtigsten Akteure zur Gestaltung und Umsetzung sozialer Erprobungsszenarien und Bereitstellung eines Zugangs zu relevanten Kompetenzen und Fachkenntnissen;

— Überwachung und Bewertung der Umsetzung der europäischen beschäftigungspolitischen Leitlinien und Empfehlungen und ihrer Wirkung, insbesondere anhand des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts, sowie Analyse der Interaktion zwischen der EBS und den allgemeinen Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik;

— finanzielle Unterstützung für Organisationen auf nationaler und Unionsebene, damit sie die Umsetzung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Union sowie des Unionsrechts zu den Arbeitsbedingungen vorantreiben, fördern und unterstützen können;

— Sensibilisierung, Austausch von bewährten Verfahren, Verbreitung von Informationen und Förderung der Debatte über die wichtigsten Herausforderungen und strategischen Aufgaben im Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen und der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben (z. B. familienfreundliche und informelle Betreuungspersonen fördernde Politik am Arbeitsplatz, ausreichende hochwertige und bezahlbare Kinderbetreuung, unterstützende Infrastrukturen für werdende und arbeitende Mütter sowie für diejenigen Mütter, die wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen, usw.) sowie die alternde Gesellschaft, u. a. bei den Sozialpartnern;

— Ziel des Soziallabels ist die Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Beschäftigung junger Menschen sowie die Bekämpfung der Armut durch Unterstützung verstärkter sozialer Konvergenz.

Durch das Soziallabel soll Folgendes gefördert werden:

— Anwendung von sozialen Mindeststandards in Europa durch regelmäßige Überwachung und Bewertung der beteiligten Unternehmen,

— Stärkung der sozialen Konvergenz auf europäischer Ebene,

— Verringerung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse,

— Investitionen in sozial verantwortungsvolle Unternehmen.

Dieses Pilotprojekt ist mit den Arbeiten der Sachverständigengruppe für soziales Unternehmertum verknüpft, ergänzt den für 2014 angekündigten Zwischenbericht über die Initiative für soziales Unternehmertum, und bindet das Programm EaSI und die Europäische Strategie 2014-2020 für die soziale Verantwortung von Unternehmen durch Maßnahmen ein.

Das Soziallabel wird in acht vom Europäischen Parlament verabschiedeten Dokumenten (fünf davon mit legislativem Bezug) erwähnt.

Vorbereitung einer Machbarkeitsstudie und Durchführung einer hochrangigen Konferenz mit Interessenträgern zur Prüfung der Möglichkeiten der Einführung eines Soziallabels, wobei sowohl die politischen Auswirkungen auf die verschiedenen Politikbereiche als auch die Auswirkungen auf Unternehmen zu berücksichtigen sind. Die Studie sollte sich insbesondere mit Folgendem befassen:

— voraussichtliche Auswirkungen auf und Vorteile des Soziallabels für die verschiedenen Politikbereiche;

— Analyse der Frage, welche Unternehmen freiwillig über die bestehenden internationalen, europäischen und nationalen sozialrechtlichen Bestimmungen hinausgehende soziale Mindeststandards achten wollen;

— Möglichkeit der Erarbeitung einer Charta für Engagement für sozial verantwortungsvolle Unternehmen, Festlegung dynamischer sozialer Kriterien, die ein Unternehmen für den Erhalt des Soziallabels einhalten muss;

— Prüfung der Frage, wie Unternehmen, die sich um das Soziallabel bewerben, bewertet und überwacht werden.

— Prüfung der Einrichtung eines an Unternehmen und Bürger gerichteten Kommunikationsplans mit einer Website des Soziallabels, mit Angaben zu Vergabekriterien und Verfahren, der Liste der ausgezeichneten Unternehmen usw.

Anhand des Pilotprojekts sollte es möglich sein, Labels generell zu vereinfachen, indem ein einziges europäisches Label für Verbraucher und Investoren mit dem Ziel verbesserter Information und erhöhter Transparenz geschaffen wird.

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 02*** *(Fortsetzung)*

04 03 02 01 *(Fortsetzung)*

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1296/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über ein Programm der Europäischen Union für Beschäftigung und soziale Innovation („EaSI") und zur Änderung des Beschlusses Nr. 283/2010/EU über die Einrichtung eines europäischen Progress-Mikrofinanzierungsinstruments für Beschäftigung und soziale Eingliederung, insbesondere Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a.

04 03 02 02 EURES — Förderung der räumlichen Mobilität von Arbeitnehmern und Verbesserung der Beschäftigungsperspektiven

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 21 300 000 | 12 077 585 | | | | |

*Erläuterungen*

Allgemeines Ziel von EaSI ist es, einen Beitrag zur Strategie Europa 2020 und zu den entsprechenden Kernzielen in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und Armut zu leisten, indem finanzielle Mittel zur Erreichung der Ziele der Union bereitgestellt werden.

EaSI besteht aus drei komplementären Unterprogrammen: Progress, EURES sowie Mikrofinanzierung und soziales Unternehmertum.

Um die allgemeinen Zielsetzungen von EaSI — insbesondere Förderung der geografischen Mobilität der Arbeitskräfte und Erhöhung der Beschäftigungschancen durch den Aufbau europäischer Arbeitsmärkte, die allen offenstehen und zugänglich sind — zu erreichen, werden im Rahmen des Unterprogramms EURES folgende Einzelziele verfolgt:

— Gewährleistung, dass Stellenangebote, Stellengesuche und alle damit zusammenhängenden Informationen für potenzielle Bewerber/innen und Arbeitgeber/innen transparent sind; erreicht werden soll dies durch den Austausch und die Verbreitung dieser Informationen auf transnationaler, interregionaler und grenzüberschreitender Ebene mithilfe von standardisierten Interoperabilitätsformularen;

— Gewährleistung, dass freie Arbeitsstellen und Mobilitätsoptionen parallel zu nationalen Stellenangeboten und Stellengesuchen auf europäischer Ebene publik gemacht werden und nicht erst nach Ausschöpfung lokaler oder nationaler Optionen,

— Entwicklung von Diensten für die Einstellung und Vermittlung von Arbeitskräften durch den Abgleich von Stellenangeboten und Stellengesuchen auf Unionsebene; dies soll mit Blick auf die erfolgreiche Eingliederung der Bewerberin/des Bewerbers in den Arbeitsmarkt alle Vermittlungsphasen, von der Vorbereitung vor der Einstellung bis zur Unterstützung nach der Einstellung, einschließlich Möglichkeiten zur Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten, umfassen. Solche Dienste müssen gezielte Mobilitätsprogramme umfassen, um freie Arbeitsstellen zu besetzen, wo Defizite auf dem Arbeitsmarkt festgestellt wurden, und/oder spezielle Gruppen von Arbeitskräften, wie junge Menschen, zu unterstützen.

— Beihilfen zu den Unterstützungsmaßnahmen, die von den EURES-Partnern auf nationaler und grenzüberschreitender Ebene durchgeführt werden;

— Aus- und Weiterbildung von EURES-Beratern in den Mitgliedstaaten;

— Kontakte zwischen EURES-Beratern und Zusammenarbeit der Arbeitsverwaltungen unter Einbeziehung der Bewerberländer;

— Steigerung des Bekanntheitsgrades von EURES bei Bürgern und Unternehmen;

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 02*** *(Fortsetzung)*

04 03 02 02 *(Fortsetzung)*

— Einrichtung von spezifischen Kooperations- und Dienstleistungsstrukturen in den Grenzregionen gemäß Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68;

— Maßnahmen zur Beseitigung von Mobilitätshindernissen, insbesondere im Bereich der arbeitsbezogenen sozialen Sicherheit.

Das Programm sollte ferner die Stellenvermittlung für Auszubildende und Praktikanten als kritischem Faktor der Unterstützung des Übergangs junger Menschen von der Schule in die Arbeitswelt erleichtern, was bereits mit der vorbereitenden Maßnahme „Dein erster EURES-Arbeitsplatz" begonnen und durch die Europäische Beschäftigungsinitiative für Jugendliche vervollständigt wurde. Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), werden — auch durch Gewährung einer finanziellen Unterstützung — ermutigt, mehr junge Menschen einzustellen.

Zielgruppen:

— junge Menschen unter 30 Jahren unabhängig von ihrer Qualifikation und Berufserfahrung, da das System nicht ausschließlich auf Berufseinsteiger zugeschnitten ist;

— alle rechtmäßig niedergelassenen Unternehmen, insbesondere die KMU, um einen Beitrag zur Senkung der Kosten internationaler Einstellungen, die insbesondere kleine Unternehmen belasten, zu leisten.

Die im Rahmen dieses Teils des Programmes förderfähigen Arbeitsplätze werden jungen Menschen Ausbildungsplätze, eine erste Berufserfahrung oder spezialisierte Arbeitsplätze anbieten. Nicht gefördert werden die Ersetzung von Arbeitsplätzen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder Beschäftigungsverhältnisse, die im Widerspruch zum nationalen Arbeitsrecht stehen.

Um für eine Finanzierung in Frage zu kommen, müssen die Arbeitsplätze ferner folgende Kriterien erfüllen:

— Sie müssen sich in einem anderen EURES-Mitgliedstaat als dem Herkunftsland des jungen Arbeitsuchenden befinden (länderübergreifend zu besetzende Stellen).

— Sie müssen einen Arbeitseinsatz von einer vertraglichen Dauer von mindestens sechs Monaten gewährleisten.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Darüber hinaus könnten Maßnahmen in Zusammenhang mit der Umsetzung der allgemeinen Bestimmungen von EaSI, wie Monitoring, Evaluierung, Verbreitung von Ergebnissen und Kommunikationsaktivitäten, unterstützt werden. In Artikel 16 der Verordnung (EU) Nr. 1296/2013 sind die Arten von Maßnahmen festgelegt, die finanziert werden können.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 des Rates vom 15. Oktober 1968 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft (ABl. L 257 vom 19.10.1968, S. 2).

Entscheidung 2003/8/EG der Kommission vom 23. Dezember 2002 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 des Rates hinsichtlich der Zusammenführung und des Ausgleichs von Stellenangeboten und Arbeitsgesuchen (ABl. L 5 vom 10.1.2003, S. 16).

Verordnung (EU) Nr. 492/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union (ABl. L 141 vom 27.5.2011, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1296/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über ein Programm der Europäischen Union für Beschäftigung und soziale Innovation („EaSI") und zur Änderung des Beschlusses Nr. 283/2010/EU über die Einrichtung eines europäischen Progress-Mikrofinanzierungsinstruments für Beschäftigung und soziale Eingliederung, insbesondere Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b.

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 02*** *(Fortsetzung)*

04 03 02 03 Mikrofinanzierung und soziales Unternehmertum — Erleichterung der Finanzierung von Unternehmen, vor allem arbeitsmarktfernen, sowie Sozialunternehmen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 26 500 000 | 9 447 218 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Allgemeines Ziel von EaSI ist es, einen Beitrag zur Strategie Europa 2020 und zu den entsprechenden Kernzielen in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und Armut zu leisten, indem finanzielle Mittel zur Erreichung der Ziele der Union bereitgestellt werden.

EaSI besteht aus drei komplementären Unterprogrammen: Progress, EURES sowie Mikrofinanzierung und soziales Unternehmertum.

Um die allgemeinen Zielsetzungen von EaSI — insbesondere Förderung von Beschäftigung und sozialer Eingliederung durch bessere Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Mikrofinanzierungen für sozial schwache Gruppen und für Kleinstunternehmen sowie durch verbesserten Zugang zu Finanzierungsmitteln für Sozialunternehmen — werden im Rahmen des Unterprogramms „Mikrofinanzierung und soziales Unternehmertum" folgende Einzelziele verfolgt:

— Verbesserung des Zugangs zu und der Verfügbarkeit von Mikrofinanzierungen für Personen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder Gefahr laufen, ihn zu verlieren, oder die Schwierigkeiten mit dem Einstieg oder Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt haben, für Personen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind oder für sozial schwache Menschen, die beim Zugang zum herkömmlichen Kreditmarkt benachteiligt sind und die ein eigenes Kleinstunternehmen gründen oder ausbauen möchten, sowie für Kleinstunternehmen, vor allem solche, diese Personen beschäftigen;

— Aufbau der institutionellen Kapazität von Mikrokreditanbietenden;

— Förderung der Entwicklung von Sozialunternehmen, vor allem durch den Zugang zu Finanzierungen.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Darüber hinaus könnten Maßnahmen in Zusammenhang mit der Umsetzung der allgemeinen Bestimmungen von EaSI, wie Monitoring, Evaluierung, Verbreitung von Ergebnissen und Kommunikationsaktivitäten, unterstützt werden. In Artikel 16 der Verordnung (EU) Nr. 1296/2013 sind die Arten von Maßnahmen festgelegt, die finanziert werden können.

Rückzahlungen im Zusammenhang mit Finanzierungsinstrumenten gemäß Artikel 140 Absatz 6 der Haushaltsordnung, einschließlich Rückflüssen, freigegebenen Garantien und Erstattungen auf den Darlehensbetrag, die an die Kommission gezahlt und in Posten 6 3 4 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe i der Haushaltsordnung führen.

*Verweise*

Verordnung (EU) Nr. 1296/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über ein Programm der Europäischen Union für Beschäftigung und soziale Innovation („EaSI") und zur Änderung des Beschlusses Nr. 283/2010/EU über die Einrichtung eines europäischen Progress-Mikrofinanzierungsinstruments für Beschäftigung und soziale Eingliederung (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 238), insbesondere Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c.

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

### *04 03 11 Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 19 854 000 | 19 854 000 | 20 115 000 | 20 115 000 | 20 384 777,65 | 20 384 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 04 04 03 01 und 04 04 03 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofund) (Titel 1 und 2) und ihrer operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3) bestimmt.

Eurofund muss das Europäische Parlament und den Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 20 371 000 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 19 854 000 EUR erhöht sich um 517 000 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

Ein Teil der Mittel ist für die Arbeit der Europäischen Stelle zur Beobachtung des Wandels bestimmt, die gemäß dem Beschluss des Europäischen Rates von Nizza (7. bis 9. Dezember 2000) eingerichtet wurde mit dem Ziel, die technologischen, sozialen (insbesondere demografischen) und wirtschaftlichen Entwicklungen zu verstehen, zu antizipieren und zu bewältigen. Zu diesem Zweck gilt es, qualitativ hochwertige Informationen zu sammeln, bereitzustellen und zu analysieren.

Ein Teil dieser Mittel ist zudem für drei die Familienpolitik betreffende Schwerpunktthemen bestimmt:

— familienfreundliche Politik am Arbeitsplatz (Ausgewogenheit von Berufs- und Familienleben, Arbeitsbedingungen usw.);

— die Situation von Familien beeinflussende Faktoren im Zusammenhang mit der Wohnungssituation in Mehrfamilienhäusern (Zugang zu geeigneten Wohnungen für Familien);

— lebenslange Familienunterstützung, z. B. für Kinderbetreuung, und andere in den Aufgabenbereich der Stiftung fallende Fragen.

Aus den Mitteln kann auch die Durchführung von Studien über die Auswirkungen der neuen Technologien am Arbeitsplatz und über Berufskrankheiten finanziert werden.

Der Stellenplan der Stiftung ist im Anhang „Stellenplan“ dieses Einzelplans enthalten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 1365/75 des Rates vom 26. Mai 1975 über die Gründung einer Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ABl. L 139 vom 30.5.1975, S. 1).

### *04 03 12 Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 14 013 900 | 14 013 900 | 14 035 000 | 14 035 000 | 15 060 717,48 | 14 047 222,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 04 04 04 02 und 04 04 04 03*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz (Agentur) (Titel 1 und 2) und ihrer operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3) bestimmt.

Die Agentur muss das Europäische Parlament und den Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen und Verwaltungsausgaben unterrichten.

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 12*** *(Fortsetzung)*

Aufgabe der Agentur ist es, den Unionseinrichtungen, Mitgliedstaaten und betroffenen Kreisen die technischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Informationen aus dem Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz bereitzustellen.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 14 094 900 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 14 013 900 EUR erhöht sich um 81 000 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

Diese Mittel sind bestimmt für Maßnahmen, die zur Erfüllung des Auftrags der Agentur erforderlich sind, wie er in der Verordnung (EG) Nr. 2062/94 definiert ist, insbesondere:

— Sensibilisierungs- und Antizipierungsmaßnahmen, mit besonderem Schwerpunkt bei den KMU;

— Schaffung einer „Beobachtungsstelle für Risiken", Sammlung „bewährter Verfahren" bei Unternehmen oder Branchen;

— Organisation des Austauschs von Erfahrungen, Informationen und bewährten Verfahren, auch in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation,

— Integration der Beitrittskandidatenländer an diesen Informationsnetzen und Ausarbeitung von Instrumenten im Hinblick auf ihre besondere Situation;

— Organisation der europäischen Woche für Gesundheit und Sicherheit, mit dem Schwerpunkt spezifische Risiken und Bedürfnisse von Benutzern und Begünstigten.

Der Stellenplan der Agentur ist im Anhang „Stellenplan" dieses Einzelplans enthalten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 2062/94 des Rates vom 18. Juli 1994 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (ABl. L 216 vom 20.8.1994, S. 1).

***04 03 51*** ***Abschluss von Progress***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 31 294 613 | 58 636 000 | 49 618 639 | 59 608 488,67 | 49 616 966,41 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 04 04 01 01, 04 04 01 02, 04 04 01 03 und 04 04 01 06*

Diese Mittel sind zur Abwicklung früherer Verpflichtungen im Rahmen des Programms für Beschäftigung und soziale Solidarität (Progress) bestimmt.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Beitrittskandidaten des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 51*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 1672/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 über ein Gemeinschaftsprogramm für Beschäftigung und soziale Solidarität — Progress (ABl. L 315 vom 15.11.2006, S. 1).

***04 03 52 Abschluss von EURES***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 10 082 958 | 21 300 000 | 13 837 868 | 21 314 861,50 | 17 461 853,71 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 03 04*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren in Bezug auf den vormaligen Artikel bestimmt.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 des Rates vom 15. Oktober 1968 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft (ABl. L 257 vom 19.10.1968, S. 2).

Verordnung (EU) Nr. 492/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union (ABl. L 141 vom 27.5.2011, S. 1).

Entscheidung 2003/8/EG der Kommission vom 23. Dezember 2002 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 des Rates hinsichtlich der Zusammenführung und des Ausgleichs von Stellenangeboten und Arbeitsgesuchen (ABl. L 5 vom 10.1.2003, S. 16).

***04 03 53 Abschluss sonstiger Tätigkeiten***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 14 894 437 | 26 500 000 | 20 707 381 | 24 856 766,85 | 33 243 212,39 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 04 07, 04 04 12 und 04 04 15*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren in Bezug auf die vormaligen Artikel bestimmt.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 53*** *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Beitrittskandidaten des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Entscheidung des Rates vom 9. Juli 1957 betreffend das Mandat und die Geschäftsordnung des Ständigen Ausschusses für die Betriebssicherheit im Steinkohlenbergbau (ABl. 28 vom 31.8.1957, S. 487/57).

Beschluss 74/325/EWG des Rates vom 27. Juni 1974 zur Einsetzung eines Beratenden Ausschusses für Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (ABl. L 185 vom 9.7.1974, S. 15).

Beschluss 74/326/EWG des Rates vom 27. Juni 1974 über die Erstreckung der Zuständigkeit des Ständigen Ausschusses für die Betriebssicherheit und den Gesundheitsschutz im Steinkohlenbergbau auf alle mineralgewinnenden Betriebe (ABl. L 185 vom 9.7.1974, S. 18).

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1) und ihre Einzelrichtlinien.

Richtlinie 92/29/EWG des Rates vom 31. März 1992 über Mindestvorschriften für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz zum Zweck einer besseren medizinischen Versorgung auf Schiffen (ABl. L 113 vom 30.4.1992, S. 19).

Beschluss 98/171/EG des Rates vom 23. Februar 1998 über Gemeinschaftstätigkeiten in Bezug auf Analyse, Forschung und Zusammenarbeit im Bereich der Beschäftigung und des Arbeitsmarkts (ABl. L 63 vom 4.3.1998, S. 26).

Beschluss 2000/750/EG des Rates vom 27. November 2000 über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Bekämpfung von Diskriminierungen (2001-2006) (ABl. L 303 vom 2.12.2000, S. 23).

Beschluss Nr. 50/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Dezember 2001 zur Einführung eines Aktionsprogramms der Gemeinschaft zur Förderung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung (ABl. L 10 vom 12.1.2002, S. 1).

Beschluss Nr. 1145/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Juni 2002 über gemeinschaftliche Maßnahmen zum Anreiz im Bereich der Beschäftigung (ABl. L 170 vom 29.6.2002, S. 1).

Beschluss des Rates vom 22. Juli 2003 zur Einsetzung eines Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (ABl. C 218 vom 13.9.2003, S. 1).

Entscheidung Nr. 1554/2005/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 zur Änderung der Entscheidung 2001/51/EG des Rates über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft betreffend die Gemeinschaftsstrategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie des Beschlusses Nr. 848/2004/EG über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Förderung von Organisationen, die auf europäischer Ebene für die Gleichstellung von Männern und Frauen tätig sind (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 9).

Beschluss Nr. 1098/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 über das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (2010) (ABl. L 298 vom 7.11.2008, S. 20).

Beschluss Nr. 283/2010/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. März 2010 über die Einrichtung eines europäischen Progress-Mikrofinanzierungsinstruments für Beschäftigung und soziale Eingliederung (ABl. L 87 vom 7.4.2010, S. 1).

*Verweise*

Abkommen von 1959 zwischen der Hohen Behörde der EGKS und dem Internationalen Informationszentrum für Arbeitssicherheit und -hygiene (CIS) des Internationalen Arbeitsamtes (IAA).

Aufgabe aufgrund spezifischer Befugnisse, die der Kommission durch den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in den Artikeln 136, 137 und 140 und den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in den Artikeln 151, 153 und 156 übertragen wurden.

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

04 03 77 02 Pilotprojekt — Förderung des Schutzes von Wohnraum

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 600 000 | 500 000 | 650 000 | 1 000 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 03 08*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

04 03 77 03 Pilotprojekt — Beschäftigungs- und Lebensbedingungen entsandter Arbeitnehmer

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 388 573,38 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 03 09*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

04 03 77 04 Pilotprojekt — Maßnahmen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 65 000 | — | 200 000 | 0,— | 395 663,32 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 03 10*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 77*** *(Fortsetzung)*

04 03 77 04 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

04 03 77 05 Pilotprojekt — Förderung der Mobilität und Integration der Arbeitnehmer innerhalb der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 20 000 | — | 30 000 | 0,— | 16 975,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 03 11*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

04 03 77 06 Pilotprojekt — Allumfassende Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Stellen, kommerziellen Unternehmen und nicht gewinnorientierten Unternehmen bei der Integration von Menschen in die Gesellschaft und ins Arbeitsleben

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 350 000 | — | 800 000 | 0,— | 535 057,37 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 03 12*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 77*** *(Fortsetzung)*

04 03 77 07 Vorbereitende Maßnahme — Ihr erster EURES-Arbeitsplatz

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 3 880 000 | 5 000 000 | 2 250 000 | 3 250 000,— | 1 197 688,41 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 03 13*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Ziel dieser vorbereitenden Maßnahme ist es, jungen Menschen mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten und ihnen die unionsweite Vermittlung eines Arbeitsplatzes zu erleichtern. Mit Unterstützung der EURES-Arbeitsplatzbörse werden Arbeitsvermittlungsdienste angeboten, die Zugang zu Arbeitsplätzen in der gesamten Union ermöglichen. Diese Maßnahme sollte ausgeweitet werden, um die Stellenvermittlung für Auszubildende und Praktikanten als kritischen Faktor der Unterstützung des Übergangs junger Menschen von der Schule in die Arbeitswelt zu erleichtern. Unternehmen, insbesondere KMU, werden — auch durch Gewährung einer finanziellen Unterstützung — ermutigt, mehr junge Menschen einzustellen.

*Zielgruppen:*

— junge Menschen unter 30 Jahren unabhängig von ihrer Qualifikation und Berufserfahrung, da das System nicht ausschließlich auf Berufseinsteiger zugeschnitten ist;

— alle rechtmäßig niedergelassenen Unternehmen, insbesondere KMU, um einen Beitrag zur Senkung der Kosten internationaler Einstellungen, die insbesondere kleinere Unternehmen belasten, zu leisten.

*Förderfähige Arbeitsplätze:*

„Ihr erster EURES-Arbeitsplatz" wird jungen Menschen Ausbildungsplätze, eine erste Berufserfahrung oder spezialisierte Arbeitsplätze anbieten. Nicht gefördert werden die Ersetzung von Arbeitsplätzen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder Beschäftigungsverhältnisse, die im Widerspruch zum nationalen Arbeitsrecht stehen.

Um für eine Finanzierung in Frage zu kommen, müssen die Arbeitsplätze ferner folgende Kriterien erfüllen:

— Sie müssen sich in einem anderen EURES-Mitgliedstaat als dem Herkunftsland des jungen Arbeitsuchenden befinden (länderübergreifend zu besetzende Stellen).

— Sie müssen einen Arbeitseinsatz von einer vertraglichen Dauer von mindestens sechs Monaten gewährleisten.

Folgende Kosten werden übernommen:

— die im Zusammenhang mit dem Einstellungsverfahren anfallenden Kosten und eine von dem EURES-Mitglied des Bestimmungslands gezahlte Einstellungszulage,

— eine Finanzhilfe für den Arbeitgeber zur Deckung der Kosten für die Integration des mobilen Arbeitnehmers (z. B. Einführungslehrgang, Sprachkurs, administrative Unterstützung usw.) nach Abschluss des Einstellungsverfahrens,

— die für das erste Vorstellungsgespräch anfallenden Reise- und Aufenthaltskosten des Arbeitsuchenden und die Kosten seines Umzugs ins Ausland.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 77*** *(Fortsetzung)*

04 03 77 08 Pilotprojekt — Soziale Solidarität für eine soziale Eingliederung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 600 000 | p.m. | 750 000 | 1 000 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 03 14*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

04 03 77 09 Vorbereitende Maßnahme — Informationszentren für entsandte Arbeitnehmer und Wanderarbeitnehmer

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 000 000 | 600 000 | 500 000 | 250 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 03 16*

Diese Mittel dienen der Fortsetzung der Finanzierung von Maßnahmen mit dem allgemeinen Ziel, die Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung von Wanderarbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt des Aufnahmelandes sicherzustellen, wobei Informationszentren in den Mitgliedstaaten entsandten Arbeitnehmern und Wanderarbeitnehmern Informationen, Beratung und Unterstützung, einschließlich rechtlichen Beistands, bieten.

Das Ziel dieser vorbereitenden Maßnahmen ist die Sicherstellung der Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung von Wanderarbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt des Aufnahmelandes durch Informationszentren in den Mitgliedstaaten, die für Informationen, Beratung und Unterstützung, einschließlich rechtlichen Beistands, für Wanderarbeitnehmer sorgen.

Diese vorbereitende Maßnahme ist mit der bevorstehenden Initiative der Union zur Freizügigkeit innerhalb der Union verknüpft. Mit dieser Initiative soll die Durchsetzbarkeit der Verordnung (EG) Nr. 492/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union verbessert werden (ABl. L 141 vom 27.5.2011, S. 1). Dadurch sollen bestehende Hindernisse für die Mobilität von Arbeitnehmern in der Union abgebaut werden, indem die Durchsetzung von aus dem Unionsrecht erwachsenden Rechten verbessert wird und Migranten, die aufgrund ihrer Nationalität diskriminiert werden, Informationen und Rechtsbeistand erhalten. Diese vorbereitende Maßnahme knüpft an die im Rahmen des vorhergehenden Pilotprojekts „Beschäftigungs- und Lebensbedingungen entsandter Arbeitnehmer“ geleisteten Arbeiten an (Artikel 04 03 09).

Maßnahmen:

— Studie zur Ermittlung der Modalitäten der Organisation eines Netzes von Zentren in der ganzen Union,

— Stakeholder-Konferenz,

— Einleitung von 2-3 Pilotmaßnahmen, um das Netz von Zentren in ausgewählten Mitgliedstaaten zu testen.

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 77*** *(Fortsetzung)*

04 03 77 09 *(Fortsetzung)*

Die Informationszentren können auf etablierten gewerkschaftlichen Informationsaktivitäten beruhen und sollten mit Unterstützung der Kommission Folgendes leisten:

— Unterstützung und Bereitstellung von Informationen für Einwanderergruppen in arbeits- und ausländerrechtlichen Fragen,

— Rechtsberatung für Einwanderer, die möglicherweise ausgebeutet oder drangsaliert werden und nach geltendem Recht Klage einreichen oder formelle Beschwerde erheben könnten,

— Bekämpfung von Diskriminierung und Intoleranz, die die berufliche und soziale Eingliederung beeinträchtigen,

— Unterstützung von Arbeitnehmern mit ungeregeltem Status, indem ihnen Rechtsbeistand geleistet wird, um ihren Status zu regeln und ihre grundlegenden Rechte zu schützen,

— ständige aktualisierte Rechtsinformationen, besonders in Bezug auf Beschäftigungssachen, um damit die uneingeschränkte Anerkennung der Rechte von entsandten Arbeitnehmern und Migranten zu gewährleisten,

— Rechtsbeistand bei folgenden Fällen: Ausweisungsverfügungen, Migranten ohne geregelten Status, Wanderarbeitnehmer ohne Papiere, Erneuerung von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis,

— Entwicklung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und Sensibilisierung der Arbeitgeber für die Problematik der Schwarzarbeit,

— Entwicklung von Informationskampagnen über Arbeitskräftemangel und Anwerbung von Arbeitskräften in den Herkunftsländern,

— Konzipierung von Informationskampagnen und Organisation von Konferenzen, Seminaren usw.,

— Förderung von Zusammenarbeit und Informationsaustausch zwischen Arbeitsvermittlungsstellen und Einwanderungsbehörden.

Erwartete Ergebnisse dieser vorbereitenden Maßnahme: Beitrag zu einer reibungslosen Eingliederung von Wanderarbeitnehmern in die Arbeitsmärkte der Aufnahmeländer und gleichzeitig Unterstützung dieser Arbeitnehmer beim Schutz und bei der Durchsetzung ihres Rechts auf Gleichbehandlung. Hinsichtlich der Verbesserung des Verwaltungsumfelds wird mit der vorbereitenden Maßnahme die Zusammenarbeit zwischen Arbeitsvermittlungsstellen und Einwanderungsbehörden auf der Ebene der Kommission und der Mitgliedstaaten gefördert.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

04 03 77 10 Pilotprojekt — Förderung der Umwandlung unsicherer Arbeitsverhältnisse in abgesicherte Arbeitsverhältnisse

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 450 000 | 569,77 | 710 938,44 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 04 08*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 77*** *(Fortsetzung)*

04 03 77 10 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

04 03 77 11 Pilotprojekt — Verhütung von Gewalt gegen ältere Menschen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 300 000 | 0,— | 538 210,04 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 04 11*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

04 03 77 12 Pilotprojekt — Gesundheit und Sicherheit älterer Arbeitnehmer am Arbeitsplatz

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 200 000 | p.m. | 650 000 | 2 000 000,— | 1 000 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 04 16*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 77*** *(Fortsetzung)*

04 03 77 13 Vorbereitende Maßnahme — Auf junge Menschen ausgerichtete Aktivierungsmaßnahmen — Umsetzung der Initiative „Jugend in Bewegung"

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 2 000 000 | 2 000 000 | 2 000 000 | 4 000 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 04 17*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Die Jugendarbeitslosigkeit stellt eine große Herausforderung für Europa dar. Etwa 5,5 Millionen junge Menschen in der Union sind derzeit arbeitslos, ein Fünftel der Menschen unter 25 Jahren hat keinen Arbeitsplatz, und 15 % haben keinen Schulabschluss. Der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit war 2011 ausgeprägter, 2012 stieg die Jugendarbeitslosenquote weiterhin und betrug in manchen Mitgliedstaaten 45 %. Dies hat schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Folgen für die Gesellschaft und für die einzelnen Betroffenen. Studien zufolge laufen Menschen, die in jungem Alter arbeitslos sind, eher Gefahr, im späteren Leben langzeitarbeitslos zu werden, und die Wahrscheinlichkeit, dass sie in unsichere Arbeitsverhältnisse gelangen, ist höher. Daher ist es von allergrößter Bedeutung, dass die Mitgliedstaaten allen jungen Arbeitslosen ungeachtet ihres Bildungsstands helfen, einen Arbeitsplatz zu finden oder ihre Ausbildung fortzusetzen. In diesem Zusammenhang sind in der Strategie Europa 2020 klare Zielsetzungen für die Mitgliedstaaten festgelegt, um den Anteil der frühen Schulabgänger auf 10 % zu verringern und die Beschäftigungsquote auf 75 % zu erhöhen; diese Probleme werden durch die Leitinitiative „Jugend in Bewegung" angegangen, indem die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, eine sogenannte „Jugendgarantie" zu leisten, um zu veranlassen, dass alle jungen Menschen innerhalb von vier Monaten nach Verlassen der Schule eine Anstellung haben, ihre Ausbildung fortsetzen bzw. Aktivierungsmaßnahmen getroffen werden. Die Jugendgarantie ist ein wichtiges Element unter den innovativen Ansätzen für den Übergang von der Schule ins Arbeitsleben, wie in der Mitteilung der Kommission vom 20. Dezember 2011 mit dem Titel „Chancen für junge Menschen" erneut betont wurde (COM(2011) 933 final).

Vor diesem Hintergrund verfolgt die vorbereitende Maßnahme folgende Ziele:

— Zielgruppe sind junge Menschen, auch diejenigen, die sich weder in einer Ausbildung oder Lehre befinden noch im Erwerbsleben stehen (sogenannte „NEET"-Jugendliche („not in education, employment or training"));

— es soll ermittelt werden, wie die Jugendgarantie in den Mitgliedstaaten in der Praxis funktionieren würde;

— es sollen innovative Maßnahmen hinsichtlich des Übergangs von der Erwerbslosigkeit junger Menschen ins Erwerbsleben festgelegt und die diesbezüglichen Erkenntnisse an alle Mitgliedstaaten verbreitet werden;

— jungen Menschen sollten spätestens vier Monate, nachdem sie arbeitslos geworden sind, ein Arbeitsplatz bzw. Weiterbildungs- oder Aktivierungsmaßnahmen garantiert werden.

Die vorbereitende Maßnahme würde daher folgende Punkte umfassen:

— Unterstützung von Erhebungen und Zusammentragen von Erfahrungen mit bereits bestehenden Projekten in den Mitgliedsstaaten, in denen ein mit der europäischen Jugendgarantie vergleichbares Programm bereits besteht;

— auf der Grundlage der gesammelten bewährten Verfahren Einleitung von 2-3 Pilotprojekten in den Mitgliedstaaten zur Einführung einer Jugendgarantie auf lokaler Ebene. Dies bedeutet, dass die Betroffenen auf lokaler Ebene durch Beratung und Hilfe hinsichtlich der Umsetzung einer Jugendgarantie unterstützt würden;

— Ausgestaltung alternativer Programme auf lokaler Ebene für frühe Schulabgänger, um ihre Fähigkeiten zu entwickeln, und in diesem Zusammenhang als eine wichtige Maßnahme zur besseren Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt besonderes Augenmerk auf die Vernetzung der Betroffenen (Unternehmen, Schulen und Einrichtungen der Jugendfürsorge);

— Nutzung dieser Erfahrungen mit Blick auf die künftigen Förderprogramme der Union für junge Menschen und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 77*** *(Fortsetzung)*

04 03 77 13 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

04 03 77 14 Vorbereitende Maßnahme — Soziale Innovationen durch soziale Geschäftsmodelle und junges Unternehmertum

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 000 000 | 650 000 | 1 000 000 | 500 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 04 18*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Diese vorbereitende Maßnahme stützt sich auf die Bedeutung sozialer Innovationen und das Entstehen von Sozialunternehmen. Gemeinsam dienen sie als Motor für Veränderungen, die auf der Grundlage tragfähiger Geschäftsmodelle zu weiterem Wachstum führen, das inklusiv, sozial gerechter und ökologisch nachhaltiger ist. Ferner können durch Aktivitäten, die im Zusammenhang mit einer nachhaltigen und inklusiven Entwicklung sozialen Bedürfnissen gerecht werden, Arbeitsplätze geschaffen werden. Ziel dieser vorbereitenden Maßnahme ist die Ermittlung, Entwicklung, Förderung und Verbreitung bewährter Verfahren von nationalen, regionalen und lokalen Behörden und Finanzintermediären, um in Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit junge oder soziale Unternehmer zu unterstützen. Die vorbereitende Maßnahme trägt somit dazu bei, das Potenzial des jungen und sozialen Unternehmertums zu verwirklichen, wie auch im Jahreswachstumsbericht 2012 und in der Mitteilung der Kommission „Einen arbeitsplatzintensiven Aufschwung gestalten“ vom 18. April 2012 hervorgehoben wurde (COM(2012) 173 final). Ziel ist die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation auf lokaler Ebene, und die vorbereitende Maßnahme wird Wege aufzeigen, wie junge und soziale Unternehmen am wirksamsten in regionale, städtische und lokale Entwicklungsstrategien integriert werden können. Im Mittelpunkt wird dabei stehen, wie im Zeitraum 2014 bis 2020 die Finanzinstrumente der Union und insbesondere die Strukturfonds eingesetzt werden können.

Die wichtigste Aufgabe wird darin bestehen, mit potenziellen Finanzierungseinrichtungen (wie etwa den Verwaltungsbehörden für die Strukturfondsprogramme und insbesondere die durch den ESF finanzierten Programme) und Finanzintermediären, einschließlich der EIB-Gruppe, in einer begrenzten Anzahl von Pilotregionen zusammenzuarbeiten. Dies wird dazu beitragen, tragfähige, geeignete und verlässliche Programme oder Fonds zu entwickeln und einzurichten, mit deren Hilfe Eigenkapital- oder Mezzanine-Finanzierungen bereitgestellt werden können (auch Venture Philantropie). Diese können verwendet werden, um Strukturen zu fördern, die Geschäftsentwicklungsdienste und Vernetzungsmöglichkeiten mit dem Ziel anbieten, ökologische Entwicklungen und das Wachstum sozialer Unternehmen zu stimulieren und zu erleichtern. Die Maßnahmen können Machbarkeitsstudien, gegenseitiges Lernen, die Verbreitung bewährter Verfahren und gegebenenfalls gezielte Hilfe für nationale oder regionale Behörden umfassen. Gegebenenfalls können sich diese Maßnahmen auf die Ergebnisse früherer Maßnahmen für den Aufbau von Kapazitäten und das gegenseitige Lernen von regionalen Behörden und Finanzintermediären, wie etwa die Netzwerkplattform JESSICA [1] stützen (eine Lernplattform zur Unterstützung nationaler und regionaler Behörden und Finanzintermediäre bei der Entwicklung rückzahlbarer Unterstützungssysteme für eine nachhaltige urbane Entwicklung im Rahmen der Strukturfonds). Die Ergebnisse dieser Lernprojekte werden zur Umsetzung der einschlägigen Leitinitiativen der Strategie Europa 2020 [2] beitragen und die Voraussetzungen für eine effektive Verwendung der ESF-Mittel und sonstiger Unionsmittel nach 2014 schaffen.

[1] Eine Lernplattform zur Unterstützung nationaler und regionaler Behörden und Finanzintermediäre bei der Entwicklung rückzahlbarer Unterstützungssysteme für eine nachhaltige urbane Entwicklung im Rahmen der Strukturfonds (http://ec.europa.eu/regional_policy/thefunds/instruments/jessica_network_en.cfm).

[2] Insbesondere „Jugend in Bewegung“, „Eine Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“, „Innovationsunion“ und „Plattform zur Bekämpfung der Armut“.

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 77*** *(Fortsetzung)*

04 03 77 14 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

04 03 77 15 Pilotprojekt — Machbarkeit und zusätzlicher Nutzen eines europäischen Systems zur Arbeitslosenversicherung oder -unterstützung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 2 000 000 | 1 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Mit diesem Pilotprojekt werden die Machbarkeit und der zusätzliche Nutzen der Einführung eines europäischen Systems der Arbeitslosenversicherung oder -unterstützung — evtl. in Form einer Mindest-Arbeitslosenhilfe — bewertet. Ziel ist es letzten Endes, der konkreten Umsetzung dieses Projekts als wichtigem Bestandteil der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion den Weg zu ebnen.

Die folgenden Aktionen/Maßnahmen sollen finanziert werden:

— eine detaillierte dreiteilige Studie über Optionen, Machbarkeit und zusätzlichen Nutzen eines europäischen Versicherungssystems. Anhand der Studie sollen zunächst die verschiedenen gangbaren Möglichkeiten hinsichtlich des Geltungsbereichs und des Inhalts des Systems — beispielsweise eine Mindest-Arbeitslosenhilfe — geprüft werden. Der zweite Teil der Studie besteht in der Prüfung der Machbarkeit dieser Möglichkeiten, wobei unterschiedliche Verfahren, tarifvertragliche Vereinbarungen und Rechtsvorschriften in den verschiedenen Mitgliedstaaten angemessen berücksichtigt werden. Der dritte Schwerpunkt der Studie liegt in der Bewertung des zusätzlichen Nutzens dieser Möglichkeiten für Europa sowie insbesondere in der Beurteilung der Frage, inwiefern ein solches System dem Wirtschaftswachstum zuträglich wäre, Armut vorbeugen und den Menschen als Grundlage dienen würde, ein menschenwürdiges Leben zu führen, umfassend an der Gesellschaft teilzuhaben und bei der Suche nach Arbeit voranzukommen, wobei dieses System außerdem eine automatische stabilisierende Funktion für die Wirtschaft erfüllen würde.

— die Schaffung eines Netzwerks zur Erleichterung des Austauschs bewährter Praktiken der nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme zwischen Mitgliedstaaten, lokalen und territorialen Verwaltungen, Gewerkschaften und Verbänden. Die gesammelten und ausgetauschten Informationen sollen zudem die Ausarbeitung einer Studie erleichtern.

— die Organisation einer hochrangigen Konferenz zum Abschluss des Projekts, mit dem Ziel, die Ergebnisse der Studie zu verbreiten und zu diskutieren.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 49 Absatz 6 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION** *(Fortsetzung)*

***04 03 77*** *(Fortsetzung)*

04 03 77 16 Vorbereitende Maßnahme — Mikrokredite, um insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 2 000 000 | 1 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Gegenwärtig gibt es keine Mikrokreditfazilität speziell zur Förderung der Beschäftigung von Jugendlichen. Diese vorbereitende Maßnahme sollte unmittelbar dem Europäischen Investitionsfonds zugewiesen werden.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 04 04 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR DIE ANPASSUNG AN DIE GLOBALISIERUNG**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 04 04 | EUROPÄISCHER FONDS FÜR DIE ANPASSUNG AN DIE GLOBALISIERUNG | | | | | | | | |
| ***04 04 01*** | ***Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung*** | 9 | p.m. | 50 000 000 | | | | | — |
| ***04 04 51*** | ***Abschluss des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2007-2013)*** | 9 | p.m. | p.m. | p.m. | 45 338 161 | 82 837 992,— | 82 837 992,— | — |
| | **Kapitel 04 04 — Insgesamt** | | **p.m.** | **50 000 000** | **p.m.** | **45 338 161** | **82 837 992,—** | **82 837 992,—** | **165,68** |

## *04 04 01 Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 50 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel sind bestimmt zur Finanzierung des EGF, damit die Union in die Lage versetzt wird, befristet gezielte Unterstützung für Arbeitskräfte bereitzustellen, die infolge weitreichender Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge aufgrund der Globalisierung, von Handelsabkommen oder einer unerwarteten Krise arbeitslos geworden sind, und deren rasche Wiedereingliederung in ein stabiles Beschäftigungsverhältnis finanziell zu unterstützen.

Die vom EGF ergriffenen Maßnahmen sollten die Maßnahmen des ESF ergänzen. Eine Doppelfinanzierung aus diesen Instrumenten ist nicht zulässig und die aus dem EGF unterstützten Schulungs- und Übergangsmaßnahmen müssen auf die Anforderungen der Branche oder des Marktes zugeschnitten sein, um einen Mehrwert zu vermitteln.

Die Vorschriften für die Einstellung der Mittel in die Reserve und für die Inanspruchnahme des EGF sind in Nummer 13 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung (ABl. C 373 vom 20.12.2013, S. 1) festgelegt.

*Verweise*

Interinstitutionelle Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission vom 2. Dezember 2013 über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung (ABl. C 373 vom 20.12.2013, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1309/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014-2020) und die Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1927/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 855), insbesondere Artikel 1.

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 04 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR DIE ANPASSUNG AN DIE GLOBALISIERUNG** *(Fortsetzung)*

***04 04 51 Abschluss des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 45 338 161 | 82 837 992,— | 82 837 992,— |

*Erläuterungen*

*Vormals 04 05 01*

Diese Mittel sind bestimmt zur Finanzierung des EGF, damit die Union in die Lage versetzt wird, befristet gezielte Unterstützung für Arbeitskräfte, die infolge weitreichender Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge aufgrund der Globalisierung arbeitslos geworden sind, in den Fällen bereitzustellen, in denen diese Entlassungen eine beträchtliche negative Auswirkung auf die regionale oder lokale Wirtschaftsentwicklung haben. Dies gilt für Anträge, die vor dem 31. Dezember 2013 eingereicht wurden. Für Anträge, die vor dem 31. Dezember 2011 eingereicht wurden, können die Mittel auch eingesetzt werden, um Arbeitskräfte zu unterstützen, die unmittelbar infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise entlassen wurden.

Die vom EGF ergriffenen Maßnahmen sollten die Maßnahmen des ESF ergänzen. Eine Doppelfinanzierung aus diesen beiden Instrumenten ist nicht zulässig.

Die Vorschriften für die Einstellung der Mittel in die Reserve und für die Inanspruchnahme des EGF sind in Nummer 28 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 und in Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 1927/2006 festgelegt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1927/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (ABl. L 406 vom 30.12.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 546/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1927/2006 zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (ABl. L 167 vom 29.6.2009, S. 26).

*Verweise*

Interinstitutionelle Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (ABl. C 139 vom 14.6.2006, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK UND ENTWICKLUNG DES HUMANKAPITALS**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 04 05 | INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK UND ENTWICKLUNG DES HUMANKAPITALS | | | | | | | | |
| ***04 05 01*** | ***Unterstützung für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Serbien und Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien*** | | | | | | | | |
| 04 05 01 01 | Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union | 4 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 04 05 01 02 | Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung | 4 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| | *Artikel 04 05 01 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | | | | | — |
| ***04 05 02*** | ***Unterstützung für Island*** | | | | | | | | |
| 04 05 02 01 | Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union | 4 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 04 05 02 02 | Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung | 4 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| | *Artikel 04 05 02 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | | | | | — |
| ***04 05 03*** | ***Unterstützung für die Türkei*** | | | | | | | | |
| 04 05 03 01 | Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union | 4 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 04 05 03 02 | Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung | 4 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| | *Artikel 04 05 03 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | | | | | — |

KOMMISSION

*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK UND ENTWICKLUNG DES HUMANKAPITALS** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| ***04 05 51*** | ***Abschluss von Maßnahmen (vor 2014) — Instrument für Heranführungshilfe — Entwicklung der Humanressourcen*** | 4 | p.m. | 69 900 164 | 113 157 077 | 65 152 574 | 112 150 000,— | 58 479 061,11 | 83,66 |
| | **Kapitel 04 05 — Insgesamt** | | **p.m.** | **69 900 164** | **113 157 077** | **65 152 574** | **112 150 000,—** | **58 479 061,11** | **83,66** |

## *04 05 01 Unterstützung für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Serbien und Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien*

04 05 01 01 Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Unter dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) werden mit diesen Mitteln folgende spezifische Ziele in den westlichen Balkanstaaten verfolgt:

— Unterstützung politischer Reformen,

— Stärkung der Fähigkeit der Empfängerländer, die mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen zu erfüllen, indem Unterstützung bei der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union und bei dessen Einführung, Durchführung und Durchsetzung, einschließlich der politischen Maßnahmen und Fonds der Union in der Struktur-, Kohäsions-, Agrarpolitik und der Entwicklung des ländlichen Raums, geleistet wird.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (COM(2011) 838 final), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und c.

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK UND ENTWICKLUNG DES HUMANKAPITALS** *(Fortsetzung)*

***04 05 01*** *(Fortsetzung)*

04 05 01 02 Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Unter IPA II wird mit diesen Mitteln in den westlichen Balkanstaaten das spezifische Ziel verfolgt, die wirtschaftliche, soziale und territoriale Entwicklung zu unterstützen, die auf das Erreichen eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums ausgerichtet ist.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (COM(2011) 838 final), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b.

***04 05 02 Unterstützung für Island***

04 05 02 01 Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Unter IPA II werden mit diesen Mitteln folgende spezifische Ziele in Island verfolgt:

— Unterstützung politischer Reformen,

— Stärkung der Fähigkeit der Empfängerländer, die mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen zu erfüllen, indem Unterstützung bei der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union und bei dessen Einführung, Durchführung und Durchsetzung, einschließlich der politischen Maßnahmen und Fonds der Union in der Struktur-, Kohäsions-, Agrarpolitik und der Entwicklung des ländlichen Raums, geleistet wird.

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK UND ENTWICKLUNG DES HUMANKAPITALS** *(Fortsetzung)*

***04 05 02*** *(Fortsetzung)*

04 05 02 01 *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (COM(2011) 838 final), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und c.

04 05 02 02 Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Unter IPA II wird mit diesen Mitteln in Island das spezifische Ziel verfolgt, die wirtschaftliche, soziale und territoriale Entwicklung zu unterstützen, die auf das Erreichen eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums ausgerichtet ist.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (COM(2011) 838 final), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b.

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK UND ENTWICKLUNG DES HUMANKAPITALS** *(Fortsetzung)*

### *04 05 03 Unterstützung für die Türkei*

04 05 03 01 Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Unter IPA II werden mit diesen Mitteln folgende spezifische Ziele in der Türkei verfolgt:

— Unterstützung politischer Reformen,

— Stärkung der Fähigkeit der Empfängerländer, die mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen zu erfüllen, indem Unterstützung bei der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union und bei dessen Einführung, Durchführung und Durchsetzung, einschließlich der politischen Maßnahmen und Fonds der Union in der Struktur-, Kohäsions-, Agrarpolitik und der Entwicklung des ländlichen Raums, geleistet wird.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (COM(2011) 838 final), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und c.

04 05 03 02 Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Unter IPA II wird mit diesen Mitteln in der Türkei das spezifische Ziel verfolgt, die wirtschaftliche, soziale und territoriale Entwicklung zu unterstützen, die auf das Erreichen eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums ausgerichtet ist.

KOMMISSION

*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK UND ENTWICKLUNG DES HUMANKAPITALS** *(Fortsetzung)*

***04 05 03*** *(Fortsetzung)*

04 05 03 02 *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (COM(2011) 838 final), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b.

***04 05 51*** ***Abschluss von Maßnahmen (vor 2014) — Instrument für Heranführungshilfe — Entwicklung der Humanressourcen***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 69 900 164 | 113 157 077 | 65 152 574 | 112 150 000,— | 58 479 061,11 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 04 06 01 (teilweise)*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus der Zeit vor 2014 bestimmt.

Gemäß Artikel 105a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 in der durch Anhang III Nummer 7 des Vertrags über den Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union (ABl. L 112 vom 24.4.2012) geänderten Fassung werden Programme und Großprojekte, die am Tag des Beitritts Kroatiens nach der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genehmigt sind und deren Umsetzung zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist, als von der Kommission nach der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 genehmigt angesehen, mit Ausnahme von Programmen, die nach den in Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a und e der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genannten Komponenten genehmigt wurden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 06 — EUROPÄISCHER HILFSFONDS FÜR DIE AM STÄRKSTEN VON ARMUT BETROFFENEN PERSONEN**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 04 06 | EUROPÄISCHER HILFSFONDS FÜR DIE AM STÄRKSTEN VON ARMUT BETROFFENEN PERSONEN | | | | | | | | |
| ***04 06 01*** | ***Förderung des sozialen Zusammenhalts und Linderung der schlimmsten Formen der Armut in der Union*** | 1.2 | 500 000 000 | 306 000 000 | | | | | — |
| ***04 06 02*** | ***Technische Unterstützung*** | 1.2 | 1 280 000 | 1 280 000 | | | | | — |
| | **Kapitel 04 06 — Insgesamt** | | **501 280 000** | **307 280 000** | | | | | **—** |

*Erläuterungen*

In Artikel 174 AEUV ist das Unionsziel des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts festgelegt, während in Artikel 175 die Rolle der Strukturfonds beim Erreichen dieses Ziels und die Bestimmungen zu spezifischen Aktionen außerhalb der Strukturfonds niedergelegt sind.

Artikel 80 der Haushaltsordnung sieht Finanzkorrekturen bei Ausgaben vor, die nicht gemäß dem anwendbaren Recht getätigt wurden.

In den Artikeln 53 und 54 des Vorschlags für eine Verordnung zum Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (COM(2012) 617 final) (FEAD) betreffend die Kriterien für Finanzkorrekturen durch die Kommission sind besondere Vorschriften für Finanzkorrekturen beim FEAD festgelegt.

Einnahmen aus dementsprechend durchgeführten Finanzkorrekturen werden in den Posten 6 5 0 0 des Einnahmenplans eingesetzt und gelten als zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung.

In Artikel 177 der Haushaltsordnung sind die Bedingungen für die Erstattung des vollen Betrags oder eines Teils der im Rahmen einer Transaktion geleisteten Vorauszahlungen festgelegt.

In Artikel 41 des Vorschlags für eine Verordnung sind besondere Bestimmungen für die Erstattung von Vorschusszahlungen beim Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen festgelegt.

Erstattete Vorfinanzierungsbeträge gelten gemäß Artikel 21 Absatz 4 der Haushaltsordnung als interne zweckgebundene Einnahmen und werden in den Posten 6150 oder 6 1 5 7 eingesetzt.

*Rechtsgrundlagen*

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 174 und 175.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21 Absätze 3 und 4, Artikel 80 und Artikel 177.

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 24. Oktober 2012, zum Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (COM(2012) 617 final).

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 7. und 8. Februar 2013.

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 06 — EUROPÄISCHER HILFSFONDS FÜR DIE AM STÄRKSTEN VON ARMUT BETROFFENEN PERSONEN** *(Fortsetzung)*

***04 06 01 Förderung des sozialen Zusammenhalts und Linderung der schlimmsten Formen der Armut in der Union***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 500 000 000 | 306 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Der FEAD ersetzt das Unionsprogramm zur Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige, das Ende 2013 auslief.

Der FEAD fördert den sozialen Zusammenhalt, verbessert die soziale Inklusion und bekämpft die Armut in der Union, indem er zur Verwirklichung des Ziels der Strategie Europa 2020 in Bezug auf die Reduzierung der Armut beiträgt, demzufolge die Anzahl der armutsgefährdeten und von sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen um mindestens 20 Millionen verringert werden soll. Gleichzeitig ergänzt er den ESF. Der FEAD trägt zur Verwirklichung des spezifischen Ziels bei, die schlimmsten Formen der Armut, insbesondere Nahrungsmittelarmut, zu lindern und zu beseitigen, indem die am stärksten von Armut betroffenen Personen nichtfinanzielle Unterstützung erhalten.

Der FEAD trägt zur nachhaltigen Beseitigung von Nahrungsmittelarmut bei, wodurch den am stärksten von Armut betroffenen Personen die Aussicht auf ein menschenwürdiges Leben geboten wird. Dieses Ziel und die strukturellen Auswirkungen des FEAD werden einer qualitativen und quantitativen Beurteilung unterzogen.

Der FEAD ergänzt nationale nachhaltige Programme zur Beseitigung von Armut und sozialer Inklusion, die nach wie vor in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten liegen; er darf sie weder ersetzen noch einschränken.

Nach der politischen Einigung über die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 des Rates vom 2. Dezember 2013 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014-2020 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 884) wurde vereinbart, dass Vorkehrungen für eine zusätzliche Aufstockung der Mittel für dieses Programm um bis zu 1 Mrd. EUR (zusätzlich zu den bereits vereinbarten 2,5 Mrd. EUR) für den gesamten Zeitraum 2014-2020 zugunsten der Mitgliedstaaten getroffen werden, die diese zusätzlichen Mittel in Anspruch nehmen wollen.

Diese politische Einigung spiegelte sich in den Mittelzuweisungen, die in den Haushalt 2014 aufgenommen wurden, wieder. Die vereinbarten Zahlen sind in Preisen von 2011 berechnet.

Die Kommission und die Mitgliedstaaten sorgen mithilfe von Übergangsbestimmungen dafür, dass Tätigkeiten, die für eine Förderung infrage kommen, ab dem 1. Januar 2014 beginnen können, selbst wenn die operationellen Programme noch nicht vorgelegt worden sind.

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen und insbesondere eine Finanzierung in Form von Sachleistungen durch CESES als Beitrag zu Unionsprojekten zu berücksichtigen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 24. Oktober 2012, zum Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (COM(2012) 617 final), insbesondere Artikel 3.

KOMMISSION
*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

**KAPITEL 04 06 — EUROPÄISCHER HILFSFONDS FÜR DIE AM STÄRKSTEN VON ARMUT BETROFFENEN PERSONEN** *(Fortsetzung)*

***04 06 02 Technische Unterstützung***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 280 000 | 1 280 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel sind zur Finanzierung der technischen Unterstützung gemäß Artikel 25 der vorgeschlagenen Verordnung bestimmt.

Im Rahmen der technischen Unterstützung können Vorbereitungs-, Monitoring-, administrative, Audit-, Informations-, Kontroll- und Evaluierungsmaßnahmen finanziert werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 24. Oktober 2012, zum Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (COM(2012) 617 final).

KOMMISSION

*TITEL 04 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION FÜR BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION FÜR BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION

KOMMISSION

*TITEL 05*

**LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS**

# TITEL 05

# LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 05 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“ | 129 051 616 | 129 051 616 | 133 234 504 | 133 234 504 | 132 419 781,22 | 132 419 781,22 |
| 05 02 | VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKTINTERVENTIONEN | 2 233 400 000 | 2 233 250 000 | 2 771 440 000 | 2 771 526 798 | 3 515 710 140,15 | 3 515 040 249,66 |
| 05 03 | DIREKTBEIHILFEN ALS BEITRAG ZUM EINKOMMEN DER LANDWIRTE, ZUR BEGRENZUNG VON EINKOMMENSSCHWANKUNGEN UND ZUR VERWIRKLICHUNG VON UMWELT- UND KLIMAZIELEN | 41 447 275 640 | 41 447 275 640 | 40 931 900 000 | 40 931 900 000 | 40 880 030 200,50 | 40 880 030 200,50 |
| 05 04 | ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS | 13 987 271 059 | 11 611 354 028 | 14 803 455 797 | 13 021 086 520 | 14 594 680 890,58 | 13 257 631 139,67 |
| 05 05 | INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE (IPA) — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS | 90 000 000 | 110 997 038 | 259 328 000 | 49 138 665 | 231 199 692,— | 6 511 487,93 |
| 05 06 | INTERNATIONALE ASPEKTE DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“ | 6 696 000 | 5 590 437 | 6 629 000 | 5 069 602 | 3 631 625,30 | 3 631 625,30 |
| 05 07 | AUDIT DER AUS DEM EUROPÄISCHEN GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EGFL) FINANZIERTEN AGRARAUSGABEN | 60 200 000 | 60 200 000 | – 84 900 000 | – 84 900 000 | 110 368 892,61 | 110 368 892,61 |
| 05 08 | ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“ | 40 793 360 | 35 010 852 | 30 807 342 | 35 970 205 | 45 076 389,69 | 43 214 372,91 |
| 05 09 | HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM AGRARSEKTOR | 52 163 000 | 2 290 968 | | | | |
| | **Titel 05 — Insgesamt** | **58 046 850 675** | **55 635 020 579** | **58 851 894 643** | **56 863 026 294** | **59 513 117 612,05** | **57 948 847 749,80** |

KOMMISSION
*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

# TITEL 05

# LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS

## KAPITEL 05 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 05 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“ | | | | | |
| ***05 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums“*** | 5.2 | 97 424 898 | 100 500 871 | 100 823 989,29 | 103,49 |
| ***05 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums“*** | | | | | |
| 05 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 3 399 499 | 3 746 843 | 3 516 601,69 | 103,44 |
| 05 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 7 338 776 | 8 447 218 | 8 240 774,73 | 112,29 |
| | *Artikel 05 01 02 — Subtotal* | | 10 738 275 | 12 194 061 | 11 757 376,42 | 109,49 |
| ***05 01 03*** | ***Ausgaben für Ausstattung und Dienstleistungen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie des Politikbereichs „Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums“*** | 5.2 | 6 306 203 | 6 360 072 | 7 396 319,21 | 117,29 |
| ***05 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums“*** | | | | | |
| 05 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) — Nichtoperative technische Unterstützung | 2 | 7 931 000 | 9 179 500 | 8 292 685,76 | 104,56 |
| 05 01 04 02 | Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) | 9 | p.m. | | | — |
| 05 01 04 03 | Unterstützungsausgaben für Heranführungsmaßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums (IPA) | 4 | 545 000 | p.m. | 58 400,— | 10,72 |

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 05 01 04 04 | Unterstützungsausgaben für den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) — Nichtoperative technische Unterstützung | 2 | 3 735 000 | 5 000 000 | 4 091 010,54 | 109,53 |
| | *Artikel 05 01 04 — Subtotal* | | 12 211 000 | 14 179 500 | 12 442 096,30 | 101,89 |
| ***05 01 05*** | ***Unterstützungsausgaben für Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums“*** | | | | | |
| 05 01 05 01 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit | 1.1 | 1 238 086 | | | — |
| 05 01 05 02 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal | 1.1 | 420 000 | | | — |
| 05 01 05 03 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben | 1.1 | 713 154 | | | — |
| | *Artikel 05 01 05 — Subtotal* | | 2 371 240 | | | — |
| | **Kapitel 05 01 — Insgesamt** | | **129 051 616** | **133 234 504** | **132 419 781,22** | **102,61** |

*Erläuterungen*

Vorbehaltlich anders lautender Bestimmungen gelten die nachstehenden Rechtsgrundlagen für alle Artikel dieses Kapitels.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

***05 01 01*** ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 97 424 898 | 100 500 871 | 100 823 989,29 |

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“** *(Fortsetzung)*

***05 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums“***

05 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 399 499 | 3 746 843 | 3 516 601,69 |

05 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 338 776 | 8 447 218 | 8 240 774,73 |

***05 01 03 Ausgaben für Ausstattung und Dienstleistungen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie des Politikbereichs „Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 306 203 | 6 360 072 | 7 396 319,21 |

***05 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums“***

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 80).

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1268/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über eine gemeinschaftliche Förderung für Maßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes zur Vorbereitung des Beitritts der Bewerberländer in Mittel- und Osteuropa während des Heranführungszeitraums (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 87).

Verordnung (EG) Nr. 870/2004 des Rates vom 24. April 2004 über ein Gemeinschaftsprogramm zur Erhaltung, Charakterisierung, Sammlung und Nutzung genetischer Ressourcen in der Landwirtschaft (ABl. L 162 vom 30.4.2004, S. 18).

Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (ABl. L 277 vom 21.10.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA), (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“** *(Fortsetzung)*

***05 01 04*** *(Fortsetzung)*

Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 487).

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 637/2008 des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 608). Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671).

Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671).

05 01 04 01 Unterstützungsausgaben für den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) — Nichtoperative technische Unterstützung

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 931 000 | 9 179 500 | 8 292 685,76 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 05 01 04 01 und Artikel 05 01 06*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der für die Durchführung der Gemeinsamen Agrarpolitik erforderlichen vorbereitenden Maßnahmen und Maßnahmen zur Überwachung, administrativen und technischen Hilfe sowie zur Bewertung, Prüfung und Kontrolle, insbesondere der Maßnahmen gemäß Artikel 5 Buchstaben a bis d der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 und Artikel 6 Buchstaben a und d bis f der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013.

Sie decken auch die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des mit der Verordnung (EG) Nr. 870/2004 eingeführten Programms für die genetischen Ressourcen stehen, sowie die Finanzierung der Schlichtungsstelle im Rahmen des GAP-Rechnungsabschlusses (Vergütungen, Material, Reisen und Sitzungen) sowie von Studien und sonstigen Ausgaben für Kommunikation und zur Unterstützung der Kontrollen, z. B. Hilfe durch Buchprüfungsunternehmen.

Gemäß den Artikeln 21 und 174 Absatz 2 der Haushaltsordnung können bei Einnahmen unter Artikel 6 7 0 des Einnahmenplans zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 885/2006 der Kommission vom 21. Juni 2006 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates hinsichtlich der Zulassung der Zahlstellen und anderen Einrichtungen sowie des Rechnungsabschlusses für den EGFL und den ELER (ABl. L 171 vom 23.6.2006, S. 90).

Verordnung (EG) Nr. 485/2008 des Rates vom 26. Mai 2008 über die von den Mitgliedstaaten vorzunehmende Prüfung der Maßnahmen, die Bestandteil des Finanzierungssystems des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft sind (ABl. L 143 vom 3.6.2008, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“** *(Fortsetzung)*

***05 01 04*** *(Fortsetzung)*

05 01 04 02 Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Die Mittel dieses Postens dienen zur Deckung der Ausgaben für verwaltungstechnische Hilfe im Rahmen des landwirtschaftlichen Teils des EGF-Interventionsbereichs, der aus Artikel 05 10 01 finanziert wird. Die für den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) bereitgestellten Mittel können auch zur Deckung der Ausgaben für Vorbereitung, Überwachung, Kontrolle, Audit und Bewertung verwendet werden, die für die Verwaltung des Programms und die Verwirklichung seiner Ziele erforderlich sind. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich insbesondere um Studien, Sitzungen von Sachverständigen, Informations- und Kommunikationsmaßnahmen, einschließlich der institutionellen Kommunikation über die politischen Prioritäten der Union, sofern diese mit den allgemeinen Zielen des EGF zusammenhängen. Die finanziellen Mittel für den EGF decken gegebenenfalls auch Ausgaben für Informatiknetze zur Verarbeitung und zum Austausch von Informationen sowie alle sonstigen Ausgaben für technische und verwaltungstechnische Hilfe, die die Kommission für die Verwaltung des Programms in Anspruch nimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1309/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014-2020) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1927/2005 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 855).

05 01 04 03 Unterstützungsausgaben für Heranführungsmaßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums (IPA)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 545 000 | p.m. | 58 400,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für

— Ausgaben für technische und administrative Unterstützungsleistungen, soweit diese keine hoheitlichen Aufgaben beinhalten, die von der Kommission im Rahmen von punktuellen Dienstleistungsverträgen zum gegenseitigen Nutzen der Empfänger und der Kommission vergeben werden;

— Ausgaben für externes Personal in den Delegationen (Vertragsbedienstete, örtliche Bedienstete oder abgeordnete nationale Sachverständige), das dort Tätigkeiten im Rahmen der Verlagerung der Programmverwaltung in die Delegationen der Union in Drittländern oder im Zuge der Rückübernahme der bislang von den Büros für technische Hilfe wahrgenommenen Aufgaben ausführt; dazu kommen die zusätzlichen Kosten für Logistik und Infrastruktur (Fortbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen, Informationstechnologie und Telekommunikation, Mieten), die unmittelbar durch die Anwesenheit des aus Mitteln dieses Postens besoldeten externen Personals in den Delegationen entstehen;

— Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Information und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Ziele des Instruments für Heranführungshilfe stehen.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“** *(Fortsetzung)*

***05 01 04*** *(Fortsetzung)*

05 01 04 03 *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben einzusetzenden Beträge werden unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung in der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung festgelegt und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Diese Mittel decken die Verwaltungsausgaben zu Lasten des Kapitels 05 05.

05 01 04 04 Unterstützungsausgaben für den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) — Nichtoperative technische Unterstützung

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 735 000 | 5 000 000 | 4 091 010,54 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der aus dem ELER finanzierten technischen Hilfe gemäß Artikel 66 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 und Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013. Die technische Hilfe umfasst Maßnahmen der Vorbereitung, der Begleitung, der verwaltungsmäßigen Unterstützung, der Bewertung und Kontrolle. In diesem Zusammenhang dienen die Mittel u. a. der Finanzierung von

— unterstützenden Leistungen (Repräsentationsvergütungen, Ausbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen, Übersetzungen),

— Ausgaben für externes Personal am Hauptsitz (Vertragsbedienstete, abgeordnete nationale Sachverständige, Bedienstete auf Zeit) bis zu 1 800 000 EUR sowie für Dienstreisen dieses Personals.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können bei Einnahmen unter Artikel 6 7 1 des Einnahmenplans zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 885/2006 der Kommission vom 21. Juni 2006 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates hinsichtlich der Zulassung der Zahlstellen und anderen Einrichtungen sowie des Rechnungsabschlusses für den EGFL und den ELER (ABl. L 171 vom 23.6.2006, S. 90).

Verordnung (EG) Nr. 485/2008 des Rates vom 26. Mai 2008 über die von den Mitgliedstaaten vorzunehmende Prüfung der Maßnahmen, die Bestandteil des Finanzierungssystems des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft sind (ABl. L 143 vom 3.6.2008, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“** *(Fortsetzung)*

***05 01 05 Unterstützungsausgaben für Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums“***

05 01 05 01 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 238 086 | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Dieser Ansatz betrifft Ausgaben für die in den Stellenplänen für die Durchführung von Forschungs- und Innovationsprogrammen (Horizont 2020) ausgewiesenen Beamten und Bediensteten auf Zeit, einschließlich der in EU-Delegationen entsandten Beamten und Bediensteten auf Zeit, die mit indirekten Maßnahmen der Programme in anderen Bereichen als dem Nuklearbereich betraut sind.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei den angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 05 09.

05 01 05 02 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 420 000 | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Dieser Ansatz betrifft Ausgaben für externes Personal, das im Rahmen der Durchführung von Forschungs- und Innovationsprogrammen (Horizont 2020) mit indirekten Maßnahmen der Programme in anderen Bereichen als dem Nuklearbereich betraut ist, einschließlich des in EU-Delegationen entsandten externen Personals.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei den angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 05 09.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“** *(Fortsetzung)*

***05 01 05*** *(Fortsetzung)*

05 01 05 03 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 713 154 | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel sind zur Deckung sonstiger Verwaltungsausgaben bestimmt, einschließlich sonstiger Verwaltungsausgaben des in EU-Delegationen entsandten Personals, die für die gesamte Verwaltung von Forschungs- und Innovationsprogrammen (Horizont 2020) im Rahmen indirekter Maßnahmen der Programme im nicht nuklearen Bereich anfallen.

Diese Mittel sind auch zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Ziele des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Haushaltspostens stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

Sie sind auch zur Deckung der Ausgaben für technische und/oder administrative Unterstützung bei der Ermittlung, Vorbereitung, Verwaltung, Weiterbehandlung, Überprüfung und Kontrolle des Programms oder der Vorhaben bestimmt, wie z. B. Konferenzen, Workshops, Seminare, Entwicklung und Pflege von IT-Systemen, Dienstreisen, Schulungen und Ausgaben für Repräsentationszwecke.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei den angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 05 09.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 05 02 | VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN | | | | | | | | |
| ***05 02 01*** | ***Getreide*** | | | | | | | | |
| 05 02 01 01 | Ausfuhrerstattungen bei Getreide | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 221 528,03 | 221 528,03 | — |
| 05 02 01 02 | Interventionen in Form der Einlagerung von Getreide | 2 | p.m. | p.m. | 100 000 | 100 000 | 1 574 540,27 | 1 574 540,27 | — |
| 05 02 01 99 | Sonstige Maßnahmen (Getreide) | 2 | p.m. | p.m. | 100 000 | 100 000 | 40 076 843,95 | 40 076 843,95 | — |
| | *Artikel 05 02 01 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | 200 000 | 200 000 | 41 872 912,25 | 41 872 912,25 | — |
| ***05 02 02*** | ***Reis*** | | | | | | | | |
| 05 02 02 01 | Ausfuhrerstattungen bei Reis | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 05 02 02 02 | Interventionen in Form der Einlagerung von Reis | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 05 02 02 99 | Sonstige Maßnahmen (Reis) | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| | *Artikel 05 02 02 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***05 02 03*** | ***Erstattung bei nicht unter Anhang I fallenden Erzeugnissen*** | 2 | 4 000 000 | 4 000 000 | 8 000 000 | 8 000 000 | 9 124 353,56 | 9 124 353,56 | 228,11 |
| ***05 02 04*** | ***Nahrungsmittelhilfeprogramme*** | | | | | | | | |
| 05 02 04 99 | Sonstige Maßnahmen (Nahrungsmittelhilfe) | 2 | p.m. | p.m. | 500 100 000 | 500 100 000 | 515 071 432,55 | 515 071 432,55 | — |
| | *Artikel 05 02 04 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | 500 100 000 | 500 100 000 | 515 071 432,55 | 515 071 432,55 | — |
| ***05 02 05*** | ***Zucker*** | | | | | | | | |
| 05 02 05 01 | Ausfuhrerstattungen bei Zucker und Isoglucose | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | – 4 521,61 | – 4 521,61 | — |
| 05 02 05 03 | Produktionserstattungen für die Verwendung von Zucker in der chemischen Industrie | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | – 29 013,96 | – 29 013,96 | — |
| 05 02 05 08 | Interventionen in Form der Einlagerung von Zucker | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 05 02 05 99 | Sonstige Maßnahmen (Zucker) | 2 | p.m. | p.m. | 100 000 | 100 000 | 109 497 084,52 | 109 497 084,52 | — |
| | *Artikel 05 02 05 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | 100 000 | 100 000 | 109 463 548,95 | 109 463 548,95 | — |
| ***05 02 06*** | ***Olivenöl*** | | | | | | | | |
| 05 02 06 03 | Interventionen in Form der Einlagerung von Oliven | 2 | p.m. | p.m. | 17 000 000 | 17 000 000 | 12 190 099,27 | 12 190 099,27 | — |
| 05 02 06 05 | Qualitätsverbesserungsmaßnahmen | 2 | 45 000 000 | 45 000 000 | 45 000 000 | 45 000 000 | 42 864 344,91 | 42 864 344,91 | 95,25 |
| 05 02 06 99 | Sonstige Maßnahmen (Olivenöl) | 2 | 300 000 | 300 000 | 100 000 | 100 000 | 294 147,86 | 294 147,86 | 98,05 |
| | *Artikel 05 02 06 — Subtotal* | | 45 300 000 | 45 300 000 | 62 100 000 | 62 100 000 | 55 348 592,04 | 55 348 592,04 | 122,18 |
| ***05 02 07*** | ***Textilpflanzen*** | | | | | | | | |
| 05 02 07 02 | Interventionen in Form von Einlagerung von Flachsfaser | 2 | p.m. | p.m. | | | | | — |

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | |
| 05 02 07 03 | Baumwolle — Nationale Umstrukturierungsprogramme | 2 | 6 100 000 | 6 100 000 | 10 000 000 | 10 000 000 | 10 117 244,19 | 10 117 244,19 | 165,86 |
| 05 02 07 99 | Sonstige Maßnahmen (Textil-pflanzen) | 2 | 100 000 | 100 000 | 10 000 000 | 10 000 000 | 15 043 775,21 | 15 043 775,21 | 15 043,78 |
| | *Artikel 05 02 07 — Subtotal* | | 6 200 000 | 6 200 000 | 20 000 000 | 20 000 000 | 25 161 019,40 | 25 161 019,40 | 405,82 |
| ***05 02 08*** | ***Obst und Gemüse*** | | | | | | | | |
| 05 02 08 03 | Betriebsfonds der Erzeugerorganisationen | 2 | 285 000 000 | 285 000 000 | 267 000 000 | 267 000 000 | 723 163 509,96 | 723 163 509,96 | 253,74 |
| 05 02 08 11 | Beihilfen, die vorläufig anerkannten Erzeugergruppierungen gewährt werden | 2 | 269 000 000 | 269 000 000 | 253 000 000 | 253 000 000 | 288 015 298,64 | 288 015 298,64 | 107,07 |
| 05 02 08 12 | Schulobstprogramm | 2 | 122 000 000 | 122 000 000 | 90 000 000 | 90 000 000 | 58 573 803,40 | 58 573 803,40 | 48,01 |
| 05 02 08 99 | Sonstige Maßnahmen (Obst und Gemüse) | 2 | 700 000 | 700 000 | 1 000 000 | 1 000 000 | 1 452 621,— | 1 452 621,— | 207,52 |
| | *Artikel 05 02 08 — Subtotal* | | 676 700 000 | 676 700 000 | 611 000 000 | 611 000 000 | 1 071 205 233,— | 1 071 205 233,— | 158,30 |
| ***05 02 09*** | ***Weinbauerzeugnisse*** | | | | | | | | |
| 05 02 09 08 | Nationale Stützungsmaßnahmen für den Weinsektor | 2 | 1 083 000 000 | 1 083 000 000 | 1 065 600 000 | 1 065 600 000 | 1 069 810 779,82 | 1 069 810 779,82 | 98,78 |
| 05 02 09 99 | Sonstige Maßnahmen (Weinbauerzeugnisse) | 2 | 2 000 000 | 2 000 000 | 6 000 000 | 6 000 000 | 2 239 159,65 | 2 239 159,65 | 111,96 |
| | *Artikel 05 02 09 — Subtotal* | | 1 085 000 000 | 1 085 000 000 | 1 071 600 000 | 1 071 600 000 | 1 072 049 939,47 | 1 072 049 939,47 | 98,81 |
| ***05 02 10*** | ***Absatzförderung*** | | | | | | | | |
| 05 02 10 01 | Fördermaßnahmen — Zahlungen der Mitgliedstaaten | 2 | 60 000 000 | 60 000 000 | 60 000 000 | 60 000 000 | 47 380 169,84 | 47 380 169,84 | 78,97 |
| 05 02 10 02 | Fördermaßnahmen — Direktzahlungen der Union | 2 | 1 500 000 | 1 350 000 | 1 040 000 | 1 126 798 | 1 326 312,74 | 656 422,25 | 48,62 |
| 05 02 10 99 | Sonstige Maßnahmen (Fördermaßnahmen) | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 6 581,10 | 6 581,10 | — |
| | *Artikel 05 02 10 — Subtotal* | | 61 500 000 | 61 350 000 | 61 040 000 | 61 126 798 | 48 713 063,68 | 48 043 173,19 | 78,31 |
| ***05 02 11*** | ***Sonstige pflanzliche Erzeugnisse/Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 05 02 11 03 | Hopfen — Beihilfen für Erzeugerorganisationen | 2 | 2 300 000 | 2 300 000 | 2 300 000 | 2 300 000 | 2 277 000,— | 2 277 000,— | 99,— |
| 05 02 11 04 | POSEI (ausgenommen Direktbeihilfen) | 2 | 238 000 000 | 238 000 000 | 230 000 000 | 230 000 000 | 227 654 016,32 | 227 654 016,32 | 95,65 |
| 05 02 11 99 | Sonstige Maßnahmen (sonstige pflanzliche Erzeugnisse/Maßnahmen) | 2 | 100 000 | 100 000 | 700 000 | 700 000 | 99 002 943,75 | 99 002 943,75 | 99 002,94 |
| | *Artikel 05 02 11 — Subtotal* | | 240 400 000 | 240 400 000 | 233 000 000 | 233 000 000 | 328 933 960,07 | 328 933 960,07 | 136,83 |
| ***05 02 12*** | ***Milch und Milcherzeugnisse*** | | | | | | | | |
| 05 02 12 01 | Erstattungen für Milch und Milcherzeugnisse | 2 | p.m. | p.m. | 100 000 | 100 000 | 172 524,05 | 172 524,05 | — |
| 05 02 12 02 | Interventionen in Form von Einlagerung von Magermilchpulver | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | – 10 211 676,97 | – 10 211 676,97 | — |
| 05 02 12 03 | Interventionen in Form von Beihilfen für den Verbrauch von Magermilch | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | |
| 05 02 12 04 | Interventionen in Form der Einlagerung von Butter und Rahm | 2 | 6 000 000 | 6 000 000 | 9 000 000 | 9 000 000 | 7 821 482,68 | 7 821 482,68 | 130,36 |
| 05 02 12 08 | Schulmilch | 2 | 75 000 000 | 75 000 000 | 74 000 000 | 74 000 000 | 69 185 489,17 | 69 185 489,17 | 92,25 |
| 05 02 12 99 | Sonstige Maßnahmen (Milch und Milcherzeugnisse) | 2 | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 42 439,— | 42 439,— | 42,44 |
| | *Artikel 05 02 12 — Subtotal* | | 81 100 000 | 81 100 000 | 83 200 000 | 83 200 000 | 67 010 257,93 | 67 010 257,93 | 82,63 |
| ***05 02 13*** | ***Rind- und Kalbfleisch*** | | | | | | | | |
| 05 02 13 01 | Erstattungen bei Rind- und Kalbfleisch | 2 | 1 000 000 | 1 000 000 | 5 000 000 | 5 000 000 | 31 489 889,26 | 31 489 889,26 | 3 148,99 |
| 05 02 13 02 | Interventionen in Form der Einlagerung von Rind- und Kalbfleisch | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 05 02 13 04 | Erstattungen für lebende Tiere | 2 | p.m. | p.m. | 2 000 000 | 2 000 000 | 5 702 980,61 | 5 702 980,61 | — |
| 05 02 13 99 | Sonstige Maßnahmen (Rind- und Kalbfleisch) | 2 | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 141 656,09 | 141 656,09 | 141,66 |
| | *Artikel 05 02 13 — Subtotal* | | 1 100 000 | 1 100 000 | 7 100 000 | 7 100 000 | 37 334 525,96 | 37 334 525,96 | 3 394,05 |
| ***05 02 14*** | ***Schaf- und Ziegenfleisch*** | | | | | | | | |
| 05 02 14 01 | Interventionen in Form von Einlagerung von Schaf- und Ziegenfleisch | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 05 02 14 99 | Sonstige Maßnahmen (Schaf- und Ziegenfleisch) | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| | *Artikel 05 02 14 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***05 02 15*** | ***Schweinefleisch, Eier und Geflügel, Bienenzucht und sonstige tierische Erzeugnisse*** | | | | | | | | |
| 05 02 15 01 | Erstattungen für Schweinefleisch | 2 | 100 000 | 100 000 | 5 000 000 | 5 000 000 | 18 623 270,14 | 18 623 270,14 | 18 623,27 |
| 05 02 15 02 | Interventionen in Form der Einlagerung von Schweinefleisch | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 5 818 074,23 | 5 818 074,23 | — |
| 05 02 15 04 | Erstattungen für Eier | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 1 818 924,46 | 1 818 924,46 | — |
| 05 02 15 05 | Erstattungen für Geflügel | 2 | 1 000 000 | 1 000 000 | 77 000 000 | 77 000 000 | 79 306 588,45 | 79 306 588,45 | 7 930,66 |
| 05 02 15 06 | Sonderbeihilfen für die Bienenzucht | 2 | 31 000 000 | 31 000 000 | 30 000 000 | 30 000 000 | 28 851 433,53 | 28 851 433,53 | 93,07 |
| 05 02 15 99 | Sonstige Maßnahmen (Schweinefleisch, Eier und Geflügel, Bienenzucht und sonstige tierische Erzeugnisse) | 2 | p.m. | p.m. | 2 000 000 | 2 000 000 | 3 010,48 | 3 010,48 | — |
| | *Artikel 05 02 15 — Subtotal* | | 32 100 000 | 32 100 000 | 114 000 000 | 114 000 000 | 134 421 301,29 | 134 421 301,29 | 418,76 |
| | **Kapitel 05 02 — Insgesamt** | | **2 233 400 000** | **2 233 250 000** | **2 771 440 000** | **2 771 526 798** | **3 515 710 140,15** | **3 515 040 249,66** | **157,40** |

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 21 und Artikel 174 Absatz 2 der Haushaltsordnung können bei Einnahmen unter Artikel 6 7 0 des Einnahmenplans für jede Haushaltslinie dieses Kapitels zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Bei der Veranschlagung des Haushaltsmittelbedarfs für dieses Kapitel wurde für den Artikel 05 02 08 bei dem Posten 05 02 08 03 ein Betrag von 464 000 000 EUR angesetzt, der vom Posten 6 7 0 1 des Einnahmenplans zugewiesen wird.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

Vorbehaltlich anders lautender Bestimmungen gelten die nachstehenden Rechtsgrundlagen für alle Artikel dieses Kapitels.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671).

Verordnung (EU) Nr. 1310/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit bestimmten Übergangsvorschriften betreffend die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die finanziellen Ressourcen und ihre Verteilung im Jahr 2014 sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates und der Verordnungen (EU) Nr. 1307/2013, (EU) Nr. 1306/2013 und (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich ihrer Anwendung im Jahr 2014 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 865).

## *05 02 01 Getreide*

### 05 02 01 01 Ausfuhrerstattungen bei Getreide

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 221 528,03 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausfuhrerstattungen für Getreide gemäß den Artikeln 162 bis 170 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 96 bis 204 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

### 05 02 01 02 Interventionen in Form der Einlagerung von Getreide

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 100 000 | 1 574 540,27 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der technischen, finanziellen und sonstigen Folgekosten (insbesondere der Wertberichtigung der Bestände) der Interventionsankäufe von Getreide gemäß den Artikeln 10 bis 13, 18, 25 und 27 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 8, 9, 11 bis 16 und 19 bis 21 der Verordnung Nr. 1308/2013 bis 15 und 18 bis 20 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKTINTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

***05 02 01*** *(Fortsetzung)*

05 02 01 99 Sonstige Maßnahmen (Getreide)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 100 000 | 40 076 843,95 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 05 02 01 03 und 05 02 01 99*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung von Restbeträgen sowie anderer Ausgaben aufgrund von Interventionsmaßnahmen für Getreide gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013, die nicht aus Mitteln der übrigen Posten des Artikels 05 02 01 finanziert werden.

Hierunter fallen insbesondere Ausgaben für außergewöhnliche Maßnahmen gemäß Artikel 219, Artikel 220 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 221 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1868/94 des Rates vom 27. Juli 1994 zur Einführung einer Kontingentierungsregelung für die Kartoffelstärkeerzeugung (ABl. L 197 vom 30.7.1994, S. 4).

***05 02 02 Reis***

05 02 02 01 Ausfuhrerstattungen bei Reis

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausfuhrerstattungen für Reis gemäß den Artikeln 162 bis 170 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 196 bis 204 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

05 02 02 02 Interventionen in Form der Einlagerung von Reis

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der technischen, finanziellen und sonstigen Folgekosten (insbesondere der Wertberichtigung der Bestände) der Interventionsankäufe von Reis gemäß den Artikeln 10 bis 13, 18, 25 und 27 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 8, 9, 11 bis 18 und 19 bis 21 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

***05 02 02*** *(Fortsetzung)*

05 02 02 99 Sonstige Maßnahmen (Reis)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben aufgrund sonstiger Interventionsmaßnahmen für Reis gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013, die nicht aus Mitteln der übrigen Posten des Artikels 05 02 02 finanziert werden.

Hierunter fallen insbesondere Ausgaben für außergewöhnliche Maßnahmen gemäß Artikel 219, Artikel 220 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 221 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 des Rates vom 21. Juni 1976 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis (ABl. L 166 vom 25.6.1976, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 738/93 des Rates vom 17. März 1993 zur Änderung der Übergangsvorschriften zu den gemeinsamen Marktorganisationen für Getreide und für Reis in Portugal gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3653/90 (ABl. L 77 vom 31.3.1993, S. 1).

***05 02 03 Erstattung bei nicht unter Anhang I fallenden Erzeugnissen***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 000 000 | 8 000 000 | 9 124 353,56 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Erstattungen für Getreide, das gemäß den Artikeln 13 bis 18 der Verordnung (EG) Nr. 1784/2003, den Artikeln 162 bis 170 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 196 bis 204 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 in Form von bestimmten alkoholischen Getränken ausgeführt wird, sowie der Erstattungen für Waren aus der Verarbeitung von Getreide und Reis, Zucker und Isoglucose, Magermilch, Butter und Eiern gemäß der Verordnung (EG) Nr. 3448/93.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 3448/93 des Rates vom 6. Dezember 1993 über die Handelsregelung für bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren (ABl. L 318 vom 20.12.1993, S. 18).

Verordnung (EG) Nr. 1216/2009 des Rates vom 30. November 2009 über die Handelsregelung für bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren (ABl. L 328 vom 15.12.2009, S. 10).

KOMMISSION
*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKTINTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

### *05 02 04 Nahrungsmittelhilfeprogramme*

05 02 04 99 Sonstige Maßnahmen (Nahrungsmittelhilfe)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 500 100 000 | 515 071 432,55 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 05 02 04 01 und 05 02 04 99*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung von Restausgaben im Zusammenhang mit der Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 3730/87, der Verordnung (EG) Nr. 2802/98 und des Artikels 27 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 für die Lieferung von Nahrungsmitteln aus Interventionsbeständen und von auf dem Unionsmarkt zur Verfügung gestellten Erzeugnissen an bestimmte Einrichtungen zur Verteilung an Bedürftige in der Europäischen Union sowie sonstiger Restausgaben im Zusammenhang mit der Anwendung der Regelung.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 3730/87 des Rates vom 10. Dezember 1987 zur Einführung der Grundregeln für die Lieferung von Nahrungsmitteln aus Interventionsbeständen an bestimmte Einrichtungen zur Verteilung an stark benachteiligte Personen in der Gemeinschaft (ABl. L 352 vom 15.12.1987, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2802/98 des Rates vom 17. Dezember 1998 über eine Aktion zur Versorgung der Russischen Föderation mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. L 349 vom 24.12.1998, S. 12).

Verordnung (EU) Nr. 121/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Abgabe von Nahrungsmitteln an stark benachteiligte Personen in der Europäischen Union (ABl. L 44 vom 16.2.2012, S. 1).

### *05 02 05 Zucker*

05 02 05 01 Ausfuhrerstattungen bei Zucker und Isoglucose

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | – 4 521,61 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Ausfuhrerstattungen für Zucker und Isoglucose gemäß den Artikeln 162 bis 170 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 196 bis 204 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 sowie zur Deckung der Restzahlungen gemäß Artikel 27 der Verordnung (EG) Nr. 1260/2001, einschließlich derjenigen für bestimmten Verarbeitungserzeugnissen aus Obst und Gemüse zugesetzten Zucker gemäß den Artikeln 16 und 18 der Verordnung (EG) Nr. 2201/96.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 2201/96 des Rates vom 28. Oktober 1996 über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse (ABl. L 297 vom 21.11.1996, S. 29).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKTINTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

***05 02 05*** *(Fortsetzung)*

05 02 05 03 Produktionserstattungen für die Verwendung von Zucker in der chemischen Industrie

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | – 29 013,96 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Produktionserstattungen für Industriezucker gemäß Artikel 97 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und der restlichen Ausgaben für die Verwendung von Zucker in der chemischen Industrie gemäß Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1260/2001.

05 02 05 08 Interventionen in Form der Einlagerung von Zucker

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Beihilfe für die private Lagerhaltung von Zucker gemäß den Artikeln 31 und 32 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 8, 9 und 17 bis 20 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

05 02 05 99 Sonstige Maßnahmen (Zucker)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 100 000 | 109 497 084,52 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung anderer Ausgaben für Zucker gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 sowie aller zu finanzierenden Restbeträge, die sich aus der Anwendung der Verordnungen (EG) Nr. 1260/2001 und (EG) Nr. 318/2006 ergeben und nicht aus Mitteln der übrigen Posten des Artikels 05 02 05 finanziert werden. Diese Restbeträge umfassen insbesondere etwaige restliche Ausgaben für Maßnahmen zur Förderung des Absatzes von in den französischen überseeischen Departements erzeugtem Rohzucker gemäß Artikel 7 Absatz 4 Unterabsatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1260/2001 und für die Anpassungsbeihilfe für die Raffinerieindustrie gemäß Artikel 7 Absatz 4 Unterabsatz 2, Artikel 33 Absatz 2 und Artikel 38 der Verordnung (EG) Nr. 1260/2001.

Hierunter fallen insbesondere Ausgaben für außergewöhnliche Maßnahmen gemäß Artikel 219, Artikel 220 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 221 der Verordnung (EU) 1308/2013.

***05 02 06 Olivenöl***

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette (ABl. 172 vom 30.9.1966, S. 3025/66).

Verordnung (EG) Nr. 865/2004 des Rates vom 29. April 2004 über die gemeinsame Marktorganisation für Olivenöl und Tafeloliven (ABl. L 161 vom 30.4.2004, S. 97).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

***05 02 06*** *(Fortsetzung)*

05 02 06 03 Interventionen in Form der Einlagerung von Oliven

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 17 000 000 | 12 190 099,27 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung von Ausgaben gemäß den Artikeln 31 und 33 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und Ausgaben zur Deckung der Beihilfe für die private Lagerhaltung gemäß den Artikeln 8, 9 und 17 bis 20 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

Sie dienen zur Deckung der Restbeträge, die sich aus der Anwendung des Artikels 20d Absatz 3 der Verordnung Nr. 136/66/EWG (Lagerverträge) und des Artikels 6 der Verordnung (EG) Nr. 865/2004 (Marktstörung) ergeben.

05 02 06 05 Qualitätsverbesserungsmaßnahmen

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 45 000 000 | 45 000 000 | 42 864 344,91 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung von Ausgaben zur Finanzierung der Beihilfen für Marktteilnehmerorganisationen gemäß Artikel 103 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 29 bis 31 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

Sie dienen auch der Deckung restlicher Ausgaben für Maßnahmen gemäß Artikel 5 der Verordnung Nr. 136/66/EWG (Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Olivenölerzeugung) sowie restlicher Ausgaben für Maßnahmen gemäß Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 865/2004.

05 02 06 99 Sonstige Maßnahmen (Olivenöl)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 300 000 | 100 000 | 294 147,86 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung anderer Ausgaben für Olivenöl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 sowie aller zu finanzierenden Restbeträge, die sich aus der Anwendung der Verordnung Nr. 136/66/EWG und der Verordnung (EG) Nr. 865/2004 ergeben und nicht aus Mitteln der übrigen Posten des Artikels 05 02 06 finanziert werden. Diese Restbeträge umfassen insbesondere etwaige restliche Ausgaben für Beihilfen für den Olivenölverbrauch in der EU (gemäß Artikel 11 Absatz 1 der Verordnung Nr. 136/66/EWG), die technischen Kosten, die Finanzkosten und sonstige im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung anfallende Kosten (gemäß den Artikeln 12 und 13 der Verordnung Nr. 136/66/EWG), Ausfuhrerstattungen für Olivenöl (gemäß Artikel 20 der Verordnung Nr. 136/66/EWG) und die Gewährung einer Erzeugungserstattung für Olivenöl, das zur Herstellung von Fisch- und Gemüsekonserven verwendet wird (gemäß Artikel 20a der Verordnung Nr. 136/66/EWG).

Hierunter fallen insbesondere Ausgaben für außergewöhnliche Maßnahmen gemäß Artikel 219, Artikel 220 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 221 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

## *05 02 07 Textilpflanzen*

05 02 07 02 Interventionen in Form von Einlagerung von Flachsfaser

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Beihilfe für die private Lagerhaltung von Flachsfaser gemäß den Artikeln 8, 9 und 17 bis 20 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

05 02 07 03 Baumwolle — Nationale Umstrukturierungsprogramme

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 100 000 | 10 000 000 | 10 117 244,19 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben gemäß Kapitel 2 der Verordnung (EG) Nr. 637/2008.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 637/2008 des Rates vom 23. Juni 2008 zur Einführung nationaler Umstrukturierungsprogramme für den Baumwollsektor (ABl. L 178 vom 5.7.2008, S. 1).

05 02 07 99 Sonstige Maßnahmen (Textilpflanzen)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 100 000 | 10 000 000 | 15 043 775,21 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 05 02 07 01 und 05 02 07 99*

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der restlichen Kosten der Beihilfe für die Erzeugung von Baumwolle (weder gekrempelt noch gekämmt) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1051/2001 sowie sonstiger Ausgaben für Textilpflanzen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013, die nicht aus den Mitteln der übrigen Posten des Artikels 05 02 07 gedeckt werden.

Die Mittel decken auch die Restzahlungen für die Beihilfe für die Verarbeitung von langen und kurzen Flachsfasern und Hanffasern gemäß Artikel 2 Absatz 3 Buchstaben a und b der Verordnung (EG) Nr. 1673/2000 und den Artikeln 91 bis 95 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007, Restzahlungen für die Erzeugungsbeihilfen für Faserflachs und Hanf gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1308/70, abzüglich der gemäß Artikel 2 der genannten Verordnung einbehaltenen Beträge, sowie der etwaigen Restzahlungen für sonstige Maßnahmen, die im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1308/70 finanziert werden.

Hierunter fallen insbesondere Ausgaben für außergewöhnliche Maßnahmen gemäß Artikel 219, Artikel 220 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 221 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

***05 02 07*** *(Fortsetzung)*

05 02 07 99 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 1308/70 des Rates vom 29. Juni 1970 über die gemeinsame Marktorganisation für Flachs und Hanf (ABl. L 146 vom 4.7.1970, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1673/2000 des Rates vom 27. Juli 2000 über die gemeinsame Marktorganisation für Faserflachs und -hanf (ABl. L 193 vom 29.7.2000, S. 16).

Verordnung (EG) Nr. 1050/2001 des Rates vom 22. Mai 2001 zur sechsten Anpassung der mit dem Protokoll Nr. 4 im Anhang zur Akte über den Beitritt Griechenlands eingeführten Beihilferegelung für Baumwolle (ABl. L 148 vom 1.6.2001, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1051/2001 des Rates vom 22. Mai 2001 über die Erzeugerbeihilfe für Baumwolle (ABl. L 148 vom 1.6.2001, S. 3).

***05 02 08*** ***Obst und Gemüse***

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 2200/96 des Rates vom 28. Oktober 1996 über die gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse (ABl. L 297 vom 21.11.1996, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2201/96 des Rates vom 28. Oktober 1996 über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse (ABl. L 297 vom 21.11.1996, S. 29).

Verordnung (EG) Nr. 2202/96 des Rates vom 28. Oktober 1996 zur Einführung einer Beihilferegelung für Erzeuger bestimmter Zitrusfrüchte (ABl. L 297 vom 21.11.1996, S. 49).

Verordnung (EG) Nr. 1182/2007 des Rates vom 26. September 2007 mit besonderen Vorschriften für den Obst- und Gemüsesektor (ABl. L 273 vom 17.10.2007, S. 1).

05 02 08 03 Betriebsfonds der Erzeugerorganisationen

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 285 000 000 | 267 000 000 | 723 163 509,96 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung des EU-Anteils an der Finanzierung der Ausgaben im Zusammenhang mit den Betriebsfonds der Erzeugerorganisationen gemäß Teil II Titel I Kapitel IV Abschnitt IVa Unterabschnitt II der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 32 bis 38 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 sowie zur Deckung etwaiger Restausgaben gemäß Artikel 15 der Verordnung (EG) Nr. 2200/96 und Titel III Kapitel II der Verordnung (EG) Nr. 1182/2007.

05 02 08 11 Beihilfen, die vorläufig anerkannten Erzeugergruppierungen gewährt werden

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 269 000 000 | 253 000 000 | 288 015 298,64 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben aufgrund von Beihilfen für vorläufig anerkannte Erzeugergruppierungen gemäß Titel III Kapitel I der Verordnung (EG) Nr. 1182/2007 und gemäß Teil II Titel I Kapitel IV Abschnitt IVa Unterabschnitt I der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKTINTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

***05 02 08*** *(Fortsetzung)*

05 02 08 12 Schulobstprogramm

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 122 000 000 | 90 000 000 | 58 573 803,40 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für den EU-Beitrag zum Schulobstprogramm gemäß Teil II Titel I Kapitel IV Abschnitt IVa Unterabschnitt IIa der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 23 bis 25 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

05 02 08 99 Sonstige Maßnahmen (Obst und Gemüse)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 700 000 | 1 000 000 | 1 452 621,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 05 02 08 01, 05 02 08 09 und 05 02 08 99*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung sonstiger, nicht durch Mittel der übrigen Posten des Artikels 05 02 08 gedeckter Ausgaben für Obst und Gemüse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 sowie zur Deckung etwaiger Restausgaben für Maßnahmen gemäß den Verordnungen (EG) Nr. 399/94, (EG) Nr. 2200/96, (EG) Nr. 2201/96, (EG) Nr. 2202/96 und (EG) Nr. 1782/2003, die nicht durch Mittel der übrigen Posten des Artikels 05 02 08 finanziert werden.

Hierunter fallen insbesondere Ausgaben für außergewöhnliche Maßnahmen gemäß Artikel 219, Artikel 220 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 221 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 399/94 des Rates vom 21 Februar 1994 mit Sondermaßnahmen für getrocknete Weintrauben (ABl. L 54 vom 25.2.1994, S. 3).

Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 des Rates vom 29. September 2003 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 2019/93, (EG) Nr. 1452/2001, (EG) Nr. 1453/2001, (EG) Nr. 1454/2001, (EG) Nr. 1868/94, (EG) Nr. 1251/1999, (EG) Nr. 1254/1999, (EG) Nr. 1673/2000, (EWG) Nr. 2358/71 und (EG) Nr. 2529/2001 (ABl. L 270 vom 21.10.2003, S. 1).

***05 02 09 Weinbauerzeugnisse***

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. L 84 vom 27.3.1987, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. L 179 vom 14.7.1999, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 479/2008 des Rates vom 29. April 2008 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. L 148 vom 6.6.2008, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKTINTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

***05 02 09*** *(Fortsetzung)*

05 02 09 08 Nationale Stützungsmaßnahmen für den Weinsektor

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 083 000 000 | 1 065 600 000 | 1 069 810 779,82 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Stützungsprogramme für den Weinsektor gemäß Teil II Titel I Kapitel IV Abschnitt IVb Unterabschnitte I und II der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 39 bis 54 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

05 02 09 99 Sonstige Maßnahmen (Weinbauerzeugnisse)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 000 000 | 6 000 000 | 2 239 159,65 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 05 02 09 04, 05 02 09 09 und 05 02 09 99*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung etwaiger Restbeträge, die sich aus der Anwendung der Verordnungen (EG) Nr. 479/2008, (EWG) Nr. 822/87 und (EG) Nr. 1493/1999 ergeben und nicht aus Mitteln der übrigen Posten des Artikels 05 02 09 finanziert werden. Die Mittel dienen auch zur Deckung der Restausgaben für die Rodungsregelung gemäß Teil II Titel I Kapitel III Abschnitt IVa Unterabschnitt III der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007.

Hierunter fallen insbesondere Ausgaben für außergewöhnliche Maßnahmen gemäß Artikel 219, Artikel 220 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 221 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

***05 02 10 Absatzförderung***

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 2702/1999 des Rates vom 14. Dezember 1999 über Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse in Drittländern (ABl. L 327 vom 21.12.1999, S. 7).

Verordnung (EG) Nr. 2826/2000 des Rates vom 19. Dezember 2000 über Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt (ABl. L 328 vom 23.12.2000, S. 2).

Verordnung (EG) Nr. 3/2008 des Rates vom 17. Dezember 2007 über Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern (ABl. L 3 vom 5.1.2008, S. 1).

05 02 10 01 Fördermaßnahmen — Zahlungen der Mitgliedstaaten

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 60 000 000 | 60 000 000 | 47 380 169,84 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Kofinanzierung der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Förderprogramme für landwirtschaftliche Erzeugnisse, ihre Produktionsverfahren und für Lebensmittel.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKTINTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

***05 02 10*** *(Fortsetzung)*

05 02 10 02 Fördermaßnahmen — Direktzahlungen der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 500 000 | 1 350 000 | 1 040 000 | 1 126 798 | 1 326 312,74 | 656 422,25 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung von direkt von der Kommission verwalteten Fördermaßnahmen sowie der erforderlichen technischen Hilfe zur Durchführung der Förderprogramme. Die technische Hilfe umfasst Maßnahmen zur Vorbereitung, Begleitung, Evaluierung, Kontrolle und Leitung der Durchführung der Programme.

05 02 10 99 Sonstige Maßnahmen (Fördermaßnahmen)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 6 581,10 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung anderer Maßnahmen im Rahmen von Verordnungen über Förderinterventionen, die nicht aus Mitteln der übrigen Posten des Artikels 05 02 10 finanziert werden.

***05 02 11 Sonstige pflanzliche Erzeugnisse/Maßnahmen***

05 02 11 03 Hopfen — Beihilfen für Erzeugerorganisationen

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 300 000 | 2 300 000 | 2 277 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Finanzierung der Beihilfen an Erzeugerorganisationen im Hopfensektor gemäß Artikel 102a der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und Titel I Kapitel II der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

05 02 11 04 POSEI (ausgenommen Direktbeihilfen)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 238 000 000 | 230 000 000 | 227 654 016,32 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung

— der Ausgaben im Rahmen der Verordnungen (EU) Nr. 228/2013 und (EU) Nr. 229/2013 sowie etwaiger Restausgaben infolge der Anwendung der Regelungen „POSEI“ und Inseln des Ägäischen Meeres gemäß den Verordnungen (EG) Nr. 247/2006 und (EG) Nr. 1405/2006,

— der Subventionen für die Lieferung von Reis der EU in das französische überseeische Departement La Réunion gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1785/2003.

KOMMISSION
*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKTINTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

***05 02 11*** *(Fortsetzung)*

05 02 11 04 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1785/2003 des Rates vom 29. September 2003 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis (ABl. L 270 vom 21.10.2003, S. 96).

Verordnung (EG) Nr. 247/2006 des Rates vom 30. Januar 2006 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der Regionen in äußerster Randlage der Union (ABl. L 42 vom 14.2.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1405/2006 des Rates vom 18. September 2006 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der kleineren Inseln des Ägäischen Meeres (ABl. L 265 vom 26.9.2006, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 228/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2013 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der Regionen in äußerster Randlage der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 247/2006 des Rates (ABl. L 78 vom 20.3.2013, S. 23).

Verordnung (EU) Nr. 229/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2013 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der kleineren Inseln des Ägäischen Meeres und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1405/2006 des Rates (ABl. L 78 vom 20.3.2013, S. 41).

05 02 11 99 Sonstige Maßnahmen (sonstige pflanzliche Erzeugnisse/Maßnahmen)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 100 000 | 700 000 | 99 002 943,75 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 05 02 11 01, 05 02 11 05 und 05 02 11 99*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung anderer Ausgaben für sonstige pflanzliche Erzeugnisse/Maßnahmen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 sowie zur Deckung sonstiger Restbeträge, die sich aus der Anwendung der Verordnungen (EWG) Nr. 2075/92, (EG) Nr. 603/95 und (EG) Nr. 1786/2003 ergeben und nicht aus Mitteln der übrigen Posten des Artikels 05 02 11 finanziert werden. Die Mittel dienen auch zur Deckung etwaiger Restausgaben für die Produktionsbeihilfe für Trockenfutter gemäß Artikel 87 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und etwaiger Restausgaben gemäß Artikel 104 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007.

Hierunter fallen insbesondere Ausgaben für außergewöhnliche Maßnahmen gemäß Artikel 219, Artikel 220 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 221 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 2075/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Rohtabak (ABl. L 215 vom 30.7.1992, S. 70).

Verordnung (EG) Nr. 603/95 des Rates vom 21. Februar 1995 über die gemeinsame Marktorganisation für Trockenfutter (ABl. L 63 vom 21.3.1995, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1786/2003 des Rates vom 29. September 2003 über die gemeinsame Marktorganisation für Trockenfutter (ABl. L 270 vom 21.10.2003, S. 114).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

***05 02 12 Milch und Milcherzeugnisse***

05 02 12 01 Erstattungen für Milch und Milcherzeugnisse

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 100 000 | 172 524,05 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausfuhrerstattungen für Milch und Milcherzeugnisse gemäß den Artikeln 162 bis 170 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 196 bis 204 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

05 02 12 02 Interventionen in Form von Einlagerung von Magermilchpulver

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | – 10 211 676,97 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der technischen, finanziellen und sonstigen Folgekosten (insbesondere der Wertberichtigung der Bestände) der Interventionsankäufe von Magermilchpulver gemäß den Artikeln 10 bis 13, 18, 25 und 27 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 8, 9, 11 bis 16 und 19 bis 21 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

Die Mittel dienen auch zur Deckung der Beihilfe für die private Lagerhaltung von Magermilchpulver gemäß den Artikeln 8, 9 und 16 bis 19 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013

05 02 12 03 Interventionen in Form von Beihilfen für den Verbrauch von Magermilch

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für

— Beihilfen für teilentrahmtes Milchpulver zur Verfütterung gemäß Artikel 99 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007,

— Beihilfen für Magermilch für die Kaseinherstellung gemäß Artikel 100 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007.

05 02 12 04 Interventionen in Form der Einlagerung von Butter und Rahm

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 000 000 | 9 000 000 | 7 821 482,68 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Beihilfe für die private Lagerhaltung gemäß den Artikeln 28 und 29 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 8, 9 und 17 bis 20 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

Die Mittel dienen auch zur Deckung der technischen, finanziellen und sonstigen Folgekosten (insbesondere der Wertberichtigung der Bestände) der Interventionsankäufe von Butter und Rahm gemäß den Artikeln 10 bis 13, 18, 25 und 27 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 8, 9, 11 bis 16 und 19 bis 21 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

***05 02 12*** *(Fortsetzung)*

05 02 12 08 Schulmilch

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 75 000 000 | 74 000 000 | 69 185 489,17 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die EU-Beihilfe für die Abgabe bestimmter Milcherzeugnisse an Schüler in Schulen gemäß Artikel 102 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 26 bis 28 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

05 02 12 99 Sonstige Maßnahmen (Milch und Milcherzeugnisse)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 100 000 | 100 000 | 42 439,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung anderer Ausgaben für Maßnahmen im Milchsektor gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013, die nicht aus Mitteln der übrigen Posten des Artikels 05 02 12 finanziert werden.

Diese Mittel sind auch zur Deckung der Ausgaben für Entschädigungen bestimmt, die an bestimmte Erzeuger von Milch oder Milcherzeugnissen, die so genannten „SLOM"-Erzeuger (Zusatzabgabe für Milch), gezahlt werden.

Hierunter fallen insbesondere Ausgaben für außergewöhnliche Maßnahmen gemäß den Artikeln 219, Artikel 220 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 221 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 2330/98 des Rates vom 22. Oktober 1998 über das Angebot einer Entschädigung an bestimmte Erzeuger von Milch oder Milcherzeugnissen, die vorübergehend in der Ausübung ihrer Tätigkeit beschränkt waren (ABl. L 291 vom 30.10.1998, S. 4).

Verordnung (EU) Nr. 1233/2009 der Kommission vom 15. Dezember 2009 über eine besondere Marktstützungsmaßnahme im Milchsektor (ABl. L 330 vom 16.12.2009, S. 70).

***05 02 13 Rind- und Kalbfleisch***

05 02 13 01 Erstattungen bei Rind- und Kalbfleisch

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 000 000 | 5 000 000 | 31 489 889,26 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Ausfuhrerstattungen für Rind- und Kalbfleisch gemäß den Artikeln 162 bis 170 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 196 bis 204 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

***05 02 13*** *(Fortsetzung)*

05 02 13 02 Interventionen in Form der Einlagerung von Rind- und Kalbfleisch

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Beihilfe für die private Lagerhaltung von Rind- und Kalbfleisch gemäß den Artikeln 31 und 34 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 8, 9 und 17 bis 20 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

Die Mittel dienen auch zur Deckung der technischen, finanziellen und sonstigen Folgekosten (insbesondere der Wertberichtigung der Bestände) der Interventionsankäufe von Rind- und Kalbfleisch gemäß den Artikeln 10 bis 12, 18, 25 und 27 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 8 bis 16 und 19 bis 21 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

05 02 13 04 Erstattungen für lebende Tiere

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 2 000 000 | 5 702 980,61 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Ausfuhrerstattungen für lebende Tiere gemäß den Artikeln 162 bis 170 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 196 bis 204 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

05 02 13 99 Sonstige Maßnahmen (Rind- und Kalbfleisch)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 100 000 | 100 000 | 141 656,09 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 05 02 13 03 und 05 02 13 99*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung anderer Ausgaben für Maßnahmen im Rindfleischsektor gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 sowie aller zu finanzierenden Restbeträge, die sich aus der Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999 ergeben und nicht aus Mitteln der übrigen Posten des Artikels 05 02 13 finanziert werden.

Die Mittel dienen auch zur Finanzierung etwaiger Restzahlungen im Zusammenhang mit dem Beitrag der Europäischen Union zu den Ausgaben für die freiwillige Schlachtung (vor dem 23. Januar 2006) von über 30 Monate alten Rindern sowie für die Schlachtung (nach dem 23. Januar 2006) von vor dem 1. August 1996 geborenen Rindern in Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 716/96 der Kommission vom 19. April 1996 zur Festlegung außergewöhnlicher Stützungsmaßnahmen für den Rindfleischmarkt im Vereinigten Königreich (ABl. L 99 vom 20.4.1996, S. 14).

Hierunter fallen insbesondere Ausgaben für außergewöhnliche Maßnahmen gemäß den Artikeln Artikel 219, Artikel 220 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 221 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1254/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 21).

KOMMISSION
*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

### *05 02 14 Schaf- und Ziegenfleisch*

05 02 14 01 Interventionen in Form von Einlagerung von Schaf- und Ziegenfleisch

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die private Lagerhaltung von Schaf- und Ziegenfleisch gemäß den Artikeln 31 und 38 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 8, 9 und 17 bis 20 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

05 02 14 99 Sonstige Maßnahmen (Schaf- und Ziegenfleisch)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung anderer Ausgaben für Maßnahmen im Sektor Schaffleisch- und Ziegenfleisch gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013. sowie aller zu finanzierenden Restbeträge, die sich aus der Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 2529/2001 ergeben und nicht aus Mitteln der übrigen Posten des Artikels 05 02 14 finanziert werden.

Hierunter fallen insbesondere Ausgaben für außergewöhnliche Maßnahmen gemäß den Artikeln Artikel 219, Artikel 220 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 221 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

### *05 02 15 Schweinefleisch, Eier und Geflügel, Bienenzucht und sonstige tierische Erzeugnisse*

05 02 15 01 Erstattungen für Schweinefleisch

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 100 000 | 5 000 000 | 18 623 270,14 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Ausfuhrerstattungen für Schweinefleisch gemäß den Artikeln 162 bis 170 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 196 bis 204 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

***05 02 15*** *(Fortsetzung)*

05 02 15 02 Interventionen in Form der Einlagerung von Schweinefleisch

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 5 818 074,23 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Kosten für die private Lagerhaltung von Schweinefleisch gemäß den Artikeln 31 und 37 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 8, 9 und 17 bis 20 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

05 02 15 04 Erstattungen für Eier

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 1 818 924,46 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Ausfuhrerstattungen für Eier gemäß den Artikeln 162 bis 170 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 196 bis 204 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

05 02 15 05 Erstattungen für Geflügel

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 000 000 | 77 000 000 | 79 306 588,45 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Ausfuhrerstattungen für Geflügelfleisch gemäß den Artikeln 162 bis 170 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und den Artikeln 196 bis 204 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

05 02 15 06 Sonderbeihilfen für die Bienenzucht

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 31 000 000 | 30 000 000 | 28 851 433,53 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Unterstützung des Bienenzuchtsektors mit spezifischen Maßnahmen, um Einkommensverluste auszugleichen und die Information des Verbrauchers, die Markttransparenz sowie die Qualitätskontrolle gemäß den Artikeln 105 bis 110 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 zu verbessern, sowie von Maßnahmen gemäß den Artikeln 55 bis 57 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

***05 02 15*** *(Fortsetzung)*

05 02 15 99 Sonstige Maßnahmen (Schweinefleisch, Eier und Geflügel, Bienenzucht und sonstige tierische Erzeugnisse)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 2 000 000 | 3 010,48 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 05 02 15 03, 05 02 15 07 und 05 02 15 99*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung anderer Ausgaben für Maßnahmen in den Sektoren Schweinefleisch, Eier und Geflügel, Bienenzucht und sonstige tierische Erzeugnisse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013, die nicht aus Mitteln der übrigen Posten des Artikels 05 02 15 finanziert werden.

Hierunter fallen insbesondere Ausgaben für außergewöhnliche Maßnahmen gemäß den Artikeln Artikel 219, Artikel 220 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 221 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 797/2004 des Rates vom 26. April 2004 über Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse (ABl. L 125 vom 28.4.2004, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 03 — DIREKTBEIHILFEN ALS BEITRAG ZUM EINKOMMEN DER LANDWIRTE, ZUR BEGRENZUNG VON EINKOMMENSSCHWANKUNGEN UND ZUR VERWIRKLICHUNG VON UMWELT- UND KLIMAZIELEN**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 05 03 | DIREKTBEIHILFEN ALS BEITRAG ZUM EINKOMMEN DER LANDWIRTE, ZUR BEGRENZUNG VON EINKOMMENSSCHWANKUNGEN UND ZUR VERWIRKLICHUNG VON UMWELT- UND KLIMAZIELEN | | | | | |
| ***05 03 01*** | ***Entkoppelte Direktbeihilfen*** | | | | | |
| 05 03 01 01 | Einheitliche Betriebsprämien | 2 | 30 083 000 000 | 30 635 000 000 | 31 080 528 585,40 | 103,32 |
| 05 03 01 02 | Einheitliche Flächenzahlungen | 2 | 7 382 000 000 | 6 665 000 000 | 5 915 681 886,30 | 80,14 |
| 05 03 01 03 | Gesonderte Zahlung für Zucker | 2 | 277 000 000 | 282 000 000 | 281 153 377,85 | 101,50 |
| 05 03 01 04 | Gesonderte Zahlung für Obst und Gemüse | 2 | 12 000 000 | 13 000 000 | 12 331 564,75 | 102,76 |
| 05 03 01 05 | Besondere Stützung (Artikel 68) — Entkoppelte Direktbeihilfen | 2 | 487 000 000 | 469 000 000 | 376 754 993,89 | 77,36 |
| 05 03 01 06 | Gesonderte Zahlung für Beerenfrüchte | 2 | 11 000 000 | 12 000 000 | | — |
| 05 03 01 99 | Sonstiges (entkoppelte Direktbeihilfen) | 2 | p.m. | p.m. | – 985 393,40 | — |
| | *Artikel 05 03 01 — Subtotal* | | 38 252 000 000 | 38 076 000 000 | 37 665 465 014,79 | 98,47 |
| ***05 03 02*** | ***Andere Direktbeihilfen*** | | | | | |
| 05 03 02 06 | Prämien für die Mutterkuhhaltung | 2 | 902 000 000 | 922 000 000 | 933 970 914,61 | 103,54 |
| 05 03 02 07 | Zusätzliche Prämien für die Mutterkuhhaltung | 2 | 49 000 000 | 51 000 000 | 49 787 898,78 | 101,61 |
| 05 03 02 13 | Schaf- und Ziegenprämien | 2 | 23 000 000 | 22 000 000 | 22 339 531,32 | 97,13 |
| 05 03 02 14 | Zusätzliche Schaf- und Ziegenprämien | 2 | 7 000 000 | 7 000 000 | 6 823 711,33 | 97,48 |
| 05 03 02 28 | Beihilfen für Seidenraupen | 2 | 500 000 | 500 000 | 355 980,51 | 71,20 |
| 05 03 02 36 | Zahlungen für besondere Formen der landwirtschaftlichen Tätigkeit und Qualitätsproduktion | 2 | 2 000 000 | 4 000 000 | 113 883 128,40 | 5 694,16 |
| 05 03 02 39 | Zusätzliche Zahlungen für Zuckerrüben- und Zuckerrohrerzeuger | 2 | 21 000 000 | 21 000 000 | 23 007 418,86 | 109,56 |
| 05 03 02 40 | Flächenbeihilfen für Baumwolle | 2 | 239 000 000 | 240 000 000 | 245 811 754,46 | 102,85 |
| 05 03 02 42 | Übergangszahlung für Obst und Gemüse — Andere Erzeugnisse als Tomaten | 2 | 3 000 000 | 34 000 000 | 34 727 616,16 | 1 157,59 |
| 05 03 02 44 | Besondere Stützung (Artikel 68) — Gekoppelte Direktbeihilfen | 2 | 1 089 000 000 | 1 101 000 000 | 785 514 107,12 | 72,13 |
| 05 03 02 50 | POSEI — Förderprogramme der Europäischen Union | 2 | 407 000 000 | 417 000 000 | 411 085 341,63 | 101,— |
| 05 03 02 52 | POSEI — Inseln des Ägäischen Meeres | 2 | 18 000 000 | 18 000 000 | 17 898 229,60 | 99,43 |

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 03 — DIREKTBEIHILFEN ALS BEITRAG ZUM EINKOMMEN DER LANDWIRTE, ZUR BEGRENZUNG VON EINKOMMENSSCHWANKUNGEN UND ZUR VERWIRKLICHUNG VON UMWELT- UND KLIMAZIELEN** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 05 03 02 99 | Sonstiges (Direktbeihilfen) | 2 | 9 675 640 | 17 400 000 | 568 721 151,37 | 5 877,87 |
| | *Artikel 05 03 02 — Subtotal* | | 2 770 175 640 | 2 854 900 000 | 3 213 926 784,15 | 116,02 |
| ***05 03 03*** | ***Zusätzliche Unterstützungsbeträge*** | 2 | 600 000 | 1 000 000 | 638 401,56 | 106,40 |
| ***05 03 10*** | ***Reserve für Krisen im Agrarsektor*** | 2 | 424 500 000 | | | — |
| | **Kapitel 05 03 — Insgesamt** | | **41 447 275 640** | **40 931 900 000** | **40 880 030 200,50** | **98,63** |

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 21 und Artikel 174 Absatz 2 der Haushaltsordnung können bei Einnahmen unter Artikel 6 7 0 des Gesamteinnahmenplans für jede Haushaltslinie dieses Kapitels zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Bei der Veranschlagung des Haushaltsmittelbedarfs für dieses Kapitel wurde für den Artikel 05 03 01 bei dem Posten 05 03 01 01 ein Betrag von 1 000 000 000 EUR angesetzt, der von den Posten 6 7 0 1, 6 7 0 2 und 6 7 0 3 des Einnahmenplans zugewiesen wird.

Vorbehaltlich anders lautender Bestimmungen gelten die nachstehenden Rechtsgrundlagen für alle Artikel und Posten dieses Kapitels.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 des Rates vom 29. September 2003 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe (ABl. L 270 vom 21.10.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates vom 19. Januar 2009 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe (ABl. L 30 vom 31.1.2009, S. 16).

Verordnung (EU) Nr. 671/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates hinsichtlich der Gewährung von Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe für das Jahr 2013 (ABl. L 204 vom 31.7.2012, S. 11).

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 637/2008 des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 608).

Verordnung (EU) Nr. 1310/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit bestimmten Übergangsvorschriften betreffend die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die finanziellen Ressourcen und ihre Verteilung im Jahr 2014 sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates und der Verordnungen (EU) Nr. 1307/2013, (EU) Nr. 1306/2013 und (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich ihrer Anwendung im Jahr 2014 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 865).

*Verweise*

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 964/2013 der Kommission vom 9. Oktober 2013 zur Festsetzung des Anpassungssatzes für die Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates für das Kalenderjahr 2013 (ABl. L 268 vom 10.10.2013, S. 5).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 03 — DIREKTBEIHILFEN ALS BEITRAG ZUM EINKOMMEN DER LANDWIRTE, ZUR BEGRENZUNG VON EINKOMMENSSCHWANKUNGEN UND ZUR VERWIRKLICHUNG VON UMWELT- UND KLIMAZIELEN** *(Fortsetzung)*

***05 03 01 Entkoppelte Direktbeihilfen***

05 03 01 01 Einheitliche Betriebsprämien

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 30 083 000 000 | 30 635 000 000 | 31 080 528 585,40 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Betriebsprämienregelung gemäß den Bestimmungen von Titel III der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 und Titel III der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003.

05 03 01 02 Einheitliche Flächenzahlungen

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 382 000 000 | 6 665 000 000 | 5 915 681 886,30 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der einheitlichen Flächenzahlungen gemäß Titel V der Verordnung (EG) Nr. 73/2009, Titel IVa der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 und den Beitrittsakten von 2003 und 2005.

*Rechtsgrundlagen*

Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik, insbesondere Anhang II „Liste nach Artikel 20 der Beitrittsakte“, Kapitel 6 Abschnitt A Ziffer 26 in der Fassung des Beschlusses 2004/281/EG des Rates (ABl. L 93 vom 30.3.2004, S. 1).

Akte über die Bedingungen des Beitritts der Bulgarischen Republik und Rumäniens, insbesondere Anhang III „Liste nach Artikel 19 der Beitrittsakte“.

05 03 01 03 Gesonderte Zahlung für Zucker

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 277 000 000 | 282 000 000 | 281 153 377,85 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Ausgaben für die gesonderte Zahlung für Zucker für die Mitgliedstaaten, die die Regelung für die einheitliche Flächenzahlung anwenden, gemäß Titel V der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 und Titel IVa der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003.

05 03 01 04 Gesonderte Zahlung für Obst und Gemüse

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 12 000 000 | 13 000 000 | 12 331 564,75 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die gesonderte Zahlung für Obst und Gemüse für die Mitgliedstaaten, die die Regelung für die einheitliche Flächenzahlung anwenden, gemäß Titel V der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 und Titel IVa der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 03 — DIREKTBEIHILFEN ALS BEITRAG ZUM EINKOMMEN DER LANDWIRTE, ZUR BEGRENZUNG VON EINKOMMENSSCHWANKUNGEN UND ZUR VERWIRKLICHUNG VON UMWELT- UND KLIMAZIELEN** *(Fortsetzung)*

***05 03 01*** *(Fortsetzung)*

05 03 01 05 Besondere Stützung (Artikel 68) — Entkoppelte Direktbeihilfen

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 487 000 000 | 469 000 000 | 376 754 993,89 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die entkoppelte besondere Stützung gemäß Artikel 68 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 und insbesondere für die Beihilfen gemäß Absatz 1 Buchstabe a Ziffer v und Absatz 1 Buchstaben c und d.

05 03 01 06 Gesonderte Zahlung für Beerenfrüchte

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 11 000 000 | 12 000 000 | |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben im Zusammenhang mit der gesonderten Zahlung für Beerenfrüchte gemäß Artikel 129 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 in den Mitgliedstaaten, die die Regelung für die einheitliche Flächenzahlung nach Maßgabe des Titels V der genannten Verordnung anwenden.

05 03 01 99 Sonstiges (entkoppelte Direktbeihilfen)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | – 985 393,40 |

*Erläuterungen*

Aus diesem Posten werden Ausgaben für nicht durch Mittel der übrigen Posten des Artikels 05 03 01 gedeckte entkoppelte Direktbeihilfen finanziert sowie Ausgaben für Korrekturen im Zusammenhang mit der Nichteinhaltung der in Anhang IV der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 festgelegten Nettoobergrenzen oder der in Anhang VIII der genannten Verordnung festgelegten nationalen Obergrenzen, die keiner der Haushaltslinien unter Artikel 05 03 01 zugeordnet werden können.

***05 03 02 Andere Direktbeihilfen***

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette (ABl. 172 vom 30.9.1966, S. 3025/66).

Verordnung (EWG) Nr. 1696/71 des Rates vom 26. Juli 1971 über die gemeinsame Marktorganisation für Hopfen (ABl. L 175 vom 4.8.1971, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2358/71 des Rates vom 26. Oktober 1971 zur Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Saatgut (ABl. L 246 vom 5.11.1971, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 154/75 des Rates vom 21. Januar 1975 über die Anlage einer Ölkartei in den Olivenöl erzeugenden Mitgliedstaaten (ABl. L 19 vom 24.1.1975, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2075/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Rohtabak (ABl. L 215 vom 30.7.1992, S. 70).

Verordnung (EWG) Nr. 2076/92 des Rates vom 30. Juni 1992 zur Festsetzung der Prämien für Tabakblätter nach Tabakgruppen sowie der Garantieschwellen, verteilt nach Sortengruppen und Mitgliedstaaten (ABl. L 215 vom 30.7.1992, S. 77).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 03 — DIREKTBEIHILFEN ALS BEITRAG ZUM EINKOMMEN DER LANDWIRTE, ZUR BEGRENZUNG VON EINKOMMENSSCHWANKUNGEN UND ZUR VERWIRKLICHUNG VON UMWELT- UND KLIMAZIELEN** *(Fortsetzung)*

***05 03 02*** *(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 1868/94 des Rates vom 27. Juli 1994 zur Einführung einer Kontingentierungsregelung für die Kartoffelstärkeerzeugung (ABl. L 197 vom 30.7.1994, S. 4).

Verordnung (EG) Nr. 3072/95 des Rates vom 22. Dezember 1995 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis (ABl. L 329 vom 30.12.1995, S. 18).

Verordnung (EG) Nr. 1251/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 zur Einführung einer Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1254/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 21).

Verordnung (EG) Nr. 1255/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 48).

Verordnung (EG) Nr. 2529/2001 des Rates vom 19. Dezember 2001 über die gemeinsame Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch (ABl. L 341 vom 22.12.2001, S. 3).

Verordnung (EG) Nr. 546/2002 des Rates vom 25. März 2002 zur Festsetzung der Prämien und Garantieschwellen für Tabakblätter nach Sortengruppen und Mitgliedstaaten für die Ernten 2002, 2003 und 2004 (ABl. L 84 vom 28.3.2002, S. 4).

Verordnung (EG) Nr. 2323/2003 des Rates vom 17. Dezember 2003 zur Festsetzung der im Wirtschaftsjahr 2004/05 geltenden Beihilfebeträge für den Saatgutsektor (ABl. L 345 vom 31.12.2003, S. 21).

Verordnung (EG) Nr. 1544/2006 des Rates vom 5. Oktober 2006 über Sondermaßnahmen zur Förderung der Seidenraupenzucht (kodifizierte Fassung) (ABl. L 286 vom 17.10.2006, S. 1).

05 03 02 06 Prämien für die Mutterkuhhaltung

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 902 000 000 | 922 000 000 | 933 970 914,61 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Prämien für die Mutterkuhhaltung gemäß Titel IV Kapitel 1 Abschnitt 11 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 und Titel IV Kapitel 12 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003.

Sie sind auch bestimmt zur Deckung etwaiger Restzahlungen gemäß Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999, mit Ausnahme der zusätzlichen Prämien aufgrund der Anwendung von Artikel 6 Absatz 5 der genannten Verordnung (Regionen im Sinne der Artikel 3 und 6 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 und durch einen proportional starken Umfang des Mutterkuhbestands gekennzeichnete Mitgliedstaaten).

05 03 02 07 Zusätzliche Prämien für die Mutterkuhhaltung

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 49 000 000 | 51 000 000 | 49 787 898,78 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der zusätzlichen einzelstaatlichen Prämien für die Mutterkuhhaltung gemäß Titel IV Kapitel 1 Abschnitt 11 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 und Titel IV Kapitel 12 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003.

Sie sind auch bestimmt zur Deckung etwaiger Restzahlungen gemäß Artikel 6 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999 (Regionen im Sinne der Artikel 3 und 6 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 und durch einen proportional starken Umfang des Mutterkuhbestands gekennzeichnete Mitgliedstaaten).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 03 — DIREKTBEIHILFEN ALS BEITRAG ZUM EINKOMMEN DER LANDWIRTE, ZUR BEGRENZUNG VON EINKOMMENSSCHWANKUNGEN UND ZUR VERWIRKLICHUNG VON UMWELT- UND KLIMAZIELEN** *(Fortsetzung)*

***05 03 02*** *(Fortsetzung)*

05 03 02 13 Schaf- und Ziegenprämien

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 23 000 000 | 22 000 000 | 22 339 531,32 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der tierbezogenen Zahlungen gemäß Titel IV Kapitel 1 Abschnitt 10 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 sowie Titel IV Kapitel 11 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003.

Sie sind auch bestimmt zur Deckung etwaiger Restzahlungen gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 2529/2001.

05 03 02 14 Zusätzliche Schaf- und Ziegenprämien

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 000 000 | 7 000 000 | 6 823 711,33 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben aufgrund der Gewährung einer besonderen Beihilfe je Mutterschaf oder Mutterziege an die in den benachteiligten Gebieten und den Berggebieten ansässigen Schaf- und Ziegenfleischerzeuger gemäß Titel IV Kapitel 1 Abschnitt 10 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 sowie Titel IV Kapitel 11 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003.

Sie sind auch bestimmt zur Deckung etwaiger Restzahlungen gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 2529/2001.

05 03 02 28 Beihilfen für Seidenraupen

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 500 000 | 500 000 | 355 980,51 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Beihilfen für Seidenraupen gemäß Artikel 111 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 sowie Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1544/2006.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1544/2006 des Rates vom 5. Oktober 2006 über Sondermaßnahmen zur Förderung der Seidenraupenzucht (ABl. L 286 vom 17.10.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 03 — DIREKTBEIHILFEN ALS BEITRAG ZUM EINKOMMEN DER LANDWIRTE, ZUR BEGRENZUNG VON EINKOMMENSSCHWANKUNGEN UND ZUR VERWIRKLICHUNG VON UMWELT- UND KLIMAZIELEN** *(Fortsetzung)*

***05 03 02*** *(Fortsetzung)*

05 03 02 36 Zahlungen für besondere Formen der landwirtschaftlichen Tätigkeit und Qualitätsproduktion

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 000 000 | 4 000 000 | 113 883 128,40 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung etwaiger Restzahlungen für Beihilfen gemäß Artikel 72 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 sowie Artikel 69 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003.

05 03 02 39 Zusätzliche Zahlungen für Zuckerrüben- und Zuckerrohrerzeuger

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 21 000 000 | 21 000 000 | 23 007 418,86 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Zahlungen an Zuckerrüben- und Zuckerrohrerzeuger gemäß Titel IV Kapitel 1 Abschnitt 7 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 sowie Titel IV Kapitel 10f der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003. Diese Beihilfe wird Erzeugern in den Mitgliedstaaten gewährt, die die in Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 320/2006 vorgesehene Umstrukturierungsbeihilfe für mindestens 50 % der in Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 318/2006 festgesetzten Zuckerquote gewährt haben.

05 03 02 40 Flächenbeihilfen für Baumwolle

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 239 000 000 | 240 000 000 | 245 811 754,46 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Flächenbeihilfe für Baumwolle gemäß Titel IV Kapitel 1 Abschnitt 6 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 sowie Titel IV Kapitel 10a der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003.

05 03 02 42 Übergangszahlung für Obst und Gemüse — Andere Erzeugnisse als Tomaten

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 000 000 | 34 000 000 | 34 727 616,16 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Übergangszahlungen für Betriebsinhaber, die eine oder mehrere Obst- und Gemüsekulturen (ausgenommen Tomaten) anbauen, gemäß Artikel 54 Absatz 2 und Artikel 128 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 sowie Artikel 68b Absatz 2 und Artikel 143bc Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 03 — DIREKTBEIHILFEN ALS BEITRAG ZUM EINKOMMEN DER LANDWIRTE, ZUR BEGRENZUNG VON EINKOMMENSSCHWANKUNGEN UND ZUR VERWIRKLICHUNG VON UMWELT- UND KLIMAZIELEN** *(Fortsetzung)*

***05 03 02*** *(Fortsetzung)*

05 03 02 44 Besondere Stützung (Artikel 68) — Gekoppelte Direktbeihilfen

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 089 000 000 | 1 101 000 000 | 785 514 107,12 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die gekoppelte besondere Stützung gemäß Artikel 68 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 und insbesondere für die Beihilfen gemäß Absatz 1 Buchstabe a Ziffern i, ii, iii und iv und Absatz 1 Buchstaben b und e.

05 03 02 50 POSEI — Förderprogramme der Europäischen Union

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 407 000 000 | 417 000 000 | 411 085 341,63 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der direkten Beihilfen im Zusammenhang mit Programmen mit Sondermaßnahmen zur Unterstützung der örtlichen landwirtschaftlichen Erzeugung gemäß der Verordnung (EU) Nr. 228/2013 sowie zur Deckung etwaiger Restausgaben, die sich aus der Anwendung von Titel III der Verordnung (EG) Nr. 247/2006 ergeben.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 247/2006 des Rates vom 30. Januar 2006 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der Regionen in äußerster Randlage der Union (ABl. L 42 vom 14.2.2006, S. 1).

Verordnung (EUG) Nr. 228/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2013 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der Regionen in äußerster Randlage der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 247/2006 (ABl. L 78 vom 20.3.2013, S. 23).

05 03 02 52 POSEI — Inseln des Ägäischen Meeres

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 18 000 000 | 18 000 000 | 17 898 229,60 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung anderer Ausgaben im Zusammenhang mit Direktbeihilfen infolge der Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 229/2013 sowie zur Deckung etwaiger Restausgaben, die sich aus der Anwendung der Verordnungen (EWG) Nr. 2019/93 und (EG) Nr. 1405/2006 ergeben.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 2019/93 des Rates vom 19. Juli 1993 über Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der kleineren Inseln des Ägäischen Meeres (ABl. L 184 vom 27.7.1993, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1405/2006 des Rates vom 18. September 2006 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der kleineren Inseln des Ägäischen Meeres (ABl. L 265 vom 26.9.2006, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 229/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2013 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der kleineren Inseln des Ägäischen Meeres und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1405/2006 des Rates (ABl. L 78 vom 20.3.2013, S. 41).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 03 — DIREKTBEIHILFEN ALS BEITRAG ZUM EINKOMMEN DER LANDWIRTE, ZUR BEGRENZUNG VON EINKOMMENSSCHWANKUNGEN UND ZUR VERWIRKLICHUNG VON UMWELT- UND KLIMAZIELEN** *(Fortsetzung)*

***05 03 02*** *(Fortsetzung)*

05 03 02 99 Sonstiges (Direktbeihilfen)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 9 675 640 | 17 400 000 | 568 721 151,37 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 05 03 02 01, 05 03 02 04, 05 03 02 05, 05 03 02 08, 05 03 02 09, 05 03 02 10, 05 03 02 18, 05 03 02 19, 05 03 02 21, 05 03 02 22, 05 03 02 23, 05 03 02 24, 05 03 02 25, 05 03 02 26, 05 03 02 41, 05 03 02 43, 05 03 02 51 und 05 03 02 99*

Aus diesem Posten werden Ausgaben für nicht durch Mittel der übrigen Posten des Artikels 05 03 02 gedeckte Direktbeihilfen finanziert sowie Ausgaben für Korrekturen, die keiner bestimmten Haushaltslinie zugeordnet werden können. Dieser Posten dient außerdem der Finanzierung von Ausgaben für Korrekturen im Zusammenhang mit der Nichteinhaltung der in Anhang IV der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 festgelegten Nettoobergrenzen oder der in Anhang VIII der genannten Verordnung festgelegten nationalen Obergrenzen, die keiner der Haushaltslinien unter Artikel 05 03 02 zugeordnet werden können. Ferner dient er der Finanzierung der Restzahlungen im Zusammenhang mit

— den Zuschlägen zu den Flächenzahlungen gemäß Titel IV Kapitel 8 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 sowie Artikel 4 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1251/1999,

— der Hektarbeihilfe für die Erhaltung der Erzeugung von Kichererbsen, Linsen und Wicken gemäß Titel IV Kapitel 13 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 sowie der Verordnung (EG) Nr. 1577/96,

— der Übergangsregelung für Trockenfutter gemäß den Verordnungen (EG) Nr. 603/95, (EG) Nr. 1782/2003 und (EG) Nr. 1786/2003,

— dem Hartweizenzuschlag in nicht traditionellen Anbaugebieten gemäß Titel IV Kapitel 10 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 sowie Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1251/1999,

— der Saisonentzerrungsprämie im Rindfleischsektor gemäß Titel IV Kapitel 12 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 und Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999,

— den Extensivierungsprämien im Rindfleischsektor gemäß Titel IV Kapitel 12 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 sowie Artikel 13 der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999,

— den Ergänzungsbeträgen für Rinderhalter gemäß Artikel 133 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 sowie Artikel 11 der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999,

— den zusätzlichen Zahlungen im Sektor Schaf- und Ziegenfleisch gemäß Titel IV Kapitel 11 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 sowie Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 2519/2001,

— der Milchprämie für Milcherzeuger gemäß Titel IV Kapitel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003,

— den Ergänzungszahlungen für Milcherzeuger gemäß Titel IV Kapitel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003,

— den Ausgleichsbeihilfen für Bananen gemäß Artikel 12 der Verordnung (EWG) Nr. 404/93,

— den Übergangsbeihilfen für Zuckerrübenerzeuger gemäß Titel IV Kapitel 10e der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003,

— der agromonetären Regelung nach Einführung des Euro gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2799/98,

— der Flächenbeihilfe für den Anbau von Weintrauben zur Gewinnung von getrockneten Weintrauben gemäß Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 2201/96,

— der Flächenbeihilfe für Erzeuger von Energiepflanzen gemäß Titel IV Kapitel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003,

— den Flächenbeihilfen für Getreide, Ölsaaten, Eiweißpflanzen, Grassilage und Flächenstilllegung gemäß Titel IV Kapitel 10 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 und Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1251/1999,

— den zusätzlichen Beihilfen zu den Flächenzahlungen für die Erzeuger von Hartweizen in traditionellen Erzeugungsgebieten gemäß Titel IV Kapitel 10 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 und Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1251/1999,

— den Erzeugungsbeihilfen für Saatgut gemäß Titel IV Kapitel 1 Abschnitt 5 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009, Titel IV Kapitel 9 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 sowie Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2358/71,

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 03 — DIREKTBEIHILFEN ALS BEITRAG ZUM EINKOMMEN DER LANDWIRTE, ZUR BEGRENZUNG VON EINKOMMENSSCHWANKUNGEN UND ZUR VERWIRKLICHUNG VON UMWELT- UND KLIMAZIELEN** *(Fortsetzung)*

***05 03 02*** *(Fortsetzung)*

05 03 02 99 *(Fortsetzung)*

— den Sonderprämien für die Haltung männlicher Rinder gemäß Titel IV Kapitel 1 Abschnitt 11 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009, Titel IV Kapitel 12 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 sowie Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999,

— den Schlachtprämien für Kälber gemäß Titel IV Kapitel 1 Abschnitt 11 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009, Titel IV Kapitel 12 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003, Artikel 11 der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999 sowie etwaiger Restzahlungen im Zusammenhang mit den Prämien für die Verarbeitung junger männlicher Kälber gemäß Artikel 4i der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch (ABl. L 148 vom 28.6.1968, S. 24),

— den Schlachtprämien für ausgewachsene Rinder gemäß Titel IV Kapitel 1 Abschnitt 11 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009, Titel IV Kapitel 12 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003, Artikel 11 der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999 sowie etwaiger Restzahlungen im Zusammenhang mit den Prämien für die Verarbeitung junger männlicher Kälber gemäß Artikel 4i der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 (ABl. L 148 vom 28.6.1968, S. 24),

— den Produktionsbeihilfen für die Erzeuger von Kartoffeln zur Herstellung von Kartoffelstärke gemäß Titel IV Kapitel 1 Abschnitt 2 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 sowie Titel IV Kapitel 6 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003,

— den Flächenbeihilfen für Reis gemäß Titel IV Kapitel 1 Abschnitt 1 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009, Titel IV Kapitel 3 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 sowie etwaiger Restzahlungen gemäß Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 3072/95,

— den Beihilfen für Olivenhaine gemäß Titel IV Kapitel 10b der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003, Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 154/75 sowie Titel II der Verordnung (EWG) Nr. 136/66,

— den Beihilfen für die Erzeuger von Rohtabak gemäß Titel IV Kapitel 10c der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003, Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 546/2002, Titel I der Verordnung (EWG) Nr. 2075/92 und Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2076/92,

— den Flächenbeihilfen für Hopfen, die den Erzeugern gemäß Titel IV Kapitel 10d der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 sowie Artikel 12 der Verordnung (EWG) Nr. 1696/71 gewährt werden,

— der spezifischen Qualitätsprämie für Hartweizen gemäß Titel IV Kapitel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003,

— den Beihilfen für die Erzeuger von Eiweißpflanzen gemäß Titel IV Kapitel 1 Abschnitt 3 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 sowie Titel IV Kapitel 2 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003,

— den Flächenzahlungen für Erzeuger von Schalenfrüchten gemäß Titel IV Kapitel 1 Abschnitt 4 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 sowie Titel IV Kapitel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003,

— den Übergangszahlungen für Betriebsinhaber, die Tomaten erzeugen, gemäß Artikel 54 Absatz 1 und Artikel 128 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 sowie Artikel 68b Absatz 1 und Artikel 143bc Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003,

— den Beihilfen im Zusammenhang mit der Übergangszahlung für Beerenfrüchte gemäß Titel IV Kapitel 1 Abschnitt 9 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 sowie Titel IV Kapitel 10h der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003,

— den in den Gebieten in äußerster Randlage gewährten Direktzahlungen gemäß Artikel 70 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 und den in diesen Gebieten vor 2006 gewährten Direktbeihilfen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 404/93 des Rates vom 13. Februar 1993 über die gemeinsame Marktorganisation für Bananen (ABl. L 47 vom 25.2.1993, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1577/96 des Rates vom 30. Juli 1996 zur Festlegung einer Sondermaßnahme zugunsten bestimmter Körnerleguminosen (ABl. L 206 vom 16.8.1996, S. 4).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 03 — DIREKTBEIHILFEN ALS BEITRAG ZUM EINKOMMEN DER LANDWIRTE, ZUR BEGRENZUNG VON EINKOMMENSSCHWANKUNGEN UND ZUR VERWIRKLICHUNG VON UMWELT- UND KLIMAZIELEN** *(Fortsetzung)*

***05 03 02*** *(Fortsetzung)*

05 03 02 99 *(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 2201/96 des Rates vom 28. Oktober 1996 über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse (ABl. L 297 vom 21.11.1996, S. 29).

Verordnung (EG) Nr. 2799/98 des Rates vom 15. Dezember 1998 über die agromonetäre Regelung nach Einführung des Euro (ABl. L 349 vom 24.12.1998, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2800/98 des Rates vom 15. Dezember 1998 mit Übergangsmaßnahmen in der Gemeinsamen Agrarpolitik anlässlich der Einführung des Euro (ABl. L 349 vom 24.12.1998, S. 8).

Verordnung (EG) Nr. 1259/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 zur Festlegung von Gemeinschaftsregeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 113).

Verordnung (EG) Nr. 1452/2001 des Rates vom 28. Juni 2001 zur Einführung von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der französischen überseeischen Departements, zur Änderung der Richtlinie 72/462/EWG sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 525/77 und (EWG) Nr. 3763/91 (Poseidom) (ABl. L 198 vom 21.7.2001, S. 11).

Verordnung (EG) Nr. 1453/2001 des Rates vom 28. Juni 2001 zur Einführung von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Azoren und Madeiras und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1600/92 (Poseima) (ABl. L 198 vom 21.7.2001, S. 26).

Verordnung (EG) Nr. 1454/2001 des Rates vom 28. Juni 2001 zur Einführung von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Kanarischen Inseln und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1601/92 (Poseican) (ABl. L 198 vom 21.7.2001, S. 45).

Verordnung (EG) Nr. 1786/2003 des Rates vom 29. September 2003 über die gemeinsame Marktorganisation für Trockenfutter (ABl. L 270 vom 21.10.2003, S. 114).

Verordnung (EG) Nr. 247/2006 des Rates vom 30. Januar 2006 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der Regionen in äußerster Randlage der Union (ABl. L 42 vom 14.2.2006, S. 1).

### *05 03 03 Zusätzliche Unterstützungsbeträge*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 600 000 | 1 000 000 | 638 401,56 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung von Restzahlungen gemäß Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003.

### *05 03 10 Reserve für Krisen im Agrarsektor*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 424 500 000 | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Die für diese Reserve veranschlagten Mittel sind zur Finanzierung der Ausgaben für Maßnahmen bestimmt, die zur Bewältigung großer Krisen erforderlich sind, welche sich auf die Agrarerzeugung oder den Vertrieb landwirtschaftlicher Erzeugnisse auswirken.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 03 — DIREKTBEIHILFEN ALS BEITRAG ZUM EINKOMMEN DER LANDWIRTE, ZUR BEGRENZUNG VON EINKOMMENSSCHWANKUNGEN UND ZUR VERWIRKLICHUNG VON UMWELT- UND KLIMAZIELEN** *(Fortsetzung)*

***05 03 10*** *(Fortsetzung)*

Die Reserve wird gebildet, indem zu Beginn jedes Jahres im Wege des Mechanismus für die Haushaltsdisziplin gemäß Artikel 11 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009, geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 671/2012, sowie gemäß Artikel 26 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 eine Verringerung der Direktzahlungen im Agrarsektor (Kapitel 05 03) vorgenommen wird. Hält die Kommission die Inanspruchnahme dieser Reserve gemäß dem entsprechenden Rechtsakt für erforderlich, so unterbreitet sie dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Vorschlag für eine Mittelübertragung von der Reserve auf die entsprechenden Haushaltslinien, aus denen die Maßnahmen finanziert werden. Bevor die Kommission eine Mittelübertragung zwecks Rückgriff auf die Reserve vorschlägt, muss sie die Möglichkeiten einer Neuverteilung der Mittel prüfen. Zum Ende des Haushaltsjahres werden sämtliche Beträge der Reserve, die nicht für Krisenmaßnahmen in Anspruch genommen wurden, anteilmäßig wieder für Direktzahlungen unter den Haushaltslinien zur Verfügung gestellt, bei denen die Verringerung vorgenommen wurde.

Übertragungen aus der Reserve und Rückübertragungen von der Reserve auf Direktbeihilfen erfolgen im Einklang mit der Haushaltsordnung.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates vom 19. Januar 2009 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe (ABl. L 30 vom 31.1.2009, S. 16).

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 637/2008 des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 608).

Verordnung (EU) Nr. 1310/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit bestimmten Übergangsvorschriften betreffend die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die finanziellen Ressourcen und ihre Verteilung im Jahr 2014 sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates und der Verordnungen (EU) Nr. 1307/2013, (EU) Nr. 1306/2013 und (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich ihrer Anwendung im Jahr 2014 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 865).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 des Rates vom 2. Dezember 2013 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014-2020 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 884).

*Verweise*

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 964/2013 der Kommission vom 9. Oktober 2013 zur Festsetzung des Anpassungssatzes für die Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates für das Kalenderjahr 2013 (ABl. L 268 vom 10.10.2013, S. 5).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 04 — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 05 04 | ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS | | | | | | | | |
| ***05 04 01*** | ***Abschluss der aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanzierten Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums — Programmzeitraum 2000 bis 2006*** | | | | | | | | |
| 05 04 01 14 | Abschluss der aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanzierten Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums — Programmzeitraum 2000 bis 2006 | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | – 2 798 802,74 | – 2 798 802,74 | — |
| | *Artikel 05 04 01 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | – 2 798 802,74 | – 2 798 802,74 | — |
| ***05 04 02*** | ***Aus dem EAGFL, Abteilung Ausrichtung, finanzierte Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums — Abschluss früherer Programme*** | | | | | | | | |
| 05 04 02 01 | Abschluss des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung — Ziel-1-Regionen (2000 bis 2006) | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | 183 509 271 | 0,— | 136 190 222,80 | — |
| 05 04 02 02 | Abschluss des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und dem Grenzgebiet Irlands (2000 bis 2006) | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | 2 189 102 | 0,— | 0,— | — |
| 05 04 02 03 | Abschluss früherer Programme in Ziel-1- und Ziel-6-Gebieten (aus der Zeit vor 2000) | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 05 04 02 04 | Abschluss früherer Programme in Ziel-5b-Gebieten (aus der Zeit vor 2000) | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 05 04 02 05 | Abschluss früherer Programme außerhalb der Ziel-1-Gebiete (aus der Zeit vor 2000) | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 05 04 02 06 | Abschluss von Leader (2000 bis 2006) | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 1 353 952,76 | — |
| 05 04 02 07 | Abschluss früherer Gemeinschaftsinitiativen (aus der Zeit vor 2000) | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 05 04 02 08 | Abschluss früherer innovativer Maßnahmen (aus der Zeit vor 2000) | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 05 04 02 09 | Abschluss des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung — Operative technische Unterstützung (2000 bis 2006) | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| | *Artikel 05 04 02 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | 185 698 373 | 0,— | 137 544 175,56 | — |

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 04 — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| ***05 04 03*** | ***Abschluss sonstiger Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 05 04 03 02 | Pflanzliche und tierische genetische Ressourcen — Abschluss früherer Maßnahmen | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 1 211 830,01 | — |
| | *Artikel 05 04 03 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 1 211 830,01 | — |
| ***05 04 04*** | ***Übergangsinstrument für die Finanzierung von Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, in den neuen Mitgliedstaaten — Abschluss von Programmen (2004 bis 2006)*** | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***05 04 05*** | ***Abschluss der aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) finanzierten Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums (2007 bis 2013)*** | | | | | | | | |
| 05 04 05 01 | Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums | 2 | p.m. | 10 329 896 149 | 14 788 920 797 | 12 826 924 314 | 14 589 123 242,— | 13 116 592 223,30 | 126,98 |
| 05 04 05 02 | Operative technische Unterstützung | 2 | p.m. | 6 433 956 | 14 535 000 | 8 463 833 | 8 356 451,32 | 5 081 713,54 | 78,98 |
| | *Artikel 05 04 05 — Subtotal* | | p.m. | 10 336 330 105 | 14 803 455 797 | 12 835 388 147 | 14 597 479 693,32 | 13 121 673 936,84 | 126,95 |
| ***05 04 60*** | ***Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums — ELER (2014-2020)*** | | | | | | | | |
| 05 04 60 01 | Förderung einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums und eines räumlich und ökologisch ausgewogeneren, klimafreundlichen und innovativen Agrarsektors | 2 | 13 970 049 059 | 1 267 275 423 | | | | | — |
| 05 04 60 02 | Operative technische Unterstützung | 2 | 17 222 000 | 7 748 500 | | | | | — |
| 05 04 60 03 | Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe | 2 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| | *Artikel 05 04 60 — Subtotal* | | 13 987 271 059 | 1 275 023 923 | | | | | — |
| | **Kapitel 05 04 — Insgesamt** | | **13 987 271 059** | **11 611 354 028** | **14 803 455 797** | **13 021 086 520** | **14 594 680 890,58** | **13 257 631 139,67** | **114,18** |

***05 04 01*** ***Abschluss der aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanzierten Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums — Programmzeitraum 2000 bis 2006***

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 21 und Artikel 174 Absatz 2 der Haushaltsordnung können bei Einnahmen unter Artikel 6 7 0 des Gesamteinnahmenplans für jeden Posten dieses Artikels zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 80).

**KAPITEL 05 04 — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS** *(Fortsetzung)*

***05 04 01*** *(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1268/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über eine gemeinschaftliche Förderung für Maßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes zur Vorbereitung des Beitritts der Bewerberländer in Mittel- und Osteuropa während des Heranführungszeitraums (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 87).

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1), insbesondere Artikel 39.

05 04 01 14 Abschluss der aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanzierten Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums — Programmzeitraum 2000 bis 2006

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | – 2 798 802,74 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung etwaiger von den Mitgliedstaaten wieder eingezogener Beträge, die nicht unter die Unregelmäßigkeiten oder Versäumnisse gemäß Artikel 32 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 fallen. Diese Beträge werden als Korrekturen im Zusammenhang mit vormals aus den Posten 05 04 01 01 bis 05 04 01 13 finanzierten Ausgaben verbucht und können von den Mitgliedstaaten nicht wiederverwendet werden.

Diese Mittel decken ferner die Zahlung von ausstehenden Beträgen, die von den Mitgliedstaaten infolge der Anwendung von Artikel 39 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates gemeldet werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

***05 04 02 Aus dem EAGFL, Abteilung Ausrichtung, finanzierte Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums — Abschluss früherer Programme***

*Erläuterungen*

Nach Artikel 39 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 können Finanzkorrekturen vorgenommen werden; etwaige Einnahmen aufgrund dieser Finanzkorrekturen werden in Posten 6 5 0 0 des Einnahmenplans verbucht. Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können diese Einnahmen in spezifischen Fällen, in denen sie sich zur Deckung der Risiken einer Annullierung oder Kürzung der zuvor beschlossenen Korrekturen als notwendig erweisen, als zusätzliche Mittel eingesetzt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbehaltlich anders lautender Bestimmungen gelten die nachstehenden Rechtsgrundlagen für alle Haushaltslinien dieses Artikels.

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 158, 159 und 161.

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1), insbesondere Artikel 39.

*Verweise*

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Berlin vom 24. und 25. März 1999.

KOMMISSION
*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 04 — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS** *(Fortsetzung)*

***05 04 02*** *(Fortsetzung)*

05 04 02 01 Abschluss des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung — Ziel-1-Regionen (2000 bis 2006)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 183 509 271 | 0,— | 136 190 222,80 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Verpflichtungen des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung, die im Rahmen von Ziel 1 für den Programmplanungszeitraum 2000-2006 abzuwickeln sind.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 80).

05 04 02 02 Abschluss des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und dem Grenzgebiet Irlands (2000 bis 2006)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 2 189 102 | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Mit dem Sonderprogramm zur Förderung von Frieden und Versöhnung sollen die Verpflichtungen gedeckt werden, die für den Programmplanungszeitraum 2000-2006 abzuwickeln sind.

*Rechtsgrundlagen*

Entscheidung 1999/501/EG der Kommission vom 1. Juli 1999 über die indikative Aufteilung der Verpflichtungsermächtigungen auf die Mitgliedstaaten im Rahmen von Ziel 1 der Strukturfonds für den Zeitraum 2000 bis 2006 (ABl. L 194 vom 27.7.1999, S. 49), insbesondere Erwägungsgrund 5.

*Verweise*

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Berlin vom 24. und 25. März 1999, insbesondere Ziffer 44 Buchstabe b.

05 04 02 03 Abschluss früherer Programme in Ziel-1- und Ziel-6-Gebieten (aus der Zeit vor 2000)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus den vorhergehenden Programmplanungszeiträumen für die früheren Ziele 1 und 6.

KOMMISSION
*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 04 — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS** *(Fortsetzung)*

***05 04 02*** *(Fortsetzung)*

05 04 02 03 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 80).

05 04 02 04 Abschluss früherer Programme in Ziel-5b-Gebieten (aus der Zeit vor 2000)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus den vorhergehenden Programmplanungszeiträumen für das frühere Ziel 5b aus dem EAGFL, Abteilung Ausrichtung.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 80).

05 04 02 05 Abschluss früherer Programme außerhalb der Ziel-1-Gebiete (aus der Zeit vor 2000)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus den vorhergehenden Programmplanungszeiträumen für das frühere Ziel 5a aus dem EAGFL, Abteilung Ausrichtung.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 80).

05 04 02 06 Abschluss von Leader (2000 bis 2006)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 1 353 952,76 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Verpflichtungen aus der Gemeinschaftsinitiative Leader+, die für den Programmplanungszeitraum 2000-2006 noch abzuwickeln sind.

KOMMISSION
*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 04 — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS** *(Fortsetzung)*

***05 04 02*** *(Fortsetzung)*

05 04 02 06 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 80).

*Verweise*

Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 14. April 2000 über die Leitlinien für die Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung des ländlichen Raums (Leader+) (ABl. C 139 vom 18.5.2000, S. 5).

05 04 02 07 Abschluss früherer Gemeinschaftsinitiativen (aus der Zeit vor 2000)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen aus den Programmplanungszeiträumen vor 2000-2006.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 80).

*Verweise*

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative zugunsten der ultraperipheren Regionen (REGIS II) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 44).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für integrierte Globalzuschüsse bzw. Operationelle Programme, die Gegenstand von Zuschussanträgen der Mitgliedstaaten im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative zur ländlichen Entwicklung sind (Leader II) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 48).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für die von ihnen aufzustellenden Operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung von Grenzregionen, grenzübergreifende Zusammenarbeit und ausgewählte Energienetze (Interreg II) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 60).

Mitteilung der Kommission vom 16. Mai 1995 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für eine Initiative im Rahmen des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und in den Grenzbezirken Irlands (Programm PEACE I) (ABl. C 186 vom 20.7.1995, S. 3).

Mitteilung der Kommission vom 8. Mai 1996 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für die von ihnen aufzustellenden Operationellen Programme im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Interreg für transnationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumordnung (Interreg II C) (ABl. C 200 vom 10.7.1996, S. 23).

Mitteilung der Kommission vom 26. November 1997 an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über das Sonderprogramm zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und den Grenzbezirken Irlands (1995-1999) (Programm PEACE I) (KOM(97) 642 endg.).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 04 — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS** *(Fortsetzung)*

***05 04 02*** *(Fortsetzung)*

05 04 02 08 Abschluss früherer innovativer Maßnahmen (aus der Zeit vor 2000)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus den vorhergehenden Programmplanungszeiträumen für innovative Maßnahmen bzw. vorbereitende, begleitende oder bewertende Maßnahmen sowie alle anderen Formen ähnlicher Interventionen zur technischen Hilfe, die in den einschlägigen Verordnungen vorgesehen sind.

Mit diesen Mitteln werden auch die früheren mehrjährigen Maßnahmen finanziert, insbesondere diejenigen, die gemäß den anderen vorgenannten Verordnungen genehmigt und durchgeführt wurden und nicht den vorrangigen Zielen der Fonds zugeordnet werden können.

Diese Mittel werden gegebenenfalls auch zur Deckung von Beträgen verwendet, die im Rahmen des EAGFL, Abteilung Ausrichtung, für Interventionen auszuzahlen sind, für die die entsprechenden Mittel für Verpflichtungen im Programmplanungszeitraum 2000-2006 weder verfügbar noch vorgesehen sind.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 80).

05 04 02 09 Abschluss des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung — Operative technische Unterstützung (2000 bis 2006)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen für Maßnahmen der technischen Hilfe gemäß Artikel 23 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 aus dem EAGFL, Abteilung Ausrichtung, für den Programmplanungszeitraum 2000-2006. Die technische Hilfe umfasste die notwendige Vorbereitung, Begleitung, Bewertung, Kontrolle und Verwaltung im Rahmen der Durchführung der aus dem EAGFL, Abteilung Ausrichtung, finanzierten Maßnahmen. In diesem Rahmen dienten die Mittel insbesondere zur Finanzierung von

— unterstützenden Leistungen (Repräsentationsvergütungen, Ausbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen),

— Ausgaben für Information und Veröffentlichungen,

— Ausgaben für Informationstechnologien und Telekommunikation,

— Verträgen mit Dienstleistungserbringern,

— Zuschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 80).

KOMMISSION
*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 04 — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS** *(Fortsetzung)*

***05 04 03 Abschluss sonstiger Maßnahmen***

05 04 03 02 Pflanzliche und tierische genetische Ressourcen — Abschluss früherer Maßnahmen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 1 211 830,01 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Abwicklung der Verpflichtungen im Rahmen des Gemeinschaftsprogramms zur Erhaltung, Charakterisierung, Sammlung und Nutzung der genetischen Ressourcen der Landwirtschaft.

Die Mittel sind vorrangig für die nachhaltige Nutzung und Weiterentwicklung der biologischen Vielfalt durch das Zusammenwirken der Landwirte, der in diesem Bereich ausgewiesenen Nichtregierungsorganisationen und der staatlichen und privaten Institute zu verwenden; außerdem sollte die Sensibilisierung der Verbraucherinnen und Verbraucher in diesem Bereich gefördert werden.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung und Artikel 180 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 können bei Einnahmen unter Artikel 6 7 0 des Gesamteinnahmenplans zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 870/2004 des Rates vom 24. April 2004 über ein Gemeinschaftsprogramm zur Erhaltung, Charakterisierung, Sammlung und Nutzung genetischer Ressourcen in der Landwirtschaft (ABl. L 162 vom 30.4.2004, S. 18).

***05 04 04 Übergangsinstrument für die Finanzierung von Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, in den neuen Mitgliedstaaten — Abschluss von Programmen (2004 bis 2006)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Verpflichtungen für den Programmzeitraum 2004-2006.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 80).

Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik, insbesondere Anhang II „Liste nach Artikel 20 der Beitrittsakte", Kapitel 6 Abschnitt A Nummer 26 in der Fassung des Beschlusses 2004/281/EG des Rates (ABl. L 93 vom 30.3.2004, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1), insbesondere Artikel 39.

***05 04 05 Abschluss der aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) finanzierten Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums (2007 bis 2013)***

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können bei Einnahmen unter Artikel 6 7 1 des Gesamteinnahmenplans für jede Haushaltslinie dieses Artikels zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

KOMMISSION
*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 04 — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS** *(Fortsetzung)*

***05 04 05*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (ABl. L 277 vom 21.10.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 378/2007 des Rates vom 27. März 2007 mit Bestimmungen zur fakultativen Modulation der Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 (ABl. L 95 vom 5.4.2007, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates vom 19. Januar 2009 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe (ABl. L 30 vom 31.1.2009, S. 16).

05 04 05 01 Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 10 329 896 149 | 14 788 920 797 | 12 826 924 314 | 14 589 123 242,— | 13 116 592 223,30 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Finanzierung der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

Im Rahmen der gesamten Mittel dieses Postens für Verpflichtungen ergibt sich ein Betrag von 2 355 300 000 EUR aus der obligatorischen Modulation nach Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009. Ferner ergibt sich ein Betrag von 347 900 000 EUR aus der fakultativen Modulation nach der Verordnung (EG) Nr. 378/2007. Die Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums werden im Rahmen aller Schwerpunkte anhand präziserer Leistungsindikatoren für die Bewirtschaftungssysteme und die Produktionsmethoden beurteilt, um den Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel, dem Gewässerschutz, der Biodiversität und den erneuerbaren Energieträgern gerecht zu werden. Die Mitgliedstaaten erstatten darüber Bericht, was sie unternommen haben, um den neuen Herausforderungen zu begegnen, die sich bei den Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums einschließlich des Milchsektors stellen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (ABl. L 277 vom 21.10.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 378/2007 des Rates vom 27. März 2007 mit Bestimmungen zur fakultativen Modulation der Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe (ABl. L 95 vom 5.4.2007, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates vom 19. Januar 2009 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe (ABl. L 30 vom 31.1.2009, S. 16).

KOMMISSION
*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 04 — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS** *(Fortsetzung)*

***05 04 05*** *(Fortsetzung)*

05 04 05 02 Operative technische Unterstützung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 6 433 956 | 14 535 000 | 8 463 833 | 8 356 451,32 | 5 081 713,54 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Maßnahmen zur technischen Hilfe gemäß Artikel 66 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005, insbesondere des europäischen Netzes für die Entwicklung des ländlichen Raums.

Ein Teil dieser Mittel ist dafür bestimmt, das europäische Netz für Solidarität im ländlichen Raum, das bereits seit zwei Jahren besteht, kontinuierlich auszubauen.

1. Ziel: *Schaffung eines europäischen Raums der Solidarität, der Prävention und der Forschung*

— Phase 1: Konsolidierung des gegenwärtigen Solidaritätsnetzwerks.

— Phase 2: Ausdehnung des Netzwerks, damit weitere europäische Länder auf dessen Fachwissen im Zusammenhang mit präventiven Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung in der Landwirtschaft und zum Erhalt der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von ländlichen Regionen zurückgreifen können. Es besteht die dringende Notwendigkeit, die bereits bestehenden umfassenden Unterstützungssysteme gemeinsam zu nutzen und zu standardisieren, und sich darüber auszutauschen, was genau unter „in Schwierigkeiten" zu verstehen ist, um anhand gemeinsamer Kriterien, die als „Alarmsignale" bezeichnet werden, Personen zu ermitteln, die sich in einer solchen Situation befinden. Diese präventiven Instrumente werden dazu beitragen, dass neu eingerichtete Unterstützungsgruppen die Probleme, mit denen die Bevölkerung in ländlichen Regionen konfrontiert ist, wirksamer angehen können.

2. *Zu ergreifende Maßnahmen: Verbreitung von präventiven Instrumenten*

Die folgenden Instrumente müssen unter den europäischen Landwirten möglichst weit verbreitet werden:

— „Alarmsignale": das grundlegende Selbstbewertungsinstrument, auf das die Landwirte zur Bewertung der Schwierigkeiten, mit denen sie konfrontiert sind, zurückgreifen müssen. Dieses Instrument wird die Landwirte in die Lage versetzen, genau festzustellen, wie schlecht ihre Lage ist, damit sie die Unterstützung von Agenturen beantragen können, die ihnen in einer möglichst frühen Phase dabei helfen sollen, ihre Schwierigkeiten zu überwinden.

— „Instrument für eine vereinfachte Verwaltung": dieses Instrument zur Einschätzung der finanziellen Lage wird es den Landwirten ermöglichen, die finanzielle Situation ihrer Betriebe zu bewerten, Schwierigkeiten frühzeitig zu erkennen und festzustellen, wie viel Spielraum ihnen für Investitionen oder eine Diversifizierung zur Verfügung steht, und sich an einen im Voraus festgelegten Sanierungsplan zu halten. Die individuellen Unterstützungsgruppen auf nationaler Ebene werden Schulungen über die Anwendung des vereinfachten Verwaltungsinstruments anbieten. Die Schulungen werden sich an Personen richten, die sich um Landwirte in Schwierigkeiten kümmern und diese unterstützen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (ABl. L 277 vom 21.10.2005, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 04 — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS** *(Fortsetzung)*

### *05 04 60 Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums — ELER (2014-2020)*

05 04 60 01 Förderung einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums und eines räumlich und ökologisch ausgewogeneren, klimafreundlichen und innovativen Agrarsektors

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 13 970 049 059 | 1 267 275 423 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Finanzierung der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums 2014-2020 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

Die Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums werden anhand präziserer Leistungsindikatoren für die Bewirtschaftungssysteme und die Produktionsmethoden beurteilt, um den Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel, dem Gewässerschutz, der Biodiversität und den erneuerbaren Energieträgern gerecht zu werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 487).

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

Verordnung (EU) Nr. 1310/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit bestimmten Übergangsvorschriften betreffend die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die finanziellen Ressourcen und ihre Verteilung im Jahr 2014 sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates und der Verordnungen (EU) Nr. 1307/2013, (EU) Nr. 1306/2013 und (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich ihrer Anwendung im Jahr 2014 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 865).

05 04 60 02 Operative technische Unterstützung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 17 222 000 | 7 748 500 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Maßnahmen zur technischen Hilfe gemäß Kapitel III der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013, insbesondere des europäischen Netzes für die Entwicklung des ländlichen Raums.

KOMMISSION
*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 04 — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS** *(Fortsetzung)*

***05 04 60*** *(Fortsetzung)*

05 04 60 02 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 487).

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

Verordnung (EU) Nr. 1310/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit bestimmten Übergangsvorschriften betreffend die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die finanziellen Ressourcen und ihre Verteilung im Jahr 2014 sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates und der Verordnungen (EU) Nr. 1307/2013, (EU) Nr. 1306/2013 und (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich ihrer Anwendung im Jahr 2014 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 865).

05 04 60 03 Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung eines Teils des nationalen Finanzrahmens für die technische Hilfe, der auf Ersuchen eines Mitgliedstaats mit vorübergehenden Haushaltsschwierigkeiten an die technische Hilfe auf Initiative der Kommission übertragen wurde. Gemäß dem vorgeschlagenen Artikel 22a des Vorschlags für eine Verordnung COM(2013) 246 final erfolgt aus diesem Posten die Finanzierung von Maßnahmen zur Ermittlung, Priorisierung und Durchführung von Struktur- und Verwaltungsreformen als Reaktion auf die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen in diesem Mitgliedstaat.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

**KAPITEL 05 04 — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS** *(Fortsetzung)*

***05 04 60*** *(Fortsetzung)*

05 04 60 03 *(Fortsetzung)*

Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 487).

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

Verordnung (EU) Nr. 1310/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit bestimmten Übergangsvorschriften betreffend die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die finanziellen Ressourcen und ihre Verteilung im Jahr 2014 sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates und der Verordnungen (EU) Nr. 1307/2013, (EU) Nr. 1306/2013 und (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich ihrer Anwendung im Jahr 2014 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 865).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE (IPA) — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 05 05 | INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE (IPA) — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS | | | | | | | | |
| ***05 05 01*** | ***Sonderprogramm Sapard zur Beitrittsvorbereitung in den Bereichen Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums — Abschluss früherer Maßnahmen (aus der Zeit vor 2014)*** | | | | | | | | |
| 05 05 01 01 | Heranführungsinstrument Sapard — Abschluss des Programms (2000 bis 2006) | 4 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 05 05 01 02 | Heranführungsinstrument Sapard — Abschluss der Heranführungshilfen für acht Beitrittsländer | 4 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| | *Artikel 05 05 01 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***05 05 02*** | ***Heranführungsinstrument IPARD für die Entwicklung des ländlichen Raums — Abschluss des Programms (2007-2013)*** | 4 | p.m. | 93 043 400 | 259 328 000 | 49 138 665 | 231 199 692,— | 6 511 487,93 | 7,— |
| ***05 05 03*** | ***Unterstützung für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Serbien und Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien*** | | | | | | | | |
| 05 05 03 01 | Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union | 4 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 05 05 03 02 | Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung | 4 | 20 000 000 | 4 200 000 | | | | | — |
| | *Artikel 05 05 03 — Subtotal* | | 20 000 000 | 4 200 000 | | | | | — |
| ***05 05 04*** | ***Unterstützung für die Türkei*** | | | | | | | | |
| 05 05 04 01 | Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union | 4 | p.m. | p.m. | | | | | — |

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE (IPA) — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 05 05 04 02 | Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung | 4 | 70 000 000 | 13 753 638 | | | | | — |
| | *Artikel 05 05 04 — Subtotal* | | 70 000 000 | 13 753 638 | | | | | — |
| | **Kapitel 05 05 — Insgesamt** | | **90 000 000** | **110 997 038** | **259 328 000** | **49 138 665** | **231 199 692,—** | **6 511 487,93** | **5,87** |

***05 05 01 Sonderprogramm Sapard zur Beitrittsvorbereitung in den Bereichen Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums — Abschluss früherer Maßnahmen (aus der Zeit vor 2014)***

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1268/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über eine gemeinschaftliche Förderung für Maßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes zur Vorbereitung des Beitritts der Bewerberländer in Mittel- und Osteuropa während des Heranführungszeitraums (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 87).

Verordnung (EG) Nr. 2257/2004 des Rates vom 20. Dezember 2004 zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 3906/89, (EG) Nr. 1267/1999, (EG) Nr. 1268/1999 und (EG) Nr. 2666/2000 zur Berücksichtigung des Kandidatenstatus von Kroatien (ABl. L 389 vom 30.12.2004, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

05 05 01 01 Heranführungsinstrument Sapard — Abschluss des Programms (2000 bis 2006)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Dieser Posten dient der Abwicklung der bis zum 31. Dezember 2006 in Bulgarien, Rumänien und Kroatien vorgenommenen Mittelbindungen für Stützungsmaßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Rahmen von Sapard.

Aus diesem Posten dürfen ungeachtet des Begünstigten der Aktion keine Verwaltungsausgaben finanziert werden.

05 05 01 02 Heranführungsinstrument Sapard — Abschluss der Heranführungshilfen für acht Beitrittsländer

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Die Mittel dieses Postens dienen der Abwicklung der bis zum 31. Dezember 2003 vorgenommenen Mittelbindungen für Stützungsmaßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Rahmen von Sapard in den acht Bewerberländern, die im Jahr 2004 Mitgliedstaaten wurden.

Aus diesem Posten dürfen ungeachtet des Begünstigten der Aktion keine Verwaltungsausgaben finanziert werden.

KOMMISSION
*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE (IPA) — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS** *(Fortsetzung)*

***05 05 02 Heranführungsinstrument IPARD für die Entwicklung des ländlichen Raums — Abschluss des Programms (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 93 043 400 | 259 328 000 | 49 138 665 | 231 199 692,— | 6 511 487,93 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

***05 05 03 Unterstützung für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Serbien und Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien***

05 05 03 01 Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Im Rahmen des Heranführungsinstruments (IPA II) dienen diese Mittel der Erreichung der folgenden spezifischen Ziele im westlichen Balkan:

— Unterstützung politischer Reformen,

— Stärkung der Fähigkeit der Empfängerländer zur Erfüllung der aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen durch Unterstützung bei der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union, die Strukturfonds, den Kohäsionsfonds, den Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und die Politik der Union sowie bei deren Übernahme, Anwendung und Durchsetzung.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und Drittländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben einzusetzenden Beträge werden unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung in der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung festgelegt und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (COM(2011) 838 final), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und c.

KOMMISSION
*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE (IPA) — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS** *(Fortsetzung)*

***05 05 03*** *(Fortsetzung)*

05 05 03 02 Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 20 000 000 | 4 200 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Im Rahmen des Heranführungsinstruments (IPA II) dienen diese Mittel im westlichen Balkan der Erreichung des spezifischen Ziels der Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung als Beitrag zur Förderung eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und Drittländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben einzusetzenden Beträge werden unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung in der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung festgelegt und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (COM(2011) 838 final), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b.

***05 05 04 Unterstützung für die Türkei***

05 05 04 01 Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Im Rahmen des Heranführungsinstruments (IPA II) dienen diese Mittel der Erreichung der folgenden spezifischen Ziele in der Türkei:

— Unterstützung politischer Reformen,

— Stärkung der Fähigkeit des Empfängerlandes zur Erfüllung der aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen durch Unterstützung bei der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union, die Strukturfonds, den Kohäsionsfonds, den Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und die Politik der EU sowie bei deren Übernahme, Anwendung und Durchsetzung.

KOMMISSION
*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE (IPA) — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS** *(Fortsetzung)*

***05 05 04*** *(Fortsetzung)*

05 05 04 01 *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und Drittländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben einzusetzenden Beträge werden unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung in der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung festgelegt und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (COM(2011) 838 final), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und c.

05 05 04 02 Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 70 000 000 | 13 753 638 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Im Rahmen des Heranführungsinstruments (IPA II) dienen diese Mittel in der Türkei der Erreichung des spezifischen Ziels der Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung als Beitrag zur Förderung eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und Drittländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben einzusetzenden Beträge werden unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung in der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung festgelegt und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (COM(2011) 838 final), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 06 — INTERNATIONALE ASPEKTE DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 05 06 | INTERNATIONALE ASPEKTE DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“ | | | | | | | | |
| ***05 06 01*** | ***Internationale Übereinkommen im Bereich der Landwirtschaft*** | 4 | 6 696 000 | 5 590 437 | 6 629 000 | 5 069 602 | 3 631 625,30 | 3 631 625,30 | 64,96 |
| | **Kapitel 05 06 — Insgesamt** | | **6 696 000** | **5 590 437** | **6 629 000** | **5 069 602** | **3 631 625,30** | **3 631 625,30** | **64,96** |

## *05 06 01 Internationale Übereinkommen im Bereich der Landwirtschaft*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 6 696 000 | 5 590 437 | 6 629 000 | 5 069 602 | 3 631 625,30 | 3 631 625,30 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sollen den Beitrag der EU zu den nachstehenden internationalen Übereinkommen decken.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 92/580/EWG des Rates vom 13. November 1992 über die Unterzeichnung und den Abschluss des Internationalen Zucker- Übereinkommens von 1992 (ABl. L 379 vom 23.12.1992, S. 15).

Beschluss 96/88/EG des Rates vom 19. Dezember 1995 betreffend die Genehmigung der Internationalen Getreide-Übereinkunft von 1995, bestehend aus dem Getreidehandels-Übereinkommen und dem Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen, durch die Europäische Gemeinschaft (ABl. L 21 vom 27.1.1996, S. 47).

Beschluss 2005/800/EG des Rates vom 14. November 2005 betreffend den Abschluss des Internationalen Übereinkommens von 2005 über Olivenöl und Tafeloliven (ABl. L 302 vom 19.11.2005, S. 47).

*Verweise*

Artikel 54 Absatz 2 Buchstabe d der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Vorschlag für einen Beschluss des Rates, von der Kommission vorgelegt am 19. Dezember 2012, zur Festlegung des Standpunkts, der im Namen der Europäischen Union im Internationalen Zuckerrat in Bezug auf die Verlängerung des Internationalen Zucker-Übereinkommens von 1992 zu vertreten ist (COM(2012) 780).

Vorschlag für einen Beschluss des Rates, von der Kommission vorgelegt am 19. Dezember 2012, zur Festlegung des Standpunkts, der im Namen der Europäischen Union im Internationalen Getreiderat in Bezug auf die Verlängerung des Getreidehandels-Übereinkommens von 1995 zu vertreten ist (COM(2012) 779).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 07 — AUDIT DER AUS DEM EUROPÄISCHEN GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EGFL) FINANZIERTEN AGRARAUSGABEN**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 05 07 | AUDIT DER AUS DEM EUROPÄISCHEN GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EGFL) FINANZIERTEN AGRARAUSGABEN | | | | | |
| ***05 07 01*** | ***Kontrolle der Agrarausgaben*** | | | | | |
| 05 07 01 02 | Kontroll- und Vorbeugungsmaßnahmen — Direktzahlungen der Union | 2 | 6 800 000 | 6 800 000 | 6 499 202,44 | 95,58 |
| 05 07 01 06 | Ausgaben für Finanzkorrekturen zugunsten von Mitgliedstaaten nach Beschlüssen zum Rechnungsabschluss früherer Haushaltsjahre in Bezug auf Ausgaben der geteilten Mittelverwaltung im Rahmen des EAGFL, Abteilung Garantie (frühere Maßnahmen), und im Rahmen des EGFL | 2 | p.m. | – 200 000 000 | 28 526 845,77 | — |
| 05 07 01 07 | Ausgaben für Finanzkorrekturen zugunsten von Mitgliedstaaten nach Beschlüssen zum Konformitätsabschluss früherer Haushaltsjahre in Bezug auf Ausgaben der geteilten Mittelverwaltung im Rahmen des EAGFL, Abteilung Garantie (frühere Maßnahmen), und im Rahmen des EGFL | 2 | p.m. | 108 300 000 | 36 208 844,40 | — |
| | *Artikel 05 07 01 — Subtotal* | | 6 800 000 | – 84 900 000 | 71 234 892,61 | 1 047,57 |
| ***05 07 02*** | ***Regelung von Streitfällen*** | 2 | 53 400 000 | p.m. | 39 134 000,— | 73,28 |
| | **Kapitel 05 07 — Insgesamt** | | **60 200 000** | **– 84 900 000** | **110 368 892,61** | **183,34** |

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 21 und Artikel 174 Absatz 2 der Haushaltsordnung können bei Einnahmen unter Artikel 6 7 0 des Gesamteinnahmenplans für jeden Posten dieses Kapitels zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 07 — AUDIT DER AUS DEM EUROPÄISCHEN GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EGFL) FINANZIERTEN AGRARAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***05 07 01 Kontrolle der Agrarausgaben***

05 07 01 02 Kontroll- und Vorbeugungsmaßnahmen — Direktzahlungen der Union

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 800 000 | 6 800 000 | 6 499 202,44 |

*Erläuterungen*

Die Mittel dieses Postens dienen der Deckung von Kosten für Kontrollen per Fernerkundung.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 165/94 des Rates vom 24. Januar 1994 über die finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an den Kontrollen durch Fernerkundung (ABl. L 24 vom 29.1.1994, S. 6).

Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 des Rates vom 29. September 2003 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe (ABl. L 270 vom 21.10.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates vom 19. Januar 2009 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe (ABl. L 30 vom 31.1.2009, S. 16).

Verordnung (EU) Nr. 671/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates hinsichtlich der Gewährung von Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe für das Jahr 2013 (ABl. L 204 vom 31.7.2012, S. 11).

05 07 01 06 Ausgaben für Finanzkorrekturen zugunsten von Mitgliedstaaten nach Beschlüssen zum Rechnungsabschluss früherer Haushaltsjahre in Bezug auf Ausgaben der geteilten Mittelverwaltung im Rahmen des EAGFL, Abteilung Garantie (frühere Maßnahmen), und im Rahmen des EGFL

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | – 200 000 000 | 28 526 845,77 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ergebnisse von Entscheidungen gemäß Artikel 30 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 sowie gemäß Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013.

Die Mittel dienen auch der Deckung der Ergebnisse von Rechnungsabschlussentscheidungen im Zusammenhang mit dem Umstrukturierungsfonds für die Zuckerindustrie. Das Prinzip des Rechnungsabschlusses ist in Artikel 59 Absatz 6 der Haushaltsordnung geregelt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1258/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 103).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 320/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 mit einer befristeten Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie in der Europäischen Gemeinschaft und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 42).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 07 — AUDIT DER AUS DEM EUROPÄISCHEN GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EGFL) FINANZIERTEN AGRARAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***05 07 01*** *(Fortsetzung)*

05 07 01 07 Ausgaben für Finanzkorrekturen zugunsten von Mitgliedstaaten nach Beschlüssen zum Konformitätsabschluss früherer Haushaltsjahre in Bezug auf Ausgaben der geteilten Mittelverwaltung im Rahmen des EAGFL, Abteilung Garantie (frühere Maßnahmen), und im Rahmen des EGFL

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 108 300 000 | 36 208 844,40 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Ergebnisse von Entscheidungen gemäß Artikel 31 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 und gemäß Artikel 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013.

Die Mittel dienen auch der Deckung der Ergebnisse von Rechnungsabschlussentscheidungen im Zusammenhang mit dem Umstrukturierungsfonds für die Zuckerindustrie, wenn diese zugunsten von Mitgliedstaaten ausfallen. Das Prinzip des Rechnungsabschlusses ist in Artikel 59 Absatz 6 der Haushaltsordnung geregelt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1258/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 103).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 320/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 mit einer befristeten Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie in der Europäischen Gemeinschaft und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 42).

***05 07 02*** ***Regelung von Streitfällen***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 53 400 000 | p.m. | 39 134 000,— |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel dient der Deckung etwaiger Ausgaben, die der Kommission von einem Gericht angelastet werden können, insbesondere für Schadensersatzleistungen und Zinszahlungen.

Ferner sollen damit alle Ausgaben gedeckt werden, die der Kommission gemäß Artikel 7 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems (ABl. L 67 vom 14.3.1991, S. 11) entstehen können.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 08 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 05 08 | ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“ | | | | | | | | |
| ***05 08 01*** | ***Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen*** | 2 | 14 619 600 | 13 733 871 | 14 636 655 | 14 350 561 | 14 281 019,82 | 13 339 474,81 | 97,13 |
| ***05 08 02*** | ***Erhebungen über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe*** | 2 | 250 000 | 200 000 | 450 000 | 5 881 094 | 19 913 903,85 | 17 568 583,77 | 8 784,29 |
| ***05 08 03*** | ***Neuordnung des Systems landwirtschaftlicher Erhebungen*** | 2 | 1 753 760 | 1 695 892 | 1 550 687 | 1 628 919 | 1 511 000,— | 1 479 048,89 | 87,21 |
| ***05 08 06*** | ***Maßnahmen zur Information über die Gemeinsame Agrarpolitik*** | 2 | 11 000 000 | 11 000 000 | 8 000 000 | 8 000 000 | 7 905 658,47 | 7 905 658,47 | 71,87 |
| ***05 08 09*** | ***Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) — Operative technische Unterstützung*** | 2 | 1 670 000 | 1 670 000 | 2 670 000 | 2 670 000 | 1 464 807,55 | 1 464 807,55 | 87,71 |
| ***05 08 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 05 08 77 01 | Pilotprojekt — Bewertung der dem Endverbraucher durch die Einhaltung der Rechtsvorschriften der Union in den Bereichen Umwelt, Tierschutz und Lebensmittelsicherheit entstehenden Kosten | 2 | p.m. | 411 089 | p.m. | 939 631 | 0,— | 264 270,96 | 64,29 |
| 05 08 77 02 | Pilotprojekt — Austausch bewährter Praktiken zur Vereinfachung der Cross Compliance | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 05 08 77 03 | Pilotprojekt — Unterstützung landwirtschaftlicher Genossenschaften | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 1 192 528,46 | — |
| 05 08 77 04 | Pilotprojekt — Europäische Beobachtungsstelle für Preise und Gewinnspannen im Agrarsektor | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 05 08 77 05 | Pilotprojekt — Unterstützung von Initiativen der Landwirte und Verbraucher zur Förderung eines geringen $CO_2$-Ausstoßes, eines niedrigen Energieverbrauchs und einer vor Ort vermarkteten Nahrungsmittelerzeugung | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 08 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 05 08 77 06 | Vorbereitende Maßnahme — Europäische Beobachtungsstelle für Preise und Gewinnspannen im Agrarsektor | 2 | 1 000 000 | 1 000 000 | 2 000 000 | 1 000 000 | | | — |
| 05 08 77 07 | Pilotprojekt — Maßnahmen zur Bekämpfung der Spekulation mit landwirtschaftlichen Grundstoffen | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 05 08 77 08 | Pilotprojekt — Austauschprogramm für Junglandwirte | 2 | p.m. | 600 000 | p.m. | 750 000 | 0,— | 0,— | 0,— |
| 05 08 77 09 | Vorbereitende Maßnahme — Pflanzen- und tiergenetische Ressourcen in der Union | 2 | 1 000 000 | 600 000 | 1 500 000 | 750 000 | | | — |
| 05 08 77 10 | Pilotprojekt — Agropol: Schaffung einer europäischen länderübergreifenden Modellregion für Agroindustrie | 2 | 1 200 000 | 600 000 | | | | | — |
| 05 08 77 11 | Pilotprojekt — Agrarforstwirtschaft | 2 | 1 000 000 | 500 000 | | | | | — |
| | *Artikel 05 08 77 — Subtotal* | | 4 200 000 | 3 711 089 | 3 500 000 | 3 439 631 | 0,— | 1 456 799,42 | 39,26 |
| ***05 08 80*** | ***Teilnahme der Union an „Feeding the Planet — Energy for Life“ im Rahmen der Weltausstellung 2015 in Mailand*** | 2 | 7 300 000 | 3 000 000 | | | | | — |
| | **Kapitel 05 08 — Insgesamt** | | **40 793 360** | **35 010 852** | **30 807 342** | **35 970 205** | **45 076 389,69** | **43 214 372,91** | **123,43** |

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 21 und Artikel 174 Absatz 2 der Haushaltsordnung können bei Einnahmen unter Artikel 6 7 0 des Gesamteinnahmenplans zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

### *05 08 01 Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 14 619 600 | 13 733 871 | 14 636 655 | 14 350 561 | 14 281 019,82 | 13 339 474,81 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Pauschalvergütungen und der Entwicklung von Instrumenten für die Bearbeitung, Analyse und Verbreitung der Angaben und Ergebnisse der Buchführungen der landwirtschaftlichen Betriebe.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 08 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“** *(Fortsetzung)*

***05 08 01*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1217/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Bildung eines Informationsnetzes landwirtschaftlicher Buchführungen über die Einkommenslage und die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse landwirtschaftlicher Betriebe in der Europäischen Gemeinschaft (kodifizierte Fassung) (ABl. L 328 vom 15.12.2009, S. 27).

***05 08 02 Erhebungen über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 250 000 | 200 000 | 450 000 | 5 881 094 | 19 913 903,85 | 17 568 583,77 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für die Kofinanzierung der statistischen Erhebungen, die für die Erfassung der Strukturen in der Union erforderlich sind, einschließlich der Finanzierung der Eurofarm-Datenbank.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 zur Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe (ABl. L 56 vom 2.3.1988, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über die Betriebsstrukturerhebungen und die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden (ABl. L 321 vom 1.12.2008, S. 14).

***05 08 03 Neuordnung des Systems landwirtschaftlicher Erhebungen***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 753 760 | 1 695 892 | 1 550 687 | 1 628 919 | 1 511 000,— | 1 479 048,89 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— Ausgaben für die Verbesserung der Agrarstatistiksysteme in der Union,

— Zuschüsse, vertraglich bedingte Kosten oder Erstattungen für Dienste, die im Rahmen des Erwerbs und der Nutzung von Datenbanken geleistet wurden,

— Zuschüsse, vertraglich bedingte Kosten oder Erstattungen für Dienste, die im Rahmen der Erstellung von Modellen für den Agrarsektor sowie kurz- und mittelfristiger Vorausschätzungen der Marktentwicklung und der Agrarstrukturen sowie im Rahmen der Verbreitung der Ergebnisse geleistet wurden,

— Zuschüsse, vertraglich bedingte Kosten oder Erstattungen für Dienste, die im Rahmen der Durchführung von Maßnahmen zur Anwendung der Fernerkundung, von Gebietsrastererhebungen und agrarmeteorologischen Modellen auf die statistischen Daten über die Landwirtschaft geleistet wurden,

— Zuschüsse, vertraglich bedingte Kosten oder Erstattungen für Dienste, die im Rahmen der Durchführung von Wirtschaftsanalysen und der Entwicklung von agrarpolitischen Indikatoren geleistet wurden.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgaben im Rahmen der der Kommission übertragenen Verwaltungsautonomie gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Entscheidung 96/411/EG des Rates vom 25. Juni 1996 zur Verbesserung der Agrarstatistik der Gemeinschaft (ABl. L 162 vom 1.7.1996, S. 14).

KOMMISSION
*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 08 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“** *(Fortsetzung)*

***05 08 03*** *(Fortsetzung)*

Beschluss Nr. 1445/2000/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2000 über den Einsatz von Flächenstichprobenerhebungen und Fernerkundung in der Agrarstatistik im Zeitraum 1999-2003 (ABl. L 163 vom 4.7.2000, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 78/2008 des Rates vom 21. Januar 2008 über die Maßnahmen der Kommission zum Einsatz der Fernerkundung in der Gemeinsamen Agrarpolitik im Zeitraum 2008-2013 (ABl. L 25 vom 30.1.2008, S. 1).

### *05 08 06 Maßnahmen zur Information über die Gemeinsame Agrarpolitik*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 11 000 000 | 8 000 000 | 7 905 658,47 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung von EU-Maßnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Gemeinsame Agrarpolitik gemäß Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 814/2000 und Artikel 45 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013.

Dabei kann es sich handeln um

— jährliche Aktionsprogramme, die insbesondere von Organisationen der Landwirtschaft oder der Entwicklung des ländlichen Raums sowie von Verbraucher- und Umweltschutzverbänden vorgelegt werden,

— punktuelle Maßnahmen, die insbesondere von Behörden der Mitgliedstaaten, Medien oder Hochschuleinrichtungen vorgelegt werden,

— Tätigkeiten, die auf Initiative der Kommission durchgeführt werden,

— Maßnahmen zur Förderung von landwirtschaftlichen Familienbetrieben.

Ein Teil dieser Mittel ist dafür bestimmt, in Schulen, an Verkaufsstellen und an sonstigen Verbraucheranlaufstellen über die hohen Standards in den Bereichen Qualität, Lebensmittelsicherheit, Umwelt- und Tierschutz zu informieren, die die europäischen Landwirte im Vergleich zu den in Drittländern geltenden Standards zu erfüllen haben; dabei sollte der bedeutende Beitrag herausgestellt werden, den die Gemeinsame Agrarpolitik zur Erreichung dieser hohen Standards leistet, und darüber hinaus sollten die verschiedenen bestehenden Qualitätsregelungen wie Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben erläutert werden.

Ein Teil dieser Mittel ist dafür bestimmt, Informationskampagnen für Verbraucher über die Ursachen und Folgen von Lebensmittelverschwendung und Ratschläge für Methoden zur Eindämmung dieser Verschwendung, auch durch die Förderung von Benchmarking-Verfahren innerhalb der verschiedenen Sektoren der Nahrungsmittelkette, zu finanzieren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 814/2000 des Rates vom 17. April 2000 über Informationsmaßnahmen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 100 vom 20.4.2000, S. 7).

### *05 08 09 Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) — Operative technische Unterstützung*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 670 000 | 2 670 000 | 1 464 807,55 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben gemäß Artikel 5 Buchstaben a bis d der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 und gemäß Artikel 6 Buchstaben a und d bis f der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 08 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“** *(Fortsetzung)*

***05 08 09*** *(Fortsetzung)*

Die Mittel sind auch bestimmt zur Deckung

— der Ausgaben für den Aufbau einer Datenbank für Analysewerte von Weinbauerzeugnissen gemäß Artikel 87 der Verordnung (EG) Nr. 555/2008 der Kommission vom 27. Juni 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 479/2008 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Wein hinsichtlich der Stützungsprogramme, des Handels mit Drittländern, des Produktionspotenzials und der Kontrollen im Weinsektor (ABl. L 170 vom 30.6.2008, S. 1),

— der Ausgaben für die Durchführung einer Studie zur „Bewertung der dem Endverbraucher durch die Einhaltung der Rechtsvorschriften der Union in den Bereichen Umwelt, Tierschutz und Lebensmittelsicherheit entstehenden Kosten“.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1).

***05 08 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

05 08 77 01 Pilotprojekt — Bewertung der dem Endverbraucher durch die Einhaltung der Rechtsvorschriften der Union in den Bereichen Umwelt, Tierschutz und Lebensmittelsicherheit entstehenden Kosten

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 411 089 | p.m. | 939 631 | 0,— | 264 270,96 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 05 08 10*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

05 08 77 02 Pilotprojekt — Austausch bewährter Praktiken zur Vereinfachung der Cross Compliance

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 05 08 11*

Dieser Posten dient der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 08 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“** *(Fortsetzung)*

***05 08 77*** *(Fortsetzung)*

05 08 77 03 Pilotprojekt — Unterstützung landwirtschaftlicher Genossenschaften

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 1 192 528,46 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 05 02 17 01*

Dieser Posten dient der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

05 08 77 04 Pilotprojekt — Europäische Beobachtungsstelle für Preise und Gewinnspannen im Agrarsektor

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 05 02 17 02*

Dieser Posten dient der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

05 08 77 05 Pilotprojekt — Unterstützung von Initiativen der Landwirte und Verbraucher zur Förderung eines geringen $CO_2$-Ausstoßes, eines niedrigen Energieverbrauchs und einer vor Ort vermarkteten Nahrungsmittelerzeugung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 05 02 17 03*

Dieser Posten dient der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 08 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“** *(Fortsetzung)*

***05 08 77*** *(Fortsetzung)*

05 08 77 05 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

05 08 77 06 Vorbereitende Maßnahme — Europäische Beobachtungsstelle für Preise und Gewinnspannen im Agrarsektor

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 000 000 | 1 000 000 | 2 000 000 | 1 000 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 05 02 17 04*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Diese Mittel dienen der Finanzierung einer europäischen Beobachtungsstelle für Preise und Gewinnspannen im Agrarsektor. Unter anderem leistet es einen Beitrag dazu, das Instrument für die Überwachung der Lebensmittelpreise zu verbessern und benutzerfreundlicher zu gestalten, indem eine mehrsprachige Schnittstelle aufgenommen, eine größere Zahl von Nahrungsmittelerzeugnissen erfasst und eine bessere Vergleichbarkeit der Preise für jedes Glied der Lebensmittelversorgungskette innerhalb der Mitgliedstaaten und zwischen diesen erreicht wird, um dem Wunsch der Verbraucher und Landwirte nach mehr Transparenz bei der Lebensmittelpreisbildung gerecht zu werden.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

05 08 77 07 Pilotprojekt — Maßnahmen zur Bekämpfung der Spekulation mit landwirtschaftlichen Grundstoffen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 05 02 17 07*

Dieser Posten dient der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 08 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“** *(Fortsetzung)*

***05 08 77*** *(Fortsetzung)*

05 08 77 08 Pilotprojekt — Austauschprogramm für Junglandwirte

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 600 000 | p.m. | 750 000 | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 05 04 05 03*

Dieser Posten dient der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

05 08 77 09 Vorbereitende Maßnahme — Pflanzen- und tiergenetische Ressourcen in der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 000 000 | 600 000 | 1 500 000 | 750 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 05 04 03 01*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten einer vorbereitenden Maßnahme im Hinblick auf ein drittes Unionsprogramm für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung pflanzen- und tiergenetischer Ressourcen in der Landwirtschaft bestimmt. Die vorausgegangenen Programme auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1476/94 des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 870/2004 des Rates wurden im Jahr 2010 abgeschlossen. Erste Auswertungen von Projekten deuten darauf hin, dass es weiterer Maßnahmen bedarf, mit denen man den Erhalt der genetischen Vielfalt und die nachhaltige Nutzung der genetischen Ressourcen in der Landwirtschaft verbessert und dadurch einen Beitrag zu hochwertigen Erzeugnissen und lokalen Lebensmittelversorgungsketten leistet. Gleichzeitig sollen dadurch die Zusammenarbeit und der Wissensaustausch zwischen der Forschung, Landwirten, Züchtern und Netzwerken engagierter Bürger und nichtstaatlicher Organisationen unter Mitwirkung der Endverbraucher gefördert und eine Aufklärung der Verbraucher auf diesem Gebiet erreicht werden.

Die vorbereitende Maßnahme soll auf der Vorbereitungstätigkeit der Kommission von 2013 aufbauen und im Zuge anstehender Programme für die Entwicklung des ländlichen Raums eine EU-weite Vernetzung von Projekten und Maßnahmen auf dem Gebiet der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung genetischer Ressourcen begünstigen. Die vorbereitende Maßnahme soll dazu beitragen, die Komponenten für ein drittes Unionsprogramm für genetische Ressourcen festzulegen, insbesondere im Zusammenhang mit folgenden Anliegen:

— Verbesserung der Kommunikation zwischen den Mitgliedstaaten und ihren Behörden in Bezug auf bewährte Verfahrensweisen und die Harmonisierung der Anstrengungen im Bereich der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung genetischer Ressourcen;

— stärkere Vernetzung zwischen den Hauptakteuren, unter anderem Landwirten, Forschern, Genbanken, NRO und Endverbrauchern, und Verbesserung der Absatzmöglichkeiten durch Qualitätsregelungen und kurze Lebensmittelversorgungsketten;

— Verbesserung des Wissens- und Forschungsaustauschs im Bereich der Förderung der genetischen Vielfalt in landwirtschaftlichen Systemen;

— Anpassung der Zuchtverfahren und Rechtsvorschriften an die Erfordernisse der Erhaltung der genetischen Vielfalt und der nachhaltigen Nutzung der genetischen Ressourcen;

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 08 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“** *(Fortsetzung)*

***05 08 77*** *(Fortsetzung)*

05 08 77 09 *(Fortsetzung)*

— Unterstützung der erfolgreichen Umsetzung von Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums durch Förderung der genetischen Vielfalt in der Landwirtschaft;

— Verringerung des Verwaltungsaufwands, um auf diese Weise den Zugang zu den Maßnahmen zu verbessern.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

05 08 77 10 Pilotprojekt — Agropol: Schaffung einer europäischen länderübergreifenden Modellregion für Agroindustrie

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 200 000 | 600 000 | | | | |

*Erläuterungen*

In diesem Projekt sollen Agroindustrie-Fachkreise in ländlichen Gebieten länderübergreifend zusammengeführt und gefördert werden, und es sollen Kompetenzregionen für Agroindustrie — sogenannte Agropole — gebildet werden, die den jeweiligen Gebieten eine nachhaltige Wirtschaftsperspektive bieten. Die deutsch-niederländische Grenzregion (mindestens 4661 deutsche Kleinst- und Kleinunternehmen (KMU) in Landwirtschaft und Gartenbau, industrielle Unternehmen, Dienstleistungsfirmen, Bildungseinrichtungen und wissenschaftliche Einrichtungen, Behörden, Industrie- und Handelskammern, Landwirtschaftskammern und Vereinigungen) leisten Pioniertätigkeit für andere europäische Agrarregionen, wobei dargelegt wird, wie die gegenwärtigen Herausforderungen infolge der Strukturveränderungen in der Landwirtschaft und des zunehmenden Wettbewerbs in der Agrarwirtschaft mithilfe eines sektorenübergreifenden Aufbaus eines Agropols erfolgreich angenommen werden können:

— wissenschaftliche Anpassung des Ansatzes zur sektorspezifischen Entwicklung zu einem Agropol,

— Erstellung eines strategischen Plans für den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Agroindustrie-und-Nahrungsmittel-Region,

— Mobilisierung der Interessenträger, besonders der Behörden und der Wirtschaft, für die gemeinsame Zielsetzung,

— die Zusammenarbeit führt durch den gemeinsamen Ansatz zum Erfolg: Erhaltung und effiziente Nutzung von Ressourcen / Erstellung eines Gesamtplans sind die wesentlichen Schwerpunkte des Projekts. Das Projekt trägt auf diesem Weg auch zur Überwindung weltweiter Herausforderungen wie Klimawandel, Knappheit von Rohstoffen und natürlichen Ressourcen sowie Ernährungssicherheit bei. Eine ökologisch und ökonomisch erfolgreiche Wirtschaft und Landwirtschaft wird gefördert, und eine ausgewogene Entwicklung des ländlichen Raums wird begünstigt,

— Darlegung der Übertragbarkeit auf andere europäische Regionen.

Es wird erwartet, dass das Projekt nützliche Beiträge zur Strategie Europa 2020 und zu den Leitinitiativen Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten, Ressourcenschonendes Europa, Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und Europäische Technologieplattformen 2020 leistet.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 49 Absatz 6 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 08 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“** *(Fortsetzung)*

***05 08 77*** *(Fortsetzung)*

05 08 77 11 Pilotprojekt — Agrarforstwirtschaft

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 000 000 | 500 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Mit diesen Mitteln sind die Folgemaßnahmen abzudecken, die sich aus Entscheidungen aufgrund der positiven Bewertung durch die Kommission und aufgrund von deren Leitlinien ergeben.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***05 08 80 Teilnahme der Union an „Feeding the Planet — Energy for Life“ im Rahmen der Weltausstellung 2015 in Mailand***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 7 300 000 | 3 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Teilnahme der Union an der Weltausstellung 2015 in Mailand unter dem Titel „Feeding the Planet — Energy for Life“.

Die Mittel sind zur Deckung der Grundkosten für die Teilnahme der Union am italienischen Pavillon (Standmiete, Standaufbau und -dekoration, laufende Kosten) bestimmt. Die Kosten für die Organisation von Events und Ausstellungen (z. B. Erstattung von Sachverständigenkosten, Ausstellungsmaterial usw.) sind durch Mittel der einschlägigen Sonderprogramme der betreffenden Politikbereiche gedeckt.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe im Rahmen der der Kommission übertragenen Verwaltungsautonomie gemäß Artikel 54 Absatz 2d der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 09 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM AGRARSEKTOR**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 05 09 | HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM AGRARSEKTOR | | | | | | | | |
| ***05 09 03*** | ***Gesellschaftliche Herausforderungen*** | | | | | | | | |
| 05 09 03 01 | Sicherung der Versorgung mit sicheren und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und anderen biogestützten Produkten | 1.1 | 52 163 000 | 2 290 968 | | | | | — |
| | *Artikel 05 09 03 — Subtotal* | | 52 163 000 | 2 290 968 | | | | | — |
| ***05 09 50*** | ***Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung*** | | | | | | | | |
| 05 09 50 01 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020) | 1.1 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| | *Artikel 05 09 50 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | | | | | — |
| | **Kapitel 05 09 — Insgesamt** | | **52 163 000** | **2 290 968** | | | | | **—** |

*Erläuterungen*

Diese Erläuterungen gelten für alle Haushaltslinien dieses Kapitels.

Diese Mittel werden für das „Horizont 2020-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation", das für den Zeitraum 2014 bis 2020 gilt, verwendet.

„Horizont 2020" wird bei der Umsetzung der Europa 2020-Leitinitiative „Innovationsunion" und anderer Leitinitiativen (wie „Ressourcenschonendes Europa", „Eine Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung", „Digitale Agenda für Europa") sowie für die Entwicklung und das Funktionieren des europäischen Forschungsraums (EFR) eine wesentliche Rolle spielen. „Horizont 2020" trägt zum Aufbau einer unionsweiten wissens- und innovationsgestützten Gesellschaft und Wirtschaft bei, indem es zusätzliche Fördermittel für Forschung, Entwicklung und Innovation mobilisiert.

Es wird zur Erreichung der in Artikel 179 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union dargelegten allgemeinen Ziele durchgeführt werden, um zur Schaffung einer Wissensgesellschaft, die auf dem Europäischen Forschungsraum aufbaut, beizutragen: Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf allen Ebenen in der gesamten Union, Steigerung der Dynamik, der Kreativität und der herausragenden Leistungen der europäischen Forschung bis an die Grenzen des Wissens, quantitative und qualitative Stärkung der Humanressourcen in Forschung und Technologie in Europa sowie der Forschungs- und Innovationskapazitäten in ganz Europa und Gewährleistung ihrer bestmöglichen Verwendung.

Diese Artikel bzw. Posten decken auch die Ausgaben für von der Kommission veranstaltete Sitzungen, Konferenzen, Workshops und Kolloquien von hohem wissenschaftlich-technischem Niveau und europäischem Interesse, die Finanzierung von Analysen und Evaluierungen von hohem wissenschaftlichen oder technologischen Niveau, die für die EU durchgeführt werden, um neue, für die Forschungstätigkeit der EU geeignete Forschungsbereiche zu sondieren, insbesondere im Rahmen des Europäischen Forschungsraums, sowie Maßnahmen zur Programmbetreuung und Verbreitung der Programmergebnisse, einschließlich der Maßnahmen aus früheren Rahmenprogrammen.

Die Mittel werden im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 1290/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Regeln für die Beteiligung am Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 81) verwendet.

KOMMISSION
*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

**KAPITEL 05 09 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM AGRARSEKTOR** *(Fortsetzung)*

Zu den bei diesem Kapitel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei den angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Für einige der Projekte ist eine Beteiligung von Drittstaaten oder von Einrichtungen aus Drittstaaten an der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technologischen Forschung vorgesehen. Bei solchen möglichen Finanzbeiträgen unter Posten 6 0 1 3 und 6 0 1 5 des Einnahmenplans können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Bei Einnahmen aus Beiträgen von Staaten, die sich an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligen, unter Posten 6 0 1 6 des Einnahmenplans können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Bei etwaigen Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer — und gegebenenfalls der potenziellen Bewerberländer des westlichen Balkans — für ihre Beteiligung an Programmen der Union unter Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Bei etwaigen Einnahmen aus den Beiträgen externer Einrichtungen zu den Tätigkeiten der Union unter Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Zusätzliche Mittel werden unter Posten 05 09 50 01 bereitgestellt.

Die Verwaltungsausgaben dieses Kapitels werden unter Artikel 05 01 05 eingesetzt.

## *05 09 03 Gesellschaftliche Herausforderungen*

*Erläuterungen*

Dieser Schwerpunkt von „Horizon 2020" ist eine direkte Reaktion auf die in der Strategie Europa 2020 genannten politischen Schwerpunkte und gesellschaftlichen Herausforderungen. Die entsprechenden Tätigkeiten werden sich an den Herausforderungen orientieren, um über die einzelnen Gebiete, Technologien und wissenschaftlichen Disziplinen hinweg eine kritische Masse von Ressourcen und Wissen zusammenzubringen. Die Tätigkeiten erstrecken sich auf den gesamten Zyklus von der Forschung bis zur Vermarktung, wobei ein neuer Schwerpunkt auf innovationsbezogenen Tätigkeiten liegt, wie beispielsweise Pilot- und Demonstrationsprojekte, Testläufe, Unterstützung der öffentlichen Auftragsvergabe, Konzeption, vom Endnutzer angeregte Innovation, gesellschaftliche Innovation und Markteinführung von Innovationen. Die Tätigkeiten werden direkt die entsprechenden Zuständigkeiten in den Politikbereichen auf EU-Ebene unterstützen.

### 05 09 03 01 Sicherung der Versorgung mit sicheren und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und anderen biogestützten Produkten

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 52 163 000 | 2 290 968 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Schwerpunkt der Tätigkeiten ist eine nachhaltigere und produktivere Land- und Forstwirtschaft bei gleichzeitiger Entwicklung von Dienstleistungen, Konzepten und Strategien zur Schaffung besserer Lebensgrundlagen in ländlichen Gebieten. Weitere Schwerpunkte der Tätigkeiten sind gesunde und sichere Lebensmittel für alle sowie wettbewerbsfähige Verfahren für die Lebensmittelverarbeitung, die weniger Ressourcen verbrauchen und bei denen weniger Nebenprodukte anfallen. Gleichzeitig werden Anstrengungen für eine nachhaltige Nutzung der lebenden aquatischen Ressourcen unternommen (z. B. nachhaltige und umweltfreundliche Fischerei). Gefördert werden auch ressourcenschonende, nachhaltige und wettbewerbsfähige europäische biobasierte Industriezweige mit niedrigem $CO_2$-Ausstoß.

**KAPITEL 05 09 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM AGRARSEKTOR** *(Fortsetzung)*

***05 09 03*** *(Fortsetzung)*

05 09 03 01 *(Fortsetzung)*

*Verweise*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347, vom 20.12.2013, S. 104).

Vorschlag der Kommission vom 30. November 2011 für einen Beschluss des Rates über das spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) (COM(2011) 811 final), insbesondere Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe b.

***05 09 50 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung***

05 09 50 01 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Die Mittel dieses Artikels sind zur Deckung der Ausgaben bestimmt, die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen entsprechen, die durch die Teilnahme von (nicht dem EWR angehörender) Dritter oder Drittstaaten an Projekten der Forschung und technologischen Entwicklung (2014-2020) entstehen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können bei Einnahmen unter den Posten 6 0 1 3, 6 0 1 5, 6 0 1 6, 6 0 3 1 und 6 0 3 3 des Einnahmenplans für jede Haushaltslinie dieses Artikels zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

KOMMISSION

*TITEL 05 — LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „LANDWIRTSCHAFT UND LÄNDLICHE ENTWICKLUNG“

KOMMISSION

*TITEL 06*

**MOBILITÄT UND VERKEHR**

# TITEL 06

# MOBILITÄT UND VERKEHR

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 06 01 | VERWALTUNGSAUS-GABEN DES POLITIK-BEREICHS „MOBILITÄT UND VERKEHR“ | 72 500 880 | 72 500 880 | 66 811 011 | 66 811 011 | 65 209 019,47 | 65 209 019,47 |
| 06 02 | EUROPÄISCHE VERKEHRS-POLITIK | 2 582 441 731 | 903 416 322 | 1 613 008 724 | 874 066 537 | 1 581 626 308,— | 977 668 289,12 |
| 06 03 | HORIZONT 2020 — FOR-SCHUNG UND INNOVA-TION IM VERKEHRSSEKTOR | 212 105 039 | 27 367 732 | 58 324 795 | 53 235 521 | 62 597 290,37 | 61 306 793,48 |
| | **Titel 06 — Insgesamt** | **2 867 047 650** | **1 003 284 934** | **1 738 144 530** | **994 113 069** | **1 709 432 617,84** | **1 104 184 102,07** |

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

# TITEL 06

# MOBILITÄT UND VERKEHR

## KAPITEL 06 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MOBILITÄT UND VERKEHR“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 06 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MOBILITÄT UND VERKEHR“ | | | | | |
| ***06 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Mobilität und Verkehr“*** | 5.2 | 40 868 495 | 35 013 858 | 34 413 860,01 | 84,21 |
| ***06 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Mobilität und Verkehr“*** | | | | | |
| 06 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 2 325 880 | 2 362 249 | 2 112 097,41 | 90,81 |
| 06 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 2 232 988 | 2 389 096 | 2 674 249,52 | 119,76 |
| | *Artikel 06 01 02 — Subtotal* | | 4 558 868 | 4 751 345 | 4 786 346,93 | 104,99 |
| ***06 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Mobilität und Verkehr“*** | 5.2 | 2 645 371 | 2 215 808 | 2 524 906,91 | 95,45 |
| ***06 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Mobilität und Verkehr“*** | | | | | |
| 06 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für die Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) — Verkehr | 1.1 | 2 895 000 | 3 820 000 | 2 878 197,68 | 99,42 |
| | *Artikel 06 01 04 — Subtotal* | | 2 895 000 | 3 820 000 | 2 878 197,68 | 99,42 |
| ***06 01 05*** | ***Unterstützungsausgaben für die Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Mobilität und Verkehr“*** | | | | | |
| 06 01 05 01 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit | 1.1 | 5 612 344 | 5 750 000 | 5 350 000,— | 95,33 |
| 06 01 05 02 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal | 1.1 | 2 768 667 | 2 800 000 | 2 833 000,— | 102,32 |
| 06 01 05 03 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben | 1.1 | 891 638 | 1 100 000 | 1 022 277,94 | 114,65 |
| | *Artikel 06 01 05 — Subtotal* | | 9 272 649 | 9 650 000 | 9 205 277,94 | 99,27 |

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MOBILITÄT UND VERKEHR“** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| ***06 01 06*** | ***Exekutivagenturen*** | | | | | |
| 06 01 06 01 | Exekutivagentur Innovation und Netze — Beitrag aus der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) | 1.1 | 12 260 497 | 9 805 000 | 9 805 000,— | 79,97 |
| 06 01 06 02 | Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) | 1.1 | p.m. | 1 555 000 | 1 595 430,— | — |
| | *Artikel 06 01 06 — Subtotal* | | 12 260 497 | 11 360 000 | 11 400 430,— | 92,99 |
| | **Kapitel 06 01 — Insgesamt** | | **72 500 880** | **66 811 011** | **65 209 019,47** | **89,94** |

***06 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Mobilität und Verkehr“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 40 868 495 | 35 013 858 | 34 413 860,01 |

***06 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Mobilität und Verkehr“***

06 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 325 880 | 2 362 249 | 2 112 097,41 |

06 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 232 988 | 2 389 096 | 2 674 249,52 |

***06 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Mobilität und Verkehr“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 645 371 | 2 215 808 | 2 524 906,91 |

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MOBILITÄT UND VERKEHR“** *(Fortsetzung)*

***06 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Mobilität und Verkehr“***

06 01 04 01 Unterstützungsausgaben für die Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) — Verkehr

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 895 000 | 3 820 000 | 2 878 197,68 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 06 01 04 01, 06 01 04 04 und 06 01 04 07*

Diese Mittel sind zur Deckung der in Artikel 2 Absatz 5 und Artikel 5 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 680/2007 und (EG) Nr. 67/2010 (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 129), bestimmt und beziehen sich direkt auf die für die Umsetzung des Programms für die Fazilität „Connecting Europe“ und der Leitlinien für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) erforderlichen Begleitmaßnahmen. Dies umfasst Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen sowie unterstützende Maßnahmen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen der Fazilität „Connecting Europe“ stehen.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Die unter Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagte Beiträge der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerberländer des Westbalkans für ihre Teilnahme an Programmen der Union können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Artikel 06 02 01.

***06 01 05 Unterstützungsausgaben für die Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Mobilität und Verkehr“***

06 01 05 01 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 612 344 | 5 750 000 | 5 350 000,— |

*Erläuterungen*

Dieser Ansatz betrifft Ausgaben für die in den Stellenplänen ausgewiesenen Beamte und Bediensteten auf Zeit, die mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Horizont 2020) betraut sind, einschließlich der an Delegationen der Union entsandten Beamten und Bediensteten auf Zeit, die mit indirekten Maßnahmen der Programme in anderen Bereichen als dem Nuklearbereich betraut sind.

**KAPITEL 06 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MOBILITÄT UND VERKEHR“** *(Fortsetzung)*

***06 01 05*** *(Fortsetzung)*

06 01 05 01 *(Fortsetzung)*

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 06 03.

06 01 05 02 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 768 667 | 2 800 000 | 2 833 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für externes Personal bestimmt, das mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Horizont 2020) betraut ist und an indirekten Maßnahmen der Programme in anderen Bereichen als dem Nuklearbereich beteiligt ist, einschließlich des an Delegationen der Union entsandten externen Personals.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 06 03.

06 01 05 03 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 891 638 | 1 100 000 | 1 022 277,94 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung sonstiger Verwaltungsausgaben bestimmt, einschließlich sonstiger Verwaltungsausgaben bezüglich an Delegationen der Union entsandtes Personal, die für die gesamte Verwaltung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Horizont 2020) im Rahmen indirekter Maßnahmen der Programme in anderen Bereichen als dem Nuklearbereich.

Diese Mittel sind auch zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Ziele des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Haushaltspostens stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MOBILITÄT UND VERKEHR“** *(Fortsetzung)*

***06 01 05*** *(Fortsetzung)*

06 01 05 03 *(Fortsetzung)*

Sie sind auch zur Deckung der Ausgaben für die technische und administrative Unterstützung bei der Ermittlung, Vorbereitung, Verwaltung, Weiterbehandlung, Überprüfung und Kontrolle des Programms oder der Vorhaben bestimmt, wie z. B. Ausgaben für Konferenzen, Workshops, Seminare, Entwicklung und Pflege von IT-Systemen, Dienstreisen, Schulungen und Repräsentationszwecke.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 06 03.

***06 01 06 Exekutivagenturen***

06 01 06 01 Exekutivagentur Innovation und Netze — Beitrag aus der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 12 260 497 | 9 805 000 | 9 805 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 06 01 04 31*

Diese Mittel dienen der Finanzierung des Beitrags zur Deckung der Verwaltungsausgaben für Personal und der operativen Ausgaben der Exekutivagentur Innovation und Netze, der sich aus der Beteiligung der Agentur an der Verwaltung der Fazilität „Connecting Europe“ und am Abschluss der in den Zeiträumen 2000-2006 und 2007-2013 im Rahmen des Programms für ein transeuropäisches Verkehrsnetz (TEN-T) finanzierten Projekte ergibt.

Der Stellenplan der Exekutivagentur ist im Anhang „Stellenplan“ zu diesem Einzelplan enthalten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 680/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Verkehrs- und Energienetze (ABl. L 162 vom 22.6.2007, S. 1). Beschluss Nr. 661/2010/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 über Leitlinien der Union für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (ABl. L 204 vom 5.8.2010, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 680/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Verkehrs- und Energienetze (ABl. L 162 vom 22.6.2007, S. 1). Beschluss Nr. 661/2010/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 über Leitlinien der Union für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (ABl. L 204 vom 5.8.2010, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 680/2007 und (EG) Nr. 67/2010 (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 129).

**KAPITEL 06 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MOBILITÄT UND VERKEHR“** *(Fortsetzung)*

***06 01 06*** *(Fortsetzung)*

06 01 06 01 *(Fortsetzung)*

*Verweise*

Beschluss 2007/60/EG der Kommission vom 26. Oktober 2006 zur Einrichtung der Exekutivagentur für das transeuropäische Verkehrsnetz gemäß der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates (ABl. L 32 vom 6.2.2007, S. 88), geändert durch den Beschluss 2008/593/EG der Kommission.

Beschluss K(2007) 5282 der Kommission vom 5. November 2007 zur Übertragung bestimmter Befugnisse auf die Exekutivagentur für das transeuropäische Verkehrsnetz zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Gemeinschaftsprogramme für die Gewährung von Finanzhilfen im Bereich des transeuropäischen Verkehrsnetzes und mit der Verwendung von Mitteln des Gemeinschaftshaushalts, geändert durch den Beschluss K(2008) 5538 vom 7. November 2008.

Durchführungsbeschluss 2013/801/EU der Kommission vom 23. Dezember 2013 zur Einrichtung der Exekutivagentur Innovation und Netze und zur Aufhebung des Beschlusses 2007/60/EG, geändert durch den Beschluss 2008/593/EG (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 65).

Beschluss K(2013) 9235 der Kommission vom 23. Dezember 2013 zur Übertragung bestimmter Befugnisse an die Exekutivagentur Innovation und Netze zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Programmen der Union in den Bereichen Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsinfrastrukturen sowie Verkehrs- und Energieforschung und -innovation, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von in den Gesamthaushaltsplan der Union eingestellten Mitteln.

06 01 06 02 Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 1 555 000 | 1 595 430,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 06 01 04 32*

Diese Mittel dienen der Finanzierung des Beitrags zur Deckung der Verwaltungsausgaben für Personal und der operativen Ausgaben der Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen, der sich aus der Beteiligung der Agentur an der Verwaltung der Fazilität „Connecting Europe“ und in Zusammenhang mit dem Abschluss der in den Zeiträumen 2000-2006 und 2007-2013 im Rahmen der Marco-Polo-Programme finanzierten Projekte ergibt.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Die unter Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagten Beiträge der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerberländer des Westbalkans für ihre Teilnahme an Programmen der Union können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Einnahmen aus Beiträgen Dritter, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, werden unter Beachtung der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bei dem vorliegenden Posten bereitgestellt.

Der Stellenplan der Exekutivagentur ist im Anhang „Stellenplan“ zu diesem Einzelplan enthalten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MOBILITÄT UND VERKEHR“** *(Fortsetzung)*

***06 01 06*** *(Fortsetzung)*

06 01 06 02 *(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 1653/2004 der Kommission vom 21. September 2004 betreffend die Standardhaushaltsordnung für Exekutivagenturen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 297 vom 22.9.2004, S. 6).

Verordnung (EG) Nr. 1692/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Aufstellung des zweiten „Marco-Polo“-Programms über die Gewährung von Finanzhilfen der Gemeinschaft zur Verbesserung der Umweltfreundlichkeit des Güterverkehrssystems („Marco Polo II“) (ABl. L 328 vom 24.11.2006, S. 1).

*Verweise*

Beschluss 2004/20/EG der Kommission vom 23. Dezember 2003 zur Einrichtung einer als „Exekutivagentur für intelligente Energie“ bezeichneten Exekutivagentur für die Verwaltung von Gemeinschaftsmaßnahmen im Energiebereich gemäß der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates (ABl. L 5 vom 9.1.2004, S. 85).

Beschluss 2007/372/EG der Kommission vom 31. Mai 2007 zur Änderung des Beschlusses 2004/20/EG in Bezug auf die Umwandlung der „Exekutivagentur für intelligente Energie“ in die „Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation“ (ABl. L 140 vom 1.6.2007, S. 52).

Beschluss K(2007) 3198 der Kommission vom 9. Juli 2007 zur Übertragung bestimmter Befugnisse an die „Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation“ zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung des Programms Intelligente Energie — Europa 2003-2006, des Programms Marco Polo 2003-2006, des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation 2007-2013 und des Programms Marco Polo 2007-2013 und insbesondere zwecks Ausführung von Mitteln des Gemeinschaftshaushalts.

Durchführungsbeschluss 2013/771/EU der Kommission vom 17. Dezember 2013 zur Einrichtung der „Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen“ und zur Aufhebung der Beschlüsse 2004/20/EG und 2007/372/EG (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 73).

Beschluss K(2013) 9414 der Kommission vom 23. Dezember 2013 zur Übertragung bestimmter Befugnisse an die Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Programmen der Union in den Bereichen Energie, Umwelt, Klimapolitik, Wettbewerbsfähigkeit und KMU, Forschung und Innovation, IKT, Meerespolitik und Fischerei, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von in den Gesamthaushaltsplan der Union eingestellten Mitteln.

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 02 — EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 06 02 | EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK | | | | | | | | |
| ***06 02 01*** | ***Infrastrukturfazilität „Connecting Europe" (CEF)*** | | | | | | | | |
| 06 02 01 01 | Beseitigung von Engpässen und Überbrückung fehlender Bindeglieder | 1.1 | 816 618 378 | p.m. | | | | | — |
| 06 02 01 02 | Gewährleistung langfristig nachhaltiger und effizienter Verkehrssysteme | 1.1 | 136 662 458 | p.m. | | | | | — |
| 06 02 01 03 | Optimierung der Integration und Interkonnektivität der Verkehrsträger und Steigerung der Interoperabilität und Sicherheit des Verkehrs | 1.1 | 273 324 915 | p.m. | | | | | — |
| 06 02 01 04 | Infrastrukturfazilität „Connecting Europe" (CEF) — Beitrag aus dem Kohäsionsfonds | 1.2 | 983 000 000 | p.m. | | | | | — |
| 06 02 01 05 | Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen in Verkehrsinfrastrukturprojekte | 1.1 | 240 681 250 | p.m. | | | | | — |
| | *Artikel 06 02 01 — Subtotal* | | 2 450 287 001 | p.m. | | | | | — |
| ***06 02 02*** | ***Europäische Agentur für Flugsicherheit*** | 1.1 | 34 173 871 | 34 173 871 | 34 555 811 | 34 555 811 | 35 727 726,— | 35 727 726,— | 104,55 |
| ***06 02 03*** | ***Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs*** | | | | | | | | |
| 06 02 03 01 | Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs | 1.1 | 30 703 795 | 30 703 795 | 31 208 513 | 31 776 724 | 34 093 051,— | 32 036 981,17 | 104,34 |
| 06 02 03 02 | Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs — Maßnahmen zur Bekämpfung von Meeresverschmutzung | 1.1 | 19 675 000 | 7 727 442 | | | | | — |
| | *Artikel 06 02 03 — Subtotal* | | 50 378 795 | 38 431 237 | 31 208 513 | 31 776 724 | 34 093 051,— | 32 036 981,17 | 83,36 |
| ***06 02 04*** | ***Europäische Eisenbahnagentur*** | 1.1 | 23 573 064 | 23 573 064 | 24 871 400 | 24 871 400 | 25 644 223,— | 25 644 000,— | 108,79 |
| ***06 02 05*** | ***Unterstützende Tätigkeiten für die Europäische Verkehrspolitik und Fahrgastrechte einschließlich Kommunikationstätigkeiten*** | 1.1 | 20 019 000 | 13 894 437 | 26 150 000 | 15 112 564 | 30 221 430,49 | 22 985 807,44 | 165,43 |

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 02 — EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| ***06 02 06*** | ***Verkehrssicherheit*** | 1.1 | 2 510 000 | 1 514 026 | 2 560 000 | 1 829 154 | 1 672 394,90 | 1 601 218,53 | 105,76 |
| ***06 02 51*** | ***Abschluss des Programms „Transeuropäische Netze“*** | 1.1 | p.m. | 759 405 150 | 1 410 000 000 | 721 545 956 | 1 367 564 015,17 | 818 891 946,85 | 107,83 |
| ***06 02 52*** | ***Abschluss des Programms Marco Polo*** | 1.1 | p.m. | 18 525 916 | 60 000 000 | 24 710 478 | 64 683 467,44 | 20 647 650,19 | 111,45 |
| ***06 02 53*** | ***Abschluss der Maßnahmen gegen Umweltverschmutzung*** | 1.1 | p.m. | 12 198 621 | 22 663 000 | 18 414 450 | 20 520 000,— | 19 525 570,19 | 160,06 |
| ***06 02 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 06 02 77 01 | Vorbereitende Maßnahme — Europäisches elektronisches Verkehrsinformations- und Buchungssystem für sämtliche Verkehrsträger | 1.1 | — | 450 000 | — | 750 000 | 1 500 000,— | 0,— | 0,— |
| 06 02 77 02 | Vorbereitende Maßnahme — Erleichterung des grenzüberschreitenden Verkehrs an den Grenzübergängen der nordöstlichen Außengrenzen der Union (unter dem Aspekt der Verkehrssicherheit und der allgemeinen Sicherheit) | 1.1 | — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 575 000,— | — |
| 06 02 77 03 | Vorbereitende Maßnahme — Mit Flüssigerdgas (LNG) betriebene Schiffe | 1.1 | p.m. | 500 000 | 1 000 000 | 500 000 | | | — |
| 06 02 77 04 | Pilotprojekt — Sicherheit im transeuropäischen Straßenverkehrsnetz | 1.1 | — | — | — | — | 0,— | 32 388,75 | — |
| 06 02 77 05 | Pilotprojekt — Der Stellenwert von rollendem Material für die Interoperabilität in Europa | 1.1 | 1 000 000 | 500 000 | | | | | — |
| 06 02 77 06 | Vorbereitende Maßnahme — Allgemeine Luftfahrt — Statistische Daten und Schlüsselindikatoren | 1.1 | 500 000 | 250 000 | | | | | — |
| | *Artikel 06 02 77 — Subtotal* | | 1 500 000 | 1 700 000 | 1 000 000 | 1 250 000 | 1 500 000,— | 607 388,75 | 35,73 |
| | **Kapitel 06 02 — Insgesamt** | | **2 582 441 731** | **903 416 322** | **1 613 008 724** | **874 066 537** | **1 581 626 308,—** | **977 668 289,12** | **108,22** |

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 02 — EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

## *06 02 01 Infrastrukturfazilität „Connecting Europe" (CEF)*

06 02 01 01 Beseitigung von Engpässen und Überbrückung fehlender Bindeglieder

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 816 618 378 | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Das Ziel der „Beseitigung von Engpässen und Überbrückung fehlender Bindeglieder" ist in Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 festgelegt. Dieses Ziel wird durch Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der jährlichen und mehrjährigen Arbeitsprogramme verwirklicht, die die Finanzierungsbeschlüsse im Sinne von Artikel 84 der Haushaltsordnung für die Projekte, die das Kernnetz betreffen, und für die Verkehrskorridore der Union darstellen, die in den Anhängen zu den Leitlinien für die Fazilität „Connecting Europe" und den TEN-V-Leitlinien definiert sind. Das Erreichen dieses Ziels wird voraussichtlich anhand der Zahl neuer und verbesserter grenzübergreifender Verbindungen und beseitigter Engpässe, denen die Fazilität „Connecting Europe" zugutegekommen ist, gemessen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe", zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 680/2007 und (EG) Nr. 67/2010 (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 129), insbesondere Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a.

06 02 01 02 Gewährleistung langfristig nachhaltiger und effizienter Verkehrssysteme

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 136 662 458 | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Das Ziel der „Gewährleistung langfristig nachhaltiger und effizienter Verkehrssysteme" ist in Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 festgelegt. Dieses Ziel wird durch die Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der jährlichen und mehrjährigen Arbeitsprogramme verwirklicht, die die Finanzierungsbeschlüsse im Sinne von Artikel 84 der Haushaltsordnung darstellen.

Im Programmzeitraum 2014-2020 werden durch die Fazilität „Connecting Europe" im Rahmen der überarbeiteten TEN-V-Leitlinien Folgemaßnahmen zum Programm Marco Polo umgesetzt. Gemäß Artikel 32 der Verordnung (EU) Nr. 1315/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über Leitlinien der Union für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 661/2010/EU (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 1) soll damit ein neuer Ansatz zur Unterstützung der Güterverkehrsdienste in der Union verfolgt werden (veranschlagte Mittel 70-140 Mio. EUR/Jahr).

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe", zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 680/2007 und (EG) Nr. 67/2010 (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 129), insbesondere Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b.

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 02 — EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***06 02 01*** *(Fortsetzung)*

06 02 01 03 Optimierung der Integration und Interkonnektivität der Verkehrsträger und Steigerung der Interoperabilität und Sicherheit des Verkehrs

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 273 324 915 | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Das Ziel der „Optimierung der Integration und Interkonnektivität der Verkehrsträger und Steigerung der Interoperabilität und Sicherheit des Verkehrs“ ist in Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 festgelegt.

Dieses Ziel wird durch Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der jährlichen und mehrjährigen Arbeitsprogramme verwirklicht, die die Finanzierungsbeschlüsse im Sinne von Artikel 84 der Haushaltsordnung darstellen.

Das Erreichen dieses Ziels wird an der Zahl der Binnen- und Seehäfen sowie Flughäfen, die an das Eisenbahnverkehrsnetz angeschlossen sind, und anhand der Zahl der geschaffenen multimodalen Logistikplattformen, der Zahl der verbesserten Verbindungen durch Meeresautobahnen sowie der Zahl der im Kernnetz vorhandenen Stellen für die Versorgung mit Energie aus alternativen Quellen gemessen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 680/2007 und (EG) Nr. 67/2010 (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 129), insbesondere Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe c.

06 02 01 04 Infrastrukturfazilität „Connecting Europe“ (CEF) — Beitrag aus dem Kohäsionsfonds

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 983 000 000 | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel sind zur Deckung der Unterstützung aus dem Kohäsionsfonds im Hinblick auf Investitionen in Wachstum und Beschäftigung für die Verkehrsinfrastruktur im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ gemäß Artikel 84 Absatz 4 des Vorschlags für eine Verordnung COM(2013) 246 final bestimmt.

Gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 sollte ein Betrag von 11 305 500 000 EUR in jeweiligen Preisen aus dem Kohäsionsfonds übertragen werden und gemäß dieser Verordnung ausschließlich in den Mitgliedstaaten ausgegeben werden, die durch den Kohäsionsfonds gefördert werden können.

Gemäß Artikel 11 erfolgt die Verwirklichung dieses Ziel durch Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der jährlichen und mehrjährigen Arbeitsprogramme, zu denen ausschließlich Mitgliedstaaten Zugang haben, die durch den Kohäsionsfond gefördert werden können. Diese jährlichen und mehrjährigen Arbeitsprogramme stellen die Finanzierungsbeschlüsse im Sinne von Artikel 84 der Haushaltsordnung dar.

Gemäß Artikel 2 Absatz 7 werden bis zu 1 % der Finanzausstattung „programmunterstützenden Aktionen“ zugewiesen.

**KAPITEL 06 02 — EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***06 02 01*** *(Fortsetzung)*

06 02 01 04 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe", zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 680/2007 und (EG) Nr. 67/2010 (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 129), insbesondere:

— Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a zur Übertragung von 11 305 500 000 EUR aus dem Kohäsionsfonds an die Fazilität „Connecting Europe",

— Artikel 11 zu den spezifischen Abruf der vom Kohäsionsfonds übertragenen Mittel,

— Artikel 2 Absatz 7 und Artikel 5 Absatz 2 zu den „programmunterstützenden Aktionen" für die Unterstützung der Umsetzung der Fazilität „Connecting Europe".

06 02 01 05 Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen in Verkehrsinfrastrukturprojekte

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 240 681 250 | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Mit dem Ziel „Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen in Verkehrsinfrastrukturprojekte" sollen die Projekte von gemeinsamem Interesse mithilfe der Finanzierungsinstrumente und gestützt auf eine Ex-ante-Bewertung gemäß Artikel 224 der delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 umgesetzt werden. Etwa 2 Mrd. EUR werden im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen voraussichtlich für innovative Finanzierungsinstrumente bereitgestellt, wie das Projektanleiheninstrument, das Kreditgarantieinstrument und andere Instrumente wie Joint-Ventures und die Eigenkapitalinstrumente, mit denen öffentliche und private Finanzmittel kombiniert werden können, um Investitionen in Infrastrukturprojekte in Europa zu beschleunigen. Durch diese Finanzierungsinstrumente soll der Zugang zu privaten Finanzierungen erleichtert und somit die Finanzierung der TEN-V-Projekte, die gemäß den TEN-V-Leitlinien und der Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 förderfähig sind, ermöglicht werden. Die Finanzierungsinstrumente werden als „Schuldinstrumente" oder „Beteiligungsinstrumente" eingerichtet und sollten bei bestimmten Marktversagen Abhilfe schaffen sowie geeignete Finanzierungslösungen bieten. Sie sollen im Sinne der Haushaltsordnung der Union im Rahmen der direkten Verwaltung von den betrauten Einrichtungen oder gemeinsam mit den betrauten Einrichtungen umgesetzt werden. Die betrauten Einrichtungen müssen für die Bereitstellung von Bürgschaften an die Kommission, die dem Schutz der finanziellen Interessen der Union dienen, im Einklang mit den Anforderungen der Haushaltsordnung der Union akkreditiert sein.

Rückzahlungen im Rahmen von Finanzierungsinstrumenten gemäß Artikel 140 Absatz 6 der Haushaltsordnung, einschließlich Rückflüsse, freigegebene Garantien und Erstattungen auf den Darlehensbetrag, die der Kommission erstattet werden und in Posten 6 3 4 1 des Einnahmenplans veranschlagt werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe i der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 02 — EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***06 02 01*** *(Fortsetzung)*

06 02 01 05 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe", zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 680/2007 und (EG) Nr. 67/2010 (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 129), insbesondere Artikel 14.

***06 02 02*** ***Europäische Agentur für Flugsicherheit***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 34 173 871 | 34 173 871 | 34 555 811 | 34 555 811 | 35 727 726,— | 35 727 726,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 06 02 01 01 und 06 02 01 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Agentur (Titel 1 und 2) und ihrer operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3) bestimmt.

Die Agentur muss die Haushaltsbehörde über Mittelübertragungen zwischen operativen Linien und Linien für Verwaltungsausgaben unterrichten.

Der Stellenplan der Agentur ist im Anhang „Stellenplan" zu diesem Einzelplan enthalten.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Die gemäß Artikel 20 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 34 173 871 EUR.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Zivilluftfahrt und zur Errichtung einer Europäischen Agentur für Flugsicherheit (ABl. L 79 vom 19.3.2008, S. 1)

Verordnung (EG) Nr. 1108/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 216/2008 in Bezug auf Flugplätze, Flugverkehrsmanagement und Flugsicherungsdienste.

*Verweise*

Verordnung (EG) Nr. 736/2006 der Kommission vom 16. Mai 2006 über die Arbeitsweise der Europäischen Agentur für Flugsicherheit bei Inspektionen zur Kontrolle der Normung (ABl. L 129 vom 17.5.2006, S. 10).

**KAPITEL 06 02 — EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***06 02 02*** *(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 768/2006 der Kommission vom 19. Mai 2006 zur Umsetzung der Richtlinie 2004/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Erhebung und des Austauschs von Informationen über die Sicherheit von Luftfahrzeugen, die Flughäfen in der Gemeinschaft anfliegen, und der Verwaltung des Informationssystems (ABl. L 134 vom 20.5.2006, S. 16).

Verordnung (EG) Nr. 593/2007 der Kommission vom 31. Mai 2007 über die von der Europäischen Agentur für Flugsicherheit erhobenen Gebühren und Entgelte (ABl. L 140 vom 1.6.2007, S. 3).

Verordnung (EG) Nr. 1356/2008 der Kommission vom 23. Dezember 2008 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 593/2007 über die von der Europäischen Agentur für Flugsicherheit erhobenen Gebühren und Entgelte (ABl. L 350 vom 30.12.2008, S. 46).

## ***06 02 03 Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs***

06 02 03 01 Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 30 703 795 | 30 703 795 | 31 208 513 | 31 776 724 | 34 093 051,— | 32 036 981,17 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 06 02 02 01 und 06 02 02 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Agentur (Titel 1 und 2) und der operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3) bestimmt, ausgenommen sind Maßnahmen zur Bekämpfung von Meeresverschmutzung (siehe Posten 06 02 03 02).

Die Agentur muss die Haushaltsbehörde über Mittelübertragungen zwischen operativen und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Die gemäß Artikel 20 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Der Stellenplan der Agentur ist im Anhang „Stellenplan“ zu diesem Einzelplan enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014, einschließlich der Ausgaben für Maßnahmen zur Bekämpfung von Meeresverschmutzung, beläuft sich auf insgesamt 50 452 997 EUR. Der in den Haushaltsplan eingestellte Betrag von 50 378 795 EUR erhöht sich um einen Betrag von 74 202 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1406/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2002 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (ABl. L 208 vom 5.8.2002, S. 1), in geänderter Fassung.

Verordnung (EG) Nr. 725/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Erhöhung der Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen (ABl. L 129 vom 29.4.2004, S. 6).

Richtlinie 2005/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Meeresverschmutzung durch Schiffe und die Einführung von Sanktionen, einschließlich strafrechtlicher Sanktionen, für Verschmutzungsdelikte (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 11).

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 02 — EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***06 02 03*** *(Fortsetzung)*

06 02 03 02 Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs — Maßnahmen zur Bekämpfung von Meeresverschmutzung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 19 675 000 | 7 727 442 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Die Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Maßnahmen zur Bekämpfung von Meeresverschmutzung bestimmt, die gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die mehrjährige Finanzierung der Maßnahmen der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs hinsichtlich der Verschmutzung durch Schiffe und der Meeresverschmutzung durch Erdöl- und Erdgasanlagen (COM(2013) 174 final) vorgesehen sind.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1406/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2002 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (ABl. L 208 vom 5.8.2002, S. 1), in geänderte Fassung.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 3. April 2013, über die mehrjährige Finanzierung der Maßnahmen der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs hinsichtlich der Verschmutzung durch Schiffe und der Meeresverschmutzung durch Erdöl- und Erdgasanlagen (COM(2013) 174 final).

***06 02 04 Europäische Eisenbahnagentur***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 23 573 064 | 23 573 064 | 24 871 400 | 24 871 400 | 25 644 223,— | 25 644 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 06 02 08 01 und 06 02 08 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Agentur (Titel 1 und 2) und ihrer operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3) bestimmt.

Die Agentur muss die Haushaltsbehörde über Mittelübertragungen zwischen operativen und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Die gemäß Artikel 20 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Der Stellenplan der Agentur ist im Anhang „Stellenplan" zu diesem Einzelplan enthalten.

**KAPITEL 06 02 — EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***06 02 04*** *(Fortsetzung)*

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 25 007 400 EUR. Der in den Haushaltsplan eingestellte Betrag von 23 573 064 EUR erhöht sich um einen Betrag von 1 434 336 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 881/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Errichtung einer Europäischen Eisenbahnagentur (Agenturverordnung) (ABl. L 164 vom 30.4.2004, S. 1).

Richtlinie 2004/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über Eisenbahnsicherheit in der Gemeinschaft (Richtlinie über die Eisenbahnsicherheit) (ABl. L 164 vom 30.4.2004, S. 44).

Richtlinie 2007/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Zertifizierung von Triebfahrzeugführern, die Lokomotiven und Züge im Eisenbahnsystem in der Gemeinschaft führen (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 51)

Richtlinie 2008/57/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems der Gemeinschaft (ABl. L 191 vom 18.7.2008, S. 1).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 30. Januar 2013, über die Eisenbahnagentur der Europäischen Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 881/2004 (COM(2013) 27 final).

***06 02 05 Unterstützende Tätigkeiten für die Europäische Verkehrspolitik und Fahrgastrechte einschließlich Kommunikationstätigkeiten***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 20 019 000 | 13 894 437 | 26 150 000 | 15 112 564 | 30 221 430,49 | 22 985 807,44 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 06 01 04 02 und 06 01 04 09 (teilweise) und Artikel 06 02 03*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Studien und Sachverständigensitzungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Postens stehen, und aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Information und Kommunikation, Konferenzen und Veranstaltungen zur Förderung von Tätigkeiten im Verkehrsbereich sowie für elektronische und gedruckte Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen im verkehrspolitischen Bereich sowie mit der Sicherheit und dem Schutz der Verkehrsnutzer stehen.

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben der Kommission für die Erhebung und Verarbeitung aller Arten von Informationen bestimmt, die für die Analyse, Festlegung, Förderung, Überwachung, Bewertung und Durchführung der gemeinsamen Verkehrspolitik der Union in Bezug auf alle Verkehrsträger (Schiene und Straße, Luftverkehr, Seeverkehr und Binnenwasserstraßen) und alle Bereiche der Verkehrspolitik (Verkehrssicherheit, Binnenmarkt für Verkehr mit seinen Durchführungsbestimmungen, Optimierung des Verkehrsnetzes, Rechte und Schutz der Passagiere bei allen Verkehrsträgern, Nutzung alternativer Kraftstoffe bei allen Verkehrsträgern, innerstädtische Mobilität und alle anderen verkehrsbezogenen Bereichen) benötigt werden. Die wichtigsten gebilligten Maßnahmen und Zielsetzungen sind darauf gerichtet, die gemeinsame Verkehrspolitik der Union zu unterstützen, darunter die Ausweitung auf Drittstaaten, technische Unterstützung für alle Verkehrsträger und -bereiche, spezifische Aus- und Fortbildung, die Festlegung von Vorschriften für die Verkehrssicherheit, die Vereinfachung von Verwaltungsverfahren, die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien, die Förderung der gemeinsamen Verkehrspolitik einschließlich der Festlegung und Umsetzung der Orientierung der transeuropäischen Netze auf der Grundlage des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und die Stärkung der Rechte und des Schutzes der Passagiere bei allen Verkehrsträgern, sowie die Anwendung und Durchsetzung der geltenden Verordnungen über Passagierrechte zu verbessern — insbesondere durch gezielte Informationskampagnen zum Inhalt dieser Verordnung für das Verkehrsgewerbe und die reisende Öffentlichkeit.

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 02 — EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***06 02 05*** *(Fortsetzung)*

*Seeverkehr und Logistik*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben im Hinblick auf die Begleitung, Bewertung und Überarbeitung (Folgenabschätzung) der Unionsvorschriften für die Sicherheit im Seeverkehr bestimmt.

Diese Tätigkeiten sollten die intermodale barrierefreie Mobilität von Personen mit eingeschränkter Bewegungsfähigkeit fördern und unterstützen.

Im Zusammenhang mit der Verordnung (EG) Nr. 261/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 über eine gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen (ABl. L 46 vom 17.2.2004, S. 1) muss die Kommission zusätzliche Maßnahmen entwickeln, um die Durchsetzung dieser Verordnung effizienter zu gestalten.

Zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 14) sind spezifische Maßnahmen erforderlich, die sich aus der Berichtspflicht der Kommission und aus dem komplexen Zusammenspiel der an der Durchführung beteiligten regionalen, nationalen und internationalen (COTIF) Verwaltungsstrukturen ergeben.

Zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1177/2010 über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr (ABl. L 334 vom 17. Dezember 2010, S. 1), die am 18. Dezember 2012 in Kraft getreten ist, und der Verordnung (EU) Nr. 181/2011 über die Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr (ABl. L 55 vom 28. Februar 2011, S. 1), die am 1. März 2013 in Kraft getreten ist, sind spezifische Maßnahmen zur Gewährleistung der korrekten Anwendung und Durchsetzung in den Mitgliedstaaten sowie die Einhaltung der Berichtspflichten der Mitgliedstaaten gegenüber der Kommission erforderlich.

Als wichtige Unterstützungsmaßnahme wird die Kommission ab 2012 in allen Mitgliedstaaten eine zweijährige Informations- und Sensibilisierungskampagne über Fahrgastrechte durchführen.

Diese Maßnahmen und Zielsetzungen könnten auf unterschiedlichen Ebenen unterstützt werden (lokal, regional, national, europäisch und international), und zwar in Bezug auf alle Verkehrsträger und -sektoren sowie auf den Gebieten Technik, Technologie, Regulierung, Information, Ökologie, Klima und Politik und in Bezug auf die nachhaltige Entwicklung.

Der Luftverkehr gehört traditionell zu den Branchen, aus denen die Verbraucherschutzbehörden in der Union die meisten Beschwerden erhalten. Die Zunahme der elektronisch (d. h. über Internet oder Mobiltelefon) getätigten Geschäfte hat lediglich bewirkt, dass auch die Verstöße gegen Verbraucherschutzvorschriften der Union weiter zugenommen haben.

Zu den Aspekten, die von den Verbrauchern in der Union bei Reisen am meisten bemängelt werden, gehört der Umstand, dass es an den Flughäfen selbst keine effektive Beschwerdemöglichkeit gibt, insbesondere nicht bei Streitigkeiten, die auf mögliche Pflichtverletzungen seitens der Fluggesellschaften und anderer Leistungserbringer zurückzuführen sind. Es ist daher angebracht, dass die Verbraucherschutz- und Luftverkehrsbehörden in der Union zusammenarbeiten, um eine schnelle Verbesserung der Informations- und Betreuungssysteme für die Luftverkehrsnutzer an den Flughäfen zu ermöglichen, und gleichzeitig die Koregulierung durch die Unternehmen ausbauen.

*Straßenverkehrssicherheit*

In der Mitteilung der Kommission vom 20. Juli 2010 mit dem Titel „Ein europäischer Raum der Straßenverkehrssicherheit: Leitlinien für die Politik im Bereich der Straßenverkehrssicherheit 2011-2020“ (KOM(2010) 389 endg.) werden sieben Ziele benannt: Verkehrserziehung der Straßenverkehrsteilnehmer, verstärkte Durchsetzung der Straßenverkehrsvorschriften, sicherere Straßenverkehrsinfrastruktur, sicherere Fahrzeuge, Nutzung moderner Technologie, Verbesserung von Notfalldiensten und Diensten für die Betreuung von Verletzten sowie insbesondere der Schutz schwächerer Straßenverkehrsteilnehmer. Die Arbeiten am Vorschlag der Kommission zum neuen Unionsführerschein, am Vorschlag der Kommission zu einem „Paket Verkehrssicherheit“ zur Einführung intelligenter Verkehrssysteme und fahrzeuginterner Sicherheitssysteme werden fortgesetzt und die Arbeiten zu einer Strategie in Bezug auf schwere Verletzungen bei Verkehrsunfällen aufgenommen. Die Arbeit der Kommission im Bereich der Straßenverkehrssicherheit umfasst auch die Verwaltung der Regeln in Bezug auf gefährliche Güter, die Pflege der gemeinschaftlichen Datenbank über Straßenverkehrsunfälle (CARE), die Folgemaßnahmen zu den Richtlinien über die Infrastrukturverwaltung und die Sicherheit von Tunneln sowie zu verschiedenen Aspekten des Schutzes schwächerer Straßenverkehrsteilnehmer. Zur Durchführung der Leitlinien für die Politik 2011-2020 wären zudem spezifische Maßnahmen zum Austausch bewährter Praktiken, für Kampagnen für die Straßenverkehrssicherheit, für Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen und für die Schaffung einer Beobachtungsstelle für die Straßenverkehrssicherheit erforderlich.

**KAPITEL 06 02 — EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***06 02 05*** *(Fortsetzung)*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für öffentliche Veranstaltungen wie den jährlichen Europäischen Tag der Straßenverkehrssicherheit und ähnliche Initiativen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Interaktion mit den Bürgern bestimmt.

Diese Mittel sind auch für den Aufbau einer effizienten grenzübergreifenden Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Verfolgung von Verkehrsdelikten, die die Straßenverkehrssicherheit gefährden, bestimmt.

*Landverkehr*

Die wichtigsten Maßnahmen im Bereich des Landverkehrs betreffen die bessere Umsetzung, Überarbeitung und Planung neuer Initiativen.

*Einheitlicher Europäischer Luftraum*

Zur Verbesserung der Leistung der Flugsicherungsdienste im Hinblick auf Sicherheit, Kosteneffizienz bei der Erbringung von Flugsicherungsdiensten, den Abbau von Verspätungen bei den Verkehrsflüssen und die Umweltbilanz und damit des Luftverkehrs in Europa stellt die vollständige Umsetzung des Legislativpakets für den einheitlichen europäischen Luftraum (bestehend aus den vier Basisverordnungen (EG) Nr. 549/2004, (EG) Nr. 550/2004, (EG) Nr. 551/2004 und (EG) Nr. 552/2004 und mehr als 20 Durchführungsvorschriften) eine der Hauptprioritäten dar.

Die Ausdehnung der Rechtsvorschriften zum einheitlichen Europäischen Luftraum im Rahmen des Multilateralen Übereinkommens zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraums (ECAA) auf Länder im Südosten ist ein wichtiger Schritt für die Umsetzung der Nachbarschaftspolitik. Diese Maßnahme stützt sich auf Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 549/2004.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 261/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 über eine gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 295/91 (ABl. L 46 vom 17.2.2004, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 549/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2004 zur Festlegung des Rahmens für die Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraums („Rahmenverordnung“) (ABl. L 96 vom 31.3.2004, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 550/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2004 über die Erbringung von Flugsicherungsdiensten im einheitlichen europäischen Luftraum („Flugsicherungsdienste-Verordnung“) (ABl. L 96 vom 31.3.2004, S. 10).

Verordnung (EG) Nr. 551/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2004 über die Ordnung und Nutzung des Luftraums im einheitlichen europäischen Luftraum („Luftraum-Verordnung“) (ABl. L 96 vom 31.3.2004, S. 20).

Verordnung (EG) Nr. 552/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2004 über die Interoperabilität des europäischen Flugverkehrsmanagementnetzes (Interoperabilitäts-Verordnung) (ABl. L 96 vom 31.3.2004, S. 26).

Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 4).

Verordnung (EU) Nr. 1177/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 (ABl. L 334 vom 17.12.2010, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 02 — EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***06 02 06 Verkehrssicherheit***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 2 510 000 | 1 514 026 | 2 560 000 | 1 829 154 | 1 672 394,90 | 1 601 218,53 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 06 01 04 09 (teilweise) und Artikel 06 02 11*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben der Kommission für das Einholen und Bearbeiten aller Informationen, die erforderlich sind für Analyse, Festlegung, Förderung, Verfolgung, Bewertung und Durchführung der Maßnahmen und Vorschriften, die zur Erhöhung der Sicherheit des Binnen-, Luft- und Seeverkehrs erforderlich sind, sowie für ihre Ausdehnung auf Drittländer, für technische Hilfe und spezifische Ausbildungsmaßnahmen.

Hauptziel der Maßnahme sind die Entwicklung und Durchführung von Vorschriften für die Verkehrssicherheit, insbesondere:

— Maßnahmen zur Prävention böswilliger Handlungen im Verkehrssektor,

— die Angleichung von Rechtsvorschriften und technischen Normen sowie administrativer Kontrollverfahren, um den Verkehr sicherer zu machen,

— die Festlegung von gemeinsamen Indikatoren, Methoden und gemeinsamen Zielen für die Verkehrssicherheit sowie die Erhebung der hierfür erforderlichen Daten,

— die Kontrolle der Maßnahmen der Mitgliedstaaten für die Sicherheit im Verkehr hinsichtlich aller Verkehrsträger,

— die internationale Koordinierung der Verkehrssicherheit,

— Maßnahmen zur Förderung der Forschung über Verkehrssicherheit.

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben bestimmt, die insbesondere für Aufbau und Einsatz eines Korps aus Inspektoren anfallen, die die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften der Union für Flughäfen, Häfen und Hafeneinrichtungen in den Mitgliedstaaten sowie deren Ausdehnung auf Drittländer, und von Schiffen, die unter der Flagge eines Mitgliedstaates fahren, überprüfen. Die betreffenden Ausgaben umfassen die Tagegelder und Fahrtkosten der Inspektoren der Kommission sowie die Dienstreisekosten der von den Mitgliedstaaten entsandten Inspektoren entsprechend den einschlägigen Vorschriften. Zu diesen Ausgaben kommen insbesondere die Kosten für die Ausbildung der Inspektoren, für vorbereitende Sitzungen und für das zur Durchführung der Inspektionen notwendige Gerät und Material hinzu.

Diese Mittel decken zudem die Ausgaben für Information und Kommunikation sowie für elektronische und gedruckte Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen in den Bereichen Verkehr, Sicherheit und Schutz der Verkehrsnutzer stehen.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 725/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Erhöhung der Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen (ABl. L 129 vom 29.4.2004, S. 6).

Richtlinie 2005/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 zur Erhöhung der Gefahrenabwehr in Häfen (ABl. L 310 vom 25.11.2005, S. 28).

Verordnung (EG) Nr. 300/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über gemeinsame Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt (ABl. L 97 vom 9.4.2008, S. 72).

Richtlinie 2008/68/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. September 2008 über die Beförderung gefährlicher Güter im Binnenland (ABl. L 260 vom 30.9.2008, S. 13).

**KAPITEL 06 02 — EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

### *06 02 51 Abschluss des Programms „Transeuropäische Netze“*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 759 405 150 | 1 410 000 000 | 721 545 956 | 1 367 564 015,17 | 818 891 946,85 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 06 03 01, 06 03 03 und 06 03 05*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 2236/95 des Rates vom 18. September 1995 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze (ABl. L 228 vom 23.9.1995, S. 1).

Entscheidung Nr. 1692/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 1996 über gemeinschaftliche Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (ABl. L 228 vom 9.9.1996, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 876/2002 des Rates vom 21. Mai 2002 zur Gründung des gemeinsamen Unternehmens Galileo (ABl. L 138 vom 28.5.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 219/2007 des Rates vom 27. Februar 2007 zur Gründung eines gemeinsamen Unternehmens zur Entwicklung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems der neuen Generation (SESAR) (ABl. L 64 vom 2.3.2007, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 680/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Verkehrs- und Energienetze (ABl. L 162 vom 22.6.2007, S. 1).

Beschluss K(2007) 3512 der Kommission vom 23. Juli 2007 über ein Mehrjahresarbeitsprogramm für Finanzhilfen im Bereich des transeuropäischen Verkehrsnetzes für den Zeitraum 2007-2013.

Verordnung (EG) Nr. 67/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze (ABl. L 27 vom 30.1.2010, S. 20).

Beschluss Nr. 661/2010/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 über Leitlinien der Union für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes, Text von Bedeutung für den EWR (ABl. L 204 vom 5.8.2010, S. 1).

*Verweise*

Entscheidung K(2001) 2654 der Kommission vom 19. September 2001 über ein Mehrjahresprogramm, das als Grundlage für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen auf dem Gebiet des transeuropäischen Verkehrsnetzes für den Zeitraum 2001-2006 dient.

Beschluss C(2007) 6382 der Kommission vom 17. Dezember 2007 über den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Kommission und der Europäischen Investitionsbank über ein Kreditgarantieinstrument für transeuropäische Verkehrsnetzprojekte.

### *06 02 52 Abschluss des Programms Marco Polo*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 18 525 916 | 60 000 000 | 24 710 478 | 64 683 467,44 | 20 647 650,19 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 06 02 06 und 06 02 07*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 02 — EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***06 02 52*** *(Fortsetzung)*

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Die unter Posten 6 0 3 1 veranschlagten Einnahmen aus Beiträgen von Bewerberländern und gegebenenfalls potenziellen Bewerberländern des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1382/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juli 2003 über die Gewährung von Finanzhilfen der Gemeinschaft zur Verbesserung der Umweltfreundlichkeit des Güterverkehrssystems („Programm Marco Polo") (ABl. L 196 vom 2.8.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1692/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Aufstellung des zweiten „Marco-Polo"-Programms über die Gewährung von Finanzhilfen der Gemeinschaft zur Verbesserung der Umweltfreundlichkeit des Güterverkehrssystems („Marco Polo II") (ABl. L 328 vom 24.11.2006, S. 1).

***06 02 53*** ***Abschluss der Maßnahmen gegen Umweltverschmutzung***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 12 198 621 | 22 663 000 | 18 414 450 | 20 520 000,— | 19 525 570,19 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 06 02 02 03*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Die gemäß Artikel 20 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Einnahmenplans zu verbuchen sind.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1406/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2002 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (ABl. L 208 vom 5.8.2002, S. 1), in geänderte Fassung.

**KAPITEL 06 02 — EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

### *06 02 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*

06 02 77 01 Vorbereitende Maßnahme — Europäisches elektronisches Verkehrsinformations- und Buchungssystem für sämtliche Verkehrsträger

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 450 000 | — | 750 000 | 1 500 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 06 02 14*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Mit dieser vorbereitenden Maßnahme sollen die bestehenden örtlichen, regionalen, nationalen und internationalen Reiseinformationssysteme miteinander verbunden werden, und internationalen Fahrgästen sollen Informationen geliefert und die Möglichkeit gegeben werden, Fahrkarten über ein einheitliches, mehrsprachiges elektronisches System zu kaufen. Diese Initiative zielt ab auf:

— die Schaffung einer europäischen Schnittstelle für Verkehrsinformationen, die leicht zugänglich wäre und den Fahrgästen in Echtzeit Angaben für jede Reise in Europa und für alle Verkehrsträger liefern würde; dieses System könnte auch einige Informationen über Fahrgastrechte und den ökologischen Fußabdruck jeder Reise ($CO_2$-Emissionen, Kraftstoffverbrauch) liefern, sodass zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern verglichen werden kann;

— die Schaffung eines Online-Buchungssystems, das Reisen in Europa erleichtern würde, sowie eines Reiseplaners, eines Systems zur Ermittlung des Reisepreises, eines Systems zur Bearbeitung von Verfügbarkeitsanfragen und eines integrierten Systems zum Kauf von Fahrkarten;

— die Verknüpfung internationaler Reiseinformationssysteme.

Die vorbereitende Maßnahme sollte auf der Verordnung (EU) Nr. 454/2011 der Kommission vom 5. Mai 2011 über die Technische Spezifikation für die Interoperabilität (TSI) zum Teilsystem „Telematikanwendungen für den Personenverkehr" des transeuropäischen Eisenbahnsystems (ABl. L 123 vom 12.5.2011, S. 11) aufbauen. In einer ersten Phase sollte die vorbereitende Maßnahme nur auf eine begrenzte Anzahl von Ländern, eine begrenzte Zahl von Sprachen und einen begrenzten Datensatz Anwendung finden. Sie sollte auf unterschiedlichen Szenarien beruhen, die unterschiedliche Kombinationen von Verkehrsträgern beinhalten. Besonderes Augenmerk sollte Hilfeleistungen für Personen mit eingeschränkter Mobilität gelten.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

06 02 77 02 Vorbereitende Maßnahme — Erleichterung des grenzüberschreitenden Verkehrs an den Grenzübergängen der nordöstlichen Außengrenzen der Union (unter dem Aspekt der Verkehrssicherheit und der allgemeinen Sicherheit)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 575 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 06 02 13*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 02 — EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***06 02 77*** *(Fortsetzung)*

06 02 77 02 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

06 02 77 03 Vorbereitende Maßnahme — Mit Flüssigerdgas (LNG) betriebene Schiffe

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 500 000 | 1 000 000 | 500 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 06 02 15*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Im September 2011 veröffentlichte die Kommission eine Arbeitsunterlage mit dem Titel „Toolbox für nachhaltige Lösungen für den Schiffsverkehr", in dem mögliche Maßnahmen zur Minimierung der Folgekosten der Branche mit Blick auf die vorgeschlagenen neuen Grenzwerte für den Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen beschrieben werden. Ein mittel- bis langfristiger Schwerpunkt ist die Umsetzung einer sauberen Schiffstechnologie und die Entwicklung von Alternativkraftstoffen. LNG gilt als vielversprechende Lösung, dank der die diesbezügliche Verordnung eingehalten und generell die von Schiffen verursachte Luftverschmutzung verringert werden kann.

Obwohl sich LNG bislang als äußerst sicher erwiesen hat, wird es von der Öffentlichkeit als potenzielle Gefahr empfunden. Es muss etwas unternommen werden, um einen umfassenden Überblick über die möglichen Risiken und Gefahren der Lagerung, des Bunkerns und der Handhabung von LNG (in Häfen und auf Schiffen) zu gewinnen und diese zu untersuchen. Dazu gehören auch eine Analyse der allgemeinen Risiken von LNG, namentlich der mit seinen chemischen Eigenschaften verbundenen Risiken, und die Entwicklung, in enger Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, von Informations- und Medienmaterial, mit dem die Risiken/Vorteile von LNG für Schiffe erläutert werden sollen.

Ferner soll ein Überblick über Marktentwicklungen im Bereich des Einsatzes von mit LNG betriebenen Schiffen bzw. „für LNG bereiten" Schiffen sowie im Bereich der Infrastruktur für die Versorgung mit LNG als Kraftstoff (auf dem Festland oder durch Bunkerschiffe) in der Union gewonnen werden.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 02 — EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***06 02 77*** *(Fortsetzung)*

06 02 77 04 Pilotprojekt — Sicherheit im transeuropäischen Straßenverkehrsnetz

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | — | — | 0,— | 32 388,75 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 06 02 12*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

06 02 77 05 Pilotprojekt — Der Stellenwert von rollendem Material für die Interoperabilität in Europa

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 000 000 | 500 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Mit diesem Pilotprojekt sollen die Hauptprobleme der Interoperabilität von rollendem Material für die Eisenbahn in der Union analysiert und unter Einbeziehung der am Schienenverkehr Beteiligten (Verlader, Infrastrukturbetreiber, Eisenbahnunternehmen, Speditionsunternehmen, Wirtschaftsteilnehmer) Lösungen zur Verbesserung der Verfügbarkeit von interoperablem/multimodalem rollendem Material für die Eisenbahn geboten werden, etwa durch die Optimierung der Marktnachfrage, indem Regulierungsmaßnahmen vorgeschlagen werden, der Marktbedarf für neue Arten von rollendem Material, Container ermittelt wird usw.

*Hintergrund*

In ihrem am 28. März 2011 vorgelegten Weißbuch „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum — Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ erläuterte die Kommission ihre Vorstellungen hinsichtlich der Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnverkehrsraums, mit dem Ziel, einen europäischen Eisenbahnverkehrsbinnenmarkt zu schaffen, in dem europäische Eisenbahnunternehmen Dienstleistungen anbieten können, ohne unnötigen technischen und administrativen Hindernissen unterworfen zu sein.

Auf legislativer Ebene wurden durch die Öffnung des Schienengüterverkehrsmarktes und durch die Verordnung (EU) Nr. 913/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2010 zur Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr (ABl. L 276 vom 20.10.2010, S. 22) erhebliche Fortschritte erzielt. Diese Korridore sind ein Steuerungsinstrument, das für mehr Frachtgüterverkehrskapazität sorgen und bewirken wird, dass die Güter reibungslos und ungehindert über die Grenzen befördert werden können. Die neuen TEN-T-Leitlinien und die Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 680/2007 und (EG) Nr. 67/2010 (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 129) werden auch ihren Beitrag leisten, indem Finanzhilfen der Union zur Deckung des wichtigsten Infrastrukturbedarfs im Eisenbahnsektor — nämlich fehlende Verbindungen, Engpässe, neue Verkehrsmanagementsysteme usw. — bereitgestellt, Schienenverkehrskorridore in der Union verwirklicht und neue Wirtschaftsakteure zum Übergang auf die Schiene bewegt werden.

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 02 — EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***06 02 77*** *(Fortsetzung)*

06 02 77 05 *(Fortsetzung)*

Diese bedeutsamen Schritte werden zwar in naher Zukunft Lösungen für die Interoperabilität der Infrastrukturen — von Beschilderung über Spurweite und Verkehrsleitsystem bis zur Elektrifizierung usw. — bringen, doch ist bis zur Verwirklichung des einheitlichen europäischen Eisenbahnverkehrsraums noch eine Reihe von Problemen zu lösen.

Die Spurweite stellt diesbezüglich weiterhin ein größeres Hindernis dar. Für einige Gebiete in Europa stellen Spurweitenbeschränkungen ein wesentliches Hindernis für die Förderung des Schienengüterverkehrs dar, das mit den obenerwähnten Maßnahmen nicht zu beheben ist. Für einige Länder, in denen Gleise mit sehr enger Spurweite verwendet werden, könnte sich die Strategie der harten Infrastrukturen als zu teuer erweisen. In einigen anderen Gebieten der Union gibt es zwar technische Lösungen (d. h. Niederflurwaggons), mit denen sich einige Spurweitenbeschränkungen lösen ließen, doch mangelt es auch an Niederflurwaggons, obwohl tatsächlich ein Bedarf an dieser Art von rollendem Material besteht.

Mit diesem Pilotprojekt sollen nicht-infrastrukturbezogene Lösungen zur Behebung der Probleme der Verringerung (darum geht es hauptsächlich, aber nicht ausschließlich) der Spurweitenbeschränkungen in den wichtigsten Güterverkehrskorridoren und -strecken gefunden sowie Lösungen für ein Marktversagen auf dem Markt für rollendes Material herausgearbeitet und vorgeschlagen werden.

Der Schwerpunkt könnte liegen auf

— der Analyse der Verfügbarkeit von interoperablem/multimodalem rollendem Material für die Eisenbahn auf Strecken mit erheblichen Spurweitenbeschränkungen;

— einer Analyse der Marktnachfrage für Niederflurwaggons, einschließlich einer Analyse des Marktes für gebrauchtes rollendes Material;

— neuen möglichen technischen Lösungen für rollendes Material, um sowohl eine Lösung für die Spurweitenbeschränkungen zu finden als auch im Güterverkehr stärker auf neue Arten von Containern, neue Waggons und Formen der Beladung zurückzugreifen, die für die Wirtschaftsteilnehmer attraktiver sein könnten;

— der Ermittlung des I+D-Bedarfs im Bereich des rollenden Materials, um das Problem der Spurweitenbeschränkungen zu lösen.

Mit dem Pilotprojekt werden bewährte Verfahren herausgearbeitet, und Parlament und Kommission werden dabei unterstützt, Änderungen von Vorschriften, den Finanzierungs- und Forschungsbedarf und mögliche Bereiche der Zusammenarbeit mit bestehenden Strukturen der Güterverkehrssteuerung (d. h. Arbeitsgruppe Schienengüterverkehrskorridore, Koordinatoren für die Korridore usw.) zu ermitteln.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

06 02 77 06 Vorbereitende Maßnahme — Allgemeine Luftfahrt — Statistische Daten und Schlüsselindikatoren

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 500 000 | 250 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Obwohl die Kommission umfangreiche Verkehrsdaten erhebt und entsprechende Statistiken veröffentlicht, wurde die allgemeine Luftfahrt bisher nicht abgedeckt. Mit dieser vorbereitenden Maßnahme werden aussagekräftige Daten über die allgemeine Luftfahrt in Europa zur Verfügung gestellt, wie etwa Fluggastkilometer, Beschäftigtenzahl, Umsatz und Wirtschaftsleistung. Da die Europäische Agentur für Flugsicherheit in den kommenden Jahren weiter neue Regelungen für diesen Sektor vorlegen wird, würde durch eine vollständige Datenbank ein Mehrwert für eine bessere Rechtsetzung geschaffen.

**KAPITEL 06 02 — EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***06 02 77*** *(Fortsetzung)*

06 02 77 06 *(Fortsetzung)*

Diese vorbereitende Maßnahme steht in Einklang mit der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 3. Februar 2009 zu einer Agenda für eine nachhaltige Zukunft der allgemeinen Luftfahrt und der Geschäftsreiseluftfahrt (ABl. C 67 E vom 18.3.2010, S. 5), in deren Erwägung C es heißt, dass es „einen Mangel an Daten und statistischen Informationen über die allgemeine Luftfahrt und die Geschäftsreiseluftfahrt gibt", und in der die Kommission in Ziffer 27 aufgefordert wird, „einen systematischen Ansatz für die Erhebung von Daten und den Datenaustausch auf internationaler und auf EU-Ebene zu entwickeln und durchzuführen".

Die vorbereitende Maßnahme trägt auch der Mitteilung der Europäischen Kommission „Agenda für eine nachhaltige Zukunft der allgemeinen Luftfahrt und der Geschäftsreiseluftfahrt" (KOM(2007) 869 endg.) Rechnung, in der gefordert wird, „auf europäischer Ebene einen Basissatz objektiver und kohärenter Daten zu entwickeln".

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 03 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM VERKEHRSSEKTOR**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 06 03 | HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM VERKEHRSSEKTOR | | | | | | | | |
| ***06 03 03*** | ***Gesellschaftliche Herausforderungen*** | | | | | | | | |
| 06 03 03 01 | Verwirklichung eines ressourceneffizienten, umweltfreundlichen, sicheren und nahtlosen europäischen Verkehrssystems | 1.1 | 192 105 039 | 9 415 097 | | | | | — |
| | *Artikel 06 03 03 — Subtotal* | | 192 105 039 | 9 415 097 | | | | | — |
| ***06 03 07*** | ***Gemeinsame Unternehmen*** | | | | | | | | |
| 06 03 07 31 | Gemeinsames Unternehmen für die Forschung zum Flugverkehrsmanagementsystem für den einheitlichen europäischen Luftraum 2 (SESAR2) — Unterstützungsausgaben | 1.1 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 06 03 07 32 | Gemeinsames Unternehmen für die Forschung zum Flugverkehrsmanagementsystem für den einheitlichen europäischen Luftraum 2 (SESAR2) | 1.1 | 20 000 000 | 10 000 000 | | | | | — |
| | *Artikel 06 03 07 — Subtotal* | | 20 000 000 | 10 000 000 | | | | | — |
| ***06 03 50*** | ***Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung*** | | | | | | | | |
| 06 03 50 01 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020) | 1.1 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 06 03 50 02 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung (aus der Zeit vor 2014) | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 869 866,77 | 9 364 309,28 | — |
| | *Artikel 06 03 50 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 869 866,77 | 9 364 309,28 | — |

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 03 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM VERKEHRSSEKTOR** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | |
| ***06 03 51*** | ***Abschluss früherer Forschungsrahmen-programme — Siebtes Rahmenprogramm — EG (2007-2013)*** | 1.1 | p.m. | 7 952 635 | 58 324 795 | 52 652 523 | 61 683 985,— | 44 959 715,92 | 565,34 |
| ***06 03 52*** | ***Abschluss früherer Forschungsrahmen-programme (aus der Zeit vor 2007)*** | 1.1 | — | p.m. | — | 582 998 | 43 438,60 | 6 982 768,28 | — |
| | **Kapitel 06 03 — Insgesamt** | | **212 105 039** | **27 367 732** | **58 324 795** | **53 235 521** | **62 597 290,37** | **61 306 793,48** | **224,01** |

*Erläuterungen*

Diese Erläuterungen gelten für alle Haushaltslinien dieses Kapitels.

Diese Mittel werden für das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ verwendet, das den Zeitraum 2014 bis 2020 abdeckt.

„Horizont 2020“ wird bei der Umsetzung der Europa 2020-Leitinitiative „Innovationsunion“ und anderer Leitinitiativen, wie „Ressourcenschonendes Europa“, „Eine Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“, „Digitale Agenda für Europa“, sowie für die Entwicklung und das Funktionieren des europäischen Forschungsraums (EFR) eine wesentliche Rolle spielen. „Horizont 2020“ sollte zum Aufbau einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft in der gesamten Union beitragen, indem zusätzliche Fördermittel für Forschung, Entwicklung und Innovation in ausreichendem Umfang mobilisiert werden. Das Programm wird zur Erreichung der in Artikel 179 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union genannten allgemeinen Ziele durchgeführt, um zur Schaffung einer Wissensgesellschaft, die auf dem Europäischen Forschungsraum aufbaut, beizutragen, d. h. Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf allen Ebenen in der gesamten Union, Steigerung der Dynamik, der Kreativität und der herausragenden Leistungen der europäischen Forschung bis an die Grenzen des Wissens, quantitative und qualitative Stärkung der Humanressourcen in Forschung und Technologie in Europa sowie Stärkung der Forschungs- und Innovationskapazitäten in ganz Europa und Gewährleistung ihrer bestmöglichen Verwendung.

Diese Artikel und Posten decken auch die Ausgaben für von der Kommission veranstaltete Sitzungen, Konferenzen, Workshops und Seminare von hohem wissenschaftlich-technischen Niveau und europäischem Interesse, für im Auftrag der Union durchgeführte Analysen und Bewertungen von hohem wissenschaftlich-technischem Niveau, die der Erschließung neuer, für die Aktionen der Union geeigneter Forschungsbereiche dienen, insbesondere im Rahmen des Europäischen Forschungsraums, wie auch für die Programmbetreuung und die Verbreitung der Ergebnisse, darunter für Maßnahmen, die im Zuge früherer Rahmenprogramme durchgeführt wurden.

Diese Mittel werden im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 1290/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Regeln für die Beteiligung am Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“(2014-2020) sowie für die Verbreitung der Ergebnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 eingesetzt.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Bei einigen dieser Projekte ist die Möglichkeit einer Beteiligung von Drittländern an der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlich-technischen Forschung vorgesehen. Die damit verbundenen etwaigen Finanzbeiträge werden bei den Posten 6 0 1 3 und 6 0 1 5 des Einnahmenplans verbucht und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Ausgabenmittel bereitgestellt werden.

Einnahmen von Ländern, die sich an der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlich-technischen Forschung beteiligen, werden bei Posten 6 0 1 6 des Einnahmenplans eingesetzt und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Ausgabenmittel bereitgestellt werden.

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 03 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM VERKEHRSSEKTOR** *(Fortsetzung)*

Die unter Posten 6 0 3 1 veranschlagten Einnahmen aus Beiträgen von Bewerberländern und gegebenenfalls potenziellen Bewerberländern des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen.

Etwaige Einnahmen aus Beiträgen externer Stellen für ihre Beteiligung an Maßnahmen der Union werden unter Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans verbucht und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Die zusätzlichen Mittel werden bei Posten 06 03 50 01 eingesetzt.

Die Bereitstellung der Verwaltungsausgaben dieses Kapitels erfolgt über Kapitel 06 01 05.

### *06 03 03 Gesellschaftliche Herausforderungen*

*Erläuterungen*

Dieser Schwerpunkt von „Horizont 2020" stellt eine direkte Reaktion auf die in der Strategie „Europa 2020" genannten politischen Prioritäten und gesellschaftlichen Herausforderungen dar. Diese Tätigkeiten werden abhängig von der jeweiligen Herausforderung umgesetzt, indem die in unterschiedlichen Gebieten, Technologien und Disziplinen vorhandenen Ressourcen und Kenntnisse zusammengeführt werden. Die Tätigkeiten erstrecken sich auf den gesamten Zyklus von der Forschung bis zur Vermarktung, wobei ein neuer Schwerpunkt auf innovationsbezogenen Tätigkeiten liegt, beispielsweise Pilot- und Demonstrationsprojekte, Testläufe, Unterstützung der öffentlichen Auftragsvergabe, Konzeption, vom Endnutzer angeregte Innovation, gesellschaftliche Innovation und die Markteinführung von Innovationen. Durch diese Tätigkeiten werden die entsprechenden sektorbezogenen politischen Kompetenzen auf Unionsebene direkt unterstützt.

Die Finanzierung wird sich auf folgende Herausforderungen konzentrieren:

— intelligenter, umweltfreundlicher und integrierter Verkehr;

— Innovation und Forschung, insbesondere in den Bereichen Änderung von Verhaltensmustern, Verkehrsverlagerung, universelle Zugänglichkeit, Integration (Verbund, Intermodalität, Interoperabilität) und Nachhaltigkeit (Klimawandel, Verringerung von Abgas- und Lärmemissionen), die von entscheidender Bedeutung für die Sektoren Verkehr und Fremdenverkehr sind.

06 03 03 01 Verwirklichung eines ressourceneffizienten, umweltfreundlichen, sicheren und nahtlosen europäischen Verkehrssystems

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 192 105 039 | 9 415 097 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Durch diesen Artikel werden Maßnahmen in den Bereichen Forschung und Innovation abgedeckt, die wesentlich zur Umgestaltung des Verkehrs hin zu einer Ära der intelligenten Mobilität beitragen. Durch unter diesen Posten fallende Maßnahmen sollte die Entwicklung und Anwendung der notwendigen Konzepte für alle Verkehrsträger unterstützt werden, durch die die umweltschädlichen Emissionen des Verkehrssektors drastisch gesenkt und die Abhängigkeit des Verkehrssektors von fossilen Brennstoffen und somit die Auswirkungen des Verkehrssektors auf die biologische Vielfalt und den Erhalt der natürlichen Ressourcen verringert werden. Dies soll durch Investitionen in spezielle Aktivitäten, insbesondere in Form von großen öffentlich-privaten Partnerschaften, erreicht werden. Diese Aktivitäten zielen auf umweltfreundlichere und leisere Luftfahrzeuge, Züge, Kraftfahrzeuge und Schiffe, auf die Entwicklung intelligenter Ausrüstung, Infrastrukturen und Dienste und auf die Verbesserung von Verkehr und Mobilität in Städten ab.

Es wird erwartet, dass mit der im Rahmen dieses Artikels durchgeführten Forschung und Innovation die Leistung und Effizienz angesichts eines wachsenden Mobilitätsbedarfs optimiert werden. Die damit verbundenen Maßnahmen werden sich auch auf eine erhebliche Verringerung der Verkehrsüberlastung, die deutliche Verbesserung der Mobilität von Personen und Gütern, die Entwicklung und Anwendung neuer Konzepte für Gütertransport und Güterlogistik, die Verringerung der Verkehrsunfälle und der Verkehrstoten sowie auf die Verbesserung der Sicherheit konzentrieren. Durch die Maßnahmen im Rahmen dieses Postens soll Europa bis 2050 die sicherste Region für den Luftverkehr werden und im Straßenverkehr Fortschritte bei der Senkung der Zahl der Unfalltoten auf nahe Null erreicht werden.

**KAPITEL 06 03 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM VERKEHRSSEKTOR** *(Fortsetzung)*

***06 03 03*** *(Fortsetzung)*

06 03 03 01 *(Fortsetzung)*

Forschung und Innovation werden voraussichtlich eine wichtige Rolle dabei spielen, eine weltweite Führungsposition der europäischen Verkehrsindustrie zu erreichen, bei neuen Technologien führend zu bleiben und die Kosten bestehender Fertigungsprozesse zu verringern und somit einen Beitrag zum Wachstum und zur hochqualifizierten Beschäftigung in der europäischen Verkehrsindustrie zu leisten. In diesem Zusammenhang sollen Maßnahmen zur Entwicklung der nächsten Generation innovativer Verkehrsmittel und zur Untersuchung völlig neuer Verkehrskonzepte durch diesen Artikel weiterentwickelt und abgedeckt werden.

Sozioökonomische Forschung und vorausschauende Tätigkeiten für die politische Entscheidungsfindung werden ebenfalls von diesem Posten abgedeckt. Es sind Maßnahmen zur Unterstützung der Analyse und Entwicklung von Strategien (einschließlich sozioökonomischer Aspekte des Verkehrs) erforderlich, um die Innovation zu fördern und die Herausforderungen im Verkehrsbereich zu bewältigen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe b.

***06 03 07 Gemeinsame Unternehmen***

06 03 07 31 Gemeinsames Unternehmen für die Forschung zum Flugverkehrsmanagementsystem für den einheitlichen europäischen Luftraum 2 (SESAR2) — Unterstützungsausgaben

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

Das Gemeinsame Unternehmen für die Forschung zum Flugverkehrsmanagementsystem für den einheitlichen europäischen Luftraum 2 (SESAR2) trägt zur Umsetzung von „Horizont 2020“ und insbesondere zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderung „Verwirklichung eines ressourcenschonenden, umweltfreundlichen, sicheren und nahtlosen europäischen Verkehrssystems“ bei. Sein Ziel besteht in der Modernisierung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems (ATM-Systems) durch Konzentration und Koordination aller einschlägigen Forschungs- und Innovationstätigkeiten zum ATM in der EU und in Übereinstimmung mit dem ATM-Masterplan.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 03 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM VERKEHRSSEKTOR** *(Fortsetzung)*

***06 03 07*** *(Fortsetzung)*

06 03 07 31 *(Fortsetzung)*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 10. Juli 2013, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 219/2007 des Rates zur Gründung eines gemeinsamen Unternehmens zur Entwicklung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems der neuen Generation (SESAR) im Hinblick auf die Verlängerung der Bestandsdauer des gemeinsamen Unternehmens bis 2024 (COM(2013) 503 final).

06 03 07 32 Gemeinsames Unternehmen für die Forschung zum Flugverkehrsmanagementsystem für den einheitlichen europäischen Luftraum 2 (SESAR2)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 20 000 000 | 10 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Das Gemeinsame Unternehmen für die Forschung zum Flugverkehrsmanagementsystem für den einheitlichen europäischen Luftraum 2 (SESAR2) trägt zur Umsetzung von „Horizont 2020" und insbesondere zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderung „Verwirklichung eines ressourcenschonenden, umweltfreundlichen, sicheren und nahtlosen europäischen Verkehrssystems" bei. Sein Ziel besteht in der Modernisierung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems (ATM-Systems) durch Konzentration und Koordination aller einschlägigen Forschungs- und Innovationstätigkeiten zum ATM in der EU und in Übereinstimmung mit dem ATM-Masterplan.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 10. Juli 2013, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 219/2007 des Rates zur Gründung eines gemeinsamen Unternehmens zur Entwicklung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems der neuen Generation (SESAR) im Hinblick auf die Verlängerung der Bestandsdauer des gemeinsamen Unternehmens bis 2024 (COM(2013) 503 final).

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 03 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM VERKEHRSSEKTOR** *(Fortsetzung)*

***06 03 50 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung***

06 03 50 01 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Dieser Posten dient zur Deckung der Ausgaben, die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen entsprechen, die durch die Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter oder Drittstaaten an Forschungs- und technologischen Entwicklungsmaßnahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 entstehen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können aus den etwaigen Einnahmen, die bei den Posten 6 0 1 3, 6 0 1 5, 6 0 1 6, 6 0 3 1 und 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, gegebenenfalls zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

06 03 50 02 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung (aus der Zeit vor 2014)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 869 866,77 | 9 364 309,28 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 06 06 04*

Dieser Artikel dient der Deckung der Ausgaben, die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen entsprechen, die durch die Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter oder Drittstaaten an Forschungs- und technologischen Entwicklungsmaßnahmen aus der Zeit vor 2014 entstehen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können aus den etwaigen Einnahmen, die bei den Posten 6 0 1 3, 6 0 1 5, 6 0 1 6, 6 0 3 1 und 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, gegebenenfalls zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

***06 03 51 Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — Siebtes Rahmenprogramm — EG (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 7 952 635 | 58 324 795 | 52 652 523 | 61 683 985,— | 44 959 715,92 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 06 06 02 01 und 06 06 02 03*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

**KAPITEL 06 03 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM VERKEHRSSEKTOR** *(Fortsetzung)*

***06 03 51*** *(Fortsetzung)*

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 1982/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007 bis 2013) (ABl. L 412 vom 30.12.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Festlegung der Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an Maßnahmen des Siebten Rahmenprogramms sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisses (2007-2013) (ABl. L 391 vom 30.12.2006, S. 1).

Entscheidung 2006/971/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm „Zusammenarbeit" zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 86).

Verordnung (EG) Nr. 219/2007 des Rates vom 27. Februar 2007 zur Gründung eines gemeinsamen Unternehmens zur Entwicklung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems der neuen Generation (SESAR) (ABl. L 64 vom 2.3.2007, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1361/2008 des Rates vom 16. Dezember 2008 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 219/2007 zur Gründung eines gemeinsamen Unternehmens zur Entwicklung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems der neuen Generation (SESAR) (ABl. L 352 vom 31.12.2008, S. 12).

***06 03 52*** ***Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme (aus der Zeit vor 2007)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | 582 998 | 43 438,60 | 6 982 768,28 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 06 06 05 01 und 06 06 05 02*

Dieser Posten ist zur Abwicklung früherer Verpflichtungen im Rahmen von Forschungsprogrammen aus der Zeit vor 2007 bestimmt.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 87/516/Euratom, EWG des Rates vom 28. September 1987 über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1987-1991) (ABl. L 302 vom 24.10.1987, S. 1).

**KAPITEL 06 03 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM VERKEHRSSEKTOR** *(Fortsetzung)*

***06 03 52*** *(Fortsetzung)*

Beschluss 90/221/Euratom, EWG des Rates vom 23. April 1990 über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1990-1994) (ABl. L 117 vom 8.5.1990, S. 28).

Beschluss 93/167/Euratom, EWG des Rates vom 15. März 1993 zur Anpassung des Beschlusses 90/221/Euratom, EWG über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1990-1994) (ABl. L 69 vom 20.3.1993, S. 43).

Beschluss Nr. 1110/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. April 1994 über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1994-1998) (ABl. L 126 vom 18.5.1994, S. 1).

Beschluss Nr. 616/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. März 1996 zur Anpassung des Beschlusses Nr. 1110/94/EG über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1994-1998) aufgrund des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zur Europäischen Union (ABl. L 86 vom 4.4.1996, S. 69).

Beschluss Nr. 2535/97/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 1. Dezember 1997 zur zweiten Anpassung des Beschlusses Nr. 1110/94/EG über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1994-1998) (ABl. L 347 vom 18.12.1997, S. 1).

Beschluss Nr. 182/1999/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Dezember 1998 über das Fünfte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1998-2002) (ABl. L 26 vom 1.2.1999, S. 1).

Beschluss Nr. 1513/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2002 über das Sechste Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration als Beitrag zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums und zur Innovation (2002-2006) (ABl. L 232 vom 29.8.2002, S. 1).

Entscheidung 2002/834/EG des Rates vom 30. September 2002 über ein spezifisches Programm im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration: „Integration und Stärkung des Europäischen Forschungsraums“ (2002-2006) (ABl. L 294 vom 29.10.2002, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 06 — MOBILITÄT UND VERKEHR*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „MOBILITÄT UND VERKEHR“

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „MOBILITÄT UND VERKEHR“

KOMMISSION

*TITEL 07*

**UMWELT**

# TITEL 07

# UMWELT

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 07 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „UMWELT“ | 74 705 041 | 74 705 041 | 71 636 610 | 71 636 610 | 70 958 001,35 | 70 958 001,35 |
| 07 02 | UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE | 332 576 915 | 270 853 476 | 376 720 397 | 284 430 127 | 379 748 307,47 | 268 520 661,19 |
| | **Titel 07 — Insgesamt** | **407 281 956** | **345 558 517** | **448 357 007** | **356 066 737** | **450 706 308,82** | **339 478 662,54** |

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

# TITEL 07

# UMWELT

## KAPITEL 07 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „UMWELT“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 07 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „UMWELT“ | | | | | |
| ***07 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Umwelt“*** | 5.2 | 46 164 413 | 43 086 217 | 43 116 472,90 | 93,40 |
| ***07 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Umwelt“*** | | | | | |
| 07 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 3 713 761 | 3 812 230 | 4 087 628,16 | 110,07 |
| 07 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 3 597 697 | 3 766 507 | 3 891 097,35 | 108,16 |
| | *Artikel 07 01 02 — Subtotal* | | 7 311 458 | 7 578 737 | 7 978 725,51 | 109,13 |
| ***07 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Umwelt“*** | 5.2 | 2 988 170 | 2 726 656 | 3 162 610,33 | 105,84 |
| ***07 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten im Politikbereich „Umwelt“*** | | | | | |
| 07 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für das Programm für Umwelt- und Klimapolitik (LIFE) — Teilprogramm „Umwelt“ | 2 | 14 765 000 | 18 245 000 | 16 700 192,61 | 113,11 |
| | *Artikel 07 01 04 — Subtotal* | | 14 765 000 | 18 245 000 | 16 700 192,61 | 113,11 |
| ***07 01 06*** | ***Exekutivagenturen*** | | | | | |
| 07 01 06 01 | Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus dem Programm LIFE | 2 | 3 476 000 | | | — |
| | *Artikel 07 01 06 — Subtotal* | | 3 476 000 | | | — |
| | **Kapitel 07 01 — Insgesamt** | | **74 705 041** | **71 636 610** | **70 958 001,35** | **94,98** |

### *07 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Umwelt“*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 46 164 413 | 43 086 217 | 43 116 472,90 |

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „UMWELT“** *(Fortsetzung)*

***07 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Umwelt“***

07 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 713 761 | 3 812 230 | 4 087 628,16 |

07 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 597 697 | 3 766 507 | 3 891 097,35 |

***07 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Umwelt“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 988 170 | 2 726 656 | 3 162 610,33 |

***07 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten im Politikbereich „Umwelt“***

07 01 04 01 Unterstützungsausgaben für das Programm für Umwelt- und Klimapolitik (LIFE) — Teilprogramm „Umwelt“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 14 765 000 | 18 245 000 | 16 700 192,61 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 07 01 04 01 und 07 01 04 04 (teilweise)*

Die für das LIFE-Programm bereitgestellten Finanzmittel können die notwendigen Ausgaben für Vorbereitungs-, Überwachungs-, Kontroll-, Prüf-, und Evaluierungstätigkeiten abdecken, die für die Verwaltung des Programms und für die Erreichung seiner Ziele erforderlich sind; insbesondere Studien, Expertensitzungen, Informations- und Kommunikationsmaßnahmen einschließlich der Vermittlung der politischen Schwerpunkte der Union nach außen, soweit sie mit den allgemeinen Zielen des LIFE-Programms im Zusammenhang stehen, Ausgaben in Verbindung mit IT-Netzen, deren Schwerpunkte Informationsverarbeitung und -austausch sind, zusammen mit allen anderen Ausgaben für technische und administrative Unterstützung, die der Kommission für die Verwaltung des Programms entstehen.

Diese Mittel dienen ferner der Deckung

— der Ausgaben für die technische Hilfe bei der Überwachung, Bewertung und Prüfung der laufenden Projekte im Rahmen von LIFE III und LIFE +,

— der Ausgaben für Sitzungen der Projektbegünstigten (Beratung in Bezug auf die Projektverwaltung, Vernetzung, Austausch von Ergebnissen und bewährten Verfahren).

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „UMWELT“** *(Fortsetzung)*

***07 01 04*** *(Fortsetzung)*

07 01 04 01 *(Fortsetzung)*

Gemäß Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 steht das LIFE-Programm den nachstehend genannten Ländern nach den Bedingungen zur Teilnahme offen, die in den jeweiligen bilateralen oder multilateralen Vereinbarungen über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme dieser Länder an EU-Programmen festgelegt wurden:

— Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), die Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sind: Die Beiträge, die die EFTA-Staaten nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, insbesondere nach Artikel 82 und nach dem Protokoll Nr. 32, leisten, kommen zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt,

— Beitrittsländer, Kandidatenländer und potenzielle Kandidatenländer: Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen,

— Länder, auf die die Europäische Nachbarschaftspolitik Anwendung findet,

— Länder, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 933/1999 des Rates vom 29. April 1999 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1210/90 zur Errichtung einer Europäischen Umweltagentur und eines Europäischen Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetzes (ABl. L 117 vom 5.5.1999, S. 1) Mitglieder der Europäischen Umweltagentur geworden sind: Etwaige Einnahmen aus Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013: Aus diesen Mitteln können Aktivitäten außerhalb der Europäischen Union finanziert werden, sofern diese Aktivitäten unerlässlich sind, um die Umweltziele der Europäischen Union zu erreichen oder um die Wirksamkeit von in den Mitgliedstaaten durchgeführten Maßnahmen zu gewährleisten. Eine außerhalb der Europäischen Union niedergelassene juristische Person kann an Projekten mit maßnahmenbezogenen Zuschüssen teilnehmen, sofern der das Projekt koordinierende Empfänger in der Europäischen Union ansässig ist und die außerhalb der Europäischen Union durchzuführende Aktivität unerlässlich ist, um die Umweltziele der Europäischen Union zu erreichen oder um die Wirksamkeit von in den Mitgliedstaaten durchgeführten Maßnahmen zu gewährleisten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Aufstellung des Programms für die Umwelt und Klimapolitik (LIFE) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 614/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 185).

***07 01 06 Exekutivagenturen***

07 01 06 01 Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus dem Programm LIFE

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 476 000 | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Die Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Agentur bestimmt, die im Rahmen ihrer Aufgabe bei der Verwaltung von Maßnahmen anfallen, die Teil des Programms „Umwelt- und Klimapolitik“ (LIFE) sind.

Der Stellenplan der Agentur ist im Anhang „Stellenplan“ zu diesem Band enthalten.

**KAPITEL 07 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „UMWELT“** *(Fortsetzung)*

***07 01 06*** *(Fortsetzung)*

07 01 06 01 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Aufstellung des Programms für die Umwelt und Klimapolitik (LIFE) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 614/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 185).

*Verweise*

Durchführungsbeschluss der Kommission vom XXX zur Einrichtung der „Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen“ und zur Aufhebung der Beschlüsse 2004/20/EG und 2007/372/EG.

Beschluss der Kommission vom XXX zur Übertragung bestimmter Befugnisse an die Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Programmen der Union in den Bereichen Energie, Umwelt, Klimapolitik, Wettbewerbsfähigkeit und KMU, Forschung und Innovation, IKT, Meerespolitik und Fischerei, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von in den Gesamthaushaltsplan der Union eingestellten Mitteln.

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 07 02 | UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE | | | | | | | | |
| ***07 02 01*** | ***Beitrag zu einer umweltfreundlicheren und ressourceneffizienteren Wirtschaft und zur Entwicklung und Umsetzung der Umweltpolitik und des Umweltrechts der Union*** | 2 | 125 439 106 | 4 260 237 | | | | | — |
| ***07 02 02*** | ***Stopp und Umkehr des Verlusts an Artenvielfalt*** | 2 | 121 213 057 | 1 009 911 | | | | | — |
| ***07 02 03*** | ***Unterstützung einer besseren Umweltordnungspolitik und –information auf allen Ebenen*** | 2 | 38 999 836 | 7 182 812 | | | | | — |
| ***07 02 04*** | ***Beteiligung an multilateralen und internationalen Umweltübereinkünften*** | 4 | 3 500 000 | 2 394 437 | 2 250 000 | 1 813 469 | 1 929 878,95 | 1 929 878,95 | 80,60 |
| ***07 02 05*** | ***Europäische Chemikalienagentur*** | | | | | | | | |
| 07 02 05 01 | Europäische Chemikalienagentur — Tätigkeiten im Bereich der Biozid-Gesetzgebung | 2 | 5 023 252 | 5 023 252 | 6 070 500 | 6 070 500 | 2 728 440,— | 2 728 440,— | 54,32 |
| 07 02 05 02 | Europäische Chemikalienagentur — Tätigkeiten im Bereich der Gesetzgebung zur Ein- und Ausfuhr gefährlicher Chemikalien | 2 | 1 285 735 | 1 285 735 | 1 561 500 | 1 561 500 | 1 455 600,— | 1 455 600,— | 113,21 |
| | *Artikel 07 02 05 — Subtotal* | | 6 308 987 | 6 308 987 | 7 632 000 | 7 632 000 | 4 184 040,— | 4 184 040,— | 66,32 |
| ***07 02 06*** | ***Europäische Umweltagentur*** | 2 | 35 365 929 | 35 365 929 | 35 797 397 | 35 797 397 | 41 689 562,79 | 41 689 562,79 | 117,88 |
| ***07 02 51*** | ***Abschluss früherer Umweltprogramme*** | 2 | — | 206 603 663 | 325 541 000 | 229 167 261 | 321 014 700,73 | 212 121 336,76 | 102,67 |
| ***07 02 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 07 02 77 01 | Pilotprojekt — Umweltüberwachung des Schwarzmeerraums und Gemeinsames Europäisches Rahmenprogramm zur Entwicklung des Schwarzmeerraums | 4 | — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 07 02 77 02 | Vorbereitende Maßnahme — Umweltüberwachung des Schwarzmeerraums und gemeinsames europäisches Rahmenprogramm zur Entwicklung des Schwarzmeerraums | 4 | — | 112 500 | — | 150 000 | 0,— | 693 943,— | 616,84 |
| 07 02 77 03 | Vorbereitende Maßnahme — Strategische Umweltverträglichkeitsprüfung der Entwicklung der europäischen Arktis | 4 | p.m. | 375 000 | p.m. | 500 000 | 998 360,— | 0,— | 0,— |

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 07 02 77 04 | Vorbereitende Maßnahme — Künftige Rechtsgrundlage in Bezug auf harmonisierte Informationen über die Wälder in der Union | 2 | — | 120 000 | p.m. | 250 000 | 1 000 000,— | 0,— | 0,— |
| 07 02 77 05 | Pilotprojekt — Entwicklung präventiver Maßnahmen zur Eindämmung der Wüstenbildung in Europa | 2 | — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 543 114,59 | — |
| 07 02 77 06 | Vorbereitende Maßnahme — Klima im Karpatenbecken | 2 | — | 700 000 | — | 1 200 000 | 0,— | 967 292,80 | 138,18 |
| 07 02 77 07 | Pilotprojekt — Herrichtung von außer Betrieb genommenen Booten, die nicht für die Fischerei genutzt werden | 2 | — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 119 648,— | — |
| 07 02 77 08 | Pilotprojekt — Wirtschaftliche Einbußen infolge hoher Wasserverluste in Städten | 2 | — | p.m. | — | 390 000 | 0,— | 571 500,— | — |
| 07 02 77 09 | Pilotprojekt — Zertifizierung kohlenstoffarmer landwirtschaftlicher Praktiken | 2 | — | 95 000 | — | 370 000 | 0,— | 291 191,20 | 306,52 |
| 07 02 77 10 | Pilotprojekt — Komplexe Forschungstätigkeiten im Bereich Methoden zur Eindämmung der Verbreitung der Beifuß-Ambrosie und von Pollenallergien | 2 | — | 150 000 | — | p.m. | 0,— | 681 480,10 | 454,32 |
| 07 02 77 11 | Pilotprojekt — Eine europäische Regelung für die Pfanderstattung für Getränkedosen aus Aluminium | 2 | — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 104 790,90 | — |
| 07 02 77 12 | Pilotprojekt — Aufarbeitung der Fachliteratur über potenzielle Auswirkungen des Klimawandels auf Trinkwasserschutzgebiete in der gesamten Union und Festlegung von Prioritäten unter den verschiedenen Arten der Trinkwasserversorgung | 2 | — | p.m. | — | 185 000 | 0,— | 271 157,40 | — |
| 07 02 77 13 | Vorbereitende Maßnahme — Freiwilliges System für biologische Vielfalt und Ökosystemleistungen in Gebieten in äußerster Randlage und überseeischen Gebieten der Union (BEST-System) | 2 | — | 1 000 000 | 2 000 000 | 2 000 000 | 1 982 090,— | 1 923 874,50 | 192,39 |
| 07 02 77 14 | Pilotprojekt — Recycling-Kreislauf für Kunststoffe und Auswirkungen auf die Meeresumwelt | 2 | — | p.m. | — | 325 000 | 0,— | 320 796,— | — |
| 07 02 77 15 | Vorbereitende Maßnahme — Entwicklung präventiver Maßnahmen zur Eindämmung der Wüstenbildung in Europa | 2 | — | 400 000 | p.m. | 800 000 | 1 000 000,— | 669 856,60 | 167,46 |

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 07 02 77 16 | Pilotprojekt — Atmosphärische Niederschläge — Schutz und effiziente Nutzung von Süßwasser | 2 | — | 1 050 000 | p.m. | 375 000 | 1 500 000,— | 0,— | 0,— |
| 07 02 77 17 | Pilotprojekt — Vergleichende Studie zu den Belastungen und Maßnahmen in den Bewirtschaftungsplänen für die Einzugsgebiete der wichtigsten Flüsse in der Union | 2 | — | p.m. | — | 600 000 | 0,— | 1 039 141,60 | — |
| 07 02 77 18 | Pilotprojekt — Langfristige Auswirkungen eines $CO_2$-neutralen Wohnungsbaus auf Abwassersysteme | 2 | — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 07 02 77 19 | Pilotprojekt — Einsammlung von Abfällen im Meer | 2 | — | 300 000 | p.m. | 250 000 | 949 675,— | 0,— | 0,— |
| 07 02 77 20 | Pilotprojekt — Verfügbarkeit, Nutzung und Nachhaltigkeit von Wasser zur Energieerzeugung aus nuklearen und fossilen Quellen | 2 | — | 375 000 | p.m. | 125 000 | 500 000,— | 0,— | 0,— |
| 07 02 77 21 | Pilotprojekt — Neue Erkenntnisse für eine integrierte Steuerung menschlichen Handelns auf See | 2 | — | 600 000 | p.m. | 500 000 | 2 000 000,— | 0,— | 0,— |
| 07 02 77 22 | Pilotprojekt — Schutz der biologischen Vielfalt durch eine ergebnisbezogene Vergütung ökologischer Leistungen | 2 | 500 000 | 750 000 | 2 000 000 | 1 000 000 | | | — |
| 07 02 77 23 | Pilotprojekt — Querschnittskommunikation über die Unions-Umweltpolitik: Bekämpfung des mangelnden Umweltbewusstseins der Unionsbürger mit Hilfe audiovisueller Werkzeuge (Filme) | 2 | p.m. | 375 000 | 1 500 000 | 750 000 | | | — |
| 07 02 77 24 | Pilotprojekt — „Ressourceneffizienz“ in der Praxis — Geschlossene Mineralienkreisläufe | 2 | — | 700 000 | p.m. | 250 000 | 1 000 000,— | 0,— | 0,— |
| 07 02 77 25 | Vorbereitende Maßnahme — Integriertes Kommunikations- und Risikomanagementsystem für Küsten | 2 | — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 398 056,— | — |
| 07 02 77 26 | Pilotprojekt — Einrichtung eines südosteuropäischen regionalen Zentrums für fortgeschrittenes Recycling von Elektro- und Elektronikabfällen | 2 | 750 000 | 375 000 | | | | | — |
| 07 02 77 27 | Pilotprojekt — Ressourcenschonende Verwertung gemischter Abfälle | 2 | 500 000 | 250 000 | | | | | — |
| | *Artikel 07 02 77 — Subtotal* | | 1 750 000 | 7 727 500 | 5 500 000 | 10 020 000 | 10 930 125,— | 8 595 842,69 | 111,24 |
| | **Kapitel 07 02 — Insgesamt** | | **332 576 915** | **270 853 476** | **376 720 397** | **284 430 127** | **379 748 307,47** | **268 520 661,19** | **99,14** |

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 01*** ***Beitrag zu einer umweltfreundlicheren und ressourceneffizienteren Wirtschaft und zur Entwicklung und Umsetzung der Umweltpolitik und des Umweltrechts der Union***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 125 439 106 | 4 260 237 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Gemäß Artikel 10 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 sind diese Mittel insbesondere für Projekte und Tätigkeiten bestimmt, mit denen folgende Ziele verfolgt werden:

— Entwicklung, Erprobung und Demonstration von auf Umweltprobleme ausgerichteten Politik- oder Managementkonzepten, bewährten Verfahren und Lösungen, die sich für eine Wiederholung, Übertragung oder ein Mainstreaming — auch mit Blick auf die Verbindung zwischen Umwelt und Gesundheit — eignen und die einer ressourceneffizienzbezogenen Politik und Gesetzgebung, einschließlich des Fahrplans für ein ressourcenschonendes Europa förderlich sind,

— Förderung der Anwendung, Entwicklung, Erprobung und Demonstration von integrierten Konzepten für die Durchführung von Plänen und Programmen gemäß der Umweltpolitik und dem Umweltrecht der EU, in erster Linie in den Bereichen Wasser, Abfall und Luft,

— Verbesserung der Wissensgrundlage für die Entwicklung, Bewertung, Überwachung und Evaluierung der Umweltpolitik und des Umweltrechts der EU sowie der Wissensgrundlage für die Bewertung und Überwachung der Faktoren, Belastungen und Reaktionen, die sich auf die Umwelt innerhalb und außerhalb der Europäischen Union auswirken.

Gemäß Artikel 22 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 können aus diesen Mitteln Maßnahmen der Kommission finanziert werden, mit denen die Einleitung, Durchführung und das Mainstreaming von umweltpolitischen Strategien und Rechtsvorschriften der Europäischen Union gefördert werden, um zu dem Ziel des Übergangs zu einer ressourcenschonenden, $CO_2$-emissionsarmen und klimaresistenten Wirtschaft sowie zum Schutz und zur Verbesserung der Umweltqualität beizutragen. Zu solchen Maßnahmen zählen:

— Information und Kommunikation, einschließlich Sensibilisierungskampagnen. Die für Kommunikationsmaßnahmen bereitgestellten Finanzmittel decken auch die institutionelle Kommunikation der politischen Prioritäten der Europäischen Union ab,

— Studien, Erhebungen, Modellierungen und Entwicklung von Szenarien,

— Vorbereitung, Durchführung, Überwachung, Prüfung und Evaluierung von Projekten, Politiken, Programmen und Rechtsvorschriften,

— Workshops, Konferenzen und Sitzungen,

— Vernetzung und Plattformen für bewährte Verfahren,

— sonstige Tätigkeiten, die zur Erreichung der Ziele des Programms erforderlich sind.

Mindestens 55 % der Haushaltsmittel für über maßnahmenbezogene Zuschüsse im Rahmen des Teilprogramms „Umwelt“ (d. h. maßnahmenbezogene Zuschüsse unter den Haushaltslinien 07 02 01, 07 02 02 und 07 02 03) unterstützte Projekte werden für Projekte zur Erhaltung der Natur und der Biodiversität eingesetzt (Artikel 9 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1293).

Gemäß Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 steht das LIFE-Programm den nachstehend genannten Ländern nach den Bedingungen zur Teilnahme offen, die in den jeweiligen bilateralen oder multilateralen Vereinbarungen über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme dieser Länder an Unionsprogrammen festgelegt wurden:

— Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), die Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sind: Die Beiträge, die die EFTA-Staaten nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, insbesondere nach Artikel 82 und nach dem Protokoll Nr. 32, leisten, kommen zu den in diesem Artikel eingesetzten Mitteln hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt,

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 01*** *(Fortsetzung)*

— Beitrittsländer, Kandidatenländer und potenzielle Kandidatenländer: Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen,

— Länder, auf die die Europäische Nachbarschaftspolitik Anwendung findet,

— Länder, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 933/1999 des Rates vom 29. April 1999 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1210/90 zur Errichtung einer Europäischen Umweltagentur und eines Europäischen Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetzes (ABl. L 117 vom 5.5.1999, S. 1) Mitglieder der Europäischen Umweltagentur geworden sind: Etwaige Einnahmen aus Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Artikel 6 des LIFE-Vorschlags: Aus diesen Mitteln können Aktivitäten außerhalb der Europäischen Union finanziert werden, sofern diese Aktivitäten unerlässlich sind, um die Umweltziele der Europäischen Union zu erreichen oder um die Wirksamkeit von in den Mitgliedstaaten durchgeführten Maßnahmen zu gewährleisten. Eine außerhalb der Union niedergelassene juristische Person kann an Projekten mit maßnahmenbezogenen Zuschüssen teilnehmen, sofern der das Projekt koordinierende Empfänger in der Europäischen Union ansässig ist und die außerhalb der Union durchzuführende Aktivität unerlässlich ist, um die Umweltziele der Union zu erreichen oder um die Wirksamkeit von in den Mitgliedstaaten durchgeführten Maßnahmen zu gewährleisten.

Gemäß Artikel 18 der Verordnung (EU) Nr. 1293 können maßnahmenbezogene Zuschüsse für folgende Projekte gewährt werden:

— Pilotprojekte,

— Demonstrationsprojekte,

— Best-Practice-Projekte,

— integrierte Projekte,

— Projekte der technischen Hilfe,

— Projekte zum Kapazitätsaufbau,

— vorbereitende Projekte,

— Informations-, Sensibilisierungs- und Verbreitungsprojekte,

— sonstige Projekte, die zur Erreichung der Ziele des LIFE-Programms erforderlich sind.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Aufstellung des Programms für die Umwelt und Klimapolitik (LIFE) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 614/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 185).

***07 02 02*** ***Stopp und Umkehr des Verlusts an Artenvielfalt***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 121 213 057 | 1 009 911 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Gemäß Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 können aus diesen Mitteln Maßnahmen finanziert werden, mit denen im Rahmen dieses Schwerpunktbereichs das spezifische Ziel der Eindämmung und Umkehr des Verlusts an Biodiversität gefördert wird, insbesondere Maßnahmen, mit denen folgende Ziele verfolgt werden:

— Beitrag zur Durchführung der Unionspolitik und des Unionsrechts im Bereich der Biodiversität, einschließlich der Biodiversitätsstrategie der Union bis 2020, der Richtlinie 2009/147/EG und der Richtlinie 92/43/EWG, insbesondere durch Anwendung, Entwicklung, Erprobung und Demonstration von Konzepten, bewährten Verfahren und Lösungen,

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 02*** *(Fortsetzung)*

— Förderung der Weiterentwicklung, Umsetzung und Verwaltung des mit Artikel 3 der Richtlinie 92/43/EWG errichteten Natura-2000-Netzes, insbesondere der Anwendung, Entwicklung, Erprobung und Demonstration von integrierten Konzepten für die Durchführung der prioritären Aktionsrahmen gemäß Artikel 8 der Richtlinie 92/43/EWG,

— Verbesserung der Wissensgrundlage für die Entwicklung, Bewertung, Überwachung und Evaluierung der Biodiversitätspolitik und des Biodiversitätsrechts der Union sowie der Wissensgrundlage für die Bewertung und Überwachung der Faktoren, Belastungen und Reaktionen, die sich auf die Biodiversität innerhalb und außerhalb der Union auswirken.

Aus diesen Mitteln können Maßnahmen der Kommission finanziert werden, mit denen die Einleitung, Durchführung und das Mainstreaming von umweltpolitischen Strategien und Rechtsvorschriften der Europäischen Union zur Erreichung des Ziels der Eindämmung und Umkehr des Verlusts an biologischer Vielfalt gefördert werden (Artikel 22 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013). Zu solchen Maßnahmen zählen:

— Information und Kommunikation, einschließlich Sensibilisierungskampagnen. Die für Kommunikationsmaßnahmen bereitgestellten Finanzmittel decken auch die institutionelle Kommunikation der politischen Prioritäten der Union ab,

— Studien, Erhebungen, Modellierungen und Entwicklung von Szenarien,

— Vorbereitung, Durchführung, Überwachung, Prüfung und Evaluierung von Projekten, Politiken, Programmen und Rechtsvorschriften,

— Workshops, Konferenzen und Sitzungen,

— Vernetzung und Plattformen für bewährte Verfahren,

— sonstige Tätigkeiten, die zur Erreichung der Ziele des Programms erforderlich sind.

Mindestens 55 % der Haushaltsmittel für über maßnahmenbezogene Zuschüsse im Rahmen des Teilprogramms „Umwelt“ (d. h. maßnahmenbezogene Zuschüsse unter den Haushaltslinien 07 02 01, 07 02 02 und 07 02 03) unterstützte Projekte werden für Projekte zur Erhaltung der Natur und der Biodiversität eingesetzt (Artikel 9 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013).

Artikel 18 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013: Maßnahmenbezogene Zuschüsse können für folgende Projekte gewährt werden:

— Pilotprojekte,

— Demonstrationsprojekte,

— Best-Practice-Projekte,

— integrierte Projekte,

— Projekte der technischen Hilfe,

— Projekte zum Kapazitätsaufbau,

— vorbereitende Projekte,

— Informations-, Sensibilisierungs- und Verbreitungsprojekte,

— sonstige Projekte, die zur Erreichung der Ziele des LIFE-Programms erforderlich sind.

Gemäß Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 steht das LIFE-Programm den nachstehend genannten Ländern nach den Bedingungen zur Teilnahme offen, die in den jeweiligen bilateralen oder multilateralen Vereinbarungen über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme dieser Länder an Unionsprogrammen festgelegt wurden:

— Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), die Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sind: Die Beiträge, die die EFTA-Staaten nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, insbesondere nach Artikel 82 und nach dem Protokoll Nr. 32, leisten, kommen zu den in diesen Artikel eingesetzten Mitteln hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt,

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 02*** *(Fortsetzung)*

— Beitrittsländer, Kandidatenländer und potenzielle Kandidatenländer: Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen,

— Länder, auf die die Europäische Nachbarschaftspolitik Anwendung findet,

— Länder, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 933/1999 des Rates vom 29. April 1999 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1210/90 zur Errichtung einer Europäischen Umweltagentur und eines Europäischen Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetzes (ABl. L 117 vom 5.5.1999, S. 1) Mitglieder der Europäischen Umweltagentur geworden sind: Etwaige Einnahmen aus Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Aus diesen Mitteln können Aktivitäten außerhalb der Europäischen Union finanziert werden, sofern diese Aktivitäten unerlässlich sind, um die Umweltziele der Union zu erreichen oder um die Wirksamkeit von in den Mitgliedstaaten durchgeführten Maßnahmen zu gewährleisten (Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013). Eine außerhalb der Union niedergelassene juristische Person kann an Projekten mit maßnahmenbezogenen Zuschüssen teilnehmen, sofern der das Projekt koordinierende Empfänger in der Union ansässig ist und die außerhalb der Union durchzuführende Aktivität unerlässlich ist, um die Umweltziele der Union zu erreichen oder um die Wirksamkeit von in den Mitgliedstaaten durchgeführten Maßnahmen zu gewährleisten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Aufstellung des Programms für die Umwelt und Klimapolitik (LIFE) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 614/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 185).

***07 02 03*** ***Unterstützung einer besseren Umweltordnungspolitik und –information auf allen Ebenen***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 38 999 836 | 7 182 812 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Artikel 12 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013: Aus diesen Mitteln können Maßnahmen finanziert werden, mit denen die spezifischen Ziele im Rahmen des Schwerpunktbereichs „Verwaltungspraxis und Information im Umweltbereich" verfolgt werden, insbesondere:

— Förderung der Sensibilisierung für Umweltthemen, einschließlich Gewinnung der Unterstützung von Öffentlichkeit und Interessenträgern für die Politikgestaltung der Union im Umweltbereich, und Förderung von Bildungsmaßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung,

— Förderung der Kommunikation, des Managements und der Verbreitung von Informationen im Umweltbereich und Erleichterung der Weitergabe von Wissen über erfolgreiche Umweltlösungen und -praktiken, auch durch Schaffung von Kooperationsplattformen für Interessenträger, und Schulungen,

— Förderung und Beitrag zu einer effektiveren Einhaltung und Durchsetzung des Umweltrechts der Union, insbesondere durch Förderung der Entwicklung und Verbreitung von bewährten Verfahren und Politikkonzepten,

— Förderung einer besseren Verwaltungspraxis im Umweltbereich durch stärkere Einbeziehung der Interessenträger, darunter auch der NRO, in die Konsultationen zur Politik und in ihre Durchführung.

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 03*** *(Fortsetzung)*

Aus diesen Mitteln können Maßnahmen der Kommission finanziert werden, mit denen die Einleitung, Durchführung und das Mainstreaming von umweltpolitischen Strategien und Rechtsvorschriften der Europäischen Union zur Erreichung der Ziele der Förderung einer besseren Verwaltungspraxis im Umweltbereich auf allen Ebenen gefördert werden (Artikel 22 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013). Zu solchen Maßnahmen zählen:

— Information und Kommunikation, einschließlich Sensibilisierungskampagnen. Die für Kommunikationsmaßnahmen bereitgestellten Finanzmittel decken auch die institutionelle Kommunikation der politischen Prioritäten der Europäischen Union ab,

— Studien, Erhebungen, Modellierungen und Entwicklung von Szenarien,

— Vorbereitung, Durchführung, Überwachung, Prüfung und Evaluierung von Projekten, Politiken, Programmen und Rechtsvorschriften,

— Workshops, Konferenzen und Sitzungen,

— Vernetzung und Plattformen für bewährte Verfahren,

— sonstige Tätigkeiten, die zur Erreichung der Ziele des Programms erforderlich sind.

Mindestens 55 % der Haushaltsmittel für über maßnahmenbezogene Zuschüsse im Rahmen des Teilprogramms „Umwelt“ (d. h. maßnahmenbezogene Zuschüsse unter den Haushaltslinien 07 02 01, 07 02 02 und 07 02 03) unterstützte Projekte werden für Projekte zur Erhaltung der Natur und der Biodiversität eingesetzt (Artikel 9 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013).

Betriebskostenzuschüsse werden als Beitrag zu bestimmten operativen und administrativen Kosten von Organisationen ohne Erwerbscharakter gewährt, die Ziele von allgemeinem europäischem Interesse verfolgen, in erster Linie umwelt- oder klimapolitisch tätig sind und an der Ausarbeitung, Durchführung und Durchsetzung der Unionspolitik und des Unionsrechts mitwirken. Der Höchstsatz der Kofinanzierung der Union für Betriebskostenzuschüsse beträgt 70 % der zuschussfähigen Kosten (Artikel 21 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013).

Artikel 18 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013): Maßnahmenbezogene Zuschüsse können für folgende Projekte gewährt werden:

— Pilotprojekte,

— Demonstrationsprojekte,

— Best-Practice-Projekte,

— integrierte Projekte,

— Projekte der technischen Hilfe,

— Projekte zum Kapazitätsaufbau,

— vorbereitende Projekte,

— Informations-, Sensibilisierungs- und Verbreitungsprojekte,

— sonstige Projekte, die zur Erreichung der Ziele des LIFE-Programms erforderlich sind.

Gemäß Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013)steht das LIFE-Programm den nachstehend genannten Ländern nach den Bedingungen zur Teilnahme offen, die in den jeweiligen bilateralen oder multilateralen Vereinbarungen über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme dieser Länder an Unionsprogrammen festgelegt wurden:

— Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), die Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sind: Die Beiträge, die die EFTA-Staaten nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, insbesondere nach Artikel 82 und nach dem Protokoll Nr. 32, leisten, kommen zu den in diesen Artikel eingesetzten Mitteln hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt,

— Beitrittsländer, Kandidatenländer und potenzielle Kandidatenländer: Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern für ihre Beteiligung an EU-Programmen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen,

— Länder, auf die die Europäische Nachbarschaftspolitik Anwendung findet,

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 03*** *(Fortsetzung)*

— Länder, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 933/1999 des Rates vom 29. April 1999 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1210/90 zur Errichtung einer Europäischen Umweltagentur und eines Europäischen Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetzes (ABl. L 117 vom 5.5.1999, S. 1) Mitglieder der Europäischen Umweltagentur geworden sind: Etwaige Einnahmen aus Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Aus diesen Mitteln können Aktivitäten außerhalb der Union finanziert werden, sofern diese Aktivitäten unerlässlich sind, um die Umweltziele der Union zu erreichen oder um die Wirksamkeit von in den Mitgliedstaaten durchgeführten Maßnahmen zu gewährleisten (Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013). Eine außerhalb der Union niedergelassene juristische Person kann an Projekten mit maßnahmenbezogenen Zuschüssen teilnehmen, sofern der das Projekt koordinierende Empfänger in der Union ansässig ist und die außerhalb der Union durchzuführende Aktivität unerlässlich ist, um die Umweltziele der Union zu erreichen oder um die Wirksamkeit von in den Mitgliedstaaten durchgeführten Maßnahmen zu gewährleisten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Aufstellung des Programms für die Umwelt und Klimapolitik (LIFE) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 614/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 185).

***07 02 04*** ***Beteiligung an multilateralen und internationalen Umweltübereinkünften***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 3 500 000 | 2 394 437 | 2 250 000 | 1 813 469 | 1 929 878,95 | 1 929 878,95 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 02 01 (teilweise)*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, obligatorische und freiwillige Beiträge zu einer Reihe von internationalen Übereinkommen, Protokollen und Vereinbarungen, bei denen die Union Vertragspartei ist, und vorbereitenden Arbeiten für künftige internationale Vereinbarungen unter Beteiligung der Union abzudecken.

In einigen Fällen sind Beiträge zu nachfolgenden Protokollen in den Beiträgen zum zugrunde liegenden Übereinkommen enthalten.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 77/585/EWG des Rates vom 25. Juli 1977 über den Abschluss des Übereinkommens zum Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung sowie des Protokolls zur Verhütung der Verschmutzung des Mittelmeers durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge (ABl. L 240 vom 19.9.1977, S. 1).

Beschluss 81/462/EWG des Rates vom 11. Juni 1981 über den Abschluss des Übereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung (ABl. L 171 vom 27.6.1981, S. 11).

Beschluss 82/72/EWG des Rates vom 3. Dezember 1981 über den Abschluss des Übereinkommens zur Erhaltung der europäischen freilebenden Tiere und wildwachsenden Pflanzen und ihrer natürlichen Lebensräume (ABl. L 38 vom 10.2.1982, S. 1).

Beschluss 82/461/EWG des Rates vom 24. Juni 1982 über den Abschluss des Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten (ABl. L 210 vom 19.7.1982, S. 10) und die damit im Zusammenhang stehenden Übereinkommen.

Beschluss 84/358/EWG des Rates vom 28. Juni 1984 über den Abschluss des Übereinkommens über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung der Nordsee durch Öl und andere Schadstoffe (ABl. L 188 vom 16.7.1984, S. 7).

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 04*** *(Fortsetzung)*

Beschluss 86/277/EWG des Rates vom 12. Juni 1986 über den Abschluss des Protokolls zum Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung von 1979, betreffend die langfristige Finanzierung des Programms über die Zusammenarbeit bei der Messung und Bewertung der weiträumigen Übertragung von luftverunreinigenden Stoffen in Europa (EMEP) (ABl. L 181 vom 4.7.1986, S. 1).

Beschluss 93/98/EWG des Rates vom 1. Februar 1993 zum Abschluss — im Namen der Gemeinschaft — des Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von gefährlichen Abfällen und ihrer Entsorgung (Baseler Übereinkommen) (ABl. L 39 vom 16.2.1993, S. 1).

Beschluss 93/550/EG des Rates vom 20. Oktober 1993 über den Abschluss des Übereinkommens über die Zusammenarbeit beim Schutz der Küsten und Gewässer des Nordatlantiks gegen Verschmutzung (ABl. L 267 vom 28.10.1993, S. 20).

Beschluss 93/626/EWG des Rates vom 25. Oktober 1993 über den Abschluss des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (ABl. L 309 vom 13.12.1993, S. 1).

Beschluss 94/156/EG des Rates vom 21. Februar 1994 über den Beitritt der Gemeinschaft zum Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets (Helsinki-Übereinkommen 1974) (ABl. L 73 vom 16.3.1994, S. 1).

Beschluss des Rates vom 27. Juni 1997 über den Abschluss des Übereinkommens über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen im Namen der Gemeinschaft (ESPOO-Übereinkommen) (Vorschlag im ABl. C 104 vom 24.4.1992, S. 5; Beschluss nicht veröffentlicht).

Beschluss 98/249/EG des Rates vom 7. Oktober 1997 über den Abschluss des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks im Namen der Gemeinschaft (ABl. L 104 vom 3.4.1998, S. 1).

Beschluss 97/825/EG des Rates vom 24. November 1997 über den Abschluss des Übereinkommens über die Zusammenarbeit zum Schutz und zur verträglichen Nutzung der Donau (Donauschutzübereinkommen) (ABl. L 342 vom 12.12.1997, S. 18).

Beschluss 98/216/EG des Rates vom 9. März 1998 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder Wüstenbildung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (ABl. L 83 vom 19.3.1998, S. 1).

Beschluss 98/685/EG des Rates vom 23. März 1998 über den Abschluss des Übereinkommens über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen (ABl. L 326 vom 3.12.1998, S. 1).

Beschluss 2000/706/EG des Rates vom 7. November 2000 über den Abschluss des Übereinkommens zum Schutz des Rheins im Namen der Gemeinschaft (ABl. L 289 vom 16.11.2000, S. 30).

Beschluss 2002/628/EG des Rates vom 25. Juni 2002 über den Abschluss des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 201 vom 31.7.2002, S. 48).

Beschluss 2006/507/EG des Rates vom 14. Oktober 2004 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe (ABl. L 209 vom 31.7.2006, S. 1).

Beschluss 2005/370/EG des Rates vom 17. Februar 2005 über den Abschluss des Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 124 vom 17.5.2005, S. 1).

Beschluss 2006/61/EG des Rates vom 2. Dezember 2005 zum Abschluss des UN-ECE-Protokolls über Register zur Erfassung der Freisetzung und Verbringung von Schadstoffen im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 32 vom 4.2.2006, S. 54).

Beschluss 2006/871/EG des Rates vom 18. Juli 2005 über den Abschluss des Abkommens zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 345 vom 8.12.2006, S. 24).

Beschluss 2006/730/EG des Rates vom 25. September 2006 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Rotterdamer Übereinkommens über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkenntnissetzung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pestizide im internationalen Handel (ABl. L 299 vom 28.10.2006, S. 23).

Beschluss 2011/731 des Rates vom 8. November 2011 über den Abschluss des Internationalen Tropenholz-Übereinkommens von 2006 im Namen der Europäischen Union (ABl. L 294 vom 12.11.2011, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

### *07 02 05 Europäische Chemikalienagentur*

07 02 05 01 Europäische Chemikalienagentur — Tätigkeiten im Bereich der Biozid-Gesetzgebung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 5 023 252 | 5 023 252 | 6 070 500 | 6 070 500 | 2 728 440,— | 2 728 440,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 07 03 60 01 und 07 03 60 02*

Diese Mittel sind zur Finanzierung der Personal-, Verwaltungs- und operativen Ausgaben der Agentur für Tätigkeiten zur Umsetzung der Biozid-Gesetzgebung bestimmt.

Die Agentur muss die Haushaltsbehörde über Mittelübertragungen zwischen operativen Ausgaben und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Die Beiträge, die die EFTA-Staaten nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, insbesondere nach Artikel 82 und nach dem Protokoll Nr. 32, leisten, kommen zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Der Stellenplan der Europäischen Chemikalienagentur ist im Anhang „Stellenplan" zu diesem Band enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 5 064 194 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 5 023 252 EUR erhöht sich um 40 942 EUR aus Überschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten (ABl. L 167 vom 27.6.2012, S. 1).

07 02 05 02 Europäische Chemikalienagentur — Tätigkeiten im Bereich der Gesetzgebung zur Ein- und Ausfuhr gefährlicher Chemikalien

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 285 735 | 1 285 735 | 1 561 500 | 1 561 500 | 1 455 600,— | 1 455 600,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 07 03 70 01 und 07 03 70 02*

Diese Mittel sind zur Finanzierung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Agentur (Titel 1 und 2) für Tätigkeiten zur Umsetzung der Unionsgesetzgebung zur Ein- und Ausfuhr gefährlicher Chemikalien (Verordnung (EG) Nr. 689/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über die Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien (ABl. L 204 vom 31.7.2008, S. 1) und Verordnung (EU) Nr. 649/2012) bestimmt.

Die Agentur muss die Haushaltsbehörde über Mittelübertragungen zwischen operativen Ausgaben und Verwaltungsausgaben unterrichten.

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 05*** *(Fortsetzung)*

07 02 05 02 *(Fortsetzung)*

Die Beiträge, die die EFTA-Staaten nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, insbesondere nach Artikel 82 und nach dem Protokoll Nr. 32, leisten, kommen zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Der Stellenplan der Europäischen Chemikalienagentur ist im Anhang „Stellenplan" zu diesem Band enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 1 297 224 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 1 285 735 EUR erhöht sich um 11 489 EUR aus Überschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 649/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien (ABl. L 201 vom 27.7.2012, S. 60).

***07 02 06*** ***Europäische Umweltagentur***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 35 365 929 | 35 365 929 | 35 797 397 | 35 797 397 | 41 689 562,79 | 41 689 562,79 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 07 03 09 01 und 07 03 09 02*

Diese Mittel sind zur Finanzierung der Personal-, Verwaltungs- und operativen Ausgaben der Agentur bestimmt.

Aufgabe der Agentur ist es, der Union und den Mitgliedstaaten objektive, zuverlässige und vergleichbare Umweltinformationen über alle Länder der Union zu liefern, aufgrund deren sie die für den Umweltschutz erforderlichen Maßnahmen treffen, diese evaluieren und die Öffentlichkeit informieren können.

Die Agentur muss die Haushaltsbehörde über Mittelübertragungen zwischen operativen Ausgaben und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Die Beiträge, die die EFTA-Staaten nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, insbesondere nach Artikel 82 und nach dem Protokoll Nr. 32, leisten, kommen zu den in diesem Artikel eingesetzten Mitteln hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Kandidatenländern und gegebenenfalls potenziellen Kandidaten des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Etwaige Einnahmen aus Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Die Beträge, die gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2343/2002 der Kommission zurückgezahlt werden, gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Der Stellenplan der Europäischen Umweltagentur ist im Anhang „Stellenplan" zu diesem Band enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 36 309 240 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 35 365 929 EUR erhöht sich um 943 311 EUR aus Überschüssen.

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 06*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 401/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Europäische Umweltagentur und das Europäische Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetz (ABl. L 126 vom 21.5.2009, S. 13).

***07 02 51*** ***Abschluss früherer Umweltprogramme***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 206 603 663 | 325 541 000 | 229 167 261 | 321 014 700,73 | 212 121 336,76 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 02 02, 07 03 01, 07 03 03, 07 03 04, 07 03 06 und 07 03 07*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren, die sich aus den allgemeinen Zielen der vorangegangenen LIFE-Programme oder aus Maßnahmen der Kommission zur Umsetzung geltender Rechtsvorschriften, zur Sensibilisierung sowie anderen allgemeinen Aktionen auf der Grundlage des gemeinschaftlichen Umweltaktionsprogramms ergeben.

Die Beiträge, die die EFTA-Staaten nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, insbesondere nach Artikel 82 und nach dem Protokoll Nr. 32, leisten, kommen zu den in diesem Artikel eingesetzten Mitteln hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Maßnahmen der Kommission zur Erfüllung von Aufgaben, die sich aus ihren institutionellen Befugnissen gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft sowie gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1) ergeben.

Verordnung (EG) Nr. 1655/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juli 2000 über das Finanzierungsinstrument für die Umwelt (LIFE) (ABl. L 192 vom 28.7.2000, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2152/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. November 2003 für das Monitoring von Wäldern und Umweltwechselwirkungen in der Gemeinschaft (Forest Focus) (ABl. L 324 vom 11.12.2003, S. 1).

Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. L 103 vom 25.4.1979, S. 1).

Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7).

Beschluss Nr. 1600/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juli 2002 über das sechste Umweltaktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 242 vom 10.9.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 614/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 über das Finanzierungsinstrument für die Umwelt (LIFE +) (ABl. L 149 vom 9.6.2007, S. 1).

Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. L 20 vom 26.1.2010, S. 7).

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

### *07 02 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*

07 02 77 01 Pilotprojekt — Umweltüberwachung des Schwarzmeerraums und Gemeinsames Europäisches Rahmenprogramm zur Entwicklung des Schwarzmeerraums

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 02 03*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen des Pilotprojekts.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

07 02 77 02 Vorbereitende Maßnahme — Umweltüberwachung des Schwarzmeerraums und gemeinsames europäisches Rahmenprogramm zur Entwicklung des Schwarzmeerraums

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 112 500 | — | 150 000 | 0,— | 693 943,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 02 04*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

07 02 77 03 Vorbereitende Maßnahme — Strategische Umweltverträglichkeitsprüfung der Entwicklung der europäischen Arktis

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 375 000 | p.m. | 500 000 | 998 360,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 02 05*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen der vorbereitenden Maßnahme.

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 77*** *(Fortsetzung)*

07 02 77 03 *(Fortsetzung)*

Diese vorbereitende Maßnahme betrifft eine strategische Umweltverträglichkeitsprüfung der Entwicklung in der europäischen Arktis. Mit dieser vorbereitenden Maßnahme soll das Bewusstsein für die Arktis und ihre sich ändernden politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Gegebenheiten und die Auswirkungen der politischen Maßnahmen der Union verbessert werden. Ihr Ziel ist es auch, das Bewusstsein für Folgenabschätzungen und deren Bedeutung als Instrument und Mittel zur Zusammenstellung von Informationen für politische Entscheidungsträger und die damit verbundenen rechtlichen Verfahren zu verbessern.

Die strategische Umweltverträglichkeitsprüfung der Entwicklung der europäischen Arktis wird in Form eines vernetzten Unternehmens durch führende Kommunikations- und Forschungszentren in der Arktis und Universitäten in und außerhalb der Union durchgeführt, welche eine Brückenfunktion zur Erleichterung des gegenseitigen Informationsaustauschs zwischen den Organen der Union und den Interessensträgern in der Arktis spielen und die Kontakte zwischen der Union und der Zivilgesellschaft fördern sollen. Darüber hinaus werden die Arbeiten den Dialog innerhalb der Union erleichtern, die Agenda 21 voranbringen und die Perspektiven und Beiträge der Union einbringen, und sie würden sich eng an die Bewertungstätigkeiten des Arktischen Rates anlehnen, wie in dessen Ministertreffen im Mai 2011 festgelegt wurde.

Schließlich soll diese vorbereitende Maßnahme die künftige Schaffung des Informationszentrums Union-Arktis voranbringen, wie in der Mitteilung der Kommission „Die Europäische Union und die Arktis“ vom 20. November 2008 (KOM(2008) 763 endg.) und der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Januar 2011 über eine nachhaltige Unionspolitik für den hohen Norden (ABl. C 136 E vom 11.5.2012, S. 71) zum Ausdruck gebracht wurde.

Der Rat hat in seinen Schlussfolgerungen zur Arktis vom 8. Dezember 2009 seine Unterstützung für eine verstärkte Nutzung strategischer Folgenabschätzungen zum Ausdruck gebracht.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

07 02 77 04 Vorbereitende Maßnahme — Künftige Rechtsgrundlage in Bezug auf harmonisierte Informationen über die Wälder in der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 120 000 | p.m. | 250 000 | 1 000 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 12*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen der vorbereitenden Maßnahme.

Die vorbereitende Maßnahme trägt zur Unterhaltung eines Unionssystems und zur Erfassung von vergleichbaren, harmonisierten wälderbezogenen Informationen bei, die als Grundlage für die Bereitstellung politisch relevanter Informationen über die Wälder in der Union dienen, wie sie im Rahmen internationaler Verpflichtungen und der Leitaktion 8 des Forstaktionsplans (KOM(2006) 302 endg.) gefordert werden, und zwar zur Vorbereitung einer späteren Verordnung über harmonisierte Informationen über die Wälder in der Union.

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 77*** *(Fortsetzung)*

07 02 77 04 *(Fortsetzung)*

Im Einzelnen werden im Zuge dieser vorbereitenden Maßnahme quantitative und qualitative Daten über Wälder erfasst, die sich auf Klimawandel, Luftbelastung, biologische Vielfalt und den Zustand von Wäldern beziehen, einschließlich des Zustands der Böden und der Kohlendioxidbindung, und zwar anhand länderübergreifender harmonisierter Überwachungsmethoden und -normen, vorzugsweise mit großen Waldflächen, die intensiv überwacht werden, wobei, soweit möglich, für die Kontinuität der Datenreihen gesorgt wird. Die Maßnahme zielt darauf ab, repräsentative Informationen über Wälder in der gesamten Union zu erfassen.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

07 02 77 05 Pilotprojekt — Entwicklung präventiver Maßnahmen zur Eindämmung der Wüstenbildung in Europa

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 543 114,59 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 16*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen des Pilotprojekts.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

07 02 77 06 Vorbereitende Maßnahme — Klima im Karpatenbecken

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 700 000 | — | 1 200 000 | 0,— | 967 292,80 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 17*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 77*** *(Fortsetzung)*

07 02 77 07 Pilotprojekt — Herrichtung von außer Betrieb genommenen Booten, die nicht für die Fischerei genutzt werden

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 119 648,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 18*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen des Pilotprojekts.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

07 02 77 08 Pilotprojekt — Wirtschaftliche Einbußen infolge hoher Wasserverluste in Städten

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | 390 000 | 0,— | 571 500,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 19*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen des Pilotprojekts.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

07 02 77 09 Pilotprojekt — Zertifizierung kohlenstoffarmer landwirtschaftlicher Praktiken

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 95 000 | — | 370 000 | 0,— | 291 191,20 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 21*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen des Pilotprojekts.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 77*** *(Fortsetzung)*

07 02 77 10 Pilotprojekt — Komplexe Forschungstätigkeiten im Bereich Methoden zur Eindämmung der Verbreitung der Beifuß-Ambrosie und von Pollenallergien

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 150 000 | — | p.m. | 0,— | 681 480,10 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 22*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen des Pilotprojekts.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

07 02 77 11 Pilotprojekt — Eine europäische Regelung für die Pfanderstattung für Getränkedosen aus Aluminium

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 104 790,90 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 24*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen des Pilotprojekts.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

07 02 77 12 Pilotprojekt — Aufarbeitung der Fachliteratur über potenzielle Auswirkungen des Klimawandels auf Trinkwasserschutzgebiete in der gesamten Union und Festlegung von Prioritäten unter den verschiedenen Arten der Trinkwasserversorgung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | 185 000 | 0,— | 271 157,40 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 26*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen des Pilotprojekts.

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 77*** *(Fortsetzung)*

07 02 77 12 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

07 02 77 13 Vorbereitende Maßnahme — Freiwilliges System für biologische Vielfalt und Ökosystemleistungen in Gebieten in äußerster Randlage und überseeischen Gebieten der Union (BEST-System)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 1 000 000 | 2 000 000 | 2 000 000 | 1 982 090,— | 1 923 874,50 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 27*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

07 02 77 14 Pilotprojekt — Recycling-Kreislauf für Kunststoffe und Auswirkungen auf die Meeresumwelt

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | 325 000 | 0,— | 320 796,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 28*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen des Pilotprojekts.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 77*** *(Fortsetzung)*

07 02 77 15 Vorbereitende Maßnahme — Entwicklung präventiver Maßnahmen zur Eindämmung der Wüstenbildung in Europa

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 400 000 | p.m. | 800 000 | 1 000 000,— | 669 856,60 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 29*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

07 02 77 16 Pilotprojekt — Atmosphärische Niederschläge — Schutz und effiziente Nutzung von Süßwasser

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 1 050 000 | p.m. | 375 000 | 1 500 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 30*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen des Pilotprojekts.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

07 02 77 17 Pilotprojekt — Vergleichende Studie zu den Belastungen und Maßnahmen in den Bewirtschaftungsplänen für die Einzugsgebiete der wichtigsten Flüsse in der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | 600 000 | 0,— | 1 039 141,60 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 31*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen des Pilotprojekts.

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 77*** *(Fortsetzung)*

07 02 77 17 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

07 02 77 18 Pilotprojekt — Langfristige Auswirkungen eines $CO_2$-neutralen Wohnungsbaus auf Abwassersysteme

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 32*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen des Pilotprojekts.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

07 02 77 19 Pilotprojekt — Einsammlung von Abfällen im Meer

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 300 000 | p.m. | 250 000 | 949 675,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 33*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen des Pilotprojekts.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 77*** *(Fortsetzung)*

07 02 77 20 Pilotprojekt — Verfügbarkeit, Nutzung und Nachhaltigkeit von Wasser zur Energieerzeugung aus nuklearen und fossilen Quellen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 375 000 | p.m. | 125 000 | 500 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 34*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen des Pilotprojekts.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

07 02 77 21 Pilotprojekt — Neue Erkenntnisse für eine integrierte Steuerung menschlichen Handelns auf See

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 600 000 | p.m. | 500 000 | 2 000 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 35*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen des Pilotprojekts.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

07 02 77 22 Pilotprojekt — Schutz der biologischen Vielfalt durch eine ergebnisbezogene Vergütung ökologischer Leistungen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 500 000 | 750 000 | 2 000 000 | 1 000 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 36*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen des Pilotprojekts.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 77*** *(Fortsetzung)*

07 02 77 23 Pilotprojekt — Querschnittskommunikation über die Unions-Umweltpolitik: Bekämpfung des mangelnden Umweltbewusstseins der Unionsbürger mit Hilfe audiovisueller Werkzeuge (Filme)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 375 000 | 1 500 000 | 750 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 37*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen des Pilotprojekts.

Mit dem Pilotprojekt soll das Bewusstsein der Bevölkerung für die nachhaltige Entwicklung, die biologische Vielfalt und die Natur in der Union und für den Umweltschutz im Rahmen einer gesamteuropäischen Kommunikationsinitiative gesteigert werden. Dies könnte durch Filme erreicht werden, in denen gezielt auf bestimmte Themen eingegangen wird, um mehr Wissen über Umweltänderungen und die diesbezüglichen Auswirkungen der Tätigkeit des Menschen zu vermitteln und dazu anzuregen, die Diskussion über die biologische Vielfalt auf europäischer Ebene fortzuführen.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

07 02 77 24 Pilotprojekt — „Ressourceneffizienz“ in der Praxis — Geschlossene Mineralienkreisläufe

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 700 000 | p.m. | 250 000 | 1 000 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 72*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen des Pilotprojekts.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 77*** *(Fortsetzung)*

07 02 77 25 Vorbereitende Maßnahme — Integriertes Kommunikations- und Risikomanagementsystem für Küsten

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 398 056,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 03 13*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

07 02 77 26 Pilotprojekt — Einrichtung eines südosteuropäischen regionalen Zentrums für fortgeschrittenes Recycling von Elektro- und Elektronikabfällen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 750 000 | 375 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Ziel des Pilotprojekts ist die Förderung des Recycling von Elektro- und Elektronikabfällen im Balkanraum. Dabei wird besonders auf die Notwendigkeit Wert gelegt, umweltfreundliche Infrastrukturen zu schaffen, die den lokalen Volkswirtschaften auch in ökonomischer und sozialer Hinsicht von Nutzen sind. Aus diesen Vorteilen ergibt sich möglicherweise ein Mehrwert für die lokalen Gemeinschaften, weil nachhaltigere Arbeitsplätze geschaffen werden, und für die Unternehmen, weil mit den Recyclingzentren der Zugang zu Rohstoffen in der Region und in der EU erleichtert wird. Das Projekt wird einen Fortschritt bei der Stärkung der regionalen Kohäsion und Zusammenarbeit in der Balkanregion und eine wichtige Quelle für Sekundärrohstoffe für die Industrie in der EU darstellen; dies wird die EU dem langfristigen Ziel näher bringen, die ressourcenschonende Nutzung der Stoffe zu verbessern, sowie ihre Abhängigkeit von der Einfuhr gewisser Rohstoffe aus Drittländern verringern und den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft fördern.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 77*** *(Fortsetzung)*

07 02 77 27 Pilotprojekt — Ressourcenschonende Verwertung gemischter Abfälle

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 500 000 | 250 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Gemischte Abfälle: eine sehr wichtige Ressource in Europa*

Abfallrecycling ist eine wichtige Säule der Agenda für Ressourceneffizienz. Qualitativ hochwertiges Recycling wird in Europa jedoch nur in begrenztem Maße betrieben und ist nur in wenigen Mitgliedstaaten etabliert, weshalb ein gewaltiges Potential an wiederverwertbaren Ressourcen derzeit vernachlässigt wird. In Europa wird zwar großer Nachdruck auf die Verwertung fester Siedlungsabfälle gelegt, doch machen diese nur einen geringen Anteil am Gesamtabfall aus. Gemischte Trockenabfälle wie Gewerbe- und Industrieabfälle, Sperrmüll und Bauschutt enthalten viel mehr Ressourcen, die sogar noch viel leichter gewonnen werden können als Materialien aus (feuchten) festen Siedlungsabfällen. Von diesen Abfallarten ist Bauschutt wegen seines Volumens (er macht ein Drittel des Gesamtabfallaufkommens der EU aus) und des in der Abfallrahmenrichtlinie derzeit festgelegten Zielwerts (70 % Recycling) sehr bedeutsam.

Der Ausbau des Recycling von Bauschutt (und in der Tat des Recycling aller Arten von Abfall) folgt einem gewissen „allgemeinen" Muster, wie die Erfahrungen der damit erfolgreichen Länder zeigen. Das bedeutet, dass allgemeine Mechanismen des Recycling festgelegt und bewährte Verfahren beschrieben werden können. Basierend auf den Erfahrungen von 30 Jahren Recycling in einigen Mitgliedstaaten sollten den Mitgliedstaaten, in denen Recycling noch in den Kinderschuhen steckt, Modelle und Leitlinien an die Hand gegeben werden. Das Recycling in Europa muss durch die Weitergabe von Know-how und Fachwissen gefördert werden.

Wichtige Faktoren des Recycling sind beispielsweise eine gute Kontrolle der Abfallströme und eine Qualitätssicherung. Die Recyclingbranche und die Recycling-Behörden in einer Reihe von Mitgliedstaaten haben dafür Instrumente entwickelt, etwa ein System namens Tracemat (Rückverfolgung von Materialien) und Qualitätssicherungssysteme einschließlich Umweltverträglichkeitsprüfungen und Zertifizierungen.

Das Recycling gemischter Trockenabfälle muss ausgebaut werden. Wertstoffe wie Holz und Plastik können wiederverwertet und neuen Zwecken zugeführt werden. Recyclinganlagen könnten auch für die Behandlung fester Siedlungsabfälle eingesetzt werden, wenn die trockenen Bestandteile von vornherein abgetrennt werden. Der Aufbau derartiger Sortieranlagen stellt eine Möglichkeit für die Mitgliedstaaten dar, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Recycling und Verbrennung herzustellen.

*Ziel*

Ziel des Pilotprojekts ist die Förderung von Recycling in den Mitgliedstaaten, insbesondere von Bauschutt und in diesem Zusammenhang von gemischten Abfällen, durch eine effiziente Weitergabe von Know-how und Fachwissen. Außerdem werden die Mitgliedstaaten dadurch bei der Erreichung der Ziele im Rahmen der Abfallrahmenrichtlinie unterstützt. Der wichtigste Faktor für einen Erfolg ist die Einbeziehung der Recyclingbranche. Deren Experten sind anerkanntermaßen die besten Vermittler von einschlägigem Fachwissen und Know-how. Das Projekt zielt insbesondere darauf ab, auf geeigneter Grundlage den Anstoß zu Recycling von Bauschutt in drei (Regionen von) Mitgliedstaaten zu geben. Die dabei gemachten Erfahrungen werden anderen Mitgliedstaaten, in denen diese Art von Recycling noch nicht in Gang gekommen ist, als Beispiel dienen. Wie bei anderen gemischten Abfällen werden erfolgreiche Beispiele analysiert und diesbezügliche Handlungsempfehlungen für andere Mitgliedstaaten formuliert. In einem Mitgliedstaat (bzw. einer Region) wird mit einem solchen Recycling begonnen.

**KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***07 02 77*** *(Fortsetzung)*

07 02 77 27 *(Fortsetzung)*

Ein wesentlicher Aspekt des Projekts besteht darin, die erfolgreiche Umsetzung der ersten Schritte hin zu einem Recycling von Bauschutt in ausgewählten Regionen in Europa aufzuzeigen. Dazu müssen sich die Beteiligten in diesen Regionen auf einen Umsetzungsplan verständigen. In diesem Plan sind die zu erreichenden Ziele und die zu ergreifenden Maßnahmen beschrieben. Diese Maßnahmen werden größtenteils die bewährten Verfahren widerspiegeln, die auf der Grundlage der Erfahrungen in den damit erfolgreichen Ländern entwickelt wurden. Die Beteiligten vereinbaren die Maßnahmen und legen fest, wer wofür zuständig ist. Die wichtigsten Aspekte sind die zuverlässige Rückverfolgung der Abfälle und die Qualitätskontrolle der Recyclingprodukte.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 07 — UMWELT*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „UMWELT“

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „UMWELT“

KOMMISSION

*TITEL 08*

**FORSCHUNG UND INNOVATION**

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

# TITEL 08

# FORSCHUNG UND INNOVATION

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 08 01 | VERWALTUNGSAUS-GABEN IM POLITIK-BEREICH „FORSCHUNG UND INNOVATION“ | 319 266 491 | 319 266 491 | 289 722 798 | 289 722 798 | 309 201 709,97 | 309 201 709,97 |
| 08 02 | HORIZONT 2020 — FOR-SCHUNG | 5 034 148 618 | 3 129 233 075 | 5 590 109 565 | 4 358 934 852 | 5 419 381 120,56 | 4 512 234 840,33 |
| 08 03 | PROGRAMM „EURATOM“ — INDIREKTE MASSNAH-MEN | 140 512 000 | 102 676 396 | 128 249 670 | 134 574 667 | 180 727 493,27 | 162 037 581,74 |
| 08 04 | ITER-PROGRAMM | 720 917 805 | 556 101 060 | 904 900 000 | 245 002 495 | 1 136 844 160,99 | 291 183 690,99 |
| 08 05 | FORSCHUNGSPROGRAMM DES FORSCHUNGSFONDS FÜR KOHLE UND STAHL | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 55 710 212,07 | 58 428 955,95 |
| | **Titel 08 — Insgesamt** | **6 214 844 914** | **4 107 277 022** | **6 912 982 033** | **5 028 234 812** | **7 101 864 696,86** | **5 333 086 778,98** |

*Erläuterungen*

Diese Erläuterungen gelten für alle Haushaltslinien dieses Titels.

Die Forschungs- und Innovationstätigkeiten dieses Titels werden zu den drei wichtigsten Forschungsprogrammen, d. h. dem Programm Horizont 2020, dem Euratom-Programm und dem zusätzlichen Programm für ITER beitragen. Unter diesen Titel fallen auch die Forschungsprogramme des Forschungsfonds für Kohle und Stahl.

Sie werden zur Erreichung der in Artikel 179 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union dargelegten allgemeinen Ziele durchgeführt werden, um zur Schaffung einer Wissensgesellschaft, die auf dem Europäischen Forschungsraum aufbaut, beizutragen: Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf allen Ebenen in der gesamten Union, Steigerung der Dynamik, der Kreativität und der herausragenden Leistungen der europäischen Forschung bis an die Grenzen des Wissens, quantitative und qualitative Stärkung der Humanressourcen in Forschung und Technologie in Europa sowie der Forschungs- und Innovationskapazitäten in ganz Europa und Gewährleistung ihrer bestmöglichen Verwendung.

Besonders berücksichtigt wird die Notwendigkeit, Nachdruck auf die Maßnahmen zu legen, mit denen die Stellung und die Rolle der Frauen in Wissenschaft und Forschung gestärkt werden sollen.

Unter die Artikel und Posten dieses Titels fallen auch die Ausgaben für von der Kommission veranstaltete Sitzungen, Konferenzen, Workshops und Kolloquien auf hohem wissenschaftlich-technischem Niveau und von europäischem Interesse, die Finanzierung von Analysen und Evaluierungen auf hohem wissenschaftlichen oder technologischen Niveau, die für die Union durchgeführt werden, um neue, für die Forschungstätigkeit der Union geeignete Forschungsbereiche zu sondieren, insbesondere im Rahmen des Europäischen Forschungsraums, sowie Maßnahmen zur Programmbetreuung und Verbreitung der Programmergebnisse, einschließlich der Maßnahmen aus früheren Rahmenprogrammen.

Die Mittel decken außerdem die Verwaltungsausgaben ab, darunter die Ausgaben für Statutspersonal und sonstige Bedienstete, für Information und Veröffentlichungen, für den administrativen und technischen Betrieb, bestimmte andere interne Infrastrukturausgaben zur Erreichung des Ziels der Maßnahmen, deren Bestandteil sie sind, sowie die Aufwendungen für die zur Vorbereitung und Umsetzung der Strategie der Union im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration erforderlichen Maßnahmen und Initiativen.

Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Schweiz oder dem multilateralen EFDA-Übereinkommen (European Fusion Development Agreement) werden bei den Posten 6 0 1 1 und 6 0 1 2 des Einnahmenplans verbucht und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Ausgabenmittel bereitgestellt werden.

Bei einigen dieser Projekte ist eine Beteiligung von Drittstaaten oder Einrichtungen aus Drittstaaten an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung vorgesehen. Die damit verbundenen etwaigen Finanzbeiträge werden bei den Posten 6 0 1 3 und 6 0 1 5 des Einnahmenplans verbucht und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Ausgabenmittel bereitgestellt werden.

KOMMISSION

*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

Alle Einnahmen von Staaten, die an der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technologischen Forschung teilnehmen, werden unter Posten 6 0 1 6 des Einnahmenplans verbucht und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Bewerberländern und, sofern zutreffend, potenziellen Bewerberländern des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Etwaige Einnahmen aus Beiträgen externer Stellen für ihre Beteiligung an Maßnahmen der Union werden unter Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans verbucht und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Die Bereitstellung der zusätzlichen Mittel erfolgt über Artikel 02 50 01 und die Posten 08 03 50 01 und 08 04 50 01.

Die Verwaltungsmittel dieses Titels werden unter Artikel 08 01 05 bereitgestellt.

# TITEL 08

# FORSCHUNG UND INNOVATION

## KAPITEL 08 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „FORSCHUNG UND INNOVATION“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 08 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „FORSCHUNG UND INNOVATION“ | | | | | |
| ***08 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Forschung und Innovation“*** | 5.2 | 8 393 529 | 8 879 594 | 9 204 833,81 | 109,67 |
| ***08 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben im Politikbereich „Forschung und Innovation“*** | | | | | |
| 08 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 278 259 | 265 716 | 73 680,16 | 26,48 |
| 08 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 383 826 | 394 554 | 398 047,46 | 103,71 |
| | *Artikel 08 01 02 — Subtotal* | | 662 085 | 660 270 | 471 727,62 | 71,25 |
| ***08 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Forschung und Innovation“*** | 5.2 | 543 304 | 561 934 | 675 416,34 | 124,32 |
| ***08 01 05*** | ***Unterstützungsausgaben für die Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Forschung und Innovation“*** | | | | | |
| 08 01 05 01 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit | 1.1 | 106 740 801 | 104 931 116 | 108 908 921,10 | 102,03 |
| 08 01 05 02 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal | 1.1 | 24 484 000 | 25 222 000 | 25 626 133,45 | 104,66 |
| 08 01 05 03 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben | 1.1 | 37 628 811 | 34 793 098 | 46 524 948,15 | 123,64 |
| 08 01 05 11 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Programm „Euratom“): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit | 1.1 | 11 607 000 | 10 841 905 | 11 252 907,46 | 96,95 |
| 08 01 05 12 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Programm „Euratom“): Ausgaben für externes Personal | 1.1 | 932 000 | 932 000 | 946 933,49 | 101,60 |
| 08 01 05 13 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Programm „Euratom“): Sonstige Verwaltungsausgaben | 1.1 | 4 413 000 | 3 150 160 | 4 212 359,13 | 95,45 |

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „FORSCHUNG UND INNOVATION“** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 08 01 05 21 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (ITER): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit | 1.1 | 5 128 000 | 4 789 979 | 4 971 561,44 | 96,95 |
| 08 01 05 22 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (ITER): Ausgaben für externes Personal | 1.1 | 133 000 | 133 000 | 135 131,06 | 101,60 |
| 08 01 05 23 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (ITER): Sonstige Verwaltungsausgaben | 1.1 | 1 846 000 | 1 317 742 | 1 762 070,01 | 95,45 |
| | *Artikel 08 01 05 — Subtotal* | | 192 912 612 | 186 111 000 | 204 340 965,29 | 105,92 |
| ***08 01 06*** | ***Exekutivagenturen*** | | | | | |
| 08 01 06 01 | Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrates — Beitrag aus dem Programm „Horizont 2020“ | 1.1 | 39 415 000 | 39 000 000 | 38 700 000,— | 98,19 |
| 08 01 06 02 | Exekutivagentur für die Forschung — Beitrag aus dem Programm „Horizont 2020“ | 1.1 | 56 369 001 | 45 385 000 | 46 348 974,91 | 82,22 |
| 08 01 06 03 | Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus dem Programm „Horizont 2020“ | 1.1 | 19 055 000 | 9 125 000 | 9 459 792,— | 49,64 |
| 08 01 06 04 | Exekutivagentur Innovation und Netze — Beitrag aus dem Programm „Horizont 2020“ | 1.1 | 1 915 960 | | | — |
| | *Artikel 08 01 06 — Subtotal* | | 116 754 961 | 93 510 000 | 94 508 766,91 | 80,95 |
| | **Kapitel 08 01 — Insgesamt** | | **319 266 491** | **289 722 798** | **309 201 709,97** | **96,85** |

### *08 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Forschung und Innovation“*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 8 393 529 | 8 879 594 | 9 204 833,81 |

### *08 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben im Politikbereich „Forschung und Innovation“*

08 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 278 259 | 265 716 | 73 680,16 |

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „FORSCHUNG UND INNOVATION“** *(Fortsetzung)*

***08 01 02*** *(Fortsetzung)*

08 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 383 826 | 394 554 | 398 047,46 |

***08 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Forschung und Innovation“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 543 304 | 561 934 | 675 416,34 |

***08 01 05 Unterstützungsausgaben für die Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Forschung und Innovation“***

08 01 05 01 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 106 740 801 | 104 931 116 | 108 908 921,10 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 08 01 05 01 (teilweise)*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die in den Stellenplänen ausgewiesenen Beamten und Bediensteten auf Zeit bestimmt, die mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Horizont 2020) betraut sind, einschließlich des an Delegationen der Union entsandten Personals, das mit indirekten Maßnahmen der Programme in anderen Bereichen als dem Nuklearbereich betraut ist.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen“ im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 08 02.

08 01 05 02 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 24 484 000 | 25 222 000 | 25 626 133,45 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 08 01 05 02 (teilweise)*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für externes Personal bestimmt, das mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Horizont 2020) betraut ist, einschließlich des an Delegationen der Union entsandten externen Personals, für indirekte Maßnahmen der Programme in anderen Bereichen als dem Nuklearbereich.

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „FORSCHUNG UND INNOVATION“** *(Fortsetzung)*

***08 01 05*** *(Fortsetzung)*

08 01 05 02 *(Fortsetzung)*

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen“ im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 08 02.

08 01 05 03 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 37 628 811 | 34 793 098 | 46 524 948,15 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 08 01 05 03 (teilweise)*

Diese Mittel sind zur Deckung sonstiger Verwaltungsausgaben bestimmt, einschließlich sonstiger Verwaltungsausgaben bezüglich an Delegationen der Union entsandtes Personal, die für die gesamte Verwaltung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Horizont 2020) im Rahmen indirekter Maßnahmen der Programme in anderen Bereich als dem Nuklearbereich anfallen.

Diese Mittel sind auch zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Ziele des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Haushaltspostens stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

Sie sind auch zur Deckung der Ausgaben für die technische und administrative Unterstützung bei der Ermittlung, Vorbereitung, Verwaltung, Weiterbehandlung, Überprüfung und Kontrolle des Programms oder von Vorhaben, wie z. B. Ausgaben für Konferenzen, Workshops, Seminare, Entwicklung und Pflege von IT-Systemen, Dienstreisen, Schulungen und Repräsentationszwecke, bestimmt.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen“ im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 08 02.

08 01 05 11 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Programm „Euratom“): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 11 607 000 | 10 841 905 | 11 252 907,46 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 08 01 05 01 (teilweise)*

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „FORSCHUNG UND INNOVATION“** *(Fortsetzung)*

***08 01 05*** *(Fortsetzung)*

08 01 05 11 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die in den Stellenplänen ausgewiesenen Beamten und Bediensteten auf Zeit bestimmt, die mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Programm „Euratom“) betraut sind, einschließlich des an Delegationen der Union entsandten Personals, das mit indirekten Maßnahmen der Programme im Nuklearbereich betraut ist.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 08 03.

08 01 05 12 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Programm „Euratom“): Ausgaben für externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 932 000 | 932 000 | 946 933,49 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 08 01 05 02 (teilweise)*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für externes Personal bestimmt, das mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Programm „Euratom“) betraut ist, einschließlich des an Delegationen der Union entsandten Personals, für indirekte Maßnahmen der Programme im Nuklearbereich.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 08 03.

08 01 05 13 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Programm „Euratom“): Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 413 000 | 3 150 160 | 4 212 359,13 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 08 01 05 03 (teilweise)*

Diese Mittel sind zur Deckung sonstiger Verwaltungsausgaben bestimmt, einschließlich sonstiger Verwaltungsausgaben bezüglich des an Delegationen der Union entsandten Personals, die für die gesamte Verwaltung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Programm „Euratom“) im Rahmen indirekter Maßnahmen der Programme im Nuklearbereich anfallen.

Diese Mittel sind auch zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Ziele des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Haushaltspostens stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

Sie sind auch zur Deckung der Ausgaben für die technische und administrative Unterstützung bei der Ermittlung, Vorbereitung, Verwaltung, Weiterbehandlung, Überprüfung und Kontrolle des Programms oder von Vorhaben, wie z. B. Ausgaben für Konferenzen, Workshops, Seminare, Entwicklung und Pflege von IT-Systemen, Dienstreisen, Schulungen und Repräsentationszwecke, bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 08 03.

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „FORSCHUNG UND INNOVATION“** *(Fortsetzung)*

***08 01 05*** *(Fortsetzung)*

08 01 05 21 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (ITER): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 128 000 | 4 789 979 | 4 971 561,44 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 08 01 05 01 (teilweise)*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die in den Stellenplänen ausgewiesenen Beamten und Bediensteten auf Zeit bestimmt, die mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (ITER) betraut sind, einschließlich des an Delegationen der Union entsandten Personals, das mit indirekten Maßnahmen der Programme im Nuklearbereich und in anderen Bereichen als dem Nuklearbereich betraut ist.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 08 04.

08 01 05 22 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (ITER): Ausgaben für externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 133 000 | 133 000 | 135 131,06 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 08 01 05 02 (teilweise)*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für externes Personal bestimmt, das mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (ITER) betraut ist, einschließlich des an Delegationen der Union entsandten Personals, das mit indirekten Maßnahmen der Programme im Nuklearbereich betraut ist.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 08 04.

08 01 05 23 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (ITER): Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 846 000 | 1 317 742 | 1 762 070,01 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 08 01 05 03 (teilweise)*

Diese Mittel sind zur Deckung sonstiger Verwaltungsausgaben bestimmt, einschließlich sonstiger Verwaltungsausgaben bezüglich des an Delegationen der Union entsandten Personals, die für die gesamte Verwaltung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (ITER) im Rahmen indirekter Maßnahmen der Programme im Nuklearbereich anfallen.

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „FORSCHUNG UND INNOVATION“** *(Fortsetzung)*

***08 01 05*** *(Fortsetzung)*

08 01 05 23 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel sind auch zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Ziele des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Haushaltspostens stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

Sie sind auch zur Deckung der Ausgaben für die technische und administrative Unterstützung bei der Ermittlung, Vorbereitung, Verwaltung, Weiterbehandlung, Überprüfung und Kontrolle des Programms oder von Vorhaben, wie z. B. Ausgaben für Konferenzen, Workshops, Seminare, Entwicklung und Pflege von IT-Systemen, Dienstreisen, Schulungen und Repräsentationszwecke, bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 08 04.

***08 01 06 Exekutivagenturen***

08 01 06 01 Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrates — Beitrag aus dem Programm „Horizont 2020“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 39 415 000 | 39 000 000 | 38 700 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 08 01 04 30*

Diese Mittel dienen zur Deckung der laufenden Kosten der Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrats, die im Zuge der Rolle der Agentur bei der Verwaltung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) anfallen.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen“ im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

Der Stellenplan der Exekutivagentur ist im Anhang „Stellenplan“ zu diesem Einzelplan enthalten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

Beschluss Nr. 1982/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007 bis 2013) (ABl. L 412 vom 30.12.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Festlegung der Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an Maßnahmen des Siebten Rahmenprogramms sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse (2007-2013) (ABl. L 391 vom 30.12.2006, S. 1).

Entscheidung 2006/972/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm „Ideen“ zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 242).

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „FORSCHUNG UND INNOVATION“** *(Fortsetzung)*

***08 01 06*** *(Fortsetzung)*

08 01 06 01 *(Fortsetzung)*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965).

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

*Verweise*

Beschluss 2008/37/EG der Kommission vom 14. Dezember 2007 zur Einsetzung der „Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrats“ für die Verwaltung des spezifischen Gemeinschaftsprogramms „Ideen“ auf dem Gebiet der Pionierforschung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates (ABl. L 9 vom 12.1.2008, S. 15).

Durchführungsbeschluss 2013/779/EU der Kommission vom 17. Dezember 2013 zur Einrichtung der Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrats und zur Aufhebung des Beschlusses 2008/37/EG (ABl. L 346 vom 20.12.2013, S. 58).

Beschluss K(2013) 9428 der Kommission vom 20. Dezember 2013 zur Übertragung bestimmter Befugnisse auf die Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrats zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Programmen der Union im Bereich der Grenzforschung, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von in den Gesamthaushaltsplan der Union eingestellten Mitteln.

08 01 06 02 Exekutivagentur für die Forschung — Beitrag aus dem Programm „Horizont 2020“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 56 369 001 | 45 385 000 | 46 348 974,91 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 08 01 04 31*

Diese Mittel dienen zur Deckung der laufenden Kosten der Exekutivagentur für die Forschung, die im Zuge der Rolle der Agentur bei der Verwaltung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) anfallen.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen“ im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

Der Stellenplan der Exekutivagentur ist im Anhang „Stellenplan“ zu diesem Einzelplan enthalten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

Beschluss Nr. 1982/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007 bis 2013) (ABl. L 412 vom 30.12.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Festlegung der Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an Maßnahmen des Siebten Rahmenprogramms sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse (2007-2013) (ABl. L 391 vom 30.12.2006, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „FORSCHUNG UND INNOVATION“** *(Fortsetzung)*

***08 01 06*** *(Fortsetzung)*

08 01 06 02 *(Fortsetzung)*

Entscheidung 2006/971/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm „Zusammenarbeit“ zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 86).

Entscheidung 2006/973/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm „Menschen“ zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 270).

Entscheidung 2006/974/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm „Kapazitäten“ zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 299).

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965)

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

*Verweise*

Beschluss 2008/46/EG der Kommission vom 14. Dezember 2007 zur Einsetzung der „Exekutivagentur für die Forschung“ für die Verwaltung bestimmter Bereiche der spezifischen Gemeinschaftsprogramme „Menschen“, „Kapazitäten“ und „Zusammenarbeit“ auf dem Gebiet der Forschung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates (ABl. L 11 vom 15.1.2008, S. 9)

Durchführungsbeschluss 2013/778/EU der Kommission vom 13. Dezember 2013 zur Einrichtung der Exekutivagentur für die Forschung und zur Aufhebung des Beschlusses 2008/46/EG (ABl. L 346 vom 20.12.2013, S. 54).

Beschluss K(2013) 9418 der Kommission vom 20. Dezember 2013 zur Übertragung bestimmter Befugnisse auf die Exekutivagentur für die Forschung zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Programmen der Union im Bereich von Forschung und Innovation, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von in den Gesamthaushaltsplan der Union eingestellten Mitteln.

08 01 06 03 Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus dem Programm „Horizont 2020“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 19 055 000 | 9 125 000 | 9 459 792,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 02 01 04 30 (teilweise) und 32 01 04 30*

Diese Mittel dienen zur Deckung der laufenden Kosten der Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen, die im Zuge der Rolle der Agentur bei der Verwaltung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) anfallen.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen“ im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

Der Stellenplan der Exekutivagentur ist im Anhang „Stellenplan“ zu diesem Einzelplan enthalten.

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „FORSCHUNG UND INNOVATION“** *(Fortsetzung)*

***08 01 06*** *(Fortsetzung)*

08 01 06 03 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

Entscheidung Nr. 1230/2003/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2003 zur Festlegung eines mehrjährigen Programms für Maßnahmen im Energiebereich: „Intelligente Energie — Europa“ (2003-2006) (ABl. L 176 vom 15.7.2003, S. 29).

Beschluss Nr. 1639/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 15).

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965).

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104)

*Verweise*

Beschluss Nr. 2004/20/EG der Kommission vom 23. Dezember 2003 zur Einrichtung einer als „Exekutivagentur für intelligente Energie“ bezeichneten Exekutivagentur für die Verwaltung von Gemeinschaftsmaßnahmen im Energiebereich gemäß der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates (ABl. L 5 vom 9.1.2004, S. 85).

Beschluss 2007/372/EG der Kommission vom 31. Mai 2007 zur Änderung des Beschlusses 2004/20/EG in Bezug auf die Umwandlung der „Exekutivagentur für intelligente Energie“ in die „Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation“ (ABl. L 140 vom 1.6.2007, S. 52).

Beschluss K(2007) 3198 der Kommission vom 9. Juli 2007 zur Übertragung bestimmter Befugnisse an die „Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation“ zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung des Programms Intelligente Energie — Europa 2003-2006, des Programms Marco Polo 2003-2006, des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation 2007-2013 und des Programms Marco Polo 2007-2013 und insbesondere zwecks Ausführung von Mitteln des Gemeinschaftshaushalts.

Durchführungsbeschluss 2013/771/EU der Kommission vom 17. Dezember 2013 zur Einrichtung der „Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen“ und zur Aufhebung der Beschlüsse 2004/20/EG und 2007/372/EG (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 73).

Beschluss K(2013) 9414 der Kommission vom 23. Dezember 2013 zur Übertragung bestimmter Befugnisse auf die Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Programmen der Union in den Bereichen Energie, Umwelt, Klimapolitik, Wettbewerbsfähigkeit und KMU, Forschung und Innovation, IKT, Meerespolitik und Fischerei, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von in den Gesamthaushaltsplan der Union eingestellten Mitteln.

08 01 06 04 Exekutivagentur Innovation und Netze — Beitrag aus dem Programm „Horizont 2020“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 915 960 | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel dienen zur Deckung der laufenden Kosten der Exekutivagentur Innovation und Netze, die im Zuge der Rolle der Agentur bei der Verwaltung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) anfallen.

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „FORSCHUNG UND INNOVATION“** *(Fortsetzung)*

***08 01 06*** *(Fortsetzung)*

08 01 06 04 *(Fortsetzung)*

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen“ im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

Der Stellenplan der Exekutivagentur ist im Anhang „Stellenplan“ zu diesem Einzelplan enthalten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965).

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

*Verweise*

Durchführungsbeschluss 2013/801/EU der Kommission vom 23. Dezember 2013 zur Einrichtung der Exekutivagentur Innovation und Netze und zur Aufhebung des Beschlusses 2007/60/EG, geändert durch den Beschluss 2008/593/EG (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 65).

Beschluss K(2013) 9235 der Kommission vom 23. Dezember 2013 zur Übertragung bestimmter Befugnisse auf die Exekutivagentur für Innovation und Netze zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Programmen der Union in den Bereichen Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsinfrastrukturen sowie Verkehrs- und Energieforschung und -innovation, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von in den Gesamthaushaltsplan der Union eingestellten Mitteln.

KOMMISSION

*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 08 02 | HORIZONT 2020 — FORSCHUNG | | | | | | | | |
| ***08 02 01*** | ***Wissenschaftliche Exzellenz*** | | | | | | | | |
| 08 02 01 01 | Intensivierung der Grenzforschung im Europäischen Forschungsrat | 1.1 | 1 641 772 694 | 19 785 657 | | | | | — |
| 08 02 01 02 | Intensivierung der Forschung in den „FET“ — künftige und neu entstehende Technologien | 1.1 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 08 02 01 03 | Stärkung der europäischen Forschungsinfrastrukturen (einschließlich e-Infrastrukturen) | 1.1 | 171 632 176 | 309 837 | | | | | — |
| | *Artikel 08 02 01 — Subtotal* | | 1 813 404 870 | 20 095 494 | | | | | — |
| ***08 02 02*** | ***Industrielle Führungsrolle*** | | | | | | | | |
| 08 02 02 01 | Führungsrolle bei Nanotechnologie, fortgeschrittenen Werkstoffen, Lasertechnologie, Biotechnologie sowie fortgeschrittener Fertigung und Verarbeitung | 1.1 | 460 847 841 | 42 681 808 | | | | | — |
| 08 02 02 02 | Verbesserter Zugang zur Risikofinanzierung für Investitionen in Forschung und Innovation | 1.1 | 384 814 753 | 326 766 435 | | | | | — |
| 08 02 02 03 | Steigerung der Innovation in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) | 1.1 | 33 663 565 | 3 067 854 | | | | | — |
| | *Artikel 08 02 02 — Subtotal* | | 879 326 159 | 372 516 097 | | | | | — |
| ***08 02 03*** | ***Gesellschaftliche Herausforderungen*** | | | | | | | | |
| 08 02 03 01 | Verbesserung der lebenslangen Gesundheit und des lebenslangen Wohlergehens | 1.1 | 545 411 715 | 40 118 438 | | | | | — |
| 08 02 03 02 | Verbesserung der Ernährungssicherheit, Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft, der Meeresforschung und der maritimen Forschung und der Biowirtschaft | 1.1 | 204 041 869 | 22 468 062 | | | | | — |
| 08 02 03 03 | Förderung des Übergangs zu einer zuverlässigen, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Energiewirtschaft | 1.1 | 278 434 628 | 28 655 994 | | | | | — |
| 08 02 03 04 | Verwirklichung eines ressourceneffizienten, umweltfreundlichen, sicheren und nahtlosen europäischen Verkehrssystems | 1.1 | 394 541 594 | 8 086 531 | | | | | — |
| 08 02 03 05 | Verwirklichung einer ressourcenschonenden und gegen den Klimawandel gewappneten Wirtschaft mit nachhaltiger Rohstoffversorgung | 1.1 | 271 940 800 | 2 478 694 | | | | | — |
| 08 02 03 06 | Förderung integrativer, innovativer und sicherer europäischer Gesellschaften | 1.1 | 193 407 483 | 17 625 757 | | | | | — |
| | *Artikel 08 02 03 — Subtotal* | | 1 887 778 089 | 119 433 476 | | | | | — |

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| ***08 02 04*** | ***Wissenschaft für die und mit der Gesellschaft*** | 1.1 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| ***08 02 05*** | ***Horizontale Tätigkeiten unter „Horizont 2020“*** | 1.1 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| ***08 02 07*** | ***Gemeinsame Unternehmen*** | | | | | | | | |
| 08 02 07 31 | Gemeinsames Unternehmen „Initiative Innovative Arzneimittel 2“ (IMI2) — Unterstützungsausgaben | 1.1 | 490 000 | 490 000 | | | | | — |
| 08 02 07 32 | Gemeinsames Unternehmen „Initiative Innovative Arzneimittel 2“ (IMI2) | 1.1 | 207 300 000 | 16 600 000 | | | | | — |
| 08 02 07 33 | Gemeinsames Unternehmen „Biobasierte Industriezweige“ (BBI) — Unterstützungsausgaben | 1.1 | 977 500 | 977 500 | | | | | — |
| 08 02 07 34 | Gemeinsames Unternehmen „Biobasierte Industriezweige“ (BBI) | 1.1 | 50 000 000 | p.m. | | | | | — |
| 08 02 07 35 | Gemeinsames Unternehmen „Clean Sky 2“ (Clean Sky 2) — Unterstützungsausgaben | 1.1 | 1 225 333 | 1 225 333 | | | | | — |
| 08 02 07 36 | Gemeinsames Unternehmen „Clean Sky 2“ (Clean Sky 2) | 1.1 | 100 000 000 | 13 000 000 | | | | | — |
| 08 02 07 37 | Gemeinsames Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“ (FCH2) — Unterstützungsausgaben | 1.1 | 292 667 | 292 667 | | | | | — |
| 08 02 07 38 | Gemeinsames Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“ (FCH2) | 1.1 | 93 354 000 | p.m. | | | | | — |
| | *Artikel 08 02 07 — Subtotal* | | 453 639 500 | 32 585 500 | | | | | — |
| ***08 02 50*** | ***Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung*** | | | | | | | | |
| 08 02 50 01 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020) | 1.1 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 08 02 50 02 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung (aus der Zeit vor 2014) | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 180 845 754,82 | 198 785 408,07 | — |
| | *Artikel 08 02 50 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 180 845 754,82 | 198 785 408,07 | — |
| ***08 02 51*** | ***Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — Siebtes Rahmenprogramm — indirekte Maßnahmen (EG) (2007-2013)*** | 1.1 | p.m. | 2 568 132 885 | 5 589 609 565 | 4 328 649 206 | 5 236 412 959,21 | 4 187 220 752,34 | 163,05 |
| ***08 02 52*** | ***Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — indirekte Maßnahmen (aus der Zeit vor 2007)*** | 1.1 | p.m. | 16 232 123 | — | 30 035 646 | 1 622 406,53 | 125 978 679,92 | 776,11 |

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| ***08 02 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 08 02 77 01 | Pilotprojekt — Koordinierung der Forschung zur Anwendung der Homöopathie und Phytotherapie in der Nutztierhaltung | 2 | p.m. | 125 000 | p.m. | p.m. | 500 000,— | 250 000,— | 200,— |
| 08 02 77 02 | Pilotprojekt — Rückgewinnung kritischer Rohstoffe durch Recycling: eine Chance für die Europäische Union und die Afrikanische Union | 4 | — | 112 500 | 500 000 | 250 000 | | | — |
| | *Artikel 08 02 77 — Subtotal* | | p.m. | 237 500 | 500 000 | 250 000 | 500 000,— | 250 000,— | 105,26 |
| | **Kapitel 08 02 — Insgesamt** | | **5 034 148 618** | **3 129 233 075** | **5 590 109 565** | **4 358 934 852** | **5 419 381 120,56** | **4 512 234 840,33** | **144,20** |

*Erläuterungen*

„Horizont 2020" ist das neue Finanzierungsprogramm der Union für Forschung und Innovation. Es gilt für den Zeitraum 2014 bis 2020 und bündelt sämtliche bestehenden Fördermaßnahmen der Union für Forschung und Innovation, darunter das Forschungsrahmenprogramm wie auch die innovationsrelevanten Tätigkeiten des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation und des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT). Das auf dem Euratom-Vertrag beruhende Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2014-2018) ist ebenfalls ein integraler Bestandteil von „Horizont 2020". „Horizont 2020" spielt bei der Umsetzung der Europa-2020-Leitinitiative „Innovationsunion" und anderer Leitinitiativen, wie „Ressourcenschonendes Europa", „Eine Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung", „Digitale Agenda für Europa", sowie für die Entwicklung und das Funktionieren des europäischen Forschungsraums (EFR) eine wesentliche Rolle. „Horizont 2020" trägt zum Aufbau einer unionsweiten wissens- und innovationsgestützten Wirtschaft bei, indem es in ausreichendem Umfang zusätzliche Fördermittel für Forschung, Entwicklung und Innovation mobilisiert.

Die Mittel werden gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1290/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Regeln für die Beteiligung am Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1906/2003 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 81) sowie für die Verbreitung der Ergebnisse eingesetzt.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen" im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

### *08 02 01 Wissenschaftliche Exzellenz*

*Erläuterungen*

Ziel dieses Schwerpunktbereichs von „Horizont 2020" ist es, die Exzellenz der Wissenschaftsbasis der Union zu stärken und zu erweitern und stets für eine im Weltmaßstab erstklassige Forschung zu sorgen, damit die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Union gesichert ist. Angestrebt wird, die besten Ideen zu fördern, Talente innerhalb der Union aufzubauen, Forschern den Zugang zu wichtigen Forschungsinfrastrukturen zu ermöglichen und die Union zu einem attraktiven Standort für die weltbesten Wissenschaftler zu machen. Die zu finanzierenden Forschungstätigkeiten werden ohne vorab bestimmte thematische Prioritäten entsprechend den Erfordernissen und Möglichkeiten in der Wissenschaft festgelegt. Die Forschungsagenda wird in enger Abstimmung mit der wissenschaftlichen Gemeinschaft festgelegt, und die Grundlage für die Forschungsförderung ist die Exzellenz.

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 01*** *(Fortsetzung)*

08 02 01 01 Intensivierung der Grenzforschung im Europäischen Forschungsrat

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 641 772 694 | 19 785 657 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Die Tätigkeit des Europäischen Forschungsrats (ERC) besteht im Wesentlichen darin, exzellenten Forschern und ihren Teams eine attraktive Langzeitförderung zu bieten, damit sie bahnbrechende Forschungsarbeiten durchführen können, die zwar hohen Gewinn versprechen, aber gleichzeitig auch ein hohes Risiko bergen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung exzellenter Nachwuchsforscher beim Übergang zur Unabhängigkeit, indem sie eine angemessene Hilfe während dieser kritischen Phase erhalten, in der sie ihr eigenes Forscherteam oder Forschungsprogramm gründen bzw. konsolidieren. Der ERC unterstützt bei Bedarf auch neu entstehende Arbeitsweisen in der Welt der Wissenschaft, die erwarten lassen, dass sie bahnbrechende Ergebnisse hervorbringen und die Ausschöpfung des kommerziellen und gesellschaftlichen Innovationspotenzials der geförderten Forschung erleichtern.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a.

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

08 02 01 02 Intensivierung der Forschung in den „FET“ — künftige und neu entstehende Technologien

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Mit den Tätigkeiten im Rahmen des besonderen Ziels „Künftige und neu entstehende Technologien“ (FET) werden die grundlegenden wissenschaftlich-technologischen Forschungsarbeiten unterstützt, die neue Technologien der Zukunft sondieren, dabei geltende Paradigmen in Frage stellen und in unbekannte Bereiche vorstoßen. Zusätzlich werden im Bereich der FET-Täigkeiten vielversprechende Themen der Sondierungsforschung erschlossen, die eine kritische Masse zusammenhängender Projekte generieren können, welche zusammengenommen eine breite Palette facettenreicher Themen darstellen und zum Aufbau eines europäischen Wissenspools beitragen. Schließlich werden im Rahmen der FET-Tätigkeiten auch ehrgeizige großmaßstäbliche, von der Wissenschaft angeregte Forschungstätigkeiten gefördert, mit denen ein wissenschaftlicher Durchbruch angestrebt wird. Diese Tätigkeiten werden von der Angleichung der europäischen und nationalen Agenden profitieren.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b.

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 01*** *(Fortsetzung)*

08 02 01 03 Stärkung der europäischen Forschungsinfrastrukturen (einschließlich e-Infrastrukturen)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 171 632 176 | 309 837 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Die Tätigkeit „Forschungsinfrastrukturen" wird bis zum Jahr 2020 und darüber hinaus dafür sorgen, dass das ESFRI (Europäisches Strategieforum für Forschungsinfrastrukturen) und andere Forschungsinfrastrukturen von Weltrang umgesetzt werden und in Betrieb gehen sowie regionale Partnereinrichtungen entwickelt werden. Zusätzlich wird dafür gesorgt, dass nationale Forschungsinfrastrukturen integriert und zugänglich gemacht und e-Infrastrukturen aufgebaut, eingesetzt und betrieben werden. Die Tätigkeit wird außerdem Forschungsinfrastrukturen dazu ermuntern, Technologien in einem frühen Stadium einzusetzen, FuE-Partnerschaften mit der Industrie zu fördern, die industrielle Nutzung von Forschungsinfrastrukturen zu erleichtern und Anreize für die Schaffung von Innovationsclustern zu geben.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d.

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

***08 02 02*** ***Industrielle Führungsrolle***

*Erläuterungen*

Ziel dieses Schwerpunktbereichs von „Horizont 2020" ist es, die Union zu einem attraktiveren Standort für Investitionen in Forschung und Innovation zu machen, indem Tätigkeiten gefördert werden, bei denen die Unternehmen Programm und Zeitplan selbst bestimmen, und die Entwicklung neuer Technologien zu beschleunigen, die die Grundlagen für die Unternehmen und das Wirtschaftswachstum von morgen bilden. Mit diesem Schwerpunktbereich wird dafür gesorgt, dass große Investitionen in industrielle Schlüsseltechnologien getätigt werden, das Wachstumspotenzial von Unternehmen der Union auf ein Höchstmaß gebracht wird, indem sie mit geeigneten Finanzmitteln ausgestattet werden, und innovative KMU bei ihrer Expansion zu weltweit führenden Unternehmen unterstützt werden.

08 02 02 01 Führungsrolle bei Nanotechnologie, fortgeschrittenen Werkstoffen, Lasertechnologie, Biotechnologie sowie fortgeschrittener Fertigung und Verarbeitung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 460 847 841 | 42 681 808 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Das Einzelziel „Führende Rolle bei grundlegenden und industriellen Technologien" beinhaltet eine eigene Unterstützung für Forschung, Entwicklung und Demonstration in den Bereichen Nanotechnologie, innovative Werkstoffe, Biotechnologie sowie fortgeschrittene Fertigung und Verarbeitung. Besondere Aufmerksamkeit gilt den Wechselbeziehungen und der Konvergenz zwischen den verschiedenen Technologien. Besonderer Nachdruck liegt außerdem auf FuE, großmaßstäblichen Pilotprojekten und Demonstrationstätigkeiten, Versuchseinrichtungen und Living Labs, der Entwicklung von Prototypen und der Validierung von Produkten in Pilotlinien. Die Tätigkeiten sollen durch Forschungs- und Innovationsanreize für die Wirtschaft — insbesondere für KMU — die industrielle Wettbewerbsfähigkeit steigern.

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 02*** *(Fortsetzung)*

08 02 02 01 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer ii bis v.

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

08 02 02 02 Verbesserter Zugang zur Risikofinanzierung für Investitionen in Forschung und Innovation

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 384 814 753 | 326 766 435 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Mit der Tätigkeit „Zugang zu Risikofinanzierung" werden zwei Finanzfazilitäten, und zwar eine Kreditfazilität und eine Beteiligungskapitalfazilität, eingeführt, um Marktdefizite beim Zugang zur Risikofinanzierung für Forschung und Innovation zu beheben. Ziel der Kreditfazilität ist ein leichterer Zugang zur Kreditfinanzierung für öffentliche und private Rechtspersonen und öffentlich-private Partnerschaften, die auf dem Gebiet der Forschung und Innovation tätig sind und die bei ihren Investitionen Risiken eingehen müssen. Ziel der Beteiligungskapitalfazilität ist die Überwindung der Defizite des Risikokapitalmarkts in der Union und die Bereitstellung von Beteiligungskapital und Quasi-Beteiligungskapital zur Deckung des Entwicklungs- und Finanzierungsbedarfs innovativer Unternehmen von der Gründung an (einschließlich Anschubphase und Technologietransfer), damit sie wachsen und expandieren können. Zusätzlich zu diesen Finanzfazilitäten, die bezüglich der Unterstützung von KMU die COSME-Fazilitäten ergänzen, sind eine Reihe von flankierenden Maßnahmen, z. B. Unterstützung für die Programme zur Feststellung der Innovationsbereitschaft, vorgesehen.

Erstattungen im Rahmen von Finanzierungsinstrumenten gemäß Artikel 140 Absatz 6 der Haushaltsordnung, einschließlich Rückflüsse, freigegebene Garantien und Erstattungen auf den Darlehensbetrag, die der Kommission erstattet werden und in Posten 6 3 4 1 des Einnahmenplans eingestellt werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe i der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b.

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 02*** *(Fortsetzung)*

08 02 02 03 Steigerung der Innovation in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 33 663 565 | 3 067 854 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Um die Beteiligung von KMU an „Horizont 2020" zu fördern, wird ein eigenes marktorientiertes Instrument eingeführt, das sich an alle Arten innovativer KMU richtet, die planen, sich zu entwickeln, zu wachsen und international tätig zu werden. Zusätzlich werden KMU mit intensiver Forschungstätigkeit in grenzübergreifenden Forschungsprojekten unterstützt. Tätigkeiten zur Stärkung der Innovationskapazität von KMU und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Innovation werden ebenfalls unterstützt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe c.

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

***08 02 03 Gesellschaftliche Herausforderungen***

*Erläuterungen*

Dieser Schwerpunktbereich von „Horizont 2020" ist eine direkte Reaktion auf die in der Strategie Europa 2020 genannten politischen Schwerpunkte und gesellschaftlichen Herausforderungen. Bei der Durchführung der Tätigkeiten in diesem Bereich werden, abhängig von der jeweiligen Herausforderung, die in unterschiedlichsten Gebieten, Technologien und Disziplinen vorhandenen Ressourcen und Kenntnisse zusammengeführt. Die Tätigkeiten werden sich auf den gesamten Zyklus von der Forschung bis zur Vermarktung erstrecken, wobei ein neuer Schwerpunkt auf innovationsbezogene Tätigkeiten gelegt wird, beispielsweise Pilot- und Demonstrationsprojekte, Testläufe, Unterstützung der öffentlichen Auftragsvergabe, Konzeption, vom Endnutzer angeregte Innovation, gesellschaftliche Innovation und Markteinführung von Innovationen. Die Tätigkeiten werden direkt die entsprechenden Zuständigkeiten in den Politikbereichen auf Unionsebene unterstützen.

08 02 03 01 Verbesserung der lebenslangen Gesundheit und des lebenslangen Wohlergehens

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 545 411 715 | 40 118 438 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Mit dieser Maßnahme werden lebenslange Gesundheit und Wohlergehen für alle, qualitativ hochwertige und wirtschaftlich tragfähige Gesundheits- und Pflegesysteme sowie Möglichkeiten für neue Arbeitsplätze und Wachstum im Gesundheitswesen und den damit verbundenen Wirtschaftsbereichen angestrebt. Der Schwerpunkt der Tätigkeiten liegt daher auf einer wirksamen Gesundheitsfürsorge und Prävention (z. B. Verständnis der gesundheitsbestimmenden Faktoren, Entwicklung besserer präventiver Impfstoffe). Besonderes Augenmerk gilt außerdem der Behandlung und Heilung von Krankheiten, Invalidität und verminderter Funktionalität (z. B. durch Übertragung von Wissen in die klinische Praxis und skalierbare Innovationsmaßnahmen,

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 03*** *(Fortsetzung)*

08 02 03 01 *(Fortsetzung)*

bessere Nutzung von Gesundheitsdaten, unabhängige und unterstützte Lebensführung). Des Weiteren werden Anstrengungen unternommen werden, um die Entscheidungsfindung in der Prävention und Behandlung zu verbessern, bewährte Verfahren im Gesundheitswesen zu ermitteln und weiterzugeben sowie die integrierte Pflege und die Einführung technologischer, organisatorischer und gesellschaftlicher Innovationen zu unterstützen, die es insbesondere älteren und behinderten Menschen ermöglichen, aktiv und unabhängig zu bleiben.

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen, auch in Bezug auf Sachleistungen, die von der CESES als Beitrag zu Unionsprojekten erbracht werden.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe a.

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

08 02 03 02 Verbesserung der Ernährungssicherheit, Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft, der Meeresforschung und der maritimen Forschung und der Biowirtschaft

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 204 041 869 | 22 468 062 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Der Schwerpunkt dieser Tätigkeit liegt auf der Entwicklung einer nachhaltigeren und produktiveren Land- und Forstwirtschaft bei gleichzeitiger Entwicklung von Dienstleistungen, Konzepten und Strategien zur Stärkung der wirtschaftlichen Existenz in ländlichen Gebieten. Besonderes Augenmerk gilt außerdem sicheren und gesunden Lebensmitteln für alle sowie wettbewerbsfähigen Verfahren für die Lebensmittelverarbeitung, die weniger Ressourcen verbrauchen und weniger Nebenprodukte produzieren. Gleichzeitig werden Anstrengungen zur nachhaltigen Nutzung aquatischer Bioressourcen unternommen (z. B. nachhaltige und umweltfreundliche Fischerei). Ebenfalls gefördert werden ressourcenschonende, nachhaltige und wettbewerbsfähige europäische biobasierte Industriezweige mit niedrigem $CO_2$-Ausstoß.

Ein Teil der Mittel ist für die Finanzierung eines Vorhabens zu Aquaponik und damit zur Förderung von nachhaltigem, intelligentem und inklusivem Wachstum bestimmt.

Aquaponik gilt als Neuerung und Revolution in der Nahrungsmittelerzeugung. Es handelt sich hierbei um ein nachhaltiges Modell zur Erzeugung von Lebensmitteln, das sich auf das Grundprinzip der ökologischen Landwirtschaft stützt und aus einer Kombination aus Hydroponik (dem Anbau von Pflanzen in Sand, Kies oder Wasser) und Aquakultur (Fischzucht) besteht. Diese beiden Verfahren werden in einem einzigen System zusammengeführt, wobei die positiven Effekte jedes Verfahrens verstärkt und die jeweiligen negativen Auswirkungen vermieden werden.

Aquaponik bietet insbesondere die folgenden Vorteile:

— Aufbereitung und Wiederverwendung von Wasser,

— hohe Produktivität (hinsichtlich Menge/Raum),

— geringe Umweltauswirkungen.

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 03*** *(Fortsetzung)*

08 02 03 02 *(Fortsetzung)*

Im Rahmen der Aquaponik gibt es verschiedene Produktionssysteme für den Anbau von Pflanzen und die Fischzucht. Allen Systemen liegt das gleiche Prinzip zugrunde, sie bieten jedoch mannigfaltige Möglichkeiten und lassen sich auf vielerlei Weise ausgestalten. Die größte Herausforderung besteht darin, das geeignete Gleichgewicht zwischen dem Fischbestand, den eingesetzten Nährstoffen, der Bakterienpopulation und den erzeugten Nahrungsmitteln zu finden. Zur weiterführenden Ermittlung dieses Gleichgewichts sind Forschungs- und Entwicklungsarbeiten erforderlich.

In Europa ist dieses Anbausystem zwar noch nicht verbreitet, viele andere Länder haben sich jedoch bereits von seinem Potenzial überzeugen lassen. Aquaponik gewinnt aufgrund ihrer Vorteile immer mehr Anhänger. Immer mehr Menschen wird das bedeutende Potenzial dieser Methode bewusst. Unternehmer, Forscher und Erzeuger begeistern sich für Aquaponik.

Diese Methode der Nahrungsmittelerzeugung kann mehrere Vorteile mit sich bringen: Stärkung der lokalen Nahrungsmittelerzeugung, positive Auswirkungen auf Gesundheit und Lebensmittelsicherheit; Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten, Verringerung der Umweltauswirkungen, Verminderung der Abhängigkeit von Importen, Bereitstellung von Bildungs- und Schulungsmaßnahmen, Anreize für die Industrie, Reduzierung des $CO_2$-Ausstoßes.

Das Projekt steht vollumfänglich im Einklang mit den Zielen der Strategie Europa 2020. Ziel des Projekts ist es, einen Beitrag zu nachhaltigem, intelligentem und inklusivem Wachstum in einem unionsweiten und internationalen Entwicklungszusammenhang zu leisten.

Das allgemeine Ziel besteht darin, die Entwicklung eines innovativen, ressourcenschonenden und wettbewerbsfähigeren Systems der Nahrungsmittelerzeugung zu fördern, bei dem Lebensmittelsicherheit, der nachhaltige Umgang mit Ressourcen und Umweltschutz im Mittelpunkt stehen.

Als Teil ihrer Bemühungen um die Verbesserung der Lebensmittelsicherheit fördert die Aquakultur der Union u. a. im Rahmen von Horizont 2020, da Aquakultur Möglichkeiten bietet, die Verfügbarkeit von Lebensmitteln sowie den Zugang zu Nahrungsmitteln, Erwerbsmöglichkeiten und Einkommen zu verbessern. Aquaponik ist eines der nachhaltigen Instrumente zur Verwirklichung dieser Ziele.

Durch Forschung und Innovation auf dem Gebiet der Aquaponik auf Unionsebene kann die Entwicklung eines neuen Industriezweiges unterstützt werden, neue Geschäftsmodelle eröffnen sich, Akteure aus der Aquakultur und dem Gartenbau gründen Zusammenschlüsse, und es bilden sich dynamische lokale Netzwerke sowohl auf dem Land als auch in Städten. Ferner kann Aquaponik zur Stärkung und zum Umbau von Gemeinschaften (z. B. Wohnvierteln, Krankenhäusern, Gefängnissen, Seniorenheimen) beitragen und die soziale Innovation voranbringen.

Weitergehende Forschung und Innovation auf diesem Gebiet können Europa in die Lage versetzen, eine wichtige Rolle in der globalen ökologischen Wirtschaft einzunehmen. Europa kann dadurch international an Bedeutung in Bezug auf innovative, nachhaltige und wettbewerbsfähige Systeme der Nahrungsmittelerzeugung gewinnen.

Dieses Projekt beruht auf einem mehrdimensionalen Ansatz, der Folgendes berücksichtigt:

— Notwendigkeit der Sicherstellung von gesunden und sicheren Lebensmitteln durch ökologische Landwirtschaft und durch vermehrten Einsatz von Aquakultur;

— Einbeziehung der Ernährungsthematik;

— Notwendigkeit der Einsparung von Ressourcen (z. B. Wasser, Energie, Land, Kapital) und verbesserter Einsatz von Wasser, Energie und Raum;

— Schutz der Umwelt;

— Bedeutung der Marktentwicklung;

— organisatorische und soziale Innovation;

— Versorgungseinrichtungen und soziales und solidarisches Handeln von Unternehmen;

— soziale Inklusion und Bildung;

— Notwendigkeit der Schaffung neuer Kompetenzen und neuer Beschäftigungsmöglichkeiten, um die Arbeitsmärkte zu modernisieren;

— Stärkung des Regelwerks (d. h. vermehrte Beteiligung von Interessenträgern an Entscheidungsprozessen);

— Bedeutung, die die EU dem territorialen Zusammenhalt und einem integrierten territorialen Ansatz zumisst;

— europäischer Kontext, der durch die Herausbildung eines Konzepts der Nachhaltigkeit in Städten gekennzeichnet ist;

— Bedeutung, die die EU der Entwicklung einer wissensbasierten Wirtschaft beimisst.

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 03*** *(Fortsetzung)*

08 02 03 02 *(Fortsetzung)*

Das Projekt soll überregional, multi- und interdisziplinär konzipiert werden. U. a. sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

— Durchführung einer Inventur der Technologien und Organisationsmodelle, die bei der Aquaponik zum Einsatz kommen. Bislang gibt es nur vereinzelt Informationen über Aquaponik, weshalb die Akteure, ihr Fachwissen und ihre Ziele ermittelt werden müssen;

— Einrichtung einer „Gemeinschaft zur praktischen Anwendung", die das Fachwissen und die Ressourcen in diesem Bereich in einem Netzwerk bündelt und einen dynamischen Austausch sowie die gemeinsame Nutzung und Kapitalisierung von Ressourcen ermöglicht. Auch die Einrichtung und die Arbeit einer Gemeinschaft (Technologieplattform) unter Einbeziehung von Vertretern aus den Bereichen Forschung, Wissenschaft, Praxis sowie freie Wirtschaft sollten gefördert werden;

Folgende Ziele dieser Technologieplattform sollten unterstützt werden:

— Ermittlung von Gebieten, auf denen weitere Forschung und Innovation erforderlich ist,

— Koordinierung der Einrichtung kollaborativer innovationsfördernder Pilotprojekte,

— Steigerung des Wissenstransfers und Verbreitung von innovativen und bewährten Methoden, von Fachwissen und Erfahrungen,

— Sicherstellung der Einrichtung und des Betriebs eines Ressourcenzentrums für die Verbreitung von Wissen und Ergebnissen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe b.

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

08 02 03 03 Förderung des Übergangs zu einer zuverlässigen, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Energiewirtschaft

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 278 434 628 | 28 655 994 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Eine Maßnahme für sichere, saubere und effiziente Energie wird sich auf die Reduzierung des Energieverbrauchs und des $CO_2$-Abdrucks (zum Beispiel mittels erschwinglicher technologischer Systeme und Komponenten mit integrierter Intelligenz) in der Union sowie eine kostengünstige Stromversorgung mit niedrigen $CO_2$-Emissionen (zum Beispiel durch Forschung, Entwicklung und Demonstration im realen Maßstab im Bereich innovativer erneuerbarer Energieträger und Technologien zur Abscheidung und Speicherung von $CO_2$) konzentrieren. Des Weiteren wird man sich alternativen Kraftstoffen und mobilen Energiequellen sowie der Entwicklung eines einheitlichen und intelligenten europäischen Stromnetzes zuwenden. Gleichzeitig wird mit der Maßnahme der Schwerpunkt auf die fächerübergreifende Forschung im Bereich der Energietechnologien und die gemeinsame Durchführung europaweiter Forschungsprogramme sowie erstklassige Einrichtungen gelegt. Außerdem werden Instrumente, Methoden und Modelle zur soliden und transparenten Unterstützung politischer Maßnahmen entwickelt und der Markteintritt von Energieinnovationen gefördert. Ab 2014 sollen 85 % der veranschlagten Mittel für erneuerbare Energieträger, Endenergieeffizienz, intelligente Netze und die Energiespeicherung verwendet werden.

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 03*** *(Fortsetzung)*

08 02 03 03 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe c.

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

08 02 03 04 Verwirklichung eines ressourceneffizienten, umweltfreundlichen, sicheren und nahtlosen europäischen Verkehrssystems

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 394 541 594 | 8 086 531 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Im Rahmen dieser Maßnahme liegt der Schwerpunkt auf dem ressourcenschonenden Verkehr (z. B. Beschleunigung von Entwicklung und Einsatz einer neuen Generation von elektrischen oder sonstigen emissionsarmen Flugzeugen, Fahrzeugen und Schiffen) sowie auf größerer Mobilität bei einem geringerem Verkehrsaufkommen und größerer Sicherheit (z. B. Unterstützung einer integrierten Beförderung und Logistik von Tür zu Tür). Besondere Aufmerksamkeit gilt außerdem der Stärkung der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der europäischen Hersteller im Verkehrssektor und der damit zusammenhängenden Dienstleistungen, beispielsweise durch Entwicklung der nächsten Generation innovativer Verkehrsmittel und Vorbereitung der Grundlagen für die nachfolgende Generation. Ebenfalls unterstützt werden Tätigkeiten, deren Ziel ein besseres Verständnis der verkehrsbezogenen sozioökonomischen Entwicklungen und Prognosen sowie die Versorgung der politischen Entscheidungsträger mit evidenzbasierten Daten und Analysen ist.

Ein Teil der Mittel ist für die Durchführung einer Bewertungs- und Durchführbarkeitsstudie über emissionsfreie Fähren bestimmt.

Mit diesem Projekt sollen die Entwicklungsschritte und die Möglichkeiten der Verwirklichung emissionsfreier Fähren geprüft werden, die durch erneuerbare Energieträger wie wasserstoffbetriebene Brennstoffzellen angetrieben werden, und es soll eine diesbezügliche Durchführbarkeitsstudie erstellt werden.

Die Verwendung von wasserstoffbetriebenen Brennstoffzellen als Energiequelle hat sich zwar grundsätzlich für kleinere Verkehrsmittel wie Busse als tauglich erwiesen, die Verwendung auf großen Fährschiffen (z. B. RoPax-Fähren) sollte jedoch im Hinblick auf die Einschätzung ihres Realisierungspotentials noch genauer bewertet werden. Eine Bewertungs- und Durchführbarkeitsstudie für diese Verkehrsträger und Transportrouten würde ein klareres Bild von den Risiken und Möglichkeiten der Verwendung von Wasserstoff als Kraftstoff und von Brennstoffzellen als Energiewandler in Fähren ermöglichen.

Die Bewertungs- und Durchführbarkeitsstudie sollte sich insbesondere darauf konzentrieren, wie überschüssige Energie aus dem Nachtbetrieb von Windparks zur Erzeugung von Kraftstoff aus Wasserstoff genutzt werden kann, wodurch wiederum Energie für den Schiffsantrieb und die Stromversorgung an Bord erzeugt werden kann. Eine Kombination von Energiequellen — wie etwa Solarpaneele und Flettner-Rotoren — auf Schiffen, die das Schiff mit zusätzlicher Energie versorgen, sollte ebenfalls geprüft werden, wobei als Gesamtziel ein Betrieb ohne Kohlenstoff-, Schwefel- und Stickstoffemissionen angestrebt wird.

Im Sinne der bestmöglichen Umsetzung sollte sich die Bewertung auf den Kurzstreckenseeverkehr konzentrieren und die infrastrukturellen und natürlichen Voraussetzungen berücksichtigen, um eine effiziente Versorgung mit alternativen Energiequellen (hauptsächlich Windparks) sowie optimale Standorte und das Vorhandensein einschlägiger Technologiezentren und möglicher Partner aus dem privaten Sektor sicherzustellen. Als erster Schritt sollte ein Verzeichnis geeigneter Standorte erstellt werden, damit mögliche und optimale Strecken für emissionsfreie Fähren in der Union ermittelt werden können.

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 03*** *(Fortsetzung)*

08 02 03 04 *(Fortsetzung)*

Die Bewertungs- und Durchführbarkeitsstudie sollte auch eine Auflistung der Schritte enthalten, die notwendig sind, um Hybridmotoren, Batterien, Brennstoffzellen und Kraftstoffarten für den emissionsfreien Betrieb zu nutzen, so dass Effizienzgewinne erzielt werden können, sobald die Technologien ausreichend ausgereift sind, jedoch auch Erfahrungen gewonnen werden können und die weitere Entwicklung geplant werden kann.

Darüber hinaus könnte sich durch eine Marktbewertung auf bestimmten Strecken ein klareres Bild der Kosten der Umsetzung und des Betriebs emissionsfreier Fähren ergeben, und schließlich könnte darin bewertet werden, ob Fährdienste in der beschriebenen Form unter den derzeitigen Marktbedingungen wirtschaftlich lebensfähig wären.

Das Pilotprojekt könnte auf 1 oder 2 Jahre ausgelegt werden, und es könnten 1 oder 2 geeignete Fährverbindungen ausgewählt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe d.

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

08 02 03 05 Verwirklichung einer ressourcenschonenden und gegen den Klimawandel gewappneten Wirtschaft mit nachhaltiger Rohstoffversorgung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 271 940 800 | 2 478 694 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Das Hauptaugenmerk dieser Tätigkeit liegt auf der Verwirklichung einer Wirtschaft, die die Ressourcen schont und gegen den Klimawandel gewappnet ist, und einer nachhaltigen Versorgung mit Rohstoffen, um die Bedürfnisse einer weltweit wachsenden Bevölkerung innerhalb der Grenzen der Nachhaltigkeit natürlicher Ressourcen der Erde zu erfüllen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den Bereichen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, dem nachhaltigen Management natürlicher Ressourcen und Ökosysteme sowie den Grundlagen für den Übergang zu einer „grünen“ Wirtschaft durch Öko-Innovation. Eine umfassende und andauernde globale Umweltüberwachung und entsprechende Informationssysteme werden ebenfalls entwickelt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe e.

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 03*** *(Fortsetzung)*

08 02 03 06 Förderung integrativer, innovativer und sicherer europäischer Gesellschaften

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 193 407 483 | 17 625 757 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Ziel dieser Tätigkeit ist die Förderung integrativer, innovativer und sicherer Gesellschaften durch Stärkung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Integration, Förderung eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums in Europa und Unterstützung einer positiven interkulturellen Dynamik. Mit den Forschungsergebnissen sollten Strategien unterstützt werden, die der Bekämpfung der Armut und der Vermeidung der Entwicklung verschiedener Formen von Ausgrenzung, Diskriminierung und Ungleichheiten in europäischen Gesellschaften dienen, wie etwa geschlechterspezifischer Ungleichheiten oder der Innovationskluft. Dazu gehören die Gewährleistung gesellschaftlicher Einbeziehung in Forschung und Innovation, die Stärkung der Evidenzbasis der Innovationsunion und des Europäischen Forschungsraums sowie die Förderung kohärenter und wirksamer Zusammenarbeit mit Drittländern.

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen, auch in Bezug auf Sachleistungen, die von der CESES als Beitrag zu Unionsprojekten erbracht werden.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe f.

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

***08 02 04*** ***Wissenschaft für die und mit der Gesellschaft***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

Das Ziel besteht darin, eine wirksame Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Gesellschaft aufzubauen, neue Talente für die Wissenschaft zu rekrutieren und wissenschaftliche Spitzenleistungen mit sozialem Bewusstsein und sozialer Verantwortung zu verknüpfen.

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 04*** *(Fortsetzung)*

Schwerpunkte der Tätigkeiten: Erhöhung der Attraktivität wissenschaftlicher und technologischer Laufbahnen für junge Studenten, Förderung einer nachhaltigen Interaktion zwischen Schulen, Forschungseinrichtungen, Wirtschaft und Organisationen der Zivilgesellschaft; Förderung der Gleichstellung der Geschlechter nach Inhalt und Gestaltung der Forschungstätigkeiten; Einbeziehung der Gesellschaft in Angelegenheiten, Maßnahmen und Tätigkeiten im Zusammenhang mit Wissenschaft und Innovationen, um den Interessen und Werten der Bürger Rechnung zu tragen und die Qualität, Bedeutung, gesellschaftliche Akzeptanz und Nachhaltigkeit von Forschungs- und Innovationsergebnissen in mehreren Tätigkeitsbereichen zu erhöhen, angefangen mit gesellschaftlichen Innovationen bis hin zu Bereichen wie Biotechnologie und Nanotechnologie; Ermunterung der Bürger zur Teilhabe an der Wissenschaft durch formelle und informelle Wissensvermittlung; Ausbau der Zugänglichkeit und Nutzung der Ergebnisse öffentlich geförderter Forschungsarbeiten; Aufbau eines Ordnungsrahmens für die Förderung einer verantwortungsvollen Forschungs- und Innovationstätigkeit durch genaue Berücksichtigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse und Wünsche; Förderung eines Ethikrahmens für Forschung und Innovation; Treffen angemessener und verhältnismäßiger Vorkehrungen bei Forschungs- und Innovationstätigkeiten durch Vorabprüfung und Bewertung der potenziellen Auswirkungen auf Umwelt, Gesundheit und Sicherheit. Verbesserung der Kenntnisse über Wissenschaftskommunikation, um die Qualität und Wirksamkeit des Austauschs zwischen Wissenschaftlern, allgemeinen Medien und der Öffentlichkeit zu verbessern.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe f.

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

***08 02 05*** ***Horizontale Tätigkeiten unter „Horizont 2020“***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen der Finanzierung horizontaler Tätigkeiten, mit denen die Durchführung von „Horizont 2020“ unterstützt wird. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten zur Unterstützung von Kommunikation und Verbreitung sowie die Nutzung von Ergebnissen zur Förderung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Ebenfalls möglich sind bereichsübergreifende Tätigkeiten, die verschiedene Schwerpunktbereiche von Horizont 2020 betreffen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965).

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 07 Gemeinsame Unternehmen***

08 02 07 31 Gemeinsames Unternehmen „Initiative Innovative Arzneimittel 2" (IMI2) — Unterstützungsausgaben

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 490 000 | 490 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Das Gemeinsame Unternehmen „Initiative Innovative Arzneimittel 2" (IMI2) trägt zur Umsetzung von „Horizont 2020" und insbesondere des besonderen Ziels „Gesundheit, demografischer Wandel und Wohlergehen" im Rahmen des Schwerpunktbereichs „Gesellschaftliche Herausforderungen" bei. Sein Ziel ist die Verbesserung von Gesundheit und Wohlbefinden der Unionsbürger durch neue und wirksamere Diagnoseverfahren und Behandlungen, beispielsweise neue antimikrobielle Behandlungen.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen" im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965).

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 10. Juli 2013, über das Gemeinsame Unternehmen „Initiative Innovative Arzneimittel 2" (COM(2013) 495 final).

08 02 07 32 Gemeinsames Unternehmen „Initiative Innovative Arzneimittel 2" (IMI2)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 207 300 000 | 16 600 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Das Gemeinsame Unternehmen „Initiative Innovative Arzneimittel 2" (IMI2) trägt zur Umsetzung von „Horizont 2020" und insbesondere des besonderen Ziels „Gesundheit, demografischer Wandel und Wohlergehen" im Rahmen des Schwerpunktbereichs „Gesellschaftliche Herausforderungen" bei. Sein Ziel ist die Verbesserung von Gesundheit und Wohlbefinden der europäischen Bürger durch neue und wirksamere Diagnoseverfahren und Behandlungen, beispielsweise neue antimikrobielle Behandlungen.

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 07*** *(Fortsetzung)*

08 02 07 32 *(Fortsetzung)*

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen" im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965).

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 10. Juli 2013, über das Gemeinsame Unternehmen „Initiative Innovative Arzneimittel 2" (COM(2013) 495 final).

08 02 07 33 Gemeinsames Unternehmen „Biobasierte Industriezweige" (BBI) — Unterstützungsausgaben

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 977 500 | 977 500 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Das Gemeinsame Unternehmen „Biobasierte Industriezweige" (BBI) trägt zur Umsetzung von „Horizont 2020" und insbesondere des besonderen Ziels „Ernährungssicherheit, nachhaltige Landwirtschaft und Forstwirtschaft, marine und maritime und limnologische Forschung, und Biowirtschaft" im Rahmen des Schwerpunktbereichs „Gesellschaftliche Herausforderungen" sowie zum Aspekt „Schlüsseltechnologien" des besonderen Ziels „Führende Rolle bei Grundlagentechnologien und industriellen Technologien" bei. Sein Ziel ist die Entwicklung neuer, wettbewerbsfähiger biobasierter Wertschöpfungsketten, die die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringern und sich nachhaltig auf die ländliche Entwicklung auswirken.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen" im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 07*** *(Fortsetzung)*

08 02 07 33 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965).

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 10. Juli 2013, über das Gemeinsame Unternehmen „Biobasierte Industriezweige“ (COM(2013) 496 final).

08 02 07 34 Gemeinsames Unternehmen „Biobasierte Industriezweige“ (BBI)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 50 000 000 | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Das Gemeinsame Unternehmen „Biobasierte Industriezweige“ (BBI) trägt zur Umsetzung von „Horizont 2020“ und insbesondere des besonderen Ziels „Ernährungssicherheit, nachhaltige Landwirtschaft und Forstwirtschaft, marine und maritime und limnologische Forschung, und Biowirtschaft“ im Rahmen des Schwerpunktbereichs „Gesellschaftliche Herausforderungen“ sowie zum Aspekt „Schlüsseltechnologien“ des besonderen Ziels „Führende Rolle bei Grundlagentechnologien und industriellen Technologien“ bei. Sein Ziel ist die Entwicklung neuer, wettbewerbsfähiger biobasierter Wertschöpfungsketten, die die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringern und sich nachhaltig auf die ländliche Entwicklung auswirken.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen“ im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965).

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 10. Juli 2013, über das Gemeinsame Unternehmen „Biobasierte Industriezweige“ (COM(2013) 496 final).

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 07*** *(Fortsetzung)*

08 02 07 35 Gemeinsames Unternehmen „Clean Sky 2“ (Clean Sky 2) — Unterstützungsausgaben

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 225 333 | 1 225 333 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Das Gemeinsame Unternehmen „Clean Sky 2“ (Clean Sky 2) trägt zur Umsetzung von „Horizont 2020“ und insbesondere des besonderen Ziels „Intelligenter, umweltfreundlicher und integrierter Verkehr“ im Rahmen des Schwerpunktbereichs „Gesellschaftliche Herausforderungen“ bei. Sein Ziel besteht darin, die Auswirkungen der nächsten Generation von Flugzeugen auf die Umwelt radikal zu verringern.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen“ im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965).

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 10. Juli 2013, über das Gemeinsame Unternehmen „Clean Sky 2“ (COM(2013) 505 final).

08 02 07 36 Gemeinsames Unternehmen „Clean Sky 2“ (Clean Sky 2)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 100 000 000 | 13 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Das Gemeinsame Unternehmen „Clean Sky 2“ (Clean Sky 2) trägt zur Umsetzung von „Horizont 2020“ und insbesondere des besonderen Ziels „Intelligenter, umweltfreundlicher und integrierter Verkehr“ im Rahmen des Schwerpunktbereichs „Gesellschaftliche Herausforderungen“ bei. Sein Ziel besteht darin, die Auswirkungen der nächsten Generation von Flugzeugen auf die Umwelt radikal zu verringern.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen“ im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 07*** *(Fortsetzung)*

08 02 07 36 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965).

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 10. Juli 2013, über das Gemeinsame Unternehmen „Clean Sky 2" (COM(2013) 505 final).

08 02 07 37 Gemeinsames Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2" (FCH2) — Unterstützungsausgaben

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 292 667 | 292 667 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Das Gemeinsame Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2" (FCH2) trägt zur Umsetzung von „Horizont 2020" und insbesondere der besonderen Ziele „Sichere, saubere und effiziente Energie" und „Intelligenter, umweltfreundlicher und integrierter Verkehr" im Rahmen des Schwerpunktbereichs „Gesellschaftliche Herausforderungen" bei. Sein Ziel besteht in der Entwicklung wirtschaftlich tragfähiger und umweltfreundlicher Lösungen, bei denen Wasserstoff als Energieträger und Brennstoffzellen als Energiewandler eingesetzt werden.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen" im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965).

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 10. Juli 2013, über das Gemeinsame Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2" (FCH2) (COM(2013) 506 final).

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 07*** *(Fortsetzung)*

08 02 07 38 Gemeinsames Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“ (FCH2)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 93 354 000 | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Das Gemeinsame Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“ (FCH2) trägt zur Umsetzung von „Horizont 2020“ und insbesondere der besonderen Ziele „Sichere, saubere und effiziente Energie“ und „Intelligenter, umweltfreundlicher und integrierter Verkehr“ im Rahmen des Schwerpunktbereichs „Gesellschaftliche Herausforderungen“ bei. Sein Ziel besteht in der Entwicklung wirtschaftlich tragfähiger und umweltfreundlicher Lösungen, bei denen Wasserstoff als Energieträger und Brennstoffzellen als Energiewandler eingesetzt werden.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen“ im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965).

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 10. Juli 2013, über das Gemeinsame Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“ (FCH2) (COM(2013) 506 final).

***08 02 50 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung***

08 02 50 01 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Dieser Posten dient der Deckung der Ausgaben, die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 entsprechen, die durch die Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter oder Drittstaaten an Forschungs- und technologischen Entwicklungsmaßnahmen entstehen.

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 50*** *(Fortsetzung)*

08 02 50 01 *(Fortsetzung)*

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können aus den etwaigen Einnahmen, die bei den Posten 6 0 1 3, 6 0 1 5, 6 0 1 6, 6 0 3 1 und 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, gegebenenfalls zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Schweiz oder dem multilateralen EFDA-Übereinkommen (European Fusion Development Agreement) werden bei den Posten 6 0 1 1 und 6 0 1 2 des Einnahmenplans verbucht und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Ausgabenmittel bereitgestellt werden.

08 02 50 02 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung (aus der Zeit vor 2014)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 180 845 754,82 | 198 785 408,07 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 08 22 04 (teilweise)*

Dieser Posten dient der Deckung der Ausgaben, die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen entsprechen, die durch die Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter oder Drittstaaten an Forschungs- und technologischen Entwicklungsmaßnahmen aus der Zeit vor 2014 entstehen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können aus den etwaigen Einnahmen, die bei den Posten 6 0 1 3, 6 0 1 5, 6 0 1 6, 6 0 3 1 und 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, gegebenenfalls zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Schweiz oder dem multilateralen EFDA-Übereinkommen (European Fusion Development Agreement) werden bei den Posten 6 0 1 1 und 6 0 1 2 des Einnahmenplans verbucht und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Ausgabenmittel bereitgestellt werden.

***08 02 51*** ***Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — Siebtes Rahmenprogramm — indirekte Maßnahmen (EG) (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 2 568 132 885 | 5 589 609 565 | 4 328 649 206 | 5 236 412 959,21 | 4 187 220 752,34 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 08 02 01, 08 02 02, 08 02 03, 08 03 01, 08 04 01, 08 04 02, 08 05 01, 08 05 02, 08 05 03, 08 06 01, 08 06 02, 08 07 01, 08 07 02, 08 07 03, 08 07 04, 08 08 01, 08 09 01, 08 10 01, 08 12 01, 08 13 01, 08 14 01, 08 15 01, 08 16 01, 08 17 01, 08 18 01, 08 19 01 und 32 06 02*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen" im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 51*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 1982/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007 bis 2013) (ABl. L 412 vom 30.12.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Festlegung der Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an Maßnahmen des Siebten Rahmenprogramms sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse (2007-2013) (ABl. L 391 vom 30.12.2006, S. 1).

Entscheidung 2006/971/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm „Zusammenarbeit" zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 86).

Entscheidung 2006/972/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm „Ideen" zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 242).

Entscheidung 2006/974/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm „Kapazitäten" zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 299).

Verordnung (EG) Nr. 73/2008 des Rates vom 20. Dezember 2007 über die Gründung des Gemeinsamen Unternehmens zur Umsetzung der gemeinsamen Technologieinitiative für Innovative Arzneimittel (ABl. L 30 vom 4.2.2008, S. 38).

Verordnung (EG) Nr. 71/2008 des Rates vom 20. Dezember 2007 über die Gründung des Gemeinsamen Unternehmens Clean Sky (ABl. L 30 vom 4.2.2008, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 521/2008 des Rates vom 30. Mai 2008 zur Gründung des Gemeinsamen Unternehmens Brennstoffzellen und Wasserstoff (ABl. L 153 vom 12.6.2008, S. 1).

*Verweise*

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Juli 2007 zum TRIPS-Übereinkommen und zum Zugang zu Arzneimitteln (ABl. C 175 E vom 10.7.2008, S. 591).

***08 02 52*** ***Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — indirekte Maßnahmen (aus der Zeit vor 2007)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 16 232 123 | — | 30 035 646 | 1 622 406,53 | 125 978 679,92 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 08 22 01, Posten 08 22 02 01 und 08 22 03 01*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen" im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

Die Beiträge der EFTA-Staaten stammen ausschließlich aus deren Beteiligung an nichtnuklearen Aktionen des Rahmenprogramms.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 87/516/Euratom, EWG des Rates vom 28. September 1987 über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1987-1991) (ABl. L 302 vom 24.10.1987, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 52*** *(Fortsetzung)*

Beschluss 90/221/Euratom, EWG des Rates vom 23. April 1990 über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1990-1994) (ABl. L 117 vom 8.5.1990, S. 28).

Beschluss 93/167/Euratom, EWG des Rates vom 15. März 1993 zur Anpassung des Beschlusses 90/221/Euratom, EWG über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1990-1994) (ABl. L 69 vom 20.3.1993, S. 43).

Beschluss Nr. 1110/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. April 1994 über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1994-1998) (ABl. L 126 vom 18.5.1994, S. 1).

Beschluss Nr. 2535/97/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 1. Dezember 1997 zur zweiten Anpassung des Beschlusses Nr. 1110/94/EG über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1994-1998) (ABl. L 347 vom 18.12.1997, S. 1).

Beschluss Nr. 182/1999/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Dezember 1998 über das Fünfte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1998-2002) (ABl. L 26 vom 1.2.1999, S. 1).

Beschluss Nr. 1513/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2002 über das Sechste Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration als Beitrag zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums und zur Innovation (2002-2006) (ABl. L 232 vom 29.8.2002, S. 1).

Entscheidung 2002/834/EG des Rates vom 30. September 2002 über ein spezifisches Programm im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration: „Integration und Stärkung des Europäischen Forschungsraums“ (2002-2006) (ABl. L 294 vom 29.10.2002, S. 1).

Entscheidung 2002/835/EG des Rates vom 30. September 2002 über ein spezifisches Programm im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration: „Ausgestaltung des Europäischen Forschungsraums“ (2002-2006) (ABl. L 294 vom 29.10.2002, S. 44).

Entscheidung Nr. 1209/2003/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2003 über die Beteiligung der Gemeinschaft an einem von mehreren Mitgliedstaaten durchgeführten Forschungs- und Entwicklungsprogramm zur Entwicklung neuer klinischer Interventionen zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose im Rahmen einer langfristigen Partnerschaft zwischen Europa und den Entwicklungsländern (ABl. L 169 vom 8.7.2003, S. 1).

### *08 02 77* *Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*

08 02 77 01 Pilotprojekt — Koordinierung der Forschung zur Anwendung der Homöopathie und Phytotherapie in der Nutztierhaltung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 125 000 | p.m. | p.m. | 500 000,— | 250 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 05 08 12*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 77*** *(Fortsetzung)*

08 02 77 02 Pilotprojekt — Rückgewinnung kritischer Rohstoffe durch Recycling: eine Chance für die Europäische Union und die Afrikanische Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 112 500 | 500 000 | 250 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 21 04 07*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Gesamtziel*

Ziel dieses Pilotprojekts ist es, eine Grundlage für eine solide Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika bei Forschung und Innovation im Bereich der Wiederverwendung und Rückgewinnung von Rohstoffen zu schaffen.

Ein verbessertes Abfallmanagement und die damit einhergehende Vermeidung von Umwelt- und Gesundheitskosten können dazu beitragen, den finanziellen Druck auf afrikanische Regierungen zu verringern und die Rohstoffversorgung zu verbessern. Durch eine Beteiligung des Privatsektors können die Kosten erheblich gesenkt und die Dienstleistungen verbessert werden.

Die Umsetzung erfolgt in Form von zwei Seminaren, die 2013 in Europa bzw. Afrika abgehalten werden.

Die spezifischen Ziele im Bereich der Rückgewinnung von Rohstoffen und Wiederverwertung von Abfällen sind unter anderem folgende:

— Wissensaustausch auf politischer und Forschungsebene,

— Bereitstellung eines Forums für europäische und afrikanische Unternehmer sowie für Lehre und Forschung,

— Einbindung der Regierungen der europäischen und afrikanischen Mitgliedstaaten.

Das Pilotprojekt richtet sich an folgende Teilnehmer:

— die Europäische Union,

— die Afrikanische Union,

— die Vertreter der Rohstoffindustrie und der Abfall-/Recyclingbranche,

— die Vertreter aus Wissenschaft und Forschung, die sich mit Umwelttechnologien in den Bereichen Ressourceneffizienz und Recycling beschäftigen.

*Schlussfolgerungen*

Die Europäische Union hat in der Vergangenheit in einer Reihe von Bereichen wie zum Beispiel Forschungsnetzwerke (e-Infrastrukturen) mit Erfolg ähnliche Politik- und Forschungsinfrastrukturen mit afrikanischen Ländern eingerichtet. Diese Initiativen haben für enge Verbindungen zwischen den beiden Kontinenten gesorgt, die sich stets auf Ziele stützen, die im beiderseitigen Interesse liegen.

Auf dieser Grundlage umfasst das Pilotprojekt folgende zentrale Aufgaben:

— gemeinsames Abfallmanagement: Abfälle (Rohstoffe), die in Europa anfallen und nach Afrika exportiert werden, sollten auf wirksame und umweltverträgliche Weise behandelt werden. Die Europäische Union und die Afrikanische Union sollten diesbezüglich einen gemeinsamen Abfallmanagementplan für die betreffenden Rohstoffe ausarbeiten;

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG** *(Fortsetzung)*

***08 02 77*** *(Fortsetzung)*

08 02 77 02 *(Fortsetzung)*

— Wissenstransfer in Bezug auf innovative Recyclingtechnologien: Da es für einige Lösungen noch bahnbrechender Technologien, Verfahren und Dienstleistungen bedarf, sollte dem Einsatz bestehender Technologien, der Bereitstellung von Wissen und der Sensibilisierung eine höhere Priorität eingeräumt werden. Die Forschung sollte sich auf das Einsammeln, die Wiedergewinnung und das Recycling von Wertstoffen, einschließlich Rohstoffen, aus Haushalts- und Industrieabfällen beziehen. Die Länder in Afrika müssen die Abfälle bewältigen, die seit Jahrzehnten auf dem Land- und Wasserweg dorthin transportiert wurden. Die europäische Forschung kann dazu beitragen, einige aktuelle Probleme des Abfallmanagements zu lösen;

— Wirtschaft und Schaffung von Arbeitsplätzen: Mit Investitionen in eine umweltfreundliche Abfallwirtschaft können vielfache wirtschaftliche und ökologische Vorteile erzielt werden. So werden etwa durch die Recyclingwirtschaft mehr Arbeitsplätze geschaffen als ersetzt, was sie mit Blick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen zu einer der wichtigsten Branchen macht. Das europäische Abfallrecht gehört zu den innovativsten und umfassendsten auf der Welt. Seine Umsetzung würde zu Einsparungen in Höhe von 72 Mrd. EUR pro Jahr, einer Steigerung des Umsatzes mit Abfallmanagement- und Recyclingdiensten um 42 Mrd. EUR und zur Entstehung von 400 000 neuen Arbeitsplätzen führen.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 03 — PROGRAMM „EURATOM“ — INDIREKTE MASSNAHMEN**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 08 03 | PROGRAMM „EURATOM“ — INDIREKTE MASSNAHMEN | | | | | | | | |
| ***08 03 01*** | ***Operative Ausgaben für das Programm „Euratom“*** | | | | | | | | |
| 08 03 01 01 | Euratom — Fusionsenergie | 1.1 | 94 723 000 | 48 884 318 | | | | | — |
| 08 03 01 02 | Euratom — Kernspaltung und Strahlenschutz | 1.1 | 45 789 000 | 13 353 389 | | | | | — |
| | *Artikel 08 03 01 — Subtotal* | | 140 512 000 | 62 237 707 | | | | | — |
| ***08 03 50*** | ***Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung*** | | | | | | | | |
| 08 03 50 01 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020) | 1.1 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 08 03 50 02 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung (aus der Zeit vor 2014) | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 64 006 714,26 | 46 320 698,41 | — |
| | *Artikel 08 03 50 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 64 006 714,26 | 46 320 698,41 | — |
| ***08 03 51*** | ***Abschluss der früheren Euratom-Forschungsrahmenprogramme (2007-2013)*** | 1.1 | p.m. | 40 279 636 | 128 249 670 | 132 794 524 | 116 720 779,01 | 110 727 002,33 | 274,90 |
| ***08 03 52*** | ***Abschluss früherer Euratom-Forschungsrahmenprogramme (aus der Zeit vor 2007)*** | 1.1 | p.m. | 159 053 | — | 1 780 143 | 0,— | 4 989 881,— | 3 137,24 |
| | **Kapitel 08 03 — Insgesamt** | | **140 512 000** | **102 676 396** | **128 249 670** | **134 574 667** | **180 727 493,27** | **162 037 581,74** | **157,81** |

*Erläuterungen*

Das Forschungs- und Ausbildungsprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft (2014-2018) („Euratom-Programm“) ist ein integraler Bestandteil des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“. Mit dem Euratom-Programm sollen der Forschungs- und Innovationsrahmen im Nuklearbereich gestärkt und die Forschungsanstrengungen der Mitgliedstaaten koordiniert werden, um so Überschneidungen zu vermeiden, eine kritische Masse in Schlüsselbereichen zu erhalten und eine optimale Verwendung öffentlicher Mittel zu gewährleisten.

Ziele des Euratom-Programms sind die Verbesserung der nuklearen Sicherheit, der Sicherungsmaßnahmen und des Strahlenschutzes sowie die Leistung eines Beitrags zur langfristigen sicheren und effizienten Senkung der $CO_2$-Emissionen des Energiesystems. Es umfasst das Programm für Fusionsenergieforschung und -entwicklung, die Forschungstätigkeiten im Bereich

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 03 — PROGRAMM „EURATOM" — INDIREKTE MASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

Kernspaltung und Strahlenschutz und die direkten Maßnahmen der JRC im Bereichder nuklearen Sicherheit und der Sicherungsmaßnahmen. Mit der Verwirklichung dieser Ziele leistet das Euratom-Programm einen Beitrag zu den Ergebnissen in den drei Schwerpunktbereichen „Wissenschaftsexzellenz", „Führende Rolle der Industrie" und „Gesellschaftliche Herausforderungen" von „Horizont 2020". Diese Ziele stehen in einem deutlichen Zusammenhang mit den Zielen der Strategien „Europa 2020" und „Energie 2020".

***08 03 01 Operative Ausgaben für das Programm „Euratom"***

*Erläuterungen*

Zum Umfang des Euratom-Programms für indirekte Maßnahmen gehören die Sicherheit der Kernspaltung und Strahlenschutz sowie Fusionsforschung und -entwicklung, die den Erfolg des ITER-Projekts sicherstellen und gewährleisten sollen, dass ihre Vorteile von Europa genutzt werden können. Es wird zu den Ergebnissen in den drei Schwerpunktbereichen „Wissenschaftsexzellenz", „Führende Rolle der Industrie" und „Gesellschaftliche Herausforderungen" von „Horizont 2020" beitragen.

08 03 01 01 Euratom — Fusionsenergie

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 94 723 000 | 48 884 318 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Mit der Euratom-Tätigkeit im Bereich der Fusionsenergie werden gemeinsame Forschungstätigkeiten der Akteure im Bereich der Fusionsenergie, die an der Durchführung der sich aus dem Fahrplan für die Kernfusion ergebenden Aufgaben beteiligt sind, unterstützt. Zusätzlich werden gemeinsame Tätigkeiten zur Entwicklung von Werkstoffen für ein Demonstrationskraftwerk sowie Fragen des Reaktorbetriebs und zur Entwicklung und Demonstration aller für ein Demonstrationsfusionskraftwerk relevanten Technologien unterstützt. Mit der Tätigkeit werden auch Wissensmanagement und Technologietransfer von der durch dieses Programm kofinanzierten Forschung zur Industrie, unter Nutzung aller innovativen Aspekte der Forschungsarbeiten unterstützt. Des Weiteren werden mit der Maßnahme der Bau, die Modernisierung, die Nutzung und die kontinuierliche Verfügbarkeit zentraler Forschungsinfrastrukturen im Rahmen des Euratom-Programms gefördert.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (Euratom) Nr. 1314/2013 des Rates vom 16. Dezember 2013 über das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2014-2018) in Ergänzung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation Horizont 2020 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 948), insbesondere Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben e bis h.

08 03 01 02 Euratom — Kernspaltung und Strahlenschutz

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 45 789 000 | 13 353 389 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Mit der Euratom-Tätigkeit im Bereich der Kernspaltung werden gemeinsame Forschungstätigkeiten zum sicheren Betrieb von Reaktorsystemen, die in der Union eingesetzt werden oder in Zukunft eingesetzt werden könnten, unterstützt. Sie wird außerdem zur Entwicklung von Lösungen für die Entsorgung der nuklearen Restabfälle beitragen. Zusätzlich werden mit der Maßnahme gemeinsame und/oder koordinierte Forschungstätigkeiten gefördert, mit besonderem Augenmerk auf den Risiken niedriger Strahlendosen aufgrund industrieller, medizinischer oder umweltbedingter Exposition. Des Weiteren werden mit der Tätigkeit „Kernspaltung" gemeinsame Tätigkeiten von Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie von Mitgliedstaaten und assoziierten Staaten im Bereich Aus- und Fortbildung und Mobilität sowie der Erhalt von Kompetenzen im Nuklearbereich in mehreren Disziplinen unterstützt.

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 03 — PROGRAMM „EURATOM“ — INDIREKTE MASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***08 03 01*** *(Fortsetzung)*

08 03 01 02 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (Euratom) Nr. 1314/2013 des Rates vom 16. Dezember 2013 über das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2014-2018) in Ergänzung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation Horizont 2020 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 948), insbesondere Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben a bis d.

***08 03 50 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung***

08 03 50 01 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Dieser Posten dient der Deckung der Ausgaben, die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 entsprechen, die durch die Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter oder Drittstaaten an Forschungs- und technologischen Entwicklungsmaßnahmen entstehen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können aus den etwaigen Einnahmen, die bei den Posten 6 0 1 3, 6 0 1 5, 6 0 1 6, 6 0 3 1 und 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, gegebenenfalls zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Schweiz oder dem multilateralen EFDA-Übereinkommen (European Fusion Development Agreement) werden bei den Posten 6 0 1 1 und 6 0 1 2 des Einnahmenplans verbucht und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Ausgabenmittel bereitgestellt werden.

08 03 50 02 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung (aus der Zeit vor 2014)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 64 006 714,26 | 46 320 698,41 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 08 22 04 (teilweise)*

Dieser Posten dient der Deckung der Ausgaben, die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen entsprechen, die durch die Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter oder Drittstaaten an Forschungs- und technologischen Entwicklungsmaßnahmen aus der Zeit vor 2014 entstehen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können aus den etwaigen Einnahmen, die bei den Posten 6 0 1 3, 6 0 1 5, 6 0 1 6, 6 0 3 1 und 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, gegebenenfalls zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Schweiz oder dem multilateralen EFDA-Übereinkommen (European Fusion Development Agreement) werden bei den Posten 6 0 1 1 und 6 0 1 2 des Einnahmenplans verbucht und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Ausgabenmittel bereitgestellt werden.

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 03 — PROGRAMM „EURATOM" — INDIREKTE MASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***08 03 51 Abschluss der früheren Euratom-Forschungsrahmenprogramme (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 40 279 636 | 128 249 670 | 132 794 524 | 116 720 779,01 | 110 727 002,33 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 08 20 01 und 08 21 01*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Das Programm deckt zwei Themenbereiche ab:

— Forschung im Bereich der Kernfusion, welche die Aussicht auf eine fast unbegrenzte Verfügbarkeit umweltfreundlicher Energie eröffnet. ITER ist der entscheidende nächste Schritt hin zu diesem Ziel, weshalb die Verwirklichung des ITER-Projekts das Kernstück der derzeitigen Unionsstrategie bildet. Parallel dazu ist jedoch ein umfassendes, gezieltes europäisches Forschungs- und Entwicklungsprogramm zu Fusionsenergie zur Vorbereitung der Nutzung von ITER und zur Entwicklung der Technologien und der Wissensbasis durchzuführen, die für den Betrieb von ITER und die Zeit danach erforderlich sind.

— Kernspaltungsforschung, die darauf abzielt, eine solide wissenschaftliche und technische Grundlage zu schaffen, um konkrete Entwicklungen für eine sicherere Entsorgung langlebiger radioaktiver Abfälle zu beschleunigen, eine sicherere, ressourcenschonendere und kostenwirksamere Nutzung der Kernenergie zu fördern und ein robustes und für die Bevölkerung akzeptables System für den Schutz von Mensch und Umwelt vor den Folgen ionisierender Strahlungen zu gewährleisten.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2006/970/Euratom des Rates vom 18. Dezember 2006 über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2007-2011) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 60).

Verordnung (Euratom) Nr. 1908/2006 des Rates vom 19. Dezember 2006 zur Festlegung der Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an Maßnahmen des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse (2007-2011) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 1).

Entscheidung 2006/976/Euratom des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2007-2011) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 404).

Beschluss 2012/93/Euratom des Rates vom 19. Dezember 2011 über das Rahmenprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2012-2013) (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 25).

Verordnung (Euratom) Nr. 139/2012 des Rates vom 19. Dezember 2011 über die Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an indirekten Maßnahmen des Rahmenprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse (2012-2013) (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 1).

Beschluss 2012/94/Euratom des Rates vom 19. Dezember 2011 über das innerhalb des Rahmenprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2012-2013) durch indirekte Maßnahmen durchzuführende spezifische Programm (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 33).

***08 03 52 Abschluss früherer Euratom-Forschungsrahmenprogramme (aus der Zeit vor 2007)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 159 053 | — | 1 780 143 | 0,— | 4 989 881,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 08 22 02 02 und 08 22 03 02*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

**KAPITEL 08 03 — PROGRAMM „EURATOM“ — INDIREKTE MASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***08 03 52*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 94/268/Euratom des Rates vom 26. April 1994 über ein Rahmenprogramm für gemeinschaftliche Maßnahmen im Bereich der Forschung und Ausbildung für die Europäische Atomgemeinschaft (1994-1998) (ABl. L 115 vom 6.5.1994, S. 31).

Beschluss 96/253/Euratom des Rates vom 4. März 1996 zur Anpassung des Beschlusses 94/268/Euratom über ein Rahmenprogramm für gemeinschaftliche Maßnahmen im Bereich der Forschung und Ausbildung für die Europäische Atomgemeinschaft (1994-1998) aufgrund des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zur Europäischen Union (ABl. L 86 vom 4.4.1996, S. 72).

Beschluss Nr. 616/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. März 1996 zur Anpassung des Beschlusses Nr. 1110/94/EG über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1994-1998) aufgrund des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zur Europäischen Union (ABl. L 86 vom 4.4.1996, S. 69).

Beschluss 1999/64/Euratom des Rates vom 22. Dezember 1998 über das Fünfte Rahmenprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) für Maßnahmen im Bereich der Forschung und Ausbildung (1998 bis 2002) (ABl. L 26 vom 1.2.1999, S. 34).

Beschluss 2002/668/Euratom des Rates vom 3. Juni 2002 über das Sechste Rahmenprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) im Bereich der nuklearen Forschung und Ausbildung als Beitrag zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums (2002-2006) (ABl. L 232 vom 29.8.2002, S. 34).

Entscheidung 2002/837/Euratom des Rates vom 30. September 2002 über ein spezifisches Programm (Euratom) für Forschung und Ausbildung auf dem Gebiet der Kernenergie (2002-2006) (ABl. L 294 vom 29.10.2002, S. 74).

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 04 — ITER-PROGRAMM**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 08 04 | ITER-PROGRAMM | | | | | | | | |
| ***08 04 01*** | ***Bau, Betrieb und Nutzung der ITER-Anlagen — Europäisches Gemeinsames Unternehmen ITER — Kernfusion für die Energiegewinnung*** | 1.1 | 720 917 805 | 69 335 108 | | | | | — |
| ***08 04 50*** | ***Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung*** | | | | | | | | |
| 08 04 50 01 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020) | 1.1 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 08 04 50 02 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung (aus der Zeit vor 2014) | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| | *Artikel 08 04 50 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***08 04 51*** | ***Abschluss des Europäischen gemeinsamen Unternehmens ITER — Kernfusion für die Energiegewinnung (2007-2013)*** | 1.1 | p.m. | 486 765 952 | 904 900 000 | 245 002 495 | 1 136 844 160,99 | 291 183 690,99 | 59,82 |
| | **Kapitel 08 04 — Insgesamt** | | **720 917 805** | **556 101 060** | **904 900 000** | **245 002 495** | **1 136 844 160,99** | **291 183 690,99** | **52,36** |

*Erläuterungen*

Mit dem ITER-Projekt soll die Nutzbarkeit der Kernfusion als nachhaltige Energiequelle demonstriert werden. Der Bau und Betrieb eines experimentellen Fusionsreaktors bildet die Vorstufe zu dem bedeutenden Schritt des Baus von Reaktorprototypen für Fusionskraftwerke, die sicher, zukunftsfähig, umweltverträglich und wirtschaftlich sind. Das Programm wird zur Strategie Europa 2020 und insbesondere zur Leitinitiative „Innovationsunion" beitragen, da sich die Union durch die Mobilisierung der europäischen Hochtechnologieindustrie (die am Bau des ITER beteiligten Unternehmen) einen globalen Wettbewerbsvorteil in diesem vielversprechenden Bereich verschaffen dürfte.

An diesem Projekt sind sieben Parteien beteiligt: die Europäische Union, China, Indien, Japan, Südkorea, Russland und die Vereinigten Staaten.

### *08 04 01 Bau, Betrieb und Nutzung der ITER-Anlagen — Europäisches Gemeinsames Unternehmen ITER — Kernfusion für die Energiegewinnung*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 720 917 805 | 69 335 108 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Ziel dieses zusätzlichen Forschungsprogramms ist die Realisierung des ITER, einer Versuchsanlage in großem Maßstab, mit der die wissenschaftliche und technische Durchführbarkeit der Erzeugung von Fusionsenergie demonstriert werden soll. Im Anschluss daran soll ein Demonstrations-Fusionskraftwerk (DEMO) gebaut werden.

**KAPITEL 08 04 — ITER-PROGRAMM** *(Fortsetzung)*

***08 04 01*** *(Fortsetzung)*

Hierfür wurde die Europäische Organisation für den ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie in Form eines gemeinsamen Unternehmens gegründet. Dieses europäische gemeinsame Unternehmen für den ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie hat folgende Aufgaben:

— Bereitstellung des Euratom-Beitrags für die Internationale ITER-Fusionsenergieorganisation, zu der sieben Parteien gehören (die Union, Russland, Japan, China, Indien, Südkorea und die Vereinigten Staaten), die die Hälfte der Weltbevölkerung repräsentieren;

— Bereitstellung des Euratom-Beitrags zu den gemeinsamen Tätigkeiten des breiter angelegten Konzepts mit Japan zur schnellen Umsetzung der Fusionsenergie;

— Umsetzung eines Programms zur Vorbereitung des Baus eines Demonstrationsreaktors für die Kernfusion und entsprechender Einrichtungen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/791/Euratom des Rates vom 13. Dezember 2013 zur Änderung der Entscheidung 2007/198/Euratom über die Errichtung des europäischen gemeinsamen Unternehmens für den ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie sowie die Gewährung von Vergünstigungen dafür (ABl. L 349 vom 21.12.2013, S. 100).

***08 04 50 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung***

08 04 50 01 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Dieser Posten dient der Deckung der Ausgaben, die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 entsprechen, die durch die Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter oder Drittstaaten an Forschungs- und technologischen Entwicklungsmaßnahmen entstehen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können aus den etwaigen Einnahmen, die bei den Posten 6 0 1 3, 6 0 1 5, 6 0 1 6, 6 0 3 1 und 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, gegebenenfalls zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Schweiz oder dem multilateralen EFDA-Übereinkommen (European Fusion Development Agreement) werden bei den Posten 6 0 1 1 und 6 0 1 2 des Einnahmenplans verbucht und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Ausgabenmittel bereitgestellt werden.

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 04 — ITER-PROGRAMM** *(Fortsetzung)*

***08 04 50*** *(Fortsetzung)*

08 04 50 02 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung (aus der Zeit vor 2014)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 08 22 04 (teilweise)*

Dieser Posten dient der Deckung der Ausgaben, die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen entsprechen, die durch die Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter oder Drittstaaten an Forschungs- und technologischen Entwicklungsmaßnahmen aus der Zeit vor 2014 entstehen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können aus den etwaigen Einnahmen, die bei den Posten 6 0 1 3, 6 0 1 5, 6 0 1 6, 6 0 3 1 und 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, gegebenenfalls zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Schweiz oder dem multilateralen EFDA-Übereinkommen (European Fusion Development Agreement) werden bei den Posten 6 0 1 1 und 6 0 1 2 des Einnahmenplans verbucht und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Ausgabenmittel bereitgestellt werden.

***08 04 51*** ***Abschluss des Europäischen gemeinsamen Unternehmens ITER — Kernfusion für die Energiegewinnung (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 486 765 952 | 904 900 000 | 245 002 495 | 1 136 844 160,99 | 291 183 690,99 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 08 01 04 40 und Artikel 08 20 02*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss des Rates vom 25. September 2006 über den Abschluss des Übereinkommens über die Gründung der Internationalen ITER-Fusionsenergieorganisation für die gemeinsame Durchführung des ITER-Projekts, der Vereinbarung über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens über die Gründung der Internationalen ITER-Fusionsenergieorganisation für die gemeinsame Durchführung des ITER-Projekts und des Übereinkommens über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen ITER-Fusionsenergieorganisation für die gemeinsame Durchführung des ITER-Projekts durch die Kommission.

Entscheidung 2006/943/Euratom der Kommission vom 17. November 2006 über die vorläufige Anwendbarkeit des Übereinkommens über die Gründung der Internationalen ITER-Fusionsenergieorganisation für die gemeinsame Durchführung des ITER-Projekts und des Übereinkommens über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen ITER-Fusionsenergieorganisation für die gemeinsame Durchführung des ITER-Projekts (ABl. L 358 vom 16.12.2006, S. 60).

Beschluss 2006/970/Euratom des Rates vom 18. Dezember 2006 über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2007-2011) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 60).

Verordnung (Euratom) Nr. 1908/2006 des Rates vom 19. Dezember 2006 zur Festlegung der Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an Maßnahmen des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse (2007-2011) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 1).

**KAPITEL 08 04 — ITER-PROGRAMM** *(Fortsetzung)*

***08 04 51*** *(Fortsetzung)*

Entscheidung 2006/976/Euratom des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2007-2011) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 404).

Entscheidung 2007/198/Euratom des Rates vom 27. März 2007 über die Errichtung des europäischen gemeinsamen Unternehmens für den ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie sowie die Gewährung von Vergünstigungen dafür (ABl. L 90 vom 30.3.2007, S. 58).

Beschluss 2012/93/Euratom des Rates vom 19. Dezember 2011 über das Rahmenprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2012-2013) (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 25).

Verordnung (Euratom) Nr. 139/2012 des Rates vom 19. Dezember 2011 über die Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an indirekten Maßnahmen des Rahmenprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse (2012-2013) (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 1).

Beschluss 2012/94/Euratom des Rates vom 19. Dezember 2011 über das innerhalb des Rahmenprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2012-2013) durch indirekte Maßnahmen durchzuführende spezifische Programm (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 33).

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

**KAPITEL 08 05 — FORSCHUNGSPROGRAMM DES FORSCHUNGSFONDS FÜR KOHLE UND STAHL**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 08 05 | FORSCHUNGSPROGRAMM DES FORSCHUNGSFONDS FÜR KOHLE UND STAHL | | | | | | | | |
| ***08 05 01*** | ***Forschungsprogramm Stahl*** | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 43 087 791,— | 42 036 749,06 | — |
| ***08 05 02*** | ***Forschungsprogramm Kohle*** | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 12 622 421,07 | 16 392 206,89 | — |
| | **Kapitel 08 05 — Insgesamt** | | **p.m.** | **p.m.** | **p.m.** | **p.m.** | **55 710 212,07** | **58 428 955,95** | **—** |

*Erläuterungen*

Aus dem Forschungsfonds für Kohle und Stahl werden in jedem Jahr innovative Projekte zur Verbesserung von Sicherheit, Effizienz und Wettbewerbsvorteil der Kohle- und Stahlindustrie der Union finanziert. Er wurde 2002 geschaffen, um auf die Erfolge der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl aufzubauen. Die Aufteilung der Mittel zwischen Kohle (27,2 %) und Stahl (72,8 %) ist in der Entscheidung 2003/76/EG des Rates vom 1. Februar 2003 zur Festlegung der Bestimmungen für die Durchführung des Protokolls zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft über die finanziellen Folgen des Ablaufs der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags und über den Forschungsfonds für Kohle und Stahl (ABl. L 29 vom 5.2.2003, S. 22) festgelegt.

### *08 05 01 Forschungsprogramm Stahl*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 43 087 791,— | 42 036 749,06 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 08 23 01*

Ziel des Forschungsprogramms Stahl ist die Optimierung der Stahlerzeugungsprozesse zur Steigerung von Produktqualität und Produktivität. Die Verringerung von Emissionen, Energieverbrauch und Umweltauswirkungen sowie eine effizientere Nutzung von Rohstoffen und die Schonung der Ressourcen sollten integraler Bestandteil der angestrebten Verbesserungen sein.

*Rechtsgrundlagen*

Entscheidung 2008/376/EG des Rates vom 29. April 2008 über die Annahme des Forschungsprogramms des Forschungsfonds für Kohle und Stahl und über die mehrjährigen technischen Leitlinien für dieses Programm (ABl. L 130 vom 20.5.2008, S. 7).

### *08 05 02 Forschungsprogramm Kohle*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 12 622 421,07 | 16 392 206,89 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 08 23 02*

Die Ziele des Forschungsprogramms „Kohle“ sind die Senkung der Gesamtproduktionskosten der Bergwerke, Qualitätsverbesserungen bei den Produkten und die Senkung der Kosten der Kohlenutzung. Die Forschungsprojekte in diesem Bereich sollen außerdem dem wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt dienen und die Kenntnisse über Verhalten und Kontrolle der Lagerstätten im Hinblick auf Gebirgsdruck, Ausgasungen, Gefahr von Schlagwetterexplosionen, Bewetterung und alle sonstigen Faktoren, die den Abbaubetrieb beeinflussen, verbessern. Forschungsprojekte mit diesen Zielsetzungen müssen Ergebnisse versprechen, die kurz- bis mittelfristig auf einen wesentlichen Teil der Unionsproduktion anwendbar sind.

**KAPITEL 08 05 — FORSCHUNGSPROGRAMM DES FORSCHUNGSFONDS FÜR KOHLE UND STAHL** *(Fortsetzung)*

***08 05 02*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Entscheidung 2008/376/EG des Rates vom 29. April 2008 über die Annahme des Forschungsprogramms des Forschungsfonds für Kohle und Stahl und über die mehrjährigen technischen Leitlinien für dieses Programm (ABl. L 130 vom 20.5.2008, S. 7).

KOMMISSION
*TITEL 08 — FORSCHUNG UND INNOVATION*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „FORSCHUNG UND INNOVATION“

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „FORSCHUNG UND INNOVATION“

— ENTWICKLUNG DES EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSRAUMS

— VERWIRKLICHUNG DER INNOVATIONSUNION

KOMMISSION

*TITEL 09*

**KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN**

# TITEL 09

# KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 09 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLO-GIEN“ | 123 643 356 | 123 643 356 | 126 633 333 | 126 633 333 | 129 948 033,83 | 129 948 033,83 |
| 09 02 | RECHTLICHER RAHMEN FÜR DIE DIGITALE AGENDA | 18 026 948 | 17 844 948 | 17 127 969 | 16 098 689 | 15 336 818,88 | 15 636 976,51 |
| | *Reserven (40 02 41)* | | | *391 985* | *391 985* | | |
| | | 18 026 948 | 17 844 948 | 17 519 954 | 16 490 674 | 15 336 818,88 | 15 636 976,51 |
| 09 03 | INFRASTRUKTURFAZILITÄT „CONNECTING EUROPE“ (CEF) — TELEKOMMUNIKATIONS-NETZE | 83 915 000 | 16 083 423 | 2 700 000 | 10 576 085 | 15 035 374,57 | 17 423 511,27 |
| 09 04 | „HORIZONT 2020“ | 1 411 814 619 | 803 557 373 | 1 665 368 335 | 1 395 709 785 | 1 717 265 424,83 | 1 340 299 603,26 |
| | **Titel 09 — Insgesamt** | **1 637 399 923** | **961 129 100** | **1 811 829 637** | **1 549 017 892** | **1 877 585 652,11** | **1 503 308 124,87** |
| | ***Reserven (40 02 41)*** | | | ***391 985*** | ***391 985*** | | |
| | | **1 637 399 923** | **961 129 100** | **1 812 221 622** | **1 549 409 877** | **1 877 585 652,11** | **1 503 308 124,87** |

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

# TITEL 09

# KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN

## KAPITEL 09 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 09 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN“ | | | | | |
| ***09 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“*** | 5.2 | 38 070 652 | 39 181 059 | 39 641 269,64 | 104,13 |
| ***09 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“*** | | | | | |
| 09 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 2 156 787 | 2 330 831 | 2 253 891,89 | 104,50 |
| 09 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 1 658 457 | 1 684 783 | 2 055 225,53 | 123,92 |
| | *Artikel 09 01 02 — Subtotal* | | 3 815 244 | 4 015 614 | 4 309 117,42 | 112,94 |
| ***09 01 03*** | ***Ausgaben für technische Informations- und Kommunikationsausstattung sowie Dienstleistungen des Politikbereichs „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“*** | 5.2 | 2 464 270 | 2 503 160 | 2 934 194,68 | 119,07 |
| ***09 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“*** | | | | | |
| 09 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für die Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) — Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) | 1.1 | 188 003 | 150 000 | 145 156,42 | 77,21 |
| | *Artikel 09 01 04 — Subtotal* | | 188 003 | 150 000 | 145 156,42 | 77,21 |
| ***09 01 05*** | ***Unterstützungsausgaben für die Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“*** | | | | | |
| 09 01 05 01 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit | 1.1 | 48 600 267 | 48 973 500 | 47 681 288,67 | 98,11 |

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN“** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 09 01 05 02 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal | 1.1 | 12 636 867 | 12 875 000 | 12 121 965,65 | 95,93 |
| 09 01 05 03 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben | 1.1 | 17 868 053 | 18 935 000 | 23 115 041,35 | 129,37 |
| | *Artikel 09 01 05 — Subtotal* | | 79 105 187 | 80 783 500 | 82 918 295,67 | 104,82 |
| | **Kapitel 09 01 — Insgesamt** | | **123 643 356** | **126 633 333** | **129 948 033,83** | **105,10** |

***09 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 38 070 652 | 39 181 059 | 39 641 269,64 |

***09 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“***

09 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 156 787 | 2 330 831 | 2 253 891,89 |

09 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 658 457 | 1 684 783 | 2 055 225,53 |

***09 01 03 Ausgaben für technische Informations- und Kommunikationsausstattung sowie Dienstleistungen des Politikbereichs „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 464 270 | 2 503 160 | 2 934 194,68 |

KOMMISSION

*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN“** *(Fortsetzung)*

***09 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“***

09 01 04 01 Unterstützungsausgaben für die Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) — Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 188 003 | 150 000 | 145 156,42 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 09 01 04 04*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Ziele des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Haushaltspostens stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Artikel 09 03 01, 09 03 02 und 09 03 03.

***09 01 05 Unterstützungsausgaben für die Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“***

09 01 05 01 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 48 600 267 | 48 973 500 | 47 681 288,67 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 09 01 01 (teilweise) und Posten 09 01 05 01*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die in den genehmigten Stellenplänen ausgewiesenen Beamten und Bediensteten auf Zeit bestimmt, die mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Horizont 2020) betraut sind, einschließlich der an Delegationen der Union entsandten Beamten und Bediensteten auf Zeit, die mit indirekten Maßnahmen der Programme in anderen Bereichen als dem Nuklearbereich betraut sind.

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN“** *(Fortsetzung)*

***09 01 05*** *(Fortsetzung)*

09 01 05 01 *(Fortsetzung)*

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 09 04.

09 01 05 02 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 12 636 867 | 12 875 000 | 12 121 965,65 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für externes Personal bestimmt, das mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation Horizont 2020 betraut ist, einschließlich des an Delegationen der Union entsandten externen Personals, für indirekte Maßnahmen der Programme in anderen Bereichen als dem Nuklearbereich.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 09 04.

09 01 05 03 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 17 868 053 | 18 935 000 | 23 115 041,35 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 09 01 05 03* und *09 01 04 03 (teilweise)*

Diese Mittel sind zur Deckung sonstiger Verwaltungsausgaben bestimmt, einschließlich sonstiger Verwaltungsausgaben bezüglich an Delegationen der Union entsandtes Personal, die für die gesamte Verwaltung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Horizont 2020) im Rahmen indirekter Maßnahmen der Programme im nicht nuklearen Bereich anfallen.

Diese Mittel sind auch zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Ziele des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Haushaltspostens stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

KOMMISSION

*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN“** *(Fortsetzung)*

***09 01 05*** *(Fortsetzung)*

09 01 05 03 *(Fortsetzung)*

Sie sind auch zur Deckung der Ausgaben für die technische und administrative Unterstützung bei der Ermittlung, Vorbereitung, Verwaltung, Weiterbehandlung, Überprüfung und Kontrolle des Programms oder von Vorhaben, wie z. B. Konferenzen, Workshops, Seminare, Entwicklung und Pflege von IT-Systemen, Dienstreisen, Schulungen und Ausgaben für Repräsentationszwecke, bestimmt.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 09 04.

KOMMISSION

*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 02 — RECHTLICHER RAHMEN FÜR DIE DIGITALE AGENDA**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 09 02 | RECHTLICHER RAHMEN FÜR DIE DIGITALE AGENDA | | | | | | | | |
| ***09 02 01*** | ***Festlegung und Umsetzung der Unionspolitik im Bereich der elektronischen Kommunikation*** | 1.1 | 3 150 000 | 2 968 000 | 3 095 000 | 2 666 838 | 3 087 068,68 | 3 383 337,42 | 113,99 |
| ***09 02 03*** | ***Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit*** | 1.1 | 8 739 000 | 8 739 000 | 7 814 273 | 7 814 273 | 8 158 163,70 | 8 158 163,70 | 93,35 |
| | *Reserven (40 02 41)* | | | | *391 985* | *391 985* | | | |
| | | | 8 739 000 | 8 739 000 | 8 206 258 | 8 206 258 | 8 158 163,70 | 8 158 163,70 | |
| ***09 02 04*** | ***Gremium europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) — Büro*** | 1.1 | 3 617 948 | 3 617 948 | 3 768 696 | 3 768 696 | 3 190 000,— | 3 190 000,— | 88,17 |
| ***09 02 05*** | ***Maßnahmen betreffend digitale Inhalte sowie audiovisuelle und andere Medien*** | 3 | 1 020 000 | 1 020 000 | 950 000 | 948 882 | 901 586,50 | 604 756,30 | 59,29 |
| ***09 02 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 09 02 77 01 | Vorbereitende Maßnahme — Erasmus für Journalisten | 3 | — | p.m. | — | 150 000 | 0,— | 300 719,09 | — |
| 09 02 77 02 | Pilotprojekt — Umsetzung des Instruments für die Überwachung des Medienpluralismus | 3 | 500 000 | 500 000 | 500 000 | 250 000 | | | — |
| 09 02 77 03 | Pilotprojekt — Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit | 3 | 1 000 000 | 1 000 000 | 1 000 000 | 500 000 | | | — |
| | *Artikel 09 02 77 — Subtotal* | | 1 500 000 | 1 500 000 | 1 500 000 | 900 000 | 0,— | 300 719,09 | 20,05 |
| | **Kapitel 09 02 — Insgesamt** | | **18 026 948** | **17 844 948** | **17 127 969** | **16 098 689** | **15 336 818,88** | **15 636 976,51** | **87,63** |
| | ***Reserven (40 02 41)*** | | | | ***391 985*** | ***391 985*** | | | |
| | | | **18 026 948** | **17 844 948** | **17 519 954** | **16 490 674** | **15 336 818,88** | **15 636 976,51** | |

## *09 02 01 Festlegung und Umsetzung der Unionspolitik im Bereich der elektronischen Kommunikation*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 3 150 000 | 2 968 000 | 3 095 000 | 2 666 838 | 3 087 068,68 | 3 383 337,42 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 09 01 04 01 und Artikel 09 02 01*

Mit diesen Mitteln werden die Ausgaben für ein Paket von Maßnahmen gedeckt, mit denen

— die Unionspolitik im Bereich der elektronischen Kommunikationsnetze und -dienste fortgesetzt wird, um Initiativen zur Bewältigung der Herausforderungen in diesem Sektor zu ergreifen,

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 02 — RECHTLICHER RAHMEN FÜR DIE DIGITALE AGENDA** *(Fortsetzung)*

***09 02 01*** *(Fortsetzung)*

— ein Beitrag zur Durchführung der Digitalen Agenda für Europa durch Maßnahmen im Zusammenhang mit elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten geleistet wird, vor allem im Rahmen der Folgemaßnahmen zum Gipfel von Lissabon,

— politische Strategien und Rechtsvorschriften entwickelt werden, unter besonderer Beachtung von Fragen im Zusammenhang mit dem Zugang zu und der Genehmigung von elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten, insbesondere Interoperabilität, Zusammenschaltung, Bauarbeiten, Unabhängigkeit der Regulierungsbehörden und neue Maßnahmen zur Stärkung des Binnenmarkts,

— die Überwachung und Umsetzung der einschlägigen Rechtsvorschriften in allen Mitgliedstaaten gefördert werden,

— Vertragsverletzungsverfahren koordiniert werden,

— politische Strategien und Rechtsvorschriften entwickelt werden, unter besonderer Beachtung des Privatkundengeschäfts und von Verbraucherfragen, insbesondere Netzneutralität, Anbieterwechsel, Roaming und Universaldienst,

— eine schlüssige marktorientierte Regulierung entwickelt und umgesetzt wird, die von den nationalen Regulierungsbehörden anzuwenden ist, und mit denen auf die von diesen Behörden übermittelten Notifizierungen eingegangen wird, insbesondere auf Notifizierungen betreffend relevante Märkte, Wettbewerb und geeignete regulatorische Eingriffe, vor allem für Zugangsnetze der nächsten Generation,

— bereichsübergreifende politische Strategien entwickelt werden, mit denen sichergestellt wird, dass die Mitgliedstaaten alle Arten der Frequenznutzung berücksichtigen, einschließlich der verschiedenen Bereiche des Binnenmarkts, wie elektronische Kommunikation, Breitbandinternet und Innovation,

— die Umsetzung des Rechtsrahmens für elektronische Kommunikationsdienste gefördert und überwacht wird (auch des Verfahrens nach Artikel 7 der Richtlinie 2002/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (Rahmenrichtlinie) (ABl. L 108 vom 24.4.2002, S. 33),

— es Drittländern ermöglicht werden soll, eine Politik der Marktöffnung wie in der Union zu verfolgen,

— die Durchführung des Programms für die Funkfrequenzpolitik (Beschluss Nr. 243/2012/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 über ein Mehrjahresprogramm für die Funkfrequenzpolitik, ABl. L 81 vom 21.3.2012, S. 7) gefördert und überwacht wird.

Diese Maßnahmen haben im Einzelnen folgende Zielsetzungen:

— Formulierung einer Unionspolitik und -strategie im Bereich der Kommunikationsnetze und -dienste (unter Berücksichtigung der Konvergenz zwischen elektronischer Kommunikation und audiovisuellem Bereich, der Internetaspekte usw.),

— Entwicklung einer Frequenzpolitik in der Union,

— Ausbau der Aktionen im Sektor der Mobilfunk- und Satellitenkommunikation, insbesondere im Bereich der Frequenzen,

— Bestandsaufnahme der Situation und der in diesen Bereichen erlassenen Rechtsvorschriften,

— Koordinierung dieser Tätigkeiten und Initiativen im Hinblick auf das internationale Vorgehen (z. B. Weltfunkkonferenz, CEPT usw.),

— Entwicklung von Tätigkeiten und Initiativen im Bereich der Digitalen Agenda für Europa,

— Aufbau und Pflege der Datenbank zum Frequenzpolitikprogramm sowie weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit der Überwachung und Durchführung des Programms.

Diese Maßnahmen umfassen u. a. die Vorbereitung von Untersuchungen und Fortschrittsberichten, Einholung von Stellungnahmen der betroffenen Kreise und aus der Öffentlichkeit, die Ausarbeitung von Vorschlägen für Rechtsvorschriften, die Überwachung der Anwendung der Rechtsvorschriften sowie die Übersetzungen der Notifizierungen und Anhörungen gemäß Artikel 7 der Richtlinie 2002/21/EG.

Die Mittel dieses Artikels dienen insbesondere der Deckung der Ausgaben für Verträge über Analysen, Gutachten, spezifische Studien, Bewertungsberichte, Koordinierungstätigkeiten, Finanzhilfen und die Teilfinanzierung bestimmter Maßnahmen.

**KAPITEL 09 02 — RECHTLICHER RAHMEN FÜR DIE DIGITALE AGENDA** *(Fortsetzung)*

***09 02 01*** *(Fortsetzung)*

Ferner sind diese Mittel sind auch zur Deckung der Ausgaben für Sachverständigensitzungen, Kommunikationsveranstaltungen, Mitgliedsbeiträge, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der politischen Ziele oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Artikels stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***09 02 03 Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 09 02 03 | 8 739 000 | 8 739 000 | 7 814 273 | 7 814 273 | 8 158 163,70 | 8 158 163,70 |
| *Reserven (40 02 41)* | | | *391 985* | *391 985* | | |
| Insgesamt | 8 739 000 | 8 739 000 | 8 206 258 | 8 206 258 | 8 158 163,70 | 8 158 163,70 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 09 02 03 01 und 09 02 03 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit (Titel 1 und 2) und ihrer operativen Ausgaben ausschließlich im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3) bestimmt.

Die Agentur wurde eingerichtet, um die Fähigkeit der Union, der Mitgliedstaaten und folglich auch der Unternehmen zu stärken, Netz- und Informationssicherheitsprobleme zu vermeiden, zu bewältigen und darauf zu reagieren. Hierzu wird die ENISA ein hohes Maß an Know-how entwickeln und eine breit angelegte Zusammenarbeit zwischen den Akteuren des öffentlichen und privaten Sektors fördern.

Ziel der Agentur ist es, Hilfestellung zu geben und die Kommission sowie die Mitgliedstaaten in Fragen zu beraten, die die Netz- und Informationssicherheit in ihrem Zuständigkeitsbereich betreffen, und auf Ersuchen die Kommission bei der Vorbereitung von Aktualisierungen und Weiterentwicklungen des Unionsrechts auf dem Gebiet der Netz- und Informationssicherheit fachlich zu unterstützen.

Die Agentur muss das Europäischen Parlament und dem Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Die gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2343/2002 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Einnahmenplans zu verbuchen sind.

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 02 — RECHTLICHER RAHMEN FÜR DIE DIGITALE AGENDA** *(Fortsetzung)*

***09 02 03*** *(Fortsetzung)*

Durch Artikel 208 der Haushaltsordnung und die einschlägigen Artikel der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2343/2002 der Kommission wurde die Rolle des Europäischen Parlaments und des Rates für jede der von den Gemeinschaften geschaffenen Einrichtungen gestärkt.

Der Stellenplan der Agentur ist im Anhang „Personal" zu diesem Einzelplan enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 8 820 665 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 8 739 000 EUR erhöht sich um 81 665 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 526/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über die Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 460/2004 (ABl. L 165 vom 18.6.2013, S. 41).

***09 02 04*** ***Gremium europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) — Büro***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 3 617 948 | 3 617 948 | 3 768 696 | 3 768 696 | 3 190 000,— | 3 190 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 09 02 04 01 und 09 02 04 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben des Büros (Titel 1 und 2) und seiner operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3) bestimmt.

Das GEREK wirkt als spezialisiertes und unabhängiges Beratungsgremium, das die Kommission und die nationalen Regulierungsbehörden bei der Anwendung des Rechtsrahmens der Union für die elektronische Kommunikation unterstützt, um eine einheitliche Regulierung in der gesamten Union zu fördern. Das GEREK ist weder ein Unionsgremium noch besitzt es Rechtspersönlichkeit.

Das GEREK besteht aus einem Regulierungsrat mit einem Büro, das als Unionsgremium mit eigener Rechtspersönlichkeit eingerichtet wird und das GEREK fachlich und verwaltungstechnisch bei der Wahrnehmung der ihm durch die Verordnung (EG) Nr. 1211/2009 übertragenen Aufgaben unterstützt.

Das Büro muss das Europäische Parlament und den Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen Ausgaben und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Die gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2343/2002 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Durch Artikel 208 der Haushaltsordnung und die einschlägigen Artikel der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2343/2002 der Kommission wurde die Rolle der Haushaltsbehörde für jede der von den Gemeinschaften geschaffenen Einrichtungen gestärkt.

Der Stellenplan des Büros ist im Anhang „Personal" zu diesem Einzelplan enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 4 162 874 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 3 617 948 EUR erhöht sich um 544 926 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1211/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 zur Einrichtung des Gremiums Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) und des Büros (ABl. L 337 vom 18.12.2009, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 02 — RECHTLICHER RAHMEN FÜR DIE DIGITALE AGENDA** *(Fortsetzung)*

***09 02 05 Maßnahmen betreffend digitale Inhalte sowie audiovisuelle und andere Medien***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 020 000 | 1 020 000 | 950 000 | 948 882 | 901 586,50 | 604 756,30 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 09 01 04 06 und Artikel 09 02 05*

Diese Mittel sind zur Finanzierung folgender Maßnahmen bestimmt:

— Umsetzung der Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (ABl. L 95 vom 15.4.2010, S. 1).

— Überwachung der Entwicklung des Mediensektors, einschließlich Medienpluralismus und -freiheit, und

— Sammlung und Verbreitung von wirtschaftlichen und rechtlichen Informationen sowie Analysen zum audiovisuellen Sektor und zur Konvergenz der Medienbranche und der Inhalteindustrie.

Diese Mittel sind auch zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung des Ziels der Maßnahmen im Rahmen dieses Artikels stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***09 02 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

09 02 77 01 Vorbereitende Maßnahme — Erasmus für Journalisten

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | 150 000 | 0,— | 300 719,09 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 09 02 06*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 02 — RECHTLICHER RAHMEN FÜR DIE DIGITALE AGENDA** *(Fortsetzung)*

***09 02 77*** *(Fortsetzung)*

09 02 77 02 Pilotprojekt — Umsetzung des Instruments für die Überwachung des Medienpluralismus

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 500 000 | 500 000 | 500 000 | 250 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 09 02 07*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt bestimmt.

Mit diesen Mitteln soll die Umsetzung des Instruments für Medienpluralismus finanziert werden. Das Instrument wurde im Rahmen einer von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen unabhängigen Untersuchung mit dem Titel „Indikatoren für Medienpluralismus in den Mitgliedstaaten — ein risikobasierter Ansatz" entwickelt. Es ist ein Überwachungsinstrument zur Bewertung der Risiken für den Medienpluralismus in den Mitgliedstaaten und zur Ermittlung der Bedrohungen des Medienpluralismus auf der Grundlage einer Reihe von Indikatoren unter Berücksichtigung einschlägiger rechtlicher, wirtschaftlicher und soziokultureller Erwägungen.

Konkret soll mit dieser Maßnahme eine weitere Untersuchung eingeleitet werden, in deren Rahmen diese Indikatoren im Lichte der zunehmenden Bedeutung des Internet aktualisiert werden und die Indikatoren in der Praxis angewandt werden, um ein umfassendes Bild der Risiken für den Medienpluralismus in den Mitgliedstaaten zu gewinnen. Die Bewertung der Risiken erfolgt am besten auf transparente Art und Weise unter Einbeziehung der Beteiligten.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

09 02 77 03 Pilotprojekt — Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 000 000 | 1 000 000 | 1 000 000 | 500 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 33 02 10*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt bestimmt.

Das geplante Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit würde an die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und die Europäische Charta für Pressefreiheit anknüpfen, indem es als europaweite „Anlaufstelle" für Journalistenverbände oder Einzelpersonen und Medienakteure dienen würde, die angebliche Verstöße gegen diese Chartas geltend machen. Das Zentrum würde solche Verstöße überwachen und dokumentieren. Außerdem würde es als Frühwarnstelle für akute Fälle dienen, indem es beispielsweise Unterstützung ausländischer Kollegen für Journalisten organisiert, die Hilfe brauchen. Das Zentrum würde von der Mitwirkung einer ganzen Reihe von Quellen profitieren, u.a. akademischen Zentren, regionalen Partnern aus ganz Europa und verschiedenen Journalistenverbänden.

**KAPITEL 09 02 — RECHTLICHER RAHMEN FÜR DIE DIGITALE AGENDA** *(Fortsetzung)*

***09 02 77*** *(Fortsetzung)*

09 02 77 03 *(Fortsetzung)*

Der territoriale Wirkungsbereich der Zentren wären die Mitgliedstaaten und die Kandidatenländer.

Dieses Projekt wäre eine Ergänzung zu bereits bestehenden Aktionen, die aus dem Unionshaushalt unterstützt werden. Im Einzelnen würde es das praktische, konkrete Gegenstück zum akademisch ausgerichteten „Zentrum für Medienpluralismus und -freiheit" bilden, das am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz eingerichtet wurde. Außerdem würde es von der Dynamik profitieren, die von der von der Kommission eingesetzten hochrangigen Gruppe für Medienfreiheit und Pluralismus und von der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. Mai 2013 über die „EU-Charta: Normensetzung für die Freiheit der Medien in der EU" eingeleitet wurde.

Mit dem Pilotprojekt würden die Anlaufkosten eines solchen Zentrums und die Kofinanzierung seiner jährlichen Betriebskosten gedeckt.

Freiheit und Pluralismus der Medien, einschließlich Leitlinien für unabhängige Medien, sind Schlüsselfaktoren für die Ausübung der freien Meinungsäußerung, die eine der wesentlichen Grundlagen der Union ist. Freiheit und Pluralismus der Medien sind für unsere demokratischen Gesellschaften lebenswichtig.

Das Pilotprojekt soll in den Mitgliedstaaten sowie in den Kandidatenländern und den potenziellen Kandidatenländern Journalistenverbände oder Einzelpersonen und Medienakteure unterstützen, die Verstöße gegen die Europäische Charta für Pressefreiheit geltend machen.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 03 — INFRASTRUKTURFAZILITÄT „CONNECTING EUROPE“ (CEF) — TELEKOMMUNIKATIONSNETZE**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 09 03 | INFRASTRUKTUR-FAZILITÄT „CONNECTING EUROPE“ (CEF) — TELEKOMMUNIKATIONS-NETZE | | | | | | | | |
| ***09 03 01*** | ***Beschleunigung des Ausbaus der Breitbandnetze*** | 1.1 | 10 000 000 | p.m. | | | | | — |
| ***09 03 02*** | ***Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen in Telekommunikationsinfrastrukturprojekte*** | 1.1 | 34 889 000 | p.m. | | | | | — |
| ***09 03 03*** | ***Förderung des Verbunds und der Interoperabilität einzelstaatlicher Dienstleistungen von gemeinsamem Interesse und Leisten eines Beitrags zu einem sicheren, inklusiven und konstruktiven Online-Umfeld*** | 1.1 | 39 026 000 | 9 783 423 | | | | | — |
| ***09 03 51*** | ***Abschluss früherer Programme*** | | | | | | | | |
| 09 03 51 01 | Abschluss des Programms „Mehr Sicherheit im Internet“ (2009-2013) | 1.1 | — | 6 300 000 | 2 700 000 | 10 576 085 | 15 035 374,57 | 16 689 620,32 | 264,91 |
| 09 03 51 02 | Abschluss des Programms „Mehr Sicherheit im Internet“ — Förderung der sichereren Nutzung des Internets und neuer Online-Technologien | 1.1 | — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 635 494,73 | — |
| | *Artikel 09 03 51 — Subtotal* | | — | 6 300 000 | 2 700 000 | 10 576 085 | 15 035 374,57 | 17 325 115,05 | 275,— |
| ***09 03 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 09 03 77 01 | Vorbereitende Maßnahme — Internetbasiertes System für bessere Rechtsetzung und zur Bürgerbeteiligung | 1.1 | — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 98 396,22 | — |
| | *Artikel 09 03 77 — Subtotal* | | — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 98 396,22 | — |
| | **Kapitel 09 03 — Insgesamt** | | **83 915 000** | **16 083 423** | **2 700 000** | **10 576 085** | **15 035 374,57** | **17 423 511,27** | **108,33** |

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 03 — INFRASTRUKTURFAZILITÄT „CONNECTING EUROPE“ (CEF) — TELEKOMMUNIKATIONSNETZE** *(Fortsetzung)*

***09 03 01 Beschleunigung des Ausbaus der Breitbandnetze***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 10 000 000 | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Die Maßnahmen im Rahmen dieser Haushaltslinie tragen zu den in Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 und in Artikel 2 des Vorschlags für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Leitlinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze festgelegten Zielen bei.

Mit den Maßnahmen im Rahmen dieser Haushaltslinie werden Projekte von gemeinsamem Interesse im Bereich der Breitbandnetze unterstützt.

Die Maßnahmen im Rahmen dieser Haushaltslinie tragen zu den genannten Zielen in der Regel über Finanzhilfen und Beschaffungsmaßnahmen bei.

Die Mittel decken Ausgaben für den Bau von Infrastruktur und die Installierung der Ausrüstung ab. Sie decken ferner Arbeiten, Studien und programmunterstützende Aktionen ab, insbesondere technische Hilfe gemäß Artikel 2 der Verordnung (EU) Nr. 1316/2013, einschließlich des Beitrags zu bestehenden Strukturen der technischen Hilfe.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 680/2007 und (EG) Nr. 67/2010 (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 129).

*Verweise*

Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 28. Mai 2013, über Leitlinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1336/97/EG (COM(2013) 329 final).

***09 03 02 Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen in Telekommunikationsinfrastrukturprojekte***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 34 889 000 | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Die Maßnahmen im Rahmen dieser Haushaltslinie tragen zu den in Artikel 4 der Verordnung EU) Nr. 1316/2013 und in Artikel 2 des geänderten Vorschlags für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Leitlinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze festgelegten Zielen bei.

Mit den Maßnahmen im Rahmen dieser Haushaltslinie werden Projekte von gemeinsamem Interesse im Bereich der Breitbandnetze unterstützt.

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 03 — INFRASTRUKTURFAZILITÄT „CONNECTING EUROPE“ (CEF) — TELEKOMMUNIKATIONSNETZE** *(Fortsetzung)*

***09 03 02*** *(Fortsetzung)*

Die Maßnahmen im Rahmen dieser Haushaltslinie tragen zu den genannten Zielen in der Regel über Finanzierungsinstrumente nach den Artikeln 14 und 15 der Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 bei.

Die Mittel decken den Bau von Infrastruktur und die Installierung der Ausrüstung ab. Sie decken ferner Arbeiten, Studien und programmunterstützende Maßnahmen ab, insbesondere technische Hilfe gemäß Artikel 2 der Verordnung (EU) Nr. 1316/2013, einschließlich des Beitrags zu bestehenden Strukturen der technischen Hilfe.

Bei Rückzahlungen aus Finanzierungsinstrumenten nach Artikel 140 Absatz 6 der Haushaltsordnung, einschließlich Rückflüssen, freigegebenen Garantien und Erstattungen auf den Darlehensbetrag, die der Kommission erstattet und unter dem Posten 6 3 4 1 des Einnahmenplans verbucht werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 3 Ziffer i der Haushaltsordnung zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 680/2007 und (EG) Nr. 67/2010, insbesondere Artikel 4 Absatz 4.

*Verweise*

Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 28. Mai 2013, über Leitlinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1336/97/EG (COM(2013) 329 final).

***09 03 03*** ***Förderung des Verbunds und der Interoperabilität einzelstaatlicher Dienstleistungen von gemeinsamem Interesse und Leisten eines Beitrags zu einem sicheren, inklusiven und konstruktiven Online-Umfeld***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 39 026 000 | 9 783 423 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Die Maßnahmen im Rahmen dieser Haushaltslinie tragen zu den in Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 und in Artikel 3 des geänderten Vorschlags für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Leitlinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze festgelegten Zielen bei.

Mit ihnen werden Vorhaben von gemeinsamem Interesse im Bereich Infrastruktur für Digitaldienste sowie Projekte, die einen Beitrag zu einem sicheren, inklusiven und konstruktiven Online-Umfeld leisten, unterstützt.

Die Maßnahmen im Rahmen dieser Haushaltslinie tragen zu den genannten Zielen in der Regel über Finanzhilfen und Beschaffungsmaßnahmen bei:

— Kerndiensteplattformen, mit Ausnahme von Europeana, werden in der Regel über Beschaffungsmaßnahmen finanziert,

— generische Dienste werden in der Regel über Finanzhilfen finanziert.

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 03 — INFRASTRUKTURFAZILITÄT „CONNECTING EUROPE" (CEF) — TELEKOMMUNIKATIONSNETZE** *(Fortsetzung)*

***09 03 03*** *(Fortsetzung)*

Von den Mitteln abgedeckt werden gemäß Artikel 2 des geänderten Vorschlags für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Leitlinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze Ausgaben für Aufstellung, Betrieb, Aufrüstung und Instandhaltung, insbesondere technische Hilfe sowie Betrieb und Instandhaltung von digitalen Dienstinfrastrukturen. Der Schwerpunkt liegt nicht ausschließlich auf der Schaffung der Kerndiensteplattform und Basisdienste, sondern auch auf der Leitung des Betriebs solcher Plattformen und Dienste.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe", zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 680/2007 und (EG) Nr. 67/2010, insbesondere Artikel 4 Absatz 4.

*Verweise*

Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 28. Mai 2013, über Leitlinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1336/97/EG (COM(2013) 329 final).

## *09 03 51 Abschluss früherer Programme*

09 03 51 01 Abschluss des Programms „Mehr Sicherheit im Internet" (2009-2013)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 6 300 000 | 2 700 000 | 10 576 085 | 15 035 374,57 | 16 689 620,32 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 09 02 02 01*

Diese Mittel sind zur Abwicklung früherer Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Programm „Mehr Sicherheit im Internet" bestimmt.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Kandidatenländer und gegebenenfalls der potenziellen Kandidaten des westlichen Balkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 1351/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über ein mehrjähriges Gemeinschaftsprogramm zum Schutz der Kinder bei der Nutzung des Internets und anderer Kommunikationstechnologien (ABl. L 348 vom 24.12.2008, S. 118).

KOMMISSION

*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 03 — INFRASTRUKTURFAZILITÄT „CONNECTING EUROPE“ (CEF) — TELEKOMMUNIKATIONSNETZE** *(Fortsetzung)*

***09 03 51*** *(Fortsetzung)*

09 03 51 02 Abschluss des Programms „Mehr Sicherheit im Internet“ — Förderung der sichereren Nutzung des Internets und neuer Online-Technologien

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 635 494,73 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 09 02 02 02*

Diese Mittel sind zur Abwicklung früherer Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Programm „Mehr Sicherheit im Internet“ bestimmt.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Kandidatenländer und gegebenenfalls der potenziellen Kandidaten des westlichen Balkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 854/2005/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über ein mehrjähriges Gemeinschaftsprogramm zur Förderung der sichereren Nutzung des Internets und neuer Online-Technologien (ABl. L 149 vom 11.6.2005, S. 1).

***09 03 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

09 03 77 01 Vorbereitende Maßnahme — Internetbasiertes System für bessere Rechtsetzung und zur Bürgerbeteiligung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 98 396,22 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 09 03 03*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 09 04 | „HORIZONT 2020“ | | | | | | | | |
| ***09 04 01*** | ***Wissenschaftliche Exzellenz*** | | | | | | | | |
| 09 04 01 01 | Intensivierung der Forschung im Bereich künftige und sich abzeichnende Technologien | 1.1 | 246 003 372 | 10 300 623 | | | | | — |
| 09 04 01 02 | Stärkung der europäischen Forschungsinfrastrukturen (einschließlich e-Infrastrukturen) | 1.1 | 96 956 907 | 2 101 017 | | | | | — |
| | *Artikel 09 04 01 — Subtotal* | | 342 960 279 | 12 401 640 | | | | | — |
| ***09 04 02*** | ***Industrielle Führungsrolle*** | | | | | | | | |
| 09 04 02 01 | Führungsrolle in den Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) | 1.1 | 720 260 961 | 44 192 289 | | | | | — |
| | *Artikel 09 04 02 — Subtotal* | | 720 260 961 | 44 192 289 | | | | | — |
| ***09 04 03*** | ***Gesellschaftliche Herausforderungen*** | | | | | | | | |
| 09 04 03 01 | Verbesserung der lebenslangen Gesundheit und des lebenslangen Wohlergehens | 1.1 | 131 580 377 | 11 991 283 | | | | | — |
| 09 04 03 02 | Förderung integrativer, innovativer und sicherer europäischer Gesellschaften | 1.1 | 77 973 002 | 505 313 | | | | | — |
| | *Artikel 09 04 03 — Subtotal* | | 209 553 379 | 12 496 596 | | | | | — |
| ***09 04 07*** | ***Gemeinsame Unternehmen*** | | | | | | | | |
| 09 04 07 31 | Gemeinsames Unternehmen „Elektronikkomponenten und -systeme für eine Führungsrolle Europas“ (ECSEL) — Unterstützungsausgaben | 1.1 | 540 000 | 540 000 | | | | | — |
| 09 04 07 32 | Gemeinsames Unternehmen „Elektronikkomponenten und -systeme für eine Führungsrolle Europas“ (ECSEL) | 1.1 | 135 000 000 | 33 750 000 | | | | | — |
| | *Artikel 09 04 07 — Subtotal* | | 135 540 000 | 34 290 000 | | | | | — |
| ***09 04 50*** | ***Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung*** | | | | | | | | |
| 09 04 50 01 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020) | 1.1 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 09 04 50 02 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung (aus der Zeit vor 2014) | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 148 457 500,92 | 68 125 542,06 | — |
| | *Artikel 09 04 50 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 148 457 500,92 | 68 125 542,06 | — |

KOMMISSION

*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| ***09 04 51*** | ***Abschluss des Siebten Rahmenprogramms (2007-2013)*** | 1.1 | p.m. | 618 054 637 | 1 521 103 335 | 1 252 627 275 | 1 431 395 376,08 | 1 140 275 304,39 | 184,49 |
| ***09 04 52*** | ***Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme (aus der Zeit vor 2007)*** | 1.1 | — | p.m. | — | 10 872 610 | 270 318,65 | 8 240 888,31 | — |
| ***09 04 53*** | ***Abschluss des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation — Programm zur Unterstützung der Politik im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT-Förderprogramm)*** | | | | | | | | |
| 09 04 53 01 | Abschluss des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation — Programm zur Unterstützung der Politik im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT-Förderprogramm) (2007-2013) | 1.1 | p.m. | 80 372 211 | 144 265 000 | 130 841 912 | 137 142 229,18 | 113 807 470,— | 141,60 |
| 09 04 53 02 | Abschluss früherer Programme im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) (aus der Zeit vor 2007) | 1.1 | — | p.m. | — | 1 367 988 | 0,— | 9 850 398,50 | — |
| | *Artikel 09 04 53 — Subtotal* | | p.m. | 80 372 211 | 144 265 000 | 132 209 900 | 137 142 229,18 | 123 657 868,50 | 153,86 |
| ***09 04 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 09 04 77 01 | Pilotprojekt — Technologien für offenes Wissen: Erfassung und Validierung von Wissen | 1.1 | 1 500 000 | 750 000 | | | | | — |
| 09 04 77 02 | Pilotprojekt — Verbunden für die Gesundheit: eine Lösung für Gesundheit und Wohlbefinden in Open-Access-FTTH-Netzen | 1.1 | 1 000 000 | 500 000 | | | | | — |
| 09 04 77 03 | Pilotprojekt — REIsearch (Spitzen- und Innovationsforschungsnetz) — Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Europäischen Forschungsraums durch mehr Kommunikation zwischen den Forschern, den Bürgern und den Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik | 1.1 | 1 000 000 | 500 000 | | | | | — |
| | *Artikel 09 04 77 — Subtotal* | | 3 500 000 | 1 750 000 | | | | | — |
| | **Kapitel 09 04 — Insgesamt** | | **1 411 814 619** | **803 557 373** | **1 665 368 335** | **1 395 709 785** | **1 717 265 424,83** | **1 340 299 603,26** | **166,80** |

*Erläuterungen*

Diese Erläuterungen gelten für alle Haushaltslinien dieses Kapitels.

Diese Mittel werden für das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020), das für den Zeitraum 2014 bis 2020 gilt, verwendet.

**KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

„Horizont 2020“ wird bei der Umsetzung der Europa-2020-Leitinitiative „Innovationsunion“ und anderer Leitinitiativen, wie „Ressourcenschonendes Europa“, „Eine Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“ und „Digitale Agenda für Europa“, sowie für den Aufbau und das Funktionieren des europäischen Forschungsraums (EFR) eine wesentliche Rolle spielen. Horizont 2020 wird durch die Mobilisierung ausreichender zusätzlicher Mittel für Forschung, Entwicklung und Innovation zum Aufbau einer wissens- und innovationsgestützten Wirtschaft in der gesamten Union beitragen.

Es wird zur Erreichung der in Artikel 179 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union dargelegten allgemeinen Ziele durchgeführt werden, um zur Schaffung einer Wissensgesellschaft, die auf dem Europäischen Forschungsraum aufbaut, beizutragen: Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf allen Ebenen in der gesamten Union, Steigerung der Dynamik, der Kreativität und der herausragenden Leistungen der europäischen Forschung bis an die Grenzen des Wissens, quantitative und qualitative Stärkung der Humanressourcen in Forschung und Technologie in Europa sowie der Forschungs- und Innovationskapazitäten in der ganzen Union und Gewährleistung ihrer bestmöglichen Verwendung.

Die Artikel und Posten dieses Titels decken auch die Ausgaben für von der Kommission veranstaltete Sitzungen, Konferenzen, Workshops und Kolloquien von hohem wissenschaftlich-technischem Niveau und europäischem Interesse ab; für die Finanzierung von Studien sowie von Finanzhilfen für die Begleitung und Bewertung der spezifischen Programme und der Rahmenprogramme; für im Auftrag der Kommission durchgeführte Analysen und Bewertungen von hohem wissenschaftlich-technischem Niveau, die der Erschließung neuer, für die Aktionen der Union geeigneter Forschungsbereiche dienen, insbesondere im Rahmen des Europäischen Forschungsraums, wie auch für die Programmbetreuung und die Verbreitung der Ergebnisse, darunter für Maßnahmen, die im Zuge früherer Rahmenprogramme durchgeführt wurden.

Diese Mittel werden im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 1290/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Regeln für die Beteiligung am Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) sowie für die Verbreitung der Ergebnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 81) verwendet.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Bei einigen dieser Projekte ist die Möglichkeit einer Beteiligung von Drittländern an der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlich-technischen Forschung vorgesehen. Solche möglichen Finanzbeiträge werden bei den Posten 6 0 1 3 und 6 0 1 5 des Einnahmenplans veranschlagt und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Einnahmen von Staaten, die sich an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligen, werden bei dem Posten 6 0 1 6 des Einnahmenplans veranschlagt und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Einnahmen aus Beiträgen der Kandidatenländer und gegebenenfalls der potenziellen Kandidaten des westlichen Balkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Die etwaigen Einnahmen aus den Beiträgen externer Einrichtungen zu den Tätigkeiten der Union werden bei dem Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Die Bereitstellung der zusätzlichen Mittel erfolgt über Posten 09 04 50 01.

Die Bereitstellung der Mittel für Verwaltungsausgaben dieses Kapitels erfolgt über Artikel 09 01 05.

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

***09 04 01 Wissenschaftliche Exzellenz***

*Erläuterungen*

Mit dieser Priorität des Programms Horizont 2020 soll die Exzellenz der Wissenschaftsbasis der Union gestärkt und ausgeweitet werden, so dass die Union stets über eine im Weltmaßstab erstklassige Forschung verfügt und somit seine langfristige Wettbewerbsfähigkeit gesichert wird. Angestrebt wird, die besten Ideen zu fördern, Talente innerhalb der Union aufzubauen, Forschern den Zugang zu wichtigen Forschungsinfrastrukturen zu ermöglichen und die Union zu einem attraktiven Standort für die weltbesten Wissenschaftler zu machen. Die zu finanzierenden Forschungsmaßnahmen werden entsprechend dem Bedarf und den Möglichkeiten der Wissenschaft festgelegt, ohne dass vorab thematische Prioritäten bestimmt werden. Die Forschungspläne werden in enger Abstimmung mit den Wissenschaftlern aufgestellt und Forschungsvorhaben werden auf der Basis von Exzellenz finanziert.

09 04 01 01 Intensivierung der Forschung im Bereich künftige und sich abzeichnende Technologien

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 246 003 372 | 10 300 623 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Das spezifische Ziel besteht darin, auf der Grundlage der wissenschaftlichen Grundlagen durch die Erkundung neuer und hochriskanter Ideen radikal neue Technologien zu fördern. Durch flexible Unterstützung einer zielorientierten und interdisziplinären kooperativen Forschung in verschiedenem Umfang und den Einsatz innovativer Forschungsverfahren sollen Chancen erkannt und ergriffen werden, die langfristige Vorteile für die Bürger, die Wirtschaft und die Gesellschaft mit sich bringen.

Maßnahmen im Rahmen des spezifischen Ziels „künftige und sich abzeichnende Technologien“ (FET) werden das gesamte Spektrum der wissenschaftsgestützten Innovation abdecken: von kleineren Sondierungen im Frühstadium erster und noch unausgereifter Ideen nach dem „Bottom-up“-Prinzip bis hin zum Aufbau neuer Forschungs- und Innovationsgemeinschaften, die sich mit neu entstehenden, transformativen Forschungsbereichen befassen, und großen, gemeinsamen Forschungsinitiativen im Umfeld einer Forschungsagenda, mit der ehrgeizige und visionäre Ziele verfolgt werden.

Die Maßnahmen umfassen Kooperations- und Vernetzungsmaßnahmen sowie Initiativen zur Koordinierung nationaler Programme. Ausgewiesen sind in diesem Posten ferner die Ausgaben für unabhängige Sachverständige, die an der Bewertung von Vorschlägen und an Projektprüfungen mitwirken, für Sitzungen, Konferenzen, Workshops und Kolloquien, die von der Kommission veranstaltet werden und von europäischem Interesse sind, für Studien, Analysen und Bewertungen, für die Überwachung und Bewertung der spezifischen Programme und der Rahmenprogramme sowie für Maßnahmen zur Programmbetreuung und Verbreitung der Programmergebnisse, auch für Maßnahmen aus früheren Rahmenprogrammen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b.

**KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

***09 04 01*** *(Fortsetzung)*

09 04 01 02 Stärkung der europäischen Forschungsinfrastrukturen (einschließlich e-Infrastrukturen)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 96 956 907 | 2 101 017 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Das spezifische Ziel besteht darin, Europa mit Forschungsinfrastrukturen von Weltrang auszustatten, die allen Forschern in Europa und darüber hinaus zugänglich sind, damit ihr Potenzial für wissenschaftlichen Fortschritt und Innovation in vollem Umfang genutzt werden kann.

Im Mittelpunkt der Maßnahmen werden Entwicklung, Ausbau und Betrieb von e-Infrastrukturen stehen. Vorgesehen sind ferner Maßnahmen für Innovation, Stärkung der Humanressourcen für Forschungsinfrastrukturen, Politikentwicklung und internationale Kooperation.

Ausgehend von einem integrierten und dienstleistungsorientierten Konzept sollen e-Infrastrukturen bereitgestellt werden, die in Bezug auf die Entwicklung und den Ausbau integrierter e-Infrastrukturdienste für ein breites Spektrum von Forschungsgemeinschaften (bereichsübergreifend) dem Bedarf der europäischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft entsprechen. Ferner geht es um die Optimierung der Koordinierung und der Synergien mit der Entwicklung von e-Infrastrukturen auf nationaler Ebene und um die Erweiterung der e-Infrastrukturen über den eigentlichen Bereich der Wissenschaft hinaus auf das Dreieck Wissenschaft — Industrie — Gesellschaft.

Die Maßnahmen umfassen Kooperations- und Vernetzungsmaßnahmen sowie Initiativen zur Koordinierung nationaler Programme. Ausgewiesen sind in diesem Posten ferner die Ausgaben für unabhängige Sachverständige, die an der Bewertung von Vorschlägen und an Projektprüfungen mitwirken, für Sitzungen, Konferenzen, Workshops und Kolloquien, die von der Kommission veranstaltet werden und von europäischem Interesse sind, für Studien, Analysen und Bewertungen, für die Überwachung und Bewertung der spezifischen Programme und der Rahmenprogramme sowie für Maßnahmen zur Programmbetreuung und Verbreitung der Programmergebnisse, auch für Maßnahmen aus früheren Rahmenprogrammen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d.

***09 04 02 Industrielle Führungsrolle***

*Erläuterungen*

Diese Priorität von Horizont 2020 ist darauf ausgerichtet, die Union zu einem attraktiveren Standort für Investitionen in Forschung und Innovation zu machen, indem Maßnahmen gefördert werden, bei denen die Planung von den Unternehmen festgelegt wird, und indem die Entwicklung neuer Technologien als Grundlage für künftige Unternehmen und für das Wirtschaftswachstum beschleunigt wird. In diesem Rahmen werden wichtige Investitionen in industrielle Schlüsseltechnologien bereitgestellt und das Wachstumspotenzial der Unternehmen der Union optimiert, indem ihnen eine angemessene Finanzierung bereitgestellt wird und innovative KMU unterstützt werden, damit sie sich zu weltweit führenden Unternehmen entwickeln können.

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

***09 04 02*** *(Fortsetzung)*

09 04 02 01 Führungsrolle in den Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 720 260 961 | 44 192 289 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Das spezifische Ziel besteht darin, eine weltweite Führungsrolle bei grundlegenden Technologien, auf denen die Wettbewerbsfähigkeit in einer Reihe bestehender oder derzeit neu entstehender Wirtschaftszweige und Sektoren beruht, zu wahren und auszubauen. Im Einklang mit der Digitalen Agenda für Europa besteht das spezifische Ziel der IKT-Forschung und -Innovation darin, Europa in die Lage zu versetzen, die mit den Fortschritten im IKT-Bereich verbundenen Chancen zum Nutzen seiner Bürger, Unternehmen und Wissenschaftler zu ergreifen und auszubauen.

Die IKT stützen Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit in zahlreichen privaten und öffentlichen Märkten und Sektoren und ermöglichen den wissenschaftlichen Fortschritt auf allen Gebieten. Im nächsten Jahrzehnt werden die transformativen Auswirkungen der digitalen Technologien und IKT-Komponenten, -Infrastrukturen und -Dienste in allen Bereichen des Lebens zunehmend sichtbar werden.

Die Maßnahmen werden die wissenschaftliche und technologische Grundlagen der Union festigen und seine weltweite Führungsposition auf dem Gebiet der IKT stärken, durch Nutzung der IKT die Innovation anregen und sicherstellen, dass sich Fortschritte der IKT rasch durch Vorteile für Europas Bürger, Unternehmen, Industrie und Regierungen bemerkbar machen. Die Maßnahmen im Rahmen des speziellen Ziels „Führende Rolle bei grundlegenden und industriellen Technologien“ werden sich vor allem auf die von Industrie und Unternehmen festgelegten Forschungs- und Innovationsplanungen stützen und die Mobilisierung von Investitionen aus dem Privatsektor zu einem Hauptschwerpunkt machen.

Die Maßnahmen umfassen Kooperations- und Vernetzungsmaßnahmen sowie Initiativen zur Koordinierung nationaler Programme. Ausgewiesen sind in diesem Posten ferner die Ausgaben für unabhängige Sachverständige, die an der Bewertung von Vorschlägen und an Projektprüfungen mitwirken, für Sitzungen, Konferenzen, Workshops und Kolloquien, die von der Kommission veranstaltet werden und von europäischem Interesse sind, für Studien, Analysen und Bewertungen, für die Überwachung und Bewertung der spezifischen Programme und der Rahmenprogramme sowie für Maßnahmen zur Programmbetreuung und Verbreitung der Programmergebnisse, auch für Maßnahmen aus früheren Rahmenprogrammen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben a und i.

***09 04 03*** ***Gesellschaftliche Herausforderungen***

*Erläuterungen*

Diese Priorität von Horizont 2020 ist eine unmittelbare Antwort auf die in der Strategie Europa 2020 genannten politischen Prioritäten und gesellschaftlichen Herausforderungen. Bei der Durchführung dieser Maßnahmen werden, abhängig von der jeweiligen Herausforderung, die in unterschiedlichsten Gebieten, Technologien und Disziplinen vorhandenen Ressourcen und Kenntnisse zusammengeführt. Die Tätigkeiten erstrecken sich auf den gesamten Zyklus, von der Forschung bis zur Vermarktung, wobei ein neuer Schwerpunkt auf innovationsbezogenen Tätigkeiten liegt, wie beispielsweise auf Pilot- und Demonstrationsprojekten, Testläufen, Unterstützung der öffentlichen Auftragsvergabe, Konzeption, vom Endnutzer angeregten Innovationen, gesellschaftlichen Innovationen und auf der Markteinführung von Innovationen. Die Maßnahmen werden die entsprechenden Zuständigkeiten in den Politikbereichen auf Unionsebene direkt unterstützen.

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

***09 04 03*** *(Fortsetzung)*

09 04 03 01 Verbesserung der lebenslangen Gesundheit und des lebenslangen Wohlergehens

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 131 580 377 | 11 991 283 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Nach der Zielvorstellung des Aktionsplans für elektronische Gesundheitsdienste 2012-2020 sollen solche Dienste eingesetzt und entwickelt werden, um einige der dringlichsten Herausforderungen, vor denen die Gesundheitsfürsorge und die Gesundheitssysteme in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts stehen, zu bewältigen, nämlich:

— Verbesserung der Behandlung von chronischen Krankheiten und Multimorbidität (Mehrfacherkrankungen) und Verstärkung wirksamer Methoden der Vorbeugung und Gesundheitsförderung,

— Steigerung der Nachhaltigkeit und Effizienz der Gesundheitssysteme durch Freisetzung der Innovation, eine stärker patienten- bzw. bürgerorientierte Gesundheitsfürsorge, aufgeklärte Mitwirkung der Bürger und Förderung organisatorischer Veränderungen,

— Förderung der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung sowie der Sicherheit, Solidarität, Universalität und Gerechtigkeit im Gesundheitswesen,

— Verbesserung der rechtlichen Bedingungen und der Marktbedingungen für die Entwicklung von elektronischen Gesundheitsprodukten und -diensten.

Es hat sich erwiesen, dass IKT-gestützte Produkte und -Dienstleistungen zur Bewältigung dieser wichtigen Herausforderungen durch personalisierte Gesundheitslösungen, telemedizinische und Fernversorgungslösungen, Servicerobotik für medizinische Versorgung und Pflege, Unterstützung für längeres aktives und unabhängiges Leben sowie häusliche Pflege beitragen können. Außerdem bieten sie wichtige neue Wachstumschancen, da große Märkte für IKT-gestützte Produkte und -Dienstleistungen, die auf die Bedürfnisse in den Bereichen Gesundheit, demografischer Wandel und Wohlergehen eingehen, entstehen.

Die Maßnahmen werden sich auf die Entwicklung und den Einsatz von IKT-Lösungen in den Bereichen Gesundheit, Wohlergehen und Verbesserung der Lebensqualität für ältere Menschen beziehen. Dies wird sich auf die Entwicklung neuer IKT-Technologien im Rahmen des Programms LEIT stützen, zum Beispiel Mikro-/Nanosysteme, eingebettete Systeme, Robotik, Internet der Zukunft und Cloud-Technologien. Die Maßnahmen werden sich außerdem auf die Weiterentwicklung der Technologien zur Verbesserung der Sicherheit und zum Schutz der Privatsphäre beziehen.

Ferner wird das gemeinsame Programm Forschungs- und Entwicklungsprogramms für Umgebungsunterstütztes Leben gefördert, um zur Verfügbarkeit von IKT-gestützten Produkten und -Dienstleistungen auf dem Markt und ihrer Nutzung beizutragen, und die Unterstützung der IKT-Innovation und von Pilotprojekten wird als Reaktion auf die Europäische Innovationspartnerschaft „Aktivität und Gesundheit im Alter“ und den Aktionsplan für elektronische Gesundheitsdienste 2012-2020 fortgesetzt.

Die Maßnahmen umfassen Kooperations- und Vernetzungsmaßnahmen sowie Initiativen zur Koordinierung nationaler Programme. Ausgewiesen sind in diesem Posten ferner die Ausgaben für unabhängige Sachverständige, die an der Bewertung von Vorschlägen und an Projektprüfungen mitwirken, für Sitzungen, Konferenzen, Workshops und Kolloquien, die von der Kommission veranstaltet werden und von europäischem Interesse sind, für Studien, Analysen und Bewertungen, für die Überwachung und Bewertung der spezifischen Programme und der Rahmenprogramme sowie für Maßnahmen zur Programmbetreuung und Verbreitung der Programmergebnisse, auch für Maßnahmen aus früheren Rahmenprogrammen.

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen, auch in Bezug auf Sachleistungen, die von der CESES als Beitrag zu Unionsprojekten erbracht werden.

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

***09 04 03*** *(Fortsetzung)*

09 04 03 01 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe a.

09 04 03 02 Förderung integrativer, innovativer und sicherer europäischer Gesellschaften

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 77 973 002 | 505 313 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Das spezifische Ziel besteht in der Förderung integrativer, innovativer und reflektierender europäischer Gesellschaften vor dem Hintergrund eines beispiellosen Wandels und wachsender globaler Interdependenzen.

Die Maßnahmen werden vor allem die folgenden Bereiche abdecken: IKT-gestützte Innovationen im öffentlichen Sektor, Verständnis und Bewahrung der geistigen Grundlage Europas, Lernen und Einbeziehung aller.

IKT-gestützte Innovationen im öffentlichen Sektor betreffen den Einsatz von IKT für die Entwicklung und Umsetzung neuer Verfahren, Produkte, Dienstleistungen und Methoden ihrer Bereitstellung, die zu erheblichen Verbesserungen der Effizienz, Wirksamkeit und Qualität öffentlicher Dienstleistungen führen. Die öffentliche Verwaltung der Zukunft sollte grundsätzlich digital und grenzübergreifend arbeiten.

Ziel des zweiten Hauptbereichs ist „ein Beitrag zum Verständnis der geistigen Grundlage Europas, seiner Geschichte und der vielen europäischen und außereuropäischen Einflüsse als Quelle der Inspiration für unser Leben in heutiger Zeit“.

Ziel des dritten Hauptbereichs ist die Unterstützung des umfassenden Einsatzes der IKT in Schulen und in der beruflichen Bildung in Europa.

Im vierten Hauptbereich geht es darum, die uneingeschränkte Teilhabe älterer Menschen (ab 65 Jahren), von Arbeitslosen und Geringqualifizierten, Migranten, pflegebedürftigen Menschen, in abgelegenen oder ärmeren Gegenden lebenden Menschen, von Menschen mit Behinderungen und Obdachlosen an der Gesellschaft zu gewährleisten. Bei den Maßnahmen geht es vor allem darum, diese Gruppen mit den erforderlichen digitalen Kompetenzen auszustatten und ihnen Zugang zu digitalen Technologien zu bieten.

Die Maßnahmen umfassen Kooperations- und Vernetzungsmaßnahmen sowie Initiativen zur Koordinierung nationaler Programme. Ausgewiesen sind in diesem Posten ferner die Ausgaben für unabhängige Sachverständige, die an der Bewertung von Vorschlägen und an Projektprüfungen mitwirken, für Sitzungen, Konferenzen, Workshops und Kolloquien, die von der Kommission veranstaltet werden und von europäischem Interesse sind, für Studien, Analysen und Bewertungen, für die Überwachung und Bewertung der spezifischen Programme und der Rahmenprogramme sowie für Maßnahmen zur Programmbetreuung und Verbreitung der Programmergebnisse, auch für Maßnahmen aus früheren Rahmenprogrammen.

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

***09 04 03*** *(Fortsetzung)*

09 04 03 02 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe f.

***09 04 07 Gemeinsame Unternehmen***

09 04 07 31 Gemeinsames Unternehmen „Elektronikkomponenten und -systeme für eine Führungsrolle Europas“ (ECSEL) — Unterstützungsausgaben

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 540 000 | 540 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Das Gemeinsame Unternehmen „Elektronikkomponenten und -systeme für eine Führungsrolle Europas“ (ECSEL) trägt zur Umsetzung von „Horizont 2020“ und insbesondere zur Förderung der führenden Rolle der Industrie in „Informations- und Kommunikationstechnologien“ bei. Sein Ziel besteht darin, Europas Führungsposition im Bereich Elektronikkomponenten und -systeme zu behaupten und eine schnellere Verwertung zu erreichen.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 10. Juli 2013, über das Gemeinsame Unternehmen „ECSEL“ (COM(2013) 501 final).

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

***09 04 07*** *(Fortsetzung)*

09 04 07 32 Gemeinsames Unternehmen „Elektronikkomponenten und -systeme für eine Führungsrolle Europas“ (ECSEL)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 135 000 000 | 33 750 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Das Gemeinsame Unternehmen „Elektronikkomponenten und -systeme für eine Führungsrolle Europas“ (ECSEL) trägt zur Umsetzung von „Horizont 2020“ und insbesondere zur Förderung der führenden Rolle der Industrie in „Informations- und Kommunikationstechnologien“ bei. Sein Ziel besteht darin, Europas Führungsposition im Bereich Elektronikkomponenten und -systeme zu behaupten und eine schnellere Verwertung zu erreichen.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 10. Juli 2013, über das Gemeinsame Unternehmen „ECSEL“ (COM(2013) 501 final).

***09 04 50 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung***

09 04 50 01 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Mit diesem Posten sollen die Ausgaben gedeckt werden — die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen entsprechen —, die durch die Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter oder Drittstaaten an Forschungs- und technologischen Entwicklungsmaßnahmen im Zeitraum 2014 bis 2020 entstehen.

**KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

***09 04 50*** *(Fortsetzung)*

09 04 50 01 *(Fortsetzung)*

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können aus den etwaigen Einnahmen, die bei den Posten 6 0 1 3, 6 0 1 5, 6 0 1 6, 6 0 3 1 und 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, gegebenenfalls zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

09 04 50 02 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung (aus der Zeit vor 2014)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 148 457 500,92 | 68 125 542,06 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 09 04 02*

Mit diesem Posten sollen die Ausgaben gedeckt werden — die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen entsprechen —, die durch die Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter oder Drittstaaten an Forschungs- und technologischen Entwicklungsmaßnahmen in der Zeit vor 2014 entstehen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können aus den etwaigen Einnahmen, die bei den Posten 6 0 1 3, 6 0 1 5, 6 0 1 6, 6 0 3 1 und 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, gegebenenfalls zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

***09 04 51*** ***Abschluss des Siebten Rahmenprogramms (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 618 054 637 | 1 521 103 335 | 1 252 627 275 | 1 431 395 376,08 | 1 140 275 304,39 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 09 04 01 01, 09 04 01 02, 09 04 01 03, 09 04 01 04 und 09 04 01 05 und Artikel 09 05 01*

Diese Mittel dienen der Abwicklung früherer Verpflichtungen im Rahmen des Siebten Rahmenprogramms (2007-2013).

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 1982/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007 bis 2013) (ABl. L 412 vom 30.12.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Festlegung der Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an Maßnahmen des Siebten Rahmenprogramms sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse (2007-2013) (ABl. L 391 vom 30.12.2006, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

***09 04 51*** *(Fortsetzung)*

Entscheidung 2006/971/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm „Zusammenarbeit“ zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 86).

Entscheidung 2006/974/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm „Kapazitäten“ zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 299).

Verordnung (EG) Nr. 72/2008 des Rates vom 20. Dezember 2007 über die Gründung des Gemeinsamen Unternehmens ENIAC (ABl. L 30 vom 4.2.2008, S. 21).

Verordnung (EG) Nr. 74/2008 des Rates vom 20. Dezember 2007 über die Gründung des „Gemeinsamen Unternehmens Artemis“ zur Umsetzung einer gemeinsamen Technologieinitiative für eingebettete IKT-Systeme (ABl. L 30 vom 4.2.2008, S. 52).

***09 04 52*** ***Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme (aus der Zeit vor 2007)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | 10 872 610 | 270 318,65 | 8 240 888,31 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 09 04 03*

Diese Mittel sind zur Abwicklung früherer Verpflichtungen im Rahmen von Forschungsprogrammen aus der Zeit vor 2007 bestimmt.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 87/516/Euratom, EWG des Rates vom 28. September 1987 über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1987-1991) (ABl. L 302 vom 24.10.1987, S. 1).

Beschluss 90/221/Euratom, EWG des Rates vom 23. April 1990 über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1990-1994) (ABl. L 117 vom 8.5.1990, S. 28).

Beschluss 93/167/Euratom, EWG des Rates vom 15. März 1993 zur Anpassung des Beschlusses 90/221/Euratom, EWG über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1990-1994) (ABl. L 69 vom 20.3.1993, S. 43).

Beschluss Nr. 1110/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. April 1994 über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1994-1998) (ABl. L 126 vom 18.5.1994, S. 1).

Beschluss Nr. 616/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. März 1996 zur Anpassung des Beschlusses Nr. 1110/94/EG über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1994-1998) aufgrund des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zur Europäischen Union (ABl. L 86 vom 4.4.1996, S. 69).

Beschluss Nr. 2535/97/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 1. Dezember 1997 zur zweiten Anpassung des Beschlusses Nr. 1110/94/EG über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1994-1998) (ABl. L 347 vom 18.12.1997, S. 1).

**KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

***09 04 52*** *(Fortsetzung)*

Beschluss Nr. 182/1999/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Dezember 1998 über das Fünfte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1998-2002) (ABl. L 26 vom 1.2.1999, S. 1).

Beschluss Nr. 1513/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2002 über das Sechste Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration als Beitrag zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums und zur Innovation (2002-2006) (ABl. L 232 vom 29.8.2002, S. 1).

Entscheidung 2002/834/EG des Rates vom 30. September 2002 über ein spezifisches Programm im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration: „Integration und Stärkung des Europäischen Forschungsraums“ (2002-2006) (ABl. L 294 vom 29.10.2002, S. 1).

Entscheidung 2002/835/EG des Rates vom 30. September 2002 über ein spezifisches Programm im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration: „Ausgestaltung des Europäischen Forschungsraums“ (2002-2006) (ABl. L 294 vom 29.10.2002, S. 44).

***09 04 53*** ***Abschluss des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation — Programm zur Unterstützung der Politik im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT-Förderprogramm)***

09 04 53 01 Abschluss des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation — Programm zur Unterstützung der Politik im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT-Förderprogramm) (2007-2013)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 80 372 211 | 144 265 000 | 130 841 912 | 137 142 229,18 | 113 807 470,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 09 03 01*

Diese Mittel sind zur Deckung früherer Verpflichtungen aus dem Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) — Programm zur Unterstützung der Politik für Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT-Förderprogramm) bestimmt.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 1639/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 15).

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

***09 04 53*** *(Fortsetzung)*

09 04 53 02 Abschluss früherer Programme im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) (aus der Zeit vor 2007)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | 1 367 988 | 0,— | 9 850 398,50 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 09 03 02 und Posten 09 03 04 01 und 09 03 04 02*

Diese Mittel sind zur Deckung früherer Verpflichtungen aus dem Programm eContent plus, Netzwerken in den Telekommunikationssektoren und dem Mehrjahresprogramm Modinis bestimmt.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 2236/95 des Rates vom 18. September 1995 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze (ABl. L 228 vom 23.9.1995, S. 1).

Entscheidung Nr. 2717/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. November 1995 über Leitlinien für die Entwicklung des EURO-ISDN (diensteintegrierendes digitales Fernmeldenetz) zu einem transeuropäischen Netz (ABl. L 282 vom 24.11.1995, S. 16).

Entscheidung 96/339/EG des Rates vom 20. Mai 1996 über ein mehrjähriges Gemeinschaftsprogramm zur Anregung der Entwicklung einer europäischen Industrie für Multimedia-Inhalte und zur Förderung der Benutzung von Multimedia-Inhalten in der entstehenden Informationsgesellschaft (INFO 2000) (ABl. L 129 vom 30.5.1996, S. 24).

Entscheidung 96/664/EG des Rates vom 21. November 1996 über die Annahme eines mehrjährigen Programms zur Förderung der sprachlichen Vielfalt der Gemeinschaft in der Informationsgesellschaft (ABl. L 306 vom 28.11.1996, S. 40).

Entscheidung Nr. 1336/97/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 1997 über Leitlinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze (ABl. L 183 vom 11.7.1997, S. 12).

Entscheidung 98/253/EG des Rates vom 30. März 1998 über ein Mehrjahresprogramm der Gemeinschaft zur Förderung der Informationsgesellschaft in Europa (Informationsgesellschaft) (ABl. L 107 vom 7.4.1998, S. 10).

Entscheidung 2001/48/EG des Rates vom 22. Dezember 2000 über ein mehrjähriges Gemeinschaftsprogramm zur Unterstützung der Entwicklung und Nutzung europäischer digitaler Inhalte in globalen Netzen und zur Förderung der Sprachenvielfalt in der Informationsgesellschaft (ABl. L 14 vom 18.1.2001, S. 32).

Entscheidung Nr. 2256/2003/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. November 2003 zur Annahme eines Mehrjahresprogramms (2003-2005) zur Verfolgung der Umsetzung des Aktionsplans eEurope 2005, zur Verbreitung empfehlenswerter Verfahren und zur Verbesserung der Netz- und Informationssicherheit (MODINIS) (ABl. L 336 vom 23.12.2003, S. 1).

Beschluss Nr. 456/2005/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2005 über ein Mehrjahresprogramm der Gemeinschaft zur Erleichterung des Zugangs zu digitalen Inhalten sowie ihrer Nutzung und Verwertung in Europa (ABl. L 79 vom 24.3.2005, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

***09 04 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

*Erläuterungen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

09 04 77 01 Pilotprojekt — Technologien für offenes Wissen: Erfassung und Validierung von Wissen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 500 000 | 750 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Zu einem Zeitpunkt, zu dem die Arbeitslosigkeit unter den neuen Generationen alarmierend ist, muss Europa zu einer innovationsgesteuerten Gesellschaft werden, um wieder auf den Wachstumspfad zu gelangen. Zu diesem Zweck müssen wir unbedingt neue Technologien entwickeln und die Art und Weise, wie unsere Bürger Wissen erwerben, übertragen und gemeinsam schaffen können, neu definieren. Hochschulbildung und Forschung entwickeln sich schnell. Die Schaffung neuer Wissenstechnologien erfordert, dass Dozenten, Studenten und Forscher gleichermaßen geschult werden, genau wie alle Personen, die sich an neue Marktbedürfnisse anpassen müssen. Angesichts der beständig zunehmenden Datenströme müssen wir es den Unionsbürgerinnen und -bürgern ermöglichen, jederzeit und überall in einem offenen, auf Zusammenarbeit beruhenden Ökosystem auf Inhalte zuzugreifen und zu lernen. Viele Initiativen wie Bürgerwissenschaft, Wissenschaftsentdeckungsspiele und MOOC (Massive Open Online Course) zeigen, dass sich Bildung und Forschung — wie viele andere Bereiche — schnell weiterentwickeln. Europa kann nur aufholen und die Führung übernehmen, wenn es investiert — in die nächste Generation von Werkzeugen und in die nächsten Generationen von Menschen, die bereit sind, Werkzeuge zum Lernen, Lehren und Forschen neu zu definieren.

Mit der von der Kommission vorgeschlagenen Initiative „Öffnung der Bildung“ soll die Grundlage für eine bessere Nutzung von IKT im Bildungswesen geschaffen werden. Das Ziel besteht darin, den Zugang zu Bildung zu erleichtern und Lerneffizienzen durch das Teilen und Öffnen von Inhalten für alle zu erhöhen. Auch wenn der Sinn dieser Initiative darin besteht, Inhalte verfügbar zu machen, müssen die erworbenen Kenntnisse immer noch erfasst und zertifiziert werden.

Angesichts der derzeitigen Jugendarbeitslosigkeit bei einem gleichzeitigen Mangel an Fachkräften in vielen Mitgliedstaaten fehlt in der Union offensichtlich ein wesentliches Element, um diese Wissenslücke zu schließen. Die Interessen und das derzeitige Wissen von Personen sollten nicht nur an die auf dem Arbeitsmarkt am stärksten nachgefragten Kenntnisse angepasst werden, sondern auch an mögliche Lernfahrpläne, die ihnen dabei helfen können, die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben.

Um das Potenzial dieser neuen Art von Lernsystemen für den Arbeitsmarkt voll auszuschöpfen, werden Verfahren benötigt, mit denen die Qualität des Lernens validiert werden kann. Dementsprechend muss ein Mechanismus gefunden werden, mit dem Einzelpersonen ihre Kompetenzen beurteilen (ihre individuelle Wissenslandkarte erstellen) und die auf dem Arbeitsmarkt erforderlichen Kenntnisse und den Lernpfad, mit dem beide verbunden werden können, einschätzen können, wodurch jeder Einzelperson der richtige Inhalt zur Verfügung gestellt wird. Nur dadurch kann sichergestellt werden, dass jeder Zielgruppe die richtigen Inhalte zur Verfügung stehen. Damit der Lernpfad verfolgt werden kann, muss eine Validierung des erworbenen Wissens, möglicherweise durch Online-Zertifikate oder Abzeichen, ermöglicht werden.

Von dieser Art von sozialen und technologischen Innovationen können alle Bürger unabhängig von den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen, den Sprachen, die sie sprechen, ihrem Gesundheitszustand oder ihrem kulturellen Kapital profitieren. Ein solches Projekt wird somit dazu beitragen, die Wissenslücke zu überbrücken und die Arbeitslosigkeit zu verringern, indem insbesondere derzeit arbeitslose Jugendliche dabei unterstützt werden, ihre Lernerfahrung zu optimieren und neue Karrierechancen zu finden.

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

***09 04 77*** *(Fortsetzung)*

09 04 77 01 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

09 04 77 02 Pilotprojekt — Verbunden für die Gesundheit: eine Lösung für Gesundheit und Wohlbefinden in Open-Access-FTTH-Netzen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 000 000 | 500 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Mit diesem Pilotprojekt sollen Dienstleistungsanwendungen für Gesundheit und Wohlbefinden in Open-Access-FTTH-Netzen getestet werden. Die künftige Erbringung von Dienstleistungen im Bereich Gesundheit und Wohlbefinden soll auf FTTH-gestützten Lösungen beruhen, und die Verwirklichung einer umfassenden eHealth-Lösung mit hoher Übertragungsgeschwindigkeit würde zur Erreichung eines der Ziele der Digitalen Agenda der Union beitragen.

In diesem Projekt werden neue und bereits bestehende eHealth-Anwendungen erforscht, erarbeitet und getestet, um die Rentabilität und die Nutzbarkeit der Dienstleistungen zu verbessern. So soll etwa im Rahmen des Projekts eine mögliche stärkere Eigenverantwortung der Patienten geprüft und bewertet werden, ob im Bereich Gesundheit und Wohlbefinden tätige Fachkräfte digitale Patienteninformation gemeinsam mit den Patienten nutzen können. Mit Open-Access-FTTH-Netzen lässt sich eine ganze Reihe von eHealth-Lösungen verwirklichen, z. B. die Verwaltung persönlicher Gesundheitsdaten, die Patientenbetreuung im häuslichen Umfeld, die Versendung von Röntgenaufnahmen von einem Zentralkrankenhaus zu einem medizinischen Zentrum auf dem Land sowie Tele-Physiotherapie.

Das Projekt soll in abgelegenen ländlichen Gebieten umgesetzt werden, in denen es bereits auf Kooperationsbasis genutzte FTTH-Netze gibt, die tatsächlich nach dem Open-Access-Prinzip funktionieren. Ein solches Netz gibt es beispielsweise bereits im südlichen Österbotten. Ländliche Gebiete, die weit von den Dienstleistungserbringern entfernt sind und demografische Herausforderungen zu bewältigen haben, sollten bei den künftigen elektronischen Lösungen für Gesundheit und Wohlbefinden besonders bedacht werden.

FTTH ist die am weitesten fortgeschrittene Technologie zur Unterstützung spezifischer Dienstleistungsanwendungen für Gesundheit und Wohlbefinden mit schnelle Übertragungen gewährleistenden symmetrischen Verbindungen und kurzen Latenzzeiten, die insbesondere eine hohe Übertragungsgeschwindigkeit downstream und upstream bietet. Vor allem können alle Dienstleistungserbringer mittels des Open-Access-Modells ihre Dienste über dieselben Faserkabel kostenlos anbieten. Durch diesen fairen Wettbewerb werden die Förderung der Dienstleistungen, das Preis-Leistungs-Verhältnis und die Zugänglichkeit verbessert.

Dieses einzigartige Pilotprojekt ist weder überflüssig noch steht es im Widerspruch zu anderen nationalen Programmen oder Programmen der Union. Die Installation von Breitbandnetzen ist nicht Kernpunkt dieses Pilotprojekts, so dass es sich nicht mit den bestehenden nationalen Programmen oder Programmen der Union zum Ausbau von Breitbandnetzen überschneidet.

Das Pilotprojekt ist auf zwei Jahre ausgelegt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

***09 04 77*** *(Fortsetzung)*

09 04 77 03 Pilotprojekt — REIsearch (Spitzen- und Innovationsforschungsnetz) — Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Europäischen Forschungsraums durch mehr Kommunikation zwischen den Forschern, den Bürgern und den Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 000 000 | 500 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Mit dem Pilotprojekt soll die vollständige Ausschöpfung des geistigen Kapitals Europas zum Nutzen der Bürger, Unternehmer und Wissenschaftler unter Rückgriff auf die neuen Medien beschleunigt werden.

Das Ziel ist der Aufbau einer elektronischen Infrastruktur auf der Grundlage der Konzepte sozialer Netzwerke zur Förderung der direkten Kommunikation zwischen Forschern, Unternehmen und Medien im Europäischen Forschungsraum (EFR).

Im Rahmen des Pilotprojekts, das bei den strategischen Bereichen der Priorität „gesellschaftliche Herausforderungen“ ansetzt, die in der Strategie Europa 2020 skizziert wurden, wird die Einrichtung virtueller Cluster zu den Schlüsselthemen gefördert und dadurch eine direkte Möglichkeit zu einem offenen Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft eröffnet.

Mit dem Pilotprojekt wird die aktive Interaktion zwischen der Wissenschaft, den Bürgern und den Entscheidungsträgern in der Politik durch die Einbeziehung der herkömmlichen europäischen Medien und der sozialen Medien gefördert, um die Bürger dazu anzuregen, an der Festlegung der Forschungsagenda mitzuwirken, an laufenden Forschungsarbeiten teilzuhaben und sich an Diskussionen über die Ergebnisse und Folgen der Forschung für die Gesellschaft, über die Politik und über die weitere Forschungstätigkeit zu beteiligen.

Mit dem Pilotprojekt werden folgende Ziele verfolgt:

— Entwicklung einer verlässlichen, gemeinnützigen elektronischen Infrastruktur (ähnlich den sozialen Netzwerken) als Grundwerkzeug für die Förderung von mehr Kommunikation und Dialog — fachbereichs-, branchen- und grenzübergreifend;

— Kombination der Identitätssicherheit von Forschern und anderen Akteuren in einer verlässlichen und sicheren Umgebung;

— Zugang zu Forschungsdatenbanken über einen zentralen Zugangspunkt für Forschungsergebnisse aus allen Ländern und Fachbereichen (Interoperabilität) einschließlich einer Vernetzung mit bestehenden europäischen Initiativen;

— Schaffung virtueller Cluster zu den Themen der gesellschaftlichen Herausforderungen, in denen Forscher, Wirtschaft, Medien und Entscheidungsträger aus der Politik zusammenkommen, um die Zusammenarbeit in diesen zentralen Themen zu verbessern, wobei auf der Grundlage der bestehenden Formen der europäischen Zusammenarbeit ein einfaches und nützliches Werkzeug zur Förderung von Dialog und Zusammenarbeit geschmiedet wird;

— Einrichtung eines direkten Dialogs zwischen den virtuellen Clustern (siehe voranstehenden Spiegelstrich) und Bürgern über die Verbindung zu den führenden europäischen Medien.

Mit dem Projekt soll auf mehrere Bedürfnisse und Anliegen eingegangen werden, die in der Digitalen Agenda und dem Rahmenprogramm „Horizont 2020“ skizziert wurden.

Gegenwärtige Probleme, die mit dem Projekt angegangen werden sollen: Bei aktuellen IKT-Entwicklungen hat sich gezeigt, in welcher Weise die Wirkmächtigkeit der sozialen Netzwerke und der elektronischen Infrastruktur dazu beitragen kann, das Potenzial von Netzwerken zu nutzen.

KOMMISSION
*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

**KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

***09 04 77*** *(Fortsetzung)*

09 04 77 03 *(Fortsetzung)*

In der jetzigen Online-Umgebung der elektronischen Forschungsinfrastruktur bestehen Probleme in folgender Hinsicht:

— Größe: Die meisten Netzwerke sind nicht groß genug, um über einen spezifischen Bereich und die entsprechende Forschungsgruppe hinaus zu wirken (Statistiken der Kommission zufolge haben Online-Netzwerke von Forschern im Durchschnitt etwa 100 Nutzer). Gebraucht wird ein großes interoperables Netzwerk, in dem Forscher und andere Beteiligte die gesuchten Informationen branchen- und fachbereichsübergreifend mit Hilfe eines nutzerfreundlichen Werkzeugs finden können.

— Reichweite: Üblicherweise treffen sich Nutzer desselben Fachbereichs und derselben Branche in einem Netzwerk. Die Innovationskapazität Europas kann nur genutzt werden, wenn es gelingt, die Einrichtung fachbereichsübergreifender (branchenübergreifender und interdisziplinärer) Verbindungen zu vereinfachen.

— Zuverlässigkeit: Einer der Hauptgründe für den mangelnden Erfolg großer Forschungsnetze liegt darin, dass die bestehenden Beziehungen immer noch auf persönlichen Verbindungen aufbauen und der Identität in Online-Netzwerken nicht vertraut wird. Fachbereichsübergreifende Verbindungen können nur in einem System wirklich gefördert werden, in dem durch eine Identitätsprüfung für eine sichere Umgebung für alle beteiligten Nutzer gesorgt wird.

— Vertrauen: In allen Netzwerken ist Vertrauen entscheidend. Marktstudien zeigen, dass in Zusammenarbeit mit den einzelnen Beteiligten ein europäisches soziales Netzwerk bzw. eine europäische elektronische Infrastruktur aufgebaut werden müsste, das/die nicht gewinnorientiert ist und in dem/der klare, gemeinsam mit den Forschern ausgearbeitete IP-Richtlinien gelten.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 09 — KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN“

— POLITISCHE STRATEGIE UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN“

KOMMISSION

*TITEL 10*

**DIREKTE FORSCHUNG**

# TITEL 10

# DIREKTE FORSCHUNG

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 10 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „DIREKTE FORSCHUNG“ | 353 845 000 | 353 845 000 | 350 080 000 | 350 080 000 | 384 553 025,75 | 384 553 025,75 |
| 10 02 | HORIZONT 2020 — DIREKTE MASSNAHMEN DER GEMEINSAMEN FORSCHUNGSSTELLE (JRC) ZUR UNTERSTÜTZUNG DER UNIONSPOLITIK | 33 556 000 | 27 860 506 | 33 089 156 | 30 721 154 | 35 790 517,82 | 32 965 959,75 |
| 10 03 | PROGRAMM „EURATOM“ — DIREKTE MASSNAHMEN | 10 455 000 | 9 530 479 | 10 250 000 | 9 720 153 | 10 744 079,02 | 9 562 710,76 |
| 10 04 | SONSTIGE TÄTIGKEITEN DER GEMEINSAMEN FORSCHUNGSSTELLE | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 33 800 227,40 | 23 937 535,77 |
| 10 05 | ALTLASTEN AUS KERNTECHNISCHEN TÄTIGKEITEN DER GEMEINSAMEN FORSCHUNGSSTELLE IM RAHMEN DES EURATOM-VERTRAGS | 26 999 000 | 29 000 000 | 30 900 000 | 29 204 688 | 29 364 948,04 | 27 961 409,83 |
| | **Titel 10 — Insgesamt** | **424 855 000** | **420 235 985** | **424 319 156** | **419 725 995** | **494 252 798,03** | **478 980 641,86** |

*Erläuterungen*

Diese Erläuterungen gelten für alle Haushaltslinien des Politikbereichs „Direkte Forschung“ (mit Ausnahme des Kapitels 10 05).

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung von Ausgaben im Zusammenhang mit

— dem im Stellenplan ausgewiesenen Personal der Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) und dem externen Personal, das mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation betraut ist;

— Personalkosten, z. B. für Dienstreisen, Schulungen, medizinische Dienste und Personaleinstellung;

— Betrieb und Arbeit der JRC-Institute, administrativer Unterstützung, Sicherheit und Gefahrenabwehr an den Standorten, Ausgaben für Informatik, einmaligen Kosten und großen Forschungsinfrastrukturen;

— Forschungs- und Unterstützungstätigkeiten, einschließlich orientierende Forschung, wissenschaftlich-technische Ausrüstung, Untervergabe von Dienstleistungsaufträgen usw.;

— Forschungsaufgaben und Aufgaben der wissenschaftlichen Unterstützung in Verbindung mit Tätigkeiten, die der JRC im Rahmen ihrer Beteiligung auf Wettbewerbsbasis zur Unterstützung der Politik der Union und für Rechnung Dritter übertragen wurden;

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können etwaige Einnahmen, die bei den Posten 6 2 2 4 und 6 2 2 5 des Einnahmenplans eingesetzt sind, gegebenenfalls als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Sonstige Einnahmen können als zusätzliche Mittel bereitgestellt und entsprechend ihrer Bestimmung im Rahmen der Kapitel 10 02, 10 03, 10 04 und bei Artikel 10 01 05 verwendet werden.

Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Bewerberländern und, sofern zutreffend, potenziellen Bewerbern des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Europäischen Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Bei einigen Aktionen der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlich-technischen Forschung ist eine Beteiligung von Drittländern bzw. Einrichtungen aus Drittländern vorgesehen. Solche möglichen Finanzbeiträge werden bei Posten 6 0 1 3 des Einnahmenplans verbucht und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Die zusätzlichen Mittel werden bei den Posten 10 02 50 01 und 10 03 50 01 eingesetzt.

KOMMISSION
*TITEL 10 — DIREKTE FORSCHUNG*

# TITEL 10

# DIREKTE FORSCHUNG

## KAPITEL 10 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „DIREKTE FORSCHUNG“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 10 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „DIREKTE FORSCHUNG“ | | | | | |
| ***10 01 05*** | ***Unterstützungsausgaben für Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Direkte Forschung“*** | | | | | |
| 10 01 05 01 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit | 1.1 | 138 577 000 | 145 865 475 | 135 906 245,22 | 98,07 |
| 10 01 05 02 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal | 1.1 | 32 731 000 | 32 407 225 | 48 186 493,95 | 147,22 |
| 10 01 05 03 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben | 1.1 | 59 870 000 | 64 031 900 | 80 742 502,46 | 134,86 |
| 10 01 05 04 | Sonstige Ausgaben für neue wichtige Forschungsinfrastruktur — „Horizont 2020“ | 1.1 | 3 339 000 | | — | |
| 10 01 05 11 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Programm „Euratom“): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit | 1.1 | 56 275 000 | 59 234 525 | 55 096 522,44 | 97,91 |
| 10 01 05 12 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Programm „Euratom“): Ausgaben für externes Personal | 1.1 | 10 699 000 | 10 592 775 | 16 570 116,95 | 154,88 |
| 10 01 05 13 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Programm „Euratom“): Sonstige Verwaltungsausgaben | 1.1 | 38 707 000 | 37 948 100 | 48 051 144,73 | 124,14 |
| 10 01 05 14 | Sonstige Ausgaben für neue wichtige Forschungsinfrastruktur — Programm „Euratom“ | 1.1 | 13 647 000 | | — | |
| | *Artikel 10 01 05 — Subtotal* | | 353 845 000 | 350 080 000 | 384 553 025,75 | 108,68 |
| | **Kapitel 10 01 — Insgesamt** | | **353 845 000** | **350 080 000** | **384 553 025,75** | **108,68** |

### *10 01 05 Unterstützungsausgaben für Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Direkte Forschung“*

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 21 sowie Artikel 183 Absatz 2 der Haushaltsordnung können etwaige Einnahmen, die bei den Posten 6 2 2 3 und 6 2 2 6 des Einnahmenplans erfasst werden, als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können etwaige Einnahmen, die bei den Posten 6 2 2 1, 6 2 2 4 und 6 2 2 5 des Einnahmenplans erfasst werden, als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Diese Einnahmen decken u. a. Personal- und Forschungsmittelkosten der Gemeinsamen Forschungsstelle bei Arbeiten für Dritte.

**KAPITEL 10 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „DIREKTE FORSCHUNG“** *(Fortsetzung)*

***10 01 05*** *(Fortsetzung)*

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können etwaige Einnahmen, die bei den Posten 6 0 1 3 und 6 0 3 1 des Einnahmenplans eingesetzt sind, gegebenenfalls als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Die Mittel könnten sich durch Mittel erhöhen, die von der Gemeinsamen Forschungsstelle durch Teilnahme auf Wettbewerbsbasis an indirekten Aktionen und an Maßnahmen zur wissenschaftlich-technischen Unterstützung der Politik der Union eingenommen werden. Bei den wettbewerbsorientierten Tätigkeiten der JRC handelt es sich um

— Tätigkeiten infolge von Finanzhilfe- oder Vergabeverfahren,

— Tätigkeiten für Rechnung Dritter,

— Tätigkeiten im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung mit anderen Organen oder Kommissionsdienststellen über die Erbringung wissenschaftlich-technischer Leistungen.

Mittel des Jahres 2013 aus Posten in Artikel 10 01 05, die automatisch auf das Jahr 2014 übertragen werden, werden in die drei Posten für „Horizont 2020“ in diesem Artikel gebucht.

10 01 05 01 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 138 577 000 | 145 865 475 | 135 906 245,22 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 10 01 05 01 (teilweise)*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die im Stellenplan der Gemeinsamen Forschungsstelle ausgewiesenen Beamten und Bediensteten auf Zeit bestimmt, die mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ betraut sind, insbesondere von

— direkten Aktionen (Forschungstätigkeiten, wissenschaftliche und technische Unterstützung und Orientierungsforschung in den Einrichtungen der Gemeinsamen Forschungsstelle),

— indirekte Aktionen (Beteiligung der JRC an der Durchführung von Programmen auf Wettbewerbsbasis).

Die Personalkosten umfassen das Grundgehalt, Zulagen sowie diverse Vergütungen und Beiträge auf der Grundlage der Statutsbestimmungen, einschließlich Ausgaben im Zusammenhang mit Dienstantritt, Wechsel des Dienstortes und Ausscheiden aus dem Dienst.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen“ im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 10 02.

KOMMISSION
*TITEL 10 — DIREKTE FORSCHUNG*

**KAPITEL 10 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „DIREKTE FORSCHUNG“** *(Fortsetzung)*

***10 01 05*** *(Fortsetzung)*

10 01 05 02 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 32 731 000 | 32 407 225 | 48 186 493,95 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 10 01 05 02 (teilweise)*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für das nicht im Stellenplan ausgewiesene externe Personal der Gemeinsamen Forschungsstelle bestimmt (Vertragsbedienstete, Stipendiaten, abgeordnete nationale Sachverständige und Gastwissenschaftler), das mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ betraut ist.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen“ im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 10 02.

10 01 05 03 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 59 870 000 | 64 031 900 | 80 742 502,46 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 10 01 05 03 (teilweise)*

Diese Mittel dienen zur Deckung von

— Personalausgaben, die nicht durch die Posten 10 01 05 01 und 10 01 05 02 gedeckt sind, einschließlich Ausgaben für Dienstreisen, Schulungen, soziale und medizinische Dienste, Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung allgemeiner Auswahlverfahren und der Einberufung von Bewerbern, Repräsentationskosten usw.;

— Ausgaben im Zusammenhang mit den zur Durchführung von JRC-Tätigkeiten genutzten Ressourcen. Dazu zählen

  — Ausgaben im Zusammenhang mit dem Betrieb und der Arbeit der JRC-Institute: regelmäßige Instandhaltung von Gebäuden, technischer Infrastruktur und wissenschaftlicher Ausrüstung; Versorgungsleistungen und Fluide; Heizung, Kühlung und Belüftung; Werkstattmaterialien und -ausrüstung; Reinigung der Standorte, Straßen und Gebäude; Abfallentsorgung usw.;

  — Ausgaben im Zusammenhang mit der administrativen Unterstützung der JRC-Institute: Möbel; Papier- und Schreibwaren; Telekommunikation; Dokumentation und Veröffentlichungen; Beförderung; sonstiges Material; allgemeine Versicherungen usw.;

  — Ausgaben im Zusammenhang mit der Sicherung und Gefahrenabwehr an den Standorten: Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz; Strahlenschutz; Feuerwehr usw.;

  — Ausgaben für Informatik: Computerräume; Hard- und Software; Netzwerkdienste; Informationssysteme; Helpdesk und Anwenderbetreuung usw.;

  — einmalige Kosten: Dieser Posten umfasst die Ausgaben für Renovierungs-, Sanierungs- und Bauarbeiten an den JRC-Standorten. Dazu gehören beispielsweise die Kosten für außerplanmäßige Instandhaltung, Renovierungsarbeiten, Anpassung an neue Normen usw. Mit den Mitteln können auch die vorbereitenden Arbeiten für die wichtigen Forschungsinfrastrukturen bei Posten 10 01 05 04 finanziert werden.

KOMMISSION
*TITEL 10 — DIREKTE FORSCHUNG*

**KAPITEL 10 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „DIREKTE FORSCHUNG“** *(Fortsetzung)*

***10 01 05*** *(Fortsetzung)*

10 01 05 03 *(Fortsetzung)*

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen“ im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 10 02.

10 01 05 04 Sonstige Ausgaben für neue wichtige Forschungsinfrastruktur — „Horizont 2020“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 339 000 | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben im Zusammenhang mit allen Ressourcen zur Finanzierung wichtiger Forschungsinfrastrukturprojekte bestimmt, insbesondere den Bau neuer Gebäude, die vollständige Renovierung vorhandener Gebäude und den Erwerb wichtiger Ausrüstung für die technische Infrastruktur der Standorte.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen“ im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 10 02.

10 01 05 11 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Programm „Euratom“): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 56 275 000 | 59 234 525 | 55 096 522,44 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 10 01 05 01 (teilweise)*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die im Stellenplan der Gemeinsamen Forschungsstelle ausgewiesenen Beamten und Bediensteten auf Zeit bestimmt, die mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation -Programm „Euratom“, betraut sind, insbesondere von

— direkten Aktionen (Forschungstätigkeiten, wissenschaftliche und technische Unterstützung und Orientierungsforschung in den Einrichtungen der Gemeinsamen Forschungsstelle),

— indirekte Aktionen (Beteiligung der JRC an der Durchführung von Programmen auf Wettbewerbsbasis).

KOMMISSION
*TITEL 10 — DIREKTE FORSCHUNG*

**KAPITEL 10 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „DIREKTE FORSCHUNG“** *(Fortsetzung)*

***10 01 05*** *(Fortsetzung)*

10 01 05 11 *(Fortsetzung)*

Die Personalkosten umfassen das Grundgehalt, Zulagen sowie diverse Vergütungen und Beiträge auf der Grundlage der Statutsbestimmungen, einschließlich Ausgaben im Zusammenhang mit Dienstantritt, Wechsel des Dienstortes und Ausscheiden aus dem Dienst.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 10 03.

10 01 05 12 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Programm „Euratom“): Ausgaben für externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 10 699 000 | 10 592 775 | 16 570 116,95 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 10 01 05 02 (teilweise)*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für das nicht im Stellenplan ausgewiesene externe Personal der Gemeinsamen Forschungsstelle bestimmt (Vertragsbedienstete, Stipendiaten, abgeordnete nationale Sachverständige und Gastwissenschaftler), das mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation — Programm „Euratom“ — betraut ist.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 10 03.

10 01 05 13 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Programm „Euratom“): Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 38 707 000 | 37 948 100 | 48 051 144,73 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 10 01 05 03 (teilweise)*

Diese Mittel dienen zur Deckung von

— Personalausgaben, die nicht durch die Posten 10 01 05 11 und 10 01 05 12 gedeckt sind, einschließlich Ausgaben für Dienstreisen, Schulungen, soziale und medizinische Dienste, Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung allgemeiner Auswahlverfahren und der Einberufung von Bewerbern, Repräsentationskosten usw.;

— Ausgaben im Zusammenhang mit den zur Durchführung von JRC-Tätigkeiten genutzten Ressourcen. Dazu zählen

  — Ausgaben im Zusammenhang mit dem Betrieb und der Arbeit der JRC-Institute: regelmäßige Instandhaltung von Gebäuden, technischer Infrastruktur und wissenschaftlicher Ausrüstung; Versorgungsleistungen und Fluide; Heizung, Kühlung und Belüftung; Werkstattmaterialien und -ausrüstung; Reinigung der Standorte, Straßen und Gebäude; Abfallentsorgung usw.;

  — Ausgaben im Zusammenhang mit der administrativen Unterstützung der JRC-Institute: Möbel; Papier- und Schreibwaren; Telekommunikation; Dokumentation und Veröffentlichungen; Beförderung; sonstiges Material; allgemeine Versicherungen usw.;

  — Ausgaben im Zusammenhang mit der Sicherung und Gefahrenabwehr an den Standorten: Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz; Strahlenschutz; Feuerwehr usw.;

**KAPITEL 10 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „DIREKTE FORSCHUNG“** *(Fortsetzung)*

***10 01 05*** *(Fortsetzung)*

10 01 05 13 *(Fortsetzung)*

— Ausgaben für Informatik: Computerräume; Hard- und Software; Netzwerkdienste; Informationssysteme; Helpdesk und Anwenderbetreuung usw.;

— einmalige Kosten: Dieser Posten umfasst die Ausgaben für Renovierungs-, Sanierungs- und Bauarbeiten an den JRC-Standorten. Dazu gehören beispielsweise die Kosten für außerplanmäßige Instandhaltung, Renovierungsarbeiten, Anpassung an neue Normen usw. Mit den Mitteln können auch die vorbereitenden Arbeiten für die wichtigen Forschungsinfrastrukturen bei Posten 10 01 05 14 finanziert werden.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 10 03.

10 01 05 14 Sonstige Ausgaben für neue wichtige Forschungsinfrastruktur — Programm „Euratom“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 13 647 000 | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben im Zusammenhang mit allen Ressourcen zur Finanzierung wichtiger Forschungsinfrastrukturprojekte bestimmt, insbesondere den Bau neuer Gebäude, die vollständige Renovierung vorhandener Gebäude und den Erwerb wichtiger Ausrüstung für die technische Infrastruktur der Standorte.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 10 03.

KOMMISSION
*TITEL 10 — DIREKTE FORSCHUNG*

**KAPITEL 10 02 — HORIZONT 2020 — DIREKTE MASSNAHMEN DER GEMEINSAMEN FORSCHUNGSSTELLE (JRC) ZUR UNTERSTÜTZUNG DER UNIONSPOLITIK**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | |
| 10 02 | HORIZONT 2020 — DIREKTE MASSNAHMEN DER GEMEINSAMEN FORSCHUNGSSTELLE (JRC) ZUR UNTERSTÜTZUNG DER UNIONSPOLITIK | | | | | | | | |
| ***10 02 01*** | ***Horizont 2020 — bedarfsgerechte wissenschaftliche und technische Unterstützung der Unionspolitik*** | 1.1 | 33 556 000 | 10 280 091 | | | | | — |
| ***10 02 50*** | ***Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung*** | | | | | | | | |
| 10 02 50 01 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020) | 1.1 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 10 02 50 02 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung (aus der Zeit vor 2014) | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 839 899,88 | 1 121 660,77 | — |
| | *Artikel 10 02 50 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 839 899,88 | 1 121 660,77 | — |
| ***10 02 51*** | ***Abschluss des Siebten Rahmenprogramms — Direkte Maßnahmen (2007 bis 2013)*** | 1.1 | p.m. | 17 580 415 | 33 089 156 | 30 721 154 | 34 738 553,98 | 31 547 220,08 | 179,45 |
| ***10 02 52*** | ***Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — direkte Maßnahmen (aus der Zeit vor 2007)*** | 1.1 | — | p.m. | — | p.m. | 212 063,96 | 297 078,90 | — |
| | **Kapitel 10 02 — Insgesamt** | | **33 556 000** | **27 860 506** | **33 089 156** | **30 721 154** | **35 790 517,82** | **32 965 959,75** | **118,33** |

*Erläuterungen*

Diese Erläuterungen gelten für alle Haushaltslinien dieses Kapitels.

Diese Mittel werden für das Rahmenprogramm der für Forschung und Innovation „Horizont 2020“, das für den Zeitraum 2014 bis 2020 gilt, verwendet.

„Horizont 2020“ spielt bei der Umsetzung der Europa-2020-Leitinitiative „Innovationsunion“ und anderer Leitinitiativen, wie „Ressourcenschonendes Europa“, „Eine Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“, „Digitale Agenda für Europa“, sowie für die Entwicklung und das Funktionieren des Europäischen Forschungsraums (EFR) eine wesentliche Rolle. „Horizont 2020“ trägt zum Aufbau einer unionsweiten wissens- und innovationsgestützten Wirtschaft bei, indem es in ausreichendem Umfang zusätzliche Fördermittel für Forschung, Entwicklung und Innovation mobilisiert.

Die Mittel sind dazu bestimmt, gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1290/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates, vom 11. Dezember 2013 über die Regeln für die Beteiligung am Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“(2014-2020) sowie für die Verbreitung der Ergebnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 81) verwendet zu werden.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen“ im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

KOMMISSION
*TITEL 10 — DIREKTE FORSCHUNG*

**KAPITEL 10 02 — HORIZONT 2020 — DIREKTE MASSNAHMEN DER GEMEINSAMEN FORSCHUNGSSTELLE (JRC) ZUR UNTERSTÜTZUNG DER UNIONSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***10 02 01 Horizont 2020 — bedarfsgerechte wissenschaftliche und technische Unterstützung der Unionspolitik***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 33 556 000 | 10 280 091 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel sind zur Deckung der wissenschaftlich-technischen Unterstützung und der Forschungsarbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle nach Maßgabe des spezifischen Programms zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020", Teil IV „Direkte Maßnahmen der Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) außerhalb des Nuklearbereichs", bestimmt, um eine auftraggeberorientierte wissenschaftlich-technische Unterstützung der Unionspolitik zu leisten. Besondere Schwerpunkte sind

— Wissenschaftsexzellenz. Die JRC wird Forschungsarbeiten ausführen, um die wissenschaftlichen Grundlagen der politischen Entscheidungsfindung zu verbessern, über die den gesellschaftlichen Veränderungen zugrunde liegenden natürlichen Prozesse aufzuklären und neue Wissenschafts- und Technologiebereiche zu untersuchen (u. a. durch ein Sondierungsforschungsprogramm);

— führende Rolle der Industrie. Die JRC wird wie folgt zu Innovation und Wettbewerbsfähigkeit beitragen: Sie wird auch in Zukunft zur strategischen Ausrichtung und zur Forschungsagenda der relevanten Instrumente indirekter Forschungsmaßnahmen beitragen, den Wissens- und Technologietransfer unterstützen und die Nutzung, Normung und Validierung von Weltraumtechnologien und -daten erleichtern;

— gesellschaftliche Herausforderungen. Die JRC wird Forschungsarbeiten zu den folgenden Themen durchführen: Gesundheit, demografischer Wandel und Wohlergehen; Ernährungssicherheit, nachhaltige Landwirtschaft, marine und maritime Forschung und Biowirtschaft; sichere, saubere und effiziente Energie; intelligenter, umweltfreundlicher und integrierter Verkehr; Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Rohstoffe; integrative, innovative und sichere Gesellschaften.

Diese Mittel decken besondere Ausgaben für Forschungs- und Unterstützungstätigkeiten, u. a. für den Erwerb wissenschaftlich-technischer Ausrüstung, Untervergabe wissenschaftlicher und technischer Dienstleistungsaufträge, Zugang zu Informationen, Kauf von Verbrauchsmaterialien usw. Hierunter fallen auch Ausgaben für wissenschaftliche Infrastrukturen, die direkt für die jeweiligen Projekte anfallen.

Ebenfalls gedeckt werden Ausgaben jeglicher Art im Zusammenhang mit den Forschungstätigkeiten und Aufgaben der wissenschaftlichen Unterstützung in Verbindung mit Tätigkeiten dieses Artikels, die der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen ihrer Beteiligung auf Wettbewerbsbasis zur Unterstützung der Politik der Union sowie für Rechnung Dritter übertragen wurden.

Gemäß Artikel 21 sowie Artikel 183 Absatz 2 der Haushaltsordnung können etwaige Einnahmen, die bei den Posten 6 2 2 3 und 6 2 2 6 des Einnahmenplans erfasst werden, als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

*Verweise*

Verordnung (EU) Nr. 1290/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates, vom 11. Dezember 2013 über die Regeln für die Beteiligung am Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020"(2014-2020) sowie für die Verbreitung der Ergebnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 81).

Beschluss des Rates 2013/743/EU vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 6.

KOMMISSION
*TITEL 10 — DIREKTE FORSCHUNG*

**KAPITEL 10 02 — HORIZONT 2020 — DIREKTE MASSNAHMEN DER GEMEINSAMEN FORSCHUNGSSTELLE (JRC) ZUR UNTERSTÜTZUNG DER UNIONSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***10 02 50 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung***

10 02 50 01 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Aus diesen Mitteln sollen die Ausgaben gedeckt werden, die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 entsprechen, die durch die Teilnahme von Dritten oder Drittstaaten (die nicht dem Europäischen Wirtschaftsraum angehören) am Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ entstehen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können etwaige Einnahmen, die bei den Posten 6 0 1 3 und 6 0 3 1 des Einnahmenplans eingesetzt sind, gegebenenfalls als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

10 02 50 02 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung (aus der Zeit vor 2014)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 839 899,88 | 1 121 660,77 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 10 02 02*

Aus diesen Mitteln sollen die Ausgaben gedeckt werden, die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen entsprechen, die durch die Teilnahme von Dritten oder Drittstaaten (die nicht dem Europäischen Wirtschaftsraum angehören) an Projekten der Forschung und technologischen Entwicklung außerhalb des Nuklearbereichs aus der Zeit vor 2014 entstehen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können etwaige Einnahmen, die bei den Posten 6 0 1 3 und 6 0 3 1 des Einnahmenplans eingesetzt sind, gegebenenfalls als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

***10 02 51 Abschluss des Siebten Rahmenprogramms — Direkte Maßnahmen (2007 bis 2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 17 580 415 | 33 089 156 | 30 721 154 | 34 738 553,98 | 31 547 220,08 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 10 02 01*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Gemäß Artikel 21 sowie Artikel 183 Absatz 2 der Haushaltsordnung können etwaige Einnahmen, die bei den Posten 6 2 2 3 und 6 2 2 6 des Einnahmenplans erfasst werden, als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

KOMMISSION
*TITEL 10 — DIREKTE FORSCHUNG*

**KAPITEL 10 02 — HORIZONT 2020 — DIREKTE MASSNAHMEN DER GEMEINSAMEN FORSCHUNGSSTELLE (JRC) ZUR UNTERSTÜTZUNG DER UNIONSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***10 02 51*** *(Fortsetzung)*

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen" im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Festlegung der Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an Maßnahmen des Siebten Rahmenprogramms sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse (2007-2013) (ABl. L 391 vom 30.12.2006, S. 1).

Beschluss Nr. 1982/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007 bis 2013) (ABl. L 412 vom 30.12.2006, S. 1).

Entscheidung 2006/975/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das von der Gemeinsamen Forschungsstelle innerhalb des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) durch direkte Maßnahmen durchzuführende spezifische Programm (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 368).

***10 02 52*** ***Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — direkte Maßnahmen (aus der Zeit vor 2007)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | p.m. | 212 063,96 | 297 078,90 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 10 04 01 01*

Die Mittel dieses Artikels dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Gemäß Artikel 21 sowie Artikel 183 Absatz 2 der Haushaltsordnung können etwaige Einnahmen, die bei den Posten 6 2 2 3 und 6 2 2 6 des Einnahmenplans erfasst werden, als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen" im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 182/1999/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Dezember 1998 über das Fünfte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1998-2002) (ABl. L 26 vom 1.2.1999, S. 1).

Beschluss Nr. 1513/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2002 über das Sechste Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration als Beitrag zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums und zur Innovation (2002-2006) (ABl. L 232 vom 29.8.2002, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 10 — DIREKTE FORSCHUNG*

**KAPITEL 10 03 — PROGRAMM „EURATOM“ — DIREKTE MASSNAHMEN**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 10 03 | PROGRAMM „EURATOM“ — DIREKTE MASSNAHMEN | | | | | | | | |
| ***10 03 01*** | ***Direkte Forschung im Rahmen von Euratom*** | 1.1 | 10 455 000 | 3 804 582 | | | | | — |
| ***10 03 50*** | ***Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung*** | | | | | | | | |
| 10 03 50 01 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020) | 1.1 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 10 03 50 02 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung (aus der Zeit vor 2014) | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 309 520,98 | 735 432,09 | — |
| | *Artikel 10 03 50 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 309 520,98 | 735 432,09 | — |
| ***10 03 51*** | ***Abschluss des Siebten Rahmenprogramms — Euratom (2007-2013)*** | 1.1 | p.m. | 5 725 897 | 10 250 000 | 9 720 153 | 10 153 200,78 | 8 541 742,07 | 149,18 |
| ***10 03 52*** | ***Abschluss früherer Euratom-Rahmenprogramme (aus der Zeit vor 2007)*** | 1.1 | — | p.m. | — | p.m. | 281 357,26 | 285 536,60 | — |
| | **Kapitel 10 03 — Insgesamt** | | **10 455 000** | **9 530 479** | **10 250 000** | **9 720 153** | **10 744 079,02** | **9 562 710,76** | **100,34** |

*Erläuterungen*

Das Forschungs- und Ausbildungsprogramm der Europäische Atomgemeinschaft (2014-2018) („Euratom-Programm“) ist ein integraler Bestandteil des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“. Mit dem Euratom-Programm sollen der Forschungs- und Innovationsrahmen im Nuklearbereich gestärkt und die Forschungsanstrengungen der Mitgliedstaaten koordiniert werden, um so Überschneidungen zu vermeiden, eine kritische Masse in Schlüsselbereichen zu erhalten und eine optimale Verwendung öffentlicher Mittel zu gewährleisten.

Die Mittel sind dazu bestimmt, gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1290/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Regeln für die Beteiligung am Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“(2014-2020) sowie für die Verbreitung der Ergebnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 81) verwendet zu werden.

Ziele des Euratom-Programms sind die Verbesserung der nuklearen Sicherheit, der Sicherungsmaßnahmen und des Strahlenschutzes sowie die Leistung eines Beitrags zur langfristigen sicheren und effizienten Senkung der $CO_2$-Emissionen des Energiesystems. Es umfasst das Programm für Fusionsenergieforschung und -entwicklung, die Forschungstätigkeiten im Bereich Kernspaltung und Strahlenschutz und die direkten Maßnahmen der JRC im Bereich der nuklearen Sicherheit und der Sicherungsmaßnahmen. Mit der Verwirklichung dieser Ziele leistet das Euratom-Programm einen Beitrag zu den Ergebnissen in den drei Schwerpunktbereichen „Wissenschaftsexzellenz“, „führende Rolle der Industrie“ und „gesellschaftliche Herausforderungen“ des Rahmenprogramms „Horizont 2020“. Diese Ziele stehen in einem deutlichen Zusammenhang mit den Zielen der Strategien „Europa 2020“ und „Energie 2020“.

**KAPITEL 10 03 — PROGRAMM „EURATOM“ — DIREKTE MASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***10 03 01 Direkte Forschung im Rahmen von Euratom***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 10 455 000 | 3 804 582 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel sollen die wissenschaftlich-technische Unterstützung und die Forschungsarbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle zur Umsetzung des Programms der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2014-2018) abdecken. Im Einzelnen werden damit folgende Ziele verfolgt:

— Verbesserung der nuklearen Sicherheit, einschließlich nukleare Reaktorsicherheit, Stilllegung, nukleare Notfallvorsorge und Strahlenschutz, Sicherheit des Brennstoffzyklus und Entsorgung radioaktiver Abfälle;

— Verbesserung der Sicherungsmaßnahmen im Nuklearbereich, einschließlich Kernmaterialüberwachung, Nichtverbreitung, Verhütung und Eindämmung von chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Gefahren (CBRN-Gefahren);

— Steigerung der Exzellenz bei den wissenschaftlichen Grundlagen für die Normung;

— Unterstützung von Wissensmanagement sowie Aus- und Fortbildung;

— Unterstützung der Politik und der sich weiterentwickelnden Rechtsvorschriften der Union im Bereich der nuklearen Sicherheit und der Sicherungsmaßnahmen.

Betroffen sind auch die Tätigkeiten, die zur Erfüllung der genannten Verpflichtungen zur nuklearen Sicherheitsüberwachung entsprechend Titel II Kapitel 7 des Euratom-Vertrags und dem Nichtverbreitungsvertrag und zur Weiterverfolgung des Programms der Kommission zur Unterstützung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) erforderlich sind.

Diese Mittel decken besondere Ausgaben für Forschungs- und Unterstützungstätigkeiten, u. a. für den Erwerb wissenschaftlich-technischer Ausrüstung, Untervergabe wissenschaftlicher und technischer Dienstleistungsaufträge, Zugang zu Informationen, Kauf von Verbrauchsmaterialien usw. Hierunter fallen auch Ausgaben für wissenschaftliche Infrastrukturen, die direkt für die jeweiligen Projekte anfallen.

Ebenfalls gedeckt werden Ausgaben jeglicher Art im Zusammenhang mit den Forschungstätigkeiten und Aufgaben der wissenschaftlichen Unterstützung in Verbindung mit Tätigkeiten dieses Artikels, die der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen ihrer Beteiligung auf Wettbewerbsbasis zur Unterstützung der Politik der Union sowie für Rechnung Dritter übertragen wurden.

Gemäß Artikel 21 sowie Artikel 183 Absatz 2 der Haushaltsordnung können etwaige Einnahmen, die bei den Posten 6 2 2 3 und 6 2 2 6 des Einnahmenplans erfasst werden, als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (Euratom) Nr. 1314/2013 des Rates vom 16. Dezember 2013 über das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2014-2018) in Ergänzung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation Horizont 2020 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 948).

KOMMISSION
*TITEL 10 — DIREKTE FORSCHUNG*

**KAPITEL 10 03 — PROGRAMM „EURATOM“ — DIREKTE MASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***10 03 50 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung***

10 03 50 01 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Aus diesen Mitteln sollen die Ausgaben gedeckt werden, die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 entsprechen, die durch die Teilnahme von Dritten oder Drittstaaten (die nicht dem Europäischen Wirtschaftsraum angehören) am Programm „Euratom“ entstehen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können etwaige Einnahmen, die bei den Posten 6 0 1 3 und 6 0 3 1 des Einnahmenplans eingesetzt sind, gegebenenfalls als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

10 03 50 02 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung (aus der Zeit vor 2014)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 309 520,98 | 735 432,09 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 10 03 02*

Aus diesen Mitteln sollen die Ausgaben gedeckt werden, die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen aus der Zeit vor 2014 entsprechen, die durch die Teilnahme von Dritten oder Drittstaaten (die nicht dem Europäischen Wirtschaftsraum angehören) am Programm „Euratom“) entstehen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können etwaige Einnahmen, die bei den Posten 6 0 1 3 und 6 0 3 1 des Einnahmenplans eingesetzt sind, gegebenenfalls als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

***10 03 51 Abschluss des Siebten Rahmenprogramms — Euratom (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 5 725 897 | 10 250 000 | 9 720 153 | 10 153 200,78 | 8 541 742,07 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 10 03 01*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Gemäß Artikel 21 sowie Artikel 183 Absatz 2 der Haushaltsordnung können etwaige Einnahmen, die bei den Posten 6 2 2 3 und 6 2 2 6 des Einnahmenplans erfasst werden, als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2006/970/Euratom des Rates vom 18. Dezember 2006 über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2007-2011) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 60).

**KAPITEL 10 03 — PROGRAMM „EURATOM“ — DIREKTE MASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***10 03 51*** *(Fortsetzung)*

Entscheidung 2006/977/Euratom des Rates vom 19. Dezember 2006 über das von der Gemeinsamen Forschungsstelle innerhalb des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2007-2011) durch direkte Maßnahmen durchzuführende spezifische Programm (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 434).

Verordnung (Euratom) Nr. 1908/2006 des Rates vom 19. Dezember 2006 zur Festlegung der Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an Maßnahmen des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse (2007-2011) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 1).

Beschluss 2012/93/Euratom des Rates vom 19. Dezember 2011 über das Rahmenprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2012-2013) (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 25).

Verordnung (Euratom) Nr. 139/2012 des Rates vom 19. Dezember 2011 über die Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an indirekten Maßnahmen des Rahmenprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse (2012-2013) (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 1).

Beschluss 2012/95/Euratom des Rates vom 19. Dezember 2011 über das innerhalb des Rahmenprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2012-2013) von der Gemeinsamen Forschungsstelle durch direkte Maßnahmen durchzuführende spezifische Programm (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 40).

***10 03 52*** ***Abschluss früherer Euratom-Rahmenprogramme (aus der Zeit vor 2007)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | p.m. | 281 357,26 | 285 536,60 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 10 04 01 02*

Die Mittel dieses Artikels dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Gemäß Artikel 21 sowie Artikel 183 Absatz 2 der Haushaltsordnung können etwaige Einnahmen, die bei den Posten 6 2 2 3 und 6 2 2 6 des Einnahmenplans erfasst werden, als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 1999/64/Euratom des Rates vom 22. Dezember 1998 über das Fünfte Rahmenprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) für Maßnahmen im Bereich der Forschung und Ausbildung (1998-2002) (ABl. L 26 vom 1.2.1999, S. 34).

Beschluss 2002/668/Euratom des Rates vom 3. Juni 2002 über das Sechste Rahmenprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) im Bereich der nuklearen Forschung und Ausbildung als Beitrag zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums (2002-2006) (ABl. L 232 vom 29.8.2002, S. 34).

KOMMISSION
*TITEL 10 — DIREKTE FORSCHUNG*

**KAPITEL 10 04 — SONSTIGE TÄTIGKEITEN DER GEMEINSAMEN FORSCHUNGSSTELLE**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 10 04 | SONSTIGE TÄTIGKEITEN DER GEMEINSAMEN FORSCHUNGSSTELLE | | | | | | | | |
| ***10 04 02*** | ***Dienstleistungen und Arbeiten für Rechnung Dritter*** | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 4 289 989,54 | 3 009 634,25 | — |
| ***10 04 03*** | ***Wissenschaftliche und technische Unterstützung der Unionspolitik auf Wettbewerbsbasis*** | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 24 839 015,80 | 15 994 073,03 | — |
| ***10 04 04*** | ***Betrieb des Hochflussreaktors (HFR)*** | | | | | | | | |
| 10 04 04 01 | Betrieb des Hochflussreaktors (HFR) — HFR-Zusatzprogramme | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 3 622 200,— | 4 419 601,99 | — |
| 10 04 04 02 | Betrieb des Hochflussreaktors (HFR) — Abschluss der früheren HFR-Zusatzprogramme | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 1 049 022,06 | 514 226,50 | — |
| | *Artikel 10 04 04 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 4 671 222,06 | 4 933 828,49 | — |
| | **Kapitel 10 04 — Insgesamt** | | **p.m.** | **p.m.** | **p.m.** | **p.m.** | **33 800 227,40** | **23 937 535,77** | **—** |

## *10 04 02 Dienstleistungen und Arbeiten für Rechnung Dritter*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 4 289 989,54 | 3 009 634,25 |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel soll die erforderlichen Mittel für besondere Ausgaben im Zusammenhang mit den verschiedenen Arbeiten für Rechnung Dritter decken. Dazu gehören Forschung und Erbringung von Dienstleistungen auf Vertragsbasis an Dritte, wie die Industrie, nationale und regionale Behörden sowie Verträge im Zusammenhang mit den Forschungsprogrammen der Mitgliedstaaten. Dazu gehören beispielsweise

— Lieferungen, Dienstleistungen sowie allgemein die Durchführung von Arbeiten gegen Entgelt, einschließlich zertifizierte Referenzmaterialien;

— der Betrieb von Anlagen zugunsten von Mitgliedstaaten, darunter Bestrahlungen im Hochflussreaktor (HFR) der JRC-Anstalt Petten für fremde Rechnung;

— Forschungstätigkeiten oder Dienstleistungen in Ergänzung der spezifischen Forschungsprogramme, einschließlich der Industrieclubs, für die die Partner eine Aufnahmegebühr und jährliche Beitragszahlungen zu leisten haben;

— Kooperationsvereinbarungen mit Dritten.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können etwaige Einnahmen, die bei den Posten 6 2 2 3 und 6 2 2 4 des Einnahmenplans eingesetzt sind, gegebenenfalls als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Gemäß Artikel 21 und Artikel 183 Absatz 2 der Haushaltsordnung werden bei diesem Artikel zusätzliche Mittel bereitgestellt für die Ausgaben, die sich aus jedem einzelnen mit einem Dritten geschlossenen Vertrag ergeben, und zwar in Höhe der unter Posten 6 2 2 3 des Einnahmenplans einzusetzenden Einnahmen.

KOMMISSION
*TITEL 10 — DIREKTE FORSCHUNG*

**KAPITEL 10 04 — SONSTIGE TÄTIGKEITEN DER GEMEINSAMEN FORSCHUNGSSTELLE** *(Fortsetzung)*

***10 04 02*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 89/340/EWG des Rates vom 3. Mai 1989 über von der Gemeinsamen Forschungsstelle durchzuführende, EWG-relevante Arbeiten für Dritte (ABl. L 142 vom 25.5.1989, S. 10).

Schlussfolgerungen des Rates vom 26. April 1994 zur Rolle der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) (ABl. C 126 vom 7.5.1994, S. 1).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21 und 183.

***10 04 03 Wissenschaftliche und technische Unterstützung der Unionspolitik auf Wettbewerbsbasis***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 24 839 015,80 | 15 994 073,03 |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel soll die erforderlichen Mittel für Ausgaben im Zusammenhang mit den verschiedenen Aufgaben der wissenschaftlichen Unterstützung decken, die die Gemeinsame Forschungsstelle unter Wettbewerbsbedingungen außerhalb von „Horizont 2020" zur Unterstützung der Politiken der Union ausführt. Gemäß Artikel 21 und Artikel 183 Absatz 2 der Haushaltsordnung werden bei diesem Artikel zusätzliche Mittel bereitgestellt für die Ausgaben, die sich aus jedem einzelnen mit Diensten der Europäischen Einrichtungen geschlossenen Vertrag ergeben, und zwar in Höhe der unter Posten 6 2 2 6 des Einnahmenplans einzusetzenden Einnahmen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können etwaige Einnahmen, die bei Posten 6 2 2 4 des Einnahmenplans erfasst werden, als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 89/340/EWG des Rates vom 3. Mai 1989 über von der Gemeinsamen Forschungsstelle durchzuführende, EWG-relevante Arbeiten für Dritte (ABl. L 142 vom 25.5.1989, S. 10).

Schlussfolgerungen des Rates vom 26. April 1994 zur Rolle der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) (ABl. C 126 vom 7.5.1994, S. 1).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21 und 183.

***10 04 04 Betrieb des Hochflussreaktors (HFR)***

10 04 04 01 Betrieb des Hochflussreaktors (HFR) — HFR-Zusatzprogramme

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 3 622 200,— | 4 419 601,99 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 10 04 04 02*

Diese Mittel sollen einen Teil der Ausgabenverpflichtungen gleich welcher Art decken, die im Laufe der Durchführung des HFR-Zusatzprogramms eingegangen werden.

Die wissenschaftlichen und technischen Ziele des Zusatzprogramms sind

— ein sicherer, stabiler und zuverlässiger Neutronenfluss zu Versuchszwecken;

KOMMISSION
*TITEL 10 — DIREKTE FORSCHUNG*

**KAPITEL 10 04 — SONSTIGE TÄTIGKEITEN DER GEMEINSAMEN FORSCHUNGSSTELLE** *(Fortsetzung)*

***10 04 04*** *(Fortsetzung)*

10 04 04 01 *(Fortsetzung)*

— Forschung zu und Entwicklung von Material- und Brennstoffwissenschaften im Interesse einer noch höheren Sicherheit bestehender und künftiger Kernreaktoren (Kernspaltung und Fusion), Radioisotopen für medizinische Anwendungen, Alterung und Lebensdauer von Reaktoren sowie Abfallentsorgung;

— Nutzung als Ausbildungseinrichtung für Doktoranden und promovierte Wissenschaftler, die im Rahmen von nationalen oder europäischen Programmen ihrer Forschungstätigkeit nachgehen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden bei diesem Posten im Laufe des Haushaltsjahres zusätzliche Mittel in Höhe der Zahlungen der betreffenden Mitgliedstaaten (derzeit die Niederlande, Belgien und Frankreich) bereitgestellt, die im Posten 6 2 2 1 des Einnahmenplans erfasst werden.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2012/709/Euratom des Rates vom 13. November 2012 über die Annahme des von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden zusätzlichen Forschungsprogramms für den Hochflussreaktor (2012-2015) (ABl. L 321 vom 20.11.2012, S. 59).

10 04 04 02 Betrieb des Hochflussreaktors (HFR) — Abschluss der früheren HFR-Zusatzprogramme

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 1 049 022,06 | 514 226,50 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 10 04 04 01*

Diese Mittel sollen einen Teil der Ausgabenverpflichtungen gleich welcher Art decken, die im Laufe der Durchführung früherer HFR-Zusatzprogramme eingegangen wurden und nicht durch Zahlungsermächtigungen aus früheren Haushaltsjahren gedeckt sind.

Die wissenschaftlichen und technischen Ziele des Zusatzprogramms sind

— ein sicherer, stabiler und zuverlässiger Neutronenfluss zu Versuchszwecken;

— Forschung zu und Entwicklung von Material- und Brennstoffwissenschaften im Interesse einer noch höheren Sicherheit bestehender und künftiger Kernreaktoren (Kernspaltung und Fusion), Radioisotopen für medizinische Anwendungen, Alterung und Lebensdauer von Reaktoren sowie Abfallentsorgung;

— Nutzung als Ausbildungseinrichtung für Doktoranden und promovierte Wissenschaftler, die im Rahmen von nationalen oder europäischen Programmen ihrer Forschungstätigkeit nachgehen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung werden bei diesem Posten im Laufe des Haushaltsjahres zusätzliche Mittel in Höhe der Zahlungen der betreffenden Mitgliedstaaten bereitgestellt, die im Posten 6 2 2 1 des Einnahmenplans erfasst werden.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 84/1/Euratom, EWG des Rates vom 22. Dezember 1983 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft und für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft durchzuführendes Forschungsprogramm (1984-1987) (ABl. L 3 vom 5.1.1984, S. 21).

Entscheidung 88/523/Euratom des Rates vom 14. Oktober 1988 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführendes ergänzendes Forschungsprogramm (ABl. L 286 vom 20.10.1988, S. 37).

Entscheidung 92/275/Euratom des Rates vom 29. April 1992 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführendes zusätzliches Forschungsprogramm (1992 bis 1995) (ABl. L 141 vom 23.5.1992, S. 27).

Entscheidung 96/419/Euratom des Rates vom 27. Juni 1996 zur Festlegung eines von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden zusätzlichen Forschungsprogramms (1996-1999) (ABl. L 172 vom 11.7.1996, S. 23).

**KAPITEL 10 04 — SONSTIGE TÄTIGKEITEN DER GEMEINSAMEN FORSCHUNGSSTELLE** *(Fortsetzung)*

***10 04 04*** *(Fortsetzung)*

10 04 04 02 *(Fortsetzung)*

Entscheidung 2000/100/Euratom des Rates vom 24. Januar 2000 zur Festlegung eines von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden zusätzlichen Forschungsprogramms (ABl. L 29 vom 4.2.2000, S. 24).

Entscheidung 2004/185/Euratom des Rates vom 19. Februar 2004 zur Annahme eines von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden zusätzlichen Forschungsprogramms (ABl. L 57 vom 25.2.2004, S. 25).

Entscheidung 2007/773/Euratom des Rates vom 26. November 2007 über die Verlängerung des von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden zusätzlichen Forschungsprogramms um ein Jahr (ABl. L 312 vom 30.11.2007, S. 29).

Entscheidung 2009/410/Euratom des Rates vom 25. Mai 2009 zur Annahme eines von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden zusätzlichen Forschungsprogramms (ABl. L 132 vom 29.5.2009, S. 13).

KOMMISSION
*TITEL 10 — DIREKTE FORSCHUNG*

**KAPITEL 10 05 — ALTLASTEN AUS KERNTECHNISCHEN TÄTIGKEITEN DER GEMEINSAMEN FORSCHUNGSSTELLE IM RAHMEN DES EURATOM-VERTRAGS**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 10 05 | ALTLASTEN AUS KERNTECHNISCHEN TÄTIGKEITEN DER GEMEINSAMEN FORSCHUNGSSTELLE IM RAHMEN DES EURATOM-VERTRAGS | | | | | | | | |
| ***10 05 01*** | ***Stilllegung der veralteten kerntechnischen Euratom-Anlagen und Endlagerung der Abfälle*** | 1.1 | 26 999 000 | 29 000 000 | 30 900 000 | 29 204 688 | 29 364 948,04 | 27 961 409,83 | 96,42 |
| | **Kapitel 10 05 — Insgesamt** | | **26 999 000** | **29 000 000** | **30 900 000** | **29 204 688** | **29 364 948,04** | **27 961 409,83** | **96,42** |

## *10 05 01 Stilllegung der veralteten kerntechnischen Euratom-Anlagen und Endlagerung der Abfälle*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 26 999 000 | 29 000 000 | 30 900 000 | 29 204 688 | 29 364 948,04 | 27 961 409,83 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Finanzierung eines Aktionsprogramms zur Verminderung und Beseitigung der nuklearen Altlasten aus Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle seit ihrer Gründung.

Sie decken den Rückbau abgeschalteter Anlagen sowie die Entsorgung der Abfälle aus diesen Anlagen.

Gemäß der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung (ABl. C 373 vom 20.12.2013, S. 1) sind die Mittel ebenfalls für die Finanzierung von Maßnahmen bestimmt, die die Kommission auf der Grundlage der ihr durch Artikel 8 des Euratom-Vertrags übertragenen Zuständigkeiten durchführt.

*Verweise*

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat vom 17. März 1999 über nukleare Altlasten aus den Tätigkeiten der GFS im Rahmen des Euratom-Vertrags — Rückbau der veralteten kerntechnischen Anlagen und Abfallentsorgung (KOM(1999) 114 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 19. Mai 2004 zu Stilllegung und Rückbau kerntechnischer Anlagen und Abfallentsorgung — Wahrnehmung der sich aus der Tätigkeit der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) im Rahmen des Euratom-Vertrags ergebenden Zuständigkeiten im kerntechnischen Bereich (SEK(2004) 621 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 12. Januar 2009 zur Stilllegung kerntechnischer Anlagen und Entsorgung radioaktiver Abfälle — Wahrnehmung der sich aus der Tätigkeit der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) im Rahmen des Euratom-Vertrags ergebenden Zuständigkeiten im kerntechnischen Bereich (KOM(2008) 903 endg.).

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GEMEINSAMEN FORSCHUNGSSTELLE

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GEMEINSAMEN FORSCHUNGSSTELLE

KOMMISSION

*TITEL 11*

**MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI**

# TITEL 11

# MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 11 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI“ | 41 687 233 | 41 687 233 | 41 694 014 | 41 694 014 | 41 398 882,94 | 41 398 882,94 |
| 11 03 | OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREI-ORGANISATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHALTIGE FISCHEREI | 35 688 000 | 36 329 299 | 34 010 000 | 33 319 609 | 102 647 214,04 | 98 431 396,16 |
| | *Reserven (40 02 41)* | *115 342 000* | *112 342 000* | *115 220 000* | *70 190 000* | | |
| | | 151 030 000 | 148 671 299 | 149 230 000 | 103 509 609 | 102 647 214,04 | 98 431 396,16 |
| 11 06 | EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) | 873 399 709 | 589 465 754 | 843 558 380 | 688 257 315 | 862 601 931,57 | 606 362 578,22 |
| | **Titel 11 — Insgesamt** | **950 774 942** | **667 482 286** | **919 262 394** | **763 270 938** | **1 006 648 028,55** | **746 192 857,32** |
| | ***Reserven (40 02 41)*** | ***115 342 000*** | ***112 342 000*** | ***115 220 000*** | ***70 190 000*** | | |
| | | **1 066 116 942** | **779 824 286** | **1 034 482 394** | **833 460 938** | **1 006 648 028,55** | **746 192 857,32** |

KOMMISSION
*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

# TITEL 11

# MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI

## KAPITEL 11 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 11 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI“ | | | | | |
| ***11 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“*** | 5.2 | 28 977 662 | 29 867 729 | 29 707 782,51 | 102,52 |
| ***11 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“*** | | | | | |
| 11 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 2 415 147 | 2 493 601 | 2 778 561,96 | 115,05 |
| 11 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 2 726 733 | 2 792 542 | 2 644 360,— | 96,98 |
| | *Artikel 11 01 02 — Subtotal* | | 5 141 880 | 5 286 143 | 5 422 921,96 | 105,47 |
| ***11 01 03*** | ***Ausgaben für Ausstattung und Dienstleistungen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie des Politikbereichs „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“*** | 5.2 | 1 875 691 | 1 890 142 | 2 179 368,60 | 116,19 |
| ***11 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“*** | | | | | |
| 11 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für den Politikbereich „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“ — Nichtoperative administrative und technische Unterstützung | 2 | 4 100 000 | 4 650 000 | 4 088 809,87 | 99,73 |
| | *Artikel 11 01 04 — Subtotal* | | 4 100 000 | 4 650 000 | 4 088 809,87 | 99,73 |
| ***11 01 06*** | ***Exekutivagenturen*** | | | | | |
| 11 01 06 01 | Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) | 2 | 1 592 000 | | | — |
| | *Artikel 11 01 06 — Subtotal* | | 1 592 000 | | | — |
| | **Kapitel 11 01 — Insgesamt** | | **41 687 233** | **41 694 014** | **41 398 882,94** | **99,31** |

KOMMISSION
*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI“**
*(Fortsetzung)*

***11 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 28 977 662 | 29 867 729 | 29 707 782,51 |

***11 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“***

11 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 415 147 | 2 493 601 | 2 778 561,96 |

11 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 726 733 | 2 792 542 | 2 644 360,— |

***11 01 03 Ausgaben für Ausstattung und Dienstleistungen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie des Politikbereichs „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 875 691 | 1 890 142 | 2 179 368,60 |

***11 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“***

11 01 04 01 Unterstützungsausgaben für den Politikbereich „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“ — Nichtoperative administrative und technische Unterstützung

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 100 000 | 4 650 000 | 4 088 809,87 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 11 01 04 01, 11 01 04 02, 11 01 04 03, 11 01 04 04, 11 01 04 05, 11 01 04 06, 11 01 04 07 und 11 01 04 08*

Diese Mittel sind zur Deckung der nichtoperativen technischen Unterstützung für den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) gemäß Artikel 51 des Vorschlags für eine Verordnung COM(2013) 246 final und Artikel 91 des Vorschlags für eine Verordnung COM(2011) 804 final bestimmt.

KOMMISSION
*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI“**
*(Fortsetzung)*

***11 01 04*** *(Fortsetzung)*

11 01 04 01 *(Fortsetzung)*

Die Mittel dienen insbesondere der Finanzierung von

— Ausgaben für externes Personal (Vertragsbedienstete, abgeordnete nationale Sachverständige und Personal der Agenturen) am Hauptsitz in Höhe von bis zu 850 000 EUR, einschließlich Unterstützungsausgaben (Repräsentationsvergütungen, Ausbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen des aus Mitteln dieses Postens bezahlten externen Personals) zur Durchführung des EMFF und zum Abschluss von Maßnahmen zur technischen Unterstützung im Rahmen des Vorläuferfonds (Europäischer Fischereifonds, EFF);

— Ausgaben für externes Personal in Drittlanddelegationen der Union (Vertragsbedienstete, örtliches Personal und abgeordnete nationale Sachverständige) sowie zusätzliche Kosten für Logistik und Infrastruktur (Fortbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen, Informationstechnologie und Telekommunikation, Mieten), die unmittelbar durch die Anwesenheit des aus in diesem Posten eingetragenen Mitteln bezahlten externen Personals in den Delegationen anfallen;

— Ausgaben für Dienstreisen von Drittlanddelegationen, die an Sitzungen zur Aushandlung von Fischereiabkommen und Gemeinsamen Ausschüssen teilnehmen;

— Ausgaben für Studien, Bewertungsmaßnahmen und Audits, Sachverständigensitzungen, die Teilnahme von Interessenträgern an Ad-hoc-Sitzungen, Seminaren und Konferenzen zu wichtigen Themen, Informationskampagnen und Veröffentlichungen im Bereich der maritimen Angelegenheiten und der Fischerei;

— Ausgaben für Informationstechnologie (IT) (Ausrüstung und Dienste);

— Ausgaben für die Teilnahme von Wissenschaftlern an Sitzungen regionaler Fischereiorganisationen;

— allen weiteren Ausgaben für nichtoperative technische und administrative Unterstützungsleistungen, die keine hoheitlichen Aufgaben beinhalten und von der Kommission im Rahmen von Ad-hoc-Dienstleistungsverträgen vergeben werden.

Aus diesen Mitteln können auch Maßnahmen finanziert werden, die mit Vorbereitung, Überwachung, administrativer und technischer Unterstützung, Bewertung, Audit und Kontrolle von Interventionen auf dem Fischereimarkt in Zusammenhang stehen und die bislang im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik gemäß Artikel 5 Buchstaben a bis d der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 finanziert wurden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1263/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 54).

Verordnung (EG) Nr. 2792/1999 des Rates vom 17. Dezember 1999 zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die gemeinschaftlichen Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (ABl. L 337 vom 30.12.1999, S. 10).

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (ABl. L 223 vom 15.8.2006, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final).

**KAPITEL 11 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI“**
*(Fortsetzung)*

### *11 01 06 Exekutivagenturen*

11 01 06 01 Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 592 000 | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Agentur bestimmt, die im Rahmen ihrer Aufgabe bei der Verwaltung von Maßnahmen anfallen, die Teil der Programme der Union im Bereich der Meerespolitik und der Fischerei und Teil des Europäischen Meeres- und Fischereifonds sind.

Der Stellenplan der Exekutivagentur ist in dem Anhang „Personalbestand“ zu diesem Einzelplan enthalten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final).

Beschluss C(2013) 9414 final der Kommission vom 12. Dezember 2013 zur Übertragung bestimmter Befugnisse an die Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Programmen der Union in den Bereichen Energie, Umwelt, Klimapolitik, Wettbewerbsfähigkeit und KMU, Forschung und Innovation, IKT, Meerespolitik und Fischerei, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von in den Gesamthaushaltsplan der Union eingestellten Mitteln.

Durchführungsbeschluss 2013/771/EU der Kommission vom 17. Dezember 2013 zur Einrichtung der „Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen“ und zur Aufhebung der Beschlüsse 2004/20/EG und 2007/372/EG (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 73).

KOMMISSION

*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 03 — OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREIORGANISATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHALTIGE FISCHEREI**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | |
| 11 03 | OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREI-ORGANISATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHALTIGE FISCHEREI | | | | | | | | |
| ***11 03 01*** | ***Schaffung der rechtlichen Basis für Fangtätigkeiten von Fischereifahrzeugen der Union in Drittlandgewässern durch nachhaltige Fischereiabkommen*** | 2 | 29 658 000 | 32 658 000 | 29 010 000 | 28 674 039 | 98 997 874,— | 94 865 376,44 | 290,48 |
| | *Reserven (40 02 41)* | | *115 342 000* | *112 342 000* | *115 220 000* | *70 190 000* | | | |
| | | | 145 000 000 | 145 000 000 | 144 230 000 | 98 864 039 | 98 997 874,— | 94 865 376,44 | |
| ***11 03 02*** | ***Förderung einer nachhaltigen Fischereiwirtschaft und Meeresbewirtschaftung im Einklang mit den Zielen der GFP (obligatorischer Finanzbeitrag zu internationalen Gremien)*** | 2 | 6 030 000 | 3 671 299 | 5 000 000 | 4 645 570 | 3 649 340,04 | 3 566 019,72 | 97,13 |
| | **Kapitel 11 03 — Insgesamt** | | **35 688 000** | **36 329 299** | **34 010 000** | **33 319 609** | **102 647 214,04** | **98 431 396,16** | **270,94** |
| | ***Reserven (40 02 41)*** | | ***115 342 000*** | ***112 342 000*** | ***115 220 000*** | ***70 190 000*** | | | |
| | | | **151 030 000** | **148 671 299** | **149 230 000** | **103 509 609** | **102 647 214,04** | **98 431 396,16** | |

## *11 03 01 Schaffung der rechtlichen Basis für Fangtätigkeiten von Fischereifahrzeugen der Union in Drittlandgewässern durch nachhaltige Fischereiabkommen*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 11 03 01 | 29 658 000 | 32 658 000 | 29 010 000 | 28 674 039 | 98 997 874,— | 94 865 376,44 |
| *Reserven (40 02 41)* | *115 342 000* | *112 342 000* | *115 220 000* | *70 190 000* | | |
| Insgesamt | 145 000 000 | 145 000 000 | 144 230 000 | 98 864 039 | 98 997 874,— | 94 865 376,44 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben infolge der Fischereiabkommen, die die Europäische Union/Gemeinschaft mit Drittländern ausgehandelt hat bzw. zu verlängern oder neu auszuhandeln beabsichtigt.

Auch partnerschaftliche Fischereiabkommen, die die Europäische Union möglicherweise neu aushandelt, müssten aus diesem Artikel finanziert werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates vom 22. Mai 2006 über finanzielle Maßnahmen der Union zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik und im Bereich des Seerechts (ABl. L 160 vom 14.6.2006, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 03 — OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREIORGANISATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHALTIGE FISCHEREI** *(Fortsetzung)*

***11 03 01*** *(Fortsetzung)*

Verordnungen und Beschlüsse über den Abschluss von Abkommen und/oder Protokollen im Bereich Fischerei zwischen der Europäischen Gemeinschaft/Union und den Regierungen folgender Länder:

| Land | Verordnung | Datum | ABl. | Laufzeit |
|---|---|---|---|---|
| Kap Verde | Verordnung (EG) Nr. 2027/2006 | 19. Dezember 2006 | L 414 vom 30.12.2006 | 1.9.2006 bis 31.8.2011 |
| | Beschluss 2011/679/EU | 10. Oktober 2011 | L 269 vom 14.10.2011 | 1.9.2011 bis 31.8.2014 |
| Komoren | Verordnung (EG) Nr. 1660/2005 | 6. Oktober 2005 | L 267 vom 12.10.2005 | 1.1.2005 bis 31.12.2010 |
| | Verordnung (EG) Nr. 1563/2006 | 5. Oktober 2006 | L 290 vom 20.10.2006 | |
| | Beschluss 2011/294/EU | 13. Mai 2011 | L 134 vom 21.5.2011 | 1.1.2011 bis 31.12.2013 |
| | Neues Protokoll am 5. Juli 2013 paraphiert — Rechtsetzungs-verfahren noch nicht abgeschlossen | | | |
| Côte d'Ivoire | Verordnung (EG) Nr. 953/2005 | 21. Juni 2005 | L 164 vom 24.6.2005 | 1.7.2004 bis 30.6.2007 |
| | Verordnung (EG) Nr. 242/2008 | 17. März 2008 | L 75 vom 18. 3. 2008 | 1.7.2007 bis 30.6.2013 |
| | Beschluss 2013/303/EU | 29. Mai 2013 | L 170 vom 22.6.2013 | 1.7.2013 bis 30.6.2018. |
| Gabun | Beschluss 2006/788/EG | 7. November 2006 | L 319 vom 18.11.2006 | |
| | Verordnung (EG) Nr. 450/2007 | 16. April 2007 | L 109 vom 26.4.2007 | 3.12.2005 bis 2.12.2011 |
| | Beschluss 2013/462/EU | 22. Juli 2013 | L 250 vom 20.9.2013 | 24.7.2013 bis 23.7.2016 |
| Grönland | Verordnung (EG) Nr. 753/2007 | 28. Juni 2007 | L 172 vom 30.6.2007 | 1.1.2007 bis 31.12.2012 |
| | Beschluss 2012/653/EU | 16. Juli 2012 | L 293 vom 23.10.2012 | 1.1.2013 bis 31.12.2015 |
| Guinea-Bissau | Verordnung (EG) Nr. 1491/2006 | 10. Oktober 2006 | L 279 vom 11.10.2006 | |
| | Verordnung (EG) Nr. 241/2008 | 17. März 2008 | L 75 vom 18. 3. 2008 | 16.6.2007 bis 15.6.2011 |
| | Verordnung 2011/885/EU | 14. November 2011 | L 344 vom 28.12.2011 | 16.6.2011 bis 15.6.2012 |
| | Neues Protokoll am 10. Februar 2012 paraphiert — Rechtsetzungsverfahren ausgesetzt | | | |
| Kiribati | Verordnung (EG) Nr. 893/2007 | 23. Juli 2007 | L 205 vom 7.8.2007 | 16.9.2006 bis 15.9.2012 |
| | Beschluss 2012/669/EU | 9. Oktober 2012 | L 300 vom 30.10.2012 | 16.9.2012 bis 15.9.2015 |
| Madagaskar | Beschluss 2007/797/EG | 15. November 2007 | L 331 vom 17.12. 2007 | |
| | Verordnung (EG) Nr. 31/2008 | 15. November 2007 | L 15 vom 18.1. 2008 | 1.1.2007 bis 31.12.2012 |
| | Beschluss 2012/826/EU | 28. November 2012 | L 361 vom 31.12.2012 | 1.1.2013 bis 31.12.2014 |

KOMMISSION

*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 03 — OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREIORGANISATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHALTIGE FISCHEREI** *(Fortsetzung)*

***11 03 01*** *(Fortsetzung)*

| Land | Verordnung | Datum | ABl. | Laufzeit |
|---|---|---|---|---|
| Mauritius | Verordnung (EG) Nr. 2003/2004 | 21. Oktober 2004 | L 348 vom 24.11.2004 | 3.12.2003 bis 2.12.2007 |
| | Beschluss 2012/670/EU | 9. Oktober 2012 | L 300 vom 30.10.2012 | |
| | Neues partnerschaftliches Fischereiabkommen und Protokoll am 23. Februar 2012 paraphiert — Rechtsetzungsverfahren noch nicht abgeschlossen, keine vorläufige Anwendung | | | |
| Mauretanien | Verordnung (EG) Nr. 1801/2006 | 30. November 2006 | L 343 vom 8.12.2006 | 1.8.2006 bis 31.7.2008 |
| | Verordnung (EG) Nr. 704/2008 | 15. Juli 2008 | L 203 vom 31.7.2008 | 1.8.2008 bis 31.7.2012 |
| | Beschluss 2012/827/EU | 18. Dezember 2012 | L 361 vom 31.12.1012 | 16.12.2012 bis 15.12.2014 |
| Marokko | Verordnung (EG) Nr. 764/2006 | 22. Mai 2006 | L 141 vom 29.5.2006 | 28.2.2007 bis 27.2.2011 |
| | Beschluss 2011/491/EU | 12. Juli 2011 | L 202 vom 5.8.2011 | 28.2.2011 bis 28.2.2012 |
| | Aufgehoben durch Beschluss 2012/15/EU | 20. Dezember 2011 | L 6 vom 10.1.2012 | |
| | Derzeit kein Protokoll in Kraft | | | |
| | Beschluss 2013/720/EU | 15. November 2013 | L 328 vom 7.12.2013 | |
| | Neues partnerschaftliches Fischereiabkommen und Protokoll am 24 Juli 2013 paraphiert — Rechtsetzungsverfahren noch nicht abgeschlossen, keine vorläufige Anwendung | | | |
| Mosambik | Verordnung (EG) Nr. 1446/2007 | 22. November 2007 | L 331 vom 17.12. 2007 | 1.1.2007 bis 31.12.2011 |
| | Beschluss 2012/306/EU | 12. Juni 2012 | L 153 vom 14.6.2012 | 1.2.2012 bis 31.1.2015 |
| São Tomé und Príncipe | Verordnung (EG) Nr. 894/2007 | 23. Juli 2007 | L 205 vom 7.8.2007 und L 330 vom 15.12.2007 | 1.6.2006 bis 31.5.2010 |
| | Beschluss 2011/420/EU | 12. Juli 2011 | L 188 vom 19.7.2011 | 13.5.2011 bis 12.5.2014 |
| Seychellen | Verordnung (EG) Nr. 1562/2006 | 5. Oktober 2006 | L 290 vom 20.10.2006 | |
| | Beschluss 2011/474/EU | 12. Juli 2011 | L 196 vom 28.7.2011 | 18.1.2011 bis 17.1.2014 |
| | Neues partnerschaftliches Fischereiabkommen und Protokoll am 10. Mai 2013 paraphiert — Rechtsetzungsverfahren noch nicht abgeschlossen | | | |

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final), insbesondere Artikel 41 Absatz 1.

KOMMISSION
*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 03 — OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREIORGANISATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHALTIGE FISCHEREI** *(Fortsetzung)*

***11 03 02 Förderung einer nachhaltigen Fischereiwirtschaft und Meeresbewirtschaftung im Einklang mit den Zielen der GFP (obligatorischer Finanzbeitrag zu internationalen Gremien)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 6 030 000 | 3 671 299 | 5 000 000 | 4 645 570 | 3 649 340,04 | 3 566 019,72 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 11 03 02 und 11 03 04*

Diese Mittel sind zur Finanzierung der aktiven Teilnahme der Union an den Arbeiten der internationalen Fischereiorganisationen bestimmt, die für die Gewährleistung der langfristigen Erhaltung und der nachhaltigen Nutzung der Fischbestände im Meer zuständig sind. Sie umfassen u. a. obligatorische Beiträge zu den nachstehenden regionalen Fischereiorganisationen und anderen internationalen Organisationen:

— Kommission für die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis (CCAMLR),

— Organisation für die Lachserhaltung im Nordatlantik (NASCO),

— Internationale Kommission für die Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT),

— Kommission für die Fischerei im Nordostatlantik (NEAFC),

— Nordwestatlantische Fischereiorganisation (NAFO),

— Thunfischkommission für den Indischen Ozean (IOTC),

— Allgemeine Kommission für die Fischerei im Mittelmeer (GFCM),

— Organisation für die Fischerei im Südostatlantik (SEAFO),

— Übereinkommen über die Fischerei im südlichen Indischen Ozean (SIOFA),

— Fischereikommission für den westlichen und mittleren Pazifik (WCPFC, ex-MHLC),

— Übereinkommen zum Internationalen Delphinschutzprogramm (AIDCP),

— Interamerikanische Kommission für Tropischen Thunfisch (IATTC),

— Regionale Fischereiorganisation für den Südpazifik (SPRFMO).

Diese Mittel sind ebenfalls zur Deckung des finanziellen Beitrags der Union zu den durch das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1982 geschaffenen Gremien, insbesondere die Internationale Meeresbodenbehörde und der Internationale Seegerichtshof, bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 3179/78 des Rates vom 28. Dezember 1978 über den Abschluss des Übereinkommens über die künftige multilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Fischerei im Nordwestatlantik durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. L 378 vom 30.12.1978, S. 1).

Beschluss 81/608/EWG des Rates vom 13. Juli 1981 über den Abschluss des Übereinkommens über die künftige multilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Fischerei im Nordostatlantik (ABl. L 227 vom 12.8.1981, S. 21).

Beschluss 81/691/EWG des Rates vom 4. September 1981 über den Abschluss des Übereinkommens über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis (ABl. L 252 vom 5.9.1981, S. 26).

Beschluss 82/886/EWG des Rates vom 13. Dezember 1982 zum Abschluss des Übereinkommens zur Lachserhaltung im Nordatlantik (ABl. L 378 vom 31.12.1982, S. 24).

Beschluss 86/238/EWG des Rates vom 9. Juni 1986 über den Beitritt der Gemeinschaft zu der Internationalen Konvention zur Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik in der Fassung des Protokolls zu der am 10. Juli 1984 in Paris unterzeichneten Schlussakte der Konferenz der Bevollmächtigten der Vertragsparteien der Konvention (ABl. L 162 vom 18.6.1986, S. 33).

KOMMISSION

*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 03 — OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREIORGANISATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHALTIGE FISCHEREI** *(Fortsetzung)*

***11 03 02*** *(Fortsetzung)*

Beschluss 95/399/EG des Rates vom 18. September 1995 über den Beitritt der Gemeinschaft zu dem Übereinkommen zur Einsetzung der Thunfischkommission für den Indischen Ozean (ABl. L 236 vom 5.10.1995, S. 24).

Beschluss 98/392/EG des Rates vom 23. März 1998 über den Abschluss des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 und des Übereinkommens vom 28. Juli 1994 zur Durchführung des Teils XI des Seerechtsübereinkommens durch die Europäische Gemeinschaft (ABl. L 179 vom 23.6.1998, S. 1).

Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen und Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI des Seerechtsübereinkommens (ABl. L 179 vom 23.6.1998, S. 3).

Beschluss 98/416/EG des Rates vom 16. Juni 1998 über den Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zur Allgemeinen Kommission für die Fischerei im Mittelmeer (ABl. L 190 vom 4.7.1998, S. 34).

Beschluss 2002/738/EG des Rates vom 22. Juli 2002 über den Abschluss des Übereinkommens über die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen im Südostatlantik durch die Europäische Gemeinschaft (ABl. L 234 vom 31.8.2002, S. 39).

Beschluss 2005/75/EG des Rates vom 26. April 2004 über den Beitritt der Gemeinschaft zum Übereinkommen über die Erhaltung und Bewirtschaftung weit wandernder Fischbestände im westlichen und mittleren Pazifik (ABl. L 32 vom 4.2.2005, S. 1).

Beschluss 2005/938/EG des Rates vom 8. Dezember 2005 über die Genehmigung des Übereinkommens zum internationalen Delphinschutzprogramm im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 348 vom 30.12.2005, S. 26).

Beschluss 2006/539/EG des Rates vom 22. Mai 2006 über den Abschluss, im Namen der Europäischen Gemeinschaft, des Übereinkommens zur Stärkung der Interamerikanischen Kommission für Tropischen Thunfisch, die mit dem Übereinkommen aus dem Jahr 1949 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik Costa Rica eingesetzt wurde (ABl. L 224 vom 16.8.2006, S. 22).

Beschluss 2008/780/EG des Rates vom 29. September 2008 über die Unterzeichnung — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Übereinkommens über die Fischerei im südlichen Indischen Ozean (ABl. L 268 vom 9.10.2008, S. 27).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final), insbesondere Artikel 39 Absätze 1 und 2 und Artikel 40.

KOMMISSION

*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 11 06 | EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) | | | | | | | | |
| ***11 06 01*** | ***Abwicklung des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) — Ziel 1 (2000-2006)*** | 2 | p.m. | 14 444 368 | p.m. | 14 826 287 | 0,— | 2 426 497,46 | 16,80 |
| ***11 06 02*** | ***Abwicklung des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und dem Grenzgebiet Irlands (2000-2006)*** | 2 | — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***11 06 03*** | ***Abschluss früherer Programme — Frühere Ziele 1 und 6 (aus der Zeit vor 2000)*** | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***11 06 04*** | ***Abwicklung des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) — Andere als Ziel-1-Gebiete (2000-2006)*** | 2 | p.m. | 7 941 702 | p.m. | 4 942 096 | 0,— | 0,— | 0,— |
| ***11 06 05*** | ***Abschluss früherer Programme — Früheres Ziel 5a (aus der Zeit vor 2000)*** | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***11 06 06*** | ***Abschluss früherer Programme — Initiativen (aus der Zeit vor 2000)*** | 2 | — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***11 06 08*** | ***Abschluss früherer Programme — Frühere operative technische Unterstützung und innovative Maßnahmen (aus der Zeit vor 2000)*** | 2 | — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***11 06 09*** | ***Spezifische Aktion zur Förderung der Umstellung der Schiffe und der Fischer, die bis 1999 vom Fischereiabkommen mit Marokko abhängig waren*** | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***11 06 11*** | ***Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Operative technische Unterstützung (2007-2013)*** | 2 | p.m. | 2 444 057 | 3 500 000 | 2 569 890 | 2 892 347,69 | 2 581 843,93 | 105,64 |

KOMMISSION
*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| ***11 06 12*** | ***Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Konvergenzziel (2007-2013)*** | 2 | p.m. | 319 099 347 | 528 352 868 | 417 567 742 | 507 543 231,— | 354 196 149,01 | 111,— |
| ***11 06 13*** | ***Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Außerhalb des Konvergenzziels (2007-2013)*** | 2 | p.m. | 100 353 663 | 163 154 844 | 125 000 000 | 159 986 289,— | 120 792 122,59 | 120,37 |
| ***11 06 14*** | ***Abschluss der Interventionen bei Fischereierzeugnissen (2007-2013)*** | 2 | p.m. | 6 800 000 | 11 500 000 | 11 366 820 | 14 946 688,60 | 9 969 385,56 | 146,61 |
| ***11 06 15*** | ***Abschluss des Fischereiprogramms zugunsten der Gebiete in äußerster Randlage (2007-2013)*** | 2 | p.m. | 10 835 165 | 14 996 768 | 14 826 287 | 14 996 768,— | 28 137 796,23 | 259,69 |
| ***11 06 60*** | ***Unterstützung einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Fischerei und Aquakultur, einer ausgewogenen und integrativen territorialen Entwicklung der Fischereigebiete und der Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik*** | 2 | 753 443 838 | 41 845 392 | | | | | — |
| ***11 06 61*** | ***Entwicklung und Umsetzung der Integrierten Meerespolitik der Europäischen Union*** | 2 | 43 216 876 | 11 964 825 | — | 12 098 250 | 39 621 119,49 | 1 948 006,75 | 16,28 |
| ***11 06 62*** | ***Begleitmaßnahmen zur Gemeinsamen Fischereipolitik und zur Integrierten Meerespolitik*** | | | | | | | | |
| 11 06 62 01 | Wissenschaftliche Gutachten und Erkenntnisse | 2 | 14 349 220 | 21 639 419 | 51 950 000 | 39 417 555 | 50 245 824,62 | 37 137 672,25 | 171,62 |
| 11 06 62 02 | Kontrolle und Durchsetzung | 2 | 24 694 000 | 25 663 476 | 49 680 000 | 25 489 292 | 51 896 472,71 | 25 875 929,43 | 100,83 |
| 11 06 62 03 | Freiwillige Beiträge zu internationalen Organisationen | 2 | 9 490 000 | 5 675 090 | 4 500 000 | 3 953 676 | 5 337 713,42 | 3 649 757,— | 64,31 |
| 11 06 62 04 | Steuerung und Kommunikation | 2 | 6 809 400 | 4 857 767 | 5 390 000 | 4 820 520 | 4 418 577,04 | 4 659 009,88 | 95,91 |
| 11 06 62 05 | Marktinformationen | 2 | 4 745 000 | 1 901 598 | | | | | — |
| | *Artikel 11 06 62 — Subtotal* | | 60 087 620 | 59 737 350 | 111 520 000 | 73 681 043 | 111 898 587,79 | 71 322 368,56 | 119,39 |

KOMMISSION
*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| ***11 06 63*** | ***Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Technische Unterstützung*** | | | | | | | | |
| 11 06 63 01 | Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Operative technische Hilfe | 2 | 3 834 475 | 1 982 985 | | | | | — |
| 11 06 63 02 | Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe | 2 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| | *Artikel 11 06 63 — Subtotal* | | 3 834 475 | 1 982 985 | | | | | — |
| ***11 06 64*** | ***Europäische Fischereiaufsichtsagentur*** | 2 | 8 716 900 | 8 716 900 | 8 933 900 | 8 933 900 | 9 216 900,— | 10 216 900,— | 117,21 |
| ***11 06 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 11 06 77 01 | Vorbereitende Maßnahme — Beobachtungsstelle für die Preise auf dem Fischereimarkt | 2 | p.m. | p.m. | — | 550 000 | 0,— | 2 245 289,90 | — |
| 11 06 77 02 | Pilotprojekt — Instrumente für einen gemeinsamen Ordnungsrahmen und ein nachhaltiges Fischereimanagement | 2 | p.m. | 450 000 | — | 750 000 | 1 500 000,— | 0,— | 0,— |
| 11 06 77 03 | Vorbereitende Maßnahmen — Meerespolitik | 2 | — | — | — | 345 000 | 0,— | 2 126 222,78 | — |
| 11 06 77 04 | Pilotprojekt — Netzwerke und bewährte Praxis in der Meerespolitik | 2 | — | — | — | — | 0,— | 399 995,45 | — |
| 11 06 77 05 | Pilotprojekt — Schaffung eines einheitlichen Instruments für die Handelsbezeichnungen für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur | 2 | p.m. | 200 000 | 400 000 | 200 000 | | | — |
| 11 06 77 06 | Vorbereitende Maßnahme — Beschützer der See | 2 | 600 000 | 900 000 | 1 200 000 | 600 000 | | | — |

KOMMISSION
*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 11 06 77 07 | Pilotprojekt — Inbetriebnahme eines Netzes geschützter Meeresgebiete, die im Rahmen von nationalen und internationalen Umwelt- und Fischereivorschriften eingerichtet wurden oder eingerichtet werden sollen, um das Produktionspotenzial der EU-Fischerei im Mittelmeer auf der Grundlage höchstmöglicher Dauererträge und eines ökosystemorientierten Ansatzes im Fischereimanagement zu erhöhen | 2 | 2 000 000 | 1 000 000 | | | | | — |
| 11 06 77 08 | Pilotprojekt — Maßnahmen zur Unterstützung der kleinen Fischerei | 2 | 1 500 000 | 750 000 | | | | | — |
| | *Artikel 11 06 77 — Subtotal* | | 4 100 000 | 3 300 000 | 1 600 000 | 2 445 000 | 1 500 000,— | 4 771 508,13 | 144,59 |
| | **Kapitel 11 06 — Insgesamt** | | **873 399 709** | **589 465 754** | **843 558 380** | **688 257 315** | **862 601 931,57** | **606 362 578,22** | **102,87** |

*Erläuterungen*

Nach Artikel 39 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 können Finanzkorrekturen vorgenommen werden; etwaige Einnahmen aufgrund dieser Finanzkorrekturen werden in Posten 6 5 0 0 des Einnahmenplans verbucht. Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können diese Einnahmen in spezifischen Fällen, in denen sie sich zur Deckung der Risiken einer Annullierung oder Kürzung der zuvor beschlossenen Korrekturen als notwendig erweisen, als zusätzliche Mittel eingesetzt werden.

In der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 ist festgelegt, unter welchen Bedingungen die Vorauszahlung zurückgezahlt wird, was nicht zur Folge hat, dass die Beteiligung der Strukturfonds für die betreffende Intervention gekürzt wird. Gemäß den Artikeln 21 und 178 der Haushaltsordnung können etwaige Einnahmen aufgrund dieser Rückzahlungen der Vorauszahlung, die in Posten 6 1 5 7 des Einnahmenplans verbucht werden, als zusätzliche Mittel eingesetzt werden.

Gemäß Artikel 80 der Haushaltsordnung werden für Ausgaben, die nicht gemäß anwendbarem Recht getätigt wurden, Finanzkorrekturen vorgenommen.

Die Artikel 77, 136 und 137 des geänderten Vorschlags für eine Verordnung (COM(2013) 246 final) über Kriterien für Finanzkorrekturen der Kommission enthalten spezifische Vorschriften für Finanzkorrekturen im Rahmen des EMFF.

Etwaige Einnahmen aus auf dieser Grundlage vorgenommenen Finanzkorrekturen werden in Posten 6 5 0 0 des Einnahmenplans verbucht und gelten nach Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen.

In Artikel 177 der Haushaltsordnung sind die Voraussetzungen für die Erstattung des vollen Betrags oder eines Teils der im Rahmen einer Transaktion geleisteten Vorauszahlungen festgelegt.

Erstattete Vorauszahlungen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 4 der Haushaltsordnung als interne zweckgebundene Einnahmen und werden in Posten 6 1 5 0 oder 6 1 5 7 verbucht.

Die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung werden aus Artikel 24 02 01 finanziert.

*Rechtsgrundlagen*

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 174, 175 und 177.

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1).

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (ABl. L 223 vom 15.8.2006, S. 1).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21 Absätze 3 und 4, Artikel 80 und Artikel 177.

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

*Verweise*

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Berlin vom 24. und 25. März 1999.

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final).

### *11 06 01 Abwicklung des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) — Ziel 1 (2000-2006)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 14 444 368 | p.m. | 14 826 287 | 0,— | 2 426 497,46 |

*Erläuterungen*

Aus diesen Mitteln wird die Abwicklung der noch offenen Ziel-1-Verpflichtungen des Programmplanungszeitraum 2000 bis 2006 durch das FIAF finanziert.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1263/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 54).

Verordnung (EG) Nr. 2792/1999 des Rates vom 17. Dezember 1999 zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die gemeinschaftlichen Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (ABl. L 337 vom 30.12.1999, S. 10).

### *11 06 02 Abwicklung des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und dem Grenzgebiet Irlands (2000-2006)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Das Sonderprogramm zur Förderung von Frieden und Versöhnung wurde zur Abwicklung der noch offenen Verpflichtungsermächtigungen für den Programmplanungszeitraum 2000-2006 eingesetzt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1), insbesondere Artikel 2 Absatz 4.

KOMMISSION
*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

***11 06 02*** *(Fortsetzung)*

*Verweise*

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Berlin vom 24. und 25. März 1999, und insbesondere Ziffer 44 Buchstabe b.

Entscheidung 1999/501/EG der Kommission vom 1. Juli 1999 über die indikative Aufteilung der Verpflichtungsermächtigungen auf die Mitgliedstaaten im Rahmen von Ziel 1 der Strukturfonds für den Zeitraum 2000 bis 2006 (ABl. L 194 vom 27.7.1999, S. 49), insbesondere Erwägung 5.

***11 06 03*** ***Abschluss früherer Programme — Frühere Ziele 1 und 6 (aus der Zeit vor 2000)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen des FIAF aus den vorhergehenden Programmzeiträumen für die früheren Ziele 1 und 6.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 4028/86 des Rates vom 18. Dezember 1986 über Gemeinschaftsmaßnahmen zur Verbesserung und Anpassung der Strukturen im Bereich der Fischerei und der Aquakultur (ABl. L 376 vom 31.12.1986, S. 7).

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2468/98 des Rates vom 3. November 1998 über die Kriterien und Bedingungen für die Strukturmaßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Fischerei und Aquakultur sowie der Verarbeitung und Vermarktung der entsprechenden Erzeugnisse (ABl. L 312 vom 20.11.1998, S. 19).

***11 06 04*** ***Abwicklung des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) — Andere als Ziel-1-Gebiete (2000-2006)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 7 941 702 | p.m. | 4 942 096 | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Aus diesen Mitteln wird die Deckung der Interventionen außerhalb der Ziel-1-Gebiete für die Verpflichtungen des Programmplanungszeitraums 2000-2006 durch das FIAF finanziert.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1263/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 54).

Verordnung (EG) Nr. 2792/1999 des Rates vom 17. Dezember 1999 zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die gemeinschaftlichen Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (ABl. L 337 vom 30.12.1999, S. 10).

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

### *11 06 05 Abschluss früherer Programme — Früheres Ziel 5a (aus der Zeit vor 2000)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus den vorhergehenden Programmplanungszeiträumen für das frühere Ziel 5a „Fischerei“ aus dem FIAF, einschließlich der gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2080/93 finanzierten Maßnahmen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2468/98 des Rates vom 3. November 1998 über die Kriterien und Bedingungen für die Strukturmaßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Fischerei und Aquakultur sowie der Verarbeitung und Vermarktung der entsprechenden Erzeugnisse (ABl. L 312 vom 20.11.1998, S. 19).

### *11 06 06 Abschluss früherer Programme — Initiativen (aus der Zeit vor 2000)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen des FIAF aus den Programmplanungszeiträumen vor 2000-2006.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

*Verweise*

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Globalzuschüsse oder integrierten Operationellen Programme im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative für die Umstrukturierung des Fischereisektors (PESCA) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 1).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative zugunsten der ultraperipheren Regionen (REGIS II) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 44).

KOMMISSION
*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

***11 06 06*** *(Fortsetzung)*

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für die von ihnen aufzustellenden operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung von Grenzregionen, grenzübergreifende Zusammenarbeit und ausgewählte Energienetze (Interreg II) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 60).

Mitteilung der Kommission vom 16. Mai 1995 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für eine Initiative im Rahmen des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und in den Grenzbezirken Irlands (Programm PEACE I) (ABl. C 186 vom 20.7.1995, S. 3).

Mitteilung der Kommission vom 26. November 1997 an das Europäische Parlament, den Rat, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über das Sonderprogramm zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und den Grenzbezirken Irlands (1995-1999) (Programm PEACE I) (KOM(97) 642 final).

***11 06 08*** ***Abschluss früherer Programme — Frühere operative technische Unterstützung und innovative Maßnahmen (aus der Zeit vor 2000)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus den vorhergehenden Programmplanungszeiträumen im Rahmen des FIAF für innovative Maßnahmen bzw. vorbereitende, begleitende oder bewertende Maßnahmen sowie alle anderen Formen ähnlicher Interventionen zur technischen Hilfe, die in den Verordnungen vorgesehen sind. Mit diesen Mitteln werden auch die früheren mehrjährigen Maßnahmen finanziert, insbesondere diejenigen, die gemäß den anderen vorgenannten Verordnungen genehmigt und durchgeführt wurden und nicht den vorrangigen Zielen des Strukturfonds zugeordnet werden können. Diese Mittel werden gegebenenfalls auch zur Deckung von Beträgen verwendet, die im Rahmen des FIAF für Interventionen auszuzahlen sind, für die die entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen im Programmplanungszeitraum 2000-2006 weder verfügbar noch vorgesehen sind.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 2088/85 des Rates vom 23. Juli 1985 über die integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. L 197 vom 27.7.1985, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3760/92 des Rates vom 20. Dezember 1992 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Regelung für die Fischerei und die Aquakultur (ABl. L 389 vom 31.12.1992, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates vom 12. Oktober 1993 zur Einführung einer Kontrollregelung für die gemeinsame Fischereipolitik (ABl. L 261 vom 20.10.1993, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1263/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 54).

Verordnung (EG) Nr. 2792/1999 des Rates vom 17. Dezember 1999 zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die gemeinschaftlichen Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (ABl. L 337 vom 30.12.1999, S. 10).

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

***11 06 09 Spezifische Aktion zur Förderung der Umstellung der Schiffe und der Fischer, die bis 1999 vom Fischereiabkommen mit Marokko abhängig waren***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Finanzierung der Ausgaben für die spezifische Aktion zur Förderung der Umstellung der Schiffe und der Fischer, die bis 1999 vom Fischereiabkommen mit Marokko abhängig waren.

Infolge des Untergangs der „Prestige“ wurden 30 000 000 EUR für Sondermaßnahmen zur Entschädigung der von der Ölpest betroffenen Fischereien, Muschelzucht- und Aquakulturanlagen zugewiesen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 2561/2001 des Rates vom 17. Dezember 2001 über die Förderung der Umstellung der Schiffe und der Fischer, die bis 1999 vom Fischereiabkommen mit Marokko abhängig waren (ABl. L 344 vom 28.12.2001, S. 17).

Verordnung (EG) Nr. 2372/2002 des Rates vom 20. Dezember 2002 zum Erlass spezifischer Maßnahmen zur Entschädigung der von der Ölpest durch die Prestige betroffenen spanischen Fischereien, Muschelzucht- und Aquakulturanlagen (ABl. L 358 vom 31.12.2002, S. 81).

***11 06 11 Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Operative technische Unterstützung (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 2 444 057 | 3 500 000 | 2 569 890 | 2 892 347,69 | 2 581 843,93 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen für Maßnahmen der technischen Unterstützung aus dem EFF gemäß Artikel 46 der Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 aus den vorhergehenden Programmplanungszeiträumen. Die technische Unterstützung umfasst Studien, Bewertungen, an die Partner gerichtete Aktionen, Maßnahmen zur Verbreitung von Informationen, Einrichtung, Betrieb und Verknüpfung von elektronischen Verwaltungs-, Begleit-, Audit-, Inspektions- und Bewertungssystemen, Verbesserung der Bewertungsmethoden und Austausch von Informationen über die einschlägige Praxis sowie die Errichtung transnationaler und unionsweiter Netze der Akteure der nachhaltigen Entwicklung der Fischereigebiete.

Die technische Hilfe umfasst Vorbereitungs-, Begleit-, Evaluierungs-, Kontroll- und Verwaltungsmaßnahmen zur Durchführung des EFF.

Diese Mittel können insbesondere die Finanzierung decken von

— unterstützenden Leistungen (Repräsentationsvergütungen, Ausbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen),

— Ausgaben für Informationen und Veröffentlichungen,

— Ausgaben für Informationstechnologien und Telekommunikation,

— Verträgen für Dienstleistungserbringer,

— Netzwerkunterstützung und Austausch bewährter Verfahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (ABl. L 223 vom 15.8.2006, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

***11 06 12 Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Konvergenzziel (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 319 099 347 | 528 352 868 | 417 567 742 | 507 543 231,— | 354 196 149,01 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen im Zusammenhang mit den operationellen Programmen im Rahmen des Konvergenzziels des Europäischen Fischereifonds (EFF) im Programmplanungszeitraum 2007-2013.

Die aus diesem Artikel finanzierten Aktionen sollten der Notwendigkeit der Gewährleistung eines stabilen und dauerhaften Gleichgewichts zwischen der Kapazität der Fischereiflotten und den verfügbaren Ressourcen sowie der Förderung einer Sicherheitskultur im Fischereisektor Rechnung tragen.

Diese Mittel dienen zudem der Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Programmplanungszeiträumen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Selektivität der Fanggeräte.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (ABl. L 223 vom 15.8.2006, S. 1).

***11 06 13 Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Außerhalb des Konvergenzziels (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 100 353 663 | 163 154 844 | 125 000 000 | 159 986 289,— | 120 792 122,59 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen im Zusammenhang mit EFF-Maßnahmen außerhalb des Konvergenzziels für Verpflichtungen im Programmplanungszeitraum 2007-2013.

Die aus diesem Artikel finanzierten Aktionen sollten der Notwendigkeit der Förderung einer Sicherheitskultur im Fischereisektor Rechnung tragen.

Diese Mittel dienen zudem der Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Programmplanungszeiträumen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Selektivität der Fanggeräte.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (ABl. L 223 vom 15.8.2006, S. 1).

***11 06 14 Abschluss der Interventionen bei Fischereierzeugnissen (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 6 800 000 | 11 500 000 | 11 366 820 | 14 946 688,60 | 9 969 385,56 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 11 02 01 01*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

***11 06 14*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 104/2000 des Rates vom 17. Dezember 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse und Erzeugnisse der Aquakultur (ABl. L 17 vom 21.1.2000, S. 22).

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

***11 06 15*** ***Abschluss des Fischereiprogramms zugunsten der Gebiete in äußerster Randlage (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 10 835 165 | 14 996 768 | 14 826 287 | 14 996 768,— | 28 137 796,23 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 11 02 03 01*

Diese Mittel dienen der Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Programmplanungszeiträumen im Zusammenhang mit der Regelung zum Ausgleich der durch die äußerste Randlage dieser Regionen bedingten Mehrkosten bei der Vermarktung bestimmter Fischereierzeugnisse der Azoren, Madeiras, der Kanarischen Inseln und der französischen Departements Guayana und Réunion.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 2328/2003 des Rates vom 22. Dezember 2003 über eine Regelung zum Ausgleich der durch die äußerste Randlage bedingten Mehrkosten bei der Vermarktung bestimmter Fischereierzeugnisse der Azoren, Madeiras, der Kanarischen Inseln und der französischen Departements Guayana und Réunion (ABl. L 345 vom 31.12.2003, S. 34).

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 791/2007 des Rates vom 21. Mai 2007 über eine Regelung zum Ausgleich der Mehrkosten bei der Vermarktung bestimmter Fischereierzeugnisse aus den Gebieten in äußerster Randlage, den Azoren, Madeira und den Kanarischen Inseln sowie Französisch-Guayana und Réunion (ABl. L 176 vom 6.7.2007, S. 1).

***11 06 60*** ***Unterstützung einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Fischerei und Aquakultur, einer ausgewogenen und integrativen territorialen Entwicklung der Fischereigebiete und der Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 753 443 838 | 41 845 392 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung von Ausgaben im Zusammenhang mit den operationellen Programmen des EMFF zur Ankurbelung der Beschäftigung, zur Stärkung des territorialen Zusammenhalts, zur Förderung einer innovativen, wettbewerbsfähigen und wissensbasierten und gleichzeitig nachhaltigen und ressourcenschonenden Fischerei und Aquakultur sowie zur Unterstützung bei der Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik.

KOMMISSION
*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

***11 06 60*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final), insbesondere Artikel 5 Buchstaben a, c und d.

***11 06 61*** ***Entwicklung und Umsetzung der Integrierten Meerespolitik der Europäischen Union***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 43 216 876 | 11 964 825 | — | 12 098 250 | 39 621 119,49 | 1 948 006,75 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 11 09 05*

Diese Mittel sind für die Finanzierung der Ausgaben bestimmt, die sich aus der Durchführung des Unterstützungsprogramms zur Weiterentwicklung der integrierten Meerespolitik ergeben, das unter anderem Folgendes umfasst:

— das Europäische Meeresbeobachtungs- und Meeresdatennetzwerk,

— Projekte, einschließlich Testvorhaben und Kooperationsprojekte,

— die Umsetzung des Fahrplans für die Schaffung des gemeinsamen Informationsraums,

— Pilotstudien zur grenzübergreifenden maritimen Raumplanung,

— IT-Anwendungen wie das maritime Forum und der europäische Meeresatlas,

— Veranstaltungen und Konferenzen,

— Studien, die europaweit und für einzelne Meeresräume Wachstumsbarrieren, neue Optionen sowie die Auswirkungen menschlicher Eingriffe auf die Meeresumwelt untersuchen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1255/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2011 zur Schaffung eines Programms zur Unterstützung der Weiterentwicklung der integrierten Meerespolitik (ABl. L 321 vom 5.12.2011, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

***11 06 61*** *(Fortsetzung)*

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final), insbesondere Artikel 5 Buchstabe b.

### *11 06 62 Begleitmaßnahmen zur Gemeinsamen Fischereipolitik und zur Integrierten Meerespolitik*

11 06 62 01 Wissenschaftliche Gutachten und Erkenntnisse

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 14 349 220 | 21 639 419 | 51 950 000 | 39 417 555 | 50 245 824,62 | 37 137 672,25 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 11 07 01 und 11 07 02*

Veranschlagt sind Mittel

— für die Beteiligung der Europäischen Union an den Ausgaben der Mitgliedstaaten im Rahmen nationaler mehrjähriger Programme für die Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten, die 2013 oder früher gestartet wurden;

— zur Finanzierung von Studien und Pilotprojekten der Kommission, die gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten durchgeführt werden und die für die Umsetzung und Weiterentwicklung der Gemeinsamen Fischereipolitik, einschließlich alternativer Methoden für eine nachhaltige Fischerei, erforderlich sind;

— für die Erarbeitung wissenschaftlicher Stellungnahmen und Gutachten durch Wissenschaftseinrichtungen, einschließlich internationaler Beratungsgremien für Bestandsabschätzungen, durch unabhängige Sachverständige und durch Forschungsinstitute;

— für Kosten, die der Kommission durch Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten, der Organisation und Leitung von Fischereisachverständigensitzungen und der Verwaltung der jährlichen Arbeitsprogramme im Zusammenhang mit fischereiwissenschaftlicher und fischereitechnischer Expertise, der Verarbeitung von Datenabrufen und Datensätzen sowie der Vorbereitungsarbeit für die Vorlage wissenschaftlicher Stellungnahmen und Gutachten entstehen;

— für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich der Datenerhebung, einschließlich der Erstellung und Verwaltung regionaler Datenbanken zur Archivierung, Verwaltung und Nutzung von Daten, die die regionale Zusammenarbeit fördern und die Datenerhebung und -verwaltung sowie die wissenschaftliche Expertise im Bereich der Fischereiwirtschaft verbessern;

— für Verwaltungsabsprachen mit der Gemeinsamen Forschungsstelle oder anderen Beratungsgremien der Europäischen Union zur Übernahme des Sekretariats des Wissenschafts-, Technik- und Wirtschaftsausschusses für Fischerei (STECF), zur ersten Auswertung der Daten und zur Aufbereitung der Daten zur Einschätzung der Bestandslage;

— Vergütungen für Mitglieder des STECF und/oder von eingeladenen Sachverständigen für ihre Teilnahme und Mitarbeit an Arbeitsgruppen und Plenarsitzungen des STECF;

— Vergütungen für unabhängige Sachverständige, die wissenschaftliche Gutachten für die Kommission erstellen oder Schulungen für Verwaltungsbeamte oder Akteure in der Auslegung der wissenschaftlichen Gutachten durchführen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1543/2000 des Rates vom 29. Juni 2000 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Rahmenregelung für die Erhebung und Verwaltung der Daten, die zur Durchführung der gemeinsamen Fischereipolitik erforderlich sind (ABl. L 176 vom 15.7.2000, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

***11 06 62*** *(Fortsetzung)*

11 06 62 01 *(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 2371/2002 des Rates vom 20. Dezember 2002 über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Fischereiressourcen im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 358 vom 31.12.2002, S. 59).

Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates vom 22. Mai 2006 über finanzielle Maßnahmen der Union zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik und im Bereich des Seerechts (ABl. L 160 vom 14.6.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 199/2008 des Rates vom 25. Februar 2008 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Rahmenregelung für die Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten im Fischereisektor und Unterstützung wissenschaftlicher Beratung zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 60 vom 5.3.2008, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

*Verweise*

Beschluss 2005/629/EG der Kommission vom 26. August 2005 zur Einsetzung des Wissenschafts-, Technik- und Wirtschaftsausschusses für Fischerei (ABl. L 225 vom 31.8.2005, S. 18).

Verordnung (EG) Nr. 665/2008 der Kommission vom 14. Juli 2008 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 199/2008 des Rates zur Einführung einer gemeinschaftlichen Rahmenregelung für die Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten im Fischereisektor und Unterstützung wissenschaftlicher Beratung zur Durchführung der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 186 vom 15.7.2008, S. 3).

Verordnung (EG) Nr. 1078/2008 der Kommission vom 3. November 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates hinsichtlich der Ausgaben der Mitgliedstaaten für die Erhebung und Verwaltung von Basisdaten über den Fischereisektor (ABl. L 295 vom 4.11.2008, S. 24).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final), insbesondere Artikel 84 Buchstabe a.

11 06 62 02 Kontrolle und Durchsetzung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 24 694 000 | 25 663 476 | 49 680 000 | 25 489 292 | 51 896 472,71 | 25 875 929,43 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 11 08 01 und 11 08 02*

Diese Mittel sind veranschlagt für die Finanzierung von Maßnahmen, die 2013 oder früher gestartet wurden und die mit folgenden Ausgaben der Mitgliedstaaten im Rahmen der Durchführung der Überwachungs- und Kontrollregelungen der Gemeinsamen Fischereipolitik im Zusammenhang stehen:

— Investitionen, die mit Kontrolltätigkeiten von Verwaltungsdienststellen oder dem Privatsektor zusammenhängen, auch mit dem Einsatz neuer Kontrolltechnologien wie elektronischen Aufzeichnungs- und Meldesystemen, Schiffsüberwachungssystemen und automatischen Schiffsidentifizierungssystemen in Verbindung mit Schiffsortungssystemen sowie dem Erwerb und der Modernisierung von Kontrollmitteln;

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

***11 06 62*** *(Fortsetzung)*

11 06 62 02 *(Fortsetzung)*

— Schulungs- und Austauschprogramme für die mit Aufgaben der Fischereiüberwachung und -kontrolle beauftragten Beamten;

— Durchführung von Pilotkontroll- und -beobachterprogrammen;

— Kosten-Nutzen-Analysen, Ausgabenkontrollen und Audits der zuständigen Behörden hinsichtlich der Durchführung von Beobachtungs-, Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen;

— Initiativen, auch in Form von Seminaren und mit Hilfe von Medienwerkzeugen, zur Sensibilisierung sowohl von Fischern als auch anderen Akteuren, wie Inspektoren, Staatsanwälten und Richtern, ebenso wie der breiten Öffentlichkeit für die Notwendigkeit, unverantwortliche und illegale Fischerei zu bekämpfen und die Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik durchzusetzen;

— Systeme und Verfahren der Rückverfolgbarkeit und Instrumente zur Steuerung der Flottenkapazität mittels Überwachung der Maschinenleistung;

— Pilotprojekte wie CCTV (closed circuit television — Überwachungskameras).

Diese Mittel decken auch die operativen Ausgaben im Zusammenhang mit der von der Kommission vorgenommenen Kontrolle und Bewertung der Umsetzung der GFP, insbesondere für Überprüfungs-, Inspektions- und Auditreisen, Ausstattung und Schulung der Kommissionsbeamten, Durchführung von oder Teilnahme an Sitzungen, Studien, IT-Ausstattung sowie Erwerb oder Chartern von Inspektionsmitteln durch die Kommission gemäß Titel X der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009.

Sie decken darüber hinaus den gemeinsamen Erwerb von Patrouillenschiffen, -flugzeugen und -hubschraubern durch mehrere Mitgliedstaaten desselben geografischen Gebiets, sofern diese Mittel mindestens 60 % der Zeit für die Fischereikontrolle genutzt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 2371/2002 des Rates vom 20. Dezember 2002 über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Fischereiressourcen im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 358 vom 31.12.2002, S. 59).

Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates vom 22. Mai 2006 über finanzielle Maßnahmen der Union zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik und im Bereich des Seerechts (ABl. L 160 vom 14.6.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 des Rates vom 29. September 2008 über ein Gemeinschaftssystem zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (ABl. L 286 vom 29.10.2008, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 343 vom 22.12.2009, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

*Verweise*

Verordnung (EG) Nr. 391/2007 der Kommission vom 11. April 2007 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates in Bezug auf die Ausgaben, die den Mitgliedstaaten bei der Durchführung der Überwachungs- und Kontrollregelungen der gemeinsamen Fischereipolitik entstehen (ABl. L 97 vom 12.4.2007, S. 30).

KOMMISSION
*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

***11 06 62*** *(Fortsetzung)*

11 06 62 02 *(Fortsetzung)*

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 404/2011 der Kommission vom 8. April 2011 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 112 vom 30.4.2011, S. 1).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final), insbesondere Artikel 84 Buchstabe b.

11 06 62 03 Freiwillige Beiträge zu internationalen Organisationen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 9 490 000 | 5 675 090 | 4 500 000 | 3 953 676 | 5 337 713,42 | 3 649 757,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 11 03 03*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der freiwilligen Beiträge der Europäischen Union zu internationalen Organisationen, die im Bereich der Fischerei und des Seerechts aktiv sind. Sie sind insbesondere bestimmt für

— vorbereitende Arbeiten zu neuen Abkommen über nachhaltige Fischerei;

— Beiträge und Anmeldegebühren für Sitzungen internationaler Fischereiorganisationen, in denen die Europäische Union Beobachterstatus hat (Artikel 217 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union), d. h. der Internationalen Walfang-Kommission (IWC) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD);

— Unterstützung, Begleitung und Umsetzung regionaler Vorhaben, insbesondere durch Beiträge zu gemeinsamen internationalen Kontrolltätigkeiten. Aus diesen Mitteln finanziert werden auch künftige Überwachungsprogramme in Gewässern Westafrikas und im Westpazifik;

— Finanzbeiträge für die vorbereitenden Arbeiten der neuen internationalen Fischereiorganisationen, die für die Union von Interesse sind;

— finanzielle Beteiligung an wissenschaftlichen Arbeiten der internationalen Fischereiorganisationen, die für die Europäische Union von besonderem Interesse sind;

— finanzielle Beteiligung an Maßnahmen (einschließlich Arbeitssitzungen, informelle oder außerordentliche Sitzungen der Vertragsparteien), die der Förderung der Interessen der Union in internationalen Organisationen dienen und durch die die Zusammenarbeit mit ihren Partnern in diesen Organisationen verstärkt wird. Zu diesem Zweck werden, wenn die Anwesenheit von Vertretern aus Drittländern bei Verhandlungen und Sitzungen im Rahmen internationaler Foren und Organisationen im Interesse der Union notwendig ist, die Kosten ihrer Teilnahme aus dem EMFF bestritten;

— Zuschüsse an regionale Einrichtungen, an denen Küstenstaaten in der betreffenden Unterregion beteiligt sind.

*Rechtsgrundlagen*

Maßnahme aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 Buchstabe d der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates vom 22. Mai 2006 über finanzielle Maßnahmen der Union zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik und im Bereich des Seerechts (ABl. L 160 vom 14.6.2006, S. 1).

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

***11 06 62*** *(Fortsetzung)*

11 06 62 03 *(Fortsetzung)*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final), insbesondere Artikel 84 Buchstabe c.

11 06 62 04 Steuerung und Kommunikation

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 6 809 400 | 4 857 767 | 5 390 000 | 4 820 520 | 4 418 577,04 | 4 659 009,88 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 11 04 01*

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung folgender Maßnahmen im Rahmen des Aktionsplans zur Verbesserung des Dialogs mit den Unternehmen und den Akteuren der Gemeinsamen Fischereipolitik und der Integrierten Meerespolitik:

— Subventionen für (Regional-)Beiräte (nach der Verabschiedung der reformierten GFP-Verordnung werden die bestehenden Regionalbeiräte zu Beiräten, und es werden neue Beiräte geschaffen) zur Deckung der operativen Kosten sowie der Dolmetsch- und Übersetzungskosten von Sitzungen dieser Beiräte;

— Durchführung von Maßnahmen zur Erläuterung der Gemeinsamen Fischereipolitik und der Integrierten Meerespolitik und Bereitstellung von einschlägigem Informationsmaterial für den Fischereisektor und die beteiligten Kreise.

Die Kommission wird die Arbeit der Beiräte auch weiterhin finanziell unterstützen. Sie wird bei Bedarf an Sitzungen teilnehmen und die von den Beiräten herausgegebenen Empfehlungen analysieren, die bei der Ausarbeitung neuer Rechtsvorschriften berücksichtigt werden können. Durch die Konsultation der Interessenträger in den (Regional-)Beiräten wird die Mitwirkung der Berufsgruppen und anderer Interessengruppen am Prozess der Gemeinsamen Fischereipolitik gefördert, damit regionalen Besonderheiten stärker Rechnung getragen werden kann.

Ein Teil der Mittel wird auch für Informations- und Aufklärungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Fischereipolitik und der Integrierten Meerespolitik sowie für Mitteilungen an Beteiligte verwendet. Besonderes Gewicht wird weiterhin darauf gelegt, den Akteuren und Fachmedien in den neuen Mitgliedstaaten sowie den künftigen Mitgliedstaaten der Union die Gemeinsame Fischereipolitik und die Integrierte Meerespolitik zu erläutern.

Etwaige Einnahmen können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel eingesetzt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 2371/2002 des Rates vom 20. Dezember 2002 über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Fischereiressourcen im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 358 vom 31.12.2002, S. 59).

Beschluss 2004/585/EG des Rates vom 19. Juli 2004 zur Einsetzung regionaler Beiräte für die Gemeinsame Fischereipolitik (ABl. L 256 vom 3.8.2004, S. 17).

KOMMISSION
*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

***11 06 62*** *(Fortsetzung)*

11 06 62 04 *(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates vom 22. Mai 2006 über finanzielle Maßnahmen der Union zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik und im Bereich des Seerechts (ABl. L 160 vom 14.6.2006, S. 1).

Maßnahme aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 Buchstabe d der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final), insbesondere Artikel 84 Buchstaben d und f.

11 06 62 05 Marktinformationen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 4 745 000 | 1 901 598 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Erstellung und Verbreitung von Marktinformationen über Erzeugnisse der Fischerei und Aquakultur bestimmt. Zu den spezifischen Maßnahmen zählen u. a.:

— vollständige Betriebsbereitschaft der Marktbeobachtungsstelle,

— Zusammentragen, Analyse und Verbreitung wirtschaftlicher Kenntnisse und des Verständnisses für den Unionsmarkt für Erzeugnisse der Fischerei und Aquakultur in der Versorgungskette unter Berücksichtigung des internationalen Kontexts,

— Vornahme regelmäßiger Preiserhebungen in der Versorgungskette der Europäischen Union für Erzeugnisse der Fischerei und Aquakultur und Durchführung von Analysen zu Markttendenzen,

— Bereitstellung von Ad-hoc-Marktstudien und einer Methodik für Erhebungen über die Preisbildung,

— Erleichterung des Zugangs zu vorhandenen Daten über Erzeugnisse der Fischerei und Aquakultur, die entsprechend den Vorschriften der Europäischen Union erfasst wurden,

— Bereitstellung von Marktinformationen für die jeweiligen Interessenträger.

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

***11 06 62*** *(Fortsetzung)*

11 06 62 05 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und Aquakultur (COM(2011) 416 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final).

### *11 06 63 Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Technische Unterstützung*

11 06 63 01 Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Operative technische Hilfe

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 3 834 475 | 1 982 985 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Maßnahmen zur technischen Hilfe aus dem EMFF gemäß Artikel 91 des Vorschlags für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final).

Die technische Hilfe umfasst Vorbereitungs-, Begleit-, Audit-, Bewertungs-, Überwachungs- und Verwaltungsmaßnahmen zur Durchführung des EMFF.

Die Mittel dienen insbesondere der Finanzierung von

— Studien, Bewertungen und Sachverständigengutachten,

— Maßnahmen zur Verbreitung von Informationen, Unterstützung der Vernetzung, Durchführung von Kommunikationsmaßnahmen, Sensibilisierung und Förderung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustauschs, auch mit Drittländern,

— Einrichtung, Betrieb und Verknüpfung rechnergestützter Systeme für Verwaltung, Überwachung, Audit, Kontrolle und Bewertung,

— Maßnahmen zur Verbesserung der Bewertungsmethoden und Austausch von Informationen über Bewertungspraktiken,

— Maßnahmen im Zusammenhang mit Audits,

— Errichtung transnationaler und unionsweiter Netze der Akteure der nachhaltigen Entwicklung der Fischereigebiete in Küstenregionen.

KOMMISSION
*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

***11 06 63*** *(Fortsetzung)*

11 06 63 01 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final).

11 06 63 02 Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Dieser Posten dient zur Deckung eines Teils des nationalen Finanzrahmens für die technische Hilfe, der auf Ersuchen eines Mitgliedstaats mit vorübergehenden Haushaltsschwierigkeiten an die technische Hilfe auf Initiative der Kommission übertragen wurde. Gemäß dem vorgeschlagenen Artikel 22a des Vorschlags für eine Verordnung COM(2013) 246 final erfolgt aus diesem Posten die Finanzierung von Maßnahmen zur Ermittlung, Priorisierung und Durchführung von Struktur- und Verwaltungsreformen als Reaktion auf die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen in diesem Mitgliedstaat.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final).

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

### *11 06 64 Europäische Fischereiaufsichtsagentur*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 8 716 900 | 8 716 900 | 8 933 900 | 8 933 900 | 9 216 900,— | 10 216 900,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 11 08 05 01 und 11 08 05 02*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Personal- und Verwaltungskosten der Agentur (Titel 1 und 2) sowie der operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3).

Die Aufsichtsagentur muss die Haushaltsbehörde über Mittelübertragungen zwischen operativen und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Die gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2343/2002 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Gesamtplans der Einnahmen zu verbuchen sind.

Der Stellenplan der Aufsichtsagentur ist im Anhang „Stellenplan" zu diesem Einzelplan enthalten.

Der Beitrag der Europäischen Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 9 217 150 EUR. Der in den Haushaltsplan eingestellte Betrag von 8 716 900 EUR erhöht sich um einen Betrag von 500 250 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 768/2005 des Rates vom 26. April 2005 zur Errichtung einer Europäischen Fischereiaufsichtsagentur und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 zur Einführung einer Kontrollregelung für die gemeinsame Fischereipolitik (ABl. L 128 vom 21.5.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 des Rates vom 29. September 2008 über ein Gemeinschaftssystem zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (ABl. L 286 vom 29.10.2008, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 343 vom 22.12.2009, S. 1).

*Verweise*

Beschluss 2009/988/EU der Kommission vom 18. Dezember 2009 über die Benennung der Europäischen Fischereiaufsichtsagentur als zuständige Stelle für die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 des Rates (ABl. L 338 vom 19.12.2009, S. 104).

### *11 06 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*

11 06 77 01 Vorbereitende Maßnahme — Beobachtungsstelle für die Preise auf dem Fischereimarkt

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | — | 550 000 | 0,— | 2 245 289,90 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 11 02 01 03*

Dieser Posten dient der Deckung der im Rahmen der vorbereitenden Maßnahmen noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

KOMMISSION
*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

***11 06 77*** *(Fortsetzung)*

11 06 77 01 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

11 06 77 02 Pilotprojekt — Instrumente für einen gemeinsamen Ordnungsrahmen und ein nachhaltiges Fischereimanagement

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 450 000 | — | 750 000 | 1 500 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 11 07 03*

Diese Mittel dienen der Deckung der im Rahmen des Pilotprojekts noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

11 06 77 03 Vorbereitende Maßnahmen — Meerespolitik

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | — | 345 000 | 0,— | 2 126 222,78 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 11 09 01*

Diese Mittel dienen der Deckung der im Rahmen der vorbereitenden Maßnahmen noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahmen im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

***11 06 77*** *(Fortsetzung)*

11 06 77 04 Pilotprojekt — Netzwerke und bewährte Praxis in der Meerespolitik

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | — | — | 0,— | 399 995,45 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 11 09 02*

Diese Mittel dienen der Deckung der im Rahmen des Pilotprojekts noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

11 06 77 05 Pilotprojekt — Schaffung eines einheitlichen Instruments für die Handelsbezeichnungen für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 200 000 | 400 000 | 200 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 11 02 01 04*

Diese Mittel dienen der Deckung der im Rahmen des Pilotprojekts noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

Da die Handelsbezeichnungen in die Zuständigkeit der nationalen Behörden der einzelnen Mitgliedstaaten fallen, sollte ein einheitliches Instrument eingeführt werden, das dem europäischen Verbraucher die Garantien im Bereich der Transparenz und der Kohärenz zwischen den unterschiedlichen Bezeichnungen bietet und darüber hinaus die Überprüfung dieser Angaben erleichtert.

Die Ziele der Durchführung eines Pilotprojekts wären

— der Aufbau einer Datenbank, die sämtliche Informationen im Zusammenhang mit Handelsbezeichnungen (Codes der FAO-Nomenklatur, der Kombinierten Nomenklatur, der zolltariflichen Nomenklatur oder der auf Gesundheit oder die IUU-Fischerei bezogenen Nomenklaturen), den wissenschaftlichen Bezeichnungen der in dem System FishBase genannten Arten, den Bezeichnungen der Arten in den Amtssprachen der Mitgliedstaaten sowie gegebenenfalls geduldete regionale oder lokale Bezeichnungen umfasst;

— Einführung eines Expertensystems für die Prüfung der Kohärenz zwischen den Bezeichnungen und Nomenklaturen;

— Einrichtung einer speziellen Internetseite.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

***11 06 77*** *(Fortsetzung)*

11 06 77 06 Vorbereitende Maßnahme — Beschützer der See

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 600 000 | 900 000 | 1 200 000 | 600 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 11 09 06*

Diese Mittel dienen der Deckung der im Rahmen der vorbereitenden Maßnahmen noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

Diese Mittel dienen der Deckung folgender Maßnahmen:

— Bewertung der Durchführbarkeit für die bestmögliche Nutzung aktiver Fischereifahrzeuge der Unionsflotte, die stillgelegt werden müssen, sowie die Nutzung der Erfahrung und der praktischen Kenntnisse von Fischern, wovon sowohl die Fischer selbst als auch die Gesellschaft als Ganzes profitieren;

— Untersuchung unter möglichst lebensnahen Bedingungen, ob es technisch und wirtschaftlich durchführbar ist, diejenigen auf andere maritime Tätigkeiten umzuschulen, die im Fischereisektor als Besatzungsmitglieder beschäftigt sind und nicht mehr von der Fischerei leben können und über seemännische Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, die verloren gehen könnten, wenn sie alternative Verdienstquellen in Form von Tätigkeiten an Land suchen;

— Untersuchung unter möglichst lebensnahen Bedingungen, ob es machbar ist, Fischereifahrzeuge in Schiffe umzuwandeln, die als Plattform für eine Reihe umwelt- und seebezogener Tätigkeiten — ausgenommen Fischerei — dienen, insbesondere für die Einsammlung von Abfällen im Meer;

— Ermittlung unter möglichst lebensnahen Bedingungen, wie hoch die notwendigen Betriebskosten für ein Schiff sind, das unter solchen Bedingungen eingesetzt wird, sowie Ermittlung der möglichen Finanzierungsquellen; eine solche Finanzierung sollte jedoch auf die Unterstützung der Anlaufphase langfristig selbsttragender Tätigkeiten beschränkt sein;

— Ermittlung der geeigneten Schulung, die Fischer benötigen, um neue Aufgaben wahrzunehmen und zu nützlichen Ergebnissen zu gelangen;

— Unterstützung der Verringerung der Fangkapazitäten gemäß den Zielen der Reform der GFP, indem Schiffseignern und Fischern, die den Sektor verlassen, positive Anreize geboten werden, und indem ihnen nahegelegt wird, alternative Tätigkeiten auf See und/oder in Küstengebieten zu finden bzw. zu schaffen;

— Förderung von Tätigkeiten in Ergänzung zur Fischerei für diejenigen Fischer, die im Sektor verbleiben;

— Ermittlung des notwendigen administrativen und rechtlichen Rahmens für die Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und/oder Verwaltungsstellen zur Koordinierung der Tätigkeiten der „Beschützer der See“;

— Untersuchung unter möglichst lebensnahen Bedingungen, welche Möglichkeiten für die Umsetzung der Idee „Beschützer der See“ im nächsten Programmplanungszeitraum bestehen.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)** *(Fortsetzung)*

***11 06 77*** *(Fortsetzung)*

11 06 77 07 Pilotprojekt — Inbetriebnahme eines Netzes geschützter Meeresgebiete, die im Rahmen von nationalen und internationalen Umwelt- und Fischereivorschriften eingerichtet wurden oder eingerichtet werden sollen, um das Produktionspotenzial der EU-Fischerei im Mittelmeer auf der Grundlage höchstmöglicher Dauererträge und eines ökosystemorientierten Ansatzes im Fischereimanagement zu erhöhen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 2 000 000 | 1 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die Inbetriebnahme eines Netzes geschützter Meeresgebiete, die im Rahmen von nationalen und internationalen Umwelt- oder Fischereivorschriften eingerichtet wurden.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

11 06 77 08 Pilotprojekt — Maßnahmen zur Unterstützung der kleinen Fischerei

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 500 000 | 750 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Unterstützung der kleinen Fischerei, wodurch dazu beigetragen würde, die Maßnahmen zu koordinieren und die finanzielle Unterstützung aus anderen bestehenden Instrumente zu steuern, um den spezifischen Problemen des Fischereisektors gerecht zu werden.

Das Pilotprojekt umfasst folgende Maßnahmen:

— Analyse des Sektors der kleinen Fischerei in der EU;

— Ermittlung der EU-Instrumente und der EU-Finanzierung, die für diesen spezifischen Sektor herangezogen werden können;

— Beschreibung des Einsatzes der der kleinen Fischerei zur Verfügung stehenden Instrumente, Aktionen, Maßnahmen und Finanzmittel;

— Untersuchung der Frage, inwieweit mit den derzeitigen Instrumenten der Bedarf der kleinen Fischerei gedeckt werden kann, und Formulierung etwaiger Korrekturvorschläge auf der Grundlage dieser Untersuchung;

— Unterstützung von Gruppen von Fischern, Berufsorganisationen und NRO in Verbindung mit kleinen Fischereien im Hinblick auf ihre Abstimmung, Vorbereitung und Teilnahme an den Beiräten.

Damit sollen die Grundlagen für ein EU-Programm zur Unterstützung der kleinen Küstenfischerei und der handwerklichen Fischerei gelegt werden, das zur Koordinierung der Maßnahmen beiträgt und die Finanzierungen aus anderen verfügbaren Instrumenten steuert, um den besonderen Problemen dieses Sektors der Fischereibranche zu begegnen.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 11 — MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI

KOMMISSION

*TITEL 12*

**BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN**

# TITEL 12

# BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 12 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BINNEN-MARKT UND DIENSTLEISTUN-GEN“ | 63 524 258 | 63 524 258 | 63 059 472 | 63 059 472 | 59 444 426,04 | 59 444 426,04 |
| 12 02 | BINNENMARKTPOLITIK UND FREIER WARENVERKEHR | 14 620 000 | 13 875 000 | 11 850 000 | 10 751 351 | 11 815 991,62 | 12 287 792,06 |
| | *Reserven (40 02 41)* | | | *1 500 000* | *1 500 000* | | |
| | | 14 620 000 | 13 875 000 | 13 350 000 | 12 251 351 | 11 815 991,62 | 12 287 792,06 |
| 12 03 | FINANZDIENSTLEISTUNGEN UND KAPITALMÄRKTE | 38 756 720 | 39 727 720 | 28 404 000 | 28 127 371 | 29 131 000,— | 27 474 506,— |
| | *Reserven (40 02 41)* | | | *1 500 000* | *1 500 000* | | |
| | | 38 756 720 | 39 727 720 | 29 904 000 | 29 627 371 | 29 131 000,— | 27 474 506,— |
| | **Titel 12 — Insgesamt** | **116 900 978** | **117 126 978** | **103 313 472** | **101 938 194** | **100 391 417,66** | **99 206 724,10** |
| | ***Reserven (40 02 41)*** | | | ***3 000 000*** | ***3 000 000*** | | |
| | | **116 900 978** | **117 126 978** | **106 313 472** | **104 938 194** | **100 391 417,66** | **99 206 724,10** |

KOMMISSION
*TITEL 12 — BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN*

# TITEL 12

# BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN

## KAPITEL 12 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 12 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN“ | | | | | |
| ***12 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Binnenmarkt und Dienstleistungen“*** | 5.2 | 50 860 792 | 49 947 722 | 46 834 072,34 | 92,08 |
| ***12 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Binnenmarkt und Dienstleistungen“*** | | | | | |
| 12 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 6 244 055 | 6 424 960 | 6 065 048,85 | 97,13 |
| 12 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 3 127 250 | 3 525 911 | 3 108 201,49 | 99,39 |
| | *Artikel 12 01 02 — Subtotal* | | 9 371 305 | 9 950 871 | 9 173 250,34 | 97,89 |
| ***12 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Binnenmarkt und Dienstleistungen“*** | 5.2 | 3 292 161 | 3 160 879 | 3 437 103,36 | 104,40 |
| | **Kapitel 12 01 — Insgesamt** | | **63 524 258** | **63 059 472** | **59 444 426,04** | **93,58** |

### *12 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Binnenmarkt und Dienstleistungen“*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 50 860 792 | 49 947 722 | 46 834 072,34 |

### *12 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Binnenmarkt und Dienstleistungen“*

12 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 244 055 | 6 424 960 | 6 065 048,85 |

**KAPITEL 12 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN“** *(Fortsetzung)*

***12 01 02*** *(Fortsetzung)*

12 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 127 250 | 3 525 911 | 3 108 201,49 |

***12 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Binnenmarkt und Dienstleistungen“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 292 161 | 3 160 879 | 3 437 103,36 |

KOMMISSION
*TITEL 12 — BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN*

**KAPITEL 12 02 — BINNENMARKTPOLITIK UND FREIER WARENVERKEHR**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 12 02 | BINNENMARKTPOLITIK UND FREIER WARENVERKEHR | | | | | | | | |
| ***12 02 01*** | ***Verwirklichung und Entwicklung des Binnenmarktes*** | 1.1 | 7 670 000 | 7 800 000 | 6 300 000 | 7 107 353 | 8 654 977,31 | 9 395 761,60 | 120,46 |
| | *Reserven (40 02 41)* | | | | *1 500 000* | *1 500 000* | | | |
| | | | 7 670 000 | 7 800 000 | 7 800 000 | 8 607 353 | 8 654 977,31 | 9 395 761,60 | |
| ***12 02 02*** | ***Steuerungsinstrumente auf dem Gebiet des Binnenmarkts*** | 1.1 | 4 000 000 | 3 250 000 | 2 350 000 | 938 998 | 786 101,02 | 747 418,17 | 23,— |
| ***12 02 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 12 02 77 01 | Pilotprojekt — Binnenmarktforum | 1.1 | p.m. | p.m. | — | 855 000 | 1 124 913,29 | 1 207 112,29 | — |
| 12 02 77 02 | Pilotprojekt — Aufbau von Fähigkeiten bei den Endnutzern und anderen branchenfremden Interessengruppen im Rahmen des politischen Beschlussfassungsprozesses der Union auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen | 1.1 | p.m. | 500 000 | 1 500 000 | 1 000 000 | 1 250 000,— | 937 500,— | 187,50 |
| 12 02 77 03 | Pilotprojekt — Binnenmarktforum | 1.1 | 1 200 000 | 1 200 000 | 1 200 000 | 600 000 | | | — |
| 12 02 77 04 | Pilotprojekt — Förderung der finanziellen Beteiligung und der Mitbestimmung von Mitarbeitern | 1.1 | p.m. | 250 000 | 500 000 | 250 000 | | | — |
| 12 02 77 05 | Vorbereitende Maßnahme — Aufbau von Kapazitäten bei den Endnutzern und anderen branchenfremden Interessengruppen im Zusammenhang mit der politischen Entscheidungsfindung der Union auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen | 1.1 | 1 750 000 | 875 000 | | | | | — |
| | *Artikel 12 02 77 — Subtotal* | | 2 950 000 | 2 825 000 | 3 200 000 | 2 705 000 | 2 374 913,29 | 2 144 612,29 | 75,92 |
| | **Kapitel 12 02 — Insgesamt** | | **14 620 000** | **13 875 000** | **11 850 000** | **10 751 351** | **11 815 991,62** | **12 287 792,06** | **88,56** |
| | ***Reserven (40 02 41)*** | | | | ***1 500 000*** | ***1 500 000*** | | | |
| | | | **14 620 000** | **13 875 000** | **13 350 000** | **12 251 351** | **11 815 991,62** | **12 287 792,06** | |

KOMMISSION
*TITEL 12 — BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN*

**KAPITEL 12 02 — BINNENMARKTPOLITIK UND FREIER WARENVERKEHR** *(Fortsetzung)*

***12 02 01 Verwirklichung und Entwicklung des Binnenmarktes***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 12 02 01 | 7 670 000 | 7 800 000 | 6 300 000 | 7 107 353 | 8 654 977,31 | 9 395 761,60 |
| *Reserven (40 02 41)* | | | *1 500 000* | *1 500 000* | | |
| Insgesamt | 7 670 000 | 7 800 000 | 7 800 000 | 8 607 353 | 8 654 977,31 | 9 395 761,60 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 12 01 04 01 und vormals Artikel 12 02 01*

Diese Mittel sollen die Kosten der Maßnahmen decken, die zur Vollendung des Binnenmarkts, seinem Funktionieren und seiner Entwicklung beitragen, sowie der Maßnahmen, die insbesondere zu Folgendem beitragen:

— Verständigung mit den Bürgern und Unternehmen, einschließlich der Entwicklung und Verstärkung des Dialogs mit den Bürgern und Unternehmen durch Maßnahmen, die darauf abzielen, die Funktionsweise des Binnenmarktes zu verbessern und zu gewährleisten, dass die Bürger und Unternehmen die weit reichenden Rechte und Möglichkeiten, die sich aus der Öffnung und der Vertiefung des Binnenmarktes ohne Grenzen ergeben, wahrnehmen und voll ausschöpfen können. Die Verständigung mit den Bürgern und Unternehmen soll ferner dadurch gestärkt werden, dass die praktische Ausübung ihrer Rechte und Möglichkeiten beobachtet und bewertet wird, um eventuelle Hemmnisse, die sie bei der Durchsetzung ihrer Rechte behindern, identifizieren und leichter beseitigen zu können;

— Durchführung und Überwachung der Bestimmungen über das öffentliche Auftragswesen, um deren optimale Funktionsweise und die tatsächliche Offenheit von Ausschreibungen zu garantieren, einschließlich der Sensibilisierung und Ausbildung der am Auftragswesen Beteiligten; die Einführung und der Einsatz neuer Technologien in den einzelnen Bereichen des öffentlichen Auftragswesens; die kontinuierliche Anpassung des Rechts- und Vorschriftenrahmens an die Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen, die sich vor allem aus der Globalisierung der Märkte und bestehenden oder künftigen internationalen Vereinbarungen ergeben;

— Verbesserung des rechtlichen Umfelds für Bürger und Unternehmen mit Hilfe des Europäischen Unternehmenstestpanels (European Business Test Panel — EBTP) mit entsprechenden Förder-, Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen; die Förderung der Zusammenarbeit, Entwicklung und Koordinierung der Rechtsvorschriften im Bereich des Unternehmensrechts und Unterstützung bei der Gründung von europäischen Aktiengesellschaften und europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigungen;

— Intensivierung der Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene, u. a. mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems, Vertiefung der Kenntnis der Binnenmarktvorschriften in den einzelnen Mitgliedstaaten und korrekte Anwendung dieser Vorschriften durch die Mitgliedstaaten sowie Unterstützung der Zusammenarbeit der an der Durchsetzung des Binnenmarktrechts beteiligten Behörden mit Blick auf die Erreichung der Ziele der Lissabon-Strategie gemäß der jährlichen Strategieplanung;

— Aufbau eines Systems zur wirksamen und effizienten Lösung von Problemen, die Bürgern oder Unternehmen aufgrund fehlerhafter Anwendung von Binnenmarktvorschriften durch eine Behörde in einem anderen Mitgliedstaat entstehen; Erstellung von Rückmeldungen mit Hilfe des Systems Solvit mittels eines Online-Datenbanksystems, auf das sämtliche Koordinationszentren zugreifen können und das auch Bürgern und Unternehmen zugänglich gemacht wird; Flankierung der Maßnahme durch Fortbildungsangebote, Werbekampagnen und gezielte Aktionen, mit besonderem Schwerpunkt auf den neuen Mitgliedstaaten;

— interaktive Politikgestaltung im Zusammenhang mit der Vollendung, der Entwicklung und dem Funktionieren des Binnenmarkts, die ein Merkmal des Governance-Verständnisses der Kommission und der Regulierungspolitik ist; dahinter steht das Bestreben, den Bedürfnissen der Bürger, Verbraucher und Unternehmen besser gerecht zu werden. Die hierfür vorgesehenen Mittel umfassen auch Ausbildungsmaßnahmen, Sensibilisierungskampagnen und Netzaktionen zugunsten der Adressaten; dabei geht es darum, den binnenmarktpolitischen Entscheidungsprozess in der Union umfassender und wirksamer zu gestalten und die Bewertung der konkreten Auswirkungen getroffener (oder unterlassener) binnenmarktpolitischer Maßnahmen vor Ort zu ermöglichen;

KOMMISSION
*TITEL 12 — BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN*

**KAPITEL 12 02 — BINNENMARKTPOLITIK UND FREIER WARENVERKEHR** *(Fortsetzung)*

***12 02 01*** *(Fortsetzung)*

— umfassende Überprüfung von Regelungen im Hinblick auf notwendige Änderungen und die globale Wirksamkeitsanalyse der Maßnahmen für ein reibungsloses Funktionieren des Binnenmarktes und Evaluierung der Wirkung des Binnenmarktes auf Unternehmen und Wirtschaft, einschließlich des Ankaufs von Daten und des Zugangs der Kommissionsdienststellen zu externen Datenbanken; gezielte Maßnahmen mit Blick auf ein besseres Verständnis des Binnenmarktes und die Anerkennung der aktiven Förderung des Funktionierens des Binnenmarktes;

— Sicherstellung der Vollendung und Verwaltung des Binnenmarkts, vornehmlich in den Bereichen Altersversorgung, freier Dienstleistungsverkehr, Anerkennung von Berufsqualifikationen sowie geistiges und gewerbliches Eigentum, insbesondere Erarbeitung von Vorschlägen zur Schaffung eines Unionspatents;

— Ausbau der Strategie für die Erstellung von Statistiken des Dienstleistungssektors und die Konzipierung statistischer Entwicklungsprojekte in Zusammenarbeit mit Eurostat und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD);

— Kontrolle der Auswirkungen der Beseitigung von Hindernissen im Dienstleistungsbinnenmarkt;

— Entwicklung eines einheitlichen Raums der Sicherheit und Verteidigung mit Maßnahmen, die auf eine unionsweite Koordinierung von Ausschreibungsverfahren für diesbezügliche Güter abstellen; aus diesen Mitteln können Studien finanziert werden, ferner Maßnahmen zur Sensibilisierung für die geltenden Rechtsvorschriften;

— Stärkung und Weiterentwicklung der Finanzmärkte, der Kapitalmärkte sowie der Finanzdienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen; Anpassung der Rahmenbedingungen für diese Märkte, insbesondere hinsichtlich der Überwachung und Regelung der Tätigkeiten der Wirtschaftsteilnehmer und der Transaktionen, um den Entwicklungen auf Unionsebene und globaler Ebene, der Einführung des Euro sowie neuen Finanzinstrumenten Rechnung zu tragen; zu diesem Zweck sollen neue Maßnahmen vorgestellt werden, die auf die Konsolidierung und detaillierte Auswertung der Ergebnisse abzielen, die mit dem ersten Aktionsplan für Finanzdienstleistungen erzielt wurden;

— Verbesserung der Zahlungssysteme und der Finanzdienstleistungen für Privatkunden im Binnenmarkt; Verringerung der Kosten und Fristen für die damit verbundenen Transaktionen unter Berücksichtigung der Dimension des Binnenmarktes; Ausarbeitung der technischen Aspekte für die Einführung eines oder mehrerer Zahlungssysteme auf der Grundlage der sich aus den Mitteilungen der Kommission ergebenden Maßnahmen; Durchführung von Studien auf diesem Gebiet;

— Entwicklung und Stärkung der externen Aspekte der auf dem Gebiet der Finanzinstitutionen geltenden Richtlinien, gegenseitige Anerkennung der Finanzinstrumente gegenüber Drittländern, internationale Verhandlungen und Unterstützung von Drittländern bei der Errichtung einer Marktwirtschaft;

— Umsetzung der zahlreichen im Aktionsplan Corporate Governance und Gesellschaftsrecht angekündigten Maßnahmen zur Vorbereitung der erforderlichen Gesetzesvorschläge (ggf. Studien zu verschiedenen gezielten Themenbereichen);

— Analyse der Auswirkungen von Maßnahmen im Gefolge der Liberalisierung der Postdienste, Koordinierung der Unionspolitik für Postdienste im Hinblick auf die internationalen Systeme und insbesondere auf die an der Tätigkeit der Weltpostunion (UPU) beteiligten Akteure; Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas; praktische Auswirkungen der Anwendung der Bestimmungen des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) im Postsektor und Überschneidungen mit den Bestimmungen der UPU;

— Umsetzung des Unionsrechts und internationaler Bestimmungen zur Verhinderung der Geldwäsche, einschließlich der Teilnahme an zwischenstaatlichen oder Ad-hoc-Maßnahmen in diesem Bereich; Mitgliedsbeiträge der Kommission an die Financial Action Task Force (FATF), die zum Thema Geldwäsche bei der OECD eingerichtet wurde;

— aktive Teilnahme an den Sitzungen internationaler Verbände wie dem Internationalen Verband der Versicherungsaufsichtsbehörden (IAIS/AICA) und der Internationalen Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO); hierzu zählen auch die Kosten für die Teilnahme der Kommission als Gruppenmitglied;

— Entwicklung von Folgenabschätzungen und Wirkungsanalysen auf den von diesem Kapitel betroffenen Politikfeldern mit dem Ziel, gegebenenfalls fachliche Maßnahmen entwickeln oder überarbeiten zu können;

**KAPITEL 12 02 — BINNENMARKTPOLITIK UND FREIER WARENVERKEHR** *(Fortsetzung)*

***12 02 01*** *(Fortsetzung)*

— Aufbau und Pflege von Systemen, die mit der Umsetzung und Weiterverfolgung von Politikmaßnahmen für den Dienstleistungsbinnenmarkt in unmittelbarem Zusammenhang stehen;

— Unterstützung von Tätigkeiten, die durch Verstärkung der Konvergenz der Aufsichtspraktiken und Zusammenarbeit im Bereich der Rechnungslegung innerhalb und außerhalb der Union zur Verwirklichung der Politikziele der Union beitragen sollen.

Um diese Ziele realisieren zu können, werden die Mittel zur Deckung folgender Ausgaben verwendet: Kosten für Beratung, Studien, Umfragen, Bewertungen, Beteiligungen, Herstellung und Entwicklung von Kommunikations-, Sensibilisierungs- und Fortbildungsmaterial (Druckwerke, audiovisuelles Material, Bewertungen, Informatik-Betreuung, Sammlung und Verbreitung von Informationen, Beratung von Unternehmen und Bürgern).

Ein Teil dieser Mittel ist für die Finanzierung der Ausgaben bestimmt, die der Kommission bei der Sicherstellung einer effizienten Arbeitsweise der Europäischen Beobachtungsstelle für Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums entstehen.

Diese Mittel dienen auch zur Deckung der Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle, die die Mitgliedstaaten bei der Zusammenarbeit bei der Marktüberwachung unterstützt, wobei auf bestehenden Strukturen und Erfahrungen aufgebaut wird. Die Koordinierungsstelle würde die Zusammenarbeit, die Zusammenführung von Know-how und den Austausch bewährter Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten unterstützen, um gemäß der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Vorschriften für die Akkreditierung und Marktüberwachung im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 30) dasselbe hohe Niveau der Marktüberwachung in der gesamten Union zu gewährleisten. Zu diesem Zweck werden regelmäßige gemeinsame Schulungen von Vertretern der nationalen Marktüberwachungsbehörden aus allen Mitgliedstaaten organisiert, bei denen hauptsächlich die einschlägigen praktischen Aspekte der Marktüberwachung wie die Weiterbehandlung von Beschwerden, die Überwachung von Unfällen, die Überprüfung der Frage, ob Abhilfemaßnahmen ergriffen wurden, sowie an wissenschaftliche und technische Erkenntnisse anknüpfende Folgemaßnahmen hinsichtlich Sicherheitsfragen und die Abstimmung mit den Zollbehörden behandelt werden. Darüber hinaus wird durch den Austausch nationaler Beamter und gemeinsame Besuchsprogramme der Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten gefördert. Außerdem werden vergleichbare Daten über die Ressourcen, die in den verschiedenen Mitgliedstaaten für die Marktüberwachung eingesetzt werden, gesammelt und auf geeigneter Ebene mit den nationalen Behörden erörtert. Damit soll ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, welche Ressourcen erforderlich sind, um im gesamten Binnenmarkt eine effiziente, umfassende und konsequente Marktüberwachung sicherzustellen, sowie zur anstehenden Überarbeitung der Bestimmungen der Union über die allgemeine Produktsicherheit, insbesondere der die Marktüberwachung betreffenden Vorschriften beigetragen werden.

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Studien, Umfragen, Sitzungen von Sachverständigen, Informationen, Tätigkeiten und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Artikels stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Unterstützung.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

*Verweise*

Mitteilung der Kommission vom 18. Juni 2002 mit dem Titel „Methodik der horizontalen Bewertung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ (KOM(2002) 331 endg.).

KOMMISSION
*TITEL 12 — BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN*

**KAPITEL 12 02 — BINNENMARKTPOLITIK UND FREIER WARENVERKEHR** *(Fortsetzung)*

***12 02 02 Steuerungsinstrumente auf dem Gebiet des Binnenmarkts***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 4 000 000 | 3 250 000 | 2 350 000 | 938 998 | 786 101,02 | 747 418,17 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verwaltung und Weiterentwicklung von Solvit und zur Umsetzung des Aktionsplans „Unterstützungsdienste im Bereich des Binnenmarkts“ bestimmt.

Das Solvit-System hat sich als eines der wirksamsten Instrumente zur außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten erwiesen.

Es kann zur wirksamen und effizienten Lösung von Problemen beitragen, die Bürgern oder Unternehmen aufgrund fehlerhafter Anwendung von Binnenmarktvorschriften durch eine Behörde in einem anderen Mitgliedstaat entstehen. Das Solvit-System ermöglicht ferner Rückmeldungen unter Verwendung eines Online-Datenbanksystems, auf das sämtliche Koordinationszentren zugreifen können und an das sich Bürger und Unternehmen unmittelbar mit ihren Problemen wenden können.

Wie viele andere Unionsfragen betreffende öffentliche Unterstützungsdienste ist das Solvit-System jedoch bei seinen potenziellen Benutzern noch nicht allgemein bekannt. Gleichzeitig sind die Bürger und die Unternehmen oft sehr unsicher, an welche Stelle sie sich mit ihren Ersuchen um Information, Unterstützung oder Beratung bei der Lösung von Problemen wenden sollen. Im Rahmen der Binnenmarktüberprüfung hat die Kommission mitgeteilt, dass sie, um hier Abhilfe zu schaffen, die Einrichtung eines einheitlichen Online-Portals anstrebt, das Bürger und Unternehmen an den richtigen Dienst verweisen soll. Im Oktober 2010 hat die Kommission eine neue Website, „Ihr Europa“, eingerichtet, auf der Bürgern und Unternehmen Informationen zur Verfügung gestellt werden und die sie direkt an die zuständigen Stellen, wie Solvit, verweist, wenn sie Hilfe benötigen. „Ihr Europa“ ist zusammen mit dem Call Center von Europa Direkt das einheitliche Portal für das Solvit-System. Die Kommission hat den zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments in einem jährlichen Bericht darüber zu unterrichten, wie häufig das Portal genutzt wurde, und schlägt mögliche Maßnahmen zu seiner weiteren Verbesserung vor.

Den Mitgliedstaaten sollte nahegelegt werden, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um das Vorhandensein dieses einheitlichen Portals bei ihren Bürgern bekannt zu machen.

Außerdem wurden im Rahmen des Aktionsplans der Kommission zu einem integrierten Ansatz für Binnenmarkt-Unterstützungsdienste für Bürger und Unternehmen vom 8. Mai 2008 eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den bestehenden Unterstützungsdiensten bewirken sollen, so dass diese Bürgern und Unternehmen einen besseren, schnelleren und vereinfachten globalen Dienst anbieten können.

Die Bekanntmachung aller dieser Dienste muss außerdem auf besser abgestimmte Weise erfolgen, um die Bürger nicht durch zu viele Bezeichnungen zu verunsichern.

Die Kommission hat darüber hinaus den zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments über konkrete Maßnahmen, die auf diesem Gebiet ergriffen wurden, zu unterrichten.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 12 02 — BINNENMARKTPOLITIK UND FREIER WARENVERKEHR** *(Fortsetzung)*

***12 02 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

12 02 77 01 Pilotprojekt — Binnenmarktforum

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | — | 855 000 | 1 124 913,29 | 1 207 112,29 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 12 02 03*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

12 02 77 02 Pilotprojekt — Aufbau von Fähigkeiten bei den Endnutzern und anderen branchenfremden Interessengruppen im Rahmen des politischen Beschlussfassungsprozesses der Union auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 500 000 | 1 500 000 | 1 000 000 | 1 250 000,— | 937 500,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 12 02 04*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 12 — BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN*

**KAPITEL 12 02 — BINNENMARKTPOLITIK UND FREIER WARENVERKEHR** *(Fortsetzung)*

***12 02 77*** *(Fortsetzung)*

12 02 77 03 Pilotprojekt — Binnenmarktforum

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 200 000 | 1 200 000 | 1 200 000 | 600 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 12 02 05*

Das „Binnenmarktforum" sollte eine jährliche Veranstaltung sein, die einmal im Jahr vorzugsweise in dem Mitgliedstaat ausgerichtet wird, der den Vorsitz im Rat der EU innehat. Dem Forum könnte eine Reihe von themenbezogenen Regionaltreffen vorausgehen, die von der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Mitgliedstaat, der den Vorsitz des Rates der Europäischen Union innehat, gemeinsam organisiert werden. Das Forum sollte eine wichtige Plattform für den Austausch bewährter Verfahren zwischen den Interessenträgern, für die Unterrichtung der Bürger über ihre Rechte im Binnenmarkt und für die Überprüfung des Stands des Binnenmarkts sein. Das Forum sollte Vertreter der Bürger, Unternehmen und Verbraucherorganisationen sowie der Mitgliedstaaten und der Organe der Union zusammenbringen, auf dem sie sich klar zur Umsetzung, Anwendung und Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften bekennen können. Das Forum sollte eine Plattform sein, auf der über die Legislativvorschläge der Kommission im Bereich Binnenmarkt diskutiert wird und die Bürger, Unternehmen und Interessenträger ihre Erwartungen an künftige Legislativvorschläge zum Ausdruck bringen können. Das Ziel dieser Veranstaltung sollte darin bestehen, gegen die inkorrekte Umsetzung und Anwendung der Binnenmarktvorschriften sowie gegen die fehlende Durchsetzung dieser Vorschriften vorzugehen, indem die Koordinierung und die Steuerung des Binnenmarktes verbessert werden. Es sollte eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments sowie aus Vertretern der Kommission und des zum Zeitpunkt der Veranstaltung amtierenden EU-Ratsvorsitzes eingesetzt werden, die die organisatorischen Regelungen des „Binnenmarktforums" ausarbeitet.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

12 02 77 04 Pilotprojekt — Förderung der finanziellen Beteiligung und der Mitbestimmung von Mitarbeitern

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 250 000 | 500 000 | 250 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 12 02 06*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

Mit diesem Pilotprojekt werden die wichtigsten Schlussfolgerungen der öffentlichen Anhörung umgesetzt, die am 22. März 2012 im Europäischen Parlament stattgefunden hat und bei der unterstrichen wurde, dass präzise Daten über die unterschiedlichen einzelstaatlichen Rechtsvorschriften für die finanzielle Beteiligung und die Mitbestimmung von Mitarbeitern gesammelt werden müssen. Ziel dieser Datensammlung wird die Einrichtung eines Europäischen Zentrums für finanzielle Mitarbeiterbeteiligung in jedem Mitgliedstaat sein, um Arbeitnehmern, Unternehmen und der Öffentlichkeit Informationen, Fortbildungen und Beratung anzubieten, um die Förderung und Umsetzung geeigneter Rechtsvorschriften für eine bessere Entwicklung der finanziellen Beteiligung und Mitbestimmung von Mitarbeitern in der Union zu erleichtern, deren Nutzen für die Gesellschaft in der Initiativstellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zur finanziellen Mitarbeiterbeteiligung in Europa (SOC/371) hervorgehoben wurde.

**KAPITEL 12 02 — BINNENMARKTPOLITIK UND FREIER WARENVERKEHR** *(Fortsetzung)*

***12 02 77*** *(Fortsetzung)*

12 02 77 04 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

12 02 77 05 Vorbereitende Maßnahme — Aufbau von Kapazitäten bei den Endnutzern und anderen branchenfremden Interessengruppen im Zusammenhang mit der politischen Entscheidungsfindung der Union auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 750 000 | 875 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat das Vertrauen der Verbraucher, Kleinanleger und KMU in den gesetzlichen und sonstigen rechtlichen Rahmen, der sie vor einem Ausfall im Finanzsystem schützen soll, erheblich erschüttert. Deshalb ist es wichtiger denn je, dass die Bedenken der Endnutzer und anderer branchenfremder Interessengruppen bei der Konzeption von Initiativen mitberücksichtigt werden, die das Vertrauen der Bürger in die Solidität des Finanzsektors und in die Möglichkeit, durch finanzielle Integration konkrete Vorteile zu erlangen, wiederherstellen sollen.

Mit dieser vorbereitenden Maßnahme, die auf einem erfolgreich durchgeführten Pilotprojekt aufbaut, sollen die Möglichkeiten der Einrichtungen der Zivilgesellschaft verbessert werden, am politischen Beschlussfassungsprozess der Union auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen teilzuhaben, um so den politischen Entscheidungsträgern ein Gegengewicht zu den Lobbys aus dem Finanzdienstleistungssektor zu bieten und die breite Öffentlichkeit über die Fragen zu informieren, um die es bei der Regulierung der Finanzmärkte für die Verbraucher, Endnutzer, Kleinanleger und andere branchenfremde Interessengruppen geht.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 12 — BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN*

**KAPITEL 12 03 — FINANZDIENSTLEISTUNGEN UND KAPITALMÄRKTE**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 12 03 | FINANZDIENSTLEISTUNGEN UND KAPITALMÄRKTE | | | | | | | | |
| ***12 03 01*** | ***Normen in den Bereichen Rechnungslegung und Abschlussprüfung*** | 1.1 | 6 800 000 | 5 276 000 | | | | | — |
| ***12 03 02*** | ***Europäische Bankenaufsichtsbehörde*** | 1.1 | 12 999 920 | 12 999 920 | 7 455 000 | 7 455 000 | 8 299 000,— | 7 561 538,— | 58,17 |
| | *Reserven (40 02 41)* | | | | *1 500 000* | *1 500 000* | | | |
| | | | 12 999 920 | 12 999 920 | 8 955 000 | 8 955 000 | 8 299 000,— | 7 561 538,— | |
| ***12 03 03*** | ***Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung*** | 1.1 | 8 588 800 | 8 588 800 | 6 385 000 | 6 385 000 | 6 262 000,— | 5 761 040,— | 67,08 |
| ***12 03 04*** | ***Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde*** | 1.1 | 10 368 000 | 10 368 000 | 6 914 000 | 6 914 000 | 7 120 000,— | 6 408 000,— | 61,81 |
| ***12 03 51*** | ***Abschluss spezifischer Tätigkeiten auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen, der Rechnungslegung und der Wirtschaftsprüfung*** | 1.1 | p.m. | 2 495 000 | 7 650 000 | 7 373 371 | 7 450 000,— | 7 743 928,— | 310,38 |
| | **Kapitel 12 03 — Insgesamt** | | **38 756 720** | **39 727 720** | **28 404 000** | **28 127 371** | **29 131 000,—** | **27 474 506,—** | **69,16** |
| | ***Reserven (40 02 41)*** | | | | ***1 500 000*** | ***1 500 000*** | | | |
| | | | **38 756 720** | **39 727 720** | **29 904 000** | **29 627 371** | **29 131 000,—** | **27 474 506,—** | |

## *12 03 01 Normen in den Bereichen Rechnungslegung und Abschlussprüfung*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 6 800 000 | 5 276 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen der Deckung der Ausgaben, die im Zusammenhang mit dem Unionsprogramm zur Unterstützung spezifischer Tätigkeiten auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen, der Rechnungslegung und der Abschlussprüfung entstehen.

Das allgemeine Ziel dieses Programms besteht darin, die Voraussetzungen für einen funktionierenden Binnenmarkt zu verbessern, indem Funktionsweise, Tätigkeiten und Maßnahmen bestimmter Einrichtungen im Bereich Finanzdienstleistungen, Rechnungslegung und Abschlussprüfung unterstützt werden.

Vor allem vor dem Hintergrund der jüngsten Finanzkrise ist die Unionsfinanzierung von entscheidender Bedeutung, um eine wirksame und effiziente Überwachung des Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen sicherzustellen.

Tätigkeiten wie die Entwicklung oder Lieferung von Beiträgen zur Ausarbeitung von Standards sowie zur Anwendung, Bewertung oder Überwachung von Standards bzw. zur Kontrolle der Normungsprozesse zwecks Unterstützung der Umsetzung von Unionspolitiken im Bereich Rechnungslegung und Abschlussprüfung werden durch das Programm abgedeckt.

**KAPITEL 12 03 — FINANZDIENSTLEISTUNGEN UND KAPITALMÄRKTE** *(Fortsetzung)*

***12 03 01*** *(Fortsetzung)*

Es handelt sich um die Fortführung des mit dem Beschluss Nr. 716/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Auflegung eines Gemeinschaftsprogramms zur Unterstützung spezifischer Tätigkeiten auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen, der Rechnungslegung und der Abschlussprüfung (ABl. L 253 vom 25.9.2009, S. 8) eingerichteten Gemeinschaftsprogramms zur Unterstützung spezifischer Tätigkeiten auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen, der Rechnungslegung und der Abschlussprüfung.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 19. Dezember 2012, zur Auflegung eines Unionsprogramms zur Unterstützung spezieller Tätigkeiten im Bereich Rechnungslegung und Abschlussprüfung für den Zeitraum 2014-2020 (COM(2012) 782 final), insbesondere Artikel 2.

***12 03 02*** ***Europäische Bankenaufsichtsbehörde***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 12 03 02 | 12 999 920 | 12 999 920 | 7 455 000 | 7 455 000 | 8 299 000,— | 7 561 538,— |
| *Reserven (40 02 41)* | | | *1 500 000* | *1 500 000* | | |
| Insgesamt | 12 999 920 | 12 999 920 | 8 955 000 | 8 955 000 | 8 299 000,— | 7 561 538,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 12 04 02 01 und 12 04 02 02*

Auf der Grundlage des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 114, und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 zur Einrichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Bankenaufsichtsbehörde) soll die Europäische Aufsichtsbehörde Teil eines Europäischen Finanzaufsichtssystems (ESFS) werden. Das Hauptziel des ESFS besteht darin, die ordnungsgemäße Anwendung der für den Finanzsektor geltenden Vorschriften zu gewährleisten, um die finanzielle Stabilität zu erhalten und für Vertrauen in das Finanzsystem insgesamt und für einen ausreichenden Schutz der Kunden, die Finanzdienstleistungen in Anspruch nehmen, zu sorgen.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Behörde (Titel 1 und 2) und ihrer operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3) bestimmt.

Die Behörde muss das Europäischen Parlament und den Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

Die gemäß Artikel 20 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 der Kommission vom 30. September 2013 über die Rahmenfinanzregelung für Einrichtungen gemäß Artikel 208 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 328 vom 7.12.2013, S. 42) zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung) und sind unter Posten 6 6 0 0 des allgemeinen Einnahmenplans zu verbuchen.

KOMMISSION
*TITEL 12 — BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN*

**KAPITEL 12 03 — FINANZDIENSTLEISTUNGEN UND KAPITALMÄRKTE** *(Fortsetzung)*

***12 03 02*** *(Fortsetzung)*

Der Stellenplan der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde ist im Anhang „Stellenplan" dieses Einzelplans enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 13 439 945 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 12 999 920 EUR erhöht sich um 440 025 EUR aus der Einziehung von Überschüssen aus dem Unionsbeitrag 2012.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Bankenaufsichtsbehörde) (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 12).

***12 03 03*** ***Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 8 588 800 | 8 588 800 | 6 385 000 | 6 385 000 | 6 262 000,— | 5 761 040,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 12 04 03 01 und 12 04 03 02*

Auf der Grundlage des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 114, und der Verordnung (EU) Nr. 1094/2010 zur Einrichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung) ist die Europäische Aufsichtsbehörde Teil eines Europäischen Systems der Finanzaufsicht (ESFS). Das Hauptziel des ESFS besteht darin, die ordnungsgemäße Anwendung der für den Finanzsektor geltenden Vorschriften zu gewährleisten, um die finanzielle Stabilität zu erhalten und für Vertrauen in das Finanzsystem insgesamt und für einen ausreichenden Schutz der Kunden, die Finanzdienstleistungen in Anspruch nehmen, zu sorgen.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Behörde (Titel 1 und 2) und ihrer operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3) bestimmt.

Die Behörde muss das Europäische Parlament und den Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen Ausgaben und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

Die gemäß Artikel 20 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des allgemeinen Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Der Stellenplan der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung ist im Anhang „Stellenplan" dieses Einzelplans enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 8 699 572 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 8 588 800 EUR erhöht sich um 110 772 EUR aus der Einziehung von Überschüssen aus dem Unionsbeitrag 2012.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1094/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung) (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 48).

**KAPITEL 12 03 — FINANZDIENSTLEISTUNGEN UND KAPITALMÄRKTE** *(Fortsetzung)*

### *12 03 04 Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 10 368 000 | 10 368 000 | 6 914 000 | 6 914 000 | 7 120 000,— | 6 408 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 12 04 04 01 und 12 04 04 02*

Auf der Grundlage des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 114, und der Verordnung (EU) Nr. 1095/2010 zur Einrichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde) ist die Europäische Aufsichtsbehörde Teil des Europäischen Systems der Finanzaufsicht (ESFS). Das Hauptziel des ESFS besteht darin, die ordnungsgemäße Anwendung der für den Finanzsektor geltenden Vorschriften zu gewährleisten, um die finanzielle Stabilität zu erhalten und für Vertrauen in das Finanzsystem insgesamt und für einen ausreichenden Schutz der Kunden, die Finanzdienstleistungen in Anspruch nehmen, zu sorgen.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Behörde (Titel 1 und 2) und ihrer operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3) bestimmt.

Die Behörde muss das Europäische Parlament und des Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen Ausgaben und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

Die gemäß Artikel 20 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des allgemeinen Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Der Stellenplan der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) ist im Anhang „Stellenplan“ zu diesem Band enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 11 071 823 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 10 368 000 EUR erhöht sich um 703 823 EUR aus der Einziehung von Überschüssen aus dem Unionsbeitrag 2012.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1095/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde) (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 84).

### *12 03 51 Abschluss spezifischer Tätigkeiten auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen, der Rechnungslegung und der Wirtschaftsprüfung*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 2 495 000 | 7 650 000 | 7 373 371 | 7 450 000,— | 7 743 928,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 12 04 01*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 716/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Auflegung eines Gemeinschaftsprogramms zur Unterstützung spezifischer Tätigkeiten auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen, der Rechnungslegung und der Abschlussprüfung (ABl. L 253 vom 25.9.2009, S. 8).

KOMMISSION
*TITEL 12 — BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN“

— POLITISCHE STRATEGIE UND KOORDINIERUNG FÜR DEN BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN

KOMMISSION

*TITEL 13*

**REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG**

# TITEL 13

# REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 13 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „REGIONAL-POLITIK UND STADT-ENTWICKLUNG“ | 82 309 166 | 82 309 166 | 88 792 579 | 88 792 579 | 88 177 462,— | 88 177 462,— |
| 13 03 | EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONAL-POLITISCHE TÄTIGKEITEN | 24 988 950 000 | 28 480 284 769 | 30 639 878 699 | 31 410 089 436 | 29 491 058 222,91 | 27 465 447 038,— |
| 13 04 | KOHÄSIONSFONDS | 7 963 000 000 | 11 092 840 264 | 12 499 800 000 | 11 414 497 449 | 11 785 940 667,37 | 9 622 175 564,84 |
| 13 05 | INSTRUMENT FÜR HERAN-FÜHRUNGSHILFE — REGIO-NALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORI-ALE ZUSAMMENARBEIT | 39 000 000 | 417 929 160 | 549 770 452 | 410 700 951 | 555 341 668,— | 353 885 898,46 |
| 13 06 | SOLIDARITÄTSFONDS | p.m. | 150 000 000 | 415 127 031 | 265 127 031 | 726 233 916,— | 726 233 916,— |
| | **Titel 13 — Insgesamt** | **33 073 259 166** | **40 223 363 359** | **44 193 368 761** | **43 589 207 446** | **42 646 751 936,28** | **38 255 919 879,30** |

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

# TITEL 13

# REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG

## KAPITEL 13 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 13 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG“ | | | | | |
| ***13 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Regionalpolitik und Stadtentwicklung“*** | 5.2 | 58 155 170 | 59 230 935 | 59 215 511,60 | 101,82 |
| ***13 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Regionalpolitik und Stadtentwicklung“*** | | | | | |
| 13 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 2 024 429 | 2 095 476 | 2 216 518,08 | 109,49 |
| 13 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 2 965 249 | 3 101 813 | 3 122 446,34 | 105,30 |
| | *Artikel 13 01 02 — Subtotal* | | 4 989 678 | 5 197 289 | 5 338 964,42 | 107,— |
| ***13 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Regionalpolitik und Stadtentwicklung“*** | 5.2 | 3 764 318 | 3 748 355 | 4 344 062,38 | 115,40 |
| ***13 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Regionalpolitik und Stadtentwicklung“*** | | | | | |
| 13 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) | 1.2 | 11 200 000 | 11 300 000 | 10 311 479,40 | 92,07 |
| 13 01 04 02 | Unterstützungsausgaben für das Instrument für Heranführungshilfe (IPA) — Komponente regionale Entwicklung | 4 | p.m. | 5 116 000 | 4 972 037,69 | — |
| 13 01 04 03 | Unterstützungsausgaben für den Kohäsionsfonds | 1.2 | 4 200 000 | 4 200 000 | 3 995 406,51 | 95,13 |
| | *Artikel 13 01 04 — Subtotal* | | 15 400 000 | 20 616 000 | 19 278 923,60 | 125,19 |
| | **Kapitel 13 01 — Insgesamt** | | **82 309 166** | **88 792 579** | **88 177 462,—** | **107,13** |

### *13 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Regionalpolitik und Stadtentwicklung“*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 58 155 170 | 59 230 935 | 59 215 511,60 |

**KAPITEL 13 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG“** *(Fortsetzung)*

***13 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Regionalpolitik und Stadtentwicklung“***

13 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 024 429 | 2 095 476 | 2 216 518,08 |

13 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 965 249 | 3 101 813 | 3 122 446,34 |

***13 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Regionalpolitik und Stadtentwicklung“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 764 318 | 3 748 355 | 4 344 062,38 |

***13 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Regionalpolitik und Stadtentwicklung“***

13 01 04 01 Unterstützungsausgaben für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 11 200 000 | 11 300 000 | 10 311 479,40 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Deckung der aus dem EFRE finanzierten Maßnahmen der technischen Hilfe gemäß Artikel 58 und Artikel 118 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013. Im Rahmen der technischen Hilfe können Vorbereitung, Monitoring, administrative und technische Hilfe, Evaluierung, Prüfung und Kontrolle der zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Maßnahmen finanziert werden.

Die Mittel dienen u. a. der Finanzierung von

— Unterstützungsausgaben (für Repräsentationszwecke, Ausbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen, Übersetzungen),

— Ausgaben für externes Personal am Verwaltungssitz (Vertragsbedienstete, abgeordnete nationale Sachverständige oder Leiharbeitskräfte) bis zu 3 060 000 EUR sowie für Dienstreisen dieses Personals.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 289).

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG“** *(Fortsetzung)*

***13 01 04*** *(Fortsetzung)*

13 01 04 01 *(Fortsetzung)*

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

13 01 04 02 Unterstützungsausgaben für das Instrument für Heranführungshilfe (IPA) — Komponente regionale Entwicklung

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 5 116 000 | 4 972 037,69 |

*Erläuterungen*

Mit diesen Mitteln sollen Maßnahmen der technischen Hilfe für das Instrument für Heranführungshilfe finanziert werden:

— Ausgaben in Zusammenhang mit der Vorbereitung, der Beurteilung, der Genehmigung, dem Follow-up, der Kontrolle und der Bewertung von Mehrjahresprogrammen und/oder einzelnen Interventionen und Projekten im Rahmen der Komponente „Regionale Entwicklung“ des IPA. Die Maßnahmen können Folgendes umfassen: Verträge für technische Hilfe, Studien, kurzfristige Bereitstellung von Fachwissen, Sitzungen, Erfahrungsaustausch, Netzarbeit, Informations-, Werbe- und Sensibilisierungsveranstaltungen, Schulungsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die unmittelbar mit der Verwirklichung des Programmziels in Zusammenhang stehen, sowie sonstige Unterstützungsmaßnahmen auf Ebene der zentralen Dienststellen der Kommission oder der Delegationen in den Empfängerländern;

— Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen zugunsten der Empfängerländer und der Kommission vergeben werden;

— Einrichtung, Betrieb und Verknüpfung rechnergestützter Systeme für die Verwaltung, Überwachung und Bewertung;

— Verbesserung der Bewertungsmethoden und Austausch von Informationen über die Praktiken in diesem Bereich.

Diese Mittel dienen auch zur finanziellen Unterstützung der Weiterbildung in Fragen der Verwaltung und der Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und den Sozialpartnern.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Diese Mittel decken die unter Kapitel 13 05 anfallenden Verwaltungskosten.

**KAPITEL 13 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG“** *(Fortsetzung)*

***13 01 04*** *(Fortsetzung)*

13 01 04 03 Unterstützungsausgaben für den Kohäsionsfonds

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 200 000 | 4 200 000 | 3 995 406,51 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Deckung der aus dem Kohäsionsfonds finanzierten Maßnahmen der technischen Hilfe gemäß Artikel 58 und Artikel 118 der Verordnung (EU) 1303/2013. Im Rahmen der technischen Hilfe können Vorbereitung, Monitoring, administrative und technische Hilfe, Evaluierung, Prüfung und Kontrolle der zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Maßnahmen finanziert werden.

Die Mittel dienen u. a. der Finanzierung von

— Unterstützungsausgaben (für Repräsentationszwecke, Ausbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen, Übersetzungen),

— Ausgaben für externes Personal am Verwaltungssitz (Vertragsbedienstete, abgeordnete nationale Sachverständige oder Leiharbeitskräfte) bis zu 1 340 000 EUR sowie für Dienstreisen dieses Personals.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1300/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1084/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 281).

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

KOMMISSION

*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 13 03 | EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN | | | | | | | | |
| ***13 03 01*** | ***Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Ziel 1 (2000-2006)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | 985 469 995 | 0,— | 1 233 709 347,46 | — |
| ***13 03 02*** | ***Abschluss des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und im Grenzgebiet Irlands (2000-2006)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 18 404 871,70 | — |
| ***13 03 03*** | ***Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Ziel 1 (aus der Zeit vor 2000)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***13 03 04*** | ***Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Ziel 2 (2000-2006)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | 117 927 529 | 13 449,69 | 270 912 561,18 | — |
| ***13 03 05*** | ***Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Ziel 2 (aus der Zeit vor 2000)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***13 03 06*** | ***Abschluss von URBAN (2000-2006)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | 3 097 548 | 3 106,18 | 9 965 326,44 | — |
| ***13 03 07*** | ***Abschluss früherer Programme — Initiativen der Union(aus der Zeit vor 2000)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 225 934,49 | 225 934,49 | — |
| ***13 03 08*** | ***Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Technische Unterstützung und innovative Maßnahmen (2000-2006)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 136 000,— | — |
| ***13 03 09*** | ***Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Technische Unterstützung und innovative Maßnahmen (aus der Zeit vor 2000)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***13 03 12*** | ***Beitrag der Union zum Internationalen Fonds für Irland*** | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 12 000 000,— | — |

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| ***13 03 13*** | ***Abschluss der Initiative der Union Interreg III (2000-2006)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | 42 000 000 | 3 699 160,54 | 129 184 779,76 | — |
| ***13 03 14*** | ***Unterstützung der an Beitrittsländer angrenzenden Regionen — Abschluss früherer Programme (2000-2006)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***13 03 16*** | ***Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Konvergenz*** | 1.2 | p.m. | 21 544 000 000 | 25 310 105 801 | 24 798 520 000 | 24 286 754 507,— | 21 338 197 588,40 | 99,04 |
| ***13 03 17*** | ***Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — PEACE*** | 1.2 | p.m. | 26 000 000 | 34 060 138 | 45 000 000 | 33 392 292,— | 31 214 182,38 | 120,05 |
| ***13 03 18*** | ***Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung*** | 1.2 | p.m. | 4 149 480 610 | 4 022 082 950 | 4 229 539 633 | 3 942 734 514,— | 3 339 206 917,07 | 80,47 |
| ***13 03 19*** | ***Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Europäische territoriale Zusammenarbeit*** | 1.2 | p.m. | 1 106 791 028 | 1 213 929 810 | 1 145 523 270 | 1 170 680 290,— | 1 038 863 478,22 | 93,86 |
| ***13 03 20*** | ***Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Operative technische Unterstützung*** | 1.2 | p.m. | 25 600 000 | 50 000 000 | 35 583 088 | 45 518 218,01 | 37 669 113,37 | 147,14 |
| ***13 03 31*** | ***Abschluss der technischen Hilfe und Verbreitung von Informationen über die Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum und Verbesserung des Wissens über Strategien für Makroregionen (2007-2013)*** | 1.2 | p.m. | 1 600 000 | 2 500 000 | 494 210 | 2 432 751,— | 894 230,33 | 55,89 |
| ***13 03 40*** | ***Abschluss der aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanzierten Risikoteilungsinstrumente (2007-2013)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |

KOMMISSION

*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| ***13 03 41*** | ***Abschluss der aus EFRE-Mitteln für das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" finanzierten Risikoteilungsinstrumente (2007-2013)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***13 03 60*** | ***Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — weniger entwickelte Gebiete — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung"*** | 1.2 | 17 627 800 000 | 1 125 000 000 | | | | | — |
| ***13 03 61*** | ***Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Übergangsregionen — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung"*** | 1.2 | 2 865 400 000 | 167 824 266 | | | | | — |
| ***13 03 62*** | ***Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — entwickelte Gebiete — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung"*** | 1.2 | 3 650 900 000 | 209 061 086 | | | | | — |
| ***13 03 63*** | ***Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Zusatzmittel für Regionen in äußerster Randlage und dünn besiedelte Regionen — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung"*** | 1.2 | 209 100 000 | 13 000 000 | | | | | — |
| ***13 03 64*** | ***Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Europäische territoriale Zusammenarbeit*** | 1.2 | 505 700 000 | 53 703 765 | | | | | — |
| ***13 03 65*** | ***Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Operative technische Hilfe*** | | | | | | | | |
| 13 03 65 01 | Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Operative technische Hilfe | 1.2 | 69 000 000 | 47 000 000 | | | | | — |

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 13 03 65 02 | Europäischer Fond für regionale Entwicklung (EFRE) — Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe | 1.2 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| | *Artikel 13 03 65 — Subtotal* | | 69 000 000 | 47 000 000 | | | | | — |
| ***13 03 66*** | ***Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Innovative Maßnahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung*** | 1.2 | 50 100 000 | p.m. | | | | | — |
| ***13 03 67*** | ***Technische Hilfe und Verbreitung von Informationen über die Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum und Verbesserung des Wissens über Strategien für Makroregionen*** | 1.2 | 2 500 000 | 1 250 000 | | | | | — |
| ***13 03 68*** | ***Makro-regionale Strategien 2014-2020 — Strategie der Europäischen Union für den Donauraum — Technische Unterstützung*** | 1.2 | 2 500 000 | 1 250 000 | | | | | — |
| ***13 03 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 13 03 77 01 | Pilotprojekt — Europaweite Koordinierung der Verfahren zur Eingliederung der Roma | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 288 393,16 | — |
| 13 03 77 02 | Pilotprojekt — Förderung der regionalen und lokalen Zusammenarbeit durch Information über die Regionalpolitik der Union auf globaler Ebene | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | 92 000 | 0,— | 288 622,— | — |
| 13 03 77 03 | Vorbereitende Maßnahme — Förderung eines günstigeren Umfelds für Kleinstkredite in Europa | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 13 03 77 04 | Pilotprojekt — Nachhaltige Wiederbelebung von Vorstädten | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | 142 163 | 0,— | 142 162,50 | — |

KOMMISSION

*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 13 03 77 05 | Vorbereitende Maßnahme — RURBAN — Partnerschaft für eine nachhaltige städtische und ländliche Entwicklung | 1.2 | p.m. | 549 014 | p.m. | p.m. | 0,— | 155 083,50 | 28,25 |
| 13 03 77 06 | Vorbereitende Maßnahme — Förderung der regionalen und lokalen Zusammenarbeit durch Information über die Regionalpolitik der Union auf globaler Ebene | 1.2 | p.m. | 2 000 000 | 2 000 000 | 2 000 000 | 2 000 000,— | 969 563,49 | 48,48 |
| 13 03 77 07 | Vorbereitende Maßnahme — Festlegung eines Governance-Modells für den Donauraum — Bessere und effizientere Koordinierung | 1.2 | p.m. | 1 000 000 | 1 000 000 | 900 000 | 0,— | 719 908,29 | 71,99 |
| 13 03 77 08 | Pilotprojekt — Verwirklichung einer gemeinsamen regionalen Identität, der Aussöhnung der Nationen und der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit, unter anderem durch eine gesamteuropäische Plattform für Fachwissen und Exzellenz in der Makroregion des Donauraums | 1.2 | p.m. | 1 300 000 | p.m. | 600 000 | 0,— | 920 000,— | 70,77 |
| 13 03 77 09 | Vorbereitende Maßnahme — Atlantisches Forum für die Atlantikstrategie der Europäischen Union | 1.2 | — | 600 000 | 1 200 000 | 600 000 | 975 000,— | 221 266,26 | 36,88 |
| 13 03 77 10 | Vorbereitende Maßnahme — Flankierung des Übergangs von Mayotte und allen anderen potenziell betroffenen Gebieten zum Status eines Gebiets in äußerster Randlage | 1.2 | p.m. | 400 000 | p.m. | 600 000 | 2 000 000,— | 1 000 000,— | 250,— |
| 13 03 77 11 | Vorbereitende Maßnahme — Erasmus für lokale und regionale Mandatsträger | 1.2 | p.m. | p.m. | 1 000 000 | 1 000 000 | 629 000,— | 157 708,— | — |

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 13 03 77 12 | Vorbereitende Maßnahme — Verwirklichung einer gemeinsamen regionalen Identität, der Aussöhnung der Nationen und der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit, unter anderem durch eine gesamteuropäische Plattform für Fachwissen und Exzellenz in der Makroregion des Donauraums | 1.2 | 1 800 000 | 800 000 | 2 000 000 | 1 000 000 | | | — |
| 13 03 77 13 | Pilotprojekt — Kohäsionspolitik und Synergien mit den Mitteln für Forschung und Entwicklung: die „Stufenleiter zur Spitzenforschung“ | 1.2 | 1 200 000 | 600 000 | | | | | — |
| 13 03 77 14 | Vorbereitende Maßnahme — Eine regionale Strategie für den Nordseeraum | 1.2 | 250 000 | 125 000 | | | | | — |
| 13 03 77 15 | Vorbereitende Maßnahme — Weltstädte: Zusammenarbeit der EU mit Drittländern zur Stadtentwicklung | 1.2 | 2 000 000 | 1 000 000 | | | | | — |
| 13 03 77 16 | Vorbereitende Maßnahme — Derzeitige und wünschenswerte Lage des wirtschaftlichen Potenzials in Regionen außerhalb der griechischen Hauptstadt Athen | 1.2 | 700 000 | 350 000 | | | | | — |
| | *Artikel 13 03 77 — Subtotal* | | 5 950 000 | 8 724 014 | 7 200 000 | 6 934 163 | 5 604 000,— | 4 862 707,20 | 55,74 |
| | **Kapitel 13 03 — Insgesamt** | | **24 988 950 000** | **28 480 284 769** | **30 639 878 699** | **31 410 089 436** | **29 491 058 222,91** | **27 465 447 038,—** | **96,44** |

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 175 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union unterstützt die Union das in Artikel 174 dargelegte Ziel des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts durch Maßnahmen der Strukturfonds, zu denen auch der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zählt. Gemäß Artikel 176 ist es Aufgabe des EFRE, zum Ausgleich der wichtigsten regionalen Ungleichgewichte in der Union beizutragen. Die Aufgaben, die vorrangigen Ziele und die Organisation der Strukturfonds werden gemäß Artikel 177 festgelegt.

Gemäß Artikel 80 der Haushaltsordnung können Finanzkorrekturen vorgenommen werden, wenn Ausgaben nicht gemäß dem anwendbaren Recht getätigt wurden.

Artikel 39 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999, Artikel 100 und 102 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 und Artikel 85, 144 und 145 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 über Kriterien für Finanzkorrekturen durch die Kommission enthalten spezielle Regeln für Finanzkorrekturen beim EFRE.

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

Sämtliche Einnahmen aus Finanzkorrekturen, die auf dieser Grundlage vorgenommen wurden, werden in Posten 6 5 0 0 des Einnahmenplans ausgewiesen und stellen zweckgebundene Einnahmen im Sinne des Artikels 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung dar.

Artikel 177 der Haushaltsordnung legt die Bedingungen für die Erstattung des vollen Betrags oder eines Teils der im Rahmen einer Transaktion geleisteten Vorauszahlungen fest.

Artikel 82 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 enthält spezielle Regeln für die Rückzahlung des Vorschusses im Rahmen des EFRE.

Erstattete Vorauszahlungen stellen interne zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 4 der Haushaltsordnung dar und sind in Posten 6 1 5 0 oder Posten 6 1 5 7 auszuweisen.

Die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung werden aus Artikel 24 02 01 finanziert.

*Rechtsgrundlagen*

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 174, 175, 176 und 177.

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1), insbesondere Artikel 39.

Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25), insbesondere die Artikel 82, 83, 100 und 102.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21 Absätze 3 und 4 und die Artikel 80 und 177.

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

*Verweise*

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Berlin vom 24. und 25. März 1999.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Brüssel vom 15. und 16. Dezember 2005.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 7. und 8. Februar 2013.

### *13 03 01 Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Ziel 1 (2000-2006)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 985 469 995 | 0,— | 1 233 709 347,46 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Interventionen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen von Ziel 1 für die Verpflichtungen des Programmplanungszeitraums 2000-2006 zu decken.

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

***13 03 01*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.Juli 1999 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 1).

***13 03 02*** ***Abschluss des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und im Grenzgebiet Irlands (2000-2006)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 18 404 871,70 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und dem Grenzgebiet Irlands aus dem Zeitraum 2000 bis 2006. Das Sonderprogramm zur Förderung von Frieden und Versöhnung wurde entsprechend den unten genannten Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Berlin fortgeführt, denen zufolge für die neue Programmlaufzeit (2000-2004) 500 000 000 EUR (zu Preisen von 1999) bereitgestellt wurden. Entsprechend der Aufforderung in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Brüssel vom 17. und 18. Juni 2004 wurden zusätzlich 105 000 000 EUR eingestellt, um die Maßnahmen im Rahmen dieses Programms auf die Maßnahmen im Rahmen der anderen Strukturfonds-Programme abzustimmen, die Ende 2006 ausliefen; die Mittel sind in den Jahren 2005 und 2006 zuzuweisen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1).

Entscheidung 1999/501/EG der Kommission vom 1. Juli 1999 über die indikative Aufteilung der Verpflichtungsermächtigungen auf die Mitgliedstaaten im Rahmen von Ziel 1 der Strukturfonds für den Zeitraum 2000 bis 2006 (ABl. L 194 vom 27.7.1999, S. 49), insbesondere Erwägung 5.

Beschluss der Kommission K(2001) 638 zur Billigung der Strukturhilfe der Gemeinschaft für das operationelle Programm der EU für Frieden und Versöhnung („Programm PEACE II") in Bezug auf Ziel 1 in Nordirland (Vereinigtes Königreich) und der Grenzregion (Irland).

*Verweise*

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Berlin vom 24. und 25. März 1999, insbesondere Nummer 44 Buchstabe b.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Brüssel vom 17. und 18. Juni 2004, insbesondere Nummer 49.

***13 03 03*** ***Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Ziel 1 (aus der Zeit vor 2000)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus den Programmplanungszeiträumen vor 2000 für die früheren Ziele 1 und 6 aus dem EFRE zu decken.

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

***13 03 03*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 4254/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 in Bezug auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 15).

Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 1).

***13 03 04*** ***Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Ziel 2 (2000-2006)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 117 927 529 | 13 449,69 | 270 912 561,18 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Interventionen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen von Ziel 2 für die Verpflichtungen des Programmplanungszeitraums 2000-2006 zu decken.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 1).

***13 03 05*** ***Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Ziel 2 (aus der Zeit vor 2000)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus den Programmplanungszeiträumen vor 2000 für die früheren Ziele 2 und 5b aus den drei Fonds (EFRE, ESF und EAGFL, Abteilung Ausrichtung) zu decken.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

***13 03 05*** *(Fortsetzung)*

Verordnung (EWG) Nr. 4254/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 in Bezug auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 15).

Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 1).

***13 03 06*** ***Abschluss von URBAN (2000-2006)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 3 097 548 | 3 106,18 | 9 965 326,44 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Interventionen der Gemeinschaftsinitiative URBAN II für die Verpflichtungen des Programmplanungszeitraums 2000-2006 zu decken. Die Gemeinschaftsinitiative konzentrierte sich auf die wirtschaftliche und soziale Wiederbelebung der krisenbetroffenen Städte und Stadtviertel zur Förderung einer dauerhaften Städteentwicklung.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 1).

*Verweise*

Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 28. April 2000 über die Leitlinien für eine Gemeinschaftsinitiative betreffend die wirtschaftliche und soziale Wiederbelebung der krisenbetroffenen Städte und Stadtrandgebiete zur Förderung einer dauerhaften Städteentwicklung — URBAN II (ABl. C 141 vom 19.5.2000, S. 8).

***13 03 07*** ***Abschluss früherer Programme — Initiativen der Union(aus der Zeit vor 2000)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 225 934,49 | 225 934,49 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die noch abzuwickelnden EFRE-Verpflichtungen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen vor 2000 zu decken.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 4254/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 in Bezug auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 15).

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

***13 03 07*** *(Fortsetzung)*

Verordnung (EWG) Nr. 4255/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 21).

Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 1).

*Verweise*

Mitteilung der Kommission vom 13. Mai 1992 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für die von ihnen aufzustellenden Operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative zugunsten der vom Textil- und Bekleidungssektor stark abhängigen Regionen (RETEX) (ABl. C 142 vom 4.6.1992, S. 5).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Globalzuschüsse oder integrierten Operationellen Programme im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative für die Umstrukturierung des Fischereisektors (PESCA) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 1).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen zu erstellenden Operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für städtische Gebiete (URBAN) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 6).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Operationellen Programme oder Globalzuschüsse im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für die Anpassung kleiner und mittlerer Unternehmen an den Binnenmarkt (Initiative für KMU) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 10).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten mit Präzisierung der Leitlinien für die Gemeinschaftsinitiative RETEX (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 17).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Operationellen Programme oder Globalzuschüsse im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für die Rüstungs- und Standortkonversion (Konver) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 18).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Operationellen Programme oder Globalzuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative für die wirtschaftliche Umstellung von Stahlrevieren (Resider II) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 22).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Operationellen Programme oder Globalzuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative für die wirtschaftliche Umstellung von Kohlerevieren (Rechar II) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 26).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für Operationelle Programme oder Globalzuschüsse, die die Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „Anpassung der Arbeitnehmer an den industriellen Wandel (ADAPT)“ zur Förderung der Beschäftigung und der Anpassung der Arbeitnehmer an den industriellen Wandel vorschlagen können (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 30).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für Operationelle Programme oder Globalzuschüsse, die die Mitgliedstaaten im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative „Beschäftigung und Entwicklung von Humanressourcen“ zur Förderung des Beschäftigungswachstums insbesondere durch die Entwicklung von Humanressourcen vorschlagen können (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 36).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative zugunsten der ultraperipheren Regionen (REGIS II) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 44).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für integrierte Globalzuschüsse bzw. Operationelle Programme, die Gegenstand von Zuschussanträgen der Mitgliedstaaten im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative zur ländlichen Entwicklung sind (Leader II) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 48).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für die von ihnen aufzustellenden Operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung von Grenzregionen, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und ausgewählte Energienetze (Interreg II) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 60).

Mitteilung der Kommission vom 16. Mai 1995 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für eine Initiative im Rahmen des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und in den Grenzbezirken Irlands (Programm PEACE I) (ABl. C 186 vom 20.7.1995, S. 3).

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

***13 03 07*** *(Fortsetzung)*

Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 8. Mai 1996 zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen zu erstellenden Operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für städtische Gebiete (URBAN) (ABl. C 200 vom 10.7.1996, S. 4).

Mitteilung der Kommission vom 8. Mai 1996 an die Mitgliedstaaten über geänderte Leitlinien für Operationelle Programme oder Globalzuschüsse, die die Mitgliedstaaten im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative „Beschäftigung und Entwicklung von Humanressourcen" zur Förderung des Beschäftigungswachstums insbesondere durch die Entwicklung von Humanressourcen vorschlagen können (ABl. C 200 vom 10.7.1996, S. 13).

Mitteilung der Kommission vom 8. Mai 1996 an die Mitgliedstaaten über die geänderten Leitlinien für Operationelle Programme oder Globalzuschüsse, die die Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „Anpassung der Arbeitnehmer an den industriellen Wandel (ADAPT)" zur Förderung der Beschäftigung und der Anpassung der Arbeitnehmer an den industriellen Wandel vorschlagen können (ABl. C 200 vom 10.7.1996, S. 7).

Mitteilung der Kommission vom 8. Mai 1996 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für die von ihnen aufzustellenden Operationellen Programme im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Interreg für transnationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumordnung (Interreg II C) (ABl. C 200 vom 10.7.1996, S. 23).

Mitteilung der Kommission vom 26. November 1997 an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über das Sonderprogramm zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und den Grenzbezirken Irlands (1995-1999) (Programm PEACE I) (KOM(1997) 642).

***13 03 08*** ***Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Technische Unterstützung und innovative Maßnahmen (2000-2006)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 136 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die noch abzuwickelnden EFRE-Verpflichtungen für innovative Maßnahmen und technische Unterstützung aus dem Programmzeitraum 2000-2006 gemäß Artikel 22 und 23 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 zu decken. Die innovativen Maßnahmen umfassen Studien, Pilotprojekte und den Austausch von Erfahrungen. Mit ihnen sollte insbesondere die Qualität der Interventionen der Strukturfonds verbessert werden. Die technische Unterstützung umfasst die Maßnahmen zur Vorbereitung, Begleitung, Evaluierung, Kontrolle und Verwaltung der Durchführung des EFRE. Die Mittel können insbesondere für folgende Aufgaben verwendet werden:

— Unterstützungsausgaben (Repräsentationskosten, Ausbildung, Sitzungen, Dienstreisen),

— Ausgaben für Information und Veröffentlichungen,

— Ausgaben für Informationstechnologie und Telekommunikation,

— Dienstleistungsverträge und Studien,

— Darlehen.

Mit diesen Mitteln sollen auch Maßnahmen von Partnern für die Vorbereitung des Programmplanungszeitraums 2014-2020 finanziert werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

***13 03 09 Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Technische Unterstützung und innovative Maßnahmen (aus der Zeit vor 2000)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus den Programmzeiträumen vor 2000 im Rahmen des EFRE für innovative Maßnahmen bzw. vorbereitende, begleitende oder bewertende Maßnahmen sowie alle anderen Formen ähnlicher Interventionen der technischen Hilfe, die in den Verordnungen vorgesehen sind. Mit diesen Mitteln werden auch die früheren mehrjährigen Maßnahmen finanziert, insbesondere diejenigen, die gemäß den anderen unten aufgeführten Verordnungen genehmigt und durchgeführt wurden und nicht den vorrangigen Zielen der Fonds zugeordnet werden können. Diese Mittel werden gegebenenfalls auch zur Finanzierung von Beträgen verwendet, für die die entsprechenden Verpflichtungen im Programmplanungszeitraum 2000-2006 weder verfügbar noch vorgesehen sind.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 2088/85 des Rates vom 23. Juli 1985 über die integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. L 197 vom 27.7.1985, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 4254/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 in Bezug auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 15).

Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 1).

***13 03 12 Beitrag der Union zum Internationalen Fonds für Irland***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 12 000 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, den Beitrag der Union zur Finanzierung des durch das britisch-irische Abkommen vom 15. November 1985 eingerichteten Internationalen Fonds für Irland zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und zur Unterstützung der Kontakte, des Dialogs und der Versöhnung der irischen Bevölkerungsteile zu decken.

Die im Rahmen des Internationalen Fonds für Irland durchgeführten Maßnahmen können die Aktivitäten ergänzen und unterstützen, die durch das Initiativprogramm zur Unterstützung des Friedensprozesses in beiden Teilen Irlands gefördert werden.

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

***13 03 12*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 177/2005 des Rates vom 24. Januar 2005 über Finanzbeiträge der Gemeinschaft zum Internationalen Fonds für Irland (2005-2006) (ABl. L 30 vom 3.2.2005, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1232/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2010 über Finanzbeiträge der Europäischen Union zum Internationalen Fonds für Irland (2007 bis 2010) (ABl. L 346 vom 30.12.2010, S. 1).

### *13 03 13 Abschluss der Initiative der Union Interreg III (2000-2006)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 42 000 000 | 3 699 160,54 | 129 184 779,76 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die ausstehenden Verpflichtungen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Interreg III zur grenzüberschreitenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit für den Zeitraum 2000-2006 zu decken.

Besondere Aufmerksamkeit wird den grenzüberschreitenden Tätigkeiten, insbesondere im Hinblick auf eine bessere Koordinierung mit den Programmen Phare, Tacis, ISPA und MEDA gewidmet.

Diese Mittel dienen auch zur Finanzierung von Koordinierungstätigkeiten im Bereich der grenzüberschreitenden Mobilität von Arbeitskräften und der grenzüberschreitenden Nutzung von Fähigkeiten. Auch der Zusammenarbeit mit den Regionen in äußerster Randlage wird besondere Beachtung geschenkt.

Diese Mittel können in Verbindung mit den Mitteln für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen von Phare für gemeinsame Projekte an den Außengrenzen der Union bereitgestellt werden.

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die vorbereitenden Maßnahmen für die lokale und regionale Zusammenarbeit zwischen den alten und neuen Mitgliedstaaten und den Beitrittsländern in den Bereichen Demokratie sowie soziale und regionale Entwicklung zu decken.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 1).

*Verweise*

Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 2. September 2004 über die Leitlinien für eine Gemeinschaftsinitiative betreffend die transeuropäische Zusammenarbeit zur Förderung einer harmonischen und ausgewogenen Entwicklung des Europäischen Raums — Interreg III (ABl. C 226 vom 10.9.2004, S. 2).

### *13 03 14 Unterstützung der an Beitrittsländer angrenzenden Regionen — Abschluss früherer Programme (2000-2006)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel betrifft die Finanzierung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus dem Programmzeitraum 2000-2006 für Projekte in den an Beitrittsländer angrenzenden Regionen in Übereinstimmung mit der Gemeinschaftsinitiative Interreg III zur grenzüberschreitenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit. Bei diesen Maßnahmen wird die Mitteilung der Kommission über die Auswirkungen der Erweiterung für die an Beitrittsländer angrenzenden Regionen — Gemeinschaftsaktion für Grenzregionen (KOM(2001) 437 endg.) berücksichtigt.

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

### *13 03 16 Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Konvergenz*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 21 544 000 000 | 25 310 105 801 | 24 798 520 000 | 24 286 754 507,— | 21 338 197 588,40 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 13 03 16 und 13 05 02 (teilweise)*

Mit diesen Mitteln sollen die noch abzuwickelnden Verpflichtungen für Programme im Rahmen des EFRE-Konvergenzziels im Programmzeitraum 2007-2013 finanziert werden. Dieses Ziel soll die Konvergenz der am wenigsten entwickelten Mitgliedstaaten und Regionen durch die Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen beschleunigen.

Ein Teil dieser Mittel soll zur Behebung intraregionaler Disparitäten dienen, damit durch die allgemeine Entwicklungslage einer Region nicht Enklaven der Armut und benachteiligte Territorialeinheiten verdeckt werden.

Gemäß Artikel 105a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006, geändert durch Anhang III Nummer 7 des Vertrags über den Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union (ABl. L 112 vom 24.4.2012), werden Programme und Großprojekte, die am Tag des Beitritts Kroatiens nach der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genehmigt sind und deren Umsetzung zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist, als von der Kommission nach der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 genehmigt angesehen, mit Ausnahme von Programmen, die nach den in Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a und e der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genannten Komponenten genehmigt wurden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

### *13 03 17 Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — PEACE*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 26 000 000 | 34 060 138 | 45 000 000 | 33 392 292,— | 31 214 182,38 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen für das PEACE-Programm im Rahmen des EFRE-Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ im Programmplanungszeitraum 2007-2013.

Das Programm PEACE wird als grenzüberschreitendes Kooperationsprogramm im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 durchgeführt.

Das Programm PEACE fördert die soziale und wirtschaftliche Stabilität in den betroffenen Regionen und umfasst insbesondere Maßnahmen zur Förderung der Kohäsion zwischen den verschiedenen Gemeinschaften. Förderfähig sind ganz Nordirland und die Grenzbezirke Irlands. Das Programm wird im Einklang mit dem Zusätzlichkeitsprinzip der Strukturfondsmaßnahmen durchgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 1).

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

***13 03 17*** *(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

*Verweise*

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Brüssel vom 15. und 16. Dezember 2005.

***13 03 18*** ***Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 4 149 480 610 | 4 022 082 950 | 4 229 539 633 | 3 942 734 514,— | 3 339 206 917,07 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen für Programme im Rahmen des EFRE-Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ im Programmplanungszeitraum 2007-2013. Dieses Ziel, das außerhalb der Regionen mit dem größten Entwicklungsrückstand zur Anwendung kommt, besteht in der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Regionen sowie der Beschäftigung, unter Berücksichtigung der Ziele der Strategie Europa 2020.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

***13 03 19*** ***Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Europäische territoriale Zusammenarbeit***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 1 106 791 028 | 1 213 929 810 | 1 145 523 270 | 1 170 680 290,— | 1 038 863 478,22 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 13 03 19 und Posten 13 05 03 01 und 13 05 03 02 (teilweise)*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen für Programme im Rahmen des EFRE-Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ im Programmplanungszeitraum 2007-2013. Dieses Ziel soll dazu beitragen, die territoriale und makroregionale Zusammenarbeit sowie den Erfahrungsaustausch auf der jeweiligen territorialen Ebene zu stärken.

Gemäß Artikel 105a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006, geändert durch Anhang III Nummer 7 des Vertrags über den Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union (ABl. L 112 vom 24.4.2012), werden Programme und Großprojekte, die am Tag des Beitritts Kroatiens nach der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genehmigt sind und deren Umsetzung zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist, als von der Kommission nach der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 genehmigt angesehen, mit Ausnahme von Programmen, die nach den in Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a und e der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genannten Komponenten genehmigt wurden.

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN** *(Fortsetzung)*

***13 03 19*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

***13 03 20*** ***Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Operative technische Unterstützung***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 25 600 000 | 50 000 000 | 35 583 088 | 45 518 218,01 | 37 669 113,37 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus dem Programmplanungszeitraum 2007-2013 für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 erforderlichen Maßnahmen der Vorbereitung, Begleitung, administrativen und technischen Hilfe, Bewertung, Prüfung und Kontrolle gemäß Artikel 45 dieser Verordnung. Die Mittel dienen insbesondere der Finanzierung von

— Unterstützungsausgaben (Repräsentationskosten, Ausbildung, Sitzungen, Dienstreisen),

— Ausgaben für Information und Veröffentlichungen,

— Ausgaben für Informationstechnologie und Telekommunikation,

— Dienstleistungsverträgen und Studien,

— Darlehen.

Mit diesen Mitteln sollen darüber hinaus von der Kommission genehmigte Maßnahmen für die Vorbereitung des nächsten Programmplanungszeitraums 2014-2020 finanziert werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

***13 03 31*** ***Abschluss der technischen Hilfe und Verbreitung von Informationen über die Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum und Verbesserung des Wissens über Strategien für Makroregionen (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 1 600 000 | 2 500 000 | 494 210 | 2 432 751,— | 894 230,33 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

***13 03 31*** *(Fortsetzung)*

Mit diesen Mittel sollen die noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus dem Programmplanungszeitraum 2007-2013 finanziert und Folgendes sichergestellt werden:

— ein tragfähiger Informationsfluss durch Newsletters (auch online), Berichte und Konferenzen sowie insbesondere ein jährliches Forum,

— Veranstaltungen vor Ort, bei denen alle interessierten europäischen Regionen mit dem für den Ostseeraum geschaffenen Ansatz und den Grundsätzen, die für Makroregionen gelten, vertraut gemacht werden,

— die erfolgreiche politische Fortführung der Strategie durch das eingerichtete dezentralisierte System und insbesondere die konkrete Umsetzung des Systems der Schwerpunktbereichskoordinatoren und der Leiter der Vorzeigeprojekte,

— die technische und administrative Unterstützung für die Planung und Koordinierung der Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum,

— die Verfügbarkeit von Startkapital für die Planung und Vorbereitung von Projekten zur Unterstützung der Strategie,

— die Förderung der Beteiligung der Zivilgesellschaft,

— die fortgesetzte Unterstützung der Schwerpunktbereichskoordinatoren bei ihrer Koordinierungstätigkeit,

— die Beteiligung an einer Durchführungsfazilität in Zusammenarbeit mit der EIB, falls die baltischen Mitgliedstaaten hierum ersuchen,

— die Entwicklung einer ehrgeizigeren Kommunikationspolitik im Bereich der Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum.

Die Mittel für Maßnahmen der technischen Hilfe, die weiter unterstützt werden sollen, sind für folgende Zwecke bestimmt:

— weitere Unterstützung der Schwerpunktbereichskoordinatoren bei ihrer Koordinierungstätigkeit,

— die Beteiligung an einer Durchführungsfazilität in Zusammenarbeit mit der EIB, falls die baltischen Mitgliedstaaten hierum ersuchen,

— die Entwicklung einer ehrgeizigeren Kommunikationspolitik im Bereich der Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

***13 03 40*** ***Abschluss der aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanzierten Risikoteilungsinstrumente (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Aus diesem Artikel sollen die Risikoteilungsinstrumente aus EFRE-Mitteln für das Ziel „Konvergenz“ zugunsten von Mitgliedstaaten finanziert werden, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind.

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

***13 03 40*** *(Fortsetzung)*

Rückflüsse und Beträge, die nach Abschluss eines im Rahmen des Risikoteilungsinstruments durchgeführten Vorhabens übrig bleiben, können innerhalb des Risikoteilungsinstruments wiederverwendet werden, falls der Mitgliedstaat noch immer die in Artikel 77 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 genannten Bedingungen erfüllt. Erfüllt der Mitgliedstaat diese Bedingungen nicht mehr, so gelten Rückflüsse und übrig gebliebene Beträge als zweckgebundene Einnahmen.

Die etwaigen zweckgebundenen Einnahmen aus der Rückzahlung von Rückflüssen oder übrig gebliebenen Beträgen werden bei Posten 6 1 4 4 des Einnahmenplans veranschlagt und gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel in den Haushaltsplan eingesetzt. Auf Ersuchen des betreffenden Mitgliedstaats werden die durch diese zweckgebundenen Einnahmen geschaffenen zusätzlichen Mittel für Verpflichtungen im darauf folgenden Jahr der Mittelzuteilung für Kohäsionspolitik des betreffenden Mitgliedstaats hinzugefügt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25), insbesondere Artikel 36a.

Verordnung (EU) Nr. 423/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates hinsichtlich bestimmter Vorschriften zu Risikoteilungsinstrumenten für Mitgliedstaaten, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind (ABl. L 133 vom 23.5.2012, S. 1).

***13 03 41*** ***Abschluss der aus EFRE-Mitteln für das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" finanzierten Risikoteilungsinstrumente (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Aus diesem Artikel sollen die Risikoteilungsinstrumente aus EFRE-Mitteln für das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" zugunsten von Mitgliedstaaten finanziert werden, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind.

Rückflüsse und Beträge, die nach Abschluss eines im Rahmen des Risikoteilungsinstruments durchgeführten Vorhabens übrig bleiben, können innerhalb des Risikoteilungsinstruments wiederverwendet werden, falls der Mitgliedstaat noch immer die in Artikel 77 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 genannten Bedingungen erfüllt. Erfüllt der Mitgliedstaat diese Bedingungen nicht mehr, so gelten Rückflüsse und übrig gebliebene Beträge als zweckgebundene Einnahmen.

Die etwaigen zweckgebundenen Einnahmen aus der Rückzahlung von Rückflüssen oder übrig gebliebenen Beträgen werden bei Posten 6 1 4 4 des Einnahmenplans veranschlagt und gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel in den Haushaltsplan eingesetzt. Auf Ersuchen des betreffenden Mitgliedstaats werden die durch diese zweckgebundenen Einnahmen geschaffenen zusätzlichen Mittel für Verpflichtungen im darauf folgenden Jahr der Mittelzuteilung für Kohäsionspolitik des betreffenden Mitgliedstaats hinzugefügt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25), insbesondere Artikel 36a.

Verordnung (EU) Nr. 423/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates hinsichtlich bestimmter Vorschriften zu Risikoteilungsinstrumenten für Mitgliedstaaten, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind (ABl. L 133 vom 23.5.2012, S. 1).

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

***13 03 60 Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — weniger entwickelte Gebiete — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 17 627 800 000 | 1 125 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Mit diesen Mitteln soll die EFRE-Unterstützung für das Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ in weniger entwickelten Regionen im Programmplanungszeitraum 2014-2020 finanziert werden. Der Aufholprozess für diese wirtschaftlich und sozial benachteiligten Regionen erfordert langfristige nachhaltige Anstrengungen. Zu dieser Kategorie von Regionen zählen Regionen mit einem BIP pro Kopf von weniger als 75 % des durchschnittlichen BIP der Union.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 289).

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

***13 03 61 Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Übergangsregionen — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 2 865 400 000 | 167 824 266 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Mit diesen Mitteln soll die EFRE-Unterstützung für das Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ im Programmplanungszeitraum 2014-2020 in einer neuen Kategorie von Regionen — den „Übergangsregionen“ — finanziert werden, die das Phasing-in- und Phasing-out-System des Programmplanungszeitraums 2007-2013 ersetzen. Zu dieser Kategorie von Regionen zählen Regionen mit einem BIP pro Kopf zwischen 75 % und 90 % des durchschnittlichen BIP der Union.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 289).

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

KOMMISSION

*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

***13 03 62 Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — entwickelte Gebiete — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung"***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 3 650 900 000 | 209 061 086 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Mit diesen Mitteln soll die EFRE-Unterstützung für das Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung" in stärker entwickelten Regionen im Programmplanungszeitraum 2014-2020 finanziert werden. Die Interventionen in weniger entwickelten Regionen haben in der Kohäsionspolitik weiterhin Priorität; diese Mittel sind dafür bestimmt, wichtige Herausforderungen zu decken, die alle Mitgliedstaaten betreffen, wie globaler Wettbewerb in der wissensbasierten Wirtschaft, Umstellung auf eine Wirtschaft mit geringem $CO_2$-Ausstoß und Verschärfung der sozialen Polarisierung aufgrund des derzeitigen wirtschaftlichen Klimas. Zu dieser Kategorie von Regionen zählen Regionen mit einem BIP pro Kopf von mehr als 90 % des durchschnittlichen BIP der Union.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung" und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 289).

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

***13 03 63 Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Zusatzmittel für Regionen in äußerster Randlage und dünn besiedelte Regionen — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung"***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 209 100 000 | 13 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Mit diesen Mitteln soll die spezielle zusätzliche EFRE-Unterstützung im Rahmen des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung" für Gebiete in äußerster Randlage und dünn besiedelte Gebiete im Programmplanungszeitraum 2014-2020 finanziert werden. Diese zusätzlichen Mittel sind dazu bestimmt, die besonderen Herausforderungen zu berücksichtigen, mit denen die in Artikel 349 des Vertrags genannten Gebiete in äußerster Randlage sowie die in Artikel 2 des Protokolls Nr. 6 zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union über den Beitritt von Österreich, Finnland und Schweden genannten nördlichen dünn besiedelten Gebiete konfrontiert sind.

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

***13 03 63*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 289).

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

***13 03 64*** ***Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Europäische territoriale Zusammenarbeit***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 505 700 000 | 53 703 765 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der EFRE-Unterstützung für das Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ im Programmplanungszeitraum 2014-2020. Finanziert werden sollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen benachbarten Regionen, die transnationale Zusammenarbeit in größeren transnationalen Gebieten sowie die interregionale Zusammenarbeit. Darunter fällt auch die Unterstützung von Kooperationsmaßnahmen an den EU-Außengrenzen, die im Rahmen des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments und des Instruments für Heranführungshilfe unterstützt werden sollen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit besonderen Bestimmungen zur Unterstützung des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 259).

Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 289).

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

### *13 03 65 Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Operative technische Hilfe*

13 03 65 01 Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Operative technische Hilfe

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 69 000 000 | 47 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der Maßnahmen für Vorbereitung, Monitoring, administrative und technische Hilfe, Evaluierung, Prüfung und Kontrolle, die für die Durchführung der Verordnung erforderlich und in Artikel 58 und Artikel 118 dieser Verordnung vorgesehen sind. Die Mittel dienen insbesondere der Finanzierung von Unterstützungsausgaben (Repräsentationskosten, Ausbildung, Sitzungen, Dienstreisen).

Gedeckt werden sollen u. a. Aufwendungen für die Ausarbeitung

— von Instrumenten für elektronische Projektanträge und -berichterstattung sowie die Standardisierung von Dokumenten und Verfahren für die Verwaltung und Durchführung der operationellen Programme,

— von Peer-Reviews des Finanzmanagements und der Leistungsqualität jedes einzelnen Mitgliedstaats,

— standardisierter Ausschreibungsunterlagen,

— eines gemeinsamen Systems von Ergebnis- und Wirkungsindikatoren,

— eines Handbuchs für „bewährte Verfahren", um die Ausschöpfung zu optimieren und die Fehlerquote zu senken.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung" und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 289).

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

13 03 65 02 Europäischer Fond für regionale Entwicklung (EFRE) — Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

Dieser Posten dient zur Deckung eines Teils des nationalen Finanzrahmens für die technische Hilfe, der auf Ersuchen eines Mitgliedstaats mit vorübergehenden Haushaltsschwierigkeiten an die technische Hilfe auf Initiative der Kommission übertragen wurde. Gemäß Artikel 25 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 erfolgt aus diesem Posten die Finanzierung von Maßnahmen zur Ermittlung, Priorisierung und Durchführung von Struktur- und Verwaltungsreformen als Reaktion auf die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen in diesem Mitgliedstaat.

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN** *(Fortsetzung)*

***13 03 65*** *(Fortsetzung)*

13 03 65 02 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 289).

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

***13 03 66*** ***Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Innovative Maßnahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 50 100 000 | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Mit diesen Mitteln sollen auf Initiative der Kommission innovative Maßnahmen des EFRE im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung gemäß Artikel 9 der unter KOM(2011) 614 endg. vorgeschlagenen Verordnung unterstützt werden. Dazu zählen Studien und Pilotprojekte, mit denen neue, auf Unionsebene relevante Lösungen für Fragen im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Stadtentwicklung ermittelt oder erprobt werden sollen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 289).

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

***13 03 67 Technische Hilfe und Verbreitung von Informationen über die Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum und Verbesserung des Wissens über Strategien für Makroregionen***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 2 500 000 | 1 250 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für die Umsetzung der Europäischen Strategie für den Ostseeraum bestimmt.

Die Mittel für Maßnahmen der technischen Hilfe, die im Jahr 2014 weiter unterstützt werden sollen, sind für folgende Zwecke bestimmt:

1. weitere Unterstützung der Schwerpunktbereichskoordinatoren bei ihrer Koordinierungstätigkeit,

2. Beteiligung an einer Durchführungsfazilität in Zusammenarbeit mit der EIB, falls die baltischen Mitgliedstaaten hierum ersuchen,

3. Entwicklung einer ehrgeizigeren Kommunikationspolitik im Bereich der Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum (EUSBSR).

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 289).

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

***13 03 68 Makro-regionale Strategien 2014-2020 — Strategie der Europäischen Union für den Donauraum — Technische Unterstützung***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 2 500 000 | 1 250 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für die Umsetzung der Europäischen Strategie für den Donauraum bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 289).

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

***13 03 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

13 03 77 01 Pilotprojekt — Europaweite Koordinierung der Verfahren zur Eingliederung der Roma

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 288 393,16 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 13 03 21*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

13 03 77 02 Pilotprojekt — Förderung der regionalen und lokalen Zusammenarbeit durch Information über die Regionalpolitik der Union auf globaler Ebene

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 92 000 | 0,— | 288 622,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 13 03 23*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

13 03 77 03 Vorbereitende Maßnahme — Förderung eines günstigeren Umfelds für Kleinstkredite in Europa

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 13 03 24*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN** *(Fortsetzung)*

***13 03 77*** *(Fortsetzung)*

13 03 77 03 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

13 03 77 04 Pilotprojekt — Nachhaltige Wiederbelebung von Vorstädten

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 142 163 | 0,— | 142 162,50 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 13 03 26*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

13 03 77 05 Vorbereitende Maßnahme — RURBAN — Partnerschaft für eine nachhaltige städtische und ländliche Entwicklung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 549 014 | p.m. | p.m. | 0,— | 155 083,50 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 13 03 27*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

***13 03 77*** *(Fortsetzung)*

13 03 77 06 Vorbereitende Maßnahme — Förderung der regionalen und lokalen Zusammenarbeit durch Information über die Regionalpolitik der Union auf globaler Ebene

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 2 000 000 | 2 000 000 | 2 000 000 | 2 000 000,— | 969 563,49 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 13 03 28*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

13 03 77 07 Vorbereitende Maßnahme — Festlegung eines Governance-Modells für den Donauraum — Bessere und effizientere Koordinierung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 1 000 000 | 1 000 000 | 900 000 | 0,— | 719 908,29 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 13 03 29*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN** *(Fortsetzung)*

***13 03 77*** *(Fortsetzung)*

13 03 77 08 Pilotprojekt — Verwirklichung einer gemeinsamen regionalen Identität, der Aussöhnung der Nationen und der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit, unter anderem durch eine gesamteuropäische Plattform für Fachwissen und Exzellenz in der Makroregion des Donauraums

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 1 300 000 | p.m. | 600 000 | 0,— | 920 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 13 03 30*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

13 03 77 09 Vorbereitende Maßnahme — Atlantisches Forum für die Atlantikstrategie der Europäischen Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 600 000 | 1 200 000 | 600 000 | 975 000,— | 221 266,26 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 13 03 32*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Die Unionsorgane treten für die Ausarbeitung einer Europäischen Strategie für den Atlantikraum ein. Zur Umsetzung dieser Strategie ab dem Jahre 2014 muss ein horizontaler Aktionsplan mit konkreten Prioritäten festgelegt werden. An der Ausarbeitung dieses Aktionsplans sollten die am atlantischen Dialog interessierten Kreise beteiligt werden.

Der Aktionsplan sollte eng mit der Regionalpolitik und der integrierten Meerespolitik verbunden werden und darüber hinaus Synergien mit anderen Politikbereichen der Union wie den transeuropäischen Verkehrsnetzen, der Gemeinsamen Fischereipolitik, den Klima- und Umweltschutzmaßnahmen, dem Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung, der Energiepolitik usw. erleichtern.

Mit der vorbereitenden Maßnahme wird unter der Bezeichnung „Atlantisches Forum“ eine Plattform für den Dialog zwischen den interessierten Kreisen finanziert, um vorrangige Projekte und die Lenkungsstruktur der Atlantikstrategie festzulegen.

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN** *(Fortsetzung)*

***13 03 77*** *(Fortsetzung)*

13 03 77 09 *(Fortsetzung)*

Mit den Mitteln im Rahmen dieser vorbereitenden Maßnahme wird Folgendes finanziert:

— Einrichtung des Atlantischen Forums, Ermutigung zentraler Akteure zur Zusammenarbeit im Rahmen von Workshops und durch Sicherstellung einer angemessen Publizität und einer breiten Beteiligung;

— Einbindung der Mitglieder des Forums in einen Prozess, der zur Annahme des horizontalen Aktionsplans im Rahmen der künftigen Atlantikstrategie führen wird, wobei den Bedürfnissen der betroffenen Regionen Rechnung getragen wird und eine klare Ausrichtung auf ein nachhaltiges Wachstum der Küstenregionen und der maritimen Wirtschaft im atlantischen Raum erfolgt;

— Unterstützung der technischen Arbeiten, die zur Ermittlung konkreter, in den Aktionsplan aufzunehmender vorrangiger Maßnahmen und zur Überprüfung ihrer Durchführbarkeit erforderlich sind.

Ein Unterauftragnehmer unterstützt die interessierten Kreise bei der Ausarbeitung des Aktionsplans. Der Unterauftragnehmer ist für die Durchführung der vorbereitenden Maßnahme verantwortlich und untersteht der Aufsicht der Kommission.

Mit der vorbereitenden Maßnahme wurde eine Plattform für den Dialog zwischen den interessierten Kreisen (das „Atlantische Forum“) finanziert, deren Ziel in der Festlegung vorrangiger Projekte und der Lenkungsstruktur für die Atlantikstrategie besteht.

Nach der Annahme des Aktionsplans Ende 2012 bemühte sich das Forum, die interessierten Kreise auf die Durchführung dieses Plans vorzubereiten. Die vorbereitende Maßnahme muss daher 2013 ausgeweitet werden.

Mit den Mitteln für diese vorbereitende Maßnahme wird Folgendes finanziert:

— Einrichtung des Atlantischen Forums durch Ermutigung zentraler Akteure zur Zusammenarbeit im Rahmen von Workshops und durch Sicherstellung einer angemessen Publizität und einer breiten Beteiligung;

— Einbindung der Mitglieder des Forums in einen Prozess, der zur Annahme des horizontalen Aktionsplans im Rahmen der künftigen Atlantikstrategie führen wird, wobei den Bedürfnissen der Regionen Rechnung getragen wird und eine klare schwerpunktmäßige Ausrichtung auf ein nachhaltiges Wachstum der Küstenregionen und der maritimen Wirtschaft im atlantischen Raum erfolgt;

— Unterstützung der technischen Arbeiten, die zur Ermittlung konkreter, in den Aktionsplan aufzunehmender vorrangiger Maßnahmen und zur Überprüfung ihrer Durchführbarkeit erforderlich sind.

— Vorbereitung der interessierten Kreise auf die Durchführung des Aktionsplans.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

13 03 77 10 Vorbereitende Maßnahme — Flankierung des Übergangs von Mayotte und allen anderen potenziell betroffenen Gebieten zum Status eines Gebiets in äußerster Randlage

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 400 000 | p.m. | 600 000 | 2 000 000,— | 1 000 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 13 03 33*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN** *(Fortsetzung)*

***13 03 77*** *(Fortsetzung)*

13 03 77 10 *(Fortsetzung)*

Das Vorhaben, den Status Mayottes vom Status eines überseeischen Landes und Gebietes zu dem eines Gebiet in äußerster Randlage zu ändern, ist in der Geschichte der Union bisher einmalig. Erleichtert wurde diese Änderung durch das Inkrafttreten des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, dessen Artikel 355 Absatz 6 einen einstimmigen Beschluss des Europäischen Rates in dieser Frage vorsieht. Die französische Regierung arbeitet derzeit einen Antrag aus, der vorsieht, dem Departement Mayotte ab 2014 den Status eines Gebiets in äußerster Randlage zu verleihen. Diese Situation trägt den unerlässlichen strukturellen Reformen Rechnung, aufgrund deren sich Mayotte in einer ähnlichen Lage befindet wie Beitrittskandidaten, für die die Union eine Reihe von Maßnahmen vorsieht, deren Ziel es ist, die Übernahme des Besitzstands der Union und die Umsetzung der Unionspolitik zu erleichtern. Die lokalen Behörden von Mayotte werden daher neue EU-Fonds verwalten müssen, wobei die Beträge höher sind und das Verfahren ein anderes ist als bei den Mitteln, die Mayotte gegenwärtig im Rahmen des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) erhält. Diese vorbereitende Maßnahme wird in erster Linie auf die Bereitstellung technischer Hilfe für die Ausbildung der mahorischen Verwaltungsbediensteten abzielen, die für die Vorbereitung, Durchführung, Überwachung und Kontrolle der künftigen operativen Programme zuständig sein werden. Als Gebiet, das zu einem Mitgliedsstaat gehört, kann Mayotte nicht das Instrument für Heranführungshilfe in Anspruch nehmen, und da Mayotte noch kein Gebiet im Sinne der allgemeinen Bestimmungen für die Strukturfonds ist, kann es auch keine technische Hilfe in Anspruch nehmen.

Diese vorbereitende Maßnahme hat zum Ziel, das Departement Mayotte bei seinem Übergang zum Status eines Gebiets in äußerster Randlage zu begleiten.

Mehrere Maßnahmen sind erforderlich:

— Ausbildung der lokalen Verwaltungsbediensteten, die für die Vorbereitung, Durchführung, Überwachung und Kontrolle der künftigen operativen Programme zuständig sein werden,

— Durchführung von Vorabstudien zur Vorbereitung der künftigen Programme und einer Ex-ante-Evaluierung, um eine territoriale Diagnose zu erstellen und die lokalen Akteure dabei zu unterstützen, eine regionale Strategie und die Programmschwerpunkte festzulegen,

— Durchführung von allgemeinen Informationsveranstaltungen für gewählte Vertreter, lokale Akteure und Beamte zu den Folgen des Übergangs zum Status eines Gebiets in äußerster Randlage sowie institutionelle Kommunikation im Zusammenhang mit der Einleitung der Programme,

— Einrichtung eines „Europabüros“ beim Generalsekretariat für wirtschaftliche und regionale Angelegenheiten (SGAER), das die Informationen sammelt und an die öffentlichen Partner weiterleitet, die Erstellung und Durchführung der operativen Programme sicherstellt und die Projektträger informiert und unterstützt.

Diese vorbereitende Maßnahme kann sich an jedes andere Gebiet richten, das sich in einer ähnlichen Situation befindet.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

***13 03 77*** *(Fortsetzung)*

13 03 77 11 Vorbereitende Maßnahme — Erasmus für lokale und regionale Mandatsträger

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | 1 000 000 | 1 000 000 | 629 000,— | 157 708,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 13 03 34*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Ziel: Hilfe und Unterstützung für Gemeinde- und Regionalräte in der Union.

Erster Grundsatz der vorbereitenden Maßnahme ist es, die Mobilität lokaler und regionaler Mandatsträger innerhalb der Union zu fördern und zu unterstützen. Zweiter Grundsatz der vorbereitenden Maßnahme ist es, das Mobilitätselement in ein vereinbartes Programm über Fortbildungsmaßnahmen vor Ort und den Austausch von Erfahrungen mit dem Schwerpunkt „wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt“ aufzunehmen.

Die Maßnahme soll dazu dienen,

— die multilaterale Zusammenarbeit zwischen territorialen, lokalen und regionalen Einrichtungen auf politischer Ebene zu fördern;

— die Mobilität lokaler und regionaler Mandatsträger zu unterstützen;

— gemeinsame Forschungen und einen Gedankenaustausch über regelmäßig auftretende Probleme durch Fortbildungsmaßnahmen vor Ort und den Austausch von Erfahrungen anzuregen;

— den Austausch über bewährte Praktiken zu fördern.

Die vorbereitende Maßnahme stellt somit ein Instrument dar, lokalen und regionalen Mandatsträgern Wissen und Erfahrung zu vermitteln und die Fähigkeit der Gemeinde- und Regionalräte zur Umsetzung von Konzepten, demokratischen Grundsätzen und Strategien zu verbessern.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

13 03 77 12 Vorbereitende Maßnahme — Verwirklichung einer gemeinsamen regionalen Identität, der Aussöhnung der Nationen und der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit, unter anderem durch eine gesamteuropäische Plattform für Fachwissen und Exzellenz in der Makroregion des Donauraums

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 800 000 | 800 000 | 2 000 000 | 1 000 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 13 03 35*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN** *(Fortsetzung)*

***13 03 77*** *(Fortsetzung)*

13 03 77 12 *(Fortsetzung)*

Ziel der vorbereitenden Maßnahme ist es, Folgendes zu organisieren bzw. aufzubauen:

— Fortbildungsprogramme und Seminare für junge Menschen, um die gemeinsame regionale Identität der in der Makroregion Donauraum lebenden Nationen hervorzuheben; die Programme sollten die Vermittlung von staatsbürgerlichem Kenntnissen und die Möglichkeiten für einen Kulturaustausch hervorheben und dadurch zu einer progressiven, nachhaltigen und zukunftsorientierten europäischen Dimension des Zusammenlebens beitragen, indem sie Fragen des Verständnisses der anderen regionalen Präsenzen, des Miteinander und die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit thematisieren und Möglichkeiten für Dialog und Versöhnung bieten;

— Verbesserung bzw. Schaffung neuer Problemlösungen in Bezug auf die Nutzung von Fachwissen über zugängliche gemeinsame Plattformen und Projektinformationen sowie Aufbau von Netzen.

Mit der vorbereitenden Maßnahme soll die soziale und wirtschaftliche Stabilität in den betroffenen Regionen gefördert werden; dazu gehören Maßnahmen zur Förderung des Zusammenhalts zwischen Gemeinwesen durch Eröffnung von Möglichkeiten zum Kennenlernen und zur Anerkennung der anderen Kulturen und geschichtlichen Hintergründe und die Betonung des Mehrwerts einer transnationalen Zusammenarbeit. Damit soll eine dauerhafte Grundlage für eine gemeinsame Plattform geschaffen werden, die Zugang zu regionalem Fachwissen verschafft und die Zusammenarbeit zwischen Regionen verbessert, und es soll Gelegenheit geboten werden, aus den Erfahrungen mit einer großräumigen Strategie zu lernen. Das zu fördernde Gebiet besteht in der Makroregion des Donauraums und den angrenzenden Staaten nach Maßgabe der Europäischen Nachbarschaftspolitik. An der Organisation der Programme sollten nichtstaatliche und zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligt werden, damit sichergestellt ist, dass die Versöhnungsbemühungen über die staatliche Ebene hinausgehen. Gefördert werden können Programme, an denen sich Teilnehmer aus mindestens drei Mitgliedstaaten dieses Raums beteiligen.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

13 03 77 13 Pilotprojekt — Kohäsionspolitik und Synergien mit den Mitteln für Forschung und Entwicklung: die „Stufenleiter zur Spitzenforschung“

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 200 000 | 600 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Dieses Projekt ist darauf ausgerichtet, den Wert von zwei zentralen Finanzierungsquellen der EU für Forschung, Entwicklung und Innovation (die Struktur- und Investitionsfonds und das Rahmenprogramm „Horizont 2020“) zu steigern, indem ihr kombinierter Einsatz konkret vorangebracht wird. Mit dem Projekt würden zwei Hauptziele verfolgt:

Unterstützung neuer Mitgliedstaaten beim Aufholen des Innovationsrückstands, damit Spitzenleistungen in allen Regionen und Mitgliedstaaten der Europäischen Union gefördert werden können;

Förderung der frühzeitigen und konkreten Umsetzung der nationalen und regionalen Strategien für eine intelligente Spezialisierung.

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN** *(Fortsetzung)*

***13 03 77*** *(Fortsetzung)*

13 03 77 13 *(Fortsetzung)*

Anwendungsbereich des Projekts:

Es bedarf oft jahrelanger, wenn nicht jahrzehntelanger unermüdlicher Anstrengungen, bis in einem bestimmten Bereich der Forschung und Entwicklung Spitzenleistungen erbracht werden. Die Ausarbeitung erfolgreicher nationaler und regionaler Forschungs- und Innovationsstrategien für eine intelligente Spezialisierung gilt als wesentliches Element der Unterstützung einschlägiger Bemühungen auf regionaler und nationaler Ebene. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Mitgliedstaaten und Regionen über die gemeinsam von den GD JRC und REGIO eingerichtete Plattform für die intelligente Spezialisierung (Kosten: etwa 1,6 Mio. EUR pro Jahr) dabei unterstützt werden, eigene Forschungs- und Innovationsstrategien für eine intelligente Spezialisierung zu entwerfen und zu erweitern. Dadurch können Regionen aus den neuen Mitgliedstaaten bzw. neue Mitgliedstaaten eine begrenzte Anzahl von Bereichen ermitteln, in denen in ihrem Hoheitsgebiet hochwertige Forschungs- und Industrietätigkeiten mit hohem Innovationspotenzial betrieben werden, die mit Hilfe der europäischen Struktur- und Investitionsfonds in einer Weise weiter gestärkt und ausgebaut werden können, dass sie noch bessere Spitzenleistungen erbringen und bei Aufrufen zur Interessenbekundung im Rahmen von „Horizont 2020" noch wettbewerbsfähiger werden. Außerdem kann so die Absorptionsfähigkeit der neuen Mitgliedstaaten gesteigert werden, was die Ergebnisse der führenden Akteure im Bereich Forschung und Innovation in anderen (häufig alten) Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit vorherigen Projekten des Rahmenprogramms betrifft. Im Ergebnis wird durch erfolgreiche Forschungs- und Innovationsstrategien für eine intelligente Spezialisierung die Absorptionsfähigkeit der neuen Mitgliedstaaten im Hinblick auf die sehr umfangreichen Mittel verbessert, die aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds für Innovationen zugewiesen werden können.

Mit den Mitteln des Pilotprojekts des EP für die Kommission kann die GD JRC eine neue Verwaltungsvereinbarung mit der GD REGIO über die Einführung einer neuen Tätigkeit in der Plattform für die intelligente Spezialisierung abschließen, um neue Mitgliedstaaten und ihre Regionen dabei zu unterstützen, die Synergien zwischen dem Rahmenprogramm „Horizont 2020" und den europäischen Struktur- und Investitionsfonds zu erschließen und zu nutzen, wobei die Synergien mit der Plattform für die intelligente Spezialisierung den zu nutzenden Ausgangspunkt bilden.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

13 03 77 14 Vorbereitende Maßnahme — Eine regionale Strategie für den Nordseeraum

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 250 000 | 125 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Der Nordseeraum als Wachstumsmotor*

Der Nordseeraum hat das Potenzial, als Wachstumsmotor in Europa zu wirken, der Europäischen Union einen Mehrwert zu bieten und zur Verwirklichung der Ziele der Strategie Europa 2020 beizutragen.

Für den Ostseeraum hat die EU bereits eine regionale Strategie ausgearbeitet, für den Atlantik und die Arktis ist die Ausarbeitung im Gange, doch für den Nordseeraum wurden diesbezüglich noch keine Schritte unternommen. Eine regionale Strategie für den Nordseeraum ist das fehlende Bindeglied zwischen den Makroregionen in Nordost- und Nordwesteuropa.

Mit dieser vorbereitenden Maßnahme soll das Wachstumspotenzial dieses Raumes analysiert und anhand der Ergebnisse geprüft werden, welchen Mehrwert eine künftige gemeinsame makroregionale Strategie für den Nordseeraum hätte, zumal ein starker Nordseeraum das Potenzial hat, als Wachstumsmotor in Europa zu wirken und zur Verwirklichung der Ziele der Strategie Europa 2020 beizutragen.

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN** *(Fortsetzung)*

***13 03 77*** *(Fortsetzung)*

13 03 77 14 *(Fortsetzung)*

*Strategiepapier „Nordseeraum 2020"*

Die Generalversammlung der Nordseekommission hat in Absprache mit den Mitgliedern und Interessenträgern im Nordseeraum das Strategiepapier „Nordseeraum 2020" ausgearbeitet. In diesem Strategiepapier wird der Nordseeraum als Raum für die territoriale Zusammenarbeit betrachtet, und der strategische Schwerpunkt liegt auf den großen Herausforderungen und gemeinsamen Merkmalen, bei denen durch transnationale Maßnahmen und gemeinschaftliches Handeln ein Mehrwert erzielt werden dürfte.

Im Strategiepapier werden fünf strategische Prioritäten benannt, die eng mit den Zielen der Strategie Europa 2020 zusammenhängen, und mit ihm wird zur Umsetzung mehrerer (wenn nicht aller) Leitinitiativen der Strategie Europa 2020 beigetragen:

— Bewirtschaftung des Meeresraums,

— Verbesserung der Zugänglichkeit und sauberer Verkehr,

— Kampf gegen den Klimawandel,

— attraktive und nachhaltige Gemeinschaften,

— Förderung von Innovationen und Spitzenleistungen.

Das Strategiepapier für den Nordseeraum ist ein erster Schritt bei der Analyse der Chancen und Herausforderungen für den Nordseeraum und zur Nutzung des regionalen Wachstumspotenzials als Ergänzung zur Strategie Europa 2020.

*Die vorbereitende Maßnahme für den Nordseeraum*

Das regionale Wachstumspotenzial kann als Ergänzung zur Strategie Europa 2020 und als Grundlage für eine starke Makroregion nur dann in vollem Umfang genutzt werden, wenn ausführlichere Analysen der fünf im Strategiepapier Nordseeraum 2020 benannten strategischen Prioritäten und ihres Mehrwerts für die EU durchgeführt werden.

*Tätigkeiten*

Mit der vorbereitenden Maßnahme werden mehrere aufeinander abgestimmte Initiativen in einem Zeitraum von drei Jahren (2014-2017) und folgenden Schwerpunkten finanziert:

— ausführlichere Analysen/Studien der fünf im Strategiepapier Nordseeraum 2020 benannten Prioritäten

— Konferenzen der Interessenträger zur Besprechung des jeweiligen Engagements, der Zusammenarbeit und des Inhalts

— Fortführung des Dialogs mit allen Interessenträgern, einschließlich der Kommission, der Mitgliedstaaten und der regionalen Gebietskörperschaften

Die Tätigkeiten sollten eng mit der Regionalpolitik der EU verbunden werden und darüber hinaus Synergien mit anderen Politikbereichen und Programmen der Union erleichtern.

*Ergebnis*

Ausarbeitung einer ausführlichen Analyse des Wachstumspotenzials der Makroregion Nordseeraum, in der auch auf mögliche Tätigkeitsbereiche eingegangen wird, und eines Weißbuchs für die EU und die Mitgliedstaaten über den Mehrwert einer gemeinsamen regionalen Strategie für den Nordseeraum und der diesbezüglichen Zusammenarbeit.

*Umsetzung*

Die Mittel für diese vorbereitende Maßnahme könnten angesichts des regionalen Bezugs der geplanten Tätigkeiten in Titel 13 „Regionalpolitik und Stadtentwicklung" des Haushaltsplans der EU eingestellt werden. Die GD REGIO sollte in Zusammenarbeit mit der Nordseekommission für die Umsetzung der vorbereitenden Maßnahme zuständig sein.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN**
*(Fortsetzung)*

***13 03 77*** *(Fortsetzung)*

13 03 77 15 Vorbereitende Maßnahme — Weltstädte: Zusammenarbeit der EU mit Drittländern zur Stadtentwicklung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 2 000 000 | 1 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Die internationale Dimension des EU-Politikbereichs Regionalpolitik und Stadtentwicklung hat in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Mit China, Russland, Brasilien und der Ukraine wurden Absichtserklärungen über die regionale Zusammenarbeit unterzeichnet; mit Moldau, Georgien, Chile, Argentinien, Peru, Südafrika, Uruguay und Japan wurde die Zusammenarbeit vertieft. Der Dialog im Bereich Regionalpolitik und Stadtentwicklung muss als Teil der diplomatischen Beziehungen zu Drittstaaten weiter unterstützt werden. Darüber hinaus sollte ein Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit Drittstaaten auf bestimmten Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Reform der Kohäsionspolitik liegen, und zwar im Bereich der erweiterten städtischen Dimension.

Mit dieser vorbereitenden Maßnahme soll der Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Drittstaaten im Bereich territoriale Entwicklung gefördert werden, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Bereiche Stadtentwicklung, Partnerschaften zwischen Städten und ländlichen Gebieten und länderübergreifende Zusammenarbeit von Städten gelegt wird.

Im Rahmen dieser vorbereitenden Maßnahme sollten folgende Tätigkeiten abgedeckt werden:

— die Organisation von Studienbesuchen für Akteure im Bereich Stadtentwicklung;

— die Organisation von Seminaren und Werkstattgesprächen, in denen Vertreter von Mitgliedstaaten der EU und von Drittstaaten Erfahrungen über die Stadtentwicklung, Partnerschaften zwischen Städten und ländlichen Gebieten und die länderübergreifende Zusammenarbeit von Städten austauschen;

— die Veranschaulichung innovativer Beispiele für bewährte Verfahren bei der Zusammenarbeit zwischen Städten und Gemeinden aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Drittländern in unterschiedlichen Themenbereichen;

— die Entwicklung und Einführung eines internetgestützten Werkzeugs, mit dem Städte und Gemeinden aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union Partner für die Zusammenarbeit in ausgewählten Bereichen in Drittländern suchen können.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

13 03 77 16 Vorbereitende Maßnahme — Derzeitige und wünschenswerte Lage des wirtschaftlichen Potenzials in Regionen außerhalb der griechischen Hauptstadt Athen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 700 000 | 350 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Mit der Umsetzung dieser vorbereitenden Maßnahme soll ein Vorzeigebeispiel für die Ausarbeitung einer echten Forschungs- und Innovationsstrategien für eine intelligente Spezialisierung in einer bestimmten griechischen Region geschaffen werden, das als Modell für andere Konvergenzregionen dienen soll.

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN** *(Fortsetzung)*

***13 03 77*** *(Fortsetzung)*

13 03 77 16 *(Fortsetzung)*

*Hintergrund*

Da wichtige Vorbereitungsarbeit bereits von der Kommission geleistet worden ist, um Anreize für Griechenland und seine Regionen zu schaffen, eine angemessene regionale Strategie für eine intelligente Spezialisierung auszuarbeiten, lautet die Aufgabe nun, sie zu entwickeln und umzusetzen. Der Austausch bewährter Verfahrensweisen ist nicht ausreichend, um sich durch die Entwicklung von Forschungs- und Innovationsvorteilen und deren Anpassung an die Bedürfnisse von Unternehmen in einem bestimmten Gebiet einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Es ist daher sehr wichtig, dass die gegenwärtigen Anstrengungen durch eine direkte, fachliche und maßgeschneiderte Unterstützung einer griechischen Region verstärkt werden, die unter der Krise besonders stark zu leiden hat.

Aufgrund der derzeitigen Fragmentierung und mangelnden Abstimmung zwischen der Zentralregierung und den Regionalregierungen ist nicht gewährleistet, dass in den Regionen Griechenlands ein ordentlicher unternehmerischer Entdeckungsprozess durchgeführt wird. Daher ist es unbedingt notwendig, solide und einbeziehende ordnungspolitische Strukturen zu schaffen, die über das nötige Personal mit der entsprechenden Erfahrung verfügen, um in einer der griechischen Regionen beispielhaft Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung sowie Innovation zu planen und umzusetzen. Damit der Entwicklungsprozess erleichtert und beschleunigt wird, sollte eine der griechischen Regionen beim unternehmerischen Entdeckungsprozess durch den Sachverstand eines Experten im Bereich Wirtschaftsgeografie und Veränderungsprozesse aus anderen europäischen Regionen unterstützt werden. Dies würde auch die griechischen Behörden personell entlasten, die sich um die Aneignung von Fachkenntnissen bemühen. Diese Fachkenntnisse müssen mit Hilfe des Austauschs bewährter Verfahrensweisen in Bezug auf Verwaltung und regionale Wirtschaftsentwicklung unter intensiver Beteiligung kompetenter und erfahrener europäischer Fachleute im Bereich der wissensgestützten regionalen Wirtschaftstransformation erworben werden.

*Anwendungsbereich*

Ziel dieses Pilotprojekts ist es, das wirtschaftliche Potenzial in ausgewählten Regionen zu ermitteln und außerdem die Möglichkeiten des Innovationspotenzials und einer Expansion auszuloten. Die Region Ostmakedonien und Thrakien, die vorgeschlagen wird, ist eine der ärmsten Regionen in Griechenland und der Europäischen Union. Es handelt sich um eine Konvergenzregion, die heftig unter der Krise und der starken Konkurrenz der Nachbarländer mit niedrigeren Arbeitskosten zu leiden hat. Zwar gibt es in der Region eine Universität, ein Technologische Institut und andere Forschungseinrichtungen, aber es gibt nahezu keine Verknüpfungen zwischen den Aktivitäten von Forschung, Entwicklung und Innovation und den Unternehmern vor Ort. Mit dem Pilotprojekt soll ein Beispiel dafür geschaffen werden, dass Wachstum auf der Grundlage von Innovation und Exportorientierung der lokalen Produktivkräfte möglich ist.

Damit soll ein Wachstumsmodell für andere Konvergenzregionen in Griechenland und Europa geschaffen werden.

Die von der Europäischen Union bereitgestellte Finanzierung sollte zur Förderung der Entwicklung und Umsetzung der regionalen Strategie für eine intelligente Spezialisierung dienen, die vornehmlich folgende Ziele verfolgt:

1. Schaffung und Stärkung von Verbindungen zwischen der nach auswärts gerichteten Industrie und dem verarbeitenden Gewerbe der Region mit Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationseinrichtungen (vorzugsweise aus derselben Region aber auch von außerhalb)

2. Unterstützung griechischer regionaler institutioneller Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationseinrichtungen bei der Schaffung und Festigung von Verbindungen mit nach auswärts gerichteten Unternehmen durch konkrete Lösungen für die technologischen Bedürfnisse der Exportunternehmen der Region

3. Verhinderung der Abwanderung von Fachkräften durch die optimale Nutzung der verfügbareren technologischen Ausrüstung des Technologischen Instituts der Region und deren Verwendung durch lokale Fachkräfte bei der Ausarbeitung von technischen Lösungen für die ausgewählten exportierenden Unternehmen sowie durch die Schaffung eines Netzwerks aus hochqualifizierten Fachleuten aus Wirtschaft, Handel und Exportgewerbe, die potenzielle ausländische Investoren beraten und unterstützen können.

4. Förderung der Zusammenarbeit zwischen der Verwaltungsbehörde des Regionalprogramms und Wirtschaftsgeografen der Region sowie auswärtigen Wirtschaftsgeografen, die dabei sind, in einer bestimmten Region eines anderen Mitgliedstaats Forschungs- und Innovationsstrategien für eine intelligente Spezialisierung erfolgreich umzusetzen

**KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN** *(Fortsetzung)*

***13 03 77*** *(Fortsetzung)*

13 03 77 16 *(Fortsetzung)*

*Dauer — Art der Unterstützung*

Die Dauer des Pilotprojekts sollte ein Jahr ab dem Beginn nicht übersteigen, und die Mittel sollten sich ebenfalls auf die ursprünglich zugewiesene Finanzierung beschränken.

*Vorschlag für eine Pilotmaßnahme in der Region Ostmakedonien und Thrakien*

Berücksichtigt man die in der Region Ostmakedonien und Thrakien (R-AMTH) im Rahmen der „Strategie der intelligenten Spezialisierung" bereits ergriffenen Maßnahmen, so soll die vorgeschlagene Pilotmaßnahme dabei helfen, die Strategie der intelligenten Spezialisierung der Region besser auszugestalten, insbesondere, was die Auswahl der Prioritäten angeht, auf die sich die Finanzierung konzentrieren sollte. Daher wird folgendes Pilotvorhaben vorgeschlagen:

— Aktivierung eins Entwicklungsprogramms für industrielle Forschung und Technologie im Hinblick auf die benötigten Maßnahmen, wie sie im unternehmerischen Entwicklungsprozess ermittelt wurden. Nach Stand der regionalen Bewertung der Forschungs- und Innovationsstrategien für eine intelligente Spezialisierung in Ostmakedonien und Thrakien haben einige Wirtschaftszweige benannt, in denen die Region über einen Wettbewerbsvorteil verfügen könnte, darunter: Erdwärme, Landwirtschaft, Viehwirtschaft, Fischerei und Biotechnologie, Abbau und Verarbeitung von Marmor sowie IKT und Automatisierung;

— Intensivierung der Zusammenarbeit und der Vernetzung von Forschern und Forschungseinrichtungen aus der Region R-AMTH mit den Produktivkräften der Region. Forschungseinrichtungen sollten (z. B. mittels einer Absichtserklärung) ihren Beitrag zur Ausarbeitung von Lösungen belegen, die für bestehende und potenzielle Nutzer der Ergebnisse maßgeschneiderter Forschungs- und Entwicklungsprojekte (mit einem Schwerpunkt auf industrieller Forschung und experimenteller Entwicklung) gedacht sind;

— Verhinderung der Abwanderung von Fachkräften durch a) ein Schulungsprogramm für Mobilitätsforschung und die optimale Nutzung der verfügbareren Forschungsanlagen des TEI Kavala und b) ein Netzwerk aus hochqualifizierten Fachleuten aus Wirtschaft, Handel und Exportgewerbe, die potenzielle ausländische Investoren beraten und unterstützen können,

— Förderung der Zusammenarbeit, des Austauschs bewährter Verfahrensweisen und der Verknüpfung der Verwaltungsbehörde des regionalen operationellen Programms und Wirtschaftsgeographen aus Ostmakedonien und Thrakien mit entsprechenden Verwaltungsbehörden und Wirtschaftsgeographen, die dabei sind, in einer bestimmten Region eines anderen Mitgliedstaats Forschungs- und Innovationsstrategien für eine intelligente Spezialisierung erfolgreich umzusetzen.

*Überwachung und Bewertung*

In dem Jahr wird das Pilotvorhaben von der Verwaltungsbehörde des Regionalprogramms für Ostmakedonien und Thrakien überwacht. Vor Beginn des Pilotvorhabens sollte eine Reihe spezifischer Output- und Ergebnisindikatoren festgelegt werden, mit denen zumindest Umsatz- und Ausfuhrsteigerungen sowie die Zahl der erhaltenen und geschaffenen Arbeitsplätze ermittelt werden.

Nach Ablauf des Pilotvorhabens sollte eine kurze Evaluierungsstudie in Auftrag gegeben werden.

Die Ergebnisse des Pilotvorhabens sollten in der Region, in einem Seminar in Athen, das von der Vertretung des Europäischen Parlaments veranstaltet wird, und im Europäischen Parlament in Brüssel vorgestellt werden.

*Durchführung des Pilotprojekts*

Zwecks Maximierung der Synergien zwischen dem Pilotprojekt und der gegenwärtig von der Gemeinsamen Forschungsstelle zu intelligenter Spezialisierung in europäischen Regionen geleisteten Arbeit wird die Kommission das Projekt möglicherweise von der Forschungsstelle mit Hilfe der GD REGIO durchführen lassen.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 04 — KOHÄSIONSFONDS**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 13 04 | KOHÄSIONSFONDS | | | | | | | | |
| ***13 04 01*** | ***Abschluss von Kohäsionsfondsprojekten (aus der Zeit vor 2007)*** | 1.2 | p.m. | 570 183 553 | p.m. | 953 453 908 | 0,— | 950 370 142,69 | 166,68 |
| ***13 04 02*** | ***Abschluss des Kohäsionsfonds (2007-2013)*** | 1.2 | p.m. | 10 002 500 000 | 12 499 800 000 | 10 461 043 541 | 11 785 940 667,37 | 8 671 805 422,15 | 86,70 |
| ***13 04 03*** | ***Abschluss der aus Mitteln des Kohäsionsfonds finanzierten Risikoteilungsinstrumente (2007-2013)*** | 1.2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***13 04 60*** | ***Kohäsionsfonds — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“*** | 1.2 | 7 939 400 000 | 505 156 711 | | | | | — |
| ***13 04 61*** | ***Kohäsionsfonds — Operative technische Hilfe*** | | | | | | | | |
| 13 04 61 01 | Kohäsionsfonds — Operative technische Hilfe | 1.2 | 23 600 000 | 15 000 000 | | | | | — |
| 13 04 61 02 | Kohäsionsfonds — Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe | 1.2 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| | *Artikel 13 04 61 — Subtotal* | | 23 600 000 | 15 000 000 | | | | | — |
| | **Kapitel 13 04 — Insgesamt** | | **7 963 000 000** | **11 092 840 264** | **12 499 800 000** | **11 414 497 449** | **11 785 940 667,37** | **9 622 175 564,84** | **86,74** |

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 177 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union trägt der zu errichtende Kohäsionsfonds zu Vorhaben in den Bereichen Umwelt und transeuropäische Netze auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur bei.

Anhang II Artikel H der Verordnung (EG) Nr. 1164/94 des Rates vom 16. Mai 1994 zur Errichtung des Kohäsionsfonds, die Artikel 100 und 102 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und die Artikel 85, 144 und 145 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 über Kriterien für Finanzkorrekturen der Kommission enthalten besondere Regeln für Finanzkorrekturen, die beim Kohäsionsfonds angewendet werden.

Gemäß Artikel 80 der Haushaltsordnung können Finanzkorrekturen vorgenommen werden, wenn Ausgaben nicht gemäß dem anwendbaren Recht getätigt wurden. Sämtliche Einnahmen aus Finanzkorrekturen, die auf dieser Grundlage vorgenommen wurden, werden in Posten 6 5 0 0 des Einnahmenplans ausgewiesen und stellen zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung dar.

Artikel 177 der Haushaltsordnung legt die Bedingungen für die Erstattung des vollen Betrags oder eines Teils der im Rahmen einer Transaktion geleisteten Vorauszahlungen fest.

Artikel 82 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 enthält spezielle Regeln für die Rückzahlung des Vorschusses im Rahmen des Kohäsionsfonds.

Zurückgezahlte Vorauszahlungen stellen interne zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 4 der Haushaltsordnung dar und sind in Posten 6 1 5 0 oder Posten 6 1 5 7 auszuweisen.

Die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung werden aus Artikel 24 02 01 finanziert.

*Rechtsgrundlagen*

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 177.

**KAPITEL 13 04 — KOHÄSIONSFONDS** *(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 1164/94 des Rates vom 16. Mai 1994 zur Errichtung des Kohäsionsfonds (ABl. L 130 vom 25.5.1994, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25), insbesondere die Artikel 82, 100 und 102.

Verordnung (EG) Nr. 1084/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 zur Errichtung des Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1164/94 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 79).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21 Absätze 3 und 4, Artikel 80 und Artikel 177.

Verordnung (EU) Nr. 1300/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1084/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 281).

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

*Verweise*

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Brüssel vom 15. und 16. Dezember 2005.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 7. und 8. Februar 2013.

### *13 04 01 Abschluss von Kohäsionsfondsprojekten (aus der Zeit vor 2007)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 570 183 553 | p.m. | 953 453 908 | 0,— | 950 370 142,69 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die verbleibenden Verpflichtungen für den Kohäsionsfonds aus der Zeit vor 2000 und den Abschluss des Programmplanungszeitraums 2000-2006 zu decken.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 792/93 des Rates vom 30. März 1993 zur Errichtung eines Kohäsions-Finanzinstruments (ABl. L 79 vom 1.4.1993, S. 74).

Verordnung (EG) Nr. 1164/94 des Rates vom 16. Mai 1994 zur Errichtung des Kohäsionsfonds (ABl. L 130 vom 25.5.1994, S. 1).

*Verweise*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 158 und 161.

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 04 — KOHÄSIONSFONDS** *(Fortsetzung)*

### *13 04 02 Abschluss des Kohäsionsfonds (2007-2013)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 10 002 500 000 | 12 499 800 000 | 10 461 043 541 | 11 785 940 667,37 | 8 671 805 422,15 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen für den Kohäsionsfonds aus dem Programmplanungszeitraum 2007-2013.

Mit diesen Mitteln sollen ferner die noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus den für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 erforderlichen Maßnahmen der Vorbereitung, Begleitung, administrativen und technischen Hilfe, Bewertung, Prüfung und Kontrolle gemäß Artikel 45 dieser Verordnung finanziert werden. Die Mittel dienen insbesondere der Finanzierung von

— Unterstützungsausgaben (Repräsentationskosten, Ausbildungsmaßnahmen, Sitzungen),

— Information und Veröffentlichungen,

— Ausgaben für Informationstechnologie und Telekommunikation,

— Dienstleistungsverträgen und Studien,

— Darlehen.

Mit diesen Mitteln sollen darüber hinaus noch abzuwickelnde Verpflichtungen für von der Kommission genehmigte Maßnahmen zur Vorbereitung des nächsten Programmplanungszeitraums 2014-2020 finanziert werden.

Gemäß Artikel 105a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006, geändert durch Anhang III Nummer 7 des Vertrags über den Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union (ABl. L 112 vom 24.4.2012), werden Programme und Großprojekte, die am Tag des Beitritts Kroatiens nach der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genehmigt sind und deren Umsetzung zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist, als von der Kommission nach der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 genehmigt angesehen, mit Ausnahme von Programmen, die nach den in Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a und e der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genannten Komponenten genehmigt wurden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

Verordnung (EG) Nr. 1084/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 zur Errichtung des Kohäsionsfonds (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 79).

*Verweise*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die Artikel 158 und 161.

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 174 und 177.

### *13 04 03 Abschluss der aus Mitteln des Kohäsionsfonds finanzierten Risikoteilungsinstrumente (2007-2013)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Aus diesen Mitteln sollen die Risikoteilungsinstrumente aus Kohäsionsfondsmitteln zugunsten von Mitgliedstaaten finanziert werden, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind.

**KAPITEL 13 04 — KOHÄSIONSFONDS** *(Fortsetzung)*

***13 04 03*** *(Fortsetzung)*

Rückflüsse und Beträge, die nach Abschluss eines im Rahmen des Risikoteilungsinstruments durchgeführten Vorhabens übrig bleiben, können innerhalb des Risikoteilungsinstruments wiederverwendet werden, falls der Mitgliedstaat noch immer die in Artikel 77 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 genannten Bedingungen erfüllt. Erfüllt der Mitgliedstaat diese Bedingungen nicht mehr, so gelten Rückflüsse und übrig gebliebene Beträge als zweckgebundene Einnahmen.

Die etwaigen zweckgebundenen Einnahmen aus der Rückzahlung von Rückflüssen oder übrig gebliebenen Beträgen werden bei Posten 6 1 4 4 des Einnahmenplans veranschlagt und gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel in den Haushaltsplan eingesetzt. Auf Ersuchen des betreffenden Mitgliedstaats werden die durch diese zweckgebundenen Einnahmen geschaffenen zusätzlichen Mittel für Verpflichtungen im darauf folgenden Jahr der Mittelzuteilung für Kohäsionspolitik des betreffenden Mitgliedstaats hinzugefügt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25), insbesondere Artikel 36a.

Verordnung (EU) Nr. 423/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates hinsichtlich bestimmter Vorschriften zu Risikoteilungsinstrumenten für Mitgliedstaaten, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind (ABl. L 133 vom 23.5.2012, S. 1).

***13 04 60*** ***Kohäsionsfonds — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 7 939 400 000 | 505 156 711 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Mit diesen Mitteln soll die Unterstützung des Kohäsionsfonds für das Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ im Programmplanungszeitraum 2014-2020 finanziert werden. Aus dem Kohäsionsfonds werden weiterhin die Mitgliedstaaten unterstützt, deren Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommen (BNE) weniger als 90 % des Durchschnitts der Union beträgt. Mit diesen Mitteln, die ein ausgewogenes Verhältnis sicherstellen und den jeweiligen Investitions- und Infrastrukturbedürfnissen der Mitgliedstaaten gerecht werden sollen, soll Folgendes unterstützt werden:

— Investitionen im Umweltbereich, z. B. im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung und Energie, die Vorteile für die Umwelt aufweisen,

— transeuropäische Netze im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, die den Leitlinien des Beschlusses Nr. 661/2010/EU entsprechen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1300/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1084/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 281).

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 04 — KOHÄSIONSFONDS** *(Fortsetzung)*

### *13 04 61 Kohäsionsfonds — Operative technische Hilfe*

13 04 61 01 Kohäsionsfonds — Operative technische Hilfe

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 23 600 000 | 15 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der Maßnahmen für Vorbereitung, Monitoring, administrative und technische Hilfe, Evaluierung, Prüfung und Kontrolle, die für die Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 erforderlich und in Artikel 58 und Artikel 118 dieser Verordnung vorgesehen sind. Die Mittel dienen insbesondere der Finanzierung von Unterstützungsausgaben (Repräsentationskosten, Ausbildung, Sitzungen, Dienstreisen).

Gedeckt werden sollen u. a. Aufwendungen für die Ausarbeitung

— von Instrumenten für elektronische Projektanträge und -berichterstattung sowie die Standardisierung von Dokumenten und Verfahren für die Verwaltung und Durchführung der operationellen Programme,

— von Peer-Reviews des Finanzmanagements und der Leistungsqualität jedes einzelnen Mitgliedstaats,

— standardisierter Ausschreibungsunterlagen,

— eines gemeinsamen Systems von Ergebnis- und Wirkungsindikatoren,

— eines Handbuchs für „bewährte Verfahren“, um die Ausschöpfung zu optimieren und die Fehlerquote zu senken.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1300/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1084/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 281).

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320), insbesondere mit Hinblick auf Artikel 51 und 108.

13 04 61 02 Kohäsionsfonds — Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

Dieser Posten dient zur Deckung eines Teils des nationalen Finanzrahmens für die technische Hilfe, der auf Ersuchen eines Mitgliedstaats mit vorübergehenden Haushaltsschwierigkeiten an die technische Hilfe auf Initiative der Kommission übertragen wurde. Gemäß Artikel 25 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 erfolgt aus diesem Posten die Finanzierung von Maßnahmen zur Ermittlung, Priorisierung und Durchführung von Struktur- und Verwaltungsreformen als Reaktion auf die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen in diesem Mitgliedstaat.

**KAPITEL 13 04 — KOHÄSIONSFONDS** *(Fortsetzung)*

***13 04 61*** *(Fortsetzung)*

13 04 61 02 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

KOMMISSION

*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 13 05 | INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT | | | | | | | | |
| ***13 05 01*** | ***Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA) — Abschluss früherer Projekte (2000-2006)*** | | | | | | | | |
| 13 05 01 01 | Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA) — Abschluss sonstiger früherer Projekte (2000-2006) | 4 | p.m. | 40 000 000 | p.m. | 153 290 739 | 0,— | 62 580 074,27 | 156,45 |
| 13 05 01 02 | Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt — Abschluss der Heranführungshilfen für acht Bewerberländer | 4 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 4 009 116,51 | — |
| | *Artikel 13 05 01 — Subtotal* | | p.m. | 40 000 000 | p.m. | 153 290 739 | 0,— | 66 589 190,78 | 166,47 |
| ***13 05 02*** | ***Instrument für Heranführungshilfe (IPA) — Abschluss der Komponente regionale Entwicklung (2007-2013)*** | 4 | p.m. | 272 447 479 | 462 000 000 | 172 734 477 | 462 453 000,— | 222 462 819,41 | 81,65 |
| ***13 05 03*** | ***Instrument für Heranführungshilfe (IPA) — Abschluss der Komponente grenzüberschreitende Zusammenarbeit (2007-2013)*** | | | | | | | | |
| 13 05 03 01 | Grenzüberschreitende Zusammenarbeit — Beitrag aus Teilrubrik 1b | 1.2 | p.m. | 52 000 000 | 51 491 401 | 50 000 000 | 50 481 765,— | 36 197 118,27 | 69,61 |
| 13 05 03 02 | Abschluss der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Beteiligung von Bewerberländern und möglichen Bewerberländern an Strukturfondsprogrammen für grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit — Beitrag aus der Rubrik 4 | 4 | p.m. | 26 143 200 | 36 279 051 | 34 675 735 | 42 406 903,— | 28 636 770,— | 109,54 |
| | *Artikel 13 05 03 — Subtotal* | | p.m. | 78 143 200 | 87 770 452 | 84 675 735 | 92 888 668,— | 64 833 888,27 | 82,97 |

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| ***13 05 60*** | ***Unterstützung für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Serbien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien*** | | | | | | | | |
| 13 05 60 01 | Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union | 4 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 13 05 60 02 | Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung | 4 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| | *Artikel 13 05 60 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | | | | | — |
| ***13 05 61*** | ***Unterstützung für Island*** | | | | | | | | |
| 13 05 61 01 | Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union | 4 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 13 05 61 02 | Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung | 4 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| | *Artikel 13 05 61 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | | | | | — |
| ***13 05 62*** | ***Unterstützung für die Türkei*** | | | | | | | | |
| 13 05 62 01 | Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union | 4 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 13 05 62 02 | Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung | 4 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| | *Artikel 13 05 62 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | | | | | — |
| ***13 05 63*** | ***Regionale Integration und territoriale Zusammenarbeit*** | | | | | | | | |
| 13 05 63 01 | Grenzüberschreitende Zusammenarbeit — Beitrag aus Rubrik 1b | 1.2 | p.m. | p.m. | | | | | — |

KOMMISSION

*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | |
| 13 05 63 02 | Grenzüberschreitende Zusammenarbeit — Beitrag aus Rubrik 4 | 4 | 39 000 000 | 27 338 481 | | | | | — |
| | *Artikel 13 05 63 — Subtotal* | | 39 000 000 | 27 338 481 | | | | | — |
| | **Kapitel 13 05 — Insgesamt** | | **39 000 000** | **417 929 160** | **549 770 452** | **410 700 951** | **555 341 668,—** | **353 885 898,46** | **84,68** |

***13 05 01 Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA) — Abschluss früherer Projekte (2000-2006)***

*Erläuterungen*

Aus dem strukturpolitischen Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA) wurden die mittel- und osteuropäischen Bewerberländer im Hinblick auf ihren Beitritt zur Europäischen Union unterstützt. ISPA half diesen Ländern bei der Übernahme des Besitzstands der Union in den Bereichen Umwelt und Verkehr.

13 05 01 01 Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA) — Abschluss sonstiger früherer Projekte (2000-2006)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 40 000 000 | p.m. | 153 290 739 | 0,— | 62 580 074,27 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1266/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 zur Koordinierung der Hilfe für die beitrittswilligen Länder im Rahmen der Heranführungsstrategie (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 68).

Verordnung (EG) Nr. 1267/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über ein strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 73).

Verordnung (EG) Nr. 2257/2004 des Rates vom 20. Dezember 2004 zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 3906/89, (EG) Nr. 1267/1999, (EG) Nr. 1268/1999 und (EG) Nr. 2666/2000 zur Berücksichtigung des Kandidatenstatus von Kroatien (ABl. L 389 vom 30.12.2004, S. 1).

13 05 01 02 Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt — Abschluss der Heranführungshilfen für acht Bewerberländer

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 4 009 116,51 |

*Erläuterungen*

Dieser Posten dient der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT** *(Fortsetzung)*

***13 05 01*** *(Fortsetzung)*

13 05 01 02 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1266/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 zur Koordinierung der Hilfe für die beitrittswilligen Länder im Rahmen der Heranführungsstrategie (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 68).

Verordnung (EG) Nr.1267/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über ein strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 73).

### *13 05 02 Instrument für Heranführungshilfe (IPA) — Abschluss der Komponente regionale Entwicklung (2007-2013)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 272 447 479 | 462 000 000 | 172 734 477 | 462 453 000,— | 222 462 819,41 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 13 05 02 (teilweise)*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Gemäß Artikel 105a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006, geändert durch Anhang III Nummer 7 des Vertrags über den Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union (ABl. L 112 vom 24.4.2012), werden Programme und Großprojekte, die am Tag des Beitritts Kroatiens nach der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genehmigt sind und deren Umsetzung zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist, als von der Kommission nach der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 genehmigt angesehen, mit Ausnahme von Programmen, die nach den in Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a und e der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genannten Komponenten genehmigt wurden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

### *13 05 03 Instrument für Heranführungshilfe (IPA) — Abschluss der Komponente grenzüberschreitende Zusammenarbeit (2007-2013)*

13 05 03 01 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit — Beitrag aus Teilrubrik 1b

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 52 000 000 | 51 491 401 | 50 000 000 | 50 481 765,— | 36 197 118,27 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 13 05 03 01 (teilweise)*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus dem Beitrag des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung 2007-2013 zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zur außerhalb der Kommission geleisteten technischen Hilfe, die für die Umsetzung in den Mitgliedstaaten erforderlich ist.

KOMMISSION

*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT** *(Fortsetzung)*

***13 05 03*** *(Fortsetzung)*

13 05 03 01 *(Fortsetzung)*

Gemäß Artikel 105a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006, geändert durch Anhang III Nummer 7 des Vertrags über den Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union (ABl. L 112 vom 24.4.2012), werden Programme und Großprojekte, die am Tag des Beitritts Kroatiens nach der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genehmigt sind und deren Umsetzung zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist, als von der Kommission nach der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 genehmigt angesehen, mit Ausnahme von Programmen, die nach den in Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a und e der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genannten Komponenten genehmigt wurden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

13 05 03 02 Abschluss der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Beteiligung von Bewerberländern und möglichen Bewerberländern an Strukturfondsprogrammen für grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit — Beitrag aus der Rubrik 4

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 26 143 200 | 36 279 051 | 34 675 735 | 42 406 903,— | 28 636 770,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 13 05 03 01 (teilweise)*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Gemäß Artikel 105a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006, geändert durch Anhang III Nummer 7 des Vertrags über den Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union (ABl. L 112 vom 24.4.2012), werden Programme und Großprojekte, die am Tag des Beitritts Kroatiens nach der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genehmigt sind und deren Umsetzung zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist, als von der Kommission nach der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 genehmigt angesehen, mit Ausnahme von Programmen, die nach den in Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a und e der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genannten Komponenten genehmigt wurden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT** *(Fortsetzung)*

***13 05 60 Unterstützung für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Serbien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien***

13 05 60 01 Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Unter dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) werden mit diesen Mitteln folgende spezifischen Ziele in den westlichen Balkanstaaten verfolgt:

— Unterstützung politischer Reformen,

— Stärkung der Fähigkeit der Empfängerländer, die mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen zu erfüllen, indem Unterstützung bei der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union und bei dessen Einführung, Durchführung und Durchsetzung, einschließlich der politischen Maßnahmen und Fonds der EU in der Struktur-, Kohäsions-, Agrarpolitik und der Entwicklung des ländlichen Raums, geleistet wird.

Ein Teil dieser Mittel dient der Finanzierung von Maßnahmen zur Unterstützung der Empfängerländer bei der Erfüllung der mit dem visafreien Reiseverkehr mit den Schengen-Ländern verbundenen Anforderungen oder, im Falle des Kosovo, Maßnahmen zur Beschleunigung der Visaliberalisierung.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (KOM(2011) 838 endg.), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und c.

13 05 60 02 Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Unter dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) dienen diese Mittel in den westlichen Balkanstaaten der Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung im Hinblick auf das Erreichen intelligenten, nachhaltigen und inklusiven Wachstums.

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT** *(Fortsetzung)*

***13 05 60*** *(Fortsetzung)*

13 05 60 02 *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (KOM(2011) 838 endg.), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b.

## *13 05 61 Unterstützung für Island*

13 05 61 01 Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Unter dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) werden mit diesen Mitteln folgende spezifischen Ziele in Island verfolgt:

— Unterstützung politischer Reformen,

— Stärkung der Fähigkeit der Empfängerländer, die mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen zu erfüllen, indem Unterstützung bei der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union und bei dessen Einführung, Durchführung und Durchsetzung, einschließlich der politischen Maßnahmen und Fonds der EU in der Struktur-, Kohäsions-, Agrarpolitik und der Entwicklung des ländlichen Raums, geleistet wird.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (KOM(2011) 838 endg.), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und c.

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT** *(Fortsetzung)*

***13 05 61*** *(Fortsetzung)*

13 05 61 02 Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Unter dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) dienen diese Mitteln in Island der Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung im Hinblick auf das Erreichen intelligenten, nachhaltigen und inklusiven Wachstums.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (KOM(2011) 838 endg.), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b.

***13 05 62 Unterstützung für die Türkei***

13 05 62 01 Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Unter dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) werden mit diesen Mitteln folgende spezifischen Ziele in der Türkei verfolgt:

— Unterstützung politischer Reformen,

— Stärkung der Fähigkeit der Empfängerländer, die mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen zu erfüllen, indem Unterstützung bei der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union und bei dessen Einführung, Durchführung und Durchsetzung, einschließlich der politischen Maßnahmen und Fonds der EU in der Struktur-, Kohäsions-, Agrarpolitik und der Entwicklung des ländlichen Raums, geleistet wird.

KOMMISSION

*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT** *(Fortsetzung)*

***13 05 62*** *(Fortsetzung)*

13 05 62 01 *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (KOM(2011) 838 endg.), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und c.

13 05 62 02 Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Unter dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) dienen diese Mittel in der Türkei der Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung im Hinblick auf das Erreichen intelligenten, nachhaltigen und inklusiven Wachstums.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (KOM(2011) 838 endg.), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b.

**KAPITEL 13 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT** *(Fortsetzung)*

### *13 05 63 Regionale Integration und territoriale Zusammenarbeit*

13 05 63 01 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit — Beitrag aus Rubrik 1b

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, im Programmplanungszeitraum 2014-2020 im Rahmen des EFRE-Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit" die grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb des Instruments für Herausführungshilfe (IPA II) zu unterstützen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit besonderen Bestimmungen zur Unterstützung des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit" aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 259), insbesondere im Hinblick auf Artikel 4.

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (KOM(2011) 838 endg.), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d.

13 05 63 02 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit — Beitrag aus Rubrik 4

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 39 000 000 | 27 338 481 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Unter IPA II dienen diese Mittel der regionalen Integration und territorialen Zusammenarbeit unter Beteiligung der Empfängerländer, der Mitgliedstaaten und ggf. von Drittstaaten auf der Grundlage des Vorschlags einer Verordnung zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments.

KOMMISSION

*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT** *(Fortsetzung)*

***13 05 63*** *(Fortsetzung)*

13 05 63 02 *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (KOM(2011) 838 endg.), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d.

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (KOM(2011) 839 endg.).

**KAPITEL 13 06 — SOLIDARITÄTSFONDS**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 13 06 | SOLIDARITÄTSFONDS | | | | | | | | |
| ***13 06 01*** | ***Solidaritätsfonds der Europäischen Union — Mitgliedstaaten*** | 9 | p.m. | 150 000 000 | 415 127 031 | 265 127 031 | 726 233 916,— | 726 233 916,— | 484,16 |
| ***13 06 02*** | ***Solidaritätsfonds der Europäischen Union — Bewerberländer, über deren Beitritt verhandelt wird*** | 9 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| | **Kapitel 13 06 — Insgesamt** | | **p.m.** | **150 000 000** | **415 127 031** | **265 127 031** | **726 233 916,—** | **726 233 916,—** | **484,16** |

## *13 06 01 Solidaritätsfonds der Europäischen Union — Mitgliedstaaten*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 150 000 000 | 415 127 031 | 265 127 031 | 726 233 916,— | 726 233 916,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die Mittel eingesetzt, die im Falle der Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union bei schweren Katastrophen in den Mitgliedstaaten erforderlich werden. Die Unterstützung sollte hauptsächlich im Zusammenhang mit Naturkatastrophen in Anspruch genommen werden, aber den betroffenen Mitgliedstaaten kann auch entsprechend der Dringlichkeit der Situation Hilfe gewährt werden, wobei eine Frist für die Verwendung der gewährten Finanzhilfe festgesetzt und vorgesehen wird, dass die Empfängerstaaten die Verwendung der erhaltenen finanziellen Unterstützung belegen müssen. Finanzielle Hilfe, die später beispielsweise nach dem „Verursacherprinzip" durch Zahlungen Dritter ausgeglichen wird oder die, gemessen an der abschließenden Schadensfeststellung, zu viel gezahlt wurde, ist wiedereinzuziehen.

Die Mittelzuweisung wird in einem Berichtigungshaushaltsplan festgelegt, dessen alleiniger Zweck in der Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union besteht.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates vom 11. November 2002 zur Errichtung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union (ABl. L 311 vom 14.11.2002, S. 3).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. April 2005, zur Errichtung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union (KOM(2005) 108 endg.).

Interinstitutionelle Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (ABl. C 139 vom 14.6.2006, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

**KAPITEL 13 06 — SOLIDARITÄTSFONDS** *(Fortsetzung)*

***13 06 02 Solidaritätsfonds der Europäischen Union — Bewerberländer, über deren Beitritt verhandelt wird***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel werden die Mittel eingesetzt, die im Fall der Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union bei schweren Katastrophen in den Ländern erforderlich werden, die Beitrittsverhandlungen mit der Union führen. Die Unterstützung sollte hauptsächlich im Zusammenhang mit Naturkatastrophen in Anspruch genommen werden, aber den betroffenen Ländern kann auch entsprechend der Dringlichkeit der Situation Hilfe gewährt werden, wobei eine Frist für die Verwendung der gewährten Finanzhilfe festgesetzt und vorgesehen wird, dass die Empfängerstaaten die Verwendung der erhaltenen finanziellen Unterstützung belegen müssen. Finanzielle Hilfe, die später beispielsweise nach dem „Verursacherprinzip“ durch Zahlungen Dritter ausgeglichen wird oder die, gemessen an der abschließenden Schadensfeststellung, zu viel gezahlt wurde, ist wiedereinzuziehen.

Über die Mittelzuweisung wird in einem Berichtigungshaushaltsplan entschieden, dessen alleiniger Zweck in der Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union besteht.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates vom 11. November 2002 zur Errichtung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union (ABl. L 311 vom 14.11.2002, S. 3).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. April 2005, zur Errichtung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union (KOM(2005) 108 endg.).

Interinstitutionelle Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (ABl. C 139 vom 14.6.2006, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 13 — REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG“

— KONTROLLE DER KOHÄSIONSPOLITIK IM ZUGE DER BEITRITTSVORBEREITUNG

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG, KOORDINIERUNG UND BEWERTUNG DER GENERALDIREKTION „REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG“

KOMMISSION

*TITEL 14*

**STEUERN UND ZOLLUNION**

# TITEL 14

# STEUERN UND ZOLLUNION

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 14 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „STEUERN UND ZOLLUNION“ | 55 759 946 | 55 759 946 | 56 750 394 | 56 750 394 | 57 449 459,35 | 57 449 459,35 |
| 14 02 | ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „STEUERN UND ZOLLUNION“ | 67 389 552 | 40 935 735 | 54 128 200 | 43 176 343 | 54 310 812,95 | 44 206 916,73 |
| 14 03 | INTERNATIONALE ASPEKTE DER STEUERN UND ZÖLLE | 30 898 800 | 22 774 011 | 30 121 800 | 24 308 712 | 28 298 955,73 | 25 236 192,27 |
| 14 04 | ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG | 3 000 000 | 2 900 000 | 3 620 000 | 2 992 206 | 3 520 000,— | 2 823 383,25 |
| | **Titel 14 — Insgesamt** | **157 048 298** | **122 369 692** | **144 620 394** | **127 227 655** | **143 579 228,03** | **129 715 951,60** |

KOMMISSION
*TITEL 14 — STEUERN UND ZOLLUNION*

# TITEL 14

# STEUERN UND ZOLLUNION

## KAPITEL 14 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „STEUERN UND ZOLLUNION“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 14 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „STEUERN UND ZOLLUNION“ | | | | | |
| ***14 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Steuern und Zollunion“*** | 5.2 | 44 565 645 | 44 297 071 | 44 106 708,58 | 98,97 |
| ***14 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Steuern und Zollunion“*** | | | | | |
| 14 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 5 397 985 | 5 680 562 | 6 091 575,67 | 112,85 |
| 14 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 2 711 633 | 2 837 477 | 2 883 795,96 | 106,35 |
| | *Artikel 14 01 02 — Subtotal* | | 8 109 618 | 8 518 039 | 8 975 371,63 | 110,68 |
| ***14 01 03*** | ***Ausgaben für informations- und kommunikationstechnische Ausstattung und Dienstleistungen des Politikbereichs „Steuern und Zollunion“*** | 5.2 | 2 884 683 | 2 803 284 | 3 235 379,14 | 112,16 |
| ***14 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Steuern und Zollunion“*** | | | | | |
| 14 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für Tätigkeiten im Zollbereich | 1.1 | 100 000 | 1 132 000 | 1 132 000,— | 1 132,— |
| 14 01 04 02 | Unterstützungsausgaben für das „Fiscalis“-Programm | 1.1 | 100 000 | — | 0,— | 0,— |
| | *Artikel 14 01 04 — Subtotal* | | 200 000 | 1 132 000 | 1 132 000,— | 566,— |
| | **Kapitel 14 01 — Insgesamt** | | **55 759 946** | **56 750 394** | **57 449 459,35** | **103,03** |

### *14 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Steuern und Zollunion“*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 44 565 645 | 44 297 071 | 44 106 708,58 |

### *14 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Steuern und Zollunion“*

14 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 397 985 | 5 680 562 | 6 091 575,67 |

**KAPITEL 14 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „STEUERN UND ZOLLUNION“** *(Fortsetzung)*

***14 01 02*** *(Fortsetzung)*

14 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 711 633 | 2 837 477 | 2 883 795,96 |

*Erläuterungen*

Ein Teil dieser Mittel wird für die Sicherstellung einer ausgewogeneren Vertretung von Interessenträgern (Unternehmen, KMU, Gewerkschaften, Verbraucherverbände, usw.) in durch diesen Posten finanzierten Sachverständigengruppen, für die Einrichtung eines verbindlichen offenen Auswahlverfahrens für die Mitglieder der Sachverständigengruppen und für die Vermeidung von Interessenkonflikten eingesetzt.

***14 01 03 Ausgaben für informations- und kommunikationstechnische Ausstattung und Dienstleistungen des Politikbereichs „Steuern und Zollunion“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 884 683 | 2 803 284 | 3 235 379,14 |

***14 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Steuern und Zollunion“***

14 01 04 01 Unterstützungsausgaben für Tätigkeiten im Zollbereich

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 100 000 | 1 132 000 | 1 132 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 14 01 04 02 (teilweise)*

Diese Mittel decken die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Ziele des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Postens stehen, und alle weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

Die unter Kapitel 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesenen Einnahmen aus Beiträgen von Bewerberländern und ggf. potenziellen Bewerberländern des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Europäischen Union können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel in einer Höhe bereitgestellt werden, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln richtet.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 14 02.

KOMMISSION
*TITEL 14 — STEUERN UND ZOLLUNION*

**KAPITEL 14 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „STEUERN UND ZOLLUNION“** *(Fortsetzung)*

***14 01 04*** *(Fortsetzung)*

14 01 04 02 Unterstützungsausgaben für das „Fiscalis“-Programm

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 100 000 | — | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 14 01 04 02 (teilweise)*

Diese Mittel decken die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Ziele des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Postens stehen, und alle weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

Die unter Kapitel 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesenen Einnahmen aus Beiträgen von Bewerberländern und ggf. potenziellen Bewerberländern des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Europäischen Union können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel in einer Höhe bereitgestellt werden, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln richtet.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 14 03.

KOMMISSION
*TITEL 14 — STEUERN UND ZOLLUNION*

**KAPITEL 14 02 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „STEUERN UND ZOLLUNION“**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 14 02 | ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „STEUERN UND ZOLLUNION“ | | | | | | | | |
| ***14 02 01*** | ***Unterstützung des einwandfreien Funktionierens der Zollunion*** | 1.1 | 66 293 000 | 11 262 958 | | | | | — |
| ***14 02 02*** | ***Mitgliedschaft in internationalen Organisationen im Bereich Zölle*** | 4 | 1 096 552 | 1 096 552 | 1 128 200 | 1 064 303 | 1 053 972,05 | 1 053 972,56 | 96,12 |
| ***14 02 51*** | ***Abschluss früherer Programme im Zollbereich*** | 1.1 | p.m. | 28 576 225 | 53 000 000 | 42 112 040 | 53 256 840,90 | 43 152 944,17 | 151,01 |
| | **Kapitel 14 02 — Insgesamt** | | **67 389 552** | **40 935 735** | **54 128 200** | **43 176 343** | **54 310 812,95** | **44 206 916,73** | **107,99** |

***14 02 01*** ***Unterstützung des einwandfreien Funktionierens der Zollunion***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 66 293 000 | 11 262 958 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel sollen die Kosten für die Durchführung des Programms Zoll 2020 decken, insbesondere die Finanzierung gemeinsamer Maßnahmen, den Aufbau von IT-Kapazitäten und den Ausbau der Humankompetenzen.

Im Einzelnen handelt es sich dabei um folgende Ausgaben:

— Ausgaben für den Kauf, die Entwicklung, die Pflege, den Betrieb und die Qualitätskontrolle der Unionskomponenten europäischer Informationssysteme. Die Unionskomponenten der europäischen Informationssysteme sind: 1. IT-Bestände wie Hardware, Software und Netzwerkverbindungen der Systeme einschließlich der damit verbundenen Dateninfrastruktur; 2. IT-Dienste, die zur Unterstützung der Entwicklung, Wartung, Verbesserung und des Betriebs der Systeme erforderlich sind, und 3. alle anderen Elemente, die nach Feststellung der Kommission aus Gründen der Effizienz, der Sicherheit und der Rationalisierung allen Teilnehmerländern gemeinsam sind,

— Ausgaben im Zusammenhang mit Seminaren, Workshops, Projektgruppen, Arbeitsbesuchen, Überwachungsmaßnahmen, Sachverständigenteams, dem Aufbau von Kapazitäten in der öffentlichen Verwaltung sowie Unterstützungsmaßnahmen, Studien und Kommunikationsprojekten,

— Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Vorschriften für gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen,

— Ausgaben für Maßnahmen zur Vorbereitung, Überwachung, Kontrolle, Rechnungsprüfung und Evaluierung, die für die Verwaltung des Programms und die Verwirklichung seiner Ziele erforderlich sind,

— Ausgaben für jede andere Tätigkeit zur Unterstützung der Ziele und der Tätigkeitsbereiche des Programms.

KOMMISSION
*TITEL 14 — STEUERN UND ZOLLUNION*

**KAPITEL 14 02 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „STEUERN UND ZOLLUNION“** *(Fortsetzung)*

***14 02 01*** *(Fortsetzung)*

Die unter Kapitel 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesenen Einnahmen aus Beiträgen von Beitrittsländern, Bewerberländern, potenziellen Bewerberländern, die im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik unterstützt werden, sowie von Partnerländern der Europäischen Nachbarschaftspolitik, die einen ausreichenden Grad der Angleichung ihrer einschlägigen Rechtsvorschriften und Verwaltungsverfahren an die der Europäischen Union erzielt haben, für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e und f der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel für diesen Artikel führen.

Die unter Kapitel 6 0 3 2 des Einnahmenplans ausgewiesenen Einnahmen aus der Beteiligung von Drittstaaten, mit Ausnahme von Bewerberländern und potenziellen Bewerberländern des Westbalkans, an Abkommen über die Zusammenarbeit im Zollbereich führen gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e und f der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel für diesen Artikel.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1294/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Festlegung eines Aktionsprogramms für das Zollwesen in der Europäischen Union für den Zeitraum 2014-2020 (Zoll 2020) und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 624/2007/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 209), insbesondere Artikel 5.

***14 02 02*** ***Mitgliedschaft in internationalen Organisationen im Bereich Zölle***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 096 552 | 1 096 552 | 1 128 200 | 1 064 303 | 1 053 972,05 | 1 053 972,56 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 14 03 03 (teilweise)*

Diese Mittel dienen zur Finanzierung der Beiträge der Europäischen Union zur Weltzollorganisation (WZO).

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2007/668/EG des Rates vom 25. Juni 2007 über den Beitritt der Europäischen Gemeinschaften zur Weltzollorganisation und die Ausübung der Rechte und Pflichten eines Mitglieds ad interim (ABl. L 274 vom 18.10.2007, S. 11).

*Verweise*

Entscheidung der Kommission vom 4. Juni 2008 über Teilnahme der Gemeinschaft am internationalen Steuerdialog.

***14 02 51*** ***Abschluss früherer Programme im Zollbereich***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 28 576 225 | 53 000 000 | 42 112 040 | 53 256 840,90 | 43 152 944,17 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 14 02 01 (teilweise), Artikel 14 04 01 und Artikel 14 04 02*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Die unter Kapitel 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesenen Einnahmen aus Beiträgen von Bewerberländern und ggf. potenziellen Bewerberländern des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Europäischen Union können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen.

**KAPITEL 14 02 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „STEUERN UND ZOLLUNION“** *(Fortsetzung)*

***14 02 51*** *(Fortsetzung)*

Die unter Kapitel 6 0 3 2 des Einnahmenplans ausgewiesenen Einnahmen aus der Beteiligung von Drittstaaten, mit Ausnahme von Bewerberländern und potenziellen Bewerberländern des Westbalkans, an Abkommen über die Zusammenarbeit im Zollbereich führen gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel für diesen Artikel.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Beschluss 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse (ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 23).

Beschluss 2000/305/EG des Rates vom 30. März 2000 über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz über die Ausdehnung des „Common Communications Network/Common Systems Interface“ ((CCN/CSI) Gemeinsames Kommunikationsnetz/Gemeinsame Systemschnittstelle) im Rahmen des Übereinkommens über ein gemeinsames Versandverfahren (ABl. L 102 vom 27.4.2000, S. 50).

Beschluss 2000/506/EG des Rates vom 31. Juli 2000 über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Norwegen über die Ausdehnung des „Common Communications Network/Common Systems Interface“ ((CCN/CSI) Gemeinsames Kommunikationsnetz/Gemeinsame Systemschnittstelle) im Rahmen des Übereinkommens über ein gemeinsames Versandverfahren (ABl. L 204 vom 11.8.2000, S. 35).

Entscheidung Nr. 253/2003/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2003 zur Annahme eines Aktionsprogramms für das gemeinschaftliche Zollwesen („Zoll 2007“) (ABl. L 36 vom 12.2.2003, S. 1).

Entscheidung Nr. 624/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung eines Aktionsprogramms für das Zollwesen in der Gemeinschaft (Zoll 2013) (ABl. L 154 vom 14.6.2007, S. 25).

Entscheidung Nr. 70/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2008 über ein papierloses Arbeitsumfeld für Zoll und Handel (ABl. L 23 vom 26.1.2008, S. 21).

Verordnung (EG) Nr. 450/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaft (Modernisierter Zollkodex) (ABl. L 145 vom 4.6.2008, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 14 — STEUERN UND ZOLLUNION*

**KAPITEL 14 03 — INTERNATIONALE ASPEKTE DER STEUERN UND ZÖLLE**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 14 03 | INTERNATIONALE ASPEKTE DER STEUERN UND ZÖLLE | | | | | | | | |
| ***14 03 01*** | ***Verbesserung der Funktionsweise der Steuersysteme*** | 1.1 | 30 777 000 | 7 368 331 | | | 0,— | 0,— | 0,— |
| ***14 03 02*** | ***Mitgliedschaft in internationalen Organisationen im Bereich Steuern*** | 4 | 121 800 | 121 800 | 121 800 | 121 800 | 121 800,04 | 121 799,53 | 100,— |
| ***14 03 51*** | ***Abschluss früherer Programme im Steuerbereich*** | 1.1 | p.m. | 15 283 880 | 30 000 000 | 24 186 912 | 28 177 155,69 | 25 114 392,74 | 164,32 |
| | **Kapitel 14 03 — Insgesamt** | | **30 898 800** | **22 774 011** | **30 121 800** | **24 308 712** | **28 298 955,73** | **25 236 192,27** | **110,81** |

## *14 03 01 Verbesserung der Funktionsweise der Steuersysteme*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 30 777 000 | 7 368 331 | | | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel sollen die Kosten für die Durchführung des Programms Fiscalis 2020 decken, insbesondere die Finanzierung gemeinsamer Maßnahmen, den Aufbau von IT-Kapazitäten und den Ausbau der Humankompetenzen.

Im Einzelnen handelt es sich dabei um folgende Ausgaben:

— Ausgaben für den Kauf, die Entwicklung, die Pflege, den Betrieb und die Qualitätskontrolle der Unionskomponenten europäischer Informationssysteme. Die Unionskomponenten der europäischen Informationssysteme sind: 1. IT-Bestände wie Hardware, Software und Netzwerkverbindungen der Systeme einschließlich der damit verbundenen Dateninfrastruktur; 2. IT-Dienste, die zur Unterstützung der Entwicklung, Wartung, Verbesserung und des Betriebs der Systeme erforderlich sind, und 3. alle anderen Elemente, die nach Feststellung der Kommission aus Gründen der Effizienz, der Sicherheit und der Rationalisierung allen Teilnehmerländern gemeinsam sind,

— Ausgaben im Zusammenhang mit Seminaren, Workshops, Projektgruppen, bilateralen oder multilateralen Kontrollen, Arbeitsbesuchen, Sachverständigenteams, dem Aufbau von Kapazitäten in der öffentlichen Verwaltung sowie Unterstützungsmaßnahmen, Studien und Kommunikationsprojekten,

— Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Vorschriften für gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen,

— Ausgaben für Maßnahmen zur Vorbereitung, Überwachung, Kontrolle, Rechnungsprüfung und Evaluierung, die für die Verwaltung des Programms und die Verwirklichung seiner Ziele erforderlich sind,

— Ausgaben für jede andere Tätigkeit zur Unterstützung der Ziele und der Prioritäten des Programms.

Die unter Kapitel 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesenen Einnahmen aus Beiträgen von Beitrittsländern, Bewerberländern, potenziellen Bewerberländern, die im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik unterstützt werden, sowie von Partnerländern der Europäischen Nachbarschaftspolitik, die einen ausreichenden Grad der Angleichung ihrer einschlägigen Rechtsvorschriften und Verwaltungsverfahren an die der Europäischen Union erzielt haben, für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel für diesen Artikel führen.

**KAPITEL 14 03 — INTERNATIONALE ASPEKTE DER STEUERN UND ZÖLLE** *(Fortsetzung)*

***14 03 01*** *(Fortsetzung)*

Die unter Kapitel 6 0 3 2 des Einnahmenplans ausgewiesenen Einnahmen aus der Beteiligung von Drittstaaten, mit Ausnahme von Bewerberländern und potenziellen Bewerberländern des Westbalkans, an Abkommen über die Zusammenarbeit im Zollbereich führen gemäß Artikel 21 Absatz 1 der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel für diesen Artikel.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1286/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Festlegung eines Aktionsprogramms zur Verbesserung der Funktionsweise der Steuersysteme in den Europäischen Union für den Zeitraum 2014-2020 (Fiscalis 2020) und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1482/2007/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 25), insbesondere Artikel 5.

***14 03 02*** ***Mitgliedschaft in internationalen Organisationen im Bereich Steuern***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 121 800 | 121 800 | 121 800 | 121 800 | 121 800,04 | 121 799,53 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 14 03 03 (teilweise)*

Diese Mittel sollen den Beitrag der Europäischen Union zum Internationalen Steuerdialog (ITD) decken.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2007/668/EG des Rates vom 25. Juni 2007 über den Beitritt der Europäischen Gemeinschaften zur Weltzollorganisation und die Ausübung der Rechte und Pflichten eines Mitglieds ad interim (ABl. L 274 vom 18.10.2007, S. 11).

*Verweise*

Entscheidung der Kommission vom 4. Juni 2008 über Teilnahme der Gemeinschaft am internationalen Steuerdialog.

***14 03 51*** ***Abschluss früherer Programme im Steuerbereich***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 15 283 880 | 30 000 000 | 24 186 912 | 28 177 155,69 | 25 114 392,74 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 14 02 01 (teilweise), Artikel 14 03 04, Artikel 14 05 02 und Artikel 14 05 03*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Die unter Kapitel 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesenen Einnahmen aus Beiträgen von Bewerberländern und ggf. potenziellen Bewerberländern des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Europäischen Union können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen.

Die unter Kapitel 6 0 3 2 des Einnahmenplans ausgewiesenen Einnahmen aus der Beteiligung von Drittstaaten, mit Ausnahme von Bewerberländern und potenziellen Bewerberländern des Westbalkans, an Abkommen über die Zusammenarbeit im Zollbereich führen gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel für diesen Artikel.

KOMMISSION
*TITEL 14 — STEUERN UND ZOLLUNION*

**KAPITEL 14 03 — INTERNATIONALE ASPEKTE DER STEUERN UND ZÖLLE** *(Fortsetzung)*

***14 03 51*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Entscheidung Nr. 1152/2003/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2003 über die Einführung eines EDV-gestützten Systems zur Beförderung und Kontrolle der Beförderung verbrauchsteuerpflichtiger Waren (ABl. L 162 vom 1.7.2003, S. 5).

Verordnung (EG) Nr. 1798/2003 des Rates vom 7. Oktober 2003 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 218/92 (ABl. L 264 vom 15.10.2003, S. 1).

Entscheidung Nr. 1482/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2007 über ein Gemeinschaftsprogramm zur Verbesserung der Funktionsweise der Steuersysteme im Binnenmarkt (Fiscalis 2013) (ABl. L 330 vom 15.12.2007, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 14 — STEUERN UND ZOLLUNION*

**KAPITEL 14 04 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 14 04 | ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG | | | | | | | | |
| ***14 04 01*** | ***Verwirklichung und Entwicklung des Binnenmarktes*** | 1.1 | 3 000 000 | 2 900 000 | 3 620 000 | 2 992 206 | 3 520 000,— | 2 823 383,25 | 97,36 |
| | **Kapitel 14 04 — Insgesamt** | | **3 000 000** | **2 900 000** | **3 620 000** | **2 992 206** | **3 520 000,—** | **2 823 383,25** | **97,36** |

***14 04 01*** ***Verwirklichung und Entwicklung des Binnenmarktes***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 3 000 000 | 2 900 000 | 3 620 000 | 2 992 206 | 3 520 000,— | 2 823 383,25 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 14 01 04 01 und vormals Artikel 14 02 01 (teilweise)*

Diese Mittel decken die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Ziele des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Artikels stehen, und alle weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

Diese Mittel decken die Ausgaben für Maßnahmen, die zur Vollendung des Binnenmarktes, seinem Funktionieren und seiner Entwicklung beitragen.

Dieser Artikel dient der Unterstützung der Zoll- und der Steuerpolitik der Union und umfasst Maßnahmen, die nicht aus Mitteln der Programme Zoll 2020 und Fiscalis 2020 finanziert werden können.

Im Bereich Steuern und Zollunion sollen diese Mittel in erster Linie Folgendes decken:

— die Ausgaben für Beratungen, Studien, Analysen und Folgeabschätzungen,

— Tätigkeiten der Zolleinreihung und des Datenerwerbs,

— Softwareinvestitionen,

— Produktion und Entwicklung von Werbe-, Informations- und Schulungsmaterial.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 14 — STEUERN UND ZOLLUNION*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER „STEUERN UND ZOLLUNION“

KOMMISSION

*TITEL 15*

**BILDUNG UND KULTUR**

# TITEL 15

# BILDUNG UND KULTUR

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 15 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BILDUNG UND KULTUR“ | 123 693 171 | 123 693 171 | 124 094 073 | 124 094 073 | 130 177 823,62 | 130 177 823,62 |
| 15 02 | ERASMUS FÜR ALLE | 1 560 917 292 | 1 227 243 693 | 1 443 689 554 | 1 415 049 704 | 1 699 079 513,03 | 1 637 411 045,65 |
| 15 03 | „HORIZONT 2020“ | 966 671 359 | 717 880 820 | 1 086 076 960 | 928 828 347 | 1 067 311 022,72 | 819 497 123,44 |
| 15 04 | KREATIVES EUROPA | 168 743 000 | 172 889 728 | 175 715 000 | 159 896 411 | 189 997 745,46 | 172 018 780,88 |
| | **Titel 15 — Insgesamt** | **2 820 024 822** | **2 241 707 412** | **2 829 575 587** | **2 627 868 535** | **3 086 566 104,83** | **2 759 104 773,59** |

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

# TITEL 15

# BILDUNG UND KULTUR

## KAPITEL 15 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BILDUNG UND KULTUR“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 15 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BILDUNG UND KULTUR“ | | | | | |
| ***15 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Bildung und Kultur“*** | 5.2 | 49 661 717 | 51 511 216 | 51 956 609,95 | 104,62 |
| ***15 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Bildung und Kultur“*** | | | | | |
| 15 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 3 715 743 | 3 724 908 | 3 898 776,71 | 104,93 |
| 15 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 3 815 430 | 3 333 017 | 4 515 989,70 | 118,36 |
| | *Artikel 15 01 02 — Subtotal* | | 7 531 173 | 7 057 925 | 8 414 766,41 | 111,73 |
| ***15 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Bildung und Kultur“*** | 5.2 | 3 214 547 | 3 294 977 | 3 838 398,50 | 119,41 |
| ***15 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Bildung und Kultur“*** | | | | | |
| 15 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für das Programm „Erasmus für alle“ | 1.1 | 10 414 108 | 10 274 000 | 10 002 010,— | 96,04 |
| 15 01 04 02 | Unterstützungsausgaben für das Programm „Kreatives Europa“ | 3 | 2 137 900 | 1 319 000 | 1 431 547,— | 66,96 |
| | *Artikel 15 01 04 — Subtotal* | | 12 552 008 | 11 593 000 | 11 433 557,— | 91,09 |
| ***15 01 05*** | ***Unterstützungsausgaben für Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Bildung und Kultur“*** | | | | | |
| 15 01 05 01 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit | 1.1 | 2 234 614 | 2 325 500 | 1 893 941,— | 84,75 |
| 15 01 05 02 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal | 1.1 | 700 000 | 700 000 | 700 000,— | 100,— |

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BILDUNG UND KULTUR“** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 15 01 05 03 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben | 1.1 | 815 112 | 838 150 | 1 077 456,44 | 132,19 |
| | *Artikel 15 01 05 — Subtotal* | | 3 749 726 | 3 863 650 | 3 671 397,44 | 97,91 |
| ***15 01 06*** | ***Exekutivagenturen*** | | | | | |
| 15 01 06 01 | Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur — Beitrag aus dem Programm „Erasmus für alle“ | 1.1 | 25 897 000 | 21 658 000 | 23 687 717,— | 91,47 |
| 15 01 06 02 | Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ — Beitrag aus dem Programm „Kreatives Europa“ | 3 | 12 192 000 | 16 030 000 | 16 532 259,— | 135,60 |
| | *Artikel 15 01 06 — Subtotal* | | 38 089 000 | 37 688 000 | 40 219 976,— | 105,59 |
| ***15 01 60*** | ***Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek*** | 5.2 | 2 534 000 | 2 534 000 | 2 814 204,54 | 111,06 |
| ***15 01 61*** | ***Kosten für Praktika von Hochschulabsolventen in den Dienststellen des Organs*** | 5.2 | 6 361 000 | 6 551 305 | 7 828 913,78 | 123,08 |
| | **Kapitel 15 01 — Insgesamt** | | **123 693 171** | **124 094 073** | **130 177 823,62** | **105,24** |

### *15 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Bildung und Kultur“*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 49 661 717 | 51 511 216 | 51 956 609,95 |

### *15 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Bildung und Kultur“*

15 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 715 743 | 3 724 908 | 3 898 776,71 |

15 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 815 430 | 3 333 017 | 4 515 989,70 |

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BILDUNG UND KULTUR“** *(Fortsetzung)*

***15 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Bildung und Kultur“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 214 547 | 3 294 977 | 3 838 398,50 |

***15 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Bildung und Kultur“***

15 01 04 01 Unterstützungsausgaben für das Programm „Erasmus für alle“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 10 414 108 | 10 274 000 | 10 002 010,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 15 01 04 14, 15 01 04 17, 15 01 04 22 und 15 01 04 55*

Diese Mittel dienen zur Deckung von Ausgaben für Vorbereitungs-, Überwachungs-, Kontroll-, Audit- und Bewertungstätigkeiten, die im Rahmen der Programmverwaltung und zur Erreichung der Programmziele notwendig sind. Dies umfasst insbesondere Studien, Expertensitzungen, Informations- und Kommunikationsmaßnahmen (einschließlich der institutionellen Kommunikation über die politischen Prioritäten der Union, soweit diese mit den allgemeinen Zielen der unten genannten Verordnung in Zusammenhang stehen), IT-Kosten im Zusammenhang mit Informationsverarbeitung und Informationsaustausch sowie alle sonstigen Ausgaben für technische und administrative Unterstützung, die der Kommission im Rahmen der Verwaltung des Programms entstehen.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerber des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Einnahmen aus den Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung dazu führen, dass zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 15 02.

**KAPITEL 15 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BILDUNG UND KULTUR“** *(Fortsetzung)*

***15 01 04*** *(Fortsetzung)*

15 01 04 02 Unterstützungsausgaben für das Programm „Kreatives Europa“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 137 900 | 1 319 000 | 1 431 547,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 15 01 04 44, 15 01 04 60 und 15 01 04 68*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sitzungen von Sachverständigen, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieser Haushaltslinie stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Unterstützung, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission nach und nach im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus den Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung für zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Einnahmen aus den Beiträgen der Länder des europäischen Nachbarschaftsraums gemäß den in den Rahmenabkommen mit diesen Ländern für deren Teilnahme an Unionsprogrammen festgelegten Verfahren, die in Posten 6 0 3 1des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 15 04.

***15 01 05 Unterstützungsausgaben für Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Bildung und Kultur“***

15 01 05 01 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 234 614 | 2 325 500 | 1 893 941,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 15 01 01 (teilweise) und Posten 15 01 05 01*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die in den Stellenplänen ausgewiesenen Beamten und Bediensteten auf Zeit bestimmt, die mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Horizont 2020) betraut sind, einschließlich der an Delegationen der Union entsandten Beamten und Bediensteten auf Zeit, die mit indirekten Maßnahmen der Programme in anderen Bereichen als dem Nuklearbereich betraut sind.

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BILDUNG UND KULTUR“** *(Fortsetzung)*

***15 01 05*** *(Fortsetzung)*

15 01 05 01 *(Fortsetzung)*

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 15 03.

15 01 05 02 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 700 000 | 700 000 | 700 000,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für externes Personal bestimmt, das mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Horizont 2020) — in Form indirekter Maßnahmen in anderen Bereichen als dem Nuklearbereich — betraut ist, einschließlich des an Delegationen der Union entsandten externen Personals.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 15 03.

15 01 05 03 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 815 112 | 838 150 | 1 077 456,44 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 15 01 05 03 und 15 02 11 01 (teilweise)*

Diese Mittel sind zur Deckung sonstiger Verwaltungsausgaben bestimmt, die für die gesamte Verwaltung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Horizont 2020) im Rahmen indirekter Maßnahmen der Programme im nichtnuklearen Bereich anfallen, einschließlich sonstiger Verwaltungsausgaben bezüglich des an Delegationen der Union entsandten Personals.

Ferner sind diese Mittel zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Ziele des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Postens stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Unterstützung, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

**KAPITEL 15 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BILDUNG UND KULTUR“** *(Fortsetzung)*

***15 01 05*** *(Fortsetzung)*

15 01 05 03 *(Fortsetzung)*

Sie sind auch zur Deckung der Ausgaben für die technische und administrative Unterstützung bei der Ermittlung, Vorbereitung, Verwaltung, Begleitung, Überprüfung und Kontrolle des Programms oder der Vorhaben bestimmt, wie z. B. Ausgaben für Konferenzen, Workshops, Seminare, Entwicklung und Pflege von IT-Systemen, Dienstreisen, Schulungen und Repräsentationszwecke.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 15 03.

***15 01 06 Exekutivagenturen***

15 01 06 01 Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur — Beitrag aus dem Programm „Erasmus für alle“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 25 897 000 | 21 658 000 | 23 687 717,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 15 01 04 30 und 15 01 04 32*

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der operativen Ausgaben der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, die sich aus der Beteiligung der Agentur an der Verwaltung der Programme unter Rubrik 1a, dem Abschluss der Kooperationsprogramme im Bereich der Hochschul- und Berufsbildung und des Programms „Jugend in Aktion“ des Finanzrahmens 2007-2013 und dem Abschluss vor 2007 finanzierter Aktionen ergeben, sowie zur Deckung der im Rahmen der Verwaltung des Programms „Erasmus für alle“ anfallenden Ausgaben der Agentur.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerber des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Einnahmen aus den Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung dazu führen, dass zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Der Stellenplan der Agentur ist im Anhang „Stellenplan“ dieses Einzelplans enthalten.

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BILDUNG UND KULTUR“** *(Fortsetzung)*

***15 01 06*** *(Fortsetzung)*

15 01 06 01 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

Beschluss 2006/910/EG des Rates vom 4. Dezember 2006 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Erneuerung des Kooperationsprogramms im Bereich der Hochschul- und Berufsbildung (ABl. L 346 vom 9.12.2006, S. 33).

Beschluss 2006/964/EG des Rates vom 18. Dezember 2006 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung Kanadas zur Schaffung eines Kooperationsrahmens im Bereich von Hochschulbildung, Berufsbildung und Jugend (ABl. L 397 vom 30.12.2006, S. 14).

Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung von „Erasmus+“, dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1719/2006/EG, Nr. 1720/2006/EG und Nr. 1298/2008/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 50).

*Verweise*

Beschluss 2009/336/EG der Kommission vom 20. April 2009 zur Einrichtung der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur für die Verwaltung der Gemeinschaftsmaßnahmen in den Bereichen Bildung, Audiovisuelles und Kultur gemäß der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates (ABl. L 101 vom 21.4.2009, S. 26).

Durchführungsbeschluss 2013/776/EU der Kommission vom 18. Dezember 2013 zur Einrichtung der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/336/EG (ABl. L 343 vom 19.12.2013, S. 46).

Beschluss C(2013)9189 der Kommission vom 18. Dezember 2013 zur Übertragung bestimmter Befugnisse auf die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Programme der Union in den Bereichen Bildung, Audiovisuelles und Kultur sowie insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von Mitteln des Gesamthaushaltsplans der Union und der EEF-Zuweisungen.

15 01 06 02 Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ — Beitrag aus dem Programm „Kreatives Europa“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 12 192 000 | 16 030 000 | 16 532 259,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 15 01 04 31*

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der operativen Ausgaben der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, die sich aus der Beteiligung der Agentur an der Verwaltung der Programme unter Rubrik 3b des mehrjährigen Finanzrahmens 2007-2013 (mit Ausnahme des Programms „Jugend in Aktion“) ergeben, sowie zur Deckung der operativen Ausgaben der Agentur im Rahmen der Verwaltung von Vorhaben des Programms „Kreatives Europa“.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

**KAPITEL 15 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BILDUNG UND KULTUR“** *(Fortsetzung)*

***15 01 06*** *(Fortsetzung)*

15 01 06 02 *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus den Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung dazu führen, dass zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Einnahmen aus den Beiträgen der Länder des europäischen Nachbarschaftsraums gemäß den in den Rahmenabkommen mit diesen Ländern für deren Teilnahme an Unionsprogrammen festgelegten Verfahren, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Der Stellenplan der Agentur ist im Anhang „Stellenplan“ dieses Einzelplans enthalten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1295/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung des Programms Kreatives Europa (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1718/2006/EG, Nr. 1855/2006/EG und Nr. 1041/2009/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 221).

*Verweise*

Beschluss 2009/336/EG der Kommission vom 20. April 2009 zur Einrichtung der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur für die Verwaltung der Gemeinschaftsmaßnahmen in den Bereichen Bildung, Audiovisuelles und Kultur gemäß der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates (ABl. L 101 vom 21.4.2009, S. 26).

Durchführungsbeschluss 2013/776/EU der Kommission vom 18. Dezember 2013 zur Einrichtung der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/336/EG (ABl. L 343 vom 19.12.2013, S. 46).

Beschluss C(2013)9189 der Kommission vom 18. Dezember 2013 zur Übertragung bestimmter Befugnisse auf die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Programme der Union in den Bereichen Bildung, Audiovisuelles und Kultur sowie insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von Mitteln des Gesamthaushaltsplans der Union und der EEF-Zuweisungen.

## ***15 01 60 Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 534 000 | 2 534 000 | 2 814 204,54 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 15 01 60 01*

Diese Mittel decken die Ausgaben für

— die Anschaffung von Büchern, E-Books und sonstigen Veröffentlichungen und für die Aktualisierung vorhandener Bände,

— Buchbindearbeiten und sonstige Kosten für die Erhaltung der Bücher und Veröffentlichungen,

— Abonnements von Zeitungen, Fachzeitschriften und

— andere in gedruckter Form oder online vorliegende Fachpublikationen.

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BILDUNG UND KULTUR“** *(Fortsetzung)*

***15 01 60*** *(Fortsetzung)*

Diese Mittel decken nicht die Ausgaben

— an den Standorten der Gemeinsamen Forschungsstelle, die in Artikel 01 05 der entsprechenden Titel ausgewiesen sind,

— der Vertretungen der Kommission innerhalb der Union, die unter dem Posten 16 01 03 03 ausgewiesen sind,

— gleicher Art bzw. gleicher Bestimmung, die außerhalb der Union anfallen und die zulasten von Posten 01 03 02 der betreffenden Titel gehen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 56 000 EUR veranschlagt.

***15 01 61*** ***Kosten für Praktika von Hochschulabsolventen in den Dienststellen des Organs***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 361 000 | 6 551 305 | 7 828 913,78 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für Verwaltungspraktika bestimmt. Sie sollen Hochschulabsolventinnen und –absolventen einen Überblick über Ziele und Probleme der Union vermitteln, einen Einblick in die Arbeitsweise der Organe gewähren und Gelegenheit bieten, ihre Kenntnisse durch Arbeitserfahrung in den Dienststellen der Kommission zu erweitern.

Mit den Mitteln werden die Ausgaben für die Vergütungen und weitere mit den Praktika verbundene Kosten (Zulagen für Menschen mit Behinderung, Unfall- und Krankenversicherung, Beitrag zu den Reisekosten vor Beginn und nach Abschluss des Praktikums, Kosten von Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Praktikumsprogramm, z. B. Besuche, Empfang und Betreuung) gedeckt. Ferner dienen sie der Finanzierung der Bewertung des Programms im Hinblick auf dessen Optimierung sowie von Informations- und Kommunikationskampagnen.

Die Auswahl der Praktikanten erfolgt nach objektiven, transparenten Kriterien.

Die entsprechenden zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung werden auf 985 000 EUR veranschlagt.

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 02 — ERASMUS FÜR ALLE**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 15 02 | ERASMUS FÜR ALLE | | | | | | | | |
| ***15 02 01*** | ***Förderung von Exzellenz und Zusammenarbeit in Europa im Bereich Bildung und Jugend, ihrer Relevanz für den Arbeitsmarkt und der Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben in Europa*** | | | | | | | | |
| 15 02 01 01 | Förderung von Exzellenz und Zusammenarbeit in Europa im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung und ihrer Relevanz für den Arbeitsmarkt | 1.1 | 1 315 662 350 | 794 000 037 | | | | | — |
| 15 02 01 02 | Förderung von Exzellenz und Zusammenarbeit in Europa im Bereich Jugend und der Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben in Europa | 1.1 | 153 094 542 | 103 175 146 | | | | | — |
| | *Artikel 15 02 01 — Subtotal* | | 1 468 756 892 | 897 175 183 | | | | | — |
| ***15 02 02*** | ***Förderung von Exzellenz in der weltweiten Lehre und Forschung zur europäischen Integration (Aktion Jean Monnet)*** | 1.1 | 34 546 000 | 24 217 999 | | | | | — |
| ***15 02 03*** | ***Förderung der europäischen Dimension des Sports*** | 1.1 | 16 167 000 | 9 333 711 | | | | | — |
| ***15 02 10*** | ***Besondere jährliche Sportveranstaltungen*** | 1.1 | 3 000 000 | 3 000 000 | | | | | — |
| ***15 02 11*** | ***Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung*** | 1.1 | 17 428 900 | 17 428 900 | 17 384 900 | 17 384 900 | 21 093 616,64 | 17 433 900,— | 100,03 |
| ***15 02 12*** | ***Europäische Stiftung für Berufsbildung*** | 4 | 20 018 500 | 20 018 500 | 20 026 500 | 20 526 500 | 20 144 530,— | 20 144 530,— | 100,63 |
| ***15 02 51*** | ***Abschluss von Tätigkeiten für lebenslanges Lernen (einschließlich Mehrsprachigkeit)*** | 1.1 | p.m. | 222 376 600 | 1 252 739 154 | 1 243 517 142 | 1 462 353 135,27 | 1 419 606 425,56 | 638,38 |
| ***15 02 53*** | ***Abschluss von Tätigkeiten im Bereich Jugend und Sport*** | 1.1 | p.m. | 30 000 000 | 145 539 000 | 127 457 227 | 187 988 961,93 | 175 054 140,98 | 583,51 |
| ***15 02 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 15 02 77 01 | Vorbereitende Maßnahme — An „Erasmus“ orientiertes Programm für Auszubildende | 1.1 | — | p.m. | — | 275 000 | 0,— | 0,— | — |

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 02 — ERASMUS FÜR ALLE** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 15 02 77 03 | Pilotprojekt zur Deckung der Kosten von Studien zur Spezialisierung auf die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) sowie für damit verbundene akademische Tätigkeiten, einschließlich der Einrichtung des Lehrstuhls für Europäische Nachbarschaftspolitik am Europakolleg in Natolin | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | 579 935 | 0,— | 179 300,99 | — |
| 15 02 77 04 | Pilotprojekt — Bildungsförderung durch Stipendien und Austausch im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik | 1.1 | — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 9 402,— | — |
| 15 02 77 05 | Vorbereitende Maßnahme zur Deckung der Kosten von Studien zur Spezialisierung auf die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) und damit verbundener akademischer Tätigkeiten sowie anderer Ausbildungsmodule einschließlich der Finanzierung des Lehrstuhls für Europäische Nachbarschaftspolitik am Campus des Europakollegs (Campus Natolin) | 1.1 | p.m. | 700 000 | 4 000 000 | 2 600 000 | 3 500 000,— | 2 800 000,— | 400,— |
| 15 02 77 06 | Vorbereitende Maßnahme — Amicus — Zusammenschluss von Mitgliedstaaten zur Einführung eines gemeinschaftlichen Universaldienstes | 1.1 | — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 9 745,32 | — |
| 15 02 77 07 | Vorbereitende Maßnahme im Bereich des Sports | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | 209 000 | 0,— | 865 410,41 | — |
| 15 02 77 08 | Vorbereitende Maßnahme — Europäische Partnerschaften im Bereich des Sports | 1.1 | p.m. | 2 492 800 | 4 000 000 | 2 500 000 | 3 999 269,19 | 1 308 190,39 | 52,48 |
| 15 02 77 09 | Vorbereitende Maßnahme — E-Plattform für Nachbarschaft | 1.1 | 1 000 000 | 500 000 | | | | | — |
| | *Artikel 15 02 77 — Subtotal* | | 1 000 000 | 3 692 800 | 8 000 000 | 6 163 935 | 7 499 269,19 | 5 172 049,11 | 140,06 |
| | **Kapitel 15 02 — Insgesamt** | | **1 560 917 292** | **1 227 243 693** | **1 443 689 554** | **1 415 049 704** | **1 699 079 513,03** | **1 637 411 045,65** | **133,42** |

***15 02 01 Förderung von Exzellenz und Zusammenarbeit in Europa im Bereich Bildung und Jugend, ihrer Relevanz für den Arbeitsmarkt und der Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben in Europa***

*Erläuterungen*

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen, auch in Bezug auf Sachleistungen, die von der CESES als Beitrag zu Unionsprojekten erbracht werden.

**KAPITEL 15 02 — ERASMUS FÜR ALLE** *(Fortsetzung)*

***15 02 01*** *(Fortsetzung)*

15 02 01 01 Förderung von Exzellenz und Zusammenarbeit in Europa im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung und ihrer Relevanz für den Arbeitsmarkt

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 315 662 350 | 794 000 037 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Im Einklang mit dem allgemeinen Ziel, insbesondere mit den Zielen des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (ET 2020) und dem Ziel der Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung des Hochschulwesens in Drittländern, verfolgt das Programm im Bereich allgemeine und berufliche Bildung die folgenden Einzelziele:

— Verbesserung des Niveaus der Schlüsselkompetenzen und Fertigkeiten insbesondere hinsichtlich ihrer Relevanz für den Arbeitsmarkt und ihres Beitrags zu einem stärkeren sozialen Zusammenhalt, insbesondere durch vielfältigere Möglichkeiten der Lernmobilität und durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Welt der allgemeinen und beruflichen Bildung und der Arbeitswelt;

— Förderung von Qualitätssteigerungen, von Spitzenleistungen bei Innovationen und der Internationalisierung auf der Ebene der allgemeinen und beruflichen Bildung, vor allem durch verbesserte länderübergreifende Zusammenarbeit der Anbieter auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung und anderer Interessenträger;

— Förderung der Entstehung eines europäischen Raums des lebenslangen Lernens, Ergänzung politischer Reformen auf nationaler Ebene, Unterstützung der Modernisierung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, insbesondere durch eine verstärkte politische Zusammenarbeit, die bessere Nutzung der Transparenz- und Anerkennungsinstrumente der Union und die Verbreitung bewährter Verfahren, sowie die diesbezügliche Sensibilisierung der Öffentlichkeit;

— Verbesserung der internationalen Dimension der allgemeinen und beruflichen Bildung, insbesondere durch die Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen der Union aus der EU und Drittländern in den Bereichen berufliche Aus- und Weiterbildung und Hochschulbildung, durch die Steigerung der Attraktivität der Hochschuleinrichtungen in der Union und die Unterstützung des auswärtigen Handelns der Union einschließlich der Entwicklungsziele, mittels Förderung der Mobilität und Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen aus der Union und Drittländern und gezieltem Aufbau von Kapazitäten in Drittländern;

— Verbesserung des Sprachunterrichts und des Erlernens von Sprachen sowie Förderung der sprachlichen Vielfalt, einschließlich wenig gesprochener und bedrohter Sprachen, zum Beispiel durch Lehrmaterial, Lehrerausbildung, Verwendung bedrohter Sprachen als Erziehungsmedium, Wiederbelebung von Sprachen, Austausch bewährter Verfahren usw. im Rahmen von Projekten und Netzwerken.

Ein Teil dieser Mittel soll für Maßnahmen vorgesehen werden, die von Senior-Experten der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihrer Mitgliederverbände auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen und insbesondere eine Finanzierung in Form von Sachleistungen durch CESES als Beitrag zu Unionsprojekten zu berücksichtigen.

Zu den bei diese Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerber des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 02 — ERASMUS FÜR ALLE** *(Fortsetzung)*

***15 02 01*** *(Fortsetzung)*

15 02 01 01 *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus den Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für die Teilnahme an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung von „Erasmus+", dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1719/2006/EG, Nr. 1720/2006/EG und Nr. 1298/2008/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 50).

15 02 01 02 Förderung von Exzellenz und Zusammenarbeit in Europa im Bereich Jugend und der Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben in Europa

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 153 094 542 | 103 175 146 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

In Einklang mit dem allgemeinen Ziel sollen mit diesen Mitteln die folgenden Einzelziele im Bereich Jugend verfolgt werden:

— Steigerung des Niveaus der Schlüsselkompetenzen und -fertigkeiten junger Menschen, einschließlich junger Menschen mit geringeren Chancen, sowie Förderung der Beteiligung am demokratischen Leben in Europa und am Arbeitsmarkt, des bürgerschaftlichen Engagements, des interkulturellen Dialogs sowie von sozialer Inklusion und Solidarität, insbesondere durch mehr Möglichkeiten der Lernmobilität für junge Menschen, für Menschen, die in der Jugendarbeit oder in Jugendorganisationen tätig sind, und für Jugendleiter sowie durch verstärkte Verbindungen zwischen dem Jugendbereich und dem Arbeitsmarkt;

— Förderung von Qualitätsverbesserungen in der Jugendarbeit, insbesondere durch verstärkte Zusammenarbeit zwischen den im Jugendbereich tätigen Organisationen und/oder anderen Beteiligten;

— Ergänzung der politischen Reformen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene; Förderung der Entwicklung wissens- und nachweisgestützter jugendpolitischer Maßnahmen sowie Anerkennung des nicht formalen und informellen Lernens, insbesondere durch eine verbesserte politische Zusammenarbeit, die bessere Nutzung der Transparenz- und Anerkennungsinstrumente der Union und die Verbreitung bewährter Verfahren;

— Ausbau der internationalen Dimension der Aktivitäten im Jugendbereich und der Rolle von Jugendbetreuerinnen und -betreuern und einschlägigen Organisationen als unterstützende Strukturen für junge Menschen ergänzend zum auswärtigen Handeln der Union, insbesondere durch die Förderung von Mobilität und Zusammenarbeit zwischen Beteiligten aus der Union und Drittländern sowie internationalen Organisationen und durch den gezielten Aufbau von Kapazitäten in Drittländern.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerber des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

**KAPITEL 15 02 — ERASMUS FÜR ALLE** *(Fortsetzung)*

***15 02 01*** *(Fortsetzung)*

15 02 01 02 *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus den Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für die Teilnahme an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung von „Erasmus+", dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1719/2006/EG, Nr. 1720/2006/EG und Nr. 1298/2008/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 50).

***15 02 02*** ***Förderung von Exzellenz in der weltweiten Lehre und Forschung zur europäischen Integration (Aktion Jean Monnet)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 34 546 000 | 24 217 999 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Im Einklang mit dem allgemeinen Ziel sind diese Mittel zur Erreichung der folgenden Einzelziele der Jean-Monnet-Aktivitäten bestimmt:

— Förderung der weltweiten Lehre und Forschung zur europäischen Integration mit Blick auf spezialisierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Lernende sowie Bürgerinnen und Bürger, insbesondere mittels Einrichtung von Jean-Monnet-Lehrstühlen und anderer akademischer Tätigkeiten sowie mittels Unterstützung von Aktivitäten zum Wissensaufbau an Hochschulen;

— Förderung der Aktivitäten von akademischen Einrichtungen bzw. Vereinigungen, die im Bereich der europäischen Integration aktiv sind und ein Jean-Monnet-Gütesiegel für Exzellenz unterstützen;

— Förderung von akademischen Einrichtungen in Europa, die ein Ziel von europäischem Interesse verfolgen;

— Förderung der strategischen Debatte und des Austauschs zwischen Hochschule und Politik über strategische Prioritäten der EU.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerber des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Einnahmen aus den Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für die Teilnahme an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 02 — ERASMUS FÜR ALLE** *(Fortsetzung)*

***15 02 02*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung von „Erasmus+", dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1719/2006/EG, Nr. 1720/2006/EG und Nr. 1298/2008/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 50).

***15 02 03 Förderung der europäischen Dimension des Sports***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 16 167 000 | 9 333 711 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Im Einklang mit dem allgemeinen Ziel sind diese Mittel dazu bestimmt, die Durchführung von politischen Maßnahmen der Union in den Bereichen zu unterstützen, die durch die Einzelziele (Artikel 11) und die Aktivitäten (Artikel 12) des betreffenden Kapitels vorgegeben werden.

Das Kapitel „Sport" des Programms „Erasmus für alle" sieht die folgenden Einzelziele vor:

— Abwehr länderübergreifender Bedrohungen für den Sport, beispielsweise Doping, Spielabsprachen, Gewalt, Rassismus und Intoleranz,

— Förderung von *Good Governance* im Sport sowie zweigleisigen Laufbahnen von Sportlerinnen und Sportlern,

— Unterstützung von sozialer Inklusion, Chancengleichheit und gesundheitsfördernder körperlicher Betätigung durch Steigerung der Beteiligung an sportlichen Aktivitäten.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerber des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Einnahmen aus den Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für die Teilnahme an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung von „Erasmus+", dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1719/2006/EG, Nr. 1720/2006/EG und Nr. 1298/2008/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 50).

**KAPITEL 15 02 — ERASMUS FÜR ALLE** *(Fortsetzung)*

***15 02 10 Besondere jährliche Sportveranstaltungen***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 3 000 000 | 3 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für den Abschluss der Maßnahmen bestimmt, die als besondere jährliche Sportveranstaltungen unterstützt werden.

Besondere jährliche Veranstaltung: Europäische MOVE-Woche.

Mittel für Verpflichtungen: 1 000 000 EUR; Zahlungen: 1 000 000 EUR.

Die europäische MOVE-Woche ist eine herausragende europaweite Veranstaltung zur Förderung des Breitensports, der körperlichen Betätigung und ihrer positiven Auswirkungen auf die Bürger und Gesellschaften Europas.

Die MOVE-Woche 2014 ist Teil der Vision, bis zum Jahr 2020 100 Millionen Europäer neu dazu zu bewegen, sich regelmäßig sportlich und körperlich zu betätigen. Es handelt sich um einen Bottom-up-Ansatz, in dessen Rahmen lokale Gemeinschaften, Sportvereine, Schulen, Arbeitsstätten und Städte in breit angelegte Fördermaßnahmen für Sport und körperliche Betätigung eingebunden sind. Die MOVE-Woche ist ein fester Bestandteil der europäischen NowWeMove-Kampagne und trägt somit nachhaltig dazu bei, dass die Bürger Europas körperlich aktiver und gesünder sind.

Die MOVE-Woche 2014 wird mindestens 300 Veranstaltungen aus allen 28 Mitgliedstaaten und mindestens 150 Städten umfassen, wobei neue Initiativen im Bereich Sport und körperliche Ertüchtigung vorgestellt und die zahlreichen bereits bestehenden erfolgreichen Aktionen ins Blickfeld gerückt werden.

Besondere jährliche Veranstaltung: europäische Sommerspiele der „Special Olympics“ in Antwerpen (Belgien) 2014

Mittel für Verpflichtungen: 2 000 000 EUR; Zahlungen: 2 000 000 EUR.

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten der Maßnahmen bestimmt, die als besondere jährliche Veranstaltungen unterstützt werden. 2 000 000 EUR sind für die Kofinanzierung der mehrjährigen Veranstaltung Europäische Sommerspiele der „Special Olympics“ bestimmt, die vom 13. bis 20. September 2014 in Antwerpen (Belgien) stattfinden. Mit Hilfe dieser Mittel können auch Athleten aus allen 28 Mitgliedstaaten in die Lage versetzt werden, zu trainieren, sich vorzubereiten und an den Spielen in Belgien teilzunehmen.

Bei dieser Veranstaltung werden sich 2 000 Sportler und ihre Delegationen aus 58 Ländern 10 Tage lang im Wettkampf messen. Mehr als 4 000 freiwillige Helfer werden dazu beitragen, dass dies ein einzigartiges sportliches Großereignis wird. Neben den Sportwettkämpfen finden auch andere wissenschaftliche Programme, Bildungsprogramme und Familienprogramme statt. Die Sportler werden in 30 belgischen Städten untergebracht, und Antwerpen richtet die Veranstaltung aus. Vor, während und nach den Spielen werden zahlreiche Sonderveranstaltungen organisiert.

*Rechtsgrundlagen*

Maßnahmen aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 02 — ERASMUS FÜR ALLE** *(Fortsetzung)*

### *15 02 11 Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 17 428 900 | 17 428 900 | 17 384 900 | 17 384 900 | 21 093 616,64 | 17 433 900,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 15 02 25 01 und 15 02 25 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben des Zentrums und seiner operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm bestimmt.

Das Zentrum muss die Haushaltsbehörde über Mittelübertragungen zwischen operativen und Verwaltungsausgaben unterrichten. Auf Antrag des Zentrums übernimmt die Kommission die Unterrichtung der Haushaltsbehörde über Mittelübertragungen zwischen operativen und Verwaltungsausgaben.

Der Stellenplan des Zentrums ist im Anhang „Stellenplan" dieses Einzelplans enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 17 433 900 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 17 428 900 EUR erhöht sich um 5 000 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 337/75 des Rates vom 10. Februar 1975 über die Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (ABl. L 39 vom 13.2.1975, S. 1).

### *15 02 12 Europäische Stiftung für Berufsbildung*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 20 018 500 | 20 018 500 | 20 026 500 | 20 526 500 | 20 144 530,— | 20 144 530,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 15 02 27 01 und 15 02 27 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Stiftung (Titel 1 und 2) und ihrer operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3) bestimmt.

Ferner sind sie dazu bestimmt, die Unterstützung der Partnerländer im Mittelmeerraum bei der Reform ihrer Arbeitsmärkte und Berufsausbildungssysteme sowie bei der Förderung des sozialen Dialogs und des Unternehmergeistes zu finanzieren.

Die Stiftung muss die Haushaltsbehörde über Mittelübertragungen zwischen operativen Ausgaben und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Der Stellenplan der Stiftung ist im Anhang „Stellenplan" dieses Einzelplans enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 20 143 500 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 20 018 500 EUR erhöht sich um 125 000 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1339/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 zur Errichtung einer Europäischen Stiftung für Berufsbildung (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 82).

**KAPITEL 15 02 — ERASMUS FÜR ALLE** *(Fortsetzung)*

### *15 02 51 Abschluss von Tätigkeiten für lebenslanges Lernen (einschließlich Mehrsprachigkeit)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 222 376 600 | 1 252 739 154 | 1 243 517 142 | 1 462 353 135,27 | 1 419 606 425,56 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 15 02 02, 15 02 03, 15 02 09 und 15 02 22*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerber des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Einnahmen aus den Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für die Teilnahme an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 2317/2003/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Dezember 2003 über ein Programm zur Verbesserung der Qualität der Hochschulbildung und Förderung des interkulturellen Verständnisses durch die Zusammenarbeit mit Drittstaaten (Erasmus Mundus) (2004-2008) (ABl. L 345 vom 31.12.2003, S. 1).

Beschluss Nr. 1298/2008/EG des Europäischen Parlaments vom 16. Dezember 2008 über das Aktionsprogramm Erasmus Mundus (2009-2013) zur Verbesserung der Qualität der Hochschulbildung und Förderung des interkulturellen Verständnisses durch die Zusammenarbeit mit Drittstaaten (ABl. L 340 vom 19.12.2008, S. 83).

Beschluss 2006/910/EG des Rates vom 4. Dezember 2006 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Erneuerung des Kooperationsprogramms im Bereich der Hochschul- und Berufsbildung (ABl. L 346 vom 9.12.2006, S. 33).

Beschluss 2006/964/EG des Rates vom 18. Dezember 2006 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung Kanadas zur Schaffung eines Kooperationsrahmens im Bereich von Hochschulbildung, Berufsbildung und Jugend (ABl. L 397 vom 30.12.2006, S. 14).

Beschluss 1999/382/EG des Rates vom 26. April 1999 über die Durchführung der zweiten Phase des gemeinschaftlichen Aktionsprogramms in der Berufsbildung Leonardo da Vinci (ABl. L 146 vom 11.6.1999, S. 33).

Beschluss Nr. 253/2000/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Januar 2000 über die Durchführung der zweiten Phase des gemeinschaftlichen Aktionsprogramms im Bereich der allgemeinen Bildung Sokrates (ABl. L 28 vom 3.2.2000, S. 1).

Entscheidung Nr. 2241/2004/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 über ein einheitliches Rahmenkonzept zur Förderung der Transparenz von Qualifikationen und Kompetenzen (Europass) (ABl. L 390 vom 31.12.2004, S. 6).

Beschluss Nr. 1720/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2006 über ein Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens (ABl. L 327 vom 24.11.2006, S. 45).

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 02 — ERASMUS FÜR ALLE** *(Fortsetzung)*

### *15 02 53 Abschluss von Tätigkeiten im Bereich Jugend und Sport*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 30 000 000 | 145 539 000 | 127 457 227 | 187 988 961,93 | 175 054 140,98 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 15 05 06, 15 05 09 und 15 05 55*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerber des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Einnahmen aus den Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für die Teilnahme an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Beschluss Nr. 1031/2000/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. April 2000 zur Einführung des gemeinschaftlichen Aktionsprogramms „Jugend" (ABl. L 117 vom 18.5.2000, S. 1).

Beschluss Nr. 1719/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2006 über die Einführung des Programms „Jugend in Aktion" im Zeitraum 2007-2013 (ABl. L 327 vom 24.11.2006, S. 30).

### *15 02 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*

15 02 77 01 Vorbereitende Maßnahme — An „Erasmus" orientiertes Programm für Auszubildende

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | 275 000 | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 15 02 23*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 15 02 — ERASMUS FÜR ALLE** *(Fortsetzung)*

***15 02 77*** *(Fortsetzung)*

15 02 77 03 Pilotprojekt zur Deckung der Kosten von Studien zur Spezialisierung auf die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) sowie für damit verbundene akademische Tätigkeiten, einschließlich der Einrichtung des Lehrstuhls für Europäische Nachbarschaftspolitik am Europakolleg in Natolin

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 579 935 | 0,— | 179 300,99 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 15 02 31*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

15 02 77 04 Pilotprojekt — Bildungsförderung durch Stipendien und Austausch im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 9 402,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 15 02 32*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 02 — ERASMUS FÜR ALLE** *(Fortsetzung)*

***15 02 77*** *(Fortsetzung)*

15 02 77 05 Vorbereitende Maßnahme zur Deckung der Kosten von Studien zur Spezialisierung auf die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) und damit verbundener akademischer Tätigkeiten sowie anderer Ausbildungsmodule einschließlich der Finanzierung des Lehrstuhls für Europäische Nachbarschaftspolitik am Campus des Europakollegs (Campus Natolin)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 700 000 | 4 000 000 | 2 600 000 | 3 500 000,— | 2 800 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 15 02 33*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Studienkosten von Personen aus den Partnerländern der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und von Personen, die sich auf die ENP spezialisieren, sowie der Kosten von damit verbundenen akademischen Tätigkeiten, einschließlich der dauerhaften Finanzierung des Lehrstuhls für ENP am Campus des Europakollegs in Natolin und anderer Ausbildungsmodule.

Die vor kurzem vor dem Hintergrund des Arabischen Frühlings überarbeitete Europäische Nachbarschaftspolitik, wie sie von der Kommission, vom Rat und vom Europäischen Parlament in deren jeweiligen Beschlüssen und Entschließungen konzipiert wurde, sowie die Union für den Mittelmeerraum und die Östliche Partnerschaft, die sich beide unmittelbar auf die südlichen und östlichen Nachbarstaaten beziehen, erfordern die regelmäßige Ausbildung künftiger Ansprechpartner in der Union und in den Nachbarländern, d. h. von Personal für Unions-ENP-bezogene Tätigkeiten. Diese Ansprechpartner sollten regelmäßig umfassend und professionell über die Inhalte und Ziele der Unionspolitik, das Unionsrecht und die Unionsorgane sowie den Besitzstand der Union und somit auch über die ENP informiert sein. Dies erfordert eine gezielte Ausbildung auf hohem Niveau, die nur von einem renommierten und diesbezüglich bereits spezialisierten Hochschulinstitut, d. h. dem Europakolleg, geleistet werden kann. Mit seinen beiden Standorten, einem in Brügge (Belgien), in der Nähe der Brüsseler Unionsorgane und des dort konzentrierten Fachwissens, und einem in Natolin/Warschau (Polen), der sich im Rahmen des mit Unionsmitteln eingerichteten Lehrstuhls für Europäische Nachbarschaftspolitik auf die Nachbarschafts- und Grenzpolitik spezialisiert (die Agentur Frontex hat ihren Sitz in Warschau), ist das Europakolleg bestens geeignet, maßgeschneiderte Programme und andere einschlägige Ausbildungsmodule anzubieten.

Angesichts der bisherigen positiven Erfahrungen mit dieser vorbereitenden Maßnahme sollte die Kommission im Rahmen des neuen mehrjährigen Finanzrahmens dafür sorgen, dass diese Haushaltslinie und ihre spezifischen Zielsetzungen nachhaltig fortgeführt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 15 02 — ERASMUS FÜR ALLE** *(Fortsetzung)*

***15 02 77*** *(Fortsetzung)*

15 02 77 06 Vorbereitende Maßnahme — Amicus — Zusammenschluss von Mitgliedstaaten zur Einführung eines gemeinschaftlichen Universaldienstes

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 9 745,32 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 15 05 10*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

15 02 77 07 Vorbereitende Maßnahme im Bereich des Sports

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 209 000 | 0,— | 865 410,41 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 15 05 11*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

15 02 77 08 Vorbereitende Maßnahme — Europäische Partnerschaften im Bereich des Sports

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 2 492 800 | 4 000 000 | 2 500 000 | 3 999 269,19 | 1 308 190,39 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 15 05 20*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 02 — ERASMUS FÜR ALLE** *(Fortsetzung)*

***15 02 77*** *(Fortsetzung)*

15 02 77 08 *(Fortsetzung)*

Diese vorbereitende Maßnahme dient zur Vorbereitung eines Programms im Bereich des Sports für den Zeitraum nach 2013; dabei sollen die Durchführbarkeit und Eignung bestehender Ideen und Konzepte zur Schaffung einer europäischen Dimension des Sports getestet werden.

Ziel der vorbereitenden Maßnahme ist es, europäische Partnerschaften und Netzwerke sowie den Austausch bewährter Verfahren zu testen. Dabei werden insbesondere folgende Schwerpunkte gesetzt:

— Fairness in Sportwettkämpfen durch Förderung von Maßnahmen, die Erscheinungen wie Spielabsprachen verhindern,

— physische und moralische Integrität von Sportlern sowie Trainingsbedingungen von Minderjährigen,

— Rolle des Sports als gesundheitsfördernde körperliche Betätigung, insbesondere im Hinblick auf ältere Menschen,

— Sensibilisierung für den Schutz der Gesundheit junger Sportler durch Kontrollen und ärztliche Untersuchungen,

— Mobilität im Sport, insbesondere für Freiwillige, Betreuer und Personal gemeinnütziger Sportorganisationen,

— Aufklärungsmaßnahmen über die soziale und erzieherische Funktion des Sports,

— gemeinsame grenzüberschreitende Sportwettkämpfe in benachbarten Regionen und Mitgliedstaaten,

— Sensibilisierung für und Sammlung von Informationen über traditionelle Sportarten, die zum gemeinsamen kulturellen Erbe Europas gehören,

— soziale Eingliederung und Projekte zur Unterstützung der lokalen Gemeinschaft; Sportvereine können auch in Bereichen, die nicht mit dem Sport zusammenhängen, einen Mehrwert darstellen.

In all diesen Bereichen müssen die lokalen Bedürfnisse in Bezug auf Alter und Zusammensetzung der Bevölkerung, Eingliederung, Integration, Zugänglichkeit, soziale Isolierung, Fitness und Gesundheit berücksichtigt werden.

Ein Teil der Mittel sollte zur Unterstützung der Initiative „Europäische Sporthauptstadt" verwendet werden, die von ACES Europe (Vereinigung der europäischen Sporthauptstädte) ins Leben gerufen wurde, um insbesondere die Verwaltung der Organisation, vor allem die Auswahl- und Vergabeverfahren, zu verbessern und so die geografische Abdeckung und die Außenwirkung dieser Initiative zu steigern.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 15 02 — ERASMUS FÜR ALLE** *(Fortsetzung)*

***15 02 77*** *(Fortsetzung)*

15 02 77 09 Vorbereitende Maßnahme — E-Plattform für Nachbarschaft

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 000 000 | 500 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Im Rahmen dieser vorbereitenden Maßnahme wird eine elektronische Plattform für Verwaltungsbehörden, lokale Stellen, akademische Zentren und die Zivilgesellschaft von Ländern der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) aufgebaut, über die flexibel und gleichzeitig zielgerichtet Kenntnisse und Know-how über Unionsangelegenheiten und den gemeinschaftlichen Besitzstand ausgetauscht werden können.

Die E-Plattform für Nachbarschaft wird den auf die Profile, Bedürfnisse und Einschränkungen der Beteiligten in den ENP-Ländern zugeschnittenen Austausch fördern, wobei die Ergebnisse einer gründlichen Vorabumsetzungs-, Entwicklungs- und Testphase berücksichtigt werden. Die E-Plattform wird innovative, auf das Internet gestützte und interaktive Lösungen umfassen und dabei auf den bei dem Übergang zur Demokratie gemachten Erfahrungen der Staaten Mittel- und Osteuropas aufbauen. Ergänzend werden eine Reihe von direkten Kontakten eingerichtet, die die Beziehungen zwischen Vertretern der ENP-Länder, akademischen Zentren und Verwaltungsstellen in der Union fördern und gleichzeitig eine Rückmeldung und die Schaffung von Netzwerken ermöglichen, damit die Ziele des Aufbaus von Kapazitäten verwirklicht werden. Die E-Plattform wird die Einbeziehung von führenden Sachverständigen, die Bereitstellung von Inhalten hoher Qualität, die Nutzung aktiver Kommunikationsformen und den Aufbau praxisbezogener Gemeinschaften ermöglichen.

Die vorbereitende Maßnahme wird vom Europakolleg (Campus Natolin), das über einzigartiges Wissen hinsichtlich demokratischer Übergangs- und Strukturveränderungsprozesse hin zur EU sowie über umfassende Erfahrungen in ENP-Angelegenheiten verfügt, welche für den Erfolg der vorbereitenden Maßnahme von Bedeutung sind, durchgeführt. Insbesondere ist Natolin der Sitz des mit Unionsgeldern geförderten ENP-Lehrstuhls, dessen akademische Mitarbeiter die Durchführung der E-Plattform für Nachbarschaft unterstützen können.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 03 — „HORIZONT 2020“**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | |
| 15 03 | „HORIZONT 2020“ | | | | | | | | |
| ***15 03 01*** | ***Wissenschaftliche Exzellenz*** | | | | | | | | |
| 15 03 01 01 | Marie Skłodowska-Curie-Maßnahmen — Schaffung neuer Qualifikationen und Innovation | 1.1 | 731 611 715 | 57 002 709 | | | | | — |
| | *Artikel 15 03 01 — Subtotal* | | 731 611 715 | 57 002 709 | | | | | — |
| ***15 03 05*** | ***Europäisches Innovations- und Technologieinstitut — Integration des Wissensdreiecks aus Hochschule, Forschung und Innovation*** | 1.1 | 235 059 644 | 121 406 196 | | | | | — |
| ***15 03 50*** | ***Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung*** | | | | | | | | |
| 15 03 50 01 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020) | 1.1 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 15 03 50 02 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (aus der Zeit vor 2014) | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 48 090 417,37 | 35 900 400,80 | — |
| | *Artikel 15 03 50 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 48 090 417,37 | 35 900 400,80 | — |
| ***15 03 51*** | ***Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — Siebtes Rahmenprogramm (2007-2013)*** | 1.1 | p.m. | 490 572 208 | 963 502 000 | 834 587 858 | 937 202 742,79 | 714 766 019,28 | 145,70 |
| ***15 03 53*** | ***Abschluss der Tätigkeiten des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts*** | 1.1 | p.m. | 48 401 107 | 122 574 960 | 93 740 589 | 81 020 666,16 | 68 332 105,16 | 141,18 |
| ***15 03 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 15 03 77 01 | Pilotprojekt — Wissenspartnerschaften | 1.1 | p.m. | 498 600 | p.m. | 499 900 | 997 196,40 | 498 598,20 | 100,— |
| | *Artikel 15 03 77 — Subtotal* | | p.m. | 498 600 | p.m. | 499 900 | 997 196,40 | 498 598,20 | 100,— |
| | **Kapitel 15 03 — Insgesamt** | | **966 671 359** | **717 880 820** | **1 086 076 960** | **928 828 347** | **1 067 311 022,72** | **819 497 123,44** | **114,16** |

*Erläuterungen*

Diese Erläuterungen gelten für alle Haushaltslinien dieses Kapitels.

Die Mittel werden für das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“(2014-2020) der Europäischen Union verwendet.

**KAPITEL 15 03 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

Das Programm spielt bei der Umsetzung der Europa-2020-Leitinitiative „Innovationsunion“ und anderer Leitinitiativen, wie „Ressourcenschonendes Europa“, „Eine Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“, „Digitale Agenda für Europa“, sowie für die Entwicklung und das Funktionieren des europäischen Forschungsraums (EFR) eine wesentliche Rolle. „Horizont 2020“ trägt zum Aufbau einer unionsweiten wissens- und innovationsgestützten Wirtschaft bei, indem es in ausreichendem Umfang zusätzliche Fördermittel für Forschung, Entwicklung und Innovation mobilisiert.

Es wird zur Erreichung der in Artikel 179 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union dargelegten allgemeinen Ziele durchgeführt, um zur Schaffung einer Wissensgesellschaft beizutragen, die auf dem Europäischen Forschungsraum aufbaut: Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf allen Ebenen in der gesamten Union, Steigerung der Dynamik, der Kreativität und der herausragenden Leistungen der europäischen Forschung bis an die Grenzen des Wissens, quantitative und qualitative Stärkung der Humanressourcen in Forschung und Technologie in Europa sowie der Forschungs- und Innovationskapazitäten in ganz Europa und Gewährleistung ihrer bestmöglichen Verwendung.

Die Artikel und Posten dieses Titels decken auch die Ausgaben für von der Kommission veranstaltete Sitzungen, Konferenzen, Workshops und Kolloquien von hohem wissenschaftlich-technischem Niveau und europäischem Interesse, für im Auftrag der Kommission durchgeführte Analysen und Bewertungen von hohem wissenschaftlich-technischem Niveau, die der Erschließung neuer, für die Aktionen der Union geeigneter Forschungsbereiche dienen (insbesondere im Rahmen des Europäischen Forschungsraums), wie auch für die Programmbetreuung und die Verbreitung der Ergebnisse, darunter für Maßnahmen, die im Zuge früherer Rahmenprogramme durchgeführt wurden.

Die Verwendung dieser Mittel erfolgt gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1290/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Regeln für die Beteiligung am Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“(2014-2020) sowie für die Verbreitung der Ergebnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 81).

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Bei einigen dieser Projekte ist die Möglichkeit einer Beteiligung von Drittländern an der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlich-technischen Forschung vorgesehen. Mögliche Finanzbeiträge, die in Posten 6 0 1 3 und 6 0 1 5 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen.

Einnahmen von Staaten, die sich an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligen, werden in Posten 6 0 1 6 des Einnahmenplans ausgewiesen und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerber des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Einnahmen aus Beiträgen Dritter zu Tätigkeiten der Union, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen.

Zusätzliche Mittel werden in Posten 15 03 50 01 ausgewiesen.

Die Verwaltungsmittel dieses Kapitels werden in Artikel 15 01 05 ausgewiesen.

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 03 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

### *15 03 01 Wissenschaftliche Exzellenz*

*Erläuterungen*

Diese Priorität von „Horizont 2020“ zielt darauf ab, die Exzellenz der Wissenschaftsbasis der Europäischen Union zu stärken und auszuweiten und stets über eine im Vergleich zur Weltspitze erstklassige Forschung zu verfügen, damit die langfristige Wettbewerbsfähigkeit Europas gesichert ist. Angestrebt wird, die besten Ideen zu fördern, Talente innerhalb Europas aufzubauen, Forschern den Zugang zu wichtigen Forschungsinfrastrukturen zu ermöglichen und Europa zu einem attraktiven Standort für die weltbesten Wissenschaftler zu machen. Welche Forschungstätigkeiten finanziert werden, wird ohne vorab festgelegte thematische Prioritäten entsprechend den Erfordernissen und Möglichkeiten der Wissenschaft entschieden. Die Forschungsagenda wird in enger Abstimmung mit der wissenschaftlichen Gemeinschaft aufgestellt, und Grundlage für die Forschungsförderung ist die Exzellenz.

15 03 01 01 Marie Skłodowska-Curie-Maßnahmen — Schaffung neuer Qualifikationen und Innovation

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 731 611 715 | 57 002 709 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Europa braucht eine starke und kreative Grundlage an Humanressourcen, die länder- und branchenübergreifend mobil sind, und muss für die besten europäischen und nichteuropäischen Wissenschaftler attraktiv sein. Hierzu gilt es insbesondere, bei einem beträchtlichen Teil der Erstausbildung von Forschern und Doktoranden in einem frühen Stadium die Exzellenz zu strukturieren und zu verbessern und attraktive weltweite Laufbahnmöglichkeiten für erfahrene Forscher des öffentlichen und privaten Sektors zu unterstützen. Die Forscher sollen zu länder-, sektor- und fachübergreifender Mobilität ermutigt werden, um ihre Kreativität und ihr Innovationspotenzial zu erhöhen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c.

### *15 03 05 Europäisches Innovations- und Technologieinstitut — Integration des Wissensdreiecks aus Hochschule, Forschung und Innovation*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 235 059 644 | 121 406 196 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der Personal- und Verwaltungsausgaben sowie der operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm des EIT einschließlich der vom EIT benannten Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KIC).

Das EIT muss die Haushaltsbehörde über Mittelübertragungen zwischen operativen und Verwaltungsausgaben unterrichten. Auf Antrag des EIT übernimmt die Kommission die Unterrichtung der Haushaltsbehörde über Mittelübertragungen zwischen operativen und Verwaltungsausgaben.

**KAPITEL 15 03 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

***15 03 05*** *(Fortsetzung)*

Im Rahmen der Strategischen Innovationsagenda des EIT sowie der Verordnung (EU) Nr. 1292/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 294/2008 zur Errichtung des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 174) wird das EIT zur Erreichung des allgemeinen Ziels und der Prioritäten des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ beitragen und insbesondere auf die Integration des Wissensdreiecks aus Hochschule, Forschung und Innovation hinwirken. Das EIT soll der Innovationskapazität Europas die dringend benötigten Impulse geben und insgesamt einen neuen, europäischen Weg etablieren, um durch Innovation Wirtschaftswachstum und gesellschaftlichen Nutzen zu generieren; hierzu soll es innovative Ideen in Produkte und Dienstleistungen umwandeln, die über das Potenzial für nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplatzschaffung verfügen.

Die Wissens- und Innovationsgemeinschaften bilden das operative Fundament des EIT. Sie sind auf Exzellenz ausgerichtete Partnerschaften, die das gesamte Innovationsnetz in sich vereinen, um in Europa neue Innovationschancen zu erschließen und eine spürbare Wirkung in Form von Unternehmensgründungen und gesellschaftlichem Nutzen zu erzielen. An den auf konkrete Innovationsthemen ausgerichteten KIC sind öffentliche und private Forschungsorganisationen, innovative Industrieunternehmen, Hochschuleinrichtungen, Investoren, Start-ups und Spin-offs beteiligt. Die ersten drei KIC wurden im Dezember 2009 ausgewählt. Sie befassen sich mit den folgenden gesellschaftlichen Herausforderungen: Anpassung an den Klimawandel und Minderung seiner Folgen (Climate-KIC), nachhaltige Energieversorgung (KIC InnoEnergy) und künftige Informations- und Kommunikationsgesellschaft (EIT ICT Labs).

Das EIT soll eine spürbare Wirkung in folgenden Bereichen erzielen:

— Bewältigung maßgeblicher gesellschaftlicher Herausforderungen: Als Pool für Expertenwissen aus unterschiedlichen Fachrichtungen können die KIC innovative, umfassende Antworten auf komplexe gesellschaftliche Herausforderungen erarbeiten;

— Schaffung eines klaren, unternehmensfreundlichen Rahmens: Die Hauptbenchmark für den Erfolg des EIT und der KIC wird das Aufgreifen neuer Ideen zur Schaffung neuer Produkte, Dienstleistungen oder Unternehmen sein;

— ungehinderter Wissensfluss durch Kolokation: Die Organisation der KIC basiert auf so genannten „Kolokationszentren“. Diese geografischen Standorte ermöglichen es, dass sich die meisten oder alle Glieder der Innovationskette in unmittelbarer räumlicher Nähe befinden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der persönlichen Zusammenarbeit von Menschen mit unterschiedlichsten Hintergründen (hinsichtlich Wissenschaftszweig, Nationalität, Geschlecht, Fachgebiet usw.), wodurch eine beträchtliche Wissensmobilität entsteht;

— Schaffung einer neuen Generation von Unternehmerinnen und Unternehmern: Unternehmerisch denkende Menschen sind die Triebfedern der Innovation und halten unsere Wirtschaft und Gesellschaft in Bewegung. Die Förderung der unternehmerischen Bildung ist ein Hauptmerkmal des EIT, weshalb der Schwerpunkt der Master- und Promotionsprogramme der KIC nicht bei der puren Wissensaneignung, sondern beim „Learning by doing“ liegt. Die auf Lernergebnisse und den Einsatz innovativer Lehrmethoden ausgerichteten Master- und Promotionsprogramme vermitteln den Studierenden die unternehmerischen Fähigkeiten, die sie für eine erfolgreiche Tätigkeit in der wissensbasierten Wirtschaft benötigen.

Die strategischen Ziele des EIT im laufenden Planungszeitraum sind die Konsolidierung seiner Aktivitäten, die intensivere Ausschöpfung von Synergien sowie die Umsetzung von Vorbereitungsmaßnahmen zur Erreichung der Prioritäten der Strategischen Innovationsagenda (2014-2020). Hierzu sollen erstens mehr Anreize für Wachstum, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit geschaffen werden, indem die Partnerschaft mit den drei bestehenden KIC weiter verstärkt und zugleich neue KIC eingerichtet werden. Bei der Einrichtung dieser neuen KIC wird das EIT einen graduellen Wachstumsansatz verfolgen, und im Zeitraum 2014-2020 bis zu neun KIC benennen (was der Einrichtung von 40-50 Kolokationszentren in der ganzen Union entspricht). Zweitens wird die Wirkung des EIT durch die umfassende Verbreitung neuer Innovationsmodelle in der gesamten Union verstärkt, die die unternehmerisch ausgerichtete Innovation sowie die Attraktivität für Talente aus ganz Europa und deren Weiterentwicklung fördern. Und drittens sollen neben einer ergebnisorientierten Überwachung neue wirkungsorientierte Instrumente eingeführt werden.

Der Stellenplan des EIT ist im Anhang „Stellenplan“ dieses Einzelplans enthalten.

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 03 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

***15 03 05*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG, insbesondere Artikel 5 Absatz 5.

Verordnung (EU) Nr. 1292/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 294/2008 zur Errichtung des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts, (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 174).

***15 03 50 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung***

15 03 50 01 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Die Mittel dieses Postens sind dazu bestimmt, die Ausgaben zu decken, die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen im Zeitraum 2014-2020 entsprechen und die durch die Teilnahme nicht dem EWR angehörender Dritter oder Drittstaaten an Projekten im Bereich Forschung und technologische Entwicklung entstehen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können aus Einnahmen, die unter den Posten 6 0 1 3, 6 0 1 5, 6 0 1 6, 6 0 3 1 und 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, gegebenenfalls zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

15 03 50 02 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (aus der Zeit vor 2014)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 48 090 417,37 | 35 900 400,80 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 15 07 78*

Die Mittel dieses Postens sind dazu bestimmt, die Ausgaben zu decken, die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen im Zeitraum 2014-2020 entsprechen und die durch die Teilnahme nicht dem EWR angehörender Dritter oder Drittstaaten an Projekten im Bereich Forschung und technologische Entwicklung entstehen.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können aus Einnahmen, die unter den Posten 6 0 1 3, 6 0 1 5, 6 0 1 6, 6 0 3 1 und 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, gegebenenfalls zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

**KAPITEL 15 03 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

### *15 03 51 Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — Siebtes Rahmenprogramm (2007-2013)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 490 572 208 | 963 502 000 | 834 587 858 | 937 202 742,79 | 714 766 019,28 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 15 07 77*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Festlegung der Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an Maßnahmen des Siebten Rahmenprogramms sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse (2007-2013) (ABl. L 391 vom 30.12.2006, S. 1).

Beschluss Nr. 1982/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007 bis 2013) (ABl. L 412 vom 30.12.2006, S. 1).

Entscheidung 2006/973/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm Menschen zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 272).

### *15 03 53 Abschluss der Tätigkeiten des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 48 401 107 | 122 574 960 | 93 740 589 | 81 020 666,16 | 68 332 105,16 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 15 02 11 01 (teilweise) und 15 02 11 02*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Der Stellenplan des EIT ist im Anhang „Stellenplan“ dieses Einzelplans enthalten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 294/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 zur Errichtung des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (ABl. L 97 vom 9.4.2008, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 03 — „HORIZONT 2020“** *(Fortsetzung)*

### *15 03 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*

15 03 77 01 Pilotprojekt — Wissenspartnerschaften

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 498 600 | p.m. | 499 900 | 997 196,40 | 498 598,20 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 15 07 79*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 15 04 — KREATIVES EUROPA**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 15 04 | KREATIVES EUROPA | | | | | | | | |
| ***15 04 01*** | ***Stärkung der Finanzkraft der Kultur- und Kreativbranche, insbesondere von KMU und von Organisationen*** | 3 | 9 000 000 | 6 500 000 | | | | | — |
| ***15 04 02*** | ***Unterprogramm für Kultur — Unterstützungsmaßnahmen für die grenzübergreifende Tätigkeit und Mobilität der Kultur- und Kreativbranche in der Union und in der Welt*** | 3 | 53 922 000 | 28 577 000 | | | | | — |
| ***15 04 03*** | ***Unterprogramm für Medien — Unterstützungsmaßnahmen für die grenzübergreifende Tätigkeit und Mobilität der Kultur- und Kreativbranche in der Union und in der Welt*** | 3 | 103 321 000 | 55 268 825 | | | | | — |
| ***15 04 51*** | ***Abschluss von Programmen und Maßnahmen im Bereich Kultur und Sprache*** | 3 | p.m. | 26 615 566 | 59 656 000 | 52 550 823 | 63 796 934,50 | 56 408 444,56 | 211,94 |
| ***15 04 53*** | ***Abschluss früherer MEDIA-Programme*** | 3 | p.m. | 53 000 000 | 112 609 000 | 105 295 588 | 123 018 815,96 | 113 589 085,50 | 214,32 |
| ***15 04 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 15 04 77 01 | Pilotprojekt — Wirtschaft der kulturellen Vielfalt | 3 | p.m. | 139 264 | 250 000 | 350 000 | 696 320,— | 0,— | 0,— |
| 15 04 77 02 | Pilotprojekt — Mobilität von Künstlern | 3 | — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 420 808,30 | — |
| 15 04 77 03 | Vorbereitende Maßnahme — Kultur und Außenbeziehungen | 3 | p.m. | 339 973 | 200 000 | 200 000 | 485 675,— | 0,— | 0,— |
| 15 04 77 04 | Pilotprojekt — Europäische Plattform für Festivals | 3 | p.m. | 200 000 | 1 000 000 | 500 000 | | | — |
| 15 04 77 06 | Vorbereitende Maßnahme — Verbreitung von audiovisuellen Werken im digitalen Umfeld | 3 | 1 000 000 | 1 499 100 | 2 000 000 | 1 000 000 | 2 000 000,— | 1 600 442,52 | 106,76 |

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 04 — KREATIVES EUROPA** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 15 04 77 07 | Pilotprojekt — Förderung der europäischen Integration durch Kultur — Bereitstellung neu untertitelter Fassungen von ausgewählten Fernsehprogrammen in ganz Europa | 3 | 1 500 000 | 750 000 | | | | | — |
| | *Artikel 15 04 77 — Subtotal* | | 2 500 000 | 2 928 337 | 3 450 000 | 2 050 000 | 3 181 995,— | 2 021 250,82 | 69,02 |
| | **Kapitel 15 04 — Insgesamt** | | **168 743 000** | **172 889 728** | **175 715 000** | **159 896 411** | **189 997 745,46** | **172 018 780,88** | **99,50** |

***15 04 01 Stärkung der Finanzkraft der Kultur- und Kreativbranche, insbesondere von KMU und von Organisationen***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 9 000 000 | 6 500 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen der Deckung der Ausgaben für die nachstehenden Maßnahmen im Zusammenhang mit dem branchenübergreifenden Aktionsbereich des Programms „Kreatives Europa".

Die Fazilität für die Kultur- und Kreativbranche ist auf folgende Prioritäten ausgerichtet: Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungen für kleine und mittlere Unternehmen und Organisationen der europäischen Kultur- und Kreativbranche; Verbesserung der Fähigkeit von Finanzinstituten, Kultur- und Kreativprojekte zu bewerten, einschließlich fachlicher Unterstützungs- und Vernetzungsmaßnahmen.

Dies soll auf folgendem Wege erreicht werden:

— Bereitstellung von Garantien für geeignete Finanzmittler aus allen Teilnahmeländern des Programms „Kreatives Europa",

— Bereitstellung zusätzlichen Fachwissens und zusätzlicher Kapazitäten für Finanzmittler, um die Risikobewertung von Akteuren in der Kultur- und Kreativbranche vorzunehmen.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerber des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Einnahmen aus den Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung für zusätzliche Ausgaben bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

**KAPITEL 15 04 — KREATIVES EUROPA** *(Fortsetzung)*

***15 04 01*** *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus den Beiträgen der Länder des europäischen Nachbarschaftsraums gemäß den in den Rahmenabkommen mit diesen Ländern für deren Teilnahme an Unionsprogrammen festgelegten Verfahren, die in Posten 6 0 3 1des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Rückzahlungen im Zusammenhang mit Finanzierungsinstrumenten gemäß Artikel 140 Absatz 6 der Haushaltsordnung, einschließlich Rückflüssen, freigegebenen Garantien und Erstattungen auf den Darlehensbetrag, die an die Kommission gezahlt und in Posten 6 3 4 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe i der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1295/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung des Programms Kreatives Europa (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1718/2006/EG, Nr. 1855/2006/EG und Nr. 1041/2009/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 221).

***15 04 02*** ***Unterprogramm für Kultur — Unterstützungsmaßnahmen für die grenzübergreifende Tätigkeit und Mobilität der Kultur- und Kreativbranche in der Union und in der Welt***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 53 922 000 | 28 577 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für folgende Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Aktionsbereich Kultur des Programms „Kreatives Europa“:

— Förderung von Aktionen, die den Akteuren Kompetenzen und Know-how für die Anpassung an die Digitaltechnik vermitteln, darunter die Erprobung neuer Ansätze für Geschäftsmodelle und den Auf- bzw. Ausbau von Publikumsschichten,

— Förderung von Aktionen, die die Akteure beim Aufbau einer internationalen Karriere in- und außerhalb Europas unterstützen,

— Stärkung der europäischen Akteure sowie internationaler Kulturnetzwerke, um den Zugang zu beruflichen Chancen zu erleichtern.

Für den Bereich der transnationalen Verbreitung gelten die folgenden Prioritäten:

— Unterstützung internationaler Tourneen, Veranstaltungen und Ausstellungen,

— Förderung der Verbreitung europäischer Literatur,

— Förderung des Auf- und Ausbaus von Publikumsschichten als eine Möglichkeit, das Interesse an europäischen kulturellen Werken zu beleben.

*Fördermaßnahmen im Aktionsbereich Kultur*

Im Aktionsbereich Kultur werden folgende Maßnahmen gefördert:

— transnationale Kooperationen von Akteuren aus verschiedenen Ländern, um branchenspezifische oder branchenübergreifende Aktivitäten durchzuführen,

— Aktivitäten europäischer Stellen, darunter Netzwerke von Akteuren verschiedener Länder,

— systemrelevante und breitenwirksame Aktivitäten von Organisationen, die eine europäische Promotion-Plattform für junge Talente bieten und das Zirkulieren von Künstlerinnen und Künstlern sowie Werken fördern,

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 04 — KREATIVES EUROPA** *(Fortsetzung)*

***15 04 02*** *(Fortsetzung)*

— Förderung der literarischen Übersetzung,

— besondere Aktionen, die den Reichtum und die Vielfalt der europäischen Kulturen deutlicher sichtbar machen und den interkulturellen Dialog sowie das gegenseitige Verstehen fördern, darunter europäische Kulturpreise, das Europäische Kulturerbe-Siegel und die Initiative Kulturhauptstadt Europas.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerber des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Einnahmen aus den Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung für zusätzliche Ausgaben bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Einnahmen aus den Beiträgen der Länder des europäischen Nachbarschaftsraums gemäß den in den Rahmenabkommen mit diesen Ländern für deren Teilnahme an Unionsprogrammen festgelegten Verfahren, die in Posten 6 0 3 1des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1295/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung des Programms Kreatives Europa (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1718/2006/EG, Nr. 1855/2006/EG und Nr. 1041/2009/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 221).

***15 04 03*** ***Unterprogramm für Medien — Unterstützungsmaßnahmen für die grenzübergreifende Tätigkeit und Mobilität der Kultur- und Kreativbranche in der Union und in der Welt***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 103 321 000 | 55 268 825 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für folgende Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Aktionsbereich Medien des Programms „Kreatives Europa":

— Förderung des Erwerbs von Kompetenzen und des Aufbaus von Netzwerken sowie vor allem des Einsatzes von Digitaltechnik, um die Anpassung an die Marktentwicklung zu gewährleisten,

— Erhöhung der Kapazität von AV-Akteuren, audiovisuelle Werke zu erstellen, die das Potenzial zur Verbreitung in- und außerhalb Europas haben; Förderung der europäischen und internationalen Koproduktion — auch mit TV-Sendern,

— Förderung des Austauschs zwischen Unternehmen durch besseren Zugang zu Märkten und Unternehmensinstrumenten für AV-Akteure, damit ihre Projekte auf den europäischen und internationalen Märkten stärker wahrgenommen werden.

**KAPITEL 15 04 — KREATIVES EUROPA** *(Fortsetzung)*

***15 04 03*** *(Fortsetzung)*

— Förderung des Kinoverleihs dadurch, dass AV-Projekte transnational vermarktet, gekennzeichnet, verbreitet und vorgeführt werden,

— Förderung der transnationalen Vermarktung und Verbreitung auf Online-Plattformen,

— Förderung des Auf- und Ausbaus von Publikumsschichten — vor allem mittels Werbung, Veranstaltungen, Filmkompetenz und Festivals — als eine Möglichkeit, das Interesse an AV-Werken zu beleben,

— Förderung flexibler neuer Vertriebswege, damit neue Geschäftsmodelle entstehen können.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerber des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Einnahmen aus den Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung für zusätzliche Ausgaben bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Einnahmen aus den Beiträgen der Länder des europäischen Nachbarschaftsraums gemäß den in den Rahmenabkommen mit diesen Ländern für deren Teilnahme an Unionsprogrammen festgelegten Verfahren, die in Posten 6 0 3 1des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

)Verordnung (EU) Nr. 1295/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung des Programms Kreatives Europa (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1718/2006/EG, Nr. 1855/2006/EG und Nr. 1041/2009/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 221).

## *15 04 51 Abschluss von Programmen und Maßnahmen im Bereich Kultur und Sprache*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 26 615 566 | 59 656 000 | 52 550 823 | 63 796 934,50 | 56 408 444,56 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 15 04 44 und 15 04 50 sowie Posten 15 04 09 01*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 04 — KREATIVES EUROPA** *(Fortsetzung)*

***15 04 51*** *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerber des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 508/2000/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Februar 2000 über das Programm „Kultur 2000“ (ABl. L 63 vom 10.3.2000, S. 1).

Beschluss Nr. 792/2004/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Förderung von auf europäischer Ebene tätigen kulturellen Einrichtungen (ABl. L 138 vom 30.4.2004, S. 40).

Beschluss Nr. 1855/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über das Programm „Kultur“ (2007-2013) (ABl. L 372 vom 27.12.2006, S. 1).

Beschluss Nr. 1194/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 zur Schaffung einer Maßnahme der Europäischen Union für das Europäische Kulturerbe-Siegel (ABl. L 303 vom 22.11.2011, S. 1).

***15 04 53*** ***Abschluss früherer MEDIA-Programme***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 53 000 000 | 112 609 000 | 105 295 588 | 123 018 815,96 | 113 589 085,50 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 15 04 09 02 und 15 04 66 01 sowie Artikel 15 04 68*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerber des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Einnahmen aus den Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für die Teilnahme an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2000/821/EG des Rates vom 20. Dezember 2000 zur Durchführung eines Programms zur Förderung von Entwicklung, Vertrieb und Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich europäischer audiovisueller Werke (MEDIA Plus — Entwicklung, Vertrieb und Öffentlichkeitsarbeit) (2001-2005) (ABl. L 336 vom 30.12.2000, S. 82).

**KAPITEL 15 04 — KREATIVES EUROPA** *(Fortsetzung)*

***15 04 53*** *(Fortsetzung)*

Beschluss Nr. 163/2001/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Januar 2001 zur Durchführung eines Fortbildungsprogramms für die Fachkreise der europäischen audiovisuellen Programmindustrie (MEDIA-Fortbildung) (2001-2005) (ABl. L 26 vom 27.1.2001, S. 1).

Beschluss Nr. 1718/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2006 zur Umsetzung eines Förderprogramms für den europäischen audiovisuellen Sektor (MEDIA 2007) (ABl. L 327 vom 24.11.2006, S. 12).

Beschluss Nr. 1041/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über ein Programm für die Zusammenarbeit mit Fachkräften aus Drittländern im audiovisuellen Bereich (MEDIA Mundus) (OJ L 288 vom 4.11.2009, S. 10.).

### *15 04 77* ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

15 04 77 01 Pilotprojekt — Wirtschaft der kulturellen Vielfalt

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 139 264 | 250 000 | 350 000 | 696 320,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 15 04 10*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

15 04 77 02 Pilotprojekt — Mobilität von Künstlern

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 420 808,30 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 15 04 45*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 04 — KREATIVES EUROPA** *(Fortsetzung)*

***15 04 77*** *(Fortsetzung)*

15 04 77 03 Vorbereitende Maßnahme — Kultur und Außenbeziehungen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 339 973 | 200 000 | 200 000 | 485 675,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 15 04 46*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Mit dieser vorbereitenden Maßnahme soll eine Strategie für kulturelle Aktivitäten im Rahmen der europäischen Außenbeziehungen vorbereitet werden, die eine stärkere Einbindung von europäischen Akteuren und Vertretern von Drittländern, Kultureinrichtungen und NRO ermöglicht.

Daher sollen Arbeitssitzungen durchgeführt werden, die darauf ausgerichtet sind, Ressourcen für die kulturelle Zusammenarbeit zu mobilisieren und eine europäische Definition der potenziellen kulturellen Auswirkungen der Union zu erarbeiten.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

15 04 77 04 Pilotprojekt — Europäische Plattform für Festivals

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 200 000 | 1 000 000 | 500 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 15 04 48*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

Mit der Schaffung einer europäischen Plattform für Festivals bewirkt die Union Folgendes:

— Sie schafft einen Mehrwert durch eine höhere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Europa an Festivals;

— sie unterstützt die Bemühungen von Festivals für die Weiterentwicklung der Strategie Europa 2020 für Wachstum und Arbeitsplätze;

**KAPITEL 15 04 — KREATIVES EUROPA** *(Fortsetzung)*

***15 04 77*** *(Fortsetzung)*

15 04 77 04 *(Fortsetzung)*

— sie macht die Arbeit von Festivals auf lokaler und regionaler Ebene besser sichtbar und fördert die Wahrnehmung des kulturellen Erbes;

— sie fördert den Kulturtourismus als Teil des neuen Vertrags;

— sie stellt eine nachhaltige Vernetzung und eine umfassende Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern sicher.

Dieses Pilotprojekt fungiert als Multiplikator für die von Festivals ausgehende Energie und trägt zur Förderung eines intelligenten, inklusiven und nachhaltigen Europas bei.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

15 04 77 06 Vorbereitende Maßnahme — Verbreitung von audiovisuellen Werken im digitalen Umfeld

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 000 000 | 1 499 100 | 2 000 000 | 1 000 000 | 2 000 000,— | 1 600 442,52 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 15 04 66 03*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Diese Maßnahme zielt darauf ab, Informationen über den Grad der Komplementarität zwischen den verschiedenen Vertriebsplattformen für europäische Filme zur Verfügung zu stellen: Kinoaufführung, Video-on-Demand, DVD und möglicherweise Ausstrahlung im Fernsehen.

Diese vorbereitende Maßnahme untersucht, welche Auswirkungen eine gleichzeitige oder teilweise gleichzeitige Freigabe auf allen verfügbaren Vertriebsplattformen in mehreren Hoheitsgebieten hat. Damit diese Art von Experiment nützlich ist, müssen zwei Kriterien erfüllt sein:

— Fokussierung auf Filme mit ungeeigneten Veröffentlichungsfenstern, also Werke, bei denen ein Kinovertrieb problematisch erscheint (Fehlen eines Filmverleihs, begrenzte Anzahl von Filmkopien, erster Film usw.),

— Einbeziehung einer Mindestanzahl an Filmen (mindestens 30) und einer signifikanten Anzahl an Ländern. Dieses quantitative Kriterium ist unerlässlich, damit aus dieser vorbereitenden Maßnahme aussagekräftige Schlüsse gezogen werden können.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

**KAPITEL 15 04 — KREATIVES EUROPA** *(Fortsetzung)*

***15 04 77*** *(Fortsetzung)*

15 04 77 07 Pilotprojekt — Förderung der europäischen Integration durch Kultur — Bereitstellung neu untertitelter Fassungen von ausgewählten Fernsehprogrammen in ganz Europa

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 500 000 | 750 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Die Förderung des kulturellen europäischen Aufbauwerks ist in einer digitalisierten europäischen Wirtschaft unerlässlich. In diesem Zusammenhang müssen Unionsvertreter den kulturellen Interessenträgern Europas bei der Suche nach neuen Werkzeugen zur Verbreitung audiovisueller Inhalte behilflich sein. Die digitale Revolution bietet den europäischen Interessenträgern eine außerordentliche Möglichkeit für die grenzüberschreitende Online-Verbreitung von Inhalten; diese Verbreitung wird jedoch in der Praxis häufig durch Sprachbarrieren gebremst. Durch die Bereitstellung neuer und mannigfaltiger untertitelter Fassungen von ausgewählten Fernsehprogrammen in ganz Europa sollen mit diesem Projekt die Auswirkungen der sprachlichen Unterschiede auf die grenzüberschreitende digitale Verbreitung audiovisueller kultureller Inhalte bewertet werden. Dieses Projekt beinhaltet eine wissenschaftliche Beurteilung, in deren Rahmen die Reichweite der Inhalte und des Publikums mit und ohne verschiedene Sprachfassungen inner- und außerhalb Europas ermittelt und verglichen wird. Die durch das Projekt zu unterstützenden Programme können transparent ausgewählt werden, und alle europäischen Interessenträger können von den gemachten Erfahrungen und den erzielten Ergebnissen profitieren. Ziel ist eindeutig, neue Geschäftsmodelle für die europäischen Interessenträger im Medienbereich zu entwickeln und die Möglichkeit für die Unionsorgane zu schaffen, die Ergebnisse in ihre zukünftigen politischen Initiativen einfließen zu lassen.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 49 Absatz 6 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 15 — BILDUNG UND KULTUR*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „BILDUNG UND KULTUR“

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „BILDUNG UND KULTUR“

KOMMISSION

*TITEL 16*

**KOMMUNIKATION**

# TITEL 16

# KOMMUNIKATION

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 16 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOMMUNIKATION“ | 125 826 400 | 125 826 400 | 128 923 159 | 128 923 159 | 128 705 485,41 | 128 705 485,41 |
| 16 02 | FÖRDERUNG DER UNIONSBÜRGERSCHAFT | 24 800 000 | 27 410 600 | 29 080 000 | 28 793 787 | 29 087 891,61 | 30 647 733,59 |
| 16 03 | KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN | 95 730 000 | 91 659 374 | 107 239 000 | 94 611 995 | 107 112 672,80 | 98 583 705,19 |
| | **Titel 16 — Insgesamt** | **246 356 400** | **244 896 374** | **265 242 159** | **252 328 941** | **264 906 049,82** | **257 936 924,19** |

KOMMISSION
*TITEL 16 — KOMMUNIKATION*

# TITEL 16

# KOMMUNIKATION

## KAPITEL 16 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOMMUNIKATION“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 16 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOMMUNIKATION“ | | | | | |
| ***16 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Kommunikation“*** | | | | | |
| 16 01 01 01 | Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Kommunikation“ | 5.2 | 63 750 856 | 64 377 063 | 61 925 911,93 | 97,14 |
| | *Artikel 16 01 01 — Subtotal* | | 63 750 856 | 64 377 063 | 61 925 911,93 | 97,14 |
| ***16 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Sprachendienste“*** | | | | | |
| 16 01 02 01 | Externes Personal der Generaldirektion „Kommunikation“ am Hauptsitz | 5.2 | 6 151 110 | 6 174 557 | 8 846 607,14 | 143,82 |
| 16 01 02 03 | Externes Personal der Generaldirektion „Kommunikation“ in den Vertretungen der Kommission | 5.2 | 16 421 000 | 16 264 200 | 16 407 004,70 | 99,91 |
| 16 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion „Kommunikation“ — Zentrale Dienststellen | 5.2 | 3 730 914 | 3 365 317 | 3 542 110,33 | 94,94 |
| | *Artikel 16 01 02 — Subtotal* | | 26 303 024 | 25 804 074 | 28 795 722,17 | 109,48 |
| ***16 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen, Gebäude sowie sonstige Betriebsausgaben des Politikbereichs „Kommunikation“*** | | | | | |
| 16 01 03 01 | Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen der Generaldirektion „Kommunikation“ — Zentrale Dienststellen | 5.2 | 4 126 520 | 4 074 022 | 4 543 495,74 | 110,10 |
| 16 01 03 03 | Gebäude und Nebenkosten der Generaldirektion „Kommunikation“ — Vertretungen der Kommission | 5.2 | 26 806 000 | 26 531 000 | 25 262 681,37 | 94,24 |
| | *Artikel 16 01 03 — Subtotal* | | 30 932 520 | 30 605 022 | 29 806 177,11 | 96,36 |
| ***16 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Kommunikation“*** | | | | | |
| 16 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ | 3 | 147 000 | 250 000 | 228 918,64 | 155,73 |

KOMMISSION
*TITEL 16 — KOMMUNIKATION*

**KAPITEL 16 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOMMUNIKATION“** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 16 01 04 02 | Unterstützungsausgaben für Kommunikationsmaßnahmen | 3 | 1 185 000 | 3 200 000 | 3 197 127,09 | 269,80 |
| | *Artikel 16 01 04 — Subtotal* | | 1 332 000 | 3 450 000 | 3 426 045,73 | 257,21 |
| ***16 01 06*** | ***Exekutivagenturen*** | | | | | |
| 16 01 06 01 | Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ — Beitrag aus dem Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ | 3 | 2 191 000 | 3 370 000 | 3 408 633,07 | 155,57 |
| | *Artikel 16 01 06 — Subtotal* | | 2 191 000 | 3 370 000 | 3 408 633,07 | 155,57 |
| ***16 01 60*** | ***Informationserwerb*** | 5.2 | 1 317 000 | 1 317 000 | 1 342 995,40 | 101,97 |
| | **Kapitel 16 01 — Insgesamt** | | **125 826 400** | **128 923 159** | **128 705 485,41** | **102,29** |

## *16 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Kommunikation“*

16 01 01 01 Ausgaben für Beamte und Bediensteten auf Zeit im Politikbereich „Kommunikation“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 63 750 856 | 64 377 063 | 61 925 911,93 |

## *16 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Sprachendienste“*

16 01 02 01 Externes Personal der Generaldirektion „Kommunikation“ am Hauptsitz

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 151 110 | 6 174 557 | 8 846 607,14 |

16 01 02 03 Externes Personal der Generaldirektion „Kommunikation“ in den Vertretungen der Kommission

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 16 421 000 | 16 264 200 | 16 407 004,70 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind die Vergütungen, die Pauschalzulagen für Überstunden sowie die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für die örtlichen Bediensteten, Vertragsbediensteten und Leiharbeitskräfte in den Vertretungen der Kommission in der Union.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 4 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

KOMMISSION
*TITEL 16 — KOMMUNIKATION*

**KAPITEL 16 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOMMUNIKATION“** *(Fortsetzung)*

***16 01 02*** *(Fortsetzung)*

16 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion „Kommunikation“ — Zentrale Dienststellen

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 730 914 | 3 365 317 | 3 542 110,33 |

*Erläuterungen*

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 3 000 EUR veranschlagt.

***16 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen, Gebäude sowie sonstige Betriebsausgaben des Politikbereichs „Kommunikation“***

16 01 03 01 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen der Generaldirektion „Kommunikation“ — Zentrale Dienststellen

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 126 520 | 4 074 022 | 4 543 495,74 |

16 01 03 03 Gebäude und Nebenkosten der Generaldirektion „Kommunikation“ — Vertretungen der Kommission

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 26 806 000 | 26 531 000 | 25 262 681,37 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für

— die Mieten und Erbpachtzinsen für die belegten Dienstgebäude oder Gebäudeteile sowie die Miete von Konferenzsälen, Lagerräumen, Garagen und Parkplätzen,

— die in den Versicherungspolicen für die Dienstgebäude oder Teile von Dienstgebäuden des Organs vorgesehenen Prämien,

— Wasser, Gas, Strom und Heizung,

— die Unterhaltung der Räume, der Aufzüge, der Zentralheizung, der Klimaanlagen usw., wobei der Ansatz nach den laufenden Verträgen berechnet ist, sowie für bestimmte regelmäßige Sonderreinigungen, Putz- und Pflegemittel, Wäscherei und chemische Reinigung usw. und für Malerarbeiten und das zur Instandsetzung und Instandhaltung in eigener Werkstatt erforderliche Material,

— Herrichtungsarbeiten wie die Versetzung von Zwischenwänden in den Gebäuden, den Umbau von elektrischen Anlagen sowie sonstige handwerkliche Facharbeiten (Schlosser-, Elektriker-, Installateur- und Malerarbeiten, Verlegen von Fußbodenbelägen usw.),

— das entsprechende Material,

KOMMISSION
*TITEL 16 — KOMMUNIKATION*

**KAPITEL 16 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOMMUNIKATION“** *(Fortsetzung)*

***16 01 03*** *(Fortsetzung)*

16 01 03 03 *(Fortsetzung)*

— Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sowie für die bauliche Sicherheit und den Objektschutz, z. B. für die Beschaffung, Miete und Instandhaltung der Brandbekämpfungsgeräte, den Ersatz der Ausrüstungen des freiwilligen Rettungspersonals, die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen sowie für Gebäudeüberwachungsverträge, Verträge über die Instandhaltung von Sicherheitsanlagen und Beschaffung von Kleinmaterial,

— sonstige Gebäudekosten, insbesondere Gebäudeverwaltungskosten, Kosten für Zustandsfeststellungen sowie Abgaben für öffentliche Dienstleistungen (Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren usw.),

— die technische Unterstützung bei umfangreichen Herrichtungsarbeiten,

— Beschaffung, Anmietung, Wartung und Instandsetzung von Material und technischen Anlagen, Mobiliar und Fahrzeugen,

— die Anschaffung der notwendigen Nachschlagewerke, Dokumente und sonstigen nichtperiodischen Veröffentlichungen, die Vervollständigung vorhandener Sammelbände, die Kosten für Buchbindearbeiten sowie die Beschaffung von Material zur elektronischen Kennung von Büchern,

— Abonnements von Zeitungen, Fachzeitschriften, Amtsblättern, Parlamentsdokumenten, Außenhandelsstatistiken, Bulletins verschiedener Presseagenturen und sonstigen Fachveröffentlichungen,

— Abonnements und Benutzung elektronischer Informations- und externer Datenbanken sowie Beschaffung von Informationen auf elektronischen Datenträgern (CD-ROMs usw.),

— Ausbildungsmaßnahmen und die erforderlichen Hilfsmittel für die Nutzung der elektronischen Informationen,

— Gebühren auf die Kopie urheberrechtlich geschützter Werke,

— Papier- und Bürobedarf,

— verschiedene Versicherungskosten,

— Arbeitsmittel,

— interne Sitzungskosten,

— Kosten für Wartungsarbeiten und Umzüge von Dienststellen,

— medizinische Ausgaben aufgrund des Statuts,

— die Einrichtung, Wartung und Bewirtschaftung von Restaurants, Kantinen und Cafeterias,

— sonstige Sachausgaben,

— Postgebühren und Zustellungskosten,

— Fernmeldegebühren und Anschlussgebühren,

— Kauf und Installierung von Fernmeldeanlagen und Geräten,

— die Informationstechnologie der Büros in der Union, insbesondere Ausgaben für die Informations- und Verwaltungssysteme und die Büroautomation, für PCs, Server und die entsprechenden Infrastrukturen, Peripheriegeräte (Drucker, Scanner usw.), Büroausrüstung (Fotokopiergeräte, Fernkopierer, Schreibmaschinen, Diktiergeräte usw.) sowie allgemeine Ausgaben für die Netze, für technische Unterstützung, Hilfeleistungen für die Benutzer, Ausbildung im Informatikbereich und für Umzugsarbeiten,

— etwaige Ausgaben für den Erwerb oder Mietkauf von Gebäuden.

Veranschlagt sind die innerhalb des Unionsgebiets anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die verschiedenen Standorte der Gemeinsamen Forschungsstelle, die jeweils bei Artikel 01 05 der betreffenden Titel veranschlagt werden. Ausgaben gleicher Art oder gleicher Zweckbestimmung außerhalb des Unionsgebiets werden jeweils bei Posten 01 03 02 der betreffenden Titel veranschlagt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 80 000 EUR veranschlagt.

KOMMISSION
*TITEL 16 — KOMMUNIKATION*

**KAPITEL 16 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOMMUNIKATION“** *(Fortsetzung)*

***16 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Kommunikation“***

16 01 04 01 Unterstützungsausgaben für das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 147 000 | 250 000 | 228 918,64 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 16 01 04 03*

Diese Mittel decken die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieser Haushaltslinie stehen, und alle weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

Die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagten Beiträge der Kandidatenländer und gegebenenfalls der potenziellen Kandidatenländer des Westbalkans für ihre Teilnahme an Programmen der Union können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Artikel 16 02 01.

16 01 04 02 Unterstützungsausgaben für Kommunikationsmaßnahmen

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 185 000 | 3 200 000 | 3 197 127,09 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 16 01 04 01*

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung horizontaler Ausgaben, unter anderem für Studien, Sitzungen, Ex-post-Kontrollen, technische und administrative Expertenhilfe, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden, sowie die Erstattung der Reise- und Aufenthaltskosten von Personen, die eingeladen wurden, die Arbeit der Kommission zu verfolgen.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Posten 16 03 01 01, 16 03 01 02, 16 03 01 03, 16 03 02 03 und 16 03 02 05

**KAPITEL 16 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOMMUNIKATION“** *(Fortsetzung)*

### *16 01 06 Exekutivagenturen*

16 01 06 01 Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ — Beitrag aus dem Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 191 000 | 3 370 000 | 3 408 633,07 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 16 01 04 30*

Diese Mittel decken die Betriebsausgaben der Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“, die sich aus deren Beteiligung am Abschluss der Verwaltung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ unter der Teilrubrik 3b des mehrjährigen Finanzrahmens 2007-2013 sowie deren Beteiligung an der Verwaltung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ unter der Rubrik 3 des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 ergeben.

Die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagten Beiträge der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerberländer des Westbalkans für ihre Teilnahme an Programmen der Union können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Der Stellenplan der Agentur ist im Anhang „Personal“ zu diesem Teil enthalten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

Beschluss 2004/100/EG des Rates vom 26. Januar 2004 über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft (Bürgerbeteiligung) (ABl. L 30 vom 4.2.2004, S. 6).

Beschluss Nr. 1904/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft (2007-2013) (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 32).

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Rates vom XXX über das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ für den Zeitraum 2014-2020, insbesondere Artikel 2.

*Verweise*

Beschluss 2009/336/EG der Kommission vom 20. April 2009 zur Einrichtung der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur für die Verwaltung der Gemeinschaftsmaßnahmen in den Bereichen Bildung, Audiovisuelles und Kultur gemäß der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates (ABl. L 101 vom 21.4.2009, S. 26).

Durchführungsbeschluss 2013/776/EU der Kommission vom 18. Dezember 2013 zur Einrichtung der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/336/EG (ABl. L 343 vom 19.12.2013, S. 46).

Beschluss der Kommission C(2013) 9189 vom 18. Dezember 2013 zur Übertragung bestimmter Befugnisse auf die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Programme der Union in den Bereichen Bildung, Audiovisuelles und Kultur sowie insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von Mitteln des Gesamthaushaltsplans der Union und der EEF-Zuweisungen.

KOMMISSION
*TITEL 16 — KOMMUNIKATION*

**KAPITEL 16 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOMMUNIKATION“** *(Fortsetzung)*

***16 01 60 Informationserwerb***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 317 000 | 1 317 000 | 1 342 995,40 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 16 01 03 04*

Veranschlagt sind Mittel für folgende im Gebiet der Union getätigte Ausgaben:

— Ausgaben für Abonnements und die Benutzung von Online-Informationsquellen wie Presseagenturen, Online-Nachrichten, Informationsanbieter und externe Datenbanken,

— Ausgaben für Ausbildungsmaßnahmen und die erforderlichen Hilfsmittel für die Nutzung der elektronischen Informationen.

Diese Mittel decken die Ausgaben, die innerhalb der Union anfallen, mit Ausnahme der Vertretungen der Kommission innerhalb der Union.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 16 — KOMMUNIKATION*

**KAPITEL 16 02 — FÖRDERUNG DER UNIONSBÜRGERSCHAFT**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 16 02 | FÖRDERUNG DER UNIONSBÜRGERSCHAFT | | | | | | | | |
| ***16 02 01*** | ***Europa für Bürgerinnen und Bürger — Stärkung des Geschichtsbewusstseins und Ausbau der Bürgerbeteiligung auf Unionsebene*** | 3 | 23 050 000 | 10 715 600 | | | | | — |
| ***16 02 02*** | ***Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011*** | 3 | — | p.m. | — | p.m. | 1 500,— | 1 660 675,84 | — |
| ***16 02 03*** | ***Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013*** | 3 | p.m. | 645 000 | 2 000 000 | 494 210 | | | — |
| ***16 02 51*** | ***Abschluss des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (2007-2013)*** | 3 | p.m. | 14 800 000 | 26 330 000 | 27 774 577 | 28 414 591,11 | 28 449 960,83 | 192,23 |
| ***16 02 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 16 02 77 01 | Pilotprojekt — Ein neues Bild Europas | 3 | 1 000 000 | 750 000 | 500 000 | 250 000 | | | — |
| 16 02 77 02 | Vorbereitende Maßnahme — Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 | 3 | — | — | — | — | 0,— | 99 714,34 | — |
| 16 02 77 03 | Vorbereitende Maßnahme — Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 | 3 | p.m. | p.m. | p.m. | 150 000 | 671 800,50 | 437 382,58 | — |
| 16 02 77 04 | Vorbereitende Maßnahme — Haus der europäischen Zivilgesellschaft | 3 | 250 000 | 250 000 | 250 000 | 125 000 | | | — |
| 16 02 77 05 | Pilotprojekt — Das Versprechen der Europäischen Union | 3 | 500 000 | 250 000 | | | | | — |
| | *Artikel 16 02 77 — Subtotal* | | 1 750 000 | 1 250 000 | 750 000 | 525 000 | 671 800,50 | 537 096,92 | 42,97 |
| | **Kapitel 16 02 — Insgesamt** | | **24 800 000** | **27 410 600** | **29 080 000** | **28 793 787** | **29 087 891,61** | **30 647 733,59** | **111,81** |

## *16 02 01 Europa für Bürgerinnen und Bürger — Stärkung des Geschichtsbewusstseins und Ausbau der Bürgerbeteiligung auf Unionsebene*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 23 050 000 | 10 715 600 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

In Übereinstimmung mit dem Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ und im Rahmen des übergeordneten Ziels, Europa seinen Bürgerinnen und Bürgern näherzubringen, bestehen die allgemeinen Ziele des Programms darin, den Informationsstand über die Europäische Union zu verbessern, die Unionsbürgerschaft zu fördern und die Voraussetzungen für eine Bürgerbeteiligung auf Unionsebene zu verbessern.

Diese Mittel sind zur Finanzierung von Maßnahmen bestimmt wie Partnerschaften, strukturelle Unterstützung, Gedenkprojekte, Geschichte und Identität der Europäischen Union, Bürgerbegegnungen, Netzwerke zwischen Partnerstädten, Bürgerprojekte und Zivilgesellschaftsprojekte, Peer-Reviews, Studien und Kommunikationsdienste, Unterstützungsmaßnahmen, Veranstaltungen und Unterstützungsstrukturen in den Mitgliedstaaten.

KOMMISSION
*TITEL 16 — KOMMUNIKATION*

**KAPITEL 16 02 — FÖRDERUNG DER UNIONSBÜRGERSCHAFT** *(Fortsetzung)*

***16 02 01*** *(Fortsetzung)*

Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Kandidatenländern und, sofern zutreffend, potenziellen Kandidatenländern unter den westlichen Balkanstaaten für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Diese Mittel sind auch dazu bestimmt, die Beteiligung an der Wahl zum Europäischen Parlament 2014 anzuregen, indem die Bürger in allen Sprachen der Union über ihre Wählerrechte und den Einfluss der Union auf ihr Alltagsleben informiert werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Rates vom XXX über das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger" für den Zeitraum 2014-2020, insbesondere Artikel 2.

***16 02 02*** ***Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | p.m. | 1 500,— | 1 660 675,84 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 16 05 03 02*

Diese Mittel sollten die auf Unionsebene, nationaler, regionaler oder lokaler Ebene organisierten Initiativen im Zusammenhang mit den Zielen des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011 abdecken.

Die Maßnahme wurde 2012 abgeschlossen.

*Rechtsgrundlagen*

Entscheidung 2010/37/EG des Rates vom 27. November 2009 über das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft (2011) (ABl. L 17 vom 22.1.2010, S. 43).

***16 02 03*** ***Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 645 000 | 2 000 000 | 494 210 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 16 05 07 02*

Das allgemeine Ziel des Europäischen Jahres bestand darin, das Bewusstsein und die Kenntnisse der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte zu schärfen, damit sie in vollem Umfang von ihrem Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, Gebrauch machen können.

Vor diesem Hintergrund förderte das Europäische Jahr auch die Inanspruchnahme der anderen Rechte im Zusammenhang mit der Unionsbürgerschaft durch die Unionsbürgerinnen und -bürger.

Auf dieser Grundlage wurden mit dem Europäischen Jahr die folgenden spezifischen Ziele verfolgt:

— Schärfung des Bewusstseins der Unionsbürgerinnen und -bürger für ihr Recht, sich innerhalb der Europäischen Union frei zu bewegen und aufzuhalten, und in diesem Zusammenhang für alle anderen Rechte, die Unionsbürgerinnen und -bürgern ohne Diskriminierung gewährt werden, einschließlich ihres Wahlrechts bei Kommunal- und Europawahlen in dem Mitgliedstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben,

**KAPITEL 16 02 — FÖRDERUNG DER UNIONSBÜRGERSCHAFT** *(Fortsetzung)*

***16 02 03*** *(Fortsetzung)*

— Sensibilisierung der Unionsbürgerinnen und -bürger einschließlich junger Menschen dafür, wie ihnen die von der Union gewährten Rechte von Nutzen sein können, sowie für die Maßnahmen und Programme zur Förderung der Inanspruchnahme dieser Rechte,

— Förderung einer Debatte über Wirkung und Potenzial des Rechts auf Freizügigkeit und Aufenthaltsfreiheit als untrennbarer Aspekt der Unionsbürgerschaft, mit Blick auf die Förderung und Stärkung einer aktiven demokratischen Beteiligung der Unionsbürgerinnen und -bürger, insbesondere an Bürgerforen zu Maßnahmen der Union und den Wahlen zum Europäischen Parlament, wodurch der soziale Zusammenhalt, die kulturelle Vielfalt, die Solidarität, die Gleichstellung von Frauen und Männern, der gegenseitige Respekt sowie ein gemeinsames europäisches Identitätsgefühl bei Unionsbürgerinnen und -bürgern auf der Grundlage der in EUV und AEUV sowie in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundwerte der Union gestärkt werden.

Diese Mittel dienen auch der Deckung von Ausgaben für eine Auswertung der Ergebnisse dieser Initiative.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 1093/2012/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 über das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger (2013) (ABl. L 325 vom 23.11.2012, S. 1).

***16 02 51*** ***Abschluss des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 14 800 000 | 26 330 000 | 27 774 577 | 28 414 591,11 | 28 449 960,83 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 16 05 01 01*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 1904/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft (2007-2013) (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 32).

***16 02 77*** ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

16 02 77 01 Pilotprojekt — Ein neues Bild Europas

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 000 000 | 750 000 | 500 000 | 250 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 16 05 01 03*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

KOMMISSION
*TITEL 16 — KOMMUNIKATION*

**KAPITEL 16 02 — FÖRDERUNG DER UNIONSBÜRGERSCHAFT** *(Fortsetzung)*

***16 02 77*** *(Fortsetzung)*

16 02 77 01 *(Fortsetzung)*

Ziel dieses Pilotprojekts war es, einen Prozess in Gang zu setzen, in dem zentrale Figuren und Meinungsmacher aus dem Kreativbereich zusammengebracht werden, um ein neues, einprägsames Bild Europas zu entwickeln. Die Aufgabe besteht darin, das vorhandene Bild vom Frieden durch grenzüberschreitenden Handel weiter zu entwickeln und neu zu interpretieren, um eine neue Vision der Union zu ermitteln, bei der es nicht nur um Wirtschaft und Wachstum, sondern auch um kulturelle Einheit (Gemeinschaft) und Werte geht. Die Aufgabe besteht außerdem darin, die europäischen Werte und kulturellen Aspekte zu ermitteln, die die Bürger miteinander verbinden. Dies ist nötig, wenn die Bürger an das Unionsprojekt glauben sollen und die Unterstützung durch die Öffentlichkeit gestärkt werden soll.

Die Gruppe untersucht, wie Europa derzeit wahrgenommen wird, und legt konkrete Vorschläge dazu vor, wie eine neue Identität Europas geschaffen und ein neues, einprägsames Bild davon vermittelt werden kann. Dieses Bild sollte der Geschichte und den wesentlichen Werten der Union entsprechen und eine Darstellung der kulturellen Aspekte beinhalten, die die Bürgerinnen und Bürger in Europa einen.

Der Prozess sollte professionell verwaltet werden, um sicherzustellen, dass die Arbeiten der Gruppe kontrolliert durchgeführt werden, wobei das Ziel darin besteht, am Ende eine Charta vorzulegen.

Ziele des Pilotprojekts:

— Herausarbeitung eines neuen Bildes von Europa, das auf dem Bild vom Frieden durch grenzüberschreitenden Handel gründet,

— Entwicklung einer narrativen Darstellung, die Europa in einen globalen Kontext gemäß der neuen Weltordnung stellt,

— Wiederbelebung des europäischen Geistes und größere Bürgernähe der Union,

— Aufzeigen des Wertes der Union für ihre Bürgerinnen und Bürger,

— Ermittlung der kulturellen Werte, die die Bürgerinnen und Bürger über die Grenzen hinweg einen,

— abschließend Formulierung dieses Bildes in einer Charta.

Das Europäische Parlament und der Rat nahmen ein Pilotprojekt zur Ausarbeitung eines neuen Bildes von Europa in den Unionshaushaltsplan 2013 auf. Ziel dieses Projekts war es, zentrale Figuren und Meinungsmacher aus kreativen, kulturellen und wissenschaftlichen Kreisen dazu aufzurufen, ein neues Bild auszuarbeiten, das in Form einer Charta im Vorfeld der 2014 stattfindenden Europawahlen veröffentlicht werden sollte.

Im Anschluss an ihren Beschluss C(2013)0289 vom 25. Januar 2013 führt die Kommission dieses Projekt derzeit aus. Ein ständiger Ausschuss — zusammengesetzt aus herausragenden Persönlichkeiten der Kreativbranche, der Kultur und der Wissenschaft — unterstützt und berät die Kommission bei der Durchführung dieses Projekts. Außerdem erstellt der Ausschuss den Entwurf der Charta. Drei Gruppen von Angehörigen des Kreativsektors, der Kulturbranche und der Wissenschaft werden Anregungen für diese Arbeit geben und die verschiedenen Vorschläge erörtern, sodass der sektorübergreifende Austausch bestmöglich genutzt werden kann.

Die bislang erzielten Ergebnisse haben Folgendes gezeigt:

— Relevanz und Aktualität des Projekts, insbesondere angesichts dessen, dass sich das Bild der Union in der öffentlichen Meinung in den letzten Jahren verschlechtert hat;

— Notwendigkeit von Debatten und der Ausarbeitung eines zeitgemäßen Bildes Europas; dieses Bild muss auf den grundlegenden Prinzipien der Union — Frieden, Demokratie und Wohlstand — aufgebaut sein und durch eine zukunftsorientierte Vision für ein gemeinsames Schicksal ergänzt werden;

— Bedeutsamkeit der Hervorhebung der Rolle der Union in einer zunehmend globalen und ineinander verflochtenen Welt unter Berücksichtigung der Kulturen anderer Weltregionen.

Da die Charta im ersten Quartal 2014 veröffentlicht wird, sollten die Ergebnisse im Vorfeld der bevorstehenden Europawahlen verbreitet werden. Es sollte ein horizontaler Ansatz aus Netzwerken gewählt werden, die Bürger, kulturelle Institutionen und Organisationen umfassen, Wissen in der Öffentlichkeit vermitteln und die Bürger zur Mitwirkung auffordern. Außerdem sollte ein Botschafterkorps eingerichtet werden. Die Botschafter sollten Gesprächspartner der Bürger bei der laufenden Debatte über das neue Bild sein und sich in die europäische Öffentlichkeit einbringen.

Ferner ist es wichtig, dass die Weiterführung des Projekts gewährleistet wird, da die Ausarbeitung und Vermittlung eines Bildes ein laufender Prozess ist.

**KAPITEL 16 02 — FÖRDERUNG DER UNIONSBÜRGERSCHAFT** *(Fortsetzung)*

***16 02 77*** *(Fortsetzung)*

16 02 77 01 *(Fortsetzung)*

Dementsprechend werden die zugewiesenen Haushaltsmittel hauptsächlich für Folgendes eingesetzt:

— Organisation einer Großveranstaltung zur Verabschiedung und öffentlichen Vorstellung der Charta;

— Durchführung von Maßnahmen zur Verbreitung und Bekanntmachung der Charta über das neue Bild Europas in allen Mitgliedstaaten, wobei diese Aufgabe hauptsächlich den Botschaftern zukommt;

— Erprobung der Optionen, mittels derer diese Initiative lang anhaltende Wirkung zeigen könnte, wobei hier Netzwerke aus kulturellen, wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zum Einsatz kommen sollten.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

16 02 77 02 Vorbereitende Maßnahme — Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | — | — | 0,— | 99 714,34 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 16 05 03 01*

Dieser Posten dient zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

16 02 77 03 Vorbereitende Maßnahme — Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 150 000 | 671 800,50 | 437 382,58 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 16 05 07 01*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 16 — KOMMUNIKATION*

**KAPITEL 16 02 — FÖRDERUNG DER UNIONSBÜRGERSCHAFT** *(Fortsetzung)*

***16 02 77*** *(Fortsetzung)*

16 02 77 04 Vorbereitende Maßnahme — Haus der europäischen Zivilgesellschaft

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 250 000 | 250 000 | 250 000 | 125 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 16 05 09*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Ziel der vorbereitenden Maßnahme ist es, die Einrichtung des Hauses der europäischen Zivilgesellschaft in Brüssel als Quelle von Ressourcen und ein sich an Bürger und zivilgesellschaftliche Organisationen richtendes Beratungsbüro für europäische Rechte und Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist Folgendes notwendig:

— Erweiterung der Partnerbasis des Hauses der europäischen Zivilgesellschaft durch wichtige Organisationen auf Unionsebene und nationaler Ebene,

— Konsultation lokaler Behörden und anderer Interessenträger, um die Unterstützung für das Haus der europäischen Zivilgesellschaft zu vergrößern und die Ausarbeitung seines Konzepts voranzubringen,

— Planung der Nutzung der Räumlichkeiten des Hauses der europäischen Zivilgesellschaft als Beratungsbüro, das von vielen ähnlichen Organisationen gemeinsam genutzt wird, um Skaleneffekte zu erzielen.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

16 02 77 05 Pilotprojekt — Das Versprechen der Europäischen Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 500 000 | 250 000 | | | | |

*Erläuterungen*

1984 stellte der Europäische Rat in Fontainebleau die Idee des Europas der Bürger vor. Der Europäische Rat hielt es für „unerlässlich, dass die Gemeinschaft die Erwartungen der Völker Europas erfüllt, indem sie Maßnahmen trifft, durch die ihre Identität gegenüber den europäischen Bürgern und der Welt gestärkt und gefördert wird und durch die sie an Prestige gewinnt". Dreißig Jahre später ist es an der Zeit, zu ermitteln, wie die Union von ihren Bürgern wahrgenommen wird: Welchen Mehrwert bringt die Union mit sich? Weshalb leben wir in einer Union?

Das ursprüngliche Ziel der Europäischen Union — Frieden zu sichern, Demokratie zu verbreiten und Wohlstand zu fördern — wurde verwirklicht. Heute sind jedoch große Teile Europas einer schweren Krise und hitzigen Debatten über den Sinn der Unionsmitgliedschaft ausgesetzt. Der Dreh- und Angelpunkt dieser Debatten besteht häufig in der drängenden Frage: „Was haben ‚wir' eigentlich mit ‚denen' zu tun?"

Gemäß Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union muss das Recht jedes Unionsbürgers, seine Rolle in der Union selbst zu finden, geachtet werden. Aus diesem Grund muss das Handeln der Union an ein Verständnis geknüpft sein, das auf lokalen Werten und Grundsätzen beruht. Zusammengefasst muss das Versprechen der Union unter Beachtung des Mehrwerts für die Länder und die Bürger erläutert werden.

**KAPITEL 16 02 — FÖRDERUNG DER UNIONSBÜRGERSCHAFT** *(Fortsetzung)*

***16 02 77*** *(Fortsetzung)*

16 02 77 05 *(Fortsetzung)*

Alle Mitgliedstaaten haben vor ihrem Beitritt zur Union einen ausführlichen Entscheidungsprozess durchlaufen; einen emotional aufgeladenen Prozess, dem fortwährende politische Debatten über wirtschaftliche und ethische Fragestellungen folgten, wobei die Bürger in den meisten Ländern durch Referenden an den wichtigsten Themen beteiligt waren. Jedes Land hat nach dem Beitritt verschiedene Phasen der Mitgliedschaft durchlaufen. Mittels des Pilotprojekts soll die Beziehung jedes Mitgliedstaats zur Union beschrieben und umrissen werden, damit festgestellt werden kann, ob die Wahrnehmung der Union in den verschiedenen Mitgliedstaaten Ähnlichkeiten aufweist.

Hierzu sollen Bürger aus allen Gesellschaftsschichten und aus allen Ländern befragt werden. Mittels der Befragungen soll herausgefunden werden, wie die Union im täglichen Leben von den Bürgern wahrgenommen wird. Diese Wahrnehmungen werden in einem Bericht zusammengetragen, um so die Besonderheiten der Beziehungen jedes Landes zur Union herauszuarbeiten und eine Vorstellung der verschiedenen nationalen Wahrnehmungen der Union in der Union zu erhalten. Diese nationalen Profile werden anschließend verglichen, um festzustellen, inwieweit die Wahrnehmung der Union durch „echte Menschen" in Mitgliedstaaten übereinstimmt. Zusammengefasst lautet die zu beantwortende Frage: Welche Vorteile bringt die Union den Menschen zufolge jetzt und in der Zukunft? Gibt es eine gemeinsame Wahrnehmung der Union oder 28 Einzelwahrnehmungen? Falls ja, wie sieht diese Wahrnehmung aus?

Die Niederschrift der Wahrnehmungen der Union wird in enger Abstimmung mit ähnlichen laufenden Initiativen erfolgen, wie beispielsweise dem Pilotprojekt „Das neue Bild Europas", dem „Bürgerdialog" und der Initiative „Eine Seele für Europa".

Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, mit einem Pilotprojekt zu beginnen, in dessen Rahmen die Wahrnehmung der Union in mindestens fünf Mitgliedstaaten ermittelt und festgehalten wird, sodass — falls vorhanden — gemeinsame Wahrnehmungen der Union ausgemacht werden können, die der besonderen Beziehung jedes Landes zur Union übergeordnet sind.

Als Grundlage für das Pilotprojekt könnten die Ergebnisse des Bürgerdialogs herangezogen werden. Die bislang erzielten Ergebnisse machen deutlich, dass die Bürger zu drei zentralen Fragen eine klare Vision erwarten:

— Wie viel Gemeinsamkeit ist gewollt / wird benötigt, und auf welchen Gebieten sollte Integration stattfinden?

— Wie könnte die Union demokratischer werden, und wie können Unionspolitiker für ihre Entscheidungen zur Rechenschaft gezogen werden?

— Wie können Verantwortung und Solidarität ausgewogen in Einklang gebracht werden?

Dementsprechend werden die Haushaltsmittel hauptsächlich für Folgendes eingesetzt:

— Einrichtung von Fokusgruppen aus Bürgern aller Mitgliedstaaten, die Vorschläge zu der Frage ausarbeiten würden, wie die Union diese Visionen voranbringen kann;

— Verbreitung und weitere Erörterung der Ergebnisse der Arbeit der Fokusgruppen in traditionellen und sozialen Medien;

— Veröffentlichung der Ergebnisse in einem Bericht; diese Ergebnisse können einerseits für die Weiterverfolgung und als zusätzlicher Beitrag für das Projekt „Ein neues Bild Europas" und andererseits für zielgerichtete kommunikative Maßnahmen zur Information über die Union genutzt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 16 — KOMMUNIKATION*

**KAPITEL 16 03 — KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 16 03 | KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN | | | | | | | | |
| ***16 03 01*** | ***Information der Unionsbürger*** | | | | | | | | |
| 16 03 01 01 | Multimedia-Aktionen | 3 | 25 540 000 | 25 526 479 | 28 400 000 | 27 675 735 | 31 694 938,28 | 27 570 086,11 | 108,01 |
| 16 03 01 02 | Informationen für die Medien | 3 | 5 080 000 | 4 449 346 | 5 150 000 | 3 993 213 | 4 887 285,79 | 4 632 574,38 | 104,12 |
| 16 03 01 03 | Informationsrelais | 3 | 14 230 000 | 12 178 887 | 14 800 000 | 11 959 871 | 13 801 249,60 | 12 833 164,05 | 105,37 |
| 16 03 01 04 | Kommunikationsmaßnahmen der Vertretungen der Kommission und „Partnerschaftsaktionen“ | 3 | 10 730 000 | 12 923 887 | 19 726 000 | 18 352 966 | 20 193 075,09 | 18 330 992,50 | 141,84 |
| 16 03 01 05 | Europäische öffentliche Räume | 5.2 | 1 246 000 | 1 246 000 | 1 300 000 | 1 300 000 | 1 424 759,39 | 1 392 692,81 | 111,77 |
| | *Artikel 16 03 01 — Subtotal* | | 56 826 000 | 56 324 599 | 69 376 000 | 63 281 785 | 72 001 308,15 | 64 759 509,85 | 114,98 |
| ***16 03 02*** | ***Institutionelle Kommunikationsmaßnahmen und Informationsauswertung*** | | | | | | | | |
| 16 03 02 01 | Besuche bei der Kommission | 3 | 3 600 000 | 3 986 296 | 4 800 000 | 3 369 890 | 3 869 020,92 | 3 084 047,03 | 77,37 |
| 16 03 02 02 | Betrieb der Hörfunk- und Fernsehstudios und Geräte für audiovisuelle Produktionen | 5.2 | 5 324 000 | 5 324 000 | 5 553 000 | 5 553 000 | 6 752 999,24 | 6 748 509,60 | 126,76 |
| 16 03 02 03 | Online-Informations- und Kommunikationsmittel | 3 | 18 180 000 | 15 759 479 | 16 860 000 | 13 600 647 | 14 363 990,20 | 14 686 641,44 | 93,19 |
| 16 03 02 04 | Gesamtbericht und sonstige Veröffentlichungen | 5.2 | 2 200 000 | 2 100 000 | 2 300 000 | 2 100 000 | 2 716 092,31 | 1 700 855,07 | 80,99 |
| 16 03 02 05 | Analyse der öffentlichen Meinung | 3 | 6 300 000 | 5 815 000 | 6 600 000 | 5 831 673 | 6 162 295,48 | 6 799 573,58 | 116,93 |
| | *Artikel 16 03 02 — Subtotal* | | 35 604 000 | 32 984 775 | 36 113 000 | 30 455 210 | 33 864 398,15 | 33 019 626,72 | 100,11 |
| ***16 03 03*** | ***Online-Dienst für Zusammenfassungen von Rechtsvorschriften (SCAD+)*** | 5.2 | — | — | — | p.m. | 0,— | 339 994,48 | — |
| ***16 03 04*** | ***Haus der europäischen Geschichte*** | 3 | 800 000 | 400 000 | p.m. | p.m. | | | — |
| ***16 03 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 16 03 77 01 | Vorbereitende Maßnahme — Europäische Recherchestipendien für grenzüberschreitenden Investigationsjournalismus | 5.2 | 1 500 000 | 750 000 | 750 000 | 375 000 | 247 200,— | 74 160,— | 9,89 |

**KAPITEL 16 03 — KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | |
| 16 03 77 02 | Pilotprojekt — Europa im Internet greifbar machen | 5.2 | p.m. | 700 000 | 1 000 000 | 500 000 | 999 766,50 | 150 438,14 | 21,49 |
| 16 03 77 03 | Vorbereitende Maßnahme — EuroGlobe | 3 | — | — | — | — | 0,— | 239 976,— | — |
| 16 03 77 04 | Abschluss des Pilotprojekts „EuroGlobe“ | 3 | — | — | — | — | 0,— | 0,— | — |
| 16 03 77 05 | Vorbereitende Maßnahme — Europa im Internet greifbar machen | 3 | 1 000 000 | 500 000 | | | | | — |
| | *Artikel 16 03 77 — Subtotal* | | 2 500 000 | 1 950 000 | 1 750 000 | 875 000 | 1 246 966,50 | 464 574,14 | 23,82 |
| | **Kapitel 16 03 — Insgesamt** | | **95 730 000** | **91 659 374** | **107 239 000** | **94 611 995** | **107 112 672,80** | **98 583 705,19** | **107,55** |

## *16 03 01 Information der Unionsbürger*

16 03 01 01 Multimedia-Aktionen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 25 540 000 | 25 526 479 | 28 400 000 | 27 675 735 | 31 694 938,28 | 27 570 086,11 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 16 02 02*

Diese Mittel sind bestimmt zur Finanzierung allgemeiner Maßnahmen zur Information der Bürgerinnen und Bürger über die Union (um die Arbeit der Institutionen der Union besser bekannt zu machen), über die Entscheidungsprozesse und über die Phasen des europäischen Einigungswerks. Es geht hierbei im Wesentlichen um die Finanzierung oder Kofinanzierung der Herstellung und/oder Verbreitung multimedialer Informationsprodukte (Radio, Fernsehen, Internet usw.), auch mit Hilfe europaweiter Netze lokaler und nationaler Medien, sowie der für die Umsetzung entsprechender Maßnahmen erforderlichen Instrumente. Diese Mittel decken außerdem Ausgaben für Evaluierung. Der neue Betrag sollte für europaweite Netzwerke aus lokalen und nationalen Medien (Radio, Fernsehen, Internet, usw.) verwendet werden.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 50 000 EUR veranschlagt.

Die Kommission sollte bei der Ausführung dieser Haushaltslinie den Ergebnissen der Sitzungen der Interinstitutionellen Gruppe „Information“ (IGI) gebührend Rechnung tragen.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 16 — KOMMUNIKATION*

**KAPITEL 16 03 — KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***16 03 01*** *(Fortsetzung)*

16 03 01 02 Informationen für die Medien

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 5 080 000 | 4 449 346 | 5 150 000 | 3 993 213 | 4 887 285,79 | 4 632 574,38 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 16 02 03*

Diese Mittel sind bestimmt zur Finanzierung allgemeiner Maßnahmen zur Information der Bürgerinnen und Bürger, die vorrangig auf die Medien ausgerichtet sind. Die für ein besseres Verständnis und eine bessere Vermittlung aktueller Themen entwickelten Instrumente umfassen vor allem

— Multimedia-Informationsmaterial (Fotos, Videos usw.) für die Medien und andere Plattformen, einschließlich ihrer Veröffentlichung/Ausstrahlung und langfristigen Bewahrung/Verbreitung,

— Seminare und Hilfsangebote für Journalisten.

Diese Mittel decken außerdem Ausgaben für Evaluierung.

Die Kommission sollte bei der Ausführung dieser Haushaltslinie den Ergebnissen der Sitzungen der Interinstitutionellen Gruppe „Information" (IGI) gebührend Rechnung tragen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

16 03 01 03 Informationsrelais

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 14 230 000 | 12 178 887 | 14 800 000 | 11 959 871 | 13 801 249,60 | 12 833 164,05 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 16 03 01*

Diese Mittel sind bestimmt zur Finanzierung allgemeiner Maßnahmen zur Information der Bürgerinnen und Bürger und decken folgende Ausgaben:

— Finanzierung der Informations- und Dokumentationsrelais und der entsprechenden Netzwerke in ganz Europa (*Europe-Direct*-Informationsrelais, Europäisches Dokumentationszentrum, Team Europe usw.); diese Informationsrelais ergänzen die Maßnahmen, die von den Vertretungen der Kommission und den Informationsbüros des Europäischen Parlaments in den Mitgliedstaaten durchgeführt werden,

— Unterstützung (Ausbildung, Koordinierung und Hilfe) von Informationsnetzen,

— Finanzierung der Produktion, der Lagerung und des Vertriebs von Informationsbroschüren und Kommunikationsprodukten durch und für diese Relais.

Diese Mittel decken außerdem Ausgaben für Evaluierung.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 50 000 EUR veranschlagt.

**KAPITEL 16 03 — KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***16 03 01*** *(Fortsetzung)*

16 03 01 03 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

*Verweise*

Beschluss K(2012) 4158 der Kommission vom 21. Juni 2012 zur vorzeitigen Annahme des Jahresarbeitsprogramms im Bereich Kommunikation für 2013 im Hinblick auf Finanzhilfen zur Finanzierung der Trägereinrichtungen für Europe-Direct-Informationszentren in der Europäischen Union.

16 03 01 04 Kommunikationsmaßnahmen der Vertretungen der Kommission und „Partnerschaftsaktionen“

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 10 730 000 | 12 923 887 | 19 726 000 | 18 352 966 | 20 193 075,09 | 18 330 992,50 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 16 03 02 01 und Artikel 16 03 04*

Diese Mittel sind bestimmt zur Finanzierung allgemeiner Maßnahmen zur Information der Bürgerinnen und Bürger und decken die Ausgaben für dezentrale Kommunikation. Ziel der lokalen Kommunikationsmaßnahmen ist es, bestimmten Zielgruppen Hilfsinstrumente für ein besseres Verständnis des aktuellen Geschehens an die Hand zu geben.

Diese Maßnahmen werden in den Mitgliedstaaten durchgeführt durch

— Kommunikationsmaßnahmen im Zusammenhang mit spezifischen jährlichen oder mehrjährigen Kommunikationsprioritäten,

— punktuelle Kommunikationsmaßnahmen mit nationaler oder internationaler Reichweite im Einklang mit Kommunikationsprioritäten,

— Seminare und Konferenzen,

— Organisation von oder Beteiligung an europäischen Veranstaltungen, Ausstellungen, PR-Maßnahmen, Organisation individueller Besuche usw.,

— Direktkommunikation mit den Bürgern (z. B. Bürgerberatungsstellen),

— sonstige Maßnahmen zur Direktkommunikation mit den Multiplikatoren, insbesondere intensivierte Maßnahmen gegenüber der regionalen Tagespresse, die eine wichtige Informationsquelle für viele Unionsbürger darstellt,

— Betrieb von Informationszentren für die breite Öffentlichkeit in den Vertretungen der Kommission.

Kommunikationsmaßnahmen können zusammen mit dem Europäischen Parlament und/oder den Mitgliedstaaten organisiert werden, um Synergien zwischen den Partnern auszuschöpfen und ihre Informations- und Kommunikationsarbeit zum Thema „Europäische Union“ zu koordinieren.

KOMMISSION
*TITEL 16 — KOMMUNIKATION*

**KAPITEL 16 03 — KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***16 03 01*** *(Fortsetzung)*

16 03 01 04 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel dienen außerdem zur Deckung von Ausgaben für Studien, Bewertungen, Sachverständigensitzungen sowie technische und administrative Expertenhilfe, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden, sowie die Erstattung der Reise- und Aufenthaltskosten von Personen, die eingeladen wurden, die Arbeit der Kommission zu verfolgen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 55 000 EUR veranschlagt.

Die Kommission sollte bei der Ausführung dieser Haushaltslinie den Ergebnissen der Sitzungen der Interinstitutionellen Gruppe „Information" (IGI) gebührend Rechnung tragen.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

16 03 01 05 Europäische öffentliche Räume

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 246 000 | 1 246 000 | 1 300 000 | 1 300 000 | 1 424 759,39 | 1 392 692,81 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 16 03 02 02*

Diese Mittel sind bestimmt zur Finanzierung allgemeiner Maßnahmen zur Information der Bürgerinnen und Bürger und decken insbesondere die Kosten der Einrichtung und des Betriebs „europäischer öffentlicher Räume" (EPS) in den Europahäusern, in denen sie offiziell untergebracht sind. Die Kommission sorgt zum Nutzen beider Organe (Europäisches Parlament und Kommission) für die logistischen Vorkehrungen für die EPS und trägt auch die Betriebskosten und die Ausgaben für die Organisation der Leistungsvergabe an Vertragspartner. Die EPS müssen von den beiden Organen gemeinsam auf der Grundlage eines Evaluierungsberichts über die Verwaltung und den Betrieb der EPS sowie eines Arbeitsprogramms für das kommende Jahr betrieben werden. Diese beiden Dokumente, die von den beiden Organen gemeinsam verfasst werden und die wesentliche Grundlage für die Vergabe von Mitteln für das Folgejahr bilden, sind der Haushaltsbehörde rechtzeitig vorzulegen, damit sie im Haushaltsverfahren berücksichtigt werden können.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

*Verweise*

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 3. Oktober 2007 „Partnerschaft für die Kommunikation über Europa" (KOM(2007) 568 endg.).

Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vom 22. Oktober 2008 „Europa partnerschaftlich kommunizieren" (ABl. C 13 vom 20.1.2009, S. 3).

**KAPITEL 16 03 — KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

### *16 03 02 Institutionelle Kommunikationsmaßnahmen und Informationsauswertung*

16 03 02 01 Besuche bei der Kommission

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 3 600 000 | 3 986 296 | 4 800 000 | 3 369 890 | 3 869 020,92 | 3 084 047,03 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 16 01 04 02 und Artikel 16 05 02*

Diese Mittel sind bestimmt für die Finanzierung der Organisation von Besuchen bei der Kommission, einschließlich der Verwaltungsausgaben für diese Besuche.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

16 03 02 02 Betrieb der Hörfunk- und Fernsehstudios und Geräte für audiovisuelle Produktionen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 5 324 000 | 5 324 000 | 5 553 000 | 5 553 000 | 6 752 999,24 | 6 748 509,60 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 16 02 04*

Diese Mittel sind zur Deckung sämtlicher Ausgaben für den Betrieb der Studios der Kommission und sonstiger Anlagen zur Herstellung audiovisueller Produktionen bestimmt: Personalausgaben, Beschaffung, Anmietung, Wartung und Instandsetzung der Anlagen und sonstiger für deren Betrieb erforderlichen Geräte.

Ferner sind sie zur Deckung der Kosten für die Anmietung des Satelliten bestimmt, über den die Informationen über die Tätigkeit der Union an Fernsehanstalten übermittelt werden. Bei der Bewirtschaftung dieser Mittel sind die Grundsätze interinstitutioneller Zusammenarbeit einzuhalten, damit die Verbreitung sämtlicher Informationen über die Union gewährleistet ist.

Aus diesem Posten dürfen, unabhängig vom Begünstigten der Aktion, keine Verwaltungsausgaben finanziert werden.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

*Verweise*

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 3. Oktober 2007 „Partnerschaft für die Kommunikation über Europa“ (KOM(2007) 568 endg.).

Mitteilung an die Kommission vom 24. April 2008: Europa vermitteln in Ton und Bild (SEK(2008) 0506).

Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vom 22. Oktober 2008 „Europa partnerschaftlich kommunizieren“ (ABl. C 13 vom 20.1.2009, S. 3).

KOMMISSION
*TITEL 16 — KOMMUNIKATION*

**KAPITEL 16 03 — KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***16 03 02*** *(Fortsetzung)*

16 03 02 03 Online-Informations- und Kommunikationsmittel

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 18 180 000 | 15 759 479 | 16 860 000 | 13 600 647 | 14 363 990,20 | 14 686 641,44 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 16 04 02 01*

Diese Mittel sind bestimmt für die Finanzierung von Instrumenten für die schriftliche Information und Kommunikation und die multimediale Online-Information und -Kommunikation über die Union, durch die die Bürgerinnen und Bürger allgemeine Informationen über die Tätigkeit der Unionsorgane, die getroffenen Entscheidungen und über die Phasen des europäischen Einigungswerks erhalten sollen. Online-Instrumente erlauben es, Fragen oder Kommentare der Bürgerinnen und Bürger zu europäischen Themen zu erfassen. Diese Aufgabe ist von öffentlichem Interesse. Die Informationen betreffen alle Unionsorgane. Diese Instrumente müssen nach den Richtlinien der Web-Zugangsinitiative (WAI) Menschen mit Behinderungen zugänglich gemacht werden.

Zu diesen Instrumenten gehören im Wesentlichen

— die Website EUROPA als Hauptzugangspunkt zu den vorhandenen Informationen und Websites mit Verwaltungsinformationen, die die Unionsbürger im Alltag benötigen könnten und die daher übersichtlicher und benutzerfreundlicher gestaltet werden müssen,

— ergänzende Online-Kanäle wie soziale Medien, Blogs und andere Web-2.0-Anwendungen,

— das *Europe-Direct*-Kontaktzentrum (Tel.-Nr. 00800-67891011),

— die Websites, Multimedia-Produkte und Druckprodukte der Vertretungen der Kommission in den Mitgliedstaaten,

— die Online-Datenbank für Pressemitteilungen, Reden, Memos usw. (RAPID).

Diese Mittel sind auch bestimmt für

— die Finanzierung einer übersichtlicheren Neugestaltung der Website EUROPA und die professionellere Nutzung anderer Online-Kanäle wie soziale Medien, Blogs und Web-2.0-Anwendungen. Dazu gehören auch Schulungsmaßnahmen aller Art für verschiedene Interessengruppen;

— die Förderung des Austauschs bewährter Verfahren, den Wissenstransfer und die Professionalisierung durch Finanzierung von Besuchen von Experten und Praktikern der digitalen Kommunikation;

— die Finanzierung von Informationskampagnen zur Erleichterung des Zugriffs auf diese Informationsquellen und insbesondere für den Betrieb des Kontaktzentrums Europe Direct, dem allgemeinen mehrsprachigen Informationsdienst zu Angelegenheiten der Union;

— die Deckung der Ausgaben für gedruckte Veröffentlichungen über die Tätigkeit der Union, die sich an verschiedene Zielgruppen richten und oft über ein dezentrales Netz verteilt werden, insbesondere

  — die Veröffentlichungen der Vertretungen (Mitteilungsblätter und regelmäßige Druckschriften): Jede Vertretung produziert eine oder mehrere Veröffentlichungen, die an Multiplikatoren verteilt werden und verschiedene Themenbereiche (Soziales, Wirtschaft und Politik) behandeln,

  — die Verbreitung (auch über ein dezentrales Netz) spezifischer Basisinformationen über die Union (in allen Amtssprachen der Union) für die Öffentlichkeit, vom Sitz des Organs aus koordiniert, sowie Werbung für die Veröffentlichungen.

**KAPITEL 16 03 — KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***16 03 02*** *(Fortsetzung)*

16 03 02 03 *(Fortsetzung)*

Die Herausgabekosten decken insbesondere die Kosten für Vorbereitung und Ausarbeitung (einschließlich Autorenverträge), für Honorare freiberuflicher Journalisten, für die Auswertung von Dokumentation, für die Vervielfältigung von Schriftstücken, für Beschaffung und Verarbeitung von Datenmaterial, Abfassung, Übersetzung, Überprüfung (einschließlich der Überprüfung der Konkordanz der Texte), für den Druck, für die Veröffentlichung im Internet oder auf sonstigen Datenträgern, für Vertrieb, Lagerung und Verbreitung sowie die Werbung für diese Veröffentlichungen.

Die Kommission sollte bei der Ausführung dieses Artikels den Ergebnissen der Sitzungen der Interinstitutionellen Gruppe „Information" (IGI) gebührend Rechnung tragen.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

16 03 02 04 Gesamtbericht und sonstige Veröffentlichungen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 2 200 000 | 2 100 000 | 2 300 000 | 2 100 000 | 2 716 092,31 | 1 700 855,07 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 16 04 04*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der Herausgabe — auf Trägern jeglicher Art — der Publikationen von aktueller Bedeutung, in denen die Tätigkeit der Kommission sowie die Arbeit der Union dargestellt werden, sowie der in den Verträgen vorgesehenen Veröffentlichungen und sonstiger Veröffentlichungen der Organe oder Referenzveröffentlichungen wie beispielsweise des Gesamtberichts. Diese Veröffentlichungen können sich an bestimmte Gruppen wie Bildungseinrichtungen, Multiplikatoren und die breite Öffentlichkeit richten.

Die Herausgabekosten decken insbesondere die Kosten für Vorbereitung und Ausarbeitung (einschließlich Autorenverträge), für Honorare freiberuflicher Journalisten, für die Auswertung von Dokumentation, für die Vervielfältigung von Schriftstücken, für Beschaffung und Verarbeitung von Datenmaterial, Abfassung, Übersetzung, Überprüfung (einschließlich der Überprüfung der Konkordanz der Texte), für den Druck, für die Veröffentlichung im Internet oder auf sonstigen Datenträgern, für Vertrieb, Lagerung und Verbreitung sowie die Werbung für diese Veröffentlichungen, einschließlich in für Personen mit Behinderungen zugänglichen Formaten.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 4 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 249 Absatz 2.

KOMMISSION
*TITEL 16 — KOMMUNIKATION*

**KAPITEL 16 03 — KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***16 03 02*** *(Fortsetzung)*

16 03 02 05 Analyse der öffentlichen Meinung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 6 300 000 | 5 815 000 | 6 600 000 | 5 831 673 | 6 162 295,48 | 6 799 573,58 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 16 04 01*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Kosten für die Analyse von Trends der öffentlichen Meinung, insbesondere durch Meinungsumfragen (etwa allgemeine Umfragen wie „Eurobarometer“ oder Kurzumfragen wie „Flash“, telefonische Befragungen sowie Befragungen spezifischer Zielgruppen zu besonderen Themen, auf regionaler, nationaler oder europäischer Ebene, oder qualitative Studien), sowie für die entsprechende Qualitätskontrolle zu decken.

Dies beinhaltet auch Ausgaben für eine qualitative Analyse und Evaluierung der Medienberichterstattung.

Die Kommission sollte bei der Ausführung dieser Haushaltslinie den Ergebnissen der Sitzungen der Interinstitutionellen Gruppe „Information“ (IGI) gebührend Rechnung tragen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 1 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***16 03 03 Online-Dienst für Zusammenfassungen von Rechtsvorschriften (SCAD+)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | — | p.m. | 0,— | 339 994,48 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 16 04 02 02*

Diese Mittel dienten der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der Ausarbeitung von Online-Zusammenfassungen zu Unionsrechtsvorschriften (SCAD+).

Diese Maßnahme wurde 2012 abgeschlossen.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 16 03 — KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***16 03 03*** *(Fortsetzung)*

*Verweise*

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 3. Oktober 2007 „Partnerschaft für die Kommunikation über Europa“ (KOM(2007) 568 endg.).

Mitteilung an die Kommission vom 21. Dezember 2007: Das Internet als Medium für die Kommunikation über Europa — die Bürgerinnen und Bürger einbeziehen (SEK(2007) 1742).

Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vom 22. Oktober 2008 „Europa partnerschaftlich kommunizieren“ (ABl. C 13 vom 20.1.2009, S. 3).

### *16 03 04 Haus der europäischen Geschichte*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 800 000 | 400 000 | p.m. | p.m. | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 15 04 70*

Diese Mittel dienen zur Deckung der operativen Ausgaben des Hauses der europäischen Geschichte, eines modernen Ausstellungs- und Dokumentationszentrums, das Wissen vermitteln, Neugier wecken und Anstöße für die Reflexion über die europäische Geschichte geben soll.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

*Verweise*

Artikel 167 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

### *16 03 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*

16 03 77 01 Vorbereitende Maßnahme — Europäische Recherchestipendien für grenzüberschreitenden Investigationsjournalismus

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 500 000 | 750 000 | 750 000 | 375 000 | 247 200,— | 74 160,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 16 02 06*

Die vorbereitende Maßnahme für europäische Recherchestipendien für Journalisten zielt auf die Förderung und Durchführung seriöser grenzübergreifender journalistischer Recherchen auf Unionsebene ab. Mittels Ausschreibungen werden gemeinsame Rechercheprojekte ausgewählt, die von Journalisten aus mindestens zwei Mitgliedstaaten durchgeführt werden. Dabei handelt es sich um Projekte mit grenzüberschreitender oder europäischer Dimension, die sich aus einer nationalen, regionalen oder lokalen Perspektive ergibt. Das Ergebnis der ausgewählten journalistischen Recherche wird mindestens in jedem der beteiligten Mitgliedstaaten veröffentlicht.

KOMMISSION
*TITEL 16 — KOMMUNIKATION*

**KAPITEL 16 03 — KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***16 03 77*** *(Fortsetzung)*

16 03 77 01 *(Fortsetzung)*

Zu diesem Zweck wurde eine Durchführbarkeitsstudie konzipiert, um neue Wege zur Einleitung dieses Projekts zu finden. In der Studie wurde untersucht, in welcher Weise ein unabhängiger, kritischer Journalismus von der Union finanziert und gleichzeitig die redaktionelle Unabhängigkeit sichergestellt werden kann.

Die Schlussfolgerungen der Studie dienen als Grundlage der oben beschriebenen Ausschreibungen. Der neue Betrag wird für Stipendien verwendet.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

16 03 77 02 Pilotprojekt — Europa im Internet greifbar machen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 700 000 | 1 000 000 | 500 000 | 999 766,50 | 150 438,14 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 16 02 07*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

16 03 77 03 Vorbereitende Maßnahme — EuroGlobe

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | — | — | 0,— | 239 976,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 16 03 05 01*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 16 03 — KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***16 03 77*** *(Fortsetzung)*

16 03 77 04 Abschluss des Pilotprojekts „EuroGlobe“

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | — | — | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 16 03 05 02*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

16 03 77 05 Vorbereitende Maßnahme — Europa im Internet greifbar machen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 000 000 | 500 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Die sozialen Medien und das Internet haben den Zugang zu Informationen und die Kommunikation zwischen den Menschen grundlegend verändert. Die Organe der Union sollten diese wegweisenden Instrumente besser nutzen. Sie können sich zahlreicher innovativer Methoden der Nutzung der sozialen Netzwerke und Online-Foren bedienen. Die Organe der Union verfügen derzeit über keine gemeinsame Kommunikationsstrategie, was den Einsatz dieser Instrumente betrifft. Zudem werden diese Instrumente häufig nur zur Verbreitung von Nachrichten genutzt, obwohl sie auch eine Kommunikation zwischen Bürgern und den ihnen dienenden und sie vertretenden Politikern ermöglichen würden. Im Gegensatz zu anderen Medien (Fernsehen, Radio, Zeitungen) sollte das Internet — und hier vor allem die sozialen Netzwerke — für eine Interaktion mit den Bürgern genutzt werden, um so politischen Entscheidungsträgern Ideen näherzubringen und Debatten über Strategievorschläge oder Projekte anzustoßen.

Die Union muss ihre Kommunikationsstrategie an die Online-Realität anpassen. Sie muss den Unionsbürgern die Möglichkeit zur Interaktion und Teilhabe einräumen. Die Kommunikationsprozesse der Union laufen leider derzeit hauptsächlich von oben nach unten ab, lassen Interaktion vermissen und sind nicht an die von den neuen Medien eröffneten Möglichkeiten angepasst. Obwohl ca. 90 % aller Internetnutzer in Europa zusätzlich die sozialen Netzwerke nutzen, bindet die Kommunikationsstrategie der Union noch immer nicht die sozialen Netzwerke, das Internet und mobile Dienste ein, um so den Zugang zu Informationen über die Politik der Union zu verbessern oder die Bürger der Union zu beteiligen. Zwar werden die sozialen Netzwerke von einigen Mitgliedern des Parlaments und Kommissionsmitgliedern intensiv genutzt, doch können die wichtigsten Unionsorgane noch einiges tun, um sich zu öffnen, die Bürger besser einzubeziehen und Informationen zur bereitzustellen, die durchsucht und gemeinsam genutzt werden können.

„Europa im Internet greifbar machen“ läuft seit 2012 erfolgreich als Pilotprojekt und ist auf positive Rückmeldungen von Interessenträgern sowohl der zentralen Organe als auch der nationalen, mit der Durchführung des Projekts befassten, Büros gestoßen.

KOMMISSION
*TITEL 16 — KOMMUNIKATION*

**KAPITEL 16 03 — KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***16 03 77*** *(Fortsetzung)*

16 03 77 05 *(Fortsetzung)*

Ziel des Pilotprojekts war es, die Art und Weise, wie die Organe der Union diese neuen Medien einsetzen, unter besonderer Berücksichtigung der lokalen Büros in den Mitgliedstaaten zu verbessern. Im Rahmen des Projekts wurde in den Informationsbüros des Europäischen Parlaments und in den Vertretungen der Kommission das Kommunikationsmanagement in sozialen Netzwerken eingeführt, um so die Online-Bereitstellung von Informationen für die Bürger zu verbessern und den Zugang zu Informationen über die EU zu erleichtern. Ein wichtiges Ziel bestand im Aufbau der für verstärkte Aktivitäten in sozialen Netzwerken benötigten Kapazitäten in den Büros, was dadurch verwirklicht wurde, dass die ernannten Kommunikationsmanager das Personal der Büros schulten und berieten und somit seine Kenntnisse erweiterten.

Dank der verstärkten und besser abgestimmten Arbeit der eingebundenen Büros konnte die Kommunikation der Organe der Union über soziale Netzwerke in den entsprechenden Landessprachen und auf lokalen Plattformen im Rahmen des Pilotprojekts deutlich verbessert werden. Ein höheres Maß an Interaktion wird durch die Schaffung eines Zugang zu mit der Union verknüpften Inhalten verwirklicht, die ansprechend, für das fragliche Land relevant und für eine Weitergabe in sozialen Foren optimiert sind. Dies fördert nicht nur den Dialog zwischen der Union und ihren Bürgern, sondern auch zwischen den Bürgern.

Die Aktivitäten der Organe verfügen über eine zunehmende Reichweite und immer größeren Einfluss, was auf eine in höherem Maße zielgerichtete Kommunikation sowie auf Partnerschaften mit Meinungsführern und lokalen Akteuren einschließlich Basisorganisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft zurückzuführen ist. Hierdurch kann die Debatte über europäische Belange auf eine viel größere Öffentlichkeit ausgeweitet und der europäische öffentliche Raum vergrößert werden.

Dadurch, dass sie den Gedankenaustausch in den sozialen Medien besser verfolgen können, verbessern die Organe außerdem ihre Fähigkeit, zuzuhören und die Sorgen der Bürger, die sich zunehmend selbst in diesen Netzwerken organisieren, aufzunehmen. „Europa im Internet greifbar machen" zielt darauf ab, Interaktion und den Zugang zu Informationen zu erleichtern, anstatt Stellungnahmen über die Union nur von oben nach unten zu verbreiten, was leicht als Propaganda wahrgenommen werden kann.

Die Haushaltsmittel für die vorbereitende Maßnahme „Europa im Internet greifbar machen" sollten für die Konsolidierung der mit dem Pilotprojekt begonnenen erfolgreichen Methode eingesetzt werden, damit die Erweiterung der Kenntnisse des Personals abgeschlossen werden kann und weitere organisatorische Änderungen ermöglicht werden. Die Informationsbüros des Europäischen Parlaments und die Vertretungen der Kommission sollen ausreichende Kenntnisse erhalten, um alle Vorteile der von den sozialen Medien gebotenen Möglichkeiten zur Förderung der Interaktion mit den Bürgern voll auszuschöpfen.

Wie auch das Pilotprojekt sollte die vorbereitende Maßnahme unter Beteiligung von Vertretern aller Organe der Union, außenstehenden Sachverständigen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Basisorganisationen umgesetzt werden. Dieses Projekt sollte auf der Grundlage von Arbeitsmethoden durchgeführt werden, die gemeinsam von allen beteiligten Organen der Union vereinbart wurden.

Der Aufstieg der sozialen Netzwerke hat manch ein Unternehmen dazu veranlasst, die Position eines „Kommunikationsmanagers" einzurichten. Kommunikationsmanager bilden eine Schnittstelle zwischen einem Unternehmen und seinen Kunden, sie verbreiten gute Nachrichten über das Unternehmen und verwenden dabei die den sozialen Medien eigene Sprache, sie steuern virtuelle Gruppen, verstehen deren Bedürfnisse und gehen auf diese ein (http://www.colpis.cat/files/documents/388_material.pdf). Mittels dieser vorbereitenden Maßnahme könnten im Rahmen des Projekts „Europa im Internet greifbar machen" ernannte „EU-Kommunikationsmanager" weiterhin Informationen über die Union zugänglich machen und die verschiedenen Organe der Union vertreten oder unabhängige Informationen über die Union und ihre Verfahren bereitstellen.

Das Projekt „Europa im Internet greifbar machen" sollte Teile bestehender Programme wie etwa Europe Direct, Euronews, die verschiedenen Internetplattformen, Kommunikationsstrategien und Unionsinformationsarchive integrieren. Durch die vorbereitende Maßnahme könnten zudem die bereits im Rahmen des Pilotprojekts „Europa im Internet greifbar machen" begonnenen Arbeiten fortgesetzt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „KOMMUNIKATION“

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „KOMMUNIKATION“

KOMMISSION

*TITEL 17*

**GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ**

# TITEL 17

# GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 17 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“ | 113 660 222 | 113 660 222 | 115 811 124 | 115 811 124 | 117 174 811,91 | 117 174 811,91 |
| 17 02 | VERBRAUCHERSCHUTZ | 21 762 000 | 19 271 000 | 20 700 000 | 19 129 963 | 21 772 252,16 | 18 975 425,03 |
| 17 03 | ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT | 230 494 000 | 216 871 500 | 225 583 000 | 218 839 051 | 233 060 932,10 | 232 187 998,91 |
| 17 04 | LEBENSMITTEL- UND FUTTERMITTELSICHERHEIT, TIER-GESUNDHEIT, TIERSCHUTZ UND PFLANZENGESUNDHEIT | 252 250 000 | 216 997 000 | 272 276 000 | 245 206 536 | 266 935 723,30 | 266 643 494,24 |
| | **Titel 17 — Insgesamt** | **618 166 222** | **566 799 722** | **634 370 124** | **598 986 674** | **638 943 719,47** | **634 981 730,09** |

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

# TITEL 17

# GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

## KAPITEL 17 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 17 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“ | | | | | |
| ***17 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Gesundheit und Verbraucherschutz“*** | 5.2 | 76 640 919 | 77 696 456 | 77 820 385,55 | 101,54 |
| ***17 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Gesundheit und Verbraucherschutz“*** | | | | | |
| 17 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 7 385 079 | 7 542 595 | 8 175 517,10 | 110,70 |
| 17 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 8 938 344 | 9 785 151 | 9 073 550,12 | 101,51 |
| | *Artikel 17 01 02 — Subtotal* | | 16 323 423 | 17 327 746 | 17 249 067,22 | 105,67 |
| ***17 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und Dienstleistungen, Gebäude und Nebenkosten des Politikbereichs „Gesundheit und Verbraucherschutz“*** | | | | | |
| 17 01 03 01 | Ausgaben für IKT-Ausstattung und Dienstleistungen des Politikbereichs „Gesundheit und Verbraucherschutz“: zentrale Dienststellen | 5.2 | 4 960 880 | 4 916 922 | 5 708 920,56 | 115,08 |
| 17 01 03 03 | Gebäude und Nebenkosten des Politikbereichs „Gesundheit und Verbraucherschutz“ — Grange | 5.2 | 4 565 000 | 4 700 000 | 5 268 184,89 | 115,40 |
| | *Artikel 17 01 03 — Subtotal* | | 9 525 880 | 9 616 922 | 10 977 105,45 | 115,23 |
| ***17 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Gesundheit und Verbraucherschutz“*** | | | | | |
| 17 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für das Verbraucherprogramm | 3 | 1 100 000 | 1 100 000 | 974 563,40 | 88,60 |
| 17 01 04 02 | Unterstützungsausgaben für das Programm „Gesundheit im Dienste von Wachstum“ | 3 | 1 500 000 | 1 500 000 | 1 456 521,82 | 97,10 |

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 17 01 04 03 | Unterstützungsausgaben in den Bereichen Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit | 3 | 1 500 000 | 1 500 000 | 1 473 768,47 | 98,25 |
| | *Artikel 17 01 04 — Subtotal* | | 4 100 000 | 4 100 000 | 3 904 853,69 | 95,24 |
| ***17 01 06*** | ***Exekutivagenturen*** | | | | | |
| 17 01 06 01 | Exekutivagentur Verbraucher, Gesundheit und Ernährung — Beitrag aus dem Verbraucherprogramm | 3 | 1 691 000 | 1 691 000 | 1 734 904,— | 102,60 |
| 17 01 06 02 | Exekutivagentur Verbraucher, Gesundheit und Ernährung — Beitrag aus dem Programm „Gesundheit für Wachstum“ | 3 | 4 209 000 | 4 209 000 | 4 318 496,— | 102,60 |
| 17 01 06 03 | Exekutivagentur Verbraucher, Gesundheit und Ernährung — Beitrag für die Bereiche Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit | 3 | 1 170 000 | 1 170 000 | 1 170 000,— | 100,— |
| | *Artikel 17 01 06 — Subtotal* | | 7 070 000 | 7 070 000 | 7 223 400,— | 102,17 |
| | **Kapitel 17 01 — Insgesamt** | | **113 660 222** | **115 811 124** | **117 174 811,91** | **103,09** |

## *17 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Gesundheit und Verbraucherschutz“*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 76 640 919 | 77 696 456 | 77 820 385,55 |

## *17 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Gesundheit und Verbraucherschutz“*

### 17 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 385 079 | 7 542 595 | 8 175 517,10 |

### 17 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 8 938 344 | 9 785 151 | 9 073 550,12 |

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“** *(Fortsetzung)*

***17 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und Dienstleistungen, Gebäude und Nebenkosten des Politikbereichs „Gesundheit und Verbraucherschutz“***

17 01 03 01 Ausgaben für IKT-Ausstattung und Dienstleistungen des Politikbereichs „Gesundheit und Verbraucherschutz“: zentrale Dienststellen

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 960 880 | 4 916 922 | 5 708 920,56 |

17 01 03 03 Gebäude und Nebenkosten des Politikbereichs „Gesundheit und Verbraucherschutz“ — Grange

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 565 000 | 4 700 000 | 5 268 184,89 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für folgende im Gebiet der Union getätigte Ausgaben:

— Mieten, Erbpachtzinsen und kommunale Gebühren für die belegten Dienstgebäude oder Gebäudeteile sowie die Miete von Konferenzsälen, Lagerräumen, Garagen und Parkplätzen,

— Erwerb oder Mietkauf von Gebäuden,

— Errichtung von Gebäuden,

— Zahlung der in den Versicherungspolicen für die Dienstgebäude oder Teile von Dienstgebäuden des Organs vorgesehenen Prämien,

— Ausgaben für Wasser, Gas, Strom und Heizung,

— Kosten für die Wartung der Räume, der Aufzüge, der Zentralheizung, der Klimaanlagen usw.; der Ansatz ist nach den laufenden Verträgen berechnet; Kosten für regelmäßige Reinigungsarbeiten, einschließlich der Putz-, Pflege-, Wasch- und Reinigungsmittel usw., für Maler- und Instandsetzungsarbeiten sowie für das in den Werkstätten erforderliche Material (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich die Kommission bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für ähnliche Aufträge erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

— Ausgaben für die gesonderte Verwertung der Abfälle, deren Lagerung und deren Entsorgung,

— Herrichtungsarbeiten, wie die Versetzung von Zwischenwänden in den Gebäuden, den Umbau von elektrischen Anlagen sowie sonstige handwerkliche Facharbeiten (Schlosser-, Elektriker-, Installateur- und Malerarbeiten, Verlegen von Fußbodenbelägen usw.), Kosten für die Verlegung von Verkabelungen bei Einbauten sowie die Ausgaben für das entsprechende Material,

— Ausgaben für die Gewährleistung der physischen und materiellen Sicherheit von Personen und Sachgütern, insbesondere für die Gebäudeüberwachungsverträge, die Verträge für die Wartung und Nachrüstung von Sicherheitsanlagen sowie für die Anschaffung von Material,

— Ausgaben für Hygiene und Sicherheit der Personen am Arbeitsplatz, insbesondere für die Beschaffung, Miete und Instandhaltung der Brandbekämpfungsgeräte, den Ersatz der Ausrüstungen des freiwilligen Rettungspersonals und die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen,

— Kosten der rechtlichen, finanziellen und technischen Gutachten, die vor dem Erwerb, der Anmietung oder der Errichtung von Gebäuden in Auftrag zu geben sind,

— sonstige Gebäudekosten, insbesondere Gebäudeverwaltungskosten bei Gebäuden mit verschiedenen Mietern, Kosten für Zustandsfeststellungen sowie Abgaben für öffentliche Dienstleistungen (Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren usw.),

— Ausgaben für die technische Unterstützung bei größeren Reparaturen und umfangreichen Herrichtungs- oder Umgestaltungsarbeiten,

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“** *(Fortsetzung)*

***17 01 03*** *(Fortsetzung)*

17 01 03 03 *(Fortsetzung)*

— Kauf, Anmietung oder Leasing, Instandhaltung, Reparatur, Installierung und Ersatzbeschaffung von Geräten und technischem Material, insbesondere von:
  — Geräten und Material (einschließlich Kopiergeräten) für die Herstellung, Vervielfältigung und Archivierung von Veröffentlichungen und Dokumenten auf verschiedenen Trägern (Papier, EDV usw.),
  — Ausrüstungen für Audio-Video-Technik, Bibliothek und Dolmetschen (Kabinen, Hörgarnituren und Einbauplatten für Simultandolmetschanlagen usw.),
  — Material für Kantinen und Restaurants,
  — verschiedenem Arbeitsgerät für die Werkstätten, die für die Gebäudeinstandhaltung zuständig sind,
  — Einrichtungen, die für Bedienstete mit Behinderungen erforderlich sind,
  — sowie Studien, Dokumentation und Schulung im Zusammenhang mit den genannten Ausstattungen,
— Kauf, Miete, Instandhaltung und Reparatur von Mobiliar, insbesondere:
  — Anschaffung von Büromöbeln, insbesondere ergonomischen Möbeln, Regalen für die Archive usw.,
  — Ersatz von veraltetem und nicht mehr verwendbarem Mobiliar,
  — Ausstattung mit spezifischem Bibliotheksmobiliar (Karteikästen, Regale, Katalogmobiliar usw.),
  — Kantinen- und Restaurantausstattung,
  — Anmietung von Mobiliar,
  — Wartung und Reparatur von Mobiliar (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich die Kommission bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für ähnliche Aufträge erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),
— Kauf, Miete, Instandhaltung und Reparatur von Fahrzeugen, insbesondere:
  — Anschaffung von Fahrzeugen einschließlich aller Nebenkosten,
  — Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, die im Haushaltsjahr einen so hohen Gesamtkilometerstand erreicht haben werden, dass eine Ersetzung gerechtfertigt ist,
  — kurz- und langfristige Anmietung von Fahrzeugen, wenn der Bedarf höher ist als die Kapazität des Fuhrparks,
  — Kosten für die Instandhaltung, Instandsetzung und Versicherung der Dienstfahrzeuge (Kauf von Treibstoff, Schmiermitteln, Reifen, Schläuchen, verschiedenem Material, Ersatzteilen, Werkzeug usw.) einschließlich der landesspezifischen jährlichen Fahrzeugprüfungen,
  — Kosten für verschiedene Versicherungen (insbesondere Haftpflichtversicherung, Diebstahlversicherung) und gegebenenfalls nationale Steuern sowie Versicherungskosten,
— Ausgaben für Arbeitsausrüstung, insbesondere:
  — Anschaffung von Dienstkleidung für Amtsgehilfen und Fahrer,
  — Anschaffung und Reinigung von Arbeitskleidung für das technische Personal sowie für Personal, das gegen Witterung und Kälte sowie gegen übermäßigen Verschleiß und starke Verschmutzung der Kleidung geschützt werden muss,
  — Anschaffung bzw. Erstattung der erforderlichen Ausrüstungen im Rahmen der Anwendung der Richtlinien 89/391/EWG und 90/270/EWG,
— Kosten für den Umzug, die Umorganisation der Dienststellen sowie Kosten für die Handhabung (Entgegennahme, Lagerung, Lieferung) von Material, Mobiliar und Bürobedarf,
— sonstige Verwaltungsausgaben wie
  — Ausgaben für die Ausrüstung von Gebäuden mit Telekommunikationsanlagen und insbesondere für Erwerb, Miete, Installierung und Wartung von Telefonzentralen und -verteilern, Audio- und Videokonferenzsystemen, Sprechanlagen und Mobilfunk sowie mit Datennetzen zusammenhängende Ausgaben (Ausrüstung und Wartung) sowie die entsprechenden Dienste (Verwaltung, Benutzerhilfen, Unterlagen, Installation, Umzug),

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“** *(Fortsetzung)*

***17 01 03*** *(Fortsetzung)*

17 01 03 03 *(Fortsetzung)*

— Kauf, Miete oder Leasing von Rechnern, Terminals, Kleinrechnern und Peripheriegeräten, Ausrüstungen für den Anschluss an Zentralsysteme sowie der erforderlichen Software,

— Kauf, Miete oder Leasing von Ausrüstungen für die Informationsdarstellung auf Papier wie z. B. Druckern, Faxgeräten, Fotokopiergeräten, Scannern und Mikrokopiergeräten,

— Kauf, Miete oder Leasing von Schreibmaschinen, Textverarbeitungsgeräten sowie sonstigen Geräten der Büroautomation,

— Installation, Konfiguration, Wartung, Studien, Dokumentation und Material in Verbindung mit diesen Ausrüstungen,

— Ausgaben für die Bewirtschaftung der Restaurants, Kantinen und Cafeterias, insbesondere Wartung der Anlagen und Anschaffung von Betriebsmaterial, Ausgaben für laufende Umbauarbeiten und Ersatzbeschaffung von Material sowie Ausgaben für größere Umbauarbeiten und erforderliche Ersatzbeschaffungen, die klar von den laufenden Umbau-, Wartungs- und Reparaturarbeiten abzugrenzen sind,

— Ausgaben für die Abonnements und die Benutzung externer elektronischer Informations- und Datenbanken sowie für die Beschaffung von Informationen auf elektronischen Datenträgern (CD-ROMs usw.),

— Ausgaben für Ausbildungsmaßnahmen und die erforderlichen Hilfsmittel für die Nutzung der elektronischen Informationen,

— Ankauf von Papier, Umschlägen, Büromaterial, Material für die Vervielfältigung sowie einige in Auftrag gegebene Druckarbeiten,

— Porto- und Zustellungskosten im normalen Schriftverkehr, für den Versand von Berichten und Veröffentlichungen sowie für Paketgebühren im Luft-, Schiffs- und Eisenbahnversand sowie für den internen Postdienst der Kommission,

— Lizenzen, Grund- und Fernmeldegebühren (Fernsprecher fest und mobil, Telegraf, Fernschreiber, Fernseher, Telefon- und Videokonferenzen) sowie Ausgaben für Datenübertragungsnetze, Telematikdienste usw. und den Kauf der entsprechenden Teilnehmerverzeichnisse,

— Telefon- und EDV-Verbindungen zwischen den einzelnen Gebäuden und internationale Übertragungsnetze zwischen den Arbeitsorten,

— technische und logistische Unterstützung, allgemeine informationstechnische Ausbildung samt Nebenkosten und spezifische Schulungsmaßnahmen in Bezug auf Ausrüstungen und Software für die Datenverarbeitung, Abonnements für technische Dokumentation (elektronisch und in Papierform), externes Betriebspersonal, Büroautomatik, Abonnements bei internationalen Organisationen usw., Sicherheitsstudien und Qualitätssicherung bezüglich der Ausrüstungen und der Software.

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“** *(Fortsetzung)*

***17 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Gesundheit und Verbraucherschutz“***

17 01 04 01 Unterstützungsausgaben für das Verbraucherprogramm

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 100 000 | 1 100 000 | 974 563,40 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 17 01 04 03*

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Postens stehen, und alle weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von punktuellen Dienstleistungsverträgen vergeben werden.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Kandidatenländer und gegebenenfalls der potenziellen Beitrittsländer des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 17 02.

17 01 04 02 Unterstützungsausgaben für das Programm „Gesundheit im Dienste von Wachstum“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 500 000 | 1 500 000 | 1 456 521,82 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Postens stehen und alle weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von punktuellen Dienstleistungsverträgen vergeben werden.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“** *(Fortsetzung)*

***17 01 04*** *(Fortsetzung)*

17 01 04 02 *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Beiträgen der Kandidatenländer und gegebenenfalls der potenziellen Beitrittsländer des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 17 03.

17 01 04 03 Unterstützungsausgaben in den Bereichen Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 500 000 | 1 500 000 | 1 473 768,47 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 17 01 04 01, 17 01 04 05 und 17 01 04 07*

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der Ausgaben für technische und administrative Hilfe bei der Festlegung, Vorbereitung, Verwaltung, Überwachung, Bewertung, Prüfung und Kontrolle von Programmen oder Projekten in diesem Bereich.

Sie sind auch bestimmt zur Deckung der Ausgaben für technische und administrative Unterstützung, Studien, Sitzungen von Sachverständigen, Informations- und Kommunikationstätigkeiten sowie Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieser Mittel stehen.

Diese Mittel sind auch bestimmt zur Deckung der Ausgaben für administrative Hilfe im Zusammenhang mit der Prüfung der von den Mitgliedstaaten gemäß den entsprechenden Bestimmungen in der Rechtsgrundlage vorzulegenden Anträge.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 17 04.

***17 01 06 Exekutivagenturen***

17 01 06 01 Exekutivagentur Verbraucher, Gesundheit und Ernährung — Beitrag aus dem Verbraucherprogramm

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 691 000 | 1 691 000 | 1 734 904,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 17 01 04 30 (teilweise)*

Die Mittel sind zur Deckung des Beitrags zu den Personal- und Verwaltungsausgaben der Agentur bestimmt, die im Rahmen ihrer Aufgabe bei der Verwaltung von Maßnahmen anfallen, die Teil des Verbraucherprogramms sind.

**KAPITEL 17 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“** *(Fortsetzung)*

***17 01 06*** *(Fortsetzung)*

17 01 06 01 *(Fortsetzung)*

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Kandidatenländer und gegebenenfalls der potenziellen Beitrittsländer des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Der Stellenplan der Exekutivagentur ist im Anhang „Stellenplan“ zu diesem Einzelplan enthalten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

Beschluss Nr. 1926/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich Verbraucherpolitik (2007-2013) (ABl. L 404 vom 30.12.2006, S. 39).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 9. November 2011, über ein Verbraucherprogramm 2014-2020 (COM(2011) 707 final).

Siehe Kapitel 17 02.

*Verweise*

Durchführungsbeschluss 2013/770/EU der Kommission vom 17. Dezember 2013 zur Einrichtung der Exekutivagentur für Verbraucher, Gesundheit und Lebensmittel sowie zur Aufhebung des Beschlusses 2004/858/EG (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 69).

Beschluss C(2013)9505 der Kommission vom 20. Dezember 2013 zur Übertragung bestimmter Befugnisse auf die Exekutivagentur Verbraucher, Gesundheit und Ernährung zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Programme der Union in den Bereichen Verbraucher, Gesundheit und Ernährung sowie insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von Mitteln des Gesamthaushaltsplans der Union.

17 01 06 02 Exekutivagentur Verbraucher, Gesundheit und Ernährung — Beitrag aus dem Programm „Gesundheit für Wachstum“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 209 000 | 4 209 000 | 4 318 496,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 17 01 04 30 (teilweise)*

Die Mittel sind zur Deckung des Beitrags zu den Personal- und Verwaltungsausgaben der Agentur bestimmt, die im Rahmen ihrer Aufgabe bei der Verwaltung von Maßnahmen anfallen, die Teil des Programms Gesundheit für Wachstum sind.

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“** *(Fortsetzung)*

***17 01 06*** *(Fortsetzung)*

17 01 06 02 *(Fortsetzung)*

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Kandidatenländer und gegebenenfalls der potenziellen Beitrittsländer des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Der Stellenplan der Exekutivagentur ist im Anhang „Stellenplan“ zu diesem Einzelplan enthalten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

Beschluss Nr. 1350/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über ein zweites Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich der Gesundheit (2008-2013) (ABl. L 301 vom 20.11.2007, S. 3).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 9. November 2011, über das Programm „Gesundheit für Wachstum“, das dritte mehrjährige EU-Aktionsprogramm im Bereich der Gesundheit, für den Zeitraum 2014-2020 (COM(2011) 709 final).

*Verweise*

Durchführungsbeschluss 2013/770/EU der Kommission vom 17. Dezember 2013 zur Einrichtung der Exekutivagentur für Verbraucher, Gesundheit und Lebensmittel sowie zur Aufhebung des Beschlusses 2004/858/EG (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 69).

Beschluss C(2013)9505 der Kommission vom 20. Dezember 2013 zur Übertragung bestimmter Befugnisse auf die Exekutivagentur Verbraucher, Gesundheit und Ernährung zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Programme der Union in den Bereichen Verbraucher, Gesundheit und Ernährung sowie insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von Mitteln des Gesamthaushaltsplans der Union.

17 01 06 03 Exekutivagentur Verbraucher, Gesundheit und Ernährung — Beitrag für die Bereiche Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 170 000 | 1 170 000 | 1 170 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 17 01 04 30 und 17 01 04 31*

Die Mittel sind zur Deckung des Beitrags aus der Fortbildungsstrategie der Union in den Bereichen des Lebens- und Futtermittelrechts, der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz sowie der Vorschriften über Pflanzen zu den Personal- und Verwaltungsausgaben der Agentur bestimmt, die im Rahmen ihrer Aufgabe bei der Verwaltung von Maßnahmen in den Bereichen Lebens- und Futtermittelrecht, Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz sowie Vorschriften über Pflanzen anfallen.

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“** *(Fortsetzung)*

***17 01 06*** *(Fortsetzung)*

17 01 06 03 *(Fortsetzung)*

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Kandidatenländer und gegebenenfalls der potenziellen Beitrittsländer des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Der Stellenplan der Exekutivagentur ist im Anhang „Stellenplan“ zu diesem Einzelplan enthalten.

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 2000/29/EG des Rates vom 8. Mai 2000 über Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (ABl. L 169 vom 10.7.2000, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz (ABl. L 165 vom 30.4.2004, S. 1), insbesondere Artikel 51.

Siehe Kapitel 17 04.

*Verweise*

Durchführungsbeschluss 2013/770/EU der Kommission vom 17. Dezember 2013 zur Einrichtung der Exekutivagentur für Verbraucher, Gesundheit und Lebensmittel sowie zur Aufhebung des Beschlusses 2004/858/EG (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 69).

Beschluss C(2013)9505 der Kommission vom 20. Dezember 2013 zur Übertragung bestimmter Befugnisse auf die Exekutivagentur Verbraucher, Gesundheit und Ernährung zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Programme der Union in den Bereichen Verbraucher, Gesundheit und Ernährung sowie insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von Mitteln des Gesamthaushaltsplans der Union.

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. Mai 2013, über amtliche Kontrollen und andere amtliche Tätigkeiten zur Gewährleistung der Anwendung des Lebens- und Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit, Pflanzenvermehrungsmaterial und Pflanzenschutzmittel sowie zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 999/2001, (EG) Nr. 1829/2003, (EG) Nr. 1831/2003, (EG) Nr. 1/2005, (EG) Nr. 396/2005, (EG) Nr. 834/2007, (EG) Nr. 1069/2009, (EG) Nr. 1099/2009 und (EG) Nr. 1107/2009, der Verordnungen (EU) Nr. 1151/2012 und (EU) Nr. […]/2013 und der Richtlinien 98/58/EG, 1999/74/EG, 2007/43/EG, 2008/119/EG, 2008/120/EG und 2009/128/EG (Verordnung über amtliche Kontrollen) (COM(2013) 265 final).

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 02 — VERBRAUCHERSCHUTZ**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 17 02 | VERBRAUCHERSCHUTZ | | | | | | | | |
| ***17 02 01*** | ***Wahrung des Verbraucherinteresses und Verbesserung der Sicherheit und des Informationsstands von Verbrauchern*** | 3 | 21 262 000 | 6 512 000 | | | | | — |
| ***17 02 51*** | ***Abschluss der Maßnahmen der Union zugunsten der Verbraucher*** | 3 | p.m. | 12 509 000 | 20 700 000 | 18 779 963 | 21 772 252,16 | 18 458 318,32 | 147,56 |
| ***17 02 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 17 02 77 01 | Pilotprojekt — Transparenz und Stabilität der Finanzmärkte | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | 200 000 | 0,— | 66 191,20 | — |
| 17 02 77 02 | Vorbereitende Maßnahme — Überwachungsmaßnahmen im Bereich des Verbraucherschutzes | 3 | p.m. | p.m. | p.m. | 150 000 | 0,— | 450 915,51 | — |
| 17 02 77 03 | Pilotprojekt — „Your Europe Travel — Anwendung für mobile Geräte“ | 2 | 500 000 | 250 000 | | | | | — |
| | *Artikel 17 02 77 — Subtotal* | | 500 000 | 250 000 | p.m. | 350 000 | 0,— | 517 106,71 | 206,84 |
| | **Kapitel 17 02 — Insgesamt** | | **21 762 000** | **19 271 000** | **20 700 000** | **19 129 963** | **21 772 252,16** | **18 975 425,03** | **98,47** |

## *17 02 01 Wahrung des Verbraucherinteresses und Verbesserung der Sicherheit und des Informationsstands von Verbrauchern*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 21 262 000 | 6 512 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die Erreichung der in dem mehrjährigen Verbraucherprogramm für die Jahre 2014-2020 festgelegten Ziele bestimmt. Mit dem Programm soll im Rahmen einer Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum ein hohes Verbraucherschutzniveau gewährleistet und die Handlungskompetenz der Verbraucherinnen und Verbraucher im Binnenmarkt gestärkt werden, indem es einen Beitrag zum Schutz der Gesundheits-, Sicherheits-, Rechts- und Wirtschaftsinteressen der Verbraucher leistet, ihr Recht auf Information und Bildung stärkt, sowie sich zur Wahrung ihrer Interessen organisiert, und dazu die Einbeziehung dieser Verbraucherinteressen in andere Politikbereiche unterstützt. Mit dem Programm werden die Maßnahmen der Mitgliedstaaten ergänzt, unterstützt und begleitet.

Die übergeordnete Zielsetzung gliedert sich in vier Einzelziele:

— Sicherheit: Konsolidierung und Verbesserung der Produktsicherheit durch eine effektive unionsweite Marktüberwachung,

**KAPITEL 17 02 — VERBRAUCHERSCHUTZ** *(Fortsetzung)*

***17 02 01*** *(Fortsetzung)*

— Information und Bildung sowie Unterstützung von Verbraucherorganisationen: Verbesserung der Verbraucherbildung, der Verbraucherinformation und des Wissens der Verbraucher über ihre Rechte, Ausbau der Daten- und Informationsgrundlage für die Verbraucherpolitik und Unterstützung von Verbraucherorganisationen, auch unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse schutzbedürftiger Verbraucher,

— Rechte und Rechtsschutz: Weiterentwicklung und Stärkung der Verbraucherrechte insbesondere durch intelligente Regulierungsmaßnahmen und Verbesserung des Zugangs zu einfachen, wirksamen, zweckdienlichen und kostengünstigen Rechtsschutzinstrumenten, darunter auch alternativen Streitbeilegungsverfahren,

— Durchsetzung: Unterstützung der Durchsetzung von Verbraucherrechten durch Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Durchsetzungsbehörden und durch Beratung der Verbraucher.

Das neue Programm muss außerdem neue gesellschaftliche Herausforderungen berücksichtigen, die in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben. Hierzu zählen die größere Komplexität der Verbraucherentscheidungsprozesse, die Notwendigkeit, zu einem nachhaltigeren Verbraucherverhalten zu gelangen, die Chancen und Gefahren der Digitalisierung, die zunehmende soziale Ausgrenzung, die wachsende Zahl besonders schutzbedürftiger Verbraucher und die alternde Bevölkerung.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Kandidatenländer und gegebenenfalls der potenziellen Kandidaten des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vom … über ein mehrjähriges Verbraucherprogramm 2014-2020 (ABl. L … vom …, S. …).

***17 02 51*** ***Abschluss der Maßnahmen der Union zugunsten der Verbraucher***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 12 509 000 | 20 700 000 | 18 779 963 | 21 772 252,16 | 18 458 318,32 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 17 02 01 und 17 02 02*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Verpflichtungen aus den Vorjahren im Rahmen der Beschlüsse Nr. 20/2004/EG und Nr. 1926/2006/EG zu decken.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Kandidatenländer und gegebenenfalls der potenziellen Kandidaten des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 02 — VERBRAUCHERSCHUTZ** *(Fortsetzung)*

***17 02 51*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 20/2004/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Dezember 2003 über einen allgemeinen Rahmen für die Finanzierung von Gemeinschaftsmaßnahmen zur Unterstützung der Verbraucherpolitik im Zeitraum 2004-2007 (ABl. L 5 vom 9.1.2004, S. 1).

Beschluss Nr. 1926/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich Verbraucherpolitik (2007-2013) (ABl. L 404 vom 30.12.2006, S. 39).

## *17 02 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*

17 02 77 01 Pilotprojekt — Transparenz und Stabilität der Finanzmärkte

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 200 000 | 0,— | 66 191,20 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 17 02 04*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

17 02 77 02 Vorbereitende Maßnahme — Überwachungsmaßnahmen im Bereich des Verbraucherschutzes

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 150 000 | 0,— | 450 915,51 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 17 02 03*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 17 02 — VERBRAUCHERSCHUTZ** *(Fortsetzung)*

***17 02 77*** *(Fortsetzung)*

17 02 77 03 Pilotprojekt — „Your Europe Travel — Anwendung für mobile Geräte“

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 500 000 | 250 000 | | | | |

*Erläuterungen*

1. *Ziel*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Ausgaben für die Errichtung der Anwendung für europäische Verbraucher auf Reisen „Your Europe Travel“ zu decken. Ziel dieser Anwendung ist es, eine einzige Anlaufstelle zu haben, die Informationen zu Verbraucherrechten und grenzüberschreitenden Fragen bietet und die Reisenden im Falle von beim Auslandsaufenthalt auftretenden Problemen hilft, wenn diese über nur begrenzten Zugang zu Informationen und Beratungsdiensten verfügen.

Sie wird Verbrauchern praktische Informationen anbieten und auf das wirkliche Leben und auf grenzübergreifende Situationen ausgerichtet sein, auf Themen, die von Reise- und Visuminformationen über die Rechte der Reisenden und der Verbraucher, Krankenversicherungskarten, Zahlungssysteme, Straßenschilder bis hin zu den europäischen Verbraucherzentren reichen, die in jedem Mitgliedstaat und in Norwegen und Island Unterstützung und Beratung anbieten können.

Die Inhaltsstrategie dieser intelligenten Anwendung wird von der Kommission unter aktiver Beteiligung des Europäischen Parlaments definiert werden. Diese Strategie sollte einmal jährlich überprüft werden, um neue Entwicklungen zu berücksichtigen.

Die Anwendung stellt Menüpunkte bereit, die es Nutzern ermöglichen, die Information, die sie während einer Reise innerhalb der Union benötigen, schnell zu liefern. Sie wird durchgehend mehrsprachig sein und alle Amtssprachen der Union abdecken. Allgemeine Information zur Union steht ebenfalls in allen Amtssprachen zur Verfügung, ausführliche Informationen in der-(den) Sprache(n) jedes Mitgliedstaats sowie in Englisch, Französisch und Deutsch.

Ziel dieses Projekts ist die Entwicklung eines Dienstleistungskonzepts und später einer Anwendung, welche von den Bürgern innerhalb der Union auf mobilen Geräten genutzt werden kann, um ihnen bei Fragen und Problemen in Verbindung mit einer Reise beizustehen. Diese intelligente Anwendung beantwortet die meisten Fragen indem sie sich auf eine semantische Analyse der Frage und auf den zur Verfügung stehenden Inhalt basiert. Sie bietet ebenfalls die Möglichkeit über den Europe Direct Service weitere Fragen zu stellen, falls der erste Schritt nur eine unvollständige Antwort liefert. Antworten über Europe Direct erfolgen innerhalb ihrer festgesetzten Fristen und der Qualitätscharta in der Sprache des Kunden. Die Serviceleistung ist gratis, lediglich die Telekommunikationskosten werden berechnet.

Der Inhalt wird weitgehend bestehende Inhalte aus den Websites der Kommission „Your Europe“ und „ECC Network“ verbinden, so dass er an jeden nationalen Kontext angepasst ist. Neben den Informationen wird er einen interaktiven Teil/ein Modul zur Lösung von Streitigkeiten mit Händlern beinhalten. Dies wird Verbrauchern einige schnelle Ratschläge erteilen, damit sie ihr Problem während ihres Auslandsaufenthalts lösen können. Komplexere Fragen werden im normalen Arbeitsablauf des ECC Networks und in einschlägigen alternativen Streitbeilegungs-/Online-Streitbeiliegungsoptionen gekennzeichnet.

Zu den Entwicklungs- und Produktionskosten wird das Projekt Wartungs-, Betriebs- und Werbungskosten für die nächsten 5 Jahre decken.

2. *Umsetzung*

Das Projekt sollte sich zuerst auf Wissen der aktuellen Situation im Hinblick auf die Kommunikation mit Bürgern zu Unionsangelegenheiten stützen sowie einschlägige hochmoderne Kommunikationstechnologien erforschen.

Anschließend sollten im Rahmen eines auf Kooperation basierenden und partizipativen Ansatzes Konzepte wie eine interaktive Plattform und ein Untertitelungsdienst entwickelt werden, indem Bürger aus ganz Europa im Rahmen einer Verhaltensstudie miteinbezogen werden und mit dem Ergebnis eines Basisdienstleistungskonzept der Anwendung, das die eigentlichen Endnutzer erstellen.

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 02 — VERBRAUCHERSCHUTZ** *(Fortsetzung)*

***17 02 77*** *(Fortsetzung)*

17 02 77 03 *(Fortsetzung)*

Das Projekt wird daraus den bestmöglichen Nutzen ziehen und/oder andere einschlägige Anwendungen für mobile Geräte (Rechte der Reisenden, Krankenversicherungskarte), Websites für Bürger (wie z. B. Your Europe, Travelling in Europe, European Youth Portal Travel Section), und Dienstleistungen für Bürger (wie z. B. Europe Direct), integrieren, um doppelte Arbeit zu vermeiden.

Schließlich soll im Rahmen des Projekts das entwickelte Konzept in eine leicht aktivierbare Anwendung einfließen, die zu der „European Consumer Travel Application" führt, auf welche die Nutzer von ihren mobilen Geräten kostenfreien Zugriff haben.

3. *Vorausschau für 2014*

Der gesamte Zeitplan für dieses Pilotprojekt wird auf 22 Monate mit einem Gesamtbetrag von 650 000 EUR geschätzt, einschließlich der kompletten Umsetzung der IT-Anwendung und dem Aufbau der Service-Plattform. Die Vollendung des Projekts einschließlich der Testphase ist für November 2015 vorgesehen.

Ein aus der Kommission und Vertretern des ECC-Netzwerks zusammengesetzter Redaktionsausschuss wird für die Verlagspolitik — einschließlich Sprache und Auswahl der Inhaltsprioritäten — verantwortlich.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 17 03 | ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT | | | | | | | | |
| ***17 03 01*** | ***Förderung der Innovation im Gesundheitswesen und der Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme, Verbesserung der Gesundheit der Unionsbürger und Schutz vor grenzübergreifenden Bedrohungen für die Gesundheit*** | 3 | 52 870 000 | 8 697 500 | | | | | — |
| ***17 03 10*** | ***Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten*** | 3 | 56 766 000 | 56 766 000 | 56 727 000 | 56 727 000 | 58 201 902,— | 58 200 000,— | 102,53 |
| ***17 03 11*** | ***Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit*** | 3 | 76 545 000 | 76 545 000 | 74 334 000 | 71 870 000 | 78 280 426,27 | 76 486 090,— | 99,92 |
| ***17 03 12*** | ***Europäische Arzneimittel-Agentur*** | | | | | | | | |
| 17 03 12 01 | Beitrag der Union zur Europäischen Arzneimittel-Agentur | 3 | 31 333 000 | 31 333 000 | 33 230 000 | 33 230 000 | 31 938 223,18 | 31 938 223,18 | 101,93 |
| 17 03 12 02 | Spezieller Beitrag für Arzneimittel für seltene Leiden („orphan drugs“) | 3 | 6 000 000 | 6 000 000 | 6 000 000 | 6 000 000 | 7 656 000,— | 7 646 720,— | 127,45 |
| | *Artikel 17 03 12 — Subtotal* | | 37 333 000 | 37 333 000 | 39 230 000 | 39 230 000 | 39 594 223,18 | 39 584 943,18 | 106,03 |
| ***17 03 13*** | ***Internationale Übereinkommen und Mitgliedschaft in internationalen Organisationen im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens und der Bekämpfung des Tabakkonsums*** | 4 | 200 000 | 200 000 | 192 000 | 189 776 | 200 000,— | 115 773,28 | 57,89 |
| ***17 03 51*** | ***Abschluss der Programme im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens*** | 3 | p.m. | 30 370 000 | 49 800 000 | 46 872 275 | 51 784 380,65 | 57 352 883,19 | 188,85 |
| ***17 03 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 17 03 77 01 | Pilotprojekt — Neue Beschäftigungssituation im Gesundheitssektor: bewährte Verfahren zur Verbesserung der Berufsausbildung und der beruflichen Qualifikationen der Beschäftigten im Gesundheitsbereich einschließlich des Aspekts ihrer Gehälter | 1.1 | p.m. | 80 000 | p.m. | p.m. | 0,— | 150 000,— | 187,50 |
| 17 03 77 02 | Pilotprojekt — Komplexe Forschungstätigkeiten in den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Verkehr und Klimawandel — Verbesserung der Qualität der Innen- und Außenluft | 2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 17 03 77 03 | Pilotprojekt — Konsum von Obst und Gemüse | 2 | — | 700 000 | — | 500 000 | 1 000 000,— | 298 309,26 | 42,62 |
| 17 03 77 04 | Pilotprojekt — Gesunde Ernährung: frühe Lebensjahre und alternde Bevölkerung | 2 | — | 600 000 | 1 000 000 | 700 000 | 1 000 000,— | 0,— | 0,— |

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 17 03 77 05 | Pilotprojekt — Entwicklung und Einführung erfolgreicher Strategien zur Prävention von Diabetes Typ 2 | 2 | — | 300 000 | — | 200 000 | 1 000 000,— | 0,— | 0,— |
| 17 03 77 06 | Vorbereitende Maßnahme — Resistenz gegen antimikrobielle Wirkstoffe (AMR): Forschung über die Ursachen eines starken und unsachgemäßen Einsatzes von Antibiotika | 2 | — | 300 000 | — | 200 000 | 1 000 000,— | 0,— | 0,— |
| 17 03 77 07 | Vorbereitende Maßnahme — Einrichtung eines Unionsnetzes von Sachverständigen im Bereich der individuellen Betreuung von Jugendlichen mit psychischen Problemen | 3 | p.m. | 300 000 | — | 200 000 | 1 000 000,— | 0,— | 0,— |
| 17 03 77 08 | Pilotprojekt — Europäisches Prävalenzprotokoll zur Früherkennung der Autismusspektrums-Störung in Europa | 3 | 800 000 | 790 000 | 1 300 000 | 650 000 | | | — |
| 17 03 77 09 | Pilotprojekt — Förderung der Eigenfürsorge in der Union | 3 | 1 000 000 | 800 000 | 1 000 000 | 500 000 | | | — |
| 17 03 77 10 | Pilotprojekt — Geschlechtsspezifische Mechanismen bei der koronaren Herzkrankheit in Europa | 3 | p.m. | 300 000 | 1 000 000 | 500 000 | | | — |
| 17 03 77 11 | Vorbereitende Maßnahme — Verzehr von Obst und Gemüse | 2 | 750 000 | 675 000 | 1 000 000 | 500 000 | | | — |
| 17 03 77 12 | Pilotprojekt — Abbau gesundheitlicher Ungleichheit: Aufbau von Fachwissen und Bewertung von Maßnahmen | 2 | 1 500 000 | 750 000 | | | | | — |
| 17 03 77 13 | Pilotprojekt — Entwicklung faktengestützter Strategien zur Verbesserung der Gesundheit isolierter und schutzbedürftiger Menschen | 2 | 1 000 000 | 500 000 | | | | | — |
| 17 03 77 14 | Vorbereitende Maßnahme — Gesunde Ernährung: Frühe Lebensjahre und alternde Bevölkerung | 2 | 500 000 | 250 000 | | | | | — |
| 17 03 77 15 | Vorbereitende Maßnahme — Europäische Studie über die mit Epilepsie einhergehende Belastung und die Epilepsiefürsorge | 3 | 1 230 000 | 615 000 | | | | | — |
| | *Artikel 17 03 77 — Subtotal* | | 6 780 000 | 6 960 000 | 5 300 000 | 3 950 000 | 5 000 000,— | 448 309,26 | 6,44 |
| | **Kapitel 17 03 — Insgesamt** | | **230 494 000** | **216 871 500** | **225 583 000** | **218 839 051** | **233 060 932,10** | **232 187 998,91** | **107,06** |

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 03 01 Förderung der Innovation im Gesundheitswesen und der Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme, Verbesserung der Gesundheit der Unionsbürger und Schutz vor grenzübergreifenden Bedrohungen für die Gesundheit***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 52 870 000 | 8 697 500 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die Erreichung der in dem Programm „Gesundheit für Wachstum" für den Zeitraum 2014-2020 festgelegten Ziele bestimmt.

Die allgemeinen Ziele des Programms bestehen darin, die Politiken der Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger der Union und zum Abbau gesundheitlicher Ungleichheiten dadurch zu ergänzen, zu unterstützen und einen Mehrwert für diese Politiken zu erbringen, dass sie Innovation im Gesundheitswesen fördern, die Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme erhöhen, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger der Union verbessern und sie vor schwerwiegenden grenzübergreifenden Gesundheitsbedrohungen schützen.

Das Programm „Gesundheit für Wachstum" 2014-2020 konzentriert sich auf vier Einzelziele:

— zur Förderung des Kapazitätsaufbaus im Gesundheitswesen und als Beitrag zur Schaffung innovativer, wirksamer und nachhaltiger Gesundheitssysteme: Ermittlung und Entwicklung von Instrumenten und Mechanismen auf Unionsebene zur Behebung des Mangels an Humanressourcen und Finanzmitteln sowie Erleichterung der freiwilligen Übernahme von Innovationen im Gesundheitswesen;

— zur Erleichterung des Zugangs zu besserer und sicherer Gesundheitsversorgung für die Bürgerinnen und Bürger der Union: Verbesserung des (auch grenzübergreifenden) Zugangs zu medizinischem Fachwissen und zu Informationen über spezifische Erkrankungen, Erleichterung der Anwendung von Forschungsergebnissen und Entwicklung von Instrumenten zur Verbesserung der Qualität der Gesundheitsversorgung und der Patientensicherheit, unter anderem durch Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitskompetenz;

— zur Gesundheitsförderung, Prävention von Krankheiten und Schaffung von guten Rahmenbedingungen für eine gesunde Lebensführung: Ermittlung, Verbreitung und Förderung der Übernahme evidenzbasierter bewährter Verfahren zur kostenwirksamen Gesundheitsförderung und Prävention von Krankheiten, wobei die betreffenden Maßnahmen vor allem auf mit der Lebensführung zusammenhängende entscheidende Gesundheitsfaktoren auszurichten sind und der Schwerpunkt auf den Unionsmehrwert zu setzen ist;

— zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor schwerwiegenden grenzübergreifenden Gesundheitsbedrohungen: Ermittlung und Entwicklung kohärenter Konzepte und Förderung ihrer Umsetzung für eine bessere Abwehrbereitschaft und Koordinierung in gesundheitlichen Krisenfällen.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Kandidatenländer und gegebenenfalls der potenziellen Kandidaten des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 9. November 2011, über das Programm „Gesundheit für Wachstum", das dritte mehrjährige Aktionsprogramm der Union im Bereich der Gesundheit, für den Zeitraum 2014-2020 (COM(2011) 709 final)

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 03 10 Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 56 766 000 | 56 766 000 | 56 727 000 | 56 727 000 | 58 201 902,— | 58 200 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 17 03 03 01 und 17 03 03 02*

Diese Mittel sind zur Finanzierung der Personal- und Verwaltungsausgaben des Zentrums bestimmt. Titel 1 deckt in erster Linie die Gehälter für ständige Mitarbeiter und abgeordnete Sachverständige, die Ausgaben für Einstellungen, Zeitarbeitskräfte und Mitarbeiterschulungen sowie Dienstreisekosten. Titel 2 („Ausgaben") deckt die Anmietung der Büroräume des Zentrums, die Herrichtung der Räumlichkeiten, die Kosten für die Informations- und Kommunikationstechnologie, die technischen Einrichtungen sowie die Logistikkosten und sonstige Verwaltungsausgaben.

Unter diesem Posten sind auch folgende operative Ausgaben für folgende Zielbereiche veranschlagt:

— Verbesserung der Überwachung übertragbarer Krankheiten in den Mitgliedstaaten,

— Stärkung der wissenschaftlichen Unterstützung durch die Mitgliedstaaten und die Kommission,

— Verbesserung der Vorsorge der Union gegen Gefahren durch übertragbare Krankheiten, insbesondere Hepatitis B, einschließlich der Gefahren durch vorsätzliche Freisetzung biologischer Stoffe, und gegen Gefahren durch Krankheiten unbekannten Ursprungs sowie Koordinierung der Gegenmaßnahmen,

— Stärkung der einschlägigen Kapazitäten in den Mitgliedstaaten durch Schulungen,

— Informationsvermittlung und Aufbau von Partnerschaften.

Diese Mittel dienen ferner der Aufrechterhaltung einer Notfalleinrichtung („Notfallzentrum") bestimmt, über die das Zentrum bei einem Massenausbruch übertragbarer Krankheiten oder anderer Krankheiten unbekannten Ursprungs online mit nationalen Seuchenzentren und Referenzlaboratorien in den Mitgliedstaaten kommunizieren kann.

Das Zentrum muss das Europäische Parlament und den Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen Ausgaben und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Der Stellenplan des Zentrums ist in Anhang „Personalbestand" zu diesem Einzelplan enthalten.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Die gemäß Artikel 20 der delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 56 766 000 EUR.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 851/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ABl. L 142 vom 30.4.2004, S. 1).

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

### *17 03 11 Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 76 545 000 | 76 545 000 | 74 334 000 | 71 870 000 | 78 280 426,27 | 76 486 090,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 17 03 07 01 und 17 03 07 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Agentur (Titel 1 und 2) und ihrer operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3) bestimmt.

Sie sind insbesondere bestimmt für

— die Kosten der Sitzungen des wissenschaftlichen Ausschusses und der wissenschaftlichen Gremien, der Arbeitsgruppen, des Beirats und des Verwaltungsrats sowie der Sitzungen mit wissenschaftlichen Partnern oder mit sonstigen Beteiligten,

— die Kosten im Zusammenhang mit der Erarbeitung wissenschaftlicher Stellungnahmen durch Externe (Verträge und Zuschüsse),

— die Kosten im Zusammenhang mit der Schaffung von Netzen zur Datenerfassung und Integration bestehender Informationssysteme,

— die Kosten im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen und technischen Unterstützung der Kommission (Artikel 31),

— die Kosten im Zusammenhang mit der Ermittlung der Maßnahmen zur logistischen Unterstützung,

— die Kosten im Zusammenhang mit wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit,

— die Kosten im Zusammenhang mit der Verbreitung wissenschaftlicher Stellungnahmen,

— die Kosten im Zusammenhang mit Kommunikationsmaßnahmen.

Die Behörde muss das Europäische Parlament und den Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Der Stellenplan der Behörde ist in dem Anhang „Personalbestand“ zu diesem Einzelplan enthalten.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Die gemäß Artikel 20 der delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 77 333 108 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 76 545 000 EUR erhöht sich um 788 108 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

### *17 03 12 Europäische Arzneimittel-Agentur*

17 03 12 01 Beitrag der Union zur Europäischen Arzneimittel-Agentur

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 31 333 000 | 31 333 000 | 33 230 000 | 33 230 000 | 31 938 223,18 | 31 938 223,18 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 17 03 10 01 und 17 03 10 02*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Personal- und Verwaltungsausgaben (Titel 1 und 2) sowie die operativen Ausgaben (Titel 3) der Agentur zu decken, die sich aus der Durchführung der Aufgaben ergeben, die in Artikel 57 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 vorgesehen sind.

Die Agentur muss das Europäische Parlament und den Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Die gemäß Artikel 20 der delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Der Stellenplan der Agentur ist in Anhang „Personalbestand" zu diesem Einzelplan enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 33 230 142 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 31 333 000 EUR erhöht sich um 1 897 142 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 297/95 des Rates vom 10. Februar 1995 über die Gebühren der Europäischen Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln (ABl. L 35 vom 15.2.1995, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 141/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1999 über Arzneimittel für seltene Leiden (ABl. L 18 vom 22.1.2000, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur (ABl. L 136 vom 30.4.2004, S. 1); ersetzt die Verordnung (EWG) Nr. 2309/93 des Rates vom 22. Juli 1993.

*Verweise*

Richtlinie 2001/82/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. November 2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Tierarzneimittel (ABl. L 311 vom 28.11.2001, S. 1).

Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. November 2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel (ABl. L 311 vom 28.11.2001, S. 67).

Verordnung (EG) Nr. 2049/2005 der Kommission vom 15. Dezember 2005 zur Festlegung, aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates, von Regeln für die Entrichtung von Gebühren an die Europäische Arzneimittel-Agentur durch Kleinstunternehmen und kleine und mittlere Unternehmen sowie für deren administrative Unterstützung durch die Europäische Arzneimittel-Agentur (ABl. L 329 vom 16.12.2005, S. 4).

Verordnung (EG) Nr. 1901/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Kinderarzneimittel und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1768/92, der Richtlinien 2001/20/EG und 2001/83/EG sowie der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 1).

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 03 12*** *(Fortsetzung)*

17 03 12 01 *(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über Arzneimittel für neuartige Therapien und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG und der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 (ABl. L 324 vom 10.12.2007, S. 121).

Verordnung (EG) Nr. 1234/2008 der Kommission vom 24. November 2008 über die Prüfung von Änderungen der Zulassungen von Human- und Tierarzneimitteln (ABl. L 334 vom 12.12.2008, S. 7).

Verordnung (EG) Nr. 470/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Schaffung eines Gemeinschaftsverfahrens für die Festsetzung von Höchstmengen für Rückstände pharmakologisch wirksamer Stoffe in Lebensmitteln tierischen Ursprungs, zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2377/90 des Rates und zur Änderung der Richtlinie 2001/82/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 152 vom 16.6.2009, S. 11).

Verordnung (EU) Nr. 1235/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur hinsichtlich der Pharmakovigilanz von Humanarzneimitteln und der Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 über Arzneimittel für neuartige Therapien (ABl. L 348 vom 31.12.2010, S. 1).

17 03 12 02 Spezieller Beitrag für Arzneimittel für seltene Leiden („orphan drugs“)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 6 000 000 | 6 000 000 | 6 000 000 | 6 000 000 | 7 656 000,— | 7 646 720,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 17 03 10 03*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, den in Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 141/2000 vorgesehenen speziellen Zuschuss zu decken, der sich von dem in Artikel 67 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 unterscheidet, und den die Europäische Arzneimittel-Agentur ausschließlich dazu verwendet, eine vollständige oder teilweise Befreiung von den für Arzneimittel für seltene Leiden zu entrichtenden Gebühren zu gewähren.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 6 000 000 EUR.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 297/95 des Rates vom 10. Februar 1995 über die Gebühren der Europäischen Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln (ABl. L 35 vom 15.2.1995, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 141/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1999 über Arzneimittel für seltene Leiden (ABl. L 18 vom 22.1.2000, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur (ABl. L 136 vom 30.4.2004, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

### *17 03 13 Internationale Übereinkommen und Mitgliedschaft in internationalen Organisationen im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens und der Bekämpfung des Tabakkonsums*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 200 000 | 200 000 | 192 000 | 189 776 | 200 000,— | 115 773,28 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 17 03 05*

Diese Mittel decken den Beitrag der Union zu dem Rahmenübereinkommen der Weltgesundheitsorganisation zur Eindämmung des Tabakkonsums, das die Gemeinschaft ratifiziert hat und dessen Vertragspartei die Union ist.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2004/513/EG des Rates vom 2. Juni 2004 über den Abschluss des WHO-Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakkonsums (ABl. L 213 vom 15.6.2004, S. 8).

### *17 03 51 Abschluss der Programme im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 30 370 000 | 49 800 000 | 46 872 275 | 51 784 380,65 | 57 352 883,19 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 17 03 01 01 und Artikel 17 03 06*

Diese Mittel sind zur Deckung der Mittelbindungen der vergangenen Jahre gemäß den Beschlüssen Nr. 1786/2002/EG und Nr. 1350/2007/EG bestimmt.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Kandidatenländer und gegebenenfalls der potenziellen Kandidaten des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 1786/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2002 über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit (2003-2008) (ABl. L 271 vom 9.10.2002, S. 1).

Beschluss Nr. 1350/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über ein zweites Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich der Gesundheit (2008-2013) (ABl. L 301 vom 20.11.2007, S. 3).

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

### *17 03 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*

17 03 77 01 Pilotprojekt — Neue Beschäftigungssituation im Gesundheitssektor: bewährte Verfahren zur Verbesserung der Berufsausbildung und der beruflichen Qualifikationen der Beschäftigten im Gesundheitsbereich einschließlich des Aspekts ihrer Gehälter

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 80 000 | p.m. | p.m. | 0,— | 150 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 17 03 08*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

17 03 77 02 Pilotprojekt — Komplexe Forschungstätigkeiten in den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Verkehr und Klimawandel — Verbesserung der Qualität der Innen- und Außenluft

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 17 03 09*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

17 03 77 03 Pilotprojekt — Konsum von Obst und Gemüse

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 700 000 | — | 500 000 | 1 000 000,— | 298 309,26 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 17 03 11*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt bestimmt.

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 03 77*** *(Fortsetzung)*

17 03 77 03 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

17 03 77 04 Pilotprojekt — Gesunde Ernährung: frühe Lebensjahre und alternde Bevölkerung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 600 000 | 1 000 000 | 700 000 | 1 000 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 17 03 12*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

17 03 77 05 Pilotprojekt — Entwicklung und Einführung erfolgreicher Strategien zur Prävention von Diabetes Typ 2

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 300 000 | — | 200 000 | 1 000 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 17 03 13*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 03 77*** *(Fortsetzung)*

17 03 77 06 Vorbereitende Maßnahme — Resistenz gegen antimikrobielle Wirkstoffe (AMR): Forschung über die Ursachen eines starken und unsachgemäßen Einsatzes von Antibiotika

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 300 000 | — | 200 000 | 1 000 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 17 03 14*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme bestimmt.

2009 hat das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten anhand von Bakterien, die am häufigsten aus Blutproben in Europa isoliert wurden, geschätzt, dass diese ausgewählten mehrfach resistenten Bakterien alljährlich ungefähr 25 000 Todesfälle bei Patienten sowie zusätzliche Behandlungskosten und Produktivitätseinbußen im Umfang von mindestens 1,5 Mrd. EUR jährlich verursachen. In den letzten Jahrzehnten hat eine unverantwortliche und fehlgeleitete Verwendung von Antibiotika diese Entwicklung beschleunigt. AMR ist deshalb eine Erscheinung, die sich eindeutig über Grenzen hinweg auswirkt, und das Eintreten eines Ausreißer-Effekts, der sehr wahrscheinlich bei den gegenwärtigen Ressourcen und Kenntnissen nicht beherrschbar wäre, lässt sich nicht ausschließen.

*Ziele der vorbereitenden Maßnahme:*

— Untersuchung des Problems der unangemessenen Verwendung und der Verkäufe von Wirkstoffen mit antimikrobieller Wirkung mit oder ohne Rezept entlang der gesamten Handelskette, vom Arzt und vom Apotheker bis zum Patienten, und zwar Untersuchung des Verhaltens aller Beteiligten, indem diejenigen Mitgliedstaaten mit dem leichtesten rezeptfreien Zugang zu Antibiotika als Untersuchungsgebiet gewählt werden. Mit dieser Maßnahme soll angestrebt werden, die Gründe der unangemessenen Verwendung von Antibiotika besser auszuwerten, den Umfang der rezeptfrei abgegebenen Antibiotika in den untersuchten Ländern (einschließlich der Länder, in denen die Durchsetzung der Rechtsvorschriften mangelhaft ist) zu begutachten, die Gründe für den großen Umfang an rezeptfreier Abgabe zu ermitteln, festzustellen, ob genug Informationen zu den Beteiligten gelangen und ihre Motive, Anreize und Praktiken und ihre Wahrnehmung der Bedrohung durch AMR insgesamt ergründen, und Empfehlungen darüber zu geben, wie diesem Zustand am besten abgeholfen werden kann;

— Förderung und Verwirklichung einer umfassenden, integrierten Politik der Union gegen AMR.

*Gezielte Maßnahmen:*

— eingehende Erhebungen bei den Gruppen, auf die sich diese vorbereitende Maßnahme richtet,

— ausführliche Erörterungen,

— Festlegung von Fallstudien in den einzelnen Mitgliedstaaten.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 03 77*** *(Fortsetzung)*

17 03 77 07 Vorbereitende Maßnahme — Einrichtung eines Unionsnetzes von Sachverständigen im Bereich der individuellen Betreuung von Jugendlichen mit psychischen Problemen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 300 000 | — | 200 000 | 1 000 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 17 03 15*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme bestimmt.

Diese Mittel sind zur Einrichtung eines Unionsnetzes von Sachverständigen bestimmt, das innovative und individuelle Betreuungsstrukturen für Jugendliche mit psychischen Problemen (Häuser für Teenager) fördert und unterhält. Dieses Netz wird Erfahrungen, Wissen und bewährte Verfahren in diesem Bereich sammeln, austauschen, verarbeiten und weitergeben. Es ist als Maßnahme im Anschluss an den Europäischen Pakt für psychische Gesundheit und an die von der Kommission in diesem Bereich organisierte Konferenzreihe zu betrachten.

Mit dem Unionsnetz werden folgende Ziele verfolgt:

— Sammeln, Austausch, Verarbeitung und Weitergabe von Erfahrungen, Wissen und bewährten Verfahren,

— Förderung, Unterstützung und praktische Hilfe bei der Einrichtung individueller Betreuungsstrukturen für Jugendliche,

— Erleichterung einer auf Gegenseitigkeit beruhenden Mitarbeiterschulung, einschließlich Studienbesuchen und Praktika,

— Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie der nationalen öffentlichen Stellen und denen der Union,

— Förderung einer ärztlichen Spezialisierung in Jugendmedizin,

— Vertretung der Mitglieder des Netzes bei Unions- und internationalen Einrichtungen.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

17 03 77 08 Pilotprojekt — Europäisches Prävalenzprotokoll zur Früherkennung der Autismusspektrums-Störung in Europa

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 800 000 | 790 000 | 1 300 000 | 650 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 17 03 16*

Diese Mittel sind bestimmt für die Verlängerung dieses Pilotprojekts.

Unter den Personen, die von geistigen Behinderungen betroffen sind, können Kinder, die an Autismusspektrums-Störung (ASD) leiden, am ehesten aus einem Unionsmehrwert Vorteile ziehen; sie sollten deshalb ein Aktionsschwerpunkt sein. Derzeit entstehen dadurch, dass keine Maßnahmen der Union und der Mitgliedstaaten für ASD-Patienten, die erwachsen geworden sind und erst im Erwachsenenalter diagnostiziert werden, ergriffen werden, Nachteile in Bezug auf die „Gesunden Jahre“ und das „Aktive Altern“ dieser Bevölkerungsgruppe.

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 03 77*** *(Fortsetzung)*

17 03 77 08 *(Fortsetzung)*

Zur Herstellung einer gemeinsamen europäischen Perspektive bezüglich der ASD ist die Förderung von Fürsprache, transkulturellen und kostengünstigen klinischen Verfahren, Forschung und Austausch von Informationen und Sachwissen erforderlich. Ob Erwachsene mit Autismus in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen oder auch überhaupt etwas für sich zu tun, hängt von ihren geistigen Kapazitäten sowie ihrer Fähigkeit ab, die Ansprüche der modernen Gesellschaft an soziale und kommunikative Fähigkeiten zu erfüllen. Bei Patienten, bei denen die Krankheit erst im Erwachsenenalter diagnostiziert wird, besteht die Tendenz, dass sie geistig sehr fähig sind und dennoch wegen unzulänglicher sozialer und kommunikativer Fähigkeiten scheitern. Gezielte Hilfe beruht darauf, dass erprobte Protokolle vorhanden sind, um die ASD-Symptome bzw. -Verhaltensmuster festzustellen, die nicht nur bei gravierender Ausprägung des Autismus vorkommen, die in der Regel in der Kindheit diagnostiziert wird, sondern auch bei den milderen Formen, die erst bei Erwachsenen festgestellt werden. Wenn autistischen Erwachsenen sozial übliche Reaktionen und akzeptierte Verhaltensweisen vermittelt werden, können sie als nützliche Glieder der Gesellschaft funktionieren. Gegenwärtig leben die meisten dieser gut funktionierenden autistischen Erwachsenen gesellschaftlich isoliert und sind auf soziale Unterstützung angewiesen, weil die spezifische Form des Autismus mit gut entwickelten Lebensfunktionen nicht anerkannt wird und die gezielten Mittel zu ihrer Hilfe nicht vorhanden sind.

*Ziel des Projekts*

Schwerpunkt der Ziele dieses Projekts sollte das gravierende Problem der ASD im Erwachsenenalter sein, und zwar die Früherkennung der ASD mit ausgeprägten Lebensfunktionen und die Schaffung von Mitteln zur Unterstützung solcher Menschen. Das strategische Ziel besteht in der Verbesserung der Lebensqualität und der sozialen und beruflichen Wiedereingliederung der Personen mit ASD sowie in der Unterbindung der Loslösung von der Gesellschaft und eines frühen Zurückziehens.

*Beschreibung des Projekts*

Die vorgeschlagene Aktion beruht auf den Fortschritten des Projekts Europäisches Informationssystem für Autismus (EAIS) (), die von der Verwirklichung der ausgearbeiteten Protokolle abhängen. Dieser Vorschlag hat seinen besonderen Schwerpunkt bei der Anwendung eines gesundheitspolitischen Modells auf die ASD, mit Arbeitsprojekten auf den Gebieten Prävalenz, Screening, Diagnose und Eingriffe.

Bei diesem Projekt gilt es drei konkrete Ziele zu erreichen. Es handelt sich um Folgendes:

1. Schätzung der Prävalenz der ASD in sechs bis neun Modellgebieten in verschiedenen Mitgliedstaaten unter Heranziehung des harmonisierten europäischen „Autism Prevalence Protocol", das in dem Projekt EAIS entwickelt wurde, und Validierung dieses Protokolls in verschiedenen Sprachen und kulturellen Umfeldern. Daraus soll sich die erste europäische Studie über Autismus-Prävalenz ergeben, die im Idealfall der Kommission eine genaue Schätzung der Zahl der von ASD betroffenen Personen in Europa liefert;

2. Durchführung und, soweit möglich, Validierung einer Strategie zur Früherkennung der ASD in 6 bis 9 Modellgebieten unter Heranziehung des harmonisierten Protokolls, das in dem Projekt EAIS entwickelt wurde. Dazu gehört als Bestandteil die Übersetzung und Anpassung von Instrumenten zum Screening des Autismus in verschiedenen Sprachen bzw. an verschiedene kulturelle Umfelder mit einem Vergleich der Ergebnisse. Außerdem besteht das Ziel in der stärkeren Sensibilisierung öffentlicher und beruflicher Kreise für Autismus und in der Unterstützung der Fortbildung von Angehörigen der Gesundheitsberufe, damit sie mit ASD besser vertraut und besser in der Lage sind, sie im Kindesalter zu erkennen, ebenso aber auch die Varianten im Erwachsenenalter mit guten Lebensfunktionen;

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 03 77*** *(Fortsetzung)*

17 03 77 08 *(Fortsetzung)*

3. Prüfung der derzeitigen bewährten Praxis bezüglich der Früheingriffe, der Frühdiagnose und des klinischen Umgangs mit ASD, Zusammenarbeit mit Partnern, um festzustellen, was von ihnen derzeit bezüglich der Früheingriffe bei Kindern und Erwachsenen mit ASD geleistet wird, Ermittlung spezifischen Bedarfs und anschließende Konzipierung eines Fortbildungsprogramms mit Interventionen, die für den jeweiligen Personenkreis geeignet sind, sowie Empfehlungen zur Fortbildung von Personal.

Am Ende der Laufzeit des Projekts wird ein deutliches Bild der vergleichbaren, auf die Bevölkerung bezogenen Prävalenzwerte in den Mitgliedstaaten vorhanden sein. Zudem wird die Medizin über Leitlinien dafür verfügen, wie ASD im frühen Stadium und die Varianten mit schlechten und guten Lebensfunktionen erkannt werden können und wie man am besten diagnostiziert und ärztlich eingreift, um die optimalen individuellen Ergebnisse zu erreichen. Der angestrebte multikulturelle und mehrsprachige Erfahrungsbestand wird einzigartige Chancen zur künftigen Ausdehnung in Europa und weltweit bieten, sodass sich die Lebensqualität der ASD-Patienten verbessern wird. Dieses Projekt wird einen ausgeprägten Schwerpunkt bei der Verbreitung der Ergebnisse dieses holistischen gesundheitspolitischen Ansatzes in allen Mitgliedstaaten haben, damit die potentiellen Erfolge möglichst vielen betroffenen Einzelpersonen und Familien zugutekommen.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

17 03 77 09 Pilotprojekt — Förderung der Eigenfürsorge in der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 000 000 | 800 000 | 1 000 000 | 500 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 17 03 17*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt bestimmt.

Schwerpunkt dieses Projekts: Ermittlung der Kosten und Vorteile von auf Eigenfürsorge ausgerichteten Gesundheitssystemen in Europa, Austausch bewährter Verfahren und mögliche Bereiche der Zusammenarbeit. Es geht darum, im aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Umfeld in der Union die Chancen der Eigenfürsorge in ihrer gesamten Breite zu erfassen und die Hemmnisse für die bisherige Inanspruchnahme zu ermitteln. Es soll die Möglichkeit geprüft werden, bewährte Verfahren in einigen Mitgliedstaaten umzusetzen.

Ziel des Projekts: Ausarbeitung eines Rahmens für Maßnahmen zur Verbesserung der Eigenfürsorge auf der Ebene der EU. Entwicklung von Strategien, mit denen der verstärkte Rückgriff auf die konkrete Eigenfürsorge gestärkt wird. Diese Strategien werden beinhalten:

1. Die Europäische Kommission soll eine unabhängige Kosten-Nutzen-Analyse der Eigenfürsorge in der Union und des aktuellen Rahmens für die Verbesserung der Eigenfürsorge und der aktiven Mitwirkung der Patienten durchführen:

— Die Europäische Kommission wird die diesbezügliche Studie ausschreiben und an einen angesehenen Wissenschaftler vergeben.

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 03 77*** *(Fortsetzung)*

17 03 77 09 *(Fortsetzung)*

— Ziele der Studie:

  — Überprüfung der verfügbaren Studien und Daten,

  — Analyse der Eigenfürsorge in der Union und den Mitgliedstaaten,

  — Ermittlung der Vorteile und Hemmnisse der Übernahme des Konzepts der aktiven Mitwirkung der Patienten,

  — Bewertung der in den Gesundheitssystemen vorhandenen Ressourcen im Einsatz gegen leichtere und begrenzte Beschwerden, die tatsächlich im Wege der Eigenfürsorge durch motivierte, aktiv mitwirkende und informierte Patienten, die gut unterstützt werden, behandelt werden könnten,

  — Ermittlung der bewährten Verfahren in der Eigenfürsorge in den Mitgliedstaaten und Überprüfung der Übertragbarkeit.

Anhand der Ergebnisse der Studie sollte die Europäische Kommission mehrere Möglichkeiten für Maßnahmen zur Förderung der Eigenfürsorge ermitteln.

2. Schaffung einer Plattform für Sachverständige in der Eigenfürsorge und im Gesundheitswesen, auf der Interessenträger aus unterschiedlichen Berufsgruppen zusammenkommen.

Beispiel:

— Politische Entscheidungsträger aus der Union und den Mitgliedstaaten, Lobbyisten, Regierungsvertreter, Wissenschaftler, Angehörige der Gesundheitsberufe, Patientenvereinigungen, Verbraucherverbände, Branchenvertreter sowie Vertreter gesetzlicher und privater Krankenkassen nehmen daran teil;

— Zeitplan mit klaren Zielen, Vorgaben und Fristen;

— Einrichtung der Plattform durch den Auftragnehmer, der im Rahmen der Ausschreibung den Zuschlag erhalten hat;

— Ziele der Plattform:

  — Ermittlung der Lücken in den vorhandenen Daten und der Fakten, die ein zeitgemäßes Verständnis der Eigenfürsorge behindern,

  — Überprüfung und Ermittlung der Chancen und Hemmnisse, wie sie in der Studie der Europäischen Kommission benannt wurden,

  — Ermittlung des Umfangs und der Prioritäten für Maßnahmen:

    — Krankheitsfelder, in denen die Förderung der Eigenfürsorge einen Mehrwert bei der Prävention und der konkreten Behandlung der Krankheit bringen könnte,

    — einschlägige Instrumente und Mechanismen für die Förderung der Eigenfürsorge,

    — Veröffentlichung von Leitlinien der Union, die für die Förderung der Eigenfürsorge im vereinbarten Umfang gelten, wobei den Ergebnissen der Überprüfung der Übertragbarkeit der bewährten Verfahren auf andere Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen ist,

    — Vorschläge für Szenarien der Zusammenarbeit auf Unionsebene in diesem Bereich,

    — Ausarbeitung angemessener Kommunikationsmittel für Patienten und Verbraucher über die Prävention und Behandlung von Krankheiten: Informationsfaltblätter, interaktive Werkzeuge an Orten, an denen Leistungen der Gesundheitsfürsorge erbracht werden,

    — Verbesserung des Zugangs zu Diagnosegeräten an Orten, an denen Leistungen der Gesundheitsfürsorge erbracht werden, z. B. Blutdruckmessgeräte, Spirometer, Instrumente zur Optimierung der Ernährung.

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 03 77*** *(Fortsetzung)*

17 03 77 09 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

17 03 77 10 Pilotprojekt — Geschlechtsspezifische Mechanismen bei der koronaren Herzkrankheit in Europa

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 300 000 | 1 000 000 | 500 000 | | |

*Erläuterungen*

Verlängerung dieses für den Haushaltsplan 2013 beschlossenen Pilotprojekts.

Koronare Herzkrankheit (CHD/CAD) gehört zu den häufigsten Todesursachen bei Frauen und Männern in Europa. Dieses Pilotprojekt wird eine Studie beinhalten, die dem Ziel dienen soll, unionsweit ein Schema bewährter Praxis zu schaffen und Diagnose und Therapie durch Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Krankheitserscheinungen zu verbessern. Dadurch werden sich Diagnose und Behandlung bei Frauen und Männern auf breiter Front verbessern, und elementare Grundsätze können auf weitere Erkrankungen projiziert werden.

Die Ziele des Programms bestehen in folgenden Maßnahmen der beteiligten Länder:

— verbesserte Bewusstmachung der geschlechtsspezifischen Unterschiede bezüglich der klinischen Erscheinungen und der Häufigkeit von CHD/CAD bei Medizinern und in der Allgemeinheit,

— Ausarbeitung von Leitlinien der Union in Bezug auf geschlechtsspezifische Erscheinungen von CHD/CAD und auf Behandlungen,

— Untersuchung von geschlechtsspezifischen Einflüssen auf Gesundheits- und Risikofaktoren,

— Verbreitung des Plans für bewährte Praxis in den Mitgliedstaaten.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

17 03 77 11 Vorbereitende Maßnahme — Verzehr von Obst und Gemüse

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 750 000 | 675 000 | 1 000 000 | 500 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 17 03 19*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme bestimmt.

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 03 77*** *(Fortsetzung)*

17 03 77 11 *(Fortsetzung)*

Die vorbereitende Maßnahme zielt auf die Erhöhung des Konsums von frischem Obst und Gemüse in gefährdeten Bevölkerungsgruppen (einkommensschwache schwangere Frauen und ihre Kinder, ältere Menschen usw.) ab, um die öffentliche Gesundheit zu verbessern und die Nachfrage auf dem Obst- und Gemüsemarkt anzuregen.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

17 03 77 12 Pilotprojekt — Abbau gesundheitlicher Ungleichheit: Aufbau von Fachwissen und Bewertung von Maßnahmen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 500 000 | 750 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Einrichtung eines Pilotprojekts bestimmt, mit dem der Wissensaustausch und Maßnahmen zum Abbau gesundheitlicher Ungleichheit in der Union verbessert werden sollen, insbesondere in den Mitgliedstaaten und Regionen, in denen der größte Bedarf besteht, sowie in denjenigen, die Kohäsionsfondsmittel erhalten.

So soll ein Netzwerk für den unionsweiten Erfahrungsaustausch von Sachverständigen und Politikberatern geschaffen werden, wobei der Schwerpunkt auf der Unterstützung und Schulung zur Entwicklung und Umsetzung politischer Maßnahmen sowie spezifischer Aktionen gelegt wird, die sich mit gesundheitlicher Ungleichheit auf nationaler und subnationaler/regionaler Ebene befassen.

Zu den Prioritäten des Netzwerks werden insbesondere der Aufbau von Fachwissen in Fragen im Zusammenhang mit der Wirksamkeit von Präventivmaßnahmen, Unterschieden und Diskriminierungen beim Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie Strategien zur Abmilderung der sozialen, umweltbedingten und verhaltensbezogenen Faktoren gehören, die zu gesundheitlicher Ungleichheit beitragen.

Im Rahmen dieses Pilotprojekts werden auch Aktionen zum Abbau gesundheitlicher Ungleichheit überprüft und bewertet, die bereits aus Strukturfondsmitteln und Unionsprogrammen unterstützt werden. Die im Rahmen dieses Pilotprojekts durchgeführten spezifischen Aktionen würden nach Konsultation der beteiligten Mitgliedstaaten und der Akteure im Bereich der Gesundheits- und Gesundheitsversorgungspolitik festgelegt.

Mit diesem Pilotprojekt werden die wichtigsten für die Formulierung politischer Maßnahmen verantwortlichen Zielgruppen stärker für die Bedeutung des Abbaus gesundheitlicher Ungleichheit und die sich dafür — insbesondere durch den Einsatz von Strukturfondsmitteln — bietenden Möglichkeiten sensibilisiert und ihr Wissen in diesem Bereich verbessert werden. Außerdem werden die mittels der Strukturfonds und diesbezüglicher Programme ergriffenen Maßnahmen überprüft und bewertet und so die Politikgestaltung künftig verbessert werden.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 03 77*** *(Fortsetzung)*

17 03 77 13 Pilotprojekt — Entwicklung faktengestützter Strategien zur Verbesserung der Gesundheit isolierter und schutzbedürftiger Menschen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 000 000 | 500 000 | | | | |

*Erläuterungen*

In allen Mitgliedstaaten der Union nimmt die Zahl nicht übertragbarer Krankheiten in beispiellosem Tempo zu. Gleichzeitig kämpfen immer mehr Europäer mit Problemen wie Fettleibigkeit und psychischen Problemen. Vor allem isolierte und schutzbedürftige Menschen kämpfen mit zunehmend schlechterer Gesundheit. Männer und Frauen haben gleichermaßen unter einer solchen Gesundheitsverschlechterung zu leiden, doch sind ihre Gesundheitsprobleme sind nicht dieselben, und sie sollten daher differenziert angegangen werden.

2011 veröffentlichte die Kommission einen umfassenden Bericht über den Gesundheitszustand europäischer Männer, aus dem hervorging, dass eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem Gesundheitszustand von Männern und Frauen besteht. Eine der wichtigsten Feststellungen dieses Berichts ist, dass eine Verbesserung der Gesundheit der Männer auch Frauen und Kindern direkt oder indirekt zugutekommt. 2009 veröffentlichte die Kommission einen ähnlichen Bericht über den Gesundheitszustand europäischer Frauen.

Es scheint zunehmend Einigkeit darüber zu bestehen, dass die Gesundheitsprobleme von Männern und Frauen aus unterschiedlichem Blickwinkel zu behandeln sind; das Projekt zielt daher auf Folgendes ab:

1. Sammeln und Bewerten — z. B. mittels Gesundheitsindikatoren der Europäischen Gemeinschaft (ECHI) — der vorliegenden Informationen über die Unterschiede des Gesundheitszustands von Männern und Frauen (insbesondere isolierter und schutzbedürftiger Menschen) in den teilnehmenden Mitgliedstaaten und über die bestehenden Maßnahmen zur Bewältigung dieses Problems

2. Verbreiterung der Wissensbasis über den Lebensstil und die Einstellungen zur individuellen Gesundheit (einschließlich der psychischen Gesundheit), Prävention, Behandlung und Rehabilitation insbesondere von isolierten und schutzbedürftigen Menschen, und über die Gründe dafür, weshalb in dieser speziellen Gruppe stärkere Vorbehalte gegen eine Änderung des Lebenswandels und gegen die Inanspruchnahme von Ärzten oder sonstigen Gesundheitsdiensten bestehen — die Studien können sowohl krankheitsspezifisch als auch bevölkerungsbezogen sein

3. Analyse der Gesundheitssysteme in verschiedenen Mitgliedstaaten, um zu ermitteln, warum die Gesundheitsdienste von benachteiligten Bevölkerungsgruppen eher seltener in Anspruch genommen werden und was dagegen unternommen werden kann

4. Auf der Grundlage der gesammelten Informationen Entwicklung und Erprobung gezielter (geschlechtsspezifischer) Strategien zur Verbesserung der Gesundheit dieser Menschen, um deren Zugang zu den Gesundheitsdiensten zu verbessern und ein Auftreten von Gesundheitsproblemen von Anfang an zu verhindern

5. Verbreitung der Ergebnisse und von Beispielen für bewährte Verfahren in den Mitgliedstaaten, insbesondere unter Anbietern von Gesundheitsleistungen im Primärsektor, und Unterstützung von sich aus dem Projekt ergebenden Maßnahmen.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 03 77*** *(Fortsetzung)*

17 03 77 14 Vorbereitende Maßnahme — Gesunde Ernährung: Frühe Lebensjahre und alternde Bevölkerung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 500 000 | 250 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Mit dieser vorbereitenden Maßnahme soll das Pilotprojekt weitergeführt werden, das darauf abzielt, die Bedeutung einer ausgewogenen und gesunden Ernährung unter besonderer Berücksichtigung der alternden Bevölkerung hervorzuheben.

Die Alterung der europäischen Bevölkerung stellt ein demografisches Phänomen dar, das sich auf den Rückgang der Fertilität und die gestiegene Lebenserwartung der europäischen Bürger zurückführen lässt.

Es wird erwartet, dass die europäische Bevölkerung in den nächsten 40 Jahren altern wird, wobei dieses Phänomen in einem engen Zusammenhang mit Ernährungsfragen steht.

Aus verschiedenen Studien geht hervor, dass die Ernährung entscheidenden Einfluss auf die Behandlung und Prävention von zahlreichen Krankheiten hat und dazu beiträgt, in einer alternden Gesellschaft Gesundheit und Lebensqualität zu erhalten.

Mit zunehmendem Alter treten vermehrt chronische Erkrankungen auf. Es ist nachgewiesen, dass die Ernährung, insbesondere eine ausgewogene und gesunde Ernährung, die auf dem Verzehr von Obst und Gemüse basiert, wesentlichen Einfluss auf die Anfälligkeit für solche Erkrankungen und auf deren Verlauf und Ausgang hat.

Ziel dieses Pilotprojekts ist es auch, Eltern und Kindern Ernährungsinformationen zur Verfügung zu stellen. Es wird sich auf die frühen Lebensjahre konzentrieren und könnte daher die pränatale Ernährung, die Stillzeit und die Ernährung während der Kindheit abdecken. Mit dem Projekt werden zwei Hauptziele verfolgt: Unterrichtung der Eltern über die Bedeutung einer gesunden Ernährung ihrer Kinder und Erziehung der Kinder zu einem lebenslangen gesunden Lebensstil. Das Projekt wird im Rahmen des Gesundheitsprogramms durchgeführt und speziell auf zwei der übergreifenden Ziele dieses Programms Bezug nehmen: Gesundheitsförderung und Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheiten sowie Verbreitung von Gesundheitsinformationen.

Die Zielgruppen dieser vorbereitenden Maßnahme sollen über eine Reihe von Wegen erreicht werden, zum Beispiel durch Kurse für Schwangere und über Krankenhäuser, Kindergärten, Vorschulen und Schulen. An dem Pilotprojekt sollten einschlägige Organisationen der Zivilgesellschaft, wie etwa im Bereich der Gesundheit tätige NRO, beteiligt werden, aber auch Angehörige der Gesundheitsberufe wie zum Beispiel Kinderärzte und Hebammen sowie nationale und regionale Gesundheitsbehörden. Die Zusammenarbeit dieser unterschiedlichen Akteure sollte darauf abzielen, Eltern und Kindern eine von der Lebensmittelindustrie unabhängige, gezielte Aufklärung in Ernährungsfragen anzubieten. Die Informationskampagnen könnten mit Hilfe von Broschüren (die zum Beispiel von Hebammen an Schwangere oder von Kinderärzten an Eltern ausgehändigt werden) oder durch Präsentationen an Schulen durchgeführt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 03 77*** *(Fortsetzung)*

17 03 77 15 Vorbereitende Maßnahme — Europäische Studie über die mit Epilepsie einhergehende Belastung und die Epilepsiefürsorge

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 230 000 | 615 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Bei Epilepsie handelt es sich um eine Störung des Gehirns, die durch eine andauernde Veranlagung für epileptische Anfälle und die dadurch entstehenden neurobiologischen, kognitiven, psychologischen und sozialen Folgen gekennzeichnet ist. Zu letzteren zählen ein verfrühter Tod, Stigmatisierung, soziale Ausgrenzung und verringerte Lebensqualität. Es gibt zwar wirksame Behandlungsmöglichkeiten, jedoch bestehen Hindernisse für den Zugang zu medizinischer Versorgung, was zu einer beträchtlichen Behandlungslücke führt. Eine vor über zehn Jahren durchgeführte europäische Studie ergab, dass es nur unzureichende Mittel gibt und die Verfügbarkeit von Behandlungsmöglichkeiten für Epilepsie in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich ist; über die derzeitige Situation liegen allerdings keine Informationen vor. Die Zuweisung angemessener Mittel wird noch dadurch erschwert, dass die Schätzungen über die Prävalenz und die durch Epilepsie verursachten Kosten in Europa stark voneinander abweichen. Laut einer unlängst veröffentlichten Studie des European Brain Council sind in Europa schätzungsweise 2,6 Mio. Menschen von Epilepsie betroffen, wohingegen ein ILAE/IBE-Bericht die Zahl der in Europa an Epilepsie erkrankten Menschen auf 6 Millionen schätzt. Die wirkliche Prävalenzrate von Epilepsie variiert wahrscheinlich von Land zu Land und Region zu Region und möglicherweise auch über die Zeit hinweg. Es ist jedoch unklar, ob die Gründe für die Schwankungen zwischen und innerhalb der Länder in Europa auf wirkliche Unterschiede bei der Prävalenz, unterschiedliche Methoden, einen Mangel an verlässlichen Daten oder eine Kombination dieser Faktoren zurückzuführen sind.

Die Belastung durch Epilepsie in Europa ist somit ein Bereich, in dem erhebliche Wissenslücken bestehen: In vielen Ländern und Regionen wurden keine entsprechenden Forschungen angestellt, und bei den Ländern, in denen es solche Untersuchungen gab, sind die Ergebnisse widersprüchlich. Es besteht daher dringend Bedarf an einer maßgeblichen europaweiten Studie zur Prävalenz von Epilepsie und zum Zugang zu entsprechender Gesundheitsfürsorge unter Anwendung einer angemessenen und standardisierten Methode. Die aus dieser Studie resultierenden Ergebnisse werden unerlässlich sein, um Maßnahmenplänen auszuarbeiten, die auch die Zuweisung von Mitteln für die europaweite Bereitstellung von tragbaren, angemessenen, gleichwertigen und kosteneffizienten Möglichkeiten zur Behandlung von Epilepsie umfassen. Insbesondere bei Krankheitsbildern wie Epilepsie, bei denen die Belastung durch die Krankheit sehr hoch ist, ist ein zielgerichteter Ansatz für die Versorgung besonders wichtig. Die Festlegung der Gesundheitsversorgung zur Minderung der mit dieser Krankheit einhergehenden Belastung in Europa erfordert exakte Daten, und zwar nicht nur über die Menschen, die eine Behandlung benötigen, die in der Gesellschaft anzutreffenden Haltung gegenüber Epilepsie und bestehenden Hindernissen für den Zugang zu medizinischer Versorgung, sondern auch über die wirtschaftlichen Aspekte der Gesundheitsversorgung.

Es wird erwartet, dass eine Studie dieses Umfangs einen ganz erheblichen Beitrag dazu leisten wird, festzustellen, ob es Gebiete in Europa gibt, in denen es definitiv eine höhere Prävalenz von Epilepsie gibt als in anderen. Eine Studie dieses Umfangs würde einen ganz erheblichen Beitrag dazu leisten, festzustellen, ob es Gebiete in der Union gibt, in denen es definitiv eine höhere Prävalenz von Epilepsie gibt als in anderen. Ebenso würde eine Kostenstudie eine bessere Planung des Umgangs mit der Krankheit ermöglichen. Mit der Studie soll ermittelt werden, welche Defizite sich aus der derzeit offenbar fragmentierten Epilepsiefürsorge und den erheblichen Unterschieden bei den von den Mitgliedstaaten bereitgestellten Ressourcen ergeben und welcher Weiterbildungsbedarf für Beschäftigte im öffentlichen Pflege- und Gesundheitsbereich besteht, um die mit Epilepsie verbundenen Stigmatisierungen zu bekämpfen. Die vorgeschlagene einheitliche europäische Studie wird ein europaweit koordiniertes Vorgehen ermöglichen, um für Menschen mit Epilepsie ein gleiches Maß an Fürsorge und Lebensqualität zu gewährleisten. Sie wird ferner die Notwendigkeit eines besseren Zugangs zur Epilepsiefürsorge in einzelnen Mitgliedstaaten belegen, wodurch letztlich die Lebensbedingungen von Menschen mit Epilepsie in Europa verbessert und die durch diese Krankheit verursachten Kosten verringert werden.

**KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 03 77*** *(Fortsetzung)*

17 03 77 15 *(Fortsetzung)*

*Ziel des Projekts*

Ziel des Projekts ist es, die Belastung im Zusammenhang mit Epilepsie sowie die entsprechende verfügbare Versorgung in der Europäischen Union zu analysieren, um eine koordinierte, länderübergreifende Informationsplattform in der Union aufzubauen, in die nichtstaatliche Organisationen, Interessenvertreter und staatliche Organisationen eingebunden sind. Es werden bewährte Verfahren ermittelt und Empfehlungen für eine bessere Epilepsie-Fürsorge innerhalb der Union ausgesprochen.

*Das strategische Ziel* ist es, die notwendigen Daten für die Zuweisung der Mittel zur Verfügung zu stellen, die für die Erbringung einer qualitativ hochwertigen und in allen Mitgliedstaaten der Union gleichwertigen Epilepsie-Fürsorge erforderlich sind, um die Behandlungslücke zu schließen, den fatalen Folgen von Epilepsie vorzubeugen, die Arbeitslosigkeit, Stigmatisierung und Isolation zu reduzieren, von der Menschen mit Epilepsie betroffen sind, und ihre Lebensqualität zu verbessern. All dies erfolgt im Einklang mit den Empfehlungen der schriftlichen Erklärung des Parlaments zu Epilepsie.

*Beschreibung des Projekts*

Im Rahmen des Projekts würde zunächst eine standardisierte Methodologie festgelegt werden, um Folgendes zu untersuchen: Stigmatisierung, Einstellungen der Öffentlichkeit zur Epilepsie, Inzidenz, Prävalenz und Kosten sowie Zugang zur und Organisation der Epilepsiefürsorge. Bei der vorgeschlagenen Maßnahme handelt es sich um eine standardisierte, prospektive bevölkerungsbasierte Studie, die in repräsentativen Regionen in 8-12 Mitgliedstaaten durchgeführt wird. Diese werden dergestalt ausgewählt, dass alle Regionen der Union — im Norden wie im Süden, Osten und Westen — repräsentiert sind und hauptsächlich die Länder berücksichtigt werden, für die keine Daten vorliegen. Um eine Validierung der gegenwärtigen Methode zu ermöglichen, werden auch einige Länder berücksichtigt, für die Daten aus früheren Forschungsprojekten vorliegen. In den teilnehmenden Ländern werden Forschungsteams eingerichtet. Diese Teams werden eine auf mehreren Quellen aufbauende Methodologie anwenden und in einem begrenzten geografischen Bereich relevante Krankenhäuser, Einrichtungen, Allgemeinmediziner und EEG-Labore ausfindig machen, um die Fälle zu ermitteln, bei denen die von der internationalen Liga zur Bekämpfung der Epilepsie festgelegten Epilepsiekriterien erfüllt sind. Das Ziel ist, alle Altersgruppen sowie die Dauer und Schwere der Erkrankung zu erfassen. Für jeden Fall mit Epilepsie und für die entsprechenden Kontrollgruppen ohne Epilepsie werden über einen Zeitraum von einem Jahr die mittelbaren Gesundheitsfürsorgekosten und nicht medizinischen Kosten sowie die mittelbaren Kosten prospektiv ermittelt. Im Rahmen der Analyse werden die Stigmatisierung, die Lebensqualität, die Beschäftigungssituation und der Zugang zur medizinischen Versorgung bewertet. Die örtlichen Forschungsteams werden anhand von validierten Fragebögen in ihren Regionen die Kenntnisse und Einstellungen der Öffentlichkeit und der im Gesundheitsbereich tätigen Personen in Bezug auf Epilepsie bewerten und regionale Gesundheitseinrichtungen zur Epilepsiefürsorge befragen.

Die Ergebnisse werden verwendet, um Empfehlungen für politische Entscheidungsträger zu formulieren, darunter Methoden zur weiteren Umsetzung und Nachhaltigkeit.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 04 — LEBENSMITTEL- UND FUTTERMITTELSICHERHEIT, TIERGESUNDHEIT, TIERSCHUTZ UND PFLANZENGESUNDHEIT**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 17 04 | LEBENSMITTEL- UND FUTTERMITTELSICHERHEIT, TIERGESUNDHEIT, TIERSCHUTZ UND PFLANZENGESUNDHEIT | | | | | | | | |
| ***17 04 01*** | ***Beitrag zu einem besseren Tiergesundheitszustand und einem hohen Niveau des Tierschutzes in der Union*** | 3 | 180 000 000 | 4 000 000 | | | | | — |
| ***17 04 02*** | ***Gewährleistung des frühzeitigen Nachweises von Schadorganismen der Pflanzen und deren Tilgung*** | 3 | 5 000 000 | 3 000 000 | | | | | — |
| ***17 04 03*** | ***Gewährleistung wirksamer, effizienter und verlässlicher Kontrollen*** | 3 | 45 724 000 | 15 000 000 | | | | | — |
| ***17 04 04*** | ***Fonds für Sofortmaßnahmen im Bereich Tier- und Pflanzengesundheit*** | 3 | 20 000 000 | 7 500 000 | | | | | — |
| ***17 04 05*** | ***Sofortmaßnahmen für schwere Krisen im Agrarsektor*** | 2 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| ***17 04 10*** | ***Beiträge zu Internationalen Übereinkommen und Mitgliedschaft in internationalen Organisationen in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit*** | 4 | 276 000 | 276 000 | 276 000 | 272 804 | 250 000,— | 222 558,29 | 80,64 |
| ***17 04 51*** | ***Kontrollen der Lebens- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit*** | 3 | p.m. | 186 296 000 | 272 000 000 | 244 633 732 | 265 766 437,30 | 264 562 840,35 | 142,01 |
| ***17 04 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 17 04 77 01 | Pilotprojekt — Europäisches Netzwerk für Tierschutz | 2 | — | 300 000 | — | 300 000 | 919 286,— | 0,— | 0,— |
| 17 04 77 02 | Vorbereitende Maßnahme — Kontrollstellen (Aufenthaltsorte) im Zusammenhang mit Tiertransporten | 2 | — | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 1 858 095,60 | — |
| 17 04 77 03 | Pilotprojekt — Entwicklung bewährter Verfahren beim Tiertransport | 2 | 1 000 000 | 500 000 | | | | | — |
| 17 04 77 04 | Pilotprojekt — Europäisches Netzwerk der Hofkäsereien und handwerklichen Käseerzeuger — Erstellung eines „Europäischen Leitfadens für gute Hygienepraxis“ | 2 | 250 000 | 125 000 | | | | | — |
| | *Artikel 17 04 77 — Subtotal* | | 1 250 000 | 925 000 | p.m. | 300 000 | 919 286,— | 1 858 095,60 | 200,88 |
| | **Kapitel 17 04 — Insgesamt** | | **252 250 000** | **216 997 000** | **272 276 000** | **245 206 536** | **266 935 723,30** | **266 643 494,24** | **122,88** |

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 04 — LEBENSMITTEL- UND FUTTERMITTELSICHERHEIT, TIERGESUNDHEIT, TIERSCHUTZ UND PFLANZENGESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 04 01 Beitrag zu einem besseren Tiergesundheitszustand und einem hohen Niveau des Tierschutzes in der Union***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 180 000 000 | 4 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Die finanzielle Unterstützung der Union hilft mit, die Tilgung oder Kontrolle von Tierseuchen zu beschleunigen, indem sie zusätzlich zu nationalen Ressourcen Mittel bereitstellt und die Harmonisierung von Maßnahmen auf Unionsebene fördert. Bei diesen Seuchen oder Infektionen handelt es sich größtenteils um Zoonosen, die auf den Menschen übertragbar sind (BSE, Brucellose, Vogelgrippe, Salmonellose, Tuberkulose usw.). Zudem behindert das Fortbestehen der fraglichen Seuchen das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes; die Bekämpfung dieser Krankheiten trägt zur Verbesserung des Gesundheitsniveaus und der Lebensmittelsicherheit in der Union bei.

Diese Mittel sind auch bestimmt zur Deckung des Unionsbeitrags zu Maßnahmen, die auf die Beseitigung von Hemmnissen für den freien Warenverkehr in diesen Sektoren abzielen, sowie zu veterinärmedizinischer Unterstützung und zu Sicherungsmaßnahmen.

Die finanzielle Unterstützung gilt für

— den Kauf, die Lagerung und die Formulierung von Antigenen gegen die Maul- und Klauenseuche und von verschiedenen Impfstoffen,

— die Entwicklung von Marker-Impfstoffen oder Tests, die zwischen kranken und geimpften Tieren unterscheiden können.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1), insbesondere Artikel 50.

Entscheidung 2009/470/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich (ABl. L 155 vom 18.6.2009, S. 30).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Juni 2013, mit Bestimmungen für die Verwaltung der Ausgaben in den Bereichen Lebensmittelkette, Tiergesundheit und Tierschutz sowie Pflanzengesundheit und Pflanzenvermehrungsmaterial, zur Änderung der Richtlinien 98/56/EG, 2002/29/EG und 2008/90/EG des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 178/2002, (EG) Nr. 882/2004 und (EG) Nr. 396/2005, der Richtlinie 2009/128/EG sowie der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 und zur Aufhebung der Entscheidungen 66/399/EWG, 76/894/EWG und 2009/470/EG des Rates (COM(2013) 327 final).

KOMMISSION

*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 04 — LEBENSMITTEL- UND FUTTERMITTELSICHERHEIT, TIERGESUNDHEIT, TIERSCHUTZ UND PFLANZENGESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 04 02 Gewährleistung des frühzeitigen Nachweises von Schadorganismen der Pflanzen und deren Tilgung***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 5 000 000 | 3 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel sind bestimmt zur Finanzierung präventiver Maßnahmen zur Bekämpfung der die Kulturen der Landwirtschaft und des Gartenbaus, Wälder und Landschaften bedrohenden Schädlinge und Krankheiten. Sie sind außerdem zur Deckung der Unionsbeiträge zu den Sondermaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft in den Regionen in äußerster Randlage der Union bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 2000/29/EG des Rates vom 8. Mai 2000 über Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (ABl. L 169 vom 10.7.2000, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 247/2006 des Rates vom 30. Januar 2006 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der Regionen in äußerster Randlage der Union (ABl. L 42 vom 14.2.2006, S. 1).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Juni 2013, mit Bestimmungen für die Verwaltung der Ausgaben in den Bereichen Lebensmittelkette, Tiergesundheit und Tierschutz sowie Pflanzengesundheit und Pflanzenvermehrungsmaterial, zur Änderung der Richtlinien 98/56/EG, 2000/29/EG und 2008/90/EG des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 178/2002, (EG) Nr. 882/2004 und (EG) Nr. 396/2005, der Richtlinie 2009/128/EG sowie der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 und zur Aufhebung der Entscheidungen 66/399/EWG, 76/894/EWG und 2009/470/EG des Rates (COM(2013) 327 final).

***17 04 03 Gewährleistung wirksamer, effizienter und verlässlicher Kontrollen***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 45 724 000 | 15 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Durchführung der ersten Maßnahmen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 über amtliche Kontrollen zu decken, nämlich:

— Tätigkeit der Unionslaboratorien,

— Schulungen im Bereich Lebens- und Futtermittelkontrollen,

— Reise- und Aufenthaltskosten nationaler Sachverständiger, die an Inspektionsbesuchen des Lebensmittel- und Veterinäramts teilnehmen,

— Informationstechnologie-Instrumente, Kommunikation und Information über Lebens- und Futtermittelkontrolle, Entwicklung einer Unionsstrategie für sicherere Lebensmittel,

— eine Informationspolitik im Bereich des Tierschutzes, einschließlich Informationskampagnen und -programmen zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Unschädlichkeit des Verzehrs von Fleisch geimpfter Tiere sowie Informationskampagnen und -programmen, in deren Rahmen die humanen Aspekte von Impfstrategien bei der Bekämpfung von Tierseuchen herausgestellt werden,

— die Überwachung der Einhaltung von Tierschutzvorschriften beim Transport von Tieren zum Schlachthof,

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 04 — LEBENSMITTEL- UND FUTTERMITTELSICHERHEIT, TIERGESUNDHEIT, TIERSCHUTZ UND PFLANZENGESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 04 03*** *(Fortsetzung)*

— die Einrichtung und den Betrieb eines Schnellwarnsystems, einschließlich eines weltweiten Schnellwarnsystems, für die Meldung direkter oder indirekter Risiken für die menschliche und tierische Gesundheit, die von Lebens- oder Futtermitteln ausgehen,

— die technischen und wissenschaftlichen Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Veterinärrechts der Union und für die Weiterentwicklung der Aus- und Weiterbildung im Veterinärbereich,

— die Informationstechnologie-(IT-)Werkzeuge, einschließlich TRACES und Tierseuchenmeldesystem,

— die Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einfuhr von Hunde- und Katzenfellen.

Diese Mittel sind auch dazu bestimmt, die Beteiligung der Union an den Maßnahmen zur Durchführung der in den untenstehenden Rechtsgrundlagen vorgesehenen Maßnahmen durch die Kommission und/oder die Mitgliedstaaten, insbesondere derjenigen zur Beseitigung der Hemmnisse für den freien Warenverkehr in diesen Bereichen, zu decken.

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 66/401/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut (ABl. 125 vom 11.7.1966, S. 2298/66).

Richtlinie 66/402/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Getreidesaatgut (ABl. 125 vom 11.7.1966, S. 2309/66).

Richtlinie 68/193/EWG des Rates vom 9. April 1968 über den Verkehr mit vegetativem Vermehrungsgut von Reben (ABl. L 93 vom 17.4.1968, S. 15).

Beschluss 94/800/EG des Rates vom 22. Dezember 1994 über den Abschluss der Übereinkünfte im Rahmen der multilateralen Uruguay-Runde (1986-1994) im Namen der Europäischen Gemeinschaft in Bezug auf die in ihre Zuständigkeit fallenden Bereiche (ABl. L 336 vom 23.12.1994, S. 1), insbesondere Artikel 5 (Risikobewertung und Festlegung des angemessenen gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Schutzniveaus) des Kapitels „Übereinkommen über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen".

Richtlinie 98/56/EG des Rates vom 20. Juli 1998 über das Inverkehrbringen von Vermehrungsmaterial von Zierpflanzen (ABl. L 226 vom 13.8.1998, S. 16).

Richtlinie 1999/105/EG des Rates vom 22. Dezember 1999 über den Verkehr mit forstlichem Vermehrungsgut (ABl. L 11 vom 15.1.2000, S. 17), insbesondere Artikel 11 Absatz 1.

Richtlinie 2000/29/EG des Rates vom 8. Mai 2000 über Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (ABl. L 169 vom 10.7.2000, S. 1).

Richtlinie 2002/53/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über einen gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 1), insbesondere Artikel 17.

Richtlinie 2002/54/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Betarübensaatgut (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 12).

Richtlinie 2002/55/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Gemüsesaatgut (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 33).

Richtlinie 2002/56/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Pflanzkartoffeln (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 60).

Richtlinie 2002/57/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Saatgut von Öl- und Faserpflanzen (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 74).

Verordnung (EG) Nr. 396/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Februar 2005 über Höchstgehalte an Pestizidrückständen in oder auf Lebens- und Futtermitteln pflanzlichen und tierischen Ursprungs (ABl. L 70 vom 16.3.2005, S. 1).

Richtlinie des Rates 2008/72/EG vom 15. Juli 2008 über das Inverkehrbringen von Gemüsepflanzgut und Gemüsevermehrungsmaterial mit Ausnahme von Saatgut (ABl. L 205 vom 1.8.2008, S. 28).

Richtlinie 2008/90/EG des Rates vom 29. September 2008 über das Inverkehrbringen von Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Obstarten zur Fruchterzeugung (ABl. L 267 vom 8.10.2008, S. 8).

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 04 — LEBENSMITTEL- UND FUTTERMITTELSICHERHEIT, TIERGESUNDHEIT, TIERSCHUTZ UND PFLANZENGESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 04 03*** *(Fortsetzung)*

Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden (ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 71).

Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 1).

Entscheidung 2009/470/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich (ABl. L 155 vom 18.6.2009, S. 30).

Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz (ABl. L 165 vom 30.4.2004, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1332/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Lebensmittelenzyme und zur Änderung der Richtlinie 83/417/EWG des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 des Rates, der Richtlinie 2000/13/EG, der Richtlinie 2001/112/EG des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 258/97 (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 7).

Verordnung (EG) Nr. 1333/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Lebensmittelzusatzstoffe (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 16).

Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Aromen und bestimmte Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften zur Verwendung in und auf Lebensmitteln und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1601/91 des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 2232/96 und (EG) Nr. 110/2008 und der Richtlinie 2000/13/EG (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 34).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Juni 2013, mit Bestimmungen für die Verwaltung der Ausgaben in den Bereichen Lebensmittelkette, Tiergesundheit und Tierschutz sowie Pflanzengesundheit und Pflanzenvermehrungsmaterial, zur Änderung der Richtlinien 98/56/EG, 2000/29/EG und 2008/90/EG des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 178/2002, (EG) Nr. 882/2004 und (EG) Nr. 396/2005, der Richtlinie 2009/128/EG sowie der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 und zur Aufhebung der Entscheidungen 66/399/EWG, 76/894/EWG und 2009/470/EG des Rates (COM(2013) 327 final).

***17 04 04*** ***Fonds für Sofortmaßnahmen im Bereich Tier- und Pflanzengesundheit***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 20 000 000 | 7 500 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Der Ausbruch verschiedener Tierseuchen in der Union könnte umfangreiche Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarktes und die Handelsbeziehungen der Union mit Drittländern haben. Daher ist es wichtig, dass die Union einen finanziellen Beitrag leistet, um eine schnellstmögliche Tilgung jedes Ausbruchs einer schwerwiegenden Infektionskrankheit in den Mitgliedstaaten mit Ressourcen der Union zur Bekämpfung dieser Krankheiten zu ermöglichen.

Diese Mittel sind bestimmt zur Finanzierung kurativer Maßnahmen zur Bekämpfung der die Kulturen der Landwirtschaft und des Gartenbaus, Wälder und Landschaften bedrohenden Schädlinge und Krankheiten, wie unter anderem die Ausbreitung von invasiven exotischen Arten und Schädlingen (wie Kiefernfadenwurm und andere), die häufiger geworden sind und sich immer stärker ausbreiten.

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 04 — LEBENSMITTEL- UND FUTTERMITTELSICHERHEIT, TIERGESUNDHEIT, TIERSCHUTZ UND PFLANZENGESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 04 04*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 2000/29/EG des Rates vom 8. Mai 2000 über Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (ABl. L 169 vom 10.7.2000, S. 1).

Entscheidung 2009/470/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich (ABl. L 155 vom 18.6.2009, S. 30).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Juni 2013, mit Bestimmungen für die Verwaltung der Ausgaben in den Bereichen Lebensmittelkette, Tiergesundheit und Tierschutz sowie Pflanzengesundheit und Pflanzenvermehrungsmaterial, zur Änderung der Richtlinien 98/56/EG, 2000/29/EG und 2008/90/EG des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 178/2002, (EG) Nr. 882/2004 und (EG) Nr. 396/2005, der Richtlinie 2009/128/EG sowie der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 und zur Aufhebung der Entscheidungen 66/399/EWG, 76/894/EWG und 2009/470/EG des Rates (COM(2013) 327 final).

***17 04 05*** ***Sofortmaßnahmen für schwere Krisen im Agrarsektor***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel sind bestimmt zur Finanzierung der Ausgaben für Notfallmaßnahmen gemäß Kapitel I Abschnitt 1 von Titel II und gemäß Kapitel II Abschnitt 1 von Titel II des Vorschlags für eine Verordnung COM(2013) 327 final, die zur Bewältigung großer Krisen im Agrarsektor erforderlich sind, welche sich auf die Erzeugung oder den Vertrieb landwirtschaftlicher Erzeugnisse auswirken, falls diese Krisen von Problemen in den Bereichen Lebens- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit herrühren.

Diese Mittel werden mittels Übertragungen aus Artikel 05 03 10 (Reserve für Krisen im Agrarsektor) im Einklang mit der Haushaltsordnung bereitgestellt, falls die für die Lebensmittelsicherheit in Rubrik 3 des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 verfügbaren Mittel nach Prüfung des Spielraums für die Neuzuweisung von Mitteln nicht ausreichen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

*Verweise*

Interinstitutionelle Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung (ABl. C 373 vom 20.12.2013, S. 1).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Juni 2013, mit Bestimmungen für die Verwaltung der Ausgaben in den Bereichen Lebensmittelkette, Tiergesundheit und Tierschutz sowie Pflanzengesundheit und Pflanzenvermehrungsmaterial, zur Änderung der Richtlinien 98/56/EG, 2000/29/EG und 2008/90/EG des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 178/2002, (EG) Nr. 882/2004 und (EG) Nr. 396/2005, der Richtlinie 2009/128/EG sowie der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 und zur Aufhebung der Entscheidungen 66/399/EWG, 76/894/EWG und 2009/470/EG des Rates (COM(2013) 327 final).

KOMMISSION

*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 04 — LEBENSMITTEL- UND FUTTERMITTELSICHERHEIT, TIERGESUNDHEIT, TIERSCHUTZ UND PFLANZENGESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 04 10 Beiträge zu Internationalen Übereinkommen und Mitgliedschaft in internationalen Organisationen in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 276 000 | 276 000 | 276 000 | 272 804 | 250 000,— | 222 558,29 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 17 04 09*

Die Mittel sind vorgesehen zur Deckung des Beitrags der Union zum Internationalen Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV), begründet durch das Internationale Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen in der am 19. März 1991 angenommenen Neufassung, das ein exklusives Eigentumsrecht für die Züchter neuer Pflanzensorten festlegt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2005/523/EG des Rates vom 30. Mai 2005 zur Genehmigung des Beitritts der Europäischen Gemeinschaft zum Internationalen Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen in der am 19. März 1991 in Genf angenommenen Neufassung (ABl. L 192 vom 22.7.2005, S. 63).

***17 04 51 Kontrollen der Lebens- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 186 296 000 | 272 000 000 | 244 633 732 | 265 766 437,30 | 264 562 840,35 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 17 04 01 01, 17 04 02 01, 17 04 03 01, 17 04 04 01, 17 04 07 01 sowie Artikel 17 04 06*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben bestimmt, die bisher in den Bereichen Lebens- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit eingesetzt waren.

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 66/401/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut (ABl. 125 vom 11.7.1966, S. 2298/66).

Richtlinie 66/402/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Getreidesaatgut (ABl. 125 vom 11.7.1966, S. 2309/66).

Richtlinie 68/193/EWG des Rates vom 9. April 1968 über den Verkehr mit vegetativem Vermehrungsgut von Reben (ABl. L 93 vom 17.4.1968, S. 15).

Beschluss 94/800/EG des Rates vom 22. Dezember 1994 über den Abschluss der Übereinkünfte im Rahmen der multilateralen Uruguay-Runde (1986-1994) im Namen der Europäischen Gemeinschaft in Bezug auf die in ihre Zuständigkeit fallenden Bereiche (ABl. L 336 vom 23.12.1994, S. 1), insbesondere Artikel 5 (Risikobewertung und Festlegung des angemessenen gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Schutzniveaus) des Kapitels „Übereinkommen über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen".

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 04 — LEBENSMITTEL- UND FUTTERMITTELSICHERHEIT, TIERGESUNDHEIT, TIERSCHUTZ UND PFLANZENGESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 04 51*** *(Fortsetzung)*

Richtlinie 98/56/EG des Rates vom 20. Juli 1998 über das Inverkehrbringen von Vermehrungsmaterial von Zierpflanzen (ABl. L 226 vom 13.8.1998, S. 16).

Richtlinie 1999/105/EG des Rates vom 22. Dezember 1999 über den Verkehr mit forstlichem Vermehrungsgut (ABl. L 11 vom 15.1.2000, S. 17), insbesondere Artikel 11 Absatz 1.

Richtlinie 2000/29/EG des Rates vom 8. Mai 2000 über Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (ABl. L 169 vom 10.7.2000, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1), insbesondere Artikel 50.

Richtlinie 2002/53/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über einen gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 1).

Richtlinie 2002/54/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Betarübensaatgut (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 12).

Richtlinie 2002/55/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Gemüsesaatgut (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 33).

Richtlinie 2002/56/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Pflanzkartoffeln (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 60).

Richtlinie 2002/57/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Saatgut von Öl- und Faserpflanzen (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 74).

Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz (ABl. L 165 vom 30.4.2004, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 396/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Februar 2005 über Höchstgehalte an Pestizidrückständen in oder auf Lebens- und Futtermitteln pflanzlichen und tierischen Ursprungs (ABl. L 70 vom 16.3.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 247/2006 des Rates vom 30. Januar 2006 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der Regionen in äußerster Randlage der Union (ABl. L 42 vom 14.2.2006, S. 1).

Richtlinie des Rates 2008/72/EG vom 15. Juli 2008 über das Inverkehrbringen von Gemüsepflanzgut und Gemüsevermehrungsmaterial mit Ausnahme von Saatgut (kodifizierte Fassung) (ABl. L 205 vom 1.8.2008, S. 28).

Richtlinie 2008/90/EG des Rates vom 29. September 2008 über das Inverkehrbringen von Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Obstarten zur Fruchterzeugung (ABl. L 267 vom 8.10.2008, S. 8).

Verordnung (EG) Nr. 1332/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Lebensmittelenzyme und zur Änderung der Richtlinie 83/417/EWG des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 des Rates, der Richtlinie 2000/13/EG, der Richtlinie 2001/112/EG des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 258/97 (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 7).

Verordnung (EG) Nr. 1333/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Lebensmittelzusatzstoffe (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 16).

Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Aromen und bestimmte Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften zur Verwendung in und auf Lebensmitteln und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1601/91 des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 2232/96 und (EG) Nr. 110/2008 und der Richtlinie 2000/13/EG (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 34).

Entscheidung 2009/470/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich (kodifizierte Fassung) (ABl. L 155 vom 18.6.2009, S. 30).

KOMMISSION

*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 04 — LEBENSMITTEL- UND FUTTERMITTELSICHERHEIT, TIERGESUNDHEIT, TIERSCHUTZ UND PFLANZENGESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 04 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

17 04 77 01 Pilotprojekt — Europäisches Netzwerk für Tierschutz

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 300 000 | — | 300 000 | 919 286,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 17 04 01 02*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

17 04 77 02 Vorbereitende Maßnahme — Kontrollstellen (Aufenthaltsorte) im Zusammenhang mit Tiertransporten

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 1 858 095,60 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 17 04 03 03*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

17 04 77 03 Pilotprojekt — Entwicklung bewährter Verfahren beim Tiertransport

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 000 000 | 500 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Tätigkeiten im Rahmen des Projekts*

Schwerpunkt dieses Pilotprojekts wird die Abwicklung von Tiertransporten sein, wobei das Hauptaugenmerk auf den wichtigsten landwirtschaftlichen Nutztieren und den Hauptbeteiligten am Transport der Tiere (Landwirte, spezialisierte Transportunternehmer, Händler, Schlachthofbetreiber und Tierärzte) liegt.

KOMMISSION
*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 04 — LEBENSMITTEL- UND FUTTERMITTELSICHERHEIT, TIERGESUNDHEIT, TIERSCHUTZ UND PFLANZENGESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 04 77*** *(Fortsetzung)*

17 04 77 03 *(Fortsetzung)*

Endergebnis des Pilotprojekts wird eine Analyse der unterschiedlichen Verfahren der Beurteilung der Tiere sein, um die am besten geeigneten Verfahren zu ermitteln. Auf der Grundlage dieser Analyse werden in dem Projekt Standardverfahren für Tiertransporte und eine Strategie zur Verbreitung dieser Verfahren unter den Beteiligten festgelegt, gegebenenfalls einschließlich etwaiger Fortbildungskurse.

*Tiertransport — Hintergrundinformationen*

Alljährlich werden fast 40 Millionen Nutztiere zwischen den Mitgliedstaaten hin und her transportiert. Dieser Transport ist für die auf Zucht, Aufzucht und Mast spezialisierten Betriebe und die Schlachtbetriebe erforderlich.

Es gibt jedoch eine ganze Reihe unterschiedlicher Praktiken in den Mitgliedstaaten, unter anderem wegen der mangelhaften Einhaltung gewisser Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 über den Schutz von Tieren beim Transport — z. B. einander widersprechende Regelungen über tierärztliche Untersuchungen beim Tiertransport.

Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 müssen Tiere bei langen Beförderungen zwischen Mitgliedstaaten (und in Drittländer) von der zuständigen Behörde auf ihre Transportfähigkeit überprüft werden. Auch für kurze Beförderungen bzw. Beförderungen innerhalb eines Landes ist eine Bewertung der Transportfähigkeit der Tiere erforderlich.

Ein Tierarzt/Landwirt könnte den Zustand der Tiere bewerten und den Transport genehmigen. Sobald die Tiere z. B. beim Schlachthof angelangt sind, könnte der Tierarzt sie dann als transportunfähig erklären. Situationen wie diese sind sowohl für die Tiere als auch für die Fahrer unbefriedigend.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

17 04 77 04 Pilotprojekt — Europäisches Netzwerk der Hofkäsereien und handwerklichen Käseerzeuger — Erstellung eines „Europäischen Leitfadens für gute Hygienepraxis“

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 250 000 | 125 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Die Existenz und die Entwicklung kleiner Käsereien sind ungemein wichtig, da immer mehr Verbraucher nach regionalen Qualitätsprodukten verlangen. Diese Käsereien schaffen Arbeitsplätze und ermöglichen — insbesondere jungen Menschen — den Zugang zum Beruf des Landwirts, ohne dass sie hierfür beträchtliche Investitionen tätigen müssen.

Bei den diesbezüglichen Vorschriften handelt es sich im Wesentlichen um Unionsbestimmungen für Landwirte und landwirtschaftliche Verarbeitungsbetriebe, einschließlich Kleinstbetrieben, doch ihre Umsetzung auf einzelstaatlicher oder regionaler Ebene ist häufig zu allgemein, und den Grundsätzen der Anpassung und der Flexibilität wird nicht Rechnung getragen, obwohl diese in den Vorschriften klar verankert sind.

Mit dem vorliegenden Programm soll den kleinen Käsereien ganz eindeutig eine gewisse notwendige Flexibilität eingeräumt werden, und dies soll durch die Europäische Kommission abgesegnet werden, denn so kann eine positive Botschaft über die Rechtsvorschriften der Union und die Union ganz allgemein ausgesandt werden — nicht nur an die Landwirte und Käsehersteller, sondern auch an die Verbraucher.

KOMMISSION

*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

**KAPITEL 17 04 — LEBENSMITTEL- UND FUTTERMITTELSICHERHEIT, TIERGESUNDHEIT, TIERSCHUTZ UND PFLANZENGESUNDHEIT** *(Fortsetzung)*

***17 04 77*** *(Fortsetzung)*

17 04 77 04 *(Fortsetzung)*

Das HACCP-System beruht darauf, dass aus den Erfahrungen Kapital geschlagen werden soll, um die Prozesse besser beherrschbar zu machen. Dieses System stützt sich in der Regel auf eine hinreichend konsequente Qualitätskontrolle, die sich nur Großbetriebe leisten können. Der im Rahmen dieses Pilotprojekts zu erstellende Leitfaden für gute Hygienepraxis ist der erste Schritt hin zu einer Vernetzung der Kleinerzeuger, um dieser Notwendigkeit ständiger Verbesserungen gerecht zu werden, die mindestens genauso effizient und zweifellos transparenter sind.

Eins der Ziele des Projekts ist die Erstellung von durch die Kommission validierten Richtlinien für ordentliche Hygienepraxis, die all denjenigen, die in diesem Bereich arbeiten, als Bezugspunkte dienen können.

Der Leitfaden wird daher auf praktischen Erfahrungen auf diesem Gebiet und nicht auf theoretischen Daten beruhen. Er wird von den 11 im FACE-Netzwerk vertretenen Berufsorganisationen mit Hilfe technischer Zentren aus ihnen nahestehenden Sektoren erstellt und bietet so die Gewähr, dass dabei das traditionelle Know-how in den unterschiedlichen Regionen berücksichtigt wird, wodurch von den verschiedenen Gruppen über die Jahre hinweg angesammelte Kenntnisse und Erfahrungen gemeinsam genutzt werden können, damit Systeme wie das HACCP konkret auf kleine Betriebe zugeschnitten werden können.

Dieser innovative Ansatz, der auf der europaweiten Selbstorganisation der Berufszweige und der Beteiligung der entsprechenden Partner beruht, ist außerdem von dem in der gesetzlichen Regelung enthaltenen Gedanken der Verantwortlichkeit der Berufsgruppen für Hygienefragen getragen.

Angesichts der mit seiner Umsetzung verbundenen Herausforderungen (sprachlicher, logistischer, organisatorischer Art usw.) bedarf dieses ehrgeizige und von mehreren Partnern getragene Projekt finanzieller Unterstützung.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 17 — GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“

KOMMISSION

*TITEL 18*

**INNERES**

# TITEL 18

# INNERES

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 18 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „INNERES“ | 34 949 809 | 34 949 809 | 40 140 399 | 40 140 399 | 40 713 847,55 | 40 713 847,55 |
| 18 02 | INNERE SICHERHEIT | 747 715 040 | 565 055 732 | 677 739 140 | 535 582 819 | 783 870 054,63 | 537 469 880,94 |
| | *Reserven (40 02 41)* | | | *111 280 000* | *66 442 946* | | |
| | | 747 715 040 | 565 055 732 | 789 019 140 | 602 025 765 | 783 870 054,63 | 537 469 880,94 |
| 18 03 | ASYL- UND MIGRATION | 418 727 040 | 162 594 390 | 509 230 000 | 330 673 010 | 465 599 409,34 | 255 869 910,61 |
| | **Titel 18 — Insgesamt** | **1 201 391 889** | **762 599 931** | **1 227 109 539** | **906 396 228** | **1 290 183 311,52** | **834 053 639,10** |
| | ***Reserven (40 02 41)*** | | | ***111 280 000*** | ***66 442 946*** | | |
| | | **1 201 391 889** | **762 599 931** | **1 338 389 539** | **972 839 174** | **1 290 183 311,52** | **834 053 639,10** |

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

# TITEL 18

# INNERES

## KAPITEL 18 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „INNERES“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 18 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „INNERES“ | | | | | |
| ***18 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Inneres“*** | 5.2 | 25 780 127 | 31 078 583 | 31 220 408,28 | 121,10 |
| ***18 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Inneres“*** | | | | | |
| 18 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 1 624 271 | 2 253 261 | 2 672 531,79 | 164,54 |
| 18 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 1 576 693 | 1 741 785 | 1 860 201,— | 117,98 |
| | *Artikel 18 01 02 — Subtotal* | | 3 200 964 | 3 995 046 | 4 532 732,79 | 141,61 |
| ***18 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Inneres“*** | 5.2 | 1 668 718 | 1 966 770 | 2 334 316,73 | 139,89 |
| ***18 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Inneres“*** | | | | | |
| 18 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für den Fonds für die innere Sicherheit | 3 | 2 150 000 | 1 400 000 | 1 316 334,61 | 61,22 |
| 18 01 04 02 | Unterstützungsausgaben für den Asyl- und Migrationsfonds | 3 | 2 150 000 | 1 700 000 | 1 310 055,14 | 60,93 |
| | *Artikel 18 01 04 — Subtotal* | | 4 300 000 | 3 100 000 | 2 626 389,75 | 61,08 |
| | **Kapitel 18 01 — Insgesamt** | | **34 949 809** | **40 140 399** | **40 713 847,55** | **116,49** |

### *18 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Inneres“*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 25 780 127 | 31 078 583 | 31 220 408,28 |

### *18 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Inneres“*

18 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 624 271 | 2 253 261 | 2 672 531,79 |

**KAPITEL 18 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „INNERES“** *(Fortsetzung)*

***18 01 02*** *(Fortsetzung)*

18 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 576 693 | 1 741 785 | 1 860 201,— |

*Erläuterungen*

Ein Teil dieser Mittel sollte dazu verwendet werden, eine angemessene Unterstützung der Arbeitsgruppe „Artikel 29“ sicherzustellen.

Ein Teil dieser Mittel sollte zur Schulung des Personals im Bereich Nichtdiskriminierung verwendet werden.

***18 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Inneres“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 668 718 | 1 966 770 | 2 334 316,73 |

***18 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Inneres“***

18 01 04 01 Unterstützungsausgaben für den Fonds für die innere Sicherheit

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 150 000 | 1 400 000 | 1 316 334,61 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 18 01 04 08, 18 01 04 16 und 18 01 04 17*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die aus dem Fonds für die innere Sicherheit finanzierte technische Hilfe gemäß Artikel 10 des Vorschlags für eine Verordnung zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen für diesen Fonds (COM(2011) 752 final) zu decken. Die Mittel decken die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Postens stehen, sowie alle weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von punktuellen Dienstleistungsverträgen vergeben werden.

Die Mittel dienen u. a. der Finanzierung von

— Unterstützungsausgaben (Unterstützung bei der Ausarbeitung und Bewertung von Projekten, Maßnahmen im Zusammenhang mit der Prüfung, Konferenzen, Seminare, Workshops und andere gemeinsame Informations- und Fortbildungsmaßnahmen für die benannten Behörden und die Empfänger in Bezug auf die Durchführung der vorgeschlagenen Verordnung und der damit zusammenhängenden spezifischen Verordnungen, Übersetzungen),

— Maßnahmen zur Verbreitung von Informationen, Unterstützung der Vernetzung, Durchführung von Kommunikationsmaßnahmen, Sensibilisierung und Förderung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustauschs, auch mit Drittländern,

— Vermittlung der politischen Prioritäten der Union nach außen, vorausgesetzt, diese stehen in Zusammenhang mit den allgemeinen Zielen der vorgeschlagenen Verordnung und der damit zusammenhängenden spezifischen Verordnungen,

— Einrichtung, Betrieb und Verknüpfung von computergestützten Verwaltungs-, Monitoring-, Prüf-, Kontroll- und Evaluierungssystemen,

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

**KAPITEL 18 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „INNERES“** *(Fortsetzung)*

***18 01 04*** *(Fortsetzung)*

18 01 04 01 *(Fortsetzung)*

— Evaluierungen, einschließlich Maßnahmen zur Verbesserung der Evaluierungsmethoden und zum Austausch von Informationen über Evaluierungspraktiken, Entwicklung eines gemeinsamen Evaluierungs- und Monitoringrahmens, Expertenberichte, Statistiken und Studien,

— Unterstützung für die Stärkung der Institutionen und den Ausbau der administrativen Kapazitäten im Hinblick auf eine effektive Verwaltung im Rahmen der vorgeschlagenen Verordnung und der damit zusammenhängenden spezifischen Verordnungen,

— Maßnahmen im Zusammenhang mit der Analyse, der Verwaltung, dem Monitoring, dem Informationsaustausch und der Durchführung der vorgeschlagenen Verordnung und der damit zusammenhängenden spezifischen Verordnungen sowie Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Einsatz der Kontrollsysteme und mit technischer und administrativer Hilfe.

Gemäß dem zwischen der Europäischen Union und der Republik Island, dem Königreich Norwegen, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein abzuschließenden Übereinkommen über zusätzliche Regeln im Zusammenhang mit dem Fonds für die innere Sicherheit — Grenzen — für den Zeitraum 2014 bis 2020 kann die Kommission jährlich bis zu einem in dem Übereinkommen festgelegten Betrag der von den assoziierten Staaten geleisteten Zahlungen zur Deckung der Verwaltungsausgaben für interne oder externe Mitarbeiter verwenden, die diese Staaten bei der Umsetzung des Fonds unterstützen.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Artikel 18 02 01.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. November 2011, zur Schaffung eines Instruments für die finanzielle Unterstützung für Außengrenzen und Visa im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit (COM(2011) 750 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. November 2011, zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen für den Asyl- und Migrationsfonds und das Instrument für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und des Krisenmanagements (COM(2011) 752 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. November 2011, zur Schaffung eines Instruments für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und des Krisenmanagements im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit (COM(2011) 753 final).

18 01 04 02 Unterstützungsausgaben für den Asyl- und Migrationsfonds

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 150 000 | 1 700 000 | 1 310 055,14 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 18 01 04 02, 18 01 04 03, 18 01 04 09 und 18 01 04 10*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die aus dem Asyl- und Migrationsfonds finanzierte technische Hilfe gemäß Artikel 10 des Vorschlages für eine Verordnung zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen für diesen Fonds (COM(2011) 752 final) zu decken. Die Mittel decken die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Postens stehen, sowie alle weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von punktuellen Dienstleistungsverträgen vergeben werden.

**KAPITEL 18 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „INNERES“** *(Fortsetzung)*

***18 01 04*** *(Fortsetzung)*

18 01 04 02 *(Fortsetzung)*

Die Mittel dienen u. a. der Finanzierung von

— Unterstützungsausgaben (Unterstützung bei der Ausarbeitung und Bewertung von Projekten, Maßnahmen im Zusammenhang mit der Prüfung, Konferenzen, Seminare, Workshops und andere gemeinsame Informations- und Fortbildungsmaßnahmen für die benannten Behörden und die Empfänger in Bezug auf die Durchführung der vorgeschlagenen Verordnung und der damit zusammenhängenden spezifischen Verordnungen, Übersetzungen),

— Maßnahmen zur Verbreitung von Informationen, Unterstützung der Vernetzung, Durchführung von Kommunikationsmaßnahmen, Sensibilisierung und Förderung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustauschs, auch mit Drittländern,

— Vermittlung der politischen Prioritäten der Europäischen Union nach außen, vorausgesetzt, diese stehen in Zusammenhang mit den allgemeinen Zielen der vorgeschlagenen Verordnung und der damit zusammenhängenden spezifischen Verordnungen,

— Einrichtung, Betrieb und Verknüpfung von computergestützten Verwaltungs-, Monitoring-, Prüf-, Kontroll- und Evaluierungssystemen,

— Evaluierungen, einschließlich Maßnahmen zur Verbesserung der Evaluierungsmethoden und zum Austausch von Informationen über Evaluierungspraktiken, Entwicklung eines gemeinsamen Evaluierungs- und Monitoringrahmens, Expertenberichte, Statistiken und Studien,

— Unterstützung für die Stärkung der Institutionen und den Ausbau der administrativen Kapazitäten im Hinblick auf eine effektive Verwaltung im Rahmen der vorgeschlagenen Verordnung und der damit zusammenhängenden spezifischen Verordnungen,

— Maßnahmen im Zusammenhang mit der Analyse, der Verwaltung, dem Monitoring, dem Informationsaustausch und der Durchführung der vorgeschlagenen Verordnung und der damit zusammenhängenden spezifischen Verordnungen sowie Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Einsatz der Kontrollsysteme und mit technischer und administrativer Hilfe.

Diese Mittel decken die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Postens stehen, und alle weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von punktuellen Dienstleistungsverträgen vergeben werden.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Artikel 18 03 01.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. November 2011, zur Einrichtung des Asyl- und Migrationsfonds (COM(2011) 751 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. November 2011, zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen für den Asyl- und Migrationsfonds und das Instrument für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und des Krisenmanagements (COM(2011) 752 final).

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

**KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 18 02 | INNERE SICHERHEIT | | | | | | | | |
| ***18 02 01*** | ***Fonds für die innere Sicherheit*** | | | | | | | | |
| 18 02 01 01 | Unterstützung des Grenzmanagements und der gemeinsamen Visumpolitik zur Erleichterung legaler Reisen | 3 | 252 153 194 | 27 160 000 | | | | | — |
| 18 02 01 02 | Verhinderung und Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und bessere Bewältigung sicherheitsrelevanter Risiken und Krisen | 3 | 148 955 846 | 16 190 000 | | | | | — |
| 18 02 01 03 | Aufbau neuer IT-Systeme zur Unterstützung der Steuerung der Migration über die Außengrenzen der Union | 3 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| | *Artikel 18 02 01 — Subtotal* | | 401 109 040 | 43 350 000 | | | | | — |
| ***18 02 02*** | ***Schengen-Fazilität für Kroatien*** | 3 | 80 000 000 | 80 000 000 | 40 000 000 | 40 000 000 | | | — |
| ***18 02 03*** | ***Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX)*** | 3 | 82 910 000 | 82 910 000 | 78 959 000 | 78 959 000 | 84 000 000,— | 69 500 000,— | 83,83 |
| ***18 02 04*** | ***Europäisches Polizeiamt (Europol)*** | 3 | 81 658 000 | 81 658 000 | 75 182 500 | 75 182 500 | 83 655 000,— | 82 655 000,— | 101,22 |
| ***18 02 05*** | ***Europäische Polizeiakademie (CEPOL)*** | 3 | 7 436 000 | 7 436 000 | 8 450 640 | 8 450 640 | 8 450 640,— | 8 450 640,— | 113,64 |
| ***18 02 06*** | ***Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA)*** | 3 | 14 751 000 | 14 751 000 | 15 447 000 | 15 447 000 | 15 550 920,— | 15 550 920,— | 105,42 |
| ***18 02 07*** | ***Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht*** | 3 | 59 380 000 | 59 380 000 | 41 000 000 | 34 437 000 | 19 105 068,06 | 2 283 974,66 | 3,85 |
| ***18 02 08*** | ***Schengener Informationssystem (SIS II)*** | 3 | 9 235 500 | 4 900 366 | 24 000 000 | 15 081 571 | 16 571 217,20 | 32 957 940,63 | 672,56 |
| | *Reserven (40 02 41)* | | | | *12 750 000* | *7 500 000* | | | |
| | | | 9 235 500 | 4 900 366 | 36 750 000 | 22 581 571 | 16 571 217,20 | 32 957 940,63 | |
| ***18 02 09*** | ***Visa-Informationssystem (VIS)*** | 3 | 9 235 500 | 4 900 366 | 7 000 000 | 21 568 782 | 40 453 648,83 | 32 692 524,37 | 667,14 |
| | *Reserven (40 02 41)* | | | | *1 750 000* | *5 471 400* | | | |
| | | | 9 235 500 | 4 900 366 | 8 750 000 | 27 040 182 | 40 453 648,83 | 32 692 524,37 | |

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

**KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| ***18 02 51*** | ***Abschluss von Maßnahmen und Programmen im Bereich Außengrenzen, Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte*** | 3 | p.m. | 184 770 000 | 387 700 000 | 246 456 326 | 516 083 560,54 | 293 378 881,28 | 158,78 |
| | *Reserven (40 02 41)* | | | | *96 780 000* | *53 471 546* | | | |
| | | | p.m. | 184 770 000 | 484 480 000 | 299 927 872 | 516 083 560,54 | 293 378 881,28 | |
| ***18 02 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 18 02 77 01 | Pilotprojekt — Abschluss der Terrorismusbekämpfung | 3 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 18 02 77 02 | Pilotprojekt — Neue integrierte Verfahren der Zusammenarbeit zwischen Akteuren aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor zur Feststellung der Risiken von Sportwetten | 3 | 2 000 000 | 1 000 000 | | | | | — |
| | *Artikel 18 02 77 — Subtotal* | | 2 000 000 | 1 000 000 | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | 0,— |
| | **Kapitel 18 02 — Insgesamt** | | **747 715 040** | **565 055 732** | **677 739 140** | **535 582 819** | **783 870 054,63** | **537 469 880,94** | **95,12** |
| | ***Reserven (40 02 41)*** | | | | ***111 280 000*** | ***66 442 946*** | | | |
| | | | **747 715 040** | **565 055 732** | **789 019 140** | **602 025 765** | **783 870 054,63** | **537 469 880,94** | |

## *18 02 01 Fonds für die innere Sicherheit*

18 02 01 01 Unterstützung des Grenzmanagements und der gemeinsamen Visumpolitik zur Erleichterung legaler Reisen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 252 153 194 | 27 160 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel dienen der Unterstützung einer gemeinsamen Visumpolitik, um den legalen Reiseverkehr zu erleichtern, die Gleichbehandlung von Drittstaatsangehörigen zu gewährleisten und gegen die irreguläre Migration vorzugehen, und der Unterstützung des Grenzmanagements, damit einerseits ein hohes Maß an Schutz an den Außengrenzen und andererseits ein reibungsloses Überschreiten der Außengrenzen entsprechend dem Schengen-Besitzstand sichergestellt werden.

Die Mittel decken die Ausgaben für in oder von den Mitgliedstaaten durchgeführte Maßnahmen, insbesondere

— Grenzübergangsinfrastrukturen, an Grenzübergangsstellen und zur Überwachung zwischen Grenzübergangsstellen sowie zur wirksamen Bekämpfung von unrechtmäßigem Überschreiten der Außengrenzen erforderliche Gebäude und Systeme,

— Betriebsausrüstung, Transportmittel und Kommunikationssysteme, die für wirksame Grenzkontrollen und das Aufspüren von Personen benötigt werden, wie ortsfeste Terminals für das VIS, das SIS und das Europäische Bildspeicherungssystem (FADO), einschließlich modernster Technologie,

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

**KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT** *(Fortsetzung)*

***18 02 01*** *(Fortsetzung)*

18 02 01 01 *(Fortsetzung)*

— IT-Systeme für die Steuerung von Migrationsströmen über die Grenzen,

— Infrastruktur, Gebäude und Betriebsausstattung, die für die Bearbeitung von Visumanträgen und die konsularische Zusammenarbeit benötigt werden,

— Studien, Pilotprojekte und Maßnahmen, die auf eine verstärkte behördliche Zusammenarbeit innerhalb der und zwischen den Mitgliedstaaten abzielen und der Umsetzung von Empfehlungen, operativen Normen und bewährten Praktiken dienen, die auf die operative Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den Einrichtungen der Union zurückgehen.

Die Mittel decken auch die Ausgaben für Maßnahmen mit Bezug zu und in Drittländern, insbesondere:

— Informationssysteme, Instrumente oder Ausrüstung für den Informationsaustausch zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern,

— Maßnahmen, die auf eine verstärkte operative Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten und Drittländern abzielen, einschließlich gemeinsamer Aktionen,

— Studien, Veranstaltungen, Schulungen, Ausrüstungsgegenstände und Pilotprojekte, um Drittländern ad hoc technisches und operatives Know-how zur Verfügung zu stellen,

— Studien, Veranstaltungen, Schulungen, Ausrüstungsgegenstände und Pilotprojekte zur Umsetzung spezifischer Empfehlungen, operativer Normen und bewährter Praktiken, die auf die operative Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den Einrichtungen der Union in Drittländern zurückgehen.

Die Mitgliedstaaten können jeweils bis zu 50 % des aus dem Instrument für ihr nationales Programm bereitgestellten Betrags verwenden, um die operative Unterstützung der Behörden zu finanzieren, die für die Aufgaben und Leistungen, die eine öffentliche Dienstleistung für die Union darstellen, zuständig sind.

Diese Mittel decken auch entgangene Gebühren für Transitvisa und zusätzliche Kosten infolge der Durchführung der Regelung über das Dokument für den erleichterten Transit (FTD) und das Dokument für den erleichterten Transit im Eisenbahnverkehr (FRTD) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 693/2003 des Rates 14. April 2003 zur Einführung eines Dokuments für den erleichterten Transit (FTD) und eines Dokuments für den erleichterten Transit im Eisenbahnverkehr (FRTD) sowie zur Änderung der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion und des Gemeinsamen Handbuchs (ABl. L 99 vom 7.4.2003, S. 8) und der Verordnung (EG) Nr. 694/2003 des Rates vom 14. April 2003 über einheitliche Formate von Dokumenten für den erleichterten Transit (FTD) und Dokumenten für den erleichterten Transit im Eisenbahnverkehr (FRTD) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 693/2003 (ABl. L 99 vom 17.4.2003, S. 15).

Auf Initiative der Kommission können diese Mittel verwendet werden, um länderübergreifende Maßnahmen oder Maßnahmen zu finanzieren, die für die Union von besonderem Interesse sind. Um förderfähig zu sein, müssen diese Maßnahmen insbesondere die nachstehenden Ziele verfolgen:

— Beitrag zu Vorbereitung und Monitoring, zur administrativen und technischen Unterstützung sowie zur Entwicklung eines Evaluierungsmechanismus, der für die Durchführung der Maßnahmen betreffend Außengrenzen und Visa erforderlich ist, darunter auch die Umsetzung der Schengen-Governance gemäß dem Schengen-Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 des Rates vom 7. Oktober 2013 zur Einführung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung des Beschlusses des Exekutivausschusses vom 16. September 1998 bezüglich der Errichtung des Ständigen Ausschusses Schengener Durchführungsübereinkommen (ABl. L 295 vom 6.11.2013, S. 27),

— Verbesserung des Wissensstands und der Kenntnis der Lage in den Mitgliedstaaten mittels Analysen, Evaluierungen und enger Begleitung der Maßnahmen,

— Förderung der Entwicklung statistischer Instrumente und Methoden und gemeinsamer Indikatoren,

— Förderung und Überwachung der Umsetzung des Unionsrechts und der politischen Ziele der Union in den Mitgliedstaaten sowie Bewertung ihrer Effizienz und Wirkung,

— Förderung der Vernetzung, des Voneinander-Lernens sowie der Ermittlung und Verbreitung bewährter Praktiken und innovativer Ansätze auf europäischer Ebene,

— Sensibilisierung der Beteiligten und der Öffentlichkeit für die Strategien und Ziele der Union, einschließlich der Vermittlung der politischen Prioritäten der Union nach außen,

— Stärkung der Fähigkeit europäischer Netzwerke, die Strategien und Ziele der Union zu fördern, zu unterstützen und weiterzuentwickeln,

**KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT** *(Fortsetzung)*

***18 02 01*** *(Fortsetzung)*

18 02 01 01 *(Fortsetzung)*

— Förderung besonders innovativer Projekte zur Entwicklung neuer Methoden und/oder Technologien, die sich möglicherweise auf andere Mitgliedstaaten übertragen lassen, vor allem Projekte zur Erprobung und Validierung von Forschungsprojekten,

— Unterstützung bestimmter Maßnahmen mit Bezug zu oder in Drittländern gemäß Artikel 4 Absatz 2.

Diese Mittel decken auch die finanzielle Unterstützung, um in einer Notlage, d. h. einer von außergewöhnlichem, dringendem Druck geprägten Situation, in der eine große oder unverhältnismäßige Anzahl von Drittstaatsangehörigen die Außengrenzen eines Mitgliedstaats oder mehrerer Mitgliedstaaten überschreiten oder voraussichtlich überschreiten werden, dringenden spezifischen Erfordernissen gerecht werden zu können.

Diese Mittel sind für die Erstattung von Kosten gedacht, die den Sachverständigen der Kommission und der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit Besuchen vor Ort entstehen (Reise- und Unterbringungskosten), bei denen die Anwendung des Schengen-Besitzstands bewertet wird. Hinzu kommen Kosten für Waren und Ausrüstungsgegenstände, die für die Evaluierungsbesuche vor Ort sowie deren Vorbereitung und Follow-up erforderlich sind.

Etwaige Einnahmen aus den Beiträgen Islands, Norwegens, der Schweiz und Liechtensteins, die bei Posten 6 3 1 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe e der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 des Rates vom 7. Oktober 2013 zur Einführung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung des Beschlusses des Exekutivausschusses vom 16. September 1998 bezüglich der Errichtung des Ständigen Ausschusses Schengener Durchführungsübereinkommen (ABl. L 295 vom 6.11.2013, S. 27).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. November 2011, zur Schaffung eines Instruments für die finanzielle Unterstützung für Außengrenzen und Visa im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit (COM(2011) 750 final), insbesondere Artikel 3 Absätze 1 und 2.

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. November 2011, zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen für den Asyl- und Migrationsfonds und das Instrument für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und des Krisenmanagements (COM(2011) 752 final).

18 02 01 02 Verhinderung und Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und bessere Bewältigung sicherheitsrelevanter Risiken und Krisen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 148 955 846 | 16 190 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel sollen insbesondere beitragen zur Prävention und Bekämpfung grenzüberschreitender, schwerer und organisierter Kriminalität einschließlich des Terrorismus sowie zur besseren Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und mit relevanten Drittländern, zur Verbesserung der Fähigkeit der Mitgliedstaaten und der Union zur effektiven Bewältigung von Sicherheitsrisiken und Krisen sowie zur Vorbereitung auf Terroranschläge und andere sicherheitsrelevante Vorfälle und zum diesbezüglichen Schutz der Bevölkerung und der kritischen Infrastrukturen.

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

**KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT** *(Fortsetzung)*

***18 02 01*** *(Fortsetzung)*

18 02 01 02 *(Fortsetzung)*

Die Mittel decken die Ausgaben für Maßnahmen in den Mitgliedstaaten, insbesondere

— Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Strafverfolgungsbehörden, einschließlich gemeinsamer Ermittlungsteams und sonstiger gemeinsamer grenzüberschreitender Aktionen, Zugang zu und Austausch von Informationen und interoperablen Technologien,

— Vernetzung, gegenseitiges Vertrauen und Verständnis, Voneinander-Lernen, Ermittlung, Austausch und Verbreitung von Know-how, Erfahrungen und bewährten Praktiken, Informationsaustausch, gemeinsames Situationsbewusstsein und Zukunftsforschung, Notfallplanung und Interoperabilität,

— Analyse-, Monitoring- und Evaluierungstätigkeiten, einschließlich Studien, Bedrohungs- und Risikobewertungen und Folgenabschätzungen,

— Sensibilisierungs-, Verbreitungs- und Kommunikationsmaßnahmen, auch aus einer geschlechtsorientierten Perspektive,

— Erwerb und/oder weitere Modernisierung von technischen Ausrüstungen, sicheren Anlagen, Infrastrukturen, zugehörigen Gebäuden und Systemen, insbesondere IKT-Systemen und deren Bestandteilen, unter anderem zum Zwecke der europäischen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität, vor allem im Wege des Europäischen Zentrums gegen Cyberkriminalität,

— Austausch sowie Aus- und Fortbildung von Bediensteten und Sachverständigen der zuständigen Behörden, auch aus einer geschlechtsspezifischen Perspektive, einschließlich Sprachausbildung und gemeinsamer Übungen oder Programme,

— Maßnahmen zur Nutzung, Übertragung, Erprobung und Validierung neuer Methoden oder Technologien, einschließlich Pilotprojekten und Folgemaßnahmen zu von der Union finanzierten Projekten im Bereich der Sicherheitsforschung.

Die Mittel decken auch die Ausgaben für Maßnahmen mit Bezug zu und in Drittländern, insbesondere

— Maßnahmen zur Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Strafverfolgungsbehörden, einschließlich gemeinsamer Ermittlungsteams und sonstiger gemeinsamer grenzüberschreitender Aktionen, Zugang zu und Austausch von Informationen und interoperablen Technologien,

— Vernetzung, gegenseitiges Vertrauen und Verständnis, Voneinander-Lernen, Ermittlung, Austausch und Verbreitung von Know-how, Erfahrungen und bewährten Praktiken, Informationsaustausch, gemeinsames Situationsbewusstsein und Zukunftsforschung, Notfallplanung und Interoperabilität,

— Erwerb und/oder weitere Modernisierung von technischen Ausrüstungen, einschließlich IKT-Systemen und deren Bestandteilen,

— Austausch sowie Aus- und Fortbildung von Bediensteten und Sachverständigen der zuständigen Behörden, einschließlich Sprachausbildung,

— Sensibilisierungs-, Verbreitungs- und Kommunikationsmaßnahmen,

— Bedrohungs- und Risikobewertungen und Folgenabschätzungen,

— Studien und Pilotprojekte.

Auf Initiative der Kommission können diese Mittel verwendet werden, um länderübergreifende Maßnahmen oder Maßnahmen zu finanzieren, die für die Union von besonderem Interesse sind und die allgemeinen, spezifischen und operativen Ziele gemäß Artikel 3 der vorgeschlagenen Verordnung (COM(2011) 753 final) betreffen. Förderfähig sind Unionsmaßnahmen, die den Prioritäten der einschlägigen Strategien, Programme und Bedrohungs- und Risikobewertungen der Union Rechnung tragen, insbesondere

— Maßnahmen zur Vorbereitung und zum Monitoring, zur administrativen und technischen Unterstützung sowie zur Entwicklung eines Evaluierungsmechanismus, die zur Umsetzung der Strategien in den Bereichen polizeiliche Zusammenarbeit, Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und Krisenmanagement erforderlich sind,

— länderübergreifende Projekte, an denen mindestens zwei Mitgliedstaaten oder mindestens ein Mitgliedstaat und ein Drittland beteiligt sind,

— Analyse-, Monitoring- und Evaluierungstätigkeiten, einschließlich Bedrohungs- und Risikobewertungen, Folgenabschätzungen und Projekten zur Überwachung der Umsetzung des Unionsrechts und der politischen Ziele der Union in den Mitgliedstaaten,

**KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT** *(Fortsetzung)*

***18 02 01*** *(Fortsetzung)*

18 02 01 02 *(Fortsetzung)*

— Projekte zur Förderung der Vernetzung, des gegenseitigen Vertrauens und Verständnisses und des Voneinander-Lernens, der Ermittlung und Verbreitung bewährter Praktiken und innovativer Ansätze auf Unionsebene sowie zur Förderung von Fortbildungs- und Austauschprogrammen,

— Projekte zur Unterstützung der Entwicklung methodischer, vor allem statistischer Instrumente und Methoden und gemeinsamer Indikatoren,

— Erwerb und/oder weitere Modernisierung von technischen Ausrüstungen, sicheren Anlagen, Infrastrukturen, zugehörigen Gebäuden und Systemen, insbesondere IKT-Systemen und deren Bestandteilen auf Unionsebene, unter anderem zum Zwecke der europäischen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität, vor allem im Wege des Europäischen Zentrums gegen Cyberkriminalität,

— Projekte zur Sensibilisierung der Beteiligten und der Öffentlichkeit für die Strategien und Ziele der Union, einschließlich der Vermittlung der politischen Prioritäten der Union nach außen,

— besonders innovative Projekte zur Entwicklung neuer Methoden und/oder zur Nutzung neuer Technologien, die sich möglicherweise auf andere Mitgliedstaaten übertragen lassen, vor allem Projekte zur Erprobung und Validierung der Ergebnisse von der Union finanzierter Projekte im Bereich der Sicherheitsforschung,

— Studien und Pilotprojekte,

— Maßnahmen mit Bezug zu oder in Drittländern.

Diese Mittel decken auch die finanzielle Unterstützung, um in einer Notlage, d. h. bei allen sicherheitsrelevanten Vorfällen oder neu auftretenden Bedrohungen, die erhebliche negative Auswirkungen auf die Sicherheit der Bevölkerung in einem oder mehreren Mitgliedstaaten haben oder haben könnten, dringenden spezifischen Erfordernissen gerecht werden zu können.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. November 2011, zur Schaffung eines Instruments für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und des Krisenmanagements im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit (COM(2011) 753 final), insbesondere Artikel 3 Absätze 1 und 2.

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. November 2011, zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen für den Asyl- und Migrationsfonds und das Instrument für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und des Krisenmanagements (COM(2011) 752 final).

18 02 01 03 Aufbau neuer IT-Systeme zur Unterstützung der Steuerung der Migration über die Außengrenzen der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel decken die Ausgaben für die Einführung und den Betrieb von IT-Systemen, deren Kommunikationsinfrastruktur und -ausstattung zur Unterstützung der Steuerung der Migrationsströme über die Außengrenzen der Union.

Etwaige Einnahmen aus den Beiträgen Islands, Norwegens, der Schweiz und Liechtensteins, die bei Posten 6 3 1 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe e der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

**KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT** *(Fortsetzung)*

***18 02 01*** *(Fortsetzung)*

18 02 01 03 *(Fortsetzung)*

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. November 2011, zur Schaffung eines Instruments für die finanzielle Unterstützung für Außengrenzen und Visa im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit (COM(2011) 750 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. November 2011, zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen für den Asyl- und Migrationsfonds und das Instrument für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und des Krisenmanagements (COM(2011) 752 final).

***18 02 02*** ***Schengen-Fazilität für Kroatien***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 80 000 000 | 80 000 000 | 40 000 000 | 40 000 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 18 02 12*

Diese Mittel decken die Ausgaben im Zusammenhang mit einem zeitlich befristeten Instrument, um Kroatien ab dem Tag des Beitritts bis zum Ende des Jahres 2014 bei der Finanzierung von Maßnahmen an den neuen Außengrenzen der Union zur Umsetzung des Schengen-Besitzstands und der Kontrollen an den Außengrenzen zu unterstützen.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgaben aufgrund der spezifischen Befugnisse, die der Kommission unmittelbar durch Artikel 31 des Vertrags über den Beitritt von Kroatien übertragen werden.

***18 02 03*** ***Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 82 910 000 | 82 910 000 | 78 959 000 | 78 959 000 | 84 000 000,— | 69 500 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 18 02 03 01 und 18 02 03 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Agentur (Titel 1 und 2) und ihrer operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3) bestimmt.

Die Agentur muss das Europäische Parlament und den Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen Linien und Linien für Verwaltungsausgaben unterrichten.

Die gemäß Artikel 20 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des allgemeinen Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Etwaige Einnahmen aus den Beiträgen Islands, Norwegens, der Schweiz und Liechtensteins, die bei Posten 6 3 1 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Der Stellenplan der Agentur ist im Anhang „Personal“ dieses Einzelplans enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 82 910 000 EUR.

**KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT** *(Fortsetzung)*

***18 02 03*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates vom 26. Oktober 2004 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (ABl. L 349 vom 25.11.2004, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 863/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über einen Mechanismus zur Bildung von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke (ABl. L 199 vom 31.7.2007, S. 30).

Verordnung (EU) Nr. 1168/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (ABl. L 304 vom 22.11.2011, S. 1).

***18 02 04*** ***Europäisches Polizeiamt (Europol)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 81 658 000 | 81 658 000 | 75 182 500 | 75 182 500 | 83 655 000,— | 82 655 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 18 05 02 01 und 18 05 02 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben des Amtes (Titel 1 und 2) und seiner operativen Ausgaben (Titel 3) bestimmt.

Das Amt muss das Europäische Parlament und den Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen Ausgaben und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Die gemäß Artikel 20 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des allgemeinen Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Der Stellenplan des Amtes ist im Anhang „Personal“ dieses Einzelplans enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 84 249 589 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 81 658 000 EUR erhöht sich um 2 591 589 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2009/371/JI des Rates vom 6. April 2009 zur Errichtung des Europäischen Polizeiamts (Europol) (ABl. L 121 vom 15.5.2009, S. 37).

***18 02 05*** ***Europäische Polizeiakademie (CEPOL)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 7 436 000 | 7 436 000 | 8 450 640 | 8 450 640 | 8 450 640,— | 8 450 640,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 18 05 05 01 und 18 05 05 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Akademie (Titel 1 und 2) und ihrer operativen Ausgaben (Titel 3) bestimmt.

Die Akademie muss das Europäische Parlament und den Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen Ausgaben und Verwaltungsausgaben unterrichten.

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

**KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT** *(Fortsetzung)*

***18 02 05*** *(Fortsetzung)*

Die gemäß Artikel 20 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des allgemeinen Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Der Stellenplan der Akademie ist im Anhang „Personal" dieses Einzelplans enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 8 290 817 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 7 436 000 EUR erhöht sich um 854 817 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2005/681/JI des Rates vom 20. September 2005 zur Errichtung der Europäischen Polizeiakademie (ABl. L 256 vom 1.10.2005, S. 63).

***18 02 06*** ***Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 14 751 000 | 14 751 000 | 15 447 000 | 15 447 000 | 15 550 920,— | 15 550 920,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 18 05 11 01 und 18 05 11 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Beobachtungsstelle (Titel 1 und 2) und ihrer operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3) bestimmt.

Die Beobachtungsstelle muss das Europäische Parlament und den Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen Ausgaben und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Die gemäß Artikel 20 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des allgemeinen Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Der Stellenplan der Beobachtungsstelle ist im Anhang „Personal" dieses Einzelplans enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 14 793 959 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 14 751 000 EUR erhöht sich um 42 959 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1920/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 1).

***18 02 07*** ***Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 59 380 000 | 59 380 000 | 41 000 000 | 34 437 000 | 19 105 068,06 | 2 283 974,66 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 18 02 11 01 und 18 02 11 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Agentur (Titel 1 und 2) und ihrer operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3) bestimmt.

Die Agentur muss das Europäische Parlament und den Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen Linien und Linien für Verwaltungsausgaben unterrichten.

**KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT** *(Fortsetzung)*

***18 02 07*** *(Fortsetzung)*

Die gemäß Artikel 20 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des allgemeinen Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Etwaige Einnahmen aus den Beiträgen Islands, Norwegens, der Schweiz und Liechtensteins, die bei Posten 6 3 1 2 des Einnahmenplans eingesetzt werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Der Stellenplan der Agentur ist im Anhang „Personal" dieses Einzelplans enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 59 380 000 EUR.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (ABl. L 286 vom 1.11.2011, S. 1).

## *18 02 08 Schengener Informationssystem (SIS II)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 18 02 08 | 9 235 500 | 4 900 366 | 24 000 000 | 15 081 571 | 16 571 217,20 | 32 957 940,63 |
| *Reserven (40 02 41)* | | | *12 750 000* | *7 500 000* | | |
| Insgesamt | 9 235 500 | 4 900 366 | 36 750 000 | 22 581 571 | 16 571 217,20 | 32 957 940,63 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 18 02 04*

Mit diesen Mitteln sollen operative Ausgaben im Zusammenhang mit dem Schengener Informationssystem (SIS) gedeckt werden, insbesondere die Kosten der Netzinfrastruktur und die Kosten von systembezogenen Studien.

Etwaige Einnahmen aus den Beiträgen Islands, Norwegens, der Schweiz und Liechtensteins, die bei Posten 6 3 1 2 des Einnahmenplans eingesetzt werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Protokoll Nr. 19 über den in den Rahmen der Europäischen Union einbezogenen Schengen-Besitzstand.

Beschluss 2001/886/JI des Rates vom 6. Dezember 2001 über die Entwicklung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 328 vom 13.12.2001, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2424/2001 des Rates vom 6. Dezember 2001 über die Entwicklung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 328 vom 13.12.2001, S. 4).

Verordnung (EG) Nr. 1987/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 381 vom 28.12.2006, S. 4).

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

**KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT** *(Fortsetzung)*

***18 02 08*** *(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 1986/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über den Zugang von für die Ausstellung von Kfz-Zulassungsbescheinigungen zuständigen Dienststellen der Mitgliedstaaten zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 381 vom 28.12.2006, S. 1).

Beschluss 2007/533/JI des Rates vom 12. Juni 2007 über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 205 vom 7.8.2007, S. 63).

Verordnung (EU) Nr. 1272/2012 des Rates vom 20. Dezember 2012 über die Migration vom Schengener Informationssystem (SIS 1+) zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 359 vom 29.12.2012, S. 21).

Verordnung (EU) Nr. 1273/2012 des Rates vom 20. Dezember 2012 über die Migration vom Schengener Informationssystem (SIS 1+) zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 359 vom 29.12.2012, S. 32).

***18 02 09*** ***Visa-Informationssystem (VIS)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 18 02 09 | 9 235 500 | 4 900 366 | 7 000 000 | 21 568 782 | 40 453 648,83 | 32 692 524,37 |
| *Reserven (40 02 41)* | | | *1 750 000* | *5 471 400* | | |
| Insgesamt | 9 235 500 | 4 900 366 | 8 750 000 | 27 040 182 | 40 453 648,83 | 32 692 524,37 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 18 02 05*

Mit diesen Mitteln sollen Ausgaben im Zusammenhang mit der Analyse, Entwicklung, Konzeption und Einrichtung eines groß angelegten europaweiten Visa-Informationssystems (VIS) gedeckt werden, insbesondere die Kosten der Netzinfrastruktur und die Kosten von systembezogenen Studien.

Etwaige Einnahmen aus den Beiträgen Islands, Norwegens, der Schweiz und Liechtensteins, die bei Posten 6 3 1 2 des Einnahmenplans eingesetzt werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Entscheidung 2004/512/EG des Rates vom 8. Juni 2004 zur Einrichtung des Visa-Informationssystems (VIS) (ABl. L 213 vom 15.6.2004, S. 5).

Beschluss 2008/633/JI des Rates vom 23. Juni 2008 über den Zugang der benannten Behörden der Mitgliedstaaten und von Europol zum Visa-Informationssystem (VIS) für Datenabfragen zum Zwecke der Verhütung, Aufdeckung und Ermittlung terroristischer und sonstiger schwerwiegender Straftaten (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 129).

Verordnung (EG) Nr. 767/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über das Visa-Informationssystem (VIS) und den Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt (VIS-Verordnung) (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 60).

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

**KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT** *(Fortsetzung)*

***18 02 51 Abschluss von Maßnahmen und Programmen im Bereich Außengrenzen, Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 18 02 51 | p.m. | 184 770 000 | 387 700 000 | 246 456 326 | 516 083 560,54 | 293 378 881,28 |
| *Reserven (40 02 41)* | | | *96 780 000* | *53 471 546* | | |
| Insgesamt | p.m. | 184 770 000 | 484 480 000 | 299 927 872 | 516 083 560,54 | 293 378 881,28 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 18 02 06, 18 02 07, 18 05 07, 18 05 08, 18 05 09, 18 08 01 und 18 08 05 sowie Posten 18 05 01 01*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

*Rechtsgrundlagen*

Gemeinsame Maßnahme 98/245/JI vom 19. März 1998 — vom Rat aufgrund von Artikel K.3 EU-Vertrag festgelegt — über ein Austausch-, Ausbildungs- und Kooperationsprogramm für Personen, die für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität zuständig sind (Falcone) (ABl. L 99 vom 31.3.1998, S. 8).

Beschluss 2001/512/JI des Rates vom 28. Juni 2001 über die Durchführung der zweiten Phase des Programms für die Förderung, den Austausch, die Aus- und Fortbildung sowie die Zusammenarbeit von Angehörigen der Rechtsberufe (Grotius II — Strafrecht) (ABl. L 186 vom 7.7.2001, S. 1).

Beschluss 2001/513/JI des Rates vom 28. Juni 2001 über die Durchführung der zweiten Phase des Programms für die Förderung, den Austausch, die Aus- und Fortbildung sowie die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden (Oisin II) (ABl. L 186 vom 7.7.2001, S. 4).

Beschluss 2001/514/JI des Rates vom 28. Juni 2001 über die Durchführung der zweiten Phase des Programms für die Förderung, den Austausch, die Aus- und Fortbildung sowie die Zusammenarbeit von Personen, die für Maßnahmen gegen den Menschenhandel und die sexuelle Ausbeutung von Kindern zuständig sind (Stop II) (ABl. L 186 vom 7.7.2001, S. 7).

Beschluss 2001/515/JI des Rates vom 28. Juni 2001 über ein Programm für die Förderung, den Austausch, die Aus- und Fortbildung sowie die Zusammenarbeit im Bereich der Kriminalprävention (Hippokrates) (ABl. L 186 vom 7.7.2001, S. 11).

Beschluss 2002/630/JI des Rates vom 22. Juli 2002 über ein Rahmenprogramm für die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (AGIS) (ABl. L 203 vom 1.8.2002, S. 5).

Beschluss 2007/124/EG, Euratom des Rates vom 12. Februar 2007 zur Auflegung des spezifischen Programms „Prävention, Abwehrbereitschaft und Folgenbewältigung im Zusammenhang mit Terrorakten und anderen Sicherheitsrisiken“ als Teil des Generellen Programms „Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte“ für den Zeitraum 2007 bis 2013 (ABl. L 58 vom 24.2.2007, S. 1).

Beschluss 2007/125/JI des Rates vom 12. Februar 2007 zur Auflegung des spezifischen Programms „Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung“ als Teil des Generellen Programms „Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte“ für den Zeitraum 2007 bis 2013 (ABl. L 58 vom 24.2.2007, S. 7).

Entscheidung Nr. 574/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung des Außengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ (ABl. L 144 vom 6.6.2007, S. 22).

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

**KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT** *(Fortsetzung)*

***18 02 51*** *(Fortsetzung)*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Aufgabe aufgrund der Verwaltungsautonomie der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 des Rates vom 7. Oktober 2013 zur Einführung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung des Beschlusses des Exekutivausschusses vom 16. September 1998 bezüglich der Errichtung des Ständigen Ausschusses Schengener Durchführungsübereinkommen (ABl. L 295 vom 6.11.2013, S. 27).

*Verweise*

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 2. Mai 2005 zur Aufstellung eines Rahmenprogramms für Solidarität und die Steuerung der Migrationsströme für den Zeitraum 2007-2013 (KOM(2005) 123 endg.).

Entscheidung 2007/599/EG der Kommission vom 27. August 2007 zur Durchführung der Entscheidung Nr. 574/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Annahme strategischer Leitlinien für den Zeitraum 2007 bis 2013 (ABl. L 233 vom 5.9.2007, S. 3).

Entscheidung 2008/456/EG der Kommission vom 5. März 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Entscheidung Nr. 574/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Außengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ in Bezug auf die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten, die Vorschriften für die Verwaltung und finanzielle Abwicklung aus dem Fonds kofinanzierter Projekte und die Förderfähigkeit der Ausgaben im Rahmen solcher Projekte (ABl. L 167 vom 27.6.2008, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft (Visakodex) (ABl. L 243 vom 15.9.2009, S. 1).

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 6. April 2005 zum Rahmenprogramm „Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte“ 2007-2013 (KOM(2005) 124 endg.).

## ***18 02 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

18 02 77 01 Pilotprojekt — Abschluss der Terrorismusbekämpfung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 18 05 06*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT** *(Fortsetzung)*

***18 02 77*** *(Fortsetzung)*

18 02 77 02 Pilotprojekt — Neue integrierte Verfahren der Zusammenarbeit zwischen Akteuren aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor zur Feststellung der Risiken von Sportwetten

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 2 000 000 | 1 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Spielmanipulationen stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Integrität des Sports dar und können von kriminellen Vereinigungen als Mittel zur Geldwäsche genutzt werden. Mit diesem Pilotprojekt wird das Ziel verfolgt, faire Sportwetten sicherzustellen, Korruption im Sport zu verringern und zu verhindern, dass Glücksspiele für kriminelle Zwecke genutzt werden. Unterschiedliche Fachkenntnisse und Erfahrungen sollten kombiniert werden, um neue integrierte Verfahren zu schaffen, die eine Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden, Online- und Offline-Wettanbietern, Glücksspielorganisationen, Sportverbänden, Glücksspielaufsichtsbehörden, Sportvereinen und Sportlern umfassen. Ein verbesserter Informationsaustausch zwischen privaten Akteuren und Strafverfolgungsbehörden sowie zwischen der Polizei in verschiedenen Mitgliedstaaten könnte zu einer besseren Prävention von und einer schnelleren Reaktion auf verdächtige Aktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene führen.

Maßnahmen:

— Erhebung und Analyse von Informationen, die aus qualifizierten Quellen stammen: Online- und Offline-Wettanbieter, Glücksspielorganisationen, Sportverbände, Glücksspielaufsichtsbehörden sowie Strafverfolgungsbehörden;

— Entwicklung von Risikoindikatoren, die auf nationaler Ebene und Unionsebene anwendbar sind;

— Bewertung der potenziellen Bedrohungen für Sportwetten;

— Verbesserung des Informationsaustausches und der Zusammenarbeit zwischen privaten Betreibern und der Polizei und zwischen den Strafverfolgungsbehörden der einzelnen Mitgliedstaaten;

— Ermittlung von Sportveranstaltungen, die von bestechlichen Sportlern und/oder Kriminellen für Spielmanipulationen auserkoren werden könnten, auch durch die Überwachung von Medien, Internet und sozialen Netzen;

— Warnung aller Interessenträger vor den speziellen Risiken der Spielmanipulation durch eine angemessene und rechtzeitige Verbreitung von Informationen;

— Unterstützung der zuständigen Behörden bei der Durchführung von Ermittlungen, falls erforderlich, sowohl im sportlichen als auch im kriminellen Milieu;

— Einrichtung von Arbeitsgruppen oder runden Tischen auf nationaler Ebene, um den Austausch von Ansichten und bewährten Verfahren zwischen Interessenträgern zu fördern;

— Einrichtung von Mechanismen für anonyme Meldungen bei nationalen Ansprechpartnern.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

**KAPITEL 18 03 — ASYL- UND MIGRATION**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | |
| 18 03 | ASYL- UND MIGRATION | | | | | | | | |
| ***18 03 01*** | ***Asyl- und Migrationsfonds*** | | | | | | | | |
| 18 03 01 01 | Stärkung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems sowie Solidarität und Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten | 3 | 167 808 176 | 20 510 000 | | | | | — |
| 18 03 01 02 | Unterstützung der legalen Einwanderung in die Union, Förderung der wirksamen Integration von Drittstaatsangehörigen und Ausbau fairer und wirksamer Rückführungsstrategien | 3 | 233 300 864 | 27 670 000 | | | | | — |
| | *Artikel 18 03 01 — Subtotal* | | 401 109 040 | 48 180 000 | | | | | — |
| ***18 03 02*** | ***Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen*** | 3 | 14 518 000 | 14 518 000 | 12 000 000 | 10 500 000 | 10 000 000,— | 8 851 410,92 | 60,97 |
| ***18 03 03*** | ***Europäische Fingerabdruck-Datenbank (Eurodac)*** | 3 | 100 000 | 90 000 | p.m. | p.m. | 532 441,70 | 421 021,75 | 467,80 |
| ***18 03 51*** | ***Abschluss von Maßnahmen und Programmen im Bereich Rückkehr, Flüchtlinge und Migrationsströme*** | 3 | p.m. | 96 056 390 | 493 730 000 | 317 548 010 | 449 066 967,64 | 243 746 516,18 | 253,75 |
| ***18 03 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 18 03 77 01 | Vorbereitende Maßnahme — Abschluss der Organisation der Rückkehr im Bereich Migration | 3 | — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 106 364,81 | — |
| 18 03 77 02 | Vorbereitende Maßnahme — Migrationssteuerung — Tätige Solidarität | 3 | — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 254 103,51 | — |
| 18 03 77 03 | Vorbereitende Maßnahme — Abschluss der Integration von Drittstaatsangehörigen | 3 | — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 18 03 77 04 | Pilotprojekt — Netzwerk für Kontakte und Diskussionen zwischen betroffenen Gemeinden und Gebietskörperschaften zum Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken im Bereich der Wiederansiedlung und Integration von Flüchtlingen | 3 | p.m. | p.m. | p.m. | 225 000 | 0,— | 753 088,69 | — |
| 18 03 77 05 | Pilotprojekt — Mittel für Folteropfer | 3 | p.m. | 1 000 000 | 2 000 000 | 1 000 000 | 2 000 000,— | 312 404,75 | 31,24 |

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

**KAPITEL 18 03 — ASYL- UND MIGRATION** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 18 03 77 06 | Vorbereitende Maßnahme — Neuansiedlung von Flüchtlingen in Notsituationen | 3 | p.m. | 500 000 | p.m. | 650 000 | 3 000 000,— | 1 425 000,— | 285,— |
| 18 03 77 07 | Pilotprojekt — Untersuchung von Aufnahme-, Schutz- und Integrationsstrategien für unbegleitete Minderjährige in der Union | 3 | p.m. | 500 000 | 1 000 000 | 500 000 | 1 000 000,— | 0,— | 0,— |
| 18 03 77 08 | Vorbereitende Maßnahme — Netzwerk für Kontakte und Diskussionen zwischen betroffenen Gemeinden und Gebietskörperschaften zum Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken im Bereich der Wiederansiedlung und Integration von Flüchtlingen | 3 | p.m. | 250 000 | 500 000 | 250 000 | | | — |
| 18 03 77 09 | Vorbereitende Maßnahme — Finanzierung der Rehabilitation von Folteropfern | 3 | 3 000 000 | 1 500 000 | | | | | — |
| | *Artikel 18 03 77 — Subtotal* | | 3 000 000 | 3 750 000 | 3 500 000 | 2 625 000 | 6 000 000,— | 2 850 961,76 | 76,03 |
| | **Kapitel 18 03 — Insgesamt** | | **418 727 040** | **162 594 390** | **509 230 000** | **330 673 010** | **465 599 409,34** | **255 869 910,61** | **157,37** |

## *18 03 01 Asyl- und Migrationsfonds*

18 03 01 01 Stärkung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems sowie Solidarität und Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 167 808 176 | 20 510 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel dienen der Unterstützung der von den Mitgliedstaaten durchgeführten nationalen Programme, die im Rahmen des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Einklang mit der gemeinsamen Asylpolitik, der Politik subsidiären und vorübergehenden Schutzes und der gemeinsamen Einwanderungspolitik einen Beitrag zu einer wirksamen Steuerung der Migrationsströme in der Union leisten sollen.

Diese Mittel sollen vor allem zur Stärkung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems beitragen, einschließlich seiner externen Dimension, und zur Stärkung der Solidarität und der Aufteilung der Verantwortung unter den Mitgliedstaaten, insbesondere gegenüber den von den Migrations- und Asylströmen am meisten betroffenen Mitgliedstaaten.

Bezüglich des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems decken diese Mittel die Ausgaben für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Aufnahme- und Asylsystemen und für Maßnahmen zur Verbesserung der Kapazität der Mitgliedstaaten zur Gestaltung, Überwachung und Evaluierung ihrer Asylpolitik.

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

**KAPITEL 18 03 — ASYL- UND MIGRATION** *(Fortsetzung)*

***18 03 01*** *(Fortsetzung)*

18 03 01 01 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel decken auch die Ausgaben für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Neuansiedlung und der Umsiedlung von Personen.

Auf Initiative der Kommission können die Mittel verwendet werden, um länderübergreifende Maßnahmen oder Maßnahmen zu finanzieren, die für die Union von besonderem Interesse sind. Diese Maßnahmen zielen insbesondere ab auf

— die Förderung der Zusammenarbeit in der Union bei der Umsetzung des Unionsrechts und der Anwendung bewährter Praktiken im Asylbereich, einschließlich Neuansiedlung und Umsiedlung,

— die Einrichtung von länderübergreifenden Kooperationsnetzen und von Pilotprojekten (einschließlich innovativer Projekte) auf der Grundlage von länderübergreifenden Partnerschaften zwischen Einrichtungen aus mindestens zwei Mitgliedstaaten, die zur Stimulierung der Innovation sowie zur Erleichterung des Austauschs von Erfahrungen und bewährten Praktiken gebildet werden,

— Untersuchungen zu möglichen neuen Formen der Zusammenarbeit in der Union im Bereich Asyl und einschlägiges Unionsrecht sowie die Verbreitung und den Austausch von Informationen über bewährte Verfahren und sämtliche übrigen Aspekte der Asylpolitik einschließlich der Vermittlung der politischen Prioritäten der Europäischen Union nach außen,

— die Entwicklung und Anwendung von gemeinsamen Statistikinstrumenten, -methoden und -indikatoren zur Messung politischer Entwicklungen im Bereich Asyl durch die Mitgliedstaaten,

— Vorbereitungs-, Monitoring- und Evaluierungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur administrativen und technischen Hilfe, die für die Durchführung der Asylpolitik erforderlich sind,

— die Zusammenarbeit mit Drittländern, insbesondere im Rahmen der Durchführung von Rückübernahmeabkommen, Mobilitätspartnerschaften und regionalen Schutzprogrammen.

Die Mittel decken auch die finanzielle Unterstützung, um in einer Notlage dringenden spezifischen Erfordernissen gerecht werden zu können.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. November 2011, zur Einrichtung des Asyl- und Migrationsfonds (COM(2011) 751 final), insbesondere Artikel 3 Absatz 1 und Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben a und d.

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. November 2011, zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen für den Asyl- und Migrationsfonds und das Instrument für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und des Krisenmanagements (COM(2011) 752 final).

18 03 01 02 Unterstützung der legalen Einwanderung in die Union, Förderung der wirksamen Integration von Drittstaatsangehörigen und Ausbau fairer und wirksamer Rückführungsstrategien

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 233 300 864 | 27 670 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel dienen der Unterstützung der von den Mitgliedstaaten durchgeführten nationalen Programme, die im Rahmen des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Einklang mit der gemeinsamen Asylpolitik, der Politik subsidiären und vorübergehenden Schutzes und der gemeinsamen Einwanderungspolitik einen Beitrag zu einer wirksamen Steuerung der Migrationsströme in der Union leisten werden.

**KAPITEL 18 03 — ASYL- UND MIGRATION** *(Fortsetzung)*

***18 03 01*** *(Fortsetzung)*

18 03 01 02 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel sollen vor allem dazu beitragen, die legale Zuwanderung in die Union entsprechend den wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen der Mitgliedstaaten zu erleichtern sowie die tatsächliche Integration Drittstaatsangehöriger, einschließlich Asylbewerber und unter internationalem Schutz stehender Personen, zu fördern und die Förderung gerechter und wirksamer Rückkehrstrategien in den Mitgliedstaaten mit Betonung auf einer dauerhaften Rückkehr und wirksamen Rückübernahme in den Herkunftsländern zu stärken.

Bezüglich der Integration von Drittstaatsangehörigen und der legalen Migration decken diese Mittel die Ausgaben für Maßnahmen zur Einwanderung und Ausreisevorbereitung, Integrationsmaßnahmen auf lokaler und regionaler Ebene sowie Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau in den Mitgliedstaaten.

Bezüglich der gerechten und wirksamen Rückkehrstrategien decken diese Mittel die Ausgaben für Maßnahmen zur Begleitung von Rückkehrverfahren, Rückführungsmaßnahmen, die praktische Zusammenarbeit und Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau in den Mitgliedstaaten.

Auf Initiative der Kommission können die Mittel verwendet werden, um länderübergreifende Maßnahmen oder Maßnahmen zu finanzieren, die für die Union von besonderem Interesse sind. Diese Maßnahmen zielen insbesondere ab auf

— die Förderung der Zusammenarbeit in der Union bei der Umsetzung des Unionsrechts und der Anwendung bewährter Praktiken im Bereich Integration von Drittstaatsangehörigen und Rückkehr,

— die Einrichtung von länderübergreifenden Kooperationsnetzen und von Pilotprojekten (einschließlich innovativer Projekte) auf der Grundlage von länderübergreifenden Partnerschaften zwischen Einrichtungen aus mindestens zwei Mitgliedstaaten, die zur Stimulierung der Innovation sowie zur Erleichterung des Austauschs von Erfahrungen und bewährten Praktiken gebildet werden,

— Untersuchungen zu möglichen neuen Formen der Zusammenarbeit in der Union im Bereich Integration und Rückkehr und einschlägiges Unionsrecht sowie die Verbreitung und den Austausch von Informationen über bewährte Verfahren und sämtliche übrigen Aspekte der Integrations- und Rückkehrpolitik einschließlich der Vermittlung der politischen Prioritäten der Europäischen Union nach außen,

— die Entwicklung und Anwendung von gemeinsamen Statistikinstrumenten, -methoden und -indikatoren zur Messung politischer Entwicklungen im Bereich Integration und Rückkehr durch die Mitgliedstaaten,

— Vorbereitungs- und Monitoringmaßnahmen und administrative und technische Hilfe zur Entwicklung Evaluierungsmechanismus, der für die Durchführung der Einwanderungspolitik erforderlich ist,

— die Zusammenarbeit mit Drittländern, insbesondere im Rahmen der Durchführung von Rückübernahmeabkommen, Mobilitätspartnerschaften und regionalen Schutzprogrammen.

Diese Mittel decken auch die Ausgaben für die Tätigkeiten und künftige Entwicklung des Europäischen Migrationsnetzwerks.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. November 2011, zur Einrichtung des Asyl- und Migrationsfonds (COM(2011) 751 final), insbesondere Artikel 3 Absatz 1 und Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben b und c.

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. November 2011, zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen für den Asyl- und Migrationsfonds und das Instrument für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und des Krisenmanagements (COM(2011) 752 final).

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

**KAPITEL 18 03 — ASYL- UND MIGRATION** *(Fortsetzung)*

### *18 03 02 Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 14 518 000 | 14 518 000 | 12 000 000 | 10 500 000 | 10 000 000,— | 8 851 410,92 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 18 03 14 01 und 18 03 14 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben des Büros (Titel 1 und 2) und seiner operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3) bestimmt.

Das Büro muss das Europäische Parlament und den Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen Ausgaben und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Die gemäß Artikel 20 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des allgemeinen Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Etwaige Einnahmen aus den Beiträgen Islands, Norwegens, der Schweiz und Liechtensteins, die bei Posten 6 3 1 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Der Stellenplan des Büros ist im Anhang „Personal" dieses Einzelplans enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 14 656 000 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 14 518 000 EUR erhöht sich um 138 000 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 439/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 zur Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (ABl. L 132 vom 29.5.2010, S. 11).

### *18 03 03 Europäische Fingerabdruck-Datenbank (Eurodac)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 100 000 | 90 000 | p.m. | p.m. | 532 441,70 | 421 021,75 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 18 03 11*

Aus diesem Artikel werden die Einrichtung und der Betrieb der Zentraleinheit des „Eurodac"-Systems finanziert.

Etwaige Einnahmen aus den Beiträgen Islands, Norwegens, der Schweiz und Liechtensteins, die bei Posten 6 3 1 2 des Einnahmenplans eingesetzt werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 2725/2000 des Rates vom 11. Dezember 2000 über die Einrichtung von „Eurodac" für den Vergleich von Fingerabdrücken zum Zwecke der effektiven Anwendung des Dubliner Übereinkommens (ABl. L 316 vom 15.12.2000, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates vom 18. Februar 2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist (ABl. L 50 vom 25.2.2003, S. 1).

**KAPITEL 18 03 — ASYL- UND MIGRATION** *(Fortsetzung)*

***18 03 03*** *(Fortsetzung)*

*Verweise*

Verordnung (EG) Nr. 1560/2003 der Kommission vom 2. September 2003 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist (ABl. L 222 vom 5.9.2003, S. 3).

***18 03 51*** ***Abschluss von Maßnahmen und Programmen im Bereich Rückkehr, Flüchtlinge und Migrationsströme***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 96 056 390 | 493 730 000 | 317 548 010 | 449 066 967,64 | 243 746 516,18 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 18 02 09, 18 03 03, 18 03 04, 18 03 05, 18 03 07 und 18 03 09*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und über Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten (ABl. L 212 vom 7.8.2001, S. 12).

Entscheidung 2002/463/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über ein Aktionsprogramm für Verwaltungszusammenarbeit in den Bereichen Außengrenzen, Visa, Asyl und Einwanderung (ARGO-Programm) (ABl. L 161 vom 19.6.2002, S. 11).

Entscheidung Nr. 575/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung des Europäischen Rückkehrfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ (ABl. L 144 vom 6.6.2007, S. 45).

Entscheidung Nr. 573/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung des Europäischen Flüchtlingsfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ (ABl. L 144 vom 6.6.2007, S. 1).

Entscheidung 2007/435/EG des Rates vom 25. Juni 2007 zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ (ABl. L 168 vom 28.6.2007, S. 18).

Entscheidung 2008/381/EG des Rates vom 14. Mai 2008 zur Einrichtung eines Europäischen Migrationsnetzwerkes (ABl. L 131 vom 21.5.2008, S. 7).

Richtlinie 2008/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (ABl. L 348 vom 24.12.2008, S. 98).

Beschluss Nr. 458/2010/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 zur Änderung der Entscheidung Nr. 573/2007/EG zur Einrichtung des Europäischen Flüchtlingsfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 im Hinblick auf die Aufhebung der Finanzierung bestimmter Gemeinschaftsmaßnahmen und die Änderung der Finanzierungsobergrenze für die geförderten Maßnahmen (ABl. L 129 vom 28.5.2010, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

**KAPITEL 18 03 — ASYL- UND MIGRATION** *(Fortsetzung)*

***18 03 51*** *(Fortsetzung)*

*Verweise*

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 2. Mai 2005 zur Aufstellung eines Rahmenprogramms für Solidarität und die Steuerung der Migrationsströme für den Zeitraum 2007-2013 (KOM(2005) 123 endg.).

Entscheidung 2007/815/EG der Kommission vom 29. November 2007 zur Durchführung der Entscheidung Nr. 573/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Annahme strategischer Leitlinien für den Zeitraum 2008 bis 2013 (ABl. L 326 vom 12.12.2007, S. 29).

Entscheidung 2007/837/EG der Kommission vom 30. November 2007 zur Durchführung der Entscheidung Nr. 575/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Annahme strategischer Leitlinien für den Zeitraum 2008 bis 2013 (ABl. L 330 vom 15.12.2007, S. 48).

Entscheidung 2008/22/EG der Kommission vom 19. Dezember 2007 mit Durchführungsbestimmungen zur Entscheidung Nr. 573/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Flüchtlingsfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ in Bezug auf die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten, die Vorschriften für die Verwaltung und finanzielle Abwicklung aus dem Fonds kofinanzierter Projekte und die Förderfähigkeit der Ausgaben im Rahmen solcher Projekte (ABl. L 7 vom 10.1.2008, S. 1).

Entscheidung 2008/457/EG der Kommission vom 5. März 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Entscheidung 2007/435/EG des Rates zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ in Bezug auf die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten, die Vorschriften für die Verwaltung und finanzielle Abwicklung aus dem Fonds kofinanzierter Projekte und die Förderfähigkeit der Ausgaben im Rahmen solcher Projekte (ABl. L 167 vom 27.6.2008, S. 69).

Entscheidung 2008/458/EG der Kommission vom 5. März 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Entscheidung Nr. 575/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Rückkehrfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ in Bezug auf die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten, die Vorschriften für die Verwaltung und finanzielle Abwicklung aus dem Fonds kofinanzierter Projekte und die Förderfähigkeit der Ausgaben im Rahmen solcher Projekte (ABl. L 167 vom 27.6.2008, S. 135).

***18 03 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

18 03 77 01 Vorbereitende Maßnahme — Abschluss der Organisation der Rückkehr im Bereich Migration

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 106 364,81 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 18 02 08*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 18 03 — ASYL- UND MIGRATION** *(Fortsetzung)*

***18 03 77*** *(Fortsetzung)*

18 03 77 02 Vorbereitende Maßnahme — Migrationssteuerung — Tätige Solidarität

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 254 103,51 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 18 02 10*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

18 03 77 03 Vorbereitende Maßnahme — Abschluss der Integration von Drittstaatsangehörigen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 18 03 06*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

18 03 77 04 Pilotprojekt — Netzwerk für Kontakte und Diskussionen zwischen betroffenen Gemeinden und Gebietskörperschaften zum Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken im Bereich der Wiederansiedlung und Integration von Flüchtlingen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | 225 000 | 0,— | 753 088,69 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 18 03 15*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

**KAPITEL 18 03 — ASYL- UND MIGRATION** *(Fortsetzung)*

***18 03 77*** *(Fortsetzung)*

18 03 77 04 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

18 03 77 05 Pilotprojekt — Mittel für Folteropfer

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 1 000 000 | 2 000 000 | 1 000 000 | 2 000 000,— | 312 404,75 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 18 03 16*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

18 03 77 06 Vorbereitende Maßnahme — Neuansiedlung von Flüchtlingen in Notsituationen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 500 000 | p.m. | 650 000 | 3 000 000,— | 1 425 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 18 03 17*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Ziel der vorbereitenden Maßnahme ist die Schaffung einer neuen Haushaltslinie für die Neuansiedlung von Flüchtlingen in Notsituationen, die gegenwärtig nicht unter die Regelung des Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) fallen und auch in naher Zukunft nicht unter diese Regelung fallen werden, da die derzeit dritte Auflage des Fonds (EFF III) 2014 ausläuft. Die im Rahmen dieser vorbereitenden Maßnahme durchgeführten Tätigkeiten und die in diesem Rahmen gewonnenen Erfahrungen könnten dann bei der für 2014 geplanten Revision des EFF berücksichtigt werden.

Die vorbereitende Maßnahme erstreckt sich auf folgende Maßnahmen:

— Unterstützung von Personen, die vom Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) und vom EEF bereits als Flüchtlinge anerkannt wurden und Opfer von Naturkatastrophen, bewaffneten Angriffen usw. sind,

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

**KAPITEL 18 03 — ASYL- UND MIGRATION** *(Fortsetzung)*

***18 03 77*** *(Fortsetzung)*

18 03 77 06 *(Fortsetzung)*

— Unterstützung von Sofortmaßnahmen für Gruppen von Flüchtlingen, die nach den Vorschriften des EFF und des UNHCR Vorrang genießen und bewaffneten Angriffen ausgesetzt sind, Opfer von Naturkatastrophen geworden sind oder sich in einer sonstigen extremen, lebensbedrohlichen Gefährdungslage befinden,

— Finanzierung rascher Neuansiedlungsverfahren der Mitgliedstaaten unter Bedingungen, die den aus dem EFF finanzierten routinemäßigen Wiederansiedlungsmaßnahmen nachempfunden sind,

— Sicherstellung der Finanzierung von Notfallmaßnahmen ohne Unterbrechung der laufenden Neuansiedlungsverfahren des EFF,

— erforderlichenfalls Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Unterstützung in Notsituationen für das UNHCR-Amt und seine Verbindungsorganisationen in den Mitgliedstaaten und auf Unionsebene,

— Verstärkung der Aktivitäten des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

18 03 77 07 Pilotprojekt — Untersuchung von Aufnahme-, Schutz- und Integrationsstrategien für unbegleitete Minderjährige in der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 500 000 | 1 000 000 | 500 000 | 1 000 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 18 03 18*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

18 03 77 08 Vorbereitende Maßnahme — Netzwerk für Kontakte und Diskussionen zwischen betroffenen Gemeinden und Gebietskörperschaften zum Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken im Bereich der Wiederansiedlung und Integration von Flüchtlingen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 250 000 | 500 000 | 250 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 18 03 19*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

**KAPITEL 18 03 — ASYL- UND MIGRATION** *(Fortsetzung)*

***18 03 77*** *(Fortsetzung)*

18 03 77 08 *(Fortsetzung)*

Hauptziel dieser vorbereitenden Maßnahme ist die Errichtung eines Netzwerks für Kontakte und Diskussionen zwischen betroffenen Gemeinden und Gebietskörperschaften der Mitgliedstaaten, die gerade erst ein Wiederansiedlungsprogramm aufgelegt haben oder sich in absehbarer Zeit an derartigen Programmen beteiligen wollen, und Mitgliedstaaten, die über Erfahrung im Bereich der Wiederansiedlung verfügen, unter Einbeziehung der Erfahrung des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) und von Nichtregierungsorganisationen (NRO) sowie bewährter Praktiken im Bereich der Wiederansiedlung und Integration von Flüchtlingen. Die vorbereitende Maßnahme erstreckt sich auf folgende Maßnahmen:

— Ermittlung der Gemeinden bzw. Gebietskörperschaften in den Mitgliedstaaten, die gerade erst Wiederansiedlungsprogramme aufgelegt haben (z. B. Portugal, Rumänien) oder dabei sind, solche Programme aufzulegen (z. B. Spanien), und Veranstaltung von Sitzungen mit ausgewählten Gemeinden bzw. Gebietskörperschaften aus Wiederansiedlungsländern (z. B. VK, Niederlande) mit dem Ziel, die „neuen“ Wiederansiedlungsprogramme zu stärken und dafür zu sorgen, dass sie von hoher Qualität und nachhaltig sind;

— Ermittlung der Gemeinden, Gebietskörperschaften oder NRO in den Mitgliedstaaten, die sich noch nicht an Wiederansiedlungsprogrammen beteiligen, aber dem Netzwerk im Hinblick auf eine künftige Beteiligung an derartigen Programmen angehören wollen;

— Abhaltung von Sitzungen von Vertretern der betroffenen Gebietskörperschaften und Gemeinden zusammen mit Vertretern des UNHCR und betroffener NRO sowie Vertretern wieder angesiedelter Flüchtlinge zwecks Festlegung der gemeinsam zu entwickelnden Tätigkeiten, unter anderem Besuche, Erfahrungsaustausche, Ausbildungsmaßnahmen und themenbezogene Sitzungen unter schwerpunktmäßiger Berücksichtigung von Fragen wie Wohnungssituation, Bildung, Beschäftigung usw.;

— Entwicklung eines Formulars zur Erhebung von Informationen bei den verschiedenen Beteiligten über Verfahren, Art der Betreuung vor der Wiederansiedlung, Art der über die wieder anzusiedelnden Flüchtlinge eingeholten Informationen (einschließlich kultureller, gesundheits-, bildungs- und ernährungsspezifischer Aspekte), Infrastruktur, Humanressourcen, Unterbringung, Aufnahme, nach der Wiederansiedlung getroffene Maßnahmen zur Integration der Flüchtlinge, Beteiligung der Gemeinschaft an dem Prozess, wirtschaftliche Hilfe, Prozesskostenhilfe, Lehr- und Lernmittel, Rolle bereits wieder angesiedelter Flüchtlinge im Integrationsprozess, Zusammenarbeit mit NRO;

— Einrichtung einer Taskforce, die über die erforderlichen personellen und technischen Ressourcen verfügt, um die praktischen Aspekte des Projekts abzuwickeln und insbesondere die erforderlichen Sitzungen zu organisieren, die verfügbaren Informationen zu erheben, eine Website zu schaffen und inhaltlich zu gestalten und damit den Informationsaustausch zwischen den verschiedenen am Wiederansiedlungsprozess beteiligten Parteien zu fördern und Verbindungen zu anderen bestehenden Projekten und/oder Websites, die mit der Wiederansiedlungsproblematik in Zusammenhang stehen, herzustellen. Diese Website wird es auch ermöglichen, dass Informationen über frühere und künftige Sitzungen zwischen den Gemeinden bzw. Gebietskörperschaften allen interessierten Kreisen auf systematischer Basis verfügbar gemacht werden;

— vergleichende Zusammenstellung der von der Taskforce erhobenen Informationen, die anschließend zur Diskussion im Netzwerk verbreitet werden, damit daraus Schlussfolgerungen in Bezug auf bewährte Praktiken gezogen werden können.

Die aus der vorbereitenden Maßnahme gezogenen Lehren werden aufgezeichnet und dem Wiederansiedlungsreferat des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) zur Verfügung gestellt, sobald dieses eingerichtet wurde.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

**KAPITEL 18 03 — ASYL- UND MIGRATION** *(Fortsetzung)*

***18 03 77*** *(Fortsetzung)*

18 03 77 09 Vorbereitende Maßnahme — Finanzierung der Rehabilitation von Folteropfern

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 3 000 000 | 1 500 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Hauptziel dieser vorbereitenden Maßnahme ist die Schaffung einer Haushaltslinie, deren Mittel letzten Endes in der Union lebenden Folteropfern — EU-Bürgern und/oder Migranten — zugutekommen sollen. Damit sollen Rehabilitationszentren in die Lage versetzt werden, Folteropfern eine möglichst umfassende Rehabilitation anzubieten, um sie dazu zu befähigen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden und sich rascher in die europäischen Volkswirtschaften zu integrieren.

Die vorbereitende Maßnahme erstreckt sich auf folgende Maßnahmen:

— Gewährleistung eines Zugangs der Opfer zu einer ganzheitlichen Rehabilitation, wie z B. multidisziplinären Unterstützungs- und Beratungsleistungen, einschließlich physischer und psychotherapeutischer Behandlungen, Rechtsberatung und sozioökonomischer Unterstützung, durch Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung der Kosten von (neuen oder bestehenden) Rehabilitationszentren für Folteropfer,

— Unterstützung des Kapazitätsaufbaus von Rehabilitationszentren durch Vernetzungstätigkeiten (innerhalb und außerhalb Europas), Forschung, Ausbildung, Entwicklung gemeinsamer Instrumente, Austausch bewährter Verfahren, Peer-Überwachung zur Verhütung einer stellvertretenden Traumatisierung usw.,

— Unterstützung von Maßnahmen zur Stärkung der persönlichen Handlungskompetenz von Folteropfern und zur generellen Förderung der Integrationsfähigkeit von Folteropfern in den europäischen Ländern,

— Förderung von Unterstützungsmaßnahmen, mit denen sichergestellt werden soll, dass die Mitgliedstaaten sich an das Recht auf Rehabilitation gemäß der Definition in der Allgemeinen Bemerkung 3 zu Artikel 14 des CAT halten.

Die Durchführung des genehmigten Pilotprojekts ist seit 2011 ein Erfolg. Der erste Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen erging im Oktober 2011, worauf 31 Anträge von Zentren in 14 EU-Ländern eingingen. Insgesamt wurden bei der EU Finanzhilfen in Höhe von 6 000 000 EUR beantragt, was den großen Bedarf der Rehabilitationszentren an einer finanziellen Unterstützung verdeutlicht. Von den 31 Vorschlägen wurden nur vier Projekte finanziert.

Der zweite Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen erfolgte im Juli 2012, worauf 25 Anträge aus verschiedenen Ländern eingereicht wurden. Da 2012 2 000 000 EUR zur Verfügung standen (verglichen mit nur 1 000 000 EUR im Jahr 2011), wurden sieben Projekte ausgewählt.

Um alle Projekte finanzieren zu können, für die ein Finanzierungsantrag gestellt wurde, wären rund 8 000 000 EUR erforderlich gewesen, was die Wichtigkeit der Mittel und den vorhandenen Bedarf verdeutlicht.

Die Zahl der bisher eingegangenen Anträge belegt den in der Europäischen Union bestehenden Bedarf an einer Unterstützung der Rehabilitation von Folteropfern.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 18 — INNERES*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „WIRTSCHAFT UND FINANZEN“

— POLITISCHE STRATEGIE UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „INNERES“

KOMMISSION

*TITEL 19*

**AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE**

# TITEL 19

# AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 19 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „AUSSEN-POLITISCHE INSTRUMENTE“ | 24 059 883 | 24 059 883 | 30 577 374 | 30 577 374 | 26 268 506,19 | 26 268 506,19 |
| 19 02 | STABILITÄTSINSTRUMENT — KRISENREAKTION UND -PRÄVENTION | 226 831 560 | 151 959 402 | 241 717 000 | 145 429 529 | 218 428 414,— | 157 559 206,41 |
| 19 03 | GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK (GASP) | 314 119 000 | 234 475 000 | 395 832 000 | 316 294 119 | 335 686 353,— | 265 465 541,91 |
| 19 04 | WAHLBEOBACHTUNGS-MISSIONEN | 40 370 869 | 22 125 916 | 37 921 000 | 29 652 574 | 37 848 459,42 | 25 910 843,98 |
| 19 05 | ZUSAMMENARBEIT MIT DRITT-STAATEN IM RAHMEN DES PARTNERSCHAFTSINSTRUMENTS (PI) | 115 351 506 | 17 763 663 | 23 400 000 | 18 285 754 | 28 033 940,47 | 19 462 974,65 |
| 19 06 | INFORMATIONSMASSNAHMEN ZUM THEMA AUSSEN-BEZIEHUNGEN DER UNION | 12 000 000 | 12 786 124 | 12 300 000 | 11 861 029 | 11 842 005,13 | 11 163 393,09 |
| | **Titel 19 — Insgesamt** | **732 732 818** | **463 169 988** | **741 747 374** | **552 100 379** | **658 107 678,21** | **505 830 466,23** |

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

# TITEL 19

# AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE

## KAPITEL 19 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 19 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE“ | | | | | |
| ***19 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“*** | | | | | |
| 19 01 01 01 | Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im „Dienst für außenpolitische Instrumente“ | 5.2 | 7 893 915 | 7 265 123 | 7 389 777,45 | 93,61 |
| 19 01 01 02 | Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“ in den Delegationen der Union | 5.2 | p.m. | 6 933 652 | 6 371 807,62 | — |
| | *Artikel 19 01 01 — Subtotal* | | 7 893 915 | 14 198 775 | 13 761 585,07 | 174,33 |
| ***19 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Außenpolitische Instrumente“*** | | | | | |
| 19 01 02 01 | Externes Personal des „Dienstes für außenpolitische Instrumente“ | 5.2 | 1 907 807 | 1 656 669 | 1 649 652,11 | 86,47 |
| 19 01 02 02 | Externes Personal der Delegationen der Union im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“ | 5.2 | 288 968 | 857 444 | 824 869,— | 285,45 |
| 19 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben des „Dienstes für außenpolitische Instrumente“ | 5.2 | 521 990 | 585 573 | 427 689,— | 81,93 |
| 19 01 02 12 | Sonstige Verwaltungsausgaben der Delegationen der Union im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“ | 5.2 | 35 572 | 435 830 | 441 438,— | 1 240,97 |
| | *Artikel 19 01 02 — Subtotal* | | 2 754 337 | 3 535 516 | 3 343 648,11 | 121,40 |
| ***19 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen, Gebäude und Nebenkosten im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“*** | | | | | |
| 19 01 03 01 | Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des „Dienstes für außenpolitische Instrumente“ | 5.2 | 510 964 | 459 764 | 541 371,78 | 105,95 |

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE“** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 19 01 03 02 | Ausgaben für Gebäude und Nebenkosten der Delegationen der Union im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“ | 5.2 | 311 331 | 3 609 319 | 3 524 000,— | 1 131,91 |
| | *Artikel 19 01 03 — Subtotal* | | 822 295 | 4 069 083 | 4 065 371,78 | 494,39 |
| ***19 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“*** | | | | | |
| 19 01 04 01 | Verwaltungsausgaben für das Stabilitätsinstrument — Ausgaben für Tätigkeiten im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“ | 4 | 7 000 000 | 7 135 000 | 4 144 599,04 | 59,21 |
| 19 01 04 02 | Unterstützungsausgaben für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) | 4 | 350 000 | 500 000 | 0,— | 0,— |
| 19 01 04 03 | Unterstützungsausgaben für das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) — Ausgaben für Wahlbeobachtungsmissionen | 4 | 700 000 | 525 000 | 388 877,19 | 55,55 |
| 19 01 04 04 | Unterstützungsausgaben für das Partnerschaftsinstrument | 4 | 4 265 336 | 100 000 | 50 425,— | 1,18 |
| | *Artikel 19 01 04 — Subtotal* | | 12 315 336 | 8 260 000 | 4 583 901,23 | 37,22 |
| ***19 01 06*** | ***Exekutivagenturen*** | | | | | |
| 19 01 06 01 | Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ — Beitrag aus dem Partnerschaftsinstrument | 4 | 274 000 | 514 000 | 514 000,— | 187,59 |
| | *Artikel 19 01 06 — Subtotal* | | 274 000 | 514 000 | 514 000,— | 187,59 |
| | **Kapitel 19 01 — Insgesamt** | | **24 059 883** | **30 577 374** | **26 268 506,19** | **109,18** |

## *19 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“*

19 01 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im „Dienst für außenpolitische Instrumente“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 893 915 | 7 265 123 | 7 389 777,45 |

*Erläuterungen*

Es wird mehr Personal der Kommission im Krisenreaktionsmanagement eingesetzt werden, damit genügend Kapazitäten für die Weiterbearbeitung der Vorschläge der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bereich der Krisenreaktion bereitstehen.

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE“** *(Fortsetzung)*

***19 01 01*** *(Fortsetzung)*

19 01 01 02 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“ in den Delegationen der Union

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 6 933 652 | 6 371 807,62 |

*Erläuterungen*

Die Kommission wird hoch qualifiziertes Fachpersonal für Menschenrechtsfragen auf der Grundlage eines langfristigen Beschäftigungsverhältnisses einstellen.

Es wird ausreichend Personal für die Durchführung von Krisenreaktionsmaßnahmen zur Weiterbearbeitung der Vorschläge der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bereich der Krisenreaktion bereitstehen.

***19 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Außenpolitische Instrumente“***

19 01 02 01 Externes Personal des „Dienstes für außenpolitische Instrumente“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 907 807 | 1 656 669 | 1 649 652,11 |

19 01 02 02 Externes Personal der Delegationen der Union im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 288 968 | 857 444 | 824 869,— |

19 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben des „Dienstes für außenpolitische Instrumente“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 521 990 | 585 573 | 427 689,— |

19 01 02 12 Sonstige Verwaltungsausgaben der Delegationen der Union im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 35 572 | 435 830 | 441 438,— |

**KAPITEL 19 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE“** *(Fortsetzung)*

***19 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen, Gebäude und Nebenkosten im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“***

19 01 03 01 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des „Dienstes für außenpolitische Instrumente“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 510 964 | 459 764 | 541 371,78 |

19 01 03 02 Ausgaben für Gebäude und Nebenkosten der Delegationen der Union im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 311 331 | 3 609 319 | 3 524 000,— |

***19 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“***

19 01 04 01 Verwaltungsausgaben für das Stabilitätsinstrument — Ausgaben für Tätigkeiten im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 000 000 | 7 135 000 | 4 144 599,04 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 01 04 03 (teilweise)*

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung von:

— Ausgaben für technische und administrative Unterstützungsleistungen, die keine hoheitlichen Aufgaben beinhalten und von der Kommission im Rahmen von punktuellen Dienstleistungsverträgen zum gegenseitigen Nutzen der Kommission und der Empfänger vergeben werden;

— Ausgaben für externes Personal in den Delegationen (Vertragsbedienstete, örtliche Bedienstete oder abgeordnete nationale Sachverständige), das dort Tätigkeiten im Rahmen der Verlagerung der Programmverwaltung in die Delegationen der Union in Drittländern oder im Zuge der Rückübernahme der bislang von den Büros für technische Hilfe wahrgenommenen Aufgaben ausführt; dazu kommen die zusätzlichen Kosten für Logistik und Infrastruktur wie z.B. Fortbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen, Informationstechnologie und Telekommunikation und Mieten, die unmittelbar durch die Anwesenheit des aus Mitteln dieses Postens besoldeten externen Personals in den Delegationen entstehen;

— Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Information und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms stehen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet von Artikel 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung richten sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge nach der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Diese Mittel decken die Verwaltungskosten zulasten des Kapitels 19 02.

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE“** *(Fortsetzung)*

***19 01 04*** *(Fortsetzung)*

19 01 04 02 Unterstützungsausgaben für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 350 000 | 500 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 01 04 04*

Diese Mittel dienen der Finanzierung von unterstützenden Maßnahmen zur Umsetzung der GASP, für die die Kommission nicht über die erforderliche Erfahrung verfügt bzw. zusätzliche Unterstützung benötigt. Diese Mittel dienen der Deckung von:

— Ausgaben für technische und administrative Unterstützung, mit der die Kommission eine dem Unionsrecht unterliegende Einrichtung beauftragen kann;

— Ausgaben für technische und administrative Unterstützungsleistungen, die keine hoheitlichen Aufgaben beinhalten und von der Kommission im Rahmen von punktuellen Dienstleistungsverträgen zum gegenseitigen Nutzen der Kommission und der Empfänger vergeben werden; dies schließt Kosten ein, die mit der Aktualisierung und Pflege der „electronic-Consolidated Targeted Financial Sanctions List (e-CTFSL)“ verbunden sind, die für die Anwendung finanzieller Sanktionen erforderlich ist, die zur Verwirklichung der im Vertrag über die Europäische Union festgelegten Zielen der GASP verhängt werden.

— Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Information und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzung des Programms stehen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet von Artikel 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung richten sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge nach der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Diese Mittel decken die Verwaltungskosten zulasten des Kapitels 19 03.

19 01 04 03 Unterstützungsausgaben für das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) — Ausgaben für Wahlbeobachtungsmissionen

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 700 000 | 525 000 | 388 877,19 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 01 04 07 (teilweise)*

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung von:

— Ausgaben für technische und administrative Unterstützungsleistungen, die keine hoheitlichen Aufgaben beinhalten und von der Kommission im Rahmen von punktuellen Dienstleistungsverträgen zum gegenseitigen Nutzen der Kommission und der Empfänger vergeben werden;

— Ausgaben für externes Personal am Hauptsitz (Vertragsbedienstete, abgeordnete nationale Sachverständige oder Zeitarbeitskräfte), das die Aufgaben übernehmen soll, mit denen zuvor die nunmehr abgeschafften Büros für technische Hilfe betraut waren; die Ausgaben für externes Personal am Hauptsitz sind auf 336 727 EUR begrenzt. Diesem Schätzwert liegen die voraussichtlichen jährlichen Kosten pro Mannjahr zugrunde, wovon 95 % für die Gehälter des betreffenden Personals und 5 % für die Kosten der für dieses Personal anfallenden Fortbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen, Informationstechnologie (IT) und Telekommunikationseinrichtungen bestimmt sind;

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE“** *(Fortsetzung)*

***19 01 04*** *(Fortsetzung)*

19 01 04 03 *(Fortsetzung)*

— Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationssysteme und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzung des Programms stehen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet von Artikel 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung richten sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge nach der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Diese Mittel decken die Verwaltungskosten zulasten des Kapitels 19 04.

19 01 04 04 Unterstützungsausgaben für das Partnerschaftsinstrument

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 265 336 | 100 000 | 50 425,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 01 04 08*

Diese Mittel sind bestimmt für:

— Ausgaben für technische und administrative Unterstützungsleistungen, die keine hoheitlichen Aufgaben beinhalten und von der Kommission im Rahmen von punktuellen Dienstleistungsverträgen zum gegenseitigen Nutzen der Kommission und der Empfänger vergeben werden;

— Ausgaben für externes Personal in den Delegationen (Vertragsbedienstete, örtliche Bedienstete oder abgeordnete nationale Sachverständige), das dort Tätigkeiten im Rahmen der Verlagerung der Programmverwaltung in die Delegationen der Union in Drittländern oder im Zuge der Rückübernahme der bislang von den Büros für technische Hilfe wahrgenommenen Aufgaben ausführt; dazu kommen die zusätzlichen Kosten für Logistik und Infrastruktur wie z.B. Fortbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen, Informationstechnologie und Telekommunikation und Mieten, die unmittelbar durch die Anwesenheit des aus Mitteln dieses Postens besoldeten externen Personals in den Delegationen entstehen;

— Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Information und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzung des Programms stehen.

Diese Mittel decken die Verwaltungskosten zulasten des Kapitels 19 05.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet von Artikel 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung richten sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge nach der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE“** *(Fortsetzung)*

### *19 01 06 Exekutivagenturen*

19 01 06 01 Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ — Beitrag aus dem Partnerschaftsinstrument

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 274 000 | 514 000 | 514 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 01 04 30 (teilweise)*

Diese Mittel sind zur Finanzierung der operativen Kosten der Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ bestimmt, die im Zuge der der Agentur übertragenen Verwaltung unter dem vormaligen/derzeitigen Kapitel 19 05 anfallen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1934/2006 des Rates vom 21. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Zusammenarbeit mit industrialisierten Ländern und Gebieten sowie mit anderen Ländern und Gebieten mit hohem Einkommen (ABl. L 405 vom 30.12.2006, S. 41).

Beschluss 2009/336/EG der Kommission vom 20. April 2009 zur Einrichtung der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur für die Verwaltung der Gemeinschaftsmaßnahmen in den Bereichen Bildung, Audiovisuelles und Kultur gemäß der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates (ABl. L 101 vom 21.4.2009, S. 26).

Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung von „Erasmus+“, dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1719/2006/EG, Nr. 1720/2006/EG und Nr. 1298/2008/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 50).

Durchführungsbeschluss 2013/776/EU der Kommission vom 18. Dezember 2013 zur Einrichtung der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/336/EG (ABl. L 343 vom 19.12.2013, S. 46).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Partnerschaftsinstruments für die Zusammenarbeit mit Drittstaaten (COM(2011) 843 final).

Beschluss C(2013)9198 der Kommission vom 18. Dezember 2013 zur Übertragung bestimmter Befugnisse auf die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Programme der Union in den Bereichen Bildung, Audiovisuelles und Kultur sowie insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von Mitteln des Gesamthaushaltsplans der Union und der EEF-Zuweisungen.

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 02 — STABILITÄTSINSTRUMENT — KRISENREAKTION UND -PRÄVENTION**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 19 02 | STABILITÄTSINSTRUMENT — KRISENREAKTION UND -PRÄVENTION | | | | | | | | |
| ***19 02 01*** | ***Reaktion auf Krisen und im Entstehen begriffene Krisen*** | 4 | 204 337 467 | 18 292 747 | | | | | — |
| ***19 02 02*** | ***Hilfe für Konfliktverhütung, Krisenvorsorge und Friedenskonsolidierung*** | 4 | 22 494 093 | 2 565 739 | | | | | — |
| ***19 02 51*** | ***Abschluss von Maßnahmen im Bereich der Reaktions- und Einsatzbereitschaft im Krisenfall (2007-2013)*** | 4 | p.m. | 130 875 916 | 241 717 000 | 145 429 529 | 218 428 414,— | 156 559 206,41 | 119,62 |
| ***19 02 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 19 02 77 01 | Pilotprojekt — Programm für friedensbildende Maßnahmen von NRO | 4 | p.m. | 225 000 | p.m. | p.m. | 0,— | 1 000 000,— | 444,44 |
| | *Artikel 19 02 77 — Subtotal* | | p.m. | 225 000 | p.m. | p.m. | 0,— | 1 000 000,— | 444,44 |
| | **Kapitel 19 02 — Insgesamt** | | **226 831 560** | **151 959 402** | **241 717 000** | **145 429 529** | **218 428 414,—** | **157 559 206,41** | **103,69** |

## *19 02 01 Reaktion auf Krisen und im Entstehen begriffene Krisen*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 204 337 467 | 18 292 747 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Mit diesen Mitteln soll durch eine wirksame Reaktion rasch zu Stabilität beigetragen werden, um die Erhaltung, Schaffung oder Wiederherstellung der wesentlichen Voraussetzungen für die ordnungsgemäße Umsetzung der außenpolitischen Maßnahmen und Aktionen der Union nach Artikel 21 EUV zu unterstützen Technische und finanzielle Hilfe kann als Reaktion auf Notsituationen, Krisensituationen oder sich abzeichnende Krisen, Situationen, die eine Bedrohung der Demokratie, von Recht und Ordnung, des Schutzes der Menschenrechte und Grundfreiheiten oder der Sicherheit von Personen darstellen, oder Situationen, die zu einem bewaffneten Konflikt zu eskalieren drohen oder die betreffenden Drittländer erheblich destabilisieren könnten, geleistet werden.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus und können durch Beiträge aus EU-Treuhandfonds ergänzt werden.

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 02 — STABILITÄTSINSTRUMENT — KRISENREAKTION UND -PRÄVENTION** *(Fortsetzung)*

***19 02 01*** *(Fortsetzung)*

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Instruments für Stabilität (COM(2011) 845 final), insbesondere Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a.

### *19 02 02 Hilfe für Konfliktverhütung, Krisenvorsorge und Friedenskonsolidierung*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 22 494 093 | 2 565 739 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel sind zur Finanzierung technischer und finanzieller Hilfe bestimmt, um zu gewährleisten, dass die EU und ihre Partner darauf vorbereitet sind, in enger Koordinierung mit internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen sowie staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren Konflikte zu verhüten, Vor- und Nachkrisensituationen zu bewältigen und den Frieden zu konsolidieren.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Agenturen, Einrichtungen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge richten sich nach der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Instruments für Stabilität (COM(2011) 845 final), insbesondere Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b.

### *19 02 51 Abschluss von Maßnahmen im Bereich der Reaktions- und Einsatzbereitschaft im Krisenfall (2007-2013)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 130 875 916 | 241 717 000 | 145 429 529 | 218 428 414,— | 156 559 206,41 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 06 01 01*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen internationaler Organisationen zu bestimmten von der Union finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge richten sich nach der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

**KAPITEL 19 02 — STABILITÄTSINSTRUMENT — KRISENREAKTION UND -PRÄVENTION** *(Fortsetzung)*

***19 02 51*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1717/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2006 zur Schaffung eines Instruments für Stabilität (ABl. L 327 vom 24.11.2006, S. 1).

***19 02 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

19 02 77 01 Pilotprojekt — Programm für friedensbildende Maßnahmen von NRO

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 225 000 | p.m. | p.m. | 0,— | 1 000 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 19 06 09*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen im Rahmen des Pilotprojekts aus vorangegangenen Jahren.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 03 — GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK (GASP)**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 19 03 | GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK (GASP) | | | | | | | | |
| ***19 03 01*** | ***Stabilitätsfördernde Maßnahmen durch Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Sonderbeauftragte der Europäischen Union*** | | | | | | | | |
| 19 03 01 01 | Beobachtermission in Georgien | 4 | 23 000 000 | 15 000 000 | 23 000 000 | 22 733 640 | 20 900 000,— | 21 742 203,82 | 144,95 |
| 19 03 01 02 | EULEX KOSOVO | 4 | 100 000 000 | 72 750 000 | 140 000 000 | 108 726 103 | 111 000 000,— | 82 130 703,— | 112,89 |
| 19 03 01 03 | EUPOL AFGHANISTAN | 4 | 40 500 000 | 30 000 000 | 61 000 000 | 57 328 309 | 56 870 000,— | 52 209 004,— | 174,03 |
| 19 03 01 04 | Andere Krisenbewältigungsmaßnahmen und -operationen | 4 | 65 619 000 | 75 750 000 | 90 000 000 | 64 247 243 | 101 239 094,— | 77 858 049,52 | 102,78 |
| 19 03 01 05 | Sofortmaßnahmen | 4 | 35 000 000 | 9 100 000 | 34 000 000 | 24 710 478 | 0,— | 0,— | 0,— |
| 19 03 01 06 | Vorbereitende Maßnahmen und Folgemaßnahmen | 4 | 7 000 000 | 2 625 000 | 8 332 000 | 4 942 096 | 582 731,— | 190 999,42 | 7,28 |
| 19 03 01 07 | Sonderbeauftragte der Europäischen Union | 4 | 25 000 000 | 15 750 000 | 20 000 000 | 15 814 706 | 27 897 500,— | 18 956 108,15 | 120,36 |
| | *Artikel 19 03 01 — Subtotal* | | 296 119 000 | 220 975 000 | 376 332 000 | 298 502 575 | 318 489 325,— | 253 087 067,91 | 114,53 |
| ***19 03 02*** | ***Unterstützung von Nichtverbreitungs- und Abrüstungsmaßnahmen*** | 4 | 18 000 000 | 13 500 000 | 19 500 000 | 17 791 544 | 17 197 028,— | 12 378 474,— | 91,69 |
| | **Kapitel 19 03 — Insgesamt** | | **314 119 000** | **234 475 000** | **395 832 000** | **316 294 119** | **335 686 353,—** | **265 465 541,91** | **113,22** |

*Erläuterungen*

Die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik stellt sicher, dass das Europäische Parlament eng in allen Phasen des Entscheidungsprozesses beteiligt wird. Die in Nummer 25 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung (ABl. C 373 vom 20.12.2013, S. 1) geregelten gemeinsamen Beratungen, die auf der Grundlage der Erklärung der Hohen Vertreterin zur politischen Rechenschaftspflicht (ABl. C 210 vom 3.8.2010, S. 1) weiter intensiviert werden sollen, müssen zur Förderung eines ständigen Dialogs zwischen der Hohen Vertreterin und dem Europäischen Parlament über die grundlegenden Optionen und Hauptaspekte der GASP der Union einschließlich der Durchführung von Konsultationen vor der Annahme von Mandaten und Strategien beitragen. Um die interinstitutionelle Kohärenz im Bereich der GASP zu verstärken und allen Organen eine auf dem neuesten Stand befindliche Fachberatung zu bieten und damit die Entwicklung einer kohärenteren und wirksameren GASP zu ermöglichen, werden politisch relevante Untersuchungen von Experten, gegebenenfalls auch vom Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien und sonstigen Akteuren, bereitgestellt.

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 03 — GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK (GASP)** *(Fortsetzung)*

***19 03 01 Stabilitätsfördernde Maßnahmen durch Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Sonderbeauftragte der Europäischen Union***

*Erläuterungen*

Unter diesen Artikel fallen die Krisenmanagementmaßnahmen und -operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zur Beobachtung und Überprüfung von Friedensprozessen, die Konfliktbeilegung und andere Stabilisierungsmaßnahmen sowie Rechtsstaatlichkeits- und Polizeimissionen. Möglich sind Maßnahmen zur Überwachung von Grenzübergängen, Friedens- oder Waffenstillstandsvereinbarungen oder generell von politischen bzw. sicherheitspolitischen Entwicklungen. Wie bei allen im Rahmen dieses Kapitels finanzierten Maßnahmen müssen die jeweiligen Maßnahmen ziviler Art sein.

19 03 01 01 Beobachtermission in Georgien

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 23 000 000 | 15 000 000 | 23 000 000 | 22 733 640 | 20 900 000,— | 21 742 203,82 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind für die Finanzierung der Beobachtermission der Union in Georgien im Einklang mit der vom Rat verabschiedeten einschlägigen Rechtsgrundlage bestimmt.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet von Artikel 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung richten sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge nach der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2010/452/GASP des Rates vom 12. August 2010 über die Beobachtermission der Europäischen Union in Georgien, EUMM Georgia (ABl. L 213 vom 13.8.2010, S. 43).

19 03 01 02 EULEX KOSOVO

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 100 000 000 | 72 750 000 | 140 000 000 | 108 726 103 | 111 000 000,— | 82 130 703,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo im Einklang mit der vom Rat verabschiedeten einschlägigen Rechtsgrundlage bestimmt.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet von Artikel 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung richten sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge nach der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 03 — GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK (GASP)** *(Fortsetzung)*

***19 03 01*** *(Fortsetzung)*

19 03 01 02 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP des Rates vom 4. Februar 2008 über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo, EULEX KOSOVO (ABl. L 42 vom 16.2.2008, S. 92).

19 03 01 03 EUPOL AFGHANISTAN

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 40 500 000 | 30 000 000 | 61 000 000 | 57 328 309 | 56 870 000,— | 52 209 004,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Polizeimission der Europäischen Union in Afghanistan im Einklang mit der vom Rat verabschiedeten einschlägigen Rechtsgrundlage bestimmt.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet von Artikel 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung richten sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge nach der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2010/279/GASP des Rates vom 18. Mai 2010 über die Polizeimission der Europäischen Union in Afghanistan (EUPOL AFGHANISTAN) (ABl. L 123 vom 19.5.2010, S. 4).

19 03 01 04 Andere Krisenbewältigungsmaßnahmen und -operationen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 65 619 000 | 75 750 000 | 90 000 000 | 64 247 243 | 101 239 094,— | 77 858 049,52 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Finanzierung anderer Krisenbewältigungsmaßnahmen und -operationen bestimmt, ausgenommen EULEX KOSOVO, EUMM Georgia und EUPOL AFGHANISTAN. Aus diesen Mitteln soll auch das Funktionieren des Sekretariats des Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskollegs und seines internetgestützten Fernunterrichtssystems für Fortgeschrittene sowie der Betrieb eines Lagers für zivile GSVP-Missionen finanziert werden.

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 03 — GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK (GASP)** *(Fortsetzung)*

***19 03 01*** *(Fortsetzung)*

19 03 01 04 *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus und können durch Beiträge aus EU-Treuhandfonds ergänzt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Gemeinsame Aktion 2005/889/GASP des Rates vom 25. November 2005 zur Einrichtung einer Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des Grenzschutzes am Grenzübergang Rafah (EU BAM Rafah) (ABl. L 327 vom 14.12.2005, S. 28).

Beschluss 2010/330/GASP des Rates vom 14. Juni 2010 betreffend die integrierte Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union für Irak, EUJUST LEX-IRAQ (ABl. L 149 vom 15.6.2010, S. 12).

Beschluss 2010/565/GASP des Rates vom 21. September 2010 über die Beratungs- und Unterstützungsmission der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Reform des Sicherheitssektors in der Demokratischen Republik Kongo (EUSEC RD Congo) (ABl. L 248 vom 22.9.2010, S. 59).

Beschluss 2010/576/GASP des Rates vom 23. September 2010 über die Polizeimission der Europäischen Union im Rahmen der Reform des Sicherheitssektors und ihre Schnittstelle zur Justiz in der Demokratischen Republik Kongo (EUPOL RD Congo) (ABl. L 254 vom 29.9.2010, S. 33).

Beschluss 2010/784/GASP des Rates vom 17. Dezember 2010 über die Polizeimission der Europäischen Union für die Palästinensischen Gebiete (EUPOL COPPS) (ABl. L 335 vom 18.12.2010, S. 60).

Beschluss 2011/781/GASP des Rates vom 1. Dezember 2011 über die Polizeimission der Europäischen Union (EUPM) in Bosnien und Herzegowina (BiH) (ABl. L 319 vom 2.12.2011, S. 51).

Beschluss 2012/312/GASP des Rates vom 18. Juni 2012 über die GSVP-Mission der Europäischen Union für die Luftsicherheit in Südsudan (EUAVSEC-Südsudan) (ABl. L 158 vom 19.6.2012, S. 17).

Beschluss 2012/389/GASP des Rates vom 16. Juli 2012 über die Mission der Europäischen Union zum Ausbau der regionalen maritimen Kapazitäten am Horn von Afrika (EUCAP NESTOR) (ABl. L 187 vom 17.7.2012, S. 40).

Beschluss 2012/392/GASP des Rates vom 16. Juli 2012 über die GSVP-Mission der Europäischen Union in Niger (EUCAP Sahel Niger) (ABl. L 187 vom 17.7.2012, S. 48).

Beschluss 2013/233/GASP des Rates vom 22. Mai 2013 über die Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des integrierten Grenzmanagements in Libyen (EUBAM Libyen) (ABl. L 138 vom 24.5.2013, S. 15).

19 03 01 05 Sofortmaßnahmen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 35 000 000 | 9 100 000 | 34 000 000 | 24 710 478 | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 19 03 04*

Diese Mittel sind zur Finanzierung unvorhergesehener Maßnahmen bestimmt, die unter Artikel 19 03 01 fallen und gegebenenfalls im Laufe des Haushaltsjahres beschlossen werden und unmittelbar durchgeführt werden müssen.

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 03 — GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK (GASP)** *(Fortsetzung)*

***19 03 01*** *(Fortsetzung)*

19 03 01 05 *(Fortsetzung)*

Dieser Artikel dient gemäß der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung (ABl. C 373 vom 20.12.2013, S. 1) auch der Flexibilität im Rahmen des GASP-Haushalts.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet von Artikel 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung richten sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge nach der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

19 03 01 06 Vorbereitende Maßnahmen und Folgemaßnahmen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 7 000 000 | 2 625 000 | 8 332 000 | 4 942 096 | 582 731,— | 190 999,42 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 19 03 05*

Diese Mittel dienen der Finanzierung von vorbereitenden Maßnahmen, mit denen die Voraussetzungen für Aktionen der Union im GASP-Bereich und für die Annahme der erforderlichen Rechtsakte geschaffen werden. Finanziert werden können Evaluierungs- und Analysemaßnahmen (Ex-ante-Bewertung der Mittel, spezifische Studien, die Organisation von Konferenzen, Erkundungen vor Ort). Insbesondere bei den Krisenmanagementoperationen der Union und für die Sonderbeauftragten der Europäischen Union (EUSR) könnten die vorbereitenden Maßnahmen unter anderem dazu dienen, die operativen Erfordernisse für eine geplante Aktion zu beurteilen, für eine rasche Bereitstellung erster Kräfte und Ressourcen zu sorgen (z. B. Missionskosten, Kauf von Ausrüstung, Vorfinanzierung der laufenden Kosten und der Versicherungskosten in der Startphase) oder vor Ort die Voraussetzungen für den Beginn der Operation zu schaffen. Darüber hinaus können damit Sachverständige zur Unterstützung der Krisenmanagementoperationen der Union in bestimmten technischen Fragen (z. B. Ermittlung und Beurteilung des Beschaffungsbedarfs) oder das Sicherheitstraining für das an einer GSVP-Mission/EUSR-Team beteiligte Personal finanziert werden.

Auch Folgemaßnahmen und Audits der GASP-Aktionen sowie die Finanzierung aller Abschlusszahlungen für bereits abgeschlossene Aktionen sind dadurch abgedeckt.

Diese Mittel decken ferner die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Information und Veröffentlichung, die direkt zur Verwirklichung des Zieles der Aktionen, die unter die Posten 19 03 01 01, 19 03 01 02, 19 03 01 03, 19 03 01 04 und 19 03 01 07 fallen, beitragen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet von Artikel 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung richten sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge nach der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 03 — GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK (GASP)** *(Fortsetzung)*

***19 03 01*** *(Fortsetzung)*

19 03 01 06 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

19 03 01 07 Sonderbeauftragte der Europäischen Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 25 000 000 | 15 750 000 | 20 000 000 | 15 814 706 | 27 897 500,— | 18 956 108,15 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 19 03 06*

Diese Mittel decken alle Kosten im Zusammenhang mit der Ernennung der Sonderbeauftragten der Europäischen Union (EUSR) gemäß Artikel 33 des Vertrags über die Europäische Union.

Bei der Ernennung der EUSR sollte der Politik der Gleichstellung der Geschlechter und des Gender-Mainstreaming gebührend Rechnung getragen werden, weshalb die Ernennung von Frauen zu EUSR zu fördern ist.

Abgedeckt sind die Kosten für die Bezüge der EUSR und die Aufstellung ihrer Teams und/oder die Einrichtung ihrer Unterstützungsstrukturen, einschließlich der Personalkosten, die nicht mit dem von den Mitgliedstaaten oder den Organen der Union abgestellten Personal zusammenhängen. Ferner sind die Kosten für etwaige Projekte, die unter der unmittelbaren Verantwortung eines EUSR durchgeführt werden, abgedeckt.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet von Artikel 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung richten sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge nach der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/133/GASP des Rates vom 18. März 2013 zur Ernennung des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für die Sahelzone (ABl. L 75 vom 19.3.2013, S. 29).

Beschluss 2013/306/GASP des Rates vom 24. Juni 2013 zur Verlängerung des Mandats der Sonderbeauftragten der Europäischen Union für Zentralasien (ABl. L 172 vom 25.6.2013, S. 25).

Beschluss 2013/307/GASP des Rates vom 24. Juni 2013 zur Änderung und Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für den südlichen Mittelmeerraum (ABl. L 172 vom 25.6.2013, S. 28).

Beschluss 2013/350/GASP des Rates vom 2. Juli 2013 zur Änderung und Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für den Nahost-Friedensprozess (ABl. L 185 vom 4.7.2013, S. 3).

Beschluss 2013/351/GASP des Rates vom 2. Juli 2013 zur Änderung des Beschlusses 2011/426/GASP zur Ernennung des Sonderbeauftragten der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina (ABl. L 185 vom 4.7.2013, S. 7).

Beschluss 2013/352/GASP des Rates vom 2. Juli 2013 zur Änderung des Beschlusses 2012/440/GASP zur Ernennung des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für Menschenrechte (ABl. L 185 vom 4.7.2013, S. 8).

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 03 — GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK (GASP)** *(Fortsetzung)*

***19 03 01*** *(Fortsetzung)*

19 03 01 07 *(Fortsetzung)*

Beschluss 2013/353/GASP des Rates vom 2. Juli 2013 zur Änderung und Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für den Südkaukasus und die Krise in Georgien (ABl. L 185 vom 4.7.2013, S. 9).

Beschluss 2013/366/GASP des Rates vom 9. Juli 2013 zur Änderung und Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten der Europäischen Union im Kosovo (ABl. L 189 vom 10.7.2013, S. 9).

Beschluss 2013/383/GASP des Rates vom 15. Juli 2013 zur Änderung und Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für die Afrikanische Union (ABl. L 193 vom 16.7.2013, S. 25).

Beschluss 2013/384/GASP des Rates vom 15. Juli 2013 zur Änderung des Beschlusses 2012/325/GASP zur Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für Sudan und Südsudan (ABl. L 193 vom 16.7.2013, S. 29).

Beschluss 2013/393/GASP des Rates vom 22. Juli 2013 zur Änderung des Beschlusses 2013/382/GASP zur Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für Afghanistan (ABl. L 198 vom 23.7.2013, S. 47).

Beschluss 2013/527/GASP des Rates vom 24. Oktober 2013 zur Änderung und Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für das Horn von Afrika (ABl. L 284 vom 26.10.2013, S. 23).

***19 03 02 Unterstützung von Nichtverbreitungs- und Abrüstungsmaßnahmen***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 18 000 000 | 13 500 000 | 19 500 000 | 17 791 544 | 17 197 028,— | 12 378 474,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Finanzierung von Maßnahmen bestimmt, die einen Beitrag zur Reduzierung von (atomaren, chemischen und biologischen) Massenvernichtungswaffen leisten sollen und zwar vorwiegend im Rahmen der Strategie der Europäischen Union gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (Dezember 2003). Dazu gehört die Unterstützung von Maßnahmen, die von internationalen Organisationen in diesem Bereich durchgeführt werden.

Diese Mittel sind zur Finanzierung von Maßnahmen gegen die Verbreitung konventioneller Waffen und zur Bekämpfung der die Stabilität gefährdenden Anhäufung und des Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen bestimmt. Dazu gehört die Unterstützung von Maßnahmen, die von internationalen Organisationen in diesem Bereich durchgeführt werden.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet von Artikel 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung richten sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge nach der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2004/833/GASP des Rates vom 2. Dezember 2004 zur Umsetzung der Gemeinsamen Aktion 2002/589/GASP im Hinblick auf einen Beitrag der Europäischen Union an die ECOWAS im Rahmen des Moratoriums über leichte Waffen und Kleinwaffen (ABl. L 359 vom 4.12.2004, S. 65).

Beschluss 2005/852/GASP des Rates vom 29. November 2005 über die Vernichtung von Kleinwaffen und leichten Waffen und der dazugehörigen Munition in der Ukraine (ABl. L 315 vom 01.12.2005, S. 27);

**KAPITEL 19 03 — GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK (GASP)** *(Fortsetzung)*

***19 03 02*** *(Fortsetzung)*

Gemeinsame Aktion 2007/753/GASP des Rates vom 19. November 2007 zur Unterstützung der Tätigkeiten der IAEO in den Bereichen nukleare Sicherheit und Verifikation im Rahmen der Umsetzung der Strategie der EU gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (ABl. L 304 vom 22.11.2007, S. 38).

Beschluss 2010/461/GASP des Rates vom 26. Juli 2010 zur Unterstützung der Tätigkeiten der Vorbereitungskommission der Organisation des Vertrags für das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO) zur Stärkung ihrer Überwachungs- und Verifikationsfähigkeiten im Rahmen der Umsetzung der Strategie der EU gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (ABl. L 219 vom 20.8.2010, S. 7).

Beschluss 2010/430/GASP des Rates vom 26 Juli 2010 zur Schaffung eines Europäischen Netzes unabhängiger Reflexionsgruppen für Nichtverbreitungsfragen zur Unterstützung der Umsetzung der Durchführung der Strategie der EU gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (ABl. L 202 vom 4.8.2010, S. 5).

Beschluss 2010/585/GASP des Rates vom 27 September 2010 zur Unterstützung der Tätigkeiten der IAEO in den Bereichen nukleare Sicherheit und Verifikation im Rahmen der Umsetzung der Strategie der EU gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (ABl. L 259 vom 1.10.2010, S. 10).

Beschluss 2010/765/GASP des Rates vom 2. Dezember 2010 über eine Maßnahme der EU zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen auf dem Luftweg (ABl. L 327 vom 11.12.2010, S. 44).

Beschluss 2011/428/GASP des Rates vom 18. Juli 2011 zur Unterstützung der Tätigkeiten des Büros der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen hinsichtlich der Umsetzung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten (ABl. L 188 vom 19.7.2011, S. 37).

Beschluss 2012/121/GASP des Rates vom 27. Februar 2012 zur Unterstützung von Maßnahmen zur Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit EU-China-Afrika im Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle (ABl. L 54 vom 28.2.2012, S. 8).

Beschluss 2011/166/GASP des Rates vom 23. März 2012 zur Unterstützung von Maßnahmen der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) im Rahmen der Umsetzung der Strategie der Europäischen Union gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (ABl. L 87 vom 24.3.2012, S. 49).

Beschluss 2012/281/GASP des Rates vom 29. Mai 2012 im Rahmen der Europäischen Sicherheitsstrategie zur Unterstützung des Vorschlags der Union für einen Internationalen Verhaltenskodex für Weltraumtätigkeiten (ABl. L 140 vom 30.5.2012, S. 68).

Beschluss 2012/421/GASP des Rates vom 23. Juli 2012 zur Unterstützung des Übereinkommens über das Verbot von biologischen Waffen und Toxinwaffen (BWÜ) im Rahmen der Strategie der EU gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (ABl. L 196 vom 24.7.2012, S. 61).

Beschluss 2012/422/GASP des Rates vom 23. Juli 2012 zur Unterstützung eines Prozesses zur Schaffung einer von Kernwaffen und allen anderen Massenvernichtungswaffen freien Zone im Nahen Osten (ABl. L 196 vom 24.7.2012, S. 67).

Beschluss 2012/423/GASP des Rates vom 23. Juli 2012 zur Unterstützung der Nichtverbreitung ballistischer Flugkörper im Rahmen der Umsetzung der Strategie der Europäischen Union gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Umsetzung des Gemeinsamen Standpunkts 2003/805/GASP des Rates (ABl. L 196 vom 24.7.2012, S. 74).

Beschluss 2012/662/GASP des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Unterstützung von Maßnahmen zur Verringerung der Gefahr des illegalen Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen und der übermäßigen Anhäufung dieser Waffen im Raum der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) (ABl. L 297 vom 26.10.2012, S. 29).

Beschluss 2012/699/GASP des Rates vom 13 November 2012 über die Unterstützung der Union für die Tätigkeiten der Vorbereitungskommission der Organisation des Vertrags für das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO) zur Stärkung ihrer Überwachungs- und Verifikationsfähigkeiten im Rahmen der Umsetzung der Strategie der EU gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (ABl. L 314 vom 14.11.2012, S. 27).

Beschluss 2012/700/GASP des Rates vom 13. November 2012 im Rahmen der Europäischen Sicherheitsstrategie zur Unterstützung der Durchführung des von den Vertragsstaaten des Übereinkommens von 1997 über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung verabschiedeten Aktionsplans von Cartagena 2010-2014 (ABl. L 314 vom 14.11.2012, S. 40).

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 03 — GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK (GASP)** *(Fortsetzung)*

***19 03 02*** *(Fortsetzung)*

Beschluss 2012/711/GASP des Rates vom 19. November 2012 über Unterstützung für Maßnahmen der Union zur Förderung der Waffenausfuhrkontrolle und der Anwendung der Grundsätze und Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts 2008/944/GASP in Drittländern (ABl. L 321 vom 20.11.2012, S. 62).

Beschluss 2013/43/GASP des Rates vom 22 Januar 2013 zur Fortsetzung der Maßnahmen der Union zur Unterstützung des Vertrags über den Waffenhandel im Rahmen der Europäischen Sicherheitsstrategie (ABl. L 20 vom 23.1.2013, S. 53).

Beschluss 2013/320/GASP des Rates vom 24. Juni 2013 zur Unterstützung von Maßnahmen zur physischen Sicherung und Verwaltung von Lagerbeständen, um die Gefahr des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen und der dazugehörigen Munition in Libyen und in der Region zu verringern (ABl. L 173 vom 26.6.2013, S. 54).

Beschluss 2013/391/GASP des Rates vom 22. Juli 2013 zur Unterstützung der konkreten Umsetzung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihren Trägersystemen (ABl. L 198 vom 23.7.2013, S. 40).

Beschluss 2013/517/GASP des Rates vom 21. Oktober 2013 über die Unterstützung der Union für die Tätigkeiten der Internationalen Atomenergie-Organisation in den Bereichen nukleare Sicherung und Verifikation im Rahmen der Umsetzung der Strategie der EU gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (ABl. L 281 vom 23.10.2013, S. 6).

Beschluss 2013/668/GASP des Rates vom 18. November 2013 zur Unterstützung der Maßnahmen der Weltgesundheitsorganisation auf dem Gebiet der biologischen Sicherheit im Rahmen der Strategie der Europäischen Union gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (ABl. L 310 vom 20.11.2013, S. 13).

Beschluss 2013/698/GASP des Rates vom 25. November 2013 zur Unterstützung eines globalen Berichterstattungsmechanismus für illegale Kleinwaffen und leichte Waffen und andere illegale konventionelle Waffen und Munition zur Minderung des Risikos ihres illegalen Handels (ABl. L 320 vom 30.11.2013, S. 34.

Beschluss 2013/730/GASP des Rates vom 9. Dezember 2013 zur Unterstützung der auf Abrüstung und Waffenkontrolle ausgerichteten Tätigkeiten der Zentralstelle Südost- und Osteuropa für die Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen (SEESAC) in Südosteuropa im Rahmen der EU-Strategie zur Bekämpfung der Anhäufung von Kleinwaffen und leichten Waffen und zugehöriger Munition sowie des unerlaubten Handels damit (ABl. L 332 vom 11.12.2013, S. 19).

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 04 — WAHLBEOBACHTUNGSMISSIONEN**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | |
| 19 04 | WAHLBEOBACHTUNGS-MISSIONEN | | | | | | | | |
| ***19 04 01*** | ***Verbesserung der Verlässlichkeit von Wahlverfahren, insbesondere durch Wahlbeobachtungsmissionen*** | 4 | 40 370 869 | 8 525 916 | | | | | — |
| ***19 04 51*** | ***Abschluss von Maßnahmen in Bereich Wahlbeobachtungsmissionen (aus der Zeit vor 2014)*** | 4 | p.m. | 13 600 000 | 37 921 000 | 29 652 574 | 37 848 459,42 | 25 910 843,98 | 190,52 |
| | **Kapitel 19 04 — Insgesamt** | | **40 370 869** | **22 125 916** | **37 921 000** | **29 652 574** | **37 848 459,42** | **25 910 843,98** | **117,11** |

***19 04 01 Verbesserung der Verlässlichkeit von Wahlverfahren, insbesondere durch Wahlbeobachtungsmissionen***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 40 370 869 | 8 525 916 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen der finanziellen Unterstützung von Maßnahmen, die dazu bestimmt sind, Vertrauen in die demokratischen Wahlprozesse aufzubauen und deren Zuverlässigkeit und Transparenz durch die Entsendung von Wahlbeobachtungsmissionen der EU und den Ausbau der Wahlbeobachtungskapazitäten auf regionaler und nationaler Ebene zu verbessern.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet von Artikel 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung richten sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge nach der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die weltweite Förderung der Demokratie und der Menschenrechte (COM(2011) 844 endg.), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d.

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 04 — WAHLBEOBACHTUNGSMISSIONEN** *(Fortsetzung)*

***19 04 51 Abschluss von Maßnahmen in Bereich Wahlbeobachtungsmissionen (aus der Zeit vor 2014)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 13 600 000 | 37 921 000 | 29 652 574 | 37 848 459,42 | 25 910 843,98 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 19 04 03 und 19 04 05 (teilweise)*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1889/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Einführung eines Finanzierungsinstruments für die weltweite Förderung der Demokratie und der Menschenrechte (ABl. L 386 vom 29.12.2006, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 05 — ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTSTAATEN IM RAHMEN DES PARTNERSCHAFTSINSTRUMENTS (PI)**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 19 05 | ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTSTAATEN IM RAHMEN DES PARTNERSCHAFTSINSTRUMENTS (PI) | | | | | | | | |
| ***19 05 01*** | ***Zusammenarbeit mit Drittländern zur Förderung von Unions- und gemeinsamen Interessen*** | 4 | 106 108 730 | 3 764 708 | | | | | — |
| ***19 05 20*** | ***„Erasmus+" — Beitrag aus dem Partnerschaftsinstrument*** | 4 | 8 242 776 | 524 166 | | | | | — |
| ***19 05 51*** | ***Abschluss von Maßnahmen im Bereich „Beziehungen zu und Zusammenarbeit mit industrialisierten Drittländern" (2007-2013)*** | 4 | p.m. | 12 974 789 | 23 400 000 | 18 285 754 | 28 033 940,47 | 19 021 432,95 | 146,60 |
| ***19 05 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 19 05 77 01 | Pilotprojekt — Transatlantische Methoden für den Umgang mit globalen Herausforderungen | 4 | — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 441 541,70 | — |
| 19 05 77 02 | Vorbereitende Maßnahme — Zusammenarbeit mit der Nördlichen und der Südlichen Transatlantischen Dimension | 4 | 1 000 000 | 500 000 | | | | | — |
| | *Artikel 19 05 77 — Subtotal* | | 1 000 000 | 500 000 | p.m. | p.m. | 0,— | 441 541,70 | 88,31 |
| | **Kapitel 19 05 — Insgesamt** | | **115 351 506** | **17 763 663** | **23 400 000** | **18 285 754** | **28 033 940,47** | **19 462 974,65** | **109,57** |

## *19 05 01 Zusammenarbeit mit Drittländern zur Förderung von Unions- und gemeinsamen Interessen*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 106 108 730 | 3 764 708 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der Zusammenarbeit mit Drittländern zur Förderung von Unions- und gemeinsamen Interessen im Rahmen des Partnerschaftsinstruments, vorrangig der Zusammenarbeit mit Industrie- und Entwicklungsländern, die auf der weltpolitischen Bühne, u. a. in der Außenpolitik, in Weltwirtschaft und -handel, in multilateralen Foren, bei der globalen Governance und bei der Bewältigung von Herausforderungen, die von globaler Tragweite oder für die EU von besonderem Interesse sind, an Bedeutung gewinnen. Diese Zusammenarbeit umfasst Maßnahmen zur Unterstützung der bilateralen, regionalen und multilateralen Beziehungen der Union im Hinblick auf die Inangriffnahme globaler Herausforderungen, die Umsetzung der internationalen Dimension der Strategie „Europa 2020", die Förderung von Handels- und Investitionsmöglichkeiten, Public Diplomacy und Sensibilisierungsmaßnahmen.

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 05 — ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTSTAATEN IM RAHMEN DES PARTNERSCHAFTSINSTRUMENTS (PI)** *(Fortsetzung)*

***19 05 01*** *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet von Artikel 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung richten sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge nach der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Partnerschaftsinstruments für die Zusammenarbeit mit Drittstaaten(COM(2011) 843 final), insbesondere Artikel 1.

***19 05 20*** ***„Erasmus+“ — Beitrag aus dem Partnerschaftsinstrument***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 8 242 776 | 524 166 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der aus dem Instrument im Außenbereich bereitgestellten technischen und finanziellen Unterstützung zur Stärkung der internationalen Dimension der Hochschulbildung im Rahmen der Umsetzung des Programms „Erasmus+“.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung von „Erasmus+“, dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1719/2006/EG, Nr. 1720/2006/EG und Nr. 1298/2008/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 50).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Partnerschaftsinstruments für die Zusammenarbeit mit Drittstaaten (COM(2011) 843 final).

***19 05 51*** ***Abschluss von Maßnahmen im Bereich „Beziehungen zu und Zusammenarbeit mit industrialisierten Drittländern“ (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 12 974 789 | 23 400 000 | 18 285 754 | 28 033 940,47 | 19 021 432,95 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 19 05 01*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren.

**KAPITEL 19 05 — ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTSTAATEN IM RAHMEN DES PARTNERSCHAFTSINSTRUMENTS (PI)** *(Fortsetzung)*

***19 05 51*** *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen internationaler Organisationen zu bestimmten von der Union finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1934/2006 des Rates vom 21. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Zusammenarbeit mit industrialisierten Ländern und Gebieten sowie mit anderen Ländern und Gebieten mit hohem Einkommen (ABl. L 405 vom 30.12.2006, S. 41).

***19 05 77*** ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

19 05 77 01 Pilotprojekt — Transatlantische Methoden für den Umgang mit globalen Herausforderungen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 441 541,70 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 19 05 03*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung noch bestehender, im Rahmen des Pilotprojekts eingegangener Verpflichtungen aus vorangegangenen Jahren.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

*Verweise*

Entschließungen des Europäischen Parlaments vom 1. Juni 2006 zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten im Rahmen eines transatlantischen Partnerschaftsabkommens (ABl. C 298 E vom 8.12.2006, S. 226) und zu den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen EU-USA (ABl. C 298 E vom 8.12.2006, S. 235).

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 05 — ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTSTAATEN IM RAHMEN DES PARTNERSCHAFTSINSTRUMENTS (PI)** *(Fortsetzung)*

***19 05 77*** *(Fortsetzung)*

19 05 77 02 Vorbereitende Maßnahme — Zusammenarbeit mit der Nördlichen und der Südlichen Transatlantischen Dimension

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 000 000 | 500 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Ziel der Vorbereitenden Maßnahme ist die Begründung eines umfassenderen transatlantischen Dialogs und einer umfassenderen transatlantischen Zusammenarbeit unter Beteiligung der Staaten des nördlichen und des südlichen Atlantikraums, um sich gemeinsamen globalen Herausforderungen zu stellen. Es soll untersucht werden, inwieweit es möglich ist, gemeinsame kurz- und längerfristige Ziele in Bereichen wie wirtschaftliche Zusammenarbeit, Global Governance, Entwicklungszusammenarbeit, Klimawandel, Sicherheit und Energie umzusetzen. Die Vorbereitende Maßnahme dient zur Stärkung eines Dreiecksdialogs oder gar eines erweiterten atlantischen Dialogs wie auch zur Förderung des Gedankens einer umfassenderen atlantischen Gemeinschaft.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 06 — INFORMATIONSMASSNAHMEN ZUM THEMA AUSSENBEZIEHUNGEN DER UNION**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 19 06 | INFORMATIONSMASSNAHMEN ZUM THEMA AUSSENBEZIEHUNGEN DER UNION | | | | | | | | |
| ***19 06 01*** | ***Informationsmaßnahmen zum Thema Außenbeziehungen der Union*** | 4 | 12 000 000 | 12 786 124 | 12 300 000 | 11 861 029 | 11 842 005,13 | 11 163 393,09 | 87,31 |
| | **Kapitel 19 06 — Insgesamt** | | **12 000 000** | **12 786 124** | **12 300 000** | **11 861 029** | **11 842 005,13** | **11 163 393,09** | **87,31** |

***19 06 01*** ***Informationsmaßnahmen zum Thema Außenbeziehungen der Union***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 12 000 000 | 12 786 124 | 12 300 000 | 11 861 029 | 11 842 005,13 | 11 163 393,09 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 19 11 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Informationsmaßnahmen zum Thema Außenbeziehungen der Union bestimmt. Die unter diesen Artikel fallenden Informationsmaßnahmen lassen sich in zwei großen Kategorien zusammenfassen: einerseits horizontale Tätigkeiten und logistische Unterstützung am Sitz, andererseits Maßnahmen der Delegationen der Union in den Drittländern und für internationale Organisationen.

Maßnahmen, die am Sitz durchgeführt werden:

— das Besucherprogramm der Europäischen Union (EUVP), das gemeinsam vom Europäischen Parlament und von der Kommission durchgeführt wird, bietet alljährlich etwa 170 von den Delegationen der Union vorgeschlagenen Teilnehmern die Möglichkeit der Kontaktaufnahme zur Union durch Besuche beim Parlament und bei der Kommission im Rahmen eines individuell auf die Teilnehmer zugeschnittenen thematischen Programms;

— die Erstellung und Verbreitung von Veröffentlichungen zu Schwerpunktthemen im Rahmen eines Jahresprogramms;

— die Herstellung und Verbreitung von audiovisuellem Informationsmaterial;

— der Ausbau der Online-Information (Internet, elektronische Nachrichtensysteme);

— die Ausrichtung von Besuchsveranstaltungen für Journalisten;

— Unterstützung von Informationsaktionen, die von Meinungsführern durchgeführt werden und den Prioritäten der Europäischen Union entsprechen;

Die Kommission stellt weiterhin Mittel zur Finanzierung der Ausstrahlung von Nachrichten auf Farsi bereit.

*Dezentralisierte Maßnahmen der Delegationen der Union in Drittländern und für internationale Organisationen.*

Die Delegationen der Union legen einen jährlichen Kommunikationsplan vor, der den für jede Region und jedes Land aufgestellten Kommunikationszielen entspricht und dem — nach Billigung durch die Kommissionszentrale — Haushaltsmittel für folgende Maßnahmen zugewiesen werden:

— Websites,

— Beziehungen zu den Medien (Pressekonferenzen, Seminare, Radioprogramme usw.),

— Informationsprodukte (andere Veröffentlichungen, grafisches Material usw.),

— Organisation von Veranstaltungen, einschließlich kulturellen Aktivitäten,

— Mitteilungsblätter,

— Informationskampagnen.

KOMMISSION
*TITEL 19 — AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE*

**KAPITEL 19 06 — INFORMATIONSMASSNAHMEN ZUM THEMA AUSSENBEZIEHUNGEN DER UNION** *(Fortsetzung)*

***19 06 01*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Aufgaben aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DES „DIENSTES FÜR AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE“

— POLITISCHE STRATEGIE UND KOORDINIERUNG DES „DIENSTES FÜR AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE“

KOMMISSION

*TITEL 20*

**HANDEL**

# TITEL 20

# HANDEL

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 20 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „HANDEL“ | 105 614 855 | 105 614 855 | 93 543 453 | 93 543 453 | 92 838 638,63 | 92 838 638,63 |
| 20 02 | HANDELSPOLITIK | 15 493 000 | 9 788 874 | 13 930 000 | 10 633 879 | 11 171 287,61 | 11 947 920,92 |
| | **Titel 20 — Insgesamt** | **121 107 855** | **115 403 729** | **107 473 453** | **104 177 332** | **104 009 926,24** | **104 786 559,55** |

KOMMISSION
*TITEL 20 — HANDEL*

# TITEL 20

# HANDEL

## KAPITEL 20 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „HANDEL“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 20 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „HANDEL“ | | | | | |
| ***20 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Handel“*** | | | | | |
| 20 01 01 01 | Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Generaldirektion „Handel“ | 5.2 | 47 563 334 | 48 232 346 | 47 305 039,23 | 99,46 |
| 20 01 01 02 | Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Delegationen der Union | 5.2 | 21 719 988 | 13 867 302 | 13 233 309,92 | 60,93 |
| | *Artikel 20 01 01 — Subtotal* | | 69 283 322 | 62 099 648 | 60 538 349,15 | 87,38 |
| ***20 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Handel“*** | | | | | |
| 20 01 02 01 | Externes Personal der Generaldirektion „Handel“ | 5.2 | 3 056 479 | 3 236 031 | 3 244 950,47 | 106,17 |
| 20 01 02 02 | Externes Personal der Generaldirektion „Handel“ in den Delegationen der Union | 5.2 | 7 744 350 | 6 459 410 | 6 500 098,— | 83,93 |
| 20 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion „Handel“ | 5.2 | 4 274 217 | 4 388 200 | 4 398 571,86 | 102,91 |
| 20 01 02 12 | Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion „Handel“ in den Delegationen der Union | 5.2 | 1 864 021 | 1 541 546 | 1 634 953,— | 87,71 |
| | *Artikel 20 01 02 — Subtotal* | | 16 939 067 | 15 625 187 | 15 778 573,33 | 93,15 |
| ***20 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen, Gebäude und Nebenkosten des Politikbereichs „Handel“*** | | | | | |
| 20 01 03 01 | Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen der Generaldirektion „Handel“ | 5.2 | 3 078 721 | 3 052 323 | 3 469 865,15 | 112,70 |
| 20 01 03 02 | Ausgaben für Gebäude und Nebenkosten der Generaldirektion „Handel“ in den Delegationen der Union | 5.2 | 16 313 745 | 12 766 295 | 13 051 851,— | 80,01 |
| | *Artikel 20 01 03 — Subtotal* | | 19 392 466 | 15 818 618 | 16 521 716,15 | 85,20 |
| | **Kapitel 20 01 — Insgesamt** | | **105 614 855** | **93 543 453** | **92 838 638,63** | **87,90** |

**KAPITEL 20 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „HANDEL“** *(Fortsetzung)*

***20 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Handel“***

20 01 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Generaldirektion „Handel“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 47 563 334 | 48 232 346 | 47 305 039,23 |

20 01 01 02 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Delegationen der Union

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 21 719 988 | 13 867 302 | 13 233 309,92 |

***20 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Handel“***

20 01 02 01 Externes Personal der Generaldirektion „Handel“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 056 479 | 3 236 031 | 3 244 950,47 |

20 01 02 02 Externes Personal der Generaldirektion „Handel“ in den Delegationen der Union

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 744 350 | 6 459 410 | 6 500 098,— |

20 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion „Handel“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 274 217 | 4 388 200 | 4 398 571,86 |

20 01 02 12 Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion „Handel“ in den Delegationen der Union

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 864 021 | 1 541 546 | 1 634 953,— |

KOMMISSION
*TITEL 20 — HANDEL*

**KAPITEL 20 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „HANDEL“** *(Fortsetzung)*

***20 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen, Gebäude und Nebenkosten des Politikbereichs „Handel“***

20 01 03 01 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen der Generaldirektion „Handel“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 078 721 | 3 052 323 | 3 469 865,15 |

20 01 03 02 Ausgaben für Gebäude und Nebenkosten der Generaldirektion „Handel“ in den Delegationen der Union

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 16 313 745 | 12 766 295 | 13 051 851,— |

KOMMISSION
*TITEL 20 — HANDEL*

**KAPITEL 20 02 — HANDELSPOLITIK**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 20 02 | HANDELSPOLITIK | | | | | | | | |
| ***20 02 01*** | ***Außenhandelsbeziehungen, einschließlich Zugang zu Drittlandsmärkten*** | 4 | 10 993 000 | 6 769 437 | 9 430 000 | 7 348 934 | 7 366 302,12 | 7 640 468,09 | 112,87 |
| ***20 02 03*** | ***Handelshilfe („Aid for Trade") — Multilaterale Initiativen*** | 4 | 4 500 000 | 3 019 437 | 4 500 000 | 3 284 945 | 3 804 985,49 | 4 307 452,83 | 142,66 |
| | **Kapitel 20 02 — Insgesamt** | | **15 493 000** | **9 788 874** | **13 930 000** | **10 633 879** | **11 171 287,61** | **11 947 920,92** | **122,06** |

## *20 02 01 Außenhandelsbeziehungen, einschließlich Zugang zu Drittlandsmärkten*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 10 993 000 | 6 769 437 | 9 430 000 | 7 348 934 | 7 366 302,12 | 7 640 468,09 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 20 01 04 01 sowie Artikel 20 02 01*

Diese Mittel dienen der Unterstützung folgender Maßnahmen:

*Maßnahmen zur Unterstützung der Führung laufender und neuer multi- und bilateraler Handelsverhandlungen*

Mit den Maßnahmen wird zum einen das Ziel verfolgt, die Position der Union bei den laufenden multilateralen Handelsverhandlungen (im Kontext der Doha-Entwicklungsagenda) und bei laufenden und neuen bilateralen und regionalen Handelsverhandlungen zu stärken und sicherzustellen, dass die Konzeption der Politik der Union auf umfassendem und aktuellem Expertenwissen basiert, und zum anderen das Ziel, Koalitionen für den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zu bilden. Die Maßnahmen in diesem Bereich umfassen unter anderem

— Sitzungen, Konferenzen und Seminare im Zusammenhang mit der Vorbereitung von politischen Standpunkten und Verhandlungspositionen sowie im Zusammenhang mit der Führung laufender und neuer Handelsverhandlungen;

— Entwicklung und Umsetzung einer kohärenten und umfassenden Kommunikations- und Informationsstrategie zur breiteren Bekanntmachung der Handelspolitik der Union und zur stärkeren Bewusstmachung der Details und der Ziele der Handelspolitik der Union und ihrer Positionen in laufenden Verhandlungen, und zwar innerhalb wie außerhalb der Union;

— Informationsmaßnahmen und Seminare für staatliche und nichtstaatliche Akteure (auch aus der Zivilgesellschaft und dem Wirtschaftsleben) mit dem Ziel, ihnen den aktuellen Stand der laufenden Verhandlungen und der Umsetzung bestehender Abkommen zu erläutern.

*Studien, Bewertungen und Folgenabschätzungen im Zusammenhang mit Handelsabkommen und handelspolitischen Maßnahmen*

Maßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass die Außenhandelspolitik der Union durch Ergebnisse von Ex-ante- und Ex-post-Evaluierungen untermauert ist bzw. dass diese gebührend berücksichtigt werden. Die Maßnahmen in diesem Bereich umfassen unter anderem

— Folgenabschätzungen in Bezug auf etwaige neue Gesetzgebungsvorschläge, ferner Nachhaltigkeitsprüfungen zwecks Unterstützung laufender Verhandlungen mit dem Ziel, die potenziellen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Vorteile von Handelsübereinkünften zu analysieren und erforderlichenfalls Flankierungsmaßnahmen vorzuschlagen, um etwaige Negativfolgen für bestimmte Länder oder Sektoren zu beseitigen;

— Evaluierungen der Maßnahmen und Praktiken der Generaldirektion Handel im Rahmen ihres mehrjährigen Evaluierungsplans;

— Sachverständigen-, Rechts- und Wirtschaftsstudien im Zusammenhang mit laufenden Verhandlungen und mit bestehenden Übereinkünften, Politikentwicklungen und Handelsstreitigkeiten.

KOMMISSION
*TITEL 20 — HANDEL*

**KAPITEL 20 02 — HANDELSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***20 02 01*** *(Fortsetzung)*

*Handelsbezogene technische Hilfe, Schulungsmaßnahmen und sonstige Maßnahmen zum Kompetenzaufbau in Drittländern*

Maßnahmen, die es Drittländern ermöglichen sollen, die für die Teilnahme an internationalen, bilateralen oder biregionalen Handelsverhandlungen, die Durchführung internationaler Handelsabkommen und die Teilnahme am Welthandelssystem erforderlichen Kompetenzen auszubauen. Die Maßnahmen in diesem Bereich umfassen unter anderem

— Projekte, die auf Beamte und Wirtschaftsbeteiligte in den Entwicklungsländern ausgerichtete Schulungsmaßnahmen und Maßnahmen des Kompetenzausbaus umfassen, insbesondere im Bereich gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen;

— Erstattung der Kosten für die Teilnahme an Foren und Konferenzen, in denen die Entwicklungsländer über handelspolitische Fragen informiert werden und diesbezügliche Sachkenntnis vermittelt wird;

— Verwaltung, Weiterentwicklung und Bekanntmachung des Export-Helpdesks, welcher der Industrie in Entwicklungsländern Informationen über den Zugang zu Märkten der Union liefert und diese bei der Nutzung von Marktzugangsmöglichkeiten, die das internationale Handelssystem bietet, unterstützt;

— handelsbezogene Programme der technischen Hilfe im Rahmen der Doha-Entwicklungsagenda, die im Forum der Welthandelsorganisation (WTO) und anderer multilateraler Organisationen, insbesondere über WTO-Treuhandfonds, angeboten werden.

*Marktzugangsaktivitäten zur Unterstützung der Umsetzung der Marktzugangsstrategie der Union*

Maßnahmen zur Unterstützung der Marktzugangsstrategie der Union, die einen teilweisen oder sogar vollständigen Abbau von Handelshemmnissen, die Identifizierung von Handelsbeschränkungen in Drittländern und gegebenenfalls Maßnahmen zur Beseitigung dieser Beschränkungen anstrebt. Die Maßnahmen in diesem Bereich umfassen unter anderem

— Pflege und Weiterentwicklung der Marktzugangsdatenbank, zu der alle Wirtschaftsbeteiligten über das Internet Zugang haben, in der Exporte der Union beeinträchtigende Handelshemmnisse aufgeführt sind und die auch sonstige Informationen für die Ausführer der Union enthält; Beschaffung der für den Aufbau dieser Datenbank erforderlichen Informationen, Daten und Dokumentation;

— Untersuchung der einzelnen Hindernisse für den Zugang zu zentralen Märkten; dazu gehört im Hinblick auf die Vorbereitung von Verhandlungen auch die Analyse, inwiefern Drittländer ihre Verpflichtungen im Rahmen internationaler Handelsabkommen einhalten;

— Konferenzen, Seminare und andere Maßnahmen zur Information der Geschäftswelt, der Beamten der Mitgliedstaaten und anderer Akteure über bestehende Handelshemmnisse und die handelspolitischen Instrumente zum Schutz der Union gegen unfaire Handelspraktiken wie Dumping und Ausfuhrsubventionen (z. B. Erstellung und Verteilung von Studien, Informationspaketen, Veröffentlichungen und Broschüren);

— Unterstützung der europäischen Wirtschaft bei der Organisation von Maßnahmen, die sich gezielt mit Fragen des Marktzugangs befassen.

*Maßnahmen zur Unterstützung der Umsetzung bestehender Vorschriften und Überwachung der Handelsverpflichtungen*

Maßnahmen zur Unterstützung der Durchführung bestehender Handelsabkommen und der Umsetzung damit zusammenhängender Systeme, die eine wirksame Durchführung dieser Abkommen ermöglichen, sowie zur Unterstützung der Durchführung von Untersuchungen und Kontrollbesuchen, mit denen die Einhaltung der Vorschriften durch Drittländer sichergestellt werden soll. Die Maßnahmen in diesem Bereich umfassen unter anderem

— Informationsaustausch, Schulungsmaßnahmen, Seminare und Kommunikationsmaßnahmen zur Unterstützung der Anwendung des geltenden Unionsrechts im Bereich der Kontrolle der Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck;

— Aktivitäten zur Erleichterung von Untersuchungen zum Schutz des Handels, mit denen die Hersteller der Union vor unfairen, für die Wirtschaft der Union möglicherweise nachteiligen Handelspraktiken von Drittländern geschützt werden sollen (Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen sowie Schutzinstrumente). Die Maßnahmen sollen sich insbesondere auf die Entwicklung, die Pflege und die Sicherheit von Informationstechnologiesystemen für handelspolitische Schutzmaßnahmen, die Erstellung von Kommunikationsinstrumenten, die Beschaffung juristischer Leistungen in Drittländern und die Durchführung von Sachverständigenstudien konzentrieren;

— Unterstützung der Beratergruppe, welche die Umsetzung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Korea sowie anderer Freihandelsübereinkünfte (z. B. Assoziierungsabkommen mit Zentralamerika und Freihandelsübereinkommen mit Kolumbien/Peru) überwacht. Darin eingeschlossen ist die Übernahme der Aufenthalts- und Reisekosten der Mitglieder und Sachverständigen;

**KAPITEL 20 02 — HANDELSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***20 02 01*** *(Fortsetzung)*

— Maßnahmen zur Förderung der Außenhandelspolitik der Union durch strukturierten Dialog über Aspekte des Außenhandels mit wichtigen Meinungsbildnern der Zivilgesellschaft und sonstigen Interessenträgern, darunter kleine und mittlere Unternehmen;

— Maßnahmen zur Förderung von Handelsübereinkünften und der Kommunikation hierüber, sowohl innerhalb der Union als auch in den Partnerländern. Erreicht werden soll dies in erster Linie durch die Produktion und Verbreitung audiovisueller, elektronischer und grafischer Träger sowie gedruckter Veröffentlichungen, durch Abonnements einschlägiger Medien und Datenbanken, durch die Übersetzung von Informationsmaterial in Nicht-Unionssprachen und durch medienorientierte Aktionen, einschließlich neuer Medienprodukte;

— Entwicklung und Pflege von Informationssystemen zur Unterstützung der operativen Tätigkeiten im Bereich der 'Handelspolitik'. Beispiele: integrierte statistische Datenbank (ISDB), Dual-Use-E-System, Marktzugangsdatenbank, Export Helpdesk, Exportkreditdatenbank, SIGL und SIGL Wood, Zivilgesellschaft, EPA-Überwachung, das Schnellinformationssystem für Produktfälschungen (ACRIS, Anti-Counterfeiting Rapid Intelligence Service).

*Rechtliche und anderweitige Sachverständigenhilfe zur Durchführung der bestehenden Handelsabkommen*

Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Handelspartner der Union die ihnen aus den WTO-Vereinbarungen sowie anderen multilateralen und bilateralen Übereinkünften erwachsenden Verpflichtungen tatsächlich auf sich nehmen und einhalten. Die Maßnahmen in diesem Bereich umfassen unter anderem

— Sachverständigenstudien, einschließlich Kontrollbesuche und spezifische Untersuchungen, sowie Seminare über die Erfüllung der Verpflichtungen aus internationalen Handelsabkommen durch Drittländer;

— Rechtsgutachten, insbesondere zum ausländischen Recht, um der Union die Verteidigung ihres Standpunkts in WTO-Streitbeilegungsverfahren zu erleichtern; sonstige Sachverständigenstudien, die für die Vorbereitung, Abwicklung und Nachbereitung von WTO-Streitbeilegungsverfahren erforderlich sind;

— Streitbeilegungskosten, Rechtsgutachten und Gebühren, die sich für die Union als Verfahrensbeteiligte aus der Anwendung der nach Artikel 207 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union geschlossenen internationalen Abkommen ergeben.

*Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten gemäß internationalen Abkommen*

Die folgenden Ausgaben dienen zur Deckung von

— Streitbeilegungskosten, Rechtsgutachten und Gebühren, die der Union durch die Beteiligung an Streitbelegungsverfahren entstehen, die sich aus der Erfüllung der nach Artikel 207 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union geschlossenen internationalen Abkommen ergeben;

— Zahlungen an einen Investor aufgrund eines abschließenden Schiedsspruchs oder aufgrund einer Einigung im Rahmen eines solchen internationalen Abkommens.

*Maßnahmen zur Unterstützung der Handelspolitik*

Diese Mittel sollen auch allgemeine Ausgaben für Übersetzungen, Presseveranstaltungen, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Artikels stehen, decken, und alle weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe — ausgenommen hoheitliche Aufgaben, welche die Kommission ad hoc im Wege von Dienstleistungsaufträgen auslagert, beispielsweise die Pflege der Website der Generaldirektion Handel.

Etwaige Einnahmen im Rahmen der unionsseitigen Verwaltung der finanziellen Verantwortlichkeiten, die mit der Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten in Verbindung stehen, können dazu führen, dass zusätzliche Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 4 der Haushaltsordnung zur Verfügung stehen.

KOMMISSION
*TITEL 20 — HANDEL*

**KAPITEL 20 02 — HANDELSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***20 02 01*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 98/181/EG, EGKS, Euratom des Rates und der Kommission vom 23. September 1997 über den Abschluss des Vertrags über die Energiecharta und des Energiechartaprotokolls über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte durch die Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 69 vom 9.3.1998, S. 1).

Beschluss 98/552/EG des Rates vom 24. September 1998 über die Durchführung von Maßnahmen betreffend die Marktzugangsstrategie der Gemeinschaft durch die Kommission (ABl. L 265 vom 30.9.1998, S. 31).

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***20 02 03*** ***Handelshilfe („Aid for Trade") — Multilaterale Initiativen***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 4 500 000 | 3 019 437 | 4 500 000 | 3 284 945 | 3 804 985,49 | 4 307 452,83 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, multilaterale Programme und Initiativen im Bereich der handelsbezogenen Hilfe zu finanzieren, um die Möglichkeiten der Entwicklungsländer zur wirksamen Beteiligung am multilateralen Handelssystem und an regionalen Handelsregelungen zu stärken und ihre Handelsleistung zu verbessern.

Mit den aus diesen Mitteln finanzierten multilateralen Initiativen und Programmen werden folgende Maßnahmen unterstützt:

*Unterstützung der Handelspolitik, der Teilnahme an Verhandlungen und der Umsetzung der Handelsabkommen*

Maßnahmen, mit denen den Entwicklungsländern geholfen werden soll, ihre Handelspolitik festzulegen und die an der Handelspolitik beteiligten Institutionen zu stärken, einschließlich umfassender und aktualisierter Überprüfungen des Handels sowie Unterstützung zwecks Integration des Handels in ihre jeweilige Politik zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Entwicklung.

Maßnahmen, mit denen den Entwicklungsländern geholfen werden soll, die für die effiziente Teilnahme an internationalen Handelsverhandlungen und die Umsetzung internationaler Handelsübereinkommen erforderlichen Kapazitäten zu schaffen.

Forschungsmaßnahmen zum Zwecke der Beratung der politischen Entscheidungsträger in der Frage, wie sie am besten sicherstellen können, dass die spezifischen Interessen der Kleinerzeuger und Arbeitnehmer in den Entwicklungsländern in allen Politikbereichen Berücksichtigung finden, und wie sich ein Umfeld schaffen lässt, in dem die Erzeuger einen Zugang zu handelsbezogenen Nachhaltigkeitssicherungskonzepten finden.

Diese Hilfe richtet sich in erster Linie an den öffentlichen Sektor.

*Entwicklung des Handels*

Maßnahmen zur Beseitigung von Sachzwängen auf der Angebotsseite, die direkten Einfluss auf die Fähigkeit der Entwicklungsländer haben, ihre Möglichkeiten im Bereich des internationalen Handels auszuschöpfen, unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des privaten Sektors.

**KAPITEL 20 02 — HANDELSPOLITIK** *(Fortsetzung)*

***20 02 03*** *(Fortsetzung)*

Diese Mittel ergänzen die auf bestimmte geografische Regionen bezogenen Programme der Union und sollten sich nur auf multilaterale Initiativen und Programme erstrecken, die einen tatsächlichen Mehrwert für diese geografischen Programme darstellen; dies gilt insbesondere für den Integrierten Rahmenplan für die am wenigsten entwickelten Länder.

Die Kommission legt alle zwei Jahre einen Bericht über die Durchführung und die erzielten Ergebnisse sowie über die wichtigsten Resultate und Auswirkungen der im Rahmen von „Aid for Trade" geleisteten Hilfe vor. Die Kommission wird Informationen über den Gesamtbetrag aller aus dem Gesamthaushaltsplan der Union für „Aid for Trade" bereitgestellten Mittel und über den Gesamtanteil von „Aid for Trade" an der insgesamt bereitgestellten „handelsbezogenen Hilfe" zur Verfügung stellen.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 20 — HANDEL*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „HANDEL“

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „HANDEL“

KOMMISSION

*TITEL 21*

**ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT**

# TITEL 21

# ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 21 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT“ | 385 388 840 | 385 388 840 | 401 368 357 | 401 368 357 | 475 449 292,68 | 475 449 292,68 |
| 21 02 | INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI) | 2 260 039 588 | 1 638 168 193 | 2 544 242 298 | 1 862 592 152 | 2 648 068 634,19 | 1 973 047 815,39 |
| 21 03 | EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI) | 2 132 480 712 | 1 388 280 950 | 2 491 284 700 | 1 430 771 867 | 2 396 620 082,88 | 1 418 036 159,37 |
| 21 04 | EUROPÄISCHES INSTRUMENT FÜR DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE | 132 782 020 | 87 115 739 | 128 165 000 | 109 851 930 | 128 077 133,39 | 114 569 855,62 |
| 21 05 | STABILITÄTSINSTRUMENT — WELTWEITE UND REGIONENÜBERGREIFENDE BEDROHUNGEN | 82 255 223 | 47 337 395 | 74 600 000 | 47 343 278 | 68 300 000,— | 53 842 961,89 |
| 21 06 | INSTRUMENT FÜR ZUSAMMENARBEIT IM BEREICH DER NUKLEAREN SICHERHEIT (INSC) | 29 346 872 | 54 564 789 | 77 476 000 | 64 153 343 | 76 055 700,— | 66 476 410,— |
| 21 07 | PARTNERSCHAFT EUROPÄISCHE UNION-GRÖNLAND | 24 569 471 | 18 924 882 | 28 717 140 | 26 353 231 | 28 442 000,— | 26 727 652,— |
| 21 08 | WELTWEITE ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT | 36 988 018 | 22 815 000 | 36 925 000 | 25 997 562 | 35 731 660,18 | 29 471 597,62 |
| 21 09 | ABSCHLUSS VON MASSNAHMEN, DIE MITTELS DES INSTRUMENTS FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT MIT INDUSTRIELÄNDERN (ICI+) DURCHGEFÜHRT WURDEN | — | 15 724 201 | 47 900 000 | 7 363 722 | 75 500 000,— | 2 581 219,68 |
| | **Titel 21 — Insgesamt** | **5 083 850 744** | **3 658 319 989** | **5 830 678 495** | **3 975 795 442** | **5 932 244 503,32** | **4 160 202 964,25** |

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

# TITEL 21

# ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

## KAPITEL 21 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 21 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT“ | | | | | |
| ***21 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Entwicklung und Zusammenarbeit“*** | | | | | |
| 21 01 01 01 | Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit in der Generaldirektion „Entwicklung und Zusammenarbeit“ — EuropeAid | 5.2 | 72 544 078 | 75 375 653 | 76 082 383,36 | 104,88 |
| 21 01 01 02 | Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit in der Generaldirektion „Entwicklung und Zusammenarbeit“ — EuropeAid in den Delegationen der Union | 5.2 | 84 843 704 | 90 137 465 | 82 340 649,18 | 97,05 |
| | *Artikel 21 01 01 — Subtotal* | | 157 387 782 | 165 513 118 | 158 423 032,54 | 100,66 |
| ***21 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Entwicklung und Zusammenarbeit“*** | | | | | |
| 21 01 02 01 | Externes Personal der Generaldirektion „Entwicklung und Zusammenarbeit“ — EuropeAid | 5.2 | 2 855 858 | 3 906 849 | 4 476 261,22 | 156,74 |
| 21 01 02 02 | Externes Personal der Generaldirektion „Entwicklung und Zusammenarbeit“ — EuropeAid in den Delegationen der Union | 5.2 | 1 676 016 | 1 314 748 | 1 404 588,— | 83,81 |
| 21 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion „Entwicklung und Zusammenarbeit“ — EuropeAid | 5.2 | 5 886 585 | 6 379 288 | 6 706 991,18 | 113,94 |
| 21 01 02 12 | Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion „Entwicklung und Zusammenarbeit“ — EuropeAid in den Delegationen der Union | 5.2 | 3 763 616 | 4 277 589 | 4 316 278,— | 114,68 |
| | *Artikel 21 01 02 — Subtotal* | | 14 182 075 | 15 878 474 | 16 904 118,40 | 119,19 |

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT“** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| ***21 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen, Gebäude und Nebenkosten im Politikbereich „Entwicklung und Zusammenarbeit“*** | | | | | |
| 21 01 03 01 | Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen der Generaldirektion „Entwicklung und Zusammenarbeit“ — EuropeAid | 5.2 | 4 695 695 | 4 770 054 | 5 585 347,78 | 118,95 |
| 21 01 03 02 | Ausgaben für Gebäude und Nebenkosten der Generaldirektion „Entwicklung und Zusammenarbeit“ — EuropeAid in den Delegationen der Union | 5.2 | 32 938 822 | 35 424 800 | 34 456 890,— | 104,61 |
| | *Artikel 21 01 03 — Subtotal* | | 37 634 517 | 40 194 854 | 40 042 237,78 | 106,40 |
| ***21 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Entwicklung und Zusammenarbeit“*** | | | | | |
| 21 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für das Instrument für Entwicklungszusammenarbeit (DCI) | 4 | 97 496 612 | 103 818 457 | 105 993 146,16 | 108,71 |
| 21 01 04 02 | Unterstützungsausgaben für das Europäische Nachbarschaftsinstrument (ENI) | 4 | 59 351 299 | 56 556 454 | 55 479 627,36 | 93,48 |
| 21 01 04 03 | Unterstützungsausgaben für das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) | 4 | 10 390 810 | 10 456 000 | 10 163 199,81 | 97,81 |
| 21 01 04 04 | Unterstützungsausgaben für das Stabilitätsinstrument (IfS) | 4 | 2 087 745 | 1 965 000 | 3 274 734,96 | 156,86 |
| 21 01 04 05 | Unterstützungsausgaben für das Instrument für Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit (INSC) | 4 | 1 200 000 | 1 400 000 | 1 276 743,— | 106,40 |
| 21 01 04 06 | Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Grönland | 4 | 249 000 | 275 000 | 227 219,— | 91,25 |
| 21 01 04 07 | Unterstützungsausgaben für den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) | 4 | p.m. | p.m. | 79 600 233,67 | — |
| | *Artikel 21 01 04 — Subtotal* | | 170 775 466 | 174 470 911 | 256 014 903,96 | 149,91 |
| ***21 01 06*** | ***Exekutivagenturen*** | | | | | |
| 21 01 06 01 | Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ — Beitrag aus Mitteln des Instruments für Entwicklungszusammenarbeit (DCI) | 4 | 2 296 000 | 1 544 000 | 1 332 000,— | 58,01 |

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT“** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 21 01 06 02 | Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ — Beitrag aus Mitteln des Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ENI) | 4 | 3 113 000 | 3 767 000 | 2 733 000,— | 87,79 |
| | *Artikel 21 01 06 — Subtotal* | | 5 409 000 | 5 311 000 | 4 065 000,— | 75,15 |
| | **Kapitel 21 01 — Insgesamt** | | **385 388 840** | **401 368 357** | **475 449 292,68** | **123,37** |

***21 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Entwicklung und Zusammenarbeit“***

21 01 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit in der Generaldirektion „Entwicklung und Zusammenarbeit“ — EuropeAid

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 72 544 078 | 75 375 653 | 76 082 383,36 |

21 01 01 02 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit in der Generaldirektion „Entwicklung und Zusammenarbeit“ — EuropeAid in den Delegationen der Union

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 84 843 704 | 90 137 465 | 82 340 649,18 |

***21 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Entwicklung und Zusammenarbeit“***

21 01 02 01 Externes Personal der Generaldirektion „Entwicklung und Zusammenarbeit“ — EuropeAid

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 855 858 | 3 906 849 | 4 476 261,22 |

21 01 02 02 Externes Personal der Generaldirektion „Entwicklung und Zusammenarbeit“ — EuropeAid in den Delegationen der Union

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 676 016 | 1 314 748 | 1 404 588,— |

21 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion „Entwicklung und Zusammenarbeit“ — EuropeAid

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 886 585 | 6 379 288 | 6 706 991,18 |

**KAPITEL 21 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT“** *(Fortsetzung)*

***21 01 02*** *(Fortsetzung)*

21 01 02 12 Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion „Entwicklung und Zusammenarbeit“ — EuropeAid in den Delegationen der Union

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 763 616 | 4 277 589 | 4 316 278,— |

***21 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen, Gebäude und Nebenkosten im Politikbereich „Entwicklung und Zusammenarbeit“***

21 01 03 01 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen der Generaldirektion „Entwicklung und Zusammenarbeit“ — EuropeAid

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 695 695 | 4 770 054 | 5 585 347,78 |

21 01 03 02 Ausgaben für Gebäude und Nebenkosten der Generaldirektion „Entwicklung und Zusammenarbeit“ — EuropeAid in den Delegationen der Union

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 32 938 822 | 35 424 800 | 34 456 890,— |

***21 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Entwicklung und Zusammenarbeit“***

21 01 04 01 Unterstützungsausgaben für das Instrument für Entwicklungszusammenarbeit (DCI)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 97 496 612 | 103 818 457 | 105 993 146,16 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 01 04 01 und 21 01 04 01*

Diese Mittel sind bestimmt für:

— Ausgaben für technische und administrative Unterstützungsleistungen, die keine hoheitlichen Aufgaben beinhalten und von der Kommission im Rahmen von punktuellen Dienstleistungsverträgen zum gegenseitigen Nutzen der Kommission und der Empfänger vergeben werden;

— Ausgaben für externes Personal am Kommissionssitz (Vertragsbedienstete, abgeordnete nationale Sachverständige oder Leiharbeitskräfte), das die Aufgaben übernehmen soll, mit denen zuvor die nunmehr abgeschafften Büros für technische Hilfe betraut waren; die Ausgaben für externes Personal am Hauptsitz sind auf 7 600 714 EUR begrenzt. Diesem Schätzwert liegen die voraussichtlichen jährlichen Kosten pro Mannjahr zugrunde, wovon 93 % für die Gehälter der betreffenden Mitarbeiter und 7 % für die Kosten der für diese Mitarbeiter anfallenden Fortbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Informationstechnologie- und Telekommunikationseinrichtungen bestimmt sind;

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT“** *(Fortsetzung)*

***21 01 04*** *(Fortsetzung)*

21 01 04 01 *(Fortsetzung)*

— Ausgaben für externes Personal in den Delegationen der Union (Vertragsbedienstete, örtliche Bedienstete oder abgeordnete nationale Sachverständige), das dort Tätigkeiten im Rahmen der Verlagerung der Programmverwaltung in die Delegationen der Union in Drittländern (Dekonzentration) oder im Zuge der Rückübernahme der bislang von den nunmehr abgeschafften Büros für technische Hilfe wahrgenommenen Aufgaben ausführt; dazu kommen die zusätzlichen Logistik- und Infrastrukturkosten u. a. für Fortbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen, Informationstechnologie und Telekommunikation und Mieten, die unmittelbar durch die Anwesenheit des aus Mitteln dieses Postens besoldeten externen Personals in den Delegationen der Union entstehen;

— Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzung des Programms stehen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und Drittländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge werden unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung in der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung festgelegt und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Diese Mittel decken die die unter Kapitel 21 02 anfallenden Unterstützungsausgaben.

21 01 04 02 Unterstützungsausgaben für das Europäische Nachbarschaftsinstrument (ENI)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 59 351 299 | 56 556 454 | 55 479 627,36 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 01 04 02*

Diese Mittel sind bestimmt für:

— Ausgaben für technische und administrative Unterstützungsleistungen, die keine hoheitlichen Aufgaben beinhalten und von der Kommission im Rahmen von punktuellen Dienstleistungsverträgen zum gegenseitigen Nutzen der Kommission und der Empfänger vergeben werden;

— Ausgaben für externes Personal am Hauptsitz (Vertragsbedienstete, abgeordnete nationale Sachverständige oder Zeitarbeitskräfte), das die Aufgaben übernehmen soll, mit denen zuvor die nunmehr abgeschafften Büros für technische Hilfe betraut waren; die Ausgaben für externes Personal am Hauptsitz sind auf 4 846 907 EUR begrenzt. Diesem Schätzwert liegen die voraussichtlichen jährlichen Kosten pro Mannjahr zugrunde, wovon 93 % für die Gehälter der betreffenden Mitarbeiter und 7 % für die Kosten der für diese Mitarbeiter anfallenden Fortbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen, Informationstechnologie (IT) und Telekommunikationseinrichtungen bestimmt sind;

— Ausgaben für externes Personal in den Delegationen der Union (Vertragsbedienstete, örtliche Bedienstete oder abgeordnete nationale Sachverständige), das dort Tätigkeiten im Rahmen der Verlagerung der Programmverwaltung in die Delegationen der Union in Drittländern (Dekonzentration) oder im Zuge der Rückübernahme der bislang von den nunmehr abgeschafften Büros für technische Hilfe wahrgenommenen Aufgaben ausführt; dazu kommen die zusätzlichen Logistik- und Infrastrukturkosten u. a. für Fortbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen, Informationstechnologie und Telekommunikation und Mieten, die unmittelbar durch die Anwesenheit des aus Mitteln dieses Postens besoldeten externen Personals in den Delegationen entstehen;

— Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationssysteme und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzung des Programms stehen.

**KAPITEL 21 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT“** *(Fortsetzung)*

***21 01 04*** *(Fortsetzung)*

21 01 04 02 *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Agenturen, Einrichtungen und natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge werden unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung in der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung festgelegt und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Diese Mittel decken die unter Kapitel 21 03 anfallenden Unterstützungsausgaben.

21 01 04 03 Unterstützungsausgaben für das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 10 390 810 | 10 456 000 | 10 163 199,81 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 01 04 07 (teilweise)*

Diese Mittel sind bestimmt für:

— Ausgaben für technische und administrative Unterstützungsleistungen, die keine hoheitlichen Aufgaben beinhalten und von der Kommission im Rahmen von punktuellen Dienstleistungsverträgen zum gegenseitigen Nutzen der Kommission und der Empfänger vergeben werden;

— Ausgaben für externes Personal am Hauptsitz (Vertragsbedienstete, abgeordnete nationale Sachverständige oder Zeitarbeitskräfte), das die Aufgaben übernehmen soll, mit denen zuvor die nunmehr abgeschafften Büros für technische Hilfe betraut waren; die Ausgaben für externes Personal am Hauptsitz sind auf 1 613 273 EUR begrenzt. Diesem Schätzwert liegen die voraussichtlichen jährlichen Kosten pro Mannjahr zugrunde, wovon 95 % für die Gehälter der betreffenden Mitarbeiter und 5 % für die Kosten der für diese Mitarbeiter anfallenden Fortbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen, Informationstechnologie (IT) und Telekommunikationseinrichtungen bestimmt sind;

— Ausgaben für externes Personal in den Delegationen der Union (Vertragsbedienstete, örtliche Bedienstete oder abgeordnete nationale Sachverständige), das dort Tätigkeiten im Rahmen der Verlagerung der Programmverwaltung in die Delegationen der Union in Drittländern (Dekonzentration) oder im Zuge der Rückübernahme der bislang von den nunmehr abgeschafften Büros für technische Hilfe wahrgenommenen Aufgaben ausführt; dazu kommen die zusätzlichen Logistik- und Infrastrukturkosten u. a. für Fortbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen, Informationstechnologie und Telekommunikation und Mieten, die unmittelbar durch die Anwesenheit des aus Mitteln dieses Postens besoldeten externen Personals in den Delegationen entstehen;

— Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationssysteme und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzung des Programms stehen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und Drittländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge werden unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung in der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung festgelegt und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Diese Mittel decken die unter Kapitel 21 04 anfallenden Unterstützungsausgaben.

KOMMISSION

*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT“** *(Fortsetzung)*

***21 01 04*** *(Fortsetzung)*

21 01 04 04 Unterstützungsausgaben für das Stabilitätsinstrument (IfS)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 087 745 | 1 965 000 | 3 274 734,96 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 01 04 03 (teilweise)*

Diese Mittel sind bestimmt für:

— Ausgaben für technische und administrative Unterstützungsleistungen, die keine hoheitlichen Aufgaben beinhalten und von der Kommission im Rahmen von punktuellen Dienstleistungsverträgen zum gegenseitigen Nutzen der Kommission und der Empfänger vergeben werden;

— Ausgaben für externes Personal in den Delegationen der Union (Vertragsbedienstete, örtliche Bedienstete oder abgeordnete nationale Sachverständige), das dort Tätigkeiten im Rahmen der Verlagerung der Programmverwaltung in die Delegationen der Union in Drittländern oder im Zuge der Rückübernahme der bislang von den Büros für technische Hilfe wahrgenommenen Aufgaben ausführt; dazu kommen die zusätzlichen Kosten für Logistik und Infrastruktur (Fortbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen, Informationstechnologie und Telekommunikation, Mieten), die durch die Anwesenheit des aus Mitteln dieses Postens besoldeten externen Personals in den Delegationen entstehen;

— Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Information und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzung des Programms stehen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und Drittländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge werden unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung in der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung festgelegt und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Diese Mittel decken die unter Kapitel 21 05 anfallenden Unterstützungsausgaben.

21 01 04 05 Unterstützungsausgaben für das Instrument für Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit (INSC)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 200 000 | 1 400 000 | 1 276 743,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 01 04 06*

Die Mittel sind bestimmt für:

— Ausgaben für technische und administrative Unterstützungsleistungen, die keine hoheitlichen Aufgaben beinhalten und von der Kommission im Rahmen von punktuellen Dienstleistungsverträgen zum gegenseitigen Nutzen der Kommission und der Empfänger vergeben werden;

— Ausgaben für externes Personal am Hauptsitz (Vertragsbedienstete, abgeordnete nationale Sachverständige oder Zeitarbeitskräfte), das die Aufgaben übernehmen soll, mit denen zuvor die nunmehr abgeschafften Büros für technische Hilfe betraut waren; die Ausgaben für externes Personal am Hauptsitz sind auf 968 300 EUR begrenzt. Diesem Schätzwert liegen die voraussichtlichen jährlichen Kosten pro Mannjahr zugrunde, wovon 93 % für die Gehälter der betreffenden Mitarbeiter und 7 % für die Kosten der für diese Mitarbeiter anfallenden Fortbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen, Informationstechnologie (IT) und Telekommunikationseinrichtungen bestimmt sind;

— Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationssysteme und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzung des Programms stehen.

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT“** *(Fortsetzung)*

***21 01 04*** *(Fortsetzung)*

21 01 04 05 *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und Drittländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge werden unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung in der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung festgelegt und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Diese Mittel decken die unter Kapitel 21 06 anfallenden Unterstützungsausgaben.

21 01 04 06 Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Grönland

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 249 000 | 275 000 | 227 219,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 21 01 04 20*

Diese Mittel sind bestimmt für:

— Ausgaben für technische und administrative Unterstützungsleistungen, die keine hoheitlichen Aufgaben beinhalten und von der Kommission im Rahmen von punktuellen Dienstleistungsverträgen zum gegenseitigen Nutzen der Kommission und der Empfänger vergeben werden;

— Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Information und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms stehen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und Drittländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge werden unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung in der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung festgelegt und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Diese Mittel sind zur Deckung der unter Kapitel 21 07 anfallenden Unterstützungsausgaben bestimmt.

21 01 04 07 Unterstützungsausgaben für den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 79 600 233,67 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 21 01 04 10*

Diese Mittel sind für die Deckung von Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben bestimmt, über die im Rahmen des Neunten und Zehnten Europäischen Entwicklungsfonds beschlossen wird.

Aus den Beiträgen der Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) zu den gemeinsamen Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben, die bei Artikel 6 3 2 des Einnahmenplans veranschlagt werden, können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Die zusätzlichen Mittel werden bei Posten 21 01 04 07 eingesetzt.

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT“** *(Fortsetzung)*

***21 01 04*** *(Fortsetzung)*

21 01 04 07 *(Fortsetzung)*

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden mit 60 000 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21 Absatz 2.

***21 01 06 Exekutivagenturen***

21 01 06 01 Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ — Beitrag aus Mitteln des Instruments für Entwicklungszusammenarbeit (DCI)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 296 000 | 1 544 000 | 1 332 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 01 04 30 (teilweise)*

Diese Mittel sind bestimmt für die Deckung der Betriebskosten der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur im Zusammenhang mit der Verwaltung operativer Programme im Bereich Außenbeziehungen (Rubrik 4), die ihr im Rahmen der vormaligen Kapitel 19 06, 19 09 und 19 10 übertragen wurde, sowie zur Deckung der Betriebskosten für bestimmte Maßnahmen des Programms „Erasmus für alle“ zur Förderung der internationalen Dimension der Hochschulbildung und für bestimmte Maßnahmen des operativen Programms nach Kapitel 21 02.

Der Stellenplan der Exekutivagentur ist im Anhang „Stellenplan“ zu diesem Einzelplan enthalten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung von „Erasmus+“, dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1719/2006/EG, Nr. 1720/2006/EG und Nr. 1298/2008/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 50).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (KOM(2011) 840 final), insbesondere Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a und Buchstabe b Ziffer i.

Durchführungsbeschluss 2013/776/EU der Kommission vom 18. Dezember 2013 zur Einrichtung der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/336/EG (ABl. L 343 vom 19.12.2013, S. 46).

Beschluss C(2013)9189 der Kommission vom 18. Dezember 2013 zur Übertragung bestimmter Befugnisse auf die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Programme der Union in den Bereichen Bildung, Audiovisuelles und Kultur sowie insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von Mitteln des Gesamthaushaltsplans der Union und der EEF-Zuweisungen.

**KAPITEL 21 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT“** *(Fortsetzung)*

***21 01 06*** *(Fortsetzung)*

21 01 06 02 Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ — Beitrag aus Mitteln des Europäischen Nachbarschaftsinstrumente (ENI)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 113 000 | 3 767 000 | 2 733 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 01 04 30 (teilweise)*

Diese Mittel sind bestimmt für die Deckung der Betriebskosten der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur im Zusammenhang mit der Verwaltung operativer Programme im Bereich Außenbeziehungen (Rubrik 4), die ihr im Rahmen des vormaligen Kapitels 19 08 10 übertragen wurde, sowie zur Deckung der Betriebskosten für bestimmte Maßnahmen des Programms „Erasmus für alle“ zur Förderung der internationalen Dimension der Hochschulbildung und für bestimmte Maßnahmen des operativen Programms nach Kapitel 21 03 (Rubrik 4).

Der Stellenplan der Exekutivagentur ist im Anhang „Stellenplan“ dieses Einzelplans enthalten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1638/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung von „Erasmus+“, dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1719/2006/EG, Nr. 1720/2006/EG und Nr. 1298/2008/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 50).

*Verweise*

Durchführungsbeschluss 2013/776/EU der Kommission vom 18. Dezember 2013 zur Einrichtung der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/336/EG (ABl. L 343 vom 19.12.2013, S. 46).

Beschluss C(2013)9189 der Kommission vom 18. Dezember 2013 zur Übertragung bestimmter Befugnisse auf die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Programme der Union in den Bereichen Bildung, Audiovisuelles und Kultur sowie insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von Mitteln des Gesamthaushaltsplans der Union und der EEF-Zuweisungen.

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (KOM(2011) 839) und insbesondere Artikel 18 Absatz 3.

KOMMISSION

*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 21 02 | INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI) | | | | | | | | |
| ***21 02 07*** | ***Globale Kollektivgüter und Herausforderungen sowie Armutsbekämpfung, nachhaltige Entwicklung und Demokratie*** | | | | | | | | |
| 21 02 07 03 | Umwelt und Klimawandel | 4 | 163 093 980 | 18 607 187 | | | | | — |
| 21 02 07 04 | Nachhaltige Energie | 4 | 82 851 742 | 9 379 233 | | | | | — |
| 21 02 07 05 | Menschliche Entwicklung | 4 | 163 093 980 | 18 607 187 | | | | | — |
| 21 02 07 06 | Ernährungssicherheit und nachhaltige Landwirtschaft | 4 | 197 017 527 | 23 750 638 | | | | | — |
| 21 02 07 07 | Migration und Asyl | 4 | 46 318 690 | 5 294 728 | | | | | — |
| | *Artikel 21 02 07 — Subtotal* | | 652 375 919 | 75 638 973 | | | | | — |
| ***21 02 08*** | ***Finanzierungsinitiativen für Entwicklungsmaßnahmen von oder für Organisationen der Zivilgesellschaft und kommunale Behörden*** | | | | | | | | |
| 21 02 08 03 | Zivilgesellschaft in der Entwicklungszusammenarbeit | 4 | 212 398 533 | 2 994 291 | | | | | — |
| 21 02 08 04 | Kommunale Behörden in der Entwicklungszusammenarbeit | 4 | 36 366 417 | 184 362 | | | | | — |
| | *Artikel 21 02 08 — Subtotal* | | 248 764 950 | 3 178 653 | | | | | — |
| ***21 02 09*** | ***Naher und Mittlerer Osten*** | 4 | 51 182 356 | 3 348 633 | | | | | — |
| ***21 02 10*** | ***Zentralasien*** | 4 | 71 570 570 | 3 535 685 | | | | | — |
| ***21 02 11*** | ***Panafrikanisches Programm zur Unterstützung der Gemeinsamen Strategie Afrika-EU*** | 4 | 97 577 288 | 31 380 011 | | | | | — |
| ***21 02 12*** | ***Unterstützung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern und den in Entwicklung befindlichen Gebieten und Regionen in Lateinamerika*** | 4 | 259 304 272 | 7 079 077 | | | | | — |
| ***21 02 13*** | ***Unterstützung der Zusammenarbeit mit Südafrika*** | 4 | 25 978 230 | 147 040 | | | | | — |
| ***21 02 14*** | ***Asien*** | 4 | 537 057 123 | 16 695 125 | | | | | — |
| ***21 02 15*** | ***Afghanistan*** | 4 | 203 496 806 | 5 565 042 | | | | | — |
| ***21 02 20*** | ***Erasmus+ — Beitrag aus Mitteln des Instruments für Entwicklungszusammenarbeit (DCI)*** | 4 | 93 900 074 | 3 283 687 | | | | | — |
| ***21 02 30*** | ***Abkommen mit der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) und anderen Organen der Vereinten Nationen*** | 4 | 332 000 | 332 000 | 326 000 | 322 225 | 325 207,— | 325 207,— | 97,95 |
| ***21 02 40*** | ***Rohstoffabkommen*** | 4 | 4 800 000 | 3 565 916 | 5 155 000 | 2 624 253 | 3 590 407,25 | 3 590 407,25 | 100,69 |

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| ***21 02 51*** | ***Abschluss von Maßnahmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (aus der Zeit vor 2014)*** | | | | | | | | |
| 21 02 51 01 | Zusammenarbeit mit Drittländern in den Bereichen Migration und Asyl | 4 | — | 18 900 000 | 58 000 000 | 31 629 412 | 58 735 569,22 | 43 344 537,32 | 229,34 |
| 21 02 51 02 | Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Lateinamerika | 4 | — | 226 200 000 | 371 064 000 | 293 386 429 | 370 137 966,81 | 288 904 816,23 | 127,72 |
| 21 02 51 03 | Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Asien, einschließlich in Zentralasien und dem Nahen und Mittleren Osten | 4 | — | 529 564 664 | 863 990 519 | 602 853 787 | 890 711 982,32 | 589 195 303,15 | 111,26 |
| 21 02 51 04 | Ernährungssicherheit | 4 | — | 124 800 000 | 258 629 000 | 179 991 121 | 247 980 781,90 | 217 764 936,86 | 174,49 |
| 21 02 51 05 | Nichtstaatliche Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit | 4 | — | 167 700 000 | 244 400 000 | 200 450 589 | 231 901 429,08 | 224 038 443,73 | 133,59 |
| 21 02 51 06 | Umwelt und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, einschließlich Energie | 4 | — | 97 422 000 | 217 150 000 | 122 563 971 | 209 151 608,61 | 152 907 681,52 | 156,95 |
| 21 02 51 07 | Menschliche und soziale Entwicklung | 4 | — | 61 308 000 | 194 045 000 | 102 952 336 | 160 729 121,— | 155 477 135,19 | 253,60 |
| 21 02 51 08 | Geografische Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten | 4 | — | 245 700 000 | 328 982 779 | 309 651 345 | 472 804 561,— | 287 600 551,23 | 117,05 |
| | *Artikel 21 02 51 — Subtotal* | | — | 1 471 594 664 | 2 536 261 298 | 1 843 478 990 | 2 642 153 019,94 | 1 959 233 405,23 | 133,14 |
| ***21 02 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 21 02 77 01 | Vorbereitende Maßnahme — Zusammenarbeit mit Ländern der mittleren Einkommensgruppe in Lateinamerika | 4 | — | 375 000 | p.m. | 500 000 | 0,— | 340 734,38 | 90,86 |
| 21 02 77 02 | Vorbereitende Maßnahme — Austausch mit Indien im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und im Wissenschaftsbereich | 4 | — | 952 768 | p.m. | 3 600 000 | 0,— | 1 666 935,80 | 174,96 |
| 21 02 77 03 | Vorbereitende Maßnahme — Austausch mit China im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und im Wissenschaftsbereich | 4 | — | 815 562 | p.m. | 3 700 000 | 0,— | 2 922 417,21 | 358,33 |
| 21 02 77 04 | Vorbereitende Maßnahme — Zusammenarbeit mit Ländern der mittleren Einkommensgruppe in Asien | 4 | — | 515 825 | p.m. | 550 000 | 0,— | 921 246,67 | 178,60 |
| 21 02 77 05 | Vorbereitende Maßnahme — Europäische Union-Asien — Integration der Konzeption und der Durchführung von Politik | 4 | — | 281 080 | p.m. | 300 000 | 0,— | 0,— | 0,— |
| 21 02 77 06 | Pilotprojekt — Finanzmittel für die landwirtschaftliche Erzeugung | 4 | — | 75 000 | p.m. | 514 000 | 0,— | 506 576,70 | 675,44 |

KOMMISSION

*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 21 02 77 07 | Vorbereitende Maßnahme — Regionales afrikanisches Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen für den Bereich Millenniums-Entwicklungsziel 5 | 4 | — | 375 000 | p.m. | 500 000 | 2 000 000,— | 0,— | 0,— |
| 21 02 77 08 | Vorbereitende Maßnahme — Wasserbewirtschaftung in den Entwicklungsländern | 4 | — | 1 200 000 | p.m. | 1 500 000 | 0,— | 1 994 360,— | 166,20 |
| 21 02 77 09 | Pilotprojekt — Qualitatives und quantitatives Monitoring von Ausgaben im Gesundheits- und Bildungsbereich | 4 | — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 195 860,15 | — |
| 21 02 77 10 | Vorbereitende Maßnahme — Technologietransfer im Arzneimittelbereich zugunsten der Entwicklungsländer | 4 | — | 375 000 | p.m. | 1 385 000 | 0,— | 0,— | 0,— |
| 21 02 77 11 | Vorbereitende Maßnahme — Forschung und Entwicklung im Bereich armutsbedingter, tropischer und vernachlässigter Krankheiten | 4 | — | 300 000 | p.m. | 1 270 000 | 0,— | 1 190 665,— | 396,89 |
| 21 02 77 12 | Pilotprojekt — Verbesserte Gesundheitsfürsorge für Opfer sexueller Gewalt in der Demokratischen Republik Kongo | 4 | — | 358 452 | p.m. | 400 000 | 0,— | 160 000,— | 44,64 |
| 21 02 77 13 | Vorbereitende Maßnahme — Verbesserte Gesundheitsfürsorge für Opfer sexueller Gewalt in der Demokratischen Republik Kongo | 4 | 2 000 000 | 1 200 000 | 1 500 000 | 1 250 000 | 0,— | 0,— | 0,— |
| 21 02 77 14 | Globaler Dachfonds für Energieeffizienz und erneuerbare Energien (GEEREF) | 4 | — | — | p.m. | 197 684 | 0,— | 0,— | — |
| 21 02 77 15 | Pilotprojekt — Strategische Investitionen in dauerhaften Frieden und dauerhafte Demokratisierung im Raum am Horn von Afrika | 4 | 1 250 000 | 775 000 | 1 000 000 | 500 000 | | | — |
| 21 02 77 16 | Pilotprojekt — Stärkung der Veterinärdienste in Entwicklungsländern | 4 | 2 000 000 | 1 000 000 | | | | | — |
| 21 02 77 17 | Pilotprojekt — Soziale Verantwortung der Unternehmen und Zugang zu freiwilliger Familienplanung für Fabrikarbeiter in Entwicklungsländern | 4 | 750 000 | 375 000 | | | | | — |
| 21 02 77 18 | Pilotprojekt — Investitionen in dauerhaften Frieden und in den Wiederaufbau von Gemeinden im Departamento Cauca (Kolumbien) | 4 | 1 500 000 | 750 000 | | | | | — |
| 21 02 77 19 | Vorbereitende Maßnahme — Stärkung der Widerstandsfähigkeit zugunsten einer besseren Gesundheit von Nomadengemeinschaften in Post-Krisensituationen in der Sahel-Region | 4 | 3 000 000 | 1 500 000 | | | | | — |

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 21 02 77 20 | Vorbereitende Maßnahme — Sozioökonomische Wiedereingliederung der im Sexgebewerbe tätigen Kinder und Frauen, die in den Bergbauvierteln von Luhwindja (Provinz Süd-Kivu) im Osten der Demokratischen Republik Kongo leben | 4 | 2 200 000 | 1 100 000 | | | | | — |
| 21 02 77 21 | Vorbereitende Maßnahme — Aufbau und Stärkung lokaler Partnerschaften zur Entwicklung der Sozialwirtschaft und zur Einrichtung von Sozialunternehmen im östlichen Afrika | 4 | 1 000 000 | 500 000 | | | | | — |
| | *Artikel 21 02 77 — Subtotal* | | 13 700 000 | 12 823 687 | 2 500 000 | 16 166 684 | 2 000 000,— | 9 898 795,91 | 77,19 |
| | **Kapitel 21 02 — Insgesamt** | | **2 260 039 588** | **1 638 168 193** | **2 544 242 298** | **1 862 592 152** | **2 648 068 634,19** | **1 973 047 815,39** | **120,44** |

*Erläuterungen*

Hauptziel der Entwicklungspolitik der Union ist, wie im Vertrag festgelegt, die Bekämpfung der Armut. Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik als allgemeiner politischer Rahmen liefert eine Orientierungshilfe und bildet den Schwerpunkt für die Umsetzung der DCI-Verordnung.

Die unter diesem Kapitel eingesetzten Mittel dienen zur weiteren Verringerung der Armut, zur nachhaltigen Entwicklung sowie zur Durchsetzung und Wahrnehmung der Menschenrechte, wozu auch die in den Millenniums-Entwicklungszielen und dem in Entstehen begriffenen internationalen Entwicklungsrahmen für die Zeit nach 2015 verankerten Rechte zählen. Zu diesem Zweck wird ein Teil der Mittel für die Förderung und Festigung der Demokratie, der Rechtstaatlichkeit und der guten Regierungsführung verwendet. Gegebenenfalls sind Synergien mit anderen Außenhilfeinstrumenten der Union einzugehen, ohne dabei die vorstehend genannten grundlegenden Ziele aus dem Auge zu verlieren.

100 % der Ausgaben im Rahmen der geografischen Programme und mindestens 95 % der Ausgaben im Rahmen der thematischen Programme müssen die vom Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aufgestellten Kriterien für die öffentliche Entwicklungshilfe erfüllen.

Allgemein gilt, dass mindestens 20 % der Mittel für die soziale Grundversorgung verwendet werden sollten.

### *21 02 07 Globale Kollektivgüter und Herausforderungen sowie Armutsbekämpfung, nachhaltige Entwicklung und Demokratie*

*Erläuterungen*

Dieses Programm soll in erster Linie den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern und den am stärksten benachteiligten Bevölkerungsteilen in den unter die DCI-Verordnung fallenden Ländern zugutekommen.

Die Mittel dienen der Finanzierung der Armutsminderung und der Förderung der nachhaltigen Entwicklung als Komponente des thematischen Programms „Globale öffentliche Güter und Herausforderungen“. Ziel des Programms ist die Unterstützung einer breitenwirksamen nachhaltigen Entwicklung durch eine flexible und bereichsübergreifende Befassung mit den wichtigsten globalen öffentlichen Gütern und Herausforderungen. Die wichtigsten Tätigkeitsbereiche betreffen u. a. Umwelt und Klimawandel, nachhaltige Energie, menschliche Entwicklung (einschließlich Gesundheit, Bildung, Geschlechtergleichstellung, Beschäftigung, Qualifikationen, Sozialschutz und soziale Inklusion sowie Aspekte mit Bezug zur Wirtschaftsentwicklung wie Wachstum, Arbeitsplätze, Handel und Beteiligung des Privatsektors), Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit, nachhaltige Landwirtschaft sowie Migration und Asyl. Dieses thematische Programm wird ein rasches Reagieren auf unvorhergesehene Ereignisse und globale Krisen ermöglichen, die die ärmsten Bevölkerungsgruppen betreffen. Durch die bereichsübergreifende Förderung von Synergien wird das Programm zur Verringerung der Aufsplitterung der Entwicklungszusammenarbeit der Union und zu mehr Kohärenz und Komplementarität mit anderen Programmen und Instrumenten der Union führen.

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 07*** *(Fortsetzung)*

21 02 07 03 Umwelt und Klimawandel

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 163 093 980 | 18 607 187 | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der finanziellen Unterstützung von Maßnahmen im Rahmen des Unterthemas „Umwelt und Klimawandel" des thematischen Programms „Globale Kollektivgüter und Herausforderungen".

Sie sind insbesondere zu verwenden, um den Schutz der Biodiversität und Ökosysteme, die nachhaltige Verwaltung von Land und Gewässern und die Widerstandsfähigkeit gegenüber mit dem Klimawandel zusammenhängenden Phänomenen, wie häufigeres Vorkommen von extremen Wetterverhältnissen, zu fördern. Hierbei sind maßgebliche Regierungsfragen zu beachten und die Verfolgung einschlägiger globaler Ziele, wie die Nachhaltigkeitsziele gemäß dem Entwicklungsrahmen für die die Zeit nach 2015, zu unterstützen.

Ein Teil dieser Mittel ist für die durchgängige Berücksichtigung der Verminderung des Katastrophenrisikos auf der Grundlage der Eigenverantwortung und nationaler Strategien der katastrophenanfälligen Länder zu verwenden.

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen und insbesondere eine Finanzierung in Form von Sachleistungen durch CESES als Beitrag zu Unionsprojekten zu berücksichtigen.

Zur Sicherstellung voller finanzieller Transparenz gemäß der Artikel 53 bis 56 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates setzt die Kommission, wenn sie Vereinbarungen über die Verwaltung und Durchführung von Projekten durch internationale Organisationen abschließt oder abändert, alles daran, damit diese sich verpflichten, alle ihre Unterlagen über interne und externe Rechnungsprüfungen im Zusammenhang mit der Verwendung von Unionsmitteln dem Europäischen Rechnungshof und dem Internen Prüfer der Kommission zu übermitteln.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der Union finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Bei diesen Beträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung, machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus und können durch Beiträge aus Treuhandfonds der Union ergänzt werden.

Wird die Hilfe im Wege einer Budgethilfe geleistet, unterstützt die Kommission in Übereinstimmung mit Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 die Anstrengungen von Partnerländern zur Entwicklung parlamentarischer Aufsichts- und Prüfkapazitäten und zur Erhöhung der Transparenz. Die Mittel dieses Artikels unterliegen den in Artikel 33 der Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 vorgesehenen Bewertungen. Diese Bewertungen umfassen die Aspekte Input-Aktivitäten und Ergebniskette (Output, Ergebnis, Wirkung). Die Ergebnisse der Bewertungen werden bei der Festlegung der anschließend mit diesen Mitteln finanzierten Maßnahmen berücksichtigt.

*Verweise*

Verhandlungsposition des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final — C7-0493/2011-2011/0406(COD)).

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 07*** *(Fortsetzung)*

21 02 07 04 Nachhaltige Energie

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 82 851 742 | 9 379 233 | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der finanziellen Unterstützung von Maßnahmen im Rahmen des Unterthemas „Nachhaltige Energie" des thematischen Programms „Globale Kollektivgüter und Herausforderungen".

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen und insbesondere eine Finanzierung in Form von Sachleistungen durch CESES als Beitrag zu Unionsprojekten zu berücksichtigen.

Sie sind zu verwenden, um den Zugang zu verlässlichen, sicheren, erschwinglichen, sauberen und nachhaltigen Energiedienstleistungen als treibende Kraft für Armutsbeseitigung sowie breitenwirksames Wachstum und Entwicklung mit einem besonderem Schwerpunkt auf der Nutzung lokaler und regionaler nachhaltiger Energiequellen zu fördern und diesen Zugang für arme Bevölkerungsteile in abgelegenen Regionen zu gewährleisten.

Zur Sicherstellung voller finanzieller Transparenz im Rahmen der Artikel 53 bis 56 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates setzt die Kommission, wenn sie Vereinbarungen über die Verwaltung und Durchführung von Projekten durch internationale Organisationen abschließt oder abändert, alles daran, damit diese sich verpflichten, alle ihre Unterlagen über interne und externe Rechnungsprüfungen im Zusammenhang mit der Verwendung der Unionsmittel dem Europäischen Rechnungshof und dem Internen Prüfer der Kommission zu übermitteln.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der Union finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Bei diesen Beträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung, machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus und können durch Beiträge aus Treuhandfonds der Union ergänzt werden.

Wird die Hilfe im Wege einer Budgethilfe geleistet, unterstützt die Kommission in Übereinstimmung mit Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 die Anstrengungen von Partnerländern zur Entwicklung parlamentarischer Aufsichts- und Prüfkapazitäten und zur Erhöhung der Transparenz. Die Mittel dieses Artikels unterliegen den in Artikel 33 der Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 vorgesehenen Bewertungen. Diese Bewertungen umfassen die Aspekte Input-Aktivitäten und Ergebniskette (Output, Ergebnis, Wirkung). Die Ergebnisse der Bewertungen werden bei der Festlegung der anschließend mit diesen Mitteln finanzierten Maßnahmen berücksichtigt.

*Verweise*

Verhandlungsposition des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final — C7-0493/2011-2011/0406(COD)).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 07*** *(Fortsetzung)*

21 02 07 05 Menschliche Entwicklung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 163 093 980 | 18 607 187 | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der finanziellen Unterstützung von Maßnahmen im Rahmen des Unterthemas „Menschliche Entwicklung" des thematischen Programms „Globale Kollektivgüter und Herausforderungen", das die Bereiche Gesundheit, Bildung, Gleichstellungsfragen und andere Aspekte der menschlichen Entwicklung abdeckt. Die Mittel sollten vorrangig den ärmsten Bevölkerungsteilen in den unter das Programm fallenden Ländern zugutekommen.

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen und insbesondere eine Finanzierung in Form von Sachleistungen durch CESES als Beitrag zu Unionsprojekten zu berücksichtigen.

Mit der Komponente Gesundheit ist der allgemeine Zugang zu guten Basisgesundheitsdiensten zu fördern. Zu den prioritären Bereichen sollten die Gesundheit von Kindern und Müttern, sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte, Zugang zur Familienplanung, Schutz gegen HIV/AIDS, Tuberkulose, Malaria und andere armutsbedingte Krankheiten, einschließlich vernachlässigter Krankheiten, und Zugang zu psychologischer Betreuung für die Opfer von Gewalt zählen.

Der gleichberechtigte Zugang zu Bildung und die Qualität der Bildung, einschließlich für Migranten, Frauen und Mädchen, ist zu fördern, wobei der Schwerpunkt auf den Ländern liegen sollte, die von der Erreichung der globalen Ziele noch am weitesten entfernt sind.

Im Zusammenhang mit der Gleichstellung sind Programme zu unterstützen, die die Befähigung von Frauen und Mädchen, an der wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung mitzuwirken, fördern. Die Bekämpfung von sexueller und geschlechterspezifischer Gewalt und Hilfe für die Opfer sollten ebenfalls Prioritäten darstellen. Zu den Zielen zählt außerdem, zur Bekämpfung von geschlechterspezifischen Selektionsverfahren beizutragen.

Die Mittel können auch für Maßnahmen zur Unterstützung folgender Bereiche verwendet werden: Kinder und Jugendliche, Anti-Diskriminierung, Beschäftigung, Kompetenzen, Sozialschutz und soziale Inklusion, Wachstum, Arbeitsplätze und Beteiligung des Privatsektors sowie Kultur.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der Union finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Bei diesen Beträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung, machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus und können durch Beiträge aus Treuhandfonds der Union ergänzt werden.

Erfolgt die Unterstützung in Form von Budgethilfe, unterstützt die Kommission Anstrengungen der Partnerländer, eine parlamentarische Kontrolle und Prüfkapazitäten aufzubauen und Transparenz zu schaffen.

*Verweise*

Verhandlungsposition des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final — C7-0493/2011-2011/0406(COD)).

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 07*** *(Fortsetzung)*

21 02 07 06 Ernährungssicherheit und nachhaltige Landwirtschaft

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 197 017 527 | 23 750 638 | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der finanziellen Unterstützung von Maßnahmen im Rahmen des Unterthemas „Ernährungssicherheit und nachhaltige Landwirtschaft" des thematischen Programms „Globale Kollektivgüter und Herausforderungen".

Sie sind zu verwenden, um die Kapazität von Entwicklungsländern in den vier Hauptbereichen der Ernährungssicherheit zu stärken: Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln (Erzeugung), Zugang zu Nahrungsmitteln (einschließlich Land, Infrastruktur für den Transport von Nahrungsmitteln von Überschuss- in Defizitregionen, Märkte, inländische Nahrungsmittelreserven, Sicherheitsnetze), Verwendung (sozial verantwortungsbewusste Ernährungssicherungsmaßnahmen) und Stabilität. Der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und Viehhaltung, der Nahrungsmittelverarbeitung zur Schaffung von Mehrwert, dem staatlichen Handeln, der regionalen Integration und Unterstützungssystemen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen soll so Priorität zukommen.

*Verweise*

Verhandlungsposition des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final — C7-0493/2011-2011/0406(COD)).

21 02 07 07 Migration und Asyl

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 46 318 690 | 5 294 728 | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zu verwenden, um die Kapazitäten der Behörden der Entwicklungsländer und der zivilgesellschaftlichen Organisationen zu stärken, um Herausforderungen im Zusammenhang mit Migration zu bewältigen, wobei ein auf den Menschenrechten basierender Ansatz anzuwenden und gefährdeten Migranten und Personen, die im Ursprungsland zurückbleiben, besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist und die sozialen und wirtschaftlichen Folgen von Migration im Fokus stehen sollten. Die gute Verwaltung von Arbeitsmigration sowie von Migration in Verbindung mit dem Klimawandel und Konflikten sollten ebenfalls abgedeckt werden.

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen und insbesondere eine Finanzierung in Form von Sachleistungen durch CESES als Beitrag zu Unionsprojekten zu berücksichtigen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der Union finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Bei diesen Beträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung, machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus und können durch Beiträge aus Treuhandfonds der Union ergänzt werden.

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 07*** *(Fortsetzung)*

21 02 07 07 *(Fortsetzung)*

*Verweise*

Verhandlungsposition des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final — C7-0493/2011-2011/0406(COD)).

***21 02 08*** ***Finanzierungsinitiativen für Entwicklungsmaßnahmen von oder für Organisationen der Zivilgesellschaft und kommunale Behörden***

*Erläuterungen*

Die Mittel der Posten im Rahmen dieses Artikels sind dazu bestimmt, Entwicklungsinitiativen in Entwicklungsländern zu unterstützen, die von oder für zivilgesellschaftliche Organisationen und lokale Behörden mit Ursprung in der Union oder in Partnerländern durchgeführt werden, um deren Kapazitäten zu stärken, zur Politikgestaltung beizutragen und für Rechenschaftspflicht und Transparenz zu sorgen.

Besondere Aufmerksamkeit ist folgenden Maßnahmen zu widmen: Unterstützung der Zivilgesellschaft und lokaler Behörden, Förderung eines Dialogs, Schaffung eines Umfelds, das eine Beteiligung der Bürger, Aussöhnung und den Aufbau von Institutionen, einschließlich auf lokaler und regionaler Ebene, ermöglicht.

21 02 08 03 Zivilgesellschaft in der Entwicklungszusammenarbeit

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 212 398 533 | 2 994 291 | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Unterstützung von Initiativen in Entwicklungsländern, die von kommunalen Behörden der Union oder der Partnerländer im Bereich der Entwicklung durchgeführt werden, sowie der Stärkung ihrer Fähigkeit, einen Beitrag zur Politikgestaltung zu leisten, und haben folgendes Ziel:

— Förderung einer integrativen und selbstbestimmten Gesellschaft, um i) Bevölkerungsgruppen zu begünstigen, die sich außer Reichweite von allgemeinen Dienstleistungen und Ressourcen befinden und aus dem politischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen sind, ii) die Kapazitäten der lokalen und regionalen Behörden in den Partnerländern zu stärken, um ihre Beteiligung an der Festlegung und Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsstrategien zu fördern, und iii) Kontakte zwischen nationalen, lokalen und regionalen Behörden in verschiedenen Zusammenhängen zu erleichtern und eine stärkere Rolle der lokalen Behörden im Dezentralisierungsprozess zu fördern;

— Schärfung des Bewusstseins der Europäer für Entwicklungsfragen, Mobilisierung einer aktiven Unterstützung der europäischen Öffentlichkeit und der Öffentlichkeit der Beitrittsländer für Strategien zur Armutsminderung und Förderung der nachhaltigen Entwicklung in den Partnerländern und für fairere Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern einschließlich Sensibilisierungskampagnen im Bereich der Nord-Süd-Handelsbeziehungen und der Kaufentscheidungen der Verbraucher in der Union und ihrer Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung und die Armutsminderung sowie Stärkung der Rolle der lokalen und regionalen Behörden als Faktor für Fortschritt und Wandel;

— effizientere Zusammenarbeit und Förderung von Synergien sowie Gewährleistung eines strukturierten Dialogs zwischen Vereinigungen lokaler und regionaler Behörden und zivilgesellschaftlichen Netzwerken, innerhalb der einzelnen Organisationen und mit den Organen der Union.

Diese Initiativen können auch Folgendes umfassen:

— Unterstützung von Beratungstätigkeiten, die dazu dienen, die politischen Entscheidungsträger auf allen Ebenen über die Strategien zu informieren, die marginalisierten Erzeugern und Arbeitnehmern in den Entwicklungsländern den bestmöglichen Nutzen bieten;

— Ausbau und Stärkung von Vereinigungen und Genossenschaften in den Entwicklungsländern, damit sie institutionelle Kapazitäten und Produktionskapazitäten aufbauen können, die es ihnen ermöglichen, Mehrwertprodukte zu entwickeln und in größerem Maßstab zu produzieren.

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 08*** *(Fortsetzung)*

21 02 08 03 *(Fortsetzung)*

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen und insbesondere eine Finanzierung in Form von Sachleistungen durch CESES als Beitrag zu Unionsprojekten zu berücksichtigen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus und können durch Beiträge aus Treuhandfonds der Union ergänzt werden.

*Verweise*

Vorschlag der Kommission vom 7. Dezember 2011 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final), insbesondere Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer ii.

Verhandlungsposition des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final — C7-0493/2011-2011/0406(COD)).

21 02 08 04 Kommunale Behörden in der Entwicklungszusammenarbeit

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 36 366 417 | 184 362 | | | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Unterstützung von Initiativen in Entwicklungsländern, die von kommunalen Behörden der Union oder der Partnerländer im Bereich der Entwicklung durchgeführt werden, sowie der Stärkung ihrer Fähigkeit, einen Beitrag zur Politikgestaltung zu leisten, und haben folgendes Ziel:

— Förderung einer integrativen und selbstbestimmten Gesellschaft, um i) Bevölkerungsgruppen zu begünstigen, die sich außer Reichweite von allgemeinen Dienstleistungen und Ressourcen befinden und aus dem politischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen sind, ii) die Kapazitäten der lokalen und regionalen Behörden in den Partnerländern zu stärken, um ihre Beteiligung an der Festlegung und Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsstrategien zu fördern, und iii) Kontakte zwischen nationalen, lokalen und regionalen Behörden in verschiedenen Zusammenhängen zu erleichtern und eine stärkere Rolle der lokalen Behörden im Dezentralisierungsprozess zu fördern;

— Schärfung des Bewusstseins der Europäer für Entwicklungsfragen, Mobilisierung einer aktiven Unterstützung der europäischen Öffentlichkeit und der Öffentlichkeit der Beitrittsländer für Strategien zur Armutsminderung und Förderung der nachhaltigen Entwicklung in den Partnerländern und für fairere Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern einschließlich Sensibilisierungskampagnen im Bereich der Nord-Süd-Handelsbeziehungen und der Kaufentscheidungen der Verbraucher in der Union und ihrer Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung und die Armutsminderung sowie Stärkung der Rolle der lokalen und regionalen Behörden als Faktor für Fortschritt und Wandel;

— effizientere Zusammenarbeit und Förderung von Synergien sowie Gewährleistung eines strukturierten Dialogs zwischen Vereinigungen lokaler und regionaler Behörden und zivilgesellschaftlichen Akteuren innerhalb der einzelnen Organisationen und mit den Organen der Union.

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 08*** *(Fortsetzung)*

21 02 08 04 *(Fortsetzung)*

Diese Initiativen können auch Folgendes umfassen:

— Unterstützung von Beratungstätigkeiten, die dazu dienen, die politischen Entscheidungsträger auf allen Ebenen über die Strategien zu informieren, die marginalisierten Erzeugern und Arbeitnehmern in den Entwicklungsländern den bestmöglichen Nutzen bieten,

— Ausbau und Stärkung von Vereinigungen und Genossenschaften in den Entwicklungsländern, damit sie institutionelle Kapazitäten und Produktionskapazitäten aufbauen können, die es ihnen ermöglichen, Mehrwertprodukte zu entwickeln und in größerem Maßstab zu produzieren.

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen und insbesondere eine Finanzierung in Form von Sachleistungen durch CESES als Beitrag zu Unionsprojekten zu berücksichtigen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und Drittländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei den Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung. Unbeschadet von Artikel 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung, machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus und können durch Beiträge aus Treuhandfonds der Union ergänzt werden.

*Verweise*

Vorschlag der Kommission vom 7. Dezember 2011 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (KOM(2011) 840 final), insbesondere Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a und Buchstabe b Ziffer i.

Verhandlungsposition des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final — C7-0493/2011-2011/0406(COD)).

***21 02 09*** ***Naher und Mittlerer Osten***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 51 182 356 | 3 348 633 | | | | |

*Erläuterungen*

Vorrang müssen Maßnahmen haben, die die Strukturierung der Wirtschaft und den Verwaltungsaufbau, die Verbesserung der Menschenrechtslage, einschließlich der Religionsfreiheit, sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft begünstigen, darunter Maßnahmen in den Bereichen Demokratisierung, allgemeiner Zugang von Kindern beiderlei Geschlechts und von Frauen sowie von Kindern mit Behinderungen zum Primar- und Sekundarunterricht, Umwelt und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, einschließlich der tropischen Wälder, regionale Zusammenarbeit, Katastrophenverhütung und Risikoreduzierung, einschließlich der Gefahr von durch den Klimawandel verursachten Katastrophen, und Wiederaufbau, sowie die Förderung nachhaltiger Energieträger, die Bekämpfung des Klimawandels und Informations- und Kommunikationstechnologien.

Mit diesen Mitteln sollen auch Maßnahmen zur Förderung von Konfliktbeilegung, Konfliktverhütung und Aussöhnung finanziert werden.

Ebenfalls sollen mit ihnen die Ausgaben für die Unterstützung der Entwicklung der Zivilgesellschaft und insbesondere die Unterstützung der Tätigkeiten von nichtstaatlichen Organisationen, die sich für die Förderung und den Schutz der Rechte von besonders schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen wie Frauen, Kindern, ethnischen Minderheiten und Behinderten einsetzen, finanziert werden.

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 09*** *(Fortsetzung)*

Mit diesen Mitteln können auch Maßnahmen in Zusammenhang mit Folgendem finanziert werden:

— Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit,

— Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle von Frauen und Mädchen,

— öffentliche Verwaltung,

— Steuerpolitik und -verwaltung,

— Korruptionsbekämpfung und Transparenz,

— Zivilgesellschaft und lokale Behörden,

— Zusammenhang zwischen Entwicklung und Sicherheit,

— Unterstützung für Mikrofinanzierungsprogramme,

— Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau, die den landwirtschaftlichen Erzeugern in den Entwicklungsländern dabei helfen sollen, die gesundheits- und pflanzenschutzrechtlichen Standards der Union zu erfüllen, die für die Zulassung zum Markt der Union verlangt werden,

— Unterstützung für Flüchtlinge und Vertriebene,

— Unterstützung der Weitergabe von Know-how und Unterstützung von Treffen und Zusammenschlüssen zwischen Wirtschaftsbeteiligten beider Parteien,

— Förderung der sozialen Entwicklung, des sozialen Zusammenhalts und einer fairen Einkommensverteilung.

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen und insbesondere eine Finanzierung in Form von Sachleistungen durch CESES als Beitrag zu Unionsprojekten zu berücksichtigen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus und können durch Beiträge aus Treuhandfonds der Union ergänzt werden.

*Verweise*

Vorschlag der Kommission vom 7. Dezember 2011 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines

Verhandlungsposition des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final — C7-0493/2011-2011/0406(COD)).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

### *21 02 10 Zentralasien*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 71 570 570 | 3 535 685 | | | | |

*Erläuterungen*

Der übergeordnete Zweck dieser Mittelzuweisung ist es, zur Schaffung von günstigen Bedingungen für nachhaltige und inklusive wirtschaftliche und soziale Entwicklung, sozialen Zusammenhalt, Demokratisierung und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen beizutragen. Dabei ist der Fokus auf die Unterstützung von Ernährungssicherheit und nachhaltiger Landwirtschaft, Wasser- und Sanitärversorgung, die Bereitstellung von Gesundheits- und Bildungsleistungen sowie den Zugang zu nachhaltiger Energiesicherheit zu richten, wobei der Schwerpunkt stets auf den Bedürftigsten liegen sollte. Die Katastrophenvorsorge und Anpassung an den Klimawandel sind von größter Bedeutung.

Möglichkeiten, die Schaffung von Arbeitsplätzen anzuregen und zur Förderung würdiger Arbeitsbedingungen beizutragen, sollte Beachtung geschenkt werden. Insbesondere im Hinblick auf die Förderung der wirtschaftlichen Diversifizierung und sozialen Entwicklung kann Unterstützung für die Entwicklung von KMU gewährt werden.

In Fällen, in denen bedeutsame Anstrengungen zur Durchführung von Regierungsreformen und echte Demokratisierungsprozesse zu verzeichnen sind, sollte der Unterstützung dieser Priorität zukommen. Ebenso sollten Mittelzuweisungen für das Grenzmanagement und für Drogenbekämpfungsprogramme von der Aussicht auf die Erreichung nennenswerter Ergebnisse abhängig gemacht werden.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus und können durch Beiträge aus Treuhandfonds der Union ergänzt werden.

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen und insbesondere eine Finanzierung in Form von Sachleistungen durch CESES als Beitrag zu Unionsprojekten zu berücksichtigen.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, vorgelegt von der Kommission am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final).

### *21 02 11 Panafrikanisches Programm zur Unterstützung der Gemeinsamen Strategie Afrika-EU*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 97 577 288 | 31 380 011 | | | | |

*Erläuterungen*

Dieser Artikel dient der Finanzierung der Verringerung und langfristig der Beseitigung der Armut, der Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung, der Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, der verantwortungsvollen Regierungsführung und der Achtung der Menschenrechte als Komponente des panafrikanischen Programms, das zur Umsetzung der gemeinsamen Afrika-EU-Strategie eingerichtet wird.

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 11*** *(Fortsetzung)*

Insbesondere wird das panafrikanische Programm eingesetzt werden, um spezifische Unterstützung für transregionale, kontinentweite und kontinentübergreifende Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit sowie einschlägige Initiativen der gemeinsamen Afrika-EU-Strategie auf der weltpolitischen Bühne bereitzustellen. Das panafrikanische Programm wird in enger Zusammenarbeit/Abstimmung mit anderen Instrumenten — insbesondere dem Europäischen Nachbarschaftsinstrument (ENI), dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und den thematischen Programmen im Rahmen des DCI — umgesetzt und umfasst vor allem spezifische Initiativen, die im Rahmen der gemeinsamen Afrika-EU-Strategie und der zugehörigen Aktionspläne vereinbart werden und für die keine anderen Finanzierungsquellen in Anspruch genommen werden können; damit wird für die erforderliche Kohärenz und die benötigten Synergien gesorgt, und Doppelarbeiten und Überschneidungen werden vermieden.

Das Instrument sollte eindeutig auf Maßnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ausgerichtet sein und keine Maßnahmen umfassen, die von anderen Instrumenten, wie etwa dem Stabilitätsinstrument, abgedeckt werden könnten. Die Zielsetzung des Instruments sollte eindeutiger definiert werden, um Überschneidungen und die Nutzung von DCI-Mitteln für andere Maßnahmen, die nicht mit der Entwicklungszusammenarbeit im Zusammenhang stehen, zu vermeiden.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus und können durch Beiträge aus Treuhandfonds der Union ergänzt werden. Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen und insbesondere eine Finanzierung in Form von Sachleistungen durch CESES als Beitrag zu Unionsprojekten zu berücksichtigen.

Ein kleiner Teil dieser Mittel soll der Umsetzung des Instruments der partizipativen Bewirtschaftung von Weideland in drei verschiedenen Weidelandgebieten in Kenia, Uganda und Tansania dienen.

Das System der Weideviehzucht ist von Mobilität, Weidezugang und Wasser abhängig, um sowohl die saisonal bedingten Schwankungen bei den Ressourcen als auch die wiederkehrenden Dürren zu bewältigen. Am Horn von Afrika ist jedoch mit zunehmender Besorgnis zu beobachten, dass die Existenzsicherungssysteme in den Weidegebieten und ihre Produktivität durch großflächigen Grundbesitz, die abnehmende biologische Vielfalt, die Folgen des Klimawandels, die Ernährungsunsicherheit, das Bevölkerungswachstum und den Mangel an einer kohärenten Politik in Bezug auf die Bewirtschaftung von und die Beschlussfassung in den Weideländern bedroht werden. Daher ist es dringend erforderlich, ein umfassendes Konzept für die Bewirtschaftung der Weidegebiete im östlichen Afrika zu erstellen.

Dieses Pilotprojekt ist in drei Phasen untergliedert:

*Stufe 1: Untersuchung der PRM und Kartografieren der Vieh-Trackingrouten*. In dieser Phase werden Informationen über verschiedene Ressourcen und ihre Nutzung in den Weidegebieten, Interessengruppen und Nutzer zusammengetragen und kartografiert.

*Stufe 2: Aushandlung der PRM und Bereitstellung rechtlicher Unterstützung für die Vieh-Trackingrouten*. In dieser Phase werden die Einrichtungen für die Bewirtschaftung des Weidelands ermittelt und im Wege einer partizipativen Bewertung der Weidelandressourcen Verhandlungen mit ihnen geführt, die sich auf das geografische Gebiet, für das sie zuständig sein sollen, und die Erstellung des Bewirtschaftungsplans für das Weideland, einschließlich Überwachung und Auswertung und eines anpassungsfähigen Managements, erstrecken.

*Stufe 3: Umsetzung der PRM*. In dieser Phase wird der Bewirtschaftungsplan für das Weideland umgesetzt und dafür gesorgt, dass die Bewirtschaftungsvereinbarung durch die Weidelandnutzer mit Unterstützung der zuständigen Regierungsstelle, die entsprechenden technischen Rat und rechtliche Hilfe bietet, eingehalten wird.

*Verweise*

Vorschlag der Kommission vom 7. Dezember 2011 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final), insbesondere Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c und Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a und Buchstabe b Ziffer i.

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 11*** *(Fortsetzung)*

Verhandlungsposition des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final — C7-0493/2011-2011/0406(COD)).

Strategische Partnerschaft Afrika-EU: Gemeinsame Strategie Afrika-EU, verabschiedet auf dem Gipfeltreffen von Lissabon am 9. Dezember 2007.

***21 02 12*** ***Unterstützung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern und den in Entwicklung befindlichen Gebieten und Regionen in Lateinamerika***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 259 304 272 | 7 079 077 | | | | |

*Erläuterungen*

Das Ziel der Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen dieses Artikels besteht vorrangig darin, Demokratie, eine verantwortungsvolle Regierungsführung, Gleichheit, die Wahrung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu fördern und darüber hinaus eine nachhaltige Entwicklung und die wirtschaftliche Integration zu unterstützten und zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) beizutragen.

Diese Mittel dienen der Finanzierung von Kooperationsmaßnahmen in den Entwicklungsländern und den in Entwicklung befindlichen Gebieten und Regionen in Lateinamerika, um:

— zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele beizutragen,

— Gewerkschaften, nichtstaatliche Organisationen und lokale Initiativen zu unterstützen, um die Wirkung der Investitionen auf die nationale Wirtschaft, insbesondere in Bezug auf Arbeit, Umwelt, soziale Standards und Menschenrechtsstandards zu überwachen,

— die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern, indem Maßnahmen unterstützt werden, mit denen schädliche traditionelle Praktiken wie Genitalverstümmelung und Beschneidung von Mädchen und Frauen sowie Kinderehen bekämpft werden,

— die Entwicklung der Zivilgesellschaft voranzubringen,

— Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen und sozialen Zusammenhalt zu fördern,

— zur Verbesserung sozialer Standards mit einem Schwerpunkt auf Bildung, einschließlich Berufsbildung und -ausbildung, und Gesundheit sowie zur Verbesserung von Sozialversicherungssystemen beizutragen,

— zu einem günstigeren Klima für Wirtschaftswachstum und einem stärkeren Produktionssektor beizutragen, die Weitergabe von Fachwissen zu begünstigen, den regionenübergreifenden Austausch und die Zusammenarbeit von Wirtschaftsakteuren zu fördern,

— den Privatsektor, einschließlich eines KMU-freundlichen Wirtschaftsumfelds durch den Schutz der Eigentumsrechte, den Abbau von Verwaltungslast und einen verbesserten Zugang zu Krediten sowie die Verbesserung von KMU-Vereinigungen zu fördern,

— Anstrengungen zur Herstellung von Ernährungssicherheit und zur Bekämpfung von Unterernährung zu unterstützen,

— Unterstützung der regionalen Integration in Zentralamerika, Förderung der Entwicklung der Region durch die Nutzung der Vorteile des Assoziierungsabkommens EU-Zentralamerika,

— die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, darunter Wasser, zu fördern und den Klimawandel zu bekämpfen (Milderung und Anpassung),

— Unterstützung der Bemühungen um die gute Regierungsführung und Beitrag zur Konsolidierung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit,

— Förderung politischer Reformen, vor allem im Bereich Justiz und Sicherheit, und Unterstützung zugehöriger Maßnahmen für die Entwicklung der Länder und Regionen,

— Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frau.

Wenn die Unterstützung in Form von Budgethilfe gewährt wird, unterstützt die Kommission Anstrengungen der Partnerländer, eine parlamentarische Kontrolle und Prüfkapazitäten aufzubauen und Transparenz zu schaffen.

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 12*** *(Fortsetzung)*

Die Kommission muss weiterhin alljährlich über die früher herangezogene Zielvorgabe über den Anteil der Hilfszuwendungen für Entwicklungsländer, die für soziale Infrastrukturen und Dienstleistungen zu verwenden sind, berichten, und zwar in dem Bewusstsein, dass der Beitrag der Union als Teil der Unterstützung aller Geber für die sozialen Sektoren zu betrachten ist und dass ein gewisses Maß an Flexibilität die Norm sein muss. Zudem wird die Kommission, wiederum in Einklang mit ihrer genannten Erklärung, sich darum bemühen, dass als Richtwert 20 % ihrer veranschlagten Zuwendungen im Rahmen länderspezifischer DCI-Programme für Grundbildung, Sekundarbildung und gesundheitliche Grundversorgung bereitgestellt werden, und zwar im Rahmen von mit diesen Sektoren verbundener Unterstützung aus Projekten, Programmen oder dem Haushalt, wobei ein Durchschnittswert für alle Gebiete angewandt wird und ein gewisses Maß an Flexibilität als Norm gelten muss, beispielsweise im Fall außergewöhnlicher Hilfszuwendungen.

Die bei diesem Artikel veranschlagten Mittel unterliegen Bewertungen, die die Aspekte Input-Aktivitäten und Ergebniskette (Output, Ergebnis, Wirkung) umfassen. Die Ergebnisse der Bewertungen werden bei der Festlegung der anschließend mit diesen Mitteln finanzierten Maßnahmen berücksichtigt.

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen und insbesondere eine Finanzierung in Form von Sachleistungen durch CESES als Beitrag zu Unionsprojekten zu berücksichtigen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus und können durch Beiträge aus Treuhandfonds der Union ergänzt werden.

*Verweise*

Vorschlag der Kommission vom 7. Dezember 2011 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final), insbesondere Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a und Buchstabe b Ziffer i.

Verhandlungsposition des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final — C7-0493/2011-2011/0406(COD))

***21 02 13*** ***Unterstützung der Zusammenarbeit mit Südafrika***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 25 978 230 | 147 040 | | | | |

*Erläuterungen*

Die Mittel für 2014 sind dafür bestimmt, Südafrika bei der Verbesserung seines Systems für allgemeine und berufliche Bildung und Forschung zu stärken, damit dieses zu einer besseren Wirtschaftsleistung des Landes beitragen kann.

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 13*** *(Fortsetzung)*

Das System für allgemeine und berufliche Bildung und Forschung wurde in dem von Südafrika kürzlich ausgearbeiteten „Nationalen Entwicklungsplan 2030" als einer der drei wichtigsten Bereiche (neben der Beschäftigung und dem Aufbau eines handlungsfähigen Staats) für die Steigerung der allgemeinen Wirtschaftsleistung genannt, da es ermöglicht, den Menschen die notwendigen Fähigkeiten zur Verbesserung der Perspektiven des Einzelnen und der wirtschaftlichen Aussichten zu vermitteln. Die Unterstützung dürfte daher zur Verbesserung der Effizienz des öffentlichen Sektors in Bereichen wie Leistungsfähigkeit von Lehrern, Verbesserung der Verwaltung von Schulen und Verstärkung ihrer Rechenschaftspflicht, Gewährleistung von Innovation im Klassenzimmer, Förderung der frühkindlichen Erziehung, Verbesserung des Mathematik- und Wissenschaftsunterrichts und Betreuung von Kindern nach der Schule beitragen.

Hauptziel dieses Programms ist ein Beitrag zur Umsetzung des unlängst von Südafrika ausgearbeiteten „Nationalen Entwicklungsplans 2030" und des zugehörigen ergebnisorientierten Konzepts, die darauf abzielen, die Lebensbedingungen der südafrikanischen Bevölkerung zu verbessern, einschließlich einer Halbierung der Armut und der Arbeitslosigkeit, wie es auch mit den Millenniumsentwicklungszielen im Einklang steht. Spezifisch soll das Programm zu dem Hauptziel einen Beitrag leisten, und zwar in den Bereichen Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze durch breitenwirksames Wirtschaftswachstum sowie die Einrichtung eines effizienten, wirksamen und entwicklungsorientierten öffentlichen Diensts und die Entwicklung einer selbstbestimmten, gerechten und integrativen Bürgerschaft. Maßnahmen, die sich auf diese beiden Hauptergebnisse auswirken, betreffen Beschäftigungsmöglichkeiten für gut ausgebildete und kompetente Arbeitskräfte, die Schaffung von Arbeitsplätzen zur Aufwertung der Umweltgüter und natürlichen Ressourcen und die Schaffung eines verantwortungsvollen, rechenschaftspflichtigen, wirksamen und effizienten Lokalverwaltungssystems, das den entwicklungsorientierten öffentlichen Dienst stärkt.

Mit den Mitteln soll auch zur Armutsbekämpfung und zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele beigetragen werden, wobei den Bedürfnissen der in der Vergangenheit benachteiligten Bevölkerungsgruppen Rechnung zu tragen ist und die Geschlechterperspektive und die ökologische Dimension der Entwicklung zu berücksichtigen sind.

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen und insbesondere eine Finanzierung in Form von Sachleistungen durch CESES als Beitrag zu Unionsprojekten zu berücksichtigen.

Die Maßnahmen werden voraussichtlich in einer Reihe von Distrikten als Pilotprojekte durchgeführt, die dann mit staatlichen Mitteln reproduziert werden könnten.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und Drittländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei den Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung. Unbeschadet von Artikel 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung, machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus und können durch Beiträge aus Treuhandfonds der Union ergänzt werden.

*Verweise*

Vorschlag der Kommission vom 7. Dezember 2011 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final), insbesondere Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a, Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a und Buchstabe b Ziffer ii.

Verhandlungsposition des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final — C7-0493/2011-2011/0406(COD)).

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 14 Asien***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 537 057 123 | 16 695 125 | | | | |

*Erläuterungen*

Die Mittel sind vorgesehen, um Entwicklungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern Asiens, insbesondere den Ländern, in denen die ärmsten Menschen leben, zu finanzieren, mit denen die menschliche und soziale Entwicklung verbessert und zur Lösung der makroökonomischen und sektoralen Probleme beigetragen werden soll. Vorrang haben Maßnahmen, die die Strukturierung der Wirtschaft und den Verwaltungsaufbau sowie die Verbesserung der Menschenrechtslage, einschließlich der Religionsfreiheit, und die Stärkung der Zivilgesellschaft begünstigen, darunter Maßnahmen in den Bereichen Demokratisierung, Bildung, Berufsbildung, lebenslanges Lernen, akademischer und kultureller Austausch, wissenschaftlicher und technologischer Austausch, Umwelt, tropische Wälder, Drogenbekämpfung, regionale Zusammenarbeit, Katastrophenverhütung und Wiederaufbau, sowie die Förderung nachhaltiger Energieträger und Informations- und Kommunikationstechnologien.

Ebenfalls sollen mit ihnen die Ausgaben für die Unterstützung der Entwicklung der Zivilgesellschaft und insbesondere die Unterstützung der Tätigkeiten von nichtstaatlichen Organisationen, die sich für die Förderung und den Schutz der Rechte von besonders schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen wie Frauen, Kindern, ethnischen Minderheiten und Behinderten einsetzen, finanziert werden.

Diese Mittel sind auch für die Förderung eines KMU-freundlichen Wirtschaftsumfelds durch den Schutz der Eigentumsrechte, den Abbau von Bürokratie und einen verbesserten Zugang zu Krediten sowie die Förderung von Vereinigungen von kleinen und mittleren Unternehmen bestimmt.

Die Verwendung dieser Mittel ist von der Einhaltung der Grundsätze abhängig, auf denen das Handeln der Union aufbaut. Den im Folgenden beschriebenen Bereichen, die gemeinsam vereinbarte Strategien und Partnerschafts-, Kooperations- und Handelsabkommen widerspiegeln, sollte angemessene Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Prioritäten werden im Einklang mit dem Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik und der Agenda für den Wandel sowie den anschließenden Schlussfolgerungen des Rates festgelegt.

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen und insbesondere eine Finanzierung in Form von Sachleistungen durch CESES als Beitrag zu Unionsprojekten zu berücksichtigen.

Diese Mittel sind für Maßnahmen im Zusammenhang mit inklusivem und nachhaltigem Wachstum zugunsten der menschlichen Entwicklung bestimmt. Folgende Bereiche können gefördert werden:

— Sozialschutz und Beschäftigung sowie uneingeschränkter Zugang zu Gesundheitsdiensten und Bildung,

— Geschäftsumfeld, regionale Integration und Weltmärkte,

— nachhaltige Landwirtschaft, Ernährung und Energie,

— Klimawandel und Umwelt,

— Förderung des sozialen Zusammenhalts, insbesondere soziale Inklusion, gerechte Einkommensverteilung, menschenwürdige Arbeit und Gerechtigkeit sowie Geschlechtergleichstellung,

— Schaffung integrativer Partnerschaften in den Bereichen Handel, Investitionen, Entwicklungshilfe, Migration, Personenstandsregister, Forschung, Innovation und Technologie,

— Unterstützung einer aktiven und gut organisierten Zivilgesellschaft zugunsten der Entwicklung und Förderung öffentlich-privater Partnerschaften,

— Unterstützung für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, Förderung von nachhaltigem Verbrauch und nachhaltiger Produktion sowie von Investitionen in saubere Technologien, nachhaltige Energie, Verkehr, nachhaltige Landwirtschaft und Fischerei, Schutz und Verbesserung der biologischen Vielfalt und der Ökosystemleistungen einschließlich Wasser, Sanitärversorgung und Wälder sowie Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze, einschließlich für junge Menschen und Frauen, in einer umweltgerechten Wirtschaft,

— ergebnisorientierte Förderung einer verstärkten regionalen Integration und Zusammenarbeit durch Unterstützung der verschiedenen regionalen Integrationsprozesse und Dialoge,

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 14*** *(Fortsetzung)*

— Beitrag zur Prävention von Gesundheitsgefährdungen und zur Reaktion auf diese, einschließlich derjenigen, die ihren Ursprung an den Schnittstellen zwischen Tieren, Menschen und ihrem jeweiligen Umfeld haben,

— Unterstützung der Katastrophenvorsorge und des langfristigen Wiederaufbaus nach Katastrophen, u. a. im Bereich Ernährungssicherheit und Sicherung der Nährstoffversorgung und Hilfe für entwurzelte Bevölkerungsgruppen,

— Kapazitätsaufbau, um einen uneingeschränkten Zugang zu sozialen Basisdiensten, insbesondere im Gesundheits- und Bildungssektor, zu ermöglichen.

Mit diesen Mitteln werden auch Maßnahmen in Zusammenhang mit Folgendem finanziert:

— Demokratie, Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Kindern und Frauen, und Rechtsstaatlichkeit,

— Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle von Frauen und Mädchen,

— öffentliche Verwaltung,

— Steuerpolitik und -verwaltung,

— Korruptionsbekämpfung und Transparenz,

— Zivilgesellschaft und lokale Behörden,

— Aufbau und Stärkung legitimierter, wirksamer und rechenschaftspflichtiger öffentlicher Institutionen und Einrichtungen durch die Förderung institutioneller Reformen (u. a. in den Bereichen verantwortungsvolle Staatsführung und Korruptionsbekämpfung, Verwaltung der öffentlichen Finanzen, Steuern und Reform der öffentlichen Verwaltung), Reformen der Rechts-, Verwaltungs- und Regulierungsvorschriften im Einklang mit internationalen Standards, insbesondere in fragilen Staaten sowie in Staaten in Konflikt- oder Nachkonfliktsituationen,

— vor dem Hintergrund des Zusammenhangs zwischen Entwicklung und Sicherheit: Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität, Drogenerzeugung, -konsum und -handel und anderer Formen illegalen Handels, Unterstützung eines effizienten Grenzmanagements und der grenzübergreifenden Zusammenarbeit sowie Verbesserung von Personenstandsregistern.

Das Ziel der Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen dieses Kapitels besteht zunächst darin, zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele beizutragen und die Demokratie, eine verantwortungsvolle Regierungsführung, die Wahrung der Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit zu fördern; darüber hinaus sollen eine nachhaltige Entwicklung und die wirtschaftliche Integration unterstützt und Konfliktverhütung, Konfliktlösung und Aussöhnung gefördert werden.

Zudem wird die Kommission, wiederum in Einklang mit ihrer genannten Erklärung, sich darum bemühen, dass als Richtwert 20 % ihrer veranschlagten Zuwendungen im Rahmen länderspezifischer DCI-Programme für Grundbildung, Sekundarbildung und gesundheitliche Grundversorgung bereitgestellt werden, und zwar im Rahmen von mit diesen Sektoren verbundener Unterstützung aus Projekten, Programmen oder dem Haushalt, wobei ein Durchschnittswert für alle Gebiete angewandt wird und ein gewisses Maß an Flexibilität als Norm gelten muss, beispielsweise im Fall außerordentlicher Hilfsmaßnahmen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Organisationen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Solche Finanzbeiträge gemäß Artikel 6 3 3 der Einnahmenübersicht gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet Artikel 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung, machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus und können durch Beiträge aus Treuhandfonds der Union ergänzt werden.

*Verweise*

Vorschlag der Kommission vom 7. Dezember 2011 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final), insbesondere Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffern i und ii.

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 14*** *(Fortsetzung)*

Mitteilung der Kommission vom 13. Oktober 2011 an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen mit dem Titel „Für eine EU-Entwicklungspolitik mit größerer Wirkung: Agenda für den Wandel" (COM(2011) 637 final).

Verhandlungsposition des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final — C7-0493/2011-2011/0406(COD)).

***21 02 15*** ***Afghanistan***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 203 496 806 | 5 565 042 | | | | |

*Erläuterungen*

Aus diesen Mitteln werden Maßnahmen der Union im Rahmen des Wiederaufbaus in Afghanistan finanziert. Sie werden ergänzt durch Ausgaben aus anderen Kapiteln und Artikeln, für die andere Verfahren gelten.

Die Kommission überwacht die Einhaltung der Bedingungen für den Beitrag der Union zu diesem Prozess, insbesondere die volle Umsetzung des Prozesses im Anschluss an die Afghanistan-Konferenz in Bonn. Sie informiert die Haushaltsbehörde über ihre Beobachtungsergebnisse und Schlussfolgerungen.

Diese Mittel sind zur Förderung der sozialen Grundversorgung und der wirtschaftlichen Entwicklung in Afghanistan bestimmt.

Diese Mittel dienen auch der Unterstützung der nationalen Strategie Afghanistans zur Drogenkontrolle, einschließlich der Einstellung der Opiumproduktion in Afghanistan und der Unterbrechung und Zerstörung der Opiumnetze und der illegalen Kanäle für die Ausfuhr von Opium in europäische Länder.

Ein beträchtlicher Teil der Mittel muss ausschließlich zur Finanzierung der Anlaufphase des Fünfjahresplans zur Einstellung des Opiumanbaus eingesetzt werden, der durch alternative Anbaukulturen ersetzt werden soll, um in Einklang mit den Forderungen, die in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Dezember 2010 „Eine neue Strategie für Afghanistan" erhoben wurden, diesbezüglich konkrete Ergebnisse zu erzielen (ABl. C 169 E vom 15.6.2012, S. 108).

Ferner soll mit diesen Mitteln auch ein Teil des von der Europäischen Gemeinschaft auf der Konferenz von Tokio im Januar 2002 zugesagten Beitrags der Union zu dem Prozess finanziert werden, der die Rückkehr der afghanischen Flüchtlinge und Vertriebenen in ihr Herkunftsland bzw. in ihre Herkunftsregionen ermöglicht.

Außerdem sollen mit diesen Mitteln die Aktivitäten von Frauenorganisationen finanziert werden, die sich seit langer Zeit für die Rechte der afghanischen Frauen einsetzen.

Die Union sollte ihre finanzielle Unterstützung für Afghanistan in Bereichen wie Gesundheit (Bau und Renovierung von Krankenhäusern, Präventionsmaßnahmen gegen die Kindersterblichkeit) und kleine und mittlere Infrastrukturprojekte (Reparatur von Straßennetzen, Dämmen usw.) erhöhen und wirksame Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsplatzsicherheit und der Ernährungssicherheit treffen.

Ein Teil dieser Mittel soll für die durchgängige Berücksichtigung der Verminderung des Katastrophenrisikos auf der Grundlage der Eigenverantwortung und nationaler Strategien der katastrophenanfälligen Länder verwendet werden.

Ein Teil dieser Mittel dient — unter Beachtung der Vorschriften der Haushaltsordnung — zur Verbesserung der Situation der Frauen, vorrangig in den Bereichen Gesundheit und Bildung, sowie zur Unterstützung ihrer aktiven Einbeziehung in alle Bereiche und Ebenen des Beschlussfassungsprozesses.

Besonderes Augenmerk gilt ferner bei allen anderen Maßnahmen und Projekten, die mit diesen Mitteln unterstützt werden, der Situation von Frauen und Mädchen.

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 15*** *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der EU finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, vorgelegt von der Kommission am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final).

***21 02 20 Erasmus+ — Beitrag aus Mitteln des Instruments für Entwicklungszusammenarbeit (DCI)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 93 900 074 | 3 283 687 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der über dieses Außenhilfeinstrument bereitgestellten technischen und finanziellen Hilfe, um die internationale Dimension der Hochschulbildung mit Blick auf die Umsetzung des Programms „Erasmus für alle“ zu fördern.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung von „Erasmus+“, dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1719/2006/EG, Nr. 1720/2006/EG und Nr. 1298/2008/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 50).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final), insbesondere Artikel 20 Absatz 3.

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

### *21 02 30 Abkommen mit der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) und anderen Organen der Vereinten Nationen*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 332 000 | 332 000 | 326 000 | 322 225 | 325 207,— | 325 207,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 21 07 03*

Diese Mittel sind für die Zahlung der Jahresbeiträge bestimmt, die die Union seit ihrem Beitritt zur FAO an diese entrichtet, sowie für die Beiträge, die sie zum Internationalen Vertrag über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft leistet, seit sie diesen ratifiziert hat.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss des Rates vom 25. November 1991 über den Beitritt der Gemeinschaft zu der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) (ABl. C 326 vom 16.12.1991, S. 238).

Beschluss 2004/869/EG des Rates vom 24. Februar 2004 über den Abschluss des Internationalen Vertrags über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 378 vom 23.12.2004, S. 1).

### *21 02 40 Rohstoffabkommen*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 4 800 000 | 3 565 916 | 5 155 000 | 2 624 253 | 3 590 407,25 | 3 590 407,25 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 21 07 04*

Diese Mittel sind für die Zahlung der Jahresbeiträge bestimmt, die die Union für ihre Beteiligung aufgrund ihrer ausschließlichen Zuständigkeit in diesem Bereich entrichten muss.

Derzeit wird mit diesen Mitteln Folgendes finanziert:

— Jahresbeitrag zur Internationalen Kaffee-Organisation,

— Jahresbeitrag zur Internationalen Kakao-Organisation,

— Jahresbeitrag zur Internationalen Jute-Organisation,

— Jahresbeitrag zum Internationalen Beratenden Baumwollausschuss nach dessen Genehmigung.

Übereinkommen über andere tropische Erzeugnisse können je nach politischer und rechtlicher Zweckmäßigkeit in den kommenden Jahren hinzukommen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2002/312/EG des Rates vom 15. April 2002 über die Annahme des Übereinkommens von 2001 über die Satzung der Internationalen Jute-Studiengruppe im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 112 vom 27.4.2002, S. 34).

Beschluss 2002/970/EG des Rates vom 18. November 2002 über den Abschluss des Internationalen Kakao-Übereinkommens von 2001 im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 342 vom 17.12.2002, S. 1).

Beschluss 2008/76/EG des Rates vom 21. Januar 2008 über den Standpunkt der Gemeinschaft im Internationalen Kakaorat zur Verlängerung des Internationalen Kakao-Übereinkommens von 2001 (ABl. L 23 vom 26.1.2008, S. 27).

Beschluss 2008/579/EG des Rates vom 16. Juni 2008 über die Unterzeichnung und den Abschluss des Internationalen Kaffee-Übereinkommens von 2007 im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 186 vom 15.7.2008, S. 12).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 40*** *(Fortsetzung)*

Beschluss 2011/634/EU des Rates vom 17. Mai 2011 über die Unterzeichnung des Internationalen Kakao-Übereinkommens von 2010 im Namen der Europäischen Union und seine vorläufige Anwendung (ABl. L 259 vom 4.10.2011, S. 7).

Beschluss 2012/189/EU des Rates vom 26. März 2012 über den Abschluss des Internationalen Kakao-Übereinkommens von 2010 (ABl. L 102 vom 12.4.2012, S. 1).

*Verweise*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 133, sowie Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 207.

Internationales Kaffee-Übereinkommen, 2007 und 2008 neu ausgehandelt, in Kraft getreten am 2. Februar 2011 für eine Geltungsdauer von 10 Jahren bis 1. Februar 2021, mit der Möglichkeit einer Verlängerung.

Internationales Kakao-Abkommen, 2001 und zuletzt 2010 neu ausgehandelt, aber noch nicht in Kraft getreten. Die im Rahmen des Abkommens von 2001 vereinbarte Verpflichtung gilt seit dem 1. Oktober 2003 und wurde nach der ursprünglichen Geltungsdauer von 5 Jahren bis 30. September 2012 verlängert.

Internationales Jute-Übereinkommen, 2001 ausgehandelt, zur Errichtung einer neuen Internationalen Jute-Organisation. Geltungsdauer: acht Jahre mit der Möglichkeit einer Verlängerung um höchstens vier Jahre. Die derzeitige Verlängerung gilt bis Mai 2014.

Internationaler Beratender Baumwollausschuss, Schlussfolgerungen des Rates vom 29. April 2004 (Dok. 8972/04), Schlussfolgerungen des Rates vom 27. Mai 2008 (Dok. 9986/08) und Schlussfolgerungen des Rates vom 30. April 2010 (Dok. 8674/10).

***21 02 51*** ***Abschluss von Maßnahmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (aus der Zeit vor 2014)***

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 443/92 des Rates vom 25. Februar 1992 über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern (ABl. L 52 vom 27.2.1992, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1292/96 des Rates vom 27. Juni 1996 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung sowie über spezifische Maßnahmen zur Erhöhung der Ernährungssicherheit (ABl. L 166 vom 5.7.1996, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 856/1999 des Rates vom 22. April 1999 über einen besonderen Rahmen zur Unterstützung der traditionellen AKP-Bananenlieferanten (ABl. L 108 vom 27.4.1999, S. 2).

Verordnung (EG) Nr. 955/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Mai 2002 zur Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1659/98 des Rates über die dezentralisierte Zusammenarbeit (ABl. L 148 vom 6.6.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 491/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2004 zur Einrichtung eines Programms für die finanzielle und technische Hilfe für Drittländer im Migrations- und Asylbereich (AENEAS) (ABl. L 80 vom 18.3.2004, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 625/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1659/98 des Rates über die dezentralisierte Zusammenarbeit (ABl. L 99 vom 3.4.2004, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates am 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

Verordnung (EG) Nr. 1337/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über eine Krisenreaktionsfazilität zur Bewältigung des drastischen Anstiegs der Nahrungsmittelpreise in Entwicklungsländern (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 62).

*Verweise*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 51*** *(Fortsetzung)*

Pilotvorhaben im Sinne der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (ABl. C 139 vom 14.6.2006, S. 1).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. April 2005 zu der Rolle der Europäischen Union bei der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (ABl. C 33 E vom 9.2.2006, S. 311).

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 12. April 2005 mit dem Titel „Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung — Beschleunigung des Prozesses zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele“ (KOM(2005) 134 endg.).

Schlussfolgerungen des Rates „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ vom 23./24. Mai 2005 zu den Millenniumsentwicklungszielen.

Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates von Brüssel (16. und 17. Juni 2005).

Schlussfolgerungen des Rates „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ vom 18. Juli 2005 zum UN-Gipfel.

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 3. August 2005 an den Rat und das Europäische Parlament mit dem Titel „Maßnahmen im Außenbereich durch thematische Programme im Rahmen der finanziellen Vorausschau 2007-2013“ (KOM(2005) 324 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 25. Januar 2006 mit dem Titel „In Menschen investieren — Mitteilung über das thematische Programm für menschliche und soziale Entwicklung und die Finanzielle Vorausschau für 2007-2013“ (KOM(2006) 18 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 25. Januar 2006 mit dem Titel „Thematisches Programm, Nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden im Entwicklungsprozess“ (KOM(2006) 19 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 25. Januar 2006 mit dem Titel „Außenpolitisches Handeln — Thematisches Programm für Umweltschutz und nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen einschließlich Energie“ (KOM(2006) 20 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 25. Januar 2006 mit dem Titel „Eine thematische Strategie für Ernährungssicherheit — Unterstützung der Agenda für Ernährungssicherheit im Hinblick auf die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele“ (KOM(2006) 21 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 25. Januar 2006 an das Europäische Parlament und den Rat mit dem Titel „Thematisches Programm für die Zusammenarbeit mit Drittländern in den Bereichen Migration und Asyl“ (KOM(2006) 26 endg.).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 1. Juni 2006 zu kleinen und mittleren Unternehmen in den Entwicklungsländern (ABl. C 298 E vom 8.12.2006, S. 171).

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 6. Oktober 2008 mit dem Titel „Gebietskörperschaften als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit“ (KOM(2008) 626 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 9. März 2010 mit dem Titel „Internationale Klimapolitik nach Kopenhagen: Jetzt handeln, um dem globalen Klimaschutz neue Impulse zu geben“ (KOM(2010) 86 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 31. März 2010 mit dem Titel „EU-Politikrahmen zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Verbesserung der Ernährungssicherheit“ (KOM(2010) 127 endg.).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. März 2011 zur Vorgehensweise der EU gegenüber dem Iran (2010/2050(INI))

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 51*** *(Fortsetzung)*

21 02 51 01 Zusammenarbeit mit Drittländern in den Bereichen Migration und Asyl

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 18 900 000 | 58 000 000 | 31 629 412 | 58 735 569,22 | 43 344 537,32 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 19 02 01*

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 491/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2004 zur Einrichtung eines Programms für die finanzielle und technische Hilfe für Drittländer im Migrations- und Asylbereich (AENEAS) (ABl. L 80 vom 18.3.2004, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates am 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

*Verweise*

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 3. August 2005 an den Rat und das Europäische Parlament mit dem Titel „Maßnahmen im Außenbereich durch thematische Programme im Rahmen der finanziellen Vorausschau 2007-2013“ (KOM(2005) 324 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 25. Januar 2006 an das Europäische Parlament und den Rat mit dem Titel „Thematisches Programm für die Zusammenarbeit mit Drittländern in den Bereichen Migration und Asyl“ (KOM(2006) 26 endg.).

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 13. Oktober 2011 mit dem Titel „Für eine EU-Entwicklungspolitik mit größerer Wirkung: Agenda für den Wandel“ (COM(2011) 637 final).

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 18. Oktober 2011 mit dem Titel „Gesamtansatz für Migration und Mobilität“ (COM(2011) 743 final).

21 02 51 02 Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Lateinamerika

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 226 200 000 | 371 064 000 | 293 386 429 | 370 137 966,81 | 288 904 816,23 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 19 09 01*

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates am 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 51*** *(Fortsetzung)*

21 02 51 03 Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Asien, einschließlich in Zentralasien und dem Nahen und Mittleren Osten

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 529 564 664 | 863 990 519 | 602 853 787 | 890 711 982,32 | 589 195 303,15 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 10 01 01 und 19 10 01 02 sowie vormals Artikel 19 10 02 und 19 10 03*

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates am 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

21 02 51 04 Ernährungssicherheit

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 124 800 000 | 258 629 000 | 179 991 121 | 247 980 781,90 | 217 764 936,86 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 21 02 01, 21 02 02 und 21 02 03*

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

21 02 51 05 Nichtstaatliche Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 167 700 000 | 244 400 000 | 200 450 589 | 231 901 429,08 | 224 038 443,73 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 21 03 01 und 21 03 02*

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates am 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

Verordnung (EG) Nr. 1337/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über eine Krisenreaktionsfazilität zur Bewältigung des drastischen Anstiegs der Nahrungsmittelpreise in Entwicklungsländern (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 62).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 51*** *(Fortsetzung)*

21 02 51 06 Umwelt und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, einschließlich Energie

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 97 422 000 | 217 150 000 | 122 563 971 | 209 151 608,61 | 152 907 681,52 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 21 04 01*

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates am 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

21 02 51 07 Menschliche und soziale Entwicklung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 61 308 000 | 194 045 000 | 102 952 336 | 160 729 121,— | 155 477 135,19 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 21 05 01 01, 21 05 01 02, 21 05 01 03 und 21 05 01 04 sowie vormals Artikel 21 05 02 und 21 05 03*

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 443/92 des Rates vom 25. Februar 1992 über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern (ABl. L 52 vom 27.2.1992, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1292/96 des Rates vom 27. Juni 1996 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung sowie über spezifische Maßnahmen zur Erhöhung der Ernährungssicherheit (ABl. L 166 vom 5.7.1996, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 955/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Mai 2002 zur Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1659/98 des Rates über die dezentralisierte Zusammenarbeit (ABl. L 148 vom 6.6.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 625/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1659/98 des Rates über die dezentralisierte Zusammenarbeit (ABl. L 99 vom 3.4.2004, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates am 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 51*** *(Fortsetzung)*

21 02 51 08 Geografische Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 245 700 000 | 328 982 779 | 309 651 345 | 472 804 561,— | 287 600 551,23 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 21 06 02, 21 06 03, 21 06 04, 21 06 05 und 21 06 07*

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 856/1999 des Rates vom 22. April 1999 über einen besonderen Rahmen zur Unterstützung der traditionellen AKP-Bananenlieferanten (ABl. L 108 vom 27.4.1999, S. 2).

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates am 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

Verordnung (EU) Nr. 1338/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1934/2006 des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Zusammenarbeit mit industrialisierten Ländern und Gebieten sowie mit anderen Ländern und Gebieten mit hohem Einkommen (ABl. L 347 vom 30.12.2011, S. 21).

***21 02 77*** ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

21 02 77 01 Vorbereitende Maßnahme — Zusammenarbeit mit Ländern der mittleren Einkommensgruppe in Lateinamerika

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 375 000 | p.m. | 500 000 | 0,— | 340 734,38 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 19 09 02*

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren im Rahmen der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 77*** *(Fortsetzung)*

21 02 77 02 Vorbereitende Maßnahme — Austausch mit Indien im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und im Wissenschaftsbereich

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 952 768 | p.m. | 3 600 000 | 0,— | 1 666 935,80 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 10 01 03*

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren im Rahmen der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

21 02 77 03 Vorbereitende Maßnahme — Austausch mit China im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und im Wissenschaftsbereich

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 815 562 | p.m. | 3 700 000 | 0,— | 2 922 417,21 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 10 01 04*

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren im Rahmen der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

21 02 77 04 Vorbereitende Maßnahme — Zusammenarbeit mit Ländern der mittleren Einkommensgruppe in Asien

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 515 825 | p.m. | 550 000 | 0,— | 921 246,67 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 10 01 05*

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren im Rahmen der vorbereitenden Maßnahme.

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 77*** *(Fortsetzung)*

21 02 77 04 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

21 02 77 05 Vorbereitende Maßnahme — Europäische Union-Asien — Integration der Konzeption und der Durchführung von Politik

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 281 080 | p.m. | 300 000 | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 10 01 06*

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren im Rahmen der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

21 02 77 06 Pilotprojekt — Finanzmittel für die landwirtschaftliche Erzeugung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 75 000 | p.m. | 514 000 | 0,— | 506 576,70 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 21 02 04*

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren im Rahmen des Pilotprojekts.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 77*** *(Fortsetzung)*

21 02 77 07 Vorbereitende Maßnahme — Regionales afrikanisches Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen für den Bereich Millenniums-Entwicklungsziel 5

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 375 000 | p.m. | 500 000 | 2 000 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 21 03 03*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Mit diesen Mitteln soll die Errichtung eines ostafrikanischen regionalen Netzwerks zivilgesellschaftlicher Organisationen aus dem Bereich Millenniums-Entwicklungsziel 5 finanziert werden, in dem die bestehenden nationalen Beratungs- und Dienstleistungsplattformen zivilgesellschaftlicher Organisationen aus Kenia, Äthiopien, Somalia, Tansania, Uganda, Ruanda und Burundi — Länder, deren Indikatoren im Bereich der Gesundheit von Müttern und der reproduktiven Gesundheit weltweit zu den schlechtesten zählen — zusammengeführt würden. Das Millenniums-Entwicklungsziel-5-Netzwerk soll als informelles Forum für den Gedanken-, Informations- und Erfahrungsaustausch im Bereich der Gesundheit von Müttern und der reproduktiven Gesundheit dienen und die Mitgliedsorganisationen in die Lage versetzen, Möglichkeiten für eine länderübergreifende Zusammenarbeit zu erkunden, um zu unterstreichen, dass dem Millenniums-Entwicklungsziel 5 dringend eine stärkere politische und finanzielle Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.

Die Maßnahmen, die im Rahmen dieses Projekts durchgeführt werden, umfassen die Errichtung eines Netzwerksekretariats in einer der Mitgliedsorganisationen, die Einrichtung einer virtuellen Plattform für die Verbreitung und den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren sowie die Ausrichtung regionaler Veranstaltungen mit dem Ziel, die Ergebnisse im Bereich der Gesundheit von Müttern und der reproduktiven Gesundheit in der Region zu verbessern.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

21 02 77 08 Vorbereitende Maßnahme — Wasserbewirtschaftung in den Entwicklungsländern

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 1 200 000 | p.m. | 1 500 000 | 0,— | 1 994 360,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 21 04 06*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 77*** *(Fortsetzung)*

21 02 77 08 *(Fortsetzung)*

*Verweise*

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 12. März 2002 mit dem Titel „Wasserbewirtschaftung in der Politik von Entwicklungsländern und Prioritäten für die Entwicklungszusammenarbeit der EU“ (KOM(2002) 132 endg.).

Entschließung des Rates vom 30. Mai 2006 über die Wasserbewirtschaftung in Entwicklungsländern: Politik und Prioritäten für die Entwicklungszusammenarbeit (Dokument DEVGEN 83 ENV 309, 9696/02).

21 02 77 09 Pilotprojekt — Qualitatives und quantitatives Monitoring von Ausgaben im Gesundheits- und Bildungsbereich

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 195 860,15 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 21 05 01 05*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

21 02 77 10 Vorbereitende Maßnahme — Technologietransfer im Arzneimittelbereich zugunsten der Entwicklungsländer

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 375 000 | p.m. | 1 385 000 | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 21 05 01 06*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

*Verweise*

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Juli 2007 zum TRIPS-Übereinkommen und zum Zugang zu Arzneimitteln (ABl. C 175 E vom 10.7.2008, S. 591).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 77*** *(Fortsetzung)*

21 02 77 11 Vorbereitende Maßnahme — Forschung und Entwicklung im Bereich armutsbedingter, tropischer und vernachlässigter Krankheiten

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 300 000 | p.m. | 1 270 000 | 0,— | 1 190 665,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 21 05 01 07*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

*Verweise*

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Juli 2007 zum TRIPS-Übereinkommen und zum Zugang zu Arzneimitteln (ABl. C 175 E vom 10.7.2008, S. 591).

21 02 77 12 Pilotprojekt — Verbesserte Gesundheitsfürsorge für Opfer sexueller Gewalt in der Demokratischen Republik Kongo

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 358 452 | p.m. | 400 000 | 0,— | 160 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 21 05 01 08*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 77*** *(Fortsetzung)*

21 02 77 13 Vorbereitende Maßnahme — Verbesserte Gesundheitsfürsorge für Opfer sexueller Gewalt in der Demokratischen Republik Kongo

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 2 000 000 | 1 200 000 | 1 500 000 | 1 250 000 | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 21 05 01 09*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Diese vorbereitende Maßnahme dient der Fortbildung kongolesischer Ärzte in allgemeiner gynäkologischer Chirurgie und in schwierigen Techniken wie der Entfernung von Fisteln und der Rekonstruktion des Beckenbodens.

Die vorbereitende Maßnahme betreffend die sexuelle Gewalt in der Demokratischen Republik Kongo befindet sich derzeit im zweiten Ausführungsjahr. Die Maßnahme kann 2014 folglich ein drittes und letztes Mal ausgeführt werden.

*Ziele*

Dieses Projekt wird über das zweite Jahr der vorbereitenden Maßnahme 21 05 01 09 (VVS) finanziert und deckt sieben Gesundheitsbezirke im Osten der Demokratischen Republik Kongo ab, in denen die Lage besonders schlecht ist. Der Schwerpunkt des Projekts liegt auf Fortbildungen im Bereich der Behandlung von Fällen sexueller Gewalt (Entfernung von Fisteln) sowie der Betreuung bei gynäkologischen Problemen und Problemen im Zusammenhang mit der Geburtshilfe.

Die Mittel sollen zur Verwirklichung folgender Ziele eingesetzt werden:

— Gesamtziel: Beitrag zur Verbesserung der Fürsorge für Opfer sexueller Gewalt in Nord-Kivu und in der Ostprovinz.

— Spezifisches Ziel:

Stärkung der Kapazitäten der Behandlungszentren und der Anbieter von Gesundheitsleistungen im Bereich der Entfernung von Genitalfisteln und der gynäkologischen und geburtshilflichen Chirurgie in Nord-Kivu und in der Ostprovinz.

*Durchführung*

Das Projekt wird im Rahmen einer mit der Demokratischen Republik Kongo geschlossenen Finanzierungsvereinbarung als vorbereitende Maßnahme finanziert und von der Kommission im Wege der direkten zentralen Verwaltung über die Delegation der Union in der Demokratischen Republik Kongo durchgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 77*** *(Fortsetzung)*

21 02 77 14 Globaler Dachfonds für Energieeffizienz und erneuerbare Energien (GEEREF)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | p.m. | 197 684 | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 21 04 05*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

21 02 77 15 Pilotprojekt — Strategische Investitionen in dauerhaften Frieden und dauerhafte Demokratisierung im Raum am Horn von Afrika

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 250 000 | 775 000 | 1 000 000 | 500 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 21 03 04*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

Die Menschen und die Staaten am Horn von Afrika leiden unter zwei wesentlichen Problemen: 1. Mangel an partizipativer Staatsführung und Stabilität, 2. dem Fehlen von Demokratie und demokratischen Verfahren und den Mangel an einer echten Beteiligung der Bürger. Beide Probleme beruhen auf einer tief gehenden, anhaltenden Krise der Staatsführung in allen Staaten dieses Raums. Die Folgen dieser Krise sind im gesamten Nordosten Afrika und auch in Europa durchaus spürbar. Wenn die Union und andere Seiten nicht mit einer breiten Perspektive gegen diese Probleme vorgehen, besteht keine Hoffnung auf zukunftsfähige Wirtschaftsgrundlagen, Wachstum und Frieden und Stabilität in diesem Raum. Ein Szenario des Arabischen Frühlings in diesem Raum ohne langfristige Zukunftsvisionen und flankierend dazu langfristige Investitionen der Staatengemeinschaft wird zu nichts Gutem führen.

Das vorgeschlagene Pilotprojekt geht gegen diese Probleme mit einer zweigeteilte Strategien vor, wobei ein Teil auf den anderen baut. Beide Ansätze sind wesentlich für die Schaffung langfristiger, glaubwürdiger Alternativen zu den Militärdiktaturen am Horn von Afrika:

1. Schaffung von ausreichendem Spielraum für die Zivilgesellschaft, ergänzt durch strategische Investitionen in echte zivilgesellschaftliche Akteure: Die Zivilgesellschaft in dem Raum am Horn von Afrika und ihre Diaspora in Afrika befindet sich zunehmend in Bedrängnis durch Mangel an Funktionsfähigkeit und durch Menschenrechtsverletzungen. Staatliche Politik in den Ländern dieses Raums ist zunehmend von Misstrauen gekennzeichnet und auf Beherrschung und Eindämmung der Zivilgesellschaft statt auf deren Unterstützung oder Begünstigung aufgebaut. Die Staatsführungen in diesem Raum betrachten die Zivilgesellschaft als Bedrohung, wenn nicht gar als direkten Gegner, und lassen nicht zu, dass ihre Politik durch die Zivilgesellschaft ergänzt, geschweige denn in Frage gestellt wird. Die Zivilgesellschaft trägt aber zu demokratischen Systemen und Prozessen entscheidend bei. Die Einengung der Zivilgesellschaft muss deshalb landesweit und regional auf Gegenwehr treffen, damit die Zivilgesellschaft an demokratischen Prozessen mitwirken kann. Die Akteure der Zivilgesellschaft müssen ihrerseits gestärkt werden, damit sie dieses zunehmend schwierige Umfeld wirksam bewältigen und künftige demokratische Prozesse gestalten können.

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 77*** *(Fortsetzung)*

21 02 77 15 *(Fortsetzung)*

2. Förderung der Jugend und der Jugendbewegungen im Raum am Horn von Afrika mit dem Ziel, sie wirkungsvoll auf künftigen demokratischen Wandel vorzubereiten: Junge Menschen am Horn von Afrika und in der afrikanischen Diaspora sind die Zukunft ihrer Länder, doch fehlt es ihnen an Fähigkeiten und Kenntnissen und an Lebenserfahrung in einem friedlichen, demokratischen Umfeld. Außerdem verfügen sie nicht über die Mittel, solche Fähigkeiten zu entwickeln, und ihre Regierungen investieren kaum in die Jugend. Die jungen Menschen sind häufig in Flüchtlingslagern untergebracht. Durch ihre Flucht und den häufig unklaren Rechtsstatus bleiben sie ohne Chancen, etwas zu lernen. Um künftige Führungskräfte und höherrangige Staatsbeamte auszubilden und wirklich demokratische Verfahren einzurichten, kommt es entscheidend auf Investitionen von außen in die Jugend dieses Raums an. Investitionen in ihre Fähigkeiten, unter erfolgreicher Kanalisierung ihrer Begeisterung, ihrer Zukunftsträume und -hoffnungen, sind strategisch sinnvoller als Investitionen in die Änderung der derzeit etablierten Verhältnisse.

Mit diesem Pilotprojekt wird in folgenden Staaten investiert: Sudan und Südsudan, Eritrea, Äthiopien, Somalia (Somaliland, Puntland) und Dschibuti. Es soll auf nationaler wie auch auf regionaler/subregionaler Ebene investiert werden, wobei aber ein regionaler Ansatz Vorrang hat.

Die Menschen am Horn von Afrika leiden unter dem Mangel an partizipativer Staatsführung, Stabilität, Demokratie und echter Beteiligung. Wenn diese Probleme nicht umfassend angegangen werden, besteht keine Hoffnung auf zukunftsfähige Wirtschaftsgrundlagen, Wirtschaftswachstum, Frieden und Stabilität in der Region.

Das Pilotprojekt zielt darauf ab, zur Schaffung langfristiger, glaubwürdiger Alternativen zu den Militärdiktaturen am Horn von Afrika beizutragen, indem ausreichend Raum für die Zivilgesellschaft sichergestellt und die Jugend und Jugendbewegungen gefördert werden.

Dschibuti: Die im Rahmen des Projekts vorgeschlagenen Maßnahmen sind erforderlich, da zivilgesellschaftliche Organisationen in Dschibuti unterentwickelt sind und im Entwicklungsprozess des Landes nur eine untergeordnete Rolle spielen. Im Rahmen des Projekts könnte zudem zivilgesellschaftlichen Organisationen Unterstützung dabei gewährt werden, sich mit partizipatorischen Prozessen stärker vertraut zu machen, und dazu beigetragen werden, die Zahl der Partner im Land zu erhöhen.

Äthiopien: Angesichts des schwierigen Umfelds, das in Äthiopien derzeit für zivilgesellschaftliche Organisationen besteht, ist es besonders angemessen, solche Organisationen und den Demokratisierungsprozess in dem Land zu unterstützen. Es wird jedoch empfohlen, dass das Projekt neu konzipiert wird, um den Fokus auf die Jungendkomponente zu richten, da andere Komponenten bereits durch andere Instrumente und Haushaltslinien (EEF, thematisches Programm im Rahmen des DCI — zivilgesellschaftliche Organisationen/lokale Behörden, EIDHR) abgedeckt werden. Im Rahmen des Projekts könnte zudem zivilgesellschaftlichen Organisationen Unterstützung dabei gewährt werden, sich mit partizipatorischen Prozessen stärker vertraut zu machen, und dazu beigetragen werden, die Zahl der Partner im Land zu erhöhen.

Eritrea: Im Fall von Eritrea ist die Unterstützung des Demokratisierungsprozesses und der Jugend am wichtigsten. Gleichzeitig sollte berücksichtigt werden, dass der Handlungsspielraum für zivilgesellschaftliche Organisationen in Eritrea begrenzt ist.

Sudan und Südsudan: Eine Überschneidung mit den geografischen Programmen wird verhindert, indem im Rahmen der Komponente Regierungsführung/Rechtsstaatlichkeit zum Kapazitätsaufbau innerhalb der verschiedenen Regierungsstrukturen, insbesondere der Justiz, beigetragen wird. Synergien mit anderen Instrumenten wie dem EIDHR und den thematischen Programmen des DCI (zivilgesellschaftliche Organisationen/kommunale Behörden) sollten angeregt werden.

Regionale Perspektive: Die regionale Komponente dieses Projekts ist besonders nützlich, da sie von keinem bestehenden Instrument abgedeckt wird.

Im Rahmen des Projekts sollten außerdem ergänzende Maßnahmen wie einen verstärkten Kapazitätsaufbau innerhalb von Jugendorganisationen und die Einrichtung zusätzlicher Netzwerke zwischen Zielorganisationen in den begünstigen Ländern vorsehen. Zudem sollte die Laufzeit der Maßnahme verlängert werden, um die Nachhaltigkeit des Projekts zu gewährleisten.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 77*** *(Fortsetzung)*

21 02 77 16 Pilotprojekt — Stärkung der Veterinärdienste in Entwicklungsländern

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 2 000 000 | 1 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Trotz der Zusammenarbeit zwischen der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) und der Union bei der Beurteilung der Leistung von Veterinärdiensten, der Verwaltung von Tiergesundheitsdiensten und bei der Vogelgrippe besteht dringender Bedarf, die Veterinärdienste in den Entwicklungsländern wie nachfolgend erläutert zu stärken und zu finanzieren.

a) 20 % der Einbußen bei der Viehzucht weltweit und 30 % der Einbußen in den Entwicklungsländern sind auf Tierseuchen zurückzuführen. Knapp eine Milliarde Menschen in den Entwicklungsländern (in Afrika südlich der Sahara und in Südostasien) sind auf Vieh angewiesen, um überleben zu können. Gesunde Tierbestände spielen bei der Armutsbekämpfung daher eine elementare Rolle. Das Problem kann allerdings nur dann an der Wurzel gepackt werden, wenn es rasch und professionell erkannt wird.

In Nature News vom 5. Juli 2012 wird Bernard Vallat, Generaldirektor der OIE in Paris, wie folgt zitiert:

*„Die Entwicklungsländer benötigen Hilfe, um Melde- und Überwachungsnetze zu entwickeln und Landwirte und Tierärzte für die Aufdeckung und Meldung von Seuchenfällen auszubilden."*

In jüngerer Zeit auf internationaler Ebene unternommene Anstrengungen zur Bekämpfung der Grippe bei Mensch und Tier haben deutlich gezeigt, dass es notwendig ist, weiterhin einen sektorübergreifenden Ansatz der verantwortungsvollen Verwaltung zu verfolgen, die Gesundheitssysteme für Mensch und Tier zu stärken und sie an die internationalen Normen anzugleichen sowie öffentlich-private Partnerschaften in diesen Bereichen auszubauen.

Den schwerwiegenden Folgen von Tierseuchen, einschließlich ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen (auf die Primärproduktion, den Handel und verarbeitete Erzeugnisse), sowie der Notwendigkeit, alle Tierseuchen — ob zoonotischer Natur (z. B. Tuberkulose, Brucellose, Tollwut, Milzbrand) oder nicht zoonotischer Natur (z. B. Maul- und Klauenseuche, Pest der kleinen Wiederkäuer) — zu bekämpfen, ist Rechnung zu tragen, um die Verbraucher, Haustiere (die Krankheiten auf den Menschen übertragen können) und das Vieh aus der Union zu schützen. In den Nachbarländern, in Entwicklungsländern und in Übergangswirtschaften, insbesondere in den Ländern südlich der Sahara, muss mehr getan werden, um die Entstehung von Seuchen zu verhindern bzw. unter Kontrolle zu halten zu beherrschen und um die Biosicherheit zu verbessern. Dies fördert die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter und trägt letztlich zu einer besseren Ernährungssicherheit, Lebensmittelsicherheit, öffentlichen Gesundheit und Armutsminderung bei. Die verantwortungsvolle Verwaltung der öffentlichen und privaten Komponenten der Veterinärdienste und eine bessere Zusammenarbeit dieser Dienste mit dem öffentlichen Gesundheitswesen zu ermöglichen, ist für eine bessere und sicherere Welt von zentraler Bedeutung.

In etwa 125 Ländern wurde bereits eine erste Beurteilung der Leistung der jeweiligen nationalen Veterinärdienste (PVS-Beurteilung) auf der Grundlage internationaler Normen für die Qualität und die Beurteilung von Veterinärdiensten vorgenommen. Die Maßnahmen des „PVS Pathway Follow-up" sind Bestandteil eines fortwährenden Prozesses, der die Einhaltung der internationalen Qualitätsnormen durch die Veterinärdienste verbessern und wirksam und langfristig sicherstellen soll, dass Tiere, Menschen und die landwirtschaftlichen Produktion weltweit geschützt sind. Diese Maßnahmen müssen in Entwicklungsländern, insbesondere in den Ländern südlich der Sahara, sowie in den Nachbarländern umgesetzt werden, um die erzielten Fortschritte zu überwachen und die Veterinärdienste und Tiergesundheitssysteme auf der Grundlage nationaler Bedürfnisse und Prioritäten zu verbessern („PVS Gap Analysis").

Der PVS-Pathway erleichtert und verbessert die Entwicklung geeigneter Rechtsvorschriften für nationale Tiergesundheitssysteme, die Früherkennung, die weltweite Transparenz im Hinblick auf die Gesundheitslage in einzelnen Ländern durch die Meldung von Tierseuchen (einschließlich Zoonosen), eine schnelle Reaktion auf Seuchenausbrüche, Maßnahmen zugunsten der Biosicherheit, Ausgleichszahlungen für Landwirte bei Zwangsschlachtungen, Impfungen (falls erforderlich) und den Kapazitätenaufbau für den öffentlichen und den privaten Sektor (insbesondere Landwirte, Viehzüchter und private Tierärzte) und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Sektoren sowie die Gewährleistung, dass hochwertige Medikamente eingesetzt werden.

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 77*** *(Fortsetzung)*

21 02 77 16 *(Fortsetzung)*

Bedauerlicherweise haben die bislang durchgeführten PVS-Beurteilungen besorgniserregende Schwachpunkte und große Mängel in über hundert Ländern aufgezeigt. Dieser Umstand bedroht die Früherkennung, die weltweite Transparenz hinsichtlich der Gesundheitslage und der Zoonosen in den einzelnen Ländern und erhöht drastisch die weltweiten Kosten der Bekämpfung von Pandemien und Tierseuchen — mit katastrophalen Folgen für eine Milliarde Menschen, für die Vieh die direkte Lebensgrundlage darstellt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

21 02 77 17 Pilotprojekt — Soziale Verantwortung der Unternehmen und Zugang zu freiwilliger Familienplanung für Fabrikarbeiter in Entwicklungsländern

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 750 000 | 375 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Ziele*

Mit den Mitteln soll die Einrichtung eines europaweiten Netzwerks finanziert werden, in dem multinationale Unternehmen mit Tätigkeiten in Entwicklungsländern und Hauptsitz in Europa sowie Organisationen, die Dienstleistungen für Familienplanung erbringen, zusammengebracht werden sollen. Für das Projekt werden speziell Fabriken von Unternehmen ausgewählt, die sich insbesondere in Ländern mit einem hohen unbefriedigten Bedarf an Familienplanung befinden. Dieses europaweite Netzwerk soll ein Forum für den Austausch von Ideen, Informationen und Erfahrungen im Bereich der Familienplanung in Verbindung mit der sozialen Verantwortung der Unternehmen (CSR) darstellen und Gelegenheiten für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Organisationen für Familienplanung bieten, um den Zugang zu Familienplanung für Fabrikarbeiter in Ländern mit einem hohen unbefriedigten Bedarf an Familienplanung zu verbessern.

Letztendlich wird mit den Mitteln ein Pilotprojekt eingerichtet, mit dem die Verbindung zwischen der sozialen Verantwortung der Unternehmen und der Bereitstellung von freiwilligen Dienstleistungen zur Familienplanung in Fabriken erforscht wird.

Projektaktivitäten

Phase 1 — Kartierung von multinationalen Unternehmen in der Union, die eine große Anzahl von Fabrikarbeiterinnen in Entwicklungsländern mit einem hohen unbefriedigten Bedarf an Familienplanung beschäftigen.

Phase 2 — Einrichtung eines Forums für den Austausch von Ideen, Informationen und Erfahrungen im Bereich der Familienplanung in Verbindung mit der sozialen Verantwortung der Unternehmen.

Phase 3 — Unterstützung der Umsetzung eines CSR-Pilotprojekts zur freiwilligen Familienplanung in einer Fabrik.

Phase 4 — Dokumentation und Verbreitung der Ergebnisse dieses Pilotprojekts.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 77*** *(Fortsetzung)*

21 02 77 18 Pilotprojekt — Investitionen in dauerhaften Frieden und in den Wiederaufbau von Gemeinden im Departamento Cauca (Kolumbien)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 500 000 | 750 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Ziel dieses Pilotprojekts ist es, die Kleinbauernwirtschaft im Departamento Cauca zu reaktivieren, um für die kleinen Gemeinschaften einen gangbaren Ausweg aus den bewaffneten und sozialen Konflikten in der Region zu schaffen. Zu diesem Zweck sollte das Pilotprojekt den Bau, die Entwicklung und den Unterhalt physischer Infrastruktureinrichtungen und die Einrichtung eines Vertriebszentrums für die Vermarktung der von diesen Gemeinschaften erzeugten Agrarprodukte sowie deren weiteren Vertrieb auf lokaler und regionaler Ebene ermöglichen und wie bei anderen Krisenherden in Kolumbien eine mögliche Konfliktbeilegung erleichtern.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

21 02 77 19 Vorbereitende Maßnahme — Stärkung der Widerstandsfähigkeit zugunsten einer besseren Gesundheit von Nomadengemeinschaften in Post-Krisensituationen in der Sahel-Region

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 3 000 000 | 1 500 000 | | | | |

*Erläuterungen*

In den nördlichen Teilen Malis und Nigers kommt es immer wieder zu Gesundheitskrisen, wobei die Gesundheitsindikatoren dieser Länder insbesondere im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit zu den schlechtesten weltweit zählen. Obwohl die Post-Krisensituationen in diesen beiden Ländern relativ unterschiedlich sind, gehen die schwachen Gesundheitsindikatoren doch auf vergleichbare Ursachen zurück: großflächige ländliche Gebiete, soziokulturelle Barrieren, unzureichende Gesundheitsinfrastruktur, Mangel an Kompetenzen und Kapazitäten im Gesundheitsbereich, insbesondere im Hinblick auf die Anzahl der medizinischen Fachkräfte, und geringe Verbleibquote des qualifizierten medizinischen Personals. Diese Herausforderungen stellen sich zwar in allen Ländern südlich der Sahara, die überwiegend nomadische Bevölkerung der Zielregion dieses Projekts hat jedoch zusätzliche Bedürfnisse, die gegenwärtig vom Gesundheitssystem nicht abgedeckt werden. Das Gesundheitssystem trägt der nomadischen Lebensweise dieser Hirtenbevölkerung oft nicht genügend Rechnung. Dies führt zu einer erhöhten Schutzbedürftigkeit dieser Gruppen, die bereits unter Unterernährung, geschlechtsspezifischen Ungleichheiten, einer hohen Mütter- und Kindersterblichkeit sowie einem unzugänglichen Zugang zu Gesundheitsdiensten und Informationen von hoher Qualität leiden.

Die parallele Post-Krisensituation in diesen beiden Regionen würde dazu beitragen, Lehren und bewährte Verfahren in Bezug auf die Widerstandskraft und die Verknüpfung von Soforthilfe, Rehabilitation und Entwicklung (LRRD) zu ziehen, die für die Union im Rahmen der AGIR-Initiative äußerst relevant wären; zudem könnten bewährte Verfahren aus diesem Pilotprojekt im Rahmen dieser und anderer Initiativen repliziert werden.

Unter Heranziehung des Gesundheitswesens mit besonderem Schwerpunkt auf sexueller und reproduktiver Gesundheit als Beispiel zielt die vorbereitende Maßnahme darauf ab, Basislinien einzuführen, operative Empfehlungen in Bezug auf Widerstandsfähigkeit und die Verknüpfung von Soforthilfe, Rehabilitation und Entwicklung abzugeben und diese zu nutzen, um die Stärkung der gesundheitsbezogenen Kapazitäten von Gemeinschaften im Hinblick auf die Bedürfnisse von Nomadengruppen und vor dem Hintergrund der Post-Krisensituationen in Mali und Niger voranzutreiben.

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 77*** *(Fortsetzung)*

21 02 77 19 *(Fortsetzung)*

*Ziele*

Hauptziel des Projekts ist es, Kapazitäten von medizinischen Fachkräften aufzubauen, um Dienste von hoher Qualität anzubieten, die auf die besonderen Bedürfnisse von Nomadengruppen (in einer Post-Krisensituation), insbesondere die sexuelle und reproduktive Gesundheit, abzielen. Unter Heranziehung des Gesundheitswesens als Beispiel werden mit der vorbereitenden Maßnahme bewährte Methoden für den Aufbau der Widerstandsfähigkeit und die Verknüpfung von Soforthilfe, Rehabilitation und Entwicklung vor dem Hintergrund der Post-Krisensituationen in Nordmali und Nordniger ausgewertet und zusammengestellt. Das Projekt würde ferner die Entwicklung innovativer Methoden fördern und die Lehrpläne für Gesundheitsberufe verbessern, indem auf die Bedürfnisse von Nomadengruppen eingegangen wird. Es wird erwartet, dass dieses Projekt verlässliche und umfassende Gesundheitsdaten liefert, die auf der Ebene der Gemeinschaften oder auf lokaler Ebene erhoben werden, um die Gesundheitsprogramme und die Rechenschaftspflicht der nationalen und lokalen Gesundheitssysteme zu verbessern. Bewährte Verfahren in Bezug auf den Aufbau der Widerstandsfähigkeit und LRRD werden geteilt und verbreitet und die Lehrpläne für Gesundheitsberufe werden weiterentwickelt, um die lokalen Kapazitäten zu stärken und auf die Gesundheitsbedürfnisse von Nomadengruppen einzugehen.

Die wichtigste Zielgruppe ist die nomadische Bevölkerung im ländlichen Raum in Nordmali und Nordniger und insbesondere die schwächsten und am stärksten bedrohten Bevölkerungsgruppen (Frauen, Mädchen und Kinder unter fünf Jahren). Die zweite Zielgruppe umfasst professionelle und lokale medizinische Fachkräfte in denselben Regionen.

Die Maßnahme wird von lokalen CSO und humanitären Akteuren umgesetzt, die in der Region über lokale Mitarbeiter verfügen, im Einklang mit nationalen Prioritäten und Regierungsplänen (einschließlich der Verwirklichung der UN-Millenniumsziele 4 und 5, da sowohl Mali als auch Niger Countdownländer [1] sind) und in enger Zusammenarbeit mit allen in den Regionen vertretenen Akteuren: lokale und nationale Behörden, lokale und nationale Gesundheits- und Ausbildungseinrichtungen, die Gemeinschaften sowie die Entwicklungsakteure (EU, Geber, UN-Agenturen, der Privatsektor, Nichtregierungsorganisationen, Behörden und medizinische Fachkräfte der Gemeinschaften) unter Berücksichtigung der Bemühungen im Rahmen der AGIR-Initiative.

*Projektaktivitäten*

Die vorbereitende Maßnahme ist in drei Phasen untergliedert:

*Erste Phase: operative Recherche zur Bestimmung der gesundheitsbezogenen Basislinien von Nomadengruppen*

Die Maßnahme wird darauf abzielen, Basislinien in Bezug auf Gesundheitsindikatoren festzulegen und die Determinanten für einen Zugang der lokalen Nomadenbevölkerung, insbesondere der besonders schutzbedürftigen und am stärksten gefährdeten Gruppen (Frauen, Mädchen und Kinder unter fünf Jahren), zu Gesundheitsdiensten von hoher Qualität zu ermitteln. Ferner wird sie bestehende Gesundheitskapazitäten und Initiativen aufzeigen (darunter die AGIR-Initiative und weitere internationale Initiativen, staatliche Gesundheitseinrichtungen und Ausbildungszentren, aber auch traditionelles Gesundheitspersonal und Gesundheitspersonal der Gemeinden). Im Rahmen des Forschungsvorhabens wird schließlich eine Bewertung der Bereitstellung grundlegender Gesundheitsdienste im Hinblick auf die Bedürfnisse von Nomadengruppen und von Informationen über Prävention und Dienste vorgenommen (einschließlich Säuglings- und Kinderpflege, Impfungen, Ernährung, reproduktive Gesundheit, geschlechterspezifische Gewalt usw.) [2].

*Zweite Phase: Bereitstellung operativer Empfehlungen und Sammlung gewährter Praktiken für LRRD und Entwicklung der Widerstandsfähigkeit für einen Wissenstransfer auf die AGIR-Initiative und andere ähnliche Initiativen*

Auf der Grundlage der Bewertung wird die Maßnahme daraufhin untersuchen, wie im Rahmen der Notfallmaßnahme und in der Post-Krisensituation von allen Entwicklungsakteuren (EU-Akteure, Geber, UN-Agenturen, Privatsektor, NRO, Behörden, Gesundheitspersonal und medizinische Fachkräfte der Gemeinden) auf die Bedürfnisse der Nomadengruppen eingegangen wurde (Koordinierungs- und Warnmechanismen). Es werden bewährte Praktiken in beiden Ländern hervorgehoben, insbesondere durch eine Verbindung mobiler und stationärer Gesundheitsdienste und die Bereitstellung dualer tier- und humanmedizinischer Interventionen, wobei Ähnlichkeiten und Unterschiede in der Vorgehensweise des jeweiligen Landes berücksichtigt werden.

(1) Mali und Niger werden als „Countdownländer" bezeichnet, was bedeutet, dass die MEZ bis 2015 verwirklicht werden müssen, insbesondere die MEZ 4 und 5 (Kinder- und Müttersterblichkeit).

(2) Unter Grundpflege wird Folgendes verstanden: Gesundheit, Impfung und Ernährung von Mutter und Kind (insbesondere akut unterernährter Kinder und stillender Mütter), Überwachung von Epidemien und Behandlung von Krankheiten (darunter HIV/AIDS), medizinische Versorgung, frühzeitige psychologische und klinische Behandlung, insbesondere bei geschlechtsspezifischer Gewalt (sexuellen Übergriffen, Kinder- und Zwangsehen, Genitalverstümmelung und Beschneidung von Mädchen und Frauen usw.), und Gesundheitsfürsorge im Bereich der Reproduktionsmedizin (Betreuung bei geburtshilflichen Notfällen, prä- und postnatale Versorgung, Verhinderung unsicherer Abtreibungen, Zugang zu Methoden der Familienplanung usw.).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 77*** *(Fortsetzung)*

21 02 77 19 *(Fortsetzung)*

Schließlich werden operative Empfehlungen für künftige Interventionen der Union, insbesondere im Kontext der AGIR-Initiative, bereitgestellt, in denen aufgezeigt wird, wie eine langfristig auf die Widerstandsfähigkeit ausgerichtete Perspektive gegenüber Nomadengruppen eingenommen werden kann, auch bei Krisen- und Notfallmaßnahmen, ohne die lokalen und nationalen formellen und informellen Strukturen zu destabilisieren.

*Dritte Phase: Aufbau und Beibehaltung einer den Gesundheitsbedürfnissen von Nomadengruppen gerecht werdenden Kapazität von medizinischen Fachkräften und Gesundheitspersonal der Gemeinden für belastbare Gesundheitssysteme*

Mit dieser Maßnahme werden die gewonnenen Erkenntnisse potenziert, indem die Gesundheitskapazität geprüft wird, um den Gesundheitsbedürfnissen von Nomadengruppen gerecht zu werden. Diese Phase wird sich auf die Ausarbeitung eines spezialisierten Lehrplans konzentrieren, der sich auf die Bedürfnisse von Nomadengemeinden konzentriert, sowie auf die Dokumentation evidenzbasierter Interventionsstrategien, die nachweislich zu Ergebnissen und einer Beteiligung von Nomadengruppen geführt haben. Diese Phase wird in Zusammenarbeit mit Ausbildungseinrichtungen und lokalen und nationalen Behörden durchgeführt. Die Ausbildung wird das volle Spektrum der grundlegenden Gesundheitspflege und Prävention umfassen, einschließlich der Überweisung von Schwangeren an Gesundheitszentren. Es umfasst ferner eine Ausbildung auf dem Gebiet der Erhebung und Überwachung von Daten zum Gesundheitszustand von Nomadengruppen. Die Ausbildung richtet sich an medizinische Fachkräfte und insbesondere an weibliche medizinische Fachkräfte in den Gemeinden sowie an traditionelle Geburtshelferinnen, um den Nomadengruppen einen besseren Zugang zu Gesundheitsdiensten zu ermöglichen. Die Ausbildungen werden den nationalen Prioritäten Rechnung tragen und bestehende Einrichtungen unterstützen.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

21 02 77 20 Vorbereitende Maßnahme — Sozioökonomische Wiedereingliederung der im Sexgebewerbe tätigen Kinder und Frauen, die in den Bergbauvierteln von Luhwindja (Provinz Süd-Kivu) im Osten der Demokratischen Republik Kongo leben

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 2 200 000 | 1 100 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Die Provinz Süd-Kivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo durchläuft Krisenzeiten, die die örtlichen Gemeinschaften in verschleierte Armut stürzen.

Mit einer Armutsquote von 84,7 % gehört diese Provinz zusammen mit den Provinzen Équateur und Bandundu zu den drei ärmsten Provinzen der Demokratischen Republik Kongo.

Auch die Chefferie Luhwindja — eine von insgesamt 18 — bleibt hiervon nicht verschont. Einst lebten mehr als 90 % der dortigen Bevölkerung von der handwerklichen Nutzung der Mineralien.

Heute befinden sich fast alle Bergbauviertel in der Hand der Gesellschaft Banro, die zulasten anderer Aktivitäten, die zum Wohlergehen der ortsansässigen Gemeinschaften beitragen könnten, einen industriellen Abbau betreibt.

Um zu überleben, sind diese Gemeinschaften gezwungen, an anderen, als gefährlich eingestuften Orten Gold zu schürfen, was bedauerliche Konsequenzen nach sich zieht. Die Quote der Schulabbrecher ist besorgniserregend. Die Jungen und Mädchen aus armen Haushalten geben die Schuldbildung auf, um stattdessen in den Minen arbeiten zu gehen.

Artikel 53 Buchstabe f des Gesetzes vom 10. Januar 2009 über den Schutz von Minderjährigen verbietet Arbeiten, die aufgrund ihrer Natur und der Bedingungen, unter denen sie ausgeübt werden, der Gesundheit, dem Wachstum, der Sicherheit, der Entfaltung, der Würde oder der Moral des Kindes schaden können.

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 77*** *(Fortsetzung)*

21 02 77 20 *(Fortsetzung)*

Die jungen Mädchen (ab 13 Jahren) und Frauen, die zum Familienvorstand geworden sind, begeben sich in die Prostitution, um das gesellschaftliche Gleichgewicht zu halten, da die meisten Männer erwerbslos sind.

Die Prostitution und ihre Folgen, körperliche Gewalt und Drogenkonsum sind große Probleme, die gegenwärtig in den vom Bergbau lebenden Vierteln dieser Chefferie grassieren.

Die Regierung, die Zivilgesellschaft und die Organisationen der Vereinten Nationen sollten Anstrengungen unternehmen, um nach Mechanismen ausfindig zu machen die die Gemeinschaften in die Lage versetzen, das erste Millenniums-Entwicklungsziels, nämlich die Verringerung der extremen Armut und des Hungers, zu erreichen.

*Ziele*

Die Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen und die Prostitution von Mädchen und Frauen in den Bergbauvierteln von Luhwindja sind ein hervorragender Indikator für Armut.

Das Gesamtziel dieses Projekts besteht darin, zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Gemeinschaften in der Chefferie Luhwindja beizutragen; ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf die Betreuung der Jugendlichen gelegt werden, die in den Minen arbeiten und dafür ihre Schulbildung aufgeben.

Besondere Aufmerksamkeit soll dabei den jungen Mädchen und Frauen gelten, die in diesen Bergbauvierteln leben und sich prostituieren und meistens schon in jungen Jahren an HIV/AIDS und anderen sexuell übertragbaren Infektionen erkranken und ungewollt schwanger werden. Dazu soll mit dem Panzi-Hospital zusammengearbeitet werden, das von Dr. Denis Mukwege geleitet wird.

Die Maßnahmen werden in enger Zusammenarbeit mit den lokalen und nationalen Behörden, den Gemeinschaften sowie mit anderen Akteuren der Entwicklungshilfe (wie Geldgebern, den Organisationen der Vereinten Nationen, der Privatwirtschaft und Nichtregierungsorganisationen) durchgeführt.

*Aktivitäten im Rahmen des Projekts*

Die Maßnahme besteht aus drei Hauptphasen:

*Die erste Phase: Betreuung aller aus den Bergbauvierteln stammenden Kinder und Jugendlichen im Alter von 5 bis 15 Jahren in einem Nachhilfezentrum (800 000 USD)*

— Sensibilisierung der örtlichen Gemeinschaften für die Rechtsvorschriften und andere nationale und internationale Rechtsinstrumente zum Schutz von Minderjährigen.

— Aufbau eines Nachhilfezentrums für Kinder aus den Bergbauvierteln, von denen einige noch nie eine Schule besucht haben.

— Ausstattung dieses Zentrums mit dem erforderlichen Material: Nach dem Aufbau muss das Zentrum mit Lehrmitteln und anderen Materialien ausgestattet werden, um den Kindern mehr oder minder optimale Lernvoraussetzungen zu bieten und ihnen die Chance zu geben, später weiterzulernen.

— Einstellung des am Projekt mitwirkenden Personals: Bei der Einstellung wird darauf geachtet, dass die Mitarbeiter über eine Ausbildung im Bereich der Sonderpädagogik verfügen, also auf die Betreuung „gesetzloser" Kinder spezialisiert sind. Das Personal wird auch die Aufgabe haben, die Kinder mithilfe ihrer Eltern in den Bergbauvierteln anzumelden.

— Organisation der psychosozialen Betreuung: Sobald die Kinder angemeldet sind, werden sie zunächst über einen Zeitraum von drei Monaten in einem psychologischen Betreuungszentrum betreut. Da die Kinder aus einem „gefährlichen, außergewöhnlichen" Milieu kommen, wird hierfür ein Fachpsychologe eingestellt.

— Einstufung der Kinder nach ihrem Kenntnisstand: Es soll drei verschiedene Stufen geben: — - — Die erste Stufe richtet sich an Kinder, die noch nie die Schule besucht haben bzw. diese im ersten oder zweiten Grundschuljahr abgebrochen haben. Sie werden auf dem Niveau des zweiten Grundschuljahres unterrichtet.

— Die zweite Stufe richtet sich an Kinder, die nicht über das dritte oder vierte Grundschuljahr hinausgekommen sind. Sie werden auf dem Niveau des vierten Grundschuljahres unterrichtet.

— Die dritte Stufe richtet sich an Kinder, die die Schule im fünften Schuljahr verlassen oder das sechste Schuljahr nicht geschafft haben. Sie werden auf dem Niveau des sechsten Grundschuljahres unterrichtet.

Zum Ende eines jeden Schuljahrs nehmen alle Schüler des sechsten Schuljahres am TENAFEP (Nationaler Test zum Abschluss der Grundschule) teil, der die Kinder auf die Sekundarschule vorbereitet.

Damit die Kinder motiviert sind, den Unterricht zu besuchen, und um die Eltern davon abzubringen, ihre Kinder zur Arbeit in die Minen zu schicken, soll eine Schulkantine eingerichtet werden.

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 77*** *(Fortsetzung)*

21 02 77 20 *(Fortsetzung)*

Das von den Kindern in den Minen verdiente Geld hat dazu gedient, die Ausgaben der Familie zu decken. Um dieser Praxis ein Ende zu setzen, ist im Rahmen des Projekts vorgesehen, pro Monat und Familie der betroffenen Kinder ein Paket mit einem Sack Reis und einem Kanister Öl zu verteilen.

— Bewertung der qualitativen Auswirkungen des Projekts, d. h. der Anzahl der in den Minen rekrutierten Kinder, ihrer normalen Entwicklung in den Sekundarschulen vor Ort oder anderswo, der Einbeziehung der Gemeinschaft und der lokalen Behörden in die Problematik der Minenkinder und die Qualität des Unterrichts, der den Kindern zuteilwird

*2. Die zweite Phase: Errichtung eines Berufsausbildungszentrums für die aus den Bergbauvierteln von Luhwindja stammenden Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren (1 150 000 USD)*

— Sensibilisierung der örtlichen Gemeinschaften für die Rechtsvorschriften und andere nationale und internationale Rechtsinstrumente zum Schutz von Minderjährigen: Die Jugendlichen müssen über ihre Rechte und Pflichten informiert werden.

— Aufbau des Berufsausbildungszentrums: Unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten werden die folgenden Lehrgänge eingeführt: Schneidern, Maurern, Schreinern, Kochen und Schweißen.

— Ausstattung des Zentrums mit dem erforderlichen Material; die Praktika erfolgen in den vor Ort tätigen Nichtregierungsorganisationen, staatlichen Betrieben usw., um Theorie und Praxis miteinander zu verbinden.

— Einstellung des am Projekt mitwirkenden Personals: Für jeden der Lehrgänge werden entweder vor Ort oder anderswo qualifizierte Mitarbeiter rekrutiert.

— Organisation der psychosozialen Betreuung: Die Erfahrung hat gezeigt, dass Jugendliche in diesem Alter andere auffällige soziale Auffälligkeiten zeigen: Sie rauchen Cannabis oder konsumieren andere Drogen, prostituieren sich usw.

— Einteilung der Jugendlichen nach den gewählten Lehrgängen: Nach Abschluss der psychosozialen Betreuung werden die Jugendlichen in den Lehrgang ihrer Wahl eingeteilt. Ziel ist es, ihr Selbstwertgefühl zu steigern und dafür zu sorgen, dass sie einen Beitrag zur Gesellschaft leisten können.

— Bewertung der Auswirkungen des Projekts auf die Teilnehmer sowie der Frage, ob ihre Ausbildung eine Lösung für die lokalen Probleme gebracht hat. Es sollen Evaluierungen und Berichte erstellt und dem Geldgeber übermittelt werden.

*3. Die dritte Phase: Unterstützung der im Sexgewerbe tätigen jungen Mädchen und Frauen, die in den Bergbauvierteln von Luhwindja leben, um einen Ausweg aus ihrer Lage zu finden, indem ihnen Erwerbstätigkeiten zur Reduzierung der Armut angeboten werden (760 000 USD)*

— Einstellung des am Projekt mitwirkenden Personals: Zur Durchführung des Projekts werden im Bereich der Betreuung an den Rand der Gesellschaft gedrängter junger Mädchen und Frauen spezialisierte Fachkräfte eingestellt.

— Sensibilisierung der sich prostituierenden minderjährigen Mädchen und Frauen für die Menschenrechte. Im Laufe dieser Sensibilisierungsveranstaltungen werden freiwillige Tests auf HIV/AIDS und ähnliche Krankheiten durchgeführt, die den Teilnehmerinnen des Projekts regelmäßig angeboten werden.

Die Tests werden von Krankenpflegern/-schwestern des von Dr. Denis Mukwege geleiteten Krankenhauses in Panzi vorgenommen. Verdachtsfälle können zur psychologisch-medizinischen Behandlung überwiesen werden.

— Einführung der sich prostituierenden Minderjährigen und Frauen in Themen, die mit den Erwerbstätigkeiten und der Geburtenregelung zusammenhängen.

Den in dramatischen sozioökonomischen Verhältnissen lebenden Mädchen und Frauen werden bestimmte Strategien zur Geburtenregelung an die Hand gegeben. Der Verein könnte sogar Vereinbarungen mit den Prostituierten schließen, um die Geburten einzudämmen und dafür zu sorgen, dass sie sich nicht in die Bergbauviertel begeben.

— Schaffung eines Teams, das kontrolliert, ob die zwischen dem Verein und den sich prostituierenden minderjährigen Mädchen und Frauen getroffenen Vereinbarungen und eingegangenen Verpflichtungen betreffend den Verzicht auf die Rückkehr in die Minen eingehalten werden; ein nicht unwesentlicher Anteil der Kinder der sich prostituierenden Mädchen und Frauen befindet sich in den Bergbauvierteln.

— Einführung der jungen Frauen in verschiedene Erwerbsmöglichkeiten wie landwirtschaftliche Tätigkeiten, Tierzucht, Einzelhandel usw., mit denen sie ihren Haushalt unterhalten können. Ziel ist es, die Mädchen und Frauen dazu zu bringen, für sich selbst zu sorgen.

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 77*** *(Fortsetzung)*

21 02 77 20 *(Fortsetzung)*

Evaluierung des Projekts: Es wird überprüft, ob die Teilnehmerinnen ihre Zusage, sich nicht in den Bergbauvierteln zu prostituieren, eingehalten haben, ob die Erwerbstätigkeiten sich positiv entwickeln und ob die Ratschläge im Bereich der Geburtenregelung umgesetzt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

21 02 77 21 Vorbereitende Maßnahme — Aufbau und Stärkung lokaler Partnerschaften zur Entwicklung der Sozialwirtschaft und zur Einrichtung von Sozialunternehmen im östlichen Afrika

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 000 000 | 500 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Diese vorbereitende Maßnahme soll zur Strategie der Union zur Förderung des Wohlergehens der Menschen im östlichen Afrika beitragen und diese dabei unterstützen, sich durch ein selbsttragendes Wirtschaftswachstum aus der Armut zu befreien.

Sie zielt darauf ab, die Kapazitäten, die Eigenverantwortung und das politische Engagement der lokalen Akteure zu stärken, damit diese einen strukturellen Wandel einleiten und somit die Entwicklung von Sozialunternehmen unterstützen können, die eine wichtige Säule der Sozialwirtschaft und der Zivilgesellschaft darstellen. Diese Unternehmen werden insbesondere Waren und Dienstleistungen im Bereich der nachhaltigen Landwirtschaft und Viehzucht, des Managements natürlicher Ressourcen, der Energieeffizienz, der Kultur und der Bildung sowie der Gesundheits- und Pflegedienste herstellen bzw. erbringen.

Zusammen mit den Genossenschaften sind die Sozialunternehmen Akteure der Sozialwirtschaft, die mit Waren und Dienstleistungen handeln, um soziale Auswirkungen [1] zu erzeugen, und nicht um Gewinne für ihre Inhaber oder Anteilseigner zu erzielen; sie werden auf offene und verantwortungsvolle Weise geführt und binden insbesondere Mitarbeiter, Konsumenten und Interessenvertreter ein, die von ihren Handelstätigkeiten betroffen sind [2]. Die IAO hat große Anstrengungen unternommen, um ihre wichtige Rolle bei der Förderung der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit, der sozialen Gerechtigkeit, des ökologischen Gleichgewichts, menschenwürdiger Arbeit, der politischen Stabilität, der Lösung von Konflikten und der Gleichstellung der Geschlechter herauszustellen [3], und die Erfahrungen der IAO werden in die vorbereitende Maßnahme einfließen.

Der Prozess der Begründung, Weiterentwicklung und Verbreitung von Sozialunternehmen und Genossenschaften und deren Nachahmung wird sich häufig auf eine innovative Nutzung und Kombination von Ressourcen stützen müssen, um Gelegenheiten zur Beschleunigung des sozialen Wandels und/oder zur Befriedigung sozialer Bedürfnisse nutzen zu können, bei denen die sozialen Unternehmer die Impulsgeber sind.

---

(1) Soziale Auswirkungen werden durch Solidarität mit benachteiligten und ausgegrenzten Menschen, mit jungen Menschen, älteren Menschen und mit den künftigen Generationen (z. B. durch die effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen und durch die Reduzierung von Emissionen und Abfall), durch die Verbesserung der Lebensqualität für alle Menschen durch die Erzeugung von Waren und Dienstleistungen, die kollektiven Bedürfnissen entsprechen und zur Entwicklung der Gemeinschaft und des Sozialkapitals beitragen, etwa durch die Herstellung und den Vertrieb gesunder und erschwinglicher Lebensmittel, oder die Erleichterung des Zugangs zu und die Bereitstellung von Bildung und lebenslangem Lernen erzielt.

(2) Eva Deraedt, Social Enterprise: A Conceptual Framework, Studie des Hoger instituut voor de arbeid für die IAO, Leuven 2009.
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen mit dem Titel „Initiative für soziales Unternehmertum — Schaffung eines ‚Ökosystems' zur Förderung der Sozialunternehmen als Schlüsselakteure der Sozialwirtschaft und der sozialen Innovation" COM(2011) 682; Brüssel, 25.10.2011.

(3) Z. B.: The Reader 2010: „Social and Solidarity Economy: Building a Common Understanding"; Internationales Bildungszentrum der Internationalen Arbeitsorganisation 2010.

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)** *(Fortsetzung)*

***21 02 77*** *(Fortsetzung)*

21 02 77 21 *(Fortsetzung)*

Das innovative Konzept dieser vorbereitenden Maßnahme beruht darauf, nicht ausgeschöpfte Ressourcen und Antriebskräfte für die lokale Entwicklung zusammenzubringen; es werden neue Mittel und Wege erarbeitet und getestet, um nachhaltige Gemeinschaften in zwei ostafrikanischen Ländern (Kenia und Äthiopien) zu entwickeln, die fest in der Sozialwirtschaft verankert sind, und zwar durch

— die Mobilisierung von sozialen Unternehmern und deren Befähigung, den Status des informellen Unternehmertums hinter sich zu lassen und zu sozialen Unternehmen zu werden, die die Entwicklung von Fertigkeiten, Selbstwertgefühl, gegenseitige Verantwortung, Einkommen und Wohlergehen ermöglichen;

— den Aufbau lokaler Entwicklungspartnerschaften zwischen wichtigen Einrichtungen, Interessenvertretern und Persönlichkeiten, die die Schaffung und Entwicklung von Sozialunternehmen fördern und unterstützen, die in einem Ökosystem verankert sind, das ihrer Entwicklung und Tragfähigkeit zuträglich ist, und die sich auf die Grundsätze der Beteiligung, des Miteigentums und der demokratischen Verwaltung stützen;

— die Mobilisierung und Einbeziehung der in Europa lebenden Diaspora-Gemeinschaften, die beim Kapitalfluss in Richtung östliches Afrika eine bedeutende wirtschaftliche Rolle spielen, die aber auch soziale und politische Verbindungen in die Region haben;

— die Förderung des Lernens von Gleichgesinnten, indem die Erfahrungen und Fachkenntnisse sozialwirtschaftlicher Akteure aus den neuen Mitgliedstaaten der Union, denen es gelungen ist, in der Übergangsphase von der Staatswirtschaft hin zur sozialen Marktwirtschaft neue sozialwirtschaftliche Strukturen und neue Geschäftsmodelle für Sozialunternehmen zu entwickeln, genutzt und verwertet werden.

Zu diesem Zweck wird die vorbereitende Maßnahme ein experimentelles Konzept anwenden zum Tragen und die Erfolgsbedingungen unter verschiedenen Konstellationen testen:

— Sie wird Partnerschaften zwischen lokalen sozialwirtschaftlichen Initiativen im östlichen Afrika, Diaspora-Gemeinschaften in Europa und sozialwirtschaftlichen Akteuren in den neuen Mitgliedstaaten beinhalten.

— Es werden lokale Entwicklungspartnerschaften in verschiedenen europäischen Ländern und in mindestens zwei ostafrikanischen Ländern bestimmt und mit entsprechenden Handlungsmöglichkeiten ausgestattet, die beim Aufbau von Sozialunternehmen und bei der Entwicklung eines sozialwirtschaftlichen Ökosystems in den Gemeinschaften der afrikanischen Partnerländer zusammenarbeiten könnten.

— Es werden transnationale lokale Partnerschaften zwischen lokalen sozialwirtschaftlichen Initiativen in großen Städten, mittelgroßen Städten und Dörfern in ländlichen Gegenden begründet und entwickelt.

Die vorbereitende Maßnahme wird analytische Tätigkeiten (grundlegende partizipative Bewertung und Entwicklung entsprechender Strategien, Machbarkeitsstudien), organisatorische Tätigkeiten (Koordinierungsgruppen für die Vorbereitung und Bereitstellung technischer Hilfe für die Aktivitäten der Partner), die Schaffung eines Lernumfelds (durch Studienbesuche, Seminare, Abordnungen, Zusammenarbeit zwischen Sozialunternehmen usw.) und die Entwicklung von Infrastruktur und die Aktivierung eines Systems für Sozialunternehmen, Genossenschaften der örtlichen Gemeinschaften und Erzeugergemeinschaften umfassen. Die Maßnahme wird dazu führen, dass transnationale Partnerschaften zwischen lokalen sozialwirtschaftlichen Initiativen aus dem östlichen Afrika und Osteuropa entstehen, die von Diaspora-Gemeinschaften und erfahrenen sozialwirtschaftlichen Akteuren aus den neuen Mitgliedstaaten unterstützt werden.

Es wird erwartet, dass die Entwicklung sozialwirtschaftlicher Initiativen die Entwicklung der lokalen Gemeinschaften im östlichen Afrika verbessern und die Prozesse im Bereich der Armutsprävention, insbesondere durch den Abbau der informellen Beschäftigung, den Zugang zu Miteigentum an den Produktionsmitteln und die Entwicklung von Infrastruktur zum Ausbau der Sozialwirtschaft, stärken wird.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI)**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 21 03 | EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI) | | | | | | | | |
| ***21 03 01*** | ***Unterstützung der Zusammenarbeit mit Mittelmeerländern*** | | | | | | | | |
| 21 03 01 01 | Mittelmeerländer — Menschenrechte und Mobilität | 4 | 211 086 641 | 27 144 052 | | | | | — |
| 21 03 01 02 | Mittelmeerländer — Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung | 4 | 687 811 401 | 88 913 714 | | | | | — |
| 21 03 01 03 | Mittelmeerländer — Vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheit und Konfliktverhütung und -beilegung | 4 | 80 199 203 | 13 961 057 | | | | | — |
| 21 03 01 04 | Unterstützung für den Friedensprozess und finanzielle Unterstützung für Palästina und das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) | 4 | 300 000 000 | 200 000 000 | | | | | — |
| | *Artikel 21 03 01 — Subtotal* | | 1 279 097 245 | 330 018 823 | | | | | — |
| ***21 03 02*** | ***Unterstützung der Zusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft*** | | | | | | | | |
| 21 03 02 01 | Östliche Partnerschaft — Menschenrechte und Mobilität | 4 | 247 066 602 | 23 628 498 | | | | | — |
| 21 03 02 02 | Östliche Partnerschaft — Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung | 4 | 339 852 750 | 34 154 482 | | | | | — |
| 21 03 02 03 | Östliche Partnerschaft — Vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheit und Konfliktverhütung und -beilegung | 4 | 12 966 060 | 916 204 | | | | | — |
| | *Artikel 21 03 02 — Subtotal* | | 599 885 412 | 58 699 184 | | | | | — |
| ***21 03 03*** | ***Gewährleistung einer effizienten grenzübergreifenden Zusammenarbeit und Unterstützung sonstiger multilateraler Kooperationen*** | | | | | | | | |
| 21 03 03 01 | Grenzübergreifende Zusammenarbeit — Beitrag aus Rubrik 4 | 4 | 6 500 000 | 933 214 | | | | | — |
| 21 03 03 02 | Grenzübergreifende Zusammenarbeit — Beitrag aus Rubrik 1b (Regionalpolitik) | 1.2 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 21 03 03 03 | Unterstützung sonstiger multilateraler Kooperation in der Nachbarschaft | 4 | 163 771 093 | 9 853 695 | | | | | — |
| | *Artikel 21 03 03 — Subtotal* | | 170 271 093 | 10 786 909 | | | | | — |
| ***21 03 20*** | ***Erasmus+ — Beitrag aus Mitteln des Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ENI)*** | 4 | 80 486 950 | 8 736 028 | | | | | — |

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI)** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| ***21 03 51*** | ***Abschluss von Maßnahmen im Bereich „Europäische Nachbarschaftspolitik und Beziehungen zu Russland" (aus der Zeit vor 2014)*** | 4 | — | 909 500 000 | 2 410 468 073 | 1 342 985 867 | 2 295 898 446,88 | 1 347 562 526,04 | 148,17 |
| ***21 03 52*** | ***Grenzübergreifende Zusammenarbeit — Beitrag aus Rubrik 1b (Regionalpolitik)*** | 1.2 | — | 68 000 000 | 80 816 627 | 85 200 000 | 99 221 636,— | 69 939 439,97 | 102,85 |
| ***21 03 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 21 03 77 01 | Pilotprojekt „Maßnahmen zum vorbeugenden Schutz und zur Regeneration des Meeresgrunds in der Ostsee" | 4 | — | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 21 03 77 02 | Vorbereitende Maßnahme — Minderheiten in Russland — Entwicklung von Kultur, Medien und Zivilgesellschaft | 4 | — | p.m. | p.m. | 1 286 000 | 0,— | 25 224,07 | — |
| 21 03 77 03 | Vorbereitende Maßnahme — Neue Strategie Europa-Mittelmeer zur Förderung von Arbeitsplätzen für Jugendliche | 4 | — | 855 000 | p.m. | 750 000 | 1 500 000,— | 0,— | 0,— |
| 21 03 77 04 | Pilotprojekt — Finanzierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) — Vorbereitung des Personals auf Union-ENP-bezogene Tätigkeiten | 4 | — | 315 000 | p.m. | 550 000 | 0,— | 508 969,29 | 161,58 |
| 21 03 77 05 | Vorbereitende Maßnahme — Einziehung von Vermögenswerten zugunsten von Staaten des Arabischen Frühlings | 4 | 2 740 012 | 1 370 006 | | | | | — |
| | *Artikel 21 03 77 — Subtotal* | | 2 740 012 | 2 540 006 | p.m. | 2 586 000 | 1 500 000,— | 534 193,36 | 21,03 |
| | **Kapitel 21 03 — Insgesamt** | | **2 132 480 712** | **1 388 280 950** | **2 491 284 700** | **1 430 771 867** | **2 396 620 082,88** | **1 418 036 159,37** | **102,14** |

## *21 03 01 Unterstützung der Zusammenarbeit mit Mittelmeerländern*

21 03 01 01 Mittelmeerländer — Menschenrechte und Mobilität

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 211 086 641 | 27 144 052 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel dienen insbesondere der Finanzierung bilateraler und Mehrländerkooperationsmaßnahmen u. a. in folgenden Bereichen:

— Menschenrechte und Grundrechte,

— Rechtsstaatlichkeit,

— Gleichheitsgrundsätze,

**KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI)** *(Fortsetzung)*

***21 03 01*** *(Fortsetzung)*

21 03 01 01 *(Fortsetzung)*

— Aufbau einer vertieften und tragfähigen Demokratie,

— Gute Regierungsführung,

— Entwicklung einer lebendigen Zivilgesellschaft einschließlich der Sozialpartner,

— Schaffung der Voraussetzungen für die effiziente gesteuerte Mobilität der Menschen,

— Förderung direkte Kontakte zwischen den Menschen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung, machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus und können durch Beiträge aus Treuhandfonds der Union ergänzt werden.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (COM(2011) 839 final), insbesondere Artikel 2 Absatz 2 Buchstaben a und c.

21 03 01 02 Mittelmeerländer — Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 687 811 401 | 88 913 714 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel dienen insbesondere der Finanzierung bilateraler und Mehrländerkooperationsmaßnahmen u. a. in folgenden Bereichen:

— schrittweise Integration in den Binnenmarkt der Union und verbesserte sektorale und sektorenübergreifende Zusammenarbeit u. a. durch:

  — Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften an den Standards der Union und andere einschlägige internationale Standards,

  — Institutionenaufbau,

  — Investitionen,

— nachhaltige und inklusive Entwicklung in allen ihren Dimensionen,

— Armutsminderung, u. a. durch Entwicklung des Privatsektors,

— Förderung des internen wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts,

— Entwicklung des ländlichen Raums,

— Klimaschutz,

— Katastrophenresilienz.

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI)** *(Fortsetzung)*

***21 03 01*** *(Fortsetzung)*

21 03 01 02 *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der EU finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Sie werden bei Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt und gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen und insbesondere eine Finanzierung in Form von Sachleistungen durch CESES als Beitrag zu Unionsprojekten zu berücksichtigen.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (COM(2011) 839 final), insbesondere Artikel 2 Absatz 2 Buchstaben b und d.

21 03 01 03 Mittelmeerländer — Vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheit und Konfliktverhütung und -beilegung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 80 199 203 | 13 961 057 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel dienen insbesondere der Finanzierung bilateraler und Mehrländerkooperationsmaßnahmen u. a. in folgenden Bereichen:

— Vertrauensbildung und Friedenskonsolidierung, auch unter Kindern,

— Sicherheit und Konfliktverhütung und -beilegung,

— Unterstützung von Flüchtlingen und Vertriebenen, einschließlich Kindern.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der EU finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Sie werden bei Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt und gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (COM(2011) 839 final), insbesondere Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe e.

**KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI)** *(Fortsetzung)*

***21 03 01*** *(Fortsetzung)*

21 03 01 04 Unterstützung für den Friedensprozess und finanzielle Unterstützung für Palästina und das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 300 000 000 | 200 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel sind für die Finanzierung von Maßnahmen zugunsten der palästinensischen Bevölkerung und der besetzten palästinensischen Gebiete Westjordanland und Gazastreifen vor dem Hintergrund des Friedensprozesses im Nahen Osten bestimmt.

Die Maßnahmen sind hauptsächlich auf Folgendes ausgerichtet:

— Unterstützung des Aufbaus von Staat und Verwaltung;

— Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung;

— Abmilderung der Auswirkungen der sich verschlechternden wirtschaftlichen, finanziellen, und humanitären Bedingungen auf die palästinensische Bevölkerung durch Bereitstellung essenzieller Dienstleistungen und sonstiger Unterstützung;

— Beitrag zu den Wiederaufbaumaßnahmen in Gaza;

— Beteiligung an der Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für die Palästinaflüchtlinge (UNRWA) und zwar insbesondere seiner Programme in den Bereichen Gesundheit, Bildung und soziale Dienste;

— Finanzierung vorbereitender Maßnahmen im Rahmen des Friedensprozesses, durch die die regionale Zusammenarbeit zwischen Israel und seinen Nachbarn vor allem in den Bereichen Institutionen, Wirtschaft, Wasserwirtschaft, Umweltschutz und Energie gefördert werden soll;

— Finanzierung von Maßnahmen, mit denen die Öffentlichkeit für den Friedensprozess gewonnen werden soll;

— Finanzierung von Informationen, auch in arabischer und hebräischer Sprache, über die israelisch-palästinensische Zusammenarbeit und Verbreitung dieser Informationen;

— Förderung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Förderung einer besseren Achtung von Minderheitenrechten, Bekämpfung von Antisemitismus und Förderung von Geschlechtergleichstellung und Nichtdiskriminierung;

— Unterstützung der Entwicklung der Zivilgesellschaft, u. a. zur Stärkung der sozialen Eingliederung.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der EU finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Sie werden bei Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt und gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (COM(2011) 839 final).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI)** *(Fortsetzung)*

***21 03 02 Unterstützung der Zusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft***

21 03 02 01 Östliche Partnerschaft — Menschenrechte und Mobilität

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 247 066 602 | 23 628 498 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel dienen insbesondere der Finanzierung bilateraler und Mehrländerkooperationsmaßnahmen u. a. in folgenden Bereichen:

— Menschenrechte und Grundrechte,

— Rechtsstaatlichkeit,

— Gleichheitsgrundsätze,

— Aufbau einer vertieften und tragfähigen Demokratie,

— gute Regierungsführung,

— Entwicklung einer lebendigen Zivilgesellschaft einschließlich der Sozialpartner,

— Schaffung der Voraussetzungen für die effiziente gesteuerte Mobilität der Menschen,

— Förderung direkte Kontakte zwischen den Menschen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der EU finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Sie werden bei Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt und gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Ein angemessener Mittelbetrag sollte der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen vorbehalten sein.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (COM(2011) 839 final), insbesondere Artikel 2 Absatz 2 Buchstaben a und c.

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI)** *(Fortsetzung)*

***21 03 02*** *(Fortsetzung)*

21 03 02 02 Östliche Partnerschaft — Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 339 852 750 | 34 154 482 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel dienen insbesondere der Finanzierung bilateraler und Mehrländerkooperationsmaßnahmen u. a. in folgenden Bereichen:

— schrittweise Integration in den Binnenmarkt der Union und verbesserte sektorale und sektorenübergreifende Zusammenarbeit u. a. durch:

  — Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften an den Standards der Union und andere einschlägige internationale Standards,

  — Institutionenaufbau,

  — Investitionen,

— nachhaltige und inklusive Entwicklung in allen ihren Dimensionen,

— Armutsminderung, u. a. durch Entwicklung des Privatsektors,

— Förderung des internen wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts,

— Entwicklung des ländlichen Raums,

— Klimaschutz,

— Katastrophenresilienz.

Ein angemessener Mittelbetrag sollte der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen vorbehalten sein.

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen und insbesondere eine Finanzierung in Form von Sachleistungen durch CESES als Beitrag zu Unionsprojekten zu berücksichtigen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der EU finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Sie werden bei Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt und gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (COM(2011) 839 final), insbesondere Artikel 2 Absatz 2 Buchstaben b und d.

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI)** *(Fortsetzung)*

***21 03 02*** *(Fortsetzung)*

21 03 02 03 Östliche Partnerschaft — Vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheit und Konfliktverhütung und -beilegung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 12 966 060 | 916 204 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel dienen insbesondere der Finanzierung bilateraler und Mehrländerkooperationsmaßnahmen u. a. in folgenden Bereichen:

— Vertrauensbildung,

— Sicherheit und Konfliktverhütung und -beilegung,

— Unterstützung von Flüchtlingen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der Union finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Sie werden bei Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt und gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Ein angemessener Mittelbetrag sollte für die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen vorgesehen werden.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (COM(2011) 839 final), insbesondere Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe e.

***21 03 03 Gewährleistung einer effizienten grenzübergreifenden Zusammenarbeit und Unterstützung sonstiger multilateraler Kooperationen***

21 03 03 01 Grenzübergreifende Zusammenarbeit — Beitrag aus Rubrik 4

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 6 500 000 | 933 214 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel dienen zur Finanzierung von Programmen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit entlang der Außengrenzen der Union zwischen den Partnerländern und den Mitgliedstaaten zur Förderung einer integrierten und nachhaltigen regionalen Entwicklung der Regionen auf beiden Seiten der Grenze, einschließlich des Ostsee- und des Schwarzmeerraums, und einer harmonischen territorialen Integration in der Union und mit den Nachbarländern.

**KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI)** *(Fortsetzung)*

***21 03 03*** *(Fortsetzung)*

21 03 03 01 *(Fortsetzung)*

Da die Entwicklung gemeinsamer operationeller Programme viel Zeit in Anspruch, werden 2014 nur begrenzte Mittel für die grenzübergreifende Zusammenarbeit bereitgestellt und zwar hauptsächlich zur Finanzierung der in der Vorbereitungsphase notwendigen technischen Hilfe. Sobald die Programme angelaufen sind, werden die Mittelbindungen über den Zeitraum 2015-2020 stetig zunehmen (so wie dies auch über den Zeitraum 2007-2013 der Fall war).

Ein Teil der Mittel wird für zusätzliche Unterstützung bei der Verwirklichung der Ziele der Strategie für den Ostseeraum eingesetzt. Dadurch können entweder Projekte im Rahmen der Strategie für den Ostseeraum direkt unterstützt werden oder auch Mittel zur Unterstützung der Nördlichen Dimension im Rahmen des Richtprogramms für die Region Ost und der Interregionalen Richtprogramme, des Programms für den Ostseeraum, des Helcom-Aktionsplans für den Ostseeraum oder des BONUS-169-Programms „Gemeinsame Ostseeforschung“ eingesetzt werden.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der EU finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Sie werden bei Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt und gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (COM(2011) 839 final), insbesondere Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe f.

21 03 03 02 Grenzübergreifende Zusammenarbeit — Beitrag aus Rubrik 1b (Regionalpolitik)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel dienen zur Finanzierung der Unterstützung von grenzübergreifenden Programmen und Meeresbeckenprogrammen des Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ENI) im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Entwicklung“ des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

Sie dienen insbesondere zur Finanzierung von Programmen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit entlang der Außengrenzen der Union zwischen den Partnerländern und den Mitgliedstaaten zur Förderung einer integrierten und nachhaltigen regionalen Entwicklung benachbarter Grenzregionen, einschließlich des Ostsee- und des Schwarzmeerraums, und einer harmonischen territorialen Integration innerhalb der Union und mit den Nachbarländern.

Da die Entwicklung gemeinsamer operationeller Programme viel Zeit in Anspruch, werden 2014 nur begrenzte Mittel für die grenzübergreifende Zusammenarbeit bereitgestellt und zwar hauptsächlich zur Finanzierung der in der Vorbereitungsphase notwendigen technischen Hilfe. Sobald die Programme angelaufen sind, werden die Mittelbindungen über den Zeitraum 2015-2020 stetig zunehmen (so wie dies auch über den Zeitraum 2007-2013 der Fall war).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI)** *(Fortsetzung)*

***21 03 03*** *(Fortsetzung)*

21 03 03 02 *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der EU finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Sie werden bei Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt und gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit besonderen Bestimmungen zur Unterstützung des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit" aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 259).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (COM(2011) 839 final), insbesondere Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe f.

21 03 03 03 Unterstützung sonstiger multilateraler Kooperation in der Nachbarschaft

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 163 771 093 | 9 853 695 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Die Mittel dieses Artikels dienen zur Finanzierung von Maßnahmen, die auf folgende Ziele ausgerichtet sind:

— allgemeine Unterstützung der Union für den Mittelmeerraum,

— allgemeine Unterstützung der Östlichen Partnerschaft,

— allgemeine Unterstützung für das Funktionieren der sonstigen multilateralen Kooperation innerhalb des ENI, wie z. B. der Nördlichen Dimension und der Schwarzmeersynergie.

Außerdem sind die Mittel dieses Artikels für Maßnahmen bestimmt, die den Umfang und die Kapazitäten der Durchführung der Hilfe der Union verbessern, sowie für Maßnahmen, die der Information der breiten Öffentlichkeit und der potenziellen Hilfeempfänger dienen und die Sichtbarkeit der Hilfe erhöhen.

**KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI)** *(Fortsetzung)*

***21 03 03*** *(Fortsetzung)*

21 03 03 03 *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der EU finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Sie werden bei Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt und gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (COM(2011) 839 final).

***21 03 20*** ***Erasmus+ — Beitrag aus Mitteln des Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ENI)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 80 486 950 | 8 736 028 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen zur Finanzierung der technischen und finanziellen Hilfe, die im Rahmen dieses externen Instruments geleistet wird, um durch das Programm „Erasmus für alle“ die internationale Dimension der Hochschulbildung zu fördern.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung von „Erasmus+“, dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1719/2006/EG, Nr. 1720/2006/EG und Nr. 1298/2008/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 50).

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (COM(2011) 839 final), insbesondere Artikel 18 Absatz 3.

***21 03 51*** ***Abschluss von Maßnahmen im Bereich „Europäische Nachbarschaftspolitik und Beziehungen zu Russland“ (aus der Zeit vor 2014)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 909 500 000 | 2 410 468 073 | 1 342 985 867 | 2 295 898 446,88 | 1 347 562 526,04 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 08 01 01, 19 08 01 02, 19 08 01 03, 19 08 02 01 und vormals Artikel 19 08 03*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI)** *(Fortsetzung)*

***21 03 51*** *(Fortsetzung)*

Sie dienen auch dem Abschluss der Finanzprotokolle mit den Mittelmeerländern, einschließlich u. a. der Unterstützung der Europa-Mittelmeer-Investitionsfazilität der Europäischen Investitionsbank, und der Durchführung der nicht aus EIB-Mitteln stammenden Finanzhilfen im Rahmen der dritten und vierten Finanzprotokolle mit den Mittelmeerländern im südlichen Mittelmeerraum. Die dritten Finanzprotokolle erfassen den Zeitraum vom 1. November 1986 bis 31. Oktober 1991 und die vierten Finanzprotokolle den Zeitraum vom 1. November 1991 bis 31. Oktober 1996.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der EU finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Sie werden bei Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt und gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Ein Teil der Mittel wird für die zusätzliche Unterstützung bei der Verwirklichung der Ziele der EU-Strategie für den Ostseeraum vorgesehen, und zwar entweder direkt oder über einschlägige Akteure und Partner in der Region.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 2210/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluss des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. L 263 vom 27.9.1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2211/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluss des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. L 264 vom 27.9.1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2212/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluss des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. L 265 vom 27.9.1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2213/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluss des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. L 266 vom 27.9.1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2214/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluss des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. L 267 vom 27.9.1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2215/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluss des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. L 268 vom 27.9.1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2216/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluss des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. L 269 vom 27.9.1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3177/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3178/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 8).

Verordnung (EWG) Nr. 3179/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 15).

**KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI)** *(Fortsetzung)*

***21 03 51*** *(Fortsetzung)*

Verordnung (EWG) Nr. 3180/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 22).

Verordnung (EWG) Nr. 3181/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 29).

Verordnung (EWG) Nr. 3182/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 36).

Verordnung (EWG) Nr. 3183/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 43).

Beschluss 88/30/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. L 22 vom 27.1.1988, S. 1).

Beschluss 88/31/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. L 22 vom 27.1.1988, S. 9).

Beschluss 88/32/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. L 22 vom 27.1.1988, S. 17).

Beschluss 88/33/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. L 22 vom 27.1.1988, S. 25).

Beschluss 88/34/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. L 22 vom 27.1.1988, S. 33).

Beschluss 88/453/EWG des Rates vom 30. Juni 1988 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. L 224 vom 13.8.1988, S. 32).

Beschluss 92/44/EWG des Rates vom 19. Dezember 1991 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. L 18 vom 25.1.1992, S. 34).

Beschluss 92/206/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 13).

Beschluss 92/207/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 21).

Beschluss 92/208/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 29).

Beschluss 92/209/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 37).

Verordnung (EWG) Nr. 1762/92 des Rates vom 29. Juni 1992 zur Durchführung der zwischen der Gemeinschaft und den Drittländern des Mittelmeerraums geschlossenen Protokolle über finanzielle und technische Zusammenarbeit (ABl. L 181 vom 1.7.1992, S. 1).

Beschluss 92/548/EWG des Rates vom 16. November 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. L 352 vom 2.12.1992, S. 13).

Beschluss 92/549/EWG des Rates vom 16. November 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. L 352 vom 2.12.1992, S. 21).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI)** *(Fortsetzung)*

***21 03 51*** *(Fortsetzung)*

Beschluss 94/67/EG des Rates vom 24. Januar 1994 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. L 32 vom 5.2.1994, S. 44).

Verordnung (EG) Nr. 1734/94 des Rates vom 11. Juli 1994 über die finanzielle und technische Zusammenarbeit mit dem Westjordanland und dem Gazastreifen (ABl. L 182 vom 16.7.1994, S. 4).

Verordnung (EG) Nr. 213/96 des Rates vom 29. Januar 1996 über die Anwendung des Finanzinstruments „EC Investment Partners" für Länder Lateinamerikas, Asiens, des Mittelmeerraums und Südafrika (ABl. L 28 vom 6.2.1996, S. 2).

Verordnung (EG) Nr. 1638/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

***21 03 52*** ***Grenzübergreifende Zusammenarbeit — Beitrag aus Rubrik 1b (Regionalpolitik)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 68 000 000 | 80 816 627 | 85 200 000 | 99 221 636,— | 69 939 439,97 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 08 02 02*

Diese Mittel dienen zur Deckung noch nicht abgewickelter Verpflichtungen aus dem Beitrag des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung 2007-2013 zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit im Rahmen des Europäischen Nachbarschaftsinstruments.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

Verordnung (EG) Nr. 1638/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 1).

***21 03 77*** ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

21 03 77 01 Pilotprojekt „Maßnahmen zum vorbeugenden Schutz und zur Regeneration des Meeresgrunds in der Ostsee"

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 08 01 04*

Diese Mittel dienen zur Deckung noch nicht abgewickelter Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

**KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI)** *(Fortsetzung)*

***21 03 77*** *(Fortsetzung)*

21 03 77 01 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

21 03 77 02 Vorbereitende Maßnahme — Minderheiten in Russland — Entwicklung von Kultur, Medien und Zivilgesellschaft

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | p.m. | 1 286 000 | 0,— | 25 224,07 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 08 01 05*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

21 03 77 03 Vorbereitende Maßnahme — Neue Strategie Europa-Mittelmeer zur Förderung von Arbeitsplätzen für Jugendliche

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 855 000 | p.m. | 750 000 | 1 500 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 08 01 06*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Im Rahmen der allmählichen Demokratisierung der Nachbarländer im südlichen Mittelmeerraum ist der wechselseitige Austausch junger Berufstätiger von beiden Seiten des Mittelmeers ein wesentlicher Aspekt der Konsolidierung der Demokratie und der Eingliederung junger Berufstätiger in den Arbeitsmarkt.

Hauptziel der vorbereitenden Maßnahme ist die Förderung und Stärkung des wechselseitigen Austauschs junger Berufstätiger von beiden Seiten des Mittelmeers. Die Tätigkeiten umfassen auch Berufspraktika.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI)** *(Fortsetzung)*

***21 03 77*** *(Fortsetzung)*

21 03 77 04 Pilotprojekt — Finanzierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) — Vorbereitung des Personals auf Union-ENP-bezogene Tätigkeiten

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 315 000 | p.m. | 550 000 | 0,— | 508 969,29 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 08 01 08*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

21 03 77 05 Vorbereitende Maßnahme — Einziehung von Vermögenswerten zugunsten von Staaten des Arabischen Frühlings

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 2 740 012 | 1 370 006 | | | | |

*Erläuterungen*

Die Vielfalt und Komplexität der innerstaatlichen Vorschriften in den ersuchten Staaten und die Begrenztheit des juristischen Fachwissens und der institutionellen Kapazitäten in den ersuchenden Staaten schaffen weiterhin erhebliche Hindernisse im Bereich der Einziehung von Vermögenswerten zugunsten von Staaten des Arabischen Frühlings; deshalb kommt es entscheidend darauf an, den betroffenen Partnerstaaten im südlichen Mittelmeerraum konkrete juristische und technische Unterstützung zu gewähren.

Diese Vorbereitende Maßnahme beruht auf bisherigen Initiativen der Union zur Unterstützung ägyptischer und tunesischer Behörden bei der Einziehung unterschlagener Vermögenswerte, die ehemalige Diktatoren und ihre Regime veruntreut haben, und soll die Maßnahmen der Union auf diesem Gebiet verstärken durch Aufbau von Kapazitäten und Förderung von Zusammenarbeit, Sachwissen und Informationsaustausch zwischen ersuchenden und ersuchten Staaten sowie, soweit zweckmäßig, durch Überarbeitung einzelstaatlicher Rechtsvorschriften.

Diese Vorbereitende Maßnahme umfasst die Anlaufkosten für diesen Unterstützungsmechanismus und soll die jährlichen Kosten seiner Unterhaltung tragen.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 04 — EUROPÄISCHES INSTRUMENT FÜR DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 21 04 | EUROPÄISCHES INSTRUMENT FÜR DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE | | | | | | | | |
| ***21 04 01*** | ***Stärkung der Einhaltung von Menschenrechten und Grundfreiheiten und Unterstützung demokratischer Reformen*** | 4 | 132 782 020 | 3 815 739 | | | | | — |
| ***21 04 51*** | ***Abschluss des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte (aus der Zeit vor 2014)*** | 4 | — | 83 300 000 | 128 165 000 | 109 451 930 | 127 677 133,39 | 113 940 795,01 | 136,78 |
| ***21 04 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 21 04 77 01 | Vorbereitende Maßnahme — Aufbau eines Netzwerks zur Konfliktverhütung | 4 | — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 21 04 77 02 | Pilotprojekt — Zivilgesellschaftliches Forum EU-Russland | 4 | — | — | p.m. | 400 000 | 400 000,— | 0,— | — |
| 21 04 77 03 | Pilotprojekt — Unterstützung für Folteropfer | 4 | — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 629 060,61 | — |
| | *Artikel 21 04 77 — Subtotal* | | — | — | p.m. | 400 000 | 400 000,— | 629 060,61 | — |
| | **Kapitel 21 04 — Insgesamt** | | **132 782 020** | **87 115 739** | **128 165 000** | **109 851 930** | **128 077 133,39** | **114 569 855,62** | **131,51** |

***21 04 01*** ***Stärkung der Einhaltung von Menschenrechten und Grundfreiheiten und Unterstützung demokratischer Reformen***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 132 782 020 | 3 815 739 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Das allgemeine Ziel besteht darin, in Übereinstimmung mit der Politik und den Leitlinien der Union und in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft einen Beitrag zur Entwicklung und Festigung der Demokratie und zur Achtung der Menschenrechte zu leisten.

Schwerpunktbereiche sind unter anderem:

— stärkere Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und sonstigen internationalen und regionalen Menschenrechtsinstrumenten verankert sind, sowie stärkerer Schutz und bessere Förderung und Überwachung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vor allem durch Unterstützung einschlägiger Organisationen der Zivilgesellschaft, von Menschenrechtsverteidigern und Opfern von Repression und Misshandlung;

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 04 — EUROPÄISCHES INSTRUMENT FÜR DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE** *(Fortsetzung)*

***21 04 01*** *(Fortsetzung)*

— Unterstützung und Konsolidierung demokratischer Reformen in Drittländern durch Stärkung der partizipatorischen und repräsentativen Demokratie, Festigung der gesamten demokratischen Prozesse und Verbesserung der Verlässlichkeit von Wahlprozessen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung, machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus und können durch Beiträge aus Treuhandfonds der Union ergänzt werden.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Einführung eines Finanzierungsinstruments für die weltweite Förderung der Demokratie und der Menschenrechte (COM(2011) 844 final), insbesondere Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben a, b und c.

***21 04 51*** ***Abschluss des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte (aus der Zeit vor 2014)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 83 300 000 | 128 165 000 | 109 451 930 | 127 677 133,39 | 113 940 795,01 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 19 04 01 und 19 04 05*

Diese Mittel dienen zur Deckung von Zahlungen im Zusammenhang mit noch nicht abgewickelten Verpflichtungen im Rahmen des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte 2007-2013.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der EU finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Sie werden bei Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt und gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1889/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Einführung eines Finanzierungsinstruments für die weltweite Förderung der Demokratie und der Menschenrechte (ABl. L 386 vom 29.12.2006, S. 1).

**KAPITEL 21 04 — EUROPÄISCHES INSTRUMENT FÜR DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE** *(Fortsetzung)*

### *21 04 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*

21 04 77 01 Vorbereitende Maßnahme — Aufbau eines Netzwerks zur Konfliktverhütung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 19 04 04*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

21 04 77 02 Pilotprojekt — Zivilgesellschaftliches Forum EU-Russland

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | p.m. | 400 000 | 400 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 19 04 06*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

21 04 77 03 Pilotprojekt — Unterstützung für Folteropfer

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | p.m. | p.m. | 0,— | 629 060,61 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 19 04 07*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 04 — EUROPÄISCHES INSTRUMENT FÜR DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE** *(Fortsetzung)*

***21 04 77*** *(Fortsetzung)*

21 04 77 03 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

*Verweise*

Richtlinie Nr. 2003/9/EG des Rates vom 27. Januar 2003 zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten (ABl. L 31 vom 6.2.2003, S. 18).

Schlussfolgerungen des Rates der Europäischen Union, 2865. Tagung des Rates für Außenbeziehungen, Luxemburg, 29. April 2009.

Charta der Grundrechte der Europäischen Union (ABl. C 83 vom 30.3.2010, S. 389).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 05 — STABILITÄTSINSTRUMENT — WELTWEITE UND REGIONENÜBERGREIFENDE BEDROHUNGEN**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 21 05 | STABILITÄTSINSTRUMENT — WELTWEITE UND REGIONENÜBERGREIFENDE BEDROHUNGEN | | | | | | | | |
| ***21 05 01*** | ***Weltweite und regionenübergreifende Sicherheitsbedrohungen*** | 4 | 82 255 223 | 4 031 479 | | | | | — |
| ***21 05 51*** | ***Abschluss von Maßnahmen im Bereich „Globale Sicherheitsbedrohungen“ (aus der Zeit vor 2014)*** | 4 | — | 42 810 916 | 74 600 000 | 46 803 278 | 68 300 000,— | 53 654 419,69 | 125,33 |
| ***21 05 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 21 05 77 01 | Pilotprojekt — Unterstützung von Überwachungs- und Schutzmaßnahmen für Schiffe der Union, die von Piraten bedrohte Regionen durchqueren | 4 | — | 495 000 | p.m. | 340 000 | 0,— | 0,— | 0,— |
| 21 05 77 02 | Vorbereitende Maßnahme — Notfallmaßnahmen zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Entwicklungsländern | 4 | — | — | p.m. | 200 000 | 0,— | 188 542,20 | — |
| | *Artikel 21 05 77 — Subtotal* | | — | 495 000 | p.m. | 540 000 | 0,— | 188 542,20 | 38,09 |
| | **Kapitel 21 05 — Insgesamt** | | **82 255 223** | **47 337 395** | **74 600 000** | **47 343 278** | **68 300 000,—** | **53 842 961,89** | **113,74** |

## *21 05 01 Weltweite und regionenübergreifende Sicherheitsbedrohungen*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 82 255 223 | 4 031 479 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen zur Deckung der langfristigen Komponente des IfS „Hilfe im Kontext stabiler Kooperationsbedingungen“ nach Artikel 5 des Vorschlags für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Instruments für Stabilität (COM(2011) 845 final) sowie globaler und transregionaler Bedrohungen im Zeitraum 2014-2020.

Diese Mittel sind zur Finanzierung von Maßnahmen bestimmt, die zum Schutz von Ländern und Bevölkerungen vor Gefahren, die absichtlich herbeigeführt werden, auf Unfälle zurückgehen oder natürliche Ursachen haben. Hierzu können u. a. zählen:

— Förderung ziviler Forschungstätigkeiten als Alternative zur verteidigungsorientierten Forschung und Unterstützung für die Umschulung und alternative Beschäftigung von Wissenschaftlern und Ingenieuren, die vormals in waffenbezogenen Bereichen beschäftigt waren;

— Unterstützung für Maßnahmen zur Verstärkung der Sicherheitsverfahren für zivile Anlagen, in denen empfindliche chemische, biologische, radiologische oder nukleare Materialien oder Stoffe im Zusammenhang mit zivilen Forschungsprogrammen gelagert oder gehandhabt werden;

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 05 — STABILITÄTSINSTRUMENT — WELTWEITE UND REGIONENÜBERGREIFENDE BEDROHUNGEN** *(Fortsetzung)*

***21 05 01*** *(Fortsetzung)*

— Unterstützung im Rahmen der Kooperationspolitik der Union und ihrer Ziele für die Einrichtung ziviler Infrastrukturen und die Durchführung einschlägiger ziviler Studien, die für die Demontage, Sanierung oder Konversion waffenbezogener Anlagen und Standorte erforderlich sind, wenn diese als nicht mehr zu einem Verteidigungsprogramm gehörend erklärt werden;

— Stärkung der Kapazität der mit der Entwicklung und Durchführung einer wirksamen Kontrolle des Handels mit chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Materialien oder Stoffen (einschließlich Einrichtungen zu deren Herstellung oder Lieferung oder wirksamer Grenzkontrollen) befassten zuständigen Zivilbehörden, unter anderem durch die Installierung moderner Logistik-, Evaluierungs- und Kontrollausrüstungen, wobei die Maßnahmen sowohl Naturkatastrophen und Industrieunfälle als auch kriminelle Aktivitäten betreffen;

— Unterstützung der IAEO beim Ausbau ihrer technischen Kapazitäten zur Aufdeckung des illegalen Handels mit radioaktiven Stoffen;

— Entwicklung des Rechtsrahmens und der institutionellen Kapazitäten für die Einführung und Durchführung wirksamer Ausfuhrkontrollen von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, einschließlich Maßnahmen der regionalen Zusammenarbeit;

— Entwicklung einer wirksamen zivilen Katastrophenvorsorge, Notfallplanung und Krisenreaktion und von Fähigkeiten für Sanierungsmaßnahmen für den Fall möglicher größerer Umweltkatastrophen in diesem Bereich.

Andere Maßnahmen im Bereich globale und transregionale Bedrohungen decken Folgendes ab:

— Stärkung der Fähigkeiten der Strafverfolgungs- und Justizbehörden und der Zivilbehörden im Kampf gegen Terrorismus, gewaltbereiten Extremismus und organisierte Kriminalität, einschließlich Menschenhandel und Handel mit Drogen, Waffen und Sprengstoffen sowie gefälschten Arzneimitteln, Cyberkriminalität und bei der wirksamen Kontrolle des illegalen Handels und Transits. Neuer Schwerpunktbereich ist die Bewältigung globaler und transregionaler Folgen des Klimawandels mit potenziell destabilisierender Wirkung;

— Unterstützung von Maßnahmen zur Bewältigung von Bedrohungen für den internationalen Verkehr und kritische Infrastrukturen, einschließlich des Personen- und Güterverkehrs, der Energieerzeugung und -verteilung sowie elektronischer Informations- und Kommunikationsnetze;

— Gewährleistung angemessener Abhilfemaßnahmen im Falle größerer Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit wie Pandemien mit potenziell grenzübergreifenden Auswirkungen.

Im Rahmen dieses Instruments können solche Maßnahmen im Kontext stabiler Bedingungen angenommen werden, um spezifische globale und transregionale Gefahren mit destabilisierenden Auswirkungen zu bekämpfen, falls auf der Grundlage der entsprechenden Außenhilfeinstrumente der Union keine adäquate und wirksame Reaktion bereit gestellt werden kann.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung, machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus und können durch Beiträge aus Treuhandfonds der Union ergänzt werden.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung eines Instruments für Stabilität (COM(2011) 845 final), insbesondere Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe c.

**KAPITEL 21 05 — STABILITÄTSINSTRUMENT — WELTWEITE UND REGIONENÜBERGREIFENDE BEDROHUNGEN** *(Fortsetzung)*

***21 05 51 Abschluss von Maßnahmen im Bereich „Globale Sicherheitsbedrohungen" (aus der Zeit vor 2014)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 42 810 916 | 74 600 000 | 46 803 278 | 68 300 000,— | 53 654 419,69 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 06 01 02, 19 06 02 01, 19 06 02 03 und vormals Artikel 19 06 03*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1724/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2001 über Aktionen gegen Antipersonenlandminen in Entwicklungsländern (ABl. L 234 vom 1.9.2001, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1725/2001 des Rates vom 23. Juli 2001 über Aktionen gegen Antipersonenlandminen in Drittländern mit Ausnahme von Entwicklungsländern (ABl. L 234 vom 1.9.2001, S. 6).

Verordnung (EG) Nr. 1717/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2006 zur Schaffung eines Instruments für Stabilität (ABl. L 327 vom 24.11.2006, S. 1).

***21 05 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

21 05 77 01 Pilotprojekt — Unterstützung von Überwachungs- und Schutzmaßnahmen für Schiffe der Union, die von Piraten bedrohte Regionen durchqueren

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 495 000 | p.m. | 340 000 | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 19 06 07*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 05 — STABILITÄTSINSTRUMENT — WELTWEITE UND REGIONENÜBERGREIFENDE BEDROHUNGEN** *(Fortsetzung)*

***21 05 77*** *(Fortsetzung)*

21 05 77 02 Vorbereitende Maßnahme — Notfallmaßnahmen zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Entwicklungsländern

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | p.m. | 200 000 | 0,— | 188 542,20 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 19 06 08*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 06 — INSTRUMENT FÜR ZUSAMMENARBEIT IM BEREICH DER NUKLEAREN SICHERHEIT (INSC)**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 21 06 | INSTRUMENT FÜR ZUSAMMENARBEIT IM BEREICH DER NUKLEAREN SICHERHEIT (INSC) | | | | | | | | |
| ***21 06 01*** | ***Förderung eines hohen Sicherheits- und Strahlenschutzniveaus und effizienter und wirksamer Sicherungsmaßnahmen für Kernmaterial in Drittländern*** | 4 | 29 346 872 | 24 814 789 | | | | | — |
| ***21 06 51*** | ***Abschluss früherer Maßnahmen (aus der Zeit vor 2014)*** | 4 | — | 29 750 000 | 77 476 000 | 64 153 343 | 76 055 700,— | 66 476 410,— | 223,45 |
| | **Kapitel 21 06 — Insgesamt** | | **29 346 872** | **54 564 789** | **77 476 000** | **64 153 343** | **76 055 700,—** | **66 476 410,—** | **121,83** |

***21 06 01*** ***Förderung eines hohen Sicherheits- und Strahlenschutzniveaus und effizienter und wirksamer Sicherungsmaßnahmen für Kernmaterial in Drittländern***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 29 346 872 | 24 814 789 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen zur Finanzierung der Förderung einer wirkungsvollen Kultur der Sicherheit und Gefahrenabwehr im Nuklearbereich auf allen Ebenen, insbesondere durch:

— kontinuierliche Unterstützung der Aufsichtsbehörden und der Organisationen für technische Unterstützung sowie Verbesserung des Rechtsrahmens insbesondere in Bezug auf Lizenzen mit dem Ziel der Schaffung einer starken unabhängigen Regulierungsaufsicht;

— Unterstützung bei der sicheren Verbringung, Aufbereitung und Entsorgung von Kernbrennstoffen und radioaktiven Abfällen aus Kernkraftwerken und anderen (herrenlosen) Strahlenquellen (medizinische Anwendungen, Uranbergbau);

— Ausarbeitung und Durchführung von Konzepten für die Stilllegung bestehender Anlagen und die Sanierung ehemaliger kerntechnischer Anlagen;

— Schaffung eines effizienten Rechtsrahmens und wirksamer Verfahren und Systeme, um für einen angemessenen Schutz vor der ionisierenden Strahlung von Kernmaterial, insbesondere von hoch radioaktiven Strahlenquellen, und für die sichere Entsorgung von Kernmaterial zu sorgen;

— Finanzierung von Stresstests auf der Grundlage des Besitzstands;

— der Schaffung des erforderlichen Rechtsrahmens und der erforderlichen Verfahren für die Durchführung von Sicherungsmaßnahmen im Nuklearbereich, die auch eine ordnungsgemäße Buchführung über Spaltstoffe und eine ordnungsgemäßen Kontrolle dieser Stoffe sowohl auf staatlicher Ebene als auch auf der Ebene der Anlagenbetreiber einschließen;

— wirksamer Vorkehrungen zur Prävention von Unfällen mit radiologischen Folgen sowie ggf. zur Abschwächung derselben und von Vorkehrungen für Notfallplanung, Katastrophenvorsorge- und Krisenreaktionsmaßnahmen, Zivilschutz und Sanierungsmaßnahmen;

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 06 — INSTRUMENT FÜR ZUSAMMENARBEIT IM BEREICH DER NUKLEAREN SICHERHEIT (INSC)** *(Fortsetzung)*

***21 06 01*** *(Fortsetzung)*

— von Maßnahmen zur Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit (einschließlich der Zusammenarbeit im Rahmen der einschlägigen internationalen Organisationen, insbesondere der IAEO) in den vorgenannten Bereichen, so auch bei der Durchführung internationaler Übereinkünfte und Verträge und der Kontrolle ihrer Einhaltung, beim Informationsaustausch sowie bei Ausbildungs- und Forschungsaufgaben;

— Verbesserung der Notfallvorsorge bei Nuklearunfällen sowie Schulungen und Tutorenbegleitung zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Aufsichtsbehörden.

Diese Mittel dienen auch zur Finanzierung von Gesundheits- und Umweltprojekten zur Bekämpfung der Folgen des Reaktorunfalls von Tschernobyl, die vor allem in der Ukraine und Belarus die menschliche Gesundheit und die Umwelt belasten.

Dabei genießt der Bedarf in den an der Europäischen Nachbarschaftspolitik beteiligten Ländern Vorrang.

Die einschlägigen Arbeiten im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe (IPA) werden auf das INSC übertragen, um einen umfassenden Ansatz zu gewährleisten.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der EU finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Sie werden bei Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt und gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Verweise*

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, zur Schaffung zur Schaffung eines Instruments für Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit (COM(2011) 841 final), insbesondere Artikel 1 Absatz 1.

***21 06 51*** ***Abschluss früherer Maßnahmen (aus der Zeit vor 2014)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 29 750 000 | 77 476 000 | 64 153 343 | 76 055 700,— | 66 476 410,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 19 06 04*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der EU finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Sie werden bei Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt und gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2006/908/EG, Euratom des Rates vom 4. Dezember 2006 über den ersten Teil des dritten Beitrags der Gemeinschaft an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zugunsten des Fonds für die Ummantelung des Tschernobyl-Reaktors (ABl. L 346 vom 9.12.2006, S. 28).

Verordnung (Euratom) Nr. 300/2007 des Rates vom 19. Februar 2007 zur Schaffung eines Instruments für Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit (ABl. L 81 vom 22.3.2007, S. 1).

**KAPITEL 21 07 — PARTNERSCHAFT EUROPÄISCHE UNION-GRÖNLAND**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | |
| 21 07 | PARTNERSCHAFT EUROPÄISCHE UNION-GRÖNLAND | | | | | | | | |
| ***21 07 01*** | ***Zusammenarbeit mit Grönland*** | 4 | 24 569 471 | 11 699 882 | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | 0,— |
| ***21 07 51*** | ***Abschluss früherer Maßnahmen (aus der Zeit vor 2014)*** | 4 | — | 7 225 000 | 28 717 140 | 26 353 231 | 28 442 000,— | 26 727 652,— | 369,93 |
| | **Kapitel 21 07 — Insgesamt** | | **24 569 471** | **18 924 882** | **28 717 140** | **26 353 231** | **28 442 000,—** | **26 727 652,—** | **141,23** |

## *21 07 01 Zusammenarbeit mit Grönland*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 24 569 471 | 11 699 882 | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel sind für folgende Zwecke bestimmt:

— Unterstützung Grönlands bei der Bewältigung seiner wichtigsten Herausforderungen, vor allem der nachhaltigen Diversifizierung der Wirtschaft, der Verbesserung der Qualifikationen der Arbeitskräfte, einschließlich Wissenschaftlern, und der Notwendigkeit, die grönländischen Informationssysteme im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien zu verbessern;

— Stärkung der Kapazität der grönländischen Verwaltung zur Formulierung und Durchführung nationaler Maßnahmen, vor allem in neuen Bereichen von gemeinsamem Interesse.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der EU finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Sie werden bei Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt und gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2001/822/EG des Rates vom 27. November 2001, geändert durch Beschluss 2007/249/EG, über die Assoziation der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Gemeinschaft („Übersee-Assoziationsbeschluss“).

*Verweise*

Vorschlag für einen Beschluss des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Dezember 2011, über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union einerseits und Grönland und dem Königreich Dänemark andererseits (COM(2011) 846 final), insbesondere Artikel 3 Absatz 1.

Vorschlag für einen Beschluss des Rates, von der Kommission vorgelegt am 16. Juli 2012, über die Assoziation der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Union („Übersee-Assoziationsbeschluss“) (COM(2012) 362 final).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 07 — PARTNERSCHAFT EUROPÄISCHE UNION-GRÖNLAND** *(Fortsetzung)*

***21 07 51 Abschluss früherer Maßnahmen (aus der Zeit vor 2014)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 7 225 000 | 28 717 140 | 26 353 231 | 28 442 000,— | 26 727 652,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 21 07 02*

Diese Mittel sind zur Abwicklung vor 2014 eingegangener Verpflichtungen bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2006/526/EG des Rates vom 17. Juli 2006 über die Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und Grönland und dem Königreich Dänemark andererseits (ABl. L 208 vom 29.7.2006, S. 28).

*Verweise*

Gemeinsame Erklärung der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Landesregierung Grönlands und der Regierung Dänemarks andererseits zur Partnerschaft zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Grönland, unterzeichnet in Luxemburg am 27. Juni 2006 (ABl. L 208 vom 29.7.2006, S. 32).

**KAPITEL 21 08 — WELTWEITE ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 21 08 | WELTWEITE ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT | | | | | | | | |
| ***21 08 01*** | ***Beurteilung der Ergebnisse der Hilfe der Union sowie Maßnahmen zur Prüfung und Weiterverfolgung*** | 4 | 23 657 510 | 17 625 000 | 25 840 000 | 19 669 541 | 23 577 000,— | 20 048 310,63 | 113,75 |
| ***21 08 02*** | ***Koordinierung und Sensibilisierung im Entwicklungsbereich*** | 4 | 13 330 508 | 5 190 000 | 11 085 000 | 6 328 021 | 12 154 660,18 | 9 423 286,99 | 181,57 |
| | **Kapitel 21 08 — Insgesamt** | | **36 988 018** | **22 815 000** | **36 925 000** | **25 997 562** | **35 731 660,18** | **29 471 597,62** | **129,18** |

## *21 08 01 Beurteilung der Ergebnisse der Hilfe der Union sowie Maßnahmen zur Prüfung und Weiterverfolgung*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 23 657 510 | 17 625 000 | 25 840 000 | 19 669 541 | 23 577 000,— | 20 048 310,63 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 19 01 04 05 und 21 01 04 03 sowie Artikel 19 11 01 und 21 08 01*

Diese Mittel dienen zur Finanzierung von *Ex-ante*- und *Ex-Post*-Evaluierungen, Monitoringmaßnahmen und unterstützenden Maßnahmen während der Programmierung, Vorbereitung und Durchführung von Entwicklungsmaßnahmen, -strategien und -konzepten, einschließlich:

— Studien in Bezug auf Wirksamkeit, Effizienz, Relevanz, Wirkung und Tragfähigkeit sowie Entwicklung weiterer Methoden und Indikatoren zur Messung der Auswirkungen der Entwicklungszusammenarbeit;

— Monitoring laufender Maßnahmen (sowohl während der Durchführung als auch nach Abschluss der Maßnahme);

— unterstützende Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Systeme, Methoden und Verfahren für das Monitoring laufender Maßnahmen und zur besseren Vorbereitung künftiger Maßnahmen;

— Feedback von Information und Informationen zu den Ergebnissen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Evaluierungen als Grundlage der künftigen Beschlussfassung;

— methodische Entwicklungen zur Verbesserung der Qualität und Aussagekraft von Evaluierungen, einschließlich diesbezüglicher Forschungs-, Feedback-, Informations- und Schulungsmaßnahmen n.

Diese Mittel dienen auch zur Finanzierung von Rechnungsprüfungen im Zusammenhang mit der Verwaltung der von der Kommission im Bereich der Außenhilfe durchgeführten Programme und Projekte sowie zur Finanzierung von Schulungsmaßnahmen für externe Prüfer im Einklang mit den besonderen Vorschriften für die Außenhilfe der Union.

Diese Mittel decken zudem die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Verwirklichung der Ziele des Programms oder der Aktionen im Rahmen dieses Artikels stehen, sowie alle weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission nach und nach mit Auslaufen der Verträge mit den Büros für technische Unterstützung im Laufe der kommenden Jahre im Rahmen von Aufträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden, sowie für Kapazitätsaufbau- und Schulungsmaßnahmen für die wichtigsten an der Konzeption und Durchführung von Außenhilfeprogrammen beteiligten Akteure.

Ferner dienen diese Mittel der Deckung von Ausgaben für Studien und die Entwicklung methodischer Instrumente, Sachverständigensitzungen, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen sowie für den Wissensaustausch und Schulungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Planung und Durchführung von Außenhilfeprogrammen, insbesondere mit der Verwaltung des Projekt- und Programmzyklus und der Kapazitätsentwicklung.

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 08 — WELTWEITE ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT** *(Fortsetzung)*

***21 08 01*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***21 08 02*** ***Koordinierung und Sensibilisierung im Entwicklungsbereich***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 13 330 508 | 5 190 000 | 11 085 000 | 6 328 021 | 12 154 660,18 | 9 423 286,99 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 21 01 04 04 und vormals Artikel 19 11 03 und 21 08 02*

Mit dieser Haushaltslinie werden der Kommission die für Vorbereitung, Definition und Follow-up der Koordinierungsmaßnahmen im Rahmen der Entwicklungspolitik erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt. Eine Koordinierung der politischen Maßnahmen ist unverzichtbar, wenn die Kohärenz, Komplementarität und Wirksamkeit der Hilfe und Entwicklungsmaßnahmen gewährleistet werden soll.

Diese Koordinierungsmaßnahmen sind sowohl in strategischer Hinsicht als auch in Bezug auf die Programmplanung für die Festlegung und Ausrichtung der Politik der EU auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit von maßgeblicher Bedeutung. Die spezifischen Ziele der Politik der Union auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit sind in den Verträgen (Artikel 208 und 210 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union) verankert. Die Hilfe der Union und die einzelstaatliche Politik der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit müssen sich gegenseitig ergänzen und stärken; dies kann nur mit einer entsprechenden Koordinierung gewährleistet werden. Nach Artikel 210 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union soll die Kommission für die Koordinierung der Entwicklungspolitik der Mitgliedstaaten und der Union sowie die Abstimmung der Entwicklungszusammenarbeit sorgen.

Diese Koordinationsarbeit bildet nicht nur eine wichtige Komponente des Mehrwerts, den die Kommission in Bezug auf die einzelstaatliche Politik der Mitgliedstaaten einbringt, sondern sie nimmt auch eine vorrangige Rolle in Bezug auf die Abstimmung der Zielvorgaben der Union und der internationalen Gemeinschaft ein, die immer wieder und in zunehmendem Maße von den anderen europäischen Organen eingefordert wird; die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament haben anlässlich der Tagung des Europäischen Rates in Barcelona im März 2002 auf diesen Koordinationsbedarf verwiesen.

Diese Mittel dienen der Finanzierung verschiedener Maßnahmenarten:

*Aktion A: Koordinierung auf unions- und internationaler Ebene*

— Studien auf dem Gebiet der Koordinierung in Bezug auf deren Wirksamkeit, Effizienz, Relevanz, Wirkung und Tragfähigkeit, Sachverständigensitzungen und Treffen zum Informationsaustausch zwischen der Kommission, den Mitgliedstaaten und internationalen Akteuren (Vereinigte Staaten, neue Geberländer usw.) sowie internationalen Foren wie der Süd-Süd-Zusammenarbeit;

— Monitoring von Strategien und Maßnahmen während der Umsetzung;

— unterstützende Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität des Monitorings laufender Maßnahmen und der Vorbereitung künftiger Maßnahmen;

— Unterstützung externer Initiativen auf dem Gebiet der Koordinierung;

— Vorbereitung von gemeinsamen Standpunkten, Erklärungen und Initiativen;

— Ausrichtung von Veranstaltungen, die in Zusammenhang mit der Koordination stehen;

— Mitgliedsbeiträge der Kommission an internationale Organisationen und Netzwerke;

— Verbreitung von Informationen durch die Herstellung von Veröffentlichungen und die Entwicklung von Informationssystemen.

**KAPITEL 21 08 — WELTWEITE ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT** *(Fortsetzung)*

***21 08 02*** *(Fortsetzung)*

Aus diesen Mitteln wird auch die Initiative mit dem Titel „Mobilisierung der europäischen Forschung im Dienst der Entwicklung" finanziert, die die Qualität und die Zukunftsorientierung der Gestaltung der Unionspolitik stärken und so einen Mehrwert für den Entscheidungsprozess im Entwicklungsbereich erbringen soll. Diese Initiative zielt darauf ab, durch die Arbeit an einem gemeinsamen Projekt Synergien zwischen Forschung und politischer Entscheidungsfindung in Europa zu fördern. Die Initiative umfasst im Wesentlichen die Ausarbeitung eines „Europäischen Entwicklungsberichts", der jährlich veröffentlicht wird. Dieser Europäische Entwicklungsbericht und die entsprechenden Vorarbeiten (Hintergrundpapiere, Seminare und Workshops), werden dank des eingebrachten Fachwissens und innovativer politischer Empfehlungen maßgeblich zur Stärkung und Konkretisierung der europäischen Vision für zentrale Aufgaben im Entwicklungsbereich und ihres Einflusses auf die internationale Entwicklungsagenda beitragen. Die Initiative wird von der Kommission und von Mitgliedstaaten, die hierzu freiwillige Beiträge leisten, gemeinsam finanziert. Mit den Mitteln dieser Haushaltslinie wird außerdem die Veröffentlichung des Entwicklungsberichts finanziert, einschließlich Übersetzung, Druck, Verbreitung und Werbung, um die Empfehlungen des EEB möglichst vielen Akteuren im Entwicklungsbereich zur Kenntnis zu bringen.

*Aktion B: Sensibilisierungsmaßnahmen*

Diese Mittel dienen der Finanzierung von Maßnahmen zur Förderung eines besseren Verständnisses der Öffentlichkeit für die Maßnahmen der Union und der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit. Sie dienen zudem der Finanzierung der Vorbereitung, Einführung und Förderung des „Europäischen Jahres der Entwicklung 2015" dienen, das von der Kommission auf Initiative des Europäischen Parlaments vorgeschlagen wurde. In diesem Zusammenhang kann die Kommission wie schon bei früheren Europäischen Jahren gemeinsam mit den Mitgliedstaaten Sensibilisierungsmaßnahmen finanzieren, die sich insbesondere an die Länder richten, in denen die Entwicklungszusammenarbeit (in der Funktion als Geberland) noch keine lange Tradition hat; auch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ist eine solche Kofinanzierung möglich. Das Europäische Jahr sollte dazu führen, dass in Europa und in Drittländern zusätzliche Aktivitäten im Zusammenhang mit dem internationalen Prozess der Festlegung und Einführung des Entwicklungsrahmens für die Zeit nach 2015, der an die Stelle der Millenniums-Entwicklungsziele treten wird, finanziert werden. Jede Aktivität, die im Rahmen dieser Maßnahme finanziert wird, muss die beiden nachstehend genannten und nach Ansicht der Kommission einander ergänzenden Komponenten abdecken:

— Die Komponente „Information" dient der Förderung der verschiedenen Maßnahmen, die die Union auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit und der Maßnahmen, die sie in Partnerschaft mit den Mitgliedstaaten und anderen internationalen Einrichtungen durchführt.

— Die Komponente „Sensibilisierung" richtet sich an die Öffentlichkeit in der Union und in Entwicklungsländern.

Diese Maßnahmen erfolgen vor allem, aber nicht ausschließlich, in Form von finanzieller Unterstützung für Projekte im audiovisuellen Bereich, von Veröffentlichungen, Seminaren und Veranstaltungen zu Entwicklungsfragen sowie für die Erstellung von Informationsmaterial, die Entwicklung von Informationssystemen und auch für den „Lorenzo Natali"-Preis, der für journalistische Arbeit über Entwicklungsprobleme verliehen wird.

Die Maßnahmen richten sich an Partner aus dem öffentlichen und dem privaten Bereich sowie an die Vertretungen und Delegationen der Union in den Mitgliedstaaten.

Diese Mittel decken außerdem die Finanzierung vorrangiger Informations- und Kommunikationsmaßnahmen, die sich an die Bürger der Union richten und die Außenpolitik der Union im Allgemeinen betreffen.

Die Informationsmaßnahmen betreffen folgende Bereiche, können jedoch auch andere Aspekte der Außenbeziehungen der Union einbeziehen, insbesondere in Zusammenhang mit der künftigen Außenpolitik der Union:

— Stärkung der Wahrnehmung der Außenhilfe der Union in der Öffentlichkeit. Damit soll verdeutlicht werden, dass die Außenhilfe als integraler Bestandteil der Maßnahmen der Union und als maßgebliche politische Zielsetzung wahrzunehmen ist, die die Union und ihre Rolle in der Welt prägt; es soll das Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass die Union im Namen ihrer Bürger greifbare Ergebnisse bei der Bekämpfung der Armut und der Förderung einer qualitativ hochwertigen nachhaltigen Entwicklung weltweit liefert.

— Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP). Die ENP wurde auf der Grundlage einer Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 11. März 2003 mit dem Titel „Größeres Europa — Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn" vom 11. März 2003 (KOM(2003) 104 endg.) geschaffen. Zu den Maßnahmen im Rahmen dieses Tätigkeitsfelds gehören weitere Informationsmaßnahmen über die Aktionen der Union im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik.

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 08 — WELTWEITE ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT** *(Fortsetzung)*

***21 08 02*** *(Fortsetzung)*

— Informationsmaßnahmen, durch die in Zusammenarbeit mit dem Rat über Ziele und Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik unterrichtet wird.

— Organisation von Besuchsveranstaltungen für Vertreter der Zivilgesellschaft.

Die Kommission hat zwei Mitteilungen an das Europäische Parlament, den Rat, den Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie den Ausschuss der Regionen betreffend einen neuen Rahmen für die Zusammenarbeit bei Maßnahmen im Bereich der Informations- und Kommunikationspolitik der Europäischen Union (KOM(2001) 354 endg. und KOM(2002) 350 endg.) angenommen. Diese Mitteilungen schlagen einen interinstitutionellen Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaftsorganen und mit den Mitgliedstaaten bei der Entwicklung einer Informations- und Kommunikationsstrategie für die Union vor.

Die interinstitutionelle Gruppe „Information" (IGI) unter dem gemeinsamen Vorsitz der Kommission, des Europäischen Parlaments und des Rates legt Leitlinien für die Behandlung der Themen fest, die der interinstitutionellen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationspolitik der Union unterliegen. Sie koordiniert die zentral und dezentral durchgeführten, an die breite Öffentlichkeit gerichteten Informationsmaßnahmen zu den verschiedenen Themen. Die IGI gibt alljährlich auf der Grundlage der ihr von der Kommission übermittelten Informationen eine Stellungnahme zu den Prioritäten des Folgejahres ab.

Schließlich sollen diese Mittel Folgendes decken:

— Ausgaben für technische und administrative Unterstützungsleistungen, die keine hoheitlichen Aufgaben beinhalten und von der Kommission im Rahmen von punktuellen Dienstleistungsverträgen zum gegenseitigen Nutzen der Kommission und der Empfänger vergeben werden;

— Ausgaben für Druck, Übersetzungen, Studien, Sachverständigensitzungen, Informationsmaßnahmen und Anschaffung von Informationsmaterial, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Ziele des Programms stehen.

Sie decken ebenfalls die Kosten für Veröffentlichungen, Produktion, Lagerung und die Verbreitung von Informationsmaterialien (insbesondere über das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union) und andere mit der Koordination verbundene Verwaltungskosten.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Aufgaben aufgrund der spezifischen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 210 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu den Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission (ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 09 — ABSCHLUSS VON MASSNAHMEN, DIE MITTELS DES INSTRUMENTS FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT MIT INDUSTRIELÄNDERN (ICI+) DURCHGEFÜHRT WURDEN**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 21 09 | ABSCHLUSS VON MASSNAHMEN, DIE MITTELS DES INSTRUMENTS FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT MIT INDUSTRIELÄNDERN (ICI+) DURCHGEFÜHRT WURDEN | | | | | | | | |
| ***21 09 51*** | ***Abschluss früherer Maßnahmen (aus der Zeit vor 2014)*** | | | | | | | | |
| 21 09 51 01 | Asien | 4 | — | 11 114 743 | 29 500 000 | 4 447 886 | 46 500 000,— | 1 219,68 | 0,01 |
| 21 09 51 02 | Lateinamerika | 4 | — | 3 172 958 | 16 000 000 | 1 976 838 | 26 000 000,— | 2 580 000,— | 81,31 |
| 21 09 51 03 | Afrika | 4 | — | 1 436 500 | 2 400 000 | 938 998 | 3 000 000,— | 0,— | 0,— |
| | *Artikel 21 09 51 — Subtotal* | | — | 15 724 201 | 47 900 000 | 7 363 722 | 75 500 000,— | 2 581 219,68 | 16,42 |
| | **Kapitel 21 09 — Insgesamt** | | **—** | **15 724 201** | **47 900 000** | **7 363 722** | **75 500 000,—** | **2 581 219,68** | **16,42** |

## *21 09 51 Abschluss früherer Maßnahmen (aus der Zeit vor 2014)*

### 21 09 51 01 Asien

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 11 114 743 | 29 500 000 | 4 447 886 | 46 500 000,— | 1 219,68 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 19 10 04*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr.1338/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1934/2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Zusammenarbeit mit industrialisierten Ländern und Gebieten sowie mit anderen Ländern und Gebieten mit hohem Einkommen (ABl. L 347 vom 30.12.2011, S. 21).

### 21 09 51 02 Lateinamerika

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 3 172 958 | 16 000 000 | 1 976 838 | 26 000 000,— | 2 580 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 19 09 03*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr.1338/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1934/2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Zusammenarbeit mit industrialisierten Ländern und Gebieten sowie mit anderen Ländern und Gebieten mit hohem Einkommen (ABl. L 347 vom 30.12.2011, S. 21).

KOMMISSION

*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

**KAPITEL 21 09 — ABSCHLUSS VON MASSNAHMEN, DIE MITTELS DES INSTRUMENTS FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT MIT INDUSTRIELÄNDERN (ICI+) DURCHGEFÜHRT WURDEN** *(Fortsetzung)*

***21 09 51*** *(Fortsetzung)*

21 09 51 03 Afrika

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 1 436 500 | 2 400 000 | 938 998 | 3 000 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 21 06 06*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr.1338/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1934/2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Zusammenarbeit mit industrialisierten Ländern und Gebieten sowie mit anderen Ländern und Gebieten mit hohem Einkommen (ABl. L 347 vom 30.12.2011, S. 21).

KOMMISSION
*TITEL 21 — ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT“ — EUROPEAID

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT“ — EUROPEAID

KOMMISSION

*TITEL 22*

**ERWEITERUNG**

# TITEL 22

# ERWEITERUNG

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 22 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „ERWEITE-RUNG“ | 91 093 045 | 91 093 045 | 88 841 907 | 88 841 907 | 93 849 030,75 | 93 849 030,75 |
| 22 02 | ERWEITERUNGSPROZESS UND -STRATEGIE | 1 397 332 713 | 794 623 959 | 974 579 737 | 812 718 225 | 1 015 957 572,36 | 829 553 590,44 |
| 22 03 | UNTERSTÜTZUNGS-VERORDNUNG | 31 482 280 | 18 169 738 | 31 000 000 | 14 265 853 | 28 086 556,83 | 25 137 803,75 |
| | **Titel 22 — Insgesamt** | **1 519 908 038** | **903 886 742** | **1 094 421 644** | **915 825 985** | **1 137 893 159,94** | **948 540 424,94** |

KOMMISSION
*TITEL 22 — ERWEITERUNG*

# TITEL 22

# ERWEITERUNG

## KAPITEL 22 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „ERWEITERUNG“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 22 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „ERWEITERUNG“ | | | | | |
| ***22 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Erweiterung“*** | | | | | |
| 22 01 01 01 | Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Generaldirektion Erweiterung | 5.2 | 21 283 593 | 22 703 511 | 23 420 614,91 | 110,04 |
| 22 01 01 02 | Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Generaldirektion Erweiterung in den Delegationen der Union | 5.2 | 7 975 308 | 7 822 581 | 8 658 833,28 | 108,57 |
| | *Artikel 22 01 01 — Subtotal* | | 29 258 901 | 30 526 092 | 32 079 448,19 | 109,64 |
| ***22 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Erweiterung“*** | | | | | |
| 22 01 02 01 | Externes Personal der Generaldirektion Erweiterung | 5.2 | 1 792 195 | 1 985 382 | 2 843 508,53 | 158,66 |
| 22 01 02 02 | Externes Personal der Generaldirektion Erweiterung in den Delegationen der Union | 5.2 | 1 213 666 | 1 543 398 | 1 590 445,— | 131,04 |
| 22 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion Erweiterung | 5.2 | 1 184 507 | 1 209 726 | 1 862 788,64 | 157,26 |
| 22 01 02 12 | Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion Erweiterung in den Delegationen der Union | 5.2 | 483 791 | 573 035 | 670 331,— | 138,56 |
| | *Artikel 22 01 02 — Subtotal* | | 4 674 159 | 5 311 541 | 6 967 073,17 | 149,06 |
| ***22 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen, Gebäude und Nebenkosten des Politikbereichs „Erweiterung“*** | | | | | |
| 22 01 03 01 | Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen der Generaldirektion Erweiterung | 5.2 | 1 377 663 | 1 436 764 | 1 719 041,76 | 124,78 |
| 22 01 03 02 | Ausgaben für Gebäude und Nebenkosten der Generaldirektion Erweiterung in den Delegationen der Union | 5.2 | 4 234 102 | 4 745 586 | 5 351 259,— | 126,38 |
| | *Artikel 22 01 03 — Subtotal* | | 5 611 765 | 6 182 350 | 7 070 300,76 | 125,99 |

**KAPITEL 22 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „ERWEITERUNG“** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| ***22 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Erweiterung“*** | | | | | |
| 22 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für das Instrument für Heranführungshilfe (IPA) | 4 | 50 498 220 | 45 692 924 | 46 599 208,63 | 92,28 |
| | *Artikel 22 01 04 — Subtotal* | | 50 498 220 | 45 692 924 | 46 599 208,63 | 92,28 |
| ***22 01 06*** | ***Exekutivagenturen*** | | | | | |
| 22 01 06 01 | Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ — Beitrag aus dem Instrument für Heranführungshilfe | 4 | 1 050 000 | 1 129 000 | 1 133 000,— | 107,90 |
| | *Artikel 22 01 06 — Subtotal* | | 1 050 000 | 1 129 000 | 1 133 000,— | 107,90 |
| | **Kapitel 22 01 — Insgesamt** | | **91 093 045** | **88 841 907** | **93 849 030,75** | **103,03** |

### *22 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Erweiterung“*

22 01 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Generaldirektion Erweiterung

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 21 283 593 | 22 703 511 | 23 420 614,91 |

22 01 01 02 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Generaldirektion Erweiterung in den Delegationen der Union

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 975 308 | 7 822 581 | 8 658 833,28 |

### *22 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Erweiterung“*

22 01 02 01 Externes Personal der Generaldirektion Erweiterung

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 792 195 | 1 985 382 | 2 843 508,53 |

22 01 02 02 Externes Personal der Generaldirektion Erweiterung in den Delegationen der Union

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 213 666 | 1 543 398 | 1 590 445,— |

KOMMISSION
*TITEL 22 — ERWEITERUNG*

**KAPITEL 22 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „ERWEITERUNG“** *(Fortsetzung)*

***22 01 02*** *(Fortsetzung)*

22 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion Erweiterung

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 184 507 | 1 209 726 | 1 862 788,64 |

22 01 02 12 Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion Erweiterung in den Delegationen der Union

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 483 791 | 573 035 | 670 331,— |

***22 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen, Gebäude und Nebenkosten des Politikbereichs „Erweiterung“***

22 01 03 01 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen der Generaldirektion Erweiterung

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 377 663 | 1 436 764 | 1 719 041,76 |

22 01 03 02 Ausgaben für Gebäude und Nebenkosten der Generaldirektion Erweiterung in den Delegationen der Union

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 234 102 | 4 745 586 | 5 351 259,— |

***22 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Erweiterung“***

22 01 04 01 Unterstützungsausgaben für das Instrument für Heranführungshilfe (IPA)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 50 498 220 | 45 692 924 | 46 599 208,63 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 22 01 04 01, 22 01 04 02 und 22 01 04 04*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der Verwaltungskosten, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Durchführung des Instruments für Heranführungshilfe (IPA), der schrittweisen Einstellung der Heranführungshilfe, TAIEX und der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der türkisch-zyprischen Gemeinschaft stehen, und zwar insbesondere:

— Ausgaben für technische und administrative Unterstützungsleistungen, die keine hoheitlichen Aufgaben beinhalten und von der Kommission im Rahmen von punktuellen Dienstleistungsverträgen zum gegenseitigen Nutzen der Kommission und der Empfänger vergeben werden;

**KAPITEL 22 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „ERWEITERUNG“** *(Fortsetzung)*

***22 01 04*** *(Fortsetzung)*

22 01 04 01 *(Fortsetzung)*

— Ausgaben für externes Personal am Verwaltungssitz (Vertragsbedienstete, abgeordnete nationale Sachverständige oder Leiharbeitskräfte) sind auf 7 019 624 EUR beschränkt. Diesem Schätzwert liegen die voraussichtlichen jährlichen Kosten pro Mannjahr zugrunde, wovon voraussichtlich 90 % für die Gehälter des betreffenden Personals und 10 % zur Deckung der durch dieses Personal entstehenden zusätzlichen Kosten für Fortbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen (einschließlich Langzeitmissionen), Informationstechnologie (IT) und Telekommunikationseinrichtungen bestimmt sind;

— Ausgaben für externes Personal in den Delegationen (Vertragsbedienstete, örtliche Bedienstete oder abgeordnete nationale Sachverständige), das dort Tätigkeiten im Rahmen der Verlagerung der Programmverwaltung in die Delegationen der Union in Drittländern oder im Zuge der Rückübernahme der bislang von den Büros für technische Hilfe wahrgenommenen Aufgaben ausführt, sowie in den Unterstützungsteams der Kommission für den Übergang nach dem Beitritt, das während der Auslaufphase in den neuen Mitgliedstaaten verbleibt (Vertragsbedienstete, Leiharbeitskräfte) und Aufgaben übernimmt, die in direktem Zusammenhang mit dem Abschluss der Heranführungsprogramme stehen. Dies umfasst in beiden Fällen zusätzliche Logistik- und Infrastrukturkosten u. a. für Fortbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen, Informationstechnologie und Telekommunikation und Mieten, die unmittelbar für das aus Mitteln dieses Haushaltspostens besoldete externe Personal in der Delegation der Union anfallen;

— Ausgaben für Studien, Sitzungen von Sachverständigen, Informationen und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms stehen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Diese Mittel decken die unter den Kapiteln 22 02 und 22 03 anfallenden Verwaltungsausgaben.

***22 01 06 Exekutivagenturen***

22 01 06 01 Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ — Beitrag aus dem Instrument für Heranführungshilfe

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 050 000 | 1 129 000 | 1 133 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 22 01 04 30*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der operativen Kosten der Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“, die im Zuge der Programmverwaltung im Bereich der Erweiterungspolitik entstehen. Das Mandat der Agentur wurde im Zeitraum des Programms 2007-2013 auf alle Jugend-, Tempus- und Erasmus-Mundus-Programme ausgedehnt, an denen IPA-Empfängerländer teilnehmen. Mit den Mitteln sollen im Rahmen des neuen Programms auch die operativen Kosten bestimmter Maßnahmen des Programms „Erasmus für alle“ finanziert werden, um die internationale Dimension der Hochschulbildung sowie sonstige Maßnahmen zu fördern.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

KOMMISSION
*TITEL 22 — ERWEITERUNG*

**KAPITEL 22 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „ERWEITERUNG“** *(Fortsetzung)*

***22 01 06*** *(Fortsetzung)*

22 01 06 01 *(Fortsetzung)*

Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung von „Erasmus+“, dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1719/2006/EG, Nr. 1720/2006/EG und Nr. 1298/2008/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 50).

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom … über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (ABl. L … vom …, S. …).

*Verweise*

Beschluss 2009/336/EG der Kommission vom 20. April 2009 zur Einrichtung der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur für die Verwaltung der Gemeinschaftsmaßnahmen in den Bereichen Bildung, Audiovisuelles und Kultur gemäß der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates (ABl. L 101 vom 21.4.2009, S. 26).

KOMMISSION
*TITEL 22 — ERWEITERUNG*

**KAPITEL 22 02 — ERWEITERUNGSPROZESS UND -STRATEGIE**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 22 02 | ERWEITERUNGSPROZESS UND -STRATEGIE | | | | | | | | |
| ***22 02 01*** | ***Unterstützung für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Serbien und Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien*** | | | | | | | | |
| 22 02 01 01 | Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union | 4 | 249 800 347 | 16 274 124 | | | | | — |
| 22 02 01 02 | Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung | 4 | 249 800 347 | 16 274 124 | | | | | — |
| | *Artikel 22 02 01 — Subtotal* | | 499 600 694 | 32 548 248 | | | | | — |
| ***22 02 02*** | ***Unterstützung für Island*** | | | | | | | | |
| 22 02 02 01 | Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union | 4 | 6 000 000 | 420 000 | | | | | — |
| 22 02 02 02 | Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung | 4 | 6 000 000 | 420 000 | | | | | — |
| | *Artikel 22 02 02 — Subtotal* | | 12 000 000 | 840 000 | | | | | — |
| ***22 02 03*** | ***Unterstützung für die Türkei*** | | | | | | | | |
| 22 02 03 01 | Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union | 4 | 294 172 948 | 19 174 167 | | | | | — |
| 22 02 03 02 | Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung | 4 | 294 172 948 | 19 174 167 | | | | | — |
| | *Artikel 22 02 03 — Subtotal* | | 588 345 896 | 38 348 334 | | | | | — |
| ***22 02 04*** | ***Regionale Integration und territoriale Zusammenarbeit und Unterstützung von Ländergruppen (horizontale Programme)*** | | | | | | | | |
| 22 02 04 01 | Mehrere Länder umfassende Programme, regionale Integration und territoriale Zusammenarbeit | 4 | 264 697 163 | 23 410 407 | | | | | — |
| 22 02 04 02 | Beitrag zu Erasmus+ | 4 | 29 243 936 | 4 036 318 | | | | | — |
| 22 02 04 03 | Beitrag zur Energiegemeinschaft Südosteuropa | 4 | 3 445 024 | 3 445 024 | | | | | — |
| | *Artikel 22 02 04 — Subtotal* | | 297 386 123 | 30 891 749 | | | | | — |

KOMMISSION
*TITEL 22 — ERWEITERUNG*

**KAPITEL 22 02 — ERWEITERUNGSPROZESS UND -STRATEGIE** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| ***22 02 51*** | ***Abschluss früherer Maßnahmen der Heranführungshilfe (aus der Zeit vor 2014)*** | 4 | p.m. | 690 141 998 | 974 579 737 | 811 786 225 | 1 012 957 572,36 | 827 761 507,43 | 119,94 |
| ***22 02 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 22 02 77 01 | Pilotprojekt — Erhaltung und Wiederherstellung des kulturellen Erbes in Konfliktgebieten | 4 | p.m. | 763 960 | p.m. | 932 000 | 0,— | 1 607 209,13 | 210,38 |
| 22 02 77 02 | Vorbereitende Maßnahme — Erhaltung und Wiederherstellung des kulturellen Erbes in Konfliktgebieten | 4 | p.m. | 1 089 670 | p.m. | p.m. | 3 000 000,— | 184 873,88 | 16,97 |
| | *Artikel 22 02 77 — Subtotal* | | p.m. | 1 853 630 | p.m. | 932 000 | 3 000 000,— | 1 792 083,01 | 96,68 |
| | **Kapitel 22 02 — Insgesamt** | | **1 397 332 713** | **794 623 959** | **974 579 737** | **812 718 225** | **1 015 957 572,36** | **829 553 590,44** | **104,40** |

***22 02 01 Unterstützung für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Serbien und Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien***

22 02 01 01 Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 249 800 347 | 16 274 124 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Unter dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) werden mit diesen Mitteln folgende spezifischen Ziele in den westlichen Balkanstaaten verfolgt:

— Unterstützung politischer Reformen,

— Stärkung der Fähigkeit der Empfängerländer, die mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen zu erfüllen, indem Unterstützung bei der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union und bei dessen Einführung, Durchführung und Durchsetzung, einschließlich der politischen Maßnahmen und Fonds der Union in der Struktur-, Kohäsions-, Agrarpolitik und der Entwicklung des ländlichen Raums, geleistet wird.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

**KAPITEL 22 02 — ERWEITERUNGSPROZESS UND -STRATEGIE** *(Fortsetzung)*

***22 02 01*** *(Fortsetzung)*

22 02 01 01 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom … über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (ABl. L … vom …, S. …), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und c.

22 02 01 02 Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 249 800 347 | 16 274 124 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Unter dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) wird mit diesen Mitteln in den westlichen Balkanstaaten das spezifische Ziel verfolgt, die wirtschaftliche, soziale und territoriale Entwicklung als Beitrag zur Erreichung eines intelligenten, nachhaltigen und breitenwirksamen Wachstums zu unterstützen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom … über das Instrument für Heranführungshilfe (ABl. L … vom …, S. …), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b.

***22 02 02 Unterstützung für Island***

22 02 02 01 Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 6 000 000 | 420 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Unter dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) werden mit diesen Mitteln folgende spezifischen Ziele in Island verfolgt:

— Unterstützung politischer Reformen,

KOMMISSION
*TITEL 22 — ERWEITERUNG*

**KAPITEL 22 02 — ERWEITERUNGSPROZESS UND -STRATEGIE** *(Fortsetzung)*

***22 02 02*** *(Fortsetzung)*

22 02 02 01 *(Fortsetzung)*

— Stärkung der Fähigkeit der Empfängerländer, die mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen zu erfüllen, indem Unterstützung bei der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union und bei dessen Einführung, Durchführung und Durchsetzung, einschließlich der politischen Maßnahmen und Fonds der Union in der Struktur-, Kohäsions-, Agrarpolitik und der Entwicklung des ländlichen Raums, geleistet wird.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom … über das Instrument für Heranführungshilfe (ABl. L … vom …, S. …), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und c.

22 02 02 02 Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 6 000 000 | 420 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Unter dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) wird mit diesen Mitteln in Island das spezifische Ziel verfolgt, die wirtschaftliche, soziale und territoriale Entwicklung als Beitrag zur Erreichung eines intelligenten, nachhaltigen und breitenwirksamen Wachstums zu unterstützen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom … über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (ABl. L … vom …, S. …), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b.

**KAPITEL 22 02 — ERWEITERUNGSPROZESS UND -STRATEGIE** *(Fortsetzung)*

### *22 02 03 Unterstützung für die Türkei*

22 02 03 01 Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 294 172 948 | 19 174 167 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Unter dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) werden mit diesen Mitteln folgende spezifischen Ziele in der Türkei verfolgt:

— Unterstützung politischer Reformen,

— Stärkung der Fähigkeit der Empfängerländer, die mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen zu erfüllen, indem Unterstützung bei der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union und bei dessen Einführung, Durchführung und Durchsetzung, einschließlich der politischen Maßnahmen und Fonds der EU in der Struktur-, Kohäsions-, Agrarpolitik und der Entwicklung des ländlichen Raums, geleistet wird.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom … über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (ABl. L … vom …, S. …), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und c.

22 02 03 02 Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 294 172 948 | 19 174 167 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Unter dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) wird mit diesen Mitteln in der Türkei das spezifische Ziel verfolgt, die wirtschaftliche, soziale und territoriale Entwicklung als Beitrag zur Erreichung eines intelligenten, nachhaltigen und breitenwirksamen Wachstums zu unterstützen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

KOMMISSION
*TITEL 22 — ERWEITERUNG*

**KAPITEL 22 02 — ERWEITERUNGSPROZESS UND -STRATEGIE** *(Fortsetzung)*

***22 02 03*** *(Fortsetzung)*

22 02 03 02 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom … über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (ABl. L … vom …, S. …), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b.

***22 02 04 Regionale Integration und territoriale Zusammenarbeit und Unterstützung von Ländergruppen (horizontale Programme)***

22 02 04 01 Mehrere Länder umfassende Programme, regionale Integration und territoriale Zusammenarbeit

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 264 697 163 | 23 410 407 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Unter dem Instrument für Heranführungshilfe IPA II wird mit diesen Mitteln das spezifische Ziel der regionalen Integration und territorialen Zusammenarbeit unter Beteiligung der Empfängerländer, der Mitgliedstaaten und ggf. von Drittstaaten auf der Grundlage der Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments verfolgt.

Mit diesen Mitteln sollen regionale Heranführungsprogramme und Mehrländerprogramme zugunsten der Empfängerländer finanziert werden.

Diese Mittel dienen ferner der Finanzierung der technischen Hilfe im Bereich Rechtsangleichung für den gesamten Besitzstand der Union, mit der alle an der Durchführung und Durchsetzung dieses Besitzstands beteiligten Einrichtungen, also auch Nichtregierungsorganisationen, bei der Verwirklichung ihrer Ziele und der Überwachung ihrer Fortschritte unterstützt werden sollen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom … über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (ABl. L … vom …, S. …), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d.

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom … zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ABl. L … vom …, S. …).

**KAPITEL 22 02 — ERWEITERUNGSPROZESS UND -STRATEGIE** *(Fortsetzung)*

***22 02 04*** *(Fortsetzung)*

22 02 04 02 Beitrag zu Erasmus+

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 29 243 936 | 4 036 318 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der technischen und finanziellen Hilfe, die im Rahmen dieses Außenhilfeinstruments zur Förderung der internationalen Dimension der Hochschulbildung für die Durchführung des Programms „Erasmus für alle" geleistet wird.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung von „Erasmus+", dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1719/2006/EG, Nr. 1720/2006/EG und Nr. 1298/2008/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 50).

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom … über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (ABl. L … vom …, S. …), insbesondere Artikel 15 Absatz 3.

22 02 04 03 Beitrag zur Energiegemeinschaft Südosteuropa

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 3 445 024 | 3 445 024 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel dienen der Finanzierung des Beitrags der Union zum Haushalt der Energiegemeinschaft. Dieser Haushalt betrifft Verwaltungs- und operative Ausgaben.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom … über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (ABl. L … vom …, S. …).

***22 02 51 Abschluss früherer Maßnahmen der Heranführungshilfe (aus der Zeit vor 2014)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 690 141 998 | 974 579 737 | 811 786 225 | 1 012 957 572,36 | 827 761 507,43 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 22 02 01, 22 02 02, 22 02 03, 22 02 06, 22 02 11 und 32 04 11 und vormals Posten 22 02 04 01, 22 02 04 02, 22 02 05 01, 22 02 05 02, 22 02 05 03, 22 02 05 04, 22 02 05 09, 22 02 05 10, 22 02 07 01, 22 02 07 02, 22 02 10 01 und 22 02 10 02*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung vor 2014 eingegangener Verpflichtungen.

KOMMISSION
*TITEL 22 — ERWEITERUNG*

**KAPITEL 22 02 — ERWEITERUNGSPROZESS UND -STRATEGIE** *(Fortsetzung)*

***22 02 51*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Aufgaben aufgrund der spezifischen Befugnisse, die der Kommission unmittelbar durch Artikel 34 der Beitrittsakte vom 16. April 2003 und Titel III Artikel 31 der Beitrittsakte vom 25. April 2005 (Teil des Vertrags über den Beitritt der Republik Bulgarien und Rumäniens zur Europäischen Union) übertragen werden.

Aufgaben aufgrund der spezifischen Befugnisse, die der Kommission unmittelbar durch Artikel 30 der Akte über den Beitritt Kroatiens übertragen werden.

Verordnung (EWG) Nr. 3906/89 des Rates vom 18. Dezember 1989 über Wirtschaftshilfe für die Republik Ungarn und die Volksrepublik Polen (ABl. L 375 vom 23.12.1989, S. 11).

Verordnung (EG) Nr. 1488/96 des Rates vom 23. Juli 1996 über finanzielle und technische Begleitmaßnahmen (MEDA) zur Reform der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer (ABl. L 189 vom 30.7.1996, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 555/2000 des Rates vom 13. März 2000 über die Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der Heranführungsstrategie für die Republik Zypern und die Republik Malta (ABl. L 68 vom 16.3.2000, S. 3).

Verordnung (EG) Nr. 764/2000 des Rates vom 10. April 2000 über die Durchführung von Aktionen zur Vertiefung der Zollunion EG-Türkei (ABl. L 94 vom 14.4.2000, S. 6).

Verordnung (EG) Nr. 2666/2000 des Rates vom 5. Dezember 2000 über die Hilfe für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, die Bundesrepublik Jugoslawien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1628/96 sowie zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 3906/89 und (EWG) Nr. 1360/90 sowie der Beschlüsse 97/256/EG und 1999/311/EG (ABl. L 306 vom 7.12.2000, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2500/2001 des Rates vom 17. Dezember 2001 über die finanzielle Heranführungshilfe für die Türkei (ABl. L 342 vom 27.12.2001, S. 1).

Beschluss 2006/500/EG des Rates vom 29. Mai 2006 über den Abschluss des Vertrags zur Gründung der Energiegemeinschaft durch die Europäische Gemeinschaft (ABl. L 198 vom 20.7.2006, S. 15).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

***22 02 77*** ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

22 02 77 01 Pilotprojekt — Erhaltung und Wiederherstellung des kulturellen Erbes in Konfliktgebieten

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 763 960 | p.m. | 932 000 | 0,— | 1 607 209,13 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 22 02 08*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

**KAPITEL 22 02 — ERWEITERUNGSPROZESS UND -STRATEGIE** *(Fortsetzung)*

***22 02 77*** *(Fortsetzung)*

22 02 77 01 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

22 02 77 02 Vorbereitende Maßnahme — Erhaltung und Wiederherstellung des kulturellen Erbes in Konfliktgebieten

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 1 089 670 | p.m. | p.m. | 3 000 000,— | 184 873,88 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 22 02 09*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 22 — ERWEITERUNG*

**KAPITEL 22 03 — UNTERSTÜTZUNGSVERORDNUNG**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 22 03 | UNTERSTÜTZUNGSVERORDNUNG | | | | | | | | |
| ***22 03 01*** | ***Finanzhilfe zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der türkischen Gemeinschaft Zyperns*** | 4 | 31 482 280 | 18 169 738 | 31 000 000 | 14 265 853 | 28 086 556,83 | 25 137 803,75 | 138,35 |
| | **Kapitel 22 03 — Insgesamt** | | **31 482 280** | **18 169 738** | **31 000 000** | **14 265 853** | **28 086 556,83** | **25 137 803,75** | **138,35** |

***22 03 01*** ***Finanzhilfe zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der türkischen Gemeinschaft Zyperns***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 31 482 280 | 18 169 738 | 31 000 000 | 14 265 853 | 28 086 556,83 | 25 137 803,75 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 22 02 07 03*

Diese Mittel ermöglichen die Fortsetzung der Hilfe im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 389/2006, um die Wiedervereinigung Zyperns durch Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der türkisch-zyprischen Gemeinschaft zu erleichtern. Besondere Schwerpunkte sind die wirtschaftliche Integration in den in der Verordnung genannten Bereichen, insbesondere Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums, zur Umstrukturierung der Infrastruktur, Aussöhnungs- und vertrauensbildende Maßnahmen und Stipendien in den Mitgliedstaaten der Union für türkisch-zyprische Studierende. Das Instrument TAIEX wird für die Ausarbeitung der Rechtsgrundlagen verwendet, um zu gewährleisten, dass der Besitzstand der Union sofort nach der Erzielung einer politischen Einigung betreffend die Wiedervereinigung übernommen werden kann.

Diese Mittel ermöglichen auch eine weitere finanzielle Unterstützung und Beschleunigung der Arbeiten des Ausschusses für die Vermissten durch die Union sowie die Umsetzung der Beschlüsse des bikommunalen Technischen Ausschusses für das kulturelle Erbe, einschließlich Projekten der Minderheiten.

Mit den Mitteln sollen untern anderem die Ergebnisse der Arbeiten, Lieferungen und Zuschüsse untermauert werden, die aus früheren Mittelzuweisungen finanziert wurden. Darüber hinaus können die Zuschussregelungen für eine Vielzahl von Empfängern innerhalb der Zivilgesellschaft (Nichtregierungsorganisationen, Lehrer, Schüler, Bauern, kleine Dörfer, Privatwirtschaft) fortgesetzt werden. Diese Maßnahmen dienen der sozioökonomischen Entwicklung und sind auf die Wiedervereinigung ausgerichtet. Vorrang sollte, wenn möglich, solchen Projekten eingeräumt werden, die Brücken zwischen den beiden Gemeinschaften bauen und vertrauensbildend wirken. Diese Maßnahmen belegen den starken Wunsch der Union nach Beilegung der Zypernfrage und Wiedervereinigung sowie ihr diesbezügliches Engagement.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 389/2006 des Rates vom 27. Februar 2006 zur Schaffung eines finanziellen Stützungsinstruments zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der türkischen Gemeinschaft Zyperns (ABl. L 65 vom 7.3.2006, S. 5).

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION ERWEITERUNG

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION ERWEITERUNG

— ERWEITERUNG — BEITRITTSVERHANDLUNGEN

KOMMISSION

*TITEL 23*

**HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ**

# TITEL 23

# HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 23 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHEN-SCHUTZ“ | 35 275 161 | 35 275 161 | 36 465 828 | 36 465 828 | 35 435 069,02 | 35 435 069,02 |
| 23 02 | HUMANITÄRE HILFE, NAHRUNGSMITTELHILFE UND KATASTROPHENVORSORGE | 911 276 000 | 776 425 349 | 855 657 000 | 922 435 150 | 1 233 551 176,46 | 1 071 224 031,73 |
| 23 03 | UNIONSVERFAHREN FÜR DEN KATASTROPHENSCHUTZ | 47 765 000 | 35 944 416 | 23 200 000 | 18 588 070 | 21 686 090,78 | 19 847 695,50 |
| 23 04 | FREIWILLIGENKORPS DER UNION FÜR HUMANITÄRE HILFE | 12 148 000 | 3 239 416 | 2 000 000 | 2 000 000 | 3 000 000,— | 2 337 513,46 |
| | **Titel 23 — Insgesamt** | **1 006 464 161** | **850 884 342** | **917 322 828** | **979 489 048** | **1 293 672 336,26** | **1 128 844 309,71** |

KOMMISSION
*TITEL 23 — HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ*

# TITEL 23

# HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ

## KAPITEL 23 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 23 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ“ | | | | | |
| ***23 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz“*** | 5.2 | 20 584 133 | 21 189 943 | 20 105 266,90 | 97,67 |
| ***23 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz“*** | | | | | |
| 23 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 2 006 811 | 2 090 567 | 2 356 917,52 | 117,45 |
| 23 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 1 822 829 | 1 944 339 | 1 971 225,03 | 108,14 |
| | *Artikel 23 01 02 — Subtotal* | | 3 829 640 | 4 034 906 | 4 328 142,55 | 113,02 |
| ***23 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz“*** | 5.2 | 1 332 388 | 1 340 979 | 1 474 926,85 | 110,70 |
| ***23 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz“*** | | | | | |
| 23 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für humanitäre Hilfe, Nahrungsmittelhilfe und Katastrophenvorsorge | 4 | 9 000 000 | 9 600 000 | 9 317 348,22 | 103,53 |
| 23 01 04 02 | Unterstützungsausgaben für das Unionsverfahren für den Katastrophenschutz innerhalb der Europäischen Union | 3 | p.m. | 300 000 | 209 384,50 | — |
| | *Artikel 23 01 04 — Subtotal* | | 9 000 000 | 9 900 000 | 9 526 732,72 | 105,85 |
| ***23 01 06*** | ***Exekutivagenturen*** | | | | | |
| 23 01 06 01 | Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur — Beitrag aus dem Programm Europäisches Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe „EU-Freiwillige für humanitäre Hilfe“ (EUAV) | 4 | 529 000 | | | — |
| | *Artikel 23 01 06 — Subtotal* | | 529 000 | | | — |
| | **Kapitel 23 01 — Insgesamt** | | **35 275 161** | **36 465 828** | **35 435 069,02** | **100,45** |

KOMMISSION
*TITEL 23 — HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ*

**KAPITEL 23 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ“**
*(Fortsetzung)*

***23 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 20 584 133 | 21 189 943 | 20 105 266,90 |

***23 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz“***

23 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 006 811 | 2 090 567 | 2 356 917,52 |

23 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 822 829 | 1 944 339 | 1 971 225,03 |

***23 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 332 388 | 1 340 979 | 1 474 926,85 |

***23 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz“***

23 01 04 01 Unterstützungsausgaben für humanitäre Hilfe, Nahrungsmittelhilfe und Katastrophenvorsorge

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 9 000 000 | 9 600 000 | 9 317 348,22 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die unmittelbar mit der Verwirklichung der Ziele des Politikbereichs „Humanitäre Hilfe“ verbundenen Unterstützungsausgaben zu decken. Hierzu zählen unter anderem:

— Ausgaben für technische und administrative Unterstützungsleistungen, die keine hoheitlichen Aufgaben beinhalten und von der Kommission im Rahmen von Ad-hoc-Dienstleistungsverträgen vergeben werden;

— Gebühren und erstattungsfähige Ausgaben, die bei Dienstleistungsverträgen zur Durchführung von Prüfungen und Bewertungen der Partner und der Maßnahmen der Generaldirektion Humanitäre Hilfe anfallen;

— Ausgaben für Studien, Informationen und Veröffentlichungen; Aufklärungs- und Informationsmaßnahmen sowie andere Maßnahmen, mit denen sichtbar gemacht werden soll, dass die Hilfe von der Union bereitgestellt wurde;

KOMMISSION

*TITEL 23 — HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ*

**KAPITEL 23 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ“**
*(Fortsetzung)*

***23 01 04*** *(Fortsetzung)*

23 01 04 01 *(Fortsetzung)*

— Ausgaben für externes Personal am Kommissionssitz (Vertragsbedienstete, abgeordnete nationale Sachverständige oder Leiharbeitskräfte) sind auf 1 800 000 EUR beschränkt. Dieses Personal soll die bislang von externen Auftragnehmern wahrgenommenen Verwaltungstätigkeiten im Zusammenhang mit den unabhängigen Sachverständigen übernehmen und die Programme in Drittländern verwalten. Dieser auf der Basis der voraussichtlichen jährlichen Kosten pro Mannjahr ermittelte Betrag deckt die Gehälter der betreffenden externen Mitarbeiter sowie die im Rahmen ihrer Aufgaben anfallenden Kosten für Fortbildungen, Sitzungen, Dienstreisen, Informationstechnologie (IT) und Telekommunikation;

— Ausgaben im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Pflege des Sicherheits-, speziellen IT- und Kommunikationsinstrumentariums und den technischen Dienstleistungen, die für die Einrichtung und den Betrieb des Notfallabwehrzentrums erforderlich sind. Dieses rund um die Uhr einsatzbereite Lagezentrum wird für die Koordinierung der zivilen Katastrophenabwehr der Union zuständig sein und insbesondere die uneingeschränkte Kohärenz und effiziente Zusammenarbeit zwischen humanitärer Hilfe und Katastrophenschutz gewährleisten;

— Ausgaben für die Entwicklung und den Betrieb von Informationssystemen, die über die Website Europa oder über eine gesicherte Website beim Datenzentrum zugänglich sind und die Koordinierung zwischen der Kommission und anderen Institutionen, den nationalen Verwaltungen, Agenturen, Nichtregierungsorganisationen, anderen Partnern im Bereich der humanitären Hilfe und den für die Generaldirektion Humanitäre Hilfe tätigen Sachverständigen vor Ort verbessern sollen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Organisationen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Diese Mittel decken die Verwaltungsausgaben zulasten der Artikel 23 02 01 und 23 02 02 ab.

23 01 04 02 Unterstützungsausgaben für das Unionsverfahren für den Katastrophenschutz innerhalb der Europäischen Union

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 300 000 | 209 384,50 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind:

— Ausgaben für die technische und/oder administrative Unterstützung im Zusammenhang mit Ermittlung, Vorbereitung, Verwaltung, Monitoring, Prüfung, Überwachung und Evaluierung des Finanzierungsinstruments für den Katastrophenschutz und des Katastrophenschutzverfahrens der Union;

— Ausgaben im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Pflege des Sicherheits-, speziellen IT- und Kommunikationsinstrumentariums und den technischen und personellen Dienstleistungen, die für die Einrichtung und den Betrieb des Notfallabwehrzentrums erforderlich sind. Dieses rund um die Uhr einsatzbereite Lagezentrum wird für die Koordinierung der zivilen Katastrophenabwehr der Union zuständig sein und insbesondere die uneingeschränkte Kohärenz und effiziente Zusammenarbeit zwischen humanitärer Hilfe und Katastrophenschutz gewährleisten;

— Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms stehen, sowie alle weiteren Ausgaben für technische und administrative Unterstützung, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

**KAPITEL 23 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ“**
*(Fortsetzung)*

***23 01 04*** *(Fortsetzung)*

23 01 04 02 *(Fortsetzung)*

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerber des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 23 03.

***23 01 06*** ***Exekutivagenturen***

23 01 06 01 Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur — Beitrag aus dem Programm Europäisches Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe „EU-Freiwillige für humanitäre Hilfe“ (EUAV)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 529 000 | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel sind zur Finanzierung der laufenden Kosten der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur bestimmt, die im Zuge der der Agentur übertragenen Verwaltung des Programms Europäisches Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe (EU-Freiwillige für humanitäre Hilfe) unter Kapitel 23 04 anfallen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom … zur Einrichtung des Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe „EU-Freiwillige für humanitäre Hilfe“ (ABl. L … vom …, S. …).

*Verweise*

Durchführungsbeschluss 2013/776/EU der Kommission vom 18. Dezember 2013 zur Einrichtung der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/336/EG (ABl. L 343 vom 19.12.2013, S. 46).

Beschluss der Kommission C(2013) 9189 vom 18. Dezember 2013 zur Übertragung bestimmter Befugnisse auf die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Programme der Union in den Bereichen Bildung, Audiovisuelles und Kultur sowie insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von Mitteln des Gesamthaushaltsplans der Union und der EEF-Zuweisungen.

KOMMISSION

*TITEL 23 — HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ*

**KAPITEL 23 02 — HUMANITÄRE HILFE, NAHRUNGSMITTELHILFE UND KATASTROPHENVORSORGE**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 23 02 | HUMANITÄRE HILFE, NAHRUNGSMITTELHILFE UND KATASTROPHENVORSORGE | | | | | | | | |
| ***23 02 01*** | ***Bereitstellung rascher, wirksamer und bedarfsgerechter humanitärer und Nahrungsmittelhilfe*** | 4 | 874 529 000 | 747 582 107 | 819 738 000 | 890 311 529 | 1 197 902 057,72 | 1 033 769 840,89 | 138,28 |
| ***23 02 02*** | ***Katastrophenvorbeugung, -schutz und -vorsorge*** | 4 | 36 747 000 | 28 843 242 | 35 919 000 | 32 123 621 | 35 649 118,74 | 37 454 190,84 | 129,85 |
| | **Kapitel 23 02 — Insgesamt** | | **911 276 000** | **776 425 349** | **855 657 000** | **922 435 150** | **1 233 551 176,46** | **1 071 224 031,73** | **137,97** |

## *23 02 01 Bereitstellung rascher, wirksamer und bedarfsgerechter humanitärer und Nahrungsmittelhilfe*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 874 529 000 | 747 582 107 | 819 738 000 | 890 311 529 | 1 197 902 057,72 | 1 033 769 840,89 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 23 02 01 und 23 02 02*

Diese Mittel sind zur Finanzierung der humanitären Hilfe, einschließlich Nahrungsmittelhilfe, für Menschen in Ländern außerhalb der Union bestimmt, die Opfer von Konflikten, Naturkatastrophen und von durch Menschenhand verursachten Katastrophen (Kriege, Konflikte usw.) oder vergleichbaren Notfällen sind, und zwar so lange, bis der jeweilige humanitäre Bedarf gedeckt ist. Sie werden im Einklang mit den Bestimmungen über die humanitäre Hilfe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1257/96 des Rates ausgeführt.

Diese Hilfe wird ungeachtet der Rasse, der Volkszugehörigkeit, der Religion, einer Behinderung, des Geschlechts, des Alters, der Staatsangehörigkeit oder der politischen Anschauung der Opfer gewährt. Diese Hilfe wird für die Zeitdauer bereitgestellt, die für die Sicherung der aus diesen Notständen entstehenden Bedürfnisse notwendig ist.

Diese Mittel sind auch für den Kauf und die Bereitstellung aller für die Durchführung dieser humanitären Hilfemaßnahmen erforderlichen Güter oder Materialien bestimmt, einschließlich den Bau von Wohnungen und Unterkünften für die betroffene Bevölkerung, für kurzfristige Rehabilitations- und Wiederaufbaumaßnahmen, insbesondere auf der Ebene der Infrastrukturen und Ausrüstungen, für die Ausgaben für externes, ausländisches oder lokales Personal, die Lagerung, die Beförderung im In- und Ausland, die logistische Unterstützung und die Verteilung der Hilfe sowie für alle anderen Maßnahmen, die dazu dienen, den freien Zugang zu den Hilfeempfängern zu erleichtern.

Die Mittel können zur Finanzierung des Kaufs und der Bereitstellung von Lebensmitteln, Saatgut, Vieh oder sonstigen Erzeugnissen oder Ausrüstungen verwendet werden, die zur Durchführung der humanitären Nahrungsmittelhilfemaßnahmen erforderlich sind.

Mit diesen Mitteln sollen zudem etwaige sonstige Kosten in direktem Zusammenhang mit der Durchführung der humanitären Hilfemaßnahmen sowie die Kosten für die erforderlichen Maßnahmen für die frist- und bedarfsgerechte, möglichst transparente Abwicklung der Nahrungsmittelhilfe unter Erzielung einer optimalen Kosten/Nutzen-Relation finanziert werden.

Sie decken ferner:

— Studien über die Durchführbarkeit von humanitären Einsätzen, Evaluierungen von Projekten und Plänen im humanitären Bereich, Maßnahmen zur Verbesserung der Sichtbarkeit und Informationskampagnen im Zusammenhang mit humanitären Maßnahmen;

— das Monitoring von Projekten und Plänen im humanitären Bereich sowie die Förderung und Entwicklung von Initiativen, die die Koordinierung und Zusammenarbeit verstärken, so dass sich die Wirksamkeit der Hilfe erhöht und das Monitoring der Projekte und Pläne verbessert werden kann;

**KAPITEL 23 02 — HUMANITÄRE HILFE, NAHRUNGSMITTELHILFE UND KATASTROPHENVORSORGE** *(Fortsetzung)*

***23 02 01*** *(Fortsetzung)*

— Kontrolle und Koordinierung der Umsetzung der humanitären und Nahrungsmittelhilfemaßnahmen, insbesondere der Bedingungen für die Bereitstellung, Lieferung, Verteilung und Verwendung der Erzeugnisse, die für die Nahrungsmittelhilfe bestimmt sind, sowie der Bedingungen für die Verwendung der Gegenwertmittel;

— Maßnahmen zur Verbesserung der Koordinierung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten, anderen Geberländern, den internationalen Organisationen und Einrichtungen, insbesondere denen, die dem System der Vereinten Nationen angehören, den Nichtregierungsorganisationen und den Organisationen, die Letztere vertreten;

— die Finanzierung der Verträge für technische Hilfe, um den Austausch von Fachwissen und Erfahrungen humanitärer Organisationen und Einrichtungen der Union untereinander oder zwischen diesen und solchen aus Drittländern zu erleichtern;

— Studien und Fortbildungen, die in einem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen im Bereich der humanitären und Nahrungsmittelhilfe stehen;

— aktionsbezogene Zuschüsse und Zuschüsse für laufende Kosten der humanitären Netze;

— humanitäre Minenräumaktionen, einschließlich der Aufklärung der Lokalbevölkerung über Landminen;

— Ausgaben im Rahmen des Network on Humanitarian Assistance (NOHA) in Einklang mit Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1257/96. NOHA bietet eine mit einem Diplom abschließende einjährige multidisziplinäre Postgraduate-Ausbildung im humanitären Bereich an, durch die die fachlichen Kenntnisse von humanitären Helfern gefördert werden sollen und an der mehrere Universitäten beteiligt sind;

— Transport und Verteilung der Hilfe einschließlich sonstiger Kosten im Zusammenhang mit der Lieferung, z. B. Kosten für Versicherung, Umschlag, Koordinierung usw.;

— unerlässliche Maßnahmen entweder bei der Programmierung, Koordinierung und optimalen Ausführung der Hilfe, die aus anderen Posten nicht gedeckt werden, z. B. außergewöhnlicher Transport und außergewöhnliche Lagerung, Desinfektion, Verarbeitung oder Zubereitung der Nahrungsmittel vor Ort, Bestellung von Beauftragten, technische Hilfe und Material, das direkt zur Bereitstellung der Hilfe benötigt wird (Werkzeuge, Geräte, Brennstoff usw.);

— Pilotprojekte zur Erprobung neuer Methoden und Techniken für Transport, Aufmachung und Lagerung, Studien zur Bewertung von Nahrungsmittelhilfemaßnahmen, Maßnahmen zur Verbesserung der Sichtbarkeit im Zusammenhang mit den humanitären Einsätzen und Informationskampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit;

— Lagerung von Nahrungsmitteln (einschließlich der Kosten für Verwaltung, Termingeschäfte mit oder ohne Option, Ausbildung von Fachkräften, Erwerb von Verpackungsmaterial sowie von fahrbaren Vorratseinheiten, Instandhaltung und Instandsetzung von Lagerhäusern usw.);

— die zur Vorbereitung und Durchführung der Projekte im Bereich der humanitären Hilfe erforderliche technische Hilfe, insbesondere die Ausgaben zur Deckung der Kosten für die Verträge der einzelnen Experten vor Ort und der Ausgaben für Infrastruktur und Logistik der Einrichtungen der Generaldirektion für Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz in der ganzen Welt, für die Zahlstellen und Ausgabenermächtigungen vorgesehen sind.

Zur Sicherstellung der umfassenden finanziellen Transparenz nach den Artikeln 58 bis 62 der Haushaltsordnung unternimmt die Kommission, wenn sie Abkommen über die Verwaltung und Durchführung von Projekten durch internationale Organisationen abschließt oder abändert, alle Anstrengungen, damit diese sich verpflichten, alle ihre Unterlagen über interne und externe Rechnungsprüfungen im Zusammenhang mit der Verwendung der Unionsmittel dem Europäischen Rechnungshof und dem Internen Prüfer der Kommission zu übermitteln.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Organisationen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

KOMMISSION
*TITEL 23 — HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ*

**KAPITEL 23 02 — HUMANITÄRE HILFE, NAHRUNGSMITTELHILFE UND KATASTROPHENVORSORGE** *(Fortsetzung)*

***23 02 01*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1257/96 des Rates vom 20. Juni 1996 über die humanitäre Hilfe (ABl. L 163 vom 2.7.1996, S. 1).

***23 02 02*** ***Katastrophenvorbeugung, -schutz und -vorsorge***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 36 747 000 | 28 843 242 | 35 919 000 | 32 123 621 | 35 649 118,74 | 37 454 190,84 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 23 02 03*

Diese Mittel sind zur Finanzierung von Maßnahmen der Vorsorge sowie Verhütung von Katastrophen und vergleichbaren Notfällen sowie für die Entwicklung von Frühwarnsystemen für Naturkatastrophen jeglicher Art (Überschwemmungen, Wirbelstürme, Vulkanausbrüche usw.) bestimmt, was auch den Kauf und die Beförderung der für diesen Zweck erforderlichen Ausrüstung mit einschließt.

Mit diesen Mitteln können auch andere, direkt mit der Durchführung von Katastrophenvorsorgemaßnahmen verbundene Ausgaben finanziert werden, wie:

— die Finanzierung von wissenschaftlichen Studien über die Verhinderung von Katastrophen;

— das Anlegen von Notfallvorräten mit Gegenständen und Ausrüstungen für humanitäre Hilfsmaßnahmen;

— die technische Hilfe, die für die Vorbereitung und Durchführung der Katastrophenvorsorgeprojekte erforderlich ist, insbesondere die Ausgaben zur Deckung der Kosten für die Verträge der einzelnen Experten vor Ort und der Ausgaben für Infrastruktur und Logistik der Einrichtungen der Generaldirektion Humanitäre Hilfe in der ganzen Welt, für die Zahlstellen und Ausgabenermächtigungen vorgesehen sind.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Organisationen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1257/96 des Rates vom 20. Juni 1996 über die humanitäre Hilfe (ABl. L 163 vom 2.7.1996, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 23 — HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ*

**KAPITEL 23 03 — UNIONSVERFAHREN FÜR DEN KATASTROPHENSCHUTZ**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | |
| 23 03 | UNIONSVERFAHREN FÜR DEN KATASTROPHENSCHUTZ | | | | | | | | |
| ***23 03 01*** | ***Katastrophenvorbeugung und -vorsorge*** | | | | | | | | |
| 23 03 01 01 | Katastrophenvorbeugung und –vorsorge in der Union | 3 | 27 052 000 | 13 000 000 | | | | | — |
| 23 03 01 02 | Katastrophenvorbeugung und –vorsorge in Drittländern | 4 | 5 326 000 | 1 767 479 | | | | | — |
| | *Artikel 23 03 01 — Subtotal* | | 32 378 000 | 14 767 479 | | | | | — |
| ***23 03 02*** | ***Rasche und effiziente Notfallabwehreinsätze im Falle schwerer Katastrophen*** | | | | | | | | |
| 23 03 02 01 | Rasche und effiziente Notfallabwehreinsätze im Falle schwerer Katastrophen in der Union | 3 | 1 167 000 | 950 000 | | | | | — |
| 23 03 02 02 | Rasche und effiziente Notfallabwehreinsätze im Falle schwerer Katastrophen in Drittländern | 4 | 14 220 000 | 4 226 937 | | | | | — |
| | *Artikel 23 03 02 — Subtotal* | | 15 387 000 | 5 176 937 | | | | | — |
| ***23 03 51*** | ***Abschluss früherer Programme und Maßnahmen im Bereich Katastrophenschutz in der Union (aus der Zeit vor 2014)*** | 3 | p.m. | 16 000 000 | 23 200 000 | 18 088 070 | 21 686 090,78 | 17 496 569,06 | 109,35 |
| ***23 03 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 23 03 77 01 | Pilotprojekt — Grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Naturkatastrophen | 3 | p.m. | p.m. | — | — | 0,— | 0,— | — |
| 23 03 77 02 | Vorbereitende Maßnahme für einen Krisenreaktionsmechanismus der Union | 2 | — | p.m. | p.m. | 500 000 | 0,— | 2 351 126,44 | — |
| | *Artikel 23 03 77 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | 500 000 | 0,— | 2 351 126,44 | — |
| | **Kapitel 23 03 — Insgesamt** | | **47 765 000** | **35 944 416** | **23 200 000** | **18 588 070** | **21 686 090,78** | **19 847 695,50** | **55,22** |

KOMMISSION
*TITEL 23 — HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ*

**KAPITEL 23 03 — UNIONSVERFAHREN FÜR DEN KATASTROPHENSCHUTZ** *(Fortsetzung)*

***23 03 01 Katastrophenvorbeugung und -vorsorge***

23 03 01 01 Katastrophenvorbeugung und –vorsorge in der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 27 052 000 | 13 000 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel sind für Maßnahmen im Bereich des Katastrophenschutzes bestimmt. Sie zielen darauf ab, die Maßnahmen der Mitgliedstaaten, der EFTA-Staaten und der Kandidatenländer, die mit der Union eine Katastrophenschutzvereinbarung über Bereitschafts- und Präventionsmaßnahmen im Hinblick auf natürliche und vom Menschen ausgelöste Katastrophen, darunter Terroranschläge sowie technologische, radiologische oder ökologische Unfälle, Meeresverschmutzung und akute Notfälle im Gesundheitsbereich innerhalb der Union unterzeichnet haben, zu unterstützen, zu koordinieren und zu ergänzen. Außerdem sollen sie die engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich des Katastrophenschutzes erleichtern.

Sie sind insbesondere bestimmt für:

— Präventionsmaßnahmen zur Unterstützung und Förderung der Risikobewertung und -kartierung seitens der Mitgliedstaaten, z. B. durch den Austausch bewährter Verfahren sowie die Sammlung und Verbreitung von Informationen aus den Mitgliedstaaten über das Risikomanagement, auch mittels Peer Reviews;

— die Einrichtung und Verwaltung eines rund um die Uhr einsatzbereiten Notfallabwehrzentrums (Emergency Response Centre). Erfasst werden u. a. Ausgaben im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Pflege des Sicherheits-, speziellen IT- und Kommunikationsinstrumentariums und den technischen und personellen Dienstleistungen, die für die Einrichtung und den Betrieb des Notfallabwehrzentrums erforderlich sind. Dieses rund um die Uhr einsatzbereite Lagezentrum wird für die Koordinierung der zivilen Katastrophenabwehr der Union zuständig sein und insbesondere die uneingeschränkte Kohärenz und effiziente Zusammenarbeit zwischen humanitärer Hilfe und Katastrophenschutz gewährleisten. Das Zentrum benötigt fortschrittliche Technologien, damit bei schweren Notfällen möglichst viele Informationen gesammelt und leichter an interessierte Kreise und Partner und an die vor Ort operierenden Einsatzteams weitergeleitet werden können. In einer Krisensituation trägt eine rasche und umfassendere Information der Entscheidungsträger zur Rettung von Menschenleben bei;

— die Schaffung einer Europäischen Notfallabwehrkapazität (European Emergency Response Capacity) in Form eines Pools von Ressourcen und Gerätschaften, die einem Mitgliedstaat in einer Notsituation sofort zur Verfügung gestellt werden können;

— die Entwicklung und Verwaltung eines Zertifizierungs- und Registrierungsverfahrens für diese „Europäische Notfallabwehrkapazität". Dazu gehört auch die Entwicklung von Kapazitäten, Zielen und Qualitätsanforderungen;

— die Ermittlung wesentlicher Lücken in der „Europäischen Notfallabwehrkapazität" und die Unterstützung für die Entwicklung der erforderlichen Kapazitäten;

— die Ermittlung der in den Mitgliedstaaten für Hilfseinsätze in Notfällen verfügbaren Einsatzexperten, Module und sonstigen Unterstützung;

— die Entwicklung und Pflege eines Netzwerks geschulter Experten der Mitgliedstaaten, die auf der Ebene der zentralen Dienststellen an den Monitoring-, Informations- und Koordinierungstätigkeiten des Notfallabwehrzentrums teilnehmen;

**KAPITEL 23 03 — UNIONSVERFAHREN FÜR DEN KATASTROPHENSCHUTZ** *(Fortsetzung)*

***23 03 01*** *(Fortsetzung)*

23 03 01 01 *(Fortsetzung)*

— ein Programm zur Auswertung der Erfahrungen aus Einsätzen und Übungen im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union;

— ein Ausbildungsprogramm für Einsatzteams, externes Personal und Experten zur Vermittlung der nötigen Kenntnisse und Instrumente für eine effiziente Beteiligung an Interventionen der Union und zum Aufbau einer gemeinsamen europäischen Interventionskultur;

— die Einrichtung und Verwaltung eines Ausbildungsnetzes, das Ausbildungszentren für Mitarbeiter des Katastrophenschutzes und Notfallmanagements sowie sonstigen relevanten Akteuren offen steht und Orientierungshilfen bei Schulungen zum Katastrophenschutz auf internationaler und Unionsebene gibt;

— die Einrichtung und Verwaltung eines Übungsprogramms einschließlich Leitstandsübungen, vollmaßstäblichen Übungen und Übungen für Katastrophenschutzmodule, um die Interoperabilität zu erproben, das Einsatzpersonal zu trainieren und eine gemeinsame Interventionskultur aufzubauen;

— den Austausch von Sachverständigen, mit dem Ziel, das Verständnis des Katastrophenschutzes der Union zu stärken und Informationen und Erfahrungen auszutauschen;

— Informations- und Kommunikationssysteme (IKT) zur Erleichterung des Informationsaustauschs mit den Mitgliedstaaten im Notfall, insbesondere CECIS (Gemeinsames Kommunikations- und Informationssystem für Notfälle), zur Steigerung der Effizienz und zur Ermöglichung des Austauschs von Verschlusssachen der Union. Dies umfasst die Finanzierung der Kosten von Entwicklung, Pflege, Betrieb und Unterstützung (Hardware, Software und Dienstleistungen) der Systeme. Eingeschlossen sind auch die Kosten für Projektmanagement, Qualitätskontrolle, Sicherheit, Dokumentation und Ausbildung im Zusammenhang mit diesen Systemen;

— die Prüfung und Entwicklung von Katastrophenschutzeinsatzmodulen im Sinne von Artikel 4 des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU einschließlich der Unterstützung zur Verbesserung ihrer Interoperabilität;

— die Prüfung und Entwicklung von Detektions- und Frühwarnsystemen für Katastrophen;

— die Prüfung und Entwicklung von Referenzszenarien, die Kartierung von Einsatzmodulen und die Entwicklung von Plänen für den Einsatz von Abwehrkapazitäten;

— Workshops, Seminare, Projekte, Studien, Erhebungen, Entwicklung von Modellen und Szenarien, Notfallplanung, Unterstützung beim Aufbau von Kapazitäten, Demonstrationsprojekte, Technologietransfer, Sensibilisierung, Information, Kommunikation und Monitoring, Beurteilung und Evaluierung;

— sonstige unterstützende oder ergänzende Maßnahmen, die im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union für ein hohes Katastrophenschutzniveau und eine bessere Vorbereitung der Union auf den Katastrophenfall erforderlich sind.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen von Kandidatenländern und, sofern zutreffend, potenziellen Kandidaten des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 1313/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über ein Katastrophenschutzverfahren der Union (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 924).

KOMMISSION
*TITEL 23 — HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ*

**KAPITEL 23 03 — UNIONSVERFAHREN FÜR DEN KATASTROPHENSCHUTZ** *(Fortsetzung)*

***23 03 01*** *(Fortsetzung)*

23 03 01 02 Katastrophenvorbeugung und –vorsorge in Drittländern

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 5 326 000 | 1 767 479 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel sind für Maßnahmen im Bereich des Katastrophenschutzes bestimmt. Sie zielen darauf ab, die Maßnahmen der Mitgliedstaaten, EFTA-Staaten, Beitrittsländer und (potenziellen) Kandidatenländer, die mit der Union eine Katastrophenschutzvereinbarung über Bereitschafts- und Präventionsmaßnahmen im Hinblick auf natürliche und von Menschen verursachte Katastrophen, einschließlich Terroranschlägen sowie technologischen, radiologischen oder ökologischen Unfällen, Meeresverschmutzung und akuten Notfällen im Gesundheitsbereich in Drittländern unterzeichnet haben, zu unterstützen, zu koordinieren und zu ergänzen. Sie dienen insbesondere der Mobilisierung von Sachverständigen zur Einschätzung des Bedarfs im Bereich der Prävention und Abwehrbereitschaft bei Katastrophen in Drittländern, sowie der Bereitstellung der grundlegenden logistischen Unterstützung für diese Sachverständigen.

Außerdem dienen sie der finanziellen Unterstützung bestimmter Maßnahmen gemäß den Artikeln 21 und 22 des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU zugunsten der Kandidatenländer, die nicht an dem Katastrophenschutzverfahren der Union teilnehmen, sowie der Länder im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik, da sie die aus dem Instrument für Heranführungshilfe und dem Europäischen Nachbarschaftsinstrument verfügbaren Mittel ergänzen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Organisationen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Bei den Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen von Kandidatenländern und, sofern zutreffend, potenziellen Kandidatenländern des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 1313/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über ein Katastrophenschutzverfahren der Union (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 924).

**KAPITEL 23 03 — UNIONSVERFAHREN FÜR DEN KATASTROPHENSCHUTZ** *(Fortsetzung)*

***23 03 02 Rasche und effiziente Notfallabwehreinsätze im Falle schwerer Katastrophen***

23 03 02 01 Rasche und effiziente Notfallabwehreinsätze im Falle schwerer Katastrophen in der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 167 000 | 950 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel sind für Katastrophenschutzeinsätze innerhalb der Union im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union bestimmt:

— Unterstützung der Mitgliedstaaten beim Zugang zu Ausrüstungs- und Transportmitteln;

— Bereitstellung zusätzlicher Transportmittel und der dazugehörenden Logistik, die für eine rasche Reaktion in größeren Notfällen erforderlich ist und die von den Mitgliedstaaten bereitgestellten Transportmittel ergänzt;

— Mobilisierung von Sachverständigen zur Einschätzung der benötigten Hilfe und Erleichterung der Unionshilfe in Mitgliedstaaten im Katastrophenfall sowie grundlegende logistische Unterstützung dieser Sachverständigen;

— Einsatz geschulter Experten der Mitgliedstaaten im Rahmen des Notfallabwehrzentrums zur Unterstützung der Monitoring-, Informations- und Koordinierungstätigkeiten des Zentrums;

— jede unterstützende und ergänzende Maßnahme, die die Koordinierung der Katastrophenabwehr auf wirksamste Weise erleichtert.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen von Kandidatenländern und, sofern zutreffend, potenziellen Kandidaten des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 1313/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über ein Katastrophenschutzverfahren der Union (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 924) insbesondere Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c.

KOMMISSION
*TITEL 23 — HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ*

**KAPITEL 23 03 — UNIONSVERFAHREN FÜR DEN KATASTROPHENSCHUTZ** *(Fortsetzung)*

***23 03 02*** *(Fortsetzung)*

23 03 02 02 Rasche und effiziente Notfallabwehreinsätze im Falle schwerer Katastrophen in Drittländern

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 14 220 000 | 4 226 937 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel sind für Katastrophenschutzeinsätze in Drittländern im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union bestimmt:

— Mobilisierung von Sachverständigen zur Einschätzung der benötigten Hilfe und zur Erleichterung der Katastrophenhilfe der Union in Drittländern;

— Unterstützung der Mitgliedstaaten beim Zugang zu Ausrüstungs- und Transportmitteln;

— Bereitstellung europäischer Katastrophenschutzhilfe, einschließlich Bereitstellung sachdienlicher Informationen über Transportmittel, sowie damit zusammenhängender Logistik im Katastrophenfall;

— Unterstützung der konsularischen Hilfe für Unionsbürger bei schweren Notfällen in Drittländern im Zusammenhang mit Katastrophenschutzmaßnahmen, sofern die konsularischen Stellen der Mitgliedstaaten darum ersuchen;

— jede unterstützende und ergänzende Maßnahme, die die Koordinierung der Katastrophenabwehr auf wirksamste Weise erleichtert.

Als Durchführungspartner kommen Behörden der Mitgliedstaaten oder der Empfängerländer und deren Agenturen, regionale und internationale Organisationen und deren Agenturen, Nichtregierungsorganisationen sowie öffentliche und private Träger und einzelne Organisationen oder Akteure (einschließlich Personal, das von den Verwaltungen der Mitgliedstaaten entsandt wird) mit geeigneten Fachkenntnissen und Fertigkeiten infrage.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Organisationen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen von Kandidatenländern und, sofern zutreffend, potenziellen Kandidaten des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 1313/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über ein Katastrophenschutzverfahren der Union (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 924).

**KAPITEL 23 03 — UNIONSVERFAHREN FÜR DEN KATASTROPHENSCHUTZ** *(Fortsetzung)*

***23 03 51 Abschluss früherer Programme und Maßnahmen im Bereich Katastrophenschutz in der Union (aus der Zeit vor 2014)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 16 000 000 | 23 200 000 | 18 088 070 | 21 686 090,78 | 17 496 569,06 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 23 03 01, 23 03 03 und 23 03 06*

Diese Mittel sind für die Abwicklung von Verpflichtungen im Rahmen von Programmen und Maßnahmen im Bereich des Katastrophenschutzes bestimmt. Sie dienen ebenfalls zur Abwicklung von Verpflichtungen im Zusammenhang mit Maßnahmen im Bereich des Katastrophenschutzes und mit Maßnahmen im Rahmen des Schutzes der Meeresumwelt, der Küsten und der menschlichen Gesundheit gegen die Gefahren unfallbedingter oder vorsätzlicher Meeresverschmutzung.

Darüber hinaus sind sie für die Finanzierung eines Teils der Ausgaben im Zusammenhang mit Katastrophenschutzeinsätzen in Drittländern im Rahmen des Finanzierungsinstruments für den Katastrophenschutz und des Katastrophenschutzverfahrens der Union bestimmt.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen von Kandidatenländern und, sofern zutreffend, potenziellen Kandidaten des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Entscheidung 1999/847/EG des Rates vom 9. Dezember 1999 über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft für den Katastrophenschutz (ABl. L 327 vom 21.12.1999, S. 53).

Entscheidung Nr. 2850/2000/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2000 über einen gemeinschaftlichen Rahmen für die Zusammenarbeit im Bereich der unfallbedingten oder vorsätzlichen Meeresverschmutzung (ABl. L 332 vom 28.12.2000, S. 1).

Entscheidung 2001/792/EG, Euratom des Rates vom 23. Oktober 2001 über ein Gemeinschaftsverfahren zur Förderung einer verstärkten Zusammenarbeit bei Katastrophenschutzeinsätzen (ABl. L 297 vom 15.11.2001, S. 7).

Entscheidung 2007/162/EG, Euratom des Rates vom 5. März 2007 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für den Katastrophenschutz (ABl. L 71 vom 10.3.2007, S. 9).

Entscheidung 2007/779/EG, Euratom des Rates vom 8. November 2007 über ein Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz (Neufassung) (ABl. L 314 vom 1.12.2007, S. 9).

KOMMISSION
*TITEL 23 — HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ*

**KAPITEL 23 03 — UNIONSVERFAHREN FÜR DEN KATASTROPHENSCHUTZ** *(Fortsetzung)*

***23 03 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

23 03 77 01 Pilotprojekt — Grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Naturkatastrophen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | — | — | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 23 03 02*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren im Rahmen des Pilotprojekts.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

23 03 77 02 Vorbereitende Maßnahme für einen Krisenreaktionsmechanismus der Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | p.m. | 500 000 | 0,— | 2 351 126,44 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 23 03 05*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren im Rahmen vorbereitender Maßnahmen.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahmen im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 23 04 — FREIWILLIGENKORPS DER UNION FÜR HUMANITÄRE HILFE**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | |
| 23 04 | FREIWILLIGENKORPS DER UNION FÜR HUMANITÄRE HILFE | | | | | | | | |
| ***23 04 01*** | ***Freiwilligenkorps der Union für humanitäre Hilfe — Verbesserungen der Möglichkeiten der Union zur Reaktion auf humanitäre Krisen*** | 4 | 12 148 000 | 2 759 416 | | | | | — |
| ***23 04 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 23 04 77 01 | Vorbereitende Maßnahme — Europäisches Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe | 4 | p.m. | 480 000 | 2 000 000 | 2 000 000 | 3 000 000,— | 2 337 513,46 | 486,98 |
| | *Artikel 23 04 77 — Subtotal* | | p.m. | 480 000 | 2 000 000 | 2 000 000 | 3 000 000,— | 2 337 513,46 | 486,98 |
| | **Kapitel 23 04 — Insgesamt** | | **12 148 000** | **3 239 416** | **2 000 000** | **2 000 000** | **3 000 000,—** | **2 337 513,46** | **72,16** |

***23 04 01*** ***Freiwilligenkorps der Union für humanitäre Hilfe — Verbesserungen der Möglichkeiten der Union zur Reaktion auf humanitäre Krisen***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 12 148 000 | 2 759 416 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen zur Finanzierung der Einrichtung eines Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe (EU-Freiwillige für humanitäre Hilfe), wie in Artikel 214 Absatz 5 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union vorgesehen.

Ziel dabei ist es, durch die Förderung einer wirksamen und sichtbaren EU-Freiwilligeninitiative die humanitären Werte und die Solidarität der Union mit Menschen in einer Notlage zum Ausdruck zu bringen. Dadurch wird ein Beitrag zur Stärkung der Fähigkeit der Union geleistet, auf humanitäre Krisen zu reagieren und die Kapazitäten und die Resilienz vulnerabler bzw. von Katastrophen betroffenen Gemeinschaften in Drittländern aufzubauen bzw. zu fördern. Angesichts der steigenden Zahl und des zunehmenden Ausmaßes der humanitären Krisen, die durch Naturkatastrophen und von durch Menschenhand verursachten Katastrophen ausgelöst werden, muss die Union für ausreichende humanitäre Hilfskapazitäten sorgen. Gut vorbereitete Freiwillige können zur Fähigkeit der Union beitragen, den zusätzlichen Bedarf an humanitärer Hilfe zu decken.

Die Mittel sind für folgende Maßnahmen und Ausgabenposten bestimmt:

— Standards für die freiwillige Betreuung von EU-Freiwilligen für humanitäre Hilfe;

— Verfahren für die Zertifizierung der Entsende- und Aufnahmeorganisationen;

— Erfassung und Auswahl von Freiwilligen-Kandidaten;

— Schulung und Vorbereitung der Freiwilligen auf ihre Entsendung;

— Verzeichnis der EU-Freiwilligen für humanitäre Hilfe;

— Entsendung von EU-Freiwilligen für humanitäre Hilfe in Drittländer;

— Aufbau der Kapazitäten der Aufnahmeorganisationen;

— Netzwerk der EU-Freiwilligen für humanitäre Hilfe;

— Kommunikation, Sensibilisierung und Sichtbarkeit.

KOMMISSION
*TITEL 23 — HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ*

**KAPITEL 23 04 — FREIWILLIGENKORPS DER UNION FÜR HUMANITÄRE HILFE** *(Fortsetzung)*

***23 04 01*** *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge von Organisationen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Bei den Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom … zur Einrichtung des Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe(ABl. L … vom …, S. …), insbesondere Artikel 3.

***23 04 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

23 04 77 01 Vorbereitende Maßnahme — Europäisches Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 480 000 | 2 000 000 | 2 000 000 | 3 000 000,— | 2 337 513,46 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 23 02 04*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren im Rahmen vorbereitender Maßnahmen.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahmen im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 23 — HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ“

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ“

KOMMISSION

*TITEL 24*

**BETRUGSBEKÄMPFUNG**

# TITEL 24

# BETRUGSBEKÄMPFUNG

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 24 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BETRUGSBEKÄMPFUNG“ | 57 206 000 | 57 206 000 | 53 727 800 | 53 727 800 | 57 387 637,37 | 57 387 637,37 |
| | *Reserven (40 01 40)* | | | *3 929 200* | *3 929 200* | | |
| | | 57 206 000 | 57 206 000 | 57 657 000 | 57 657 000 | 57 387 637,37 | 57 387 637,37 |
| 24 02 | FÖRDERUNG VON MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DES SCHUTZES DER FINANZIELLEN INTERESSEN DER EUROPÄISCHEN UNION (HERCULE III) | 13 677 700 | 11 004 993 | 14 000 000 | 9 884 191 | 14 204 359,65 | 10 490 618,52 |
| 24 03 | AKTIONSPROGRAMM IN DEN BEREICHEN AUSTAUSCH, UNTERSTÜTZUNG UND AUSBILDUNG ZUM SCHUTZ DES EURO GEGEN GELDFÄLSCHUNG (PERICLES 2020) | 924 200 | 900 000 | 1 000 000 | 889 577 | 947 529,18 | 849 919,60 |
| 24 04 | INFORMATIONSSYSTEM FÜR DIE BETRUGSBEKÄMPFUNG (AFIS) | 6 423 000 | 5 800 000 | 6 700 000 | 4 942 096 | 6 181 444,06 | 6 413 605,29 |
| | **Titel 24 — Insgesamt** | **78 230 900** | **74 910 993** | **75 427 800** | **69 443 664** | **78 720 970,26** | **75 141 780,78** |
| | ***Reserven (40 01 40)*** | | | ***3 929 200*** | ***3 929 200*** | | |
| | | **78 230 900** | **74 910 993** | **79 357 000** | **73 372 864** | **78 720 970,26** | **75 141 780,78** |

KOMMISSION
*TITEL 24 — BETRUGSBEKÄMPFUNG*

# TITEL 24

# BETRUGSBEKÄMPFUNG

## KAPITEL 24 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BETRUGSBEKÄMPFUNG“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 24 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BETRUGSBEKÄMPFUNG“ | | | | | |
| ***24 01 07*** | ***Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)*** | 5.2 | 57 206 000 | 53 727 800 | 57 387 637,37 | 100,32 |
| | *Reserven (40 01 40)* | | | *3 929 200* | | |
| | | | 57 206 000 | 57 657 000 | 57 387 637,37 | |
| | **Kapitel 24 01 — Insgesamt** | | **57 206 000** | **53 727 800** | **57 387 637,37** | **100,32** |
| | ***Reserven (40 01 40)*** | | | ***3 929 200*** | | |
| | | | **57 206 000** | **57 657 000** | **57 387 637,37** | |

### *24 01 07 Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|
| 24 01 07 | 57 206 000 | 53 727 800 | 57 387 637,37 |
| *Reserven (40 01 40)* | | *3 929 200* | |
| Insgesamt | 57 206 000 | 57 657 000 | 57 387 637,37 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 24 01 06*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der Ausgaben des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF), einschließlich des Personals von OLAF in den Delegationen der Union, dessen Ziel die Bekämpfung von Betrugsfällen im interinstitutionellen Rahmen ist.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 20 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 1999/352/EG, EGKS, Euratom der Kommission vom 28. April 1999 zur Errichtung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) (ABl. L 136 vom 31.5.1999, S. 20), insbesondere Artikel 4 und Artikel 6 Absatz 3.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. September 2013 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (Euratom) Nr. 1074/1999 des Rates (ABl. L 248 vom 18.9.2013, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 24 — BETRUGSBEKÄMPFUNG*

**KAPITEL 24 02 — FÖRDERUNG VON MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DES SCHUTZES DER FINANZIELLEN INTERESSEN DER EUROPÄISCHEN UNION (HERCULE III)**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 24 02 | FÖRDERUNG VON MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DES SCHUTZES DER FINANZIELLEN INTERESSEN DER EUROPÄISCHEN UNION (HERCULE III) | | | | | | | | |
| ***24 02 01*** | ***Verhütung und Bekämpfung von Betrug, Korruption und anderen gegen die finanziellen Interessen der Union gerichteten rechtswidrigen Tätigkeiten*** | 1.1 | 13 677 700 | 2 200 000 | | | | | — |
| ***24 02 51*** | ***Abschluss von Maßnahmen im Bereich der Betrugsbekämpfung*** | 1.1 | p.m. | 8 804 993 | 14 000 000 | 9 884 191 | 14 204 359,65 | 10 085 918,52 | 114,55 |
| ***24 02 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 24 02 77 01 | Pilotprojekt — Entwicklung eines Bewertungsverfahrens der Union im Bereich der Korruptionsbekämpfung mit besonderem Schwerpunkt auf der Ermittlung und Senkung der Kosten der Korruption im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe im Zusammenhang mit Unionsmitteln | 5.2 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 404 700,— | — |
| | *Artikel 24 02 77 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 404 700,— | — |
| | **Kapitel 24 02 — Insgesamt** | | **13 677 700** | **11 004 993** | **14 000 000** | **9 884 191** | **14 204 359,65** | **10 490 618,52** | **95,33** |

***24 02 01*** ***Verhütung und Bekämpfung von Betrug, Korruption und anderen gegen die finanziellen Interessen der Union gerichteten rechtswidrigen Tätigkeiten***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 13 677 700 | 2 200 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom … über ein Programm zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Schutzes der finanziellen Interessen der Europäischen Union (Programm „Hercule III“) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 804/2004/EG (ABl. L … vom …, S. …), insbesondere Artikel 4.

KOMMISSION

*TITEL 24 — BETRUGSBEKÄMPFUNG*

**KAPITEL 24 02 — FÖRDERUNG VON MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DES SCHUTZES DER FINANZIELLEN INTERESSEN DER EUROPÄISCHEN UNION (HERCULE III)** *(Fortsetzung)*

***24 02 51 Abschluss von Maßnahmen im Bereich der Betrugsbekämpfung***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 8 804 993 | 14 000 000 | 9 884 191 | 14 204 359,65 | 10 085 918,52 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 24 02 01*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für den Abschluss von Maßnahmen, die im Rahmen des Programms Hercule II zum Schutz der finanziellen Interessen der Union organisiert werden, einschließlich im Bereich der Prävention und Bekämpfung von Zigarettenschmuggel und -fälschungen.

Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Kandidatenländern und, sofern zutreffend, potenziellen Kandidatenländern unter den westlichen Balkanstaaten für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (Euratom, EG) Nr. 2185/96 des Rates vom 11. November 1996 betreffend die Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durch die Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vor Betrug und anderen Unregelmäßigkeiten (ABl. L 292 vom 15.11.1996, S. 2).

Verordnung (EG) Nr. 1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 1999 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) (ABl. L 136 vom 31.5.1999, S. 1).

Verordnung (Euratom) Nr. 1074/1999 des Rates vom 25. Mai 1999 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) (ABl. L 136 vom 31.5.1999, S. 8).

Beschluss Nr. 804/2004/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Auflage eines Aktionsprogramms der Gemeinschaft zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Schutzes der finanziellen Interessen der Gemeinschaft (Programm „Hercule“) (ABl. L 143 vom 30.4.2004, S. 9).

***24 02 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

24 02 77 01 Pilotprojekt — Entwicklung eines Bewertungsverfahrens der Union im Bereich der Korruptionsbekämpfung mit besonderem Schwerpunkt auf der Ermittlung und Senkung der Kosten der Korruption im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe im Zusammenhang mit Unionsmitteln

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 404 700,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 24 02 04*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 24 — BETRUGSBEKÄMPFUNG*

**KAPITEL 24 03 — AKTIONSPROGRAMM IN DEN BEREICHEN AUSTAUSCH, UNTERSTÜTZUNG UND AUSBILDUNG ZUM SCHUTZ DES EURO GEGEN GELDFÄLSCHUNG (PERICLES 2020)**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 24 03 | AKTIONSPROGRAMM IN DEN BEREICHEN AUSTAUSCH, UNTERSTÜTZUNG UND AUSBILDUNG ZUM SCHUTZ DES EURO GEGEN GELDFÄLSCHUNG (PERICLES 2020) | | | | | | | | |
| ***24 03 01*** | ***Schutz der Euro-Banknoten und -Münzen gegen Geldfälschung und damit verbundene Betrugsdelikte*** | 1.1 | 924 200 | 500 000 | | | | | — |
| ***24 03 51*** | ***Abschluss des Programms „Pericles“*** | 1.1 | p.m. | 400 000 | 1 000 000 | 889 577 | 947 529,18 | 849 919,60 | 212,48 |
| | **Kapitel 24 03 — Insgesamt** | | **924 200** | **900 000** | **1 000 000** | **889 577** | **947 529,18** | **849 919,60** | **94,44** |

## *24 03 01 Schutz der Euro-Banknoten und -Münzen gegen Geldfälschung und damit verbundene Betrugsdelikte*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 924 200 | 500 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. …/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom … über ein Aktionsprogramm in den Bereichen Austausch, Unterstützung und Ausbildung zum Schutz des Euro gegen Geldfälschung (Programm „Pericles 2020“) und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 2001/923/EG, 2001/924/EG, 2006/75/EG, 2006/76/EG, 2006/849/EG und 2006/850/EG des Rates (ABl. L … vom …, S. …), insbesondere Artikel 4.

## *24 03 51 Abschluss des Programms „Pericles“*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 400 000 | 1 000 000 | 889 577 | 947 529,18 | 849 919,60 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 24 02 02*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für den Abschluss von Pericles, dem Aktionsprogramm für Ausbildungs-, Austausch- und Unterstützungsmaßnahmen zum Schutz des Euro gegen Geldfälschung.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2001/923/EG des Rates vom 17. Dezember 2001 über ein Aktionsprogramm in den Bereichen Austausch, Unterstützung und Ausbildung zum Schutz des Euro gegen Geldfälschung (Pericles-Programm) (ABl. L 339 vom 21.12.2001, S. 50).

KOMMISSION

*TITEL 24 — BETRUGSBEKÄMPFUNG*

**KAPITEL 24 03 — AKTIONSPROGRAMM IN DEN BEREICHEN AUSTAUSCH, UNTERSTÜTZUNG UND AUSBILDUNG ZUM SCHUTZ DES EURO GEGEN GELDFÄLSCHUNG (PERICLES 2020)** *(Fortsetzung)*

***24 03 51*** *(Fortsetzung)*

Beschluss 2001/924/EG des Rates vom 17. Dezember 2001 über die Ausdehnung des Beschlusses über ein Aktionsprogramm in den Bereichen Austausch, Unterstützung und Ausbildung zum Schutz des Euro gegen Geldfälschung (Pericles-Programm) auf Mitgliedstaaten, die den Euro nicht als einheitliche Währung eingeführt haben (ABl. L 339 vom 21.12.2001, S. 55).

*Verweise*

Mitteilung der Kommission vom 22. Juli 1998 an den Rat, das Europäische Parlament und die Europäische Zentralbank: „Schutz des Euro — Fälschungsbekämpfung“ (KOM(1998) 474 endg.).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. November 1998 zu der Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und die Europäische Zentralbank: „Schutz des Euro — Fälschungsbekämpfung“ (ABl. C 379 vom 7.12.1998, S. 39).

KOMMISSION
*TITEL 24 — BETRUGSBEKÄMPFUNG*

**KAPITEL 24 04 — INFORMATIONSSYSTEM FÜR DIE BETRUGSBEKÄMPFUNG (AFIS)**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 24 04 | INFORMATIONSSYSTEM FÜR DIE BETRUGSBEKÄMPFUNG (AFIS) | | | | | | | | |
| ***24 04 01*** | ***Unterstützung der Amtshilfe in Zollangelegenheiten und sicherer elektronischer Kommunikationsmittel zur Meldung von Unregelmäßigkeiten durch die Mitgliedstaaten*** | 1.1 | 6 423 000 | 2 900 000 | | | | | — |
| ***24 04 51*** | ***Abschluss von Maßnahmen betreffend das Informationssystem für die Betrugsbekämpfung (AFIS)*** | 1.1 | p.m. | 2 900 000 | 6 700 000 | 4 942 096 | 6 181 444,06 | 6 413 605,29 | 221,16 |
| | **Kapitel 24 04 — Insgesamt** | | **6 423 000** | **5 800 000** | **6 700 000** | **4 942 096** | **6 181 444,06** | **6 413 605,29** | **110,58** |

***24 04 01*** ***Unterstützung der Amtshilfe in Zollangelegenheiten und sicherer elektronischer Kommunikationsmittel zur Meldung von Unregelmäßigkeiten durch die Mitgliedstaaten***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 6 423 000 | 2 900 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 515/97 des Rates vom 13. März 1997 über die gegenseitige Amtshilfe zwischen Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten und die Zusammenarbeit dieser Behörden mit der Kommission im Hinblick auf die ordnungsgemäße Anwendung der Zoll- und Agrarregelung (ABl. L 82 vom 22.3.1997, S. 1), insbesondere Artikel 23.

***24 04 51*** ***Abschluss von Maßnahmen betreffend das Informationssystem für die Betrugsbekämpfung (AFIS)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 2 900 000 | 6 700 000 | 4 942 096 | 6 181 444,06 | 6 413 605,29 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 24 02 03*

Diese Mittel sind zur Finanzierung der Kosten für den Abschluss der vom Informationssystem für die Betrugsbekämpfung (AFIS) unterstützten Maßnahmen bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 515/97 des Rates vom 13. März 1997 über die gegenseitige Amtshilfe zwischen Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten und die Zusammenarbeit dieser Behörden mit der Kommission im Hinblick auf die ordnungsgemäße Anwendung der Zoll- und Agrarregelung (ABl. L 82 vom 22.3.1997, S. 1), insbesondere Artikel 23.

KOMMISSION
*TITEL 24 — BETRUGSBEKÄMPFUNG*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DES OLAF

KOMMISSION

*TITEL 25*

**KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION**

# TITEL 25

# KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 25 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOORDINIE-RUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION“ | 194 113 789 | 194 363 789 | 189 330 661 | 190 080 661 | 192 529 241,04 | 191 416 884,09 |
| 25 02 | BEZIEHUNGEN ZUR ZIVIL-GESELLSCHAFT, TRANSPARENZ UND INFORMATION | — | 472 800 | 4 006 000 | 4 006 000 | 3 224 373,69 | 4 083 658,40 |
| | **Titel 25 — Insgesamt** | **194 113 789** | **194 836 589** | **193 336 661** | **194 086 661** | **195 753 614,73** | **195 500 542,49** |

KOMMISSION
*TITEL 25 — KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION*

# TITEL 25

# KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION

## KAPITEL 25 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 25 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION“ | | | | | | | | |
| ***25 01 01*** | ***Sonstige Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“*** | | | | | | | | |
| 25 01 01 01 | Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“ | 5.2 | 140 191 930 | 140 191 930 | 141 669 902 | 141 669 902 | 141 483 981,96 | 141 483 981,96 | 100,92 |
| 25 01 01 03 | Gehälter, Zulagen und Entschädigungen der Mitglieder des Organs | 5.2 | 12 245 000 | 12 245 000 | 9 532 000 | 9 532 000 | 8 929 881,33 | 8 929 881,33 | 72,93 |
| | *Artikel 25 01 01 — Subtotal* | | 152 436 930 | 152 436 930 | 151 201 902 | 151 201 902 | 150 413 863,29 | 150 413 863,29 | 98,67 |
| ***25 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“*** | | | | | | | | |
| 25 01 02 01 | Externes Personal im Politikbereich „Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“ | 5.2 | 6 254 025 | 6 254 025 | 6 273 249 | 6 273 249 | 6 195 432,14 | 6 195 432,14 | 99,06 |
| 25 01 02 03 | Sonderberater | 5.2 | 1 090 000 | 1 090 000 | 844 000 | 844 000 | 608 431,85 | 608 431,85 | 55,82 |
| 25 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“ | 5.2 | 12 611 369 | 12 611 369 | 12 841 109 | 12 841 109 | 15 331 448,97 | 15 331 448,97 | 121,57 |
| 25 01 02 13 | Sonstige Verwaltungsausgaben der Mitglieder des Organs | 5.2 | 4 405 000 | 4 405 000 | 4 405 000 | 4 405 000 | 4 178 923,75 | 4 178 923,75 | 94,87 |
| | *Artikel 25 01 02 — Subtotal* | | 24 360 394 | 24 360 394 | 24 363 358 | 24 363 358 | 26 314 236,71 | 26 314 236,71 | 108,02 |

KOMMISSION

*TITEL 25 — KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 25 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| ***25 01 03*** | ***Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologie-Ausstattung und Dienstleistungen des Politikbereichs „Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“*** | 5.2 | 9 074 465 | 9 074 465 | 8 965 401 | 8 965 401 | 10 363 466,47 | 10 363 466,47 | 114,20 |
| ***25 01 07*** | ***Qualität der Rechtsvorschriften — Kodifizierung des Unionsrechts*** | 5.2 | 500 000 | 500 000 | 600 000 | 600 000 | 180 000,— | 180 000,— | 36,— |
| ***25 01 08*** | ***Rechtsberatung, Streitsachen und Verstöße — Streitsachen*** | 5.2 | 3 700 000 | 3 700 000 | 3 700 000 | 3 700 000 | 3 991 266,20 | 3 991 266,20 | 107,87 |
| ***25 01 10*** | ***Unionsbeitrag zur Verwaltung der historischen Archive der Union*** | 5.2 | 2 304 000 | 2 304 000 | | | | | — |
| ***25 01 11*** | ***Register und Veröffentlichungen*** | 5.2 | 1 738 000 | 1 738 000 | | | | | — |
| ***25 01 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 25 01 77 01 | Pilotprojekt — Schaffung eines interinstitutionellen Systems zur Ermittlung langfristiger Entwicklungstendenzen | 5.2 | — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 148 853,42 | — |
| 25 01 77 02 | Vorbereitende Maßnahme — Schaffung eines interinstitutionellen Systems zur Ermittlung langfristiger Entwicklungstendenzen | 5.2 | p.m. | 250 000 | 500 000 | 1 250 000 | 1 266 408,37 | 5 198,— | 2,08 |
| | *Artikel 25 01 77 — Subtotal* | | p.m. | 250 000 | 500 000 | 1 250 000 | 1 266 408,37 | 154 051,42 | 61,62 |
| | **Kapitel 25 01 — Insgesamt** | | **194 113 789** | **194 363 789** | **189 330 661** | **190 080 661** | **192 529 241,04** | **191 416 884,09** | **98,48** |

## *25 01 01 Sonstige Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“*

25 01 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 140 191 930 | 141 669 902 | 141 483 981,96 |

25 01 01 03 Gehälter, Zulagen und Entschädigungen der Mitglieder des Organs

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 12 245 000 | 9 532 000 | 8 929 881,33 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für:

— die Grundgehälter der Mitglieder der Kommission,

KOMMISSION

*TITEL 25 — KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 25 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***25 01 01*** *(Fortsetzung)*

25 01 01 03 *(Fortsetzung)*

— die Residenzzulagen der Mitglieder der Kommission,

— die Familienzulagen der Mitglieder der Kommission, und zwar:

  — die Haushaltszulage,

  — die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder,

  — die Erziehungszulage,

  — die Aufwandsentschädigung der Mitglieder der Kommission,

  — der Arbeitgeberbeitrag zur Versicherung gegen Berufskrankheiten und Unfälle für Mitglieder der Kommission,

  — der Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung für ehemalige Mitglieder der Kommission,

  — die Geburtenzulage,

  — beim Tode eines Mitglieds der Kommission:

    — die vollen Dienstbezüge des Verstorbenen bis zum Ende des dritten auf den Sterbemonat folgenden Monats,

    — die Kosten für die Überführung bis zum Herkunftsort des Verstorbenen,

  — die Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf die Dienstbezüge und die Übergangsentschädigungen,

  — die Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Dienstbezüge, der in ein anderes Land als das, in dem der Dienstort liegt, überwiesen wird,

  — die Finanzierung der gegebenenfalls vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden Anpassungen der Dienstbezüge, Übergangsentschädigungen und Versorgungsbezüge.

Bei diesem Posten werden außerdem erforderlichenfalls Mittel berücksichtigt zur Deckung

— der Erstattung der Reisekosten der Mitglieder der Kommission (einschließlich ihrer Familienangehörigen) bei Dienstantritt oder Ausscheiden aus dem Dienst,

— der Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe für die Mitglieder der Kommission bei Dienstantritt und Ausscheiden aus dem Dienst,

— der Erstattung der Umzugskosten der Mitglieder der Kommission bei Dienstantritt oder Ausscheiden aus dem Dienst.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs, den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1), insbesondere die Artikel 2, 3, 4, 4a, 4b, 5, 11 und 14.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 25 — KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 25 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***25 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“***

25 01 02 01 Externes Personal im Politikbereich „Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 254 025 | 6 273 249 | 6 195 432,14 |

25 01 02 03 Sonderberater

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 090 000 | 844 000 | 608 431,85 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind die Vergütungen, die Dienstreisekosten sowie die Arbeitgeberbeiträge zur Unfallversicherung für Sonderberater.

*Rechtsgrundlagen*

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

25 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 12 611 369 | 12 841 109 | 15 331 448,97 |

25 01 02 13 Sonstige Verwaltungsausgaben der Mitglieder des Organs

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 405 000 | 4 405 000 | 4 178 923,75 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind:

— die Ausgaben für Fahrtkosten, Dienstreisetagegelder sowie Nebenkosten oder außergewöhnliche Ausgaben, die bei Erledigung eines dienstlichen Auftrags entstehen,

— die Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke der Kommission; diese Kosten können von den Mitgliedern der Kommission in Ausübung ihres Amtes und im Rahmen der Tätigkeit des Organs gesondert verauslagt werden.

Der Betrag aus der Erstattung der auf Rechnung anderer Organe und Einrichtungen der Union sowie für Rechnung Dritter verauslagten Dienstreisekosten wird als zweckgebundene Einnahme eingesetzt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 20 000 EUR veranschlagt.

KOMMISSION

*TITEL 25 — KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 25 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***25 01 02*** *(Fortsetzung)*

25 01 02 13 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1), insbesondere Artikel 6.

Mitteilung des Kommissionspräsidenten über den Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder (SEK(2004) 1487).

Beschluss K(2007) 3494 der Kommission vom 18. Juli 2007 zur Regelung der dem Präsidenten, der Kommission oder ihren Mitgliedern entstehenden Kosten für Empfänge und Repräsentationszwecke.

***25 01 03*** ***Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologie- Ausstattung und Dienstleistungen des Politikbereichs „Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 9 074 465 | 8 965 401 | 10 363 466,47 |

***25 01 07*** ***Qualität der Rechtsvorschriften — Kodifizierung des Unionsrechts***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 500 000 | 600 000 | 180 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 25 01 07 01*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Neufassung und Kodifizierung der Rechtsakte der Union.

***25 01 08*** ***Rechtsberatung, Streitsachen und Verstöße — Streitsachen***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 700 000 | 3 700 000 | 3 991 266,20 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 25 01 08 01*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der vor Klageerhebung anfallenden Kosten sowie der Ausgaben für die Inanspruchnahme der Vermittlungsstellen und der Ausgaben für die Inanspruchnahme von Rechtsanwälten und sonstigen Sachverständigen als Berater der Kommission.

Die Mittel sind ebenfalls zur Deckung etwaiger Ausgaben bestimmt, die der Kommission vom Gerichtshof der Europäischen Union oder von anderen Gerichten angelastet werden.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 250 000 EUR veranschlagt.

KOMMISSION

*TITEL 25 — KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 25 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

### *25 01 10 Unionsbeitrag zur Verwaltung der historischen Archive der Union*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 304 000 | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben (Personal- und Betriebskosten), die beim Europäischen Hochschulinstitut für die Verwaltung der historischen Archive der Union entstehen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 354/83 des Rates vom 1. Februar 1983 über die Freigabe der historischen Archive der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft (ABl. L 43 vom 15.2.1983, S. 1).

Entscheidung Nr. 359/83/EGKS der Kommission vom 8. Februar 1983 über die Freigabe der historischen Archive der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (ABl. L 43 vom 15.2.1983, S. 14).

*Verweise*

Vertrag zwischen der Kommission und dem Europäischen Hochschulinstitut Florenz, unterzeichnet am 17. Dezember 1984.

### *25 01 11 Register und Veröffentlichungen*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 738 000 | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Veranschlagt sind Mittel für die Register und Datenbanken der Kommission mit Informationen über Verfahren sowie institutionelle Angelegenheiten, Referenz- oder sonstigen der amtlichen Schriftstücken, insbesondere für:

— die Sammlung, Analyse und Vorbereitung von Dokumenten einschließlich Autorenverträge und freiberufliche Tätigkeit,

— Entwicklung, Pflege und Betrieb von einschlägigen Informationssystemen,

— Sammlung einschließlich Beschaffung von Daten, Dokumentation und Nutzungsrechten,

— Redaktion einschließlich Dateneingabe und -verwaltung, Reproduktion und Übersetzung,

— Verbreitung über Medien einschließlich Druckerzeugnisse, Internet, Vertrieb und Lagerung,

— Werbemaßnahmen für die betreffenden Texte und Dokumente.

KOMMISSION

*TITEL 25 — KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 25 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***25 01 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

25 01 77 01 Pilotprojekt — Schaffung eines interinstitutionellen Systems zur Ermittlung langfristiger Entwicklungstendenzen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 148 853,42 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 25 01 09*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

25 01 77 02 Vorbereitende Maßnahme — Schaffung eines interinstitutionellen Systems zur Ermittlung langfristiger Entwicklungstendenzen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 250 000 | 500 000 | 1 250 000 | 1 266 408,37 | 5 198,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 25 01 10*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Ziel dieser vorbereitenden Maßnahme ist es, ein interinstitutionelles System zur Ermittlung langfristiger Tendenzen in wichtigen politischen Angelegenheiten zu schaffen, mit denen sich die Europäische Union zu befassen hat. Mit einem solchen System sollten gemeinsame Analysen zu möglichen Entwicklungen in wichtigen Bereichen erstellt werden, die dann den Entscheidungsträgern zur Verfügung gestellt werden. Zur Verwirklichung dieses Ziels sollte gegenwärtig im Einzelnen erörtert werden, wie die gezielten Verfahren zur Förderung einer engeren Arbeitsbeziehung zwischen den für Forschung zuständigen Stellen der einzelnen Organe und Einrichtungen der Union, die mit der Analyse der mittel- und langfristigen politischen Tendenzen erfasst sind, konzipiert werden sollen.

Die vorbereitende Maßnahme dient folgenden Zielen:

— Schaffung eines europäischen Systems für strategische und politische Analysen (European Strategy and Policy Analysis System — ESPAS) unter Einbeziehung aller Organe der Union bis 2014 auf der Grundlage eines später vorzulegenden Vorschlags der Kommission (Artikel 54 der Haushaltsordnung). Das Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien (EUISS) könnte wie bisher technische Einrichtungen und technische Unterstützung bereitstellen, bis das System einsatzbereit ist. Das System

  — ist ein interinstitutionelles System mit dem Schwerpunkt bei extern und intern wirkenden weltweiten Langzeittendenzen, die die Union betreffen,

KOMMISSION

*TITEL 25 — KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 25 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***25 01 77*** *(Fortsetzung)*

25 01 77 02 *(Fortsetzung)*

— sollte so konzipiert werden, dass die Organe der Union regelmäßig Impulse für lang- und mittelfristige strategische Überlegungen erhalten, und dazu gehört auch die Heranziehung von Wissenschaftlern und anderen Interessenträgern, damit für eine breite Perspektive gesorgt ist:

  — Zu diesen Impulsen können eine ausführliche Einschätzung langfristiger weltweiter Tendenzen und ein Bericht an die nächsten Präsidenten der Organe der Union gehören, in dem die Optionen bezüglich der Herausforderungen im Zeitraum 2014-2019 untersucht werden.

  — Im Übrigen können die Berichte Dokumente für die Organe der Union zur Erörterung von Zukunftsthemen enthalten, die die Zusammenarbeit zwischen den Organen der Union fördern und vertiefen helfen,

— sollte Verbindungen zu anderen Staaten herstellen, die auf dem Gebiet der weltweiten Tendenzen engagiert sind, um ihre Erfahrungen zu verwerten und eigene Erfahrungen anderen Staaten zukommen zu lassen, die strategische Tendenzen und Veränderungen in den Griff zu bekommen bemüht sind,

— Aufbau und Unterhaltung einer offenen Website, die als globaler Speicher für alle relevanten Informationen dient, sodass den Bürgern der Zugang erleichtert wird, wobei die Website mit anderen Websites in aller Welt, die sich mit langfristigen Tendenzen befassen, zu verknüpfen ist.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 25 — KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 25 02 — BEZIEHUNGEN ZUR ZIVILGESELLSCHAFT, TRANSPARENZ UND INFORMATION**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 25 02 | BEZIEHUNGEN ZUR ZIVILGESELLSCHAFT, TRANSPARENZ UND INFORMATION | | | | | | | | |
| ***25 02 01*** | ***Abschluss von Maßnahmen betreffend die historischen Archive der Union*** | 5.2 | — | 226 800 | 2 268 000 | 2 268 000 | 2 215 000,— | 2 093 967,55 | 923,27 |
| ***25 02 04*** | ***Informationen und Veröffentlichungen*** | | | | | | | | |
| 25 02 04 01 | Abschluss von Maßnahmen betreffend Dokumentationsdatenbanken | 5.2 | — | 176 000 | 760 000 | 760 000 | 461 431,75 | 752 723,85 | 427,68 |
| 25 02 04 02 | Abschluss von Maßnahmen betreffend digitale Veröffentlichungen | 5.2 | — | 70 000 | 978 000 | 978 000 | 547 941,94 | 1 236 967,— | 1 767,10 |
| | *Artikel 25 02 04 — Subtotal* | | — | 246 000 | 1 738 000 | 1 738 000 | 1 009 373,69 | 1 989 690,85 | 808,82 |
| | **Kapitel 25 02 — Insgesamt** | | **—** | **472 800** | **4 006 000** | **4 006 000** | **3 224 373,69** | **4 083 658,40** | **863,72** |

## *25 02 01 Abschluss von Maßnahmen betreffend die historischen Archive der Union*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 226 800 | 2 268 000 | 2 268 000 | 2 215 000,— | 2 093 967,55 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 25 02 01 01*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 354/83 des Rates vom 1. Februar 1983 über die Freigabe der historischen Archive der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft (ABl. L 43 vom 15.2.1983, S. 1).

Entscheidung Nr. 359/83/EGKS der Kommission vom 8. Februar 1983 über die Freigabe der historischen Archive der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (ABl. L 43 vom 15.2.1983, S. 14).

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

*Verweise*

Vertrag zwischen der Kommission und dem Europäischen Hochschulinstitut Florenz, unterzeichnet am 17. Dezember 1984.

KOMMISSION

*TITEL 25 — KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 25 02 — BEZIEHUNGEN ZUR ZIVILGESELLSCHAFT, TRANSPARENZ UND INFORMATION** *(Fortsetzung)*

### *25 02 04 Informationen und Veröffentlichungen*

25 02 04 01 Abschluss von Maßnahmen betreffend Dokumentationsdatenbanken

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 176 000 | 760 000 | 760 000 | 461 431,75 | 752 723,85 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

25 02 04 02 Abschluss von Maßnahmen betreffend digitale Veröffentlichungen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 70 000 | 978 000 | 978 000 | 547 941,94 | 1 236 967,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 25 — KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DES GENERALSEKRETARIATS

— KOORDINATION INNERHALB DER KOMMISSION

— KOORDINATION UND BEZIEHUNGEN ZU DEN ANDEREN ORGANEN

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DES BERATERGREMIUMS FÜR EUROPÄISCHE POLITIK (BEPA)

— BERATUNG IN POLITISCHEN ANGELEGENHEITEN

— KABINETTE

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES BERATERGREMIUMS FÜR EUROPÄISCHE POLITIK (BEPA)

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES GENERALSEKRETARIATS

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES JURISTISCHEN DIENSTES

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DES JURISTISCHEN DIENSTES

— LOGISTISCHE UNTERSTÜTZUNG DER KOMMISSION UND PROTOKOLL

KOMMISSION

*TITEL 26*

**VERWALTUNG DER KOMMISSION**

# TITEL 26

# VERWALTUNG DER KOMMISSION

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 26 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“ | 966 875 044 | 966 875 044 | 988 983 348 | 988 983 348 | 1 117 383 793,26 | 1 117 383 793,26 |
| 26 02 | MULTIMEDIAPRODUKTION | 10 890 000 | 10 022 520 | 14 738 200 | 12 849 449 | 13 615 201,67 | 15 646 527,79 |
| 26 03 | DIENSTE FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNGEN, UNTERNEHMEN UND BÜRGER | 23 700 000 | 14 194 437 | 26 300 000 | 21 472 610 | 26 937 754,81 | 22 319 185,47 |
| | **Titel 26 — Insgesamt** | **1 001 465 044** | **991 092 001** | **1 030 021 548** | **1 023 305 407** | **1 157 936 749,74** | **1 155 349 506,52** |

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

# TITEL 26

# VERWALTUNG DER KOMMISSION

## KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 26 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“ | | | | | |
| ***26 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Verwaltung der Kommission“*** | 5.2 | 102 920 661 | 105 041 573 | 105 830 144,89 | 102,83 |
| ***26 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Verwaltung der Kommission“*** | | | | | |
| 26 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 5 755 909 | 5 818 812 | 6 450 183,87 | 112,06 |
| 26 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 18 063 893 | 17 986 456 | 21 745 962,01 | 120,38 |
| | *Artikel 26 01 02 — Subtotal* | | 23 819 802 | 23 805 268 | 28 196 145,88 | 118,37 |
| ***26 01 03*** | ***Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologie-Ausstattung und Dienstleistungen des Politikbereichs „Verwaltung der Kommission“*** | 5.2 | 6 661 938 | 6 647 424 | 7 763 870,61 | 116,54 |
| ***26 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Verwaltung der Kommission“*** | | | | | |
| 26 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für Interoperabilitätslösungen für europäische öffentliche Verwaltungen (ISA) | 1.1 | 400 000 | 400 000 | 518 470,54 | 129,62 |
| | *Artikel 26 01 04 — Subtotal* | | 400 000 | 400 000 | 518 470,54 | 129,62 |
| ***26 01 09*** | ***Amt für Veröffentlichungen*** | 5.2 | 80 755 000 | 84 274 000 | 90 588 018,39 | 112,18 |
| ***26 01 10*** | ***Konsolidierung des Unionsrechts*** | 5.2 | 1 070 000 | 1 070 000 | 1 249 999,94 | 116,82 |
| ***26 01 11*** | ***Amtsblatt der Europäischen Union (Reihen L und C)*** | 5.2 | 10 672 000 | 11 805 000 | 13 106 267,20 | 122,81 |
| ***26 01 12*** | ***Zusammenfassungen der Unionsrechtsvorschriften*** | 5.2 | 533 000 | 533 000 | | — |
| ***26 01 20*** | ***Europäisches Amt für Personalauswahl*** | 5.2 | 27 883 000 | 28 535 000 | 28 939 371,48 | 103,79 |
| ***26 01 21*** | ***Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche*** | 5.2 | 36 260 000 | 36 721 000 | 41 442 564,20 | 114,29 |

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| ***26 01 22*** | ***Gebäude, Anlagen und Logistik (Brüssel)*** | | | | | |
| 26 01 22 01 | Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik in Brüssel | 5.2 | 68 833 000 | 69 455 000 | 73 368 453,73 | 106,59 |
| 26 01 22 02 | Kauf oder Miete von Gebäuden in Brüssel | 5.2 | 208 880 000 | 203 592 000 | 277 140 338,— | 132,68 |
| 26 01 22 03 | Gebäudenebenkosten in Brüssel | 5.2 | 70 207 000 | 71 229 000 | 75 818 096,88 | 107,99 |
| 26 01 22 04 | Ausgaben für Ausstattung und Mobiliar in Brüssel | 5.2 | 7 586 000 | 8 271 000 | 13 665 763,40 | 180,14 |
| 26 01 22 05 | Dienstleistungen, Lieferungen und sonstige Betriebskosten in Brüssel | 5.2 | 8 401 000 | 9 930 000 | 14 519 237,69 | 172,83 |
| 26 01 22 06 | Gebäudeüberwachung in Brüssel | 5.2 | 31 939 000 | 32 500 000 | 37 614 336,93 | 117,77 |
| | *Artikel 26 01 22 — Subtotal* | | 395 846 000 | 394 977 000 | 492 126 226,63 | 124,32 |
| ***26 01 23*** | ***Gebäude, Anlagen und Logistik (Luxemburg)*** | | | | | |
| 26 01 23 01 | Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik in Luxemburg | 5.2 | 24 539 000 | 25 191 000 | 24 425 502,77 | 99,54 |
| 26 01 23 02 | Kauf und Miete von Gebäuden in Luxemburg | 5.2 | 39 332 000 | 40 091 000 | 49 717 007,87 | 126,40 |
| 26 01 23 03 | Gebäudenebenkosten in Luxemburg | 5.2 | 17 138 000 | 17 481 000 | 17 460 700,09 | 101,88 |
| 26 01 23 04 | Ausgaben für Ausstattung und Mobiliar in Luxemburg | 5.2 | 1 087 000 | 1 087 000 | 969 068,43 | 89,15 |
| 26 01 23 05 | Dienstleistungen, Lieferungen und sonstige Betriebskosten in Luxemburg | 5.2 | 1 017 000 | 1 034 000 | 1 019 208,12 | 100,22 |
| 26 01 23 06 | Gebäudeüberwachung in Luxemburg | 5.2 | 5 862 000 | 5 640 000 | 5 999 246,91 | 102,34 |
| | *Artikel 26 01 23 — Subtotal* | | 88 975 000 | 90 524 000 | 99 590 734,19 | 111,93 |
| ***26 01 40*** | ***Sicherheit und Überwachung*** | 5.2 | 7 888 000 | 8 044 000 | 8 939 293,11 | 113,33 |
| ***26 01 60*** | ***Personalpolitik und -verwaltung*** | | | | | |
| 26 01 60 01 | Ärztlicher Dienst | 5.2 | 5 463 000 | 5 554 000 | 5 898 027,61 | 107,96 |
| 26 01 60 02 | Ausgaben für Auswahlverfahren und Personaleinstellung | 5.2 | 1 520 000 | 1 620 000 | 1 208 442,10 | 79,50 |
| 26 01 60 04 | Interinstitutionelle Zusammenarbeit im sozialen Bereich | 5.2 | 6 919 000 | 7 048 000 | 15 272 549,90 | 220,73 |
| 26 01 60 06 | Beamte des Organs, die vorübergehend bei nationalen Verwaltungen, internationalen Organisationen und öffentlichen oder privaten Einrichtungen oder Unternehmen beschäftigt sind | 5.2 | 250 000 | 250 000 | 182 000,— | 72,80 |
| 26 01 60 07 | Schadenersatz | 5.2 | 150 000 | 150 000 | 4 350 000,— | 2 900,— |
| 26 01 60 08 | Sonstige Versicherungen | 5.2 | 58 000 | 58 000 | 24 500,— | 42,24 |

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 26 01 60 09 | Sprachkurse | 5.2 | 3 417 000 | 3 524 000 | 4 226 122,28 | 123,68 |
| | *Artikel 26 01 60 — Subtotal* | | 17 777 000 | 18 204 000 | 31 161 641,89 | 175,29 |
| ***26 01 70*** | ***Europäische Schulen*** | | | | | |
| 26 01 70 01 | Büro des Generalsekretärs der Europäischen Schulen (Brüssel) | 5.1 | 7 530 524 | 7 570 534 | 7 101 658,— | 94,30 |
| 26 01 70 02 | Brüssel I (Uccle) | 5.1 | 23 834 870 | 24 097 099 | 24 485 327,— | 102,73 |
| 26 01 70 03 | Brüssel II (Woluwe) | 5.1 | 22 672 844 | 23 717 185 | 23 288 067,— | 102,71 |
| 26 01 70 04 | Brüssel III (Ixelles) | 5.1 | 22 856 466 | 23 692 379 | 22 759 039,— | 99,57 |
| 26 01 70 05 | Brüssel IV (Laeken) | 5.1 | 11 370 694 | 10 617 239 | 9 512 316,— | 83,66 |
| 26 01 70 11 | Luxemburg I | 5.1 | 19 323 075 | 20 608 988 | 24 128 581,— | 124,87 |
| 26 01 70 12 | Luxemburg II | 5.1 | 14 824 360 | 17 094 433 | 9 204 874,— | 62,09 |
| 26 01 70 21 | Mol (B) | 5.1 | 5 784 399 | 6 097 656 | 6 058 349,— | 104,74 |
| 26 01 70 22 | Frankfurt am Main (D) | 5.1 | 7 206 917 | 6 903 749 | 6 854 139,— | 95,11 |
| 26 01 70 23 | Karlsruhe (D) | 5.1 | 2 655 164 | 2 785 194 | 3 054 845,— | 115,05 |
| 26 01 70 24 | München (D) | 5.1 | 522 840 | 348 531 | 424 350,— | 81,16 |
| 26 01 70 25 | Alicante (E) | 5.1 | 7 248 534 | 7 839 695 | 8 097 123,— | 111,71 |
| 26 01 70 26 | Varese (IT) | 5.1 | 9 985 084 | 10 972 286 | 9 670 615,— | 96,85 |
| 26 01 70 27 | Bergen (NL) | 5.1 | 4 097 910 | 4 579 641 | 4 304 020,— | 105,03 |
| 26 01 70 28 | Culham (GB) | 5.1 | 4 350 182 | 4 629 474 | 5 062 003,— | 116,36 |
| 26 01 70 31 | Beitrag der Union für die Europäischen Schulen des Typs II | 5.1 | 1 149 780 | 6 848 000 | 3 925 738,31 | 341,43 |
| | *Artikel 26 01 70 — Subtotal* | | 165 413 643 | 178 402 083 | 167 931 044,31 | 101,52 |
| | **Kapitel 26 01 — Insgesamt** | | **966 875 044** | **988 983 348** | **1 117 383 793,26** | **115,57** |

## *26 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Verwaltung der Kommission“*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 102 920 661 | 105 041 573 | 105 830 144,89 |

## *26 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Verwaltung der Kommission“*

### 26 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 755 909 | 5 818 812 | 6 450 183,87 |

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 02*** *(Fortsetzung)*

26 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 18 063 893 | 17 986 456 | 21 745 962,01 |

***26 01 03 Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologie-Ausstattung und Dienstleistungen des Politikbereichs „Verwaltung der Kommission“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 661 938 | 6 647 424 | 7 763 870,61 |

***26 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Verwaltung der Kommission“***

26 01 04 01 Unterstützungsausgaben für Interoperabilitätslösungen für europäische öffentliche Verwaltungen (ISA)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 400 000 | 400 000 | 518 470,54 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sitzungen von Sachverständigen, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Postens stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission nach und nach mit dem Auslaufen der Verträge der Büros für technische Hilfe im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagten Beiträge der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Kandidaten des Westbalkans für ihre Teilnahme an Programmen der Union können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 26 03.

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

### *26 01 09 Amt für Veröffentlichungen*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 80 755 000 | 84 274 000 | 90 588 018,39 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 09 01*

Bei dem hier eingesetzten Betrag handelt es sich um die Mittel des Amts für Veröffentlichungen; Einzelheiten hierzu sind einer spezifischen Anlage zu diesem Einzelplan zu entnehmen.

Auf der Grundlage der analytischen Buchführungsdaten des Amts werden die Kosten für seine Dienstleistungen für die einzelnen Organe wie folgt veranschlagt:

| | | |
|---|---|---|
| Europäisches Parlament | 7 485 989 | 9,27 % |
| Rat | 8 107 802 | 10,04 % |
| Kommission | 45 868 840 | 56,80 % |
| Gerichtshof | 4 974 508 | 6,16 % |
| Rechnungshof | 1 493 968 | 1,85 % |
| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | 1 106 343 | 1,37 % |
| Ausschuss der Regionen | 880 229 | 1,09 % |
| Sonstiges | 10 837 321 | 13,42 % |
| Insgesamt | 80 755 000 | 100,00 % |

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 4 550 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2009/496/EG, Euratom des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen vom 26. Juni 2009 über den Aufbau und die Arbeitsweise des Amts für Veröffentlichungen der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 30.6.2009, S. 41).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere die Artikel 195 und 200.

### *26 01 10 Konsolidierung des Unionsrechts*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 070 000 | 1 070 000 | 1 249 999,94 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 10 01*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Konsolidierung der Rechtsakte der Union sowie für die Verbreitung der konsolidierten Rechtsakte der Union in jeder Form und auf allen formalen Trägern in allen Amtssprachen der Union.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 100 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates in Edinburgh vom Dezember 1992 (SN/456/92, Anhang 3 zu Teil A, S. 5).

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 10*** *(Fortsetzung)*

Der Schlussakte des Vertrags von Amsterdam beigefügte Erklärung zur redaktionellen Qualität der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften.

Beschluss 2009/496/EG, Euratom des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen vom 26. Juni 2009 über den Aufbau und die Arbeitsweise des Amts für Veröffentlichungen der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 30.6.2009, S. 41).

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktualisierung und Vereinfachung des Acquis communautaire (KOM(2003) 71 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Intelligente Regulierung in der Europäischen Union (KOM(2010) 543 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Regulatorische Eignung der Unionsvorschriften (COM(2012) 746 final).

***26 01 11*** ***Amtsblatt der Europäischen Union (Reihen L und C)***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 10 672 000 | 11 805 000 | 13 106 267,20 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 11 01*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Veröffentlichung des *Amtsblatts der Europäischen Union* in jeder Form und für Verbreitung, Katalogisierung, Indexierung und Archivierung, bestimmt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 221 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, und insbesondere Artikel 297.

Verordnung Nr. 1 des Rates vom 15. April 1958 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. 17 vom 6.10.1958, S. 385/58).

Entscheidung des Rates vom 15. September 1958 über die Gründung des Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften (ABl. 17 vom 6.10.1958, S. 419/58).

Beschluss 2009/496/EG, Euratom des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen vom 26. Juni 2009 über den Aufbau und die Arbeitsweise des Amts für Veröffentlichungen der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 30.6.2009, S. 41).

Verordnung (EU) Nr. 216/2013 des Rates vom 7. März 2013 über die elektronische Veröffentlichung des Amtsblatts der Europäischen Union (ABl. L 69 vom 13.3.2013, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

### *26 01 12 Zusammenfassungen der Unionsrechtsvorschriften*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 533 000 | 533 000 | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Produktion von Online-Zusammenfassungen der Rechtsvorschriften der Union (knappe Darstellung der Hauptaspekte der Rechtsvorschriften der Union in leicht lesbarer Form) und die Entwicklung ähnlicher Produkte bestimmt.

Die beiden anderen Organe, nämlich das Europäische Parlament und der Rat, sollten aus ihren jeweiligen Einzelplänen des Gesamthaushaltsplans einen Beitrag in ähnlicher Höhe wie die Kommission beisteuern.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 1 066 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Diese Tätigkeit ergibt sich aus den in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d des Beschlusses 2009/496/EG, Euratom des Europäischen Parlaments, des Europäischen Rates, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs der Europäischen Union, des Rechnungshofs, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen vom 26. Juni 2009 über den Aufbau und die Arbeitsweise des Amtes für Veröffentlichungen der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 30.6.2009, S. 41) niedergelegten Aufgaben des Amtes für Veröffentlichungen.

*Verweise*

Entschließung des Rates vom 20. Juni 1994 zur elektronischen Verbreitung des Gemeinschaftsrechts und der einzelstaatlichen Durchführungsbestimmungen sowie zur Verbesserung der Zugangsbedingungen (ABl. C 179 vom 1.7.1994, S. 3).

Mitteilung der Kommission vom 21. Dezember 2007 „Das Internet als Medium für die Kommunikation über Europa — die Bürgerinnen und Bürger einbeziehen“ (SEK(2007) 1742).

Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vom 22. Oktober 2008 „Europa partnerschaftlich kommunizieren“ (ABl. C 13 vom 20.1.2009, S. 3).

Beschluss 2009/496/EG, Euratom des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen vom 26. Juni 2009 über den Aufbau und die Arbeitsweise des Amtes für Veröffentlichungen der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 30.6.2009, S. 41).

### *26 01 20 Europäisches Amt für Personalauswahl*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 27 883 000 | 28 535 000 | 28 939 371,48 |

*Erläuterungen*

Bei dem hier eingesetzten Betrag handelt es sich um die Mittel des Amts für Personalauswahl der Europäischen Gemeinschaften; Einzelheiten hierzu sind einer spezifischen Anlage dieses Einzelplans zu entnehmen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 406 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2002/620/EG des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Bürgerbeauftragten vom 25. Juli 2002 über die Errichtung des Amtes für Personalauswahl der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 197 vom 26.7.2002, S. 53).

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 21 Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 36 260 000 | 36 721 000 | 41 442 564,20 |

*Erläuterungen*

Bei dem hier eingesetzten Betrag handelt es sich um die Mittel des Amts für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche; Einzelheiten hierzu sind einer spezifischen Anlage dieses Einzelplans zu entnehmen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 7 522 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2003/522/EG der Kommission vom 6. November 2002 über die Errichtung des Amtes für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (ABl. L 183 vom 22.7.2003, S. 30).

***26 01 22 Gebäude, Anlagen und Logistik (Brüssel)***

26 01 22 01 Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik in Brüssel

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 68 833 000 | 69 455 000 | 73 368 453,73 |

*Erläuterungen*

Bei dem hier eingesetzten Betrag handelt es sich um die Mittel des Amts für Gebäude, Anlagen und Logistik in Brüssel; Einzelheiten hierzu sind einer spezifischen Anlage dieses Einzelplans zu entnehmen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 7 500 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2003/523/EG der Kommission vom 6. November 2002 über die Errichtung des Amts für Gebäude, Anlagen und Logistik Brüssel (ABl. L 183 vom 22.7.2003, S. 35).

26 01 22 02 Kauf oder Miete von Gebäuden in Brüssel

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 208 880 000 | 203 592 000 | 277 140 338,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für folgende im Gebiet der Union getätigte Ausgaben:

— Mieten und Erbpachtzinsen für die belegten Dienstgebäude oder Gebäudeteile sowie die Miete von Konferenzsälen, Lagerräumen, Garagen und Parkplätzen,

— Erwerb oder Mietkauf von Gebäuden,

— Errichtung von Gebäuden.

Die entsprechenden Ausgaben für Forschung werden aus den bei verschiedenen Posten in Artikel 01 05 der betreffenden Titel eingesetzten Mitteln gedeckt.

Veranschlagt sind die innerhalb des Hoheitsgebiets der Union anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Vertretungen der Kommission innerhalb der Union, die unter dem Posten 16 01 03 03 ausgewiesen sind.

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 22*** *(Fortsetzung)*

26 01 22 02 *(Fortsetzung)*

Die Einnahmen aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten der EFTA zu den Gemeinkosten der Union gemäß den Artikeln 76 und 82 des EWR-Abkommens werden gemäß der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bei den einschlägigen Haushaltslinien eingesetzt. Diese Einnahmen werden mit 572 843 EUR veranschlagt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 4 930 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

26 01 22 03 Gebäudenebenkosten in Brüssel

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 70 207 000 | 71 229 000 | 75 818 096,88 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für folgende im Gebiet der Union getätigte Ausgaben:

— Zahlung der in den Versicherungspolicen für die Dienstgebäude oder Teile von Dienstgebäuden der Kommission vorgesehenen Prämien,

— Ausgaben für Wasser, Gas, Strom und Heizung,

— Kosten der Wartung von Räumen, Fahrstühlen, der Zentralheizung, Klimaanlagen usw., ferner Mittel für bestimmte regelmäßige Sonderreinigungen, Putz- und Pflegemittel, Wäscherei und chemische Reinigung usw. sowie für Malerarbeiten und das zur Instandsetzung und Instandhaltung in eigener Werkstatt erforderliche Material (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich die Kommission bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

— Ausgaben für die gesonderte Verwertung der Abfälle, deren Lagerung und deren Entsorgung,

— Herrichtungsarbeiten, wie die Versetzung von Zwischenwänden in den Gebäuden, Umbau von elektrischen Anlagen sowie sonstige handwerkliche Facharbeiten (Schlosser-, Elektriker-, Installateur- und Malerarbeiten, Verlegen von Fußbodenbelägen usw.) sowie Ausgaben für das entsprechende Material (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich die Kommission bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

— Ausgaben für Hygiene und Sicherheit der Personen am Arbeitsplatz, insbesondere für die Beschaffung, Miete und Instandhaltung der Brandbekämpfungsgeräte, den Ersatz der Ausrüstungen des freiwilligen Rettungspersonals und die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich die Kommission bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

— Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung des Audits zur Zugänglichkeit von Gebäuden für Menschen mit Behinderungen und/oder eingeschränkter Mobilität und der Vornahme der notwendigen Anpassungen im Anschluss an ein solches Audit, um die Gebäude für alle Besucher uneingeschränkt zugänglich zu machen,

— Kosten der rechtlichen, finanziellen und technischen Gutachten, die vor dem Erwerb, der Anmietung oder der Errichtung von Gebäuden in Auftrag zu geben sind,

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 22*** *(Fortsetzung)*

26 01 22 03 *(Fortsetzung)*

— sonstige Gebäudekosten, insbesondere Verwaltungskosten bei Gebäuden mit mehreren Mietparteien, Kosten für Zustandsfeststellungen sowie Abgaben für öffentliche Dienstleistungen (Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren usw.),

— Ausgaben für die technische Unterstützung bei umfangreichen Herrichtungsarbeiten.

Die entsprechenden Ausgaben für Forschung werden aus den bei verschiedenen Posten in Artikel 01 05 der betreffenden Titel eingesetzten Mitteln gedeckt.

Veranschlagt sind die innerhalb des Hoheitsgebiets der Union anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Vertretungen der Kommission innerhalb der Union, die unter dem Posten 16 01 03 03 ausgewiesen sind.

Die Einnahmen aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten der EFTA zu den Gemeinkosten der Union gemäß den Artikeln 76 und 82 des EWR-Abkommens werden gemäß der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bei den einschlägigen Haushaltslinien eingesetzt. Diese Einnahmen werden mit 192 576 EUR veranschlagt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 9 011 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14).

Entscheidung des Europäischen Bürgerbeauftragten vom 4. Juli 2007 zu der Initiativuntersuchung OI/3/2003/JMA betreffend die Europäische Kommission.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

26 01 22 04 Ausgaben für Ausstattung und Mobiliar in Brüssel

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 586 000 | 8 271 000 | 13 665 763,40 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für folgende im Gebiet der Union getätigte Ausgaben:

— Kauf, Anmietung oder Leasing, Instandhaltung, Reparatur, Installierung und Ersatzbeschaffung von Geräten und technischem Material, insbesondere von:

  — Geräten und Material (einschließlich Kopiergeräten) für die Herstellung, Vervielfältigung und Archivierung von Veröffentlichungen und Dokumenten auf verschiedenen Trägern (Papier, EDV usw.),

  — Ausrüstungen für Audio-Video-Technik, Bibliothek und Dolmetschen (Kabinen, Hörgarnituren und Einbauplatten für Simultandolmetschanlagen usw.),

  — Material für Kantinen und Restaurants,

  — verschiedenem Arbeitsgerät für die Werkstätten, die für die Gebäudeinstandhaltung zuständig sind,

  — Einrichtungen, die für Bedienstete mit Behinderungen erforderlich sind,

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 22*** *(Fortsetzung)*

26 01 22 04 *(Fortsetzung)*

— Studien, Dokumentationen und Schulungen im Zusammenhang mit diesen Ausrüstungen (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich die Kommission bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

— Kauf, Miete, Instandhaltung und Reparatur von Fahrzeugen, insbesondere:

  — Anschaffung von Fahrzeugen, wovon zumindest eines für die Beförderung von Personen mit eingeschränkter Mobilität geeignet ist,

  — Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, die im Haushaltsjahr einen so hohen Gesamtkilometerstand erreicht haben werden, dass eine Ersetzung gerechtfertigt ist,

  — kurz- und langfristige Anmietung von Fahrzeugen, wenn der Bedarf höher ist als die Kapazität des Fuhrparks oder wenn der Fuhrpark nicht auf die Bedürfnisse von Fahrgästen mit eingeschränkter Mobilität zugeschnitten ist,

  — Kosten für die Instandhaltung, Instandsetzung und Versicherung der Dienstfahrzeuge (Kauf von Treibstoff, Schmiermitteln, Reifen, Schläuchen, verschiedenem Material, Ersatzteilen, Werkzeug usw.),

  — Kosten für verschiedene Versicherungen (insbesondere Haftpflichtversicherung, Diebstahlversicherung) und Versicherungskosten gemäß Artikel 84 der Haushaltsordnung,

— Kauf, Miete, Instandhaltung und Reparatur von Mobiliar, insbesondere:

  — Anschaffung von Büromobiliar sowie speziellen, insbesondere ergonomischen Möbeln, Regalen für die Archive usw.,

  — Ersatzbeschaffung für abgenutztes und beschädigtes Mobiliar,

  — Anschaffung von spezifischem Ausstattungsmaterial für Bibliotheken (Karteikästen, Regale, Kataloge usw.),

  — Miete von Mobiliar,

  — Wartung und Reparatur von Mobiliar (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich die Kommission den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

— Dienst- und Arbeitskleidung, insbesondere für:

  — die Anschaffung von Dienstkleidung für Amtsgehilfen und Fahrer,

  — für die Anschaffung und Reinigung von Arbeitskleidung für das technische Personal sowie für das Personal, das gegen Witterung und Kälte bzw. dessen Kleidung gegen übermäßigen Verschleiß und starke Verschmutzung geschützt werden muss,

  — Anschaffung bzw. Erstattung der erforderlichen Ausrüstung im Rahmen der Anwendung der Richtlinien 89/391/EWG und 90/270/EWG,

— Erwerb von Fahrscheinen (einfache Fahrt und „Business Pass“), kostenlose Nutzung der Strecken des öffentlichen Nahverkehrs zur Erleichterung der Mobilität zwischen den Dienstgebäuden der Kommission sowie zwischen den Dienstgebäuden der Kommission und öffentlichen Gebäuden (z. B. Flughafen), Dienstfahrräder sowie weitere Maßnahmen zur Förderung der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und der Mobilität des Kommissionspersonals, ausgenommen Dienstfahrzeuge,

— Beschaffung von Waren für die offizielle Betriebsgastronomie.

Die entsprechenden Ausgaben für Forschung werden aus den bei verschiedenen Posten in Artikel 01 05 der betreffenden Titel eingesetzten Mitteln gedeckt.

Veranschlagt sind die innerhalb des Hoheitsgebiets der Union anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Vertretungen der Kommission innerhalb der Union, die unter dem Posten 16 01 03 03 ausgewiesen sind.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 1 520 000 EUR veranschlagt.

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 22*** *(Fortsetzung)*

26 01 22 04 *(Fortsetzung)*

Die Bereitstellung spezifischer Mittel für die Erstattung der Kosten von Zeitkarten im öffentlichen Verkehr ist eine bescheidene, aber entscheidende Maßnahme, um das Eintreten der Organe der Union für eine Verringerung ihrer $CO_2$-Emissionen im Einklang mit ihrer Strategie für Umweltmanagement und -betriebsprüfung (EMAS) und den vereinbarten Zielen zur Bekämpfung des Klimawandels zu unterstreichen.

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14).

Richtlinie 2004/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste (ABl. L 134 vom 30.4.2004, S. 1).

Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge (ABl. L 134 vom 30.4.2004, S. 114).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

26 01 22 05 Dienstleistungen, Lieferungen und sonstige Betriebskosten in Brüssel

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 8 401 000 | 9 930 000 | 14 519 237,69 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für folgende im Gebiet der Union getätigte Ausgaben:

— Kosten für den Umzug und die Zusammenlegung der Dienststellen sowie Kosten für die Handhabung (Entgegennahme, Lagerung, Unterbringung) von Material, Mobiliar und Bürobedarf,

— Porto- und Zustellungskosten im normalen Schriftverkehr, für den Versand von Berichten und Veröffentlichungen sowie für Paketgebühren im Luft-, Schiffs- und Eisenbahnversand sowie für den internen Postdienst der Kommission,

— Beschaffung von Dienstleistungen für die offizielle Betriebsgastronomie.

— Kosten zur Beschaffung von Papier, Umschlägen, Büromaterial, Material für die Vervielfältigung sowie einige in Auftrag gegebene Druckarbeiten,

Die entsprechenden Ausgaben für Forschung werden aus den bei verschiedenen Posten in Artikel 01 05 der betreffenden Titel eingesetzten Mitteln gedeckt.

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 22*** *(Fortsetzung)*

26 01 22 05 *(Fortsetzung)*

Veranschlagt sind die innerhalb des Hoheitsgebiets der Union anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Vertretungen der Kommission innerhalb der Union, die unter dem Posten 16 01 03 03 ausgewiesen sind.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 2 890 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

26 01 22 06 Gebäudeüberwachung in Brüssel

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 31 939 000 | 32 500 000 | 37 614 336,93 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Ausgaben für Leistungen im Zusammenhang mit der Bewachung, der Überwachung und der Zugangskontrolle sowie dazugehörige Leistungen in den Dienstgebäuden der Kommission (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Wert 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich die Kommission bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)).

Die entsprechenden Ausgaben für Forschung werden aus den bei verschiedenen Posten in Artikel 01 05 der betreffenden Titel eingesetzten Mitteln gedeckt.

Veranschlagt sind die innerhalb des Hoheitsgebiets der Union anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Vertretungen der Kommission innerhalb der Union, die unter dem Posten 16 01 03 03 ausgewiesen sind.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 2 156 780 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 23 Gebäude, Anlagen und Logistik (Luxemburg)***

26 01 23 01 Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik in Luxemburg

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 24 539 000 | 25 191 000 | 24 425 502,77 |

*Erläuterungen*

Bei dem hier eingesetzten Betrag handelt es sich um die Mittel des Amtes für Gebäude, Anlagen und Logistik in Luxemburg; Einzelheiten hierzu sind einer spezifischen Anlage dieses Einzelplans zu entnehmen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 3 990 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2003/524/EG der Kommission vom 6. November 2002 über die Errichtung des Amtes für Gebäude, Anlagen und Logistik Luxemburg (ABl. L 183 vom 22.7.2003, S. 40).

26 01 23 02 Kauf und Miete von Gebäuden in Luxemburg

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 39 332 000 | 40 091 000 | 49 717 007,87 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für folgende im Gebiet der Union getätigte Ausgaben:

— Mieten und Erbpachtzinsen für die belegten Dienstgebäude oder Gebäudeteile sowie die Miete von Konferenzsälen, Lagerräumen, Garagen und Parkplätzen,

— Erwerb oder Mietkauf von Gebäuden,

— Errichtung von Gebäuden.

Die entsprechenden Ausgaben für Forschung werden aus den bei verschiedenen Posten in Artikel 01 05 der betreffenden Titel eingesetzten Mitteln gedeckt.

Veranschlagt sind die innerhalb des Hoheitsgebiets der Union anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Vertretungen der Kommission innerhalb der Union, die unter dem Posten 16 01 03 03 ausgewiesen sind.

Die Einnahmen aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten der EFTA zu den Gemeinkosten der Union gemäß den Artikeln 76 und 82 des EWR-Abkommens werden gemäß der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bei den einschlägigen Haushaltslinien eingesetzt. Diese Einnahmen werden mit 107 667 EUR veranschlagt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 3 892 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 23*** *(Fortsetzung)*

26 01 23 03 Gebäudenebenkosten in Luxemburg

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 17 138 000 | 17 481 000 | 17 460 700,09 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für folgende im Gebiet der Union getätigte Ausgaben:

— Zahlung der in den Versicherungspolicen für die Dienstgebäude oder Teile von Dienstgebäuden der Kommission vorgesehenen Prämien,

— Ausgaben für Wasser, Gas, Strom und Heizung,

— Kosten der Wartung von Räumen, Fahrstühlen, der Zentralheizung, Klimaanlagen usw., ferner Mittel für bestimmte regelmäßige Sonderreinigungen, Putz- und Pflegemittel, Wäscherei und chemische Reinigung usw. sowie für Malerarbeiten und das zur Instandsetzung und Instandhaltung in eigener Werkstatt erforderliche Material (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich die Kommission bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

— Ausgaben für die gesonderte Verwertung der Abfälle, deren Lagerung und deren Entsorgung,

— Herrichtungsarbeiten, wie die Versetzung von Zwischenwänden in den Gebäuden, Umbau von elektrischen Anlagen sowie sonstige handwerkliche Facharbeiten (Schlosser-, Elektriker-, Installateur- und Malerarbeiten, Verlegen von Fußbodenbelägen usw.) sowie Ausgaben für das entsprechende Material (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich die Kommission bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

— Ausgaben für Hygiene und Sicherheit der Personen am Arbeitsplatz, insbesondere für die Beschaffung, Miete und Instandhaltung der Brandbekämpfungsgeräte, für den Ersatz der Ausrüstungen des freiwilligen Rettungspersonals, für Fortbildungsmaßnahmen und gesetzlich vorgeschriebene Kontrollen (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich die Kommission bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

— Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung des Audits zur Zugänglichkeit von Gebäuden für Menschen mit Behinderungen und/oder eingeschränkter Mobilität und der Vornahme der notwendigen Anpassungen im Anschluss an ein solches Audit, um die Gebäude für alle Besucher uneingeschränkt zugänglich zu machen,

— Kosten der rechtlichen, finanziellen und technischen Gutachten, die vor dem Erwerb, der Anmietung oder der Errichtung von Gebäuden in Auftrag zu geben sind,

— sonstige Gebäudekosten, insbesondere Gebäudeverwaltungskosten, Kosten für Zustandsfeststellungen sowie Abgaben für öffentliche Dienstleistungen (Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren usw.),

— Ausgaben für die technische Unterstützung bei umfangreichen Herrichtungsarbeiten.

Die entsprechenden Ausgaben für Forschung werden aus den bei verschiedenen Posten in Artikel 01 05 der betreffenden Titel eingesetzten Mitteln gedeckt.

Veranschlagt sind die innerhalb des Hoheitsgebiets der Union anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Vertretungen der Kommission innerhalb der Union, die unter dem Posten 16 01 03 03 ausgewiesen sind.

Die Einnahmen aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten der EFTA zu den Gemeinkosten der Union gemäß den Artikeln 76 und 82 des EWR-Abkommens werden gemäß der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bei den einschlägigen Haushaltslinien eingesetzt. Diese Einnahmen werden mit 46 914 EUR veranschlagt.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 245 000 EUR veranschlagt.

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 23*** *(Fortsetzung)*

26 01 23 03 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14).

Entscheidung des Europäischen Bürgerbeauftragten vom 4. Juli 2007 zu der Initiativuntersuchung OI/3/2003/JMA betreffend die Europäische Kommission.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

26 01 23 04 Ausgaben für Ausstattung und Mobiliar in Luxemburg

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 087 000 | 1 087 000 | 969 068,43 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für folgende im Gebiet der Union getätigte Ausgaben:

— Kauf, Anmietung oder Leasing, Instandhaltung, Reparatur, Installierung und Ersatzbeschaffung von Geräten und technischem Material, insbesondere von:

  — Geräten und Material (einschließlich Kopiergeräten) für die Herstellung, Vervielfältigung und Archivierung von Veröffentlichungen und Dokumenten auf verschiedenen Trägern (Papier, EDV usw.),

  — Ausrüstungen für Audio-Video-Technik, Bibliothek und Dolmetschen (Kabinen, Hörgarnituren und Einbauplatten für Simultandolmetschanlagen usw.),

  — Material für Kantinen und Restaurants,

  — verschiedenem Arbeitsgerät für die Werkstätten, die für die Gebäudeinstandhaltung zuständig sind,

  — Einrichtungen, die für Bedienstete mit Behinderungen erforderlich sind,

  — Studien, Dokumentationen und Schulungen im Zusammenhang mit diesen Ausrüstungen (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich die Kommission bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

— Kauf, Miete, Instandhaltung und Reparatur von Fahrzeugen, insbesondere:

  — Anschaffung von Fahrzeugen, wovon zumindest eines für die Beförderung von Personen mit eingeschränkter Mobilität geeignet ist,

  — Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, die im Haushaltsjahr einen so hohen Gesamtkilometerstand erreicht haben werden, dass eine Ersetzung gerechtfertigt ist,

  — kurz- und langfristige Anmietung von Fahrzeugen, wenn der Bedarf höher ist als die Kapazität des Fuhrparks oder wenn der Fuhrpark nicht auf die Bedürfnisse von Fahrgästen mit eingeschränkter Mobilität zugeschnitten ist,

  — Kosten für die Instandhaltung, Instandsetzung und Versicherung der Dienstfahrzeuge (Kauf von Treibstoff, Schmiermitteln, Reifen, Schläuchen, verschiedenem Material, Ersatzteilen, Werkzeug usw.),

  — Kosten für verschiedene Versicherungen (insbesondere Haftpflichtversicherung, Diebstahlversicherung) und Versicherungskosten gemäß Artikel 84 der Haushaltsordnung,

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 23*** *(Fortsetzung)*

26 01 23 04 *(Fortsetzung)*

— Kauf, Miete, Instandhaltung und Reparatur von Mobiliar, insbesondere:

  — Anschaffung von Büromobiliar sowie speziellen, insbesondere ergonomischen Möbeln, Regalen für die Archive usw.,

  — Ersatzbeschaffung für abgenutztes und beschädigtes Mobiliar,

  — Anschaffung von spezifischem Ausstattungsmaterial für Bibliotheken (Karteikästen, Regale, Kataloge usw.),

  — Miete von Mobiliar,

  — Wartung und Reparatur von Mobiliar (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich die Kommission den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

— Dienst- und Arbeitskleidung, insbesondere für:

  — die Anschaffung von Dienstkleidung für Amtsgehilfen und Fahrer,

  — für die Anschaffung und Reinigung von Arbeitskleidung für das technische Personal sowie für das Personal, das gegen Witterung und Kälte bzw. dessen Kleidung gegen übermäßigen Verschleiß und starke Verschmutzung geschützt werden muss,

  — Anschaffung bzw. Erstattung der erforderlichen Ausrüstung im Rahmen der Anwendung der Richtlinien 89/391/EWG und 90/270/EWG.

Die entsprechenden Ausgaben für Forschung werden aus den bei verschiedenen Posten in Artikel 01 05 der betreffenden Titel eingesetzten Mitteln gedeckt.

Veranschlagt sind die innerhalb des Hoheitsgebiets der Union anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Vertretungen der Kommission innerhalb der Union, die unter dem Posten 16 01 03 03 ausgewiesen sind.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 29 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14).

Richtlinie 2004/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste (ABl. L 134 vom 30.4.2004, S. 1).

Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge (ABl. L 134 vom 30.4.2004, S. 114).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 23*** *(Fortsetzung)*

26 01 23 05 Dienstleistungen, Lieferungen und sonstige Betriebskosten in Luxemburg

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 017 000 | 1 034 000 | 1 019 208,12 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für folgende im Gebiet der Union getätigte Ausgaben:

— Kosten für den Umzug und die Zusammenlegung der Dienststellen sowie Kosten für die Handhabung (Entgegennahme, Lagerung, Unterbringung) von Material, Mobiliar und Bürobedarf,

— Porto- und Zustellungskosten im normalen Schriftverkehr, für den Versand von Berichten und Veröffentlichungen sowie für Paketgebühren im Luft-, Schiffs- und Eisenbahnversand sowie für den internen Postdienst der Kommission,

— Kosten zur Beschaffung von Papier, Umschlägen, Büromaterial, Material für die Vervielfältigung sowie einige in Auftrag gegebene Druckarbeiten,

Die entsprechenden Ausgaben für Forschung werden aus den bei verschiedenen Posten in Artikel 01 05 der betreffenden Titel eingesetzten Mitteln gedeckt.

Veranschlagt sind die innerhalb des Hoheitsgebiets der Union anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Vertretungen der Kommission innerhalb der Union, die unter dem Posten 16 01 03 03 ausgewiesen sind.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 72 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

26 01 23 06 Gebäudeüberwachung in Luxemburg

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 862 000 | 5 640 000 | 5 999 246,91 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für folgende im Gebiet der Union getätigte Ausgaben:

— Ausgaben für die physische und materielle Sicherheit von Personen und Sachgütern, insbesondere für Gebäudeüberwachungsverträge, Verträge über die Instandhaltung von Sicherheitsanlagen, Fortbildungsmaßnahmen und Beschaffung von Kleinmaterial (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich die Kommission bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 23*** *(Fortsetzung)*

26 01 23 06 *(Fortsetzung)*

— Ausgaben für Hygiene und Sicherheit der Personen am Arbeitsplatz, insbesondere für die Beschaffung, Miete und Instandhaltung der Brandbekämpfungsgeräte, für den Ersatz der Ausrüstungen des freiwilligen Rettungspersonals, für Fortbildungsmaßnahmen und gesetzlich vorgeschriebene Kontrollen (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich die Kommission bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)).

Die entsprechenden Ausgaben für Forschung werden aus den bei verschiedenen Posten in Artikel 01 05 der betreffenden Titel eingesetzten Mitteln gedeckt.

Veranschlagt sind die innerhalb des Hoheitsgebiets der Union anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Vertretungen der Kommission innerhalb der Union, die unter dem Posten 16 01 03 03 ausgewiesen sind.

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***26 01 40*** ***Sicherheit und Überwachung***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 888 000 | 8 044 000 | 8 939 293,11 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für

— die physische und materielle Sicherheit von Personen und Sachgütern, insbesondere für Anschaffung, Anmietung oder Leasing, Wartung, Instandsetzung, Installation und Ersatzbeschaffung von Material und sicherheitstechnischen Anlagen,

— Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, insbesondere für gesetzlich vorgeschriebene Kontrollen (Kontrollen der technischen Anlagen in den Gebäuden, Sicherheitskoordinierung und Gesundheitskontrollen der Lebensmittel), für Beschaffung, Miete und Instandhaltung der Brandbekämpfungsmaterials, für Fortbildung und Ausstattung der Einsatzleiter (ECI) und Brandschutzhelfer (EPI), deren Präsenz in den Gebäuden gesetzlich vorgeschrieben ist.

Vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich die Kommission bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln).

Die entsprechenden Ausgaben für Forschung werden aus den bei verschiedenen Posten in Artikel 01 05 der betreffenden Titel eingesetzten Mitteln gedeckt.

Veranschlagt sind die innerhalb des Hoheitsgebiets der Union anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Vertretungen der Kommission innerhalb der Union, die unter dem Posten 16 01 03 03 ausgewiesen sind.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 620 000 EUR veranschlagt.

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 40*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***26 01 60 Personalpolitik und -verwaltung***

26 01 60 01 Ärztlicher Dienst

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 463 000 | 5 554 000 | 5 898 027,61 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 50 01*

Die veranschlagten Mittel dienen der Deckung

— der Kosten für ärztliche Jahres- und Einstellungsuntersuchungen, für Behandlungsmaterial und Arzneimittel, für den Ankauf von aus medizinischen Gründen erforderlichen Arbeitsgeräten und Spezialmobiliar sowie der Kosten der Tätigkeit des Invaliditätsausschusses,

— der Kosten des örtlichen ärztlichen, paramedizinischen und psychosozialen Vertragspersonals und von Vertretungskräften sowie der Ausgaben für externe Leistungen von Fachärzten, die von den Vertrauensärzten für erforderlich erachtet werden,

— der Kosten für die ärztlichen Untersuchungen bei der Einstellung von Betreuern für die Kindertagesstätten,

— der Kosten für die ärztliche Kontrolle strahlenexponierter Bediensteter im Rahmen des Gesundheitsschutzes,

— der Kosten für die Anschaffung bzw. Erstattung der im Rahmen der Anwendung der Richtlinien 89/391/EWG und 90/270/EWG erforderlichen Ausrüstungen.

Die Mittel decken die innerhalb des Gebiets der Union anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Vertretungen der Kommission innerhalb der Union, die unter dem Posten 16 01 03 03 ausgewiesen sind.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 1 110 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Kapitel III.

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14).

Einzelstaatliche Rechtsvorschriften über die Grundnormen.

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 60*** *(Fortsetzung)*

26 01 60 02 Ausgaben für Auswahlverfahren und Personaleinstellung

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 520 000 | 1 620 000 | 1 208 442,10 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 50 02*

Die bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mittel dienen zur Deckung

— der Kosten für die Einstellung und die Auswahl für Führungsposten,

— der Kosten für die Einladung der erfolgreichen Bewerber zu Einstellungsgesprächen,

— der Kosten für die Einladung von Beamten und sonstigen Bediensteten der Delegationen, die an einem Auswahlverfahren oder einer Auswahl teilnehmen,

— der Kosten der Organisation von Auswahlverfahren und der Auswahl gemäß Artikel 3 des Beschlusses 2002/620/EG.

In durch funktionelle Erfordernisse ausreichend begründeten Fällen und nach Konsultation des Europäischen Amtes für Personalauswahl können diese Mittel für vom Organ selbst durchgeführte Auswahlverfahren verwendet werden.

Nicht gedeckt sind Personalausgaben, die durch die Mittel aus den Kapiteln 01 04 und 01 05 der einzelnen Titel gedeckt sind.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 61 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Beschluss 2002/620/EG des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Bürgerbeauftragten vom 25. Juli 2002 über die Errichtung des Amtes für Personalauswahl der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 197 vom 26.7.2002, S. 53).

Beschluss der Generalsekretäre des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Kanzlers des Gerichtshofes, der Generalsekretäre des Rechnungshofes, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Vertreters des Bürgerbeauftragten vom 25. Juli 2002 über die Organisation und den Betrieb des Amtes für Personalauswahl der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 197 vom 26.7.2002, S. 56).

26 01 60 04 Interinstitutionelle Zusammenarbeit im sozialen Bereich

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 919 000 | 7 048 000 | 15 272 549,90 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 50 04*

Die Mittel dieses Postens dienen der Deckung folgender Ausgaben:

— der Ausgaben für die Gestaltung und Weiterentwicklung der Intranet-Site der Kommission (*My IntraComm*) sowie die Herausgabe der Monatszeitung *Commission en direct*,

— sonstiger Ausgaben für interne Kommunikation und Information, einschließlich Werbemaßnahmen,

— der Ausgaben für die Einstellung von Aushilfspersonal für die von der Kommission organisierten Kindertagesstätten, Ferienzentren und Freiluftagesstätten,

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 60*** *(Fortsetzung)*

26 01 60 04 *(Fortsetzung)*

— der Ausgaben für Vervielfältigungs- und Schreibarbeiten außerhalb des Hauses, soweit diese nicht von den Dienststellen der Kommission ausgeführt werden können,

— der Ausgaben in Verbindung mit privatrechtlichen Verträgen, die zur Vertretung der in der Kinderkrippe tätigen verbeamteten Kindergärtner(innen) und Krankenpfleger(innen) geschlossen werden,

— eines Teils der Ausgaben für das „Foyer“, für kulturelle Veranstaltungen, für Zuschüsse an die Personalklubs sowie für die Verwaltung und Erweiterung der Sportstätten,

— der Ausgaben für Maßnahmen, die die sozialen Beziehungen zwischen Bediensteten unterschiedlicher Staatsangehörigkeit sowie die Integration der Familien fördern,

— einer finanziellen Beteiligung an den Kosten des Personals für Tätigkeiten wie häusliche Hilfen, Rechtsberatung, Freiluft-Kindertagesstätten, Sprachkurse und kulturelle Veranstaltungen,

— der Ausgaben für die Betreuung der neuen Beamten und Bediensteten auf Zeit und deren Familien sowie für die Beratung des Personals in Grundstücksfragen,

— der Ausgaben für finanzielle Zuwendungen an Beamte, ehemalige Beamte oder Rechtsnachfolger eines verstorbenen Beamten, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden,

— bestimmter Ausgaben für Kleinkindertagesstätten und sonstige Kinderkrippen und Tagesstätten (die Einnahmen aus dem Elternbeitrag sind wieder zu verwenden),

— der Ausgaben für Maßnahmen als Zeichen der Anerkennung für Beamte, insbesondere Aufwendungen für die Medaillen, die den Beamten nach zwanzig Dienstjahren verliehen werden, und das Geschenk, das die Beamten bei ihrer Versetzung in den Ruhestand erhalten,

— Sonderzahlungen an die Empfänger und Anspruchsberechtigten von Versorgungsbezügen der Union sowie an etwaige unterhaltsberechtigte Hinterbliebene, die sich in einer besonders schwierigen Situation befinden,

— der Finanzierung vorbeugender Maßnahmen, die den spezifischen Bedürfnissen der ehemaligen Bediensteten in den Mitgliedstaaten entsprechen, sowie des Beitrags zugunsten der Vereinigungen ehemaliger Bediensteter.

Die entsprechenden Ausgaben für Forschung werden aus den bei verschiedenen Posten in Artikel 01 05 der betreffenden Titel eingesetzten Mitteln gedeckt.

Diese Mittel sind ferner zur Deckung der Kosten einer Aktionspolitik zugunsten von Behinderten in den folgenden Kategorien vorgesehen:

— Beamte im aktiven Dienst und Bedienstete auf Zeit,

— Ehegatten dieser Personen,

— alle im Sinne des Statuts unterhaltspflichtigen Kinder der Beamten der Europäischen Union.

Damit soll im Rahmen der Möglichkeiten des Haushalts und nach Ausschöpfung der Ansprüche im Aufenthaltsland bzw. Herkunftsland die Erstattung von als notwendig anerkannten Kosten (außer Arztkosten), die sich aus der Behinderung ergeben und nachweislich belegt sind, finanziert werden.

Die Mittel sind weiterhin dazu bestimmt, einen Teil der Ausgaben für den Schulbesuch von Kindern zu decken, die aus unabweisbaren pädagogischen Gründen nicht oder nicht mehr zu den Europäischen Schulen zugelassen sind, oder die aus Gründen des Dienstortes des Vaters oder der Mutter, die Beamte sind (Außenstellen), keinen Schulunterricht in einer Europäischen Schule erhalten können.

Die Mittel decken die innerhalb des Gebiets der Union anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Vertretungen der Kommission innerhalb der Union, die unter dem Posten 16 01 03 03 ausgewiesen sind.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 4 656 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 60*** *(Fortsetzung)*

26 01 60 06 Beamte des Organs, die vorübergehend bei nationalen Verwaltungen, internationalen Organisationen und öffentlichen oder privaten Einrichtungen oder Unternehmen beschäftigt sind

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 250 000 | 250 000 | 182 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 50 06*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung zusätzlicher Ausgaben im Zusammenhang mit der Abordnung von Beamten der Union, d. h. für die Vergütungen und Kostenerstattungen, auf die diese Beamten im Zuge ihrer Abordnung Anspruch haben.

Des Weiteren sind diese Mittel zur Deckung der Ausgaben bestimmt, die für spezifische Ausbildungspraktika bei Verwaltungsbehörden oder sonstigen Einrichtungen von Mitgliedstaaten und Drittländern anfallen.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

26 01 60 07 Schadenersatz

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 150 000 | 150 000 | 4 350 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 50 07*

Veranschlagt sind Mittel

— für den von der Kommission zu leistenden Schadenersatz sowie die im Rahmen ihrer Haftpflicht anfallenden Ausgaben, die Personalfragen oder die laufende Verwaltungstätigkeit des Organs betreffen,

— für Ausgaben in Einzelfällen, in denen aus Billigkeitsgründen eine Entschädigung zu zahlen ist.

26 01 60 08 Sonstige Versicherungen

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 58 000 | 58 000 | 24 500,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 50 08*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben u. a. für die Betriebshaftpflichtversicherung und sonstige vom Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche verwalteter Versicherungen für die Kommission, die Agenturen, die Gemeinsame Forschungsstelle, die Delegationen der Union und Vertretungen der Kommission, und den Bereich Indirekte Forschung.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 60*** *(Fortsetzung)*

26 01 60 09 Sprachkurse

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 417 000 | 3 524 000 | 4 226 122,28 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 50 09*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— Kosten für die Durchführung von Sprachkursen für Beamte und sonstige Bedienstete,

— Kosten für die Durchführung von Sprachkursen für die Ehegatten von Beamten und von sonstigen Bediensteten im Rahmen der Integrationsmaßnahmen,

— Ausgaben für die Anschaffung von Material und Dokumentation,

— Ausgaben für die Inanspruchnahme von Sachverständigen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 600 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

***26 01 70 Europäische Schulen***

26 01 70 01 Büro des Generalsekretärs der Europäischen Schulen (Brüssel)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 530 524 | 7 570 534 | 7 101 658,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 51 01*

Diese Mittel dienen als Beitrag zur Finanzierung des Büros des Generalsekretärs der Europäischen Schulen (Brüssel).

Die Europäischen Schulen müssen die Grundsätze der Nichtdiskriminierung und der Chancengleichheit einhalten.

*Verweise*

Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen (ABl. L 212 vom 17.8.1994, S. 3).

26 01 70 02 Brüssel I (Uccle)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 23 834 870 | 24 097 099 | 24 485 327,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 51 02*

Diese Mittel sind für den Haushalt der Europäischen Schule in Brüssel-Uccle (Brüssel I) bestimmt.

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 70*** *(Fortsetzung)*

26 01 70 02 *(Fortsetzung)*

*Verweise*

Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen (ABl. L 212 vom 17.8.1994, S. 3).

26 01 70 03 Brüssel II (Woluwe)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 22 672 844 | 23 717 185 | 23 288 067,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 51 03*

Diese Mittel sind für den Haushalt der Europäischen Schule in Brüssel-Woluwe (Brüssel II) bestimmt.

*Verweise*

Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen (ABl. L 212 vom 17.8.1994, S. 3).

26 01 70 04 Brüssel III (Ixelles)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 22 856 466 | 23 692 379 | 22 759 039,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 51 04*

Diese Mittel sind für den Haushalt der Europäischen Schule in Brüssel-Ixelles (Brüssel III) bestimmt.

*Verweise*

Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen (ABl. L 212 vom 17.8.1994, S. 3).

26 01 70 05 Brüssel IV (Laeken)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 11 370 694 | 10 617 239 | 9 512 316,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 51 05*

Diese Mittel sind für den Haushalt der Europäischen Schule in Brüssel-Laeken (Brüssel IV) bestimmt.

*Verweise*

Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen (ABl. L 212 vom 17.8.1994, S. 3).

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 70*** *(Fortsetzung)*

26 01 70 11 Luxemburg I

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 19 323 075 | 20 608 988 | 24 128 581,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 51 11*

Diese Mittel sind für den Haushalt der Europäischen Schule Luxemburg I bestimmt.

*Verweise*

Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen (ABl. L 212 vom 17.8.1994, S. 3).

26 01 70 12 Luxemburg II

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 14 824 360 | 17 094 433 | 9 204 874,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 51 12*

Diese Mittel sind für den Haushalt der Europäischen Schule Luxemburg II bestimmt.

*Verweise*

Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen (ABl. L 212 vom 17.8.1994, S. 3).

26 01 70 21 Mol (B)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 784 399 | 6 097 656 | 6 058 349,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 51 21*

Diese Mittel sind für den Haushalt der Europäischen Schule in Mol bestimmt.

*Verweise*

Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen (ABl. L 212 vom 17.8.1994, S. 3).

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 70*** *(Fortsetzung)*

26 01 70 22 Frankfurt am Main (D)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 206 917 | 6 903 749 | 6 854 139,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 51 22*

Diese Mittel sind für den Haushalt der Europäischen Schule in Frankfurt/Main bestimmt.

*Verweise*

Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen (ABl. L 212 vom 17.8.1994, S. 3).

26 01 70 23 Karlsruhe (D)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 655 164 | 2 785 194 | 3 054 845,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 51 23*

Diese Mittel sind für den Haushalt der Europäischen Schule in Karlsruhe bestimmt.

*Verweise*

Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen (ABl. L 212 vom 17.8.1994, S. 3).

26 01 70 24 München (D)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 522 840 | 348 531 | 424 350,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 51 24*

Diese Mittel sind für den Haushalt der Europäischen Schule in München bestimmt.

*Verweise*

Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen (ABl. L 212 vom 17.8.1994, S. 3).

26 01 70 25 Alicante (E)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 248 534 | 7 839 695 | 8 097 123,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 51 25*

Diese Mittel sind für den Haushalt der Europäischen Schule in Alicante bestimmt.

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 70*** *(Fortsetzung)*

26 01 70 25 *(Fortsetzung)*

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 3 000 000 EUR veranschlagt.

*Verweise*

Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen (ABl. L 212 vom 17.8.1994, S. 3).

26 01 70 26 Varese (IT)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 9 985 084 | 10 972 286 | 9 670 615,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 51 26*

Diese Mittel sind für den Haushalt der Europäischen Schule in Varese bestimmt.

*Verweise*

Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen (ABl. L 212 vom 17.8.1994, S. 3).

26 01 70 27 Bergen (NL)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 097 910 | 4 579 641 | 4 304 020,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 51 27*

Diese Mittel sind für den Haushalt der Europäischen Schule in Bergen bestimmt.

*Verweise*

Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen (ABl. L 212 vom 17.8.1994, S. 3).

26 01 70 28 Culham (GB)

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 350 182 | 4 629 474 | 5 062 003,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 51 28*

Diese Mittel sind für den Haushalt der Europäischen Schule in Culham bestimmt.

*Verweise*

Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen (ABl. L 212 vom 17.8.1994, S. 3).

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“** *(Fortsetzung)*

***26 01 70*** *(Fortsetzung)*

26 01 70 31 Beitrag der Union für die Europäischen Schulen des Typs II

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 149 780 | 6 848 000 | 3 925 738,31 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 26 01 51 31*

Diese Mittel sind für den Beitrag der Kommission zu den Europäischen Schulen des Typs II bestimmt, die vom Obersten Rat der Europäischen Schulen anerkannt wurden und die eine Finanzvereinbarung mit der Kommission unterzeichnet haben.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis j der Haushaltsordnung werden auf 2 664 000 EUR veranschlagt.

*Verweise*

Beschluss C(2013) 4886 der Kommission vom 14. August 2013.

**KAPITEL 26 02 — MULTIMEDIAPRODUKTION**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 26 02 | MULTIMEDIAPRODUKTION | | | | | | | | |
| ***26 02 01*** | ***Vergabe- und Veröffentlichungsverfahren für öffentliche Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge*** | 1.1 | 10 890 000 | 10 022 520 | 14 738 200 | 12 849 449 | 13 615 201,67 | 15 646 527,79 | 156,11 |
| | **Kapitel 26 02 — Insgesamt** | | **10 890 000** | **10 022 520** | **14 738 200** | **12 849 449** | **13 615 201,67** | **15 646 527,79** | **156,11** |

## *26 02 01 Vergabe- und Veröffentlichungsverfahren für öffentliche Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 10 890 000 | 10 022 520 | 14 738 200 | 12 849 449 | 13 615 201,67 | 15 646 527,79 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für

— die Sammlung, Bearbeitung, Veröffentlichung und Verbreitung von Bekanntmachungen öffentlicher Aufträge von Auftraggebern in der Union und in Drittstaaten auf verschiedenen Trägern sowie für deren Aufnahme in die Dienste des eProcurement, die den Unternehmen und öffentlichen Auftraggebern von den Organen angeboten werden. Darunter fallen die Ausgaben für die Übersetzung der von den Organen ausgeschriebenen öffentlichen Aufträge,

— die Förderung und den Einsatz neuer Technologien für die Sammlung und Verbreitung von Bekanntmachungen öffentlicher Aufträge auf elektronischem Wege,

— die Entwicklung und Nutzung von Diensten des eProcurement für die Phasen der Auftragsvergabe.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 40 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung Nr. 1 des Rates vom 15. April 1958 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. 17 vom 6.10.1958, S. 385).

Entscheidung des Rates vom 15. September 1958 über die Gründung des Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften (ABl. 17 vom 6.10.1958, S. 419).

Verordnung (EWG) Nr. 2137/85 des Rates vom 25. Juli 1985 über die Schaffung einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV) (ABl. L 199 vom 31.7.1985, S. 1).

Richtlinie 89/665/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Nachprüfungsverfahren im Rahmen der Vergabe öffentlicher Liefer- und Bauaufträge (ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 33).

Richtlinie 92/13/EWG des Rates vom 25. Februar 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Gemeinschaftsvorschriften über die Auftragsvergabe durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (ABl. L 76 vom 23.3.1992, S. 14).

Beschluss 94/1/EGKS, EG des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 1993 über den Abschluss des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten sowie der Republik Österreich, der Republik Finnland, der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen, dem Königreich Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 1).

Beschluss 94/800/EG des Rates vom 22. Dezember 1994 über den Abschluss der Übereinkünfte im Rahmen der multilateralen Uruguay-Runde (1986-1994) im Namen der Europäischen Gemeinschaft in Bezug auf die in ihre Zuständigkeit fallenden Bereiche (ABl. L 336 vom 23.12.1994, S. 1), geändert durch das Urteil des Gerichtshofs vom 10. März 1998, Rechtssache C-122/95, Slg. 1998, I-973.

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 02 — MULTIMEDIAPRODUKTION** *(Fortsetzung)*

***26 02 01*** *(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE) (ABl. L 294 vom 10.11.2001, S. 1).

Beschluss 2002/309/EG, Euratom des Rates und — bezüglich des Abkommens über die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit — der Kommission vom 4. April 2002 über den Abschluss von sieben Abkommen mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 1), insbesondere das Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen.

Verordnung (EG) Nr. 2195/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. November 2002 über das Gemeinsame Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV) (ABl. L 340 vom 16.12.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1435/2003 des Rates vom 22. Juli 2003 über das Statut der Europäischen Genossenschaft (SCE) (ABl. L 207 vom 18.8.2003, S. 1).

Richtlinie 2004/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste (ABl. L 134 vom 30.4.2004, S. 1).

Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge (ABl. L 134 vom 30.4.2004, S. 114).

Entscheidung 2005/15/EG der Kommission vom 7. Januar 2005 über die Durchführungsmodalitäten für das Verfahren nach Artikel 30 der Richtlinie 2004/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste (ABl. L 7 vom 11.1.2005, S. 7).

Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 19).

Beschluss 2007/497/EG der Europäischen Zentralbank vom 3. Juli 2007 über die Festlegung der Vergaberegeln (EZB/2007/5) (ABl. L 184 vom 14.7.2007, S. 34).

Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und Nr. 1107/70 des Rates (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. September 2008 über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft (ABl. L 293 vom 31.10.2008, S. 3).

Richtlinie 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG (ABl. L 216 vom 20.8.2009, S. 76).

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 842/2011 der Kommission vom 19. August 2011 zur Einführung von Standardformularen für die Veröffentlichung von Vergabebekanntmachungen im Rahmen von Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1564/2005 (ABl. L 222 vom 27.8.2011, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1251/2011 der Kommission vom 30. November 2011 zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG, 2004/18/EG und 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Schwellenwerte für die Anwendung auf Verfahren zur Auftragsvergabe (ABl. L 319 vom 2.12.2011, S. 43).

Richtlinie 2013/16/EU des Rates vom 13. Mai 2013 zur Anpassung einiger Richtlinien im Bereich der Vergabe öffentlicher Aufträge aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 184).

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 03 — DIENSTE FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNGEN, UNTERNEHMEN UND BÜRGER**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 26 03 | DIENSTE FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNGEN, UNTERNEHMEN UND BÜRGER | | | | | | | | |
| ***26 03 01*** | ***Netze für den Datenaustausch zwischen Verwaltungen*** | | | | | | | | |
| 26 03 01 01 | Interoperabilitätslösungen für europäische öffentliche Verwaltungen | 1.1 | 23 700 000 | 13 894 437 | 25 700 000 | 20 872 610 | 26 337 754,81 | 21 557 679,31 | 155,15 |
| 26 03 01 02 | Abschluss früher IDA- und IDABC-Programme | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 499 995,92 | — |
| | *Artikel 26 03 01 — Subtotal* | | 23 700 000 | 13 894 437 | 25 700 000 | 20 872 610 | 26 337 754,81 | 22 057 675,23 | 158,75 |
| ***26 03 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 26 03 77 01 | Vorbereitende Maßnahme — Öffentliche Verwaltung und Erasmus | 5.2 | p.m. | 300 000 | 600 000 | 600 000 | 600 000,— | 261 510,24 | 87,17 |
| | *Artikel 26 03 77 — Subtotal* | | p.m. | 300 000 | 600 000 | 600 000 | 600 000,— | 261 510,24 | 87,17 |
| | **Kapitel 26 03 — Insgesamt** | | **23 700 000** | **14 194 437** | **26 300 000** | **21 472 610** | **26 937 754,81** | **22 319 185,47** | **157,24** |

## *26 03 01 Netze für den Datenaustausch zwischen Verwaltungen*

26 03 01 01 Interoperabilitätslösungen für europäische öffentliche Verwaltungen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 23 700 000 | 13 894 437 | 25 700 000 | 20 872 610 | 26 337 754,81 | 21 557 679,31 |

*Erläuterungen*

Mit Beschluss Nr. 922/2009/EG wurde ein Programm über Interoperabilitätslösungen für europäische öffentliche Verwaltungen (ISA) eingerichtet, das als Folgeinitiative zu dem im Dezember 2009 auslaufenden IDABC-Programm gedacht war.

Das Programm ISA zielt darauf ab, eine wirksame und effiziente grenz- und sektorübergreifende elektronische Interaktion zwischen europäischen Behörden zu erleichtern, um so die Erbringung elektronischer öffentlicher Dienstleistungen zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund muss das Programm ISA einen Beitrag zur Erstellung des organisatorischen, finanziellen und betrieblichen Rahmens leisten, indem die Verfügbarkeit gemeinsamer Rahmen, gemeinsamer Dienste und allgemeiner Instrumente gewährleistet und eine verstärkte Sensibilisierung für die Aspekte der Informations- und Kommunikationstechnologie von Rechtsvorschriften der Union bewirkt werden.

Das Programm ISA leistet somit einen Beitrag zur Stärkung und Umsetzung der Politiken und Rechtsvorschriften der Union.

Das Programm wird in enger Zusammenarbeit und Koordinierung mit den Mitgliedstaaten und betreffenden Sektoren im Rahmen von Studien, Projekten und flankierenden Maßnahmen durchgeführt.

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

**KAPITEL 26 03 — DIENSTE FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNGEN, UNTERNEHMEN UND BÜRGER** *(Fortsetzung)*

***26 03 01*** *(Fortsetzung)*

26 03 01 01 *(Fortsetzung)*

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Kandidatenländern und, sofern zutreffend, potenziellen Kandidaten unter den westlichen Balkanstaaten für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2004/387/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über die interoperable Erbringung europaweiter elektronischer Behördendienste (eGovernment-Dienste) für öffentliche Verwaltungen, Unternehmen und Bürger (IDABC) (ABl. L 181 vom 18.5.2004, S. 25).

Beschluss Nr. 922/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Interoperabilitätslösungen für europäische öffentliche Verwaltungen (ISA) (ABl. L 260 vom 3.10.2009, S. 20).

26 03 01 02 Abschluss früher IDA- und IDABC-Programme

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 499 995,92 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2004/387/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über die interoperable Erbringung europaweiter elektronischer Behördendienste (eGovernment-Dienste) für öffentliche Verwaltungen, Unternehmen und Bürger (IDABC) (ABl. L 181 vom 18.5.2004, S. 25).

**KAPITEL 26 03 — DIENSTE FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNGEN, UNTERNEHMEN UND BÜRGER** *(Fortsetzung)*

### *26 03 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*

26 03 77 01 Vorbereitende Maßnahme — Öffentliche Verwaltung und Erasmus

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 300 000 | 600 000 | 600 000 | 600 000,— | 261 510,24 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 26 03 03*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 26 — VERWALTUNG DER KOMMISSION*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG FÜR DAS AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN

— ÖFFENTLICHE WEBSITES

— KATALOGISIERUNG UND ARCHIVIERUNG

— VERTEILUNG UND WERBUNG

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DES AMTS FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK (LUXEMBURG)

— VERWALTUNG DER GEBÄUDE UND AUSGABEN (LUXEMBURG)

— VERWALTUNG DER SOZIALEN EINRICHTUNGEN (INTERINSTITUTIONELL, LUXEMBURG)

— GEBÄUDEKOSTEN (ANSCHAFFUNG, MIET- UND NEBENKOSTEN)

— AUSSTATTUNG, MOBILIAR, BÜROBEDARF UND DIENSTLEISTUNGEN

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG UND VERWALTUNG DES AMTS FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK (BRÜSSEL)

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG UND VERWALTUNG DER GENERALDIREKTION „HUMANRESSOURCEN UND SICHERHEIT“

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „HUMANRESSOURCEN UND SICHERHEIT“

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „INFORMATIK“

— IKT-INFRASTRUKTUR

— KONTROLLE DER INFORMATIONSSYSTEME — IKT-BERATUNG, ENTWICKLUNG UND UNTERSTÜTZUNG DER INFORMATIONSSYSTEME

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „INFORMATIK“

— DIENSTLEISTUNGEN IM BEREICH IKT-INFRASTRUKTUR

— EUROPÄISCHE VERWALTUNGSAKADEMIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DES EUROPÄISCHEN AMTS FÜR PERSONALAUSWAHL

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DES AMTS FÜR DIE FESTSTELLUNG UND ABWICKLUNG INDIVIDUELLER ANSPRÜCHE

KOMMISSION

*TITEL 27*

**HAUSHALT**

# TITEL 27

# HAUSHALT

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 27 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „HAUSHALT“ | 67 186 613 | 67 186 613 | 67 450 570 | 67 450 570 | 60 330 542,56 | 60 330 542,56 |
| 27 02 | HAUSHALTSVOLLZUG, KONTROLLE UND ENTLASTUNG | 28 600 000 | 28 600 000 | 75 000 000 | 75 000 000 | 0,— | 0,— |
| | **Titel 27 — Insgesamt** | **95 786 613** | **95 786 613** | **142 450 570** | **142 450 570** | **60 330 542,56** | **60 330 542,56** |

KOMMISSION
*TITEL 27 — HAUSHALT*

# TITEL 27

# HAUSHALT

## KAPITEL 27 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „HAUSHALT“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 27 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „HAUSHALT“ | | | | | |
| ***27 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Haushalt“*** | 5.2 | 40 668 649 | 41 572 649 | 41 810 953,15 | 102,81 |
| ***27 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Haushalt“*** | | | | | |
| 27 01 02 01 | Externes Personal der Generaldirektion „Haushalt“ | 5.2 | 4 308 961 | 4 334 110 | 5 500 252,20 | 127,65 |
| 27 01 02 09 | Externes Personal — Nicht dezentrale Verwaltung | 5.2 | 4 879 130 | 4 386 126 | 0,— | 0,— |
| 27 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion „Haushalt“ | 5.2 | 7 023 008 | 7 906 099 | 9 164 183,41 | 130,49 |
| 27 01 02 19 | Sonstige Verwaltungsausgaben — Nicht dezentrale Verwaltung | 5.2 | 7 044 430 | 5 950 713 | 0,— | 0,— |
| | *Artikel 27 01 02 — Subtotal* | | 23 255 529 | 22 577 048 | 14 664 435,61 | 63,06 |
| ***27 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Haushalt“*** | 5.2 | 2 632 435 | 2 630 873 | 3 067 258,44 | 116,52 |
| ***27 01 07*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten im Politikbereich „Haushalt“*** | 5.2 | 150 000 | 150 000 | 194 805,— | 129,87 |
| ***27 01 11*** | ***Außergewöhnliche Ausgaben in Krisensituationen*** | 5.2 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***27 01 12*** | ***Rechnungsführung*** | | | | | |
| 27 01 12 01 | Finanzkosten | 5.2 | 350 000 | 390 000 | 419 767,— | 119,93 |
| 27 01 12 02 | Deckung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung der Kassenmittel | 5.2 | p.m. | p.m. | 38 288,46 | — |
| 27 01 12 03 | Ankauf von finanziellen Auskünften über die Solvabilität von Empfängern von Mitteln aus dem Gesamthaushaltsplan der Union und von Schuldnern der Kommission | 5.2 | 130 000 | 130 000 | 135 034,90 | 103,87 |
| | *Artikel 27 01 12 — Subtotal* | | 480 000 | 520 000 | 593 090,36 | 123,56 |
| | **Kapitel 27 01 — Insgesamt** | | **67 186 613** | **67 450 570** | **60 330 542,56** | **89,80** |

KOMMISSION
*TITEL 27 — HAUSHALT*

**KAPITEL 27 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „HAUSHALT“** *(Fortsetzung)*

***27 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Haushalt“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 40 668 649 | 41 572 649 | 41 810 953,15 |

***27 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Haushalt“***

27 01 02 01 Externes Personal der Generaldirektion „Haushalt“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 308 961 | 4 334 110 | 5 500 252,20 |

27 01 02 09 Externes Personal — Nicht dezentrale Verwaltung

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 879 130 | 4 386 126 | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel werden nicht sofort zu Beginn des Haushaltsjahres einem bestimmten Politikbereich zugewiesen; sie können vielmehr zur Deckung des Bedarfs sämtlicher Dienststellen der Kommission herangezogen werden. Im Laufe des Haushaltsjahres werden sie gemäß der Haushaltsordnung auf die Haushaltslinien der Politikbereiche übertragen, über die sie ausgeführt werden.

27 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion „Haushalt“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 023 008 | 7 906 099 | 9 164 183,41 |

27 01 02 19 Sonstige Verwaltungsausgaben — Nicht dezentrale Verwaltung

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 7 044 430 | 5 950 713 | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel werden nicht sofort zu Beginn des Haushaltsjahres einem bestimmten Politikbereich zugewiesen; sie können vielmehr zur Deckung des Bedarfs sämtlicher Dienststellen der Kommission herangezogen werden. Sie werden nicht unter dieser Haushaltslinie ausgeführt, sondern im Laufe des Haushaltsjahres gemäß der Haushaltsordnung auf die Haushaltslinien der Politikbereiche übertragen, über die sie ausgeführt werden.

KOMMISSION
*TITEL 27 — HAUSHALT*

**KAPITEL 27 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „HAUSHALT“** *(Fortsetzung)*

***27 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Haushalt“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 632 435 | 2 630 873 | 3 067 258,44 |

***27 01 07 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten im Politikbereich „Haushalt“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 150 000 | 150 000 | 194 805,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 27 01 04*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der Veröffentlichung — gleich welcher Form und unabhängig vom Träger — von Informationen über die Finanzplanung und den Gesamthaushalt der Union. Dies umfasst die Vorbereitung und Texterstellung, die Verwendung von Dokumentation, Layout und Grafiken, die Vervielfältigung von Schriftstücken, die Beschaffung und Verarbeitung von Datenmaterial, die Bearbeitung, Übersetzung und Überprüfung von Texten (einschließlich der Sicherstellung der Kohärenz verschiedener Texte), den Druck, die Veröffentlichung im Internet, Vertrieb, Lagerung und Verbreitung.

***27 01 11 Außergewöhnliche Ausgaben in Krisensituationen***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung von Ausgaben veranschlagt, die im erklärten Krisenfall anfallen, der Veranlassung zur Anwendung eines oder mehrerer Notfallpläne zur Sicherstellung der Funktionskontinuität gegeben hat, und die aufgrund ihrer Art und/oder des betreffenden Betrags nicht in anderen Verwaltungshaushaltslinien der Kommission eingesetzt werden können.

Die Haushaltsbehörde wird spätestens drei Wochen nach Ende der Krisensituation über die angefallenen Ausgaben unterrichtet.

Aktivitäten, die in keiner Haushaltslinie vorgesehen sind:

— Förderung eines effizienten Finanzmanagements,

— administrative Unterstützung und Management der Generaldirektion Haushalt,

— mehrjähriger Finanzrahmen und Haushaltsverfahren,

— politische Strategie und Koordinierung für die Generaldirektion Haushalt.

**KAPITEL 27 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „HAUSHALT“** *(Fortsetzung)*

### *27 01 12 Rechnungsführung*

27 01 12 01 Finanzkosten

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 350 000 | 390 000 | 419 767,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für die Deckung der Bankkosten (Provisionen, Agios, sonstige Gebühren) sowie der Kosten für den Anschluss an das Netz der Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT).

27 01 12 02 Deckung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung der Kassenmittel

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 38 288,46 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für Finanzkorrekturen für:

— Zahlstellen, wenn der Anweisungsbefugte alle der jeweiligen Situation angemessenen Maßnahmen getroffen hat und die Korrekturen keiner anderen Haushaltslinie angelastet werden können,

— Fälle, in denen eine Forderung ganz oder teilweise annulliert wird, nachdem sie bereits als Einnahme verbucht wurde (insbesondere im Falle der Verrechnung mit einer Gegenforderung),

— Fälle, in denen die MwSt. nicht erstattet wurde und die Ausgabe nicht mehr aus der Haushaltslinie finanziert werden kann, zu deren Lasten die Hauptausgabe ging,

— etwaige Zinszahlungen im Zusammenhang mit den vorstehenden Fällen, sofern sie nicht einer anderen Haushaltslinie angelastet werden können.

Des Weiteren können bei diesem Posten Mittel zur Deckung etwaiger Verluste bei Liquidation oder Einstellung der Geschäftstätigkeit von Banken, bei denen die Kommission Konten für ihre Zahlstellen unterhält, eingesetzt werden.

27 01 12 03 Ankauf von finanziellen Auskünften über die Solvabilität von Empfängern von Mitteln aus dem Gesamthaushaltsplan der Union und von Schuldnern der Kommission

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 130 000 | 130 000 | 135 034,90 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Finanzierung von Abonnements und dem Zugang zu elektronischen Informationsdiensten und externen Datenbanken für finanzielle Auskünfte über die Solvabilität von Empfängern von Mitteln aus dem Gesamthaushaltsplan der Union und von Schuldnern der Kommission, um auf diese Weise auf verschiedenen Ebenen der Finanz- und Buchführungsverfahren die finanziellen Interessen der Kommission zu schützen.

Des Weiteren dient dieser Posten der Ermittlung von Informationen über die Konzernstruktur, Eigentumsverhältnisse und das Management in Bezug auf die Empfänger von Mitteln aus dem Gesamthaushaltsplan der Union sowie die Schuldner der Kommission.

KOMMISSION
*TITEL 27 — HAUSHALT*

**KAPITEL 27 02 — HAUSHALTSVOLLZUG, KONTROLLE UND ENTLASTUNG**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 27 02 | HAUSHALTSVOLLZUG, KONTROLLE UND ENTLASTUNG | | | | | | | | |
| ***27 02 01*** | ***Aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr übertragenes Defizit*** | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***27 02 02*** | ***Vorübergehender Haushaltsausgleich und Pauschalausgleich für die neuen Mitgliedstaaten*** | 6 | 28 600 000 | 28 600 000 | 75 000 000 | 75 000 000 | 0,— | 0,— | 0,— |
| | **Kapitel 27 02 — Insgesamt** | | **28 600 000** | **28 600 000** | **75 000 000** | **75 000 000** | **0,—** | **0,—** | **0,—** |

## *27 02 01 Aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr übertragenes Defizit*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung wird der Saldo jedes Haushaltsjahres, je nachdem, ob es sich um einen Überschuss oder einen Fehlbetrag handelt, als Einnahmen oder in Form von Mitteln für Zahlungen in den Haushaltsplan des folgenden Haushaltsjahrs eingestellt.

Die geschätzten Einnahmen und Mittel für Zahlungen werden im Haushaltsverfahren im Wege eines gemäß Artikel 39 der Haushaltsordnung vorgelegten Berichtigungsschreibens in den Haushaltsplan eingestellt. Die Schätzbeträge werden gemäß der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 ermittelt.

Nach Vorlage der Rechnungen jedes Haushaltsjahres wird der Unterschiedsbetrag im Verhältnis zu den Schätzungen durch Inanspruchnahme des Verfahrens des Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans in den Haushaltsplan des darauf folgenden Haushaltsjahres eingesetzt.

Überschüsse werden bei Artikel 3 0 0 des Einnahmenplans eingesetzt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

## *27 02 02 Vorübergehender Haushaltsausgleich und Pauschalausgleich für die neuen Mitgliedstaaten*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 28 600 000 | 75 000 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der Ausgleichszahlungen, auf die die neuen Mitgliedstaaten ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der jeweiligen Beitrittsakte, deren Bestimmungen solche Ausgleichszahlungen vorsehen, Anspruch haben.

**KAPITEL 27 02 — HAUSHALTSVOLLZUG, KONTROLLE UND ENTLASTUNG** *(Fortsetzung)*

***27 02 02*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Kroatien und die Anpassungen des Vertrags über die Europäische Union, des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (ABl. L 112 vom 24.4.2012, S. 21), insbesondere Artikel 32.

KOMMISSION
*TITEL 27 — HAUSHALT*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— FÖRDERUNG EINES EFFIZIENTEN FINANZMANAGEMENTS

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG UND VERWALTUNG DER GENERALDIREKTION „HAUSHALT“

— FINANZRAHMEN UND HAUSHALTSVERFAHREN

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „HAUSHALT“

KOMMISSION

*TITEL 28*

**AUDIT**

# TITEL 28

# AUDIT

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|
| 28 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „AUDIT“ | 11 633 979 | 11 879 141 | 11 792 392,67 |
| | **Titel 28 — Insgesamt** | **11 633 979** | **11 879 141** | **11 792 392,67** |

KOMMISSION
*TITEL 28 — AUDIT*

# TITEL 28

# AUDIT

## KAPITEL 28 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „AUDIT“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 28 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „AUDIT“ | | | | | |
| ***28 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Audit“*** | 5.2 | 9 892 374 | 9 989 544 | 9 992 926,87 | 101,02 |
| ***28 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Audit“*** | | | | | |
| 28 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 627 472 | 717 417 | 645 513,73 | 102,88 |
| 28 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 473 811 | 540 004 | 421 467,26 | 88,95 |
| | *Artikel 28 01 02 — Subtotal* | | 1 101 283 | 1 257 421 | 1 066 980,99 | 96,89 |
| ***28 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Audit“*** | 5.2 | 640 322 | 632 176 | 732 484,81 | 114,39 |
| | **Kapitel 28 01 — Insgesamt** | | **11 633 979** | **11 879 141** | **11 792 392,67** | **101,36** |

### *28 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Audit“*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 9 892 374 | 9 989 544 | 9 992 926,87 |

### *28 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Audit“*

28 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 627 472 | 717 417 | 645 513,73 |

28 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 473 811 | 540 004 | 421 467,26 |

**KAPITEL 28 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „AUDIT“** *(Fortsetzung)*

***28 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Audit“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 640 322 | 632 176 | 732 484,81 |

KOMMISSION
*TITEL 28 — AUDIT*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DES INTERNEN AUDITDIENSTES (IAD)

— INTERNES AUDIT DER KOMMISSION

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES INTERNEN AUDITDIENSTES

— INTERNES AUDIT DER UNIONSAGENTUREN UND SONSTIGEN EINRICHTUNGEN

— KOORDINIERUNG MIT DEM AUDITBEGLEITAUSSCHUSS

KOMMISSION

*TITEL 29*

**STATISTIK**

# TITEL 29

# STATISTIK

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 29 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „STATISTIK“ | 78 503 632 | 78 503 632 | 77 071 571 | 77 071 571 | 81 660 652,93 | 81 660 652,93 |
| | *Reserven (40 01 40)* | | | *2 900 000* | *2 900 000* | | |
| | | 78 503 632 | 78 503 632 | 79 971 571 | 79 971 571 | 81 660 652,93 | 81 660 652,93 |
| 29 02 | EUROPÄISCHES STATISTISCHES PROGRAMM | 53 391 000 | 73 569 226 | 5 000 000 | 37 689 043 | 53 024 992,32 | 46 573 978,07 |
| | *Reserven (40 02 41)* | | | *49 000 000* | *4 843 254* | | |
| | | 53 391 000 | 73 569 226 | 54 000 000 | 42 532 297 | 53 024 992,32 | 46 573 978,07 |
| | **Titel 29 — Insgesamt** | **131 894 632** | **152 072 858** | **82 071 571** | **114 760 614** | **134 685 645,25** | **128 234 631,—** |
| | ***Reserven (40 01 40, 40 02 41)*** | | | ***51 900 000*** | ***7 743 254*** | | |
| | | **131 894 632** | **152 072 858** | **133 971 571** | **122 503 868** | **134 685 645,25** | **128 234 631,—** |

KOMMISSION
*TITEL 29 — STATISTIK*

# TITEL 29

# STATISTIK

## KAPITEL 29 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „STATISTIK“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 29 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „STATISTIK“ | | | | | |
| ***29 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Statistik“*** | 5.2 | 62 951 473 | 63 569 828 | 64 019 193,51 | 101,70 |
| ***29 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Statistik“*** | | | | | |
| 29 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 5 090 461 | 5 240 348 | 5 567 042,69 | 109,36 |
| 29 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 3 486 921 | 3 958 458 | 4 309 677,30 | 123,60 |
| | *Artikel 29 01 02 — Subtotal* | | 8 577 382 | 9 198 806 | 9 876 719,99 | 115,15 |
| ***29 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Statistik“*** | 5.2 | 4 074 777 | 4 022 937 | 4 696 610,80 | 115,26 |
| ***29 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Statistik“*** | | | | | |
| 29 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für das Europäische Statistische Programm | 1.1 | 2 900 000 | 280 000 | 3 068 128,63 | 105,80 |
| | *Reserven (40 01 40)* | | | *2 900 000* | | |
| | | | 2 900 000 | 3 180 000 | 3 068 128,63 | |
| | *Artikel 29 01 04 — Subtotal* | | 2 900 000 | 280 000 | 3 068 128,63 | 105,80 |
| | *Reserven (40 01 40)* | | | *2 900 000* | | |
| | | | 2 900 000 | 3 180 000 | 3 068 128,63 | |
| | **Kapitel 29 01 — Insgesamt** | | **78 503 632** | **77 071 571** | **81 660 652,93** | **104,02** |
| | ***Reserven (40 01 40)*** | | | ***2 900 000*** | | |
| | | | **78 503 632** | **79 971 571** | **81 660 652,93** | |

### *29 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Statistik“*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 62 951 473 | 63 569 828 | 64 019 193,51 |

KOMMISSION
*TITEL 29 — STATISTIK*

**KAPITEL 29 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „STATISTIK“** *(Fortsetzung)*

***29 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Statistik“***

29 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 090 461 | 5 240 348 | 5 567 042,69 |

29 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 486 921 | 3 958 458 | 4 309 677,30 |

***29 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Statistik“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 074 777 | 4 022 937 | 4 696 610,80 |

***29 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Statistik“***

29 01 04 01 Unterstützungsausgaben für das Europäische Statistische Programm

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|
| 29 01 04 01 | 2 900 000 | 280 000 | 3 068 128,63 |
| *Reserven (40 01 40)* | | *2 900 000* | |
| Insgesamt | 2 900 000 | 3 180 000 | 3 068 128,63 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 29 01 04 01, 29 01 04 04 und 29 01 04 05*

Veranschlagt sind Mittel für:

— die Ausgaben für die technische und administrative Unterstützung bei der Ermittlung, Vorbereitung, Verwaltung, Weiterbehandlung, Überprüfung und Kontrolle des Programms oder der Vorhaben,

— die Ausgaben für externes Personal am Hauptsitz (Vertragsbedienstete, abgeordnete nationale Sachverständige, Leiharbeitskräfte) bis zu einem Höchstbetrag von 2 285 000 EUR. Dieser Betrag wird anhand der Einheitskosten je Personenjahr ermittelt; er setzt sich zusammen aus 97 % für die Vergütung dieses Personals sowie Kosten in Höhe von 3 % für dessen Schulung, Sitzungen, Dienstreisen, Informationstechnologie und Telekommunikation,

— die Ausgaben für Studien, Sitzungen von Sachverständigen, Dienstreisen, Informationen und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Postens stehen, und alle weiteren Ausgaben für technische und administrative Unterstützung, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

KOMMISSION
*TITEL 29 — STATISTIK*

**KAPITEL 29 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „STATISTIK“** *(Fortsetzung)*

***29 01 04*** *(Fortsetzung)*

29 01 04 01 *(Fortsetzung)*

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Aus den Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für die Teilnahme an Programmen der Union, die bei Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt werden, können zusätzliche Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 29 02.

KOMMISSION
*TITEL 29 — STATISTIK*

**KAPITEL 29 02 — EUROPÄISCHES STATISTISCHES PROGRAMM**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 29 02 | EUROPÄISCHES STATISTISCHES PROGRAMM | | | | | | | | |
| ***29 02 01*** | ***Bereitstellung hochwertiger statistischer Information, Einführung neuer Methoden zur Erstellung europäischer Statistiken und Intensivierung der Partnerschaft mit dem Europäischen Statistischen System*** | 1.1 | 53 391 000 | 30 701 655 | p.m. | p.m. | | | — |
| | *Reserven (40 02 41)* | | | | *49 000 000* | *4 843 254* | | | |
| | | | 53 391 000 | 30 701 655 | 49 000 000 | 4 843 254 | | | |
| ***29 02 51*** | ***Abschluss von Statistik-Programmen (aus der Zeit vor 2013)*** | 1.1 | p.m. | 37 604 613 | p.m. | 32 203 317 | 46 597 834,03 | 43 808 705,50 | 116,50 |
| ***29 02 52*** | ***Abschluss des Programms zur Modernisierung der europäischen Unternehmens- und Handelsstatistik (MEETS)*** | 1.1 | p.m. | 5 262 958 | 5 000 000 | 5 485 726 | 6 427 158,29 | 2 765 272,57 | 52,54 |
| | **Kapitel 29 02 — Insgesamt** | | **53 391 000** | **73 569 226** | **5 000 000** | **37 689 043** | **53 024 992,32** | **46 573 978,07** | **63,31** |
| | ***Reserven (40 02 41)*** | | | | ***49 000 000*** | ***4 843 254*** | | | |
| | | | **53 391 000** | **73 569 226** | **54 000 000** | **42 532 297** | **53 024 992,32** | **46 573 978,07** | |

***29 02 01*** ***Bereitstellung hochwertiger statistischer Information, Einführung neuer Methoden zur Erstellung europäischer Statistiken und Intensivierung der Partnerschaft mit dem Europäischen Statistischen System***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 29 02 01 | 53 391 000 | 30 701 655 | p.m. | p.m. | | |
| *Reserven (40 02 41)* | | | *49 000 000* | *4 843 254* | | |
| Insgesamt | 53 391 000 | 30 701 655 | 49 000 000 | 4 843 254 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 29 02 05*

Diese Mittel dienen zur Deckung der folgenden Ausgaben:

— statistische Datenerfassung und Erhebungen, Studien und Erarbeitung von Indikatoren und Benchmarks,

— Qualitätsstudien und Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Statistiken,

— Verarbeitung, Verbreitung, Förderung und Vermarktung statistischer Informationen,

— Entwicklung und Wartung von statistischer Infrastruktur sowie statistischen Informationssystemen,

— Entwicklung und Wartung der IT-Infrastruktur, die der Neugestaltung des statistischen Produktionsprozesses dient,

— risikobasierte Kontrollarbeiten an den Standorten von Einrichtungen in den Mitgliedstaaten, die an der Produktion statistischer Informationen beteiligt sind, insbesondere zur Förderung der wirtschaftlichen Governance der Union,

KOMMISSION
*TITEL 29 — STATISTIK*

**KAPITEL 29 02 — EUROPÄISCHES STATISTISCHES PROGRAMM** *(Fortsetzung)*

***29 02 01*** *(Fortsetzung)*

— Förderung von kooperativen Netzen und Unterstützung von Organisationen, deren Hauptziel und wichtigste Tätigkeit die Förderung und Unterstützung der Umsetzung des Verhaltenskodexes für europäische Statistiken und die Durchführung neuer Methoden der Produktion europäischer Statistiken sind,

— Gutachten unabhängiger Sachverständiger,

— statistische Schulungskurse für Statistiker,

— Einkauf von Dokumentationen,

— Zuschüsse für und Beiträge an internationale statistische Vereinigungen.

Die Mittel dienen ferner zur Beschaffung der erforderlichen Informationen für die Erstellung eines zusammenfassenden Jahresberichts über die wirtschaftliche und soziale Lage der Union auf der Grundlage von Wirtschaftsdaten und Strukturindikatoren und -Benchmarks.

Veranschlagt sind ferner die Kosten im Rahmen der Ausbildung nationaler Statistiker und der Politik der Zusammenarbeit mit Drittländern im Bereich Statistik sowie die Ausgaben für den Beamtenaustausch, Kosten von Informationssitzungen und Erstattungsausgaben für im Rahmen der Anpassung der Bezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Union erbrachte Dienstleistungen.

Ebenfalls bei diesem Artikel eingesetzt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für den Ankauf von Daten und den Zugang für Dienststellen der Kommission zu externen Datenbanken.

Zusätzlich sollten die Mittel für die Entwicklung neuer, modularer Methoden eingesetzt werden.

Außerdem sind Mittel zur Deckung für die auf Antrag der Kommission oder anderer Organe der Union zu erstellenden statistischen Erhebungen zur Schätzung, Überwachung und Bewertung der Ausgaben der Union bestimmt. Auf diese Art und Weise werden die Voraussetzungen für die Durchführung der Finanz- und der Haushaltspolitik (Erstellung des Haushaltsplans, regelmäßige Revision des mehrjährigen Finanzrahmens) verbessert, und mittelfristig und langfristig werden die erforderlichen Daten zur Finanzierung der Union zusammengetragen.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Aus den Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für die Teilnahme an Programmen der Union, die bei Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt werden, können zusätzliche Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 99/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 über das Europäische Statistische Programm 2013-2017 (ABl. L 39 vom 9.2.2013, S. 12).

***29 02 51*** ***Abschluss von Statistik-Programmen (aus der Zeit vor 2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 37 604 613 | p.m. | 32 203 317 | 46 597 834,03 | 43 808 705,50 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 29 02 01, 29 02 02 und 29 02 03*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

KOMMISSION
*TITEL 29 — STATISTIK*

**KAPITEL 29 02 — EUROPÄISCHES STATISTISCHES PROGRAMM** *(Fortsetzung)*

***29 02 51*** *(Fortsetzung)*

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Aus den Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für die Teilnahme an Programmen der Union, die bei Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt werden, können zusätzliche Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates vom 17. Februar 1997 über die Gemeinschaftsstatistiken (ABl. L 52 vom 22.2.1997, S. 1).

Entscheidung Nr. 507/2001/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. März 2001 über ein Maßnahmenpaket betreffend das transeuropäische Netz für die Sammlung, Erstellung und Verbreitung der Statistiken über den inner- und außergemeinschaftlichen Warenverkehr (Edicom) (ABl. L 76 vom 16.3.2001, S. 1).

Entscheidung Nr. 2367/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 über das Statistische Programm der Gemeinschaft 2003-2007 (ABl. L 358 vom 31.12.2002, S. 1).

Beschluss Nr. 1578/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2007 über das Statistische Programm der Gemeinschaft 2008 bis 2012 (ABl. L 344 vom 28.12.2007, S. 15).

Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über europäische Statistiken (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 164).

***29 02 52*** ***Abschluss des Programms zur Modernisierung der europäischen Unternehmens- und Handelsstatistik (MEETS)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 5 262 958 | 5 000 000 | 5 485 726 | 6 427 158,29 | 2 765 272,57 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 29 02 04*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 1297/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über ein Programm zur Modernisierung der europäischen Unternehmens- und Handelsstatistik (MEETS) (ABl. L 340 vom 19.12.2008, S. 76).

KOMMISSION
*TITEL 29 — STATISTIK*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG VON EUROSTAT

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG VON EUROSTAT

KOMMISSION

*TITEL 30*

**VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN**

# TITEL 30

# VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|
| 30 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN“ | 1 449 531 000 | 1 399 471 000 | 1 317 845 088,88 |
| | **Titel 30 — Insgesamt** | **1 449 531 000** | **1 399 471 000** | **1 317 845 088,88** |

KOMMISSION
*TITEL 30 — VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN*

# TITEL 30

# VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN

## KAPITEL 30 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 30 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN“ | | | | | |
| ***30 01 13*** | ***Vergütungen und Versorgungsbezüge früherer Mitglieder und deren unterhaltsberechtigten Hinterbliebenen*** | | | | | |
| 30 01 13 01 | Übergangsgelder | 5.2 | p.m. | 287 000 | 1 824 061,14 | — |
| 30 01 13 02 | Versorgungsbezüge früherer Mitglieder und deren unterhaltsberechtigten Hinterbliebenen | 5.2 | 4 973 000 | 4 942 000 | 4 473 026,77 | 89,95 |
| 30 01 13 03 | Gewichtung und Anpassung der Versorgungsbezüge und der verschiedenen Vergütungen | 5.2 | 219 000 | 297 000 | 208 709,13 | 95,30 |
| | *Artikel 30 01 13 — Subtotal* | | 5 192 000 | 5 526 000 | 6 505 797,04 | 125,30 |
| ***30 01 14*** | ***Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, bei Stellenenthebung und bei Entlassung*** | | | | | |
| 30 01 14 01 | Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, bei Stellenenthebung und bei Entlassung | 5.2 | 2 496 000 | 3 913 000 | 4 075 912,50 | 163,30 |
| 30 01 14 02 | Krankenversicherung | 5.2 | 85 000 | 133 000 | 97 612,79 | 114,84 |
| 30 01 14 03 | Gewichtung und Anpassung der Vergütungen | 5.2 | 47 000 | 97 000 | 66 780,86 | 142,09 |
| | *Artikel 30 01 14 — Subtotal* | | 2 628 000 | 4 143 000 | 4 240 306,15 | 161,35 |
| ***30 01 15*** | ***Versorgungsbezüge und Vergütungen*** | | | | | |
| 30 01 15 01 | Versorgungsbezüge, Invaliden- und Abgangsgelder | 5.1 | 1 365 663 000 | 1 304 588 000 | 1 238 744 485,83 | 90,71 |
| 30 01 15 02 | Krankenversicherung | 5.1 | 45 409 000 | 43 283 000 | 40 140 845,67 | 88,40 |
| 30 01 15 03 | Gewichtung und Anpassung der Versorgungsbezüge und Vergütungen | 5.1 | 30 256 000 | 41 931 000 | 28 213 654,19 | 93,25 |
| | *Artikel 30 01 15 — Subtotal* | | 1 441 328 000 | 1 389 802 000 | 1 307 098 985,69 | 90,69 |
| ***30 01 16*** | ***Versorgungsbezüge — Sonstige Institutionen*** | | | | | |
| 30 01 16 01 | Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments | 5.1 | 217 000 | | | — |

KOMMISSION
*TITEL 30 — VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN*

**KAPITEL 30 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN“**
*(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 30 01 16 02 | Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments | 5.1 | 36 000 | | | — |
| 30 01 16 03 | Hinterbliebenenversorgung der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments | 5.1 | 130 000 | | | — |
| | *Artikel 30 01 16 — Subtotal* | | 383 000 | | | — |
| | **Kapitel 30 01 — Insgesamt** | | **1 449 531 000** | **1 399 471 000** | **1 317 845 088,88** | **90,92** |

### *30 01 13 Vergütungen und Versorgungsbezüge früherer Mitglieder und deren unterhaltsberechtigten Hinterbliebenen*

30 01 13 01 Übergangsgelder

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 287 000 | 1 824 061,14 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für:

— die Übergangsentschädigung und

— die Familienzulage

der Mitglieder der Kommission nach Ausscheiden aus dem Dienst.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

30 01 13 02 Versorgungsbezüge früherer Mitglieder und deren unterhaltsberechtigten Hinterbliebenen

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 973 000 | 4 942 000 | 4 473 026,77 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für:

— die Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder der Kommission nach Ausscheiden aus dem Dienst,

— die Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder der Kommission wegen Dienstunfähigkeit,

— die Versorgungsbezüge der überlebenden Ehegatten und/oder Waisen der ehemaligen Mitglieder der Kommission.

KOMMISSION
*TITEL 30 — VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN*

**KAPITEL 30 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN“**
*(Fortsetzung)*

***30 01 13*** *(Fortsetzung)*

30 01 13 02 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

30 01 13 03 Gewichtung und Anpassung der Versorgungsbezüge und der verschiedenen Vergütungen

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 219 000 | 297 000 | 208 709,13 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Ausgaben infolge der Anwendung des Berichtigungskoeffizienten auf die Übergangsgelder, die Ruhegehälter, die Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit und die Versorgung der unterhaltsberechtigten Hinterbliebenen der ehemaligen Mitglieder der Kommission und anderer Anspruchsberechtigter.

Ein Teil der Mittel dient der Finanzierung der Auswirkungen etwaiger vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließender Anpassungen der Versorgungsbezüge. Die Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß der Haushaltsordnung auf andere Posten dieses Kapitels übertragen worden sind.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***30 01 14*** ***Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, bei Stellenenthebung und bei Entlassung***

30 01 14 01 Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, bei Stellenenthebung und bei Entlassung

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 496 000 | 3 913 000 | 4 075 912,50 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für die Vergütungen der Beamten, die

— im Anschluss an eine Verminderung der Zahl der Dienstposten des Organs in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden,

— einen Dienstposten der Besoldungsgruppe AD 16, AD 15 oder AD 14 innehaben und aus dienstlichen Gründen der Stelle enthoben werden.

KOMMISSION
*TITEL 30 — VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN*

**KAPITEL 30 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN“**
*(Fortsetzung)*

***30 01 14*** *(Fortsetzung)*

30 01 14 01 *(Fortsetzung)*

Die Mittel decken außerdem die Ausgaben im Zusammenhang mit der Anwendung der Verordnungen des Rates zur Einführung befristeter Maßnahmen und/oder Sondermaßnahmen über das endgültige Ausscheiden von Beamten und/oder Bediensteten auf Zeit aus dem Dienst.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1746/2002 des Rates vom 30. September 2002 zur Einführung von Sondermaßnahmen im Zuge der Reform der Kommission betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften, die auf eine unbefristete Stelle der Kommission der Europäischen Gemeinschaften ernannt wurden, aus dem Dienst (ABl. L 264 vom 2.10.2002, S. 1).

30 01 14 02 Krankenversicherung

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 85 000 | 133 000 | 97 612,79 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung für die Ruhegehaltsempfänger und die Personen, die Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, Amtsenthebung und Entlassung empfangen.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

30 01 14 03 Gewichtung und Anpassung der Vergütungen

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 47 000 | 97 000 | 66 780,86 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die finanziellen Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, Stellenenthebung und Entlassung auf die Versorgungsbezüge und Vergütungen angewendet werden.

Ein Teil der Mittel dient der Finanzierung der Auswirkungen etwaiger vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließender Anpassungen der verschiedenen Vergütungen. Die Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß der Haushaltsordnung auf andere Posten dieses Kapitels übertragen worden sind.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

*TITEL 30 — VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN*

**KAPITEL 30 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN“**
*(Fortsetzung)*

***30 01 15 Versorgungsbezüge und Vergütungen***

30 01 15 01 Versorgungsbezüge, Invaliden- und Abgangsgelder

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 365 663 000 | 1 304 588 000 | 1 238 744 485,83 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für:

— die Ruhegehälter der Beamten, Bediensteten auf Zeit und Vertragsbediensteten sämtlicher Organe und Agenturen der Union, einschließlich der aus den Mitteln für Forschung und technologische Entwicklung besoldeten Beamten und Bediensteten,

— die Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit der Beamten und Bediensteten auf Zeit sämtlicher Organe und Agenturen der Union, einschließlich der aus den Mitteln für Forschung und technologische Entwicklung besoldeten Beamten und Bediensteten,

— die Invalidengelder der Beamten, Bediensteten auf Zeit und Vertragsbediensteten sämtlicher Organe und Agenturen der Union, einschließlich der aus den Mitteln für Forschung und technologische Entwicklung besoldeten Beamten und Bediensteten,

— die Versorgungsbezüge der überlebenden Ehegatten und/oder Waisen der ehemaligen Beamten, Bediensteten auf Zeit und Vertragsbediensteten sämtlicher Organe und Agenturen der Union, einschließlich der aus den Mitteln für Forschung und technologische Entwicklung besoldeten Beamten und Bediensteten,

— die Abgangsgelder der Beamten, Bediensteten auf Zeit und Vertragsbediensteten sämtlicher Organe und Agenturen der Union, einschließlich der aus den Mitteln für Forschung und technologische Entwicklung besoldeten Beamten und Bediensteten,

— die Auszahlung des versicherungsmathematischen Gegenwerts der Ruhegehaltsansprüche,

— die Zahlungen einer „Ruhegehaltssondervergütung“ an seinerzeit deportierte oder internierte Widerstandskämpfer (bzw. ihrer überlebenden Ehegatten und/oder Waisen),

— die Zahlungen, die dem überlebenden Ehegatten, der an einer schweren oder längeren Krankheit leidet oder der behindert ist, auf der Grundlage einer Prüfung seiner sozialen und medizinischen Situation für die Dauer der Krankheit oder der Behinderung gewährt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

30 01 15 02 Krankenversicherung

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 45 409 000 | 43 283 000 | 40 140 845,67 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken den Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung für die Ruhegehaltsempfänger.

Veranschlagt sind außerdem die zusätzlichen Krankheitskostenerstattungen an seinerzeit deportierte oder internierte Widerstandskämpfer.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

KOMMISSION
*TITEL 30 — VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN*

**KAPITEL 30 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN“**
*(Fortsetzung)*

***30 01 15*** *(Fortsetzung)*

30 01 15 03 Gewichtung und Anpassung der Versorgungsbezüge und Vergütungen

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 30 256 000 | 41 931 000 | 28 213 654,19 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die finanziellen Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Versorgungsbezüge angewandt werden.

Ein Teil der Mittel dient der Finanzierung der Auswirkungen etwaiger vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließender Anpassungen der Versorgungsbezüge. Die Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß der Haushaltsordnung auf andere Posten dieses Kapitels übertragen worden sind.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***30 01 16*** ***Versorgungsbezüge — Sonstige Institutionen***

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

30 01 16 01 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 217 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 1 0 3 0 (Einzelplan I) (teilweise)*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere die Artikel 14 und 28.

Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere die Artikel 49 und 50 sowie einschlägige Bedingungen, die vom Präsidium des Europäischen Parlaments erlassen werden.

30 01 16 02 Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 36 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 1 0 3 1 (Einzelplan I) (teilweise)*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments.

KOMMISSION

*TITEL 30 — VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN*

**KAPITEL 30 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN“**
*(Fortsetzung)*

***30 01 16*** *(Fortsetzung)*

30 01 16 02 *(Fortsetzung)*

Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere Artikel 15.

Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments (einschließlich Artikel 51 bis 57 sowie einschlägiger Bestimmungen, die vom Präsidium des Europäischen Parlaments erlassen werden).

30 01 16 03 Hinterbliebenenversorgung der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 130 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 1 0 3 2 (Einzelplan I) (teilweise)*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Hinterbliebenenversorgung der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, insbesondere Artikel 17.

Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments (einschließlich Artikel 58 bis 60 sowie einschlägiger Bestimmungen, die vom Präsidium des Europäischen Parlaments erlassen werden).

KOMMISSION

*TITEL 31*

**SPRACHENDIENSTE**

# TITEL 31

# SPRACHENDIENSTE

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|
| 31 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „SPRACHEN-DIENSTE“ | 387 659 143 | 396 815 433 | 433 456 709,93 |
| | **Titel 31 — Insgesamt** | **387 659 143** | **396 815 433** | **433 456 709,93** |

KOMMISSION
*TITEL 31 — SPRACHENDIENSTE*

# TITEL 31

# SPRACHENDIENSTE

## KAPITEL 31 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „SPRACHENDIENSTE“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 31 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „SPRACHENDIENSTE“ | | | | | |
| ***31 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Sprachendienste“*** | 5.2 | 313 758 133 | 319 261 807 | 319 483 687,49 | 101,82 |
| ***31 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Sprachendienste“*** | | | | | |
| 31 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 10 142 957 | 11 489 853 | 10 755 179,08 | 106,04 |
| 31 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 4 778 845 | 4 991 191 | 6 958 780,86 | 145,62 |
| | *Artikel 31 01 02 — Subtotal* | | 14 921 802 | 16 481 044 | 17 713 959,94 | 118,71 |
| ***31 01 03*** | ***IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen sowie sonstige operative Ausgaben des Politikbereichs „Sprachendienste“*** | | | | | |
| 31 01 03 01 | Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Sprachendienste“ | 5.2 | 20 309 208 | 20 204 082 | 23 437 383,96 | 115,40 |
| 31 01 03 04 | Technische Ausrüstung und Dienstleistungen für die Konferenzräume der Kommission | 5.2 | 1 783 000 | 1 783 000 | 3 422 169,34 | 191,93 |
| | *Artikel 31 01 03 — Subtotal* | | 22 092 208 | 21 987 082 | 26 859 553,30 | 121,58 |
| ***31 01 07*** | ***Ausgaben für Dolmetscher*** | | | | | |
| 31 01 07 01 | Ausgaben für Dolmetscher | 5.2 | 18 978 000 | 21 013 000 | 49 457 575,34 | 260,60 |
| 31 01 07 02 | Aus- und Fortbildung von Konferenzdolmetschern | 5.2 | 423 000 | 422 500 | 1 115 030,80 | 263,60 |
| 31 01 07 03 | Informationstechnologie-Ausgaben der Generaldirektion „Dolmetschen“ | 5.2 | 1 256 000 | 1 256 000 | 3 099 907,41 | 246,81 |
| | *Artikel 31 01 07 — Subtotal* | | 20 657 000 | 22 691 500 | 53 672 513,55 | 259,83 |
| ***31 01 08*** | ***Ausgaben für Übersetzungen*** | | | | | |
| 31 01 08 01 | Ausgaben für Übersetzungen | 5.2 | 13 800 000 | 14 000 000 | 12 650 911,23 | 91,67 |
| 31 01 08 02 | Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten der Generaldirektion „Übersetzung“ | 5.2 | 1 790 000 | 1 721 000 | 2 074 983,65 | 115,92 |
| | *Artikel 31 01 08 — Subtotal* | | 15 590 000 | 15 721 000 | 14 725 894,88 | 94,46 |

KOMMISSION
*TITEL 31 — SPRACHENDIENSTE*

**KAPITEL 31 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „SPRACHENDIENSTE“** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| ***31 01 09*** | ***Interinstitutionelle Zusammenarbeit im Sprachenbereich*** | 5.2 | 640 000 | 673 000 | 1 001 100,77 | 156,42 |
| ***31 01 10*** | ***Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union*** | 5.2 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Kapitel 31 01 — Insgesamt** | | **387 659 143** | **396 815 433** | **433 456 709,93** | **111,81** |

### *31 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Sprachendienste“*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 313 758 133 | 319 261 807 | 319 483 687,49 |

### *31 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Sprachendienste“*

31 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 10 142 957 | 11 489 853 | 10 755 179,08 |

31 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 778 845 | 4 991 191 | 6 958 780,86 |

### *31 01 03 IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen sowie sonstige operative Ausgaben des Politikbereichs „Sprachendienste“*

31 01 03 01 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Sprachendienste“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 20 309 208 | 20 204 082 | 23 437 383,96 |

KOMMISSION
*TITEL 31 — SPRACHENDIENSTE*

**KAPITEL 31 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „SPRACHENDIENSTE“** *(Fortsetzung)*

***31 01 03*** *(Fortsetzung)*

31 01 03 04 Technische Ausrüstung und Dienstleistungen für die Konferenzräume der Kommission

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 783 000 | 1 783 000 | 3 422 169,34 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel decken die Ausgaben für:

— Ausrüstung, die für die Nutzung der Konferenzräume der Kommission mit Dolmetscherkabinen erforderlich ist;

— technische Dienste im Zusammenhang mit der Durchführung von Sitzungen und Konferenzen der Kommission in Brüssel.

Die entsprechenden Ausgaben für Forschung werden aus den bei verschiedenen Posten in Artikel 01 05 der betreffenden Titel eingesetzten Mitteln gedeckt.

Diese Mittel decken Ausgaben, die innerhalb des Gebiets der Union anfallen, ausgenommen die Vertretungen der Kommission innerhalb der Union.

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***31 01 07*** ***Ausgaben für Dolmetscher***

31 01 07 01 Ausgaben für Dolmetscher

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 18 978 000 | 21 013 000 | 49 457 575,34 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 31 01 06 01*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— Vergütung der freiberuflichen Dolmetscher (Vertrags-Konferenzdolmetscher), die die Generaldirektion Dolmetschen gemäß Artikel 90 der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union beschäftigt, um den Organen, für die sie Dolmetschleistungen erbringt, qualifizierte Konferenzdolmetscher in ausreichender Zahl zur Verfügung stellen zu können;

**KAPITEL 31 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „SPRACHENDIENSTE“** *(Fortsetzung)*

***31 01 07*** *(Fortsetzung)*

31 01 07 01 *(Fortsetzung)*

— neben dem Entgelt umfasst die Vergütung die Beiträge zu einer Alters- und Hinterbliebenenversorgung sowie zu einer Kranken- und Unfallversicherung sowie — bei Dolmetschern, die nicht am Ort ihrer dienstlichen Verwendung beruflich niedergelassen sind — die Erstattung der Reisekosten sowie die Zahlung einer Reise- und Aufenthaltspauschale;

— Leistungen der Dolmetscher des Europäischen Parlaments (Beamte und Bedienstete auf Zeit) für die Kommission;

— Kosten in Verbindung mit den Leistungen der Dolmetscher zur Sitzungsvorbereitung und zu Ausbildungsmaßnahmen;

— Dolmetschleistungen, die aufgrund von Verträgen erbracht werden, die die Generaldirektion Dolmetschen über die Delegationen abschließt, wenn die Kommission Sitzungen in Drittländern organisiert.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 31 356 450 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Regeln der Kommission für die Ernennung der Beamten und ihre Vergütung sowie sonstige finanzielle Bestimmungen der Kommission.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

31 01 07 02 Aus- und Fortbildung von Konferenzdolmetschern

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 423 000 | 422 500 | 1 115 030,80 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 31 01 06 02*

Diese Mittel sind für Maßnahmen der Generaldirektion Dolmetschen bestimmt, die dazu dienen, sich besonders für bestimmte Sprachenkombinationen die Unterstützung einer ausreichenden Zahl qualifizierter Konferenzdolmetscher zu sichern, sowie für gezielte Fortbildungsmaßnahmen für Konferenzdolmetscher.

Dabei handelt es sich insbesondere um Zuschüsse für Hochschulen, für die Ausbildung von Lehrkräften und für flankierende Bildungsprogramme sowie um Stipendien für Studierende.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 877 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

KOMMISSION
*TITEL 31 — SPRACHENDIENSTE*

**KAPITEL 31 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „SPRACHENDIENSTE“** *(Fortsetzung)*

***31 01 07*** *(Fortsetzung)*

31 01 07 03 Informationstechnologie-Ausgaben der Generaldirektion „Dolmetschen“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 256 000 | 1 256 000 | 3 099 907,41 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 31 01 06 03*

Diese Mittel decken sämtliche Informationstechnologie-Ausgaben der Generaldirektion Dolmetschen, darunter die für:

— Kauf oder Miete von Personalcomputern, Servern und Mikrocomputern; Backup-Technik, Terminals, Peripheriegeräte, Anschlüsse, Fotokopier- und Faxgeräte, die gesamte elektronische Ausstattung der Büros der Generaldirektion Dolmetschen und deren Dolmetscherkabinen sowie die für deren Nutzung erforderliche Software, Installation, Konfiguration und Wartung, Studien, Dokumentation und Betriebsmaterial;

— Entwicklung und Wartung der Informations- und Nachrichtenübermittlungssysteme für die Generaldirektion Dolmetschen, einschließlich der Dokumentation und gezielter Ausbildungsmaßnahmen zu diesen Systemen, Studien und Aufbau von Kenntnissen und Fachwissen im Bereich der Informationstechnologie: Datenqualität, -sicherheit und -technologie, Internet, Entwicklungsmethoden, Datenverwaltung;

— fachliche und logistische Unterstützung, Ausbildungsmaßnahmen und Dokumentation für Hard- und Software, allgemeine Informationstechnologie-Ausbildung und -Literatur, externes Personal für den Betrieb und die Verwaltung der Datenbanken, Bürodienste und Abonnements;

— Kauf/Miete und Wartung von Datenübertragungs- und Kommunikationsgeräten und -software und Support für diese Geräte und Software sowie Ausbildungsmaßnahmen und Folgekosten.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 1 944 000 EUR veranschlagt.

***31 01 08 Ausgaben für Übersetzungen***

31 01 08 01 Ausgaben für Übersetzungen

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 13 800 000 | 14 000 000 | 12 650 911,23 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 31 01 07 01*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Ausgaben für externe Übersetzungsleistungen und die Ausgaben im Zusammenhang mit anderen an externe Auftragnehmer vergebenen Sprachdienstleistungen zu decken.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 600 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

**KAPITEL 31 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „SPRACHENDIENSTE“** *(Fortsetzung)*

***31 01 08*** *(Fortsetzung)*

31 01 08 02 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten der Generaldirektion „Übersetzung“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 790 000 | 1 721 000 | 2 074 983,65 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 31 01 07 02*

Im Zusammenhang mit den Ausgaben für Terminologie- und Sprachdatenbanken, für elektronische Übersetzungshilfsmittel sowie für Dokumentation und Bibliothek der Generaldirektion Übersetzung sollen diese Mittel decken:

— die Ausgaben für Erwerb, Entwicklung und Anpassung von Software, Übersetzungssoftware und anderen mehrsprachigen Tools oder Übersetzungshilfen sowie den Erwerb, die Konsolidierung und die Erweiterung der Sprach- und Terminologiedatenbanken, Übersetzungsspeicher und Wörterbücher für die maschinelle Übersetzung, namentlich im Hinblick auf einen effizienteren Umgang mit der Mehrsprachigkeit und eine engere interinstitutionelle Zusammenarbeit;

— die zur Deckung des Übersetzerbedarfs getätigten Ausgaben für Dokumentation und Bibliotheken, insbesondere:

  — Ausstattung der Bibliotheken mit einsprachigen Büchern und Abonnements für ausgewählte Zeitungen und Zeitschriften,

  — Ausstattung neuer Übersetzer mit Wörterbüchern und sonstigen Nachschlagewerken,

  — Anschaffung von Wörterbüchern, Enzyklopädien und Glossaren in elektronischer Form bzw. Erwerb von Rechten für den Web-Zugriff auf Dokumentationsdatenbanken,

  — Aufbau und Pflege der Grundausstattung der mehrsprachigen Bibliotheken durch Anschaffung von Nachschlagewerken.

Die Mittel decken die innerhalb der Union anfallenden Ausgaben, mit Ausnahme der Ausgaben für die Gemeinsame Forschungsstelle, die bei Artikel 01 05 der betreffenden Titel ausgewiesen sind.

***31 01 09*** ***Interinstitutionelle Zusammenarbeit im Sprachenbereich***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 640 000 | 673 000 | 1 001 100,77 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 31 01 08 01*

Diese Mittel decken die Ausgaben für die vom Interinstitutionellen Übersetzungs- und Dolmetschausschuss zur Förderung der interinstitutionellen sprachlichen Zusammenarbeit organisierten Tätigkeiten der Zusammenarbeit.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 288 000 EUR veranschlagt.

KOMMISSION
*TITEL 31 — SPRACHENDIENSTE*

**KAPITEL 31 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „SPRACHENDIENSTE“** *(Fortsetzung)*

***31 01 10 Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 31 01 09 01 und 31 01 09 02*

Diese Mittel dienen der Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben des Übersetzungszentrums für die Einrichtungen der Europäischen Union (Titel 1 und 2) und seiner operativen Ausgaben (Titel 3).

Die Haushaltsmittel des Übersetzungszentrums bestehen, unbeschadet anderer Einnahmen, aus den Finanzbeiträgen der Einrichtungen, für die das Zentrum tätig ist, und sonstiger Stellen, mit denen es zusammenarbeitet.

Die gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2343/2002 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Der Stellenplan des Übersetzungszentrums ist dem Anhang „Stellenplan“ des vorliegenden Einzelplans zu entnehmen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 2965/94 des Rates vom 28. November 1994 zur Errichtung eines Übersetzungszentrums für die Einrichtungen der Europäischen Union (ABl. L 314 vom 7.12.1994, S. 1).

*Verweise*

Erklärung der auf Ebene der Staats- und Regierungschefs in Brüssel vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 29. Oktober 1993.

KOMMISSION
*TITEL 31 — SPRACHENDIENSTE*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „DOLMETSCHEN“

— UNTERSTÜTZUNG FÜR KONFERENZEN, VERANSTALTUNGEN UND SITZUNGEN

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „DOLMETSCHEN“

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „ÜBERSETZUNG“

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „ÜBERSETZUNG“

KOMMISSION

*TITEL 32*

**ENERGIE**

# TITEL 32

# ENERGIE

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 32 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENERGIE“ | 62 269 517 | 62 269 517 | 69 147 240 | 69 147 240 | 70 521 406,37 | 70 521 406,37 |
| 32 02 | KONVENTIONELLE UND ERNEUERBARE ENERGIEN | 424 037 500 | 108 237 427 | 34 569 795 | 308 049 421 | 34 007 098,97 | 205 232 668,83 |
| 32 03 | KERNENERGIE | 154 183 000 | 199 700 000 | 289 750 000 | 199 660 662 | 281 936 586,02 | 196 745 844,05 |
| 32 04 | HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM ENERGIE-SEKTOR | 292 962 845 | 217 823 316 | 308 885 030 | 210 896 008 | 304 540 506,46 | 228 056 301,80 |
| | **Titel 32 — Insgesamt** | **933 452 862** | **588 030 260** | **702 352 065** | **787 753 331** | **691 005 597,82** | **700 556 221,05** |

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

# TITEL 32

# ENERGIE

## KAPITEL 32 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENERGIE“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 32 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENERGIE“ | | | | | |
| ***32 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Energie“*** | 5.2 | 47 463 411 | 54 712 821 | 55 933 576,22 | 117,85 |
| ***32 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Energie“*** | | | | | |
| 32 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 2 583 194 | 2 833 885 | 2 530 013,74 | 97,94 |
| 32 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 1 897 388 | 1 992 249 | 2 474 462,80 | 130,41 |
| | *Artikel 32 01 02 — Subtotal* | | 4 480 582 | 4 826 134 | 5 004 476,54 | 111,69 |
| ***32 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Energie“*** | 5.2 | 3 072 253 | 3 480 160 | 4 122 613,54 | 134,19 |
| ***32 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Energie“*** | | | | | |
| 32 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für die Fazilität „Connecting Europe“ — Energie | 1.1 | 2 728 000 | 600 000 | 655 001,89 | 24,01 |
| 32 01 04 02 | Unterstützungsausgaben für das Hilfsprogramm für die Stilllegung kerntechnischer Anlagen | 1.1 | p.m. | 250 000 | 254 110,— | — |
| | *Artikel 32 01 04 — Subtotal* | | 2 728 000 | 850 000 | 909 111,89 | 33,33 |
| ***32 01 05*** | ***Unterstützungsausgaben für Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Energie“*** | | | | | |
| 32 01 05 01 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit | 1.1 | 1 806 884 | 2 230 125 | 2 165 657,— | 119,86 |
| 32 01 05 02 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal | 1.1 | 890 467 | 950 000 | 872 100,— | 97,94 |

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENERGIE“** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 32 01 05 03 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben | 1.1 | 1 729 920 | 2 000 000 | 1 415 871,18 | 81,85 |
| | *Artikel 32 01 05 — Subtotal* | | 4 427 271 | 5 180 125 | 4 453 628,18 | 100,60 |
| ***32 01 07*** | ***Beitrag der Europäischen Atomgemeinschaft zur Versorgungsagentur*** | 5.2 | 98 000 | 98 000 | 98 000,— | 100,— |
| | **Kapitel 32 01 — Insgesamt** | | **62 269 517** | **69 147 240** | **70 521 406,37** | **113,25** |

***32 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Energie“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 47 463 411 | 54 712 821 | 55 933 576,22 |

***32 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Energie“***

32 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 583 194 | 2 833 885 | 2 530 013,74 |

32 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 897 388 | 1 992 249 | 2 474 462,80 |

***32 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Energie“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 072 253 | 3 480 160 | 4 122 613,54 |

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENERGIE“** *(Fortsetzung)*

***32 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Energie“***

32 01 04 01 Unterstützungsausgaben für die Fazilität „Connecting Europe“ — Energie

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 728 000 | 600 000 | 655 001,89 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 32 01 04 02*

Diese Mittel decken die Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Postens stehen, sowie alle weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 32 02.

32 01 04 02 Unterstützungsausgaben für das Hilfsprogramm für die Stilllegung kerntechnischer Anlagen

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 250 000 | 254 110,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 32 01 04 03*

Diese Mittel decken die Ausgaben für Studien und Sachverständigensitzungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Postens stehen, sowie alle weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 32 03.

***32 01 05 Unterstützungsausgaben für Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Energie“***

32 01 05 01 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 806 884 | 2 230 125 | 2 165 657,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 32 01 01 (teilweise) und Posten 32 01 05 01*

Dieser Ansatz betrifft Ausgaben für die in den Stellenplänen ausgewiesenen Beamte und Bediensteten auf Zeit, die mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Horizont 2020) betraut sind, einschließlich der an Delegationen der Union entsandten Beamten und Bediensteten auf Zeit, die mit indirekten Maßnahmen der Programme in anderen Bereichen als dem Nuklearbereich betraut sind.

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENERGIE“** *(Fortsetzung)*

***32 01 05*** *(Fortsetzung)*

32 01 05 01 *(Fortsetzung)*

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 32 04.

32 01 05 02 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 890 467 | 950 000 | 872 100,— |

*Erläuterungen*

Dieser Ansatz betrifft Ausgaben für externes Personal, das mit der Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Horizont 2020) betraut ist, einschließlich des an Delegationen der Union entsandten externen Personals, für indirekte Maßnahmen der Programme in anderen Bereichen als dem Nuklearbereich.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 32 04.

32 01 05 03 Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 729 920 | 2 000 000 | 1 415 871,18 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 32 01 04 06 und 32 01 05 03*

Diese Mittel sind zur Deckung sonstiger Verwaltungsausgaben bestimmt, einschließlich sonstiger Verwaltungsausgaben bezüglich an Delegationen der Union entsandtes Personal, die für die gesamte Verwaltung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Horizont 2020) im Rahmen indirekter Maßnahmen der Programme in anderen Bereichen als dem Nuklearbereich anfallen.

Diese Mittel sind auch zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Ziele des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Haushaltspostens stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENERGIE“** *(Fortsetzung)*

***32 01 05*** *(Fortsetzung)*

32 01 05 03 *(Fortsetzung)*

Sie sind auch zur Deckung der Ausgaben für die technische und administrative Unterstützung bei der Ermittlung, Vorbereitung, Verwaltung, Weiterbehandlung, Überprüfung und Kontrolle des Programms oder der Vorhaben bestimmt, wie z. B. Kosten für Konferenzen, Workshops, Seminare, Entwicklung und Pflege von IT-Systemen, Dienstreisen, Schulungen und Repräsentationszwecke.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 32 04.

***32 01 07*** ***Beitrag der Europäischen Atomgemeinschaft zur Versorgungsagentur***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 98 000 | 98 000 | 98 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 32 01 06*

Da die Ausgaben für Personal und Gebäude durch die Mittel der Posten XX 01 01 01, XX 01 03 01 und Artikel 26 01 23 mit abgedeckt sind, dient der Beitrag der Kommission, zu dem noch die Einnahmen der Agentur hinzukommen, der Deckung der Ausgaben, die der Agentur im Zuge der Wahrnehmung ihrer Tätigkeiten entstehen.

Der Rat der Europäischen Atomgemeinschaft hat auf seiner 23. Tagung am 1. und 2. Februar 1960 einstimmig vorgeschlagen, dass die Kommission nicht nur die Erhebung der Gebühr zur Deckung der Verwaltungsausgaben der Versorgungsagentur, sondern auch die eigentliche Einführung dieser Gebühr verschiebt. Seither enthält der Haushaltsplan einen Mittelansatz für einen Zuschuss zum Ausgleich des Einnahmen- und Ausgabenvoranschlags der Agentur.

*Rechtsgrundlagen*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere die Artikel 52, 53 und 54.

*Verweise*

Beschluss 2008/114/EG, Euratom des Rates vom 12. Februar 2008 über die Satzung der Euratom-Versorgungsagentur (ABl. L 41 vom 15.2.2008, S. 15.), insbesondere Artikel 4, 6 und 7 des Anhangs.

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 02 — KONVENTIONELLE UND ERNEUERBARE ENERGIEN**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 32 02 | KONVENTIONELLE UND ERNEUERBARE ENERGIEN | | | | | | | | |
| ***32 02 01*** | ***Infrastrukturfazilität „Connecting Europe“*** | | | | | | | | |
| 32 02 01 01 | Förderung der Integration des Energiebinnenmarkts und der Netzinteroperabilität durch Infrastrukturmaßnahmen | 1.1 | 122 042 833 | p.m. | | | | | — |
| 32 02 01 02 | Erhöhung der Versorgungssicherheit, der Systemresistenz und der Sicherheit des Systembetriebs durch Infrastrukturmaßnahmen | 1.1 | 122 042 833 | p.m. | | | | | — |
| 32 02 01 03 | Förderung der nachhaltigen Entwicklung und des Umweltschutzes durch Infrastrukturmaßnahmen | 1.1 | 122 042 834 | p.m. | | | | | — |
| 32 02 01 04 | Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen in Energieprojekte | 1.1 | 40 771 000 | p.m. | | | | | — |
| | *Artikel 32 02 01 — Subtotal* | | 406 899 500 | p.m. | | | | | — |
| ***32 02 02*** | ***Unterstützende Tätigkeiten für die Europäische Energiepolitik und den Energiebinnenmarkt*** | 1.1 | 4 900 000 | 1 482 073 | 4 700 000 | 2 780 313 | 4 685 648,97 | 2 834 839,31 | 191,28 |
| ***32 02 03*** | ***Sicherheit der Energieanlagen und -infrastrukturen*** | 1.1 | 300 000 | 190 000 | 300 000 | 184 515 | 250 000,— | 751 459,— | 395,50 |
| ***32 02 10*** | ***Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER)*** | 1.1 | 10 188 000 | 10 188 000 | 7 369 795 | 7 369 795 | 7 241 850,— | 7 241 850,— | 71,08 |
| ***32 02 51*** | ***Abschluss der finanziellen Unterstützung von Projekten des transeuropäischen Energienetzes, die von gemeinsamem Interesse sind*** | 1.1 | p.m. | 9 753 197 | 22 200 000 | 11 972 009 | 21 129 600,— | 10 737 761,21 | 110,09 |
| ***32 02 52*** | ***Abschluss von Energievorhaben zur Konjunkturbelebung*** | 1.1 | — | 85 259 157 | — | 285 532 789 | 0,— | 183 666 759,31 | 215,42 |
| ***32 02 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 32 02 77 01 | Pilotprojekt zur Sicherheit der Energieversorgung — Schiefergas | 1.1 | — | 140 000 | — | 60 000 | 200 000,— | 0,— | 0,— |

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 02 — KONVENTIONELLE UND ERNEUERBARE ENERGIEN** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 32 02 77 02 | Vorbereitende Aktion — Mechanismen der Zusammenarbeit bei der Durchführung der Richtlinie 2009/28/EG über Energie aus erneuerbaren Quellen | 2 | — | 350 000 | — | 150 000 | 500 000,— | 0,— | 0,— |
| 32 02 77 03 | Pilotprojekt — Förderung der Bewahrung natürlicher Ressourcen und Bekämpfung des Klimawandels durch verstärkte Nutzung der Solarenergie (Solarthermie und Photovoltaik) | 2 | — | — | — | — | 0,— | 0,— | — |
| 32 02 77 04 | Pilotprojekt — Europäisches Rahmenprogramm für die Entwicklung und den Austausch von Erfahrungen auf dem Gebiet der nachhaltigen Stadtentwicklung | 1.1 | — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 32 02 77 05 | Vorbereitende Maßnahme — Europäische Inseln für eine gemeinsame Energiepolitik | 1.1 | — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| 32 02 77 06 | Pilotprojekt — Technisch-wirtschaftliche Modelle für Fernwärmenetze aus mehreren Quellen | 2 | 1 750 000 | 875 000 | | | | | — |
| | *Artikel 32 02 77 — Subtotal* | | 1 750 000 | 1 365 000 | — | 210 000 | 700 000,— | 0,— | 0,— |
| | **Kapitel 32 02 — Insgesamt** | | **424 037 500** | **108 237 427** | **34 569 795** | **308 049 421** | **34 007 098,97** | **205 232 668,83** | **189,61** |

## *32 02 01 Infrastrukturfazilität „Connecting Europe“*

32 02 01 01 Förderung der Integration des Energiebinnenmarkts und der Netzinteroperabilität durch Infrastrukturmaßnahmen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 122 042 833 | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel sind zur Deckung von Ausgaben für die Kofinanzierung von Studien und Arbeiten im Rahmen von Vorhaben von gemeinsamem Interesse bestimmt, die vorrangig zur Integration des Energiebinnenmarktes und zur grenzübergreifenden Interoperabilität der Strom- und Gasnetze beitragen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 680/2007 und (EG) Nr. 67/2010 (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 129), insbesondere Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe b.

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 02 — KONVENTIONELLE UND ERNEUERBARE ENERGIEN** *(Fortsetzung)*

***32 02 01*** *(Fortsetzung)*

32 02 01 02 Erhöhung der Versorgungssicherheit, der Systemresistenz und der Sicherheit des Systembetriebs durch Infrastrukturmaßnahmen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 122 042 833 | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel sind zur Deckung von Ausgaben für die Kofinanzierung von Studien und Arbeiten im Rahmen von Vorhaben von gemeinsamem Interesse bestimmt, die vorrangig zur Erhöhung der Versorgungssicherheit, der Systemresistenz und der Sicherheit des Systembetriebs beitragen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 680/2007 und (EG) Nr. 67/2010 (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 129), insbesondere Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe b.

32 02 01 03 Förderung der nachhaltigen Entwicklung und des Umweltschutzes durch Infrastrukturmaßnahmen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 122 042 834 | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel sind zur Deckung von Ausgaben für die Kofinanzierung von Studien und Arbeiten im Rahmen von Vorhaben von gemeinsamem Interesse bestimmt, die vorrangig zur nachhaltigen Entwicklung und zum Umweltschutz, unter anderem durch Förderung der Integration von Energien aus erneuerbaren Quellen in die Übertragungsnetze und durch die Entwicklung von intelligenten Energienetzen und Kohlendioxidnetzen beitragen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 680/2007 und (EG) Nr. 67/2010 (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 129), insbesondere Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe b.

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 02 — KONVENTIONELLE UND ERNEUERBARE ENERGIEN** *(Fortsetzung)*

***32 02 01*** *(Fortsetzung)*

32 02 01 04 Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen in Energieprojekte

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 40 771 000 | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel sind zur Deckung von Ausgaben für den Beitrag der Union zu Finanzierungsinstrumenten bestimmt, die im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe" geschaffen wurden und mit denen der Zugang zu langfristigen Finanzierungen oder Ressourcen privater Investoren ermöglicht und erleichtert und somit die Finanzierung von Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 347/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2013 zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1364/2006/EG und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 713/2009, (EG) Nr. 714/2009 und (EG) Nr. 715/2009 (ABl. L 115 vom 25.4.2013, S. 39) förderfähig sind, beschleunigt oder ermöglicht werden soll. Die Finanzierungsinstrumente werden nach einer Ex-ante-Bewertung gemäß Artikel 224 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission als Kreditinstrument oder Eigenkapitalinstrument eingerichtet. Sie sollen im Sinne der Haushaltsordnung im Rahmen der direkten Verwaltung von den betrauten Einrichtungen oder gemeinsam mit den betrauten Einrichtungen umgesetzt werden.

Rückzahlungen im Rahmen von Finanzierungsinstrumenten gemäß Artikel 140 Absatz 6 der Haushaltsordnung, einschließlich Rückflüsse, freigegebene Garantien und Erstattungen auf den Darlehensbetrag, die der Kommission erstattet werden und in Posten 6 3 4 1 des Einnahmenplans veranschlagt werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe i der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe", zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 680/2007 und (EG) Nr. 67/2010 (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 129).

***32 02 02*** ***Unterstützende Tätigkeiten für die Europäische Energiepolitik und den Energiebinnenmarkt***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 4 900 000 | 1 482 073 | 4 700 000 | 2 780 313 | 4 685 648,97 | 2 834 839,31 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 32 04 03 und vormals Posten 32 01 04 01 und 32 01 04 05*

Diese Mittel decken Ausgaben der Kommission für die Sammlung und Bearbeitung von Informationen zur Analyse, Definition, Förderung, Überwachung, Bewertung und Durchführung einer auf Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Nachhaltigkeit ausgerichteten europäischen Energiepolitik, des Energiebinnenmarktes und seiner Ausweitung auf Drittstaaten, der Energieversorgungssicherheit mit all ihren Aspekten unter Berücksichtigung einer europäischen und globalen Perspektive sowie der Stärkung der Rechte und des Schutzes der Energienutzer durch Qualitätsdienste zu transparenten und vergleichbaren Preisen.

Als wichtigste Ziele wurden gebilligt: die Entwicklung einer schrittweise angelegten gemeinsamen europäischen Politik zur Gewährleistung einer dauerhaften Energieversorgungssicherheit, ein reibungsloses Funktionieren des Energiebinnenmarktes und des Zugangs zu den Energieverteilungsnetzen, Beobachtung des Energiemarktes, Analyse von Modellen, einschließlich Szenarien zu den Auswirkungen der in Betracht gezogenen politischen Konzepte, Stärkung der Rechte und des Schutzes der Energienutzer auf der Grundlage allgemeiner und spezieller Kenntnisse der globalen und europäischen Energiemärkte für alle Energiearten.

Diese Mittel decken auch die Ausgaben für Sachverständige in direktem Zusammenhang mit der Sammlung, Validierung und Analyse der notwendigen Informationen für die Energiemarktbeobachtung („Peer Review").

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 02 — KONVENTIONELLE UND ERNEUERBARE ENERGIEN** *(Fortsetzung)*

**32 02 02** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 2005/89/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2006 über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Elektrizitätsversorgung und von Infrastrukturinvestitionen (ABl. L 33 vom 4.2.2006, S. 22).

Entscheidung Nr. 1673/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 über die Finanzierung der Europäischen Normung (ABl. L 315 vom 15.11.2006, S. 9).

Verordnung (EG) Nr. 714/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 15).

Verordnung (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 36).

Richtlinie 2009/72/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 55).

Richtlinie 2009/73/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 94).

Verordnung (EU) Nr. 994/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Erdgasversorgung und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/67/EG des Rates (ABl. L 295 vom 12.11.2010, S. 1).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 617/2010 des Rates vom 24. Juni 2010 über die Mitteilung von Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur in der Europäischen Union an die Kommission (ABl. L 180 vom 15.7.2010, S. 7).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 833/2010 der Kommission vom 21. September 2010 zur Durchführung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 617/2010 des Rates über die Mitteilung von Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur in der Europäischen Union an die Kommission (ABl. L 248 vom 22.9.2010, S. 36).

Richtlinie 2013/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 über die Sicherheit von Offshore-Erdöl- und -Erdgasaktivitäten und zur Änderung der Richtlinie 2004/35/EG (ABl. L 178 vom 28.6.2013, S. 66).

*Verweise*

Beschluss der Kommission vom 19. Januar 2012 zur Einsetzung der EU-Gruppe der für Offshore-Erdöl- und Erdgasaktivitäten zuständigen Behörden (ABl. C 18 vom 21.1.2012, S. 8).

**32 02 03** ***Sicherheit der Energieanlagen und -infrastrukturen***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 300 000 | 190 000 | 300 000 | 184 515 | 250 000,— | 751 459,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 32 04 16*

Diese Mittel decken Ausgaben der Kommission für die Sammlung und Bearbeitung von Informationen zur Analyse, Definition, Förderung, Überwachung, Bewertung und Durchführung der Vorschriften und Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Sicherheit des Energiesektors, die technische Unterstützung und die spezifischen Ausbildungsmaßnahmen zu verbessern.

Wichtigste Ziele sind die Ausarbeitung und Anwendung von Sicherheitsvorschriften im Energiebereich, insbesondere:

— Maßnahmen zur Vorbeugung von kriminellen Handlungen im Energiebereich, wobei den Anlagen und Infrastrukturen des europäischen Energieerzeugungs- und -übertragungssystems besondere Beachtung geschenkt wird,

— Annäherung der Rechtsvorschriften, technischen Standards und administrativen Überwachungspraxis im Bereich der Energiesicherheit,

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 02 — KONVENTIONELLE UND ERNEUERBARE ENERGIEN** *(Fortsetzung)*

***32 02 03*** *(Fortsetzung)*

— Festlegung von gemeinsamen Indikatoren, Methoden und Sicherheitszielen für den Energiesektor und Zusammenstellung der für eine solche Festlegung erforderlichen Daten,

— Überwachung der Maßnahmen zur Energiesicherheit, die von nationalen Behörden, Betreibern und sonstigen maßgeblichen Akteuren in diesem Sektor getroffen werden,

— internationale Koordinierung im Bereich der Energiesicherheit unter Einbeziehung von Lieferanten aus Nachbarländern, Durchgangsländern und anderen Partnern in der Welt,

— Förderung der technologischen Entwicklung im Bereich der Energiesicherheit.

Diese Mittel können auch die Ausgaben für Information und Kommunikation sowie für elektronische und gedruckte Veröffentlichungen decken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen dieses Artikels stehen.

*Rechtsgrundlagen*

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***32 02 10*** ***Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 10 188 000 | 10 188 000 | 7 369 795 | 7 369 795 | 7 241 850,— | 7 241 850,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 32 04 10 01 und 32 04 10 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Agentur (Titel 1 und 2) und ihrer operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3) bestimmt.

Die Agentur muss das Europäische Parlament und den Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen Linien und Linien für Verwaltungsausgaben unterrichten.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Die gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2343/2002 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Der Stellenplan der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden ist im Anhang „Personal" dieses Einzelplans enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 10 880 000 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 10 188 000 EUR erhöht sich um 692 000 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 02 — KONVENTIONELLE UND ERNEUERBARE ENERGIEN** *(Fortsetzung)*

***32 02 10*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 713/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 zur Gründung einer Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 1)

Verordnung (EU) Nr. 1227/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts (ABl. L 326, vom 8.12.2011, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 347/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2013 zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1364/2006/EG und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 713/2009, (EG) Nr. 714/2009 und (EG) Nr. 715/2009 (ABl. L 115 vom 25.4.2013, S. 39).

***32 02 51*** ***Abschluss der finanziellen Unterstützung von Projekten des transeuropäischen Energienetzes, die von gemeinsamem Interesse sind***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 9 753 197 | 22 200 000 | 11 972 009 | 21 129 600,— | 10 737 761,21 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 32 03 01 und 32 03 02*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 2236/95 des Rates vom 18. September 1995 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze (ABl. L 228 vom 23.9.1995, S. 1).

Entscheidung Nr. 1364/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 zur Festlegung von Leitlinien für die transeuropäischen Energienetze (ABl. L 262 vom 22.9.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 680/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Verkehrs- und Energienetze (ABl. L 162 vom 22.6.2007, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 347/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2013 zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1364/2006/EG und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 713/2009, (EG) Nr. 714/2009 und (EG) Nr. 715/2009 (ABl. L 115 vom 25.4.2013, S. 39).

***32 02 52*** ***Abschluss von Energievorhaben zur Konjunkturbelebung***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 85 259 157 | — | 285 532 789 | 0,— | 183 666 759,31 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 32 04 14 01, 32 04 14 02, 32 04 14 03 und 32 04 14 04*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 663/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über ein Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich (ABl. L 200 vom 31.7.2009, S. 31).

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 02 — KONVENTIONELLE UND ERNEUERBARE ENERGIEN** *(Fortsetzung)*

### *32 02 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*

32 02 77 01 Pilotprojekt zur Sicherheit der Energieversorgung — Schiefergas

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 140 000 | — | 60 000 | 200 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 32 04 18*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

32 02 77 02 Vorbereitende Aktion — Mechanismen der Zusammenarbeit bei der Durchführung der Richtlinie 2009/28/EG über Energie aus erneuerbaren Quellen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 350 000 | — | 150 000 | 500 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 32 04 19*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Aufgrund der Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 16), in der nationale Zielvorgaben für die Anteile der Energie aus erneuerbaren Quellen am Bruttoendenergieverbrauch aufgestellt werden, wird ein neuer Mechanismus für die Erfüllung der nationalen Zielvorgaben vorgeschlagen, bei dem die Mitgliedstaaten einzelstaatliche Fördersysteme und die Kooperationsmechanismen heranziehen können, die in der Richtlinie 2009/28/EG vorgesehen sind. Diese Verfahren, die für die Mitgliedstaaten Flexibilität im Zusammenhang mit freiwilliger Kooperation schaffen, beruhen auf statistischen Transfers zwischen den Mitgliedstaaten (Artikel 6), gemeinsamen Projekten zwischen Mitgliedstaaten (Artikel 7 und 8), gemeinsamen Projekten von Mitgliedstaaten und Drittländern (Artikel 9 und 10) und gemeinsamen Förderregelungen zwischen Mitgliedstaaten (Artikel 11).

Diese vorbereitende Aktion dienen dazu, alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Anwendung dieser Mechanismen der Zusammenarbeit und ihre Wechselwirkung mit anderen Mechanismen oder nationalen Förderregelungen zu untersuchen und zu prüfen, ob ein gezielter Rahmen für die Anwendung dieser Mechanismen geschaffen werden muss. Die Schaffung dieses Kooperationsrahmens sollte in solchen Mitgliedstaaten besonders wichtig genommen werden, die nur begrenzte Kapazitäten für eine Vernetzung über Grenzen hinweg haben, sowie in Gebieten, in denen spezielle Projekte für Energie aus erneuerbaren Quellen ein großes Potenzial haben.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 02 — KONVENTIONELLE UND ERNEUERBARE ENERGIEN** *(Fortsetzung)*

***32 02 77*** *(Fortsetzung)*

32 02 77 03 Pilotprojekt — Förderung der Bewahrung natürlicher Ressourcen und Bekämpfung des Klimawandels durch verstärkte Nutzung der Solarenergie (Solarthermie und Photovoltaik)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | — | — | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 32 04 17*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

32 02 77 04 Pilotprojekt — Europäisches Rahmenprogramm für die Entwicklung und den Austausch von Erfahrungen auf dem Gebiet der nachhaltigen Stadtentwicklung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 32 04 12*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

32 02 77 05 Vorbereitende Maßnahme — Europäische Inseln für eine gemeinsame Energiepolitik

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 32 04 13*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 02 — KONVENTIONELLE UND ERNEUERBARE ENERGIEN** *(Fortsetzung)*

***32 02 77*** *(Fortsetzung)*

32 02 77 05 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

32 02 77 06 Pilotprojekt — Technisch-wirtschaftliche Modelle für Fernwärmenetze aus mehreren Quellen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 750 000 | 875 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Mit diesem Pilotprojekt soll die Energieeffizienz von Fernwärme- und Fernkältenetzen durch die Entwicklung von Fernwärme und Fernkälte der nächsten Generation auf folgende Weise verbessert werden:

— intelligente Nutzung und Steuerung der verteilten Energiespeicher im Netz;

— verbesserte Gestaltung und intelligente Steuerung der Verteiler für Niedertemperaturheizung und Hochtemperaturkühlung in Gebäuden und

— intelligente Steuerung des Gesamtnetzes in Bezug auf die Einspeisung von Energie aus erneuerbaren Quellen (vor allem Solarthermie, Erdwärme, Abwärme), den Wärmeenergiebedarf der angeschlossenen Gebäude und die Systeme der verteilten Speicher und Sammelspeicher für Wärmeenergie.

Im ersten Schritt sollen unter anderem die Ergebnisse der ersten Studien (2014-2015) zu folgenden Sachverhalten vorgelegt werden:

— ein Algorithmus für die intelligente Steuerung verteilter Wärmeenergiespeicher und der Verteiler;

— ein kostengünstiges System zur Ermittlung der Auslastung der kompakten verteilten Wärmeenergiespeicher in Gebäuden;

— eine verbesserte Gestaltung der Niedertemperaturverteiler und

— ein Gesamtsteuerprogramm für den Umgang mit dem Missverhältnis zwischen der Wärmezufuhr aus mehreren (unvorhersehbaren) erneuerbaren Quellen und dem Wärmeenergiebedarf der angeschlossenen Gebäude.

Das Gesamtziel besteht darin, die Energieeffizienz des Wärmenetzes zu verbessern und den Primärenergieverbrauch der Reservesysteme für Wärme (erdgasbefeuerte Kessel) und Kälte (Kühlaggregate) um mindestens 20 % zu senken.

Im zweiten Schritt wird ein Komplex von etwa 60 Gebäuden errichtet, von denen einige im Rahmen des Pilotprojekts in den Jahren 2014 und 2015 an das Netz angeschlossen werden sollen. Durch die Optimierung der Netze (= Speicher + Verteiler + Steuerung) können die Emissionen schätzungsweise um 1 021 Tonnen/Jahr gesenkt werden. Die Verringerung der Emissionen durch die Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen wurde (noch) nicht in die Berechnungen einbezogen, da der Schwerpunkt auf den Netzen der nächsten Generation liegt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 03 — KERNENERGIE**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 32 03 | KERNENERGIE | | | | | | | | |
| ***32 03 01*** | ***Nukleare Sicherheit — Überwachung*** | 1.1 | 20 520 000 | 17 000 000 | 20 550 000 | 15 814 706 | 20 316 372,02 | 16 061 090,81 | 94,48 |
| ***32 03 02*** | ***Nukleare Sicherheit und Strahlenschutz*** | 1.1 | 3 286 000 | 2 700 000 | 2 200 000 | 1 976 838 | 1 716 214,— | 1 668 208,46 | 61,79 |
| ***32 03 03*** | ***Hilfsprogramm zur Stilllegung kerntechnischer Anlagen*** | | | | | | | | |
| 32 03 03 01 | „Kosloduj"-Programm | 1.1 | 39 416 000 | p.m. | | | | | — |
| 32 03 03 02 | „Ignalina"-Programm | 1.1 | 60 641 000 | p.m. | | | | | — |
| 32 03 03 03 | „Bohunice"-Programm | 1.1 | 30 320 000 | p.m. | | | | | — |
| | *Artikel 32 03 03 — Subtotal* | | 130 377 000 | p.m. | | | | | — |
| ***32 03 51*** | ***Abschluss der Stilllegungshilfe für kerntechnische Anlagen (2007-2013)*** | 1.1 | p.m. | 180 000 000 | 267 000 000 | 181 869 118 | 259 904 000,— | 179 016 544,78 | 99,45 |
| | **Kapitel 32 03 — Insgesamt** | | **154 183 000** | **199 700 000** | **289 750 000** | **199 660 662** | **281 936 586,02** | **196 745 844,05** | **98,52** |

## *32 03 01 Nukleare Sicherheit — Überwachung*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 20 520 000 | 17 000 000 | 20 550 000 | 15 814 706 | 20 316 372,02 | 16 061 090,81 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 32 05 01*

Veranschlagt sind Mittel für die Finanzierung folgender Maßnahmen:

— Dienstreisen der Inspektoren nach Maßgabe von vorab festgelegten Halbjahresprogrammen, kurzfristige Inspektionen (Tagegelder und Fahrtkosten),

— Ausbildung von Inspektoren und Sitzungen mit Vertretern der Mitgliedstaaten und der Betreiber kerntechnischer Anlagen,

— Kauf von Ausrüstungsmaterial für die Durchführung der Inspektionen, insbesondere Überwachungsausrüstungen wie digitale Videosysteme, Gamma-, Neutronen- und Infrarotmessapparate, elektronische Versiegelungs- und entsprechende Lesegeräte,

— Erst- und Ersatzbeschaffung von Informationstechnologie-Ausrüstung für Inspektionszwecke,

— spezifische Informationstechnologie-Projekte im Zusammenhang mit den Inspektionen (Entwicklung und Wartung),

— Ersetzung von am Ende ihres Nutzungszyklus angelangten Überwachungs- und Messanlagen,

— Instandhaltung der Ausrüstungen, einschließlich Versicherungskosten für spezifische Ausrüstungen an den Standorten Canberra, Ametek, Fork und GBNS,

— technische Infrastrukturarbeiten, einschließlich Abfallentsorgung und Transport von Proben,

— On-site-Analysen (Kosten der Arbeiten zuzüglich Dienstreisekosten der Analysesachverständigen),

— Vereinbarungen über die Bereitstellung von Räumlichkeiten für die Arbeiten vor Ort (Labors, Büros),

— laufende Verwaltung der Installationen vor Ort und der Laboratorien der Zentraldienststellen (Pannenhilfe, Wartung, Informationstechnologie-Ausrüstung, Kauf von Kleinmaterial, Betriebsmitteln usw.),

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 03 — KERNENERGIE** *(Fortsetzung)*

***32 03 01*** *(Fortsetzung)*

— Informationstechnologie-Unterstützung und -Tests für die bei den Inspektionen benutzten Anwendungen.

Gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden außerdem folgende Einnahmen als zusätzliche Mittel bereitgestellt:

— Versicherungsleistungen,

— Erstattung von Beträgen, die die Kommission für Waren oder Dienstleistungen zu viel gezahlt hat.

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sitzungen von Sachverständigen, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen im Rahmen dieses Artikels stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

*Rechtsgrundlagen*

Maßnahme aufgrund der der Kommission nach Titel II Kapitel 7 und Artikel 174 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft unmittelbar übertragenen Befugnisse.

Verordnung (Euratom) Nr. 302/2005 der Kommission vom 8. Februar 2005 über die Anwendung der Euratom-Sicherungsmaßnahmen (ABl. L 54 vom 28.2.2005, S. 1).

*Verweise*

Dreiseitiges Übereinkommen zwischen der Gemeinschaft, den atomwaffenfreien Mitgliedstaaten und der Internationalen Atomenergie-Organisation.

Dreiseitiges Übereinkommen zwischen der Gemeinschaft, dem Vereinigten Königreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation.

Dreiseitiges Übereinkommen zwischen der Gemeinschaft, Frankreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation.

Kooperationsabkommen zwischen der Gemeinschaft und Drittländern wie den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien.

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat vom 24. März 1992 über einen Beschluss der Kommission zur Einführung von On-site-Laboratorien für die Analyse von Proben zur Sicherheitsüberwachung (SEK(1992) 515).

***32 03 02*** ***Nukleare Sicherheit und Strahlenschutz***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 3 286 000 | 2 700 000 | 2 200 000 | 1 976 838 | 1 716 214,— | 1 668 208,46 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 32 05 02*

Diese Mittel sollen decken:

— die Ausgaben der Kommission für das Einholen und Bearbeiten aller Informationen, die erforderlich sind für Analyse, Festlegung, Förderung, Verfolgung, Bewertung und Durchführung der gemeinsamen Politik für nukleare Sicherheit, vor allem in den neuen Mitgliedstaaten, sowie der Vorschriften und Maßnahmen auf dem Gebiet des Strahlenschutzes,

— die Ausgaben für Maßnahmen zur Überwachung der Strahlenbelastung und zum Schutz vor ionisierender Strahlung, für die Gewährleistung des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung sowie den Schutz der Umwelt vor den Gefahren ionisierender Strahlen und radioaktiver Stoffe. Diese Aktionen beziehen sich auf spezifische, im Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft vorgesehene Aufgaben,

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 03 — KERNENERGIE** *(Fortsetzung)*

***32 03 02*** *(Fortsetzung)*

— Ausgaben für Aufbau und Einsatz eines Korps von Inspektoren zur Kontrolle des Schutzes gegen ionisierende Strahlen auf Ebene der Mitgliedstaaten. Die betreffenden Ausgaben umfassen neben den Tagegeldern und Fahrtkosten (Dienstreisen) auch die Kosten für die Ausbildung der Inspektoren, für vorbereitende Sitzungen sowie für den Kauf von Geräten und Material zur Durchführung der Inspektionen,

— Ausgaben im Zusammenhang mit der Erfüllung der Aufgaben der Kommission gemäß Nummer 31 der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 24. und 25. März 2011.

Diese Mittel können auch Ausgaben für Information und Veröffentlichungen decken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen im Rahmen dieses Artikels stehen.

*Rechtsgrundlagen*

Maßnahme aufgrund der der Kommission nach Titel II Kapitel 3 und Artikel 174 des Euratom-Vertrags unmittelbar übertragenen Befugnisse.

Euratom-Vertrag Artikel 31 (Erfassung von Informationen und Erarbeitung neuer Rechtsvorschriften zur Ergänzung der Grundnormen für den Gesundheitsschutz) und Artikel 33 (Umsetzung von Richtlinien, insbesondere im medizinischen Bereich (Bereich C)).

Richtlinie 96/29/Euratom des Rates vom 13. Mai 1996 zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen für den Schutz der Gesundheit der Arbeitskräfte und der Bevölkerung gegen die Gefahren durch ionisierende Strahlungen (ABl. L 159 vom 29.6.1996, S. 1).

Richtlinie 97/43/Euratom des Rates vom 30. Juni 1997 über den Gesundheitsschutz von Personen gegen die Gefahren ionisierender Strahlung bei medizinischer Exposition und zur Aufhebung der Richtlinie 84/466/Euratom (ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 22).

Richtlinie 2003/122/Euratom des Rates vom 22. Dezember 2003 zur Kontrolle hoch radioaktiver umschlossener Strahlenquellen und herrenloser Strahlenquellen (ABl. L 346 vom 31.12.2003, S. 57).

Richtlinie 2009/71/Euratom des Rates vom 25. Juni 2009 über einen Gemeinschaftsrahmen für die nukleare Sicherheit kerntechnischer Anlagen (ABl. L 172 vom 2.7.2009, S. 18).

Wahrnehmung der Verpflichtungen der Kommission aufgrund folgender spezifischer Rechtsvorschriften:

— Entscheidung 87/600/Euratom des Rates vom 14. Dezember 1987 über Gemeinschaftsvereinbarungen für den beschleunigten Informationsaustausch im Fall einer radiologischen Notstandssituation (ABl. L 371 vom 30.12.1987, S. 76),

— Verordnung (EG) Nr. 733/2008 des Rates vom 15. Juli 2008 über die Einfuhrbedingungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Ursprung in Drittländern nach dem Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl (kodifizierte Fassung) (ABl. L 201 vom 30.7.2008, S. 1),

— Anwendung von Artikel 35 Absatz 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft: Kontrolle der Überwachung der Umweltradioaktivität.

## *32 03 03 Hilfsprogramm zur Stilllegung kerntechnischer Anlagen*

### 32 03 03 01 „Kosloduj"-Programm

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 39 416 000 | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Veranschlagt sind Mittel für die Finanzierung des Stilllegungsfonds für das Kernkraftwerk von Kosloduj (Bulgarien) gemäß den von Bulgarien unterzeichneten Vereinbarungen.

Diese Ausgaben betreffen auch die Erhebung und die Bearbeitung von Informationen aller Art, die für die Analyse, Festlegung, Verbreitung, Überwachung und Bewertung der Regeln und Maßnahmen im Bereich der Stilllegung erforderlich sind.

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 03 — KERNENERGIE** *(Fortsetzung)*

***32 03 03*** *(Fortsetzung)*

32 03 03 01 *(Fortsetzung)*

Die Kommission hat einen Bericht über den Stand der Durchführung der im Rahmen dieses Postens bereitgestellten Mittel sowie aktualisierte Kostenschätzungen und Zeitpläne für die Stilllegung der betroffenen Atomreaktoren vorzulegen.

Die Mittelausstattung für das Kosloduj-Programm kann auch Ausgaben decken, die im Zusammenhang stehen mit Vorbereitungs-, Überwachungs-, Kontroll-, Rechnungsprüfungs- und Evaluierungstätigkeiten, die für die Verwaltung des Programms und die Verwirklichung seiner Ziele erforderlich sind. Diese Tätigkeiten umfassen insbesondere Studien, Sachverständigensitzungen, Informations- und Kommunikationsmaßnahmen, einschließlich der Vermittlung der politischen Prioritäten der Union nach außen, sofern sie mit den allgemeinen Zielen der Verordnung (Euratom) Nr. 1368/2013 im Zusammenhang stehen, Tätigkeiten im Zusammenhang mit IT-Netzen, mit dem Schwerpunkt auf der Verarbeitung und dem Austausch von Informationen, sowie alle sonstigen Tätigkeiten zur technischen und administrativen Unterstützung durch die Kommission für die Verwaltung des Programms.

Die Mittelausstattung kann auch Ausgaben für die technische und administrative Unterstützung decken, die für die Sicherstellung des Übergangs zwischen dem Programm und den gemäß der Verordnung (Euratom) Nr. 647/2010 erlassenen Maßnahmen erforderlich sind.

*Rechtsgrundlagen*

Maßnahme aufgrund der der Kommission nach Artikel 203 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft unmittelbar übertragenen spezifischen Befugnisse.

Verordnung (Euratom) Nr. 1368/2013 des Rates vom 13. Dezember 2013 über die Unterstützung der Hilfsprogramme für die Stilllegung kerntechnischer Anlagen in Bulgarien und der Slowakei durch die Union und zur Aufhebung der Verordnungen (Euratom) Nr. 549/2007 und (Euratom) Nr. 647/2010 (ABl. L 346 vom 20.12.2013, S. 1), insbesondere Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a.

32 03 03 02 „Ignalina"-Programm

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 60 641 000 | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Veranschlagt sind Mittel für die Finanzierung des Stilllegungsfonds für das Kernkraftwerk von Ignalina (Litauen) gemäß den von Litauen Mitgliedstaat unterzeichneten Vereinbarungen.

Diese Ausgaben betreffen auch die Erhebung und die Bearbeitung von Informationen aller Art, die für die Analyse, Festlegung, Verbreitung, Überwachung und Bewertung der Regeln und Maßnahmen im Bereich der Stilllegung erforderlich sind.

Die Kommission hat einen Bericht über den Stand der Durchführung der im Rahmen dieses Artikels bereitgestellten Mittel sowie aktualisierte Kostenschätzungen und Zeitpläne für die Stilllegung der betroffenen Atomreaktoren vorzulegen.

Die Mittelausstattung für das Ignalina-Programm kann auch Ausgaben decken, die im Zusammenhang stehen mit Vorbereitungs-, Überwachungs-, Kontroll-, Rechnungsprüfungs- und Evaluierungstätigkeiten, die für die Verwaltung des Programms und die Verwirklichung seiner Ziele erforderlich sind. Diese Tätigkeiten umfassen insbesondere Studien, Sachverständigensitzungen, Informations- und Kommunikationsmaßnahmen, einschließlich der Vermittlung der politischen Prioritäten der Union nach außen, sofern sie mit den allgemeinen Zielen der Verordnung (Euratom) Nr. 1369/2013 des Rates im Zusammenhang stehen, Tätigkeiten im Zusammenhang mit IT-Netzen, mit dem Schwerpunkt auf der Verarbeitung und dem Austausch von Informationen, sowie alle sonstigen Tätigkeiten der technischen und administrativen Unterstützung durch die Kommission für die Verwaltung des Programms.

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 03 — KERNENERGIE** *(Fortsetzung)*

***32 03 03*** *(Fortsetzung)*

32 03 03 02 *(Fortsetzung)*

Die Mittelausstattung kann auch Ausgaben für die technische und administrative Unterstützung decken, die für die Sicherstellung des Übergangs zwischen dem Programm und den gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1990/2006 erlassenen Maßnahmen erforderlich sind.

*Rechtsgrundlagen*

Maßnahme aufgrund der der Kommission nach Artikel 203 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft unmittelbar übertragenen spezifischen Befugnisse.

Verordnung (Euratom) Nr. 1369/2013 des Rates vom 13. Dezember 2013 über die Unterstützung des Hilfsprogramms für die Stilllegung kerntechnischer Anlagen in Litauen durch die Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1990/2006 (ABl. L 346 vom 20.12.2013, S. 7), insbesondere Artikel 2 Absatz 2.

32 03 03 03 „Bohunice"-Programm

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 30 320 000 | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Veranschlagt sind Mittel für die Finanzierung des Stilllegungsfonds für das Kernkraftwerk von Bohunice (Slowakei) gemäß den von der Slowakei unterzeichneten Vereinbarungen.

Diese Ausgaben betreffen auch die Erhebung und die Bearbeitung von Informationen aller Art, die für die Analyse, Festlegung, Verbreitung, Überwachung und Bewertung der Regeln und Maßnahmen im Bereich der Stilllegung erforderlich sind.

Die Kommission hat einen Bericht über den Stand der Durchführung der im Rahmen dieses Artikels bereitgestellten Mittel sowie aktualisierte Kostenschätzungen und Zeitpläne für die Stilllegung der betroffenen Atomreaktoren vorzulegen.

Die Mittelausstattung für das Bohunice-Programm kann auch Ausgaben decken, die im Zusammenhang stehen mit Vorbereitungs-, Überwachungs-, Kontroll-, Rechnungsprüfungs- und Evaluierungstätigkeiten, die für die Verwaltung des Programms und die Verwirklichung seiner Ziele erforderlich sind. Diese Tätigkeiten umfassen insbesondere Studien, Sachverständigensitzungen, Informations- und Kommunikationsmaßnahmen, einschließlich der Vermittlung der politischen Prioritäten der Union nach außen, sofern sie mit den allgemeinen Zielen der Verordnung (EG) Nr. 1368/2013 des Rates im Zusammenhang stehen, Tätigkeiten im Zusammenhang mit IT-Netzen, mit dem Schwerpunkt auf der Verarbeitung und dem Austausch von Informationen, sowie alle sonstigen Tätigkeiten der technischen und administrativen Unterstützung durch die Kommission für die Verwaltung des Programms.

Die Mittelausstattung kann auch Ausgaben für die technische und administrative Unterstützung decken, die für die Sicherstellung des Übergangs zwischen dem Programm und den gemäß der Verordnung (Euratom) Nr. 549/2007 des Rates erlassenen Maßnahmen erforderlich sind.

*Rechtsgrundlagen*

Maßnahme aufgrund der der Kommission nach Artikel 203 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft unmittelbar übertragenen spezifischen Befugnisse.

Verordnung (Euratom) Nr. 1368/2013 des Rates vom 13. Dezember 2013 über die Unterstützung der Hilfsprogramme für die Stilllegung kerntechnischer Anlagen in Bulgarien und der Slowakei durch die Union und zur Aufhebung der Verordnungen (Euratom) Nr. 549/2007 und (Euratom) Nr. 647/2010 (ABl. L 346 vom 20.12.2013, S. 1), insbesondere Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a.

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 03 — KERNENERGIE** *(Fortsetzung)*

***32 03 51 Abschluss der Stilllegungshilfe für kerntechnische Anlagen (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 180 000 000 | 267 000 000 | 181 869 118 | 259 904 000,— | 179 016 544,78 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 32 05 03*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

*Rechtsgrundlagen*

Maßnahme aufgrund der der Kommission durch den Beitrittsvertrag von 2003 (Protokoll Nr. 4 zum Kernkraftwerk Ignalina in Litauen und Protokoll Nr. 9 zu Block 1 und Block 2 des Kernkraftwerks Jaslovské Bohunice V1 in der Slowakei, beide im Anhang zum Beitrittsvertrag von 2003) unmittelbar übertragenen spezifischen Befugnisse.

Maßnahme aufgrund der der Kommission nach Artikel 203 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft unmittelbar übertragenen spezifischen Befugnisse.

Die der Kommission im Hinblick auf das Kernkraftwerk Kosloduj in Bulgarien obliegende Aufgabe wird in analoger Weise durch Artikel 30 der Beitrittsakte von 2005 unmittelbar übertragen.

Verordnung (EG) Nr. 1990/2006 des Rates vom 21. Dezember 2006 über die Durchführung des Protokolls Nr. 4 über das Kernkraftwerk Ignalina in Litauen zur Akte über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik (ABl. L 411 vom 30.12.2006, S. 10).

Verordnung (EG) Nr. 549/2007 des Rates vom 14. Mai 2007 über die Durchführung des Protokolls Nr. 9 über Block 1 und Block 2 des Kernkraftwerks Jaslovské Bohunice V1 in der Slowakei zur Akte über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik (ABl. L 131 vom 23.5.2007, S. 1).

Verordnung (Euratom) Nr. 647/2010 des Rates vom 13. Juli 2010 über die Finanzhilfe der Union für die Stilllegung der Blöcke 1 bis 4 des Kernkraftwerks Kosloduj in Bulgarien (Kosloduj-Programm) (ABl. L 189 vom 22.7.2010, S. 9).

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 04 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM ENERGIESEKTOR**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 32 04 | HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM ENERGIESEKTOR | | | | | | | | |
| ***32 04 03*** | ***Gesellschaftliche Herausforderungen*** | | | | | | | | |
| 32 04 03 01 | Förderung des Übergangs zu einer zuverlässigen, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Energiewirtschaft | 1.1 | 292 962 845 | 28 886 164 | | | | | — |
| | *Artikel 32 04 03 — Subtotal* | | 292 962 845 | 28 886 164 | | | | | — |
| ***32 04 50*** | ***Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung*** | | | | | | | | |
| 32 04 50 01 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014 bis 2020) | 1.1 | p.m. | p.m. | | | | | — |
| 32 04 50 02 | Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (aus der Zeit vor 2014) | 1.1 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 1 839 274,61 | 1 745 293,24 | — |
| | *Artikel 32 04 50 — Subtotal* | | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 1 839 274,61 | 1 745 293,24 | — |
| ***32 04 51*** | ***Abschluss des Siebten Rahmenprogramms (2007-2013)*** | 1.1 | p.m. | 125 175 972 | 171 635 030 | 116 069 721 | 169 703 008,29 | 119 659 458,84 | 95,59 |
| ***32 04 52*** | ***Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme (aus der Zeit vor 2007)*** | 1.1 | p.m. | 4 739 966 | p.m. | 14 826 287 | 0,— | 16 971 736,83 | 358,06 |
| ***32 04 53*** | ***Abschluss des Programms „Intelligente Energie — Europa“ (2007-2013)*** | 1.1 | p.m. | 59 021 214 | 137 250 000 | 80 000 000 | 132 998 223,56 | 89 257 739,02 | 151,23 |
| ***32 04 54*** | ***Abschluss des Programms „Intelligente Energie — Europa“ (2003-2006)*** | 1.1 | — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 422 073,87 | — |
| | **Kapitel 32 04 — Insgesamt** | | **292 962 845** | **217 823 316** | **308 885 030** | **210 896 008** | **304 540 506,46** | **228 056 301,80** | **104,70** |

*Erläuterungen*

Diese Erläuterungen gelten für alle Haushaltslinien dieses Kapitels.

Diese Mittel werden für das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ im Energiesektor im Rahmen des Europäischen Strategieplans für Energietechnologie (SET-Plan) für den Zeitraum 2014 bis 2020 eingesetzt.

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 04 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM ENERGIESEKTOR** *(Fortsetzung)*

Energiebezogene „Horizont 2020"-Maßnahmen im Rahmen des SET-Plans, insbesondere das Einzelziel „Sichere, saubere und effiziente Energie" im Rahmen des Schwerpunktbereichs „gesellschaftliche Herausforderung", aber auch relevante Teile anderer Programmpunkte, einschließlich des Teils „Zugang zu Finanzmitteln", werden in erster Linie einen Beitrag zur Europa-2020-Leitinitiative „Innovationsunion" und anderen Leitinitiativen, insbesondere „Ressourcenschonendes Europa", „Eine Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung" und „Digitale Agenda für Europa" leisten sowie zur Entwicklung und zum Funktionieren des Europäischen Forschungsraums (EFR) beitragen. „Horizont 2020" wird zum Aufbau einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft in der gesamten Union beitragen, indem zusätzliche Fördermittel für Forschung, Entwicklung und Innovation in ausreichendem Umfang mobilisiert werden.

„Horizont 2020" wird zur Erreichung der in Artikel 179 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union genannten allgemeinen Ziele durchgeführt, um zur Schaffung einer Wissensgesellschaft, die auf dem Europäischen Forschungsraum aufbaut, beizutragen, d. h. Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf allen Ebenen in der gesamten Union, Steigerung der Dynamik, der Kreativität und der herausragenden Leistungen der europäischen Forschung bis an die Grenzen des Wissens, quantitative und qualitative Stärkung der Humanressourcen in Forschung und Technologie in Europa sowie Stärkung der Forschungs- und Innovationskapazitäten in ganz Europa und Gewährleistung ihrer bestmöglichen Verwendung.

Diese Artikel und Posten decken auch die Ausgaben für von der Kommission veranstaltete Sitzungen, Konferenzen, Workshops und Seminare von hohem wissenschaftlich-technischen Niveau und europäischem Interesse, für im Auftrag der Union durchgeführte Analysen und Bewertungen von hohem wissenschaftlich-technischem Niveau, die der Erschließung neuer, für die Aktionen der Union geeigneter Forschungsbereiche dienen, unter anderem im Rahmen des Europäischen Forschungsraums, wie auch für die Programmbetreuung und die Verbreitung der Ergebnisse, darunter für Maßnahmen, die im Zuge früherer Rahmenprogramme durchgeführt wurden.

Diese Mittel werden im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 1290/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Regeln für die Beteiligung am Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) sowie für die Verbreitung der Ergebnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 81) eingesetzt.

Zu den bei diesem Kapitel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Bei einigen dieser Projekte ist die Möglichkeit einer Beteiligung von Drittländern an der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlich-technischen Forschung vorgesehen. Die damit verbundenen etwaigen Finanzbeiträge werden bei den Posten 6 0 1 3 und 6 0 1 5 des Einnahmenplans verbucht und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Ausgabenmittel bereitgestellt werden.

Einnahmen von Ländern, die sich an der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlich-technischen Forschung beteiligen, werden bei Posten 6 0 1 6 des Einnahmenplans eingesetzt und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Ausgabenmittel bereitgestellt werden.

Die unter Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagten Einnahmen aus Beiträgen von Bewerberländern und gegebenenfalls potenziellen Bewerbern des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Einnahmen aus Beiträgen Dritter zu Tätigkeiten der Union, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen.

Die zusätzlichen Mittel werden bei Posten 32 04 50 01 eingesetzt.

Die Bereitstellung der Verwaltungsausgaben dieses Kapitels erfolgt über Artikel 32 01 05.

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 04 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM ENERGIESEKTOR** *(Fortsetzung)*

### *32 04 03 Gesellschaftliche Herausforderungen*

*Erläuterungen*

Dieser Schwerpunkt von „Horizont 2020" stellt eine direkte Reaktion auf die in der Strategie „Europa 2020" genannten politischen Prioritäten und gesellschaftlichen Herausforderungen dar. Diese Tätigkeiten werden abhängig von der jeweiligen Herausforderung umgesetzt, indem die in unterschiedlichen Gebieten, Technologien und Disziplinen vorhandenen Ressourcen und Kenntnisse zusammengeführt werden. Die Tätigkeiten erstrecken sich auf den gesamten Zyklus von der Forschung bis zur Vermarktung, wobei ein neuer Schwerpunkt auf innovationsbezogenen Tätigkeiten liegt, beispielsweise Pilot- und Demonstrationsprojekte, Testläufe, Unterstützung der öffentlichen Auftragsvergabe, Konzeption, vom Endnutzer angeregte Innovation, gesellschaftliche Innovation und die Markteinführung von Innovationen. Durch diese Tätigkeiten werden die entsprechenden sektorbezogenen politischen Kompetenzen auf EU-Ebene direkt unterstützt.

32 04 03 01 Förderung des Übergangs zu einer zuverlässigen, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Energiewirtschaft

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 292 962 845 | 28 886 164 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Mit diesen Mitteln werden Zielsetzungen und Initiativen des Europäischen Strategieplans für Energietechnologie (SET-Plan) finanziert. Es handelt sich vor allem um die Wind-, Solar- und Bioenergie, die Kohlenstoffabscheidung und -speicherung, intelligente Städte sowie die Stromnetze. In Anbetracht ihres wichtigen Beitrags zu nachhaltigen Energiesystemen der Zukunft sind ab 2014 mindestens 85 % der veranschlagten Mittel für Vorhaben des Politikbereichs erneuerbare Energieträger und Endenergieeffizienz vorzusehen, einschließlich intelligenter Netze und der Energiespeicherung.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe c.

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

### *32 04 50 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung*

32 04 50 01 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014 bis 2020)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Posten*

Diese Mittel dienen der Deckung der Ausgaben, die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen entsprechen, die durch die Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter oder Drittstaaten an Forschungs- und technologischen Entwicklungsmaßnahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 entstehen.

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 04 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM ENERGIESEKTOR** *(Fortsetzung)*

***32 04 50*** *(Fortsetzung)*

32 04 50 01 *(Fortsetzung)*

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können aus den etwaigen Einnahmen, die bei den Posten 6 0 1 3, 6 0 1 5, 6 0 1 6, 6 0 3 1 und 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, gegebenenfalls zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

32 04 50 02 Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (aus der Zeit vor 2014)

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 1 839 274,61 | 1 745 293,24 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 32 06 03*

Diese Mittel dienen der Deckung der Ausgaben, die den für zusätzliche Mittel zu verwendenden Einnahmen entsprechen, die durch die Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter oder Drittstaaten an Forschungs- und technologischen Entwicklungsmaßnahmen aus der Zeit vor 2014 entstanden sind.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können aus den etwaigen Einnahmen, die bei den Posten 6 0 1 3, 6 0 1 5, 6 0 1 6, 6 0 3 1 und 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen sind, gegebenenfalls zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

***32 04 51*** ***Abschluss des Siebten Rahmenprogramms (2007-2013)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 125 175 972 | 171 635 030 | 116 069 721 | 169 703 008,29 | 119 659 458,84 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 32 06 01*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 1982/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 412 vom 30.12.2006, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 04 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM ENERGIESEKTOR** *(Fortsetzung)*

***32 04 51*** *(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Festlegung der Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an Maßnahmen des Siebten Rahmenprogramms sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisses (2007-2013) (ABl. L 391 vom 30.12.2006, S. 1).

Entscheidung 2006/971/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm „Zusammenarbeit" zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 86).

***32 04 52*** ***Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme (aus der Zeit vor 2007)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 4 739 966 | p.m. | 14 826 287 | 0,— | 16 971 736,83 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 32 06 04 01 und 32 06 04 02*

Diese Mittel sind zur Abwicklung früherer Verpflichtungen im Rahmen von Forschungsprogrammen aus der Zeit vor 2007 bestimmt.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 87/516/Euratom, EWG des Rates vom 28. September 1987 über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1987-1991) (ABl. L 302 vom 24.10.1987, S. 1).

Beschluss 90/221/Euratom, EWG des Rates vom 23. April 1990 über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1990-1994) (ABl. L 117 vom 8.5.1990, S. 28).

Beschluss 93/167/Euratom, EWG des Rates vom 15. März 1993 zur Anpassung des Beschlusses 90/221/Euratom, EWG über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1990-1994) (ABl. L 69 vom 20.3.1993, S. 43).

Beschluss Nr. 1110/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. April 1994 über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1994-1998) (ABl. L 126 vom 18.5.1994, S. 1).

Beschluss Nr. 616/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. März 1996 zur Anpassung des Beschlusses Nr. 1110/94/EG über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1994-1998) aufgrund des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zur Europäischen Union (ABl. L 86 vom 4.4.1996, S. 69).

Beschluss Nr. 2535/97/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 1. Dezember 1997 zur zweiten Anpassung des Beschlusses Nr. 1110/94/EG über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1994-1998) (ABl. L 347 vom 18.12.1997, S. 1).

Beschluss Nr. 182/1999/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Dezember 1998 über das Fünfte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1998-2002) (ABl. L 26 vom 1.2.1999, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

**KAPITEL 32 04 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM ENERGIESEKTOR** *(Fortsetzung)*

***32 04 52*** *(Fortsetzung)*

Beschluss Nr. 1513/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2002 über das Sechste Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration als Beitrag zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums und zur Innovation (2002-2006) (ABl. L 232 vom 29.8.2002, S. 1).

Entscheidung 2002/834/EG des Rates vom 30. September 2002 über ein spezifisches Programm im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration: „Integration und Stärkung des Europäischen Forschungsraums" (2002-2006) (ABl. L 294 vom 29.10.2002, S. 1).

### 32 04 53 *Abschluss des Programms „Intelligente Energie — Europa" (2007-2013)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 59 021 214 | 137 250 000 | 80 000 000 | 132 998 223,56 | 89 257 739,02 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 32 04 06*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss Nr. 1639/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 15).

### 32 04 54 *Abschluss des Programms „Intelligente Energie — Europa" (2003-2006)*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | p.m. | — | p.m. | 0,— | 422 073,87 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 32 04 01*

Diese Mittel sind zur Abwicklung früherer Verpflichtungen betreffend das Programm „Intelligente Energie — Europa" (2003-2006) bestimmt.

**KAPITEL 32 04 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM ENERGIESEKTOR** *(Fortsetzung)*

***32 04 54*** *(Fortsetzung)*

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden gemäß der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zu diesem Teil des Ausgabenplans in diesem Einzelplan, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Entscheidung Nr. 1230/2003/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2003 zur Festlegung eines mehrjährigen Programms für Maßnahmen im Energiebereich: „Intelligente Energie — Europa" (2003-2006) (ABl. L 176 vom 15.7.2003, S. 29).

KOMMISSION
*TITEL 32 — ENERGIE*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „ENERGIE“

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „ENERGIE“

KOMMISSION

*TITEL 33*

**JUSTIZ**

# TITEL 33

# JUSTIZ

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 33 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „JUSTIZ“ | 41 753 064 | 41 753 064 | 38 567 096 | 38 567 096 | 37 969 870,89 | 37 969 870,89 |
| 33 02 | GRUNDRECHTE UND UNIONS-BÜRGERSCHAFT | 83 943 081 | 84 300 081 | 101 317 768 | 84 743 099 | 101 301 119,79 | 83 661 531,16 |
| 33 03 | JUSTIZ | 77 718 671 | 66 973 671 | 78 103 660 | 60 313 777 | 80 781 921,76 | 69 884 155,14 |
| | **Titel 33 — Insgesamt** | **203 414 816** | **193 026 816** | **217 988 524** | **183 623 972** | **220 052 912,44** | **191 515 557,19** |

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

# TITEL 33

# JUSTIZ

## KAPITEL 33 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „JUSTIZ“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 33 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „JUSTIZ“ | | | | | |
| ***33 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Justiz“*** | 5.2 | 32 974 581 | 29 363 205 | 28 597 683,78 | 86,73 |
| ***33 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Justiz“*** | | | | | |
| 33 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 3 072 252 | 3 126 611 | 3 716 721,53 | 120,98 |
| 33 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 1 271 824 | 1 336 067 | 1 376 456,— | 108,23 |
| | *Artikel 33 01 02 — Subtotal* | | 4 344 076 | 4 462 678 | 5 093 177,53 | 117,24 |
| ***33 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Justiz“*** | 5.2 | 2 134 407 | 1 858 213 | 2 054 100,30 | 96,24 |
| ***33 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Justiz“*** | | | | | |
| 33 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für das Programm „Grundrechte und Unionsbürgerschaft“ | 3 | 1 100 000 | 2 233 000 | 1 714 131,11 | 155,83 |
| 33 01 04 02 | Unterstützungsausgaben für das Programm „Justiz“ | 3 | 1 200 000 | 650 000 | 510 778,17 | 42,56 |
| | *Artikel 33 01 04 — Subtotal* | | 2 300 000 | 2 883 000 | 2 224 909,28 | 96,74 |
| | **Kapitel 33 01 — Insgesamt** | | **41 753 064** | **38 567 096** | **37 969 870,89** | **90,94** |

### *33 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Justiz“*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 32 974 581 | 29 363 205 | 28 597 683,78 |

### *33 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Justiz“*

33 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 072 252 | 3 126 611 | 3 716 721,53 |

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

**KAPITEL 33 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „JUSTIZ“** *(Fortsetzung)*

***33 01 02*** *(Fortsetzung)*

33 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 271 824 | 1 336 067 | 1 376 456,— |

***33 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Justiz“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 134 407 | 1 858 213 | 2 054 100,30 |

***33 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Justiz“***

33 01 04 01 Unterstützungsausgaben für das Programm „Grundrechte und Unionsbürgerschaft“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 100 000 | 2 233 000 | 1 714 131,11 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 33 01 04 01, 33 01 04 02 und 33 01 04 06*

Mit den Mitteln sollen Ausgaben im Zusammenhang mit Vorbereitungs-, Überwachungs-, Kontroll-, Prüfungs- und Bewertungsmaßnahmen abgedeckt werden. die für die Verwaltung des Programms „Grundrechte und Unionsbürgerschaft“ und die Verwirklichung seiner Ziele erforderlich sind, insbesondere Ausgaben für Studien, Sachkundigensitzungen, Informations- und Kommunikationsmaßnahmen einschließlich der institutionellen Kommunikation über die politischen Prioritäten der Union, soweit sie mit den allgemeinen Zielen dieses Programms im Zusammenhang stehen, sowie Ausgaben in Verbindung mit IT-Netzen, deren Schwerpunkte Informationsverarbeitung und -austausch sind, zusammen mit allen anderen Ausgaben für technische und administrative Unterstützung, die der Kommission für die Verwaltung des Programms entstehen.

Mit diesen Mitteln sollen vor allem abgedeckt werden:

— Ausgaben für technische und administrative Unterstützung, um Gemeinschaftsmaßnahmen zur Gleichstellung von Männern und Frauen durchzuführen und auf die besonderen Bedürfnisse von Behinderten einzugehen;

— Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Postens stehen, sowie alle weiteren Ausgaben für technische und administrative Unterstützung, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

**KAPITEL 33 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „JUSTIZ“** *(Fortsetzung)*

***33 01 04*** *(Fortsetzung)*

33 01 04 01 *(Fortsetzung)*

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Beitrittsländer, Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 33 02.

33 01 04 02 Unterstützungsausgaben für das Programm „Justiz“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 200 000 | 650 000 | 510 778,17 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 33 01 04 03, 33 01 04 04 und 33 01 04 05*

Mit den Mitteln sollen Ausgaben im Zusammenhang mit Vorbereitungs-, Überwachungs-, Kontroll-, Prüfungs- und Bewertungsmaßnahmen abgedeckt werden, die für die Verwaltung des Programms „Justiz“ und die Verwirklichung seiner Ziele erforderlich sind, insbesondere Ausgaben für Studien, Sachkundigensitzungen, Informations- und Kommunikationsmaßnahmen einschließlich der institutionellen Kommunikation über die politischen Prioritäten der Union, soweit sie mit den allgemeinen Zielen des Programms im Zusammenhang stehen, sowie Ausgaben in Verbindung mit IT-Netzen, deren Schwerpunkte Informationsverarbeitung und -austausch sind, zusammen mit allen anderen Ausgaben für technische und administrative Unterstützung, die der Kommission für die Verwaltung des Programms entstehen.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Beitrittsländer, Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 33 03.

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

**KAPITEL 33 02 — GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 33 02 | GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT | | | | | | | | |
| ***33 02 01*** | ***Grundrechtsschutz und Stärkung der Bürgerteilhabe*** | 3 | 23 007 000 | 5 467 000 | | | | | — |
| ***33 02 02*** | ***Förderung von Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung*** | 3 | 31 151 000 | 7 284 000 | — | — | 0,— | 0,— | 0,— |
| ***33 02 06*** | ***Agentur der Europäischen Union für Grundrechte*** | 3 | 21 109 000 | 21 109 000 | 21 024 400 | 21 024 400 | 20 376 020,— | 20 376 020,— | 96,53 |
| ***33 02 07*** | ***Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen*** | 3 | 6 776 081 | 6 776 081 | 6 322 368 | 6 322 368 | 7 741 800,— | 7 741 800,— | 114,25 |
| ***33 02 51*** | ***Abschluss der Maßnahmen im Bereich Rechte, Unionsbürgerschaft und Gleichberechtigung*** | 3 | p.m. | 41 333 000 | 72 221 000 | 56 521 331 | 73 183 299,79 | 54 982 094,79 | 133,02 |
| ***33 02 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 33 02 77 01 | Vorbereitende Maßnahme — Europäische Zusammenarbeit zwischen den für Kinderrechte zuständigen nationalen und internationalen Behörden und der Zivilgesellschaft, die sich für die Förderung und den Schutz der Rechte des Kindes einsetzt | 3 | — | — | — | — | 0,— | 0,— | — |
| 33 02 77 02 | Pilotprojekt — Europaweite Einführung eines Frühwarnsystems für Kindesentführungen oder das Verschwinden von Kindern | 3 | — | — | — | — | 0,— | 0,— | — |
| 33 02 77 03 | Vorbereitende Maßnahme — Vereinheitlichung der nationalen Rechtsvorschriften im Bereich geschlechtsspezifische Gewalt und Gewalt gegen Kinder | 3 | — | — | — | — | 0,— | 0,— | — |
| 33 02 77 04 | Pilotprojekt — Europaweite Methodik zur Entwicklung einer evidenzbasierten Politik zum Schutz der Kinderrechte | 3 | p.m. | 637 000 | p.m. | p.m. | 0,— | 329 816,24 | 51,78 |
| 33 02 77 05 | Pilotprojekt — Beschäftigung von Menschen aus dem autistischen Spektrum | 3 | p.m. | p.m. | — | p.m. | 0,— | 231 800,13 | — |
| 33 02 77 06 | Pilotprojekt — Entwicklung von Indikatoren zur Messung der Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene | 3 | p.m. | 425 000 | 1 000 000 | 500 000 | | | — |

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

**KAPITEL 33 02 — GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT** *(Fortsetzung)*

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 33 02 77 07 | Pilotprojekt — Gebärdensprachenanwendung und -dienst in Echtzeit in der Europäischen Union | 3 | p.m. | 319 000 | 750 000 | 375 000 | | | — |
| 33 02 77 08 | Pilotprojekt — Wissensplattform für Fachkräfte, die mit weiblicher Genitalverstümmelung zu tun haben | 3 | 900 000 | 450 000 | | | | | — |
| 33 02 77 09 | Pilotprojekt — Aufbau von Kapazitäten in der Zivilgesellschaft der Roma und Stärkung ihrer Beteiligung an der Überwachung der nationalen Strategien zur Integration der Roma | 3 | 1 000 000 | 500 000 | | | | | — |
| | *Artikel 33 02 77 — Subtotal* | | 1 900 000 | 2 331 000 | 1 750 000 | 875 000 | 0,— | 561 616,37 | 24,09 |
| | **Kapitel 33 02 — Insgesamt** | | **83 943 081** | **84 300 081** | **101 317 768** | **84 743 099** | **101 301 119,79** | **83 661 531,16** | **99,24** |

*Erläuterungen*

Das neue Programm „Rechte und Unionsbürgerschaft" ist der Nachfolger der drei früheren Programme „Grundrechte und Unionsbürgerschaft", „Daphne III" und der Bereiche „Nichtdiskriminierung und Vielfalt" und „Gleichstellung der Geschlechter" des Programms für „Beschäftigung und soziale Solidarität" („Progress"). Mit dem Programm wird das Ziel verfolgt, zur Schaffung eines Bereichs beizutragen, in dem die Rechte von Menschen gefördert und geschützt werden, indem die Wahrnehmung der auf der Unionsbürgerschaft basierenden Rechte gestärkt wird und die Grundsätze der Nichtdiskriminierung und der Gleichberechtigung sowie der Schutz vor allen Arten von Gewalt gefördert werden, zum Schutz personenbezogener Daten beigetragen wird und der Schutz der Rechte des Kindes und die auf den Vorschriften der Union zum Verbraucherschutz basierenden Rechte gestärkt werden.

### 33 02 01 *Grundrechtsschutz und Stärkung der Bürgerteilhabe*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 23 007 000 | 5 467 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Die Mittel dienen folgenden Zielen: Beitrag zur besseren Wahrnehmung der sich aus der Unionsbürgerschaft ergebenden Rechte, Sicherstellung eines hohen Schutzniveaus für personenbezogene Daten, stärkere Achtung der Rechte des Kindes, Beitrag zum Schutz vor und zur Bekämpfung von allen Arten von Gewalt gegen Frauen, Durchsetzung der aus dem EU-Verbraucherrecht erwachsenden Rechte und Förderung der unternehmerischen Freiheit im Binnenmarkt durch Unterstützung des grenzübergreifenden Geschäftsverkehrs, damit Verbraucher und Unternehmen im Vertrauen auf ihre Rechte am Geschäftsverkehr im Binnenmarkt teilnehmen können.

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

**KAPITEL 33 02 — GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT** *(Fortsetzung)*

***33 02 01*** *(Fortsetzung)*

In diesem Zusammenhang dienen die Mittel der Unterstützung von Maßnahmen mit folgenden Schwerpunktbereichen:

— bessere Aufklärung und Erweiterung der Kenntnisse über das Unionsrecht und die Unionspolitiken,

— Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Unionspolitiken,

— Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, Vermittlung gegenseitigen Wissens und Vertiefung des gegenseitigen Vertrauens aller Beteiligten,

— besseres Erkennen und Verständnis potenzieller Probleme, die die Wahrnehmung der durch den Unionsvertrag, die Grundrechtecharta und das sekundäre Unionsrecht garantierten Rechte und Grundsätze beeinträchtigen können, um sicherzustellen, dass politische Entscheidungen und die Rechtsetzung auf Fakten gestützt sind.

Die Mittel sind insbesondere für folgende Maßnahmen veranschlagt:

— analytische Arbeiten wie Sammlung von Daten und Statistiken; Entwicklung gemeinsamer Methoden und gegebenenfalls Indikatoren oder Referenzwerte; Studien, Forschungsarbeiten, Analysen und Erhebungen; Bewertungen und Folgenabschätzungen; Ausarbeitung und Veröffentlichung von Leitfäden, Berichten und Schulungsmaterial; Überprüfung und Bewertung der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Durchführung der Unionspolitiken; Workshops, Seminare, Expertentreffen, Konferenzen;

— Schulungsmaßnahmen, unter anderem Personalaustausch, Workshops, Seminare, Ausbilder-Schulungen und Entwicklung von Online- und sonstigen Schulungsmodulen;

— wechselseitiges Lernen, Zusammenarbeit sowie Aufklärung und Wissensverbreitung, darunter Ermittlung und Austausch bewährter Verfahren, innovativer Konzepte und Erfahrungen sowie Organisation von Peer-Reviews; Veranstaltung von Konferenzen und Seminaren; Organisation von Sensibilisierungs- und Informationskampagnen, Medienkampagnen und -veranstaltungen, einschließlich institutioneller Kommunikation über die politischen Prioritäten der Union; Zusammenstellung und Veröffentlichung von Material zur Verbreitung sowohl von Informationen als auch von Ergebnissen des Programms; Entwicklung, Einsatz und Pflege von Informations- und Kommunikationssystemen und -Instrumenten;

— Unterstützung der Hauptakteure, unter anderem Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Unionspolitiken; Unterstützung der wichtigsten Netzwerke auf Unionsebene, deren Tätigkeiten mit der Verwirklichung der Ziele dieses Programms zusammenhängen; Förderung der Netzarbeit von Facheinrichtungen und Fachorganisationen oder nationalen, regionalen und kommunalen Behörden auf Unionsebene; Finanzierung von Expertennetzen; Finanzierung von Beobachtungsstellen, die auf Unionsebene tätig sind.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Beitrittsländer, Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1381/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 zur Einrichtung des Programms „Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft“ für den Zeitraum 2014 bis 2020 (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 62), insbesondere Artikel 4 Absatz 1 Buchstaben e bis i.

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

**KAPITEL 33 02 — GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT** *(Fortsetzung)*

***33 02 02 Förderung von Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 31 151 000 | 7 284 000 | — | — | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Die Mittel sind zur Förderung der effektiven Anwendung der Grundsätze der Nichtdiskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der Rasse oder der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung einschließlich der Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, der Rechte von Menschen mit Behinderungen und der Rechte älterer Menschen bestimmt.

In diesem Zusammenhang dienen die Mittel der Unterstützung von Maßnahmen mit folgenden Schwerpunktbereichen:

— bessere Aufklärung und Erweiterung der Kenntnisse über das Unionsrecht und die Unionspolitiken,

— Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Unionspolitiken,

— Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, Vermittlung gegenseitigen Wissens und Vertiefung des gegenseitigen Vertrauens aller Beteiligten,

— besseres Erkennen und Verständnis potenzieller Probleme, die die Wahrnehmung der durch den Unionsvertrag, die Grundrechtecharta und das sekundäre Unionsrecht garantierten Rechte und Grundsätze beeinträchtigen können, um sicherzustellen, dass politische Entscheidungen und die Rechtsetzung auf Fakten gestützt sind.

Die Mittel sind insbesondere für folgende Maßnahmen veranschlagt:

— analytische Arbeiten wie Sammlung von Daten und Statistiken; Entwicklung gemeinsamer Methoden und gegebenenfalls gleichstellungsorientierter und auf „Gender Budgeting“ basierender Ansätze, Indikatoren oder Referenzwerte; Studien, Forschungsarbeiten, Analysen und Erhebungen; Bewertungen und Folgenabschätzungen; Ausarbeitung und Veröffentlichung von Leitfäden, Berichten und Schulungsmaterial; Überprüfung und Bewertung der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Durchführung der Unionspolitiken; Workshops, Seminare, Expertentreffen, Konferenzen;

— Schulungsmaßnahmen, unter anderem Personalaustausch, Workshops, Seminare, Ausbilder-Schulungen und Entwicklung von Online- und sonstigen Schulungsmodulen;

— wechselseitiges Lernen, Zusammenarbeit sowie Aufklärung und Wissensverbreitung, darunter Ermittlung und Austausch bewährter Verfahren, innovativer Konzepte und Erfahrungen sowie Organisation von Peer-Reviews; Veranstaltung von Konferenzen und Seminaren; Organisation von Sensibilisierungs- und Informationskampagnen, Medienkampagnen und -veranstaltungen, einschließlich institutioneller Kommunikation über die politischen Prioritäten der Union; Zusammenstellung und Veröffentlichung von Material zur Verbreitung sowohl von Informationen als auch von Ergebnissen des Programms; Entwicklung, Einsatz und Pflege von Informations- und Kommunikationssystemen und -Instrumenten;

— Unterstützung der Hauptakteure, unter anderem Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Unionspolitiken; Unterstützung der wichtigsten Netzwerke auf Unionsebene, deren Tätigkeiten mit der Verwirklichung der Ziele dieses Programms zusammenhängen; Förderung der Netzarbeit von Facheinrichtungen und Fachorganisationen oder nationalen, regionalen und kommunalen Behörden auf Unionsebene; Finanzierung von Expertennetzen; Finanzierung von Beobachtungsstellen, die auf Unionsebene tätig sind.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

**KAPITEL 33 02 — GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT** *(Fortsetzung)*

***33 02 02*** *(Fortsetzung)*

Einnahmen aus Beiträgen der Beitrittsländer, Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1381/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 zur Einrichtung des Programms „Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft" für den Zeitraum 2014 bis 2020 (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 62), insbesondere Artikel 4 Absatz 1 Buchstaben a bis d.

***33 02 06 Agentur der Europäischen Union für Grundrechte***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 21 109 000 | 21 109 000 | 21 024 400 | 21 024 400 | 20 376 020,— | 20 376 020,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 33 02 03 01 und 33 02 03 02*

Diese Mittel sind zur Finanzierung der Personal- und Verwaltungsausgaben (Titel 1 und 2)

und für die operativen Ausgaben (Titel 3) der Agentur bestimmt, die die zuständigen Stellen der Union und die einzelstaatlichen Behörden bei der Umsetzung des EU-Rechts durch Bereitstellung von Fachwissen unterstützen soll. Ziel ist, ihnen dabei zu helfen, bei der Konzipierung und Durchführung von Maßnahmen in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen die Achtung der Grundrechte zu gewährleisten.

Von der Agentur kann erwartet werden, dass sie folgende operative Aufgaben erfüllt:

— Unterstützung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten,

— Förderung der Vernetzung der Akteure und des Dialogs auf EU-Ebene,

— Förderung der Informationsverbreitung und von Sensibilisierungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Grundrechte,

— effiziente Verwaltung und effiziente Durchführung von Maßnahmen.

Die Agentur muss die Haushaltsbehörde über Mittelübertragungen zwischen operativen Linien und Linien für Verwaltungsausgaben unterrichten.

Die gemäß Artikel 20 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Kandidatenländern und, sofern zutreffend, potenziellen Kandidaten unter den westlichen Balkanstaaten für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Der Stellenplan der Agentur ist im Anhang „Stellenplan" dieses Einzelplans Teils enthalten.

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

**KAPITEL 33 02 — GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT** *(Fortsetzung)*

***33 02 06*** *(Fortsetzung)*

Die Verordnung (EG) Nr. 168/2007 gilt seit dem 1. März 2007. Seit diesem Zeitpunkt ist die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte Rechtsnachfolgerin der Europäischen Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit; gemäß Artikel 23 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 168/2007 hat die Agentur alle Rechte und rechtlichen Verpflichtungen sowie alle finanziellen Verpflichtungen, Verbindlichkeiten und Arbeitsverträge der Beobachtungsstelle übernommen.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 21 229 000 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 21 109 000 EUR erhöht sich um 120 000 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1035/97 des Rates vom 2. Juni 1997 zur Einrichtung einer Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (ABl. L 151 vom 10.6.1997, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 168/2007 des Rates vom 15. Februar 2007 zur Errichtung einer Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (ABl. L 53 vom 22.2.2007, S. 1).

***33 02 07*** ***Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 6 776 081 | 6 776 081 | 6 322 368 | 6 322 368 | 7 741 800,— | 7 741 800,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 33 06 03 01 und 33 06 03 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben des Instituts (Titel 1 und 2) und ihrer operativen Ausgaben (Titel 3) bestimmt.

Das Institut muss die Haushaltsbehörde über Mittelübertragungen zwischen operativen und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Der Stellenplan des Instituts ist im Anhang „Stellenplan“ dieses Einzelplans enthalten.

Die gemäß Artikel 20 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Gemäß dem im gegenseitigen Einvernehmen gefassten Beschluss 2006/996/EG der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 11. Dezember 2006 über die Festlegung des Sitzes des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (ABl. L 403 vom 30.12.2006, S. 61) hat das Institut seinen Sitz in Vilnius.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 7 340 081 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 6 776 081 EUR erhöht sich um 564 000 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1922/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Errichtung eines Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (ABl. L 403 vom 30.12.2006, S. 9).

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

**KAPITEL 33 02 — GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT** *(Fortsetzung)*

### *33 02 51 Abschluss der Maßnahmen im Bereich Rechte, Unionsbürgerschaft und Gleichberechtigung*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 41 333 000 | 72 221 000 | 56 521 331 | 73 183 299,79 | 54 982 094,79 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 33 02 01, 33 02 04, 33 02 05, 33 05 01, 33 05 02, 33 06 01, 33 06 02 und 33 06 05*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Die Bewerberländer können Mittel aus dem Instrument zur Beitrittsvorbereitung Phare in Anspruch nehmen, um ihre Kosten für ihre Beteiligung an den Programmen zu decken.

Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Beitrittskandidaten und, sofern zutreffend, potenziellen Beitrittskandidaten unter den westlichen Balkanstaaten für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Aufgabe aufgrund der Verwaltungsautonomie der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Entscheidung des Rates vom 9. Juli 1957 betreffend das Mandat und die Geschäftsordnung des Ständigen Ausschusses für die Betriebssicherheit im Steinkohlenbergbau (ABl. 28 vom 31.8.1957, S. 487/57).

Beschluss 74/325/EWG des Rates vom 27. Juni 1974 zur Einsetzung eines Beratenden Ausschusses für Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (ABl. L 185 vom 9.7.1974, S. 15).

Beschluss 74/326/EWG des Rates vom 27. Juni 1974 über die Erstreckung der Zuständigkeit des Ständigen Ausschusses für die Betriebssicherheit und den Gesundheitsschutz im Steinkohlenbergbau auf alle mineralgewinnenden Betriebe (ABl. L 185 vom 9.7.1974, S. 18).

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1) und ihre Einzelrichtlinien.

Richtlinie 92/29/EWG des Rates vom 31. März 1992 über Mindestvorschriften für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz zum Zweck einer besseren medizinischen Versorgung auf Schiffen (ABl. L 113 vom 30.4.1992, S. 19).

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

**KAPITEL 33 02 — GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT** *(Fortsetzung)*

***33 02 51*** *(Fortsetzung)*

Beschluss 98/171/EG des Rates vom 23. Februar 1998 über Gemeinschaftstätigkeiten in Bezug auf Analyse, Forschung und Zusammenarbeit im Bereich der Beschäftigung und des Arbeitsmarkts (ABl. L 63 vom 4.3.1998, S. 26).

Beschluss Nr. 293/2000/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Januar 2000 zur Annahme eines Aktionsprogramms der Gemeinschaft (Daphne-Programm) (2000-2003) über vorbeugende Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen (ABl. L 34 vom 9.2.2000, S. 1).

Beschluss 2000/750/EG des Rates vom 27. November 2000 über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Bekämpfung von Diskriminierungen (2001-2006) (ABl. L 303 vom 2.12.2000, S. 23).

Beschluss Nr. 50/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Dezember 2001 zur Einführung eines Aktionsprogramms der Gemeinschaft zur Förderung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung (ABl. L 10 vom 12.1.2002, S. 1).

Beschluss Nr. 1145/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Juni 2002 über gemeinschaftliche Maßnahmen zum Anreiz im Bereich der Beschäftigung (ABl. L 170 vom 29.6.2002, S. 1).

Beschluss des Rates vom 22. Juli 2003 zur Einsetzung eines Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (ABl. C 218 vom 13.9.2003, S. 1).

Beschluss Nr. 803/2004/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über die Annahme des Aktionsprogramms (2004-2008) der Gemeinschaft zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen sowie zum Schutz von Opfern und gefährdeten Gruppen (Programm Daphne II) (ABl. L 143 vom 30.4.2004, S. 1).

Entscheidung Nr. 1554/2005/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 zur Änderung der Entscheidung 2001/51/EG des Rates über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft betreffend die Gemeinschaftsstrategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie des Beschlusses Nr. 848/2004/EG über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Förderung von Organisationen, die auf Unionsebene für die Gleichstellung von Männern und Frauen tätig sind (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 9).

Beschluss Nr. 1672/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 über ein Gemeinschaftsprogramm für Beschäftigung und soziale Solidarität — Progress (ABl. L 315 vom 15.11.2006, S. 1).

Beschluss 2007/252/EG des Rates vom 19. April 2007 zur Auflegung des spezifischen Programms „Grundrechte und Unionsbürgerschaft“ als Teil des Generellen Programms „Grundrechte und Justiz“ für den Zeitraum 2007-2013 (ABl. L 110 vom 27.4.2007, S. 33).

Beschluss Nr. 779/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 zur Auflegung eines spezifischen Programms (2007-2013) zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen sowie zum Schutz von Opfern und gefährdeten Gruppen (Programm Daphne III) als Teil des Generellen Programms „Grundrechte und Justiz“ (ABl. L 173 vom 3.7.2007, S. 19).

*Verweise*

Aufgabe aufgrund spezifischer Befugnisse, die der Kommission durch den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in den Artikeln 136, 137 und 140 und den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in den Artikeln 151, 153 und 156 übertragen wurden.

Abkommen von 1959 zwischen der Hohen Behörde der EGKS und dem Internationalen Informationszentrum für Arbeitssicherheit und -hygiene (CIS) des Internationalen Arbeitsamtes (IAA).

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 6. April 2005 zum Rahmenprogramm „Grundrechte und Justiz“ 2007-2013 (KOM(2005) 122 endg.).

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

**KAPITEL 33 02 — GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT** *(Fortsetzung)*

***33 02 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

33 02 77 01 Vorbereitende Maßnahme — Europäische Zusammenarbeit zwischen den für Kinderrechte zuständigen nationalen und internationalen Behörden und der Zivilgesellschaft, die sich für die Förderung und den Schutz der Rechte des Kindes einsetzt

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | — | — | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 33 02 06*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

*Verweise*

Mitteilung der Kommission vom 4. Juli 2006 im Hinblick auf eine Kinderrechtsstrategie der Union (KOM(2006) 367 endg.).

33 02 77 02 Pilotprojekt — Europaweite Einführung eines Frühwarnsystems für Kindesentführungen oder das Verschwinden von Kindern

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | — | — | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 33 02 07*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

**KAPITEL 33 02 — GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT** *(Fortsetzung)*

***33 02 77*** *(Fortsetzung)*

33 02 77 03 Vorbereitende Maßnahme — Vereinheitlichung der nationalen Rechtsvorschriften im Bereich geschlechtsspezifische Gewalt und Gewalt gegen Kinder

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | — | — | — | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 33 02 08*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

33 02 77 04 Pilotprojekt — Europaweite Methodik zur Entwicklung einer evidenzbasierten Politik zum Schutz der Kinderrechte

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 637 000 | p.m. | p.m. | 0,— | 329 816,24 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 33 02 09*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

33 02 77 05 Pilotprojekt — Beschäftigung von Menschen aus dem autistischen Spektrum

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | — | p.m. | 0,— | 231 800,13 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 33 06 07*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

**KAPITEL 33 02 — GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT** *(Fortsetzung)*

***33 02 77*** *(Fortsetzung)*

33 02 77 05 *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

33 02 77 06 Pilotprojekt — Entwicklung von Indikatoren zur Messung der Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 425 000 | 1 000 000 | 500 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 33 06 09*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

Die „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ macht das Handlungspotenzial der lokalen Behörden im Bereich der Gleichstellung deutlich. Um politisch wirksam zu sein, müssen die verschiedenen in der Charta aufgeführten Ziele als einschlägige Indikatoren, d.h. spezifisch und klar messbar, präzise und umfassend, realistisch und veränderbar festgelegt werden, sodass der Stand der Umsetzung anhand der Ziele der Charta gemessen werden kann. Im Rahmen des Pilotprojekts sollten Maßnahmen finanziert werden, die auf die Entwicklung solcher Indikatoren ausgerichtet sind, mit denen die Umsetzung der Charta überprüft werden kann (entsprechend den Folgemaßnahmen der Union im Rahmen des Peking-Prozesses der VN). In Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden könnte das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen aufgrund seiner Fachkenntnisse im Bereich der Entwicklung von Indikatoren hinzugezogen werden. Das Projekt sollte zwei Jahre dauern, mit Mitteln von insgesamt 1 Million EUR ausgestattet sein und lokale Akteure in die Lage versetzen, die Umsetzung der Charta besser zu überwachen.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

33 02 77 07 Pilotprojekt — Gebärdensprachenanwendung und -dienst in Echtzeit in der Europäischen Union

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 319 000 | 750 000 | 375 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 16 04 05*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

**KAPITEL 33 02 — GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT** *(Fortsetzung)*

***33 02 77*** *(Fortsetzung)*

33 02 77 07 *(Fortsetzung)*

Mit diesem Projekt sollen ein Dienstleistungskonzept und später eine Technologieplattform und ein entsprechender Dienst entwickelt werden, die von allen gehörlosen oder schwerhörigen Menschen in der Union genutzt werden können, um sie mittels einer Gebärdendolmetschung in Echtzeit durch einen zertifizierten Gebärdensprachdolmetscher oder einen Untertitelungsdienst in Echtzeit (der vom jeweiligen Mitgliedstaat bzw. Organ der Union zu finanzieren ist) zu unterstützen, und eine unabhängige Kommunikation mit den Organen der Union wie dem Europäischen Parlament oder der Kommission zu ermöglichen. Dies bringt es mit sich, dass das Gesamtziel die Entwicklung eines internet- und handgerätgestützten Dienstes und einer entsprechenden IT-Anwendung ist, die gehörlose und schwerhörige Menschen während ihrer Kontakte mit Organen der Union wie dem Europäischen Parlament oder der Kommission mit akkreditierten Gebärdensprachdolmetschern und Untertitlern in Verbindung bringt.

Das Projekt ist dadurch gerechtfertigt, dass derzeit kein direkter Zugang zur Kommunikation für gehörlose Bürger, einschließlich gehörloser oder schwerhöriger MdEP und gehörlosem oder schwerhörigem Verwaltungspersonal in den Organen der Union besteht und ein Gebärdensprachdolmetscher fast immer benötigt wird, damit gehörlose oder schwerhörige Bürger Zugang zu den Organen erhalten. In der Regel würde ein Dolmetscher diese Bürger während eines Besuchs in dem Organ begleiten, was einen enormen organisatorischen Aufwand erfordert und für alle Beteiligten sehr hohe Kosten verursacht.

Mit dem Pilotprojekt soll der direkte Zugang zur Kommunikation mit allen Organen der Union für die fast 1 Million gehörloser Menschen und die 60 bis 80 Millionen schwerhöriger Menschen sichergestellt werden, die in allen Mitgliedstaaten unterschiedliche Gebärdensprachen verwenden.

Dieses Pilotprojekt wird im Zusammenhang mit der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. Juli 1988 zur Zeichensprache für Gehörlose (ABl. C 187 vom 18.7.1988, S. 236), der Entschließung vom 18. November 1998 zur Gebärdensprache (ABl. C 379 vom 7.12.1998, S. 66) und dem Bericht über Mobilität und Integration von Menschen mit Behinderungen und der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020 (ABl. C 131 E vom 8.5.2013, S. 9) vorgeschlagen.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

33 02 77 08 Pilotprojekt — Wissensplattform für Fachkräfte, die mit weiblicher Genitalverstümmelung zu tun haben

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 900 000 | 450 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Dieses Pilotprojekt zielt darauf ab, relevanten Akteuren in den entsprechenden Mitgliedstaaten Gelegenheit zu geben, eine webbasierte Wissensplattform zu weiblicher Genitalverstümmelung zu entwickeln. Diese Plattform sollte für und von Fachleuten im Bereich Gesundheit, Kinderschutz, Asyl, Migration, Polizei und Justiz entwickelt werden, die mit Frauen und Mädchen zu tun haben, die Opfer von weiblicher Genitalverstümmelung oder davon bedroht sind, sowie für die Medien. Weitere wichtige Partner sind nationale und regionale Behörden sowie Organisationen der Zivilgesellschaft. Eine solche Plattform würde Fachkräften leicht zugängliche Informationen und Unterstützung bieten, um die Opfer effektiver unterstützen zu können, zur Prävention von weiblicher Genitalverstümmelung beizutragen und Frauen und Mädchen zu schützen, die Opfer von weiblicher Genitalverstümmelung oder davon bedroht sind. Darüber hinaus würde es zur Umsetzung der Richtlinie 2012/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten (ABl. L 315 vom 14.11.2012, S. 57) und der Richtlinie 2013/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes (ABl. L 180 vom 29.6.2013, S. 60), insbesondere über Anerkennung und Bedingungen für die Aufnahme, beitragen.

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

**KAPITEL 33 02 — GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT** *(Fortsetzung)*

***33 02 77*** *(Fortsetzung)*

33 02 77 08 *(Fortsetzung)*

Es wird eine umfassende webbasierte Wissensplattform zu weiblicher Genitalverstümmelung für Fachkräfte in Europa entwickelt, die auf e-Learning-Werkzeugen basiert und separate Module für Regierungsstellen und Behörden umfasst. Die Plattform wird in den Sprachen der teilnehmenden Länder entwickelt und enthält gemeinsame Informationen für alle Mitgliedstaaten sowie Informationen zu länderspezifischen Rechtsvorschriften und Anlaufstellen. Es werden Module für Polizei- und Justizbehörden und Fachkräfte in verschiedenen Bereichen (Sozialarbeiter, Kinderschutz, Aufnahmezentren, Migrationsdienste, Bildung und Medien) entwickelt. Ergänzend könnten Leitlinien für Fachkräfte, die sofortige Hilfe benötigen, bereitgestellt werden. Dieses Tool wird dazu beitragen, das Wissen über die Praxis zu verbessern, Stigmatisierung in den Medien zu verhindern und Frauen und Mädchen zu schützen, die Opfer von weiblicher Genitalverstümmelung oder davon bedroht sind.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

33 02 77 09 Pilotprojekt — Aufbau von Kapazitäten in der Zivilgesellschaft der Roma und Stärkung ihrer Beteiligung an der Überwachung der nationalen Strategien zur Integration der Roma

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 000 000 | 500 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Die Mitgliedstaaten werden durch den EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma aufgefordert, sowohl robuste Überwachungsmechanismen als auch die Zivilgesellschaft einschließlich der Zusammenschlüsse der Roma in die Umsetzung und die Überwachung der Strategien einzubinden. Es müssen Kapazitäten aufgebaut werden, damit die lokalen zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüsse der Roma auf die Aufgabe vorbereitet werden können, zur Planung und Durchführung der Programme beizutragen. Das Pilotprojekt würde zur Schaffung und zum Aufbau von Kapazitäten in der lokalen Zivilgesellschaft der Roma sowie eines Mechanismus für die Überwachung der Integration und der Inklusion der Roma beitragen, was hauptsächlich durch die Erstellung und Verbreitung von „Schattenberichten" umgesetzt würde, in denen Zusammenschlüsse der Zivilgesellschaft durch die Bereitstellung zusätzlicher oder alternativer Informationen und Daten zu den von den Mitgliedstaaten vorgelegten Berichten über die Umsetzung ihrer Strategien Stellung nehmen könnten. Durch diese Schattenberichte könnten Kenntnisse der lokalen Gegebenheiten in die nationalen und europäischen politischen Prozesse einfließen und die tatsächlichen sozialen Auswirkungen staatlicher Maßnahmen bewertet werden. Die Überwachung würde sich hauptsächlich mit der lokalen Umsetzung von Strategien in den vier vorrangigen Bereichen (Beschäftigung, Bildung, Wohnsituation, Gesundheit), den Bereichen der Nichtdiskriminierung und der Gleichstellung der Geschlechter befassen. Außerdem könnten durch sie Angaben über das Maß der Einbeziehung der Zivilgesellschaft, über die Verwendung der Unionsmittel und über die Umsetzung der Maßnahmen zur Inklusion der Roma bereitgestellt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

**KAPITEL 33 03 — JUSTIZ**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 33 03 | JUSTIZ | | | | | | | | |
| ***33 03 01*** | ***Erleichterung des Zugangs zur Justiz und Unterstützung der Justizausbildung*** | 3 | 28 580 000 | 7 485 000 | | | | | — |
| ***33 03 02*** | ***Verbesserung der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen*** | 3 | 14 228 000 | 3 727 000 | | | | | — |
| ***33 03 03*** | ***Verhinderung und Abbau des Angebots an und der Nachfrage nach Drogen*** | 3 | 3 004 000 | 788 000 | | | | | — |
| ***33 03 04*** | ***Europäische Stelle für justizielle Zusammenarbeit (Eurojust)*** | 3 | 31 206 671 | 31 206 671 | 30 053 660 | 30 053 660 | 32 967 000,— | 32 967 000,— | 105,64 |
| ***33 03 51*** | ***Abschluss der Maßnahmen im Bereich Drogenprävention und -aufklärung*** | 3 | p.m. | 22 500 000 | 47 050 000 | 29 010 117 | 46 314 921,76 | 36 032 814,34 | 160,15 |
| ***33 03 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 33 03 77 01 | Pilotprojekt — Abschätzung der Folgen legislativer Maßnahmen im Bereich Vertragsrecht | 3 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 884 340,80 | — |
| 33 03 77 02 | Pilotprojekt — Europäische Justizausbildung | 3 | p.m. | 492 000 | p.m. | 750 000 | 1 500 000,— | 0,— | 0,— |
| 33 03 77 03 | Pilotprojekt — Informationsinstrument für binationale Paare | 3 | p.m. | 425 000 | 1 000 000 | 500 000 | | | — |
| 33 03 77 04 | Pilotprojekt — Stärkung der Sensibilisierung von Kindern für ihre Rechte in Gerichtsverfahren | 3 | 700 000 | 350 000 | | | | | — |
| | *Artikel 33 03 77 — Subtotal* | | 700 000 | 1 267 000 | 1 000 000 | 1 250 000 | 1 500 000,— | 884 340,80 | 69,80 |
| | **Kapitel 33 03 — Insgesamt** | | **77 718 671** | **66 973 671** | **78 103 660** | **60 313 777** | **80 781 921,76** | **69 884 155,14** | **104,35** |

## ***33 03 01*** *Erleichterung des Zugangs zur Justiz und Unterstützung der Justizausbildung*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 28 580 000 | 7 485 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen als Beitrag zur Erleichterung des Zugangs zur Justiz und zur Unterstützung der Justizausbildung bestimmt. In diesem Zusammenhang dienen die Mittel der Unterstützung von Maßnahmen mit folgenden Schwerpunktbereichen:

— bessere Aufklärung und Erweiterung der Kenntnisse über das Unionsrecht und die Unionspolitiken,

— Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Unionspolitiken,

**KAPITEL 33 03 — JUSTIZ** *(Fortsetzung)*

***33 03 01*** *(Fortsetzung)*

— Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, Vermittlung gegenseitigen Wissens und Vertiefung des gegenseitigen Vertrauens,

— besseres Erkennen und Verständnis potenzieller Probleme, die das reibungslose Funktionieren eines europäischen Rechtsraums beeinträchtigen können, um sicherzustellen, dass politische Entscheidungen und die Rechtsetzung auf Fakten gestützt sind.

Die Mittel sind insbesondere für folgende Maßnahmen veranschlagt:

— analytische Arbeiten wie Sammlung von Daten und Statistiken; Entwicklung gemeinsamer Methoden und gegebenenfalls Indikatoren oder Referenzwerte; Studien, Forschungsarbeiten, Analysen und Erhebungen; Bewertungen und Folgenabschätzungen; Ausarbeitung und Veröffentlichung von Leitfäden, Berichten und Schulungsmaterial; Überprüfung und Bewertung der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Durchführung der Unionspolitiken; Workshops, Seminare, Expertentreffen, Konferenzen;

— Schulungen für Angehörige der Rechtsberufe und der Rechtspflege, unter anderem durch Personalaustausch, Workshops, Seminare, Ausbilder-Schulungen und Entwicklung von Online- und sonstigen Schulungsmodulen sowie Sensibilisierung, um geschlechtsspezifische Gewalt besser identifizieren und darauf eingehen zu können;

— wechselseitiges Lernen, Zusammenarbeit sowie Aufklärung und Wissensverbreitung, darunter Ermittlung und Austausch bewährter Verfahren, innovativer Konzepte und Erfahrungen sowie Organisation von Peer-Reviews; Veranstaltung von Konferenzen und Seminaren; Organisation von Sensibilisierungs- und Informationskampagnen, Medienkampagnen und -veranstaltungen, einschließlich institutioneller Kommunikation über die politischen Prioritäten der Union; Zusammenstellung und Veröffentlichung von Material zur Verbreitung sowohl von Informationen als auch von Ergebnissen des Programms; Entwicklung, Einsatz und Pflege von Informations- und Kommunikationssystemen und -Instrumenten;

— Unterstützung der Hauptakteure, unter anderem Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Unionspolitiken; Unterstützung der wichtigsten Netzwerke auf Unionsebene, deren Tätigkeiten mit der Verwirklichung der Ziele dieses Programms zusammenhängen; Förderung der Netzarbeit von Facheinrichtungen und Fachorganisationen oder nationalen, regionalen und kommunalen Behörden auf Unionsebene; Finanzierung von Expertennetzen; Finanzierung von Beobachtungsstellen, die auf Unionsebene tätig sind.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Beitrittsländer, Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1382/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 zur Einrichtung des Programms „Justiz“ für den Zeitraum 2014 bis 2020 (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 73), insbesondere Artikel 3 und Artikel 4 Absatz 1 Buchstaben b und c.

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

**KAPITEL 33 03 — JUSTIZ** *(Fortsetzung)*

### 33 03 02 *Verbesserung der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 14 228 000 | 3 727 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Die Mittel dienen als Beitrag zur Förderung einer wirksamen, umfassenden und kohärenten Anwendung des Unionsrechts im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen.

In diesem Zusammenhang dienen die Mittel der Unterstützung von Maßnahmen mit folgenden Schwerpunktbereichen:

— bessere Aufklärung und Erweiterung der Kenntnisse über das Unionsrecht und die Unionspolitiken,

— Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Unionspolitiken,

— Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, Vermittlung gegenseitigen Wissens und Vertiefung des gegenseitigen Vertrauens,

— besseres Erkennen und Verständnis potenzieller Probleme, die das reibungslose Funktionieren eines europäischen Rechtsraums beeinträchtigen können, um sicherzustellen, dass politische Entscheidungen und die Rechtsetzung auf Fakten gestützt sind.

Die Mittel sind insbesondere für folgende Maßnahmen veranschlagt:

— analytische Arbeiten wie Sammlung von Daten und Statistiken; Entwicklung gemeinsamer Methoden und gegebenenfalls Indikatoren oder Referenzwerte; Studien, Forschungsarbeiten, Analysen und Erhebungen; Bewertungen und Folgenabschätzungen; Ausarbeitung und Veröffentlichung von Leitfäden, Berichten und Schulungsmaterial; Überprüfung und Bewertung der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Durchführung der Unionspolitiken; Workshops, Seminare, Expertentreffen, Konferenzen;

— Schulungen für Angehörige der Rechtsberufe und der Rechtspflege, unter anderem durch Personalaustausch, Workshops, Seminare, Ausbilder-Schulungen und Entwicklung von Online- und sonstigen Schulungsmodulen sowie Sensibilisierung, um geschlechtsspezifische Gewalt besser identifizieren und darauf eingehen zu können;

— wechselseitiges Lernen, Zusammenarbeit sowie Aufklärung und Wissensverbreitung, darunter Ermittlung und Austausch bewährter Verfahren, innovativer Konzepte und Erfahrungen sowie Organisation von Peer-Reviews; Veranstaltung von Konferenzen und Seminaren; Organisation von Sensibilisierungs- und Informationskampagnen, Medienkampagnen und -veranstaltungen, einschließlich institutioneller Kommunikation über die politischen Prioritäten der Union; Zusammenstellung und Veröffentlichung von Material zur Verbreitung sowohl von Informationen als auch von Ergebnissen des Programms; Entwicklung, Einsatz und Pflege von Informations- und Kommunikationssystemen und -Instrumenten;

— Unterstützung der Hauptakteure, unter anderem Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Unionspolitiken; Unterstützung der wichtigsten Netzwerke auf Unionsebene, deren Tätigkeiten mit der Verwirklichung der Ziele dieses Programms zusammenhängen; Förderung der Netzarbeit von Facheinrichtungen und Fachorganisationen oder nationalen, regionalen und kommunalen Behörden auf Unionsebene; Finanzierung von Expertennetzen; Finanzierung von Beobachtungsstellen, die auf Unionsebene tätig sind.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Beitrittsländer, Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen.

**KAPITEL 33 03 — JUSTIZ** *(Fortsetzung)*

***33 03 02*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1382/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 zur Einrichtung des Programms „Justiz" für den Zeitraum 2014 bis 2020 (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 73), insbesondere Artikel 3 und Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a.

***33 03 03 Verhinderung und Abbau des Angebots an und der Nachfrage nach Drogen***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 3 004 000 | 788 000 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Die Mittel dienen als Beitrag zur Drogenprävention und Reduzierung der Drogennachfrage sowie des Drogenangebots bestimmt. In diesem Zusammenhang dienen die Mittel der Unterstützung von Maßnahmen mit folgenden Schwerpunktbereichen:

— bessere Aufklärung und Erweiterung der Kenntnisse über das Unionsrecht und die Unionspolitiken,

— Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Unionspolitiken,

— Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, Vermittlung gegenseitigen Wissens und Vertiefung des gegenseitigen Vertrauens,

— besseres Erkennen und Verständnis potenzieller Probleme, die das reibungslose Funktionieren eines europäischen Rechtsraums beeinträchtigen können, um sicherzustellen, dass politische Entscheidungen und die Rechtsetzung auf Fakten gestützt sind.

Die Mittel sind insbesondere für folgende Maßnahmen veranschlagt:

— analytische Arbeiten wie Sammlung von Daten und Statistiken; Entwicklung gemeinsamer Methoden und gegebenenfalls Indikatoren oder Referenzwerte; Studien, Forschungsarbeiten, Analysen und Erhebungen; Bewertungen und Folgenabschätzungen; Ausarbeitung und Veröffentlichung von Leitfäden, Berichten und Schulungsmaterial; Überprüfung und Bewertung der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Durchführung der Unionspolitiken; Workshops, Seminare, Expertentreffen, Konferenzen;

— Schulungen für Angehörige der Rechtsberufe und der Rechtspflege, unter anderem durch Personalaustausch, Workshops, Seminare, Ausbilder-Schulungen und Entwicklung von Online- und sonstigen Schulungsmodulen;

— wechselseitiges Lernen, Zusammenarbeit sowie Aufklärung und Wissensverbreitung, darunter Ermittlung und Austausch bewährter Verfahren, innovativer Konzepte und Erfahrungen sowie Organisation von Peer-Reviews; Veranstaltung von Konferenzen und Seminaren; Organisation von Sensibilisierungs- und Informationskampagnen, Medienkampagnen und -veranstaltungen, einschließlich institutioneller Kommunikation über die politischen Prioritäten der Union; Zusammenstellung und Veröffentlichung von Material zur Verbreitung sowohl von Informationen als auch von Ergebnissen des Programms; Entwicklung, Einsatz und Pflege von Informations- und Kommunikationssystemen und -Instrumenten;

— Unterstützung der Hauptakteure, unter anderem Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Unionspolitiken; Unterstützung der wichtigsten Netzwerke auf Unionsebene, deren Tätigkeiten mit der Verwirklichung der Ziele dieses Programms zusammenhängen; Förderung der Netzarbeit von Facheinrichtungen und Fachorganisationen oder nationalen, regionalen und kommunalen Behörden auf Unionsebene; Finanzierung von Expertennetzen; Finanzierung von Beobachtungsstellen, die auf Unionsebene tätig sind.

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

**KAPITEL 33 03 — JUSTIZ** *(Fortsetzung)*

***33 03 03*** *(Fortsetzung)*

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Beitrittsländer, Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1382/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 zur Einrichtung des Programms „Justiz" für den Zeitraum 2014 bis 2020 (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 73), insbesondere Artikel 3 und Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c.

***33 03 04*** ***Europäische Stelle für justizielle Zusammenarbeit (Eurojust)***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 31 206 671 | 31 206 671 | 30 053 660 | 30 053 660 | 32 967 000,— | 32 967 000,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 33 03 02 01 und 33 03 02 02*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben von Eurojust (Titel 1 und 2) und ihrer operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3) bestimmt.

Eurojust muss die Haushaltsbehörde über Mittelübertragungen zwischen operativen Ausgaben und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Die gemäß Artikel 20 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Der Stellenplan von Eurojust ist im Anhang „Stellenplan" dieses Einzelplans enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 32 449 671 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 31 206 671 EUR erhöht sich um 1 243 000 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2002/187/JI des Rates vom 28. Februar 2002 über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität (ABl. L 63 vom 6.3.2002, S. 1).

Beschluss 2009/426/JI des Rates vom 16. Dezember 2008 zur Stärkung von Eurojust und zur Änderung des Beschlusses 2002/187/JI über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität (ABl. L 138 vom 4.6.2009, S. 14).

**KAPITEL 33 03 — JUSTIZ** *(Fortsetzung)*

***33 03 51 Abschluss der Maßnahmen im Bereich Drogenprävention und -aufklärung***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 22 500 000 | 47 050 000 | 29 010 117 | 46 314 921,76 | 36 032 814,34 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 33 03 01, 33 03 04, 33 03 05 und 33 04 01*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Beitrittskandidaten und, sofern zutreffend, potenziellen Kandidaten unter den westlichen Balkanstaaten für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

*Rechtsgrundlagen*

Entscheidung 2001/470/EG des Rates vom 28. Mai 2001 über die Einrichtung eines Europäischen justiziellen Netzes für Zivil- und Handelssachen (ABl. L 174 vom 27.6.2001, S. 25).

Verordnung (EG) Nr. 743/2002 des Rates vom 25. April 2002 über eine allgemeine Rahmenregelung der Gemeinschaft für Aktivitäten zur Erleichterung der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen (ABl. L 115 vom 1.5.2002, S. 1).

Beschluss 2004/100/EG des Rates vom 26. Januar 2004 über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft (Bürgerbeteiligung) (ABl. L 30 vom 4.2.2004, S. 6).

Beschluss 2007/126/JI des Rates vom 12. Februar 2007 zur Auflegung des spezifischen Programms „Strafjustiz" als Teil des Generellen Programms „Grundrechte und Justiz" für den Zeitraum 2007 bis 2013 (ABl. L 58 vom 24.2.2007, S. 13).

Beschluss Nr. 1149/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. September 2007 zur Auflegung des spezifischen Programms „Ziviljustiz" als Teil des Generellen Programms „Grundrechte und Justiz" für den Zeitraum 2007-2013 (ABl. L 257 vom 3.10.2007, S. 16).

Beschluss Nr. 1150/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. September 2007 zur Auflegung des spezifischen Programms „Drogenprävention und -aufklärung" als Teil des Generellen Programms „Grundrechte und Justiz" für den Zeitraum 2007-2013 (ABl. L 257 vom 3.10.2007, S. 23).

*Verweise*

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 6. April 2005 zum Rahmenprogramm „Grundrechte und Justiz" 2007-2013 (KOM(2005) 122 endg.).

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

**KAPITEL 33 03 — JUSTIZ** *(Fortsetzung)*

***33 03 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen***

33 03 77 01 Pilotprojekt — Abschätzung der Folgen legislativer Maßnahmen im Bereich Vertragsrecht

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 884 340,80 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 33 03 06*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

33 03 77 02 Pilotprojekt — Europäische Justizausbildung

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 492 000 | p.m. | 750 000 | 1 500 000,— | 0,— |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 33 03 08*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

33 03 77 03 Pilotprojekt — Informationsinstrument für binationale Paare

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | 425 000 | 1 000 000 | 500 000 | | |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 33 03 09*

Jüngsten Daten zufolge heiraten in Europa jährlich 300 000 Paare, bei denen die beiden Partner unterschiedliche Staatsangehörigkeiten haben; 129 000 dieser Ehepaare lassen sich später scheiden oder trennen sich.

Dies hat in den letzten Jahren zu einer starken Zunahme von Kompetenzkonflikten bezüglich des Sorgerechts für Kinder binationaler Paare und der Fälle von Entführungen Minderjähriger geführt.

**KAPITEL 33 03 — JUSTIZ** *(Fortsetzung)*

***33 03 77*** *(Fortsetzung)*

33 03 77 03 *(Fortsetzung)*

Ziel des Projekts ist es, ein Instrument zu schaffen, mit dem alle binationalen Paare über elterliche Pflichten und die Rechte von Kindern im Fall einer Trennung oder Scheidung der Eltern informiert werden.

Mit diesem Instrument soll „Zustimmung in voller Kenntnis der Sachlage“ erreicht werden, um die Unterschiede zwischen den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten bezüglich der Folgen einer Trennung und/oder Scheidung, der Vorschriften zum Sorgerecht für Minderjährige gemäß internationalen Vereinbarungen und der Folgen grenzüberschreitender elterlicher Kindesentführung, insbesondere was die Auswirkungen für die betroffenen Kinder angeht, hervorzuheben.

Die Erfahrungen der Mediatorin des Europäischen Parlaments für grenzüberschreitende elterliche Kindesentführungen haben gezeigt, dass zahlreiche Schwierigkeiten auf Unsicherheit über das geltende Recht, Kompetenzkonflikte und vollkommen unzureichendes Wissen und Bewusstsein über die Rechte und Pflichten binationaler Paare zurückzuführen sind.

Maßnahmen:

— Vergleich der jeweiligen Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten bezüglich Trennung, Scheidung und Sorgerecht;

— Entwicklung von Informationsinstrumenten (z. B. Vademekum, praktische Leitfäden, Broschüren usw.), um die notwendigen Informationen bereitzustellen,

— Einbeziehung aller zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten in die Verbreitung dieser Informationen,

— Instrumente zur Steigerung des Wissens und Bewusstseins unter binationalen Paaren.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

33 03 77 04 Pilotprojekt — Stärkung der Sensibilisierung von Kindern für ihre Rechte in Gerichtsverfahren

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 700 000 | 350 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Mit dem Pilotprojekt sollen Vorhaben auf Unionsebene finanziert werden, die zur Sensibilisierung von Kindern für ihre Rechte in zivilen, strafrechtlichen und administrativen Gerichtsverfahren beitragen.

Hierzu sollten im Rahmen von Projekten umfassende Sensibilisierungsprogramme für Schüler weiterführender Schulen ausgearbeitet und an den Schulen durchgeführt werden. Dies könnte insbesondere interaktive Tätigkeiten (Scheinprozesse/Rollenspiele) beinhalten, anhand derer Schüler weiterführender Schulen ihre Rechte kennenlernen könnten, wobei die Programme an jedes teilnehmende Land angepasst werden sollten, um den nationalen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Die Projekte sollten Kinder in die Lage versetzen, die Etappen eines fiktiven straf-, zivil- oder verwaltungsrechtlichen Falles nachzuvollziehen und ihr Verständnis der verschiedenen Rollen und Verantwortlichkeiten (beispielsweise als Gegenstand des Verfahrens, als Zeuge, Vormund, Eltern, Rechtsanwalt, Staatsanwalt, Richter, Sozialarbeiter, Polizist usw.) sowie ihrer eigenen Rechte zu verbessern.

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

**KAPITEL 33 03 — JUSTIZ** *(Fortsetzung)*

***33 03 77*** *(Fortsetzung)*

33 03 77 04 *(Fortsetzung)*

Die Projekte sollten im Interesse einer bestmöglichen Umsetzung mit Kindern, Lehrern und Vertretern anderer einschlägiger Berufsgruppen in einer Art und Weise vorbereitet werden, die Einbeziehung, Teilhabe und Befähigung ermöglicht. Um den Ablauf zu erleichtern, sollte vor der Umsetzung die Zusage der teilnehmenden Schulen eingeholt werden.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 33 — JUSTIZ*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION JUSTIZ

— POLITISCHE STRATEGIE UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION JUSTIZ

KOMMISSION

*TITEL 34*

**KLIMASCHUTZ**

# TITEL 34

# KLIMASCHUTZ

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 34 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „KLIMASCHUTZ“ | 22 161 118 | 22 161 118 | 25 376 268 | 25 376 268 | 25 926 376,37 | 25 926 376,37 |
| 34 02 | KLIMASCHUTZ AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE | 99 310 001 | 20 549 907 | 24 650 000 | 22 734 068 | 18 705 961,54 | 16 356 707,01 |
| | **Titel 34 — Insgesamt** | **121 471 119** | **42 711 025** | **50 026 268** | **48 110 336** | **44 632 337,91** | **42 283 083,38** |

KOMMISSION
*TITEL 34 — KLIMASCHUTZ*

# TITEL 34

# KLIMASCHUTZ

## KAPITEL 34 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „KLIMASCHUTZ“

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 34 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „KLIMASCHUTZ“ | | | | | |
| ***34 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Klimaschutz“*** | 5.2 | 14 089 139 | 17 960 999 | 17 889 818,06 | 126,98 |
| ***34 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Klimaschutz“*** | | | | | |
| 34 01 02 01 | Externes Personal | 5.2 | 1 617 046 | 1 679 374 | 1 848 529,36 | 114,32 |
| 34 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | 5.2 | 2 083 959 | 2 194 255 | 2 296 510,98 | 110,20 |
| | *Artikel 34 01 02 — Subtotal* | | 3 701 005 | 3 873 629 | 4 145 040,34 | 112,— |
| ***34 01 03*** | ***Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Klimaschutz“*** | 5.2 | 911 974 | 1 136 640 | 1 312 225,24 | 143,89 |
| ***34 01 04*** | ***Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Klimaschutz“*** | | | | | |
| 34 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für das Programm für Umwelt- und Klimapolitik (LIFE) — Teilprogramm „Klimapolitik“ | 2 | 3 459 000 | 2 405 000 | 2 579 292,73 | 74,57 |
| | *Artikel 34 01 04 — Subtotal* | | 3 459 000 | 2 405 000 | 2 579 292,73 | 74,57 |
| | **Kapitel 34 01 — Insgesamt** | | **22 161 118** | **25 376 268** | **25 926 376,37** | **116,99** |

### *34 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Klimaschutz“*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 14 089 139 | 17 960 999 | 17 889 818,06 |

### *34 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Klimaschutz“*

34 01 02 01 Externes Personal

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 617 046 | 1 679 374 | 1 848 529,36 |

**KAPITEL 34 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „KLIMASCHUTZ“** *(Fortsetzung)*

***34 01 02*** *(Fortsetzung)*

34 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 083 959 | 2 194 255 | 2 296 510,98 |

***34 01 03 Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Klimaschutz“***

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 911 974 | 1 136 640 | 1 312 225,24 |

***34 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Klimaschutz“***

34 01 04 01 Unterstützungsausgaben für das Programm für Umwelt- und Klimapolitik (LIFE) — Teilprogramm „Klimapolitik“

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 459 000 | 2 405 000 | 2 579 292,73 |

*Erläuterungen*

*Vormals Posten 07 01 04 04 (teilweise) und 07 01 04 05*

Die für das LIFE-Programm bereitgestellten Finanzmittel können die notwendigen Ausgaben für Vorbereitungs-, Überwachungs-, Kontroll-, Inspektions-, Prüf- und Evaluierungstätigkeiten abdecken, die für die Verwaltung des Programms und für die Erreichung seiner Ziele erforderlich sind; insbesondere Studien, Expertensitzungen, Informations- und Kommunikationsmaßnahmen einschließlich der Vermittlung der politischen Schwerpunkte der Union nach außen, soweit sie mit den allgemeinen Zielen des LIFE-Programms im Zusammenhang stehen, Ausgaben in Verbindung mit IT-Netzen, deren Schwerpunkte Informationsverarbeitung und -austausch sind, zusammen mit allen anderen Ausgaben für technische und administrative Unterstützung, die der Kommission für die Verwaltung des Programms entstehen. Eine Zusammenarbeit mit einschlägigen internationalen Organisationen sowie deren Einrichtungen und Stellen ist möglich, soweit diese zur Erreichung der klimapolitischen Ziele erforderlich ist.

Diese Mittel dienen ferner der Deckung von

— Ausgaben für Hosting, Pflege, Sicherheit, Qualitätssicherung, Betrieb und Unterstützung (Hardware, Software und Dienstleistungen) von IT-Systemen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des LIFE-Teilprogramms „Klimapolitik“ stehen, insbesondere des einzigen Unionsregisters und des Transaktionsprotokolls der Union sowie von IT-Systemen, die im Zusammenhang stehen mit der Umsetzung der Rechtsvorschriften zum Schutz der Ozonschicht, z. B. der Datenbank der Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen,

— Ausgaben für Workshops und Konferenzen, die direkt mit der Verwirklichung der Ziele des LIFE-Programms im Zusammenhang stehen, oder für unter diesen Posten fallende Maßnahmen im Bereich der Klimapolitik.

KOMMISSION
*TITEL 34 — KLIMASCHUTZ*

**KAPITEL 34 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN IM POLITIKBEREICH „KLIMASCHUTZ“** *(Fortsetzung)*

***34 01 04*** *(Fortsetzung)*

34 01 04 01 *(Fortsetzung)*

Gemäß Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 steht das LIFE-Programm den nachstehend genannten Ländern nach den Bedingungen, die in den jeweiligen bilateralen oder multilateralen Vereinbarungen über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme dieser Länder an Unionsprogrammen festgelegt wurden, zur Teilnahme offen:

— Länder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), die Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sind: Die Beiträge, die die EFTA-Staaten nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, insbesondere nach Artikel 82 und nach dem Protokoll Nr. 32, leisten, kommen zu den in diesen Posten eingesetzten Mitteln hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt,

— Beitrittsländer, Beitrittskandidaten und potenzielle Beitrittskandidaten: Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen,

— Länder, auf die die Europäische Nachbarschaftspolitik Anwendung findet,

— Länder, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 933/1999 des Rates vom 29. April 1999 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1210/90 zur Errichtung einer Europäischen Umweltagentur und eines Europäischen Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetzes (ABl. L 117 vom 5.5.1999, S. 1) Mitglieder der Europäischen Umweltagentur geworden sind: Etwaige Einnahmen aus Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Gemäß Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 können aus diesen Mitteln Aktivitäten außerhalb der Union und in überseeischen Ländern und Gebieten gemäß Beschluss 2001/882/EG (ABl. L 314 vom 30.11.2001, S. 1) finanziert werden, sofern diese Aktivitäten erforderlich sind, um die Umwelt- und Klimaziele der Union zu erreichen und um die Wirksamkeit von in den Gebieten der Mitgliedstaaten, für die die Verträge gelten, durchgeführten Maßnahmen zu gewährleisten. Eine außerhalb der Union niedergelassene juristische Person kann an Projekten mit maßnahmenbezogenen Zuschüssen teilnehmen, sofern der das Projekt koordinierende Empfänger in der Union ansässig ist und die außerhalb der Union durchzuführende Aktivität erforderlich ist, um die Umwelt- und Klimaziele der Union zu erreichen und um die Wirksamkeit von in den Mitgliedstaaten durchgeführten Maßnahmen zu gewährleisten.

*Rechtsgrundlagen*

Siehe Kapitel 34 02.

Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Aufstellung des Programms für die Umwelt und Klimapolitik (LIFE) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 614/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 185).

KOMMISSION
*TITEL 34 — KLIMASCHUTZ*

**KAPITEL 34 02 — KLIMASCHUTZ AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 34 02 | KLIMASCHUTZ AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE | | | | | | | | |
| ***34 02 01*** | ***Senkung der Treibhausgasemissionen der Union*** | 2 | 43 842 591 | 2 564 853 | | | | | — |
| ***34 02 02*** | ***Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der Union gegen den Klimawandel*** | 2 | 43 842 591 | 1 282 426 | | | | | — |
| ***34 02 03*** | ***Bessere Verwaltungspraxis und Information im Klimabereich auf allen Ebenen*** | 2 | 9 574 819 | 1 939 670 | | | | | — |
| ***34 02 04*** | ***Beteiligung an multilateralen und internationalen Klimaschutzübereinkünften*** | 4 | 850 000 | 850 000 | 950 000 | 657 579 | 735 042,89 | 735 042,89 | 86,48 |
| ***34 02 51*** | ***Abschluss früherer Klimaschutzprogramme*** | 2 | — | 8 612 958 | 20 700 000 | 19 076 489 | 13 167 351,65 | 13 661 048,44 | 158,61 |
| ***34 02 77*** | ***Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*** | | | | | | | | |
| 34 02 77 01 | Vorbereitende Maßnahme — Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel und Innovation als Querschnittsthemen | 2 | — | 4 700 000 | 3 000 000 | 3 000 000 | 4 803 567,— | 1 960 615,68 | 41,72 |
| 34 02 77 02 | Pilotprojekt — Effizienter Einsatz der EU-Mittel zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen: Straßen als Leistungsindikator für REDD+-Projekte | 2 | 1 200 000 | 600 000 | | | | | — |
| | *Artikel 34 02 77 — Subtotal* | | 1 200 000 | 5 300 000 | 3 000 000 | 3 000 000 | 4 803 567,— | 1 960 615,68 | 36,99 |
| | **Kapitel 34 02 — Insgesamt** | | **99 310 001** | **20 549 907** | **24 650 000** | **22 734 068** | **18 705 961,54** | **16 356 707,01** | **79,60** |

## ***34 02 01*** *Senkung der Treibhausgasemissionen der Union*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 43 842 591 | 2 564 853 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Im Rahmen des LIFE-Programms dienen diese Mittel der Finanzierung von Maßnahmen zur Unterstützung der Rolle der Kommission bei der Ausarbeitung klimapolitischer Strategien und Rechtsvorschriften und bei der Überwachung von deren Durchführung unter Berücksichtigung der nachstehenden Prioritäten:

— Gewährleistung der Umsetzung der Verpflichtungen der Europäischen Union gemäß dem Kyoto-Protokoll des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen,

KOMMISSION
*TITEL 34 — KLIMASCHUTZ*

**KAPITEL 34 02 — KLIMASCHUTZ AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***34 02 01*** *(Fortsetzung)*

— Entwicklung neuer politischer Strategien und weitere Durchführung des Klima- und Energiepakets,

— Gewährleistung der Einführung und Nutzung von marktbasierten Instrumenten, insbesondere des Handels mit Treibhausgasemissionen, um über eine kosteneffiziente Reduzierung der Emissionen die „20/20/20"-Klimaschutz-/Energieziele der Strategie Europa 2020 und die Ziele des Rahmens für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und des Fahrplans für 2050 für den Übergang zu einer Wirtschaft und Gesellschaft mit niedrigem $CO_2$-Ausstoß zu verwirklichen.

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben der Kommission für:

— maßnahmenbezogene Zuschüsse für integrierte Projekte, Projekte der technischen Hilfe, Best-Practice-Projekte, Informations-, Sensibilisierungs- und Verbreitungsprojekte, vorbereitende Projekte, Pilot- und/oder Demonstrationsprojekte über eine jährliche Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, einschließlich der Entwicklung oder Verbreitung von Best-Practice-Techniken, Know-how und Technologien im Bereich des Klimaschutzes und der Verringerung der Treibhausgasemissionen,

— Studien und Bewertungen, Wirtschaftsanalysen und Modellierung von Szenarios,

— Verwaltungsvereinbarungen mit der GD JRC,

— Zusammenarbeit mit Eurocontrol bei der Einbeziehung der Luftfahrt in das EHS,

— Ausarbeitung innovativer und integrierter Fördermechanismen für innovative Maßnahmen und Strategien zur Verminderung des $CO_2$-Ausstoßes, einschließlich möglicher neuer Finanzinstrumente, um das Potenzial neuer Technologien voll auszuschöpfen und weitere Mittel für die Durchführung der Klimapolitik der Union zu mobilisieren,

— Förderung der Entwicklung von Instrumenten zur Sicherung der Klimaverträglichkeit, risikobasierte Bewertung von Programmen und Maßnahmen zur Stärkung der Fähigkeit der Anpassung an und des Widerstands gegen den Klimawandel und Förderung von Methoden zur Überwachung von klimaschutzbezogenen Ausgaben im Rahmen des Einbindungsziels des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens, demzufolge der Anteil klimabezogener Ausgaben am künftigen Unionshaushalt über die Politikbereiche hinweg auf mindestens 20 % angehoben werden soll,

— Dienstleistungen im Hinblick auf die Durchführung der Umweltpolitik und des Umweltrechts im Bereich der Klimapolitik,

— Dienstleistungen im Hinblick auf die Überwachung der Einbeziehung der Klimapolitik in andere Politikbereiche/Programme,

— Konferenzen, Seminare und Workshops mit Sachverständigen und Interessenträgern,

— Entwicklung und Pflege von Netzen, Datenbanken sowie Informations- und Computersystemen in direktem Zusammenhang mit der Umsetzung der Klimapolitik und des Klimarechts der Union und besonders Verbesserung des Zugangs der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen. Die Mittel dienen zur Finanzierung der Kosten von Entwicklung, Pflege, Betrieb und Unterstützung (Hardware, Software und Dienstleistungen) von Systemen zur Unterstützung der Politik, insbesondere des einzigen Registers der Union, des Transaktionsprotokolls der Union und des Überwachungssystems für ozonabbauende Stoffe. Eingeschlossen sind auch die Kosten für Projektmanagement, Dokumentation und Ausbildung im Zusammenhang mit diesen Systemen,

Eine Zusammenarbeit mit einschlägigen internationalen Organisationen sowie deren Einrichtungen und Stellen ist möglich, soweit diese zur Erreichung der klimapolitischen Ziele erforderlich ist.

Die aus LIFE finanzierten Maßnahmen können im Wege von Zuschüssen, Finanzierungsinstrumenten oder Ausschreibungen durchgeführt werden. Das LIFE-Programm finanziert Maßnahmen und Projekte mit europäischem Mehrwert.

**KAPITEL 34 02 — KLIMASCHUTZ AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***34 02 01*** *(Fortsetzung)*

Gemäß Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 steht das LIFE-Programm den nachstehend genannten Ländern zur Teilnahme offen, die in den jeweiligen bilateralen oder multilateralen Vereinbarungen über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme dieser Länder an Unionsprogrammen festgelegt wurden:

— Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), die Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sind: Die Beiträge, die die EFTA-Staaten nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, insbesondere nach Artikel 82 und nach dem Protokoll Nr. 32, leisten, kommen zu den in diesen Artikel eingesetzten Mitteln hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt,

— Beitrittsländer, Beitrittskandidaten und potenzielle Beitrittskandidaten: Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen,

— Länder, auf die die Europäische Nachbarschaftspolitik Anwendung findet,

— Länder, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 933/1999 des Rates vom 29. April 1999 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1210/90 zur Errichtung einer Europäischen Umweltagentur und eines Europäischen Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetzes (ABl. L 117 vom 5.5.1999, S. 1) Mitglieder der Europäischen Umweltagentur geworden sind: Etwaige Einnahmen aus Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Gemäß Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 können aus diesen Mitteln Aktivitäten außerhalb der Union und in überseeischen Ländern und Gebieten gemäß dem Beschluss 2001/882/EG (ABl. L 314 vom 30.11.2001, S. 1) finanziert werden, sofern diese Aktivitäten erforderlich sind, um die Umwelt- und Klimaziele der Union zu erreichen und um die Wirksamkeit von in den Gebieten der Mitgliedstaaten, für die die Verträge gelten, durchgeführten Maßnahmen zu gewährleisten. Eine außerhalb der Union niedergelassene juristische Person kann an Projekten mit maßnahmenbezogenen Zuschüssen teilnehmen, sofern der das Projekt koordinierende Empfänger in der Union ansässig ist und die außerhalb der Union durchzuführende Aktivität erforderlich ist, um die Umwelt- und Klimaziele der Union zu erreichen und um die Wirksamkeit von in den Mitgliedstaaten durchgeführten Maßnahmen zu gewährleisten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Aufstellung des Programms für die Umwelt und Klimapolitik (LIFE) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 614/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 185), insbesondere Artikel 14.

***34 02 02*** ***Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der Union gegen den Klimawandel***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 43 842 591 | 1 282 426 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Im Rahmen des LIFE-Programms dienen diese Mittel der Finanzierung von Maßnahmen zur Unterstützung der Rolle der Kommission bei der Ausarbeitung klimapolitischer Strategien und Rechtsvorschriften und bei der Überwachung von deren Durchführung unter Berücksichtigung der nachstehenden Prioritäten:

— Entwicklung neuer politischer Strategien und weitere Durchführung des derzeitigen Klima- und Energiepakets sowie des künftigen Rahmens für die Klima- und Energiepolitik bis 2030,

KOMMISSION
*TITEL 34 — KLIMASCHUTZ*

**KAPITEL 34 02 — KLIMASCHUTZ AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***34 02 02*** *(Fortsetzung)*

— Durchführung der Anpassungsstrategie der Union zur Gewährleistung der Anpassung von Wirtschaft und Gesellschaft innerhalb der Union an die nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels und der Abschwächung dieser Auswirkungen, Ausbau der Kapazitäten der Union zur Prävention und Bewältigung natürlicher und vom Menschen verursachter Katastrophen,

— Förderung des Übergangs zu einer $CO_2$-armen, ressourceneffizienten und klimaresilienten Wirtschaft und Gesellschaft, was die Nutzung des klimapolitischen Beitrags zahlreicher Unionspolitiken (insbesondere Kohäsionspolitik, Agrarpolitik, Politik für die Entwicklung des ländlichen Raums, Forschungs- und Innovationspolitik, Verkehrs- und Energieprogramme, auswärtiges Handeln) vor allem durch Mainstreaming- und Anpassungsmaßnahmen erfordert.

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben der Kommission für:

— maßnahmenbezogene Zuschüsse für integrierte Projekte, Projekte der technischen Hilfe, Best-Practice-Projekte, Informations-, Sensibilisierungs- und Verbreitungsprojekte, vorbereitende Projekte, Pilot- und/oder Demonstrationsprojekte über eine jährliche Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, einschließlich der Entwicklung oder Verbreitung von Best-Practice-Techniken, Know-how und Technologien im Bereich der Anpassung an und der Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel,

— Studien und Bewertungen, Wirtschaftsanalysen und Modellierung von Szenarios,

— Verwaltungsvereinbarungen mit der GD JRC,

— Dienstleistungen im Hinblick auf die Durchführung der Umweltpolitik und des Umweltrechts im Bereich der Anpassung an und der Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel,

— Dienstleistungen im Hinblick auf die Überwachung der Einbeziehung der Klimapolitik in andere Politikbereiche/Programme,

— Erarbeitung von Maßnahmen, Strategien und Rechtsinstrumenten auf Unions-, nationaler, regionaler und lokaler Ebene zur Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels,

— Ausarbeitung innovativer Fördermechanismen zur Entwicklung von Maßnahmen und Strategien zur Verminderung des $CO_2$-Ausstoßes sowie von Anpassungsmaßnahmen und -strategien, einschließlich etwaiger neuer Finanzierungsinstrumente, um das Potenzial neuer Technologien voll auszuschöpfen, die Verluste aufgrund von durch den Klimawandel bedingten Ereignissen (z. B. starke Trockenheit und Überschwemmungen, Klimaextreme) zu verringern und die Kapazitäten der Union zur Prävention und Bewältigung von Katastrophen auszubauen,

— Förderung der Entwicklung von Instrumenten zur Sicherung der Klimaverträglichkeit, risikobasierte Bewertung von Programmen und Maßnahmen zur Stärkung der Fähigkeit der Anpassung an und des Widerstands gegen den Klimawandel und Förderung von Methoden zur Überwachung von klimaschutzbezogenen Ausgaben im Rahmen des Einbindungsziels des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens, demzufolge der Anteil klimabezogener Ausgaben am künftigen Unionshaushalt über die Politikbereiche hinweg auf mindestens 20 % angehoben werden soll,

— Konferenzen, Seminare und Workshops mit Sachverständigen und Interessenvertretern,

— Entwicklung und Pflege von Netzen, Datenbanken sowie Informations- und Computersystemen in direktem Zusammenhang mit der Umsetzung der Politik und der Rechtsvorschriften der Union im Bereich der Anpassung an den Klimawandel und des Mainstreaming der Klimapolitik. Die Mittel dienen zur Finanzierung der Kosten von Entwicklung, Pflege, Betrieb und Unterstützung (Hardware, Software und Dienstleistungen) von Systemen zur Unterstützung der Politik. Eingeschlossen sind auch die Kosten für Projektmanagement, Dokumentation und Ausbildung im Zusammenhang mit diesen Systemen,

Eine Zusammenarbeit mit einschlägigen internationalen Organisationen sowie deren Einrichtungen und Stellen ist möglich, soweit diese zur Erreichung der klimapolitischen Ziele erforderlich ist.

Die aus LIFE finanzierten Maßnahmen können im Wege von Zuschüssen, Finanzinstrumenten oder Ausschreibungen durchgeführt werden. Das LIFE-Programm finanziert Maßnahmen und Projekte mit europäischem Mehrwert.

**KAPITEL 34 02 — KLIMASCHUTZ AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***34 02 02*** *(Fortsetzung)*

Gemäß Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 steht das LIFE-Programm den nachstehend genannten Ländern nach den Bedingungen, die in den jeweiligen bilateralen oder multilateralen Vereinbarungen über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme dieser Länder an Unionsprogrammen festgelegt wurden, zur Teilnahme offen:

— Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), die Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sind: Die Beiträge, die die EFTA-Staaten nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, insbesondere nach Artikel 82 und nach dem Protokoll Nr. 32, leisten, kommen zu den in diesen Artikel eingesetzten Mitteln hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt,

— Beitrittsländer, Beitrittskandidaten und potenzielle Beitrittskandidaten: Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen,

— Länder, auf die die Europäische Nachbarschaftspolitik Anwendung findet,

— Länder, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 933/1999 des Rates vom 29. April 1999 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1210/90 zur Errichtung einer Europäischen Umweltagentur und eines Europäischen Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetzes (ABl. L 117 vom 5.5.1999, S. 1) Mitglieder der Europäischen Umweltagentur geworden sind: Etwaige Einnahmen aus Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Gemäß Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 können aus diesen Mitteln Aktivitäten außerhalb der Union und in überseeischen Ländern und Gebieten gemäß Beschluss 2001/882/EG (ABl. L 314 vom 30.11.2001, S. 1) finanziert werden, sofern diese Aktivitäten erforderlich sind, um die Umwelt- und Klimaziele der Union zu erreichen und um die Wirksamkeit von in den Gebieten der Mitgliedstaaten, für die die Verträge gelten, durchgeführten Maßnahmen zu gewährleisten. Eine außerhalb der niedergelassene juristische Person kann an Projekten mit maßnahmenbezogenen Zuschüssen teilnehmen, sofern der das Projekt koordinierende Empfänger in der Union ansässig ist und die außerhalb der Union durchzuführende Aktivität erforderlich ist, um die Umwelt- und Klimaziele der Union zu erreichen und um die Wirksamkeit von in den Mitgliedstaaten durchgeführten Maßnahmen zu gewährleisten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Aufstellung des Programms für die Umwelt und Klimapolitik (LIFE) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 614/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 185), insbesondere Artikel 15.

***34 02 03*** ***Bessere Verwaltungspraxis und Information im Klimabereich auf allen Ebenen***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 9 574 819 | 1 939 670 | | | | |

*Erläuterungen*

*Neuer Artikel*

Im Rahmen des LIFE-Programms dienen diese Mittel der Finanzierung von Maßnahmen zur Unterstützung der Rolle der Kommission bei der Verbesserung der Verwaltungspraxis im Klimabereich, beim Ausbau von Kapazitäten, bei der Sensibilisierung und bei der Förderung klimapolitischer Strategien und Rechtsvorschriften unter Berücksichtigung der nachstehenden Prioritäten:

— weitere Durchführung des Klima- und Energiepakets von 2009,

KOMMISSION
*TITEL 34 — KLIMASCHUTZ*

**KAPITEL 34 02 — KLIMASCHUTZ AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***34 02 03*** *(Fortsetzung)*

— Ausarbeitung neuer politischer Strategien unter dem Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030,

— Gewährleistung der Anpassung von Wirtschaft und Gesellschaft innerhalb der Union an die nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels und Abschwächung dieser Auswirkungen,

— Gewährleistung der Einführung und Nutzung von marktbasierten Instrumenten, um über eine kosteneffiziente Reduzierung der Emissionen die „20/20/20"-Klimaschutz-/Energieziele der Strategie Europa 2020 für den Übergang zu einer Wirtschaft und Gesellschaft mit geringem $CO_2$-Ausstoß zu verwirklichen,

— Förderung von Nichtregierungsorganisationen (NRO), die hauptsächlich im Bereich der Klimapolitik auf Unionsebene tätig sind und an der Ausarbeitung und Durchführung der Unionspolitik und des Unionsrechts mitwirken, mit dem Ziel, die Beteiligung der NRO am Dialog über die Gestaltung der Klimapolitik und ihrer Umsetzung sowie ihre Beteiligung am europäischen Normungsprozess zu verstärken, um eine ausgewogene Vertretung der Interessengruppen und die systematische Integration von Klimaaspekten zu gewährleisten.

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben der Kommission für:

— maßnahmenbezogene Zuschüsse für Projekte der technischen Hilfe, Best-Practice-Projekte, Informations-, Sensibilisierungs- und Verbreitungsprojekte, vorbereitende Projekte, Pilot- und/oder Demonstrationsprojekte über eine jährliche Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, einschließlich Förderung der Entwicklung oder Verbreitung von Best-Practice-Techniken und Politikkonzepten, Förderung der Kommunikation, Verwaltung und Verbreitung klimarelevanter Informationen, Lösungen und Praktiken (einschließlich der Einrichtung von Kooperationsplattformen) und Förderung der Sensibilisierung und Aufklärung in Fragen, die den Klimaschutz sowie die Anpassung an und die Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel betreffen,

— Betriebskostenzuschüsse zur Förderung der operativen Tätigkeiten/Arbeitsprogramme von Nichtregierungsorganisationen (NRO), die hauptsächlich im Bereich der Klimapolitik auf Unionsebene tätig sind und an der Ausarbeitung und Durchführung der Unionspolitik und des Unionsrechts mitwirken,

— Konferenzen, Seminare und Workshops mit Sachverständigen und Interessenvertretern,

— Entwicklung und Pflege von Netzen, Datenbanken sowie Informations- und Computersystemen in direktem Zusammenhang mit der Förderung der Ausarbeitung und Durchführung der Klimapolitik und des Klimarechts der Union und der entsprechenden Sensibilisierung. Die Mittel dienen zur Finanzierung der Kosten von Entwicklung, Pflege, Betrieb und Unterstützung (Hardware, Software und Dienstleistungen) von Systemen zur Unterstützung der Politik. Eingeschlossen sind auch die Kosten für Projektmanagement, Dokumentation und Ausbildung im Zusammenhang mit diesen Systemen,

— Information, Veröffentlichungen und Öffentlichkeitsarbeit, einschließlich Veranstaltungen, Ausstellungen, audiovisueller Produktionen und ähnlicher Sensibilisierungsmaßnahmen, mit denen die klimapolitischen Ziele und der Übergang zu einer Wirtschaft und Gesellschaft mit geringem $CO_2$-Ausstoß gefördert werden.

Die aus LIFE finanzierten Maßnahmen können im Wege von maßnahmenbezogenen Zuschüssen für Projekte, Betriebskostenzuschüssen oder Ausschreibungen durchgeführt werden. Das LIFE-Programm finanziert Maßnahmen und Projekte mit europäischem Mehrwert.

Eine Zusammenarbeit mit einschlägigen internationalen Organisationen sowie deren Einrichtungen und Stellen ist möglich, soweit diese zur Erreichung der klimapolitischen Ziele erforderlich ist.

Gemäß Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 steht das LIFE-Programm den nachstehend genannten Ländern zur Teilnahme offen, die in den jeweiligen bilateralen oder multilateralen Vereinbarungen über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme dieser Länder an Unionsprogrammen festgelegt wurden:

— Länder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), die Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sind: Die Beiträge, die die EFTA-Staaten nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, insbesondere nach Artikel 82 und nach dem Protokoll Nr. 32, leisten, kommen zu den in diesen Artikel eingesetzten Mitteln hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt,

— Beitrittsländer, Beitrittskandidaten und potenzielle Beitrittskandidaten: Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Beitrittskandidatenländern und potenziellen Beitrittskandidaten für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen,

**KAPITEL 34 02 — KLIMASCHUTZ AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***34 02 03*** *(Fortsetzung)*

— Länder, auf die die Europäische Nachbarschaftspolitik Anwendung findet,

— Länder, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 933/1999 des Rates vom 29. April 1999 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1210/90 zur Errichtung einer Europäischen Umweltagentur und eines Europäischen Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetzes (ABl. L 117 vom 5.5.1999, S. 1) Mitglieder der Europäischen Umweltagentur geworden sind: Etwaige Einnahmen aus Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Gemäß Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 können aus diesen Mitteln Aktivitäten außerhalb der Union und in überseeischen Ländern und Gebieten gemäß Beschluss 2001/882/EG (ABl. L 314 vom 30.11.2001, S. 1) finanziert werden, sofern diese Aktivitäten erforderlich sind, um die Umwelt- und Klimaziele der Union zu erreichen und um die Wirksamkeit von in den Gebieten der Mitgliedstaaten, für die die Verträge gelten, durchgeführten Maßnahmen zu gewährleisten. Eine außerhalb der Union niedergelassene juristische Person kann an Projekten mit maßnahmenbezogenen Zuschüssen teilnehmen, sofern der das Projekt koordinierende Empfänger in der Union ansässig ist und die außerhalb der Union durchzuführende Aktivität erforderlich ist, um die Umwelt- und Klimaziele der Union zu erreichen und um die Wirksamkeit von in den Mitgliedstaaten durchgeführten Maßnahmen zu gewährleisten.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Aufstellung des Programms für die Umwelt und Klimapolitik (LIFE) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 614/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 185), insbesondere Artikel 16.

***34 02 04*** ***Beteiligung an multilateralen und internationalen Klimaschutzübereinkünften***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 850 000 | 850 000 | 950 000 | 657 579 | 735 042,89 | 735 042,89 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 02 01 (teilweise)*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, obligatorische und freiwillige Beiträge zu einer Reihe von internationalen Übereinkommen, Protokollen und Vereinbarungen, bei denen die Union Vertragspartei ist, und vorbereitenden Arbeiten für künftige internationale Vereinbarungen unter Beteiligung der Union abzudecken.

In einigen Fällen sind Beiträge zu nachfolgenden Protokollen in den Beiträgen zum zugrunde liegenden Übereinkommen enthalten.

*Rechtsgrundlagen*

Entscheidung 88/540/EWG des Rates vom 14. Oktober 1988 über den Abschluss des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht und des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (ABl. L 297 vom 31.10.1988, S. 8).

Beschluss 94/69/EG des Rates vom 15. Dezember 1993 über den Abschluss des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (ABl. L 33 vom 7.2.1994, S. 11).

Entscheidung 2002/358/EG des Rates vom 25. April 2002 über die Genehmigung des Protokolls von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen im Namen der Europäischen Gemeinschaft sowie die gemeinsame Erfüllung der daraus erwachsenden Verpflichtungen (ABl. L 130 vom 15.5.2002, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 34 — KLIMASCHUTZ*

**KAPITEL 34 02 — KLIMASCHUTZ AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

### *34 02 51 Abschluss früherer Klimaschutzprogramme*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 8 612 958 | 20 700 000 | 19 076 489 | 13 167 351,65 | 13 661 048,44 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 12 01*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Die Beiträge, die die EFTA-Staaten nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, insbesondere nach Artikel 82 und nach dem Protokoll Nr. 32, leisten, kommen zu den in diesen Artikel eingesetzten Mitteln hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum" dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 614/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 über das Finanzierungsinstrument für die Umwelt (LIFE +) (ABl. L 149 vom 9.6.2007, S. 1).

### *34 02 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen*

34 02 77 01 Vorbereitende Maßnahme — Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel und Innovation als Querschnittsthemen

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| — | 4 700 000 | 3 000 000 | 3 000 000 | 4 803 567,— | 1 960 615,68 |

*Erläuterungen*

*Vormals Artikel 07 13 03*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen der vorbereitenden Maßnahme.

*Rechtsgrundlagen*

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 34 — KLIMASCHUTZ*

**KAPITEL 34 02 — KLIMASCHUTZ AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***34 02 77*** *(Fortsetzung)*

34 02 77 02 Pilotprojekt — Effizienter Einsatz der EU-Mittel zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen: Straßen als Leistungsindikator für REDD+-Projekte

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 1 200 000 | 600 000 | | | | |

*Erläuterungen*

Die Union hat Mittel in beträchtlichem Umfang gebunden, um positive Anreize für Entwicklungsländer zur Verringerung von Emissionen infolge der weltweiten Entwaldung und Waldschädigung durch REDD+ zu schaffen. Die Union ist — auch unter Berücksichtigung der Beiträge ihrer einzelnen Mitgliedstaaten — derzeit der größte Finanzgeber dieses Programms.

Erste Bewertungen legen nahe, dass der Mangel an gemeinsamen Methoden und ausreichenden Ressourcen (personelle, technische und finanzielle Ressourcen) zur Vorhersage, Messung, Meldung, Überprüfung und vergleichenden Beurteilung von Emissionen durch Wälder im Zeitverlauf und zwischen verschiedenen Ländern ein wesentlicher Schwachpunkt von REDD+ war.

Mit diesem Pilotprojekt sollen die bestehenden Straßen und eine verbesserte Anbindung durch die Eröffnung neuer Straßen als Leistungsindikator für Projekte genutzt werden, die auf die Verringerung der durch Entwaldung verursachten Treibhausgasemissionen (REDD+) und auf eine Stärkung von Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor (FLEGT) abzielen. Gleichzeitig zielt das Pilotprojekt auf die Einbeziehung der Informationen zur Anbindung (z. B. Straßennetz) in harmonisierte FMRVC-Methoden ein, da damit die Effizienz und Verlässlichkeit der REDD+-Berichterstattung verbessert werden können und so die Klimaschutzregelung für die Zeit nach 2020 vorbereitet werden kann, die auf der Konferenz der Vertragsparteien (COP 21) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) im Dezember 2015 in Paris beschlossen werden soll.

In tropischen Gebieten weisen Daten aus satelliten- und landgestützten Anlagen darauf hin, dass die Eröffnung einer neuen Straße durch einen Wald in der Regel den Bau von Nebenstraßen (asphaltierte oder nicht asphaltierte Straßen) nach sich zieht, was dann zu noch mehr Entwaldung und Waldschädigung (Umwandlung in Agrarland und Tierfarmen) führt. In wissenschaftlichen Berichten besteht Einigkeit darüber, dass Entwaldung, Fragmentierung der Wälder und Waldschädigung in einer „Risikozone“ im Umfeld von Infrastrukturen und Zugangsnetzen auftreten.

Daher trägt der Bau neuer Straßen nicht nur in erheblichem Maße zu Entwaldung und Waldschädigung bei, sondern er kann auch ein kosteneffizienter Indikator für vermutliche Emissionen durch Wälder und einen Verlust an biologischer Vielfalt sein. Anhand von Geodaten über Infrastrukturen, einschließlich Straßen, können „Landkarten von Gebieten ohne Straßennetz“ erstellt werden und dann mit aktualisierten Waldkarten abgeglichen werden, um eine frühzeitige Bewertung der Auswirkungen der sektorbezogenen politischen Maßnahmen der Union und der Wirksamkeit der damit unterstützten REDD+-Maßnahmen vorzunehmen. Dies könnte auch zu einem strategischen Ziel der Union beitragen, das sich aus dem VN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt ergibt: Bis 2020 soll der Verlust an natürlichen Lebensräumen, einschließlich Wäldern, mindestens halbiert werden und soweit möglich fast völlig verschwinden, und die Waldschädigung und die Fragmentierung der Wälder sollen erheblich verringert werden.

Die Bewertung der Folgen einer verbesserten Anbindung kann dazu beitragen, die Leistungen der im Rahmen von REDD+ durchgeführten fünf Maßnahmen (Entwaldung, Waldschädigung, Erhaltung der Wälder, Waldbewirtschaftung, Ausbau des Kohlenstoffspeichers Wald) zu messen. Darüber hinaus ist Straßenplanung ein leicht verständliches strategisches Instrument, das von Gebern und Nutznießern des REDD+-Systems gleichermaßen genutzt werden kann, und es ist mit den internationalen treibenden Kräften der Entwaldung (einschließlich der Importe in der Union) verbunden.

Mit diesen Mitteln sollten folgende Maßnahmen durchgeführt und finanziert werden:

— Erstellung einer aktualisierten umfassenden Landkarte von Gebieten ohne Straßennetz in Waldregionen, mit Schwerpunkt auf den Tropenwäldern (auf der Basis der besten verfügbaren Geodaten und Satellitenbilder); diese Landkarten sollten auf einer eigens hierzu eingerichteten Website öffentlich zugänglich gemacht werden;

— Entwicklung eines Prädiktionsmodells für Entwaldung und Waldschädigung auf der Grundlage bestehender und geplanter Straßen in prioritären Bereichen;

KOMMISSION
*TITEL 34 — KLIMASCHUTZ*

**KAPITEL 34 02 — KLIMASCHUTZ AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE** *(Fortsetzung)*

***34 02 77*** *(Fortsetzung)*

34 02 77 02 *(Fortsetzung)*

— Zusammenstellung einer Broschüre über die Auswirkungen der sektorbezogenen politischen Maßnahmen der Union (z. B. in den Bereichen Infrastrukturen, Landwirtschaft, Bergbau) auf die Abholzung der Tropenwälder und die Waldschädigung;

— Vorstellung der erwähnten Produkte und Leistungen in Workshops und Symposien (insbesondere bei Veranstaltungen am Rande der UNFCCC und der Konferenzen der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt) und Verbreitung des einschlägigen Materials.

*Rechtsgrundlagen*

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 34 — KLIMASCHUTZ*

## AKTIVITÄTEN OHNE HAUSHALTSLINIE

— ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG DER GENERALDIREKTION „KLIMAPOLITIK“

— ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „KLIMAPOLITIK“

KOMMISSION

*TITEL 40*

**RESERVEN**

# TITEL 40

# RESERVEN

## Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen |
| 40 01 | RESERVE FÜR VERWALTUNGS-AUSGABEN | p.m. | p.m. | 6 829 200 | 6 829 200 | 0,— | 0,— |
| 40 02 | RESERVE FÜR FINANZ-INTERVENTIONEN | 573 523 000 | 264 342 000 | 1 043 006 985 | 224 868 185 | 0,— | 0,— |
| 40 03 | NEGATIVRESERVE | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |
| | **Titel 40 — Insgesamt** | **573 523 000** | **264 342 000** | **1 049 836 185** | **231 697 385** | **0,—** | **0,—** |

KOMMISSION
*TITEL 40 — RESERVEN*

# TITEL 40

# RESERVEN

## KAPITEL 40 01 — RESERVE FÜR VERWALTUNGSAUSGABEN

Einzelheiten der Artikel 1, 2, 3 und 5 befinden sich in Kapitel XX 01

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 40 01 | RESERVE FÜR VERWALTUNGS-AUSGABEN | | | | | |
| ***40 01 40*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel für Verwaltungsausgaben*** | | p.m. | 6 829 200 | 0,— | — |
| ***40 01 42*** | ***Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben*** | 5.2 | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Kapitel 40 01 — Insgesamt** | | **p.m.** | **6 829 200** | **0,—** | **—** |

### *40 01 40 Vorläufig eingesetzte Mittel für Verwaltungsausgaben*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | 6 829 200 | 0,— |

*Erläuterungen*

Die Mittel dieses Artikels sind hier nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Linien des Haushaltsplans übertragen worden sind.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

### *40 01 42 Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

KOMMISSION
*TITEL 40 — RESERVEN*

**KAPITEL 40 02 — RESERVE FÜR FINANZINTERVENTIONEN**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | |
| 40 02 | RESERVE FÜR FINANZ-INTERVENTIONEN | | | | | | | | |
| ***40 02 40*** | ***Nichtgetrennte Mittel*** | | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***40 02 41*** | ***Getrennte Mittel*** | | 117 342 000 | 114 342 000 | 278 891 985 | 144 868 185 | 0,— | 0,— | 0,— |
| ***40 02 42*** | ***Soforthilfereserve*** | 9 | 297 000 000 | 150 000 000 | 264 115 000 | 80 000 000 | 0,— | 0,— | 0,— |
| ***40 02 43*** | ***Reserve für den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung*** | 9 | 159 181 000 | p.m. | 500 000 000 | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| | **Kapitel 40 02 — Insgesamt** | | **573 523 000** | **264 342 000** | **1 043 006 985** | **224 868 185** | **0,—** | **0,—** | **0,—** |

### *40 02 40 Nichtgetrennte Mittel*

*Zahlenangaben (Nichtgetrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Die Mittel des Titels „Reserven" sind ausschließlich für die folgenden beiden Situationen bestimmt:

a) wenn zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans für die betreffende Maßnahme noch kein Basisrechtsakt existiert;

b) wenn ernsthafte Zweifel daran bestehen, ob die bei einer Haushaltslinie eingesetzten Mittel zur Deckung des Ausgabenbedarfs ausreichen bzw. ob sie ordnungsgemäß und nach den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung in Anspruch genommen werden können. Die Mittel dieses Artikels dürfen nur nach Übertragung gemäß dem Verfahren des Artikels 27 der Haushaltsordnung verwendet werden.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

### *40 02 41 Getrennte Mittel*

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 117 342 000 | 114 342 000 | 278 891 985 | 144 868 185 | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Die Mittel des Titels „Reserven" sind ausschließlich für die folgenden beiden Situationen bestimmt:

a) wenn zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans für die betreffende Maßnahme noch kein Basisrechtsakt existiert;

b) wenn ernsthafte Zweifel daran bestehen, ob die bei einer Haushaltslinie eingesetzten Mittel zur Deckung des Ausgabenbedarfs ausreichen bzw. ob sie ordnungsgemäß und nach den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung in Anspruch genommen werden können. Die Mittel dieses Artikels dürfen nur nach Übertragung gemäß dem Verfahren des Artikels 27 der Haushaltsordnung verwendet werden.

KOMMISSION
*TITEL 40 — RESERVEN*

**KAPITEL 40 02 — RESERVE FÜR FINANZINTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

***40 02 41*** *(Fortsetzung)*

Der Gesamtbetrag der Mittel schlüsselt sich auf wie folgt (Verpflichtungsermächtigungen, Zahlungsermächtigungen):

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. | Artikel | 01 02 01 | Koordinierung und Überwachung der und Kommunikation zur Wirtschafts- und Währungsunion, einschließlich zum Euro | 2 000 000 | 2 000 000 |
| 2. | Artikel | 11 03 01 | Schaffung der rechtlichen Basis für Fangtätigkeiten von Fischereifahrzeugen in der Union Drittlandgewässern durch nachhaltige Fischereiabkommen | 115 342 000 | 112 342 000 |
| | | | Insgesamt | 117 342 000 | 114 342 000 |

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***40 02 42*** ***Soforthilfereserve***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 297 000 000 | 150 000 000 | 264 115 000 | 80 000 000 | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Reserve dient gemäß Nummer 25 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 dazu, im Fall von Ereignissen, die bei der Aufstellung des Haushaltsplans nicht vorhersehbar waren, rasch einen punktuellen Bedarf an Hilfeleistungen für Drittländer zu decken, vorrangig für humanitäre Zwecke, allerdings auch für Maßnahmen des zivilen Krisenmanagements und -schutzes, sofern die Umstände es erfordern. Für die Mittelausstattung dieser Reserve wird während der Geltungsdauer des mehrjährigen Finanzrahmens ein jährlicher Betrag von 280 000 000 EUR zu konstanten Preisen zur Verfügung gestellt.

Diese Reserve wird als Rücklage in den Gesamthaushaltsplan der Union eingestellt. Die entsprechenden Mittel für Verpflichtungen werden, sofern erforderlich in Überschreitung der Obergrenzen, in den Haushaltsplan eingesetzt.

Hält die Kommission die Inanspruchnahme dieser Reserve für erforderlich, unterbreitet sie dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Vorschlag für eine Mittelübertragung von dieser Reserve auf die entsprechenden Haushaltslinien.

Bei der Vorlage dieses Vorschlags beruft die Kommission einen Trilog — unter Umständen in vereinfachter Form — ein, um vom Europäischen Parlament und vom Rat das Einverständnis dafür zu erhalten, dass diese Reserve in Höhe des erforderlichen Betrags in Anspruch genommen wird.

*Verweise*

Interinstitutionelle Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (ABl. C 139 vom 14.6.2006, S. 1).

**KAPITEL 40 02 — RESERVE FÜR FINANZINTERVENTIONEN** *(Fortsetzung)*

***40 02 43 Reserve für den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| 159 181 000 | p.m. | 500 000 000 | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Reserve dient der Bereitstellung zusätzlicher Mittel, um Arbeitnehmer, die infolge der Entwicklungen des Welthandels vom Strukturwandel betroffen sind, bei ihren Bemühungen um Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

Die Verfahren für die Einstellung der Mittel in die Reserve und für die Inanspruchnahme des Fonds sind für bis zum 31. Dezember 2013 eingereichte Anträge in Nummer 28 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 und in Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 1927/2006 und für ab dem 1. Januar 2014 eingereichte Anträge in Nummer 13 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 festgelegt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1309/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014-2020) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1927/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 855), insbesondere Artikel 1.

*Verweise*

Interinstitutionelle Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (ABl. C 139 vom 14.6.2006, S. 1).

Interinstitutionelle Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung (ABl. C 373 vom 20.12.2013, S. 1).

KOMMISSION
*TITEL 40 — RESERVEN*

**KAPITEL 40 03 — NEGATIVRESERVE**

| Titel Kapitel Artikel Posten | Bezeichnung | FR | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| 40 03 | NEGATIVRESERVE | | | | | | | | |
| ***40 03 01*** | ***Negativreserve*** | 8 | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| | **Kapitel 40 03 — Insgesamt** | | **p.m.** | **p.m.** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **0,—** | **—** |

***40 03 01*** ***Negativreserve***

*Zahlenangaben (Getrennte Mittel)*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— |

*Erläuterungen*

Artikel 47 der Haushaltsordnung sieht die Einrichtung einer Negativreserve vor. Diese Reserve ist vor Ablauf des Haushaltsjahres im Wege von Mittelübertragungen nach den Verfahren der Artikel 26 und 27 der Haushaltsordnung zu mobilisieren.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

**ANHÄNGEN**

KOMMISSION

# EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM

KOMMISSION
*EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM*

Gemäß dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum beteiligen sich die EFTA-Staaten (mit Ausnahme der Schweiz) an zahlreichen Maßnahmen der Union im Rahmen der Teilrubrik 1a und der Rubriken 2, 3, 4 und 5 des mehrjährigen Finanzrahmens; im Gegenzug leisten sie einen Finanzbeitrag zu den operativen Mitteln, der sich durch Anwendung eines Proportionalitätsfaktors berechnet. Dieser Faktor entspricht der Summe der Zahlenverhältnisse, die sich ergeben, wenn das BIP zu Marktpreisen jedes EFTA-Staates durch die Summe der BIP zu Marktpreisen aller Mitgliedstaaten plus des jeweiligen EFTA-Staates dividiert wird.

Für 2014 wird der Proportionalitätsfaktor auf 3,03 % geschätzt (auf der Grundlage der Zahlen von 2012), z. B. 2,92 % für Norwegen, 0,08 % für Island und 0,03 % für Liechtenstein.

Diese Finanzbeiträge werden nicht formell in den Haushaltsplan eingesetzt; bei jeder Haushaltslinie, die Maßnahmen beinhaltet, an denen sich EFTA-Staaten beteiligen, wird informationshalber auf den EFTA-Beitrag verwiesen. In einer Übersichtstabelle im Anhang zum Gesamthaushaltsplan der Union sind die betreffenden Haushaltslinien mit den jeweiligen EFTA-Beiträgen aufgeführt. Der Beitrag der EFTA-Staaten zu den Mitteln für Verpflichtungen des operativen Teils des Haushaltsplans wird 2014 voraussichtlich 14 478 961 EUR betragen. Die EFTA-Staaten beteiligen sich auch an den Verwaltungsausgaben, die mit der Umsetzung der jeweiligen Maßnahmen unmittelbar zusammenhängen. Über die einschlägigen Haushaltslinien und Beträge wird derzeit noch mit den EFTA-Staaten verhandelt; diese sind daher als vorläufig zu betrachten.

KOMMISSION
*EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM*

| | | Bezeichnung | Haushaltsplan 2014 | | EFTA-Beitrag | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Mittel für Verpflichtungen (1) | Mittel für Zahlungen (2) | Mittel für Verpflichtungen | Mittel für Zahlungen |
| | XX 01 02 01 | Externes Personal im Dienst der Kommission | 127 846 000 | 127 846 000 | 198 720 | 198 720 |
| | XX 01 02 11 | Sonstige Ausgaben für den Dienstbetrieb des Organs | 141 302 000 | 141 302 000 | 867 250 | 867 250 |
| | 26 01 22 02 | Kauf oder Miete von Gebäuden in Brüssel | 209 265 000 | 209 265 000 | 572 843 | 572 843 |
| | 26 01 22 03 | Gebäudenebenkosten in Brüssel | 70 350 000 | 70 350 000 | 192 576 | 192 576 |
| | 26 01 23 02 | Kauf und Miete von Gebäuden in Luxemburg | 39 332 000 | 39 332 000 | 107 667 | 107 667 |
| | 26 01 23 03 | Gebäudenebenkosten in Luxemburg | 17 138 000 | 17 138 000 | 46 914 | 46 914 |
| | | **VERWALTUNGSTEIL INSGESAMT** | **605 233 000** | **605 233 000** | **1 985 970** | **1 985 970** |
| | 01 04 51 | Abschluss früherer Programme im Bereich kleine und mittlere Unternehmen (KMU) (aus der Zeit vor 2014) | p.m. | 92 788 874 | p.m. | 2 811 503 |
| (*) | 02 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für das Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und KMU (COSME) | 3 675 000 | 3 675 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 02 01 04 03 | Unterstützungsausgaben für die Europäischen Satellitennavigationsprogramme | 3 350 000 | 3 350 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 02 01 04 04 | Unterstützungsausgaben für das Europäische Erdbeobachtungsprogramm (Copernicus) | 2 500 000 | 2 500 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 02 01 05 01 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit | 12 347 430 | 12 347 430 | p.m. | p.m. |
| (*) | 02 01 05 02 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal | 3 637 467 | 3 637 467 | p.m. | p.m. |
| (*) | 02 01 05 03 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben | 7 217 314 | 7 217 314 | p.m. | p.m. |
| (*) | 02 01 06 01 | Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus dem Programm Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und KMU (Cosme) | 7 025 000 | 7 025 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 02 02 01 | Förderung unternehmerischer Initiative und Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Marktzugang der Unternehmen der Union | 102 709 687 | 14 575 804 | p.m. | p.m. |
| (*) | 02 02 02 | Verbesserung des Zugangs von KMU zu Finanzmitteln für Form von Eigen- und Fremdkapital | 161 907 588 | 87 914 000 | p.m. | p.m. |
| | 02 02 51 | Abschluss früherer Programme im Bereich Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerische Initiative (3) | p.m. | 26 213 322 | p.m. | 794 264 |
| (*) | 02 03 01 | Funktionsweise und Entwicklung des Binnenmarktes, insbesondere im Bereich der Meldung, Zertifizierung und der sektoriellen Angleichung (4) | 18 100 000 | 16 210 176 | p.m. | p.m. |
| (*) | 02 04 02 01 | Stärkung der führenden Stellung Europas im Bereich der Weltraumtechnologien | 162 910 043 | 14 704 483 | p.m. | p.m. |

KOMMISSION
*EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM*

| | | Bezeichnung | Haushaltsplan 2014 | | EFTA-Beitrag | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Mittel für Verpflichtungen (1) | Mittel für Zahlungen (2) | Mittel für Verpflichtungen | Mittel für Zahlungen |
| (*) | 02 04 02 02 | Verbesserter Zugang zur Risikofinanzierung für Investitionen in Forschung und Innovation | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| (*) | 02 04 02 03 | Steigerung der Innovation in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) | 33 054 098 | 2 962 930 | p.m. | p.m. |
| (*) | 02 04 03 01 | Verwirklichung einer ressourcenschonenden und gegen den Klimawandel gewappneten Wirtschaft mit nachhaltiger Rohstoffversorgung | 69 202 024 | 5 986 022 | p.m. | p.m. |
| (*) | 02 04 03 02 | Förderung integrativer, innovativer und sicherer europäischer Gesellschaften | 138 486 439 | 10 865 760 | p.m. | p.m. |
| | 02 04 51 | Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — Siebtes Rahmenprogramm — EG (2007-2013) | p.m. | 410 942 214 | p.m. | 12 451 549 |
| | 02 04 52 | Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme (aus der Zeit vor 2007) | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| | 02 04 53 | Abschluss des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation — Teil Innovation (2007-2013) | p.m. | 41 095 242 | p.m. | 1 245 186 |
| (*) | 02 05 01 | Entwicklung und Bereitstellung von weltweiten Satellitennavigations-Infrastrukturen und -Diensten (Galileo) bis zum Jahr 2019 | 1 097 830 000 | 667 658 621 | p.m. | p.m. |
| (*) | 02 05 02 | Erbringung von Satellitendiensten, die stufenweise bis 2020 eine Leistungsverbesserung des GPS auf dem gesamten Gebiet der Europäischen Zivilluftfahrtkonferenz (ECAC) ermöglichen sollen (EGNOS) | 225 000 000 | 170 148 008 | p.m. | p.m. |
| | 02 05 11 | Agentur für das Europäische GNSS | 24 587 000 | 24 587 000 | 717 940 | 717 940 |
| | 02 05 51 | Abschluss der europäischen Satellitennavigationsprogramme (EGNOS und Galileo) | p.m. | 281 994 299 | p.m. | 8 234 234 |
| (*) | 02 06 01 | Erbringung operativer Dienste auf der Grundlage weltraumgestützter Beobachtungstätigkeiten und der Nutzung von In-situ-Daten (Copernicus) | 58 500 000 | 54 927 050 | p.m. | p.m. |
| (*) | 02 06 02 | Aufbau einer autonomen Unionskapazität für die Erdbeobachtung (Copernicus) | 301 933 000 | 112 727 494 | p.m. | p.m. |
| | 02 06 51 | Abschluss des europäischen Erdbeobachtungsprogramms (GMES) | p.m. | 17 962 958 | p.m. | 538 889 |
| (*) | 04 01 04 02 | Unterstützungsausgaben für das Programm für Beschäftigung und soziale Innovation | 3 800 000 | 3 800 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 04 03 01 03 | Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und Maßnahmen für Migranten, einschließlich Migranten aus Drittländern (5) | 6 400 000 | 5 000 000 | p.m. | p.m. |
| | 04 03 01 07 | Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen (2012) | p.m. | 740 000 | p.m. | 22 422 |

KOMMISSION
*EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM*

| | | Bezeichnung | Haushaltsplan 2014 | | EFTA-Beitrag | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Mittel für Verpflichtungen (1) | Mittel für Zahlungen (2) | Mittel für Verpflichtungen | Mittel für Zahlungen |
| (*) | 04 03 02 01 | Progress — Unterstützung der Entwicklung, Umsetzung, Begleitung und Evaluierung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Union und der Gesetzgebung zu Arbeitsbedingungen | 71 176 000 | 20 774 736 | p.m. | p.m. |
| (*) | 04 03 02 02 | EURES — Förderung der räumlichen Mobilität von Arbeitnehmern und Verbesserung der Beschäftigungsperspektiven | 21 300 000 | 12 077 585 | p.m. | p.m. |
| (*) | 04 03 02 03 | Mikrofinanzierung und soziales Unternehmertum — Erleichterung der Finanzierung von Unternehmen, vor allem arbeitsmarktfernen, sowie Sozialunternehmen | 26 500 000 | 9 447 218 | p.m. | p.m. |
| | 04 03 12 | Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz | 14 013 900 | 14 013 900 | 424 621 | 424 621 |
| | 04 03 51 | Abschluss von Progress | p.m. | 31 294 613 | p.m. | 948 227 |
| | 04 03 52 | Abschluss von EURES | p.m. | 10 082 958 | p.m. | 305 514 |
| | 04 03 53 | Abschluss sonstiger Tätigkeiten (6) | p.m. | 674 718 | p.m. | 20 444 |
| | 05 01 05 01 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit | 1 238 086 | 1 238 086 | p.m. | p.m. |
| (*) | 05 01 05 02 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal | 420 000 | 420 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 05 01 05 03 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben | 713 154 | 713 154 | p.m. | p.m. |
| (*) | 05 09 03 01 | Sicherung der Versorgung mit sicheren und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und anderen biogestützten Produkten | 50 370 046 | 2 290 968 | p.m. | p.m. |
| (*) | 06 01 05 01 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit | 5 612 344 | 5 612 344 | p.m. | p.m. |
| (*) | 06 01 05 02 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal | 2 768 667 | 2 768 667 | p.m. | p.m. |
| (*) | 06 01 05 03 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben | 891 638 | 891 638 | p.m. | p.m. |
| (*) | 06 01 06 01 | Exekutivagentur Innovation und Netze — Beitrag aus der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) (7) | 624 059 | 624 059 | p.m. | p.m. |
| (*) | 06 01 06 02 | Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| | 06 02 02 | Europäische Agentur für Flugsicherheit | 34 173 871 | 34 173 871 | 1 035 468 | 1 035 468 |
| | 06 02 03 01 | Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs | 30 703 795 | 30 703 795 | 930 325 | 930 325 |
| | 06 02 03 02 | Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs — Maßnahmen zur Bekämpfung von Meeresverschmutzung (8) | 19 675 000 | 7 727 442 | p.m. | p.m. |

KOMMISSION
*EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM*

| | | Bezeichnung | Haushaltsplan 2014 | | EFTA-Beitrag | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Mittel für Verpflichtungen (1) | Mittel für Zahlungen (2) | Mittel für Verpflichtungen | Mittel für Zahlungen |
| | 06 02 04 | Europäische Eisenbahnagentur | 23 573 064 | 23 573 064 | 714 264 | 714 264 |
| | 06 02 52 | Abschluss des Programms Marco Polo | p.m. | 18 525 916 | p.m. | 561 335 |
| | 06 02 53 | Abschluss der Maßnahmen gegen Umweltverschmutzung | p.m. | 12 198 621 | p.m. | 369 618 |
| (*) | 06 03 03 01 | Verwirklichung eines ressourceneffizienten, umweltfreundlichen, sicheren und nahtlosen europäischen Verkehrssystems | 185 042 095 | 9 415 097 | p.m. | p.m. |
| (*) | 06 03 07 31 | Gemeinsames Unternehmen für die Forschung zum Flugverkehrsmanagementsystem für den einheitlichen europäischen Luftraum 2 (SESAR2) — Unterstützungsausgaben | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| (*) | 06 03 07 32 | Gemeinsames Unternehmen für die Forschung zum Flugverkehrsmanagementsystem für den einheitlichen europäischen Luftraum 2 (SESAR2) | 20 000 000 | 10 000 000 | p.m. | p.m. |
| | 06 03 51 | Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — Siebtes Rahmenprogramm — EG (2007-2013) | p.m. | 7 952 635 | p.m. | 240 965 |
| | 06 03 52 | Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme (aus der Zeit vor 2007) | — | p.m. | — | p.m. |
| | 07 02 05 01 | Europäische Chemikalienagentur — Tätigkeiten im Bereich der Biozid-Gesetzgebung (9) | 5 023 252 | 5 023 252 | p.m. | p.m. |
| | 07 02 06 | Europäische Umweltagentur | 35 365 929 | 35 365 929 | 1 071 588 | 1 071 588 |
| | 08 01 05 01 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit | 106 740 801 | 106 740 801 | p.m. | p.m. |
| (*) | 08 01 05 02 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal | 24 484 000 | 24 484 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 08 01 05 03 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben | 37 628 811 | 37 628 811 | p.m. | p.m. |
| (*) | 08 01 06 01 | Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrates — Beitrag aus dem Programm „Horizont 2020“ | 39 415 000 | 39 415 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 08 01 06 02 | Exekutivagentur für die Forschung — Beitrag aus dem Programm „Horizont 2020“ | 56 369 001 | 56 369 001 | p.m. | p.m. |
| (*) | 08 01 06 03 | Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus dem Programm „Horizont 2020“ | 19 055 000 | 19 055 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 08 01 06 04 | Exekutivagentur Innovation und Netze — Beitrag aus dem Programm „Horizont 2020“ | 1 915 960 | 1 915 960 | p.m. | p.m. |
| (*) | 08 02 01 01 | Intensivierung der Grenzforschung im Europäischen Forschungsrat | 1 627 857 955 | 19 785 657 | p.m. | p.m. |
| (*) | 08 02 01 02 | Intensivierung der Forschung in den „FET“ — künftige und neu entstehende Technologien | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| (*) | 08 02 01 03 | Stärkung der europäischen Forschungsinfrastrukturen (einschließlich e-Infrastrukturen) | 173 714 343 | 309 837 | p.m. | p.m. |

KOMMISSION
*EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM*

| | Bezeichnung | Haushaltsplan 2014 | | EFTA-Beitrag | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | Mittel für Verpflichtungen (1) | Mittel für Zahlungen (2) | Mittel für Verpflichtungen | Mittel für Zahlungen |
| (*) 08 02 02 01 | Führungsrolle bei Nanotechnologie, fortgeschrittenen Werkstoffen, Lasertechnologie, Biotechnologie sowie fortgeschrittener Fertigung und Verarbeitung | 486 823 407 | 42 681 808 | p.m. | p.m. |
| (*) 08 02 02 02 | Verbesserter Zugang zur Risikofinanzierung für Investitionen in Forschung und Innovation | 310 719 266 | 326 766 435 | p.m. | p.m. |
| (*) 08 02 02 03 | Steigerung der Innovation in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) | 34 510 750 | 3 067 854 | p.m. | p.m. |
| (*) 08 02 03 01 | Verbesserung der lebenslangen Gesundheit und des lebenslangen Wohlergehens | 522 397 150 | 40 118 438 | p.m. | p.m. |
| (*) 08 02 03 02 | Verbesserung der Ernährungssicherheit, Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft, der Meeresforschung und der maritimen Forschung und der Biowirtschaft | 203 529 133 | 22 468 062 | p.m. | p.m. |
| (*) 08 02 03 03 | Förderung des Übergangs zu einer zuverlässigen, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Energiewirtschaft | 299 696 248 | 28 655 994 | p.m. | p.m. |
| (*) 08 02 03 04 | Verwirklichung eines ressourceneffizienten, umweltfreundlichen, sicheren und nahtlosen europäischen Verkehrssystems | 378 937 367 | 8 086 531 | p.m. | p.m. |
| (*) 08 02 03 05 | Verwirklichung einer ressourcenschonenden und gegen den Klimawandel gewappneten Wirtschaft mit nachhaltiger Rohstoffversorgung | 271 609 866 | 2 478 694 | p.m. | p.m. |
| (*) 08 02 03 06 | Förderung integrativer, innovativer und sicherer europäischer Gesellschaften | 107 199 354 | 17 625 757 | p.m. | p.m. |
| (*) 08 02 04 | Wissenschaft für die und mit der Gesellschaft | 118 500 234 | 5 253 030 | p.m. | p.m. |
| (*) 08 02 05 | Horizontale Tätigkeiten unter „Horizont 2020“ | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| (*) 08 02 07 31 | Gemeinsames Unternehmen „Initiative Innovative Arzneimittel 2“ (IMI2) — Unterstützungsausgaben | 490 000 | 490 000 | p.m. | p.m. |
| (*) 08 02 07 32 | Gemeinsames Unternehmen „Initiative Innovative Arzneimittel 2“ (IMI2) | 207 300 000 | 16 600 000 | p.m. | p.m. |
| (*) 08 02 07 33 | Gemeinsames Unternehmen „Biobasierte Industriezweige“ (BBI) — Unterstützungsausgaben | 977 500 | 977 500 | p.m. | p.m. |
| (*) 08 02 07 34 | Gemeinsames Unternehmen „Biobasierte Industriezweige“ (BBI) | 50 000 000 | p.m. | p.m. | p.m. |
| (*) 08 02 07 35 | Gemeinsames Unternehmen „Clean Sky 2“ (Clean Sky 2) — Unterstützungsausgaben | 1 225 333 | 1 225 333 | p.m. | p.m. |
| (*) 08 02 07 36 | Gemeinsames Unternehmen „Clean Sky 2“ (Clean Sky 2) | 100 000 000 | 13 000 000 | p.m. | p.m. |
| (*) 08 02 07 37 | Gemeinsames Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“ (FCH2) — Unterstützungsausgaben | 292 667 | 292 667 | p.m. | p.m. |
| (*) 08 02 07 38 | Gemeinsames Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“ (FCH2) | 93 354 000 | p.m. | p.m. | p.m. |

KOMMISSION
*EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM*

| | | Bezeichnung | Haushaltsplan 2014 | | EFTA-Beitrag | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Mittel für Verpflichtungen (1) | Mittel für Zahlungen (2) | Mittel für Verpflichtungen | Mittel für Zahlungen |
| (*) | 08 02 51 | Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — Siebtes Rahmenprogramm — indirekte Maßnahmen (EG) (2007-2013) | p.m. | 2 568 132 885 | p.m. | 77 814 426 |
| | 08 02 52 | Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — indirekte Maßnahmen (aus der Zeit vor 2007) | p.m. | 16 232 123 | p.m. | 491 833 |
| (*) | 09 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für die Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) — Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) | 188 003 | 188 003 | p.m. | p.m. |
| (*) | 09 01 05 01 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit | 48 600 267 | 48 600 267 | p.m. | p.m. |
| (*) | 09 01 05 02 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal | 12 636 867 | 12 636 867 | p.m. | p.m. |
| (*) | 09 01 05 03 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben | 17 868 053 | 17 868 053 | p.m. | p.m. |
| | 09 02 03 | Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit | 8 739 000 | 8 739 000 | 264 792 | 264 792 |
| | 09 02 04 | Gremium europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) — Büro (10) | 3 617 948 | 3 617 948 | p.m. | p.m. |
| (*) | 09 03 01 | Beschleunigung des Ausbaus der Breitbandnetze | 10 000 000 | p.m. | p.m. | p.m. |
| (*) | 09 03 02 | Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen in Telekommunikationsinfrastrukturprojekte | 34 889 000 | p.m. | p.m. | p.m. |
| (*) | 09 03 03 | Förderung des Verbunds und der Interoperabilität einzelstaatlicher Dienstleistungen von gemeinsamem Interesse und Leisten eines Beitrags zu einem sicheren, inklusiven und konstruktiven Online-Umfeld | 39 026 000 | 9 783 423 | p.m. | p.m. |
| | 09 03 51 01 | Artikel 2009 04 2013 — Abschluss des Programms „Mehr Sicherheit im Internet“ (2009-2013) | — | 6 300 000 | — | 190 890 |
| | 09 03 51 02 | Abschluss des Programms „Mehr Sicherheit im Internet“ — Förderung der sicheren Nutzung des Internets und neuer Online-Technologien | — | p.m. | — | p.m. |
| (*) | 09 04 01 01 | Intensivierung der Forschung im Bereich künftige und sich abzeichnende Technologien | 213 262 707 | 10 300 623 | p.m. | p.m. |
| (*) | 09 04 01 02 | Stärkung der europäischen Forschungsinfrastrukturen (einschließlich e-Infrastrukturen) | 97 848 845 | 2 101 017 | p.m. | p.m. |
| (*) | 09 04 02 01 | Führungsrolle in den Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) | 728 216 607 | 44 192 289 | p.m. | p.m. |
| (*) | 09 04 03 01 | Verbesserung der lebenslangen Gesundheit und des lebenslangen Wohlergehens | 127 264 964 | 11 991 283 | p.m. | p.m. |

KOMMISSION
*EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM*

| | | Bezeichnung | Haushaltsplan 2014 | | EFTA-Beitrag | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Mittel für Verpflichtungen (1) | Mittel für Zahlungen (2) | Mittel für Verpflichtungen | Mittel für Zahlungen |
| (*) | 09 04 03 02 | Förderung integrativer, innovativer und sicherer europäischer Gesellschaften | 85 010 623 | 505 313 | p.m. | p.m. |
| (*) | 09 04 07 31 | Gemeinsames Unternehmen „Elektronikkomponenten und -systeme für eine Führungsrolle Europas“ (ECSEL) — Unterstützungsausgaben | 540 000 | 540 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 09 04 07 32 | Gemeinsames Unternehmen „Elektronikkomponenten und -systeme für eine Führungsrolle Europas“ (ECSEL) | 135 000 000 | 33 750 000 | p.m. | p.m. |
| | 09 04 51 | Abschluss des Siebten Rahmenprogramms (2007-2013) | p.m. | 618 054 637 | p.m. | 18 727 056 |
| | 09 04 52 | Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme (aus der Zeit vor 2007) | — | p.m. | — | p.m. |
| | 09 04 53 01 | Abschluss des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation — Programm zur Unterstützung der Politik im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT-Förderprogramm) (2007-2013) | p.m. | 80 372 211 | p.m. | 2 435 278 |
| | 09 04 53 02 | Abschluss früherer Programme im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) (aus der Zeit vor 2007) | — | p.m. | — | p.m. |
| (*) | 10 01 05 01 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit | 136 700 000 | 136 700 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 10 01 05 02 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal | 32 400 000 | 32 400 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 10 01 05 03 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben | 58 163 970 | 58 163 970 | p.m. | p.m. |
| (*) | 10 01 05 04 | Sonstige Ausgaben für neue wichtige Forschungsinfrastruktur — „Horizont 2020“ | 2 000 000 | 2 000 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 10 02 01 | Horizont 2020 — bedarfsgerechte wissenschaftliche und technische Unterstützung der Unionspolitik | 33 562 103 | 10 280 091 | p.m. | p.m. |
| | 10 02 51 | Abschluss des Siebten Rahmenprogramms — Direkte Maßnahmen (2007 bis 2013) | p.m. | 17 580 415 | p.m. | 532 687 |
| | 10 02 52 | Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — direkte Maßnahmen (aus der Zeit vor 2007) | — | p.m. | — | p.m. |
| | 12 02 01 | Verwirklichung und Entwicklung des Binnenmarktes (11) | 7 670 000 | 7 800 000 | p.m. | p.m. |
| | 12 03 02 | Europäische Bankenaufsichtsbehörde (12) | 12 999 920 | 12 999 920 | p.m. | p.m. |
| | 12 03 03 | Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (13) | 8 588 800 | 8 588 800 | p.m. | p.m. |
| | 12 03 04 | Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (14) | 10 368 000 | 10 368 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 15 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für das Programm „Erasmus für alle“ | 10 414 108 | 10 414 108 | p.m. | p.m. |

KOMMISSION
*EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM*

| | | Bezeichnung | Haushaltsplan 2014 | | EFTA-Beitrag | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Mittel für Verpflichtungen (1) | Mittel für Zahlungen (2) | Mittel für Verpflichtungen | Mittel für Zahlungen |
| (*) | 15 01 04 02 | Unterstützungsausgaben für das Programm „Kreatives Europa“ | 2 137 900 | 2 137 900 | p.m. | p.m. |
| (*) | 15 01 05 01 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit | 2 234 614 | 2 234 614 | p.m. | p.m. |
| (*) | 15 01 05 02 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal | 700 000 | 700 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 15 01 05 03 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben | 815 112 | 815 112 | p.m. | p.m. |
| (*) | 15 01 06 01 | Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur — Beitrag aus dem Programm „Erasmus für alle“ | 25 897 000 | 25 897 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 15 01 06 02 | Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ — Beitrag aus dem Programm „Kreatives Europa“ | 12 192 000 | 12 192 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 15 02 01 01 | Förderung von Exzellenz und Zusammenarbeit in Europa im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung und ihrer Relevanz für den Arbeitsmarkt | 1 315 662 350 | 794 000 037 | p.m. | p.m. |
| (*) | 15 02 01 02 | Förderung von Exzellenz und Zusammenarbeit in Europa im Bereich Jugend und der Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben in Europa | 153 094 542 | 103 175 146 | p.m. | p.m. |
| (*) | 15 02 02 | Förderung von Exzellenz in der weltweiten Lehre und Forschung zur europäischen Integration (Aktion Jean Monnet) | 34 546 000 | 24 217 999 | p.m. | p.m. |
| (*) | 15 02 03 | Förderung der europäischen Dimension des Sports | 16 167 000 | 9 333 711 | p.m. | p.m. |
| | 15 02 51 | Abschluss von Tätigkeiten für lebenslanges Lernen (einschließlich Mehrsprachigkeit) | p.m. | 222 376 600 | p.m. | 6 738 011 |
| | 15 02 53 | Abschluss von Tätigkeiten im Bereich Jugend und Sport | p.m. | 30 000 000 | p.m. | 909 000 |
| (*) | 15 03 01 01 | Marie Skłodowska-Curie-Maßnahmen — Schaffung neuer Qualifikationen und Innovation | 796 703 139 | 57 002 709 | p.m. | p.m. |
| (*) | 15 03 05 | Europäisches Innovations- und Technologieinstitut — Integration des Wissensdreiecks aus Hochschule, Forschung und Innovation | 226 576 874 | 121 406 196 | p.m. | p.m. |
| | 15 03 51 | Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — Siebtes Rahmenprogramm (2007-2013) | p.m. | 490 572 208 | p.m. | 14 864 338 |
| | 15 03 53 | Abschluss der Tätigkeiten des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts | p.m. | 48 401 107 | p.m. | 1 466 554 |
| (*) | 15 04 01 | Stärkung der Finanzkraft der Kultur- und Kreativbranche, insbesondere von KMU und von Organisationen | 9 000 000 | 6 500 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 15 04 02 | Unterprogramm für Kultur — Unterstützungsmaßnahmen für die grenzübergreifende Tätigkeit und Mobilität der Kultur- und Kreativbranche in der Union und in der Welt | 53 922 000 | 28 577 000 | p.m. | p.m. |

KOMMISSION
*EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM*

| | | Bezeichnung | Haushaltsplan 2014 | | EFTA-Beitrag | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Mittel für Verpflichtungen (1) | Mittel für Zahlungen (2) | Mittel für Verpflichtungen | Mittel für Zahlungen |
| (*) | 15 04 03 | Unterprogramm für Medien — Unterstützungsmaßnahmen für die grenzübergreifende Tätigkeit und Mobilität der Kultur- und Kreativbranche in der Union und in der Welt | 103 321 000 | 55 268 825 | p.m. | p.m. |
| | 15 04 51 | Abschluss von Programmen und Maßnahmen im Bereich Kultur und Sprache | p.m. | 26 615 566 | p.m. | 806 452 |
| | 15 04 53 | Abschluss früherer MEDIA-Programme | p.m. | 53 000 000 | p.m. | 1 605 900 |
| (*) | 17 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für das Verbraucherprogramm | 1 100 000 | 1 100 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 17 01 04 02 | Unterstützungsausgaben für das Programm „Gesundheit im Dienste von Wachstum“ | 1 500 000 | 1 500 000 | p.m. | p.m. |
| | 17 01 06 01 | Exekutivagentur Verbraucher, Gesundheit und Ernährung — Beitrag aus dem Verbraucherprogramm | 1 691 000 | 1 691 000 | 50 730 | 50 730 |
| | 17 01 06 02 | Exekutivagentur Verbraucher, Gesundheit und Ernährung — Beitrag aus dem Programm „Gesundheit für Wachstum“ | 4 209 000 | 4 209 000 | 126 270 | 126 270 |
| (*) | 17 02 01 | Wahrung des Verbraucherinteresses und Verbesserung der Sicherheit und des Informationsstands von Verbrauchern | 21 262 000 | 6 512 000 | p.m. | p.m. |
| | 17 02 51 | Abschluss der Maßnahmen der Union zugunsten der Verbraucher | p.m. | 12 509 000 | p.m. | 379 023 |
| (*) | 17 03 01 | Förderung der Innovation im Gesundheitswesen und der Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme, Verbesserung der Gesundheit der Unionsbürger und Schutz vor grenzübergreifenden Bedrohungen für die Gesundheit | 52 870 000 | 8 697 500 | p.m. | p.m. |
| | 17 03 10 | Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten | 56 766 000 | 56 766 000 | 1 720 010 | 1 720 010 |
| | 17 03 11 | Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit | 76 545 000 | 76 545 000 | 2 296 350 | 2 296 350 |
| | 17 03 12 01 | Beitrag der Union zur Europäischen Arzneimittel-Agentur | 31 333 000 | 31 333 000 | 949 390 | 949 390 |
| | 17 03 12 02 | Spezieller Beitrag für Arzneimittel für seltene Leiden („orphan drugs“) | 6 000 000 | 6 000 000 | 181 800 | 181 800 |
| | 17 03 51 | Abschluss der Programme im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens | p.m. | 30 370 000 | p.m. | 920 211 |
| (*) | 23 01 04 02 | Unterstützungsausgaben für das Unionsverfahren für den Katastrophenschutz innerhalb der Europäischen Union | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| (*) | 23 03 01 01 | Katastrophenvorbeugung und –vorsorge in der Union | 27 052 000 | 13 000 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 23 03 01 02 | Katastrophenvorbeugung und –vorsorge in Drittländern | 5 326 000 | 1 767 479 | p.m. | p.m. |
| (*) | 23 03 02 01 | Rasche und effiziente Notfallabwehreinsätze im Falle schwerer Katastrophen in der Union | 1 167 000 | 950 000 | p.m. | p.m. |

KOMMISSION
*EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM*

| | | Bezeichnung | Haushaltsplan 2014 | | EFTA-Beitrag | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Mittel für Verpflichtungen (1) | Mittel für Zahlungen (2) | Mittel für Verpflichtungen | Mittel für Zahlungen |
| (*) | 23 03 02 02 | Rasche und effiziente Notfallabwehreinsätze im Falle schwerer Katastrophen in Drittländern | 14 220 000 | 4 226 937 | p.m. | p.m. |
| | 23 03 51 | Abschluss früherer Programme und Maßnahmen im Bereich Katastrophenschutz in der Union (aus der Zeit vor 2014) | p.m. | 16 000 000 | p.m. | 484 800 |
| | 26 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für Interoperabilitätslösungen für europäische öffentliche Verwaltungen (ISA) | 400 000 | 400 000 | 12 120 | 12 120 |
| | 26 03 01 01 | Interoperabilitätslösungen für europäische öffentliche Verwaltungen | 23 700 000 | 13 894 437 | 718 110 | 421 001 |
| | 26 03 01 02 | Abschluss früher IDA- und IDABC-Programme | p.m. | p.m. | | |
| | 29 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für das Europäische Statistische Programm (15) | 2 900 000 | 2 900 000 | 65 903 | 65 903 |
| | 29 02 01 | Bereitstellung hochwertiger statistischer Information, Einführung neuer Methoden zur Erstellung europäischer Statistiken und Intensivierung der Partnerschaft mit dem Europäischen Statistischen System (16) | 53 391 000 | 30 701 655 | 1 213 310 | 697 695 |
| | 29 02 51 | Abschluss von Statistik-Programmen (aus der Zeit vor 2013) (17) | p.m. | 37 604 613 | p.m. | 854 565 |
| | 29 02 52 | Abschluss des Programms zur Modernisierung der europäischen Unternehmens- und Handelsstatistik (MEETS) (18) | p.m. | 5 262 958 | p.m. | 119 601 |
| (*) | 32 01 05 01 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit | 1 806 884 | 1 806 884 | p.m. | p.m. |
| (*) | 32 01 05 02 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal | 890 467 | 890 467 | p.m. | p.m. |
| (*) | 32 01 05 03 | Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben | 1 729 920 | 1 729 920 | p.m. | p.m. |
| | 32 02 10 | Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) (19) | 10 188 000 | 10 188 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 32 04 03 01 | Förderung des Übergangs zu einer zuverlässigen, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Energiewirtschaft | 314 507 593 | 28 886 164 | p.m. | p.m. |
| | 32 04 51 | Abschluss des Siebten Rahmenprogramms (2007-2013) | p.m. | 125 175 972 | p.m. | 3 792 832 |
| | 32 04 52 | Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme (aus der Zeit vor 2007) | p.m. | 4 739 966 | p.m. | 143 621 |
| | 32 04 53 | Abschluss des Programms „Intelligente Energie — Europa“ (2007-2013) | p.m. | 59 021 214 | p.m. | 1 788 343 |
| | 32 04 54 | Abschluss des Programms „Intelligente Energie — Europa“ (2003-2006) | — | p.m. | — | p.m. |
| (*) | 33 01 04 01 | Unterstützungsausgaben für das Programm „Grundrechte und Unionsbürgerschaft“ | 1 100 000 | 1 100 000 | p.m. | p.m. |
| (*) | 33 02 01 | Grundrechtsschutz und Stärkung der Bürgerteilhabe | 23 007 000 | 5 467 000 | p.m. | p.m. |

KOMMISSION
*EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM*

| | | Bezeichnung | Haushaltsplan 2014 | | EFTA-Beitrag | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Mittel für Verpflichtungen (1) | Mittel für Zahlungen (2) | Mittel für Verpflichtungen | Mittel für Zahlungen |
| (*) | 33 02 02 | Förderung von Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung | 31 151 000 | 7 284 000 | p.m. | p.m. |
| | 33 02 51 | Abschluss der Maßnahmen im Bereich Rechte, Unionsbürgerschaft und Gleichberechtigung (20) | p.m. | 30 259 889 | p.m. | 907 797 |
| | 33 03 51 | Abschluss der Maßnahmen im Bereich Drogenprävention und -aufklärung (21) | p.m. | 2 169 000 | p.m. | 65 721 |
| | | **GESAMT** | **13 674 094 754** | **9 862 630 536** | **12 492 991** | **176 263 351** |
| | | **ZWISCHENSUMME VERWALTUNGSAUSGABEN** | **605 233 000** | **605 233 000** | **1 985 970** | **1 985 970** |
| | | **INSGESAMT** | **14 279 327 754** | **10 467 863 536** | **14 478 961** | **178 429 321** |

(1) Einschließlich bei der Reserve eingesetzte Mittel.
(2) Vorbehaltlich einer Einigung über die Beiträge der EFTA-Staaten.
(3) Basierend auf 98,3 % der bewilligten Haushaltsmittel aufgrund der gemischten Natur (EFTA/nicht EFTA) der Haushaltslinie zum Abschluss.
(4) Jährliche Aktion vorbehaltlich einer Einigung über die Beiträge der EFTA-Staaten.
(5) Jährliche Aktion vorbehaltlich einer Einigung über die Beiträge der EFTA-Staaten.
(6) Basierend auf 4,53 % der bewilligten Haushaltsmittel aufgrund der gemischten Natur (EFTA/nicht EFTA) der Haushaltslinie zum Abschluss.
(7) Teilnahme an CEF — ICT und nur Vermächtnis von Marco Polo II (5,09 % der bewilligten Haushaltsmittel).
(8) Vorbehaltlich einer Einigung über die Beiträge der EFTA-Staaten.
(9) Vorbehaltlich einer Einigung über die Beiträge der EFTA-Staaten.
(10) Vorbehaltlich einer Einigung über die Beiträge der EFTA-Staaten.
(11) Vorbehaltlich einer Einigung über die Beiträge der EFTA-Staaten.
(12) Vorbehaltlich einer Einigung über die Beiträge der EFTA-Staaten.
(13) Vorbehaltlich einer Einigung über die Beiträge der EFTA-Staaten.
(14) Vorbehaltlich einer Einigung über die Beiträge der EFTA-Staaten.
(15) Basierend auf den Beiträgen der EFTA-Staaten die 75 % der Mittel betragen, auf der Grundlage von Protokoll 30 des EWR-Abkommens.
(16) Basierend auf den Beiträgen der EFTA-Staaten die 75 % der Mittel betragen, auf der Grundlage von Protokoll 30 des EWR-Abkommens.
(17) Basierend auf den Beiträgen der EFTA-Staaten die 75 % der Mittel betragen, auf der Grundlage von Protokoll 30 des EWR-Abkommens.
(18) Basierend auf den Beiträgen der EFTA-Staaten die 75 % der Mittel betragen, auf der Grundlage von Protokoll 30 des EWR-Abkommens.
(19) Vorbehaltlich einer Einigung über die Beiträge der EFTA-Staaten.
(20) Basierend auf 73,21 % der bewilligten Haushaltsmittel aufgrund der gemischten Natur (EFTA/nicht EFTA) der Haushaltslinie zum Abschluss.
(21) Basierend auf 9,64 % der bewilligten Haushaltsmittel aufgrund der gemischten Natur (EFTA/nicht EFTA) der Haushaltslinie zum Abschluss.
(*) Vorbehaltlich einer Einigung über die Beiträge der EFTA-Staaten in den Programmen für die Jahre 2014-2020 basiert dieser Anhang auf der folgenden Information. Der zur Berechnung der finanziellen Beiträge angewandte Proportionalitätsfaktor wird daher wie folgt angeglichen:

| Programm | Norwegen | Island | Liechtenstein | Proportionalitätsfaktor |
|---|---|---|---|---|
| Horizont 2020 | Ja | Ja | Nein | 3,00 % |
| Erasmus+ | Ja | Ja | Ja | 3,03 % |
| Cosme | Ja | Ja | Nein | 3,00 % |
| Copernicus | Ja | Ja | Nein | 3,00 % |
| Galileo | Ja | Nein | Nein | 2,92 % |
| Gesundheit für Wachstum | Ja | Ja | Nein | 3,00 % |
| Grundrechte und Unionsbürgerschaft | Ja | Ja | Ja | 3,03 % |
| Verbraucher | Ja | Ja | Nein | 3,00 % |
| Kreatives Europa | Ja | Ja | Nein | 3,00 % |
| Katastrophenschutz | Ja | Ja | Nein | 3,00 % |
| Fazilität „Connecting Europe“ — IKT-Bereich | Ja | Ja | Ja | 3,03 % |
| EaSI — Unterprogramm EURES | Ja | Ja | Nein | 3,00 % |
| EaSI — Unterprogramm Progress-Mikrofinanzierung | Nein | Ja | Nein | 0,08 % |

KOMMISSION

# LISTE DER HAUSHALTSLINIEN, DIE DEN BEITRITTSKANDIDATEN UND GEGEBENENFALLS POTENZIELLEN BEITRITTSKANDIDATEN DES WESTBALKANS OFFEN STEHEN

KOMMISSION

*LISTE DER HAUSHALTSLINIEN, DIE DEN BEITRITTSKANDIDATEN UND GEGEBENENFALLS POTENZIELLEN BEITRITTSKANDIDATEN DES WESTBALKANS OFFEN STEHEN*

**(AL = Albanien, BA = Bosnien und Herzegowina, MK = ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (provisorischer Code, der die endgültige Nomenklatur nicht berührt, die nach Abschluss der laufenden Verhandlungen innerhalb der Vereinten Nationen festgelegt wird), ME = Montenegro, RS = Republik Serbien, TR = Türkei, Kosovo* = Kosovo im Sinne der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats)**

**Beitrag der Drittländer insgesamt**

*(in Mio. EUR)*

| | Teilnehmerstaaten | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | MK | TR | AL | BA | ME | RS | Kosovo* | Insgesamt |
| **01 04 51**<br><br>Abschluss früherer Programme im Bereich kleine und mittlere Unternehmen (KMU) (aus der Zeit vor 2014) | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **02 02 01, 02 02 02, 02 02 51, 02 04 53, 02 01 04 01 und 02 01 06 01**<br><br>Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und KMU (COSME)/Abschluss des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation — Programm für unternehmerische Initiative und Innovation | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **04 03 02 01, 04 03 02 02, 04 03 02 03, 04 03 51 und 04 01 04 02**<br><br>Programm der Europäischen Union für Beschäftigung und soziale Innovation („EaSI")/Abschluss des Programms Progress | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **06 02 52, 06 01 06 01 und 06 01 06 02**<br><br>Abschluss des Programms Marco Polo II | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **07 02 01, 07 02 02, 07 02 03, 07 02 51, 07 01 04 01, 34 02 01, 34 02 02, 34 02 03 und 34 01 04 01**<br><br>Programm für Umwelt- und Klimapolitik (LIFE)/Abschluss von LIFE + (Finanzierungsinstrument für die Umwelt -2007 bis 2013) | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **07 02 06**<br><br>Europäische Umweltagentur (EUA) | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **08 04 01**<br><br>Internationaler thermonuklearer Versuchsreaktor (ITER) | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **09 03 51 01**<br><br>Abschluss des Programms „Sichereres Internet" | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **09 04 01, 09 04 02, 09 04 03, 09 04 50 02, 09 04 53 01 und 09 01 04 03**<br><br>Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020)/Abschluss des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |

KOMMISSION

*LISTE DER HAUSHALTSLINIEN, DIE DEN BEITRITTSKANDIDATEN UND GEGEBENENFALLS POTENZIELLEN BEITRITTSKANDIDATEN DES WESTBALKANS OFFEN STEHEN*

*(in Mio. EUR)*

| | Teilnehmerstaaten | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | MK | TR | AL | BA | ME | RS | Kosovo* | Insgesamt |
| **14 02 01, 14 02 51 und 14 01 04 01**<br>Zoll 2020/Abschluss des Programms Zoll 2013 | 0,05 | 0,16 | 0,05 | p.m. | 0,04 | 0,10 | p.m. | 0,480 |
| **14 03 01, 14 03 51 und 14 01 04 02**<br>Fiscalis 2020/Abschluss des Programms Fiscalis 2013 | 0,04 | 0,10 | p.m. | p.m. | p.m. | 0,08 | p.m. | 0,220 |
| **15 02 01, 15 02 02, 15 02 03, 15 02 51, 15 01 04 01 und 15 01 06 01**<br>Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport (Erasmus+)/Abschluss des Programms Lebenslanges Lernen | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **15 04 01, 15 04 02, 15 04 03, 15 04 51, 15 01 04 02 und 15 01 06 02**<br>Programm Kreatives Europa/Abschluss des Programms Kultur (2007-2013) | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **15 04 53**<br>Abschluss früherer MEDIA-Programme | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **15 02 53**<br>Abschluss des Programms Jugend in Aktion | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **16 02 01, 16 02 51, 16 01 04 01 und 16 01 06 01**<br>Europa für Bürgerinnen und Bürger | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **17 02 01, 17 02 51, 17 01 04 01 und 17 01 06 01**<br>Maßnahmen der Union im Bereich Verbraucherschutz | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **17 03 01, 17 03 51, 17 01 04 02 und 17 01 06 02**<br>Maßnahmen der Union im Bereich Gesundheit | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **33 02 01,33 02 02, 33 02 51 und 33 01 04 01**<br>Programm Grundrechte und Unionsbürgerschaft/Abschluss des Programms Bekämpfung von Gewalt (Daphne) | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **33 02 06**<br>Agentur der Europäischen Union für Grundrechte | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **23 03 01, 23 03 51 und 23 01 04 02**<br>Zivilschutz | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **24 02 01 und 24 02 51**<br>Betrugsbekämpfung | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |

KOMMISSION

*LISTE DER HAUSHALTSLINIEN, DIE DEN BEITRITTSKANDIDATEN UND GEGEBENENFALLS POTENZIELLEN BEITRITTSKANDIDATEN DES WESTBALKANS OFFEN STEHEN*

*(in Mio. EUR)*

| | Teilnehmerstaaten | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | MK | TR | AL | BA | ME | RS | Kosovo* | Insgesamt |
| **26 01 04 01 und 26 03 01 01**<br>Interoperabilitätslösungen für europäische öffentliche Verwaltungen (ISA) | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **32 04 53**<br>Abschluss des Programms „Intelligente Energie — Europa“ | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **Betroffene Haushaltslinien** (1)<br>Horizont 2020/Abschluss des Siebten Rahmenprogramms — EG (nichtnukleare Forschung) | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |
| **Betroffene Haushaltslinien** (2)<br>Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung/Abschluss des Siebten Rahmenprogramms — Euratom (Nuklearforschung) | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. |

(1) Haushaltslinien 02 04 02, 02 04 51, 06 03 03 01, 06 03 50, 08 01 06 03, 08 02 01, 08 02 02, 08 02 03, 08 02 04, 08 02 50, 08 03 50, 08 04 50, 08 01 06 04, 09 04 02, 09 04 03, 09 04 50, 10 02 01, 10 02 50, 15 03 01 01, 15 03 50, 32 04 03 01 und 32 04 50.

(2) Haushaltslinien 08 03 01, 08 04 01, 10 03 01 und 10 03 50.

KOMMISSION

# ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

## A. **EINLEITUNG**

Dieser Anhang wurde gemäß Artikel 35 Absatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1) zusammengestellt.

Er enthält Informationen über die Höhe der Anleihe- und Darlehenstransaktionen mit Garantie aus dem Unionshaushalt: Darlehen zur Zahlungsbilanzstützung sowie Anleihetransaktionen zur Finanzierung von Finanzhilfen an Drittländer, Euratom-Anleihen für Darlehen, die einen Finanzierungsbeitrag zur Verbesserung des Wirkungsgrads und der Sicherheit von Kernkraftanlagen in bestimmten Drittländern leisten, sowie Darlehen der Europäischen Investitionsbank in bestimmten Drittländern.

Am 31. Dezember 2012 belief sich der ausstehende Gesamtbetrag der Transaktionen mit einer Garantie aus dem Unionshaushalt auf 82 277 116 000 EUR; davon entfielen 59 177 969 000 EUR auf die Mitgliedstaaten und 23 099 147 000 EUR auf Drittländer (gerundete Zahlen, Euro-Wechselkurs vom 31. Dezember 2012).

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

## B. KURZE DARSTELLUNG DER VERSCHIEDENEN ARTEN VON ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT

### I. EINHEITLICHES SYSTEM DES MITTELFRISTIGEN FINANZIELLEN BEISTANDS ZUR STÜTZUNG DER ZAHLUNGSBILANZEN DER MITGLIEDSTAATEN

#### 1. *Rechtsgrundlage*

Verordnung (EG) Nr. 332/2002 des Rates vom 18. Februar 2002 zur Einführung einer Fazilität des mittelfristigen finanziellen Beistands zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. L 53 vom 23.2.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1360/2008 des Rates vom 2. Dezember 2008 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 332/2002 (ABl. L 352 vom 31.12.2008, S. 11).

Entscheidung 2009/102/EG des Rates vom 4. November 2008 über einen mittelfristigen finanziellen Beistand der Gemeinschaft für Ungarn (ABl. L 37 vom 6.2.2009, S. 5).

Entscheidung 2009/290/EG des Rates vom 20. Januar 2009 über einen mittelfristigen finanziellen Beistand der Gemeinschaft für Lettland (ABl. L 79 vom 25.3.2009, S. 39).

Entscheidung 2009/459/EG des Rates vom 6. Mai 2009 über einen mittelfristigen finanziellen Beistand der Gemeinschaft für Rumänien (ABl. L 150 vom 13.6.2009, S. 8).

Verordnung (EG) Nr. 431/2009 des Rates vom 18. Mai 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 332/2002 (ABl. L 128 vom 27.5.2009, S. 1).

Beschluss 2013/531/EU des Rates vom 22. Oktober 2013 über einen vorsorglichen mittelfristigen finanziellen Beistand der Union für Rumänien (ABl. L 286 vom 29.10.2013, S. 1).

#### 2. *Beschreibung*

Nach Maßgabe der Verordnung (EG) Nr. 332/2002 kann die Union Mitgliedstaaten, die von Leistungs- oder Kapitalbilanzschwierigkeiten betroffen oder ernstlich bedroht sind, Darlehen gewähren. Nur die Mitgliedstaaten, die den Euro nicht eingeführt haben, können diese Fazilität in Anspruch nehmen. Der Kapitalbetrag der Darlehen, die den Mitgliedstaaten im Rahmen dieser Fazilität gewährt werden können, ist auf 12 000 000 000 EUR begrenzt.

Der Rat hat am 2. Dezember 2008 beschlossen, diese Fazilität auf 25 000 000 000 EUR zu erhöhen.

Am 4. November 2008 beschloss der Rat einen mittelfristigen finanziellen Beistand der Gemeinschaft für Ungarn in Form eines mittelfristigen Darlehens mit einem Kapitalbetrag von bis zu 6 500 000 000 EUR und einer Laufzeit von durchschnittlich maximal fünf Jahren.

Am 20. Januar 2009 beschloss der Rat einen mittelfristigen finanziellen Beistand der Gemeinschaft für Lettland in Form eines mittelfristigen Darlehens mit einem Kapitalbetrag von bis zu 3 100 000 000 EUR und einer Laufzeit von durchschnittlich maximal sieben Jahren.

Am 6. Mai 2009 beschloss der Rat einen mittelfristigen finanziellen Beistand der Gemeinschaft für Rumänien in Form eines mittelfristigen Darlehens mit einem Kapitalbetrag von bis zu 5 000 000 000 EUR und einer Laufzeit von durchschnittlich maximal fünf Jahren.

Am 18. Mai 2009 beschloss der Rat, diese Fazilität auf 50 000 000 000 EUR zu erhöhen.

Am 22. Oktober 2013 beschloss der Rat einen vorsorglichen mittelfristigen finanziellen Beistand für Rumänien mit einem Kapitalbetrag von bis zu 4 000 000 000 EUR in Form eines Darlehens mit einer Laufzeit von durchschnittlich maximal acht Jahren.

#### 3. *Auswirkungen auf den Haushalt*

Da die Anleihen und Darlehen zu gleichen Bedingungen aufgenommen bzw. gewährt werden, beschränken sich die haushaltsmäßigen Auswirkungen auf die Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners. Am 31. Dezember 2012 belief sich der ausstehende Gesamtbetrag im Rahmen dieses Instruments auf 11 400 000 000 EUR.

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

## II. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR UNIONS-ANLEIHEN ZUM ZWECK DES FINANZIELLEN BEISTANDS IM RAHMEN DES EUROPÄISCHEN FINANZSTABILISIERUNGSMECHANISMUS

### 1. *Rechtsgrundlage*

Verordnung (EG) Nr. 407/2010 des Rates vom 11. Mai 2010 zur Einführung eines europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (ABl. L 118 vom 12.5.2010, S. 1).

Artikel 122 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

Durchführungsbeschluss 2011/77/EU des Rates vom 7. Dezember 2010 über einen finanziellen Beistand der Union für Irland (ABl. L 30 vom 4.2.2011, S. 34).

Durchführungsbeschluss 2011/344/EU des Rates vom 30. Mai 2011 über einen finanziellen Beistand der Union für Portugal (ABl. L 159 vom 17.6.2011, S. 88).

Durchführungsbeschluss 2011/682/EU des Rates vom 11. Oktober 2011 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2011/77/EU über einen finanziellen Beistand der Union für Irland (ABl. L 269 vom 14.10.2011, S. 31).

Durchführungsbeschluss 2011/683/EU des Rates vom 11. Oktober 2011 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2011/344/EU über einen finanziellen Beistand der Union für Portugal (ABl. L 269 vom 14.10.2011, S. 32).

### 2. *Beschreibung*

Nach Artikel 122 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union kann die Union einem Mitgliedstaat, der unter anderem aufgrund außergewöhnlicher Ereignisse, die sich seiner Kontrolle entziehen, von Schwierigkeiten betroffen oder von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht ist, einen finanziellen Beistand gewähren.

Die von der Union bereitgestellte Garantie gilt für die auf den Kapitalmärkten oder bei Finanzinstitutionen aufgenommenen Anleihen.

Gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 407/2010 des Rates vom 11. Mai 2010 ist die Höhe der ausstehenden Darlehen oder Kreditlinien, die Mitgliedstaaten im Rahmen des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus gewährt werden, auf den bei den Mitteln der Union für Zahlungen bis zur Eigenmittel-Obergrenze vorhandenen Spielraum begrenzt.

Bei diesem Posten wird die von der Union bereitgestellte Garantie eingesetzt. Bei Ausfall des Schuldners kann die Kommission daraus den Schuldendienst leisten.

Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission den Schuldendienst vorläufig aus Kassenmitteln leisten. Es gilt Artikel 12 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2000/597/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1).

Am 7. Dezember 2010 beschloss die Union, Irland ein Darlehen über maximal 22 500 000 000 EUR mit einer Laufzeit von durchschnittlich maximal 7,5 Jahren zu gewähren (ABl. L 30 vom 4.2.2011, S. 34).

Am 30. Mai 2011 beschloss die Union, Portugal ein Darlehen über maximal 26 000 000 000 EUR zu gewähren (ABl. L 159 vom 17.6.2011, S. 88).

Am 11. Oktober 2011 beschloss der Rat, die Durchführungsbeschlüsse 2011/77/EU und 2011/344/EU durch eine Verlängerung der Laufzeiten und eine Herabsetzung der Zinsmarge für die bereits ausgezahlten Tranchen zu ändern (ABl. L 269 vom 14.10.2011, S. 31 zu Irland (2011/682/EU) und S. 32 zu Portugal (2011/683/EU)).

Am 31. Oktober 2012 belief sich der ausstehende Gesamtbetrag im Rahmen dieses Instruments auf 43 800 000 000 EUR.

### 3. *Auswirkungen auf den Haushalt*

Auf der Ausgabenseite ergeben sich Auswirkungen auf den Haushalt bei einer Inanspruchnahme der Garantie aufgrund eines Ausfalls.

Auf der Einnahmenseite wurde die Bestimmung über die Zinseinnahmen aus der vom Empfänger getragenen Differenz zwischen Darlehens- und Anleihezinsen, die ursprünglich in den für jedes begünstigte Land einzeln geltenden Beschlüssen 2011/77/EU und 2011/344/EU in Artikel 1 Absatz 5 dieser Beschlüsse enthalten waren, durch die Beschlüsse 2011/682/EU und 2011/683/EU aufgehoben.

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

III. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEPROGRAMME DER UNION ZUR GEWÄHRUNG VON FINANZHILFEN FÜR DRITTLÄNDER DES MITTELMEERRAUMS

## 1. *Rechtsgrundlage*

Beschluss 2007/860/EG des Rates vom 10. Dezember 2007 über eine Makrofinanzhilfe der Gemeinschaft für Libanon (ABl. L 337 vom 21.12.2007, S. 111).

## 2. *Beschreibung*

Am 10. Dezember 2007 beschloss der Rat, eine Garantie der Europäischen Union für eine Anleihe- und Darlehenstransaktion zugunsten des Libanons zu gewähren. Es handelt sich um ein langfristiges Darlehen mit einem Kapitalbetrag von bis zu 50 000 000 EUR und einer Laufzeit von maximal 10 Jahren. Die erste Tranche von 25 000 000 EUR wurde 2009 ausgezahlt.

## 3. *Auswirkungen auf den Haushalt*

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. L 293 vom 12.11.1994, S. 1), tritt der Fonds im Rahmen seiner verfügbaren Mittel bei etwaigen Schuldnerausfällen ein.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— jährlich eine Einzahlung in den Fonds oder ausnahmsweise eine Auszahlung aus dem Fonds zur Aufrechterhaltung des Zielbetrags von 9 % der garantierten Transaktionen,

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

## IV. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEPROGRAMME DER UNION ZUR GEWÄHRUNG VON FINANZHILFEN FÜR DRITTLÄNDER MITTEL- UND OSTEUROPAS

### 1. *Rechtsgrundlage*

Beschluss 1999/732/EG des Rates vom 8. November 1999 über eine weitere Finanzhilfe für Rumänien (ABl. L 294 vom 16.11.1999, S. 29).

### 2. *Beschreibung*

Am 8. November 1999 beschloss der Rat eine Finanzhilfe für Rumänien in Form eines langfristigen Darlehens mit einem Kapitalbetrag von bis zu 200 000 000 EUR und einer Laufzeit von maximal zehn Jahren (RUMÄNIEN IV). Der erste Teilbetrag von 100 000 000 EUR wurde am 29. Juni 2000 ausgezahlt. Der zweite Teilbetrag von 50 000 000 EUR wurde am 17. Juli 2003 ausgezahlt.

### 3. *Auswirkungen auf den Haushalt*

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Fonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. L 293 vom 12.11.1994, S. 1), tritt der Fonds im Rahmen seiner verfügbaren Mittel bei etwaigen Schuldnerausfällen ein.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— jährlich eine Einzahlung in den Fonds oder ausnahmsweise eine Auszahlung aus dem Fonds zur Aufrechterhaltung des Zielbetrags von 9 % der garantierten Transaktionen,

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

Seit dem 1. Januar 2007 stellen Darlehen an Bulgarien und Rumänien keine Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen der Gemeinschaften mehr dar (siehe Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2273/2004 (ABl. L 396 vom 31.12.2004, S. 28)) und werden daher direkt vom Unionshaushalt und nicht mehr vom Fonds abgedeckt.

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

## V. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEPROGRAMME DER UNION ZUR GEWÄHRUNG VON FINANZHILFEN FÜR DIE STAATEN DER GEMEINSCHAFT UNABHÄNGIGER STAATEN UND DIE MONGOLEI

### 1. *Rechtsgrundlage*

Beschluss 97/787/EG des Rates vom 17. November 1997 über eine Sonderfinanzhilfe für Armenien und Georgien (ABl. L 322 vom 25.11.1997, S. 37).

Beschluss 2000/244/EG des Rates vom 20. März 2000 zur Änderung des Beschlusses 97/787/EG des Rates über eine Sonderfinanzhilfe für Armenien und Georgien zwecks Einbeziehung von Tadschikistan (ABl. L 77 vom 28.3.2000, S. 11).

Beschluss 2009/890/EG des Rates vom 30. November 2009 über eine Makrofinanzhilfe für Armenien (ABl. L 320 vom 5.12.2009, S. 3).

Beschluss Nr. 778/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. August 2013 über eine weitere Makrofinanzhilfe für Georgien (ABl. L 218 vom 14.8.2013, S. 15).

Beschluss Nr. 1025/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 über eine Makrofinanzhilfe für die Kirgisische Republik (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 1).

### 2. *Beschreibung*

Der Rat hat am 17. November 1997 beschlossen, eine Garantie der Europäischen Union für eine außerordentliche Anleihe-/Darlehenstransaktion zugunsten von Armenien und Georgien zu gewähren. Es handelt sich um Darlehen mit einem Kapitalhöchstbetrag von 142 000 000 EUR für Georgien und von 28 000 000 EUR für Armenien, beide mit einer Laufzeit von bis zu fünfzehn Jahren.

Den ersten Teilbetrag von 110 000 000 EUR erhielt Georgien am 24. Juli 1998. Die zweite Tranche muss nicht mehr gezahlt werden.

Am 20. März 2000 beschloss der Rat eine Garantie der Europäischen Union für eine Anleihe-/Darlehenstransaktion zugunsten Tadschikistans. Es handelt sich um ein Darlehen mit einem Kapitalbetrag von bis zu 75 000 000 EUR und einer Laufzeit von maximal fünfzehn Jahren. 2001 wurde ein Darlehen in Höhe von 60 000 000 EUR ausgezahlt. Die zweite Tranche muss nicht mehr gezahlt werden.

Am 30. November 2009 beschloss der Rat, eine Garantie der Europäischen Union für eine Anleihe- und Darlehenstransaktion zugunsten Armeniens zu gewähren. Es handelt sich um ein langfristiges Darlehen mit einem Kapitalbetrag von bis zu 65 000 000 EUR und einer Laufzeit von maximal fünfzehn Jahren. Die erste Tranche von 26 000 000 EUR wurde 2011 ausgezahlt, die zweite und letzte 2012.

Am 12. August 2013 beschlossen das Europäische Parlament und der Rat eine Makrofinanzhilfe zu Gunsten Georgiens zur Verfügung zu stellen mit einem Kapitalhöchstbetrag von 46 000 000 EUR (bis zu 23 000 000 EUR in Form von Zuschüssen und bis zu 23 000 000 in Form von Darlehen und einer Laufzeit von maximal 15 Jahren. Bisher sind keine Auszahlungen erfolgt.

Am 22. Oktober 2013 beschlossen das Europäische Parlament und der Rat eine Makrofinanzhilfe zu Gunsten der Kirgisischen Republik zur Verfügung zu stellen mit einem Kapitalhöchstbetrag von 30 000 000 EUR (bis zu 15 000 000 EUR in Form von Zuschüssen und bis zu 15 000 000 EUR in Form von Darlehen und einer Laufzeit von maximal 15 Jahren. Bisher sind keine Auszahlungen erfolgt.

### 3. *Auswirkungen auf den Haushalt*

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. L 293 vom 12.11.1994, S. 1), tritt der Fonds im Rahmen seiner verfügbaren Mittel bei etwaigen Schuldnerausfällen ein.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— jährlich eine Einzahlung in den Fonds oder ausnahmsweise eine Auszahlung aus dem Fonds zur Aufrechterhaltung des Zielbetrags von 9 % der garantierten Transaktionen,

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

## VI. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEPROGRAMME DER UNION ZUR GEWÄHRUNG VON FINANZHILFEN FÜR DIE LÄNDER DES WESTBALKANS

### 1. *Rechtsgrundlage*

Beschluss 97/471/EG des Rates vom 22. Juli 1997 über eine Finanzhilfe für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (ABl. L 200 vom 29.7.1997, S. 59).

Beschluss 1999/325/EG des Rates vom 10. Mai 1999 über eine Finanzhilfe für Bosnien und Herzegowina (ABl. L 123 vom 13.5.1999, S. 57).

Beschluss 1999/733/EG des Rates vom 8. November 1999 über eine weitere Finanzhilfe für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (ABl. L 294 vom 16.11.1999, S. 31).

Beschluss 2001/549/EG des Rates vom 16. Juli 2001 über eine Finanzhilfe für die Bundesrepublik Jugoslawien (ABl. L 197 vom 21.7.2001, S. 38).

Beschluss 2002/882/EG des Rates vom 5. November 2002 über eine weitere Finanzhilfe für die Bundesrepublik Jugoslawien (ABl. L 308 vom 9.11.2002, S. 25).

Beschluss 2002/883/EG des Rates vom 5. November 2002 über eine weitere Finanzhilfe für Bosnien und Herzegowina (ABl. L 308 vom 9.11.2002, S. 28).

Beschluss 2004/580/EG des Rates vom 29. April 2004 über eine Finanzhilfe für Albanien und zur Aufhebung des Beschlusses 1999/282/EG (ABl. L 261 vom 6.8.2004, S. 116).

Beschluss 2008/784/EG des Rates vom 2. Oktober 2008 über die getrennte Haftung Montenegros und die proportionale Reduzierung der Haftung Serbiens für die dem Staatenbund Serbien und Montenegro (ehemalige Bundesrepublik Jugoslawien) mit den Beschlüssen 2001/549/EG und 2002/882/EG von der Gemeinschaft gewährten langfristigen Darlehen (ABl. L 269 vom 10.10.2008, S. 8).

Beschluss 2009/891/EG des Rates vom 30. November 2009 über eine Makrofinanzhilfe für Bosnien und Herzegowina (ABl. L 320 vom 5.12.2009, S. 6).

Beschluss 2009/892/EG des Rates vom 30. November 2009 über eine Makrofinanzhilfe für Serbien (ABl. L 320 vom 5.12.2009, S. 9).

### 2. *Beschreibung*

Der Rat hat am 22. Juli 1997 beschlossen, eine Garantie der Europäischen Union für eine Anleihe- und Darlehenstransaktion zugunsten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (EJRM I) zu gewähren.

Es handelt sich um eine langfristige Darlehensfazilität mit einem Kapitalhöchstbetrag von 40 000 000 EUR und einer Laufzeit von fünfzehn Jahren.

Die erste Tranche von 25 000 000 EUR mit einer Laufzeit von maximal fünfzehn Jahren wurde am 30. September 1997 an die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien ausgezahlt. Sie ist ab dem 11. Jahr in fünf gleich hohen Jahresbeträgen zurückzuzahlen.

Die zweite Tranche (15 000 000 EUR) wurde am 13. Februar 1998 ausgezahlt und ist ab dem 11. Jahr in fünf gleich hohen Jahresbeträgen zurückzuzahlen.

Am 10. Mai 1999 beschloss der Rat eine Garantie der Europäischen Union für eine Anleihe-/Darlehenstransaktion zugunsten Bosniens und Herzegowinas in Form eines langfristigen Darlehens mit einem Kapitalbetrag von bis zu 20 000 000 EUR und einer Laufzeit von maximal fünfzehn Jahren (BOSNIEN I).

Die erste Tranche von 10 000 000 EUR mit einer Laufzeit von maximal fünfzehn Jahren wurde am 21. Dezember 1999 an Bosnien und Herzegowina ausgezahlt. Die zweite Tranche von 10 000 000 EUR wurde 2001 ausgezahlt.

Am 8. November 1999 hat der Rat beschlossen, eine neuerliche Garantie der Europäischen Union für eine Anleihe-/ Darlehenstransaktion zugunsten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zu gewähren. Es handelt sich um eine langfristige Darlehensfazilität mit einem Kapitalhöchstbetrag von 50 000 000 EUR und einer Laufzeit von bis zu fünfzehn Jahren (EJRM II).

Die erste Tranche von 10 000 000 EUR mit einer Laufzeit von maximal fünfzehn Jahren wurde im Januar 2001 an die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien ausgezahlt, die zweite Tranche von 12 000 000 EUR im Januar 2002, die dritte Tranche von 10 000 000 EUR im Juni 2003 und die vierte Tranche von 18 000 000 EUR im Dezember 2003.

Am 16. Juli 2001 beschloss der Rat eine Garantie der Europäischen Union für eine Anleihe-/Darlehenstransaktion zugunsten der Bundesrepublik Jugoslawien (SERBIEN-UND-MONTENEGRO I) in Form eines langfristigen Darlehens mit einen Kapitalbetrag von bis zu 225 000 000 EUR und einer Laufzeit von maximal fünfzehn Jahren. Das Darlehen wurde in einer Tranche im Oktober 2001 ausgezahlt.

Am 5. November 2002 beschloss der Rat eine Garantie der Europäischen Union für eine Anleihe-/Darlehenstransaktion zugunsten Bosniens und Herzegowinas in Form eines langfristigen Darlehens mit einem Kapitalbetrag von bis zu 20 000 000 EUR und einer Laufzeit von maximal fünfzehn Jahren (BOSNIEN II).

Die erste Tranche von 10 000 000 EUR mit einer Laufzeit von maximal 15 Jahren wurde 2004 an Bosnien und Herzegowina ausgezahlt und die zweite Tranche von 10 000 000 EUR wurde 2006 ausgezahlt.

Am 5. November 2002 beschloss der Rat eine Garantie der Europäischen Union für eine Anleihe-/Darlehenstransaktion zugunsten Serbiens und Montenegros (SERBIEN-UND-MONTENEGRO II) in Form eines langfristigen Darlehens mit einem Kapitalbetrag von bis zu 55 000 000 EUR und einer Laufzeit von maximal fünfzehn Jahren.

Die erste Tranche von 10 000 000 EUR und die zweite Tranche von 30 000 000 EUR mit einer Laufzeit von maximal fünfzehn Jahren wurden 2003 an Serbien und Montenegro ausgezahlt, und die dritte Tranche von 15 000 000 EUR 2005.

Das Darlehen an Albanien IV von 9 000 000 EUR mit einer Laufzeit von maximal fünfzehn Jahren wurde 2006 vollständig ausgezahlt.

Am 30. November 2009 beschloss der Rat, eine Garantie der Europäischen Union für eine Anleihe- und Darlehenstransaktion zugunsten Serbiens zu gewähren. Es handelt sich um ein langfristiges Darlehen mit einem Kapitalbetrag von bis zu 200 000 000 EUR und einer Laufzeit von maximal acht Jahren. Die erste Tranche von 100 000 000 EUR wurde 2011 ausgezahlt

Am 30. November 2009 beschloss der Rat, eine Garantie der Europäischen Union für eine Anleihe- und Darlehenstransaktion zugunsten Serbiens zu gewähren. Es handelt sich um ein langfristiges Darlehen mit einem Kapitalbetrag von bis zu 100 000 000 EUR und einer Laufzeit von maximal 15 Jahren. Die beiden Tranchen von 50 000 000 EUR wurden 2013 ausgezahlt.

## 3. *Auswirkungen auf den Haushalt*

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. L 293 vom 12.11.1994, S. 1), tritt der Fonds im Rahmen seiner verfügbaren Mittel bei etwaigen Schuldnerausfällen ein.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— jährlich eine Einzahlung in den Fonds oder ausnahmsweise eine Auszahlung aus dem Fonds zur Aufrechterhaltung des Zielbetrags von 9 % der garantierten Transaktionen,

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

## VII. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE EURATOM-ANLEIHEN ZUR FINANZIERUNG DER VERBESSERUNG DES WIRKUNGSGRADES UND DER SICHERHEIT VON KERNKRAFTANLAGEN DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN LÄNDER UND DIE LÄNDER DER GEMEINSCHAFT UNABHÄNGIGER STAATEN

### 1. *Rechtsgrundlage*

Beschluss 77/270/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. L 88 vom 6.4.1977, S. 9).

### 2. *Beschreibung*

Gemäß den Bestimmungen des Beschlusses 94/179/Euratom (ABl. L 84 vom 29.3.1994, S. 41) dehnt die Europäische Union die Euratom-Anleihen nach Beschluss 77/270/Euratom auf die Verbesserung des Wirkungsgrades und der Sicherheit von Kernkraftanlagen der mittel- und osteuropäischen Länder und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten aus.

Der Höchstbetrag der Euratom-Anleihen für die Mitgliedstaaten und die Drittländer bleibt auf insgesamt 4 000 000 000 EUR begrenzt.

Im Jahr 2000 beschloss die Kommission ein Darlehen für Kosloduj in Bulgarien (212 500 000 EUR), und die letzte Zahlung erfolgte 2006. Im Jahr 2000 beschloss die Kommission ein Darlehen für K2R4 in der Ukraine, doch wurde der Darlehensbetrag 2004 auf den Euro-Gegenwert von 83 000 000 USD herabgesetzt. Gemäß dem Kommissionsbeschluss von 2004 erhielt K2R4 2007 ein Darlehen in Höhe von 39 000 000 EUR (erste Tranche), 2008 ein Darlehen in Höhe von 22 000 000 USD und 2009 ein Darlehen in Höhe von 10 335 000 USD. 2004 beschloss die Kommission ein Darlehen für Cernavodă in Rumänien (223 500 000 EUR). Eine erste Tranche in Höhe von 100 000 000 EUR und eine zweite Tranche in Höhe von 90 000 000 EUR wurden 2005 ausgezahlt; die letzte Tranche in Höhe von 33 500 000 EUR wurde 2006 gezahlt.

### 3. *Auswirkungen auf den Haushalt*

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. L 293 vom 12.11.1994, S. 1), tritt der Fonds im Rahmen seiner verfügbaren Mittel bei etwaigen Schuldnerausfällen ein.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— jährlich eine Einzahlung in den Fonds oder ausnahmsweise eine Auszahlung aus dem Fonds zur Aufrechterhaltung des Zielbetrags von 9 % der garantierten Transaktionen,

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

Seit dem 1. Januar 2007 stellen Darlehen an Bulgarien und Rumänien keine Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen der Gemeinschaften mehr dar (siehe Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2273/2004 (ABl. L 396 vom 31.12.2004, S. 28)) und werden daher direkt vom Unionshaushalt und nicht mehr vom Fonds abgedeckt.

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

## VIII. EUROPÄISCHE GARANTIE FÜR DARLEHEN DER EUROPÄISCHEN INVESTITIONSBANK AN DRITTLÄNDER IM MITTELMEERRAUM

### 1. *Rechtsgrundlage*

Einige der von den nachfolgenden Rechtsgrundlagen erfassten Länder sind nun Mitgliedstaaten oder werden als Heranführungsländer betrachtet. Außerdem können sich die Bezeichnungen der Staaten seit Verabschiedung der betreffenden Rechtsgrundlagen geändert haben.

Beschluss des Rates vom 8. März 1977 („Mittelmeerprotokolle").

Verordnung (EWG) Nr. 1273/80 des Rates vom 23. Mai 1980 über den Abschluss des Interimsprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien betreffend die vorzeitige Inkraftsetzung des Protokolls Nr. 2 des Kooperationsabkommens (ABl. L 130 vom 27.5.1980, S. 98).

Beschluss des Rates vom 19. Juli 1982 (zusätzliche Soforthilfe für den Wiederaufbau im Libanon).

Verordnung (EWG) Nr. 3183/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 43).

Beschluss des Rates vom 9. Oktober 1984 (Darlehen außerhalb des Protokolls mit Jugoslawien).

Beschluss 87/604/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des zweiten Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (ABl. L 389 vom 31.12.1987, S. 65).

Beschluss 88/33/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. L 22 vom 27.1.1988, S. 25).

Beschluss 88/34/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. L 22 vom 27.1.1988, S. 33).

Beschluss 88/453/EWG des Rates vom 30. Juni 1988 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. L 224 vom 13.8.1988, S. 32).

Beschluss 92/44/EWG des Rates vom 19. Dezember 1991 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. L 18 vom 25.1.1992, S. 34).

Beschluss 92/207/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 21).

Beschluss 92/208/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 29).

Beschluss 92/209/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 37).

Beschluss 92/210/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 45).

Verordnung (EWG) Nr. 1763/92 des Rates vom 29. Juni 1992 über die finanzielle Zusammenarbeit mit allen Drittländern im Mittelmeerraum (ABl. L 181 vom 1.7.1992, S. 5), aufgehoben durch die Verordnung (EG) Nr. 1488/96 (ABl. L 189 vom 30.7.1996, S. 1).

Beschluss 92/548/EWG des Rates vom 16. November 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. L 352 vom 2.12.1992, S. 13).

Beschluss 92/549/EWG des Rates vom 16. November 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. L 352 vom 2.12.1992, S. 21).

Beschluss 93/408/EWG des Rates vom 19. Juli 1993 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Slowenien (ABl. L 189 vom 29.7.1993, S. 152).

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

Beschluss 94/67/EG des Rates vom 24. Januar 1994 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. L 32 vom 5.2.1994, S. 44).

Beschluss 95/484/EG des Rates vom 30. Oktober 1995 über den Abschluss des Protokolls über finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Malta (ABl. L 278 vom 21.11.1995, S. 14).

Beschluss 95/485/EG des Rates vom 30. Oktober 1995 über den Abschluss des Protokolls über finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. L 278 vom 21.11.1995, S. 22).

Beschluss 97/256/EG des Rates vom 14. April 1997 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Drittländern (mittel- und osteuropäische Länder, Mittelmeerländer, Länder Lateinamerikas und Asiens, Südafrika, Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien und Bosnien-Herzegowina) (ABl. L 102 vom 19.4.1997, S. 33).

Beschluss 1999/786/EG des Rates vom 29. November 1999 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank (EIB) aus Darlehen für Wiederaufbauvorhaben in den erdbebengeschädigten Regionen der Türkei (ABl. L 308 vom 3.12.1999, S. 35).

Beschluss 2000/24/EG des Rates vom 22. Dezember 1999 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben außerhalb der Gemeinschaft (Mittel- und Osteuropa, Mittelmeerländer, Lateinamerika und Asien sowie Republik Südafrika) (ABl. L 9 vom 13.1.2000, S. 24).

Beschluss 2000/788/EG des Rates vom 4. Dezember 2000 zur Änderung des Beschlusses 2000/24/EG zwecks Einrichtung eines Sonderaktionsprogramms der Europäischen Investitionsbank zur Konsolidierung und Intensivierung der Zollunion EG-Türkei (ABl. L 314 vom 14.12.2000, S. 27).

Beschluss 2005/47/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 zur Änderung des Beschlusses 2000/24/EG im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union und die Europäische Nachbarschaftspolitik (ABl. L 21 vom 25.1.2005, S. 9).

Beschluss 2006/1016/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der Gemeinschaft (ABl. L 414 vom 30.12.2006, S. 95), ersetzt durch den Beschuss Nr. 633/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 190 vom 22.7.2009, S. 1).

Beschluss Nr. 1080/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über eine Garantieleistung der Europäischen Union für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der Union und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 633/2009/EG (ABl. L 280 vom 27.10.2011, S. 1).

## 2. *Garantie aus dem Unionshaushalt*

Gemäß dem Beschluss des Rates vom 8. März 1977 übernimmt die Union die Garantie für Darlehen, die die Europäische Investitionsbank im Rahmen der finanziellen Verpflichtungen der Union gegenüber den Mittelmeerländern gewährt.

Dieser Beschluss war die Grundlage für den am 30. Oktober 1978 in Brüssel bzw. am 10. November 1978 in Luxemburg unterzeichneten Garantieübernahmevertrag zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank, der eine Globalgarantie in Höhe von 75 % für alle Kredite vorsah, die im Rahmen der Darlehenstransaktionen in folgenden Ländern bereitgestellt werden: Malta, Tunesien, Algerien, Marokko, Portugal (Finanzprotokoll, Soforthilfe), Türkei, Zypern, Ägypten, Jordanien, Syrien, Israel, Griechenland, das ehemalige Jugoslawien und Libanon.

Der Garantieübernahmevertrag wird bei jedem neuen Finanzprotokoll verlängert.

Aufgrund des Beschlusses 97/256/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 25. Juli 1997 in Brüssel bzw. am 29. Juli 1997 in Luxemburg ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet, dem zufolge die gewährte Garantie auf 70 % des bereitgestellten Gesamtbetrags, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt wird.

Aufgrund des Beschlusses 1999/786/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 18. April 2000 in Brüssel bzw. am 23. Mai 2000 in Luxemburg ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet, dem zufolge die gewährte Garantie auf 65 % des bereitgestellten Gesamtbetrags, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt wird.

Aufgrund des Beschlusses 2000/24/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 19. Juli 2000 in Brüssel bzw. am 24. Juli 2000 in Luxemburg ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet, dem zufolge die gewährte Garantie auf 65 % des bereitgestellten Gesamtbetrags, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt wird.

Aufgrund des Beschlusses 2005/47/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 30. August 2005 in Brüssel bzw. am 2. September 2005 in Luxemburg ein abgeänderter Garantieübernahmevertrag unterzeichnet, dem zufolge die gewährte Garantie auf 65 % des bereitgestellten Gesamtbetrags, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt wird.

Aufgrund des Beschlusses 2006/1016/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 1. August 2007 in Luxemburg bzw. am 29. August 2007 in Brüssel ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet, dem zufolge die gewährte Garantie auf 65 % des bereitgestellten Gesamtbetrags ausbezahlter Darlehen und für die Finanzierungsmaßnahmen der EIB bereitgestellter Garantien abzüglich zurückerstatteter Beträge, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt wird. Dieser Beschluss wurde ersetzt durch den Beschuss Nr. 633/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

Der Beschluss Nr. 1080/2011/EU, der am 30. Oktober 2011 in Kraft getreten ist, erhöhte den Gesamtbetrag der im Rahmen der EIB-Finanzierungen eröffneten Darlehen und gewährten Garantien von 25 800 000 000 EUR auf 29 484 000 000 EUR (2 000 000 000 EUR zur Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel und 1 684 000 000 EUR für verstärkte EIB-Risikomaßnahmen).

## 3. *Beschreibung*

Im Rahmen der Finanzprotokolle mit den Drittländern des Mittelmeerraums sind Gesamtbeträge für Darlehen festgesetzt worden, die gegebenenfalls von der Europäischen Investitionsbank aus ihren eigenen Mitteln gewährt werden. Die Europäische Investitionsbank gewährt Darlehen für Vorhaben in Bereichen, die zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der betreffenden Länder beitragen können: Verkehrsinfrastruktur, Häfen, Wasserversorgung, Energieerzeugung und -beförderung, landwirtschaftliche Vorhaben, Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen.

Am 14. April 1997 beschloss der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments, die Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in den nachstehenden Mittelmeerländern zu verlängern: Algerien, Zypern, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Malta, Marokko, Syrien, Tunesien, Türkei, Gaza-Streifen und Westjordanland. Die Garantie ist auf 70 % des bereitgestellten Gesamtbetrags, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt. Der Darlehensgesamtbetrag ist auf 7 105 000 000 EUR beschränkt, davon 2 310 000 000 EUR für die vorgenannten Mittelmeerländer. Die Garantie galt für einen Zeitraum von drei Jahren ab dem 31. Januar 1997 (mit der Möglichkeit einer Verlängerung um sechs Monate).

Die Europäische Investitionsbank soll das kommerzielle Risiko bei ihren Darlehen nach Möglichkeit zu 25 % durch nichtstaatliche Garantien abdecken.

Am 29. November 1999 beschloss der Rat eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Wiederaufbauvorhaben in den erdbebengeschädigten Regionen der Türkei. Die Garantie ist auf 65 % des bereitgestellten Gesamtbetrags, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt. Der Darlehensgesamtbetrag ist auf 600 000 000 EUR für einen Zeitraum von drei Jahren ab dem 29. November 1999 (mit der Möglichkeit einer Verlängerung um sechs Monate) beschränkt.

Die Europäische Investitionsbank soll das kommerzielle Risiko bei ihren Darlehen nach Möglichkeit zu 30 % durch nichtstaatliche Garantien abdecken. Dieser Prozentsatz sollte erhöht werden, sofern der Markt dies zulässt.

Am 22. Dezember 1999 beschloss der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments eine neuerliche Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in den nachstehenden Mittelmeerländern: Algerien, Zypern, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Malta, Marokko, Syrien, Tunesien, Türkei, Gaza-Streifen und Westjordanland. Aufgrund des Beschlusses 2000/24/EG ist der Darlehensgesamtbetrag für die Gesamtheit der von diesem Beschluss betroffenen Staaten auf 19 460 000 000 EUR beschränkt. Die Garantie ist auf 65 % der für Darlehen bereitgestellten Gesamtmittel, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt. Sie gilt für einen Zeitraum von sieben Jahren vom 1. Februar 2000 bis zum 31. Januar 2007. Nachdem die von der Europäischen Investitionsbank vergebenen Darlehen die genannten Höchstbeträge bei Ablauf dieser Frist nicht erreicht hatten, hat sich die Geltungsdauer automatisch um sechs Monate verlängert.

Der Rat hat am 4. Dezember 2000 beschlossen, ein Sonderaktionsprogramm der Europäischen Investitionsbank zur Konsolidierung und Intensivierung der Zollunion EG-Türkei einzurichten. Der Gesamtbetrag dieser Darlehen beläuft sich auf maximal 450 000 000 EUR.

Mit dem Beschluss 2005/47/EG wurde das regionale Mandat für den Mittelmeerraum dahingehend umstrukturiert, dass Zypern, Malta und die Türkei ausgeschlossen wurden, die bis dahin unter das Mandat „Südöstliche Nachbarländer“ fielen.

Mit dem Beschluss 2006/1016/EG wird eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben in den nachstehenden Mittelmeerländern gewährt: Algerien, Ägypten, Westjordanland und Gazastreifen, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen (Förderfähigkeit vom Rat festzustellen), Marokko, Syrien, Tunesien. Der Darlehensgesamtbetrag für die Gesamtheit der von dem Beschluss 2006/1016/EG betroffenen Staaten ist auf 27 800 000 000 EUR für den Zeitraum vom 1. Februar 2007 bis zum 31. Dezember 2013 (mit der Möglichkeit einer Verlängerung um sechs Monate) beschränkt. Die Garantie der Gemeinschaft ist auf 65 % begrenzt.

Der Beschluss 2006/1016/EG wurde ersetzt durch den Beschuss Nr. 633/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

Der Beschluss Nr. 1080/2011/EU, der am 30. Oktober 2011 in Kraft getreten ist, erhöhte den Gesamtbetrag der im Rahmen der EIB-Finanzierungen eröffneten Darlehen und gewährten Garantien von 25 800 000 000 EUR auf 29 484 000 000 EUR (2 000 000 000 EUR zur Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel und 1 684 000 000 EUR für verstärkte EIB-Risikomaßnahmen).

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

## 4. *Auswirkungen auf den Haushalt*

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. L 293 vom 12.11.1994, S. 1), tritt der Fonds im Rahmen seiner verfügbaren Mittel bei etwaigen Schuldnerausfällen ein.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— jährlich eine Einzahlung in den Fonds oder ausnahmsweise eine Auszahlung aus dem Fonds zur Aufrechterhaltung des Zielbetrags von 9 % der garantierten Transaktionen,

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners,

— die Gewährung von zweiprozentigen Zinszuschüssen in bestimmten Fällen in Form nicht rückzahlbarer Hilfen im Rahmen der in den Finanzprotokollen vorgesehenen Gesamtbeträge.

Darlehen an neue Mitgliedstaaten stellen keine Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen der Gemeinschaften mehr dar (siehe Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2273/2004 (ABl. L 396 vom 31.12.2004, S. 28)) und werden daher direkt vom Unionshaushalt und nicht mehr vom Fonds abgedeckt.

Der Beschluss Nr. 1080/2011/EU, der am 30. Oktober 2011 in Kraft getreten ist, erhöhte den Gesamtbetrag der im Rahmen der EIB-Finanzierungen eröffneten Darlehen und gewährten Garantien von 25 800 000 000 EUR auf 29 484 000 000 EUR (2 000 000 000 EUR zur Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel und 1 684 000 000 EUR für verstärkte EIB-Risikomaßnahmen).

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

## IX. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DARLEHEN DER EUROPÄISCHEN INVESTITIONSBANK AN DRITTLÄNDER IN MITTEL- UND OSTEUROPA UND IM WESTLICHEN BALKANRAUM

### 1. *Rechtsgrundlage*

Einige der von den nachfolgenden Rechtsgrundlagen erfassten Länder sind nun Mitgliedstaaten oder werden als Heranführungsländer betrachtet. Außerdem können sich die Bezeichnungen der Staaten seit Verabschiedung der betreffenden Rechtsgrundlagen geändert haben.

Beschluss des Rates der Gouverneure der Europäischen Investitionsbank vom 29. November 1989 betreffend die Transaktionen der Bank in Ungarn und Polen.

Beschluss 90/62/EWG des Rates vom 12. Februar 1990 zur Garantieleistung der Gemeinschaft bei der Europäischen Investitionsbank für Verluste im Rahmen von Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen (ABl. L 42 vom 16.2.1990, S. 68).

Beschluss 91/252/EWG des Rates vom 14. Mai 1991 zur Ausdehnung des Beschlusses 90/62/EWG zur Garantieleistung der Gemeinschaft bei der Europäischen Investitionsbank für Verluste im Rahmen von Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen auf solche in der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien (ABl. L 123 vom 18.5.1991, S. 44).

Beschluss 93/166/EWG des Rates vom 15. März 1993 zur Gewährung einer Gemeinschaftsgarantie an die Europäische Investitionsbank bei Verlusten aus Darlehen für Investitionsvorhaben in Estland, Lettland und Litauen (ABl. L 69 vom 20.3.1993, S. 42).

Beschluss 93/696/EG des Rates vom 13. Dezember 1993 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in den mittel- und osteuropäischen Ländern (Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen und Albanien) (ABl. L 321 vom 23.12.1993, S. 27).

Beschluss 97/256/EG des Rates vom 14. April 1997 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Drittländern (mittel- und osteuropäische Länder, Mittelmeerländer, Länder Lateinamerikas und Asiens, Südafrika, Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien und Bosnien-Herzegowina) (ABl. L 102 vom 19.4.1997, S. 33).

Beschluss 98/348/EG des Rates vom 19. Mai 1998 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien (ABl. L 155 vom 29.5.1998, S. 53).

Beschluss 98/729/EG des Rates vom 14. Dezember 1998 zur Änderung des Beschlusses 97/256/EG, um die der Europäischen Investitionsbank gewährte Garantie der Gemeinschaft auf Darlehen für Vorhaben in Bosnien-Herzegowina auszudehnen (ABl. L 346 vom 22.12.1998, S. 54).

Beschluss 2000/24/EG des Rates vom 22. Dezember 1999 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben außerhalb der Gemeinschaft (Mittel- und Osteuropa, Mittelmeerländer, Lateinamerika und Asien sowie Republik Südafrika) (ABl. L 9 vom 13.1.2000, S. 24).

Beschluss 2000/688/EG des Rates vom 7. November 2000 zur Änderung des Beschlusses 2000/24/EG im Hinblick auf die Ausdehnung der Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank auf Darlehen für Vorhaben in Kroatien (ABl. L 285 vom 10.11.2000, S. 20).

Beschluss 2001/778/EG des Rates vom 6. November 2001 zur Änderung des Beschlusses 2000/24/EG zwecks Ausdehnung der Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank auf Darlehen für Vorhaben in der Bundesrepublik Jugoslawien (ABl. L 292 vom 9.11.2001, S. 43).

Beschluss 2005/47/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 zur Änderung des Beschlusses 2000/24/EG im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union und die Europäische Nachbarschaftspolitik (ABl. L 21 vom 25.1.2005, S. 9).

Beschluss 2006/1016/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der Gemeinschaft (ABl. L 414 vom 30.12.2006, S. 95). Dieser Beschluss wurde ersetzt durch den Beschuss Nr. 633/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 190 vom 22.7.2009, S. 1).

Beschluss Nr. 1080/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über eine Garantieleistung der Europäischen Union für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der Union und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 633/2009/EG (ABl. L 280 vom 27.10.2011, S. 1).

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

## 2. *Garantie aus dem Unionshaushalt*

Aufgrund des Beschlusses 90/62/EWG wurde zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 24. April 1990 in Brüssel bzw. am 14. Mai 1990 in Luxemburg ein Garantieübernahmevertrag für die Darlehen an Ungarn und Polen und am 31. Juli 1991 in Brüssel und in Luxemburg ein Zusatzvertrag zur Ausdehnung der Garantie auf die Darlehen an die Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien unterzeichnet.

Dieser Garantieübernahmevertrag war Gegenstand eines am 19. Januar 1993 in Brüssel bzw. am 4. Februar 1993 in Luxemburg unterzeichneten Rechtstextes, mit dem die Tschechische Republik und die Slowakische Republik ab 1. Januar 1993 an die Stelle der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik treten.

Der Beschluss 93/696/EG bildet die Grundlage eines Garantieübernahmevertrags, der am 22. Juli 1994 in Brüssel bzw. am 12. August 1994 in Luxemburg zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank unterzeichnet wurde.

Aufgrund des Beschlusses 97/256/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 25. Juli 1997 in Brüssel bzw. am 29. Juli 1997 in Luxemburg ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet.

Aufgrund der Beschlüsse 98/348/EG und 98/729/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 25. Juli 1997 in Brüssel bzw. am 29. Juli 1997 in Luxemburg ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet.

Aufgrund des Beschlusses 2000/24/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 19. Juli 2000 in Brüssel bzw. am 24. Juli 2000 in Luxemburg ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet.

Aufgrund des Beschlusses 2005/47/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 30. August 2005 in Brüssel bzw. am 2. September 2005 in Luxemburg ein abgeänderter Garantieübernahmevertrag unterzeichnet, dem zufolge die gewährte Garantie auf 65 % der insgesamt für Darlehen bereitgestellten Mittel, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt wird.

Aufgrund des Beschlusses 2006/1016/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 1. August 2007 in Luxemburg bzw. am 29 August 2007 in Brüssel ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet, dem zufolge die gewährte Garantie auf 65 % des bereitgestellten Gesamtbetrags ausbezahlter Darlehen und für die Finanzierungsmaßnahmen der EIB bereitgestellter Garantien abzüglich zurückerstatteter Beträge, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt wird. Dieser Beschluss wurde ersetzt durch den Beschuss Nr. 633/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

Der Beschluss Nr. 1080/2011/EU, der am 30. Oktober 2011 in Kraft getreten ist, erhöhte den Gesamtbetrag der im Rahmen der EIB-Finanzierungen eröffneten Darlehen und gewährten Garantien von 25 800 000 000 EUR auf 29 484 000 000 EUR (2 000 000 000 EUR zur Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel und 1 684 000 000 EUR für verstärkte EIB-Risikomaßnahmen).

## 3. *Beschreibung*

Gemäß einer Aufforderung des Rates vom 9. Oktober 1989 hat der Rat der Gouverneure der Europäischen Investitionsbank am 29. November 1989 beschlossen, die Bank zu ermächtigen, Darlehen aus Eigenmitteln zu gewähren, um Investitionsvorhaben in Ungarn und Polen in einem Gesamtbetrag von bis zu 1 Milliarde EUR zu finanzieren. Diese Darlehen werden zur Finanzierung von Investitionsvorhaben gewährt, die den normalerweise von der Bank angewandten Kriterien bei Gewährung von Darlehen aus Eigenmitteln entsprechen.

Am 14. Mai 1991 und am 15. März 1993 hat der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments beschlossen, diese Garantie auf etwaige Darlehen der Europäischen Investitionsbank in den anderen Ländern Mittel- und Osteuropas (Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien) für einen Zeitraum von zwei Jahren (Höchstbetrag: 700 000 000 EUR) auszudehnen.

Am 13. Dezember 1993 hat der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments beschlossen, der Europäischen Investitionsbank nochmals eine Garantie der Gemeinschaft für die Darlehen zugunsten von Vorhaben in Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen und Albanien in Höhe von 3 000 000 000 EUR während eines Zeitraums von drei Jahren zu gewähren.

Die Garantie aus dem Haushalt deckt den gesamten Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen, damit verbundene Kosten) im Zusammenhang mit diesen Darlehen.

Am 14. April 1997 beschloss der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments eine Verlängerung der Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Albanien, Bulgarien, der Tschechischen Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, der Slowakischen Republik und Slowenien. Die Garantie ist auf 70 % des bereitgestellten Gesamtbetrags, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt. Der Darlehensgesamtbetrag ist auf 7 105 000 000 EUR beschränkt, davon 3 520 000 000 EUR für die vorgenannten mittel- und osteuropäischen Länder. Die Garantie gilt für einen Zeitraum von drei Jahren ab dem 31. Januar 1997. Nachdem die von der Europäischen Investitionsbank vergebenen Darlehen die genannten Höchstbeträge bei Ablauf dieser Frist nicht erreicht hatten, hat sich die Geltungsdauer automatisch um sechs Monate verlängert.

Am 19. Mai 1998 beschloss der Rat eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Die Garantie ist auf 70 % des bereitgestellten Gesamtbetrags, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt. Der Darlehensgesamtbetrag ist auf 150 000 000 EUR für einen Zeitraum von zwei Jahren ab dem 1. Januar 1998 beschränkt. Nachdem die von der Europäischen Investitionsbank vergebenen Darlehen die genannten Höchstbeträge bei Ablauf dieser Frist nicht erreicht hatten, hat sich die Geltungsdauer automatisch um sechs Monate verlängert.

Am 14. Dezember 1998 beschloss der Rat eine Änderung des Beschlusses 97/256/EG, um die Garantieleistung der Gemeinschaft zugunsten der Europäischen Investitionsbank auf Darlehen für Vorhaben in Bosnien und Herzegowina auszudehnen. Die Garantie ist auf 70 % des bereitgestellten Gesamtbetrags, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt. Der Darlehensgesamtbetrag ist auf 100 000 000 EUR für einen Zeitraum von zwei Jahren ab dem 22. Dezember 1998 beschränkt. Nachdem die von der Europäischen Investitionsbank vergebenen Darlehen die genannten Höchstbeträge bei Ablauf dieser Frist nicht erreicht hatten, hat sich die Geltungsdauer automatisch um sechs Monate verlängert.

Die Europäische Investitionsbank soll das kommerzielle Risiko bei ihren Darlehen nach Möglichkeit zu 25 % durch nichtstaatliche Garantien abdecken.

Am 22. Dezember 1999 beschloss der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments eine Verlängerung der Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Albanien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, der Tschechischen Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, der Slowakischen Republik und Slowenien. Der Darlehensgesamtbetrag für die Gesamtheit der von dem Beschluss 2000/24/EG betroffenen Staaten ist auf 19 460 000 000 EUR beschränkt. Die Garantie ist auf 65 % des bereitgestellten Gesamtbetrags, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt. Die Laufzeit ist auf sieben Jahre, vom 1. Februar 2000 bis zum 31. Januar 2007, festgesetzt. Nachdem die von der Europäischen Investitionsbank vergebenen Darlehen die genannten Höchstbeträge bei Ablauf dieser Frist nicht erreicht hatten, hat sich die Geltungsdauer automatisch um sechs Monate verlängert.

Die Europäische Investitionsbank soll das kommerzielle Risiko bei ihren Darlehen nach Möglichkeit zu 30 % durch nichtstaatliche Garantien abdecken. Dieser Prozentsatz sollte erhöht werden, sofern der Markt dies zulässt.

Am 7. November 2000 beschloss der Rat, die Garantieleistung der Gemeinschaft zugunsten der Europäischen Investitionsbank auf Darlehen für Vorhaben in Kroatien auszudehnen.

Am 6. November 2000 beschloss der Rat, die Garantieleistung der Gemeinschaft zugunsten der Europäischen Investitionsbank auf Darlehen für Vorhaben in der Bundesrepublik Jugoslawien auszudehnen.

Mit dem Beschluss 2005/47/EG wurde das regionale Mandat für den Mittelmeerraum dahingehend umstrukturiert, dass Zypern, Malta und die Türkei ausgeschlossen wurden, die bis dahin unter das Mandat „Südöstliche Nachbarländer" fielen.

Mit dem Beschluss 2006/1016 wird eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben in den Bewerberländern Kroatien, Türkei und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sowie in den potenziellen Bewerbern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien und Kosovo gewährt. Der Darlehensgesamtbetrag für die Gesamtheit der von dem Beschluss 2006/1016/EG betroffenen Staaten ist auf 27 800 000 000 EUR für den Zeitraum vom 1. Februar 2007 bis zum 31. Dezember 2013 (mit der Möglichkeit einer Verlängerung um sechs Monate) beschränkt. Die Garantie der Gemeinschaft ist auf 65 % begrenzt. Dieser Beschluss wurde ersetzt durch den Beschuss Nr. 633/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

Der Beschluss Nr. 1080/2011/EU, der am 30. Oktober 2011 in Kraft getreten ist, erhöhte den Gesamtbetrag der im Rahmen der EIB-Finanzierungen eröffneten Darlehen und gewährten Garantien von 25 800 000 000 EUR auf 29 484 000 000 EUR (2 000 000 000 EUR zur Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel und 1 684 000 000 EUR für verstärkte EIB-Risikomaßnahmen).

## 4. *Auswirkungen auf den Haushalt*

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. L 293 vom 12.11.1994, S. 1), tritt der Fonds im Rahmen seiner verfügbaren Mittel bei etwaigen Schuldnerausfällen ein.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— jährlich eine Einzahlung in den Fonds oder ausnahmsweise eine Auszahlung aus dem Fonds zur Aufrechterhaltung des Zielbetrags von 9 % der garantierten Transaktionen,

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

Darlehen an neue Mitgliedstaaten stellen keine Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen der Gemeinschaften mehr dar (siehe Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2273/2004 (ABl. L 396 vom 31.12.2004, S. 28)) und werden daher direkt vom Unionshaushalt und nicht mehr vom Fonds abgedeckt.

Der Beschluss Nr. 1080/2011/EU, der am 30. Oktober 2011 in Kraft getreten ist, erhöhte den Gesamtbetrag der im Rahmen der EIB-Finanzierungen eröffneten Darlehen und gewährten Garantien von 25 800 000 000 EUR auf 29 484 000 000 EUR (2 000 000 000 EUR zur Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel und 1 684 000 000 EUR für verstärkte EIB-Risikomaßnahmen).

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

## X. GARANTIELEISTUNG DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR ETWAIGE VERLUSTE DER EUROPÄISCHEN INVESTITIONSBANK AUS DARLEHEN FÜR VORHABEN IN BESTIMMTEN LÄNDERN ASIENS UND LATEINAMERIKAS

### 1. *Rechtsgrundlage*

Beschluss 93/115/EWG des Rates vom 15. Februar 1993 über eine Garantie der Gemeinschaft gegenüber der Europäischen Investitionsbank bei Zahlungsausfällen im Zusammenhang mit Darlehen für Vorhaben von gemeinsamem Interesse in bestimmten Drittländern (ABl. L 45 vom 23.2.1993, S. 27).

Beschluss 96/723/EG des Rates vom 12. Dezember 1996 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben von gemeinsamem Interesse in Ländern Lateinamerikas und Asiens, mit denen die Gemeinschaft Kooperationsabkommen geschlossen hat (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay und Venezuela; Bangladesch, Brunei, China, Indien, Indonesien, Macao, Malaysia, Pakistan, Philippinen, Singapur, Sri Lanka, Thailand und Vietnam) (ABl. L 329 vom 19.12.1996, S. 45).

Beschluss 97/256/EG des Rates vom 14. April 1997 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Drittländern (mittel- und osteuropäische Länder, Mittelmeerländer, Länder Lateinamerikas und Asiens, Südafrika, Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien und Bosnien-Herzegowina) (ABl. L 102 vom 19.4.1997, S. 33).

Beschluss 2000/24/EG des Rates vom 22. Dezember 1999 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben außerhalb der Gemeinschaft (Mittel- und Osteuropa, Mittelmeerländer, Länder Lateinamerikas und Asiens und Republik Südafrika) (ABl. L 9 vom 13.1.2000, S. 24).

Beschluss 2005/47/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 zur Änderung des Beschlusses 2000/24/EG im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union und die Europäische Nachbarschaftspolitik (ABl. L 21 vom 25.1.2005, S. 9).

Beschluss 2006/1016/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der Gemeinschaft (ABl. L 414 vom 30.12.2006, S. 95). Dieser Beschluss wurde ersetzt durch den Beschuss Nr. 633/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 190 vom 22.7.2009, S. 1).

Beschluss Nr. 1080/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über eine Garantieleistung der Europäischen Union für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der Union und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 633/2009/EG (ABl. L 280 vom 27.10.2011, S. 1).

### 2. *Garantie aus dem Unionshaushalt*

Aufgrund des Beschlusses 93/115/EWG wurde von der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 4. November 1993 in Brüssel bzw. am 17. November 1993 in Luxemburg ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet.

Aufgrund des Beschlusses 96/723/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 18. März 1997 in Brüssel bzw. am 26. März 1997 in Luxemburg ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet.

Aufgrund des Beschlusses 97/256/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 25. Juli 1997 in Brüssel bzw. am 29. Juli 1997 in Luxemburg ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet.

Aufgrund des Beschlusses 2000/24/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 19. Juli 2000 in Brüssel bzw. am 24. Juli 2000 in Luxemburg ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet.

Aufgrund des Beschlusses 2005/47/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 30. August 2005 in Brüssel bzw. am 2. September 2005 in Luxemburg ein abgeänderter Garantieübernahmevertrag unterzeichnet, dem zufolge die gewährte Garantie auf 65 % der insgesamt für Darlehen bereitgestellten Mittel, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt wird.

Aufgrund des Beschlusses 2006/1016/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 1. August 2007 in Luxemburg bzw. am 29. August 2007 in Brüssel ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet, dem zufolge die gewährte Garantie auf 65 % des bereitgestellten Gesamtbetrags ausbezahlter Darlehen und für die Finanzierungsmaßnahmen der EIB bereitgestellter Garantien abzüglich zurückerstatteter Beträge, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt wird. Dieser Beschluss wurde ersetzt durch den Beschuss Nr. 633/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

Der Beschluss Nr. 1080/2011/EU, der am 30. Oktober 2011 in Kraft getreten ist, erhöhte den Gesamtbetrag der im Rahmen der EIB-Finanzierungen eröffneten Darlehen und gewährten Garantien von 25 800 000 000 EUR auf 29 484 000 000 EUR (2 000 000 000 EUR zur Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel und 1 684 000 000 EUR für verstärkte EIB-Risikomaßnahmen)

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

3. ***Beschreibung***

Gemäß den Bestimmungen des Beschlusses 93/115/EWG übernimmt die Union fallweise die Garantie der von der Europäischen Investitionsbank in Drittländern, mit denen die Europäische Union Kooperationsabkommen geschlossen hat, zu vergebenden Darlehen.

Für einen Zeitraum von drei Jahren wird das Gesamtvolumen der Darlehen durch den Beschluss 93/115/EWG auf 250 000 000 EUR pro Jahr begrenzt.

Am 12. Dezember 1996 gewährte der Rat der EIB eine hundertprozentige Garantie der Gemeinschaft für Darlehen für Vorhaben von gemeinsamem Interesse in bestimmten Drittländern (Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas), mit denen die Gemeinschaft Kooperationsabkommen geschlossen hat. Diese Garantie war auf einen Darlehensgesamtbetrag von 275 000 000 EUR beschränkt, der 1996 vergeben werden sollte (mit der Möglichkeit einer Verlängerung um sechs Monate).

Am 14. April 1997 beschloss der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments, die Garantieleistung der Gemeinschaft zugunsten der Europäischen Investitionsbank für Darlehen für Vorhaben in den nachstehenden Ländern Lateinamerikas und Asiens zu verlängern: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay, Venezuela, Bangladesch, Brunei, China, Indien, Indonesien, Macao, Malaysia, Mongolei, Pakistan, Philippinen, Singapur, Sri Lanka, Thailand und Vietnam. Die Garantie ist auf 70 % des bereitgestellten Gesamtbetrags, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt. Der Darlehensgesamtbetrag ist auf 7 105 000 000 EUR beschränkt, davon 900 000 000 EUR für die vorgenannten Länder Asiens und Lateinamerikas. Die Garantie galt für einen Zeitraum von drei Jahren ab dem 31. Januar 1997 (mit der Möglichkeit einer Verlängerung um sechs Monate).

Die Europäische Investitionsbank soll das kommerzielle Risiko bei ihren Darlehen nach Möglichkeit zu 25 % durch nichtstaatliche Garantien abdecken.

Am 22. Dezember 1999 beschloss der Rat, die Garantieleistung der Gemeinschaft zugunsten der Europäischen Investitionsbank für Darlehen für Vorhaben in den nachstehenden Ländern Lateinamerikas und Asiens zu verlängern: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay, Venezuela, Bangladesch, Brunei, China, Indien, Indonesien, Laos, Macao, Malaysia, Mongolei, Nepal, Pakistan, Philippinen, Singapur, Südkorea, Sri Lanka, Thailand, Vietnam und Jemen. Die Garantie ist auf 65 % des bereitgestellten Gesamtbetrags, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt. Der Darlehensgesamtbetrag für die Gesamtheit der von dem Beschluss 2000/24/EG betroffenen Staaten ist auf 19 460 000 000 EUR beschränkt. Die Laufzeit ist auf sieben Jahre, vom 1. Februar 2000 bis zum 31. Januar 2007, festgesetzt. Nachdem die von der Europäischen Investitionsbank vergebenen Darlehen die genannten Höchstbeträge bei Ablauf dieser Frist nicht erreicht hatten, hat sich die Geltungsdauer automatisch um sechs Monate verlängert.

Die Europäische Investitionsbank soll das kommerzielle Risiko bei ihren Darlehen nach Möglichkeit zu 30 % durch nichtstaatliche Garantien abdecken. Dieser Prozentsatz sollte erhöht werden, sofern der Markt dies zulässt.

Aufgrund des Beschlusses 2005/47/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 30. August 2005 in Brüssel bzw. am 2. September 2005 in Luxemburg ein abgeänderter Garantieübernahmevertrag unterzeichnet, dem zufolge die gewährte Garantie auf 65 % der insgesamt für Darlehen bereitgestellten Mittel, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt wird.

Mit dem Beschluss 2006/1016/EG wird eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben in den lateinamerikanischen Ländern Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay und Venezuela, in den asiatischen Ländern Afghanistan*, Bangladesch, Bhutan*, Brunei, Kambodscha*, China, Indien, Indonesien, Irak*, Südkorea, Laos, Malaysia, Malediven, Mongolei, Nepal, Pakistan, Philippinen, Singapur, Sri Lanka, Taiwan*, Thailand, Vietnam, Jemen sowie den zentralasiatischen Ländern Kasachstan*, Kirgisistan*, Turkmenistan* und Usbekistan* (* Förderfähigkeit vom Rat festzustellen) gewährt. Der Darlehensgesamtbetrag für die Gesamtheit der von dem Beschluss 2000/1016/EG betroffenen Staaten ist auf 27 800 000 000 EUR für den Zeitraum vom 1. Februar 2007 bis zum 31. Dezember 2013 (mit der Möglichkeit einer Verlängerung um sechs Monate) beschränkt. Die Garantie der Gemeinschaft ist auf 65 % begrenzt. Dieser Beschluss wurde ersetzt durch den Beschuss Nr. 633/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

Der Beschluss Nr. 1080/2011/EU, der am 30. Oktober 2011 in Kraft getreten ist, erhöhte den Gesamtbetrag der im Rahmen der EIB-Finanzierungen eröffneten Darlehen und gewährten Garantien von 25 800 000 000 EUR auf 29 484 000 000 EUR (2 000 000 000 EUR zur Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel und 1 684 000 000 EUR für verstärkte EIB-Risikomaßnahmen).

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

## 4. *Auswirkungen auf den Haushalt*

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. L 293 vom 12.11.1994, S. 1), tritt der Fonds im Rahmen seiner verfügbaren Mittel bei etwaigen Schuldnerausfällen ein.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— jährlich eine Einzahlung in den Fonds oder ausnahmsweise eine Auszahlung aus dem Fonds zur Aufrechterhaltung des Zielbetrags von 9 % der garantierten Transaktionen,

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

Der Beschluss Nr. 1080/2011/EU, der am 30. Oktober 2011 in Kraft getreten ist, erhöhte den Gesamtbetrag der im Rahmen der EIB-Finanzierungen eröffneten Darlehen und gewährten Garantien von 25 800 000 000 EUR auf 29 484 000 000 EUR (2 000 000 000 EUR zur Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel und 1 684 000 000 EUR für verstärkte EIB-Risikomaßnahmen).

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

## XI. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR ETWAIGE VERLUSTE DER EUROPÄISCHEN INVESTITIONSBANK AUS DARLEHEN FÜR VORHABEN IM SÜDKAUKASUS, IN RUSSLAND, BELARUS, REPUBLIK MOLDAU UND DER UKRAINE

### 1. *Rechtsgrundlage*

Beschluss 2001/777/EG des Rates vom 6. November 2001 über eine Garantie der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus einer Darlehenssonderaktion für ausgewählte Umweltprojekte im russischen Ostseebecken im Rahmen der Nördlichen Dimension (ABl. L 292 vom 9.11.2001, S. 41).

Beschluss 2005/48/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für bestimmte Vorhaben in Russland, der Ukraine, der Republik Moldau und Belarus (ABl. L 21 vom 25.1.2005, S. 11). Vom 31. Dezember 2006 an und gemäß des Kommissionsbeschlusses C(2005) 1499 fallen nur Russland und die Ukraine unter den Beschluss 2005/48/EG.

Beschluss 2006/1016/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der Gemeinschaft (ABl. L 414 vom 30.12.2006, S. 95). Dieser Beschluss wurde ersetzt durch den Beschuss Nr. 633/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 190 vom 22.7.2009, S. 1).

Beschluss Nr. 1080/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über eine Garantieleistung der Europäischen Union für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der Union und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 633/2009/EG (ABl. L 280 vom 27.10.2011, S. 1).

### 2. *Garantie aus dem Unionshaushalt*

Aufgrund des Beschlusses 2001/777/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 6. Mai 2002 in Brüssel bzw. am 7. Mai 2002 in Luxemburg ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet.

Aufgrund des Beschlusses 2005/48/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 21. Dezember 2005 in Brüssel bzw. am 9. Dezember 2005 in Luxemburg ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet.

Aufgrund des Beschlusses 2006/1016/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 1. August 2007 in Luxemburg bzw. am 29 August 2007 in Brüssel ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet, dem zufolge die gewährte Garantie auf 65 % des bereitgestellten Gesamtbetrags ausbezahlter Darlehen und für die Finanzierungsmaßnahmen der EIB bereitgestellter Garantien abzüglich zurückerstatteter Beträge, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt wird. Dieser Beschluss wurde ersetzt durch den Beschuss Nr. 633/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

Der Beschluss Nr. 1080/2011/EU, der am 30. Oktober 2011 in Kraft getreten ist, erhöhte den Gesamtbetrag der im Rahmen der EIB-Finanzierungen eröffneten Darlehen und gewährten Garantien von 25 800 000 000 EUR auf 29 484 000 000 EUR (2 000 000 000 EUR zur Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel und 1 684 000 000 EUR für verstärkte EIB-Risikomaßnahmen).

### 3. *Beschreibung*

Am 6. November 2001 beschloss der Rat eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus einer Darlehenssonderaktion für ausgewählte Umweltprojekte im russischen Ostseebecken im Rahmen der Nördlichen Dimension. Die Kreditobergrenze beträgt insgesamt 100 000 000 EUR. Der EIB wurde in diesem Fall eine Gemeinschaftsgarantie in Höhe von 100 % gewährt.

Am 22. Dezember 2004 beschloss der Rat eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für bestimmte Vorhaben in Russland, der Ukraine, der Republik Moldau und Belarus. Die Kreditobergrenze beträgt insgesamt 500 000 000 EUR. Der EIB wurde in diesem Fall eine Gemeinschaftsgarantie in Höhe von 100 % gewährt.

Auf der Grundlage des Beschlusses 2005/48/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 21. Dezember 2005 in Brüssel bzw. am 9. Dezember 2005 in Luxemburg ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet, mit dem die Bürgschaft auf 100 % angehoben wurde.

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

Mit dem Beschluss 2006/1016/EG wird eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben in den osteuropäischen Ländern Republik Moldau, Ukraine und Belarus (Förderfähigkeit vom Rat festzustellen), in den südkaukasischen Staaten Armenien, Aserbaidschan und Georgien sowie in Russland gewährt. Der Darlehensgesamtbetrag für die Gesamtheit der von dem Beschluss 2006/1016/EG betroffenen Staaten ist auf 27 800 000 000 EUR für den Zeitraum vom 1. Februar 2007 bis zum 31. Dezember 2013 (mit der Möglichkeit einer Verlängerung um sechs Monate) beschränkt. Die Garantie der Gemeinschaft ist auf 65 % begrenzt. Dieser Beschluss wurde ersetzt durch den Beschuss Nr. 633/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

Der Beschluss Nr. 1080/2011/EU, der am 30. Oktober 2011 in Kraft getreten ist, erhöhte den Gesamtbetrag der im Rahmen der EIB-Finanzierungen eröffneten Darlehen und gewährten Garantien von 25 800 000 000 EUR auf 29 484 000 000 EUR (2 000 000 000 EUR zur Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel und 1 684 000 000 EUR für verstärkte EIB-Risikomaßnahmen).

## 4. *Auswirkungen auf den Haushalt*

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. L 293 vom 12.11.1994, S. 1), tritt der Fonds im Rahmen seiner verfügbaren Mittel bei etwaigen Schuldnerausfällen ein.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— jährlich eine Einzahlung in den Fonds oder ausnahmsweise eine Auszahlung aus dem Fonds in Höhe von 9 % der garantierten Transaktionen,

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

## XII. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DARLEHEN DER EUROPÄISCHEN INVESTITIONSBANK AN SÜDAFRIKA

### 1. *Rechtsgrundlage*

Beschluss 95/207/EG des Rates vom 1. Juni 1995 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Südafrika (ABl. L 131 vom 15.6.1995, S. 31).

Beschluss 97/256/EG des Rates vom 14. April 1997 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Drittländern (mittel- und osteuropäische Länder, Mittelmeerländer, Länder Lateinamerikas und Asiens, Südafrika, Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien und Bosnien-Herzegowina) (ABl. L 102 vom 19.4.1997, S. 33).

Beschluss 2000/24/EG des Rates vom 22. Dezember 1999 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben außerhalb der Gemeinschaft (Mittel- und Osteuropa, Mittelmeerländer, Lateinamerika und Asien sowie Republik Südafrika) (ABl. L 9 vom 13.1.2000, S. 24).

Beschluss 2005/47/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 zur Änderung des Beschlusses 2000/24/EG im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union und die Europäische Nachbarschaftspolitik (ABl. L 21 vom 25.1.2005, S. 9).

Beschluss 2006/1016/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der Gemeinschaft (ABl. L 414 vom 30.12.2006, S. 95). Dieser Beschluss wurde ersetzt durch den Beschuss Nr. 633/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 190 vom 22.7.2009, S. 1).

Beschluss Nr. 1080/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über eine Garantieleistung der Europäischen Union für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der Union und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 633/2009/EG (ABl. L 280 vom 27.10.2011, S. 1).

### 2. *Garantie aus dem Unionshaushalt*

Aufgrund des Beschlusses 95/207/EG wurde von der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 4. Oktober 1995 in Brüssel bzw. am 16. Oktober 1995 in Luxemburg ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet.

Aufgrund des Beschlusses 97/256/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 25. Juli 1997 in Brüssel bzw. am 29. Juli 1997 in Luxemburg ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet.

Aufgrund des Beschlusses 2000/24/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 19. Juli 2000 in Brüssel bzw. am 24 Juli 2000 in Luxemburg ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet.

Aufgrund des Beschlusses 2006/1016/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 1. August 2007 in Luxemburg bzw. am 29 August 2007 in Brüssel ein Garantieübernahmevertrag unterzeichnet, dem zufolge die gewährte Garantie auf 65 % des bereitgestellten Gesamtbetrags ausbezahlter Darlehen und für die Finanzierungsmaßnahmen der EIB bereitgestellter Garantien abzüglich zurückerstatteter Beträge, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt wird. Dieser Beschluss wurde ersetzt durch den Beschuss Nr. 633/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

Der Beschluss Nr. 1080/2011/EU, der am 30. Oktober 2011 in Kraft getreten ist, erhöhte den Gesamtbetrag der im Rahmen der EIB-Finanzierungen eröffneten Darlehen und gewährten Garantien von 25 800 000 000 EUR auf 29 484 000 000 EUR (2 000 000 000 EUR zur Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel und 1 684 000 000 EUR für verstärkte EIB-Risikomaßnahmen).

### 3. *Beschreibung*

Gemäß den Bestimmungen des Beschlusses 95/207/EG übernimmt die Union die Garantie für Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Südafrika für einen Gesamtbetrag von maximal 300 000 000 EUR.

Die Garantie aus dem Gemeinschaftshaushalt deckt den gesamten Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen, Nebenkosten) in Verbindung mit diesen Darlehen.

Am 14. April 1997 beschloss der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments, die Garantieleistung der Gemeinschaft zugunsten der Europäischen Investitionsbank für Darlehen für Vorhaben in der Republik Südafrika zu verlängern. Die Garantie ist auf 70 % des bereitgestellten Gesamtbetrags, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt. Der Darlehensgesamtbetrag ist auf 7 105 000 000 EUR beschränkt, davon 375 000 000 EUR für die Republik Südafrika. Die Garantie galt für einen Zeitraum von drei Jahren ab dem 1. Juli 1997 (mit der Möglichkeit einer Verlängerung um sechs Monate).

Die Europäische Investitionsbank soll das kommerzielle Risiko bei ihren Darlehen nach Möglichkeit zu 25 % durch nichtstaatliche Garantien abdecken.

Am 22. Dezember 1999 beschloss der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments, die Garantieleistung der Gemeinschaft zugunsten der Europäischen Investitionsbank für Darlehen für Vorhaben in der Republik Südafrika zu verlängern. Die Garantie ist auf 65 % des bereitgestellten Gesamtbetrags, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt. Der Darlehensgesamtbetrag für die Gesamtheit der von dem Beschluss 2000/24/EG betroffenen Staaten ist auf 19 460 000 000 EUR beschränkt. Die Laufzeit ist auf den Zeitraum vom 1. Juli 2000 bis zum 31. Januar 2007 festgesetzt. Nachdem die von der Europäischen Investitionsbank vergebenen Darlehen die genannten Höchstbeträge bei Ablauf dieser Frist nicht erreicht hatten, hat sich die Geltungsdauer automatisch um sechs Monate verlängert.

Die Europäische Investitionsbank soll das kommerzielle Risiko bei ihren Darlehen nach Möglichkeit zu 30 % durch nichtstaatliche Garantien abdecken. Dieser Prozentsatz sollte erhöht werden, sofern der Markt dies zulässt.

Aufgrund des Beschlusses 2005/47/EG wurde zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 30. August 2005 in Brüssel bzw. am 2. September 2005 in Luxemburg ein abgeänderter Garantieübernahmevertrag unterzeichnet, dem zufolge die gewährte Garantie auf 65 % des bereitgestellten Gesamtbetrags, zuzüglich Nebenkosten, begrenzt wird.

Mit dem Beschluss 2006/1016/EG wird eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der Gemeinschaft gewährt. Der Darlehensgesamtbetrag für die Gesamtheit der von dem Beschluss 2006/1016/EG betroffenen Staaten ist auf 27 800 000 000 EUR für den Zeitraum vom 1. Februar 2007 bis zum 31. Dezember 2013 (mit der Möglichkeit einer Verlängerung um sechs Monate) beschränkt. Die Garantie der Gemeinschaft ist auf 65 % begrenzt. Dieser Beschluss wurde ersetzt durch den Beschuss Nr. 633/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

Der Beschluss Nr. 1080/2011/EU, der am 30. Oktober 2011 in Kraft getreten ist, erhöhte den Gesamtbetrag der im Rahmen der EIB-Finanzierungen eröffneten Darlehen und gewährten Garantien von 25 800 000 000 EUR auf 29 484 000 000 EUR (2 000 000 000 EUR zur Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel und 1 684 000 000 EUR für verstärkte EIB-Risikomaßnahmen).

## 4. *Auswirkungen auf den Haushalt*

Seit Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. L 293 vom 12.11.1994, S. 1), tritt der Fonds im Rahmen seiner verfügbaren Mittel bei etwaigen Schuldnerausfällen ein.

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich somit auf:

— jährlich eine Einzahlung in den Fonds oder ausnahmsweise eine Auszahlung aus dem Fonds in Höhe von 9 % der garantierten Transaktionen,

— die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

Der Beschluss Nr. 1080/2011/EU, der am 30. Oktober 2011 in Kraft getreten ist, erhöhte den Gesamtbetrag der im Rahmen der EIB-Finanzierungen eröffneten Darlehen und gewährten Garantien von 25 800 000 000 EUR auf 29 484 000 000 EUR (2 000 000 000 EUR zur Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel und 1 684 000 000 EUR für verstärkte EIB-Risikomaßnahmen).

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

## C. VORAUSSCHÄTZUNGEN FÜR NEUE ANLEIHEN UND DARLEHEN FÜR 2013 UND 2014

Die nachstehende Übersicht enthält ungefähre Angaben zu möglichen neuen Anleihen und Darlehensauszahlungen (mit Garantie aus dem Unionshaushalt) in den Jahren 2013 und 2014.

### Anleihen und Darlehensauszahlungen in den Jahren 2013 und 2014

*(Mio. EUR)*

| Instrument | 2013 | 2014 |
|---|---|---|
| A. *Unionsanleihen und Euratom-Anleihen/Darlehen mit Garantie aus dem Unionshaushalt* | | |
| 1. Finanzhilfen der Union für Drittländer | | |
| Beschlossene oder geplante Vorhaben | | |
| Bosnien und Herzegowina | 100 | 0 |
| Jordanien | 0 | 180 |
| Kirgisistan | 0 | 15 |
| Tunesien | | 170 |
| Ukraine | 0 | 610 |
| *Zwischensumme MFH* | *100* | *975* |
| 2. Euratom-Darlehen | 0 | 100 |
| 3. Zahlungsbilanz | 0 | 1 000 |
| 4. Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) | | |
| Irland | | Keine weiteren |
| Portugal | | Auszahlungen |
| *Zwischensumme EFSM* | | |
| **Zwischensumme A** | **100** | **2 075** |
| B. *Darlehen der Europäischen Investitionsbank mit Garantie aus dem Unionshaushalt* | | |
| 1. Beitrittswillige Länder | 800 | 840 |
| 2. Mittelmeer | 869 | 990 |
| 3. Osteuropa, Südkaukasus und Russland | 730 | 1 000 |
| 4. Asien und Lateinamerika | 425 | 550 |
| 5. Republik Südafrika | 60 | 160 |
| 6. Klimawandel | 10 | 370 |
| **Zwischensumme B** | **2 894** | **3 910** |
| **Gesamtbetrag** | **2 994** | **5 985** |

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

## D. LAUFENDE KAPITALTRANSAKTIONEN UND SCHULDENDIENST

### ÜBERSICHT 1 — AUFGENOMMENE ANLEIHEN

**Kapitaltransaktionen und Verwaltung der Anleihen**

*(Mio. EUR)*

| Instrument und Jahr der Unterzeichnung | Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung | Ursprünglicher bis 31. Dezember 2012 vereinnahmter Betrag | Ausstehender Betrag zum 31. Dezember 2012 | Tilgung | | Ausstehender Betrag zum 31. Dezember | | Zinsen | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | 2013 | 2014 | 2013 | 2014 | 2013 | 2014 | 2015 |
| 1. *Euratom* | | | | | | | | | | |
| 1977 | 95,3 | 23,2 | | | | | | | | |
| 1978 | 70,8 | 45,3 | | | | | | | | |
| 1979 | 151,6 | 43,6 | | | | | | | | |
| 1980 | 183,5 | 74,3 | | | | | | | | |
| 1981 | 360,4 | 245,3 | | | | | | | | |
| 1982 | 354,6 | 249,5 | | | | | | | | |
| 1983 | 366,9 | 369,8 | | | | | | | | |
| 1984 | 183,7 | 207,1 | | | | | | | | |
| 1985 | 208,3 | 179,3 | | | | | | | | |
| 1986 | 575,0 | 445,8 | | | | | | | | |
| 1987 | 209,6 | 329,8 | | | | | | | | |
| 1988 | | | | | | | | | | |
| 1989 | | | | | | | | | | |
| 1990 | | | | | | | | | | |
| 1991 | | | | | | | | | | |
| 1992 | | | | | | | | | | |
| 1993 | | | | | | | | | | |
| 1994 | | | | | | | | | | |
| 1995 | | | | | | | | | | |
| 1996 | | | | | | | | | | |
| 1997 | | | | | | | | | | |
| 1998 | | | | | | | | | | |
| 1999 | | | | | | | | | | |
| 2000 | | | | | | | | | | |
| 2001 | 40,0 | 40,0 | 36,0 | 4,0 | 4,0 | 32,0 | 28,0 | 2,0 | 1,8 | 1,6 |
| 2002 | 40,0 | 40,0 | 24,3 | 4,0 | 4,0 | 20,3 | 16,3 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 2003 | 25,0 | 25,0 | 13,7 | 2,5 | 2,5 | 11,2 | 8,7 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 2004 | 65,0 | 65,0 | 46,7 | 6,5 | 6,5 | 40,2 | 33,7 | 0,3 | 0,2 | 0,1 |
| 2005 | 215,0 | 215,0 | 215,0 | 11,6 | 13,1 | 203,4 | 190,3 | 1,0 | 0,8 | 0,7 |
| 2006 | 51,0 | 51,0 | 51,0 | 1,3 | 2,5 | 49,7 | 47,2 | 0,3 | 0,2 | 0,2 |
| 2007 | 39,0 | 39,0 | 21,5 | 3,9 | 3,9 | 17,6 | 13,7 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 2008 | 15,8 | 15,8 | 9,8 | 1,8 | 1,8 | 8,0 | 6,2 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 2009 | 6,9 | 6,9 | 5,0 | 1,0 | 1,0 | 4,0 | 3,0 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 2010 | | | | | | | | | | |
| 2011 | | | | | | | | | | |
| 2012 | | | | | | | | | | |
| *Insgesamt* | *3 257,4* | *2 710,7* | *423,0* | *36,6* | *39,3* | *386,4* | *347,1* | *4,2* | *3,3* | *2,9* |

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

*(Mio. EUR)*

| Instrument und Jahr der Unterzeichnung | Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung | Ursprünglicher bis 31. Dezember 2012 vereinnahmter Betrag | Ausstehender Betrag zum 31. Dezember 2012 | Tilgung | | Ausstehender Betrag zum 31. Dezember | | Zinsen | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | 2013 | 2014 | 2013 | 2014 | 2013 | 2014 | 2015 |
| 2. *Zahlungsbilanz* | | | | | | | | | | |
| 2008 | 2 000,0 | 2 000,0 | 0 | | | | | | | |
| 2009 | 7 200,0 | 7 200,0 | 7 200,0 | | 3 000,0 | 7 200,0 | 4 200,0 | 285,6 | 285,6 | 189,4 |
| 2010 | 2 850,0 | 2 850,0 | 2 850,0 | | | 2 850,0 | 2 850,0 | 33,1 | 33,1 | 33,1 |
| 2011 | 1 350,0 | 1 350,0 | 1 350,0 | | | 1 350,0 | 1 350,0 | 43,7 | 43,7 | 43,7 |
| 2012 | | | | | | | | | | |
| *Insgesamt* | *13 400,0* | *13 400,0* | *11 400,0* | *0* | *3 000,0* | *11 400,0* | *8 400,0* | *362,4* | *362,4* | *362,4* |
| 3. *Makro-Finanzhilfe (MFH) für Drittländer und Nahrungsmittelhilfe für Länder der ehemaligen Sowjetunion* | | | | | | | | | | |
| 1990 | 350,0 | 350,0 | | | | | | | | |
| 1991 | 945,0 | 945,0 | | | | | | | | |
| 1992 | 1 671,0 | 1 671,0 | | | | | | | | |
| 1993 | 659,0 | 659,0 | | | | | | | | |
| 1994 | 400,0 | 400,0 | | | | | | | | |
| 1995 | 410,0 | 410,0 | | | | | | | | |
| 1996 | 155,0 | 155,0 | | | | | | | | |
| 1997 | 445,0 | 445,0 | 0 | 0 | | 0 | | 0 | 0 | 0 |
| 1998 | 153,0 | 153,0 | 3,0 | 3,0 | 0 | 0 | 0 | 0,1 | 0 | 0 |
| 1999 | 108,0 | 108,0 | 4,0 | 2,0 | 2,0 | 2,0 | 0 | 0,1 | 0,1 | 0 |
| 2000 | 160,0 | 160,0 | | | | | | | | |
| 2001 | 80,0 | 80,0 | 32,0 | 16,0 | 8,0 | 16,0 | 8,0 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 2002 | 12,0 | 12,0 | 12,0 | 2,4 | 2,4 | 9,6 | 7,2 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 2003 | 78,0 | 78,0 | 40,5 | 12,5 | 5,6 | 28,0 | 22,4 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 2004 | 10,0 | 10,0 | 10,0 | | | 10,0 | 10,0 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 2005 | | | | | | | | | | |
| 2006 | 19,0 | 19,0 | 19,0 | | | 19,0 | 19,0 | 0,8 | 0,8 | 0 |
| 2007 | | | | | | | | | | |
| 2008 | | | | | | | | | | |
| 2009 | 25,0 | 25,0 | 25,0 | | 25,0 | 25,0 | 0 | 0,8 | 0,8 | 0,8 |
| 2010 | | | | | | | | | | |
| 2011 | 406,0 | 406,0 | 361,0 | 45,0 | 53,0 | 316,0 | 263 | 7,0 | 6,7 | 6,3 |
| 2012 | 39,0 | 39,0 | 39,0 | | | 39,0 | 39,0 | 1,2 | 1,2 | 1,2 |
| *Insgesamt* | *6 125,0* | *6 125,0* | *545,5* | *80,9* | *96,0* | *464,6* | *368,6* | *9,5* | *9,0* | *7,8* |
| 4. *EFSM* | | | | | | | | | | |
| 2011 | 28 000 | 28 000 | 28 000 | | | 28 000 | 28 000 | 816,0 | 816,0 | 816,0 |
| 2012 | 15 800 | 15 800 | 15 800 | | | 15 800 | 15 800 | 497,7 | 489,9 | 489,9 |
| *Insgesamt* | *43 800* | *43 800* | *43 800* | | | *43 800* | *43 800* | *1 313,7* | *1 305,9* | *1 305,9* |

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

## ÜBERSICHT 2 — AUFGENOMMENE ANLEIHEN

### Kapitaltransaktionen und Verwaltung der Anleihen

*(Mio. EUR)*

| Instrument und Jahr der Unterzeichnung | Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung | Ursprünglicher bis 31. Dezember 2012 vereinnahmter Betrag | Ausstehender Betrag zum 31. Dezember 2012 | Tilgung | | Ausstehender Betrag zum 31. Dezember | | Zinsen | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | 2013 | 2014 | 2013 | 2014 | 2013 | 2014 | 2015 |
| 1. *Euratom* | | | | | | | | | | |
| 1977 | 98,3 | 119,4 | | | | | | | | |
| 1978 | 72,7 | 95,9 | | | | | | | | |
| 1979 | 152,9 | 170,2 | | | | | | | | |
| 1980 | 183,5 | 200,7 | | | | | | | | |
| 1981 | 362,3 | 430,9 | | | | | | | | |
| 1982 | 355,4 | 438,5 | | | | | | | | |
| 1983 | 369,1 | 400,1 | | | | | | | | |
| 1984 | 205,0 | 248,7 | | | | | | | | |
| 1985 | 337,8 | 389,5 | | | | | | | | |
| 1986 | 594,4 | 500,9 | | | | | | | | |
| 1987 | 674,6 | 900,9 | | | | | | | | |
| 1988 | 80,0 | 70,2 | | | | | | | | |
| 1989 | | | | | | | | | | |
| 1990 | | | | | | | | | | |
| 1991 | | | | | | | | | | |
| 1992 | | | | | | | | | | |
| 1993 | | | | | | | | | | |
| 1994 | 48,5 | 47,4 | | | | | | | | |
| 1995 | | | | | | | | | | |
| 1996 | | | | | | | | | | |
| 1997 | | | | | | | | | | |
| 1998 | | | | | | | | | | |
| 1999 | | | | | | | | | | |
| 2000 | | | | | | | | | | |
| 2001 | 40,0 | 40,0 | 36,0 | 4,0 | 4,0 | 32,0 | 28,0 | 2,0 | 1,8 | 1,6 |
| 2002 | 40,0 | 40,0 | 24,3 | 4,0 | 4,0 | 20,3 | 16,3 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 2003 | 25,0 | 25,0 | 13,7 | 2,5 | 2,5 | 11,2 | 8,7 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 2004 | 65,0 | 65,0 | 46,7 | 6,5 | 6,5 | 40,2 | 33,7 | 0.3 | 0,2 | 0,1 |
| 2005 | 215,0 | 215,0 | 215,0 | 11,6 | 13,1 | 203,4 | 190,3 | 1,0 | 0,8 | 0,7 |
| 2006 | 51,0 | 51,0 | 51,0 | 1,3 | 2,5 | 49,7 | 47,2 | 0,3 | 0,2 | 0,2 |
| 2007 | 39,0 | 39,0 | 21,5 | 3,9 | 3,9 | 17,6 | 13,7 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 2008 | 15,8 | 15,8 | 9,8 | 1,8 | 1,8 | 8,0 | 6,2 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 2009 | 6,9 | 6,9 | 5,0 | 1,0 | 1,0 | 4,0 | 3,0 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 2010 | | | | | | | | | | |
| 2011 | | | | | | | | | | |
| 2012 | | | | | | | | | | |
| *Insgesamt* | *4 040,2* | *4 511,0* | *423,0* | *36,6* | *39,3* | *386,4* | *347,1* | *4,2* | *3,3* | *2,9* |

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

*(Mio. EUR)*

| Instrument und Jahr der Unterzeichnung | Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung | Ursprünglicher bis 31. Dezember 2012 vereinnahmter Betrag | Ausstehender Betrag zum 31. Dezember 2012 | Tilgung | | Ausstehender Betrag zum 31. Dezember | | Zinsen | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | 2013 | 2014 | 2013 | 2014 | 2013 | 2014 | 2015 |
| 2. *Zahlungsbilanz* | | | | | | | | | | |
| 2008 | 2 000,0 | 2 000,0 | 0 | | | | | | | |
| 2009 | 7 200,0 | 7 200,0 | 7 200,0 | | 3 000,0 | 7 200,0 | 4 200,0 | 285,6 | 285,6 | 189,4 |
| 2010 | 2 850,0 | 2 850,0 | 2 850,0 | | | 2 850,0 | 2 850,0 | 33,1 | 33,1 | 33,1 |
| 2011 | 1 350,0 | 1 350,0 | 1 350,0 | | | 1 350,0 | 1 350,0 | 43,7 | 43,7 | 43,7 |
| 2012 | | | | | | | | | | |
| *Insgesamt* | *13 400,0* | *13 400,0* | *11 400,—* | *0* | *3 000,0* | *11 400,0* | *8 400,0* | *362,4* | *362,4* | *362,4* |
| 3. *Makro-Finanzhilfe (MFH) für Drittländer und Nahrungsmittelhilfe für Länder der ehemaligen Sowjetunion* | | | | | | | | | | |
| 1990 | 350,0 | 350,0 | | | | | | | | |
| 1991 | 945,0 | 945,0 | | | | | | | | |
| 1992 | 1 671,0 | 1 671,0 | | | | | | | | |
| 1993 | 659,0 | 659,0 | | | | | | | | |
| 1994 | 400,0 | 400,0 | | | | | | | | |
| 1995 | 410,0 | 410,0 | | | | | | | | |
| 1996 | 155,0 | 155,0 | | | | | | | | |
| 1997 | 445,0 | 195,0 | 0 | | | | | | | |
| 1998 | 153,0 | 403,0 | 3,0 | 3,0 | | 0 | 0 | 0,1 | 0 | 0 |
| 1999 | 108,0 | 108,0 | 4,0 | 2,0 | 2,0 | 2 | 0 | 0,1 | 0,1 | 0 |
| 2000 | 160,0 | 160,0 | | | | | | | | |
| 2001 | 305,0 | 305,0 | 212,0 | 61 | 53 | 151,0 | 98,0 | 0,8 | 0,5 | 0,3 |
| 2002 | 12,0 | 12,0 | 12,0 | 2,4 | 2,4 | 9,6 | 7,2 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 2003 | 118,0 | 118,0 | 80,5 | 12,5 | 13,6 | 68,0 | 54,4 | 1,6 | 1,5 | 1,2 |
| 2004 | 10,0 | 10,0 | 10,0 | | | 10,0 | 10,0 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 2005 | 15,0 | 15,0 | 15,0 | | | 15,0 | 15,0 | 0,6 | 0,6 | 0,6 |
| 2006 | 19,0 | 19,0 | 19,0 | | | 19,0 | 19,0 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 2007 | | | | | | | | | | |
| 2008 | | | | | | | | | | |
| 2009 | 25,0 | 25,0 | 25,0 | | 25,0 | 25,0 | 0 | 0,8 | 0,8 | |
| 2010 | | | | | | | | | | |
| 2011 | 126,0 | 126,0 | | | | 126,0 | 126,0 | 4,3 | 4,3 | 4,3 |
| 2012 | 39,0 | 39,0 | 39,0 | | | 39,0 | 39,0 | 1,2 | 1,2 | 1,2 |
| *Insgesamt* | *6 125,0* | *6 125,0* | *545,5* | *80,9* | *96,0* | *464,6* | *368,6* | *9,5* | *9,0* | *7,8* |
| 4. *EFSM* | | | | | | | | | | |
| 2011 | 28 000 | 28 000 | 28 000 | | | 28 000 | 28 000 | 816,0 | 816,0 | 816,0 |
| 2012 | 15 800 | 15 800 | 15 800 | | | 15 800 | 15 800 | 497,7 | 489,9 | 489,9 |
| *Insgesamt* | *43 800* | *43 800* | *43 800* | | | *43 800* | *43 800* | *1 313,7* | *1 305,9* | *1 305,9* |

KOMMISSION

*ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN — ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM UNIONSHAUSHALT*

## Technische Anmerkungen zu den Übersichten

Wechselkurs: Die Beträge in Spalte 2 „Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung“ werden zu den zum Zeitpunkt der Unterzeichnung geltenden Wechselkursen umgerechnet. Bei Refinanzierungen sind in der Übersicht 1 sowohl die ursprüngliche Transaktion (z. B. im Jahr 1979) als auch die Ersatztransaktion (z. B. im Jahr 1986) aufgeführt. Der Betrag der Ersatztransaktion wird zu dem bei der ursprünglichen Transaktion geltenden Wechselkurs umgerechnet. Die daraus entstehende Doppelrechnung wirkt sich auf die jährlichen Zahlen aus, bleibt aber in der Gesamtsumme unberücksichtigt.

Alle anderen Beträge werden zum am 31. Dezember 2012 geltenden Wechselkurs umgerechnet.

Spalte 3 „Ursprünglicher bis 31. Dezember 2012 vereinnahmter/ausgezahlter Betrag“: Beispiel: Die Angabe für das Jahr 1986 entspricht der Gesamtsumme aller Beträge, die bis zum 31. Dezember 2012 aus 1986 unterzeichneten Darlehen (Übersicht 1) und Refinanzierungen vereinnahmt worden sind (daher eine gewisse Doppelrechnung).

Spalte 4 „Ausstehender Betrag zum 31. Dezember 2012“: Nettozahlen ohne Doppelrechnung aufgrund von Refinanzierungen. Diese Zahlen errechnen sich durch Abzug des Gesamtbetrags der bis zum 31. Dezember 2012 vorgenommenen Tilgungen einschließlich der Refinanzierungstilgungen (Summen in den Übersichten nicht ausgewiesen) von dem Betrag in Spalte 3.

Spalte 7 = Spalte 4 – Spalte 5.

Finanzhilfen 2011: nach dem am 9. Februar 2010 von Montenegro unterzeichneten Darlehensvertrag gemäß dem Beschluss 2008/748/EG des Rates vom 2. Oktober 2008 über die getrennte Haftung Montenegros wurde das ursprünglich Serbien und Montenegro gewährte Darlehen mit einem im Jahr 2011 liegenden virtuellen Startdatum reinitiiert, um die Trennung der Länder durchzuführen. Dies erklärt die verschiedenen Beträge zwischen gewährten und aufgenommenen Darlehen, da der Vertrag mit der kreditgebenden Bank nicht geändert wurde.

KOMMISSION

# DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Einleitung

Dieser Anhang wurde gemäß Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe e der Haushaltsordnung erstellt.

Er enthält sowohl Informationen zu den **bestehenden** Finanzierungsinstrumenten (aus der Zeit vor 2014), für die im Haushalt 2013 Mittel für Verpflichtungen und/oder für Zahlungen bereitgestellt werden, als auch zu den **neuen** Finanzierungsinstrumenten (2014 bis 2020), die sich ab 2014 gemäß den Basisrechtsakten oder den vorgeschlagenen Basisrechtsakten im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 auf den Haushalt auswirken werden.

Ausführlichere Informationen zu den Instrumenten sind in der Arbeitsunterlage zu den Finanzierungsinstrumenten zu finden, die gemäß Artikel 38 Absatz 5 der Haushaltsordnung dem Entwurf des Haushaltsplans beigefügt ist.

## Liste der Finanzierungsinstrumente

### Eigenkapitalinstrumente

— Fazilität für wachstumsintensive und innovative KMU (GIF) des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP),

— Eigenkapital-Fazilität für die Wachstumsphase im Rahmen des Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (COSME) — 2014 bis 2020,

— Beteiligungskapital-Fazilität (Frühphasenkapital) für Forschung und Innovation des Rahmenprogramms Horizont 2020-2014 bis 2020,

— Beteiligungskapitalinstrument der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) — 2014 bis 2020.

### Bürgschaftsinstrumente

— KMU-Bürgschaftsfazilität (SMEG07) des CIP — Vor 2014,

— Europäisches Progress-Mikrofinanzierungsbürgschaftsinstrument (EPMF-G) — Vor 2014,

— Kreditbürgschaftsfazilität des Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (COSME) — 2014 bis 2020,

— Europäisches Progress-Mikrofinanzierungsinstrument des Programms für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) — 2014 bis 2020,

— Bürgschaftsfazilität für die Kultur- und Kreativbranche (Programm „Kreatives Europa“) — 2014 bis 2020,

— Garantiefazilität für Studiendarlehen (Programm „Erasmus+“) — 2014 bis 2020.

### Risikoteilungsinstrumente

— Fazilität für Finanzierungen auf Risikoteilungsbasis (RSFF) des Siebten Rahmenprogramms — Vor 2014,

— Kreditgarantieinstrument (LGTT) — Vor 2014,

— Projektanleiheninitiative (PBI) — Vor 2014,

— Fazilität „EU-Darlehen und Garantien für Forschung und Innovation“ des Rahmenprogramms Horizont 2020-2014 bis 2020,

— Risikoteilungsinstrument der CEF (Kreditrisiken und Projektanleihen) — 2014 bis 2020.

### Zweckgebundene Anlageinstrumente

— Europäisches Progress-Mikrofinanzierungsinstrument FCP-FIS (EPMF FCP-FIS) — Vor 2014,

— Europäischer Fonds 2020 für Energie, Klimaschutz und Infrastruktur („Fonds Marguerite“) — Vor 2014,

— Europäischer Energieeffizienzfonds (EEEF) — Vor 2014.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Außenpolitische Instrumente (nicht ausschließlich aus dem Europäischen Entwicklungsfonds finanziert)

### Regionale Einrichtungen

— Nachbarschaft (NIF),

— Fazilität für Zentralasien (IFCA) und Asian Investment Facility (AIF),

— Lateinamerika Investitionsbank (LAIF).

### Zusätzliche Einrichtungen

— Unterstützung der Einrichtung für Euro-mediterranen Investitionspartnerschaft (FEMIP),

— Globale Energieeffizienz und Erneuerbare Energien Fonds (GEEREF).

### Finanzierungsinstrumente in den Erweiterungsländern

### Türkei

— Risikokapitalprojekt für Anatolien,

— Bürgschaftsfazilität für Anatolien.

### Westlicher Balkan

— Bürgschaftsfazilität im Rahmen der Fazilität für Unternehmensentwicklung und Innovation im westlichen Balkan,

— Fonds für Unternehmensentwicklung (ENEF) im Rahmen der Fazilität für Unternehmensentwicklung und Innovation im westlichen Balkan,

— Fonds für Unternehmensinnovation (ENIF) im Rahmen der Fazilität für Unternehmensentwicklung und Innovation im westlichen Balkan,

— Westbalkan Investitionsbank (WBIF) — (Rahmen für die aktuellen und zukünftigen Finanzinstrumente).

### Unterstützung des Privatsektors (Krisenbewältigungspaket)

— Fazilität zur Unterstützung der Privatsektors in der Türkei,

— Fazilität zur Unterstützung des Privatsektors in den westlichen Balkanstaaten.

### Sonstige

— Europäischer Fonds für Südosteuropa (EFSE),

— Green for Growth Fund (GGF),

— KMU-Fazilität zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung in der Türkei.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Finanzinformationen über die Finanzierungsinstrumente

## Eigenkapitalinstrumente

## Fazilität für wachstumsintensive und innovative KMU (GIF) des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP)

### *i) Angaben zum Basisrechtsakt*

Beschluss Nr. 1639/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 15).

### *ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen*

Artikel 01 04 04 — Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation — Programm für unternehmerische Initiative und Innovation (Eingliederungsplan 2013).

Artikel 01 04 51 — Abschluss früherer Programme im Bereich kleine und mittlere Unternehmen (KMU) (aus der Zeit vor 2014) (Eingliederungsplan 2014).

### *iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt*

Die Finanzierungsinstrumente sind Teil des Programms für unternehmerische Initiative und Innovation (EIP), eines der drei spezifischen Programme des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) [1].

Das Gesamtziel der Finanzierungsinstrumente des CIP ist die Verbesserung der Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der Gründungs- und Wachstumsphase zur Unterstützung ihrer Innovationen, einschließlich der Öko-Innovationen. Dies geschieht durch Erhöhung des Investitionsvolumens von Risikokapitalfonds und anderer Investitionsinstrumente.

Die Fazilität für wachstumsintensive und innovative KMU (GIF) wird im Auftrag der Kommission vom Europäischen Investitionsfonds (EIF) verwaltet. Sie soll die Verfügbarkeit von Beteiligungskapital für innovative KMU in der Startphase (GIF1) und in der Expansionsphase (GIF2) verbessern. Investitionsvorschläge von Finanzintermediären werden auf der Grundlage einer Benachrichtigung über die Umsetzung ausgewählt (ABl. C 302 vom 14.12.2007, S. 8).

Die Geltungsdauer der Mittelbindungen für die GIF endet am 31.12.2013, doch die Instrumente werden bis zu ihrer Abwicklung nach 2026 weiterbestehen.

Insgesamt waren für die Finanzierungsinstrumente des CIP für den gesamten Zeitraum 2007-2013 1,13 Mrd. EUR vorgesehen; davon sollten ursprünglich 620 Mio. EUR auf die GIF (einschließlich Öko-Innovationen) und 510 Mio. EUR auf die KMU-Bürgschaftsfazilität entfallen.

### *iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt*

Die Mittelbindungen für die GIF für 2013 belaufen sich auf 103 Mio. EUR.

Es wird erwartet, dass die Hebelwirkung der GIF bei 5 liegt, d. h. dass sich die Mittelbindungen für 2013 voraussichtlich in Form von etwa 515 Mio. EUR Beteiligungskapital für wachstumsintensive und innovative KMU auf die Gesamtwirtschaft auswirken wird.

[1] Beschluss Nr. 1639/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 15).

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

# Eigenkapital-Fazilität für die Wachstumsphase im Rahmen des Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (COSME) — 2014 bis 2020

***i) Angaben zum Basisrechtsakt***

Verordnung (EU) Nr. 1287/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über ein Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (COSME) (2014-2020) (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 33).

***ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen***

Artikel 02 02 02 — Verbesserung des Zugangs von KMU zu Finanzmitteln in Form von Eigen- und Fremdkapital (Eingliederungsplan 2014).

***iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt***

Der Schwerpunkt der Eigenkapital-Fazilität für die Wachstumsphase (EFG) liegt auf Fonds, die Unternehmen in der Expansions- und Wachstumsphase, insbesondere grenzüberschreitend tätigen Unternehmen, Risiko- und Mezzaninekapital zur Verfügung stellen, wie z. B. nachrangige oder Beteiligungsdarlehen; zugleich sind in Verbindung mit der Beteiligungskapital-Fazilität für Forschung und Innovation (FuI) im Rahmen von Horizont 2020 Investitionen in Unternehmen in der Anfangsphase möglich.

Im letzteren Fall überschreiten die Investitionen aus der EFG nicht 20 % der gesamten Investitionen der Union, außer bei mehrstufigen Fonds und Dachfonds, bei denen die Finanzierung aus der EFG und der Beteiligungskapital-Fazilität für FuI anteilmäßig geleistet wird, je nach der Investitionspolitik des Fonds.

Die EFG kann eine Startfinanzierung, individuelle Investoren („angel funding“) und eigenkapitalähnliche Mittel umfassen, nicht jedoch das Ausschlachten von Unternehmen („asset stripping“). Die Kommission kann beschließen, angesichts sich ändernder Marktbedingungen die 20 %-Schwelle zu ändern.

Die Unterstützung wird in Form einer der folgenden Arten von Investitionen geleistet:

a) direkt durch den Europäischen Investitionsfonds (EIF) oder andere im Namen der Kommission mit der Durchführung betrauten Einrichtungen oder

b) durch grenzüberschreitend investierende Dachfonds oder Investitionsinstrumente, die vom EIF oder anderen im Namen der Kommission mit der Durchführung betrauten Einrichtungen mit privaten Investoren und/oder nationalen öffentlichen Finanzinstituten eingerichtet werden.

Das übergeordnete politische Ziel ist es, den Zugang zu Risikokapital zu verbessern, für das in Europa erhebliche Marktlücken bestehen, und die Entwicklung eines europaweiten Risikokapitalmarktes zu fördern. Um Letzteres zu erreichen, wird der Schwerpunkt auf Risikokapitalfonds gelegt, die grenzübergreifend investieren.

Mit der Durchführung der unter a) genannten direkten Investitionen wird der EIF in Luxemburg betraut, vorbehaltlich eines erfolgreichen Abschlusses einer Übertragungsvereinbarung mit der Kommission.

Die mit der betrauten Einrichtung zu unterzeichnende Übertragungsvereinbarung wird gewährleisten, dass die Eigenkapital-Fazilität für die Wachstumsphase für zahlreiche Finanzintermediäre zugänglich ist, vorausgesetzt, dass diese professionell und unabhängig verwaltet werden und fähig sind, KMU in der Wachstumsphase erfolgreich zu unterstützen.

In technischer Hinsicht werden die betrauten Einrichtungen angewiesen, zu gleichen Bedingungen (pari passu) wie andere private und öffentliche Investoren zu investieren. Die Endadressaten sind KMU aller Größenordnungen und aus allen Branchen.

Die Laufzeit des Eigenkapitalinstruments wird spätestens 2035 enden (bis die letzten Vorgänge abgewickelt sind). Für den gesamten Programmzeitraum werden voraussichtlich 663 Mio. EUR bereitgestellt.

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Voraussichtliche Mittelausstattung für 2014: 62 Mio. EUR.

Die im COSME-Programm angegebene Hebelwirkung beträgt 4 bis 6 für die Gesamtlaufzeit des Programms.

Der Zielhebel entspräche mobilisierten Risikokapitalinvestitionen in Höhe von insgesamt 250 Mio. EUR bis 370 Mio. EUR für den Haushalt 2014.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

# Beteiligungskapital-Fazilität (Frühphasenkapital) für Forschung und Innovation des Rahmenprogramms Horizont 2020-2014 bis 2020

## *i) Angaben zum Basisrechtsakt*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

Beschluss des Rates 2013/743/EU vom 3. Dezember 2013 über das spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965).

## *ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen*

Posten 02 04 02 02 — Verbesserter Zugang zur Risikofinanzierung für Investitionen in Forschung und Innovation (Eingliederungsplan 2014).

## *iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt*

Eine Beteiligungskapital-Fazilität für FuI auf Unionsebene ist notwendig, um bei Investitionen im Früh- und Wachstumsstadium die Verfügbarkeit von Beteiligungsfinanzierungen zu verbessern und der Entwicklung des Risikokapitalmarkts der Union einen Schub zu geben.

Angestrebt werden die Überwindung der Defizite des Risikokapitalmarkts der Union und die Bereitstellung von Beteiligungskapital und Quasi-Beteiligungskapital zur Deckung des Entwicklungs- und Finanzierungsbedarfs innovativer Unternehmen — von der Gründung bis zum Wachstum und zur Expansion.

Die Beteiligungskapital-Fazilität konzentriert sich auf Frühphasen-Risikokapitalfonds, mit denen einzelnen Portfolio-Unternehmen Risikokapital und Quasi-Beteiligungskapital (einschließlich Mezzanine-Kapital) zur Verfügung gestellt wird. Die Fazilität bietet auch die Möglichkeit für Investitionen in der Expansions- und Wachstumsphase in Verbindung mit der Eigenkapital-Fazilität für die Wachstumsphase des Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und KMU (COSME), um eine kontinuierliche Unterstützung von der Gründung bis zur Expansion der Unternehmen zu gewährleisten.

In letzterem Fall dürfen die Investitionen aus der Beteiligungskapital-Fazilität für FuI 20 % der gesamten Unionsinvestitionen nicht übersteigen, außer bei mehrstufigen Fonds, bei denen die Finanzierung aus der EFG und der Beteiligungskapital-Fazilität für FuI anteilmäßig geleistet wird, je nach der Investitionspolitik des Fonds. Wie die EFG soll auch die Beteiligungskapital-Fazilität Buy-outs oder Ersatzfinanzierungen zur Zerschlagung übernommener Unternehmen vermeiden.

Das übergeordnete politische Ziel ist es, den Zugang zu Risikokapital zu verbessern, für das in Europa erhebliche Marktlücken bestehen, und die Entwicklung eines europaweiten Risikokapitalmarktes zu fördern.

Im Hinblick auf den Mehrwert auf Ebene der Union wird die Beteiligungskapital-Fazilität für FuI nationale Systeme ergänzen, die sich nicht auf grenzüberschreitende FuI-Investitionen erstrecken. Die Anschubunterstützung wird auch einen Demonstrationseffekt haben, von dem öffentliche und private Investoren europaweit profitieren werden. In der Wachstumsphase ist es nur auf Unionsebene möglich, den notwendigen Umfang und eine massive Beteiligung privater Investoren zu erreichen, die für einen funktionierenden und selbsttragenden Risikokapitalmarkt unerlässlich sind.

Mit der Durchführung der direkten Investitionen im Rahmen dieser Fazilität wird der Europäische Investitionsfonds (EIF) in Luxemburg, betraut werden.

Die mit der betrauten Einrichtung zu unterzeichnende Übertragungsvereinbarung wird gewährleisten, dass die Beteiligungskapital-Fazilität für FuI in der Frühphase für zahlreiche Finanzintermediäre zugänglich ist, vorausgesetzt, dass diese professionell und unabhängig verwaltet werden und fähig sind, KMU in der Früh- und Wachstumsphase erfolgreich zu unterstützen.

In technischer Hinsicht werden die betrauten Einrichtungen angewiesen, zu gleichen Bedingungen (pari passu) wie andere private und öffentliche Investoren zu investieren. Die Endadressaten sind Unternehmen in der Frühphase (insbesondere KMU oder kleine Unternehmen mit mittlerer Kapitalausstattung) aus allen Branchen.

Die Laufzeit des Beteiligungskapitalinstruments wird spätestens 2035 enden (bis die letzten Vorgänge abgewickelt sind).

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Geplante Haushaltsverteilung für 2014: 40 Mio. EUR

Die geplante Hebelwirkung der Beteiligungskapital-Fazilität des Rahmenprogramms Horizont 2020 wird bei etwa 4 bis 6 liegen, je nach Art der Investitionen und Form der Zusammenarbeit mit Risikokapitalfonds und/oder Wissenstransfer-Investoren.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Beteiligungskapitalinstrument der Fazilität „Connecting Europe" (CEF) — 2014 bis 2020

### *i) Angaben zum Basisrechtsakt*

Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe" (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 129).

### *ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen*

Das Instrument wird unter die folgenden Haushaltslinien fallen (Eingliederungsplan 2014):

— Posten 06 02 01 05 — Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen in Verkehrsinfrastrukturprojekte,

— Artikel 09 03 02 — Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen in Telekommunikationsinfrastrukturprojekte,

— Posten 32 02 01 04 — Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen in Energieprojekte.

### *iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt*

*Finanzierungsinstrumente der CEF.*

Mit den Finanzierungsinstrumenten der Fazilität „Connecting Europe" soll durch Nutzung der Unionsmittel als Hebel der Zugang von Infrastrukturvorhaben zu Projekt- und Unternehmensfinanzierungen erleichtert werden. Sie sollen dazu beitragen, Vorhaben von gemeinsamem Interesse zu finanzieren, die einen deutlichen Mehrwert der Union erbringen, und die stärkere Beteiligung des Privatsektors an der langfristigen Finanzierung solcher Vorhaben in den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation, einschließlich Breitbandnetze, erleichtern.

Sie werden Projekten mit mittel- bis langfristigem Finanzbedarf zugutekommen und größere Vorteile hinsichtlich Marktwirkung, Verwaltungseffizienz und Ressourcennutzung erbringen.

Zusätzlich wird den Akteuren des Infrastruktursektors wie Kreditgebern, Behörden, Infrastrukturbetreibern, Bauunternehmen und Betreibern mit diesen Instrumenten ein kohärentes, marktorientiertes Instrumentarium der finanziellen Unterstützung durch die Union an die Hand gegeben.

Beteiligungskapitalinstrument der CEF: Mit dem Beteiligungskapitalinstrument der CEF wird die Überwindung der Defizite der Kapitalmärkte der Union durch die Bereitstellung von Beteiligungskapital und Quasi-Beteiligungskapitalinvestitionen für europäische Projekte angestrebt.

Die Höhe des Beitrags der Union ist wie folgt begrenzt:

— 33 % des Zielvolumens des Beteiligungsfonds oder

— die Koinvestition der Union in ein Vorhaben darf 30 % des gesamten Eigenkapitals eines Unternehmens nicht übersteigen.

Mit der Durchführung sollen Einrichtungen betraut werden, die gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung ausgewählt werden.

Der Beitrag der EU wird verwendet für:

— Kapitalbeteiligungen und

— zur Deckung vereinbarter Gebühren und Kosten im Zusammenhang mit der Einrichtung und Verwaltung des Beteiligungskapitalinstruments, einschließlich seiner Bewertung, die im Einklang mit der Haushaltsordnung und der Marktpraxis festgelegt wurden,

— unmittelbar damit zusammenhängende unterstützende Maßnahmen.

Laufzeit des Beteiligungskapitalinstruments der CEF: Die Mittelbindung für die letzte Tranche des Unionsbeitrags zum Eigenkapitalinstrument der CEF erfolgt spätestens am 31. Dezember 2020. Die tatsächliche Genehmigung der Beteiligungskapitalinvestitionen durch die betrauten Einrichtungen oder die entsprechenden Anlageinstrumente sollte spätestens am 31. Dezember 2022 abgeschlossen sein. Die tatsächliche Abwicklung des Instruments wird wahrscheinlich nach 2032 stattfinden.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Die CEF-Instrumente sind auf Vorhaben von gemeinsamem Interesse mit einem deutlichen Mehrwert der Union in den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation, einschließlich Breitbandnetze ausgerichtet.

Die für dieses Instrument insgesamt zur Verfügung stehenden Unionsmittel sind nach Abschluss der derzeit stattfindenden Ex-ante-Bewertung festzulegen.

Die erwartete Hebelwirkung des Beteiligungskapitalinstruments der CEF — definiert als Gesamtfinanzierung (d. h. die Finanzierung der Union zuzüglich aller Beiträge anderer Investoren) dividiert durch den Finanzbeitrag der Union — wird sich voraussichtlich in einer Größenordnung von durchschnittlich 5 bis10 bewegen und ist abhängig von den Besonderheiten des Marktes.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Bürgschaftsinstrumente

## KMU-Bürgschaftsfazilität (SMEG07) des CIP — Vor 2014

### *i) Angaben zum Basisrechtsakt*

Beschluss Nr. 1639/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 15).

### *ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen*

Artikel 01 04 04 — Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation — Programm für unternehmerische Initiative und Innovation (Eingliederungsplan 2013).

Artikel 01 04 51 — Abschluss früherer Programme im Bereich kleine und mittlere Unternehmen (KMU) (aus der Zeit vor 2014) (Eingliederungsplan 2014).

### *iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt*

Die Finanzierungsinstrumente sind Teil des Programms für unternehmerische Initiative und Innovation (EIP), eines der drei spezifischen Programme des CIP [1].

Das Gesamtziel der Finanzierungsinstrumente des CIP ist die Verbesserung der Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der Gründungs- und Wachstumsphase zur Unterstützung ihrer Innovationen, einschließlich der Öko-Innovationen. Hierzu werden Fremdfinanzierungsmittel für KMU mobilisiert, um den KMU zu mehr Fremdfinanzierung zu verhelfen.

Die KMU-Bürgschaftsfazilität (SMEG) wird im Auftrag der Kommission vom EIF verwaltet. Sie stellt Rück- oder Mitbürgschaften für bestehende Bürgschaftsfazilitäten sowie direkte Bürgschaften für Finanzintermediäre in den förderungsberechtigten Ländern.

Die Frist für die Mittelbindungen für die KMU-Bürgschaftsfazilität endet am 31. Dezember 2013, doch das Instrument wird noch bis zu seiner Abwicklung nach 2026 weiterbestehen.

Insgesamt waren für die Finanzierungsinstrumente des CIP für den gesamten Zeitraum 2007-2013 1,13 Mrd. EUR vorgesehen; davon sollten ursprünglich 620 Mio. EUR auf die GIF und 510 Mio. EUR auf die KMU-Bürgschaftsfazilität entfallen.

### *iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt*

Für 2013 sind für die KMU-Bürgschaftsfazilität Mittelbindungen in Höhe von 134,95 Mio. EUR vorgesehen.

Die KMU-Bürgschaftsfazilität wird voraussichtlich eine Hebelwirkung von 29 haben, d. h. diese Mittelbindung dürfte sich in Form von Kreditvergaben in Höhe von bis zu 3 914 Mio. EUR an begünstigte KMU auf die Gesamtwirtschaft auswirken.

[1] Beschluss Nr. 1639/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 15).

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Europäisches Progress-Mikrofinanzierungsbürgschaftsinstrument (EPMF-G) — Vor 2014

***i) Angaben zum Basisrechtsakt***

Beschluss Nr. 283/2010/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. März 2010 über die Einrichtung eines europäischen Progress-Mikrofinanzierungsinstruments für Beschäftigung und soziale Eingliederung (ABl. L 87 vom 7.4.2010, S. 1).

***ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen***

Artikel 04 04 15 — Europäisches Progress-Mikrofinanzierungsinstrument (Eingliederungsplan 2013).

Artikel 04 03 53 (teilweise) — Abschluss sonstiger Tätigkeiten (Eingliederungsplan 2014).

***iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt***

Mit dem europäischen Progress-Mikrofinanzierungsinstrument werden zwei Ziele verfolgt: Einerseits verbessert es die Verfügbarkeit von Mikrofinanzierung für Personen, die ein eigenes Kleinstunternehmen gründen oder ausbauen oder eine selbständige Tätigkeit aufnehmen möchten, indem es den Anbietern von Mikrofinanzierungen in der Union die Möglichkeit gibt, den Umfang ihrer Darlehensvergabe an diese Personen zu erweitern. Andererseits verbessert es den Zugang zur Mikrofinanzierung, in dem es die Risiken für die Anbieter von Mikrofinanzierungen vermindert. Aufgrund dieses Charakteristikums können die Anbieter von Mikrofinanzierungen Gruppen erreichen, die für Finanzierungen normalerweise nicht in Frage kämen, da die Personen dieser Gruppen keine ausreichenden Sicherheiten stellen könnten oder weil die Zinssätze aufgrund ihres tatsächlichen Risikoprofils sehr hoch sein müssten.

Durch das Instrument werden Unionsmittel bereitgestellt, um den Zugang zur Mikrofinanzierung und ihre Verfügbarkeit zu verbessern für

a) Personen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder deren Arbeitsplatz gefährdet ist oder die Schwierigkeiten mit dem Einstieg oder Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt haben, sowie Personen, die der Gefahr der sozialen Ausgrenzung ausgesetzt sind, oder schutzbedürftige Personen, die bezüglich des Zugangs zum herkömmlichen Kreditmarkt in einer benachteiligten Situation sind und die ein eigenes Kleinstunternehmen gründen oder ausbauen oder eine selbständige Tätigkeit aufnehmen möchten;

b) Kleinstunternehmen, insbesondere der Sozialwirtschaft, und Kleinstunternehmen, die unter Buchstabe a aufgeführte Personen beschäftigen.

Der Finanzbeitrag aus dem Unionshaushalt für das Instrument für den Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2013 beläuft sich auf 105 Mio. EUR, wovon 25 Mio. EUR für das Mikrofinanzbürgschaftsinstrument (EPMF-G) und 80 Mio. für den EPMF-Fonds Commun de Placement — Fonds d'Investissement Spécialisé (EPMF FCP-FIS) vorgesehen sind.

Das europäische Progress-Mikrofinanzierungsinstrument wird — dem Bedarf entsprechend — für folgende Arten von Maßnahmen eingesetzt:

— Garantien (EPMF-G),

— Schuldtitel und Aktien (FCP-FIS),

Unterstützungsmaßnahmen, zum Beispiel Kommunikations-, Überwachungs-, Kontroll-, Prüf- und Bewertungstätigkeiten, die für die wirksame und effiziente Durchführung des Beschlusses Nr. 283/2010/EU und für die Verwirklichung seiner Ziele unmittelbar erforderlich sind.

Das Teilinstrument für Mikrokreditbürgschaften wird bis zum 31. Dezember 2020 uneingeschränkt in Kraft bleiben.

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Die Mittelbindungen für das EPMF-G betragen für 2013 insgesamt 4,1 Mio. EUR.

Das Zielvolumen der Darlehen an begünstigte Kleinstunternehmen wird für das EPMF-Bürgschaftsinstrument mit 47 560 000 EUR veranschlagt (Mittelbindung 2013 in Höhe von 4,1 Mio. EUR; Hebelwirkung von 11,6).

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

# Kreditbürgschaftsfazilität des Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (COSME) — 2014 bis 2020

## *i) Angaben zum Basisrechtsakt*

Verordnung (EU) Nr. 1287/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über ein Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (COSME) (2014-2020) (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 33).

## *ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen*

Artikel 02 02 02 — Verbesserung des Zugangs von KMU zu Finanzmitteln in Form von Eigen- und Fremdkapital (Eingliederungsplan 2014).

## *iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt*

Die Kreditbürgschaftsfazilität wird im Auftrag der Europäischen Kommission vom EIF oder anderen im Namen der Kommission mit der Durchführung betrauten Einrichtungen verwaltet. Diese Fazilität bietet:

— Rückbürgschaften und andere Risikoteilungsvereinbarungen für Bürgschaftssysteme;

— Direktbürgschaften und andere Risikoteilungsvereinbarungen für sämtliche Finanzintermediäre, die die Kriterien für die Förderfähigkeit erfüllen.

Die Kreditbürgschaftsfazilität besteht aus zwei Maßnahmen:

— Maßnahme a: Fremdfinanzierung durch Kredite einschließlich nachrangiger oder Beteiligungsdarlehen oder Leasing für KMU, die besondere Schwierigkeiten haben, an Finanzmittel zu gelangen, weil das mit ihnen verbundene Risiko zu hoch eingeschätzt wird oder weil sie nicht genügend Sicherheiten bieten können;

— Maßnahme b: Verbriefung von KMU-Kredit-Portfolios, um weitere Kredite an KMU zu mobilisieren, die von den fraglichen Instituten bei angemessener Teilung der Risiken bereitgestellt werden. Voraussetzung für die Unterstützung dieser Transaktionen ist die Verpflichtung der Kreditgeber, einen erheblichen Teil der daraus entstehenden Liquidität oder des mobilisierten Kapitals innerhalb eines vertretbaren Zeitraums für die Vergabe neuer Kredite an KMU zu verwenden. Der Umfang dieser neuerlichen Fremdkapitalfinanzierung wird im Verhältnis zum Umfang des gesicherten Portfoliorisikos berechnet und zusammen mit der Laufzeit mit dem jeweiligen Finanzinstitut einzeln ausgehandelt.

Die Kreditbürgschaftsfazilität umfasst, außer bei Darlehen im verbrieften Portfolio, Darlehen bis zur Höhe von 150 000 EUR, die frühestens nach 12 Monaten fällig werden. Die Kreditbürgschaftsfazilität wird so gestaltet, dass eine Berichterstattung über die unterstützten innovativen KMU möglich ist, im Hinblick auf sowohl die Anzahl als auch den Umfang der Darlehen.

Das übergeordnete politische Ziel besteht darin, den Zugang von KMU zu Finanzmitteln zu verbessern, insbesondere von KMU, die nicht an Finanzmittel gelangen können, weil das mit ihnen verbundene Risiko zu hoch eingeschätzt wird oder weil sie nicht genügend Sicherheiten bieten können.

Mit der Verwaltung der Kreditbürgschaftsfazilität wird eine Einrichtung, der Europäische Investitionsfonds (EIF) in Luxemburg, betraut werden, vorbehaltlich des erfolgreichen Abschlusses einer Übertragungsvereinbarung mit der Kommission.

Die mit der betrauten Einrichtung zu unterzeichnende Übertragungsvereinbarung wird gewährleisten, dass die Kreditbürgschaftsfazilität für zahlreiche Finanzintermediäre (Garantiegesellschaften, nationale Förderinstitute, Geschäftsbanken, Genossenschaften usw.) zugänglich ist, die Erfahrungen mit Finanztransaktionen mit KMU haben oder in der Lage sind, Finanztransaktionen mit KMU durchzuführen.

In technischer Hinsicht werden die betrauten Einrichtungen den Finanzintermediären Garantien bieten, die einen Teil der erwarteten Verluste eines Portfolios neuer KMU-Transaktionen abdecken werden.

Die Endadressaten sind KMU aller Größenordnungen und aus allen Branchen. Die Palette der Finanzprodukte, die mit den Bürgschaften unterstützt werden können, wird breit gefächert sein, um Benachteiligungen einzelner KMU vorzubeugen.

Die Laufzeit des Bürgschaftsinstruments wird spätestens 2035 enden (bis die letzten Vorgänge abgewickelt sind). Die von der betrauten Einrichtung zu unterzeichnenden individuellen Bürgschaftsvereinbarungen werden eine Laufzeit von höchstens 10 Jahren haben.

Für den gesamten Programmzeitraum werden voraussichtlich 718,4 Mio. EUR bereitgestellt.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Voraussichtliche Mittelausstattung für 2014: 100 Mio. EUR, davon 60 MIO. EUR als Beitrag zur gemeinsamen Initiative für KMU.

Die im COSME-Programm angegebene Hebelwirkung wird für die Gesamtlaufzeit des Programms bisher mit 20 bis 30 angegeben.

Der Zielhebel entspräche mobilisierten Finanzierungen in Höhe von insgesamt 1,4 Mrd. bis 2,1 Mrd. EUR für den Haushalt 2014.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Europäisches Progress-Mikrofinanzierungsinstrument des Programms für sozialen Wandel und soziale Innovation (PSCI) — 2014 bis 2020

***i) Angaben zum Basisrechtsakt***

Vorschlag für eine Verordnung (EU) Nr. 1296/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über ein Programm der Europäischen Union für Beschäftigung und soziale Innovation (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 238).

***ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen***

Posten 04 03 02 03 — Mikrofinanzierung und soziales Unternehmertum — Erleichterung der Finanzierung von Unternehmen, vor allem arbeitsmarktfernen, sowie Sozialunternehmen (Eingliederungsplan 2014).

***iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt***

Ziel des Instruments ist die Förderung von Beschäftigung und sozialer Eingliederung durch bessere Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Mikrofinanzierungen für sozial schwache Gruppen und für Kleinstunternehmen sowie durch verbesserten Zugang zu Finanzierungsmitteln für Sozialunternehmen.

Neben den allgemeinen Zielen lauten die Einzelziele des Unterprogramms Mikrofinanzierung und soziales Unternehmertum wie folgt:

— Verbesserung des Zugangs zu und der Verfügbarkeit von Mikrofinanzierungen für:

  a) Personen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder Gefahr laufen, ihn zu verlieren, oder die Schwierigkeiten mit dem Einstieg oder Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt haben; Personen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, oder sozial schwache Menschen, die beim Zugang zum herkömmlichen Kreditmarkt benachteiligt sind und die ein eigenes Kleinstunternehmen gründen oder ausbauen möchten;

  b) Kleinstunternehmen, vor allem solche, die unter Buchstabe a aufgeführte Personen beschäftigen;

— Aufbau der institutionellen Kapazität von Mikrofinanzanbietern;

— Förderung der Entwicklung von Sozialunternehmen, vor allem durch den Zugang zu Finanzierungen.

Das europäische Progress-Mikrofinanzierungsinstrument wird im Rahmen des Programms der Europäischen Union für Beschäftigung und soziale Innovation vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2020 laufen. Endg. endet die Laufzeit des Instruments voraussichtlich im Jahr 2028 (2014 + 10 + 4).

Für die Gesamtlaufzeit des Programms sind insgesamt folgende Mittelbindungen vorgesehen:

— 83,8 Mio. EUR für die Mikrofinanzierungskomponente,

— 83,8 Mio. EUR für die Komponente soziales Unternehmertum und 18,6 Mio EUR für horizontale Themen.

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

In Bezug auf das europäische Progress-Mikrofinanzierungsinstrument erwartet die Kommission ähnliche Produkte wie innerhalb des derzeitigen Progress-Mikrofinanzierungsinstruments, d. h. Bürgschaften, Kredite und, Eigenkapitalprodukte für die Mikrofinanzanbieter, die Beträge von bis zu 25 000 EUR (z. B. Mikrodarlehen) an Unternehmer weitervergeben. Für den Kapazitätsaufbau sind Darlehen, Eigenkapital und potenzielle Finanzhilfen für Anbieter von Mikrofinanzierungen vorgesehen.

Im Hinblick auf das soziale Unternehmertum wurde im Zuge der Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat über die vorgeschlagene Verordnung für ein Programm für Beschäftigung und soziale Innovation vereinbart, dass soziale Unternehmen Beteiligungskapital, Quasi-Beteiligungskapital, Darlehen und Finanzhilfen von bis zu 500 000 EUR erhalten sollten. Bei den Produkten für Intermediäre wie Sozialinvestitionsfonds werden die Investitionen im Allgemeinen höher sein als bei der Mikrofinanzierung. Der EIF, der derzeit ein Pilotprojekt in diesem Bereich durchführt, erwartet Investitionen in der Größenordnung von 10 Mio. EUR bis 12 Mio. EUR.

Die Kommission ging ursprünglich von einer Hebelwirkung von 5 für den Teilbereich Mikrofinanzierung (wie für das derzeit bestehende Instrument) und einer Hebelwirkung von 3 für den Teilbereich soziales Unternehmertum aus. Die in der Haushaltsordnung und ihren Anwendungsbestimmungen (Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012) geforderten Ex-ante-Bewertungen werden entsprechend den gewählten Gestaltungsoptionen genauere Informationen zur Hebelwirkung erbringen (da nicht alle Produkte die gleiche Hebelwirkung haben).

Die voraussichtlichen Zielvolumen betragen ausgehend von den Beträgen für 2014 etwa:

— 65,5 Mio. EUR für die Mikrofinanzierungskomponente (13,1 Mio. EUR im Haushaltsentwurf 2014 × 5),

— 39,3 Mio. EUR für die Komponente soziales Unternehmertum (13,1 Mio. EUR im Haushaltsentwurf 2014 × 3).

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Bürgschaftsfazilität für die Kultur- und Kreativbranche (Programm „Kreatives Europa“) — 2014 bis 2020

***i) Angaben zum Basisrechtsakt***

Verordnung (EU) Nr. 1295/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung des Programms Kreatives Europa (2014-2020) (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 221).

***ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen***

Artikel 15 04 01 — Stärkung der Finanzkraft der Kultur- und Kreativbranche, insbesondere von KMU und von Organisationen (Eingliederungsplan 2014).

***iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt***

Das allgemeine Ziel des Finanzierungsinstruments für die Kultur- und Kreativbranche entspricht den Zielen des Programms „Kreatives Europa“ und besteht in der

— Wahrung und Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in Europa und

— der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Kultur- und Kreativbranche, um im Einklang mit der Strategie Europa 2020 intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu fördern.

Das Einzelziel der Fazilität besteht in der Stärkung der Finanzkraft der Kultur- und Kreativbranche. Es ist auf die Einzelziele der anderen Aktionsbereiche des Programms „Kreatives Europa“ abgestimmt, insbesondere i) Förderung der Fähigkeit der europäischen Kultur- und Kreativbranche, transnational zu arbeiten, und ii) Stärkung der Finanzkraft der Kultur- und Kreativbranche.

Es sollen die folgenden Probleme in Angriff genommen werden:

— die Schwierigkeiten von KMU und Projekten in der Kultur- und Kreativbranche Zugang zu Bankkrediten zu erhalten;

— die begrenzte Streuung und Verbreitung von Fachwissen unter den Finanzinstituten im Bereich der Finanzanalyse von KMU und Projekten in der Kultur- und Kreativbranche der gesamten Union.

Operative Ziele zur Lösung dieser Probleme werden sein:

— Garantien für Banken, die mit KMU der Kultur- und Kreativbranche zu tun haben, und dadurch Erleichterung des Zugangs dieser KMU zu Bankkrediten;

— Fachwissen/Kapazitätsaufbau für die Finanzinstitute;

— Erhöhung der Anzahl der Finanzinstitute, die gewillt sind, mit KMU der Kultur- und Kreativbranche zu arbeiten;

— Maximierung der geografischen Diversifizierung von Finanzinstituten in Europa, die gewillt sind, mit KMU der Kultur- und Kreativbranche zu arbeiten.

Die Union sieht für den Zeitraum 2015 bis 2020 einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von 121 Mio. EUR aus den Mitteln des Programms Kreatives Europa vor und überträgt die Verwaltung des Fonds dem Europäischen Investitionsfonds (EIF). Der EIF wird Bürgschaftsvereinbarungen mit Finanzintermediären unterzeichnen, die gewillt sind, in der Kultur- und Kreativbranche tätig zu werden, und die Unternehmen der Kultur- und Kreativbranche Darlehen gewähren. Diese Darlehenportfolios sind teilweise durch die Bürgschaftsfazilität gedeckt. Am Ende der Laufzeit fließen die noch im Fonds vorhandenen Einnahmen in den Gesamthaushalt der Union zurück. Die Bürgschaftsfazilität für die Kultur- und Kreativbranche wird bis zum 31. Dezember 2020 für neue Vereinbarungen mit Banken zur Verfügung stehen.

Unter der Annahme, dass die Abwicklung der Bürgschaftsfazilität für die Kultur- und Kreativbranche und die Bedienung der letzten Darlehen zusätzlich eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen dürften, wird die Gesamtdauer der Fazilität voraussichtlich am 31. Dezember 2030 enden.

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Die Kapazitätsaufbauregelungen werden im Jahr 2015 eingeführt, wohingegen die Bürgschaftsfazilität für die Kultur- und Kreativbranche ab 2016 einsatzbereit ist. Die geschätzte Hebelwirkung der Bürgschaftsfazilität wird auf 5,7 geschätzt.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Garantiefazilität für Studiendarlehen (Programm „Erasmus für alle“) — 2014 bis 2020

***i) Angaben zum Basisrechtsakt***

Vorschlag für eine Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung des Unionsprogramms „Erasmus+“ für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 50).

***ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen***

Artikel 15 02 01 — Förderung von Exzellenz und Zusammenarbeit in Europa im Bereich Bildung und Jugend, ihrer Relevanz für den Arbeitsmarkt und der Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben in Europa (Eingliederungsplan 2014).

***iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt***

Ziel der Garantiefazilität für Studiendarlehen „Erasmus Master“ ist die Förderung und Unterstützung der vollständigen Programmmobilität auf Master-Ebene (zweiter Zyklus der Hochschulbildung). Dazu werden durch die Bürgschaftsfazilität für Studiendarlehen Teilgarantien für Finanzintermediäre gewährt, die zu günstigen Bedingungen Darlehen für Studierende aus allen Teilnahmeländern des Programms „Erasmus+“ anbieten, die ein vollständiges (ein- oder zweijähriges) Masterstudium außerhalb ihres Wohnsitzlandes und außerhalb des Landes, in dem sie ihren Bachelor-Abschluss gemacht haben, absolvieren.

Die durch die Fazilität für Studiendarlehen gewährten Bürgschaften gelten für neu gewährte förderungsberechtigte Darlehen für Studierende bis zu einer Höchstsumme von 12 000 EUR für die Teilnahme an einem einjährigen Master-Studiengang und bis zu einer Höchstsumme von 18 000 EUR für die Teilnahme an einem zweijährigen Master-Studiengang.

Die Fazilität für Studiendarlehen trägt damit direkt zu dem Ziel der Union und dem von den Ministern im Rahmen des Bologna-Prozesses gesetzten Ziel bei, den Anteil der Studierenden, die ihr Studium oder einen Teil der Ausbildung im Ausland absolvieren, bis 2020 auf 20 % zu erhöhen, d. h. zu verdoppeln.

Mit der Verwaltung der Fazilität für Studiendarlehen auf Unionsebene wird der Europäische Investitionsfonds (EIF) betraut, der Vereinbarungen mit Finanzintermediären wie Banken und nationalen/regionalen Einrichtungen für Studiendarlehen abschließen wird. Diese teilnehmenden Finanzintermediäre werden die EU-Investitionen weitervermitteln, indem sie Studiendarlehen frei von allen Forderungen nach Sicherheiten durch die Studierenden oder ihre Familien sowie zu günstigen Bedingungen zur Verfügung stellen, z. B. zu einem niedrigeren Zinssatz als dem Marktzinssatz und mit einem Tilgungsaufschub, um unnötige Härten für die Studierenden zu vermeiden. Mit dem Tilgungsaufschub wird den Absolventen die Möglichkeit gegeben, einen Arbeitsplatz zu finden, bevor sie mit der Rückzahlung des Darlehens beginnen, und eine Zahlungspause gewährt, in der die Rückzahlungen, falls erforderlich, ausgesetzt werden können, beispielsweise in einer Phase der Arbeitslosigkeit oder während des Mutterschaftsurlaubs.

Das Kapital für die Darlehen wird von den teilnehmenden Finanzintermediären mobilisiert, wobei die Union als Teilsicherungsgeber gegen mögliche Ausfälle auftritt. Die Rückzahlung der Darlehen würde über einen „normalen“ Bankdarlehensmechanismus mit operativen Informationen und Bearbeitung auf lokaler Ebene erfolgen.

Das Programm „Eurasmus+“ (2014-2020) sieht einen Gesamtbeitrag der EU in Höhe von ungefähr 520 Mio. EUR (3,5 % des Gesamtprogramms) vor, der etwa 200 000 Studierenden die Möglichkeit geben wird, von durch die Fazilität unterstützten Darlehen zu profitieren.

Das Instrument wird bis 2037 laufen (d. h. innerhalb des Programms bis 2020 + 2 Jahre Mittelbindungsfrist + bis zu 15 Jahre Laufzeit der Darlehen).

Mit der Fazilität für Studiendarlehen werden Teilbürgschaaften für bis zu 90 % der ersten Verluste durch Ausfall der Studierenden gewährt, mit einer Bürgschaftsobergrenze in Höhe von 18 % des Darlehensbestands. Die voraussichtliche Hebelwirkung beträgt 6,17 (d. h. 3,2 Mrd. EUR, die von den teilnehmenden Finanzintermediären als Kapital für Darlehen für Studierende bereitgestellt werden).

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Die für 2014 vorgesehenen Mittelbindungen belaufen sich auf 30,5 Mio. EUR. Auf dieser Grundlage wird das Zielvolumen mit 188 Mio. EUR an verbürgten Darlehen veranschlagt.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Risikoteilungsinstrumente

## Fazilität für Finanzierungen auf Risikoteilungsbasis (RSFF) des Siebten Rahmenprogramms — Vor 2014

### *i) Angaben zum Basisrechtsakt*

Beschluss Nr. 1982/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007 bis 2013) (ABl. L 412 vom 30.12.2006, S. 1).

Entscheidung 2006/971/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm Zusammenarbeit zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 86).

Entscheidung 2006/974/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm „Kapazitäten" zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 299).

### *ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen*

Artikel 08 09 01 — Zusammenarbeit — Fazilität für Finanzierungen auf Risikoteilungsbasis (Eingliederungsplan 2013); Primärkredite in Höhe von 800 Mio. EUR.

Artikel 08 18 01 — Kapazitäten — Fazilität für Finanzierungen auf Risikoteilungsbasis (Eingliederungsplan 2013); Primärkredite in Höhe von 200 Mio. EUR.

Artikel 08 02 51 (teilweise) — Abschluss des Siebten Rahmenprogramms — indirekte Maßnahmen (EG) (2007-2013) (Eingliederungsplan 2014).

### *iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt*

Eines der Hauptziele der RSFF ist die Verbesserung des Zugangs zu Fremdfinanzierung für Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation in der Union, insbesondere durch private Träger. Sie trägt dazu bei, den Finanzierungsbedarf innovativer Projekte und von Unternehmen aller Größen und Eigentumsverhältnisse zu decken, darunter auch Unternehmen mit mittlerer Kapitalausstattung und KMU.

Mit der RSFF wird der Zugang zu Finanzierungsmitteln im gesamten Spektrum von Forschung, Entwicklung, Demonstration und Innovation (FEI) gefördert, angefangen bei der Grundlagenforschung bis hin zu Technologieentwicklung, Demonstration und Innovation. Mit der RSFF werden branchenübergreifende politische Ziele und damit zusammenhängende Investitionserfordernisse auf bedarfsorientierte Weise im Windhundverfahren in Angriff genommen.

Die von der Kommission und der EIB gemeinsam entwickelte RSFF wurde im Juni 2007 eingeführt. Die Union und die EIB teilen sich das Risiko für die von der EIB den Empfängern direkt oder indirekt gewährten Darlehen. Die Europäische Union und die EIB haben insgesamt 2 Mrd. EUR (je 1 Milliarde; die Union aus den Haushaltsmitteln für das Siebte Rahmenprogramm) für den Zeitraum 2007 bis 2013 abgestellt, um eventuelle Verluste aus nicht zurückgezahlten RSFF-Darlehen zu decken. Aufgrund dieser Beiträge der Union und der EIB zur Risikoteilung und Verlustdeckung kann die EIB ein Kreditvolumen von 10 Mrd. EUR an Unternehmen und Forschungsgemeinschaften für ihre Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation weitergeben.

Zu den Empfängern der RSFF können sowohl europäische forschungsintensive Einrichtungen (Unternehmen und Einzelprojekte) als auch Forschungsinfrastrukturen gehören. Mit den Darlehen der RSFF werden FEI-Investitionen von Trägern/Empfängern in den 28 Mitgliedstaaten und in den assoziierten Ländern unterstützt.

Ursprünglich (bis 2010) war das Risiko zwischen der Union und der EIB auf Darlehensbasis verteilt. Seit 2011 erfolgt die Risikoteilung auf Empfehlung einer unabhängigen Expertengruppe auf Portfoliobasis, wobei die ersten Verluste von der Union übernommen werden. Die EIB übernimmt weitere Risiken über einem bestimmten Schwellenwert, für den Fall, dass die Risikoabsorption der Union ausgeschöpft wurde.

Im Zeitraum 2007-2013 wurde insgesamt ein Betrag von 960,73 Mio. EUR aus dem Gesamthaushalt der Union gebunden (ursprüngliche Mittel für das Siebte Rahmenprogramm zuzüglich der zusätzlichen EFTA- und Drittlandmittel für das Siebte Rahmenprogramm) und zur Unterstützung der RSFF-Darlehensfinanzierung an die EIB gezahlt. Die Geltungsdauer (Laufzeit) der Fazilität endet voraussichtlich 2020-2022.

Anfang 2012 wurde die neue Pilotbürgschaftsfazilität RSI (Risikoteilungsinstrument für KMU und kleine Unternehmen mit mittlerer Kapitalausstattung, maximal mit 499 Beschäftigten) zur Verbesserung des Zugangs zu Kreditfinanzierung für FEI-Investitionen eingeführt. Die RSI-Bürgschaftsfazilität ist Teil der Umsetzung der RSFF und wird vom Europäischen Investitionsfonds (EIF) verwaltet.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Für das Haushaltsjahr 2013 ist insgesamt ein Beitrag von 207,66 Mio. EUR aus dem Siebten Rahmenprogramm (Primärkredite/EFTZ und Drittlandmittel) für die RSFF und RSI vorgesehen.

Die Risikoteilung mit der EIB und dem EIF (für die RSI-Bürgschaften) hebelt den Unionsbeitrag aus dem Siebten Rahmenprogramm um das Fünffache (RSFF-Darlehen) bzw. das Achtfache (RSI-Bürgschaften) und wirkt sich somit erheblich auf die Finanzmittel aus, die für FEI-Investitionen zur Verfügung stehen.

In diesem Zusammenhang waren von der EIB für das Haushaltsjahr 2013 neue RSFF-Darlehen (Unterzeichnungen) von 2 Mrd. EUR für bis zu etwa 30 neue Transaktionen vorgesehen.

Insgesamt werden für den gesamten Zeitraum 2007-2013 voraussichtlich RSFF-Darlehen im Umfang von insgesamt 10,5 Mrd. EUR für etwa 120 Transaktionen von der EIB und den Empfängern unterzeichnet werden. Für die RSI-Bürgschaften für die Finanzintermediäre zur Absicherung von Darlehen an KMU und kleine Unternehmen mit mittlerer Kapitalausstattung wurde Ende November ein Bürgschaftsvolumen von insgesamt 1,14 Mrd. EUR unterzeichnet, wodurch die Vergabe von Darlehen in Höhe von 2,28 Mrd. EUR an etwa 4 500 Empfänger möglich wird.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Kreditgarantieinstrument (LGTT) — Vor 2014

### *i) Angaben zum Basisrechtsakt*

Verordnung (EG) Nr. 680/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Verkehrs- und Energienetze (ABl. L 162 vom 22.6.2007, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 670/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2012 zur Änderung des Beschlusses Nr. 1639/2006/EG zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) sowie der Verordnung (EG) Nr. 680/2007 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Verkehrs- und Energienetze (ABl. L 204 vom 31.7.2012, S. 1).

### *ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen*

Artikel 06 03 03 — Finanzielle Unterstützung von Projekten des transeuropäischen Verkehrsnetzes, die von gemeinsamem Interesse sind (Eingliederungsplan 2013).

Artikel 06 02 51 (teilweise) — Abschluss des Programms „Transeuropäische Netze“ (Eingliederungsplan 2014).

### *iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt*

Das LGTT ist ein Schuldinstrument zur Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturvorhaben, das von der Union und der EIB im Rahmen der Kooperationsvereinbarung vom 11. Januar 2008 in seiner derzeit geänderten Fassung gemeinsam eingerichtet wurde. Risikoteilung heißt in diesem Zusammenhang, dass sich die Partner das finanzielle Risiko teilen, um TEN-V-Infrastrukturvorhaben zu beschleunigen und umzusetzen.

Die „LGTT-Fazilitäten“ sind von der EIB im Rahmen des LGTT vorgesehene Bürgschaftsfazilitäten für den Privatsektor (Projektförderer/-träger) zur Verbesserung des Ratings der vorrangigen Verbindlichkeiten durch die Verringerung von Verkehrsrisiken. Die EIB leistet eine Bürgschaft in Form einer vorsorglichen Kreditlinie, die von dem Projektträger während der ersten fünf bis sieben Jahre des Projekts in Anspruch genommen werden kann, wenn die mit einem Projekt erzielten Einnahmen nicht zur Rückzahlung der vorrangigen Verbindlichkeiten ausreichen, weil die tatsächlichen Projekteinnahmen unter dem prognostizierten Niveau liegen.

Um für eine Finanzierung über die LGTT-Fazilitäten in Frage zu kommen, müssen die Vorhaben die folgenden Kriterien erfüllen:

— Es muss sich um TEN-Verkehrsprojekte handeln, die den TEN-V-Richtlinien und Unionsrecht entsprechen, wobei die Übereinstimmung mit den TEN-V-Richtlinien von der DG MOVE beurteilt wird.

— Sie müssen ganz oder teilweise auf Einnahmen aus dem Verkehr beruhen. Der Privatsektor (der Projektträger) trägt die mit den Einnahmen oder Verlusten des Infrastrukturvorhabens verbundenen Risiken.

— Sie müssen finanziell tragfähig sein. Die finanzielle Tragfähigkeit wird durch die EIB beurteilt, die dabei unter anderem Verkehrsprognosen und die auf der Grundlage des Verkehrsszenarios erzielten Einnahmen bewertet.

Das LGTT-Instrument wurde 2008, vor der weltweiten Finanzkrise, entworfen. Seither sind einnahmengestützte Projekte aus verschiedenen Gründen seltener geworden: Dazu zählen die Zurückhaltung des Privatsektors zur Übernahme von Risiken im Zusammenhang mit dem Verkehrsbedarf und die Zurückhaltung des öffentlichen Sektors, sich an Projekten zu beteiligen, die sich auf den Verkehrsbedarf stützen.

In dem ursprünglichen Rechtsakt wird der Beitrag der Union zu dem LGTT-Instrument auf 500 Mio. EUR festgelegt, wobei die EIB einen Betrag in gleicher Höhe beiträgt. Mit Inkrafttreten der Änderungsverordnung und der Fertigstellung der Änderung Nr. 1 der Kooperationsvereinbarung wurden 200 Mio. EUR aus den für das LGTT bestimmten Mitteln für die Pilotphase des Instruments für Projektanleihen neu zugewiesen. Nach Zustimmung der EIB wurden 50 Mio. EUR dem TEN-V-Programm für Finanzhilfen neu zugewiesen. Der insgesamt derzeit zur Verfügung stehende Unionsbeitrag zur Unterstützung von LGTT-Projekten beläuft sich somit auf 250 Mio. EUR, wovon 205 Mio. EUR bis 2012 und 45 Mio. EUR 2013 gebunden wurden.

Die Möglichkeit der Umwandlung des Risikoteilungsmodells von einem Modell der Risikoteilung zu gleichen Bedingungen (pari passu) zu einem Modell, bei dem das Risiko zwischen der Kommission und der EIB auf der Grundlage des Portfolios verteilt wird, wurde von den Gesetzgebern in der Änderungsverordnung entschieden und basiert auf folgenden Überlegungen:

— Bei dem „Portfolioansatz“ wird das Risiko in zwei Tranchen verteilt: Eine Erstverlust-Tranche, zu der die Union 95 % und die EIB 5 % beiträgt, und eine Restrisiko-Tranche, die vollständig von der EIB abgedeckt wird. Damit kann der überwiegende Teil des Beitrags der EIB zum LGTT aus dem Bereich für Sondertätigkeiten ausgegliedert werden, der für 2012 auf 8,3 % der EIB-Darlehen begrenzt war.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

— Langfristig gesehen kann durch einen Portfolioeffekt, je nach Zahl der Transaktionen und Granularität des Portfolios, eine größere Hebelung des EU-Unionsbeitrags erreicht werden.

— Das maximale Risiko für die Union darf den Haushaltsbeitrag zum LGTT, unabhängig von dem gewählten Risikoteilungsmodell, nicht überschreiten.

Die Übertragungsvereinbarung zwischen der EIB und der Kommission wird derzeit überarbeitet, um diese Änderung zu berücksichtigen.

Die tatsächliche Genehmigung der Bürgschaften durch die EIB muss bis Ende 2014 abgeschlossen sein. Die Bürgschaften können in den ersten fünf bis sieben Jahren der Laufzeit in Anspruch genommen werden, wobei ein Projekt des derzeitigen Portfolios die Bürgschaften letztmöglich Ende 2021 in Anspruch nehmen kann. Das Instrument wird daher spätestens Ende 2028 abgewickelt sein.

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Die für 2013 vorgesehenen Mittelbindungen belaufen sich auf 51,8 Mio. EUR. Mit der geplanten 15- bis 20-fachen Hebelwirkung werden die Zielvolumen voraussichtlich zwischen 777 Mio. EUR und 1 036 Mio. EUR liegen.

Bisher sind sieben LGTT-Transaktionen unterzeichnet, von denen eine umstrukturiert wird, ohne dass die Garantie in Anspruch genommen wurde. Etwa 50 weitere Vorhaben wurden durch die EIB geprüft. Das LGTT steht für Transaktionen zur Verfügung, denen der Verwaltungsrat der EIB bis Ende 2014 zugestimmt hat. Die EIB hat eine Liste potenzieller Transaktionen vorgestellt, die zu der realistischen Annahme führt, dass der vollständige für das LGTT-Instrument gebundene Betrag für Transaktionen genutzt werden wird.

Bisher sind 161,9 Mio. EUR der Zahlungen der Kommission an das LGTT-Instrument durch Transaktionen absorbiert worden. Dies führte zu einem Gesamtbetrag der LGTT-Bürgschaften in Höhe von 476,9 Mio. EUR, mit dem Investitionen in TEN-V-Vorhaben von 11 835 Mio. EUR unterstützt wurden. Aufgrund der begrenzten Anzahl der Vorhaben mit unterschiedlichen Hebelwirkungen, ist es noch nicht möglich, einen genauen Hebelfaktor für das Portfolio zu nennen. Durch die Änderungsverordnung wird eine Änderung der Risikoteilung von einem Modell mit gleichen Bedingungen zu einem Modell mit Erstverlust-Tranche genehmigt. Diese Änderung der Risikoteilung wird in Anbetracht der begrenzten Transaktionszahl den Anteil des Unionsbeitrags anfangs erhöhen und die Absorption auf über 161,9 Mio. EUR ansteigen lassen sowie außerdem einen Einfluss auf den Hebelfaktor haben, der bei vollständig aufgebautem Portfolio im Bereich zwischen 15 und 20 liegen dürfte. Der Portfolioansatz wird in Kraft treten sobald die Kooperationsvereinbarung zwischen der Kommission und der EIB geändert wurde.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Projektanleiheninitiative (PBI) — Vor 2014

***i) Angaben zum Basisrechtsakt***

Verordnung (EU) Nr. 670/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2012 zur Änderung des Beschlusses Nr. 1639/2006/EG zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) sowie der Verordnung (EG) Nr. 680/2007 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Verkehrs- und Energienetze (ABl. L 204 vom 31.7.2012, S. 1).

***ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen***

Artikel 06 03 03 — Finanzielle Unterstützung von Projekten des transeuropäischen Verkehrsnetzes, die von gemeinsamem Interesse sind (Eingliederungsplan 2013).

Artikel 32 03 02 — Finanzielle Unterstützung von Projekten des transeuropäischen Energienetzes, die von gemeinsamem Interesse sind (Eingliederungsplan 2013).

Artikel 09 03 01 — Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation — Programm zur Unterstützung der Politik im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT-Förderprogramm) (Eingliederungsplan 2013).

Artikel 06 02 51 (teilweise) — Abschluss des Programms „Transeuropäische Netze“ (Eingliederungsplan 2014).

***iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt***

Die Pilotphase der Projektanleiheninitiative der Union und der EIB wurde durch die Verordnung (EU) Nr. 670/2012 mit dem Ziel eingeleitet, die Kapitalmärkte zu beleben und zu erweitern, um umfangreiche europäische Infrastrukturvorhaben in den Bereichen Verkehr, Energie und Informationstechnologie zu finanzieren.

Im Rahmen dieser Pilotphase sollte das Projektanleihenkonzept während des Zeitraums des mehrjährigen Finanzrahmens (2007-2013) getestet werden. Die Pilotphase lief Ende 2012 an und wird durch die Europäische Investitionsbank (EIB) durchgeführt (Kooperationsvereinbarung zwischen der EU und der EIB, die am 7. November 2012 unterzeichnet wurde). Mit der Pilotphase der Initiative werden zwei Ziele verfolgt:

— Stimulierung von Investitionen in strategisch wichtige Unionsinfrastrukturvorhaben für die transeuropäischen Verkehrs- und Energienetze sowie das Breitbandnetz;

— Nutzung von Fremdkapitalmärkten als zusätzliche Finanzierungsquelle für Infrastrukturvorhaben.

Ähnlich wie bei der Fazilität für Finanzierungen auf Risikoteilungsbasis und dem Kreditgarantieinstrument für transeuropäische Verkehrsnetzprojekte werden die Haushaltsmittel der Union für Kapitalbeiträge an die EIB genutzt, um einen Teil der von der EIB im Zusammenhang mit der Finanzierung der förderfähigen Projekte eingegangenen Risiken abzudecken. Auch wenn der Gesamthaushalt der Union der EIB eine gewisse Risikoabsicherung bei der Finanzierung der zugrunde liegenden Projekte bietet, muss die EIB das verbleibende Risiko selbst abdecken.

Die Pilotphase beruhte auf einer Änderung der Verordnung (EG) Nr. 680/2007 sowie des Beschlusses Nr. 1639/2006/EG und wurde aus den Haushaltslinien dieser Programme bis zu einem Gesamtbetrag in Höhe von 230 Mio. EUR finanziert. Aus der TEN-T-Haushaltslinie wurden 200 Mio. EUR neu zugewiesen, aus der TEN-E-Haushaltslinie 10 Mio. EUR und 20 Mio. EUR aus der Haushaltslinie für das CIP/IKT-Programm.

Im Hinblick auf die Geltungsdauer dieser Initiative müssen die Projekte vor Ende 2016 unterzeichnet werden und dürfen eine Laufzeit von höchstens 30 Jahren haben (bis 2046).

Insgesamt bestand das Ziel der Pilotphase 2012-2013 darin, den Beteiligten dabei zu helfen, sich mit den neuartigen Finanzierungsstrukturen des Instruments vertraut zu machen. Die Rückmeldungen während der Pilotphase wurden zur Feinabstimmung der Parameter der endg.en Projektanleiheninitiative genutzt, die für den Zeitraum 2014-2020 entwickelt wird.

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Die für 2013 vorgesehenen Mittelbindungen in Höhe von 130 Mio. EUR könnten potenziell (unter Zugrundelegung einer Hebelwirkung von 17,4) 2 262 Mio. EUR an Investitionen anziehen.

Durch die Unionsmittel in Höhe von 230 Mio. EUR, die als Erstverlust-Tranche dienen, könnte die EIB etwa 750 Mio. EUR zur Bonitätsverbesserung der Projektanleihen bereitstellen. Dadurch könnte Fremdfinanzierung für Infrastrukturprojekte in einem Portfolio von Transaktionen im Wert von mehr als 4 Mrd. EUR in allen drei Zielsektoren mobilisiert werden und zu einem voraussichtlichen Hebelfaktor von 17,4 führen. Hierbei handelt es sich um einen ungefähren Durchschnittswert, der je nach Umfang der einem Projekt zur Verfügung gestellten Fazilität zur Bonitätsverbesserung der Projektanleihen variieren kann.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Fazilität „EU-Darlehen und Garantien für Forschung und Innovation" des Rahmenprogramms Horizont 2020-2014 bis 2020

### *i) Angaben zum Basisrechtsakt*

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2011 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020" (2014-2020) (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965).

### *ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen*

Posten 08 02 02 02 — Verbesserter Zugang zur Risikofinanzierung für Investitionen in Forschung und Innovation (Eingliederungsplan 2014).

### *iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt*

Ziel ist ein leichterer Zugang zur Kreditfinanzierung — in Form von Darlehen, Garantien, Rückbürgschaften und sonstigen Arten der Kredit- und Risikofinanzierung — für öffentliche und private Rechtspersonen und öffentlich-private Partnerschaften, die auf dem Gebiet der Forschung und Innovation tätig sind und die bei ihren Investitionen Risiken eingehen müssen, damit sie Früchte tragen. Schwerpunkt ist die Unterstützung von Forschung und Innovation mit einem hohen Exzellenzpotenzial.

Die Unterstützung zielt auf Empfänger, bei denen es sich um Rechtspersonen jeder Größe handeln kann, die Geld leihen und zurückzahlen können, insbesondere KMU mit dem Potenzial, Innovationen durchzuführen und rasch zu expandieren, außerdem Unternehmen mit mittlerer Kapitalausstattung und Großunternehmen, Hochschulen und Forschungsinstitute, Forschungs- und Innovationsinfrastrukturen, öffentlich-private Partnerschaften sowie Zweckgesellschaften oder Projekte.

Die Fazilität „EU-Darlehen und Garantien für Forschung und Innovation" des Rahmenprogramms Horizont 2020 wird mit einem Plattformkonzept umgesetzt, das verschiedene speziell für bestimmte Bedürfnisse entworfene Produkte bietet.

Die Förderung auf der Grundlage der Fazilität „EU-Darlehen und Garantien für Forschung und Innovation" beinhaltet die folgenden beiden Komponenten:

— **Abhängig von der Nachfrage** werden Darlehen und Garantien in der Reihenfolge des Eingangs der Anträge gewährt, wobei Empfänger wie KMU und Unternehmen mit mittlerer Kapitalausstattung besonders unterstützt werden. Diese Komponente entspricht dem stetig und kontinuierlich zu verzeichnenden Anstieg des Volumens der nachfragegesteuerten RSFF-Kreditvergabe.

  Diese nachfrageabhängige Komponente wird mit den Mitteln des Programms „Zugang zur Risikofinanzierung" des Rahmenprogramms „Horizont 2020" unterstützt.

— Die Förderung ist **gezielt** und konzentriert sich auf die Strategien und Schlüsselsektoren, die für die Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die Unterstützung eines nachhaltigen und integrativen Wachstums mit niedrigem $CO_2$-Ausstoß und die Bereitstellung ökologischer und sonstiger öffentlicher Güter entscheidend sind. Diese Komponente unterstützt die Union dabei, die forschungs- und innovationsrelevanten Aspekte der sektorspezifischen Ziele anzugehen und wird von anderen Teilen des Rahmenprogramms Horizont 2020 unterstützt sowie von anderen Rahmenprogrammen, Programmen und Haushaltslinien des Unionshaushalts, bestimmten Regionen und Mitgliedstaaten, die mit ihren eigenen Mitteln beitragen möchten (auch über Strukturfonds), und/oder von speziellen Einrichtungen (wie die gemeinsamen Technologieinitiativen) oder Initiativen.

Die Geltungsdauer (Laufzeit) des Instruments endet voraussichtlich 2027-2030.

### *iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt*

Der vorgesehene Haushalt für 2014 beträgt 107,80 Mio EUR.

Auf der Grundlage der Erfahrungen mit der RSFF kann von einer Hebelwirkung des Gesamthaushalts der Union von 5 bis 6 für Direktdarlehen und indirekte Darlehen an Empfänger des nachfrageabhängigen Teils der Fazilität „Darlehen und Garantien für Forschung und Innovation" ausgegangen werden.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Risikoteilungsinstrument der CEF (Kreditrisiken und Projektanleihen) — 2014 bis 2020

### *i) Angaben zum Basisrechtsakt*

Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe" (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 129).

### *ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen*

Posten 06 02 01 05 — Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen in Verkehrsinfrastrukturprojekte (Eingliederungsplan 2014).

Artikel 09 03 02 — Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen in Telekommunikationsinfrastrukturprojekte (Eingliederungsplan 2014).

Posten 32 02 01 04 — Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen in Energieprojekte (Eingliederungsplan 2014).

### *iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt*

*Finanzierungsinstrumente der CEF:*

Mit den Finanzierungsinstrumenten der Fazilität „Connecting Europe" soll durch Nutzung der Unionsmittel als Hebel der Zugang von Infrastrukturvorhaben zu Projekt- und Unternehmensfinanzierungen erleichtert werden. Sie sollen dazu beitragen, Vorhaben von gemeinsamem Interesse zu finanzieren, die einen deutlichen Mehrwert der Union erbringen, und die stärkere Beteiligung des Privatsektors an der langfristigen Finanzierung solcher Vorhaben in den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation, einschließlich Breitbandnetze, erleichtern.

Sie werden Projekten mit mittel- bis langfristigem Finanzbedarf zugutekommen und größere Vorteile hinsichtlich Marktwirkung, Verwaltungseffizienz und Ressourcennutzung erbringen.

Zusätzlich wird den Akteuren des Infrastruktursektors wie Kreditgebern, Behörden, Infrastrukturbetreibern, Bauunternehmen und Betreibern mit diesen Instrumenten ein kohärentes, marktorientiertes Instrumentarium der finanziellen Unterstützung durch die EU an die Hand gegeben.

*Das Schuldinstrument der CEF:*

Mit dem Schuldinstrument der CEF wird die Überwindung der Defizite der Fremdkapitalmärkte der Union durch Teilung des Risikos bei der Fremdfinanzierung angestrebt. Die Fremdfinanzierung wird durch betraute Einrichtungen oder entsprechende Anlageinstrumente in Form von vor- oder nachrangigen Verbindlichkeiten oder Bürgschaften bereitgestellt.

Das Schuldinstrument der CEF besteht aus einem Risikoteilungsinstrument für Darlehen und Bürgschaften und aus der Projektanleiheninitiative. Die Endadressaten — die Projektträger — können zusätzlich Beteiligungsfinanzierung im Rahmen des Beteiligungskapitalinstruments der CEF anstreben.

— *Risikoteilungsinstrument für Darlehen und Bürgschaften*

Das Risikoteilungsinstrument für Darlehen und Bürgschaften ist so ausgelegt, dass es bei den betrauten Einrichtungen zusätzliche Risikokapazität schafft. Dadurch können die betrauten Einrichtungen gedeckte oder ungedeckte nach- und vorrangige Verbindlichkeiten für Projekte und Unternehmen bereitstellen, um den Trägern den Zugang zu Bankkrediten zu erleichtern. Ist die Fremdfinanzierung nachrangig, rangiert sie hinter den vorrangigen Verbindlichkeiten, aber vor Beteiligungen und damit zusammenhängenden Finanzierungen.

Die nicht gedeckte nachrangige Fremdfinanzierung übersteigt nicht 30 % des Gesamtbetrags der ausgegebenen vorrangigen Verbindlichkeit.

Zusätzlich übersteigt die vorrangige Fremdfinanzierung im Rahmen des Schuldinstruments der CEF nicht 50 % des Gesamtbetrags der gesamten vorrangigen Fremdfinanzierung, die von der betrauten Einrichtung oder dem entsprechenden Anlageinstrument bereitgestellt wird.

— *Projektanleiheninitiative*

Das Risikoteilungsinstrument der CEF für Projektanleihen ist als nachrangige Fremdfinanzierung konzipiert, um durch die Beschaffung von vorrangigem Fremdkapital in Form von Anleihen die Finanzierung für Projektunternehmen zu erleichtern. Dieses Instrument zur Kreditverbesserung trägt zu einem Investment-Grade-Rating der vorrangigen Verbindlichkeiten bei.

Es rangiert hinter den vorrangigen Verbindlichkeiten, aber vor Beteiligungen und damit zusammenhängenden Finanzierungen.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

Die nachrangige Fremdfinanzierung übersteigt nicht 20 % des Gesamtbetrags der ausgegebenen vorrangigen Verbindlichkeit.

Der Unionsbeitrag für beide Instrumente wird für folgende Zwecke verwendet:

— zur Risikovorsorge;

— zur Deckung vereinbarter Gebühren und Kosten im Zusammenhang mit der Einrichtung und Verwaltung des Schuldinstruments, einschließlich seiner Bewertung, die im Einklang mit der Haushaltsordnung und der Marktpraxis festgelegt wurden;

— unmittelbar damit zusammenhängende unterstützende Maßnahmen.

Die Umsetzung soll über betraute Einrichtungen erfolgen, die gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung ausgewählt werden.

Laufzeit des Schuldinstruments der CEF: Die Mittelbindung für die letzte Tranche des Unionsbeitrags zu dem Schuldinstrument der CEF erfolgt spätestens am 31. Dezember 2020. Die tatsächliche Genehmigung der Fremdkapitalfinanzierung durch die betrauten Einrichtungen oder die entsprechenden Anlageinstrumente sollte spätestens am 31. Dezember 2022 abgeschlossen sein. Die tatsächliche Abwicklung des Instruments wird wahrscheinlich nach 2032 stattfinden.

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Die CEF-Instrumente sind auf Vorhaben von gemeinsamem Interesse mit einem deutlichen Mehrwert der Union in den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation, einschließlich Breitbandnetze ausgerichtet.

Der Gesamtbeitrag aus dem Haushaltshalt der Union überschreitet 10 % der gesamten Finanzausstattung der CEF nicht (Artikel 14 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1316/2013). In Bezug auf die Projektanleiheninitiative beginnt er stufenweise mit einem Höchstbetrag von 230 Mio. EUR für die Jahre 2014 und 2015.

Die erwartete Hebelwirkung des Schuldinstruments der CEF — definiert als Gesamtfinanzierung (d. h. Finanzbeitrag der Union zuzüglich der Beiträge aus anderen Finanzquellen) dividiert durch den Finanzbeitrag der Union — wird sich voraussichtlich in einer Größenordnung zwischen 6 und 15 bewegen und ist abhängig von der Art des betreffenden Vorgangs (Höhe des Risikos, Empfänger und jeweilige Fremdfinanzierung).

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Zweckgebundene Anlageinstrumente

## Europäisches Progress-Mikrofinanzierungsinstrument FCP-FIS (EPMF FCP-FIS) — Vor 2014

***i) Angaben zum Basisrechtsakt***

Beschluss Nr. 283/2010/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. März 2010 über die Einrichtung eines europäischen Progress-Mikrofinanzierungsinstruments für Beschäftigung und soziale Eingliederung (ABl. L 87 vom 7.4.2010, S. 1).

***ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen***

Artikel 04 04 15 — Europäisches Progress-Mikrofinanzierungsinstrument (Eingliederungsplan 2013).

Artikel 04 03 53 (teilweise) — Abschluss sonstiger Tätigkeiten (Eingliederungsplan 2014).

***iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt***

Mit dem europäischen Progress-Mikrofinanzierungsinstrument werden zwei Ziele verfolgt: Einerseits verbessert es die Verfügbarkeit von Mikrofinanzierung für Personen, die ein eigenes Kleinstunternehmen gründen oder ausbauen oder eine selbständige Tätigkeit aufnehmen möchten, indem es den Anbietern von Mikrofinanzierungen in der Union die Möglichkeit gibt, den Umfang ihrer Darlehensvergabe an diese Personen zu erweitern. Andererseits verbessert das europäische Progress-Mikrofinanzierungsinstrument den Zugang zur Mikrofinanzierung, in dem es die Risiken für die Anbieter von Mikrofinanzierungen vermindert. Aufgrund dieses Charakteristikums können die Anbieter von Mikrofinanzierungen Gruppen erreichen, die für Finanzierungen normalerweise nicht in Frage kämen, da die Personen dieser Gruppen keine ausreichenden Sicherheiten stellen könnten oder weil die Zinssätze aufgrund ihres tatsächlichen Risikoprofils sehr hoch sein müssten.

Durch das Instrument werden Unionsmittel bereitgestellt, um den Zugang zur Mikrofinanzierung und ihre Verfügbarkeit zu verbessern für

a) Personen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder deren Arbeitsplatz gefährdet ist oder die Schwierigkeiten mit dem Einstieg oder Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt haben, sowie Personen, die der Gefahr der sozialen Ausgrenzung ausgesetzt sind, oder schutzbedürftige Personen, die bezüglich des Zugangs zum herkömmlichen Kreditmarkt in einer benachteiligten Situation sind und die ein eigenes Kleinstunternehmen gründen oder ausbauen oder eine selbständige Tätigkeit aufnehmen möchten;

b) Kleinstunternehmen, insbesondere der Sozialwirtschaft, und Kleinstunternehmen, die unter Buchstabe a aufgeführte Personen beschäftigen.

Der Finanzbeitrag aus dem Gesamthaushalt der Union für das Instrument für den Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2013 beläuft sich auf 105 Mio. EUR, wovon 25 Mio. EUR für das Mikrofinanzierungsbürgschaftsinstrument (EPMF-G) und 80 Mio. EUR für FCP-FIS vorgesehen sind.

Das Instrument wird — dem Bedarf entsprechend — für folgende Arten von Maßnahmen eingesetzt:

— Bürgschaften (EPMF-G),

— Fremd- und Eigenkapitalinstrumente (FCP-FIS),

— Unterstützungsmaßnahmen, zum Beispiel Kommunikations-, Überwachungs-, Kontroll-, Prüf- und Bewertungstätigkeiten, die direkt für die wirksame und effiziente Umsetzung des Beschlusses Nr. 283/2010/EU und für die Erreichung seiner Ziele.

Das Teilinstrument für Mikrokreditbürgschaften bleibt uneingeschränkt in Kraft bis zum 31. Dezember 2020, die Geltungsdauer des FCP-FIS endet voraussichtlich am 30. April 2020.

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Die Mittelbindungen für das EPMF im Jahr 2013 belaufen sich auf 22 Mio. EUR.

Die Zielvolumen des EPMF FCP-FIS werden mit 81 400 000 EUR veranschlagt (Mittelbindungen 2013 in Höhe von 22 000 000 EUR × Hebelwirkung von 3,7).

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Europäischer Fonds 2020 für Energie, Klimaschutz und Infrastruktur („Fonds Marguerite") — Vor 2014

***i) Angaben zum Basisrechtsakt***

Verordnung (EG) Nr. 680/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Verkehrs- und Energienetze (ABl. L 162 vom 22.6.2007, S. 1).

Beschluss der Kommission K(2010) 941 vom 25. Februar 2010 über die Beteiligung der Europäischen Union am Europäischen Fonds 2020 für Energie, Klimaschutz und Infrastruktur („Fonds Marguerite").

***ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen***

Artikel 06 03 03 — Finanzielle Unterstützung von Projekten des transeuropäischen Verkehrsnetzes, die von gemeinsamem Interesse sind (Eingliederungsplan 2013).

Artikel 06 02 51 (teilweise) — Abschluss des Programms „Transeuropäische Netze" (Eingliederungsplan 2014).

***iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt***

Der Fonds Marguerite ist ein europaweiter Beteiligungsfonds, der im Kontext der Finanzkrise und wegen des Bedarfs an erfolgreichen langfristigen Infrastrukturinvestitionen in Europa entwickelt wurde. Mit dem Fonds werden Infrastrukturinvestitionen in den Bereichen Verkehr (TEN-V), Energie (TEN-E) und erneuerbare Energien in den Mitgliedstaaten und dabei vorrangig „Greenfield"-Projekte unterstützt.

Zu den Hauptinvestoren gehören langfristig orientierte öffentliche Investoren aus Frankreich (CDC), Italien (CdP), Deutschland (KfW), Spanien (ICO) und Polen (PKO) sowie die EIB und die Kommission. Das Volumen des Fonds beträgt beim endgültigen Zeichnungsschluss 710 Mio. EUR.

Gesamtbetrag der Mittelbindungen der Kommission: 80 Mio. EUR aus den TEN-V-Mitteln.

Erwartete Ergebnisse:

— Investition von 30 % bis 40 % der gesamten Mittel im Verkehrssektor,

— Investition von 25 % bis 35 % im Energiesektor,

— Investition von 35 % bis 45 % im Sektor erneuerbare Energien,

— Investition von mindestens des 3,5fachen des Beitrags der Union in förderfähige TEN-V-Projekte.

Der Investitionszeitraum endet im Dezember 2016 (mit einer möglichen Erweiterung um zwei Jahre), während die Laufzeit des Fonds auf maximal 20 Jahre ab dem ersten Zeichnungsschluss (März 2010) festgelegt wurde; diese kann jedoch bis zu zweimal um jeweils ein Jahr verlängert werden (bis zum Jahr 2032).

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

2010 wurden Mittel in Höhe von insgesamt 80 Mio. EUR für den Fonds bereitgestellt. Bei einem Multiplikator von 29 (Schätzung für 2013; siehe unten) werden die Zielvolumen wahrscheinlich bei 2,3 Mrd. EUR liegen.

Die untenstehende Berechnung des Multiplikators für 2013 beruht auf den erwarteten Kapitalabrufen nach Schätzungen vom 30. November 2013 nach den vom Marguerite-Adviser erhaltenen Informationen.

Zur Vereinfachung wird angenommen, dass die folgenden beiden Variablen konstant auf dem Niveau von 2012 bleiben: die Höhe der Verwaltungskosten und der angenommene prozentuale Anteil des Eigenkapitals an den Gesamtkosten des Projekts.

**Tabelle 1 — Berechnung des Multiplikators (in Mio. EUR)**

| | **2012** | **2013*** |
|---|---|---|
| Kapitalabrufe | 128,9 | 73,85 |
| abzüglich Kosten ** | (10,3) | (10,3) |
| **Investierte oder bilanzierte liquide Mittel (A)** | **118,6** | **63,6** |
| *in % der Kapitalabrufe* | *92 %* | *86 %* |
| Eigenkapital in % des gesamten Unternehmenswerts der Projekte | 28 % | 28 % |
| **Gesamter Unternehmenswert der Projekte (B)** | **423,6** | **227,0** |
| Beitrag der Union (11,268 % der gesamten Kapitalabrufe) (C) | 14,5 | 8,3 |
| Multiplikator des Beitrags der Union (B/C) | 29,2x | 27,3x |

* Die aktualisierten Daten für 2013 basieren auf der verfügbaren Information. Die Zahlen schließen einige Schätzungen unter der Annahme konstanter Verhältnisse für 2012 ein.

** Verwaltungs- und Betriebskosten.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Europäischer Energieeffizienzfonds (EEEF) — Vor 2014

### *i) Angaben zum Basisrechtsakt*

Verordnung (EU) Nr. 1233/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 663/2009 über ein Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich (ABl. L 346 vom 30.12.2010, S. 5).

### *ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen*

Posten 32 04 14 04 — Energievorhaben zur Konjunkturbelebung — Initiativen für Energieeffizienz und erneuerbare Energie (Eingliederungsplan 2013).

Artikel 32 02 52 (teilweise) — Abschluss von Energievorhaben zur Konjunkturbelebung (Eingliederungsplan 2014).

### *iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt*

Am 1. Juli 2011 wurden aus dem europäischen Energieprogramm zur Konjunkturbelebung (EEPR) 146,3 Mio. EUR einem neuen Europäischen Energieeffizienzfonds (EEEF) (in Form eines speziellen Investitionsfonds (SICAV)) zugewiesen. Der EEEF investiert insbesondere in Städten in Energieeffizienz und Projekte im Bereich erneuerbare Energien, bei denen eine Energieeinsparung oder eine Verringerung der Emissionen von Treibhausgas/$CO_2$ von mindestens 20 % erreicht wird.

Die Empfänger müssen Behörden oder in ihrem Namen handelnde öffentliche oder private Einrichtungen, einschließlich ESCOs sein [1].

Der Fonds wurde am 1. Juli 2011 eingerichtet mit einem anfänglichen Fondsvolumen von 265 Mio. EUR. Zusätzlich zu dem Beitrag der EU (125 Mio. EUR in Stammanteilen („C-Shares")) investierte die Europäische Investitionsbank (EIB) 75 Mio. EUR (vor allem Vorzugsanteile („A-Shares")), die Cassa Depositi e Prestiti SpA (CdP) 60 Mio. EUR (hauptsächlich Vorzugsanteile („A-Shares")) und der festgelegte Anlagenverwalter (Deutsche Bank) 5 Mio. EUR (Mezzanine-Beteiligungen („B-Shares")).

Der Fonds bietet eine Reihe nichtstandardisierter Finanzprodukte wie vor- und nachrangige Darlehen, Bürgschaften, Eigenkapitalbeteiligungen oder Forfaitierungssysteme, die flexibel mit Standardfinanzierungen kombiniert werden können.

Zusätzlich stehen etwa 20 Mio. EUR der Unionsfinanzierung (in Form von Finanzhilfen) für technische Hilfe zur Verfügung, um den Förderern dabei zu helfen, die Projekte für den Fonds bankfähig zu machen.

Schließlich wurde ein Programm mit Mitteln in Höhe von 1,3 Mio. EUR eingerichtet, um die nationalen und regionalen Behörden, die die Kohäsions- und den Strukturfonds verwalten, auf die Finanzierungsmethoden und -optionen für Energieeffizienz und erneuerbare Energien aufmerksam zu machen. Das Programm wird von EPEC [2] verwaltet.

Gemäß der Änderungsverordnung müssen die Unionsmittel für Investitionsvorhaben und technische Unterstützung bis 31. März 2014 zugewiesen werden. Abgesehen davon wurde keine Frist für die Einreichung von Vorschlägen festgelegt. Die Abwicklung des Instruments wird wahrscheinlich nach 2024 stattfinden.

*Fonds-/Anlageverwalter*

Die Deutsche Bank (DB) ist u. a. dafür verantwortlich, die Vorhaben auszuwählen und eine Sorgfaltsprüfung (Due-Diligence-Prüfung) durchzuführen, bevor die Vorhaben dem Investitionsausschuss des Fonds zur Stellungnahme und dem Verwaltungsausschuss des Fonds zur Genehmigung vorgelegt werden. Die DB verwaltet außerdem die Komponente der technischen Hilfe und reicht die Vorschläge für technische Hilfe zur Genehmigung bei der DG ENER ein.

*Investitionsausschuss*

Der Investitionsausschuss ist für die Bewertung der vom Fondsverwalter vorgelegten Vorhaben zuständig und gibt dem Verwaltungsausschuss Empfehlungen. Bis zur Verabschiedung der Auswahlkriterien und Grundsätze wurden ad interim zwei EIB-Mitglieder und ein Mitglied der CdP ernannt.

*Verwaltungsrat*

Der Verwaltungsrat verfügt über weitreichende Befugnisse zur Verwaltung des Fonds und entscheidet auf Empfehlung des Investitionsausschusses über die Investitionen. Ohne Zustimmung des Aufsichtsrats kann er jedoch keine größeren Entscheidungen (z. B. über Änderungen der Satzung oder der Dokumentation) treffen. Er berichtet dem Aufsichtsrat vierteljährlich und setzt sich aus Vertretern der Europäischen Kommission (1), der EIB (1, Vorsitz) und der CdP (1) zusammen.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

*Aufsichtsrat*

Zu den Hauptaufgaben des Aufsichtsrats gehören die ständige Überwachung der Fondsverwaltung, die strategische Beratung des Verwaltungsrats, die Vorlage des jährlichen Geschäftsplans des Fonds zur Genehmigung durch die Anteilseigner und die Genehmigung von Änderungen der Anlageleitlinien usw. Er setzt sich aus Vertretern der Kommission (2), der EIB (1) und der CdP (1) zusammen.

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Im aktuellen Geschäftsplan, der vom Fondsverwalter vorgelegt wurde, ist für 2013 ein Volumen von etwa 100 Mio. EUR Projektverteilung für den Fonds vorgesehen, was zur Inanspruchnahme von Mitteln der Union in Höhe von etwa 65 Mio. EUR führt.

(1) Mithilfe eines Energiedienstleistungsunternehmens (ESCO) können Behörden über einen Energieeinsparvertrag Anfangsinvestitionen (z. B. zur Verbesserung der Energieeffizienz öffentlicher Gebäude oder zur Installation energieeffizienter Straßenbeleuchtung) tätigen, ohne das damit verbundene finanzielle Risiko zu tragen.

(2) Das Europäische ÖPP-Kompetenzzentrum (EPEC) ist eine gemeinsame Initiative der EIB, der Kommission, der Mitgliedstaaten sowie der Bewerberländer. Das EPEC hilft den Behörden dabei, ihre Kapazitäten zum Aufbau öffentlich-privater Partnerschaften zu verstärken.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

# Außenpolitische Instrumente (nicht ausschließlich aus dem Europäischen Entwicklungsfonds finanziert)

## Regionalfazilitäten

## Nachbarschaftsinvestitionsfazilität (NIF)

### *i) Angaben zum Basisrechtsakt*

Verordnung (EG) Nr. 1638/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 1).

Zu den Prioritäten des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI) gehört die Förderung von Investitionsprojekten in den unter die Europäische Nachbarschaftspolitik fallenden Partnerländern, u. a. mit Hilfe der Nachbarschaftsinvestitionsfazilität (NIF).

Die Union brachte die NIF im Jahr 2007 auf den Weg. Die Kommission nahm für dieses Instrument im Zeitraum 2007-2012 die folgenden acht Beschlüsse im Gesamtwert von 545 Mio. EUR an (324,7 Mio. EUR aus der ENPI-Süd-Haushaltslinie und 220,3 Mio. EUR aus der ENPI-Ost-Haushaltslinie): K(2007) 6280, K(2008) 2698, K(2009) 3951, K(2009) 8985, K(2010) 4400, K(2010) 7989, K(2011) 5547 und C(2012) 4533. Darüber hinaus wurde im Dezember 2012 beschlossen, die Mittel des ENPI-Beschlusses C(2012) 4533 um 12,7 Mio. Euro aus der ENPI-Ost-Haushaltslinie und um 9,2 Mio. EUR aus der ENPI-Süd-Haushaltslinie aufzustocken.

Die NIF umfasst seit Anfang 2011 eine Klimaschutz-Komponente im Rahmen des Programms für Umweltschutz und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen einschließlich Energie (ENRTP) zur Förderung von Projekten, die Partnerländer bei der Bekämpfung des Klimawandels durch Eindämmungs- und/oder Anpassungsmaßnahmen unterstützen. Die Klimaschutz-Komponente der NIF wird auf einheitliche Weise verwaltet und unterliegt insgesamt den gleichen Bestimmungen und Finanzierungs- und Durchführungsmodalitäten wie die NIF. 2011 hat die Kommission bereits eine Mittelausstattung von 17,3 Mio. EUR genehmigt (K(2011) 9538), die gleichzeitig der Finanzierung der Investitionsfazilität für Lateinamerika (LAIF) dient.

### *ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen*

Posten 19 08 01 01 — Finanzielle Zusammenarbeit mit Mittelmeerländern im Rahmen der Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftspolitik (Eingliederungsplan 2013).

Posten 19 08 01 03 — Finanzielle Zusammenarbeit mit osteuropäischen Ländern im Rahmen der Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftspolitik (Eingliederungsplan 2013).

Artikel 21 04 01 — Umwelt und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, einschließlich Energie (Eingliederungsplan 2013).

### *iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt*

*Politische Ziele und Anwendungsbereich*

Das Finanzinstrument der Europäischen Union für die Nachbarschaftsregion trägt zur Verwirklichung der Ziele der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) oder verwandter politischer Prioritäten der Union bei, indem zusätzliche Finanzmittel für die Region mobilisiert werden.

Das übergeordnete Ziel der NIF ist die Mobilisierung zusätzlicher Investitionen zur Unterstützung der Schaffung eines Raums des Wohlstands und der guten Nachbarschaft zwischen der Union und ihren Nachbarländern. Ergänzend zu anderen von der Union finanzierten Programmen kann durch die NIF ein nachhaltiges, inklusives Wachstum und ein günstiges Investitionsklima in den Partnerländern gefördert werden.

Innerhalb dieses Rahmens werden mit der NIF drei strategische Ziele verfolgt:

— Aufbau besserer Verkehrs- und Energieverbundnetze zwischen der Union und den Nachbarländern sowie zwischen den Nachbarländern selbst,

— Beseitigung von Gefahren für unsere gemeinsame Umwelt, einschließlich des Klimawandels,

— Förderung eines intelligenten, nachhaltigen und inklusiven Wachstums, insbesondere durch Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen.

Aus der NIF wird die Durchführung der ENP-Aktionspläne unterstützt, wobei der Schwerpunkt auf fünf Bereichen liegt: Energie, Umwelt (insbesondere Eindämmung des Klimawandels und Anpassung daran), Verkehr, sozialer Sektor und Entwicklung von Klein- und Mittelunternehmen.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

*Geografische Reichweite und Endempfänger*

Eine direkte Förderung aus der NIF können diejenigen ENP-Partnerländer erhalten, die einen Aktionsplan unterzeichnet haben, mit Ausnahme von Ländern mit unzureichendem Entwicklungsstand. In Einzelfällen können auch andere Länder, die nicht unmittelbar förderfähig sind, unter Berücksichtigung regionaler oder spezifischer Gegebenheiten in den Genuss von NIF-Maßnahmen kommen. Über ihre Förderfähigkeit müssen die Mitgliedstaaten und die Kommission einstimmig beschließen.

Weitere Endempfänger sind privatwirtschaftliche Akteure und insbesondere KMU. Sowohl multilaterale als auch nationale europäische Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen können direkte Empfänger von Mitteln der Fazilität sowie wichtige Interessenträger sein.

*Wesentliche technische Aspekte*

Das Instrument ermöglicht die Bereitstellung von Risikokapital (Beteiligungskapital und Quasi-Beteiligungskapital), Risikoteilungsinstrumenten, Bürgschaften, Darlehen und sonstigen Finanzierungen wie Investitionszuschüssen und Zinsvergünstigungen sowie von technischer Hilfe.

Für die Umsetzung der NIF kommen folgende Arten der Mittelverwaltung in Frage: Direkte, indirekte, gemeinsame und teilweise dezentrale Mittelverwaltung.

*Laufzeit und Auswirkungen auf den Haushalt*

Die dieses Instrument betreffenden Beschlüsse gelten für den mehrjährigen Finanzrahmen 2007-2013 und können gemäß dem mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 verlängert werden.

Die Frist für Vertragsabschlüsse im Rahmen der Beschlüsse des Jahres 2012 endet (für beide Regionen) am 6. Juli 2015. Dies entspricht nicht dem Ende der Laufzeit der Fazilität, sondern der in den Einzelbeschlüssen zur Einrichtung der Fazilität genannten Frist für den Abschluss von Verträgen. Die Laufzeit der einzelnen Projekte wird von Fall zu Fall festgelegt und ist nicht begrenzt.

Die Mittelausstattung von 766,92 Mio. EUR verteilt sich wie folgt auf die beiden Nachbarschafts-Teilregionen:

| CRIS-Nummer | Für Mittelbindungen insgesamt verfügbarer Höchstbetrag (2007 bis April 2013) | Haushaltslinie |
|---|---|---|
| | **Südliche Nachbarschaft** | |
| ENPI/2007/019548 | 158 000 000 | 19 08 01 01 |
| ENPI/2011/023086 | 309 220 334 | 19 08 01 01 |
| **Insgesamt** | **467 220 334** | |
| | **Östliche Nachbarschaft** | |
| ENPI/2007/019549 | 137 000 000 | 19 08 01 03 |
| ENPI/2011/023087 | 162 700 000 | 19 08 01 03 |
| **Insgesamt** | **299 700 000** | |

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

2013 genehmigte die Kommission mit dem Durchführungsbeschluss C(2013) 1276 vom 11. März 2013 einen Beitrag von bis zu 200 Mio. EUR (aus den in obiger Tabelle aufgeführten Mitteln).

Zur Schätzung der Auswirkungen auf den Haushalt im Jahr 2013 ist von den für 2013 veranschlagten 200 Mio. EUR auszugehen (Stand April 2013). Die für die NIF zu erwartende Hebelwirkung dürfte nach den einschlägigen Erfahrungen im Zeitraum 2008-2012 bei 31,1 liegen (Quotient aus den gesamten Projektkosten und dem Unionsbeitrag im Bezugszeitraum). In diesem Fall würde das für 2013 angestrebte Gesamtvolumen der Mittel, die durch die Fazilität mobilisiert werden könnten, etwa 6 220 Mio. EUR betragen. Hierbei handelt es sich jedoch nur um vorläufige Berechnungen, da weder der Zeitfaktor noch Differenzierungseffekte berücksichtigt sind.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Investitionsfazilität für Zentralasien (IFCA) und Investitionsfazilität für Asien (AIF)

### *i) Angaben zum Basisrechtsakt*

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

Ausgehend von den ersten mit der NIF erzielten Ergebnissen hat die Kommission vorgeschlagen, auch Investitionsfazilitäten für Länder einzurichten, die unter die Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 fallen, und zwar zunächst für Länder in Zentralasien, Asien und Lateinamerika. Für Asien wurden zwei Fazilitäten geschaffen: die Investitionsfazilität für Zentralasien (IFCA) im Jahr 2010 und die Investitionsfazilität für Asien (AIF) im Jahr 2011. Diese beiden Fazilitäten wurden nach dem Vorbild der NIF gestaltet, wobei Ziele und Anwendungsbereich denen des im März 2008 vereinbarten Allgemeinen Rahmens für die NIF (s. entsprechenden Abschnitt des NIF) ähneln.

Seit April 2013 wurden zwei aus den Haushalten 2010, 2011 und 2012 finanzierte Beschlüsse zur IFCA und ein aus den Haushalten 2011 und 2012 finanzierter Beschluss zur AIF angenommen.

### *ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen*

Artikel 19 10 02 — Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Zentralasien (Eingliederungsplan 2013).

Artikel 19 10 01 — Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Asien (Eingliederungsplan 2013).

### *iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt*

*Politische Ziele und Anwendungsbereich*

Hauptzweck der IFCA ist es, zusätzliche Investitionen und Schlüsselinfrastrukturen zu fördern, wobei in der ersten Durchführungsphase der Schwerpunkt auf den Bereichen Energie und Umwelt liegt. Je nach Entwicklung der Strategien für Zentralasien könnte eine spätere Ausweitung auf die Bereiche Verkehr, KMU und soziale Infrastruktur in Betracht gezogen werden.

Hauptzweck der AIF ist die Förderung zusätzlicher Investitionen und Schlüsselinfrastrukturen mit Schwerpunkt auf Investitionen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und „grünen" Investitionen in den Bereichen Umwelt, Energie, KMU und soziale Infrastruktur. Eine spätere Ausweitung auf den Verkehrssektor ist denkbar.

*Geografische Reichweite und Endempfänger*

Endempfänger dieser beiden Fazilitäten sind die Länder beider Regionen. Weitere Endempfänger sind privatwirtschaftliche Akteure und insbesondere KMU.

Förderfähige Finanzinstitutionen können direkte Empfänger sowie wichtige Interessenträger für beide Fazilitäten sein.

*Wesentliche technische Aspekte*

Folgende Transaktionsarten können finanziert werden:

— Kofinanzierung von Investitionen in öffentliche Infrastrukturvorhaben,

— Kostenübernahme bei Darlehensbürgschaften,

— Zinsvergünstigungen,

— Technische Hilfe,

— Risikokapitaltransaktionen.

Mögliche Arten der Mittelverwaltung sind die (direkte oder indirekte) zentrale Verwaltung, die gemeinsame und die teilweise dezentrale Verwaltung.

*Laufzeit und Auswirkungen auf den Haushalt*

Die IFCA und die AIF wurden für die Laufzeit des Finanzinstruments eingerichtet, d. h. bis 31. Dezember 2013, und können gemäß dem mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 verlängert werden.

Die Frist für Vertragsabschlüsse wurde mit Beschlüssen aus dem Jahr 2011 im Falle der IFCA auf den 2. August 2015 bzw. im Falle der AIF auf den 7. Dezember 2014 festgesetzt. Dies entspricht nicht der Laufzeit der Fazilitäten, sondern der in den Einzelbeschlüssen zur Einrichtung der Fazilitäten genannten Frist für den Abschluss von Verträgen. Die Laufzeit der einzelnen Projekte wird von Fall zu Fall festgelegt und ist nicht begrenzt.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

Die Mittelausstattung von 95 Mio. EUR verteilt sich wie folgt auf die beiden Regionen:

| CRIS-Nummer | Für Mittelbindungen insgesamt verfügbarer Höchstbetrag | Haushaltslinie |
|---|---|---|
| | **Investitionsfazilität für Zentralasien (IFCA)** | |
| DCI-ASIE/2010/021-627 | 20 000 000 | 19 10 02 |
| DCI-ASIE/2011/023-117 | 45 000 000 | 19 10 02 |
| | **Investitionsfazilität für Asien (AIF)** | |
| DCI-ASIE/2011/022-036 | 30 000 000 | 19 10 01 01 |

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Für die IFCA soll die gegenwärtige Mittelausstattung von 28,9 Mio. EUR im Rahmen des Jahresaktionsplans 2013 aufgestockt werden.

Für die AIF soll im Rahmen des Jahresaktionsplans 2013 eine nichtsubstanzielle Änderung gegenüber dem Kommissionsbeschluss von 2011 vorgenommen werden, mit der der vorgesehene Höchstbetrag von 15 Mio. EUR erreicht wird.

Die auf der Grundlage von Erfahrungswerten (Daten aus den Jahren 2010 bis 2012 für die IFCA und aus den Jahren 2011 und 2012 für die AIF) erwartete Hebelwirkung liegt im Falle der IFCA bei 11,4 und im Falle der AIF bei 6,5 (Quotient aus den gesamten Projektkosten und dem EU-Beitrag im Bezugszeitraum). Demnach werden die Zielvolumen auf rund 329 Mio. EUR (28,9 × 11,4) bei der IFCA und 97 Mio. EUR (15 × 6,5) bei der AIF geschätzt. Hierbei handelt es sich jedoch nur um vorläufige Berechnungen, da weder der Zeitfaktor noch Differenzierungseffekte berücksichtigt sind.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Investitionsfazilität für Lateinamerika (LAIF)

### *i) Angaben zum Basisrechtsakt*

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

Die LAIF wurde 2009 im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 für den Zeitraum 2009-2013 eingerichtet. Die Beiträge der Kommission werden jährlich festgelegt.

### *ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen*

Artikel 19 09 01 — Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Lateinamerika (Eingliederungsplan 2013).

Artikel 21 04 01 — Umwelt und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, einschließlich Energie (Eingliederungsplan 2013).

### *iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt*

*Politische Ziele und Anwendungsbereich*

LAIF trägt zum Wachstum von KMU bei, da auf diese Weise eine Reihe von Finanzierungsinstrumenten in Lateinamerika verfügbar werden.

Die LAIF umfasst seit Anfang 2011 auch eine Klimaschutz-Komponente zur Durchführung von Projekten, die Partnerländer bei der Bekämpfung des Klimawandels durch Eindämmungs- und/oder Anpassungsmaßnahmen unterstützen. 2011 hat die Kommission mit dem Durchführungsbeschluss K(2011) 9538 eine Mittelausstattung von 17,3 Mio. EUR im Rahmen des DCI-Umweltprogramms genehmigt, die gleichzeitig der Finanzierung der Nachbarschaftsinvestitionsfazilität (NIF) dient (s.o.).

*Geografische Reichweite und Endempfänger*

Endempfänger sind gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 die lateinamerikanischen Länder.

Weitere Endempfänger sind privatwirtschaftliche Akteure und insbesondere KMU im Falle von Maßnahmen zur Entwicklung des Privatsektors. Interessenträger bei Transaktionen des Finanzierungsinstruments sind die förderfähigen Finanzinstitutionen.

*Wesentliche technische Aspekte*

Folgende Transaktionsarten können aus der LAIF finanziert werden:

— Kofinanzierung von Investitionen in öffentliche Infrastrukturvorhaben,

— Kostenübernahme bei Darlehensbürgschaften,

— Zinsvergünstigungen,

— Technische Hilfe,

— Risikokapitaltransaktionen.

Mögliche Arten der Mittelverwaltung sind die (direkte oder indirekte) zentrale Verwaltung, die gemeinsame und die teilweise dezentrale Verwaltung.

*Laufzeit und Auswirkungen auf den Haushalt*

Die Laufzeit der LAIF endet am 31. Dezember 2013. Als Mittelausstattung sind 147,150 Mio. EUR vorgesehen. Die Fazilität kann gemäß dem mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 verlängert werden.

Die Frist für Vertragsabschlüsse im Rahmen der Beschlüsse des Jahres 2012 endet am 31. Dezember 2013. Dies entspricht nicht der Laufzeit der Fazilität, sondern der in den Einzelbeschlüssen zur Einrichtung der Fazilität genannten Frist für den Abschluss von Verträgen. Die Laufzeit der einzelnen Projekte wird von Fall zu Fall festgelegt und ist nicht begrenzt.

| | CRIS-Nummer | Für Mittelbindungen insgesamt<br>verfügbarer Höchstbetrag<br>(2007 bis April 2013) | Haushaltslinie |
|---|---|---|---|
| | DCI-ALA/2009/21734 | 129 850 000 | 19 09 01 |
| Gemeinsam mit der NIF | K(2011) 9538 | 17 300 000 | 21 04 01 |

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Für die LAIF sind Verpflichtungen in Höhe von 45 Mio. EUR vorgesehen, die aus den Mitteln für 2013 finanziert werden sollen. Auf der Grundlage der Erfahrungswerte, die im Zuge der Umsetzung im Zeitraum 2010-2012 gewonnen wurden, wird die Hebelwirkung (Quotient aus den gesamten Projektkosten und dem Unionsbeitrag) auf 26,3 veranschlagt. Auf der Grundlage dieser Hypothesen dürften sich die Zielvolumen für 2013 auf rund 1 183 Mio. EUR belaufen. Hierbei handelt es sich jedoch nur um vorläufige Berechnungen, da weder der Zeitfaktor noch Differenzierungseffekte berücksichtigt sind.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Weitere Fazilitäten

## Unterstützung für die Investitions- und Partnerschaftsfazilität Europa-Mittelmeer (FEMIP)

***i) Angaben zum Basisrechtsakt***

Vorläufer waren die *finanziellen und wirtschaftlichen Begleitmaßnahmen (Mesures d'accompagnement financières et techniques)* (MEDA I und MEDA II im Zeitraum 1996-2006).

Die derzeitige Grundlage der FEMIP ist das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI 2007-2013) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1638/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 1).

***ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen***

Posten 19 08 01 01 — Finanzielle Zusammenarbeit mit Mittelmeerländern im Rahmen der Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftspolitik (Eingliederungsplan 2013).

***iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt***

*Politische Ziele und Anwendungsbereich*

Ziel der Unterstützung für die FEMIP ist die Bereitstellung von Kapital für den Privatsektor der Mittelmeerpartnerländer zu Bedingungen, die vor Ort nicht geboten werden.

Risikokapital wird direkt oder indirekt investiert, um i) den Privatsektor zu unterstützen, d. h. die Gründung, Umstrukturierung oder Expansion von Unternehmen zu ermöglichen, und ii) den lokalen Finanzsektor zu stärken, indem die Schaffung neuer Einrichtungen oder Aktivitäten gefördert wird, die dem Privatsektor zugutekommen.

Zur Unterstützung der Maßnahmen der FEMIP im Mittelmeerraum wird technische Hilfe geleistet, wobei die Entwicklung des Privatsektors einen besonderen Schwerpunkt bilden wird.

*Geografische Reichweite und Endempfänger*

Die FEMIP kommt den 10 südlichen Mittelmeerländern zugute. Empfänger der Risikokapitalfazilität sind der Privatsektor im Allgemeinen sowie KMU und Finanzintermediäre. Empfänger der technischen Hilfe sind private Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und die Finanzintermediäre.

*Wesentliche technische Aspekte*

Diese Maßnahme, die der Finanzierung von Risikokapital und technischer Hilfe dient, wird nach der Methode der indirekten zentralen Mittelverwaltung mit der Europäischen Investitionsbank durchgeführt.

Die Europäische Investitionsbank wird mit der Durchführung der folgenden Transaktionen betraut:

— Risikokapitaltransaktionen,

— Technische Hilfe,

— Darlehen zu Sonderbedingungen,

— Zinsvergünstigungen.

*Laufzeit und Auswirkungen auf den Haushalt*

Die Laufzeit der FEMIP entspricht derjenigen des mehrjährigen Finanzrahmens 2007-2013. Die jährlichen Mittelbindungen betrugen 32 Mio. EUR zulasten des Postens 19 08 01 01. Damit beläuft sich die gesamte Mittelausstattung für den Zeitraum 2007-2013 auf 224 Mio. EUR.

Die Abwicklungsfrist für die Mittelbindungen 2012 endet am 11. November 2028.

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Es wurde davon ausgegangen, dass für die FEMIP 32 Mio. EUR aus dem Haushalt 2013 zur Verfügung stehen.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Globaler Dachfonds für Energieeffizienz und erneuerbare Energien (GEEREF)

***i) Angaben zum Basisrechtsakt***

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

Der GEEREF wurde im Rahmen der Jahresaktionspläne (JAP) für das vierjährige thematische Programm für Umwelt und nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen einschließlich Energie (ENRTP 2007-2010) genehmigt.

Rechtsgrundlage für die Unterstützungsfazilität für regionale Fonds: Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Haushaltsordnung.

***ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen***

Artikel 21 04 01 — Umwelt und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, einschließlich Energie (Eingliederungsplan 2013)

***iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt***

*Politische Ziele und Anwendungsbereich*

Der GEEREF ist ein innovatives Finanzierungsinstrument zur Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien in Entwicklungs- und Transformationsländern. Die Strategie dieses Dachfonds besteht darin, in regionale Private-Equity-Fonds, die auf kleine und mittlere Projekte in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien spezialisiert sind, zu investieren und damit deren Entwicklung zu fördern.

Auf diese Weise soll dazu beigetragen werden, erneuerbare Energien, Energieeffizienz und andere verwandte Technologien für saubere Energie auf Märkte und Dienstleistungen in Entwicklungs- und Transformationsländern (und -gebieten) auszudehnen, um den Zugang zu einer $CO_2$-armen, sicheren und erschwinglichen Energieversorgung sowie die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen für unterversorgte oder benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu verbessern, eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und gleichzeitig zum Umweltschutz beizutragen.

*Geografische Reichweite und Endempfänger*

Der GEEREF unterstützt regionale Unterfonds für Staaten in Subsahara-Afrika, dem karibischen Raum und dem Pazifischen Ozean, für die unter die Europäische Nachbarschaftspolitik fallenden Länder und Russland sowie für Lateinamerika und Asien (einschließlich Zentralasiens und des Nahen und Mittleren Ostens). Besondere Aufmerksamkeit gilt den Bedürfnissen der AKP-Staaten (Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean).

*Laufzeit und Auswirkungen auf den Haushalt*

Die Frist für GEEREF-Maßnahmen endet am 13. Dezember 2022 (gerechnet ab der letzten Mittelbindung).

| CRIS-Nummer des Beschlusses | Globale Mittelbindung (kumuliert) (Höchstbetrag) | Haushaltslinie |
|---|---|---|
| DCI-ENV/2007/147331 und Addenden mit CRIS-Nummern 168 899 und 282 314 | 76 100 000 | 21 04 01 |

Darüber hinaus werden 5 Mio. EUR aus Artikel 21 04 05 als Beitrag zur Errichtung einer integrierten Unterstützungsfazilität für den GEEREF zugewiesen.

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Mit Stand vom April 2013 werden keine der im Haushalt 2013 für den GEEREF vorgesehenen Mittel mehr gebunden.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Finanzierungsinstrumente in den Erweiterungsländern

## Türkei

## Risikokapitalprojekt für Anatolien

***i) Angaben zum Basisrechtsakt***

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA), insbesondere Artikel 14 Absatz 3 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

*Weitere Angaben*

— Nach Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1717/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2006 zur Schaffung eines Instruments für Stabilität (ABl. L 327 vom 24.11.2006, S. 1) wird Unionshilfe im Sinne dieser Verordnung nur gewährt, soweit keine angemessene und wirkungsvolle Reaktion im Rahmen anderer Außenhilfeinstrumente der Gemeinschaft erfolgen kann.

— In der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 sind die Ziele und die wichtigsten Grundsätze der Heranführungshilfe für Bewerberländer und potenzielle Bewerberländer festgelegt.

— Beschluss 2008/211/EG des Rates (ABl. L 80 vom 19.3.2008, S. 18) über eine Europäische Partnerschaft mit Bosnien und Herzegowina.

— Gemeinsame Aktion 2007/87/GASP (ABl. L 35 vom 8.2.2007, S. 35) und Beschluss 2007/427/GASP (ABl. L 159 vom 20.6.2007, S. 63) zu Bosnien und Herzegowina.

***ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen***

Artikel 13 05 02 — Instrument für Heranführungshilfe (IPA) — Abschluss der Komponente regionale Entwicklung (2007 bis 2013) (Eingliederungsplan 2014).

***iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt***

Das G43-Risikokapitalprojekt für Anatolien trägt zur Verwirklichung der Ziele des operativen Programms „Regionale Wettbewerbsfähigkeit" bei, das unter anderem der Schaffung und Entwicklung von Finanzierungsinstrumenten dient.

Seine wichtigsten Ziele sind die Verbesserung des Zugangs von KMU zu Finanzmitteln in der Zielregion durch Einführung der Vermögenswertklasse Risikokapital.

Das Instrument dient der Finanzierung von Investitionen, die letztlich sowohl traditionellen als auch innovativen Branchen in der Türkei zugutekommen, mit besonderem Schwerpunkt auf der Textilverarbeitungsindustrie, dem Agrar- und Lebensmittelsektor und im Dienstleistungssektor auf dem Tourismus.

In geografischer Hinsicht kommt das Instrument im Einklang mit dem operativen Programm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit" den 43 am wenigsten entwickelten Provinzen der Türkei in 12 NUTS-2-Regionen zugute, die ein Pro-Kopf-Einkommen von unter 75 % des türkischen Durchschnitts seit 2001 aufweisen, wobei den neun am wenigsten entwickelten Provinzen in Südostanatolien besondere Aufmerksamkeit gilt.

Das Instrument ermöglicht die Bereitstellung von Risikokapital (Beteiligungskapital) und technischer Hilfe.

Die Kommission führt das Instrument im Wege der indirekten Mittelverwaltung gemäß Artikel 139 der Haushaltsordnung aus. Im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung kann die Kommission Haushaltsvollzugsaufgaben auf die folgenden multilateralen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen übertragen: Europäische Investitionsbank (EIB).

Die Mittelausstattung für das Instrument beläuft sich auf 16 300 000 EUR (davon 13 855 000 EUR bzw. 85 % Unionsmittel, der Rest nationale öffentliche Kofinanzierungsmittel), womit insgesamt ein mindestens doppelt so hoher Betrag wie der Unionsbeitrag mobilisiert werden soll (angestrebte Investitionen von 30 000 000 EUR).

Die Laufzeit des Instruments begann im August 2011. Nach einem Investitionszeitraum von höchstens 6,5 Jahren (d. h. der spätestens am 31. Dezember 2017 endet) wird das Portfolio über einen Zeitraum von höchstens 5 Jahren (d. h. bis zum 31. Dezember 2022) abgewickelt.

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Mit dem Fonds werden Mittelbindungen von insgesamt 30 Mio. EUR angestrebt, doch sind Mittelbindungen bis zu 40 Mio. EUR möglich. Das Mindestvolumen des Fonds beträgt 20 Mio. EUR.

Angestrebte Hebelwirkung: 30 Mio. EUR: 16,3 Mio. EUR = 1,84.

Angestrebte Hebelwirkung gemäß der Definition in den Anwendungsbestimmungen: 30 Mio. EUR: 13,855 Mio. EUR (nur Unionsbeitrag von 85 %) = 2,17.

Zahl der Unternehmen, denen das Finanzierungsinstrument zugutekommt: mindestens 8 KMU.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Bürgschaftsfazilität für Anatolien

### *i) Angaben zum Basisrechtsakt*

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA), insbesondere Artikel 14 Absatz 3 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

*Weitere Angaben*

— Nach Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1717/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2006 zur Schaffung eines Instruments für Stabilität (ABl. L 327 vom 24.11.2006, S. 1) wird Unionshilfe im Sinne dieser Verordnung nur gewährt, soweit keine angemessene und wirkungsvolle Reaktion im Rahmen anderer Außenhilfeinstrumente der Union erfolgen kann.

— In der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 sind die Ziele und die wichtigsten Grundsätze der Heranführungshilfe für Bewerberländer und potenzielle Bewerberländer festgelegt.

— Beschluss 2008/211/EG des Rates (ABl. L 80 vom 19.3.2008, S. 18) über eine Europäische Partnerschaft mit Bosnien und Herzegowina.

— Gemeinsame Aktion 2007/87/GASP(ABl. L 35 vom 8.2.2007, S. 35) und Beschluss 2007/427/GASP (ABl. L 159 vom 20.6.2007, S. 63) zu Bosnien und Herzegowina.

### *ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen*

Artikel 13 05 02 — Instrument für Heranführungshilfe (IPA) — Abschluss der Komponente regionale Entwicklung (2007 bis 2013) (Eingliederungsplan 2014).

### *iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt*

Dieses Finanzierungsinstrument der Europäischen Union trägt zur Verwirklichung der Ziele des operativen Programms „Regionale Wettbewerbsfähigkeit“ bei, das unter anderem der Schaffung und Entwicklung von Finanzierungsinstrumenten dient.

Die wichtigsten Ziele bestehen darin, für Kleinstunternehmen und KMU in der Zielregion den Zugang zu Finanzmitteln durch Kreditbürgschaften, die für Finanzintermediäre die Möglichkeit der Risikoteilung bieten, zu verbessern und dadurch den Kreditspielraum der Geschäftsbanken für Kleinstunternehmen und KMU zu vergrößern, während Letztere gleichzeitig hinsichtlich zusätzlicher Sicherheitsanforderungen entlastet werden. Neben den Kreditbürgschaften stellt die Europäische Investitionsbank auch ein KMU-Globaldarlehen für Finanzintermediäre in der Zielregion bereit, das den Zugang von KMU zu Finanzierungsmöglichkeiten weiter verbessert und integraler Bestandteil des Projekts ist.

In geografischer Hinsicht kommt das Instrument im Einklang mit der gemeinsamen Anwendungsverordnung (Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften und Verfahren für die Anwendung der Instrumente der Union im Bereich des auswärtigen Handelns, KOM(2011) 842)) und dem operativen Programm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit“ den 43 am wenigsten entwickelten Provinzen der Türkei in 12 NUTS-2-Regionen zugute, die ein Pro-Kopf-Einkommen von unter 75 % des türkischen Durchschnitts seit 2001 aufweisen.

Im Rahmen des Instruments können Risikoteilungsinstrumente, Bürgschaften, Darlehen und technische Hilfe folgendermaßen eingesetzt werden:

— Im Rahmen der ersten Komponente (Rückbürgschaften für Kleinstkredite) werden über Kredi Garanti Fonu (KGF), die einzige spezialisierte Garantieeinrichtung der Türkei, Rückbürgschaften gewährt.

— Die zweite Komponente (KMU-Darlehensbürgschaften), die über fünf oder sechs Geschäftsbanken umgesetzt wird, steht in direktem Zusammenhang mit dem KMU-Darlehensprogramm der EIB für Anatolien.

— Die dritte Komponente (Kapazitätsaufbau und Öffentlichkeitsarbeit) dient der Durchführung besonderer Schulungen für die Schlüsselakteure dieser Fazilität und der Werbung für die Fazilität.

Die Kommission führt das Instrument im Wege der indirekten Mittelverwaltung gemäß Artikel 139 der Haushaltsordnung aus. Bei der indirekten Mittelverwaltung kann die Kommission Haushaltsvollzugsaufgaben auf die folgenden multilateralen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen übertragen: Europäischer Investitionsfonds (EIF).

Für das Instrument sind 51,2 Mio. EUR vorgesehen, mit denen Investitionen von insgesamt 937,5 Mio. EUR mobilisiert werden sollen. Der EU-Beitrag beläuft sich auf 43 484 210,53 EUR (= Zahlungen aus dem Haushalt), was einem EU-Anteil von 85 % entspricht.

Die Laufzeit des Instruments begann im Mai 2010. Nach einem Investitionszeitraum von höchstens 54 Monaten (d. h. der spätestens am 31. Dezember 2014 endet) wird das Portfolio über einen Zeitraum von höchstens 92 Monaten (d. h. spätestens zum 31. Dezember 2017) abgewickelt.

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Umfang der über Kreditbürgschaften an Unternehmen vergebenen Darlehen: 937,5 Mio. EUR.

Zahl der Unternehmen, denen das Finanzierungsinstrument zugutekommt: 6 000 (1 500 Kleinstunternehmen und 4 500 KMU).

Hebelwirkung: 937,5 Mio. EUR: 51,2 Mio. EUR = 18,32.

Hebelwirkung gemäß der Definition in den Anwendungsbestimmungen: 937,5 Mio. EUR: 43,5 Mio. EUR (nur Unionsbeitrag von 85 %) = 21,55.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Westlicher Balkan

## Bürgschaftsfazilität im Rahmen der Fazilität für Unternehmensentwicklung und Innovation im westlichen Balkan

***i) Angaben zum Basisrechtsakt***

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA), insbesondere Artikel 14 Absatz 3 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

***ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen***

Posten 22 02 07 01 — Regionale und horizontale Programme (Eingliederungsplan 2013).

***iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt***

Dieses Finanzierungsinstrument der Europäischen Union trägt dazu bei, die Ziele der Steigerung des sozioökonomischen Wachstums im westlichen Balkan zu erreichen.

Sein Hauptziel ist die Schaffung der Voraussetzungen für die Gründung und das Wachstum innovativer Unternehmen mit hohem Potenzial. Das Instrument bietet Bürgschaften für KMU-Kreditportfolios von Geschäftsbanken, die Kredite an neue KMU vergeben. Dadurch verbessert sich der Zugang von KMU zu Krediten und verringern sich möglicherweise die Kosten der Kreditaufnahme.

Im Rahmen des Instruments sind Erstverlustbürgschaften für neue Kredite an Zielgruppen-KMU mit einem Satz von bis zu 70 % und einer Obergrenze von bis zu 25 % im gesamten Kreditportfolio möglich. Die genauen Deckungssätze und Obergrenzen der Bürgschaften werden von Fall zu Fall festgelegt.

Die Kommission führt das Instrument im Wege der indirekten Mittelverwaltung gemäß Artikel 139 der Haushaltsordnung aus. Im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung kann die Kommission der Europäischen Investitionsbank (EIB-Gruppe), einschließlich des Europäischen Investitionsfonds (EIF), Haushaltsvollzugsaufgaben übertragen. Die Umsetzung der Fazilität erfolgt im Wege der indirekten Mittelverwaltung, wobei der EIF mit den Haushaltsvollzugsaufgaben betraut wird.

Die Laufzeit des Instruments hat 2013 begonnen, und es dient der Absicherung von Krediten mit einer Laufzeit bis 2023. In geografischer Hinsicht kommt es im Einklang mit der gemeinsamen Anwendungsverordnung den westlichen Balkanstaaten zugute (siehe COM(2011) 842).

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Für das Instrument sind 21,9 Mio. EUR vorgesehen, mit denen Investitionen von insgesamt 140 Mio. EUR mobilisiert werden sollen. Damit würde sich die Hebelwirkung auf den Faktor 6 belaufen.

Die gesamten Mittel für Verpflichtungen in Höhe von 16,5 Mio. EUR (1,5 Mio. EUR für EIF-Verwaltungsgebühren und 15 Mio. EUR für Bürgschaften) von Dezember 2012 werden im zweiten Quartal 2013 um 5,4 Mio. EUR im Rahmen des IPA-Mehrempfängerprogramms DN024091 für 2013 aufgestockt. Von diesem Betrag werden 0,4 Mio. EUR für die EIF-Gebühren und 5 Mio. EUR zur Erhöhung der Bürgschaftsmittel auf den Zielwert von 20 Mio. EUR verwendet.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Fonds für Unternehmensentwicklung (ENEF) im Rahmen der Fazilität für Unternehmensentwicklung und Innovation im westlichen Balkan

***i) Angaben zum Basisrechtsakt***

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA), insbesondere Artikel 14 Absatz 3 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

***ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen***

Posten 22 02 07 01 — Regionale und horizontale Programme (Eingliederungsplan 2013).

***iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt***

Dieses Finanzierungsinstrument der Europäischen Union trägt dazu bei, die Ziele der Steigerung des sozioökonomischen Wachstums im westlichen Balkan zu erreichen.

Sein Hauptziel ist die Schaffung der Voraussetzungen für die Gründung und das Wachstum innovativer Unternehmen mit hohem Potenzial. Mit dem Instrument wird für etablierte KMU mit hohem Wachstumspotenzial auf ihren jeweiligen Märkten Entwicklungs- und Expansionskapital in Form von Kapitalbeteiligungen finanziert. Das Instrument ermöglicht Beteiligungsinvestitionen und beteiligungsähnliche Investitionen.

Die Kommission führt das Instrument im Wege der indirekten Mittelverwaltung gemäß Artikel 139 der Haushaltsordnung aus. Im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung kann die Kommission der Europäischen Investitionsbank (EIB-Gruppe), einschließlich des Europäischen Investitionsfonds (EIF), Haushaltsvollzugsaufgaben übertragen. Die Umsetzung des Instruments erfolgt im Wege der indirekten Mittelverwaltung, wobei der EIF mit den Haushaltsvollzugsaufgaben betraut wird.

Die Investitionen im Rahmen des Instruments laufen 2014 an. Nach einem Investitionszeitraum von höchstens 5 Jahren wird das Portfolio über einen weiteren Zeitraum von höchstens 5 Jahren abgewickelt (Laufzeit bis 2023). In geografischer Hinsicht kommt es im Einklang mit der gemeinsamen Anwendungsverordnung den westlichen Balkanstaaten zugute (siehe COM(2011) 842).

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Für das Instrument ist eine Mittelausstattung von 10,4 Mio. EUR vorgesehen, die im Dezember 2012 gebunden und dem EIF in seiner Funktion als Treuhänder ausgezahlt wurden. Mit diesem Betrag sollen Investitionen von insgesamt 54 Mio. EUR mobilisiert werden.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Fonds für Unternehmensinnovation (ENIF) im Rahmen der Fazilität für Unternehmensentwicklung und Innovation im westlichen Balkan

***i) Angaben zum Basisrechtsakt***

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA), insbesondere Artikel 14 Absatz 3 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

***ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen***

Posten 22 02 07 01 — Regionale und horizontale Programme (Eingliederungsplan 2013).

***iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt***

Dieses Finanzierungsinstrument der Europäischen Union trägt dazu bei, die Ziele der Steigerung des sozioökonomischen Wachstums im westlichen Balkan zu erreichen. Sein Hauptziel ist die Schaffung der Voraussetzungen für die Gründung und das Wachstum innovativer junger Unternehmen mit Hilfe von Beteiligungsinvestitionen. Das Instrument dient der Finanzierung von Kapital für innovative KMU in der Gründungs-, Entwicklung- und Expansionsphase. Das Instrument ermöglicht Beteiligungsinvestitionen und beteiligungsähnliche Investitionen.

Die Kommission führt das Instrument im Wege der indirekten Mittelverwaltung gemäß Artikel 139 der Haushaltsordnung aus. Im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung kann die Kommission der Europäischen Investitionsbank (EIB-Gruppe), einschließlich des Europäischen Investitionsfonds (EIF), Haushaltsvollzugsaufgaben übertragen. Das Instrument wird im Wege der indirekten Verwaltung umgesetzt, wobei der EIF mit den Haushaltsvollzugsaufgaben betraut wird.

Die Investitionen im Rahmen des Instruments laufen 2013 an. Nach einem Investitionszeitraum von höchstens 5 Jahren wird das Portfolio über einen weiteren Zeitraum von höchstens 5 Jahren (bis 2023) abgewickelt. In geografischer Hinsicht kommt es im Einklang mit der gemeinsamen Anwendungsverordnung den westlichen Balkanstaaten zugute (siehe COM(2011) 842).

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Der Gesamtbetrag der Mittel für Verpflichtungen in Höhe von 21,2 Mio. EUR wurde im August 2013 gebunden.

Für das Instrument sind 21,2 Mio. EUR vorgesehen, mit denen Investitionen von insgesamt rund 40 Mio. EUR mobilisiert werden sollen. Damit würde sich die Hebelwirkung auf den Faktor 1,9 belaufen.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Investitionsrahmen für die westlichen Balkanstaaten (WBIF) — Plattform für künftige Finanzierungsinstrumente im Rahmen von ELARG — („Platzhalter“)

Der Investitionsrahmen für die westlichen Balkanstaaten (WBIF) ist eine gemeinsame Initiative der Kommission, der Europäischen Investitionsbank (EIB), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) und der Entwicklungsbank des Europarates (CEB). Diese Initiative, die auch vom Europäischen Rat gebilligt wurde, dient dazu, die Investitionen in die sozioökonomische Entwicklung der Region stärker zu harmonisieren und die diesbezügliche Zusammenarbeit weiter auszubauen.

Der WBIF ist kein Finanzierungsinstrument im Sinne des Artikels 2 Buchstabe p der Haushaltsordnung. Jedoch kann auf den WBIF zurückgegriffen werden, um während der Laufzeit des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 neue Finanzierungsinstrumente zu schaffen, die „die Form von Beteiligungsinvestitionen und beteiligungsähnlichen Investitionen, Darlehen, Bürgschaften oder anderen Risikoteilungsinstrumenten einnehmen und gegebenenfalls mit Finanzhilfen kombiniert werden“ können.

Mit Hilfe des WBIF wurden bereits die folgenden Finanzierungsinstrumente geschaffen:

— die Bürgschaftsfazilität im Rahmen der Fazilität für Unternehmensentwicklung und Innovation im westlichen Balkan,

— der Fonds für Unternehmensentwicklung (ENEF) im Rahmen der Fazilität für Unternehmensentwicklung und Innovation im westlichen Balkan,

— der Fonds für Unternehmensinnovation (ENIF) im Rahmen der Fazilität für Unternehmensentwicklung und Innovation im westlichen Balkan.

Der WBIF zielt auf die Straffung bestehender Fazilitäten und die Bündelung von Ressourcen der Kommission, der internationalen Partner-Finanzinstitutionen, der Mitgliedstaaten und anderer Geber zur besseren Unterstützung der Empfängerländer des westlichen Balkans. So dient der WBIF der Absicherung der Finanzierung vorrangiger Investitionen zur Förderung und Aufrechterhaltung des sozioökonomischen Wachstums in der Region.

Mit dem WBIF werden Investitionsvorhaben zur Unterstützung von Sektoren finanziert, die zum sozioökonomischen Wachstum und zur (wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen) Entwicklung der westlichen Balkanstaaten beitragen, u. a. in folgenden Bereichen:

— Umwelt: Wasserversorgung, Abwasserbehandlung, Kanalisation, Entsorgung fester und gefährlicher Abfälle, Emissionsminderung usw.,

— Energie: erneuerbare Energien, Verbundsysteme, Übertragung, Kraft-Wärme-Kopplung, Wasserkraft, Gasfernleitungen usw.,

— Energieeffizienz und Energieeinsparung,

— Verkehr: Schienenwege und Binnenwasserstraßen einschließlich Binnenhäfen, Straßen, Seehäfen, Flughäfen, Grenzübergänge, intermodale Terminals und öffentlicher Nahverkehr,

— Sozialsektor: Schulen und Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser und Gesundheitszentren, sozialer Wohnungsbau, Haftanstalten und andere öffentliche Gebäude,

— KMU, Unterstützung der Privatwirtschaft und des Finanzsektors,

— Andere Sektoren, die zur sozioökonomischen Entwicklung beitragen, entsprechend den Vereinbarungen der Gruppe der Projektfinanzierer und des Lenkungsausschusses.

Der geografische Geltungsbereich erstreckt sich auf das Hoheitsgebiet eines oder mehrerer der folgenden Empfänger des westlichen Balkans: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien und Kosovo im Einklang mit der gemeinsamen Anwendungsverordnung (siehe COM(2011) 842).

Im Rahmen des WBIF kann die Zuschussfinanzierung für ein bestimmtes Investitionsvorhaben in folgender Form erfolgen: technische Hilfe, Investitionszuschüsse (direkte Zuschüsse zu bestimmten Projektkomponenten sowie leistungsbezogene Anreizsysteme für durchführende Einrichtungen), Anreizzahlungen an Finanzintermediäre, Zinsvergünstigungen (Bereitstellung von Pauschalbeträgen, damit Darlehen, die für Investitionsvorhaben benötigt werden, zu ermäßigten Zinssätzen gewährt werden können) und Versicherungsprämien (Finanzierung der zur Durchführung der Investitionsvorhaben erforderlichen Versicherungsprämien).

Die Kommission führt den WBIF nach der Methode der direkten Mittelverwaltung (Mittel für Verträge über technische Hilfe aus dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA) im Rahmen der Komponente technische Hilfe der Infrastrukturprojektfazilität) und der indirekten Mittelverwaltung (IPA-Mittel im Rahmen der kommunalen Komponente der Infrastrukturprojektfazilität) gemäß Artikel 139 der Haushaltsordnung aus. Was die Unterstützung aus dem gemeinsamen Europa-Westbalkan-Fonds oder den Zuschussmitteln der internationalen Partner-Finanzinstitutionen angeht, so setzt die federführende internationale Finanzinstitution das Projekt im Wege der indirekten Mittelverwaltung um. Die Kommission kann folgenden Finanzinstitutionen Haushaltsvollzugsaufgaben übertragen: Europäische Investitionsbank (EIB), Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), Investitionsbank des Europarats (CIB) und KfW Entwicklungsbank (KfW) sowie Weltbank als assoziierte internationale Finanzinstitution.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Unterstützung des Privatsektors (Krisenbewältigungspaket)

## Fazilität zur Unterstützung der Privatsektors in der Türkei

***i) Angaben zum Basisrechtsakt***

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

Krisenbewältigungspaket, IPA 2009/021-373.

***ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen***

Posten 22 02 07 01 — Regionale und horizontale Programme (Eingliederungsplan 2013).

***iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt***

Der Zweck der Fazilität zur Unterstützung des Privatsektors (PSSF) in der Türkei besteht in der Bereitstellung von Darlehen, unterstützt durch Zuschüsse und technische Hilfe für Empfänger in der Türkei zur Verbesserung des Zugangs von KMU, einschließlich Kleinstunternehmen, zu Finanzmitteln und zur Förderung von Investitionen in die Energieeffizienz im Privatsektor.

Das übergeordnete Ziel der PSSF besteht darin, Wirtschaftsakteuren in der Türkei bei der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Produkte und Dienstleistungen zu helfen, damit sie den mit der Wirtschafts- und Finanzkrise einhergehenden Herausforderungen sowohl kurz- als auch langfristig besser begegnen können. Zu diesem Zweck werden über die PSSF die erforderlichen Finanzmittel, Humanressourcen und Fachkenntnisse bereitgestellt.

Die Fazilität umfasst drei voneinander unabhängige Komponenten:

i) Finanzierungen für Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen,

ii) Energieeffizienz und

iii) EBWE-Programme „Turn Around Management“ (TAM) und „Business Advisory Services“ (BAS).

Mit den aus der PSSF bereitgestellten Mitteln werden folgende Arten von Projekten durchgeführt:

— Projekte für teilnehmende Finanzintermediäre („PFI-Projekte“), d. h. Projekte, bei denen eine Geschäftsbank ein Darlehen (unterstützt durch einen Zuschuss und/oder technische Hilfe, die aus dem EU-Beitrag finanziert werden) von der EBWE erhält und die Geschäftsbank gemäß dem Darlehensvertrag, den sie mit der Organisation geschlossen hat, „Unterdarlehen“ an die Endempfänger eines PFI-Projekts („Enddarlehensnehmer“) zwecks Finanzierung förderfähiger „Unterprojekte“ vergibt, und/oder

— „TAM/BAS-Projekte“, d. h. Projekte, die im Rahmen der EBWE-Programme „Turnaround Management“ (TAM) und „Business Advisory Services“ (BAS) durchgeführt und im Rahmen dieser Vereinbarung vollständig aus dem Unionsbeitrag finanziert werden und demnach keine Darlehenskomponente aufweisen.

Auswirkungen auf den Haushalt: 22,5 Mio. EUR — gemeinsame Verwaltung mit der EBWE, die sich mit 250 Mio. EUR beteiligt. Die Fazilität (gemeinsame Maßnahme) läuft am 30. November 2021 aus.

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Die Transaktionen in Höhe von 22,5 Mio. EUR ab 2012 dürften ein Finanzierungsvolumen von insgesamt 272,5 Mio. EUR ergeben (auf der Ebene der EBWE), was einem Hebelfaktor von ungefähr 12 entspräche.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Fazilität zur Unterstützung des Privatsektors in den westlichen Balkanstaaten

***i) Angaben zum Basisrechtsakt***

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

Krisenbewältigungspaket, IPA 2009/021-373.

***ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen***

Posten 22 02 07 01 — Regionale und horizontale Programme (Eingliederungsplan 2013).

***iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt***

Der Zweck der Fazilität zur Unterstützung des Privatsektors in den westlichen Balkanstaaten besteht in der Bereitstellung von Darlehen, unterstützt durch Zuschüsse und technische Hilfe für die Region für i) gewerbliche Investitionen, damit KMU die Anforderungen des Besitzstands erfüllen können, und für ii) Investitionen in die Energieeffizienz im Privatsektor.

Die Fazilität umfasst drei voneinander unabhängige Komponenten:

i) Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU,

ii) Energieeffizienz und

iii) TAM/BAS-Programm der EBWE.

Mit den aus der Fazilität bereitgestellten Mitteln werden folgende Arten von Projekten durchgeführt:

— Direktdarlehensprojekte („DL-Projekte“), bei denen ein Darlehen (unterstützt durch einen Zuschuss und/oder technische Hilfe, die aus dem EU-Beitrag finanziert werden) direkt an den Endempfänger des Darlehens („DL-Darlehensnehmer“) vergeben wird. Zu diesem Zweck schließen er und die EBWE eine Vereinbarung über ein Finanzpaket.

— Projekte für teilnehmende Banken („PB-Projekte“), bei denen eine Geschäftsbank ein Darlehen (unterstützt durch einen Zuschuss und/oder technische Hilfe, die aus dem Unionsbeitrag finanziert werden) von der EBWE erhält und die Geschäftsbank gemäß dem Darlehensvertrag, den sie mit der EBWE geschlossen hat, „Unterdarlehen“ an die Endempfänger eines PB-Projekts („Enddarlehensnehmer“) zwecks Finanzierung förderfähiger „Unterprojekte“ weitervergibt, und/oder

— „TAM/BAS-Projekte“, die im Rahmen der EBWE-Programme „Turnaround Management“ (TAM) und „Business Advisory Services“ (BAS) durchgeführt und im Rahmen dieser Vereinbarung vollständig aus dem Unionsbeitrag finanziert werden und demnach keine Darlehenskomponente aufweisen.

Auswirkungen auf den Haushalt: 31,5 Mio. EUR — gemeinsame Verwaltung mit der EBWE, die sich mit 110 Mio. EUR beteiligt. Die Maßnahme endet am 30. November 2015.

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Die Transaktionen in Höhe von 31,5 Mio. EUR ab 2012 dürften ein Finanzierungsvolumen von insgesamt 141,5 Mio. EUR ergeben (auf der Ebene der EBWE), was einem Hebelfaktor von ungefähr 4 entspräche.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Sonstige

## Europäischer Fonds für Südosteuropa (EFSE)

***i) Angaben zum Basisrechtsakt***

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

Europäischer Fonds für Südosteuropa (EFSE), Gemeinschaftshilfe für Wiederaufbau, Entwicklung und Stabilisierung (CARDS) 2006/018-264, IPA 2007/019-344, IPA 2008/020-300 und IPA 2009/021-373.

***ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen***

Posten 22 02 07 01 — Regionale und horizontale Programme (Eingliederungsplan 2013).

***iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt***

Beim Europäischen Fonds für Südosteuropa (EFSE) handelt es sich um eine Form der öffentlich-privaten Partnerschaft. Das Ziel besteht darin, privates Kapital anzuziehen und dadurch Mittel öffentlicher Geber zu mobilisieren, um zur Entwicklung des Privatsektors in der Region beizutragen. Der EFSE vergibt Darlehen an lokale Geschäftsbanken und Mikrofinanzinstitute in den westlichen Balkanstaaten, damit sie wiederum Kleinst- und Kleinunternehmen und Privathaushalten Kredite gewähren. Der Europäische Investitionsfonds (EIF) verwaltet den EFSE, der auf drei verschiedenen Ebenen zum Tragen kommt:

— Unterstützung von Kleinst- und Kleinunternehmen als Rückgrat der lokalen Wirtschaft und dadurch Beitrag zur Schaffung von Einkommen und Arbeitsplätzen,

— Deckung des grundlegenden Bedarfs an akzeptablem Wohnraum,

— Stärkung der lokalen Finanzmärkte.

Auswirkungen auf den Haushalt: 47 Mio. EUR.

Laufzeit bis 2025 (Ende im Jahr 2015 + höchstens 10-jähriger Investitionszeitraum).

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Der Kommissionsanteil an EFSE beläuft sich auf 47 Mio. EUR, der insgesamt mit 808 Mio. EUR (gezeichnet) ausgestattet ist. Somit liegt der Hebelfaktor auf der Ebene des EFSE bei etwa 17.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## Green for Growth Fund (GGF)

### *i) Angaben zum Basisrechtsakt*

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

Krisenbewältigungspaket, IPA 2009/021-373.

### *ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen*

Posten 22 02 07 01 — Regionale und horizontale Programme (Eingliederungsplan 2013).

### *iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt*

Der „Green for Growth Fund" (GGF) ist ein innovativer Fonds, der 2009 von der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der KfW Entwicklungsbank (KfW) mit Unterstützung der Kommission gegründet wurde. Aus dem GGF werden Finanzmittel speziell für Projekte in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien bereitgestellt, um die Zielländer dabei zu unterstützen, die $CO_2$-Emissionen und den Energieverbrauch zu senken.

Zu diesem Zweck werden Kredite an Unternehmen und Privathaushalte über Finanzinstitute vergeben und Direktfinanzierungen bereitgestellt. Die Kommission investiert in den GGF im Namen der Empfänger, um zur Stabilisierung der Finanzmärkte und Volkswirtschaften beizutragen. Diese Investitionen fließen in die Erstverlusttranche des GGF, um sicherzustellen, dass für den öffentlichen und den privaten Energiesektor weiterhin Finanzmittel zur Verfügung stehen und das Potenzial der Länder für die Erreichung der 20-20-20-Energieziele der Union hoch bleibt. Die GGF-Aktivitäten werden durch eine Fazilität für technische Hilfe ergänzt.

Die Maßnahmen unterliegen der Programmierung für den Zeitraum 2014-2020.

Als Finanzierungsinstrument der Europäischen Union für die Bereiche Energieeffizienz und erneuerbare Energien trägt der GGF zur Erreichung der Ziele des indikativen Mehrjahresplanungsdokuments (MIPD) für 2010-2013 bei, u. a. zur Förderung von Investitionen in Energieeffizienz als möglichem Schlüssel zum Wiederaufschwung nach der Wirtschaftskrise und zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum.

Seine wichtigsten Ziele bestehen darin, einen Beitrag in Form einer öffentlich-privaten Partnerschaft mit einer gestuften Risiko-Rendite-Struktur zu leisten, um Energieeffizienz und erneuerbare Energien in Südosteuropa in erster Linie durch Bereitstellung spezifischer Finanzierungen für Unternehmen und Privathaushalte mittels Partnerschaften mit Finanzinstituten und durch Direktfinanzierungen zu fördern.

Aus dem Instrument erhalten Finanzinstitute (Geschäftsbanken und andere Finanzinstitute wie Leasinggesellschaften) Mittel, mit denen vor allem Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien in Privathaushalten und kleinen und mittleren Unternehmen finanziert werden sollen; Direktfinanzierungen sind für Energiedienstleister, kleine Projekte zur Förderung erneuerbarer Energien sowie Unternehmen und kommunale Stellen vorgesehen. Im Einklang mit der gemeinsamen Anwendungsverordnung kommt der Fonds in geografischer Hinsicht den westlichen Balkanstaaten und der Türkei zugute (siehe COM(2011) 842).

Im Rahmen dieses Instruments kann auf mittel- bis langfristige vorrangige Darlehen, nachrangige Darlehen, Konsortialkredite, Akkreditive, Bürgschaften, Mezzanine-Finanzierungen, lokale Schuldverschreibungen und Kapitalbeteiligungen zurückgegriffen werden.

Die Kommission führt das Instrument im Wege der indirekten Mittelverwaltung gemäß Artikel 139 der Haushaltsordnung aus. Bei der indirekten Mittelverwaltung kann die Kommission Haushaltsvollzugsaufgaben auf die folgenden multilateralen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen übertragen: Europäischer Investitionsfonds (EIF).

Für das Instrument sind 38,6 Mio. EUR vorgesehen, mit denen Investitionen von insgesamt 200 Mio. EUR mobilisiert werden sollen. Das Instrument ist im Dezember 2009 angelaufen. Nach einem Investitionszeitraum von höchstens 6 Jahren wird das Portfolio über einen Zeitraum von höchstens 10 Jahren abgewickelt (Laufzeit bis 2025).

### *iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt*

Die Hebelwirkung dürfte etwa bei 5 liegen (Gesamtinvestitionen von 200 Mio. EUR dividiert durch 38,6 Mio. EUR). 2013 und 2014 sind keine weiteren Mittelbindungen für den GGF vorgesehen.

KOMMISSION

*DEN HAUSHALTSENTWURF ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZU DEN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN GEMÄß ARTIKEL 49 ABSATZ 1 BUCHSTABE E DER HAUSHALTSORDNUNG*

## KMU-Fazilität zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung in der Türkei

***i) Angaben zum Basisrechtsakt***

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

Krisenbewältigungspaket, IPA 2009/021-373.

***ii) Haushaltslinien, die den jeweiligen Transaktionen entsprechen***

Posten 22 02 07 01 — Regionale und horizontale Programme (Eingliederungsplan 2013).

***iii) Allgemeine Beschreibung der Finanzierungsinstrumente, einschließlich ihrer Laufzeit und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt***

Das allgemeine Ziel der KMU-Fazilität zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung in der Türkei besteht in der Abfederung der Auswirkungen der Krise auf KMU und in der Förderung der Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung. Hauptziel ist die Unterstützung von KMU durch konkrete produktive Investitionen, indem sie Zugang zu attraktiven, längerfristigen Möglichkeiten der Fremdfinanzierung erhalten. Für in der Türkei tätige örtliche Geschäftsbanken („Finanzintermediäre") ist die Kofinanzierung von Darlehen vorgesehen, die förderfähigen Investitionen durch KMU zugutekommen sollen. Im Rahmen der Maßnahme gewährt die Europäische Investitionsbank (EIB) — zusätzlich zu den mit Unionsbeteiligung finanzierten Darlehen — Darlehen aus eigenen Mitteln.

Einzelne KMU können über Finanzintermediäre im Rahmen der Maßnahme verfügbare Mittel zwischen 200 000 EUR und 5 Mio. EUR als „Unterdarlehen" mit einer Mindestlaufzeit von 4 Jahren erhalten.

Die Auswirkungen auf den Haushalt lassen sich auf 30 Mio. EUR beziffern. Die Maßnahme wird im Wege der gemeinsamen Mittelverwaltung mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) durchgeführt, die sich mit 120 Mio. EUR beteiligt. Die Maßnahme endet im Dezember 2016. Die Gesamtlaufzeit der Fazilität wird voraussichtlich 2026 enden.

***iv) Geplante Transaktionen, einschließlich der Zielvolumen auf der Grundlage der Hebelwirkung, die sich aus bestehenden Finanzierungsinstrumenten ergibt***

Mit den 2012 gebundenen Mitteln in Höhe von 30 Mio. EUR dürfte aufseiten der EIB ein Darlehensvolumen von 150 Mio. EUR erreicht werden.

KOMMISSION

# AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN

KOMMISSION
*AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN*

## EINNAHMEN

## TITEL 4

## VERSCHIEDENE VON DER UNION ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

### KAPITEL 4 0 — GEHALTSABZÜGE
### KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 4 0 | | | | |
| ***4 0 0*** | ***Erträge aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und Vergütungen der Beamten und sonstigen Bediensteten*** | 3 225 000 | 3 438 000 | | — |
| ***4 0 3*** | ***Ertrag aus der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | p.m. | p.m. | | — |
| ***4 0 4*** | ***Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | 673 000 | 705 000 | | — |
| | KAPITEL 4 0 — INSGESAMT | 3 898 000 | 4 143 000 | | — |
| | KAPITEL 4 1 | | | | |
| ***4 1 0*** | ***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*** | 4 311 000 | 5 029 000 | | — |
| | KAPITEL 4 1 — INSGESAMT | 4 311 000 | 5 029 000 | | — |
| | **Titel 4 — Insgesamt** | **8 209 000** | **9 172 000** | | **—** |

KOMMISSION
*AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN*

# TITEL 4

# VERSCHIEDENE VON DER UNION ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

## KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE

### 400 *Erträge aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und Vergütungen der Beamten und sonstigen Bediensteten*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 3 225 000 | 3 438 000 | |

*Erläuterungen*

Aufkommen aller monatlich von den Gehältern, Löhnen und Vergütungen der Beamten und sonstigen Bediensteten des Amts einbehaltenen Steuer.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Verordnung (EWG, EGKS, Euratom) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 56 vom 4.3.1968, S. 8).

*Verweise*

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union, insbesondere Artikel 12.

### 403 *Ertrag aus der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | |

*Erläuterungen*

Aufkommen aller monatlich von den Bezügen der Beamten und sonstigen Bediensteten des Amts einbehaltenen befristeten Abgabe.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 66a in der bis 15. Dezember 2003 geltenden Fassung.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

### 404 *Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 673 000 | 705 000 | |

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 66a.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

KOMMISSION
*AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN*

## KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

### *4 1 0 Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 4 311 000 | 5 029 000 | |

*Erläuterungen*

Bei diesen Einnahmen handelt es sich um die Gesamtheit aller Beiträge, die monatlich gemäß Artikel 83 Absatz 2 des Statuts von den Bezügen des Personals des Amtes zur Finanzierung der Versorgungsordnung einbehalten werden.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

KOMMISSION
*AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN*

## TITEL 6

## BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION, ERSTATTUNGEN VERAUSLAGTER BETRÄGE UND EINNAHMEN

### KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 6 6 | | | | |
| ***6 6 0*** | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen*** | | | | |
| 6 6 6 0 | Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen | p.m. | p.m. | | — |
| | *Artikel 6 6 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | | — |
| | KAPITEL 6 6 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | | — |
| | **Titel 6 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | | — |
| | **GESAMTBETRAG** | **8 209 000** | **9 172 000** | | — |

KOMMISSION
*AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN*

# TITEL 6

# BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION, ERSTATTUNGEN VERAUSLAGTER BETRÄGE UND EINNAHMEN

## KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN

### *6 6 0 Sonstige Beiträge und Erstattungen*

6 6 6 0 Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung in den übrigen Teilen des Titels 6 nicht vorgesehene etwaige Einnahmen als zusätzliche zweckgebundene Einnahmen eingesetzt.

KOMMISSION
*AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN*

## AUSGABEN

### Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|
| **A2** | **AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN** | | | |
| A2 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN | 73 664 000 | 76 807 000 | 75 514 324,78 |
| A2 02 | SPEZIELLE TÄTIGKEITEN | 7 091 000 | 7 467 000 | 15 073 693,61 |
| A2 10 | RESERVEN | p.m. | p.m. | 0,— |
| | **Titel A2 — Insgesamt** | **80 755 000** | **84 274 000** | **90 588 018,39** |

KOMMISSION
*AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN*

## TITEL A2

## AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN

**KAPITEL A2 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN**
**KAPITEL A2 02 — SPEZIELLE TÄTIGKEITEN**
**KAPITEL A2 10 — RESERVEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL A2 01 | | | | |
| ***A2 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 54 453 000 | 56 725 000 | 54 733 112,79 | 100,51 |
| ***A2 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben*** | | | | |
| A2 01 02 01 | Externes Personal | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 748 000 | 2 991 000 | 3 084 000,— | 112,23 |
| A2 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 700 000 | 733 000 | 615 462,88 | 87,92 |
| | *Artikel A2 01 02 — Insgesamt* | 3 448 000 | 3 724 000 | 3 699 462,88 | 107,29 |
| ***A2 01 03*** | ***Gebäude und Nebenkosten*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 15 469 000 | 16 026 000 | 16 765 680,90 | 108,38 |
| ***A2 01 50*** | ***Personalpolitik und -management*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 270 000 | 306 000 | 294 940,97 | 109,24 |
| ***A2 01 51*** | ***Infrastrukturpolitik und -management*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 19 000 | 19 000 | 17 627,24 | 92,77 |
| ***A2 01 60*** | ***Dokumentation und Bibliothek*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 5 000 | 7 000 | 3 500,— | 70,— |
| | KAPITEL A2 01 — INSGESAMT | 73 664 000 | 76 807 000 | 75 514 324,78 | 102,51 |
| | KAPITEL A2 02 | | | | |
| ***A2 02 01*** | ***Herstellung*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 035 000 | 1 035 000 | 2 539 987,07 | 245,41 |
| ***A2 02 02*** | ***Katalogisierung und Archivierung*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 000 000 | 2 213 000 | 2 631 339,34 | 131,57 |
| ***A2 02 03*** | ***Vertrieb und Verkaufsförderung*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 2 337 000 | 2 876 000 | 6 705 924,49 | 286,95 |
| ***A2 02 04*** | ***Öffentliche Webseiten*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 719 000 | 1 343 000 | 3 196 442,71 | 185,95 |
| | KAPITEL A2 02 — INSGESAMT | 7 091 000 | 7 467 000 | 15 073 693,61 | 212,58 |
| | KAPITEL A2 10 | | | | |
| ***A2 10 01*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***A2 10 02*** | ***Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL A2 10 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel A2 — Insgesamt** | **80 755 000** | **84 274 000** | **90 588 018,39** | **112,18** |

KOMMISSION
*AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN*

# TITEL A2

# AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN

## KAPITEL A2 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN

### *A2 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 54 453 000 | 56 725 000 | 54 733 112,79 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel ist für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben, Folgendes veranschlagt:

— die Gehälter, Vergütungen und mit den Gehältern zusammenhängende Zulagen,

— die Kranken- und Unfallversicherung sowie sonstige Soziallasten,

— die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit sowie Zahlungen, die das Organ für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muss,

— die sonstigen Zulagen und verschiedene Vergütungen,

— die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Gehälter der Beamten und Bediensteten auf Zeit angewandt werden, sowie die Auswirkungen der Anwendung des Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Bezüge, der in ein anderes Land als das, in dem der Dienstort liegt, überwiesen wird,

— die Erstattung der Reisekosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) bei Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind,

— die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— die Erstattung der Umzugskosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— die Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Bezüge und Zulagen.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

### *A2 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben*

A2 01 02 01 Externes Personal

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 748 000 | 2 991 000 | 3 084 000,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— die Bezüge für Vertragsbedienstete (im Sinne von Titel IV der Beschäftigungsbedingungen), die Aufwendungen für den Sozialversicherungsschutz der Vertragsbediensteten gemäß Titel IV sowie die Auswirkungen der Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf die Bezüge dieser Bediensteten,

KOMMISSION
*AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN*

**KAPITEL A2 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A2 01 02*** *(Fortsetzung)*

A2 01 02 01 *(Fortsetzung)*

— Ausgaben (Gehälter, Versicherungen usw.) für die privatrechtlichen Verträge des externen Personals und für die Inanspruchnahme von Leiharbeitskräften,

— Ausgaben im Zusammenhang mit der zeitweiligen dienstlichen Verwendung von Beamten der Mitgliedstaaten und sonstigen Sachverständigen beim Amt sowie zusätzliche Aufwendungen, die durch die Abordnung von Beamten an nationale Verwaltungen oder internationale Organisationen entstehen,

— die Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Bezüge und Zulagen,

— die zusätzlichen Leistungen im Bereich Textkorrektur, die Ausgaben für Leiharbeitskräfte und Freelance-Personal sowie damit zusammenhängende Verwaltungsausgaben.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Regeln der Kommission über die Ernennung und Vergütung sowie sonstige finanzielle Bestimmungen der Kommission.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

A2 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 700 000 | 733 000 | 615 462,88 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— Ausgaben für Fahrkosten, für Dienstreisetagegelder sowie Nebenkosten oder außergewöhnliche Auslagen, die bei Erledigung eines dienstlichen Auftrags durch das auf Statutsbasis beschäftigte Personal oder durch abgeordnete nationale oder internationale Sachverständige oder Beamte entstehen,

— Aufwendungen, die verauslagt werden, um Repräsentationsverpflichtungen im Namen des Amtes im dienstlichen Interesse nachzukommen. (Repräsentationsverpflichtungen bestehen nicht gegenüber Beamten oder sonstigen Bediensteten der Kommission oder eines anderen Organs der Union),

— Reise-, Aufenthalts- und Nebenkosten von Sachverständigen, die zu den Arbeitssitzungen der aufgrund des Vertrages und der Verordnungen des Rates und der Kommission eingesetzten Ausschüsse hinzugezogen werden, sowie der Nebenkosten für die Veranstaltung dieser Sitzungen, soweit sie nicht durch die bestehende Infrastruktur an den Sitzen der Organe oder bei den Außenstellen gedeckt sind (die Kostenerstattung an die Sachverständigen erfolgt auf der Grundlage der Beschlüsse der Kommission),

— Kosten für Erfrischungen und gelegentliche Imbisse, die bei internen Sitzungen gereicht werden,

— die Kosten der Konferenzen, Kongresse und Sitzungen, an denen das Amt teilnimmt oder die es veranstaltet,

— die Ausgaben für die Fortbildung, die darauf abzielt, die Fertigkeiten sowie die Leistungsfähigkeit und die Effizienz des Personals im Hinblick auf die besonderen Bedürfnisse des Amtes zu verbessern,

— die Heranziehung von Sachverständigen für die Ermittlung der Bedürfnisse sowie für die Konzeption, Ausarbeitung, Betreuung, Bewertung und für das Follow-up der Fortbildung,

— die Heranziehung von Beratern in verschiedenen Bereichen, insbesondere in den Bereichen Organisationsmethoden, Management, Strategie, Qualität und Verwaltung des Personals,

— die Kosten für externe Schulungen und die Gebühren für die Mitgliedschaft in einschlägigen Fachverbänden,

— die Ausgaben für die praktische Organisation der Kurse, die Räumlichkeiten, die Beförderung, die Verpflegung und die Unterbringung der Teilnehmer von aufenthaltsgebundenen Lehrgängen,

KOMMISSION
*AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN*

**KAPITEL A2 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A2 01 02*** *(Fortsetzung)*

A2 01 02 11 *(Fortsetzung)*

— die Fortbildungsausgaben im Zusammenhang mit Publikationen und Information, für die entsprechenden Websites sowie für den Erwerb von Lehrmaterial, Abonnements und Lizenzen für Fernschulungen, Ausgaben für Bücher, Presse und Multimediaprodukte,

— die Finanzierung des didaktischen Materials,

— Ausgaben für fachbezogene Studien und Beratungsleistungen, mit denen hoch qualifizierte Sachverständige (natürliche oder juristische Personen) betraut werden, sofern das Amt nicht über Mitarbeiter verfügt, die diese Aufgaben selbst ausführen können, einschließlich des Kaufes bereits angefertigter Studien,

— die Kosten für die Teilnahme des Amtes am „Bridge Forum Dialogue".

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Regeln der Kommission über die Ernennung und Vergütung sowie sonstige finanzielle Bestimmungen der Kommission.

***A2 01 03*** ***Gebäude und Nebenkosten***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 15 469 000 | 16 026 000 | 16 765 680,90 |

*Erläuterungen*

Die Mittel sind bestimmt für vom Amt belegte Gebäude und damit verbundene sonstige Ausgaben, insbesondere:

— die Kosten für Kauf, Leasen oder Bau von Gebäuden,

— die Mieten und Erbpachtzinsen, verschiedene Abgaben und Kaufoptionsgebühren für belegte Gebäude oder Gebäudeteile sowie die Anmietung von Konferenzsälen, Lagerräumen, Archivräumen, Garagen und Parkplätzen,

— die Zahlung der in den Versicherungspolicen für die Dienstgebäude oder Teile von Dienstgebäuden des Amtes vorgesehenen Prämien,

— die Ausgaben für Wasser, Gas, Strom und Heizung in den Dienstgebäuden oder Teilen von Dienstgebäuden des Amtes,

— die Ausgaben für die Instandhaltung von Räumen und die Wartung der Aufzüge, Zentralheizungen, Klimaanlagen usw.; die Ausgaben für bestimmte periodisch stattfindende Reinigungsarbeiten, für Putz- und Pflegemittel, Wasch- und Bleichmittel, chemische Reinigung usw., Instandsetzungs- und Malerarbeiten, sowie für Material der Werkstätten,

— die Ausgaben für die gesonderte Verwertung der Abfälle, deren Lagerung und deren Entsorgung,

— die Ausführung von Umbauarbeiten wie die Änderung der inneren Aufteilung der Gebäude, Änderungen technischer Einrichtungen und anderer Facharbeiten der Schlosserei, Elektrotechnik, Sanitärinstallation sowie Anstricharbeiten, Fußbodenverlegung usw. sowie die Kosten für die Änderungen der zugehörigen Netzausstattung des Gebäudes und die entsprechenden Aufwendungen für das Material solcher Umbauten (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen über einen Betrag von mehr als 300 000 EUR sowie zur Rationalisierung der Ausgaben erkundigt sich das Amt bei den Ämtern für Gebäude, Anlagen und Logistik der Kommission nach den jeweils erzielten Bedingungen — Preis, gewählte Währung, Indexierung, Dauer, sonstige Klauseln — bei ähnlichen Aufträgen),

— die Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Gewährleistung der physischen und materiellen Sicherheit von Personen und Sachgütern, insbesondere für die Gebäudeüberwachungsverträge, die Wartungsverträge für die Sicherheitsanlagen sowie für die Anschaffung von Kleinmaterial (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Amt bei den Ämtern für Gebäude, Anlagen und Logistik der Kommission über die von jedem einzelnen Amt für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen — Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln),

KOMMISSION
*AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN*

**KAPITEL A2 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A2 01 03*** *(Fortsetzung)*

— die Mittel zur Deckung der Ausgaben für Sicherheit und Gesundheitsschutz der Mitarbeiter des Amtes am Arbeitsplatz, insbesondere für die Anschaffung, Miete und Instandhaltung von Brandbekämpfungsgeräten, für die Ausrüstung des freiwilligen Rettungspersonals (Erstausstattung und Ersatzbeschaffung) sowie für die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Amt bei den Ämtern für Gebäude, Anlagen und Logistik der Kommission über die von jedem einzelnen Amt für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen — Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln),

— die Kosten der rechtlichen, finanziellen und technischen Gutachten, die vor dem Erwerb, der Anmietung oder der Errichtung von Gebäuden in Auftrag zu geben sind,

— sonstige Gebäudekosten, insbesondere Gebäudeverwaltungskosten bei Mehrparteiengebäuden, Kosten für Zustandsfeststellungen sowie Abgaben für öffentliche Dienstleistungen (Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren usw.),

— die Ausgaben für die technische Unterstützung bei umfangreichen Herrichtungsarbeiten,

— Kauf, Miete oder Leasen sowie Wartung, Instandsetzung, Einbau und Erneuerung von technischen Anlagen und Geräten,

— Kauf, Miete, Wartung und Instandsetzung von Möbeln,

— Kauf, Miete, Wartung und Instandsetzung von Beförderungsmitteln,

— verschiedene Versicherungskosten (insbesondere Haftpflicht- und Diebstahlversicherung usw.),

— die Ausgaben für Arbeitsausrüstungen, insbesondere:

  — die Anschaffung von Dienstkleidung (vor allem für Amtsboten, Fahrer und Restaurantpersonal),

  — die Anschaffung und Reinigung von Arbeitskleidung für das technische Personal sowie für das Personal, das gegen Witterung und Kälte bzw. dessen Kleidung gegen übermäßigen Verschleiß und starke Verschmutzung geschützt werden muss,

  — die Anschaffung bzw. Erstattung der erforderlichen Ausrüstungen im Rahmen der Anwendung der Richtlinien 89/391/EWG und 90/270/EWG,

— die Kosten für den Umzug und die Zusammenlegung der Dienststellen sowie die Kosten für die Handhabung (Entgegennahme, Lagerung, Unterbringung) von Material, Mobiliar und Bürobedarf,

— die Ausgaben für die Ausrüstung von Gebäuden mit Fernmeldeanlagen und insbesondere für Erwerb, Miete, Installierung und Wartung von Verkabelung, Telefonzentralen, Audio- und Videokonferenzsystemen, Sprechanlagen und Mobilfunk die Ausgaben für Datennetze (Ausrüstung und Wartung) sowie der zugehörigen Dienstleistungen (Verwaltung, Unterstützung, Dokumentation, Installation und Umzug),

— Kauf, Miete oder Leasing sowie Wartung von DV-Ausrüstung, wie Rechnern, Terminals, Servern, PC, Peripheriegeräten sowie für deren Betrieb erforderlichem Anschlusszubehör und Software,

— Kauf, Miete oder Leasing sowie Wartung von Vervielfältigungsanlagen für die Wiedergabe von Informationen beliebiger Form, z. B. Druckmaschinen, Fernkopierer, Fotokopiergeräte, Scanner und Kleinkopiergeräte,

— Kauf, Miete oder Leasing von Schreibmaschinen, Textverarbeitungsgeräten und jeglicher sonstigen elektronischen Büroausstattung,

— Installation, Konfigurierung, Wartung, Untersuchungen, Dokumentation und Verbrauchsmaterial im Zusammenhang mit dieser Ausstattung,

— die Kosten für den Kauf von Papier, Umschlägen, Büromaterial usw.,

— die Porto- und Zustellungskosten im Schriftverkehr, für den Versand von Postpaketen sowie anderen Sendungen im Luft-, Landwegs-, Schiffs- und Eisenbahnversand sowie für den internen Postdienst des Amtes,

— die Grundgebühren und Fernmeldegebühren (Fernsprecher fest und mobil, Fernsehen über Internet, Telefon- und Videokonferenzen), sowie die Ausgaben für Datenübertragungsnetze, Telematikdienste usw. und Kauf der entsprechenden Teilnehmerverzeichnisse,

— die Kosten für Telefon- und EDV-Verbindungen zwischen den einzelnen Gebäuden und die internationalen Übertragungsnetze zwischen den Arbeitsorten der Union,

KOMMISSION
*AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN*

**KAPITEL A2 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A2 01 03*** *(Fortsetzung)*

— technische und logistische Unterstützung, allgemeine informationstechnische Ausbildung und spezifische Schulungsmaßnahmen betreffend die Hardware und die Software für die Datenverarbeitung, Abonnements für technische Dokumentation in elektronischer oder Papierform usw., externes Betriebspersonal, Bürodienste, Abonnements bei internationalen Organisationen usw., Sicherheitsstudien und Qualitätssicherung bezüglich der Ausrüstungen und der Software, Kosten für Benutzung und Wartung der Anlagen, Entwicklung von Software und Durchführung von Informationstechnologie-Projekten,

— weitere, im Vorstehenden nicht eigens ausgewiesene Sachausgaben.

Die Mittel dieses Artikels decken nicht die Ausgaben im Zusammenhang mit der gewerblichen Tätigkeit der Vertriebsstelle.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a) bis j) der Haushaltsordnung werden auf 50 000 Euro veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***A2 01 50*** ***Personalpolitik und -management***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 270 000 | 306 000 | 294 940,97 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind bestimmt für

— die Beteiligung des Amtes an den Kosten des Foyers und anderen kulturellen und sportlichen Maßnahmen sowie allen Initiativen zur Förderung der Beziehungen zwischen den Bediensteten unterschiedlicher Staatsangehörigkeit,

— die Beteiligung des Amtes an den Kosten der Kinderkrippen und -horte sowie an der Beförderung von Kindern,

— folgende Personen mit einer Behinderung, im Rahmen einer Politik zugunsten von Behinderten:

  — für Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst,

  — für die Ehegatten der Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst,

  — für alle gemäß dem Statut der Beamten der Europäischen Union unterhaltsberechtigten Kinder.

Des Weiteren können daraus im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und nach Beanspruchung etwaiger Rechte auf nationaler Ebene im Wohn- und Herkunftsland die Kosten erstattet werden, die für notwendig erachtete nicht medizinische Leistungen im Zusammenhang mit der Behinderung verauslagt wurden und die ordnungsgemäß belegt sind.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

KOMMISSION
*AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN*

**KAPITEL A2 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A2 01 51 Infrastrukturpolitik und -management***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 19 000 | 19 000 | 17 627,24 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— Ausgaben für die Bewirtschaftung der Restaurants, Kantinen und Cafeterias sowie für etwaige Umbauarbeiten,

— Ausgaben für vom Amt zu leistenden Schadenersatz und für im Rahmen seiner Haftpflicht anfallende Verbindlichkeiten sowie etwaige Ausgaben in Einzelfällen, in denen aus Billigkeitsgründen eine Entschädigung zu zahlen ist, ohne dass daraus Rechtsansprüche abgeleitet werden könnten.

***A2 01 60 Dokumentation und Bibliothek***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 000 | 7 000 | 3 500,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— Abonnements für Bildschirm-Schnellinformationsdienste, Abonnements von Zeitungen, Fachzeitschriften, Anschaffung von Veröffentlichungen und technischen Werken im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Amtes,

— Abonnements bei Presseagenturen (per Fernschreiben oder Presse- und Informationsbulletins).

**KAPITEL A2 02 — SPEZIELLE TÄTIGKEITEN**

***A2 02 01 Herstellung***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 035 000 | 1 035 000 | 2 539 987,07 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung sämtlicher Ausgaben im Zusammenhang mit dem Tätigkeitsbereich „Herstellung“, insbesondere für:

— die Herstellung von Veröffentlichungen in jeglicher Form (auf Papier oder elektronischem Datenträger), einschließlich Koedition,

— die Neuauflagen und Korrekturen infolge von Defekten oder Mängeln, die dem Amt für Veröffentlichungen zur Last zu legen sind,

— den Kauf oder die Anmietung von Ausrüstungen und Einrichtungen für die Reproduktion von Dokumenten in jeglicher Form, einschließlich der Kosten für Papier und sonstige Verbrauchsgüter.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis j der Haushaltsordnung werden mit 1 500 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2009/496/EG, Euratom des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen vom 26. Juni 2009 über den Aufbau und die Arbeitsweise des Amts für Veröffentlichungen der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 30.6.2009, S. 41).

KOMMISSION
*AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN*

**KAPITEL A2 02 — SPEZIELLE TÄTIGKEITEN** *(Fortsetzung)*

### *A2 02 02 Katalogisierung und Archivierung*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 000 000 | 2 213 000 | 2 631 339,34 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung sämtlicher Ausgaben im Zusammenhang mit dem Tätigkeitsbereich „Katalogisierung und Archivierung", insbesondere für:

— Katalogisierung, einschließlich der Kosten für dokumentarische und teilweise rechtliche Analyse, Indexierung, Spezifizierung sowie die Erstellung, Eingabe und Pflege der Datensätze,

— die Kosten für die Jahresabonnements bei internationalen Katalogisierungsagenturen,

— die elektronische Speicherung,

— die dauerhafte Aufbewahrung von elektronischen Dokumenten und die damit verbundenen Leistungen sowie die Digitalisierung.

*Rechtsgrundlagen*

Entschließung des Rates vom 26. November 1974 über die Automatisierung der Rechtsdokumentation (ABl. C 20 vom 28.1.1975, S. 2).

Entschließung des Rates vom 13. November 1991 über die Umgestaltung der Arbeitsweise des CELEX-Systems (automatisierte Dokumentation des Gemeinschaftsrechts) (ABl. C 308 vom 28.11.1991, S. 2).

Entschließung des Rates vom 20. Juni 1994 zur elektronischen Verbreitung des Gemeinschaftsrechts und der einzelstaatlichen Durchführungsbestimmungen sowie zur Verbesserung der Zugangsbedingungen (ABl. C 179 vom 1.7.1994, S. 3).

Beschluss 2009/496/EG, Euratom des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen vom 26. Juni 2009 über den Aufbau und die Arbeitsweise des Amts für Veröffentlichungen der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 30.6.2009, S. 41).

### *A2 02 03 Vertrieb und Verkaufsförderung*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 337 000 | 2 876 000 | 6 705 924,49 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung sämtlicher Ausgaben im Zusammenhang mit dem Tätigkeitsbereich „Physische Verbreitung und Verkaufsförderung", insbesondere für:

— Tätigkeiten zur Lagerung von Veröffentlichungen: Einlagerung, Lagerein-/-ausgänge usw.,

— Verpackung und Adressierung (Maschinen, Anlagen, Verbrauchsmaterial, Handhabung usw.),

— Versandkosten: Postversand, Transport, Pendelfahrten usw.,

— Kauf und Verwaltung von Adressenlisten: Produktion, Erfassung/Codierung, Aktualisierung usw.,

— Verkaufsförderung und Vermarktung: Ausstellungen, Kataloge, Prospekte, Werbung, Marktstudien usw.,

— Information und Hilfestellung für die Öffentlichkeit,

— Bibliotheksmobiliar: Karteikästen, Regale, Möbel, Katalogmobiliar usw.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis j der Haushaltsordnung werden mit 3 000 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2009/496/EG, Euratom des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen vom 26. Juni 2009 über den Aufbau und die Arbeitsweise des Amts für Veröffentlichungen der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 30.6.2009, S. 41).

KOMMISSION
*AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN*

**KAPITEL A2 02 — SPEZIELLE TÄTIGKEITEN** *(Fortsetzung)*

***A2 02 04 Öffentliche Webseiten***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 719 000 | 1 343 000 | 3 196 442,71 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung aller Ausgaben für Arbeiten im Zusammenhang mit öffentlichen Websites (im Wesentlichen die Veröffentlichung der EU Bookshop- und Who's Who-Websites sowie zum Teil der EUR-Lex-Website), insbesondere:

— Pflege und Weiterentwicklung der öffentlichen Webseiten,

— den Helpdesk für die Nutzer der Webseiten.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2009/496/EG, Euratom des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen vom 26. Juni 2009 über den Aufbau und die Arbeitsweise des Amts für Veröffentlichungen der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 30.6.2009, S. 41).

**KAPITEL A2 10 — RESERVEN**

***A2 10 01 Vorläufig eingesetzte Mittel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere — operative — Linien des Haushaltsplans übertragen worden sind.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***A2 10 02 Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

KOMMISSION

# EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)*

## EINNAHMEN

## TITEL 4

## VERSCHIEDENE VON DER UNION ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

### KAPITEL 4 0 — GEHALTSABZÜGE
### KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 4 0 | | | | |
| ***4 0 0*** | ***Erträge aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und Vergütungen der Beamten und sonstigen Bediensteten*** | 2 981 000 | 2 950 000 | | — |
| ***4 0 3*** | ***Ertrag der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***4 0 4*** | ***Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | 615 000 | 612 000 | | — |
| | KAPITEL 4 0 — INSGESAMT | 3 596 000 | 3 562 000 | 0,— | 0,— |
| | KAPITEL 4 1 | | | | |
| ***4 1 0*** | ***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*** | 3 148 000 | 3 466 000 | | — |
| | KAPITEL 4 1 — INSGESAMT | 3 148 000 | 3 466 000 | | — |
| | **Titel 4 — Insgesamt** | **6 744 000** | **7 028 000** | **0,—** | **0,—** |

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)*

# TITEL 4

# VERSCHIEDENE VON DER UNION ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

## KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE

### 400 *Erträge aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und Vergütungen der Beamten und sonstigen Bediensteten*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 2 981 000 | 2 950 000 | |

*Erläuterungen*

Bei diesen Einnahmen handelt es sich um den gesamten Ertrag aus der monatlich von den Gehältern, Löhnen und Bezügen der Beamten und sonstigen Bediensteten des Amts einbehaltenen Steuer.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

### 403 *Ertrag der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesen Einnahmen handelt es sich um den gesamten Ertrag aus der monatlich einbehaltenen befristeten Abgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten, die im Amt im aktiven Dienst stehen.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 66a in der bis 15. Dezember 2003 geltenden Fassung.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

### 404 *Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 615 000 | 612 000 | |

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 66a.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)*

## KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

### *4 1 0 Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 3 148 000 | 3 466 000 | |

*Erläuterungen*

Bei diesen Einnahmen handelt es sich um die monatlich gemäß Artikel 83 Absatz 2 des Statuts einbehaltenen Beiträge des Personals des Amts zur Versorgungsordnung.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)*

## TITEL 6

## BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION, ERSTATTUNGEN VERAUSLAGTER BETRÄGE UND EINNAHMEN

### KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 6 6 | | | | |
| ***6 6 0*** | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen*** | | | | |
| 6 6 0 0 | Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 6 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 6 6 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 6 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **6 744 000** | **7 028 000** | **0,—** | **0,—** |

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)*

## TITEL 6

## BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION, ERSTATTUNGEN VERAUSLAGTER BETRÄGE UND EINNAHMEN

### KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN

***6 6 0*** ***Sonstige Beiträge und Erstattungen***

6 6 0 0 Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung etwaige, in den übrigen Teilen von Titel 6 nicht vorgesehene Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingestellt, denen diese Einnahmen zugewiesen sind.

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)*

## AUSGABEN

### Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| **A3** | **EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)** | | | | | | |
| A3 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN | 55 356 000 | 55 356 000 | 51 971 800 | 51 971 800 | 55 139 818,05 | 55 139 818,05 |
| | *Reserven (40 01 40)* | | | *3 929 200* | *3 929 200* | | |
| | | 55 356 000 | 55 356 000 | 55 901 000 | 55 901 000 | 55 139 818,05 | 55 139 818,05 |
| A3 02 | FINANZIERUNG DER BETRUGSBEKÄMPFUNGSMASSNAHMEN | 1 650 000 | 1 650 000 | 1 556 000 | 1 556 000 | 2 047 819,32 | 2 047 819,32 |
| A3 03 | AUSGABEN FÜR DIE TÄTIGKEIT DER MITGLIEDER DES ÜBERWACHUNGSAUSSCHUSSES | 200 000 | 200 000 | 200 000 | 200 000 | 200 000,— | 200 000,— |
| A3 10 | RESERVEN | p.m. | p.m. | 3 929 200 | 3 929 200 | 0,— | 0,— |
| | **Titel A3 — Insgesamt** | **57 206 000** | **57 206 000** | **57 657 000** | **57 657 000** | **57 387 637,37** | **57 387 637,37** |
| | ***Davon Reserven (40 01 40)*** | | | ***3 929 200*** | ***3 929 200*** | | |

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)*

## TITEL A3

## EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)

**KAPITEL A3 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN**
**KAPITEL A3 02 — FINANZIERUNG DER BETRUGSBEKÄMPFUNGSMASSNAHMEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | Verpflich-tungen | Zahlungen | |
| | KAPITEL A3 01 | | | | | | | |
| ***A3 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit*** | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 38 517 000 | 38 517 000 | 34 709 800 | 34 709 800 | 36 407 864,69 | 36 407 864,69 | 94,52 |
| | *Reserven (40 01 40)* | | | *3 929 200* | *3 929 200* | | | |
| | | 38 517 000 | 38 517 000 | 38 639 000 | 38 639 000 | 36 407 864,69 | 36 407 864,69 | |
| ***A3 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben*** | | | | | | | |
| A3 01 02 01 | Externes Personal | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 2 612 000 | 2 612 000 | 2 586 000 | 2 586 000 | 2 538 036,54 | 2 538 036,54 | 97,17 |
| A3 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 2 689 000 | 2 689 000 | 3 159 000 | 3 159 000 | 2 230 661,42 | 2 230 661,42 | 82,96 |
| | *Artikel A3 01 02 — Insgesamt* | 5 301 000 | 5 301 000 | 5 745 000 | 5 745 000 | 4 768 697,96 | 4 768 697,96 | 89,96 |
| ***A3 01 03*** | ***Gebäude und Nebenkosten*** | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 11 520 000 | 11 520 000 | 11 499 000 | 11 499 000 | 13 953 007,38 | 13 953 007,38 | 121,12 |
| ***A3 01 50*** | ***Personalpolitik und -management*** | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 3 000 | 3 000 | 3 000 | 3 000 | 0,— | 0,— | 0,— |
| ***A3 01 51*** | ***Infrastrukturpolitik und -management*** | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| ***A3 01 60*** | ***Dokumentation und Bibliothek*** | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 15 000 | 15 000 | 15 000 | 15 000 | 10 248,02 | 10 248,02 | 68,32 |
| | KAPITEL A3 01 — INSGESAMT | 55 356 000 | 55 356 000 | 51 971 800 | 51 971 800 | 55 139 818,05 | 55 139 818,05 | 99,61 |
| | *Reserven (40 01 40)* | | | *3 929 200* | *3 929 200* | | | |
| | | 55 356 000 | 55 356 000 | 55 901 000 | 55 901 000 | 55 139 818,05 | 55 139 818,05 | |
| | KAPITEL A3 02 | | | | | | | |
| ***A3 02 01*** | ***Kontrollen, Untersuchungen, Analysen und spezifische Tätigkeiten des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung*** | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 1 400 000 | 1 400 000 | 1 176 000 | 1 176 000 | 1 828 295,68 | 1 828 295,68 | 130,59 |
| ***A3 02 02*** | ***Maßnahmen zum Schutz des Euro vor Fälschung*** | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 50 000 | 50 000 | 50 000 | 50 000 | 20 347,18 | 20 347,18 | 40,69 |
| ***A3 02 03*** | ***Informations- und Kommunikationsmaßnahmen*** | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 200 000 | 200 000 | 330 000 | 330 000 | 199 176,46 | 199 176,46 | 99,59 |
| | KAPITEL A3 02 — INSGESAMT | 1 650 000 | 1 650 000 | 1 556 000 | 1 556 000 | 2 047 819,32 | 2 047 819,32 | 124,11 |

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)*

**KAPITEL A3 03 — AUSGABEN FÜR DIE TÄTIGKEIT DER MITGLIEDER DES ÜBERWACHUNGSAUSSCHUSSES**
**KAPITEL A3 10 — RESERVEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | | % Zahlungen 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | |
| | KAPITEL A3 03 | | | | | | | |
| ***A3 03 01*** | ***Ausgaben für die Tätigkeit der Mitglieder des Überwachungsausschusses*** | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | 200 000 | 200 000 | 200 000 | 200 000 | 200 000,— | 200 000,— | 100,— |
| | KAPITEL A3 03 — INSGESAMT | 200 000 | 200 000 | 200 000 | 200 000 | 200 000,— | 200 000,— | 100,— |
| | KAPITEL A3 10 | | | | | | | |
| ***A3 10 01*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | 3 929 200 | 3 929 200 | | | — |
| ***A3 10 02*** | ***Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben*** | | | | | | | |
| | Getrennte Mittel | p.m. | p.m. | p.m. | p.m. | 0,— | 0,— | — |
| | KAPITEL A3 10 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 3 929 200 | 3 929 200 | 0,— | 0,— | — |
| | **Titel A3 — Insgesamt** | **57 206 000** | **57 206 000** | **57 657 000** | **57 657 000** | **57 387 637,37** | **57 387 637,37** | **100,32** |
| | ***Davon Reserven (40 01 40)*** | | | ***3 929 200*** | ***3 929 200*** | | | |

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)*

# TITEL A3

# EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)

## KAPITEL A3 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN

### *A3 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit*

| | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|
| A3 01 01 | 38 517 000 | 34 709 800 | 36 407 864,69 |
| *Reserven (40 01 40)* | | *3 929 200* | |
| Insgesamt | 38 517 000 | 38 639 000 | 36 407 864,69 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel ist für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben, Folgendes veranschlagt:

— die Gehälter, Vergütungen und mit den Gehältern zusammenhängende Zulagen,

— Kranken- und Unfallversicherung und sonstige Sozialleistungen,

— die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit sowie die Zahlungen, die das Organ für diese Bediensteten zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muss,

— die sonstigen Zulagen und verschiedene Vergütungen,

— die Erstattung der Reisekosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) bei Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind,

— die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— die Erstattung der Umzugskosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Gehälter der Beamten und Bediensteten auf Zeit angewandt werden, sowie die Auswirkungen der Anwendung des Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Bezüge, der in ein anderes Land als das, in dem der Dienstort liegt, überwiesen wird,

— die Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Bezüge und Zulagen.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)*

**KAPITEL A3 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

### *A3 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben*

A3 01 02 01 Externes Personal

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 612 000 | 2 586 000 | 2 538 036,54 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— Dienstbezüge der Vertragsbediensteten im Sinne des Titels IV der Beschäftigungsbedingungen, Versorgungsbezüge für Vertragsbedienstete der Kommission nach Maßgabe von Titel IV sowie Kosten infolge der Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf die Bezüge dieser Bediensteten,

— Ausgaben (Gehälter, Versicherungen usw.) für die privatrechtlichen Verträge des externen Personals und für die Inanspruchnahme von Leiharbeitskräften,

— Ausgaben für technisches und Verwaltungspersonal, das im Rahmen von Werkverträgen zur Verfügung gestellt wird,

— Ausgaben im Zusammenhang mit der Abordnung nationaler Beamter und anderer Sachverständiger bzw. mit ihrer vorübergehenden dienstlichen Verwendung beim Amt sowie zusätzliche Aufwendungen, die den nationalen Verwaltungen bzw. internationalen Organisationen durch diese Abordnung entstehen,

— Auswirkungen etwaiger Anpassungen der Bezüge und Zulagen, die der Rat im Laufe des Haushaltsjahres beschließt.

A3 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 2 689 000 | 3 159 000 | 2 230 661,42 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— Ausgaben für Fahrtkosten (einschließlich Nebenkosten für Ausstellung der Fahrausweise und Reservierungen), für Dienstreisetagegelder sowie Nebenkosten oder außergewöhnliche Auslagen, die bei Erledigung eines dienstlichen Auftrags durch das auf Statutsbasis beschäftigte Personal der Kommission oder durch die zu den Kommissionsdienststellen abgeordneten nationalen oder internationalen Sachverständigen oder Beamten entstehen,

— Aufwendungen, die verauslagt werden, um Repräsentationsverpflichtungen des Amtes nachzukommen (keine Erstattung bei Repräsentationsverpflichtungen gegenüber Beamten oder sonstigen Bediensteten der Kommission oder eines anderen Organs der Europäischen Union),

— Reisekosten, Tagegelder und sonstige Ausgaben von Sachverständigen, die zu den Sitzungen der Studien- und Arbeitsgruppen hinzugezogen werden, sowie die Kosten für die Veranstaltung dieser Sitzungen, soweit sie nicht durch die bestehende Infrastruktur an den Sitzen der Organe oder bei den Außenstellen gedeckt sind (die Kostenerstattung an die Sachverständigen erfolgt auf der Grundlage der Beschlüsse der Kommission),

— Kosten für Erfrischungen und gelegentliche Imbisse, die bei internen Sitzungen gereicht werden,

— Kosten für Konferenzen, Kongresse und Sitzungen, an denen das Amt teilnimmt oder die von ihm veranstaltet werden,

— Kosten für externe Schulungen und die Gebühren für die Mitgliedschaft in einschlägigen Fachverbänden,

— Ausgaben für Fortbildungsmaßnahmen mit dem Ziel, die Fertigkeiten des Personals sowie die Leistungsfähigkeit und die Effizienz des Amtes zu verbessern, insbesondere für:

  — die Heranziehung von Sachverständigen für die Ermittlung der Bedürfnisse sowie für die Konzeption, Ausarbeitung, Betreuung, Bewertung und für das Follow-up der Fortbildung,

  — die Heranziehung von Beratern in verschiedenen Bereichen, insbesondere in den Bereichen Organisationsmethoden, Management, Strategie, Qualität und Personalführung,

  — die Teilnahme an externen Schulungen und die Mitgliedschaft in einschlägigen Fachverbänden,

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)*

**KAPITEL A3 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A3 01 02*** *(Fortsetzung)*

A3 01 02 11 *(Fortsetzung)*

— Ausgaben für die praktische Organisation der Kurse, die Räumlichkeiten, die Beförderung, die Verpflegung und die Unterbringung der Teilnehmer von aufenthaltsgebundenen Lehrgängen,

— Fortbildungsausgaben im Zusammenhang mit Publikationen und Information, für die entsprechenden Websites sowie für den Erwerb von Lehrmaterial, Abonnements und Lizenzen für Fernschulungen, Ausgaben für Bücher, Presse und Multimediaprodukte,

— Finanzierung von Lehrmitteln.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Die Modalitäten der Benennung und Vergütung sowie sonstige finanzielle Bestimmungen werden von der Kommission festgelegt.

***A3 01 03*** ***Gebäude und Nebenkosten***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 11 520 000 | 11 499 000 | 13 953 007,38 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für vom Amt belegte Gebäude sowie Nebenkosten, insbesondere für:

— den Bau, Erwerb oder Mietkauf von Gebäuden,

— Mieten, Erbpachtzinsen, sonstige Abgaben sowie die Ausübung von Kaufoptionen für die belegten Dienstgebäude oder Gebäudeteile sowie die Miete von Konferenzsälen, Lagerräumen, Garagen und Parkplätzen,

— die in den Versicherungspolicen für die vom Amt belegten Dienstgebäude oder Gebäudeteile vorgesehenen Prämien,

— Wasser, Gas, Elektrizität und Heizung in den vom Amt belegten Dienstgebäuden oder Gebäudeteilen,

— die Instandhaltung der Räume, Aufzüge, Heizungs- und Klimaanlagen usw.; diese Mittel decken die Ausgaben für bestimmte, regelmäßige Reinigungsarbeiten, für Putz- und Pflegemittel, chemische Reinigung und Wäscherei, Instandsetzungs- und Malerarbeiten sowie für das Material der Werkstätten,

— die Abfalltrennung, -lagerung und -entsorgung,

— Herrichtungsarbeiten, wie die Versetzung von Zwischenwänden in den Gebäuden, die Anpassung technischer Anlagen sowie sonstige handwerkliche Facharbeiten (Schlosser-, Elektriker-, Installateur- und Malerarbeiten, Verlegen von Fußbodenbelägen usw.), die Anpassung gebäudeeigener Netze an die jeweilige Bestimmung sowie das entsprechende Material (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Amt bei den übrigen Organen über die von diesen für ähnliche Aufträge erzielten Bedingungen (Preis, Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

— die Gewährleistung der physischen und materiellen Sicherheit von Personen und Sachgütern; hierunter fallen insbesondere Gebäudeüberwachungsverträge, Wartungsverträge für die Sicherheitsanlagen, die Anschaffung von Kleinmaterial (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Amt bei den übrigen Organen über die von diesen für ähnliche Aufträge erzielten Bedingungen (Preis, Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

— Sicherheit und Gesundheitsschutz der Mitarbeiter des Amtes am Arbeitsplatz; hierunter fallen insbesondere die Anschaffung, Miete und Instandhaltung von Brandschutzgeräten, die Erneuerung der Ausrüstung des freiwilligen Rettungspersonals sowie die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Amt bei den übrigen Organen über die von diesen für ähnliche Aufträge erzielten Bedingungen (Preis, Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)*

**KAPITEL A3 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A3 01 03*** *(Fortsetzung)*

— rechtliche, finanzielle und technische Gutachten, die vor dem Erwerb, der Anmietung oder der Errichtung von Gebäuden in Auftrag zu geben sind,

— sonstige Gebäudekosten, insbesondere für die Gebäudeverwaltung bei Gebäuden mit mehreren Mietparteien, für etwaige Zustandsberichte sowie für öffentliche Dienstleistungen (Straßenreinigung, Müllabfuhr usw.),

— technische Unterstützung bei umfangreichen Herrichtungsarbeiten,

— Kauf, Anmietung oder Leasing, Instandhaltung, Reparatur, Installierung und Ersatzbeschaffung von Ausrüstungsgegenständen und technischen Geräten, insbesondere:

  — Kauf, Miete, Instandhaltung und Reparatur von Einrichtungsgegenständen,

  — Kauf, Miete, Instandhaltung und Reparatur von Fahrzeugen,

— Versicherungsverträge (insbesondere Haftpflicht- und Diebstahlversicherung),

— Dienst- und Arbeitskleidung, insbesondere für:

  — die Anschaffung von Dienstkleidung für Amtsgehilfen und Fahrer,

  — die Anschaffung und Reinigung von Arbeitskleidung für das technische Personal sowie für das Personal, das gegen Witterung und Kälte bzw. dessen Kleidung gegen übermäßigen Verschleiß und starke Verschmutzung geschützt werden muss,

  — die Anschaffung bzw. Erstattung der erforderlichen Ausrüstungen im Rahmen der Anwendung der Richtlinien 89/391/EWG und 90/270/EWG,

— Umzüge und Zusammenlegungen von Dienststellen, einschließlich des Handling (Entgegennahme, Lagerung, Übergabe) von Geräten, Einrichtungsgegenständen und Büroausstattung,

— die Ausrüstung von Gebäuden mit Telekommunikationsanlagen; hierunter fallen insbesondere der Erwerb, die Anmietung, die Installation und die Wartung von Telefonzentralen, Audio- und Videokonferenzsystemen sowie Sprech- und Mobilfunkanlagen, die Installation und die Wartung von Datennetzen und damit verbundene Dienstleistungen (Verwaltung, Benutzerhilfen, Unterlagen, Installation, Umzug),

— Kauf, Miete oder Leasing von Rechnern, Terminals, Kleinrechnern und Peripheriegeräten, Ausrüstungen für den Anschluss an Zentralsysteme sowie der erforderlichen Software,

— Kauf, Miete oder Leasing von Geräten für die Erstellung und Vervielfältigung von Informationen in gedruckter Form, wie Drucker, Telefaxgeräte, Fotokopiergeräte, Scanner und Mikrokopiergeräte,

— Kauf, Miete oder Leasing von Schreibmaschinen, Textverarbeitungsgeräten sowie sonstigen Geräten der Büroautomation,

— Installation, Konfiguration und Wartung der Geräte, Studien, Dokumentation sowie entsprechende Betriebsmittel,

— die Beschaffung von Papier, Umschlägen, Büromaterial und Betriebsmitteln für die Vervielfältigung sowie in Auftrag gegebene Druckarbeiten,

— den Versand und die Zustellung im normalen Schriftverkehr sowie von Berichten und Veröffentlichungen, von Postpaketen, per Luftpost, auf dem Seeweg oder per Eisenbahn beförderten Paketen und der internen Post des Amtes,

— Grundgebühren und Fernmeldegebühren aller Art (für Festnetze, Mobilnetze, Fernsehempfang, Telefon- und Videokonferenzen), Gebühren für Datenübertragungsnetze, Telematikdienste usw. und den Kauf der entsprechenden Teilnehmerverzeichnisse,

— Telefon- und EDV-Verbindungen zwischen den einzelnen Gebäuden und die internationalen Übertragungsnetze zwischen den Arbeitsorten der Union,

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)*

**KAPITEL A3 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A3 01 03*** *(Fortsetzung)*

— technische und logistische Unterstützung, Schulungen und sonstige für die optimale Nutzung der Hard- und Software allgemein erforderliche Maßnahmen, allgemeine informationstechnische Schulungen, Abonnements für den Bezug technischer Dokumentation in elektronischer oder Papierform usw., externes Betriebspersonal, Büroautomatik, Abonnements bei internationalen Organisationen usw., Sicherheitsstudien und Qualitätssicherung bezüglich der Hard- und Software, Gebühren für die Nutzung und Wartung der Software, Entwicklung von Software und Durchführung von Informationstechnologie-Projekten,

— sonstige hier nicht genannte Verwaltungsausgaben.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis j der Haushaltsordnung werden auf 20 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***A3 01 50*** ***Personalpolitik und -management***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 3 000 | 3 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind bestimmt für:

— die Beteiligung des Amtes an den Kosten für Veranstaltungen im „Foyer“ sowie an den Kosten für sonstige kulturelle und sportliche Veranstaltungen in Brüssel und für Initiativen zur Förderung der gesellschaftlichen Kontakte zwischen den am Amtssitz beschäftigten Bediensteten verschiedener Nationalitäten,

— die Beteiligung des Amtes an den Kosten für die Kinderkrippen und Schulbusse sowie — im Rahmen einer Politik zugunsten Behinderter — an den Auslagen für folgende behinderte Personen:

  — Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst,

  — Ehegatten der Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst,

  — gemäß dem Statut unterhaltsberechtigte Kinder.

Aus diesen Mitteln können im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und nach Beanspruchung etwaiger Rechte im Wohn- oder Herkunftsland die Kosten erstattet werden, die für nicht medizinische Leistungen im Zusammenhang mit der Behinderung verauslagt wurden, für notwendig erachtet werden und ordnungsgemäß belegt sind.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)*

**KAPITEL A3 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A3 01 51 Infrastrukturpolitik und -management***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für die Bewirtschaftung der Restaurants, Kantinen und Cafeterias sowie für etwaige Umbauarbeiten und Erneuerungen der Betriebsmittel.

***A3 01 60 Dokumentation und Bibliothek***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 15 000 | 15 000 | 10 248,02 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für die Einrichtung und Entwicklung der entsprechenden Seiten auf der Intranet-Seite der Kommission (MyIntraComm), für Abonnements bei Bildschirm-Schnellinformationsdiensten, für Buchbinderarbeiten und sonstige für die Erhaltung der Bücher und Referenzveröffentlichungen erforderliche Arbeiten, für Abonnements von Zeitungen und Fachzeitschriften und für die Anschaffung von Fachbüchern und Fachveröffentlichungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Amtes.

**KAPITEL A3 02 — FINANZIERUNG DER BETRUGSBEKÄMPFUNGSMASSNAHMEN**

***A3 02 01 Kontrollen, Untersuchungen, Analysen und spezifische Tätigkeiten des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 400 000 | 1 176 000 | 1 828 295,68 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für Betrugsbekämpfungsmaßnahmen, die nicht in den Bereich der Verwaltungstätigkeit des Amtes fallen.

Diese Mittel sind insbesondere dazu bestimmt,

— unter Beachtung der Erfordernisse der Vertraulichkeit und Sicherheit Systeme für den Austausch von Informationen und gemeinsame Infrastrukturen zu konzipieren, zu entwickeln, zu optimieren und zu verwalten,

— sämtliche zur Aufdeckung und Verfolgung von Betrugsfällen nützlichen Informationen aufzufinden, zusammenzutragen, zu prüfen, auszuwerten und an die nationalen Prüfinstanzen weiterzuleiten (z. B. mit Hilfe von Datenbanken),

— die Bemühungen der Mitgliedstaaten zu unterstützen, insbesondere bei grenzüberschreitenden Betrugsfällen, bei denen ein Eingreifen der Union geboten ist,

— Methoden für effizientere Präventivmaßnahmen, Kontrollen und Untersuchungen zu entwickeln,

— die Zusammenarbeit mit den nationalen Verwaltungen zu verstärken, insbesondere im Bereich der Bekämpfung des Zigarettenschmuggels,

— Kontrollen und Untersuchungen vor Ort zu organisieren bzw. an solchen teilzunehmen,

— die Reisekosten und Tagegelder der Ermittlungsbeamten und nationalen Staatsanwälte zu finanzieren, die an Kontrollen und Untersuchungen vor Ort oder an Koordinierungssitzungen teilnehmen, und für Untersuchungen im Allgemeinen zu finanzieren,

— die Reisekosten, Tagegelder und sonstigen Ausgaben der Sachverständigen zu finanzieren, die vom Amt im Rahmen einer Untersuchung hinzugezogen oder fallweise um fachliche Stellungnahmen ersucht werden,

— die vom Amt im Rahmen seiner Betrugsbekämpfungspolitik veranstalteten Konferenzen, Kongresse und Sitzungen zu finanzieren.

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)*

**KAPITEL A3 02 — FINANZIERUNG DER BETRUGSBEKÄMPFUNGSMASSNAHMEN** *(Fortsetzung)*

***A3 02 01*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 4045/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die von den Mitgliedstaaten vorzunehmende Prüfung der Maßnahmen, die Bestandteil des Finanzierungssystems des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, sind (ABl. L 388 vom 30.12.1989, S. 18).

Verordnung (EG) Nr. 1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 1999 über die Untersuchungen des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) (ABl. L 136 vom 31.5.1999, S. 1).

Verordnung (Euratom) Nr. 1074/1999 des Rates vom 25. Mai 1999 über die Untersuchungen des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) (ABl. L 136 vom 31.5.1999, S. 8).

*Verweise*

Artikel 325 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

***A3 02 02*** ***Maßnahmen zum Schutz des Euro vor Fälschung***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 50 000 | 50 000 | 20 347,18 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Initiativen und spezifische Maßnahmen zum Schutz des Euro vor Fälschung.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 1999 über die Untersuchungen des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) (ABl. L 136 vom 31.5.1999, S. 1).

Verordnung (Euratom) Nr. 1074/1999 des Rates vom 25. Mai 1999 über die Untersuchungen des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) (ABl. L 136 vom 31.5.1999, S. 8).

***A3 02 03*** ***Informations- und Kommunikationsmaßnahmen***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 200 000 | 330 000 | 199 176,46 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Informations- und Kommunikationstätigkeiten des Amtes.

Die Strategie für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation ist für die Arbeit des Amtes von entscheidender Bedeutung. Das Amt wurde als autonomes Untersuchungsorgan eingerichtet und benötigt als solches eine eigene Kommunikationsstrategie. Die Arbeit des Amtes ist häufig derart fachspezifisch, dass sie von der breiten Öffentlichkeit nicht unmittelbar nachvollzogen werden kann. Das Amt muss seine Gesprächspartner und die gesamte Öffentlichkeit über seine Rolle und seine Aufgaben informieren. Für das Amt ist es überaus wichtig, wie seine Tätigkeit von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Als Dienst der Kommission hat das Amt ferner dem Demokratiedefizit zwischen Unionsorganen und europäischen Bürgern Rechnung zu tragen. Die Kommission hat dieses Defizit anerkannt und einen entsprechenden Aktionsplan entwickelt.

Die Kommunikationsstrategie, die das Amt entwickelt hat und umsetzt, muss so angelegt sein, dass sie die Unabhängigkeit des Amtes zum Ausdruck bringt.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 1999 über die Untersuchungen des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) (ABl. L 136 vom 31.5.1999, S. 1).

Verordnung (Euratom) Nr. 1074/1999 des Rates vom 25. Mai 1999 über die Untersuchungen des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) (ABl. L 136 vom 31.5.1999, S. 8).

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)*

## KAPITEL A3 03 — AUSGABEN FÜR DIE TÄTIGKEIT DER MITGLIEDER DES ÜBERWACHUNGSAUSSCHUSSES

### *A3 03 01 Ausgaben für die Tätigkeit der Mitglieder des Überwachungsausschusses*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 200 000 | 200 000 | 200 000,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung sämtlicher Ausgaben im Zusammenhang mit dem Mandat der Mitglieder des Überwachungsausschusses:

— Vergütungen, die den Mitgliedern des Überwachungsausschusses in der Zeit der Erfüllung ihrer Aufgaben gewährt werden, sowie Reisekosten und sonstige Ausgaben,

— Aufwandskosten, die den Mitgliedern des Überwachungsausschusses bei offiziellen Anlässen im Namen des Ausschusses entstehen,

— sämtliche Sachausgaben, u. a. für Geräte, Papier und Bürobedarf, für Kommunikation und Telekommunikation (Post-, Telefon-, Telex- und Telegrammgebühren), für Dokumentation, für Bibliotheksdienste, für die Beschaffung von Büchern, für Abonnements bei Mediendiensten, für die Teilnahme an Konferenzen usw.,

— Reisekosten, Tagegelder und sonstige Ausgaben der Sachverständigen, die von Mitgliedern des Überwachungsausschusses zur Teilnahme an Sitzungen der Studien- und Arbeitsgruppen eingeladen werden, sowie die Nebenkosten für die Veranstaltung dieser Sitzungen, soweit sie nicht durch die bestehende Infrastruktur an den Sitzen der Organe oder bei den Außenstellen gedeckt sind,

— Ausgaben für Sonderstudien und -anhörungen, die auf Vertragsbasis von hoch qualifizierten Fachleuten (natürliche oder juristische Personen) ausgeführt werden, wenn die Mitglieder des Überwachungsausschusses keine Möglichkeit haben, hierfür geeignetes Personal des Amts einzusetzen.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 1999/352/EG, EGKS, Euratom der Kommission vom 28. April 1999 zur Errichtung des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) (ABl. L 136 vom 31.5.1999, S. 20), insbesondere Artikel 4 und Artikel 6 Absatz 3.

Verordnung (EG) Nr. 1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 1999 über die Untersuchungen des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) (ABl. L 136 vom 31.5.1999, S. 1), insbesondere Artikel 11.

Verordnung (Euratom) Nr. 1074/1999 des Rates vom 25. Mai 1999 über die Untersuchungen des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) (ABl. L 136 vom 31.5.1999, S. 8), insbesondere Artikel 11.

## KAPITEL A3 10 — RESERVEN

### *A3 10 01 Vorläufig eingesetzte Mittel*

| Mittel 2014 | | Mittel 2013 | | Ausgaben 2012 | |
|---|---|---|---|---|---|
| Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen | Verpflichtungen | Zahlungen |
| p.m. | p.m. | + 3 929 200 | + 3 929 200 | | |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Kapitel des Haushaltsplans übertragen worden sind.

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)*

**KAPITEL A3 10 — RESERVEN** *(Fortsetzung)*

***A3 10 01*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***A3 10 02*** ***Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

KOMMISSION

# EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL*

## EINNAHMEN

## TITEL 4

## VERSCHIEDENE VON DER UNION ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

### KAPITEL 4 0 — GEHALTSABZÜGE
### KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 4 0 | | | | |
| ***4 0 0*** | ***Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und Vergütungen der Beamten und sonstigen Bediensteten*** | 650 000 | 676 000 | | — |
| ***4 0 3*** | ***Ertrag aus der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder der Organe sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***4 0 4*** | ***Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | 134 000 | 133 000 | | — |
| | KAPITEL 4 0 — INSGESAMT | 784 000 | 809 000 | 0,— | 0,— |
| | KAPITEL 4 1 | | | | |
| ***4 1 0*** | ***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*** | 945 000 | 1 049 000 | | — |
| | KAPITEL 4 1 — INSGESAMT | 945 000 | 1 049 000 | | — |
| | **Titel 4 — Insgesamt** | **1 729 000** | **1 858 000** | **0,—** | **0,—** |

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL*

# TITEL 4

# VERSCHIEDENE VON DER UNION ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

## KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE

### 400 *Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und Vergütungen der Beamten und sonstigen Bediensteten*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 650 000 | 676 000 | |

*Erläuterungen*

Bei diesen Einnahmen handelt es sich um den gesamten Ertrag aus der monatlich einbehaltenen Steuer auf die Gehälter, Löhne und Vergütungen der Beamten und sonstigen Bediensteten des Europäischen Amts für Personalauswahl.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 56 vom 4.3.1968, S. 8).

*Verweise*

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union, insbesondere Artikel 12.

### 403 *Ertrag aus der befristeten Abgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder der Organe sowie die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesen Einnahmen handelt es sich um den gesamten Ertrag aus der monatlich einbehaltenen befristeten Abgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten, die im Amt im aktiven Dienst stehen.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 66a in der bis zum 15 Dezember 2003 geltenden Fassung.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 20 Absatz 3 in der bis zum 30. April 2004 geltenden Fassung.

### 404 *Ertrag der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder des Organs sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 134 000 | 133 000 | |

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 66a

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 20 Absatz 3.

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL*

## KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

### *4 1 0 Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 945 000 | 1 049 000 | |

*Erläuterungen*

Bei diesen Einnahmen handelt es sich um die Gesamtheit aller Beiträge, die monatlich gemäß Artikel 83 Absatz 2 des Statuts der Beamten einbehaltenen Beiträge des Personals des Europäischen Amts für Personalauswahl zur Versorgungsordnung.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL*

## TITEL 6

## BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION, ERSTATTUNGEN VERAUSLAGTER BETRÄGE UND EINNAHMEN

### KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 6 6 | | | | |
| ***6 6 0*** | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen*** | | | | |
| 6 6 0 0 | Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 6 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 6 6 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 6 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **1 729 000** | **1 858 000** | **0,—** | **0,—** |

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL*

## TITEL 6

## BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION, ERSTATTUNGEN VERAUSLAGTER BETRÄGE UND EINNAHMEN

### KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN

***6 6 0*** ***Sonstige Beiträge und Erstattungen***

6 6 0 0 Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung etwaige, in den übrigen Teilen von Titel 6 nicht vorgesehene Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingestellt, denen diese Einnahmen zugewiesen sind.

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL*

## AUSGABEN

### Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|
| **A4** | **EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL** | | | |
| A4 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN | 17 410 000 | 17 701 000 | 16 690 028,94 |
| A4 02 | INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT, INTERINSTITUTIONELLE DIENSTLEISTUNGEN UND TÄTIGKEITEN | 7 060 000 | 7 347 000 | 8 611 739,52 |
| A4 03 | INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT BEI DER FORTBILDUNG | 3 413 000 | 3 487 000 | 3 637 603,02 |
| A4 10 | RESERVEN | p.m. | p.m. | 0,— |
| | **Titel A4 — Insgesamt** | **27 883 000** | **28 535 000** | **28 939 371,48** |

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL*

# TITEL A4

# EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL

**KAPITEL A4 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN**
**KAPITEL A4 02 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT, INTERINSTITUTIONELLE DIENSTLEISTUNGEN UND TÄTIGKEITEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL A4 01 | | | | |
| ***A4 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 10 166 000 | 10 439 000 | 9 181 431,76 | 90,32 |
| ***A4 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben*** | | | | |
| A4 01 02 01 | Externes Personal | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 576 000 | 1 560 000 | 1 295 763,13 | 82,22 |
| A4 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 672 000 | 674 000 | 894 990,44 | 133,18 |
| | *Artikel A4 01 02 — Insgesamt* | 2 248 000 | 2 234 000 | 2 190 753,57 | 97,45 |
| ***A4 01 03*** | ***Gebäude und Nebenkosten*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 4 991 000 | 5 023 000 | 5 297 250,62 | 106,14 |
| ***A4 01 50*** | ***Personalpolitik und -management*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***A4 01 51*** | ***Infrastrukturpolitik und -management*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***A4 01 60*** | ***Dokumentation und Bibliothek*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 5 000 | 5 000 | 20 592,99 | 411,86 |
| | KAPITEL A4 01 — INSGESAMT | 17 410 000 | 17 701 000 | 16 690 028,94 | 95,86 |
| | KAPITEL A4 02 | | | | |
| ***A4 02 01*** | ***Interinstitutionelle Zusammenarbeit, interinstitutionelle Dienstleistungen und Tätigkeiten*** | | | | |
| A4 02 01 01 | Interinstitutionelle Auswahlverfahren | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 6 996 000 | 7 258 000 | 8 597 489,52 | 122,89 |
| A4 02 01 02 | Eingeschränkte Konsultationen, Untersuchungen und Erhebungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 50 000 | 75 000 | 0,— | 0,— |
| A4 02 01 03 | Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 14 000 | 14 000 | 14 250,— | 101,79 |
| | *Artikel A4 02 01 — Insgesamt* | 7 060 000 | 7 347 000 | 8 611 739,52 | 121,98 |
| | KAPITEL A4 02 — INSGESAMT | 7 060 000 | 7 347 000 | 8 611 739,52 | 121,98 |

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL*

**KAPITEL A4 03 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT BEI DER FORTBILDUNG**
**KAPITEL A4 10 — RESERVEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL A4 03 | | | | |
| ***A4 03 01*** | ***Europäische Verwaltungsakademie (EUSA)*** | | | | |
| A4 03 01 01 | Managementfortbildung | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 433 000 | 1 344 000 | 1 421 999,19 | 99,23 |
| A4 03 01 02 | Schulung bei Dienstantritt | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 1 045 000 | 1 090 000 | 1 324 303,83 | 126,73 |
| A4 03 01 03 | Fortbildung im Rahmen des Zertifizierungsverfahrens | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 935 000 | 1 053 000 | 891 300,— | 95,33 |
| | *Artikel A4 03 01 — Insgesamt* | 3 413 000 | 3 487 000 | 3 637 603,02 | 106,58 |
| | KAPITEL A4 03 — INSGESAMT | 3 413 000 | 3 487 000 | 3 637 603,02 | 106,58 |
| | KAPITEL A4 10 | | | | |
| ***A4 10 01*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***A4 10 02*** | ***Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL A4 10 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel A4 — Insgesamt** | **27 883 000** | **28 535 000** | **28 939 371,48** | **103,79** |

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL*

# TITEL A4

# EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL

## KAPITEL A4 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN

### *A4 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 10 166 000 | 10 439 000 | 9 181 431,76 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel ist für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben, Folgendes veranschlagt:

— die Gehälter, Vergütungen und mit den Gehältern zusammenhängende Zulagen,

— die Kranken- und Unfallversicherung sowie sonstige Soziallasten,

— die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit sowie Zahlungen, die das Organ für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muss,

— die sonstigen Zulagen und verschiedene Vergütungen,

— die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Gehälter der Beamten und Bediensteten auf Zeit angewandt werden, sowie die Auswirkungen der Anwendung des Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Bezüge, der in ein anderes Land als das, in dem der Dienstort liegt, überwiesen wird,

— die Erstattung der Reisekosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) bei Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind,

— die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— die Erstattung der Umzugskosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— die Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen,

— die Pauschalvergütungen und Vergütungen zum Stundensatz der Beamten der Laufbahngruppe AST sowie der örtlichen Bediensteten, sofern diese Überstunden nicht, wie vorgesehen, durch Freizeit abgegolten werden können,

— die zeitweiligen Tagegelder für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die nachweisen, dass sie infolge ihres Dienstantritts oder ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort ihren Wohnort wechseln müssen,

— die Mittel zur Deckung zusätzlicher Ausgaben im Zusammenhang mit der Abordnung von Beamten der Union, d. h. für die Vergütungen und Kostenerstattungen, auf die diese Beamten im Zuge ihrer Abordnung Anspruch haben. Des Weiteren sind die Mittel zur Deckung der Ausgaben bestimmt, die für spezifische Ausbildungspraktika bei Verwaltungsbehörden oder sonstigen Einrichtungen von Mitgliedstaaten bzw. Drittländern anfallen.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL*

**KAPITEL A4 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

## *A4 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben*

A4 01 02 01 Externes Personal

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 576 000 | 1 560 000 | 1 295 763,13 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— die Dienstbezüge der Vertragsbediensteten (im Sinne des Titels IV der Beschäftigungsbedingungen), das Sozialversicherungssystem des Organs für Vertragsbedienstete entsprechend der Beschreibung in Titel IV und die Kosten infolge der Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf die Bezüge dieser Bediensteten,

— durch privatrechtliche Verträge mit externem Personal und den Einsatz von Leiharbeitskräften entstehende Ausgaben (Gehälter, Versicherungen usw.),

— die Ausgaben für technisches und Verwaltungspersonal, das im Rahmen von Werkverträgen zur Verfügung gestellt wird, für Unterstützungsleistungen und für intellektuelle Dienstleistungen,

— Ausgaben im Zusammenhang mit der zeitweiligen dienstlichen Verwendung von Beamten der Mitgliedstaaten und sonstigen nationalen Sachverständigen beim Amt sowie zusätzliche Aufwendungen, die durch die Abordnung dieser nationalen Beamten und Sachverständigen entstehen,

— die Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Bezüge und Zulagen,

— die Ausgaben für Leistungen freiberuflicher Übersetzer und Linguisten sowie für die vom Übersetzungsdienst außer Haus vergebenen Schreibarbeiten und sonstigen Arbeiten.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Regeln der Kommission über die Ernennung und Vergütung sowie sonstige finanzielle Bestimmungen der Kommission.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

A4 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 672 000 | 674 000 | 894 990,44 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— Ausgaben für Fahrtkosten, für Dienstreisetagegelder sowie Nebenkosten oder außergewöhnliche Auslagen, die bei Erledigung eines dienstlichen Auftrags durch das auf Statutsbasis beschäftigte Personal oder durch abgeordnete nationale oder internationale Sachverständige oder Beamte entstehen,

— Aufwendungen, die verauslagt werden, um Repräsentationsverpflichtungen im Namen des Amtes im dienstlichen Interesse nachzukommen (Repräsentationsverpflichtungen bestehen nicht gegenüber Beamten oder sonstigen Bediensteten der Kommission oder anderer Organe der Union),

— Reise-, Aufenthalts- und Nebenkosten von Sachverständigen, die zu den Sitzungen der Studien- und Arbeitsgruppen hinzugezogen werden, sowie der Nebenkosten für die Veranstaltung dieser Sitzungen, soweit sie nicht durch die bestehende Infrastruktur an den Sitzen der Organe oder bei den Außenstellen gedeckt sind (die Kostenerstattung an die Sachverständigen erfolgt auf der Grundlage der Beschlüsse der Kommission),

— diverse Kosten für vom Amt veranstaltete Konferenzen, Kongresse und Sitzungen,

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL*

**KAPITEL A4 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A4 01 02*** *(Fortsetzung)*

A4 01 02 11 *(Fortsetzung)*

— die Ausgaben für die allgemeine Fortbildung, die darauf abzielt, die Fertigkeiten des Personals sowie die Leistungsfähigkeit und die Effizienz des Amtes verbessern:
  — die Heranziehung von Sachverständigen für die Ermittlung der Bedürfnisse sowie für die Konzeption, Ausarbeitung, Betreuung, Bewertung und für das Follow-up der Fortbildung,
  — die Heranziehung von Beratern in verschiedenen Bereichen, insbesondere in den Bereichen Organisationsmethoden, Management, Strategie, Qualität und Verwaltung des Personals,
  — die Kosten für externe Schulungen und die Gebühren für die Mitgliedschaft in einschlägigen Fachverbänden,
  — die Ausgaben für die praktische Organisation der Kurse, die Räumlichkeiten, die Beförderung, die Verpflegung und die Unterbringung der Teilnehmer von aufenthaltsgebundenen Lehrgängen,
  — die Fortbildungsausgaben im Zusammenhang mit Publikationen und Information, für die entsprechenden Websites sowie für den Erwerb von Lehrmaterial, Abonnements und Lizenzen für Fernschulungen, Ausgaben für Bücher, Presse und Multimediaprodukte,
  — die Finanzierung von Lehrmaterial,
— die Sozialabgaben, Reisekosten und Tagegelder für freiberufliche und andere nicht ständige Dolmetscher, die von der GD Dolmetschen für die vom Europäischen Amt für Personalauswahl anberaumten Sitzungen verpflichtet werden, bei denen die erforderlichen Dienstleistungen nicht von den Dolmetschern der Kommission (Beamte und Zeitbedienstete) erbracht werden können.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Regeln der Kommission über die Ernennung und Vergütung sowie sonstige finanzielle Bestimmungen der Kommission.

***A4 01 03*** ***Gebäude und Nebenkosten***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 4 991 000 | 5 023 000 | 5 297 250,62 |

*Erläuterungen*

Die Mittel sind bestimmt für die vom Amt belegten Gebäude und die Nebenkosten, insbesondere für:

— Mieten und Erbpachtzinsen für die belegten Dienstgebäude oder Gebäudeteile sowie die Miete von Konferenzsälen, Lagerräumen, Garagen und Stellplätzen,

— Zahlung der in den Versicherungspolicen für die Dienstgebäude oder Teile von Dienstgebäuden des Amtes vorgesehenen Prämien,

— Ausgaben für Wasser, Gas, Strom und Heizung in den vom Amt belegten Gebäuden oder Teilen von Gebäuden,

— Mittel für Reinigung und Instandhaltung der Räumlichkeiten, einschließlich Aufzüge, Zentralheizung, Klimaanlagen usw.; der Ansatz ist nach den laufenden Verträgen berechnet; diese Mittel decken ebenfalls die Ausgaben für bestimmte periodisch stattfindende Reinigungsarbeiten, für Putz- und Pflegemittel, chemische Reinigung und Wäscherei, Instandsetzungs- und Malerarbeiten sowie für Material der Werkstätten,

— Ausgaben für die gesonderte Verwertung der Abfälle, deren Lagerung und deren Entsorgung,

— Herrichtungsarbeiten, wie die Versetzung von Zwischenwänden in den Gebäuden, den Umbau von elektrischen Anlagen sowie sonstige handwerkliche Facharbeiten (Schlosser-, Elektriker-, Installateur- und Malerarbeiten, Verlegen von Fußbodenbelägen usw.), Änderungen des Gebäudenetzes sowie die Ausgaben für das entsprechende Material (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Organ bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL*

**KAPITEL A4 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A4 01 03*** *(Fortsetzung)*

— die Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Gewährleistung der physischen und materiellen Sicherheit von Personen und Sachgütern, insbesondere für die Gebäudeüberwachungsverträge, die Wartungsverträge für die Sicherheitsanlagen sowie für die Anschaffung von Kleinmaterial (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Organ bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

— die Mittel zur Deckung der Ausgaben für Sicherheit und Gesundheitsschutz der Mitarbeiter des Amtes am Arbeitsplatz, insbesondere für die Anschaffung, Miete und Instandhaltung von Brandbekämpfungsgeräten, für die Ausrüstung des freiwilligen Rettungspersonals (Erstausstattung und Ersatzbeschaffung) sowie für die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Organ bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

— Kosten der rechtlichen, finanziellen und technischen Gutachten, die vor dem Erwerb, der Anmietung oder der Errichtung von Gebäuden in Auftrag zu geben sind,

— sonstige Gebäudekosten, insbesondere Verwaltungskosten bei Gebäuden mit mehreren Mietparteien, Kosten für Zustandsfeststellungen sowie Abgaben für öffentliche Dienstleistungen (Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren usw.), Ausgaben für die gesonderte Verwertung der Abfälle, deren Lagerung und deren Entsorgung,

— Ausgaben für die technische Unterstützung bei umfangreichen Herrichtungsarbeiten,

— Kauf, Miete oder Leasing, Instandhaltung, Reparatur, Installierung und Ersatzbeschaffung von Geräten und technischem Material, insbesondere für:

  — Geräte (einschließlich Fotokopierer) für Produktion, Vervielfältigung und Archivierung von Veröffentlichungen und Dokumenten in beliebiger Form (Papier, elektronische Träger usw.),

  — Ausrüstungen für Audio-Video-Technik, Bibliothek und Dolmetschen (Kabinen, Hörgarnituren und Einbauplatten für Simultandolmetschanlagen usw.),

  — die Ausstattung der Kantinen und Restaurants,

  — verschiedenes Arbeitsgerät für die Werkstätten, die für die Gebäudeinstandhaltung zuständig sind,

  — behindertengerechte Einrichtungen und -ausstattungen,

  — sowie Studien, Dokumentation und Schulung im Zusammenhang mit den genannten Ausstattungen,

— Kauf, Miete, Instandhaltung und Reparatur von Mobiliar, insbesondere:

  — Anschaffung von Büromobiliar sowie speziellen, insbesondere ergonomischen Möbeln, Regale für die Archive usw.,

  — Ersatzbeschaffung für abgenutztes und beschädigtes Mobiliar,

  — Anschaffung von spezifischem Ausstattungsmaterial für Bibliotheken (Karteikästen, Regale, Kataloge usw.),

  — spezielle Ausrüstungen für Kantinen und Restaurants,

  — Miete von Mobiliar,

  — die Kosten der Instandsetzung und Reparatur von Mobiliar,

— Beschaffung, Anmietung, Wartung und Reparatur von Fahrzeugen, insbesondere:

  — die Beschaffung von Fahrzeugen,

  — der Ersatz von Fahrzeugen, die im Laufe des Haushaltsjahres einen ihre Ausmusterung rechtfertigenden Gesamtkilometerstand erreichen,

  — die Kurz- und Langzeitmieten der Fahrzeuge, wenn der Bedarf höher ist als die Kapazität des Fuhrparks,

  — die Wartungs-, Reparatur- und Versicherungskosten der Dienstkraftfahrzeuge (Kauf von Treibstoff, Schmiermitteln, Reifen, Schläuchen, verschiedenem Material, Ersatzteilen, Werkzeug usw.),

  — verschiedene Versicherungskosten (insbesondere Haftpflicht- und Diebstahlversicherung),

— die Ausgaben für Dienst- und Arbeitskleidung, insbesondere:

  — Anschaffung von Dienstkleidung für Amtsgehilfen und Fahrer,

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL*

**KAPITEL A4 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A4 01 03*** *(Fortsetzung)*

- — Anschaffung und Reinigung von Arbeitskleidung für das technische Personal sowie für das Personal, das gegen Witterung und Kälte bzw. dessen Kleidung gegen übermäßigen Verschleiß und starke Verschmutzung geschützt werden muss,
- — Anschaffung bzw. Erstattung der erforderlichen Ausrüstungen im Rahmen der Anwendung der Richtlinien 89/391/EWG und 90/270/EWG,

— Kosten für den Umzug und die Zusammenlegung der Dienststellen sowie die Kosten für die Handhabung (Entgegennahme, Lagerung, Unterbringung) von Material, Mobiliar und Bürobedarf,

— Ausgaben für die Ausrüstung von Gebäuden mit Fernmeldeanlagen und insbesondere für Erwerb, Miete, Installierung und Wartung von Telefonzentralen, Audio- und Videokonferenzsystemen, Sprechanlagen und Mobilfunk sowie die mit Datennetzen zusammenhängenden Ausgaben sowie die entsprechenden Dienste (Verwaltung, Benutzerhilfen, Unterlagen, Installation, Umzug),

— Kauf, Miete oder Leasing und Unterhaltung von Rechnern, Terminals, Kleinrechnern und Peripheriegeräten, Ausrüstungen für den Anschluss an Zentralsysteme sowie der erforderlichen Software,

— Kauf, Miete oder Leasing und Wartung von Ausrüstungen für die Vervielfältigung und Archivierung von Informationen in jeglicher Form, z. B. Druckern, Fotokopiergeräten, Scannern und Mikrokopiergeräten,

— Kauf, Miete oder Leasing von Schreibmaschinen, Textverarbeitungsgeräten sowie sonstigen Geräten der Büroautomation,

— Installation, Konfiguration und Wartung der Anlagen; Studien, Dokumentation sowie entsprechendes Material,

— Mittel zur Beschaffung von Papier, Umschlägen, Büromaterial, Material für die Vervielfältigung sowie einige in Auftrag gegebene Druckarbeiten,

— Porto- und Zustellungskosten im normalen Schriftverkehr und für den Versand von Paketen im Luft-, Schiffs- und Eisenbahnversand sowie Kosten des internen Postdienstes des Amtes,

— die Grundgebühren und die Fernmeldegebühren (Fernsprecher fest und mobil, Fernseher, Telefon- und Videokonferenzen), sowie Ausgaben für Datenübertragungsnetze, Telematikdienste usw. und den Kauf der entsprechenden Teilnehmerverzeichnisse,

— Telefon- und EDV-Verbindungen zwischen den einzelnen Gebäuden und die internationalen Übertragungsnetze zwischen den Arbeitsorten,

— technische und logistische Unterstützung, allgemeine informationstechnische Ausbildung und spezifische Schulungsmaßnahmen betreffend die Ausrüstungen und die Software für die Datenverarbeitung, Abonnements für technische Dokumentation in gedruckter und elektronischer Form, externes Betriebspersonal, Büroautomatik, Abonnements bei internationalen Organisationen, Sicherheitsstudien und Qualitätssicherung bezüglich der Ausrüstungen und der Software, Kosten für Benutzung und Wartung der Anlagen, Entwicklung von Software und Durchführung von DV-Projekten.

Diese Mittel decken auch sonstige Verwaltungsausgaben wie Gebühren für die Teilnahme an Konferenzen (mit Ausnahme von Fortbildungsausgaben), Gebühren für die Mitgliedschaft in beruflichen und wissenschaftlichen Verbänden, Kosten für die Aufnahme in Telefonverzeichnisse usw.

Vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Amt bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln).

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL*

**KAPITEL A4 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A4 01 50 Personalpolitik und -management***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind bestimmt für:

— Geldleistungen, die Beamten, ehemaligen Beamten oder Rechtsnachfolgern eines verstorbenen Beamten, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden, gewährt werden können,

— die Beteiligung des Amtes an den Kosten für Veranstaltungen im „Foyer" sowie an den Kosten für sonstige kulturelle und sportliche Veranstaltungen und für Initiativen zur Förderung der gesellschaftlichen Kontakte zwischen Bediensteten verschiedener Nationalitäten,

— die Beteiligung des Amtes an den Kosten der Kinderkrippen und -horte sowie am Schulbeförderungsdienst,

— Ausgaben für folgende Kategorien von Personen, im Rahmen einer Politik zugunsten von Menschen mit Behinderungen:

  — Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst,

  — die Ehegatten der Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst,

  — alle gemäß dem Statut der Beamten der Europäischen Union unterhaltsberechtigten Kinder.

Dieser Artikel ist dazu bestimmt, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und nach Beanspruchung etwaiger Rechte auf nationaler Ebene im Wohn- oder Herkunftsland die Kosten zu erstatten, die für notwendig erachtete nicht medizinische Leistungen im Zusammenhang mit der Behinderung verauslagt wurden und die ordnungsgemäß belegt sind.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

***A4 01 51 Infrastrukturpolitik und -management***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— Ausgaben für die Bewirtschaftung der Restaurants, Kantinen und Cafeterias, für Betriebsmaterial sowie für etwaige Umbauarbeiten,

— Ausgaben für vom Amt zu leistenden Schadenersatz und für im Rahmen seiner Haftpflicht anfallende Verbindlichkeiten sowie etwaige Ausgaben in Einzelfällen, in denen aus Billigkeitsgründen eine Entschädigung zu zahlen ist, ohne dass daraus Rechtsansprüche abgeleitet werden könnten.

***A4 01 60 Dokumentation und Bibliothek***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 000 | 5 000 | 20 592,99 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Einrichtung und Entwicklung der Intranet-Seite des Amtes als Teil der Intranet-Seite der Kommission (MyIntraComm), Abonnements bei Bildschirm- Schnellinformationsdiensten, Kosten für Buchbinderarbeiten und sonstige Kosten für die Erhaltung der Bücher und Referenzveröffentlichungen, Abonnements von Zeitungen und Fachzeitschriften, Anschaffung von Fachbüchern und Fachveröffentlichungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Amtes.

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL*

## KAPITEL A4 02 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT, INTERINSTITUTIONELLE DIENSTLEISTUNGEN UND TÄTIGKEITEN

### *A4 02 01 Interinstitutionelle Zusammenarbeit, interinstitutionelle Dienstleistungen und Tätigkeiten*

*Erläuterungen*

Das Amt hat im Rahmen seines Reformprogramms seine Auswahlverfahren modernisiert, um den laufenden und künftigen Personalbedarf der Organe kosteneffizienter und wirksamer zu decken. Dieses Programm sieht Folgendes vor:

— verbesserte Planung der Auswahlverfahren, damit die richtigen Mitarbeiter zur richtigen Zeit ausgewählt und Reservelisten optimal genutzt werden können;

— kürzere Auswahlverfahren;

— grundlegende Verbesserung der Qualität von Auswahlverfahren: Durch Auswahl der Bewerber auf der Grundlage der berufsbezogenen Kompetenzen einerseits und Professionalisierung der Prüfungsausschüsse andererseits soll es den Organen ermöglicht werden, die besten Bewerber dauerhaft einzustellen;

— Vermittlung eines positiven und modernen Bildes der Organe als Arbeitgeber, damit sie in einem zunehmend von Wettbewerb geprägten Arbeitsmarkt für hochqualifizierte Personen attraktiv bleiben;

— Maßnahmen zur Erleichterung der Teilnahme von Bewerbern mit Behinderung.

A4 02 01 01 Interinstitutionelle Auswahlverfahren

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 996 000 | 7 258 000 | 8 597 489,52 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben im Zusammenhang mit der Veranstaltung der verschiedenen Auswahlverfahren.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis j der Haushaltsordnung werden auf 250 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 27 bis 31 und 33 sowie Anhang III.

A4 02 01 02 Eingeschränkte Konsultationen, Untersuchungen und Erhebungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 50 000 | 75 000 | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Spezialuntersuchungen und -konsultationen, die auf Vertragsbasis von hoch qualifizierten Sachverständigen (natürliche oder juristische Personen) durchgeführt werden, wenn hierfür nicht unmittelbar Personal des Amts eingesetzt werden kann. Aus diesem Posten kann außerdem der Kauf bereits durchgeführter Studien oder Abonnements bei spezialisierten Forschungsinstituten finanziert werden.

A4 02 01 03 Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 14 000 | 14 000 | 14 250,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Kosten für Erfrischungen und gelegentliche Imbisse, die bei internen Sitzungen insbesondere der Prüfungsausschüsse und der Übersetzer gereicht werden.

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL*

## KAPITEL A4 03 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT BEI DER FORTBILDUNG

### *A4 03 01 Europäische Verwaltungsakademie (EUSA)*

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die allgemeine Fortbildung durch die Europäische Verwaltungsakademie, die darauf abzielt, die Fertigkeiten des Personals sowie die Leistungsfähigkeit und die Effizienz der beteiligten Organe zu verbessern, insbesondere:

— die Heranziehung von Sachverständigen für die Ermittlung der Bedürfnisse sowie für die Konzeption, Ausarbeitung, Betreuung, Bewertung und für das Follow-up der Fortbildung,

— die Heranziehung von Beratern in verschiedenen Bereichen, insbesondere in den Bereichen Organisationsmethoden, Management, Strategie, Qualität und Verwaltung des Personals,

— die Ausgaben für die Konzeption, Betreuung und Bewertung der von der Akademie in Form von Kursen, Seminaren und Vorträgen organisierten Fortbildung (Ausbilder/Vortragende und deren Fahrt- und Aufenthaltskosten sowie Lehrmittel),

— die Kosten für externe Schulungen und die Gebühren für die Mitgliedschaft in einschlägigen Fachverbänden,

— die Ausgaben für die Bildung europaweiter Netzwerke zwischen der Verwaltungsakademie und den nationalen Verwaltungsakademien und einschlägigen Hochschulinstituten zwecks Erfahrungsaustausch, Ermittlung von Beispielen für bewährte Verfahren und Zusammenarbeit mit dem Ziel, die berufliche Weiterbildung im europäischen öffentlichen Dienst zu entwickeln,

— die Ausgaben für die praktische Organisation der Kurse, die Räumlichkeiten, die Beförderung, die Verpflegung und die Unterbringung der Teilnehmer von aufenthaltsgebundenen Lehrgängen,

— die Fortbildungsausgaben im Zusammenhang mit Publikationen und Informationen, für die entsprechenden Websites sowie für den Erwerb von Lehrmaterial, Abonnements und Lizenzen für Fernschulungen, Ausgaben für Bücher, Presse und Multimediaprodukte,

— die Finanzierung von Lehrmaterial.

*Rechtsgrundlagen*

Beschluss 2005/119/EG der Generalsekretäre des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission, des Kanzlers des Gerichtshofs, der Generalsekretäre des Rechnungshofs, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen sowie des Vertreters des Bürgerbeauftragten vom 26. Januar 2005 über die Organisation und den Betrieb der Europäischen Verwaltungsakademie (ABl. L 37 vom 10.2.2005, S. 17).

A4 03 01 01 Managementfortbildung

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 433 000 | 1 344 000 | 1 421 999,19 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind die Mittel für die Ausgaben für die Managementfortbildung von Beamten und Bediensteten (Qualitätsmanagement, Personalverwaltung, Strategie).

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis j der Haushaltsordnung werden auf 100 000 EUR veranschlagt.

A4 03 01 02 Schulung bei Dienstantritt

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 1 045 000 | 1 090 000 | 1 324 303,83 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind die Mittel für die Ausgaben für die Einführung der neu eingestellten Beamten und Bediensteten in das Arbeitsumfeld der Organe.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis j der Haushaltsordnung werden auf 40 000 EUR veranschlagt.

KOMMISSION
*EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL*

**KAPITEL A4 03 — INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT BEI DER FORTBILDUNG** *(Fortsetzung)*

***A4 03 01*** *(Fortsetzung)*

A4 03 01 03 Fortbildung im Rahmen des Zertifizierungsverfahrens

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 935 000 | 1 053 000 | 891 300,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel für die Ausgaben für Fortbildungslehrgänge für Beamte, die zwecks Aufstiegs in die Funktionsgruppe Administration den Nachweis der Fähigkeit zur Wahrnehmung von Aufgaben dieser Funktionsgruppe erlangen wollen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis j der Haushaltsordnung werden auf 16 000 EUR veranschlagt.

**KAPITEL A4 10 — RESERVEN**

***A4 10 01 Vorläufig eingesetzte Mittel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Kapitel des Haushaltsplans übertragen worden sind.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***A4 10 02 Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

KOMMISSION

# AMT FÜR DIE FESTSTELLUNG UND ABWICKLUNG INDIVIDUELLER ANSPRÜCHE

KOMMISSION
*AMT FÜR DIE FESTSTELLUNG UND ABWICKLUNG INDIVIDUELLER ANSPRÜCHE*

## EINNAHMEN

## TITEL 4

## VERSCHIEDENE VON DER UNION ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

### KAPITEL 4 0 — GEHALTSABZÜGE
### KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 4 0 | | | | |
| ***4 0 0*** | ***Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und Vergütungen der Beamten und sonstigen Bediensteten*** | 1 132 000 | 1 157 000 | | — |
| ***4 0 3*** | ***Ertrag der befristeten Abgabe auf die Amts- und Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***4 0 4*** | ***Ertrag der Sonderabgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | 238 000 | 242 000 | | — |
| | KAPITEL 4 0 — INSGESAMT | 1 370 000 | 1 399 000 | 0,— | 0,— |
| | KAPITEL 4 1 | | | | |
| ***4 1 0*** | ***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*** | 2 497 000 | 2 719 000 | | — |
| | KAPITEL 4 1 — INSGESAMT | 2 497 000 | 2 719 000 | | — |
| | **Titel 4 — Insgesamt** | **3 867 000** | **4 118 000** | **0,—** | **0,—** |

KOMMISSION
*AMT FÜR DIE FESTSTELLUNG UND ABWICKLUNG INDIVIDUELLER ANSPRÜCHE*

# TITEL 4

# VERSCHIEDENE VON DER UNION ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

## KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE

### 400 *Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und Vergütungen der Beamten und sonstigen Bediensteten*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 1 132 000 | 1 157 000 | |

*Erläuterungen*

Bei diesen Einnahmen handelt es sich um den gesamten Ertrag aus der monatlich einbehaltenen Steuer auf die Gehälter, Löhne und Bezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten des Europäischen Amts für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Union.

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 56 vom 4.3.1968, S. 8).

*Verweise*

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union, insbesondere Artikel 12.

### 403 *Ertrag der befristeten Abgabe auf die Amts- und Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesen Einnahmen handelt es sich um den gesamten Ertrag aus der monatlich einbehaltenen befristeten Abgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten, die im Europäischen Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche im aktiven Dienst stehen.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 66a in der bis zum 15. Dezember 2003 geltenden Fassung.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

### 404 *Ertrag der Sonderabgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 238 000 | 242 000 | |

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

KOMMISSION
*AMT FÜR DIE FESTSTELLUNG UND ABWICKLUNG INDIVIDUELLER ANSPRÜCHE*

## KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

### *4 1 0 Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 2 497 000 | 2 719 000 | |

*Erläuterungen*

Bei diesen Einnahmen handelt es sich um die monatlich gemäß Artikel 83 Absatz 2 des Statuts einbehaltenen Beiträge des Personals des Europäischen Amts für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche zur Versorgungsordnung.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

KOMMISSION

*AMT FÜR DIE FESTSTELLUNG UND ABWICKLUNG INDIVIDUELLER ANSPRÜCHE*

## TITEL 6

## BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION, ERSTATTUNGEN VERAUSLAGTER BETRÄGE UND EINNAHMEN

### KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 6 6 | | | | |
| ***6 6 0*** | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen*** | | | | |
| 6 6 0 0 | Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 6 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 6 6 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 6 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **3 867 000** | **4 118 000** | **0,—** | **0,—** |

KOMMISSION
*AMT FÜR DIE FESTSTELLUNG UND ABWICKLUNG INDIVIDUELLER ANSPRÜCHE*

## TITEL 6

## BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION, ERSTATTUNGEN VERAUSLAGTER BETRÄGE UND EINNAHMEN

### KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN

***6 6 0*** ***Sonstige Beiträge und Erstattungen***

6 6 0 0 Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung etwaige, in den übrigen Teilen von Titel 6 nicht vorgesehene Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingestellt, denen diese Einnahmen zugewiesen sind.

KOMMISSION

*AMT FÜR DIE FESTSTELLUNG UND ABWICKLUNG INDIVIDUELLER ANSPRÜCHE*

## AUSGABEN

### Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|
| **A5** | **AMT FÜR DIE FESTSTELLUNG UND ABWICKLUNG INDIVIDUELLER ANSPRÜCHE** | | | |
| A5 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN | 36 260 000 | 36 721 000 | 41 442 564,20 |
| A5 10 | RESERVEN | p.m. | p.m. | 0,— |
| | **Titel A5 — Insgesamt** | **36 260 000** | **36 721 000** | **41 442 564,20** |

KOMMISSION
*AMT FÜR DIE FESTSTELLUNG UND ABWICKLUNG INDIVIDUELLER ANSPRÜCHE*

# TITEL A5

# AMT FÜR DIE FESTSTELLUNG UND ABWICKLUNG INDIVIDUELLER ANSPRÜCHE

**KAPITEL A5 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN**
**KAPITEL A5 10 — RESERVEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL A5 01 | | | | |
| ***A5 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 16 058 000 | 16 738 000 | 15 064 964,46 | 93,82 |
| ***A5 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben*** | | | | |
| A5 01 02 01 | Externes Personal | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 9 896 000 | 9 543 000 | 15 349 615,35 | 155,11 |
| A5 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 214 000 | 214 000 | 263 928,53 | 123,33 |
| | *Artikel A5 01 02 — Insgesamt* | 10 110 000 | 9 757 000 | 15 613 543,88 | 154,44 |
| ***A5 01 03*** | ***Gebäude und Nebenkosten*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 10 092 000 | 10 226 000 | 10 764 055,86 | 106,66 |
| ***A5 01 50*** | ***Personalpolitik und -management*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***A5 01 51*** | ***Infrastrukturpolitik und -management*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***A5 01 60*** | ***Dokumentation und Bibliothek*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL A5 01 — INSGESAMT | 36 260 000 | 36 721 000 | 41 442 564,20 | 114,29 |
| | KAPITEL A5 10 | | | | |
| ***A5 10 01*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***A5 10 02*** | ***Reserve für unvorhergesehene Ausgaben*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL A5 10 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel A5 — Insgesamt** | **36 260 000** | **36 721 000** | **41 442 564,20** | **114,29** |

KOMMISSION
*AMT FÜR DIE FESTSTELLUNG UND ABWICKLUNG INDIVIDUELLER ANSPRÜCHE*

# TITEL A5

# AMT FÜR DIE FESTSTELLUNG UND ABWICKLUNG INDIVIDUELLER ANSPRÜCHE

## KAPITEL A5 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN

### *A5 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 16 058 000 | 16 738 000 | 15 064 964,46 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel ist für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben, Folgendes veranschlagt:

— die Gehälter, Vergütungen und mit den Gehältern zusammenhängende Zulagen,

— die Kranken- und Unfallversicherung sowie sonstige Soziallasten,

— die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit sowie Zahlungen, die das Organ für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muss,

— die sonstigen Zulagen und verschiedene Vergütungen,

— die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Gehälter der Beamten und Bediensteten auf Zeit angewandt werden, sowie die Auswirkungen der Anwendung des Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Bezüge, der in ein anderes Land als das, in dem der Dienstort liegt, überwiesen wird,

— die Erstattung der Reisekosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) bei Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind,

— die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— die Erstattung der Umzugskosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— die Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Bezüge und Zulagen.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

### *A5 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben*

A5 01 02 01 Externes Personal

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 9 896 000 | 9 543 000 | 15 349 615,35 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— die Dienstbezüge der Vertragsbediensteten (im Sinne des Titels IV der Beschäftigungsbedingungen), das Sozialversicherungssystem des Organs für Vertragsbedienstete entsprechend der Beschreibung in Titel IV und die Kosten infolge der Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf die Bezüge dieser Bediensteten,

KOMMISSION
*AMT FÜR DIE FESTSTELLUNG UND ABWICKLUNG INDIVIDUELLER ANSPRÜCHE*

**KAPITEL A5 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A5 01 02*** *(Fortsetzung)*

A5 01 02 01 *(Fortsetzung)*

— durch privatrechtliche Verträge mit externem Personal und den Einsatz von Leiharbeitskräften entstehende Ausgaben (Gehälter, Versicherungen usw.),

— die Ausgaben für technisches und Verwaltungspersonal, das im Rahmen von Werkverträgen zur Verfügung gestellt wird, für Unterstützungsleistungen und für intellektuelle Dienstleistungen,

— Ausgaben im Zusammenhang mit der zeitweiligen dienstlichen Verwendung von Beamten der Mitgliedstaaten und sonstigen Sachverständigen beim Amt sowie zusätzliche Aufwendungen, die durch die Abordnung von Beamten an die nationalen Verwaltungen oder an internationale Organisationen entstehen,

— die Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Bezüge und Zulagen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis j der Haushaltsordnung werden mit 6 705 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Regeln der Kommission über die Ernennung und Vergütung sowie sonstige finanzielle Bestimmungen der Kommission.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

A5 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 214 000 | 214 000 | 263 928,53 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— Ausgaben für Fahrtkosten, für Dienstreisetagegelder sowie Nebenkosten oder außergewöhnliche Auslagen, die bei Erledigung eines dienstlichen Auftrags durch das auf Statutsbasis beschäftigte Personal oder durch abgeordnete nationale oder internationale Sachverständige oder Beamte entstehen,

— Aufwendungen, die verauslagt werden, um Repräsentationsverpflichtungen im Namen des Amtes im dienstlichen Interesse nachzukommen (keine Erstattung für Aufwendungen bei Repräsentationsverpflichtungen gegenüber Beamten oder sonstigen Bediensteten der Kommission oder anderer Organe der Union),

— Reise-, Aufenthalts- und Nebenkosten von Sachverständigen, die zu den Sitzungen der Studien- und Arbeitgruppen hinzugezogen werden, sowie der Nebenkosten für die Veranstaltung dieser Sitzungen, soweit sie nicht durch die bestehende Infrastruktur an den Sitzen der Organe oder bei den Außenstellen gedeckt sind (die Kostenerstattung an die Sachverständigen erfolgt auf der Grundlage der Beschlüsse der Kommission),

— Kosten für Erfrischungen und gelegentliche Imbisse, die bei internen Sitzungen gereicht werden,

— die Kosten für Konferenzen, Kongresse und Sitzungen, an denen das Amt teilnimmt oder die vom Amt veranstaltet werden,

— Ausgaben für Spezialuntersuchungen und -konsultationen, die auf Vertragsbasis von hoch qualifizierten Fachleuten (natürliche oder juristische Personen) ausgeführt werden, wenn das Personal des Amtes hierfür nicht eingesetzt werden kann, einschließlich des Erwerbs bereits vorliegender Untersuchungen,

— die Ausgaben für die Fortbildung, die darauf abzielt, die Fertigkeiten des Personals sowie die Leistungsfähigkeit und die Effizienz des Amtes verbessern:

  — die Heranziehung von Sachverständigen für die Ermittlung der Bedürfnisse sowie für die Konzeption, Ausarbeitung, Betreuung, Bewertung und für das Follow-up der Fortbildung,

  — die Heranziehung von Beratern in verschiedenen Bereichen, insbesondere in den Bereichen Organisationsmethoden, Management, Strategie, Qualität und Verwaltung des Personals,

  — die Kosten für externe Schulungen und die Gebühren für die Mitgliedschaft in einschlägigen Fachverbänden,

KOMMISSION
*AMT FÜR DIE FESTSTELLUNG UND ABWICKLUNG INDIVIDUELLER ANSPRÜCHE*

**KAPITEL A5 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A5 01 02*** *(Fortsetzung)*

A5 01 02 11 *(Fortsetzung)*

— die Ausgaben für die praktische Organisation der Kurse, die Räumlichkeiten, die Beförderung, die Verpflegung und die Unterbringung der Teilnehmer von aufenthaltsgebundenen Lehrgängen,

— die Fortbildungsausgaben im Zusammenhang mit Publikationen und Information, für die entsprechenden Websites sowie für den Erwerb von Lehrmaterial, Abonnements und Lizenzen für Fernschulungen, Ausgaben für Bücher, Presse und Multimediaprodukte,

— die Finanzierung von Lehrmaterial.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Regeln der Kommission über die Ernennung und Vergütung sowie sonstige finanzielle Bestimmungen der Kommission.

***A5 01 03*** ***Gebäude und Nebenkosten***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 10 092 000 | 10 226 000 | 10 764 055,86 |

*Erläuterungen*

Die Mittel sind bestimmt für die vom Amt belegten Gebäude und die Nebenkosten, insbesondere für:

— den Erwerb oder Mietkauf oder die Errichtung von Gebäuden,

— Mieten und Erbpachtzinsen, verschiedene Abgaben und Freigaben von Kaufoptionen für die belegten Dienstgebäude oder Gebäudeteile sowie die Miete von Konferenzsälen, Lagerräumen, Archiven, Garagen und Parkplätzen,

— die Zahlung der in den Versicherungspolicen für die Dienstgebäude oder Teile von Dienstgebäuden des Amtes vorgesehenen Prämien,

— Ausgaben für Wasser, Gas, Strom und Heizung für die Dienstgebäude oder Teile von Dienstgebäuden des Amtes,

— die Unterhaltung der Räume, der Aufzüge, der Zentralheizung, der Klimaanlagen usw. Diese Mittel decken ebenfalls die Ausgaben für bestimmte, periodisch stattfindende Reinigungsarbeiten, für Putz- und Pflegemittel, chemische Reinigung und Wäscherei, Instandsetzungs- und Malerarbeiten sowie für Material der Werkstätten,

— Ausgaben für die gesonderte Verwertung der Abfälle, deren Lagerung und deren Entsorgung,

— Herrichtungsarbeiten, wie die Versetzung von Zwischenwänden in den Gebäuden, den Umbau von technischen Anlagen sowie sonstige handwerkliche Facharbeiten (Schlosser-, Elektriker-, Installateur- und Malerarbeiten, Verlegen von Fußbodenbelägen usw.), Änderungen des Gebäudenetzes sowie die Ausgaben für das entsprechende Material (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Amt bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

— die Ausgaben für die Gewährleistung der physischen und materiellen Sicherheit von Personen und Sachgütern, insbesondere für die Gebäudeüberwachungsverträge, die Wartungsverträge für die Sicherheitsanlagen sowie für die Anschaffung von Kleinmaterial (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Amt bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

— die Ausgaben für Sicherheit und Gesundheitsschutz der Mitarbeiter des Amtes am Arbeitsplatz, insbesondere für die Anschaffung, Miete und Instandhaltung von Brandbekämpfungsgeräten, den Ersatz der Ausrüstung des freiwilligen Rettungspersonals (Erstausstattung und Ersatzbeschaffung) sowie für die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Amt bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

KOMMISSION
*AMT FÜR DIE FESTSTELLUNG UND ABWICKLUNG INDIVIDUELLER ANSPRÜCHE*

**KAPITEL A5 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A5 01 03*** *(Fortsetzung)*

— Kosten der rechtlichen, finanziellen und technischen Gutachten, die vor dem Erwerb, der Anmietung oder der Errichtung von Gebäuden in Auftrag zu geben sind,

— sonstige Gebäudekosten, insbesondere Verwaltungskosten bei Gebäuden mit mehreren Mietparteien, Kosten für Zustandsfeststellungen sowie Abgaben für öffentliche Dienstleistungen (Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren usw.),

— Ausgaben für die technische Unterstützung bei umfangreichen Herrichtungsarbeiten,

— Kauf, Miete oder Leasing, Wartung, Instandhaltung, Reparatur, Installierung und Ersatzbeschaffung von Geräten und technischem Material,

— Kauf, Miete, Wartung und Reparatur von Mobiliar,

— Kauf, Anmietung, Wartung und Reparatur von Fahrzeugen,

— verschiedene Versicherungskosten (insbesondere Haftpflicht- und Diebstahlversicherung),

— Ausgaben für Arbeitsausrüstung, insbesondere:

  — den Erwerb von Dienstkleidung (vor allem für Amtsboten, Fahrer und das Personal der Restaurants und Kantinen),

  — die Anschaffung und Reinigung von Arbeitskleidung, insbesondere für das technische Personal sowie für das Personal, das gegen Witterung und Kälte bzw. dessen Kleidung gegen übermäßigen Verschleiß und starke Verschmutzung geschützt werden muss,

  — Anschaffung bzw. Erstattung der erforderlichen Ausrüstungen im Rahmen der Anwendung der Richtlinien 89/391/EWG und 90/270/EWG,

— Kosten für den Umzug und die Zusammenlegung der Dienststellen sowie die Kosten für die Handhabung (Entgegennahme, Lagerung und Unterbringung) von Material, Mobiliar und Bürobedarf,

— Ausgaben für die Ausrüstung von Gebäuden mit Fernmeldeanlagen und insbesondere für Erwerb, Miete, Installierung und Wartung von Telefonzentralen, Audio- und Videokonferenzsystemen, Sprechanlagen und Mobilfunk sowie die mit Datennetzen (Anlagen und Wartung) zusammenhängenden Ausgaben sowie die entsprechenden Dienste (Verwaltung, Benutzerhilfen, Unterlagen, Installation, Umzug),

— Kauf, Miete oder Leasing und Wartung von Rechnern, Terminals, Kleinrechnern und Peripheriegeräten, Ausrüstungen für den Anschluss an Zentralsysteme sowie der erforderlichen Software,

— Kauf, Miete oder Leasing und Wartung von Ausrüstungen für die Vervielfältigung von gedruckten Informationen, z. B. Druckern, Fotokopiergeräten, Scannern und Mikrokopiergeräten,

— Kauf, Miete oder Leasing von Schreibmaschinen, Textverarbeitungsgeräten sowie sonstigen Geräten der Büroautomation,

— Installation, Konfiguration und Wartung der Anlagen; Studien, Dokumentation sowie entsprechendes Material,

— Beschaffung von Papier, Umschlägen, Büromaterial, Material für die Vervielfältigung sowie einige in Auftrag gegebene Druckarbeiten,

— Porto- und Zustellungskosten im normalen Schriftverkehr und für den Versand von Paketen und Ähnlichem im Luft-, Schiffs- und Eisenbahnversand sowie Kosten des internen Postdiensts des Amtes,

— Grundgebühren und Fernmeldegebühren (Fernsprecher fest und mobil, Fernseher, Telefon- und Videokonferenzen) sowie Ausgaben für Datenübertragungsnetze, Telematikdienste usw. und den Kauf der entsprechenden Teilnehmerverzeichnisse,

— Telefon- und EDV-Verbindungen zwischen den einzelnen Gebäuden und die internationalen Übertragungsnetze zwischen den Arbeitsorten,

— technische und logistische Unterstützung, allgemeine informationstechnische Ausbildung und spezifische Schulungsmaßnahmen betreffend die Hardware und die Software für die Datenverarbeitung, Abonnements für technische Dokumentation in gedruckter oder elektronischer Form, externes Betriebspersonal, Büroautomatik, Abonnements bei internationalen Organisationen, Sicherheitsstudien und Qualitätssicherung bezüglich der Ausrüstungen und der Software, Kosten für Benutzung und Wartung der Anlagen, Entwicklung von Software und Durchführung von DV-Projekten,

— sonstige nicht ausdrücklich aufgeführte Verwaltungsausgaben.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis j der Haushaltsordnung werden mit 817 000 EUR veranschlagt.

KOMMISSION
*AMT FÜR DIE FESTSTELLUNG UND ABWICKLUNG INDIVIDUELLER ANSPRÜCHE*

**KAPITEL A5 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A5 01 03*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***A5 01 50*** ***Personalpolitik und -management***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind bestimmt für:

— die Beteiligung des Amtes an den Kosten für Veranstaltungen im „Foyer“ sowie an den Kosten für sonstige kulturelle und sportliche Veranstaltungen und für jegliche Initiative zur Förderung der gesellschaftlichen Kontakte zwischen Bediensteten verschiedener Nationalitäten,

— die Beteiligung des Amtes an den Kosten der Kinderkrippen und -horte,

— Ausgaben für folgende Kategorien von Personen, im Rahmen einer Politik zugunsten von Menschen mit Behinderungen:

  — Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst,

  — die Ehegatten der Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst,

  — alle gemäß dem Statut unterhaltsberechtigten Kinder.

Dieser Artikel ist dazu bestimmt, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und nach Beanspruchung etwaiger Rechte auf nationaler Ebene im Wohn- oder Herkunftsland die Kosten zu erstatten, die für notwendig erachtete nicht medizinische Leistungen im Zusammenhang mit der Behinderung verauslagt wurden und die ordnungsgemäß belegt sind.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

***A5 01 51*** ***Infrastrukturpolitik und -management***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— Ausgaben für die Bewirtschaftung der Restaurants, Kantinen und Cafeterias sowie für etwaige Umbauarbeiten,

— Ausgaben für vom Amt zu leistenden Schadenersatz und für im Rahmen seiner Haftpflicht anfallende Verbindlichkeiten sowie etwaige Ausgaben in Einzelfällen, in denen aus Billigkeitsgründen eine Entschädigung zu zahlen ist, ohne dass daraus irgendwelche Rechtsansprüche abgeleitet werden könnten.

KOMMISSION
*AMT FÜR DIE FESTSTELLUNG UND ABWICKLUNG INDIVIDUELLER ANSPRÜCHE*

**KAPITEL A5 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A5 01 60 Dokumentation und Bibliothek***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Einrichtung und Entwicklung der Intranet-Seite der Kommission (Intracomm), Abonnements bei Bildschirm-Schnellinformationsdiensten, Kosten für Buchbinderarbeiten und sonstige Kosten für die Erhaltung der Bücher und Referenzveröffentlichungen, Abonnements von Zeitungen und Fachzeitschriften, Anschaffung von Fachbüchern und Fachveröffentlichungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Amtes.

**KAPITEL A5 10 — RESERVEN**

***A5 10 01 Vorläufig eingesetzte Mittel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Kapitel des Haushaltsplans übertragen worden sind.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***A5 10 02 Reserve für unvorhergesehene Ausgaben***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

KOMMISSION

# AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK IN BRÜSSEL

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK IN BRÜSSEL*

## EINNAHMEN

## TITEL 4

## VERSCHIEDENE VON DER UNION ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

### KAPITEL 4 0 — GEHALTSABZÜGE
### KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 4 0 | | | | |
| ***4 0 0*** | ***Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und Vergütungen der Beamten und sonstigen Bediensteten*** | 2 313 000 | 2 356 000 | | — |
| ***4 0 3*** | ***Ertrag der befristeten Abgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***4 0 4*** | ***Ertrag der Sonderabgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | 433 000 | 442 000 | | — |
| | KAPITEL 4 0 — INSGESAMT | 2 746 000 | 2 798 000 | 0,— | 0,— |
| | KAPITEL 4 1 | | | | |
| ***4 1 0*** | ***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*** | 4 544 000 | 5 004 000 | | — |
| | KAPITEL 4 1 — INSGESAMT | 4 544 000 | 5 004 000 | | — |
| | **Titel 4 — Insgesamt** | **7 290 000** | **7 802 000** | **0,—** | **0,—** |

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK IN BRÜSSEL*

# TITEL 4

# VERSCHIEDENE VON DER UNION ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

## KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE

### 400 *Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und Vergütungen der Beamten und sonstigen Bediensteten*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 2 313 000 | 2 356 000 | |

*Erläuterungen*

Bei diesen Einnahmen handelt es sich um den gesamten Ertrag aus der monatlich von den Gehältern, Löhnen und Bezügen der Beamten und sonstigen Bediensteten des Amts für Gebäude, Anlagen und Logistik in Brüssel einbehaltenen Steuer.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 56 vom 4.3.1968, S. 8).

*Verweise*

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union, insbesondere Artikel 12.

### 403 *Ertrag der befristeten Abgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesen Einnahmen handelt es sich um den gesamten Ertrag aus der monatlich einbehaltenen befristeten Abgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten, die im Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik in Brüssel im aktiven Dienst stehen.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 66a in der bis zum 15. Dezember 2003 geltenden Fassung.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

### 404 *Ertrag der Sonderabgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 433 000 | 442 000 | |

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 66a.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK IN BRÜSSEL*

## KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

### *4 1 0 Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 4 544 000 | 5 004 000 | |

*Erläuterungen*

Bei diesen Einnahmen handelt es sich um die monatlich gemäß Artikel 83 Absatz 2 des Statuts einbehaltenen Beiträge des Personals des Amtes zur Versorgungsordnung.

*Verweise*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK IN BRÜSSEL*

## TITEL 6

## BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION, ERSTATTUNGEN VERAUSLAGTER BETRÄGE UND VERGÜTUNGEN

### KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 6 6 | | | | |
| ***6 6 0*** | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen*** | | | | |
| 6 6 0 0 | Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 6 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 6 6 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 6 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **7 290 000** | **7 802 000** | **0,—** | **0,—** |

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK IN BRÜSSEL*

## TITEL 6

## BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION, ERSTATTUNGEN VERAUSLAGTER BETRÄGE UND VERGÜTUNGEN

### KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN

***6 6 0*** ***Sonstige Beiträge und Erstattungen***

6 6 0 0 Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung etwaige, in den übrigen Teilen von Titel 6 nicht vorgesehene Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, denen diese Einnahmen zugewiesen sind.

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK IN BRÜSSEL*

## AUSGABEN

### Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|
| **A6** | **AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK IN BRÜSSEL** | | | |
| A6 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN | 68 833 000 | 69 455 000 | 73 368 453,73 |
| A6 10 | RESERVEN | p.m. | p.m. | 0,— |
| | **Titel A6 — Insgesamt** | **68 833 000** | **69 455 000** | **73 368 453,73** |

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK IN BRÜSSEL*

# TITEL A6

# AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK IN BRÜSSEL

**KAPITEL A6 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN**
**KAPITEL A6 10 — RESERVEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL A6 01 | | | | |
| ***A6 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 33 176 000 | 34 146 000 | 32 302 449,79 | 97,37 |
| ***A6 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben*** | | | | |
| A6 01 02 01 | Externes Personal | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 22 880 000 | 22 357 000 | 28 246 070,46 | 123,45 |
| A6 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 430 000 | 431 000 | 430 996,29 | 100,23 |
| | *Artikel A6 01 02 — Insgesamt* | 23 310 000 | 22 788 000 | 28 677 066,75 | 123,02 |
| ***A6 01 03*** | ***Gebäude und Nebenkosten*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 12 347 000 | 12 521 000 | 12 388 937,19 | 100,34 |
| ***A6 01 50*** | ***Personalpolitik und -management*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***A6 01 51*** | ***Infrastrukturpolitik und -management*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***A6 01 60*** | ***Dokumentation und Bibliothek*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL A6 01 — INSGESAMT | 68 833 000 | 69 455 000 | 73 368 453,73 | 106,59 |
| | KAPITEL A6 10 | | | | |
| ***A6 10 01*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***A6 10 02*** | ***Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL A6 10 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel A6 — Insgesamt** | **68 833 000** | **69 455 000** | **73 368 453,73** | **106,59** |

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK IN BRÜSSEL*

# TITEL A6

# AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK IN BRÜSSEL

## KAPITEL A6 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN

### *A6 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 33 176 000 | 34 146 000 | 32 302 449,79 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel ist für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben, Folgendes veranschlagt:

— die Gehälter, Vergütungen und mit den Gehältern zusammenhängenden Zulagen,

— die Kranken- und Unfallversicherung sowie sonstigen Sozialleistungen,

— die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit sowie Zahlungen, die das Organ für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muss,

— die sonstigen Zulagen und verschiedenen Vergütungen,

— die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Gehälter der Beamten und Bediensteten auf Zeit angewandt werden, sowie die Auswirkungen der Anwendung des Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Bezüge, der in ein anderes Land als das, in dem der Dienstort liegt, überwiesen wird,

— die Erstattung der Reisekosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) bei Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind,

— die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— die Erstattung der Umzugskosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— die Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Bezüge und Zulagen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis j der Haushaltsordnung werden auf 800 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK IN BRÜSSEL*

**KAPITEL A6 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A6 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben***

A6 01 02 01 Externes Personal

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 22 880 000 | 22 357 000 | 28 246 070,46 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— Ausgaben für die Dienstbezüge der Vertragsbediensteten (im Sinne von Titel IV der Beschäftigungsbedingungen), für die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung der Vertragsbediensteten nach Titel IV sowie für die Auswirkungen der Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf die Bezüge dieser Bediensteten,

— Ausgaben (Gehälter, Versicherungen usw.) für die privatrechtlichen Verträge des externen Personals und für die Inanspruchnahme von Leiharbeitskräften,

— Ausgaben für technisches und Verwaltungspersonal, das im Rahmen von Werkverträgen zur Verfügung gestellt wird, und für intellektuelle Dienstleistungen,

— Ausgaben im Zusammenhang mit der zeitweiligen dienstlichen Verwendung von Beamten der Mitgliedstaaten und sonstigen nationalen Sachverständigen beim Amt sowie zusätzliche Aufwendungen, die durch die Abordnung dieser nationalen Beamten und Sachverständigen entstehen,

— die Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Bezüge und Zulagen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis j der Haushaltsordnung werden auf 6 400 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Regeln der Kommission über die Ernennung und Vergütung sowie sonstige finanzielle Bestimmungen der Kommission.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

A6 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 430 000 | 431 000 | 430 996,29 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— Ausgaben für Fahrtkosten, für Dienstreisetagegelder sowie Nebenkosten oder außergewöhnliche Auslagen, die bei Erledigung eines dienstlichen Auftrags durch das auf Statutsbasis beschäftigte Personal oder durch abgeordnete nationale oder internationale Sachverständige oder Beamte entstehen,

— Aufwendungen, die verauslagt werden, um Repräsentationsverpflichtungen im Namen des Amtes im dienstlichen Interesse nachzukommen. (Repräsentationsverpflichtungen bestehen nicht gegenüber Beamten oder sonstigen Bediensteten der Kommission oder eines anderen Organs der Union),

— Reise-, Aufenthalts- und Nebenkosten von Sachverständigen, die zu den Arbeitssitzungen der aufgrund des Vertrages und der Verordnungen des Rates und der Kommission eingesetzten Ausschüsse hinzugezogen werden, sowie der Nebenkosten für die Veranstaltung dieser Sitzungen, soweit sie nicht durch die bestehende Infrastruktur an den Sitzen der Organe oder bei den Außenstellen gedeckt sind,

— Kosten für Erfrischungen und gelegentliche Imbisse, die bei internen Sitzungen gereicht werden,

— diverse Kosten für vom Amt veranstaltete Konferenzen, Kongresse und Sitzungen,

— Ausgaben für Spezialuntersuchungen und -konsultationen, die auf Vertragsbasis von hoch qualifizierten Fachleuten (natürliche oder juristische Personen) ausgeführt werden, wenn das Personal des Amtes hierfür nicht eingesetzt werden kann,

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK IN BRÜSSEL*

**KAPITEL A6 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A6 01 02*** *(Fortsetzung)*

A6 01 02 11 *(Fortsetzung)*

— Ausgaben für allgemeine Fortbildung, die darauf abzielt, die Fertigkeiten des Personals sowie die Leistungsfähigkeit und die Effizienz des Amtes verbessern:
  — Heranziehung von Sachverständigen für die Ermittlung der Bedürfnisse sowie für die Konzeption, Ausarbeitung, Betreuung, Bewertung und für das Follow-up der Fortbildung,
  — Heranziehung von Beratern in verschiedenen Bereichen, insbesondere in den Bereichen Organisationsmethoden, Management, Strategie, Qualität und Verwaltung des Personals,
  — Kosten für externe Schulungen und die Gebühren für die Mitgliedschaft in einschlägigen Fachverbänden,
— Ausgaben für die praktische Organisation der Kurse, die Räumlichkeiten, die Beförderung, die Verpflegung und die Unterbringung der Teilnehmer von aufenthaltsgebundenen Lehrgängen,
— Fortbildungsausgaben im Zusammenhang mit Publikationen und Information, für die entsprechenden Websites sowie für den Erwerb von Lehrmaterial, Abonnements und Lizenzen für Fernschulungen, Ausgaben für Bücher, Presse und Multimediaprodukte,
— Ausgaben für didaktisches Material.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Regeln der Kommission über die Ernennung und Vergütung sowie sonstige finanzielle Bestimmungen der Kommission.

***A6 01 03*** ***Gebäude und Nebenkosten***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 12 347 000 | 12 521 000 | 12 388 937,19 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Gebäude des Amtes und damit zusammenhängende Ausgaben, insbesondere:

— Erwerb oder Mietkauf von Gebäuden oder Errichtung von Gebäuden,
— Mieten und Erbpachtzinsen sowie die Miete von Konferenzsälen, Lagerräumen, Garagen und Stellplätzen,
— Ausgaben für in den Versicherungspolicen für die Dienstgebäude oder Teile von Dienstgebäuden des Amtes vorgesehene Prämien,
— Ausgaben für Wasser, Gas, Strom und Heizung in den vom Amt belegten Gebäuden oder Teilen von Gebäuden,
— Mittel für Reinigung und Instandhaltung der Räumlichkeiten, einschließlich Aufzüge, Zentralheizung, Klimaanlagen usw. Diese Mittel decken ebenfalls die Ausgaben für bestimmte, periodisch stattfindende Reinigungsarbeiten, für Putz- und Pflegemittel, chemische Reinigung und Wäscherei, Instandsetzungs- und Malerarbeiten, sowie für Material der Werkstätten,
— Ausgaben für die gesonderte Verwertung der Abfälle, deren Lagerung und deren Entsorgung,
— Herrichtungsarbeiten, wie die Versetzung von Zwischenwänden in den Gebäuden, den Umbau von technischen Anlagen sowie sonstige handwerkliche Facharbeiten (Schlosser-, Elektriker-, Installateur- und Malerarbeiten, Verlegen von Fußbodenbelägen usw.) sowie die Ausgaben für das entsprechende Material (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Organ bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),
— Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Gewährleistung der physischen und materiellen Sicherheit von Personen und Sachgütern, insbesondere für die Gebäudeüberwachungsverträge, die Wartungsverträge für die Sicherheitsanlagen sowie für die Anschaffung von Kleinmaterial (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Organ bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK IN BRÜSSEL*

**KAPITEL A6 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A6 01 03*** *(Fortsetzung)*

— Mittel zur Deckung der Ausgaben für Sicherheit und Gesundheitsschutz der Mitarbeiter des Amtes am Arbeitsplatz, insbesondere für die Anschaffung, Miete und Instandhaltung von Brandbekämpfungsgeräten, für die Ausrüstung des freiwilligen Rettungspersonals (Erstausstattung und Ersatzbeschaffung) sowie für die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Organ bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

— Kosten der rechtlichen, finanziellen und technischen Gutachten, die vor dem Erwerb, der Anmietung oder der Errichtung von Gebäuden in Auftrag zu geben sind,

— sonstige Gebäudekosten, insbesondere Gebäudeverwaltungskosten, Kosten für Zustandsfeststellungen sowie Abgaben für öffentliche Dienstleistungen (Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren usw.), Ausgaben für die gesonderte Verwertung der Abfälle, deren Lagerung und deren Entsorgung,

— Ausgaben für die technische Unterstützung bei umfangreichen Herrichtungsarbeiten,

— Kauf, die Anmietung oder das Leasing, die Instandhaltung, Reparatur, Installierung und Ersatzbeschaffung von Geräten und technischem Material,

— Kauf, Miete, Instandhaltung und Reparatur von Mobiliar,

— Beschaffung, Anmietung, Wartung und Instandhaltung von Fahrzeugen,

— verschiedene Arten von Versicherungen,

— Ausgaben für Dienst- und Arbeitskleidung, insbesondere:

  — Anschaffung von Dienstkleidung (insbesondere für Amtsgehilfen, Fahrer und Personal der Restaurationseinrichtungen),

  — Anschaffung und Reinigung von Arbeitskleidung für das technische Personal sowie für das Personal, das gegen Witterung und Kälte bzw. dessen Kleidung gegen übermäßigen Verschleiß und starke Verschmutzung geschützt werden muss,

  — Anschaffung bzw. Erstattung der erforderlichen Ausrüstungen im Rahmen der Anwendung der Richtlinien 89/391/EWG und 90/270/EWG,

— Kosten für den Umzug und die Zusammenlegung der Dienststellen sowie die Kosten für die Handhabung (Entgegennahme, Lagerung, Unterbringung) von Material, Mobiliar und Bürobedarf,

— Ausgaben für die Ausrüstung von Gebäuden mit Fernmeldeanlagen und insbesondere für Erwerb, Miete, Installierung und Wartung von Telefonzentralen, Audio- und Videokonferenzsystemen, Sprechanlagen und Mobilfunk sowie die mit Datennetzen zusammenhängenden Ausgaben sowie die entsprechenden Dienste (Verwaltung, Benutzerhilfen, Unterlagen, Installation, Umzug),

— Kauf, Miete oder Leasing und Unterhaltung von Rechnern, Terminals, Kleinrechnern und Peripheriegeräten, Ausrüstungen für den Anschluss an Zentralsysteme sowie der erforderlichen Software,

— Kauf, Miete oder Leasing und Unterhaltung von Ausrüstungen für die Vervielfältigung und Archivierung von Informationen in jeglicher Form, z. B. von Druckern, Fotokopiergeräten, Scannern und Mikrokopiergeräten,

— Kauf, Miete oder Leasing von Schreibmaschinen, Textverarbeitungsgeräten sowie sonstigen Geräten der Büroautomation,

— Installation, Konfiguration und Wartung der Anlagen; Studien, Dokumentation sowie entsprechendes Material,

— Mittel zur Beschaffung von Papier, Umschlägen, Büromaterial, Material für die Vervielfältigung sowie einige in Auftrag gegebene Druckarbeiten,

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK IN BRÜSSEL*

**KAPITEL A6 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A6 01 03*** *(Fortsetzung)*

— Porto- und Zustellungskosten im normalen Schriftverkehr, für Paketgebühren im Luft-, Schiffs- und Eisenbahnversand sowie für den internen Postdienst des Amtes,

— Grundgebühren und Fernmeldegebühren (Fernsprecher fest und mobil, Fernseher, Telefon- und Videokonferenzen) sowie Ausgaben für Datenübertragungsnetze, Telematikdienste usw. und den Kauf der entsprechenden Teilnehmerverzeichnisse,

— Telefon- und EDV-Verbindungen zwischen den einzelnen Gebäuden und die internationalen Übertragungsnetze zwischen den Arbeitsorten,

— technische und logistische Unterstützung, allgemeine informationstechnische Ausbildung und spezifische Schulungsmaßnahmen betreffend die Ausrüstungen und die Software für die Datenverarbeitung, Abonnements für technische Dokumentation in Papierform, externes Betriebspersonal, Büroautomatik, Abonnements bei internationalen Organisationen, Sicherheitsstudien und Qualitätssicherung bezüglich der Ausrüstungen und der Software, Kosten für Benutzung und Wartung der Anlagen, Entwicklung von Software und Durchführung von DV-Projekten,

— sonstige, nicht einzeln aufgeführte Verwaltungsausgaben.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis j der Haushaltsordnung werden auf 300 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***A6 01 50*** ***Personalpolitik und -management***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind bestimmt für:

— die Beteiligung des Amtes an den Kosten für Veranstaltungen im „Foyer“ sowie an den Kosten für sonstige kulturelle und sportliche Veranstaltungen und für Initiativen zur Förderung der gesellschaftlichen Kontakte zwischen Bediensteten verschiedener Nationalitäten,

— die Beteiligung des Amtes an den Kosten der Kinderkrippen und -horte,

— Ausgaben für folgende Kategorien von Personen, im Rahmen einer Politik zugunsten von Menschen mit Behinderungen:

  — Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst,

  — die Ehegatten der Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst,

  — alle gemäß dem Statut unterhaltsberechtigten Kinder.

Dieser Artikel ist dazu bestimmt, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und nach Beanspruchung etwaiger Rechte auf nationaler Ebene im Wohn- oder Herkunftsland die Kosten zu erstatten, die für notwendig erachtete nicht medizinische Leistungen im Zusammenhang mit der Behinderung verauslagt wurden und die ordnungsgemäß belegt sind.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK IN BRÜSSEL*

**KAPITEL A6 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A6 01 51 Infrastrukturpolitik und -management***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— Ausgaben für die Bewirtschaftung der Restaurants, Kantinen und Cafeterias sowie für etwaige Umbauarbeiten,

— Ausgaben für vom Amt zu leistenden Schadenersatz und für im Rahmen seiner Haftpflicht anfallende Verbindlichkeiten sowie etwaige Ausgaben in Einzelfällen, in denen aus Billigkeitsgründen eine Entschädigung zu zahlen ist, ohne dass daraus irgendwelche Rechtsansprüche abgeleitet werden könnten.

***A6 01 60 Dokumentation und Bibliothek***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Einrichtung und Entwicklung der Intranet-Seite der Kommission (My IntraComm) und die Herausgabe der Wochenschrift „Commission en direct", der Abonnementskosten für Bildschirm-Schnellinformationsdienste, Kosten für Buchbinderarbeiten und sonstiger Kosten für die Erhaltung der Bücher und Referenzveröffentlichungen, der Abonnements von Zeitungen, Fachzeitschriften, Amtsblättern, Parlamentsdokumenten, Außenhandelsstatistiken, Bulletins und sonstigen Fachveröffentlichungen sowie der Anschaffung von Fachbüchern und Fachveröffentlichungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Amtes.

**KAPITEL A6 10 — RESERVEN**

***A6 10 01 Vorläufig eingesetzte Mittel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Kapitel des Haushaltsplans übertragen worden sind.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***A6 10 02 Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

KOMMISSION

# AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG*

## EINNAHMEN

## TITEL 4

## VERSCHIEDENE VON DER UNION ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

### KAPITEL 4 0 — GEHALTSABZÜGE
### KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 4 0 | | | | |
| ***4 0 0*** | ***Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und Vergütungen der Beamten und sonstigen Bediensteten*** | 850 000 | 861 000 | | — |
| ***4 0 3*** | ***Ertrag der befristeten Abgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***4 0 4*** | ***Ertrag der Sonderabgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*** | 147 000 | 153 000 | | — |
| | KAPITEL 4 0 — INSGESAMT | 997 000 | 1 014 000 | 0,— | 0,— |
| | KAPITEL 4 1 | | | | |
| ***4 1 0*** | ***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*** | 1 424 000 | 1 606 000 | | — |
| | KAPITEL 4 1 — INSGESAMT | 1 424 000 | 1 606 000 | | — |
| | **Titel 4 — Insgesamt** | **2 421 000** | **2 620 000** | **0,—** | **0,—** |

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG*

# TITEL 4

# VERSCHIEDENE VON DER UNION ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

## KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE

### 400 *Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und Vergütungen der Beamten und sonstigen Bediensteten*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 850 000 | 861 000 | |

*Erläuterungen*

Bei diesen Einnahmen handelt es sich um den gesamten Ertrag aus der monatlich einbehaltenen Steuer auf die Gehälter, Löhne und Bezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten des Amts für Gebäude, Anlagen und Logistik in Luxemburg.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 56 vom 4.3.1968, S. 8).

*Verweise*

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union, insbesondere Artikel 12.

### 403 *Ertrag der befristeten Abgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesen Einnahmen handelt es sich um den gesamten Ertrag aus der monatlich einbehaltenen befristeten Abgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und der sonstigen Bediensteten, die im Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik in Luxemburg im aktiven Dienst stehen.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 66a in der bis zum 15. Dezember 2003 geltenden Fassung.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

### 404 *Ertrag der Sonderabgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 147 000 | 153 000 | |

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union, insbesondere Artikel 66a.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG*

## KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

### *4 1 0 Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung*

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| 1 424 000 | 1 606 000 | |

*Erläuterungen*

Bei diesen Einnahmen handelt es sich um die Gesamtheit aller Beiträge, die monatlich gemäß Artikel 83 Absatz 2 des Statuts von den Bezügen des Personals des Amts zur Finanzierung der Versorgungsordnung einbehalten werden.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG*

## TITEL 6

## BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION, ERSTATTUNGEN VERAUSLAGTER BETRÄGE UND VERGÜTUNGEN

### KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN

| Artikel Posten | Bezeichnung | Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL 6 6 | | | | |
| ***6 6 0*** | ***Sonstige Beiträge und Erstattungen*** | | | | |
| 6 6 0 0 | Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | *Artikel 6 6 0 — Insgesamt* | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL 6 6 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel 6 — Insgesamt** | **p.m.** | **p.m.** | **0,—** | **—** |
| | **GESAMTBETRAG** | **2 421 000** | **2 620 000** | **0,—** | **0,—** |

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG*

## TITEL 6

## BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION, ERSTATTUNGEN VERAUSLAGTER BETRÄGE UND VERGÜTUNGEN

### KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN

***6 6 0*** ***Sonstige Beiträge und Erstattungen***

6 6 0 0 Sonstige zweckgebundene Beiträge und Erstattungen

| Haushaltsjahr 2014 | Haushaltsjahr 2013 | Haushaltsjahr 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Bei diesem Posten werden gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung in den übrigen Teilen des Titels 6 nicht vorgesehene etwaige Einnahmen als zusätzliche zweckgebundene Einnahmen eingesetzt.

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG*

## AUSGABEN

### Gesamtübersicht über die Mittel (2014 und 2013) und Ausgaben (2012)

| Titel Kapitel | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|---|---|
| **A7** | **AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG** | | | |
| A7 01 | VERWALTUNGSAUSGABEN | 24 539 000 | 25 191 000 | 24 425 502,77 |
| A7 10 | RESERVEN | p.m. | p.m. | 0,— |
| | **Titel A7 — Insgesamt** | **24 539 000** | **25 191 000** | **24 425 502,77** |

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG*

## TITEL A7

## AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG

**KAPITEL A7 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN**
**KAPITEL A7 10 — RESERVEN**

| Artikel Posten | Bezeichnung | Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 | % 2012/2014 |
|---|---|---|---|---|---|
| | KAPITEL A7 01 | | | | |
| ***A7 01 01*** | ***Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 12 354 000 | 12 659 000 | 11 423 025,27 | 92,46 |
| ***A7 01 02*** | ***Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben*** | | | | |
| A7 01 02 01 | Externes Personal | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 6 562 000 | 6 577 000 | 6 915 220,94 | 105,38 |
| A7 01 02 11 | Sonstige Verwaltungsausgaben | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 300 000 | 349 000 | 255 612,— | 85,20 |
| | *Artikel A7 01 02 — Insgesamt* | 6 862 000 | 6 926 000 | 7 170 832,94 | 104,50 |
| ***A7 01 03*** | ***Gebäude und Nebenkosten*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | 5 323 000 | 5 606 000 | 5 831 644,56 | 109,56 |
| ***A7 01 50*** | ***Personalpolitik und -management*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***A7 01 51*** | ***Infrastrukturpolitik und -management*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***A7 01 60*** | ***Dokumentation und Bibliothek*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL A7 01 — INSGESAMT | 24 539 000 | 25 191 000 | 24 425 502,77 | 99,54 |
| | KAPITEL A7 10 | | | | |
| ***A7 10 01*** | ***Vorläufig eingesetzte Mittel*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| ***A7 10 02*** | ***Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben*** | | | | |
| | Nichtgetrennte Mittel | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | KAPITEL A7 10 — INSGESAMT | p.m. | p.m. | 0,— | — |
| | **Titel A7 — Insgesamt** | **24 539 000** | **25 191 000** | **24 425 502,77** | **99,54** |

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG*

# TITEL A7

# AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG

## KAPITEL A7 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN

### *A7 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit*

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 12 354 000 | 12 659 000 | 11 423 025,27 |

*Erläuterungen*

Bei diesem Artikel ist für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben, Folgendes veranschlagt:

— die Gehälter, Vergütungen und mit den Gehältern zusammenhängende Zulagen,

— die Kranken- und Unfallversicherung sowie sonstige Soziallasten,

— die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit sowie Zahlungen, die das Organ für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muss,

— die sonstigen Zulagen und verschiedene Vergütungen,

— die Auswirkungen der Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf die Vergütung der Beamten und Bediensteten auf Zeit sowie die Auswirkungen der Anwendung des Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Dienstbezüge, die in ein anderes Land als das des Dienstortes überwiesen werden,

— die Erstattung der Reisekosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) beim Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind,

— die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— die Erstattung der Umzugskosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,

— die Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

### *A7 01 02 Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben*

A7 01 02 01 Externes Personal

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 6 562 000 | 6 577 000 | 6 915 220,94 |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— die Bezüge für Vertragsbedienstete (im Sinne von Titel IV der Beschäftigungsbedingungen), die Aufwendungen für den Sozialversicherungsschutz der Vertragsbediensteten gemäß Titel IV sowie die Auswirkungen der Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf die Bezüge dieser Bediensteten,

— Ausgaben (Gehälter, Versicherungen usw.) für die privatrechtlichen Verträge des externen Personals und für die Inanspruchnahme von Leiharbeitskräften,

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG*

**KAPITEL A7 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A7 01 02*** *(Fortsetzung)*

A7 01 02 01 *(Fortsetzung)*

— Ausgaben für technisches und Verwaltungspersonal, das im Rahmen von Werkverträgen als Aushilfe sowie für intellektuelle Dienstleistungen zur Verfügung gestellt wird,

— Ausgaben im Zusammenhang mit der zeitweiligen dienstlichen Verwendung von Beamten der Mitgliedstaaten und sonstigen Sachverständigen beim Amt sowie zusätzliche Aufwendungen, die durch die Abordnung von Beamten an die nationalen Verwaltungen oder an internationale Organisationen entstehen,

— die Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Bezüge und Zulagen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben a bis j der Haushaltsordnung werden mit 3 990 000 EUR veranschlagt.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Regeln der Kommission über die Ernennung und Vergütung sowie sonstige finanzielle Bestimmungen der Kommission.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

A7 01 02 11 Sonstige Verwaltungsausgaben

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 300 000 | 349 000 | 255 612,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— Ausgaben für Fahrtkosten, für Dienstreisetagegelder sowie Nebenkosten oder außergewöhnliche Auslagen, die bei Erledigung eines dienstlichen Auftrags durch das auf Statutsbasis beschäftigte Personal oder durch abgeordnete nationale oder internationale Sachverständige oder Beamte entstehen,

— Erstattung von Aufwendungen, die verauslagt werden, um Repräsentationsverpflichtungen im Namen des Amtes im dienstlichen Interesse nachzukommen (keine Erstattung für Aufwendungen bei Repräsentationspflichten gegenüber Beamten oder sonstigen Bediensteten der Kommission oder anderer Organe der Union),

— Reise-, Aufenthalts- und Nebenkosten von Sachverständigen, die zu den Sitzungen der Studien- und Arbeitsgruppen hinzugezogen werden, sowie der Kosten für die Veranstaltung dieser Sitzungen, soweit sie nicht durch die bestehende Infrastruktur an den Sitzen der Organe oder bei den Außenstellen gedeckt sind (die Kostenerstattung an die Sachverständigen erfolgt aufgrund der Beschlüsse der Kommission),

— Kosten für Erfrischungen und gelegentliche Imbisse, die bei internen Sitzungen gereicht werden,

— diverse Kosten für Konferenzen, Kongresse und Sitzungen, an denen das Amt teilnimmt,

— Ausgaben fachbezogener Studien und Beratungsleistungen, mit denen hoch qualifizierte Sachverständige (natürliche oder juristische Personen) auf Vertragsbasis betraut werden, sofern das Amt nicht über Mitarbeiter verfügt, die diese Aufgaben selbst ausführen können, einschließlich des Kaufes bereits angefertigter Studien,

— die Ausgaben für die allgemeine Fortbildung, die darauf abzielt, die Fertigkeiten des Personals sowie die Leistungsfähigkeit und die Effizienz des Amtes verbessern:

  — die Heranziehung von Sachverständigen für die Ermittlung der Bedürfnisse sowie für die Konzeption, Ausarbeitung, Betreuung, Bewertung und für das Follow-up der Fortbildung,

  — die Heranziehung von Beratern in verschiedenen Bereichen, insbesondere in den Bereichen Organisationsmethoden, Management, Strategie, Qualität und Verwaltung des Personals,

  — die Kosten für externe Schulungen und die Gebühren für die Mitgliedschaft in einschlägigen Fachverbänden,

— die Ausgaben für die praktische Organisation der Kurse, die Räumlichkeiten, die Beförderung, die Verpflegung und die Unterbringung der Teilnehmer von aufenthaltsgebundenen Lehrgängen,

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG*

**KAPITEL A7 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A7 01 02*** *(Fortsetzung)*

A7 01 02 11 *(Fortsetzung)*

— die Fortbildungsausgaben im Zusammenhang mit Publikationen und Information, für die entsprechenden Websites sowie für den Erwerb von Lehrmaterial, Abonnements und Lizenzen für Fernschulungen, Ausgaben für Bücher, Presse und Multimediaprodukte,

— die Finanzierung des didaktischen Materials.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Regeln der Kommission über die Ernennung und Vergütung sowie sonstige finanzielle Bestimmungen der Kommission.

***A7 01 03*** ***Gebäude und Nebenkosten***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| 5 323 000 | 5 606 000 | 5 831 644,56 |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die Gebäude des Amtes und der Nebenkosten bestimmt, insbesondere:

— der Kosten für Kauf, Mietkauf oder Bau von Gebäuden,

— der Mieten und Erbpachtzinsen, verschiedene Abgaben und Kaufoptionsgebühren für belegte Gebäude oder Gebäudeteile sowie die Anmietung von Konferenzsälen, Lagerräumen, Archivräumen, Garagen und Parkplätzen,

— der Zahlung der in den Versicherungspolicen für die Dienstgebäude oder Teile von Dienstgebäuden der Kommission vorgesehenen Prämien,

— der Ausgaben für Wasser, Gas, Strom und Heizung in dem vom Amt belegten Gebäuden oder Teilen von Gebäuden,

— der Kosten der Wartung von Räumen, Fahrstühlen, der Zentralheizung, Klimaanlagen usw., Kosten für bestimmte regelmäßige Reinigungsarbeiten, für den Kauf von Waren für Wartung, Waschen und Bleichen, chemische Reinigung usw. sowie Anstreicharbeiten, Reparaturen und von den Wartungswerkstätten benötigtes Material,

— der Ausgaben für die gesonderte Verwertung der Abfälle, deren Lagerung und deren Entsorgung,

— der Herrichtungsarbeiten, wie die Versetzung von Zwischenwänden in den Gebäuden, den Umbau von elektrischen Anlagen sowie sonstige handwerkliche Facharbeiten (Schlosser-, Elektriker-, Installateur- und Malerarbeiten, Verlegen von Fußbodenbelägen usw.) sowie die Ausgaben für das entsprechende Material (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Organ bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

— der Ausgaben für die physische und materielle Sicherheit von Personen und Sachen, insbesondere für Gebäudeüberwachungsverträge, Verträge über die Instandhaltung von Sicherheitsanlagen, Schulungen und die Beschaffung von Kleinmaterial (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Amt bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

— der Ausgaben für Sicherheit und Gesundheitsschutz der Mitarbeiter des Amtes am Arbeitsplatz, insbesondere für die Anschaffung, Miete und Instandhaltung von Brandbekämpfungsgeräten, den Ersatz der Ausrüstungen des freiwilligen Rettungspersonals, die Schulungen und die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen (vor der Verlängerung oder dem Abschluss von Verträgen, deren Betrag 300 000 EUR übersteigt, und zwecks Rationalisierung der Ausgaben informiert sich das Amt bei den übrigen Organen über die von jedem einzelnen Organ für einen ähnlichen Auftrag erzielten Bedingungen (Preis, gewählte Währung, Indexierung, Laufzeit, sonstige Klauseln)),

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG*

**KAPITEL A7 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A7 01 03*** *(Fortsetzung)*

— der Kosten der rechtlichen, finanziellen und technischen Gutachten, die vor dem Erwerb, der Anmietung oder der Errichtung von Gebäuden in Auftrag zu geben sind,

— sonstiger Gebäudekosten, insbesondere Gebäudeverwaltungskosten bei Mehrparteiengebäuden, Kosten für Zustandsfeststellungen sowie Abgaben für öffentliche Dienstleistungen (Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren usw.),

— der Ausgaben für die technische Unterstützung bei umfangreichen Herrichtungsarbeiten,

— der Kosten für Kauf, Miete oder Leasen sowie Wartung, Instandsetzung, Einbau und Erneuerung von technischen Anlagen und Geräten,

— der Kosten für Kauf, Miete, Wartung und Instandsetzung von Möbeln,

— der Kosten für Kauf, Miete, Wartung und Instandsetzung von Beförderungsmitteln,

— verschiedener Versicherungskosten (insbesondere Haftpflicht- und Diebstahlversicherung),

— der Ausgaben für Dienst- und Arbeitskleidung, insbesondere:

  — für die Anschaffung von Dienstkleidung (vor allem für Amtsboten, Fahrer und Restaurant-Mitarbeiter),

  — für die Anschaffung und Reinigung von Arbeitskleidung für das technische Personal sowie für das Personal, das gegen Witterung und Kälte bzw. dessen Kleidung gegen übermäßigen Verschleiß und starke Verschmutzung geschützt werden muss,

  — für die Anschaffung bzw. Erstattung der erforderlichen Ausrüstungen im Rahmen der Anwendung der Richtlinien 89/391/EWG und 90/270/EWG,

— der Kosten für den Umzug und die Zusammenlegung der Dienststellen sowie die Kosten für die Handhabung (Entgegennahme, Lagerung, Unterbringung) von Material, Mobiliar und Bürobedarf,

— der Ausgaben für die Ausrüstung von Gebäuden mit Fernmeldeanlagen und insbesondere für Erwerb, Miete, Installierung und Wartung von Telefonzentralen, Audio- und Videokonferenzsystemen, Sprechanlagen und Mobilfunk sowie die mit Datennetzen zusammenhängenden Ausgaben sowie die entsprechenden Dienste (Verwaltung, Benutzerhilfen, Unterlagen, Installation, Umzug),

— der Kosten für Kauf, Miete oder Leasing und Unterhaltung von Rechnern, Terminals, Kleinrechnern und Peripheriegeräten, Ausrüstungen für den Anschluss an Zentralsysteme sowie der erforderlichen Software,

— der Kosten für Kauf, Miete oder Leasing und Unterhaltung von Vervielfältigungsanlagen für die Wiedergabe von Information auf Papier, z. B. Druckmaschinen, Fernkopierer, Fotokopiergeräte, Scanner und Kleinkopiergeräte,

— der Kosten für Kauf, Miete oder Leasing von Schreibmaschinen, Textverarbeitungsgeräten sowie sonstigen Geräten der Büroautomation,

— der Kosten für Installation, Konfiguration und Wartung der Anlagen; Studien, Dokumentation sowie entsprechendes Material,

— der Mittel zur Beschaffung von Papier, Umschlägen, Büromaterial, Material für die Vervielfältigung sowie einige in Auftrag gegebene Druckarbeiten,

— der Porto- und Zustellungskosten im normalen Schriftverkehr, für den Versand von Berichten und Veröffentlichungen sowie für Paketgebühren im Luft-, Überland-, Schiffs- und Eisenbahnversand sowie für den internen Postdienst des Amtes,

— der Grundgebühren und der Fernmeldegebühren (Fernsprecher fest und mobil, Fernseher, Telefon- und Videokonferenzen) sowie der Ausgaben für Datenübertragungsnetze, Telematikdienste usw. und den Kauf der entsprechenden Teilnehmerverzeichnisse,

— der Kosten für Telefon- und EDV-Verbindungen zwischen den einzelnen Gebäuden und die internationalen Übertragungsnetze zwischen den Arbeitsorten,

— der Kosten für technische und logistische Unterstützung, allgemeine informationstechnische Ausbildung und spezifische Schulungsmaßnahmen betreffend die Hardware und die Software für die Datenverarbeitung, Abonnements für technische Dokumentation in Papierform oder in elektronischer Form usw., externes Betriebspersonal, Bürodienste, Abonnements bei internationalen Organisationen usw., Sicherheitsstudien und Qualitätssicherung bezüglich der Ausrüstungen und der Software, Kosten für Benutzung und Wartung der Anlagen, Entwicklung von Software und Durchführung von Informationstechnologie-Projekten (IT),

— weiterer, im Vorstehenden nicht eigens ausgewiesener Verwaltungsausgaben.

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG*

**KAPITEL A7 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A7 01 03*** *(Fortsetzung)*

*Rechtsgrundlagen*

Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1).

Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***A7 01 50*** ***Personalpolitik und -management***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind bestimmt für:

— die Beteiligung des Amtes an den Kosten des Foyers und anderen kulturellen und sportlichen Maßnahmen sowie allen Initiativen zur Förderung der Beziehungen zwischen den Bediensteten unterschiedlicher Staatsangehörigkeit,

— die Beteiligung des Amtes an den Kosten der Kinderkrippen und Kindergärten,

— Ausgaben für folgende Kategorien von Personen, im Rahmen einer Politik zugunsten von Menschen mit Behinderungen:

  — Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst,

  — die Ehegatten der Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst,

  — alle gemäß dem Statut unterhaltsberechtigten Kinder.

Dieser Artikel ist dazu bestimmt, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und nach Beanspruchung etwaiger Rechte auf nationaler Ebene im Wohn- oder Herkunftsland die Kosten zu erstatten, die für notwendig erachtete nicht medizinische Leistungen im Zusammenhang mit der Behinderung verauslagt wurden und die ordnungsgemäß belegt sind.

*Rechtsgrundlagen*

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

***A7 01 51*** ***Infrastrukturpolitik und -management***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

— Ausgaben für die Bewirtschaftung der Restaurants, Kantinen und Cafeterias sowie für etwaige Umbauarbeiten,

— Ausgaben für vom Amt zu leistenden Schadenersatz und für im Rahmen seiner Haftpflicht anfallende Verbindlichkeiten sowie etwaige Ausgaben in Einzelfällen, in denen aus Billigkeitsgründen eine Entschädigung zu zahlen ist, ohne dass daraus Rechtsansprüche abgeleitet werden könnten.

KOMMISSION
*AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG*

**KAPITEL A7 01 — VERWALTUNGSAUSGABEN** *(Fortsetzung)*

***A7 01 60 Dokumentation und Bibliothek***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben: Ausgaben für die Einrichtung und Entwicklung der Intranet-Seite der Kommission (My IntraComm), Abonnements bei Bildschirm-Schnellinformationsdiensten, Kosten für Buchbinderarbeiten und sonstige Kosten für die Erhaltung der Bücher und Referenzveröffentlichungen, Abonnements von Zeitungen und Fachzeitschriften, Anschaffung von Fachbüchern und Fachveröffentlichungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Amtes.

**KAPITEL A7 10 — RESERVEN**

***A7 10 01 Vorläufig eingesetzte Mittel***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

*Erläuterungen*

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Linien des Haushaltsplans übertragen worden sind.

*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

***A7 10 02 Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben***

| Mittel 2014 | Mittel 2013 | Ausgaben 2012 |
|---|---|---|
| p.m. | p.m. | 0,— |

**PERSONAL**

## Kommission

### Verwaltung

| Funktions- und Besoldungsgruppe (1), (2) | 2014 | | 2013 | |
|---|---|---|---|---|
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | 24 | | 24 | |
| AD 15 | 190 | 22 | 190 | 22 |
| AD 14 | 615 | 31 | 580 | 31 |
| AD 13 | 2 095 | | 1 969 | |
| AD 12 | 992 | 44 | 1 329 | 53 |
| AD 11 | 655 | 62 | 634 | 62 |
| AD 10 | 907 | 21 | 1 012 | 11 |
| AD 9 | 861 | 9 | 814 | |
| AD 8 | 1 121 | 16 | 970 | 2 |
| AD 7 | 1 253 | 10 | 1 072 | |
| AD 6 | 1 321 | | 1 245 | |
| AD 5 | 1 460 | 6 | 1 363 | 20 |
| *AD insgesamt* | *11 494* | *221* | *11 202* | *201* |
| AST 11 | 185 | | 172 | |
| AST 10 | 194 | 10 | 240 | 20 |
| AST 9 | 577 | | 529 | |
| AST 8 | 608 | 12 | 539 | 12 |
| AST 7 | 1 091 | 18 | 1 003 | 28 |
| AST 6 | 645 | 19 | 802 | 19 |
| AST 5 | 1 032 | 42 | 1 125 | 42 |
| AST 4 | 920 | 20 | 929 | 20 |
| AST 3 | 1 027 | 9 | 1 159 | 9 |
| AST 2 | 473 | 13 | 511 | 13 |
| AST 1 | 511 | | 695 | |
| *AST insgesamt* | *7 263* | *143* | *7 704* | *163* |
| AST/SC 6 | | | | |
| AST/SC 5 | | | | |
| AST/SC 4 | | | | |
| AST/SC 3 | | | | |
| AST/SC 2 | | | | |
| AST/SC 1 | 100 | | | |
| *AST/SC insgesamt* | *100* | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | **18 857** | **364** | **18 906** | **364** |
| **Planstellen insgesamt** | **19 221** | | **19 270** | |

(1) Im Stellenplan sind gemäß Artikel 53 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft folgende Dauerplanstellen für die Versorgungsagentur enthalten: 1 AD15-Stelle (ad personam) für den Generaldirektor der Agentur, 2 AD14-Stellen (davon eine für den Stellvertretenden Generaldirektor der Agentur), 3 AD12-Stellen, 1 AD11-Stelle, 2 AD10-Stellen, 1 AST10-Stelle, 2 AST8-Stellen, 1 AST7-Stelle, 9 AST6-Stellen, 1 AST5-Stelle und 2 AST3-Stellen.

(2) Der Stellenplan lässt folgende Beförderungen (ad personam) zu: bis zu 25 Beförderungen von AD15 nach AD16, bis zu 21 Beförderungen von AD 14 nach AD 15, bis zu 13 Beförderungen von AD 11 nach AD 14 und 1 Beförderung von AST 8 nach AST 10.

## Forschung und Innovation — Gemeinsame Forschungsstelle

| Funktions- und Besoldungsgruppe | 2014 | | 2013 | |
|---|---|---|---|---|
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | 2 | | 2 | |
| AD 15 | 10 | | 10 | |
| AD 14 | 85 | | 75 | |
| AD 13 | 253 | | 223 | |
| AD 12 | 145 | | 202 | |
| AD 11 | 44 | | 39 | |
| AD 10 | 50 | | 52 | |
| AD 9 | 65 | | 60 | |
| AD 8 | 70 | | 62 | |
| AD 7 | 78 | | 93 | |
| AD 6 | 78 | | 73 | |
| AD 5 | 25 | | 21 | |
| *AD insgesamt* | *905* | | *912* | |
| AST 11 | 50 | | 46 | |
| AST 10 | 80 | | 71 | |
| AST 9 | 129 | | 129 | |
| AST 8 | 97 | | 117 | |
| AST 7 | 120 | | 126 | |
| AST 6 | 98 | | 98 | |
| AST 5 | 122 | | 127 | |
| AST 4 | 109 | | 90 | |
| AST 3 | 98 | | 131 | |
| AST 2 | 50 | | 45 | |
| AST 1 | 20 | | 24 | |
| *AST insgesamt* | *973* | | *1 004* | |
| AST/SC 6 | | | | |
| AST/SC 5 | | | | |
| AST/SC 4 | | | | |
| AST/SC 3 | | | | |
| AST/SC 2 | | | | |
| AST/SC 1 | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | **1 878** | | **1 916** | |
| **Planstellen insgesamt** | **1 878** | | **1 916** | |

## Forschung und Innovation — Indirekte Forschung

| Funktions- und Besoldungsgruppe | 2014 | | 2013 | |
|---|---|---|---|---|
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | 1 | | 1 | |
| AD 15 | 19 | | 19 | |
| AD 14 | 91 | | 88 | |
| AD 13 | 289 | | 291 | |
| AD 12 | 125 | | 178 | |
| AD 11 | 51 | | 45 | |
| AD 10 | 59 | | 61 | |
| AD 9 | 79 | | 60 | |
| AD 8 | 88 | | 88 | |
| AD 7 | 73 | | 73 | |
| AD 6 | 105 | | 114 | |
| AD 5 | 110 | | 88 | |
| *AD insgesamt* | *1 090* | | *1 106* | |
| AST 11 | 17 | | 12 | |
| AST 10 | 13 | | 18 | |
| AST 9 | 32 | | 41 | |
| AST 8 | 67 | | 70 | |
| AST 7 | 76 | | 80 | |
| AST 6 | 75 | | 85 | |
| AST 5 | 111 | | 114 | |
| AST 4 | 100 | | 142 | |
| AST 3 | 113 | | 115 | |
| AST 2 | 37 | | 39 | |
| AST 1 | 68 | | 35 | |
| *AST insgesamt* | *709* | | *751* | |
| AST/SC 6 | | | | |
| AST/SC 5 | | | | |
| AST/SC 4 | | | | |
| AST/SC 3 | | | | |
| AST/SC 2 | | | | |
| AST/SC 1 | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | **1 799** | | **1 857** | |
| **Planstellen insgesamt** [1] | **1 799** | | **1 857** | |

[1] Der Stellenplan lässt folgende Beförderungen (ad personam) zu: 2 AD 15 nach AD 16, 1 AD 14 nach AD 15.

## Ämter

## Amt für Veröffentlichungen (OP)

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Amt für Veröffentlichungen | | | |
|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | 1 | | 1 | |
| AD 15 | 3 | | 3 | |
| AD 14 | 8 | | 8 | |
| AD 13 | 10 | | 9 | |
| AD 12 | 15 | | 16 | |
| AD 11 | 11 | | 9 | |
| AD 10 | 9 | | 9 | |
| AD 9 | 13 | | 13 | |
| AD 8 | 13 | | 13 | |
| AD 7 | 13 | | 13 | |
| AD 6 | 11 | | 11 | |
| AD 5 | 14 | | 16 | |
| *AD insgesamt* | *121* | | *121* | |
| AST 11 | 21 | | 19 | |
| AST 10 | 23 | | 28 | |
| AST 9 | 51 | | 46 | |
| AST 8 | 41 | | 41 | |
| AST 7 | 43 | | 42 | |
| AST 6 | 79 | | 77 | |
| AST 5 | 114 | | 114 | |
| AST 4 | 89 | | 94 | |
| AST 3 | 57 | | 69 | |
| AST 2 | 16 | | 16 | |
| AST 1 | | | 2 | |
| *AST insgesamt* | *534* | | *548* | |
| AST/SC 6 | | | | |
| AST/SC 5 | | | | |
| AST/SC 4 | | | | |
| AST/SC 3 | | | | |
| AST/SC 2 | | | | |
| AST/SC 1 | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | **655** | | **669** | |
| **Planstellen insgesamt** | **655** | | **669** | |

## Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) | | | |
|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | 1 | | 1 | |
| AD 15 | 2 | 1 | 2 | 1 |
| AD 14 | 7 | | 7 | |
| AD 13 | 20 | | 20 | |
| AD 12 | 19 | 18 | 20 | 18 |
| AD 11 | 18 | | 18 | |
| AD 10 | 22 | 1 | 22 | 1 |
| AD 9 | 15 | 16 | 15 | 17 |
| AD 8 | 17 | 1 | 17 | 1 |
| AD 7 | 14 | | 12 | |
| AD 6 | 13 | | 13 | |
| AD 5 | 17 | | 10 | |
| *AD insgesamt* | *165* | *37* | *157* | *38* |
| AST 11 | 5 | 5 | 5 | 5 |
| AST 10 | 8 | 10 | 9 | 11 |
| AST 9 | 15 | 3 | 14 | 3 |
| AST 8 | 12 | 14 | 13 | 14 |
| AST 7 | 13 | 1 | 13 | 1 |
| AST 6 | 12 | 1 | 12 | 3 |
| AST 5 | 18 | | 18 | |
| AST 4 | 23 | | 23 | |
| AST 3 | 23 | | 23 | |
| AST 2 | 12 | | 13 | |
| AST 1 | 4 | | 3 | |
| *AST insgesamt* | *145* | *34* | *146* | *37* |
| AST/SC 6 | | | | |
| AST/SC 5 | | | | |
| AST/SC 4 | | | | |
| AST/SC 3 | | | | |
| AST/SC 2 | | | | |
| AST/SC 1 | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | **310** | **71** | **303** | **75** |
| **Planstellen insgesamt** | **381** | | **378** | |

## Europäisches Amt für Personalauswahl (EPSO)

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Europäisches Amt für Personalauswahl | | | |
|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | |
| AD 15 | | 1 | | 1 |
| AD 14 | 1 | | 1 | |
| AD 13 | 5 | 1 | 5 | 1 |
| AD 12 | 5 | | 5 | |
| AD 11 | 3 | | 3 | |
| AD 10 | 2 | | 2 | |
| AD 9 | 2 | | 2 | |
| AD 8 | 3 | 1 | 3 | 1 |
| AD 7 | 3 | | 1 | |
| AD 6 | | | | |
| AD 5 | 4 | | 5 | |
| *AD insgesamt* | *28* | *3* | *27* | *3* |
| AST 11 | 3 | | 2 | |
| AST 10 | 3 | | 4 | |
| AST 9 | 7 | | 7 | |
| AST 8 | 7 | | 9 | |
| AST 7 | 9 | | 9 | |
| AST 6 | 14 | | 14 | |
| AST 5 | 16 | | 17 | |
| AST 4 | 9 | | 7 | |
| AST 3 | 12 | | 14 | |
| AST 2 | 7 | | 8 | |
| AST 1 | 6 | | 4 | |
| *AST insgesamt* | *93* | | *95* | |
| AST/SC 6 | | | | |
| AST/SC 5 | | | | |
| AST/SC 4 | | | | |
| AST/SC 3 | | | | |
| AST/SC 2 | | | | |
| AST/SC 1 | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | **121** | **3** | **122** | **3** |
| **Planstellen insgesamt** [1] | **124** | | **125** | |

[1] Davon Dauerplanstellen in der Europäischen Verwaltungsakademie: drei AD 12, eine AD 11, zwei AD 8, eine AST 10, zwei AST 9, eine AST 8, eine AST 7, eine AST 5, eine AST 4, zwei AST 3.

## Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (PMO)

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche | | | |
|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | |
| AD 15 | 1 | | 1 | |
| AD 14 | 4 | | 4 | |
| AD 13 | 10 | | 7 | |
| AD 12 | 4 | | 7 | |
| AD 11 | 1 | | 3 | |
| AD 10 | 2 | | 2 | |
| AD 9 | 4 | | 2 | |
| AD 8 | 3 | | 1 | |
| AD 7 | 2 | | 2 | |
| AD 6 | 2 | | 2 | |
| AD 5 | | | 2 | |
| *AD insgesamt* | *33* | | *33* | |
| AST 11 | 6 | | 3 | |
| AST 10 | 9 | | 18 | |
| AST 9 | 14 | | 3 | |
| AST 8 | 18 | | 22 | |
| AST 7 | 35 | | 15 | |
| AST 6 | 30 | | 46 | |
| AST 5 | 22 | | 30 | |
| AST 4 | 7 | | 7 | |
| AST 3 | 5 | | 4 | |
| AST 2 | 1 | | 1 | |
| AST 1 | | | | |
| *AST insgesamt* | *147* | | *149* | |
| AST/SC 6 | | | | |
| AST/SC 5 | | | | |
| AST/SC 4 | | | | |
| AST/SC 3 | | | | |
| AST/SC 2 | | | | |
| AST/SC 1 | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | **180** | | **182** | |
| **Planstellen insgesamt** | **180** | | **182** | |

## Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik — Brüssel (OIB)

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Brüssel | | | |
|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | |
| AD 15 | 1 | | 1 | |
| AD 14 | 8 | | 8 | |
| AD 13 | 14 | | 8 | |
| AD 12 | 8 | | 12 | |
| AD 11 | 3 | | 5 | |
| AD 10 | 4 | | 4 | |
| AD 9 | 8 | | 8 | |
| AD 8 | 5 | | 4 | |
| AD 7 | 2 | | 3 | |
| AD 6 | 12 | | 5 | |
| AD 5 | 16 | | 18 | |
| *AD insgesamt* | *81* | | *76* | |
| AST 11 | 8 | | 7 | |
| AST 10 | 8 | | 10 | |
| AST 9 | 15 | | 14 | |
| AST 8 | 21 | | 17 | |
| AST 7 | 49 | | 53 | |
| AST 6 | 47 | | 50 | |
| AST 5 | 84 | | 82 | |
| AST 4 | 59 | | 59 | |
| AST 3 | 28 | | 35 | |
| AST 2 | | | | |
| AST 1 | | | | |
| *AST insgesamt* | *319* | | *327* | |
| AST/SC 6 | | | | |
| AST/SC 5 | | | | |
| AST/SC 4 | | | | |
| AST/SC 3 | | | | |
| AST/SC 2 | | | | |
| AST/SC 1 | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | **400** | | **403** | |
| **Planstellen insgesamt** | **400** | | **403** | |

## Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik — Luxemburg (OIL)

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Luxemburg | | | |
|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | |
| AD 15 | 1 | | 1 | |
| AD 14 | 3 | | 3 | |
| AD 13 | 4 | | 4 | |
| AD 12 | 3 | | 5 | |
| AD 11 | 2 | | 4 | |
| AD 10 | 2 | | 4 | |
| AD 9 | 2 | | | |
| AD 8 | 6 | | | |
| AD 7 | 2 | | 1 | |
| AD 6 | 3 | | 3 | |
| AD 5 | 2 | | 4 | |
| *AD insgesamt* | *30* | | *29* | |
| AST 11 | 2 | | 2 | |
| AST 10 | 2 | | 6 | |
| AST 9 | 7 | | | |
| AST 8 | 8 | | 7 | |
| AST 7 | 14 | | 10 | |
| AST 6 | 16 | | 16 | |
| AST 5 | 26 | | 26 | |
| AST 4 | 23 | | 32 | |
| AST 3 | 10 | | 15 | |
| AST 2 | 1 | | 1 | |
| AST 1 | 4 | | | |
| *AST insgesamt* | *113* | | *115* | |
| AST/SC 6 | | | | |
| AST/SC 5 | | | | |
| AST/SC 4 | | | | |
| AST/SC 3 | | | | |
| AST/SC 2 | | | | |
| AST/SC 1 | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | **143** | | **144** | |
| **Planstellen insgesamt** | **143** | | **144** | |

## Von der Europäischen Union geschaffene Einrichtungen mit Rechtspersönlichkeit

## Dezentrale Agenturen

## Dezentrale Agenturen — Unternehmen und Industrie

## Europäische Chemikalienagentur

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 14 | | 3 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | 14 | | 6 | | 12 |
| AD 12 | | 25 | | 16 | | 24 |
| AD 11 | | 31 | | 19 | | 30 |
| AD 10 | | 32 | | 24 | | 34 |
| AD 9 | | 52 | | 35 | | 54 |
| AD 8 | | 62 | | 36 | | 64 |
| AD 7 | | 48 | | 61 | | 51 |
| AD 6 | | 71 | | 46 | | 72 |
| AD 5 | | 11 | | 65 | | 7 |
| *AD insgesamt* | | *350* | | *310* | | *350* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | 1 | | | | 1 |
| AST 9 | | 7 | | 2 | | 6 |
| AST 8 | | 10 | | 3 | | 7 |
| AST 7 | | 16 | | 6 | | 18 |
| AST 6 | | 18 | | 9 | | 23 |
| AST 5 | | 27 | | 18 | | 33 |
| AST 4 | | 25 | | 28 | | 36 |
| AST 3 | | 23 | | 39 | | 14 |
| AST 2 | | 13 | | 14 | | 14 |
| AST 1 | | 5 | | 22 | | 1 |
| *AST insgesamt* | | *145* | | *141* | | *153* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **495** | | **451** | | **503** |
| **Planstellen insgesamt** | **495** | | **451** | | **503** | |

## Agentur für das Europäische GNSS

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | | | | | |
| AD 12 | | 3 | | 1 | | 1 |
| AD 11 | | 3 | | 3 | | 3 |
| AD 10 | | 5 | | 2 | | 2 |
| AD 9 | | 10 | | 4 | | 6 |
| AD 8 | | 23 | | 7 | | 5 |
| AD 7 | | 37 | | 15 | | 23 |
| AD 6 | | 7 | | 4 | | 8 |
| AD 5 | | 2 | | 2 | | 3 |
| *AD insgesamt* | | *91* | | *39* | | *52* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | | | | | |
| AST 7 | | | | | | |
| AST 6 | | | | | | |
| AST 5 | | 2 | | 1 | | 2 |
| AST 4 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AST 3 | | 1 | | 2 | | 1 |
| AST 2 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | *5* | | *5* | | *5* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **96** | | **44** | | **57** |
| **Planstellen insgesamt** | **96** | | **44** | | **57** | |

## Dezentrale Agenturen — Beschäftigung, Soziales und Integration

## Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 2 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | 3 | | 3 | | 3 |
| AD 12 | 2 | 3 | 1 | 1 | 1 | 3 |
| AD 11 | 1 | 5 | 1 | 6 | 2 | 5 |
| AD 10 | 1 | 4 | 1 | 2 | 1 | 4 |
| AD 9 | 1 | 3 | 1 | 3 | | 3 |
| AD 8 | 1 | 6 | 1 | 2 | 1 | 4 |
| AD 7 | 1 | 6 | 1 | 7 | 2 | 5 |
| AD 6 | 1 | 6 | 1 | 5 | 1 | 6 |
| AD 5 | | 5 | 1 | 10 | | 8 |
| *AD insgesamt* | *8* | *43* | *8* | *40* | *8* | *42* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | 2 | | 2 | | 2 |
| AST 9 | | 5 | | 3 | | 5 |
| AST 8 | | 6 | | 3 | | 5 |
| AST 7 | | 8 | | 5 | | 7 |
| AST 6 | 2 | 4 | | 10 | 2 | 6 |
| AST 5 | 4 | 6 | 2 | 3 | 3 | 5 |
| AST 4 | 2 | 3 | 3 | 3 | 4 | 5 |
| AST 3 | 1 | 2 | 1 | 6 | | 3 |
| AST 2 | | 1 | | | | 1 |
| AST 1 | 1 | 1 | 5 | 4 | 2 | 1 |
| *AST insgesamt* | *10* | *38* | *11* | *39* | *11* | *40* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | **18** | **81** | **19** | **79** | **19** | **82** |
| **Planstellen insgesamt** | **99** | | **98** | | **101** | |

## S 03 01 04 02 — Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 12 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 11 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 10 | | 3 | | 2 | | 3 |
| AD 9 | | 1 | | 2 | | 1 |
| AD 8 | | 6 | | 3 | | 5 |
| AD 7 | | 5 | | 6 | | 5 |
| AD 6 | | 5 | | 7 | | 6 |
| AD 5 | | | | | | |
| *AD insgesamt* | | *24* | | *24* | | *24* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AST 8 | | | | | | |
| AST 7 | | 1 | | | | 1 |
| AST 6 | | 1 | | | | 1 |
| AST 5 | | 2 | | 2 | | 1 |
| AST 4 | | 8 | | 6 | | 6 |
| AST 3 | | 3 | | 5 | | 6 |
| AST 2 | | 2 | | 2 | | 3 |
| AST 1 | | 1 | | 2 | | 1 |
| *AST insgesamt* | | *19* | | *18* | | *20* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **43** | | **42** | | **44** |
| **Planstellen insgesamt** | **43** | | **42** | | **44** | |

## Dezentrale Agenturen — Mobilität und Verkehr

## S 03 01 06 01 — Europäische Agentur für Flugsicherheit

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | 2 | | 2 | | 2 |
| AD 14 | | 14 | | 5 | | 14 |
| AD 13 | | 21 | | 9 | | 21 |
| AD 12 | | 37 | | 21 | | 37 |
| AD 11 | | 60 | | 15 | | 60 |
| AD 10 | | 84 | | 67 | | 84 |
| AD 9 | | 107 | | 76 | | 107 |
| AD 8 | | 100 | | 85 | | 100 |
| AD 7 | | 75 | | 105 | | 75 |
| AD 6 | | 46 | | 78 | | 46 |
| AD 5 | | 5 | | 17 | | 5 |
| *AD insgesamt* | | *551* | | *480* | | *551* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | 1 | | | | |
| AST 8 | | 4 | | | | 2 |
| AST 7 | | 11 | | | | 8 |
| AST 6 | | 23 | | 2 | | 19 |
| AST 5 | | 32 | | 10 | | 34 |
| AST 4 | | 28 | | 23 | | 31 |
| AST 3 | | 18 | | 51 | | 23 |
| AST 2 | | 15 | | 32 | | 20 |
| AST 1 | | 2 | | 14 | | 4 |
| *AST insgesamt* | | *134* | | *132* | | *141* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **685** | | **612** | | **692** |
| **Planstellen insgesamt** | **685** | | **612** | | **692** | |

## Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | 1 | | | | 1 |
| AD 14 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | 1 | 3 | | 2 | 1 | 3 |
| AD 12 | 1 | 9 | | 6 | 1 | 9 |
| AD 11 | | 11 | 2 | 1 | | 11 |
| AD 10 | 1 | 17 | | 14 | 1 | 17 |
| AD 9 | | 28 | 1 | 20 | | 25 |
| AD 8 | 1 | 24 | | 32 | 1 | 23 |
| AD 7 | | 24 | | 25 | | 24 |
| AD 6 | | 20 | | 15 | | 19 |
| AD 5 | | 4 | | 21 | | 9 |
| *AD insgesamt* | *4* | *142* | *3* | *137* | *4* | *142* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | 1 | | | | 1 |
| AST 9 | | | | 1 | | |
| AST 8 | | 1 | | | | 1 |
| AST 7 | | 1 | | | | 1 |
| AST 6 | | 5 | | 2 | | 3 |
| AST 5 | | 17 | 1 | 12 | | 15 |
| AST 4 | | 19 | | 17 | | 20 |
| AST 3 | | 17 | | 21 | | 19 |
| AST 2 | | 3 | | 8 | | 7 |
| AST 1 | | | | 3 | | |
| *AST insgesamt* | | *64* | *1* | *64* | | *67* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | **4** | **206** | **4** | **201** | **4** | **209** |
| **Planstellen insgesamt** | **210** | | **205** | | **213** | |

## Europäische Eisenbahnagentur

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | 1 | | | | 1 |
| AD 14 | | | | 1 | | |
| AD 13 | | | | | | |
| AD 12 | | | | | | |
| AD 11 | | 4 | | | | 2 |
| AD 10 | | 11 | | 8 | | 13 |
| AD 9 | | 29 | | 26 | | 26 |
| AD 8 | | 21 | | 23 | | 22 |
| AD 7 | | 12 | | 1 | | 9 |
| AD 6 | | 24 | | 36 | | 30 |
| AD 5 | | | | 2 | | |
| *AD insgesamt* | | *102* | | *97* | | *103* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | 2 | | | | 2 |
| AST 8 | | 3 | | 2 | | 2 |
| AST 7 | | 3 | | 1 | | 1 |
| AST 6 | | 2 | | 3 | | 2 |
| AST 5 | | 5 | | 6 | | 5 |
| AST 4 | | 7 | | 4 | | 6 |
| AST 3 | | 8 | | 8 | | 8 |
| AST 2 | | 8 | | 11 | | 8 |
| AST 1 | | | | 7 | | 6 |
| *AST insgesamt* | | *38* | | *42* | | *40* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **140** | | **139** | | **143** |
| **Planstellen insgesamt** | **140** | | **139** | | **143** | |

## Dezentrale Agenturen — Umwelt

## Europäische Umweltagentur

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 14 | | 2 | | 1 | | 2 |
| AD 13 | | 2 | | | | 2 |
| AD 12 | 1 | 10 | 1 | 9 | 1 | 9 |
| AD 11 | | 10 | | 7 | | 11 |
| AD 10 | | 10 | | 9 | | 9 |
| AD 9 | | 8 | | 5 | | 8 |
| AD 8 | | 8 | | 8 | | 8 |
| AD 7 | | 8 | | 9 | | 8 |
| AD 6 | | 6 | | 12 | | 8 |
| AD 5 | | | | | | |
| *AD insgesamt* | *1* | *65* | *1* | *61* | *1* | *66* |
| AST 11 | | 3 | | 1 | | 3 |
| AST 10 | | 3 | | 2 | | 3 |
| AST 9 | 2 | 3 | | 3 | 2 | 3 |
| AST 8 | 1 | 10 | 3 | 5 | 1 | 10 |
| AST 7 | | 10 | | 9 | | 10 |
| AST 6 | | 10 | | 8 | | 10 |
| AST 5 | | 10 | | 7 | | 10 |
| AST 4 | | 8 | | 10 | | 5 |
| AST 3 | | 7 | | 13 | | 5 |
| AST 2 | | 2 | | 2 | | 5 |
| AST 1 | | | | 7 | | 4 |
| *AST insgesamt* | *3* | *66* | *3* | *67* | *3* | *68* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC gesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | **4** | **131** | **4** | **128** | **4** | **134** |
| **Planstellen insgesamt** | **135** | | **132** | | **138** | |

## Europäische Chemikalienagentur (ECHA) — Tätigkeiten im Bereich Biozid-Gesetzgebung

Siehe Stellenplan Anhang S 03 01 02 — Europäische Chemikalienagentur

## Tätigkeiten im Bereich der Gesetzgebung zur Ein- und Ausfuhr gefährlicher Chemikalien

Siehe Stellenplan Anhang S 03 01 02 — Europäische Chemikalienagentur

## Dezentrale Agenturen — Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien

## Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | 1 | | | | 1 |
| AD 14 | | | | 1 | | |
| AD 13 | | | | | | |
| AD 12 | | 3 | | 1 | | 3 |
| AD 11 | | | | 2 | | |
| AD 10 | | 5 | | 2 | | 5 |
| AD 9 | | 9 | | 6 | | 9 |
| AD 8 | | 7 | | 3 | | 7 |
| AD 7 | | 6 | | 8 | | 6 |
| AD 6 | | | | 5 | | |
| AD 5 | | 3 | | 1 | | |
| *AD insgesamt* | | *34* | | *29* | | *31* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | | | | | |
| AST 7 | | | | | | |
| AST 6 | | 2 | | | | 2 |
| AST 5 | | 6 | | 3 | | 6 |
| AST 4 | | 1 | | 3 | | 1 |
| AST 3 | | 2 | | 4 | | 2 |
| AST 2 | | 3 | | 4 | | 5 |
| AST 1 | | | | 1 | | |
| *AST insgesamt* | | *14* | | *15* | | *16* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **48** | | **44** | | **47** |
| **Planstellen insgesamt** | **48** | | **44** | | **47** | |

## Gremium europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) — Büro

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | | | | | |
| AD 12 | | | | | | |
| AD 11 | | | | | | |
| AD 10 | | | | | | |
| AD 9 | | 2 | | 2 | | 2 |
| AD 8 | | | | | | |
| AD 7 | | 3 | | 3 | | 3 |
| AD 6 | | | | | | |
| AD 5 | | 5 | | 5 | | 5 |
| *AD insgesamt* | | *11* | | *11* | | *11* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | | | | | |
| AST 7 | | | | | | |
| AST 6 | | | | | | |
| AST 5 | | | | | | |
| AST 4 | | | | | | |
| AST 3 | | 4 | | 4 | | 4 |
| AST 2 | | | | | | |
| AST 1 | | 1 | | 1 | | 1 |
| *AST insgesamt* | | *5* | | *5* | | *5* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **16** | | **16** | | **16** |
| **Planstellen insgesamt** | **16** | | **16** | | **16** | |

## Dezentrale Agenturen — Maritime Angelegenheiten und Fischerei

## Europäische Fischereiaufsichtsagentur

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 14 | | | | | | |
| AD 13 | | 2 | | 2 | | 2 |
| AD 12 | | 2 | | 2 | | 2 |
| AD 11 | | | | | | |
| AD 10 | | 3 | | 3 | | 3 |
| AD 9 | | 6 | | 5 | | 6 |
| AD 8 | | 5 | | 5 | | 5 |
| AD 7 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 6 | | 2 | | 1 | | 1 |
| AD 5 | | | | | | |
| *AD insgesamt* | | *22* | | *20* | | *21* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | 7 | | 7 | | 7 |
| AST 9 | | 3 | | 3 | | 3 |
| AST 8 | | 3 | | 3 | | 3 |
| AST 7 | | 8 | | 8 | | 8 |
| AST 6 | | 2 | | 3 | | 3 |
| AST 5 | | 6 | | 3 | | 6 |
| AST 4 | | | | | | |
| AST 3 | | 2 | | 2 | | 2 |
| AST 2 | | | | 1 | | 1 |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | *31* | | *30* | | *33* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **53** | | **50** | | **54** |
| **Planstellen insgesamt** | **53** | | **50** | | **54** | |

## Dezentrale Agenturen — Binnenmarkt und Dienstleistungen

## Europäische Bankenaufsichtsbehörde

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 14 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | 3 | | 2 | | 3 |
| AD 12 | | 6 | | 4 | | 6 |
| AD 11 | | 10 | | 6 | | 10 |
| AD 10 | | 10 | | 8 | | 10 |
| AD 9 | | 14 | | 8 | | 13 |
| AD 8 | | 19 | | 10 | | 16 |
| AD 7 | | 16 | | 7 | | 12 |
| AD 6 | | 12 | | 7 | | 7 |
| AD 5 | | 10 | | 7 | | 5 |
| *AD insgesamt* | | *102* | | *61* | | *84* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | | | | | |
| AST 7 | | | | | | |
| AST 6 | | | | | | |
| AST 5 | | 1 | | | | 1 |
| AST 4 | | 3 | | 2 | | 3 |
| AST 3 | | 2 | | 2 | | 2 |
| AST 2 | | 3 | | 2 | | 3 |
| AST 1 | | | | 1 | | |
| *AST insgesamt* | | *9* | | *7* | | *9* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **111** | | **68** | | **93** |
| **Planstellen insgesamt** | **111** | | **68** | | **93** | |

## Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 14 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | 3 | | 2 | | 3 |
| AD 12 | | 5 | | 4 | | 5 |
| AD 11 | | 7 | | 4 | | 7 |
| AD 10 | | 8 | | 6 | | 8 |
| AD 9 | | 8 | | 5 | | 7 |
| AD 8 | | 11 | | 6 | | 10 |
| AD 7 | | 12 | | 10 | | 10 |
| AD 6 | | 8 | | 7 | | 7 |
| AD 5 | | 8 | | 11 | | 8 |
| *AD insgesamt* | | *72* | | *57* | | *67* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | 1 | | | | |
| AST 8 | | 1 | | | | |
| AST 7 | | 1 | | | | 1 |
| AST 6 | | 3 | | 3 | | 3 |
| AST 5 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AST 4 | | 3 | | 2 | | 3 |
| AST 3 | | 3 | | 4 | | 3 |
| AST 2 | | 2 | | 2 | | 2 |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | *15* | | *12* | | *13* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **87** | | **69** | | **80** |
| **Planstellen insgesamt** | **87** | | **69** | | **80** | |

## Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 14 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | | | | | |
| AD 12 | | 3 | | 2 | | 3 |
| AD 11 | | 5 | | 1 | | 5 |
| AD 10 | | 6 | | 3 | | 6 |
| AD 9 | | 14 | | 5 | | 12 |
| AD 8 | | 27 | | 10 | | 24 |
| AD 7 | | 27 | | 17 | | 24 |
| AD 6 | | 20 | | 13 | | 18 |
| AD 5 | | 14 | | 12 | | 12 |
| *AD insgesamt* | | *118* | | *65* | | *106* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | 1 | | | | 1 |
| AST 8 | | | | 1 | | |
| AST 7 | | | | | | |
| AST 6 | | 1 | | | | 1 |
| AST 5 | | 2 | | 1 | | 2 |
| AST 4 | | 6 | | 3 | | 6 |
| AST 3 | | 2 | | 2 | | 2 |
| AST 2 | | 3 | | | | 3 |
| AST 1 | | | | 3 | | |
| *AST insgesamt* | | *15* | | *10* | | *15* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **133** | | **75** | | **121** |
| **Planstellen insgesamt** | **133** | | **75** | | **121** | |

## Dezentrale Agenturen — Bildung und Kultur

## Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | 1 | | | | 1 |
| AD 14 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | 2 | | | | 2 |
| AD 12 | 6 | 3 | 2 | 3 | 6 | 3 |
| AD 11 | 1 | 9 | 4 | 6 | 1 | 8 |
| AD 10 | | 8 | | 3 | | 9 |
| AD 9 | | 4 | | 3 | | 4 |
| AD 8 | | 5 | | 7 | | 3 |
| AD 7 | | 6 | | 5 | | 7 |
| AD 6 | | 5 | | 7 | | 5 |
| AD 5 | | | 1 | 7 | | 1 |
| *AD insgesamt* | *7* | *44* | *7* | *42* | *7* | *44* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | 1 | 1 | 1 | 1 | 2 | 1 |
| AST 9 | | 2 | | | | 1 |
| AST 8 | 2 | 2 | 1 | 1 | 2 | 2 |
| AST 7 | 1 | 6 | 2 | 2 | 1 | 6 |
| AST 6 | 4 | 3 | 2 | 4 | 4 | 3 |
| AST 5 | 4 | 5 | 3 | 3 | 5 | 5 |
| AST 4 | 1 | 10 | 4 | 11 | 1 | 11 |
| AST 3 | | 4 | 1 | 9 | | 4 |
| AST 2 | | 1 | | 4 | | 1 |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | *13* | *34* | *14* | *35* | *15* | *34* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | **20** | **78** | **20** | **77** | **22** | **78** |
| **Planstellen insgesamt** | **98** | | **97** | | **100** | |

## Europäische Stiftung für Berufsbildung

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | 4 | | | | 4 |
| AD 12 | | 10 | | 5 | | 10 |
| AD 11 | | 8 | | 14 | | 8 |
| AD 10 | | 4 | | 1 | | 3 |
| AD 9 | | 12 | | 10 | | 12 |
| AD 8 | | 8 | | 6 | | 6 |
| AD 7 | | 14 | | 16 | | 15 |
| AD 6 | | | | 1 | | 3 |
| AD 5 | | | | 1 | | |
| *AD insgesamt* | | *61* | | *55* | | *62* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | 3 | | | | 7 |
| AST 9 | | 8 | | 6 | | 3 |
| AST 8 | | 6 | | 4 | | 5 |
| AST 7 | | 4 | | 8 | | 7 |
| AST 6 | | 4 | | 3 | | 1 |
| AST 5 | | 5 | | 3 | | 6 |
| AST 4 | | 2 | | 3 | | 1 |
| AST 3 | | 1 | | 5 | | 4 |
| AST 2 | | | | 3 | | |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | *33* | | *35* | | *34* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **94** | | **90** | | **96** |
| **Planstellen insgesamt** | **94** | | **90** | | **96** | |

## Dezentrale Agenturen — Gesundheit und Verbraucherschutz

## Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | 1 | | | | 1 |
| AD 14 | | 4 | | 2 | | 4 |
| AD 13 | | 3 | | | | 3 |
| AD 12 | | 6 | | 4 | | 6 |
| AD 11 | | 10 | | 2 | | 10 |
| AD 10 | | 18 | | 4 | | 18 |
| AD 9 | | 27 | | 11 | | 27 |
| AD 8 | | 18 | | 37 | | 18 |
| AD 7 | | 16 | | 1 | | 16 |
| AD 6 | | 22 | | 8 | | 22 |
| AD 5 | | 8 | | 46 | | 10 |
| *AD insgesamt* | | *133* | | *115* | | *135* |
| AST 11 | | 1 | | | | 1 |
| AST 10 | | 1 | | | | 1 |
| AST 9 | | 1 | | | | 1 |
| AST 8 | | 4 | | | | 4 |
| AST 7 | | 7 | | 1 | | 7 |
| AST 6 | | 13 | | 4 | | 13 |
| AST 5 | | 19 | | 8 | | 20 |
| AST 4 | | 10 | | 32 | | 11 |
| AST 3 | | 2 | | | | 2 |
| AST 2 | | 2 | | 4 | | 3 |
| AST 1 | | 1 | | 13 | | |
| *AST insgesamt* | | *61* | | *62* | | *63* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **194** | | **177** | | **198** |
| **Planstellen insgesamt** | **194** | | **177** | | **198** | |

## Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 14 | | 2 | | | | 2 |
| AD 13 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 12 | 1 | 14 | | 4 | 1 | 14 |
| AD 11 | | 11 | | 11 | | 11 |
| AD 10 | 1 | 12 | | 8 | 1 | 12 |
| AD 9 | 1 | 37 | | 28 | 1 | 37 |
| AD 8 | | 47 | | 45 | | 47 |
| AD 7 | 1 | 61 | 3 | 40 | 1 | 61 |
| AD 6 | 1 | 23 | 1 | 40 | 1 | 23 |
| AD 5 | | 14 | 1 | 18 | | 17 |
| *AD insgesamt* | *5* | *223* | *5* | *196* | *5* | *226* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | 2 | | | | 2 |
| AST 7 | | 5 | | 3 | | 5 |
| AST 6 | | 7 | | | | 7 |
| AST 5 | | 25 | | 10 | | 25 |
| AST 4 | | 34 | | 43 | | 34 |
| AST 3 | | 25 | | 19 | | 25 |
| AST 2 | | 16 | | 47 | | 20 |
| AST 1 | | 2 | | 11 | | 2 |
| *AST insgesamt* | | *116* | | *133* | | *120* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | **5** | **339** | **5** | **329** | **5** | **346** |
| **Planstellen insgesamt** | **344** | | **334** | | **351** | |

## Europäische Arzneimittel-Agentur

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | 1 | | |
| AD 15 | | 4 | | 4 | | 4 |
| AD 14 | | 6 | | 5 | | 6 |
| AD 13 | | 8 | | 7 | | 8 |
| AD 12 | | 38 | | 36 | | 38 |
| AD 11 | | 38 | | 35 | | 38 |
| AD 10 | | 36 | | 30 | | 36 |
| AD 9 | | 40 | | 37 | | 40 |
| AD 8 | | 47 | | 43 | | 47 |
| AD 7 | | 45 | | 39 | | 45 |
| AD 6 | | 39 | | 35 | | 42 |
| AD 5 | | 39 | | 32 | | 42 |
| *AD insgesamt* | | *340* | | *304* | | *346* |
| AST 11 | | 2 | | 2 | | 2 |
| AST 10 | | 5 | | 4 | | 5 |
| AST 9 | | 7 | | 8 | | 7 |
| AST 8 | | 13 | | 13 | | 13 |
| AST 7 | | 20 | | 19 | | 20 |
| AST 6 | | 33 | | 34 | | 33 |
| AST 5 | | 35 | | 34 | | 35 |
| AST 4 | | 51 | | 48 | | 51 |
| AST 3 | | 39 | | 32 | | 39 |
| AST 2 | | 37 | | 37 | | 40 |
| AST 1 | | 17 | | 16 | | 20 |
| *AST insgesamt* | | *259* | | *247* | | *265* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **599** | | **551** | | **611** |
| **Planstellen insgesamt** | **599** | | **551** | | **611** | |

## Dezentrale Agenturen — Inneres

## Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Frontex)

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | im Haushaltsplan der Union bewilligte [1] | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 14 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | 3 | | 4 | | 3 |
| AD 12 | | 8 | | 10 | | 8 |
| AD 11 | | 9 | | 8 | | 9 |
| AD 10 | | 9 | | 5 | | 9 |
| AD 9 | | 1 | | 6 | | 1 |
| AD 8 | | 48 | | 39 | | 48 |
| AD 7 | | 8 | | 2 | | 8 |
| AD 6 | | 6 | | 6 | | 6 |
| AD 5 | | 3 | | 1 | | 3 |
| *AD insgesamt* | | *97* | | *83* | | *97* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | 5 | | 6 | | 5 |
| AST 7 | | 12 | | 11 | | 12 |
| AST 6 | | 10 | | 14 | | 10 |
| AST 5 | | 20 | | 16 | | 20 |
| AST 4 | | 5 | | 4 | | 5 |
| AST 3 | | 3 | | 3 | | 4 |
| AST 2 | | | | | | |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | *55* | | *54* | | *56* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **152** | | **137** | | **153** |
| **Planstellen insgesamt** | **152** | | **137** | | **153** | |

[1] Ohne die vom Frontex-Verwaltungsrat verabschiedete Änderung des Stellenplans 2012.

## Europäisches Polizeiamt (Europol)

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | 1 | | | | 1 |
| AD 14 | | | | 1 | | |
| AD 13 | | 3 | | 3 | | 3 |
| AD 12 | | 3 | | 4 | | 3 |
| AD 11 | | 23 | | 18 | | 23 |
| AD 10 | | | | 1 | | |
| AD 9 | | 72 | | 53 | | 72 |
| AD 8 | | 80 | | 85 | | 80 |
| AD 7 | | 127 | | 105 | | 127 |
| AD 6 | | 51 | | 78 | | 51 |
| AD 5 | | 31 | | 46 | | 37 |
| *AD insgesamt* | | *391* | | *394* | | *397* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | | | | | |
| AST 7 | | 2 | | 1 | | 2 |
| AST 6 | | 14 | | 12 | | 14 |
| AST 5 | | 3 | | 2 | | 3 |
| AST 4 | | 40 | | 32 | | 40 |
| AST 3 | | | | 1 | | 1 |
| AST 2 | | | | | | |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | *59* | | *52* | | *60* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **450** | | **446** | | **457** |
| **Planstellen insgesamt** | **450** | | **446** | | **457** | |

## Europäische Polizeiakademie

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | | | | | |
| AD 13 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 12 | | | | | | |
| AD 11 | | | | | | |
| AD 10 | | 2 | | 2 | | 2 |
| AD 9 | | 3 | | 3 | | 3 |
| AD 8 | | | | | | |
| AD 7 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 6 | | | | | | |
| AD 5 | | 9 | | 8 | | 9 |
| *AD insgesamt* | | *16* | | *15* | | *16* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | | | | | |
| AST 7 | | | | | | |
| AST 6 | | | | | | |
| AST 5 | | 2 | | 2 | | 2 |
| AST 4 | | 2 | | 2 | | 2 |
| AST 3 | | 7 | | 7 | | 8 |
| AST 2 | | | | | | |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | *11* | | *11* | | *12* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **27** | | **26** | | **28** |
| **Planstellen insgesamt** | **27** | | **26** | | **28** | |

## Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 14 | | 1 | | | | 1 |
| AD 13 | 1 | 2 | | 2 | 1 | 2 |
| AD 12 | 4 | 10 | 3 | 6 | 4 | 10 |
| AD 11 | 3 | 10 | 2 | 4 | 3 | 10 |
| AD 10 | 1 | 13 | | 7 | 1 | 13 |
| AD 9 | | 6 | 1 | 1 | | 7 |
| AD 8 | | 2 | 1 | 4 | | 2 |
| AD 7 | | | | 10 | | |
| AD 6 | | | | 9 | | |
| AD 5 | | | | | | |
| *AD insgesamt* | *9* | *45* | *7* | *44* | *9* | *46* |
| AST 11 | 1 | | | | 1 | |
| AST 10 | | 2 | | | | 2 |
| AST 9 | 1 | 5 | | 3 | 1 | 5 |
| AST 8 | 2 | 6 | | 1 | 2 | 7 |
| AST 7 | 1 | 6 | 2 | 2 | 1 | 6 |
| AST 6 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| AST 5 | | 2 | | 9 | | 2 |
| AST 4 | | | 1 | 5 | | |
| AST 3 | | | | 2 | | |
| AST 2 | | | | | | |
| AST 1 | | | 1 | | | |
| *AST insgesamt* | *6* | *22* | *5* | *23* | *6* | *23* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | **15** | **67** | **12** | **67** | **15** | **69** |
| **Planstellen insgesamt** | **82** | | **79** | | **84** | |

## Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (eu-LISA)

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | 2 | | | | 2 |
| AD 12 | | 3 | | 2 | | 3 |
| AD 11 | | 1 | | | | 1 |
| AD 10 | | 4 | | 5 | | 4 |
| AD 9 | | 7 | | 4 | | 7 |
| AD 8 | | 1 | | | | |
| AD 7 | | 24 | | 20 | | 21 |
| AD 6 | | 2 | | | | |
| AD 5 | | 30 | | 17 | | 36 |
| *AD insgesamt* | | *75* | | *49* | | *75* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | | | | | |
| AST 7 | | 2 | | | | 2 |
| AST 6 | | | | | | |
| AST 5 | | 15 | | 9 | | 15 |
| AST 4 | | 4 | | 4 | | |
| AST 3 | | 23 | | 11 | | 27 |
| AST 2 | | 1 | | | | 1 |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | *45* | | *24* | | *45* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **120** | | **73** | | **120** |
| **Planstellen insgesamt** | **120** | | **73** | | **120** | |

## Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | | | | | |
| AD 12 | | | | | | |
| AD 11 | | 1 | | | | |
| AD 10 | | 4 | | | | 2 |
| AD 9 | | 4 | | | | 6 |
| AD 8 | | 8 | | 5 | | 5 |
| AD 7 | | 9 | | 9 | | 9 |
| AD 6 | | 3 | | 1 | | 2 |
| AD 5 | | 7 | | 8 | | 7 |
| *AD insgesamt* | | *37* | | *24* | | *32* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | | | | | |
| AST 7 | | | | | | |
| AST 6 | | | | | | |
| AST 5 | | | | | | |
| AST 4 | | 2 | | | | 1 |
| AST 3 | | 6 | | 7 | | 6 |
| AST 2 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AST 1 | | 5 | | 6 | | 5 |
| *AST insgesamt* | | *14* | | *14* | | *13* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **51** | | **38** | | **45** |
| **Planstellen insgesamt** | **51** | | **38** | | **45** | |

## Dezentrale Agenturen — Sprachendienste

## Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | 1 | | | | 1 |
| AD 14 | 1 | | 1 | 1 | 1 | |
| AD 13 | | | | | | |
| AD 12 | 10 | 4 | 5 | 3 | 8 | 3 |
| AD 11 | 9 | 8 | 10 | 8 | 9 | 9 |
| AD 10 | 8 | 6 | 8 | 6 | 10 | 5 |
| AD 9 | 3 | 11 | 2 | 6 | 2 | 10 |
| AD 8 | 8 | 8 | 4 | 8 | 5 | 8 |
| AD 7 | 2 | 24 | 8 | 20 | 7 | 23 |
| AD 6 | 5 | 18 | 1 | 11 | 5 | 16 |
| AD 5 | | 11 | 3 | 27 | | 16 |
| *AD insgesamt* | *46* | *91* | *42* | *90* | *47* | *91* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | 1 | 1 | | 1 | | 1 |
| AST 8 | 4 | | 5 | | 5 | |
| AST 7 | 2 | 3 | 1 | 3 | 3 | 3 |
| AST 6 | 2 | 2 | 3 | 2 | 2 | 2 |
| AST 5 | 2 | 12 | 1 | 4 | 2 | 9 |
| AST 4 | 5 | 13 | 4 | 11 | 3 | 12 |
| AST 3 | | 14 | 3 | 21 | 2 | 17 |
| AST 2 | | 5 | | 4 | | 6 |
| AST 1 | | | | 4 | | 1 |
| *AST insgesamt* | *16* | *50* | *17* | *50* | *17* | *51* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | **62** | **141** | **59** | **140** | **64** | **142** |
| **Planstellen insgesamt** | **203** | | **199** | | **206** | |

## Dezentrale Agenturen — Energie

## Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | | | | | |
| AD 12 | | | | | | |
| AD 11 | | 4 | | 4 | | 4 |
| AD 10 | | | | | | |
| AD 9 | | 2 | | 2 | | 2 |
| AD 8 | | 6 | | 6 | | 6 |
| AD 7 | | 6 | | 4 | | 6 |
| AD 6 | | 4 | | 2 | | 4 |
| AD 5 | | 16 | | 11 | | 11 |
| *AD insgesamt* | | *39* | | *30* | | *34* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | | | | | |
| AST 7 | | | | | | |
| AST 6 | | | | | | |
| AST 5 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AST 4 | | | | | | |
| AST 3 | | 14 | | 12 | | 14 |
| AST 2 | | | | | | |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | *15* | | *13* | | *15* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **54** | | **43** | | **49** |
| **Planstellen insgesamt** | **54** | | **43** | | **49** | |

## Dezentrale Agenturen — Justiz

## Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | 1 | | | | 1 |
| AD 14 | | | | 1 | | |
| AD 13 | | 3 | | 1 | | 3 |
| AD 12 | | 9 | | 1 | | 11 |
| AD 11 | | | | 4 | | |
| AD 10 | | 15 | | 3 | | 15 |
| AD 9 | | 11 | | 6 | | 11 |
| AD 8 | | 1 | | 5 | | 1 |
| AD 7 | | 5 | | 15 | | 5 |
| AD 6 | | 3 | | 6 | | 3 |
| AD 5 | | | | 1 | | |
| *AD insgesamt* | | *48* | | *43* | | *50* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | 1 | | | | 1 |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | 3 | | 3 | | 3 |
| AST 7 | | 8 | | 4 | | 9 |
| AST 6 | | 4 | | | | 4 |
| AST 5 | | 1 | | 8 | | 1 |
| AST 4 | | 9 | | 11 | | 9 |
| AST 3 | | | | 1 | | |
| AST 2 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | *27* | | *28* | | *28* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **75** | | **71** | | **78** |
| **Planstellen insgesamt** | **75** | | **71** | | **78** | |

## Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | | | | | |
| AD 13 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 12 | | | | | | |
| AD 11 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 10 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 9 | | 1 | | | | 1 |
| AD 8 | | 6 | | 4 | | 6 |
| AD 7 | | 4 | | 5 | | 4 |
| AD 6 | | 1 | | 3 | | 1 |
| AD 5 | | 8 | | 8 | | 8 |
| *AD insgesamt* | | *23* | | *23* | | *23* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | | | | | |
| AST 7 | | | | | | |
| AST 6 | | 2 | | 2 | | 2 |
| AST 5 | | 3 | | | | 3 |
| AST 4 | | 1 | | 5 | | 2 |
| AST 3 | | | | | | |
| AST 2 | | | | | | |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | *6* | | *7* | | *7* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **29** | | **30** | | **30** |
| **Planstellen insgesamt** | **29** | | **30** | | **30** | |

## Europäische Stelle für justizielle Zusammenarbeit (Eurojust)

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | 1 | | | | 1 |
| AD 12 | | | | | | 1 |
| AD 11 | | | | | | |
| AD 10 | | 6 | | 3 | | 6 |
| AD 9 | | 5 | | 7 | | 3 |
| AD 8 | | 15 | | 9 | | 17 |
| AD 7 | | 21 | | 8 | | 15 |
| AD 6 | | 23 | | 25 | | 30 |
| AD 5 | | 5 | | 8 | | 7 |
| *AD insgesamt* | | *77* | | *61* | | *81* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | 1 | | | | 1 |
| AST 8 | | | | 1 | | |
| AST 7 | | | | | | |
| AST 6 | | | | | | |
| AST 5 | | 5 | | | | 2 |
| AST 4 | | 47 | | 12 | | 32 |
| AST 3 | | 48 | | 59 | | 54 |
| AST 2 | | 31 | | 24 | | 38 |
| AST 1 | | | | 31 | | 5 |
| *AST insgesamt* | | *132* | | *127* | | *132* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **209** | | **188** | | **213** |
| **Planstellen insgesamt** | **209** | | **188** | | **213** | |

## Europäische Gemeinsame Unternehmen

### Europäisches gemeinsames Unternehmen für den ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | 1 | | | | 1 |
| AD 14 | | | | 1 | | |
| AD 13 | 11 | 3 | 3 | 2 | 9 | 2 |
| AD 12 | 18 | 9 | 15 | 2 | 18 | 10 |
| AD 11 | 3 | 12 | 2 | | 5 | 12 |
| AD 10 | 7 | 28 | 4 | 4 | 6 | 32 |
| AD 9 | 3 | 12 | 2 | 37 | 4 | 15 |
| AD 8 | 2 | 18 | 1 | 1 | 1 | 16 |
| AD 7 | | 65 | | 15 | 1 | 65 |
| AD 6 | | 24 | 4 | 83 | | 19 |
| AD 5 | | 2 | | 1 | | 2 |
| *AD insgesamt* | *44* | *174* | *31* | *146* | *44* | *174* |
| AST 11 | 4 | | 1 | | 4 | |
| AST 10 | 3 | | | | 2 | |
| AST 9 | 3 | | 1 | | 4 | |
| AST 8 | | | 2 | | | |
| AST 7 | | | 3 | | | |
| AST 6 | 1 | | | | 1 | |
| AST 5 | 6 | 7 | 2 | | 5 | 4 |
| AST 4 | | 18 | 3 | 1 | | 17 |
| AST 3 | 1 | 1 | 1 | 23 | 2 | 5 |
| AST 2 | | | 1 | | | |
| AST 1 | | | 3 | | | |
| *AST insgesamt* | *18* | *26* | *17* | *24* | *18* | *26* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | **62** | **200** | **48** | **170** | **62** | **200** |
| **Planstellen insgesamt** | **262** | | **218** | | **262** | |

## Gemeinsames Unternehmen „Initiative Innovative Arzneimittel 2“ (IMI2) [1]

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | | | | | |
| AD 12 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 11 | | 4 | | 4 | | 4 |
| AD 10 | | | | | | |
| AD 9 | | 2 | | 2 | | 5 |
| AD 8 | | 9 | | 10 | | 11 |
| AD 7 | | 5 | | 4 | | 1 |
| AD 6 | | | | | | |
| AD 5 | | 11 | | | | |
| *AD insgesamt* | | *33* | | *22* | | *23* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | | | 1 | | 1 |
| AST 7 | | | | | | |
| AST 6 | | | | | | |
| AST 5 | | | | | | |
| AST 4 | | | | | | |
| AST 3 | | | | 5 | | 5 |
| AST 2 | | | | | | |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | *0* | | *6* | | *6* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **33** | | **28** | | **29** |
| **Planstellen insgesamt** | **33** | | **28** | | **29** | |

[1] Vor der Verabschiedung der neuen Rechtsgrundlage für das Gemeinsame Unternehmen „Initiative Innovative Arzneimittel 2“ (COM(2013) 495 final), welches Nachfolger des Gemeinsamen Unternehmens „Initiative Innovative Arzneimittel“ ist und dieses ersetzen wird, deckt der Stellenplan den Übergangszeitraum des Gemeinsamen Unternehmens „Initiative Innovative Arzneimittel“ ab. Voraussetzung für die Einstellung von Personal für das Gemeinsame Unternehmen „Initiative Innovative Arzneimittel 2“ ist die Annahme der neuen Rechtsgrundlage.

## Gemeinsames Unternehmen „Clean Sky 2“ (Clean Sky2) [1]

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | | | | | |
| AD 12 | | | | | | |
| AD 11 | | | | | | |
| AD 10 | | 3 | | 3 | | 3 |
| AD 9 | | 7 | | 7 | | 7 |
| AD 8 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 7 | | 2 | | 2 | | 2 |
| AD 6 | | 3 | | 3 | | 3 |
| AD 5 | | 10 | | | | |
| *AD insgesamt* | | *27* | | *17* | | *17* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | | | | | |
| AST 7 | | | | | | |
| AST 6 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AST 5 | | | | | | |
| AST 4 | | | | | | |
| AST 3 | | 3 | | | | |
| AST 2 | | | | | | |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | *4* | | *1* | | *1* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD und AST insgesamt** | | **31** | | **18** | | **18** |
| **Planstellen insgesamt** | **31** | | **18** | | **18** | |

[1] Vor der Verabschiedung der neuen Rechtsgrundlage für das Gemeinsame Unternehmen „Clean Sky 2“ (COM(2013) 505 final), welches Nachfolger des Gemeinsamen Unternehmens „Clean Sky“ ist und dieses ersetzen wird, deckt der Stellenplan den Übergangszeitraum des Gemeinsamen Unternehmens „Clean Sky“. Voraussetzung für die Einstellung von Personal für das Gemeinsame Unternehmen „Clean Sky 2“ ist die Annahme der neuen Rechtsgrundlage.

## Gemeinsames Unternehmen „Elektronikkomponenten und -systeme für eine Führungsrolle Europas“ (ECSEL) [1]

***Vormals Gemeinsame Unternehmen ARTEMIS und ENIAC***

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 1 | | 2 | | 2 |
| AD 13 | | | | | | |
| AD 12 | | | | | | |
| AD 11 | | 4 | | 4 | | 4 |
| AD 10 | | | | | | |
| AD 9 | | | | | | |
| AD 8 | | 9 | | 9 | | 9 |
| AD 7 | | | | | | |
| AD 6 | | | | | | |
| AD 5 | | | | | | |
| *AD insgesamt* | | *14* | | *15* | | *15* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | | | | | |
| AST 7 | | | | | | |
| AST 6 | | | | | | |
| AST 5 | | | | | | |
| AST 4 | | | | | | |
| AST 3 | | | | | | |
| AST 2 | | | | | | |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | | | | | |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **14** | | **15** | | **15** |
| **Planstellen insgesamt** | **14** | | **15** | | **15** | |

[1] Vor der Verabschiedung der neuen Rechtsgrundlage für das Gemeinsame Unternehmen „Electronic Components and Systems for European Leadership“ (COM(2013) 501 final), welches die Gemeinsamen Unternehmen ARTEMIS und ENIAC ersetzt, deckt der Stellenplan den Übergangszeitraum der Gemeinsamen Unternehmen ARTEMIS und ENIAC. Voraussetzung für die Einstellung von Personal für das Gemeinsame Unternehmen „Electronic Components and Systems for European Leadership“ ist die Annahme der neuen Rechtsgrundlage.

## Gemeinsames Unternehmen „Biobasierte Industriezweige“ (BBI) (1)

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 1 | | | | |
| AD 13 | | | | | | |
| AD 12 | | | | | | |
| AD 11 | | | | | | |
| AD 10 | | | | | | |
| AD 9 | | | | | | |
| AD 8 | | 1 | | | | |
| AD 7 | | | | | | |
| AD 6 | | | | | | |
| AD 5 | | | | | | |
| *AD insgesamt* | | *2* | | | | |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | | | | | |
| AST 7 | | | | | | |
| AST 6 | | | | | | |
| AST 5 | | | | | | |
| AST 4 | | | | | | |
| AST 3 | | 2 | | | | |
| AST 2 | | | | | | |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | 2 | | | | |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **4** | | | | |
| **Planstellen insgesamt** | **4** | | | | | |

(1) Voraussetzung für die Einstellung von Personal für das Gemeinsame Unternehmen „Biobasierte Industriezweige“ ist die Annahme der neuen Rechtsgrundlage zur Einrichtung des Gemeinsamen Unternehmens „Biobasierte Industriezweige“ (COM(2013) 496 final).

## Gemeinsames Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“ (FCH 2) [1]

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | | | | | |
| AD 12 | | | | | | |
| AD 11 | | 3 | | 3 | | 3 |
| AD 10 | | | | | | |
| AD 9 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 8 | | 4 | | 3 | | 4 |
| AD 7 | | 2 | | 2 | | 2 |
| AD 6 | | | | | | |
| AD 5 | | 4 | | | | |
| *AD insgesamt* | | *15* | | *10* | | *11* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AST 7 | | 3 | | 3 | | 3 |
| AST 6 | | | | | | |
| AST 5 | | | | | | |
| AST 4 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AST 3 | | 4 | | 2 | | 2 |
| AST 2 | | | | | | |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | *9* | | *1* | | *7* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **24** | | **17** | | **18** |
| **Planstellen insgesamt** | **24** | | **17** | | **18** | |

[1] Vor der Verabschiedung der neuen Rechtsgrundlage für das Gemeinsame Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“ (COM(2013) 506 final), welches Nachfolger des Gemeinsamen Unternehmens „Brennstoffzellen und Wasserstoff“ ist und dieses ersetzt, deckt der Stellenplan den Übergangszeitraum des Gemeinsamen Unternehmens „Brennstoffzellen und Wasserstoff“. Voraussetzung für die Einstellung von Personal für das Gemeinsame Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“ ist die Annahme der neuen Rechtsgrundlage.

**Gemeinsames Unternehmen zur Entwicklung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems 2 (SESAR2)** [1]

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | | | | | |
| AD 12 | | 4 | | 4 | | 4 |
| AD 11 | | | | | | 1 |
| AD 10 | | 5 | | 5 | | 3 |
| AD 9 | | | | | | |
| AD 8 | | 5 | | 5 | | 6 |
| AD 7 | | 4 | | 4 | | 4 |
| AD 6 | | 4 | | 4 | | 4 |
| *AD 5* | | *10* | | *10* | | *10* |
| *AD insgesamt* | | *33* | | *33* | | *33* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | | | | | |
| AST 7 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AST 6 | | | | | | |
| AST 5 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AST 4 | | | | | | |
| AST 3 | | 2 | | 2 | | 2 |
| AST 2 | | | | | | |
| AST 1 | | 2 | | 2 | | 2 |
| *AST insgesamt* | | *6* | | *6* | | *6* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **39** | | **39** | | **39** |
| **Planstellen insgesamt** | **39** | | **39** | | **39** | |

[1] Vor der Verabschiedung der neuen Rechtsgrundlage für das Gemeinsame Unternehmen zur Entwicklung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems 2 (COM(2013) 503 final), welches Nachfolger des Gemeinsamen Unternehmens zur Entwicklung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems ist und dieses ersetzt, deckt der Stellenplan den Übergangszeitraum des Gemeinsamen Unternehmens zur Entwicklung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems. Voraussetzung für die Einstellung von Personal für das Gemeinsame Unternehmen zur Entwicklung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems 2 ist die Annahme der neuen Rechtsgrundlage.

## Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT)

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | | | | | |
| AD 12 | | | | | | 1 |
| AD 11 | | 1 | | 2 | | 1 |
| AD 10 | | | | | | 2 |
| AD 9 | | 4 | | 3 | | 4 |
| AD 8 | | 9 | | 5 | | 8 |
| AD 7 | | 3 | | 1 | | 2 |
| AD 6 | | 15 | | 10 | | 7 |
| AD 5 | | 1 | | 1 | | 1 |
| *AD insgesamt* | | *34* | | *23* | | *27* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | | | | | |
| AST 7 | | | | | | |
| AST 6 | | | | | | |
| AST 5 | | | | | | 3 |
| AST 4 | | 3 | | 2 | | 1 |
| AST 3 | | 2 | | 3 | | 3 |
| AST 2 | | | | | | |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | *5* | | *5* | | *7* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **39** | | **28** | | **34** |
| **Planstellen insgesamt** | **39** | | **28** | | **34** | |

## Exekutivagenturen

## Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 (1) | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 4 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | 11 | | | | |
| AD 12 | | 8 | | | | |
| AD 11 | | 4 | | 1 | | 7 |
| AD 10 | | 10 | | 6 | | 3 |
| AD 9 | | 10 | | 1 | | 2 |
| AD 8 | | 6 | | 4 | | 8 |
| AD 7 | | 4 | | 11 | | 5 |
| AD 6 | | 4 | | | | 4 |
| AD 5 | | 4 | | 6 | | 3 |
| *AD insgesamt* | | *65* | | *30* | | *33* |
| AST 11 | | 1 | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | 1 | | | | |
| AST 8 | | | | | | |
| AST 7 | | 2 | | | | 2 |
| AST 6 | | 1 | | | | |
| AST 5 | | 2 | | 1 | | 1 |
| AST 4 | | 2 | | | | |
| AST 3 | | 3 | | 1 | | 1 |
| AST 2 | | | | 1 | | |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | *12* | | *3* | | *4* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **77** | | **33** | | **37** |
| **Planstellen insgesamt** | **77** | | **33** | | **37** | |

(1) Im Stellenplan sind folgende „Ad personam"-Beförderungen möglich: abgeordnete Beamte können eine Stelle im Stellenplan der Exekutivagentur in einer höheren Besoldungsgruppe besetzen, vorausgesetzt dass diese höhere Besoldungsgruppe ihrer eigenen Besoldungsgruppe bei der Kommission entspricht. Diese Ausnahme gilt nur für abgeordnete Beamte.

## Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 (1) | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 2 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | 7 | | 2 | | 4 |
| AD 12 | | 4 | | 5 | | 5 |
| AD 11 | | 10 | | 4 | | 4 |
| AD 10 | | 10 | | 9 | | 15 |
| AD 9 | | 15 | | 14 | | 14 |
| AD 8 | | 11 | | 19 | | 16 |
| AD 7 | | 6 | | 3 | | 3 |
| AD 6 | | 10 | | 3 | | 9 |
| AD 5 | | 5 | | 12 | | 5 |
| *AD insgesamt* | | *80* | | *72* | | *76* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | 1 | | 1 | | |
| AST 9 | | 2 | | | | |
| AST 8 | | 2 | | 1 | | 3 |
| AST 7 | | 1 | | 2 | | 4 |
| AST 6 | | 1 | | 2 | | 1 |
| AST 5 | | 7 | | 1 | | 9 |
| AST 4 | | 8 | | 12 | | 7 |
| AST 3 | | 6 | | 11 | | 3 |
| AST 2 | | | | | | |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | *28* | | *30* | | *27* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **108** | | **102** | | **103** |
| **Planstellen insgesamt** | **108** | | **102** | | **103** | |

(1) Im Stellenplan sind folgende „Ad personam“-Beförderungen möglich: abgeordnete Beamte können eine Stelle im Stellenplan der Exekutivagentur in einer höheren Besoldungsgruppe besetzen, vorausgesetzt dass diese höhere Besoldungsgruppe ihrer eigenen Besoldungsgruppe bei der Kommission entspricht. Diese Ausnahme gilt nur für abgeordnete Beamte.

## Exekutivagentur für Verbraucher, Gesundheit und Lebensmittel

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 (1) | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | 1 | | | | |
| AD 12 | | 1 | | | | |
| AD 11 | | 1 | | 1 | | 2 |
| AD 10 | | 1 | | | | |
| AD 9 | | | | 2 | | 1 |
| AD 8 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 7 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AD 6 | | 1 | | | | 2 |
| AD 5 | | 1 | | 2 | | 1 |
| *AD insgesamt* | | *9* | | *8* | | *9* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | | | | | |
| AST 7 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AST 6 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AST 5 | | 1 | | 1 | | 1 |
| AST 4 | | | | | | |
| AST 3 | | | | | | |
| AST 2 | | | | | | |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | *3* | | *3* | | *3* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **12** | | **11** | | **12** |
| **Planstellen insgesamt** | **12** | | **11** | | **12** | |

(1) Im Stellenplan sind folgende „Ad personam"-Beförderungen möglich: abgeordnete Beamte können eine Stelle im Stellenplan der Exekutivagentur in einer höheren Besoldungsgruppe besetzen, vorausgesetzt dass diese höhere Besoldungsgruppe ihrer eigenen Besoldungsgruppe bei der Kommission entspricht. Diese Ausnahme gilt nur für abgeordnete Beamte.

## Exekutivagentur für Innovation und Netze

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 (1) | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 4 (2) | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | 8 | | | | |
| AD 12 | | 3 | | | | 2 |
| AD 11 | | 3 | | 2 | | 2 |
| AD 10 | | 2 | | 1 | | 2 |
| AD 9 | | 3 | | 4 | | 4 |
| AD 8 | | 5 | | 2 | | 4 |
| AD 7 | | 8 | | 7 | | 7 |
| AD 6 | | 5 | | 9 | | 6 |
| AD 5 | | 1 | | 2 | | |
| *AD insgesamt* | | *42* | | *28* | | *28* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | | | | | |
| AST 7 | | 1 | | | | |
| AST 6 | | | | | | |
| AST 5 | | 2 | | 2 | | 2 |
| AST 4 | | 2 | | 1 | | 1 |
| AST 3 | | 2 | | 2 | | 2 |
| AST 2 | | | | | | |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | *7* | | *5* | | *5* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **49** | | **33** | | **33** |
| **Planstellen insgesamt** | **49** | | **33** | | **33** | |

(1) Im Stellenplan sind folgende „Ad personam"-Beförderungen möglich: abgeordnete Beamte können eine Stelle im Stellenplan der Exekutivagentur in einer höheren Besoldungsgruppe besetzen, vorausgesetzt dass diese höhere Besoldungsgruppe ihrer eigenen Besoldungsgruppe bei der Kommission entspricht. Diese Ausnahme gilt nur für abgeordnete Beamte.

(2) Im Stellenplan sind folgende „Ad personam"-Beförderungen möglich: 1 AD 14 Beamter wird AD 15.

## Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrats

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 [1] | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 2 | | | | 1 |
| AD 13 | | 10 | | 3 | | 3 |
| AD 12 | | 3 | | 5 | | 5 |
| AD 11 | | 1 | | 2 | | 2 |
| AD 10 | | 1 | | 3 | | 3 |
| AD 9 | | 8 | | 3 | | 11 |
| AD 8 | | 34 | | 24 | | 34 |
| AD 7 | | 32 | | 39 | | 32 |
| AD 6 | | 8 | | 11 | | 8 |
| AD 5 | | 1 | | 7 | | 1 |
| *AD insgesamt* | | *100* | | *97* | | *100* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | | | | | |
| AST 8 | | | | | | |
| AST 7 | | | | | | |
| AST 6 | | | | | | |
| AST 5 | | | | | | |
| AST 4 | | | | | | |
| AST 3 | | | | | | |
| AST 2 | | | | | | |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | | | | | |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **100** | | **97** | | **100** |
| **Planstellen insgesamt** | **100** | | **97** | | **100** | |

[1] Im Stellenplan sind folgende „Ad personam"-Beförderungen möglich: abgeordnete Beamte können eine Stelle im Stellenplan der Exekutivagentur in einer höheren Besoldungsgruppe besetzen, vorausgesetzt dass diese höhere Besoldungsgruppe ihrer eigenen Besoldungsgruppe bei der Kommission entspricht. Diese Ausnahme gilt nur für abgeordnete Beamte.

## Forschungsexekutivagentur

| Funktions- und Besoldungsgruppe | Planstellen | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 (1) | | 2013 | | | |
| | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | | Am 31. Dezember 2012 tatsächlich besetzte | | Im Haushaltsplan der Union bewilligte | |
| | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit | Dauerplanstellen | Planstellen auf Zeit |
| AD 16 | | | | | | |
| AD 15 | | | | | | |
| AD 14 | | 4 (2) | | 1 | | 1 |
| AD 13 | | 10 | | 1 | | 2 |
| AD 12 | | 6 | | 1 | | 2 |
| AD 11 | | 5 | | 4 | | 11 |
| AD 10 | | 6 | | 11 | | 7 |
| AD 9 | | 8 | | 6 | | 8 |
| AD 8 | | 20 | | 3 | | 20 |
| AD 7 | | 21 | | 18 | | 21 |
| AD 6 | | 27 | | 20 | | 28 |
| AD 5 | | 28 | | 28 | | 29 |
| *AD insgesamt* | | *135* | | *93* | | *129* |
| AST 11 | | | | | | |
| AST 10 | | | | | | |
| AST 9 | | 1 | | | | 1 |
| AST 8 | | 2 | | | | 2 |
| AST 7 | | | | 1 | | |
| AST 6 | | 3 | | 1 | | 2 |
| AST 5 | | 2 | | 3 | | 3 |
| AST 4 | | 1 | | 2 | | 2 |
| AST 3 | | 1 | | 3 | | 1 |
| AST 2 | | | | | | |
| AST 1 | | | | | | |
| *AST insgesamt* | | *10* | | *10* | | *11* |
| AST/SC 6 | | | | | | |
| AST/SC 5 | | | | | | |
| AST/SC 4 | | | | | | |
| AST/SC 3 | | | | | | |
| AST/SC 2 | | | | | | |
| AST/SC 1 | | | | | | |
| *AST/SC insgesamt* | | | | | | |
| **AD, AST und AST/SC insgesamt** | | **145** | | **103** | | **140** |
| **Planstellen insgesamt** | **145** | | **103** | | **140** | |

(1) Im Stellenplan sind folgende „Ad personam"-Beförderungen möglich: abgeordnete Beamte können eine Stelle im Stellenplan der Exekutivagentur in einer höheren Besoldungsgruppe besetzen, vorausgesetzt dass diese höhere Besoldungsgruppe ihrer eigenen Besoldungsgruppe bei der Kommission entspricht. Diese Ausnahme gilt nur für abgeordnete Beamte.

(2) Im Stellenplan sind folgende „Ad personam"-Beförderungen möglich:1 AD 14 Beamter wird AD 15.

EUR-Lex (http://new.eur-lex.europa.eu) bietet einen direkten und kostenlosen Zugang zum EU-Recht. Die Website ermöglicht die Abfrage des *Amtsblatts der Europäischen Union* und enthält darüber hinaus die Rubriken Verträge, Gesetzgebung, Rechtsprechung und Vorschläge für Rechtsakte.

Weitere Informationen über die Europäische Union finden Sie unter: http://europa.eu

Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE